# Mittheilungen

aus dem

# Verein

## zur Abwehr des Antisemitismus

---

Jahrgang 1893.

# Sach-Register 1893.

Die Ziffern bedeuten die Seiten des Johrgangs.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 1. Berlin, den 1. Januar. 3. Jahrg. 1893.

### An unsere Mitglieder.

Die verstärkte Agitation unserer Gegner und die zunehmende Ausbreitung unseres Vereins hat es nothwendig erscheinen lassen, die Organisation desselben weiter auszugestalten und neue Kräfte für unsere Arbeit zu gewinnen. Unser Vorstandsmitglied Herr Prediger Lic. Gräbner, der zugleich neben seinen übrigen Arbeiten im Interesse des Vereins die Kassengeschäfte und die Herausgabe der „Mittheilungen" besorgte, hat sich außer Stande erklärt, neben seinen Berufspflichten diese Geschäfte, die von Tag zu Tag wachsen, in dem bisherigen Umfange weiter zu führen. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, einen eigenen Schatzmeister zu erwählen und außerdem das Arbeitsgebiet zwischen dem Berliner und Frankfurter Büreau zu theilen. Dem Büreau in Frankfurt a. M. ist ganz Süd- und Südwestdeutschland, incl. Elsaß-Lothringen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz, die übrigen Theile Deutschlands dem Büreau in Berlin zugewiesen. Außerdem werden mehrere Unterbüreaus die Centralstelle entlasten.

Die „Mittheilungen" bleiben das Organ des gesammten Vereins und werden in Berlin herausgegeben.

Das Schatzmeisteramt hat auf die Bitte des Vorstandes der frühere Gutsbesitzer Herr Reichstagsabgeordneter Jordan, zur Zeit in Berlin, zu übernehmen sich bereit erklärt.

Vom 1. Januar ab bitten wir nun Geld- und Werthsendungen und Einschreibebriefe aus Norddeutschland zu richten an das Bureau des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Berlin W. Magdeburgerstraße 13, unter der Adresse des Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, alle übrigen Sendungen wie bisher an dieses Bureau;

Geld- und Werthsendungen aus Süd- und Westdeutschland an das Bureau des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Frankfurt a. M., Paulsplatz 6 z. H. des Herrn Stadtrath H. Flinsch, alle übrigen Sendungen wie bisher an dieses Bureau.

Der Vorstand.
**Gneist. Rickert.**
**Barth. Buhl. Endemann. Fester.**
**Flinsch. Funck. Gräbner. Hallgarten. Reinhardt.**
**Frhr. von Stauffenberg. Stengel.**
**Weber. Winter.**

---

### Wünsche der Redaction und Mitarbeiter an die Leser der „Mittheilungen" für's neue Jahr.

Wenn wir unsern geehrten Lesern auch unsere bescheidenen Wünsche für das neue Jahr an's Herz legen, so thun wir das lediglich im Interesse der ernsten und wichtigen Sache, der wir dienen. Unsere „Mittheilungen" und der Verein zur Abwehr des Antisemitismus haben sich im letzten Jahre viele Freunde erworben, aber unsere Wünsche sind noch lange nicht erfüllt und wir möchten unsere Leser bitten, daß ein Jeder in seinem Kreise, in dem bevorstehenden neuen Jahre diese nach Kräften weiter zu erfüllen helfen möge.

Der Kampf, welchen wir gegen den Antisemitismus führen, ist kein erfreulicher. Er ist uns aufgedrungen und wir sind verpflichtet, ihn zu führen im Interesse des guten Namens der deutschen Nation und ihrer Geschichte. Es ist ein Kampf gegen die Unkultur und die Barbarei. Leider giebt es noch Viele und zwar besonders unter unseren jüdischen Mitbürgern, welche sich noch immer nicht dazu entschließen können, den Kampf für ihre eigene Sache offen zu führen. Ja es giebt sogar gutmeinende Männer unter ihnen, denen es am liebsten ist, wenn sie das Wort „Jude" garnicht aussprechen hören, die es sogar den politischen Zeitungen übel nehmen, wenn sie die Judenfrage überhaupt berühren. Wir sind gerade umgekehrt der Meinung, daß es einer der größten Fehler der gegen die antisemitische Bewegung Stellung nehmenden Zeitungen wäre, wenn sie diese Frage, welche zur Zeit die bedeutendste des Tages ist, einfach todtschweigen wollten. Glaubt man denn damit etwas zu erreichen, daß man Dinge nicht erwähnt, die gleichwohl in Aller Munde sind? Die „Kreuzztg." macht es darin anders, sie bringt jeden Tag spaltenlange Artikel gegen das „jüdische Kapital", gegen den „jüdischen Einfluß". Jede Thatsache, welche sich irgendwie dazu verwerthen läßt, wird unter diesem Gesichtspunkt behandelt. Unserer Ansicht nach kümmert sich der größte Theil der politischen Zeitungen noch viel zu wenig um diese Frage.

Es giebt Männer unter unseren jüdischen Mitbürgern, welche unseren Bestrebungen zwar sehr freundlich gesinnt, aber der Meinung sind, daß man die Abwehr am besten den Christen allein überlassen möchte. Wozu, schreibt uns ein hervorragender und thatkräftiger jüdischer Freund, wozu sollen die

Juden diesem Verein beitreten und wozu sollen sie die „Mittheilungen" abonniren und lesen? Das wäre ja zwecklos. Wir sind der entgegengesetzten Meinung. Jeder, der sich den Kämpfenden anschließt, trägt mit dazu bei, das Übel und die Gefahr zu beseitigen. Auch die Juden sind in diesem Kampf willkommen und nothwendig. Wenn wir möglichst in jedem Orte Deutschlands einen Leser unsrer „Mittheilungen" haben, so ist er das Bindeglied zwischen dem Verein und seinem Bezirk. Nur auf diese Weise, und wenn die Mitglieder und Abonnenten uns Mittheilungen machen von Allem, was in ihrem Bezirk in Bezug auf diese Frage passirt, kann von der Centralstelle aus in geeigneter Weise eingewirkt werden.

Unsere herzliche Bitte geht daher dahin, möglichst viele Mitglieder, gleichviel ob Juden, ob Christen, und möglichst viele Leser unseres Organs zu gewinnen. Selbstverständlich legen wir darauf das größte Gewicht, daß alle Mittheilungen, welche uns zugehen, streng wahrheitsgemäß und nicht tendenziös gemacht werden. Nur durch zuverlässige und wahre Nachrichten kann die Sache, für welche wir eintreten, gefördert werden.

Der Antisemitismus ist noch nicht im Abnehmen. Wir dürfen uns diese Thatsache nicht verhehlen. Es ist leicht, den Neid und den Haß zu erregen, aber wir leben der festen Zuversicht, daß die Judenhetze einen dauernden Einfluß auf die Entwickelung unseres deutschen Vaterlandes nicht haben kann. Wir haben das Zutrauen zu der großen Majorität des deutschen Volkes, daß sie der antisemitischen Bewegung Herr werden wird. Dazu müssen aber Alle, die es angeht, und die es können, mitzuhelfen entschlossen sein. Daß die Reihen unserer Kämpfer sich in dem neuen Jahre erheblich mehren möchten, das ist der Wunsch, den wir unsern Lesern entgegen bringen.

## Aufdämmernde Erkenntniß.

Der Ahlwardtprozeß und die Beschlüsse des conservativen Parteitages haben das Ergebniß gehabt, welches wir immer davon erwartet haben. Es ist endlich auch in denjenigen Kreisen, welche bisher der antisemitischen Bewegung kühl und gleichgültig gegenüber standen, die Erkenntniß aufgedämmert, daß diese Bewegung, wenn man sie ruhig gewähren läßt und ihr nicht energisch Halt gebietet, eine große Gefahr für Staat und Gesellschaft werden kann, ja werden muß. Bei den Juden und bei dem jüdischen Kapital fängt die Sache an, aber Halt machen wird sie gewiß nicht vor dem, was anderweitig durch Besitz oder Bildung eine hervorragende Stellung im Staate und in der Gesellschaft einnimmt.

Eigenthümlich indeß muß es anmuthen, wenn man in einzelnen politischen Organen zwar jetzt die Gefahr der antisemitischen Bewegung erkennt, aber sich gleichwohl immer noch nicht zu dem einfachen und gebotenen Mittel entschließen will, dieser Gefahr rechtzeitig mit den geeigneten Mitteln entgegen zu treten. Man will den Antisemitismus nicht, man will nicht, daß unsere jüdischen Mitbürger ihrer durch Verfassung und Gesetz garantirten staatsbürgerlichen Rechte beraubt werden, aber man verlangt, daß die Juden zu gewissen Parteien eine ablehnende Stellung **öffentlich einnehmen**. So heißt es in einem Artikel der Zeitschrift „Der neue Kurs":

„Es ist erwünscht, „daß ein öffentliches Bekenntniß des Judenthums in seinen hervorragenden deutschen Repräsentanten dahin erfolge, nicht, daß das Judenthum antifreisinnig sei, aber wohl, daß Judenthum und die politische Fraction des Freisinns — oder gar Judenthum und Sozialdemokratie — sich nicht decken. Ebenso sollten unsere jüdischen Mitbürger sich öffentlich dahin aussprechen, daß sie nichts weniger als einen Staat im Staate bilden, oder irgendwelche schlechte Elemente der Gesellschaft und insbesondere auch nicht die international-revolutionären gegen den Staat aufbringen oder stützen wollen, daß sie vielmehr von nationaler und monarchischer Gesinnung erfüllt und zu ihrer Bethätigung bereit sind. Dagegen hat auf der anderen Seite allerdings — und es ist Pflicht der staatserhaltenden Parteien, hierfür Sorge zu bringen — all die Uebertreibung aufzuhören, die in der Hantirung mit Schlagwörtern wie dem liegt, daß das deutsche Volk bereits so gut wie ganz verjudet sei. Die Unterstellung, daß es 500000 deutschen Juden gelungen wäre oder noch gelingen könnte, den 50 Millionen deutschen Christen den Stempel ihres Geistes aufzudrücken und die specifische Eigenart zu rauben, enthält ein so starkes Armuthszeugniß, wie es betrübender für eine große Mehrheit noch nie ausgesprochen sein dürfte."

Wir stimmen durchaus dem Verfasser des Artikels des „Neuen Kurses" in dem letzteren Punkt zu. Auch in dem Antisemitenspiegel heißt es: „Ist es nicht ein trauriges Armuthszeugniß ersten Ranges, welches diese muthigen, ersten „Nationaldeutschen" uns 50 Millionen vor dem Auslande ausstellen? Fühlen sie denn nicht die Demüthigung, die darin liegt? Sind wir denn wirklich so weit gekommen, daß nahezu 50 Millionen es nicht ertragen können, daß der in ihrer Mitte lebenden halben Million Juden die freie Entwickelung ihrer Kräfte und die Ausübung ihrer gesetzlich garantirten staatsbürgerlichen Rechte gestattet werde? Schäme sich, wer es noch kann!"

Aber die Zumuthung, welche der Verfasser des Artikels des „Neuen Kurses" dem Judenthum in seinen hervorragenden deutschen Repräsentanten stellt, die Zumuthung einer öffentlichen Ableugnung einer bestimmten Partei ist denn doch zu sonderbar und zu demüthigend, als daß Juden, die auf sich etwas geben, darauf eingehen könnten. Was sollte eine solche öffentliche Erklärung wohl bezwecken? Ist es denn nicht eine Jedermann bekannte Thatsache, daß **Juden in den verschiedensten Parteien zu finden sind**, sogar in denjenigen, welche mit den Antisemiten zusammen gehen? Waren nicht Rothschild und Strousberg conservativ? Ist nicht Herr v. **Bleichröder conservativ**? Hat er nicht sogar eine bedeutende Summe zu dem **conservativen Wahlfonds** beigesteuert? Daß es unter den Freiconservativen und Nationalliberalen einflußreiche Juden giebt, ist ebenfalls allgemein bekannt.

Wir haben die Frage der antisemitischen Bewegung niemals als eine **Parteifrage** aufgefaßt. Es ist eine Frage von kultureller Bedeutung, eine Frage, welche die **Grundlagen unserer öffentlichen Rechtszustände** berührt, deren Erhaltung **allen** Parteien gemeinsam sein **müßte**.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus ist nicht von Anhängern einer bestimmten politischen Partei gegründet. Wir haben unter unseren Mitgliedern Nationalliberale und Freisinnige, keiner Fraction angehörige Liberale, Conservative. In unserm Verein arbeiten die Herren v. Gneist und Dr. Buhl neben den Herren v. Stauffenberg und Rickert, Endemann, Rösicke und Weber neben Barth, Funck und Flinsch. Wenn in dem Vorstand unseres Vereins einzelne politische Parteien nicht vertreten sind, so liegt die Schuld nicht an unseren Mitgliedern, sondern es ist nur daraus zu erklären, daß parlamentarische oder sonst bekannte Mitglieder der anderen Parteien sich bisher nicht dazu bereit haben finden lassen, mit diesen Mitgliedern den Kampf gegen den Antisemitismus gemeinsam zu führen. Hervorragende Männer der

conservativen und anderer Parteien sind zu einer Zeit zur gemeinsamen Arbeit eingeladen worden, als der Antisemitismus noch nicht diejenige Ausdehnung hatte, welche er seitdem angenommen. Es fand sich aber niemand dazu bereit.

Man muthe den Juden nicht die Demüthigung zu, eine öffentliche Erklärung über ihren Patriotismus und ihre Loyalität abzugeben. Es würde einen kläglichen Eindruck machen, wenn Juden noch besonders öffentlich zu versichern sich genöthigt glaubten, daß sie ihr Vaterland lieben, daß sie treu zu Kaiser und Reich halten. Das ist doch so selbstverständlich, daß es keiner öffentlichen Versicherung bedarf. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Juden als solche sich nicht als zugehörig zu bestimmten Parteien betrachten können, sondern daß sie, wie alle übrigen Staatsbürger sich derjenigen Partei anschließen, deren Ziele und Bestrebungen ihrer gewissenhaften Ueberzeugung entsprechen.

* * *

Der obige Artikel war bereits geschrieben, als uns die Donnerstags-Nr. der Berliner „Volkszeitung" zu Gesicht kam. In derselben befindet sich die auffällige Mittheilung, daß der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde sich mit der Idee trage, sich mit einer **Petition an den Kaiser** zu wenden, um Namens der deutschen Juden dessen Schirm und Schutz anzuflehen gegen die Ausschreitungen des Antisemitismus.

Zugleich wird mitgetheilt daß 5 Mitglieder des Repräsentanten-Collegiums sich dagegen erklärt haben. Wir können nicht leugnen, daß auch wir der „Volkszeitung" darin beistimmen müssen. daß wir den Zweck einer solchen Kundgebung nicht einsehen. Der Antisemitismus kann auch nach unserer Ueberzeugung nur durch die entschlossene Abwehr aller derjenigen, welche die Judenhetze verurtheilen, beseitigt werden. **In dieser Beziehung haben leider diejenigen, die es angeht und die dazu in erster Reihe verpflichtet wären (und wir sind der Meinung, daß Christen und Juden gleichmäßig dazu verpflichtet sind) noch lange nicht ihre Schuldigkeit gethan.** Mit solchen Kundgebungen, wie die geplante, schwächt man den Antisemitismus nicht.

## Zur Abwehr.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Marburg, den 26. Dez 1892.

Hochgeehrter Herr!

Sie haben Veranlassung genommen, in der jüngsten Nummer Ihrer gesch. „Mittheilungen" ein Rundschreiben, das ich vor ca. 2 Jahren, bald nach Gründung Ihres Vereins, an die Gemeinden meines Bezirks versandt habe, zu veröffentlichen. Gestatten Sie mir ganz ergebenst, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die in Ihrem Nachworte ausgesprochene Annahme, als ob ich mit Ihrer Ansicht, es sei „nicht blos das gute Recht, sondern die Pflicht, daß die Juden in der Vertheidigung ihrer Rechte nicht zurückstehen", nicht übereinstimme, auf einem Mißverständniß beruht. Ich bin selbstverständlich auch ner Meinung, daß es allen dazu befähigten Juden, namentlich den Rabbinern und Lehrern obliegt, die „Verdächtigungen und Verleumdungen der Antisemiten durch sachgemäße Darstellung zurückzuweisen und den Kampf für die Aufrechterhaltung ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung gemeinsam mit ihren christlichen Gesinnungsgenossen zu führen." Von der großen Menge. von der jüdischen „Gesamtheit", „der Mehrzahl unserer Glaubensgenossen" jedoch verlangen wir nur, daß sie bestrebt ist, auf das Verhalten jedes ihrer Mitglieder derart einzuwirken, daß es sich jeder unlauteren Handlung im gesellschaftlichen und gewerblichen Leben unbedingt enthält.

Genehmigen Sie den Ausdruck vorzüglicher Hochachtung, mit der ich zeichne

ganz ergebenst
Dr. Munk
Provinzial-Rabbiner.

---

Das in der vorigen Nr. abgedruckte Circular des Provinzialrabbiners Dr Munk steht keineswegs vereinzelt da. Wir werden auf ein in demselben Sinne gehaltenes Rundschreiben des **Bezirksrabbiners Dr. J. Mayer** in Zweibrücken aufmerksam gemacht, welches in allen Gemeinden seines Bezirks vor einigen Jahren am ersten Abend des jüdischen Neujahrsfestes zur Verlesung gelangte. In demselben heißt es:

„ . . . Makellose Lebensführung, sittliche Veredelung werden feindlicher Rede und That stets am wirksamsten begegnen. Aber auch manche Aeußerlichkeiten, welche geeignet sind, uns verächtlich erscheinen zu lassen und uns gar oft Spott und Hohn zuziehen, müssen weichen, damit wir auch hierin vor Gott und Menschen rein und tadellos erscheinen. Ich meine besonders die mannigfachen Mißbräuche, welche wir uns in unserer Umgangssprache zu Schulden kommen lassen.

. . . Und welchen Eindruck muß es auf Unkundige machen, wenn wir in ihrer Gegenwart und Gesellschaft Ausdrücke gebrauchen, die ihnen unverständlich sind? Werden sie sich nicht von uns abgestoßen fühlen und daraus ein Recht herleiten, uns als Fremde zu betrachten und uns von ihrer Gesellschaft auszuschließen? Es ist ein Zeichen mangelnden Schicklichkeitsgefühls, wenn wir als Deutsche unter Deutschen nicht reindeutsch reden, sondern unsere Gedanken zu verhüllen trachten. Wahre Duldung besteht in der Anerkennung auch der Ungleichheiten, so dieselben berechtigt sind. Niemand aber wird behaupten, daß diese Ungleichheit ein Recht auf Duldung habe. Darum laßt uns das Erbstück früherer uns auferlegter Abgeschlossenheit ablegen eingedenk der talmudischen Mahnung: „Immer befleiße sich der Mensch einer reinen Sprache!" —

---

**Im „Marburger Generalanz."** vom 21. Dezember veröffentlicht Herr Professor **Stengel** Folgendes:

Sonnabend den 9. Dez. hatte ich in Heidelberg in einer öffentlichen stark besuchten Versammlung über den „Antisemitismus und seine Bekämpfung" gesprochen. In einer von antisemitischer Seite auf Sonntag den 17. d. einberufenen geschlossenen Protestversammlung hat der Redner, der bekannte Herr Dr. Erwin Bauer aus Leipzig nach dem Berichte des „Heidelb. Tagebl." Nr. 298 vom 20. ds. „den Muth des Herrn Stengel beleu htet, welcher in einer ausschließlich (!) von Juden besuchten Versammlung so tapfer auf deren Gegner geschimpft, während er in Marburg, dem Sitz des Antisemitismus in Hessen, von sich gar nichts hören lasse." Ich denke, daß selbst die Marburger Antisemiten über die Unverfrorenheit der in obigem Satze enthaltenen Schlußbehauptung mit mir einer Meinung sind und füge darum zur Erläuterung der anderen Behauptungen nur hinzu, daß in jener Versammlung sogar viele Antisemiten anwesend waren, die am Schluß die Ankündungszettel ihrer Protestversammlung vertheilten. daß aber die von mir beigebrachten Beweise für die Verlogenheiten der antisemitischen Kampfart Niemand anzufechten gewagt hat. Auch Herr Bauer hat dem zitirten Berichte nach, es vorgezogen, darauf nicht einzugehen. Ein neuer Beweis für die Wahrheitsliebe dieser Retter unseres Vaterlandes! E. Stengel.

---

**Die „Kölnische Zeitung"** schreibt in einem „Gährende Bewegung in Baden und in der Pfalz" betitelten Artikel:

„ . . . Bis vor Kurzem wußte man in Heidelberg von den anti-

semitischen Treibereien wenig. Seitdem aber die Deutschfreisinnigen angefangen haben, in übel angebrachtem, einseitig philosemitischen Eifer Versammlungen gegen die Antisemiten zu veranstalten, zieht die leidige Bewegung auch in der Musenstadt am Neckar immer weitere Kreise. Ihre eiferoolle Geschäftigkeit, welche die linksliberalen Gruppen in den Ruf der Abhängigkeit oon den schlechtesten Elementen des Judenthums gebracht hat, hat es zu Wege gebracht, daß am vorletzten Sonntag einer der ärgsten antisemitischen Hetzapostel aus Leipzig unter dem brausenden Jubel oon mehr als 600 Männern aus Stadt und Land eine wüste Brandrede vom Stapel lassen konnte als naturgemäßen Protest gegen die Ausführungen oon Rednern, welche sich der Deutschfreisinn oerschrieben hatte."

Wir wissen aus unserer Kenntniß der Verhältnisse in Baden und speziell in Heidelberg und werden darin durch die Informationen unseres objectiv urtheilenden Berichterstatters bestärkt, daß die Abwehr der dort immer stärker sich geltend machenden antisemitischen Bestrebungen dringend geboten ist. Wer denselben mit verschränkten Armen zuschaut, kann als ein ernsthafter Gegner der antisemitischen Bewegung nicht angesehen werden und hat nicht das Recht, diejenigen, welche den Kampf aufgenommen haben, noch mit Schmähungen zu überhäufen. Es sind gerade von nationalliberaler Seite eine Reihe von Zuschriften aus Heidelberg an uns gelangt, welche gegen die Insinuationen der „Köln. Ztg." Protest erheben und der Selbstlosigkeit und dankenswerthen Initiative der liberalen Männer im Kampfe gegen den Antisemitismus volle Anerke nung zollen. —

Wie die „Magdeburger Ztg.", ein nationalliberales Organ, jüngst sehr zutreffend ausführte, richtet sich die antisemitische Agitation im Grunde gegen den **gesammten** Liberalismus. Es ist deshalb ein geradezu selbstmörderisches Beginnen, wenn sich liberal nennende Blätter dem Antisemitismus gegenüber gleichgültig verhalten oder ihn gar cultiviren. Wir verstehen es auch nicht, daß ein nationalliberales Wochenblatt, das „Deutsche Bürger- und Bauernfreund", ganz im antisemitischen Jargon, von der „jüdisch-deutschfreisinnigen" Presse spricht!

Wir vermeiden grundsätzlich jede Polemik mit allen denjenigen Elementen im deutschen Volke, auf deren Bundesgenossenschaft wir angewiesen sind, das darf uns aber nich abhalten, gegen solche gegnerischen Ausführungen unsere Stimme zu erheben. Die Thatsache, daß ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Partei an der Spitze unseres Vereins steht, schützt uns hinlänglich vor dem Verdachte, daß wir die nationalliberale Partei als solche anklagen; unsere Vorwürfe gelten nur einem kleinen Theil der nationalliberalen Presse.

**Münden.** In Münden hielt jüngst Herr Liebermann v. Sonnenberg einen Vortrag über das Thema: „Die Juden die Könige unserer Zeit." Ueber die Rede, welche die bekannten Invectiven gegen die Juden enthielt, bringen die „Mündener Nachrichten," das amtliche Kreisblatt des Kreises Münden, einen kürzeren Bericht. Während in der Versammlung selbst Rabbiner Dr. Jacob aus Göttingen dem Redner entgegentrat, polemisirte der Mündener evangelische Prediger Dr. phil. Walte in den „Mündener Nachrichten" gegen die antisemitischen Vorträge, die in Münden abgehalten worden sind. Er veröffentlichte als Mitglied unseres Abwehr-Vereins in einem längeren „Eingesandt" den Aufruf desselben und forderte die Leser dadurch zum Beitritt zu unserem Verein auf, denn es sei für das deutsche Volk und für Christen namentlich eine Ehrensache, dem modernen Antisemitismus entgegenzutreten.

Wir erwähnen dankbar dieses muthige Eintreten des Pastor Dr. Walte für die Sache unseres Vereins, um unseren Mitgliedern die Wege zu zeigen, auf welchen jedes einzelne oon ihnen uns unterstützen kann. Es bedarf der völligen Hingabe und Opferfreudigkeit jedes Einzelnen, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden soll. In diesem Sinne richten wir an alle Mitglieder unseres Vereins die Mahnung, wo es geht, die Tendenzen desselben für seine Person zum Ausdruck zu bringen!

**Fürstenwalde a. d. Spree.** In einer antisemitischen Versammlung zu Fürstenwalde trat Prediger Wolff gegen einen antisemitischen Führer auf und ließ in seiner Entgegnung die Worte fallen, er sei bereit, den „Talmud und die jüdische Sittenlehre" zum Gegenstand eines besonderen Vortrages zu machen. In der That veranlaßte ihn eine Anzahl christlicher Bürger, sein Versprechen einzuhalten. Ueber den Vortrag, den ungefähr 1000 Personen angehört haben, berichtet das conservative „Fürstenwalder Wochenblatt":

„Wir können es nur loben, wenn ein jüdischer Geistlicher gegenüber den zahllosen — ob berechtigten, ob unberechtigten — Angriffen des Talmuds, dieses Werk zum Gegenstande eines Vortrages erwählt. Der Redner des Abends, Prediger Wolff oon hier appelirte beim Beginnen an die Ritterlichkeit des Publikums, da er hier fast fremd und keinem hiesigen Vereine angehöre. Herr Wolff kann sich nicht beklagen. Die vielen hundert Zuschauer aus allen Parteien haben den nicht kurzen Vortrag ruhig, fast andächtig angehört. Herr Wolff gab ein ausführliches Bild über die Entstehung, den Inhalt und das Verhältniß des Talmuds zu den außerjüdischen Culten und brachte außerdem zahlreiche Allegorien ung Sprüchwörter aus jenem Werke. Ferner berührte er den jüdischen Eid, Patriotismus und die Arbeitsliebe des Judenthums. Was in den Ausführungen richtig ist oder gefärbt, können wir nicht beurtheilen. Daß der Redner sein Thema vollauf beherrscht und mit Begeisterung für sein Judenthum eintritt, ist ja natürlich. Freilich hat der zweite Redner, Herr Alexander Berg aus Berlin fast sämmtliche Beschuldigungen gegen den Talmud aufrecht erhalten und krasse Beispiele über die Vaterlandslosigkeit mehrerer jüdischer Journalisten, z. B. Julius Wolff, Rosenthal aus Paris, sowie über den jüdischen Mädchenhandel in Galizien dargestellt. —

Der erste Redner konnte nicht mehr zu Worte kommen, denn nun brach ein Sturm los, darin kein Mensch mehr ein vernünftiges Wort hören konnte." —

Wir können es nur anerkennend begrüßen, wenn die Juden, wie Herr Prediger Wolff endlich heraustreten und sich zu einer energischen Abwehr des kultur feindlichen Antisemitismus aufraffen. Gewiß wird es im Anfange schwierig, sich gegen den so lärmend auftretenden Antisemitismus zu behaupten, aber auch in diesem Kampfe ist der Sieger, der Geduld und Ausdauer hat. Darum richten wir den ebenso warmen wie kräftigen Appell an die jüdischen Mitbürger, wo und wann es nur geht, dem Antisemitismus entgegenzutreten, nicht aufdringlich, sondern ruhig und sachlich. Es ist unzweifelhaft, daß dadurch viele Elemente gewonnen werden, die aus dem Schweigen der Juden auf ihre Muthlosigkeit, ja auf ihr Schuldbewußtsein schließen wollen!

Die „Schlesische Morgenzeitung" vom 22. Dez. 1892 enthält aus **Sagan** folgende Notiz:

„Hier hielt der Ortsverband der Gewerkvereine eine Versammlung gegen den Antisemitismus ab. Es wurde behauptet, daß die jüdischen Arbeitgeber hier bessere Löhne zahlten, als die als Antisemiten bekannten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Woithe'schen

Lokale abgehaltene Ortsverbands-Versammlung erklärt sich als entschiedener Gegner des Antisemitismus, spricht ihre Zufriedenheit mit dem Verhalten der hiesigen jüdischen Mitbürger aus und tadelt auf's Schärfste das Verhalten der Antisemiten."

## Antisemitische Volksversammlung in Gransee.

Daß es den Antisemitenführern keineswegs so sehr in den Sinn kommt, angeblich durch das Judenthum verursachte Schäden zu bekämpfen, wie überhaupt bei jeder passenden, zumeist aber unpassenden Gelegenheit im Trüben zu fischen, unbekümmert darum, ob durch ihr Vorgehen in eine bisher völlig friedliche Bevölkerung Rassenkampf und Rassenhaß hineingetragen wird, das beweist wieder einmal in schlagendster Weise ein Vorfall, der sich in jüngster Zeit in dem märkischen Städtchen Gransee abgespielt hat.

In diesem Ackerstädtchen mit etwa 4000 Einwohnern lebt überhaupt nur eine jüdische Familie, deren Oberhaupt sich infolge eines langjährigen rechtschaffenen Wandels der allgemeinen Achtung seiner Mitbürger erfreut, was diese ihm durch wiederholte Wahl in das Stadtverordneten- und Magistratscollegium bewiesen haben. Ferner leben in dem Wahlkreise, zu dem Gransee gehört, im ganzen nur etwa 15—20 jüdische Familien, und es war daher allgemein überraschend, daß in diesem Kreise, in dem man von den Juden kaum irgend etwas gespürt hatte, für den 22. Dezember eine antisemitische Volksversammlung angesetzt wurde, in welcher der Abg. L. Werner-Cassel über „Die Vorkommnisse der jüngsten Zeit" sprechen sollte. Es war deshalb mehr Neugierde als wirklich sachliches Interesse, daß der zu der Versammlung bestimmte Saal schon lange vor der festgesetzten Zeit überfüllt war, namentlich waren es die Bauern der Umgegend, die zu dieser Versammlung ein großes Contingent gestellt hatten.

Hr. Werner sprach nach einer rhetorischen Verbeugung vor der Urtheilsfähigkeit und politischen Reife dieser Versammlung, über den conservativen Parteitag vom 8. Dezember, den Rector Ahlwardt, dessen Prozeß und seine Wahl in Arnswalde-Friedeberg, den Brief Loewe's an die französische Regierung und zog endlich auch noch den Panamaskandal in Frankreich an den Haaren herbei, um aus der Thatsache, daß sich in der großen Zahl jener Schwindler auch einige Juden befinden, für die antisemitische Sache Kapital zu schlagen. Dieser speciell antisemitische Theil seines Vortrages hatte bei den Zuhörern den Erfolg, daß, als er nach demselben eine kleine Pause eintreten ließ, eisiges Schweigen seinen Ausführungen lohnte. Weit glücklicher war der Redner im zweiten Theil seines Vortrages, der das antisemitische Programm behandelte, was kaum verwunderlich erscheinen dürfte, da dieses Programm bekanntlich, einige wenige Punkte abgerechnet, durchweg den Programmen der übrigen Parteien entlehnt ist und somit in einer Versammlung jeder einmal etwas hört, mit dem er sich völlig einverstanden erklären kann. Diese Thatsache und der Umstand, daß natürlich von dem Redner die altbewährten und zugkräftigsten Phrasen nicht gespart wurden, hatten dann auch den Erfolg, daß nach Beendigung des Vortrages wenigstens ein Theil der Versammlung dem Redner spontanen Beifall spendete.

Dem darauf zu Worte kommenden gegnerischen Redner, Herrn Weigt, der Punkt für Punkt den Ausführungen des Hrn. Werner folgte, gelang es, den speciell antisemitischen ersten Theil derselben in einer so gründlichen Weise zu widerlegen, daß Herr Werner in seiner später erfolgenden Replik gar nicht erst auf eine Bekämpfung seiner Ausführungen einzugehen versuchte, sondern sich darauf beschränkte, die später von seinem Gegner bekämpften antisemitischen Programmpunkte noch einmal genügend herauszustreichen und wiederum mit einem neuen Phrasenschwall die streng sachlichen Ausführungen seines Gegners, dem übrigens durch plötzlichen Schluß der Discussion das Wort zur Erwiderung entzogen wurde, zu beantworten. Jedenfalls bewies aber der Beifall, den der gegnerische Redner fand und zwar gerade bei dem Theile der Versammlung, der sich durch Phrasen nicht födern ließ, daß sich in jener Bevölkerung doch ein gut Theil gesunden Menschenverstandes vorfindet, der hoffentlich kräftig genug ist, um eventuell späteren Versuchen der Herren Antisemiten, auch in diese bisher friedliche Bevölkerung durch ihre Agitation Rassenhaß und Zwietracht hineinzutragen, mit der nöthigen Festigkeit und Energie entgegenzutreten.

---

## Die Parteien und der Antisemitismus.

**Conservative und Antisemiten.** In einer Polemik mit der „reinen" Ahlwardt-Partei schrieb die „Kreuzzeitung":

„.... Nach dieser Erfahrung werden sich alle conservativen Politiker von jeder Berührung mit einer Gesellschaft fern halten, die ihnen nur noch in dem Lichte unfreiwilliger Gefolgschaft des Judenthums erscheinen kann. Denn dessen Geschäfte werden offensichtlich besorgt, wenn man denen seiner Gegner, der es selber ernst nimmt, bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten zu schaffen bemüht ist, statt sich zu freuen, daß endlich einmal ein „Berufsheer" an die Stelle der bloßen Freischärler tritt. Nebenbei bemerkt, haben wir Grund anzunehmen, daß im Hintergrunde Leute stehen, denen es um den Antisemitismus in keiner Weise zu thun ist, wohl aber darum, eine Verwirrung zu stiften um jeden Preis. Wenn diese Leute eine Zeitlang gegen das Judenthum Stellung zu nehmen schienen, so spricht der Augenschein dafür, daß sie jetzt im umgekehrten Sinne thätig sind. Sie entgehen der Beobachtung aber in dem Grade, als sie vielleicht glauben."

Hierauf erwiderte die „Staatsbürgerztg.":

„.... Von „Geschäfts-Antisemitismus" kann doch nur da die Rede sein, wo man mit dem Antisemitismus Geschäfte machen will. Das dürfte aber auf die Conservativen der „Krz. Ztg." wohl eher passen, als auf Personen, über deren Aufrichtigkeit bezüglich ihres Antisemitismus bei niemand Zweifel bestehen kann, der sich nicht auf das Feld leerer Verdächtigungen begeben will. .... Wenn die „Kreuz-Ztg." dann, in dem einmal angeschlagenen Tone fortfahrend, davon spricht, daß nach diesen Erfahrungen alle conservativen Politiker von sich eine „Gesellschaft" fern halten werden, die ihnen nur noch im Lichte unfreiwilliger Gefolgschaft des Judenthums erscheinen könne, so wollen wir es ihr in solchen Ausdrücken nicht gleich thun, sondern nur bemerken, daß die Antisemiten sich den Conservativen niemals aufgedrängt haben, sondern nur immer von letzteren der Versuch gemacht worden ist, erstere zu Vorspanndiensten für sich zu benutzen. Das wird allerdings künftig aufhören, wenn man von jener Seite einen solchen Ton anschlägt. .... Es mag hier nur noch hinzugefügt werden, daß auf den mehrfach erwähnten Minnigerode'schen Brief weniger großes Gewicht gelegt worden ist, als auf die Haltung der conservativen Reichstagsfraction in der Angelegenheit des Liebermann v. Sonnenberg'schen Antrages über die Immunität des Abg. Ahlwardt. Da hieß es für die conservative Partei: hic Rhodus hic salta! Aber sie hat es vorgezogen, sich zurückzuziehen, so daß die Antisemiten gezwungen waren, sich auf die Sozialdemokraten zu stützen. War das ehrlich gehandelt?

Wenn die Conservativen nicht den Muth hatten, in einer principiellen Frage für den Mann einzutreten, den sie doch mit in den Reichstag hatten wählen helfen und von dem auf dem conservativen

Parteitage gesagt worden war: „lieber zehn Männer wie Ahlwardt als einen Freisinnigen" — wenn die Conservativen gleichwohl kurz darauf in der Immunitätsfrage mit den Freisinnigen zusammengingen, dann können sie doch nicht erwarten, daß die Antisemiten ihnen trauen sollen! Immer aber nur die Gebenden zu sein und nie die Empfangenden, des sind die Antisemiten müde."

Die Herren scheinen sich gegenseitig ganz genau zu kennen; aber sie werden — sich wieder vertragen. „**Ahlwardt**" ist ihre gemeinsame Parole.

**Aus dem Königreich Sachsen** schreibt man dem conservativen „Reichsboten":

„Die reinen Antisemiten wollen von einem Zusammengehen mit den Conservativen nach wie vor nichts wissen. Sie beweisen schlagend, daß es ihnen nicht um die Sache zu thun sei, sondern um ihre eigenen werthen Personen. In der Selbstverherrlichung, in der Ausnutzung der Claque, in der als Selbstzweck betriebenen Verhetzung zeigen sie die Gepflogenheiten der niederen Demagogie. Sie finden neuerdings einen gewissen Rückhalt in einem Dresdner Blatte, das immer noch für conservativ ausgegeben wird, obwohl es männiglich bekannt ist, daß es seinen Standpunkt nach der herrschenden Volksstimmung einnimmt und die Aenderung des Standpunktes nicht einmal zu verschleiern oder zu begründen für nöthig hält."

Nicht der conservative Abg. v. **Minnigerode**, sondern sein welfischer Namensvetter hat den Antisemitismus einen schmachvollen Krebsschaden am Körper des deutschen Volkes genannt.

**Der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes**, v. Plötz, veröffentlicht in der letzten Nr. seines Organs einen Leitartikel über die kürzlich stattgehabte Landtagsersatzwahl in Stolp-Lauenburg, welcher an antisemitischer Verhetzung das Möglichste leistet. Die Angriffe auf die Juden sind förmlich an den Haaren herbeigezogen. Es handelt sich hier um eine Demagogie im schlimmsten Sinne des Wortes. Immer deutlicher ist seit dem Tage von Tivoli die Absicht der Conservativen zu erkennen, mittelst des Antisemitismus ihr leck gewordenes Schiff wieder flott zu machen.

**Hannover**, 26. Dezember. Auf die Behauptung des Hrn. Liebermann v. Sonnenberg, daß auch einige „welfische Abgeordnete zu den jüdischen Freicorps zählen", erwidert das Organ der Deutsch-Hannoveraner, die Deutsche Volksztg.: „Ein Freicorps waren wir ja auch im Culturkampfe und unterm Socialistengesetz in Bezug auf die Katholiken und Sozial-Demokraten. Vater jener Ausnahmegesetze wollte später bekanntlich Niemand sein, und so wie damals lehnen wir es auch jetzt ab, uns an einer Hetze zu betheiligen, die auf nichts Anderes hinausläuft, als den Juden durch ein Ausnahmegesetz das ihnen verfassungsmäßig ein Mal zustehende Recht zu nehmen."

**Fürst Bismarck über die Judenfrage.** Ein Berliner Correspondent der Münchener „Allg. Ztg." beschäftigt sich mit der Stellung des Fürsten Bismarck zur Judenfrage und schreibt dabei u. A.:

„Fürst Bismarck hat in Frankfurt mit dem alten Rothschild, in Berlin mit Hrn. v. Bleichröder in sehr guten Beziehungen gestanden und der letztere bewahrt dem Fürsten auch heute noch eine Ergebenheit und dankbare Anhänglichkeit, an welcher viele unserer „patriotischen" christlichen Landsleute sich ein Muster nehmen könnten. Er dürfte gleichfalls wissen, wie Fürst Bismarck über die Bestrebungen des Antisemitismus denkt. „Tageblatt" und „Freis. Ztg." würden viel eher im Rechte sein, wenn sie dem Fürsten Bismarck die Vaterschaft für die Stellung zuschrieben, welche die Juden heute gesetzlich und verfassungsrechtlich in Deutschland einnehmen. Fürst Bismarck hat ihre Emanzipation durch das Gesetz vom 3. Juli 1869, welches gegen seinen Willen nie zu Stande gekommen wäre, erst vollendet, wie er es gewesen ist, der in Artikel 3 der Reichsverfassung die Gleichberechtigung der Confessionen mit der verfassungsrechtlichen Bürgschaft umgab."

Die „Hamb. Nachr.", das Organ des ehemaligen Reichskanzlers, reproduziren diese Correspondenz und drücken ihr mit der Bemerkung: „Wir halten das für zutreffend" den Beglaubigungsstempel auf.

## Aus der antisemitischen Partei.

**Aus Ulm**, den 21. Dezember wird der „Frkft.-Ztg" geschrieben: Vor einigen Monaten berichtete die „Frankf. Ztg." von hier, daß nach Vorschrift der Wachordnung für die Ulmer Garnison jeden Tag die neueste Nummer der „Ulmer Schnellpost" auf jede Wache verbracht werden und dort 24 Stunden, also bis zum Erscheinen der nächsten Nummer erhalten werden müsse. Die Thatsache verdient öffentliche Beachtung, weil der Verleger der Ulmer Schnellpost, zugleich Rittmeister der Landwehrkavallerie, seit mehr denn Jahresfrist sein Blatt zu einem Organ des wüstesten Antisemitismus der Ahlwardt'schen Richtung gemacht hatte. Das Kaiserliche Gouvernement, dem die Wachen unterstehen, hatte die Thatsache nicht dementirt. Das wäre auch unmöglich gewesen, da die Wachvorschrift mit dem erwähnten Passus in einer Menge von Exemplaren gedruckt vorliegt. Noch größeres Aufsehen erregt hier eine „offene Anfrage", die Seitens der Ulmer Zeitung neuestens an das Kaiserl. Gouvernement gerichtet worden ist. Sie lautet:

„In weiteren Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft erhält sich das Gerücht, wonach seitens der zuständigen Militärbehörden alljährlich 300 Exemplare der Ulmer Schnellpost für die Mannschaften der hiesigen Garnison abonnirt und die hierdurch bedingte Auslage für Abonnementsgebühren aus den Ueberschüssen der Kantinen bestritten werden. Sollte dies zutreffend sein, was wir trotz der vielfachen Versicherung der Wahrheit jenes Gerüchtes noch bezweifeln, und nimmt man die früher schon einmal erwähnte Thatsache hinzu, daß laut neuester Vorschrift den militärischen Wachen mit Ausnahme der Ulmer Schnellpost keine Druckschriften zugehen dürfen, so würden sich unseres Erachtens die Militärbehörden der Festung Ulm in einem directen Widerspruch zu den jüngst seitens des Reichskanzlers im Reichstage gemachten Ausführungen betr. die antisemitische Agitation befinden. Und da man weiß, daß jene Ausführungen auf kaiserlichen Intentionen beruhten, erscheinen die hier gerüchtweise verbreiteten Maßnahmen der betr. Militärbehörden als den Anschauungen des obersten Kriegsherrn, des deutschen Kaisers, stracks zuwiderlaufend. Da wir nicht annehmen können, daß ein derartiges in der ganzen Bürgerschaft Aufsehen erregendes Gerücht unaufgeklärt bleiben darf, sei hiermit das kaiserliche Gouvernement um eine offizielle Erklärung hierüber geziemend ersucht."

Wie wir zuverlässig hören, wird das Kaiserl. Gouvernement auf diese Anfrage eine Antwort nicht ertheilen, weil die hier berührte Angelegenheit nicht das Gouvernement, sondern die einzelnen Regimentscommandeure oder den Kontingentsältesten berühre. Dagegen sind diejenigen Bestimmungen der Wachordnung, die von der „Ulmer Schnellpost" handeln, neuerdings weiß überklebt worden, womit sie wohl als abgeschafft gelten dürfen. Ueber jenes neueste Gerücht aber wird sich, wenn auch nicht das Gouvernement, so doch jede andere zuständige Militärbehörde aussprechen müssen. Die „Ulmer Schnellpost" hat Ahlwardt's „Judenflinten" in wüstester Weise breitgeschlagen, sie hat den Verfasser in den höchsten Tönen gepriesen und feiert ihn heute noch als deutschen Helden. Man kann sich kaum vorstellen, wie es auf die große Garnison hier wirkt, wenn ihr täglich in 300 Zeitungsexemplaren die geistige Kost der Ulmer „Schnellpost" verabreicht wird, wenn dem gemeinen Mann seine Waffe als unbrauchbar und Herr Ahlwardt als Held und Märtyrer geschildert wird.

Vollends unrichtig muß es sein, daß das Abonnement für die 300 Exemplare aus Kantine-Ersparnissen bezahlt werde, denn letztere sind ausdrücklich dazu bestimmt, wieder für das Wohl der Mannschaft verwendet zu werden. Eine offizielle Widerlegung des umlaufenden Gerüchts erscheint also unumgänglich nöthig.

**Als Agitatoren der Ahlwardtianer** thun sich neuerdings **evangelische Geistliche** besonders hervor. Bei der Weihnachtsfeier des Deutschen Antisemitenbundes in Berlin hielt ein solcher Prediger der Liebe, Pastor Röbenbeck (Klein-Glienecke) eine Ansprache, welche mit folgenden Worten schloß:

„Das Weihnachtsfest ist im tiefsten Grunde ein sociales Fest. Jesus war ein Demagoge im guten herrlichen Sinne des Wortes. Deshalb wollen wir uns von kurzsichtiger Beurtheilung unserer Kampfesweise nicht schrecken lassen. Unter dem Weihnachtsbaum wollen wir lernen, rechte, treue Führer unseres Volkes zu werden, um mit dem Friedenssinn im Herzen den Kampf mit den edlen Waffen des Geistes zu führen, die nicht weichen vor der Macht, unter der unser Volk seufzt, vor der Judenmacht. Diese Macht zu brechen, sei unser Ziel, und daß sie gebrochen werde, sei unsere Hoffnung. Mit Gott für Kaiser und Reich, für ein herrliches, judenfreies Reich! Das sei unsere Losung und das walte Gott."

**Werner und Böckel.** Das Werner'sche „Antisemitische Volksbl." schreibt:

„In Nr. 566 des „Reichsherold" befindet sich ein Artikel, der sich mit der Person des allverehrten, hochgeachteten Herrn Grafen Walderlee beschäftigt, dessen Charakter über jeden Zweifel erhaben ist. Wir fühlen uns veranlaßt, zu erklären, daß wir den Inhalt des Artikels **auf das Schärfste verurtheilen.** Wir nehmen bestimmt an, daß **Hr.** Abg. Dr. Böckel, der häufig von Marburg abwesend ist, zu dem fraglichen Artikel in keinerlei Beziehung steht."

Daß Abg. Böckel den Artikel geschrieben hat, **stellt** er selbst nicht in Abrede.

**Das „Volk"** enthält folgende Briefkasten-Notiz:

„Herr Hofprediger **Stöcker**, der seit sechs Wochen halsleidend ist, war in der Sitzung des Reichstages, in welcher die Einstellung des Strafverfahrens gegen Ahlwardt verhandelt wurde, nicht anwesend, weil es als ausgemacht galt, daß die Angelegenheit erst am darauffolgenden Tage zur Berathung kommen würde."

Ob die antisemitischen Kartellgenossen des Herren Hofpredigers sich mit dieser Entschuldigung zufriedengeben und den ihm ertheilten Rüffel zurücknehmen werden, möchten wir bezweifeln. Denn aus der obigen Notiz ist nicht zu ersehen, daß Herr Stöcker, falls er anwesend gewesen wäre, **für** den Antrag Liebermann gestimmt haben würde.

**Ueber den Weihnachts-Commers der Antisemiten Berlins** stellt der hiesige Correspondent der „Köln. Volksztg." Betrachtungen an, an deren Schlusse es heißt:

„In meinem Stamm-Café saßen am nächsten Morgen noch einige übernächtige Commers-Theilnehmer, die mit etwas schwerer Zunge die „Judenfrage" zu lösen suchten — zum Amusement der anwesenden jüdischen Morgengäste, die so beim Morgenkaffee zugleich von den Commers-Vorgängen unterrichtet wurden. Einen Begriff von dem Christenthum der Herren mag die Thatsache geben, daß sie lallend das Thema erörterten, ob Christus ein „Arier" oder „Semit" gewesen sei."

# Wie's gemacht wird!

In Nr. 565 des „Reichsherold" lesen wir:

Herrn Dückhardt, Butterstädter Höfe! Sie haben in Altenmittlau erklärt, daß ich Ihnen **für jede Ortsgruppe, die Sie gründen, 20 Mark geboten habe.**

Ich erkläre dies hiermit öffentlich für eine Unwahrheit.

Ferner mache ich hiermit öffentlich bekannt, daß Sie mir am 27. April 1892 auf dem Wege von Ostheim zum Bahnhof in die Hand auf Ehrenwort versprochen haben, dafür zu sorgen, daß der Bauernverein Roßdorf sich als Ortsgruppe dem Mitteldeutschen Bauernverein anschließe. Sie beschwerten sich zugleich lebhaft über Herrn Landrath von Oertzen und versprachen wieder auf Ehrenwort, daß Sie von da ab für den Mitteldeutschen Bauernverein wirken würden.

Da Sie heute öffentlich gegen uns agitiren, so erkläre ich Sie hiermit für einen Menschen, der sein Ehrenwort gebrochen hat und überlasse jedem ehrlichen Menschen zu beurtheilen, was er von Ihnen zu halten hat.

(gez.) Dr. Böckel,
Mitglied des Reichstags.

In Nr. 101 des „Main- und Kinzig-Boten" erläßt hierauf Herr A. W. Dückhardt folgende „Erklärung":

1) Ich halte meine in Niedermittlau gemachte Mittheilung, wonach Herr Böckel mir für jede von mir zu gründende Ortsgruppe des Mitteldeutschen Bauernvereins 20 Mark zu zahlen geboten hat, nach wie vor in ihrer ganzen Wucht als wahr aufrecht, mit dem Bemerken, daß ich ein solches Ansinnen als ein in politischen Dingen unsauberes Geschäft von vornherein zurückzuweisen mich gedrungen fühlte.

2) Die weitere daselbst aufgestellte Behauptung, daß ich dem Herrn Dr. Böckel „in die Hand auf Ehrenwort versprochen habe", den Bauernverein Roßdorf als Ortsgruppe dem Mitteldeutschen Bauernverein zuzuführen, sowie für den Mitteldeutschen Bauernverein fernerhin zu wirken, und da solches nicht geschehen, mich meines Ehrenwortbruches schuldig gemacht habe, erkläre ich hiermit öffentlich als eine **gemeine Lüge** und eine **niederträchtige Verleumdung** meiner Person durch **Herrn Dr. Böckel.**

Es muß traurig um eine Sache und die sie vertretende Persönlichkeit bestellt sein, welche in der Oeffentlichkeit dem Gegner gegenüber zu maßlosem Hohn und, wenn der nicht verfängt, **zu Lüge und boshafter Verleumdung greift.**

Butterstädter Höfe, am 15. December 1892.

(gez.) A. W. Dückhardt,
Privatier.

Wo liegt die Wahrheit?

+ **Büdingen**, 22. Dezember. Bei der Bürgermeisterwahl in Glauberg ist der bisher antisemitisch gesinnte Bürgermeister unterlegen; sein Gegencandidat wurde mit 64 gegen 45 Stimmen gewählt.

**Die „Antisemitische Correspondenz“** enthält einen Brief aus Chicago, der der **Alliance israélite**, welche nach Herrn Paasch alle Fäden in der Welt in Händen hält, auch in Amerika bereits eine herrschende Rolle zuerkennt. Danach hätte die Alliance israélite und Baron Hirsch (in Paris) durch die Zwischenperson des Henry Villard (bekanntlich ein geborener Deutscher und Freund von Karl Schurz) eine Million Francs zum Wahlfonds der demokratischen Partei beigetragen. Gegenleistung: freie Juden-Einwanderung aus Rußland. Ebenso müßten die Arbeiter in Amerika nach der Pfeife der Vertreter der Alliance israélite tanzen — und dergleichen amüsante Märchen mehr.

**Im Ahlwardt-Kultus** sind die Sachsen den Berlinern „über“. In Löbtau hat die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen, eine Straße in „Ahlwardtstraße“ umzutaufen. — Demnächst kommt eine Ahlwardt-Büste zum Preise von anderthalb Mark in den Handel.

Als **deutschsozialer** Candidat für die **Reichstagsersatzwahl** in **Liegnitz** ist Herr Carl **Paasch** aufgestellt worden.

Die antisemitischerseits verbreitete Nachricht, daß das Auswärtige Amt die gegen Carl **Paasch** gestellten Strafanträge **zurückgezogen** habe, wird vom „Reichsanzeiger“ als **vollständig aus der Luft gegriffen** bezeichnet.

**Unerhörte antisemitische Rohheit.** Die „Posener Ztg.“ schreibt: Von zuverlässigen Augenzeugen erhalten wir aus Samter folgenden Bericht über ein antisemitisches Heldenstückchen, das an Niedrigkeit und Brutalität schon deshalb kaum seines Gleichen haben dürfte, als die Verüber desselben der sogenannten „akademisch gebildeten“ Klasse angehören. Wir wollen hier unsere Gewährsmänner selbst zu Worte kommen lassen:

„In unserem Bahnhofsrestaurant, welches doch eigentlich nur für das reisende Publikum bestimmt ist, besteht seit Langem ein regelmäßiger Verkehr von Beamten, namentlich solchen, die antisemitisch gesinnt sind. So lange dieses Treiben jedoch kein Aergerniß erregte und nicht in direkte Beleidigungen ausartete, wurde es nicht an öffentlicher Stelle gerügt. Folgendes hat sich aber in der Nacht vom 17. zum 18. zugetragen. Es saßen im Wartesaale I. und II. Klasse der Sanitätsrath Dr. Scheider, der Thierarzt Melzin, der Kreissekretär, der Rentmeister Müller und verschiedene Andere, sogenannte Notabilitäten der Stadt. Die Herren Moritz Mottek und Louis Holländer, der Kaufmann Louis Cohn nebst Sohn aus Breslau sowie eine Dame aus Obersitzko wollten des Nachts um 4 Uhr verreisen. Als Herr Mottek in den Wartesoal trat, wurde er mit schmählichen Beleidigungen vom Sanitätsrath Dr. Scheider überschüttet, und zwar begrüßte ihn derselbe mit den Rufen: „Da kommt schon wiedermal so ein verfluchter Jude, was will denn der Jude, raus mit ihm“ und verschiedene andere Redensarten, die zu gemein sind, um hier niedergeschrieben zu werden. Sch. drohte mit dem Bierseidel in der Hand, und da M. von den anderen Herren nicht mit einem Worte geschützt wurde, und der Uebermacht nicht gewachsen war, verließ er schleunigst den Saal. Als die Genannten nach mehrmaligem Nachsehen, ob die Fahrkartenstelle geöffnet sei, endlich solche geöffnet fanden, schritten Alle heran und dabei spie der Sanitätsrath zweimal vor Heern Louis Cohn aus, und begann wieder auf die Juden zu schimpfen. Um Beschwerde zu führen, ging Cohn ins Stations-Zimmer und wurde vom Sanitätsrath verfalgt. Da die also Insultirten Thätlichkeiten befürchteten, begleiteten alle Heern Cohn. Doch wurden dieselben vom Stationsbeamten nicht geschützt, sondern mußten sich noch neue Beleidigungen seitens des Sanitätsrathes mitanhören. Dr. Scheider wallte den p. Cohn ohrfeigen, doch traf der Schlag den Maritz Mattek ins Gesicht. Wunderbar ist es, daß solchen Herren gegenüber unsere Beamten keine Energie zu besitzen scheinen. Wie es schon bekannt wird, hat die genannte Gesellschaft auch unseren Rabbiner Dr. Wreschner, der in der Nacht um 1 Uhr fortfuhr, und noch in Hamburg weilt, beleidigt. Ein rechtes Beispiel für ihren rücksichtslosen Racenhaß haben die genannten Herren noch den Fahrgästen des um 3/4 7 Uhr abgehenden Zuges bewiesen. Einem Herrn von Mielinski, Pole, den die Herren für einen Juden angesehen haben, wurde der Mantel vom Körper heruntergerissen, dabei wurde Herr v. M. geschlagen und „Judenjunge“ geschimpft; hierbei hatte sich besonders der Thierarzt Melzin in seiner ganzen Größe gezeigt.“

Soweit unsere Gewährsmänner; auf die Sache selbst werden wir natürlich noch zurückkommen. Wie wir von anderer Seite erfahren, soll sich unter den gröblich Insultirten auch eine Dame (wahrscheinlich jene Dame aus Obersitzko?) befunden haben. Da, wie wir ferner hören, eine gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet ist, so wollen wir uns nähere Auslassungen über das Verhalten der dienstthuenden Beamten, deren Namen wir ebenso wie die der übrigen Theilnehmer an dem Skandal noch veröffentlichen werden, auf sparen, bis noch mehr Licht in die ganze abscheuliche Angelegenheit gekommen ist. Wir hegen das feste Vertrauen zu unseren Behörden, daß sie sowohl gegen die aktiv Betheiligten, wie gegen die durch ihr passives Verhalten Mitschuldigen mit einem Ernst vorgehen werden, der hoffentlich seinen heilsamen Eindruck auf ähnliche Kumpane nicht verfehlen und die Ehre unserer Bahnbehörden den Mitbürgern wie dem Auslande gegenüber aufs nachdrücklichste wahren wird.

## Briefkasten.

**Arnswalde.** Daß die Verdächtigungen der Arnswalder Juden in dem „Antisemitischen Volksblatt“ wieder unbegründet waren, vermutheten wir schon. Wenn die Antisemiten in dem dortigen „Platzer'schen Hotel“ Reisende belästigt haben, so wäre es erklärlich, wenn manch Einer nunmehr in's Hotel „Stadt Rom“, oder auch in „Ladisch Hotel“ ginge. Hier wird nicht nach der politischen Parteizugehörigkeit, oder nach der Abstammung gefragt.

**M. H.** in **Duisburg**, **S. F.** in **Wesel**, **E. O.** in **Offenburg i. B.**, **E. B.** in **Ebersbach**, **X.** in **Neuß**, **A. J. C.** in **Hamburg**, **H. H.** in **Altenburg**, **Y.** in **Herford**, **J. S.** in **Ribnitz**. Besten Dank für Einsendung von Flugblättern, Berichten ꝛc. Bitte Ihr Interesse nicht erlahmen zu lassen und uns von Zeit zu Zeit neues Material zu senden.

**R. O.** in **Frankfurt.** Die Frankfurter Zeitung hat ganz Recht. Polen in einer deutsch-soz. Partei sind komisch. Ueberhaupt wenn man in diesem „Deutsch-soz. Verein“ die Ahnenprobe machen wollte!

**D. F. A.** in **Berlin.** Wenn die „Staatsb.-Ztg.“ schreibt, die Wahl in Friedeberg-Arnswalde sei mit den „allerkürzesten“ Mitteln geschehen, so ist das nicht wahr. Die Geldmittel waren so bedeutend, daß die Antisemiten bis an 100 M. für Locale bezahlt haben.

**E. D.** in **P.** Wollen Sie uns bitte das Buch einsenden.

**Oels** in Schlesien. Herzlichen Dank für die ausführliche Darstellung; wir kommen auf die Sache zurück.

**Unsere Abonnenten bitten wir, für die Verbreitung des soeben erschienenen „Antisemiten-Spiegels“, (ganze Ausgabe) nach Kräften Sorge zu tragen. Derselbe wird für den überaus mäßigen Preis von 1,10 Mk. incl. Porto sowohl durch unsere Bureaus in Berlin, Frankfurt a. M. (Paulsplatz 6), Marburg, als auch durch die Verlagsbuchhandlung A. W. Kafemann in Danzig bezogen, ebenso durch alle Buchhandlungen. Der „Antisemitenspiegel“ ist ein unentbehrliches Handbuch für Jeden, der sich über die antisemitische Bewegung unterrichten und derselben entgegentreten will.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

**Hierzu eine Beilage.**

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 2. Berlin, den 8 Januar. 3. Jahrg. 1893.


### Abg. von Kardorff über die antisemitische Bewegung.

Im „Deutschen Wochenblatt" vom 22. Dezember bespricht Herr von Kardorff-Wabnitz „die antisemitische Bewegung." Seine Ausführungen verdienen eine eingehende Kritik. Nicht nur des Verfassers wegen, dessen Wort fraglos Tragweite besitzt, sondern hauptsächlich wegen des geradezu typischen Inhalts. Herr von Kardorff sieht die Gefahren der antisemitischen Bewegung; seine Vernunft führt ihn dazu, sie bekämpfen zu wollen. Aber sein Gefühl spielt ihm öfters einen Streich. Er hat sich anscheinend öfters über taktlose Juden geärgert; er ist von gewissen Vorurtheilen nicht frei. Und deshalb geht es ihm wider den Strich, daß die Bekämpfung des Antisemitismus, die an sich eine Nothwendigkeit ist, den Juden zu Gute kommen soll. Diese Zwiespältigkeit ist sehr verbreitet, und deshalb bietet der Artikel ein Interesse, das über die unzweifelhaft interessante Persönlichkeit des Verfassers hinausreicht.

Herr von Kardorff hegt freundliche und unfreundliche Vorurtheile über die Juden. Er schreibt diesem „merkwürdigen Volksstamme" eine „unleugbar hohe geistige Begabung" zu. Er übersieht aber, daß die, im Verhältniß hohen, geistigen Leistungen der Juden ihnen förmlich aufgezwungen werden. Abgesehen von äußeren Umständen, wie dem Leben in den Städten, der größeren Wohlhabenheit, der stärkeren Vertretung in gewissen Berufen, zwingt sie der Druck, unter dem sie stehen, ihre Fähigkeiten voll anzustrengen. Wo der Druck seit längerer Zeit nachgelassen hat, wie in Holland, ist von der geistigen Begabung auch viel weniger zu entdecken. Und wir sind überzeugt, daß jede Gemeinschaft, die denselben Existenzbedingungen ausgesetzt wäre, unter denen die Juden leben, ebenfalls eine unverhältnißmäßige Bedeutung erlangen würde. Es ist eben ein Grundfehler, die Juden merkwürdig zu finden, sie sind Menschen wie alle anderen. Jede Betrachtung, welche von der nüchternen wissenschaftlichen Prüfung abweicht und die Juden „merkwürdig" findet, wird von Vorurtheilen nicht frei sein. In der Betrachtung der Juden zeigt sich da ein mystisch-religiöses Element. Sie sind zugleich auserwählt und verdammt, daher die Vorurtheile nach beiden Richtungen.

Die unfreundlichen Vorurtheile, die Herr von Kardorff in der Judenfrage hegt, zeigen sich namentlich in der auch sonst so häufigen Verallgemeinerung dessen, was an einzelnen Juden nicht gefällt. Wer mager ist, spottet über die fetten Juden, und wer fett ist, über die ausgemergelten Juden. Wer aber nicht weiß, ob er sich für die mageren Leute oder für die fetten entscheiden soll, der findet sie zugleich fett und mager. So ergeht es Herrn von Kardorff in der sozialen Frage. Ihm erscheinen die Juden zugleich als Träger des mobilen Kapitals und als Radikale, die den Besitzlosen gegen den Besitzenden aufstacheln. Rothschild und Lassalle in einer Person. Und von den Juden überträgt sich derselbe Widerspruch auf die Antisemiten. An der einen Stelle des Artikels haben die Antisemiten ihre Anhänger unter denjenigen, welche an der Aufhetzung der Besitzlosen gegen die Besitzenden durch die jüdisch-freisinnige Partei Anstoß nehmen. Auf der zweiten Seite seines Artikels verdankt die antisemitische Partei ihre Erfolge wesentlich auch ihren sozialistisch-anarchistischen Ideen — Herrn von Kardorff könnten es die Juden zu Dank machen, wenn sie agrarische Neigungen hätten. Er wirft ihnen Mangel an Liebe und Verständniß für die Bedürfnisse der Landwirthschaft vor. Liegt das aber nicht im Wesentlichen an ihrer Eigenschaft als Städter, und haben denn die übrigen Städter soviel Liebe für die agrarischen Interessen? Würden zudem die Juden, wenn sie sich den Agrariern anschließen, die Neigung der Kreise erwerben, die sich aus sozialistisch-anarchistischen Ideen der antisemitischen Bewegung angeschlossen haben? Sicherlich nicht. Wenn wir nicht a priori urtheilen, sondern a posteriori die Friedeberger Wahl ins Auge fassen, die theils unmittelbar, theils in ihren Wirkungen auf den conservativen Parteitag zu dem Kardorff'schen Artikel die Veranlassung gegeben haben dürfte, so steht es fest, daß der antisemitische Sieg nicht unter agrarischer Flagge erfochten worden ist. Ahlwardt's Agitatoren haben sich vielmehr mit Entschiedenheit gegen die Getreidezölle ausgesprochen. Warum macht Herr von Kardorff die Juden also für die Tendenzen verantwortlich, welche auch die Antisemiten im Wahlkampfe verfochten haben?

Der Artikel des Herrn von Kardorff beweist, daß er in der antisemitischen Bewegung eine Gefahr sieht. Trotzdem mißbilligt er die Vereine gegen den Antisemitismus. Er fürchtet, die Juden würden durch uns zu üppig werden. Er wirft uns vor, daß wir eine Judenschutztruppe genannt werden. Wir sind hierbei allerdings in guter Gesellschaft. Um von anderen Personen zu schweigen, sind ja auch Pius IX. und Fürst Bismarck als Judengenossen denunzirt worden.

Wir treten aber gar nicht für die Juden als solche ein, die uns persönlich höchst gleichgültig sind, sondern einmal für das Recht der Minderheit. Man sagt, diese Minderheit sei mit ihrem Einfluß auf die Presse und ihren Geldmitteln mächtig genug, sich selbst zu vertheidigen. Sie hat sich aber der Bewegung gegenüber so schwach erwiesen, daß nur zwei Dinge möglich sind, die allerdings praktisch auf dasselbe hinauskommen. Entweder sind die Bedingungen für einen jüdischen Einfluß nicht vorhanden, oder der Einfluß wird nicht ausgeübt. Letzteres ist unseres Erachtens der Fall. Wir glauben in der That, daß man mit Reichthum Manches ausrichten kann; wir haben aber bisher nicht bemerkt, daß die reicheren Juden für die Vertheidigung ihrer Glaubensgemeinschaft besondere Opfer gebracht haben. Wenn es, um von anderen Verleumdungen zu schweigen, nicht gelungen ist, die mittelalterliche Fabel vom Ritualmord aus der Welt zu schaffen, so scheint uns die Gefahr, daß „die Juden" zu üppig werden, nicht gerade groß. Indem wir die Juden als

Minderheit vertheidigen, handeln wir deshalb im Interesse der Gewissensfreiheit. Die Haltung der katholischen Presse, die sicherlich nicht philosemitisch ist, ist uns hierfür ein Beweis. Eine Gefahr, daß die Juden eingebildet werden, liegt zudem sicherlich mehr in der antisemitischen Behauptung, daß Deutschland total verjudet sei und daß die Juden die Welt beherrschen, als in unserem Standpunkte, daß die Juden ganz gewöhnliche Menschenkinder sind.

Zum Anderen bekämpfen wir in der antisemitischen Bewegung gewisse anarchistische Tendenzen — und daß wir hierin Recht thun, beweist uns der Artikel des Herrn von Kardorff. Er hätte seinen Artikel nicht geschrieben, wenn er im Antisemitismus nicht eine Gefahr sähe. Sind wir zu tadeln, daß wir diese Gefahr vor ihm entdeckt haben? oder daß wir nicht im „Deutschen Wochenblatt" gegen den Antisemitismus auftreten, sondern in den „Mittheilungen"?

Drittens bekämpfen wir in dem Antisemitismus das Pharisäerthum, das den fremden Splitter sieht, aber nicht den eigenen Balken. Wir treten aus Rechtsgefühl dafür ein, daß man den Juden mit demselben Maße mißt, wie den Christen.

Dagegen verstößt Herr von Kardorff an mehreren Stellen, sicherlich ohne sein Verschulden, durch die Schuld einer Presse, welche meist nur das den Juden Ungünstige verzeichnet. So zum Beispiel ist zwar von dem vaterlandslosen Schreiben Loewes an Boulanger die Rede. Davon aber, daß ein anderes (nicht jüdisches Haus) die darin erbetenen Lieferungen wirklich erhalten und ausgeführt hat, daß Krupp ein ähnliches Schreiben an Napoleon III. gerichtet hat, daß zur Zeit des Loeweschen Schreibens mit Wissen der Regierung Pikrinsäure für die Pulververbreitung und — Holz aus unseren Staatswaldungen für die französischen „berühmten" Baracken geliefert worden ist, scheint er nicht gelesen zu haben, und das läßt doch das Loewesche Schreiben in gänzlich anderem Lichte erscheinen.

Noch schlagender ist ein zweites Beispiel. Auch Herr von Kardorff erwähnt den so oft citirten Ausspruch eines jüdischen Redacteurs, das Herrenhaus, in welchem die Synode sich versammelt hatte, müsse desinfizirt werden. Man hätte den frechen Menschen einfach bestrafen sollen, daß ihm die Lust zu Wiederholungen verging, und damit fertig. Statt dessen fructifizirt man seinen Ausspruch gegen die Juden überhaupt, die in ihrem Urtheil über den besagten jüdischen Redakteur mit Herrn von Kardorff in ihrer überwiegenden Mehrheit fraglos übereinstimmen. Herr von Kardorff weiß aber augenscheinlich nichts von den Aeußerungen antisemitischer Schriftsteller über religiöse Fragen. Wir lassen deshalb einige dieser Aussprüche folgen.

Die Juden haben Recht gethan, daß sie die aus ihrem Dunkel hervortretende Sekte (der Christen) nicht dulden wollten, daß sie dieselbe in Gemeinschaft mit den ebenso wenig zu tadelnden Heiden zu unterdrücken suchten . . . Das Christenthum war der Jesuitismus der antiken Welt.

G. Fr. Daumer.

Ein Kind wilder Ehe der jüdischen Religion mit dem Platonismus ist die Herrschaft des Christenthums, wenn wir von allen priesterlichen Spitzfindigkeiten absehen wollen, die Verjudung der Menschheit.

Wilhelm Marr.

Nur zu oft legen sie dem Christenthum als Verdienst bei, was dem älteren Judenthume oder Heidenthume gehört und fast ohne Ausnahme verschweigen sie die entsittlichenden Wirkungen des Christenthums, wie auch die Fülle der Schandthaten, welche die Geschichtsbücher des Christenthums füllen und diesem eigenthümlich waren.

Radenhausen.

Ein Sohn Gottes, der mit der Uhr in der Hand am ersten Januar des Jahres Eins, fünftausend fünfhundert oder viertausend Jahre nach der Schöpfung in Bethlehem oder Nazareth das Licht der Welt erblickte, hilft Niemanden etwas, der 1878 Jahre nach diesem Zeitpunkt sich mit Gott und der Creatur abzufinden hat.

Paul de Lagarde.

„Die protestantischen Geistlichen aller Schattirungen sind nichts als theologisch angefärbte Projektionen politischer Veilletäten: Maden, welche die Farbe der sie fütternden Frucht annehmen . . ."

„So hoch das Evangelium über dem Talmud steht, die Juden wären Narren, wenn sie ihre altmodische, aber derbe und warme Kleidung gegen die plundrigen Lumpen des heutigen Protestantismus umtauschen wollten. Wir können jenen Juden nehmen, aber nicht geben, denn jede Religion, sogar *Fetischismus*, ist besser als der Mischmasch aus fader, feiger Semtimentalität, und den abgestandenen, angefaulten Resten des Christenthums, den wir heutzutage Protestantismus nennen."

Paul de Lagarde.

. . . Redlichkeit liebende Protestanten, deren es in diesem Lande nicht wenige giebt, werden sich mit Abscheu von ihren bisherigen sogenannten Kirchen abwenden, wenn sie in Erfahrung bringen, was für Schurken Jene waren, die den Protestantismus ins Leben riefen.

Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, verdorrt das Gras, geistige Leere, Verwilderung der Sitten, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte; ein Protestant, der nach Luthers Rezepten lebt, ist ein Ungeheuer; Vandalismus unb Protestantismus sind identische Begriffe.

Rohling.

Wir müssen uns mit diesen Stichproben aus Mangel an Raum begnügen, weitere Nachweise finden sich im Antisemitenspiegel S. 137 ff. Und es handelt sich hier nicht um eine gelegentliche freche Aeußerung eines unbekannten Redacteurs, die, für den Tag geschrieben, mit dem Tage vergeht, sondern um die grundsätzlich gehässige und feindliche Stellung fast aller bekannteren antisemitischen Schriftsteller. Bedenkt man, welche andauernde Entrüstung der jüdische Redacteur hervorgerufen hat, wie sehr aber Rohling auch von unseren protestantischen Antisemiten beschützt wird, welch hohe Werthschätzung Lagarde genießt, so giebt es nur zwei Erklärungen, die wahrscheinlich beide richtig sind. Erstens, daß gewissen Zeitungen die Synode näher steht als Luther oder Christus. Zweitens, daß die Person mehr angesehen wird, als die Sache, daß bei Antisemiten wohlwollend mit in den Kauf genommen wird, was bei Juden tiefste Entrüstung erregen würde. —

Verdient die freisinnige Presse, zu der wir im Uebrigen in keiner Beziehung stehen, nicht Dank, daß sie diesem Pharisäerthum entgegentritt? Daß Herr von Kardorff die freisinnige Presse aber eine jüdisch-freisinnige nennt, ist das unvorsichtig? Wenn er den Antisemiten lästig fällt, werden sie nicht verfehlen, auch das „Wochenblatt" jüdisch zu nennen. Und mit Rücksicht auf einen hervorragenden Mitarbeiter des Blattes jedenfalls mit demselben Recht oder mit mehr Recht, als manches freisinnige Blatt, dem man mit der Abstammung des Redakteurs das Stigma der Parteilichkeit aufdrücken wollte.

Zur Beurtheilung des Judenthums dieser freisinnigen Presse möchten wir kurz die analoge Haltung des Abgeordneten Bamberger besprechen, dessen Patriotismus Herr von Kardorff als zweiffellos anerkennt. Wäre Herr Dr. Bamberger mehr Jude als Deutscher, so würde er in der Colonialfrage nicht eine so ablehnende Haltung einnehmen. Er würde sich sagen, das es für Juden und Judenthum durchaus gleichgültig ist, ob und in welchem Umfang Colonialpolitik getrieben ist, daß aber bei den herrschenden Zuständen sein Eintreten gegen die Colonialpolitik den Juden insgesammt Anfeindungen zuzieht— und thatsächlich zugezogen hat. Er handelte aber seinem Gewissen nach als Deutscher und nicht als Jude und bekämpfte deshalb die Politik, die er für schädlich hielt.

In derselben Lage befinden sich die jüdischen Redacteure freisinniger Blätter, die schließlich doch auch nur eine Minderheit der freisinnigen Redakteure ausmachen.

Als Juden würden sie so manchen Zustand durchgehen lassen, dessen Schädlichkeit sie zu erkennen glauben, der aber für das Judenthum gleichgiltig ist. Als freisinnige Redacteure glauben sie diese Zustände bekämpfen zu müssen, auch wenn dies zu Anfeindungen ihrer Glaubensgenossen führt. Was

die jüdische Presse — das heißt die für Juden geschriebenen Zeitungen — kennt, weiß, daß ihre Haltung eine durchaus verschiedene und meist nichts weniger als oppositionelle ist. Unter der Minderheit zum Beispiel, die den Volksschulgesetzen mit Wohlwollen betrachtete, befand sich eine ganze Anzahl jüdischer Stimmen.

Auch das mag ein Beweis dafür sein, wie verfehlt das Schlagwort von der jüdisch-freisinnigen Presse ist.

## Die anthropologische Stellung der Juden.

I.

Der Rassenantisemitismus stützt sich auf den grundsätzlichen Gegensatz zwischen arischer und semitischer Rasse. Schon wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie der Begriff „arische Rasse“ und „Rasse“ überhaupt höchst problematisch ist und vor den Ergebnissen der Anthropologie und Ethnologie nicht bestehen kann. Der Ulmer Anthropologentag hat in diesem Sinne ungemein aufklärend gewirkt durch die Vorträge, welche Dr. von Luschan über die „anthropologische Stellung der Juden“ und Prof Dr. J. Kollmann über „Die Menschenrassen Europa's und die Frage nach der Herkunft der Arier“ gehalten haben.

Dr. v. Luschan führte aus: „ . . . Was verstehen wir unter Juden und Semiten. Das erstere nun können wir uns ganz leicht machen, indem wir einfach (mutatis mutandis natürlich) alle Menschen mosaischer Confession als Juden betrachten; um so schwieriger aber ist es, eine befriedigende Definition des Begriffes Semiten zu geben. Die Frage liegt hier nämlich genau eben so, wie mit den Ariern oder Indogermanen, welche so oft schon zum Zankapfel zwischen Sprachforschern und Anthropologen geworden sind. Jene haben im Anfang unseres Jahrhunderts gefunden, daß die alten Inder und Perser, die Griechen und Lateiner, die Kelten, Germanen und Slaven alle mit einander Sprachen redeten oder noch reden, die durch gemeinsamen Wortschatz und verwandte Grammatik eng verbunden sind. Mit nicht geringem Scharfsinn hat man sogar die gemeinsame Urform dieser Sprachen reconstruirt, und alles wäre recht gut und schön geworden, wenn man aus diesen Thatsachen nicht auch die, wie man annahm, „unabweisbare Consequenz“ abgeleitet hätte, daß es einst eine vorgeschichtliche Zeit gegeben haben müsse, in der alle die „indogermanischen Völker“ noch eine Volkseinheit mit einer gemeinsamen Sprache gebildet hätten. Aber diese „unabweisbare Consequenz“ steht mit den anatomischen Thatsachen in Widerspruch und ist deshalb irrig. Freilich giebt es eine indogermanische Sprachenfamilie, aber es giebt keine arische Rasse mehr; die Völker, die heute indogermanische Sprachen reden, gehören verschiedenen Rassen an, die untereinander physisch manchmal gar wenig gemein haben. Man braucht da gar nicht erst an die Kluft zu denken, die etwa den Schweden und Norweger von dem Sicilianer und Südspaniern oder dem arisch redenden Inder trennt, — schon innerhalb einer jeden größeren Versammlung auch hier in Deutschland selbst wird man bei genauer Betrachtung jederzeit so extreme Typen unter seinen eigenen Mitbürgern wahrnehmen, daß, wer nur überhaupt sehen will, sofort begreift, wie der sprachlichen Einheit die physische nicht so völlig entsprechen kann, als man früher gewöhnlich angenommen hat; und wenn wir selbst innerhalb ein und derselben Familie, ja selbst unter Geschwistern diese extremen Formen wiederfinden, die nothwendig auf eine alte Vermischung der arischen Einwanderer mit einer vorarischen Bevölkerung hindeuten....

Ganz genau ebenso aber steht es auch mit den Semiten. Auch dieser Begriff ist ein linguistischer, kein anatomischer, und man würde arg irren, wollte man annehmen, daß bei den alten Semiten Sprache und Rasse sich etwa besser decken als bei den Ariern. Unter dem Namen der Semiten fassen wir seit etwa einem Jahrhundert eine Reihe von orientalischen Völkern zusammen, deren Sprachen unter einander auf das allerengste verwandt sind, so nahe verwandt, daß es sogar Forscher giebt, die thatsächlich nicht von semitischen Sprachen reden, sondern nur von semitischen Dialekten. Wenn auch eine solche Zusammenfassung sicher zu weit geht, so müssen wir doch jedenfalls zugeben, daß die semitischen Sprachen mit ihrem strengen Trilitteralismus, mit ihrer unvergleichlich ebenmäßigen und scharfsinnigen Grammatik und mit ihrem einheitlichen Wortschatze untereinander weit inniger zusammenhängen, als dies die arischen Sprachzweige thun. . . .

Ich kann das Ergebniß der bisherigen Untersuchung dahin zusammenfassen, daß die modernen Juden zusammengesetzt sind: erstens aus den arischen Amoritern, zweitens aus wirklichen Semiten, drittens und hauptsächlich aus den Nachkommen der alten Hethiter. Neben diesen drei wichtigsten Elementen des Judenthums kommen andere Beimengungen, wie sie im Laufe einer mehrtausendjährigen Diaspora ja immerhin möglich waren und sicher auch vorgekommen sind, gar nicht in Betracht.

Ein englischer Forscher hat allerdings das Unglück gehabt, sich durch den Zopf, der auf einzelnen hethitischen Reliefs erscheint, zu einem Vergleiche der Hethiter mit Mongolen verleiten zu lassen und auch Alsberg, den ich mit großer Freude hier unter den Anwesenden begrüße, hat kürzlich in seiner sonst so verdienstlichen Schrift über die Rassenmischung im Judenthume (Virchow-Wattenbach 116) eine ähnliche Ansicht vertreten, die nun natürlich mit meinem Nachweise von der Zugehörigkeit der Hethiter zu den Armenern haltlos geworden ist. Ich würde das hier gar nicht erst erwähnt haben, gäbe es nicht unter den Juden besonders bei Frauen und Kindern ab und zu einmal einen Typus, der durch kleinen zarten Wuchs, tadellosen südlichen Teint, durch tief schwarzes ganz schlichtes Haar, durch fast schwarze tief geschlitzte Augen und eine ganz flache Nase unser Erstaunen erregt und an die zierlichsten japanischen Schönheiten erinnert; aber solche Typen sind so ungemein selten, daß sie uns nicht berechtigen, deshalb auf eine irgendwie bedeutsame Beimischung mongolischen Blutes zu schließen, wenn auch eine solche weder ganz in Abrede gestellt werden soll, noch auch besonders schwierig abzuleiten wäre; sie kommt nur numerisch gar nicht in Betracht gegenüber den drei Hauptelementen, die das Judenthum zusammensetzen: dem hethitischen, dem arischen und dem semitischen.

Ganz dasselbe gilt auch von den Anklängen an den Neger-Typus, denen wir unter den Juden ab und zu begegnen. Man wird nicht irren, wenn man das oft ganz krause Haar, die wulstigen Lippen und das vorgeschobene Gebiß einzelner Juden auf Beimischung von Negerblut zurückführt, zu der ja die Gelegenheit schon in Aegypten gegeben war; aber ebenso starke Anklänge an schwarze Typen kann man auch unter der christlichen Bevölkerung der nördlichen Mittelmeerländer beobachten — sie sind lehrreiche Beispiele für die Energie der Vererbung, aber sie sind der Zahl und der Intensität nach so verschwindend, daß wir sie leicht außer Acht lassen können, so lange es sich nur um eine allgemeine Betrachtung der Hauptquellen handelt, aus denen das heutige Judenthum zusammengeflossen ist.“

## Zur Abwehr.

**Sanitätsrath Dr. Konrad Küster** schreibt in der von ihm herausgegebenen „Allg. D. Universitäts-Ztg.“:

„ . . . Aber Zeit ist es, daß wir die gegenwärtigen unsittlichen Strömungen mit fester Hand beseitigen, ehe sie alles versumpfen. Vor allen Dingen müssen wir dafür einstehen, daß nur sachlich, nicht persönlich gegen die wirklich bestehenden Schäden vorgegangen wird und daß nicht einzig

und allein bestimmte Theile unserer Mitbürger dafür verantwortlich gemacht werden. Eine gewisse angeborene oder vielmehr von Kindheit auf großgezogene Abneigung gegen die Juden hat einen großen Theil der anständig und edel denkenden Deutschen dazu verführt, gegen die verleumderi'chen Hetzereien zweifelhafter, neidischer Elemente gleichgültig sich zu verhalten oder sogar eine innere verschämte Freude darüber zu haben. Es ist traurig, daß sie erst, nachdem sie selbst von diesen zweifelhaften Elementen mit Koth beworfen worden, anfangen, die Hände aus den Hosentaschen zu nehmen. Wenn es nicht so ernst wäre, würde es zum Lachen sein, daß unser stramm antisemitisches Offiziercorps und unsere wenigstens stark mit waschechten Antisemiten untermischten Richter von den Antisemiten beschimpft werden. Die gute Lehre empfangen sie, daß man, was schlecht und unsittlich ist und was die Allgemeinheit stört, stets bekämpfen und nicht so lange warten soll, bis man selbst beworfen wird."

**Zum Fall Morris de Jonge.** Der sozialdemokratische „Vorwärts" brachte am 1. Januar 1893 ein langes „Eingesandt" von Dr. Morris de Jonge, in dem er seine Flucht nach der Schweiz mittheilt, da er es ablehne, sich auf 6 Wochen der Provinzial-Irrenanstalt zu Göttingen zu stellen. Dort sollte anläßlich eines gegen ihn schwebenden Preßprozesses (wegen Beleidigung der preußischen Justizbehörden) sein Geisteszustand beobachtet werden. Jetzt nach einem Jahr hat sich dieser Mann zu der Erkenntniß durchgerungen, daß er unter den „Ariern" ebensolche Schurken gefunden habe, wie unter den von ihm so gehaßten Juden. Er schreibt:

„Ich habe keine Lust, mich hinter die Mauern einer Irrenanstalt zu beschaulicher Inactivität zurückzuziehen. Ich bin vielmehr entschlossen, den Kampf für Wahrheit und Recht und alle ewigen Ideale gegen Lüge, Gewissenlosigkeit, schnöde Gewalt und alle teuflischen Mächte, deren Träger, wie ich schon lange überzeugt bin, gleichermaßen unter Christen wie unter Juden, unter „Ariern" wie unter Semiten zu finden sind, mit eiserner Festigkeit, soweit und so lange Gott mir hilft, fortzuführen — und sollte ich darüber zu Grunde gehen. Da dies aber aus der Abgeschlossenheit einer öffentlichen Irrenanstalt nicht wohl möglich ist, so habe ich es für richtig gehalten, mein Domizil nach der Schweiz zu verlegen, in deren Gebiet ich mich bei Veröffentlichung dieser Mittheilung bereits befinde. Von dort würde ich erst dann zurückkehren können, wenn entweder unsere Gesetzgebung soweit reformirt ist, daß nicht eine einfache Preßbeleidigung, die zudem noch nicht einmal zur öffentlichen Verhandlung gelangt, geschweige denn erwiesen ist, (und warum nicht auch mit demselben Rechte eine einzige angeblich beleidigende mündliche Aeußerung oder gar irgend eine angebliche harmlose „Uebertretung", etwa eine Straßenpolizei-Kontravention?) Anlaß werden kann, einen Staatsbürger in das Irrenhaus einzusperren, aber doch das allgemeine Rechtsgefühl soweit gesundet ist, daß im gegebenen Falle die Donnerstimme des öffentlichen Gewissens die Schuldigen ohne Unterschied der Person zu Boden schmettern würde! Beides erwarte ich nach meinen bisherigen Erfahrungen nicht mehr, und werde ich mich an den traurigen Gedanken gewöhnen müssen, das Gebiet meines Vaterlandes für immer verlassen zu haben."

Ungemein bezeichnend ist es, daß M. de Jonge, wie er selbst schreibt, „von seinen bisherigen politisch-religiösen Freunden zurückgewiesen" ist und sich nun an den sozialdemokratischen „Vorwärts" wendet. Es beweist wenig Kenntniß von dem Geiste der „Kreuzzeitungspresse", wenn Herr Morris de Jonge von ihr jetzt noch Unterstützung erwartet hatte. Sie hat ihn eben benutzt, als er ihr gelegen kam. Jetzt läßt sie ihn fallen, „ritterlich" und „christlich" fallen.

**Von Dr. Ch. M. de Jonge** erhalten wir folgendes Schreiben:

Zürich, 29. 12. 92.

An den Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Berlin.

**Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein zur Abwehr des Antisemitismus,** in dem ich von der Ueberzeugung ausgehe, daß der vereinsmäßige Kampf gegen politischen Schwindel und Wucher noch nothwendiger ist, als der gegen ökonomischen! Ich bemerke jedoch, daß ich nur den **politischen** Antisemitismus für sittlich verwerflich halte, dagegen die Bekämpfung des Judenthums auf religiösem und philosophischem Gebiet sowie auch im gesellschaftlichen Leben für nothwendig halte. . .

Hochachtungsvoll

Dr. Christoph Morris de Jonge.

**Jüdische Religionsbücher.** Auf Grund eines Berichts des Herrn Dr. Deutsch in Burgpreppach an die Kgl. bairische Regierung glaubte sich die „Kreuzztg." zu dem Schluß berechtigt, es gebe keine maßgebenden jüdischen Religionsbücher. Das „Berl Tagebl." parirt den Hieb ungeschickt, indem es behauptet, wenn auch ein einziger Leiter einer Präparandenschule in Bayern dieser Ansicht ist, so berechtige das noch nicht zu der Folgerung, alle vorhandenen Religionsbücher seien für die Moral der Juden nicht maßgebend. In der That haben beide Zeitungen aus dem Bericht des Dr. Deutsch etwas Falsches herausgelesen. Dr. Deutsch hatte in seinem Bericht gesagt:

„Auf die zuletzt ergangene Aufforderung h. Kgl. Regierung theile ich gehorsamst mit, daß ein eigentliches, systematisch und methodisch geordnetes Lehrbuch der israelitischen Religion in hiesiger Präparandenschule nicht eingeführt ist, weil 1. keines der bisher erschienenen Lehrbücher dieser Art dem Bedürfnisse für Schulpräparanden entspricht und weil 2. der eingehende Unterricht in den Quellenschriften der Religion, den wir ertheilen, es als überflüssig erscheinen läßt, die religiöse Lehre noch nach einem systematisch geordneten Kompendium vorzutragen."

Es handelt sich eben um die Thatsache, daß Dr. Deutsch seinen Unterricht lieber nach den Quellenschriften ertheilt, als nach einem zurechtgestutzten Lehrbuche.

**Fürst Radolin ein Antisemit?** In einem Berichte des im antisemitischen Fahrwasser segelnden **amtlichen Wochenblatts** für den Kreis **Arnswalde** über den Weihnachtscommers der deutschsozialen Antisemiten Berlins wird behauptet, daß Fürst Radolin der Feier in den Anfangsstunden beiwohnte. Auch von der Absendung eines Telegramms an den Grafen Walderfee ist die Rede. Beides beruht offenbar auf einem Irrthum, Fürst Radolin weilt in Konstantinopel. Abgesehen davon ist seine Theilnahme an einem derartigen Feste sehr unwahrscheinlich, da Fürst Radolin's Vorurtheilslosigkeit gegenüber den Juden bekannt ist, wovon er auch in seiner Eigenschaft als Besitzer der Herrschaft Jaroein in der Provinz Posen Zeugniß abtegt. Der Bürgermeister des Städtchens Jaroein, auf dessen Wahl der Fürst einen großen Einfluß ausübt, ist Jude.

**Juden- und Deutschenhetze.** In außerdeutschen Ländern kommt es oft vor, daß die Juden deswegen angefeindet werden, weil sie sich als Deutsche zeigen und Deutschthum pflegen. So beklagte sich im Prager Stadtverordnetencollegium ein antisemitisches Mitglied, daß die Juden ihre Kinder, trotz aller Warnungen, in deutsche Schulen schickten. „Auf diese Weise muß das czechische Volk antisemitisch werden!" Und ausdrücklich betonte er, er habe nur die deutschen Juden gemeint, nicht diejenigen, welche es treu mit dem czechischen Volke meinten! — Auch die Polen sind Antisemiten, weil die Juden ihr Deutschthum dadurch beweisen, daß sie auf Seiten der Deutschen stehen. Der „Czas" bespricht die antisemitische Bewegung in Deutschland und schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Es ist hier nicht der Ort zur Kennzeichnung des Standpunktes der Polen zum Antisemitismus. Es verlohnt sich aber daran zu erinnern, daß wir, obwohl der Antisemitismus in den unter preußischer Gewalt befindlichen polnischen Provinzen sich am schwächsten kundgiebt, im Kampfe um unsere nationale Existenz die Juden stets und

unabänderlich in den Reihen unserer eifrigsten Gegner finden. Diese Politik eines Stammes, der sich der herrschenden Nation, die ihn verachtet und zurückstößt, mit seiner Hilfe aufdrängt, läßt sich nur durch den Verfall der moralischen Begriffe in Folge jahrhundertelanger Bedrückung erklären."

Es ist schwer für die Juden, es allen recht zu machen. Den deutschen Juden wirft man in Deutschland vor, sie haben keinen Patriotismus, und die Juden außerhalb Deutschlands erdulden Haß und Schmach, weil sie — Deutsche sind! —

**Vaterlandslosigkeit und Mangel an Tapferkeit bei den Juden** — ist eine der gebräuchlichsten antisemitischen Verleumdungen. Eine Illustration hierzu liefert die Thatsache, daß in der Alt- und Neu-Synagoge zu Prag sich eine große Fahne befindet, vom Kaiser Ferdinand III. den Prager Juden geschenkt wegen ihrer während der Belagerung durch die Schweden bewiesenen großen Tapferkeit.

**Fürsterzbischof Dr. Kohn über den Antisemitismus.** Clericale Blätter zitirten jüngst eine Stelle aus den lithographirten lateinischen Vorlesungen, welche Dr. Kohn seinerzeit an der Olmützer theologischen Fakultät über das canonische Recht gehalten hat. In diesen verdammte er den Antisemitismus, der Rassenhaß predigt. Dann fährt er fort: „Daß die Christen jetzt unter jüdischer Herrschaft seufzen", kommt daher, daß sie „die Weisungen der heiligen Kirche betreffs des Verkehrs mit Juden" nicht „gehörig beachtet" hätten. Welches sind nun diese Weisungen? Die Christen sollen bei Juden keine dienstlichen Stellungen annehmen, nicht zusammen in demselben Hause wohnen, nicht mit einander verkehren, nicht zusammen essen u. a. m. Und Dr. Kohn schließt mit den Worten: „O hätten doch die Christen immer diese Satzungen getreu erfüllt! Weil sie heutigentags die Gesetze der heiligen Kirche nicht achten, deshalb müssen sie es büßen. Wem nicht zu helfen ist, dem ist auch nicht zu rathen!" —

Dr. Kohn predigt die bekannten Moral- und Lebensvorschriften der katholischen Kirche, wie sie auch der Abg. Pscheiden im österreichischen Parlament (11. Februar 1890) ausgesprochen hat und wie sie dem canonischen Recht entsprechen. Daraus ist den Katholiken kein Vorwurf zu machen, denn jeder kann eben verkehren, mit wem er will. Wie aber kann man den Juden den Vorwurf machen, daß sie sich abschließen, während sie in der That es weder wollen noch auch thun? —

## Die Parteien und der Antisemitismus.

**„Die Antisemiten in Ostfriesland** — so schreibt man uns von dort — sind ungemein rührig. Sie verbreiten Flugblätter und halten Versammlungen ab. Unter Anderen hat Liebermann von Sonnenberg gesprochen; auch der bekannte Agitator Danneil aus Bielefeld, welcher inzwischen von seinen eigenen Gesinnungsgenossen über Bord geworfen ist, ist zweimal aufgetreten. Um die Landbevölkerung für sich zu gewinnen, scheuen sich die Antisemiten nicht, in Wort und Schrift den Bauern plausibel zu machen, daß nur die Schutzzölle die durch das judoliberale Wirthschaftssystem heruntergekommene Landwirthschaft zu retten vermögen. Und doch ist es Thatsache, daß nicht blos die Städte Emden, Papenburg und Leer, sondern auch das flache Land durch die Schutzzollpolitik schwer geschädigt worden sind. Wenn die Wühlarbeit der antisemitischen Agitatoren trotzdem nicht ohne Erfolg geblieben ist, so kommt dies daher, daß **die anderen Parteien die Hände in den Schooß legen und ihnen das Feld allein überlassen. Es geschieht nichts**, um das Volk über die ihm gepredigten Unwahrheiten aufzuklären. Es ist die höchste Zeit, daß das Versäumte nachgeholt wird. — Als bemerkenswerth sei noch hervorgehoben, daß dem Vorstande des „Reformvereins" in Leer ein Navigationsschullehrer und der Vorsteher der lutherischen Schule angehören."

☐ **Aus Arnswalde-Friedeberg.** Auch der conservativ-antisemitische „Bauernbund" wurde vor der letzten Reichstagsnachwahl von den Conservativen zu Hilfe gerufen. Der Herr Landrath v. Meyer soll diesen unter der Leitung von Grafen und Baronen stehenden „Bauernbund" dorthin gewünscht haben. Der Herr Amtsvorsteher Ohmnacht in Marienwalde miethete in Klosterfelde ein Lokal für den Bauernbundsredner Lehmann aus Berlin. Herr Lehmann erklärte in dieser Versammlung: Conservativ oder Ahlwardt sei gleich. Herr v. Waldow wolle es nur nicht so schlimm machen, daß die Juden raus müßten. Die Juden würden nur deshalb Rechtsanwälte und Aerzte, weil sie dabei etwas verdienen könnten. (Weshalb werden sie aber Richter, Lehrer, Schriftsteller u. s. w.? Red.) Sogar die „krummen Judenbeine" mußten in dieser Versammlung vorkommen. So wurde in diesem Wahlkreise schon lange seitens des „Bauernbundes" gearbeitet und das ist mit ein Grund für den Erfolg Ahlwardts. Amtsvorsteher adelige und andere Rittergutsbesitzer, Geistliche und sogar Lehrer betheiligten sich an dieser Judenhetze des „Bauernbundes". Vor einem Jahre war auch der bekannte Judenhetzer Herr von Dieſt (Neumarck) in diesem Kreise und hat den Boden antisemitisch beackert. Gastwirthe, die diese Bestrebungen fördern, gelten als bei den Behörden bevorzugt und das will etwas sagen. Herr Amtsvorsteher Ohmnacht bemüht sich persönlich um ein Lokal für den „Bauernbund", aber eine freisinnige Versammlung in Marienwalde gestattet er gesetzwidrig aufzulösen.

Bei der letzten Wahl sind theilweise deutschfreisinnigen Rednern keine Bescheinigungen über erfolgte Versammlungsanmeldungen gegeben worden. Allerdings lag dann irgend etwas, schlimmsten Falls nur ein Irrthum des betreffenden Beamten vor. Wenn Antisemiten zusammen kommen, so sieht das Niemand und auch wir finden nichts Unrechtes darin, kommen dagegen Deutschfreisinnige zusammen, so wird das als unerlaubte Versammlung bestraft. Manche Nationalliberale agitirten für Ahlwardt, obwohl abgemacht war, daß Nationalliberale und Deutschfreisinnige bei der Stichwahl zusammen gehen wollten. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen ein Ahlwardt gewählt wurde.

**Reichelsheim, i. O.**, 20. Dez. Am vergangenen Donnerstag fand hier die Wahl eines Kreistagsmitgliedes statt und wurde als solches unser Bürgermeister, Herr Sebastian Dingelbein, mit 20 Stimmen gewählt. Der durch seinen Antisemitismus auch in weiteren Kreisen bekannte Apotheker Otto Meyer von hier, welcher sich sehr lebhaft um das erledigte Mandat bewarb, erhielt nur 3 Stimmen. — Gestern hatten wir wieder einmal das Vergnügen, den ganzen antisemitischen Generalstab, bestehend aus Böckel, Hirschel und Reuther, hier zu sehen. Dieselben hielten nachmittags eine Versammlung im Gasthause: „Zum goldenen Engel" ab, deren Besuch jedoch nur den Ausschußmitgliedern der in den umliegenden Ortschaften bestehenden Bauernvereinen gestattet war. Dem Vernehmen nach soll eine Besprechung über die im nächsten Jahre vorzunehmenden Wahlen zum hessischen Landtage, wobei die Antisemiten bekanntlich die seitherigen Abgeordneten vollständig beseitigen und durch antisemitische ersetzen wollen, — in unserem Kreise will wieder Apotheker Meyer kandidiren — stattgefunden haben.

**Elberfeld**, 3. Januar. Der bekannte Pastor Iskraut aus Bielefeld hält am 11., 12. und 13. d. Mts. in Elberfeld, Barmen und Mettmann Vorträge über die Judenfrage.

**Aus Leipzig**, wird der „Voss. Ztg." unter dem 1. Januar geschrieben:

„Vor einigen Tagen gelang es der hiesigen Polizei, ein sogenanntes Absteigequartier aufzuheben, in dem wohlsituirte junge und alte Lebemänner ihre Orgien feierten. Durch Verrath der Wirthin ist es dann der Polizei gelungen, noch weitere vierzehn Absteigequartiere derselben Art zu entdecken und gleichfalls aufzuheben. Auf diese Weise

ist eine große Zahl geachteter Bürgerfamilien in kaum glaublicher Weise bloßgestellt worden, denn die betheiligten „Damen" sind keineswegs Prostituirte, sondern Frauen und Töchter achtbarer Bürger. Mehrere von den betheiligten Personen sind bereits verhaftet worden, so die Frau eines biederen Handwerkers, die um des Geldes willen ihre zwei Töchter der Schande preisgab. Ein großer, Aufsehen erregender Sittlichkeitsprozeß wird demnächst diesen unsittlichen Enthüllungen folgen."

Ein ähnlicher Skandal hat sich schon vor kurzer Zeit dort ereignet. Damals betheiligten sich ausgesprochene Antisemiten (wenn auch nicht gerade Mitglieder antisemitischer Vereine) an den Orgien. Jedenfalls waren es in beiden Fällen Arier und Germanen.

Wären es Juden, dann würde die antisemitische Presse nicht verfehlt haben, darauf hinzuweisen, wie sich die Sittenlosigkeit der jüdischen Race wieder einmal gezeigt habe.

**Die Probe auf's Exempel.** Unter dieser Spitzmarke schreibt Dr. Böckel in seinem Organ: „Hurrah und hoch! auf dem Parteitag, Mäuschenstille im Reichstag", in dieser Weise scheint sich die conservative Partei ihre antisemitische Thätigkeit zu denken. Es gehört dazu herzlich wenig Muth und das ist die Hauptsache, denn ein Conservativer ist an und für sich feig und schlapp. Es handelte sich um einen Antrag des Grafen Mirbach, betreffend den Bimetallismus. Der Reichkanzler ließ eine scharfe Absage an den Antisemitismus los und die Conservativen kriechen gehorsam zu Kreuze, ihr Redner verleugnete den Antisemitismus.

Herr Böckel bemerkt weiter:

**Die conservativ-feudale Clique** ist wüthend, daß wir ihr in unserem Artikel „Der neue Reichskanzler" hinter die Coulissen geleuchtet haben. Das Sch—blatt „Volk" meint, wer so etwas schreiben könne, sei nicht „national". O weh! Es müßte mit dem nationalen Denken weit gekommen sein, wenn der Redacteur Oberwinder vom „Volk", der bekanntlich ehemals Führer der österreichischen Sozialdemokraten war, dasselbe in Erbpacht hätte.

**Gegen die Ahlwardt-Büsten** entrüstet sich das Hamburger Antisemitenblättchen, indem es schreibt:

„Wir glauben kaum, daß die Herstellung solcher Büsten dem Kopfe eines Antisemiten entsprungen ist, vermuthen vielmehr, daß sie nur das Unternehmen eines recht pfiffig sein wollenden Geschäftsmannes darstellt.

Ein wirklicher Gesinnungsgenosse müßte wissen, daß für solche, einen übertriebenen Personenkultus dienenden Dinge innerhalb unserer Reihen nur ein sehr geringer Absatz zu erwarten ist.

Gerade im Interesse Ahlwardt's, dessen Bedeutung wir im vollsten Maße anerkennen, müssen wir gegen solche Unternehmungen protestiren, welche nur dem Ansehen des muthvollen, aber ebenso bescheidenen Mannes schaden können.

Oder sollten es gar Gegner mit solchem Manöver versuchen, uns und unserer Sache eins zu versetzen? Das wäre garnicht so undenkbar!"

Das könnte stimmen. Am Ende hat die „Alliance israélite" die Hand im Spiele.

Das Schönste an der Sache ist aber, daß das Blatt, welches den Mund so voll nimmt, im Inseratentheile derselben Nr. eine Annonce bringt, worin die Ahlwardt-Büsten zum Verkauf angeboten werden.

Ob Christian oder Itzig,
Das Geschäft bringt's mal so mit sich!

**Der Wiener Antisemitenführer Schneider** behauptete in einer Versammlung, welche die Antisemiten in Simmering abhielten, er sei in Berlin zugegen gewesen, als ein höherer preußischer Offizier dem Rector **Ahlwardt** das Material zu dessen Broschüre über die „Judenflinten" gebracht hatte, und erklärte dieses Material für „echt."

**Sanitätsrath Dr. Scheider** in Samter, welcher bei den in der vorigen Nr. erwähnten Rohheiten mitgewirkt hat, ist — worauf wir von befreundeter Seite aufmerksam gemacht werden — **königlicher Kreisphysikus.**

**Für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl in Liegnitz** ist, nachdem Paasch zurückgetreten, Rechtsanwalt **Hertwig**, der Vertheidiger Ahlwardts, definitiv als antisemitischer Candidat aufgestellt worden.

**Das Gebet eines Antisemiten.** In der „Westf. Reform", deren Redaction der Rector aller Deutschen nach seiner Entlassung aus dem Gefängniß übernimmt, stammelt ein Verehrer des armen Märtyrers folgendes Gebet:

„In diesen nun heute so schweren, obgleich auch so ruhmvollen Tagen
Wie könnt' ich, wie dürft' ich Herrn Ahlwardt mein pflichtbewußt' Beileid versagen?"

Ein Eindruck ist — hüben wie drüben — von solcher Gesammt- und Total-Art:

Mir kommt's unwillkürlich zu beten: „Gott schütze und segne Herrn Ahlwardt!"

Hörbe, 23. Dezember 1892. Wilh. Wenzel.

**Antisemitische Wahrheitsliebe.** Das Vergani'sche „Deutsche Volksblatt" in Wien und die Leipziger „Deutsch-soz. Blätter" plündern jetzt alte Kalender, um die dort stehenden Witze, neu ausstaffirt, als „jüdische" Heldenthaten auszurufen. So erzählt das Vergani'sche Blatt von einem Lemberger Arzt, der zu einem Juden in einem kleinen Orte berufen wird und sich telegraphisch 150 fl. Honorar ausbedungen hat. Der Jude bewilligt das Honorar mit der Depesche: „Bin einverstanden mit dem Honorar. Kommen Sie gleich!" Als der Arzt die Rückreise antritt, giebt ihm der Jude nur 50 fl. und zeigt die Depesche vor, auf der 50 fl. stehen. Der Arzt erfuhr, daß der Jude im Einverständniß mit dem Telegraphenbeamten diesen Betrug verübt hatte und erstattete gerichtliche Anzeige. — Nachforschungen ergaben, daß in Lemberg überhaupt keine derartige Anzeige erstattet worden ist und daß diese Geschichte ohne die „gerichtliche Anzeige" bereits in einem polnischen Antisemitenblättchen gestanden hat. — Die „Deutsch-soz. Blätter" erzählen die uralte Anekdote von dem jüdischen Hosenverkäufer, der in die Hose ein Geldtäschchen steckt, um die Käufer zu wortlosem Ankauf der theuren Hose zu veranlassen. Sie sollten denken, es sei ein gefülltes Portemonnai darin! Dabei merken die „Deutsch-sozialen Blätter" nicht, daß sie die kaufenden Arier zu eben solchen Betrügern stempeln. Ein ehrlicher Käufer macht doch den Verkäufer darauf aufmerksam! Aber die „arische Ethik" geht zum Kukuk, wenn nur die jüdische schlecht gemacht werden kann. Oder hat die „arische Ethik" der „Deutsch-soz. Blätter" auch jenen „jüdischen" Passus, gegen Andersgläubige sei alles erlaubt?

**Jene Zeugnisse antisemitischer Demagogie,** welche sich mit Vorliebe in den Aborten zweifelhafter Kneipen und in den öffentlichen Bedürfniß-Anstalten breit machen, wie die Inschriften: „Juden 'raus" 2c., sind, der „Volksztg." zufolge, um eine „geistige" Blüthe vermehrt worden. „Kauft nicht bei Juden" ist auf einer farbigen Vignette zu lesen, die von antisemitischen Rowdies seit einiger Zeit in einer antisemitischen Buchhandlung gekauft und mit Vorliebe an die Firmenschilder jüdischer Geschäftsleute angeklebt werden.

**Antisemitische Lyrik,** antisemitische Dramen, eine antisemitische Volksbühne — all das ist zum „Segen" unserer Litteratur durch die antisemitische Strömung entstanden. Neu ist jedenfalls, daß Verleger von bekannten Schriftstellern verlangen, in antisemitischem Sinne zu schreiben. In einem litterarischen Prozeß zwischen dem bekannten bayrischen Schriftsteller Maximilian Schmidt und der Verlagsfirma von A. G. Liebeskind, Leipzig, behauptete ersterer, die Differenzen mit der Firma datirten von seiner Weigerung, ihr eine antisemitische Erzählung zu schreiben! —

## Aus Frankreich *)

XX **Paris**, den 24. Dezember. Traurige Weihnachten feierte dieses Jahr Frankreich und namentlich dessen Hauptstadt, der Mittelpunkt des seit Wochen zum Staatsereigniß ersten Ranges aufgebauschten Panamaskandales. Die Erinnerungen von 1792 und 1793 tauchen in der Erinnerung der Franzosen wieder auf und das Gefängnißhaus von Mazas gestaltet sich allmälig zum politischen Zuchthause der dritten Republik. Die Minister halten um Mitternacht geheime Sitzungen, zu denen der Generalstaatsanwalt und der Untersuchungsrichter zugezogen werden und in dem Augenblicke, wo ich diese Zeilen niederschreibe, harrt man auf den Boulevards der Nachricht von der wie es scheint in dieser Nacht beschlossenen Verhaftung des ehemaligen Pariser Polizeipräsidenten und früheren Botschafters in Madrid, des Exdeputirten Andrieux ... Doch in diesen Blättern haben wir uns mit den politischen Ereignissen nur insofern zu befassen, als sie mit dem **Antisemitismus** in directem oder indirectem Zusammenhange stehen. Und daher will ich in Folgendem, auf Grund des gegenwärtigen Standes der Untersuchung sine ira et studio einige auf das Judenthum Frankreichs und das Judenthum im Allgemeinen bezügliche Momente hervorheben.

Es ist unläugbar zu bedauern, daß die von den Administratoren der Panamagesellschaft zu finanziellen Vermittlern zwischen dieser und den französischen Kammern auserkorenen Personen jüdischen Ursprungs sind; Cornelius Herz, Artan und Baron Jaques v. Reinach. (Artan wird nämlich, obwohl mit einer Katholikin verheirathet und obgleich er zur Gründung einer katholischen Bank vom Papste selbst aufgemuntert wurde, nach immer dem Judenthum um den Hals gehängt.) Es kommt mir nun nicht in den Sinn, diese Herren in irgendwelcher Weise entschuldigen zu wollen, Cornelius Herz und Baron Reinach verdienen im Gegentheil, daß mit ihnen doppeltstreng in's Gericht gegangen werde, da sie als Juden verpflichtet waren, stets dessen eingedenk zu sein, daß die Gegner der Juden die ganze Judenheit für die Thaten eines einzelnen Israeliten verantwortlich machen.

Nachdem gestern die ehemaligen Conseilspräsidenten Floquet und Rouvier in offener Kammersitzung die geradezu ungeheuerliche Regierungsmaxime vertreten hatten, daß es nicht nur Recht, sondern Pflicht des Ministeriums sei, einerseits die Vertheilung der von einer Privatgesellschaft für Zwecke der Publicität ausgeworfenen Summen zu Gunsten der Regierungsblätter zu controliren und es andererseits im Nothfalle dem Premierminister gestattet sein müsse, zur Wahrung der öffentlichen Ordnung, sich größere Summen auf privatem Wege von befreundeten Banquiers zu beschaffen — nachdem fünf ehemalige Minister, worunter zwei das Justizportefeuille inne hatten und sogar der Bruder des früheren Präsidenten der Republik der Senator und ehem. Generalgouverneur von Algerien Albert Grévy, ein Datum für die verhältnißmäßige Bagatelle von 20,000 bis 25,000 Frs. feil gehalten hatten, so darf man sich nicht wundern, daß es drei als Franzosen naturalisirten Geschäftsleuten, deutschen, resp. amerikanischen Ursprungs, nicht einfallen konnte, so hochangesehenen Urfranzosen christlichen Glaubens, Lectionen über moralischen Anstand und politische Ehrlichkeit zu ertheilen.

Von den 1300 Millionen Francs, welche von der französischen Bevölkerung den Administratoren der Panamagesellschaft zur Vollendung des Werkes anvertraut wurden, fanden blos 500 Millionen ihre wahre Bestimmung. Von den 800 restlichen Millionen wurden nun im Ganzen 5 Millionen dem unseligen Baron Reinach zur Bearbeitung des Parlamentes übergeben. Der Rest der Riesensumme floß, wie der Soleil von heute nachweist, in die Taschen der christlichen Unternehmer, von denen z. B. Eiffel, der Erbauer des berühmten Thurmes, mit dem netten Gewinn von 16 Millionen Francs zu buchen ist. Baron Reinach, der Familienvater war (zwei seiner Söhne sind Offiziere, eine Tochter ist mit dem Abgeordneten Josef Reinach, dem Chefredacteur der République Française vermählt), opfere sein auf ca. 20 Millionen veranschlagtes Vermögen, um Freunden, welche seine sträflichen Verbindungen mit den gekauften Abgeordneten und Senatoren zu denunciren drohten, den Mund zu schließen und erst als er vollständig ruinirt war und für ihn kein anderer Ausweg übrig blieb, als zu sterben oder sein den noch in höherem Grade als er selbst ihrer Pflicht uneingedenk gewesenen Parlamentariern gegebenes Ehrenwort zu brechen, entschloß er sich, Gift zu nehmen.

Es ist noch ein Glück zu nennen, daß die Herren W. Seligmann und Hellmann, Administratoren der Panamagesellschaft, nicht in die Strafuntersuchung miteinbezogen wurden und daher am 10. Januar kein Jude auf der Anklagebank wird zu erscheinen haben. Ebenso ist es erfreulich, daß das Haus Rothschild mit der Panamaaffaire nichts zu thun hatte. Das hindert Drumont freilich nicht, gerad heute als unentgeltliches Beiblatt zu seiner Libre Parole eine Illustration verbreiten zu lassen, welche einen Juden darstellt, der einen in einem Bergwerke arbeitenden schwächlichen Franzosen, an der Kette haltend, strenge überwacht. Eine Riesenfigur, einen alten Gallier darstellend, ruft seinen Nachkommen die spöttischen Worte zu „Tu descends des Gaulois, dis-tu! Eh bien, mon petit, tu me parais furieusement dimiuné!" Der Jude trägt auf seinem Spitzhute in hebräischen Lettern das Wort Kascher und unter ihm stehen in Riesenbuchstaben die beiden Worte Capital Sémite. So leitet die Libre Parole das Erscheinen eines neuen Romans ihres Mitarbeiters Georges Duval „Le roi des Juifs" am Weihnachtstage des Jahres 1892 in Paris, der „Hauptstadt der Civilisation", ein! Wer hätte das noch vor einigen Jahren ahnen können!

*) Dieser Artikel hat wegen Raummangels zurückgestellt werden müssen.

---

## Rußland.

### Wucher in Rußland.

Unzweifelhaft haben viele russische Juden in den Dörfern Wucher getrieben. Deshalb glaubte die antisemitische Presse, mit der Vertreibung der russischen Juden würde der Wucher auf den Dörfern aufhören, und die Bauern frei und glücklich werden. Aber sie werden durch eine Zeitungsnachricht gründlich getäuscht, die beweist, daß der Wucher zu den Auswüchsen des Erwerbslebens an und für sich gehört, ohne Rücksicht auf Rasse und Religion. Die gewiß nicht judenfreundliche „Nowoje Wremja" vom 8/20 Oktober d. J. schreibt:

„Die Vertreibung der Juden aus den Dörfern und Ortschaften wird mit vieler Strenge und Härte ausgeführt; die Juden sind jetzt im Kreise selten und werden es noch mehr werden. In unserem Dorfe ist nicht ein einziger Jude geduldet worden, früher zählten wir derer etwa 50. Die Bauern sind über dieses Wegziehen kaum glücklich. Die hebräischen Juden sind bei uns durch Juden ersetzt worden, die zur russischen Kirche gehören, d. h. durch Christen; sie gleichen sich einander. Die Bauern sind in die Hände christlicher Wucherer gefallen, welche sie schinden und mit einer Härte ruiniren, welche die Juden nie gekannt haben.

Unsere Bauern brauchen oft dringend Geld und die neuen Wucherer leihen nur zu 100 bis 150% jährlich. Manchmal sogar verlangen die Wucherer Garantie, ein fingirter Kaufcontract über das Land oder das Haus des Entleihers wird denn seinem Gläubiger übergeben. Da der Bauer nicht dazu kommt, das Capital zurückzuzahlen oder die Zinsen zu entrichten, wird der fingirte Kauf zu einem wirklichen, und der Wucherer sieht sich für fast nichts als Grundeigenthümer. Dieser Parasit unseres Landstriches läßt wohl unsere ehemaligen jüdischen Wucherer weit hinter sich, freilich

können wir uns gewissermaßen als Trost sagen, daß unsere jetzigen Wucherer von russischer Rasse und christlicher Religion sind. Daher wird die Abreise der Juden von unseren geldbedürftigen Bauern lebhaft bedauert."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Diese Notiz bestätigt nur unsere oft ausgeführte Meinung, daß gewisse Schäden des Erwerbslebens sich überall zeigen, gleichgültig ob gerade ein Christ oder Jude der erwerbende Theil ist.

**Eines der neuesten Senatsdecrete** wurde durch folgende Umstände veranlaßt:

Ein jüdischer Uhrmacher in der Stadt Kumay im Gouvernement Twer hatte einen Streit mit der Ortspolizei, welche, gestützt auf eine uralte moskowitische Grille, es ihm nicht erlauben wollte, christliche Lehrlinge zu halten. Er wurde wegen dieser „Gesetzes"-Uebertretung ausgewiesen. Der jüdische Handwerker appellirte an den Senat, welcher den willkürlichen Akt annullirt und zunächst ganz richtig die Entscheidung getroffen hat, daß, kraft des Gesetzes vom 28. Juni 1865 jüdische Handwerker das Recht haben, überall im Inland dort ihr Handwerk auszuüben. Die Aufsicht über diese Ausübung — erklärte der Senat ferner — stände allein dem Provinzial- oder Bezirksgewerbeamte zu und nur dann, wenn dieses den betreffenden Juden nicht als Handwerker anerkennt, oder wegen Nichtausübung des Handwerks von ihrer Liste wieder streicht, soll die Ortspolizei das Recht der Ausweisung haben.

Daraufhin erging an den Senat die Anfrage des Gouverneurs von Twer, wie wohl mit den kleinen Städten und Ortschaften zu halten sei, wo keine Abtheilungen des Gewerbeamtes vorhanden sind. Jetzt faßte der Senat den Beschluß, daß in solchen Orten jüdische Handwerker sich nicht niederlassen dürfen. Alo: „Der Jude wird doch verbrannt!" und — die Polizei in Kumay behielt ihr Recht trotzallebem! . . .

**Jüdische Soldaten in Rußland.** Der „Russky Invalid" meldete, daß an Militär im Jahre 1891 unter 257140 Mann 16500 Juden ausgehoben worden seien. Da die Juden nur 4 pCt. der Bevölkerung bilden, so hätten deren Prozentsatz nach nur 10285 Mann ausgehoben werden müssen. Ein neuer Beitrag, daß die Untauglichkeit zum Militär unter den Juden nicht allgemein, sondern nur vereinzelt zu finden ist.

## Neue Schriften zur Judenfrage.

Dr. G. H. Fall, Die rechtliche Stellung der Juden in Oesterreich, Wien 1892. 0,50 M. — Prozeß Oberwinder, Stenogr. Bericht Berlin 1892. 0,50 M. — Fr. Edler v. Scherb, Geschichte des Hauses Rothschild Berlin, bei Dewald 2 M. (antisem.!) — Dr. Johannes Müller, der Weg zur Verständigung zwischen Judenthum und Christenthum, Lpz. W. Faber 1,20 M., August von Reinhardt, die Judenfrage und der Freimaurerbund. Ulm, H. Kerler. — S. Singer, la question juive, Paris 1893. 10 c.

## Vom Büchertisch.

Rosa Stolle stellt sich in ihrer Broschüre „der Antisemitismus im Lichte des gläubigen Christenthums" (Berlin bei Hans Mamroth 1892) auf den Standpunkt des rechten Christenthums, das gebietet, die Menschen ohne Unterschied des Glaubens zu lieben. In zehn Sätzen formulirt sie die antisemitischen Vorwürfe und Wünsche, und widerlegt sie mit geschickter Polemik. Ihr Endresultat ist eine völlige Verwerfung des Antisemitismus, denn sie hält es mit dem schönen Worte Pestalozzi's: „Gott ist nahe, wo die Menschen einander Liebes erweisen!" — Dr. Walther Pohlmann, Gymnas.-Oberlehrer, hat in seiner Schrift „Das Judenthum und sein Recht" die antisemitische Frage mehr historisch und politisch betrachtet. (Neuwied 1893 bei L. Heuser). Als guter Kenner der Geschichte weiß er, das die sogenannten „jüdischen Fehler" nur jene Fehler einer aufgezwungenen Entwickelung sind, wie sie alle unterdrückten Völker zeigen. Deshalb hält er es für eine Ehrenschuld des deutschen Volkes, wenn es die letzten gesellschaftlichen Schranken ausgiebt, und den Juden jede Laufbahn offen läßt. Von seinem historischen Standpunkt aus kommt er zu einer völligen Verwerfung des Antisemitismus, der nur Haß und Unfrieden säe und selber mit den unlautersten Mitteln kämpfe:

„. . Die Aussprüche berühmter Männer über das Judenthum werden bei der Wiedergabe in antisemitischen Schriften aus dem Zusammenhang herausgerissen, mit Unterdrückung wesentlicher Stellen abgedruckt, die Worte jüdischer Rabbiner werden in ähnlicher Weise dem Leser vorgeführt, die Geschichte des jüdischen Stammes wird in einseitiger Tendenz als die Geschichte eines zusammengelaufenen Haufens von Abenteurern und entlaufenen Sklaven dargestellt, gewisse Stellen aus dem Talmud werden in gehässiger Weise zusammengestellt, um ein ganz schiefes Bild der jüdischen Sittenlehre zu geben, kurz, ein wahres Gewebe von Geschichtsverdrehung, Entstellung, Auslassung, unwissenschaftlicher Geschichtsdarstellung, einseitiger Betonung alles Schlechten, wissentlicher Uebergehung alles Guten, das ist die Kampfesart der Antisemiten; und das alles ist in gleißnerischer Weise mit einem Saume scheinbar urdeutscher Gesinnung und mustерhafter Vaterlandsliebe verbrämt, um unerfahrene Jünglinge und leichtgläubige Männer zu bethören. — Es ist eine Schmach für Deutschland!"

Das Buch ist klar und fesselnd geschrieben und eine ausgezeichnete Einführung in die antisemitische Frage. Durch den strengen und ehrlichen Rechtsstandpunkt, den Dr. Pohlmanns Buch einnimmt, durch dies muthige und klare Eintreten seiner männlichen Ueberzeugung, verdient das Buch allseitiges Interesse. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam! — Beide Broschüren sind zum Preise von je 50 Pfg. durch unsere Büreaux zu beziehen.

## Briefkasten.

**A. M. in Berlin.** Sie haben Recht. Das „Conf. Handbuch" greift die Confection und Wäsche-Industrie an, weil sie zu sehr verjudet sei. In der That haben die Juden in hervorragendem Maße erst beide Industrien geschaffen, die tausende von Arbeitern beschäftigen.

**Dr. L. in Freiburg, St. W. in Frankfurt a. M., Dr. R. in Magdeburg.** Besten Dank für Uebersendung der Flugblätter.

**H. L. in Colberg.** Leider nicht verwendbar. Doch bitte, sich nicht von weiteren nicht so allgemein gehaltenen Einsendungen abhalten zu lassen.

**Str—n.** Herzlichen Dank für die ausführliche Darstellung der dortigen Verhältnisse. Soll discret verwerthet werden.

**Unsere Abonnenten bitten wir, für die Verbreitung des soeben erschienenen „Antisemitenspiegels", (ganze Ausgabe) nach Kräften Sorge zu tragen. Derselbe wird für den überaus mäßigen Preis von 1,10 Mk. incl. Porto sowohl durch unsere Bureaus in Berlin, Frankfurt a. M. (Paulsplatz 6), Marburg, als auch durch die Verlagsbuchhandlung A. W. Kafemann in Danzig bezogen, ebenso durch alle Buchhandlungen. Der „Antisemitenspiegel" ist ein unentbehrliches Handbuch für Jeden, der sich über die antisemitische Bewegung unterrichten und derselben entgegentreten will.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sanntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 3. | Berlin, den 15. Januar. | 3. Jahrg. 1893.

### Kritik des Antisemitismus

von

**Eduard Schall,**

luth. Prediger in Bahrdorf.*)

Seit einigen Jahrzehnten, und besonders in diesem letzten, hat sich der Antisemitismus zu einer bemerkbaren politischen Partei erhoben; so ungünstig seiner Entwickelung die politischen, so günstig waren ihm die wirthschaftlichen Verhältnisse in großen und weiten Kreisen des Volkes. Es ist Thatsache, daß täglich sich der Kreis des Graßcapitalismus mehr und mehr verengert, oornehmlich in den Händen weniger Juden, und daß auf der anderen Seite ein immer weiterer Kreis des Volkes oerdirbt durch den Einfluß der Juden.*) Die Antisemiten finden nun die Ursache dieser und aller anderen heillosen Zustände darin, daß die Juden in Deutschland, Englond, Frankreich emancipirt, d. h. allen anderen Staatsbürgern, welcher Religion und welcher Herkunft sie sein mögen, für gleichberechtigt erklärt worden sind. Diese Judenemancipation, sagen sie, war der größte Fehler, und alle die heillosen Uebel, die zu Tage liegen, sind nur die nothwendigen Folgen dieses einen Fehlers. Demgemäß erstreben sie entweder die oöllige Ausscheidung der Juden, oder die Aufhebung der Emancipation, oder doch wenigstens ihre Einschränkung.

Wir müssen nun offen bekennen, dieses Ziel in seiner drei- oder mehrfachen Abstufung ist für uns absolut unannehmbar.

Stünde die Frage der Judenemancipation heute wieder auf der Tagesordnung, wie vor etwa 40 Jahren, so, meine ich, müßte jeder constitutionelle Staatsbürger, jeder wirkliche Christ um seiner politischen und christlichen Grundsätze willen ebensogut für diese Emancipation stimmen, wie sie auch damals durch die allgemeine Volksstimme Gesetz geworden ist. Wos zuerst die Religion der Juden angeht, so ist, ganz abgesehen von den außerordentlich nahen Beziehungen derselben zur christlichen Religion, es ganz unmöglich, daß dieselbe von der allgemeinen Anerkennung sollte ausgeschlossen werden, solange überhaupt die Religionsfreiheit besteht. Wer aber diese Religionsfreiheit antasten will, der ist ärger, als der allerärgste Jude; der steht schon gar nicht mehr auf dem Boden der gegenwärtigen Geschichtsentwickelung; der hat gar kein Recht, seine Stimme öffentlich hören zu lassen, man kann ihn höchstens als einen häretischen Menschen dulden. Die Religionsfreiheit ist eine der allerbesten und vornehmsten Errungenschaften, die niemals darf angetastet werden. Zwar leugnen die Antisemiten auch diese Absicht und zeihen ihre Gegner entweder eines Mangels an Logik oder gar eines schlimmeren Fehlers, der Verleumdung. Die Religion der Juden, sagen sie, habe mit dem jüdischen, verderblichen Einfluß gar nichts zu thun; es käme hier gar nicht die Religion derselben, sondern die Nation als solche in Betracht; die Juden bildeten eine besondere Nation. Gewiß, man kann und muß Beides begrifflich auseinander halten, aber in der Wirklichkeit fließt Beides unauflöslich zusammen. Die Juden sind eine besondere Nation, weil und so lange sie an ihrer Religion festhalten. Gesetzt aber, man könnte beide Unterscheidungen auch wirklich trennen, so wäre wesentlich die Frage der Judenemancipation deswegen nicht um einen Schritt ihrer Lösung näher. Es handelt sich hier gar nicht darum, einer fremden Nation im deutschen Volke das Bürgerrecht zu ertheilen oder zu nehmen, sondern darum, ob die Juden, die seit Jahrhunderten unter uns wohnen, einen Anspruch haben auf gleiches Bürgerrecht wie alle Anderen. Nehmen wir andere Nationen und fremde Volksstämme, wie Polen, Wenden, in unseren Staatenbund ohne irgend ein Bedenken auf, mit welchem Recht will man eben dieses Recht und diese Wohlfahrt einer anderen Nation vorenthalten, die von den sonst aufgenommenen Nationen sich etwa durch schwarze Haare und große Nasen unterscheidet. Es ist doch unmöglich, die Zugehörigkeit zu einem Staate oder dessen Rechten abhängig zu machen von irgend welchen zufälligen oder angeerbten Körperbeschaffenheiten; als wollte man z. B. alle Rothhaarigen von irgend einem Recht oder Ausübung eines Rechtes ausschließen. Sollten aber endlich die sittlichen Eigenschaften der Juden den Grund hergeben, daß sie in ihrem politischen Rechte eingeschränkt werden sallen, so müßte zuoor natürlich eine genaue Feststellung der sittlichen Eigenschaften der Juden durch den Staat vorgenommen werden. Und gesetzt, dieselbe wäre endlich gewonnen, mit welchem Rechte wollte man dann diesen Codex nur den Juden gegenüber anwenden, und nicht gegen alle diejenigen, auf welche eben dieser Codex vielleicht in noch weit ausgedehnterem Maaße angewendet werden könnte? Es wäre gar nicht anders möglich, als daß die Anwendung eines verschiedenen sittlichen Maaßstabes, des strengeren auf die Juden, des

*) Aus seinem „Die Sozialdemokratie in ihren Wahrheiten und Irrthümern" Berlin 1893, S. 266—269.

**) Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß man von dem Reichthum der Juden übertriebene Vorstellungen hat. Man sieht eben nur die par hundert Reichen, in deren Haud sich nach nationalökanomischen Gesetzen die Reichthümer mehr und mehr centralisieren. Eine Millian vermehrt sich, gleichgültig ob ihr Eigenthümer Christ oder Jude ist, ja sie wächst, selbst wenn ihr Eigenthümer — tadt ist und sie (beispielsweise für ein unmündiges Kind!) verwaltet wird. — Auch mit dem „verderblichen Einfluß" der Juden ist es nicht weit her. Pastor Schall sagt ja selber: „Eine genaue Feststellung der sittlichen Mängel der Juden stößt auf die allergrößte Schwierigkeit" . . „Ein Volk, das durch die so winzige Zahl der Juden sich seine Religian und seine allgemeine Menschenliebe rauben läßt, ein solches Volk wäre auf seinem Wege zum Verderben nicht aufzuhalten, es würde sich damit selbst das allertraurigste Zeugniß ausstellen."

lockeren auf alle anderen Staatsbürger, Polen und alle anderen naturalisirten Glieder anderer Nationen, nicht allein den Verdacht, nein die gewisse Annahme rechtfertigte, daß die ersteren nicht wegen ihrer sittlichen Mängel, sondern wegen ihrer Religion getroffen würden. Oder sollte etwa gar die Ausübung des ganzen Bürgerrechtes ganz allgemein abhängig gemacht werden von einer vorher abzulegenden sittlichen Prüfung? Der Vorschlag wäre ja an sich nicht schlecht, würde aber, weil wir eben auf dieser Welt leben, sicherlich das Gegentheil wirken von dem, was er wirken sollte. Derjenige, welcher solche Grundsätze zur Grundlage einer Staatsregierung machte, würde mit Nothwendigkeit dahin geführt werden, wohin der Idealist Robespierre, welcher auch die Tugend zur Grundlage seiner ganzen Staatsregierung machte, geführt worden ist. Dazu kommt nun aber noch der wichtige Umstand, daß eine genaue Feststellung der sittlichen Mängel der Juden, als Volk genommen, auf die allergrößte Schwierigkeit stoßen würde, weil jede aufgestellte Regel nicht nur durch einzelne, sondern durch im Verhältniß zu der Zahl der Juden unzählige Ausnahmen mit Recht als falsch umgeworfen werden könnte. Es würde ein Leichtes sein, Personen aus dem jüdischen Volke zu finden, denen kein Makel anklebt, die mit Recht in allgemeiner Menschenliebe, in Ehrlichkeit, Vaterlandsliebe, Fleiß und Nüchternheit jedem Menschen zum Muster aufgestellt werden könnten. Aus allen diesen Gründen müssen wir es allerdings als eine große Verirrung und Verblendung ansehen, das Heilmittel aller sozialen Nöthe in der Gegenwart vornehmlich in einem allgemeinen Kampfe gegen unsere jüdischen Mitbürger zu suchen und zu finden. Die socialen Nöthe der Gegenwart haben einen ganz anderen Grund. Der thatsächliche schädliche Einfluß der Juden ist nicht der Grund, vielmehr die Wirkung einer offen zu Tage tretenden Thatsache, aber veranlaßt durch eine viel tiefer liegende Ursache. Würden alle Juden des Landes verwiesen, und alle ihre Güter eines Tages als Staatseigenthum eingezogen, so ist sicher anzunehmen, daß durch solche Maßregel die socialen Uebel mit nichten verschwinden würden, wenn sie sich vielleicht nicht noch vergrößerten. Die socialen Uebel entstehen und sind entstanden vor der Emanzipation der Juden, auch wo diese ihre Hände nicht im Spiele haben, und wo sie zu keiner leitenden Stellung (wie in Amerika) sich haben emporschwingen können. Die Sozialdemokraten sagen daher, wie mir scheinen will mit Recht, der Antisemitismus will das Volk blenden, die Aufmerksamkeit desselben von dem eigentlichen Quell des Uebels abziehen, um es auf eine Wirkung hinzuleiten, durch welche alle anderen als unschuldig und nur die Juden allein als schuldig erscheinen.

## Die anthropologische Stellung der Juden.

### II.

Und nun bitte ich zum Schlusse noch eine einzige Frage aufwerfen zu dürfen — die nach den ethischen Eigenschaften der Juden. Renan hat die Semiten einmal als eine race inférieure bezeichnet, und dieser Ausspruch, den jetzt vielleicht niemand mehr bedauert, als der große und verdiente Gelehrte selbst, der ihn einst gethan, hat so viele Anhänger gefunden, daß ich es mir nicht versagen kann, denselben hier zu beleuchten. Und da darf ich zuerst wohl ganz bescheiden mit Hommel daran erinnern, wie diese inferiore Rasse schon lange vor Homer epische Dichtungen gehabt hat, wie sie ein fertiges Keilschriftsystem besessen und wie sie großartige Paläste mit kunstvollen, heute noch angestaunten Bildwerken zu einer Zeit schon geschaffen hat, in der wir Deutsche noch in Höhlen und in Erdlöchern gewohnt haben und kaum noch gelernt hatten, den Feuerstein zu Werkzeugen zu bearbeiten. Ebenso möchte ich bescheiden daran erinnern, daß unsere christliche Religion auf semitischem Boden entstanden ist und daß jene inferiore Rasse ein Jahrtausend früher die Buchstabenschrift erfunden hat, aus der sich nachher alle europäischen Alphabete entwickelt haben, und daß ein Jahrtausend später die arabische Wissenschaft in Spanien zu so hoher Blüthe gelangt ist, daß man aus ganz Europa dahin zusammenströmte, um Mathematik und Astronomie, Medizin und Philosophie, Geographie und Geschichte an der Quelle zu studiren.

So braucht man also nur an Babylon und Ninive zu denken, an Tyrus und Carthago, an Bagdad und Granada, um die kulturhistorische Bedeutung der Semiten in den drei großen Zeiträumen ihrer Geschichte zu erkennen. Aber auch von ihrer politischen und militärischen Kraft hat diese inferiore Rasse Proben abgelegt, die nicht ganz unansehnlich sind: Die assyrischen Könige haben ein Weltreich geschaffen, gefestigt und erhalten, wie vor ihnen keines je bestanden und müssen als die ersten militärischen Organisatoren angesehen werden, denen wir in der Geschichte begegnen; vor Charthago hat Rom gezittert, und der Sturmlauf, in dem später der Islâm die Mittelmeerländer eroberte und ein neues Weltreich gründete, ist auch keine eben verächtliche Leistung.

Aber auch das zweite Element, aus dem die heutigen Juden hervorgegangen sind, die alarodischen Hethiter lernen wir jetzt als ein altes Kulturvolk kennen, das von Jahr zu Jahr in unserer Achtung steigt, das schon in grauer Vorzeit sich eine eigene selbstständige Bilderschrift erfunden hat und das in Baukunst und Sculptur der Lehrmeister der Assirer und der Griechen gewesen ist. Das also sind die anatomischen und moralischen Eigenschaften der Juden und das war ihre Vergangenheit; über ihre Zukunft zu sprechen würde mich von dem Gebiet der Thatsachen auf das der Vermuthungen bringen und ich will es daher lieber unterlassen; aber die eine Vermuthung möchte ich doch noch aussprechen, daß die innige Blutmischung, die schon seit dem fernsten Alterthum zwischen Ariern, Semiten und Alarodiern stattfindet, wenn sie auch durch kurzsichtige und undankbare Gesinnung und durch brutale Instinkte zeitweise erschwert, verzögert, und unterbrochen werden konnte, schließlich dermaleinst doch zu einem völligen Ineinanderaufgehen und Verschmelzen dieser Rassen führen wird.

Inzwischen aber erkennt in der Gegenwart der gebildete Europäer in seinem jüdischen Mitbürger nicht nur den lebenden Zeugen und Erben einer uralten und ehrwürdigen Kultur, sondern er achtet und schätzt und liebt ihn als seinen besten und treuesten Mitarbeiter und Streitgenossen im Kampfe um die höchsten Güter dieser Erde, im Kampfe um den Fortschritt und um die geistige Freiheit.

Prof. Dr. J. Kollmann zerstörte durch seinen Vortrag das Märchen, daß die Arier, wie der Rassenantisemitismus behauptet, das alleinige Anrecht auf den Boden und die Kultur Europa's haben. Er sagt darüber:

Auf Grund der Erfahrungen der Craniologie muß man also, wie ich glaube, jeder Theorie von der Superiorität irgend einer der europäischen Menschenrassen entgegentreten. Weder die Anatomie der europäischen Rassen, welche durch die Craniometrie aufgeklärt ist, noch die Physiologie, welche die Kapazität des Schädels oder das Volumen des Gehirns gemessen hat, giebt Anhaltspunkte, welche eine Auswahl gestatten. Auch die Ueberzahl der einen oder der andern kann nicht in Betracht kommen, denn Lang- und Kurzschädel sind gerade in jener Periode, wo ein sicherer Fortschritt in der Kultur sich anbahnt, an Zahl nahezu gleich.

Er kommt zu dem Ergebniß:

Zusammenfassung.

1. In Europa müssen mindestens vier verschiedene Rassen unterschieden werden.
2. Sie bestehen zweifellos nebeneinander seit der neolithischen Periode.
3. Sie haben, wie die Gräber- und Höhlenfunde lehren, immer nebeneinander gelebt und sich gekreuzt.
4. Die europäische Kultur ist deshalb ein gemeinsames Product aller europäischen Rassen.

## Der Wahlkampf in Liegnitz

ist bereits jetzt, obwohl der Wahltermin bisher noch gar nicht einmal festgesetzt, im vollen Gange. Es wird namentlich von deutschfreisinniger und antisemitischer Seite mit aller Kraft um die Palme des Sieges gerungen, während die Conservativen und Nationalliberalen bisher noch keinen Candidaten aufgestellt und die Socialdemokraten den ihrigen zwar nominirt haben, aber noch nicht besonders stark, wenigstens soweit man dies in der Oeffentlichkeit zu bemerken im Stande ist, in die Agitation eingetreten sind. Das laue Vorgehen der Conservativen dürfte seinen Grund darin haben, daß an einen Sieg für den Candidaten dieser Partei ganz und gar nicht zu denken ist und daß man, wenn auch, um die Ehre nach außen hin zu wahren, eine Scheincandidatur aufgestellt werden sollte, doch schon jetzt in diesen Kreisen fest entschlossen ist, die Consequenzen aus dem letzten conservativen Parteitag zu ziehen, d. h. sich blindlings als Schleppenträger des „reinen" Antisemitismus gebrauchen zu lassen, vielleicht um später, wenn es sich um die Ersatzwahl für das erledigte Landtagsmandat handelt, ein kleines Schachergeschäft mit den Herren Antisemiten zu machen und sich damit deren Stimmen für den natürlich streng conservativen Herrn Landrath des Kreises für später zu sichern. Wenigstens scheuen sich schon jetzt zahlreiche, für gut conservativ bekannte Männer jenes Kreises nicht im Geringsten, aus ihrer Sympathie für die antisemitische Candidatur Hertwig ein Hehl zu machen. Ob sie sich schließlich nicht doch in ihrer Rechnung täuschen dürften, wird ja die Zukunft lehren, wenn die Antisemiten wirklich, was kaum anzunehmen ist, in die Stichwahl kommen sollten.

Daß letztere sich zur Erreichung dieses Zieles oder vielleicht eines noch größeren, alle mögliche Mühe geben, kann nicht geleugnet werden. Der ganze Heerbann ihrer Agitatoren wirkt bereits seit Neujahr ununterbrochen auf dem Lande, wo namentlich unter der Führung des Herrn Werner-Marburg die Agitation von Haus zu Haus in derselben Weise betrieben wird, wie dies in Arnswalde-Friedeberg geschehen ist, dort leider, ohne daß die nöthigen Gegenmaßregeln rechtzeitig von den anderen Parteien in Anwendung gebracht worden wären, was man sich diesmal hoffentlich zur Lehre nehmen wird.

In der Stadt Liegnitz selbst haben bisher erst zwei größere Versammlungen stattgefunden, die eine, in welcher sich der freisinnige Candidat, der Stadtrath Wecker aus Breslau seinen Wählern vorstellte und nach ihm der Abg. Barth mit ungeheurem Beifall sprach, und eine andere, am vergangenen Montag, in welcher der antisemitische Candidat, der Rechtsanwalt Hertwig aus Charlottenburg, bekannt durch seine Vertheidigung im Ahlwardtprozeß, zum ersten Male zu den Liegnitzern sprechen sollte. Die Neugierde, diesen Mann kennen zu lernen, hatte viele, auch nichtantisemitische Zuhörer angelockt, und so war denn der große Saal des „Badehauses" zu der für die Eröffnung festgesetzten Zeit von ca. 800—1000 Personen gefüllt; der Herr Major von Thümen führte den Vorsitz und um ihn herum saßen die edlen Antisemitenhäupter von Nah und Fern, alle wartend der Dinge, die da kommen sollten; wer aber nicht kam, war der Rechtsanwalt Hertwig, den, wie ein Eilbrief von ihm besagte, wichtige Berufsgeschäfte am Kommen verhindert hätten, und so mußte denn an seiner Stelle als rettender Engel Liebermann von Sonnenberg einspringen, der sich seiner Aufgabe denn auch in bekannter Weise entledigte und seinen Zuhörern drei volle Stunden die Segnungen des modernen Allerweltsheilmittels, des Antisemitismus, vorpredigte.

Außer dieser enormen Länge und neben den bei Liebermann v. Sonnenberg mit Sicherheit stets wiederkehrenden Mätzchen und Phrasen bot dieser Vortrag doch noch einige recht interessante Punkte, die es verdienen, angenagelt zu werden. Daß Herr Liebermann von Sonnenberg sich den unschuldigen Scherz erlaubte, gleich im Beginn seines Vortrages dem früheren Leiter dieses Blattes, Herrn Lic. Grädner, etwas anzudichten, was er selber gleich Tags darauf in dem conservativen Liegnitzer Blatt zu widerrufen für gut fand, wollen wir ihm weiter nicht so hoch anrechnen. Ein Irrthum kann jedem passiren, und pflegt bei den Herren Antisemiten sogar fast zur Regel geworden zu sein. Aber daß Herr Liebermann v. Sonnenberg im weiteren Verlauf seiner Rede dem Abg. Bamberger den frivolen Ausspruch in den Mund legte: „man müsse von der Ehrlichkeit keinen zu großen Gebrauch machen", ein Ausspruch, der schon heute dem Wortlaut und dem Sinn noch als erfunden bezeichnet werden kann, das wird man ihm nicht so ohne Weiteres hingehen lassen; man wird ihm Gelegenheit geben, seine Behauptung zu beweisen.

Von der Geschicklichkeit, mit der die Herren Antisemiten je nach Zeit und Ort das für ihre Pläne Passende auszuwählen und anzuwenden verstehen, hat auch Herr Liebermann v. Sonnenberg diesmal wieder den Beweis geliefert. Während jene Herren sonst keine Versammlung vorübergehen lassen, ohne gegen die Güterschlächterei als Verderb der Landwirthschaft und Ruin des Bauernstandes loszuziehen, hat Herr von Liebermann in Liegnitz diesen Gegenstand kaum gestreift, obwohl in der dortigen Gegend die Güterschlächterei gerade sehr stark im Gange und zwar zumeist in den Händen von Christen ruht. Warum sich Herr v. Liebermann diese schöne Gelegenheit, den Juden etwas am Zeuge flicken zu können, entgehen ließ, liegt in diesem Falle sehr klar. Die Güterschlächterei im Liegnitzer Kreise ist von außerordentlichem Vortheil für die Landbevölkerung gewesen, da zahlreiche Existenzen dadurch in den Stand gesetzt wurden, zu ziemlich großem Wohlstand zu gelangen, und wenn er dies Capitel in der sonst üblichen Weise behandelt hätte, so hätte ihm das Malheur passiren können, daß ihm seitens der Bevölkerung sofort das Gegentheil seiner Behauptungen ad oculos demonstrirt worden wäre. Dagegen liegt Liegnitz so hübsch weit entfernt vom Meere und so erzählte er denn den Liegnitzern eine wahre Jammergeschichte von dem Elend der Auswanderer, die sich in den Häfen zusammenfänden mit dem letzten Rock auf dem Leibe, den ihnen die Juden gelassen hätten. In den Auswandererhäfen selbst würde sich Herr v. Liebermann gehütet haben, Jemandem die Märchen zu erzählen, weil er einfach damit ausgelacht worden wäre, denn dort weiß jedes Kind, und Herr v. Liebermann würde es auch wissen, wenn er nur einen Blick in die Auswanderungsstatistik geworfen hätte, daß gerade die kapitalkräftigsten Elemente unseres Bauernstandes der Heimath den Rücken kehren und das Hauptcontingent der Auswanderer stellen, nicht weil sie durch den Juden von Haus und Hof ins Elend getrieben sind, sondern weil unsere traurigen agrarischen Verhältnisse dem arbeitsamen und fleißigen Bauer den Erwerb eines eigenen kleinen Besitzthums einfach unmöglich machen.

Der Standpunkt Liebermanns v. Sonnenberg zur Militärvorlage ist bekannt. Er machte in jener Versammlung gar kein Hehl daraus, daß er für Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit auch diesmal stimmen würde, und daß er sonst der Regierung die geforderten Summen für das Heer auch diesmal wie früher bewilligen würde. Das ist, wie gesagt, bereits bekannt. Neu ist aber die Erklärung in jener Versammlung, daß auch der Rechtsanwalt Hertwig auf demselben Standpunkt steht. Auch der Zedlitz'sche Schulgesetzentwurf fand in Herrn v. Liebermann einen beredten Vertheidiger.

Das ist so eine ganz kleine Blüthenlese aus dem Vortrage des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Wir können hier nicht alle Punkte seiner dreistündigen Rede einer Kritik unterziehen, das wird an anderer Stelle und mit andern Mitteln noch genügend geschehen, aber selbst diese kleine Zu-

sammenstellung wird ein Bild davon liefern, wie die Antisemiten auch im Liegnitzer Wahlkreise agitiren, und wie nothwendig es ist, ihnen auf Schritt und Tritt nachzugehen und ihnen entgegenzutreten. Die altbewährte Taktik der Antisemiten, den Gegner überhaupt nicht zu Worte kommen zu lassen, ist natürlich auch in der besprochenen Versammlung zur Anwendung gekommen. Es ist ja so bequem, eine Reihe von Behauptungen in eine Versammlung hineinzuschleudern, wenn man nicht zu befürchten braucht, auf der Stelle widerlegt zu werden und es hat ja nicht jeder Zuhörer die Zeit und die Lust, in alle Versammlungen zu gehen und auch die gegnerische Beweisführung zu hören Aber es wird doch auch in Liegnitz nicht versäumt werden, was geschehen kann, um die haltlosen Behauptungen des Herrn v. Liebermann zu widerlegen und überhaupt die Candidatur des Herrn Rechtsanwalts Hertwig zu bekämpfen, zu dessen Empfehlung Herr v. Liebermann weiter nichts anführen konnte, als daß er Schlesier von Geburt, Reserveoffizier, Alter Herr des „Vereins deutscher Studenten" und Vertheidiger Ahlwardts sei, welcher letzterer Vorzug ihm bekanntlich seitens des Oberstaatsanwalts Wachler ein Disciplinarverfahren eingetragen hat, laut § 28 der Rechtsanwaltsordnung, welcher besagt, daß der Rechtsanwalt sich innerhalb und außerhalb seines Berufs der Achtung würdig zu zeigen hat, die sein Beruf erfordert. W.

## Zur Abwehr.

**Zu dem Antisemitismus in der Studentenschaft** äußerte sich kürzlich Professor Dr. Osthoff in einer in Heidelberg stattgehabten Versammlung, in welcher Prof. Stengel aus Marburg einen Vortrag über „Den Antisemitismus und seine Bekämpfung" hielt, folgendermaßen:

„Die Sache, die uns heute hier beschäftigt, hat auch für eine Universitätsstadt und das akademische Leben ihre besondere wichtige Seite, und darum ist es mir lieb, daß gerade ein Universitätsprofessor es ist, der über diese Dinge uns hier einen Vortrag halten wird. Auch mein Freund Stengel hat Gelegenheit gehabt, einen Einblick in die Erscheinung zu thun, wie dieses Gift sich schon in die jungen Gemüther eingenistet und allmählich in unseren studentischen Kreisen weiter um sich frißt.

Ja, meine Herren, wenn man das ein wenig zum besonderen Studium macht, dann kann man wohl allerlei interessante, aber zugleich Besorgniß erregende Beobachtungen machen. Vor einiger Zeit habe ich in einem Organ, das die deutsche Burschenschaft vertritt, etwas gelesen, das Aufmerksamkeit auf sich zog. Die deutsche Burschenschaft hat eine glänzende Vergangenheit hinter sich, sie kann auf ehren- und ruhmreiche Jahrzehnte ihres Lebens zurückblicken, in denen sie es war, die in Universitätskreisen aufs wärmste den nationalen Gedanken gehegt und gepflegt, auch selbst Opfer für die nationale Sache und Gesinnung gebracht hat. Wenn nun neuerdings die jüngeren unter den Herren sich etwas auf Bahnen bewegen, welche den alten oder doch manchem unter den alten Burschenschaftern nicht ganz sympathisch sind, so wollen wir ihnen das gerne zu gute halten; sie folgten dem Zuge der Zeit, und ein gewisser jugendlicher Idealismus entschuldigt vieles. Eine übermäßige Machtvergötterung und Erfolgsanbetung ist leider der hervorstechendste Zug im politischen Leben der Burschenschaften der Neuzeit, soweit sie sich in letzter Zeit überhaupt nach dieser Seite noch bethätigt und Interesse an den politischen Tagesfragen bekundet haben. Eine gewisse Intoleranz gegen anders Denkende, die mehr Kritik sich bewahrt hatten, ist auch zu Tage getreten. Aber das mag wohl alles die Zeit bessern. Ich glaube, daß die Zeit wiederkehrt, wo die jüngeren deutschen Burschenschafter sich wieder darauf besinnen werden, daß ihre Vorfahren in der Burschenschaft, für die Macht und Größe des Vaterlandes erglühend nicht nur die Einheit Deutschlands anstrebten, sondern die Einheit nicht ohne die Freiheit und vor allen Dingen die Einheit nicht um den Preis freiheitlicher Institutionen. (Beifall.)

Die Herren in der jetzigen Burschenschaft nun haben — das eben war in den „Burschenschaftlichen Blättern" zu lesen — heute sich mit einer neueren Richtung in der Studentenschaft auseinanderzusetzen. Man sagt ihnen von dieser Seite keck in's Angesicht: Ihr mit eurer Burschenschaft seid veraltet, ihr seid nicht mehr die berufenen Träger des deutschnationalen Gedankens in der Studentenschaft; seht uns an, wir sind es, wir schreiben vor allen Dingen den Kampf gegen das Judenthum, den Erbfeind deutscher Art und deutschen Wesens auf unsere Fahne! Und diese concurrirende Richtung, das ist die, welche vertreten wird durch die sogenannten „Vereine deutscher Studenten (Bravo!) Gegenüber diesen, die auf dem Kyffhäuser ihre Burschentage feiern, hat die Burschenschaft sich zu wehren. Sie wehrt sich aber in einer Weise, daß der unparteiische Zuschauer urtheilen muß, sie gebe dabei ihre besten Waffen aus der Hand. Man antwortet also von der burschenschaftlichen Seite den Gegnern: Ach, seid doch nur ruhig, wir sind ja im Grunde auch Antisemiten so gut wie ihr, wir verkennen den „berechtigten Kern", der antisemitischen Bewegung nicht, wir halten uns ja auch die jüdischen Commilitonen, die etwa bei uns eintreten möchten, möglichst vom Leibe, wir erachten es nur nicht für opportun, dies so offen zu bekennen, dies als die Hauptsache für den deutschgesinnten Studenten in den Vordergrund zu rücken. Da sind die Krasseren und rücksichtsloser Vorgehenden im Vortheil. Gegenwärtig, muß man sagen, gilt nicht mehr das als der wahre und würdige nationale Ton, wie ihn die Burschenschaft angiebt und vertritt, sondern heutzutage machen jene offen antisemitischen deutschvereinlichen Herren die Melodie auf deutschen Hochschulen in der deutschen Studentenschaft."

Da können wir allerdings sonderbare Dinge erleben. Ich will mit dem Harmlosesten anfangen: ein Liebermann von Sonnenberg oder ein Böckel erscheint auf der Bildfläche in einer Universitätsstadt; da stellt sich ihm studentischer Seits eine freiwillige Ehrengarde zur Verfügung, und mit Hurrahschreien und „Deutschland, Deutschland über alles"-Singen ziehen den judenhetzerischen Aposteln diese jungen Leute in Stadt und Dorf nach und meinen damit eine patriotische That gethan zu haben. Oder, meine Herren, ein anderes Bild: wir erleben es auch wohl, daß ein Student dieser Richtung, der deutschthümelnden, in Wahrheit antideutschen Richtung, glaubt, daß es eine wunders wie heldenmäßige Leistung sei, wenn er in der Kneipe oder auf dem Trottoir schneidiger Weise einen jüdischen Commilitonen anmauschelt. Das ist dann die würdige Nachfolge des edlen Herrn von Hammerstein, der bekanntlich im Parlamente zu Berlin das Mauscheln eingeführt hat! Oder, was noch schlimmer ist: solcherlei Sorte von Studententhum schwingt sich gar zu respectwidrigen Demonstrationen gegen hochverdiente akademische Lehrer auf, wie das gegen den neulich verstorbenen Chemiker Hofmann und gegen Rudolf Virchow geschehen ist; und das aus keinem andern Grunde, als weil diese Männer es wagten, den Antisemitismus so zu beurtheilen und zu behandeln, wie unser hingeschiedener Kaiser Friedrich ihn gebrandmarkt hat, als eine Schmach des Jahrhunderts! Auch das scheint den demonstrirenden jungen Herren eine angemessene Bestätigung ihres studentischen nationalen Deutschthums zu sein.

Wenn das auf dieser Bahn so weiter geht, dann kann es bald auch zu Schlimmerem kommen. Auf die Böckelnummer folgt unmittelbar die Ahlwardtnummer, und wer A sagt, der wird übertrumpft von demjenigen, der das ganze Register der Rohheiten und der unverfrorenen Verfolgungssucht rücksichtslos von A bis Z durchzumachen versteht. Ich will es nicht hoffen, daß es bis zu dieser äußersten Grenze kommen wird; aber wir haben in der letzten Zeit ja vieles Uner-

warlele, vieles, was uns warnen kann, erlebt, wir könnten es also auch erleben, daß dereinst noch die wissenschaftlichen Judenflinten auf der Universität erfunden würden, daß deutsch-national-antisemitisch gesinnte Studenten ihre Lehrer jüdischer Herkunft oder auch Professoren, denen solche Herkunft angedichtet würde, ankreideten, verleumdeten und ihnen etwa Dinge unterschöben, wie die, daß sie ihren Schülern und Zuhörern verkehrte wissenschaftliche Grundsätze auf der Hochschule einprägten, um später dem Staate unnütze Beamte zu liefern.

Ich will das schwarze Bild nicht weiter ausmalen. Einstweilen sind wir, Gott sei Dank, noch nicht so weit gekommen, und mein Vertrauen in die Entwicklung der deutschen Studentenschaft ist, daß uns die geschilderten unerfreulichsten Zustände fern bleiben werden. Aber wir müssen auf alles gefaßt sein; und darum, meine ich, ergeht der Ruf an uns: Wachet und arbeitet! (Lebhafter Beifall.)

**Prof. Stengel** führte u. a. aus, die **Bekämpfung des Antisemitismus** sei im Wesentlichen durch ein **stärkeres Betonen des Liberalismus** möglich. Er sagte: „Wir müssen uns bemühen, die liberalen Gedanken wieder zur Geltung zu bringen, die heutzutage in den Hintergrund gedrängt werden. Die Antisemiten suchen sich aufzuspielen als Vertreter des deutschen Mittelstandes, sie knüpfen aber nur an die nächstliegenden materiellen Interessen des Mittelstandes an, denken nicht an seine wirkliche Hebung und nachhaltige Förderung im Interesse des Staatsganzen. Die materiellen Interessen sind aber unweigerlich verknüpft mit jenen idealen Interessen. Unser Mittelstand kann nicht durch den öden Antisemitismus, er kann nur durch eigene Arbeit in die Höhe gebracht werden, indem sich der deutsche Mittelstand zusammenschart, indem er von den Mitteln der heutigen Zeit Gebrauch macht, indem die einzelnen Berufsgenossen sich zusammenscharen und einer für den andern eintritt.

Und sind denn die Antisemiten mit ihrem Eintreten für den deutschen Mittelstand wirklich so consequent? Da werden Bauernvereine gegründet, dazu bestimmt, einmal Judenhetze zu treiben, andrerseits aber angeblich auch, um den Bauernstand zu heben. Das sind zwei Zwecke, die nicht dauernd mit einander gemeinsam gehen können! Viele der ohne Ueberlegung der besonderen wirthschaftlichen Verhältnisse von Seiten der Herren Antisemiten begründeten Consumvereine und Sparkassenvereine haben sich bereits als recht bedenkliche Gründungen herausgestellt und sind verkracht, weil man, im blinden Eifer die Bauern für den Antisemitismus einzufangen, übersah, daß es an geeigneten Kräften fehlte, derartige Vereine zu leiten. Es kann nicht ausbleiben, daß hierdurch noch recht viele Leute hereinfallen. Bei uns in Hessen ist denn auch schon mancher durch Schaden klug geworden und hat den ganzen Antisemitismus zum Teufel gewünscht.

Nehmen wir aber auch die Kehrseite der Medaille. Die Leiter des mitteldeutschen Bauernvereins kaufen im Großen ein. Sie hatten in Marburg eine Filiale eines großen Bremer Handelsgeschäftes errichtet, von der die Vereine ihre Waaren bezogen. Da hat sich nun herausgestellt, daß die Vereine thatsächlich manche Waaren theurer bezahlen mußten, als wenn sie anderwärts gekauft hätten. Aber wie sollen denn auch da die schlichten Vertrauensmänner immer Bescheid wissen, wie die Preise der einzelnen Waaren gerade stehen? Sei dem nun aber, wie ihm walle, jedenfalls ist auch auf unserer Seite manche Unterlassungssünde begangen worden. Es ist von liberaler Seite nicht genug auf die Weckung des Selbstgefühls des Bauernstandes, nicht genug auf die Gründung von gemeinnützigen Bauernvereinen hingearbeitet worden. Darin sollten wir von den Antisemiten lernen, wenn wir auch ihre Fehler vermeiden müssen.

Die Antisemiten haben auch den Handwerkerstand zu organisiren gesucht, aber in der Richtung ist es ihnen recht schlecht gelungen. Die Handwerker sind ja meist geweckter, Sie wissen, daß, wenn sie Hilfe brauchen, sie sich am besten selber helfen. Sie haben auch schnell erkannt, mit wie ungleichem Maße die Antisemiten messen. Die Handwerker und Geschäftsleute klagen bekanntlich besonders über den Hausirhandel, die Abzahlungsgeschäfte, billige Bazars und dergleichen mehr. Die Antisemiten behaupten nun schlankweg, daß diese Geschäfte fast ausschließlich von Juden betrieben würden. Nun, meine Herren, so ausschließlich ist das doch nicht der Fall. Die bei weitem größte Zahl der Hausirer sind Christen, und ich glaube, die Herren in Heidelberg kennen auch Antisemiten, die Schleudergeschäfte betreiben, namentlich 50 Pfg.-Bazare. (Bravo!) Derartige Geschäfte, die minderwerthige Schleuderwaaren in den Handel bringen, schädigen natürlich den seßhaften Handwerker und Kaufmann, der ein solides Geschäft betreibt. Die Antisemiten verurtheilen nun derartige Geschäfte nicht schlechthin, sondern nur dann, wenn sie von Juden betrieben werden. Recht bezeichnend ist auch eine Aeußerung von Liebermann von Sonnenberg in der letzten Sitzung des Reichstags, wo er sagte: Der Hausirhandel soll meinetwegen gestattet bleiben, aber den Juden muß er verboten werden. Da sieht man, mit wie gleichem Maße gemessen wird! Demgegenüber müssen wir uns auf den Standpunkt: Gleiches Recht für alle! stellen. (Lebhaftes Bravo!) Wenn bestimmte Geschäftskniffe, gewisse Arten des Geschäftsbetriebes vom Standpunkt der Allgemeinheit aus als schädlich zu bezeichnen sind, so bekämpfe man sie, gleichviel von wem sie ausgeführt werden. Wenn jemand sich gegen die Staatsgesetze vergeht, wenn jemand unredlich den Nachbar betrügt, dann bestrafe man ihn, mag er nun Jude oder mag er Christ sein! (Bravo!) Denn antisemitische Schurken sind doch ebenso jammervolle Subjekte wie jüdische Schufte! Das muß immer und immer wieder betont werden."

**Jüdische Geldmacht.** Ein englisch-amerikanisches Blatt, die „New-Nation", schreibt: „Der jüngste Sprößling der Familie Astor, der vor kurzem in New-York das Licht der Welt erblickte, ist der Erbe von 750000000 Franken. Dürfte es angebracht sein, dies durch ein paar Zahlen zu illustriren? Die Zinsen von obiger Summe, zu 6 Prozent berechnet, belaufen sich auf 45000000 Franken per Jahr oder 150000 Franken per Tag für 300 Arbeitstage im Jahr. Es braucht deshalb 20000 Arbeiter zu einem Tagelohn von $7\frac{1}{2}$ Franken, um die Interessen zu bezahlen. Aber blicken wir etwas weiter. Wenn der Säugling 21 Jahre alt geworden ist, werden sich die 750 Millionen Franken vervielfacht haben, d. h. auf 3000 Millionen Franken angewachsen sein. Dann muß eine Armee von 80000 Mann für die Aufbringung der Zinsen arbeiten. Da jedoch der Arbeiter auch gelebt haben muß und hierzu für sich und seine Familie wenigstens 5 Franken per Tag nöthig hat, so wird es 240000 Arbeiter brauchen, um für den Astor-Sprößling Frohndienste zu leisten. Setzt man voraus, daß jeder Arbeiter der Kopf einer Familie von 5 Personen ist, dann folgt, daß nicht weniger wie 1200000 Menschen an dem Reichthum des 750fachen Millionen-Babys interessirt sind."

Wohlgemerkt handelt es sich hier nur um ein Mitglied der Familie Astor; wir halten es nicht für unwichtig, diese Notiz unseren Lesern mitzutheilen, weil eine ähnliche Berechnung über das Vermögen der Rothschilds ein volles Kapitel im Antisemitenkatechismus ausmacht, überhaupt der angebliche Reichthum der Juden einen Hauptfactor in der antisemitischen Bewegung bildet. War es doch ein allerdings nicht controlirbarer Punkt in den Stöcker'schen Beschwerden, daß Bleichroeder mehr Einkommen habe, als sämmtliche evangelischen Pfarrer. Thatsächlich ist der Reichthum einer Anzahl amerikanischer Familien wie zum Beispiel der Goulds, Vanderbilts, Mackay, größer und schneller entstanden als der der Rothschilds. — Diese Familien verdanken ihren Reichthum ebenso wenig Großthaten für das Wohl der Menschheit. Auch die Art, wie sie ihre Einkünfte verwenden, ist nicht immer ideal. So gilt Mrs. Mackay als die Erfinderin

der prahlerischen Idee, zum Cotillon echte Schmuckgegenstände zu vertheilen. Frau Vanderbilt ließ sich eine Krone nach dem Muster der englischen Königskrone anfertigen, in welcher sie sich im Theater zeigte. Unter solchen Umständen hat es gewiß keinen Sinn, gegen jüdische Krösusse à la Rothschild zu deklamiren.

**Christoph de Jonge** soll sich, dem „Reichsboten" zufolge, auch mit seinen Eltern ausgesöhnt haben.

**Bei der Wahl des Berliner Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreters** ist der jüdische Justizrath Meyer gegen Dr. Alexander Meier unterlegen. Die Antisemiten haben versucht, diese Niederlage des Justizraths Meyer als eine Kundgebung von Judenfeindlichkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auszulegen. Justizrath Meyer habe nur die Stimmen der 24 in der Stadtverordnetenversammlung sitzenden Juden erhalten. In Wahrheit hatten von vornherein sämtliche Fraktionen der Versammlung sich ausdrücklich gegen die Wahl Meyers ausgesprochen, mit Ausnahme der Fraktion der Linken, der Herr Meyer I selbst angehört. In dieser Fraktion aber sitzen nach der „Voss. Ztg." überhaupt nur 10 Juden, von denen einer (Bernhardt) durch Krankheit verhindert war. Die übrigen Stimmen von Juden (in Wahrheit 9, da nur 19 Juden in der Stadtverordnetenversammlung sitzen) sind darnach gegen Herrn Justizrath Meyer abgegeben worden.

## Aus der antisemitischen Partei.

**Antisemitismus und Christenthum.** Auf Herrn **Stöcker** sind die extremen Raceantisemiten nicht gut zu sprechen. Er hatte seinerzeit das alte Testament vor ihren Angriffen in Schutz genommen und erklärt, das alte und neue Testament gehörten durchaus zusammen; es sei ferner eine grenzenlose Dummheit, Jesus für einen Arier zu halten. Das widerstreite dem A. B. C. der Geschichte und der Völkerkunde. — Mit diesen Sätzen hat sich Stöcker die Raceantisemiten zu Feinden gemacht; in Deutschland ist das freilich weniger deutlich zu bemerken, da insbesondere der conservative Parteitag alle Schattirungen des Antisemitismus, die Böckel'sche ausgenommen, zusammengeschweißt hat, auch mußten die Antisemiten nunmehr noch gewisse Rücksichten nehmen, da Stöcker der älteste Vorkämpfer ihrer Partei war. Aber in Oesterreich fallen diese Milderungsgründe fort. Hier legten sich die Raceantisemiten vom Schlage Schönerer's recht ins Zeug, und ihre Abschlachtung Stöckers ist so gründlich, als ob Stöcker ein — Jude wäre.

Die „Unverfälschten deutschen Worte" Schönerer's vom 12. Dezember 1892 beschäftigen sich in einem langen Leitartikel mit der Stöcker'schen Verwerfung des Racen-Antisemitismus. Und er beginnt seine Kritik mit den Worten: „Wir haben schon lange nicht — man verzeihe uns das harte Wort — soviel Dummheit, Lüge und Unkenntniß in so wenigen Worten ausgedrückt vernommen, wie in den angezogenen Stellen aus der „antisemitischen" Rede Stöckers. Ein wahrer Rattenkönig von Irrlehren, die zu widerlegen wahrlich nicht zu den angenehmsten Dingen der Welt gehört." Im Grunde genommen ist die ganze Kritik nur Aufwärmung alter Redensarten über „jüdische und arische Cultur", die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Das alte Testament ist nach des Verfassers Meinung „viel unsittlicher als die griechische Mythologie, Joseph ist ein „Kornwucherer, Judith ein ekelhaft wollüstiges Weib, das sich durch ihre Mordthat Befriedigung ihrer Lüste erwarb" u. s. f. Und wer zu dieser budenhaften Auffassung der Bibel noch die Lüge hinzufügt, die Juden „bewachten wohl nicht ohne Grund die Geheimhaltung des Talmuds", der fühlt sich zum Schluß noch berufen, Herrn Stöcker vorzuwerfen — ei! ei! — er habe „das wahre Wesen des Christenthums gar nicht erfaßt und setze aus diesem Grunde an dessen Stelle einen christlichen Talmud." Der „Hofprediger", der nichts von der christlichen Lehre versteht, der einen christlichen „Talmud" lehrt — — „sollte es möglich sein", um Herrn Carl Paasch zu parodiren, „daß Stöcker ein geheimer Jude ist?"

**Die Antisemiten unter sich.** Der deutschsoziale „Volksbote" in Lahr schreibt in seiner Nr. vom 7. Januar:

„Das conservative Berliner „Volk" erblickt seit einiger Zeit — etwa seit der Zeit, daß der frühere österreichische Sozialistenführer Oberwinder als Schriftleiter desselben fungirt — seine Hauptaufgabe darin, die einzelnen antisemitischen Richtungen und Richtungchen unter einander zu verhetzen, um dann selbst bei etwaiger Zwietracht den lachenden Dritten zu spielen. Dabei kommt es ihm selbst auf ein paar Lügen nicht an. Als es die falsche Nachricht, Herr von Liebermann würde die Leitung der Bauer'schen „Neuen Deutschen Zeitung" übernehmen, widerrufen mußte, verband es damit die bestimmte Versicherung, nicht von Liebermann, sondern Rector Ahlwardt würde Redacteur der „N. D. Ztg.". Auch diese Nachricht erwies sich als Lüge, denn Ahlwardt wird die Leitung der „Westf. Reform" übernehmen, während Dr. Bauer zur Leitung der „N. D. Ztg." selbst Manns genug ist. Sollte das „Volk" in der bisherigen Weise zu lügen fortfahren, dann erhielte es mit Recht die Bezeichnung, die der „Reichsb." ihm bereits beigelegt hat — „Sch. . . blatt"!

**Die deutschsozialen Antisemiten unter sich.** Die „Antisem. Corresp." schreibt in ihrer Nr. vom 5. Januar:

„Die in Dortmund erscheinende „Westfälische Reform" hat neuerdings, den bestimmten Verpflichtungen entgegen, die der Herausgeber gegenüber dem Vorstande des „Deutschsozialen Parteiverbands für Rheinland und Westfalen" übernommen hatte, Artikel gebracht, die unter Verhimmelung Dührings in taktlosester Weise der ganzen übrigen Bewegung die Existenzberechtigung absprachen. Das Blatt hat damit aufgehört, das Organ des oben bezeichneten Verbandes zu sein."

Die Redaction der so in die Acht erklärten „Westf. Reform" wird bekanntlich Ahlwardt übernehmen.

**Zum „Rassenantisemitismus."** Die Leipziger „N. D Ztg." enthält in ihrer Nr. 8 folgendes Eingesandt:

„Vorsicht! Es ist eine merkwürdige Thatsache: Allüberall wissen sich die Juden einzuniſten! Kommt irgend eine Sache vorwärts, gleich ist der Jude da, um sie auszuschlachten und dann f llen zu lassen; gewinnt irgend eine Partei an Bedeutung, sofort erscheint der Jude, um in ihr eine Rolle zu spielen oder an ihr zum Verräther zu werden. Man werfe einen Blick auf die politischen Parteien! Die Conservativen haben ihren „Organisator" Stahl; unter den Nationalliberalen fanden sich die Herren Bamberger und Lasker ein, um das liberale „Bürgerthum" für ihre Pläne und Gesetze gefügig zu machen, die so vieles Elend über unsere deutschen Brüder, den Juden aber unendliche materielle Erfolge gebracht haben. Zu gleichem Zwecke wurde die Fortschritts-(heutige deutsch-freisinnige) Partei benutzt. Als die Socialdemokratie an Ausdehnung zunahm, wandten sich ihr auch die Juden in größerer Zahl zu, theils um persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen, theils um den Arbeiter nicht als Consumenten zu verlieren. Nicht etwa, um dem Ideal des Zukunftsstaates nachzujagen; bewahre! Standen doch Lassalle's Absichten nach anderen Dingen, als danach den socialdemokratischen Staat einzurichten! Und nun zu den Antisemiten! Da haben die Nachkommen des schlauen Jakob auch ihren Einzug, zum Theil auch schon wieder ihren Abzug gehalten. Vor nunmehr wohl 10 Jahren nahm der „Reichsbote" den getauften Juden May in seiner Redaktion auf; seit einigen Jahren zog Morris de Jonge gegen seine Stammesgenossen zu Felde und wurde sogar „Chefredacteur" der antisemitischen „Hannoverschen Post"; jetzt läßt ein neuer Apostat*) seine Stimme in den „Deutsch-socialen Blättern erschallen. — — —

Morris de Jonge nun giebt uns ein zur Vorsicht mahnendes Beispiel. Nachdem es ihm nicht gelungen war, innerhalb der antisemitischen Partei die gewünschte Rolle und die geforderten Vergütungen für seine Leistungen zu erhalten, gerieth er in Widerspruch mit den Grundsätzen und mit der Leitung der deutschsozialen Partei. Er befindet sich augenblicklich in der Schweiz, wie ja auch vor einigen Tagen in der „Neuen Deutschen Zeitung" zu lesen war, und hat von Zürich

*) Paulus Meyer ist damit gemeint. D. Red. d. Mittheil.

aus sich bei dem „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" als Mitglied angemeldet. Die Sanntagsnummer des „Berliner Tageblattes" druckt das Anmeldeschreiben ab, das also anfängt: „Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zum ‚Verein zur Abwehr des Antisemitismus.'" — — Frage: Was soll man dazu sagen? Antwort: Vorsicht vor Judentaufen, Vorsicht vor getauften Juden! Die Rasse ist Alles!"

**Aus Leer,** 9. Januar wird der antisemitischen „Hannov. Post" geschrieben, daß in Emden Dr. Danneil jüngst vier Vorträge gehalten habe, die sämmtlich, mit Ausnahme der ersten vielleicht, der durch die anwesenden Sozialdemokraten gestört wurde, mit vielem Beifall aufgenommen worden seien. — Sollte wirklich der be—kannte Dr. Danneit, dem die Antisemiten bereits den Laufpaß gegeben hatten, von ihnen wieder in Gnaden aufgenommen sein? Wir bitten unsere dortigen Freunde um Auskunft.

**Darmstadt,** 3. Januar. Vor der Strafkammer des Landgerichts sollte heute eine Verhandlung stattfinden, auf deren Ausgang man in weiteren Kreisen seit längerer Zeit gespannt ist. Das ganz im antisemitischen Fahrwasser segelnde Fachblatt „Der Bienenzüchter" hatte eine Reihe angeblicher „Uebersetzungen aus dem Talmud" veröffentlicht, in Folge deren die Großh. Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur Theiß Anklage wegen Beschimpfung der jüdischen Religion erhob. Ein ausführliches Gutachten des Herrn Prof. Strack in Berlin weist in den Uebersetzungen zahlreiche Unrichtigkeiten und Entstellungen nach, spricht sich aber dahin aus, daß der Herausgeber ohne eigene Kenntniß der Sache und im guten Glauben an die Zuverlässigkeit von Gewährsmännern (Prof. Rohling u. A.) gehandelt haben könne. Theiß, der wegen anderer Angriffe auf die Juden bereits bestraft ist, hat die Hauptverhandlung in der vorliegenden Sache wiederholt zu verzögern gewußt. Auch diesmal brachte er in letzter Stunde ein ärztliches Zeugniß bei, wonach er wegen hochgradiger Nervosität nicht vor Gericht erscheinen könne; deshalb mußte die Verhandlung abermals vertagt werden. Sein Vertheidiger, Rechtsanwalt Metz III., hat die Verthe'digung niedergelegt.

**Pr. Stargardt.** Die hier erscheinende „Neue Westpr. Zeitung" schreibt:

„Die deutschsoziale (antisemitische) Partei beabsichtigt nun auch im hiesigen Wahlkreise für die Reichstagswahl am 16. Februar einen eigenen Candidaten, und zwar den bekannten Kaufmann Paasch aufzustellen. Zwei Abgesandte der Partei waren Ende voriger Woche hier anwesend, um ein Lokal für eine demnächst stattfindende Versammlung zu miethen."

Es handelt sich natürlich um eine Zählcandidatur; der Wahlkreis war stets in polnischen Händen.

**Aus Kyritz** berichtet die „Kreuzzeitung, daß sich dort ein **antisemitischer** Verein gebildet habe, in welchem Abg. Liebermann von Sonnenberg in nächster Zeit sprechen werde. Die „Kreuzztg." knüpft daran die Bemerkung:

„Wir können es nur mit Freuden begrüßen, wenn von deutschsozialer Seite in freisinnig vertretenen Wahlkreisen und zu diesen gehört die Ost-Prignitz, eine rege Agitation ins Leben gerufen wird; denn es läßt sich nicht verkennen, daß die gewaltig werdende Kraft des Antisemitismus viele ins königstreue Lager zurückführt, welche sonst unrettbar dem Freisinn und der Sozialdemokratie verfallen sind."

Die „Kreuzzeitung" hält also die conservative Partei, trotzdem diese den Antisemitismus auf ihre Fahne geschrieben hat, nicht für fähig, Wahlkreise dem Freisinn und der Sozialdemokratie zu entreißen. Es fragt sich nur, ob die Antisemiten sich mit dieser Handlanger-Rolle auf die Dauer begnügen und nicht vielmehr auch in conservative Wahlkreise einbrechen werden.

**Aus Baden** den 8. Januar. In unserem Oberland, wo die Antisemiten ihre Wühlarbeit begonnen hatten, sind sie jetzt auch zuerst mit Reichstagscandidaturen auf dem Plan.

Für den Fall einer Reichstagsauflösung wird im 4. badischen Wahlkreis (Lörrach — Müllheim — Staufen — Breisach), der jetzt in Händen des Centrums ist, der antisemitische Fabrikant Rudolf Vogel aus Freiburg candidiren. Weitere Candidaten sollen demnächst genannt werden; aber in jenem Gebiete der Heißsporne soll sofort mit der Agitation begonnen werden.

Die conservativen Abgeordneten Menzer und Graf Douglas haben in der Heimath sich zum Tivoli-Programm bekannt, wahrscheinlich um keine antisemitische Gegencandidatur zu bekommen.

**Ueber eine antisemitische Ausschreitung,** die in der Nacht zum 6. d. Mts. in Café Ronacher, Unter den Linden, sich ereignete, berichten Berliner Blätter: Gegen $1\frac{1}{2}$ Uhr erschienen dort zwei Herren und eine Dame, die über die Feierabendstunde, zwei Uhr, verweilen wollten. Der Geschäftsführer des Cafés forderte die späten Gäste höflich, aber bestimmt auf, das Lokal zu verlassen, doch ohne Erfolg. Alsdann wurde der Pförtner Schulz beauftragt, die seltsamen Besucher zum Fortgehen zu zwingen. Statt zu folgen, zog einer der Herren einen Stockdegen und stieß nach dem Pförtner. Der Stich drang nur durch die Kleidung, da ein Kellner ihm die Waffe rechtzeitig fortriß. Nun zog der Thäter einen Revolver und drohte, damit Jeden über den Haufen zu schießen, der ihm zu nahe käme. In diesem Augenblicke erschien Polizei; beide Männer wurden nach der Wache des dritten Polizei-Reviers gebracht, wo ihre Persönlichkeit festgestellt wurde. Als einer der beiden Excedenten wird der antisemitische Schriftsteller und Redner Wald genannt.

## Aus Frankreich.

### Eine antisemitische Volksversammlung in Paris.

XX **Paris,** den 7. Januar. Am Vorabende der Wiedereröffnung der Kammern und der offiziellen Inaugurirung des Panamaprozesses wollten die französischen Antisemiten ihren Heerbann zählen, denn es bereiten sich unleugbar große Dinge in Paris vor. Wir stehen hier nicht erst am Beginn, sondern inmitten der großen socialen Revolution, zu der die politische von 1789/93 gleichsam nur das blutige Vorspiel gebildet hatte. Der immense Saal von Tivoli-Vauxhall im Arbeiterviertel des Temple, das gerade vor einem Jahrhundert eine so bedeutende Rolle in der Geschichte Frankreichs gespielt hatte, sollte auch diesmal der Zeuge echt revolutionärer Scenen sein. Ich wohnte der stürmischen Versammlung, die von etwa 3000 Männern der verschiedensten Berufe besucht war, vom Anfange bis zum Schlusse bei und da ich hart vor der Tribüne meinen Platz hatte, so kann ich Ihren Lesern den Bericht eines Augenzeugen liefern.

Das Präsidium wurde von Marquis de Morès und seinen Ablatis Guérin, dem Major a. D. Biot und dem Mechaniker Vallée in Beschlag genommen. Die beiden ersten stehen in den 30er Jahren und sind robust gebaute Männer, welche, wie übrigens ihre beiden anderen, etwas älteren Collegen, über wahre Stentorstimmen verfügen. — Man beschwört nicht eine Gefahr durch das bloße Todtschweigen derselben. Und so will ich denn hier unumwunden meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Antisemitismus in Frankreich die schwersten Gefahren nicht nur für die französische, sondern für die Judenheit überhaupt in sich birgt. Denn wenn die Antisemiten Deutschlands und Oesterreichs ihre Anhänger werden darauf verweisen können, daß selbst „das Land der Freiheit, das als das erste die Juden emancipirte" gegen diese ernstlich Stellung nehme, dann müßten wir unseren Gegnern ohne Zögern zugestehen, daß es ihnen in der That gelungen ist, in einem großen Theile Europas den alten Geist des Mittelalters wieder heraufzubeschwören.

Ich wende mich nunmehr zu dem in den Annalen des französischen Antisemitismus für immer denkwürdig bleibenden Meeting in der rue de la Douane.

Marquis de Morès eröffnet um $8^1/_2$ Uhr die Sitzung und ergreift alsbald, Guérin das Präsidium überlassend, das Wort. Er spricht zum zweiten Punkte der Tagesordnung: die Vorbereitung der Mittel, die soziale Reform zu Gunsten der Arbeiter zu organisiren. Morès zog gegen das Kapital im Allgemeinen los, aber sprach trotz der ihn dazu geradezu herausfordernden Zwischenrufe der tumultuarischen Versammlung das Wort Jude nicht ein einziges Mal aus. Sind es persönliche Motive, die den anarchistisch gesinnten Marquis zu einem solch' reservirten Verhalten veranlassen oder ist er im Grunde des Herzens gar kein Antisemit und will sich dieser Leute nur zur Erreichung höherer Zwecke bedienen? Wir können heute diese Frage blos aufwerfen; vielleicht ermöglichen es uns bald die Ereignisse, eine strikte Antwort auf dieselbe zu ertheilen.

Während nun Morès im Namen Rocheforts gesprochen zu haben scheint, hatte der Vicepräsident der Versammlung, Jules Guérin, sichtlich die Aufgabe übernommen, den im Gefängniß sitzenden Drumont den antisemitischen Getreuen gegenüber zu vertreten. Jeder dritte seiner Sätze enthielt eine Beleidigung gegen die Juden und wie im Chorus stimmte man in den Ruf „A bas les Juifs!“ ein, der leider bald in den Straßen von Paris zum Gassenhauer werden dürfte. Ich will nun im Folgenden einige Auszüge der Rede Guérin's wörtlich wiedergeben:

„Drumont hat sein Werk angefangen und vollendet in dem Augenblick, wo Niemand wagte oder erheben wollte seine Stimme, um die Juden und ihre Mitschuldigen, die Judenfreunde (Judaïsants), mögen sie Katholiken, Protestanten oder Freidenker sein (wie man sieht, arbeiten die französischen Antisemiten nach „berühmten Mustern“) .... Wir finden eine große Genugthuung darin, zu sehen, wie der antisemitische Gedanke wächst, die Köpfe erfüllt und wir können den Tag voraussehen, wo er endgültig über die letzten Ereignisse triumphiren wird.“

Der Redner beglückwünscht sich dazu, daß während die sozialistische Idee bisher blos in die Kreise der Proletarier gedrungen sei, die Idee des Antisemitismus sich im Laufe einiger Jahre der Herzen und Köpfe der Mittel- und selbst höheren Klassen der Gesellschaft zu bemächtigen verstanden habe. Guérin fährt also fort: „... Jetzt giebt es Angesichts der Börsenschwindler, der Parlamentsspitzbuden nur noch eine einzige Klasse der Bestohlenen und Ausgeraubten. Der soziale Krieg, welcher bereits grollt, wird sich zwischen der ganzen Nation, die entschossen ist, die Banditen, welche sie ausgehungert und ausgeplündert haben, einerseits und den Dieben und ihren Mitschuldigen andererseits entwickeln. Diese ungeheuren Vermögen, auf dem Elend einer ganzen Nation errichtet, sind eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes und der Gerechtigkeit und diejenigen, welche diese festhalten, sollten gezwungen werden, sie wieder herauszugeben.“

Ich glaube, daß diese Auszüge genügen werden, um Jedem, der sehen will, die Augen über den revolutionären Charakter der Judenhetze weit zu öffnen. Gestern begnügten sich die Pariser Antisemiten damit, vor dem Bankhause Rothschild in der Rue Laffitte zu demonstriren; morgen wird dieselbe Menge vor die Palais des Crédit Lyonnais, der Société Générale und der übrigen großen Bankinstitute ziehen, ohne viel nach dem Geburts- und Taufzeugnisse der Directoren und Hauptactionäre dieser Anstalten zu fragen... Doch ich will meinem Berichte nicht vorgreifen und kehre daher in den Tivolisaal zurück.

Nach Guérin nahm der im Sonntagscostüme der Pariser Arbeiter erschienene „Mechaniker“ Vallée das Wort. Dieser Mann scheint die „rohe Faust“ des Pariser Antisemitenelans darzustellen. Er beherrscht nicht nur seinen Stoff, sondern auch die stürmischste Volksversammlung in echt souveräner Manier und wenn man ihn so auf dem Podium stolz und selbstbewußt auf- und abschreiten sieht, so muß man sich unwillkürlich an die Jacobiner der großen Revolution erinnern. Vallée's Rede war kurz, schneidig und rief einen nachhaltigen Eindruck auf die Anwesenden hervor.

Er begann mit den berühmten Worten Danton's: „De l' audace, encore de l' audace, toujours de l' audace!“ und erklärte, daß dies die Parole seiner Partei sei. Vallée hat den Muth, Cartouche, den berühmten Dieb und Mörder vom Anfange dieses Jahrhunderts, zu verherrlichen und stellt die Reichen (ohne Unterschied der Confession), welche die Arbeiterbevölkerung ausbeuten, erbarmungslos an den Pranger.

Die Krone aber setzte der Versammlung der eigens zu derselben aus der Ferne herbeigeeilte Jaques de Biez auf, indem er eine Motion verlas, in welcher er ernstlich die Aufhebung der Emancipation der Juden in Frankreich das Wort sprach... Doch der Raum mangelt mir für heute, Biez' Ausführungen des Näheren zu beleuchten; ich werde gelegentlich auf dieselben zurückkommen.

Biez war der letzte Redner, denn als nach ihm der Exanarchist Gégoux die Tribüne betrat, flog eine von bisher unbekannter Hand geschleuderte Bombe auf das Podium. Der Polizeicommissar Véron, welcher der Versammlung als Regierungsvertreter beiwohnte — es ist dies das erste Mal seit dem Sturze des Empire, daß sich ein solcher Fall in Frankreich ereignet hat — bemerkte, daß in demselben Augenblicke eine Schaar Anarchisten der Tribüne zuzuschreiten sich anschickte; er gab ein Zeichen und mit einem Male stürzten 20 Sicherheitswachleute in den Saal, um denselben unter einem unbeschreiblichen Gejohle der Versammelten zu räumen. Hiebe wurden ausgetheilt, einige Männer fielen ohnmächtig zu Boden, mehrere Anarchisten wurden verhaftet, Morès von einer begeisterten Menge über die großen Boulevards nach der Redaction der „Libre Parole“ begleitet und der merkwürdige Abend schloß, wie gesagt, mit einer Manifestation vor dem Bankhause Rothschild.

* * *

**Einem Interview** des Ministers des Innern Loubet mit einem Redacteur des „Petit Marseillais“, worüber eine Depesche aus Marseille vom 2. Januar berichtete, entnehmen wir folgende Stelle:

Auf die Frage des Journalisten: „Und Drumont, welchen Zweck verfolgt der?“ antwortete Loubet: „Der will einfach Geld verdienen; sein Journal ist eine „boutique commerciale“ und was Sie vielleicht überraschen wird: ein Theil seiner Redacteure sind — Israeliten! Aber das ist ja kein vereinzelter Fall, denn auch der „Gaulois“, der eine ähnliche Campagne führt, wird von einem Juden, Arthur Meyer, geleitet!“

Die Angabe des Herrn Loubet ist richtig; wir hatten selbst schon Gelegenheit genommen, auf die jüdischen Mitarbeiter der antisemitischen „Libre Parole“ hinzuweisen.

## Briefkasten.

**Prof. Dr. G. in D.** Besten Dank für den freundlichen Hinweis. Wird geschehen.

**St. W. in Frankfurt a. M., X in Spandau, Redaction der „Magdeb. Nachrichten“.** Besten Dank für Zusendung der antis. Flugblätter.

**J. M. in H.** Gewiß. Jede Stadt muß in den Kampf gegen den Antisemitismus eintreten. Lauheit ist manchmal ein Verbrechen. Unser Verein sendet Ihnen sehr gern einen Redner, nur bitten wir um rechtzeitige Angabe von Zeit und Ort.

**A. C. in Büdingen.** Ihre Mittheilungen haben uns interessirt. Bitte fahren Sie in Ihrer Berichterstattung fort.

**H. in Hildesheim.** Aus antisemitischen Blättern ersehen wir, daß die Antisemiten in der jüngsten Zeit in der dortigen Gegend recht rührig sind. Geschieht etwas von gegnerischer Seite? Regelmäßige Stimmungsberichte wären uns angenehm.

**Rector H. hier, Hauptlehrer B. in S.** Freundl. Dank für eingesandte Zeitungen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 60 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 4. | Berlin, den 22. Januar. | 3. Jahrg. 1893.

### Liberalismus und Antisemitismus in Magdeburg.

Der Kampf gegen den Antisemitismus mit seinen demagogischen und die Lebensinteressen des Vaterlandes schwer bedrohenden Consequenzen müßte ja gewiß eigentlich nicht die Aufgabe einzelner, sondern aller anständigen Parteien sein. Der Ahlwardt-Prozeß mit allen seinen begleitenden Umständen hätte das auch dem blödesten Auge klar machen sollen. Thatsächlich aber haben die Vorgänge auf dem Parteitage der Conservativen deutlich genug gezeigt, daß auf eine Mitwirkung der Conservativen in dieser nach unserer innersten Ueberzeugung echtnationalen Abwehr, selbst der schlimmsten Auswüchse der antisemitischen Bewegung, nicht zu rechnen ist, daß vielmehr die conservative Partei sich immer offenkundiger in das Fahrwasser der antisemitischen begiebt und noch immer der Hoffnung nicht entsagen will, mit deren Hilfe dem verhaßten Liberalismus den Garaus zu machen. So sehr wir uns daher freuen, wenn unsere Bestrebungen vereinzelt auch bei Conservativen Verständniß und Unterstützung finden, so können wir uns doch darüber keiner Täuschung hingeben, daß wir bei unserem Kampfe gegen die den unlautersten Volksleidenschaften Nahrung gebende antisemitische Hetzerei im wesentlichen auf die Hilfe der liberalen Parteien, zu denen in dieser wie in mancher andern Frage geistiger Freiheit zu unserer Freude auch der größte Theil der Freiconservativen gehört, angewiesen sind.

Für diese liberalen Parteien nun ist die Abwehr des Antisemitismus ganz offenbar nicht blos eine Sache allgemein menschlicher Gerechtigkeit gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern, sondern sie führen, indem sie den Antisemitismus bekämpfen, zugleich ihre ureigenste Sache, die Sache einer freiheitlichen geistigen Entwickelung im Allgemeinen, die ihrer Partei selbst im Besonderen. Je klarer und offenkundiger die Solidarität der Conservativen in ihrer großen Mehrheit mit den Antisemiten hervortritt, um so deutlicher offenbart sich der allgemeine reactionäre Charakter der antisemitischen Bewegung, um so klarer zeigt es sich, daß die letztere ihre Sturmangriffe nicht blos gegen das gesammte Judenthum, sondern auch gegen den angeblich mit demselben verbündeten Liberalismus überhaupt richte. So sehr wir daher trotz aller Verbrüderung der Conservativen mit den Antisemiten es weit von uns weisen, den Kampf gegen den Antisemitismus oder vielmehr die Abwehr desselben schlechthin mit einer einzelnen politischen Partei zu identificiren, eben weil wir uns mit Freuden bewußt sind, auch besonnene Vertreter der conservativen Partei zu uns zählen zu dürfen, so halten wir uns doch für berechtigt, insbesondere auch den liberalen Parteien klar zu machen und immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß Liberalismus und Antisemitismus sich schlechthin ausschließende Gegensätze sind, daß wir also in unserem Kampfe gegen den letzteren auf die Unterstützung des ersteren in besonders hohem Grade zu rechnen vollauf berechtigt sind.

Theoretisch wird es kaum irgend ein Liberaler leugnen, aber die praktischen Consequenzen aus dieser theoretischen Erkenntniß werden oft nicht energisch und klar genug gezogen. Viele Liberale, und das zeigt sich auch bei uns in Magdeburg, halten sich für zu vornehm, um sich mit dem Radau-Antisemitismus auch nur in eine Discussion einzulassen. Andere unterschätzen die Gefahr der Bewegung, noch Andere meinen, es habe doch keinen Zweck, den Antisemiten entgegenzutreten, da diese doch von vornherein jeden Gegner vergewaltigten und niederschrieen. Den letzteren Grund glaube ich selbst vor einiger Zeit als nicht stichhaltig erwiesen zu haben, indem ich in einer sehr erregten, sich unbedingt mit Ahlwardt indentificirenden Versammlung ruhig und entschieden gegen die antisemitischen Redner aufgetreten und — eine allerdings gegenüber der bisherigen antisemitischen Praxis immerhin auffallende Erscheinung — ruhig angehört worden bin. Aber auch die anderen Gründe sind in keiner Weise stichhaltig. Es ist vielmehr nachgerade die höchste Zeit, daß sich die Liberalen aller Schattirungen in Magdeburg völlig klar darüber werden, daß sie ihren Besitzstand hier nur zu behaupten vermögen, wenn sie den Antisemiten mit vereinten Kräften muthig und energisch entgegentreten. Davon ist aber bisher nur wenig zu verspüren gewesen. Namentlich verharren die engeren politischen Freunde des Unterzeichneten, die Nationalliberalen, von einigen energischen Artikeln, welche die Magdeburgische Zeitung in jüngster Zeit veröffentlicht hat, abgesehen, noch immer in ihrer vornehmen Reserve in dieser Frage, die ihnen leicht nur zu bald verhängnißvoll werden könnte. In etwas höherem Maße, wenn auch noch keineswegs ausreichend, haben die Freisinnigen den Kampf gegen den Antisemitismus in die Hand genommen. So veranstaltete vorgestern Abend der freisinnige Bezirks-Verein „Kaiser Friedrich“ eine Versammlung, in welcher Herr Meinecke einen vortrefflichen Vortrag über den Antisemitismus vom Standpunkte des Christenthums, des Rechts und der Moral unter lebhaftem Beifall der Anwesenden gehalten hat. Aber wie ich es in dieser Versammlung in der an den Vortrag sich anschließenden Debatte, an der ich als Gast theilnahm, in wiederholten Ansprachen mündlich gethan habe, so möchte ich es hier schriftlich wiederholen, daß es mit der Behandlung dieses Themas im Kreise solcher, die schon Gegner des Antisemitismus sind, also mit einer Verhandlung bei in der Hauptsache verschlossenen Thüren, nicht gethan ist, daß es vielmehr gerade darauf ankommt, sich an die breiteste Oeffentlichkeit zu wenden und dadurch diejenigen Kreise, welche sich von den Antisemiten haben bethören lassen oder denselben bis

jetzt indifferent gegenüberstehen, von der Unhaltbarkeit und Verlogenheit der antisemitischen Behauptungen und Verleumdungen gegen unsere jüdischen Mitbürger zu überzeugen. Ich betonte mit Nachdruck und wiederhole es an dieser Stelle, daß es im ureigensten Interesse der liberalen Parteien liegt, alle Streitigkeiten unter einander einmal außer Acht zu lassen und in dieser Frage gemeinsam gegen den gemeinsamen Gegner energisch vorzugehen. Wir halten die antisemitische Bewegung für eine ernste und schwere Gefahr für unser ganzes deutsches Vaterland, aber in besonders hohem Grade ist sie es für den Liberalismus in allen seinen Schattirungen. Möge er sich endlich dieser Sachlage voll und ganz bewußt werden und der gewonnenen Ueberzeugung nicht nur im Kreise von Parteigenossen, sondern in großen öffentlichen, gemeinsam veranstalteten Volksversammlungen klaren und energischen Ausdruck geben. Sich durch die wüste Agitationsweise der Antisemiten von der freien und rückhaltlosen Bethätigung dieser Ueberzeugung abhalten zu lassen, wäre eines der verhängnißvollsten Fehler, die der Liberalismus begehen könnte. Er würde dadurch b wirken, daß der Antisemitismus erreicht, was er durch die ganze Art seiner Agitation bezweckt: die rohe Vergewaltigung jedes Gegners der antisemitischen Beweg..ng. Speziell hier in Magdeburg aber liegt die Sache nicht einmal so, wie die Gegner des Antisemitismus nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen anzunehmen geneigt sind. Die hiesigen Antisemiten, vor Allem der Leiter ihrer Versammlungen, haben in jüngster Zeit in der That in einer auch am Gegner anzuerkennenden Weise gezeigt, daß sie in ihrem Fanatismus noch nicht so weit gelangt sind, den Gegner nicht mehr anhören zu wollen; ein Antisemit, der den Gegner noch anhört, ist aber vielleicht auch noch von der Unhaltbarkeit seiner Auffassung zu überzeugen. Dies sollte gewiß ein neuer starker Antrieb für die liberalen Parteien sein, den Kampf entschlossen aufzunehmen.

Magdeburg, 12. Januar 1893.

Dr. Georg Winter.

## Mirabeau über die Juden.

### I.

Die französische Revolution hat die Emanzipation der Juden vorbereitet. Der Freiheitstaumel, der die französische Nation ergriff, fegte alle Vorurteile und sozialen Schrecken hinweg. Aufhebung der Sklaverei, Abschaffung der Todesstrafe und Wahlrecht für die verachteten Schauspieler und — Juden waren die ersten Errungenschaften der Revolutionsjahre. Mirabeau, „Die Fackel der Provence," der genialste Mann Frankreichs seiner Zeit, war der erste, der namentlich zu Gunsten der Juden seine Stimme erhob. Aber es war nicht nur Mitleid, das sein großes für jede unterdrückte Minderheit schlagende Herz für die geknechteten Mitglieder aus dem Stamme Juda's empfand, sondern es war eine genaue Kenntniß ihres Wesens und ihres Werthes.

Mirabau war einige Jahre lang am Berliner Hofe Friedrich Wilhelm II. gewesen, wohin er in geheimer diplomatischer Mission entsendet worden war. Hier war es, wo er in christlichen wie jüdischen Kreisen den Namen „Moses Mendelsohn" vernahm und die Worte der Verehrung hörte, die jedermann dem kurz vorher (4. Januar 1786) gestorbenen jüdischen Philosophen zollte. Die Gestalt Mendelsohns fesselte ihn ebenso wie der Stamm, aus dem er hervorgegangen. In dem Verlangen, seinen Landsleuten mit der Gestalt des Verfassers des „Phädon" bekannt zu machen, von dem Wunsche erfüllt, an diesem einen Beispiel die Ungerechtigkeit der alten Vorurtheile gegen die Juden darzulegen, schrieb er im Jahre 1786 seine Streitschrift „Ueber Moses Mendelsohn und über die politische Reform der Juden." Im Grunde genommen war seine Schrift eine, wie er selbst im Vorwort sagt, „getreue Analyse der beiden deutschen Bände, welche Dohm (Chr. W. Dohm, Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden. Berlin bei F. Nicolai 1781) geschrieben hat."

Was Mirabeau mit seinem Buche bezweckt, sagt er in der Einleitung: „Ich möchte Frankreich mit Moses Mendelsohn besser bekannt machen, als es durch die Uebersetzung seines „Phädon" geschehen kann, zweifellos eines seiner schönsten Werke. . . . Ich möchte in erster Reihe alle diejenigen, deren Fühlen und Begreifen Nichts fremd sein kann, was die Menschheit angeht, von dem Vorurtheil befreien, welches uns den gerechten Mißbrauch der socialen Macht gegen die Juden dadurch beschönigen läßt, daß es dieselben als Leute darstellt, welche unfähig seien, jemals moralisch schätzenswerth und politisch nützlich zu werden."

Mendelsohn ist für Mirabeau das beste Beispiel für die Entwickelungsfähigkeit des Judenthums.

„. . . . Kann man nicht, ohne dem Ruhm dieses wunderbaren Mannes (Mendelsohn's) zu verkleinern, welcher durch kraftvollen Willen, durch natürliches Genie und durch unermüdlichen Fleiß aus dem Schoße dieser Klasse, die man so oft zur letzten zu machen sich bestrebte, bis zum ersten Rang des Philosophen und Schriftstellers sich erhob, kann man nicht sagen, daß sein Beispiel alle diejenigen zum Stillschweigen hätte bringen müssen, welche hartnäckig mit unebler Verbissenheit darauf versessen sind, die Juden als so niedrig zu schildern, daß niemals aus ihnen eine achtungswerthe Menschenklasse werden könnte? Aber ich bedurfte dieses Beweises n.cht, um mich zu überzeugen, daß man nach nicht aufgehört hat, den Juden ihr Unglück als ein Verbrechen anzurechnen. Wenn man die politischen und moralischen Verhältnisse, in welchen sie zu den verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen Ländern gelebt, wenn man den wechselseitigen Einfluß der Völker, unter welchen sie wohnten, und die verschiedenen politischen Regierungen, welchen sie unterworfen gewesen sind, wenn man den Einfluß, welchen sie auf Industrie, auf Handel, auf Sitten, auf die Entwickelung der Wissenschaften geübt, wenn man dies Alles mit einiger Aufmerksamkeit betrachtet, so beweist ihre Geschichte, daß die Juden als Menschen und als Bürger nur in sofern verdorben gewesen sind, als man ihnen die Rechte als Menschen und als Bürger verweigert hat".

Als Historiker, und in seiner Geschichtsauffassung Schüler von Montesquieu, weiß Mirabeau, wie sehr die „jüdische" Fehler und Eigenschaften zumeist nur Resultate ihrer Erziehung, ihrer Umgebung, ihrer Geschichte sind. Er sagt: „Welche Zuflucht bleibt diesen unglücklichen Vaterlandslosen", fährt Mirabeau fort, „deren Erwerb mit tausend Fesseln erschwert ist, welche weder eine Heimathsstätte ihr eigen wissen, noch ihre Talente frei entfalten können, an deren Tugenden Niemand glaubt, deren Ruhm Niemand anerkennt? Keine andere Zuflucht bleibt ihnen, als der Kleinhandel."

## Zur Reichstagsersatzwahl in Liegnitz

schreibt das „Liegn. Tagebl.":

Der Verlauf einer liberalen Wählerversammlung, welche am Sonnabend 14. d. M. Abends in Seifersdorf hiesigen Kreises stattfand, hat einen Vorgeschmack von den **Ausschreitungen** geboten, welche wir bis zum Wahltage von **antisemitischer** Seite nach zu erwarten haben, wenn nicht die gesammte auf Ordnung und gesittetes Betragen haltende Bevölkerung des Wahlkreises den Wortführern jener Partei deutlich zu verstehen giebt, daß sie keine Neigung hat, in unserem Kreise jene Lärm- und Radauscenen Platz greifen zu lassen, die anderen Kreisen zu einem so wenig beneidenswerthen Rufe verholfen haben. Leider ist in Folge der Seifersdorfer Vorgänge ein Ereigniß eingetreten, das die freisinnige Partei auf das Lebhafteste beklagen muß. Tief

erschüttert und abgestoßen von dem Treiben der Antisemiten in jener Versammlung, hat der Candidat der freisinnigen Partei, Herr Stadtrath Wecker-Breslau, welcher dort zum ersten Male den ländlichen Wählern sich vorstellte, seine Candidatur zurückgezogen. Wir begreifen es sehr wohl, daß ein Mann von vornehmer Empfindung nach solchen Erfahrungen den Wunsch in sich rege werden fühlt, die Berührung mit so rücksichtslosen und illoyalen Gegnern zu vermeiden, aber gleichwohl können wir unmöglich den Rücktritt des Herrn Wecker für berechtigt halten. Er würde an anderen Stellen in den Landbezirken unseres Wahlkreises sicher sehr bald den Eindruck gewinnen können, daß die große Mehrheit unserer Landleute über das Benehmen politischen Gegnern gegenüber ganz andere Ansichten hat, als die antisemitischen Wortführer in der Seifersdorfer Versammlung. Doch der Entschluß des Herrn Wecker steht fest, er ist gestern bereits in Goldberg öffentlich verkündigt worden, und wir haben nun zunächst die Pflicht, auf seine Ursache etwas näher einzugehen.

Die in Seifersdorf im Nitschke'schen Gasthofe angemeldete Versammlung hätte beinahe überhaupt nicht abgehalten werden können, da der Wirth, jedenfalls in Folge irgend eines auf ihn ausgeübten Druckes, im letzten Augenblicke die Hergabe des längere Zeit vorher zugesagten Saales verweigerte. Er wurde jedoch bestimmt, von dieser Weigerung abzusehen, so daß die aus Liegnitz erschienenen Vertreter der freisinnigen Partei nebst den zahlreich erschienenen anderen Herren sich in den Saal begeben konnten. Vorher hatte Herr Rentner A. Jungfer als Unternehmer und Anmelder der Versammlung sich von dem Gastwirth das Hausrecht erbeten, da die Anwesenheit des antisemitischen Agitators Werner aus Marburg, sowie das Ausmarschiren einer ganzen Reihe wohlbewehrter Hofeknechte, auf allerlei seltsame Ueberraschungen hindeutete. Die erste derselben lag bereits in der Antwort, welche Herr Jungfer auf sein Ersuchen erhielt und welche dahin ging, daß der Herr Amtsvorsteher des Bezirks, Lieutenant Schneider-Spittelndorf, sich selbst schon das Hausrecht habe übertragen lassen. Ob er dazu die Berechtigung hatte, erscheint uns zweifelhaft, denn unseres Wissens, das sich u. A. auf ein Erkenntniß des Kammergerichts vom 6. Oct. 1890 stützt, ist der eine Versammlung überwachende Polizeibeamte — und als solcher war doch der Herr Amtsvorsteher in diesem Falle anzusehen — wohl berechtigt und verpflichtet, den Vorsitzenden in der Handhabung der Geschäftsordnung zu unterstützen und gegen die Ordnungsstörer amtlich einzuschreiten, aber es ist uns nicht bekannt, daß er zur Uebernahme des Hausrechts in einer von einem anderen Unternehmer einberufenen und angemeldeten Versammlung befugt sei. Aber auch in anderer Beziehung erregte das Benehmen des Amtsvorstehers Befremden, denn Herr Lieutenant Schneider blieb während der ganzen Dauer der Versammlung mit bedecktem Haupte und den eisenbeschlagenen Krückstock in der Hand haltend, in der Mitte des Saales, nicht weit von dem von den Liegnitzer Herren eingenommenen Tische entweder stehen oder er ging im Saale auf und ab, mit einer Anzahl anderer Herren sich unterhaltend und die freisinnigen Redner durch wiederholte Zwischenrufe unterbrechend. Aus der Reihe jener Herren, an deren Spitze er, räumlich genommen, stand, und zu denen neben dem oben erwähnten antisemitischen Agitator, Herrn Werner, auch einige blutjunge Leute gehörten, deren Wahlberechtigung augenscheinlich starkem Zweifel unterlag, ertönten nun fortgesetzt, sowohl in die Einleitungsworte des Vorsitzenden, als auch in die Rede des Herrn Stadtrath Wecker, sowie der folgenden freisinnigen Redner, Redacteur Horschkamp und Weigt-Berlin, laute, störende Zwischenrufe, ohne daß von Seiten des Herrn Amtsvorstehers dagegen eingeschritten wurde. Schon die in höflichem Tone ausgesprochene Bitte des Herrn Jungfer, die Verhandlungen doch, wie es früher stets geschehen sei, in ruhigem und anständigem Tone zu führen, brachte einen starken Lärm hervor, aus welchem Worte, wie „Unverschämtheit!", „Frechheit!", „freche Kerle!" u. s. w., hervorklangen. Trotzdem versuchten die freisinnigen Redner durch größte Ruhe in ihren Ausführungen den augenscheinlich beabsichtigten und vorbereiteten Sturm hintanzuhalten, und es wurde auch Herrn Werner weit über die proklamirte Redezeit hinaus das Wort verstattet, aber als nach dem antisemitischen Redner Herr Weigt das Wort ergriffen hatte und auf die Verhältnisse der Landwirthschaft zu sprechen kam, brach ein solcher Lärm los, daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte. Es muß anerkannt werden, daß auch Herr Werner sich bemühte, die Ruhe wiederherzustellen, allein es ging ihm wie dem Goethe'schen Zauberlehrling, er hatte die Gewalt über die Geister verloren, die er selbst gerufen hatte. Ein ernstes amtliches Einschreiten des Herrn Amtsvorstehers, der ja Polizeibeamter und Hausherr in einer Person war, wäre allein im Stande gewesen, die Fortsetzung der Versammlung zu ermöglichen, aber dieses Einschreiten unterblieb, und so hatten die Herren Antisemiten die traurige Genugthuung, eine liberale Wählerversammlung gesprengt zu haben. Ob ihnen dieses Vorgehen Nutzen bringen wird, das bezweifeln wir sehr; am 20. Februar wird die Antwort auf diese Frage ertheilt werden. Vorher aber dürfte auf die sofort einzulegende Beschwerde wohl noch Klarheit über die Rechte und Befugnisse der Amtsvorsteher bei Ueberwachung von Wahlversammlungen geschaffen werden.

* * *

Von einem am Wahlkampf betheiligten Freunde wird uns in wesentlicher Uebereinstimmung mit der obigen Darstellung geschrieben:

„Gegen die antisemitischen Radaubrüder, wie sie namentlich bei Wahlkämpfen thätig sind, anzukämpfen, ist für einen anständigen Menschen wahrlich keine Kleinigkeit, und es gehört in der That glühende Begeisterung für die Sache und ein gut Theil Selbstüberwindung dazu, um ohne Ekel den Insulten des antisemitischen Pöbels auf die Dauer Stand zu halten. Die antisemitischen Agitatoren haben gut reden, wenn sie die Schuld für solche Auftritte von ihren Schultern abwälzen, und manche von ihnen mögen sich in der That redliche Mühe geben, ihre Anhänger von Excessen abzumahnen, aber das ungebildete Volk zieht aus der Gepflogenheit der Antisemiten, alles zu bekritteln und herabzusetzen, was nicht in ihren Kram paßt, für die Praxis die Folgerung, jeden, der eben nicht auf das Allerweltsheilmittel des Antisemitismus schwört, mit Gewalt zu diesem neuen Götzen zu bekehren, und sollte auch als letzter und zwingender Beweisgrund der Knüppel dienen.

In dem Wahlkampf in Liegnitz hat man jetzt Gelegenheit, sich von der Wahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Dort stehen Freisinnige, Antisemiten und Sozialdemokraten als Rivalen auf dem Kampfplatz einander gegenüber. Aber während bei allen Versammlungen, in denen Freisinnige und Socialdemokraten zugegen sind, Ruhe und Ordnung mit Leichtigkeit aufrecht zu erhalten waren, ist bisher noch keine Versammlung ohne furchtbaren Radau abgegangen, in welcher sich Antisemiten in größerer Zahl eingefunden hatten. Ein besonders eclatantes Beispiel wird das Gesagte zur Genüge illustriren. Am Freitag war in einer in der Nähe von Liegnitz gelegenen größeren Ortschaft Seifersdorf von freisinniger Seite eine Versammlung einberufen worden, in welcher der liberale Candidat sich seinen Wählern vorstellen und seine Stellung zu den wichtigsten politischen Tagesfragen erörtern sollte. Schon mehrere Stunden vor Beginn der Versammlung hatten sich die conservativ-antisemitischen Gutsbesitzer der Umgegend mit ihren Hofleuten in dem Locale eingefunden, und es wurde nun durch reichlich gespendeten Schnaps bei den Letzteren die für die Versammlung nöthige Stimmung hervorgerufen, was auch in so vorzüglichem Maße gelang, daß, als die liberalen Herren zu der angekündigten Zeit anlangten, nicht viel daran fehlte, daß man sie sofort mit Prügel empfangen hätte. Obwohl ferner der Amtsvorsteher jenes Amtsbezirks, Herr Lieutenant Schneider-Spittelndorf, ganz widerrechtlich das Hausrecht sich von dem Wirthe hatte übertragen lassen und die Liberalen daher in ihrer eigenen Versammlung nicht einmal ihr Hausrecht zu wahren vermochten, wurde dennoch die Versammlung zur bestimmten Zeit eröffnet. Sofort merkte man aber, wie der Schnaps seine Wirkung that, zumal die Herren Gutsbesitzer und ihre Hofbeamten, jeder mit einem großen Knüppel bewaffnet, die Kampfstimmung noch eifrig schürten. Die ruhigen und sachlichen Ausführungen des liberalen Candidaten wurden

mit höhnischen Bemerkungen seitens der Herren Gutsbesitzer und ihrer Schaar beantwortet, und grüne Jungen, die hinter den Ohren noch nicht trocken sein konnten, drängten sich frech die Mütze auf dem Kopfe und den Knüppel in der Faust bis unmittelbar vor den Redner, um ihm höhnische Grimassen zu schneiden und unverschämte Bemerkungen ins Gesicht zu schleudern. Der seitens des Vorsitzenden um Ruhe angegangene Amtsvorsteher wollte in allen diesen Vorgängen keine Ruhestörung erblicken, ja ermunterte sogar seinerseits durch unpassende Bemerkungen die Ruhestörer, in ihrem Werke fortzufahren, was diese denn auch in derartiger Weise vollführten, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, trotzdem auch der in jener Versammlung anwesende antisemitische Agitator, Herr P. Werner-Marburg, sich redliche Mühe gab, die Gemüther zu beruhigen, bei dem fortwährend zunehmenden gräulichen Lärm die Versammlung zu schließen.

Aus diesem einen Beispiel, welches den Unterschied der von den Antisemiten stets so hoch gefeierten Redefreiheit in Theorie und Praxis gebührend kennzeichnet, kann man zur Genüge ersehen, welchen Zuständen wir entgegen steuern, wenn, was Gott verhüten möge, diese Herren wirklich einmal das Heft in die Hand bekommen sollten. W.

## Zur Abwehr.

**Herr Christoph de Jonge** schreibt uns:

In Ihrer Nr. 3 wird einer Mittheilung des „Reichsboten" Erwähnung gethan, derzufolge ich mich mit meinen Eltern ausgesöhnt haben „soll." Diese Mittheilung ist zutreffend. Die Aussöhnung hat sich aber nicht auf meine Eltern beschränkt. Sie hat sich vielmehr auf meine ganze nähere Familie, insbesondere auch auf meine drei Brüder ausgedehnt. Auch ist sie bereits vor einiger Zeit erfolgt, indem ich schon Anfang November durch einen Briefwechsel mit einem in Paris wohnhaften Onkel mütterlicherseits, den ich daraufhin, seiner Einladung folgend, besuchte, vorbereitet wurde und Anfang Dezember zur Ausführung gelangte. Sie steht also, wie schon die Vergleichung der Zeitdaten ergiebt, in keiner Weise in ursächlichem Zusammenhang mit der plötzlichen Einladung der Hannover'schen Justizbehörden, die Göttinger Irrenanstalt einer längeren, wahrscheinlich lebenslänglichen Besichtigung zu unterziehen. Der Friedensschluß mit meiner Familie war vielmehr nur die naturgemäße Consequenz eines bereits seit $1\frac{1}{2}$ Jahren sich vorbereitenden und im letzten halben Jahre zum völligen Durchbruch gelangten Umschwungs in meiner Beurtheilung der Judenfrage.

Daß es für mich nach wie vor eine „Judenfrage" giebt, möchte ich an dieser Stelle nochmals nachdrücklich betonen! Aber diese Frage liegt jenseits der Grenzen des politischen Gebietes. Sie ist eine heilige Frage, die nicht zum politischen Handelsobject und Lockmittel für die unzufriedenen Massen herabgewürdigt werden darf und zu deren Lösung nicht die Redner und Schreier conservativer oder antisemitischer Radauversammlungen und Parteitage berufen sind, sondern nur die, die von Liebe und Hoffnung erfüllt sind für das auserwählte Volk Gottes, das nicht bloß das religiöse Volk der Vergangenheit ist, sondern auch das der Zukunft!

Darum habe ich jenen „christlich-arischen" Handelsjuden, die aus der Judenfrage „a Geschäftche" machen, die das Volk, aus dem der Heiland hervorgegangen, zum Object politischer Schachergeschäfte erniedrigen und als wohlfeilen Preis für werthvolles Stimmvieh hingeben, und die durch ihre völlige Lieblosigkeit gegen das Volk, aus dem das Christenthum erwachsen, nur beweisen, wie weit sie noch vom echten Christenthum entfernt sind und wie tief sie noch in den Banden des Heidenthums stecken, **öffentlichen** Kampf angesagt! Und ich hoffe mich in diesem Kampf auf eine Parteiorganisation stützen zu können, die mehr vermag und fester gefügt ist, als die der conservativen Demagogie! Meine Parteigenossen sind die Apostel! Der Parteizweck ist die Ausbreitung des christlichen Glaubens! Das Parteiprogramm ist das dreizehnte Kapitel des ersten Korintherbriefes! Und der Parteichef heißt — — Christus!!

Christoph de Jonge.

Zürich, am 15. Januar 1893.

□ **Lübeck**, 15. Januar. Das hiesige Amtsblatt brachte in seiner Nummer 4 einen Bericht über den Vortrag, den Herr Prof. Dr. Cruner aus Greifswald zum Besten des evangelischen Vereinshauses hier gehalten hat über das Thema: „Eigenthum und Arbeit nach christlicher Anschauung". Die von dem Vortragenden gethane Aeußerung: „Die ganze Welt hat nicht gewußt, was Arbeit war, ausgenommen das Volk Israel, welches heute vielleicht am wenigsten von Arbeit verstehe" — hat den hiesigen Rabbiner Dr. Carlebach veranlaßt, in den „Lübecker Nachrichten" (Beiblatt zur Eisenbahnzeitung) jenen Angriff auf die Juden in höchst geistvoller, gründlicher Weise zurückzuweisen. Der Artikel hat in den Kreisen der hiesigen Bevölkerung einen tiefen Eindruck gemacht.

**Der Herr Erste Staatsanwalt Maizier** in Magdeburg hatte, wie die „Vossische Zeitung" mittheilte, in einem Mordprozeß den Angeklagten als zu derjenigen Partei gehörig bezeichnet, von der ein Mitglied sich nicht gescheut habe, eine Schrotladung gegen das geheiligte Haupt des Kaisers zu senden. Es beweist dies, wie sehr es der christlich-socialen Partei gelungen ist, die wahren Thatsachen zu verdunkeln. Hödel war Mitglied der christlich-socialen Partei,*) bei Nobiling ist das nicht sicher festgestellt, noch weniger Anhalt liegt aber vor, daß er Sozialdemokrat war.

**Im „Bruchsaler Boten"** werden von jüdischer Seite die im antisemitischen Verein zu Bruchsal gegen die Juden erhobenen Anklagen in sachlicher, aber entschiedener Weise widerlegt. Dieses Vorgehen können wir nur billigen und zur Nachahmung empfehlen.

**Die Ulmer Juden** haben den Antisemiten einen billigen Triumph verschafft. Sie hatten sich nämlich mit einer Eingabe an das Justizministerium um „Schutz" gegen die Beschimpfungen der „Ulmer Schnellpost" gewandt, die Regierung hat aber, wie vorauszusehen war, diesem Ansinnen keine Folge gegeben. Mit Recht bemerkt dazu die „Frankf. Ztg.": In einem Staate, der auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Confessionen steht, ist es ein Nonsens, eine Confession unter einen besonderen Schutz stellen zu wollen.

Nachschrift. Es geht uns unmittelbar vor Redactionsschluß die nachstehende Notiz aus dem „Ulmer Tagebl." vom 17 Januar zu:

Die in eine Anzahl württembergischer und auswärtiger Zeitungen gelangte Notiz, daß die Ulmer israelitische Gemeinde den „Schutz" des württembergischen Justizministeriums gegen die antisemitische Hetze angerufen habe, ist falsch. Richtig ist nur soviel, daß einige alte Ulmer Bürger israelitischer Confession eine Eingabe an das Gesammt-Staatsministerium gerichtet haben, worin sie unbeschadet der gesetzlich gewährleisteten Vereins- und Preßfreiheit die Aufmerksamkeit der Regierung auf gewisse Ausschreitungen lenkten (Vorgänge in Lehranstalten, Verhalten von Behörden, Preßdelicte), denen gegenüber möglicherweise bestimmte gesetzliche Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Gesetze zu treffen wären. (Die Eingabe datiert vom 15. Dezbr. 1891 und es ist wohl kein Zufall, daß in der Folge die Königliche Staatsanwaltschaft Ulm vom Königlichen Justizministerium angewiesen worden ist, den Redacteur der

*) „Hödel findet sich in der Original-Mitgliederliste unter Nr. 1732 (29. April 1878) unter dem Namen „Max Lehmann", Klempner, Stallschreiberstraße 13, eingetragen. Der Name ist mit rother Tinte durchstrichen und daneben ebenfalls mit rother Tinte der Vermerk: „Attentäter des Kaisers am 11. Mai 1878, Nachmittags 3 Uhr."

Aus der antisemitischen Schrift: „Der falsche und der wahre Stöcker." Von einem Mitgliede des deutschen Reichstages. (Leipzig Böhme 1885. S. 20.)

Schnellpost vor das Schwurgericht zu ziehen.) Das Gesammtministerium hat dann in den einzelnen Departements Erhebungen anstellen lassen, die ziemlich eingehend gewesen zu sein schienen, worauf die Absender der Eingabe einen Bescheid vom 14. Dez. 1892 erhielten; das Wesentlichste gipfelt darin, daß die gedachten Erhebungen, infolange nicht Spezialfälle ein Einschreiten nothwendig machen, einen Anlaß zu generellen Anordnungen nicht erkennen lassen.

Auch nach dieser Darstellung des Sachverhalts kann das Vorgehen unserer jüdischen Mitbürger in Ulm unsere Billigung nicht finden.

**Die Polen und der Antisemitismus.** In der Stadt Zirke fand dieser Tage eine Versammlung polnischer Gewerbetreibender statt, auf der man sich mit der Stellung der Juden zu dem Antisemitismus befaßte. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Obschon die Juden den Polen stets und ständig feindlich gesinnt(?) sind, können sich doch die Polen dem lärmenden deutschen Antisemitismus nicht anschließen, dessen Tendenzen mit der christlichen Nächstenliebe nichts zu thun haben. Der Antisemitismus regt nur die Leidenschaften der rohen Volksmassen auf und somit kann das Polenthum nichts mit ihm gemein haben."

Graf Hektor Kwiecki und mehrere katholische Pröpste waren die hauptsächlichsten Redner. Empfohlen wurde den Anwesenden allerdings, bei Einkäufen die christlichen Kaufleute zu berücksichtigen, aber sich von jeder Hetze streng fern zu halten.

## Aus der antisemitischen Partei.

**Antisemitische Wahrheitsliebe.** Die Leipziger „N. D. Ztg." vom 17. Januar brachte nachstehende Notiz:

Die **Alliance israélite** hat in letzter Zeit die ganz besondere Aufmerksamkeit der Behörden erregt. Wie wir aus guter Quelle erfahren, sind die Bücher der Berliner Abtheilung der Alliance von einem Schreiber des Prof. Lazarus, der mit diesem seinem Patron wegen Gehaltsforderungen in Differenzen gerathen war, den zuständigen Behörden übergeben worden. Es heißt, daß Prof. Lazarus bisher sich vergeblich bemüht habe, diese Bücher wieder in seinen Besitz zu bekommen, und es heißt weiter, daß die Kgl. Behörde, die diese Bücher studirt, ganz eigenartige Anschauungen von der Ausdehnung und dem Charakter der „Wohlthätigkeits"-Zwecke der Alliance gewonnen habe!! Dieses Ereigniß steht, wie man uns versichert, ursprünglich in durchaus keinem Zusammenhange mit dem Proceß Ahlwardt, aber es konnte nicht ausbleiben, daß die in diesem Proceß gefallenen Aeußerungen und Aussagen über die Alliance israélite die betreffende Behörde dazu angeregt haben, mit besonderer Neugier die Geschäftsbücher des Herrn Prof. Lazarus zu untersuchen.

Auf unsere Anfrage schreibt Herr Professor Lazarus: Auf Ihre gefällige Anfrage von heute theile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Nachricht, welche die „N. D. Z." am 17. Januar brachte, auf Erfindung beruht. Ich habe niemals eine Differenz mit einem Schreiber d. Zw. V. d. Alliance (dessen Vorsitzender ich auch nur von 1867 bis 74 gewesen!) gehabt, mir sind niemals Bücher entwendet worden. Zum Ueberfluß habe ich mich an meinen Amtsnachfolger Geh. San.-R. Dr. Neumann sofort mit der Frage gewendet, ob unter seiner Amtsführung (74 bis jetzt) irgend dergleichen vorgekommen; auch das ist nicht der Fall. **Das Ganze ist aus der Luft gegriffen.**"

**„Ein jüdisches Complot** zur Vernichtung des Antisemitismus macht in der antisemitischen Presse die Runde. Die „Deutsche Wacht" des Abgeordneten Zimmermann brachte vor kurzem folgende Notiz:

„Ein vernichtender Schlag gegen den Antisemitismus soll, wie sich der jüdische Commerzienrath Kaulla in Stuttgart vor einiger Zeit in einem unbewachten Augenblick äußerte, demnächst ausgeführt werden. Die Judenschaft sammle, wie Kaulla sagte, zu diesem Zwecke bereits große Geldsummen. Wir sind nun zwar nicht übertrieben ängstlich und wissen, daß alle Schätze der Erde nicht mehr im Stande sein werden, den Antisemitismus zu unterdrücken, bevor er sein Endziel erreicht hat. Wir haben uns aber die unbedachte Aeußerung des jüdischen Commerzienraths zur Anregung dienen lassen, den „großen Plan der Judenschaft zu erforschen."

Es folgen nun alberne, wahnwitzige „Enthüllungen" à la Ahlwardt und Paasch, mit denen wir unsere Leser nicht behelligen wollen.

Auf die an unseren Stuttgarter Vertrauensmann gerichtete Anfrage über die angebliche Aeußerung des Commerzienraths Kaulla haben wir folgenden Bescheid erhalten:

„Nach Empfang Ihrer werthen Zuschrift habe ich mich an die Herren Geh. Hofrath Albert v. Kaulla und Hofrath Eduard Kaulla (einen Commerzienrath dieses Namens giebt es nicht) gewandt. Wie ich es nicht anders vorausgesetzt habe, versicherten Beide, niemals eine derartige Aeußerung gethan zu haben, überhaupt jeglicher Agitation fern zu stehen. Offenbar beruht der ganze Artikel auf einer Erfindung und ist der Name Kaulla, welcher hier zu Lande einen guten Klang hat, dazu benutzt worden, um Sensation zu erregen."

**Juden als Professoren.** Unter der vorstehenden Spitzmarke brachte die „Antisemitische Correspondenz" in ihrer Nr. 230 folgende Notiz:

„Wie sehr die Wissenschaft allmählich in Judenhände geräth und wie die Juden die Verkündigung derselben vom Katheder herab als ihr Privileg betrachten, zeigen folgende zwei Beispiele:

Durch Berufung des Herrn Professor Frobenius nach Berlin wurde am Polytechnikum in Zürich ein Lehrstuhl für Mathematik frei. Der Schulrath — dieser hat die Lehrstühle zu besetzen — berief einen gewissen Professor Hurwitz, einen unverfälschten Juden. Dieser brachte seinen bisherigen Assistenten mit, ebenfalls einen Stammesverwandten, als zweiten Assistenten nahm er einen anderen Stammesgenossen, der bereits in Zürich ansässig war; außerdem kam noch ein Neffe mit, der bei seinem Onkel studiren will. Also einen Juden beruft man und vier kommen!

Ferner: An der chemischen Abtheilung, die 9 Dozenten hat, war bisher ein Dozent deutscher Abstammung, die andern insgesammt Vollblut-Juden oder jüdischer Herkunft. Der einzige Deutsche und Christ erhielt einen Ruf nach Würzburg und nahm an. Sofort erschien in der „N. Z. Z." ein die Theilung der Professur befürwortender Artikel, worin als Candidaten für die beiden neuen Stellen zwei Juden vorgeschlagen wurden. Geschrieben war der Artikel von einem — jüdischen Privatdozenten."

Hierzu wird uns aus Zürich von hochgeschätzter Seite geschrieben:

Prof. Hurwitz wurde als Nachfolger des Prof. Frobenius an das eidgen. Polytechnikum von dem schweizerischen Schulrathe als der tüchtigste unter allen in Betracht kommenden Männern berufen, nachdem der Präsident jener Behörde eine sich bis Königsberg ausdehnende Informationsreise gemacht hatte. Der Präsident ist Armeecorps-Commandant und hat ebensowenig wie eines der anderen Mitglieder des Schulrathes einen Tropfen jüdischen Blutes in seinen Adern. Auf dem ihm zu Ehren veranstalteten Abschiedscommerse empfahl Prof. Frobenius den Studirenden seinen Nachfolger auf das Dringendste.

Von den beiden Assistenten hatte er selbst den einen schon früher entlassen, und es lag seinem Nachfolger ob, einen Ersatz dafür zu beschaffen. Zuerst wendete dieser sich an einen Christen (Dr. Sommerfeld) der aber wegen Militärdienst ablehnen mußte, und dann erst an einen anderen, sehr tüchtigen, allerdings jüdischen Mathematiker, Dr. Hirsch, der vom Schulrath auch angestellt wurde. Der zweite christliche Assistent ist geblieben. Mit Prof. Hurwitz kam auch sein Bruder (nicht Neffe) als Studirender hierher. Das ist alles. Ein anderer „Namensgenosse" existirt nicht.

An der chemischen Abtheilung des Polytechnikums soll also von 9 Dozenten nur einer „deutscher" Abstammung,

die anderen Juden sein! Die Thatsachen sind folgende. Mit Einbeziehung der landwirthschaftlichen Chemie sind an Professoren und Dozenten der Chemie vorhanden: 4 Ordinarien, 4 „Honorarprofessoren" (d. i. Extraordinarien), 5 Privatdozenten. Von den Ordinarien sind 3 Vollblut Christen (Kantsch, Hartwig, Schulze), der vierte (Lunge) ist jüdischer Abkunft, aber vor 28 Jahren zum Christenthum übergetreten. Von den Extraordinarien sind ebenfalls 3 Vollblut-Christen (Heumann, Treadwell, Barbieri) und ein Jude (Goldschmidt). Von den Privatdozenten sind 3 Christen, 1 getaufter und 1 nicht getaufter Jude. Von den vielen anderen, andere Fächer an der chemischen Abtheilung vertretenden Professoren und Dozenten ist kein einziger Semit.

Die erwähnte Zuschrift in der „N. Z. Z.", worin eine Theilung der Professur der reinen Chemie befürwortet wird, schlug dafür nicht zwei Juden, sondern einen Vollblut Christen (Treadwell) und einen Juden (Goldschmidt) vor. Jene Zuschrift rührt allerdings eingestandenermaßen von einem Privatdozenten her, der getaufter Jude ist. Sie wird hier gemißbilligt, nicht weil G. Jude ist, sondern weil man eine solche Einsendung eines Privatdozenten für unpassend hält. Daß in der Schweiz, in der äußerst wenig Juden leben, von denen keiner eine Spur von politischem Einfluß besitzt, und deren Behörden ausnahmslos völlig „judenrein" sind, irgendwie philosemitische Tendenzen bei der Besetzung eines Lehrstuhls mitwirken könnten, ist eine so lächerliche Annahme, als daß es der Mühe werth wäre, ein Wort darüber zu verlieren. Andererseits ist es nicht zu leugnen, daß die hiesigen Unterrichtsbehörden keinen Candidaten zurücksetzen, **weil** er Jude ist — ein Verfahren, das bei deutschen Hochschulen nicht unerhört sein soll. Außer Hurwitz sind z. B. in den letzten Semestern Ludwig Stein als Philosoph nach Bern und Georg Cohn als Germanist nach Zürich berufen worden, letzterer als Nachfolger des ehrwürdigen, orthodox-evangelischen A. v. Orelli, auf einstimmige Wahl der sonst „judenreinen" Facultät hier.

**Auch ein antisemitischer „Führer".** Aus **Oldenburg** schreibt man uns von hochachtbarer Seite:

„**Dr. Dannelf** hielt in Oldenburg einen Vortrag, in welchem er gegen zwei jüdische „Ramscher" loszog. Am nächsten Morgen geht er zu einem dieser Ramscher, erzählt, daß der Landesrabbiner Dr. Mannheimer und Kaufmann Wallheimer ihn vor der Versammlung gebeten hätten, auf beide gehörig loszuziehen. Er erklärte sich bereit, einen zweiten antisemitischen Vortrag zu halten, wenn die Ramscher ihm 50 Mk. deponiren würden — was diese auch thaten. **Natürlich war das Ganze ein gemeiner Schwindel, um auf diese Art mit antisemitischen Lügen jüdisches Geld zu verdienen.**

Für die Wahrheit der vorstehenden Mittheilung übernehme ich volle Garantie."

**Daß Bescheidenheit die antisemitischen Führer nicht ziert,** haben wir schon des Oefteren gezeigt. Es gilt das insbesondere von Dr. **Erwin Bauer** in Leipzig. Dieser Herr druckt in seinem Organ wieder einmal einen Artikel aus der „Libre Parole" ab, welcher sich mit seiner Person beschäftigt. Es wird darin Herr Bauer als verdienstvoller Antisemit geschildert, der die „N. D. Ztg." mit großer Auszeichnung leitet und als einer der einflußreichsten Redner des deutschen Antisemitismus. Dank der Anstrengung Bauers habe sich der Antisemitismus in ganz Deutschland erhoben, so daß der Reichskanzler Caprivi nicht länger wagte ........, es öffneten sich den Gefangenen (Paasch), den man so zu sagen lebendig begraben wollte, die Thore. — Bauer habe durch Vorträge seinen Namen volksthümlich gemacht. Die strafrechtliche Verfolgung Seitens des Reichskanzlers habe seine „Volksthümlichkeit, die sich übrigens noch durch sonstige Verdienste rechtfertigt, noch vermehrt. Man muß ihm nämlich einen seltenen Vorzug zuerkennen: er ist vor allem Zeitungsmann von Beruf, ein Mann der Feder, ein Schriftsteller von Talent." Schließlich wird erzählt, wie die Juden einen Feldzug gegen den Dr. Bauer ins Werk gesetzt haben.

**Die feindlichen Brüder.** Die antisemitischen Führer **Schönerer** und **Vergani** aus Oesterreich können keine Gelegenheit unbenutzt vorüber gehen lassen, ohne sich gegenseitig ihre tiefste Verachtung zu gestehen. Der „Briefkasten" von Schönerer's „Unv. Dtschen. Wor'en" und von Vergani's „Deutschem Volksblatt" sind der Kampfplatz der beiden antisemitischen Kampfhähne. So befinden sich in dem Schönerer'schen Blatte vom 16. Dezbr. 1892 folgende Kette von „Aufrichtigkeiten":

„**Hanns' Gastwirthschaft**: Besten Dank den zahlreichen Genossen, daß selbe das Schmutzblatt auch „Volksblatt" genannt, wegen seiner schmählichen Haltung bekämpfen werden." — **Auf mehrere Anfragen**: Dieser mehrfach abgestrafte und wegen Concurs verurtheilte derzeitige „Antisemit" ist thatsächlich Vertreter und Vertrauensmann beim „Deutschen Volksblatt", und ist wohl deshalb besonders geschätzt, weil er Geld „aufzutreiben" in der Lage war ... — **Auf mehrere Zuschriften**: Die Verachtungskundgebungen gegenüber dem „Deutschen Volksblatt" sind mir richtig zugekommen. — **Herrn R. S.** Sie haben wohl nicht Unrecht, daß man getrost einen Preis ausschreiben könnte für denjenigen, der das Vergani'sche Volksblatt an Gesinnungsgemeinheit übertrifft. — **F. L.** in **T.** Unter den Ankündigungen der Kneipzeitung des Vereins „Deutsches Heim" finden Sie folgende: „Die in Verlust gerathene Deutsche Treue und Gesinnungstüchtigkeit, die irrthümlich dem Herausgeber des antisemitischen „Deutschen Volksblatt" zugeschrieben wurde, ist gegen gute Belohnung unter „Geschäftsfreund 3000" postlagernd nach Tarnopol in Galizien zu senden." — **Theodor W.** Palanskis (d. h. Vergani's) Lieblingslied ist ja doch bekannt:

„Mein Ideal auf dieser Welt
Ist Fressen, Saufen und viel Geld."

Herr **Vergani** „auch nicht faul, setzt sich flugs auf seinen Gaul" und schreibt über **Carl Iro**, den Redacteur der Zeitung Schönerers und früheren Conditor in Eger:

„Dem Manne hat das Kalatschenbacken nichts getragen, nun muß er gegen eine monatliche Entlohnung seine Haut in den „Unv. Deutsch. Worten" zu Markte tragen, sobald der Millionär (d. h. Schönerer) zu **feige** ist, für seine gemeinen Schimpfereien selbst einzutreten. Mit dem armen Hascher werden wir uns wahrlich nicht herumbalgen."—

Und der Conditor Herr **Carl Iro**, der Schüler seines Meisters und Lohnherrn Schönerer, antwortet ebenso kräftig:

„Ein Vergani kann keinen anständigen Menschen beleidigen. Solche Gemeinheit und solchen Blödsinn können uns ein verächtliches Lächeln abzwingen. Auch Ferdinand Raimund war Zuckerbäcker (!). Daß man sich aus ehrlicher politischer Ueberzeugung in den Dienst einer Sache stellen kann, ist eben politischen Hochstaplern vom Schlage des Vergani unbegreiflich."

Uns will es scheinen, als ob diese Herren einander am besten kennen müßten! Sie waren ja früher so gute Freunde!

**Meißen.** In einer kürzlich in Coswig abgehaltenen Versammlung der Reformer ging es etwas stürmisch zu. Ein Herr Dr. **Hausleuthner**, ein eifriger Agitator für die antisemitische Reformsache, der die ganze Agitation in der unteren Lößnitz leitet, mußte sich unwidersprochen sagen lassen, er unterstütze die Juden am allermeisten; von jeder Fahrt nach Dresden bringe er eine Anzahl Packete mit, die alle jüdische Firmen zeigten. —

**„Sehr klein, doch müssen die Hunde alle ins Rothe Meer hineln".** Unter diesem Motto hat ein Antisemit für den **Ahlwardtfonds** und für den **Wahlfonds Liegnitz** Beiträge von 1 resp. 2 Mark an die „Staatsbürgerztg." geschickt. — In dem von Theodor Fritsch herausgegebenen Flugblatt 27 heißt es: „Wir „schimpfen" und hetzen nicht gegen die Juden Jede rohe und pöbelhafte Aeußerung ist in

unserer Partei und deren Presse verpönt, wie es bei der ganzen idealen Richtung unserer Bestrebungen sich von selbst versteht." Ja, der Antisemitismus wirkt in der That veredelnd; das beweist die oben citirte Aeußerung des Gesinnungsgenossen der „Staatsbürgerztg."

**Die „Germania"** schrieb in ihrer Nummer vom 10. Januar, der in die Welfenfonds-Quittungen-Affaire verwickelte Student Ernst Lunge sei Jude. Wenige Tage darauf war sie genöthigt, die Notiz zu bringen, Herr Lunge habe sie ersucht, mitzutheilen, daß er nicht Jude, sondern als Christ in England geboren, getauft und confirmirt sei. Sein aus Deutschland stammender Vater sei schon vor seiner Verheirathung in England naturalisirt worden, seine Mutter stamme aus einer alten englischen Quäker-Familie. — Die „Germania" ist mit dieser Auskunft noch nicht zufrieden; sie meint: „Herr Lunge sagt nicht, ob sein Vater Christ resp. als solcher geboren oder ob derselbe zum Christenthum übergetreten sei. Hier ist vielleicht des Räthsels Lösung zu suchen."

Dieses peinliche Forschen nach dem Stammbaum ist recht auffallend bei dem clericalen Blatte, welches noch vor Kurzem mit der antisemitischen Presse in Streit gerathen war, weil diese den neugewählten Fürstbischof von Olmütz, Dr. Kohn, wegen seiner jüdischen Abstammung geschmäht hatte.

**Die „Tägliche Rundschau"**, die sich „unparteiisch" nennt, hat sich zu einem vollständigen Antisemitenblatt ausgewachsen. Jüngst (7. Januar) behandelte Otto Ammon in diesem Blatte die Frage: „Warum braucht der Bauer den Handelsjuden als Vermittler?" Er kommt zu dem Ergebniß: Der Bauer sei zu ehrlich und habe zu sehr Interessengefühl für seine Stammesgenossen, als daß er gern mit Seinesgleichen handeln würde. „Dagegen macht sich der Bauer kein Gewissen daraus, den Juden hinter das Licht zu führen, und nichts freut ihn so sehr und so aufrichtig, als einen Juden hineingelegt zu haben. Ein solches Gelingen macht ihn förmlich stolz." Dabei citirt Herr Ammon einen Satz eines Bauern: „Käme ich meinem Nachbar auf den Hof, um etwas zu kaufen, so würde er mich schön übers Ohr hauen; ich machte es vielleicht ebenso." Hier giebt Herr Ammon ja selbst zu, daß ein Bauer mit Vergnügen seinen Nachbar zu betrügen sucht, nicht nur den „Handelsjuden"! Mithin erscheint seine darwinistische Erklärung unhaltbar, welche den Bauer vorschreibt, gut und aufrichtig gegen die eigenen Volksgenossen zu sein, dagegen mißtrauisch oder hinterlistig gegen Feinde! Betrügt der Bauer den Juden absichtlich und seinen Nachbar nicht, so hat er eine Moral mit doppeltem Boden, die von der einheitlichen christlichen weit entfernt ist! Betrügt aber der Bauer wie der Handelsjude jeden, der wirthschaftlich und intellectuell schwächer ist, nun dann ist eben Lump gleich Lump, und die antisemitische Spitze in Ammons Artikel ist überflüssig, weil unbegründet. Er behauptet am Schluß desselben: „Es ist begreiflich, daß der Jude sich mit Liebe und Aufrichtigkeit nur an Seinesgleichen hält, und daß er im Verkehr mit unseren Bauern ungefähr die Grundsätze anwendet, die einer tieferstehenden Rasse gegenüber am Platze sind und die von uns selbst etwa gegen die Schwarzen in Afrika geübt werden." Wenn Herr Ammon den Juden die Betrüger-Rolle den Bauern gegenüber zuschreibt, wie der Deutsche den Schwarzen gegenüberzeigt, wo nimmt er den Muth her, ein moralisches Vernichtungs-Urtheil über die Juden allein zu fällen? Und weiß er nicht, daß ein betrügerischer Jude seinen Glaubensgenossen ebensowenig im wirthschaftlichen Kampfe schont, wie den Christen? Er frage einmal die jüdischen Geschäftsleute, wie viel sie durch jüdische betrügerische Bankerotteure verloren haben! —

**Die „Anhaltische Reform"**, ein in Dessau herausgegebenes antisemitisches Blatt, hat mit dem 1. Januar **zu erscheinen aufgehört.**

○ **Bernburg**, 14. Januar. Hierselbst hat sich ein „Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe" gebildet. Was sich unter diesem Titel verbirgt, ersieht man aus dem nachstehenden Brief:

Frau C. Bohnert, Vorsteherin des Kindergartens.

Hier.

In letzter Versammlung, am 19. d. M., ist von einem Mitgliede bekannt gegeben, daß Sie beabsichtigen gelegentlich der demnächst in Ihrem Kindergarten abzuhaltenden Bescheerung u. A. ein Kind des Semiten Löwenthal ein auf unser höchstes und heiligstes Fest bezughabendes Gedicht zum Vortrag bringen zu lassen.

Wir wollen hoffen, daß die Mittheilung unseres Mitgliedes auf einem Irrthum beruht, möchten aber zutreffendenfalls doch nicht verfehlen, Sie auf das Ungebührliche Ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen und Sie zu warnen, eine derartige Schändung unseres christlichen Glaubens vorzunehmen.

Bernburg, den 21. December 1892.

Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe. Bernburg.
(gez.) M. Gleichner. (gez.) G. Sommer.

An der Spitze des Vereins steht der Chemiker Dr. Oppermann, dessen unflätige Redensarten schon in manchem öffentlichen Lokale Aergerniß erregten. Die Unterzeichner des Briefes sind: 1. Gleichner, bis vor 8 Tagen Buchhalter in einer hiesigen Kesselfabrik, aus welcher er aus mir unbekannten Gründen entlassen worden ist; 2. Sommer, ein erst seit kurzer Zeit hier existirender homöopathischer Praktikant (nicht Arzt), der bei der Frau Bohnert im Hause wohnt.

Daß der Verein mit dem wohlklingenden Namen lediglich ein **antisemitisches** Unternehmen ist, liegt auf der Hand. Eines Commentars bedarf das Gebahren dieses Vereins und seiner Leiter nicht.

**Antisemitismus in der Schule.** Auf dem Victoria-Gymnasium zu Potsdam hat dieser Tage abermals eine antisemitische Demonstration stattgefunden, nachdem bereits vor einigen Wochen durch das Auffinden einer Broschüre „Judengift", welche der Sohn des Professors Albrecht von der Sonnenwarte bei Potsdam dem Rabbiner Dr. Cohen, welcher im Gymnasium den jüdischen Schülern Religionsunterricht ertheilt, auf den Platz gelegt hatte, das Vorhandensein eines starken Antisemitismus unter den Schülern erwiesen hatte. In der Obersekunda wurden nämlich in verschiedenen Bänken mit einem Messer eingekratzt die Worte: „Vivat Ahlwardt!" vorgefunden. Die Untersuchung ergab, daß der 17jährige v. Bötticher, Neffe des Staatsministers v. Bötticher, derjenige gewesen, welcher die Einkratzungen vorgenommen. Die Bänke sollen nun auf Kosten des Uebelthäters abgehobelt und neu gestrichen werden.

**Schneidemühl**, 14 Januar. Die „Danz. Ztg." schreibt: Es hieß neulich in einer Berliner Zeitung, eine Anzahl Primaner des hiesigen Gymnasiums haben eine Sympathie-Adresse an Ahlwardt abgesandt. Diese Nachricht erklärte der Director der Anstalt für unrichtig. Dagegen soll nun ermittelt worden sein, daß die Herren Primaner in der That eine Art Antisemiten-Club gebildet zu haben scheinen. Sie sollen ihre Zusammenkünfte in einem Bierlokal abgehalten und dort auch eine Adresse entworfen haben, die aber nicht zur Absendung gelangt ist. Die Untersuchung der Angelegenheit schwebt noch.

**Hamburg, den 14. Januar.** In einer Nummer der hier erscheinenden antisemitischen Zeitung „Die Abwehr" befand sich im vorigen Jahre ein längerer Artikel, in welchem die Behauptung aufgestellt wurde, daß einer der Inhaber des Mantelgeschäfts der Firma Enno Welsch einer Verkäuferin, welche die Verpflichtung hatte, ihre Mutter zu ernähren, und die ein höheres Gehalt zu beziehen wünschte, den Rath gegeben habe, zur Erzielung einer höheren Einnahme einen unmoralischen Lebenswandel zu führen. Die Inhaber der genannten Firma, Enno und Richard Welsch, welche jene Behauptung als völlig unwahr darstellen, haben deshalb gegen den verantwortlichen Redacteur der „Abwehr" C. A. Hübener,

eine Privatklage angestrengt, die heute zur Verhandlung stand. Nachdem der von Hübener versuchte Wahrheitsbeweis völlig mißlungen war, führte der Anwalt der Kläger Dr. O. Schröder aus, daß der Artikel lediglich auf Verleumdung beruhe und behufs Ehrabschneidung veröffentlicht sei. Er beantragt daher, Hübener zu 3 Monaten Gefängniß zu verurtheilen, auch dem Kläger die Befugniß zuzusprechen, das Urtheil auf Kosten des Hübener in der „Abwehr" und zwei anderen hiesigen Zeitungen zu veröffentlichen. — Der Vertheidiger Dr. Mannhardt bestreitet, daß der incriminirte Artikel lediglich aus Verleumdungssucht veröffentlicht sei. Hübener habe die Mittheilung von einer völlig glaubhaften Seite erhalten und für wahr gehalten und somit lediglich zur Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Das Gericht verurtheilt Hübener zu einer Geldstrafe von 600 M., ev. 40 Tagen Gefängniß, verfügt ferner den Abdruck des Urtheils in der „Abwehr" und spricht dem Kläger die Befugniß zu, das Urtheil auf Kosten des Beklagten in zwei anderen hiesigen Zeitungen zu veröffentlichen. In den Entscheidungsgründen wurde hervorgehoben, daß das Gericht lediglich deshalb auf eine Geldstrafe erkannt habe, weil Hübener wenigstens eine Zeugin dafür erbracht, daß ihm die allerdings unwahre Mittheilung von einer ihm glaubwürdig erschienenen Seite überbracht worden sei.

## Aus Frankreich.

XX **Paris**, 17. Januar. Wie uns mitgetheilt wird, ist Herr J. Singer, der durch seine Schriften zur Judenfrage („Berlin, Wien und der Antisemitismus"; „Rasse und Judenthum", „Sollen die Juden Christen werden?" „Briefe berühmter christlicher Zeitgenossen über die Judenfrage"; „la question juive") bekannte Director der „Allg. Encyclopädie des Judenthums" von dem Cabinetschef des französischen Ministerpräsidenten, Herrn Croizier in Audienz empfangen worden, um ihm seinen Plan bezüglich der Bekämpfung des Antisemitismus in Frankreich vorzulegen. —

**Zum Tode Renan's.** Mehrere katholisch-antisemitische Blätter veröffentlichen die Nachricht, Alexander Dumas habe nach dem Tode Renan's abermals „in authentischer Form" mitgetheilt, daß Renan für sein bekanntes Buch das „Leben Jesu" von Baron Rothschild eine Million Francs erhalten und sich nicht gescheut habe, dies selbst öffentlich einzugestehen! Selbstverständlich werden an diese Notiz die ungeheuerlichsten Anschuldigungen gegen die Juden überhaupt geknüpft. Demgegen ber sei daran erinnert, daß unmittelbar nach Renan's Tode von der clericalen „Oesterreichischen Volksztg." in Warnsdorf (Böhmen) dasselbe behauptet worden war, und daraufhin die Redaktion der „Neuen Freien Presse" die betreffende Nummer ihrem Pariser Correspondenten übersandte, welcher seinerseits den gegenwärtig in Marly-le-Roi weilenden französischen Akademiker darauf aufmerksam machte. In Folge dessen richtete Alexander Dumas nachstehendes Schreiben an den Berichterstatter:

„Mein Herr! Dieses clericale Blatt hat einen Unsinn begangen. . . . Renan selbst war es, der in seinem letzten Werke „Lose Blätter", als er alle Dummheiten und alle die Verleumdungen erwähnte, die man über ihn gesagt und gedruckt hat, schrieb: „Ich duldete, ohne zu widersprechen, daß man veröffentlichte, ich hätte von Herrn v. Rothschild eine Million erhalten, damit ich das „Leben Jesu" schriebe. Ich erkläre im vornhinein, daß, wenn man das Facsimile meiner Quittung veröffentlichen würde, ich auch nicht dagegen reklamiren werde." In den Bemerkungen, die ich der Buchausgabe meiner Stücke der „Prinzessin von Bagdad" folgen ließ, zitirte ich diese Verleumdung als ein Muster dessen, was der Haß . . . gegen einen Mann von Genie und Ehre zu erfinden und zu verbreiten im Stande ist. Ich hegte für Renan die größte Bewunderung, die höchste Achtung, die größte Zuneigung. Ich habe diese Gefühle öffentlich bekundet, wann immer ich von ihm sprach und so oft ich über ihn schrieb. Ich fordere dieses clericale Blatt auf, den Beweis für die blödsinnige Anschuldigung zu erbringen, die es gegen mich erhebt. Genehmigen Sie, mein Herr, (gez.) A. Dumas."

Die Belohnung Renan's seitens des Juden Rothschild ist um so unwahrscheinlicher, als ersterer zur Zeit der Veröffentlichung seines „Lebens Jesu" immer die Juden eine „inferiore Rasse" genannt hatte. Es dürfte gewiß einzig in seiner Art sein, daß der Autor für ein solches Compliment von einem Juden 1000000 fr. einstreicht!

## Aus Rußland.

**Ueber „jüdische Kosaken"** am Don theilt Jeschny Kraj — citirt in den Novosti vom 29. Dezember 1892, No. 448 — Folgendes mit:

„Unter der Regierung des Kaisers Nicolaus wurden Cantonisten (jüdische Soldatensöhne), die Hornbläser waren, in das Land der Kosaken commandirt, um die Letzteren in den militärischen Signalen zu unterrichten. Einige derselben haben sich im Gebiete niedergelassen und wurden in der Folge dem Kosakenstand zugezählt, ohne daß sie deshalb genöthigt wurden, ihren Glauben zu ändern. Man wollte dazumal diesem Umstande keine besondere Bedeutung beimessen. Erst viel später, als die jüdischen Kosakenfamilien sich bedeutend vermehrt haben und die Juden überhaupt ein wichtiges und geachtetes Element des Kosakenthums am Don wurden (dieses Geständniß ist nicht übel), versuchte es die Central-Militärverwaltung, welche nicht umhin konnte, aus den Berichten des Hetmanns das stetige Anwachsen der jüdischen Confession zu constatiren und darin eine Gefahr erblicken zu müssen glaubte, den jüdischen Kosaken am Don den gütlichen Vorschlag zu machen, entweder den Glauben ihrer Väter zu verlassen und zur orthodoxen Kirche überzutreten, oder das Gebiet und mithin auch den Kosakenstand zu verlassen, in welchem Falle ihnen Unterstützungsgelder versprochen wurden. Doch die jüdischen Kosaken lehnten das Eine, wie das Andere mit gleicher Entschiedenheit ab und man ließ sie ruhig weiter gewähren. Gegenwärtig hat die Obrigkeit im Kosakenlande von Petersburg die stricte Weisung erhalten — wie dasselbe Blatt mitzutheilen und die „Novosti" zu bestätigen weiß — die genauesten Angaben über die Zahl der jüdischen Kosakenfamilien und deren Bestand einzusenden, man frage nicht erst, zu welchem Behufe! . .

Das Aufsehen, welches in der russischen Presse die „jüdischen Kosaken" erregt haben, „ist ergötzlich", es beweist, das man selbst in Rußland über die russischen Juden nicht genügend unterrichtet ist.

## Briefkasten.

**S. St. H.** in **Hamburg**. Beschwerden über unregelmäßige Zustellung der „Mitth." wollen Sie gefl. bei dem dortigen Postamte einreichen.

**D. L.** in **Leipzig.** Besten Dank. Leider nicht zu verwerthen, da dieselben Gedanken von uns schon wiederholt in anderer Form ausgesprochen worden sind.

**L. H.** in **B.** Besten Dank für den Brief und den Vertrieb der Flugblätter. Wenn Sie mehr wünschen, erbitten wir Nachricht. Auch an Herrn R. S. in L. gingen Flugblätter ab. Bewahren Sie uns Ihre Rührigkeit und Theilnahme.

**S. L.** in **Lengerich**. Angabe von Namen behufs Gewinnung von Abonnenten sehr erwünscht.

**Cupidus** in **Crefeld**. Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt.

**F. A.** in **Hamburg**. Für Ihre Informationen herzlichen Dank.

**A. Sch.** in **Wolfenbüttel**. Für den Hinweis freundlichen Dank.

**Oberstabsarzt a. D. Dr. A.** Für diese Nummer zu spät, wird in die nächste aufgenommen.

**Löbau-Ebersbach**. Soll Verwendung finden. Herzlichen Dank.

**☛ Unseren Berliner Gesinnungsgenossen die Nachricht, daß von vorliegender Nummer an die „Mittheilungen" in allen Trinkhallen Berlins zum Preise von 5 Pfg. pro Stück zu kaufen sind!**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 18. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 5. Berlin, den 29. Januar. 3. Jahrg. 1893

### Die Nachwahl in Liegnitz.

In dem Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg wird für die Nachwahl, welche bekanntlich am 20. Februar stattfindet, von den Antisemiten mit aller Kraft seit Ende des vergangenen Jahres gearbeitet. Dieselben rechnen mit Bestimmtheit darauf, daß der Liberalismus wie in Friedeberg-Arnswalde vor ihrer Agitation die Segel streichen und der Wahlkreis ihnen zufallen wird.

Die „Neue Deutsche Zeitung“ in Leipzig schreibt in Nr. 14:

„Durch diesen mit lächerlichen Gründen motivirten Rücktritt (des Herrn Wecker) erst sind die Chancen des antisemitischen Candidaten, des Rechtsanwalts Hertwig, um ein Bedeutendes gestiegen. Hinter der Phrase von der „unedlen Kampfesweise der Gegner“ verbirgt sich die völlige Kopf- und Muthlosigkeit der freisinnigen Partei, die ja allerdings durch das Wahlergebniß in Friedeberg-Arnswalde mehr als gerechtfertigt erscheint. Unsere Feinde zittern und verkriechen sich vor der mächtig vorwärtsfluthenden antisemitischen Strömung; sorgen wir dafür, daß ihnen noch viele Niederlagen à la Friedeberg-Arnswalde bereitet werden — zunächst jetzt in Liegnitz. Uns soll es recht sein, wenn unsere gute und edle Kampfesweise (!) den Gegner immer mehr und mehr die Ueberzeugung beibringt, daß der Antisemitismus ein Riese ist, gegen den anzukämpfen vergebliche Liebesmühe ist!“

Es ist richtig, daß der vollständig unerwartete Rücktritt des Stadtrath Wecker infolge der gegen ihn geltend gemachten wüsten Agitation für die liberale Sache nicht gut gewirkt hat. Indeß die Antisemiten verrechnen sich doch vollständig, wenn sie glauben, daß eine solche Thatsache allein hinreicht, die Liberalen muthlos zu machen. Die Annahme der Candidatur durch den allgemein bekannten und beliebten Stadtverordneten Jungfer in Liegnitz wird den Antisemiten den Beweis liefern, daß ihre Gegner nicht im entferntesten gewillt sind, vor ihnen die Waffen zu strecken. Es wird jetzt darauf ankommen, daß alle, welche die Grundpfeiler unserer Verfassung, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aufrecht erhalten wollen, diesen Wahlkampf zu einer gemeinsamen Sache machen, gerade so wie die vereinigten Antisemiten mit ganzer Kraft an Mitteln und Agitatoren sich auf denselben werfen.

Geradezu komisch muß es wirken, wenn die Antisemiten nach allen Richtungen hin verbreiten, daß sie durch die kolossale Geldübermacht des Judenthums in dem Wahlkampf nicht aufkommen können. Dabei ist es Thatsache, daß sie mindestens das Doppelte und Dreifache von Geldmitteln in Arnswalde-Friedeberg zur Verfügung hatten als die Freisinnigen. Nicht anders wird es in Liegnitz stehen. Schon wird auf der ganzen Linie gesammelt. In antisemitischen Zeitungen und Volksversammlungen wird Geld gesammelt für die Wahl in Liegnitz. Die antisemitische „Deutsche Ostwacht“ in Breslau bringt folgenden Aufruf:

„In der nächsten Zeit steht eine Ersatzwahl im Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg bevor; es wird daselbst ein deutsch-socialer (antisemitischer) Candidat, der unerschrockene bewährte Vertheidiger Ahlwardt's, Rechtsanwalt Hertwig, Charlottenburg, aufgestellt werden und es ergeht deshalb an alle Partei- und Gesinnungsgenossen Deutschlands die dringende Aufforderung, diese Wahl mit den nöthigen Geldmitteln zu unterstützen.

Die Wahl Ahlwardt's im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde hat gezeigt, was vereintes Wirken vermag. Möge sich auch bei der jetzt in Schlesien stattfindenden Ersatzwahl die Opferwilligkeit unserer Gesinnungsgenossen bewähren! dann wird der Erfolg nicht fehlen. Gerade in unserer jetzigen Zeit gilt es zu zeigen, daß wir uns in dem Kampfe gegen die Uebermacht des Judenthums einig fühlen. Darum, deutsche Männer, zeigt, daß ihr nicht nur Worte, sondern auch Thaten habt für das Wohl unseres deutschen Volkes und unseres geliebten Vaterlandes. Alle gesinnungsverwandten Blätter werden gebeten, diesen Aufruf kostenfrei aufzunehmen.

Schon jetzt hat allein die „Ostwacht“ 833,25 Mark gesammelt. Die „Staatsbürger Zeitung“ quittirte bereits über ca 2800 Mark, die „Antis. Corr.“ über 55,50, die „Neue Deutsche Ztg.“ über 250 Mark u. a. m. Unter den Spendern finden wir Amtsrichter Wiedemann, Lieutenant Graf Walderſee, Hauptmann a. D. Winter, v. d. Lancken-Wakitz, Rittergutsbesitzer Fleischmann. Dazu kommen die finanziellen Ergebnisse zahlloser antisemitischer Versammlungen und Vergnügungen.

Auch ist die Agitation der Antisemiten ganz planmäßig organisirt. In jedem Hauptorte ist ein Vertrauensmann, der unter Dr. Böckels Leitung die Wahlkampagnen in Hessen mitgemacht hat, als Redner stationirt, der einige gleichfalls geschulte Helfer bei sich hat, mit deren Unterstützung in jedem Dorfe des Wahlkreises persönlich auf jeden Besitzer eingewirkt wird; außerdem werden, wo irgend möglich, Abendversammlungen abgehalten.

Leider steht der größte Theil der Gegner der Antisemiten dieser Agitation passiv gegenüber. Es ist an der Zeit, daß sie sich energisch rühren.

Gerade die Liegnitzer Wahl beweist aufs neue, daß die conservativ-antisemitische Partei mit ihrem Angriff auf das Judenthum **Alles was liberal denkt**, meint und treffen will. **Deshalb heißt es für alle Kreise, welche die Grundlage unseres öffentlichen Rechts erhalten wissen wollen, auf der Hut zu sein und unverzagt den Kampf aufzunehmen. Zum Verzagen hat in dieser Zeit niemand Ursache, auch nicht die Juden!** Im Gegentheil, die große Agitation der Antisemiten soll ein Sporn für sie sein, den Kampf aufzunehmen. Man hat noch niemanden durch Unthätigkeit und Verzagtheit besiegt. Auch in der Politik gehört dem Muthigen der Sieg. **Darum richten wir an alle Gegner des culturfeindlichen Antisemitismus, an Christen wie Juden den Appell, die Agitation im Liegnitzer Wahlkreise zu unterstützen. Ohne Mittel und ohne Opferfreudigkeit läßt sich nichts erreichen!** Ohne kräftige Unterstützung seitens der Gesinnungsgenossen wäre der Antisemitismus nie so hoch gekommen. **Es wäre eine Schmach, wenn die Gegner der Antisemiten, Christen wie Juden, in diesem Kampfe nicht mindestens die gleiche Opferfreudigkeit bewiesen, wo für sie so vieles auf dem Spiele steht. Aber wir haben die feste Zuversicht, daß unser Appell nicht ungehört verhallen wird! Wir erklären uns hiermit bereit, Beiträge für den Wahlkampf in Liegnitz anzunehmen. Auch kleine Beiträge werden willkommen sein.***)

## Achtung!

Die Antisemiten und antisemitischen Conservativen machen überall gewaltige Anstrengungen, das platte Land und insbesondere die **Bauern** zu gewinnen. Wie der antisemitische Bauernbund durch seine mehr als 20 permanenten Wanderredner agitirt, haben wir schon öfters auseinandergesetzt. Der „Reichsbote" vom 18. d. M. bringt jetzt einen Bericht über solche Thätigkeit in Hessen und empfiehlt sie dringend zur Nachahmung. Im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb arbeiten Dr. Böckel und die Conservativen in antisemitischem Sinne. Herr Dr. Böckel ist den Conservativen dort aber zu „demokratisch", deshalb bearbeiten sie das Land jetzt selbstständig in conservativ-antisemitischem Sinne. Die Arbeit ist nach dem Bericht nicht unpraktisch angefangen und zeigt auch Erfolge. In Hanau wurde ein conservativer Handwerkerverein gegründet, der sich jetzt auf die kleineren Städte und Dörfer ausgebreitet haben und etwa 500 Mitglieder zählen soll. Verschiedene Einrichtungen, wie Sterbe- und Krankenkassen, sorgen für einen festen Zusammenhalt der Mitglieder des Vereins. In dem Bericht heißt es weiter: „Schon im Herbste 1890 hatte der conservative Verein etwa 4 Bauernvereine gegründet, von denen schon nach kurzer Zeit zwei in die Hände der Antisemiten (damit sind die Böckel'schen „demokratischen" Antisemiten gemeint) fielen. Die beiden treugebliebenen Vereine schlossen sich nunmehr am 1. Mai 1892 zu einem Bauernbunde des Main- und Kinziggaues unter Leitung des Pfarrers Hufnagel zusammen und forderten die gesammte Bauernschaft dieses Bezirkes zum Anschluß an den Bund auf. Als ein Beweis dafür, wie der Gedanke einer Organisation der gesammten Bauernschaft überall freudig aufgenommen worden ist, möge die Thatsache dienen, daß innerhalb eines halben Jahres der Bund auf eine Stärke von 32 Vereinen mit nahezu 2000 Mitgliedern angewachsen ist. Erstes Ziel des Bundes ist die wirthschaftliche Aufbesserung der Lage des Bauernstandes, vor allem völlige Emanzipation der Bauern von der Macht des seither unumschränkt herrschenden Schacher- und Handelsjudenthums. Zu diesem Zwecke hat der Bund — abgesehen von zahlreichen Darlehenskassen — in Hanau ein Bureau eingerichtet, durch dessen Vermittlung der An- und Verkauf aller landwirthschaftlichen Produkte und Gebrauchsgegenstände unentgeltlich erfolgt. Mit einer Reihe von Fabriken wurden Verträge abgeschlossen, wonach dieselben sich verpflichteten, den Bauervereinen zu einem billigen Preise ihre Fabrikate zu liefern, während andererseits die Inhaber großer Mühlen, Bierbrauereien, Proviantämter ꝛc. sich bereit erklärt haben, unter Vermeidung jeden Zwischenhandels ihr Getreide direkt von Bauernvereinen zu beziehen".

Auch der „ethischen Seite des Bauernvereins" wird die nöthige Beachtung geschenkt. Das heißt, die Stimmung der Bauern wird für conservativ-antisemitische Wahlen vorbereitet. Der dortige Bauernbund glaubt binnen Kurzem in jedem Dorf der Kreise Hanau und Gelsenkirchen einen Bauernverein mit Darlehnskasse gegründet zu haben.

Wie sehr der „Bauernbund" bestrebt ist, seine Agitation in großem Stile zu führen, geht aus einem mehrspaltigen (in der „Kreuzztg." veröffentlichten) Appell seines Vorsitzenden, des Großgrundbesitzers und Landtagsabgeordneten von Plötz hervor. Er fordert die Landwirthe auf 1) nur conservative Zeitungen zu unterstützen, 2) keine neuen Vereine zu gründen, sondern, 3) dem „Deutschen Bauernbunde" beizutreten. Die Vereine der Großgrundbesitzer: Congreß deutscher Landwirthe und Verein der Steuer- und Wirthschaftsreformer könnten sich eventuell mit dem Bauernbunde verschmelzen. „Durch diese drei Vereine oder durch eine daraus hervorgehende neue Vereinigung wirke man in allen Kreisen zielbewußt und rücksichtslos auf die Wahlen zu den Parlamenten." — Selbstverständlich schließt Herr von Plötz die freisinnigen Landwirthe von den Segnungen seines Vereins aus. Diese mögen nach seinem Rath sich um die Herren Rickert, Richter, Wisser u. a. schaaren, im Verein mit Juden und Judengenossen. Ohne diese letzten beiden Kraftworte thut es heutzutage ein echter Tivoli-Conservativer nicht!

Man sieht, wie nothwendig es ist, daß auch die Thätigkeit der Gegner der Antisemiten auf dem Lande eine thatkräftigere und dauernde wird. Unsere Freunde können den Landleuten dasselbe bieten wie die antisemitischen Conservativen und die reinen Antisemiten. Außerdem aber haben die Landleute viele Wünsche, die von jenen nicht erfüllt werden können. Da müssen unsere Gesinnungsgenossen einsetzen.

## Mirabeau über die Juden.

### II.

Mirabeau wußte, welch einen Einfluß die jahrhundertlange Beschäftigung mit dem Kleinhandel ausüben mußte. „Dieser Kleinhandel," sagte er, „bei dem die häufige Wiederholung des sehr bescheidenen Gewinns nur für einen kärglichen Unterhalt ausreichen kann; das Geldverleihen, dessen Profit dank schlechter Gesetze und der Vorurtheile die sie hervorgebracht haben, die Domäne und das Kennzeichen einer unehrenhaften Beschäftigung geworden, sie waren die einzigen Mittel für die Juden, zu leben, und während man sie bei ihnen duldet, zeigen die Gesetze eine ungerechte Parteilichkeit für ihre Gläubiger, dadurch vermehren sie die Demüthigungen, die Gefahren, und verdoppelten folglich die Schlauheit einer schon so unterdrückten Nation. . . . Alle anständigen Unterhaltungsmittel sind dem Juden versagt, wie sollte er da nicht zur Unredlichkeit und zum Betruge schreiten? Die Gesetze erlauben ihm kaum das Dasein, wie sollte er sie für sich verpflichtend halten? Wie kann er einen willigen Gehorsam dem

*) Beiträge wolle man gefälligst an Herrn Reichstagsabg. Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13 adressiren.

Staate leisten, der ihn mißhandelt? Welche Anhänglichkeit kann ihn an denselben fesseln? Was ist natürlicher, als sein Haß gegen die Nationen, welche ihn durch Beweise ihres Hasses fast vernichteten? Wer kann mit Recht Tugenden von ihm fordern, wenn man ihn derselben nicht für fähig hielt? Warum wirft man ihm denn Fehler vor, zu deren Begehen man ihn zwingt? Jede Menschenklasse würde, in eben die gleichen Verhältnisse versetzt, ebenso handeln. Wir hatten die Macht in Händen, wir haben sie stets gehabt, unsere Pflicht war es und ist es noch, den Juden von seinen Vorurtheilen, die unser Werk sind, durch Ablegung unserer Vorurtheile zu heilen. Die verkehrte Moral, in welche diese unglückliche Nation durch die Folgen einer unvernünftigen Politik gefallen ist, kann kein gerechter Beweggrund sein, bei einer falschen Politik zu beharren . . . .

„Diese mit dem Handel verbundenen Unannehmlichkeiten müssen unbestreitbar mehr und nachhaltiger die Juden beeinflussen als die Christen. Diese empfangen im allgemeinen eine bessere Erziehung; jene kennen nur die der Unterdrückung und der Dürftigkeit. Die ersten haben tausend Subsistenzmittel, die Juden nur eines. Die kleinen betrügerischen Kniffe sind ihnen vert auter, da ihre Lage seit langer Zeit ihnen deren Nothwendigkeit auferlegt hat; der Wucher und sein Gewinn müssen ihnen weniger erscheinen, da alle Zweige ihres Handels mit so schweren Steuern belastet sind, daß der reguläre Verdienst nicht ausreichen würde, um sie zu befriedigen. Endlich bleiben die Christen selten mehrere Generationen hindurch bei ein und demselben Beruf, derart daß die einzelnen Charaktere jeder Generation sich gegenseitig vermischen und schwächen. Die Juden werden seit so und so vielen Jahrhunderten gezwungen, allein vom Handel und Gewerbe zu leben, so daß diese Beschäftigung ihrem Charakter ihre unvortheilhaften Seiten in ganzer Kraft hat mittheilen müssen."

Darin erblickt Mirabeau die einzige Ursache für die Corruption der Juden. Ewig im Zustand der Unterdrückung, immer den Einflüssen des Handelsgeistes ausgesetzt, das ist es, was Mirabeau als die Krankheit des Judenthums ansieht, die man heilen muß.

Und sein Heilmittel heißt: Vollständige Emanzipation! „Wollt Ihr, daß die Juden bessere Menschen werden, dann verbannet jede Scheidung aus der bürgerlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft! Oeffnet den Juden alle Wege des Erwerbs und Unterhalts! Anstatt ihnen den Ackerbau, das Handwerk, die mechanischen Künste zu verbieten, ermuthigt sie, sich ihnen zuzuwenden! Wachet darüber, daß die Juden ohne Vernachlässigung der geheiligten Lehre ihrer Ahnen, die Natur und ihren Schöpfer, die Principien der Ordnung, die Aufgaben des Menschengeschlechts, dessen Theil sie bilden, besser kennen zu lernen vermögen! Stellet die jüdische Schule in Allem, was nicht die Religion betrifft, mit der christlichen auf gleiche Stufe! Gewähret dieser Nation wie jeder anderen, Freiheit der Religionsübung! Lasset sie doch auf eigene Kosten so viele Synagogen bauen und so viele Rabbiner anstellen, als ihnen beliebt — kurz setzet sie in den Besitz aller Bürgerrechte und diese gerechte Verbesserung ihrer Lage wird sie bald zum Range der besten Staatsbürger emporheben. Die Gleichberechtigung wird, wie sie das Unrecht sühnt, das man ihnen angethan, auch die Fehler beseitigen, in welche sie hineingezwungen wurden!" Zur Widerlegung der Einwände gegen die Emancipation der Juden beschränkt sich Mirabeau auf die bloße Gegenüberstellung dieser Einwände, welche durch die Art wie sie sich widersprechen, in ihrer Unrichtigkeit erkannt werden. „Die Gegner der Juden müßten zunächst sich untereinander verständigen, denn sie widersprechen und widerlegen sich selbst . . . Nur das Eine ist zu beklagen, daß einer so hochbegabten Nation solange die Möglichkeit versagt wurde, ihre Kräfte zu entfalten, während doch jeder Vernünftige erfreut sein müßte, nützliche Glieder des Staates und der Gesellschaft an den Juden zu gewinnen. . . . Weiset die Forderungen der Billigkeit und Gerechtigkeit nicht länger von Euch! Gebet dem Juden seine Menschenrechte wieder, und das Land, in dem er wohnt, wird sein Vaterland werden, das er betrachtet wie ein lange und grausam verkannter Sohn, dem endlich das Herz der Mutter seine Liebe wieder zugewendet. Er wird die neugewonnenen, schwer entbehrten Sohnesrechte nicht mißbrauchen, die Hoffnung auf den Messias hindert ihn wahrlich nicht in der Bethätigung der Bürgertugend und Erfüllung der Bürgerpflicht, ebenso wie die ersten Christen durch die Lehren des Justinus Martyr, des Tertullian, daß der Heiland einstens wiederkehrt, daran gehindert wurden. Haben die Juden die volle Gleichberechtigung erlangt, dann werden die soviel verläumdeten Satzungen der Talmudlehrer nicht gefährlicher sein, als die der Kirchenväter. . . . „Ihr meint", so schließt Mirabeau „daß die angeblichen, tiefeingewurzelten Fehler der Juden erst im dritten und vierten Geschlecht verschwinden werden? Nun denn, so beginnet bald! Denn wahrlich ein Vortheil ist es nicht, die Besserung einer ganzen Generation aufzuhalten, wenn diese Generation nur durch eine durchgehende Reform gebessert werden kann!" —

Ebenso eifrig wie in seiner Schrift über Mendelssohn verfocht Mirabeau auch die Rechte der Juden in seinen Reden in der französischen Nationalversammlung. „Gebrauchet mir nicht das Wort Duldung!", so rief er in jener denkwürdigen Rede vom 22 August 1790 aus. „Von Duldung kann hier nicht die Rede sein, denn diese setzt eine Autorität voraus, welche das Recht hat, sie zu gewähren oder zu versagen, und eine solche Autorität giebt es nicht". Gerechtigkeit sei es, was für die Juden gefordert werden müsse und das nicht etwa blos vom politischen, sondern nach dringender vom religiösen Standpunkte, denn „Religionen, welche neben einander bestehen, läutern sich in gegenseitiger Wechselwirkung, weil sie natürliche Rivalen sind und deshalb wetteifern, einander zu übertreffen!" . . .

## Zur Abwehr.

### Aus den Parlamenten.

Bei der Etatsberathung in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 18. Januar sagte Abg. Rickert u. A.: . . . . Aber wenn man so arbeitet, wie der antisemitische Bauernbund, der jetzt leider unter Beihülfe amtlicher Organe antisemitische Politik betreibt, kann man sich nicht wundern. Ich habe mich übrigens gewundert, daß Herr v. Minnigerode diesen Punkt des neuen Programms nicht zur Sprache gebracht hat. Es wäre doch die schönste Gelegenheit, die antisemitische Entpuppung hier vor sich gehen zu lassen."

In der Debatte am 21 Januar that Abg. Rickert die Aeußerung: Auch die antisemitischen Wanderlehrer würden den Bauern nicht klar machen können, daß die Juden an allem Unheil schuld sind und die Großgrundbesitzer sich für die Bauern aufopfern.

Darauf erklärte Abg. v. Minnigerode:

„. . . Er (Rickert) hat jetzt zum zweiten Male bereits in wenigen Tagen des Antisemitismus abfällig gedacht und könnte durch mein Schweigen auf die Idee kommen, daß wir schüchtern derartigen Berührungen und Mahnungen aus dem Wege gehen. Ich bin es mir deshalb schuldig, rund und prompt ihm eine Antwort zu ertheilen; ob sie ihm paßt, bezweifle ich. (Abg. Rickert: Gewiß!) Wir werden ja sehen. Also auf diese augenscheinlichen Anzapfungen in Bezug auf den Antisemitismus erkläre ich, und zwar vom conservativen Standpunkt aus, wie er durch unser Programm jetzt zweifellos feststeht und nicht dem Subjektivismus des Einzelnen unterliegt (Hört links): Wer noch Ideale im Leibe hat, wessen Herz noch höher schlägt bei dem Gedanken an die Größe des christlichen Volkes deutscher Nation, der verlangt eine christliche Obrigkeit und verlangt christliche Lehrer für christliche

Kinder! (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Ideale des Herrn Rickert sind anders geartet. (Bravo und Heiterkeit rechts.

**Abg. Rickert blieb dem conservativen Führer die Antwort nicht schuldig. Er führte in der Sitzung vom 24. d. Mts. Folgendes aus:**

Herr v. Minnigerode hat sich neulich zu dem neuen conservativen Parteiprogramm bekannt und damit die Frage des Antisemitismus in die Debatte gebracht. Es wäre unhöflich, wenn ich mit keinem Worte das erwähnen wollte, was in Ihren Reihen vorgegangen ist. — Der Parteitag in Berlin ist ein Wendepunkt in der Geschichte der großen conservativen Partei. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin immer der Meinung gewesen, daß es viel besser ist, wenn die Dinge, die im Menschen liegen, herauskommen, wenn sie nicht im Verborgenen bleiben. Ich habe schon lange die Ueberzeugung gehabt, daß der eigentliche spiritus rector Ihrer Partei Herr Stöcker ist. Der frenetische Beifall, das Seelenvergnügen, mit dem Sie seine Reden aufnehmen, hat mir schon lange gezeigt, daß die conservative Partei antisemitisch geworden ist. Nun wollen wir wissen, wie Herr v. Minnigerode, der Führer der Partei, steht. Herr v. Minnigerode hat sich darüber ausgesprochen. Was mir am meisten daran gefallen hat, war, daß er einfach sagte: Das Programm steht zweifellos fest und unterliegt nicht mehr dem Subjektivismus der Einzelnen. (Sehr richtig! rechts.) Das war sehr deutlich gegenüber Herrn v. Helldorf und den 23 Deklaranten. (Sehr richtig! rechts.) Sie wissen jetzt, was Sie von Herrn v. Minnigerode zu erwarten haben: Unterwerfung oder Ausscheidung. Etwas Anderes giebt es nicht Herr v. Minnigerode hat auch bereits angedeutet, daß die conservativen Collegen im Reichstage vor die Schranken der Wähler gefordert werden. Da wir vielleicht bald vor neuen Wahlen stehen, werden Sie sich einem Scrutinium unterwerfen müssen. Bei Ihnen ist ja die Zahl der Candidaten unerschöpflich; Landräthe giebt es ja genug (Heiterkeit links), während bei anderen Parteien, die unabhängige Männer ins Partament schicken, die Candidaten anfangen knapp zu werden. Herr v. Minnigerode sagt, wer noch Ideale im Leibe hat — schön ist der Ausdruck freilich nicht (Heiterkeit) —, der muß für christliche Lehrer und christliche Obrigkeit eintreten. Mein Ideal, das ich in der Seele trage, ist anders. Ich erinnere mich, daß wir eine Verfassung haben, die von uns beschworen ist. (Sehr richtig! links), eine Verfassung, welche den Wendepunkt in der inneren Entwickelung Preußens bedeutet, eine Verfassung, deren Lehren und Grundsätzen auch Ihr Meister, von dem Sie den Geist erhalten haben, der getaufte Jude Stahl, sich unterworfen hat. Sie wollen statt der verfassungsmäßigen Obrigkeit lediglich eine christliche Obrigkeit. (Sehr richtig! links.) Kommen Sie nur heraus, soll Artikel 12 der Verfassung verleugnet werden, sollen die Juden nicht mehr Richter werden? (Rufe rechts. Nein!) Sagen Sie das klar und deutlich, verstecken Sie sich nicht hinter allgemeinen Ausdrücken! Was wollen Sie mit den Juden thun? Wir werden jede Gelegenheit herbeiziehen, Ihr Programm gegen Sie selbst zu interpretiren. Das Ideal, das ich im Herzen trage, liegt auch in dem Reichsgesetze vom 3. Juli 1869, wonach die Befähigung zur Theilnahme an der Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnisse unabhängig sein soll; dieses Gesetz wollen Sie beseitigen. (Rufe rechts: Sehr traurig!) Dem werden wir entgegentreten. Ich bin der Meinung des Abg. Windthorst, der im Jahre 1869, als dieses Gesetz mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde, gesagt hat: Ich bin der Ansicht, daß es nicht zulässig ist, daß das religiöse Bekenntniß irgend welchen Einfluß auf die öffentlichen und staatsbürgerlichen Verhältnisse habe. Das ist auch mein Ideal. Daß Sie (nach rechts) nicht siegen werden, davon bin ich so fest überzeugt, als ich jetzt vor Ihnen stehe! (Lebhafter Beifall links.)

* * *

Bei der Berathung der Novelle zum **Wuchergesetze** in der Sitzung des **Reichstages** vom 23. Januar glänzten die **antisemitischen** Abgeordneten, welche sich doch bei jeder Gelegenheit als die competentesten Beurtheiler der Wucherfrage aufzuspielen lieben, durch Abwesenheit. Am zweiten Tage war Abg. Liebermann von Sonnenberg und noch andere antisem. Abgeordnete dort, aber sie schwiegen.

**89 angesehene Berliner Bürger jüdischer Confession** haben an ihre Glaubensgenossen den folgenden Aufruf gerichtet:

„Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, in welcher gewissenlosen Weise der Antisemitismus weiteren Volksschichten einzuimpfen versucht wird. Nicht vieler Worte bedarf es, um die Gefahren zu schildern, die sich hieraus ergeben. Mit außerordentlicher Rührigkeit und unterstützt von sehr großen Geldmitteln betreiben schon seit Jahren die Antisemiten ihre Agitation; uns fehlen die entsprechenden materiellen Mittel, um in umfassender Wirksamkeit den ausgestreuten Verleumdungen und Verdächtigungen entgegenzutreten, die immer gefährlicher werden müssen, wenn ihnen nicht nachdrücklich die Wahrheit gegenübergestellt wird. Um für diesen Zweck Mittel zu beschaffen, sind die Unterzeichneten zusammengetreten; sie wollen insbesondere durch Flugblätter, durch Broschüren, durch Wanderredner jene falschen Behauptungen bekämpfen, welche antisemitische Flugblätter, antisemitische Broschüren, antisemitische Wanderredner mit der Absicht ausstreuen, allmählich die staatsbürgerliche und soziale Stellung der Juden zu untergraben. Es handelt sich nicht darum, schlechte Elemente, die es in unserer, wie in jeder Gemeinschaft giebt, in irgend einer Weise zu schützen, sondern es gilt allein und ganz ausschließlich, die Rechtsgleichheit mit allen gesetzlichen Mitteln zu vertheidigen. Wir sind überzeugt, daß unsere Glaubensgenossen zu ernsten Opfern für diesen ernsten Kampf bereit sind; wir führen diesen Kampf nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder. In unserer gefährdeten Lage haben wir das beruhigende Bewußtsein, daß unser eigenes Interesse mit dem unseres deutschen Vaterlandes auf das Engste verknüpft ist. Die antisemitische Verleumdung, die uns bedroht, macht auch vor Christen nicht Halt und züngelt bereits durch das ganze Staatsgebäude. Indem wir uns vertheidigen, treten wir somit Elementen entgegen, die die Festigkeit unserer öffentlichen Institutionen auf die Dauer untergraben müssen. Die zufließenden Beiträge werden nach den hier angedeuteten Gesichtspunkten zur Verwendung gelangen."

Wir begrüßen das Vorgehen unserer jüdischen Mitglieder mit wärmster Sympathie. Wir haben immer betont, daß auch die deutschen Juden energisch in den Kampf eintreten müssen, der um ihre Bürgerrechte gekämpft wird. In diesem Sinn wünschen wir der jüdischen Vereinigung den besten Erfolg und hoffen, gemeinsam mit ihr dem gemeinsamen Feind, dem Antisemitismus, entgegentreten zu können.

**Bauern und Juden.** Ueber dieses Thema stellt die vom Reichstagsabg. Wisser herausgegebene „Deutsche Bauern-Ztg." Betrachtungen an, denen wir folgendes entnehmen:

„Beide Stände, Bauern und Juden, hat unser Jahrhundert frei gemacht. Beide haben Schulter an Schulter in den Befreiungskämpfen des deutschen Volkes Blut und Leben gelassen; beiden will man jetzt wieder zu Leide, wenn auch in ganz verschiedener Weise. . . .

Mit den Juden macht man nicht so viele Umstände, auf ihn hetzt man alle unzufriedenen Leute und sagt ihnen, der Jude sei daran schuld, daß es auch liederliche Bauern gäbe, die ihr Anwesen verlottern und dann subhastiren müssen. Ist das Korn zu billig, so sagt man den Bauern, der Jude ist schuld; ist das Brod zu teuer, dann schreit man in die Masse hinein, der Jude habe die Preise künstlich in die Höhe getrieben; hat ein Jude sich eines Verbrechens schuldig gemacht und muß deswegen ins Zuchthaus, so schreit man wieder: „Seht, das sind die Juden!" und trifft ihre Gesamtheit, auch die bessern mit. Wagt es ein Richter, einen unschuldigen Juden freizusprechen, so muß auch der Richter nothwendig ein Jude oder aber durch jüdisches Geld bestochen sein. . . .

Wahrhaftig, der Jude muß um der Wichtigkeit willen, die man ihm giebt, stolz und übermüthig werden. Wir deutsche Bauernpartei denken anders darüber und sind gar nicht Willens, den Juden diese Wichtigkeit einzuräumen. Uns ist der Jude in erster Linie ein Mensch und wie wir uns dem Menschen gegenüber zu verhalten haben, das lehrt

uns unser Christenthum; in zweiter Linie ist uns der Jude ein vollberechtigter Staatsbürger und dieser Bürgerbrief ist ihm, wie uns, in der Verfassung des deutschen Reiches verbürgt worden.

Hält man dem Juden diesen Vertrag nicht aufrecht, wer bürgt uns dafür, daß er dem deutschen Bauernstande gegenüber nicht auch wieder gebrochen und beseitigt wird? Rühmt man sich als Deutscher, so zeige man auch deutsche Treue und Redlichkeit!

Wir meinen, die verschiedene Religion kann uns heute nicht mehr zu blutigen Verfolgungen antreiben. Jeder möge seines Glaubens leben und wenn unsere christliche Religion die bessere ist, so mag sie dies damit beweisen, daß sie das Judenthum anlockt und in sich aufnimmt, wie ja die christliche Religion erst aus dem Judenthum entstanden ist.

Wir meinen ferner, der Jude könne einem gesunden Bauernstande in keiner Weise gefährlich werden.

Wir benutzen seinen Handel, wo wir ihn brauchen können, wir weisen seine Vermittelung ab, wo sie uns nicht vortheilhaft erscheint; es soll heute schon Bauersleute geben, die geschäftlich viel geriebener sind wie die Juden, ihnen sogar eine ganze Pferdelänge darin vorausgehen.

Schließlich will der christliche Geschäftsmann ganz ebenso wie der jüdische vom Profit leben und wir sehen nicht, daß er nur aus Liebe zum deutschen Bauernstande herauskommt, um uns seine Waare anzupreisen. Wo wir am besten und billigsten bedient werden, da kaufen wir und wo der Jude dies nicht mehr kann und versteht, da wird er mit dem deutschen Bauernstande kein Glück haben und anstatt der Elle zeitig genug die Hocke und den Spaten in die Hand nehmen müssen, wenn er nicht verhungern will. „Wo aber ein Aas ist, da sammeln sich die Adler!"

Eine verlotterte und heruntergekommene Wirthschaft wird immer subhastirt oder ausgeschlachtet werden müssen, das ist durchaus kein Unglück und wenn der Jude nicht bietet, werden es Christen thun müssen. Auf den Ruinen des Einzelnen wächst immer wieder neues Leben, das ist so der Welten Lauf und da wird die antisemitisch angehauchte Junkerschaft nichts daran ändern können."

## Zu Löwe's Kriegslieferung an das Ausland.

Der Brief der Löwe'schen Gewehrfabrik an Boulanger war den Antisemiten ein willkommener Anlaß, das antisemitische Feuer zu schüren und den Juden Mangel an Nationalgefühl vorzuwerfen: Es war zweifelhaft geblieben, ob der damalige Kanzler Fürst Bismarck und der damalige Kriegsminister Bronsart von Schellendorf von dem Löwe'schen Anerbieten gewußt haben. Jetzt findet sich in den „Hamb. Nachr." eine Auslassung darüber, die gewiß auf Bismarck selbst zurückzuführen ist und welche allen Verdächtigungen den Boden entzieht. Die „Hamb. Nachrichten" schreiben:

Die deutsche Kriegsverwaltung verlangt, wenn sie mit einheimischen Fabriken Verträge abschließt, wo sie es für nothwendig oder nützlich hält, Geheimhaltung und Nichtlieferung an das Ausland oder die Verpflichtung zur Einholung einer speziellen Erlaubniß. Wo sie sich nicht auf Geschäftsverbindungen und Verträge stützen kann, aber dennoch die Ablieferung gewisser einheimischer Fabrikate an einen auswärtigen Staat verhindern will, verständigt sie davon die betreffenden Fabrikanten, und zwar unter deutlicher Hervorhebung der aus dem Zuwiderhandeln sich ergebenden Consequenzen. Sie ist über alle bezüglichen Vorgänge orientirt und, wenn ihr die Ausfuhr irgend welcher Fabrikate nach einem auswärtigen Staat den eigenen Interessen nachtheilig erscheint, in der Lage, die Ausfuhr rechtzeitig zu verhindern. Die deutsche Kriegsverwaltung ist dabei immer von der Erkenntniß ausgegangen, daß sich die eigenen Fortschritte in der Herstellung von Kriegsmaterial nicht für längere Zeitdauer der Kenntniß anderer Staaten verheimlichen lassen, und sie hat nur verlangt, daß ihr selbst ein entsprechender Vorsprung gesichert bleibe.

Demnach sei eine Schädigung deutscher Interessen durch Kriegslieferungen an das Ausland so gut wie ausgeschlossen. Die „Hamb. Nachr." fahren fort:

Um so berechtigter ist die Forderung, der deutschen Industrie, den Absatz nach dem Auslande und damit ihr Gedeihen nicht aus Gründen zu erschweren, welche mit der Wohlfahrt des eigenen Landes nichts zu thun haben. Die deutschen, für das Kriegsmaterial arbeitenden Industrien können — vollends neben den ausgedehnten Staatsfabriken — nicht ständig mit einheimischen Aufträgen versorgt werden. Es treten ganz erhebliche Pausen ein. Wollte man die einheimischen Industrien über die Fälle eines klarliegenden Interesses der eigenen Kriegsverwaltung hinaus in dem Verkehre mit dem Auslande beschränken, so würden sie in ihrer Leistungsfähigkeit und Entwickelung rasch zurückgehen, bald veröden und bald verfallen. Der Fortschritt in der Fabrikation würde in das Ausland verlegt — der Fortschritt, die Arbeit und der Verdienst — mit kurzem Wort: ohne eigenen Vortheil würde man nur der ausländischen Concurrenz dienen. Der Einsender in der „Allg. Ztg." versichert, daß diese Anschauungen und Grundsätze durch die oberste politische Leitung nie eine Einschränkung erfahren hätten, — sicher nicht, so lange Fürst Bismarck Reichskanzler gewesen sei: „Es ist noch zu wenig bekannt, heißt es weiter, mit welcher Energie und wie klarer Erfassung auch der technischen Situation der erste Reichskanzler seine ganze Autorität eingesetzt hat, um die Neubewaffnung unserer Armee in Fluß zu bringen. Nachdem aber der Vorsprung errungen und dem eigenen Erforderniß vorgesorgt war, hatte der Reichskanzler den einheimischen Industrien gegenüber nur den einen Standpunkt: nehmt eure Aufträge, woher ihr sie bekommen könnt; sorgt für die Aufrechterhaltung eurer Betriebe und verdient an Russen und Franzosen, was ihr zu verdienen vermöget." Der Geschäftsbetrieb eines industriellen Etablissements kann jedenfalls auf Grund keiner anderer als wirthschaftlicher Erwägungen erfolgen; auf Bewerbung um gewinnbringende Lieferung an das Ausland aus Gründen des Patriotismus zu verzichten, kann dem Betriebe nur zugemuthet werden, wenn mit der Lieferung eine Schädigung des eigenen Landes zweifellos verknüpft ist und die Militärverwaltung das Etablissement darauf hinweist. Wenn die deutsche Industrie durch patriotische Enthaltsamkeit nicht verhüten kann, daß sich das Ausland gut bewaffnet, so wird sie kein Vorwurf treffen, wenn sie ihrerseits versucht, die Lieferungen für sich zu erlangen, anstatt den Gewinn hieran der ausländischen Konkurrenz zu überlassen. Aus angeblichen diplomatischen Situationen Bedenken gegen den Abschluß vortheilhafter Lieferungen an das Ausland zu entnehmen, kann die deutsche Industrie schon deshalb nicht verpflichtet sein, weil sie keine genügende Kenntniß der Situationen hat und ihr z. B. nicht zuzumuthen ist, auf bloße Zeitungsartikel hin ihren Betrieb einzuschränken.

**Petershagen W**, 15. Januar. In gewohnter Weise ließ heute Herr Leuß aus Hannover eine seiner antisemitischen Hetzreden vom Stapel. Gewissenlose Geschäftspraxis, Mangel an Patriotismus, Unsittlichkeit 2c. waren Gegenstand seiner Auslassungen. Als Gegenredner trat Herr Prediger L i e p m a n n s s o h n aus Minden auf, welchem es trotz der gehässigsten Unterbrechungen gelang, die Ausführungen des Herrn Leuß treffend zu widerlegen. Herr Liepmannssohn zerpflückte unter u. a. an der Hand amtlichen Materials die antisemitische Güterschlächterliste, so daß selbst Herr Leuß eingestehen mußte, es seien wohl einige „Unrichtigkeiten" vorgekommen. Zur Nachahmung empfohlen.

## An Herrn Dr. Chr. M. de Jonge.

Als Antwort auf Ihre Erklärung in Nr. 2 dieses Blattes lasse ich nachstehende Zeilen folgen:

Leopold von Ranke.

Lichtstrahlen aus seinen Werken über das Judenthum.

Zum 90. Geburtstage hat Dr. Arthur Winkler dem unsterblichen Historiker eine Sammlung philosophischer Betrachtungen:

„Leopold von Ranke, Lichtstrahlen aus seinen Werken" (Verlag von R. L. Prager, Berlin 1885.)

zu Füßen gelegt; ich will den Manen eines der tiefsten historischen Denker aller Zeiten — um mit den eigenen Worten des Herrn Winkler zu sprechen —, der das unvergänglichste Verdienst hat, die Geschichtsforschung hoch über die Zinne der Parteien erhoben zu haben, eine Sammlung aus seinen Werken „Lichtstrahlen über das Judenthum weihen."

Die masaische Schöpfungsgeschichte ist ein Manifest gegen die Abgötterei, welche die Welt beherrschte.

Dieser Gegensatz ist es, welcher der natianalen Traditian der Hebräer, ahne Zweifel einer unschätzbaren Reliquie aus den varnehmsten Zeiten des Alterthums, ihren vornehmsten Werth verleiht. (Ranke's Weltgeschichte S. 32. 1. Band.)

In dem einsachen Fartgang eines natianalen Naturdienstes hätte es keine Geschichte des Menschengeschlechtes gegeben. Diese gewinnt erst in dem Manatheismus, der sich van Naturdienst lasreißt, Grund und Baden. Er gründet eine bürgerliche Gesellschaft, die sich van aller Vergewaltigung fern hält. (S. 38. 1. Band. 1880)

Gesetzgebung am Sinai.

Eine erhabenere Inauguration des sittlichen Lebens in der menschlichen Gesellschaft kännte nicht gedacht werden.

An die Beabachtung des Gebotes, die Eltern zu verehren, warauf das Familienleben beruht, wird die Verheißung eines Segens geknüpft. Die Ehe wird nach besanders geheiligt; ebensa dringend, wie das Leben, das Eigenthum. Unter den unmittelbaren Schutz Gattes tritt dergestalt das individuelle Leben mit den Anrechten, auf welchen alle bürgerliche Versassung beruht. Hat sich nicht aus dem Begriff der Sicherheit des Lebens und des Eigenthums alles das entwickelt, was die madernen Staaten ihre Verfassung nennen? (Seite 37.)

Untergang des jüdischen Reiches.

Sa waren Niniae und Persepalis, Halikarnaß und Tyrus, Syrakus und Karthaga untergegangen, keine van allen diesen Kapitalen graßartiger als Jerusalem. Jerusalem hatte nach mehr zu bedeuten, als die Heiligthümer anderer Natianalitäten. Das Valk war heldenmüthig, ein Untergang ist mit Heroismus gepaart. (S. 247. Band 3, 1.)

Anfänge der christlichen Kirche.

Wenn man die Völkerelemente, die sich in dem römischen Reiche vereinigten und ihre damalige Entwickelung wieder scheidet, sa repräsentirt sich der griechische Geist in der allgemeinen Kultur, die jetzt van Osten her auch den Westen umfaßt hatte, der spezifisch römische in dem Kriegswesen, der Verwaltung und Rechtsgelehrsamkeit; die gegenseitige Durchdringung des griechischen und rämischen Geistes bildet die vornehmste Ausgabe der damaligen Zeitgenassenschaft. Aber nach ein anderes Element gab es in derselben, das semitische, welches in den allgemeinen Verband entweder freiwillig aber gezwungen aufgenammen, jetzt zwar niedergewarsen und beinahe vernichtet, in seinem Kern eine Transsarmatian ersahren hatte, die eben in der Annäherung an die übrigen Natianen bestand und dadurch eine nicht zu ermessende Wirkung in Aussicht hatte, da es zugleich das Prinzip der ältesten Religian behauptete und sa zum Gemeingut der Welt machte. (S. 315. Band 3, 1.)

Möge die erhabene Denkweise des größten Geschichtsfarschers des 19. Jahrhunderts ein Mahnruf für alle Zeiten bleiben.

Carlsruhe (Schlesien). 17. Januar 1893

Dr. Rosenzweig,
Königl. Preuß. Oberstabsarzt a. D.

---

# Aus der antisemitischen Partei.

**Auch für unsere Leser** ist es wichtig zu wissen, welchen Umfang die Thätigkeit unserer Gegner angenommen hat. Die „Antisemitische Correspondenz" in Leipzig bringt jetzt in einer regelmäßigen Beilage eine Uebersicht über die Thätigkeit der Antisemiten. Nach einem Verzeichniß sind im Jahre 1892 in der „Antis. Corr." 305 deutschsociale Versammlungen besprochen worden Es wird dabei bemerkt, daß dies noch nicht alle Versammlungen seien. Herr Liebermann von Sonnenberg allein hat 98 Versammlungen abgehalten. Es wurden folgende Gegenden heimgesucht: Provinz Sachsen, Brandenburg, Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen, Rheinprovinz, Schlesien, Schleswig-Holstein, Königr. Sachsen, Baden, Bayern, Braunschweig, Hamburg, Bremen, Thüringen. In Liegnitz waren im vorigen Jahre schon drei antisemitische Redner (Danneil, Zimmermann, Lehrer Hahn) aufgetreten.

**Zur Begründung eines deutschsozialen Verbandes für die Provinz Brandenburg** fordert Dr. Paul Förster auf. Die constituirende Versammlung soll am 5. Februar in Berlin stattfinden.

T. **Aus Baden,** 17. Januar. Gedenken die Antisemiten den Wahlkreis Lörrach-Mühlheim-Staufen-Breisach gegen Freisinnige, Nationalliberale und Centrum deshalb zu erobern, weil dort in den Landorten der Antisemitismus durch die Abneigung gegen jüdische Vieh- und Wein-Händler leicht Boden fand, so ist im Wahlkreis Heidelberg hingegen der Grund ihrer Eroberungsgelüste darin zu suchen, daß sie fürchten, der ihnen nahestehende Abg. Menzer, der von den Orthodoxen auf den Schild erhoben, zuerst mit Centrumshilfe und dann durch die der Nationalliberalen gewählt wurde, bei der nächsten Wahl ausfällt.

Die orthodoxen Conservativen sagen sich: entweder wieder Menzer, oder ein Genosse Ahlwardts oder Liebermann's von Sonnenberg!

Um das Ziel besser erreichen zu können, gedenkt man demnächst die Redaction und Expedition des in Lahr erscheinenden deutschsozialen „Volksboten" nach Heidelberg zu verlegen und sollen deshalb bereits Verträge abgeschlossen worden sein.

Daß den Heidelberger Orthodoxen, die, wie ich Ihnen schon schrieb, auch die Geldgeber für die Antisemiten sind, der Muth durch die Lauheit der Nationalliberalen wächst, ist begreiflich und ist ihr Vorgehen nicht nur im Dienste des Antisemitismus gedacht, sondern soll den Conservativen Anhänger werben und die Nationalliberalen schwächen. Den Conservativen wird es gehen wie es ihnen an anderen Orten erging: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." Nicht ihrer Sache werden sie dienen und die „reinen" Antisemiten werden sich in's Fäustchen lachen, wenn sie in die Stichwahl kommen und die Conservativen ganz ausfallen. Den Anregern mag ein antisemitischer Conservativer genügen, den Aufgereizten aber, den erregten Massen aber dann keineswegs.

☽ **Löbau.** Der Conservative Verein für den 2. sächs. Reichstagswahlkreis hält nächsten Donnerstag, den 26. Januar, im „Wettiner Hof" seine Generalversammlung ab. Unterzeichnet sind als Vorstandsmitglieder Rittergutsbesitzer Hähnel und v. Criegern, Lehrer Kretschmar und Buchdruckereibesitzer Keßner. Letztgenannter ist derjenige, welcher bei der Gründung des antisemitischen Vereins in Löbau als Geburtshelfer fungirte. Daher darf es auch nicht Wunder nehmen, daß an demselben Tage in demselben Lokale einige Stunden später der Judenhetzverein von Löbau eine öffentliche Versammlung abhält, in welcher der bekannte antisemitische Destillateur Hänchen aus Lockwitz angeblich über „Recht und Pflicht einer Mittelstandspartei" Vortrag halten soll, wobei sicherlich aber nur die bekannten Brandreden gegen die Juden von diesem antisemitischen Helden losgelassen werden. Jeder Unbefangene wird nunmehr einsehen, daß zwischen unseren Conservativen und den Antisemiten kein Unterschied mehr besteht.

**Bautzen.** Der „Oberlaus. Volksbote" schreibt: Der conservative Verein für den 3. sächs. Reichstagswahlkreis hält nächsten Sonnabend seine Generalversammlung ab. Im Anschluß daran findet Abends eine Nachfeier des Geburtstages des Kaisers statt, bei welcher Dr. Felix Bob aus Dresden einen Vortrag hält über das Thema: „Ueber die Stellung der conservativen Partei zur Judenfrage." Daß man seitens der conservativen Partei es wagt, zur Nachfeier des Geburtstages des Kaisers Judenhetze zu treiben, beweist, wie weit wir es in Sachsen in politischer Beziehung schon gebracht haben.

**Wie ein „guter Demagoge" spricht.** Auf dem Kaiser-Commers des „Vereins deutscher Studenten" in Berlin hielt Herr Stöcker eine Rede, welcher wir folgende Stellen entnehmen:

„Ich möchte Alles, was studirt, Alles, was an der Universität ist, auffordern zum Kampf, zur Arbeit, zum Kriege für das Vaterland und

für die Kirche. Wir denken dabei an die Feinde in West und Ost und auch an Orientalen, die, wenn sie auch nicht gerade russischer Abkunft sind, doch aus Rußland herüberwandern. (Heiterkeit. Beifall.)"

„In einem Punkt der Kolonialpolitik sind alle Parteien einig: Darin, daß jenen räuberischen Horden in Afrika, jenen Arabern, die auch Semiten sind (Heiterkeit), das Handwerk gelegt wird; die, um einen Sklaoen wegzuführen, zehn andere Menschen tödten; die Alles vernichten und verfengen; auf deren Wegen kein Gras mehr wächst; die das Glück der Völker zerstören. Das ist mal ein Stück deutscher Einigkeit! Nun könnte man ja allen Parteien zurufen: Willst Du in die Ferne schwei'en? Sieh, das Gute liegt so nah! (Große Heiterkeit. Stürmischer Beifall.) Nun, meine Freunde, ich will ja keine Politik treiben. Aber es läge doch nahe, daß Einige sagten, daß auch bei uns die Sklaverei herrsche, und daß es bei uns Semiten, Nomaden gebe, die unsern Wohlstand zerstören, um sich zu bereichern. (Lebhafter Beifall.) Auch hier könnte kräftige Kolonialpolitik getrieben werden — mit einem Gouoerneur, auch mit einer Schutztruppe! Aber mit keiner solchen, an deren Spitze Herr Rickert steht. (Lebhafter Beifall.) Vielleicht erleben wir es noch."

So der Hofprediger a. D. und conferoatioc Parteiführer Stöcker! Und da trägt diesrr Herr noch sittliche Entrüstung zur Schau, wenn aon ihm gesagt wird, er führe eine aufreizende, haßerregende Sprache. Wenn auch nur ein Bruchtheil der Studenten, die später im öffentlichen Leben einr Rolle zu spielen bestimmt sind, sich der Führung eines solchen Mannes anvertraut, dnnn haben wir alle Ursache, für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes zu fürchten.

s. **Döbeln,** 19. Januar. Auf Veranlassung des hiesigen antisemitischen Deutschen Reform-Vereins hielt am 18. d. Mts Herr Hofprediger a. D. Stöcker aus Berlin einen Vortrag über das Thema: Wird die Social-Demokratie siegen? — Wohl mehr, um den „zweiten Luther," der in Sachsen ein besonderes Ansehen genießt, zu sehen und sprechen zu hören, als aus Intrresse an der Sache, hatten sich ca. 1200 Personen zum Theil aus oerschiedenen Gegenden des Landes im Saale des Schützenhauses eingefunden Ich bemerkte darunter die Spi'tzen der Behörden, sowie viele Geistliche aus der näheren und weiteren Umgebung. Bi:ele der Erschienenen hatten wohl erwartet, daß es, wie es in früheren vom „Deutschen Reform-Verein" oeranstalteten Vorträgen, in denen die Herren Liebermann oon Sonnenberg, Zimmermann und Fritsch gesprochen, der Fall gewesen war, eine frische fröhliche Judenhetzr geben würde. Dir Enttäuschung dieser Herren war sehr groß und deutlich aan den Gesichtern zu lesen, da der Redner in seinem ca. 5/4 stündigem Vartrage die sagenannte Judenfrage gar nicht berührte.

**Die „Conferaatiae Corresp.",** das a'fizielle Organ der Partei, spricht die Befürchtung aus, daß „die Antisemiten für die nächsten Wahlen einen allgemeinrn Einbruch in die canferoatiaen Wahlkreise, und zwar — sawcit sie dazu im Stande sind — unter Benutzung der conferoatiaen Organisatian planen", und sie erinnert bei dieser Gelegenheit an die Mahnung conferoatioer Blätter, nicht zu dulden, daß Mitglieder antisemitischer Wahlaereine zugleich Mitglieder canferaatiaer Organisatianen seien.

**Zu welchen entsetzlichen Verirrungen,** schreibt der „Reichsbate", der radikale **antisemitische Rassenhaß** führt, zeigen falgende Sätze aus einem Aufsatz oan Thead. Fritsch in den antisemitischen „Teutschsazialen Blättern": „Mit Schaddai, d. i. Seth — Satan — schlaß Abraham srinen Bund, d. h. er oerschrieb sich dem Grundsatze, mit List und Trug sich durch die Welt zu schlagen; er verschrieb sich und seine Nachkommen dem Teufel" „Lasse man endlich das thörichte Geschwätz von „Juda, dem Valke Gattes." Es ist eine himmelan stink nde Lüge! Wer sie das „Valk des Teufels" nennt, der trifft haargenau das Richtige. Und ihr wollt sie taufen? — Werdet ihr nicht auch den Teufel taufen wollen, wenn er mit gleißender Miene zu euch kammt?"

Daß die Stöckerpartei mit denselden Deutschsozialen, deren Cen tralargan eine solche Sprache führt, engbefreundet ist, daß Herr Stöcker in deutschsozialen Vereinen Reden hält, das findet drr „Reichsbote" anscheinend in der Ordnung.

Dir **„Unverfälschten Deutschen Worte"** des Antisemiten Schönerer aus Wirn zeigen ihre „Unoerfälschheit" namentlich durch ihren Stil! Ueberhaupt ist nach der Meinung des Herrn Carl Jro, der die „Unv. deutschen Worte" leitet, die deutsche Sprache schrecklich aerjudet. Die schändlichen jüdischen Sprachoerderber sagen: „Dank **dem** einmüligen Einstehrn . . . ," deshald schreibt Herr Carl Jro „unoerfälscht deutsch": „Dank **des** einmüthigen **Einstehens** der nationaten Studentenschaft . . . !" (12. Dez. 92) Ja ja, Herr Jro, der Datio muß entschieden jüdischer Rasse sein, weil Sie ihn so sehr meiden! Die jüdischen Sprachoerderber sagen auch: „Bei dem Umstande, **daß** uns . . ."; Herr Jro aber schreibt in derselben Nummer nus Haß gegen die Juden: „Bei dem Umstande, **als** uns noch wenige Tage vom neuen Jahre trennen . . ."! — Herr Jro, der ehemalige Conditor aus Eger, beweist, daß man unoerfälschte deutsche Kuchen back n kann, ohne doch mit der deutschen Grammatik auf gutem Fuß zu stehen.

**Der Fall Morris de Jonge** beschäftigte am 23. Janunr abermals das Berliner Landgericht I anläßlich einer Anklage gegen die Redacteurr des Reichsboten (Müller) und der Moabiter Nachrichten (Knorr) wegen einer Beleidigung dea Geh. Sanitätsraths Dr. Baer durch die Bezichtigung, daß Dr. Baer die Ueberweisung des Morris de Jange an ein Irrenhaus in unbefugter Weise und unter der falschen Flagge eines höhern Polizeibeamten aorgeaommen habe. Müller wurde freigesprochen, Knorr zu einer Geldstrafe aon 20 Mk. oerurtheilt. — In drn Urtheilsgründen heißt es: Der Gerichtshof sei allerdings der Meinung, daß der Geh. Sanitätsrath Dr. Baer bei der fraglichen Angelegenheit nicht mit der nöthigen Sargfalt orrfahren habe, welche der Fall erheischtr Man müsse sein Vargehen sogar als leichtfertig bezeichnen, und wenn in den beanstandelen Artikeln die Untersuchung als „arbiträr" bezeichnet werde, so müsse dieser Ausdruck als der Wahrheit entsprechend bezeichnet werden. Ebensa wenig könnten die Angeklagten wegen der Behauptung bestraft werden, daß Dr. Baer unter falscher Flagge sich Zutritt zu dem Morris de Jonge oerschafft habe. Auch in diesrr Beziehung sei der Beweis drr Wahrheit als erbracht anzusehen. Dagegen sei nicht erwiesen, daß der Dr. Baer wider besseres Wissen gehandelt habr. In dieser Beziehung stehe den Angeklagten aber der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. zur Seite. Der Angeklagtr Knorr kannte samit nur wegen des beleidigrnden Zusatzes oerurtheilt werden, während der Angeklagte Müller freigesprochen werden mußte.

---

## Aus Frankreich.

### Ein französischer Nationalökonom über die Judenfrage.

I.

×× **Paris,** 2'. Januar. Anatale Leray-Beautieu, Mitglied des Institut de France und Candidat für den durch den Tad Mézière's rrledigten Sitz in der Académie française, gehört zu den heroorrngendsten Gelehrten und glänzendsten Schriftstellern des madernen Frankreichs. Er besitzt vor den meisten seiner Callegen den großen Varzug, das Ausland de visu zu kennen und mehrere fremde Sprachen und Literaturen, wie die deutsche, itatienische, russische und englische, als Meister zu beherrschen. Was ihn aber den Lesern der „Mittheilungen" besonders interessant machen dürftr, das ist seine Campetenz in der aus sa diversen Elementen thealagischer, sacialagischer, ethnographischer und politischer Natur zusammengesetzten Judenfrage.

Anatole Leray-Beaulieu hat im aarigen Jahrgange der „Reoue des deux mondes" (15. Frbruar, 15. Mai, 15. Juli 1891) unter der Aufschrift „Les Juifs et l'antisémitisme'

drei Aufsätze veröffentlicht, welche das größte Aufsehen in den hiesigen literarischen und politischen Kreisen erregt hatten. Damals aber galt noch die Judenfrage in Frankreich als bloßes Thema für akademische Discussionen; heute ist sie, Dank der energischen Campagne Drumonts und Morès einer- und der unverzeihlichen Indolenz gewisser Kreise der französischen Judenheit andererseits zur brennenden Tagesfrage geworden, und so sah sich denn Anatole Leroy-Beaulieu veranlaßt, nach fünfmonatlicher Pause seine Artikelserie wieder aufzunehmen. Herr Beaulieu theilte mir privatim mit, daß er demnächst in einem bei Calmann Lévy erscheinenden Bande seine Aufsätze vereinigen werde und ertheilte mir gleichzeitig die erbetene Autorisation, den Lesern der „Mittheilungen" einige Auszüge aus seinem letzten Aufsatze vom 15. Dezember v. J. zur wohlwollenden Prüfung zu unterbreiten.

Während Anatole Leroy-Beaulieu in den früheren Abhandlungen sich mit der Geschichte der Judenheit und der Psychologie des „Juden" eingehend beschäftigt hatte, widmete er seinen letzten Aufsatz der Untersuchung der Frage, ob es einen specifisch jüdischen Nationalgeist gebe und ob man überhaupt das Recht habe, von einer „Verjudung" der modernen Gesellschaft zu sprechen.

Seit 15 Jahren beschäftigte diese Frage unseren Gelehrten und um sie zu lösen, schlug er den einzig richtigen Weg ein: er studirte das Leben und die Werke mehrerer verschiedenen Ländern und Epochen angehöriger hervorragender Gelehrter, Schriftsteller, Künstler und Politiker jüdischer Abkunft, um alsdann objectiv zu untersuchen, ob sie ein gemeinsames Charakterzeichen von den denselben Ländern und denselben Epochen angehörigen Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern und Politikern nichtjüdischer Abkunft unterscheide. Anatole Leroy-Beaulieu erstreckte für dieses Mal seine völkerpsychologische Studie blos auf die Künstler und Schriftsteller, in dem Schlußaufsatze will er sich mit der Stellung der Juden in der Politik und Nationalökonomie des Näheren beschäftigen.

* * *

„Besitzt der Jude einen ihm eigenthümlichen Nationalgeist, und wenn dies der Fall, welches sind seine charakteristischen Merkmale und seine hervorragendsten Repräsentanten? Wenn man in das Alterthum hinaufsteigt, so muß man Israel einen ebenso ausgeprägten Nationalgeist zuerkennen, wie Griechenland und Rom. Und so sehr es auch die Verleumder der Semiten verdrießen mag, es bleibt eine unbestreitbare Thatsache, daß Israel in seiner Art unter allen Nationen des Alterthums einzig dastand. Es war kein Künstler-, sondern ein Prophetenvolk. Seine Lippen wurden wie die des Sohnes Amos' (i. e. Jesaias) von der glühenden Kohle des göttlichen Cherub's versengt und verloren die Sprache für profane Dinge. Das herrlichste Zeugniß des jüdischen Nationalgeistes ist die Bibel. Die Dichtung der Genesis wiegt die Homer's auf; Jesaias ist ebenso original als Pindar. Der jüdische Volksgeist ist wie aus e i n e m Blocke gehauen, darin den nackten Felsen vergleichbar, welche sich in den Wüsteneien des heiligen Landes erheben.

„Anders freilich als der alte Hebräer ist der moderne Jude geartet, der nur wenig mit dem wilden Leu Judas gemeinsam hat, den weder das Lächeln der Götter Griechenlands noch der Degen Roms zu zähmen im Stande war."

„Nur wenige Jahrzehnte sind verflossen, seitdem auf ein Zeichen Frankreichs die schwarzen Mauern der Ghetti und die verrosteten Thore der Judengasse gefallen sind und schon sehen wir nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, Oesterreich, England, Italien, ja selbst in Rußland zahlreiche Juden eine angesehene Stellung an unseren Universitäten und Kunstbahnen, ebenso wie in unserem politischen Leben einnehmen. Dieser unerwartete Aufschwung einer so lange unterdrückten Race vollzog sich mit einer solchen Raschheit, daß Viele vor einer nationalen Renaissance zu stehen glaubten. Die emancipirten Juden glichen im Käfig gefangenen Vögeln, denen man plötzlich die Freiheit schenkt. Sie schwangen sich auf dem Baume unserer modernen Kultur von Zweig zu Zweig empor und erklommen oft in einem Fluge den Gipfel des Baumes, ohne sich durch die für sie doch ungewohnte Höhe betäuben zu lassen. Wie will man also den Glauben verbreiten, daß der Jude unfähig sei, sich unsere Civilisation anzueignen? Nimmt er doch an derselben einen für Viele zu beträchtlichen Antheil! Und es verdient erwähnt zu werden, daß der angebliche „Semit" und „Orientale", wie man den seit zwei Jahrtausenden in Europa wohnenden und mit allerlei Indogermanischen Völkern ethnisch verschmolzenen Juden zu nennen beliebt, weit mehr im Occident als im Orient gedeiht. Es ist ferner äußerst bemerkenswerth, daß der Jude nicht einmal zweier oder dreier Generationen als Uebergangsepoche bedurfte, um sich unsere Wissenschaft und Kunst, kurz unsere ganze Civilisation anzueignen und oft sie selbst schöpferisch weiter zu führen. Welchen anderen Schluß kann man aus dieser Thatsache ziehen, als den, daß zwischen dem „Semiten" und uns, trotz des verschiedenen Ursprunges und der abweichenden historischen Erziehung eine unbestreitbare seelische und geistige Verwandschaft bestehe?" (Fortsetzung folgt.)

## Vom Büchertisch.

**Heinrich Freiherr von Löhneysen**, Oberhofmarschall a. D. und Kammerherr hat mit seiner soeben im Verlage von H. Walther, Berlin (1893) erschienenen Broschüre **„Antisemitismus und Nächstenliebe"** sich gegen den Antisemitismus gewandt. Als Christ mit positivem Glauben verurtheilt er den Antisemitismus auf das Schärfste, weil er nicht das Christenthum der Liebe predigt, sondern unchristlichen Haß. Für denjenigen, der sich mit der Judenfrage näher beschäftigt hat, ist die Persönlichkeit des Autors von mehr Interesse als sein Schriftchen. Dennoch muß der milde versöhnliche Ton einnehmen, der das Büchlein durchweht. „Nach meiner Auffassung," sagt er, „könnte es kaum eine politische Maßregel geben, welche für unser Vaterland unheilvoller ausfallen würde, als die Vertreibung der Juden." Freiherr von Löhneysen schließt mit der Hoffnung, „daß der gesunde Sinn unseres Volkes sich aus schwerer Anfechtung erhebe."

## Briefkasten.

**Heidelberg.** War für die letzte Nr. zu spät eingetroffen. Mittwoch Mittag ist Redactionsschluß.

**Hausdorff in Rotterdam.** Graf Hugo Douglas, der z. Z. die Rede über die Politik des Kaisers hielt und drucken ließ, ist Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses. Er wohnt in Aschersleben und ist freiconservativ. Dagegen ist Graf Douglas, der sich gegen das Tivoli-Programm erklärt hat, Mitglied des Reichstags. Er ist Gutsbesitzer in Gondelsheim in Baden und ist deutschconservativ.

**A. D. in Köln.** Der antisemitische Verein in Altenessen ist aufgelöst.

**B. R. hier.** Der Gerichtsaccessist (Referendar) Katzenstein in Gießen ist nicht in seiner Eigenschaft als Jude, sondern als Socialdemokrat gemaßregelt worden.

**J. H. Ulm.** 1) Ingenieur Eiffel ist nicht Jude. 2) Die Steyrer Gewehrfabrik ist nicht in jüdischen Händen.

**R. W. in Hamburg.** Die Angriffe auf Heine, Börne, Auerbach sind nicht neu. Mirabeau sagt mit Recht: „Die meisten Menschen können es auch den hervorragendsten Talenten, den bedeutendsten Männern unter den Juden nicht verzeihen, daß sie als — Juden geboren sind." — Und doch verzeihen es die conservativen Herren so gern ihrem Haupte Friedrich Julius Stahl!

**L. M. in Hamm.** Besten Dank. Wir bitten Sie und überhaupt unsere Leser, uns mitzutheilen, wo und welche Flugblätter antis. Inhalts in ihrem Wohnorte vertheilt werden. Auch wäre es uns angenehm, A d r e s s e n v o n P e r s o n e n z u e r f a h r e n, d i e g e n e i g t w ä r e n u n s e r e F l u g b l ä t t e r z u v e r t h e i l e n.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 60 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 6. | Berlin, den 5. Februar. | 3. Jahrg. 1893.

### Das „neueste“ antisemitische Machwerk über Güterschlächterei in Hessen.

In Homberg an der Elze hob ich in einem Vortrage im Januar d. J. nachdrücklich die leichtfertigen Behauptungen und die bewußten Fälschungen hervor, welche sich die Antisemiten bei ihren gewissenlosen Agitationen zu schulden kommen lassen. Ich wies dabei unter anderem auf das Flugblatt hin, welches den vielversprechenden Titel trägt:

**„Wie der Jude im Hessenlande arbeitet!“**

und darunter eine 2 Fuß lange Doppel-Liste bringt von 63 jüdischen Ausschlächtern auf der einen und 99 hessischen Bauern auf der anderen Seite, die durch jene Güterschlächter aus dem Erbe ihrer Väter vertrieben sein sollten. Den „Deutschsozialen Blättern“ zufolge war diese Liste 1884 nach amtlichen Quellen zusammengestellt. Sie ergab sich aber bei Licht betrachtet zum Theil als frei erfunden, zum Theil als tendenziös entstellt. Bereits seit Jahren ist die völlige Haltlosigkeit dieses lüderlichen Machwerks öffentlich dargethan, ohne daß von seiten der Antisemiten auch nur ein schwacher Versuch der Rechtfertigung gemacht wäre. — Als ich nun all dies auseinandergesetzt und noch besanders betont hatte, daß jenes Flugblatt von den Antisemiten trotzdem überall ruhig weiter verbreitet werde, wußte mir der Redacteur des „Reichsherold“, Herr Georg nur zuzurufen: „Sie kennen ja unser **neuestes** Güterschlächter-Flugblatt nicht; dies widerlegen Sie, wenn Sie können; denn nur dieses verbreiten wir jetzt!“ Ein Exemplar des Flugblattes wurde mir übergeben und versprach ich es daheim einer sorgföltigen Prüfung zu unterziehen, denn ich glaubte annehmen zu müssen, daß reichliches Beweismaterial aus dem Archiv des antisemitischen Rechtsschutzbureaus in Marburg darin aufgespeichert sei und daß langwierige Nachforschungen zu seiner Würdigung erforderlich sein würden. Hier folgt nun das Ergebniß meiner Prüfung:

„Die Güterschlächterei in Hessen.“ Ein Mahnruf an das deutsche Volk bildet Nr. 4 der vom Mitteldeutschen Bauernverein herausgegebenen Flugblätter und ist in der Druckerei des „Reichsherold“ hergestellt. Die erste Seite enthält zunächst die bekannten allgemeinen Tiraden gegen die Juden. Sätze wie: „Die Landjuden sind solidarisch wie Geschworene“ oder „Der Jude ist dort — d. h in Gegenden Hessens — mehr Herr als der Staat“, die noch dazu gesperrt gedruckt werden, zu widerlegen, ist natürlich unnütz. Von der „semitischen Katze“ aus Oberaula, welche einem namenlosen armen Tagelöhner in Christenrode gegenüber „zähnebleckend ihre Krallen zeigte“ weiß der Verfasser selbst nicht, ob er Itzig, Moses oder sonst wie hieß, und doch wäre gewiß auch der eingefleischteste Philosemit damit einverstanden, wenn ein Wicht, der „mit teuflischem Grinsen das armselige Besitzthum seines Opfers wegschaffen ließ“, aller Welt deutlich erkennbar mit vollem Namen gebrandmarkt wäre. Es würde dann freilich auch herauskommen, ob die ganze Geschichte wahrheitsgetreu geschildert und nicht etwa nach berühmten Mustern aus den Fingern gesogen ist.

Klug war es jedenfalls, den Bürgermeister aus der Schwalm nicht näher zu bezeichnen, welcher „mit anfaßte, als es galt, die Mobilien eines Bauern über Nacht Stück für Stück wegzuschaffen“, damit „dem Juden bei der in perfider Weise aufgezwungenen Pfändung am Morgen nichts als die nackten Wände übrig blieb.“ Der Staat könnte sonst leicht Veranlassung genommen haben, diesem wunderlichen Vertreter der Ortsobrigkeit etwas schärfer ins Gebet zu nehmen, als den antisemitischen Wahlkommissar, Herrn von Bornstedt in Friedeberg.

Einigermaßen erstaunt hat mich aber eine andere Stelle des Flugblattes, wo des Marburger Prozesses wegen Ermordung eines jüdischen Ehepaares Wolff aus Nordeck Erwähnung geschieht. Der Blutthat Angeklagte war bekanntlich ein Mann, Namens Hedderich, „das Opfer des ermordeten Juden“. „Als“, so heißt es wörtlich in dem Flugblatte, „die Kunde von der Freisprechung erscholl, da ging es wie ein elektrischer Schlag durch die finster brütenden Schaaren der Landleute, da riefen sie dem Freigesprochenen, als er aus der Thüre trat, ein so kräftiges, herzliches „Bravo“ zu, daß auch der verstockteste Judenfreund sich nicht länger der Erkenntniß verschließen konnte, wie gut antisemitisch der hessische Bauer ist“. Muß sich der schlichte Mann nicht eigenthümliche Gedanken über die Schuldfrage und über die Freisprechung Hedderichs beim Lesen dieser Zeilen machen? Klingen sie nicht geradezu wie eine Beschönigung der Mordthat, weil begangen an einem jüdischen Wucherer? Und dabei ist es durchaus nicht erwiesen, daß der Ermordete den arbeitscheuen Hedderich bewuchert hat. Ich verweise nur darauf, daß der Staatsanwalt in jenem Prozeß (nach dem ausführlichen Bericht der Oberhess. Zeitung vom 18. Oktober 1884) sich entschieden gegen die Annahme des Vertheidigers gewendet hat, daß Hedderich das Opfer Wolffs geworden sei; derselbe habe seine Verarmung vielmehr allein der eigenen Leidenschaft zu Prozessen, seinen eigenen Charakterfehlern zuzuschreiben und habe sowohl sich wie seinen Rechtsbeistand verkannt, der ihn, statt ihn zu warnen, in eine Sicherheit einlullte,

welche die Leidenschaft des Angeklagten steigern mußte. Ferner: „Von Anfang an wurde dieser Mordfall und der auf Hedderich fallende Verdacht in aufregender Weise in der Oeffentlichkeit besprochen und bildete sich alsbald eine aus der Unkenntniß der wahren Sachlage hervorgehende allgemeine Stimmung nicht etwa gegen, sondern für den Angeklagten. Dahinter, und als treibenden Faktor erkennt man sehr leicht einen großen Theil Abneigung gegen das Judenthum, ja sogar von Judenhetze". Diese Ausführungen erhalten durch obige Stelle des Flugblattes eine traurige Bestätigung. Man kennt auch den eigentlichen Schürer jener Judenhetze; es war Niemand anders, als Herr Dr. Böckel, der jetzige antisemitische Reichstagsabgeordnete, dessen Wühlerei sich damals allerdings der öffentlichen Aufmerksamkeit noch entzog, der aber unter den „Bravo"-Schreiern im Prozeß Hedderich der lauteste war und sogar selbst erklärt hat, damals seinen Beruf zum antisemitischen Agitator erkannt zu haben. (Vgl. Rede vom 4. 10. 1880. S. 7.)

Den Hauptinhalt unseres „neuesten" Flugblattes bilden Zahlenangaben über Güterschlächtereien aus nicht weniger als 16 hessischen Kreisen. Fast alle sind freilich so allgemein gehalten, daß sie sich auf ihre Richtigkeit durchaus nicht nachprüfen lassen. Die Quellen, aus denen sie geschöpft sind, werden sorgfältig verschwiegen, ebenso die Namen der Ausgeschlachteten und bis auf wenige, auf die ich gleich zu sprechen komme, auch die der Güterschlächter. Die besonderen Verhältnisse, welche zur Ausschlachtung führten, sind nirgends angedeutet. Und doch ist die Zerlegung eines größeren Besitzthumes in mehrere selbstständige Bauernhöfe wirthschaftlich ganz anders zu beurtheilen als die Zerstückelung eines kleinen Bauerngutes in mehrere Zwerggrundstücke, die freiwillige Parzellirung eines Grundeigenthumes z. B. wegen Erbschaftstheilung ganz anders wie die zwangsweise in Folge Ueberschuldung, die Veräußerung an kapitalkräftige Besitzer ganz anders, wie die an Leute, welche der Güterschlächter ganz in **seiner** Hand behält. Alle diese verschiedenen Verhältnisse werden vom Flugblattschreiber ohne weiteres über einen Kamm geschoren und dazu wird noch stillschweigend die Unterstellung gefügt, als ob überall und unterschiedslos wucherische Ausbeutung mit im Spiele gewesen sei. Der einzige mit vollem Namen genannte Güterausschlächter ist Aron Nußbaum in Rothenburg, „der nicht weniger als 12 Bauern nachweislich ausgeschlachtet hat." Wer ist dieser Aron Nußbaum? Es ist derselbe Missethäter, der in der Eingangs erwähnten zwei Fuß langen Güterschlächterliste bereits unter Nr. 43 aufgeführt wird und dessen zwölf Opfer dort namentlich aufgezählt sind. Gerade hinsichtlich dieses Mannes hat aber der Antisemiten-Spiegel längst festgestellt — und ich habe mich durch Einsicht der amtlichen Bescheinigungen von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugt —, daß von den zwölf Bauern, die er „aus dem Erbe ihrer Väter vertrieben" haben sollte, nicht weniger als acht noch ganz wohlgemuth im Besitze ihrer ungetheilten Grundstücke sind, zwei weitere an den genannten Orten nie gewohnt haben, der elfte freihändig auf 10jährigen Abtrag, der zwölfte endlich Erbschaftshalber seine Grundstücke verkauft hat. Nur ein Achtel des Grundbesitzes von diesem letzten hat Nußbaum erworben gehabt, ebenso hatte ihm der elfte die Kaufgelder abgetreten, ohne daß Nußbaum sonst bei dem Verkaufe betheiligt war oder eine Forderung an den Käufer hatte. Was sagt der Redacteur des Reichsherold zu diesem Thatbestand? Sein „neuestes" Flugblatt soll ja doch an die Stelle der preisgegebenen alten Güterschlächterliste treten; die einzige für Jedermann controlirbare Angabe des Flugblattes ist aber nichts als eine einfache Wiederholung der unverschämtesten Verleumdung jener Liste. —

Nicht einmal die Jahre, in welchen sich die Güterschlächtereien zugetragen haben sollen, sind im Flugblatt überall klar angegeben. So heißt es z. B: „Im Landkreis Kassel fanden in den letzten Jahren einige 30 Ausschlachtungen statt." Heißt das in den letzten 5, 10, 20 oder 40 Jahren? Die angeblichen 99 Ausschlachtungen der alten Liste gehören bekanntlich einem Zeitraum von mindestens 10 Jahren an. Auffallen muß ferner, daß bei den Zahlen, welchen das Flugblatt die Jahre hinzufügt, für die sie gelten sollen, immer nur die Jahre 1877—1882 in Frage kommen. Warum sind die Verhältnisse der letzten Jahre ganz außer Betracht geblieben? Das ist um so merkwürdiger, als bei der Angabe über den Kreis Frankenberg die gesperrt gedruckte Anmerkung hinzugefügt ist:

> „Dabei muß noch bemerkt werden, daß bei einem solchen Fortgange dieses Geschäftes in ungefähr 15 Jahren im Amtsbezirk Frankenberg es nur noch eine geringe Anzahl Bauern geben würde, welche nicht Geldsklaven dieser jüdischen Gutsschlächter sein würden."

Hier fragt doch jeder: Haben sich denn in den letzten 10 Jahren die Verhältnisse dort thatsächlich so entwickelt, daß es in fünf Jahren fast nur noch Geldsklaven jüdischer Gutsschlächter statt freier Bauern geben wird? Gehörte Bescheidenheit nicht zu den unseren Antisemiten völlig unbekannten Tugenden, so könnte man fast glauben, sie hätten das Verdienst der nicht eingetretenen Verschlechterung sich nicht selbst nachrühmen wollen. Doch die folgenden Ausführungen machen alle derartigen Vermuthungen zu Schanden. — Sie beziehen sich auf die einzige Güterschlächterei neueren Datums, welche das Flugblatt erwähnt, und zugleich auf die einzige weitere Angabe, die sich (mit einiger Mühe freilich) auf ihre Zuverlässigkeit prüfen läßt. Sie besagt:

> „In Marburg und einem Nachbarorte hausten drei Halsabschneider, welche im Volksmund sehr bezeichnend der „Rothlauf", der „kalte Brand" und der „Tod" genannt werden. Dem zweiten dieser sauberen Gesellen, dem „kalten Brand" war eine Wittwe in Ockershausen bei Marburg eine kleine Summe schuldig geworden und konnte dem Juden auf Anfordern nicht gleich Zahlung leisten. Derselbe wußte, daß die Wittwe bei Marburger Bürgern einige Hypothekenschulden hatte. Der Ehrenmann kaufte diese Hypotheken auf und brachte nun das Gütchen der armen Frau zur Subhastation. Das passirte im November 1889.

Hier muß zunächst die falsche Jahreszahl 1889 durch 1885 ersetzt werden. Dieselbe Geschichte ist nämlich und zwar genau mit denselben Worten, bereits in Nr. 1 des „Reichsherold" vom 4. Februar 1887 erzählt worden. Es heißt dort nur: „Das passirte im November 1885." — Bei näherem Zusehen ergiebt sich sogar, daß das ganze „neueste" Flugblatt über die Güterschlächterei in Hessen nichts ist als ein einfacher, wörtlich genauer Nachdruck eines dort unter gleichem Titel veröffentlichten Aufsatzes, als dessen Verfasser sich Dr. Otto Böckel damals ausdrücklich bekannt hat. Warum wird wohl jetzt das Flugblatt ohne Nennung seines Namens in die Welt geschickt? Die Verantwortung für dies Geisteskind wird er doch wohl damit nicht von sich ablehnen wollen? Einige zwar geringfügige, aber recht bezeichnende Aenderungen sind übrigens in dem „neuen" Flugblatte doch gegenüber dem Artikel in der Nr. 1 des „Reichsherold" bemerkbar. Den „unschuldigen" Druckfehler 1889 statt 1885 erwähnte ich bereits. Der Eingangs erwähnten Behauptung des Flugblattes, daß in einigen Gegenden Hessens der Jude mehr Herr sei als der Staat, hatte der „Reichsherold" in Klammern hinzugefügt: „z. B. der Ebsdorfer Grund, die Gegend von

Hünfeld, Gladenbach &c." Diese allzu faßbaren Angaben sind vorsichtiger Weise im *„neuesten“* Flugblatt weggeblieben. Jedenfalls ist in diesen Gegenden Dank der rastlosen Bemühungen der Antisemiten inzwischen die Judenknechtschaft gebrochen. Aber warum stellt denn das Flugblatt auch dies antisemitische Licht unter den Scheffel? — Verständlicher und zugleich niedlicher ist endlich folgende Variante:

*Reichsherold* No. 1.
vom 4. Februar 1887.

Ich könnte ganz merkwürdige Erlebnisse erzählen, um den Antisemitismus unserer hessischen Bauern zu illustriren. Ich weiß, daß Bauern Stückchen unseres hessischen Antisemitenblattes **„Reichsgeldmonopol“**, in das ihnen der Händler Waare gewickelt hatte, wie eine Reliquie verehrten, lasen und weiter gaben. Bei einem Kaufmann, der unser Blatt hielt, stellten sich regelmäßig, wenn es Freitag war, die Bauern haufenweise ein, um die „Zeitung“, d. h, **„Das Reichsgeldmonopol“**, zu lesen. —

*„Neuestes“ Flugblatt!*

Ich könnte ganz merkwürdige Erlebnisse erzählen, um den Antisemitismus unserer hessischen Bauern zu illustriren. Ich weiß, daß Bauern Stückchen unseres hessischen Antisemitenblattes **„Reichs-Herald“**, in das ihnen der Händler Waare gewickelt hatte, wie eine Reliquie verehrten, lasen und weiter gaben. Bei einem Kaufmann, der unser Blatt hielt, stellten sich regelmäßig, wenn es Freitag war, die Bauern haufenweise ein, um die „Zeitung“, d. h. den **„Reichs-Herold“** zu lesen.

Merkwürdig sind diese *„Erlebnisse“* in der That, um so mehr als sie mit Bezug auf den „Reichsherold“ jedenfalls, wie Figura zeigt, *erlogen sind*, denn Würste und saure Gurken konnten doch vom Händler beim besten Willen nicht in den „Reichsherold“ gewickelt werden, **ehe er überhaupt vorhanden war.** Und wie undankbar gegen das seitdem freilich umgetaufte Reichsgeldmonopol des Abgeordneten Werner! Aber auf Reklame versteht sich Dr. Böckel, das muß man ihm lassen. Die Geschichte hat für das „Reichsgeldmonopol“ offenbar gezogen und wird auch für den „Reichsherald“ ziehen; die Dummen werden einmal nicht alle, lautet ja eines der „neuesten“ „beißenden“ Worte des Reichsherold. — *Aber darum muß ich Dr. Böckel höflichst bitten, daß er künftig, wenn er gegen marktschreierische lügnerische Reklame loszieht, zunächst sich selbst gehörig auf die Finger klopft. Wenn aber ehrliche Grundsätze mit seinem Hetzgewerbe einmal unverträglich sind, dann rathe ich ihm wenigstens künftig etwas größere Vorsicht an. Die letzterwähnte Fälschung ist doch selbst für Antisemiten etwas zu plump.*

Ich komme nun auf die bereits mitgetheilte Geschichte aus Marburg zurück und will nur kurz hervorheben, wie geflissentlich die *wahren* Namen der 3 angeblichen Halsabschneider *unterdrückt* und durch *Spitznamen* ersetzt sind, hinter denen selbst in Marburg nur sehr wenige Leute die darunter verstandenen Personen zu erkennen vermögen. Um so perfider ist es, daß mit keiner Silbe angedeutet wird, daß unter dem „Tod“, d. h. unter dem *schlimmsten* der drei Leute ein *Christ* oder sagen wir lieber ein Vollblutgermane à la Böckel zu verstehen ist, unter „Rothlauf“ dagegen ein unglücklicher, armer Jude, der höchstens als Strohmann bei Halsabschneidereien figurirt haben könnte. Der spezielle Fall endlich, welchen Herr Dr. Böckel auftischt, und in welchem der *„kalte Brand“* eine Rolle spielt, ist in der mitgetheilten Fassung — Herr Dr. Böckel verzeihe mir das harte Wort — *einfach erlogen.* In Wahrheit hat er sich wie folgt zugetragen. Meine Darstellung ist aus den Akten geschöpft.

In *Ockershausen* bei Marburg lebte ein kinderloser Wittwer; derselbe hatte eine Schwester seiner verstorbenen Frau bei sich und mit dieser ein uneheliches Kind. Er setzte seine Schwägerin als Erbin ein. Sowohl ein Bäcker aus Weidenhausen, wie der „kalte Brand“ hatte gegen den Wittwer hypothekarische, letzterer auch andere Forderungen. Seine Schwägerin wurde daher als Erbin Schuldnerin beider und hat auch noch dazu geborgt. Sie zahlte keine Zinsen und wurde deshalb seitens des *Bäckers* wiederholt verklagt. Bis zum 15. Mai 1879 schuldete sie ihm an Zinsen und Gerichtskosten 733 M. und sollte deshalb Zwangsverkauf eingeleitet werden. Da lieh der „kalte Brand“ diesen Betrag und ließ sich hierfür mit Zinsen zu 5% im März 1881 eine Hypothek bestellen. Gleichzeitig wurde die Zinsenschuld der „Frau“ an den „kalten Brand“ auf 220 M. festgestellt und gleichfalls hypothekarisch eingetragen, *aber ausdrücklich unverzinslich.* Nach dem Tode des Bäckers klagten dessen Erben die schlechten Schuldner, darunter besagte „Frau“ auf gemeinschaftliche Gefahr aus, und es sprang der „kalte Brand“ der „Frau“ nochmals bei, indem er die Forderungen der Erben des Bäckers gegen Cession ausbezahlte. Schon seit 1881 hatte er aber unter Hinweis, daß sie sich voraussichtlich dann noch etwas Vermögen retten könne, wiederholt von ihr verlangt, daß sie ihr Gut vereinzeln und die Schuld damit bezahlen solle. Sie versprach es, that es aber nicht. Nachdem sie nun bis 1885 wieder keine Zinsen bezahlt hatte, wurde die *Zwangs*versteigerung beantragt. *Dieselbe kam aber nicht zur Ausführung, weil die Frau sich endlich zum freiwilligen Verkauf entschloß und durch den Erlös daraus die Schulden bezahlt wurden.*

Habe ich Recht oder Unrecht, wenn ich auf Grund dieses Thatbestandes behaupte, daß sich Herr Dr. Böckel 1887 zum mindesten einen recht fetten Bären hat aufbinden lassen? Unter allen Umständen hat er es vortrefflich verstanden, vom Fette dieses abgelebten Bären sein und seiner Anhänger antisemitisches Denken und Thun zu fristen. Ich hätte wahrlich erwartet, daß er seit 1884 bis heute doch wenigstens einige doch sicher thatsächlich passirte Fälle wucherischer Güterschlächter seitens einzelner Juden klargestellt hätte. *Wird ihm doch in seinem Rechtschutzbureau Material von allen Seiten in Hülle und Fülle zugetragen! Sollte er wirklich bisher noch nicht in die Lage gekommen sein, auch nur einen unserer hessischen Brüder aus Judenkrallen zu erretten?* Das wäre doch zu schade für sein Renommée. Etwas mehr als Theatervorstellungen könnten doch die Mitglieder seines Bauernvereines für ihre Beiträge von ihm verlangen, denn um gemeinsam Waaren zu beziehen, brauchen sie doch keine antisemitischen Agitatoren zu unterhalten.

Den Schluß des ehemaligen Reichsherolds-Artikels bildete die *alte* Güterschlächterliste in zusammengedrängter Form. „Zum Beweise“, hieß es da, „für die im vorhergehenden Artikel angeführten Zahlen, führe ich hier noch die Güterschlächterliste auf“ u. s. w.

*Im Flugblatt ist dieser Schluß weggeblieben.* Nachdem nun die alte Güterschlächterliste zum Beweise für die Zahlen des Flugblattes nicht mehr verwendet worden ist, stehen diese jetzt nach Dr. Böckels eigenem Zugeständniß unbewiesen und des Beweises höchst bedürftig da. Man weiß nicht, wen man für armseliger halten soll, diejenigen, welche solch' aufgewärmte Kost vorzusetzen wagen oder die, welche sich dieselbe bieten lassen. *Alles wirklich Neue*, was das Flugblatt gegenüber dem Reichsherolds-Artikel enthält, besteht in einigen Schlußrodomontaden. In ihnen tritt unverblümt zu Tage, wohin in der That das ganze Treiben der Antisemiten mit Naturnothwendigkeit führen muß: *„Wo erst ein kleines Loch ist, da giebts auch ein großes, und wo ein*

großes, da giebts auch Risse, und wo Risse, da giebts Einsturz, und dieser Einsturz ist die soziale Revolution —" **und der, welcher sie muthwillig heraufbeschwört, ist Dr. Böckel und Consorten.**

Marburg, den 30. Januar 1893.

Prof. Dr. E. Stengel.

## Glossen zur Landtagsverhandlung vom 28. Januar.

### I.

Am letzten Sonnabend hatte das preußische Abgeordnetenhaus eine sehr bewegte Antisemitendebatte. Veranlaßt wurde dieselbe dadurch, daß der conservative Abg. Graf Limburg-Stirum Beschwerde führte über eine Anzahl Publicationen des „Reichsanzeigers" in den letzten Monaten, darunter diejenige, worin der Minister des Innern dem Landrath des Friedeberger Kreises v. Bornstedt wegen seines Eintretens für die Candidatur Ahlwardt eine Rüge ertheilte. An der fünfstündigen Discussion betheiligten sich der Ministerpräsident Graf Eulenburg, um sein Vorgehen gegen den Landrath zu rechtfertigen, die Abgg. v. Minnigerode, v. Waldow, v. Plötz, Stöcker und Cremer als Vertreter des antisemitischen Standpunktes sowie die Abgg. Hobrecht und Rickert, welche denselben mit Entschiedenheit bekämpften. — Das Centrum schwieg.

Unsere Leser haben sich bereits aus der Tagespresse über den Inhalt der gehaltenen Reden informirt. Um ihnen ein anschauliches Bild von dem Gang der Verhandlungen zu geben, veröffentlichen wir dieselben nach dem amtlichen stenographischen Bericht. Es entspricht dies auch der Bedeutung, welche der Sitzung vom 28. Januar beizumessen ist. Denn sie bildet eine denkwürdige Etappe in der antisemitischen Bewegung und sie hat weitere Klarheit in die Situation gebracht.

„Sie haben sich geschieden von denen, welche das **verfassungsmäßige** Recht unseres Landes vertheidigen wollen. Wir wollen es vertheidigen. Sie haben diese Scheidelinie **nicht** gezogen. Sie haben sie **verwischt** gegenüber denen, welche aus der Judenhetze ein Geschäft machen."

Diese Worte, welche Abg. Hobrecht den Conservativen zurief, charakterisiren zutreffend die Haltung dieser Partei seit dem Tage von Tivoli. Kein Wunder, daß die Rede des Herrn Stöcker, in welcher diese Gesinnungsgemeinschaft zwischen Conservativen und Antisemiten mit dankenswerther Offenheit zum Ausdruck kam, von der antisemitischen Presse als die glänzendste Leistung Stöckers in allen Tonarten gepriesen wird.

Es unterscheiden sich die einzelnen antisemitischen Gruppen höchstens noch durch ihr Temperament. Ihr gemeinsames Endziel aber ist die Degradirung unserer jüdischen Mitbürger zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Gesteht doch auch Herr Stöcker, obwohl er wünschte, daß auf dem Wege der Verwaltung gegen die Juden vorgegangen würde, ein, daß er zwar nicht zu den Leuten gehöre, welche dazu auffordern, die Juden ihrer Staatsbürgerrechte zu entkleiden, aber es freilich auch mitmachen würde, wenn das gesammte Volk wollte, aber seine Stellung sei das eigentlich (!) nicht. Jetzt weiß jedermann, was für Wünsche Herr Stöcker auf dem Herzen hat. —

Das Verdienst des Abg. Rickert ist es, diese Stellungnahme der conservativen Partei zu der Verfassungsfrage provozirt zu haben. Er hat zugleich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Liberalen eine Ehre darin suchen und entschlossen sind, ihre jüdischen Mitbürger gegen die antisemitischen Bestrebungen zu schützen.

Nun die Gegner in geschlossenen Reihen uns gegenüber stehen, wird der Kampf an Heftigkeit zunehmen; aber mit Herrn Rickert hoffen wir, daß es ihnen „niemals gelingen wird, unsere deutsche Nation so weit herabzubringen, daß sie die Juden ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt."

Nachdem wir so mit einigen Worten das Ergebniß der Debatte skizzirt haben, wollen wir nunmehr bemerkenswerthe Einzelheiten derselben einer Betrachtung unterziehen.

Wenn es eine Erscheinung giebt, auf die das Judenthum stolz zu sein hätte, so sind es die Propheten. Furchtlos haben sie dem Herrscher und dem Volk die bittersten Wahrheiten gesagt; trotzdem ist ihnen Jahrhunderte lang für diese bittere Medizin einige Dankbarkeit bewahrt worden. Und doch hat man selbst aus den Propheten eine Waffe gegen das Judenthum geschmiedet. So sagte z. B. in der Sitzung des österreichischen Parlaments vom 13. Februar 1890 der Abg. Lueger: „So genügt uns das zu sagen, was die Propheten Jesaias und Jeremias über die Juden gesagt haben". . . . .

„Was sagt nun Jesaias? Man muß das den Herren ins Gedächtniß rufen, weil sie sich so schön machen. Er sagt: „O das sündige Volk! Das Volk beladen mit Frevel! Der Same von Uebelthätern! . . ."

An einer anderen Stelle sagt der nämliche Prophet abermals: „Denn eure Hände sind mit Blut befleckt, mit Unrecht eure Finger; eure Lippen reden Lügen und eure Zunge spricht Frevel. Sie brüten Basiliskeneier aus, sie brüten Spinngewebe, wer von ihren Eiern ißt, der stirbt. Und wenn man eins zerdrückt, so kommt eine Schlange heraus."

Mit diesen und einigen anderen Citaten erregte der Redner die Heiterkeit seiner antisemitischen Freunde. Wir sind seither öfters dem Versuch begegnet, aus den Strafreden der Propheten auf die Schlechtigkeit der Juden zu schließen. So sagte auch Herr Stöcker am 28. d. M.: „Selbst(!) die Bibel hat die Sünden und Uebergriffe des Judenthums aufs Aeußerste zurückgewiesen und wir sollen das nicht?" Herr Stöcker übersieht nur einen recht wichtigen Umstand, die Männer, die in der Bibel den Juden ihre Sünden vorgehalten haben, waren ebenfalls Juden. Sie waren so altmodisch, dem Volke seine eigenen Sünden vorzuhalten. Herr Stöcker hält es für richtig, dem deutschen Volk nicht die eigenen Fehler, sondern die Fehler der Juden vorzuhalten. Wenn er im Sinne der Bibel handelte, würde er den Deutschen von ihren eigenen Fehlern erzählen. Bei den Deutschen erblickt er Fehler aber nur in seinen Gegnern, der freisinnigen Partei, denn den Spruch vom Balken im eigenem Auge und vom Splitter im Auge des Nächsten hat er wie so manchen anderen biblischen Spruch nicht beherzigt.

Daß die Juden unter Jesaias nicht wirklich „Basiliskenier ausgebrütet" haben, dürfte ja wohl ziemlich sicher sein. Wir haben es in den Vorwürfen der Propheten mit der bilderreichen Sprache des Orient zu thun. Wir dürfen deshalb aus den Vorwürfen der Propheten auch nicht schließen, daß das Volk damals sittlich so sehr verwahrlost war, sondern nur, daß es den hohen sittlichen Ansprüchen dieser wahren Gottesmänner nicht entsprach. Wohl aber muß ein tiefer sittlicher Kern in dem Volke gesteckt haben, das so bitteren und übertriebenen Vorwürfen einen Ehrenplatz in seinen Geschichtsannalen angewiesen hat. An Lastern und Sünden hat es bei uns auch nicht gefehlt. Es sind noch nicht 50 Jahre her, daß in den — damals christlichen Staaten — die meisten Höfe nach dem Muster von Versailles die Schulen der Laster waren. Deutsche Fürsten verschacherten sogar ihre Unterthanen, um ihren Begierden zu fröhnen. Also die Laster haben nicht gefehlt, was gefehlt hat, waren die Propheten, die solche Laster gebührend gegeißelt hätten.

Wir wollen nun nicht die alten Propheten den modernen Juden zum Verdienst anrechnen; dann verschone man aber auch die modernen Juden mit ihren Strafpredigten. Jedenfalls sind aber solche Strafpredigten, die sich gegen die eigenen Glaubensgenossen wenden, ethisch ungleich werthvoller, als solche, die nur den Balken im Auge anderer sehen.

## Zur Abwehr.

**Professor Gneist**, der Vorsitzende unseres Vereins veröffentlicht in der „Deutschen Revue“ einen Artikel, in welchem er die zeitweiligen politischen Entartungen zum Gegenstande seiner Betrachtung macht und auch auf das Bündniß der Conservativen mit den Antisemiten zu sprechen kommt, über welches er sich folgendermaßen äußert: „Das unheimliche Gefühl des allmählig unter den Füßen weichenden Bodens ist es, welches extreme Parteien zu allerlei Bündnissen mit den heterogensten Elementen verleitet. Schon bald nach 1848 wurde das Bestreben sichtbar, dem verhaßten liberalisirenden Bürgerthum die „Arbeiter-Bataillone“ auf den Hals zu schicken. Da diese Methode nicht mehr anwendbar erscheint, ohne den Großgrundbesitz selber zu gefährden, so lag der verführerische Gedanke ziemlich nahe, den Neid gegen den Besitz, dem auch unsere Mittelstände sehr wohl zugänglich sind, mit dem Racenhaß zu cumuliren und mit diesem Vorspann eine Anzahl conservativer Wahlkreise, wenn sie nicht für die Partei zu behaupten sind, wenigstens dem Liberalismus nicht zufallen zu lassen. Diese Politik erscheint kurzsichtig, da das Hetzen gegen eine Art des Besitzes zuletzt immer sich gegen den Besitz als solchen richtet. Gewiß giebt es nichts Unnatürlicheres als die Cooperation einer conservativen Partei mit einem Denunciantenthum, welches von einer fixen Idee aus (vergleichbar dem Verfolgungswahnsinn) sich gegen die solidesten Grundlagen unseres Staates, eine rechtschaffene Verwaltung, insbesondere Militärverwaltung richtet. Nichts Unbesonneneres als ein zweideutiges Verhalten einer Partei gegen die Verdächtigung unserer Gerichtssprüche, während die deutsche Gesetzgebung mehr als jede andere gethan hat, um von den Gerichtshöfen auch den entferntesten Schein der Befangenheit oder Parteilichkeit fernzuhalten. Hergänge wie die Tivoliversammlung wirken übler als zehn Mißgriffe der Parteileitung in anderer Richtung; denn gerade solche Hergänge bleiben Jahrzehnte hindurch unvergessen.“

**Wehrt Euch!!** Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre von F. Simon erschienen (Berlin W. 1893 bei S. Fischer) in welcher der Verfasser den Juden die Mittel andeutet, mit welchen sie sich gegen die Antisemiten zu wehren haben. Baronin Bertha von Suttner hat kampfesmuthig wie immer das Büchlein mit einem längeren „offenen Briefe“ an den Verfasser eingeleitet. „Gegen Verfolgung,“ sagt sie „muß man sich zur Wehr setzen. . . Ein entschlossen zorniges „Ich dulde es nicht,“ ein „Zur Verantwortung,“ ziehen bei jeder, auch der geringsten Rechtsverletzung bis zur letzten und bis zur höchsten Instanz ist, wenn irgendwo, hier zwingende Nothwendigkeit. Noch bietet das Gesetz ausgiebigen Schutz. . . Nicht länger unparirt sollen ihre Schläge bleiben, denn die Losung ist nun ausgegeben: — „Wehrt Euch!“ —

Der Verfasser erklärt den Antisemitismus für eine „Krankheit,“ für eine „Hirnabnormität.“ Wir sind der Meinung, daß man eine so ernsthafte soziale Erscheinung, wie der Antisemitismus doch nun einmal ist, nicht mit solchen Ausdrücken abthut. Mit derselben zweifelhaften Begründung könnte man jede Gegenpartei, die einem unbequem ist, als „Hirnabnormität“ bezeichnen. In völliger Uebereinstimmung mit dem Verfasser befinden wir uns in dem Capitel, in dem er Mittel und Wege zur Abwehr des Antisemitismus angiebt. Eine Kenntniß von der Geschichte des Judenthums sei unbedingt nothwendig, um auf Grund derselben alle antisemitischen Vorwürfe widerlegen zu können. Am Schluß seines Büchleins richtet der Verfasser einen warmen Appell an seine Glaubensgenossen, einzutreten in den Kampf um die Bewahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Das ist es, was wir stets betont haben und worauf wir immer wieder hinweisen wollen. Alle, denen unsere Abwehrbestrebungen am Herzen liegen, müssen rührig sein wie unsere Gegner. Dann läßt sich etwas erzielen. Auch darin geben wir dem Verfasser Recht, wenn er die Juden ermahnt „die Würde der Persönlichkeit zu wahren und nichts, was ihre Ehre anzutasten geeignet ist, ungeahndet zu lassen!“ In diesem Sinne stimmen wir mit dem Verfasser in den Ruf ein:

**„Wehrt Euch!“**

**Prof. Strack.** Im Mai 1892 erschien in Berlin ein antisemitisches Flugblatt, der „Talmud-Auszug“ das in über 1/4 Million Exemplaren in Deutschland verbreitet worden ist. Wir haben seinerzeit einen echten Talmudauszug fertig gestellt und vertheilt, der die zahllosen Entstellungen jenes gebührend zurückwies. Prof. Strack erblickte in dem antisemitischen Flugblatt mit Recht einen Angriff auf die Religionsgesellschaft der Juden, welcher auf Grund des § 166 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft werden müßte. Er richtete deshalb eine Eingabe an die Kgl. Staatsanwaltschaft am Landgericht I Berlin; als diese abgelehnt wurde, eine an den Ober-Staatsanwalt beim Kgl. Kammergericht, schließlich auch an den Justizminister von Schelling, aber immer ohne Erfolg. Nun hat Prof. Strack seine Eingaben und die Bescheide, die ihm zu Theil geworden sind, in einer kleinen Broschüre veröffentlicht, die den Titel führt: „Die Juden, dürfen sie „Verbrecher von Religionswegen“ genannt werden?“ Die vorliegenden Aktenstücke sind in ihrer Knappheit und Schärfe ein werthvolles Material „zur Kennzeichnung der Gerechtigkeitspflege in Preußen.“ Selbst die wirklich überzeugten Antisemiten muß es befremden, daß das Gericht die ihm so nahe gelegte Prüfung des Talmuds abgelehnt hat, welche die Antisemiten und Juden in gleicher Weise ersehnen. In jedem Falle bleibt die Strack'sche Broschüre ein merkwürdiges Aktenstück in der Geschichte des Judenthums und der Stellungnahme der preußischen Justiz zu demselben. Wir behalten uns eine eingehende Würdigung der Broschüre vor.

**Der Vorwurf der Internationalität** wird nicht selten den Juden gemacht, während in Wirklichkeit die Juden in Deutschland, Frankreich, England, ꝛc. sich bei allen politischen und patriotischen Fragen als Deutsche, Franzosen, Engländer ꝛc. bewähren. Ein schlagendes Beispiel hierfür giebt auch die Ansprache, welche der Großrabbiner von Frankreich Herr Zadok Kahn jüngst an Studenten des Rabbinerseminars in Paris bei Gelegenheit ihrer Abreise zur Armee gehalten hat. Dieselbe ist in der letzten Nr. der Wiener „Neuzeit“ Seite 32 ff. abgedruckt und enthält u. A. folgenden französisch-chauvinistischen Passus:

„Dieses Opfer ist nicht das erste, welches unsere jungen Zöglinge der Liebe zu Frankreich gebracht haben. Die Mehrzahl von ihnen kommt aus jenen Provinzen des Ostens zu uns, welche trotz alledem noch französisch geblieben sind, und wo so viele Herzen im Geheimen für Frankreich schlagen. Getrieben von einem aufrichtigen inneren Berufe, voll Verlangen, später geistliche Hirten in Israel zu werden, hätten sie ihre Studien in einem Seminar in Deutschland machen und die Ehre erstreben können, an die Spitze einer Gemeinde auf heimathlichem Boden gestellt zu werden. Aber nein! Seit ihrer Kindheit hörten sie nur das Lob Frankreichs am heimathlichen Herde, sie haben es von weitem lieben gelernt als das Vaterland der edlen Ideen, wo jede rechtschaffene Thätigkeit sich unter dem Schutze billiger Gesetze frei entfalten kann, und sie haben nicht gezögert, ihre Familien zu verlassen, um das Recht zu haben, Frankreich zu dienen. Sie haben sich darin ergeben, ihre Eltern nur in langen Zwischenräumen, mit großen Schwierigkeiten und im Geheimen wiederzusehen. Die Eltern ihrerseits haben die Betrübniß einer Trennung auf unbestimmte Zeit auf sich genommen, glücklich darüber, daß sie ihr Theuerstes dem Lande geben konnten, welches das ihrige war und auf welches sich beständig ihre Gedanken und ihre Blicke richten. ꝛc.“

Dieser Panegyrikus auf die heimliche Uebertretung deutscher Gesetze zu politischen Zwecken könnte der Antisemit Déroulède ebensogut gehalten haben, wie der Großrabbiner von

Frankreich. Und da wagt man es noch, die Juden des Mangels an Patriotismus und internationaler Gesinnungen zu zeihen?

n. **Fürth** (Bayern), 28. Januar. Der vor einigen Jahren in Meran verstorbene Ehrenbürger der hiesigen Stadt, Dr. Wilhelm Königswarter, hinterließ sein Vermögen von nahezu 90000 M. der Stadt zu einem von ihr zu bestimmenden humanitären Zwecke. Ueber die Verwendung konnte man sich bisher nicht einigen. Nun schreibt die Nr. 24 der „Fürther Bürgerzeitung" von heute:

„Die Königswarterstiftung soll nun endlich Verwendung finden. Wie Herr Bürgermeister Langhans in der letzten Magistratssitzung mittheilte, hat der Armenpflegschaftsrath den Vorschlag gemacht, den Fond für Errichtung eines Knabenwaisenhauses zu verwenden. Diesen Standpunkt haben wir von allem Anfang an vertreten und dürfte diese Verwendung auch den Intentionen des Stifters entsprechen. Es mag ja beschämend sein für unsere „Frommen", wenn ein christliches Waisenhaus mit jüdischem Gelde erbaut wird, aber unsere Christen halten eben die Hand so fest auf den Geldbeutel, daß zu wirklich humanen, dem Christenthum in erster Linie obliegenden Einrichtungen die Juden herangezogen werden müssen. Deswegen sind unsere Frommen aber doch — Antisemiten."

**Stargard i. Pom.**, 27. Januar. Obgleich Stargard i. Pom. nur wenige Meilen von Arnswalde entfernt liegt so haben die wüsten antisemitischen Hetzereien auf unsere Stadt und unsern Kreis keine Wirkung ausgeübt. Es finden sich zwar einige Aufwiegler, aber der gesunde pommersche Sinn will von solchen „Menschenverfolgungen" nichts wissen. — Die Antisemiten machten Donnerstag Abend in den Zeitungen bekannt, daß am Sonnabend Abend im Brandshagenschen Saale, eine große antisemitische Volksversammlung stattfinde, wozu alle deutschnationalen Männer gegen ein Entree von 10 Pfg. Zutritt haben sollten. Als Redner war der Reichstagsabgeordnete Werner aus Kassel angekündigt. Den Absichten der Antisemiten machte aber ein Inserat des Saalbesitzers P. Brandshagen einen Strich durch die Rechnung. Dieser erklärt heute in den Blättern, daß diese Versammlung nicht bei ihm stattfinde, weil er erfahren, daß dieselbe lediglich den Zweck verfolge, den bisher zwischen den verschiedenen Confessionen hierorts bestehenden Frieden zu stören, und daß er zu diesem Zwecke sein Lokal nicht hergebe.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Aus dem Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg** wird uns geschrieben:

Die am 26. d. M. in Brockendorf bei Haynau abgehaltene Versammlung war von ca. 80 Personen besucht, eine für die dortigen Verhältnisse hohe Zahl. Die Ausführungen des Herrn Weigt fanden begeisterte Aufnahme. Als Opponent trat der Gutsbesitzer Geißler und Siegendorf auf, welche den Ausspruch that: „Die Landwirthschaft verfolgt nur ihre eigenen Interessen und ist es ihr vollständig gleichgiltig, ob durch diese Bestrebungen Handel und Industrie vollständig ruinirt werden oder nicht". Diese Auslassungen wurden von Herrn Weigt unter Hinweis darauf, daß das der Landwirthschaft selber zum größten Schaden gereichen würde, energisch zurückgewiesen. Schließlich wurde unter großem Beifall der Versammlung Herr Jungfer einstimmig als Candidat proclamirt.

Die am 28. in Woitsdorf bei Haynau abgehaltene Versammlung war von ca. 104 Personen besucht, die sämmtliche Wählerschaft des Orts war anwesend. Nachdem Herr Neumann über die Ziele der Antisemiten, deren Agitationsweise ꝛc. gesprochen, ergriff Herr Weigt das Wort, um die allgemeine politische Lage darzulegen. Seine Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen, aus der Wählerschaft wurde auf ihn ein dreimaliges Hoch ausgebracht. Zur Discussion meldete sich Niemand; die Proclamirung der Candidatur Jungfer erfolgte einmüthig.

Am 29. (Sonntag) fand in Alzenau, einem großen und reichen Dorfe unweit Haynau eine liberale Versammlung statt, nachdem 8 Tage zuvor die Antisemiten dort vor 15! Personen gesprochen hatten. Wir hatten ohne die aus Haynau mitgekommenen Herren 136! Personen, was nach Ansicht der bekannten ältesten Leute bisher in Alzenau überhaupt noch nicht vorgekommen. Es sprachen die Herren Neumann und Weigt unter lebhaftem Beifall.

Von Alzenau gings per Schlitten (2 Meilen) nach Goldberg, um dort den Antisemiten entgegenzutreten; es wurde dort aber keine Discussion zugelassen.

* * *

**Das conservativ-antisemitische Bündniß** im Wahlkreise ist abgeschlossen. Es ist so gekommen, wie es von verschiedenen Seiten, auch von conservativen Organen vorausgesagt wurde. Die conservative Partei im Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg hat in der Generalversammlung und zwar mit 60 gegen 40 Stimmen beschlossen, keinen eigenen Candidaten aufzustellen, das heißt also, auch dort tritt die conservative Partei für einen antisemitischen Candidaten schärfster Tonart im ersten Wahlgange auf. Eine solche selbstmörderische Haltung ist wohl selten bei einer Partei vorgekommen.

Noch vor wenigen Tagen schrieb die conservative „Liegnitzer Ztg.": „Es wäre ein Verrath an der conservativen Sache, zu der jungen Partei der Deutschsozialen, welche noch nichts Positives geleistet hat, mit fliegenden Fahnen überzugehen. „Wir Conservativen würden uns selbst aufgeben, die conservative Partei in unserem Wahlkreise würde zu Grunde gehen, wollten wir gerade jetzt uns gleich von vornherein für den Candidaten der Deutschsozialen entscheiden. Es ist der Selbsterhaltungstrieb, welcher uns Conservative zwingt, einen eigenen Candidaten aufzustellen."

Uns überrascht das nicht. Wir haben es oft gesagt, daß die conservative Partei in neuerer Zeit in ihrer Mehrheit im Grunde genommen nur eine antisemitische gewesen ist.

Ob dieser Vorgang nun endlich klärend wirken wird auf die Organisation der conservativen Partei? Die Minderheit der Conservativen in Liegnitz hat unmittelbar darauf in einem andern Lokal getagt und hat als conservativen Candidaten den Grafen Rothkirch-Trach aufgestellt. Viel Stimmen wird derselbe aber wohl nicht erhalten. **Die conservative Partei verschwindet auch in diesem Wahlkreise von der Bildfläche und überläßt den Antisemiten vollständig die Führung!!**

**Aus dem Wahlkreise Ahlwardt's** wird der „Frankf. Oberztg." berichtet: Bei dem jüdischen Kaufmann C. in **Arnswalde** sind seit kurzer Zeit mehrfache Sachbeschädigungen in roher Weise zur Ausführung gekommen. Zuerst wurde ihm spät Abends eine große Spiegelscheibe des Schaufensters zertrümmert, dann wurde ihm Nachts das Haus mit einer Flasche Dinte beworfen und zuletzt in der Nacht die Jalousie quer durchschnitten und die bloßgelegte Spiegelscheibe eingedrückt.

**In Friedeberg** hielt kürzlich im neubegründeten Verein „Jung-Deutschland" ein Herr Max Schotz aus Berlin einen Vortrag über die Ziele der antisemitischen Jugendbewegung. Derselbe enthält, wie wir einem Referate des dortigen Kreisblatts entnehmen, lediglich die bekannten antisemitischen Phrasen, die uns zu keiner Besprechung Veranlassung geben. Es ist traurig genug, daß schon in den jugendlichen Gemüthern die antisemitische Gesinnung systematisch gepflegt wird.

**Eubach** (Oberlahnkreis), 23. Januar. Eine antisemitische Versammlung hat gestern hier stattgefunden. Als

Redner trat Schriftsetzer **Reuter** aus Marburg auf. Nach dem Vortrage erbat sich Herr Dekan **Deißmann** hierselbst das Wort. Er fühle sich verpflichtet, als Seelsorger seiner Gemeinde entschieden **Protest einzulegen** gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Antisemiten, die weit schlimmere Ziele hätten, als die vom Vorredner angeführte Sozialdemokratie. In treffenden Worten schilderte er das Gebahren der Antisemiten. Nach dem heute Gehörten würde er nie und nimmer ein Antisemit und würde diese Bewegung aufs energischste in seiner Gemeinde bekämpfen.

- -t- **Frankfurt a. M.**, 31. Januar. Es ist soeben eine Schrift erschienen: „Das reine Menschenthum im Lichte des Judenthums" von Dr. M. **Hirsch**, Director der Realschule der Israelitischen Religionsgesellschaft zu Frankfurt a. M. Der Verfasser will die irrigen Vorstellungen vom Judenthume, wie sie gang und gäbe sind, klären und versöhnend unsere Zeit auf das hinweisen, was allen Menschen gemeinsam hoch und heilig ist. Auf Grund der gesammten hebräischen Litteratur, vom alten Testamente an bis zum Schulchan-Aruch, erweist der Verfasser als fundamentale Sätze der jüdischen Religion, daß jeder gottgläubige Nichtjude, der die allgemeinen menschlichen Pflichten der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Sittlichkeit erfüllt, ihr in jeder Hinsicht mit den Juden gleichwerthig ist, ebenso wie **er** als Kind Gottes betrachtet wird und daher ebenso der ewigen Seligkeit theilhaftig ist, daß ferner das Ziel aller göttlichen Waltung auf Erden es ist, „daß Israel und die Gesammtmenschheit durch Erfüllung des ihnen für die Lösung ihrer Aufgaben ertheilten Gesetzes, des sinaischen für Israel, des allgemein-menschlichen für die Menschheit in Huldigung Gottes, durch Erfüllung seines Willens auf Erden Eins sein werden."

Die feinsinnige Gedankenentwickelung weiset diese Schrift in erster Linie auf die Kreise der Gebildeten und Gelehrten, der höheren Beamten, der Staatswürdenträger und Volksvertreter hin, die durch das Studium dieser Schrift aufgeklärt und in weiten Kreisen segendringend und friedenstiftend wirken können. Eine möglichst ausgedehnte Verbreitung dieser Schrift ist darum wünschenswerth.

**Leipzig**, 1. Februar. Gestern Abend sprach Oberstlieutenant a. D. v. **Stein** in der Südgruppe des hiesigen **evangelischen Arbeitervereins** gegen den Antisemitismus.

§ **Leipzig**, 30. Januar In dem Schaufenster eines Manufacturwaarengeschäfts in Lindenau bei Leipzig ist die neueste Leistung der Antisemiten ausgestellt; es ist eine Shlipsnadel, an welcher ein Kettchen sich befindet, an der **ein alter Jude aufgehängt ist.** Kann man sich etwas Roheres denken? Und solch einen elenden Gegenstand tragen die Antisemiten auch wirklich, wie ich es selber gesehen habe. Ist nicht schon jede Scham geschwunden, wenn zu derartigen Geschmacklosigkeiten gegriffen wird? Die Antisemiten zeigen es hier deutlich, welches das Ziel ihrer Wünsche ist — den Juden aufzuhängen, wenn es anginge, und eine Bewegung, welche sich derartiger Geschmacklosigkeiten bedient, nennt Herr Stöcker deutsch, edel und christlich!

**Karlsruhe**, 30. Januar. Bei der Feier von **Kaisers Geburtstag** im hiesigen **conservativen** Verein hielt es der Redacteur **Röder** für passend, in einem Trinkspruch Antisemitismus zu treiben. Er spielte auf die Antisemitendebatte im Abgeordnetenhause an und sagte: „Wir sehen, daß der internationale Liberalismus, unter Führung der Avantgarde des internationalen Judenthums, die nationalen Vorbedingungen für ein christliches Deutschland beseitigen will."

**Die Antisemiten im Reichstage.** Den antisemitischen „Dresd. Nachr." wird geschrieben:

„In dem gestrigen Leitartikel war gesagt, daß die Antisemiten im Reichstag durch das angeblich dort herrschende Cliquenwesen und durch vorzeitige Anträge auf Schluß der Debatte behindert worden seien, in den letzten Tagen das Wort zu ergreifen. Diese Behauptung ist thatsächlich nicht begründet. Vielmehr hat überhaupt keiner der antisemitischen Abgeordneten sich zum Worte gemeldet und konnte demnach von der Debatte überhaupt nicht ausgeschlossen werden. Die stenographischen Berichte des Reichstags weisen dies eclatant nach. Die Börsensteuerdebatte wurde geschlossen, ohne daß Jemand von den Antisemiten überhaupt das Wort ergriffen hätte (Seite 611 der stenogr. Berichte). Auch zu der Debatte über die Abzahlungsgeschäfte hat kein Antisemit das Wort verlangt (Seite 631 der stenogr. Berichte). Ebenso ist es gewesen bei der Debatte über den Wucher (Seite 666 der stenogr. Berichte). Endlich haben sich die Antisemiten nicht einmal die Mühe genommen, zum Worte sich zu melden bei der Debatte über die Handelsverträge (Seite 730 der stenogr. Berichte) Im Uebrigen ist es unter den Reichstagsmitgliedern wie Tribünenbesuchern eine bekannte Thatsache, daß **die Vertreter keiner Partei so viel schwänzen, wie gerade die Antisemiten.**"

Und die amtliche „Leipz. Zeitung," welche selbst stark antisemitisch angehaucht ist, widmet den Herren v Liebermann, Böckel 2c. folgende Bemerkungen:

„**Wo bleiben die Herren Antisemiten?** Fünf Tage geht nunmehr die Reichstagsdebatte über Börsensteuer, Abzahlungsgeschäfte und Wucher, und noch keiner der Herren hat bisher Zeit gefunden, sich an der Erörterung dieser Fragen zu betheiligen. In Volksversammlungen und Parteikundgebungen wissen sie kaum etwas anderes zu reden, und und jetzt, wo es ernst damit wird, wo man vom Schlagwort zur praktischen Arbeit überzugehen im Begriff steht, glänzen sie durch Schweigen und überlassen die Aufgabe, etwas brauchbares zu schaffen, Anderen **Wenn das etwas anderes als Demagogenthum niederster Ordnung sein soll, dann wissen wir nicht, was Demagogie ist.**"

**Ueber eine „unangenehme Verwechselung"** findet sich in einer Wiesdadener Correspondenz der „Barmer Ztg." eine höchst interessante Erzählung. Danach habe auf einer nassauischen Eisenbahnstation „einer unserer obersten Staatsbeamten" das Zusamenreisen mit einem Herrn, den er für einen „Juden" ansah, in lebhafter Weise verweigert, weil sein „Nationalgefühl" das nicht zulasse. Hinterher aber stellte sich heraus, daß der **angebliche „Jude" „einer unserer höchsten evangelisch-kirchlichen Würdenträger"** war. Und dieser soll sich auch durch die Entschuldigungen des „Staatsbeamten" nicht haben abhalten lassen, weitere Schritte in dieser Sache zu thun. Die „Barm. Ztg." bemerkt dazu nicht unzutreffend:

„Man wundert sich heutzutage vielfach über den großen Umfang welchen die antisemitische Bewegung bereits angenommen hat. Sieht man aber so offen unsere ersten Staatsbeamten „an der Arbeit", so ist es heute nicht mehr als natürlich, daß der ganze Troß derer mitarbeitet. die sich nun einmal daran gewöhnt haben, dort oben die Parole zu empfangen für ihr ganzes politisches Fühlen und Denken. Wo soll das hinaus?"

**Die „nationalen" Antisemiten.** Der „Reichsherold" des Dr. Böckel schreibt in seiner Nr. vom 31. Januar: „Ein bürgerliches Gesetzbuch für ganz Deutschland ist unserer Meinung nach ein Unsinn. Die Verschiedenheit der deutschen Stämme ist so groß, die Rechtsanschauung ist so verschieden, daß man getrost die Commission zur Berathung dieses Unglücksbuches auflösen und das ganze Material ins Feuer werfen könnte". —

**Conservative und Antisemiten.** So lange die „reinen" Antisemiten in **liberale** Wahlkreise eindringen, dürfen sie auf die thatkräftige Unterstützung der Conservativen rechnen. Wenn sie aber in „ungezügelter Mandatswuth" es wagen sollten, conservative Wahlkreise anzugreifen, so wird ihnen der — Brodkorb höher gehängt. Die „**Kreuzztg.**" vom 27. Januar schreibt ganz offen:

„Nicht unbekannt ist uns, daß die deutschsozialen Wahlausschüsse und Vereine sich mit der Bitte um **Geldbeiträge** zu Agitationszwecken mehrfach mit Erfolg an Männer gewandt haben, deren **streng-conservative** Gesinnung allseitig bekannt ist. Mit dem Augenblicke, wo jene die Absicht haben, den Conservativen ihren Besitzstand streitig zu machen, **verliert ihre Inanspruchnahme des Geldbeutels conservativer Männer jede Berechtigung**, und die Fortsetzung derselben würde sich als eine aufdringliche Anreißerei charakterisiren."

Dieser Schreckschuß scheint gewirkt zu haben. Die Antisemiten protestiren nicht etwa entrüstet dagegen, daß ihnen so unverblümt mit Entziehung der Alimente gedroht wird; nein, die Leipziger „N. D. Ztg." findet den Artikel der „Kreuzztg." sogar „sehr verständig." —

## Ein französischer Nationalökonom über die Judenfrage.

II.

„Obwohl die Juden blos 1—2 pCt., oft aber noch einen weit geringeren Prozentsatz der christlichen Bevölkerung bilden, so beweisen sie, namentlich in solchen Zweigen der menschlichen Thätigkeit, wo vor Allem Verstand und Energie erforderlich sind, eine unbestreitbare Ueberlegenheit über das Gros ihrer christlichen Concurrenten. Und das ist es ja eben, was vorzüglich den Antisemitismus heraufbeschworen hat. Der Jude beging den Fehler, den Beweis dafür erbracht zu haben, daß im geistigen Wettkampfe die numerische vor der geistigen Ueberlegenheit den Platz räumen müsse."

„Die 6—7 Millionen europäischer Juden haben seit ihrer Emancipation mehr Männer von Talent hervorgebracht, als die 300 Millionen Katholiken, Protestanten und Griechisch-orthodoxe in der gleichen Epoche. Diese Thatsache erklärt sich nicht durch eine etwaige Ueberlegenheit der jüdischen Race, sondern durch das Alter der jüdischen Civilisation, durch die historische Erziehung, endlich durch die Nothwendigkeit, alle geistigen und moralischen Kräfte aufzubieten, um den für sie besonders bitteren Kampf um's Dasein zu bestehen."

„Die Gebiete, auf denen der Jude sich ganz besonders als Meister erweist, sind: die Musik, die dramatische Kunst, die Poesie, Arzneikunst, Mathematik und Philologie (vgl. Joseph Jacobs, The comparative distribution of Jewish ability, London 1886; Flaminio Servi, Gli Israeliti d' Europa 1873; Lucien Wolf, What is Judaism 1884). Wer kennt nicht die Felix Mendelssohn, Giacomo Meyerbeer, Fromenthal Halévy, Rubinstein, Rachel, Sarah Bernhardt, Sonnenthal, Barnay 2c. 2c. Ich will hier blos die specielle Thatsache constatiren, daß z. B. die Hauptvertreter der französischen Philologie fast ausschließlich Juden sind: Salomon Munck, der große Arabist und Uebersetzer des Maimonid'schen More N' buchim. Jules Oppert, einer der Begründer der modernen Assyriologie; die classischen Philologen Michel Bréal, Henri Weil; Théodore und Salomon Reinach die berühmten Orientalisten Joseph und Hartwig Derenbourg, Joseph Halévy, Isidore Loeb, James Darmesteter u. s. w. Diese Vorliebe für die verschiedenen Zweige der Philologie erklärt sich leicht aus dem bei den Juden erbgesessenen Studium der heiligen Texte und aus ihrer ihnen durch ihr Schicksal geradezu aufgedrängten Kenntniß der fremden Sprachen: mußten sie ja oft mehrere Male im Laufe eines Jahrhunderts mit ihren Familien zum Wanderstabe greifen, um sich das Niederlassungsrecht im fremden Lande mühsam zu erwerben!"

„Man hat lange behauptet, daß die Juden für die bildenden Künste wenig Eignung besitzen. Nichts ist falscher als diese Behauptung. Bei jeder Ausstellung im Pariser Salon kann man bei fünfzig jüdischen Künstlern, den verschiedenen Ländern angehörig, begegnen. Ich nenne hier bloß die Franzosen Emile Levy, Lehmann, Heilbuth, Worms, den Deutschen Liebermann, den Amerikaner Mosler, den holländischen Maler Joseph Israels und den russischen Bildhauer Antokolsky, welche beide einen europäischen Ruf besitzen.

„Man hat oft den Juden Mangel an poetischer Begabung und gleichgiltigen Sinn für die Ideale der Menschheit vorgeworfen. Nichts ist unbegründeter als dieser Vorwurf. Man muß sich blos die Mühe nehmen, ohne Vorurtheil die durch ihre Ausdehnung und ihren Gehalt allen übrigen Weltliteraturen ebenbürtige, jüdische Literatur und die in jeder Beziehung für den Forscher interessante Kulturgeschichte des jüdischen Stammes zu studiren.

„Der Dichterkönig David" ruft Anatole Leroy-Beaulieu in weiterem Verlaufe seiner Abhandlung aus, „blieb eine der Lieblingsgestalten der Juden bis auf den heutigen Tag." Während des Mittelalters gab es in Spanien eine reiche national-jüdische Poesie, und nachdem Ahasver unter den übrigen Völkern eine mehr oder minder gastreiche Aufnahme fand, da sang er sein ewiges Klagelied in der Sprache der Nationen. Aus der Zionide Jehuda Ha'levi's, dem Romancero Heinrich Heine's, den altfranzösischen Liedern des unbekannten Dichters aus der Champagne über das Los der Juden in Troyes, den castillianischen Poesien der holländischen Sephardi und den Dichtungen der Hunderte von polnischen und russischen Poeten, eines Minsky, Natson und Gordon, könnte man eine gar herrliche Anthologie der jüdischen Dichtkunst zusammenstellen. Man muß sich wahrlich darüber wundern, daß die elende Behandlung, die unsere Vorfahren den Juden zu Theil werden ließen, die gemeinen Handlangerdienste, zu denen sie Jahrhunderte lang durch unsere Grausamkeit verurtheilt wurden, nicht jeden poetischen Sinn in diesem Märtyrervolke zu ersticken im Stande war. Das von den Juden trotz aller Verfolgungen emsig und liebevoll betriebene Studium der Bibel und der von Leuten, die sie nicht kennen, verunglimpften talmudischen Hagada giebt uns den Schlüssel zur Lösung dieses Räthsels."

„Wo wir aber das künstlerische Talent der Juden ohne Vorbehalt bewundernd anerkennen müssen, das ist auf der dramatischen Bühne. Die tragische Kunst scheint dem Kunstbedürfnisse Israels die bildenden Künste zu ersetzen, in denen es Jahrtausende lang, zumeist aus religiösen Motiven, seine Kraft nicht üben konnte. Und es dünkt uns als eine sonderbare Rache des künstlerischen Genius der Menschheit, daß es gerade eine Tochter dieses enterbten Stammes, ein armes Judenmädchen (Rachel) war, welche uns durch ihr göttliches Talent die dichterischen Gestalten eines Racine und Corneille mit einer Formvollendung vorgeführt hatte, wie wir es von keiner anderen französischen Schauspielerin rühmen können."

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Rußland.

P. Etwas verspätet kommen verschiedene russische Regierungsorgane und hohe Würdenträger des Reiches mit dem offiziellen Ausdruck ihrer Dankbarkeit für die ausgezeichneten Dienste, welche Juden im Allgemeinen und jüdische Aerzte im Besonderen während der jüngsten Choleraepidemie geleistet haben. So weiß die „Rußkaja Schiza" vom 23 d. M. den Wortlaut des Briefes mitzutheilen, welchen der Generalgouverneur von Kijew, Z. P. Tomara seiner Zeit an den Verwaltungsrath des jüdischen Krankenhauses in der Stadt Kijew gerichtet hat. Der Gouverneur erkennt gerne an, daß besagter Verwaltungsrath rechtzeitig dafür gesorgt hat, eine besondere Abtheilung für Cholerakranke einzurichten, wobei alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, um das Hauptgebäude und seine Insassen von der Ansteckung vollkommen zu schützen.

Er fährt alsdann wie folgt fort:

„Bei einem Besuche des jüdischen Krankenhauses am 30. August (v. J.) habe ich der Abtheilung für Cholerakranke meine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und habe dabei gefunden, daß diese durchaus zweckentsprechend eingerichtet ist.

**Hierzu eine Beilage.**

# Beilage

## zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

Nr. 6. Berlin, den 5. Februar. 3. Jahrg. 1893.

und in bester Ordnung unterhalten wird. Vom 18. August bis zum ersten November (vorigen Jahres) fanden sich in der Choleraabtheilung des jüdischen Krankenhauses 182 Kranke, von denen 81 Christen waren. Dieser bedeutende Prozentsatz beweist, wie ich hiermit zu meiner großen Genugthuung öffentlich constatire, daß die Christen sich mit Vorliebe dem jüdischen Krankenhause anvertrauten, in der zweifellosen Gewißheit, dort dieselbe sorgfältige Behandlung und liebevolle Pflege zu finden, wie die Juden selbst.

Auch haben die sachkundigen Inspectoren einstimmig berichtet, daß die behandelnden Aerzte in der Choleraabtheilung des jüdischen Krankenhauses nicht müde würden, mit mustergültiger Gewissenhaftigkeit ihre schweren Pflichten zu erfüllen!

Ich muß es daher ebenfalls für meine heiligste Pflicht erachten, dem geehrten Verwaltungsrath des jüdischen Krankenhauses in der Stadt Kijew meine aufrichtigste Anerkennung der von ihm der Gesammtheit geleisteten Dienste auszusprechen und ihn außerdem ergebenst zu ersuchen, dem Oberarzt des jüdischen Krankenhauses, W. G. Ferlin, sowie den unter seiner Anleitung thätigen Aerzten meinen tief empfundenen Dank zu übermitteln."

Aus der im „Kijewskoje Slowo" vom 22. d. M. publizirten Liste von 14 Aerzten, welche specielle und eigenhändig unterzeichnete Dankschreiben vom Generalgouverneur erhalten haben, geht übrigens klar genug hervor, daß drei derselben: die Herren Minasewitsch, Sperling und Sokolowsky Juden sind. Der Brief an den zuletzt genannten Arzt hat folgenden Wortlaut: „Geehrter Herr, Nachim Awramowitsch! Sie waren einer von den Aerzten, welche die Regierung nach der Stadt Belaja-Zerkow commandirt hat, um die dort wüthende Cholera zu bekämpfen. Es freut mich, sagen zu können, daß Sie die Ihnen auferlegten Pflichten mit tadelloser Gewissenhaftigkeit, sowie mit nachahmungswerthem Eifer erfüllt haben und keine Gefahren scheuten, um die nöthigen Maßnahmen persönlich durchzuführen. Ihre fruchtbare und erfolgreiche Thätigkeit zur Zeit der allgemeinen schweren Noth hochschätzend, bin ich glücklich, Ihnen, geehrter Herr, meinen besonderen Dank für die von Ihnen dem Reiche erwiesenen Dienste hiermit auszusprechen. Empfangen Sie die Versicherung meiner Hochachtung Z. P. Tomara. [Kijew, am 5. Januar 1893. Nr. 76093.]

* * *

Die Wochenchronik des „Woßchod" vom 22. dieses reproduzirt den unten folgenden Tagesbefehl des Commandirenden des Kaukasischen Armeecorps vom 12. September vorigen Jahres, unter Nr. 154 erlassen:

„Aus dem Bericht des Befehlshabers der Kaukasischen Grenadier-Brigade ersehe ich, daß unter den Mitgliedern der Sanitäts-Commission, welche mit Rücksicht auf das Erscheinen der Cholera in Gombory, im Juni dieses Jahres eingesetzt wurde, auch der jüdische Brigadearzt, Hofrath Ostrowsky sich befand, welcher durch seine rastlose und energische Thätigkeit sich auszeichnete und durch geschickte Anwendung von rationellen Maßnahmen das Meiste zur Lokalisirung der Epidemie beigetragen hat. Namentlich hat er es, wie gar kein anderer Arzt, verstanden, alle der schnellen Ausbreitung der Epidemie günstigen Bedingungen wegzuräumen. Der Arzt Ostrowsky erfüllte nicht nur mustergütltig seine direkten Pflichten gegenüber den Gemeinen der Brigade, sondern er eilte bereitwillig Jedermann in Gombory zu Hilfe und er verstand es, der einheimischen Bevölkerung einen früher unbekannten Grad von Zutrauen einzuflößen, indem er ihr anschaulich zeigte, was unbeugsame Pflichttreue und aufopfernde Selbstlosigkeit im Verein mit gediegenen Kenntnissen und glücklichem Geschick zu leisten vermögen. Indem ich die hohen Verdienste des Hofraths Ostrowsky dem mir anvertrauten Armeecorps kund gebe, erachte ich es zugleich für eine mir persönlich höchst angenehme Pflicht, dem Braven für seinen mustergültigen Diensteifer meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Der Commandirende des Kaukasischen Armeecorps,
General-Lieutenant Parzewsky.

---

## Briefkasten.

**Leser in Elze** (Hannover). Wir freuen uns, aus den uns zugegangenen „Elzer Nachrichten" zu ersehen, wie entschieden der Verleger und Redacteur des Blattes, Herr Robert Gernhard, dem Antisemitismus entgegentritt und wünschen dem wackeren Mitkämpfer guten Erfolg.

**J. G. in S-r.** Das „Eingesandt" der „Schlüchterner Ztg." von „einem wahren Philosemiten" hat ja ganz Recht mit der Aufforderung, die Juden sollten Landwirthschaft treiben ꝛc. Aber das geht doch nicht so schnell. Anfänge dazu sind schon vorhanden. Durchaus Unrecht hat der „Philosemit", wenn er räth: „Spart euer Geld!" Eine so gefährliche Agitation wie die antisemitische kann nur auf politischem Wege bekämpft werden, und dazu gehören stets Mittel.

**F. St. in H-au.** Der Artikel des „Main- u. Kinzigboten" enthält die alten abgedroschenen Redensarten über die „Verjudung" der Presse, die noch dazu aus dem „Antis.-Katech." genommen sind. Wollen Sie dagegen das Kapitel „die Juden in der Presse" im „Antisemiten-Spiegel" nachlesen. (S. 282 ff.)

**A. G. in P-n.** Heute gehen 1000 Flugblätter an Sie ab. Besten Dank für die Vertheilung.

**D. R. W. in O.** Es ist gar kein übler Einfall, daß Sie Ihren antisemitischen Gegner beim Schiedsrichter genöthigt haben, als Buße für die Ihnen zugefügte Beleidigung die betr. Summe an unsere Vereinskasse abzuliefern.

---

**Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind eingegangen:**

P. A. in Liegnitz 20 M.; M. 2 M.; R. 50 M.; „Waldtraut für Jungler's Wahl" 0,20 M.; Mutius, Berlin 2 M. — Dr. Richard Kallmann, Berlin 1 M. — Rechtsanwalt Josef Cahn, Berlin 1 M. — M. H., Berlin 10 M. — Hesse, Berlin 5 M. — W. Sp., Berlin 1 M. — Max Weiß, Berlin 20 M. — W. Neuländer, Posen 5 M. — Alb. Aronheim u. Sam. Neuhauer, Berlin 5 M. — Schultz, Berlin 0,50 M. — Dr. Bischoffswerder, Schloppe 2 M. — Consul Leonhard, Breslau 50 M. — Freisinnige aus Gotha durch J. Goldschmidt 30 M. — A. Prager in Rybnik 10 M. — J. L., Berlin 1 M. mit folgendem Vers:

„Unterschied."

Als ich ihm pumpte, drückt' er mir die Hand,
Und hat mich „edler Israelit" genannt;
Nach Jahr und Tag rückt' ich ihm auf die Bude,
Da rief er laut: „Aha, jetzt kommt der Jude!"

B. C., Berlin 3 M. — Marc Bloch, Berlin 5 M. — Selowski, Dresden 3 M. — Hugo Feller, Cöln 20 M. — Summa 246,70 M. Besten Dank allen Gebern! Weitere Beiträge nimmt die Redaction gern entgegen.

# Verhandlungen
des
# Preußischen Abgeordnetenhauses
**am 28. Januar 1893**
nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Abgeordneter Graf **zu Limburg-Stirum:** Meine Herren, bei diesem Titel bewilligen wir das Gehalt für denjenigen Beamten, welcher der Kurator des „Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers" ist, und ich benutze deshalb diese Gelegenheit, um einige Bemerkungen über die Thätigkeit des „Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers" in der letzten Zeit zu machen.

Ich kann nur sagen, daß an all den Dingen, die in der Oeffentlichkeit besprochen worden sind, wenige zu so berechtigten Angriffen Anlaß gaben wie eine Anzahl Publikationen des Reichsanzeigers in den letzten Monaten.

. . . Der dritte Fall, auf den ich komme, und den ich im speziellen Auftrage meiner politischen Freunde berühre, ist eine Veröffentlichung, die im Reichsanzeiger vom 7. Dezember vorigen Jahres stattgefunden hat. Dort wurde publizirt, daß der Herr Minister des Innern Veranlassung genommen habe, dem Landrath des Friedeberger Kreises wegen der Unterzeichnung eines Wahlaufrufes seine ernste Mißbilligung zu erkennen zu geben.

Ich betone hier vorweg, daß ich die Thatsache, daß dem Beamten die Ansicht der Regierung in mißbilligender Weise eröffnet worden ist, meiner Kritik nicht unterziehe. Wir haben jederzeit daran festgehalten und das Recht der Regierung vertheidigt, die Disziplinarmittel ihren Beamten gegenüber frei anzuwenden; und wir werden das auch ferner thun. Eine starke Regierung muß auch das Recht dazu haben, und ich denke nicht daran, das zu kritisiren. Ich weise auch darauf hin, daß meine politischen Freunde in den letzten Jahren in Fällen, wo die Disziplinargewalt benutzt worden ist, um repressiv gegen die politische Thätigkeit von Beamten vorzugehen, Fälle, die Aufsehen und Mißbehagen erregt haben, — daß aus den Gründen, die ich eben erwähnt habe, dieselben hier nicht zur Sprache gebracht wurden.

Aber, meine Herren, in diesem Falle ist etwas dazu gekommen: die Thatsache des Verweises ist publizirt worden, und da nehmen wir, da dieses Disziplinarmittel in unseren Gesetzen nicht vorgesehen ist, für uns das Recht in Anspruch, zu kritisiren. Die Publikation hat zwei Seiten: einmal die Seite der Verschärfung der Disziplinarmaßregel in der Absicht der Königlichen Staatsregierung. Von dem Standpunkte muß ich nun sagen, daß nach unserem Gefühl diese Verschärfung des Disziplinarmittels einem tüchtigen, bewährten, alten Beamten gegenüber nicht verstanden wird und in unseren Kreisen verletzt hat, es hat den Eindruck bei uns verstärkt, daß man glaube, man könne die Konservativen schlecht behandeln und dann Unterstützung von ihnen verlangen.

(Sehr richtig! rechts; Heiterkeit links.)

Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Sie konnte die Bedeutung haben einer Stellungnahme der Regierung in politischen Dingen, und hier halte ich es nicht für richtig, daß die Regierung, wenn im Lande eine scharfe Agitation bei Wahlen ist, gleich von oben herab in solcher Hast Stellung nimmt zu der Bewegung, die im Lande herrscht. Ich bin der Meinung, meine Herren, daß dies sich zusammenbringen läßt mit den sehr befremdenden und vom Zaune gerissenen Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers über dieselben Dinge im Reichstag. Wie man zu diesen politischen Fragen überhaupt stehen mag, die Meinung wird man wohl haben können, daß eine starke und selbstbewußte Regierung in der Lage ist, die Dinge sich im Lande selbst abspielen zu lassen, ohne daß sie von oben herab mit großer Energie eingreift.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, diese drei Fälle, die ich jetzt erwähnt habe, haben etwas gemeinsames, es macht den Eindruck, als ob man in den Fällen auf jeden Fall hätte etwas thun wollen, sie machen den Eindruck von Hast, des nicht genau Ueberlegten, des Nervösen, nicht desjenigen, was man erwartet von einer starken Regierung, des Ruhigen, welches seiner Kraft vollständig sich bewußt ist.

Und, meine Herren, ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß dieser Eindruck aus den Dingen hervorgeht. In dem letzterwähnten Falle hatte die Veröffentlichung doch nicht den Effekt gehabt, den man ihr wünschte, denn, was die Person betrifft, so hat das deren Popularität und deren Ansehen nicht geschadet, sondern hat mit Bedauern und Mitleiden erfüllt, in dem erst erwähnten Falle erst recht. Wenn ich einem Manne schaden will, und in einem bestimmten Falle den Effekt hervorrufen will, daß er einen sozialen Schaden erleidet, dann behalte ich das doch geheim, und wirke nur an der betreffenden Stelle darauf hin. Aber durch die Publikation ist einfach erreicht, daß die Popularität und das Ansehen des Betreffenden nur um so mehr gestiegen sind.

Also ich resümire mich dahin: ich habe den dringenden Wunsch, daß der Reichs- und Staats-Anzeiger, ein Blatt, wozu wir die Mittel bewilligen, damit die Regierung gestärkt werde und stark dastehe, nicht dazu benutzt werde, durch eine ungeschickte Verwerthung die Regierung zu schwächen.

(Bravo! rechts.)

Ministerpräsident Graf **zu Eulenburg:**

. . . Um so nothwendiger und näher liegt mir aber die Antwort ob auf die Anregungen, welche der Herr Vorredner hinsichtlich der Veröffentlichung über die Wahl in Arnswalde-Friedeberg gegeben hat.

Nun, meine Herren, er hat zunächst gesagt, dergleichen Dinge wären ein Anzeichen von Nervosität, von Ueberhastung, von nicht vollständiger Ueberlegung! Ich muß sagen: mir ist es fremd, worauf diese Behauptung begründet werden kann; sicher zunächst kann sie nicht begründet werden auf die Form und den Inhalt dieser Erklärung. Diese kurze Notiz des Staatsanzeigers hat folgenden Wortlaut:

> Der Minister des Innern hat dem Landrath des Friedeberger Kreises wegen der Unterzeichnung eines Wahlaufrufs für den Rektor Ahlwardt seine ernste Mißbilligung zu erkennen gegeben.

Ich glaube, kürzer und einfacher, ruhiger kann eine Aeußerung nicht sein. Wie ferner der Herr Vorredner dazu kommt, den Verdacht zu haben, daß die Regierung darauf ausgehen könne, die konservative Partei oder gar einen würdigen alten Beamten, wie den Landrath v. Bornstedt, besonders schlecht zu behandeln — ich muß sagen, das läßt sich eben nur aus Erfahrungen erklären, die der Herr Vorredner selbst gemacht hat.

(Große Heiterkeit. Sehr richtig! links.)

Darum werden Sie mir erlassen, auf diese Seite der Sache weiter einzugehen, um auf die eigentliche Angelegenheit, um die es sich handelt, zu kommen. Ich habe durch Verlesung des veröffentlichten Satzes bereits betont, daß es sich nicht handelte und nicht die Absicht war, nach dieser oder jener Richtung Partei zu nehmen, sondern es handelte sich um die Verurtheilung und Kennzeichnung einer Handlung, die diesem Kandidaten gegenüber in dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg erfolgt war; und wenn Sie sich vergegenwärtigen, meine Herren, was von diesem Manne in seinen Pamphleten gegen die Königliche Staatsregierung, gegen die Armee, gegen die gesammte Verwaltung veröffentlicht worden war, dann bin ich der Meinung, daß man nicht allein berechtigt war, zu sagen, es sei für einen Beamten an der Spitze des Kreises nicht gehörig, für die Wahl eines solchen Mannes einzutreten,

(lebhafter Beifall links)

sondern daß die Staatsregierung die Pflicht hatte, eine solche Aeußerung an die Oeffentlichkeit zu bringen.

(Erneute Zustimmung links.)

Denn die Königliche Staatsregierung darf dergleichen Dingen gegenüber sich nicht einer Zweideutigkeit aussetzen. Wenn sie den Angriffen, die in der Oeffentlichkeit von Herrn Ahlwardt gegen sie gemacht wurden, zu meinem Bedauern nach der Lage des Strafgesetzbuches nicht die Möglichkeit hatte schärfer zu begegnen, und es gleichzeitig hätte geschehen lassen, daß die Beamten der Regierung für dessen Wahl eintraten, dann wäre das Urtheil gerechtfertigt gewesen, daß sie nach zwei Seiten hin den Mantel trüge und im Stillen die Handlungsweise und die Agitation dieses Herrn nicht so mißbillige, wie sie es verdiente, gemißbilligt zu werden.

(Sehr richtig! links.)

Darum die Veröffentlichung; und ich kann hinzusetzen: Zu meinem Bedauern habe ich die Veröffentlichung veranlassen müssen, denn ich habe bereits vorhin angedeutet, der Mann, den sie betraf, der Landrath

v. Bornstedt, ist ein würdiger und ehrenwerther Mann, der deshalb, weil er sich in einem Punkte einmal so verhalten hat, wie es nach meiner Ueberzeugung nicht richtig ist, noch nicht im Uebrigen das Vertrauen verlieren zu müssen braucht. Also, meine Herren, es war nicht gern geschehen, es war aber eine absolute Nothwendigkeit, und vorkommenden Falls wird es ganz gewiß wieder ebenso geschehen.

(Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Hobrecht:** Meine Herren, mir ist gestern eine Druckschrift aus dem Friedeberg-Arnswalder Kreise zugegangen von einem dortigen Gutsbesitzer, welcher mittheilt, daß er im ersten Wahlgange seine Stimme mir, bei der Stichwahl Herrn Ahlwardt gegeben habe. Das ist die äußere Veranlassung, aus der ich das Wort erbeten habe. Ich würde es aber auch sonst gethan haben, um in diesem Fall namens meiner politischen Freunde den Ausdruck der vollen Zustimmung zu dem abzugeben, was der Herr Ministerpräsident soeben ausgesprochen hat. Auch ich trenne von der letzten Angelegenheit, die sich auf die Wahl in Friedeberg-Arnswalde bezieht, vollständig die früheren Publikationen. . . In der Druckschrift, die ich zuerst erwähnte, sagt der Verfasser, daß er sich entschlossen habe, schließlich für Herrn Ahlwardt zu stimmen wegen der ganz außerordentlichen Verwerflichkeit der Machinationen, die von freisinniger Seite ausgegangen wären.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, ich bin nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob die Agitationen von freisinniger Seite dort genau und richtig angegeben sind. Ich bekenne: ich fürchte, daß das der Fall ist. Ich selbst habe früher Erfahrungen gemacht über die Art dieser Agitationen und finde es nicht unbegreiflich, wenn eine tiefe Erbitterung darüber bei einem großen Theil der Kreiseingesessenen eingetreten ist. Nichtsdestoweniger muß ich auch ausdrücklich erklären, daß die Schlußfolgerung, zu der der geehrte Herr gekommen ist, eine unrichtige war und sie ebenso von allen meinen politischen Freunden entschieden gemißbilligt wird. Herr Ahlwardt ist der Vertreter des jetzigen Antisemitismus, und der Antisemitismus verdient nicht, mit irgend einer anderen Partei — irgend einer anderen! — auf gleichen Fuß gestellt zu werden. Der Antisemitismus appelirt an die niedrigsten Instinkte der Massen, er hat gar kein denkbar mögliches Ziel, seine Wirkung ist die Depravation beider Theile, der Verfolger und der Verfolgten, und schließlich müssen rohe Excesse daraus entstehen. Wir können von hier aus etwas Positives gegen den Antisemitismus nicht thun. Wir freuen uns, von dem Herrn Ministerpräsidenten gehört zu haben, daß doch die Staatsregierung sich die Gefahr vergegenwärtigt, um die es sich handelt, wir können von hier aus nur eins thun: wir müssen dafür sorgen, daß aus unseren Kreisen diese agitatorische Bewegung keine Unterstützung; Förderung erfährt. Wie wir auch, meine Herren, in Fraktionen und Parteien zerrissen sind, wie stark der Fraktionsgeist unter uns sein mag, wir müssen uns doch immer daran erinnern, daß wir noch gemeinsame Gebiete gleichmäßig zu vertheidigen haben, und die nächste Aufgabe, wie mir scheint, aller Gebildeten aus allen Parteien muß die sein; der Aufreizung roher Volksleidenschaften entgegenzuwirken durch Beispiel und durch Wort.

(Bravo! links.)

Meine Herren, wenn heute die Verfolgung der Hexen von irgend welchen gebildeten Kreisen auch nur einige Nachsicht und Unterstützung fände, — aus einem Mangel an Anklägern und Zeugen würde das Anzünden von Scheiterhaufen nicht unterbleiben.

(Hört! hört! links.)

Meine Herren, das haben auch nach meiner Ueberzeugung die besonnenen Führer der konservativen Partei vor Augen gehabt, als sie in den Entwurf ihres Programms den Satz hineinbrachten, der Ausschreitungen des Antisemitismus verwirft. Gewiß ein Satz, der eine sehr geringe Bedeutung an sich hat; man kann sagen: er ist selbstverständlich, — um so mehr, wenn es an jedem Anhalt für das Erlaubte fehlt. Aber daß dieser Satz, nachdem er einmal in den veröffentlichten Entwurf aufgenommen war, gestrichen worden ist auf Grund der ausdrücklichen Forderung, die konservative Partei müsse agitatorischer vorgehen, — demagogischer, glaube ich, ist da gesagt, — daß er gestrichen worden ist angesichts der Vorgänge, die man in dem Prozeß Ahlwardt vor Augen hatte, das hat allerdings eine große Bedeutung und eine bedauerliche Bedeutung. Die antisemitische Bewegung — darüber kann niemand im Zweifel sein — hat gar nichts zu thun mit irgend einem religiösem Bedürfniß. Das Verlangen nach einer Befestigung und Vertiefung unseres kirchlich-religiösen Lebens steht sogar im inneren Widerspruch mit diesem Treiben, es steht im inneren Widerspruch mit den Verunglimpfungen einer Religion, an der doch nun einmal Tausende unserer Mitmenschen hängen.

(Zurufe rechts.)

— Ja, wenn Sie darüber im Zweifel sind, meine Herren, so wird dieser Zweifel beseitigt durch die Erklärungen, die Herr Ahlwardt und seine Freunde in dem betreffenden Prozeß ja ausdrücklich abgegeben haben; ihnen ist der getaufte Jude um nichts mehr als der ungetaufte; es ist ausdrücklich an den verschiedensten Stellen erklärt, daß es auf die Abstammung, auf die Rasse ankommt. Und, meine Herren, das Wort „Antisemitismus" beweist dies ja schon.

Ja, ich muß gestehen, mir erscheint sogar Herr Ahlwardt aufrichtiger als diejenigen, welche ihm Vorschub leisten und dann doch die Hände in Unschuld waschen, wenn die unausbleiblichen Excesse eintreten, — die sich der antisemitischen Agitation bedienen und blos nicht wünschen, gerade Unter den Linden von ihr gegrüßt zu werden.

(Heiterkeit links.)

Das konservative Programm enthält die Forderung der christlichen Obrigkeit. Meine Herren, wenn dieser Satz irgend eine praktische Bedeutung hat, so muß er doch hinausgehen auf eine Aenderung unseres verfassungsmäßigen Rechtes. Darüber ist niemand im Zweifel, daß jede Partei berechtigt ist, sich ein solches Ziel zu stellen. Ganz unzulässig wäre es, dagegen ein Wort zu sagen. Aber, meine Herren, dann muß die Grenze auch gezogen werden gegen den Antisemitismus, denn diese Forderung will etwas absolut anderes als der Antisemitismus. Sie haben die Scheidelinie scharf gezogen, Sie haben sich geschieden von denen, welche das verfassungsmäßige Recht unseres Landes vertheidigen wollen. Wir wollen es vertheidigen. Sie haben diese Scheidelinie nicht gezogen, Sie haben sie verwischt gegenüber denen, welche aus der Judenhetze ein Geschäft machen. Darin liegt das Unrecht. Darin liegt ein Opportunismus, den ich bedaure; ich hatte gehofft, daß diese Wendung nicht eintreten würde. Aber sie ist ja nun einmal eingetreten.

Sie widersprachen mir, als ich vorhin sagte, daß diese ganze Frage nichts zu thun hätte mit dem kirchlich-religiösen Bedürfniß. Ich habe zufällig noch einen anderen Beweis dafür aus der Berathung des Justizetats hier. Bei der zweiten Lesung des Justizetats wurde mir — und ich glaube wohl, allen in diesem Hause — eine kleine Broschüre eines evangelischen Professors der Theologie, Dr. Strack, mitgetheilt mit dem Wunsche, sie bei dem Justizetat zur Sprache zu bringen. Es war eine Beschwerde über die Justizverwaltung. Der Verfasser hatte ein Pamphlet im vergangenen Jahre der Staatsanwaltschaft überreicht mit dem Antrage, die Anklage zu erheben wegen Verletzung einiger Strafparagraphen, Aufreizung zum Friedensbruch u. s. w. Er war mit diesem Antrage abgewiesen worden. Im ersten Augenblicke hatte ich mir vorgenommen, die Beschwerde beim Justizetat zur Sprache zu bringen. In dem Urtheil über dieses Pamphlet stimme ich mit dem Herrn Beschwerdeführer vollkommen überein, auch die Gründe, aus denen die Erhebung der Anklage abgewiesen wurde, sind für mich durchaus nicht überzeugend gewesen. Jedoch habe ich davon Abstand genommen, insbesondere darum, weil ich fürchte, daß die Justiz gar nicht im Stande ist, hier die Hülfe zu gewähren, auf die es ankommt. Die Justiz ist berufen, das Recht lebendig zu erhalten, aber sie setzt auch eine gewisse Lebendigkeit des Rechtsbewußtseins im Volke voraus, wenn sie wirken soll. Sie versagt den Dienst in revolutionären Zeiten, und wenn wie hier durch eine ganz rücksichtslose, — man kann sagen — revolutionäre Agitation und Treiberei das Rechtsbewußtsein verwirrt worden ist, dann ist, auch abgesehen von den zufälligen Mängeln in der heutigen Justizverwaltung, auf die der Kollege Abgeordnete Bödiker aufmerksam machte, zu befürchten, daß solche öffentlichen Verhandlungen mehr schaden als nützen, daß sie der Justiz selbst zum Nachtheil gereichen. Sie werden von dem Antisemitismus eben nur benutzt als eine willkommene Gelegenheit zur Reklame und zur weiteren Propaganda.

Der Inhalt nun dieses Pamphlets, auf den es mir ankam, ist sehr beachtenswerth und bezeichnend für die Richtung, von der, wie ich eben bedaure, sich die conservative Partei nicht schroff getrennt hat, — der Inhalt ist ein sogenannter Talmudauszug. Ich bin der Meinung: wer nicht ganz kritiklos solche Dinge liest, muß ohne weiteres die Ueber

zeugung haben, auch ohne die betreffende Sprache zu kennen, auch ohne den Talmud zu kennen, daß es sich hier nicht um eine wahrheitsgetreue Uebersetzung und Wiedergabe handelt. Es sind van verschiedenen Seiten ja wissenschaftliche Entgegnungen gekommen; wir sind hier als Abgeordnete nicht in der Lage, zu entscheiden, wo das wissenschaftliche Recht besteht; wir müssen das dahingestellt sein lassen.

Aber, meine Heeren, hier steht noch ein anderes; das Blatt ist überschrieben: Talmudauszug, enthaltend die wichtigsten bisher übersetzten, noch heute gültigen Gesetze der jüdischen Religion. Aus diesem langen Verzeichniß von geradezu schändlichen empörenden Erklärungen

(Zuruf des Abgeordneten Rickert)

will ich nur eine vorlesen, meines Wissens vielleicht die allerharmloseite; ich wähle sie darum, weil ich glaube, daß unter allen Parteien dieses Hauses Männer genug sein werden, welche die Lüge darin aus eigener Erfahrung, aus dem Leben ihrer Familien werden bezeugen können. Hier heißt es in der Nr. 81:

> „Ferner ist es einem Juden (also jüdischen Arzt) verboten, einen Akum (Nichtjuden) zu heilen, selbst wenn er dafür Bezahlung erhält, ausgenommen, wenn zu befürchten steht, daß die Christen in Folge dessen einen Haß gegen die Juden bekommen würden.

— In diesem Falle ist es also erlaubt.

> Einem Juden ist es ferner erlaubt, an einem Akum (Nichtjuden) zu prüfen, ob ein Arzneimittel gesundheitbringend oder tödtlich sei.

Meine Herren, daß das nicht wahr ist, wissen Sie alle; daß das nicht die heutige Moral der Juden ist, und daß es sich dabei nicht um den religiösen Gegensatz handelt, sondern um den Gegensatz gegen die Rasse, das ist im Eingang hier ausdrücklich ausgesprochen:

> Es spricht aus diesem Teufelswerk der entsetzliche abgrundtiefe Haß gegen alle Nichtjuden, speziell Christen, es zeugt van der Feigheit, dem Mißtrauen und Schamlosigkeit des Judenthums, seinem widerlichen Hochmuth u. s. w.
>
> Und wie man aus einem Wolfe niemals einen Hirtenhund trotz Bruderähnlichkeit erziehen wird, so wird auch niemals aus einem Juden ein Deutscher, ein überzeugter Christ werden können, das beweisen die Erfahrungen der Jahrtausende.
>
> Die getauften Juden sind Juden geblieben, und sind dadurch der christlichen Bevölkerung zum Fluch geworden.

Aehnliches ist ja in Zeiten wilden Fanatismus immer wiedergekehrt. Es geschieht auch jetzt unter anderen Völkern. Genau dasselbe thun die chinesischen Gelehrten, welche aus unseren heiligen Büchern, aus unseren Bekenntnißschriften, aus unserer Literatur chinesische Uebersetzungen und Auszüge publizirten, um darzuthun, zu welchen Scheußlichkeiten die christliche Religian führt. Wenn dann der Pöbel am gelben Fluß über die Niederlassungen der Christen herfällt, wenn er Männer und Weiber todtschlägt, wenn er ihre Häuser anzündet, dann zuckt der Mandarine die Achseln und sagt: „ja, davor besonders zu warnen, hatte ich keinen Anlaß, denn daß ich die Uebertreibungen und Ausschreitungen des Antichristianismus verwerfe, versteht sich van selbst.

Wir haben es hier mit einer ernsten, schweren Gefahr für den inneren Frieden unseres Landes zu thun. Da sollten wir alle dagegen Front machen. Meine Herren, ich will ja die Thatsache nicht leugnen, daß eine gewisse Art antisemitischer Gesinnung sehr weit unter uns verbreitet ist, vielleicht in allen Parteien eine gewisse Abneigung . . .

(Bewegung rechts)

— gestatten Sie mir, daß ich das zu Ende führe; ich will Ihnen gleich hinzufügen, ich habe diese Gesinnung nicht —

(hört! hört! rechts.)

Eine gewisse Abneigung gegen einzelne besonders bei den Juden wiederkehrende Eigenschaften wird bei vielen in allen Kreisen durch die Anerkennung unzweifelhafter Vorzüge und Tugenden nicht überwunden: und sie übertragen das auf alle Juden, meines Erachtens sehr mit Unrecht. Derartige Antipathien, wie sie zwischen verschiedenen Nationen und Rassen ja leider überall vorkommen, zwischen Engländern und Schotten, zwischen Deutschen und Tschechen, die sollte man sich bemühen, innerlich zu überwinden, und nicht zum Werkzeuge politischer Agitationen zu machen. Wir haben dazu wahrlich keinen Grund. Wenn irgend ein Volk

(Unterbrechung)

— ich bin eben nicht Antisemit; ich habe treue Freunde gerade unter Juden gefunden — wenn irgend ein Volk seine Schäden und Gebrechen anerkennt und bereit und thätig ist, an ihrer Besserung mitzuwirken, so ist das gerade bei den Juden der Fall. Die Juden haben sich uns Deutschen ganz besonders angeschlossen, und sie haben ihren vollen Antheil

(Lachen rechts)

— ja, meine Herren, mögen Sie lachen, es ist wahr —

(sehr richtig! links)

sie haben ihren vollen Antheil geleistet für unsere gemeinsame Ehre und Ruhm. Ich habe hier nicht zur rechten mit Antipathien und Sympathien. Das aber müssen Sie zugeben, daß die antisemitische Agitatian, die hier gekennzeichnet ist, die wir vor uns haben, und die den Anlaß zu dieser ganzen Diskussion gegeben hat, durch die erwähnte mehr oder minder verbreitete Antipathie nicht entschuldigt wird. Dieser Antisemitismus, von dem wir uns nicht schroff genug trennen können, ist nicht edel, er ist nicht deutsch, er ist nicht christlich.

(Bravo! links.)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ich hoffe, der Heer Präsident wird mir gestatten, in demselben Umfange, wie der Heer Vorredner — da die Frage nun einmal angeregt ist — in die Diskussion einzutreten. Ich gestehe von vornherein, daß ein Theil der Fragen, die ich berühren werde, nicht genau mit dem Titel in Zusammenhang steht, ebenso wie mein verehrter Herr Vorredner sich dieselbe Freiheit genommen hat.

Meine Herren, wenn ich an die letzten Worte des Herrn Vorredners, ihm voll zustimmend, anknüpfen darf, so möchte ich mir auch ein paar Worte erlauben über den Gegenstand, den er heute berührte und den ich auch in Verbindung mit einer anderen Angelegenheit zur Sprache gebracht hätte — ich meine das schändliche und geradezu gemeine und unmoralische Flugblatt „Talmudauszug," welches auch bei der Arnswalde-Friedeberger Wahl in vielen Exemplaren verbreitet worden ist.

Meine Herren, wenn der Herr Vorredner von der Agitationsreise der freisinnigen Partei gemeint hat, er fürchte, daß die Agitation derselben in Arnswalde-Friedeberg eine verwerfliche gewesen ist, so glaube ich, hat er dazu vorläufig noch keine Berechtigung; ich meine, er möchte mit seinem Urtheil zurückhalten, bis die Wahlprüfung im Reichstage stattgefunden hat und dort die Dinge an den Tag gebracht werden, welche sich in diesem Wahlkreis zugetragen haben. Ich kann nur sagen, ich bin selbst einmal in Arnswalde gewesen

(Heiterkeit rechts)

und habe den wüsten, demagogischen Ton erfahren müssen, mit dem die Antisemiten unsere Versammlung gestört haben. Nachdem ich mit Mühe und Noth — denn ich lasse mich von solchen Leuten nicht abschrecken — 1 ½ Stunde gesprochen hatte, war es mir eine Genugthuung, daß der Führer der nationalliberalen Partei, der Rittergutsbesitzer Herr Schutze, den Sie wohl auch kennen, mir den Dank aussprach für die Art und Weise, wie ich die Antisemiten dort bekämpft hätte, und wie ich den Ton in die öffentliche Diskussian wieder eingeführt hätte, der dort leider verschwunden war, seitdem die Antisemiten dort aufgetreten. Meine Heeren, ich will durchaus mit meiner Person nicht alles das decken, was von Gesinnungsgenossen und angeblichen Gesinnungsgenossen von uns dort gethan worden ist; das möchte ich aber doch sagen, — ich habe Nachfrage gehalten — daß der Bericht, welchen die Paeskesche Broschüre über die Rede des Herrn Buchholtz erwähnt, mehrfach als ein nicht zutreffender mir bezeichnet worden ist. Ich habe übrigens wiederholt erklärt, daß ich alle Hetzerei zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf das Entschiedenste mißbillige, und in einem Falle habe ich sogar Gelegenheit genommen, einen Herrn zurückzuziehen, der mir nicht entsprechend zu agitiren schien. Sie werden auch nicht für Jeden in ihrer Partei die Verantwortung übernehmen wollen. Außerdem aber muß ich den Herrn Vorredner zu erwägen bitten: wenn durch derartige gemeine und schandliche Flugblätter ein weniger handfester Mann in Aufregung geräth, daß er glaubt, Gleiches mit Gleichem vergelten zu müssen, so entschuldige ich das nicht, aber es ist mir erklärlich. Wir sind gefeiter gegen derartige Dinge, weil wir seit Jahrzehnten in dem politischen Kampf stehen. Ich hoffe, daß wir uns niemals zu derartigen Dingen hinreißen lassen werden.

Was nun das erwähnte Flugblatt betrifft und die Schrift, welche ein positiv strenggläubiger und auf conservativem Boden stehender Theo-

loge, — eine anerkannte Autorität in Bezug auf den Talmud, wird mir allgemein gesagt — der Professor an der Berliner Universität Herr Hermann Strack, veröffentlicht hat, so kann ich nur sagen: ich habe nicht ohne innere Bewegung diese Schrift von Herrn Strack lesen können, und ich bedauere, daß die Verhältnisse in unserem Vaterlande so liegen, daß die Juden, wie es scheint, in gewissen Dingen schutzlos und jeder verächtlichen Agitation preisgegeben sind. Mit vollem Recht sagt Herr Strack:

> Wenn die Behauptungen des Flugblattes wahr sind, muß gegen das Judenthum als solches von Staatswegen eingeschritten werden.

In diesem Flugblatt werden die Juden geradezu für Verbrecher von Religionswegen erklärt, denen alles gestattet ist gegen die Christen, deren Leib und Seele, was nur ein Verbrecher thut. Wenn man die Juden so hinstellt, so ist es kein Wunder, wenn ihnen nicht blos die Fensterscheiben zertrümmert werden, sondern wenn man sie gelegentlich niederschlägt als Menschen, die in solcher Weise als Verbrecher, gegen alle Sitte, gegen Glauben und Moral verschrieen werden. Meine Herren, ich will mir ein Urtheil über den Bescheid des Staatsanwalts, des Oberstaatsanwalts und des Herrn Justizministers zur Zeit nicht erlauben; ich weiß daß auch Juristen der Meinung sind, daß hier ein Paragraph der Strafprozeßordnung vielleicht in Frage kommen könnte, wonach Herr Strack an das Kammergericht mit seiner Beschwerde hätte gehen können; indessen ich will diese Frage, die wahrscheinlich noch bei einer anderen Gelegenheit zur Sprache kommen wird, hier heute nicht weiter erörtern.

Meine Herren, was nun den speziellen Fall hier der Beschwerde angeht, so bin ich allerdings einigermaßen überrascht worden von der fabelhaften Empfindlichkeit, die sich heute innerhalb der conservativen Partei, wie es scheint auf Grund eines Parteibeschlusses, gezeigt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich nehme allerdings auch an, daß Herr Graf Limburg der Vertreter der Partei in dem Hause bei dieser Gelegenheit gewesen ist.

(Zustimmung rechts.)

Sie meine Herren (rechts), beklagen sich, daß die Conservativen exceptionell schlecht behandelt werden von der Regierung? Das ist wirklich die großartigste Leistung, die hier von jener Seite gekommen ist.

(Heiterkeit links.)

Die Herren haben fast alle Stellen inne: die der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräthe — wo Sie hinsehen, die Herren Minister verzärteln die Herren da drüben und überhäufen sie mit Wohlthaten. Das ist ihnen aber noch nicht genug; wer viel hat, will immer noch mehr haben; das sieht man wieder an diesem Beispiel. Ich bin der Meinung, daß keine Partei von der Regierung mit einer so übergroßen Zärtlichkeit behandelt wird, wie die conservative Partei. Nun hat der Herr Minister den Dank dafür. Sehr recht! Vielleicht wird ihn das veranlassen, in Erwägung zu nehmen, ob es denn richtig ist, wenn er so nach einer Richtung parteiisch bei der Besetzung der Stellen im Staate ist, und ob nicht auch andere Parteien, die auch auf dem Boden der Monarchie stehen so gut wie die Herren drüben, denselben Anspruch haben könnten. Ich glaube nicht, daß das gute Früchte tragen wird. Was uns betrifft, so verzichten wir auf die Wohlthaten, die wir von der Regierung erhalten könnten.

(Lachen rechts.)

Wir verlangen nur in Bezug auf die Kommunalverwaltung, daß man Männern nicht die Bestätigung wegen ihrer freisinnigen Gesinnung versagt, und in dieser Beziehung werden wir vielleicht auch mit dem jetzigen Herrn Minister noch ein Wort zu sprechen haben. Das ist es allerdings, was wir mit vollem Nachdruck verlangen.

Ich würde es bedauern, wenn der Herr Minister gegen den betreffenden Landrath in Friedeberg-Arnswalde deshalb eingeschritten wäre, weil er Ahlwardt gewählt hat. Der Herr Minister wird mir auch zugeben, daß er sich dazu nicht für befugt hält. Ich nehme keinem Menschen es übel und will absolute Freiheit in dieser Beziehung auch für die Beamten, auch für den Landrath, daß er dem seine Stimme giebt, den er für den geeigneten Kandidaten hält; darum hat sich niemand zu kümmern, auch der Herr Minister nicht. Ich sage also: den Landrath trifft kein Vorwurf, wenn er Ahlwardt wählte, das ist sein Recht, das hat er mit seinem Gewissen abzumachen; aber wenn ich in dieser Beziehung dem Herrn Minister beitrete, so habe ich dafür einen anderen Grund, einen Grund, der schon hier im Hause und noch schärfer im Reichstage zur Sprache gekommen ist. Der betreffende Landrath war, wenn ich nicht irre — vielleicht wird der Herr Minister mir das bestätigen können — Wahlkommissarius. Darin liegt der Punkt, er hat als Wahlkommissarius, welcher berufen ist, unparteiisch die Wahlhandlung zu leiten, den Aufruf für Ahlwardt unterschrieben, und neben ihm glänzt sein Kreissekretär. Das ist es eben gewesen, was in dem Wahlkreise und weit darüber hinaus großes Aufsehen erregen mußte, daß der Wahlkommissarius und daneben noch der Kreissekretär — ich glaube, ein Seminardirektor noch außerdem — den Aufruf für Ahlwardt unterschrieben hatten. Das ist unzulässig. Der Reichstag hat früher in solchen Dingen und zwar unter Zustimmung der conservativen Herren die Wahl kassirt, wenn ein Wahlkommissarius sich erlaubte, in dieser Weise in den Wahlkampf einzugreifen. Wir werden ja auch in diesem Fall im Reichstage noch prüfen, ob es zulässig ist, daß ein Kommissar, der die Wahl zu leiten hat, den Aufruf mit einem Beamten, der ihm untergeben ist, gemeinschaftlich unterschreibt. Das ist der springende Punkt, meine Herren.

Nun sagt der Herr Vorredner und mit vollem Recht: wer nimmt es Ihnen denn übel, daß Sie Antisemiten sind? Niemand. Sie haben auch dazu ein Recht. Was wir nur wünschen, ist Klarheit über Ihre Stellung, — und jetzt komme ich auf den Punkt, in dem ich vielleicht von dem Herrn Vorredner etwas abweiche. Gewiß haben Sie, meine Herren (rechts) das Recht, die Verfassung, die Sie und wir beschworen haben, auf gesetzlichem Wege zu ändern. Darüber ist keine Frage. Vollkommen Recht hat Herr Hobrecht, als er fragte: was wollen Sie denn? was bedeutet denn diese Hetze gegen die Juden, wenn man ihnen nicht die verfassungsmäßigen Rechte nehmen will, also den § 12 der Verfassung in Preußen und das Gesetz von 1869 nicht abändern will? Nun, wir haben bisher darauf noch keine klare Antwort bekommen. Ich will Sie, meine Herren, — denn das ist loyal, daß wir uns in dieser Beziehung gegeneinander kein X für ein U machen — ich möchte Sie fragen: wollen Sie die Verfassung in Bezug auf die Rechte unserer jüdischen Mitbürger ändern oder nicht? Ja, Herr Graf Limburg, Sie schütteln mit dem Kopf. Ich glaube auch, daß Sie alle Ursache haben, das nicht zu thun; denn die Konsequenzen sind gar nicht abzusehen. Wer ist Jude? Das kann man gar nicht absehen.

(Heiterkeit.)

Die eigentlichen Arier gehen Jahrhunderte zurück und wenn da nur irgend ein jüdisches Fünkchen ist, ja da ist ein Jude!

(Heiterkeit.)

Meine Herren, Ihr Hauptorgan, die Kreuzzeitung, hat, nachdem ich dieselbe Frage an Herrn v. Minnigerode gerichtet hatte, die Antwort gegeben. In Nr. 42 — ich hatte mir die Stelle ausgeschnitten und aufbewahrt, sodaß ich sie Ihnen mittheilen kann, wird gesagt:

> Wir haben erst unlängst betont, daß man zur Zeit des Kulturkampfs vor Verfassungsveränderungen nicht zurückgeschreckt hat; warum soll man das nicht auch in Zukunft thun? Stehen die Rechte der Juden etwa über denen der christlichen Kirche?

Gut! Sie haben das Recht, auf gesetzlichem Wege eine Aenderung der Verfassung anzustreben; dann sagen Sie aber auch genau: was wollen Sie denn mit den Juden machen? welche Rechte wollen Sie ihnen nehmen, welche wollen Sie ihnen lassen? Vielleicht werden die Herren, die nach mir reden, mir auf diese Frage eine Antwort geben.

Eigenthümlich ist es, daß dieselben Conservativen, die sich schon „verletzt“ fühlen — wie Herr Graf Limburg sagte —, wenn ein Minister einen Wahlkommissarius rektifizirt — das war die Pflicht des Herrn Ministers; stimmen konnte er für den Kandidaten, aber öffentlich eintreten durfte er als Wahlkommissarius nicht — ich sage: dieselben Herren, die so empfindlich sind, geniren sich gar nicht, ihre Agitation anzulehnen an die Organe der Staatsverwaltung. Da möchte ich gleich hier eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die ich sonst bei einem andern Titel erwähnt hätte; aber da heute Gelegenheit dazu ist, so wird es eine Zeitersparniß sein. Ich möchte mir erlauben, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf eine Agitation und Organisation der conservativen Partei, nämlich auf den deutschen Bauernbund zu richten.

(Aha! rechts.)

Ja, meine Herren, ich werde mir nur erlauben, dem Herrn Minister ein Schriftstück vorzulesen. Es sind von diesem Bauernbund, der beiläufig gesagt, ca. 40000 Mitglieder hat, der 23 Wanderlehrer hat, so steht es wenigstens in den Berichten und in dem Kalender des Bauernbundes — welche fortgesetzt in Deutschland umherreisen, auch hier in der Nähe von Berlin Versammlungen abgehalten worden, und es ist uns dabei ein diesbezügliches Formular III in die Hände gekommen, das ich mir erlauben möchte, dem Herrn Minister vorzulesen. Nach diesem Formular III ist hier in der Nähe von Berlin eine Versammlung durch den Wanderlehrer des deutschen Bauernbundes angesetzt worden. Die Einladung dazu lautet, wie folgt:

> Alle Grundbesitzer und sonstige Freunde der Landwirthschaft laden wir hierdurch zu unserer Versammlung am sonnabendsten Nachmittags da und da ein. Ein Wanderlehrer unseres Bundes wird einen Vortrag über die Zwecke und Ziele des deutschen Bauernbundes halten. Das Versammlungslokal wird der Herr Gemeindevorsteher des Ortes, wo der Vortrag stattfindet, bekannt geben.
>
> Der Vorstand des deutschen Bauernbundes v. Ploetz, Präsident des deutschen Bauernbundes. Julius Klein, geschäftsführender Direktor.

Und nun geht an die Ortsvorsteher derjenigen Ortschaften, welche um den Ort der Versammlung herumliegen, folgendes Circularformular III:

> Deutscher Bauernbund, Berlin W., Wilhelmstraße 91, November 1892. An den Herrn Ortsvorsteher zu X.

— ohne Namen des Ortsvorstehers war es; das ist vollständig bezeichnend.

> Euer Wohlgeboren ersuchen wir ergebenst, die hier beiliegende Einladung auf unsere Kosten durch einen Boten in Ihrem Orte herumgehen zu lassen. Einige Drucksachen fügen wir hier bei und bitten Sie, unsere Bestrebungen freundlichst zu unterstützen und für eine rege Betheiligung in der Versammlung nach Kräften sorgen zu wollen. Die Ihnen unter Kreuzband etwa noch zugehenden Drucksachen wollen Sie gefälligst in Ihrer Gemeinde an die geeigneten Herren vertheilen. Das Königl. Landrathsamt, sowie Ihr Amtsvorsteher sind von der Versammlung verständigt. Hochachtungsvoll
>
> Der Vorstand des deutschen Bauernbundes. v. Ploetz, Präsident des deutschen Bauernbundes. Julius Klein, geschäftsführender Direktor.

Was sagt der Minister dazu?

(Zuruf.)

— Das kann jeder machen? Ich danke schön! Ich möchte sehen, ob der Herr Minister das duldet, daß man die amtlichen Organe, die Ortsvorstände, unter Umständen die Polizeiorgane, bei denen eine solche Versammlung angemeldet werden muß, zu Handlangern derselben macht, daß man denen als Ortsvorstehern nicht einmal unter Angabe des Namens die Aufforderung schickt, daß man es ihnen überläßt, das Versammlungslokal zu wählen und dann den Gemeinden zu verkünden. Treiben Sie es so, verehrter Herr Kollege?

(Zuruf.)

— Das ist kein politischer Verein? Gut, ich werde Ihnen die Antwort darüber geben, was für ein politischer Verein es ist. Es ist keine Frage, daß für den deutschen Bauernbund die Organe der Staatsverwaltung als stützende, helfende und fördernde in Anspruch genommen werden. Die Ortsvorsteher haben das auch gethan. Von einem einzigen von ihnen ist mir bekannt, meine Herren, daß er sich das verbeten hat; er theilte nicht die Gesinnung der Herren. Aber im übrigen gingen die Herren Ortsvorsteher darauf ein, namentlich, da der Herr Landrath und der Amtsvorstand über die Versammlung verständigt waren. Herr Graf Limburg sagt: Lassen Sie die Agitation doch ruhig gehen. Der Herr Minister soll nicht so nervös sein. Ja, meine Herren, eines verlangen wir aber von Ihnen, daß Sie auf eigenen Füßen stehen und aus Ihrer eigenen Kraft die Dinge machen. Das können Sie eben nicht, das habe ich Ihnen schon oft gesagt. Wie kommen Sie dazu, die Organe des Staats und der Gemeinde in dieser Weise für Ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen? Nun will ich Ihnen auch, dem verehrten Kollegen, der mich unterbrach, die Antwort auf die Frage geben, ob es ein politischer Verein ist.

Meine Herren, am 22. Februar 1892 hat die Generalversammlung des deutschen Bauernbundes hier in Berlin stattgefunden. Die Eröffnungsrede hielt der Präsident des deutschen Bauernbundes, Landtagsabgeordneter v. Ploetz. Er eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser, führte dann an, was passirt sei, und schloß mit folgenden Worten, die ich einem Bericht der Kreuzzeitung entnehme, von dem ich annehme, daß er authentisch ist.

> Der Kampf sei aber noch nicht verloren — gegen die soziale Revolution. — In einer konservativen Bürgerversammlung am gestrigen Tage in Berlin habe kein Wort größeren Anklang gefunden als das Wort eines alten Soldaten: Nieder mit dem Freisinn und dem Judenthum!

(Lebhafter Beifall! Bravo!)

Meine Herren, ich habe mich gewundert, das nur eine so dünne Stimme Bravo gerufen hat, wir hätten einen vollen, kräftigen, sonoren Beifall von Ihnen hören sollen, wie sonst; dieses kleine dünne Bravo enttäuscht mich einigermaßen. Aber vielleicht wird es dem Herrn Minister interessant sein, daß die Arbeit nach dem Bericht der Kreuzzeitung anfing mit der Parole: „Nieder mit dem Freisinn und dem Judenthum!" Ferner heißt es in dem Bericht: „Als Vertreter der Regierung nahm an der Versammlung Theil der Geheime Oberregierungsrath Thiel vom landwirthschaftlichen Ministerium." Wie treiben nun diese Herren die Förderung der Landwirthschaft mit den 23 Wanderrednern? Ich habe aus verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes Berichte bekommen, direkt an mich persönlich gerichtet, insbesondere Zeitungen, worin die Reden mitgetheilt wurden. Namentlich interessant habe ich gefunden die Reden, welche die Herren in den Versammlungen des Bauernbundes in Pommern gehalten haben. Ich habe hier den Bericht eines pommerschen Blattes, der Stargarder Zeitung:

> Stargard, den 10. Dezember. Die Versammlung hatte lediglich den Zweck,

— so heißt es in diesem Blatt —

> die Bestrebungen des deutschen Bauernbundes klarzulegen und zum Eintritt in denselben aufzufordern. Der Redner war der Wanderredner des Bundes, Herr v. Diest-Neumark.

Nun hören Sie mal so eine kleine Blumenlese aus dem, was er sagt:

> Es sei durch Mangel von Betheiligung möglich geworden, daß man nur Rechtsanwälte, Professoren und Gelehrte in die Parlamente wählte, die wohl schöne Reden halten können, aber nicht wüßten, wo den Landwirth der Schuh drückt. Das sei eine unumstößliche Wahrheit!

— Eine sehr interessante Charakterisirung des Hauses. —

> Dadurch sei man in Judenhände gerathen, in die Hände der Börsenjobber und der goldenen Internationale, und sie haben den weitgehendsten Gebrauch von dem parlamentarischen Rechte gemacht, das ihnen der König schenkte. . . Die Fortschrittspartei sei im Parlamente zu Ansehen gekommen und der Bauer wäre zu Grunde gerichtet worden, wenn sich der Altreichskanzler seiner nicht angenommen hätte. Freiheit hätte man versprochen und Knechtschaft gegeben. Man sei in die Knechtschaft der Juden gekommen; die Juden seien die Beherrscher der Börse, und sie bestimmten die Preise. Während aber der Landwirth im Schweiße seines Angesichts arbeite, gehe der Kapitalist in die Bäder, und die meisten von ihnen seien Juden.

Und so geht die Geschichte weiter; ich brauche es nicht zu verlesen, es ist immer dasselbe Thema: „der Jude" und „der Freisinn", dessen Bundesgenosse. Die letzte, heute ausgegebene Nummer des „Bauernbundes", des offiziellen Organs des Bundes, enthält folgenden Bericht über eine Bezirksversammlung für Pommern in Kyritz:

> Punkt 3 der Tagesordnung bildet die Judenfrage. Nachdem Herr Lorenz die Debatte, welche über diesen Punkt auf dem Parteitage geführt war, kurz geschildert hatte, ergriff Pastor Schmolling-Wusterhausen das Wort, um in zündender Rede, die die Versammlung zu stürmischem Beifall hinriß, die Gefahren zu schildern, welche unserem Volk von Seiten des

Judenthums drohen. Seine Ausführungen gipfelten in der Ermahnung, auch die Bevölkerung möchte theilnehmen an dem großen Kampf, der in jetziger Zeit nicht nur in unserem Vaterlande, sondern auch fast in der ganzen civilisirten Welt gegen den zersetzenden Einfluß des Judenthums geführt würde. Das ist das stehende Thema gewesen, welches in diesem anscheinend von hoher Stelle begünstigten Verein — denn sonst würde der Herr Landwirthschaftsminister doch nicht einen offiziellen Vertreter in die Generalversammlung schicken — behandelt wird. Ich richte an den Herrn Minister die Frage: ist ihm das bekannt? — ich glaube, daß das Formular III richtig ist;

(Zuruf.)

es wird bestätigt von jener Seite —, ist dem Herrn Minister bekannt, daß der Bauernbund in dieser nicht zu billigenden Weise die Organe der Gemeindeverwaltung und der Polizeiverwaltung für seine antisemitischen Zwecke auszunutzen sucht? Und wenn es dem Herrn Minister nicht bekannt war: würde er nicht geneigt sein, einmal ein Wort der Billigung, wenn es seine Meinung ist, oder der Mißbilligung, wenn es anders der Fall ist, hier öffentlich auszusprechen? Es ist die Gefahr allerdings vorhanden, gerade so wie im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde, daß durch dieses ungenirte öffentliche Eintreten der Organe der Verwaltung für diesen demagogischen Antisemitismus, wie er ja jetzt mit Erlaubniß der Herren genannt werden kann, daß die Bevölkerung in den Wahn und in den Glauben versetzt wird, als ob unsere Staatsregierung derartig verderbliche, staatsfeindliche Bestrebungen und Agitationen unterstützt.

(Oh! oh! rechts.)

Ich bin allerdings der Meinung und habe das Vertrauen zu dem Herrn Minister des Innern, namentlich nach seiner heutigen Rede, daß er ein Wort der Mißbilligung aussprechen wird, und daß er unsere jüdischen Mitbürger in Schutz zu nehmen gesonnen ist gegen die maßlose und verderbliche Agitation, welche darauf hinausgeht, unseren jüdischen Mitbürgern die Rechte, welche sie kraft der Verfassung haben, zu nehmen. Diesen Bestrebungen werden — ich freue mich darüber, daß Herr Hobrecht in so bestimmter und offener Weise das ausgesprochen hat — wir mit unseren Nachbarn im Verein entgegentreten, und ich hoffe, Sie (nach rechts) werden mit Ihren Bestrebungen nicht zum Ziele gelangen.

(Bravo! links.)

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode-Rossitten**: Der Herr Abgeordnete Rickert, wie wir das ja bereits wiederholt, wenn die freisinnige Partei in Verlegenheit sich befindet, erlebt haben, hat gegen den Schluß seiner Rede wieder den Ruf nach Polizei ertönen lassen. Die freisinnige Partei, die freisinnige Bewegung mit ihrem Männerstolz vor Fürstenthronen und wer weiß, was alles sonst, ruft ja, wenn sie in eine kleine Mißlichkeit geräth, gern nach Polizei und möchte ausdrücklich dem Herrn Minister zu einer Erklärung Veranlassung geben, um ihr gegen widerwillige Beamte zu helfen. Im Uebrigen, so sehr ich es bedaure — denn es wäre verlockend für mich —, muß ich darauf verzichten, auf den größten Theil der Ausführungen des Herrn Rickert in diesem Augenblicke hier einzugehen, weil ich ihm verrathen darf, daß in Bezug auf die harmlose Agitation des Freisinns in Arnswalde und in Bezug auf den bösen Bauernbund rüstigere und berufenere Hände als ich noch mir das Geschäft noch besorgen werden.

Ich wende mich deshalb zunächst wieder an denjenigen Redner, der die Veranlassung zu dieser Debatte im größeren Stile an dieser Stelle ist, an Herrn Hobrecht, und stelle fest, daß, wenn wir es ja auch nicht gerade beklagen, jedenfalls Herr Hobrecht die Verantwortung dafür trägt, daß der Semitismus und Antisemitismus — auch in Zukunft keine seltene Größe hier, wie ich fürchte, — von neuem in diese Versammlung getragen sind, und Herr Hobrecht mag sich den Dank von denen dafür holen, deren vermeintliche Interessen er hier vertreten hat. — ich lehne die Verantwortung also für das Aufflackern dieser Debatte vollständig ab und beschränke mich deshalb nur auf das Nothwendigste.

Herr Hobrecht gefiel sich darin, gegen den Antisemitismus im Lande und dessen weitgehende Extravaganzen hier sich zu äußern. Er sprach von Hexenprozessen, womöglich Hexenverbrennung, die wir in Aussicht hätten. Eine poetische Phantasie, die im Privatleben gestattet ist, wird bedenklich bei öffentlichen Reden und an dieser Stelle. Ich habe auf das, was er gegen die antisemitische Bewegung im Lande gesagt hat, hier nicht im besonderen einzugehen; denn wir haben es hier mit Parteien im Hause zu thun, mit organisirten Parteien. Eine organisirte antisemitische Partei giebt es aber bekanntlich zur Zeit überhaupt garnicht, es sind sehr verschiedene Strömungen, die sich durchkreuzen, die sich in verschiedenen Anschauungsformen geltend machen, und deshalb zum Theil zu Reprimanden, zu scharfen Urtheilen Veranlassung geben. Den sogenannten Antisemitismus können Sie zur Zeit garnicht fest bezeichnen und scharf greifen, und ihn deshalb im ganzen weder lobend noch verurtheilend behandeln. Aber wenn Herr Hobrecht, in der Beziehung wißbegierig wie sein wohl in diesen Dingen als sein Freund zu bezeichnender Nachbar Herr Rickert, in Bezug auf bestimmte Punkte, auf die er hier eingegangen ist, uns vor Fragen gestellt hat, so nehme ich keinen Anstand, in Kürze darauf im Einzelnen zu erwidern.

Herr Hobrecht kam wieder auf den Zwischenfall zurück, daß in dem Programm, welches wir zur Zeit das unsrige nennen, ursprünglich ein Satz gestanden hätte: „wir verurtheilen die Ausschreitungen des Antisemitismus", daß dieser Satz aber hinterdrein durch die Parteiversammlung auf Tivoli gestrichen wäre, und knüpfte daran — ich habe es wenigstens so verstanden — die Auslegung, daß wir demgemäß als conservative Partei einem schrankenlosen Antisemitismus uns hätten ausliefern wollen. Nun, dieses Ammenmärchen ist schon so oft widerlegt worden, daß es einem eigentlich leid wird, darauf immer wieder zurückzukommen. Die dabei leitenden Gesichtspunkte — und ich bin der berechtigte Interpret für die Abstimmung auf Tivoli — sind lediglich die gewesen, daß man hervorhob, der Satz sei überflüssig; denn so gut wie wir die Ausschreitungen — meine ich — des Herrn Hobrecht und seiner Parteigenossen, unter Umständen Ausschreitungen in unserer eigenen Partei im Lande und die Ausschreitungen des Freisinns mit besonderer Vorliebe

(Heiterkeit)

verurtheilen, so verurtheilen wir selbstverständlich auch die Ausschreitungen des Antisemitismus. Das ist ein Punkt, zu dem sich jeder einzelne von uns unverhohlen stellt.

Weiter ging die kühne Behauptung des Herrn Hobrecht, schon oft gehört, stets widerlegt und doch stets wiederholt, daß in dieser Bewegung, die mit dem allgemeinen, wenig greifbaren Begriff „Antisemitismus" zusammengefaßt wird — und es ist Thatsache, das ist ein sehr schwankender und wechselnder Begriff — „daß in dieser Bewegung ausdrücklich die Verunglimpfung einer Religion, der jüdischen Religion, läge. Meine Herren, kann das eine Verunglimpfung der jüdischen Religion sein, vor der ich ihrer ganzen historischen Entwickelung nach und vor deren aufrichtigen Bekennern ich die volle Hochachtung habe, kann also eine derartige Stellungnahme unsererseits eine Verunglimpfung dieser Religion sein, wenn wir nur betonen: wir legen entschiedenen Werth auf den christlichen Charakter des deutschen Volkes? Ich möchte sagen: in dieser Betonung liegt doch in erster Linie der Werth, den wir auf unser eigenes religiöses Bekenntniß legen, und wer auf sein religiöses Bekenntniß Werth legt, achtet auch das Bekenntniß des andern.

(Sehr richtig! rechts.)

Also, das sind wirklich Phantasien, und es ist wunderbar, wenn derartige Extravaganzen in solchen öffentlichen Versammlungen, wie wir sie doch hier zu halten pflegen, häufig wiederholt und widerlegt werden müssen.

Ich knüpfe daran die Behandlung der weiteren neugierigen Fragen des Abgeordneten Rickert, der sich mit meiner Erklärung, daß wir eine christliche Obrigkeit verlangten, nicht begnügen will und nun nach allen Seiten herumfragt und tastet. Ich fühle mich nicht veranlaßt, noch weitere Ausführungen darüber heute zu machen; wir verlangen eben eine christliche Obrigkeit in jeder Hinsicht! Was soll ich da weiter interpretiren? Was Obrigkeit ist, welche Funktionen und Aemter einer solchen Obrigkeit zuzuweisen sind, — darüber kann kein Zweifel bestehen. Ich wiederhole: unser Streben geht darauf hinaus, den christlichen Gedanken des Staates so zum Ausdruck zu bringen, daß die Obrigkeit nur in christlicher Hand in Zukunft liegt.

(Bravo! rechts.)

Ich habe mich über den ganzen Vorstoß des Herrn Abgeordneten Hobrecht etwas wundern müssen und kann nicht annehmen, daß er für seine Freunde insgesammt gesprochen hat; ich würde wenigstens einen

Freunden sonst für die Zukunft eine gewisse Vorsicht anempfehlen. Er hat selbst zugestanden, die meisten Leute trügen ein Stück Antisemitismus mit sich herum, so also auch die Nationalliberalen, und der Tag wird nicht mehr fern sein, wo die Zeichen der Zeit und die berechtigten Wünsche, die in der Nation umgehen, auch von diesen Herren anerkannt werden müssen, ebenso wie von anderen Parteien, — der Freisinn ist dabei freilich ausgeschlossen, aus bekannten Gründen.

(Heiterkeit rechts.)

Jedenfalls hat aber Herr Hobrecht nach meiner Meinung — und darin werden Sie mir wohl alle beistimmen außer Herrn Hobrecht — seine Hoffnungen doch zu weit gesteigert, wenn er behauptet, daß die heutige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten eine Verurtheilung des Antisemitismus gewesen wäre. Dahin zielte sie garnicht, und den Zweck hatte sie garnicht zu erreichen. Es handelte sich für den Herrn Minister nur um ein Urtheil über eine besondere Agitationsform; derselbe war aber überhaupt nicht in der Lage, nach einer bestimmten politischen Richtung hin sich dabei zu engagiren.

Ich wende mich nun noch kurz zu dem Herrn Minister selbst und zu der Antwort, die er meinem Freunde, dem Grafen Limburg-Stirum, ertheilt hat. Der Herr Minister machte zum Ausgangspunkte die Nothwendigkeit des bekannten Erlasses und führte zur Erklärung desselben an: die ungewöhnliche, ungebührliche, nicht zu duldende Agitation der Antisemiten bei der Wahlbewegung. Ich frage, ob dem Herrn Minister die gleichzeitige Agitation des Freisinns, die — und das bemerke ich dem Herrn Abgeordneten Rickert — nicht veranlaßt war durch die Agitation der Antisemiten, sondern viel älter im Wahlkreise ist, — ob diese Agitationsweise dem Herrn Minister bekannt ist; sonst würde ich ihn bitten, seine Organe zu veranlassen, darüber die nothwendigen Berichte ihm zu übermitteln. Nach mir werden rüstigere Hände in der Lage sein, jenes Thema von der maßlosen Agitation des Freisinns dort noch eingehend zu behandeln.

Also wir sehen darin keinen Grund, aus der Agitationsweise, wenn zwei Gegner miteinander ringen, und der eine vielleicht im Gebrauch der Mittel nicht besser ist als der andere, nun um deswillen den einen zu verurtheilen. Außerdem bemerke ich, daß an sich Herr Ahlwardt ja nicht der Kandidat des Herrn v. Bornstedt war; Herr v. Bornstedt hat ursprünglich sich mit der Kandidatur des Herrn Ahlwardt in keiner Weise einverstanden erklärt. Es handelte sich lediglich um die Stichwahl, und nun appellire ich an das Gerechtigkeitsgefühl, wenn Sie an den häufigen Verlauf von Stichwahlen bei den Reichstagswahlen denken, welche wunderbaren Parteigruppirungen da sich finden und vereinigen! Welche wunderbaren politischen Gegensätze und Gegner sich einem Dritten gegenüber bei der Stichwahl zusammenthun, um diesen zu stürzen; das ist so bekannt, daß es mit Beispielen nicht belegt zu werden braucht. Daraus kann man doch im Sinne des Herrn Ministers keinen Grund gegen Herrn v. Bornstedt herleiten; ich betone aber ausdrücklich, weil uns daran liegt, die Frage in keiner Weise verschoben zu sehen, daß bei dieser Gelegenheit in den Ausführungen des Grafen Limburg-Stirum alles vermieden worden ist, was dahin gedeutet werden konnte, in diesem Fall als Kritik der Ausübung der Disziplinargewalt seitens der Königlichen Staatsregierung zu gelten. Das hat Herr Graf Limburg-Stirum sehr deutlich ausgesprochen. Wir haben uns nur darüber beschwert, daß man, indem man im übrigen auf Grund der Disziplinargewalt die Dinge mochte ihre Wege gehen lassen und die Entschließungen der Königlichen Staatsregierung darin frei waren, außerdem die Form der Oeffentlichkeit, die Publikation im Reichsanzeiger, die bekanntlich nicht im Disziplinargesetz steht, eine höchst ungewöhnliche Form gewählt hat und nun so die Person stigmatisirte, eine Person, von der eben nach der Herr Minister — und wir danken ihm dafür — ausdrücklich anerkannt hat, daß im übrigen der Herr v. Bornstedt in seiner bewährten alten Beamtenthätigkeit alle Anerkennung der Regierung verdient habe. Das sind Widersprüche, solche Anerkennung zu zollen und daneben solche ungewöhnlichen Disziplinarmittel zu wählen, wie sie in der Publikation einer derartigen Rüge im Reichsanzeiger sich darstellen. Endlich aber bemerkte der Herr Minister noch und wir haben es schmerzlich bedauern müssen —, daß der Graf Limburg-Stirum in seinen nicht milden Ausführungen — und die will ich zugeben — sich zu schärfen vielleicht durch Erfahrungen hätte bestimmen lassen, die er selbst in Bezug auf Maßregelungen von Beamten hätte machen müssen. Ich kann den Herrn Minister versichern, daß meine Freunde über diese Maßregelung des Grafen Limburg-Stirum einer Meinung gewesen sind;

(sehr richtig! rechts)

wir haben sie im Stillen verurtheilt, aber wir haben aus Zurückhaltung und zu Gunsten der Autorität der Königlichen Staatsregierung davon geschwiegen, der Herr Minister hätte auch darüber schweigen müssen

(Bravo! rechts.)

Ministerpräsident Graf **zu Eulenburg**: Darüber, wo und ob ich zu schweigen habe, oder nicht, muß ich das Urtheil für mich allein in Anspruch nehmen.

(Lebhafter Beifall links.)

So sehr ich die Ausführungen des Herrn Vorredners mit der schuldigen Achtung, die ich jedem Mitgliede dieses Hauses zu gewähren habe, angehört habe, so muß ich doch dergleichen Rath, ob und worüber ich zu schweigen habe aber nicht, bestimmt ablehnen.

(Beifall links.)

Meine Herren, ich habe, was die ganze Angelegenheit anbetrifft, — um dies gleich vorab zu erwähnen — das Lebhafteste bedauert, daß eine Aeußerung, die ich zu dem ersten Herrn Vorredner in vollkommen wohlwollender Absicht aussprach, dadurch, daß sie sehr gegen meine Absicht Heiterkeit erregte, vielleicht dazu beigetragen haben kann, ihm unangenehm zu sein. Mir hat nichts ferner gelegen. Aber, meine Herren, ich bitte Sie zu berücksichtigen, wenn mir hier vorgeworfen wird, daß es den Anschein habe, als ob die Regierung darauf ausginge, eine ganze große Partei des Landes und dieses Hauses schlecht zu behandeln, daß ich mich dadurch veranlaßt sehen muß, das auf das Bestimmteste zurückzuweisen, und da Thatsachen, welche nach dieser Richtung hin vorliegen, weder angeführt waren noch angeführt werden können, so lag in der That die Meinung sehr nahe, daß nur andere Gründe auf diesen Gedanken hätten bringen können. Dies auszudrücken, war allein meine Absicht in der Sache.

Dann hat Herr v. Minnigerode gesagt, ich hätte in meinen Ausführungen mich in Widersprüchen bewegt. Ich muß aufrichtig sagen: trotz des besten Willens wird es mir nicht klar, worauf sich diese Behauptung stützt Wenn ich, wie ich gern anerkenne, die sonstige amtliche und außeramtliche Führung des Herrn Landraths v. Bornstedt hier mit einigen Worten der Anerkennung bezeichnet habe, so folgt daraus weder daß ich alles, was er thut, billigen muß, noch auch, was er in diesem speziellen Falle gethan hat, billigen kann.

Was nun die Veröffentlichung dessen betrifft, was ich genöthigt gewesen bin, diesem Herrn zu eröffnen, so haben Herr v. Minnigerode und Herr Graf zu Limburg-Stirum mit vollem Recht gesagt, daß im Disziplinargesetz über eine derartige Veröffentlichung nichts steht. Sie ist nicht vorgeschrieben und auch keineswegs verboten, sie muß aber unter Umständen erfolgen, wenn sie erforderlich ist, um die Stellung der Regierung klar zu machen. Weit entfernt, um Herrn v. Bornstedt etwas besonders Unangenehmes zu thun oder um die Mißbilligung, die ausgesprochen wurde, zu verschärfen, ist die Veröffentlichung geschehen, sondern, wie ich ganz deutlich gesagt habe, lediglich deshalb, um die Stellung der Regierung in dieser Angelegenheit klar zu stellen; und ich wiederhole: die Regierung durfte sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß sie in irgend einer Weise Konnivenz übe gegen die Wahl eines Mannes wie des Herrn Ahlwardt. Diese Ansicht ist nicht widerlegt worden, auch nicht einmal versucht worden, zu widerlegen. Das ist der Grund meiner Handlungsweise, und ich habe bisher nichts gefunden, was in mir hätte einen Zweifel erregen können, ob sie richtig und zweckmäßig gewesen ist.

(Bravo! links.)

Abgeordneter **v. Waldow**: Meine Herren, Herr v. Minnigerode hat Ihnen schon angekündigt, daß ich mich etwas mit der Agitation der freisinnigen Partei beschäftigen werde, wie sie in unserm Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg zu Tage getreten ist. Dem Herrn Abgeordneten Rickert war ja vorher bei der gelegentlichen Erwähnung derselben scheinbar garnicht sehr wohl zu Muthe Er milderte einiges ab, desavouirte sogar auch; aber trotzdem hat er nachher mit dem Brustton der vollsten Entrüstung über die Agitation des Bauernbundes gesprochen Die Vertheidigung des Bauernbundes liegt mir nicht ob; das wird, hoffe ich, jemand anders besorgen Aber ich werde mir erlauben, einiges Material vorzuführen, welches, glaub ich, diesen hohen Brustton der Entrüstung wesentlich herabmindern wird.

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 7. Berlin, den 12. Februar. 3. Jahrg. 1893.

### An Herrn Hofprediger a. D. Stöcker!

Sie haben in einer Volksversammlung in Dresden die Aeußerung gethan, **man habe Sie von jüdischer Seite in London ermorden lassen wollen!** Die Ihnen nahestehende Zeitung „Das Volk“ hat unsere erste offene Anfrage vom 20. November 1892, ob Sie jene ungeheuerliche Beschuldigung in Dresden erhoben, bejaht.

Wir fragen deshalb von Neuem:

1) Welches sind Ihre Beweise?
2) Warum haben Sie der Staatsanwaltschaft nicht Anzeige gemacht?
3) Warum haben Sie Jahre lang ein so wichtiges Ereigniß nicht erwähnt?
4) **Warum haben Sie die Mordgeschichte in Ihrer letzten Rede am 28. Januar im Abgeordnetenhause nicht erwähnt, wo Sie doch so viele „Mordgeschichten“ von den Juden auf's Tapet gebracht haben!**

**Die Redaction der „Mittheilungen“.**

### Die antisemitische Bewegung

wird von den Führern und Agitatoren mit verstärktem Eifer gefördert. In Schlesien, in Hannover, in der Mark — abgesehen von den bisher von den Antisemiten bevorzugten Bezirken — folgt Versammlung auf Versammlung, die Gründung eines antisemitischen Vereins nach dem anderen. Die Hauptkraft wird allerdings in dem Wahlkreis Liegnitz-Haynau-Goldberg concentrirt; aber es bleiben immer noch Agitatoren genug übrig, um auch anderwärts den Boden für die antisemitische Saat empfänglich zu machen.

Besonders bemerkenswerth sind die Anstrengungen, um den Wahlkreis Liegnitz zu erobern. Es ist den Antisemiten nicht nur gelungen, die Conservativen in ihrer Majorität bei Seite zu schieben und in den Dienst der antisemitischen Bewegung zu stellen, sie haben auch beträchtliche Mittel für den Wahlkampf von ihren Anhängern in der Ferne und in der Nähe zusammengebracht. Ein Freund unseres Blattes hat in den letzten Wochen die Sammlungen verfolgt, welche von einigen antisemitischen Zeitungen (in Berlin, Leipzig, Hamburg, Breslau und Ulm) für die Nachwahl in Liegnitz veranstaltet worden sind und er rechnet heraus, daß nahezu **siebentausend Mark** allein durch diese Sammlungen aufgekommen sind. Dabei ist weder berücksichtigt, was in den zahlreichen antisemitischen Versammlungen für diesen Zweck hergegeben ist, noch die von der Centralstelle beigesteuerten Mittel. Es müssen also auch in Liegnitz, ebenso wie in Friedeberg-Arnswalde, die Gegner der Antisemiten mit erheblich geringeren Mitteln den Wahlkampf führen, wie die Antisemiten. Die Leidenschaft, der Haß macht die letzteren rührig und opferwillig. Es ist eine gewiß absichtlich mit Geschäftigkeit verbreitete unrichtige Behauptung, daß für die Abwehr des Antisemitismus sehr große Geldmittel namentlich von unseren jüdischen Mitbürgern zur Verfügung stehen. Auch nicht entfernt trifft diese Behauptung zu. Der antisemitische Bauernbund mit seinen 10—25 Wanderrednern hat allein im letzten Jahre nahezu 100,000 Mark eingenommen und ausgegeben.

Ein großer Theil unserer Gesinnungsgenossen hat noch kein klares Bewußtsein von der Bedeutung des heutigen Kampfes, von dem Umfang und der Energie, mit welcher die Antisemiten ihn führen und von den Gefahren, welche damit verbunden sind, wenn nicht eine ebenso energische und opferfreudige Abwehr erfolgt. Namentlich im Norden und Osten unseres Vaterlandes ist diese Erkenntniß, wie es scheint, noch nicht durchgedrungen. In unserem Abwehr-Verein sind ungefähr doppelt soviel Mitglieder aus Süddeutschland (Frankfurter Büreau) als in Norddeutschland incl. der großen Hauptstadt Berlin.

Neuerdings zeigt sich ein etwas lebhafteres Interesse für unsere Sache; aber ein sehr großer Theil unserer jüdischen Mitbürger hält sich immer noch zurück in der Meinung, daß es ihnen nicht wohl anstehe, selbst persönlich mit ihrer Kraft und ihren Mitteln für die Vertheidigung ihrer bedrohten Rechte einzutreten. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, wie bedenklich und ungerechtfertigt diese Meinung ist. Jeder Einzelne ist berufen und verpflichtet, für die Grundlagen der Verfassung einzutreten. Daß die Juden an diesem verfassungsmäßigen Kampfe um ihre eigenen staatsbürgerlichen Rechte eine Ausnahme machen wollen, ist eine Kurzsichtigkeit, die schlimme Folgen haben kann. Wir begreifen die Scheu einzelner Juden nicht; noch weniger ihre Apathie dem Antisemitismus gegenüber, am wenigsten aber ihre Ansicht, daß zuerst Christen in den Kampf gegen die kulturfeindliche Judenhetze eintreten sollen. Nur wer sich selbst achtet und entschlossen seine Vertheidigung führt, wird seinen Platz im öffentlichen Leben behaupten. In Versammlungen müssen Juden auftreten, um den zahllosen Verdächtigungen und Unwahrheiten der Antisemiten entgegenzutreten. Gewiß haben schon einzelne, und mit Erfolg, es gethan, aber was

wollen diese einzelne gegenüber jener großen Anzahl tüchtiger jüdischer Gelehrten besagen, die im Stande wären, durch ihre Sachkenntniß jede antisemitische Verdächtigung zu widerlegen. Sind sie nicht dazu am meisten berufen? —

Aber auch auf anderem Gebiete der Agitation wird gefehlt. Namentlich herrscht auf dem Gebiete der literarischen Production ein bedenklicher Ueberfluß. Fast täglich gelangen neue Broschüren an uns, die uns zur Verbreitung empfohlen werden. Diese Ueberproduction an mehr oder weniger fragwürdigen Broschüren hat keinen agitatorischen Werth. Das führt zu einer Zersplitterung der Kräfte, die mit vielen Mitteln zu wenig leistet. Deshalb muß als die Parole im Kampfe gegen den Antisemitismus gelten: **Concentration der Kräfte und energische Mitwirkung aller derer, die dazu berufen sind!**

## Die Juden im Culturkampf.

Die Katholiken des Wahlkreises Liegnitz werden keinen eigenen Candidaten aufstellen. Der katholische Bürgerverein zu Liegnitz hat beschlossen, jedem zu überlassen, nach seiner Ueberzeugung zu wählen, nachdem der Vorsitzende sich in diesem Sinne geäußert. Es sei **unchristlich** — so führte er u. A. aus —, agitatorisch für die Antisemiten zu wirken. Die im deutschen Volke vielfach vorhandene Abneigung gegen die Juden habe sich theilweise zur Leidenschaft und zum Haß ausgebildet. Der Haß richte sich nicht gegen die Juden als Religionsgesellschaft, sondern als Race. Im Judenhaß aber wurzete der Antisemitismus. Leidenschaft mache blind und ungerecht. Die Judenhetze sei ebenso ungerecht und unchristlich, wie die Katholikenhetze. Die Katholiken hätten genug unter Ausnahmegesetz gestanden und fänden solche auch heute noch gegen deutsche Glaubensgenossen angewandt, denen kein anderes Vergehen nachgewiesen sei, als ihre Angehörigkeit zu Ordensgesellschaften, deren Haltung und Wirken nicht blos von hervorragenden Staatsmännern, sondern auch von vorurtheilsfreien Gegnern gerühmt worden sei. Redner unterzog hierauf die Haltung der verschiedenen gegnerischen Parteien während der Culturkampfszeit einer eingehenden Besprechung und äußerte sich dahin, daß vornehmlich Juden und jüdische Presse es gewesen seien, die damals das Zustandekommen der Ausnahmegesetze gegen die Katholiken betrieben und mit Freuden begrüßt hätten. Zu Dank hätten die Juden durch ihr Verhalten die Katholiken nicht verpflichtet. Wir seien zwar als Christen verpflichtet, den Bedrängten beizustehen, aber noch lange nicht verpflichtet, den Gegner zu stärken, damit dieser dann seine Faust von Neuem zu vernichtendem Schlage erheben könne.

Wir stimmen der Ausführung des Herrn Vorsitzenden des katholischen Bürgervereins zu Liegnitz durchaus darin bei, daß die Judenhetze vom Standpunkte des Christenthums ebenso verwerflich ist, wie das agitatorische Eintreten für die Antisemiten, wie — so fügen wir hinzu — das Eintreten für die Antisemiten überhaupt. Wir möchten aber doch zu den daran angefügten Behauptungen des Herrn Vorsitzenden des katholischen Bürgervereins über das Verhalten der Juden einige Bemerkungen machen.

Daß „Juden und jüdische Presse" eine so tonangebende Rolle in den Reihen der „Culturkämpfer" gespielt haben, ist durchaus **nicht** zutreffend, so oft es auch behauptet ist. **Abgeordnete jüdischer Confession haben sich bei dem Culturkampf meist zurückgehalten und beispielsweise bei der Entscheidung über das Jesuitengesetz ihr Votum gegen dasselbe abgegeben.** Es gilt das von den Abgg. **Bamberger und Lasker**, deren Partei doch bis auf verschwindende Ausnahmen für das Gesetz eingetreten ist. Der jüdische Abg. **Sonnemann hat nicht für ein einziges Culturkampfgesetz gestimmt. Abg. Ludwig Löwe** verhielt sich in dieser Beziehung so „correct", daß die Berliner Katholiken bei der Reichstagsstichwahl im Jahre 1884 zwischen Löwe und Prof. **Wagner**, dem Freunde Stöckers, dem jüdischen Candidaten ihre Stimme gaben. Auch in andern Wahlkreisen haben wiederholt die katholischen Wähler Candidaten jüdischer Confession vor anderen den Vorzug gegeben gerade wegen ihres Verhattens im Culturkampf.

Aehnlich verhält es sich mit der Presse.

Angesichts dieser Thatsachen wird man nicht behaupten können, daß die Juden im Culturkampfe gewissermaßen eine führende Stellung eingenommen haben. Es ist hohe Zeit, diese Legende zu zerstören.

---

## Glossen zur Landtagsverhandlung vom 28. Januar.

### II.

In derselben Sitzung sagte Herr Stöcker: „Schon in der Römerzeit hieß der Jude: odium generis humani! Doch nicht deshalb, weil sie zehn Jahrhunderte danach verfolgt sind — nein, weil sie die Eigenheit haben, sich bei allen Völkern mißliebig zu machen."

Nehmen wir einmal an, das Wort des Tacitus, das Herr Stöcker anführte, bezöge sich wirklich auf die Juden. Was würde das besagen? Daß eine Nation eine andere mit einem Schimpfwort bedenkt, ist uralt. Man findet selbst bei den primitivsten Völkern Belege, wie eines das andere mit einem Spottnamen oder einem Worte auszeichnet, das die tiefste Verachtung ausdrückt. Die muhamedanischen Bornu-Neger, für die der heidnische Neger nur Vieh ist, die Muhamedaner, für welche die Christen nur Hunde sind, die Griechen, für welche die umwohnenden Völkerschaften nur Barbaren waren, die Spanier, denen die neuentdeckten amerikanischen Stämme nur Thiere waren, die allen Ernstes ein Papst (ca 1576) in einer Bulle für wirkliche Menschen erklären mußte, — sie alle zeigen interessante Spielarten jenes Völkerhasses, mit dem sich verschiedene Stämme oder Nationen beglücken. Kirchenvater Augustin, der die Heiden als Hunde bezeichnet, Bischof St. Hilarius, der die Ketzer Schweine nennt, ein dritter, der die Andersgläubigen „faules Fleisch, krätzige Schafe" titulirt . . . wer wollte so thöricht sein, wer wollte nach der Methode Stöckers durch diese Epitheta beweisen, wie Ketzer (z. B. Protestanten) „die Eigenschaft haben, sich bei allen Feinden mißliebig zu machen?" Wir wollen auch nicht das Sprichwort anwenden: „Viel Feind', viel Ehr!" Wenn aber Herr Stöcker den Juden vorwirft, sie hätten sich bei allen Völker mißliebig gemacht, so ist das eine „Schande", die sie mit den Deutschen theilen, die ja nach Moltke's Ausspruch die bestgehaßte Nation der Erde sind!

Ueberhaupt ist das eine drollige Psychologie, sich bei den Feinden Auskunft über einen Menschen zu holen. Wie sehen wir Deutsche aus in den Schilderungen des französischen Chauvinisten Déroulède, wie in denjenigen der Stockrussen Skobeleff, Gurko und Katkow? Wer unterrichtet sich über die Franzosen bei unserm alten Haudegen Blücher? So viel Menschenkenntniß muß doch ein Politiker haben, daß er keine Kenntniß über eine Nation oder Person nicht von ihren Gegnern holt. Herr Stöcker hat sich oft genug gekränkt gefühlt über die Schilderungen, die jüdische Zeitungen über sein Treiben gebracht haben. Wir begreifen seine Aufregung nicht. Es ist doch dieselbe Psychologie, dieselbe Methode, die er anwendet. Herr Stöcker hat seine Kenntniß von den Juden aus Schriften notorischer Judenfeinde, und er verlangt, daß man sich eine Kenntniß **seiner** Person vielleicht von den Herren v. Hammerstein, v. Wackerbarth zc. holt! —

Aber wir gingen von einer falschen Voraussetzung aus. **Stöcker's Citat aus Tacitus' Annalen, Buch XV. Cap. 44 bezieht sich gar nicht auf die**

Juden! Der antisemitische Historiker Heinrich von Treitschke hat bereits am 15. November 1879 im 44. Bande der „Preußischen Jahrbücher" die betreffende Stelle auf die Juden bezogen, war aber in einer kleinen Streitschrift des Rabbiners Dr. Joël und in der Broschüre „Wider H. v. Treitschke" (Berlin 1880. S. 24) von Dr. Paulus Cassel gründlich widerlegt worden!

Die Stelle im Tacitus handelt von den im Volke umhergehenden Gerüchten, daß der Kaiser Nero den großen Brand, der Rom verwüstet hatte, angestiftet habe. Nero suchte die Schuld von sich abzuwehren, und schob sie den sogenannten „Christen" zu (vulgus christianos appellabat). Erst wurden die gefangen genommen, die geständig waren, darauf andere „die nicht sowohl der Brandstiftung, als des Hasses gegen die Menschheit überwiesen wurden." (haud perinde in crimine incendii, quam odio humani generis convicti sunt.)

Daraus geht klar hervor, daß nicht die Juden gemeint sind, sondern die Christen. Gewiß muß zugegeben werden, daß den Römern Juden und Christen wie eine einzige heidnische Sekte vorkamen. Mithin ist es mehr als ein augenblickliches Versehen, wenn Herr Stöcker das „odium humani generis" nun auf die Juden bezieht, und nicht auch auf die Christen. Auch ist die Unterlegung Stöckers falsch, die Stelle bedeute, die Juden seien der Gegenstand des Hasses der Menschheit. Es muß nach der Interpretation aller modernen Tacitus-Forscher heißen: „der Haß gegen die Menschheit!" Das wird durch eine Stelle aus Tacitus' Historien (Buch V Cap. 5 f. E. Friedemann, Catilina Bd. II S. 381 f.) bestätigt, wo es von den Juden heißt: „Es herrscht unter ihnen selbst hartnäckiges Zusammenhalten und bereitwillige Theilnahme, aber gegen alle anderen feindseliger Haß." (adversus omnes alios hostile odium.)

Somit sehen wir, daß Herr Stöcker, um seinen Worten Gewicht zu geben, sich hinter eine Autorität gestellt hat, die gefälscht war. Wir müssen uns energisch gegen diese Methode wehren, mit allen möglichen gefälschten „Autoritäten" gegen die Juden zu Felde zu ziehen. Es beweist wenig Vertrauen für ihre Sache, wenn die Herren Antisemiten sich nur auf fremde Worte und Ideen stützen. Es beweist aber geradezu Leichtsinn, fremde Worte zur Hervorhebung der eigenen zu verwenden, die gefälscht sind, und zwar auf der vornehmsten Redner-Tribüne Preußens. Dies kann aber nicht Wunder nehmen, wenn man weiß, daß es Herr Stöcker war!

## Zur Abwehr.

**Aus Haynau** wird uns geschrieben:

Die Antisemiten werden hoffentlich, wenn alle Gegner derselben ihre Schuldigkeit thun, ihren Feldzug im Kreise Liegnitz-Haynau-Goldberg vergeblich unternommen haben. Von den drei Städten dieses Reichstagswahlkreises kann nur in Liegnitz von dem Vorhandensein einer „antisemitischen Strömung" die Rede sein, in Goldberg finden sich verhältnißmäßig wenig Antisemiten unter kleinen Geschäftsleuten, ebenso in Haynau. Ungünstig ist der Boden für den Antisemitismus bei der Landbevölkerung, trotzdem die „Kreuzztg." behauptet, diese letztere incliniren vollständig zum Antisemitismus. Die antisemitischen Sendboten finden auf dem Lande wenig Beachtung; gelingt es ihnen eine Versammlung zu Stande zu bringen, so ist dieselbe dürftig besucht. In einem Orte des Goldberger Bezirkes ereignete es sich sogar, daß die von den Antisemiten einberufene Versammlung den liberalen Candidaten Herrn Jungfer mit überwältigender Majorität acceptirte. In Liegnitz selbst ist leider die Antisemiterei üppig ins Kraut geschossen. Die dortigen Antisemiten recrutiren sich aus Beamten, Offizieren und den Handwerkern 2c., welche sich durch die Juden beeinträchtigt glauben. Der Fanatismus der dortigen Antisemiten geht so weit, daß sie nicht davor zurückscheuen, sich selbst zu schädigen, wie denn z. B. ein Gastwirth in der Breslauer Straße principiell keinen Juden in seiner Wirthschaft duldet und ihnen sogar die Verabreichung von Speise und Trank verweigert. Wie die Kampfesweise der Antisemiten ist, dafür nur ein Beispiel: Ein Liegnitzer Lehrer äußerte sich in öffentlicher Versammlung über den liberalen Candidaten Herr Jungfer dahin, derselbe könne weder lesen noch schreiben. Ein Stadtrath in einer Stadt von 50000 Einwohnern, der weder lesen noch schreiben kann, das dürfte allerdings noch nicht dagewesen sein: erfindungsreich sind die Herren Antisemiten, das muß man ihnen lassen.

**Der antisemitische Reichstagscandidat Hertwig.** Die „Breslauer Ztg." schreibt: Vor mehreren Wochen ging die Notiz durch die Blätter, daß gegen den Rechtsanwalt Hertwig in Charlottenburg, den Vertheidiger Ahlwardts und jetzigen antisemitischen Candidaten für das Reichstagsmandat des Wahlkreises Liegnitz-Goldberg-Haynau, ein Untersuchungsverfahren schwebe. Die Vermuthung lag nahe, daß es sich dabei um einen mit seinem Verhalten im Prozeß Ahlwardt in Zusammenhang stehenden Vorgang handle. Wie wir nunmehr erfahren, ist ein Strafverfahren gegen Herrn Hertwig im Gange, das sich aus ganz anderer Ursache herleitet. Der uns wohlverbürgte Thatbestand ist der folgende:

Im Winter 1890/91 vergnügte sich Herr Hertwig in unserer Stadt in einer privaten Gesellschaft beim Glücksspiel. Die launische Glücksgöttin muß ihm dabei nicht hold gewesen sein, denn er sah sich genöthigt, von einem der Mitspielenden hundert Mark zu leihen. Einen Theil dieser Summe lieh ihm der betreffende Herr während des Spiels, einen anderen Theil aber erst bei seinem Weggange aus der Gesellschaft. Seit jenem Spielabend war über ein Jahr vergangen, als der Herr, der Herrn Hertwig die hundert Mark geliehen hatte, da inzwischen eine Rückzahlung der entliehenen Summe nicht erfolgt war, den Versuch machte, zu seinem Gelde zu kommen. Er stellte durch einen Dritten an Herrn Hertwig das Ersuchen, die fragliche Summe zurückzuzahlen. Herr Hertwig erwiderte darauf in einem Schreiben, in welchem er ausführte, daß seiner Erinnerung nach nur ein Theil der von ihm beanspruchten Summe als rechtsgültige Forderung geltend gemacht werden könne, während der andere Theil der Summe, als zum Spiel geliehen, nach den einschlägigen Gesetzesparagraphen nicht einklagbar sei. Herr Hertwig bezahlte jedoch auch denjenigen Theil der Schuld nicht, den er selbst als zu Recht bestehend anerkannt hatte. Ungefähr ein halbes Jahr nach der ersten Zahlungsaufforderung richtete der Herr, welcher Herrn Hertwig die Summe vorgestreckt hatte, nachdem ein durch Vermittelung eines Freundes Hertwigs versuchter Ausgleich nicht zu Stande gekommen war, selbst ein Schreiben an Herrn Hertwig, in welchem er ihn abermals um Rückerstattung der ihm geschuldeten Summe ersuchte. Er fügte noch hinzu, daß er sich eventuell in Wahrung seiner Interessen an die Berliner Anwaltskammer wenden würde. Auf diesen Brief erhielt der Herr als Antwort von Herrn Hertwig eine offene Postkarte, in der Hertwig sich ungefähr dahin äußerte: er behalte sich in Rücksicht auf die Nöthigungs-Paragraphen des Strafgesetzbuchs weitere Maßnahmen vor. Das von Herrn Hertwig eingeschlagene Verfahren bewog den Empfänger dieser Antwort, die Angelegenheit nunmehr zur Kenntniß der Berliner Anwaltskammer zu bringen; als Beweisstücke legte er sowohl den an die erwähnte Mittelsperson gerichteten Brief, sowie die an ihn selbst gerichtete Postkarte des Herrn Hertwig bei. Von der Anwaltskammer bekam er keinen weiteren Bescheid; dagegen erhielt er eine Vorladung vor das für seinen Wohnort zuständige Amtsgericht zu einer Vernehmung als Zeuge „in der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Hertwig". In dem Termin, der vor ca. 14 Tagen stattfand, gab er den von uns mitgetheilten Sachverhalt zu Protokoll. Er erfuhr dabei, daß es sich in dem Strafverfahren gegen Herrn Hertwig um das Delict der Nöthigung handle auf Grund des Inhalts der ihm als Antwort auf seine Mahnung eingesandten Postkarte.

Gegenüber der „Staatsbürgerztg.", welche das Verhalten Hertwigs in einem anderen Lichte darzustellen versucht,

hält die „Bresl. Ztg.“ ihre Mittheilung in vollem Umfange aufrecht. Zu der Bemerkung des antisemitischen Blattes, es habe den Anschein, als sei gegen Herrn Hertwig eine Denunziation eingereicht, um den Inhalt derselben jetzt vor der Wahl an die Oeffentlichkeit zu bringen, schreibt die „Bresl Ztg.“: „Es wird um die absolute Hinfälligkeit dieser Unterstellung aufzuzeigen, genügen, darauf hinzuweisen, daß die gerichtliche Zeugenvernehmung in der Strafsache gegen Herrn Hertwig bereits in der ersten Hälfte des Januar stattgefunden hat, daß demnach die Benachrichtigung der Berliner Anwaltskammer von dem Verhalten des Herrn Hertwig — und diese Behörde allein hat alles Weitere in der Angelegenheit veranlaßt — ohne Zweifel zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, zu welchem von der Candidatur des Herrn Hertwig noch nicht die Rede war. Die Politik hatte mit der Anzeige bei der Anwaltskammer nicht den leisesten Zusammenhang.“

Nachschrift. In der „Staatsbürger-Ztg.“ vom 9. Februar erklärt Herr Hertwig Folgendes:

1) Ich habe niemals die fragliche Schuld ganz oder theilweise anerkannt, da nicht ich, sondern ein anderer dafür haftbar war;

2) ich habe die trotzdem an mich in zudringlichster Weise ergangenen Mahnungen schließlich mit dem Hinweise auf den Erpressungs-Paragraphen beantwortet, um mich vor weiteren Belästigungen zu schützen;

3) daß dieses mein Verhalten den Thatbestand der Nöthigung enthalten soll, erscheint schwer begreiflich;

4) von einem aus diesem Anlaß gegen mich eingeleiteten Ermittelungsverfahren ist mir nichts bekannt.

**Ein am 7. in Liegnitz erschienenes antisemitisches Flugblatt** enthält auf seiner letzten Seite die Mahnung: „Parteigenossen, unterstützt und verbreitet den „Reichs-Herold!“ — Hierzu bemerkt das „Liegn. Tgbl.“:

Uns liegt eine Nummer dieses Blattes, und zwar Nr. 567 vom 16. December 1892, vor. Darin ist in einem Artikel, welcher die Ueberschrift trägt: „Bauern, seid praktisch!“ zu lesen:

> „Im Landtage muß es anders werden. Selbstständige Männer müssen hinein. Hinaus mit den Juden, Advokaten und Beamten! Was taugen die für das Volk? Gar nichts. Deshalb, Volk, sei auf deiner Hut, es gilt dein Wohl und Wehe!“

Dieselben Herren, welche zur Unterstützung des „Reichs-Herold“ auffordern, der die Advokaten und Beamten nicht im Parlament haben will, stellen aber für die bevorstehende Reichstagswahl einen Rechtsanwalt — also einen Advokaten — auf und wollen bei der Landtagswahl einen Landrath — also einen Beamten — unterstützen.

Wunderbare Consequenz! Will man denn jene Candidaten wählen, um ihnen dann mit dem „Hinaus!“ des „Reichsherold“ entgegenzutreten? Da ist es doch weit höflicher und besser, sie nicht erst zu wählen.

Diesen besseren Weg werden die Liberalen unseres Wahlkreises einschlagen, indem sie keinen Advokaten und keinen Beamten — ein Jude kommt ja garnicht in Frage — sondern einen selbstständigen, völlig unabhängigen Mann aus dem Volke wählen, Herrn Rentner **August Jungfer**.

**Waffenlieferung für das Ausland.** In der Budgetcommission des Reichstages wurde, nach einem Berichte der „Freis. Ztg.“ bei der Bewilligung von neuen Torpedobooten seitens des Abg. Buhl darauf hingewiesen, daß der Lieferant der deutschen Torpedoboote Schichau in Elbing auch Torpedoboote liefere für alle europäischen Staaten, insbesondere für Rußland. Bei der immerhin vorhandenen Möglichkeit eines Zukunftskrieges mit Rußland sei dadurch mittelbar Rußland in den Stand gesetzt, von den Fortschritten des deutschen Torpedowesens seinerseits Nutzen zu ziehen. Darauf erwiderte Admiral Hollmann: Wir machen uns gar nichts daraus, daß das Etablissement Schichau auch für andere Staaten liefert. Uns ist dies gleichgültig. Wir freuen uns, daß der fremde Consument dem deutschen Privatwerk etwas zu verdienen giebt, und erkennen aus der Bestellung, daß das deutsche Werk andern in diesen Lieferungen überlegen ist, denn sonst würden die Ausländer sich nicht an deutsche Werke wenden. Sind wir aber jetzt dem Auslande voraus, so werden wir in dem Moment eines Krieges auch weiterhin im Vorsprung sein.“

Hierzu bemerkt die „N. D. Ztg.“ vom 3. Februar:

„Wir halten es kaum für denkbar, daß sich einer der höchsten Beamten des Reiches in solcher, um einen milden Ausdruck zu gebrauchen kurzsichtigen Weise über Waffenlieferungen an das Ausland ausgesprochen haben sollte. Wir sind vielmehr, bis wir eines schlechteren belehrt werden sollten, der Ansicht, daß das Organ Eugens des Lauten die Aeußerungen des Admiral-Staatssekretärs ad usum Löwe's und seiner Fabrik zurechtgestutzt hat, um diesem die Möglichkeit zu geben auszurufen: Wie kommt ihr Deutschen dazu, zu sagen, ich hätte gehandelt unpatriotisch? Selbst der große Patriot, der Staatssekretär Hollmann, hat gemeint, ich mache mir nichts daraus, wenn die deutschen Werke liefern an's Ausland. Werde ich doch auch machen können, was den andern gestattet ist vom Herrn Staatssekretär. — Sollte sich Herr Hollmann aber doch, entgegen den Anschauungen gewiß aller Patrioten, in dem von der „Freis. Ztg.“ skizzirten Sinne ausgesprochen haben, so würde das zu den vielen — Unbegreiflichkeiten zu rechnen sein, die wir im deutschen Reiche zu bewundern tagtäglich reichliche Veranlassung haben.“

Diese Anmaßung des antisemitischen Blattes verdient festgenagelt zu werden. In der Reichstagscommission machte sich gegen die Auffassung des Admirals Hollmann kein Widerspruch geltend. Die Mitglieder der Commission gehören also eben so wenig wie Staatssecretär Hollmann zu den „Patrioten“. Es ist noch ein Glück, daß die Herren Liebermann von Sonnenberg, Ahlwardt und Genossen im Reichstage sitzen; sonst wäre im deutschen Parlament der Patriotismus und die nationale Gesinnung gar nicht vertreten.

**Jüdische Hausirer.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

Am 1. Februar d. J. stellte Herr Dr. Böckel im Reichstage die Behauptung auf, daß die Juden aus angeborenem Hang zum Handel und angeborener Scheu vor körperlicher Arbeit Hausirer würden, und dann nebenbei noch Geldgeschäfte machten. Das ist, mit Verlaub, durchaus unwahr, denn erstens ist es nicht der angeborene Hang zum Handel, der die Juden Hausirer werden läßt, sondern die jahrhundertelange Gewohnheit. Da ihnen so lange fast jeder andere Stand verschlossen war, so ist es ganz natürlich, daß sie auch heute noch in großer Anzahl diesen Beruf ergreifen, stehen ihnen doch erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit alle Berufsklassen offen. Uebrigens giebt es viele Gegenden unseres deutschen Vaterlandes, wo die Hausirer fast ausschließlich Christen sind. Zweitens ist es nicht wahr, daß die Juden eine angeborene Scheu vor körperlicher Arbeit haben. Abgesehen davon, daß es auch zahlreiche jüdische Handwerker giebt, bringt gerade der Beruf des Hausirers große körperliche Anstrengung mit sich, eine größere vielleicht, als mancher andere Beruf. Herr Böckel dachte auch wohl nur an die wenigen Hausirer, die mit Pferd und Wagen angefahren kommen. Das sind aber Ausnahmen. Der größte Theil, ich kann wohl sagen, fast alle Hausirer schleppen sich zu Fuß, mit einem centnerschweren Pack auf dem Rücken, auf die Dörfer und Güter, bei Wintersturm und Sonnenbrand, bei Schnee und Regen, um sich ein kümmerliches Brod zu erwerben. Daß diese Leute größere Anstrengung haben, als z. B. der Handwerker, der in seiner vor den Unbilden der Witterung geschützten Werkstatt sitzt, wird jeder billig denkende Mensch einsehen. Außerdem kann es jeder Landbriefträger bestätigen. Um Geldgeschäfte zu machen, besitzen die Hausirer, die sich ohnehin nur kümmerlich ernähren, gar kein Kapital. Gewiß

giebt es so gut wie unter den christlichen, auch unter den jüdischen Hausirern nichtsnutzige Elemente. Das ist in allen Ständen, in allen Erwerbskreisen der Fall. Aber ungerecht ist es, die jüdischen Hausirer sammt und sonders, wie es Abg. Böckel gethan, als schlechte Menschen hinzustellen und der öffentlichen Verachtung preiszugeben.

Aus den jüngsten Verhandlungen des **evangelisch-sozialen Kursus** in Elberfeld heben wir hervor, daß Pastor Naumann-Frankfurt a. M. in seinem Referate über die Grundlinien für ein christlich-soziales Reformprogramm eine Reihe von Thesen aufstellte, worunter sich die folgenden befanden:

B. Gegenüber den **Juden**. 1) Die Religionsfreiheit muß auch gegenüber den Juden streng gewahrt werden. 2) Der Kern der sozialen Frage ist nicht die Judenfrage. 3) Wir wünschen, daß die Erziehung, Leitung und Beeinflussung unseres Volkes im christlichen und deutschen Geist gehalten sei. 4) Die bürgerlichen Rechte der Juden müssen ungeschmälert bleiben.

**Allendorf** bei Weilburg, 30. Jan. Dr. Böckel hielt gestern Abend in unserem Dorfe eine Versammlung ab, nachdem er Nachmittags in Neunkirchen gesprochen hatte. Im Saale des Herrn Autor hier trug er vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sein Programm vor, erklärte unter heftigen Angriffen auf die Nationalliberalen, Conservativen, Freisinnigen und das Centrum, daß nur seine Partei das Wohl des Landmannes im Auge habe, und schloß, wie das „W. T." berichtet, mit den Worten: „Ich bin der Ansicht, die Juden gehen zu lassen und dieselben nicht zu belästigen, sowie judenfreie Märkte einzuführen; für mich existiren die Juden überhaupt nicht, für mich sind sie Luft. Einigkeit soll die Parole aller Deutschen sein in dieser bedrückten Lage" — Als Gegenredner war Herr Rechtsanwalt Dr. Helff aus Frankfurt a. M. erschienen, welcher besonders die freisinnige Partei gegen die Vorwürfe Dr. Böckels vertheidigte. Redner bemerkte, er wisse recht gut, wo den Landmann der Schuh drücke, Böckels Rede sei vielleicht im Osten angemessen, aber bei uns seien solche Zustände nicht vorhanden; er mahnte dringend, ihre Mitmenschen (die Juden) nicht zu verachten, sie seien nicht schuld, daß sie als solche geboren, gerade so wenig, daß wir als Christen geboren sind, und den jüdischen wie den christlichen Wucher solle jeder nach Kräften bekämpfen. Redner brachte die Worte Kaiser Friedrichs noch in Erinnerung, „daß die antisemitische Bewegung eine Schmach unseres Jahrhunderts genannt werden müsse" und behandelte dann in längerer Auseinandersetzung die Consum- und Jugendvereine. — Nun folgten noch einige mitunter heftige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Rednern, worauf die Versammlung von dem Vorsitzenden Herrn Haibach um $11^1/_2$ Uhr geschlossen wurde. Zwei weiter angemeldete Redner kamen nicht zum Wort. Hervorzuheben ist noch, daß Herr Dr Böckel, trotz Interpellation, keine Silbe von der Militärvorlage erwähnte.

g. **Thorn**, 2. Februar. In der letzten Sitzung des hiesigen conservativen Vereins ersuchte ein Mitglied um Auskunft über die Stellung des Vereins zur Judenfrage. Dem Interpellanten wurde vom Landrath erwidert, daß diese Angelegenheit den Verein nichts anginge, es werde ihm anheim gestellt, sich anderen Vereinen anzuschließen.

**Aus Jena**, 1. Februar wird der „Magd. Ztg." geschrieben: Eine sehr bewegte politische Versammlung fand gestern Abend im „Kaffeehause" statt. Vor sehr vielen Zuhörern sprach Professor Delbrück eingehend und, wie ihm hernach gesagt wurde, in „akademischer" Ruhe über die antisemitische Bewegung. Nachdem der Redner zuerst den Gründen dieser Bewegung nachgegangen war, kam er zu der Frage, was denn eigentlich geschehen solle. Daß Auswüchse im Volksleben vorhanden seien, an denen die Israeliten besonders stark betheiligt seien, müsse zugegeben werden. Sehr entschieden wandte sich aber der Redner gegen eine rückläufige Gesetzgebung, durch die den Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung wieder entzogen würde. Es würde damit auch hinsichtlich der wirklich vorhandenen Schäden keine Besserung erziel:. Ebenso wenig wollte Delbrück etwas von irgend einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Juden wissen. Es sei schon unmöglich, im Gesetze festzustellen, wer denn Jude sei und wer nicht. Da es eine Racenfrage sein solle, so müßte doch bestimmt werden, wo die jüdische Race anfange, was bei den vielfachen Kreuzungen unmöglich sei. Der Redner faßte sich schließlich dahin zusammen, daß nur dann etwas genutzt werden könne, wenn man die Schäden bekämpfe und die vorhandenen Auswüchse, einerlei, von wem sie verschuldet seien, zu treffen suche. In dieser Beziehung wies er auf die Verhandlungen über das Börsenspiel hin, ferner auf die Selbsthülfe und auf geeignete Maßnahmen der Verwaltung. An diese Ausführung schloß sich eine lange und bewegte Besprechung. Praktische Vorschläge, die wesentlich über die von Delbrück vorgezeichnete Linie hinausgingen, wurden indeß von keiner Seite gemacht.

j **Bruchsal**, 3. Februar. Hier spielte sich in den letzten vier Wochen eine interessante Zeitungsfehde zwischen einem jüdischen Mitbürger und mehreren antisemitischen Anonymen ab, die nunmehr anscheinend mit dem Siege des ersteren endete. Bemerkenswerth erscheint diese ausnahmswürdige Selbsthilfe unseres jüdischen Mitbürgers aber besonders aus dem Grunde, weil das Organ, welches in wirklich weitgehendster Loyalität seine Spalten dem Kämpfer gegen Rassenhaß und Klassenhaß öffnete, der katholische „Bruchsaler Bote" ist, der auch im Uebrigen durch seine gerechte und unparteiische Haltung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern sich vor manchem nationalliberalen Organe auszeichnet.

---

## Aus der antisemitischen Partei.

**Ueber ein Heldenstückchen des Dr. Danneil in Oldenburg** brachten wir in Nr. 4 eine kurze Notiz. Es geht uns nachträglich der folgende ausführliche Bericht über die dortige Thätigkeit dieses antisemitischen Agitators zu:

Unsere sonst so friedliche Residenz mit ihrer durchweg von echt liberalem Geiste durchdrungenen Bevölkerung war kürzlich der Schauplatz zweier antisemitischer Versammlungen, die von dem bekannten Dr. Danneil aus Bielefeld veranstaltet wurden. Die erste Versammlung war von reichlich 200 Personen besucht, die größtentheils aus Neugier gekommen waren und in der Erwartung, einer echt antis. Radauversammlung mit ihren Ueberraschungen beizuwohnen. Nachdem der antis. Wanderredner eine seiner bekannten Hetzreden vom Stapel gelassen hatte, traten ihm der frühere Reichstagsabg. Herr Bankdirektor Propping, sowie der hiesige Landrabbiner und zwei auswärtige sozialistische Redner scharf entgegen. Außerdem ergriff ein hiesiger jüdischer Kaufmann das Wort und fertigte Herrn Danneil gehörig ab. In seiner Rede nahm er auch Veranlassung, zwei hiesige jüdische Geschäftsleute anzugreifen und ihren Geschäftsbetrieb als unreell hinzustellen. Herr Dr. D. konnte nun durch den Ausgang der Versammlung mit Sicherheit darauf schließen, daß hier kein Boden für seine Bestrebungen sei, und er machte einen Tric, der den Geschäfts-Antisemitismus dieses Biedermannes im hellsten Lichte erstrahlen läßt. Herr Danneil schrieb den beiden angegriffenen jüdischen Geschäftsleuten, sie möchten ihn in seiner Wohnung Uchtmanns Hotel besuchen, und nachdem diese Leute zu ihm kamen, eröffnete er ihnen, daß der vorhin genannte jüd. Kaufmann und der hiesige Landrabbiner ihn vor Beginn der Versammlung ersucht hätten, sie Beide tüchtig anzugreifen und möglichst zu vernichten. Er sei bereit, ihnen in einer zweiten antisemitischen Versammlung Gelegenheit zu geben, die gegen sie erhobenen Be-

schuldigungen zurückzuweisen und die Kampfesweise ihrer Gegner zu besprechen. Nachdem die beiden Juden ihr Einverständniß hierzu erklärt hatten, ließ sich Herr Dr. D. von denselben 50 Mark nach Mittheilung der „Oldenburger Zeitung" 100 Mark, garantiren und annoncirte nun eine zweite antisemitische Versammlung mit dem ausdrücklichen Vermerk in dem Inserate „Auf Wunsch mehrerer Juden."

Die Versammlung fand am 10. Januar statt; der Andrang war ein so kolossaler, daß ein großer Theil des Publikums keinen Einlaß in den Saal fand. Es dürfte wohl noch nicht dagewesen sein, daß in einer antisemitischen Versammlung Juden ihren Glaubensgenossen gegenübergetreten sind, wie es hier die geschickte Machination des Hetzapostels fertig gebracht hat und gerade die Erwartung eines ungeheuren Scandals hatte die Leute veranlaßt, nach der Versammlung zu gehen. Die tollsten Gerüchte, die sich nachher natürlich als Schwindel erwiesen, durchschwirrten unsere Stadt. So sollte auf jüdische Kosten von Wilhelmshaven ein Extrazug mit 200—300 sozialistischen Werftarbeitern kommen, ebenso sei unserem Reichstagsabgeordneten Herrn Hugo Hinze ein Extrazug von Berlin nach Oldenburg von jüdischen Herren zur Verfügung gestellt etc. etc. Der Verlauf der Versammlung entsprach denn auch ganz den gehegten Erwartungen, verhinderte aber nicht, daß Dr. D. von dem sozialistischen Redner Herrn Ebert aus Bremen und von dem jüdischen Kaufmann in vernichtender Weise abgeführt wurde. Herr Dr. D., dem ja das Verdienen bei der Angelegenheit anscheinend die Hauptsache ist, verlangte nun von Herrn Oppermann, dem Besitzer des Saales, in welchem die Versammlungen stattgefunden hatten, die Ueberlassung desselben zu einem weiteren Vortrag, doch verweigerte ihm sowohl Herr Oppermann wie auch die übrigen Inhaber größerer Säle die Hergabe ihrer Localitäten. Darauf schrieb Dr. D. an Herrn Oppermann folgenden Brief:

Uchtmanns Hotel.

Oldenburg i. Gr. den 14. Januar 1893.

Herrn Oppermann!

Bis morgen Sonntag 9½ Uhr bitte ich um definitiven Bescheid, ob Sie Ihren Saal zum Dienstag hergeben wollen, andernfalls wird sich der antis. Verein zum Großherzog begeben, da Sie wiederholt geäußert haben, Sie seien zur Magistratssitzung gewesen und hätte man Ihnen gesagt, man würde sofort die neue Versammlung auflösen. Beide Thatsachen wären ungesetzmäßig und würden durch unsere Abgeordneten im Reichstage erörtert werden.

Hochachtend

Dr. Danneil.

Das Bekanntwerden der Thatsache, daß Dr. D. sich von zwei Juden eine Summe Geldes garantiren ließ, um eine Versammlung abzuhalten, sowie die Unverfrorenheit, unseren hochherzigen Großherzog, der mit seinem edlen Charakter der antis. Bewegung abhold ist, haben denn auch den lebhaftesten Unwillen in unserer gesammten Bevölkerung erregt.

Doch reichte dieses Alles noch nicht hin, Herrn Dr. D, der sich bereits 14 Tage hier aufhielt, zum Verlassen des Platzes zu bewegen. Nachdem aber Herr Dr. D. in der Nacht vom 14. zum 15. einen Streit mit einem Gesinnungsgenossen bekam, der erst durch hinzugerufene Nachtwächter geschlichtet werden mußte, und in der Nacht vom 16. zum 17. von 5 christlichen jungen Leuten in einem hiesigen Restaurant durchgeprügelt wurde, nachdem er sie mit Bezug auf ihren Beruf beleidigt hatte, zog es der Herr doch vor, den ihm zu heiß gewordenen oldenburgischen Boden zu verlassen, zumal man ihm in Varel und auch in anderen Orten des Großherzogthums die Hergabe eines Locals zur Abhaltung von Hetzversammlungen verweigert hatte.

Die antisemitische Bewegung wird von allen Oldenburgern, selbst von denen, die den Juden nicht sympathisch gegenüberstehen, auf das Schärfste verurtheilt und dürfte hier keine Wurzel fassen ebenso wie dem neugegründeten antisemitischen Reformverein mit seinen 1½ Dutzend Mitgliedern kein langes Leben prognostizirt wird.

**Aus Nordamerika** ist an den Abgeordneten Dr. Böckel eine Einladung zu einer Anzahl von Vorträgen ergangen. Da von den Deutschen in den Vereinigten Staaten eine namhafte Unterstützung der Partei in Aussicht steht, ist es, wie der „Reichsherold" meint, nicht unmöglich, daß Dr. Böckel im Herbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika besuchen und dort ca. 12 Vorträge halten wird.

**Dr. Sigl** vom Bayrischen „Vaterland" ist ein Preußen- und Judenfresser zugleich. Und so schreibt er denn in seinem Kraftstil: „Der Preuße im Allgemeinen, als Vertreter des Borussenthums gilt dem schlichten Altbayer mit seinem wenigstens nicht in Schnaps ersäuften Hausverstand nicht als ein St. Michael, haltend die Waage der Gerechtigkeit, nicht als Mann der Treue, nicht als Volksbeglücker, sondern als Einer, der nimmt, was er kriegen kann, der verräth bei rentabler Gelegenheit, der den Unterthan nebst seinem Geldbeutel ausbeutelt, wie der Jud!"

**Aus Bautzen** ist eine mit 1000 Unterschriften bedeckte Adresse an den conservativen Abgeordneten Hempel abgegangen, durch die er ersucht wird, „in anbetracht der drohenden **Choleragefahr** eine Interpellation im Reichstage darüber anzuregen, daß die Regierung veranlaßt werde, die Grenzen des Deutschen Reiches gegen die Einwanderung fremder Juden abzuschließen."

Wir sind begierig, wie man diesen Vorschlag begründen wird. Eine Absperrmaßregel hätte doch nur einen Sinn, wenn sie auf alle Fremden ausgedehnt wird. Die Urheber der Adresse verfolgen mit derselben lediglich einen agitatorischen Zweck; denn sie wissen, daß Regierung wie Reichstag die Sache nicht ernst nehmen können.

**Das „badische Landpöstchen"** über Hochmuth etcetera. Das hier bezeichnete in Karlsruhe halbwegs unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinende „Blättle" — so schreibt man uns aus Baden unterm 6. Februar — regt sich gar gewaltig auf über den Aufruf Berliner jüdischer Mitbürger zur Abwehr des Antisemitismus. Was die anmaßenden Herolde christlicher Tugenden und wucherischen Hausirer falschgemünzten Germanenthums als „urteutscheste" Tugend an ihren Geschäftskunden rühmen: Das „Sich wehren!" — das ist nach der Bad. Landp." bei denen, die gegen die antisemitische Fluth einen Damm errichten, die sich ihrer Haut wehren wollen, „Hochmuth" und „Anmaßung". Es ist nicht unlohnend, zu constatiren, wie die journalistischen Judenhetzer sofort aus dem Häuschen gerathen, sobald sie eine Regung des Widerstands auf der Seite derjenigen, von deren Beschimpfung sie leben, irgendwo bemerken. Dies sollte den Angegriffenen zeigen, wie sehr sie auf dem richtigen Wege sind, wenn sie allerorten zur energischen Selbstabwehr noch zusammenthun. Und wenn der „B. Landp." es nicht gefällt, daß die Juden — gestützt auf ihr verfassungsmäßiges Recht — als Deutsche ihre Interessengemeinschaft mit dem deutschen Volke in den Vordergrund stellen, so sollte das conservative Organ sich nicht ereifern, wenn socialistische oder anarchistische Elemente ihre Verfassungsuntreue und mangelnden Respekt vor dem Grundgesetze des Reiches übertrumpfen. Im Uebrigen empfehlen wir dem Hetzblättchen als Gegenstand berechtigter Entrüstung über „Hochmuth, Anmaßung und Geldsammlerei" das bedruckte Papier des ihm nahestehenden Herrn Dr. Böckel. Wir wären der „Bad. Landpost" dankbar, wenn sie uns auch nur eine Nummer des ihr geistesverwandten „Reichsherold" bezeichnen wollte, in der nicht der Bettelsack geschwungen wird, sich nicht ein Appell an den Geldbeutel oder wenigstens ¼ Dutzend Artikel vorfinden, die an Hochmuth, Anmaßung und Selbstbeweihräucherung alle philosemitischen Schriften um so viel

übersteigen, als die Höhe des Eiffelthurmes diejenige der Miniaturbutzenscheiben des Redactionslokals der „Bad. Landpost“ übersteigt.

**Ein deutschsozialer Parteitag für die Provinz Brandenburg und Anhalt** wurde am 5. Februar in Berlin abgehalten und zwar unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit. Herr Dr. Paul Förster nämlich, der Leiter der Versammlung, erklärte es deren Entscheidung zu überlassen, ob die Anwesenheit von Zeitungsberichterstattern geduldet werden solle. Als keiner gegen die Anwesenheit der Berichterstatter etwas einzuwenden hatte, wandte sich Dr. Förster zu diesen: Es ist den Herren Berichterstattern also erlaubt, hier zu bleiben, jedoch muß ich an diese Erlaubniß nach die Bedingung knüpfen, daß die Herren sich mir auf Ehrenwort verpflichten, nach den Debatten mit mir Rücksprache zu nehmen und nach meinen Angaben Einzelnes, was ich für ungeeignet zur Veröffentlichung halte, aus ihren Berichten zu streichen. Selbstverständlich lehnten die Berichterstatter es ab, auf die Zumuthung, sich eine derartige Censur gefallen zu lassen, einzugehen, und als Dr. Förster sowohl wie die Versammlung auf dieser Bedingung verharrten, zogen sie es vor, auf die Berichterstattung zu verzichten und den Saal zu verlassen.

In der Versammlung gab sich eine große Mißstimmung gegen die deutschsoziale Parteileitung, insbesondere gegen Herrn Liebermann von Sonnenberg zu erkennen. So wurde behauptet, daß der Plan der Einberufung eines allgemeinen Parteitages vor Allem an seinem Widerstande gescheitert sei. Ein anderer Delegirter meinte, es sei unbegreiflich, wie Herr v. Liebermann dazu komme, die so lebhaften Aufschwung nehmende deutschsoziale Bewegung Berlins so vornehm zu ignoriren. Es wurde beschlossen, die Centralleitung zu ersuchen, zu Ostern einen deutschsozialen Parteitag für das Deutsche Reich einzuberufen. In den Vorstand des neugegründeten Provinzialverbands für Brandenburg und Anhalt wurden u. A. gewählt: Dr. Förster, Baron v. Langen, Ahlwardt, Hertwig, Bachler, Pastor Seidel-Angermünde.

**Antisemitismus bei einer Bataillonsfeier zu Kaisers Geburtstag.** Der „Freis. Ztg.“ wird das Original eines Festprogramms des 2. Bataillons des 2. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 76 zur Feier von Kaisers Geburtstag aus Hamburg zugesandt. In diesem Programm ist u. a. als Nr. 10 ein Singspiel und Charakterstudie aus der Gegenwart angekündigt unter der Ueberschrift „Jüdische Rekruten“. In diesem Stück ruft der Sergeant suchtig den drei jüdischen „Rekruten“ zu: „Ihr Juden seid der Abschaum des Militärs!“ Solches wurde in Gegenwart des Generals Grafen Waldersee aufgeführt.

**Zu den sächsischen Amtsblättern**, welche einen ausgeprägt **antisemitischen** Charakter haben, gehört auch der „Voigtländ. Anz.“ Wir ersehen das aus einer Anzahl uns von befreundeter Seite zugegangener Nummern dieses Blattes.

**Antisemitische Wahlagitation.** Aus Hameln wird der „Hannov. Post“ geschrieben: „Unser Wahlkreis wird voraussichtlich eine Ersatzwahl zum Reichstag vornehmen müssen, da aller Wahrscheinlichkeit nach die Wahl des jetzigen Vertreters, v. Reden-Hastenbeck, (nat.-lib.), für ungültig erklärt werden wird. Leider hat sich die deutschsoziale Partei in unserem Kreise noch keinerlei Organisation geschaffen, es wäre aber die höchste Zeit, daß etwas geschähe und man sich schon nach einem geeigneten Candidaten umsähe. Die Agitation müßte bald beginnen, da die meisten Wähler mit den Zielen unserer Partei unbekannt sind; es ist anzunehmen, daß ein großer Theil derer, die früher nationalliberal und welfisch gestimmt haben, sich unserer Partei zuwenden würden, falls ein geeigneter, im Kreise seßhafter Candidat aufgestellt würde. Der gefährlichste Gegner wird die sozialdemokratische Partei sein, welche den Bestrebungen unserer Partei am feindlichsten gegenübersteht, da sie weiß, daß die Deutschsozialen die Einzigen sind, die ihre Reihen schwächen können. Also frisch an's Werk!“ — Wir bitten die Gegner der Antisemiten in dem 9. Hannoverschen Wahlkreise auf der Hut zu sein, um der antisemitischen Agitation rechtzeitig wirksam zu begegnen.

Im 17. württembergischen Reichstagswahlkreise, der durch den Tod des Centrumsabg. Gößer erledigt ist, wollen die Antisemiten ihren Führer Welcker in Ulm als Candidaten aufstellen.

Die Antisemiten im Wahlkreise Pr. Stargardt-Berent haben die Candidatur Paasch für die Ersatzwahl zur Reichstage endgiltig zu Gunsten des polnischen Candidaten v. Kalkstein zurückgezogen. Ob sie wissen, daß Herr v. Kalkstein den Antisemitismus sehr energisch zurückgewiesen hat? Oder werden sie trotzdem für den polnischen Candidaten stimmen? Die Candidatur Paasch, vielleicht eine Anerkennung für „seine Verdienste um die antisemitische Sache,“ war von vornherein aussichtslos. Das müßte Jeder wissen, der die Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt.

**Magdeburg**, 4. Februar. Die hiesige „Volksstimme“ schreibt:

„Scene aus Café Westend, Sudenburg, am Sonntag den 29. Januar d. Js. Ruhig in der Ecke sitzt ein Landwirth mit einem bekannten Kaufmann, am Nebentisch sitzen zwei akademisch gebildete Herren und unterhalten sich über Antisemitismus. Die Unterhaltung entlockt einem der in der Ecke sitzenden Herren ein Lächeln, worauf einer der Akademiker, Herr Ingenieur K., nach dem Ecktisch hin die Frage richtet, ob die Herren wohl auch Antisemiten seien. Die Antwort veranlaßte Herrn Ingenieur K., beim Kellner 4 „Antisemiten-Schnäpse“ zu bestellen von denen er 2 Glas nach dem Ecktisch schickte. Der eine Herr — der Kaufmann — verweigerte das ihm angebotene Glas mit dem Bemerken, daß er seine Zeche selbst bezahlen könne. Darauf große Erregtheit bei dem Herrn Ingenieur, die sich in den Worten Luft macht: „Sie sind wohl auch ein Judenbengel?“ „Sie dummer Junge“ und was das antisemitische Wörterbuch dergleichen Kraftwörter mehr bietet, „Sie sind mir überhaupt nicht satisfaktionsfähig“ nicht zu vergessen. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Angegriffene einer hochachtbaren evangelischen Pastorenfamilie entstammt. Der Herr Ingenieur „beruhigte“ sich infolge dessen (besonders da ein großer Theil der Umgebung „unruhig“ zu werden begann) und schrieb an den beleidigten Herrn zwei Tage darauf mit bekannter antisemitischer Tapferkeit den üblichen Entschuldigungsbrief, natürlich erst, nachdem er eine Vorladung zum Schiedsrichter erhalten hatte.“

**Aus Greaensbrück** wird uns geschrieben, daß in die streng katholische Gegend, in der stets alle Confessionen freundlich zusammen lebten, nun auch die antisemitische Bewegung hineingetragen werden soll. Der Kreis Olpe zählt nur ca. 15 israelitische Familien über die man nichts Nachtheiliges gehört hat. Da aber die wüste Agitation in Friedeberg-Arnswalde bewiesen hat, was aus einem von antisemitischen Hetzern besuchten Wahlkreis werden kann, so rathen wir den Bewohnern von Greaensbrück, jetzt schon Maßregeln im Sinne unserer Abwehr zu ergreifen. Man warte nirgend erst ab, ob die Antisemiten in einen Wahlkreis einbrechen, sondern arbeite ihnen vor. Aufklärende Schriften und Flugblätter stehen stets zur Verfügung. Auch wird man gut thun, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, die die Bevölkerung über die Judenfrage aufklärt. Bei der beispiellosen Thätigkeit, welche die Antisemiten entfalten, ist Wachsamkeit und rührige Agitation nothwendig.

△ **Roppershausen** (Kreis Ziegenhain), 2. Februar. Am Sonntag den 29. Januar hielt der Antisemit Bindewald hierselbst eine seiner Agitationsreden behufs Gründung einer Ortsgruppe des Mitteldeutschen Bauernvereins. Er schimpfte nicht blos auf die Juden, sondern zog auch gegen die Conservativen los, denen er insbesondere vorwarf, daß sie den Mantel nach dem Winde tragen. Bindewald fand nicht viel Anklang; für die Gründung einer Ortsgruppe war keine Stimmung vorhanden.

## Ein französischer Nationalökonom über die Judenfrage.

### III.

„Aber auch in den abstrakten Wissenschaften, in der Mathematik, Physik, Astronomie und namentlich in der Philosophie leisteten und leisten die Juden Hervorragendes. In Babylon eigneten sie sich die ersten Elemente der Astronomie an und hunderten berühmtn Astronomen und Mathematikern begegnen wir später in dem sonnigen Spanien. Der Talmud beschäftigt sich in eingehender Weise mit den genannten Wissenschaften und wenn einmal dieses Riesenwerk durch die Bemühungen der jüdischen Gelehrten und Dank der Opferwilligkeit der jüdischen Geldaristokratie in mehrere moderne Sprachen vollkommen übertragen sein wird, dann werden die Männer der Wissenschaft in dieser Fundgrube ein geradezu unerschöpfliches Material für die Entwickelungsgeschichte des menschlichen Geistes entdecken."

„Wir begegnen jedoch den Juden nicht blos in den Akademien der Wissenschaften (unter den 150 Mitgliedern des Institut de France ist ein Dutzend jüdischer Abkunft, obgleich der Prozentsatz der französischen Juden nur 0,002 ist), in den Kanzeln der Hochschulen und auf den großen dramatischen Bühnen, sondern auch in den Staatsverwaltungen, in der Diplomatie und den Parlamenten wußten sie sich, trotzdem es scheinen sollte, daß sie gerade für diese Aemter durch ihre Jahrhunderte lange gewaltsame Zurückdrängung vom öffentlichen Leben untauglich wären, eine angesehene Stellung zu erringen. Ich brauche blos an die Minister Beaconsfield, Gambetta,*) Crémieux, Goudchaux, Fould, Raynal, Goschen, Luzzatti u. v. A. erinnern."

Und nun schildert Anatole Leroy-Beaulieu in wunderbarer, nur schwer wiederzugebender Weise die Schicksale Disraeli's, Gambetta's und Lassalle's, von denen jeder in einem anderen Lande und in anderen Schichten der Gesellschaft eine geradezu abgöttische Verehrung gefunden hatte.

„Der englische Tory, der französische Republikaner und der deutsche Socialdemokrat verstanden es, in den drei cultivirtesten Ländern Europas die Aristokratie, das Bürgerthum und das arbeitende Volk für ihre Ideen zu begeistern. In unseren Tagen, wo man doch so schnell die Dienste der Altvorderen vergißt, lebt das Andenken jener drei Abkömmlinge des jüdischen Stammes in den Herzen ihrer nach hunderttausenden zählenden Getreuen ungeschwächt fort und christliche Männer- und Frauenhände sind es, welche alljährlich Kränze auf den Gräbern der Juden Disraeli, Gambetta und Lassalle niederlegen."

„Als Frankreich zu den Füßen des stolzen Siegers lag, da incarnirte ein Sohn aus dem Stamme Juda die Seele Frankreichs. Und als Léon Gambetta vor 10 Jahren aus dem Leben geschieden war, da trauerte das ganze Vaterland um ihn, als um den größten seiner Söhne. — Ferdinand Lassalle wurde als der Messias des Socialismus begrüßt und als er in einem Duelle gefallen war, da bildete sich um sein Haupt eine glorreiche Legende. — Benjamin Disraeli, der Sophardijüngling aus Venedig, konnte sich rühmen, der Königin von England das Kaiserdiadem von Indien aufgesetzt zu haben und durch Jahrzehnte an der Spitze des mächtigsten Reiches der Erde gestanden zu sein!"

„Wer möge aber in diesen reichen Naturen das alte Zerrbild des Ghettojuden erkennen? Mit Nichten. Wir ziehen in stummer Bewunderung da, vor den drei großen Staats- und Volksmännern, welche mit derselben souveränen Macht gesetzgebende Körperschaften wie stürmische Volksversammlungen zu beherrschen verstanden. Sie erinnern uns an die großen Rabbinen des Mittelalters, welche oft in einer Person berühmte Theologen, Aerzte, Grammatiker, Astronomen, Philosophen und Finanzmänner waren."

*) Wie Leroy-Beaulieu bemerkt, habe er den jüdischen Ursprung Gambettas von einem persönlichen Freunde des letzteren erfahren. Gambettas Vater war ein italienischer Jude Auch Daniel Manik, der berühmte italienische Diktator aus dem Jahre 1848 stammte von Juden ab.

---

**Berichtigung.** In dem Artikel des Herrn Prof. Stengel in Nr. 6 der „Mittheilungen" sind folgende Druckfehler zu berichtigen: Seite 41 Spalte 1 Zeile 3 von oben muß heißen: Homberg an der Efze statt Elze; Seite 41 Spolte 2 Zeite 24 von oben muß heißen: Der der Blutthot Angeklagte . . . .; Seite 42 Spolte 1 Zeile 20 von oben muß heißen: 4. 10. 1886 statt 1880; Seite 43 Spalte 2 Zeile 39 von oben muß heißen: Güterschlächterei statt Güterschlochter.

---

## Briefkasten.

**H.** aus Schweidnitz (3,20 Mk.), **Elstädt in Jena** (2,90 Mk.) Sind Ihre Sendungen für die Wahlagitation in Liegnitz oder Mitgliederbeiträge?

**X. Y. Z.** in **Berlin.** Besten Dank. Wird benutzt.

**Magdeburg.** (Name unleserlich.) **M. Sp.** ebendas. Ganz interessant, aber für die „Mittheilungen" leider nicht verwendbar. — **M. S.**, ebendas. War uns bereits bekannt. Freundl. Dank.

**J. R.** in **Gießen.** Leider nicht verwendbar.

**L. F.** in **Leipzig.** Daß die „Anticorruption" des Dr. Wesendonck die Leipziger Skandalaffaire, trotz der betheiligten „Arier" ausführlich behandelt, verdient Anerkennung, insofern als Dr. W. Antisemit Fritsch'scher Richtung ist.

**X.** in **Coblenz.** Besten Dank für die Einsendung des „Cobl. Volksfreundes."

**A. M.** in **Paris.** Besten Dank für den uns übermittelten Ausschnitt aus dem „Matin". Unser Pariser Correspondent hat die Sache bereits behandelt.

**R. B.** in **H — n.** Wie Sie sehen, verwerthet. Derartige Berichte sind uns stets willkommen.

**M. Br.** in **O — a.** Sie erhalten unter Kreuzband das gewünschte Material zur Vorbereitung für Reden in antisemitischen Versammlungen. Ein wenig Muth und Freudigkeit gehört dazu, doch dürfen sie nicht fehlen, wenn es sich um eine so wichtige Sache handelt. Besten Dank!

**O. L.** Das Material zur Bekämpfung des Antisemitismus finden Sie in der neuen vollständigen Ausgabe des Antisemiten-Spiegels, den Sie durch unsere Büreaus zu dem Preise von 1 Mark beziehen können.

---

**Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind ferner eingegangen:**

Anonym, Frankfurt a. M. 10 M. — L. H. in Bruchsol 1 M. — Zur Abwehr, Ulm 1,60 M. — S. Osnobrück 10 M. — Sammlung A. Lengsfeld, Heilbronn 4 M. — G. H. Herrmonn, Schweidnitz 5 M. — Freisinn. Kegelklub durch H. Grünstein, Eisenach 14,30 M.

Für Freiheit und Gerechtigkeit
Ob Heiden, Juden, Christen,
Tritt ein, du große Menschenheit,
Dann wird die Welt sie richten. — Mogdeburg 31,50.

— N. H., Hamburg 1 M. — Tanosk, Paris 10 M. — A. Sobelsohn, Rheine 21 M. — Prof. Dr. Lunge, Zürich 20 M. — L. Leoy, Hamburg 2,40 M. — L. Weinmonn, Fronkfurt o. M 5,50 M. — Gebr. Seckel, Fronkf. a. M. 10 M. — Leo Mendelssohn, Phormozeut, Gerdouen 2 M. — H. Rosengorten, Breslou 3 M. — Sommlung aus Wottenschei durch N. L. Röttgen 28,50 M. — A. W. in H. 4 M. — X. ous Cöln 20 M. — Dr. med. Leder (?) Arzt 3,05 M. — Dr. Stein, Boireuth 5 M. — G., Schweidnitz 5 M. — Auf einen Schetmen anderthalb 20 M. — H. Nothanson, hier, N.O. 6 M. (Abzüglich 0,80 M. Porto) — Frau Weil 2 M. — Adolf Stern, Kreuznach 3 M. — M. Lipsky, Osterode 2 M. — Summa 250,05 M Im Gonzen bisher 496,75 M.

Um weitere Beiträge wird dringend gebeten.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

# Beilage

zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.“

Nr. 7. Berlin, den 12. Februar. 3. Jahrg. 1893.

## Verhandlungen

des

## Preußischen Abgeordnetenhauses

**am 28. Januar 1893**

nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Abgeordneter **v. Waldow** (fortfahrend, siehe Nr. 6 d. Zeitung): Meine Herren, über die Wahl Friedeberg-Arnswalde ist sa viet geschrieben worden in Zeitungen und Braschüren, daß ich fürchten muß, Ihnen hier nichts wesentlich Neues vorzubringen. Aber ein Zeitungsblatt aerweht der Wind. und eine Braschüre ist bald oergessen, während es im Interesse meiner Wähler liegt, daß die Thatsachen, die im Wahlkreise gespielt haben, hier öffentlich festgelegt werden.

Meine Herren, ich erkläre hiermit: wir Arnswalder Conservatiaen identifiziren uns in keiner Weise mit der Persönlichkeit des Heern Ahlwardt Wir billigen in keiner Weise die Agitation, die für ihn bei uns betrieben warden ist; und wenn wir ihn gewählt haben, sa ist es lediglich geschehen, weit er Ihr Gegner gewesen ist, meine Herren vam Freisinn. Denn Sie sind unsere größten Gegner, sowohl was unsere häuslichen Verhältnisse in Arnswalde betrifft, als auch in allgemein politischer Beziehung.

(Bravo! rechts)

Ganz besonders verwunderlich ist es mir, daß Ihre Presse sich sa sehr darüber aufregt. Heer Rickert, Sie stehen der Presse doch sa nahe und hätten beurtheilen müssen, wie die Verhältnisse bei uns lagen, daß das Resultat schließlich so zu erwarten war. Ich glaube, Sie werden sich mit Vergnügen noch der weihevollen Stunden erinnern, die Sie in Arnswalde selbst erlebt haben.

(Heiterkett.)

Ich habe mich zu meinem Bedaueen nicht veranlaßt fühlen können, die Versammlung zu besuchen; mir ist darüber oon einem Gewährsmann berichtet worden, und wenn Sie mit einer gewissen Befriedigung van Ihren Erfolgen auf dieser Versammlung sprachen, sa kann ich nur sagen, daß ich anders berichtet worden bin; man hat mir gesagt, Ihre Rede hätte den Erfolg gehabt, daß die Antisemiten einen sehr bedeutenden Zulauf gehabt hätten. — Seit einer ganzen Reihe von Jahren — nicht diesmal erst, sondern schon immer — sobald bei uns im Wahlkreise eine Wahl in Aussicht steht, erscheint der Fartschritt; dann kammen aus allen Weltgegenden Persönlichkeiten zusammen und agitiren. Wie sie agitiren, das werde ich Ihnen jetzt zeigen.

Die Methade ist sehr einfach; es wird gehetzt. Die Bevölkerung wird gegeneinander gebracht; der Arbeiter wird aufgehetzt gegen den Arbeitgeber, bei den Bauern wird Mißtrauen eeregt gegen den Graßgrundbesitzer; und wenn dann die ganze Bevölkerung in- und übereinander gehetzt ist, dann kommen sie und fischen ihre Stimmen in so getrübtem Wasser. So liegt die Sache, meine Herren, stets, und so ist es auch diesmal gewesen. Als im vergangenen Herbst die Wahl iasging, erschien z. B. in unserem Kreise ein Herr Buchholz — Johannes Buchholz.

(Heiterkeit.)

Der Mann reiste bei uns aon Ort zu Ort. Theils hörte man ihm zu, theils wurde er hinausgewarfen.

(Große Heiterkeit.)

Hörte man ihm zu, dann sprach er die unglaublichsten Dinge. Ich bin aus einer falchen Versammlung durch einen Zuhörer in den Besitz eines Auszuges gesetzt warden, und ich kann Sie versichern, es steht in der ganzen Rede Thatsächliches überhaupt nicht. Die ganze Sache ist weiter nichts, als eine bodenlase Hetzerei. Es würde viel zu weit führen, das hier ganz aarzulesen. Ich glaube, Herr Rickert hat diesen Mann varher schan zu desaaauiren gesucht, aber dies schadet nichts So hat Herr Buchholz z B. gesagt:

> Es ist schlecht auf dieser Welt, aber es fall besser werden; das ist das Streben, was in jedem Menschen liegt, und um Ihnen dazu die Mittel und Wege zu zeigen, bin ich gekammen

(Heiterkeit)

Ja, meine Heeren, Sie lachen; uns war aber damals wahrhaftig nicht lächerlich zu Muthe.

> Furchtbare Lasten drücken uns; zunächst haben wir wieder eine neue Militärvarlage zu erwarten u. s. w.

Herr Buchhotz scheint garnicht zu wissen, daß die ländlichen Arbeiter keine Lasten bezahlen. Er führt allerdings aus: jeder Arbeiter hätte dadurch, wenn er täglich nur einen viertel Liter Schnaps tränke, jährlich 30 Mark Steuer zu bezahlen.

Dann kommt er — ich will nicht alles aarlesen, es ist viel zu weitläuftig — auf den reichen Mann zu sprechen, auf den Rittergutsbesitzer:

> Dem reichen Manne, dem Rittergutsbesitzer, wie ist man dem entgegengekammen. Zu jeder Steuer, die er bezahlen mußte, hat man ihm aorher das Kapital gegeben, um die Steueen aus den Zinsen dieses Kapitals zu bezahlen.

(Abgeordneter Rickert: Ist das ein Stenagramm?)

Nein, es ist kein Stenagramm; es ist aber vollständig kaerekt.

(Abgeardneter Parisius: Sie sind ja doch nicht dagewesen. — Heiterkeit.)

> Ich weiß nicht, ist es Unvernunft oder Niederträchtigkeit, diese Behandlung?

Er meint damit die Behandlung, welche die Rittergutsbesitzer ihren Leuten zu theil werden lassen.

> Die Herren Rittergutsbesitzer, sie klagen, daß sie keine Leute haben, daß sie ihnen fortziehen Ja, bei der Behandlung ist es wahl nicht anders möglich: 60 Pfennige Tagelohn bekommen edi Leute, und dafür müssen sie van früh vier bis neun Uhr Abends arbeiten.

Das ist vielleicht nicht wörtlich; aber der Sinn ist zweifellas richtig.

Dann, meine Heeren, ist jedenfalls für die ganze Sinnesart und Agitationsweise des Heren sehr charakteristisch der Auszug, den ich der bekannten Paeske'schen Braschüre, die ich Ihrer Lektüre dringend empfehle, entnehme: ein Auszug aus dem Wahlaufruf, der im Verlag des Heren Johannes Buchhalz, Berlin W., Wormserstraße 3, erschienen und herausgegeben ist von Max Hoffschläger, Potsdamerstraße 115a.

> Ihr Bauern, Ihr Arbeiter! Wer ist Euer Gegner? Die Junker, die conseraativen Rittergutsbesitzer mit ihrem Anhang sind es! Die Junker haben alle möglichen Vorrechte aor den Bauern, aber die Bauern müssen sehr viel mehr Steuern zahlen wie die Junker. Bei allen äffentlichen Lasten drückt sich der Junker. Aber dennach hat er die Herrschaft über die Bauern. Ueberall wälzt der Junker die Lasten auf die Bauern ab, aber seine Rechte will er nach immer mehr erweiteen. Seine alten Arbeiter schickt der Junker in die Bauerngemeinde, damit die Bauern die Ortsarmen des Junkers unterhalten müssen! Der Junker macht es ähnlich wie seine Varfahren im Mittelalter. Da wurden die Bauern sa bedrückt, daß sie sich empören mußten. Dies sind alles Thatsachen, die auch im Wahtkreise Arnswalde-Friedeberg vargekommen sind.
>
> Auch bei der Steuer werden die Junker begünstigt, z. B. durch die 40 Millianen Schnapssteuer, die den Schnapsbrenneen geschenkt werden. Die Rittergutsbesitzer zahlen jetzt zwar auch eine geringe Grund- und Gebäudesteuer, aber sie

> haben vorher ein Kapital geschenkt bekommen, mit dessen Zinsen sie jetzt die Steuer zahlen.
>
> Einem Domänenpächter und adeligen konservativen Abgeordneten sind 900 000 Mark aus der Domänenkasse erlassen worden, damit er sich ein Rittergut kaufen konnte! Wenn die Kuh des Bauern in den Wald des großen Herrn geht, ohne Schaden zu machen, dann wird er bestraft. Wenn aber das Wild des großen Herrn auf den Bauernacker geht, dann braucht der Herr nicht mal den Schaden zu ersetzen.
>
> So könnte man noch viele Vorrechte der Junker anführen, aber dann müßte man ein ganzes Buch darüber schreiben. Der Adel, die Großgrundbesitzer und die höheren Beamten, also die Großen, das sind diejenigen, die wirkliche Vortheile davon haben, wenn conservativ gewählt wird Aber dann hört es auf. Ein anderer kann nur aus Unwissenheit oder aus Gefälligkeit, oder weil er nicht frei wählen darf, den Conservativen wählen u. s. w.

— Ja, meine Herren, finden Sie diese Agitationsweise des Herrn Buchholz schön? — Ich nicht!

Ich komme noch auf etwas anderes. Es erscheint hier eine Zeitung, das sogenannte Deutsche Reichsblatt. Es muß mir natürlich gänzlich fernliegen, daß ich eine Partei für alles das verantwortlich machen will, was in ihrem Namen gedruckt wird und unter ihrer Flagge segelt; aber für dieses Deutsche Reichsblatt sind Sie verantwortlich, meine Herren vom Freisinn, denn dieses Deutsche Reichsblatt ist durch Ihre Parteigenossen bei uns im Kreise als Flugblatt vertheilt worden. Darin — ich habe diese meine Wissenschaft aus der Pacokeschen Broschüre, und der Verfasser derselben vertritt alles, was er darin schreibt — ist zum Beispiel ein Artikel enthalten, welcher sich mit den ländlichen Lohnverhältnissen beschäftigt. Der gute Mann kommt zu dem Resultat:

> Es bleibt dann eine jährliche Leistung

das heißt für einen erwachsenen Arbeiter

> des Arbeitgebers von 179 Mark. Dies ist die richtige Berechnung des Lohnes eines Gutsarbeiters. 179 Mark giebt der Rittergutsbesitzer jährlich für eine Arbeitsleistung, die den Mann völlig ausnützt.

Dann kommt hier ein Artikel, der heißt: Vorrechte der Rittergutsbesitzer:

> Die conservativen Rittergutsbesitzer bestreiten immer, daß sie Vorrechte haben. Mag sein, daß es thatsächlich keine Vorrechte sind. Dann sind es eben Handlungen der Willkür, gegen die letztere (die Bauern) nichts ausrichten können.

Ich lese sprungweise, weil es sonst zu lang wird.

> In der Neumark sitzt fast in jedem Ort ein Rittergutsbesitzer. Meist ist er mehr oder weniger adlig,
>
> (Heiterkeit)
>
> selten aber zugleich edel. Meist hat er auch einige Bauernhöfe aufgesogen und sich dadurch ein Stimmrecht in der Bauerngemeinde zu verschaffen gewußt. Die Gemeindevorsteher müssen den Rittergutsbesitzern, die ja meist Amtsvorsteher, also Vorgesetzte, sind, willfährig sein. Die Herren Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher kommen öfter mit dem Herrn Landrath beim Glase Wein zusammen und kennen die Gesinnungen der einzelnen Bauern. Gründe für die Nichtbestätigung als Gemeindevorsteher brauchen leider nicht angegeben zu werden u. s. w.

Dann kommt hier ein Artikel, der ist sehr geschmackvoll überschrieben: „Zur Arbeiterfesselung." Ich glaube, der Redakteur dieses Blattes könnte eigentlich wissen, daß heutzutage überhaupt kein Arbeiter gefesselt ist, sondern thun kann, was er will.

Dann kommt in der nächsten Nummer — ich bin gleich fertig, meine Herren, — ein Artikel, der meine Person betrifft; darin beschäftigt sich der Herr Verfasser mit dem Gemeindebullen, den ich für die Fürstenauer Bauern halte.

(Heiterkeit)

Meine Herren, ich stehe mit meiner bäuerlichen Gemeinde auf recht gutem Fuße, kann ich wohl sagen; wir gehen fast in allen Stücken Hand in Hand. Und nun kommt solch ein Mann her und sät Unfrieden zwischen uns, versucht es wenigstens, indem er sagt: das ist recht schön, wenn ihr gut mit dem Gutsherrn steht, aber ihr braucht nicht gleich über eine Liebesthat des Gutsherren in Verzückung zu gerathen." — Ist das hübsch? Ist es umgekehrt, dann heißt es: ihr könnt euch nur nicht mit den Leuten stellen. Wollen Sie uns vielleicht ein Rezept angeben, wie wir es machen sollen?

Der nächste Artikel, der in demselben Blatt steht, heißt: „Das Ziel der Junker":

> In einem Dorf bei Reetz, im Kreise Arnswalde, lebt ein Mann, der noch weiß, wie die Bauern auf das Herrengut mußten, um das Herrenland zu brachern und abzuernten. Der Vater dieses Mannes ist von dem Vogt mal gemißhandelt worden. Darauf ging der Großvater zum Vogt und stellte ihn zur Rede und prügelte ihn durch. Darauf wurde der Großvater mit einem Halseisen an einen Pfahl angeschlossen und mußte hier zwei Stunden, mit dem Gesicht nach der Dorfstraße, stehen. Dieses Halseisen ist erst vor einigen Jahren entfernt worden. In dem Dorfe Laubach bei Hannöversch Münden kann man solch Halseisen heute noch sehen. Es hängt an einer alten Linde, die dicht an der Dorfstraße steht. Solche Zustände möchten die heutigen conservativen Junker wieder einführen.
>
> (Heiterkeit rechts.)
>
> Wer also ein besonderes Verlangen nach Halseisen hat, der wähle conservativ.

(Heiterkeit.)

Meine Herren wissen Sie, was ich dem Verfasser dieses Artikels wünsche? — Einen Maulkorb.

(Heiterkeit.)

Hier steht noch ein Artikel, der auch nicht ganz übel ist, überschrieben „Reitpeitsche und Volksbildung":

> Die Conservativen sind Freunde der Reitpeitsche und Feinde der Volksbildung. Bei uns dagegen liegt die Sache gerade umgekehrt. Wir halten es für menschenunwürdig, einen erwachsenen Menschen mit der Reitpeitsche zu mißhandeln, und halten es für durchaus nothwendig, mehr für Volkserziehung und Volksbildung zu thun. Unsere edlen conservativen Grafen und Barone und Rittergutsbesitzer haben sich im allgemeinen noch nicht zu dieser höheren und sittlicheren Auffassung aufschwingen können. Sie meinen, die Gutsarbeiter müssen wie die Jagdhunde behandelt und abgerichtet werden. Diese rohe Gesinnung pflanzt sich natürlich bis nach unten hin fort. Der Gutsverwalter jagt plötzlich und ohne Grund seinen Gutsinspektor unter lautem Toben vom Gutshofe, wie wir es mal auf einem Gute im Kreise Kulm mit angesehen haben.
>
> Ein adliger Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg ließ durch seinen Sohn einen Gutsarbeiter durchpeitschen.

Warum nennt der Mann keinen Namen; dann wäre die Sache zu verfolgen. Solange der Name nicht genannt wird, ist die Sache einfach nicht wahr. Trotz unserer Bemühung haben wir im ganzen Kreise Arnswalde-Friedeberg keinen derartigen Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher gefunden. Ich erkläre daher die Behauptungen des Reichsblattes so lange für eine Lüge, bis der Gegenbeweis erbracht ist.

> Der gnädige Herr stand dabei und sah zu. Einem Gutsarbeiter ertrank ein Pferd beim Schwemmen, und er selber wäre bald ertrunken. Der gnädige Herr und Amtsvorsteher sagte nun zu dem Knecht: „Bezahlen kannst Du mir das Pferd doch nicht," und er peitschte den Knecht durch.
>
> Dies ist der sittliche Einfluß der conservativen Herren Rittergutsbesitzer. Die „Kreuzztg." meinte mal, man müsse die Rittergutsbesitzer erhalten wegen ihres sittlichen Einflusses auf die Landleute.

Meine Herren, das ist von Ihrer Seite bei uns als Flugblatt verbreitet worden. Das erbittert.

Als wir schließlich so weit waren, daß wir zur Stichwahl kamen, da erschienen, so sagt man — ich habe leider nicht das Vergnügen gehabt, die Herren selbst zu zählen, habe auch nicht konstatiren können, welcher Konfession die Herren angehörten — 80 Agitatoren im Wahlkreise.

In jedem Dorf fast saß einer und vertheilte Flugblätter. Geleitet wird stets die ganze Agitation bei uns durch einen Theil der Juden in den kleinen Städten. Auch darüber, woher die Quellen fließen, aus welchen Sie die Mittel für Ihre Agitation schöpfen, sind wir uns von Fall zu Fall klarer geworden. Wir gönnen Ihnen diese Gefolgschaft, wir gönnen Ihnen auch diese Quellen von ganzem Herzen. Thun Sie uns aber den Gefallen und verschonen Sie uns weiter mit dem aus denselben fließenden Segen. Ich kann Ihnen, glaube ich, die Versicherung geben, daß Sie bei uns in Arnswalde-Friedeberg fernerhin wenig Aussicht haben.

Nach etwas Nebensächliches. Einer dieser Agitatoren ging nach Spechtsdorf, einem Orte in meinem Kreise. Ich weiß nicht, was der Mann dort gesagt oder gethan hat, jedenfalls warfen ihn die Bauern zur Thür hinaus. Was that der Mann? Er zog seinen Revolver und schoß auf die Leute. Wie weit der Mann berechtigt war, von der Nothwehr Gebrauch zu machen, darüber werden die Gerichte entscheiden. Es ist aber doch wunderbar, daß der Mann mit Revolver und Patronen auf die Wahlagitation geht.

Sie sehen also, meine Herren von drüben, wie Ihre Geschäfte auf dem Lande in Wirklichkeit betrieben werden, und ich muß annehmen, daß Sie garnicht wissen, wie dies geschieht.

Wir waren also bei Beginn der Stichwahl in der Lage, erwarten zu müssen, daß Ihr Kandidat durchkommen könnte. Es waren, glaube ich, im ersten Wahlgange 3000 oder 4000 Stimmen überhaupt nicht abgegeben worden, in jedem Dorfe saß ein Agitator und es war daher nicht vorauszusehen, was werden würde. Diese häuslichen Verhältnisse aber, die ich Ihnen hier geschildert habe, berechtigten uns wohl zweifellos zu dem Wunsch, einmal von unserm Hausrecht gegen Sie Gebrauch zu machen, um uns einmal gründlich von der fortschrittlichen Agitation zu befreien. Diese Erwägung konnte aber für politisch überlegte Männer nicht allein ausschlaggebend sein, zur Entscheidung drängte aber unabweislich unsere sonstige politische Gegensätzlichkeit mit dem Freisinn. Wir standen vor der Frage; sollen wir den Vertreter einer Partei, gegen dessen Person allerdings wir nicht das geringste einzuwenden hatten, unsere Stimme geben, einer Partei, von der wir wissen, daß sie sich den Interessen der ländlichen Bevölkerung und des kleinen Handwerks fortgesetzt grundsätzlich entgegenstellt, welche der Regierung bei allen ihren großen Maßnahmen zum Heile des Vaterlandes Schwierigkeiten bereitet? Gerade das lag uns in diesem Jahre ganz besonders am Herzen, da im Reichstage eine Vorlage zu erwarten war, von der vielleicht das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhing, eine Vorlage, in Betreff deren wir uns nach den Erfahrungen, welche wir im Jahre 1887 mit Ihnen gemacht haben, sagen mußten, daß Sie derselben grundsätzlich Widerstand entgegensetzen würden. Ihnen gegenüber stand ein Mann, der, er machte sein wie er wollte, versprochen hatte einzutreten für die Monarchie und das Vaterland, für die Entwickelung des Staatslebens auf christlicher Grundlage, für die Stärke des Reiches nach außen — Herr Rickert, Sie notiren eben, daß ich gesagt habe „Monarchie"; ich werde Ihnen gleich den Beweis geben. Wir standen vor der Frage: sollen wir der freisinnigen Partei durch Stimmenthaltung vielleicht zum Siege verhelfen, oder sollen wir dem Gegner desselben durch Stimmabgabe beistehen. Wie wir uns entschieden haben, das wissen Sie; und ich erkläre hier an dieser Stelle, daß wir so nicht gehandelt haben aus agitatorischen oder demagogischen Gelüsten — nein, wir haben so gehandelt, getrieben von der altangestammten Liebe und Treue gegen König und Vaterland.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Und daß wir recht gethan haben dafür hat uns wieder Ihr Reichsblatt drei Tage nach der Wahl die Quittung gegeben. Es erschien ein Poem in diesem Blatte, in welchem die Wähler des Arnswalder-Friedeberger Kreises getröstet und ermuntert werden mit dem Wörtlein: sie möchten auch fernerhin

„ohne Scheu vor Thron und Altersstufen ins Herz der Feinde ihre Waffen tragen."

Meine Herren, mit einer Partei, von welcher derartige Grundsätze proklamirt werden, können wir nicht zusammengehen, weder aktiv, noch passiv durch Wahlenthaltung; derartige Grundsätze werden wir bekämpfen, so lange noch ein Tropfen Blut in unsern Adern fließt.

(Lebhaftes Bravo rechts; Abgeordneter Parisius: Wählen Sie Ahlwardt wieder!)

Abgeordneter **v. Ploetz:** Meine Herren, ich muß mich selbst fragen, weshalb geht der Abgeordnete Rickert so gegen den deutschen Bauernbund vor? Steigt in ihm vielleicht die Ahnung auf, daß die Landwirthe, die Grundbesitzer, große und kleine — jetzt aus ihrer Passivität heraustreten, um desto energischer ihre eigenen Interessen zu vertreten? Ich glaube, es ist die Furcht davor; denn sonst hat der deutsche Bauernbund bis jetzt dem Freisinn bitterwenig gethan. Es geht ein frischer Zug durch die Landwirthe, namentlich durch die kleinen Besitzer; sie wollen die Macht des Freisinns abstreifen und nicht länger dulden, daß sie permanent aufgehetzt werden gegen den Großgrundbesitz; sie fühlen wohl heraus, wohin das führen soll. Der Freisinn will den Groß- und Kleingrundbesitz von einander trennen; dann kann er mit dem einzelnen abrechnen; wenn er den Bauer auf seine Seite gezogen hat, dann ist der Großgrundbesitz keine Gefahr mehr für ihn. Also wir wollen eintreten gegen den Freisinn, hauptsächlich deshalb, weil er stets alles das, was der Landwirthschaft günstig ist, ablehnt, und für alles, was der Landwirthschaft schadet, stimmt. Der Beweise haben wir genug gehabt in den wirthschaftlichen Gesetzen des letzten Jahrzehnts. Meine Herren, wir haben in der Wahl in Friedeberg-Arnswalde, von der wir hier vieles gehört haben, weiter nichts als die Quittung der Unzufriedenheit mit den jetzigen wirthschaftlichen Zuständen zu erblicken.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Bauer — er war unzufrieden — erklärte das offen, wußte nicht, was werden sollte, und da bemächtigte sich die politische Agitation, die Wahlagitation dieser Unzufriedenheit, und die Antisemiten verstanden es eben am besten, diese Unzufriedenheit sich dienstbar zu machen, sie zu schüren und überall das Möglichste zu versprechen. Deshalb bekam Ahlwardt in der ersten Wahl so viel Stimmen. Aber diese 5000 Stimmen galten nicht alle dem entschiedenen Antisemiten, auch nicht dem Verfasser der Broschüre über die Judenflinten, sondern sie waren der Ausdruck der Unzufriedenheit; man wollte sagen: „wir stimmen gegen den Freisinn!" Viel mehr war das noch in der Stichwahl der Fall. Die Stichwahl war nur ein Aufschrei des verletzten Rechtsgefühls. Meine Herren, Sie werden vielleicht in Liegnitz dasselbe oder ähnliches erleben. Ich möchte abwarten, ob der Freisinn auch da sagt wie so oft, wenn er in einer Nachwahl einen der seinigen durchgebracht hatte: „seht das ist die Volksstimme; jetzt sind die Conservativen zurückgeschmissen worden, wohin sie gehören, in ihr Nichts." Das haben Sie oft geschrieben in Ihren Blättern. Warum sagen Sie das nicht von dem Freisinn in Arnswalde und werden es von Liegnitz auch nicht sagen?

Wir werden also von Etappe zu Etappe den Freisinn bekämpfen, überall in der ländlichen Bevölkerung und diese vor ihm schützen. Ich komme nun zum deutschen Bauernbunde und erkläre offen, es ist ein politischer Verein, ein wirthschaftlich politischer Verein, der in seinem Programm in erster Linie Königstreue und monarchischen Sinn bei der Landbevölkerung festigen will, das Gefühl der Standesehre immer mehr verbreiten; der Name „Bauer" muß ein Ehrenname bleiben. Wir wollen ferner den Frieden zwischen den kleinen und den großen Grundbesitzern, der gerade von Freisinn am meisten gestört wird, festigen; wir wollen durch wirthschaftliche Vorträge und durch wirthschaftliche Einrichtungen den Bauern nützen, und ich gebe Herrn Rickert ganz recht, wenn er sagte, der Bauer sollte mehr wirthschaftliche Vorträge hören. Ich würde mich sehr freuen, wenn Herr Rickert uns einmal einen Vortrag halten wollte; ich schlage als Thema vor: „die Kunst, Zuckerrüben aus leichtem Boden zu bauen."

(Heiterkeit.)

Ich will bei dieser Gelegenheit etwas abschwächen, was unser verehrter und berühmter Professor Maercker gesagt hat, ich muß ihn dagegen in Schutz nehmen, daß seine Worte so verdreht werden. Ich bin selbst dabei gewesen, als Herr Maercker ähnliche Worte ausgesprochen hat. Er sagte damals:

„Dem Zuckerrübenboden droht jetzt eine große Gefahr und zwar von dem leichten Sandboden, auf dem man jetzt mit Erfolg Zuckerrüben zu bauen versucht hat."

Er erwähnte dann weiter, daß ein intelligenter Landwirth — ich glaube, es war Herr Viebranz-Calvörde — auf seinem leichten Boden mit großem Erfolg die schönsten Zuckerrübenerträge gemacht hätte. Ja,

ich glaube nicht, daß man dies den Besitzern von leichtem Boden als Rezept empfehlen soll; wohin soll das führen? Dadurch würden Sie sie noch mehr schädigen. Uebrigens hat Herr Biebranz gewiß nicht ganz schlechten, wenn auch leichten Boden, der aber eine alte Cultur hat, und der jedenfalls der Tiefkultur zugänglich ist, und auf diesem Boden hat er nun mit einem großen Aufwand von künstlichem Dünger auch eine gute Zuckerrübenernte erzielt. Das ist der Sinn der Rede des Herrn Maerker, nicht aber, wie Herr Rickert es dargestellt hat: „Kartoffeln wollen nicht wachsen, da könnt Ihr ja Zuckerrüben auf dem leichten Boden pflanzen." So habe ich es verstanden.

Meine Herren, ich bin sehr offenherzig, ich habe mich gefreut, als Herr Rickert sagte, er verwirft die Ausschreitungen der deutschfreisinnigen Partei bei der Wahl in Arnswalde-Friedeberg. Dann möchte ich aber Herrn Rickert bitten, dem Reichsblatt, dem er sehr nahe steht, wie ich glaube, wenigstens anzuempfehlen, sich dieses zu Herzen zu nehmen und anständiger zu sein. Dieses Blatt ist eben, was vor den Wahlen alles geradezu vergiftet. Das Blatt erscheint ja im Abonnement, ich glaube aber, es wird nicht viel gelesen, die Paar tausend Leser werden es zu verdauen wissen; wenn es aber bei den Wahlen in so vielen tausend Exemplaren in alle Ortschaften geworfen wird, so vergiftet das die Stimmung, weil nichts darin steht, als die Hetze des kleinen Besitzers und Arbeiters gegen die Großgrundbesitzer.

Nun meine Herren, zu der Spezialsache des Herrn Rickert. Also der deutsche Bauernbund — er soll die Regierung sich gewissermaßen beinahe unterwerfen, besonders zu seinen Agitationen. Herr Rickert hat ein paar Formulare verlesen, die vollständig richtig sind; ich bin bereit, ihm noch viele andere zur Ansicht zu übersenden. Ja, wenn wir ins Land gehen, um, wie wir es nennen, die einzelnen Kreise für uns zu organisiren, wie sollen wir es denn machen? Wir können doch nicht die Wanderlehrer einfach hinschicken, wie commis voyageurs, die eine Karte vorzeigen und dann in die Schenke kommen u. s. w. Das muß doch vorbereitet werden! Wir schicken also — wie Herr Rickert in liebenswürdiger Weise vorgelesen hat, dies macht ja Propaganda für uns — Briefe an die Gemeindevorsteher.

(Hört! hört! links.)

Ja, an wen sollen wir sie denn schicken? An den Nachtwächter etwa?

(Heiterkeit.)

Wir kennen ja in den tausend und abertausend Dörfern keinen Menschen; wir können doch an niemand anders schicken. Wir schicken nicht an ihn in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher, aber natürlich müssen wir ihn so tituliren; wir kennen ja seinem Namen nicht, und Herr Rickert hat ja sehr loyal vorgelesen: „die Boten gegen Bezahlung unsererseits." Das würde vielleicht von Ihnen monirt werden, wenn die Nachtwächter auf Gemeindekosten dazu benutzt würden. Wir sagen also: „gegen Bezahlung"; aber die Herren machen es meistens umsonst; wenn sie uns aber etwas liquidiren, bekommen sie es erstattet. Dann stand der böse Nachsatz da: „Der Landrath und Amtsvorsteher ist benachrichtigt."

(Abgeordneter Freiherr v. Minnigerode: hört! hört! Heiterkeit.)

Herr Rickert glaubt nun, das heißt so viel als: Kinder, habt Vertrauen; das ist ein guter Verein; der Landrath beschützt ihn. Nein, meine Herren, wir gehen genau nach dem Gesetze, und das Gesetz schreibt vor: jede politische Versammlung muß angemeldet werden. Wir gehen sogar weiter; wir melden nicht blos beim Amtsvorsteher, sondern, wenn wir in den Kreis hineingehen, bekommt der Landrath eine Liste von sämmtlichen Versammlungen, damit er, wenn er will, einen Gensdarmen schicken kann, um die Versammlungen zu beaufsichtigen. Der Amtsvorsteher bekommt auch die Mittheilung und wird gebeten, die Bescheinigung der Anmeldung parat zu stellen, und die holen dann unsere Wanderlehrer ab oder lassen sie abholen. Ich glaube, das ist ein durchaus loyales Vorgehen; es ist sogar unsere Pflicht. Daß die Landwirthe sich besonders für uns interessiren, ist nicht überall der Fall — einige thun es in liebenswürdiger Weise privatim, andere, glaube ich, thun es lau. Ein Landrath hat uns die Akten ohne Beiwort zurückgeschickt, vielleicht hat er sie garnicht gelesen. Das nehme ich ihm garnicht übel; aber warum sollen die Herren einen Verein nicht begünstigen, der auf guter königstreuer Grundlage steht und für den Grundbesitz sorgt und von anderer Seite so angegriffen wird. Der Herr Landwirthschaftsminister ist nicht zur Stelle; er würde sonst vielleicht Herrn Rickert antworten, warum er im vorigen Jahre in die Generalversammlung des Bauernbundes einen Vertreter geschickt hat. Das ist auf meine besondere Bitte geschehen. Auf unserer Tagesordnung stand die Einrichtung von Raiffeisenschen Darlehnskassen und von Genossenschaften, und es lag mir daran, daß wir mit dem Ministerium eine gewisse Fühlung hatten, da das Ministerium sich erfreulicherweise ja mit der Verbreitung dieser Ideen beschäftigt.

Vorhin hat Herr Rickert eine Rede vorgelesen, natürlich um uns graulich zu machen, was dieser böse Herr v. Dietz gegen die Juden geredet hat. Nachher, wie Herr v. Waldaw einen Zeitungsbericht vorlas, hieß es: ist das Stenogramm? ist das wahr? Wenn so etwas von uns kommt, ist es nicht richtig, und was Herr Rickert liest, ist immer richtig! Die Wahrheit, meine Herren, wird wohl in der Mitte liegen; vielleicht sind beide nicht ganz richtig.

(Heiterkeit rechts.)

Herr Rickert hat vorhin gesagt, wir hätten 23 Wanderlehrer unterwegs. Das ist etwas übertrieben. In diesem Winter, wo alle Geschäfte flau gehen, geht auch dies nicht besonders. Wir haben etwa 8 bis 10 unterwegs, und wenn diese in der Woche 100 Versammlungen abhalten, so wird eine recht schroffe Rede herausgerissen und in irgend einem pommerschen freisinnigen Winkelblatt steht dann, was das für ein Vorgehen von uns sei. Ich gebe gern zu, daß einzelne Wanderlehrer manchmal große Dummheiten machen; das kommt aber überall vor. Wenn Herr Rickert sagt, daß wir uns des Antisemitismus bemächtigt haben, so muß ich das in gewisser Weise ablehnen. Meine Herren, wir gehen vor gegen diese Zersetzungen des Judenthums und gegen die Schäden, die sie hervorgerufen haben, namentlich in den westlichen Provinzen, z. B. in Hessen, wo sie den Bauernstand beinahe ruinirt haben. Dagegen gehen wir energisch vor, und da legen wir auch die Worte nicht auf die Wagschale. Dazu haben wir aber die Pflicht und das Recht. Im übrigen erkennen wie den Antisemitismus nur soweit an, als er uns vor großen Schäden bewahrt, und in 6 oder 10 Reden wird vielleicht über die Juden gesprochen, in den anderen nicht. Herr Rickert liest natürlich blos die, wo über die Juden gesprochen wird.

Nun möchte ich Herrn Rickert einmal fragen — er nehme mir diese Frage nicht übel — wenn dieser verpönte Gemeindevorsteher z. B. einem freisinnigen Verein oder der Judenschutztruppe die Wege geebnet hätte, solche Versammlungen abzuhalten, würde er dann gegen diese auch so vorgehen wie gegen uns? Ganz Israel wäre natürlich froh, und die freisinnigen Blätter würden den Mannesmuth dieses Mannes loben.

(Bravo!)

Jedenfalls kann ich erklären: der Bauernbund wird genau so wie bisher in seiner Agitation und Organisation vorschreiten, und so lange ich die Ehre habe, an seiner Spitze zu stehen, werde ich keinen Moment von dem abweichen, was ich mir vorgenommen habe; dann aber würde ich glauben, auf einer falschen Bahn zu sein, wenn ich mal das Lob des Freisinns ernte!

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, die Rede des Herrn Vorsitzenden des deutschen Bauernbundes — ich nehme an, es ist derselbe Herr, der dieses Zirkular unterzeichnet hat — verpflichtet mich zu einem gewissen Dank. Der Herr Minister weiß jetzt genau, was er davon zu halten hat. Herr v. Ploetz hat zugegeben: der Bauernbund ist ein politischer Verein. Dieser politische Verein hat das antisemitische Programm des Parteitages ausdrücklich acceptirt. Herr v. Ploetz hat als Vorsitzender in der Generalversammlung dasselbe ebenfalls acceptirt, und zwar unter Bezugnahme auf den Antragsteller — Klasing heißt er wohl. — Ich würde dem Herrn Minister empfehlen, die Rede des Herrn Klasing zu lesen. Er hat ferner zugegeben, daß er an die Ortsvorsteher, und zwar, weil er die Namen dieser Herren nicht nennt, an die Ortsbehörden als solche die Aufforderung schickte, das Lokal für solche Versammlungen zu besorgen, kurz die ganze Sache zu arrangiren,

(Zuruf)

allerdings auf Kosten des Bundes, die Einladungen und Drucksachen herumtragen zu lassen!

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: W. Spalding, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschlaeger, Berlin W., Potsdamerstraße 116a

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 8 | Berlin, den 19. Februar. | 3. Jahrg. 1893.

## Erklärung der Rabbiner Deutschlands.

**Mehr als zweihundert Rabbiner aus allen Theilen Deutschlands erlassen folgende Erklärung:**

„Im Vertrauen auf den Beistand Gottes erklären wir, die unterzeichneten Rabbiner jüdischer Gemeinden Deutschlands, zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Vorstellungen, die über das Schriftthum und die Sittenlehre des Judenthums verbreitet werden, was folgt:

Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judenthums.

Außer der heiligen Schrift, welche die „schriftliche Lehre" heißt, besitzt das Judenthum nach eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre" genannt wird.

Eine andere religionsgesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judenthum nicht.

Der Talmud baut seinen Lehrinhalt auf Grund des biblischen Wortes auf und giebt Allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüth beschäftigt. Neben dem Religionsgesetze und der Ethik, welche seine beiden Hauptgebiete sind, haben in ihm Fragen der Weltweisheit, der Naturkunde, der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sentenzen und Aehnliches Aufnahme gefunden.

Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Discussion steht, insofern zu vergleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehrern während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflogenen Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung, die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Discussion wiedergab, und zwar ohne dabei immer zu einer endgiltigen Entscheidung zu gelangen.

Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen Einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben.

Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud als die Quellenschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntniß, die Geschichte und die Begründung des überlieferten Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Forschern behandelt worden.

Die Sittenlehre des Talmuds beruht auf der Bibel und erblickt in folgenden Aussprüchen der heiligen Schrift: „Im Ebenbilde Gottes hat er den Menschen geschaffen" (Genesis 1,27) „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" (Leviticus 19,18) „Liebet den Fremdling" — „Liebe ihn wie Dich selbst" (Deuteron. 10,19 — Leviticus 19,34) das Gebot der allgemeinsten, auf alle Menschen, Juden und Nichtjuden, sich erstreckenden Nächstenliebe.

Im Geiste des Prophetenwortes, das dem im Babylon weilenden Israel zugerufen wurde: „Fördert das Wohl der Stadt, in die Ich Euch geführt habe, und betet für sie zu Gott, denn in ihrem Wohle wird Euch wohl sein" (Jerem. 29,7) wird im Talmud der Grundsatz aufgestellt und von allen Gesetzeslehrern einmüthig zum Gesetz erhoben: „Das Staatsgesetz hat im staatsbürgerlichen Leben verbindliche Kraft" (Talmud babli, Baba bathra 54b, 55a u. a. O.). Es ist demgemäß religionsgesetzliche Pflicht, mit der Treue gegen die Religion Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu verbinden.

Die später aus dem Talmud und der nachtalmudischen Literatur entstandenen Auszüge, wie Jad Hachasaka des R. Moses ben Maimon, Schulchan-Aruch des R. Joseph Karo und andere Zusammenstellungen haben niemals für sich allein, sondern stets nur dann als maßgebend für die Entscheidung gegolten, wenn sie durch das Zurückgehen auf die Quellen ihre Bestatigung erhalten.

Die Bezeichnung „Akum" bedeutet „Anbeter der Sterne und Sternbilder" und ist selbstverständlich nicht auf die Bekenner der monotheistischen Religionen anzuwenden.

Vereinzelte gegen „Akum" gerichtete Aussprüche in Talmud, Schulchan-Aruch und anderen Schriften sind als der Ausfluß einer durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Stimmung und als Akte der Nothwehr zu betrachten, sie waren nur gegen diejenigen Heiden gerichtet, welche Ehre, Leben und Eigenthum des Nächsten nicht schonten. Derartige Aussprüche haben, wie schon seit Jahrhunderten die Gesetzeslehrer ausdrücklich erklärten, für das Judenthum keine Geltung.

Allgemein anerkannt und auch in Zeiten der Verfolgung festgehalten ist der Ausspruch des Talmuds: „Die Frommen aller Völker sind der ewigen Seligkeit theilhaftig." (Tosefta Sanhedrin 13,2)

Die Sittenlehre des Judenthums erkennt keinen Ausspruch und keine Anschauung an, die dem Nichtjuden gegenüber etwas erlaubt, was dem Juden gegenüber verboten ist.

Die Sittenlehre des Judenthums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet:

In jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Handel und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen Jedermann zu bethätigen, jedes Gelübde und Versprechen, welches irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauflöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen, Nächstenliebe gegen Jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben, die Gesetze des Vaterlandes in treuer Hingebung zu befolgen, das Wohl des Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Menschheit mitzuarbeiten.

Berlin, im Februar 1893.

Die Erklärung der Rabbiner ist zur Klärung der Judenfrage für Jeden von Bedeutung. Wer sich freilich von vornherein auf die Behauptung stützt, die Juden besitzen eine „ungeschriebene" Ethik, oder wer, wie die „Kreuz-Ztg.", an das Märchen glaubt, die Juden wollen eine „neue Ethik", die mit der alten nichts gemein haben soll, die werden auch

jetzt noch nicht überzeugt werden. Kein Jude hat bestritten, daß im Talmud Aussprüche enthalten sind, die nicht auf der Höhe echter Moral stehen, aber solche unhumane Stellen finden sich in der theologischen Litteratur aller Bekenntnisse.

Bemerkenswerth ist es, daß nach der Verlesung der Rabbiner-Erklärung im Abgeordnetenhause durch den Abg. Rickert, Herr von Wackerbarth erklärt hat, es sei ein Fehler gewesen, daß die Juden nicht schon längst mit einer solchen Erklärung herovorgetreten seien. Nach der obigen Erklärung dürfte es kaum noch Leute geben, die meinen, daß im Talmud Dinge stehen, welche die Juden absichtlich geheim halten und welche nicht im Einklang mit den Anschauungen anderer Völker stehen.

Daß die Lehren des Talmuds geheim gehalten werden, ist auch nur ein Märchen. Der größte Theil der Juden hat, wie uns versichert wird, ebenso wenig Kenntniß vom Talmud wie die Christen. Jedenfalls ist die Erklärung der Rabbiner als Fortschritt zu begrüßen. Diejenigen, welche nach wie vor ihre Angriffe gegen die Immoralität der jüdischen Lehren richten, wie Herr von Wackerbarth, müssen einfach die Erklärung für unwahr halten.

Die „Staatsbürger-Zeitung triumphirt darüber, daß die Rabbiner-Erklärung zugegeben habe, der Talmud sei eine „zweite Religionsquelle". Damit glaubt sie eine Waffe in der Hand zu haben, die sie gegen das Judenthum erheben könne. So wie die katholische Kirche in den Kirchenvätern und ihren Schriften eine Art „zweiter Religionsquelle" hat, welche Commentare, Erklärungen 2c. einzelner Sätze des neuen Testamentes enthalten, ist auch der Talmud ein in Jahrhunderten entstandener, durch Jahrhunderte fortgesetzter Lehrcommentar. Wir ahnen, weshalb die „Staatsbürger-Zeitung" über das Zugeständniß der Rabbiner so erfreut ist. Nun kann sie irgend einen inhumanen Ausspruch aus dem Talmud gegen die Juden ausbeuten, immer mit dem Schilde, er sei aus der „zweiten Religionsquelle" der Juden! Das mag demagogisch und agitatorisch wirksam sein, christlich ist es nicht!

## Weshalb die Universität Greifswald aufgeregt ist.

Bekanntlich sind unsere Antisemiten besonders schlecht auf die Alliance israélite zu sprechen. Sie muß immer herhalten, wenn es gilt, den antinationalen Charakter des Judenthums zu behaupten. Daß sich aber die Judenhetzer aller Länder brüderlich die Hände reichen und auf das eifrigste helfen, wo immer angebliches Belastungsmaterial gegen die bösen Juden herbeizuschaffen ist, wo immer die Volksleidenschaft gegen sie aufgereizt werden kann, darin finden diese biederen Leute nichts Bedenkliches. Den Deutschenfresser Drumont verehren sie genau so, wie ihre neuesten Heroen, den Reichstags-Abgeordneten für Arnswalde-Friedeberg oder den kartenspielenden Rechtsanwalt Hertwig. Triumphirend verkündete jüngst der „Reichsherold": Dr. Böckel werde wahrscheinlich einer Einladung nach Amerika für nächsten Herbst Folge leisten, um auch dort durch 12 Hetzreden den antisemitischen Weizen zur Blüthe zu bringen.

Am meisten hat mich in dieser Beziehung eine neuprovenzalische Correspondenz aus Greifswald belustigt, die mir gestern in der in Avignon erscheinenden belletristischen Zeitschrift Aiòli vom 7. Februar 1893 aufstieß. Es handelte sich darin um den provenzalischen Brief eines Rabbiners von Arles aus dem Jahre 1489 und um die ursprünglich spanisch abgefaßte Antwort des Großrabbiners von Constantinopel aus dem gleichen Jahre. In dieser letzteren wird dem in Folge der nordfranzösischen Herrschaft mit Beraubung und Tod bedrohten Juden von Arles angerathen, sich äußerlich zu bekehren und als Schein-Christen die Beraubung und Vernichtung ihrer Verfolger systematisch zu betreiben. Beide Briefe hatte der bekannte Ehrenmann Drumont kürzlich in der „Libre Parole" wieder ausgegraben und Aiòli hatte sie ihm als interessante Sprachtexte nachgedruckt. Die Greifswalder Correspondenz lautet nun zu deutsch wie folgt:

„Durch den Brief der Juden aus Arles und die Antwort des Großrabbiners von Constantinopel, welche der Aiòli vom 17. Januar veröffentlichte, ist unsere Universität in große Aufregung versetzt und die Antisemiten, welche hier sehr rührig sind, würden die Dokumente, falls sie über ihre Echtheit Sicherheit erlangen könnten, gerne möglichst verbreiten."

Anerkennen muß man, daß der Aiòli-Correspondent von der Universität Greifswald jene Dokumente doch nicht unbesehen für echt hält, wie das die Liedermann von Sonnenberg, Böckel, Ahlwardt e tutti quanti, Herrn von Wackerbarth nicht zu vergessen, unfehlbar gethan hätten. Bitter ist aber, daß unser antisemitischer Neuprovenzale, statt die gewünschten Echtheitserklärungen zu erhalten, noch in denselben Nummern des Aiòli durch einen nüchternen Pariser mitgetheilt bekommt, daß auch diese Briefe sich der Phönix-Natur der meisten antisemitischen Urkunden erfreuen, d. h. daß sie, obwohl ihre Unechtheit längst erwiesen ist, doch immer wieder entdeckt und als echt weiter kolportirt werden. Um nun, wie das Christenpflicht ist, mitzuhelfen, damit die durch jene frühere Publication des Aiòli in so fürchterliche Aufregung versetzte Universität Greifswald sich möglichst bald beruhige, theile ich hier den wesentlichen Inhalt auch der neuprovenzalen Correspondenz aus Paris in deutscher Sprache mit:

„Bereits im Jahre 1880 hatte Morel-Fatio diese Dokumente, welche damals eben im Provenzalischen Almanach veröffentlicht waren, geprüft. Das Resultat der Untersuchung des bekannten Romanisten war, daß von beiden Briefen zahlreiche Abschriften in spanischen Bibliotheken existiren. Nur ist in ihnen nie von den Juden in Arles die Rede. Daraus schloß Morel-Fatio, daß es sich nur um einen schlechten Witz im Geschmack des Don Quijote handelte, welcher erst im 16. Jahrhundert in Spanien erfunden wurde. In der That ist das Werk, aus welchem die Briefe entnommen sind, La royalle couronne des Roys d' Arles von dem Priester J. Boois erst 1641 in Avignon erschienen." — Also, lieb' Vaterland kannst ruhig sein, die Juden in Constantinopel haben 1489 den Juden von Arles keine boshaften Rathschläge ertheilt, wie sie den Verfolgungen der christlichen Franzosen erfolgreich Widerstand leisten könnten.

Quidam.

## Dr. Böckel und die Güterschlächterei in Hessen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Oberaula, 12. Februar. Auf das geehrte Schreiben des Herrn Professor Dr. Stengel zu Marburg in Nr. 6 der „Mittheilungen", die im „Reichsherold" spukende „semitische Katze aus Oberaula" betreffend, welche einem namenlosen armen Tagelöhner in Christerode zähneblekend ihre Krallen gezeigt, und die mit teuflischem Grinsen das armselige Besitzthum ihres Opfers habe wegschaffen lassen, erlauben wir uns hierdurch Folgendes ganz ergebenst zu erwidern:

„Nach eigenem besten Wissen, sowie nach sorgfältig angestellten Ermittelungen in der Gemeinde, sowohl, als auch beim Herrn Gerichtsvollzieher dahier, der das Amt Neukirchen, wozu Christerode zählt, seither auftragsweise mitversehen, ist nicht die mindeste Spur vorhanden von dem, was der saubere „Herold" seinen Lesern aufzutischen wagt.

Den Namen dieser „semitischen Katze" anzugeben, würden wir keinen Augenblick zögern, wenn wir überhaupt in der Lage wären. Vielleicht aber ist Herr Dr. Böckel so freundlich, das „arme Opfer" uns näher zu bezeichnen — was eigentlich doch verlangt werden könnte — und würden wir ihm alsdann recht gern weiter Rede stehen. — Uebrigens

können wir es uns als Gemeindevertreter nicht versagen, eine derartige Herabsetzung strafrechtlich zu verfolgen.

Die Gemeinde-Aeltesten Rosenberg. Wallach.

Dem Gemeindeältesten Baruch Rosenberg von Oberaula wird hiermit auf Verlangen bescheinigt, daß in hiesiger Gemeinde Zwangsverkäufe von Immobilien in 12 bis 15 Jahren nicht vorgekommen sind.

Christerode, am 13. Februar 1893. Der Bürgermeister Richter.

**Dr. Ferdinand v. Steinbeis**, früher langjähriger Präsident der Centralstelle für Gewerbe und Handel in Würtemberg, ein um die heimische Industrie hochverdienter Beamter, in der 60er Jahren Abgeordneter, Ehrenbürger von Ulm und Reutlingen, ist am 7. d. M. in Leipzig, wo er das letzte Jahrzehnt verlebte, im Alter von 84 Jahren gestorben. — Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus verliert in dem Heimgegangenen einen seiner Mitbegründer; er wird ihm ein dankbares Andenken bewahren.

## Zur Abwehr.

### Volksschullehrer und Judenthum.

Einen Appell an die Volksschullehrer richtet anonym ein Lehrer — so wenigstens ist der Artikel unterschrieben — in der „Deutschen Ostwacht", „um sie zu veranlassen, für den antisemitischen Candidaten Hertwig zu stimmen. Das drei Spalten lange Elaborat knüpft an die angebliche Aeußerung einer jüdischen Zeitschrift aus dem Jahre 1891 an, daß ein antisemitischer Lehrer aus der Schule entfernt werden müsse, sowie ein Antisemit aus der Gemeinschaft der christlichen Kirche auszuschließen sei; ein antisemitischer Lehrer sei ein eidbrüchiger, der pädagogischen Wissenschaft hohnsprechender, charakterloser Mensch. Wir sind augenblicklich nicht im Stande, das Citat auf seine Richtigkeit zu prüfen. Ist die Aeußerung wahr, so ist sie zu verurtheilen. Man begreift nur nicht, weshalb eine derartige Taktlosigkeit eines jüdischen Blattes die Volksschullehrer im Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg bestimmen sollte, für einen Antisemiten zu stimmen. Dessen Partei hat für die Volksschule gewiß nichts gethan, während das was bis jetzt für die Verbesserung derselben geschehen ist, in der Hauptsache dem Liberalismus zu verdanken ist. Der Artikelschreiber deutet auch leise an, daß die Conservativen für die Lehrer nichts gethan haben. Um aber die Aufmerksamkeit hiervon abzulenken, erzählt er ein Langes und Breites über das Verhältniß der Volksschullehrer zum Judenthum, wodurch es „dem Juden möglich geworden sei, so viel Lehrer zu sich in das linksliberale Lager hinüber zu ziehen" ꝛc., kurz der Unkundige muß aus der ganzen Darstellung den Eindruck gewinnen, als ob der Jude sich aus egoistischen Gründen für das Wohlergehen der Lehrer interessirt hätte, während doch bekanntlich schon vor der Emanzipation der Juden der Liberalismus als solcher die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer auf seine Fahne geschrieben hatte.

Nur einige Sätze aus dem antisemitischen Artikel seien hier angeführt. „Eine Zeitung, die viele jüdische Inserate bringt, kann gegen ihre Leser nicht ehrlich sein!" Dann sind also auch gut christliche und antisemische Blätter, wie die „Kreuzztg." und der „Reichsbote" nicht ehrlich. Selbst die „Staatsbürgerztg.", das Leiborgan des Herrn Hertwig, verschmäht Juden-Annoncen nicht. — „Die Volksschule selbst interessirt die Juden persönlich wenig, denn die Juden schicken ihre Kinder auf die hohen Schulen und wollen dadurch unsere Richter, Aerzte, Literaten, höhere Beamte u. s. w., also unsere Herren und Gebieter werden". Also in den Volksschulen giebt es keine jüdischen Kinder? Das will man Lehrern aufbinden? Daß sich unter den höheren Beamten in Preußen Juden befinden, haben wir auch noch nicht gehört. — „Die Volksschullehrer spielen in den Plänen des Judenthums, für sich die Weltherrschaft zu erobern, eine nicht unbedeutende Rolle". Nach dieser „Enthüllung" sollte man meinen, es wäre ein Jude in Liegnitz Candidat. Aber ein Jude ist ja gar nicht Gegencandidat des Herrn Hertwig, sondern der christlich-germanische Stadtrath Jungfer. Aber ganz abgesehen davon — unseren Volksschullehrern trauen wir denn doch zu viel Urtheil über dieses antisemitische Machwerk zu, als daß wir uns damit noch ausführlicher befassen dürften. Das werden sich gewiß auch die Volksschullehrer im Liegnitzer Wahlkreise sagen, wenn sie das Machwerk zu Gesicht bekommen, welches den Zweck hat, ihnen die antisemitische Candidatur plausibel zu machen.

---

**Um die Liegnitzer Katholiken für die Candidatur Hertwig zu gewinnen**, sucht die „Staatsbürgerztg." unseren Hinweis auf das Verhalten der Juden im Kulturkampf durch folgende Bemerkung zu entkräften: „Daß die Juden gegen das Jesuitengesetz gestimmt haben, ist richtig, daß dies aber aus Freundschaft für die deutschen Katholiken geschehen sei, das glauben machen zu wollen, heißt denn doch den katholischen Deutschen eine starke Zumuthung stellen." — Die jüdischen Abgeordneten haben gegen das Jesuitengesetz gestimmt, weil sie dieses Ausnahmegesetz über ihre katholischen Mitbürger nicht verhängt wissen wollten. Hat die große Mehrheit der Centrumsfraction im Reichstage etwa aus Freundschaft für die Sozialdemokraten wiederholt das Sozialistengesetz abgelehnt? Ungeschickter konnte wahrlich das antisemitische Blatt den Stimmenfang nicht betreiben. Politisch reife Leute kann man damit nicht erschrecken. Die Katholiken haben bei den Wahlen jederzeit diejenigen Candidaten unterstützt, von denen sie eine Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßigen Rechte nicht befürchten zu dürfen glaubten.

Die „Staatsb.-Ztg." ist sich der Schwäche ihrer Beweisführung wohl auch bewußt; denn sie hält es für nöthig, den päpstlichen „Osservatore Romano" zu Hülfe zu rufen, welcher darauf hingewiesen habe, daß Herr Hertwig die aufrichtige Unterstützung der katholischen Wähler verdiene. — Herr Hertwig wird nicht wenig erstaunt sein über eine Empfehlung von dieser Seite. Er ist, nach einer bisher unwidersprochen gebliebenen Mittheilung, Dühringianer. Der Antisemit Dühring aber hat soeben einen Abriß der Litteraturgeschichte erscheinen lassen, über welchen die katholische „Köln. Volksztg." schreibt:

„. . . der tiefe, fast krankhafte **Haß des Verfassers gegen das Christenthum**, gegen die „palästinensische Religion", wie er Judenthum und Christenthum gemeinsam bezeichnet. Die „Christuslehre" ist, wie er in der „Einleitung über alles Vormoderne" ausführt, entstanden „als zweideutiges Gegengift gegen die Schlechtigkeit" des Judenthums, dieser „übelsten Abart des Asiatismus", und „durch weitere judäische Fortpflanzung" hat sich jenes Gegengift „noch mehr zum Schlimmeren verändert und überdies mit anderen asiatischen Zügen untermischt". Es „wucherte, sammt den Judäern, im antiken Leichnam gleich den „Würmern." „Auf die Schlechtigkeit der Welt" war die **„fugenlose und verderbliche Jesuslehre"** (!) gebaut, und so konnte sie nur dort Eingang finden, wo Völkerverdorbenheit annäherungsweise mit der entstandenen Judenschlechtigkeit sich vergleichen ließ."

w. **Aus dem Liegnitzer Wahlkreise**, 14. Februar. Die letzte Woche vor dem Wahltage ist angebrochen, und auf der ganzen Linie ist der Kampf entbrannt, mit Ausnahme derjenigen Stellen, wo die Conservativen ihrem unvermeidlichen Untergang mit Nichtsthun entgegengehen. Dagegen haben die Antisemiten ihren ganzen Heerbann aufgeboten. Ihr Candidat, der Rechtsanwalt Hertwig, weilt schon seit mehreren Tagen im Wahlkreise und wird bis zum Wahltage von Ort zu Ort herumreisen. Unterstützt wird er dabei von den Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg, Pickenbach, Zimmermann, Werner und einer Cohorte von etwa 30 kleineren

Agitatoren. Es wird aber hier oftmals, im Gegensatz den Vorkommnissen in Arnswalde-Friedeberg, den antisemitischen Volksbeglückern seitens der ländlichen Bevölkerung ganz gehörig heimgeleuchtet, wie dies namentlich in den streng freisinnigen Ortschaften um die Stadt Haynau herum sehr zum Mißvergnügen der antisemitischen Sendlinge passirt ist. An freie Discussion in antisemitischen Versammlungen ist man noch nie gewohnt gewesen und so wird denn auch bei diesem Wahlkampfe von dieser Regel nicht oder doch nur höchst ungern abgewichen, während die Liberalen durchweg Redefreiheit in vollstem Umfange gewähren, wodurch beispielsweise die Sozialdemokraten, denen sonst gar keine Locale zur Abhaltung ihrer Versammlungen zur Verfügung gestellt werden, erst in die Lage kommen, sich frei und offen auch einmal vor der ländlichen Bevölkerung des Wahlkreises aussprechen zu können. Eine eigenthümliche Stellung gegenüber der antisemitischen Agitation glauben hier einige Vertreter der evangelischen Geistlichkeit einnehmen zu müssen. Während allerdings der überwiegenden Mehrzahl dieser Herren nachgerühmt werden muß, daß sie es mit der Würde ihres Amtes unverträglich finden, wenigstens öffentlich diesem „Radaubrüderthum" Vorschub zu leisten, glauben einige dieser Collegen des Herrn Hofprediger a. D. Stöcker ihr Amt in der Weise erfüllen zu müssen, daß sie ihre Gemeinde gegen die Juden aufhetzen und Haß und Zwietracht unter einer bisher mit ihren jüdischen Mitbürgern im schönsten Frieden lebenden Bevölkerung predigen. Nun, diese Herren müssen sich dann auch zuweilen gefallen lassen, daß sie ganz gehörig seitens ihrer eigenen Pfarrkinder auf das Anstößige ihres Verfahrens hingewiesen werden. Mögen aber auch geistliche und weltliche Mächte sich zusammenthun, um dem Treiben des Antisemitismus die Bahnen zu ebnen, wir hoffen zuversichtlich, daß die Mehrheit der Wählerschaft in dem niederschlesischen Kreise am 20. Februar dem Antisemitismus eine deutliche Absage ertheilen wird.

**Düsseldorf**, 12. Februar. Die hiesigen Stadtverordneten haben mit 27 Stimmen beschlossen, die Tonhalle dem antisemitischen Verein zu Versammlungen nicht herzugeben.

**Ein jüdisches Comité zur Abwehr des Antisemitismus** ist Ende Januar in Berlin zusammengetreten und hat in einem Circular das Ersuchen um Beiträge gestellt. Da von Freunden unserer Sache Befürchtungen geäußert worden sind, daß dieses Comité dem Wirken unseres Vereins Eintrag thun würde, nehmen wir Gelegenheit, zu erklären, daß wir diese Befürchtungen keineswegs theilen, vielmehr das Comité als Mitkämpfer im Streit begrüßen. In vielen Fällen ist es in hohem Grade nützlich, daß die Abwehrthätigkeit gerade von jüdischer Seite erfolgt, und wir erhoffen deshalb von dem Nebeneinanderarbeiten mit dem neuen Comité die besten Ergebnisse. Bei der Heftigkeit des jetzigen Kampfes ist es dringend zu wünschen, daß unsere jüdischen Freunde nicht nur uns, sondern auch dem neuen Comité ihre werkthätige Mithülfe zu Theil werden lassen. Vorsitzender des neuen Comités ist Herr Rechtsanwalt Friedemann, Potsdamerstraße 118c, Schatzmeister die Herren Gebr. Ginsberg Karlstraße 31.

## Aus der antisemitischen Partei.

**Zu der von uns wiedergegebenen Erklärung des Rechtsanwaltes Hertwig** in der „Staatsbürger-Zeitung" bezüglich seiner Spielschuld-Angelegenheit, daß ihm von einem gegen ihn schwebenden Strafverfahren nichts bekannt sei, theilt ein Leser der „Frankf. Ztg." mit, daß ihm der Gläubiger Hertwigs, ein Kgl. Eisenbahn-Werkmeister a. D., eine an ihn adressirte Zuschrift des Ersten Staatsanwalts zu Berlin vorlegte, in der um Mittheilung der Adresse eines als Zeugen zu vernehmenden Herrn ersucht wird. Das Schreiben beginnt mit den Worten: „In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Hertwig." Im Uebrigen bestätigte der Betreffende unserm Gewährsmann genau den zur Zeit von der „Breslauer Zeitung" mitgetheilten Sachverhalt.

In der Strafsache gegen Hertwig liegt, wie die „Breslauer Zeitung" mittheilt, auch ihr die Vorladung eines Zeugen vor. Die Behauptung Hertwig's, daß ein Anderer für seine Spielschuld Bürge gewesen, sei nach authentischer Information unwahr.

**Ein deutschsozialer Parteitag für Nordwestdeutschland** (Hannover, Oldenburg, Bremen, Braunschweig, Schaumburg und Lippe, Detmold, Waldeck, Minden-Ravensberg) behufs Gründung eines Wahl-Verbandes findet am 5. März unter Leitung des Abg. Liebermann von Sonnenberg in Hannover statt.

△ **Lich** in Oberhessen, 6. Februar. Heute gelangte vor dem hiesigen Schöffengericht eine Sache zur Entscheidung, die bereits dreimal das Gericht beschäftigt und zu mehreren Vernehmungen durch das deutsche Consulat in Chicago geführt hatte. Ein mittlerweile nach Amerika ausgewanderter Landmann Namens Döll aus Ruppersburg hatte den Handelsmann Jakob Oppenheimer aus Langsdorf wegen Betrugsversuchs angezeigt, weil er angeblich einen Nachlaß am Kaufpreise für eine Kuh durch die falsche Vorspiegelung von ihm erzielt habe, daß die Kuh am Euter erkrankt sei. Die Döll Eheleute beschworen in Chicago ihre Angaben und ein gewisser Spamer unterstützte dieselben. Heute traten zwei Zeugen auf, die beschworen, daß die Ehefrau Döll selbst den fraglichen Fehler ihrer Kuh zugestanden habe und der Zeuge Spamer, von der Vertheidigung in scharfes Verhör genommen, gerieth in Widersprüche und wurde schließlich auf den Vorwurf, daß er falsch geschworen habe, von einer Ohnmacht befallen, die seine weitere Vernehmung unmöglich machte. Das Gericht unter Vorsitz des Gr. Oberamtsrichter Langermann sprach den Angeklagten Oppenheimer frei und constatirte, daß die Zeugen Döll eidlich die Unwahrheit zum Nachtheil des Oppenheimer ausgesagt hätten. Als Vertreter der Anklage hatte Gerichtsassessor Koch eine Gefängniß- und eine Geldstrafe beantragt, als Vertheidiger fungirte Rechtsanwalt Grünewald aus Gießen. Der Fall hat in unserer vom Antisemitismus beherrschten Gegend Aufsehen erregt. Ganz gewiß sind die falschen Angaben der Zeugen zum Theil auf die antisemitischen Hetzereien zurückzuführen. Langdorf ist bekanntlich eine „Hochburg" des Antisemitismus.

y **Worms**, 6. Februar. Als berufenster Beschützer des Deutschen resp. Oesterreichischen Schweines leistete sich der Abg. Böckel an diesem Tage in Groß-Rohrheim, (einem Orte nächst Worms,) folgenden geistreichen Witz, der wenigstens einige seiner zahlreichen Zuhörer auch wirklich zum Lachen reizte. Er erzählte, freilich unter dem bei den Antisemiten stets nothwendigen und selbstverständlichen Vorbehalte, daß er für die Wahrheit nicht einstehen könne, der freisinnige Reichstagsabgeordnete Buddeberg habe nach Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots beim Eintreffen des ersten festlich geschmückten Schweines aus Oesterreich in Zittau an den dicken Vierfäßler eine feierliche Ansprache gehalten; er (Böckel) wisse nicht, ob das Schwein sich gebührend bedankt habe, er glaube aber, wenn dies hätte geschehen können, so würde die Antwort des Schweines gelautet haben „Ich dank Dir Bruder!" Es ist bemerkenswerth, daß in derselben Versammlung, in der übrigens Herr Böckel zur Abwechselung meinte, die paar Juden, die in Deutschland sind, verdienten es gar nicht, daß man so viel Aufsehens von ihnen mache und über sie spreche, der Vorsitzende Reuter einem Gegenredner verbot, den „mitteldeutschen Bauernverein" einer Kritik zu unterziehen; Reichskanzler Caprivi, die preußische und hessische Regierung waren von Böckel vorher aufs allerheftigste kritisirt, der mitteldeutsche Bauernverein scheint hiernach im antisemitischen Zukunftsstaat einem ganz besonderen heiligen Schutz unterstellt werden zu sollen.

**Gronau**, 14. Februar. Redacteur Leuß aus Hannover sprach kürzlich hier in einer Antisemitenversammlung vor etwa 90 eingeladenen Personen. Den „Elzer Nachr."

zufolge blieben die Ausführungen des Redners dermaßen wirkungslos, daß sich nur wenige zum Beitritt in den neu zu gründenden Verein meldeten.

T. **Nürnberg**, 13. Februar. Die Heiraths-Annoncen der „Judenpresse" bilden ein ständiges Thema in den Antisemitenblättern. Diese Annoncen sollen angeblich nur von Juden stammen. Die Antisemiten scheinen aber auch seit einiger Zeit in einem Theil der antisemitischen Presse nicht nur Heirathsgesuche zu erlassen, sondern sich auch als Vermittler anzubieten. Im Fürther Blättchen „Freier Beobachter" z. B., dessen be—rühmter Herausgeber Herr A. Weber ist, empfiehlt sich Herr A. Weber — jedenfalls ein weitläufiger Verwandter des Judenfressers A. Weber — zur Vermittelung von Heirathen. Natürlich „Discretion ist Ehrensache" gerade wie bei den Judenblättern. Muß doch ein einträgliches Geschäft sein, sonst würden es die Herren Geschäfts-Antisemiten nicht treiben!

**Was sich die Herren Antisemiten alles erlauben dürfen.** Abg. Herr v. Wackerbarth hot, wie wir in der „Staatsbürger-Zeitung" lesen in einer Versammlung des Berliner Bürgervereins vor dem Halleschen Thore folgendes Geschichtchnn zum besten gegeben: „Vor einiger Zeit hatten die Bauern meines Heimathsortes eine Besprechung wegen eines anzustrengenden Prozesses und alle äußerten, wenn wir den Rechtsanwalt N. bekommen, haben wir gewonnen, wenn die Gegner uns aber zuvor kommen, verlieren wir. Auf die erstaunte Frage meinerseits, ob denn der Mann so bedeutend sei, antworteten sie: „I' Gott bewahre, aber der Mann ist Jude, drei Amtsrichter sind auch Israeliten, und wenn der los geht, wagt keiner ein Wort zu sagen, auch dem Staatsanwalt wird über den Mund gefahren, daß er nicht weiß, wo er hin soll." —

Hierzu bemerkt der sozialdemokratische „Vorwärts": Was geschähe wohl einem sozialdemokratischen Arbeiter, der in solcher Weise über preußische Richter und Behörden spräche? Nebenbei bemerkt, wird uns versichert, daß die Angaben, daß Anwalt und Richter Juden seien, eine freie Erfindung des Gewährsmannes des Herrn v. Wackerbarth. —

**Die Conservativen mit und ohne Maske.** Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Böckel'sche Reichsherold": 1887 Arm in Arm mit dem Liberalismus, 1890 mit dessen Todfeind, dem Antisemitismus, innerlich immer dieselben, lauen, schmachtlappigen, augenverdrehenden, stumpfen Gesellen, so schwanken die Conservativen dahin im Kampf der Parteien. Zu faul zum Schaffen, zu verdorben zur geistigen Neugeburt, wankelmüthig und unklar, bleiben die Conservativen trotz aller Häutungen eine Mumie ohne Leben. Ob mit oder ohne Helldorf, das beweist wieder ihre Haltung zur Militärvorlage, bleiben sie die Alten:

„Heut grad' und morgen schief —
Wie der Minister rief,
Das heißt Conservativ!"

**Die Rede**, welche Abgeordneter **Stöcker** am 28. Jan. im Abgeordnetenhause gehalten hat, wird in seinem Reichstagswahlkreise, wie uns von dort mitgetheilt wird, als Flugblatt verbreitet.

**Die Antisemiten unter sich.** Das Stöcker'sche „Volk" theilt aus den Vorträgen des antisemitischen Agitators Hähnichen aus Lockwitz (Sachsen) folgende Stellen mit:

„Der Conservatismus ist eine alte Kutsche mit einem alten Pferde (Helldorf) vorn und einem alten Pferde (Mirbach) hinten. Der Conservatismus gleicht einem alten lahmen Dachshund, der sich am heißen Ofen erst vorn und dann hinten streibt, fünfmal gähnt, dann hintaumelt, wie in einem Opiumrausche hinfällt und nun daliegt unterm Ofen. Mit den Conservativen schließen wir unter keiner Bedingung ein Bündniß. Wir sind einmal so schwach gewesen und haben dies schwer büßen müssen (Fall Holleuffer). Wir bleiben für uns, für uns sind alle Parteien gleich Null. Was sind denn die conservativen Abgeordneten à la v. Frege, Dr. Mehnert u. s. w.? Dr. Mehnert hat eine zweistündige Rede im Reichstag über die Börsensteuer gehalten. Unsinn ist es — durch dieselbe kommt viel zu wenig herein. Ackermanns Innungen sind auch nur Lockspeise. Das 1876er Mäntelchen der Conservativen ist von Läusen und Wanzen (!) zerfressen und jetzt haben sie sich ein neues machen lassen, das 1692er Programm, damit sie — ihre Orden und Ehrenzeichen daran hängen können, die sie durch . . . . verdient haben".

**Antisemitismus bei einer Bataillonsfeier zu Kaisers Geburtstag.** Dem in der vorigen Nr. nach der „Freis. Ztg." mitgetheilten Vorfall wird im „Hamb. Corresp." eine harmlose Deutung zu geben versucht. Das Blatt schreibt:

Der Sergeant ruft den Rekruten nicht zu: „Ihr Juden seid der Abschaum des Militärs," sondern er sagt lediglich aus Aerger über die ihm durch das Nachexerciren auferlegte Mühe neben vielen anderen Kraftausdrücken auch: „Also Ihr seid der Auswurf des ganzen deutschen Heeres, die Ihr mir den heutigen freudigen Tag vergällt" 2c. Diese sowie alle übrigen Redensarten werden ohne Beziehung darauf gemacht, daß die drei Leute „Juden" sind. Ueberhaupt enthält das ganze kleine Stück auch nicht die geringste Andeutung religiöser oder politischer Art und ist in keiner Weise geeignet, die jüdischen Mannschaften in den Augen ihrer christlichen Kameraden herab zusetzen. Das qu. Singspiel ist von dem Gesangshumoristen Oskar Junghähnel zu Leipzig verfaßt und von ihm selbst „heiteres Gesammtspiel" benannt. Es ist eine Art von Parodie auf die Rekrutenausbildung und wegen seiner drastisch-komischen Scenen bei derartigen militärischen Aufführungen beliebt, da es kaum etwas anderes enthält, als eine Zusammenstellung aller jener Kraftausdrücke eines Sergeanten, wie sie die „Fliegenden Blätter" zum Amusement ihrer Leser in fast jeder Nummer bringen. Mit noch größerem Recht könnte eine Beleidigung des Officierstandes darin gefunden werden, wenn z. B. einer der Rekruten auf die Frage des Sergeanten: „Was ist der Soldat den Officieren schuldig?" antwortet „Gott soll mer leben lassen, was soll ich sein schuldig? Seien doch die Officiers schuldig meinem Vaterleben ä Masse Geld!" oder eine Kränkung des Unterofficierstandes, da die 3 Rekruten — scheinbar nicht ohne Erfolg — einen Bestechungsversuch machen, indem sie mit bezeichnender Handbewegung versichern, dem Sergeanten „spendiren" zu wollen, was er nur wünschen würde, wenn er sie nicht mehr nachexerciren ließe. — In einer derartigen Burleske ohne jeden tendenziösen Hintergrund kann den einzelnen Kraftausdrücken und Redensarten füglich keine Bedeutung beigemessen werden. Es kam darauf an, die Mannschaften zu belustigen, und dieser Zweck wurde durch das Singspiel erreicht, da die Leute kaum etwas so sehr erheitert, wie derartige Parodien aus ihrem Dienst- und Kasernenleben, wie sie von den Mannschaften selbst nach den größten Anstrengungen beim Manöver im Quartier oder im Biwak alljährlich häufig zur Aufführ ng gelangen.

So ganz harmlos vermögen wir die Sache nicht aufzufassen. Es kommt darauf an, unter welchen Umständen die Aufführung eines solchen Stückes erfolgte. Vor 20 Jahren würde Niemand Anstoß daran genommen haben. In den gegenwärtigen Zeiten der wildesten antisemitischen Agitation sollte man derartiges vermeiden.

**Nach der „Barmer Ztg."** brachten wir in Nr. 6. S. 47 eine Notiz, nach der einer unserer „höchsten evangelischen Würdenträger" in einem Coupé von einem „unserer obersten Staatsbeamten" für einen Juden angesehen wurde. Die Mittheilung hat sich bis jetzt nicht bestätigt, vielmehr scheint nach einer Zuschrift des Herrn Regierungspräsidenten von Tepper-Laski an die „Frankf. Ztg." und aus noch anderen Zuschriften das Barmer Blatt mystifizirt worden zu sein.

L. **Chemnitz**, 12. Februar. Wie weit der Antisemitismus in unserer Stadt um sich gegriffen hat, geht daraus hervor, daß es hier Kneipen giebt, in denen Lieder gegen die Juden gesungen werden, wobei der Wirth als Drigent fungirt. Eines dieser Lokale, der Krug genannt, wird sogar von den sogenannten besseren Ständen besucht, die wahrscheinlich an diesem Gebahren ihren Spaß haben. Hier bekommt jeder Gast beim Eintritt ein Eisenbahnbillet mit der Bezeichnung: „Nach Jerusalem hin, aber nicht zurück" und anderen geschmackvollen Bemerkungen.

**Die Antisemiten im Conflict mit dem Strafgesetz.** Die „Antisemitische Correspondenz" verfehlt nicht, regelmäßig unter der Rubrik „Israel im Conflict mit den Strafgesetzen" ihren Lesern mitzutheilen, wenn irgendwo und irgendwann ein Jude sich gegen die Gesetze vergangen hat. Dieses von entschiedener „christlicher" Liebe zeugende heiße Bemühen erfährt aber eine seltsame Beleuchtung, wenn man die Partei der Antisemiten einer gleichen Betrachtung unterzieht. Man sollte mit Recht antworten, daß eine Partei, die alle echte, edle, würdige, arische Moral in Pacht genommen hat, überhaupt keine Vergehen und Verbrechen gegen Reichsgesetze begehen könne und dürfe. — Weit gefehlt! Hier geben wir eine kleine Blüthenlese aus den letzten Wochen:

Wegen **Beleidigung** wurde in Glogau der antisemitische Führer Dr. Willibald Bernhard Hentschel zu 25 Mark Geldbuße und Publicationsbefugniß des Urtheils verurtheilt. — In Alsergrund bekam der Antisemit Anton Heller eine Geldstrafe von 30 Gulden, weil er einen Nichtjuden Judenbengel nannte, den er wie einen tollen Hund niederschlagen wolle, wenn er ihn erwische.

Wegen **Straßenüberfalls** und **Mißhandlung** von Israeliten wurde der antisemitische Handlungsgehilfe Meier von der Meseritzer Strafkammer zu 14 Tagen Gefängniß und in die Kosten, drei Burschen wegen gleichen Vergehens vom Schöffengericht in Fürth i. O. zu 10, 8 und 6 Wochen Gefängniß verurtheilt.

**Unterschlagung.** (Nach antisemitischer Anschauung ein echt „jüdisches" Verbrechen!) P. v. Mittis, Vorstandsmitglied des antisemitischen „Deutschen Clubs" in Prag, unterschlug 2000 Gulden, die seinem Chef gehörten. — Albert Max H., Kassirer des antisemitischen Vereins in Düsseldorf wurde wegen Unterschlagung von 324 Mark zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wegen **Diebstahls** von Cigarren wurde der Wiener Antisemit J. Marx zu einer einwöchentlichen strengen Arreststrafe und zum Schabenersatz verurtheilt.

Wegen **Meineids** (!) wurde der Antisemit Roth aus Hackenheim vom Schwurgericht in Mannheim zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Die Antisemiten werden sich mit Recht dagegen wehren, wenn man sie für die Vergehen Einzelner ihrer Partei verantwortlich machen will. Ist es da nicht ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, wenn die Juden dieselbe Logik auch für sich in Anspruch nehmen? —

## Bücherschau.

**Großpapa Stöcker. Ein Beitrag zur Descendenztheorie des modernen Antisemitismus von Josef Schrattenholz.*)**

Den Kernpunkt der Schrift bildet die Wiedergabe eines Artikels aus dem „Journal von und für Deutschland 1790." Der Verfasser druckt ihn zu dem Nachweise ab, daß die antisemitische Bewegung nicht, wie seine Anhänger behaupten, das Morgenroth einer neuen Zeit bedeutet, sondern ein Ueberbleibsel vergangener Zeiten ist. Es ist in der That scherzhaft, die Vorwürfe, die man jetzt gegen die Juden hört, im Wesentlichen auch in dieser Schrift zu finden. Mit der Ausnahme allerdings, daß von Ritualmord oder Blutmord keine Rede ist. Denn das Ende des vorigen Jahrhunderts war eine Zeit, in der Deutschland, wie das Gutachten der Universität Leipzig von 1714 sich ausdrückt, mehr „excoliret worden," und sich deshalb „die allzugroße Leichtgläubigkeit von dergleichen Märlein verlohnen."

Aber im Uebrigen ist das Arsenal so ziemlich vollständig, selbst daß die Juden auf die Beamtenschaft Einfluß haben, nur daß der deutsche Charakter, der edel, bieder und gut war, durch die Einmischung der Juden in die öffentlichen Geschäfte (!) verdorben worden, wird schon hervorgehoben.

*) Zu beziehen vom Verfasser, Düsseldorf, Ehrenstr. 54.

Darum verdient der Verfasser Dank, uns die vergilbte Vorgängerin der Kreuzztg. vorgeführt zu haben. Wir stehen dem Jahre 1790 fern genug, um die Uebertreibungen und Unrichtigkeiten des „Journals" auf den ersten Blick zu sehen. Das Bild, das von den damaligen Juden entworfen ist, entspricht der Wirklichkeit nicht. Da es aber dem Bilde ähnelt, das man auch jetzt von den Juden zeichnet, dürfte es wohl auch jetzt nicht treffend sein, sondern mehr in der Einbildung der Schilderer als in der Wirklichkeit beruhen. Ein Beispiel unter vielen. Schon damals wird den Juden Abneigung gegen den Ackerbau vorgeworfen. Heute klingt der Vorwurf bei oberflächlicher Prüfung verständig, während bei weiterer Betrachtung es allerdings naturgemäß erscheint, daß aus einer städtischen Bevölkernng nicht über Nacht ein Bauerngeschlecht heranwächst. Aber in einer Zeit, in der den Juden selbst der Aufenthalt auf dem Lande nicht gestattet war, war der Vorwurf einfach unsinnig. Manches hat sich in den Vorwürfen seither allerdings geändert. So stellt das Journal an die Juden die Frage, weshalb sie sich denn nicht den bildenden Künsten und der Schauspielerkunst widmen. Auch der Hinweis, daß alle großen Diebesbanden von Juden eingeführt würden, dürfte jetzt kein Echo finden, die Juden sind bekanntlich jetzt in auffallend geringem Maße an Diebstählen betheiligt. Darüber haben uns die nüchternen Zahlen der Statistik aufgeklärt. Wir enthalten uns, weitere Punkte aus dem Artikel des Journals zu besprechen, laden vielmehr unsere Leser ein, selbst zu sehen und zu prüfen. Die Schrattenholz'sche Schrift enthält außerdem eine Einladung und als Anhang Auszüge aus seinem demnächst erscheinenden „Antisemitenhammer," einer Sammlung von Aussprüchen berühmter Personen aller Zeiten und Völker. Von diesen heben wir folgende Worte Blaise Pascals, des berühmten französischen Moralphilosophen hervor:

„Sie bewahren mit liebender Treue das Buch, in welchem Moses erklärt: sie seien stets gegen Gott undankbar gewesen, und er wisse, nach seinem Tode würden sie das noch mehr sein; er aber rufe Himmel und Erde wider sie zu zeugen, daß er ihnen oft genug gesagt habe; . . . „Und dennoch! dies Buch, welches sie in mannigfaltigster Weise entehrt, gerade dieses bewahren sie mit Gefahr ihres Lebens. Das ist eine Aufrichtigkeit, welche kein weiteres Beispiel in der Welt, aber auch keine Wurzeln in der Natur hat."

Unsere Leser werden in diesen Worten Anklänge an unsere Ausführungen S. 44. Sp. 2 finden.

Wenn der Antisemitenhammer viel von solcher Kost bietet, wird es in der That ein sehr bedeutungsvolles Werk sein.

Der Titel „Großpapa Stöcker" ist allerdings nicht ganz logisch. Um das auszubrücken, was Verfasser meint, hätte es wohl richtiger gelautet: Stöcker's Großpapa. —

## Briefkasten.

**P.** in **R.** Wir halten das Blatt selbst; gleichwohl sind uns die in Aussicht gestellten Beiträge, deren Verwerthung wir uns vorbehalten, willkommen

**M. H-n** in **Düsseldorf.** War uns sehr interessant. Besten Dank.

**J. G.** in **Magdeburg.** Besten Dank.

**J. D. 52** in **Breslau.** 1000 Flugblätter kosten von 4,50 Mark bis 8 Mark. Die Höhe des Jahresbeitrages steht in Ihrem Belieben. Bitte uns Ihre genaue Adresse anzugeben. Wir senden Ihnen dann eine Anzahl „Mittheilungen" zum Vertrieb.

**M. S.** in **Magdeburg.** Hat nicht solche Eile.

**M. B.** in **Coblenz, G. D.** in **Oschersleben.** Besten Dank.

**M. S.** in **Siegen.** — **A. B.** in **Stadthagen.** Besten Dank für freundliche Zusendung.

**Buchhändler G-dt.** Wir können leider keinen Rabatt geben, da wir die „Mittheilungen“ schon jetzt zum Selbstkostenpreise liefern. Wenn wir in dem Preise etwas ändern wollten, so könnten wir es nur nach oben hin thun. Eine finanzielle Unterstützung erhalten wir durch ein Abonnement nicht.

Wegen Raummangels mußten verschiedene Einsendungen unberücksichtigt bleiben; wir hoffen aber von denselben in der nächsten Nummer Gebrauch zu machen.

---

**Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind eingegangen:**

L. R. 2. Rate Frankf. a. M. 4 M. — Freisinnige aus Rybnik durch Emil Prager 41,10 M. — Moritz Horn, Düsseldorf 2 M. — Ungenannt 2,80 M. — Albert Seckstein, München 3 M. — Adolf Stern, Kreuznach 2 M. (nachträglich) — J. R. S., Rasenberg a. S. 3 M. — Michael, Leipzig 3 M. — „Freisinnige Biergesellschaft Soest“ 1,42 M. — L. G. und Frau in Köln 10 M. — Fromme, Grevensbrück 3 M. — Stiel, Cöln a. Rh. 5 M. — H. L., Hamburg 1 M. — Orgler, Oppeln 3 M. — B. M., Magdeburg 5 M. — A. S., Magdeburg 5 M. — M., M., Magdeburg 5,05 M. — B. Stern, Frankf. a. M. 5 M. S. Singer — Magdeburg 10 M. — Max Singer, Magdeburg 3 M. — Oberstabsarzt Dr Rosenthal 10 M. — Hugo Feder, Magdeburg 10 M. — „Mitg. des jüd. Kultusvereins von Rosdzin, Burowitz, Kl. Dombrowka 8,50 M. — Ludwig Hamburger, Guben 5 M.

Im Ganzen sind bis jetzt eingegangen 608. 72 M.

**Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen dringend um fernere Beiträge. Wahrscheinlich wird es zur Nachwahl kommen, die noch erhebliche Geldmittel erfordern wird. Alle Beiträge bitten wir an unsern Schatzmeister Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13 zu adressiren. Wir bitten auch zu bemerken, für welchen Zweck die Gelder bestimmt sind.**

---

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

Bei der Berathung des Etats des Kultusministeriums in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Februar wurde durch den conservativen Abg. v. Wackerbarth die Frage des jüdischen Religionsunterrichts angeregt. Es entspann sich darüber eine lebhafte Debatte, an welcher sich der Kultusminister Dr. Bosse, sowie die Abgg. Rickert, Stöcker und v. Wackerbarth betheiligten. Am folgenden Tage ergriff hierzu der Abg. Dasbach (Centr.) das Wort. Eine Würdigung der Discussion, welche eine größere Ausdehnung anzunehmen verspricht, behalten wir uns bis nach ihrer Beendigung vor.

Wir lassen zunächst einen Bericht über die Verhandlungen nach dem amtlichen Stenogramm folgen

Abgeordneter Freiherr **v. Wackerbarth-Linderode**: Bei der vorjährigen Berathung des Etats habe ich mir erlaubt, an die Königliche Staatsregierung die Frage zu richten, ob das Aufsichtsrecht über den christlichen Religionsunterricht in derselben Weise auch gegenüber dem Religionsunterricht der Israeliten ausgeübt würde, speziell ob die Königliche Staatsregierung die Möglichkeit besitzt, Kenntniß zu erhalten von dem, was in den Talmudvereinen, Talmudthoraschulen und Rabbinatsschulen gelehrt wird.

Eine Auskunft darüber ist noch nicht gegeben, aber dem Vernehmen nach sind in dieser Richtung Erhebungen veranlaßt worden.

Ich möchte dabei auf eine Erklärung antworten, welche der Herr Minister soeben abgegeben hat. Derselbe stellte fest, daß die Verfassung ausdrücklich verlange, daß jedes Kind Religionsunterricht erhalte.

(Hört! hört! rechts.)

Diese Vorschrift scheint aber den Israeliten gegenüber nicht durchgeführt zu werden. Ich berufe mich dabei auf einen der Oeffentlichkeit übergebenen Bericht über den sechsten Gemeindetag des israelitischen Gemeindebundes, welcher im vorigen Jahre hier in Berlin abgehalten worden ist. Ich bemerke dabei, daß zu diesem Gemeindebunde zwei Drittel aller Israeliten unseres Landes gehören. In dieser genannten Versammlung wurde von berufener Seite festgestellt, daß selbst israelitische Schüler höherer Lehranstalten oft nicht die einfachsten Fragen aus ihrer eigenen Religionsgeschichte beantworten können. Es wurde ferner von dem Geheimrath Dr. Christeller darauf hingewiesen, daß der Vorstand ermittelt habe, daß 800 israelitische Gemeinden keinen Lehrer und keinen Kultusbeamten besitzen, welcher im Stande sei, Religionsunterricht zu ertheilen. Bei der Diskussion darüber, wie diesen Uebelständen abzuhelfen wäre, äußerte ein hervorragendes Mitglied, daß die Israeliten bereits seit 400 Jahren keinen obligatorischen Religionsunterricht hätten, und daß sie sehr gut dabei befänden, und daß es sehr wohl ohne diesen geht.

Ich erlaube mir nun, die Frage an den Herrn Minister zu richten, wie das Aufsichtsrecht über den israelitischen Religionsunterricht in Einklang zu bringen ist mit dem Artikel 12 der Verfassung, wie ihn der Herr Minister soeben ausgelegt hat.

(Bravo! rechts.)

Kultusminister Dr. **Bosse**: Meine Herren, in der Antwort auf diese Frage kann ich mich sehr kurz fassen. Wenn jüdische Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern in einer jüdischen Schule Religionsunterricht ertheilen zu lassen, so werden sie für einen Ersatzunterricht sorgen müssen. Ich habe gar kein Bedenken, jüdischen Eltern, die mir nachweisen, daß ihre Kinder einen jüdischen Religionsunterricht außerhalb der Volksschule erhalten, diesen als gleichwerthig mit dem Religionsunterrichte der Volksschule anzuerkennen und deshalb die jüdischen Kinder von dem letzteren zu entbinden. Im übrigen kann ich nur bemerken, daß der jüdische Religionsunterricht und das ganze jüdische Schulwesen ebenfalls der Schulaufsicht des Staates unterstehen, und daß diese Schulaufsicht auch gehandhabt wird, daß aber, soviel mir wenigstens bekannt geworden, Beschwerden nach dieser Seite sehr selten an das Ministerium herangetreten sind.

Auf Grund einer Beschwerde in der Presse, worin behauptet war, daß in jüdischen Religionsbüchern mehrfach höchst anstößige Ausführungen vorkamen, ist von mir allerdings eine Prüfung dieser jüdischen Religionsbücher durch die Schulaufsichtsbehörden veranlaßt worden. Die betreffenden Berichte sind aber bisher nur zum kleinsten Theil eingegangen. Ich kann daher keine Auskunft darüber geben, inwieweit die Beschwerden, die man dort angeführt hat, begründet sind oder nicht. Ich möchte aber kaum glauben, daß bei der Ermittelung viel herauskommen wird: denn das werden sich doch diejenigen, welche sich über diesen jüdischen Religionsunterricht beschweren, selber sagen, daß man darauf ein Auge haben und daß man Ungehörigkeiten schwerlich dulden wird.

Abgeordneter **Rickert** — — — — — — — — — — — — — —

Ich muß gestehen, daß die Antwort, welche der Herr Minister dem Herrn Freiherrn v. Wackerbarth gegeben hat, mir nicht genügt. Ich muß mir erlauben, den historischen Hergang dieser Sache kurz zu beleuchten. Am 1. Oktober 1892 des vergangenen Jahres, also vor nahezu 5 Monaten, brachte die Kreuzzeitung einen Artikel — der Herr Minister hat von der Presse gesprochen; ich habe einen anderen Artikel nicht gelesen, als den in der Kreuzzeitung. In diesem Artikel richtete die Kreuzzeitung an die Staatsregierung die Aufforderung, die Religionsschulbücher, welche den Kindern unserer jüdischen Mitbürger als Grundlage bei dem Religionsunterricht dienen, im staatlichen Interesse zu prüfen und festzustellen, — ich führe wörtlich an, was die Kreuzzeitung sagt — ob es wahr sei,

> daß die heute in den staatlich geduldeten jüdischen Religionsschulen gebrauchten Katechismen Lehren enthalten, welche nicht nur die christlichen Glaubensgemeinschaften in nicht wiederzugebender Weise beschimpfen, sowie das christliche Ehe- und Familienleben als thierisches Zusammenleben bezeichnen, sondern auch die geschäftliche Uebervortheilung der Nichtjuden, den Wucher und die Steuerhinterziehung gegenüber christlichen Staatsangehörigen bedingungsweise als zulässig bezeichnen, ferner das gesammte christliche Gerichtswesen verächtlich machen, den christlichen Zeugeneid anzutasten wagen, und endlich gar die Ablegung des Falscheides oder Meineides vor christlichen Richtern für Juden unter gewissen Umständen als erlaubt darstellen.

Ja, meine Herren, wenn eine derartige Anklage von dem angesehensten Organ der größten Partei des Abgeordnetenhauses öffentlich erhoben

wird, und wenn dann der Herr Minister auf Grund dieser durch nichts bewiesenen Anklage gegen einen Theil unserer Mitbürger nun seinerseits Veranlassung nimmt, eine staatliche Untersuchung darüber anzustellen, dann, glaube ich, ist es nicht gerechtfertigt, wenn unsere jüdischen Mitbürger unter dem Druck dieser öffentlichen Anklage 5 Monate lang warten müssen, ohne daß von irgend einer autoritativen Stelle eine Aeußerung kommt. Wir müssen diese Dinge im Zusammenhang betrachten. Wenn Sie in Erwägung ziehen, daß in all den Wahlkreisen, wo Wahlen sind, jenes schmähliche und gemeine Flugblatt — ich kann es nicht anders nennen —, welches der Herr Abgeordnete Hobrecht neulich zum Gegenstande der Erörterung gemacht hat, widerspruchslos verbreitet worden ist, ohne daß die Gerichtsorgane und der Herr Justizminister Veranlassung gefunden haben, auf Grund des § 166 des Strafgesetzes eine Anklage erheben zu lassen, wenn man dem Herrn Kultusminister, als dem beaufsichtigenden Minister der Schulverwaltung den Vorwurf macht, daß in den Schulen ein Theil unserer Kinder geradezu zu Verbrechern erzogen werden — ja, meine Herren, das wäre ein Verbrechen, wenn eine Religion es erlaubte, daß die Ehe unter Christen aber überhaupt die Ehe als thierisches Zusammenleben bezeichnet wird, wenn die geschäftliche Uebervortheilung der Nichtjuden, der Wucher und die Steuerhinterziehung als zulässig erachtet würden, wenn der Meineid und der Falscheid unter Umständen den Juden gegenüber erlaubt wäre! — — Wie kann ein Minister es dulden, daß ein Theil der Bevölkerung, der dieselben verfassungsmäßigen Rechte hat wie wir, unter dieser schweren Anklage fünf Monate steht, ohne daß von einer amtlichen Stelle eine Aeußerung kommt? Ich kann mich daher mit der Erklärung, die der Herr Minister gegeben hat, nicht beruhigen. Ich wünschte, daß der Herr Minister auf die Sache näher einginge und uns wenigstens das Ergebniß, welches ein Theil der Untersuchungen gehabt hat, öffentlich darlegte. Er meinte, es würde bei der Sache nicht viel herauskommen. Ja, meine Herren, ich glaube es auch. Als ich den Artikel der Kreuzzeitung las, habe ich im Verein mit mehreren Freunden eine Privatenquete angestellt. Wir haben, soweit wir kannten — diese Beschuldigung erschien uns geradezu ungeheuerlich —, Religionsbücher eingefordert aus Süddeutschland, Mitteldeutschland und Norddeutschland Wir haben sie einem Pädagogen zur Prüfung gegeben. Ich wußte nicht, daß die Sache heute eingehender besprochen werden würde, und habe deshalb die betreffenden Religionsbücher nicht mitgebracht, sonst würde ich den Herrn selber ad oculus demonstriren können die Haltlosigkeit und Nichtigkeit dieser Anklagen. Tüchtige Pädagogen haben uns erklärt, daß in diesen Religionsschulbüchern nichts anderes enthalten wäre als diejenigen Moralgrundsätze, welche auch die Grundlage unserer christlichen Ethik sind,

(hört! hört!)

und daß die Kinder in diesem Sinne unterrichtet würden.

Nun war es merkwürdig, daß, nachdem die Kreuzzeitung diese schmähtichen Angriffe veröffentlicht hatte — sie war übrigens klug genug sich dabei parteilos zu halten, indem sie sagte, sie selbst wolle sich gar kein Urtheil erlauben, aber das würde behauptet, und es müßte staatlicherseits untersucht werden —, nicht lange Zeit verging, als sie, weil sie wohl merken mochte, daß diese Anklage denn doch etwas zu stark wäre, und daß das deutsche Volk doch nicht so antisemitisch verseucht wäre, um dergleichen Dinge so ohne Weiteres gebutdig hinzunehmen, einen neuen Artikel von einem Schulmanne brachte. Und nun hören sie einmal, wie dieses Gewebe weiter gewoben wird gegen unsere jüdischen Mitbürger. Da schreibt der Kreuzzeitung Jemand:

> Einsender dieses war in seiner Eigenschaft als Kreisschulinspektor

— ein Kreisschulinspektor, meine Herren! —

> auf Grund der mehrfach besprochenen Requisition auch in der Lage, die jüdischen Religionsbücher an die Regierung einschicken zu müssen und auf diese Weise einen Einblick in dieselben zu gewinnen. Er hat dabei den Eindruck gewonnen, daß man sich täuscht, wenn man etwa meint, gegen die Moral der Juden auf Grund ihrer gedruckten und veröffentlichten Sittenlehre einen Einspruch erheben zu können. Das der Regierung vorgelegte Buch enthielt ganz vorzügliche Vorschriften; wenn die Juden diese befolgten oder auch nur die Hälfte davon, so würden sie ohne Zweifel die geachtetsten und beliebtesten Leute sein. Es ist geradezu rührend — um nur zweierlei hervorzuheben —, mit welcher Entschiedenheit der Wucher verurtheilt wird; von Glaubensgenossen überhaupt irgend welche Zinsen zu nehmen, wird als Sünde hingestellt. Ferner die äußerst strengen Regeln über Schamhaftigkeit und Keuschheit — es wäre herrlich, wenn hiernach Juden und Christen ihren Wandel einrichteten. — Man möchte meinen, daß die Herren vom Anti-Antiverein das Judenthum nur aus derartigen Büchern kennen; dann allerdings ist ihre hohe Ehrfurcht vor den „jüdischen Mitbürgern" sehr berechtigt und ihre Bewunderung für die Erhabenheit des Judenthums erklärlich. Aber

— und nun folgt folgende Insinuation des Herren Kreisschulinspektors —

> sollte es nicht neben der „geschriebenen" eine „ungeschriebene" jüdische Ethik geben? Wie steht es mit der Anerkennung des Schulchan-Aruch seitens der Juden?

Sehen Sie, das ist die Taktik dieser Art von Antisemiten: zuerst wird eine schwere Anklage gegen die Religionsbücher erhoben, und, wenn die Erkenntniß kommt, daß diese Anklage nichtig, haltlos ist, daß sie zu Boden fällt, dann sagt man: was in diesen gedruckten Büchern steht, die ihr den Kindern gebt, das ist alles eine prachtvolle, wundervolle Moral, und, wenn Christen und Juden darnach handelten, würden es die geachtetsten und beliebtesten Menschen sein. Aber es wird wohl neben diesen gedruckten Schulbüchern noch eine ungeschriebene Ethik geben. Ob die den Kindern eingeflößt wird, hat der geehrte Herr nicht einmal gewagt zu behaupten und soweit in der Verdächtigung zu gehen. Ich glaube, daß dem Herrn Minister auch dieser Artikel bekannt geworden sein wird. Ich bin fest überzeugt, daß der Herr Minister diese Art des Vorgehens gegen unsere jüdischen Mitbürger für verwerflich hält — er bestätigt es mir —, daß er sich in keiner Weise damit identifizirt; aber ich möchte ihn um eins bitten: ich mache ihm keinen Vorwurf daraus, es ist im Gegentheil ein Beweis für die Reinheit seiner Gesinnung, daß er nicht einmal wagt, anzunehmen, daß derartige Verdächtigungen einen Einfluß auf einen großen Theil der Bevölkerung haben könnten.

Ich meine doch, daß der Herr Minister hier von einer etwas zu rosigen und harmlosen Auffassung ausgeht. Ich müßte mich sehr irren, wenn der Herr Minister nicht im Reichsjustizamt zu der Zeit war, in welcher sein Herr Kommissar in der Kommission des Reichstags, in der eine antisemitische Petition verhandelt wurde, welche verlangte, daß der Talmud mit seinen gefährlichen Lehren von Reichs wegen untersucht werden und daß auch darüber eine Veröffentlichung stattfinden sollte, erklärte, es mache ihm den Eindruck, als wenn die Antisemiten mit dieser Petition sich mit dem Reichstag einen schlechten Witz machten. Nicht wahr, Sie waren damals Chef des Reichsjustizamts? Ja, ich glaube, Sie waren es; es ist ja das der Ausdruck der Gesinnung, die ich Ihnen im vollen Maße zutraue. Die Majorität der Kommission hat auch, gestützt auf diese Erklärung Ihres damaligen Herrn Kommissars, die Petition als nicht geeignet für die Erörterung im Plenum erklärt, soviel ich weiß.

Meine Herren, ich möchte auf die Sache materiell nicht eingehen, sondern nur noch an den Herrn Minister die Frage richten, ob er nicht im Stande ist, uns irgend eine Auskunft, ein vorläufiges Urtheil über das Ergebniß der bisherigen Untersuchung zu geben. Die Bücher müssen doch eingeliefert sein. Es ist doch am Ende keine zu große Arbeit; wir Privatleute haben sie in Wochen bewältigen können, und ich glaube, daß die Kultusverwaltung alles Interesse daran hätte, die Sache schnell zu erledigen. Ich kann nur wiederholen: ich bitte den Herrn Minister dringend, diese Art von Agitation, wie sie jetzt systematisch mit Unterstützung großer Geldmittel gegen unsere jüdischen Mitbürger betrieben wird, und zwar auf allen Gebieten, nicht zu unterschätzen. Ich glaube, es wäre sehr gefährlich, wenn auf dem Gebiete der Schule sich der Glaube in einem Theil der Bevölkerung einnisten könnte, daß die jüdischen Kinder geradezu zu Staatsverbrechern erzogen werden. Ich bin der Meinung, daß es Pflicht des Herrn Kultusministers ist, daß er auch keinen Tag länger, als unbedingt erforderlich ist, duldet, daß man die Kultusverwaltung in dem Verdacht habe, daß sie nicht im Stande sei, ihr Aufsichtsrecht in dem Sinne zu üben, daß verhütet werde, daß den kleinen Kindern Bücher in die Hand gegeben werden mit Lehren, die sie geradezu zu Verbrechern erziehen

(Bravo! links.)

(Fortsetzung folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a

Hierzu eine Beilage.

# Beilage

zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

Nr. 8. Berlin, den 19. Februar. 3. Jahrg. 1893.

## Verhandlungen
des
# Preußischen Abgeordnetenhauses
**am 28. Januar 1893**
nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Abgeordneter **Rickert** (fortfahrend siehe S. 76 der vorigen Nummer.)

Das fehlte auch noch, das wäre noch schöner, wenn an die Ortsvorsteher die Zumuthung gestellt würde, das auf ihre Kosten zu thun; aber gar auf Staats- oder Gemeindekosten, davon ist keine Rede! Herr v. Ploetz, das rechnen Sie sich als großes Verdienst an?! Das ist Ihre Schuldigkeit, daß Sie das bezahlen! Also: Sie haben die amtlichen Organe in Anspruch genommen, und, was schlimmer ist: Sie sagen, Sie werden das weiter so thun.

Nun weiß der Herr Minister genau Bescheid. Es sind nicht 23 Wanderredner, wie ich angeführt habe, sondern 8 bis 10, weil die Geschäfte schlecht gehen. Was diese Zahl betrifft, so war ich in einem verzeihlichen Irrthum. Herr v. Ploetz kann mir das nicht übelnehmen. In der „Kreuzzeitung" war in dem Berichte der Generalversammlung in der Rede des Herrn v. Ploetz diese Zahl angegeben — ich werde daraus vorlesen:

> 25 Wanderlehrer sind für den Bund fast unausgesetzt thätig.

(Zuruf.)

— Ja, jetzt gehen die Geschäfte also schlecht, jetzt haben Sie für den Augenblick weniger eingespannt. Sobald es aber anginge, würden Sie doch mehr einspannen, das ist gar keine Frage, nicht wahr?

(Zuruf.)

— Wie? Ich verstehe nicht! Was da gemeint ist, verehrter Herr Kollege? Von dem Ortsvorsteher — also unter Umständen dem Polizeibeamten — wird diese Versammlung arrangirt und Herr v. Ploetz fügt hinzu: „Der Landrath und der Amtsvorsteher seien verständigt." In den Gemeinden, die zugleich Amtsbezirke sind, müssen die Versammlungen doch bei dem Ortsvorsteher, der Polizeibehörde angemeldet werden. Wir können ja jetzt den Versuch machen und es auch probiren. Ich werde dem deutschen Bauernverein, dem anderen, dem ich näher stehe, empfehlen: nachdem die Sache hier zur Sprache gebracht worden ist und der Herr Minister das gehört hat, sie sollen auch die Organe der Gemeinden in Anspruch nehmen, die Lokale und Einladungen zu ihren Versammlungen zu besorgen. Ich kann Herrn v. Ploetz nur sagen: ich würde dies an seiner Stelle nicht thun; ich würde für mich niemals das Recht in Anspruch nehmen, die Gemeindeorgane in dieser Weise zu benutzen.

Nun weiß ich nicht, was Herr v. Ploetz damit meint, daß er mich tödtlich hat treffen wollen und mich einladet, einen Vortrag zu halten über die Kunst, auf Sandboden Zuckerrüben zu bauen. Er meint, ich hätte den Landwirthen den Rath gegeben, das zu thun. Sie scheinen mich mit irgend einem anderen zu verwechseln; soweit ich mich erinnere, hat Herr Sombart darüber gesprochen. Ich habe kein Wort über Zuckerrübenbau gesagt. Bitte, wenden Sie sich in dieser Beziehung also an die Adresse des Herrn Sombart. Er kann Ihnen in landwirthschaftlicher Beziehung manchen Vortrag halten, der Ihnen recht zweckdienlich wäre. Ich erhebe garnicht den Anspruch, das weise ich aber entschieden zurück, daß Sie (nach rechts) immer so thun, als ob Sie die geborenen Vertreter der Landwirthschaft wären. Wir haben auch Bauern unter uns — das ist auch ein Ehrentitel für uns, — im Reichstag verhältnißmäßig mehr Bauern als hier. Sie sprechen immer davon, daß Sie die Interessen der Bauern vertreten, aber wenn es dazu kommt, wählen Sie doch immer andere. In Lauenburg sind Sie jetzt dazu gekommen, auch einen Bauern aufzustellen, nachdem wir Ihnen die Wege gezeigt haben, daß es so geschehen muß.

Herr v. Ploetz sagt: wir thäten alles, was die Landwirthschaft schädigt. Ja, mit solchen Behauptungen können Sie doch nur Bauern gewisser geistiger Qualität einfangen; aber ein Bauer, der seinen Verstand auf dem richtigen Fleck hat, wird Ihnen nicht glauben, daß Sie nur die Bauern beglückt haben. — Herr Sombart sagte Ihnen schon ganz richtig: Wie haben Sie sich denn bei der Landgemeindeordnung benommen, die im Interesse des Bauern liegt,

(Widerspruch rechts.)

wie beim Wildschadensgesetz? Der Bauer weiß sehr genau, was er von Ihnen zu erwarten hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich komme nun zu Herrn v. Waldow mit ein paar Worten. Er macht mich verantwortlich für das „Reichsblatt". Ich habe wiederholt öffentlich die Verantwortung von mir abgelehnt: Es verstreichen oft Wochen, wo ich das Blatt garnicht zu Gesicht bekomme; und nun wollen mir die Herren das „Reichsblatt" auf den Leib schneiden. Was würden Sie sagen, Herr v. Waldow, wenn ich Sie verantwortlich machte für das „Volk" und die „Antisemitische Korrespondenz"? Ich thue das nicht; höchstens würde ich Sie in Beziehung zur Kreuzzeitung bringen, aber auch da nicht jeden Artikel auf Ihre Verantwortung setzen. Sie haben da eine Reihe von Berichten und Ausschnitten verlesen. Ich freue mich, daß es in den stenographischen Bericht kommt. Nun werden die Männer außerhalb des Hauses, die es betrifft, Gelegenheit haben, näher darauf einzugehen, und es wird sich zum Beispiel zeigen, was aus dem „Auszug der Rede" des Herrn Buchholz richtig ist, und was nicht. Wenn ich Ihnen die Flugblätter, die im Wahlkampf gegen uns von den Konservativen und Antisemiten gebracht sind, hier vorlesen wollte — ich habe ein ganzes Packet davon zu Hause, ich war nicht darauf gefaßt, daß es heute vorkommen würde—, so würden Sie ganz andere kräftige Stellen kennen lernen. Da sind die Freisinnigen und die Juden diejenigen, die die armen Leute auspressen.

(Sehr richtig! rechts.)

Da haben wir's ja, Sie rufen: sehr richtig! Mit den Mitteln agitiren Sie, und da meine ich: auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Ich würde Ihnen nicht so antworten.

Als ich in Arnswalde gewesen war, stand in einem im Kreise verbreiteten antisemitischen Blatt, die Juden hätten mich in corpore auf dem Bahnhof empfangen und hätten mir 700 Mark gegeben.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, erstens haben mich die Juden nicht in corpore auf dem Bahnhofe empfangen, 2 oder 3 Leute waren da, und Geld habe ich nicht bekommen, im Gegentheil ich habe aus meiner Tasche gezahlt, weil das eine Wahl war, die mich interessirte. Wenn Herr v. Waldow gemeint hat: er wüßte, wo unsere Geldquellen sind, nun: wo sind denn die Ihrigen? Wir wissen es ja. Wissen Sie nicht, daß Herr v. Bleichröder zum Beispiel auch mal 10000 Mark gegeben hat zu einem bestimmten Zweck, und sind die nicht in die konservative Parteikasse geflossen? Fragen Sie doch Herrn Stoecker darüber, der wird Ihnen Bescheid geben, ob die 10000 Mark von Herrn v. Bleichröder in die konservative Parteikasse geflossen sind. Die Juden, die viel Geld hatten, Strousberg, Rothschild, saßen auf den Bänken der konservativen Partei im Reichstage. Also, meine Herren, mit den Geschichten bleiben Sie uns nur ganz weg.

Herr v. Waldow hat sehr unvorsichtiger Weise das Jahr 1887, die damaligen Septennatswahlen als Beweis gegen unsere Königstreue angeführt.

(Widerspruch.)

— Bitte, als Beweis dafür, daß wir der Regierung in Dingen, die dem Vaterlande nothwendig sind, entgegenstehen.

(Zuruf rechts: Jawohl!)

Jawohl! meine Herren, ich dächte, Sie hätten doch alle Ursache, — ich könnte Ihnen so antworten, wie Sie dem Herrn Minister gesagt haben — darüber zu schweigen. So unhöflich bin ich aber nicht. Sie hätten alle Ursache, die Erwähnung dieser Thatsache zu vermeiden. Denn wer ist denn der Blamirte gewesen? Sie? wir? oder andere? Im Jahre 1887 erklärte Fürst Bismarck: das Septennat ist nothwendig für die Existenz des Vaterlandes, und nachdem der ganze Rummel vorüber war, nachdem die Wahlen wirklich ihre Dienste geleistet hatten, das Volk eingeschüchtert war, da kam der Nachfolger und sagte: das Septennat ist für die militärische Sicherheit des Vaterlandes gleichgültig. Wer hatte denn nun Recht, meine Herren? Wir haben Recht behalten. Andere, nicht wir, haben sich damals ins Bockshorn jagen lassen! wir wußten genau, daß die Septennatsfrage aufgebauscht war, um dem Kartell zum Siege zu verhelfen und die unbequeme Majorität von damals zu beseitigen. Es hat kurze Beine gehabt: 1890 war die Geschichte zu Ende. Ob Sie das noch mal wiederholen können, das wollen wir abwarten.

Die Ausführungen des Herrn v. Waldow haben mich im ganzen sehr kühl gelassen, trotz der Lebhaftigkeit, mit der er sagte, er würde auch in Zukunft das Hausrecht in Anspruch nehmen, wenn Freisinnige darthin kämen. Nun, wir werden es uns nicht nehmen lassen, in diejenigen Kreise zu gehen, in welche zu gehen wir Lust haben; wir fürchten uns weder vor Herrn v. Waldow noch vor seinen Kollegen. Sie werden uns mit derartigen Reden in dem Eifer nur bestärken, daß wir Ihre Wahlkreise in Angriff nehmen.

Herr v. Minnigerode war mir heute doch der werthvollste Redner.

(Heiterkeit rechts.)

Das hat noch etwas zu bedeuten; Herr v. Minnigerode, Sie haben heute eine sehr hübsche Aufklärung gegeben. Nach Polizei habe ich nicht gerufen; im Gegentheil! Ich habe auch erklärt, der Herr Landrath möchte nur Ahlwardt wählen, aber als Wahlkommissar hätte er keinen Aufruf zu unterschreiben; und wenn er den Aufruf für einen Parteigenossen von mir unterschrieben hätte, würde ich seine Wahl im Reichstage für ungültig erklärt haben. Sehen Sie, so sind wir!"

(Heiterkeit.)

Herr v. Minnigerode hat die Erklärung endlich gegeben, die ich von ihm verlangte. Ich fragte: was verstehen Sie unter christlicher Obrigkeit? Da sagte er nun: jede Obrigkeit verstehe ich darunter, und was Obrigkeit ist, darüber ist kein Zweifel. Richtig! Also jeder Schulze,

(Rufe rechts: Ja!)

jeder Amtsvorsteher,

(Rufe rechts: Ja!)

jeder Landrath,

(Rufe rechts: Ja!)

jeder Regierungspräsident, jeder Oberpräsident, jeder Minister, jeder Richter u. s. w.

(Wiederholte Rufe rechts! Ja!)

muß ein Christ sein. Das ist also Ihre Meinung?

(Rufe rechts: Jawohl!)

— Meine Herren, ich wollte dies ja nur von Ihnen heraushaben.

(Heiterkeit.)

Ich will ja zufrieden damit sein. Sie sollten nur klar und deutlich sagen, was Sie wollen. Damit gehen Sie nun aber zurück, wie ich schon neulich erwähnt habe, hinter die Zeit von Stahl und Gerlach. Stahl, dieser große Vorkämpfer, der als Jude noch geboren ist, war das geistige Haupt der Conservativen und wird es noch Jahrhunderte bleiben.

Die conservative Partei wird wohl niemals einen Mann von der geistigen Bedeutung an ihre Spitze bringen können, wie Stahl. Sie zehren noch heute von seinem geistigen Kapital. Leider sind Sie nicht mehr fähig, das zu verstehen, was Stahl auf dem Gebiete des Staatsrechts vertreten hat. Er hat sich den Bestimmungen der Verfassung gefügt, Sie wollen diese Grundlagen unserer Verfassung wieder umstürzen. Dann müssen Sie aber zuerst dafür sorgen, meine Herren, daß Sie eine Majorität in den Reichstag bekommen, und das wird doch etwas schwerer halten, als eine Majorität in diesem Hause zu erlangen bei diesem Wahlsystem.

Meine Herren, Herr v. Minnigerode war Anfang der sechziger oder Ende der fünfziger Jahre noch nicht im Abgeordnetenhause, ich auch nicht. Es sind wohl schon über 30 Jahre her, als im Landtage eine Verhandlung stattgefunden über einen jüdischen Schulzen Lewy, der in Westpreußen wohnte, nahe bei Danzig. Da war es der Minister des Innern, der gegen die winzige Schaar von Abgeordneten, die damals verlangten, daß ein Jude nicht Schulze werden dürfte, entschieden eintrat. Das Abgeordnetenhaus hat mit großer Majorität öfters der Regierung beigestimmt. Der Jude Lewy blieb Schulze mit Zustimmung der Bewohner seines Orts. Es würde ja recht heiter werden, wenn Sie jetzt anfangen wollen, wieder auf jene alten Dinge zurückzugreifen. Damals verlangten Ihre Vertreter hier nicht nur, daß ein Jude kein Richter werden dürfe, sondern daß sie nicht einmal eine Virilstimme im Kreistage haben dürften. Vielleicht ist auch Herr v. Minnigerode der Meinung. Ja, meine Herren, es ist richtig: die Rittergüter kommen allmählich mehr in die Hände von Juden. Die Kreuzzeitung ist furchtbar empört gewesen, daß die Cohn, die Lewy, die alten adligen Geschlechter, die in dem Besitz der Rittergüter sind, zu verdrängen anfangen. Ja, meine Herren, man mag die Thatsache auch bedauern, aber das möchte ich anheim geben zu erwägen: wenn dieselben es den Juden nicht gleich thun an Intelligenz, an Fleiß, an Sparsamkeit,

(Unruhe rechts)

dann werden sie sich nicht halten. Mit Zwangsmittelchen, mit umstürzlerischen Absichten bezüglich grundlegender Paragraphen der Verfassung kommen Sie keinen Schritt weiter. Ich freue mich darüber, daß die Debatte Klarheit gebracht hat, und insofern bin ich Herrn Hobrecht nochmals dankbar, so wenig dankbar ihm auch Herr v. Minnigerode sein wird, daß er diese Frage hier berührt hat. Wir haben jetzt eine Erklärung, wenigstens von dem anerkannten Vertreter der conservativen Partei, daß die Herren in jeder Obrigkeit keine Juden zulassen wollen bis zum Schulzen, wie ich wohl annehme, bis zum Gensdarm u. s. w.

(Ruf rechts: Nachtwächter! — Große Heiterkeit.)

— War Ihnen der Nachtwächter im Sinne?

(Zurufe.)

— Gensdarm! das ist doch sogar eine bewaffnete Obrigkeit. Sie werden natürlich auch in der Konsequenz davon dazu kommen: keine jüdischen Offiziere! — Sie werden die Juden dann von der Militärpflicht entbinden müssen. Kurzum Sie machen den ganzen Krebsgang rückwärts, der uns in ein fernes Jahrhundert zurückführt. Ob das der Würde und dem Ansehen der deutschen Nation entsprechen würde, die ein Gesetz vom Jahre 1869 geschaffen hat und zwar ohne Widerspruch, unter Zustimmung auch des Abgeordneten Dr. Windthorst im Namen des Centrums, obwohl er gegen die Form etwas einzuwenden hatte von seinem partikularistischen Standpunkt aus? Es wird Ihnen niemals gelingen, unsere deutsche Nation so weit herabzubringen, daß sie die Juden ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt.

(Beifall links.)

Abgeordneter **Stoecker**: Herrn Rickert möchte ich bitten, wenn er über conservative Männer, besonders so bedeutende, wie es Stahl war, redet, seine Studien ein wenig zu vertiefen. Herr Rickert scheint garnicht zu wissen, daß Stahl sowohl jüdische Lehrer in christlichen Schulen, wie jüdische Richter im christlichen Staat durchaus verworfen hat. Stahl war ein Jude, der durch ehrliche Taufe in die deutsche Volksgemeinschaft und in die deutschen Anschauungen aufgegangen war. Gegen solche ehrlich getauften Juden wird auf unserer Seite niemand etwas einzuwenden haben; wir können, wenn sie tüchtige Leute sind, uns ihrer nur freuen. Aber Herr Rickert mag bedenken, daß seit dem Tode Stahls die völlige bürgerliche Gleichstellung der Juden erst ihre Konsequenzen gezogen hat. Wir stehen erst jetzt vor dauernden Thatsachen, die uns beweisen, was die völlige Emanzipation der Juden für die christliche Bevölkerung bedeutet, nicht blos in Deutschland, sondern unter den christlichen Völkern der ganzen Welt. Und wenn diese Bewegung, welche die Uebermacht des Judenthums zu bekämpfen sucht, nicht blos bei uns vorhanden ist, sondern durch die ganze Kulturwelt hindurchgeht, so gehört doch ein großer Mangel von Verständniß der Weltgeschichte, der Gegenwart und der treibenden Kräfte der Zeit dazu, um diese Sache mit ein paar Redensarten abzuweisen. Deshalb finde ich: dieser Gegenstand paßt durchaus in eine Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern; er ist von einer ganz fundamentalen Wichtigkeit für unser Volksleben. Ich muß sagen: ich weiß wenig Fragen, die es so verdienen

in parlamentarischen Körperschaften gründlich und in die Tiefe erörtert zu werden, als diese.

Damit ist es doch nicht gethan, daß man uns fragt: Wollen Sie uns wieder in das Mittelalter zurückführen? die Emanzipation und die bürgerliche Gleichberechtigung abschaffen? Die Frage lautet so: Wie haben denn unsere jüdischen Mitbürger sich der Emanzipation gegenüber betragen? das fordert doch die völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung als Bedingung, daß man auch völlig in das Wesen eines Volkes eingeht. Nun bin ich dessen ganz gewiß, daß die Juden, soweit es ihnen nützlich ist, soweit sie Antheil suchen an dem Erwerb, an der äußeren Kultur, an politischer Macht, allerdings den Wunsch haben, in's deutsche Volksleben einzugehen. Sie haben aber auf der anderen Seite wiederum den Wunsch, wo es ihnen nützt, für sich zu bleiben, ganz jüdisch zu bleiben. Hin und wieder sprechen sie es offen aus, sie seien ein Volk und würden es bleiben. Sie strecken ihre Fühlfäden international nach den Juden aller anderen Völker aus und bleiben so mitten in der Kulturwelt, die sie mit staatsbürgerlichen Rechten bedacht hat, ein fremder Körper. Wo es ihm paßt, sagt der Jude: Ich bin Deutscher; und wo es ihm anders paßt, sagt er: Ich bin Jude. In dieser Zwitterstellung übt er in der That einen unheilvollen Einfluß auf die Völker der Gegenwart. Es ist in der That nicht zu viel gesagt, wenn man, und zwar nicht blos auf dem materiellen, sondern auch auf dem geistigen Gebiete sagt: Was uns noth thut, ist nicht mehr eine Emanzipation der Juden von mittelalterlichen Vorstellungen und Gesetzen, sondern eine Emanzipation der christlichen Völker von der Uebermacht der Juden, eine Emanzipation ganzer Bauernschaften, ganzer Handwerkerkreise, im Grunde unseres ganzen Volkes von dem Judengift, das durch eine schamlose Presse in die Adern unseres Volkes getrieben wird.

(Sehr richtig! rechts)

Und wie sehr auch Deutsche auf dieses Gift eingehen, das zeigt ja manches von den Citaten meines Freundes Herrn v. Waldow. Wenn ein Blatt wie das Reichsblatt als Parole der Partei ausgiebt, ohne Scheu vor Thron und Altarstufen in den politischen Kampf zu gehen —

(Widerspruch links)

— ja, das hat dagestanden —, dann muß ich sagen, ist es sehr bedenklich, wenn mit einer Partei, die solche Verse macht, das Judenthum verbunden ist und diese den Thron und den Altar untergrabende Thätigkeit mit orientalischem Golde füttert und sättigt.

(Beifall rechts.)

Das ist eine ungeheure Gefahr, und daß diese Gefahr in verschiedener Gestalt sich überall zeigt, daß überall die Völker das Gefühl haben, das Judenthum unter ihnen ist eine zersetzende Macht, — das ist der Grund dieser auch bei uns in Deutschland stattfindenden Bewegung. Ich weiß freilich, was man von links darauf antworten wird. Man sagt: Das liegt an den mittelalterlichen Verfolgungen, daran, daß die Juden noch nicht lange genug emanzipirt sind. Demgegenüber weise ich auf ein Land hin, wo die Juden seit hundert Jahren vollkommen gleichberechtigt sind, wo sie Minister, Generäle und alles werden, wo sie einen großen Einfluß haben, ich weise hin auf Frankreich und fordere Herrn Rickert auf, zu bestreiten, wenn er es kann, daß der jüdische Wucher im Elsaß und der vernichtende Einfluß des Judenthums im politischen Leben irgendwo stärker sein kann als in jenem Lande, das seit hundert Jahren die Emanzipation hat. Man kann ja den Kopf in den Sand stecken und diese Dinge übersehen; man kann, weil man mit den Juden eng verbunden ist, sagen es ist nicht so. Aber wenn es nun die Völker fühlen und die nationale Volkskraft sich dagegen erhebt, dann muß ich sagen, spielen die Herren, welche nicht selber Juden sind, eine wenig beneidenswerthe Rolle, wenn sie, wie es hier geschieht, sich auf Seiten des Judenthums stellen und die Bekämpfung des Judenthums bekämpfen. Ich höre von Herrn Rickert die Veröffentlichung einseitiger Talmudauszüge eine Gemeinheit nennen; ich höre auch Herrn Abgeordneten Habrecht völlig verachtend und verwerfend gegen den Antisemitismus deklamiren. Ich gebe zu: das Recht hat jeder, gegen Ausschreitungen des Antisemitismus sich zu erheben. Aber das glaube ich auch, daß getaufte, deutsche Menschen nur dann das Recht haben, gegen den Antisemitismus zu protestiren, wenn sie auch gegen das Antichristenthum des Judenthums protestirt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Und da sind Sie uns den Beweis noch schuldig, daß irgend ein Deutschfreisinniger und, ich muß leider sagen, daß irgend ein Nationalliberaler jemals bei solchen schamlosen Ausschreitungen des Judenthums und der Judenpresse, die unser Volk verderben, die Waffe in die Hand genommen habe. Nennen Sie mir Beispiele! Darum sage ich: Sie auf der linken Seite haben das Recht nicht, sich als Schutztruppe für das Judenthum zu etabliren. Erst hätten Sie Ihre eigene Nation schirmen müssen gegen die Nachtheile der Börse, gegen den Wucher, gegen die noch viel gröberen Schädigungen, die aus der Untergrabung unserer sittlich-religiösen Anschauungen kommen, dann konnten Sie sich hinstellen und gegen die Ausschreitungen des Antisemitismus reden! Haben Sie jenes nicht gethan, dann wäre es viel richtiger, viel geschickter, auch viel politischer, sich zu bescheiden.

(Lebhafte Zurufe links.)

— Ja, Bescheidenheit kennen Sie eben nicht!

Damit will ich Herrn Rickert verlassen und auf die Rede des Herrn Habrecht eingehen, die ja viel tiefer in die Sache eindringt. Ich glaube, dazu ein Recht zu haben. Meine Herren, ich bin derjenige, der die Judenfrage aus dem literarischen Gebiet in die Volksversammlungen und damit in die politische Praxis eingeführt hat. Ich bedaure das nicht; das war nöthig; denn die liberale Presse schnitt durch Todtschweigen jede Erörterung dieser Lebensfrage in unserem Volke ab. Ueber die Sache konnte geschrieben werden, was wollte, man schwieg darüber. Auch die schlimmsten Fälle von jüdischem Wucher und Verbrechen waren durch eine stillschweigende Uebereinstimmung liberaler Redaktionen geschützt; diese Dinge kamen nicht in die Oeffentlichkeit.

(Zurufe links: Unwahr!)

So war es im Kleinen; so war es im Großen. Darum war es nöthig, eine Sache, welche unser Volk so tief bewegt, in die Oeffentlichkeit hineinzuwerfen. Von Berlin aus — und ich halte es für eine Ehre Berlins, daß hier die erste Heimath dieser großen Völkerbewegung ist — ist dann diese Strömung von Grenze zu Grenze in andere Länder gezogen. Sie hat, was ich mit Bedauern konstatire, hier und da in unserm Vaterlande Ausschreitungen, anderwärts sogar Verfolgungen hervorgerufen. Ich bedaure das, aber das kann ich versichern: das Aufwerfen der Judenfrage ist für die christliche Welt, für die europäischen Nationen so nothwendig, daß, wenn ich bei meinem ersten Schritt alle diese Aergernisse und Verfolgungen vorausgesehen hätte, ich doch nicht davor zurückgeschreckt sein würde, die Judenfrage in die Oeffentlichkeit zu werfen, weil gegenüber der ungeheuren Bedeutung dieser Frage, bei der es sich um Sein und Nichtsein der Völker handelt, diese Ausschreitungen nicht die Bedeutung haben, die man auf der anderen Seite ihnen zuschreibt. Der Abgeordnete Lobrecht hat sich ja nun hier — und man muß ihm das als Muth anrechnen — als Freund der Juden hingestellt. Haben sie doch wenigstens einen! einen, der offen zu ihnen steht. Es giebt mehr; aber einen, der so klar ausspricht, die Juden hätten das Bedürfniß, sich dem deutschen Volke anzuschließen, den Willen sich zu bessern, — einen solchen kenne ich in der That nicht weiter! Das Bedürfniß, sich an Nationen anzuschließen ist ja ganz schön; es kommt nur darauf an, zu welchem Zweck man das thut. Jeder Blutegel schließt sich auch an den Körper sehr eng an,

(Heiterkeit rechts)

und der Parasit schließt sich sehr eng an den Baum an. Warum? Um ihm die Lebenskräfte auszusaugen. Ich will nicht sagen, daß alle Juden solche Rolle spielen; es giebt in jeder Nation edle und ausgezeichnete Menschen, auch unter den Juden. Aber daß im Ganzen und Großen das Judenthum unter den christlichen Völkern eine parasitische Existenz führt, die nicht auf der eigenen Arbeit, auf der Antheilnahme an den Beschäftigungen des gesammten nationalen Lebens beruht, sondern darauf gerichtet ist, die Völker materiell und geistig auszubeuten, daran kann kein Zweifel sein für einen Menschen, der Augen hat zu sehen und Kopf, über das nachzudenken, was er gesehen hat. Darum verstehe ich gar nicht, wenn Herr Abgeordneter Habrecht seine Rede mit dem Trumpf schloß:

Der Antisemitismus ist weder edel noch deutsch noch christlich.

Es giebt vielleicht eine Art Antisemitismus, der so ist. Aber im tiefsten Grunde als eine Reaktion des nationalen Geistes, des christlichen Wesens gegen die ihm aufgedrungene Fremdherrschaft ist die Bekämpfung des Judenthums edel im besten Sinne des Wortes, deutsch durch und durch und ganz und gar christlich

(Lachen links.)

Wenn Sie das nicht verstehen, so beweist mir das nur, daß Sie für das wahre Deutschthum, für das lebendige Christenthum bedauernswerth wenig Verständniß haben.

Erlauben Sie mir einige historische Ausführungen. Woher stammt denn diese eigenthümliche Bewegung? Sie stammt aus einem Insichgehen des deutschen Volksgeistes. Es sind jetzt dreiundzwanzig Jahre her, da hat Deutschland auf dem Schlachtfeld, in der Politik, in der Erhebung des nationalen und sittlich-religiösen Geistes, das Größte geleistet, was jemals ein Volk an großen Thaten gethan hat. Haben Sie wohl darüber nachgedacht, woher es kommt, daß wenige Jahre nach dieser wunderbaren Bewegung unser Volk innerlich zersetzt, in Unzufriedenheit, in ein Parteiwesen ohne gleichen, in eine bedenkliche Kirchenfeindschaft, vielfach in Haß gegen alles Sittlichreligiöse gestürzt ist? Wer über das Räthsel nachdenkt, der kann garnicht anders als zuletzt auf die Judenfrage kommen. Als wir aus dem Kriege von 1871 zurückkamen, was hat man denn gethan in vielen Orten Deutschlands, in Berlin am schlimmsten? Eine schamlose Unredlichkeit des Gründerthums trat ein, an der die Juden unwidersprochen zu $^{9}/_{10}$ betheiligt waren. Das ist doch ein unverhältnißmäßiger Satz, der ihrer Zahl nicht zukommt. Mit diesem Börsenschwindel verband sich ein irreligiöses, das Christenthum bis aufs Blut peinigendes und verfolgendes Preßtreiben, wie es selbst in den Zeiten der französischen Revolution nicht dagewesen ist. Wenn wir damals in Berlin und in den großen Städten Deutschlands einen Abfall von der christlichen Kirche, von dem christlichen Glauben erlebt haben, wie er in den achtzehn Jahrhunderten der Kirche nicht geschehen ist, so weiß ich davon die Ursache ganz genau: wesentlich die mit Hilfe des Judenthums bewirkte Demoralisation und Entkirchlichung unseres Volkes ist schuld daran. Eine große Nation von 50 Millionen hat sich von einer halben Million an der Nase herumführen lassen. Freilich wird dagegen immer angeführt: seid Ihr Deutsche solche Lumpen, daß Ihr Euch von einer halben Million anstecken laßt? Nein, meine Herren, das sind wir nicht. Aber der Deutsche ist ein Michel, ein Simpel ist er.

(Heiterkeit.)

Das zeigt sich ja daran, daß es bei uns eine Schutztruppe giebt für das Judenthum. Kann man sich etwas Simpleres denken wie das?

(Große Heiterkeit.)

Dazu ist nur der Deutsche fähig. Ich bin überzeugt, auf der ganzen Erde könnte man herumlaufen und nachsehen, ob sich bei einem Stande des Judenthums wie hier, bei dieser ungeheuren Uebermacht in finanziellen, wirthschaftlichen, geistigen, literarischen Dingen. eine Anzahl von äußerlich angesehenen Menschen findet, die sich dazu hergiebt, für ein fremdes Volk ihrem eigenen Volke gegenüber die Kastanien aus dem Feuer zu holen und sich als Schutztruppe zu etabliren für Leute, die schon übermächtig sind. Ich behaupte, es giebt auf der ganzen Welt nicht einen solchen Idealismus; dessen sind nur Deutsche fähig, unter denen sich auch Herr Rickert befindet.

(Heiterkeit rechts.)

Aber wenn das deutsch ist, viel deutscher ist es, sich gegen eine solche Fremdherrschaft zu empören, und darüber nachzuforschen, wie wir davon frei werden. Und wenn die deutsche Judenfrage eine universelle Frage geworden ist, so geht doch daraus hervor, daß die Ursachen zu dieser Bewegung überall sind. Es ist wirklich nichts verkehrter, als zu meinen, daß das Mittelalter daran schuld sein soll. Nein, meine Herren, schon in der Römerzeit hieß der Jude: odium generis humani! Doch nicht deshalb, weil sie 10 Jahrhunderte danach verfolgt sind, — nein, weil sie die Eigenheit haben, sich bei allen Völkern mißliebig zu machen. Wenn nun auch bei uns eine Gegenwirkung losbricht, und das teutonische Kraftgefühl einmal etwas stark ausfällt, — das liegt eben in unserem Geiste. Aber deutsch ist dieser Kampf. Ich kann den Parteien drüben nur rathen, sich bei Zeiten etwas auf diese deutsche Bewegung einzurichten, sonst könnten sie an vielen Orten erleben, was sie in Arnswalde erlebt haben, und was in Liegnitz ihnen wieder klar gemacht werden wird.

Diese Bewegung ist auch christlich. Herr Hobrecht sagt ganz recht: mit der Religion der Juden hat sie nichts zu thun. Gegen die Religion der Juden giebt es für uns nur Missionen. Aber mit der Irreligiosität der Judenpresse hat die Judenfrage sehr viel zu thun. Ich weiß ganz gut, die Juden sind nicht die Erfinder des modernen Unglaubens; das sind große, zweifelnde, kühne Christengeister gewesen. Aber diese eigenthümliche Manier, mit dem, was große Geister erfunden haben, hausiren zu gehen, übertragen die Juden auch auf das geistige Gebiet: sie gehen mit dem Unglauben hausiren, sie vertreiben ihn in der kleinen Presse. Ich will nur an eines der empörendsten Ereignisse der letzten Zeit erinnern, um jedem letzten Mann in diesem Hause klar zu machen, worum es sich handelt. — Unser Kaiser und König geht nach Wittenberg, um dort im christlichen Geiste ein Fest zu feiern als Oberhaupt seiner Kirche. Wenige Tage darauf schreibt die „Berliner Morgenzeitung", von der immer angeführt wird, daß sie in mehr als 100000 Exemplaren existirt, und welche ich zu meinem Bedauern fast auf jedem Bahnhofe finde:

> „Was war das Hoffen auf den Kaiser und dessen Führung? Wir dachten an einen unparteiischen, einen konfessionslosen Kaiser, der in dieser Eigenschaft der religiöse Versöhner Deutschlands werden sollte. Führer sollte er nicht werden; nur seine Unparteilichkeit sollte das neue Werk fördern. Jetzt werden die Obersten von Egidy und von Gizycki erkennen, was für ihre Sache und ihre Ziele von der Hohenzollernführung zu erwarten ist. Doch wenn auch das Häuflein, das sich zur Zeit zur ethischen Gesellschaft bekennt, noch klein ist, der Wittenberger Tag wird für sie werben. Die Situation ist klar geworden; von Hoffnungen kann keine Rede mehr sein. Die Gewissen sind herausgefordert. Scheiden müssen sich die Kreise. Neuer, heftiger Kampf, und zwar ein unversöhnlicher, wird nunmehr beginnen. Das deutsche Fürstenthum wird dabei nicht gewinnen."

Ist das nicht schamlos, eine Kundgebung des christlichen Geistes von jener Hausirpresse so benutzt zu sehen, daß man das deutsche Volk irre macht an der Glaubensstellung seiner Fürsten?! Und da soll es keine Vertheidigung geben, wenn solche Blätter Tag für Tag dem Volke in die Hand gegeben werden? Davor sollen wir uns nicht schützen? Schlafmützen müßten wir sein, Herr Rickert, wenn wir uns nicht dagegen wehrten. Mir hat ein Berliner Jude selber einmal gesagt: Die Deutschen müßten kein Ehrgefühl haben, wenn sie sich eine solche Behandlung dauernd gefallen ließen. Darum sage ich noch einmal: es ist deutsch, es ist auch christlich, daß man einer solchen Mißwirthschaft im Volksleben entgegentritt.

Was den Talmud betrifft, so habe ich immer vermieden, ihn in öffentliche Debatten zu ziehen. Aber ich sollte meinen, Herr Hobrecht hätte auch gut gethan, ihn nicht zu erwähnen; denn er hat damit begonnen, zu bekennen, daß er davon nichts versteht.

(Heiterkeit rechts.)

Wovon man nichts versteht, daran muß man nicht rühren. Aber das ist Thatsache, daß Männer, welche in diesen Dingen Autoritäten sind, und zwar größere als Professor Strack, z. B. der verstorbene Professor Delitzsch, ein Freund der Juden, in einer Schrift über den Talmud und nachher auch über die jüdische Presse, zweierlei festgestellt: daß sich durch den Talmud die Meinung hindurchzieht, andere Völker seien mit den Juden nicht gleichwerthig. Der Talmud verneint damit eines der Fundamente der Kultur, nämlich das gleiche Wesen der Menschheit. Daraus folgt eigentlich, wenn man den Schritt noch einmal zu überlegen und zu thun hätte, daß man einem Volke, das sich für besser hält als alle anderen Völker, eine Gleichberechtigung in staatsbürgerlicher Beziehung nicht gewähren kann.

Das zweite, was Professor Delitzsch strafte, war der unheilvolle Einfluß der jüdischen Presse in religiöser und sittlicher Beziehung auf unser Volk. Er sagte damals, wenn er, ein Freund der Juden, so stark für die Juden einträte und jenes Urtheil nicht ausspräche, so würde er dabei kein gutes Gewissen haben. So der Freund der Juden. Meine Herren, seien Sie doch nicht noch freundlicher als solche wahren Judenfreunde.

Nun das Edle in dieser Bewegung. Ja, ich weiß nicht, was edler ist, als wenn ein Mensch, ein Volk sich selbst gegen falsche Einflüsse behauptet. Wie jeder Mensch, so hat auch jedes Volk eine Seele. Ich will den Juden nicht zu nahe treten; aber das werden Sie doch zugeben, daß zwischen einer deutschen und einer jüdischen Seele ein großer Unterschied ist, und daß eine Vermischung zwischen diesen Seelen nicht gut thut. (Heiterkeit)

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 9. Berlin, den 26. Februar. 3. Jahrg. 1893.

### Die Niederlage der Antisemiten

bei der Reichstags-Nachwahl in dem Wahlkreise **Liegnitz-Haynau-Goldberg** ist ihnen und den mit ihnen verbündeten Conservativen sehr unerwartet gekommen. Sie glaubten den Sieg bereits in der Tasche zu haben. So sicher waren sie desselben, daß sie zu Montag Abend in ein hiesiges Local die Genossen berufen hatten, um die Siegesbotschaft in Empfang zu nehmen.

In der That hatten die Antisemiten ihren ganzen Heerbann aufgeboten, um seit Schluß des vorigen Jahres eine **systematische Agitation** sowohl in den Städten, wie auch **von Dorf zu Dorf** zu betreiben. Nicht blos die antisemitischen Abgeordneten, welche im Reichstage meist fehlten, waren in letzter Zeit dort anwesend, um die Agitation zu leiten, sondern auch eine größere Zahl von Agitatoren aus den verschiedensten Gegenden. Zuletzt waren sogar, wie der Abgeordnete Prediger emer. **Knörcke** in einer Versammlung in Liegnitz gerüchtweise mittheilte, 60 bis 65 Mitglieder des Vereins deutscher Studenten aus Breslau erschienen, um bei der Wahlagitation zu helfen. Unter stürmischer Heiterkeit und Bravo erklärte der Abg. Knörcke, wenn das wahr wäre, dann möchte er den Leuten rathen, lieber zu lernen, bis sie ausgereift seien, er rufe ihnen das Bibelwort zu: „**Bleibt zu Jerichow, bis euch der Bart gewachsen ist.**“

Auch an **Geld** fehlte es den Antisemiten nicht. Allein die kleinen Sammlungen, welche für die Wahl in den antisemitischen Zeitungen veranstaltet wurden, haben zwischen **7 bis 8000 Mark** ergeben, während unsere Sammlung in den „Mittheilungen“ noch nicht so viel Hundert gebracht hat.

Aber trotz aller Agitation ist es den vereinigten Antisemiten und Conservativen **nicht gelungen, den Wahlkreis zu erschüttern. Der Sturm ist gründlich abgeschlagen.** Die Wähler haben sich dort viel selbstbewußter und aufgeklärter gezeigt, als die Antisemiten sich eingebildet haben. Ein Gesinnungsgenosse, dem wir unsre Besorgniß vor der antisemitischen Agitation vor einigen Wochen aussprachen, erwiderte uns — und wir sehen jetzt, daß er vollkommen Recht hatte —: „Eins müssen Sie nicht vergessen: Die Bevölkerung in dem Wahlkreise Liegnitz-Haynau-Goldberg ist politisch geschulter und reifer, als die Wähler in Friedeberg-Arnswalde, wo bisher ein gewissermaßen patriarchalisches Regiment in politischen Dingen geherrscht hat. Namentlich ist in der **ländlichen Bevölkerung, besonders unter den Bauern ein entschiedener Widerwille gegen den Antisemitismus zum Ausdruck gekommen.** Welches Interesse und welche Gründe sollte auch der kleinere und mittlere Grundbesitz auf dem Lande haben, mit den antisemitischen Agrariern zusammenzugehen.

Die Betheiligung bei der Wahl war eine sehr rege, jedoch nicht größer als im Jahre 1890. Damals haben 22704 Wähler gewählt, das ist 77 pCt. der Wahlberechtigten, diesmal ungefähr 22000. Soweit das Wahlergebniß bis jetzt bekannt ist, haben erhalten der

| | | | 1890 |
|---|---|---|---|
| Freisinnige | 10355 | Stimmen. | 10240 |
| Antisemit | 5999 | „ | |
| Conservative | 1302 | „ | 6746 (der Kartellcand.) |
| Sozialdemokrat | 4939 | „ | 5173 |
| Zusammen: | 21595 | Stimmen. | 22704 |

Hieraus geht hervor, daß 1) für die Freisinnigen trotz einer Agitation der antisemitischen Gegner, wie sie umfangreicher und energischer wohl noch niemals vorgekommen, bis jetzt schon 100 Stimmen mehr gezählt sind, als im Jahre 1890; 2) daß gerade so wie in Arnswalde-Friedeberg **die conservative Partei,** welche den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen hat, um die Leitung über ihn zu bekommen, **vollständig versprengt ist.** Ein kleiner Rest ist nur übrig geblieben. Die andern sind mit fliegenden Fahnen in das Lager des Vertheidigers und Gesinnungsgenossen des Rectors Ahlwardt übergegangen. Die Maske ist gefallen.

Das Wahlergebniß hat die Illusion der Antisemiten unbarmherzig zerstört und auch die Gegner des Antisemitismus werden hoffentlich daraus die Lehre ziehen, daß **überall da, wo rechtzeitig und pflichttreu und eifrig gearbeitet wird, die Antisemiten nicht zu fürchten sind.**

Leider ist in weiten Kreisen noch viel zu sehr die Meinung verbreitet, daß man die Judenfrage unter keinen Umständen anrühren dürfe, bevor die Antisemiten nicht öffentlich in die Agitation eintreten. Wir halten dies für einen schweren verhängnißvollen Irrthum. Ueberall sollte man auch da, wo der Antisemitismus noch nicht Boden gefaßt hat, mit Verbreitung von aufklärenden Flugschriften und mit sonstiger Einwirkung auf die Vernunft und den Gerechtigkeitssinn der Wähler vorgehen.

Die Judenfrage steht nun einmal auf der Tagesordnung. Durch Verschweigen und Nichtsthun bringt man sie nicht davon herunter. In einer Bevölkerung, welche von den Dingen nichts weiß, haben die antisemitischen Agitatoren leichtes Spiel. Da können sie leicht die Bevölkerung überrumpeln. Das haben wir neulich in dem Wahlkreise Pr. Stargard-Berent gesehen. Dort haben die Herren Paasch und Zimmermann und einige andere Agitatoren in ein paar Tagen 1800 Stimmen zusammengebracht. Das ist ihnen lediglich dadurch gelungen, daß die berüchtigten längst widerlegten Flugblätter „der Talmudauszug," „die hessische Güterschlächterliste," der Ritualmord" unter der Bevölkerung massenweise verbreitet und ihr Inhalt geglaubt wurde Im letzten Augenblick kommt dann die Abwehr zu spät. Auch aus anderen Orten wird uns mitgetheilt, daß diese Flugblätter, besonders unter den Beamten, zu Hunderten in aller Stille vertheilt werden. Wenn nicht rechtzeitig die Gegenschriften ebenfalls vertheilt werden, üben jene Schriftchen bei Manchem ihre Wirkung. Wir können daher den Gegnern des Antisemitismus, in allen Kreisen nur immer wieder zurufen: **Hand an's Werk! Rechtzeitig Vorsorge treffen,** damit die Bevölkerung aufgeklärt wird! Mit der Verbreitung der Wahrheit kann man niemals Schaden anrichten. Kein Irrthum ist größer, als der, daß man glaubt, Vorbeugungsmaßregeln gegen eine Epidemie seien nicht nothwendig, so lange sie selbst nicht da ist. Das allgemeine gleiche directe und geheime Wahlrecht ist eine scharfe Waffe — aber sie verwundet nur dann, wenn diejenigen, die dazu berufen sind, ihre Pflicht versäumen und die Arbeit, welche ihnen obliegt, vernachlässigen.

Die Wähler von Liegnitz-Haynau-Goldberg haben in schwerer Stunde ihre Schuldigkeit gethan. Sie haben den culturwidrigen Ansturm in der Hauptwahl gründlich abgeschlagen und sich dadurch ein großes Verdienst erworben. Wir sind überzeugt: sie werden sich nicht in Sicherheit wiegen und wachsam sein. Bei der Stichwahl werden — davon sind wir überzeugt — alle, die den Antisemitismus als eine Beleidigung des deutschen Volkes, als eine Bedrohung unserer öffentlichen Rechtszustände und als eine Verleugnung der Menschlichkeit betrachten, vereint die Antisemiten entschieden zurückweisen.

## Im preußischen Abgeordnetenhause

wurde die am 14. Februar abgebrochene **Judendebatte** am 18. durch Herrn Stöcker wieder aufgenommen und es gab wieder Auseinandersetzungen über den Talmud und den Schulchan Aruch, die Erklärung der Rabbiner, Rohling und Ecker 2c. Abgeordneter Rickert trat an der Hand eines umfangreichen wissenschaftlichen und literarischen Materials den Herren Stöcker und Dasbach entschieden entgegen. Abg. Dasbach vertheidigte in der folgenden Sitzung (am 20.) Rohling und Ecker und hielt, gestützt auf diese „Autoritäten" und noch andere eine fulminante Hetzrede gegen die „jüdische Moral". Sogar auf Moltke sich zu berufen, hatte Herr Dasbach die Kühnheit. Abg. Rickert wies nach, daß er hierzu kein Recht hatte. Im Uebrigen ersuchte der freisinnige Redner, das Urtheil über den Talmud und ähnliche Dinge jetzt der wissenschaftlichen Welt zu überlassen, da doch die Volksvertretung sich nicht gewissermaßen als ein Conzil constituiren könne. Jedenfalls — und das sei der Cardinalpunkt — hatte der ganze durch Herrn Stöcker angeregte Streit **mit der Frage der Moral, die heute den jüdischen Kindern gelehrt wird, nichts zu thun.** Selbst wenn eine solche Moral in den alten Büchern stände, was nicht der Fall sei, so sei das kein Beweis, daß unsere jüdischen Kinder jetzt auch auf Grund dieser Moral erzogen werden. — Durch Herrn Rickert provozirt, sah sich Abg. Dasbach, katholischer Geistlicher und einflußreicher Vertreter der Presse, genöthigt zu erklären, daß er nicht im Namen des Centrums, sondern nur in seinem eigenen Namen gesprochen habe. Und dies wurde nachher von dem Vorsitzenden der Centrumsfraction, Freiherrn v. Heereman, ausdrücklich bestätigt.

Bezüglich der Einzelheiten verweisen wir auf den in unserem Blatte zum Abdruck gelangenden Verhandlungsbericht.

## Ein Antisemiten-Prozeß.

Vor dem Schöffengericht zu Leipzig standen am 18. Februar drei Privatklagen des Herrn Pastor Gräbner gegen den Redacteur der „Antisemitischen Correspondenz" Herrn Dr. Tesdorpf zur Verhandlung. In Nr. 233 derselben war der Privatkläger als Herausgeber der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" dadurch beleidigt, daß Dr. T. schrieb: „Berlin. Der frühere Schriftleiter unseres Blattes, Herr Erdmannsdörffer, hatte gegen den früheren Redacteur der „Mittheilungen aus dem Verein zur Verfolgung der Christen", Buchholz, Privatklage wegen Beleidigung erhoben, u. s. w." Pastor G. wurde also in der Notiz beschuldigt, Herausgeber eines Blattes zu sein, dessen Tendenz auf eine Verfolgung der Christen hinauslaufe. In Nr. 224 schried Dr. T. weiter: „Herr Gräbner zeichnet neuerdings höchst eigenhändig als verantwortlicher Redacteur der „Mittheilungen aus dem Verein zur Verfolgung der Christen". Nunmehr kann er also in ipsissima persona verklagt, bezw. freigesprochen werden." Hier war also wiederum die Behauptung aufgestellt, daß Gräbner einem Verein zur Verfolgung der Christen angehöre. In einem Artikel der Nr. 222 „Wölfe im Schafsfell (Etwas vom Judenschutz)" kommen u. a. folgende Stellen vor: „Es ist nun aber auch in der Mitte der Christenheit ein alter Mißstand, daß man unter dem Deckmantel der Scheinheiligkeit Frieden predigt und den Namen des Höchsten verkündigt." — „Wenn man nun Herrn Pastor Gräbner fragen würde, warum er sich so warm der Kinder Belials annimmt 2c." — „Doch Gräbner wird es wohl am besten selber wissen, weshalb er sich zum Vertheidiger der Juden aufwirft: nicht um Christi, seines Heilandes willen, sondern um — — — genug!" „Und dabei will der H—err sich noch einen Jünger Jesu nennen. Armer Herr Jesu, wie bist Du zu bedauern, daß sich eine solche Art von Priester noch mit Deinem Namen brüstet." — „Wenn das Judenthum an der Corruption des deutschen Volkes arbeitet, so ist das wohl nur erklärlich, daß aber Germanen, und noch dazu Priester, die, dem Vorbilde ihres Herren folgend, jüdische Wucherer und Schacherer fortjagen sollten, gegen Re-

ligion und Nation arbeiten, ist psychologisch und moralisch unerklärlich." — „Er aber hilft den Feinden seines Vaterlandes. Das ist ja noch schlimmer als bei den Zigeunern." — „Früher, als das römische Volk Germanien sich zu unterwerfen suchte, fanden sich Verräther, die um feilen Geldes willen ihr Vaterland verriethen; jetzt, wo das jüdische Volk Germanien sich völlig unterwerfen will, finden sich aus den gleichen Motiven Männer deutscher Nation, die ihr Vaterland verrathen." Das ist eine kleine Blumenlese aus den betreffenden Artikeln, die von Paulus Meyer unterzeichnet waren, und Dr. Tesdorpf sowohl als dieser erboten sich, den Beweis für die von ihnen behaupteten Thatsachen zu erbringen.

Als Pastor Gräbner bezüglich des Verfassers der Artikel nämlich die Bemerkung machte, derselbe sei ausgewiesen, erhob sich aus dem Zuschauerraum eine protestirende Stimme — Paulus Meyer war persönlich erschienen, mußte sich aber von dem Vorsitzenden alsdald energisch belehren lassen, daß es vor deutschen Gerichtshöfen nicht Sitte sei, daß das Publikum in die Verhandlungen hineirede. Thatsächlich stellte sich dann auch heraus, daß Paulus Meyer nur aus Preußen ausgewiesen ist. Später als Zeuge zur Sache befragt, bekundet derselbe, daß er die volle Verantwortlichkeit für die incriminirten Stellen übernehme. Er sei in Folge der vielen gegen ihn durch die Juden eingelaufenen Denunciationen aus Preußen ausgewiesen worden, weil er stets mit Ueberzeugung den auf der jüdischen Glaubenslehre begründeten Gebrauch von Christenblut zu ritualen Zwecken behauptet habe. Der Herr Vorsitzende unterbrach jedoch die Ausführungen des Zeugen als nicht zur Sache gehörig und auch Dr. T. verzichtet auf weitere Vernehmung desselben.

In längeren Ausführungen vertheidigte Dr. T. seinen Standpunkt bezüglich der Judenfrage. Er sei Antisemit vom Scheitel bis zur Sohle. Daß man ihn als verantwortlichen Redacteur der „Antisemitischen Correspondenz" und nicht den Verfasser, der sich unterzeichnet habe, verfolge, beweise nur die neuerdings zu Tage getretene Gepflogenheit der leitenden jüdischen Kreise, in allen Fällen die Redacteure der antisemitischen Blätter zu fassen und bestrafen zu lassen. Während aber die Semiten in ihren Organen Schimpf auf Schimpf über die Antisemiten häuften, seien sie empfindlich gegen jede Kleinigkeit. Was seinen Gegner anlange, so sei es tief zu beklagen, daß sich ein Prediger evangelischer Confession in den Dienst des Judenthums, der geschworenen Feinde seines Volkes stelle, und so gegen sein eigenes Fleisch und Blut wüthe. Wenn da einem deutschdenkenden und nationalfühlenden Manne die Galle überlaufe und er bei dem Kritisiren eines solchen Vorganges etwas scharf in den Ausdrücken werde, so sei das einer jener Fälle, wo der Buchstabe des Gesetzes dem Gefühl widerstrebe. Gräbner habe sich im Dienste der Judenschutztruppe bezahlen lassen — bis sage genug. Der Angeklagte bat um Freisprechung bezüglich der beiden ersten Anklagefälle und um eine milde Bestrafung wegen des Artikels „Wölfe im Schafsfell".

Die Vertheidigung hatte sich auf wenige Worte beschränkt — bei dem Inhalte des Artikels bedürfe es keiner Auseinandersetzung, ob er beleidigender Natur sei.

Das vom Schöffengericht verkündete Urtheil lautete auf zwei Monate acht Tage Gefängniß, sowie Publicationsbefugniß des Urtheils in der „Antisemitischen Correspondenz". In den Gründen wurde ausgeführt, daß es insbesondere der Artikel „Wölfe im Schafsfell" gewesen sei, welcher zur Auswerfung dieser Strafe bestimmt habe. „Derselbe wimmelt von Beleidigungen — etwas gemeineres, etwas ordinäreres lasse sich kaum denken! So schimpflich, so eine Gemeinheit verrathend, lasse sich kaum noch etwas anderes an die Seite stellen! Gräbner sei nicht Judenfreund, er bekämpfe nur die Auswüchse des Antisemitismus. Das liege ja auch in dem Titel des Vereins „Zur Abwehr ꝛc." Schlimmer und scheußlicher könne ein evangelischer Geistlicher nicht beleidigt werden. Haß und Neid seien die Triebfedern in diesem Falle gewesen — wenn der Antisemitismus mit solchen Waffen kämpfe, so sei das ein Skandal! Der Herr Vorsitzende verliest hierauf nochmals einen Theil der incriminirten Stellen des Artikels und fährt fort: „Nun, ich muß gestehen, daß es mir unverständlich ist, wie ein Redacteur einen solchen Schandartikel hat durchgehen lassen können. Ich glaube selbst, daß der Herr Angeklagte bei ruhiger Ueberlegung sich selbst sagen muß: Du hast weit über das Ziel hinausgeschossen! Mildernd fällt für ihn indeß in's Gewicht, daß er glaubt einer Sache zu dienen, die es werth ist, daß er ihr seine Existenz, sein Vermögen, ja selbst seine Freiheit opfert."

Herr Lic. Gräbner lehnte es ab, gegen Paulus Meyer vorzugehen, weil selbst eine Klage wegen Beleidigung für diesen — Ehrenmann zu viel Ehre wäre. Wir gönnen der deutschsozialen Partei in Leipzig dieses Mitglied von Herzen. In anderen Parteien gewährt man Leuten vom Schlage eines Paulus Meyer kein Unterkommen.

---

## Die Erklärung der deutschen Rabbiner über den Talmud

hat nicht den Beifall eines Theiles der freisinnigen Presse gefunden. Mir liegt über dieselbe eine Aeußerung der „Berliner Presse" vom 16. Februar vor. Dieses Blatt meint, „auf solche Weise überzeuge man weder die Gegner aus dem Lager der Rohling, Stöcker, Ahlwardt u. s. w., noch bessere man etwas." Wer kann hoffen, jene Leute zu überzeugen! Ob aber die Rabbiner mit ihrer Erklärung etwas bessern? bleibe dahin gestellt. Fragen muß ich aber: was hätten sie denn thun sollen? Darauf giebt das genannte Blatt Antwort. Es fordert aber theils was niemand wollen kann, theils was längst (und offenbar ohne „etwas zu bessern") geschehen ist.

Es erklärt: „So lange der Talmud als solcher überhaupt noch besteht und gelehrt wird, wie auch beispielsweise auf der „Hochschule des Judenthums", wird die tendenziöse Ausnutzung seines Inhalts nicht aufhören." Soll darum eine Lehranstalt für die Wissenschaft des Judenthums aufhören, ihren Zöglingen den Talmud zu interpretiren? Interpretirt nicht an jeder juristischen Facultät ein Professor das römische Recht, aus dessen Quellen der früheren und der späteren Zeit? Interpretirt man nicht die Religionsschriften des Brahmanismus und Buddhismus, und die jüdischen Geistlichen sollten nicht den Talmud lesen lernen? Fragt doch den Herrn Professor Strack, was er wohl antworten würde.

Ich vermuthe, daß die „B. P." den Nachdruck auf „den Talmud als solchen" gelegt habe. Was ist denn der Talmud „als solcher"? Das müssen doch die Rabbiner am besten wissen. Nun haben sie sich darüber erklärt. Die „B. P." aber meint, „der Talmud habe für das heutige Judenthum nur noch die Bedeutung einer historischen Reliquie." Werden historische Reliquien in den Rumpelkasten geworfen? Ist Plato und Spinoza u. s. w. etwas anderes als eine Reliquie? Vielleicht sind diese Philosophen ehrwürdigere Reliquien als der Talmud, aber der Talmud ist immerhin ein großes Stück der jüdischen Geschichte. Die Juden haben nicht die geringste Ursache, sich des Talmuds zu schämen, folglich haben sie die Pflicht, den Talmud vor Beschimpfung zu schützen.

Die „B. P." verlangt, daß die Juden erklären, „die heutige jüdische Generation habe mit den Lehren des Talmuds nichts mehr gemein." Nichts? gar nichts? Und wenn nun im Talmud steht: was du nicht willst, daß man dir thue, das thue auch deinem Nächsten nicht — haben wir Juden, habt ihr Christen, das mit dem Talmud nicht gemein? Und wie manche schöne Erzählung oder Parabel hat Herder,

hat Krummacher, hat Voltaire aus dem Talmud! Ihr Christen (nehmt es nicht übel) wißt aber gerade so wenig wie die allerallermeisten der heute lebenden Juden, was ihr dem Talmud zu danken habt. Darum wird der Talmud auf der „Hochschule des Judenthums" gelehrt.

Also den Talmud streichen ist unmöglich. — Außer dieser negativen Forderung aber stellt die „B. P." auch eine positive. „Die jüdischen Gemeinden Deutschlands sollten sich auf eine allgemeine Sittenlehre einigen, sie sollten dafür sorgen, daß diese Sittenlehre ihrem Religionsunterricht zu Grunde gelegt werde und öffentlich erklären: so und nicht anders lauten die Grundsätze, auf denen das Judenthum basirt." Das ist seit den Zeiten Esras, seit der Mitte des 5. Jahrhunderts ante Chr. geschehen. In den Synagogen ward zu allen Zeiten gepredigt und zwar auf Grundlage eines Bibel-Textes. Seit dem Anfange unseres Jahrhunderts sind mehr als 100 Lehrbücher der jüdischen Religion erschienen. In jedem derselben steht dieselbe allgemeine Sittenlehre, wie die Bibel sie bietet.

Noch mehr. Mit der Unterschrift sämmtlicher jüdischer Rabbiner und sämmtlicher Juristen jüdischer Religion Deutschlands in angesehener Stellung sind fünfzehn Grundsätze der jüdischen Ethik in einer halben Million Abdrücken oder noch darüber, veröffentlicht worden; dieselben sind auch jüdischen Gebetbüchern, jüdischen Religionslehren beigegeben worden, und Herr Professor Gizycki hat denselben auch in seinem System der Ethik eine ehrenvolle Stellung angewiesen.

Man klagt über die Prahlerei der Juden. Was dieselben aber Gutes thun, bleibt unbekannt, und — so stehen leider die Dinge — muß geheim gehalten werden. Denn Gutes thun heißt: Schlechtes wegschaffen. Wenn der Vorstand des deutsch-israelitischen Gemeindebundes andeutet, was er thut, so wird das für gewisse Leute eine Quelle zur Belehrung über die Fehler der Juden, und es wird damit gewuchert. Es giebt eben Wucher der mannigfachsten Art.

Zum Schluß: Ich beklage den Antisemitismus tief, mich indeß kümmert er nicht. Die Juden werden fortfahren, unbekümmert um Antisemitismus, nach Kräften Gutes zu verbreiten unter Juden und Christen.

Prof. Steinthal.

## Zur Abwehr.

Vor einigen Tagen starb in Halle a. S. im Alter von 75 Jahren **Ludwig Hildenhagen**, einer der verdientesten Mitglieder unseres Vereins. Er hat den Aufruf zur Gründung desselben unterzeichnet und in Wort und Schrift seine Bestrebungen unterstützt. Der wackere Mann, der einst wegen der unerschrockenen Vertretung seinen freimüthigen politischen und kirchlichen Grundsätze sein geistliches Amt verlor, hat sich nun als ein muthiger Streiter im Kampfe gegen den Antisemitismus bewährt. Aus dem regen brieflichen Verkehr, welchen er mit uns unterhielt, konnten wir entnehmen, daß Hildenhagen mit seltenem Ernst und Eifer sich der guten Sache widmete. Die höchste Anerkennung aber verdiente er, daß er sich trotz seines hohen Alters nicht abhalten ließ, in öffentlichen Versammlungen den antisemitischen Agitatoren entgegenzutreten. Ehre seinem Andenken!

§§ **München**, 15. Februar 1893. Durch die gesammte antisemitische Partei macht seit Wochen ein Bericht über einen Vorfall die Runde, der als Beweis für die jüdische Gewissenlosigkeit ausgenutzt wird. Nach genauester Information stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar:

Vor dem Kreißesaale in München befindet sich ein Anschlag der Universitäts-Frauenklinik, durch welchen bekannt gegeben wird, daß derjenige, welcher bei einer Geburt assistirt, innerhalb der letzten drei mal 24 Stunden eine Section nicht gemacht haben darf. Vor dem hier in Frage stehenden Vorfall war es nicht üblich, daß derjenige, der zu einer Entbindung zugelassen wurde, zuvor auf sein Ehrenwort aussagen mußte, ob er mit Leichen zu thun hatte oder nicht; es entspricht demnach auch der Wahrheit nicht, daß dem cand. med. Otto Neustätter vorher ein Ehrenwort abverlangt wurde oder daß er ein solches gegeben hätte. Die Reihenfolge der Candidaten, welche in der Frauenklinik in München Geburten übernehmen wollen, wird in der Weise festgestellt, daß bei Beginn des Semesters die Namen in ein Verzeichniß eingetragen und die Candidaten der Reihe nach für die einzelnen Tage zur Vornahme von Geburten bestimmt werden. Am 6. Januar kam die Reihe an den cand. med. Otto Neustätter aus München. Nachdem dieser vergeblich mehrere Stunden gewartet hatte, ohne daß seine Thätigkeit in irgend einer Weise in Anspruch genommen worden war, außerdem noch zwei andere Candidaten den Vorrang vor ihm hatten, begab er sich in das Mikroskopie-Zimmer des Assistenzarztes Dr. Schäffer, um denselben zu befragen, ob er zum Zwecke einer wissenschaftlichen Arbeit in der Wöchnerin-Abtheilung Messungen an Neugeborenen (lebenden Kinde n) vornehmen dürfe. Neustätter traf Dr. Schäffer in seinem Zimmer nicht und verfügte sich daher, begleitet vom Diener, in den sogenannten Präparantensaal, wo sich Dr. Schäffer befand. Während der Unterhaltung mit dem Letzteren sah Neustätter die Leiche eines neugeborenen Kindes, dessen Lippen ihm für eine wissenschaftliche Arbeit dienlich sein konnten. Auf die an Dr. Schäffer gerichtete Frage, ob diese Lippen noch gut genug erhalten seien und nachdem eine Beantwortung im bejahenden Sinne erfolgt war, erbat sich Neustätter diese Lippen, worauf Dr. Schäffer selbst Nase und Mund der Leiche herausschnitt, die Leichentheile aber dem Neustätter nicht in die Hand gab, diese vielmehr selbst in ein Glas Chromsäurelösung legte und das Glas — ohne daß Neustätter dieses oder die Leichentheile berührt hatte — auf eine Stellage stellte. Neustätter benützte mit Zustimmung des Dr. Schäffer seine Anwesenheit im Präparontensaale zur Besichtigung verschiedener Alkoholpräparate, die in Gläsern aufbewahrt sind. Hierbei nahm er eine Pincette, welche Geheimrath v. Winckel selbst in der Klinik bei Demonstrationen von Kindesleichen benützte, rieb diese vorher mit einem frisch gewaschenen Handtuche ab und drehte mit derselben eines der Präparate auf eine andere Seite. Hierauf wusch er sich und entfernte sich auf einige Stunden. Ehe er die maßgebende einmalige Untersuchung an einer Kreißenden vornahm, führte er unter der Aufsicht des Dienst habenden Arztes und nach den strengen Vorschriften, die vor und in den Gebärsälen angebracht sind, die Desinfection aus. Die Geburt fand ohne Anstand statt, zwei Tage darnach bekam die Wöchnerin starkes Fieber und erlag demselben nach einigen Tagen. Bei der Section der Leiche erklärte Geheimrath v. Winckel, daß Neustätter, wiewohl er genau gewußt habe, daß man dies nicht thun dürfe, den Präparantensaal betreten und ohne Erlaubniß der Leiche eines Kindes die Lippen abgeschnitten und diese entwendet habe; er fügte bei, daß er sich die genaue Verfolgung des Falles vorbehalte. Als Neustätter von dieser Erklärung Mittheilung erhalten hatte, begab er sich zu Geheimrath v. Winckel, gab ihm die der Sachlage entsprechenden Aufklärungen, worauf der Sachverhalt in einer Verhandlung, welcher der Assistenzarzt Dr. Schäffer anwohnte, richtig gestellt und dem Neustätter unterm 17. Januar er. vom Geheimrath v. Winckel u. A. bestätigt wurde, daß derselbe am 6. Januar keine Wöchnerin, sondern eine Kreißende untersucht hat, daß er weder an dem Tage der Untersuchung noch vorher eine Section gemacht hat, und daß die Untersuchung der Kreißenden nach vorheriger Desinfection unter der Aufsicht des Dienst habenden Arztes und nach den strengen

Vorschriften, die vor und in den Gebärsälen angebracht sind, ausgeführt wurde. Inzwischen war der Artikel in der Nr. 15 des „Bayer. Vaterland" vom 19. Januar erschienen. Da in diesem erhebliches Gewicht darauf gelegt wurde, daß Neustätter dem gegebenen Ehrenwort entgegen sich mit Leichen beschäftigt habe, bescheinigte Dr. Faltin dem Neustätter unterm 19. Januar, daß er vor Uebernahme der Geburt kein Ehrenwort abgegeben hat und daß ihm ein solches nicht abverlangt wurde. Ungefähr 14 Tage nach der Section stellte Geheimrath v. Winckel den Sachverhalt in einer Vorlesung richtig und bezeichnete den ganzen Vorfall als ein Unglück. Aus Anlaß der Veröffentlichung in den Zeitungen wurde Seitens der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen Neustätter eingeleitet, das Verfahren jedoch bereits unterm 3. Februar 1893, insbesondere auf Grund gutachtlicher Aeußerung des Geheimraths von Winckel mit der Begründung eingestellt, daß sich ein causaler Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Neustätter und dem Tode der Wöchnerin nicht nachweisen läßt. Die auch in andere, insbesondere antisemitische Zeitungen gelangte gegentheilige Darstellung des Sachverhaltes Seitens des „Bayer. Vaterland" stellt sich daher in ihren wesentlichen Theilen als eine tendenziöse Entstellung des Vorfalls dar.

**Prediger Lic. Gräbner**, unser Vorstandsmitglied, hielt am 15. d. Mts. hierselbst im Bezirksverein der Hamburger Vorstadt einen Vortrag über die **antisemitische Bewegung**. Redner beleuchtete die antisemitischen Umtriebe im Allgemeinen und wies auf die Gefahren hin, welche für unser nationales Leben daraus erwachsen. Besonders beleuchtete er im Anschluß an die jüngste Landtagsdebatte die antisemitischen wissenschaftlichen Autoritäten Rohling und Ecker. Die äußerst zahlreiche Versammlung, zu der auch Gäste Zutritt hatten, dankte dem Redner durch wiederholte minutenlange Beifallsbezeugungen. Der Vorsitzende bat, die Mahnung des Redners wohl zu beherzigen und dem Antisemitismus energisch entgegenzutreten.

**Zittau**, den 19. Februar. Eine Protestversammlung gegen den Antisemitismus hat dieser Tage stattgefunden. Nachdem am 11. d. M. der antisemitische Destillateur Hänichen-Lockwitz dort gesprochen, hatte der deutschfreisinnige Verein für Zittau und Umgegend eine Protestversammlung einberufen, welche von 1200 Personen besucht war, und in der die Herren Reichstagsabg. Buddeberg, Redacteur Haupt und Rechtsanwalt Geyer die Verhetzungspolitik der antisemitischen Reformer gebührend beleuchteten. Die Versammlung nahm schließlich gegen eine einzige Stimme eine Resolution an, in der es heißt: „Auch wir mißbilligen jedes unsolide Geschäftsgebahren und jede unsolide Reklame, aber wir verurtheilen sie nicht allein bei Juden, sondern auch bei Christen, überall wo wir sie finden. Die reaktionär-antisemitische Bewegung aber, die nur geeignet erscheint, die Aufmerksamkeit abzulenken von weit wichtigeren Tagesfragen, verdammen wir im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in unserer Stadt auf das allerentschiedenste und dagegen wollen wir Front machen mit allen gesetzlichen Mitteln."

**Johannes Buchholz**, der frühere Redacteur unserer „Mittheilungen" ist wegen Beleidigung des Herrn Theodor Fritsch zu 150 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt worden. Die incriminirte Stelle befindet sich in Nr. 29 des vorigen Jahrganges der „Mittheilungen".

## Aus der antisemitischen Partei.

**Der antisemitische Charakter der agrarischen Bewegung**, auf welchen in seiner Reichstagsrede vom 17. Februar der Reichskanzler Graf Caprivi wieder hingewiesen hat, ist auch in den Versammlungen des neu begründeten „Bundes der Landwirthe" sowie in der einige Tage später abgehaltenen Generalversammlung des „Deutschen Bauernbundes" zum Vorschein gekommen. Ohne ein bischen Judenhetze glaubten die meisten Redner nicht auskommen zu können. Mit Schlagworten war man da recht freigebig; aber die Angriffe auf die Rothschild und Bleichröder, die Meyer und Cohn, die Lasker und Bamberger scheinen die bei weitem größte Wirkung ausgeübt zu haben. Mit welcher Gedankenlosigkeit man hierbei verfuhr, hierfür nur ein Beispiel:

Herr Ruprecht sagte: „Der Regierung jubeln bei den Handels-Verträgen am meisten zu die Deutschfreisinnigen, das heißt die Juden, und die Polen. (Beifall und Rufe: Vorsicht!) „Ich nehme das von den Polen zurück; ich bin eben aufgeklärt worden, daß ich mich im Irrthum befinde."

Diese Episode läßt einen Schluß auf die Sachkenntniß der Herrn Ruprecht zu. Noch eigenthümlicher ist aber der Dämpfer, der ihm aus der Mitte der Versammlung heraus zu Theil wurde, jedenfalls von einer Seite, die es auch mit den polnischen Agrariern nicht verderben wollte.

**Der antisemitische Candidat Paasch** erhielt bei der am 17. d. Mts. im Wahlkreise **Berent-Dirschau Pr. Stargard** stattgehabten **Reichstagswahl** 1810 Stimmen. Gewählt wurde der Pole v. Kalkstein mit 14155 Stimmen. Es erhielten ferner Albrecht-Suzemin (nat. lib.) 3690, Engler (cons.) 793, Jochem (soz) 134 Stimmen.

**Ingenieur Karl Paasch** ist am 19. d. Mts. wegen Beleidigung des Staatsministeriums auf Grund eines vom Berliner Landgericht erlossenen Haftbefehls **verhaftet** worden. Seine Wiederverhaftung bezieht sich auf die bekannte Druckschrift „Eine Protesteingabe", worin der Justizminister v. Schelling heftig angegriffen wird; ferner auf eine an die verschiedenen Parlamente gerichtete „Erklärung", welche angeblich schwere Ausfälle gegen den Reichskanzler enthält.

**Der frühere Redacteur der antisemitischen „Westfälischen Reform"** in Dortmund, Bellmann, war im vergangenen Sommer wegen Beleidigung des Disciplinarsenates des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. M., begangen bei einer Besprechung der Angelegenheit des Landrichters Dr. Liebmann, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Diese Strafe ist, wie die „Volks-Ztg." mittheilt, vom Könige im Gnadenwege auf zwei Monate herabgesetzt worden.

**Antisemiten contra Conservative.** In neuerer Zeit greift die Erkenntniß in antisemitischen Kreisen immer mehr um sich, daß die leichtesten Gewinne für sie bei der Agitation in conservativen, antisemitisch gut vorbearbeiteten Kreisen zu machen sind. Um nur einige Beispiele anzuführen, steht jetzt in allen antisemitischen Organen, anläßlich der Beanstandung der Wahl des conservativen Abgeordneten Schier-Hanau folgende Notiz:

„Wenn die Wahl für ungültig erklärt werden sollte, wird Herrn Dr. Böckel Gelegenheit geboten werden, in der Nachwahl einen neuen Antisemiten durchzubringen. Erst kürzlich hat eine große Versammlung nichtconservativer Wähler ihrem Abgeordneten ihr volles Mißtrauen ausgesprochen und sich zu der antisemitischen Volkspartei bekannt."

Ebenso hat in einer am 19. d. Mts. stattgefundenen Versammlung der 22jährige Badische „Böckel," Redacteur Bösenberg erklärt, die Conservativen hätten kein Programm; also der Wahlkreis des Consul Menzer-Neckargemünd scheint der erste in Baden zu sein, in dem die Antisemiten Erbrechte geltend zu machen versuchen werden.

**Antisemitische Postbeamte. Aus Bruchsal** schreibt man uns: Ein Postsecretär stellte an dem Postschalter eine Feder- und Bleistiftschachtel auf, an welcher sich der Aufdruck befand: „Die Juden sind unser Unglück." Es

wurde Beschwerde erhoben und d'e Schachtel verschwand von ihrem Platze.

**Wenn zwei dasselbe Geschäft machen wollen.** Der neue „Bund der Landwirthe" findet keine Gnade vor der Firma Böckel, obwohl auch er ja die nothleidenden Bauern — fangen will. In der Nr. vom 17. d. Mts. verkündet Herr Böckel im Brieff sten des „Reichsherold": „Die Bewegung ist bereits in conservative Hände gefallen, also verpfuscht. Die Sache wird hoffentlich bald von berufeneren Leuten, als Herrn Ruprecht in die Hand genommen. Nur etwas Geduld."

**Harburg,** den 15 Febr. Die merkwürdigste unter den vielen Spielarten des Antisemitismus scheint hierzulande zu existiren. Dem „Hann. Cour." wird nämlich von hier geschrieben:

Im hiesigen „Goldenen Engel" fand gestern Abend eine vom antisemitischen Wahlverein zu Hamburg veranstaltete Antisemitenversammlung statt, in welcher Dr. Günther aus Hamburg einen Vortrag über das Thema: „Was wollen die Antisemiten?" hielt. Nach Schluß der Versammlung erklärten viele der Anwesenden ihren Beitritt zu einem hiesigen antisemitischen Verein, in welchem jedoch keineswegs die Absicht besteht, für die nächste Reichstagswahl einen eigenen Candidaten aufzustellen. Im Gegentheil soll mit allen Kräften dahin gestrebt werden, den hiesigen, durch die Sozialdemokratie stark gefährdeten Wahlkreis der nationalliberalen Partei zu erhalten.

Der nationalliberale „Hann. Cour." meint, um den Wahlkreis den Nationalliberalen zu erhalten, hätten die Herren den Umweg über den neuen Verein nicht nöthig gehabt.

**Kyritz.** Aus welchen Elementen sich eine kürzlich hier stattgehabte Versammlung des antisemitischen „Reformvereins" zusammensetzte, in welcher Liebermann von Sonnenberg sprach, darüber giebt ein Bericht der „Staatsbürgerztg." Aufschluß. Es heißt darin: „Der Bauernstand herrschte vor. Erfreulicherweise fehlte es auch an Besuchern aus anderen Bevölkerungsschichten nicht. Die Großgrundbesitzer waren durch die Herren v. Karstädt (Freßdorf), v. Hagen (Nakel), von Platen (Wutike), Roloff (Bantikow), von Winterfeld (Karwe), von Rathenow (Plänitz), Rosenow (Königsberg) ꝛc. vertreten. Ueberaus zahlreich hatten sich die Vo ksschullehrer und Geistlichen eingefunden. Unter letzteren bemerkten wir Superintendent Beckmann, sowie d e Pastoren Heimbach, Achilles, Schmolling, Hirschberg, Neumeister ꝛc. Der Landrath Graf Bernstorff ließ sein Ausbleiben durch den Kreis-Secretär damit entschuldigen, daß er dienstlich in Berlin sein müsse."

**Neuß,** den 13. Febr. „Die Neußer Ztg" (amtliches Kreisblatt) schreibt: 'In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden die Häuser verschiedener in der Friedrichstraße wohnenden Israeliten mit Mennig beschmiert. Bis jetzt ist es leider noch nicht gelungen, die Verüber des Bubenstreiches ausfindig zu machen."

**Rinteln,** 20. Februar. Dem hierselbst erscheinenden **amtlichen Kreisblatt** (Schaumburger Zeitung) ist die in der Judendebatte am 28. Januar gehaltene Rede des Abg. Stöcker im Sonderabdruck beigelegt worden.

? **Usingen,** 15. Februar. Gestern wurde unter Leitung des antisemitischen Agitators Reuter der „judenreine" Markt in Wehrheim im Hofe des Gasthofs zum Taunus abgehalten und — zu Grabe getragen. Es hatten im Ganzen zwei christliche Viehhändler fünf Stück Rindvieh angetrieben, ein Geschäft wurde jedoch auf dem ganzen Markte nicht abgeschlossen.

r. **Darmstadt,** 20 Februar. Der Böckel'sche „Reichsherold" ist angelogen worden auch mit seiner neuesten Geschichte, in der er seiner sonstigen vorsichtigen Gewohnheit zuwider, einmal Ort und Namen nannte. In Nr. 14 berichtet er von einer schrecklichen Unthat, die die Firma, jüdische natürlich, H. Bodenheimer-Darmstadt sich angeblich habe zu schulden kommen lassen und wofür sie abgeurtheilt worden sei. Falsches Gewicht hätte die Firma gehabt und sei dabei ertappt worden; die Differenz habe bis zu 8 Pfd. betragen.

Der Thatbestand ist folgender: Eine gründliche Revision in Darmstadt ergab etwa 250 Firmen, bei denen die Gewichtsstücke um eine Kleinigkeit nicht stimmten. Alle diese 250 Geschäftsinhaber, Juden und Christen, erhielten Strafmandate. Die größte Differenz bei den Gewichten der B'schen Firma betrug 40 Gramm, aus denen der Böckel'sche Berichterstatter 8 Pfund = 4000 Gramm gemacht, also die Schuld kurzweg verhundertfacht hat. Die Aichbehörde hat zudem Herrn B. ausdrücklich bescheinigt, daß eine betrügerische Absicht von seiner Seite nicht stattgefunden habe.

Vielleicht hat der Reichsherold die Gefälligkeit, das nachzuholen, was er den anderen Blättern zum Vorwurf macht, nämlich die ausführliche Publication dieser schrecklichen „jüdischen" Unthat; natürlich wird er gerecht genug sein, sämmtliche ca. 250 Firmen, die Strafmandate erhielten, namentlich aufzuführen; Platz genug ist ja im „Reichsherold" dazu, schlimmsten Falls läßt er für eine Nummer ein Paar seiner üblichen Ausverkaufs- und Jahrmarkts-Reklamen oder die Anpreisung seines Chilisalpeters ꝛc. im redactionellen Theil zurückstellen.

+ **Heidelberg,** d. 20. Februar. Obgleich vor etwa 14 Tagen noch eine Antisemitenversammlung in Spechbach im Amt Heidelberg stattgefunden und obgleich der „Volksbote" von Lahr nach hier verlegt werden wird, scheint trotzdem die Bewegung hier ihren Höhepunkt überschritten zu haben und eine rückläufige macht sich bemerkbar. Es war auch endlich Zeit, daß man den Kampf gegen die Antisemiten den Freisinnigen nicht allein überließ, denn den politischen Schaden hätten nicht diese, sondern die Nationalliberalen gehabt und so hat auch nun, nachdem ein Rückstrom schon bemerkbar war, auch der nationalliberale Führer Geh. Hofrath Prof. Meyer in Eberbach gegen den Antisemitismus öffentlich gesprochen und betont, daß er unter Juden sehr liebe Freunde habe.

Die Bewegung war hier ursprünglich, bei den 90er Wahlen, von außen hereingetragen worden und verlief damals im Sande, wurde aber dann von einheimisch[e]n, bisherigen Nationalliberalen und von Studenten gefördert und von den Stöckerfreunden, den kirchlich orthodoxen Protestanten aufgegriffen und reich mit Geld unterstützt.

Den Schaden konnten nur die Nationalliberalen haben und darauf hatten es die orthodoxen Conservativen auch abgesehen. Deßhalb schon konnten die Nationalliberalen den Kampf gegen die Antisemiten den Freisinnigen und Sozialdemokraten nicht überlassen. Die neuesten Vorgänge im Norden haben Aufklärung in ihre Reihen gebracht.

Es scheint, als ob nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Conservativen in den Vorgängen in Arnswalde und Liegnitz ein Bedenken gefunden hätten und als ob den reichen Geldgebern der Antisemiten ein Licht aufgegangen sei, daß die lüstern gemachten Massen erfahren würden, daß der Reichthum eher bei ihnen, als bei Juden hier gesucht werden könne.

Einschlafen lassen wird man das Zugmittel für Wahlen ganz gewiß nicht; aber man wird in nächster Zeit auch nicht viel von sich hören lassen. Das darf aber die Abwehrenden nicht täuschen und man muß allezeit auf neue Ausbrüche gefaßt und dagegen gerüstet sein.

+ **Heidelberg,** 21. Februar. Meinem gestrigen Bericht habe ich nachzutragen, daß Sonntag, den 19. cr. auch eine Antisemitenversammlung unter Theilnahme des Abgeordneten Menzer in einem Orte des Bezirks stattgefunden hat. Man hat wie gewöhnlich Radau gemacht und einen Gegner an die Luft gesetzt, so daß ihn die Polizei in Schutz nehmen mußte. Trotz alledem werden die Conservativen und reinen Antisemiten sehen, daß ihre Sache keinen Erfolg hat und im Rückwärtsgehen begriffen ist.

**Die Herren Mitglieder unseres Vereins bitten wir, ihre Beiträge für 1893 gefälligst einsenden zu wollen. Einige Herren sind noch mit ihren Beiträgen für 1892 rückständig. Auch diese Beiträge bitten wir uns zugleich mit den neuen Beiträgen zugehen zu lassen. Adresse: Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13.**

## Briefkasten.

Redactionelle Beiträge müssen spätestens bis Mittwoch früh in unsern Händen sein.

**Albert M.** Briefmarken vom Auslande sind für uns unbrauchbar. Auch Briefmarken aus Bayern und Württemberg können wir hier nicht gebrauchen. Die Post nimmt sie nicht an.

**H. D. 52 in Breslau.** Ihr Beitrag von 1 Mk. für Liegnitz liegt auf dem Postamt in Breslau, da er hier nicht abgeliefert werden konnte. Alle Geld- und Werthsendungen müssen an Herrn Abg. Jordan adressirt sein.

**P. in Rybnik.** Der Aufruf des katholischen Pfarrers Dr. Kramski an die Mitbürger von Rybnik, anläßlich der Feier des 50jährigen Jubiläums des Papstes, verdient wegen seines Frieden athmenden Inhalts die vollste Anerkennung. „Nicht Zwist und Kampf soll uns trennen, sondern Friede vereinigen." Möge auch der Abg., Kaplan Dasbach diese schönen Worte seines Amtsbruders beherzigen!

**Dr. B. in L.** Wir haben einstweilen nur für die 25 Exemplare Verwendung.

**E. L. R. in Harburg.** Besten Dank!

Lehrer **A. H. in Berlin.** Auch bei uns hat die Zumuthung der jüdischen Speiseanstalt Befremden erregt. Wenn letztere auch jeder Gemeindeschule 10 Mittagsspeisemarken für arme Kinder zur Verfügung stellt, so berechtigt sie das nicht, täglich die Abordnung eines jüngeren Lehrers zu verlangen, welcher die Kinder beaufsichtigen soll.

**O. M.** Daß den hessischen Bauern allmählich ein Licht aufgeht, daß die Beiträge für den „mitteldeutschen Bauernverein" und das Zwangsabonnement auf dessen Organ „rausgeworfenes Geld" ist, war durchaus zu erwarten. Ob die Mitgliederzahl jener Vereine grade in Reichenbach und in einer Reihe von Ortschaften im Kreise Friedberg um die Hälfte oder ein Drittel oder noch mehr zurückgegangen ist, das ist schließlich gleichgültig, die Thatsache des Rückganges allein ist die Hauptsache.

**Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind eingegangen:**

S. G. L. II 6 M. — Boier, Rawitsch 1,50 M. — Asch, Rawitsch 1,50 M. — Posener, Rawitsch 1 M. — Freisinnige, Neutomischl 7 M. — J. Trenkner, Stade (Sammlung) 3 M. — D. beim Skat 0,70 M. — „Antisemit kann nur derjenige sein, der weder wahre Religion, noch wahre Menschenliebe kennt" 10 M. — S. G. L. 45,50 M. — Wollheim, Posen 1 M. — Skatgesellschaft, Posen 1,50 M. — Dr. Töplitz, Homburg 1,50 M. — Adolf, Karlsruhe, B. 3 M. — Paul Wolff, Bernburg 20 M. — E. Kfm., Crefeld 1,20 M.

Im Ganzen sind bis jetzt eingegangen: 714,12 M.

**Alle ferneren Beiträge, deren wir zur Stichwahl bedürfen, bitten wir an unsern Schatzmeister Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13 zu adressiren.**

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

(Fortsetzung von S. 76 voriger Nummer.)

Kultusminister Dr. **Bosse:** Ich bin gern bereit, die Auskunft, die der Herr Abgeordnete Rickert verlangt hat, zu geben. Es war durch ein angesehenes Organ der Presse die Behauptung aufgestellt und verbreitet, daß die im jüdischen Religionsunterrichte gebrauchten Bücher christenfeindliche, moralisch verwerfliche Lehrsätze enthalten. Die Unterrichtsverwaltung mußte kraft ihres Aufsichtsrechtes daraus die Aufgabe oder die Pflicht entnehmen, den Ungrund dieses Vorwurfs durch Einsicht der Lehrbücher ganz unzweifelhaft festzustellen. Das habe ich gethan und weiter nichts. Dazu sind die im Unterricht gebrauchten Bücher eingefordert worden; sie sind auch eingegangen, nicht, wie ich vorhin irrthümlich dem Herrn Abgeordneten Rickert persönlich gesagt habe, nur theilweise, sondern sie sind anscheinend sämmtlich eingegangen; aber sie liegen nicht hier, sondern wir haben sie einem dazu ganz besonders befähigten Schulaufsichtsbeamten in der Provinz geschickt und ihn beauftragt, sie sorgfältig durchzustudiren und uns das Resultat seiner Arbeit hier vorzulegen. Das mußten wir um so mehr thun, weil ja unter den Büchern auch hebräische Bücher sind. Nun ist es doch begreiflich, daß diese Sache nicht so rasch geht; die Bücher mußten doch erst beschafft werden; es hat dann eine Weile gedauert, ehe die Berichte hier eingingen; dann sind die Berichte darthin geschickt. Ich habe kein Bedenken, zu erklären, daß, sobald das Resultat dieser Prüfung bei mir vorliegen wird, ich dasselbe, sei es hier im Landtage, sei es sonst, öffentlich bekannt geben werde.

Abgeordneter **Stöcker**: — — — — — — — — — — — — — Ich gehe nun noch mit einigen Worten zu der Frage des jüdischen Religionsunterrichts über. Auch darin hat mich die Antwort des Herrn Ministers nicht ganz befriedigt. Der Abgeordnete Freiherr v. Wackerbarth hat angeführt, es sei bei der Versammlung im Oktober vorigen Jahres die Rede davon gewesen, daß in 800 Gemeinden kein jüdischer Religionsunterricht gegeben werde. Nun kann man ja sagen: das Judenthum ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft, die mag für ihren Religionsunterricht selber sorgen, wir greifen in das Materielle des Unterrichts nicht ein. Aber wenn sich herausstellt, daß eine Menge von jüdischen Kindern überhaupt keinen Religionsunterricht empfängt, so, glaube ich, hat doch die Schulverwaltung von Aufsichtswegen die sehr ernste Pflicht, sich darum zu kümmern. Der Abgeordnete Freiherr v. Wackerbarth hat dann eine Aeußerung von damals berichtet, daß ohne diese Aufsicht des jüdischen Religionsunterrichts sich die jüdische Bevölkerung seit 400 Jahren sehr wohl befunden hat. Dem kann ich nur hinzufügen: unter diesem Mangel des Religionsunterrichts, von dem doch sittliche Anregungen ausgehen müßten, fühlt sich die übrige Bevölkerung unseres Staates desto unwohler.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Sache ist in Berlin in den siebziger Jahren einmal in sehr interessanter Weise zur Sprache gekommen. Da hatte der Lehrer einer höheren Töchterschule beim Geographieunterricht die Erfahrung gemacht, daß jüdische Mädchen von 15, 16 Jahren vollkommen unwissend waren in den allerelementarsten Fragen ihrer jüdischen Religion. Es erweckte das damals ungemeines Staunen; aber die Sache ist sowohl durch die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung wie durch eine Broschüre dieses Lehrers vollkommen festgelegt. Darin finde ich allerdings eine Veranlassung, ebenso dringend wie bei den Dissidentenkindern, daß die Regierung einmal die Frage untersucht, wie viele Kinder jüdischer Familien ohne Religionsunterricht bleiben.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Ich habe den Eindruck, daß die mangelhafte jüdische Geschäftsmoral, von der jedermann weiß, darauf zurückzuführen ist, daß hinter ihr der Mangel jedes religiösen Unterrichts steht. Eine reinere Moral zu schaffen, ist aber nur durch einen starken, energischen Religionsunterricht möglich. Das ist ein Punkt, auf den ich die Regierung hinweisen möchte.

Auch ich wünsche, daß Klarheit darüber geschaffen werde, ob in jüdischen Religionsbüchern unsittliche Lehren sind. Ich freue mich, daß der Herr Minister die Sache in die Hand nimmt. Wenn aber der Abgeordnete Rickert diese Frage und die der antijüdischen Flugblätter mit

einander verwirrt, so muß ich ihm antworten: unmöglich kann doch das preußische Ministerium, wenn in den Zeitungen Aeußerungen stehen über die Moral des Talmud, gleich darauf eingehen und die Sache klarstellen. Wie oft stehen denn in jüdischen und Fortschrittsblättern die schwersten Angriffe gegen das Christenthum!

(Sehr richtig! rechts.)

Das Christenthum sei bildungsfeindlich; das Christenthum sei die Ursache der sozialen Zerrüttung. Soll sich das Kultusministerium gleich darüber machen und vor dem Lande feststellen, daß das Christenthum nicht bildungsfeindlich ist? Wohin kommen wir damit, Herr Abgeordneter Rickert? Uebrigens möchte ich dem Herrn Abgeordneten Rickert zur Erwägung geben, daß dies Flugblatt, welches er beständig mit unglaublichen Beschimpfungen versieht — anders als gemein nennt er es gar nicht —, wenigstens einmal der Begutachtung von Sachverständigen unterlegen hat. In dem bekannten Münsterschen Prozeß um den „Judenspiegel" ist der Sachverständige, Orientalist Ecker, zu einem wissenschaftlichen Gutachten aufgefordert. Er hat damals konstatirt, daß freilich in den 100 Sätzen des sogenannten Judenspiegels, auf welchen alle diese Flugblätter beruhen, nicht ganz genau verfahren ist, aber daß darin sehr vieles, was uns als durchaus sittlich anfechtbar gelten muß, enthalten ist. Ich würde Herrn Rickert bitten, ehe er uns mit diesen Dingen hier behelligt, sich einmal das Gutachten des Sachverständigen Ecker anzusehen, die 100 Sätze in der Rezension des Herrn Ecker mit den 100 Sätzen in den Flugblättern zu vergleichen, und dann erst sein Lamento anzustimmen.

Ich glaube, wir kämen damit politisch und wissenschaftlich sehr viel weiter. Daß er nun gar diesen Ton weiter klingen läßt, den wir zu unserem Erstaunen auch in Zeitungen gehört haben, daß der Antisemitismus mit großen Geldmitteln arbeite, so verstehe ich das an einem politischen Manne nicht. Allerdings hat ein bekannter jüdischer Aufruf darüber geklagt, daß der Antisemitismus ungeheure Geldmittel hätte, die dem Judenthum fehlten.

(Heiterkeit rechts und im Centrum.)

Aber ich muß sagen: so naiv sollte doch kein ausgewachsener Bürger in Preußen sein,

(Heiterkeit rechts und im Centrum.)

um auf diese Geschichte hereinzufallen. Sonst müßte ich Herrn Rickert den Vorschlag machen, seinen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" in einen „Verein gegen Verarmung und Bettelei" zu verwandeln; vielleicht käme er dann besser zu seinem Ziele.

(Bravo! und Heiterkeit rechts und im Centrum.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, ich habe von der Rede des Herrn Kultusministers in Bezug auf die Prüfung der beim Unterricht jüdischer Kinder zu Grunde gelegten Religionsbücher den Eindruck gehabt, als ob er die Sache nicht für so erheblich ansieht, wie ich z. B. sie ansehe, und ich kann nur wiederholen, daß das dem Charakter und der Sinnesweise des Herrn Ministers zur Ehre gereicht. Aber ich möchte ihn doch bitten, daß er die Sache nun etwas schärfer in dem Sinne auffaßt, wie ich mir erlaubte es auseinanderzusetzen. Ich freue mich darüber, daß er die Erklärung abgegeben hat, — wenn ich ihn recht verstanden habe, und ich bitte, das zu constatiren —, daß er sofort, nachdem ihm der Bericht des betreffenden Sachverständigen zugegangen sein wird, das Ergebniß dieser Untersuchung in irgend einer Weise in amtlicher Form zur Kenntniß des Landes bringen will, — der Herr Minister bestätigt mir das, und ich bin damit zufrieden. Nachdem die Sache einmal angeregt ist, können wir nur wünschen, daß die Sache in der einen oder andern Weise ihre Erledigung findet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit — ich habe mir auch erlaubt, dem Herrn Kultusminister privatim davon Nachricht zu geben, — hier mittheilen, was morgen oder übermorgen durch die Zeitungen veröffentlicht werden wird. Mir ist unmittelbar vor der Sitzung, als ich heute hierherging, eine Erklärung, von fast sämmtlichen Rabbinern Deutschlands unterschrieben, zugegangen, welche sich über diese Frage ausspricht. Es blieb denselben garnichts anderes übrig, als öffentlich Stellung zu nehmen in Bezug auf die vielen Verdächtigungen und Verleumdungen, welche ohne irgend welchen thatsächlichen Hintergrund in Bezug auf die Sittenlehre des Judenthums wiederholt in letzter Zeit in Deutschland verbreitet worden sind. Ich will aus dieser Erklärung, die wie ich annehme, auch ihren Eindruck nicht verfehlen wird, nur einige Stellen vorlesen. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn der Herr Abgeordnete Stöcker davon Notiz nimmt, der in diesen Dingen sich eine große Sachkenntniß zutraut, die ich ihm allerdings nicht beimesse, — denn er hat sich schon soviele Male vergaloppirt in Bezug auf die Thatsachen, daß er für mich absolut keine Autorität ist; In dieser Erklärung fast sämmtlicher Rabbiner heißt es unter Anderm:

> Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judenthums.

Dem Talmud wird nicht dieselbe Bedeutung beigelegt. Es heißt darüber:

> Seiner Form nach ist der Talmud mit den Aufzeichnungen der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Diskussion steht, insofern zu vergleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehrern während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflogenen Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen oft widerstreitenden Meinungen nebeneinanderstellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Diskussion wiedergiebt, und zwar ohne dabei immer zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinung Einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben. Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud als die Quellenschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntniß, die Geschichte und die Begründung des überlieferten Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Forschern behandelt worden.

Am Schluß heißt es dann:

> Die Sittenlehre des Judenthums erkennt keinen Ausspruch und keine Anschauung an, die den Nichtjuden gegenüber etwas erlaubt, was den Juden gegenüber verboten ist. Die Sittenlehre des Judenthums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet:
>
> > in jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Handel und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen Jedermann zu bethätigen, jedes Gelübde und Versprechen, welches irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauflöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen,
>
> — bekanntlich wird das Gegentheil vom Antisemitismus behauptet — Nächstenliebe gegen Jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben. Die Gesetze des Vaterlandes in treuer Hingebung zu befolgen, das Wohl des Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Menschheit mitzuarbeiten.

Ich hoffe, auch der Herr Kultusminister wird von dieser, wie ich meine, immerhin authentischen Interpretation der jüdischen Sittenlehre Notiz nehmen.

Auf die Frage, die sowohl vom Herrn Abgeordneten v. Wackerbarth als auch von Herrn Stoecker angeregt worden ist, ob wirklich in 800 jüdischen Gemeinden in den Schulen kein Religionsunterricht ertheilt wird, kann ich nicht eingehen. Die Thatsachen sind mir unbekannt, und es scheint auch, als wenn vom Kultusministerium eine authentische Mittheilung darüber nicht gemacht werden kann. Ich zweifle nicht daran, daß der Herr Kultusminister die Sache jedenfalls noch prüfen wird.

Nun zu Herrn Stoecker! Der Herr hat sich heute wieder in seinem schönsten Lichte gezeigt, in der Art, wie er die Diskussion zu führen pflegt. Wir haben schon neulich ein kleines Beispiel davon gehabt, als er hier die Behauptung aufstellte, daß schon in der Römerzeit die Juden odium generis humani hießen. Herrn Stoecker ist in der Presse schon heimgeleuchtet worden wegen dieses Irrthums. Ich würde ihm empfehlen, da er auch so gerne Lehren giebt, daß er Nr. 92 der Nationalzeitung sich durchliest, wo Herr Dr. Trieber ihm nachweist, was er mit seinem Ausspruch, daß die Juden schon zur Römerzeit odium generis humani hießen, auf sich hat. Er weist Herrn Stoecker nach, daß er von Tacitus, von dem dieser Ausspruch herrührt, keine Ahnung zu haben scheine. Dieser Ausspruch ist gemacht den Christen gegenüber.

(Hört! hört! links)

(Fortsetzung folgt in nächster Nummer.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Haffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 116 a

**Hierzu eine Beilage.**

# Beilage

zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

Nr. 9. Berlin, den 26. Februar. 3. Jahrg. 1893.


## Verhandlungen
des
## Preußischen Abgeordnetenhauses
**am 28. Januar 1893**
nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Abgeordneter **Stoecker** (fortfahrend siehe S. 80 der vorigen Nummer.)

Es giebt auf geistigem Gebiet eine Ansteckungskraft der kleinen Dinge, die es möglich macht, daß eine halbe Million, wenn sie so lebhaft agitirt, so mit Geld ausgerüstet ist, mit Witz und scheidewasserartigem Verstande, ungeheure Erfolge haben kann. Ich bestreite, was der Herr Abgeordnete Rickert gesagt hat, daß die Juden durch Geist und Talent sich vor den Deutschen und Christen auszeichnen. Das ist nur auf einem bestimmten Gebiete des geistigen Lebens, auf dem des ätzenden, kritischen Verstandes der Fall. Auf dem Gebiete der Vernunft, wo es sich um Ideen handelt, sind die Deutschen klüger. Ich sage nicht, Herr Rickert, daß es alle Deutschen sind; aber im großen und ganzen ist in dem höheren Geistesleben das deutsche Volk gescheiter als die Juden. Wenn Sie auf dem Patentamt fragen wollen, wieviel Juden etwas erfunden haben,

(Heiterkeit)

aber wenn Sie sich in der Literatur umsehen, ob Juden bahnbrechende literarische Erzeugnisse geschaffen haben, so werden Sie erstaunt sein, wie wenige das sind. In der Kunst ist es ebenso. Aber das können die Juden, mit ihrer Art von Geistesleben auch ein hochbegabtes Volk verwüsten. Ein Beweis dafür ist ein früherer Berliner Korrespondent der „Times", Lowe, der, als er nach England zurückging, über Berliner Erfahrungen ein Buch schrieb und sein Urtheil über die deutsche Literatur so zusammenfaßte: Es giebt keine deutsche Literatur mehr, sondern nur eine jüdische Literatur in deutscher Sprache. Das ist vielleicht eine feuilletonistische Zuspitzung, aber bedenklich nähern wir uns diesem Zustand in den Zeitungen, im Journal, im Theater, in der Kunst. Nun wüßte ich nicht, was für ein Volk edler wäre, als wenn es hört: wir sind in Gefahr, zu verjuden, unseren deutschen Geist durch ein fremdes Volk zu verlieren, und sich dann aufmacht und gelobt: wir wollen das ändern. Dazu hat ein Volk das Recht und die Pflicht. Das soll natürlich mit Besonnenheit geschehen,

(Lachen links)

in christlichem Geiste. Ja, meine Herren, Sie wissen eben gar nicht, was christlich ist; sonst würden Sie wissen, wie auch die Bibel — doch gewiß ein christliches Buch — das Judenthum in seiner Anmaßung zurückweist. Ich will nicht näher darauf eingehen, aber ich bin bereit, den Herrn darüber privatim ein ganz kurzes Kolleg zu lesen. Das werden Sie mir zugestehen: Christus und die Apostel und am allermeisten die Propheten, die doch das Judenthum gut kannten, haben die Sünden, die Uebergriffe des Judenthums aufs Aeußerste verurtheilt. Und wir sollen das nicht bei Gefahr der Verdammung? Das ist ein Standpunkt, der gar keine Berechtigung hat und den man auswärts nicht begreift. Wir haben die heilige Pflicht, eine deutsche, christliche, edle Pflicht, diesen fremden Einfluß abzuschütteln.

Dieser Einfluß besteht darin, daß das Judenthum auf die zwei Lebensadern des Volkskörpers, ich möchte sagen, auf die Venen und Arterien, die Hände gelegt hat, auf die Geldader und auf die Preßader. Mit einem Raffinement, das den Instinkten des jüdischen Volkes eigen ist, haben sie diese beiden Punkte herausgesucht, um sich in den Besitz des Volkes zu setzen. Ja, Sie wissen das ja wahrscheinlich zweimal besser als ich, Sie, die Herren auf der Linken, weil Sie mit den Leuten mehr zu thun haben.

(Heiterkeit.)

Sie wissen ja gut wie irgend einer, welcher Terrorismus, welche — ich sage nicht zu viel — Schreckensherrschaft von den Juden geübt wird, wo es das geschäftliche Interesse oder die Uebermacht des jüdischen Geistes fordert. Ich verstehe den Herrn Abgeordneten Hobrecht gar nicht, wenn er hier von Fanatismus auf unserer Seite spricht. Auf Seiten des Judenthums ist der Fanatismus.

(Lachen links.)

— Sie können ja lachen, meine Herren; aber es ist nicht zum Lachen — auf der Seite des Judenthums ist ein wilder, unerbittlicher Fanatismus, wenn es gilt, Feinde zu verfolgen, um Existenz und Ehre zu bringen.

(Sehr gut! rechts.)

Die Mittel, welche diese halbe Million Juden in ihren Besitz gebracht haben: Geld und Presse, werden so angewandt, daß man mit dem Gelde lockt, versucht, verführt. Wer nicht für Geld zu haben ist, ist vielleicht für schöne Kunstwerke, feine Diners zu haben und fällt gewiß zuletzt dem Judenthum zum Opfer. Hilft das nichts, so bedroht man Menschen und Richtungen mit der Presse, und benutzt auf diese zwei Weisen die Machtmittel, die man in der Hand hat, um den nationalen Volksgeist zu führen und zu unterdrücken.

(Widerspruch links.)

— Ja, das mögen Sie leugnen; Sie mögen das gar nicht empfinden; es giebt ja eine gewisse Dickhäutigkeit, die gegen feinen geistigen Einfluß unempfindlich macht, aber Thatsache ist es, nicht blos bei uns, sondern überall. Meine Herren, wir wollen das Schicksal Frankreichs und Oesterreichs nicht theilen. Haben Sie die drei österreichischen Prozesse im vorigen Jahre verfolgt? Der eine ein Bestechungsprozeß, wo das jüdische Geld bis an die höchsten Beamten ging, um sie zur Pflichtwidrigkeit mit Erfolg zu verleiten! Der andere die Feststellung, daß von Juden ein ausgedehnter Menschenhandel getrieben worden ist, als wären wir mitten in Afrika! Der dritte eine Ueberführung, daß deutsche und sonstige europäische Mädchen von 26 Juden — es war kein Christ darunter — als koschere und treifle Waare in schlechte Häuser verkauft wurden von Ost nach West! Haben Sie das verfolgt und dann sagen Sie: an der Gleichberechtigung der Juden ist gar nicht zu zweifeln? Nein, meine Herren, solche Dinge thut kein Deutscher, kein Oesterreicher, nicht einmal kroatische Rattenfänger thun solche Dinge.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, bringen Sie mir einen anderen Prozeß, wo bewiesen ist, daß 26 Menschen in einem Volke sich zusammengethan, um Mädchen in ihr Elend zu führen und in schlechte Häuser zu verkaufen!

(Bewegung links.)

Und nun sehen Sie nach Paris, wo Minister, Senatoren, Politiker einer solchen Verführung zum Opfer gefallen sind. Wer steht zuletzt dahinter? Herz, Arton, Reinach. Unbegreiflich! Leute von gar nicht hohem Wesen, aber sehr verständig und klug, so begabt, wie der Abgeordnete Rickert sie schildert, sie stehen dahinter, sie haben die Sache gemacht, und noch dazu in einer Republik! Also auch, wenn Sie die Scheu vor Thron und Altarstufen gänzlich los geworden sind, so werden Sie diese Juden doch nicht los, Herr Rickert, die sind immer da, in einer Republik noch viel mehr als bei uns. Aber wir wollen nicht, daß sie uns zerreißen wie in Frankreich und in Oesterreich. Das wollen wir nicht und darum, Herr Rickert und Herr Hobrecht, haben wir diese Bewegung begonnen.

Da es sich nun hier um Rektor Ahlwardt handelt, so will ich zugeben, daß er vielfach sehr unbesonnen vorgegangen ist.

(Aha! links.)

— Ja, meine Herren, der Mann ist den Aufgaben des öffentlichen Lebens noch nicht gewachsen, er kann nicht prüfen, nicht untersuchen, was stichhaltig ist oder nicht. Aber das wird Ihnen doch auch nach dem Prozeß sehr wehe gethan haben, daß es mit einem Mal herauskam,

wie die Firma Löwe in Paris mitten in den schwebenden Kriegswolken ihr Angebot gemacht hatte. Sehr patriotisch!

(Bewegung links.)

— Meine Herren, das haben Ihre eigenen Blätter zugegeben. Sehr patriotisch ist das gerade auch nicht. — Ich vertheidige auch Rektor Ahlwardt nicht; er mag seine Last selber tragen. Aber woher kommt es — und damit will ich mich an den Herrn Ministerpräsidenten wenden — woher kommt es, daß ein solcher Mann — darüber kann sich die Regierung gar nicht täuschen — eine der populärsten Persönlichkeiten in Deutschland geworden ist?

(Lachen links.)

— Sie können sich darauf verlassen, machen Sie sich doch nichts vor!

So ist es; trotz aller Fehler, die begangen sind, trotz aller Beschuldigungen ist dieser Mann populär, und zwar aus keinem andern Grunde, als weil er aufgestanden ist und mit Drangabe seines Lebens, seiner Stellung, seiner Freiheit gegen das eingetreten ist, was er für einen Schaden des deutschen Volkes hält! Gewiß ist er in großen Irrthümern gewesen, hat manches falsch gemacht, aber das müssen Sie sagen: wenn er vorher zur Obrigkeit geht und sagt: das habe ich erfahren von Leuten, die mir den Eid geschworen haben, untersucht es, dann ist nicht auf mala fides zu schließen. Und wenn das Gericht ihn nur wegen Beleidigung verurtheilt hat, dann sehen Sie, daß das Gericht hat ihm im Grunde besser genommen, zehntausendmal besser, als Ihre Presse. Bedenken Sie nur, was bei dieser Gelegenheit in einem der gelesensten Blätter Ihrer Partei geleistet ist! Da wurde unser conservativer Parteitag, weil ein paar Leute: Ahlwardt! gerufen hatten, mit dem Prozeß des Ehepaares Heinze zusammengestellt; das Berliner Tageblatt entblödete sich nicht, uns eine Partei der Zuhälter zu nennen. Und solche Banditen der Presse in ihrer Gemeinheit sollten wir nicht züchtigen, wenn wir es können? Solchen Einfluß im Volksleben sollten wir nicht bekämpfen? Meine Herren, Sie müssen selber kein Ehrgefühl haben, wenn Sie uns bestreiten wollen, auf dieser Linie vorzugehen, bis solche schamlosen Dinge vollkommen unmöglich geworden sind.

(Bravo! rechts.)

Und nun möchte ich den Herrn Ministerpräsidenten noch einmal fragen: — da es sich bei Stichwahlen oft darum handelt, das kleinere Uebel zu wählen, soll man denn nicht einen conservativen Mann, auch wenn er Beamter ist, nachsichtig gegenüberstehen, wenn er eine Richtung, die ohne Scheu vor Thron- und Altarstufen den Kampf führt, abweist, wenn er sagt: Lieber Ahlwardt, als einen Freisinnigen!

Ich muß sagen, ich kann das nicht verwerflich finden. Auch wenn hier das Wort gefallen ist von der exceptionell schlechten Behandlung der Conservativen — ich möchte doch den Herrn Ministerpräsidenten an etwas erinnern, wofür er allerdings keine Verantwortung trägt. Als vor zwei Jahren bei der letzten Reichstagswahl ein Landrath sich mit Namensunterschrift auf einen conservativen Abgeordneten gestützt hatte, auf Herrn v. Hammerstein, da haben wir von Rektifikation nichts gehört. Da waren Dinge geschehen, die Herrn v. Hammerstein schriftlich und mündlich zu der Aeußerung bewogen, ein Königlicher Beamter habe gegen ihn die Unwahrheit gesagt! Da ist nichts geschehen! Und doch, auf der Wage der Gerechtigkeit gewogen war das viel schwerer als das, was in Friedeberg geschah. Wenn damals keinerlei Tadel erfolgte, und hier, wo das Judenthum im Spiele ist, ist man so schnell bereit, so erregt das im Volke die Meinung — ich sage nicht: meine Meinung — daß, wenn es sich um Conservative handelt, nichts gethan wird, aber wenn es sich um Juden handelt, man zu Hülfe kommt. Ich sage nicht, daß dies meine Meinung ist,

(Heiterkeit links)

aber daß sich im Volke diese Meinung bildet, begreife ich durchaus.

Und wenn der Herr Ministerpräsident sagt, von dieser exceptionell schlechten Behandlung wisse er nichts, — meine Herren, wie man unsere Partei und das Centrum zugleich im vorigen Jahre bei Gelegenheit des Volksschulgesetzes behandelt hat,

(sehr wahr! rechts)

davon weiß ich in den ganzen politischen Annalen der Welt keine Parallele. So unzutreffend ist es gewiß nicht, das werden auch die Herren Vertreter der Regierung sich sagen, was hier ausgesprochen ist. Ich kann nur dringend wünschen und wirklich aus meinem deutschen und christlichen Herzen heraus — das werden mir doch die Herren von links nicht absprechen, daß ich ein Deutscher bin und auch ein ehrlicher Christ sein möchte — nur auffordern, dieser tiefgehenden nationalen Bewegung diejenige Beachtung zu schenken, die einer gewaltigen Strömung, welche nach beiden Seiten überschäumen kann, gebührt.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Minister wird aus seiner früheren Thätigkeit in Hessen selber wissen, mit welcher elementaren Kraft dieser Kampf gegen das Judenthum aufschießt und sich dann in politischer Hinsicht und sozialer Beziehung zum Herrn der Situation macht. Das kommt daher, weil die Regierung, die doch nicht blos in äußeren, sondern auch in den inneren Angelegenheiten ein Volk leiten muß, dem Ueberwuchern des Judenthums keine Beachtung geschenkt hat. Wo haben wir je eine Spur, daß die Regierung die Verwüstung des deutschen Volksgeistes durch die jüdische Presse tadelt und zurückweist? Ich begreife das nicht. Die Regierung soll doch nicht blos unsere Geschäfte, sondern den deutschen Geist leiten und das Staatsschiff in stürmischen Zeiten sicher zwischen den Klippen hindurchführen. Das aber ist gewiß, daß das Judenthum mit seiner Macht an der Börse, in der Presse, in der Agitation die schärfste Klippe ist, an der unser deutsches Volksschiff vorüberfährt. Das bloße Abweisen, Disziplinieren machts nicht; hätte die Regierung und — das sage ich auch zu meiner conservativen Partei — hätten wir uns zur rechten Zeit dieser Uebermacht mit politischer Kraft im großen Stil entgegengeworfen, so würden wir diese Erscheinungen nicht haben, an denen wir manches bedauern. Aber im tiefsten Grunde ist diese Bewegung eine lebendige Aeußerung des Volksgeistes, eine naturnothwendige Geistesmacht, deutsch, edel und christlich!

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen links.)

Abgeordneter Dr **Meyer** (Berlin): Meine Herren, Herr Abgeordneter Stoecker hat die eine Frage in den Vordergrund gestellt, die nach meiner Ueberzeugung bei dieser ganzen Materie allein in Betracht kommt: ist es jemals erlaubt, die Fehler, die ein Einzelner begeht oder allenfalls, die viele Einzelne begehen, irgend einem Kollektivum zur Last zu legen? Ist es erlaubt, die Fehler, welche ein Jude oder allenfalls 100 Juden begangen haben, dem Judenthum als solchem zur Last zu legen? Ist es erlaubt, um der Fehler willen, die vielleicht eine große Anzahl begangen hat, auszusprechen: wir müssen dieses Kollektivum bekämpfen; wir müssen auch diejenigen bekämpfen, die an diesen Fehlern nicht den geringsten Antheil haben? Das ist es, was ich bestreite; das ist der Punkt, der in dieser ganzen Sache für mich allein ein Interesse hat. Ist es irgendwie erlaubt, zu sagen: weil ein Jude oder weil hundert Juden Fehler, Sünden, Verbrechen begangen haben, kämpfen wir gegen das Judenthum überhaupt; wir müssen dessen Macht brechen? Ich bestreite das vom politischen Standpunkt, ich bestreite es vom Standpunkt der christlichen Sittenlehre. Nach meiner Ansicht ist durch das Evangelium ein für alle Mal der Bann durchbrochen, daß man irgend einen einzelnen Menschen verantwortlich machen dürfe für die Fehler, für die Sünden, die seinem Stamme, seinen Vorfahren zur Last fallen. Die christliche Sittenlehre beruht auf dem obersten Grundsatze, daß vor dem obersten Richter der Menschen alle Menschen gleich sind, daß man den Einzelnen richten darf nach demjenigen, was er selber begangen hat, aber daß man ihm nicht die Fehler, die Sünden seines Geschlechts nachtragen und ihn auf Grund derselben verwerfen darf. Das ist die oberste sittliche Frage, die bei der Entscheidung dieser ganzen Judenfrage in Betracht kommt.

Es kommt nun in zweiter Linie hinzu, ob es mit den modernen Begriffen des Staats überhaupt vereinbar ist, jemanden in seinem Rechte zu kränken, um seiner Abstammung willen, um seines Bekenntnisses willen, ohne daß man ihm selber irgend etwas vorwerfen kann, wodurch er sich gegen die Rechtsordnung vergangen habe. Es kann niemandem entgangen sein, daß der gebildete und hochstrebende Theil derjenigen Bevölkerung, die dem Judenthum entsprossen ist, das Bestreben gehabt hat, sich ganz und gar dem deutschen Volke zu assimiliren. Dieses Bestreben war Jahrhunderte lang, war Jahrtausende lang unmöglich gemacht; man behandelte eben die Juden als einen eingedrungenen Stamm, der nicht den gleichen Anspruch wie andere auf Geltung im Staate hätte. Ich stehe keinen Augenblick an, zu bekennen, daß von den Juden, die in unserer Mitte leben, ein großer Theil noch die Striemen und Narben zur Schau trägt, die sie in ihrer langjährigen Knechtschaft davon getragen haben, aber ein billiger Sinn wird es niemals ver-

kennen, daß das Streben der hochgesinnten Juden dahin gegangen ist, ganz und gar Deutsche zu werden, und das ist der Fall jetzt seit mehr als einem Jahrhundert, seit der Zeit von Moses Mendelssohn, der in Deutschland zuerst und mit großem Erfolge sich bestrebt hat, seine Rassengenossen einzuführen in die Theilnahme an dem deutschen Volksleben. Es widerspricht den Grundsätzen des Christenthums, es widerspricht den Grundsätzen der Sittlichkeit, die auch, abgesehen von einer positiven Offenbarung, sich gebildet haben, diesen Leuten zu sagen: ihr gehört nicht in unsere Mitte, wir weisen euch hinaus, weil ihr Juden seid!

Herr Abgeordneter Stoecker beruft sich auf den Ausspruch des Tacitus, daß die Juden ein „odium generis humani“ gewesen wären. Ja, er vergißt dabei, daß Tacitus eben noch kein Christ gewesen ist, daß er auf dem ethischen Standpunkt gestanden hatte, welcher nur den eigenen Stammesgenossen die Gleichberechtigung bewahren wollte. Sobald dieser ethische Standpunkt verlassen ist, sobald wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir alle miteinander an die Gnade Gottes die gleichen Ansprüche haben, hat kein sterblicher Mensch das Recht, die Angehörigen einer Rasse von der Erfüllung dieser ihrer Ansprüche zurückzuweisen.

Der Herr Abgeordneter Stoecker behauptete: die Juden ganz im Allgemeinen betrachtet, ohne Ausnahme fühlten sich als eine Gemeinschaft, sie widerstrebten der Kulturgemeinschaft des Staates. Wenn dieses Urtheil irgendwie begründet wäre, da könnte man ja mit dem Herrn Abgeordneten Stoecker in eine Diskussion darüber eintreten, ob sein Verlangen, die Juden von der Gleichberechtigung zurückzuhalten, nicht ein gegründetes sei. Ich bestreite das aber in vollem Maße auf Grund ausgedehnter Bekanntschaften, die ich in der Mitte der jüdischen Bevölkerung habe. Ich behaupte: die gebildeten, die wohlmeinenden Juden, die in unserer Mitte leben, sagen: wir wollen Deutsche sein, wir wollen nichts als Deutsche sein; wir wollen vollständig dieselben Interessen, dieselben Ziele haben wie jeder andere Deutsche. Nur das Eine behalten wir uns vor: wir halten fest an unserer Religion, wir halten fest an unserem Bekenntnisse. Und können Sie darin, meine Herren, irgend ein Unrecht erblicken? Können Sie behaupten, es liege innerhalb der jüdischen Religion irgend ein Satz verborgen, der den Ansprüchen unserer modernen Kultur und unserer modernen Sittlichkeit widerspricht? Ich behaupte: das ist unmöglich! Es giebt nur zwei Völker der alten Zeit, deren geistige Thaten fortgewirkt haben bis auf den heutigen Tag: es sind die Griechen, die uns erfüllt haben mit ihren Anschauungen von Wissenschaft und Kunst; es sind die Juden, die uns erfüllt haben mit ihren Anschauungen von Sittlichkeit, welche Gültigkeit behalten haben bis auf den heutigen Tag und noch heute von den Kanzeln verlesen werden als unübertroffener Kodex menschlicher Sittlichkeit für alle Zeit.

Der Herr Abgeordnete Stoecker beruft sich auf den Talmud. Es giebt sehr wenige, die den Talmud von Grund aus kennen, und ich gehöre zu diesen wenigen nicht. Mir ist gesagt worden — und ich verlasse mich da auf Urtheile, die mir von anderen zugebracht worden sind —, es befinde sich im Talmud manches Verwerfliche, aber auch manches, was für alle Zeiten mustergültig sei. Ich darf vollständig dahingestellt sein lassen, ob dieses Urtheil ein begründetes ist oder nicht. Ich bestreite jedermann seine Berechtigung, das heutige Judenthum zu beurtheilen auf Grund der Anschauungen, die im Talmud niedergelegt sind. Der Talmud ist ein literarisches Sammelwerk, dessen neueste Theile jetzt wohl über 800 Jahre alt sind und für niemanden mehr eine Verbindlichkeit im Gewissen haben. Ich habe es von jeher für eine unerlaubte Kampfeswaffe gehalten, wenn man den heutigen Katholizismus beurtheilt nach den Niederschriften einzelner jesuitischer Schriftsteller, die etwa 200 Jahre alt sind, nur 200 Jahre und dennoch veraltet. Ich halte es für ein desto größeres Unrecht, wenn man das heutige Judenthum beurtheilt nach Niederschriften, die vor 800 Jahren erfaßt sind, und über deren dogmatische Unverbindlichkeit in den berufenen Kreisen auch nicht der geringste Zweifel besteht. Herr Stoecker hat es für ausgeschlossen gehalten, daß aus den Kreisen der jüdischen Rasse jemals ein großer welt-ergreifender Gedanke hervorgeht. Ich verweise demgegenüber auf das Beispiel des Spinoza, den ein christlicher Theologe den großen, heiligen Spinoza genannt hat.

Herr Abgeordneter Stoecker hat gesagt, daß im Judenthum sich ein Trieb des Erwerbes geltend mache, der dazu führe, daß die christliche Bevölkerung nicht zu dem ihr gebührenden Rechte, zu ihrer Geltung kommen könne. Meine Herren, das ist ein wegwerfendes Urtheil über die germanische Bevölkerung, die auch im Kampfe um die materiellen Güter mit dem Judenthum nicht allein gleichberechtigt, gleichmächtig ist, sondern denselben in vielen Dingen vorangegangen ist. Die bedeutendsten Thaten der Weltgeschichte auch auf wirthschaftlichem Gebiete sind nicht ausgegangen von Juden, sind ausgegangen von Christen, und die Juden folgen den Bahnen, welche andere ihnen vorgezeichnet haben. Sind sie von Zeit zu Zeit hier und da darin glücklicher, so sind sie es doch nicht immer und nicht überall. Ich habe mehrere Jahre meines Lebens in einer Stadt zugebracht, in welcher das Judenthum niemals einen erheblichen Raum gewonnen hat, einen sehr kleinen Bruchtheil der Bevölkerung bildet und in dem ganzen sozialen Leben keine hervorragende Rolle spielt. Ich habe da die Frage aufgeworfen: wie kommt es, daß hier die Juden so sehr in den Hintergrund treten? Und man hat mir darauf die Antwort gegeben: weil wir klüger sind als die Juden. Das ist ein Beispiel, das man überall nachahmen sollte. Im rechtschaffenen Kampf um den Erwerb, da sollte man sich kräftig zeigen, zeigen, daß der germanischen Nation alle diese Fähigkeiten inne wohnen, auf die andere pochen mögen. Und für die unrechtlichen Mittel giebt es den Strafrichter, und ich halte es in keiner Weise für zulässig, Dinge, die einfach vor dem Schöffengericht, vor der Strafkammer zu erledigen sind, in die Mitte dieser Hohen Versammlung hinaufzutragen. Herr Stoecker hat an den Ahlwardt'schen Fall erinnert. Ich möchte zur Ergänzung dessen, was er uns gesagt hat, noch folgendes vortragen. Der Rektor Ahlwardt hatte der hiesigen Berliner Schuldeputation seit längerer Zeit sehr viel Beschwerde und Arbeit verursacht. Es waren mannigfache Klagen über ihn laut geworden, Klagen auch darüber, daß er Geldmittel, die in Folge von Sammlungen für wohlthätige Zwecke in seine Hände gekommen waren, nicht rechtzeitig an die gehörige Stelle abgeführt hat. Er hat sogar wegen Unterschlagung vor Gericht gestanden.

(Zuruf: Er ist freigesprochen.)

Er ist freigesprochen, sehr nothdürftig freigesprochen;

(Heiterkeit)

denn der Gerichtsausspruch hat nicht gesagt, daß er unschuldig sei, sondern er hat lediglich gesagt, daß die böse Absicht, die zur Erfüllung dieses Vergehens gehöre, nicht vollständig erwiesen worden sei.

(Hört! hört! links.)

Er hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, deren objektive Unwahrheit durch das Gericht im ausgiebigsten Maaße festgestellt worden ist, und in Beziehung auf welche das Gericht nur hinzugefügt hat: der böse Glaube könne ihm nicht nachgewiesen werden.

Nun, meine Herren, wenn es an diesem bösen Glauben fehlt, so fehlt es doch nicht an einer unermeßlichen Leichtfertigkeit, Behauptungen aufzustellen, die, wenn sie wahr wären, Folgen haben würden, die ich nicht ausdenken mag, Behauptungen, deren Wahrheit auch nicht mit dem nothwendigsten Aufwand von Gewissenhaftigkeit vorher geprüft worden ist. Meine Herren, wenn ein solcher Mann wirklich populär geworden ist, wie es Herr Stöcker sagt, so schließe ich daraus nicht, daß die Bestrebungen, die er vertritt, irgend einen Schein von Berechtigung für sich haben; ich schließe daraus nur, daß in den Wandlungen, die innerhalb des Geisteslebens einer Nation stattfinden können, das Volk sich gegenwärtig mit einer unglaublichen Leichtgläubigkeit auf die Seite eines Mannes gestellt hat, der keinen Glauben verdient.

(Beifall links.)

Abgeordneter **Cremer** (Teltow): Meine Herren, meine Absicht war es nicht, mich an der Debatte zu betheiligen; nachdem aber die Diskussion auf verschiedene Punkte hingelenkt worden ist, an denen ich mehr oder minder betheiligt bin, werden Sie mir wohl gestatten, noch ein paar Worte darüber zu sagen.

Meine Herren, in große Auseinandersetzungen über den Werth oder Unwerth des Talmud gehe ich hier nicht ein. „Der Talmudjude“ ist populär geworden wesentlich dadurch, daß ich die Veranlassung gewesen bin, daß Professor Rohling seine bekannte Broschüre geschrieben hat. Das kam so.

Es war im Jahre 1871, als die Unfehlbarkeit des Papstes im Vordergrunde der Diskussion stand, und da war wieder Niemand so vorlaut, wie gerade die Judenpresse, was mich veranlaßte, den Leuten, die es anging, wiederholt zu sagen: was habt Ihr mit der Unfehlbarkeit des Papstes zu schaffen? Das haben wir Katholiken unter uns

auszumachen; kümmert Euch um Euren Talmud! Das griff der Rabbiner von Münster sofort sehr energisch auf und fragte mich, ob ich wüßte, was im Talmud stehe. Ich konnte ihm verschiedenes nicht gerade Angenehmes mittheilen, worauf der Rabbi behauptete, das stände nicht drin. Daraufhin große Untersuchung! Ich bemerkte ihm von vorn herein, daß eine polnische Synode im Jahre 1631 stattgefunden habe, welche beschloß, die für Christen anstößigen Stellen aus dem Talmud auszumerzen und durch einen leeren Raum oder durch ein Ringelchen zu ersetzen, aber dafür zu sorgen, daß bei jeder Schule ein vollständiges Exemplar vorhanden sei, auf daß der Lehrer durch die mündliche Erklärung das ergänze, was in den für die offizielle Oeffentlichkeit bestimmten Exemplaren nicht enthalten ist. Trotzdem nun dieser Synodalbeschluß in der uns vorliegenden Talmudausgabe befolgt war, stießen wir auf Manches, das den Beweis dafür liefert, daß die Judenschaft sich auch heute noch thatsächlich über die anderen Nationen weit erhaben dünkt. Es wurde mir unter Anderem eine Stelle aus dem Talmud durch den Herrn Rabbiner vorgelesen und interpretirt, in welcher es, so weit ich die Sache noch im Gedächtnisse habe, etwa hieß: Wenn ein Mann priesterlicher Abstammung also aus dem Stamme Levi — über einen Friedhof geht, wo christliche Leichen liegen, so wird er nicht unrein, gerade so wenig, als wenn er über einen Schindanger geht. Geht er über einen jüdischen Bestattungsplatz, so wird er unrein. Denn der Prophet spricht: Ihr Juden werdet Menschenkinder genannt!

Das ist also auch heute noch die Auffassung der Juden. Der Jude stellt den Menschen als solchen dar; die übrigen menschenähnlichen Erdenbewohner sind eine geringe Rasse, und der Jude hat seiner Ueberzeugung nach das Recht, die Angehörigen anderer Völker auszubeuten, wo und wie er kann. Meine Herren, das ist zwar keine sonderlich hohe talmudische Weisheit; dafür ist es aber rabbinisch — auch heute!

Meine Herren, ich für meine Person bin weit entfernt davon eine Rassenfrage aus der Judenfrage zu machen. Ich habe mich zu viel mit Anthropologie abgegeben, als daß ich der Ansicht wäre, es gäbe noch irgendwo eine reine Rasse. Aber, meine Herren, es giebt gewisse Dinge, die man den Menschen von Außen ansieht und aus seinem Innern heraus sehr bald bemerkt; da mag Anthropologie, allgemeine Wissenschaft und Nationalität sein und erweisen, was sie wollen, es giebt eben Dinge, die nicht definirt zu werden brauchen; sie sind einmal da und machen sich auf durchaus eigenartige Weise geltend, und so, scheint mir, haben auch die sämmtlichen Völker und Nationen die richtige Empfindung dafür und davon, was jüdisch ist und was nicht. Bei uns ist das nicht anders. Dabei zeigt sich ein eigenthümlicher Umstand. Wir hier auf dieser Seite treten stets für das Judenthum als solches ein, das heißt, für die großartige, so heute wie früher unerklärte Erscheinung des Judenthums in der Geschichte; dagegen kennen die Herren auf der andern Seite immer blos den Juden, gleichviel, welcher Art derselbe ist. Und wenn sie einmal einen anständigen und für ihre Absichten brauchbaren gefunden haben, dann freuen sie sich ungemein, zeigen ihn allem Volke zum Muster und rufen: ecce homo, ecce Judaeus!

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, das halte ich für durchaus verkehrt. Wenn ich nicht irre, schreiben wir heute den 28. Januar 1893 und befinden uns hier im preußischen Abgeordnetenhause. Die Diskussion gilt eigentlich einer Etatsposition, die man erst in der Anmerkung suchen muß, und dabei entspinnt sich eine solch gewaltige Judendebatte! Wenn dafür nicht jederzeit der mehr als ausreichende Stoff vorhanden wäre, so wäre es doch rein undenkbar, daß eine solche Erscheinung sich zeigen könnte.

Meine Herren, die Existenz der Judenfrage in der Gegenwart ist eben durch sich selbst bewiesen! Und glauben Sie etwa, meine Herren, die Judenfrage sei etwas Neues? Lesen Sie doch das alte Testament, was Sie überhaupt gelesen haben müßten, bevor Sie an die Politik herangehen. Ich habe früher schon einmal gesagt, das alte Testament und der Macchiavelli sind absolut nothwendig, um Politik zu verstehen. Im alten Testament werden Sie finden, daß alle Völker schon in vorchristlicher Zeit, die mit den Juden in nähere Berührung gekommen sind, sie nicht sehr schätzten und liebten; alle wollten sie gern wieder los sein, und die Völker, die das Unglück hatten, sie in größerer Zahl in ihr Land hineingezogen zu haben, gaben noch Reisegeld dazu, wenn sie dieselben los werden konnten. Diese Erscheinung zieht sich von jeher allgemein durch die Geschichte, und dieselbe Erscheinung haben wir heute Dagegen ist gar nicht anzukämpfen! Es war mir deshalb ein werthvolles Geständniß, welches Herr Hobrecht machte: Etwas Antisemitismus giebt es überall, und alle Kreise sind mehr oder weniger angesteckt davon. Aber, meine Herren, eingestanden wird es selten. Diejenigen, die offen und ehrlich in dieser Frage auftreten, nehmen das Odium dafür auf sich, aber ich bin fest überzeugt, meine Herren, daß mancher, der öffentlich den Juden in verbindlichster Form die Hand schüttelt, vielleicht weil er weiß, warum,

(Heiterkeit)

in seinem Innern mit uns sympathisirt, weil wir dafür sorgen, uns die Gesellschaft, wenn sie allzu aufdringlich wird, einigermaßen wenigstens vom Leibe zu halten.

Es wird bei dieser Debatte und auch früher wiederholt auf Stahl hingewiesen; Stahl soll der konservativen Partei ein großes geistiges Kapital übermacht haben. Ich bestreite das nicht; aber seine Nationalitätsgenossen, die Juden geblieben sind, haben dafür gesorgt, daß der geistige Vorschuß, den Stahl den Konservativen allenfalls gemacht hat, an materiellem Kapital doppelt und dreifach wieder zurückgeholt wird; auch da kommt das Geschäft in richtigster Form zum Ausdruck.

Dann heißt es: die Verfassungsfrage und die Gesetze! Ja, meine verehrten Herren, was haben wir uns denn bei anderen Gelegenheiten aus dem Hemmniß der Verfassung gemacht? Als Herr Dr. Falk, um Platz für seine Kulturkampfkolonne zu haben, drei Artikel in der Verfassung nicht gebrauchen konnte, riß er sie einfach heraus, und das ist mit Zustimmung jener Seite geschehen, die jetzt so ungeheuer empfindlich wird, wenn es sich darum handelt, daß die Verfassung, auch allenfalls zum Nachtheil des Judenthums, revidirt werden könne. Meine Herren, Verfassung und Gesetz sollen für das Recht derjenige Ausdruck sein, welcher dem jeweiligen Zeitbedürfnisse entspricht, und wenn es dem Zeitbedürfniß einmal absolut entsprechen sollte, daß hinsichtlich der Rettung des deutschen und christlichen Volkes mit der Emanzipation der Juden nicht mehr auszukommen wäre, so habe ich für meine Person garnichts dagegen, wenn Gesetz und Verfassung in dem Sinne geändert werden, daß das deutsche Volk wieder zu seinem Rechte und das Christenthum wieder zu seiner Geltung in der Welt gelangt.

In Anbetracht der heutigen Verhältnisse aber habe ich bereits im Jahre 1875 gesagt: die Judenemanzipation war ein Fehler; sie rückgängig zu machen würde indessen ein noch größerer sein. Eingeführt werden konnte sie nur in Folge dessen, daß der christliche Staat von seiner eigenen Idee abgefallen war. Der Abfall des christlichen Staates von sich selbst war die Vorbedingung der Emanzipation des Judenthums und der Juden, und deshalb kann nicht eher Heil aus den Bestrebungen der Gegner dieser Emanzipation erwachsen, als bis der christliche Staat sich wieder auf sich selbst besinnt, und die Christen den Muth gewinnen, auch Christen zu sein! Gerade durch die verhängnißvolle Mithülfe, die von ehrvergessenen Christen den Juden geleistet worden, ist es der Judenschaft gelungen, die erdrückenden Erfolge unter uns zu erzielen und die dominirende Stellung einzunehmen, die sie haben, und die viele von uns beklagen.

Deshalb habe ich mich auch immer von dem sogenannten offiziellen Antisemitismus ferngehalten. Es fällt mir garnicht ein, mich mit der einen oder anderen Richtung in demselben zu identifiziren; ich bin oft genug in öffentlichen Volksversammlungen provozirt worden, auf die Frage zu sprechen zu kommen, habe es jedoch meist abgewiesen. Aber, meine Herren, das kann ich nicht leugnen: wenn hier und da Ausschreitungen bei den offenkundigen Antisemiten zu Tage getreten sein sollten, so ist dies wesentlich darauf zurückzuführen, daß das Volk um jeden Preis nach Erlösung aus dem schweren Druck des Judenthums verlangt und danach sucht. Meine Herren, gestatten Sie mir ein recht drastisches Bild aus der Landwirthschaft! Wenn es sich darum handelt, nachdem Dünger gefahren ist, den Hof zu reinigen, kann man keine Zahnbürste gebrauchen; da muß man kräftige Besen haben, und diese Besen werden von den Antisemiten angewandt. Sie fegen ganz gründlich. Wenn erst mal wieder reiner Hof geschaffen ist, dann wird man schon sehen, was zu thun ist, um die Sache auch recht hübsch einzurichten.

(Fortsetzung folgt in nächster Nummer.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 10. | Berlin, den 5. März. | 3. Jahrg. 1893.

**Wir bitten unsere Mitglieder, recht bald die Beiträge für das Jahr 1893 an unsere Bureaux zu senden, für Norddeutschland an Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13 und für ganz Süd- und Südwestdeutschland, incl. Elsaß-Lothringen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz an Herrn Stadtrath Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6.**

### Zu den Verhandlungen über den Talmud.

(Ecker und Rohling.)

Wir theilen unseren Lesern die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Talmud und über die antisemitischen Autoritäten Dr. Ecker und Prof. Rohling nach dem amtlichen stenographischen Bericht mit, um ihnen objectiv das gesammte Material in dieser Frage zu unterbreiten. Die antisemitische Presse hat für solches Verfahren kein Verständniß. Sie bringt die Reden ihrer Führer in breitester Ausführlichkeit und stutzt die Reden der Gegner derart zurecht, daß der Leser ein getrübtes Bild von den Verhandlungen erhalten muß. Da nun aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhandlungen über diesen Gegenstand eine Fortsetzung erhalten werden, ist es angebracht, dieselben noch einmal kurz zu recapituliren. Herr Hobrecht war es, der die Discussion über den Talmud eröffnete, indem er einige Stellen aus dem antisemitischen Talmudauszug vorlas mit der ausdrücklichen Betonung, „das sei nicht die Moral der heutigen Juden.“ Herr Stöcker dagegen führte den Satz: „die anderen Völker seien mit den Juden nicht gleichwerthig“, als Beweis für die niedrige Moral des Talmuds an. Der Talmud „verneint eines der Fundamente der Kultur, nämlich das gleiche Wesen der Menschheit.“ Und in der Sitzung vom 13. Februar gab Herr Stöcker dem Abg Rickert den Rath „sich einmal das Gutachten des Sachverständigen Ecker anzusehen.“ Darauf entgegnete Rickert, daß er Dr. Ecker als Sachverständigen nicht anerkenne und berief sich dabei auf die Urtheile des katholischen Professors Bickell und des evangelischen Professors Strack. Abg. Dasbach vertheidigte wiederum Rohling und Ecker und blieb bei der Behauptung, daß der Talmud sowohl wie der Schulchan-Aruch moralisch verwerfliche Lehren enthalten.

Neuerdings nun werden Erklärungen veröffentlicht, die wir zur Vervollständigung des Materials wörtlich folgen lassen.

Dr. Ecker erklärt:

Fast zehn Jahre trage ich's und — schweige. Maßlose durch jüdische Flugblätter verbreitete Anschuldigungen gegen meine Priesterehre drücken mir wider Willen die Feder in die Hand zu folgender Erklärung:

1. Es ist unwahr, daß ich an der „antisemitischen Agitation“ mich betheilige. — Ich gab bis heute nie einen Pfennig, schrieb nie ein Wort für antisemitische Zwecke.

2 Es ist unwahr, daß ich mich im „Judenspiegel“-Prozeß am 10. Dezember 1883 als Sachverständiger „aufgedrängt“ habe. — Es war mir sehr peinlich, als ich die Vorladung erhielt, welcher ich nach § 75 der Strafprozeßordnung Folge leisten mußte.

3. Es ist unwahr, „daß ich nicht im Stande war“, das geforderte Gutachten abzugeben. — Auf Grund langer Studien sprach ich aus eigenster festester Ueberzeugung. Die sämmtlichen in Rede stehenden Texte hatte ich gründlich untersucht und war auf jede Discussion über die Urtexte gefaßt.

4. Es ist unwahr, daß ich mir „das Gutachten von Brimann anfertigen ließ.“ — Als ich nach der Gerichtsverhandlung ganz ohne mein Zuthun den Verfasser des Judenspiegels persönlich kennen lernte, war es wegen der zahlreichen heftigen jüdischen Angriffe, welche eine schriftliche Abwehr mir aufdrängten, nur meine Pflicht, die einzelnen Gesetze eingehend mit ihm zu besprechen, zumal er manchen Tadel gegen seine Arbeit nicht gelten lassen wollte. Das that ich; und kein Mensch würde mir das jemals zum Verbrechen angerechnet haben, wenn es nicht Solche gäbe, welche die von mir vertretenen, ihnen unangenehmen Wahrheiten lächerlicher Weise durch Hiebe gegen meine Person zu widerlegen versuchen.

5. Es ist unwahr, daß ich „widerlegt worden bin.“ — Auch nachdem ich später noch Jahre lang Talmudica ziemlich ausschließlich studirt hatte, änderte ich meine Ueberzeugung nicht. Wortgezänk und Disputiren über nebensächliche Einzelheiten ist möglich; aber in den Hauptresultaten, auf die Alles ankommt, das Gegentheil zu beweisen, ist absolut unmöglich.

6. Es ist unwahr, daß ich nur „um mir den Schein der Objectivität zu geben, an einigen Stellen gegen den Judenspiegel Partei nahm.“ — Ich wollte nur ganz sachlich urtheilen, nach bestem eigenstem Wissen und Gewissen.

7. Es ist unwahr, daß ich „gegen besseres Wissen“ später wieder eine Schrift veröffentlicht habe mit den ursprünglichen, zum Theil aus unrichtig von mir selbst bezeichneten Gesetzen des „Justus“. — „Die 100 Gesetze des Judenkatechismus“ sind ein durchaus ohne mein Wissen vom „Reform-Verein“ zu Steele verbreiteter Abdruck aus dem „Judenspiegel“. Wiewohl ich die Sache bereits 1885 in der Germania klarstellte, wird es neuerdings wieder colportirt.

8. Es ist unwahr, daß ich „die Blutbeschuldigung beschworen“ habe. — Im Prozeß zu Münster war von derselben gar keine Rede, und ich habe über die Blutbeschuldigung nie ein Wort veröffentlicht, also auch sicher nicht „beschworen.“

Dr. Jakob Ecker,
Professor am Priesterseminar zu Trier.“

Die „Kreuzztg." erhält folgende Zuschrift:

Der Abg. Rickert hat im Abgeordnetenhause nicht die objective Wahrheit gesagt, dagegen ist Dr. Eckers Erklärung ist jedem Punkte richtig. Ich bin in der Lage, dies unwidersprechlich feststellen zu können, weil ich in dem Prozesse der Angeklagte war. Zur Klarstellung wird es genügen, wenn ich in schlichten Warten darlege, wie die Dinge sich zutrugen.

Als dee Herr Aran Briman unter dem Namen „Dr. Justus" eine Sammlung von 100 angeblich jüdischen Gesetzen, betr. den Verkehr des Juden mit dem Christen aus dem „Schulchan Aruch" veräffentlicht hatte, ließ ich im „Westf. Merk." einen Theil dieser Gesetze abdrucken mit dem Vermerke, es sei wünschenswerth, daß darüber Klarheit geschafft werde. Ein jüdischer Einwohner Münsters machte indessen den Staatsanwalt auf den Artikel aufmerksam, der mich wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander, anklagte. Natürlich hielt ich es für wünschenswerth, daß in dem Prazesse ein Sachverständiger die Angaben des Buches „Judenspiegel" begutachte, und schlug meinem Vertheidiger Rechtsanwalt Peus var, den Verfasser des Buches, Dr. Brimann, zu laden. Mein Vertheidiger machte mich indessen darauf aufmerksam, daß Herr Brimann auf diese Weise in den Prozeß mitverwickelt werden känne, was zu Falge haben würde, daß er nicht als Sachaerständiger oder Zeuge, sandern als Angeklagter geladen werde. Dieser Gefahr wollte Herr Brimann, wie er mir van Paderbarn, wo er damals wohnte, schried, sich nicht aussetzen.

Es erschien kaum mäglich, in Münster einen Sachverständigen aufzutreiben, bis mein Schwager, Redacteur Abels, mich auf den Dozenten der semitisch.n Sprachen an der Akademie zu Münster, Dr. J. Ecker, aufmerksam machte. Diesen ließ ich varladen, ahne ihn zu kennen, ohne mich mit ihm besprochen zu haben, und ich habe ihn in meinem ganzen Leben überhaupt nur einmal, nämlich bei der Gerichts-Verhandlung, gesehen. Ohne Zweifel geschah diese Ladung gegen den Wunsch Dr. Eckers, eines still für sich dahinlebenden Gelehrten. Im Termin gab er ein Gutachten ab, welches zwischen den Feststellungen Dr. Brimanns und den Behauptungen der Gegner desselben gewissermaßen eine mittlere Richtung einnahm.

Der Gerichtshof fällte darauf ein freisprechendes Urtheil mit der Maßgabe, daß nach seiner Auffassung hinsichtlich der thatsächlichen Behauptungen des „Judenspiegels" ein nan liquet vorliege. Was Dr. Ecker betrifft, sa hat er damals zweifellos nicht die geringsten Beziehungen irgend welcher Art zu Dr. Brimann gehabt, und daß er Antisemit sei, habe ich nie gehört — meines Wissens kümmerte er sich um Palitik überhaupt nicht.

Ich habe an der ganzen Sache nicht das mindeste Interesse und alle die in diesem Drama auftretenden Persönlichkeiten sind mir gleichgültig, aber dem Abg. Rickert kann ich versichern, daß er völlig falsch berichtet ist.

J. Hoffmann.

Der Erklärung des Dr. Ecker tritt Dr. H. Hildesheimer in der „Jüdischen Presse" entgegen. In seinem ersten Artikel, dem noch andere folgen sollen, weist er nach, daß Niemand behauptet hat, daß Ecker „die Blutbeschuldigung beschworen hade." Dr. Hildesheimer will Herrn Ecker die Möglichkeit bieten, **ihn vor den Strafrichter zu citiren,** um dort den Nachweis zu führen, daß seine früheren Behauptungen begründet seien.

Vorweg aber halten wir es für angezeigt, um einer etwaigen Verdunkelung des Sachverhalts vorzubeugen, immer wieder nachdrücklichst zu betonen, daß die Frage des Talmuds, Schulchan Aruch ꝛc. mit der Moral und der religiösen Erziehung unserer jüdischen Mitbürger absolut nichts zu thun hat. Diesen Standpunkt vertrat auch Abg. Rickert im Parlament.

---

## Antisemitisch-geistliche Agitation.

In der Neumark, so schreibt man uns, arbeiten die Antisemiten mit aller Anstrengung weiter. In Soldin haben zwei antisemitische Versammlungen stattgefunden und ein antisemitischer Verein ist gegründet worden. Ein junger Pastor in Liebenwalde, Herr Mathes, betheiligt sich hervorragend an der antisemitischen Agitation. In einer antisemitischen Versammlung am 22. Februar nannte er den Herrn Abgeordneten Rickert „ein großes Thier" und sagte „daß die Juden ausgerottet werden müssen, mit eisernen Harken, wie man das Unkraut ausrottet." Der freisinnige Rittergutsbesitzer Herr Küttner in Eichwerder hatte zum 26. Februar eine Versammlung nach Soldin einberufen, in welcher Herr Abgeordneter Dr. Ruge sprach. Dieser wies unter lebhaftem Beifall darauf hin, daß sich auch Pfarrer an der antisemitischen Agitation betheiligten. Er sei weder Judenfeind noch Judenfreund, sondern wolle nur, daß ein rechtschaffener Mann nicht deshalb verfolgt werde, weil er ein Jude sei. Als Gegenredner trat der conservative Rittergutsbesitzer Herr Karbe in Adamsdorf auf. Derselbe mißbilligte die antisemitische Agitation und hielt eine agrarische Rede, welcher Herr Johannes Buchholz aus Berlin entgegentrat. Der Herr Pfarrer Mathes versuchte eine Vertheidigung seiner antisemitischen Agitation, die jedoch nur darin bestand, daß er ein Kaiserhoch ausbrachte, die Antwort des Kaisers an die Agrarier und die Statistik über die jüdischen Schüler und die Beschäftigung der Juden verlas. Er fand keinen Beifall, wohl aber lebhaften Widerspruch. Nach ihm sprach Herr Pfarrer Booz, welcher nicht Antisemit sein wollte. In dem Schlußwort erntete Herr Dr. Ruge wiederholt stürmischen Beifall. Diese Versammlung ist ein schöner Erfolg nicht nur für die Liberalen, sondern auch für die Abwehr des Antisemitismus.

So weit der uns zugehende Bericht. Wir hätten Anstand genommen, ihn abzudrucken, wenn nicht das „Soldiner Wochenblatt" schon vor mehreren Tagen in einem Bericht über die zweite antisemitische Versammlung den oben erwähnten Ausspruch des Herrn Pastor Mathes unbeanstandet mitgetheilt hätte. Wir halten es heute noch für undenkbar, daß ein protestantischer Geistlicher sich so weit vergessen kann, daß er in einer öffentlichen Versammlung den Satz ausspricht: **„daß die Juden ausgerottet werden müssen mit eisernen Harken wie man das Unkraut ausrottet."** Wohin sollte es wohl kommen, wenn Geistliche mit Waffen agitiren, die selbst der vorgeschrittenste Sozialdemokrat zurückweisen würde. Wir möchten daher auch heute noch annehmen, daß Herr Pastor Mathes einen solchen Ausspruch nicht gethan hat. Nachdem aber die Sache in die Oeffentlichkeit gekommen ist, halten wir es für erforderlich, daß darüber vollständige Klarheit geschaffen werde. Hoffentlich wird man im dortigen Kreise Veranlassung nehmen, den Herrn Pastor darüber direct zu interpelliren. Nach unserer Meinung darf es unter keinen Umständen geduldet werden, daß ein Geistlicher auch nur dem Verdacht ausgesetzt bleibt, mit solchen Waffen agitirt zu haben.

---

## Antisemitismus und Liberalismus.

Die Antisemiten haben durch ihre letzte Versammlung im Hofjäger in Magdeburg sich ein unzweifelhaftes Verdienst um die Klärung der dortigen sehr verworrenen Parteiverhältnisse erworben; sie haben auch dem blödesten Auge mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit gezeigt, worauf es in dem Kampf mit dem Antisemitismus ankommt, worum es sich da in letzter Linie für den Liberalismus handelt. Während es bisher — wer wollte es leugnen? — auch innerhalb der liberalen Partei Leute gab, die zwar nicht directe Antisemiten waren, wohl aber mit dem Antisemitismus hie und da liebäugelten und ihm eine gewisse Berechtigung zugestehen zu dürfen glaubten, hat schon das von dem antisemitischen Redner gewählte Vortragsthema „Liberalismus und Judenthum, die Ursachen unseres wirthschaftlichen Ruins" aufs Neue den deutlichen Beweis für die jedem tiefer denkenden Politiker längst bekannte Thatsache erbracht, daß das eigentliche Angriffsobject des Antisemitis-

mus nicht nur das Judenthum, sondern der gesammte, in ganz unberechtigter, aber nicht ungeschickter Weise mit dem Judenthum in einen Topf geworfene Liberalismus sei. Die „Magdb. Nachr." schreiben darüber:

Die ganze Rede des Abg. Zimmermann war eine einzig schwere, mit allen denkbaren und undenkbaren Beschuldigungen angefüllte Anklage gegen den Liberalismus, welchem der Redner den Krieg bis aufs Messer erklärte. Das Judenthum spielte in dem Vortrage nur eine ganz nebensächliche Rolle, sofern von ihm behauptet wurde, daß es einen hervorragenden Antheil an der liberalen Wirthschaftsgesetzgebung gehabt und dann deren Früchte am geschicktesten für sich eingeheimst habe. Die Gewerbefreiheit wurde als Raubthierfreiheit bezeichnet, leidenschaftliche Angriffe auf die Börse, Freizügigkeit und andere Gesetze und Einrichtungen der letzten 40 Jahre, welche unseren wirthschaftlichen Aufschwung überhaupt erst ermöglicht haben, bildeten den Hauptinhalt des Vortrages. Mit einer fast unbegreiflichen, gleichwohl aber mit jubelndem Beifall aufgenommenen Naivetät wurde die liberale Gesetzgebung und das Judenthum für alle sozialen Schäden der neuesten Zeit verantwortlich gemacht, gleich als hätten Dampfkraft und Elektrizität, Maschinen und kapitalistische Großindustrie nicht den mindesten Antheil an der wirthschaftlichen Krisis der Gegenwart. Mit anderen Worten wurden Judenthum und Liberalismus als die Ursachen der Sozialdemokratie bezeichnet und behauptet, daß der Antisemitismus allein im Stande sei, die Sozialdemokratie zu überwinden, eine Behauptung, welche den anwesenden Sozialdemokraten wohl nur ein stilles, überlegenes Lächeln abgenötigt haben wird. Diese Anschauung, daß das ausbeutende Judenthum die Sozialdemokratie erst hervorgerufen habe, muß jedem mit den großen wirthschaftlichen Problemen der Gegenwart nur einigermaßen Vertrauten um so lächerlicher erscheinen, als es doch allgemein bekannt ist, daß die Sozialdemokratie in erster Linie, ja fast ausschließlich in der Großindustrie und der kapitalistischen Großproduction verbreitet ist, in dieser Großindustrie aber das Judenthum verhältnißmäßig nur in geringem Maße vertreten ist. Inwiefern die jüdischen Kaufleute an der sozialen Gährung der Bergleute und der Arbeiter in den Etablissements unserer christlich-arischen Großindustriellen schuld sein sollen, das vermag ein normal denkender Politiker in der That schwer einzusehen. Daß das freie Spiel der wirthschaftlichen Kräfte, welches der Liberalismus ins Leben gerufen hat und gegen das sich die leidenschaftlichen Angriffe des Redners richteten, in den Zeiten des Uebergangs von dem gewerblichen Kleinbetriebe zum maschinellen Großbetriebe vorübergehend auch schwere Mißstände und wirthschaftliche Krisen im Gefolge hatte und haben mußte, das brauchte der Antisemitismus nicht erst zu entdecken, das wußten wir alle schon längst und nicht in letzter Linie die Liberalen sind es gewesen, welche in aufopferungs- und entsagungsvoller Arbeit bestrebt gewesen sind, diesen Uebelständen abzuhelfen. Aus diesen Mißständen, die mit jeder wirthschaftlichen Krisis in allen Jahrhunderten verbunden gewesen sind, ergiebt sich aber keineswegs, daß der Grundgedanke jener Einrichtungen ein irriger oder gar bewußt schlechter gewesen wäre.

Mit Recht hob der liberale Gegenredner Herr Archivar Dr. Winter, der in kurzer schneidiger Rede die Behauptungen des Abg. Zimmermann zu widerlegen suchte, hervor, daß eine solche Folgerung etwa den gleichen Sinn haben würde, als wenn man Dr. Martin Luther für die mißverständliche Auffassung seiner Lehre im Bauernkriege und in den Wiedertäuferunruhen Johannes von Leyden in Münster verantwortlich machen wollte. Wie die reformatorische That Luthers erst die Grundlage für die ganze weitere religiös-geistige Entwicklung in Deutschland und in der ganzen Welt geschaffen hat, so hat auch die von den Antisemiten angeschmähte Gesetzgebung erst die Möglichkeit für die hohe Entwicklung unserer Technik gegeben, die ohne die Gewerbefreiheit geradezu unmöglich gewesen wäre. Auch darauf wurde von Herrn Dr. Winter nachdrücklich hingewiesen und nachgewiesen, daß es völlig unmöglich sein würde, diese Entwickelung rückgängig zu machen und zu den alten überlebten Formen des wirthschaftlichen Gebundenseins zurückzukehren, die in den Zeiten einer einfachen handwerksmäßigen Technik ihren Sinn gehabt haben, jetzt aber gegenüber der technischen Entwicklung der Neuzeit eine vollständig widersinnige Unmöglichkeit sein würden. Herr Dr. Winter verglich sich als Anhänger der liberalen Weltanschauung und der von ihr hervorgerufenen wirthschaftlichen Entwickelung mit dem Passagier eines Courierzuges, dessen vorwärts stürmender Fahrt sich eine Anzahl Menschen entgegenstemmen wollte. Wir können auf die Einzelheiten der sehr anregenden Auseinandersetzungen, die als geradezu typisch für den Kampf zwischen Liberalismus und Antisemitismus betrachtet werden dürfen, hier nicht näher eingehen. Schon die ganze Art des Kampfes aber zeigte vollkommen deutlich, daß es sich in demselben nicht mehr um einen Ansturm gegen das Judenthum und um dessen Abwehr, sondern um das Ringen zweier entgegengesetzter Weltanschauungen handelt, in dem der Liberalismus seine bisherige Stellung zu behaupten hat, während der Antisemitismus eine neue Form der wirthschaftlich-politischen Reaction ist.

Zu genau demselben Ergebniß kommt man, wenn man die sehr interessanten Stimmzahlen der Liegnitz-Haynau-Goldberger Wahl in Erwägung zieht. Dort ist der Ansturm des Antisemitismus trotz aller Leidenschaft der Agitation der Antisemiten gänzlich abgeschlagen worden. Der Liberalismus hat sich völlig auf seiner früheren Höhe behauptet, ja noch einige Stimmen gewonnen. Die conservativ-reactionäre Partei aber ist vollkommen zusammengebrochen; $^5/_6$ ihrer Anhänger sind ins antisemitische Lager übergelaufen. Antisemiten und Conservative zusammen haben fast genau dieselbe Stimmenzahl wie 1890, nur das Stimmenverhältniß der beiden wahlverwandten Brüder hat sich in sein Gegentheil verwandelt. Während 1890 die überwältigende Mehrheit der gegen den Liberalismus — von der Sozialdemokratie abgesehen — abgegebenen Stimmen conservativ, eine verschwindende Minderheit antisemitisch war, verhalten sich diesmal die Stimmen der Antisemiten zu denen der Conservativen fast wie 6 : 1; d. h. die Conservativen sind eben zu $^5/_6$ zu den Antisemiten übergegangen; der Antisemitismus ist eine neue, nur demagogischer auftretende, im Wesen aber mindestens ebenso reactionäre Form des Conservatismus. Kampf gegen den Liberalismus bis aufs Messer ist sein Losungswort wie das der Conservativen. Die Folge des Tivoli-Programms der Conservativen ist, wie wir vorhersahen, wahr gewesen, daß die conservative Partei ihr Todesurtheil zu Gunsten des Antisemitismus unterschrieben hat. Für uns Liberale aber hat die Liegnitzer Wahl ebenso wie die gestrige Versammlung mit voller Deutlichkeit gezeigt, mit wem wir es in den Antisemiten zu thun hatten, nämlich, wie Herr Zimmermann mit dankenswerther Klarheit eingehend begründet hatte, mit den Todfeinden des Liberalismus. Der Antisemitismus hat uns den Fehdehandschuh in rücksichtslosester Weise hingeworfen; an uns ist es, ihn aufzunehmen und den großen Geisteskampf zwischen freiheitlicher Entwickelung und wirthschaftlich-politischer Reaction durchzufechten. Nehmen wir den Kampf mannhaft auf, dann kann uns der Sieg nicht fehlen. Aber die Zeit, da man den Antisemitismus vornehm ignoriren konnte, ist nunmehr endgiltig vorbei; ohne Kampf kein Sieg. Es ist die höchste Zeit, daß sich die liberalen Parteien an Herrn Dr. Winter, der nun schon zum zweiten Male sich allein der antisemitischen Hochfluth energisch entgegengestemmt hat, ein Beispiel nehmen. Thun sie es nicht, so haben sie es sich zuzuschreiben, wenn demnächst einmal auch in Magdeburg ein antisemitischer Candidat in die Stichwahl kommt, wie jetzt in Liegnitz-Haynau-Goldberg.

Im Namen des Königs!

In der Privatklagesache des Ingenieurs Theodor Fritsch in Leipzig, Privatkläger,
gegen den Redacteur und Verleger Johannes Buchholz zu Berlin, den 26. Juni 1862 zu Sikorowo, Kreis Inowrazlaw geboren, evangelisch, verheirathet, wegen Beleidigung durch die Presse mit 500 Mk. Geldstrafe bestraft, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Königliche Schöffengericht zu Berlin I. Abth. 135.
in seiner Sitzung vom 29. Dezember 1892, an welcher Theil genommen haben:

1. Koch, Gerichtsassessor als Vorsitzer.
2. Brepereck als Schöffen.
3. Neumann
4. Kellermann als Gerichtsschreiber.

für Recht erkannt, daß der Angeklagte, Redacteur Johannes Buchholz zu Berlin der öffentlichen Beleidigung durch die Presse schuldig, deshalb zu bestrafen mit einer Geldstrafe von 150 — einhundert fünfzig Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht beigetrieben werden kann, für je fünfzehn Mark eine Gefängnißstrafe von 1 — einem Tage tritt, dem Angeklagten auch die Kosten des Verfahrens zur Last zu legen.

Dem Privatkläger wird die Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung auf Kosten des Angeklagten binnen vier Wochen nach der Rechtskraft des Urtheils durch einmaligen Abdruck des verfügenden Theils des Urtheils in der Druckschrift „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", und zwar an derselben Stelle und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen, bekannt zu machen.*)

## Zur Abwehr.

**Die Liegnitzer Reichstagswahl** hatte folgendes Ergebniß: Es wurden im Ganzen 23579 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Stadtrath Jungfer (freisinnig) 10667, Rechtsanwalt Hertwig (antisem.) 6586, Kühn (Sozialdemokrat) 4956 und Frhr. v. Rothkirch (conservativ) 1363 Stimmen. Der Rest zersplitterte sich. Die Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig findet am 4. März statt.

Die „Staatsbürgerzeitung" tröstet sich über die Niederlage der Antisemiten in Liegnitz durch persönliche Angriffe auf den Candidaten der Gegner, Herrn Stadtrath Jungfer, der mit der Kouponscheere arbeite u. s. w. u. s. w. Nur durch den Geldsack sei der antisemitische Candidat unterlegen. „Dort der Mammon, hier der Geist" ruft die „Staatsbürgerzeitung" aus. So nimmt es das antisemitische Blatt mit der Wahrheit. Genau das Gegentheil ist der Fall. Das gestehen jetzt auch die den Antisemiten nahestehenden, allerdings bitter enttäuschten Conservativen. So z. B. schreibt die conservative „Schles. Morgenztg," welche es doch wissen muß: „. . . . nachdem die Conservativen sich überzeugt haben, daß eine deutschsoziale Candidatur **trotz kolossalster Agitation und Aufwendung gewaltiger Geldmittel** nicht mehr erzielt hat, als in früheren Jahren. . . ."

**Die katholische „Niederrheinische Volkszeitung"** bittet ihre Parteigenossen, aus der Erfahrung, welche die Conservativen bei der Liegnitzer Wahl gemacht haben, die Lehre zu ziehen, daß man dem Versucher, der an die rohen Leidenschaften appellirt, auch nicht den kleinen Finger reichen darf.

**In einer conservativ-antisemitischen Versammlung in Kirchardt** (Baden) trat der nationalliberale Amtsrichter Herr Schindler in Sinsheim auf und sprach in entschiedener Weise gegen den Antisemitismus und die antisemitischen Conservativen. Er scheint einen großen Erfolg gehabt zu haben, denn die conservativ-antisemitische „Badische Landpost" ist außer sich und bringt die Rede auszugsweise, natürlich entstellt, um den Herrn Amtsrichter in ein schlechtes Licht zu setzen.

△ **Wiesbaden**, 22. Februar. Im separirten Saale des Restaurants „Mainzer Hof" sprach heute vor 40 bis 50 Personen der Pfarrer des Nachbarortes Dotzheim über das Thema „Der Antisemitismus im Lichte des Christenthums". Er bezeichnete als die berechtigten Ursachen der antisemitischen Bewegung die entsittlichende „Judenpresse" und das wirthschaftliche Uebergewicht der Israeliten. Das letztere stellte er als ein natürliches Product der Behandlungsweise dar, welche die Juden Jahrhunderte lang ertragen hätten. Die Bekämpfung der volksschädigenden Einflüsse der Juden dürfe nicht, wie es die Antisemiten verlangten, durch Ausnahmegesetze geschehen, sondern durch ein liebevolles Entgegenkommen, das die besseren Elemente im Judenthum allmählig der Kirche nähern würde. Im scharfen Gegensatze zu den maßvollen Ausführungen des Referenten stand die auf Effecthascherei beruhende Rede des antisemitischen Agitators Kaiser, welcher insbesondere seine Partei gegen den ihr vom Referenten gemachten Vorwurf der Unchristlichkeit zu vertheidigen suchte und dann die bekannten Lügen über die Alliance israélite, den Talmud 2c. zum Besten gab. Die Widerlegung derselben machte sich Herr Kahn zur Aufgabe. Derselbe wies im Laufe seines Vortrages darauf hin, daß die Antisemiten die Juden selbst dann, wenn sie gewisse Schäden im eigenen Lager ausbessern wollen, angreifen, weil sie wissen, daß durch dieses Ausbessern der antisemitischen Agitation der Boden entzogen wird. Herr Kaiser suchte den Redner fortwährend durch Zwischenrufe zu unterbrechen, so daß ihm der Vorsitzende anheimgab, das Lokal zu verlassen. An der Discussion betheiligte sich ferner Herr v. Eberstein, der unter Anwendung von theilweise nicht wiederzugebenden Ausdrücken gegen die Juden hetzte. Herr Kahn wollte erwidern, kam aber nicht zum Wort, da die Antisemiten — was für ihre Auffassung von der Redefreiheit bezeichnend ist — einen ungeheuren Tumult hervorriefen. Denselben benutzte Herr Kaiser zu der feierlichen Kundgebung, daß in kurzer Zeit der Abg. Böckel nach Wiesbaden kommen werde, um im Römersaal sein Programm zu entwickeln.

**Ein niedliches Stückchen Judenhetze** leistet sich die „Post", indem sie folgenden Brief ihres Londoner Correspondenten abdruckt:

„Mr. Phelps, der letzte Woche mit der „Etruria" von Newyork hier ankam, machte gelegentlich einer Conversation an Bord des Schiffes über den Mc Kinley-Tarif einige Bemerkungen, welche zur Zeit von weiterem Interesse sein dürften. Mr. Phelps, so berichtet mir ein absolut sicherer Gewährsmann, bezeichnete als Hauptzweck des vielberufenen Tarifs die administrative Verbesserung des Zollverfahrens. Er sagte: Wenn man sich erinnert, daß zum Beispiel noch vor 20, ja 10 Jahren auf dem Broadway in Newyork die Läden sämmtlich noch alte, gute amerikanische Firmen trugen, und man heute den Broadway entlang wandelt und neben Heymann einen Stein, neben einem Juden einen andern Juden findet, so fragt man wohl nach dem Grunde dieser Erscheinung. Die Sache ist einfach diese: Die jüdischen Geschäftsleute haben die Mängel des alten Zollverfahrens sämmtlich ausgebeutet dadurch, daß sie die importirten Waaren weit unter deren Werth deklarirten und so immense Zolldefraudationen begingen, bei denen sie so viel profitiren, daß es ihnen leicht gelang, alle Concurrenz zu überwältigen und sich an die Stelle der reellen Geschäftsleute zu setzen. Mag man nun auch über den neuen Tarif denken, wie man will, er hat wenigstens das eine Gute, daß er den Zolldefraudationen ein Ende gemacht hat, und dieser Erfolg wird ihm auch für die Zukunft bleiben, wenn, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, unter dem Clevelandschen Regime jene Härten aus dem Tarif beseitigt werden, welche Europa gegenüber dieser Maßregel den Anschein gegeben, als sei

*) Bemerkt wird hierzu auf Wunsch des früheren verantwortlichen Redacteurs der „Mittheilungen", daß er den hier in Rede stehenden Artikel nicht geschrieben, auch zufällig vor der Veröffentlichung nicht gesehen hat.

sie in erster Linie bestimmt gewesen, lediglich aggressiv in selbstsüchtigem Interesse zu sein. Der Mc'Kinley-Tarif habe die Zolleinnahmen der Vereinigten Staaten um 50 Millionen Dollars per Jahr erhöht, und dieser Effect würde nicht erheblich verringert werden, wenn die Härten, welche man in Europa beklage und die absolut unprofitabel für Amerika seien, aus demselben entfernt seien."

Dazu bemerkt der fromme „Reichsbote" triumphirend: „Also dem Schwindel der amerikanischen Juden haben wir die Mc'Kinley-Bill wenn nicht allein, so doch mit zu verdanken!"

Es ist nicht leicht möglich, schreibt die „Frankf. Ztg.", in so wenigen Zeilen mehr Unsinn und Unwahrheiten zusammen zu drängen, als dies in der obigen Correspondenz geschieht. Unter dem „Mr. Phelps" kann doch nur der gegenwärtige amerikanische Gesandte in Berlin oder der frühere amerikanische Gesandte in London gemeint sein. Nun befindet sich aber Ersterer seit Wochen im Süden und Letzterer wird erst dieser Tage mit dem Dampfer „La Normandie" aus Newyork nach Paris reisen, um an den Berathungen der Behringsmeer-Conferenz Theil zu nehmen. Außerdem würde keiner von Beiden sich in der angegebenen Weise aussprechen. Der Gewährsmann der „Post" verwechselt ferner die Zoll-Verwaltungs-Bill des Herrn Mc. Kinley mit dem Zoll-Tarif desselben: erstere sollte bekanntlich den Zoll-Defraudationen, welche beiläufig bemerkt, sehr vielen christlichen Firmen nachgewiesen worden sind, ein Ende machen, während letzterer angeblich zum Schutze der amerikanischen Industrie bestimmt ist. Die Einnahmen aus den Zöllen sind denn auch nicht um 50 Mill. gestiegen, sondern fast ebensoviel gesunken, nämlich von Doll. 229,668,584 im Jahre 1889/90 auf Doll. 219,522,205 im Jahre 1890/91 und auf Doll. 177,883,034 in dem mit dem 30. Juni 1892 beendeten Fiskaljahre, während die inneren Steuern in derselben Zeit von rund Doll. 142 Mill. auf Doll. 153½ Mill. gestiegen sind. Ob die „Post" und der „Reichsbote" wohl ihren Lesern den wahren Sachverhalt mittheilen werden?

**Juden als Arbeiter.** Entgegen der antisemitischen Behauptung, daß die Juden ausschließlich Handel treiben und die körperliche Arbeit scheuen, verweisen wir auf folgende Stelle aus: Werner von Siemens' Lebenserinnerungen (2. Auflage, Berlin, Springer. Seite 240.) „Auffallend ist es, daß im Kaukasus das jüdische Element sich dem armenischen gegenüber nicht als widerstandsfähig erwiesen hat. Juden giebt es dort zwar in ziemlicher Anzahl, sie sind aber sämmtlich Fuhrleute und gelten allgemein für Grobiane, die gern von ihrer überlegenen Körperkraft Gebrauch machen. Dem Handel haben sie ganz entsagt."

**Stöcker, Tacitus und die Juden.** Die „Nationalztg." vom 2. März bringt folgende Zuschrift:

Frankfurt a. M., 27. Februar.

Herr Stöcker hat am 18. d. M. an meine Erklärung, die in Ihrem geschätzten Blatte Nr. 92 abgedruckt war, im Abgeordnetenhaus einige Bemerkungen geknüpft, welche dringend einer Berichtigung bedürfen. Es dürfte sich aber hierbei weder um „Siegesfanfaren", noch um Niederlagen, sondern lediglich um die schlichte Wahrheit handeln.

Er giebt zwar seinen Irrthum zu und gesteht, daß auch er die Taciteischen Worte odio humani generis convicti sunt jetzt auf die Christen beziehe. Allein, so fährt er fort, „unter Leuten, die Kenner der Philologie und der Geschichte sind, ist gar kein Zweifel, daß man diesen Ausspruch des Tacitus auch auf Juden anwenden kann." So beziehe ihn Herder nur auf diese, Herr von Treitschke aber auf Juden und Christen. Zuletzt will er „einen gewiß ganz klassischen Zeugen vorführen, den Geschichtsschreiber Mommsen." Dieser spreche von „dem feindlichen Groll, welchen Tacitus hegt gegen diesen Abschaum des Menschengeschlechts.

Allein, wo sagt dies Mommsen? Wie könnte auch dieser große Philologe und Geschichtsforscher Derartiges behaupten? Trotz eifrigsten Suchens habe ich denn auch nirgends bei ihm eine solche Behauptung gefunden.

Um aber meiner Sache ganz sicher zu sein, fragte ich bei Herrn Theodor Mommsen selbst an, wie es sich damit verhalte. Hierauf ward mir umgehend folgende Antwort: „Herr Stöcker kann wohl nur die Aeußerung in Sybel's histor. Zeitschr. 64, 394 meinen, wo allerdings, wie das ja bei Stöckerschem Citate selbstverständlich ist, etwas ganz Anderes gesagt ist. Ob meine Auffassung der Stelle," so fügt dieser Forscher bescheiden hinzu, „wonach die Christen der Gegenstand des allgemeinen Abscheus sind, die richtige, ist allerdings zweifelhaft . . . Der Ausdruck ist schillernd und unklar, wie so oft bei dem großen Koloristen."

In diesen Worten, sowie in der citirten Stelle bezieht demnach Mommsen ausdrücklich das odium humani generis auf die Christen, stimmt also der Erklärung der gesammten Philologen unbedingt bei.

Sollte da Herr Stöcker aber eine andere, unbekannte Stelle im Auge haben — er giebt hier nämlich ausnahmsweise das betreffende Buch nicht an —, so hat der geniale Gelehrte mit diesen seinen jüngsten Worten aufs Unzweideutigste seine Ansicht ein für alle Male kundgethan.

Wenn Herr von Treitschke die Stelle anders auffaßt, so dürfte er wohl zu wenig beachten, daß Tacitus nicht zu jenem Troß von Skribenten gehört, die das Verschiedenartigste durch einander werfen. Darum auch unterscheidet der Römer, wie bei Gelegenheit der Zerstörung Jerusalems, hist. V, Juden und Christen sehr scharf von einander.

Bei Herder endlich beruht das Citat auf einem bloßen Versehen, wie er denn das Ganze nur nebenher streift.

Das Richtige dürfte wohl der ehrwürdige Eduard Zeller treffen, wenn er das odium humani generis als eine in taciteischer Weise pointirte Uebersetzung des entsprechenden griechischen μισανθρωπία, für das die Römer kein Wort hatten, scharfsinnig erklärt. Die strenge Absonderung der Christen von allem Heidnischen und allem Ungläubigen wurde eben von diesen als Menschenhaß (Misanthropie) bezeichnet. Empfiehlt sich nun diese Deutung durch ihre Natürlichkeit und Einfachheit ganz von selbst, so bedarf es wahrlich einer großen Voreingenommenheit, um die Worte der Annalen mit aller Gewalt auch auf die Juden beziehen zu wollen.

Aber diese Voreingenommenheit darf nicht soweit gehen, daß Herr Stöcker Schlußfolgerungen daraus zieht, aber gar Anderen in den Mund legt, welche Mitlebende und Mitstrebende in ihren innersten Gefühlen aufs Tiefste verletzen.

Dr. C. Trieber.

## Aus der antisemitischen Partei.

**Bei der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl in Dortmund** wollen die Antisemiten wieder eine Kraftprobe anstellen. Am 20. Februar 1890 erhielt der Vertreter des Wahlkreises im Reichstage Möller (nat. lib.), welcher dieser Tage sein Mandat niedergelegt hat, 11 815 Stimmen, während auf den Sozialdemokraten Tölcke 10422, auf den Centrumscandidaten August Wulff 10191, auf den freisinnigen Justizrath Windhorst 4157, auf den Demokraten Kahn 1294 und auf den Antisemiten Dr. König 1092 Stimmen gefallen waren. Bei der Stichwahl am 1. März wurde Möller mit 19867 Stimmen gewählt, während auf seinen sozialdemokratischen Gegner Tölcke 17014 Stimmen fielen.

**Eschwege**, 28. Februar. Die gestrige antisemitische Versammlung war, wie die „Fulda-Werra-Ztg. berichtet, zumeist von Herren aus der nächsten Umgebung von Eschwege, zum Wenigsten von den besseren Bürgern unserer Stadt besucht. Der Inhalt der Rede des Herrn Dr. Tesdorpf strotzte von Unwahrheiten und Unmöglichkeiten, es ist kein selbstständig denkender Mann von ihm überzeugt worden. Im

Gegentheil ist es unsere feste Ueberzeugung, daß die Rede dahin ihre Wirkung ausüben wird, daß der antisemitischen Partei mehr Anhänger entzogen als gewonnen werden. Der Vorstand des Vereins hatte deshalb auch seine guten Gründe, jede Discussion auszuschließen, nachdem sich ein Gegner zum Worte gemeldet hatte.

**Dr. Böckel und das Organ Ahlwardts.** Im „Reichsherold“ lesen wir:

Die Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ ist soweit in ihrem Hasse gegen Dr. Böckel gekommen, daß sie über eine conservative Versammlung, welche gegen den derzeitigen Abgeordneten des Kreises Marburg einberufen war, wohlwollend direct Bericht erstattet. Dies dürfte unseren Freunden zeigen, was sie von der „Staatsbürger-Zeitung“ zu halten haben.

„**Ein Heuchlerblatt** in Berlin, das als billiges Wurstpapier den Judenwurstblättern Concurrenz zu machen sucht“ — so urtheilt Böckel über das Stöcker'sche „**Volk**“. —

**Auf den „Bund der Landwirthe“** ist Abg. **Böckel** schlecht zu sprechen. In seinem Organ schreibt er:

Was die Versammlung vom 18. Februar beschlossen hat und was da geredet wurde, war nicht dem verheißungsvollen Anfange entsprechend, das kam wohl daher, daß der Vorsitzende des conservativen „Deutschen Bauernbundes“ Herr v. Plötz und eine Anzahl conservative Adelige sich der neuen Bewegung sehr rasch bemächtigt und ihr die Spitze abgebrochen hatten. Man soll nicht neuen Wein in alte Schläuche gießen, dies Wort bewährt sich aufs Neue. Wäre aus der Bewegung eine Bewegung freier selbständiger deutscher Bauern geworden, dann hätte die Sache eine Zukunft gehabt, so aber in den Händen der abgelebten conservativen Partei ist auch diese so berechtigte Sache, wie so manches andere gründlich verpfuscht.

**Breslau**, 28. Februar. Der conservativen „Schlef. Morgenztg.“ zufolge sind im hiesigen deutschsocialen Verein schwere Differenzen ausgebrochen, in Folge deren der bisherige Vorstand zurückgetreten ist und das Feld den „Jungen“ überlassen hat. Mit der Liegnitzer Wahl stehen diese Vorgänge nicht in Zusammenhang.

**Dem conservativen Reichstagsabg. Lutz** war in einem Bericht eines bayrischen Blattes über die Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes die Empfehlung „einer schärferen Stellungnahme gegen die Juden, Sozialdemokraten und Freisinnigen“ in den Mund gelegt worden. Darauf ersuchte Herr Lutz in einer Zuschrift an das Blatt, „zu constatiren, daß ich auf den großen Versammlungen in Berlin wie überhaupt in meiner bisherigen politischen Thätigkeit das Wort Jude nicht gebraucht. Ich halte den Antisemitismus für unfruchtbar, und glaube, daß für das Gedeihen unseres Volkes, besonders der Landwirthschaft, am meisten erreicht werden kann durch ehrliche und redliche Arbeit auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens und durch kräftigen Zollschutz für die vaterländische Production.“

p. **Büdingen**, 26. Februar. Allmählich fangen doch die Bauern an, den Glauben an Dr. Böckel zu verlieren. So hat, wie ich aus bester Quelle erfahren, der Bauernverein Diebach seinen diesjährigen Bedarf an Thomasmehl — 200 Ctr. — bei einem Juden bestellt. Ist das nicht für die Entwickelung der Böckel'schen Bauernvereine bezeichnend?

N. **Halberstadt**, 20. Februar. Auch hier beginnt der Antisemitismus sich zu regen. Die Agitation wird, wie ich höre, hauptsächlich von Magdeburg aus betrieben und zwar in doppelter Weise, einmal durch Verbreitung von Flugblättern und dann durch Zusendung von kürzeren Zuschriften in verschlossenem oder unverschlossenem Couvert an Kaufleute, Handwerker und Arbeiter. In diesen Zuschriften werden die Empfänger gewarnt, bei Juden zu kaufen, mit ihnen überhaupt zu verkehren, zugleich aber aufgefordert, die Sache des Antisemitismus durch Geldbeiträge zu fördern.

**Mayen**, 27. Februar. Eine auf Samstag Abend in einem hiesigen Lokale einberufene Versammlung behufs Constituirung eines antisemitischen Vereins unter dem Namen „Christenschutz“ war, wie der „M. Z.“ zuverlässig mitgetheilt wird, nur von dem Einberufer besucht. Erfreulicherweise scheinen derartige confessionelle Hetzereien à la Ahlwardt an dem gesunden Sinne unserer Einwohnerschaft zu scheitern.

**Ein Witz?** Einige antisemitische Zeitungen bringen, angeblich nach dem Stenogramm, eine Rede, welche der Abgeordnete Rickert im preußischen Landtage gehalten haben soll. Von welcher Qualität der Witzbold ist, der diese Rede erfunden hat, mögen unsere Leser aus folgenden Stellen erkennen. In dem angeblichen „stenographischen Bericht“ heißt es u. A.: „Wahrlich, ich gäbe zehn Jahre meines Lebens darum, wenn auch nur ein Tropfen jüdischen Blutes in meinen Adern flösse. Es hat nicht sollen sein, und so muß ich es verschmerzen, aber so lange noch ein Athemzug in mir ist, werde ich nicht aufhören, das Banner der Aufklärung und der Toleranz in die Reihen der Feinde Juda's, unserer Feinde, zu tragen. (Bravo links).“ . . . M. H.! Sie wissen, was uns bevorsteht. Am 21. Febr. tritt Herr Ahlwardt (die linke bekreuzt sich) in den Reichstag ein. Mehr brauche ich nicht zu sagen. Aber in Consequenz meiner obigen Ausführungen beantrage ich, daß dieser Tag zu einem nationalen Trauertag erklärt wird, an dem alle öffentlichen Gebäude haldmast zu flaggen haben. . . . Dem Herren Kultusminister möchte ich ferner zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht angebracht erscheint, den deutschen Rabbinern für die Veröffentlichung ihrer auf wissenschaftlichen Studien beruhenden Erklärung über den Talmud den Excellenz-Titel zu verleihen. Wenn dann noch, was ich zuverlässig hoffe, das hohe Haus unseren demnächst einzubringenden Antrag unterstützt, der die Synagogen als nationale Bildungsstätten und Zentren moderner Kultur zu Gegenständen der nationalen Verehrung erklärt, werden wir einen Schritt weiter gethan haben auf dem Wege, der zur nothwendigen endgültigen Unterdrückung germanischer Ueberhebung führt und führen muß! (Bravo! rechts)“

Wir finden dieses den Antisemiten sicherlich witzig erscheinende Machwerk in dem „Reichsherold“ und in der „Wacht a. d. R.“ Bezeichnend ist es, daß der Abgeordnete Rickert von mehreren Seiten Zuschriften wegen dieser angeblich von ihm gehaltenen Rede erhalten hat. Es wird aber wohl nur Wenige geben, welche darauf hineinfallen werden, dieses Stenogramm für echt zu halten.

**Ein antisemitischer Hund.** Aus Büdingen schreibt man uns: Haben Sie schon von einem antisemitischen Hund gehört? Ich glaube nicht. Der Hund eines Pfarrers in einem Ort bei Büdingen ist ein solcher. Denn wirft ihm sein Herr ein Stück Fleisch vor mit den Worten: „'s is von 'nem Jüd!“, so läßt das Thier es unberührt. Setzt er aber hinzu: „na, darfst fressen, 's is von 'nem Christ!“, so stürzt sich der Köter freudig auf seine Beute.

## Aus Rußland.

**Juden als Ackerbauer.** Im Anschluß an unsern letzten Bericht über „Jüdische Kosaken“ in Nr. 4 der „Mittheilungen“ theilen wir hier noch eine Aeußerung der gewiß nicht judenfreundliche „Nowoje Wremja“ vom 13./25. Dezember 1892 mit, welche von dem Ackerbau dieser jüdischen Kosaken handelt: „Dadurch, daß sie unter die Kosaken einverleibt worden waren, hatten sie ein Recht auf gewisse Strecken Land. Diese Ländereien waren ihnen abgetreten worden und mehr als 50 Jahre sind sie von Vater und Sohn beackert worden. Ueberdies kennen sie keinen andern Erwerbszweig als den Ackerbau und können sich folglich nicht in den Städten niederlassen, und dies um so weniger, als die bewirthschafteten Landgüter durch sie ihr absolutes Eigenthum geworden sind.

Ein Schriftstück, das der russische Domänenminister in der „Sammlung zum Studium der Landbevölkerung in Sibirien“, veröffentlicht hat, beweist ferner, daß die Juden

Ackerbauer sein können, wo ihnen das Recht und die Möglichkeit wird, Landwirthschaft zu treiben. Es lautet: „Die jüdischen Ackerbauern in Sibirien sind die Nachkommen freier Kolonisten, die im Anfang dieses Jahrhunderts in das Land gekommen sind, um sich hier auf ihre Kosten, Gefahr und Risiko niederzulassen. Diese Juden bewohnen geräumige Häuser; jede Familie hat ihre besondere Wohnung; ihre Zahl ist in den Dörfern größer, die in der Nähe großer Centren liegen. Alle Juden leben in angenehmer Lage; sie sind wirkliche Landwirthe geworden; sie besorgen alle Feldarbeiten und beackern ihre Aecker in sehr geschickter Weise. Mehrere Juden, namentlich in den Communen von Boïmok und von Ischim, können sogar als Musterbauern angeführt werden, sie geben den andern Landwirthen den Anstoß zur Einführung vervollkommneter Maschinen und Geräthe zur Bebauung der Ländereien. Im Allgemeinen stehen diese Juden an der Spitze aller Verbesserungen, die zum Landbau verwandt werden."

## Briefkasten.

**Abonnent** in **Bernburg**. Wir kommen auf die Angelegenheit demnächst zurück.

**A. M.** in **London**. Besten Dank für die Zusendung des Artikels, der aber in den Rahmen unseres Blattes nicht paßt.

**S. C.** in **Bromberg**. Jüdische Reichstagsabgeordnete sind: Dr. Bamberger, Dr. Hirsch, Singer, Stadthagen, Wurm.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder unseres Vereins legen wir die Rabbiner-Erklärung (mit Namensunterschriften) der heutigen Nummer bei und bitten unsere Leser, dieselbe in ihrem Bekanntenkreise circuliren zu lassen.

**Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind eingegangen:**

A. H. S.-Frankfurt a. M. 5 M. — Porodies-Oerlinghausen 10 M. — Max Zweig-Eisleben 3 M. — Dr. Wreschner-Rackwitz 8 M. — Moritz Ottinger-Rakwitz 5 M. — Siegfried Wreschner-Rakwitz 3 M. — J. P. Cohn-Rakwitz 3 M. — Raphael Kempner-Rakwitz 1,50 M. — H. A. Osnabrück 5 M. — Adolph Horwitz-Koschmin 2 M. — Landgerichtsrath Küster-Stettin 2,50 M. — Direktor Küster-Stettin 2,50 M. — A. Berent-Danzig 8 M. — H. M. Rosenbaum-Herbede 5 M. — X. Y.-Berlin 5 M. Im Ganzen sind bis jetzt eingegangen: 783,62 M. Weitere Beiträge zur Deckung der beträchtlichen Wahlkosten bitten wir an Herrn Reichstagsabg. Jordan, Magdeburgerstr. 13 zu senden.

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

(Fortsetzung von S. 88 voriger Nummer.)

Abgeordneter **Rickert**:

Der Verfasser des Artikels erhofft von der Ehrenhaftigkeit des Herrn Stoecker, daß er an derselben Stelle, an welcher er diese Meinung ausgesprochen hat, diese haltlose und unbegründete Meinung auch widerrufen werde. Ob er in dieser Beziehung in Herrn Stöcker sich täuscht oder nicht, werden wir ja sehen. Ich will ihm Gelegenheit geben, daß er den Artikel der Nationalzeitung ansieht, vielleicht nimmt er dann Veranlassung, der Sache näher zu treten.

Herr Stoecker hat mir Dinge untergelegt, die ich nicht gesagt habe — es ist ja so ungeheuer leicht, einem Gegner irgend welches dumme Zeug unterzuschieben und dann auf Grund solch dummen Zeuges ihn zu bekämpfen. Wo habe ich von dem Herrn Kultusminister verlangt, daß er Untersuchungen anstellen solle über Flugblätter, welche die Antisemiten schreiben? Mit dieser Arbeit, die übrigens keine saubere Arbeit ist, will ich den Herrn Kultusminister nicht befaßt wissen. Sein Ressort betrifft die Religionsbücher, die mag er untersuchen, das andere wird anderweitig gemacht werden.

Dann hat Herr Stoecker gewagt zu leugnen, daß die Antisemiten mit großen Mitteln arbeiten. Ja, man kann ja schließlich alles leugnen in der Welt, das geht ja. Aber vielleicht hat er die Güte, die Antisemitische Korrespondenz einmal eine Weile zu lesen. Besitzt er sie nicht, so bin ich gern bereit sie ihm zuzustellen. Ganz abgesehen von dem antisemitischen Bauernbund mit seinen 20 Wanderrednern — wie einer der Herren sagte, jetzt nur 8 bis 10 — hat allein das antisemitische Büreau in Leipzig im Jahre 1890 ungefähr eine Million Flugblätter verschickt. Ich kenne keine einzige Organisation, welche über solche Mittel verfügt, daß sie eine solche Massenagitation durch Flugblätter bewerkstelligen kann. Und wenn Herrn Stoecker sonst noch Zahlen in Bezug auf die Geldmittel wünschenswerth sind, so bin ich bereit, sie ihm zu geben.

Dann hat Herr Stoecker wiederum in dem Tone des Lehrmeisters von oben herab mir den Rath gegeben, ich möchte mich einmal um den Münsterschen Prozeß kümmern und möchte das Gutachten des Herrn Dr. Ecker ansehen. Nun, meine Herrn, es ist wahr, in diesem Münsterschen Prozeß war Dr. Ecker Gutachter. Dr. Ecker, der eine Autorität für Herrn Stoecker ist, hat sich aber nach wiederholt veröffentlichten Mittheilungen dieses Gutachten wesentlich von einem gewissen Aron Briman machen lassen, der unter dem Namen Dr. Justus den Judenspiegel geschrieben hat und in Oesterreich wegen Urkundenfälschung zu Kerkerhaft und Landesverweisung verurtheilt worden ist. Der Herr war hintereinander Jude, Protestant und Katholik.

(Heiterkeit.)

Nun, ich will darüber nur noch eine Mittheilung dazu machen. Von diesem schrieb der Professor der Theologie Bickel — eine Autorität — in einer Prozeßsache an das Wiener Landesgericht:

> So hat kürzlich in Münster ein strebsamer Privatdozent, leider Priester, welcher garnichts vom Talmud versteht, sich in einem ähnlichen Prozesse als Sachverständiger aufgedrängt und dann zur Bestätigung seines Gutachtens von einem bekehrten Juden ein von talmudisch-rabbinischer Gelehrsamkeit überströmendes Buch schreiben lassen, welches er als sein eigenes veröffentlicht hat, um daraufhin Professor zu werden.

Das ist die Autorität, mit der Herr Stoecker hier prunkt! So sind die Herren Antisemiten alle! Kommen Sie nur mit Ihren Thatsachen! — Wir werden Ihnen schon heimleuchten!

(Bravo! links. Ach! rechts.)

Abgeordneter Freiherr **v. Wackerbarth-Linderode**: Auf die Angriffe, welche Herr Rickert gegen Herrn Abgeordneten Stoecker gerichtet hat, wird derselbe wohl selbst antworten.

Der Herr Minister meinte, er trüge kein Bedenken, den israelitischen Vätern die Fürsorge für den Religionsunterricht ihrer Kinder zu überlassen. Dabei ist die Voraussetzung jedenfalls, daß Lehrer vorhanden sind, welche diesen Unterricht ertheilen können. Ich habe mir erlaubt, vorhin schon darauf hinzuweisen, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft. Hierzu kommt noch der Umstand, daß die Königliche Regierung darauf verzichtet, bei den Abiturientenprüfungen von Israeliten den Nachweis ihrer sittlich-religiösen Erziehung zu verlangen. Von den christlichen Schülern wird dagegen dieser Nachweis als Vorbedingung für das Reifezeugniß zum Eintritt in die gelehrten Berufszweige gefordert. Hier ist eine sehr große Ungleichheit geschaffen. Diese Ungleichheit äußert sich in Bezug auf unsere israelitischen Mitbürger in einer erheblichen Erleichterung und Bevorzugung gegenüber den christlichen Schülern.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn die Königliche Regierung keinen Werth darauf legt, daß die Israeliten vor dem Eintritt in die Staatskarriere den Nachweis ihrer sittlichen Reife führen, so lege ich meinerseits einen um so größeren Werth darauf, daß die Forderungen derer erfüllt werden, welche die Israeliten aus Mangel an einer sittlich religiösen Erziehung für unbefähigt halten, in einem christlichen Staate autoritative Staatsämter zu bekleiden.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Meine Herren, den Artikel, welchen Herr Rickert aus der „Kreuzzeitung" anführte, kenne ich nicht. Ich bedaure derartige Auseinandersetzungen. Aber Herr Rickert wird mir zugeben müssen, daß solche Beschuldigungen doch nur daher kommen, daß die Israeliten es bisher seit mehr als tausend Jahren mit allen nur möglichen Mitteln verstanden haben, die Lehren des Talmud geheim zu halten. Die israelitische Kundgebung, welche Herr Rickert soeben vorlas, ist im Volke noch voll-

ständig unbekannt. Ich freue mich aber, daß die Israeliten anfangen, ihre Fehler selbst einzusehen; denn dann wird solchen Anschuldigungen, wie den oben erwähnten, der Boden entzogen.

(Abgeordneter Rickert: Na! na!)

Selbst Herr Rickert wird mir doch zugeben müssen, daß, so lange die Talmudlehre geheim gehalten wird, es auch Leute geben kann, welche meinen, daß in dem Talmud Dinge enthalten sind, welche die Israeliten verheimlichen müssen oder welche sich nicht in Einklang mit den Anschauungen anderer Völker befinden.

Was nun die Ansichten über die Talmudlehre selbst betrifft, ob dieselbe heute noch maßgebend ist oder nicht, so will ich eine Auseinandersetzung zweier Rabbinerblätter mittheilen, aus welcher hervorgeht, daß der Talmud thatsächlich eine Unterlage der Religionslehre der Israeliten bildet. Zum Beispiel auch die Bezeichnung „Talmudverein" „Talmudthoraschule" weist darauf hin, daß dort der Talmud gelehrt wird. Ueber den Werth der Lehren des Talmud scheinen die Herren Rabbiner selbst nicht ganz einig zu sein, denn in der „Israelitischen Wochenschrift", welche die „Allgemeine Zeitung des Judenthums" angreift, finde ich folgenden Artikel:

> Der Talmud, wenn er die einzige Nahrung bildet, dann ist es nicht zu verwundern, daß schiefe, verkehrte Einfälle wie Dämonen in den Geistern hausen.

Meine Herren, ich freue mich, wenn eine Klarlegung, inwieweit die Israeliten eine Lehre des Talmud als Unterlage für den Religionsunterricht anerkennen, geschaffen werden soll. Solange darüber aber keine volle Klarheit und Offenheit herrscht, solange werden Mißdeutungen und Beschuldigungen, wie Herr Abgeordneter Rickert solche andeutete, wahrscheinlich niemals ausbleiben.

## 33. Sitzung, Sonnabend den 18. Februar 1893.

Abgeordneter **Stoecker**: Meine Herren, ehe ich zu der Sache selbst übergehe, die ich heute dem Herrn Kultusminister vortragen möchte, habe ich Herrn Rickert einiges zu erwidern. Nach den Aeußerungen der öffentlichen Blätter hat Herr Rickert am vorigen Montag ein großes Gefecht gewonnen. Vielleicht glaubt er es selbst. Es war nämlich in meiner Abwesenheit; da ist es ja nicht schwer, Schlachten zu schlagen. Ich muß auch sagen: beinahe gönnte ich es Herrn Rickert, einmal Recht zu behalten. Aber amicus mihi Rickert, magis amica veritas. Ich kann nichts dafür, ich muß doch Herrn Rickert seinen Triumph, der eine Woche gedauert hat, wieder aus der Hand nehmen.

Am Montag handelte es sich um das Verhältniß des Dr. Ecker und seines Gutachtens zu der Broschüre „der Judenspiegel". Dieses Gutachten ist erstens ein gerichtliches, zweitens ein wissenschaftliches. Herr Rickert hat in seiner überstürzenden Weise dem Herrn Dr. Ecker Folgendes nachgesagt:

> Dr. Ecker, der eine Autorität für Herrn Stoecker ist, hat sich nach wiederholt veröffentlichten Mittheilungen dieses Gutachten wesentlich von einem gewissen Aron Briman machen lassen.

Also Herr Rickert beschuldigt einen katholischen Gelehrten, daß er ein Gutachten über ein Buch, welches von Briman geschrieben war, sich von Briman hätte machen lassen. (Hört! hört!)

Eine Gewissenlosigkeit von so ungeheurer Art, daß Herr Rickert den Beweis dafür beibringen muß, wenn er sich nicht den schwersten Angriffen wegen seiner unverantwortlichen Behauptungen aussetzen will.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich traue das keinem zu, am allerwenigsten einem Dozenten der Theologie, der jetzt Professor ist, daß er in dieser gewissenlosen Weise verfährt.

Herr Rickert hat dann auf diesen Aron Briman eine Menge von Verdacht und Schmach gehäuft. Aber das trifft doch uns nicht; das ist ein erschütterndes Zeugniß dafür, welche Verderbtheit bei einzelnen Juden vorhanden ist, auch bei solchen, die sich taufen lassen. Wenn dieser Aron Briman sich mehrere Male aus Geschäftsrücksichten hat taufen lassen, evangelisch und katholisch, um seine Gönner auszunutzen, so trifft ihn eine ungeheure Verantwortung. Herr Rickert aber kann daraus lernen, mit welcher Vorsicht man ein solches Amt, wie er es hat, das des Generalstabschefs der Judenschutztruppe,

(große Heiterkeit)

verwalten muß.

(Zuruf des Abgeordneten Rickert.)

Soviel hierüber. Ich komme auf das wissenschaftliche Verhältniß von Dr. Ecker und Briman nachher noch in einem Punkte zurück.

Und nun zu Tacitus, zu dem odium generis humani. Da hat Herr Rickert gesagt, ich hätte dies Wort auf Juden bezogen, und es handle sich um Christen. Natürlich wäre ja das für mich vernichtend, nämlich wenn es wirklich so wäre. Glücklicher Weise hat Herr Rickert seine Weisheit nur aus der Nationalzeitung geschöpft. Wenn er etwas weiter nach links, oder ich will sagen, nach Palästina zu,

(Heiterkeit)

gegangen wäre, so hätte er schon in der Frankfurter Zeitung lesen können, daß ein Mann, der mich auch angreift, aber unter anderen Gesichtspunkten, den Dr. Triebel von der Nationalzeitung gleichsam widerlegt hat. Ich möchte Herrn Rickert bitten zuzuhören, wenn es ihm auch nicht angenehm ist.

(Heiterkeit.)

Also der Frankfurter Zeitungskritiker, der mir sehr wenig gewogen ist, schreibt:

> Zunächst ergiebt sich hieraus, daß Tacitus nicht von den Juden, sondern von den Christen spricht. Darauf legen wir aber kein Gewicht. Denn abgesehen davon, daß zu jener Zeit die Christen den Römern nur als jüdische Sekte erschienen, galten sie als Semiten, und als solche schon konnten sie bei Tacitus, dem das Semitenthum zuwider war, keine Sympathie erwarten.

Unter Leuten, welche Kenner der Philologie und der Geschichte sind, ist gar kein Zweifel, daß man diesen Ausspruch des Tacitus auch auf Juden anwenden kann, und ich bin, wenn ich das gethan habe, in einer sehr viel klügeren Gesellschaft als Herr Rickert mit seinem Dr. Triebel aus der „Nationalzeitung".

(Heiterkeit)

Soviel ich weiß, hat zum ersten Male Herder — und Herder ist ja doch ein aufgeklarter Schriftsteller, den Herr Rickert wohl gelten lassen wird — in seinem Maran atha, in der neuen Herderausgabe Band 9, Seite 269, Folgendes geschrieben:

> Das jüdische Volk, gens odii generis humani convicta, existirte in seinem Land, Gottesdienst, Gesetz und Sitten, als ob es das einzige auf Erden wäre.

Für Herder ist dies kein Moment der Schwäche Israels, sondern der Stärke. Aber er, dieser große Geschichtsforscher, der, gerade was Geschichtsphilosophie betrifft, Außerordentliches geleistet hat, bezieht das odium generis humani geradezu auf das jüdische Volk. So haben es die Historiker immer gethan. Wir haben auf Berliner Boden in den 70er Jahren diesen Streit auch einmal ausgefochten. Damals schrieb Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern zwei Betrachtungen über die Judenfrage, die nachher als Broschüre verbunden sind. In der ersten hieß es:

> Eine Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen hat von jeher bestanden, seit Tacitus einst über das odium generis humani klagte. Es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen.

Darüber wurde er von Professor Graetz angegriffen. Graetz ist ein Jude, dem man nicht zumuthen kann, daß er solche Dinge historisch auffasse. Demgegenüber schrieb Professor Treitschke in dem zweiten Aufsatz Folgendes:

> Nun kommt Herr Graetz,

sagt er, — gerade wie am Montag Herr Rickert kam —

> citirt die Stelle, die von Christen redet, und behält natürlich in den Augen der ungelehrten Leser Recht. Jeder Historiker aber weiß, und Herr Graetz weiß es am besten, daß das Christenthum bis auf Trajan als eine Sekte des Judenthums galt.
>
> Jene Stelle des Tacitus

— sagt dann Treitschke —

> ist nie anders verstanden worden und kann auch gar nicht anders verstanden werden als dahin, daß sie ein Zeugniß ablegt ebensowohl für den religiös-politischen Widerwillen des antiken Bürgerthums gegen die junge Weltreligion wie für den Judenhaß der Abendländer.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

**Hierzu eine Beilage.**

# Beilage

zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

Nr. 10. Berlin, den 5. März. 3. Jahrg. 1893.

Aber, meine Herren, wie kann man nur bei dieser Gelegenheit ein genaues Citat von mir verlangen! Ich kam damals, als ich es aussprach, ohne jede Ahnung der folgenden Verhandlung in das Abgeordnetenhaus, ich war nicht einmal in der Fraction gewesen und wußte nicht, daß die Judenfrage daran kommen würde. Da habe ich selbstverständlich aus dem Gedächtniß nicht genau citirt, sondern die Stellung des Tacitus zu den Juden in diese feine Worte gekleidet: odium generis humani, und ich glaube, daß ich mich dabei sehr milde ausgedrückt habe. Ich will nun Herrn Rickert einen für ihn gewiß ganz klassischen Zeugen vorführen, den Geschichtsschreiber Mommsen. Er stellt die Stellung des Tacitus den Juden gegenüber folgendermaßen dar:

Von dem geringschätzigen Spott des Horaz gegen den aufdringlichen Juden aus dem römischen Ghetto ist ein weiter Schritt zu dem feierlichen Groll, welchen Tacitus hegt gegen diesen Abschaum des Menschengeschlechts, dem alles Reine unrein und alles Unreine rein ist.

So schildert Mommsen die Stellung des Tacitus zum Judenthum, und ich glaube, diesmal wird mir auch Herr Rickert zugeben müssen, daß ich in diesem Falle wirklich als ein Diener der Liebe, nämlich sehr abmildernd gehandelt habe.

(Heiterkeit rechts.)

Ich verspreche ihm aber: wenn ich wieder vor so ungelehrten Leuten darüber rede, wie er einer ist,

(Heiterkeit rechts.)

dann werde ich nicht wieder sagen „odium generis humani", sondern ich werde sagen, Tacitus hat die Juden nach dem Urtheil eines politischen Gesinnungsgenossen des Herrn Rickert für den Abschaum des Menschengeschlechts erklärt. Dann können sich die Juden bei Herrn Rickert dafür bedanken, daß die Sache an dieser Stelle hat richtig gestellt werden müssen. Ich fürchte, Herr Rickert, wenn die Verhandlung in die Oeffentlichkeit kommt, dann wird die Siegesfanfare vom Montag vollkommen verklungen sein, und das Judenthum wird sagen: man schütze mich nur vor meinen Freunden!

(Heiterkeit rechts.)

Nun, meine Herren, sind wir ja an einem Tage dieser Woche beschenkt worden mit einem Aufsatz der deutschen Rabbiner. Herr Rickert hat bereits ein Vorzugsexemplar gehabt, bevor es in die Oeffentlichkeit gekommen ist. Ich begreife das bei seiner Stellung als Hülfssoldat für die Rabbiner durchaus.

(Heiterkeit rechts.)

Aber wenn er gemeint hat, diese Ausarbeitung würde auf mich oder auf irgend einen Sachkenner einen Eindruck machen, so irrt er.

(Abgeordneter Rickert: Nee, das habe ich geglaubt, das wäre noch schöner! Heiterkeit.)

(Fortsetzung folgt.)

---

# Verhandlungen
des
# Preußischen Abgeordnetenhauses
**am 28. Januar 1893**

nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Abgeordneter **Cremer** (fortfahrend siehe S. 92 der vorigen Nummer.)

Zunächst aber — dagegen habe ich garnichts — mögen die Herren Antisemiten nach ihren Rezepten und auf ihre Verantwortung hin ordentlich ins Zeug gehen, meinethalben auch die Kratzbürste gebrauchen und herunterreißen, was nothwendiger Weise entfernt werden muß. Das Gesunde wird alsdann schon wieder zum Vorschein kommen.

Meine Herren, Sie werden sich darüber — das hat Herr Stoecker schon ausgeführt — nicht täuschen können, daß eine derartige kolossale Bewegung, wie sie gegenwärtig nicht nur in Deutschland, wie sie auch in Frankreich, im freien England, auch im freien Amerika, überall die Geister in Spannung hält, nicht durch Zufall entstehen konnte. Dafür sind tiefere Gründe vorhanden, denen nachzuspüren, statt sie zu verstecken und zu verdecken, Ihnen (links) viel besser anstehen würde, als das, was Sie jetzt betreiben, indem Sie alles in Schutz zu nehmen scheinen, was immer von jüdischer Seite geschieht.

Nun war auch viel die Rede von der Agitation des Freisinns, im Gegensatz zu den Agitationen der Konservativen und der Antisemiten. Meine Herren, ich glaube, in Betreff der Agitation darf ich mich wohl als einen der kompetentesten Leute im Hause hinstellen; denn, als es sich darum handelte, 150 öffentliche Vorträge in einem Jahre zu halten, habe ich sie gehalten. Das aber muß ich sagen: in einer Versammlung mit Freisinnigen, in der es anständig zuging, bin ich draußen noch nicht gewesen.

(Heiterkeit rechts.)

Ich habe es beispielsweise noch nicht erlebt, daß ich für das Entgegenkommen, welches dem Gegner dadurch bewiesen wurde, daß wir seinen Vertretern mit größerer Liberalität das Wort gestatten, irgendwie Anerkennung gefunden hätten. Ueberall wüstes Toben, Lärm, Schreien und allenthalben Flugblätter der tollsten Art! Und, glauben Sie, meine Herren, wenn ich nicht von unserm Herrgott mit einer gewissen Kaltblütigkeit ausgerüstet wäre, — ich hätte manchmal den Ausgang gesucht, den Herr Richter einmal aus einer hiesigen Versammlung finden zu müssen geglaubt hat, nämlich durch die Hinterthür. Ich bin immer gehobenen Hauptes durch die Bahn gegangen und habe mir nicht an den Wagen kommen lassen. Aber schlimm war es manchmal, und ich bin oft der Meinung gewesen, zumal der Freisinn meist auch sozialdemokratische Agitatoren in die Versammlung geschickt hatte, es würde an Leib und Leben gehen. Also wenn von der Agitation die Rede ist, müssen Sie auf der linken Seite nicht thun, als ob sie unschuldige Lämmer wären! Grade die gegnerischerseits seit langer Zeit betriebene Agitation die fast immer in der rücksichtslosesten, ich möchte sagen, rüdesten Form auftritt, hat endlich die unliebsamen Erscheinungen auf der anderen Seite provozirt.

Stolp-Lauenburg! Herr Rickert hat gesagt, der Freisinn hätte der konservativen Partei dort die Wege gezeigt. Ich bin auch im Wahlkreise Stolp-Lauenburg gewesen; ich habe mich durch öffentliche Reden an der Agitation betheiligt, und Herr Richter war gelegentlich so liebenswürdig, hier zu behaupten, daß meine Art des Auftretens die konservative Sache um den Sieg gebracht hätte. Das ist auch eine Auffassung! Nein, meine Herren, wohin man kam, war der Gegner auch bereits im Lokal; wohin man kam, waren die fortschrittlichen Flugblätter mit den bekannten Uebertreibungen und Hetzereien schon vertheilt; man war schon verurtheilt, bevor man noch den Mund geöffnet hatte. Unter Anderm gelang es mir auch in dem sehr interessanten Orte Roslasin zum Worte zu kommen. Man sprach sich in der drückenden Atmosphäre des kleinen Raumes, wo die Versammlung stattfand, etwas trocken; ein Anwesender glaubte so aufmerksam sein zu müssen, mir ein Glas Bier zu besorgen; ich verzichtete indessen darauf, weil andere auch nichts zu trinken hatten, äußerte aber nebenher, man könne sich ja später ein Glas Bier geben lassen. Nach der Versammlung gingen wir zu einem Parteifreunde im Orte. Kurz darauf kommt ein Bote athemlos zu uns mit der Meldung, in dem Vereinslokale herrsche arger Tumult und große Erregung gegen mich. — „Warum denn? — „Ja, Sie haben doch den Leuten Bier versprochen;

Sie haben gesagt, später könnten sie sich Bier geben lassen." — Da ging mir erst ein Licht auf. Es hatte sich nämlich sofort ein Freisinniger angefunden, welcher meine harmlose Aeußerung dahin erläuterte: „Da seht Ihr, so sind die Konservativen: nun seit Ihr doch dabei gewesen, wie der Redner Euch vorhin Bier versprochen hat, und nun giebts das nicht einmal! Was habt ihr nun erst davon zu halten, was die Konservativen versprochen haben, in Berlin für Euch zu thun?!" Ob das „Freibier" hinterher von einer anderen Seite geliefert worden ist, kann ich nicht behaupten. Aber für ein sehr wirksames Agitationsmittel muß man es gegnerischerseits nach dieser Probe doch wohl halten. Das ist die Methode, zu der Herr Rickert, wie er hier dargethan, uns den Weg gezeigt hat. Schön ist sie nicht — aber der freisinnige Kandidat wurde glücklich gewählt. Meine Herren, das ist nur ein kleines Beispiel, welches mir gerade einfällt. Ich bin aber, wie gesagt, nicht darauf gerüstet gewesen, heute in die Debatte einzugreifen, sonst hätte ich das betreffende Material mitgebracht. Ich lege mir die fortschrittlichen Wahlaufrufe und Flugblätter sorgfältig zurück und habe in meiner Mappe eine große Auswahl derselben. Doch glaube ich schon mit Rücksicht auf ihre Geruchsorgane sie nicht ohne Weiteres öffnen zu dürfen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, in Mecklenburg habe ich anfangs vorigen Jahres auch mitagitirt. Wir haben es so weit, daß der Candidat in der Stichwahl kommt, es fehlen noch einige hundert Stimmen. — Da erscheint ein Flugblatt: „Wer ist der Cremer? Kennt ihr nicht den schwarzen Cremer? Wißt Ihr nicht, daß er im Jahre 1876 die Unfehlbarkeit des Papstes vertheidigt und die evangelische Kirche zusammt ihren Anhängern in den Höllenschlund verdammt hat? Und Euer Candidat, der Graf Schwerin, hat diesen Menschen herbeigeholt, um ihm bei der Agitation zu helfen! Das laßt Ihr braven evangelischen Mecklenburger Euch gefallen? Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist." — Sie ließen es sich nicht gefallen; ihnen fiel darob das Herz so tief, daß sie nicht mehr den Muth fanden, mit voller Kraft in die Stichwahl hineinzugehen; und der freisinnige Candidat kam durch. — Ist das erlaubte Agitation? Ist das eine anständige Agitation? Wenn ein Flugblatt, welches aus der Richter'schen Fabrik hervorgegangen ist, unter Bekämpfung meines religiösen Standpunkts die Miene annimmt, als meine es der Freisinn mit dem Christenthum und dem Protestantismus so treu und gut, daß man glauben sollte, es handle sich um den Ausdruck aufrichtigster Ueberzeugung, so weiß doch Jeder, was davon zu halten ist. Nein, meine Herren, das ist keine Ueberzeugung, das ist die reine Wahlmache, von der jedes Mittel angewandt wird, das zum Ziele zu führen verspricht. Denn erst kommt die Partei, dann kommt wieder die Partei, und dann kommt die Partei nochmals, und an Kirche, Vaterland und das, was auf dieser Linie steht, denkt man in jenen Reihen erst zu allerletzt.

Meine Herren, im Uebrigen glaube ich, die gegenwärtige Debatte hat uns bezüglich der behandelten Fragen nicht weiter geführt. Jeder in diesem Hause wird wahrscheinlich nach wie vor auf seinem Standpunkt stehen bleiben. Eins aber glaube ich positiv sagen zu können: der Antisemitismus wird, trotzdem Sie (links) so viel darüber reden oder vielmehr, gerade weil Sie so oft darüber reden, weil Sie jede Gelegenheit wahrnehmen, auf die Judenfrage zu kommen, die Sie verständigerweise aus unseren Debatten herauslassen sollten, der Antisemitismus wird wachsen, wird größer und stärker werden und Sie, wenn Sie nicht rechtzeitig ganz energisch auf dem Posten sind, sammt und sonders wegschwemmen. Denn man wird Sie mit Recht verantwortlich machen für das, was von den Juden im deutschen Volke geschieht, und es Ihnen anstreichen in rücksichtsloser Weise — und ich kann nicht behaupten, daß Sie eine solche Abrechnung nicht verdient hätten.

Wenn nun wiederum auf die 10000 Mark des Herrn von Bleichröder hingewiesen worden ist, so muß ich wiederum einmal sagen, daß die 10000 Mark mit der conservativen Partei überhaupt und speziell mit dieser Partei hier in Berlin absolut nichts zu thun haben. Die 10000 Mark sind — so ist mir wenigstens mitgetheilt worden — von Bleichröder gegeben worden für die Kartellwahlen, und zwar an einen nationalliberalen Herrn. Was derselbe damit gethan hat, weiß ich mit Sicherheit auch heute noch nicht. Wenn aber Herr Rickert sich an Herrn Stöcker gewandt hat, um von ihm genauere Auskunft zu erbitten, so muß ich allerdings in diesem ausnahmsweisen Falle sagen, daß Herr Rickert in gewissem Sinne recht gehabt hat. Denn es ist wesentlich den öffentlichen und privaten Aussprüchen des Herrn Stöcker zuzuschreiben daß ich mit diesen 10000 Mark fort und fort in Beziehung gesetzt worden bin. Auch Herr Richter hat, als zum ersten Male im deutschen Reichstag von der Sache die Rede war, sich auf Herrn Stöcker bezogen.

Ich habe daraufhin schon damals das christlich-soziale Korrespondenzblatt einer genauen Durchsicht unterworfen und mußte zu der Ansicht gelangen, daß es nicht zum geringsten Theile von der falschen Auffassung des Herrn Stöcker herrührt, daß mein Name so oft mit dieser Geschichte in Verbindung gebracht wurde. Ich habe, um es nochmals zu betonen, mit den 10000 Mark nichts zu thun, auch nie zu thun gehabt, und habe wiederholt öffentlich erklärt, daß ich jeden für einen nicht anständigen Menschen halte und verschiedenes mehr, das ich aber hier nur in Gedankenstrichen hinzufügen kann, der die conservative Seite oder gar mich persönlich mit dieser Angelegenheit überhaupt noch behelligt. Ich weiß nicht, ob Herr Rickert, der bei jeder Gelegenheit sagt: weiß der Herr nicht? versteht der Herr nicht? — mich endlich heute so weit verstanden hat, daß er die conservative Partei mit dieser Sache in Zukunft in Ruhe läßt. Und wenn Sie von der andern Seite uns mit der Judenfrage in Ruhe lassen — ich lasse Sie sicher damit in Ruhe.

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, ich möchte nur, ohne die Ausführung des Vorredners zu berühren, einige Worte an Herrn Stoecker richten. Die Rede des Herrn Stoecker ist uns insofern von großem Werth, als einmal der ganze fanatische Eifer dieses Predigers der christlichen Liebe sich heute wieder von der glänzendsten Seite gezeigt hat. Wenn Sie das Christenthum nennen, — obgleich Sie Geistlicher sind, wenn Sie das Nächstenliebe nennen, — wir danken Ihnen für dieses Christenthum und für diese christliche Moral. Wir haben davon andere Begriffe; mit Herrn Stöcker nie und nimmer eine Gemeinschaft! Verfolgen und hassen Sie die Juden als Lehrer der christlichen Kirche, wenn Sie das mit Ihrem Gewissen verantworten können. Darauf verlassen Sie sich aber: die Majorität des Volkes wird sich von diesem Fanatismus abwenden, wenn es auch gelingt, mit derartigen Waffen einen großen Theil eine Zeitlang zu bethören.

In welcher Art dieser Prediger der christlichen Liebe auch hier den Kampf gegen die gegnerischen Parteien führt, dafür haben wir heute wieder ein schlagendes Beispiel. Einer der Herren — ich glaube, es war Herr v. Waldow — hat aus dem Deutschen Reichsblatt, aus einem Gedicht, das ich nicht kenne und welches ich mir leider nicht habe beschaffen können, — wer es gemacht hat, weiß ich nicht; ob ein Name unter dem Gedicht steht, weiß ich auch nicht, ich werde mich aber darüber informiren — eine Stelle vorgelesen, in welcher steht: „ohne Scheu vor Thron und Altarsstufen solle man die Waffen in das Herz des Feindes tragen." Wer dieser Feind ist, habe ich nicht verstanden, ich denke, die conservative Partei. Was macht Herr Stöcker daraus? Eine Partei, so behauptet er, welche sagt: ohne Scheu vor Thron und Altarsstufen u. s. w. Das will er als eine antimonarchische Haltung gegen uns und unsere Partei auslegen. Das ist die Kampfesweise dieses Vertreters der christlichen Liebe. Aus einem Gedicht — ob es unterschrieben ist oder anonym, ob es von einem Primaner oder sonst woher rührt, ich weiß es nicht — folgert er so etwas. Ich weiß nicht, ob Herr Stöcker das schöne Gedicht von Schiller „An die Freude" kennt, wo von „Männerstolz vor Königsthronen" die Rede ist. Nach den heutigen Ausführungen des Herrn Stöcker ist das auch eine so antimonarchische Lektüre, daß man — er würde vielleicht Schiller auf den Index setzen, wenn er es könnte — der Jugend dieses Gift nicht einimpfen dürfte. Wenn Sie gesagt hätten — das hätte allerdings komisch geklungen —: ein sich freisinnig bezeichnendes Blatt, in welchem ein Gedicht von ich weiß nicht wem vorkommt —, so wäre das der Wahrheit entsprechend gewesen. Diese Stelle aber aus einem Gedicht als Programm unserer Partei vorzulegen, das geht doch über den Spaß. So diskutiren wir nicht; so machen Sie es mit den Juden, mit allen Ihren Gegnern; das nennen Sie Wahrheit und Liebe.

Herr Stöcker hat sich auch nicht versagen können, die Löwe'sche Fabrik wieder hineinzuziehen. Sie haben nicht viel Glück mit dem Angriff auf Loewe gehabt. Was ist übrig geblieben? — Das Anerbieten nach Paris. Herr Stöcker müßte doch wissen, daß derjenige Mann, der im Stande ist, die Sache zu beurtheilen, der damals an der Regierung war, der Fürst Bismarck, ausdrücklich durch die „Hamburger Nachrichten"

hat erklären lassen, daß er damit einverstanden gewesen ist, nachdem die Bewaffnung unserer Armee vollendet war, daß die Herren dem Auslande die Waffen lieferten, weil sie den Verdienst nicht in die Hände der Concurrenten bringen sollten. Wenn es Herrn Stöcker interessirt, so bin ich gern bereit, ihn durch den Artikel der „Hamburger Nachrichten" zu belehren. Er wird dann später hoffentlich darauf Rücksicht nehmen. Wissen Sie denn nicht, daß es andere große Industrielle giebt, die auch Waffenlieferungen nach dem Auslande gemacht haben? Warum nennen Sie die nicht? Weil es Christen sind. Weil dieser ein Jude ist, soll die ganze Judenschaft dafür bluten. Wenden Sie sich an den Fürsten Bismarck, der wird Ihnen die nothwendige Belehrung in diesem Punkte zu Theil werden lassen, und Sie werden selbst davon Abstand nehmen müssen, das gegen die Juden zu verwerthen.

Herr Stöcker spricht von elsässischen Wucherern. Daß Wuchern verwerflich ist, darüber sind wir einig. Herr Stöcker nimmt aber immer nur die Juden heraus. Kennen Sie Spanien, kennen Sie die Bevölkerungsstatistik von Spanien? Kein Land hat einen so furchtbaren Wucher, wie Spanien. Es giebt da aber fast keine Juden, da sind es die Christen. Lesen Sie die Enthüllungen über den russischen Bauernwucher, der ist nach dem Urtheil eines russischen Schriftstellers ein viel stärkerer Wucher, als der der Juden in Rußland. Das weiß Herr Stöcker aber nicht, und wenn er es gelesen hat, so vergißt er es in seinem Fanatismus. Er behält nur das, was gegen die Juden sprechen könnte, vergißt aber, was gegen unsere christlichen Mitbürger spricht.

Meine Herren, wenn Sie die Kriminalstatistik der letzten Jahre ansehen, so werden Sie finden, daß es ein Unrecht ist, wenn man die Juden allein zu Verbrechern stempelt. Sie können sich in dieser Beziehung vollkommen mit uns messen. Daß einzelne Delikte mehr auf die Juden, als auf die Christen fallen, das liegt daran, daß die ganze frühere Gesetzgebung und Politik — ich weiß nicht, ob Herr Stöcker sich darum kümmert — die ganze geschichtliche Entwickelung unserer Verhältnisse die Juden auf den Handel hingedrängt hat. Man hat die übrigen Berufe, jede andere Stellung ihnen unmöglich gemacht, sie mußten eben in den Handel hinein.

Sie greifen die Männer in der jüdischen Presse an. Ja bringen Sie uns doch einmal Belege, Herr Stöcker! Soviel ich weiß, ist an der Berliner Morgenzeitung, von der Sie einen Artikel vorgelesen haben, ein ganz echt christlicher Hauptredacteur und christliche Mitarbeiter. Wie kommen Sie dazu, immer nur von Frechheit der jüdischen Presse zu sprechen? Woher wissen Sie das? Kann den von Ihnen angezogenen Satz, den ich nicht verstanden habe, nicht ein Christ geschrieben haben? In welche Situation kommen Sie, wenn Sie mit diesen Anklagen gegen die Juden Unschuldige treffen? Ich möchte Herrn Stöcker fragen, der so tief im Antisemitismus steckt: kennen Sie garnicht diejenigen antisemitischen Autoritäten, welche das Christenthum in schimpflichster Weise herabgesetzt haben? Wo ist da Ihr Feuereifer gewesen, Herr Stöcker, wenn Männer, wie Radenhausen, eine große antisemitische Autorität, der Verfasser des Buches „Esther", das Christenthum eine der blutigsten Religionen der Menschheit nennt. Und in einem anderen Buche heißt es:

> Nur zu oft legen sie dem Christenthume als Verdienst bei, was dem älteren Judenthum oder Heidenthum gehört, und fast ohne Ausnahme verschweigen sie die entsittlichenden Wirkungen des Christenthums, wie auch die Fülle der Schandthaten, welche die Geschichtsbücher des Christenthums füllen und diesen eigenthümlich waren.

Das sind Autoritäten der Antisemiten, die in Ihren öffentlichen Blättern verherrlicht werden. Haben Sie dafür kein Wort des Tadels? Wenn Ihnen noch mehr antisemitische Autoritäten genehm sind, so stelle ich mich Ihnen zur Verfügung. Verwenden Sie von Ihrem Feuereifer doch etwas gegen diese Leute, die Ihnen doch als eine Gefahr für das Christenthum und dessen Entwickelung erscheinen müßten. Das würde besser sein, als wenn Sie darauf ausgehen, die staatsbürgerlichen Rechte unserer jüdischen Mitbürger zu beseitigen.

Gott sei Dank giebt es noch andere Prediger der christlichen Liebe, als Herrn Stöcker und seine Gesinnungsgenossen. Wenn ich nicht Ihre Zeit zu sehr in Anspruch zu nehmen fürchtete, könnte ich Ihnen Aeußerungen von der höchsten Stelle der katholischen Kirche, von ihren hohen Würdenträgern hier mittheilen, die mit tiefstem Abscheu gegen eine derartige Politik, wie Herr Stöcker sie treibt, erfüllt sind. Nur einen Mann möchte ich nennen, einen Mann, den Herr Stöcker auch anerkennen wird; denn der war ein Prediger der Liebe, mit der That und nicht blos mit gleißnerischen Worten. Der ungarische Kardinal Haynald sagte in einem Hirtenbriefe:

> „Der Antisemitismus — nennen wir doch das Kind beim rechten Namen — verdient überall, wo er wüthet und die Feindseligkeit gegen die Juden schürt oder gar in blutigen Exzessen losbricht, die Verdammung eines jeden vernünftigen Geistlichen, der da weiß, daß wir die Diener jener Religion sind, welche das göttliche Symbol der Liebe zu den Menschen vorausträgt und selbst zum Zwecke der Verfolgung oder Bestrafung des entschieden Bösen weit eher die Barmherzigkeit Gottes, als die Mittel des Hasses zu Hülfe ruft"

— und am Schluß dieses denkwürdigen Hirtenbriefes ruft er aus:

> Im Namen der christlichen Menschenliebe muß daher zum Schutze der verfolgten Juden das Symbol unseres Glaubens, das Kreuz, erhoben werden.

Hat ein Mann, wie Herr Stöcker, der Prediger der christlichen Liebe eine Ahnung davon? Nein, meine Herren, Sie nennen uns deutsche Simpel, weil wir die Rechte der Juden, die Ihnen ein fremdes Volk sind, vertheidigen — uns sind sie Mitbürger, gleichberechtigte Mitbürger,

(Heiterkeit rechts)

wir suchen eine Ehre darin, und werden weiter gegen derartige Prediger der christlichen Liebe „die Verfolgten", wie der Kardinal Haynald mit Recht sagt, schützen, so lange noch ein Athemzug in uns ist. Wir werden uns in keiner Weise durch Reden, die Sie halten, davon abbringen lassen.

(Lebhaftes Bravo links.)

Abgeordneter **Stoecker:** Meine Herren, diese Angriffe des Herrn Abgeordneten Rickert auf meine christliche Nächstenliebe bin ich schon so gewohnt, daß sie wirklich keinen Eindruck auf mich machen. Ich muß ihm sagen, daß ich ihn als kompetenten Beurtheiter darüber nicht ansehen kann; er hat in seinem öffentlichen Leben bisher nur gezeigt, daß er wohl jüdische Nächstenliebe hat, aber keine christliche.

(Sehr gut! rechts.)

Was dann vom Fanatismus geredet ist, das ist ja nicht wahr. Ich habe bei dieser Gelegenheit nicht den geringsten Fanatismus; der ist auf der anderen Seite. Das gebe ich ja zu, daß niemals auf Ihrer Seite irgend welcher Fanatismus oder Eifer gegen die Juden entwickelt ist, auch nicht gegen die schlimmsten Mißbräuche derselben. Aber gegen „Junker und Pfaffen", die doch so zu sagen auch Menschen sind, wird auf der anderen Seite gehetzt Jahr und Tag, damit macht man politische Geschäfte. Das soll dann kein Fanatismus sein. Damit aber verderben Sie das Volk. Mit der Besprechung der Judenfrage werden wir das deutsche Volk nicht verderben.

Nun ist mir sehr interessant, daß der Herr Abgeordnete Rickert den Schillerschen „Mannerstolz vor Königsthron" mit dem Gedicht im Reichsblatt zusammenstellt mit den Worten: „ohne Scheu vor Thron und Altarstufen." Ihm ist also Stolz — ich kann es nicht anders ansehen — Ehrfurchtslosigkeit. Das ist ja das Furchtbare, Herr Abgeordneter Rickert, daß für Sie der Stolz darin besteht, solche Dinge zu verbreiten. Selbstverständlich habe ich nicht gemeint, daß die ganze Partei sich hingesetzt und dieses Gedicht gemacht hat. Sie wissen ja, wie es gemeint ist. Aber der Schreiber, der Dichter, der Redakteur muß wissen, daß man in Ihren Kreisen damit Geschäfte machen kann und will. Vereinzelt sind diese Art Aeußerungen auch nicht. Wir haben früher Debatten gehabt, wo Ihnen dasselbe nachgewiesen ist.

Wenn nun der Abgeordnete Rickert von der Loeweschen Sache sagt, daß der Fürst Bismarck damit einverstanden gewesen sei, so bin ich auf den Nachweis sehr gespannt. Bis jetzt ist es noch nicht nachgewiesen. Ich bitte ihn, dafür zu sorgen, dann werden wir unsere Position dazu nehmen. Wenn er sagt, daß auch andere Fabrikanten es ähnlich gemacht haben, so weiß ich bis jetzt nur, daß elsässische Protestler in derselben Periode so gehandelt haben wie Loewe.

(Rufe links: Krupp! Gruson!)

— Das war zu einer ganz anderen Zeit.

(Oh! oh! links.)

Im übrigen möchte ich dem Abgeordneten Rickert sagen: das, was bei dem bekannten Prozeß für Ahlwardt gravirend war, daß man nämlich nachwies, Herr Löwe habe von den ganzen Sachen nichts gewußt; so ist für Hern Löwe als Fabrikanten äußerst gravirend, daß

solche Dinge in seiner Fabrik geschehen, von denen er nichts wußte. Formell ist von Ahlwardt manches behauptet worden, was nicht richtig ist, aber sachlich steht doch fest, daß vielfach schlimme Dinge geschehen sind, von denen Herr Löwe nichts gewußt hat, und er trägt dafür das Aeußerste von Verantwortlichkeit, was einen Fabrikanten treffen kann.

Wenn dann Herr Rickert sagte, die Morgenzeitung sei zum Theil von Christen geschrieben, ja ist das ja, Herr Rickert, das Widerliche, daß die Zeitungen von Juden besessen werden, die sich dann Christensklaven kaufen, die nachher den König und das Christenthum schmähen. Das ist ja die ungeheure Gefahr, die verstehen Sie wieder nicht.

Wenn Herr Rickert mich fragt, warum ich gegen diese irreligiöse Stellung des Antisemitismus nicht Opposition gemacht hätte, so bitte ich ihn, wenn er so freundlich sein will, die letzten Nummern meines Vorworts in der Deutsch-Evangelischen Kirchenzeitung anzusehen; dort habe ich in der schärfsten Weise, die vielleicht auch Herr Rickert einigen Beifall abgewinnen wird, dagegen geredet.

Uebergehend zu Herrn Abgeordneten Cremer, so ist es unrichtig, wenn er mich für die Veröffentlichung seiner Notiz verantwortlich macht. Soviel ich mich erinnere, kam die Sache in einem westlichen Kartellblatt zum ersten Male zur Sprache, und nachher war es ja unsere Pflicht, darüber in öffentlichen Versammlungen zu reden, weil es so großes Aufsehen machte. Damals hieß es, daß dieselben Leute, welche dies Geschäft hier in Berlin gemacht haben sollten, es an die Zeitungen verrathen hätten, um die Berliner Bewegung zu diskreditiren. Dadurch ist es in die Oeffentlichkeit gekommen, nicht durch mich.

Ich gehe nun über zu Herrn Abgeordneten Meyer. Ich würde es noch ritterlicher gefunden haben, wenn er mit den Angriffen auf Herrn Ahlwardt gewartet hätte, bis derselbe im Reichstage sitzt, dort ist Herr Meyer ja auch und könnte ihn persönlich angreifen. Im Uebrigen ist es nicht Sitte, daß man Prozesse, in denen jemand freigesprochen ist, nach anwendet, um seinen Ruf zu schädigen.

Wenn er mir dann zuschiebt, ich hätte aus der Popularität auf das Recht des Herrn Ahlwardt geschlossen, so bin ich mir nicht bewußt, das gethan zu haben. Ich habe nur gesagt: wenn ein Mann wie er diese ungeheure Popularität hat, so zeigt das die tiefgehende Bewegung, die durch die Judenfrage bei uns geschaffen worden ist, und die Nothwendigkeit, sie als Symptom zu beachten. Daß aber unser Volk in dieser Weise beweglich ist und in dieser Weise sich aufregen läßt, das schreibe ich dem drei Jahrzehnte langen Treiben der Fortschritts- und Judenpresse zu. (Widerspruch).

Ganz gewiß! Dadurch sind in unser Volk Gewalten hineingesenkt, die einmal zu einer Katastrophe führen können.

Ich will da nur ganz persönlich sagen, wenn ich darauf angeredet werde, als ob ich der Anstifter der Bestrebungen gewesen wäre, die Juden ihrer Staatsbürgerrechte zu entkleiden, so haben Sie doch die Güte, meinen Anschauungen, Vorträgen u. s. w. zu folgen. Ich gehöre gar nicht zu den Leuten, die heute auffordern; ich habe meine besonderen Gründe, das nicht zu wollen, ich würde es freilich auch mitmachen, wenn das gesammte Volk wollte, aber meine Stellung ist das eigentlich nicht. Ich wünschte vielmehr, daß auf dem Wege der Verwaltung und durch eine allgemeine sozialpolitische Gesetzgebung den Uebergriffen der Juden Halt geboten würde. Darin hat aber Herr Meyer Unrecht, wenn er sagt, was ein Jude oder hundert Juden thun, dafür soll man die Juden nicht verantwortlich machen. Das gilt eben für das Privatleben, da kann man den einzelnen Menschen nehmen, aber im politischen Leben handelt es sich um Kollektiva, um Gesammtanschauungen. Das wird Herr Meyer mir nicht bestreiten, daß das Judenthum in seiner Gesammtheit so wirkt, wie ich es beschrieben habe, — nicht blos heute, sondern schon im alten Rom. Herr Mommsen, der gewiß den Juden nichts sagen wird, was sie nicht verdienen, äußert sich, sie seien schon damals ein Element der Dekomposition der Völker gewesen, — und sie sind es heute noch, und sie sind es schließlich noch, die für das Schicksal Deutschlands die Verantwortung zu tragen haben.

Was Herr Meyer von der christlichen Sittenlehre sagte, so glaube ich, mich wirklich besser darauf zu verstehen als er. Wenn er nachlesen will, wird er finden, daß im Evangelium Johannis die Juden als Kollektivum als Feinde der Christen hingestellt werden, daß Paulus sie hinstellt als solche, welche die Propheten verfolgt und Christum gekreuzigt haben, welche Menschen und Gott zuwider sind. Ich will darauf nicht näher eingehen, die ganze Anschauung Herrn Meyer's ist grundfalsch und nur für Menschen berechnet, die nicht nachdenken; solche Erscheinung, wie das Judenthum, ist eine Gesammterscheinung, zu der wir Stellung nehmen müssen. Daß der hochstehende Theil der Juden sich uns hat assimiliren wollen, gebe ich zu. Wo es ihm vortheilhaft ist, assimilirt er sich, wo es ihm nicht vortheilhaft ist, assimilirt er sich nicht. Nie hat das hochstehende Judenthum Stellung genommen gegen die Ausschreitungen des Judenthums. Wenn Herr Meyer bestreitet, daß die Juden keine großen Geister erzeugen und zum Zeugniß dessen Spinoza nannte, so erwidre ich ihm: eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und durch einen weißen Raben werden die schwarzen Raben nicht weiß. Herr Meyer hat aber vergessen, daß Spinoza aus der Synagogengemeinde ausgestoßen wurde, und daß sein Leben beständig bedroht war, so lange er in Amsterdam lebte. Daraus kann er ersehen, was die Juden mit großen Männern machen. Heute treiben sie es noch so, sie sind voll Haß und gehen auf die Vernichtung der Existenzen aus; ich kann selbst ein Lied davon singen und kenne das aus eigener Erfahrung.

Wenn in der wirthschaftlichen Schwäche der Deutschen ein Tadel liegen soll, wenn Herr Mayer sagt: im rechtschaffenen Kampfe sollen wir uns mit den Juden messen, so ist das in gewissem Sinne richtig. Aber die Deutschen sind leicht versuchlich, und wir haben es hier eben nicht immer mit ehrlichen Kämpfern zu thun, sondern mit schlechten Manieren und einem geschäftlichem Ehrgefühl, das dem unseren nicht gleich ist.

Alles in allem wirft man dem schlimmen Antisemitismus einen gewissen Rassenhaß vor. Das kann ich zugeben und kann es auch mißbilligen; aber der Klassenhaß, der auf der anderen Seite getrieben wird, ist um kein Haar besser. Der Antisemitismus, auch der wildeste, ist in der Form gewiß nicht schlechter; aber in der Sache hat er viel mehr Recht auf seiner Seite, als Sie.

Abgeordneter **Cremer** (Teltow): Meine Herren, die Erwiderung des Herrn Abgeordneten Stoecker mir gegenüber ist insofern sachlich richtig, als thatsächlich die ersten Mittheilungen über die bewußten 10 000 Mark in einem Kartellblatte erschienen sind. Was ich ihm aber zum Vorwurf mache und aufrecht erhalte und was ich habe sagen wollen, ist, daß er sich bemüht hat, die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommen zu lassen, mich beständig mit derselben in direkte Verbindung zu bringen, und daß das Material, auf welches sich die freisinnige Partei in dieser Sache gegen mich stützt, von ihm geliefert zu sein scheint.

Abgeordneter **Stoecker**: Ich kann das nur als Irrthum bezeichnen, und will, so wenig hier das ist, mit Herrn Cremer darüber privatim reden; hier kann ich das nicht erörtern. Er wird dann sehen, daß er mich falsch beurtheilt, wenn er thut, als ob ich es gewesen bin, der der freisinnigen Partei das Material gegen ihn hat zugehen lassen. Ich habe schon gesagt, daß jenes Gerücht von der Kartellpresse ausgegangen ist.

Abgeordneter **Cremer** (Teltow): Sie rufen mir zu: Warum das? Wenn Sie Jahre lang unter solchen Behauptungen gelitten hätten, würden Sie nicht so fragen, sondern mit mir empfinden, wie peinlich und unangenehm es ist, mit solch widerwärtigen Dingen immer wieder in Beziehung gebracht zu werden, die zumal längst widerlegt sind. Ich habe von der Sache heute nicht gesprochen; Herr Rickert ist es gewesen, der die 10 000 Mark wiederum in die Debatte hineingeworfen hat, und deswegen bin ich meinerseits verpflichtet, die Richtigstellung zu wiederholen. Im vorigen Jahre hatte ich dieselbe Angelegenheit gegen Herrn Richter zum Austrag zu bringen; mir allerdings nicht zur Genüge, weil der Staatsanwalt meiner Klage nicht die wünschenswerthe Folge gab. Es wird mir natürlich sehr angenehm sein, wenn Herr Stoecker sich endlich bemüht, mich in diesem Punkte ebenso zu entlasten, wie er vordem bemüht gewesen ist, mich zu belasten!

Abgeordneter **Stoecker**: Den Herrn Abgeordneten Cremer bitte ich, mir die Belastung klar vorzulegen. Ich bin mir darin nichts Illoyales bewußt; ich glaube, daß er darin im Irrthum begriffen ist.

Abgeordneter **Cremer** (Teltow): Was ich zu meiner Entlastung habe vorbringen können, auch Herrn Stöcker gegenüber, ist in meiner Broschüre über die angeblichen 10000 Mark des Herrn v. Bleichröder längst veröffentlicht. Trotzdem aber die Broschüre schon im Jahre 1889 erschienen ist, geht die Geschichte ganz genau in der alten Weise weiter, wovon ich mich heute wiederum habe überzeugen können. Ich erkläre hiermit: ich lasse mir das nicht gefallen, sei es, von wem es sei.

(Schluß.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 11. Berlin, den 12. März. 3. Jahrg. 1893.

## Die Geistlichen und der Antisemitismus.

„Des Priesters Lippen sollen die Lehre bewahren, daß man aus seinem Mund das Gesetz suche, denn er ist ein Botschafter des Herrn."

Bibl. Spruch.

Pastor Mathes aus Liebenwalde: „Die Juden müssen ausgerottet werden mit eisernen Harken wie man das Unkraut ausrottet!"

Pastor Kneise aus Helbra gab in einer antisemitischen Volksversammlung die Geschichte von „Bleichröder und seiner Kalle" in mauschelndem Tone zum Besten. („Mittheilungen").

Prediger Welau aus Schleife: „Kennst du das Volk, welches sich überall zwischen die anderen Völker mengt und steckt, wie das Unkraut in den Weizen, kennst du das Sprichwort: Schlau wie ein Jude? Bedenke, wie er mit List, Wucher ꝛc die Christen nach Möglichkeit aussaugt, wie die Spinne die Fliege („Volk") . .

Es wäre ein leichtes, die Reihe der Namen von Geistlichen fortzuführen, welche activ an dem Kampf gegen das Judenthum theilnehmen (Röbenbeck, Werner ꝛc.). Diese Verbindung eines Theiles des geistlichen Standes mit dem Antisemitismus ist höchst bedenklich für den Stand als solchen. Ist der geistliche Stand vom Geiste des apostolischen Christenthums durchweht, so muß er an den Hetzereien des Tages nicht theilnehmen. Denn das Paulinische Christenthum, das Luther und Melanchthon so inbrünstig verehrten, lehrt die Liebe, das Johanneische Evangelium, das J. v. Döllinger und Pastor Dr. Lorenz als die zukünftige Fortsetzung des Paulinischen Lehrbegriffs ansehen, lehrt gleichfalls die Liebe zu den Menschen in reinster edelster Form und macht keinen Unterschied zwischen Jude und Christ. „Gott ist nicht streitsüchtig", sagt Tertullian mit Recht. Aber durch die Verweltlichung der Kirche seit Constantin ist ein fremdes Element in das Leben der Geistlichen gekommen, die Theilnahme an den weltlichen Interessen. Aber auch diese wäre entschuldbar, wenn sie in christlichem, in versöhnlichem Sinne geschehen wäre. Leider war dem nicht immer so. Und doch ist das Schwert nicht die Waffe des geistlichen Standes, noch weniger der Haß, sondern die Liebe.

Die Geistlichen, die den Haß gegen das Judenthum predigen, schlagen der christlichen Lehre geradezu ins Gesicht. Statt einer Religion der Liebe predigen sie eine des Hasses und vergrößern die Kluft zwischen Christenthum und Judenthum, anstatt sie zu überbrücken. Wie können die Juden eine Religion achten und lieben lernen, wenn sie von ihren Hauptvertretern nur Haß und Excesse des Hasses sehen und am eignen Leibe spüren müssen. Deshalb räth Luther einmal: „Wir sollten die Juden nicht so unfreundlich behandeln" und er gesteht selbst zu:

„Unsere Narren, die Papisten, Bischöfe, Sophisten und Mönche, — die groben Esels — haben bisher also mit den Juden verfahren, daß, wer ein guter Christ gewesen, hätte wohl mögen ein Jude werden. Und wenn ich ein Jude gewesen wäre und hätte solche Tölpel und Knebel den Christenglauben regieren und lehren gesehen, so wäre ich eher ein Sau worden, als ein Christ. Denn sie haben mit den Juden gehandelt, als wären es Hunde und nicht Menschen; haben nichts mehr gekonnt thun, denn sie schelten, und ihr Gut nehmen, wenn man sie getauft hat; . . Drum wäre mein Bitt und mein Rath, daß man säuberlich mit ihnen umgehe und aus der Schrift sie unterrichtet. Will man ihnen helfen, so muß man christlicher Liebe Gesetz an ihnen üben, sie freundlich annehmen, mit lassen werden und arbeiten, damit sie Ursache und Raum gewinnen, bei uns und um uns zu sein."

Auch evangelische Geistliche haben es scharf verurtheilt, wenn sich Pfarrer dem antisemitischen Treiben angeschlossen haben.

Als im Großherzogthum Hessen eine Anzahl von Geistlichen in der Jahresconferenz der oberhessischen Geistlichen zu Gießen als Antisemiten auftraten, hat das hessische Oberconsistorium dies in einem Rundschreiben vom 3. October 1890 entschieden gemißbilligt. Die besonders seit den Februarwahlen hervorgetretene antisemitische Bewegung, — so hebt der Erlaß hervor — schließe ernste Gefahren für den Frieden unter der Bevölkerung in sich. Meinungsäußerungen von Geistlichen in Versammlungen und auf Decanatssynoden ließen darauf schließen, daß nicht wenige Geistliche der antisemitischen Bewegung sympathisch gegenüber ständen. Der Erlaß fährt dann fort: Gewisse Klagen über das Verhalten jüdischer Geschäftsleute und Litteraten seien berechtigt, besonders habe man — sich jüdischerseits am Bauernstande versündigt, aber einmal hätten sich auch Christen daran betheiligt, sodann dürfe man nicht für die Schuld Einzelner das Judenthum als solches verantwortlich machen. „Wir können", sagt das hessische Oberconsistorium, „unter keinen Umständen für das, was eine gemeinsame Schuld ganzer Volksklassen ist, und wofür diese, sofern sie wirklich Christen sind, Buße zu thun und Besserung zu suchen haben, die jüdischen Staatsbürger, in deren Reihen es doch wahrlich an Beispielen wirklicher Milde und Gutthätigkeit, an Mustern pietätvollen Familiensinns nicht fehlt, und zwar diese ohne Unterschied allein verantwortlich machen. Wir müssen es aber auch als eine verhängnißvolle Mißleitung der dunklen In-

stinkte des deutschen Christenvolkes ansehen, wenn man da, wo es gilt, vor Allem die eigenen Fehler einzusehen, die Unzufriedenheit der Massen auf angebliche Urheber ihrer Drangsale hinlenkt, die nur zum Theil und sicherlich nicht ohne erhebliche Mitschuld der christlichen Bevölkerung selbst sind. Der dadurch entfesselte Geist der Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit, der Begehrlichkeit und des Hasses kann dann, wenn sich — nur zu bald — herausstellen wird, daß die Versprechungen jener augenblicklich volksthümlichen Agitatoren unerfüllbar sind und bleiben, nur denen zu Gute kommen, die auf die wachsende Unzufriedenheit der breiten Volksmassen ihre Umsturzpläne unseres gesammten Staats- und Kirchenwesens gründen." Man dürfe nicht unter Anrufung des Christenthums eine Art Kreuzzug gegen die Juden predigen. „Wir halten darum", so heißt es wörtlich, „die Betheiligung an antisemitischen Agitationen . . . . für nicht vereinbar mit den Christenpflichten und Amtspflichten eines Geistlichen". Der evangelische Geistliche müsse auf der Seite des Rechts und der Wahrheit, der Liebe und des Friedens gefunden werden."

Es ist klar, daß man eben vom geistlichen Stande in erster Linie die Bethätigung der Grundsätze der Liebe erwarten muß. Wie aber stellen sich die zahlreichen antisemitisch gesinnten namentlich jüngeren Geistlichen zu diesen Grundsätzen! Es ist zumeist jene Generation von Geistlichen, die in den achtziger Jahren auf den deutschen Universitäten fanatisirt worden sind und im „Verein deutscher Studenten" eine mehr oder weniger rühmliche Rolle gespielt haben. Es ist tief zu beklagen, weil es kein Gewinn für den geistlichen Stand ist, wenn diese jungen Geistlichen den Altar mit der Volkstribüne vertauschen, um durch Judenverhetzungen den Beifall zu gewinnen, der manchem vielleicht in ihrer amtlichen Thätigkeit versagt geblieben ist. Gegen diese Entwürdigung des geistlichen Standes durch politisch unreife Geistliche müssen wir nachdrücklichst protestiren. Denn wir theilen die Meinung des berühmten Theologen **Prof. Dr. H. W. Thiersch** (in seiner Schrift „Ueber den christlichen Staat"*) 1875, S. 45): „**Der Geistliche soll sich fern halten von der Leidenschaft der politischen Parteien, er soll unverworren bleiben mit den Kämpfen über die Fragen der Zeit.**"

## Zur Nachwahl in Liegnitz.

Die Stichwahl in Liegnitz-Haynau hat am 4. März stattgefunden. Als Sieger ging Herr Stadtrath Jungfer hervor. Herr Jungfer erhielt 12975 Stimmen und Herr Hertwig 8584. Bei der Hauptwahl erhielten diese Candidaten 10667 und 6586 Stimmen. Leider hat auch ein Theil der Sozialdemokraten für den Antisemiten gestimmt. Ein anderer Theil stimmte für Herrn Jungfer und der Rest enthielt sich der Stimmenabgabe. Liegnitz-Haynau hat eine gute Lokalpresse, die Schlesier sind politisch vorgeschritten, der Wahlkreis ist gut organisirt und die Freisinnigen haben rechtzeitig mit einer planmäßigen Wahlagitation begonnen, all dieses im Gegensatz zu Friedeberg-Arnswalde. Bei der Stichwahl 1890 bekam der Freisinnige 14505, der Conservative 7172 Stimmen.

Herr v. Ploetz, der Vorsitzende des conservativ-antisemitischen „Bauernbundes", welcher jetzt in den neuen „Bund der Landwirthe" aufgegangen zu sein scheint, hat bei der Wahl in Friedeberg-Arnswalde die Mitglieder aufgefordert, den Bezirksvorsitzenden des „Bauernbundes" Herrn v. Waldow zu wählen. Was war der Erfolg? Herr v. Waldow erhielt 2876 Stimmen.

Bei der Hauptwahl in Liegnitz erhielt der conservative Candidat 1363 Stimmen. Die conservative Partei verschwand auch hier. Für die Stichwahl in Liegnitz hat Herr v. Ploetz in Nr. 9 des „Deutschen Bauernbundes" folgenden Aufruf für den antisemitischen Candidaten Herrn Hertwig erlassen. „**Stichwahl in Liegnitz-Goldberg-Haynau. Unsere Mitglieder werden ersucht, in der Stichwahl Mann für Mann für Rechtsanwalt Hertwig zu stimmen, welcher die Forderungen des Bundes der Landwirthe vertreten wird. Wer sich der Abstimmung enthält, fördert die Wahl des Anhängers des Freisinns, also der Partei, welche die Todfeindin der Landwirthschaft ist. v. Ploetz-Döllingen.**" Was war der Erfolg? 1998 Stimmen bekam der Antisemit mehr als bei der Hauptwahl! Also der ganze Anhang des „Bauernbundes" beträgt im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde höchstens 2876 Stimmen und noch weit geringer ist der Anhang in Liegnitz; denn in die 1998 Stimmen sind die sozialdemokratischen mit einbegriffen.

## Der Antisemitismus und die unabhängigen Sozialisten.

Das Bündniß des Judenthums mit der Sozialdemokratie ist eines der gebräuchlichsten Schlagworte der Antisemiten und die Bildung der Partei der sogenannten „Unabhängigen" suchen sie auf die antisemitische Gesinnung eines Theil der Sozialdemokraten zurückzuführen. Wie wenig sie dazu berechtigt sind, geht aus einer Debatte über den Antisemitismus hervor, welche in der am 5. in Rixdorf stattgehabten Volksversammlung der unabhängigen Sozialisten geführt wurde.

Wir entnehmen einem Berichte über die Versammlung Folgendes:

Metallarbeiter **Litfin** führte des Längeren aus, daß es für die Sozialisten keine Judenfrage, sondern nur eine soziale Frage gebe und daß die Sozialisten die christliche Ausbeutung ebenso bekampfen wie die jüdische. Daß die Kleinhandwerker, die Kleinbauern u. s. w. noch vielfach Antisemiten seien, finde er sehr erklärlich. Diese können mit dem Großkapital nicht mehr concurriren, sie sehen immer mehr ihren Untergang vor Augen und seien nun der Meinung, das alles hätten die Juden verschuldet. Diese Leute werden aber über kurz oder lang ebenfalls zu der Erkenntniß kommen, daß nicht eine bestimmte Rasse oder Religion, sondern die gesammte ökonomische Entwickelung ihren Untergang bedingen. Die Arbeiter, die sich in den großen Fabriken stets besser stehen, als bei den Kleinmeistern, haben keinerlei Interesse, diese ökonomische Entwickelung aufzuhalten, sondern im Gegentheil das Interesse, eine Beschleunigung dieser Entwickelung zu wünschen, da die Arbeiter alsdann nur desto schneller in die Lage kommen werden, von ihrem Rechte, an den Errungenschaften der Kultur theilzunehmen, Gebrauch zu machen. Im Uebrigen sei es unwahr, wenn man behaupte, die Juden wollten nicht arbeiten. In London und Nordamerika gebe es sehr viele jüdische Arbeiter. (Beifall und Widerspruch.) Die große Mehrheit der dortigen Schneider bestehe aus Juden. Wenn die Juden in Deutschland zumeist dem Handelsstande angehören, so seien daran die Gesetze schuld, die den Juden Jahrhunderte lang jeden anderen Erwerbszweig als den Handel und Schacher verboten hätten. Der Antisemitismus habe zweifellos das Verdienst, daß er dazu beigetragen habe, die Klassengegensätze zu verschärfen. Deshalb haben die Sozialisten auch keine Ursache, den Antisemitismus direct zu bekämpfen. Mögen die Antisemiten immerhin gegen den jüdischen Geldschrank vorgehen, die Sozialisten werden alsdann um so leichter in der Lage sein, dem christlichen Geldschrank zu Leibe zu gehen. Allerdings sei es Aufgabe der Sozialisten, die Arbeiter über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären und diese davor zu warnen, den Antisemiten Heeresfolge zu leisten, denn es sei für jeden Klarsehenden kein Zweifel, daß der Antisemitismus nur ein reactionärer Vorspann sei, den die Regierung dazu benutze, einmal gegen den Liberalismus und das andere Mal gegen das revolutionäre Proletariat auszuspielen. Die Regierung bediene sich aber des Antisemitismus nur so lange, als es ihr

*) Diese Schrift empfiehlt der **conservative** Führer Freiherr v. Friesen und Freund Stöcker's in seiner Broschüre „**Conservativ**" (Leipzig 1892, S. 12).

für ihre Zwecke gut scheine. Die Arbeiter bekämpfen jede Ausbeutung, gleichviel ob sie von jüdischer oder christlicher Seite betrieben werde.

Der antisemitische Schriftsteller Zenker sagte u. A.: Wir Deutschsozialen wünschen, daß es überhaupt keine Arme und Besitzlose mehr gebe. Wir wollen auch nicht die jüdischen Geldschränke stürmen. Wenn Jemand 1000 oder 10000 Mark besitzt, dann gönnen wir es ihm. Allein wenn Jemand 100 Millionen besitzt, dann sagen wir: das ist zu viel. Besitzer solcher großen Vermögen sind aber nur Juden. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Laut Statistik bestehen die meisten Verbrecher aus Juden. (Lärm.) Die Juden sind aber eine fremde Rasse, die in unserem deutschen Vaterlande nicht ferner geduldet werden darf. (Beifall und Gelächter.)

Schlosser Schwabenthal vertrat den Standpunkt, daß man durch Rassenhaß die soziale Frage niemals lösen werde.

Lackirer Bottcher: Ich bin der Meinung, die Arbeiter haben wohl ein Interesse, den Antisemitismus zu bekämpfen, denn durch den Antisemitismus wird einerseits bezweckt, die Arbeiter von ihrem Klassenkampfe abzulenken und andererseits will eine Anzahl christlicher Ausbeuter ihre jüdischen Concurrenten los werden, damit sie alsdann die Arbeiter noch brutaler ausbeuten können. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Wenn die Antisemiten glauben, die Arbeiter würden sich jemals von ihnen bethören lassen, dann haben sie sich gründlich geirrt.

Schlosser Rom: Ich frage Herrn Zenker, weshalb hat die christliche Religion, die schon fast 2000 Jahre die Weltherrschaft hat, das Elend und die Noth noch nicht aus der Welt geschafft? Plötzlich sollen an allem die Juden schuld sein, obwohl der Begründer der jüdischen Religion doch selbst ein Jude war. Die conservativen Groß-Grundbesitzer brauchen den Antisemitismus, um ihre Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu schützen. Der Jude wird den ländlichen Arbeitern als Köder hingeworfen und wenn die Sozialdemokraten aufs Land kommen, um wahre Nächstenliebe zu predigen und ihre Brüder über ihre Klassenlage aufzuklären, dann werden sie aus dem Dorfe hinausgeknüppelt. Das ist die Freiheit der Antisemiten. (Beifall und Widerspruch.)

Schlosser Siegerist: Der Antisemitismus muß aufs Entschiedenste bekämpft werden. Handeln denn die christlichen Großkapitalisten immer in christlichem Geiste? Ich arbeite augenblicklich bei einem jüdischen Arbeitgeber, ich muß aber bekennen, daß ich noch niemals so nobel wie jetzt von einem christlichen Arbeitgeber behandelt worden bin. Selbstverständlich trete ich der jüdischen Ausbeutung ebenso entgegen wie der christlichen.

Die Antisemiten werden nunmehr einsehen, daß sie weder die fractionellen noch die unabhängigen Sozialisten als ihre Bundesgenossen ansehen dürfen.

---

## Zur Abwehr.

**Prediger Lic. Gräbner** sprach am 6. d. M. in einer großen Versammlung des hiesigen freisinnigen Arbeitervereins über den Antisemitismus und die politischen Parteien. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall, die Versammlung verlief ohne jede Störung.

g. **Marburg** (Lahn), Anfang März. Die Verbrüderung der Conservativen und Antisemiten hat den hiesigen Abwehr-Verein veranlaßt, am 28. Februar im Saalbau eine öffentliche Versammlung abzuhalten, die von Freunden und Gegnern zusammen von 400 Personen besucht war. Auf der Tagesordnung stand als einziger Gegenstand das Thema „Conservative und Antisemiten." Der Vorsitzende Herr Professor Dr. Stengel leitete die Verhandlungen mit einer Rede ein, in welcher er auf die Wahlen in Arnswalde-Friedeberg und Liegnitz-Goldberg hinwies und es für nothwendig erklärte, daß auch die hiesige Bevölkerung zu der dort vollzogenen Verschmelzung der Conservativen und Antisemiten Stellung nehme. Er hoffe zuversichtlich, daß unter den heutigen Conservativen sich doch noch ein erheblicher Bruchtheil befinde, die dem antisemitischen Treiben mit Abscheu gegenüberständen und einem Menschen wie Ahlwardt nicht auf ihren Schild erhöben. Das Wort wird darauf Herrn Prof. Rathke ertheilt, der in freundlicher Weise das Referat über das oben angegebene Thema übernommen hatte und sich seiner Aufgabe in ruhiger, sachlicher Sprache entledigte.

Der Redner gab eine Menge detaillirter Beweise für die Unwahrhaftigkeit der antisemitischen Behauptungen, die wohl von einem großen Theile, aber nicht von allen Conservativen bedingungslos übernommen worden seien. Unter den Letzteren befänden sich denn doch noch Elemente, die wie der Reichskanzler Caprivi vom alten Schrot und Korn seien und die demagogische Agitation weit von sich wiesen. An der Hand von Ziffern wies Redner die Grundlosigkeit und die directe Blödsinnigkeit so mancher antisemitischen „Wahrheiten" nach und rechnete nebenbei auch mit den „nationalen" Studenten ab, die den Agitator Böckel auf seinen Reisen begleiteten und die antisemitischen Hetzereien mitmachten, weil diese ohne jede Mühe begrifflich zu bewältigen seien, während die Erwerbung eines politischen Urtheils Arbeit und Zeit koste und daher von ihnen verschmäht sei. Das sei aber die Folge davon, daß man ihnen vorgesagt, es genüge der Besitz der Liebe zum Vaterlande und nationaler Kraftphrasen, um ein tüchtiger Staatsbürger zu werden. Nachdem Redner die Fragen des Wuchers, des Hausirhandels, des Kleinhandwerks eingehend besprochen, schließt er mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk so viel gesunden Sinn offenbaren möge, um den Antisemitismus, der weite Kreise zu verrohen und zu verwildern strebe, in sich selbst zu besiegen und auszurotten, nicht allein weil er moralisch verwerflich, sondern auch weil er praktisch verderblich sei.

Die Antisemiten — darunter einige Studenten —, die im hinteren Theil des Saales in dichten Gruppen zusammenstanden, hatten dem Vortragenden nur an einzelnen Stellen durch unterdrückte Oho-Rufe ihr Mißfallen zu erkennen gegeben, sie setzten aber bei den Ausführungen der folgenden Redner, denen unterschiedslos eine Sprechzeit von 20 Minuten gewährt wurde, um so kräftiger ein und gaben dem Vorsitzenden, der in jedem noch so kritischen Augenblick die Situation beherrschte, mehrfach Gelegenheit, eingreifen zu müssen. Es sprachen insgesammt fünf Personen aus dem Publikum gegen den Antisemitismus; in besonders wirksamer Weise die Herren Bolland und Dr. Quarck. Sie alle, darunter zwei Sozialdemokraten, traten dem Antisemitismus auch politisch als einer reactionären Bewegung scharf entgegen. Dr. Quarck hielt den Anhängern Böckels das letzte Sündenregister der Conservativen in puncto Branntweinsteuer-Liebesgaben &c. entgegen und kam auf Grund einer unanfechtbaren Beweisreihe zu dem Schluß, daß die antisemitische keine Volks-, sondern eine volksfeindliche Partei sei. Trotz wiederholter directer Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich keiner der anwesenden Antisemiten zum Wort, sie begnügten sich damit, nach alter Kampfart, Spektakel zu machen und, als der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß, mit einem Hoch auf ihren Apostel Böckel zu antworten. Der Letztere war der Versammlung fern geblieben und erklärt das in seinem Leibblatt damit, daß er Zeit und Geld nöthiger verwenden könne. Und doch hat er früher kaum eine unserer Versammlungen vorüber gehen lassen, ohne mit bombastischen Worten zu erklären, daß wir nur für ihn Propaganda machten. Jetzt hat sich das Blättlein gewandt. Dem Abg. Böckel hat eben schon oftmals eine leere Ausrede eine Schwäche verdecken müssen. So ist es auch diesmal. Jedenfalls hat die Versammlung bewiesen, daß wir hier auf eine beträchtliche Zahl gleichgesinnter Kreise rechnen können. Der Hauptzweck, diese zusammenzuschaaren, ist erreicht worden.

**Aus Lübeck**, 2. März, wird dem „Hamb. Fremdenbl." geschrieben: Der Antisemitismus wollte hier gestern seinen Einzug halten, Dr. Danneil aus Bielefeld war gekommen, ihm den Weg zu ebenen. Er hat eine so furchtbare Niederlage erlitten, daß er gewiß nicht wieder kommen wird. Die Versammlung, zu der der Eintritt mit 50 Pfg. bezahlt werden

mußte, war von etwa 200 Personen besucht. Schon während der Dr. Danneil'schen Ausführungen war der Widerspruch und der Lärm bisweilen unbeschreiblich. An der Discussion betheiligten sich u. A. Redacteur Szafransky von der „Eisenbahn-Zeitung“, Gewerbeschuldirector Lange, Kaufmann Seydell und der socialdemokratische Führer Meyer. Szafransky wies den Versuch, den Frieden und die Eintracht in unserer Bevölkerung zu stören, unter brausendem Beifall zurück. Er setzte auch auseinander, weß Geistes Kind der Redner sei. In Oldenburg habe er zwei Juden in einer Versammlung heruntergemacht. Als dieselben zu ihm kamen und um Gelegenheit zur Rechtfertigung baten, habe er gesagt, er wolle eine zweite Versammlung einberufen, wenn die Juden ihm dafür 50 Mark bezahlten! Auch die Gründe, warum Herr Dr. Danneil aus Bielefeld fortgezogen war, wurden klar gelegt, ohne daß der Herr sich mit einem Wort, namentlich gegen die erste Anschuldigung vertheidigt. Herr Seydell wies unter allgemeiner Heiterkeit darauf hin, daß der Rector Ahlwardt auch in Lübeck nicht unbekannt sei. Er habe sich hier einmal auf der Durchreise 3 Mk. von einem Herrn, der durchaus nicht zu seinen Parteigenossen gehörte, geliehen und noch nicht zurückbezahlt. Der betreffende Herr war in der Versammlung anwesend und gab Herrn Dr. Danneil seinen Namen auf. Dieser zog auch sein Portemonnaie, aber die 3 Mk. hat er nicht für seinen Genossen bezahlt. Eine vom Redacteur Szafransky eingebrachte Resolution ging dahin: „Die Versammlung verwirft den Antisemitismus als eine dem Christenthum und aller Cultur hohnsprechende Verhetzung: sie hält den Versuch einer solchen Verhetzung für um so schmachvoller, als die christlichen Bewohner Lübecks bisher in gutem Einvernehmen mit ihren jüdischen Mitbürgern gelebt haben.“ Als Dr. Danneil fragte, wer gegen die Resolution sei, erhoben sich etwa 20 Mann. Herr Dr. Danneil erklärte nun die Resolution für abgelehnt. Auf die donnernden Zurufe „Gegenprobe!“ bequemte er sich schließlich dazu, und nun ergab sich, daß die überwältigende Mehrheit zustimmte.

**Leipzig**, 5 März. In einer heute Vormittag abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Liebknecht über Sozialismus und Antisemitismus. Der Redner wendete sich in den schärfsten Ausdrücken gegen den Antisemitismus. Die Sozialdemokratie würde nie die Sippe der Antisemiten unterstützen. Redner schloß mit den Worten: „Das Narrenschiff des Antisemitismus wird zerschellen an der Cultur unserer Zeit und an der deutschen Sozialdemokratie“. Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden.

N. **Aus Baden**, 6. März. In der Nähe von Heidelberg, wohin das von dem jungen Bösenberg geleitete altersschwache antisemitische Blättchen demnächst zu einem „Jungbade“ übersiedelt werden wird, befindet sich der Ort Waldwimmersbach, der durch eine antisemitische Radauversammlung, der u. A. auch der conservative Reichstagsabg. Consul Menzer beiwohnte, hier zu Lande eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Die dem antisemitischen Redner gegenübertretenden Anhänger anderer Ansichten sollten nämlich durch die Faust überzeugt werden, daß den antisemitischen Lehren nur mit dieser kräftiger Unterstützung ein dürftiges Leben einzublasen ist. Der Gegenredner wurde also mit Fäusten bearbeitet und hat, da er 2 Tage bettlägerig wurde, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht. Vor Gericht dürfte also den politischen Gesinnungsgenossen des Herrn Bösenberg Gelegenheit gegeben werden, zu lernen, daß die Faust von allen Ueberzeugungsmitteln das am wenigsten erlaubte ist, noch weniger erlaubt, als Lügen und Verleumden. — Im Uebrigen hat diese Versammlung das Gute gehabt, daß die freisinnigen Elemente dem jungen Bauerndoktor Bösenberg etwas mehr auf die Finger zu sehen. So haben am letzten Sonntag mehrere freisinnige Versammlungen stattgefunden, in Kl.-Gemünd bei Ladenburg, und Speckbach, in denen der Antisemitismus seine gebührende Würdigung fand. In Speckbach, einem angeblich vom Antisemitismus occupirten Terrain, war das Resultat der Versammlung, in der Herr Rechtsanwalt Bruck-Bockenheim über „Agrarier und Antisemiten“ sprach, ein derart vortreffliches, daß demnächst ein „freisinniger Verein“ ins Leben treten dürfte, dem beizutreten grade die angesehensten Elemente der Speckbacher Bürgerschaft bereit sind. Hier genügte also eine Versammlung, um die ganze Hohlheit des Antisemitismus darzuthun; und wie hier, wird es auch überall da sein, wo jeder Funke von Intelligenz noch nicht durch Böckel'sche Agitatoren erstickt ist.

**Der „Brühler Stadtanzeiger“** schreibt in einer Correspondenz aus München:

„Heinrich Rickert, der rastlose Patron der Juden, welcher von Menschenliebe förmlich trieft, sobald es sich um russisch-polnische Israeliten handelt, hat eine unqualificirbare Beleidigung gegen Dr. Rohling, einen Mann in kirchlichen Würden und staatlichen Aemtern, verübt. Kanonicus und Universitätsprofessor Dr. Rohling in Prag wurde von Rickert im preußischen Landtage des Meineids und der Fälschung bezichtigt.“ Der Correspondent findet das unerhört und giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß Präsident v. Köller diese Beleidigung eines Abwesenden und Ausländers ohne Rüge gelassen hat.

Der Vorgang, auf den sich diese Zuschrift bezieht, ist bekanntlich folgender: Nachdem der Abgeordnete Dasbach den Professor Dr. Rohling gerühmt, beschränkte sich der Abgeordnete Rickert darauf, aus einer sämmtlichen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zugegangenen Schrift des Professors der Theologie an der Berliner Universität Dr. Hermann Strack einen Passus über Rohling zu verlesen. Das war Alles. Prof. Strack hat sich erboten, diese seine Anklagen vor Gericht zu beweisen. Eigenthümlich ist es, daß dieselben Leute, die so feinfühlig sind, daß es ihnen nicht einmal gestattet erscheint, Stellen aus einer Druckschrift, die überallhin unbeanstandet und unbeantwortet verbreitet ist, vorzulesen, während sie ohne irgend welches Bedenken die allerschlimmsten Anschuldigungen gegen die gesammten Juden täglich verbreiten.

**Die katholische „Coblenzer Volkszeitung“** kommt auf Grund von Auslassungen der von Fritsch herausgegebenen „Deutschsozialen Blätter“ zu dem Schlusse, daß der „wissenschaftliche Antisemitismus in der schärfsten Form ebensowohl gegen das Judenthum wie gegen das positive Christenthum kämpft. Damit habe er sich selbst gerichtet und es sei somit klar erwiesen, daß ein gläubiger Christ sich diesen Leuten nicht anschließen kann, will er nicht seine eigene Religion beschimpfen.“

**Zur jüdischen Sittenlehre.** Rabbiner Dr. Frank in Köln hat zur Feier des Geburtstages des Kaisers in der Synagoge eine Rede gehalten, die unter Anderem folgende ernste Mahnungen enthält:

Reine Hände, reine Herzen, reine Thaten, Gradheit und Wahrheit, Offenheit und Redlichkeit, Ehrlichkeit im Verkehr, Rechtlichkeit im geschäftlichen Leben und Gewerbe, das fordert Gott, das fordert die Gesellschaft von uns. Wo noch hier und da bei einem Bruchtheil unserer Glaubensgenossenschaft, ein trauriges Erbtheil aus frühern prüfungsreichen Zeiten, der Hang sich geltend machen will, abzuweichen von dem geraden Wege des Rechts und der Rechtlichkeit, bedenke man, daß man sich nicht allein gegen Gott, gegen seine Nebenmenschen, sondern auch und vor allem gegen sein Vaterland und gegen seinen Fürsten vergeht. Es ist gewiß wahr, daß infolge ehemaliger und zum Theil noch heute bestehender sozialer Mißstände, infolge schicksalsschwerer Jahrhunderte die Bekenner des Judenthums auf einige wenige Gebiete der Berufsthätigkeit zurückgedrängt wurden und ihnen die freie Wahl des Berufes entzogen war, so daß noch in der Gegenwart diese wenigen Berufsgebiete

zum großen Theil von unsern Glaubensgenossen angebaut werden, aber aus eben diesem Grunde, weil ein scheinbarer überwiegender Einfluß auf diesen Gebieten ihnen zusteht, sollten sie auch vor dem Schein sich hüten, irgendwie oder irgendwo Rechtlichkeit oder Redlichkeit zu verletzen. Nicht mögen wir in unbescheidener Weise unsere Schätze vor aller Welt ausstellen und nicht unberechtigterweise uns vordrängen in Kreise, wo man uns nicht ruft. Nicht dürfen wir in Wort und Rede, in Gebaren und Benehmen uns verrathen, daß wir erst gestern das Knechtsgewand, das Bedientenkleid abgelegt haben, sondern seiner Menschenwürde bewußt, muß der Israelit stets seinen Gott vor Augen haben, der den Dünkel und Hochmuth haßt und die Demuth und Bescheidenheit liebt. Man höre endlich einmal auf, irdische Güter als Voraussetzung der Tugendhaftigkeit hinzustellen und Armuth und Laster als gleichbedeutende Begriffe zu bezeichnen.

**Juden als Deutsche.** In einer der letzten Sitzungen des Stadtoerordneten-Collegiums in Prag drohte der Stadtoerordnete Breznoosky den Juden, welche ihre Kinder in deutsche Schulen schicken, mit dem Gespenst des Antisemitismus. Als ein anderer Stadtverordneter, Namens Inwald, die Juden vertheidigte, erwiderte Breznowsky, Herr Inwald werde doch nicht die deutschen Juden vertheidigen, denn nur gegen diese habe er gesprochen, gegen jene Juden nämlich, die ihre Kinder in deutsche Schulen schicken. Bemerkenswerth ist die ganz bestimmte Form, in welcher der tschechische Antisemitismus auftritt. Diese Tschechen feinden nur jene Juden an, welche sich nicht national eins mit den Tschechen fühlen, also wegen nationaler Abtrünnigkeit. Ganz im Gegentheile dazu bekämpfen die deutschen Antisemiten die deutschen Juden als Fremdlinge, welche aus dem Rahmen des deutschen Volkthums ausgeschieden werden müssen. Welche von den beiden antisemitischen Doctrinen mag wohl Recht haben, und wem sollen die Juden es Recht machen?

**Antisemitische Lüge.** Leopold von Sacher-Masoch der bekannte Schriftsteller, wird um seines vermeintlichen „Philosemitismus" willen von den Antisemiten als Jude bezeichnet. So sagte das „Volk" vom 17. Dezemb. hämisch: „Wie alle Literatur-Juden, behauptet auch dieser Muster-Pornograph zunächst wieder. kein Jude zu sein .... Diese modernen Juden glauben in der That, schon Christen zu sein, wenn der Vater oder Großvater aus Zweckmäßigkeitsgründen äußerlich einen Uebertritt vollzog, durch den sich ihre Kinder und Kindeskinder hinterher auch nicht im geringsten für verpflichtet halten, mit der bisherigen Tradition ihrer jüdischen Denk- und Lebensweise zu brechen.... Sacher-Masoch hat den Juden weder in seiner Lebensführung noch in seiner Schriftstellerei ablegen können. Alle unangenehmen Rasseeigenthümlichkeiten finden sich bei ihm in virtuoser Weise ausgebildet ... zügellose orientalische Phantasie ... echt jüdische Eitelkeit und Selbstüberhebung ...."

Demgegenüber schreibt L. von Sacher-Masoch:

„Ich glaube nicht, daß es etwas geben könnte, wodurch das zu gleicher Zeit unmenschliche und unchristliche Streben der Antisemiten besser bezeichnet werden könnte, als durch die Thatsache, daß dieselben mich, der ich aus einer **mindestens seit 1517 unzweifelhaft christlichen Familie stamme,** zum Juden gemacht haben, nur weil ich die Juden ehrlich und energisch gegen ebenso unsinnige als niederträchtige Angriffe vertheidigt habe."

## Aus der antisemitischen Partei.

**Die Candidaturen Hertwig** im Reichstagswahlkreise Liegnitz und **Paasch** in Stargardt-Dirschau-Berent sind von antisemitischer Seite auch mit dem Hinweise auf die Artikel des Osservatore Cattolico in Mailand empfohlen worden.

In dem westpreußischen Wahlkreise verbreitete man einen Aufruf, in dem es heißt:

„Den katholischen Wählern zur Beachtung. Der „Osservatore Cattolico", das bedeutendste katholische Blatt Italiens und Organ Sr. Heiligkeit des Papstes in Rom, empfiehlt allen Katholiken des Wahlkreises sehr warm und dringend Herrn **Kaufmann Karl Paasch** in Leipzig, den muthigen, unerschrockenen Kämpfer gegen das Judenthum."

Die katholische „Köln. Volksztg." stellt fest, daß diese Empfehlung in Berliner Briefen des genannten Blattes, welches übrigens mit dem Papste gar nichts zu thun habe, enthalten war; der Verfasser gehöre zu den verbohrtesten Antisemiten. Die „Köln. Volksztg." erinnert daran, daß Paasch ziemlich 99 pCt. aller bedeutenden Männer des 19. Jahrhunderts als Juden denuncire; wer auch nur ein Mal eine Urgroßtante mütterlicherseits mit verdächtig klingendem Namen hatte, sei Mitglied der Allianee, wolle das Deutschthum planmäßig auf den Hund bringen und dergleichen mehr. So werde denn auch Papst Pius IX. in das Semitenthum verwickelt; gelegentlich einer Audienz, so wird angedeutet, habe Jemand mittels des — Geruchssinnes diese Entdeckung gemacht.

**Die „Kreuzzeitung"** vom 4. März brachte die Notiz, daß der Verein zur christlichen Fürsorge für jüdische Proselyten am Sonntag, den 5. sein 57. Jahresfest feiert. Sehr schön! Aber wie verträgt sich das mit der sonstigen Haltung der „Kreuzzeitung"? An derselben Stelle theilt die „Kreuzzeitung" mit, daß am 4. März der Festcommers zur Feier des Stiftungsfestes des Antisemitenbundes stattfindet, bei welchem Ahlwardt, Schneider aus Wien, Hertwig, Bachler, Werner, Pickenbach 2c. sprechen werden

Auf diesem Commers herrschte natürlich großer Jubel. Ahlwardt. Bachler und der Stempelfälscher und Tschechenfreund Schneider wurden durch Riesenlorbeerkränze gefeiert.

**Ahlwardt** steht, seitdem er der Freiheit wiedergegeben und in den Reichstag eingetreten ist, wieder vollständig im Dienste der antisemitischen Agitation. Er ist ganz der Alte geblieben; seine Tonart hat sich nicht gemildert Im Gegentheil, der Reichstagsabgeordnete ist mit Kraftausdrücken wenn möglich noch freigebiger, als es der einfache Rector gewesen. Ahlwardt hat seinen Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg aufgesucht, wo er, nach den Berichten antisemitischer Blätter, von seinen Gesinnungsgenossen wie ein Halbgott empfangen wurde. — In Liegnitz hat er die Niederlage seines Freundes Herlwig nicht zu verhindern vermocht. Demnächst soll Ahlwardt in Breslau, Strehlen, Zabrze und Kattowitz sprechen.

Aus der Rede, welche Ahlwardt auf dem Commers des deutschen Antisemitenbundes in Berlin gehalten hat, wollen wir einige Sätze der Nachwelt überliefern. Er sagte: Er arbeite „nicht aus Haß gegen die Fremden, sondern aus Liebe zu den Brüdern." Bis jetzt sei der Kampf der Antisemiten nur ein Vorpostengefecht gewesen, jetzt müsse man zur Schlacht übergehen. Die Bauern, das Volk werde arm und die „schwarzgelockten krummbeinigen Juden" (Großer Beifall!!) werden immer reicher. Das sei garnichts, die Juden nicht Juristen oder Lehrer werden zu lassen. Wer das fordere, thue es nur, um seinen Söhnen eine bessere Aussicht auf ein Avancement zu eröffnen. (Mag stimmen!) Sie fordern es aus persönlichem Interesse. Man müsse aber für das ganze Volk sorgen durch „eine einzige energische That." „Unter uns darf dies Volk nicht bleiben." „Judensöldlinge werden in unsre Reihen geschickt, um uns zu verrathen." Herr Ahlwardt theilte auch mit, daß ein Einverständniß mit den Abgeordneten Pickenbach, Werner, Zimmermann erzielt und daß eine Einigung mit Böckel und Liebermann v. Sonnenberg zu erwarten sei.

**Herr Hertwig** führte daselbst u. a. Folgendes aus:

„An den Regierungsantritt unseres Kaisers haben sich große Hoffnungen geknüpft. Sie wissen Alle, wie sie sich erfüllt haben. Jetzt sagen wir: Wenn nicht mit der Regierung gegen das Judenthum, dann ohne sie und eventuell gegen sie! (Donnernder, nicht endenwollender Beifall. Hochrufe auf Hertwig.)

Ein interessantes Stimmungsbild!

**Gegen den Pfarrer Specht,** einen der Führer der Antisemiten in Baden, soll, wie wir dem antisemitischen „Bad. Volksb." entnehmen, wegen Beleidigung des bekanntlich der jüdischen Confession angehörenden bisherigen badischen Finanzministers Ellstätter eine Untersuchung eingeleitet werden.

**Was antisemitische Blätter ihren Lesern bieten dürfen.** Die „Staatsbürger Ztg." berichtet, daß an den Vorsitzenden des Conservativen Bürgervereins Wedding, Ingenieur Eckelt, folgender Brief eingelaufen sei:

„Berlin, den 21. Februar 1893.

Herrn J. C. L. Eckelt, Civil-Ingenieur, hier. Durch unsere Detectivs haben wir in Erfahrung gebracht, daß Sie als Haupt-Agitator der Antisemitischen Partei für den heutigen Abend eine große Versammlung dieser Partei einberufen haben; wir ermahnen Sie daher, alles unliebsame zu vermeiden, da wir nicht davor zurückschrecken werden, mit allen uns zustehenden Mitteln gegen alle uns schädigenden Elemente, besonders gegen Sie, rücksichtslos vorzugehen. Wir haben für den heutigen Abend dahingehende Maßnahmen getroffen, um Sie einfürallemal unschädlich zu machen. Das Executiv-Comité der Alliance-Israelite: Cohn. Süß. Manasse."

Diesen albernen „Witz" bringt die „Staatsbürger Ztg." als „Charakteristikum". Charakteristisch ist allerdings die Veröffentlichung des Briefes für die antisemitische Agitation. Man druckt das den antisemitischen Ursprung nicht verleugnende Machwerk ab und überläßt es dem Leser, ob er dasselbe als einen Scherz oder als einen Ausfluß der Gemeinschädlichkeit des jüdischen „Geheim-Bundes" ansehen will.

**Herr Dr. Hirsch Hildesheimer** hat in der gelesensten Berliner Zeitung, in dem „Lokal-Anzeiger" eine ausführliche „Offene Anfrage" an Herrn Hermann Pohl, dem Vorsitzenden der deutsch-sozialen Geschäftsstelle in Berlin erlassen, worin er feststellt, daß dieser Herr trotz mehrfacher Mahnungen noch immer nicht zu einer Klage gegen ihn geschritten sei. Bekanntlich hatte Pohl 630 M. zu dem Zwecke gesammelt, um Dr. Hildesheimer wegen seines Talmud-Flugblattes zu verklagen. Seit Juni 1892 hat Pohl die Klage als eingeleitet bezeichnet und bis auf den heutigen Tag ist sie nicht Dr. Hildesheimer behändigt worden. Wo bleibt die Klage? fragt Dr. Hildesheimer!

**Wie die „Staatsbürger-Zeitung" entstellt.** Am 27. Dezember v. J. wurde die Synagoge in Pforzheim eingeweiht. Dr. Adolf Schwarz, Rabbiner in Karlsruhe hielt die Festrede. Die „Staatsbürger-Ztg." veröffentlichte darüber einen gehässigen Bericht, worin Dr. Schwarz als ein fanatischer Israelit geschildert wird, dessen Rede voller versteckter Spitzen gegen das Christenthum gewesen sei. Wie unrichtig und entstellt dieser Bericht ist, geht aus einem Vergleich desselben mit der uns gedruckt vorliegenden Rede hervor.

| Staatsb. Ztg. | Dr. Schwarz. |
|---|---|
| Von dem Vorwurf mangelnder Vaterlandsliebe suchte der Redner mit einem einzigen Satze seine Stammesbrüder zu entlasten, indem er sagte: „Wir sind Deutsche, deutsch ist unsere Muttersprache, deutsch unsere ganze „Bildung". | „. . . Deutsch ist unsere Bildung, das Deutsche ist unsere Muttersprache, wir reden deutsch, wir denken deutsch, wir fühlen deutsch, deutscher vielleicht denn Mancher, der sich als Urgermane geberdet. Unser Glaube ist der jüdische, aber unsere Nationalität ist die deutsche, deß ist Zeuge unter anderem auch die Synagoge, in welcher nicht blos deutsch gepredigt wird, sondern in welcher auch neben dem hebräischen Gebet das deutsche Lied Heimathrecht erlangt hat." |

**Aus Bernburg** wird uns geschrieben:

Im Bernburger General-Anzelger veröffentlicht der Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe zu Bernburg ein gegen die Juden gerichtetes schamloses Gedicht, betitelt „Kyffhäusertraum", das niedriger gehängt zu werden verdient.

Wir citiren aus demselben die folgenden Verse:

Doch in des Reiches Wurzeln
Da nistet Drachenbrut
Und frißt von Deutschland's Marke
Und zehrt von seinem Blut!

Die Neidlingsschaar begeifert
Was Deutschland heilig war, —
Schon wagt sie frech zu tasten
An Thron und an Altar;

Sie predigt Freiheit, Gleichheit
Gar stürmisch mit Geschrei
Sie hetzt und schürt, verleumdet
Lacht sich ins Fäustchen dabei.

Verführt die deutschen Mädchen
Vergiftet das deutsche Blut
Sie bringt den deutschen Bauer
Um Habe und um Gut.

Der Verein, welcher unter falscher Flagge lediglich dem Antisemitismus huldigt, sollte, wenn er gegen Unwesen zu Felde ziehen will, bei sich selbst den Anfang machen. Denn schlimmeres Unwesen kann wohl nicht getrieben werden, als wenn die schöne Kyffhäusersage in so schamloser Weise verdreht und zur rohesten Hetze gegen die Juden ausgenutzt wird. Ist es doch nur Lug und Trug, „daß die Juden es wagen an Thron und Alter frech zu tasten", — und auf die herrliche Stunde „bis dem tückischen Judenbund die Grenzen gewiesen werden" (wie es in dem Gedicht heißt) — wird der Bernburger Verein gegen Unwesen wohl noch sehr lange warten müssen.

---

## Ein französischer Nationalökonom über die Judenfrage.

### IV.

XX **Paris.** In der Nummer vom 1. Februar der „Revue des deux mondes" veröffentlicht Anatole Leroy-Beaulieu seinen Schlußartikel über die Judenfrage. Ich will denselben im Folgenden zu resumiren versuchen.

Beaulieu erklärt die unbestreitbare Thatsache, daß die Juden noch immer in allen Ländern eine mehr oder minder enggeschlossene Genossenschaft bilden, weder aus physiologischen noch ethnographischen, sondern aus rein historischen Motiven. Von dem Augenblicke an, wo das Christenthum unter Constantin d. Gr. Staatsreligion geworden war, wurden nämlich die von den heidnischen Kaisern mit dem römischen Staatsbürgerrechte ausgestatteten Juden plötzlich zu Staatsbürgern zweiter Klasse oder, um einen in letzter Zeit aus bekanntem Anlasse viel genannten Ausdruck zu gebrauchen, zu Schutzjuden degradirt. Das Martyrium Israels dauerte mit einigen Unterbrechungen 15 lange Jahrhunderte. Wie kann man sich da wundern, daß das Gros der jüdischen Bevölkerung, zumal im Osten Europas, wo das Martyrium unter neuen Formen wieder beginnt, sich noch nicht völlig an den ständigen Contact der christlichen Kreise gewöhnt hat?

Tritt uns dasselbe Phänomen nicht nur im Orient — wir erinnern an die Kopten, Armenier, Parthen und Drusen, deren Kultus in gewissem Sinne, gleich dem der Juden, ein nationales Gepräge trägt — sondern auch im cultivirten Europa entgegen? Selbst in Frankreich, wo doch die Protestanten seit ungezählten Jahrzehnten die vollste Religionsfreiheit genießen, wo sie derselben Nationalität wie die katholische Majorität der Bevölkerung angehören, in einem Lande endlich, wo man in religiöser Beziehung durchaus indifferent ist, besteht noch immer eine gewisse Scheidewand zwischen den Katholiken und den Anhängern der Lehred Luthers oder Calvins. Man wagt es in klerikalen Kreisen nicht, offen den Unmuth zur Schau zu tragen, den man

darüber empfindet, daß Herr Carnot Protestanten wie Freycinet, Ribot ꝛc. wiederholt mit der obersten Leitung der französischen Politik betraut hat. Besäßen Herr v. Cassagnac und die übrigen Führer der hiesigen Ultramontanen die nöthige Macht, so würden sie gewiß nicht zögern, dem ihnen noch mehr als das Judenthum selbst verhaßten Protestantismus, wie es jüngst ihre Gesinnungsgenossen in Madrid, anläßlich der Eröffnung einer lutherischen Kirche versucht haben, ein Bein zu stellen.

Andere analoge Beispiele für das sich enge Zusammenschließen religiöser Genossenschaften bieten uns die Presbyterianer in England, die Katholiken in Holland, die Calvinisten in Ungarn, die Waldenser in Pirmont, die Roskolniks in Rußland ꝛc.

Man wirft den Juden häufig vor, daß sie unter den verschiedenen Nationen ein deren Nationalität zersetzendes Element bilden. Dieser Vorwurf ist ungerecht; vielmehr ist das Gegentheil wahr. Ist es dem Juden in Polen, Kleinrußland und Ungarn, wo er doch, fast ohne Unterbrechung, seit vielen Jahrhunderten ansässig ist, gelungen, der polnischen, kleinrussischen oder ungarischen Nationalität irgend welchen Eintrag zu thun? Finden wir nicht unter den glühendsten polnischen und ungarischen Patrioten zahlreiche Söhne Sem's? Das Gesagte gilt ebenso für die deutschen und sogenannten portugiesischen Juden, oder, wie sie sich mit einem hebräischen Namen nennen, für die Aschkenasim und Sephardim. Diese beiden großen Bruchtheile des jüdischen Stammes standen sich durch viele Jahrhunderte schier fremd einander gegenüber. Die Scheidung aber war eine rein nationale und trug ein mehr arisches als semitisches Gepräge. Die spanischen und deutschen Juden hatten sich nämlich so sehr in die Eigenthümlichkeiten des iberischen und germanischen Nationalcharakters eingelebt, daß, als sie einander nach fast tausendjähriger Trennung, auf dem gemeinsamen Leidenswege begegnet waren, sie Mühe hatten, sich gegenseitig wiederzuerkennen.

Sehr lange bildeten die Aschkenasim und Sephardim in Jerusalem, an den Ufern der Donau, in Frankreich, Holland, England und in Amerika besondere, oft einander feindlich gegenüberstehende Gemeinden, mit eigenen Synagogen, eigener Umgangssprache und eigenen religiösen Gebräuchen. In Paris, Wien, London ꝛc. bestehen noch heute größere Sephardimgemeinden. Noch vor hundert Jahren gehörten die Ehen zwischen deutschen Juden und Spaniolen zu den größten Seltenheiten und 1791 überreichten die portugiesischen Juden von Bordeaux eine besondere Petition der französischen Kammer, in der Absicht, nicht mit den Juden des Elsaß oder selbst denen des Franche-Comté in denselben Sack geworfen zu werden! Die Gemeinsamkeit der Gefahren allein vermochte allmählich diese nationalen Gegensätze innerhalb des Judenthums zum Schwinden zu bringen. Und Schuld des modernen Antisemitismus ist es, wenn die seit ihrer Emancipation zwischen den Juden der einzelnen Länder wieder allmählich sich aufrichtenden Schranken zum zweiten Male niedergerissen zu werden beginnen. Welcher Jude kümmerte sich z. B. in Amerika, England oder Italien um das Loos der drei Millionen Glaubensgenossen in Rußland vor den grausamen Ukasen Seiner Majestät des Czaren Alexander III? Hätte es einer Alliance Israélite Universelle bedurft, wenn es nicht schon vor 30 Jahren eine rumänische, bulgarische und orientalische Judenfrage gegeben hätte? (Schluß folgt.)

## Briefkasten

**P. L.** in **Halberstadt**. Solche Briefe sind uns stets willkommen.

**J. Kolm.** Wie das „Reichsblatt" berichtete, ist der Rittergutsbesitzer Paeske in Conraden bei Arnswalde schon lange Mitglied eines antisemitischen Vereins in Berlin und wird noch heute in dessen Listen geführt.

**X. X.** in **M.** Wir sind nicht der Lage, auf den Verleger des betr. Blattes einen Einfluß auszuüben.

* **Als Beiträge für die Wahl in Liegnitz-Haynau-Goldberg sind eingegangen:**
M. K. N. in Wilhermsdorf 9 M. — L. S., Schlesien 50 M. — Samson Dieloff-Frankenberg 4 M.

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 15. Februar 1893.

Abgeordneter **Dasbach:** Meine Herren, meine politischen Freunde und ich haben es bisher vermieden, in den Debatten über den Antisemitismus einzugreifen. Es würde auch jetzt nicht von mir geschehen, wenn nicht gestern der Herr Abgeordnete Rickert gegen einen meiner Freunde einen Vorwurf erhoben hätte. Zwar erwarte ich noch eine telegraphische Antwort von ihm auf meine letzte telegraphische Anfrage und wollte deshalb einen anderen Herrn Redner vorgehen lassen; aber durch einen unglücklichen Zufall ist mir jetzt schon das Wort ertheilt worden; über einen Punkt also bin ich noch nicht unterrichtet.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat behauptet:

> In dem Münster'schen Prozeß war der Dr. Ecker Gutachter. Ecker, der eine Autorität für Herrn Stoecker ist, hat sich dies Gutachten an einem gewissen Herrn Brimann machen lassen, der unter dem Namen Dr. Justus den „Judenspiegel" geschrieben hat, und der in Oesterreich wegen Urkundenfälschung mit Kerkerhaft und mit Landesverweisung verurtheilt worden ist; er war hintereinander Jude, Protestant und Katholik.

(Zuruf)

— Brimann natürlich! — und nach dem Berichte des „Berliner Tageblatt" hat dann Herr Rickert hinzugefügt: „Solche Leute sind die Antisemiten alle." Ob das wirklich von ihm gesagt worden ist, kann ich nicht behaupten; das wird der stenographische Bericht ausweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Rickert: „Stoecker!")

— es ist gut, daß Herr Rickert diese Worte gleich dahin erklärt: „Solche Leute wie Stoecker sind die Antisemiten alle." Im Zusammenhange seiner Rede konnte man aber sehr wohl einen anderen Sinn vermuthen. Das ist der Grund, weshalb ich dies herausgehoben habe.

Auf meine private Anfrage an Herrn Rickert hat er gesagt: es sei in einem Prozeß in Wien bewiesen worden, daß dieser Vorwurf, den er dem Dr. Ecker in Trier gemacht hat, begründet sei. Ich habe nun Herrn Ecker in Trier telegraphisch um Auskunft gebeten — ich kenne Dr. Ecker seit langer Zeit und erhalte folgende Antwort:

> Mein Abiturientenzeugniß hat in sämmtlichen Fächern das Prädikat „vorzüglich". Ich habe doktorirt im März 1876 in Bonn magna cum laude; meine Dissertation handelt über ein Werk aus der arabischen Philosophie de Dei existentia et atributis; Privatdozent bin ich im Herbst 1879 geworden, nachdem ich das colloquium in Bonn gemacht hatte.

Um nun diese Anschuldigungen, die Herr Rickert gegen Herrn Dr. Ecker aufgestellt hat, zu beleuchten, muß ich einige Worte über den Prozeß vorausschicken.

Wie Sie wissen, ist aus dem Talmud ein Auszug gemacht worden durch einen Rabbiner Kara oder Cara, der in der palästinensischen Stadt Saphet wohnte. Dieser Auszug heißt: Schulchan Aruch oder „Gedeckter Tisch" und ist gedruckt worden in Ven dig im Jahre 1565. Für die Occidentalen hat nun ein anderer Rabbiner Moses Isserles in Krakau Zusätze und Berichtigungen zu allen vier Theilen des Schulchan Aruch gemacht. Als Grund dafür giebt Moses Isserles an, er habe gefunden, daß in den Rechtsbüchern, die bei den Bewohnern Deutschlands verbreitet sind, in manchen Punkten der Gebrauch nicht so sei, wie er für die palästinensischen Juden von Kara angegeben sei, und darum habe er es für nothwendig gehalten, für seine Gegend eine andere Ausgabe des Schulchan Aruch zu machen. Es hat nun im Jahre 1883 im Verlage der Bonifaziusdruckerei in Paderborn ein nicht Genannter unter dem Pseudonym Dr. Justus ein Buch herausgegeben „Judenspiegel" — ich

habe dasselbe hier — „aber hundert neu enthüllte, heutzutage noch geltende, den Verkehr der Juden mit den Christen betreffende Gesetze der Juden; mit einer die Entstehung und Weiterentwicklung der jüdischen Gesetze darstellenden höchst interessanten Einleitung." Dieses Buch ist nicht unter Anklage gestellt worden. Es hat aber der „Westfälische Merkur" in Münster in Westfalen, ein Blatt der Centrumspartei, eine belobigende Kritik über dieses Buch veröffentlicht und ist deswegen unter Anklage gestellt worden „wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander", nämlich wegen Aufreizung der Christen gegen die Juden. In diesem Prozeß sind nun Herr Dr. Ecker, damals Privatdozent in Münster, und ein jüdischer Seminarlehrer namens Treu als Gutachter, als Sachverständige gehört worden. Nun weiß ich nicht genau, ob Herr Rickert von diesem Gutachten, welches Herr Dr. Ecker als vereidigter Sachverständiger abgegeben hat, sprechen wollte. Dann würden wir nämlich folgenden merkwürdigen Fall haben. Einigermaßen war doch der Justus angeklagt aber doch betheiligt in dieser Sache; denn es war doch der Prozeß angestrengt, weil über sein Buch eine belobigende Kritik geschrieben war. Wir hätten also den merkwürdigen Fall, daß der Sachverständige Dr. Ecker sich hätte ein Zeugniß geben lassen über das Buch, das indirekt inkriminirt war, und zwar geben lassen von dem Manne, der es verfaßt hatte. Ich weiß nicht, ob Herr Rickert den Dr. Ecker eines solchen Verfahrens fähig hält. Dr. Ecker ist nun wegen seines Gutachtens von den beiden streitenden Parteien angegriffen worden; über dasselbe sagt er nämlich wörtlich in seinem Buche „Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit" Seite 5 Folgendes:

> Weil das Resultat meines Gutachtens kein unbeschränktes Lob und keine absolute Gutheißung der Texte des „Judenspiegels" war, so wurde ich sogar von heißblütigen Antisemiten in Privatkreisen als „heimlicher Judenfreund" verdächtigt.

Andererseits aber war er doch in den allermeisten Fällen in der Lage, dem Dr. Justus Recht zu geben, also in den Hauptpunkten den Inhalt der Broschüre desselben zu bestätigen. Darauf ist er natürlich auch von anderen Seiten maßlos angegriffen worden. Diese Angriffe haben ihn nach Ablegung seines Gutachtens veranlaßt, zur Stütze desselben ein Buch zu schreiben: „Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit. Eine wissenschaftliche Untersuchung von Dr. Jakob Ecker". Ich habe hier die 2. Auflage desselben aus dem Jahre 1884. In derselben hat er nun, um die Prüfung zu erleichtern, auch die hebräischen Texte beigefügt und einerseits eine Uebersetzung gegeben, für welche er mit seiner wissenschaftlichen Autorität vollständig eintritt.

Nun hat er allerdings, wie ich vorhin schon sagte, in seinem Gutachten dem Dr. Justus nicht in allen Punkten Beifall geben können. Darum hat er während der Abfassung dieses größeren Werkes mit dem Dr. Justus (Brimann) Diskussion gehabt. Es läßt sich ja denken, wenn Herr Ecker sagt: „In dem Punkte haben Sie nicht Recht", — daß dann die Beiden auf die Universitätsbibliothek gehen, sich die Codices ansehen, die Lexika aufschlagen und auch die anderen Autoren einsehen und schließlich diskutiren, wer von ihnen Recht hat. Meine Herren, in allen anderen Dingen machen wir das doch auch so: wir diskutiren; öfters sind wir bei Einbringung eines Gesetzes verschiedener Ansicht, die Diskussion, die wir miteinander führen, bringt es dann oft mit sich, daß einer den anderen zu seiner Ansicht bringt. So hat in einigen Punkten auch Herr Ecker — ich schließe das aus der Broschüre — nachher seine Ansicht geändert, aber in anderen Punkten ist er auch wieder zur Ueberzeugung des Justus gekommen, wie das ebenfalls aus Eckers Werk hervorgeht.

In Bezug auf die Anklage nun, welche der Herr Abgeordnete Rickert gegen Dr. Ecker erhoben hat, und die sich vielleicht auf die Abfassung des Werkes beziehen soll, hat Herr Dr. Ecker mir Folgendes telegraphirt:

> Mein Gutachten über Brimann,
>
> — derselbe war früher ein Jude, ist aber später getauft worden —
>
> das ich vor Gericht durchaus auf eigenster, auf Grund langer Studien gewonnener Ueberzeugung eidlich abgab, mußte ich dann wegen der jüdischen Angriffe schriftlich ausarbeiten. Da ich mittlerweile, ganz ohne mein Zuthun, Brimann als einen ganz eminenten Talmudkenner persönlich kennen lernte, benutzte ich ihn als Lehrer, wie auch jeder andere es gethan hätte, um weitere Beweise für meine Behauptungen zu studiren, die ich, soweit ich sie als richtig erkannte, selbstredend verwerthete. In dem Buche ist Arbeit von vielen Monaten meinerseits enthalten.

Ich hatte nun Herrn Rickert privatim gefragt, wo denn dieser Beweis erbracht sei. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts" hat er gestern, wahrscheinlich redend von der Beleidigungsklage des Professors Dr. Rohling in Prag gegen den Rabbiner Bloch in Florisdorf bei Wien, gesagt:

> Ich kann Ihnen ein Schreiben eines christlichen Ehrenmannes verlesen, das dieser an das Wiener Landgericht gerichtet hat. Darin hieß es:
>
> „In Münster hat ein Privatdozent, der leider nichts vom Talmud versteht, sich zum Gutachten gedrängt und sich ein Buch anfertigen lassen über den Talmud, um auf Grund dessen das Professorat zu erhalten."

Auf meine letzte Anfrage an Dr. Ecker, ob er wegen angeblicher Unehrhaftigkeit gemaßregelt worden sei, habe ich die telegraphisch erbetene Auskunft noch nicht erhalten, ich kann also darüber noch keine Mittheilung machen. Aber selbst wenn es wahr wäre, daß irgend eine Behörde geglaubt hätte, es sei nicht recht von Dr. Ecker gewesen, daß er sich bei diesem Buche habe helfen lassen, wenn er, was ich nicht weiß, dies Buch eingereicht hätte, um eine Professur zu erhalten, dann kann man daraus noch garnicht beweisen, daß irgend ein Satz, den Dr. Ecker in seinem Buche ausgesprochen hat, falsch sei.

(Sehr wahr!)

Darauf kommt alles an.

Ich mache Sie aufmerksam, meine Herren, auf diese Finten in der Beweisführung: Weil der Mann persönlich ein ganz schlechter Mensch sei, so sollen deswegen seine wissenschaftlichen Behauptungen unwahr sein; aber sie können doch trotzdem vollständig wahr sein.

Also, wenn es wirklich wahr wäre — was ich nicht zugebe —, daß dabei irgend etwas bei Herrn Dr. Ecker vorgekommen sei, was nicht von jedem gelobt werden kann, dann selbst wäre immerhin noch nicht erwiesen, daß die Sätze, die er in seinem Buche aufstellt, falsch seien.

Und nun will ich Ihnen aus der Einleitung seines Werkes nur einige wenige Worte vorlesen.

Natürlich ist ein Hauptgewicht darauf zu legen, ob es denn wahr sei, daß die Juden den Schulchan Aruch, den Auszug aus dem Talmud, für maßgebend halten.

Herr Dr. Ecker ist dieser Ansicht, und er kann es nicht begreifen, wie man es noch bezweifeln will. Er sagt Seite 16:

> Die den Rabbinern zur Entscheidung vorgelegten Rechtsfragen für konkrete Fälle wurden mit den Antworten seit vielen Jahrhunderten in den sogenannten Scha'alath utheschuboth, d. h. „Fragen und Antworten" veröffentlicht. Seit Erscheinen des Schulchan Aruch sind nun diese Entscheidungen immer auf den Schulchan Aruch zurückgeführt.

Also wenn die jüdische Behörde die jüdischen Rabbiner, einen Ausspruch thun und ihn begründen wollen, so nehmen sie die Begründung aus dem Schulchan Aruch; daß der Schulchan Aruch ein allgemein anerkanntes Gesetzbuch ist, ist somit unmöglich zu bezweifeln. — Zweitens:

> Der Schulchan Aruch ist das einzige Gesetzbuch unserer Juden, da sie gesetzliche Gebräuche befolgen, welche nur im Schulchan Aruch vorgeschrieben sind. So z. B. steckt der jüdische Bräutigam seiner Braut den Trauring an den Zeigefinger mit den Worten: „Siehe, durch diesen Ring sollst du mir verehelicht sein nach dem Gesetze Mosis und Israels."
>
> Diese Vorschrift findet sich nur im Schulchan Aruch, 'Eben ha'ezer, 27, 1, Haga.

Meine Herren, Sie müssen diese Citate gütigst entschuldigen; wir kommen nicht weiter, wenn blos Gebrauch gemacht wird, so mit allgemeinen Angaben zu operiren, also wenn man sich auf einen Brief beruft, den ein uns nicht genannter Mann in Wien geschrieben haben soll.

Ferner schreibt Dr. Ecker:

> Der allgemein als das wahre jüdische Gesetzbuch anerkannte

(Fortsetzung in der Beilage.)

**Hierzu eine Beilage.**

# Beilage
## zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

**Nr. 11.** **Berlin, den 12. März.** **3. Jahrg. 1893.**

Schulchan Aruch hat als solches noch Geltung bis auf den heutigen Tag. In dem zu Lemberg 1873 gedruckten Buche: Leb ha 'ibri! (Theil II) wird der Beschluß einer „heiligen" Rabbinerversammlung mitgetheilt, die im Herbste 1866 in Ungarn stattfand. In diesem von 94 Rabbinern unterzeichneten Schriftstück heißt es: „Alles dieses ist verboten auf Grund des Schulchan Aruch und der Kommentare" —

Dr. Rahmer, Rabbiner in Magdeburg, schreibt in Pierers Konversationslexikon im Artikel „Schulchan Aruch", Band 16 vom Jahre 1878

— in unserer Bibliothek ist nur die Ausgabe von 1862, ich habe darum dieses Citat nicht kontroliren können

„Der Schulchan Aruch ist von den israelitischen Gemeinden als maßgebende Richtschnur für die religiöse Praxis angenommen worden.

Heinrich Ellenberger hat ein klares und deutliches Zeugniß über das Ansehen des Schulchan Aruch in seinem „historischen Handbuch" (Budapest 1883) niedergelegt. Er sagt wörtlich: „Von der reichen Saat, dem Talmud, ist die edle Frucht, der „Schulchan Aruch," das ist das in Paragraphen regelrecht geordnete theologische Gesetzbuch, entsprossen So heißt es wörtlich Seite 43.

In dem Anhang dieses „historischen Handbuches" liest man Seite 47 Folgendes:

Schulchan Aruch ist nach seinem Erscheinen von allen Rabbinern als allein gültiges Gesetzbuch anerkannt und, durch die seitdem erfundene Buchdruckerei vervielfältigt, überallhin verbreitet worden. Der Schulchan Aruch ist seit drei Jahrhunderten das einzige theologische Gesetzbuch für die Juden und unser Katechismus."

Es ist nun in dem heutigen Morgenblatte des „Berliner Tageblattes" eine Erklärung von Rabbinern veröffentlicht, in welcher sie Folgendes sagen:

Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen Einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben

So behaupten die Rabbiner. In dem Schulchan Aruch kommen auch Regeln vor, in welchen den Juden vorgeschrieben wird, wie sie sich gegen die Akum verhalten sollen, und die Antisemiten erklaren, darunter seien Christen zu verstehen. Darauf antworten nun die Rabbiner in ihrer Erklärung Folgendes;

Die Bezeichnung „Akum" bedeutet „Anbeter der Sterne und Sternbilder" und ist selbstverständlich nicht auf die Bekenner der monotheistischen Religionen anzuwenden.

Vereinzelte gegen „Akum" gerichtete Aussprüche im Talmud, Schulchan-Aruch und anderen Schriften sind als der Ausfluß einer durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Stimmung und als Akte der Nothwehr zu betrachten; sie waren nur gegen diejenigen Heiden gerichtet, welche Ehre, Leben und Eigenthum des Nächsten nicht schonten. Derartige Aussprüche haben, wie schon seit Jahrhunderten die Gesetzeslehrer erklaren, für das Judenthum keine Geltung.

So behauptet diese Erklärung der Rabbiner. Es hat nun diesen Einwand im Voraus schon Herr Dr. Ecker widerlegt in dem von mir citirten Werke, in dem er (Seite 22) folgendes sagt:

In dem Gesetze des Schulchan Aruch, welches Dr. Justus als 4. abgedruckt hat, heißt es: „Wenn einer (ein Jude) betet, und es kommt ihm entgegen ein Akum mit einem Kreuze in der Hand, und er (der Jude) kommt zu einer Stelle (im Gebete), wo man sich zu verbeugen pflegt, so soll er sich nicht verbeugen, auch wenn seine Absicht auf Gott gerichtet wäre."

Ich glaube nicht, daß irgend jemand behaupten wird, es gabe einen Menschen, der nicht Christ sei und dennoch ein Kreuz in der Hand trägt.

Nach Gesetz, welches als 71. in dem Buche des Justus abgedruckt ist, ist es den Juden verboten, sich zu verneigen oder den Hut abzunehmen vor einem König oder Priester, die ein Kreuz auf der Brust haben. Bei Heiden kommt es nicht vor, daß ein König oder Priester ein Kreuz auf der Brust trägt. Nach Gesetz 85 darf ein Jude dem Akum kein Wasser geben, wenn er weiß, daß man mit demselben taufen will. Ich kenne keine Leute außerhalb des Christenthums, welche gleich uns die Wassertaufe spenden. Wohl aber paßt dieses Verbot des 71. Gesetzes zu der Ansicht, die wir von den Juden haben, daß sie nämlich nicht die Spendung der heiligen Taufe fördern wollen.

Es war mir interessant, auch die Behauptung zu prüfen, die Herr Rickert allerdings nicht öffentlich im Parlament, sondern privatim gethan hat, daß in Wien —

(Zuruf des Abgeordneten Rickert.)

— Ich muß, wenn ich einer Sache nachgehen will, derselben bis auf den Grund nachgehen, und habe daher sofort den Kollegen gefragt: „Wo ist das bewiesen worden, daß Herr Dr. Ecker durch eine nicht von ihm verfaßte Arbeit sich den Professorentitel habe erschleichen wollen?" Darauf hat er gesagt: „In einem Prozesse in Wien." Es konnte nur der Prozeß gemeint sein, den Professor Rohling in Prag gegen Bloch in Floridsdorf bei Wien angestrengt hat. Dem Professor Rohling ist vom Ministerium befohlen worden, den Prozeß zurückzuziehen; Rohling ist nämlich Professor an der Königlichen Universität in Prag.

(Zuruf links.)

— Wenn Sie das bestreiten, dann beschuldigen Sie meinen Freund Rohling der Lüge, und ich frage Sie, ob Sie das thun wollen?

(Lachen links.)

Es ist über diesen Prozeß in Wien im Jahre 1890 ein Werk erschienen: „Akten und Gutachten über den Prozeß Rohling contra Bloch." Ich habe leider das Werk nicht finden können, es ist nicht in unserer Bibliothek, es ist mir also die Einsicht nicht möglich gewesen. Ich habe darum den Prälaten Dr. Sebastian Brunner in Wien, welcher dort für einen Antisemiten gehalten wird und ein berühmter Professor ist, telegraphisch angefragt, ob es wahr sei, daß in Wien in einem Prozesse die erwähnte Behauptung erwiesen worden sei. Es ist mir sicher, daß er eine solche Thatsache, wenn sie vorgekommen wäre, wissen müßte, da er dort als Antisemit verschrieen ist, und er telegraphirt mir, daß ihm so etwas nicht bekannt sei. Ich bin also aus Mangel an weiteren Indizien nicht in der Lage, die Sache aufzuklären.

Ich habe geglaubt, es sei nothwendig, einer solchen Art von Beweisführung entgegenzutreten. — Nothgedrungen habe ich das Wort ergriffen; da ich es nun einmal habe, so will ich mir erlauben, doch noch ein Weiteres zu sagen

(Heiterkeit).

In den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", herausgegeben von dem Schriftführer Lic. Graebner Nummer 15 vom 15. Dezember 1892,

(Heiterkeit).

— ich bitte alle Herren, ihre Citate genau zu citiren — steht Folgendes:

Soeben lesen wir aus der Kreuzzeitung, daß der blutige Wahn in Alexandrien wieder ein jüdisches Opfer gefordert hat. Der Ritualmord ist in der That keine Fabel: Alljährlich zum jüdischen Osterfest werden Menschenleben gefordert — allerdings nicht christliche von Juden, sondern jüdische von Christen.

Die Behauptung war mir neu, wie sie auch Ihnen Allen sehr neu sein wird. Selbstverständlich habe ich sofort an den Herausgeber, den Schriftführer des Blattes geschrieben, er möge mir angeben, wo das geschehen sei, wie die Gemordeten heißen, wer die Thäter seien, und wie er das beweisen könne.

(Zurufe links.)

— Herr Rickert behauptet, ich hätte das nicht verstanden.

(Zuruf links.)

— der Herr Abgeordnete Rickert behauptet, es sei das nur Ironie,

wenn der Verfasser dieses Artikels so etwas schreibt. Ich habe also an den Herausgeber geschrieben. Der hat sich aber nicht damit entschuldigt, daß das ein schlechter Witz sei; also damit fällt Herr Rickert mal gründlich hinein.

(Heiterkeit)

Ich habe hier eine schriftliche Mittheilung aus der „Redaktion der Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", Berlin, Magdeburgerstraße 13. Darin heißt es:

> Ew. Hochwürden erlauben wir uns

— ich lasse nur einige unwesentliche Worte fort —

> ergebenst mitzutheilen, daß der bezeichnete Artikel die Ermordung des 85 jährigen Greises Connona in Alexandrien im Auge hatte.

Also dieser Artikel hatte die Ermordung des einen Menschen Connona ein Alexandrien im Auge. Sie wissen Alle, meine Herren, in Folge der dortigen Vorgänge ist die Bevölkerung so erregt, daß sie — so behauptet man es, ich weiß es nicht — daß sie diesen einen Juden ermordet hat. Und wegen dieses einen Falles sagt der Verfasser: „Der Ritualmord ist in der That keine Fabel. Alljährlich zum jüdischen Osterfest" — es soll doch aber nur einmal passirt sein — „werden Menschenleben geopfert, allerdings nicht christliche von Juden, sondern jüdische von Christen." In dem Briefe an mich heißt es ferner:

> „Aehnliche Fälle wie die in Alexandrien ereignen sich fast jedes Jahr allerdings jetzt nur noch in der griechischen Bevölkerung. Daß in früheren Jahrhunderten aber auch im westlichen Europa die gleichen Ereignisse sich abspielten, ergiebt sich aus zahlreichen päpstlichen Bullen und ist ja auch sonst genügend beglaubigt. Natürlich sind alle diese Ermordungen nur aus Fanatismus geschehen und nicht, wie ja auch in dem vorliegenden Artikel nicht behauptet wurde, aus rituellen Motiven."

Der Artikel sagt aber: „Der rituelle Mord ist keine Fabel," und zum Beweise dieser seiner Behauptung sagt er unmittelbar darauf: „Alljährlich werden jüdische Menschenleben von Christen geopfert." Das Schreiben an mich fährt nun fort:

> Gewiß müssen wir Euer Hochwürden zugeben, daß der betreffende Satz zu Mißdeutungen Anlaß geben kann, doch läßt der Zusammenhang unschwer den eigentlichen Sinn derselben erkennen.

Herr Rickert hat ihn „unschwer" so erkannt, daß dieser Satz nur ein schlechter Witz sein soll.

(Zurufe links.)

— Wenn ich Ihnen damit einen Gefallen thue, so werde ich noch mehr verlesen.

Es ist zur Vertheidigung des Professors Rohling, dem der österreichische Kultusminister die Abfassung weiterer antisemitischer Schriften verboten hatte, im Jahre 1887 in Leipzig ein Buch erschienen, auf welchem als Autor genannt ist Dr. Clemens Victor. Dr. Hermann Strack, Professor der Theologie an der Universität zu Berlin, dessen Buch „Der Blutaberglaube" hier öfter so lobend genannt ist, sagt in der 4. Auflage von 1892, Seite 99:

> Clemens Victor ist, wenngleich Rohling es jetzt hartnäckig ableugnet, niemand anders als Rohling selbst. Triumphirend behauptet nun Rohling bei jeder Gelegenheit, Victor habe glänzend als nichtig gezeigt, was Kopp und Bloch und andere wider Rohling vorgebracht hätten; Victor sei noch nicht widerlegt.

Es wäre doch eine Schande, wenn Rohling sich damit brüstete, daß er irgend einen Victor als Autorität zitirte, die er selber wäre.

Nun hören Sie, was Strack auf derselben Seite sagt:

> Darauf erwidere ich dem k. k. österreichischen Professor Rohling:
>
> 1. Daß Victors Schrift, soweit sie eine umfangreiche Belesenheit in der jüdischen Literatur bekundet, gar nicht von Victor-Rohling herrührt, sondern von einem Konvertiten (wahrscheinlich aus Notizen Brimanns, die R. theilweise gründlich mißverstanden hat) — und insofern hat ja R. ein gewisses Recht, die Autorschaft abzuleugnen.

Also erstens wird behauptet, Rohling hat sich selber gelobt, und als nun Rohling sagt, das sei nicht wahr, da sagt Strack: Die Hauptsache, die wissenschaftlichen Sachen, sind nicht von Rohling.

Ferner erklärt Strack:

> 2. Daß ich bereit bin, die genannte Schrift in allen Hauptpunkten gründlich zu widerlegen, sobald ich zwei älteren literarischen Verpflichtungen genügt habe, — vorausgesetzt, daß dem Treiben Rohlings nicht schon vorher in genügender Weise ein Ende gemacht ist.

Daraus geht folgendes hervor. Heute oder bei Abfassung dieses Buches von Strack war dem Treiben Rohlings nicht in genügender Weise ein Ende gemacht, das gesteht Strack selbst zu; aber er hat leider noch nicht Zeit gefunden, das selber zu thun, zwei ältere Verpflichtungen halten ihn ab, Rohling gründlich zu vernichten. Ich begreife nicht, wie bei einer so wichtigen Sache, die das Hohe Haus schon so oft beschäftigt hat, wo es sich um wissenschaftliche Beweise handelt, die man sehr leicht führen kann, weil gar keine Zeugenvernehmungen nothwendig sind, es Herrn Strack nicht möglich war seit 1887, also seit fünf Jahren, die Widerlegung Rohlings zu vollbringen.

Es ist hier nun die Rede davon gewesen, daß der Herr Minister eine Untersuchung über die Religionshandbücher der Juden anstellen solle. Es erscheint mir zweckmäßig, daß derselben Kommission, welcher diese Handbücher zugesandt werden, auch die Schrift des Dr. Ecker zugestellt und ihr gleichzeitig der Auftrag gegeben wird, festzustellen, ob er richtig aus dem Schulchan Aruch übersetzt hat, und ob die Behauptungen desselben wahr sind, daß nämlich, wie ich schon zitirt habe, die Rabbiner in Lemberg und Magdeburg behaupten, daß „alles dieses verboten sei auf Grund des Schulchan Aruch", und daß „der Schulchan Aruch von den Gemeinden als maßgebende Richtschnur für die religiöse Praxis angenommen worden ist". Es würde sehr zur Klärung der Frage beitragen, wenn der Kommission die Beantwortung dieser Frage ausdrücklich aufgetragen würde.

Damit, meine Herren, soll nun nicht gesagt werden, daß wir glauben, daß jeder Jude das alles thatsächlich thut, was nach dem Schulchan Aruch als ihm erlaubt anzusehen ist. In dem Schulchan Aruch wird als erlaubt dargestellt, gegen einen Akum — nach unsrer Ansicht also, gegen die Christen — wirklich in der allerverwerflichsten Weise vorzugehen; es ist Ihnen das vorhin vorgetragen worden. Ich bemerke zunächst noch gegen den Herrn Abgeordneten Hobrecht, daß es doch gewagt ist, ohne weiteres zu erklären, wie er es am 28. Januar dieses Jahres (Seite 604 des Stenographischen Berichts) im Hohen Hause gethan hat — ich will das wörtlich vorlesen —:

> Ich bin der Meinung: wer nicht ganz kritiklos solche Dinge liest, muß ohne weiteres die Ueberzeugung haben, auch ohne die betreffende Sprache zu kennen, auch ohne den Talmud zu kennen, daß es sich hier nicht um eine wahrheitsgetreue Uebersetzung und Wiedergabe handelt. Es sind von verschiedenen Seiten ja wissenschaftliche Entgegnungen gekommen; wir sind hier als Abgeordnete nicht in der Lage, zu entscheiden, wo das wissenschaftliche Recht besteht.

Also sind wir auch nicht in der Lage, hier öffentlich zu erklären, daß die Uebersetzung falsch sei, und ich erwarte immer noch den Beweis dafür, daß diese Uebersetzung hier — ich beziehe mich immer nur auf die Uebersetzung des Herrn Dr. Eder — falsch sei. Es sind alle Hilfsmittel an die Hand gegeben, um den Beweis zu erbringen, wenn er wirklich erbracht werden kann.

Es soll also nicht behauptet werden, daß jeder Jude das alles thut, was ihm nach dem Schulchan Aruch als gegen Christen erlaubt dargestellt wird. Die Juden wissen auch, daß es ein Strafgesetzbuch, ein deutsches Strafgesetzbuch giebt; und so, wie es solche Menschen giebt, welche, weil sie nicht an Gott glauben, auch nicht fürchten, daß sie in der Ewigkeit für Verbrechen bestraft werden, die vom weltlichen Richter nicht entdeckt werden, — ebenso giebt es auch viele Juden, die überzeugt sind, ihrem religiösen Gewissen nach dürften sie sehr wohl das thun, was im Schulchan Aruch steht, aber der Strafrichter sei zu fürchten. Darum ist es verkehrt, wenn man hier die bloße Mittheilung solcher bedenklichen Sätze gleich als ein gemeingefährliches Vorgehen brandmarkt. Ich glaube, es ist viel gemeingefährlicher, wenn die Gesetze im Schulchan Aruch verbreitet werden bei denen, welche glauben, sie dürften nach denselben leben.

(Bravo!)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 12. Berlin, den 19. März. 3. Jahrg. 1893.

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht Jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

**Wir bitten unsere Mitglieder, recht bald die Beiträge für das Jahr 1893 an unsere Bureaux zu senden, für Norddeutschland an Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13 und für ganz Süd- und Südwestdeutschland, incl. Elsaß-Lothringen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz an Herrn Stadtrath Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6.**

## Antisemitismus und Liberalismus in Hannover.

Man sollte meinen, daß die immer deutlicher zu Tage tretende Verbrüderung der Antisemiten mit den Ultra-Conservativen, wie sie sich bei den Wahlen in Friedeberg-Arnswalde und Liegnitz und in dem Tivoli-Programm der Conservativen so unzweifelhaft enthüllt hat, doch wenigstens allen Liberalen im Reiche völlig klar gemacht haben müßte, daß es sich bei dem wüsten Ansturm der Antisemiten in letzter Linie nicht um eine Gefahr für das Judenthum, sondern für den ganzen Liberalismus handelt. Ist diese Sachlage aber einmal klar erkannt, so kann es jedenfalls von Seiten des Liberalismus keine verkehrtere Politik geben, als die des Vogels Strauß. Trotzdem ist die Neigung, das wüste Treiben der Antisemiten vornehm zu ignoriren und sich nur ja in keine unmittelbare feindliche Berührung mit ihm einzulassen, leider noch immer gar sehr verbreitet im lieben deutschen Vaterlande, dem schon gar oft aus diesem vornehm sein wollenden Indifferentismus schwerere Gefahren erwachsen sind, als aus muthigem, vielleicht selbst etwas vorschnellen Dreinschlagen gegen einmal erkannte sittliche und politische Schäden. Es ist und bleibt ein verhängnißvoller Irrthum, anzunehmen, daß solche schwere Schäden des Volkslebens, wie der Antisemitismus mehr und mehr geworden ist, schon von selbst wieder verschwinden, an ihrer eigenen Unhaltbarkeit zu Grunde gehen würden. Das wäre ungefähr dieselbe Ansicht, als wenn der Arzt einer schweren Erkrankung des Organismus vollkommen unthätig zusehen wollte, in der Ueberzeugung, daß die Natur die Erkrankung schon selbst überwinden werde. Es ist klar, daß bei einer solchen Auffassung die Aerzte als höchst überflüssige Leute recht bald von der Bildfläche verschwinden würden. Bei gleichem Verhalten könnte es den liberalen Parteien leicht ebenso ergehen. Denn in der That, um eine sehr schwere Erkrankung des Volkslebens handelt es sich bei dem Antisemitismus, um eine Erkrankung bis zur Fieberhitze. Da darf der Arzt nicht unthätig zusehen und warten, bis es vielleicht noch ein bischen schlimmer geworden ist, sondern gerade darum handelt es sich, rechtzeitig einzugreifen und den Kampf energisch aufzunehmen, ehe es zu spät ist.

Diese Lehre immer und immer wieder energisch betont zu haben, ist das große Verdienst, welches sich der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ in dieser Bewegung erworben hat. Nur fehlt leider noch immer viel daran, daß sie allseitig befolgt würde. Immer noch meinen die Parteien im Lande, wo auch immer der Antisemitismus, anfangs natürlich nur in bescheidenen Grenzen, sich zeigte, es werde an ihrem Orte ja nicht so schlimm werden, man könne die Leute ruhig schreien lassen, es sei ja doch ganz ausgeschlossen, daß eine Bewegung wie die antisemitische in ihrem „aufgeklärten“ Orte wirklich zur Herrschaft gelangen sollte. So ruht man weiter im beseligenden Gefühl der Sicherheit und in dem Bewußtsein, genug gethan zu haben, wenn man in einer öffentlichen Erklärung gelegentlich die selbstverständliche Thatsache betont, daß man, d. h. die Parteileitung, Gegner des Antisemitismus sei. In dieser beschaulichen Ruhe verharrt man genau so lange, bis ein Antisemit plötzlich gewählt ist oder in die Stichwahl kommt. So war es bisher an allen Orten, wo die Antisemiten bis jetzt Erfolge zu verzeichnen hatten. Ich erinnere mich noch deutlich, in wie hohem Maaße es seiner Zeit in Marburg der Fall war. Als ich im Jahre 1887 bei den Septennatswahlen mitten in dem Streit der Parteien über die Frage, ob man einen (conservativen) Anhänger oder einen (freisinnigen) Gegner des Septennats wählen solle, zu politischen Freunden die Ansicht äußerte, es werde keiner der beiden, sondern Dr. Böckel, dessen leidenschaftliche und systematische Agitation ich genau beobachtet hatte, gewählt werden, wurde ich ausgelacht; man erklärte es für absolut undenkbar, daß in dem Wahlkreise der Universitätsstadt Marburg ein Mann wie Böckel auch nur in die Stichwahl kommen könne. Und als nun Böckel nicht in die Stichwahl kam, sondern mit überwältigender Mehrheit im

ersten Wahlgange gewählt wurde, da war des grenzenlosen Staunens kein Ende. Und ebenso ging es anderwärts. In Cassel fehlten in Folge derselben Politik des vornehmen Ignorirens der antisemitischen Bewegung bei der letzten Reichstagswahl nur einige hundert Stimmen, dann wäre statt des nationalliberalen der antisemitische Candidat in die Stichwahl gekommen. Und es wäre sicher geschehen, wenn nicht in dem letzten Stadium der Wahl der Schriftführer unseres Vereins, Herr Licentiat Gräbner, durch eine energische Agitation dem Antisemitismus entgegen getreten wäre. Sollen wir ähnliche Erfahrungen noch öfter machen oder uns nicht vielmehr an der Liegnitzer Wahl ein Muster nehmen, die deutlich gezeigt hat, daß man eines Uebels wie der Antisemitismus nur in energischem Kampf Herr werden kann?

Diese Mahnung möchten wir vor Allem auch an die Nationalliberalen in Hannover richten, welche bisher auch völlig unthätig zugesehen haben, wie seit einiger Zeit der Antisemitismus mit immer wachsender Energie und Leidenschaft Wurzel zu fassen beginnt, eben weil den „vielfach unwahren" Behauptungen der antisemitischen Agitatoren nicht widersprochen, die Unwahrheit ihrer Behauptungen ihnen nicht bewiesen wird. Mit der Veröffentlichung der Beschlüsse des Provinzial-Wahl-Komitees gegen den Antisemitismus ist es nicht gethan, und zwar um so weniger, als der Gegensatz gegen den Antisemitismus als Partei in diesen Beschlüssen zwar sehr nachdrücklich betont wird, die nicht sehr glückliche Fassung des weiteren Textes aber zwar nicht die Berechtigung, aber die Möglichkeit einer verkehrten Deutung zuläßt, welche denn auch von den Antisemiten in nicht ungeschickter Weise für ihre Zwecke verwerthet worden ist, um ein angebliches Entgegenkommen der nationalliberalen Partei gegenüber dem Antisemitismus daraus zu construiren. Eine solche vornehme Erklärung thut's eben nicht, der Kampf gegen den Antisemitismus muß energisch und unmittelbar geführt werden, sonst können es die hannoverischen Nationalliberalen erleben, daß es ihnen ergeht wie z. B. den hessischen.

Außerhalb der engeren Kreise der Parteileitung ist diese Erkenntniß auch vorhanden. So ist es zu erklären, daß ich als eines von den Vorstandsmitgliedern unseres Vereins, die seit längerer Zeit sich activ an der Bekämpfung des Antisemitismus betheiligen, schon wiederholt von politischen Freunden in Hannover ersucht worden bin, einmal nach Hannover herüberzukommen und an der Hand meiner reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete den antisemitischen Agitatoren entgegenzutreten. Als ich nun vor einigen Tagen in der „Hannoverschen Post" eine neue „öffentliche Volksversammlung" der Antisemiten angezeigt sah, entschloß ich mich kurz, bei dieser Gelegenheit jener Bitte hannöverscher Freunde stattzugeben.

Und in der That, es war gut, daß ich es that; denn die Versammlung, der ich beiwohnte, war ein sprechender Beweis dafür, wie weit es infolge der Unthätigkeit der anderen Parteien auch in Hannover schon mit dem Antisemitismus gekommen ist. Was soll man dazu sagen, wenn in einer intelligenten Stadt wie Hannover der antisemitische Redner, Herr Redacteur Leuß, unter dem jubelnden Beifall der Zuhörer eine $1\frac{1}{2}$ stündige Rede hält, deren praktisch-politischer Theil in der unsinnigen, aber allen Ernstes aufgestellten Forderung gipfelte, daß die Juden, nicht etwa blos ihrer staatsbürgerlichen Rechte in Deutschland beraubt, sondern ausgewiesen und nach Jerusalem transportirt werden sollten? Das war in der That eine neue Spielart des Antisemitismus, die ich bisher noch nicht kennen gelernt hatte, und die an Thorheit und Verblendung denn doch Alles übertraf, was man bisher in dieser Bewegung erlebt hat. Demgegenüber zu schweigen wäre Verrath an der Sache gewesen. Ich war anfänglich nur hingegangen, um mich über die Bewegung zu orientiren; dieser Rede gegenüber hielt ich es für meine Pflicht als Patriot und Politiker, energischen Protest zu erheben. Das that ich trotz der wüstesten Zwischenrufe und Unterbrechungen, ohne die es ja nun einmal in antisemitischen Versammlungen nicht abgeht, in energischer, aber durchaus sachlicher Weise und mit einer durch nichts zu erschütternden Ruhe. Wenn es gar zu arg wurde, that anfangs ein Appell an das Anstandsgefühl der Anwesenden noch seine Wirkung. Ich versuchte, die heftigen Angriffe des Herrn Leuß gegen die Nationalliberalen und namentlich gegen deren frühere Führer Lasker und Bamberger, denen die unglaublichsten Dinge nachgesagt wurden, zu widerlegen, allmählich aber wurde der Lärm so wüst, daß ich nicht mehr durchdringen konnte. Da glaubte ich noch einmal an das Anstandsgefühl der Versammlung appelliren zu sollen und that es diesmal in etwas schärferer Form, indem ich sagte oder vielmehr sagen wollte: „Ich hätte nicht geglaubt, daß Bewohner*) der Haupt- und Residenzstadt Hannover so unvernünftig sein würden, einen Gegner durch Schreien und Johlen widerlegen zu wollen." Ich kam aber nur zum ersten Theil dieses Satzes; darnach brach wieder ein solcher Lärm aus, daß ich nicht weiter sprechen konnte. Der Vorsitzende ertheilte mir wegen der erwähnten Aeußerung einen Ordnungsruf, den ich ruhig hinnahm, obwohl der Satz einen ganz anderen Sinn bekommen hätte, wenn man ihn mich hätte aussprechen lassen. Ich wollte nur ruhig abwarten, bis sich der Lärm wieder ein wenig gelegt hätte; es wurde mir zu meinem großen Erstaunen, ehe ich noch irgend ein weiteres Wort gesprochen hatte, auf die fortwährend hinter meinem Rücken erfolgte Aufforderung des Herrn Leuß das Wort entzogen. Das ist die Redefreiheit, welche die Antisemiten dem Gegner einräumen. Ein Beweis für die Festigkeit ihrer eigenen Ueberzeugung von der Gerechtigkeit ihrer Sache ist es gewiß nicht, wenn sie nicht einmal im Stande sind, die sachlichen Gründe des Gegners anzuhören. In parlamentarischen Versammlungen aber ist es bisher ebenso wie in Volksversammlungen unerhört gewesen, einem Redner wegen einer und derselben Aeußerung erst einen Ordnungsruf zu ertheilen und ihm dann das Wort zu entziehen. Das ist nichts weiter als brutale Vergewaltigung. Aber es kam noch besser. Als mir das Wort entzogen war, ging ich ruhig mitten durch die aufgeregten Haufen der Antisemiten hindurch zu meinem Platze und setzte mich hin, ernstlich bemüht, den gar nicht unbeträchtlichen Theil der Versammlung, der auf meiner Seite stand und stürmisch verlangte, daß ich weiter sprechen sollte, zu beruhigen. Plötzlich erblickte ich neben mir den Vorsitzenden der Versammlung, der mir mittheilte, er habe mich bereits dreimal aufgefordert, den Saal zu verlassen — wovon ich in dem Tumulte nichts gehört hatte. Also wegen derselben Aeußerung — denn ich hatte seitdem nichts gethan, als meine Umgebung zu beruhigen gesucht, — erst Ordnungsruf, dann Wortentziehung, dann Verweisung aus dem Saal, diese Cumulation von Vergewaltigungen war doch vielen Anwesenden zu arg, und der Tumult steigerte sich so, daß ich den Saal nicht verlassen konnte, sondern den Polizeicommissar bitten mußte, mir freie Bahn zu schaffen, was dieser auch in zuvorkommendster Weise that. Wenn aber die Antisemiten und namentlich Herr Leuß gehofft hatten, nachdem sie mich so mundtodt gemacht, mich in meiner Abwesenheit muthig anzugreifen, so wurde ihnen diese Freude doch versagt. Die Aufregung über diese unerhörten Vorgänge war im Saale doch zu groß, die Erbitterung beider Parteien zu weit ge-

*) „Bewohner", nicht „die Bewohner", wie die „Hannover'sche Post" in ihrem den Sachverhalt auf den Kopf stellenden Bericht sagt, habe ich gesagt. Es wäre ja geradezu unsinnig gewesen, wenn ich alle Bewohner Hannovers für die wenigen Hundert wüsten Schreier im Saale hätte verantwortlich machen wollen. Der Wortlaut wie der Sinn der Worte kann für einen ehrlichen Zuhörer nicht zweifelhaft gewesen sein; er bedeutete eben, daß ich es nicht für möglich gehalten hätte, daß unter den Bewohnern der Residenzstadt Hannover so unvernünftige Leute seien, wie die thatsächlich waren, welche mich durch wüstes Getobe am Weiterreden verhindern wollten. Aus dieser scharfen, aber zutreffenden Aeußerung eine Beleidigung oder gar Beschimpfung „der Hannoveraner" zu machen, dazu gehört die ganze Unverfrorenheit eines antisemitischen Berichterstatters, der mich auch für den Lärm verantwortlich macht, den die Antisemiten verübt haben.

ziehen, als daß sich die Ruhe hätte wiederherstellen lassen. Die Versammlung mußte polizeilich aufgelöst werden. Aber es gehört die ganze Dreistigkeit eines antisemitischen Organs dazu, um zu behaupten, daß ich daran die Schuld trage. Hätte man mich ruhig sprechen lassen, wie ich $1^1/_2$ Stunden Herrn Leuß ohne ein einziges Zeichen des Widerspruchs angehört hatte, so hätte die Versammlung ruhig ihren Fortgang nehmen können. Daß sich aber die antisemitische Minderheit eine derartige Vergewaltigung ruhig gefallen lassen solle, das kann kein billig Denkender verlangen. Uns aber kann es recht sein; durch solches wüstes Gebahren werden die Antisemiten die anständigen Elemente der ruhigen und vornehmen Hannoveraner Bürger, die sich in ihre Reihen verirrt haben, gar bald wieder daraus vertreiben. Eine Bewegung, die sich solcher Mittel bedient, richtet sich selbst. Wir aber dürfen uns durch solche Erfahrungen nicht abhalten lassen, den Kampf weiterzuführen. Wenn die Gegner des Antisemitismus auch ferner muthig der Bewegung entgegentreten und auch ihrerseits für eine entsprechende Organisation sorgen, so werden sich die Herren Antisemiten in Hannover schon allmählich darin finden müssen, daß die Pflichten politischen und gesellschaftlichen Anstandes auch für sie gelten. Nur in Magdeburg — das mag in ehrlicher Anerkennung hier nochmals betont werden — thun sie das in der That. Hier bin ich wirklich ruhig und anständig angehört worden, hier hat der naturgemäß heftige Kampf doch die Formen angenommen, die unter gesitteten Menschen üblich sind. Ich gebe mich darüber keiner Täuschung hin, daß der Magdeburger Antisemitismus eben infolge seiner anständigen Formen weit gefährlicher ist, als der in Hannover, aber es ist doch in hoher Weise erfreulich, daß dadurch wenigstens ein Kampf mit rein geistigen Waffen, nicht aber mit denen brutaler Vergewaltigung ermöglicht ist. Sache der Gegner des Antisemitismus in Hannover ist es, durch vornehmes, aber energisches Verhalten auch die dortigen Antisemiten zu z w i n g e n, zum wenigsten die Formen parlamentarischen Anstandes auch dem Gegner gegenüber zu wahren.

Dr. Georg Winter.

---

Im Laufe der Währungsdebatte, welche im Reichstage am 14. März stattfand, verstieg sich der Abg. Graf **Mirbach** zu der Behauptung, daß der Abg. **Bamberger** in seiner Eigenschaft als **Jude** und als solcher ein Vertreter des internationalen Kapitals, Anhänger der **Goldwährung** sein müsse. Dr. Bamberger ließ dem conservativen Führer eine gründliche Abfertigung zu Theil werden. Die vortreffliche Rede bringen wir, da der amtliche stenographische Bericht noch nicht vorliegt, erst in nächster Nummer.

## Ahlwardt im Reichstage.

Am 9. März hielt Ahlwardt im Reichstage seine Jungfernrede. Bei der zweiten Berathung des Militäretats ergriff er das Wort, um sich zunächst über das Verhalten der Armeeverwaltung gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern zu äußern. Er fuhr sodann fort:

... Das ist aber nicht der Hauptpunkt, der mich veranlaßt hat, mich heute zur Debatte zu melden. Es wurde mir vor einigen Tagen mitgetheilt, daß bezüglich eines Buches, das ich veröffentlicht habe, und bezüglich eines Prozesses, in dem ich gewesen bin, Bemerkungen gefallen sind, die mich persönlich verletzt hätten. Ich habe mir eben den stenographischen Bericht bringen lassen, habe aber bei der Kürze der Zeit das nicht aufgefunden; es ist mir aber von verschiedenen Seiten gesagt worden, daß bezüglich der veröffentlichten Broschüre „Judenflinten" der Herr Reichskanzler die Bemerkung „Verleumder" hätte fallen lassen.

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Wie wollen Sie das mit dem Militäretat in Verbindung bringen?

Abgeordneter **Ahlwardt:** Ich will es in der Weise mit dem Militäretat in Verbindung bringen, daß ich nunmehr versuche, nachzuweisen, daß die Behauptungen, welche ich über die schlechten Waffen ausgesprochen habe, begründet sind, und daß ich der Militärverwaltung vorwerfe, bezüglich der Bewaffnung der Armee gewissen Lieferanten gegenüber nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren zu sein.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, es ist mir vor Jahresfrist durch eine große Anzahl von Arbeitern die Thatsache bekannt geworden, daß in einer hiesigen Fabrik Gewehre für die Armee angefertigt worden wären, und daß diese Gewehre so schlecht und so ohne genügende Kontrole angefertigt worden seien, daß für den Fall eines Krieges daraus die größten Gefahren entstehen könnten. Meine Herren, es waren ja schließlich weit über hundert Arbeiter, die alle diese Sachen bestätigten und bereit waren, sie zu beeidigen. In dem Prozeß, der sich demnächst wegen dieser Sache entwickelte, haben die Arbeiter, soweit sie vernommen wurden, dies auch beeidigt. Eine Vernehmung weiterer Arbeiter wurde abgelehnt, weil alle doch nur dasselbe sagen könnten. Meine Herren, es ist festgestellt worden, daß diese Fabrik Gewehre gemacht hat in der Zeit, in welcher die Staatsfabriken nicht mehr voll beschäftigt waren; es ist festgestellt worden, daß diese Fabrik bedeutend höhere Preise erhalten hat, als bewilligt werden durften nach den Selbstkosten oder nach denen bei der Fabrik von Speyer; es ist festgestellt worden, daß so mancherlei Fehler bei der Fabrikation vorkamen, die absolut bei so wichtigen Dingen, wie es ein Gewehr ist, nicht hätten vorkommen dürfen. Es sind 60 000 Läufe von einer Firma Koppel in Solingen geliefert worden an die Fabrik, Läufe, welche von der italienischen Regierung bereits früher zurückgewiesen waren.

(Stimme rechts: Hört! hört! — Große Heiterkeit links.)

— Meine Herren, wenn hier von allen möglichen Kleinigkeiten die Rede ist, dann sieht es immer so aus, als wenn viel Ernst da ist; wenn aber von derjenigen Sache die Rede ist, die uns unendlich näher liegt wie alles andere, dann ist weiter nichts wie Gelächter vorhanden. Es ist bezeichnend, dieses Gelächter soll nur die Vormauer sein zum Schutze derjenigen, von denen Sie annehmen, sie würden heute angegriffen werden — in diesem Punkte irren Sie allerdings, meine Herren; das will ich nicht thun.

Meine Herren, zum Lachen fand ich das allerdings nicht, daß diese Thatsache vorgekommen ist.

(Zuruf links.)

Es ist ferner, meine Herren, thatsächlich nachgewiesen worden durch die übereinstimmenden Aussagen aller Arbeiter, daß die Läufe gedrückt worden sind, daß sie geschmirgelt worden sind, daß das geschehen ist mit Wissen des Direktors Kühne und unter seinem wohlwollenden Schutz; es ist festgestellt worden, daß so mancherlei andere Dinge dabei vorgekommen sind, die die Brauchbarkeit der Waffe beeinträchtigen. Und nach dem Prozesse ist von mir noch vieles andere festgestellt worden. Einiges davon will ich hier nur vorbringen.

Meine Herren, durch das Zeugniß einer angesehenen Person wurde festgestellt, daß die Fabrik mit dem Besitzer einer Eisengießerei in England verhandelt hat in einem hiesigen Lokal über Lieferungen. Es ist der Herr, der das hörte, Graf Hohenthal, demnächst hingegangen und hat dem Kriegsministerium Meldung gemacht. Diese Meldung ist aufgenommen worden. Es ist mir nicht möglich geworden, die Vernehmung des Zeugen zu erzwingen, der die Meldung aufgenommen hat. Sicherlich ist sie aber nicht bis zur allerhöchsten Stelle weitergegeben worden. Die Fabrik, die dieses Eisen lieferte, lieferte es an die Firma Eckert von der ursprünglichen Gewehrfabrik oder dem Besitzer derselben oder dem Direktor, die die wichtigsten Aktien erworben haben. Nun liegen mir nicht weniger als 14 eidesstattliche Aussagen von Arbeitern und Meistern der Fabrik vor, daß dieses Metall, aus dem das Schloß und die Schloßtheile gemacht sind, so schlecht gewesen ist, daß sie alle Soldaten bedauerten, die diese Theile bekommen haben.

Meine Herren, daß die Militärverwaltung sich nicht hat absichtlich täuschen lassen, ist ja zweifellos; ich muß ihr den Vorwurf machen, daß die Kontrole doch nicht eine genügende ist, und daß gewissen Fabriken gegenüber eine größere Kontrole durchaus stattfinden muß. Ich hielt es für meine Pflicht, dies zu veröffentlichen im Interesse des Vaterlandes; ich glaubte, diese Gewehre würden wohl am besten in Magazinen auf-

gehoben sein oder am allerbesten der Fabrik gegen Erstattung der Kosten zurückgegeben werden. Ich glaubte, daß dadurch viel Unheil verhütet werden könnte. Wenn mir nun Verleumdung vorgeworfen wird, so muß ich entschieden dagegen protestiren; ich habe gar nicht daran gedacht, zu verleumden. Ich habe nur das Wort ergriffen, um zunächst mich hiergegen zu verwahren und der Militärverwaltung gegenüber den Wunsch auszusprechen, daß doch in Zukunft eine bessere Kontrole stattfinden möge.

Auf die Einzelheiten des Prozesses, die oft geradezu haarsträubender Natur sind, will ich mich hier aber nicht einlassen; dazu wird sich päterhin noch Gelegenheit finden. Ich würde es nur dann thun, wenn eben die Nothwendigkeit dazu eintritt.

In der Sitzung vom 11. März kam der nat.-lib. Abg. Dr. von Marquardsen auf die Angelegenheit zurück. Er meinte, mit Rücksicht darauf, daß Ahlwardt neue Anschuldigungen vorgebracht habe, wäre es doch wünschenswerth, wenn der Reichstag eine Bestätigung desjenigen Urtheils empfinge, wie es vor 3 Monaten der Reichskanzler ausgesprochen hat.

. . . Es ist um so wünschenswerther, als wir ja unmittelbar vor der großen Frage stehen, daß wieder eine sehr große Anzahl unserer Söhne und Brüder aufs neue in der Armee für das Vaterland thätig werden sollen — wir hoffen, mit gutem Erfolg, wenn die Stunde kommt. Aber je mehr wir aus dem Volke für die Armee Material zu stellen haben, um so mehr wird auch die Forderung gerechtfertigt sein, daß die möglichst beste Waffe in ihren Händen ist, und daß das größte Vertrauen in die Waffe gesetzt wird, welche den Söhnen des Vaterlands in die Hand gegeben wird. Dies, meine Herren, möchte ich dadurch erreichen, daß ich an den preußischen Herrn Kriegsminister, der augenblicklich hier die Reichsmilitärverwaltung vertritt, die Frage stelle, ob er in der Lage ist, uns zu erklären, daß die volle Zuversicht zur deutschen Bewaffnung auch diesen neuen Beschuldigungen gegenüber gerade so behauptet und dafür eingetreten werden kann, wie dies vor drei Monaten durch den Herrn Reichskanzler von Caprivi hier geschehen ist.

(Beifall links.)

Hierauf erwiderte der Kriegsminister **v. Kaltenborn-Stachau**: Meine Herren, auf die von dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt in der Sitzung vom 9. März gehaltene Rede zu antworten, hielt ich nicht für nöthig deshalb, weil von amtlicher Stelle hier, außerdem durch meine amtliche Erklärung vom 29. Mai v. J. und durch das gerichtliche Urtheil, welches, wie ich glaube, im Dezember v. J. ergangen ist, wohl die Behauptungen des Herrn Abgeordneten Ahlwardt in der Waffenfrage der Armee die genügende Beleuchtung gefunden haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich hielt aber auch eine Beantwortung nicht für wünschenswerth, weil ich weder die Anfrage des Herrn Ahlwardt nach die Debatte, die sich voraussichtlich in eingehendster Weise an die Anfrage knüpfen wird, für vortheilhaft für das Vaterland halte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn aber der Herr Vorredner eine Erklärung von mir über die Angelegenheit wünscht, so bin ich gern bereit, sie ihm zu geben.

Das in meiner Erklärung vom 29. Mai v. J. enthaltene günstige Urtheil über die Waffe, welche die Firma Löwe der Armee geliefert hat, ist durch die inzwischen gemachten Erfahrungen voll und in jeder Beziehung bestätigt worden.

(Hört! hört! links.)

Wir halten die Waffe so kriegsbrauchbar und so vortrefflich wie irgend eine Waffe, die gegenwärtig unsere Infanterie in der Hand hat, und ich glaube, die Herren können mit vollem Vertrauen in dieser Beziehung der Zukunft entgegensehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Dann hat Herr Ahlwardt die Behauptung aufgestellt, daß zu den von der genannten Fabrik, nämlich der Löweschen, für die Militärverwaltung angefertigten Gewehren 60 000 Läufe von einer Firma in Solingen geliefert worden seien, welche die italienische Regierung bereits früher als unbrauchbar zurückgewiesen hätte. Diese Behauptung, meine Herren, ist absolut falsch!

(Hört! hört!)

Die Laufstäbe zu den von Löwe gefertigten Gewehren sind, wie das wiederholt schon amtlich und, wenn ich nicht irre, auch hier zum Ausdruck gekommen ist, durch Vermittlung der Königlichen Gewehrfabrik Spandau an die Löwesche Fabrik geliefert worden, und zwar sind sie bezogen von Krupp und Marcotty. Letzterer hat alle für die Königlichen Gewehrfabriken erforderlichen Laufstäbe überhaupt gemacht. Eine Fabrik in Solingen hat überhaupt an der Lieferung von Läufen für die Gewehre Modell 1888 nicht theilgenommen.

Was ferner die eidesstattlichen Versicherungen, die Herrn Ahlwardt neulich zugegangen sein sollen, betrifft, so hat der Prozeß wohl ergeben, daß derartige Versicherungen und Aussagen verhältnißmäßig leicht zu erlangen sind, daß sie aber keinen irgendwie bedeutsamen Werth haben.

Was endlich den Vorschlag betrifft, den Herrn Ahlwardt bei seinen Ausführungen gemacht hat, nämlich, die Gewehre der Löweschen Fabrik zurückzugeben, — diesen Vorschlag ernst zu nehmen, hat die Heeresverwaltung gar keine Veranlassung.

(Heiterkeit und sehr gut! links.)

Abgeordneter **Richter** bemerkte sodann: Es ist doch befremdend, daß Herr Ahlwardt heute nicht zur Stelle ist. Nachdem er selbst diese Frage, seine Angelegenheit, beim Beginn der Diskussion über den Militäretat hier vorgebracht hat, hat er sich der weiteren Erörterung entzogen, und zwar gerade bei den Kapiteln, wo auf die Sache speziell zurückgegriffen werden konnte.

(Sehr richtig! links.)

Ich höre, der Herr ist auf Agitationsreisen unterwegs. **Es ist ja leichter, in Versammlungen Anklagen zu erheben, als hier angesichts der verantwortlichen Behörde für solche Anklagen einzustehen. Ich constatire einfach, daß Herr Abgeordneter Ahlwardt parlamentarisch debutirt hat mit Vorbringung von Unwahrheiten, die als solche sofort constatirt worden sind!**

(Bravo! links.)

Abg. Dr. v. Marquardsen dankte dem Kriegsminister für seine bedeutsamen Erklärungen. Von den näheren Gesinnungsgenossen des Herrn Ahlwardt war Niemand anwesend. Seine conservativen Freunde aber ließen ihn im Stich; nicht ein einziger legte ein gutes Wort für ihn ein.

Das war das erste Auftreten des Abg. Ahlwardt im Parlament!

## Zur Abwehr.

**Berlin**, 14. März. In Nr. 8 der „Mittheilungen" haben wir, anknüpfend an eine provenzalische Correspondenz aus Greifswald, einen Artikel veröffentlicht, in welchem unter der Ueberschrift „**Weshalb die Universität Greifswald aufgeregt ist**" eine ergötzliche Geschichte von zwei im Aioli (einer provenzalischen belletristischen Zeitschrift) als Sprachtexte veröffentlichten angeblichen Briefen des Rabbiners von Arles und des Großrabbiners von Konstantinopel in ihrer Wirkung auf die Greifswalder Universität mitgetheilt wurde. Noch in derselben Nummer des Aioli mußten sich, wie ebenfalls bei uns angeführt wurde, der durch seinen Antisemitismus geblendete Greifswalder Provenzale gefallen lassen, daß die beiden Briefe als unecht verworfen und von ihnen gesagt wurde, daß es sich dabei nur um einen schlechten Witz im Geschmack des don Quixote handelte. Unser Artikel hat nun eine ganz eigenthümliche Wirkung ausgeübt. In der letzten Nummer des Aioli meldete sich nämlich der Professor Koschwitz von Greifswald mit einer Notiz, in der er gegen die Urheberschaft der ersten Greifswalder Correspondenz und dagegen Verwahrung einlegt, daß ein „semitisches Organ" ihn als Verfasser benannt habe. Wir sind wirklich neugierig, den Namen des betreffenden „semitischen" Blattes zu erfahren, da wir wohl nicht gemeint sein können und andere Blätter unseres Wissens von der Geschichte trotz ihrer Ergötzlichkeit keine Notiz genommen haben. Vielleicht thut uns der Greifswalder Romanist den Gefallen, uns aufzuklären. Er braucht ja nicht unbedingt den weiten Umweg über Avignon zu machen.

**Die erfolgreiche Zurückweisung des antisemitischen Ansturmes** auf den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Haynau ist zum guten Theil der dortigen vortrefflichen freisinnigen Lokalpresse zu verdanken. Das sehen auch die Antisemiten ein und die „Deutsche Ostwacht", das schlesische Centralorgan ruft ihren Gesinnungsgenossen zu, es sei vor allen Dingen nöthig, die liberale Presse durch eine „gesunde deutschnationale" Presse zu verdrängen. Es sei nöthig, überall, namentlich auf dem Lande, Flugblätter zu verbreiten und damit nicht zu ruhen. Ein Wahlkreis könne nur in den seltensten Fällen im Sturme genommen werden, in den weitaus meisten Fällen werde eine jahrelange ausdauernde systematische Wahlarbeit nothwendig sein.

Möchten sich das auch unsere Freunde überall im Reiche gesagt sein lassen. Nur wenn sie rechtzeitig auf dem Posten sind, um die antisemitischen Bestrebungen durch eine systematische Gegen-Agitation zu bekämpfen, werden sie etwas auszurichten vermögen.

**Das Provinzial-Wahlcomité der Nationalliberalen Hannovers** hat zum **Antisemitismus** in folgender Resolution Stellung genommen:

„Im Gegensatz gegen den Antisemitismus, der durch seine maßlosen, vielfach unwahren Behauptungen die Leidenschaften entfesselt und in das Bürgerthum durch seine demagogische Agitation neue Momente der Trennung und des Zwiespalts hineinträgt, verweist das Provinzial-Wahlkomité von der Grundlage der Gesittung des Zeitalters aus auf die Verfassung und die Gesetze des Deutschen Reiches und des preußischen Staates, die keinen Unterschied der Staatsbürger kennen, und tritt für die Erhaltung der Grundsätze der Humanität und der Verfassung auf das entschiedenste ein. Es spricht aber zugleich die Erwartung aus, daß die Israeliten selbst durch öffentliches Auftreten gegen Auswüchse in ihren eigenen Reihen, wofür bereits die Anzeichen vorliegen, zur Herstellung des socialen Friedens beitragen. Namentlich ist zu fordern, daß aus diesen Kreisen selbst die bessernde Hand an diejenigen in jüdischen Händen befindlichen Preßorgane gelegt werde, welche durch ihr vielfach die Gefühle ihrer Mitbürger verletzendes Verhalten die antisemitische Bewegung groß gezogen haben. Insofern Wucher, Güterausschlachtung, unreelles Geschäftsgebahren und andere sociale Schäden, die nicht minder der antisemitischen Bewegung den Nährboden gaben, mit gesetzlichen Mitteln beseitigt oder gemildert werden können, hält das Provinzial-Wahlkomité ein Vorgehen der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften für erforderlich."

**Aus Hannover und Westfalen.** In Hannover und dem angrenzenden Westphalen entwickeln die Antisemiten neuerdings eine außerordentlich rührige Agitation, augenscheinlich in der Absicht, bei einer eventuellen Reichstagsauflösung in jenen Gegenden Mandate zu gewinnen. Der dortige Führer, Herr Leuß, veranstaltet jetzt fast täglich Versammlungen in Stadt und Land, um für den Antisemitismus den Boden zu bearbeiten, was ihm leider erleichtert wird durch das Verhalten der Gegner, welche noch immer, trotz der anderwärts gemachten schlimmen Erfahrungen, der Meinung sind, man könne über diese Bewegung, die geeignet ist, unsern Volkscharakter zu vergiften, mit vornehmem Stillschweigen hinweggehen. Auch die Haltung der Hannoverschen Presse ist keineswegs in ihrer abwartenden Haltung dazu angethan, diese Gefahr abzuwenden.

Erst neuerdings scheint man sich zu energischem Vorgehen aufraffen zu wollen, nachdem man die Dinge bisher hatte gehen lassen, wie sie eben gehen wollten. Auch scheinen die Conservativen in den dortigen Wahlkreisen allmählich zu der Einsicht zu kommen, einen wie gefährlichen Kumpan sie sich durch die Verbrüderung mit dem Antisemitismus aufgehalst haben. Wenigstens hat neulich in einer Versammlung zu Windheim bei Minden der conservativ-antisemitische Pastor Iskraut aus Bielefeld entgegen früheren Reden vor einer antisemitischen Candidatur gewarnt, worauf dann die Antisemiten ganz keck das Mäntelchen abwarfen und durch ihren Agitator, den oben erwähnten Herrn Leuß, für eine künftige Reichstagswahl dem conservativen Candidaten gerade so gut den offenen Krieg erklärten, wie sie dies, im Bunde mit den Conservativen, bisher den Liberalen und Sozialisten gegenüber gethan haben.

Bisher war Herrn Leuß Niemand entgegengetreten, welcher der Bevölkerung gezeigt hätte, welche giftige Schlange sich bei dem Antisemitismus unter der schillernden Oberfläche schöner Phrasen und wunderbarer Versprechungen verberge; und es war daher diesem Herrn höchst unangenehm, daß ihm in den 3 letzten Versammlungen energisch opponirt wurde. In Lehrte und Windheim a. d. Weser that dies Herr Redacteur Weigt aus Berlin, in Hannover Herr Archivar Dr. Winter aus Magdeburg.

Hinsichtlich dieser Versammlung verweisen wir auf den heutigen Leitartikel.

**Bernburg**, 12. März. In der letzten Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins nahm der Generalsecretär der nationalliberalen Partei, Herr Patzig aus Berlin, Veranlassung, in seiner Rede auch gegen den „Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe" sich zu wenden. Der Verein segele unter falscher Flagge, gehe hauptsächlich auf antisemitischen Stimmenfang aus. Derselbe habe eine an und für sich gute Sache auf den Boden der Demagogie herabgewürdigt, indem er die Durchführung eines praktischen Gedankens zu politisch-tendenziösen Zwecken mißbrauche.

**Aus Braunschweig** erhalten wir folgende Zuschrift:

Die „Hannoversche Post" vom 15. Februar enthält eine Correspondenz aus Braunschweig, in der erzählt wird, daß ein daselbst wohnender Lotterie-Collecteur H., der in seiner Wohnung einen sogenannten Privat-Mittagstisch eingerichtet hat, einem jungen Juristen die Thür gewiesen habe, weil er antisemitische Gesinnungen hege. In Braunschweig habe diese Affaire allgemeines Gelächter hervorgerufen. — Wir haben es hier wieder mit einer echt antisemitischen Entstellung zu thun. Der Angegriffene, Haupt-Collecteur Herr Hemmeg sandte der „Hann. Post" eine Berichtigung unter Berufung auf das Preßgesetz. Darin heißt es: „Es ist unwahr, daß ich den angehenden Juristen wegen seiner antisemitischen Gesinnung nicht speisen lassen wollte, sondern wegen seiner überhand nehmenden fanatischen Hetzereien gegen die ihm nicht zustimmenden Tischgenossen wurde ihm die Thüre gewiesen und wegen eines von ihm getragenen schamlos skandalösen Abzeichens. Es ist unwahr, daß ich keine Duldsamkeit gegen Antisemiten übe; ich habe das seit Jahren sowohl gegen den Gemaßregelten, wie gegen andere an meinem vegetarischen Mittagstisch Theilnehmende bewiesen; auch heute nehmen noch Antisemiten daran Theil!" — Der Referendar wies nämlich auf seine antisemitische Shlipsnadel, an deren Kettchen die Gestalt eines alten Juden aufgehängt war. Als Entgegnung las Herr Hemme aus den „Mittheilungen" die Notiz vom 30. Jan. vor (Nr. 6 S. 47), in der diese neueste Kunstleistung des Geschäftsantisemitismus gebrandmarkt war. Bei dem letzten Satze verschwand der tapfere Herr, und als er am nächsten Tag zur Ueberraschung aller sich wieder einstellte, wies ihm Herr Hemme die Thür.

**Die Ursachen der Zwangsversteigerungen in Hessen** sind nach Dr. Böckel in der Hauptsache in dem „Judenwucher" zu suchen. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, darüber giebt die nachstehende Correspondenz der „Kl. Pr." aus Darmstadt Auskunft:

Von Seiten der Großh. Centralstelle für die Landesstatistik werden alljährlich Erhebungen darüber angestellt, aus welchen Ursachen die Zwangsveräußerungen von Liegenschaften im Großherzogthum Hessen entstehen. Aus einer soeben veröffentlichten Statistik über diesen Gegenstand ist ersichtlich, daß im Jahre 1889 — eine neuere Statistik ist bis jetzt nicht erschienen — im Großh. Hessen eine Zwangsveräußerung auf 2537 Einwohner oder auf 542 Haushaltungen kam. Nach Provinzen berechnet, kamen die wenigsten Zwangsveräußerungen in Rheinhessen vor,

nämlich eine auf 5406 Einwohner oder 1169 Haushaltungen, in Starkenburg eine auf 2062 Personen oder 440 Haushaltungen und in Oberhessen eine auf 2089 Personen oder 430 Haushaltungen. Berechnet man die Zwangsveräußerungen auf die einzelnen Kreise des Landes, so steht hier der Kreis Mainz am günstigsten, in diesem kommt auf 14,397 Einwohner eine Zwangsveräußerung, in Darmstadt bereits eine auf 7430 Einwohner, Worms 6780, Oppenheim 4982, Bingen 3678, Gießen 2630, Offenbach 2114 und in Schotten sogar bereits auf 885 Einwohner eine Zwangsveräußerung. In Bezug auf das Verschulden bringt dieselbe Statistik eine Zusammenstellung aus den letzten 3 Zählungsjahren 1887, 1888 und 1889. Wir ersehen hier, daß gerade bei der Landwirthschaft das eigene Verschulden am meisten zu Zwangsveräußerungen führt. In diesen drei Jahren hat unter den Ursachen am häufigsten die unmittelbare eigene Verschuldung, insbesondere schlechte Haushaltung, Trunk- und Genußsucht, Trägheit, Arbeitsscheu, Nachlässigkeit 2c., in 48 bis 53 Fällen unter je 100 zur liegenschaftlichen Zwangsveräußerung geführt. Sodann trugen Krankheit und ungünstige Familienverhältnisse mit 13—17 pCt. erheblich zur Nothlage bei, nächstdem folgten der Häufigkeit nach, als Ursache der Zwangsveräußerungen freiwillige ungünstige oder leichtfertige Uebernahme von Liegenschaften und Geschäften mit 11—14 pCt, sowie Unglück beim Geschäftsgang, das gleichfalls großentheils als selbstverschuldet anzusehen ist, mit 6—10 pCt. Ungünstige Zeitverhältnisse mit 5—9 pCt. und freiwillige ungünstige Geschäfts- oder Gutsübernahme erscheinen mit 2—6 pCt. in nicht sehr hohen Ziffern. Die Ausbeutung und Uebervortheilung durch Andere, insbesondere beim Viehhandel, tragen nur mit 1—2 pCt., Naturereignisse ebenfalls mit nur 1—2 pCt. zur Nothlage bezw. Zwangsveräußerung bei. Herr Dr. Böckel wird sich wohl nicht beeilen, die Ergebnisse dieser Statistik im „Reichsherold" zu veröffentlichen. Denn: Zahlen beweisen!

## Aus der antisemitischen Partei.

**Der ehemalige Criminal-Commissar H. v. Schwerin** ist jetzt Schriftführer der Geschäftsstelle der Antisemiten geworden. Er hat sich selbst durch die Broschüre „Schwerin und Bleichröder oder Edelmann und Jude" bekannt gemacht und damit seine Legitimation als Vertrauensmann und würdiges Mitglied der Antisemiten geführt. Die Broschüre erzählt von Herrn v. Schwerin, daß er in der Disciplinar-Untersuchung aus seinem Dienst entlassen, und daß er rechtskräftig verurtheilt und bestraft ist: wegen Herausforderung seines früheren Vorgesetzten des Polizei-Präsidenten von Madai zum Duell mit 2 Monaten Festung, wegen Beleidigung desselben Herrn zu 6 Wochen Gefängniß, wegen Beleidigung eines anderen früheren Vorgesetzten zu 3 Monaten Gefängniß und wegen vollendeter Gelderpressung zu einem Jahre Gefängniß. Wir können hinzufügen, daß Herr von Schwerin vielfach Unterstützung von dem jetzt verstorbenen Herrn von Bleichröder erbeten, und sogar einige empfangen, daß er noch im vergangenen Jahre Herrn v. Bleichröder um den Ankauf seiner Papiere ersucht hat, die, wie er sagte, die Grundlage einer neuen Schmähschrift gegen diesen Herrn bilden könnten und auf die von den Antisemiten bereits ein Gebot gemacht wäre. Er wollte Herrn von Bleichröder die Vorhand lassen. Der Ankauf wurde abgelehnt und — die Broschüre erschien. Es ist die obenerwähnte Schmähschrift.

Derselbe H. v. Schwerin ist nun von den Antisemiten als Schriftführer der Geschäftsstelle ernannt worden!

**Der Reichstagsabg. Graf Mirbach** hat sich in einer am 12. stattgehabten conservativen Versammlung zu Dresden über die **Judenfrage** folgendermaßen geäußert:

„Ich bitte nun meine Stellung als östlicher Agrarier zu berücksichtigen. Wir erachten uns dort als preußische Conservative an das neue Programm gebunden. Unsere Stellung weicht aber in der Judenfrage etwas ab von der Auffassung vieler anderer unserer politischen Freunde. Wir hätten es lieber gesehen, das Wort Jude wäre übergangen worden und dafür hätte viel schärfer und in weiterem Umfange das Wort christlich unsere Stellung markirt. Wir verkennen den guten Kern des Antisemitismus keineswegs, bekämpfen den Antisemitismus auch nicht, soweit er uns berechtigt erscheint; aber wir halten es praktisch für schwer durchführbar, die antisemitische Strömung in den berechtigten Grenzen zu halten. Der Anschluß vieler Besitzlosen an diese Bewegung birgt die Gefahr in sich, daß die Strömung sich gegen den Besitz als solchen richtet und daß der Antisemitismus zu einer Spielart der Sozialdemokratie herabsinkt! Ich hoffe jedoch, daß es den antisemitischen Parteien gelingt, diese Klippe zu umschiffen. Das werden sie am besten thun, wenn sie bei den Wahlen in erster Linie die Wahlkreise in Angriff nehmen, die in den Händen der Judenschutztruppe sind. (Sehr gut!)

Man kann dem Herrn Grafen für seine Offenheit nur dankbar sein. Geht doch aus seinen Worten klar hervor, daß die Annäherung der Conservativen an die „reinen" Antisemiten im wesentlichen auf wahltaktische Rücksichten zurückzuführen ist. Freilich ist den Herren nicht ganz wohl dabei zu Muthe. Sie können sich der Besorgniß nicht entschlagen, daß der Antisemitismus schließlich auch vor den christlich-germanischen Geldschränken nicht Halt machen könnte. Wie sich aber Graf Mirbach eine antisemitische Bewegung ohne Besitzlose denkt, verstehen wir nicht. Was werden die Liebermann, Ahlwardt und die übrigen Bundesgenossen des conservativen Führers zu dieser seiner Auslassung sagen?

**Zur Agitation der antisemitischen Conservativen.** Die Conservativen haben so entrüstet gethan über eine angeblich scharfe Wahlagitation bei der letzten Wahl in Friedeberg-Arnswalde Seitens der Gegner der Antisemiten und Conservativen. In der Presse und in den Parlamenten wurden Anschuldigungen erhoben gegen die Wahlagitation der dortigen Freisinnigen. Aber keinen Fall von Rohheit und Gewaltthätigkeit konnte man ihnen nachweisen. Wohl aber ist dergleichen bei den Antisemiten vorgekommen. Wir erinnern nur an die Vorgänge in Arnswalde, Sammenthin, Woldenberg. Eine unerhörte Rohheit und Gewaltthätigkeit ist am 9. März vor dem Schwurgericht zu Landsberg a. W. zur Verhandlung gekommen. Ein freisinniger Agitator Walsch kam am 4. Dezember 1892 nach dem Dorfe Spechtsdorf, Kreis Arnswalde. In Folge einer Drohung des Gutsverwalters Szagunn getraute sich der Gastwirth nicht Herrn Walsch Nachtquartier zu geben. Der Gutsverwalter hatte dem Gastwirth sagen lassen, daß er die „Juden" nicht aufnehmen dürfe, „sonst würde ihm der Kriegerverein abgenommen." (Herr Walsch ist Christ!) Der Gutsverwalter schickte seine Leute ins Gasthaus und sagte zu ihnen: **„Die Juden sind da. Sie müssen alle vom Hofe gekehrt werden."** Der Gutsverwalter ließ den Leuten für 10 M. Schnaps und Bier geben und sagte dann: **„Die Juden müssen Wamse, Schläge müssen sie haben."** Alles stürzte nun auf den Hof, wo Herr Walsch mit dem Gastwirth verhandelte. Herr Walsch wurde nun angefaßt und schließlich gemißhandelt. Er hatte einen Revolver bei sich, aus dem er Schreckschüsse abgab. Nach der Mißhandlung wurde Herr Walsch (nicht etwa der Gutsverwalter) festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht, wo er bis zum 9. März saß, an welchem Tage seine Freisprechung erfolgte. Die conservative und antisemitische Presse findet kein Wort der Verurtheilung. So werden von dieser Seite die „Ausschreitungen" bekämpft! —

**An alle Krieger von 1870/71,** welche invalid geworden sind, richtet **Dr. Böckel** die Bitte, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Er wolle versuchen, einmal im Reichstage die Lage derselben zur Sprache zu bringen eventl. durch Petitionen zu wirken. — Herr Böckel thut so, als ob die Lage der Kriegsinvaliden im Reichstage nach gar nicht zur Sprache gebracht worden wäre. Und doch geschieht dies Jahr aus Jahr ein Seitens aller Parteien, zum Theil mit Erfolg. Es gehört eben die ganze — Bescheidenheit des antisemitischen Agitators dazu, um sich als Denjenigen aufzuspielen, von dem allein die Invaliden etwas zu erwarten hätten. Die überwiegende Mehrheit derselben wird sich schönstens bedanken, Herrn Böckel zum Anwalt ihrer Interessen zu wählen. Herr Böckel will nicht blos den hessischen Bauern helfen; er hat auch schon versucht, die Waldarbeiter, die Schäfer, neuerdings die Handwerker in den Bereich seiner

Agitation zu ziehen. Jetzt sollen die Kriegsinvaliden an die Reihe kommen. Herr Böckel will „versuchen", im Reichstage die Lage der Invaliden zu erörtern. Was hat ihn abgehalten, bei der Berathung des Militäretats sich dieser Aufgabe zu unterziehen? Herr Böckel war nicht am Platze; er „schwänzte" die Sitzungen. Und diesem Manne sollen die Invaliden ihre Sache zur Vertretung übergeben?

**Zu den Vorkämpfern des Antisemitismus aus dem geistlichen Stande,** mit denen wir uns in der vorigen Nummer beschäftigten, gehört auch der Oberpfarrer Stancke in Woldenberg. Auf seinem jüngsten Triumphzuge durch den Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde kam Abg. Ahlwardt nach Woldenberg. „Bei der Begrüßungsfeier nahm zum Schluß, wie die „Staatsb. Ztg." berichtet, der genannte Geistliche das Wort. Er kam direkt vom Lutherfestspiel in Stargard und sprach unter dem frischen Eindruck des dort gesehenen ganz besonders ergreifend. Er wünschte dem deutschen Volke, daß der Geist Luther's in demselben wieder lebendig werden möge, der Geist der Einfachheit, des Gehorsams, der Treue und Liebe zu seinem Vaterlande und zu seinen Brüdern. In eindringlichen Worten wandte Redner sich an seine Amtsbrüder. dieselben auffordehnd, fest zu der vom Reichstagsabgeordneten Ahlwardt vertretenen Partei zu stehen, damit der jüdische Geist bekämpft und es besser mit unserem Volke werde. Wir sind keine Quelle des Umsturzes, sondern stehen fest zu König, Vaterland und Christenthum. (Große Zustimmung). Stehend wurde von den Versammelten der Vers gesungen: „Ein feste Burg ist unser Gott." Es war das ein ergreifender Augenblick. Das Feuer einer edlen Begeisterung blitzte in den Augen der anwesenden Männer und Frauen, und manches Gelöbniß wurde in des Herzens Kämmerlein abgelegt."

Es hätte nur noch gefehlt, um das Werk zu krönen, daß der Herr Oberpfarrer Ahlwardt als den zweiten Luther feierte.

**Darmstadt,** 14. März. Auf Veranlassung des antisemitischen Wahlvereins hielt der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg gestern Abend im Saalbau eine seiner bekannten Reden. Es lag ihr das Thema zu Grunde: „Die Schädigung des deutschen Geistes und Nationalvermögens durch das Judenthum". Seine Ausführungen sind mit einem Satze zu charakterisiren: an allem Uebel in deutschen Landen haben die Juden und namentlich die Verhetzungen der jüdischen Presse die Schuld. Die Versammlung verlief, einige Zwischenrufe abgerechnet, im Großen und Ganzen ruhig. Einer unserer jüdischen Mitbürger nahm Veranlassung, die Ausführungen des antisemitischen Agitators auf ihren wahren Werth zurückzuführen; er erntete vielfachen Beifall.

**Halle,** 14. März. Beschlagnahmt wurden hier vorgestern seitens der Polizei, laut einer Meldung der „S.-Z.", 500 Exemplare einer von München hierher zur Vertheilung gesandten antisemitischen Flugschrift wegen der darin enthaltenen groben Verhetzung gegen die Juden, theils auch weil der Inhalt in sittlicher Hinsicht Bedenken erregte. Die hiesigen Parteiführer haben gegen die Maßregel Beschwerde beim Herrn Regierungs-Präsidenten erhoben und beantragten die Aufhebung der Beschlagnahme. —

**Die katholische „Donauzeitung"** in Passau greift in einem „Die Judenschutztruppe" betitelten Artikel den Abg. Rickert in beispiellos heftiger Weise an, weil er es gewagt, im Parlament auf die Autorität von Rahling und Ecker in Sachen des Talmud ꝛc. einige Streiflichter zu werfen. Der General der Judenschutztruppe lasse keine Gelegenheit vorübergehen, um die Juden zu verherrlichen und die Christen schamlos zu schmähen. Und dieser Rickert sei nicht etwa Jude, sondern selbst Christ. Aber trotzdem öffne er niemals seinen Mund, ohne die Juden zu loben und auf die Christen zu schimpfen. Früher habe man Leute, welche von den eigenen Stammes- und Glaubensgenossen sich lossagten, Renegaten genannt. — Wir wollen uns an diesen Kraftstellen genügen lassen; der Leser wird kaum Verlangen tragen, die weiteren zu erfahren. Wir haben wohl nicht nöthig auf diese Angriffe einzugehen; der die Rede des Abg. Rickert auch nur oberflächlich gelesen hat, weiß, daß die Behauptung der „Donau-Ztg.", der Abg. Rickert schmähe die Christen, eine bewußte Unwahrheit ist. Die „Donau-Ztg." wird auch nicht einen einzigen Fall zu nennen im Stande sein, wo dies der genannte Abgeordnete gethan hat. Leute, die so leichtfertig mit der Wahrheit umspringen, haben am allerwenigsten ein Recht. sich als Moralprediger aufzuspielen.

**Ueber die antisemitische Presse** referirte auf dem am 12. in Dortmund abgehaltenen Delegirtentage der deutschsozialen Partei vom Rheinland-Westfalen Herr Kraus (Münster). Er wandte sich unter allseitigem Beifall gegen die „Westf. Reform" und die „Deutschsozialen Blätter" wegen der Verherrlichung Dührings und der Angriffe gegen das Christenthum. Es wurde beschlossen, beide Blätter fallen zu lassen, falls sie in keine andere Bahnen einlenken.

**Die antisemitische „Hannov. Post"** knüpft an die Mittheilung, daß in Göttingen ein jüdischer Geschäftsreisender wegen Sittlichkeitsverbrechens (§ 177 d. Str.-G.-B.) und Meineids verurtheilt worden sei, die Bemerkung: „Wieder ein Fall der jüdischen Talmudmoral."

Nach der Criminalstatistik für das Deutsche Reich sind im Jahre 1889 wegen Meineids 286, wegen Sittlichkeitsverbrechen (§§ 176—178 des Str.-G.-B.) 3134 Personen christlicher Confession verurtheilt worden. — Was würden wir Christen sagen, wenn ein Jude schreibt: „Wieder Fälle der christlichen Moral?"

**„Die Judengeschichten kommen Einem auf die Dauer zum Halse heraus,"** so lesen wir im Briefkasten des „Reichsherold." Warum läßt Herr Böckel dann aber nicht sein Blatt eingehen? Denn wenn die „Judengeschichten" daraus verschwänden, dann würde es aufhören, ein antisemitisches Organ zu sein. Uebrigens ist die Briefkastennotiz recht bezeichnend. Wir möchten glauben, daß nicht blos dem Redacteur, sondern auch den Lesern des „Reichsherold" allmählich die „Judengeschichten" zum Halse herauskommen.

**„Verjudung des „Reichsherold".** Auch der „Reichsherold" hat unermüdlich die Devise „Kauft nicht bei Juden" gepredigt und durch „christliche" Consumvereine den jüdischen Kaufleuten zu schaden gesucht. Darin ist er aber mit Dr. Bachler und der von ihm so gehaßten „Staatsbürger-Zeitung" einig, daß er mit Vergnügen Geld von Juden annimmt. So erhielt ein jüdischer Kurzwaarenhändler aus Marburg ein Exemplar des „Reichsherold" zugesandt und dazu eine Postkarte mit folgendem Inhalt:

**Verlag des Reichsherold.**

Marburg, (Hessen) den 27. Februar 1893.

Geehrter Herr!

Wir laden Sie hiermit ergebenst ein, einen Versuch mit einer Anzeige in unserer Zeitung „Reichs-Herold" zu machen. Der Reichsherold hat 10 000 Auflage und ist Organ des Mitteldeutschen Bauernvereins. Wir bewilligen Ihnen zur Probe den Ausnahmepreis von 3 M. für 5 Inserate 1 spaltig à 10 Zeilen. Probeblatt anbei.

Achtungsvoll

Verlag des „Reichs-Herold"

Es ist betrübend zu sehen, wie auch der Antisemitismus immer mehr und mehr „verjudet." Selbst die unverfälschteste Arierpartei der Antisemiten hängt am Golde der Juden.

**Die „Staatsbürgerztg."** bringt Correspondenzen über die Ausstellung in Chicago. Bei dem Besuch der deutschen Abtheilung wird der Verfasser einmal an Heine und einmal an Auerbach erinnert, dessen Schwarzwälder Dorfgeschichten in dem „Deutschen Dorf" auf der Ausstellung eine malerische

Illustration gefunden haben. Heine und Auerbach, die einzigen deutschen Namen in einem langen Feuilleton eines *antisemitischen* Blattes!

G. **Breslau**, 11. März. Ein curioser Antisemit ist der Buchhändler Paul *Sesselmann* hier, Alte Taschenstraße 3. Dieser Herr schmückt sein Schaufenster mit lauter antisemitischen Brandschriften, stellt Ahlwardt-Bilder und Denkmünzen zum Verkauf aus und empfiehlt sich in conservativen Zeitungen zur Besorgung antisemitischer Literatur.

Zufällig kommt mir dieser Tage zur Hand „Der jüdische Volks- und Haus-Kalender für das Jahr 1893 von Dr. M. Braun, Verlag von Th. Schatzky in Breslau." Und da finde ich auf Seite 118 eine halbseitige Annonce des besagten Herrn Sesselmann, in der er sein reichhaltiges Bücherlager empfiehlt, ferner Annahme von Abonnements auf alle Zeitschriften 2c.

So sind diese Herren Antisemiten! Da proclamiren sie in ihren Versammlungen, nur ja nichts bei Juden zu kaufen; trotzdem aber sind sie immerhin noch so liebenswürdig, an Juden zu verkaufen und verschmähen es nicht, wie dieses Beispiel zeigt, selbst in einem specifisch jüdischen Kalender ihr Geschäft anzupreisen. Es geht nichts über das Geschäft.

## Zur Wahlagitation in Arnswalde-Friedeberg.

Wir brachten in Nr. 7 der „Mittheilungen" den stenographischen Bericht der Rede des conservativ-antisemitischen Landtagsabgeordneten und durchgefallenen Reichstagscandidaten Herrn v. Waldaw in Fürstenau, Kreis Arnswalde. Herr v. Waldaw hat Herrn Johannes Buchholz-Berlin, wegen seiner Wahlagitation in Arnswalde-Friedeberg angegriffen. Diese Angriffe geschahen auf Grund einer Broschüre des Herrn Rittergutsbesitzers Paeske in Konraden, Kreis Arnswalde. Der Herr Abgeordnete Rickert überließ es den Angegriffenen, insbesondere auch Herrn Buchholz, außerhalb des Hauses auf die Sache näher einzugehen. Dies ist nun geschehen. Herr Buchholz hat in einer besonderen Broschüre: „Großgrundbesitzer, Bauer und Landarbeiter"*) eine eingehende Antwort gegeben, welche die Erwiederung auf die in unseren Mittheilungen wörtlich abgedruckte Rede des Abgeordneten v. Waldow im Abgeordnetenhause enthält. Der „Kreuzzeitung" ging eine Berichtigung zu, welche lautet:

„Berlin W., Wormserstr. 3, am 30. 1. 1893

Hochgeehrte Redaction! Aus Anlaß der Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhause am 28. d. Mts. sehe ich mich genöthigt, die geehrte Redaction auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung zu bitten: Nr 611 der „Kreuzztg." vom 30. Dezember 1892 brachte einen Leitartikel über „Die Reichstagswahl im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde" Es war ein Abdruck der Schrift eines Herrn Paeske, Rittergutsbesitzer in Conraden. Dieser Artikel enthält viele Unwahrheiten und Entstellungen, von denen ich nachfolgend einige richtig stellen möchte.

Mir ist die Verfasserschaft von Artikeln im „Deutschen Reichsblatt" in die Schuhe geschoben worden, mit denen ich durchaus nichts zu thun habe. Die Lohnberechnungen in Nr. 45 und 48 des Reichsblatts rühren nicht von mir her. Ich war auch noch nie in Masuren. Wenn ich aber reise, so besuche ich nicht einseitig nur Arbeiter, sondern auch Handwerker, Bauern, Lehrer, Pfarrer und Rittergutsbesitzer und nehme von Allen gerne Lehre an. Ich habe auch nicht „sämmtliche größeren Grundbesitzer ohne Ausnahme verdammt". Eine „Berichtigung" meiner Lohnberechnung ist mir nicht „thatsächlich zugegangen". Wegen dieser „Berichtigung" habe ich bei einem „angesehenen jüdischen Getreidehändler", der vermuthlich von Herrn Paeske gemeint war, am 4. d. M. angefragt, ich bin jedoch ohne Antwort geblieben. Die einzige von mir zusammengestellte Lohnberechnung bezieht sich nicht auf den Kreis Arnswalde, sondern auf Friedeberg. Das freisinnige Flugblatt vom Jahre 1890, zur Stichwahl v. Brandt- v. Forckenbeck, ist nicht von mir „verfaßt" und „verbreitet". Ich war 1890 und bei allen früheren Wahlen überhaupt nicht in diesem Wahlkreise und hatte auch sonst durchaus garnichts mit dieser Wahl zu thun. Meine Wahlrede in Mienken ist fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Die Darstellung trägt den Stempel des Unsinns auch schon zu offen an der Stirn. Es war mir nicht denkbar, daß ein größeres Publikum solch einen Widersinn für wahr halten würde. Ich habe nicht gesagt, daß ich gekommen sei, den Herren „die Mittel und Wege zu zeigen", wie es „in dieser Welt" zu bessern wäre. Ueber die Soldatenmißhandlungen habe ich gesondert und ganz kurz gesprochen. Ich führte an, wie diese Mißhandlungen nicht geeignet wären die Dienstfreudigkeit und den Patriotismus zu fördern. Der von Herrn Paeske angeführte Fall bezog sich auf Sachsen und nicht auf Bayern. Ich habe nicht gesagt, daß die Offizierspensionen dem „Staate beinahe 100 Millionen" kosten. Ich führte nur an, daß wir jetzt überhaupt an Militärpensionen 68 Millionen Mark zahlen müssen. Ich habe nicht gesagt, daß man „dem reichen Manne, dem Rittergutsbesitzer" zu jeder Steuer, die er zahlen mußte, vorher das Kapital gegeben habe, um aus den Zinsen dieses Kapitals zu bezahlen." (Herr Paeske bemerkte dazu: „Das ist doch etwas grob ge . . . . flunkert!") Thatsächlich habe ich nur die 30 Millionen Mark Grundsteuerentschädigung für die Rittergutsbesitzer und die Entschädigung der Reichsunmittelbaren angeführt. Was ich wirklich gesagt habe, das steht in gedrängtester Kürze in dem von mir thatsächlich verfaßten Flugblatt. In diesem Flugblatt steht der Satz: „Einem Domänenpächter und adligen conservativen Abgeordneten sind 90000 Mark aus der Domänenkasse erlassen worden" (Gemeint war Herr v. Oppen.) Herr Paeske hat einfach eine Null angehängt und schreibt die unzutreffende Zahl 900000 Mark. Herr Paeske, der die Güte hatte, mich der unvorsichtigen Urtheilsfällung, der „Verlogenheit" und anderer Untugenden zu beschuldigen, hätte doch, um mit seinen Worten zu reden, in seinem „Machwerk" weniger „leichtfertig" urtheilen sollen."

Mit vorzüglicher Hochachtung Johannes Buchholz.

Diese Berichtigung brachte die „Kreuzztg." in Nr. 54 mit einigen Kürzungen. Herrn v. Waldaw wurde diese Berichtigung vom Verfasser mit einem Anschreiben vom 4. Februar zugesandt, in welchem es hieß:

„Hiermit verbinde ich die Bitte an Sie, Ihre Darlegungen auf Grund dieser Berichtigung im Abgeordnetenhause richtig zu stellen. Ihre Richtigstellung wollen Sie, bitte, auch auf die folgenden Mittheilungen ausdehnen:

Nach dem stenographischen Bericht sagten Sie über meine Wahlagitation: „Theils hörte man ihm zu, theils wurde er hinausgeworfen." Es ist mir völlig unbekannt, wo ich „hinausgeworfen" worden bin. Ich möchte sie deshalb bitten, Namen zu nennen. So unhöflich bin ich allerdings nicht, gleich zu sagen, wie Sie es mir gegenüber gethan haben: „Ich erkläre daher diese Behauptungen so lange für eine *Lüge*, bis der Gegenbeweis erbracht ist."

Wenn Sie in meiner „ganzen Rede Thatsächliches überhaupt nicht" gefunden haben, so liegt das nicht an mir. Sie haben sich eben eine *gefälschte* Darstellung meiner Rede übergeben lassen, von der Sie freilich behaupteten: „Es ist kein Stenogramm; es ist aber *vollständig korrekt*." Sie wollen den Namen des Herrn erfahren, der durch seinen Sohn einen Gutsarbeiter durchpeitschen ließ. So viel ich weiß, liegt dieses Vorkommniß schon einige Zeit zurück. Ich empfehle Ihnen, bei dem Herrn Rittergutsbesitzer v. Langern in Birkholz bei Friedeberg Nachfrage zu halten. Ich hoffe, daß dieser Herr in der Lage sein wird, über verschiedene Dinge die genaueste Auskunft zu geben.

Mir ist es nur um die Sache zu thun. Die Schlechtigkeit will ich treffen, nicht die Person. Deshalb habe ich auch keinen Namen genannt. Hätte ich das gethan, dann hätte ich den Aufschrei hören mögen über gehässige Kampfesweise gegen einzelne Personen. Meine Artikel im „Deutschen Reichsblatt" habe ich auf Grund von Mittheilungen gemacht, die ich gleich in Gegenwart der Bauern und Arbeiter stenographirte."

Bis jetzt hat Herr v. Waldaw sich noch nicht veranlaßt gesehen, die Unwahrheiten von der Stelle aus, wo sie verbreitet worden sind, richtig zu stellen.

Der Verfasser druckt in seiner Broschüre alles Anklagematerial gegen sich ab und begründet seine Behauptungen eingehend. Jeder, der sich über diese Wahlagitation in Arnswalde-Friedeberg überhaupt ein Urtheil bilden will, muß auch die volksthümlich geschriebene Broschüre lesen.

Ueber den Antisemitismus heißt es in dem Schriftchen: „Um sich jetzt zu retten, haben die Conservativen die Antisemiten in den Wahlkreis geschleppt und sie geben den Wählern die Juden preis. Alle Unzufriedenheit soll sich jetzt auf die Juden abladen." . . . „Wir verlangen gleiches Recht für Alle, sowohl für den Bauern und Arbeiter, überhaupt den kleinen Mann, wie für den Christen und Juden und Antisemiten. Wenn wir helfen, diesen Grundsatz „Gleiches Recht für Alle" zu durchbrechen, so würde dies gerade für uns kleine Leute von größter Gefahr sein. Erst nimmt man den Juden das gleiche Recht und dann nimmt man es uns Kleinen!"

## Briefkasten

**Meros.** Wird prompt besorgt werden.

**R. in A—n.** Herzlichen Dank für das interessante Material, das wir gelegentlich verwerthen.

*) Druck und Verlag von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a. Einzelpreis 40 Pf

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

**Hierzu eine Beilage.**

# Beilage

zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.“

Nr. 12. Berlin, den 19. März. 3. Jahrg. 1893.

## Ein französischer Nationalökonom über die Judenfrage.

V.

(Schluß.)

Also, nur nothgedrungen und nicht freiwillig, wie seine ebenso böswilligen als unkundigen Feinde behaupten, verläßt der Jude die Schranken der Nationalität, innerhalb derer er aufgezogen wurde. Wie oft hört man, um bei diesem Gedankenkreise noch einen Augenblick zu verweilen, z. B. die Kleidung der polnischen Juden verhöhnen, während diese doch eigentlich nichts anderes ist, als das altpolnische Nationalcostüm!

Wenn man das Portrait irgend eines jüdischen Kaufmanns aus dem alten Königreiche Polen betrachtet, so würde man auf den ersten Blick glauben, es mit einem stolzen Mitgliede der Schlachta zu thun zu haben. Den spodek d. i. die mit Fuchspelz verbrämte Mütze auf dem Haupte, den zupan d. i. Kaftan mit dem breiten Gurt um den Leib, die Beinkleider in den hohen Stiefeln und den Degen zur Seite: so präsentirt sich uns der Jude Polens, der für uns das Prototyp der Söhne Sems geworden ist. Die russische Regierung beschnitt den zupan, um die annectirten Juden nicht an ihre geliebte polnische Heimath zu erinnern.

Im Oriente trugen die Juden den Turban und tragen ihn zum Theil noch. Der Unterschied in der Farbe wurde ihnen durch die fanatischen Priester des Islam auferlegt. Kurz, eine gründliche Geschichte der Kleidung der Juden — ein prächtiges Thema für eine deutsche Doctordissertation — würde den unerschütterlichen Beweis dafür erbringen, daß die Israeliten zu allen Zeiten und unter allen Völkern bestrebt waren, auch äußerlich völlig in der Gesellschaft aufzugehen, in der sie lebten. Der fanatische Klerus der gegnerischen Kirchen allein vermochte auf den barbarischen Gedanken zu verfallen, unsere jüdische Mitbürger zu zwingen, besondere Kleidungsstücke anzulegen, um so deren Träger von den „Gläubigen“ auch sichtbar zu unterscheiden.

Wie sehr macht man sich ferner in den antisemitischen Kreisen, wo man über Alles eher, als über die Culturgeschichte der Judenheit unterrichtet zu sein scheint, über das sog. „Mauscheln“ der namentlich Posen'schen Juden lustig! Und ist doch dieser Jargon eigentlich nichts anderes als der obersächsische Dialekt, den die im 14. Jahrhunderte aus Deutschland vertriebenen Juden nach Polen, Ungarn und Rumänien, wo sie gastliche Aufnahme fanden, aus ihrer alten Heimath mitgebracht hatten und dem sie bis auf den heutigen Tag treu geblieben sind. So unliebsam dies auch den Feinden Israels sein mag: jene verjagten Juden trugen mit der deutschen Sprache die deutsche Cultur nach dem slavischen Osten und am wenigsten haben die Herren Germanen das Recht, den Juden ihr treues Festhalten an dem deutschen Idiom zum Vorwurfe zu machen.

Geradezu rührend aber und von höchstem völkerpsychologischem Interesse ist die Anhänglichkeit der Sephardim an der Sprache ihrer Vorfahren. Noch heute, nach einem Zeitraume von 400 Jahren, (die Juden wurden 1492 aus Spanien vertrieben), sprechen die sogenannten spaniolischen Juden in Rom und Constantinopel, in London und Paris, in Amsterdam und Wien den kastilianischen Dialekt des 15. Jahrhunderts (vgl. Kayserling, Romanische Poesien der Juden in Spanien.)

Diese beiden historischen Thatsachen sind keineswegs Zeugniß dafür, daß die Juden überall als Fremde leben, sondern beweisen im Gegentheil, wie tiefe Wurzeln die Sprache der Heimath in Israels Seele zu fassen im Stande ist. Gleich den Juden haben die französischen Hugenotten durch viele Generationen die Sprache ihrer Väter bewahrt. Hat sie dies aber gehindert, im Laufe der Zeiten gute Preußen, Schweizer, Engländer und Holländer zu werden? Derselbe Prozeß der nationalen Verschmelzung würde sich bei den Juden schon längst vollzogen haben, wenn nicht stets das Verbannungsdekret wie ein Damoklesschwert über ihren Häuptern geschwebt hätte.

---

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

Abgeordneter **Stoecker** (fortfahrend siehe Seite 101, Nummer 10.)

Ich will aus dieser Erklärung, sagte Herr Rickert, die, wie ich annehme, auch ihren Eindruck nicht verfehlen wird,

(Heiterkeit rechts)

einige Stellen vorlesen. Herr Rickert, Sie dürfen sich nicht täuschen, wenn Sie so ernsthaft mit Jemand ins Gericht gehen wollen wie mit mir. Sie haben doch geglaubt, die Sache würde großen Eindruck machen.

(Abgeordneter Rickert: Auf Sie? Zuruf rechts: Ja!)

Ueberhaupt! Sie haben mich nicht ausgenommen. Nun, Herr Rickert wird durch die Stimmen der Judenpresse heute bereits überführt sein, daß die Erklärung gar keinen Eindruck gemacht hat, sondern daß sogar die „Berliner Zeitung“, gewiß ein unverfälschtes Organ Ihrer Richtung, schreibt, die Erklärung nütze nichts; man müsse erklären, daß man den Talmud als Religionsbuch verwirft; das thun aber die Rabbiner nicht, sondern sie drücken sich um die Frage, ob der Talmud menschenfeindliche Ausdrücke enthalte, herum.

Ich hatte, als ich das erste Mal über die Sache sprach, gesagt: durch den Talmud zieht sich auch nach der Meinung eines so judenfreundlichen Gelehrten, wie des Herrn Delitzsch der Gedanke, daß das Judenthum werthvoller sei als andere Nationen und eine Ausnahmestellung beanspruchen könne. Ich fügte hinzu, das sei ein Standpunkt, der der Emanzipation widerspreche. Und nun will ich, um den Herren einmal einen Begriff zu geben, wie sich Dr. Ecker und Briman zu einander verhalten, ein einziges Gesetz aus dem Schulchan Aruch in der Wiedergabe des Judenspiegels und in der Rezension des Dr. Ecker hier vorführen, weil dies für die ganze Sache, die wir verhandeln, interessant ist. Der Judenspiegel von Briman hat als einunddreißigstes Gesetz von den hunderten, die uns in den Broschüren begegnen, Folgendes hingestellt:

> Es ist dem Juden streng verboten, seinen nächsten Mitmenschen zu betrügen, und zwar gilt es schon als Betrug, wenn er ihn um den sechsten Theil des Werthes gebracht hat.

(Heiterkeit rechts.)

> Wer seinen nächsten Mitmenschen betrogen hat, muß es zurückerstatten. Natürlich ist das alles nur bei den Juden, den Akum hingegen zu betrügen ist ihm erlaubt, und er darf demselben nicht zurückgeben, um was er ihn betrogen hat; denn es steht in der heiligen Schrift: Ihr sollt euren nächsten Bruder nicht betrügen, und die Christen sind doch unsere Brüder nicht, sondern, wie oben erwähnt, ärger als die Hunde.

Das sagt Briman. Dr. Ecker stellt das zurecht, und zwar ohne daß meines Wissens ihm irgendwie widersprochen ist. Danach heißt es wörtlich im Schulchan Aruch:

> Es ist verboten, zu übervortheilen seinen Nächsten, sowohl beim Kaufe als beim Verkauf, und jeder von ihnen, der betrogen hat, sei es der Käufer oder Verkäufer, hat ein Verbot übertreten.
>
> Aber bei dem Akum

— also bei dem Nichtjuden —

> giebt es keine Uebervortheilung.

Denn es heißt:

> Einer soll nicht seinen Bruder betrügen, aber ein Akum, de einen Juden betrogen hat, muß das, um was er ihn betrogen hat, nach unseren Gesetzen zurückgeben, damit dieser nicht bevorzugt sei einem Juden.

So hat Dr. Ecker mit seiner Gelehrsamkeit das zurechtgestellt, worum es sich handelt: Einem Akum gegenüber giebt es keine Uebervortheilung; der Bruder ist, streng gefaßt, nur der Jude. Das ist es aber, was ich ausgesprochen hatte, und nun wird Herr Rickert, wenn er ein gerechter Mann ist, mir zugeben, daß ich wirklich hierbei nicht gesehlt habe, sondern daß er, wie wir das so oft bei ihm gewohnt sind, tumultuarisch seine Kenntnisse aus den Zeitungen — diesmal aus der National-Zeitung — zusammenrafft, und daß dieselben bei näherem Zusehen vor den Augen der Gebildeten nicht stichhaltig sind.

(Heiterkeit rechts.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, ich bedaure es lebhaft, daß die Herren Stöcker und Dasbach mich genöthigt haben auf eine Frage näher einzugehen, die ich sonst nicht gerne berührt hätte, schon deshalb nicht, weil es den Anschein gewinnen könnte, als ob es sich hier um konfessionelle Gegensätze handelte, die ich zu verschärfen die Neigung hätte. Nichts liegt mir ferner.

Meine Herren, wenn der Theologe, den mir Herr Stoecker in seiner bekannten Manier neulich — er ist derjenige, der provoziert hat — als Autorität empfahl, einen Mann, über den ich längst gelesen hatte, zufällig Katholik ist, so ändert das in Bezug auf die wissenschaftliche Beurtheilung des Mannes gar nichts. Ich würde über denselben genau ebenso urtheilen, wenn er Protestant oder wenn er Jude wäre.

Meine Herren, die Sache ist für mich zu ernst, um mich in derselben witzelnden Manier, die wir ja bei Herrn Stoecker kennen, wenn er sonst keinen Ausweg weiß, zu äußern — er ist ja des Chors um ihn herum immer sicher; er kann dieselben Witze zehnmal wiederholen, wir hören immer dasselbe Bravo in seiner Umgebung; er ist Autorität für die Herren. Wir überlassen Ihnen Herrn Stoecker ganz und gar; ich habe Ihnen vorausgesagt: der Herr ist Ihnen allen über; Sie werden ihm folgen müssen, und die Entwickelung der konservativen Partei zeigt, daß Herr Stoecker in der That Ursache hat, auf seine Erfolge stolz zu sein. Ob er damit der konservativen Sache einen Dienst leistet, nun, meine Herren, das wird die Folge lehren. Herr Stoecker hat auch wiederum meine Stellung in dem Abwehrverein hervorgehoben — ich glaube er hatte heute die Güte, mich als Generalstabschef der Judenschutztruppe zu bezeichnen, ich habe ja mehrere Titel, Major, bin auch schon General gewesen — kurzum die Herren lassen mich nach Bedürfniß avanciren in ihrer liebenswürdigen Fürsorge für meinen Ruf — ich sage, Herr Stoecker hat auch diese meine Stellung wieder hervorgehoben. Herr Stoecker kann ja damit nach außen einen gewissen Erfolg erzielen, einen Erfolg, den er, wie ich zu seiner Ehre annehme, nicht beabsichtigt. Die anonymen Zuschriften, die ich fast täglich bekomme, wachsen an dem Tage, an dem Herr Stoecker eine Rede gegen mich gehalten hat, besonders. Neulich hat ein mit einem bestimmten Namen sich zeichnender Mann mit bezahlter Rückantwort mir die Frage vorgelegt, wieviel ich eigentlich von den Juden als Chef der Judenschutztruppe bezahlt erhielte. Ich nehme zur Ehre des Herrn Stoecker nicht an, daß er beabsichtigt, derartige gemeine Verdächtigungen hervorzurufen; das ist ein nicht beabsichtigter Erfolg. Ich finde es aber ganz erklärlich. Mich werden alle diese Dinge aus der Stellung absolut nicht herausbringen, die ich nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung so lange innehalten werde, als die Judenhetze dauert, an der leider auch Prediger der christlichen Liebe betheiligt sind.

(Lachen rechts.)

Ich habe wiederholt erklärt und sage es auch jetzt: ich halte es für eine größere Ehre, die verfolgten Juden zu vertheidigen —

(Lachen rechts.)

— Daß Sie darüber lachen, zeigt, daß Sie gar kein christliches Empfinden haben,

(sehr richtig: links)

daß sie gar keine Ahnung davon haben, welche Wunden Sie schlagen; es ist das sehr bezeichnend — ich werde diese Stellung so lange einnehmen, weil es mir Gewissenssache ist, als Ihre Angriffe, die unberechtigten Angriffe und Verdächtigungen gegen unsere jüdischen Mitbürger fortdauern; ich halte das für eine größere Ehre, als die Juden mit derartigen Verdächtigungen und Unwahrheiten zu verfolgen, wie es die Antisemiten thun. Ich halte mich verpflichtet als Kind meines Landes, als Patriot,

(Lachen rechts)

mit meinen schwachen Kräften dazu beizutragen, daß diese Schmach unseres Jahrhunderts

(oho! rechts)

das deutsche Volk nicht länger beflecke,

(Unruhe rechts!)

und ich habe das Vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß alle diese Machinationen und alles, was darauf abzielt, den Juden die verfassungsmäßig garantirten Rechte thatsächlich zu nehmen, wie die Herren es jetzt beabsichtigen, — daß alle diese Bestrebungen nicht Erfolg haben werden.

Wenn Herr Stöcker meint, daß es mir schadet, wenn er sagt, daß ich in Folge meiner Stellung auch das Vorzugsexemplar von der Erklärung der 200 Rabbiner erhalten habe, so irrt er darin. Ich habe eine Reihe von Exemplaren zugeschickt erhalten an demselben Tage, wie die Redaktionen — ich glaube aller Blätter, ob auch die Herrn Stoecker befreundeten, weiß ich aber nicht, ich würde mich aber nicht wundern, wenn sein Organ „Das Volk" kein Exemplar bekommen hätte, denn Herrn Stoecker haben — so gut wie ich ihn erkannte, glaube ich, auch die Rabbiner ihn erkannt. Ich habe mir niemals eingebildet, daß die Erklärung der Rabbiner auf Herrn Stoecker irgend einen Eindruck machen würde. O nein, dazu kenne ich den Herren, mit dem ich schon eine Reihe von Jahren die Ehre habe, öffentlich zu kämpfen, viel zu genau. Wenn er sich erst in eine Richtung hinein — wie soll ich es parlamentarisch sagen — begeben hat, dann ist er auch nicht herauszubekommen, und es könnten Engel mit Engelszungen sprechen, Herr Stoecker bleibt derselbe Prediger der christlichen Liebe,

(Lachen rechts)

in derselben Bethätigung der christlichen Liebe, wie wir das an ihm gewöhnt sind. Aber es giebt doch noch unbefangenere Gemüther, zum Beispiel sein Genosse, der von ihm ja wohl viel gelernt hat, Herr Freiherr v. Wackerbarth. Auf ihn schien die Erklärung doch Eindruck gemacht zu haben, er hat unmittelbar, nachdem ich dieselbe vorgelesen habe, hier eine Rede gehalten; ich empfehle Herrn Stoecker, diese Rede des Herrn Freiherrn v. Wackerbarth zu lesen, er wird sehen, daß es auf diesen Herrn doch Eindruck gemacht hat, und er ist doch wahrhaftig ein Antisemit, so waschecht, wie man ihn nur wünschen kann. Das zeigt auch die Rede, die er neulich in einer Versammlung gehalten hat, über die er vielleicht noch außerhalb dieses Hauses die Güte haben wird, eine Auskunft zu geben, wo nach dem Bericht der „Staatsbürgerzeitung" unser Richterstand in einer Weise angeklagt wurde, wie ich es von einem Mitgliede des Parlaments nicht erwartet hätte.

(Zuruf des Abgeordneten v. Wackerbarth.)

— Um so besser, ich wußte garnicht, daß Herr v. Wackerbarth anwesend ware, es ist mir angenehm, daß er da ist; dann wird er noch Gelegenheit haben, diese Sache richtig zu stellen. Jedenfalls ist diese Rede in einem Organe enthalten, das Herrn Freiherrn v. Wackerbarth sehr nahe steht —

(Zuruf)

— er bestätigt das, ich freue mich darüber — wenn auch nicht in politischer, so doch in antisemitischer Beziehung, in der „Staatsbürgerzeitung". Herr Stoecker hat auch von der „Berliner Zeitung" gesprochen und gemeint, es wäre ein Organ unserer Partei. Ob das der Fall ist, weiß ich wenigstens nicht, auch nicht, wie Herr Stoecker dazu kommt. Wenn er sie lesen würde, würde er sehen, daß sie zum Beispiel mich mitunter von oben herunter angreift, wie man nur sagt; ob das ein spezielles Organ unserer Partei ist, das er zu mir in Beziehung bringen kann, stelle ich anheim zu erwägen.

Meine Herren, ich komme jetzt auf Herrn Ecker.

(Aha! rechts.)

Ich verwahre mich dagegen nochmals, daß ich diese Diskussion provozirt hätte. Hätte Herr Stoecker nicht in dem schulmeisterlichen Ton, den wir an ihm gewohnt sind, erklärt, ich möchte das Haus nicht eher mit solchen Dingen behelligen, bevor ich nicht das Gutachten des Sachverständigen Ecker angesehen und die hundert Sätze in der Rezension des Herrn Ecker

mit den hundert Sätzen in dem bekannten Flugblatte verglichen hätte, dann würde ich auf diese Sache nicht eingegangen sein. Das war mir aber doch eine zu starke Zumuthung. Herr Stoecker spricht ja über den Talmud, er spricht über den Schulchan Aruch, über alle diese Dinge genau so, als ob er in der Sache der belesenste Mann wäre. Meine Herren, ich würde nicht wagen, derartige Diskussionen zu führen unter meinem Namen; ich verwahre mich auch dagegen, daß das, was ich heute vorbringe, etwa als das Resultat meiner Studien gelten soll. Nein, meine Herren, ich berufe mich auf Autoritäten, deren Namen ich nenne, und Sie mögen dann Veranlassung nehmen, das, was diese Autoritäten behauptet haben, zu prüfen.

Es thut mir aufrichtig leid — das wiederhole ich nochmals —, daß der Herr College Dasbach mich dazu provozirt hat, die Sache nochmals zur Sprache zu bringen, um so mehr, als ich dankbar anerkenne, daß die Mitglieder des Centrums und eine große Anzahl katholischer geistlicher Würdenträger von jeher in dieser Frage eine so korrekte Haltung eingenommen haben, daß wir uns etwas Anderes absolut nicht wünschen können. Aus diesen, namentlich hohen geistlichen Würdenträgern, Kardinälen und Päpsten haben wir die Sprache des christlichen Evangeliums der Liebe herausgehört, nicht jenen hetzerischen Ton, der Gott sei Dank innerhalb der katholischen Kirche nur eine Ausnahme bildet. Ich verstehe es deshalb nicht, wie der Herr College Dasbach sich provozirt fühlen kann, wenn ich über Ecker hier ein Urtheil ausgesprochen habe, das nicht ich selbst, sondern ein Anderer gefällt hat. Er hat diesen andern Namen, den ich nannte, leider nicht gehört, ich hätte gewünscht, er hätte erst den stenographischen Bericht abgewartet. Er sagt, ich hätte mich auf einen Brief berufen, den „ein uns nicht genannter Mann in Wien" geschrieben haben soll. Ich habe diesen Namen öffentlich hier genannt; es fehlt nur ein „l" im stenographischen Bericht, daran bin ich unschuldig. Ich habe ihn auch Herrn Dasbach privatim genannt, er hat ihn aber, wie es scheint, im Eifer, der ihn damals beseelt, überhört.

Meine Herren, dieser Name, den ich hier erwähnt habe, und dessen Brief ich hier verlesen habe, ist eine anerkannte katholische Autorität auf dem Gebiete der orientalischen Sprachwissenschaft; es ist der Professor der Theologie Bickell, früher in Innsbruck, jetzt in Wien. Ich habe allerdings geglaubt, daß Herr Dasbach von diesem Namen, von dieser Autorität irgend eine Ahnung haben würde so daß es nur der Verlesung dieses Namens bedürfte um ihn sofort zu orientiren. Ich habe also nicht einmal mit protestantischen Waffen gekämpft, sondern mit den Waffen eines auch von der deutschen morgenländischen Gesellschaft als erste Autorität auf diesem Gebiete anerkannten Mannes. Meine Herren, als es sich darum handelte im August 1884 in dem Prozeß, wie Herr Dasbach richtig erwähnt hat, Rohling contra Bloch, eine Autorität als Sachverständigen zu berufen, da hat die morgenländische Gesellschaft, die aus den bedeutendsten Sachkennern zusammengesetzt ist, den Professor Bickell — damals war er in Innsbruck — in erster Reihe genannt, es kommt dann der Professor Franz Delitzsch in Leipzig 2c.

Sie werden mir zugeben, meine Herren, wenn ich den Namen einer solchen Autorität hier erwähne und dann das, was der Mann geschrieben hat, daß ich dann nach meiner bescheidenen Meinung gedeckt bin.

Nun will ich ihnen jetzt diesen Brief des Herrn Professors Bickell, des katholischen Theologen, im Zusammenhange vorlesen. Ich lese ihn vor aus dem Buch des Dr. Joseph Kopp, Hof- und Gerichtsadvokaten, Abgeordneten des niederösterreichischen Landtags und österreichischen Reichsraths, wie Herr Dasbach wohl wissen wird. Der Herr ist ebenso wie Herr Dasbach katholisch, so daß gar keine konfessionellen Fragen mitspielen. Auf Seite 25 und 26 des Buches „Zur Judenfrage", welches Kopp herausgegeben hat nach den Akten des Prozesses Rohling contra Bloch, theilt Kopp diesen Brief im Wortlaut mit.

Ich bin vorsichtig gewesen. Denjenigen, die es interessirt, kann ich hier eine beglaubigte Abschrift des Bickellschen Briefes vorlegen, sie steht zur Verfügung. Es ist mir gelungen, ihn schleunigst zur Stelle zu schaffen, so daß gar kein Zweifel darüber besteht, daß Professor Bickell der Verfasser ist. Er sollte Gutachter sein; da schreibt er an das Landgericht in Wien:

> Ich erlaube mir, auf die Anfrage, ob ich in einer talmudisch-rabbinische Fragen betreffenden Strafsache (vermuthlich die Klage Professor Rohlings gegen Dr. Bloch) mich als Sachverständiger zu äußern geneigt wäre, folgendes zu antworten: Ich würde Ew. Wohlgeboren sehr dankbar sein, wenn Sie mir diese Aufgabe gütigst erlassen wollten und zwar aus folgenden Gründen: 1) ich bin mit Professor Rohling seit fast 20 Jahren eng befreundet und würde mich voraussichtlich auf das entschiedenste in der Bloch'schen Angelegenheit zu seinen Ungunsten aussprechen müssen, was mir überaus peinlich sein würde, so wenig ich ihm von Anfang an meine Nichtübereinstimmung mit seiner antisemitischen Agitation verhehlt habe.

Zweitens spricht er über den Ritualmord, und drittens — und das legt Zeugniß ab für die Bescheidenheit dieser anerkannten Autorität — schreibt er:

> 3. hauptsächlich möchte ich betonen, daß ich mich zwar mehr, als christliche Orientalisten gewöhnlich zu thun pflegen, mit talmudisch-rabbinischen Studien beschäftigt habe, aber doch auf diesem Gebiete nur als Schüler und Anfänger, nicht als Autorität aufzutreten mich getraue.

Nun hören Sie, was er hinzufügt — und das ist das, was ich hier vorgelesen habe —:

> Zwar macht sich heutzutage der Schwindel gelehrter Industrieritter gerade hier wegen der Schwierigkeiten der Kontrole besonders breit. So hat kürzlich in Münster ein strebsamer Privatdozent, leider Priester, welcher garnichts vom Talmud versteht, sich in einem ähnlichen Prozesse als Sachverständiger aufgedrängt

— das war der Prozeß, bezüglich dessen mir Herr Stoecker die Autorität empfahl —

> und dann zur Bestätigung seines Gutachtens von einem bekehrten Juden ein von talmudisch-rabbinischer Gelehrsamkeit überströmendes Buch schreiben lassen, welches er als sein eigenes veröffentlicht hat, um daraufhin Professor zu werden. Ich bin aber in diesen Dingen so altmodisch, mich nur da, wo ich vollständig zu Hause bin, als Autorität auszugeben.

Ich glaube, meine Herren, Sie werden Hochachtung haben vor diesem Ausspruche dieses katholischen Theologen, der als eine etwas größere Autorität in der ganzen wissenschaftlichen Welt gilt als Herr Dr. Ecker. Ich kann in dieser Beziehung weitere Aeußerungen von Autoritäten anführen. Ich habe gestern Abend in einem Briefe — ich nenne immer die Namen; es ist mir angenehm, weil ich nicht im Stande bin, selbst die Sache wissenschaftlich hier zu vertreten — von Herrn Dr. Hildesheimer, einem jüdischen Mitbürger, der auch in diesen Dingen, wie ich glaube, als Sachverständiger gilt, gerade über diesen Punkt auch eine Mittheilung erhalten. Er schreibt mir — ich überlasse Ihnen, die Schlußfolgerung zu ziehen:

> Daß Brimann-Justus

— das ist der Justus, der den „Judenspiegel" geschrieben hat, der erst Jude gewesen ist, dann Protestant, dann Katholik, der in Wien zur Kerkerhaft und Landesverweisung verurtheilt worden ist wegen Urkundenfälschung —

> daß Briman-Justus, dessen Buch Ecker begutachtete, an der Schrift mitgearbeitet hat, giebt Dr. Ecker zu!

Herr Dasbach hat selber aus dem Telegramm des Dr. Ecker verlesen, daß er diesen Brimann als Lehrer zugezogen habe bei der Begutachtung einer Schrift des Brimann. Eine sehr eigenthümliche Sache, meine Herren!

> Das ist an sich merkwürdig,

sagt Dr. Hildesheimer,

> daß Ecker den, dessen Buch er begutachtete, als „Lehrer" benutzte. Dazu kommt nun, daß Professor Bickell in seinem Schreiben erklärt: „Ecker versteht gar nichts vom Talmud," — daß Bickell in einer Unterredung mit dem Wiener Rechtsanwalt Dr. Elbogen im Beisein eines Herrn Ernst Schmidt, (mitgetheilt in der „Neuen Freien Presse" vom 10. Mai 1885) erklärte: „Ecker und Rohling verstehen kein Wort vom Talmd!" Und derselbe Ecker sollte im Stande sein, ein von talmudischer Gelehrsamkeit strotzendes Gutachten abzugeben? Er mußte,

wenn er bei Ausarbeitung seines Buches Briman als „Lehrer“ benutzte, thatsächlich alles das wiedergeben, was Briman ihm soufflirte.

Vielleicht darf ich hinzufügen, daß ich in meiner Zeitung (Nr. 15, Jahrgang 1885) erklärt hatte, daß „Dr. Ecker auch nicht eine Zeile des Schulchan Aruch zu lesen versteht, daß er bei Briman-Justus Unterricht im Lesen des Talmud und Schulchan Aruch genommen hat, während er sich vor Gericht und vor der wissenschaftlichen Welt als Sachverständiger aufspielte.“

Dr. Ecker hat in der „Germania“ auf den sonstigen Inhalt des betreffenden Artikels meines Blattes geantwortet, gegen diese Anschuldigung aber mit keinem Worte reagirt.

Als Dr. Ecker die zweite Auflage seines Buches erscheinen ließ, schrieb Professor Bickell an einen hiesigen Gelehrten — der Originalbrief hat mir vorgelegen, sonst würde ich nicht gewagt haben, diese Stelle aus dem Buche vorzulesen —

> Darin schrieb Bickell: „daran, daß Dr. Ecker den Judenspiegel unter seinem Namen neu herausgiebt, ist nur die kolossale Waghalsigkeit bewunderungswürdig. Denn fremdes Eigenthum ist seine „Beleuchtung“ ebensogut. Dieser Mensch versteht, wie ich genau weiß, auch nicht das Mindeste von talmudisch-rabbinischen Dingen. Als Justus in Münster war, wollte er einmal bei diesem Talmud lesen lernen, gab diesen Versuch aber schon nach wenigen Minuten als undurchführbar wieder auf, da er verzweifelte, jemals in die Geheimnisse der talmudischen Sprache und Dialektik eindringen zu können.“

Es wird dann weiter darauf aufmerksam gemacht, daß Briman nach seinem Aufenthalt in Münster sich bei Professor Bickell in Innsbruck, der diesen Brief geschrieben hat, aufhielt, und daß Professor Bickell ihn als Sachverständigen beim Wiener Landesgericht vorschlug. Herr Bickell ist also wohl jedenfalls von Briman über die angeblichen talmudischen Kenntnisse des Dr. Ecker unterrichtet.

Ein anderer Theologe, Lizentiat Dr. Dalmann in Leipzig, ein wirklicher Kenner der talmudischen Litteratur, hat in der Missionszeitschrift „Nathaniel“ (Jahrgang I Heft 3) unter dem Pseudonym Gustav Marx sich folgendermaßen in Sachen des „Judenspiegels“ geäußert:

> Daß in unseren Tagen in einer christlichen Offizin ein Pamphlet wie der „Judenspiegel“ erscheint, daß ein Dozent einer Königlichen Akademie zur Schande der deutschen Wissenschaft den Mantel seiner wissenschaftlichen Anerkennung darüber breitet, das ist schmähliches Unrecht.

Das ist gedruckt, meine Herren, seit dem Jahre 1885, wiederholt 1886, und im Jahre 1890 in einem größeren Buch, das Herr Dasbach leider vergeblich gesucht hat, das ich ihm zur Verfügung stellen kann, wiederum gedruckt. Keine Reaktion dagegen! Alle die Anzapfungen, die gekommen sind, hat Dr. Ecker unbeantwortet gelassen.

Nun frage ich Herrn Stoecker: ist er auch jetzt noch der Meinung, daß es von mir unverantwortlich und leichtfertig war, diese Dinge hier vorzubringen? Ich stelle meine Autorität in Bickell, Dalmann und alle anderen — ich komme noch auf einen anderen — seiner einzigen Autorität, dem Herrn Ecker, entgegen. Wenn Sie beurtheilen wollen, wie das in der wissenschaftlichen Welt aufgefaßt ist, darüber könnte ich noch mehr Beispiele beibringen. Ich will mich aber jetzt mit einem begnügen.

Meine Herren, Ihnen selbst ist eine Schrift von einer anderen Autorität auf diesem Gebiet zugeschickt, von Professor Hermann Strack: „Die Juden, dürfen sie Verbrecher von Religions wegen genannt werden?“ — die Schrift, die unser verehrter Kollege Herr Hobrecht hier neulich zum Gegenstand der Erörterung gemacht hat. Herr Dr. Strack ist ein politischer Gegner von mir, er ist streng conservativ und gehört der absolut positiven, streng gläubigen Richtung in unserer protestantischen Kirche an, also auch hierin bin ich sein entschiedener Gegner. Das aber muß ich jagen: ich habe von niemandem gehört, daß die wissenschaftliche Autorität des Herrn Professors Strack auf diesem Gebiete in Zweifel gezogen ist. Was sagt Herr Dr. Strack auf Seite 20 über das Buch von Ecker?

> — Hier genüge ein Auszug aus einem Urtheile, das ich am 2. April 1885 an amtlicher Stelle über Ecker abzugeben hatte: Ecker's Schrift habe ich von neuem geprüft und wiederhole, daß Ecker nicht ihr geistiger Vater sein kann; denn, um hier nur einiges anzuführen: 1. sie enthält Citate und Angaben, von denen schwerlich irgend ein geborener Christ durch eigenes Studium weiß . . . ; 2. sie enthält nicht wenige Behauptungen, die nicht zu der Annahme passen, daß der Stoff von Ecker selbst gefunden und gesammelt sei . . . ; 3. finden sich nicht wenige Auslassungen, die, ohne Annahme grober Fälschung, undenkbar, wenn Ecker selbst den Stoff sammelte . . An sehr vielen Stellen ist Ecker's Beurtheilung des „Judenspiegel“ derart, daß man nur schwanken kann, ob Ecker parteiisch der Wahrheit in's Gesicht schlagt oder ein völliger Ignorant, also nicht Verfasser des Buches ist.
>
> Ich habe Anlaß zu der Ansicht, daß dieses Urtheil an der maßgebenden Stelle Zustimmung gefunden hat.

Er bringt es in Zusammenhang mit dem Judenspiegel und mit den Unwahrheiten, welche gegen unsere jüdischen Mitbürger verbreitet werden.

Ueber Professor Rohling will ich auch nur aus Stracks Broschüre etwas verlesen. Ich mache die Herren noch einmal darauf aufmerksam, ich wünschte, daß jedes Mitglied mit sittlichem Ernste dieses Buch lesen möchte; es ist das in der That der Ausfluß eines wachsamen, empörten Gewissens. Obgleich Herr Strack wünscht, daß alle Juden bekehrt werden — ich glaube, daß er auf diesem Gebiete sehr thätig ist —: obgleich er entschiedener Gegner des Judenthums ist, als ein strenggläubiger Christ hat es sein Gewissen nicht ruhen lassen, daß angeblich wissenschaftliche Männer aus dem Talmud und Schulchan Aruch Stricke drehen in Bezug auf die Moral der Juden. Was sagt Strack nun in Bezug auf Rohling?

> Oeffentlich klage ich hierdurch den Kaiserlich Königlich österreichischen Professor und Kanonikus Aug. Rohling des Meineides und grober Fälschungen an. Oeffentlich frage ich ferner diejenigen, welche, nachdem sie dieses Buch gelesen, besagten Aug. Rohling schützen, ob sie sich nicht der Beihülfe zur Fortsetzung des genannten Verbrechens, beziehungsweise Vergehens schuldig machen. Endlich erkläre ich, daß Aug. Rohling in seinem Urtheile über jüdische Literatur und jüdische Religion zahlreiche Beweise seiner schimpflichen Unwissenheit gegeben und daß er die den Laien blendende Fülle von Citaten aus der talmudischen und rabbinischen Literatur theils aus Eisenmenger's „Entdecktes Judenthum“ abgeschrieben, theils von anderen, besonders von Aron Briman nachgewiesen erhalten hat. — Ich bin bereit, diese schwere Anklage vor jedem Gerichtshofe zu begründen.

Meine Herren, was war es denn, was Herrn Professor Strack dazu trieb, an den Herrn Justizminister zu gehen und die Anklage zu erheben gegen jenes gemeine Flugblatt, worin Fälschungen über Fälschungen vorkommen, wenigstens nach dem Urtheile der Majorität der wissenschaftlichen Männer gegen unsere jüdischen Mitbürger. Er wollte, daß vor Gericht die Wahrheit festgestellt würde, daß man sich nicht länger mit derartigen Behauptungen brüsten könnte, die den Schein der Wissenschaftlichkeit an sich tragen und doch auf keinem anderen Fundament als der Fälschung beruhen. Das hat ihn bewogen mit dieser Schrift hervorzutreten. Sie werden mir zugeben, wenn ein strenggläubiger conservativer Theologe sich in seinem Gewissen verpflichtet fühlt, diese Sache in die Oeffentlichkeit zu bringen und das öffentliche Urtheil und das Urtheil der Gerichte anzurufen, dann wird man anerkennen müssen, daß es sich hier nicht um blinde persönliche Leidenschaft handelt, sondern um jenen religiösen Gewissensdrang, dem eben der wahrhaft religiöse Mann nicht widerstehen kann, dem er alles unterordnet, ganz gleichgiltig, welche Folgen es haben mag; denn er will der Wahrheit, der Liebe und der Gerechtigkeit dienen. Das ist seines Amtes als Theologe. Ich habe neulich schon gesagt, daß bei aller politischen und konfessionellen Gegnerschaft gegen Herrn Strack ich den Hut ziehe in Respekt vor diesem Manne, der als wirklicher Prediger der christlichen Liebe, an dem sich Herr Stoecker ein Beispiel nehmen kann, aufgetreten ist. Aber ich habe nicht die Meinung, daß Herr Stoecker in dieser Beziehung einem Strack jemals gleichen wird, sein Ziel geht nach einer anderen Richtung: der Jude wird verbrannt. Das ist es, wohin er strebt.

Leider hat Herr Kollege Dasbach diese Gelegenheit wiederum geglaubt benutzen zu können, auf unsere jüdischen Mitbürger und ihre

Moral einen Schatten zu werfen. War das nöthig? Konnte Herr Kollege Dasbach sich nicht begnügen mit der Erklärung fast sämmtlicher Rabbiner Deutschlands? Müßte er nicht als gläubiger Christ froh sein, daß hier fast sämmtliche Vertreter der jüdischen Kirche oder der jüdischen Religion etwas proklamiren, was doch auch unserem Christenherzen nur wohlthuend sein kann, — eine Moral, die weit entfernt ist von all den Verdächtigungen und Verdrehungen, die man der jüdischen Moral untergeschoben hat. Ich sollte meinen, daß das auch ihm als gläubigen Christen eine Genugthuung hätte gewähren müssen. Nein, Herr Dasbach hat den Beruf in sich gefühlt, die Rabbiner zu widerlegen; er will beweisen, daß doch schließlich unsittliche Lehren in den Gesetzesbüchern der Juden vorkommen und für sie maßgebend sind, wie er sich ausdrückt. Auch in dieser Beziehung, meine Herren, habe ich eine solche Fülle von Zuschriften bekommen, daß ich glauben würde, Sie zu sehr zu ermüden, wenn ich Ihnen alles Material hier vortragen sollte: Ich will nur zunächst insgesammt erklären: Die Behauptung des Herrn Dasbach, daß der Akum mit dem Kreuz sich auf die Christen bezieht, ist in der wissenschaftlichen Welt, die etwas davon versteht, längst als haltlos und nichtig nachgewiesen. Es kommt mir eigenthümlich vor, wenn wir hier im Parlament uns gewissermaßen als Gerichtshof über solche Fragen konstituiren wollen. Ich kann aber nicht dafür; wenn Herr Dasbach diese unerhörte Behauptung aufstellt, dann muß ich gegen seinen Freund Rohling andere wissenschaftliche Autoritäten zur Geltung bringen.

Wie ist die Sache gewesen? Ich habe von wissenschaftlicher Seite — und ich werde das nachher im Einzelnen belegen — Folgendes gehört: Die Päpste, die übrigens zum Theil einen sehr hohen Respekt vor dem Talmud hatten — z. B. Clemens V hat verordnet, daß die talmudischen Schriften auch den Katholiken vorgelesen würden, weil er sie ganz vortrefflich fand — die Päpste und zum Theil die Juden selber wegen der Unbequemlichkeiten, die ihnen bei der Vertheidigung ihrer Religion erwuchsen, haben den Schulchan Aruch censirt und den Talmud ebenso. So schreibt Professor Strack, den ich erwähnt habe, in seiner Einleitung in den Talmud, ein Buch, das die Anerkennung der gelehrten Welt gefunden hat — ich weiß nicht, ob auch die Anerkennung des Herrn Dasbach:

> Die Bezeichnungen 'Abodáth kokabim umasalóth (Kultus der Sterne und Planeten) und Obéd kokabim umasalóth (Diener der Sterne und Planeten, das ist Götzendiener oder wie man noch den Anfangsbuchstaben abkürzend zu sagen pflegt 'Akum, finden sich weder in den ältesten Ausgaben des Schulchan Aruch, noch, soweit ich zu kontroliren vermochte, in den Handschriften und den censurfreien Ausgaben der Mischna und der Talmude, sondern sind lediglich Erfindung der Censur!! Der ganze Artikel Akum in Levy's Neuhebräischem Wörterbuch Band III, Seite 646 ist zu streichen! u. s. w.

Nun, meine Herren, genau dasselbe wird mir bestätigt durch eine wie ich höre, anerkannte Autorität auf diesem Gebiete, durch Herrn Dr. Hoffmann in Berlin, Docent am Rabbinerseminar in Berlin. Derselbe schreibt mir darüber einen längeren Brief, und, meine Herren, ich fühle mich verpflichtet, da Herr Dasbach die Sache hier angeregt hat, einzelne Stellen daraus mitzutheilen. Es wird ja gedruckt werden, und Herr Dasbach mag dann seine Erwiderung bringen. Herr Dr. Hoffmann schreibt mir also:

> Die Erklärung der Rabbiner, daß unter „Akum" die Christen nicht verstanden werden dürfen, ist nicht neu.

— wie Herr Dasbach behauptete —

> Es ist dies bereits vor ungefähr 200 Jahren von den angesehensten streng orthodoxen Rabbinern entschieden behauptet worden, und zwar nicht in öffentlichen Erklärungen, sondern in ihren Responsen, worin sie einen nur für Juden bestimmten Bescheid für die Praxis ertheilen. Beispielshalber will ich nur zwei solche Stellen anführen:
>
> „Die Nichtjuden der gegenwärtigen Zeit sind in jeder Beziehung nicht als Götzendiener zu betrachten, da diese doch an den Schöpfer des Himmels und der Erde glauben. Es ist daher alles Nachtheilige, das in Bezug auf „Gojim" (Heiden) im Talmud und in den Religionscodizes gefunden wird, nicht auf diese Völker der Jetztzeit zu beziehen." (Responsen Chavot Jaie, gedruckt zu Frankfurt am Main 1699 Seite 5.)
>
> Vierzig Jahre später (1739) erschien der erste Band der Responsen des Rabbi Jakob Emden. Dort ertheilt er in der 41. Response einem Studenten der Medizin auf dessen Anfrage den Bescheid, daß es verboten sei, Menschenleichen selbst zu wissenschaftlichen Zwecken zu benutzen, ohne Unterschied, ob es Christen oder Juden sind. Dabei äußert er sich folgendermaßen:
>
> „Ganz Israel ist darin einig, daß die Christen keine Götzendiener sind. Daher müßte uns deren Leben theuer sein, selbst wenn wir über sie herrschten in unserem Lande. Wie viel mehr sind wir jetzt, wo wir unter ihrem Schutze leben, verpflichtet, ihre Person und ihr Eigenthum mit unserer ganzen Kraft vor jedem Schaden und Nachtheil zu bewahren."
>
> Was nun Eckers Beweis betrifft, daß an einer Stelle, wo ein „Akum" mit einem Kreuze erwähnt wird, und an ähnlichen Stellen „Akum" offenbar Christen bezeichne, so ist Dr. Ecker hier von unwissenden Zensoren ein arger Streich gespielt worden. Die Verfasser des Schulchan Aruch hatten den Ausdruck „Akum" niemals gebraucht. In den ersten 4 Druckausgaben, die mir vorlagen, ist derselbe nicht zu finden. Dort sind vielmehr zur Bezeichnung von Nichtjuden zwei Arten von Ausdrücken angewendet: 1. „Götzendiener". Dieser Ausdruck bezeichnet nur Heiden, niemals Christen oder Mohamedaner. 2. „Goi", „Fremder", „Völker" und dergleichen Ausdrücke, die jeden Nichtjuden bezeichnen können.
>
> Da man aber die Juden beschuldigte, daß sie auch die Christen als „Götzendiener und „Heiden" betrachten, so hat die Censur (zuerst in Italien, dann auch in anderen Ländern) angeordnet, daß alle für Nichtjuden gebrauchten Ausdrücke in „Akum" geändert würden, indem dieses Wort „Anbeter von Sternen und Thierkreisbildern" bedeutet und sicherlich nicht auf Christen angewendet werden könnte. Die des Hebräischen kundigen Censoren haben nun an den Stellen, wo nur von Christen die Rede sein kann wie die erwähnte Stelle mit dem Kreuze, die ursprüngliche Leseart „Nichtjude" stehen gelassen. Andere haben wohl statt „Nichtjude" den „Sternanbeter" gesetzt, aber auch anstatt des „Kreuzes" das Wort „Sternbild" korrigirt. Es stand also: „ein Sternanbeter mit einem Sternbilde", was wenigstens einen Sinn gab.
>
> Unwissende Censoren dagegen haben neben dem „Sternanbeter" das „Kreuz" stehen lassen, und es steht also der Unsinn: „ein Sternanbeter mit dem Kreuze in der Hand." —
>
> Aus dieser Stelle soll nun bewiesen werden,

— das thut auch Herr Dasbach —

> daß überall unter „Akum" die Christen gemeint sind.
>
> Die Erklärung der Rabbiner konnte sich natürlich in ihrer kurzen Fassung nicht auf wissenschaftliche Erörterungen einlassen.

Ich glaube, daß ich den Schluß des Briefes übergehen kann.

Sehen Sie, meine Herren, so steht es mit den angeblich wissenschaftlichen Ausführungen über Akum.

Ich will hier noch die Antwort, die der vorhin genannte Herr Dr. Hildesheimer Herrn Dasbach in dem Brief an mich giebt, zum Theil verlesen, damit er weiß, wie wirkliche Sachverständige über das, was er hier ausführte, denken. Er wird wohl auch nicht behaupten wollen, daß er in diesen Dingen bewandert ist, ich erkläre mich als Ignorant. Ob er als Autorität wissenschaftlicher Art gelten kann, mag er selber sagen. Dr. Hildesheimer schreibt:

> Was nun die „Beweise" Eckers betrifft, daß der Schulchan Aruch von den Juden als maßgebend erachtet wird, so ist es zunächst ein Zeichen elementarster Unwissenheit, daß in den sogenannten Sch'aaloth ute Schuwoth den „Fragen und Antworten" die Entscheidung immer auf den Schulchan Aruch zurückgeführt werde. Das gerade Entgegengesetzte ist der Fall: In jenem Sch'aaloth ute Schuwoth wird jedesmal geprüft, ob die Entscheidung des Schulchan-Aruch mit den Quellen in Uebereinstimmung ist, eben weil der Schulchan

Aruch nicht absolut maßgebend ist, und wo die Uebereinstimmung mit den Quellen nicht erwiesen ist, wird die Entscheidung des Schulchan Aruch verworfen.

Der fernere von Herrn Kaplan Dasbach aus Ecker citirte Beweis, daß der Schulchan Aruch allein maßgebend ist. Doch hier seine Worte:

Der Schulchan Aruch ist das einzige Gesetzbuch unserer Juden, da sie gesetzliche Gebräuche befolgen, welche nur im Schulchan Aruch vorgeschrieben sind. So z. B steckt der jüdische Bräutigam seiner Braut den Trauring an den Zeigefinger mit den Worten: „Siehe, durch diesen Ring sollst du mir verehelicht sein nach dem Gesetzes Mosis und Israels."

Die Behauptung, daß dieser gesetzliche Gebrauch im Schulchan Aruch — 'Eben da'ezer, 27, 1, Haga vorgeschrieben sei, ist absolut unwahr. Dieselbe Vorschrift findet sich vielmehr bereits im Talmud Traktat Kiddufchin Seite 5.

So, sehen Sie, Herr Dasbach, so geht Einem das, wenn man, ohne die Dinge selber zu kennen, auf diese talmudische Dinge sich einläßt. Ich habe es für Ehrensache gehalten, da die Juden angeklagt sind und sie selbst sich nicht vertheidigen können, die Vertheidigung, die mir mitgetheilt wird, zu verlesen.

Der dritte Beweis, den Herr Dasbach aus Ecker citirt:

Der allgemein als das wahre jüdische Gesetzbuch anerkannte Schulchan Aruch hat als solches noch Geltung bis auf den heutigen Tag. In dem zu Lemberg 1873 gedruckten Buche: Leb ba 'ibri! (Theil II) wird der Beschluß einer „heiligen" Rabbinerversammlung mitgetheilt, die im Herbste 1866 in Ungarn stattfand. In diesem von 94 Rabbinern unterzeichneten Schriftstück heißt es: „Alles dieses ist verboten auf Grund des Schulchan Aruch und der Kommentare." —

Dieser vermeintliche Beweis

— sagt Herr Dr. Hildesheimer —

ist bereits durch Licentiat Dalman widerlegt in Heft III der Zeitschrift „Nathanael", Jahrgang 1892. Dalman theilt die Beschlüsse dieser Rabbinerversammlung mit und weist darauf hin, daß von den 78, nicht 94 . . . .

— die Herr Dasbach aus dem Judenspiegel verlesen —

Theilnehmern einer daran erinnert hat, daß die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse, welche sich nur auf interne jüdische Kultusfragen bezogen, auf dem Schulchan Aruch und den Kommentaren beruhen. Uebrigens beweist gerade die Hinzufügung der Worte: „und den Kommentaren", daß der Schulchan Aruch allein nicht maßgebend ist, sondern nur mit seinen Kommentaren. Diese in großer Zahl vorhandenen Kommentare stellen aber jedesmal fest, ob der Verfasser des Schulchan Aruch mit den Quellen übereinstimmt oder nicht, und wo dies nicht der Fall ist, wird eben von den Kommentaren ausdrücklich bemerkt, daß die betreffende Entscheidung nicht maßgebend ist.

Wenn ein Jude vom Schulchan Aruch spricht, so meint er stillschweigend Schulchan Aruch mit den dazu gehörigen, davon unzertrennlichen Kommentaren. Wenn also Herr Kaplan Dasbach aus Ecker Urtheile von Dr. Rahmer und von Ellenberger citirt, so begreife ich diese letzteren, wie jeder Jude, unter der Bezeichnung Schulchan Aruch auf die dazu gehörenden Kommentare, in welchen jedesmal nachgeprüft wird, ob die Entscheidung maßgebend ist.

Thatsächlich wird von keinem Kenner der talmudisch-rabbinischen Litteratur bestritten, daß es vollkommen richtig ist und als Norm gegolten hat, was die 216 Rabbiner jetzt erneut erklären, daß — — — — — —

und folgt die bekannte Erklärung der Rabbiner. Alsdann beweist er auch, daß die Interpretation von Akum lediglich von der Unwissenheit der Zensur herrührt.

Ich kann nur wiederholen, ich würde doch Herrn Dasbach als strenggläubigen Christen den Geboten unserer Religion zu folgen anheimgeben. Wenn fast alle Rabbiner Deutschlands eine solche Erklärung abgeben, daß die von ihnen verkündete Moral für die Juden maßgebend ist, so möchte ich bitten, daß er dies glaubt und nicht ein Vergnügen daran findet, angeblich in wissenschaftlicher Weise aus den alten Akten früherer Jahrhunderte herauszustöbern, was etwa gegen unsere jüdischen Mitbürger in heutiger Zeit zu sagen wäre. Ich glaube nicht, daß das den Geboten der christlichen Liebe, den Geboten der Sanftmuth und Demuth, die uns doch gegeben sind, entspricht. Wenn die Rabbiner im Namen der jüdischen Religion eine Moral aufstellen, gegen die wir nichts einwenden können, so sollen wir dieselbe acceptiren.

Meine Herren, wieviel Juden — die Frage möchte ich Ihnen, die Sie mit Juden verkehren, vorlegen — kennen überhaupt den Talmud und den Schulchan Aruch? Ich behaupte kühn und fest und erwarte den Gegenbeweis von Herrn Dasbach, daß die weit überwiegende Zahl der Juden weder den Talmud, noch den Schulchan Aruch überhaupt nur gesehen haben, daß sie dem gegenüber ebenso stehen wie wir Christen. Ich gebe zu, daß ich ihn noch nicht einmal gesehen habe; ich habe nur einiges aus Uebersetzungen kennen gelernt.

Meine Herren, bei der Frage, die der Herr Freiherr v. Wackerbarth, der diese ganze Diskussion anregte, aufgeworfen hat, kommt es gar nicht darauf an, was im Schulchan Aruch steht. Selbst wenn Sie Recht hätten, bindend für die Juden ist, was hier in der Erklärung steht, was in den Religionsbüchern den Kindern gelehrt wird, und nichts anderes, — selbst wenn Sie Recht hätten — Sie haben aber nicht Recht —, so wäre es doch endlich Zeit, daß wir die Anklagen zurückweisen, die gar keinen Sinn haben, gegen die Ihre, die katholischen Päpste und Kardinäle in früheren Jahrhunderten und in der Neuzeit — ich nenne den in seinem Lande hochgelebten und verehrten ungarischen Kardinal Haynald — mit der ganzen Macht des christlichen Wortes Einspruch erhoben und die Juden geschützt haben.

Was sodann die Frage des jüdischen Katechismus anbetrifft, so ist interessant, daß der Artikel, welcher in der Kreuzzeitung stand und die Anregung zu der Untersuchung gab, von dem bekannten Schoenhagen, der einstmals Sozialdemokrat war und jetzt Antisemit ist — ob es wahr ist, weiß ich nicht; es wird aber behauptet — herrührt. Ein hochgeachtetes Centrumblatt der Rheinprovinz ist es gewesen, welches sich entschieden gegen diesen Artikel der Kreuzzeitung aussprach.

In Parenthese möchte ich noch bemerken: Was die von Herrn Dasbach erwähnte Stelle aus einem Artikel der „Mittheilungen" betrifft, so gebe ich dieselbe vollkommen preis — der Brief, der Ihnen geschrieben ist, hat mir sehr wenig gefallen, nachdem ich ihn jetzt gelesen habe. Das ist eine reine Ungeschicklichkeit, und daß dieselbe vorgekommen ist, das ist sicher; das giebt auch der Verfasser zu. Ich glaube, daß Herr Dasbach zugeben wird, daß manchmal Zeitungen, die ihm nahe stehen, auch Dinge enthalten, für die man ihn nicht verantwortlich machen kann. Ich gebe diese Dinge jeder Kritik preis.

Meine Herren, ich habe die Bitte an den Herrn Kultusminister gerichtet, und ich kann diese Bitte nur wiederholen — ich würde bitten, daß der Herr Kultusminister mir vielleicht einen Augenblick Gehör schenkt, er möchte doch die Untersuchung über die jüdischen Schul- und Religionsbücher — —

(Heiterkeit)

ich sage, ich habe den Herrn Kultusminister gebeten, er möchte doch — — der Herr Kultusminister möchte,

(Große Heiterkeit)

diese Untersuchung etwas beschleunigen. Ich habe mir eben erlaubt, Herr Kultusminister,

(Große Heiterkeit)

an Sie eine Bitte zu richten. Ich sage, da die Dinge jetzt leider so liegen, daß durch die Kreuzzeitung eine solche Anklage erhoben ist, und da eine Parallelanklage hier im Parlament durch den Herrn Kollegen Dasbach erhoben worden ist, so möchte der Herr Kultusminister die Güte haben, vielleicht durch ein nachträgliches Reskript die Beschleunigung der Prüfung zu veranlassen. Es ist wirklich hohe Zeit, daß diesen Dingen endlich einmal ein Ende gemacht wird. Meine Herren, eine anerkannte Autorität und auch wohl von dem Herren Kultusminister anerkannte, Professor Franz Delitzsch, hat, indem er über die jüdischen Religionsbücher gesprochen hat in demselben Sinne, wie ich es unserem verehrten Herrn Kollegen Dasbach empfehlen möchte, gesagt, man möchte

doch jetzt nicht, „statt den geistigen Umschwung zu würdigen, der sich aus den jüdischen Religionsbüchern, nach denen die Jugend der Juden unterrichtet wird, ersehen läßt, allerlei Schimpfliches aus unbekannten Scharteken der entlegensten Winkel auf einen Haufen zusammenkehren und schaustellen." Das ist die Thätigkeit, die ich verurtheile, und ich hoffe, der Herr Kollege Dasbach wird sich nach zu uns bekehren. Er wird der Erklärung der zweihundert und fünfzehn Rabbiner Gehör geben.

Der Herr Kollege Dasbach hat von dem Herrn Kultusminister verlangt, daß der mit der Prüfung der Religionsbücher beauftragte Gelehrte zugleich die 100 Thesen des Ecker'schen Judenspiegels untersuchen möge. Ich habe nichts dagegen. Ich glaube aber, der Herr Kultusminister wird diese Aufgabe sehr ungern in die Hand nehmen. Ich glaube auch nicht, daß dies eigentlich zu seinem Ressort gehört. Der Herr Kultusminister verneint es. Ja, meine Herren, vereinigen wir uns doch einmal, versuchen wir doch herbeizuführen, was Strack wünscht, daß auf irgend eine Weise durch Anhörung sämmtlicher wissenschaftlicher Autoritäten, die wirklich wissenschaftliche Bedeutung haben, die Dinge geprüft werden.

Herr Stoecker hat heute wieder das Gesetz 31 Seite 56 des Judenspiegels angeführt. Mir wird mitgetheilt, ohne daß ich jetzt den Beweis dafür liefern kann — ich werde ihn vielleicht aber Herrn Stoecker nach bringen —, daß dieses Gesetz 31 verdreht und gefälscht wiedergegeben ist. Das wird mir mitgetheilt von talmudischen Sachverständigen.

Ich glaube also nicht, daß der Herr Kultusminister sich damit abgeben wird, die Behauptungen des Ecker'schen Judenspiegels durch Sachverständige prüfen zu lassen. Ich würde nicht dagegen sein, wenn Ihnen etwas daran liegt. Hat denn nicht Strack, indem er die schwersten Anklagen gegen Rohling und gegen Ecker erhob, auf den Gerichtshof verwiesen? Nun gut, gehe man mit den Sachverständigen vor Gericht. Es steht ein kulturhistorisches Interesse auf dem Spiel, ein vaterländisches Interesse. Klagen Sie oder veranlassen Sie Ihre Freunde zu klagen. Dann wird vor Gericht durch Sachverständige, durch solche, welche etwas davon verstehen, festgestellt werden, ob die Verdächtigungen gegen unsere jüdischen Mitbürger und ihre Moral begründet sind oder nicht. Sind sie begründet, dann verlassen Sie sich darauf, wir werden mit Ihnen gehen, wir werden das mißbilligen, genau so, wie ich eintreten würde selbst für den ungerecht verfolgten Stoecker,

(Heiterkeit)

— obwohl ich nicht glaube, daß das passiren wird, daß er von den Juden in dem Sinne verfolgt werden würde. Ich möchte ihn bitten und an ihn appelliren, daß er sich endlich von seinen Vorurtheilen loslöse, daß er sich fühle als Diener der christlichen Liebe, daß er nicht fortwährend solche Dinge gegen unsere jüdischen Mitbürger, die er doch nicht aus dem Vaterlande herausbringen kann, vorbringe.

Jedenfalls, meine Herren, und damit schließe ich, bitte ich den Herrn Kultusminister keinen Tag länger vergehen zu lassen als nothwendig ist, damit öffentlich bekannt werde, welches Ergebniß die Prüfung der jüdischen Religionsbücher gehabt hat. Ich bin davon überzeugt, daß die erhobenen Klagen nichtig sind nach der großen Zahl von Büchern, die ich eingesehen habe und durch Pädagogen habe prüfen lassen. Sollte es aber die Wahrheit sein, sollte irgend ein derartiges Buch bestehen, welches eine verderbliche Moral den jüdischen Kindern beibringt, dann kann der Herr Kultusminister sich darauf verlassen, wenn er dann kraft seines Amtes einschreitet und die Beseitigung eines solchen Buches veranlaßt: wir werden ihn dann nach besten Kräften dabei unterstützen.

(Bravo! links.)

Kultusminister Dr. **Bosse**: In Bezug auf die Veröffentlichung des Resultates der jetzt angeordneten Untersuchung habe ich neulich dem Herrn Abgeordneten Rickert gegenüber bereits eine bestimmte Erklärung abgegeben, die ich heute nur wiederholen kann. Ich würde auch gar keinen Anstand nehmen, den Wünschen zu entsprechen, eine Beschleunigung herbeizuführen. Ich glaube aber einmal, daß die heutige Verhandlung und auch die neuliche das allersicherste Excitatorium für den betreffenden Schulrath ist, der mit der Prüfung dieser Bücher beauftragt ist, und sodann möchte ich nicht gern auch nur den leisesten Schein erwecken, als wenn ich eine blos oberflächliche Prüfung besonders begünstigte. Ich möchte dem Manne, einem sehr zuverlässigen Beamten unseres Ressorts, die volle Zeit lassen, die doch immerhin nöthig ist, um einige hundert Bücher zu prüfen.

Was den Eckerschen Judenspiegel anbelangt, so muß ich es allerdings ablehnen, ihn in diese Untersuchung mit hineinzuziehen. Das geht mich absolut garnichts an, und ich habe mit anderen Dingen, die mich sehr viel angehen, so viel zu thun, daß ich mir nicht noch eine unnöthige Sorge aufladen möchte.

(Sehr gut!)

Abgeordneter Freiherr **v. Wackerbarth-Linderode**: Der Abgeordnete Rickert erwähnte vorhin ein Referat über einen Vortrag, welchen ich in der Versammlung des conservativen Bürgervereins hier in Berlin vor einigen Tagen gehalten habe. Dieses Referat beruht aber auf einem Irrthum, welchen sich der Berichterstatter hat zu Schulden kommen lassen, und der bereits von demselben berichtigt worden ist. In der „Staatsbürgerzeitung" vom 16. dieses Monats erklärte der betreffende Herr:

> Der Redner führte, als er auf Uebelstände in unserer Justiz, hervorgerufen durch das Ueberhandnehmen des jüdischen Elements in unserem Anwaltsstande, zu sprechen kam, folgendes aus:
>
> Als ich vor mehr als 16 Jahren

— auch ein Irrthum; ich habe gesagt vor 10 Jahren —

> in meine Heimath zurückkehrte, wurde bereits in bäuerlichen Kreisen von der Möglichkeit gesprochen, daß bei einem Prozesse, in welchem ein israelitischer Rechtsanwalt an einem mit drei israelitischen Richtern besetzten Amtsgerichte die Partei eines Stammesgenossen führe, der deutsche Bauer schwerlich Recht bekommen könnte.
>
> Herr v. Wackerbarth knüpfte daran die Meinung, daß, wenn dergleichen Sachen öffentlich ausgesprochen würden, schon die hohe Stellung der Justiz gefährdet würde.
>
> Nach unserem Bericht heißt es nun irrtümlich, es sei von einem Rechtsanwalte N. die Rede gewesen. Eine bekannte übliche Redewendung.

Der betreffende Referent sagte, er hätte anfänglich geschrieben „ein Rechtsanwalt N. N." Dadurch, daß „ein Rechtsanwalt N." irrthümlich in dem Referat genannt wurde, hat sich ein Rechtsanwalt in der Lausitz, welcher Neumann heißt, veranlaßt gefühlt zu sagen, daß ich das auf ihn bezogen hätte. An dem Amtsgericht in Sorau ist außerdem kein einziger israelitischer Amtsrichter angestellt; trotzdem hat man die Gelegenheit benutzt, um in der unglaublichsten Weise gegen mich zu hetzen. Es sind zu diesem Zweck Artikel im „Berliner Tageblatt" und in der „Freisinnigen Zeitung" erschienen. Ich habe an der Hand der Erklärung des Referenten und mit Darlegung des wirklichen Sachverhalts die betreffenden Redaktionen gebeten, einen berichtigenden Artikel aufzunehmen. Es ist dies jedoch bis jetzt nicht geschehen.

(Hört! hört!)

Hätte man mein Ersuchen nicht abgelehnt, so wäre die Anzapfung durch Herrn Rickert mir erspart geblieben. Ich möchte aber Herrn Rickert rathen, hier und da die Staatsbürgerzeitung zu lesen, dann würde ihm Manches in einem anderen Lichte erscheinen. Es wird von gewisser Seite so hingestellt, als ob es geradezu ein Verbrechen wäre, dieselbe zu lesen. So stand neulich z. B. im „Berliner Tageblatt" ein Artikel, der folgendermaßen lautete:

> Wir sind weit entfernt, einem Staatsanwalt oder Richter das Recht seiner freien Meinung in politischen Dingen verkürzen zu wollen u. s. w. Leider haben Vorgänge in allerneuester Zeit den Beweis erbracht, daß es zuweilen unreine Diener an den Stätten des Reinen und Hehren giebt. Was soll man dazu sagen, wenn in einem Preßprozeß gegen den Redakteur einer freisinnigen Zeitung der Staatsanwalt während der Sitzung die antisemitische „Staatsbürgerzeitung" liest!

(Heiterkeit.)

Bei dieser Denunziation findet Niemand von Ihnen, daß die Person eines Richters angegriffen worden ist. Dagegen an meine Ausführungen im Bürgerverein knüpfte man die Mutmaßung, daß ich den Richterstand hätte herabsetzen wollen. Wenn man es im Lande für möglich hält, daß jüdische Richter ihre Glaubensgenossen bevorzugen könnten, dann ist es Zeit, daß man sich darum kümmert, ob man nicht in Bezug auf die Anzahl der jüdischen Richter bei unseren Gerichten daran denken muß, daß dieselbe nicht noch mehr anwächst.

Was nun die Angriffe betrifft, welche von uns ausgehen, so sollten die Herren wirklich lieber den Balken im eigenen Auge sehen. Ich will ihnen als Beispiel einen Artikel aus dem „Börsencourier" verlesen, welcher mich und auch einen meiner Kollegen in ganz ungehöriger Art persönlich angreift. Der „Börsencourier" stellt zunächst den praktischen Gesichtspunkt auf: Die Antisemiten gehören ins Zuchthaus oder in ein Narrenhaus —: und ferner heißt es:

Kriminalistische Erfahrungen und hohe Wahrscheinlichkeit sprechen dafür, daß die Mörder des Knaben Hegemann unter denen zu suchen sind, die mit so erstaunlichem Eifer die Justiz auf eine falsche Fährte gelockt haben; bei denen hinter Stöcker und v. Wackerbarth

(Heiterkeit)

ist der Mörder zu suchen. Das werden diejenigen im Auge behalten, die es von Amtswegen angeht.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, das ist eine Hetze sondergleichen, und dieselben Herren, von denen diese Hetze ausgeht, glauben nun, sich beklagen zu müssen, wenn einmal das Geringste über den Einfluß des Judenthums auf das öffentliche Leben gesagt wird, — dann heißt es immer: Das ist eine Judenhetze. Es würde sehr gut sein, wenn die Herren auch einmal antisemitische Zeitungen lesen und in antisemitische Versammlungen gingen, dann würden andere Urtheile über den Antisemitismus und über das, was unser ganzes deutsches Volk bewegt, platzgreifen.

(Bravo! rechts.)

Herr Rickert hat bereits auf seine gestrigen Ausführungen von Herrn Abgeordneten Stoecker die gebührende Antwort erhalten, ich komme darauf nicht mehr zurück. Nach der heutigen Rede des Herrn Rickert scheint es mir, als ob derselbe darauf ausgeht, noch ein zweiter Nathan der Weise zu werden.

(Heiterkeit. Oho! links.)

Abgeordneter Dr. **Meyer** (Berlin): Meine Herren, die Diskussion hat schon einen so großen Umfang angenommen, daß ich am liebsten auf das Wort verzichtete, zumal es unmöglich ist, alle die Fragen, die hier angeregt sind, erschöpfend zu behandeln. Es sind indeß in den Auslassungen der beiden letzten Herren Redner aus dem Hause einige Punkte gewesen, über die ich eine Erklärung abgeben möchte. Herr v. Wackerbarth hat von den Juden, Herr Dauzenberg von den Jesuiten gesprochen. Das veranlaßt mich zu der Erklärung, daß für meine politischen Freunde und mich die Judenhetze und die Jesuitenhetze genau auf demselben Niveau stehen, daß wir die eine ebenso verwerfen wie die andere. Wir lehnen es mit Entschiedenheit ab, ganze Kategorien von Personen in Bausch und Bogen zu verurtheilen, oder ihnen Uebles nachzusagen. Wenn demnach einmal die Frage erörtert werden wird, ob die besonderen gesetzlichen Bestimmungen, die in Bezug auf die Jesuiten bei uns noch rechtens sind, aufgehoben werden sollen: bei uns wird ein derartiges Bestreben wahrlich nicht den geringsten Widerstand finden,

(Hört! hört!)

Nicht dasselbe Entgegenkommen kann ich Herrn Dauzenberg in Aussicht stellen hinsichtlich seiner Wünsche in Bezug auf die Aufhebung des Altkatholikengesetzes. Für uns hat das Altkatholikengesetz doch eine wesentlich andere Bedeutung als diejenige, welche er hineinlegen wollte. Wir wünschen einer gewissen Anzahl von Personen, die in Bedrängniß gekommen waren wegen der Freiheit ihres Bekenntnisses, ihres Kultus, ihres Religionsunterrichts, diese Freiheit zu sichern;

(Rufe im Centrum: wir auch!)

wir wünschen sie absolut einem Jeden zu sichern;

(Rufe im Centrum: wir auch!)

wir wünschen sie auch den Dissidenten aller Art zu sichern, die sich in Noth befinden wegen des Religionsunterrichts, der ihren Kindern zwangsweise ertheilt werden soll. Da wir nun aber nicht die Macht haben, diejenigen Wünsche, welche wir hegen, im Allgemeinen verwirklicht zu sehen, so wünschen wir wenigstens, daß der Schutz, den diese besondere Religionsgesellschaft genießt, aufrecht erhalten wird.

Herr v. Wackerbarth hat heute Erklärungen abgegeben, aus denen ich glaube den Schluß ziehen zu können, daß er weit davon entfernt ist, den jüdischen Richtern im allgemeinen Gewissenlosigkeit, Parteilichkeit unterzulegen. Ich kann darüber meine hohe Befriedigung aussprechen. Ich glaube auch, wenn Herr v. Wackerbarth weiter befragt würde, ob er einzelne Fälle kennt, in denen ein jüdischer Richter pflichtwidrig oder parteilich gehandelt habe, würde er die Antwort geben, er kenne überhaupt keinen jüdischen Richter persönlich und sei nicht in der Lage, derartige Anklagen zu substantiiren. Herr v. Wackerbarth hat nun aber einen wunderbaren Schluß gezogen. Er sagt, der Umstand allein, daß jemand die jüdischen Richter für parteilich, für befangen hält, ist Uebelstand genug, und den müssen wir aus der Welt schaffen, und das kann am gründlichsten geschehen, wenn wir die jüdischen Richter überhaupt beseitigen. Ja, meine Herren, ich glaube Herr v. Wackerbarth wird es bei allem idealistischen Aufschwung nicht dahin bringen können, es zu verhindern, daß die eine oder die andere thörichte Person an der Unparteiichkeit und Unbefangenheit unseres Richterstandes oder eines einzelnen Richters zweifelt. Es giebt in Deutschland sogar ein Sprichwort, welches unter gewissen zeitlichen Beschränkungen jemandem die Berechtigung zuspricht, auf die Richter zu schimpfen und von der Wohlthat dieses Sprichworts wird wahrscheinlich in Deutschland zu allen Zeiten Gebrauch gemacht werden. Herr v. Wackerbarth wird also seine wohlwollende Absicht jedermann im Lande über die Unbefangenheit und Unparteilichkeit aller Richter zu beruhigen, niemals erreichen.

Herr v. Wackerbarth hat uns aber eine ganz wunderbare Handhabe gegeben, um seine Ausführungen zu bekämpfen. Er ist mißverstanden worden von einem Berichterstatter, einem Parteigenossen, einem Angestellten derjenigen Partei, der er selbst angehört, und dieser Berichterstatter hat ihm Aeußerungen in den Mund gelegt, die Herr v. Wackerbarth heute mit der größten Entschiedenheit von sich gewiesen hat und für deren Berichtigung er in dankenswerther Weise Sorge getragen hat. Könnte man nun nicht den Schluß ziehen: wenn es schon dahin gekommen ist, daß ein eigener Parteigenosse des Herrn v. Wackerbarth ihm derartige Ungeheuerlichkeiten in den Mund legt, wenn er es für möglich hält, daß ein Führer der antisemitischen Partei derartige Aeußerungen thut, wäre es da nicht eine hohe Aufgabe für den Staat, dem Antisemitismus entgegen zu treten, damit derartige Mißverständnisse nicht mehr vorkommen können? Ich glaube, diese Fragen hätte dieselbe Berechtigung wie diejenige, welche Herr v. Wackerbarth aufgeworfen hat.

Herr v. Wackerbarth hat uns endlich regalirt mit der Vorlesung einer Stelle aus dem „Berliner Börsenkurier". Nun, meine Herren, diese Stelle hat auf unserer Seite genau dieselbe Heiterkeit erregt wie auf der Ihrigen. Ich habe für meine Person Veranlassung gehabt, vor einigen Tagen von dieser Stelle hier die Erklärung abzugeben, daß ich persönlich kein Talent und keine Neigung zum Morden hätte, und ich bin der Ansicht, daß wenigstens in dieser Beziehung Herr v. Wackerbarth genau ebenso gestellt ist wie ich. Wenn also derartige Unterstellungen kommen, so sehe ich darin in der That nichts anderes als eine Veranlassung zur Heiterkeit. Aber, meine Herren, ich werfe die Frage auf: ist der Sitzungssal des Abgeordnetenhauses der geeignete Platz, daß wir uns gegenseitig mit Blumensträußen regaliren, deren Bestandtheile wir aus beliebigen Blättern der Presse zusammensuchen, und daß wir vielleicht das Thörichtste, was draußen gedruckt wird, uns hier gegenseitig mit einer gewissen Feierlichkeit überreichen? Ich glaube, es wäre doch gut, wenn wir auf beiden Seiten die Sitte, die vornehme Sitte annähmen, derartige Aeußerungen völlig zu ignoriren.

(Sehr gut!)

Abgeordneter Freiherr **v. Wackerbarth-Linderode:** Die Rede des Herrn Abgeordneten Meyer veranlaßt mich noch zu einer ganz kurzen persönlichen Bemerkung.

Der Herr Abgeordnete Meyer sprach von mir als von dem Führer einer antisemitischen Partei. Durch diesen Ausspruch dokumentirte derselbe eine Unkenntniß der Personen sowohl wie der politischen Dinge. Eine antisemitische Partei giebt es nicht; der Einfluß, welchen das internationale Judenthum auf unser deutsches Volk ausübt, wird von allen Seiten im Volk als eine Gefahr anerkannt, und auch die Parteigenossen des Herrn Abgeordneten Meyer werden wohl mit der Zeit zu dieser Frage Stellung nehmen müssen.

Der Herr Abgeordnete Meyer sprach ferner davon, daß einer meiner Parteigenossen jenen Bericht geschrieben hätte. Ich habe nicht die Ehre, den betreffenden Berichterstatter zu kennen, noch viel weniger weiß ich, ob derselbe zu der conservativen Partei gehört. Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Meyer auch schon einmal einen Bericht über einen conservativen Vortrag erstattet haben wird. Daraus kann man doch noch nicht den Schluß ziehen, daß der Abgeordnete Meyer ein Gesinnungsgenosse von uns ist. (Schluß folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 13. | Berlin, den 26. März. | 3. Jahrg. 1893.

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht Jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

**Wir bitten unsere Mitglieder, recht bald die Beiträge für das Jahr 1893 an unsere Bureaux zu senden, für Norddeutschland an Herrn Reichstagsabgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13 und für ganz Süd- und Südwestdeutschland, incl. Elsaß-Lothringen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz an Herrn Stadtrath Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6.**

### Ahlwardt im Reichstage.

I.

Ahlwardt hat in den letzten Tagen im Deutschen Reichstage einen Skandal ohne gleichen provozirt, die Gepflogenheiten seiner wüsten Volksversammlungen in das Parlament getragen, Deutschland von neuem vor dem Auslande blosgestellt und all das im Namen des ehrlichsten Deutschthums!

In der Sitzung vom 9. März hatte Ahlwardt alle seine Beschuldigungen gegen die Löwe'sche Gewehrfabrik erneuert, als ob nie ein Urtheil, seine Verurtheilung zu fünf Monaten ausgesprochen wäre. Er hat von neuem die deutschen Waffen vor dem Auslande zu compromittiren versucht, als ob die zahllosen Militärs, die in dem Prozeß als Sachverständige fungirt hatten, gar nicht existirt hätten, als ob der Kriegsminister nie eine Gegenerklärung veröffentlicht hätte, als ob der Reichskanzler in den Wind gesprochen hätte. All die höchsten Beamten und Militär- und Juristenkreise haben ihn widerlegt und die Unwahrheit seiner Behauptungen bewiesen — für Ahlwardt wiegt das Urtheil dieser streng monarchischen, christlich conservativen Männer federleicht im Vergleich zu seiner — Autorität. Auf eine Reihe neuer Anschuldigungen antwortete der Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau am 11. März und wies ihm Unwahrheiten nach.

Daß aber die Autorität des Kriegsministers bei Herrn Ahlwardt nicht gilt, das bewiesen seine letzten Reichstagsreden. Selten hat eine solche Aufregung im Reichstage geherrscht, wie in den letzten Tagen. Zuerst sprach Ahlwardt bei der Berathung des Etats des Reichsinvalidenfonds und bewies dabei eine so elementare Unkenntniß der Sachlage, daß er nur ein mitleidiges Lachen zur Antwort erhielt. Er meinte, wenn man den Invalidenfonds um 200—250 Millionen Mark erhöht hätte, dann hätte man aus den Zinsen die Invaliden befriedigen können und hätte nach Absterben derselben ein großes Kapital übrig, das die Ausgaben der Sozialreform bestreiten könnte. Diese Unwissenheit in finanziellen Dingen versteckte sich hinter einem Schwall von Phrasen und ungeheuerlichen Beschuldigungen. Eine so niedrige Dotirung des Invalidenfonds habe die Regierung s. Z. vorgeschlagen nach Verhandlungen mit den Börseninteressenten, die nicht dulden wollten, daß der Staat so viel Geld in die Hände bekommt. Damals hätte man Grund legen können zu einem großen Nationalvermögen; die Juden hätten es nicht gewollt. Der Linken, die ihn auslachte, rief er zu: „Hinter dem Lachen verbergen sich ernste Gesichter; das sind nur die Vorgefühle der Beschneidungsschmerzen.“ Ein Ordnungsruf war die Folge dieser Bemerkung.

Aber diese Sitzung vom 18. März war nur eine Art Vorspiel. Bei der am 20. März begonnenen dritten Lesung des Reichshaushalt-Etats ergriff Abg. Ahlwardt, wie er versprochen hatte, das Wort, um noch einmal auf den Prozeß Löwe einzugehen. Aber gleichsam, als ob er sein im Fluge zusammengerafftes parlamentarisches Wissen auskramen wollte, sprach er von der Militärvorlage, von der Stellung Frankreichs, von den unteren Schichten in Rußland, von der allgemeinen Wehrpflicht, der Schnapssteuer, der Biersteuer, dem Zukunftsstaat, dem Milizsystem, der nordamerikanischen Sezessionsfrage u. s. f. Endlich kamen wieder die alten Anklagen gegen Löwe zum Vorschein, die dann in dem ungeheuerlichen Vorwurfe gipfelten, Löwe habe einen Meineid geleistet. Hierfür bekam Ahlwardt wiederum einen Ordnungsruf. Aber das rührte diesen Mann nicht. Immer weiter spann er den alten Faden ab: Löwe, Judenflinten, Bestechung der Büchsenmacher . . ., der damit aufhörte, daß er die deutsche Gerichtspflege beschimpfte; es erscheine ihm wie Hohn auf die Gerechtigkeit, in diesem Prozeß von Gerechtigkeit zu reden.

Reichskanzler von Caprivi gab sich die Mühe einer Widerlegung, in einem Tone von schneidender Schärfe. Die Löwe'schen Gewehre seien durchaus kriegstüchtig. Wenn heute noch einmal der Versuch gemacht worden sei, die Bewaffnung der Armee als minderwerthig vor dem Ausland hinzustellen, so müsse er aus Respect vor dem Hause sich versagen, den gebührenden Ausdruck hierfür zu gebrauchen.

Der Kriegsminister v. **Kaltenborn** und der sächsische Bevollmächtigte **von Schlieben** legten ebenfalls Zeugniß für die Kriegsbrauchbarkeit der Löwe'schen Gewehre ab. Die Conservativen schwiegen. Selbst Liebermann von Sonnenberg erklärte, für ihn sei schon seit der Erklärung des Kriegsministers vom 29 Mai 1893 die Judenflintenaffaire erledigt gewesen. Er benutzte aber die Gelegenheit, um das Anerbieten Löwes an Boulanger in kräftigen Worten zu verurtheilen, worauf die Abgg. **Richter** und **Buhl**, unter Hinweis auf die amtlichen Erklärungen über die Zulässigkeit von Lieferungen von Torpedos Seitens der Schichau'schen Fabrik zu Elbing an Rußland, das Verhalten Löwes rechtfertigten. Ahlwardt aber blieb dabei: „Die Löwe'schen Gewehre taugen nichts!" Wenn er aber glaubte, mit dieser Methode im Reichstage Glück zu haben, so irrte er sich.

Am nächsten Tage bei der Berathung des Reichsinvalidenfonds fragte Abg. **Richter** die Vertreter der Regierung, ob die Ahlwardt'sche Behauptung zutreffend sei, daß die Begründung des Reichsinvalidenfonds erst nach Verhandlungen hinter den Coulissen mit großen Börsenjuden zu Stande gekommen sei. Der Staatssekretär erklärte die Behauptungen Ahlwardts für absolut grundlos. Die Unterstellung dieses Mannes müsse er auf das allerentschiedenste zurückweisen. Abg. Ahlwardt hielt sie trotzdem aufrecht, und unter einem Sturm der Entrüstung, welcher nachher Vertreter aller Parteien Ausdruck gaben, sprach er von Verhandlungen, bei denen das deutsche Volk unter Mitwirkung von hohen Regierungs- und Reichstagsmitgliedern zu Gunsten des Judenthums um Hunderte von Millionen betrogen worden sei. Auf die Aufforderung, Namen zu nennen, führte er den Finanzminister Miquel an und kündigte wiederholt seine Bereitwilligkeit an, die Beweise (Aktenstücke) dem Hause vorzulegen. Da nahm der Reichstag einen Antrag des Abg. **Rickert** an, nach welchem die Beweise schon innerhalb 24 Stunden vorgelegt werden sollten, damit die Beschuldigungen nicht erst im Reiche und im Auslande Unheil anstiften könnten.

Selten herrschte im Reichstage eine so erregte Stimmung wie am Mittwoch den 22. März. Die Tribünen waren überfüllt, alle Minister zur Stelle. Man erwartete, daß Ahlwardt sich sofort zum Wort melden würde. Aber erst auf die directe Mahnung des Abg. Richter bequemte sich Herr Ahlwardt, auf seine Anschuldigungen vom Dienstag zurückzukommen und zwei Aktenstücke zu deren Bekräftigung vorzulegen. Ahlwardt machte allerlei Ausflüchte, um sich der Untersuchung zu entziehen, aber es half ihm nicht. Auf Antrag des Abg. Grafen v. Ballestrem wurde die Sitzung auf eine Stunde vertagt und der Seniorenconvent trat in Anwesenheit des Abg. Ahlwardt, des Reichskanzlers, der Minister v. Boetticher und Miquel zusammen, um das Aktenmaterial zu prüfen. Dieses bestand aber lediglich in geschäftlichen Quittungen über Zahlungen und Darlehne aus dem Jahre 1872, ausgestellt von der Diskonto-Gesellschaft gegenüber der rumänischen Eisenbahngesellschaft. Bekanntlich hatte die Diskontogesellschaft damals interveniirt, um den Verfall dieses Strousbergschen Unternehmens zu verhüten, wodurch das in Rumänien angelegte Kapital verloren gegangen wäre. Es handelt sich also hier lediglich um Schriftstücke einer Privatbankgesellschaft gegenüber einer ausländischen Privateisenbahngesellschaft. In Bezug auf den Reichsinvalidenfonds wußte Herr Ahlwardt nichts vorzulegen als ein Exemplar eines Pamphlets von Rudolf Meyer vom Jahre 1877, welches Beschuldigungen in Bezug auf den Invalidenfonds enthält die längst, bei der Novelle zum Invalidenpensionsgesetz 1875, eingehend geprüft worden sind, und deren Grundlosigkeit damals klargestellt wurden.

Der Seniorenconvent faßte einstimmig folgenden Beschluß: „Die Vertrauenscommission des Reichstages hat einstimmig beschlossen zu erklären, daß die von dem Abg. Ahlwardt vorgelegten Aktenstücke durchaus nichts enthalten, was die Behauptungen des Abg. Ahlwardt in der gestrigen Sitzung irgendwie unterstützt, und nichts enthalten, was gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstages, noch eines deutschen Landtages, der Reichsregierung oder einer deutschen Landesregierung im mindestens belastet."

Graf Ballestrem, der nach Wiederaufnahme der Sitzung als Berichterstatter diesen Beschluß zur Kenntniß des Hauses brachte, bemerkte noch:

Wenn jemand, besonders ein Mitglied des Reichstags solche Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstages oder der Regierung vorbringt, so kann er dies nur thun, wenn er die Beweismittel sofort zur Stelle hat und auf den Tisch des Hauses niederlegt. (Sehr wahr!) Wenn er dies aber noch in einer Sitzung thut, auf welche eine längere Pause folgt, wo durch Wochen hindurch diese Beschuldigungen unerwidert und unwiderlegt durchs Land gehen, so ist das ein Benehmen, welches im deutschen Reichstag bis jetzt — Gott sei Dank! — noch nicht vorgekommen ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall), und welches richtig zu charakterisiren in parlamentarischen Ausdrücken äußerst schwer sein wird. (Lebhafter Beifall.) Diesem Gefühl wurde Ausdruck gegeben in der Commission. Die ganze Commission ist dem einstimmig beigetreten. (Lebhaft. anhaltender Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Ahlwardt suchte weiter den Unschuldigen zu spielen, das Haus auf die Beibringung des übrigen Aktenmaterials zu vertrösten, über „Vergewaltigung" zu klagen, aber von allen Seiten, den Abgg. Richter, Lieber und auch dem conservativen Abg. v. Manteuffel, wird ihm in den schärfsten Ausdrücken zu verstehen gegeben, daß der Reichstag entschlossen ist, mit ihm kurzen Prozeß zu machen.

Derart hätte sich die Verhandlung auf eine Verurtheilung Ahlwardts beschränkt, wenn nicht Abg. Stöcker Ahlwardt indirect zu Hilfe gekommen wäre, indem er seinem Freund Ahlwardt zwar die Fähigkeit absprach, politische Geschäfte im höheren Stil zu treiben, aber durch provocatorische Aeußerungen die Debatte auf den Antisemitismus überhaupt ablenkte und dadurch scharfe Zurechtweisungen von Seiten der freisinnigen Partei veranlaßte. Diese Auseinandersetzung hatte das Gute, daß sie die **Seelenverwandtschaft Stöckers und Ahlwardt's bis in die kleinsten Einzelheiten vor dem ganzen Lande klarlegte.**

Eine eingehendere Würdigung der parlamentarischen Action, speciell auch des zweiten Theiles der Mittwoch-Debatte, an welcher sich die Abgg. Rickert, Richter, Schmidt-Elberfeld, Stöcker, Liedermann von Sonnenberg, Zimmermann und Ahlwardt betheiligten müssen wir uns, da das Drama erst kurz vor Schluß der Redaction seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat, für einen weiteren Artikel vorbehalten.*)

Die jüngsten Verhandlungen des deutschen Reichstages haben wie ein reinigendes Gewitter gewirkt; sie haben nicht blos Ahlwardt vernichtet, sondern über den gesammten Antisemitismus, möge er sich in der Person eines Ahlwardt oder eines Stöcker verkörpern, ihr Verdict ausgesprochen.

## Die Juden und die Goldwährung.

### Aus der Sitzung des Reichstags vom 14. März 1893.

**Graf Mirbach:** . . . Meine Herren, es sind ja die Fragen des Bimetallismus und Antisemitismus hier von autoritativer Stelle zusammengebracht worden. Ich werde äußerlich auf diesem Wege folgen. Ich bin dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, mich hier im deutschen Reichstag persönlich über meine Stellung zur Judenfrage auszusprechen. Ich meine, wenn man einen derartigen Standpunkt zu ihr einnimmt, wie ich ihn deklarirt habe, so kann ich wohl darauf Anspruch machen, daß verständige und nicht fanatische Juden den Standpunkt, den ich ihnen gegenüber einnehme, unterstützen und ihn nicht etwa noch bekämpfen. Ich glaube, ich habe mich damals klar und deutlich ausgesprochen. Das konnte für keinen verständigen Juden irgend etwas Verletzendes haben, mußte vielmehr versöhnend wirken. Was ich jetzt ausführe, kann deshalb auch nicht anders aufgefaßt werden.

*) Die Verhandlungen selbst bringen wir nach dem amtlichen stenographischen Bericht demnächst in einer separaten Beilage.

Nun, m. H., sind ja unsere jüdischen Mitbürger nicht bloß hier sondern in der ganzen Welt vermöge ihrer geschichtlichen Entwickelung, ihrer ungewöhnlichen Begabung auf dem Gebiete distributiver Thätigkeit und auf vielen andern Gebieten die Träger und Eigenthümer des größten Theils des mobilen Kapitals. Darüber besteht kein Zweifel. Sie sind vor allen Dingen die größten Besitzer des internationalen Kapitals, und wenn dieselben dessen Interessen warm vertheidigen, so sind sie darin ebenso berechtigt, wie ich in der Vertheidigung der productiven Thätigkeit, insbesondere der Landwirthschaft. Ich mißgönne und verdenke ihnen das keineswegs, und es ist kein bloßer Zufall, daß gerade der Herr Abgeordnete Bomberger eigentlich der Vater der Goldwahrung war. Er wird in meinen Aeußerungen gewiß nichts Verletzendes finden, da er meine Stellungnahme zu seiner Nationalität genau kennt.

Abgeordneter Dr. **Bamberger**: Ich beschäftige mich mit dem Herrn Grafen Mirbach, namentlich mit dem Schluß seiner Rede. Ich erkenne ja völlig an, daß Herr Graf Mirbach das Bestreben hat, hier immer, wenn nicht einmal mein Freund Barth ihn ganz besonders reizt, mit großer Urbanität aufzutreten. Und ich muß heute sagen: wenn er vorausgesagt hat, daß die Goldwährung untergehen wird, daß also das Grab meiner Meinung gegraben ist — er hat mich unter Blumen zu begraben gesucht; er hat mir alle möglichen Schmeicheleien gesagt, die ich auch ohne falsche Bescheidenheit als etwas zu stark charakterisiren kann; aber daß ich lange Zeit der Herr in diesen Dingen gewesen wäre, das ist doch nicht so

(Zuruf rechts),

wenn ich mir auch zuschreiben darf, daß ich mein Theil Arbeit hier mit geleistet habe. Aber der Herr Graf Mirbach, der gewiß des guten Glaubens ist, und dem ich auch gern den Zoll meiner Anerkennung gebe, daß er mich persönlich sehr anstandsvoll und urban behandelt hat, scheint mir doch in seinem Gefühl einen Mangel zu haben in dieser Beziehung; nicht sein guter Wille, aber sein Gefühl trügt ihn. Er hat mir etwas zugetraut, was ich, wenn es wahr wäre, für mich für sehr schimpflich ansehen müßte. Er hat nämlich geglaubt, ich hätte mich, als ich seiner Zeit für die Goldwährung im Deutschen Reich eintrat, dazu durch die besondere Qualität bestimmen lassen, die ich als Jude hätte.

(Unruhe, Zuruf und Widerspruch rechts.)

— Ja, das hat er gesagt.

(Sehr richtig! links.)

Ich habe keine vorgefaßte ungünstige Meinung von Herrn Grafen Mirbach; im Gegentheil, ich habe von seinen Absichten die bestgünstigste Meinung. Wenn ich deutsch verstehe, hat er das nicht blos von mir gesagt, sondern er hat das sogar auf den allgemeinen Gesichtspunkt erhoben, indem er gesagt hat: die Juden sind natürlich für die Goldwährung, Herr Bomberger ist ein Jude, folglich mußte er für die Goldwährung sein. Das war klipp und klar sein Raisonnement, wenn deutsche Worte zu verstehen sind. Ich glaube, ich bin immer noch der deutschen Sprache so mächtig, daß ich auch das verstehe, was einer sagt.

Nun, meine Herren, noch eins. Ich habe noch selten in diesen confessionellen Fragen das Wort genommen und zwar aus einem sehr einfachen Grunde, weil, wenn man hier von Juden spricht, ich nie weiß: ist das die Frage der religiösen Ueberzeugung, oder ist das die Frage der Abstammung? Soll es die der religiösen Ueberzeugung sein, so ist es meine Ansicht, meine unabwendbare unerschütterliche Ansicht, daß Erklärungen über religiöse Ueberzeugungen hier geschmacklos sind.

(Sehr richtig! links.)

Das ist eine Thatsache des inneren Bewußtseins und Bekenntnisses, über die meiner Ansicht nach ein Mensch mit echtem Gefühl nicht perorirt, und deswegen kann ich mich jetzt auch nicht darüber erklären, in wiefern ich Jude in dem Sinne bin, daß ich an das alte Testament glaube oder nicht. Vielleicht, wenn es darauf ankäme, würde es sich herausstellen, daß die Mehrzahl der Herren, die hier Christen sind, mehr Jude sind als ich, weil sie mehr an das alte Testament glauben müssen als ich.

(Sehr gut! Große Heiterkeit links.)

Nun, meine Herren, komme ich auf die andere Frage, die der Abstammung, und ich weiß nicht, ob man nur dann, wenn man noch nicht getauft ist, wegen einer jüdischen Abstammung verdächtig ist, oder wenn man im ersten oder zweiten Grad von Mischehen abstammt. Dieser Punkt ist mir noch nicht klar geworden; ich lasse ihn ganz dahingestellt.

Nun frage ich den Herrn Abgeordneten Grafen Mirbach, ob er glaubt, daß jemand richtig handelt, wenn er, sei es auch nur unbewußter Weise, obwohl ihm öffentliche Interessen anvertraut sind, im Sinne partikularer Interessen, wie z. B. einer besonderen Rasse oder einer besonderen Glaubensgemeinschaft, zu der man ihn rechnet, handelt. Hält Herr Graf Mirbach eine solche Gesinnung für anständig, wenn sie auch nur eine Spur von Bewußtsein in sich hat, oder hält Herr Graf Mirbach einen Volksvertreter für zurechnungsfähig und berufen für sein Amt, wenn er sich nicht Rechenschaft darüber geben kann, inwiefern er in solchen Dingen von solchen speziellen niedrigen Motiven getrieben wird? Das alles ist mir bei einem Herrn, der sich auf sein urbanes und collegiales Verhalten etwas zu gute thut, und dem ich die beste Absicht darin zutraue, wie ich wiederhole, — das alles ist mir vollständig unklar.

Nun muß ich sagen: was mich persönlich betrifft, so bin ich seit 25 Jahren neunmal gewählt worden; ich habe aber nie daran gedacht, und meine Wähler haben nie daran gedacht, ob ich als Jude oder als Christ gewählt bin; ich bin als Deutscher von Deutschen gewählt worden. Die große Mehrzahl meiner Wähler sind nicht Juden, — das ist nur eine kleine Minderzahl, — und niemals hat jemand daran gedacht, mich deshalb zu wählen, weil er mich zum Judenthum rechnet, oder nicht.

Wie kommt der Herr Graf Mirbach nun dazu, zu glauben, daß ich mich betrachte als gewählt für die Verbreitung der Interessen des Judenthums, vorausgesetzt, daß sie identisch wären mit diesen verhältnißmäßig geringen wirthschaftlichen Fragen, die hier zur Debatte stehen? Das wäre meiner Ansicht nach eine bewußte oder unbewußte Felonie. Und wie denkt denn Herr Graf Mirbach von meinem theoretischen, wissenschaftlichen Denken? Wie meint er denn, daß in mir die Anschauungen zu Tage gekommen sind, daß ich überhaupt meinen Bildungsgang durchgemacht habe, wie ich zu den Resultaten gekommen bin, die ich im wissenschaftlichen und im politischen Leben in Deutschland vertrete? Hält er mich wirklich für so niedrig und gemein, daß ich nicht auf dem Wege der Erfahrung, des Studiums und der Logik zu meinen Ansichten gekommen wäre, auf dem jeder gebildete, denkende und ehrenhafte Mensch sich die Wege zu seiner Erkenntniß sucht? Glaubt er überhaupt, daß es in diesen Dingen eine jüdische und eine nichtjüdische Wissenschaft giebt? Nein, meine Herren, ich muß mich wundern, daß ein Herr, der so die Noblesse zu vertreten berufen ist und auch zu vertreten beabsichtigt, einem Collegen, den er doch nach so langen Jahren einigermaßen nach seinem Bildungsgrad und nach seiner ganzen Stellung in der Welt kennen müßte, Gedanken oder Triebe unterschiebt, die ich — ich kann ihm nicht helfen — nicht anders bezeichnen kann als außerordentlich niedrige und gemeine Triebe.

Meine Herren, nun kommt noch dazu, daß die Sache an und für sich, historisch und begrifflich genommen, sich so außerordentlich kurios macht. Wer die Geschichte dieser Währungsfrage, ihre Bewegung in der Welt kennt und sie nur aus diesem kleinen Winkelchen confessioneller oder stammesartlicher Interessen heraus zu deduziren vermeint, — ja, ich kann mir nicht helfen: das wirft einen eigenen Blick, einen eigenen Reflex auf das Gehirn, in dem solche Gedanken entstehen.

(Sehr gut! links.)

Ich behaupte: in einem wirklich durchgebildeten, von Wissenschaft und Erkenntniß etwas verstehenden Gehirn können solche Vorstellungen nicht entstehen.

(Sehr gut! links.)

Und nun, meine Herren, wie sind denn die Thatsachen? Der Kampf für und gegen die einfache Goldwährung und die Doppelwährung existirt, seitdem er überhaupt einigermaßen ins Licht getreten ist und sich zu bestimmten Thatsachen concentrirt hat, seit dem Jahre 1867. Im Jahre 1867 wurde zuerst unter dem Kaiser Napoleon III. ein freier Congreß, von verschiedenen Staaten beschickt, nach Paris berufen, um die Frage der Währung zu studiren. Dieser Congreß erklärte sich damals theoretisch für die Goldwährung. Er war natürlich besucht von Gelehrten aller Länder, die von solchen Dingen wie der Unterscheidung zwischen Judenthum und Christenthum überhaupt keine Idee hatten. In jener Zeit hat glücklicherweise überhaupt noch niemand an diese Dinge gedacht.

Meine Herren, als ich im Jahre 1866 wieder nach Deutschland zurückkehrte, — wer mir damals gesagt hätte, daß ich im Jahre 1893, nach fünfundzwanzigjähriger Thätigkeit im Reichstag, in der ich doch, glaube ich, keine materiellen Vortheile weder zu suchen Lust hatte noch zu gewinnen vermochte, — daß man mir vorhalten würde, ich hätte eine meiner festesten wissenschaftlichen Ueberzeugungen nur gefunden in meinem Stammes- oder Glaubensbewußtsein, — meine Herren, wer mir das vor 25 Jahren gesagt hätte, den hätte ich für den thörichtsten Lügner erklärt, der überhaupt existirt.

(Sehr gut! links.)

Ich danke Gott, daß ich damals noch keine Ahnung davon hatte, wie sehr in dieser Beziehung die Zeiten in Deutschland zurückgehen könnten; wenn ich damals gewußt hätte, welche bitteren Enttäuschungen mir noch bevorständen dadurch, daß hier in dieser hohen Versammlung, nachdem ich so lange mich bemüht habe, vielleicht manchmal auf irrigem Wege, vielleicht, indem ich manchem durch Heftigkeit zu nahe trat, was ich aber immer zu vermeiden suchte und, je länger ich dabei war, auch um so mehr zu vermeiden im Stande war, nachdem ich mich in diesen Dingen unabhängig und unbekümmert um irgend etwas bemüht hatte, — daß mir das an den Kopf geworfen wird, und in dieser meiner Lieblingsfrage, in die ich mich von jeher mit besonders eingehenden Studien vertieft hatte, mir so niedrige und gemeine Motive untergelegt würden, da danke ich Gott, daß ich das nicht voraus gewußt habe. Ich hätte sonst die schönsten Jahre meines Lebens, in denen ich hier zu schaffen und zu wirken bemüht war, nicht genossen. Ich bin froh, daß die Enttäuschung so spät gekommen ist.

Aber, meine Herren, wie ist es denn faktisch, wo hat sich denn gezeigt, daß überhaupt hier spezifisch jüdische Interessen im Spiele waren? Herr Graf Mirbach sagt: die Juden haben den größten Theil des mobilen Kapitals. Ein großes Wort! Meine Herren, in der ganzen Welt giebt es 5 bis 6 oder 6 bis 7 Millionen Juden; ich weiß es im Augenblick nicht genau. Dazu stellen die größere Anzahl die Juden in Rußland, die ärmste und unglücklichste Bevölkerung, die es giebt. Auch in Deutschland, meine Herren, wo man 5- bis 600 000 Juden zählt, ist ein Anzahl reicher und vermögender, ich will zugeben: verhältnißmäßig mehr vermögender Juden vorhanden als unter den anderen Confessionen: aber daß nicht die größere Anzahl der Juden auch arm sei, das wird mir kein Mensch bestreiten können. Gehen Sie nur aufs Land hinaus und sehen Sie, wie die armen Juden sich plagen, oder fragen Sie hier

einmal nach dem Stand der Juden in Berlin! Auch hier die Mehrzahl für vermögend zu erklären, ist übertrieben. Und nun nehmen Sie das kolossale Vermögen sämmtlicher Länder der Welt, von England, Amerika, Frankreich, das, glaube ich, nur 60 000 Juden unter 38 Millionen Einwohner zählt. Stellen Sie doch nicht solche an das Komische streifende Behauptungen auf, daß der größte Theil des beweglichen Vermögens in den Händen der Juden sei!

Wie verhält sich aber das Judenthum zu dieser Frage faktisch, so weit man das constatiren kann? Es ist durchaus keine Spur davon, daß die Juden für oder gegen die eine oder andere Richtung aufgestanden seien. Vielleicht bin ich der einzige unter diesen, der so stark für die Goldwährung eingetreten ist. Von jeher — zum ersten Male auf der Brüsseler Conferenz ist eine Abweichung eingetreten — war das Haus Rothschild entschieden bimetallistisch gesinnt. Das brauchen Sie mir nicht zu glauben, sondern, wenn Sie die Berichte der ersten Münzconferenz von 1878 nachlesen und insbesondere den Bericht, den der Schweizer Commissar auf dieser Conferenz, Herr Ferr-Hertzog, dem Schweizer Bundesrath nach deren Beendigung erstattet hat, werden Sie den Ausspruch finden: die Bank von Frankreich ist bimetallistisch gesinnt dank dem großen Einfluß des Hauses Rothschild, welches immer auf Seite der Doppelwährung gestanden hat. Das steht in den Akten; das können Sie nicht anzweifeln. Ich kann Ihnen noch ein Aktenstück citiren, das Sie ebenfalls nicht anzweifeln werden. Hier in der Debatte von 1879, als ich damals opponirte gegen die Sistirung der Silberverkäufe und dabei den Vorfall citirte, daß der englische Gesandte, damalige Lord Odo Russel, in einem Berichte an seinen Minister gesagt habe: der englische Generalkonsul — welcher Herr von Bleichröder war — hat mir gesagt, Deutschland sei in Verlegenheit wegen seiner Verkäufe von Silber, — und ich darauf anspielte, daß, wie mir bekannt war, das Haus Bleichröder, welches eine Agentur des Hauses Rothschild hatte, ebenfalls bimetallistisch gesinnt sei, antwortete mir der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck, das gebe er zu, Bleichröder sei Bimetallist, aber das habe auf ihn gar keinen Einfluß. Meine Herren, ich konnte Ihnen noch mehr Citate dieser Art geben; ich brauche nur im einzelnen darauf hinzuweisen, daß die großen Firmen, namentlich die, welche in Edelmetallen Geschäfte machen, ein viel größeres Interesse daran haben

(sehr richtig! links),

daß die beiden Edelmetalle beständig in die Münze gebracht werden können, und daß ihr Geschäft deswegen gerade in diesem Punkte zurückgegangen ist, weil die Gleichzeitigkeit der Verwerthung beider Metalle in den Münzen aufgehört hat. Nun ist dieses Geschäft, das mit den Edelmetallen, vielleicht noch mehr als das Bankgeschäft gerade in den Händen jüdischer Häuser; und so haben Sie z. B. unter den Bimetallisten, die in den offiziellen Akten bis auf den heutigen Tag in England für den Bimetallismus fungirt haben, das Haus „Mocatta", — ein portugisisch jüdischer Name, der auch ein jüdisches Haus bezeichnet. Und was soll ich noch schließlich Ihnen vorhalten! Im Hinblick auf die Brüsseler Münzconferenz haben Sie befürwortet, daß die deutsche Regierung Partei ergreife für den Vorschlag zur Hebung des Silberwerthes, welcher zum Urheber hatte Herrn Moritz Levy.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich glaube, der ist auch nicht von Hermann dem Cheruskerfürsten abstammend.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, so viel von dieser, ich muß sagen, wunderlichen Behauptung, mit der gewissermaßen der Herr Graf von Mirbach mir die Wohlthat der mildernden Umstände anthun wollte. Er sagte: verzeihen sie dem unglücklichen Abgeordneten Bamberger, er mußte für Goldwährung sein, denn er ist ein Jude. Nun, ich plädire für diese mildernden Umstände nicht; ich erkläre, daß derjenige mich moralisch und intellektuell tief unterschätzt, der überhaupt glaubt, daß diese Beziehungen irgendwie einen Einfluß auf mein Urtheil in irgend einer Sache gehabt hätten, und am allerwenigsten bei Fragen, über die ich im Parlament mit zu entscheiden berufen bin.

---

## Der Antrag Friesen-Hammerstein.

Die conservativen Abgeordneten Freiherr von Friesen, Freiherr von Hammerstein und Dr. Mehnert haben folgenden Antrag im Reichstag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird."

Unterzeichnet ist der Antrag außerdem von 26 conservativen Parteigenossen: Bock (Minden). Bohtz. v. Busse. Graf v. Carmer. Graf zu Dohna-Schlobitten. Baron v. Gustedt-Lablaken. Hahn. v. Henk. v. Jagow (Potsdam). v. Jagow (Rühstädt). Graf v. Kleist-Schmenzin. Freiherr v. Maltzahn-Banselow. Freiherr v. Manteuffel. v. Massow. v. Normann. v. d. Osten. Reichsgraf v Pückler. Freiherr v. Schleinitz. Graf v. Schlieffen-Schwandt. v. Schöning. v. d. Schulenburg-Beetzendorf. Stöcker. Freiherr v. Tettau. Wichmann. v. Winterfeldt-Menkin. v. Wrisberg.

Seit Jahren beschweren sich die Antisemiten darüber, daß kein ernsthafter Antrag zur Lösung der Judenfrage im Reichstage eingebracht werde. Die conservativ-antisemitische Partei hat mit dem vorliegenden Antrag den ersten Schritt zu einer praktischen Lösung gemacht. Daß es sich um einen ersten Schritt handelt, gesteht die „Kreuzzeitung" in Nr. 136 offen ein. „Die Aufhebung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 ist das Ziel unseres Strebens, nur halten wir nicht dafür, daß es praktisch wäre, damit anzufangen". Man kann der „Kreuzzeitung" für diese Offenheit nur dankbar sein.

Von den 67 conservativen Abgeordneten haben nur 29 den Antrag Friesen und Genossen unterschrieben. Ob das ein Beweis ist, daß er nicht den Gesinnungen der ganzen conservativen Partei entspricht, wissen wir nicht. Von ihm läßt sich im schlechtesten Sinne des Wortes sagen, daß er „actuell" ist, denn mehr als ein wahltaktischer Schachzug ist er sicherlich nicht, berechnet die Antisemiten zu gewinnen. Den sechs antisemitischen Abgeordneten ist der Antrag jedenfalls nicht radikal genug. So sagte Ahlwardt in der letzten Dresdener Versammlung vom 18. d. Mts.: „Was helfen denn solche Mittelchen, wie der Friesen'sche Antrag gegen die Naturalisation von Juden? Dieser Antrag ist völlig zwecklos, denn die Landesgesetzgebung der Einzelstaaten enthält bereits das, was der Antrag verlangt; in Preußen z. B. kann ein Ausländer nur naturalisirt werden mit Genehmigung des Ministers des Innern. Was hilft denn solch ein Antrag? Erst wollen wir Antisemiten die Juden aus Deutschland los werden."

In der That ist der Antrag durchaus zwecklos und ganz unklar. Soll nur die dauernde Niederlassung, die Naturalisation oder auch der vorübergehende kürzere oder längere Aufenthalt verboten werden? Das Letztere widerstrebt den Freundschafts- und Niederlassungsverträgen, die Deutschland mit anderen Kulturstaaten abgeschlossen hat. Fassen wir beispielweise den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz vom 31. Mai 1890 ins Auge, der bis Ausgang des Jahrhunderts Giltigkeit hat. In diesem heißt es: Schweizer Bürger können in Deutschland „ab- und zu gehen und sich daselbst dauernd oder zeitweilig aufhalten dürfen, wenn sie den Gesetzen und Polizei-Verordnungen nachleben." Ebenso wie den Schweizer Juden, müssen auch den Juden anderer Länder, mit denen Deutschland Niederlassungsverträge abgeschlossen hat, zeitweiliger Aufenthalt gewährt werden.

Aber auch die Naturalisation ausländischer Juden ist derartig geregelt, daß der Friesen'sche Antrag auch hierin überflüssig erscheint. Schon jetzt haben die Behörden ausreichende Machtvollkommenheit, die sie oft mit harter Strenge behaupten. Man weiß ja, wie schwer es ist, die Genehmigung für ein Naturalisationsgesuch zu erhalten. In der Praxis wird der Friesen'sche Herzenswunsch schon längst erfüllt, so daß seine gesetzliche Fixirung nur jene kleinen deutschen Staaten treffen würde, die sich milder erwiesen haben, als Preußen und Sachsen.

Daß es Sachsen sind, die den Antrag eingebracht haben, ist begreiflich, denn gerade in Sachsen zittert der Conservativismus davor, vor der deutschsozialen Partei die Segel streichen zu müssen. Haben doch die Antisemiten dort gedroht, in alle conservative Wahlkreise einbrechen zu wollen! Und schrieb doch jüngst erst der Böckel'sche „Reichsherold": „Die Conservativen zu zerschmettern, die Friesen, Mehnert, Ackermann und andere Cartellgrößen wegzufegen, ist für die Reformpartei Ehrensache und Lebensfrage." Ein Angstprodukt ist der — Friesen'sche Antrag.

Der demonstrative Charakter des Antrages, an dessen Annahme die Antragsteller wohl selbst nicht glauben werden, trägt nur dazu bei, die conservative Partei und ihre Ziele nunmehr hell zu beleuchten. Nun giebt es kein Rückwärts mehr. Auf der schiefen Ebene des „Auch-Antisemitis-

mus" angelangt, ist ihr einziges Ziel nur noch der radicale Antisemitismus.

Aber auch noch einer anderen Richtung verschafft der Antrag Klarheit. Die Juden als Bekenner einer anderen Religion sollen von der Einwanderung ausgeschlossen sein! Damit ist der beste Beweis gegeben, daß der conservative Antisemitismus aus *religiösen* Motiven die Juden haßt. Wie wenig diese Intoleranz dem Kulturideal des 19. Jahrhunderts entspricht, bedarf keines Wortes. In Deutschland, das ist die Meinung der Herren Friesen, Hammerstein und Genossen, dürfen alle nach ihrer Façon selig werden, nur nicht die Juden. Von dem Vorwurf inhumaner Denkungsart und unchristlicher Intoleranz kann sich die conservative Partei nicht mehr rein waschen auch dadurch nicht, daß sie bloß die Einwanderung der Juden aus dem östlichen Europa zu verhindern vorgiebt. Gewiß sind schlimme Elemente darunter, die kaum ein Gewinn für unser Vaterland sein mögen, aber jeden ausschließen, nur *weil er Jude ist*, ist ein Vergehen gegen die einfachsten Gebote der Nächstenliebe. Findet sich doch gerade unter den scheuen verschüchterten Juden des Ostens seine wahre Frömmigkeit, von der der conservative Führer **Stahl** in seinem Werke über den „*christlichen Staat*" (1858 S. 64) bekennt:

„Das alte echte Judenthum . . . ist die Brücke zur christlichen Gesittung, dadurch zuletzt zum Christenthum, und ist ihm daher völlige *Freiheit zu gewähren*. Aus eben diesem Grunde ist jede Zurückkehr auf alte Absonderung, auch wenn sie nicht an sich schon eine Verletzung der jüdischen Bevölkerung wäre, den Anforderungen des christlichen Staates entgegen."

## Zur Abwehr.

### Eine Stimme aus ländlichen Kreisen.

Aus Westpreußen (Kreis Berent) geht uns eine Nummer der „Danz. Ztg." zu, in welcher, aus Anlaß der jüngsten antisemitischen Agitation im Wahlkreise *Berent-Pr. Stargardt* „ein **bejahrter christlicher Gutsbesitzer**, welcher, wie er selbst sagt, mit Christen und Juden vielfach in Geschäftsverbindung gestanden hat, den Neid der Antisemiten aber nicht theilt", sich in bemerkenswerther Weise über das Verhalten der Conservativen gegenüber den Antisemiten ausspricht. Der genannte Gutsbesitzer schreibt der „Danz. Zeitung":

„Es ist sehr auffallend, daß die große conservative Partei, die eine feste Stütze des Staates zu sein glaubt, unter Führung eines christlichen Predigers mit der neuen Secte der Antisemiten in nähere Berührung tritt. Die Antisemiten wollen, wie es scheint, die Juden, die seit Jahrhunderten in Deutschland wohnen und, weil ihnen früher viele Erwerbszweige nicht gestattet waren, größtentheils durch Handel ihren Unterhalt fanden, die friedlich mit den Christen zusammenleben, ihre Staatsbürgerpflichten erfüllen, wenn möglich mit Gewalt aus dem Lande vertreiben, ihren Besitz aber zurückbehalten und unter sich theilen. Ahlwardt und seine Vertheidiger haben ihre Beschuldigungen ebenso wenig beweisen können, wie ihre Genossen bei anderen Gelegenheiten. Ahlwardt ist „seiner Verdienste wegen" in den Reichstag gewählt. Ein anderer Führer, Paasch, reist im Lande umher, hält in öffentlichen Versammlungen Vorträge gegen die Juden, regt die ländlichen Arbeiterkreise auf, daß es zu Tumulten, Blutvergießen kommen kann, wie dies die Vergangenheit zeigt. Die Aufrührer werden dann bestraft, die Anstifter gehen frei aus. Diesem ruchlosen Treiben muß behördlich bei Zeiten Einhalt geschehen, bevor es zu spät ist. Sind unsere jüdischen Mitbürger im Erwerbe glücklich, was nicht allen passirt, aber, wenn es passirt, stets den Neid der Agitatoren zu erregen scheint, so machen sie von ihrem Vermögen meistens auch nur einen sehr liberalen lobenswerthen Gebrauch, wie dies das Testament des Bankiers Bleichröder erweist. Wie viele Arme, Stiftungen &c. sind hier zahlreich bedacht!"

Soweit der „bejahrte christliche Gutsbesitzer" aus Westpreußen. Daß wir mit der Tendenz dieses Artikels völlig einverstanden sind, haben wir wohl nicht nöthig besonders hervorzuheben. **Auch** wir bedauern lebhaft die Kurzsichtigkeit der Landbewohner, welche die antisemitische Bewegung begünstigen. Sie bedenken garnicht, daß dieselbe **ihnen selbst am gefährlichsten werden kann.** Gerade auf dem platten Lande ist es bedenklich, Leidenschaften zu erregen und anzufachen, welche, wenn sie einmal einen empfänglichen Boden gewonnen haben, sicherlich nicht bei „dem Juden" stehen bleiben, sondern sich **gegen den Besitz überhaupt wenden!** Die schon jetzt vorliegenden Erfahrungen sollten insbesondere die conservativen Gutsbesitzer in ihrem eigenen Interesse veranlassen, der antisemitischen Bewegung energisch entgegenzutreten. In dieser Beziehung denken wir ebenso, wie der Verfasser des obigen Artikels.

Dagegen halten wir seine Forderung, daß die *Behörden* „diesem ruchlosen Treiben bei Zeiten Einhalt thun sollen," nicht für ausführbar, weil den Behörden auf diesem Gebiet weniger Macht zusteht, als Viele annehmen. Was sollen sie thun? Das Recht, in der Presse und in öffentlichen Versammlungen seine Meinung frei zu äußern, ist Jedem durch die Verfassung und die Gesetze gewährleistet. Dieses Recht können und sollen die Behörden, welche lediglich Hüter der Gesetze sind, nicht antasten. Das will sicherlich auch der Herr Verfasser nicht. Die Grenzen der Rede- und Preßfreiheit bezeichnet das *Strafgesetz* und das Vereins- und Versammlungsrecht. Nur da, wo diese Grenzen überschritten werden, steht den Behörden das Recht zu, einzugreifen.

§ 130 des Strafgesetzbuches lautet:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewältthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft

Ferner bestimmt § 166 des Strafgesetzes:

Wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, . . . . wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Nur wenn die Antisemiten diese oder andere gesetzliche Bestimmungen übertreten, können die Behörden einschreiten. Im Uebrigen kann man schon zufrieden sein, wenn dieselben **sich völlig neutral verhalten** und **weder die Antisemiten** noch die Gegner derselben begünstigen.

In einem Verfassungsstaat ist Raum für die freie Meinungsäußerung. Ohne Zweifel kann dies Recht gemißbraucht, es können Ansichten geltend gemacht und Agitationen betrieben werden, welche die bedenklichsten Folgen haben. Aber der wirksame Schutz gegen solche Gefahren liegt eben wieder in der **freien öffentlichen Discussion.** Nicht von den Behörden, **sondern von der eigenen Thätigkeit sollen wir Abhülfe erwarten.** Auch der Antisemitismus wäre schon überwunden, wenn von vornherein Alle, die seine Gegner sind, ihm **offen und rückhaltlos entgegengetreten wären.** In den meisten Kreisen hat man sich aber passiv verhalten und dem Antisemitismus so lange absichtlich keine Beachtung geschenkt, als man von seinen Agitationen verschont war. Statt die Zeit der Ruhe dazu zu benutzen, um der Bevölkerung von dem *Wesen und den Zielen des Antisemitismus* Kenntniß zu geben **und sie damit widerstandsfähig gegen denselben zu machen,** ist man der Parole gefolgt: „*nur ja nicht daran rühren*, hier giebts noch keine antisemitische Agitation." *Aber sie kommt doch!* Solche geistigen *Epidemien* machen ihren *Rundgang durch das Land und nur da, wo Vorbeugungsmaßregeln schon vorher getroffen sind, finden sie keinen günstigen Boden.* Daher sollte man **überall** an die Arbeit gehen und nicht erst warten, bis die antisemitische Agitation eingedrungen ist. Von den Behörden

können wir nichts Anderes verlangen, als daß sie strenge Neutralität bewahren, so lange die Gesetze beobachtet werden, *daß sie aber denselben Achtung verschaffen, sobald sie übertreten werden.*

**Der Wiener Verein zur Abwehr des Antisemitismus** hat in seiner am 17. März unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Suttner abgehaltenen Generalversammlung zu *Ehrenmitgliedern* ernannt: Hofrath Professor Dr. Theodor Billroth, Bartholomäus Carneri. Herrenhausmitglied und Landtags-Abgeordneten Geheimrath Alois Czedik Freiherr v. Bründelsberg, Herrenhausmitglied Nikolaus Dumba, Feldmarschall-Lieutenant Moriz Freiherrn v. Ebner-Eschenbach, Schriftsteller Dr. Ludwig Ganghofer, Sections-Chef und Reichsraths-Abgeordneten Eduard Ritter v. Olexow-Gniewosz, Superintendenten und Reichsraths-Abgeordneten Dr. Theodor Haase, die Herrenhausmitglieder Ludwig Lobmeyr und Vincenz von Miller zu Aichholz, den Vorstand des Wiener Männergesang-Vereines Karl R. v. Olschbaur, Reichsraths-Abgeordneten Peter Freiherr v. Pirquet, die vaterländischen Schriftsteller P. K. Rosegger und Ferdinand v. Saar, Reichsraths-Abgeordneten Dr. Guido Freiherr v. Sommaruga, der Präsidenten des Journalisten- und Schriftstellervereins „Concordia", Professor W. F. Warhanek, und Landesausschuß Dr. Moriz Weitlof, Obmann des „Deutschen Schulvereines."

„Eine derartige Reihe illustrer Namen — schreibt das „Freie Blatt" — spricht selbst in beredtester Weise, welchen Gewinn der Verein zur Abwehr des Antisemitismus und die ganze Abwehrbewegung mit dem gestrigen Tage zu verzeichnen hat. Je mehr die antisemitischen Tendenzen sich in ihrer natürlichen Rohheit und Verruchtheit entblößen, je mehr diese Frevler an der Humanität die wilde ungezügelte Agitation in die Reihen des Volkes tragen, desto mehr sehnen sich die Besten der Gesellschaft, um Staat, Bürgerwohl und Wissenschaft, hochverdiente Bürgerschaft, Aristokraten der Geburt und des Geistes, bemüßigt, den nur zu leicht begreiflichen Ekel vor der Berührung mit jenen Elementen zu überwinden und thätig an der Bewegung zur Bekämpfung der Seelenpest, dieses so verderblichen sozialen Ausfatzes, theilzunehmen."

---

## Aus der antisemitischen Partei.

**Auch das preußische Herrenhaus** wird nächstens seine *Judendebatte* haben. Seine Petitionscommission beantragt durch den Berichterstatter Grafen v. Pfeil, sechs gleichlautende Petitionen um staatliche *Prüfung der jüdischen Geheimgesetze* der königlichen Staatsregierung zur Prüfung und *Berücksichtigung* zu überweisen.

Die Petitionscommission des *Abgeordnetenhauses* hat kürzliche ähnliche Petitionen für *nicht geeignet zur Erörterung im Plenum* erklärt, denselben Standpunkt vertrat im März vorigen Jahres die Petitionscommision des *Reichstages*. Der Vertreter des Reichsjustizamts meinte damals, er habe den Eindruck empfangen, als ob der petitionirende (Elberfelder) Verein sich mit dem Reichstage *einen schlechten Witz machen wolle.* —

**Eine Probe von den beiden Spielarten des Antisemitismus,** die durch den *Grafen Mirbach* und den Rector *Ahlwardt* vertreten werden, — schreibt die nationalliberale „Magdeb. Ztg." — ist in der Reichstagssitzung vom 14. März gegeben worden.

. . . Im deutschen Parlamente ist bisher Gewicht darauf gelegt worden, den Gassenton, der im französischen Parlament schon wiederholt angeschlagen wurde, nicht aufkommen zu lassen. Selbst die Sozialdemokraten haben sich bemüht, die Grenzen parlamentarischen Anstandes zu wahren. Dem Führer des Antisemitismus der Besitzlosen blieb es vorbehalten, Ausdrücke des Fischweiberstreits in die parlamentarische Sprache einzuführen.

Graf Mirbach sah sich in derselben Sitzung des Reichstags inmitten eines Vortrags über die Währungsfrage veranlaßt, dem Hause sein antisemitisches Bekenntniß vorzutragen. Die Rede sollte nicht vorbereitet gewesen und nach langer Nachtfahrt gehalten sein. Vielleicht sind diesem Umstande Ausfälle mit zuzuschreiben, die anders in dem Munde eines Mannes von der Bildung und der socialen Stellung des Herrn Grafen befremdlich klingen müßten. Er glaubte das Eintreten des Abg. Bamberger für die Goldwährung aus Rücksichten für die Interessen seiner (des Abg. Bamberger) im Besitz des beweglichen Capitals befindlichen jüdischen Stammesgenossen erklären zu können. Ganz abgesehen davon, daß, wie *Bamberger* in seiner von uns weiter unten im Parlamentsbericht etwas ausführlicher wiedergegebenen Erwiderung darlegte, an der bimetallistischen Bewegung nicht wenige Juden betheiligt sind, und daß die großen jüdischen Geldhäuser Rothschild und Bleichroder Gönner derselben sind, muthet es doch seltsam an, wenn ein Reichstagsabgeordneter sich für berechtigt hält, einem Collegen Beweggründe der niedrigsten Art für seine politische Haltung vorzuwerfen. Graf Mirbach bemerkte später noch, daß in seinen Ausführungen nichts für den Abg. Bamberger Verletzendes gelegen habe. Es mag ja sein, daß in manchen Kreisen die Unterschiebung derartiger Beweggründe milder beurtheilt wird. Im bürgerlichen Leben kennt man Vorwürfe schlimmerer Art nicht, und hier wird man in dem Ausfall nur eine Frucht vom Baume des Antisemitismus erblicken. Die Unterscheidung zwischen einem bedenklichen und einem unbedenklichen Antisemitismus trifft eben nicht zu. Sobald er in die *Praxis* übertragen wird, trägt er hier wie dort dasselbe häßliche Gesicht, und der Antisemitismus der Besitzenden kämpft mit denselben Waffen wie der Antisemitismus der Besitzlosen.

**Geistliche im Dienste des Antisemitismus.** In einer Versammlung des „antisemitischen Volksvereins" zu *Stettin* hielt kürzlich der Pfarr-Vicar *Melhorn* einen Vortrag. in einer antisemitischen Versammlung zu *Eisleben* der Pfarrer Julius *Werner* aus Beckendorf (früher Hohenthurm bei Halle).

**Im Kreise Glogau** hatte kürzlich der frühere Marine-Offizier und jetzige Rittergutsbesitzer *Jörs* eine Agitationsversammlung einberufen. um für den „Bund der Landwirthe" zu werben.

Der Sohn des benachbarten jüdischen Gutsbesitzers *Josephi* entgegnete dem Herrn Redner, warum er sich denn erst vor zwei Monaten das Gut Mahnau gekauft habe, wenn er von der „*Nothlage der Landwirthschaft*" so fest überzeugt sei. Darauf wurde ihm die stolze Antwort zu Theil: „*Ich habe allerdings gewußt, daß ich mein Geld schlecht anlegen würde,* **aber ich bin germanischer Abstammung!!**"

Uns scheint es nicht sehr schmeichelhaft für die „germanische Abstammung" wenn man von ihr behauptet, sie brächte es einmal so mit sich, daß der mit ihr Beglückte jedesmal mit sehenden Augen in sein Verderben liefe — aber Herr Jörs meinte vielleicht, das sei ein Vorzug *seines* Stammbaumes.

Jedenfalls war die Wirkung dieses großen Wortes merkwürdig genug: Herr Josephi warnte die zahlreich erschienenen Bauern sich einfangen zu lassen, und forderte sie kurz und bündig auf, dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten, Rittergutsbesitzer *Maager*-Denkwitz ein Hoch auszubringen und das Local zu verlassen. Das thaten denn auch die germanischen Bauern mit großem Vergnügen. Nur 5 blieben bei dem nothleidenden Herrn Jörs zurück.

**Auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland,** welche dieser Tage in Münster stattfand, faßte Fabrikant *Schürholz* (Dorsten) die Stellung des Vereins zum *Antisemitismus* in einer Resolution zusammen, die er eingehend begründete. Diese Resolution erkennt die politische Gleichberechtigung der Juden an, unbeschadet der Erhaltung des christlichen Charakters des Staates; sie verwirft die Ausschreitungen der Juden im Erwerbsleben und in der Presse, beklagt andererseits die Ausschreitungen der Antisemiten und erklärt sich mit deren Zielen nicht einverstanden.

**Antisemitischer Unfug.** Der „Voss. Ztg." wird geschrieben: „In letzter Zeit haben antisemitische Straßenjungen sich das Vergnügen gemacht, in der Friedrichstraße „*Fahrkarten nach Jerusalem*, aber nicht zurück" in ärgernißerregender Weise feilbieten zu lassen, ohne daß dagegen eingeschritten wäre. Von privater Seite ist man vor drei Tagen dagegen beim Kaiser vorstellig geworden und schon am Freitag Nachmittag soll den Händlern das Handwerk gelegt worden sein. Wie ich mich persönlich am Freitag Abend

überzeugte, waren in der That jene widerwärtigen Rufe nicht mehr zu hören."

**Eine wichtige Entscheidung.** Im Sommer vorigen Jahres gab der Redacteur des „Chemnitzer Beobachters", Emil Rosenow, eine Broschüre „Kapital und Judenfrage" heraus, welche sich gegen die Ahlwardt'sche Agitation richtete und worin der Standpunkt dargelegt war, den die Sozialdemokratie zu der Judenfrage einnimmt. Die antisemitischen Agitatoren waren in dieser Broschüre mit denselben Ausdrücken bezeichnet, die sie in der Regel der Sozialdemokratie gegenüber anwenden. Jedoch war keiner der Agitatoren besonders genannt, sondern immer von den Agitatoren des Antisemitismus im allgemeinen gesprochen. Auf Grund der Broschüre nannte der Antisemit Dr. Paul Förster-Friedenau in einer Chemnitzer Antisemiten-Versammlung Rosenow einen „nichtswürdigen Verleumder". Rosenow war in jener Versammlung nicht zugegen, konnte sich nicht vertheidigen und suchte deshalb vor dem Richter Schutz, indem er eine Privatklage einleitete. Darauf erhob Förster Widerklage und zwar wegen Beleidigung durch die obige Broschüre, in welcher er garnicht genannt war. Er folgerte: Ich bin zwar nicht persönlich genannt, jedoch spricht der Verfasser in beleidigenden Ausdrücken von den antisemitischen Agitatoren in ihrer Gesammtheit. Ich bin gewesener Reichstags-Candidat und Agitator der Antisemiten, bin also mitbeleidigt und beziehe alle in jener Broschüre von Rosenow gebrauchten Ausdrücke auf mich. Das Schöffengericht ließ diese Forderung gelten und verurtheilte Kläger und Widerkläger wegen wechselseitiger Beleidigung zu je 25 Mk. Geldstrafe. Dagegen wurde beiderseits Berufung eingelegt. Aber auch das Landgericht fand die Förster'sche Folgerung gerechtfertigt, hob das erste Urtheil auf und verurtheilte Förster und Rosenow zu je 100 Mk. Geldstrafe. —

Diese gerichtliche Entscheidung ist wichtig! Denn hiernach dürfte nunmehr jeder Jude klagbar werden, wenn alle Juden beschimpft werden!

**Dr. Böckel** macht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Mitteldeutschen Bauernvereins" bereits für die **Reichstagswahlen** mobil. Er kündigt an, daß 15 Wahlkreise: Marburg, Gießen, Alsfeld, Friedberg, Siegen, Weilburg, Wetzlar, Offenbach, Darmstadt, Benzheim, Alzey, Mainz, Hanau, Dillenburg, Worms bearbeitet werden sollen.

Drei dieser Wahlkreise sind gegenwärtig im Reichstage antisemitisch vertreten, zwei conservativ, vier freisinnig, vier nationalliberal, zwei sozialdemokratisch.

Das erste Wahlflugblatt, welches der Böckel'sche Bauernverein erläßt, spricht entschieden gegen die Militärvorlage, gegen Bier- u. Branntweinsteuer, enthält aber merkwürdigerweise keine Ausfälle gegen die Juden. Die „Judengeschichten" scheinen in der That an Zugkraft eingebüßt zu haben. Nur an einer einzigen Stelle heißt es: „Wir wollen nicht, daß dieser deutsche Geist durch jüdisch-polnisch-englische Ideen vergewaltigt werde." Hier sind die Juden wenigstens mit den Polen und Engländern in eine Reihe gestellt; — ob ihnen das zur Schande gereicht?

Seinem Fractionsgenossen Pickenbach, dem Abg. für Gießen, stellt Herr Böckel den Stuhl vor die Thür. Im „Reichsherold" bemerkt er, daß Pickenbach wegen seiner Stellungnahme zu Gunsten der Militärvorlage auf eine nochmalige Candidatur in Hessen wohl verzichten werde.

× **Halle a. S.** Am 8. d. M. hielt hier Oberlehrer Dr. Förster einen Vortrag über „Juden und Deutsche vor Gericht." Leider wird in Halle nichts von Seiten unserer Gesinnungsgenossen gegen den Antisemitismus unternommen. Auch in Universitätskreisen erträgt man ihn, ohne daß ein Universitätslehrer dagegen einschritte. Wir bitten unsere Hallenser Mitglieder und Gesinnungsgenossen, in den Kampf gegen den Antisemitismus einzutreten.

○ **Hameln a. W.**, 20. März. Auf Veranlassung des Rittergutsbesitzers Baron von Münchhausen auf Schwöbber und unter Assistenz des Gymnasiallehrers Dr. Kummer hielt gestern Dr. Paul Förster einen Vortrag. Nach demselben soll die Gründung eines „Deutschen Volksvereins" geplant worden sein. Diese Namen bürgen dafür, daß hinter diesem unschuldigen Namen eine antisemitische Gründung steckt. Zwar ist Hameln noch vom Antisemitismus verschont geblieben, aber es ist besser, wenn die Einwohnerschaft schon frühzeitig von den Zwistigkeiten unterrichtet wird, welche der Antisemitismus in Hameln heorvorrufen würde. Man warte nicht erst ab, bis der Antisemitismus da ist, sondern beuge ihm durch gründliche schriftliche wie mündliche Agitation vor!

□ **Aus Hessen**, 20. März. In Hahn bei Pfungstadt und in Oberursel versuchte der antisemitische Handlungsgehilfe Reuter den Bauern seine antisemitische Waare anzuhängen. In beiden Orten wurde er gründlich ausgelacht, in Oberursel ganz besonders, obwohl er sich dort mit Rücksicht auf sein socialdemokratisches Auditorium als reiner Sozialdemokrat geberbete; er nahm schließlich die Hilfe der Polizei in Anspruch und ließ „Feierabend" ansagen grade als Herr Schreiber-Frankfurt den antisemitischen Komiker recensirte. Acht Tage später fand in Oberursel eine von freisinniger Seite arrangirte Versammlung statt, die von ca. 400 Personen besucht war und in der sämmtliche Redner mit dem antisemitischen Humbug sehr grausam ins Gericht gingen. Die paar jungen unreifen Knaben, die ihren Verstandeskräften entsprechend zum Antisemitismus beisteuern, sollen Herrn Böckel antelegraphirt haben; der „Chef" war aber nicht erschienen — wirklich schade.

+ **Hannover.** Der antisem. Redacteur Dr. jur. Tesdorpf ist in der Berufungs-Instanz vom Landgericht Hannover wegen Beleidigung des Lic. Grädner zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Das Schöffengericht hatte nur auf 10 Mark erkannt.

b. **Nomina sunt odiosa**, Namen darf man nicht nennen, wenn man lügt. Mit rührender Sorgfalt beobachtet die antisemitische Presse diese suprema lex jedes Verleumders. Läßt sie einmal diesen Satz in siegesgewissem Eifer außer **Acht** — gleich tritt das Schandmal der Verleumdung auf die **Stirn**. Die „schreckliche" That des jungen Mediziners Neustätter in München hatte, wie von uns constatirt, sich als Product antisemitischer Lüge entpuppt; die ausnahmsweise Namensnennung der Firma Bodenheimer-Darmstadt, die, nach Böckel'scher Quelle, mit falschen Gewichten ertappt sein sollte, hat dem Antisemitenhäuptlinge das Eingeständniß einer Unwahrheit gekostet und heute sei ein weiterer Beitrag zu dem endlosen Capitel — antisemitischer Wahrheitsliebe geliefert. Die Nr. 7 der „Westfälischen Reform", das Organ der Dühringianer, wußte aus Gehringswalde (bei **Chemnitz**) von dem dortigen jüdischen Kassenarzt S. zu erzählen, der angeblich in unerlaubtem Verhältniß zu der Frau eines dortigen Handwerkers gestanden habe und deswegen in den „nächsten Tagen als Kassenarzt kassirt" werden würde. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist an der ganzen Geschichte kein wahres Wort, was die wegen Verleumdung des genannten Arztes veranlaßte Strafklage am besten bezeugen dürfte. Auch liegt uns folgende Erklärung des Vorstandes der allgemeinen Krankenkasse in Gehringswalde vor: „Der unterzeichnete Vorstand der Ortskrankenkasse zu Gehringswalde bescheinigt hiermit, daß niemals die Absicht bestanden hat, den Dr. Salomon aus seiner Stellung als Kassenarzt zu entlassen, sowie daß derselbe diese Stellung noch heute inne hat. Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Gehringswalde: gez. Hugo Richter, z. Z. Vorsitzender Aug. Ettig, Heinrich Haferkorn, Otto Sühn, Karl Nitzsche, Heinrich Jäckel.

Jeder Commentar ist überflüssig! Was haben auch die

antisemitischen Geschäftsmänner mit der Wahrheit zu thun, mit dieser Waare sind ja keine Geschäfte zu machen!

P. **Halberstadt**, 17. März. „Ahlwardt kommt!“ Mit dieser lakonischen Notiz, welche heute Abend in hiesigen Zeitungen zu lesen ist, wird der Besuch des berühmten Mannes angekündigt. Wie man sagt, will er im hiesigen Stadtpark sprechen.

**Weimar**, 14. März. Wie unser Regierungsorgan erfährt, hat der Conservative Verein für Weimar und Umgegend in seiner letzten Generalversammlung in Bezug auf seine Stellungnahme zu dem neuen Programm der Deutschconservativen vom 8. December 1892 beschlossen, von einem Anschlusse an die geforderte „Bekämpfung des immer bedenklicher wachsenden jüdischen Einflusses“ Abstand zu nehmen.

## Aus Rußland.

**National-orthodoxer Wucher.** Was die einheimischen, national-orthodoxen Kulaki (Dorfwucherer) in Punkto des Wuchers und der skrupellosen Ausbeutung der Brodnoth ihrer nächsten Nachbarn zu leisten vermögen, davon kann man sich immerhin so eine schwache Vorstellung bilden, wenn man z. B. folgende Notiz in Nr. 24 der „Rußkaja Schisn“ vom 7. liest:

„Wie uns von absolut zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, sind im Ministerium des Innern zahlreiche Klagen über den wahrhaft unerhörten und schamlosen Massenwucher eingelaufen, welchen die einheimischen Kulaki im Gouvernement Samara mit der Nothlage der Landbevölkerung betreiben. Nicht weniger als 200 verarmte Bauernwirthe des Amtsbezirks Saita im Kreis Nowoussensk haben ihre Parcellen für sage ½ Pud Roggenmehl pro Deßjätine (2400 Quadratfaden) den dortigen Herrn Kulaki in Pacht übergeben, während andere 2000 Deßjätinen des besten Ackers in den verschiedenen Amtsbezirken des Kreises Nikolajew für je ein Pud Mehl pro Deßjätine den hungernden Bauern abgeschwindelt worden!

Nachdem das Ministerium sich genügend überzeugt hat, daß an der berichteten schier unglaublichen Thatsache, leider! nicht mehr gezweifelt werden kann, hat es nunmehr beschlossen, Spezialbeamte in die betreffenden Ortschaften zu commandiren, um die Schändlichkeit in allen ihren Einzelheiten genau zu untersuchen und die Dimensionen des Rentenbetruges festzustellen. Es handelt sich dabei natürlich nicht blos um die gewissenlosen Blutsauger, welche sich auf Kosten der allgemeinen Nothlage zu bereichern suchen, sondern noch mehr um die Ortsbehörden, welche solchem Frevel mit verschränkten Armen ruhig zusehen. Wir können nur wünschen, daß die pflichtvergessenen Beamten unnachsichtlich und mit derselben Strenge, wie die Missethäter selbst, bestraft werden.

* * *

Zur Nachahmung empfohlen. Aus Zipowetz*) wird in den „Nowosti“ vom 6. d. Mts. folgender charakteristische Vorfall mitgetheilt, welcher als Seitenstück zu dem Obigen passend hier angereiht werden mag: Im Dorfe Jurkowetz, Kreis Zipowetz, sind noch einige jüdische Familien übrig geblieben, die dort mit Wissen der Behörde und durchaus gesetzlich ihren Wohnsitz haben. Da fand sich denn neuerdings ein dreister Kulak, welcher beschloß, um jeden Preis die „Juden“ aus dem Dorfe „auszuräuchern.“ Er ließ sich keine Mühe verdrießen und denunzirte wiederholt die jüdischen Nachbarn bei dem Generalgouverneur in Kijew. Er log unverschämt und behauptete kühn, die Juden führten eine „gemeinschädliche“ Existenz und sie wären die „reinste Plage“ für die Dorfbewohner, obschon sie erwiesenermaßen mit den übrigen Nachbarn im besten Frieden lebten und kein Bauer in der ganzen Umgegend ihnen etwas Nachtheiliges nachzusagen vermochte. Seine Vorstellungen beim Gouverneur fruchteten denn auch nicht. Die Juden verblieben nach wie vor unbehelligt und dem Kulak drohete das Schlimmste, nämlich: die Einbuße seiner dominirenden Stellung im Dorfe und seines Ansehens bei den Bauern. Alsdann entschlossen sie, das Aeußerste nicht unversucht zu lassen und er ging in höchsteigener Person nach Kijew, um dort eine Audienz bei dem Generalgouverneur nachzusuchen und ihm von Neuem eine schlau ausgeheckte Denunziation zu überweisen. Der Statthalter von Kleinrußland befahl, den Kulak zuzulassen und er konnte sich so persönlich davon überzeugen, wie sehr all die vorgebrachten Anschuldigungen gegen die Juden grundlos und lediglich von Concurrenzneid eingegeben waren. Er entließ den Bittsteller mit dem Versprechen, unverzüglich die nöthige Anordnung treffen zu wollen. Zwei Tage später erhielt der Landrath von Zipowetz den Befehl, den besagten Kulak aus dem Dorfe Jurkowitz nicht nur, sondern aus dem ganzen Kreise binnen 24 Stunden auszuweisen und ihm, gleichsam zur Belohnung für seine denunziatorischen Bemühungen, den Wohnsitz und selbst den zeitweiligen Aufenthalt auch in den drei nächstbenachbarten Kreisen des Gouvernements für immer zu untersagen. Die prompte Abfertigung, welche so dem Kulak und Denunzianten in einer Person zu Theil wurden, hat natürlich nicht verfehlt, großes Aufsehen in der ganzen Provinz zu erregen und eine heilsame Wirkung auf die thatlustigen Agitatoren in den benachbarten Kreisen auszuüben. Hoffentlich wird sie auch anderwärts Nachahmung finden.

*) Gouvernement Kijew.

## Briefkasten.

**H. E. in Rawitsch, J. H. in Halle.** Besten Dank für die Adressen. Wir bitten um gelegentliche Berichte über die dortige antisemitische Strömung.

**H. W. in Linz** a. d. **Donau**. Gewiß, die „Donauzeitung“ ist schon seit lange antisemitisch. Als Ahlwardt's „Verzweiflungskampf“ Bd. I. erschien, gehörte sie zu den wenigen katholischen Blättern, welche die Bemerkungen über „Kaiser Friedrich in Wucherhänden“ abdruckte.

## Die jüdischen Religionslehrbücher im preußischen Abgeordnetenhause.

(Schluß.)

Sitzung vom Montag, den 20. Februar 1893.

Abgeordneter **Dasbach**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Rickert hat sich darüber beschwert, daß ich eine kleine Ungenauigkeit in meiner neulichen Rede begangen habe. Ich hatte nämlich nicht gehört, daß er öffentlich den Namen seines Gewährsmannes, des Professors Dr. Bickell, nannte. Ich habe aber in meiner Rede ausdrücklich erklärt, daß ich mich auf den Bericht des „Berliner Tageblattes“ stütze, den ich leider für richtig gehalten habe — dessen Bericht war also ungenau. Ich widerrufe also die eine Behauptung, daß Herr Rickert „mit einem uns nicht genannten Namen operirt“ habe. Herr Rickert hat wirklich den Namen genannt. Das ist aber die einzige Ungenauigkeit, die ich zugeben muß

Ich will nun dem „Berliner Tageblatt“, das mit seinem ungenauen Berichte mich in die Irre geführt hat, gleich nun die Bitte aussprechen: es möge den Muth haben, über meine heutige Rede ausführlich zu berichten. Es hat nämlich gleich nach der Rede des Herrn Rickert, ehe ich zum Wort gekommen bin, schon folgendermaßen sein Urtheil abgegeben im Morgenblatt vom Sonntag, den 19. Februar:

Rohling und Eckel,

— merkwürdigerweise weiß der Berichterstatter vom „Berliner Tageblatt“ noch nicht den Namen „Ecker“ —

das sind die würdigen Herolde am antisemitischen Wappen. Fürwahr ein beneidenswerthes Paar von überwiesenen Wissenschaftsfälschern, auf welche sich Herr Stöcker berufen muß — ja muß, weil es keine andersartigen Zeugen für seine ungeheuerlichen Behauptungen auf der ganzen weiten Gotteswelt giebt.

Das wagt man zu schreiben, ehe man die Gegenpartei gehört hat!

Der Abgeordnete Rickert hat sich also auf Professor Dr. Bickell, früher in Innsbruck, jetzt in Wien, berufen; er sagte selbst, er glaube wohl, daß Dr. Bickell über Eckers angebliche Kenntniß des Talmud von Brimann unterrichtet worden sei. Ja, wenn Herr Rickert aber selber vermuthet, daß der Gewährsmann des Professor Bickell der berüchtigte Brimann sei, wie konnte er da auf Professor Bickells Aeußerung etwas geben? Es ist doch nicht möglich! Wenn man Brimann als einen ganz unzuverlässigen Menschen hinstellen will, kann man gar nicht schärfere Ausdrücke gebrauchen, als Herr Rickert selbst hier gebraucht hat. (Zurufe links). (Forts. in der Beilage.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Haffschlager, Berlin W., Potsdamerstraße 11ba.

Hierzu eine Beilage.

# Beilage

## zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

**Nr. 13.** **Berlin, den 26. März.** **3. Jahrg. 1893.**

— Ganz recht, in der Weise, wie ich ausgeführt habe. — Ich habe nun an Dr. Bickell folgendes Telegramm gerichtet:

> Halten Sie Ihre Behauptung, daß Ecker sich seine Schrift über Judenspiegel habe von Brimann anfertigen lassen, aufrecht?

Darauf kommt folgende Antwort, nämlich nicht „Ja" und nicht „Nein", sondern nur:

> „Brimann behauptet es."

— Also Dr. Bickell zieht sich auf den famosen Brimann zurück. Dann fährt er fort:

> Solche Talmudkenntniß ist bei geborenen Christen unwahrscheinlich Veröffentlichung ohne mein Zuthun erfolgt.

Also zunächst konstatire ich die Indiskretion, daß man einen Brief des Herrn Professor Dr. Bickell veröffentlicht hat; zweitens, daß er selber zugesteht, aus eigener Wissenschaft über Ecker garnichts zu wissen; und endlich giebt er auch folgenden Grund als maßgebend an: „solche Talmudkenntniß ist bei einem geborenen Christen unwahrscheinlich." Ja, meine Herren, ich habe Ihnen dargelegt, wie die Sache gegangen hat. Ich muß aber hier nochmals, um Legendenbildung zu verhüten, ausdrücklich eine Unrichtigkeit zurückweisen, die in dem vom Herrn Abgeordneten Rickert vorgelesenen Schreiben des Herrn Hildesheimer vorkommt

Bei Herrn Ecker ist zweierlei zu unterscheiden: er hat vor Gericht unter Eid ein Gutachten über die Schrift des Justus abgegeben, und zwar ausschließlich auf Grund eigener Kenntniß; vor Abgabe des Gutachtens hat er den Brimann nie gesehen. Zweitens: wegen dieses Gutachtens, das er vor Gericht abgegeben hat, ist er angegriffen worden, und hat darauf zur Rechtfertigung des Gutachtens eine Schrift herausgegeben, die 2 Auflagen erlebt hat. Weil er, wie Sie in seiner Schrift deutlich ersehen, dem Brimann-Justus in manchen Punkten Unrecht gab, so war es doch natürlich, daß er denselben fragte: „auf welche Stellen des Talmud stützen Sie Ihre Behauptungen?" Und nachdem Justus diese Stellen angegeben, hat Ecker sie nachgeschlagen und ist vielleicht betreffs mancher Punkte zur Ueberzeugung gekommen, Justus habe Recht; in manchen Punkten aber hat er seine eigene Meinung beibehalten, da er glaubte, Justus habe in diesen Punkten nicht Recht. Das ist ein ganz gewöhnlicher Vorgang. Wie kann man daraus ein unehrenhaftes Verfahren des Herrn Ecker herleiten? Worüber Herr Ecker sein Gutachten abgab, hat auch Professor Gildemeister in Bonn ein Gutachten abgegeben, und zwar ähnlichen Inhaltes. Dieser Gildemeister ist der Professor des Herrn Bickell und des Herrn Ecker gewesen. Natürlich, weil Herr Gildemeister nicht so ausgesagt hat, wie manche Juden es wünschen, darum schuldigt man auch ihn an, „er verstehe nichts vom Talmud". Sollte es denkbar sein, daß ein Bonner Gericht ein Gutachten einholt von einem Professor der Königlichen Universität Bonn, dem vielgerühmten Gildemeister, wenn derselbe nichts vom Talmud versteht? Gildemeister hat auch eine Broschüre geschrieben, die leider hier nicht aufzufinden ist; ich muß mich deshalb auf ein Citat des Professors Rohling, welcher die Broschüre zu besitzen scheint, berufen. Herr Rohling schreibt mir am 18. Februar dieses Jahres:

> Dr. Gildemeister, der Lehrer Eckers wie Bickells, gründlich mit beiden bekannt, hat vor dem Bonner Gerichtshof ein Gutachten im Sinne Eckers eidlich abgegeben und in einer bei Neußer in Bonn veröffentlichten Schrift sein Gutachten mit dem Bemerken abgedruckt, daß Eckers Arbeit über den Judenspiegel zuverlässig sei.
>
> Gildemeister gilt mir mehr in diesem Falle wie 100 Rabbiner. Wenn Gildemeister auf die folgenden Angriffe Hoffmanns, eines Dozenten am hiesigen Rabbiner-Seminar, und anderer Juden nicht eingeht, so erklärt sich das aus seinen Bemerkungen in der bei Neußer erschienenen Schrift, daß ihm das Versteckenspiel der Rabbiner sehr gut bekannt sei. Nun fährt Rohling fort — ob es seine Ansicht oder die des Gildemeister, weiß ich nicht —:
>
> Da er, Gildemeister, eidlich sein Ehrenwort abgegeben, fiel es ihm nicht ein, sich mit Leuten herumzubalgen, welche Verstecken spielen. Es war genug, daß er vor Gericht sein Wort gegeben und dies zurückzunehmen sich nicht veranlaßt sah.

Rohling sagt über den Brimann Folgendes:

> Brimann, von großer Eitelkeit und Prahlerei besessen, ist wiederholt in Bezug auf Personalien als Lügner ertappt worden, indem er bald nackweg erfand, bald übertrieb und schief stellte.

Das ist der Brimann, auf den Herr Bickell sich unvorsichtiger Weise berufen hat.

(Abgeordneter Rickert: Dr. Ecker auch!)

— Dr. Ecker beruft sich auf die Stellen des Schulchan Aruch, die Brimann ihm gezeigt hat.

Herr Rickert hat ein großes Wesen gemacht aus einer Stelle der kleinen Broschüre des hiesigen Professors Strack, betitelt: „Die Juden, dürfen sie Verbrecher von Religionswegen genannt werden?" Dieser schimpft natürlich gewaltig über Herrn Dr. Ecker; aber wenn Sie genau seine Behauptungen von dem Wortschwall ablösen, so bleibt nur Folgendes als Positives zurück:

> Ecker kann nicht der geistige Vater seiner Schrift sein, denn um hier nur einiges anzuführen:
> 1. sie enthält Citate und Angaben, von denen schwerlich irgend ein geborener Christ aus eigenem Studium weiß;

— die alte Geschichte —

> 2. sie enthält nicht wenige Behauptungen, die nicht zu der Annahme passen, daß der Stoff von Ecker selbst gefunden und gesammelt sei;
> 3. es finden sich nicht wenige Auslassungen, die ohne Annahme grober Fälschung undenkbar sind, wenn Ecker selbst den Stoff sammelte.

Wenn ein Gelehrter den von mir dargelegten Thatbestand kennt, also weiß, daß das mündliche Gutachten viel früher abgegeben worden ist, als die Abfassung der Schrift erfolgte, so muß man sich wundern, daß bei solcher Klarheit der Thatsachen, die jedem wissenschaftlichen Manne einleuchten muß, ein Gelehrter den Dr. Ecker des unehrenhaften Verfahrens beschuldigen kann.

Ebenfalls auf derselben Stufe steht auch die Aeußerung des Herrn Strack über Herrn Professor Rohling. Er nimmt den Mund recht voll und sagt: „Oeffentlich klage ich Herrn Rohling des Meineids an." Nun gut; worin soll der Meineid bestanden haben? Darin, daß Rohling bereit war, Manches eidlich zu versichern, was er in seinen Büchern gesagt hat. Und gegen diese Bücher weiß Herr Strack wiederum gar nichts anderes vorzubringen als Folgendes:

> Rohling hat zahlreiche Beweise seiner Unwissenheit gegeben —

— nach der Ansicht des Herrn Strack, aber nicht nach der Ansicht anderer Lehrer der orientalischen Sprachen; —

> und zweitens, daß er die den Laien blendende Fülle von Citaten aus der talmudischen und rabbinischen Litteratur theils aus Eisenmengers „Entdecktes Judenthum" abgeschrieben, theils von anderen, besonders von Aron Briman nachgewiesen erhalten hat.

Das ist wiederum das ganze Verbrechen des Herrn Rohling, daß er nämlich, als er über den Talmud schrieb, sich die vor ihm verfaßte Litteratur gründlich angesehen hat. Es hat ein gewisser Eisenmenger vor langer Zeit ein Werk geschrieben, welches 2100 Quartseiten umfaßt und diese uns hier beschäftigende Frage in der allergründlichsten Weise behandelt. Wenn nun später jemand über dieselbe Frage wissenschaftlich schreiben will, dann ist er doch verpflichtet, die ganze vorausgehende Litteratur darüber durchzustudiren; er muß die dort aufgestellten Behauptungen prüfen, muß die dort mitgetheilten Citate nachschlagen, muß die einzelnen Beweise auf ihre Richtigkeit prüfen, und das Resultat wird sein, daß er in manchen Punkten von seinen Vorgängern abweicht, in manchen aber ihnen zustimmt. Wenn Herr Rohling bei Abfassung seiner Schriften nicht die Schriften des Eisenmenger gekannt und studirt hätte, würde man ihm mit Recht den Vorwurf machen, daß er ganz unwissenschaftlich vorgegangen sei. Meine Herren, das ist eine böse Taktik auf einer gewissen Seite: wenn man einem Mann nichts wirklich Verwerfliches nachweisen kann, dann schafft man erst ein Gespenst von falschen Anklagen und dann haut man auf dieses Gespenst ein.

Nun hat Herr Rickert gefragt: warum will denn Rohling nicht bei Gericht klagen? Und er labt es als einen großen Muth an Strack, daß dieser in beschimpfender Weise gegen Rohling vorgegangen ist, ihm öffentlich Meineid vorgeworfen hat. Meine Herren, ich frage Sie: was soll denn ein Richter in dieser Frage machen? Er ist doch angewiesen auf Gutachten von Sachverständigen, und wie es in solchen Sachen mit den Sachverständigen geht, das haben wir ja neulich gesehen. Wenn ich nicht irre, war es Strack selber, welcher eine Anzahl von Sachverständigen zurückgewiesen hat, weil sie ihm nicht in seinen Kram paßten. Der Osservatore Romano von Mailand hatte, wenn ich nicht irre, in Betreff der Ermordung von Christenkindern eine Behauptung ausgesprochen; ich habe leider das Citat nicht vor mir. Darauf hat Herr Strack angeboten, er wolle dem Urtheilsspruch einer Anzahl Sachverständiger sich unterwerfen. Der Osservatore hat ihm vier Sachverständige genannt, und der Herr Professor Strack hat sie, glaube ich, alle, oder

wenigstens die meisten, zurückgewiesen, und zwar zurückgewiesen unter derselben Anklage, daß sie Männer seien, die vom Talmud gar nichts verständen.

Also ist es doch offenbar, daß ein Richter in dieser Frage auf Sachverständige angewiesen wäre, und bei der Heftigkeit, in welcher der Streit in dieser Frage auf beiden Seiten entbrannt ist, ist es klar, daß die eine Partei die Sachverständigen der anderen als befangen verwirft. Nur auf wissenschaftlichem Gebiete ist es möglich, diesen Kampf weiter zu führen; das wird sehr gründlich geschehen, viel gründlicher, als es dem Herrn Abgeordneten Rickert und seinen Genossen lieb sein wird.

(Zuruf des Abgeordneten Rickert.)

Die Wahrheit wird schon an den Tag kommen.

Es hat sich nun der Abgeordnete Rickert auf ein Schreiben des Herrn Dr. Hoffmann berufen, welcher Dozent am Berliner Rabbinerseminar ist. Er hat gleichzeitig erwähnt, daß Professor Strack eine Autorität sei, welche bisher, soweit ihm bekannt, von niemand angezweifelt worden sei. Es hat nun ein gewisser Gustav Marx, den er „Kenner der talmudischen Litteratur" genannt hat, gegen den er also nichts einwenden darf, in einer Zeitschrift, die von Herrn Professor Strack herausgegeben wird, „Nathanael," im Jahre 1885 Aufsätze geschrieben, die auch gegen Ecker gerichtet sind und die er, mit einem dritten Theil vermehrt, als Broschüre hat erscheinen lassen — für den dritten Theil ist also Herr Professor Strack nicht verantwortlich, für die ersten beiden Theile aber wohl; allerdings enthält die Broschüre die Artikel in einer verbesserten Form; ich glaube aber nicht, daß die Verbesserungen so weit gehen, daß in der Broschüre das Gegentheil von dem steht, was in der Zeitschrift „Nathanael" enthalten war. Es hat nun dieser Gustav Marx auf Seite 45 der Broschüre, die betitelt ist „Jüdisches Fremdenrecht," dem Dr. Hoffmann vorgeworfen, daß er in seiner Broschüre „nicht redlich" in der Beweisführung verfahre. Vor manchen hebräischen Büchern ist ein Vordruck, in dem es heißt, daß die Worte „Akum" und „Gojim" nicht auf die Christen zu beziehen seien. Aus diesem Vordruck hat nun Dr. Hoffmann einen Beweis zu führen versucht, indem er sagt: „da seht ihr ja, daß es falsch ist, unter „Akum" einen Christen zu verstehen." Deswegen hat Raskinsohn dem Hoffmann vorgeworfen, daß er hier „etwas für baare Münze ausgebe" — „wider besseres Wissen"; er hat ihm also Fälschung vorgeworfen. Das sagt also ein Jude selbst. Gustav Marx führt in seiner Broschüre folgenden Beweis gegen Hoffmanns Behauptung, daß unter dem Worte „Akum" nicht die Christen zu verstehen seien. — Es hatte sich Hoffmann berufen auf den Maimonides, und nun wirft Marx dem Hoffmann vor, daß er den Maimonides ganz falsch citirt habe. Hoffmann hat gesagt:

> Keineswegs aber wollt: Maimonides die Christen als Götzendiener in dem Sinne erklären, daß sie das oberste noachidische Gebot überträten oder daß gar die gegen die alten heidnischen Erbfeinde Israels erlassene Gesetze auf die Christen anzuwenden seien. Nie und nimmer hat Maimonides daran gedacht.

So behauptet Hoffmann — ein Gewährsmann des Herrn Rickert. Aber ein Vertheidiger der Juden, der genannte Joseph Marx, empört sich gegen diese Art der Beweisführung und sagt Folgendes (Seite 49 des „Jüdischen Fremdenrechtes"):

> Maimonides hat zwar die Muhamedaner insofern rechtlich nicht als Götzendiener anerkannt, als er gestattet, ihren Wein zu verhandeln.

Aber — so fährt Marx fort —: Maimonides ging nicht so weit, daß er den Juden auch erlaubte, den Wein der Christen zu verkaufen, und er fährt dann, indem er wiederum von Maimonides spricht, wörtlich fort (Seite 49):

> Die Nazarener aber sollen (nach Maimonides) selbst hier den Muhamedanern nicht gleichgestellt werden. Sie gelten Maimonides in jeder Beziehung als Götzendiener. Im Mischnakommentar sagt er zu Aboda sara 4 ausdrücklich: „Wisse, daß jede Stadt des Nazarenervolkes, in der sie ein „Haus der Thorheit" haben, weil dies ohne Zweifel ein Götzentempel ist, nicht absichtlich betreten oder gar bewohnt werden darf."

Herr Dr. Ecker führt eine noch schlimmere Stelle aus Maimonides an, wo ausdrücklich gesagt ist:

> daß dieses Volk der Nazarener, welche Jesu nachirren, wiewohl ihre Dogmen verschieden sind, dennoch alle Götzendiener sind.

Und auf diesen Maimonides hat der Gewährsmann des Herrn Rickert, Herr Hoffmann, sich berufen, um zu beweisen, daß die Christen nicht als Götzendiener gelten. Marx, der sich selbst einen „Freund der Juden" nennt, sagt (Seite 22) über die Behauptung des Herrn Ecker Folgendes:

> Der von Ecker geführte Beweis führt nur zu dem Resultate, daß die Christen im Schulchan Aruch unter die Kategorie der Götzendiener fallen. Letzteres ist nicht völlig unrichtig.

Also giebt Marx die Schlußfolgerung Eckers im großen und ganzen zu.

Marx sagt ferner Seite 23:

> Für den Vertreter des konsequenten Rabbinismus war es ohnedies fast unmöglich, zuzugeben, daß ein Nichtisraelit, der sich dem Mosaismus nicht in irgendwelcher Form unterwarf, kein Anhänger einer fremden Religion," d. i. kein Götzendiener sei. Eine unumwundene Anerkennung dieser Thatsache

— so sagt Marx — nämlich der Thatsache, daß ein dem Christenthum treu bleibender Christ nicht ein Götzendiener sei —

> hätte eine Herabwürdigung des einzigartigen Werthes des Gesetzes Moses in sich geschlossen.

Der Gewährsmann des Herrn Rickert, nämlich der Herr Dr. Hoffmann, hat ferner Folgendes gesagt — ich muß aber hier auf Marx (Seite 75) als Quelle mich berufen, weil ich das Original der Aeußerung Hoffmann's nicht habe finden können —; er sprach von der an die Juden gerichteten Forderung, das alte Gesetz für ungerecht zu erklären, und sagte: Das wird der fromme Jude nie und nimmer thun, weil er überzeugt ist, daß das alte Gesetz von Gott gegeben wurde, und daß die Rabbiner nicht vom Talmud und dieser wieder nicht von der Bibel. Altes Testament, betreffs der Gerechtigkeit und Humanität abgewichen sind.

Meine Herren, das sagt ein Dozent am Rabbinerseminar hier in Berlin; er findet es unbillig, daß man von den Juden verlangen soll, das alte Gesetz für unhuman und ungerecht zu erklären, und er sagt: Der Talmud ist nicht von der Bibel abgewichen, die Rabbiner sind nicht vom Talmud abgewichen, also können die Rabbiner nicht das alte Gesetz für ungerecht erklären.

Wie man da uns kommen will mit der Erklärung der Rabbiner, daß der Schulchan Aruch und der Talmud nicht maßgebend seien, das geht über mein Begriffsvermögen hinaus. Dieser Marx behauptet allerdings auch manches Entgegengesetzte; aber er giebt (Seite 39) zu, daß

> die vom Schulchan Aruch durchgeführte strenge Scheidung der sittlichen Pflichten gegen Volksgenossen und Fremde auf die sittlichen Begriffe derer, die ihn befolgen, nur verwirrend einwirken konnten.

Und Seite 21 sagte er:

> Man wird entsetzt, wenn man zum ersten Mal die starren Ausdrücke des Rabbinismus hört.

Es hat nun Herr Rickert sich darauf berufen, daß noch viele Andre ganz anderer Meinung über die Juden seien als wir. Ich will nur einige Worte des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke über die polnischen Juden vorlesen; Sie wissen alle, daß aus Polen eine Menge Juden hierher wandern. Graf Moltke sagt (Gesammelte Schriften; 2. Band; Seite 101):

> Die Juden sind trotz ihrer Zersplitterung eng verbunden. Sie werden durch ungekannte Obern zu gemeinsamen Zwecken folgerecht geleitet. — — Die ganze politische Stellung der Juden, so gut wie ihre eigenen Gesetze, schlossen sie vom Grundbesitz, vom Staatsdienst, von Aemtern, Würden kurz von aller öffentlichen Thätigkeit unwiderruflich aus. — — Zu allen Zeiten hielten die Juden einen Eidschwur in Bezug auf einen Christen nicht für bindend.

Ich glaube nicht, daß Sie den Grafen Moltke des Fanatismus beschuldigen wollen.

Ferner hat nun der Abgeordnete Rickert wörtlich gesagt:

> Eine große Anzahl katholischer geistlicher Würdenträger hat von jeher in dieser Frage eine so korrekte Haltung eingenommen, wie wir es nicht besser wünschen können. In ihren Aussprüchen finden wir die Sprache des christlichen Evangeliums der Liebe wieder.

Nun gut, meine Herren: das katholische Kirchenrecht hat in früheren Zeiten durch die strengsten Maßregeln den Verkehr der Christen mit den Juden in manchen Punkten verboten, und wenn auch im Laufe der Zeit nicht mehr so streng auf die Handhabung derselben geachtet worden ist, so hat doch noch Papst Benedikt XIV. angeordnet, daß in jenen Gegenden, in denen Juden ständig wohnen, die Bischöfe den allzu großen Umgang der Christen mit jenen beschränken, die darauf bezüglichen Bestimmungen einschärfen sollen. Es haben darum in unserem Zeitalter die österreichischen Bischöfe den Verkehr der Christen mit den Juden auf das richtige Maß zu beschränken versucht, und ein Bischof Dr. Aichner hat ein Kirchenrecht herausgegeben, in welchem er mehrere Provinzialkonzilien, z. B. das von Prag von 1860 citirte, in welchem ebenfalls die Christen vor dem Verkehr mit den Juden gewarnt werden, es wird ausdrücklich verboten, meine Herren,

> daß die Christen nicht ständig den Juden ihre Dienste zuwenden; daß sie nicht deren Hausgenossen und Familienglieder werden sollen; daß keine christliche Frau bei Juden Ammendienste in deren Häuser verrichte, außerhalb deren Häuser oder blos in der Nothlage, welche der Pfarrer zu würdigen hat; daß christliche Frauen sich niemals des Dienstes jüdischer Hebammen bedienen sollen.

Meine Herren, ich bedaure sehr, daß die Diskussion diesen Umfang angenommen hat, aber, meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Rickert hier einen Professor des Priesterseminars in Trier, allerdings auf einen anderen Gewährsmann gestützt, öffentlich eines unehrenhaften Verfahrens anklagt, muß ich denselben vertheidigen, und der Fortgang der Diskussion hat es mit sich gebracht, daß ich auf die Materie selber eingehen mußte.

Jetzt komme ich zum Schluß und ich verlese Ihnen noch, was Herr Erzbischoff Dr. Cohn van Olmütz in dieser Beziehung gesagt hat. Da ja bekannt ist, daß er oan jüdischen Vorfahren abstammt, so werden Sie seinen Warten ganz besondere Beachtung widmen. Er hat auch ein Kirchenrecht geschrieben, und bedauert, daß die Christen das Gebot der christlichen Kirche in Betreff des Verkehrs mit den Juden nicht befolgt haben. Er sagt:

> Hätten die Katholiken gehörig die Weisungen der heiligen Kirche betreffs des Verkehrs mit Juden beachtet, so wären jetzt keine bürgerlichen Umwälzungen, keine Streitigkeiten und keine Auiregungen der Bürger zu befürchten. Der Krieg, der heute gegen die Juden geführt wird, ist nicht so sehr eine Strafe der Juden, als die der Christen, die, weil sie die Gesetze der heiligen Kirche verachtet, jetzt unter jüdischer Knechtschaft (Judaeorum servitute) seufzen. Die eisernen Fesseln, mit denen die Christen gebunden sind, schmiedete ihnen der Ungeharsam gegen ihre heilige Mutter,

indem sie deren Vorschriften nicht beachtet haben. Die christliche Kirche hat nämlich als heilige Mutter solche Vorschriften erlassen. Weil die Christen diese Gesetze der Kirche nicht achten, deshalb müssen sie jetzt büßen.

Wenn dieser Fürsterzbischof in seinem Kirchenrecht behauptet, daß die Christen unter der jüdischen Herrschaft seufzen, dann begreife ich nicht, wie man diejenigen, welche einer solchen Knechtschaft nach Möglichkeit ein Ende machen wollen, der „Hetzerei" anklagen kann. Die Liebe zu denjenigen, welche unter „dieser Knechtschaft seufzen," treibt uns an, dieser Knechtschaft ein Ende zu machen! (Bravo.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, Sie haben mir bei dem vorigen Titel durch Majaritätsbeschluß zu erkennen gegeben, daß die Fortsetzung der Debatte, welche Herr Stoecker und Herr Dasbach in diesem Hohen Hause angeregt haben, nicht gewünscht wird. Ich würde mich diesem Beschluß sehr gerne fügen, wenn ich mich nicht geradezu für verpflichtet erachtete, diese von jenen Herren, nicht von mir provozirte Debatte wenigstens in Bezug auf einige Punkte noch fortzuführen und den Herren eine kurze Erwiderung zu geben. Ich habe die Hoffnung, daß der Herr Präsident gestatten wird, daß ich so knapp, wie es nur irgend möglich ist, auf die Sache zurückgreife. Der Herr Unterstaatssekretär als der Vertreter des Ministers ist ja auch mit der Frage der Prüfung der jüdischen Religionsbücher beschäftigt; es ist daher wohl angebracht, wenn wie auch bei dem Titel Unterstaatssekretär diese Frage in weitere Erwägung ziehen.

Meine Herren, zunächst möchte ich eine Mittheilung, die ich privatim bereits dem Herrn Kultusminister gemacht habe, auch dem Hohen Hause machen. Es wird Ihnen interessant sein, zu erfahren, wer denn eigentlich der Urheber der jetzt von dem Herrn Kultusminister veranlaßten und hier in dieser großen Debatte öfters erwähnten Untersuchung ist. Meine Herren, wir bekommen durch die „Staatsbürgerzeitung" vom 18. Februar darüber die gewünschte Aufklärung. Der Artikel der Kreuzzeitung „Was lehrt uns der jüdische Katechismus?", welcher den Herrn Kultusminister — er wird jetzt vielleicht sagen: leider — veranlaßt hat, eine Prüfung der jüdischen Religionsbücher varzunehmen, ist von Herrn Ludwig Schwenhagen verfaßt. Ich glaube, daß die Thätigkeit dieses früher sozialdemokratischen und jetzt eifrigen antisemitischen Herren auch wohl in andern Kreisen bekannt ist. Herr Schwenhagen veröffentlicht unter seinem Namen etwa folgendes — ich werde kurz den Inhalt angeben: Ein von mir verfaßter, in der Kreuzzeitung unter der Ueberschrift „Was lehrt uns der jüdische Katechismus?" am ersten Oktober vorigen Jahres veröffentlichter Aufsatz hat den Herrn Kultusminister zu der Prüfung der Religionsbücher veranlaßt. Nun hat Herr Schwenhagen aber gesehen, daß der Herr Kultusminister, wie aus seiner Erklärung angeblich hervorgeht, über die Frage der jüdischen Sittenlehre eigentlich nicht genügende Kenntniß hat. Herr Schwenhagen will also jetzt dazu beitragen, den Herrn Kultusminister einzuweihen. Herr Kollege Dasbach hat ja nuch bereits seine Hülfe bei diesem Geschäft geleistet. Herr Schwenhagen geht aber weiter; er will eine vollständige Aufklärung dem Herrn Minister geben,

> da

— und nun bitte ich die Herren drüben mir zuzuhären —

> da bedauerlicher Weise auch die den antisemitischen Standpunkt vertretenden Abgeordneten Hofprediger a. D. Stöcker und Herr Freiherr v. Wackerbarth die erforderliche Belehrung der Regierung nicht zu Theil werden ließen.

Also selbst Herr Stöcker und Herr Freiherr v. Wackerbarth genügen einem Schwenhagen nicht. Er fühlte sich daher berufen, „als Ergänzung seines ersten Aufsatzes, gestützt auf die Gutachten unserer christlichen deutschen Talmud-Gelehrten, eine weitere Arbeit zu machen". Diese soll dem Herrn Kultusminister, nachdem gestern eine feierliche Versammlung stattgefunden hat, zu der die deutschen Männer und Frauen eingeladen waren, dem Herrn Minister überreicht werden. Der Herr Minister hat sich also gefaßt darauf zu machen, daß eine fünfgliedrige Deputation, wahrscheinlich angeführt von Herrn Schwenhagen, der den Artikel in der „Kreuzzeitung" gemacht hat, erscheinen und ihm die nöthige Belehrung zu Theil lassen wird. Ich bin überzeugt, daß das Rüstzeug und die Waffen des Herrn Schwenhagen aus derselben Rüstkammer entnommen sind, aus der der Heer Kollege Dasbach Ihnen heute so viel vorgetragen hat.

Im Uebrigen wäre es wirklich ein gewagtes Unternehmen von mir, wenn ich diesem Hohen Hause zumuthete, sich hier gewissermaßen als ein Konzilium zu constituiren und Herrn Dasbach als Ankläger zu hören und mich als Vertheidiger der Moral, wie sie den jüdischen Kindern gelehrt wird. Diese Situation wäre mir um so peinlicher, als ich überzeugt bin, daß Herr Dasbach vom Talmud und Schulchan Aruch genau ebenso viel versteht wie ich, nämlich gar nichts.

(Heiterkeit.)

Es wäre doch eine sehr eigenthümliche Erscheinung, wenn zwei Ignoranten — er mag mich entschuldigen, wenn ich diesen Ausdruck auch auf ihn anwende, —

(Heiterkeit)

hier vor dem Hause eine gelehrte Disputation ohne eigenes Quellenstudium versuchen wollten.

(Heiterkeit.)

Ich habe den Vorwurf abwenden müssen, daß ich, wie die Kreuzzeitung sagt, „auf jüdischen Zeitungsklatsch und erlogene Nachrichten gegründet" meine Behauptungen bezüglich des Herrn Dr. Ecker aufgestellt habe. Ich habe Ihnen meine Autoritäten genannt; diese Autoritäten sind nach meiner Ueberzeugung anerkannt. Ich habe Ihnen die Thatsachen, die Quellen genannt, nach denen geprüft werden kann. Ich überlasse das Urtheil jetzt der wissenschaftlichen Welt, die ja die Streitfrage weiter führen wird.

Herr Dasbach hat es hier, ausgerüstet mit dem schwächsten Material,

(Widerspruch im Centrum)

— ausgerüstet mit dem schwächsten Material! — es unternommen, Herrn Rohling von den Anklagen freizusprechen, welche gegen ihn der Professor der Theologie Strack erhoben hat. —

(Zuruf.)

Nun gut, wenn den Herrn das genügt, — habeant sibi! — Ich glaube, es wird draußen in der wissenschaftlichen Welt eine Reihe von Menschen geben, denen es nicht genügt. Herr Strack ist Manns genug, um den Kampf mit Herrn Dasbach aufzunehmen, da er in der That als eine der ersten Autoritäten auf diesem Gebiet auch wohl von Herrn Dasbach wird anerkannt werden müssen. Er kann wirklich den Talmud lesen, während Herr Dasbach doch ebensa wenig wie ich davon versteht.

Was den Herr Dr Ecker anbetrifft und Brimann, so hat Herr Dasbach mich angegriffen, daß ich mich auf Brimann bezogen habe. Ja, schlimmer scheint mir doch zu sein, daß der von Ihnen gerühmte Freund, Herr Dr. Ecker, diesen verachteten früheren Juden bei dem Gutachten als Lehrer zugezogen hat,

(Widerspruch im Centrum)

— haben Sie selbst verlesen — als Lehrer zugezogen hat, der ihm nach Ihrem eigenen Ausspruch dabei geholfen hat, — eine eigenthümliche Sache! Er sallte das Werk von diesem Brimann begutachten und hat ihn als Lehrer dazu benutzt, um in die Geheimnisse des Talmuds eingeweiht zu werden.

Meine Herren, wie will ich es denn hier unternehmen, den Streit der Gelehrten, ob unter Akum auch die Christen zu verstehen sind oder nicht, zu unterscheiden? Herr Dasbach hat es wunderbarer Weise unternommen, es heute noch zu behaupten trotz der wissenschaftlichen Autoritäten, die ich angeführt habe. Diese Frage wird außerhalb des Hauses entschieden werden, und die Herren können dann davon Notiz nehmen.

Nun möchte ich aber eine andere Frage hier stellen: was hat denn dieser ganze Streit, den Herr Stoecker angeregt hat, mit der Frage der Moral, die heute den jüdischen Kindern gelehrt wird, zu thun?

(Sehr richtig! links.)

Herr Stoecker hat mich auf Ecker verwiesen. Der Herr Kultusminister hat ganz Recht, wenn er es ablehnt, in frühere Jahrhunderte zurückzugehen. Wenn man die unbekannten Scharteken — wie Delitzsch sagt — herausholt, ist das ein Beweis? Selbst wenn eine solche Moral in den alten Büchern stände, ist das ein Beweis, daß unsere jüdischen Kinder jetzt auch auf Grund dieser Moral erzogen werden? Wagt Herr Dasbach die Behauptung, daß diese Sätze, die er verdammt, heute den jüdischen Kindern gelehrt werden? — Er schweigt.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, das ist der Kardinalpunkt. Der Abgeordnete Dasbach hat hier heute eine so hetzerische Rede gegen die Juden gehalten, wie Herr Stoecker sie niemals geleistet hat. Er hat also den traurigen Ruhm, daß er der Erste ist auf diesem Gebiet. Ich haffe und ich setze bestimmt voraus, daß seine Freunde, seine Fraktionsgenossen das nicht unterschreiben werden, was er hier in Bezug auf die Moral unserer jüdischen Mitbürger gesagt hat.

Im Uebrigen — damit schließe ich meine Auseinandersetzungen — wenn Herrn Dasbach etwas daran liegt, über die Vorgänge in Münster Näheres zu erfahren, so würde ich anheimgeben, daß er versucht, in die Fakultätsakten in Münster eine Einsicht zu bekommen.

Wenn er noch, er und Herr Stoecker, belehrt sein will über die Bedeutung des Gesetzes XXXI im Judenspiegel, so verweise ich ihn auf das Buch „Ueber die Judenfrage nach den Akten des Prozesses Rohling-Bloch" von dem katholischen Hofgerichtsadvokaten Kopp, Mitglied des österreichischen Reichsraths; da wird er es finden auf Seite 68 ff. Ich habe nicht Lust, diesen Streit hier weiter fortzusetzen.

Ferner hat Herr Dasbach dann auch glücklich einen Papst, Benedikt XIV, herausgefunden — ich bedaure es lebhaft, daß er es erwähnt hat — der eine Bulle, wenn ich recht verstanden habe, erlassen

hat, in der die damaligen Juden verurtheilt sind. Ich glaube doch, Herr Dasbach ist auf diesem Gebiete so gut zu Hause, daß er weiß, daß ich diesem Papste gegenüber eine Reihe von erlauchten und berühmten Päpsten anführen könnte, die genau das Gegentheit gethan, die mit dem Kreuz die Juden in den früheren Jahrhunderten geschützt haben vor den Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren. Ich gehe darauf nicht ein. Beliebt es Herrn Dasbach, in einer Versammlung einmal, wo es möglich ist, uns gegenseitig Freunde einzuladen, eine Diskussion darüber zu haben — hier in diesem Hause verschmähe ich es, darauf weiter einzugehen.

Aber ein Wort gestatten Sie mir noch. Ich möchte nicht Stunden lang darüber hinweggehen lassen, ohne daß ein Wort der Erwiderung kommt auf das, was Herr Dasbach unternommen hat zu sagen über unseren verstorbenen, alten Feldmarschall Moltke. Auch hier hat er aus der Rüstkammer der Antisemiten, und zwar nicht der besten Sorte, ein Argument hervorgeholt, das, wie wir glaubten, in der Oeffentlichkeit längst todtgemacht sei. Herr Dasbach hat es über sich gewonnen, sogar unseren Feldmarschall Moltke, einen von der ganzen Nation in allen ihren Theilen hochverehrten Mann, für seine Antisemiterei gewissermaßen als Schutzmann anzurufen. Ich will Ihnen jetzt zeigen, wie Herr Dasbach mit den Thatsachen umgeht, und wie er alles benutzt, um den Haß gegen unsere jüdischen Mitbürger zu schüren — ich kann es nicht anders sagen. Er hat von Moltke behauptet, er habe in einer früheren Schrift unter anderem über die polnischen Juden und die Juden überhaupt ausgesprochen:

> Zu allen Zeiten hielten die Juden einen Eidschwur in Bezug auf Christen nicht für bindend u. s. w.

Was ist Thatsache, meine Herren? Hören Sie einmal! Moltke hat als 32 jähriger Lieutenant eine Schrift über die Verhältnisse der Juden geschrieben, und zwar ist dies, wie er selber erklärt hat, nichts weiter als eine Zusammenstellung aus einer Geschichte, welche im Jahre 1832 in Berlin von anderer Seite erschienen ist. Diese Schrift heißt: „Darstellung der inneren Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen." Nun brachte im Jahre 1884 die Zeitschrift „Vom Fels zum Meer" einen Wiederabdruck dieser vom Moltke als 32 jährigen Lieutenant geschriebenen Abhandlung, und auffallender Weise fehlten in dieser Schrift die erwähnten Stellen über die Juden. Da war es natürlich sofort die Aufgabe des „Volk", der antisemitischen Zeitung, zu behaupten, daß diese scharfen Stellen gegen die Juden ohne Vorwissen Moltkes von dem jüdischen Professor Joseph Kürschner gestrichen waren. Nun ist aber Joseph Kürschner kein Jude, sondern er ist — soweit überhaupt es sich übersehen läßt —

(große Heiterkeit)

ein Christ. Ja, meine Herren, man muß vorsichtig sein.

(Heiterkeit.)

Wer ist denn unter uns nicht anfechtbar, wenn wir sehr weit zurückgehen? Ja vielleicht alle! Christus war auch ein Semit; darüber ist doch gar kein Zweifel. Ich sage also sehr vorsichtig: soweit man übersehen kann. Es giebt hier auch manchen im Hause, dessen Name garnicht daran erinnert, daß er auch einen Tropfen semitischen Blutes in sich hat — erlassen wir uns diese Prüfung! Ich habe auch keines in mir, soweit ich übersehen kann.

(Heiterkeit.)

Nun hat Graf Moltke, wie Herr Professor Kürschner ausdrücklich im Mai 1891 bezeugte, seine Genehmigung zum Abdruck dieser seiner Jugendarbeit nur unter der Bedingung ertheilt, daß die auf einem besonderen Blatt beiliegenden Aenderungen vorgenommen werden mußten. Und diese Aenderung, die Moltke selbst gemacht hat, war ein dicker Strich durch die Anklagen gegen die Juden, die er als junger Mann unvorsichtigerweise nach einem anderen Buch wiederholt hat. Um diese Sache aufzuklären, hatte Herr Gustav Karpeles im Jahre 1884 an den Grafen Moltke geschrieben, und Moltke antwortete ihm: er habe allerdings als junger Offizier die kleine Schrift über die Zustände Polens verfaßt oder vielmehr nur „vor 50 Jahren aus schon damals erschienenen größeren Werken zusammengetragen; er erinnere sich dieser Jugendarbeit nicht weiter und lege gar keinen Werth auf dieselbe."

Was sagen Sie nun, Herr Dasbach? Derselbe Moltke, den Sie hier als Helfershelfer für Ihre Antisemiterei in Anspruch zu nehmen wagen, hat sich als reifer Mann der von ihm gar nicht herrührenden Stellen der früheren Schrift geschämt und hat nur unter der Bedingung erlaubt sie wieder zu drucken, daß diese Stellen gestrichen würden. So treibt Herr Dasbach wissenschaftliche Untersuchungen! Meine Herren, ich glaube, daß man auswärts das Vorgehen des Herrn Dasbach zu beurtheilen wissen wird. Ich kann nur bedauern, das ein Mann des Centrums, das, wie ich anerkenne, sich in dieser Frage rein und korrekt verhalten hat, als ein Prediger des Antisemitismus aufgetreten ist, wie wir ihn so scharf und rücksichtslos und ohne das Sinnbild der christlichen Liebe hier heute haben auftreten sehen, — ich sage, daß gerade aus der Mitte des Centrums ein solcher Mann aufgetreten ist. Sie können Ihre Antisemiterei fortsetzen aber das glauben Sie: der deutsche Geist, der manchen ertragen und überwunden hat, ist stark genug, und die deutsche Kultur weit genug, um die Hetzereien, welche im Mittelalter nicht einmal von den Päpsten geduldet wurde heute noch zu ertragen und zu begünstigen. Fahren Sie nur so fort! Je mehr, desto besser für die Aufklärung des Volkes.

(Bravo! links.)

Abgeordneter **Dasbach**: Ich will ganz kurz sein. Herr Rickert wünscht zu wissen, wie die Fraktion des Centrums zum Antisemitismus steht. Darauf kann ich ihm keine Antwort geben; er weiß, auf welche Weise ich veranlaßt worden bin, in diese Sache einzugreifen. Er hat einen meiner Freunde angegriffen, indem er das wegwerfende Urtheil eines Andern über diesen Herrn öffentlich ausgesprochen, und ich hielt mich für verpflichtet, diesen Herrn zu vertheidigen; das konnte ich nicht, ohne in die Materie selbst einzusteigen. Darum habe ich dieses gethan zur nothgedrungenen Abwehr. Es liegt dem Hohen Hause gar kein Antrag vor, zu dem die Fraktion Stellung nehmen müßte, und darum hat sie zu der Antisemitenfrage gar keine Stellung genommen; ich habe in meinem persönlichen Namen gesprochen.

Aber eine Unrichtigkeit, die ich allerdings heute schon in meiner vorigen Rede widerlegt habe, die aber Herr Rickert eben wiederholt hat, mußte ich noch mit zwei Worten zurückweisen. Herr Rickert hat gesagt, „Herr Ecker sollte ein Werk des Brimann begutachten und hat dabei den Brimann als Lehrer benutzt." Das ist nicht wahr; er sollte vor Gericht ein Gutachten über den **Brimann** abgeben, und er hatte dabei denselben nicht benutzt; er hat später, um sich gegen die erhobenen Angriffe zu wehren, ein Buch verfaßt, und dabei hat er insofern den Brimann benutzt, als er ihm Gelegenheit gab, sich zu rechtfertigen und für seine Behauptungen über die Punkte, in denen Ecker die Ansichten des Brimann für falsch hielt, Beweise vorzulegen. Er hat also nur Citate von ihm sich nachweisen lassen, wie das jeder wissenschaftliche Bearbeiter eines Werkes thun muß.

Herr Rickert hat gesagt, ich hätte nur „schwächliches Material" zur Rechtfertigung des Herrn Rohling vorgebracht. Ja, meine Herren, ich habe nur soweit, als es umfanglich nothwendig war, in die Materie hineinsteigen wollen. Es ist offenbar, daß für eine eingehende Behandlung derselben das Hohe Haus keine Zeit hat, und daß es auch nicht der Gerichtshof für Beurtheilung dieser Streitfrage ist; ich habe ausdrücklich erklärt, daß diese Streitfrage auf wissenschaftlichem Wege in der ausgiebigsten Weise weiter geführt werden wird. Ich muß aber dagegen ausdrücklich protestiren, daß mir aus diesem Maßhalten in meiner Beweisführung von Herrn Rickert der Vorwurf gemacht wird, ich hätte nur „schwächliches Material" vorgebracht.

Abgeordneter **Rickert**: Nachdem Herr Kollege Dasbach erklärt hat, daß er nicht im Namen des Centrums, sondern nur für seine eigene Person und in seinem eigenen Namen gesprochen hat, habe ich gar kein Interesse, den Kampf hier weiter zu führen. Ich überlasse es dem Hohen Hause, zu beurtheilen, inwieweit Herr Dasbach Maß gehalten hat.

Abgeordneter Freiherr **v. Wackerbarth-Linderode**: Ich möchte mir nur eine ganz kurze Bemerkung erlauben. Leider war ich vorher nicht im Hause anwesend, als Herr Rickert über mich eine Aeußerung hier fallen ließ, und es ist mir auch nicht gelungen, den Artikel zu finden, auf welchen er sich bezogen haben soll. Nach einer mir gewordenen Mittheilung soll Herr Rickert den Anschein zu erwecken versucht haben, als ob ich von einem gewissen Schwennhagen, so war ja wohl der Name, veranlaßt worden sei, die Frage an den Herrn Minister zu richten.

(Widerspruch.)

— Ich kann mich ja darin irren. Ich möchte jedenfalls nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ich bereits im März vorigen Jahres schon dieselbe Anfrage an die Königliche Staatsregierung gerichtet habe, welche lautete:

> Ich erlaube mir, an die Königliche Staatsregierung die Frage zu richten, ob dieselbe in der Lage ist, genügende Kenntniß zu erhalten von dem, was von Rabbinern in den Talmud Toraschulen, in den Talmudvereinen und in den Rabbinatsschulen gelehrt wird.

Ich habe diese Frage also in diesem Jahre nur wörtlich wiederholt. Von einer Veranlassung von anderer Seite kann also gar keine Rede sein.

Daß die Frage in der bedauerlichen Breite hier zur Discussion gekommen ist, haben wir in der Hauptsache Herrn Rickert zu verdanken Ob derselbe damit dem Judenthum einen Gefallen erwiesen hat, bezweifle ich sehr.

Herr Rickert berief sich auf den Professor Strack. Nun, auch ich will diese Autorität anerkennen und vorlesen, wie Herr Professor Strack über die Thätigkeit des Herrn Rickert in Bezug auf Behandlung der Judenfrage im vorigen Jahre urtheilte. Herr Professor Strack sagt wörtlich:

> Herr Rickert hat die Sache, die er vertreten wollte, mit meisterhaftem Ungeschick und Unkenntniß geschädigt.

(Hört! hört! Heiterkeit rechts.)

Abgeordneter **Rickert**: Nur eine kurze Bemerkung Herrn Freiherrn v. Wackerbarth gegenüber. Er hat behauptet, ich hätte gesagt — und zwar hat er diese Behauptung aufgestellt, obgleich er gar nicht im Saale anwesend gewesen, während ich sprach —, daß Herr Schwennhagen ihn zu der Anfrage an den Herrn Kultusminister veranlaßt hätte. Ich habe nicht ein Wort davon gesagt. Diese Behauptung ist mir um so auffallender, als ich auf eine private Anfrage dem Herrn Freiherrn v. Wackerbarth erklärt habe, was ich gesagt hatte. Ich würde ihn bitten, sich dann doch wenigstens dergleichen private Anfragen zu ersparen, da die Antwort überflüssig war, die ich dem geehrten Herrn gegeben habe.

---

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 e.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 14. Berlin, den 2. April. 3. Jahrg. 1893.

### Ostern.

Auch die Stille der Charwoche vermochte die antisemitische Hetze nicht zu stillen. Die sogenannten „Enthüllungen Ahlwardt's" prangten in diesen Tagen auf den Plakaten und sollten den Bethörten das Geld aus der Tasche locken, damit den „Unternehmern" die Feiertagsgroschen nicht fehlten.

Inzwischen konnte die jüdische Gemeinde ihr Passah feiern, ohne daß es den Antisemiten gelungen wäre, einen Ritualmord vorher zu construiren. Auch die angestrengtesten Versuche wie zuletzt in Posen mißglückten. Das jüdische Osterfest, auf den 15. Tag des Monat Abib oder Nisan, welches am Abend des 14. begann, bei Anfang der Ernte gelegt (vergl. 2. Mos. 12.), vereinigte Patriotismus und Religion. Das Bewußtsein der göttlichen Errettung und der volksthümlichen Zusammengehörigkeit mußte die tiefsten religiösen und patriotischen Gefühle erwecken. Durch die Errettung aus Egypten wurde das Volk Israel selbstständig, die welthistorische Bestimmung und Bedeutung des jüdischen Volkes, der ganze Mosaismus und seine religiös-sittlichen Institutionen beruhen auf derselben; sie war die Bedingung für die religiöse und politische Existenz des Volkes. Das Passah war Israels **Geburts- und Lebensfest.** Die für die Feier festgesetzte Jahreszeit und die vorgeschriebenen Gebräuche sollten den Sinn des Festes deuten. Die Zeit der Feier im Monat Abib, der vom Grünen und Blühen seinen Namen hat, sollte in dem erwachenden Naturleben die Wiederbelebung des Volkes darstellen. Das Ganzbleiben des Osterlammes, das auch Jesus der Sitte seines Volkes gemäß mit seinen Schülern aß, sollte alle Volksgenossen erinnern, sich als ein Ganzes, als eine Gemeinschaft zu betrachten. So zählte sich auch Jesus, der Stifter der christlichen Religion, zu dieser jüdischen Gemeinde und Gemeinschaft. Die bitteren Kräuter waren ein Symbol der in der Knechtschaft überstandenen Leiden und das Essen des ungesäuerten Brodes sollte die Mahnung versinnbilden, daß alle Unreinigkeit, alles Unreine und Unwahre aus den Herzen und Häusern entfernt sein müßte. Da die jüdische Gemeinde politisch eingegangen ist in andere Staaten und Nationen, da die Vermischung von politischer und religiöser Gemeinschaft im modernen Staatswesen aufgehört hat, so mußten die Gebräuche, welche sich auf die nationale Einheit und Gemeinschaft bezogen, schwinden. Die bis heute bestehende Sitte, ungesäuertes Brod zu essen, hat die religiös-sittliche Bedeutung der religiösen und sittlichen Erneuerung des Herzens und Lebens.

Das christliche Osterfest ist das erste Fest, welches in der christlichen Kirche gefeiert wurde. Es ist das Fest der Auferstehung und des Lebens; ursprünglich feierten es Christen und Juden gemeinsam, wie denn die Christen überhaupt nur als jüdische Secte galten. Der römische Bischof Pius I. soll im Jahre 147 verordnet haben, daß Ostern immer an einem Sonntage gefeiert werden solle.

Die christlichen Ostergebräuche schließen sich an die jüdischen an. Das Passahlamm ist ersetzt durch die Abendmahlsfeier, die ja gerade bei den Heiden den Aberglauben begründete, daß die Christen zu ihrem Osterritus Menschenblut gebrauchten. An Stelle der bitteren Kräuter ist es Sitte, am Gründonnerstag, dem Erinnerungstage der Abendmahlsfeier, Grünkohl zu essen. Ungesäuertes Brod wird noch heute in der ganzen christlichen Kirche bei der Abendmahlsfeier gebraucht. So mahnt das christliche Ostern zu religiös-sittlicher Erneuerung, zu neuem sittlichen Leben. Der Apostel Paulus schreibt 1. Corinther 5,8 den Osterritus also deutend: „**Lasset uns Ostern halten, nicht im alten Sauerteige, auch nicht im Sauerteige der Bosheit und Schalkheit, sondern im Süßteige der Lauterkeit und Wahrheit.**"

Möchten doch die christlichen Antisemiten diese Ostermahnung beherzigen. Es ist kaum in einer Bewegung so viel Bosheit und Schalkheit (Leichtfertigkeit), soviel Unlauterkeit und Lüge zu Tage getreten, wie in der antisemitischen. Unsere Aufgabe ist es, dagegen mit ehrlichen, aber scharfen Waffen zu kämpfen und das wahre Wesen des Antisemitismus zu enthüllen. Eine Bewegung, die jedes religiösen und sittlichen Beweggrundes entbehrt, ist in der That gährender Sauerteig, wodurch das Volksleben versäuert d. i. verunreinigt wird.

### Ahlwardt im Reichstage.

#### II.

Das Strafgericht, welches der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Ferien über Ahlwardt gehalten, hat auch außerhalb des Parlaments in conservativen und antise-

mitischen Kreisen einen gewissen Eindruck gemacht, wenigstens im ersten Augenblicke. Man überbot sich hier und da in Kraftausdrücken, um das Verhalten Ahlwardts zu tadeln oder charakterisirte dasselbe doch als mindestens unvorsichtig, unklug, taktisch ungeschickt 2c. Ahlwardt wird eine Galgenfrist gewährt; ist er nicht im Stande, den versprochenen Beweis an der Hand seiner zwei Centner schweren Aktenstücke zu erbringen, dann — hat er seine Rolle ausgespielt.

Von denjenigen, welche nach wie vor in Ahlwardt das Musterbild eines deutschen Patrioten erblicken und ihm zujubeln, wollen wir hier ganz absehen, um so mehr als die unerschütterte Anhänglichkeit vieler dieser Leute, und gerade der Hauptschreier, an dem Rector aller Deutschen lediglich auf Geschäftsrücksichten beruht. Aber betrachten wir einmal die sonstigen bisherigen Gönner Ahlwardts, mögen sie conservativ oder rein antisemitisch sein, so hat ihre Entrüstung über das Auftreten Ahlwardts im Reichstage das gemeinsam, daß sie mit einer Fluth von Schmähungen gegen die Liberalen verquickt ist, die so boshaft gewesen seien, dem Ahlwardt eine Folle zu legen, in welche der brave, gutmüthige Mann gegangen ist. Weshalb dieser Aerger? Ist man wirklich davon überzeugt, wie es von dieser Seite emphatisch versichert wird, daß der Sturz Ahlwardts der antisemitischen Bewegung keinen Schaden zugefügt — weshalb diese Wuthausbrüche in der Presse gegen diejenigen, welche zu der Bloßstellung dieses Mannes beigetragen haben? Nun, der Grund ist einfach der: Ahlwardt ist ein integrirender Bestandtheil der antisemitischen Bewegung; er hat ihr eine Zeit lang genützt. Jetzt kann man mit ihm keinen Staat mehr machen und hat sich zudem noch gründlich blamirt. Hinc irae!

Eine ehrliche Einkehr und Reue vermissen wir leider fast überall im antisemitischen Lager, so daß die Aera Ahlwardt wohl noch weiter dauern wird. Und wäre selbst eine Minderheit vorhanden, die, durch die „Heldenthaten" eines Ahlwardt erschreckt, sich von dem System Ahlwardt und dem gesammten Antisemitismus lossagte — wie soll eine baldige Besserung der Zustände zu erwarten sein, wenn ein Mann von der politischen und gesellschaftlichen Position eines **Stöcker** für das gemeingefährliche Treiben Ahlwardts mildernde Umstände bereit hat.

Stöcker sprang im Reichstage, nachdem die Vertreter aller Parteien, auch der conservativen, unzweideutig über die moralische Beschaffenheit Ahlwardts sich geäußert hatten, in die Bresche, um höhnisch von dem Versuch, Ahlwardt moralisch todtzuschlagen, zu sprechen und ihn als einen lediglich unfähigen Mann zu schildern, der nicht im Stande sei, politische Geschäfte im höheren Stil zu treiben. Selbst die „Kreuzzeitung" sah sich, in einer Anwandelung von Schamgefühl, genöthigt, Ahlwardt zu den „schlimmsten Verleumdern" zu zählen. Stöcker allein hat diesen moralischen Defect bei Ahlwardt nicht entdeckt. Das genügt wohl zur Kennzeichnung des Mannes, der neuerdings eine so maßgebende Rolle in der conservativen Partei spielt. —

Was Herr Stöcker sonst in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 22. März vorgebracht, behauptet und bestritten hat, darauf brauchen wir hier nicht einzugehen. Die Abgg. Richter, Rickert und Schmidt-Elberfeld sind ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. Wir können uns deshalb auf wenige Bemerkungen beschränken.

Herr Stöcker meinte, das Kapital moralischer Entrüstung erscheine ihm zum großen Theil überflüssig ausgegeben. Der Vorwurf treffe die, welche einen Mann nach einigen populären Campagnen sofort für geeignet halten, in der Vertretung des deutschen Reichs zu sitzen und auf einen Zuruf fügte er hinzu: „Die deutschsociale Partei, zu der ich nicht gehöre, hat ihn nicht aufgestellt, sondern ausdrücklich protestirt."

Herr Stöcker hat hierbei eine Kühnheit sonder Gleichen entwickelt. Was soll das heißen, die deutschsociale Partei habe Ahlwardt nicht aufgestellt? Die Centralleitung allerdings hat seine Candidatur nicht proclamirt; aber diejenigen, welche sie auf jede Weise förderten, waren doch (außer den conservativen Hintermännern) vorwiegend Deutschsociale. Sogar Liebermann von Sonnenberg, der anfangs schmollte, erklärte später, er würde in den Wahlkreis gegangen sein, wenn er nicht anderweit engagirt wäre. Wozu dieses Spiel mit Worten? Und wenn wir darnach forschen, wie es gekommen ist, daß Ahlwardt heute im Reichstage sitzt, so kommen wir zu dem Resultate, daß die Leute, welche mit Ahlwardt von seinem ersten öffentlichen Auftreten an eng liirt waren und mit ihm politische und andere Geschäfte machten, ganz überwiegend sich aus den Kreisen der deutschsocialen Antisemiten recrutirten. Böckel wollte von dem „Krebsschaden" nie etwas wissen und die Werner, Zimmermann und Pickenbach befreundeten sich erst allmählich mit dem Berliner Rector, dessen „Circusvorstellungen" ein schönes Geld abwarfen. Die Deutschsocialen sind die eigentliche Partei Ahlwardt, sie haben die „populären Campagnen" veranstaltet, wobei ihnen freilich Herr Stöcker selber vortreffliche Dienste geleistet hat. Denn es ist nicht zu leugnen, daß es dem Renommée Ahlwardts in den Augen mancher Kreise zu gute kommen mußte, wenn Herr Stöcker ihm in öffentlicher Volksversammlung das Zeugniß ausstellte, er sei ein im tiefsten Grunde ehrlicher Mensch.

Weiß Herr Stöcker nicht, daß in Berlin deutschsociale Führer die Haupt-Entrepreneure der Ahlwardt-Versammlungen sind? Weiß Herr Stöcker nicht, daß Oberlehrer Dr. Förster, bis vor kurzem Mitglied der deutschsocialen Parteileitung, ein intimer Genosse Ahlwardts ist und an seiner Seite öffentlich spricht? Hat Herr Stöcker niemals davon gehört, daß Dr. König, Vorstandsmitglied der deutschsocialen Partei, Ahlwardt zu Agitationsreisen durch Rheinland-Westphalen engagirte und daß Ahlwardts Vorträge in Baden und Schlesien ebenfalls durch Deutschsociale veranlaßt wurden? Ist es Herrn Stöcker unbekannt, daß der größte Theil der deutschsocialen Presse von jeher auf Seiten Ahlwardts gestanden hat?

Wir finden es begreiflich, daß Herr Stöcker ein Interesse daran hat, die Deutschsocialen rein zu waschen und die „radicalen" Antisemiten, wie er die Anhänger Böckels bezeichnet, als verkappte Socialdemokraten hinzustellen. Denn die Deutschsocialen unter Führung Liebermanns von Sonnenberg bilden die Gefolgschaft der Conservativen, mit welchen sie auch bei den nächsten Wahlen Hand in Hand gehen sollen. Darum fühlte sich auch Herr Stöcker berufen, im Reichstage für sie ein gutes Wort einzulegen und sie gegen den Vorwurf des Ahlwardtismus in Schutz zu nehmen.

An der Ahlwardtseuche haben Stöcker wie seine deutschsocialen Freunde ihren redlichen Antheil.

## Eine Judendebatte im Herrenhause

fand am 22. März statt. Veranlaßt wurde dieselbe durch die in der vorigen Nummer erwähnten Petitionen um staatliche Prüfung der jüdischen Geheimgesetze, welche die Petitionscommission der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wissen wollte. Wir haben anläßlich der wiederholten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Talmud 2c. die Frage der jüdischen „Geheimgesetze" so ausführlich erörtert, daß wir uns hier auf eine auszügliche Wiedergabe der gehaltenen Reden beschränken wollen.

Referent Graf Pfeil verliest die mit den bekannten Citaten aus dem Talmud und Schulchan Aruch belegte Petition. Die rühmenswerthe Einigkeit des jüdischen Volkes könne für uns zum großen Nachtheil ausschlagen. Man dürfe deshalb jedoch nicht in das wüste Geschrei des Antisemitismus einstimmen. Wir sind 98 Prozent gegen 2 Prozent Juden, trotzdem haben die Juden seit der Judenemancipation alle unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, soweit sie gewinnbringend sind,

in ihren Händen. Deshalb sehe ich das Gesetz, welches die Juden-emancipation einführte, als einen großen politischen Fehler an. Das Festhalten an dem Princip, daß man einen Andersgläubigen anders behandeln könne, als einen Juden, kann nach jeder Richtung zu den gefährlichsten Consequenzen führen. Gegen diese Gefahr wendet sich die Petition. Wenn nur ein Theil jener Behauptungen gegen die Juden wahr ist, dürfen wir nicht Vogel Strauß-Politik treiben, sondern müssen gesetzlich dagegen einschreiten. Die bestehenden Zustände müssen sich allmählich zu einer Unzufriedenheit verdichten; je länger sich die Regierung ablehnend verhält, die Zustände zu bessern, desto größer werden die Auswüchse des Antisemitismus.

Graf von Klinkowström: Eine Bewegung, wie die des Antisemitismus hat ihre Gründe, diese zu untersuchen ist unsere Pflicht. Den berechtigten Kern der antisemitischen Bewegung erkenne ich mit der conservativen Partei an, mit den antisemitischen Parteien habe ich absolut nichts zu schaffen. Aber wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit, für christliche Kinder christliche Lehrer (Beifall). Im Uebrigen mißbilligen wir jede Agitation gegen den einzelnen Juden. Wir müssen zu der vorliegenden Frage Stellung nehmen und hätten es schon früher thun sollen. Deshalb bitte ich die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Freiherr von Schorlemer-Alst: Es wäre zweckmäßiger, die Petition nur zur Prüfung zu überweisen. Die vielen Ausschreitungen der Juden habe ich immer bekämpft, muß aber gestehen, daß auch von Christen abscheuliche Ausschreitungen begangen werden. Die Prüfung der streitigen Stellen in den erwähnten Büchern wird wohl kaum zu einem Resultat führen, da die Gelehrten selbst nie darüber einig werden können. Das Strafgesetzbuch bietet schon jetzt hinreichende Hilfe gegen große Ausschreitungen. Die Beschuldigungen gegen die Juden kann ich nicht eher als wahr anerkennen, bis sie bewiesen sind. Es wird nicht richtig sein, den Juden die Rechte wieder zu nehmen, die ihnen einmal gegeben sind. Jeder dahin zielende Versuch wird vergeblich sein. Die antisemitische Bewegung mit ihrer großen Verrohung des Tones, die Aufwühlung der Leidenschaften ist mir durchaus unsympathisch (Zustimmung.) Wir können uns selbst z. B. gegen den Wucher der Juden schützen durch Darlehenskassen u. s. w., das nützt mehr, als die ganze antisemitische Bewegung. Gegen den Wucher und die Börse müßte auch gesetzlich schärfer eingeschritten werden. Derartige Angriffe des Antisemitismus wie gegen die Sicherheit unserer Armee und die Integrität unserer Beamten erschüttern schließlich die Autorität des Staates und der Krone, das beklage ich aufs Tiefste (Zustimmung.) Wir müssen verhindern, daß sich noch mehr Zündstoff ansammle und deshalb bitte ich, die Petition der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Geh. Rath Althoff bemerkt, daß die Petition vollständig gegenstandslos ist, die Orientalisten Deutschlands haben sich bereits genügend geäußert und nur eine Minderheit ist zu der Ansicht der Petenten gelangt. Die beiden Bücher haben nach der Ansicht der meisten Sachverständigen einen nur historischen Werth; kein Jude ist gebunden, daran zu glauben. Der Antrag ist in der Form, wie er gestellt ist, gar nicht ausführbar, die Professoren sind gar nicht zu solchen Gutachten verpflichtet; der Minister kann sie also nicht dazu zwingen. Sie müßten auch honorirt werden für ihre Mühe, wir haben aber gar keine Fonds für solche Sachen im Cultusministerium. Ich bitte Sie also, zur Tagesordnung überzugehen.

Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Den Ausführungen des Geh. Raths Althoff und Freiherrn von Schorlemer-Alst kann ich mich zum großen Theil anschließen. Der antisemitischen Bewegung, die wir heute wohl alle aufs Tiefste beklagen, ist durch die Lauheit der ordnungsliebenden Parteien und durch die Schadenfreude Mancher, denen die Unterstützung heute auch leid thut, Vorschub geleistet worden. Alle ordnungsliebenden Parteien müssen sich verbinden, um der Schlange den Kopf zu zertreten. Wir müssen über die Petition zur Tagesordnung übergehen, damit wir den Schein vermeiden, als ob wir mit der Bewegung, die heute einen Ahlwardt bejubelt, irgend etwas zu schaffen haben. Wir dürfen nie vergessen, daß der Stifter unserer Religion ein Jude war, daß die jüdischen Schriften des Alten Testaments auch uns heilig sind; daß wir Christen die Juden viele Jahrhunderte geknechtet und verfolgt haben. Darum keinen Finger, um der antisemitischen Bewegung Vorschub zu leisten.

Nach Ablehnung der Anträge Struckmann und Schorlemer-Alst wurde der Commissionsantrag angenommen.

---

## Die Antisemiten in Hannover

scheinen die Absicht zu haben, aus dieser Provinz und dem angrenzenden Westphalen Domänen für die antisemitische Partei etwa wie in Hessen machen zu wollen. Denn unermüdlich zieht ihr dortiger Agitator Leuß von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, um für den Antisemitismus Propaganda zu machen augenscheinlich zu dem Zwecke, dort eigene Candidaten gegen die bisherigen liberalen und conservativen Mandatsinhaber für den Fall, daß eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen bevorstehen, aufzustellen. Alle diese Versammlungen sind stark besucht trotz des Eintrittsgeldes, das zwischen 20 und 50 Pfennig variirt. Wie man sieht, vergessen die Herren Antisemiten bei aller Politik doch auch das Geschäft keineswegs und machen zu diesem Behufe durch Annoncen, Säulenanschläge mit riesenhaft großen Lettern und dergleichen für ihre Versammlungen oftmals eine Reclame, um die sie mancher jüdische Geschäftsmann geradezu beneiden könnte.

In erster Linie ist es das platte Land, das diese modernen Volksbeglücker aufsuchen, und für die politisch sehr harmlosen Bauern in jener Gegend, die von politischen Vorträgen bis dahin so gut wie nichts gehört hatten und bei der Abgelegenheit der Ortschaften von den großen Heerstraßen des Verkehrs und bei der oftmals geradezu phänomenalen Dürftigkeit der Localpresse, bieten diese Versammlungen mit dem Reiz der Neuheit zugleich eine sehr angenehme „Sonntag Nachmittag-Unterhaltung."

In den größeren Städten, wie Hannover ziehen nun allerdings diese Mittelchen nicht mehr. Darum sind aber Leute wie Leuß noch keineswegs verlegen, und ziehen jede passende oder unpassende Gelegenheit, wenn's sein muß, an den Haaren herbei, um ihr altes Sprüchlein mit einigen neuen Variationen wieder aufzusagen, d. h. auf alle andern Parteien weiblich loszuschimpfen, der gläubigen Zuhörerschaar das Blaue vom Himmel herunter vorzuschwatzen und dabei brav Fünfzigpfennigstücke einzucassiren.

So hatte Herr Leuß das in der vorletzten Nummer der „Mittheilungen" beschriebene Auftreten des Herrn Archivar Dr. Winter aus Magdeburg unter dem Titel: „Die Beschimpfung der Hannoveraner durch die Judenschutztruppe" am Sonnabend, den 18. März zum Gegenstande eines neuen Vortrages gemacht, zu welchem indessen — auch wieder charakteristisch für den Muth dieser urteutschen Weltverbesserer — den Gegnern, wenigstens soweit sie Juden waren, der Eintritt verboten war. Der springende Punkt seiner Ausführungen war die geradezu perfide Unterschiebung, Herr Dr. Winter habe, als er, von wiederholten rüpelhaften Zurufen seitens der antisemitischen Mundhelden in seiner Erwiderung unterbrochen, die Aeußerung that, „er hätte nicht geglaubt, daß Hannoveraner so unvernünftig sein könnten," der gesammten Hannoverschen Bevölkerung die Beschimpfung, sich unvernünftig zu betragen, ins Gesicht geschleudert. Der Gegenredner, Herr Redacteur Weigt aus Berlin, wies denn auch unter Zustimmung wenigstens des gebildeten Theils jener Versammlung darauf hin, wie lächerlich es sei, einem Manne wie Dr. Winter, der sich selbst in jener Versammlung als Nationalliberaler bekannt habe, unterschieben zu wollen, er habe die ihm politisch befreundete, in ihrer überwiegenden Mehrheit nationalliberale Bevölkerung Hannovers in ihrer Gesammtheit zu beleidigen beabsichtigt, daß zu einer so wahnwitzigen Beschuldigung nur grober Unverstand oder böser Wille oder beides zusammen führen könne. Die Erfahrungen der letzten Versammlung, in welcher man den Gegenredner

in ganz unqualificirbarer Weise unterbrochen und ihm schließlich das Wort entzogen hatte, ein Verfahren, das selbst bei Antisemiten, wenigstens bei den anständigeren, verurtheilt worden war, hatten die Leiter veranlaßt, diesmal den genannten Gegner ruhig zu Ende sprechen zu lassen. Und so sprach denn Herr Redacteur Weigt etwa eine Stunde lang, natürlich auch hier nicht ohne Unterbrechungen; er schilderte an den hannöverschen Verhältnissen die Unhaltbarkeit der gegen die Juden seitens der Antisemiten vorgebrachten Beschuldigungen. Nach Herrn Weigt trat dann noch ein Arbeiter auf, der nachwies, daß die Arbeiter speciell in und bei Hannover sich bei jüdischen Geschäftsinhabern gerade so gut, zum Theil sogar weit besser wie bei deren christlichen Concurrenten ständen und daß deshalb die Arbeiterschaft Hannovers für den Antisemitismus nicht zu haben wäre.

Einen ähnlichen Verlauf nahm am darauffolgenden Sonntag eine antisemitische Versammlung in Stolzenau, einem Kreisstädtchen a. d. Weser, wo sich auch wieder der antisemitische Agitator Leuß und der Redacteur Weigt gegenüberstanden. Der bessere Theil der Bewohnerschaft von Stolzenau hatte seinen Abscheu vor dem antisemitischen Treiben in einer Ortschaft, in der Christen und Juden seit Jahrzehnten in Ruhe und Frieden neben und mit einander lebten, dadurch Ausdruck gegeben, daß er in ganz ostentativer Weise von jener Versammlung fern blieb; auch die Saalbesitzer hatten sich selbst durch hohe Geldanbietungen nicht dazu verstanden, den Antisemiten ihre Räume zu der Versammlung herzugeben, so daß diese gezwungen waren, ihren Speech weit draußen vor der Stadt in einem Zelte zu halten, wobei aber der Gegenredner mindestens ebenso starken Beifall einheimste, wie der Herr Leuß, trotzdem man zu dieser Versammlung die jungen Burschen aus der Umgegend, die zum Theil weite Wege trotz des miserabelsten Wetters nicht gescheut hatten in großer Anzahl ausnahmsweise ohne Entrée in das Zelt eingelassen hatte und diese 16—18 jährigen Jungen keine Gelegenheit vorübergehen ließen, den Gegner zu unterbrechen und dem antisemitischen Redner zuzujubeln.

Gegen die antisemitischen Umtriebe in Lehrte veranstaltete Herr Red. Weigt sodann am Mittwoch in dem genannten Orte eine Versammlung. Etwa 14 Tage zuvor war in diesem Orte, der bei 4000 Einwohnern einen, sage und schreibe einen Juden zählt, eine antisemitische Versammlung abgehalten worden, zu welcher auch Red. Weigt, allerdings erst verspätet, eingetroffen war. Damals hatten ihn die antisemitischen Hauptkrakehler, — an ihrer Spitze stand ein Chemiker, also einer von den sogenannten „Gebildeten" —, als er Herrn Leuß entgegenzutreten versuchte, einfach niedergebrüllt, und es war deshalb um so erfreulicher, daß die von ihm berufene Versammlung den großen Saal bis in seine letzten Theile füllte. Obwohl die Herren Antisemiten auch hier wieder Skandal zu machen suchten, fanden die Ausführungen des Redners doch reichlichen Beifall, wodurch der Beweis geliefert wurde, daß die Bevölkerung von Lehrte in ihrer überwiegenden Mehrheit sich dem Antisemitismus gegenüber total ablehnend verhält. Ein von Hannover nach Lehrte gesandter antisemitischer Gegenredner, ein Regierungsgeometer Lasson, gab sich zwar redliche Mühe, Herrn Weigts Aeußerungen abzuschwächen, doch waren seine Argumente nicht zugkräftig genug, um dem günstigen Eindruck der Rede des Redacteurs Weigt auch nur einen Abbruch zu thun.

Wir hoffen, unsern Lesern noch manches Interessante über den in Hannover entbrannten Kampf der Antisemiten und der „Judenschutztruppe", wie man dort den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" zu nennen beliebt, demnächst mittheilen zu können.

## Zu Ahlwardts „Enthüllungen".

Vor mehr als Jahresfrist hat der frühere Vertheidiger Ahlwardts, der antisemitische Rechtsanwalt Dr. Stein, eine Broschüre gegen den jetzigen Reichstagsabgeordneten veröffentlicht: „Der große Prophet", die auf die „neuesten" Enthüllungen des Rektors a. D. ein seltsames Licht wirft. Stein warnt in dieser Broschüre (S. 16) seine Freunde, allzu leichtgläubig zu sein. Er sagt mit prophetischem Blick: „Ich kann mir schon denken, was die pièce de résistance sein wird; voraussichtlich die Dietz-Dabersche Affaire. Dann wird das Dutzend Bleichröderscher Meineide wohl voll gemacht werden; Miquel wird uns als Bundesgenosse des Judenthums vorgeführt werden, vielleicht wird uns sogar Fürst Bismarck enthüllt werden — und die Beweise! — $1\frac{1}{2}$ Centner Makulatur, die er von einem früheren Portier der Diskontabank erworben hat".

**Es ist alles eingetroffen!!!** Die Dietz-Daber'sche Angelegenheit ist „enthüllt", Miquel ist als Franzose und Judenfreund, Caprivi als Italiener von den rassechten Antisemiten „entlarvt" worden, über Fürst Bismarck hat das antisemitische Pamphlet „Die Wahrheit über Bismarck" von Balder U. K. S. (= Und Konsorten?) die giftigsten Schmähungen verbreitet, und statt der $1\frac{1}{2}$ Centner verheißt Ahlwardt sogar zwei Centner Enthüllungen über den Invalidenfonds.

Das ist kein Spiel des Zufalls! Das ist ein Beweis, daß das Material zu den „neuen" Enthüllungen vor Jahr und Tag Ahlwardt bekannt war, daß seine Enthüllungen nichts weniger als „neu" sind, sondern „olle Kamellen."

Dafür haben wir einen zweiten Beweis in folgender von der conservativ antisemitischen „Badischen Landpost" veröffentlichten Zuschrift:

Als Ahlwardt im October 1890 in Baden war und an verschiedenen Orten Vorträge hielt, hat er dem Schreiber dieser Zeilen mitgetheilt, daß in seinen und seiner Freunde Hände eine Menge von Akten sei — er sprach schon damals von 2 Centner —, welche, wenn sie zur Veröffentlichung gelangen, eine Anzahl hochstehender Namen aufs schwerste compromittiren würden. Es wurden uns Namen mitgetheilt, die wir nicht nennen möchten. Es scheint allerdings daß Ahlwardt über compromittirendes Material verfügt. Nach den uns gewordenen Mittheilungen möchten wir glauben, daß, wenn erst nach Ostern seine 2 Centner Akten herbeigeschafft, nun wieder ein Skandal erster Größe in Aussicht steht. Ob der Antisemitismus auf Ahlwardts Wogen zum Siege gelangt, scheint uns allerdings sehr fraglich zu sein.

Aber auch das Verhältniß Ahlwardts zu Bismarck wird durch die Bemerkung Stein's beleuchtet. Als das Pamphlet „Die Wahrheit über Bismarck" erschienen war, da nannten einige Blätter (Vgl. „Mittheilungen" No. 28. 1892 S. 238) Ahlwardt und Schriftsteller Müller als Verfasser. Die „Staatsbürger-Ztg." hatte damals die Behauptung, Ahlwardt sei an der Herstellung der Schmähschrift **hervorragend** betheiligt, für eine Verleumdung erklärt. Damit ist aber seine Betheiligung zugegeben! Hat er doch zu wiederholten Malen seinem Hasse gegen Bismarck unzweideutigen Ausdruck gegeben! So zeigt sich sein Standpunkt am klarsten auf der Umschlagsseite der bismarckfeindlichen Schrift „Die Antisemiten und Bismarck", wo er über die gleichfalls bismarckfeindliche Schrift „Großpreußen oder die verfehlte Neugestaltung Deutschlands" sagt: **„Selbstverständlich ist die Schrift, weil gegen Bismarck, kräftig antisemitisch."**

Und nun halte man diesem Standpunkt gegenüber sich an die Worte, die Ahlwardt in der Reichstagssitzung vom 20. März 1892 gegen den Grafen Caprivi geschleudert hat: „Ist diese Logik (Caprivis) des Hauses würdig, oder ist sie der Stelle würdig? Ich kann sie nicht kritisiren, besonders wenn ich daran denke, wer auf der Stelle früher gesessen hat. Mir fallen dann allerdings zwei Personen aus der Iliade ein, die beide sehr verschieden waren, so verschieden, wie zwei Personen jemals gewesen sind; aus Achtung aber will ich die Personen nicht nennen.

Dieses Verstecken hinter dem großen Namen Bismarck entspricht völlig der Ahlwardt'schen Gesinnung. Während er noch gestern Bismarck beschimpft und als Judenfreund schmäht, preist er ihn heute, um ihn wiederum gegen Caprivi auszuspielen.

## Zur Abwehr.

**Nürnberg**, 23. März. Bei dem Schöffengerichte kam gestern die Klage des Redacteurs der „Antisemitischen Correspondenz" Erdmannsdörfer in Leipzig gegen den Chefredacteur des „Fränkischen Kurier" Dr. Eberhard zur Verhandlung. Nach dem für die Antisemiten unerfreulichen Ausgange des Xantener Prozesses hatte die „Antisemitische Correspondenz" unter höhnischen Bemerkungen auf die Theologieprofessoren, welche nicht von antisemitischem Geiste beseelt sind, eine Art Rückzug angetreten, indem sie bemerkte, daß die Antisemiten nie behauptet hätten, daß im Talmud der Ritualmord gepredigt werde; was von antisemitischer Seite vermuthet werde, sei, daß es eine geheime, nur unter wenigen Angehörigen eines Stammes, wahrscheinlich des Stammes Levi, weiter verbreitete Tradition sei, daß Christenblut für den Ritus gebraucht werden solle, wenn man seiner habhaft werden könne. Buschoff gehöre zu dem Stamme Levi. Wenn also auch im Talmud vom Ritusmord nichts stehe, so sei doch die Möglichkeit einer Blutabzapfung nicht ausgeschlossen. Der „Fränk. Kur." hatte hierauf einen Artikel gebracht, in welchem von „Feigheit und Verlogenheit der Hintermänner der Antisemitischen Correspondenz" gesprochen war. Durch diese Ausdrücke fühlte sich Erdmannsdörfer beleidigt und stellte Klage, für deren Verhandlung schon am 28. Oktober Termin anstand. Da damals Erdmannsdörfer behauptete, die Antisemiten hätten nie behauptet, der Talmud predige den Ritualmord, fand Vertagung zur Beweisaufnahme statt. Es wurden dann commissarisch auswärts u. A. Licentiat Grädner, Universitätsprof. Dr. Strack, Abg. Rickert und der antisemitische Agitator Fritsch vernommen. Bei der gestrigen Verhandlung (in welcher Erdmannsdörfer persönlich erschienen, Dr. Eberhard aber durch Herrn Rechtsanwalt Zilcher vertreten war) wurden die Zeugenaussagen verlesen, worauf E. den Klagantrag wiederholte, während der Vertreter des Beklagten auf Freisprechung plaidirte, da in dem Artikel des „Fr. K." von „Hintermännern" der „Antisemitischen Correspondenz" gesprochen werde, der Redacteur also gar nicht gemeint, in jedem Falle aber der § 193 des R.-Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) anzuwenden sei. In seiner Replik hielt es nun Erdmannsdörfer für zweckmäßig, die Antisemiten wie Rohling ꝛc. zu verleugnen, und verstieg sich zu dem Satze: „Wir können in die Materie nicht eindringen, wissenschaftliche Forschungen gelten für uns nicht, wir halten uns an praktische Agitatoren wie Fritsch und Liebermann von Sonnenberg". Das Urtheil lautete auf Freisprechung. In den äußerst eingehenden Gründen wird im Eingange bemerkt, daß aus dem Artikel des „Fränkischen Kurier" nicht hervorgehe, daß mit den Ausdrücken „Feigheit und Verlogenheit" der Redacteur der Ant. Corr. gemeint sei, aber auch abgesehen hiervon sei auf Freisprechung zu erkennen. Durch die Beweisaufnahme habe sich ergeben, daß in der That die Antisemiten in ihrer Gesammtheit behaupten, der Talmud lehre den Ritualmord, es sei hiermit gegen die gesammten Juden der schwerste Verdacht ausgesprochen, es sei aber Recht und Pflicht der Presse, sich der also Geschmähten anzunehmen, zumal der einzelne Jude wegen dieser Angriffe nicht Klage stellen könne. Pflicht der Presse sei es, diese unbegründeten Schmähungen zurückzuweisen, und wenn dies in scharfen Ausdrücken geschehe, so stehe der Presse der § 193 des R.St.B. zur Seite. Wenn die Antisemiten früher von der Lehre des Talmud bezüglich des Ritualmordes gepredigt hätten, dann sollten sie jetzt auch den Muth haben, zu gestehen, daß sie sich früher geirrt und ihre Behauptungen unwahr waren. Noch sei erwähnt, daß Erdmannsdörfer mehrmals vom Vorsitzenden (Herrn Amtsrichter Alzheimer) über das Benehmen vor Gericht Belehrungen annehmen mußte.

**Breslau**, den 21. März. (J. Pr.) Bei der Rückkehr des Cardinal-Fürstbischofs Dr. Kopp nach Breslau waren zum Empfange auf dem Centralbahnhofe auch beide Rabbiner der hiesigen jüdischen Gemeinde, die Herren Dr. Rosenthal und Dr. Guttmann, erschienen. Der Cardinal trat an die Rabbiner mit den Worten heran: „Ich freue mich, daß auch Sie erschienen. Mein Streben war immer auf den Frieden gerichtet. Seien Sie versichert, in meinem Bezirk wird der confessionelle Frieden gewahrt bleiben, ganz so wie er es bisher gewesen ist." Graf Ballestrem, welcher die Herren Rabbiner vorstellte, sagte zum Cardinal: „Bei der Beerdigung des Fürstbischofs Heinrich in der Zeit des Kulturkampfes hat sich nur ein Einziger, welcher in seinem Titel das Wort „Königlich" führt, betheiligt, und dieser Einzige war der Königliche Landrabbiner Tiktin. Das vergessen wir nie!"

**Köln**, 29. März. Die „Köln. Volksztg" berichtet:

„Hr. Dr. Frank, der Rabbiner der hiesigen Synagogen-Gemeinde, überbrachte gestern Sr. Eminenz Cardinal Krementz seine Glückwünsche zur Berufung in den höchsten Rath der katholischen Kirche. Seine Glaubensgenossenschaft nehme innigst Theil an den dem Kirchenfürsten zuerkannten Ehren, da sie noch dankbar sich erinnere der Sympathie, welche der Cardinal s. Z. für die verfolgten russischen Juden dem Redner mündlich und schriftlich bekunde. Er hoffe, daß Se. Eminenz nach wie vor den Frieden unter den verschiedenen Confessionen in der Kölner Diöcese fördern werde, und flehte den Segen Gottes auf das ehrwürdige Haupt des Cardinals herab. Er schloß mit einem in hebräischer Sprache ausgedrückten Wunsche für die Verlängerung der Tage und Jahre des Kirchenfürsten. Se. Eminenz dankte in freundlichen Worten und bemerkte u. a., daß er fernerhin ein Schirmer des Friedens und der Eintracht unter den Confessionen sein werde, und von Herzen wünsche, daß dieselben in den Werken der Gottes- und Nächsten-Liebe wetteifern möchten. Nachdem der Cardinal noch nach der gegenwärtigen Lage der russischen Juden sich erkundigt hatte, verabschiedete er sich von dem Rabbiner in der freundlichsten Weise".

**Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg."** äußert sich in einem Leitartikel über das Auftreten **Ahlwardts** im Reichstage wie folgt:

„ . . . Das ist das Bedenkliche im Ahlwardtismus, daß er in der an äußerliche Einwirkungen gewohnten Menge die Begriffe von Wahr und Unwahr, von Recht und Unrecht, von wohlmeinender legitimer Autorität und tückischer, nichtsnutziger Verführung in völlige Verwirrung stürzt, und, daß diese Wirkung sich selbst bei Persönlichkeiten äußert, die durch Erziehung, Beruf und Lebensstellung gegen solche Einflüsse gefeiligt sein sollten, kann die Besorgniß vor der dauernden Schädigung der Volksseele nur erhöhen. An den Reichstag ist nun die Aufgabe herangetreten, durch volles Licht dem Unfug aufhetzender Verdächtigungen und Verleumdungen ein Ende zu machen. Möge der obersten Instanz des Volkswillens ein nachhaltiger Erfolg zu Theil werden, als dem Ausspruch der Gerichte, der im Gegentheil bei der Wahl in dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg als Agitationsmittel für den Verurtheilten ausgenützt worden ist. Eine Ahlwardt'sche Schule, in unserem öffentlichen Leben ständig, würde im Verstand und Gemüth des Volkes verhängnißvollere Verheerungen anrichten, als Krieg und Pestilenz, denn in letzteren wirken jederzeit bedingt erziehende Momente mit, die bei der Landplage sittlicher Brunnenvergiftung völlig fehlen.

**Die Währungsfrage und die Juden.** Abg. Graf Mirbach hatte in der Reichstagssitzung vom 14. März (s. Mitthlg. S. 133) behauptet, daß die Juden als Haupteigenthümer des mobilen Kapitals Vertreter der Goldwährung sein müßten. Abg. Bamberger führte darauf concrete Fälle an, die das strikte Gegentheil erweisen. Wir können auf

Grund zuverlässiger Angaben diese noch vermehren. Benjamin Hirsch, der Eigenthümer einer großen Halberstädter Metallfabrik, ist ein energischer Bimetallist, ebenso ist das englische Parlamentsmitglied Montagu ein Führer der orthodoxen Juden, ein begeisterter Anhänger der Doppelwährung.

**Dransfeld** bei Göttingen, 26. März. Hier hat eine antisemitische Versammlung stattgefunden, bei welcher der bekannte Agitator und Ahlwardtgenosse Werner gesprochen hat. Dem betreffenden Herrn und seinen Anhängern ist aber gründlich heimgeleuchtet worden. Durch eine ausgiebige Debatte wurden die zahlreichen verlogenen Behauptungen der Antisemiten widerlegt. Besonders erfreulich war es, daß auch Juden selbst sich rednerisch betheiligten und zwar mit bestem Erfolge. Dieses thatkräftige und schöne Eingreifen sollte auch in anderen Orten Nachahmung finden; denn meist ist es für Christen, welche Gegner des Antisemitismus sind, schwer, einzelnen Ausführungen der Antisemiten, die auf das theologische Gebiet hinüberspielen, entgegen zu treten. Characteristisch an dem Verlauf dieser Versammlung war noch der folgende Vorfall. Nachdem die Antisemiten beobachtet hatten, daß sie keinen Erfolg haben würden, suchten sie nur noch durch Zwischenrufe und Lärm zu stören. Es thaten sich nach dieser Richtung vor Allem Angestellte eines Gutsbesitzers aus der Umgegend hervor. Und als schließlich der Rabbiner Dr. Jacob aus Göttingen die Versammlung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser schloß, pfiffen die Antisemiten, als die Versammlung begeistert einstimmte. Das war deutlich!

## Aus den antisemitischen Parteien.

**Abg. Freiherr v. Wackerbarth**, der vor einiger Zeit von dem seltsamen „Mißverständniß" betroffen worden ist, daß ein antisemitischer Berichterstatter aus einem Vortrag desselben ein herabsetzendes auf Unwahrheit beruhendes Urtheil über die Objectivität der preußischen Gerichte herausgehört hatte, hat jetzt abermals das Unglück gehabt, wegen eines Vortrags, den er in Sorau gehalten hat, auf Grund des Berichts des „Sorauer Wochenbl." der Unwahrheit geziehen zu werden. Nach jenem Berichte hatte Herr v. Wackerbarth behauptet, daß Rechtsanwalt Neumann in Sorau für einen Herrn Freydel einen anrüchigen Kaufvertrag aufgesetzt habe. Dem gegenüber erklären sowohl Rechtsanwalt Neumann wie der erwähnte Herr Freydel, daß die von Herrn v. Wackerbarth vorgetragenen Thatsachen durchweg unwahr und die ganze Geschichte vom ersten bis zum letzten Wort ein erfundenes Märchen ist.

**Auch ein antisemitischer Führer.** Ueber den Schriftsteller Schwennhagen, einen der eifrigsten Ahlwardtianer, veröffentlicht der Prediger Lion Wolff in der „Fürstenwalder Zeitung" folgendes:

„Der Schriftsteller Schwennhagen war nach einander: 1. sozialdemokratischer Wanderredner, und als er bei dieser Partei abgewirthschaftet hatte, wurde er 2. freireligiöser Wanderprediger. Ob die freireligiösen Gemeinden ihn nicht mehr hören wollten oder sein ehrliches Gemüth christlicher wurde, ich weiß es nicht, genug, wir sehen ihn bald darauf in Berlin als 3. Polizeispion im Dienste des Polizeirathes Krüger. Als solcher gab er nicht nur sozialdemokratische Freunde für Geld heimlich an, sondern er wirkte geradezu als Lockspitzel, indem er Vereine gründete, deren Statut mit dem Landesgesetz in Widerspruch stand, um die Mitglieder nachher der Polizei anzuzeigen. Unter anderem unterhielt er in der Stralauerstraße ein Bureau, von wo aus Auswanderungsgelegenheiten in gesetzwidriger Weise verschafft wurden; er selbst brachte dann seine Agenten zur Anzeige."

Ferner berichtet Prediger Lion Wolff über Schwennhagen noch folgendes: Eine jüdische Erzieherin wurde von ihm in das Garn gelockt und er, der sittenreine Ehemann und Vater von zwei Kindern, schmeichelte alle Ersparnisse der jüdischen Geliebten ab, dann erst kam sein Teutonenstolz wieder zum Vorschein, und verachtungsvoll wandte Schwennhagen der jüdischen Geliebten den Rücken. Als die „Jüdische Presse" in Nr. 40 und 41 v. J. und Nr. 2 und 4 d. J. diese Thatsachen andeutete, forderte die Redaction der „Kreuz-Zeitung" Schwennhagen auf, entweder gegen den Redacteur der „Jüdischen Presse" die Klage wegen Verleumdung einzuleiten oder aus der Redaction der „Kreuz-Zeitung" auszuscheiden. Herr Schwennhagen wählte das letztere."

Ein interessanter Steckbrief!*)

**Folgende Episode** aus der Mittwoch-Sitzung des Reichstages erzählt die antisemitische „Tägl. Rundschau":

Es war fünf Minuten vor 3 Uhr, als Ahlwardt wieder im Saale erschien; er ging auf Liebermann von Sonnenberg zu und machte Miene ihn anzusprechen. Herr v. Liebermann wandte ihm aber kurz den Rücken, steckte die Hände in die Taschen und begab sich zu Stöcker, um mit dem einige Worte zu wechseln. Ahlwardt aber, der sonst gern in einer der vordersten Reihen des Centrums einen Platz zu occupiren pflegt, zog sich in die hintersten Reihen, dort wo die Antisemiten sitzen, zurück. Nicht lange währte es, da kam Stöcker auf ihn, und nun wandte sich auch v. Liebermann um, um wenigstens zuhörender Weise an dem Gespräch theilzunehmen.

Zehn Minuten nach 3 Uhr begann es im Hause wieder lebhaft zu werden. . . . . Ahlwardt begab sich wieder nach vorn, und als er im Gange einen Conservativen streifte, klopfte dieser sich den Aermel ab.

**Die Antisemiten unter sich.** Wir erhalten in Bezug auf eine von uns der antisemitischen „Staatsbürger Ztg." entnommene Notiz folgende Zuschrift:

Münster, den 22. März 1893

In Nr. 12 der Mittheilungen zur Abwehr des Antisemitismus theilen Sie bezüglich meines Referats auf dem am 12. in Dortmund abgehaltenen Delegirtentage der deutschsocialen Partei mit, daß beschlossen wurde, die Westf. Reform und die deutschsocialen Blätter fallen zu lassen, falls sie in keine andere Bahnen einlenken wollten! Diese Darstellung ist unrichtig! Es wurden von mir nachfolgende Anträge gestellt und angenommen:

1. Die Westfäl. Reform wird von jetzt ab nicht mehr als Organ der antisemitischen Vereine Westfalens und Rheinlands betrachtet und hat dementsprechend diesen Zusatz im Kopf der Zeitung zu streichen.
2. Der Herr Theodor Fritsch in Leipzig ist jetzt gleich und Pfingsten gelegentlich des allgemeinen Parteitages der deutschsocialen Partei aufzufordern, entweder in Zukunft Aufsätze, welche Angriffe auf eine der bestehenden Confessionen enthalten, in den deutschsocialen Blättern nicht mehr zu bringen, oder im Partei-Interesse den Namen seiner Zeitung abzuändern, da es nicht genügen dürfte, nur den bisherigen Zusatz „Centralorgan der deutschsocialen Partei" wegzulassen.

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme der vorstehenden Berichtigung in der nächsten Nr. Ihrer Zeitung.

Ergebenst
C. Kraus.

Wir hatten, wie gesagt, die Notiz aus der antisemitischen Staatsbürger-Zeitung entnommen. Dorthin scheint, soviel wir gesehen haben, die Berichtigung nicht gegangen zu sein.

**Böckel über die Conservativen.** Der „Reichsherold" schreibt, daß die Conservativen an Gemeinheit noch die Juden übertreffen. „Ein Gegner, der uns Aug in Aug im offenen Kampf gegenübertritt, ist uns tausendmal lieber als die ganze feige conservative Partei." „Einen Antrag, die Einwanderung fremder Juden zu verbieten, haben die Conservativen im Reichstage nun endlich vor Thoresschluß eingebracht. Das ganze ist natürlich eine wohlfeile Comödie, denn die Herren wissen ganz genau, daß dieser Antrag wieder zur Berathung kommen, noch Gesetz werden wird. Es ist also wieder einmal conservativer Stimmenfang."

*) Schwennhagen bestreitet die Richtigkeit der vorstehenden Angaben mit dem Bemerken, daß er gegen den Prediger Wolff die Klage wegen verleumderischer Beleidigung angestrengt habe.

**Daß Böckel** Vorbereitungen trifft, um **Stöcker** aus seinem Wahlkreise Siegen zu verdrängen, bezeichnet die „Staatsbürgerztg." als einen „**Verrath** an der guten Sache."

**Dr. Böckel sagt sich** im „Reichsherold" abermals von **Ahlwardt** und seinem Berliner Anhang feierlich **los**. Ahlwardt habe sich eine vernichtende Schlappe geholt. Böckel habe das vorausgesagt, aber man habe ihn nicht hören wollen und mit Schmähungen überhäuft. „Wir werden niemals aufhören, die Frechheiten und Anmaßungen des Judenthums gesetzlich zu bekämpfen, aber mit dem durch Ahlwardt's Auftreten gerichteten und verurtheilten Antisemitismus sind wir zu Ende. Eine Partei ohne politischen Scharfblick, die jedem Aufschneider und Schreier nachläuft, hat keine Zukunft. Heute heißt es: Retten was zu retten ist, und eine nationale Volkspartei schaffen, die das Recht und die Wohlfahrt der Landwirthe, Handwerker und Arbeiter energisch und freimüthig vertritt gegen Jedermann, sei es Jude, Großcapital, Bureau oder Socialdemokratie. Hoch die ehrliche Volkspartei!"

**Aus Ahlwardt's Wahlkreise.** Die Nr. 36 des amtlichen „Wochenblatts des Kreises Arnswalde" vom 25. März bringt in ihrer „Politischen Umschau" folgenden Passus über den Abgeordneten für Friedeberg-Arnswalde:

„Der Abgeordnete Ahlwardt nahm in dieser Woche fast die ganze Zeit und die Aufmerksamkeit des Reichstages allein in Anspruch. Die Physiognomie des Reichstages am Mittwoch war eine ungemein interessante. Der Sitzungssaal war voll, voller noch die Tribünen; überfüllt die Journalistentribünen, auf welchen nicht nur der gewöhnliche Berichterstatterstab sich befand, sondern fast alle Chefredacteure, aus zahlreichen Städten herbeigekommene Specialvertreter u. s. w. In den Korridoren, auf den Treppen ein aufgeregtes Drängen und Stoßen und auf der Straße eine zahlreiche Menge, darunter die Meisten Antisemiten. Ahlwardt legte Akten auf den Tisch des Hauses, erklärte aber, er hätte davon zwei Centner und könne sie alle erst nach Ostern beschaffen. Aus den vorgelegten könne man sich kein rechtes Bild machen."

Mehr wußte am **25** März das amtliche Blatt den Arnswaldenern noch nicht zu berichten, nachdem am **22.** jene Reichstagssitzung stattgefunden hatte, in welcher mit allen gegen die eine Stimme Ahlwardts festgestellt worden, daß der Vertreter von Arnswalde die schwersten Beschuldigungen gegen Reichsregierung und Reichstag ausgestoßen hatte, ohne auch nur die Spur eines Beweises dafür zur Hand zu haben! Das „Wochenblatt" bringt indeß in derselben Nummer noch eine Nachricht über Ahlwardt:

Der Abgeordnete Ahlwardt war am Donnerstag Abend hier anwesend und hatte in der „Preußenkneipe" am Markt einen größeren Kreis angesehener Bürger um sich vereinigt, um, wie er gesagt, besondere Wünsche seiner Wähler anzuhören und zu besprechen.

Kann man sich angesichts solcher Preßverhältnisse im Wahlkreise — das amtliche Kreisblatt ist dort natürlich die hauptsächlichste Lectüre — wundern, daß die Leute ihrem Abgeordneten abgöttische Verehrung entgegenbringen und in den Glauben versetzt werden, daß ihm im Reichstag bitteres Unrecht zugefügt worden sei? —

**Aus Leer** wird uns unter dem 24. März geschrieben: Nachdem in der vorigen Nummer der „Mittheilungen" von Seiten des Herrn Dr. Winter die Kampfesart des Herrn Redacteur Leuß so trefflich geschildert worden, mußte es den hiesigen Liberalen doch komisch erscheinen, daß, nachdem von Seiten des hiesigen Reform-Vereins zum 23. d. M. ein Vortrag des Herrn Leuß über das Thema „Die Judenfrage als nationale Frage" angekündigt worden, das hiesige „Leerer Anzeigeblatt" — der Redacteur Herr E. Zopfs gehört zu den Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei — unter dem Redactionsstrich folgende Mittheilung brachte:

„Wie man uns aus deutschsocialen Kreisen mittheilt, ist Herr Schriftsteller Leuß, der nächstens in Ostfriesland einige Vorträge über die Judenfrage halten wird, ein Antisemit in maßvollen Formen, bereit und geneigt zu einer ruhigen Auseinandersetzung auch mit Gegnern; vor allem liegt alles Verletzende fern. Herr Leuß ist sogar in mancher Hinsicht ein Bewunderer des jüdischen Volkes. Er behandelt die Gegensätze zwischen Deutschen und Juden andererseits mit Schärfe, die jedoch gemildert wird dadurch, daß die nationalen, großen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten."

Die Toleranz des Leerer Anzeigeblattes geht doch den Antisemiten gegenüber etwas zu weit. Als vor längerer Zeit der Reform-Verein die Verbreitung des berüchtigten Talmud-Auszuges sich angelegen sein ließ, war es dasselbe Blatt, welches sich dazu erbötig erklärte und welches dadurch die Zeitung ist die in Ostfriesland verbreitetste dem Andrängen der Antisemiten Thor und Thür öffnete. Obwohl in der vorigen Woche Herr Leuß in Hannover den Nationalliberalen direct in echt antisemitischer Weise hat entgegentreten wollen, brachte das Anzeigeblatt die oben citirten Auslassungen.

Ueber den Inhalt des Leuß'schen Vortrages etwas zu berichten, kann ich mir wohl ersparen. Es war ein Sammelsurium von Uebertreibungen, Unwahrheiten, die als solche zum Theil längst nachgewiesen sind, und Trugschlüssen. Die Versammlung war recht mäßig besucht, aus der Stadt hatten sich nur sehr wenige Zuhörer eingefunden. Eine Discussion fand nicht statt.

**Aus Bernburg** schreibt man uns:

Als treuer Abonnent Ihres gesch. Blattes, habe ich mit Freude bemerkt, daß Sie auch den Vorgängen im hiesigen Antisemitenlager ein aufmerksames Auge zuwenden. Es dürfte Sie interessiren, über einen Vorgang unterrichtet zu werden, der sich vor einigen Tagen hier ereignete und durch den auf die Leiter des hiesigen Antisemitenvereins (der unter dem Namen „Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe" sein Unwesen treibt) ein grelles Licht geworfen wird.

Außer dem bekannten Herrn Dr. Oppermann gehören zu den Hauptstützen des Vereins „gegen Unwesen im Handel und Gewerbe" die Inhaber einer hiesigen Manufactur-Waaren-Firma. In diesem Geschäft kaufte vor einigen Tagen ein hiesiger Beamter ein Kleid, das er seiner Frau zum Geschenk machte; er hat sich bei seinem Einkauf wohl hauptsächlich an diese Firma gewendet um, nicht von einem jüdischen Kaufmann — der doch nach Ansicht der Antisemiten nicht reell sein kann — übervortheilt zu werden. Wie erstaunte jedoch die Frau, als sie kurze Zeit darauf an dem betreffenden Geschäftshause vorbeiging und in dem Schaufenster genau solch ein Kleid wie sie es von ihrem Manne geschenkt bekommen hatte, für den Preis von **6** Mark ausgestellt sah, während ihr Mann doch **12** Mark dafür bezahlt hatte! Sie setzte ihren Mann von diesem Vorkommniß in Kenntniß und dieser hatte nichts Eiligeres zu thun, als die Firma aufzusuchen und den Inhabern derselben über ihre sonderbare Auffassung über „Unwesen im Handel und Gewerbe" seine Meinung auszusprechen. Besagte Firma mußte nun wohl oder übel die dem Beamten zu viel abgenommenen 6 Mark wieder herausgeben und um eine Erfahrung und 6 Mark reicher verließ der Beamte das Geschäftslokal dieser „reellen" antisemitischen Firma.

**Im deutschsocialen „Badischen Volksboten"** lesen wir:

**Heidelberg.** Hiesige Zeitungen berichten von einem polnischen Juden, der kürzlich auf dem hiesigen Bahnhofe einem Reisenden den Koffer gestohlen hat. Der „sittlich höher d. h. höher als seine noch schlimmeren Stammesgenossen stehende" Jude befolgte jedenfalls das Gebot des Schulchan Aruch, Ch. H. § 156 Haga 5.: „Das Geld eines Akum (Nichtjuden) ist herrenloses Gut, und wer da will, hat alle Rechte, sich in den Besitz desselben zu setzen!"

Mit solch albernen Späßen müssen sich die Leser der antisemitischen Blätter abfinden lassen. Was hat der hier er-

zählte Diebstahl mit dem Schulchan Aruch zu thun, selbst wenn die aus demselben angeführte Stelle richtig interpretirt wäre, wie es **nicht** der Fall ist? Für die jüdischen Spitzbuben gilt genau dieselbe Sittenlehre, wie für die christlich-germanischen.

**Das Münchener Antisemitenblatt** schreibt:

„Kreuzigung Christi mit Musik" ist die neueste jüdische Erfindung Aus Rosenheim erhalten wir darüber folgende Zuschrift:

Heute machte ich die Beobachtung, daß ein Individuum mit stark jüdischem Typus den zum hiesigen Monatsmarkt erschienenen Landleuten ein Bild „Kreuzigung Christi mit Musik" (!!!) zum Kaufe anbot. Das Musikwerk spielt Walzer" (!) &c. zur Kreuzigung (!!). Ich stellte den Juden zur Rede und erfuhr, daß derselbe für das Abzahlungsgeschäft Neubauer, Heßstraße 34 in München, reise. Neubauer selbst soll kein Jude sein, ist also wohl ein Talmudchrist erster Güte.

Da hört sich denn doch alles auf! Ein solches niedriges Machwerk von derartiger Geschmacklosigkeit und Frivolität kann doch wohl nur in einer jüdischen Fabrik hergestellt und von einem Juden verkauft werden. Wenn der Zwischenhändler Neubauer ein Deutscher ist, was wir vorerst nicht glauben wollen, so fehlt uns der richtige Ausdruck, ein solches Geschäftstreiben richtig zu kennzeichnen! Es wäre indeß nur ein neuer Beweis, wie weit die Verjudung unseres Volkes bereits gediehen.

Also: Der Reisende, der das Machwerk zum Kaufe angeboten hat, ist von stark jüdischem Typus. Der Zwischenhändler ist kein Jude und über den Fabrikanten weiß die Notiz überhaupt nichts anzugeben. Trotzdem ist die „Kreuzigung Christi mit Musik" die „neueste jüdische Erfindung" — ein neuer Beweis für die „Verjudung unseres Volkes!" — Commentar überflüssig.

**Blinder Eifer schadet nur.** Die „Hamburger Abwehr" giebt als Beweis dafür, daß Berlin **verjudet** und die Vertreter der Kaiserstadt alles Andere, nur nicht deutsch reden, fühlen und denken können, aus einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen einige Redeblüthen zum Besten. Es werden Aeußerungen der Stadtverordneten Singer, Scheiding, Langerhans und Bollien angeführt. Letzterer ist aber der Wortführer der wenigen antisemitischen Bürgerparteiler im „rothen Hause".

## Aus Rußland.

**Wie sie schwelgen, die „Ausbeuter!"** Aus Samgorodok im Kreise Berditschew wird dem „Kijewskoje Slowo" unterm 3. dieses was folgt berichtet:

„Gewiß, das Leben unserer Bauern auf dem platten Lande ist nicht zu beneiden; dieses ist ja doch eine wahre Glückseligkeit im Vergleich mit der entsetzlichen Agonie, zu welcher die große Masse der jüdischen Bevölkerung in den überfüllten Städtchen und Flecken verurtheilt ist. Keine noch so glühende Phantasie vermag dem Bewohner der Großstadt eine auch nur entfernte Vorstellung von dem unbeschreiblichen Elend zu verschaffen, in welchem $^{9}/_{10}$ der Juden in unserem Orte sich befinden! Dem hungernden Bauer eilt die Regierung zu Hilfe (in der Regel erst dann, wenn es bereits zu spät ist. Anm. d. Red.), um die Hunderte von jüdischen Familien, welche in Somgarodok und im ganzen Kreise Berditschen seit Monaten buchstäblich am Hungertuche nagen, kümmert sich kein Mensch. Dem Bauer bleiben in der äußersten Noth noch der Zaun um dem Hof und das Dach der Hütte übrig, die dann als Brennstoff verbraucht werden, die Juden in den Kleinstädten entbehren auch diese Reserve. Sie erfrieren vor Kälte und vergehen vor Hunger".

So die Mittheilungen des Kijewer Intelligenzblattes und die „Rußkaja Schiza" empfiehlt diese dringend der „geneigten Aufmerksamkeit der Helden der Rassenhatz, welche nicht genug über die in Glückseligkeit schwelgenden Volksausbeuter zetern können." Ob jene „Helden" nur in Rußland zu Hause sind? . . .

* * *

**Wie sehr die Ausweisung der jüdischen Kaufleute** aus Moskau und deren Uebersiedlung nach Lodz zum Nachtheil der großrussischen Industrie ausgeschlagen hat, welcher so jährlich eine große Zahl von bedeutenden Bestellungen entzogen wird, beweist wohl schlagend die jetzt vom „Handels- und Gewerbeblatt" — dem offiziellen Organ des russischen Finanzministeriums — offen eingeräumte Thatsache, daß die wichtigsten Moskauer Manufacturen sich inzwischen beeilt haben, Filialen und Niederlagen in Lodz zu eröffnen, um dort Verbindungen mit ihren früheren jüdischen Auftraggebern anknüpfen zu können. Das besagte Blatt constatirt ferner, daß die Spinnereien von Heinzel und Kunitzer im Dorfe Widzew bei Lodz, sowie diejenigen von M. Silberstein in Lodz selbst vom ersten April d. J. ihre Production um 20 beziehentlich um 7 Tausend Spindeln vergrößern werden, was ebenfalls zu den Folgen der Ausweisung der Juden aus Moskau zu rechnen sein dürfte.

Der „Warschawski Dnewnik", bekanntlich ebenfalls ein offizielles Regierungsblatt, theilt in dieser Beziehung noch mit, daß einige aus dem Innern des Reiches neuerdings ausgewiesene jüdische Unternehmer eben im Begriffe stehen, in der Jerusalemer Vorstadt und unmittelbaren Nähe der Warschau-Wiener Eisenbahn eine große Manufactur für Sammet, Plüsche und Möbelstoffe zu eröffnen.

## Briefkasten.

**H. L. in Berlin.** Es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß wir den Standpunkt der jüdischen Zeitschrift, welche den Juden den Rath giebt, auch gegen ihre Ueberzeugung einem Reichstagscandidaten, der sich für die Militärvorlage erklärt, ihre Stimmen zu geben, um der Regierung entgegenzukommen und die Juden vor Schaden zu bewahren — entschieden verurtheilen. Das bedeutet, die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiren. Kann es wohl Verkehrteres geben, als einen solchen Rath? Kein Wunder, daß die antisemitische Presse mit Behagen darüber herfällt. Uebrigens constatiren wir auf Grund einer Reihe von Zuschriften, daß unsere jüdischen Mitbürger selbst die ihnen zugedachte Rolle zurückweisen.

**Hauptmann a. D. Herter in Spandau.** Sie übersandten uns jüngst ein Exemplar einer von Ihnen gehaltenen antisemitischen Rede mit dem Vermerk: Abs. Herter Hauptmann a. D. Wir haben von Ihnen dieselbe schon einmal erhalten, ebenso von Ihren Spandauer Gesinnungsgenossen schon mindestens 10 Exemplare Die bisher unwidersprochen gebliebene Thatsache, daß Sie Mittwoch Abend nach der bekannten Reichstags-Sitzung in öffentlicher Volksversammlung Herrn Ahlwardt einen Lorbeerkranz aufs Haupt gesetzt haben, war uns ein erneuter Beweis dafür, daß wir Recht hatten, von Ihrer Rede in unserem Blatte keine Notiz zu nehmen.

**Th. M.** im Kreise **Geilenkirchen.** Wir können gegen die beiden Personen nichts veranlassen, sind aber bereit, über den Vorfall eine Notiz zu bringen, falls Sie uns hierzu ermächtigen.

**K. in Bielefeld.** Ihr Zweifel an der Richtigkeit der Ahlwardt'schen Behauptung ist durchaus berechtigt. Die in die Zahlmeister-Processe verwickelt gewesenen Armeelieferanten waren Christen.

**Dr. R. in M.** Wegen Raummangels erst in einer der nächsten Nummern.

**Th. in Cassel.** Abg. Jordan dankt dem Anonymus herzlich für die ihm unter dem Motto: „Aus Freude über die Niederlage des M—-Helden Ahlwardt" übermittelten 10 Mk.

**A. L. in Norden.** Besten Dank für die Mittheilungen über den Antisemitenapostel. Weitere Nachrichten sind uns erwünscht.

**P. L. in H.** Wir sind Ihnen für Ihr freundliches Anerbieten sehr dankbar, können aber, da zur Zeit andere wichtige Fragen unseren Raum in Anspruch nehmen, diese von uns wiederholt eingehend erörterte Frage vorläufig nicht noch einmal so ausführlich behandeln.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Haffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.

Hierzu eine Beilage.

# Beilage

## zu den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus."

**Nr. 14.** **Berlin, den 2. April.** **3. Jahrg. 1893.**

## Sitzung des Reichstages

### vom Sonnabend, den 18. März 1893.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ich glaube, meine Herren, daß die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter bezüglich des Invalidenfonds Irrthümer erwecken können.

(Zurufe.)

— Ja, ich kann nicht zu gleicher Zeit nach zwei Seiten sprechen.

(Erneute Zurufe.)

— Ich muß schon darum bitten, daß Sie mir gestatten, nach einer Seite hin zu sprechen.

Der Invalidenfonds ist derart dotirt, daß er beim Aufhören der letzten Zahlung nicht mehr die Höhe hat, welche er zu Anfang hatte.

(Große Heiterkeit links.)

— Ja, meine Herren, das Lachen hört sich nun danach an, als sollte irgend ein Sinn darin sein; thatsächlich ist es aber nichts als die Verdeckung des größten Unsinns, der jemals gemacht ist, indem man das Gesetz so schuf, wie es entstanden ist.

(Oho!)

Wenn der Fonds um etwas mehr als 200 Millionen Mark — bezüglich der Größe desselben damals doch nicht etwas unerhörtes — erhöht worden wäre, dann hätten die Zinsen ausgereicht, um den Invaliden das zu gewähren, was sie damals nach dem Gesetz zu bekommen hatten. Da nun die Invaliden allmählich aussterben, so hätte man damals entweder aus diesen selben Zinsen für die übrigen die Pension bedeutend erhöhen können, oder man hätte diese Zinsen als Staatskapital aufsparen können, und beim Tode des letzten Invaliden hätte dann der Staat eine Summe von nahezu einer Milliarde gehabt, und dieses Geld hätte ausgereicht zu den größten socialen Reformen, die doch nun einmal nothwendig werden. Statt dessen hat man es so eingerichtet, daß von Anfang an die Zinsen nur einen Theil der Kosten deckten und das Kapital selbst auch allmählich aufgezehrt wurde, d. h., wenigstens bedeutend vermindert wurde.

Meine Herren, das hat die Regierung hier vorgeschlagen, natürlich nach Verhandlungen hinter den Culissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekame. Das sind die Verhandlungen hinter den Culissen. Hier ist natürlich nichts geschehen. Aber wenn Sie erwägen, daß wir damals den Grund zu einem großen nationalen Vermögen legen konnten —

(Heiterkeit links.)

— Sehen Sie einmal, meine Herren, das ist doch nun wieder ein geradezu widerwärtiges Lachen. Das ist, offen gesagt, eigentlich kein Lachen, denn die ernste Miene widerspricht dem Lachen. Ich möchte das fast ansehen wie das Vorgefühl künftiger Beschneidungsschmerzen, die da zu Tage kommen.

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter Ahlwardt — — —

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ja, da bin ich — — —

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Ich bitte Sie, zu schweigen, wenn ich läute.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ich bin aber doch — — —

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter Ahlwardt, wollen Sie schweigen oder nicht? Wenn ich läute, will ich mein Präsidialrecht geltend machen und etwas sagen.

Ich will Ihnen den Ausdruck, den sie eben gebraucht haben, als ungehörig verweisen und Sie deshalb zur Ordnung rufen.

(Bravo!)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ich füge mich diesem Rufe, weiß auch wohl, daß ich ihn verdient habe; ich war aber zu dieser Bemerkung gezwungen. Denn wenn man bei jedem Wort, das man ausspricht, von dieser Seite des Hauses (links) durch Lachen unterbrochen wird, so muß man sich einigermaßen dagegen zu sichern suchen. Das will ich zu meiner Entschuldigung sagen. Im übrigen weiß ich, daß ich diesen Ordnungsruf verdient habe. Es ist nicht parlamentarisch, das muß ich sagen; aber Sie werden mir zugeben: wenn man seine Meinung hier ausspricht und noch dazu in ruhiger Weise, — es wird mir jeder zugeben, daß ich nicht verletzend geworden bin — und dann dauernd durch das widerwärtige Lachen unterbrochen wird, so muß man einmal ein solches Wort aussprechen auf die Gefahr des Ordnungsrufs.

Meine Herren, ich glaube also, daß diese heimliche Fürsorge, die hier stattfand, nicht übereinstimmt mit der angeblichen Opferfreudigkeit, die jetzt für die Invaliden ausgesprochen wird. Es ist nun allerdings geschehen; die Sache ist nicht rückgängig zu machen, der Invalidenfonds besteht in der Weise, wie er begründet worden ist, weiter, es handelt sich nun darum, Mittel aufzufinden, um genügende Mittel zu haben, die Invaliden in Zukunft und ebenso die Unterbeamten besser zu dotiren.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Richter, daß meine hohen Gönner im Herrenhause schon nicht haben stimmen wollen für die 4 Prozent. Meine Herren, ich muß nun bedauern, daß ich irgend welche hohen Gönner weder im Herrenhause noch sonst wo habe. Ein Mann, der die Interessen vertritt, die ich vertrete, hat keine Gönner, und am allerwenigsten im Herrenhause. Ich habe auch nicht die Absicht, mir Gönner zu verschaffen; nur will ich bemerken, daß es allerdings mein Plan ist, eine progressive Einkommensteuer anderer Art herbeizuführen als diejenige, die wir jetzt haben. Es geht nur bis 4 Prozent, darüber haben wir eine Erhöhung des Steuersatzes nicht mehr, und das halte ich für ein sehr schweres Unrecht.

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter, bitte, bleiben Sie bei der Sache.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Herr Präsident, ich habe nur auf das, was Herr Richter geäußert hat, wenige Bemerkungen gemacht

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Dazu habe ich Ihnen Zeit gelassen, aber jetzt muß ich Sie bitten, bei der Sache zu bleiben

Abgeordneter **Ahlwardt**: Nun, dann verzichte ich jetzt auf das Wort.

Abgeordneter **Richter**: Es ist ja sehr schwer, auf die krause Art, wie der Herr Vorredner zu sprechen beliebt, etwas zu erwidern. Ich will auch die Geduld des Hauses darin nicht länger auf die Probe stellen und nur mit einigen Worten auf die Gründung des Invalidenfonds zurückkommen und darthun, daß der Herr das gar nicht versteht, wovon er spricht. Gesetzt nun, man hätte den Fonds aus der Kriegsentschädigung um so viel höher bemessen, daß die Zinsen für alle Zeit von Anfang an ausgereicht hätten, die Pensionen zu decken. Ich will mal sagen im Augenblick, man hätte 400 oder 500 Millionen mehr in den Invalidenfonds gelegt, so würde man diese 500 Millionen, die man mehr in den Invalidenfonds gelegt hätte, aus der französischen Kriegsentschädigung zu anderen Zwecken nicht haben verwenden können. Man würde also zu anderen Zwecken des Reichs oder der Einzelstaaten entweder mehr Steuern haben erheben müssen, oder mehr Anleihen haben aufnehmen müssen. In beiden Fällen würde das Reich größere Lasten zu tragen gehabt haben, und wenn man es aus der Anleihe bestritten hätte, so würde eine größere Zinsausgabe des Reichs gegenüberstehen, während es nach der Darlegung des Herrn Ahlwardt scheint, als ob das Reich in der Lage gewesen wäre, aus der Luft irgendwo Hunderte von Millionen herzuschaffen und sich dadurch eine schönere Zukunft zu sichern, wie es sonst der Fall ist.

Dies zur Probe der wirthschaftlichen Erkenntniß und tiefen Durchbildung des Herrn Abgeordneten Ahlwardt. Ich fürchte, der Herr wird sich an das Lachen von allen Seiten des Hauses noch mehr gewöhnen müssen, als es bisher der Fall ist.

(Sehr gut! links.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, an das Lachen von allen Seiten des Hauses muß ich mich dann erst gewöhnen, wenn es wirklich eintritt. Es erschallte bisher nur von einer ganz bestimmten Seite. Inzwischen wird es ja der Herr Abgeordnete Richter möglich machen, daß es von anderer Seite auch kommt.

Es war das wohl mehr als ein kindlicher Einwurf des Herrn Abgeordneten Richter, den er mir gegenüber machte. Es war damals die Kriegsentschädigung vorhanden. Wenn für andere Zwecke damals andere Aufwendungen gemacht wären, und es wäre dieser Fonds — es war nicht nöthig, 4- bis 500 Millionen, wie der Herr Abgeordneter Richter sagt, sondern nur 200 bis 250 Millionen —, wäre diese Summe dazu gekommen, dann hätten wir jetzt das gesammte Kapital, während jetzt das Kapital im Aufzehren begriffen ist und zum größten Theil aufgezehrt sein wird, wenn der letzte Invalide gestorben sein wird. Diese Einwendungen sind also ganz hinfällig. Es war allein der Zweck, den Staat nicht in die Lage zu bringen, selbst einmal über ein großes Kapital zu verfügen, um eventuell große Unternehmungen ohne Beihilfe der Börse auszuführen; das ist der Zweck, daß der Invalidenfonds so und nicht anders gegründet worden ist.

Abgeordneter **Richter**: Die Börse hat überhaupt absolut kein Interesse an der Gründung des Invalidenfonds, weder mit diesen oder mit anderen Millionen. Herr Ahlwardt möge doch nachweisen, worin

das Interesse der Börse bestanden hat. Ich wäre sehr neugierig, das zu hören, wenn ihm überhaupt die ganze Entstehungsgeschichte des Invalidenfonds irgendwie bekannt ist, was ich bezweifle. Wenn in den Invalidenfonds mehr gelegt worden wäre, dann hätten die Einzelstaaten weniger Geld aus dem Ueberschuß der Kriegsentschädigung bekommen, und wenn die Einzelstaaten weniger Geld bekommen hätten, dann hätten sie weniger Schulden tilgen können aus diesen Ueberweisungen, wie es in Preußen geschehen ist. Dann würde allerdings auf der einen Seite ein größeres Kapital vorhanden gewesen sein, auf der anderen Seite aber eine größere Schuld, und in der Sache wäre es genau dasselbe.

(Sehr richtig! links.)

## Sitzung vom Dienstag, den 21. März 1893.

Abgeordneter **Richter:** Meine Herren, der Abgeordnete Ahlwardt hat vorgestern bei der Erörterung der Novelle zum Pensionsgesetz sich über die Entstehung des Reichsinvalidenfonds geäußert. Ich nehme Veranlassung, bei dem Etat des Reichsinvalidenfonds auf die Behauptungen des Herrn Abgeordneten Ahlwardt zurückzukommen.

Derselbe führte aus, daß es richtig gewesen wäre im Interesse des Reichs, den Invalidenfonds so zu dotiren, daß die Zinsen ausgereicht hätten für die Invaliden, und ihn nicht so zu dotiren, daß der Invalidenfonds sich selbst amortisirt. Der Herr Abgeordnete Ahlwardt fügte dann im Verlaufe der Diskussion nach dem stenographischen Bericht hinzu:

> Meine Herren, das hat die Regierung hier vorgeschlagen —
>
> — nämlich die Beschränkung der Dotation —
>
> natürlich nach Verhandlungen hinter den Culissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme. Das sind die Verhandlungen hinter den Culissen. Hier ist natürlich nichts geschehen. Aber wenn Sie erwägen, daß wir damals den Grund zu einem großen nationalen Vermögen legen konnten u. s. w

Ich frage nun die Herren Vertreter der Regierung, ob ihnen aus der Entstehungsgeschichte des Invalidenfonds etwas bekannt ist, daß die Regierung in ihren Vorschlägen über die Dotation sich hätte bestimmen lassen durch Verhandlungen hinter den Culissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme. Es liegt hier der Vorwurf vor, daß die Regierung wegen Privatinteressen und bestimmt durch Privatpersonen etwas unterlassen hätte, was sie hätte thun müssen im Reichsinteresse. Ich frage also die Regierung, ob dieser Behauptung des Herrn Abgeordneten Ahlwardt das geringste Thatsächliche zu Grunde liegt, oder ob das ebenso erfunden ist, wie das Meiste, was gestern der Herr Abgeordnete Ahlwardt vorgebracht hat.

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Staatssekretär des Reichsschatzamts, Wirklicher Geheimer Rath Freiherr **von Maltzahn:** Meine Herren, der Invalidenfonds ist bekanntlich reservirt aus der französischen Kriegskontribution. Ueber die Verwendung der französischen Kriegskontribution ist bestimmt worden durch Gesetze, welche zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag vereinbart sind, und zwar im wesentlichen durch die beiden Gesetze vom 8. Juli 1872 und vom 8. Juli 1873. In dem ersten Gesetze waren die Grundsätze festgestellt, nach welchen derjenige Betrag der Kriegskontribution, der nicht für gemeinsame Zwecke zur Verwendung kam, an die einzelnen Theilnehmer des Krieges von 1870/71, also einerseits an den Norddeutschen Bund, andererseits an die einzelnen süddeutschen Staaten, vertheilt werden sollte. Es war aber bestimmt, daß von den 5 Milliarden Francs Kriegsentschädigung eine Summe von $1^1/_2$ Milliarden Francs vorläufig reservirt werden sollte für gewisse Zwecke, die theilweise schon damals festgelegt wurden, theilweise noch festgelegt werden sollten.

Unter diesen Zwecken nennt das Gesetz von 1872 bereits die Auswerfung eines Fonds für die Invaliden des Krieges von 1870/71; bei der Verabschiedung des zweiten Gesetzes und bei der Berathung darüber in diesem Hause war dieser Fonds bereits durch das Gesetz vom 23. Mai 1873 gebildet. Der Vorwurf, den der Herr Abgeordnete Ahlwardt in der 70. Sitzung am 18. März d. J. erhoben hat, würde nicht nur die Vertreter der verbündeten Regierungen, sondern auch die Reichstagsmitglieder treffen, welche an diesen drei Gesetzen mitgewirkt haben. Viele von diesen Mitgliedern werden zur Zeit allerdings im Reichstag wohl nicht mehr anwesend sein, einige sind aber doch noch da und werden sich jener Zeit erinnern, und derjenige, der vor Ihnen steht und spricht, hat über eins jener Gesetze, dasjenige vom 8. Juli 1873, namens der Budgetkommission damals den Bericht an das Haus erstattet.

Wären irgend derartige Verhandlungen gepflogen worden, wie der Herr Abgeordnete Ahlwardt gewagt hat anzudeuten, so wäre es kaum möglich gewesen, daß diese Verhandlungen der Budgetkommission unbekannt geblieben wären. Ich kann aber auch ganz positiv den Herren versichern, daß Verhandlungen mit Börsengrößen über die Gestaltung der Gesetze über die Vertheilung der Kriegskontribution der Einbringung der Entwürfe nicht vorangegangen sind. Speziell über die Frage, ob es zweckmäßiger sei, den Invalidenfonds so zu gestalten, daß die Bedürfnisse der Invaliden nur aus seinem Zinserträgniß gedeckt werden sollten, aber ob es sich mehr empfehle, den Weg einzuschlagen, der thatsächlich eingeschlagen ist, d. h. den Fonds so zu bemessen, daß er sich nöthigenfalls vollständig aufzuzehren hätte, bis der letzte Invalide gestorben ist, über diese Frage selbst ist eine Differenz der Meinungen zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag nicht hervorgetreten. Man hat den Vorschlag der verbündeten Regierungen, den letzteren Weg zu wählen, im Reichstag vollständig gebilligt, und zwar in voller Kenntniß der Thatsache, daß der Fonds dabei so reichlich bemessen war, daß man jedenfalls sicher sein konnte, dem Bedürfniß gerecht zu werden. Meine Herren, eine Vorlage, die dem Reichstag jetzt noch zur Berathung vorliegt, zeigt Ihnen, daß der freie Bestand des Reichsinvalidenfonds noch über 100 Millionen beträgt.

Der Plan, den Invalidenfonds so zu gestalten, wie ihn das Gesetz vom Mai 1873 gestaltet hat, wie ihn das Gesetz vom 8. Juli 1872 in Aussicht nahm, tritt aktenmäßig zuerst auf in einer Vorlage des Reichskanzlers Fürst von Bismarck an den Bundesrath vom 15. Mai 1871, welche folgendermaßen anfängt:

> Der Abschluß des definitiven Friedens mit Frankreich und die durch diesen Abschluß gewonnene Gewähr für die Zahlung der von Frankreich im Präliminarfrieden übernommene Kriegsentschädigung gestatten es nunmehr, eine Entscheidung über die Verwendung dieser Entschädigung herbeizuführen.

Und nun folgen die Vorschläge, die also gemacht sind im frühesten Moment, wo es überhaupt möglich war, mit derartigen Vorschlägen vorzutreten; und der erste Vorschlag, der in dieser Vorlage an den Bundesrath gemacht wird, geht dahin, die Versorgung der Invaliden aus dem Kriege mit Frankreich und der Hinterbliebenen nach Maßgabe des mit dem Reichstag zu vereinbarenden Gesetzes sicherzustellen und zu diesem Zwecke einen besonderen Fonds zu bilden,

> dergestalt bemessen, daß er einschließlich der aufkommenden Zinsen den nach der Wahrscheinlichkeit der Lebensdauer der Empfänger zu berechnenden Kapitalwerth jener Pensionen und Unterstützungen repräsentirt.

Es war also damals schon in Aussicht genommen, einen Fonds zu bilden, der nicht nur durch seine Zinsen, sondern durch Zinsen und Kapital zusammen den Bedürfnissen gerecht werden sollte.

Die von dem Herrn Abgeordneten Richter gestellte Frage kann ich also glatt verneinen; und die Insinuation des Herrn Abgeordneten Ahlwardt, daß vor der Einbringung der Gesetzesvorlagen in den Jahren 1872 und 1873 die verbündeten Regierungen hinter den Culissen mit Börsengrößen verhandelt hätten, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme, — diese Insinuation des Herrn Abgeordneten Ahlwardt muß ich auf das allerentschiedenste zurückweisen.

(Bravo! — Bewegung.)

Abgeordneter **Ahlwardt:** Meine Herren, ich wurde veranlaßt, neulich das Wort zu ergreifen bei der Debatte, weil sich hier eine Anzahl von Herren aufspielten als Leute, die es mit den Invaliden wohl meinten und ihnen das Beste wünschten und geben mochten.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Es ist hochinteressant, daß jetzt einer der besten Vertheidiger des Herrn Abgeordneten Richter sich meldet — es sieht ganz so aus, als wenn bei gewissen Dingen rechter Hand linker Hand vertauscht ist. Ich werde nachher darauf zurückkommen, unter welchen Umständen das der Fall ist. Unter diesen Umständen muß ich nachweisen, daß die Fürsorge für die Invaliden seinerzeit eine viel bessere hätte sein können, wenn man den Invalidenfonds so eingerichtet hätte, wie es der gesunde Menschenverstand unter allen Umständen verlangte.

(Gelächter.)

Meine Herren, zur Zeit, wo es bei den 5 Milliarden, die gezahlt waren, nicht darauf ankam, ob man den Fonds um einige hundert Millionen Mark noch erhöhte oder nicht, wo man an anderen Ausgaben, meinetwegen am Festungsbaufonds oder sonstwie, hätte etwas sparen können, um diesen Fonds zu erhöhen, wäre es richtig gewesen, wenn man den Fonds so eingerichtet hätte, daß die Zinsen für die voraussichtlich und einigermaßen genau berechneten Ausgaben für diesen Fall ausreichten. Für die Ausgaben blieb der Fonds unangetastet. Da nun die Zahl der Invaliden allmählich abnahm, der Ertrag der Zinsen aber nicht, so konnte man dann den Invaliden allmählich mehr geben, und jetzt, wo ein bedeutender Bruchtheil von den Invaliden schon todt ist, könnten die noch vorhandenen übrigen eine bedeutend größere Einnahme haben, als sie jetzt aus dem Fonds erhalten, und in dem Augenblick, wo der letzte Invalide starb, besaß Deutschland dann ein freies Kapital der allerbedeutendsten Art. Dies freie Kapital machte nun das Reich für den Fall eines Krieges von den großen Börsenjuden unabhängig, während es doch augenblicklich so steht, daß wir Kriege ohne Genehmigung der großen Börsenjuden gar nicht mehr führen können.

(Lachen links — Zuruf.)

— Ja, in der Verfassung steht das nicht, da steht manches andere auch nicht! — Wenn von dort aus eine Geldsperre veranlaßt würde — und sie ist ja durch die Wiener Zeitungen uns schon angedroht, wenn nicht schleunigst Gesetze getroffen würden, die den Antisemiten das Handwerk legen — dann sind wir gar nicht in der Lage, das nothwendige Geld zu haben, sicherlich es aber nur zu Bedingungen zu haben, die sehr erschwerend und für den künftigen Volkswohlstand belastend sind. Aus dieser Gefahr wären wir herausgekommen, wenn wir dies Kapital als freies Kapital erhalten hätten. Statt dessen hat

man es vorgezogen, den Invalidenfonds etwas niedriger zu dotiren, derart, daß ein Theil des Fonds alljährlich sich mitaufzehrt. Es wird vielleicht ein Rest noch übrig bleiben, der aber ganz bedeutungslos ist gegenüber der Gesammtheit, die wir haben würden, wenn das Gesetz anders gemacht wäre.

Als nun hier das besondere Wohlwollen den Invaliden gegenüber von einer bestimmten Seite ausgesprochen wurde, nahm ich Veranlassung, auf diese Zustände, für die auch die betreffende Partei verantwortlich war, hinzuweisen, um dann klarzulegen, daß das wirkliche Wohlwollen für die Invaliden doch nicht so groß gewesen sei. Da wurden mir nun Zurufe gemacht, es wurde gesagt, weshalb das geschehen sei, und so kam ich denn darauf, zu sagen: Interesse für diese Sache hätte in allererster Linie die Börse, in zweiter Linie hätten ein Interesse auch die oppositionellen, d. h. damals oppositionellen, jetzt ja sehr regierungsfreundlichen, Parteien, denn es war eben erst der preußische Verfassungskonflikt zu Ende gegangen.

(Lachen links.)

— Meine Herren, er war 1866 eben erst zu Ende gegangen. Ich glaube, es will wohl einer der Herren mit seinem großen Lachen andeuten, daß er es weiß, daß es nicht 1870 war. — Ich sage also: es war eben erst der preußische Verfassungskonflikt zu Ende gegangen und hatte mehr als deutlich gezeigt, daß es eine große Unabhängigkeit für die Regierung bedeutet, wenn sie im entscheidenden Moment auf vorhandene Geldmittel zurückgreifen kann.

Dies sind nun die beiden Gründe gewesen, die jedenfalls dazu veranlaßt haben, daß man das Gesetz so und nicht anders gemacht hat; denn, meine Herren, ich sagte vorhin das Wort: „gesunder Menschenverstand." Ich muß darauf zurückkommen. Wenn nicht irgend welche politische oder finanzielle Gründe, die nicht ausgesprochen worden sind, vorhanden gewesen wären, dann hätte kein vernünftiger Mensch auf die Idee kommen können, den Fonds um etwas niedriger zu dotiren, damit er sich selbst aufesse.

Da wird nun — ich kam ja eben hinein, als Herr Richter die letzten Worte sprach; ich habe leider nicht gehört, was er vorher sprach — da wird nun, wie hier sonst die Interpellationen bei Abwesenheit zu Stande gebracht werden, die Interpellation eingebracht, damit die Regierung erklären soll, sie wüßte von solchen Abmachungen nichts. Ja, meine Herren, das ist allgemein wohl selbstverständlich, daß alle Abmachungen hinter den Culissen nicht offiziell stattfinden, die in diesem Fall ungefähr so stattgefunden haben mögen, wie die, von denen man in Paris wer weiß wie viel spricht.

(Bewegung.)

Meine Herren, ich glaube, die Herren thun nicht Recht daran, daß sie mich nun einigermaßen zwingen, darauf zu kommen, aktenmäßig nachzuweisen

(Lachen links.)

— aktenmäßig durch Unterschriften von einigen Herren, die hier sitzen, aktenmäßig auch durch Unterschrift eines Herrn, der in der Regierung jetzt eine hohe Stellung einnimmt, daß Verhandlungen der schlimmsten Art bei verschiedentlichen anderen Dingen, die noch einschneidender sind als diese, thatsächlich geführt worden sind.

(Zurufe.)

— Meine Herren, ich werde mich dazu nicht hinreißen lassen

(Lachen links.)

in diesem Augenblick das hier vorzulegen; denn kurz vor Schluß des Reichstags oder vor der Vertagung ist das hier nicht angebracht; denn das wird eine Debatte sein, die eine Reihe von Tagen einnimmt, und die vielleicht mit sehr ernsten Dingen endet. Nur das eine will ich Ihnen sagen, damit Sie wissen, worauf es ankommen wird, sowie ich diesen Angriff ausführe, daß ich elf Aktenstücke, eigenhändig gezeichnet von dem jetzigen Herrn Finanzminister, dabei noch eine Rolle spielen werden. Es werden diese bald nach der Wiedereröffnung des Reichstags nach Ostern, sobald sich irgendwie Gelegenheit dazu findet, hier vorgelegt werden. Es wird gezeigt werden, meine Herren, daß unser Volk, das sich quält und arbeitet vom frühen Morgen bis zum späten Abend, durch Herren, die diesen Herren nahestehen, um Hunderte von Millionen betrogen worden sind.

(Lachen links.)

Und diese harmlose Sache, die hier angedeutet wird, meine Bemerkung, daß hier die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß bezüglich des Invalidenfonds auch manches hinter den Culissen besprochen worden ist, kann vielleicht Veranlassung dazu geben, zu zeigen, wie manches hinter den Culissen vorgekommen ist.

Meine Herren, als ich vorhin mich gegen die linke Seite wandte, da kam vor allen Dingen von der rechten Seite gleich ein Zwischenruf, der gegen mich gerichtet war. Ich mußte da die Bemerkung machen: „rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht." Ja, meine Herren, wenn es sich darum handelt, die Juden in ihrer ausbeutenden Thätigkeit zu schützen, dann finden wir auf allen Seiten des Hauses, hier und da, nicht durchweg auf allen Seiten des Hauses, Freunde des Judenthums. Es sind das alles Leute, die ihr eigenes Volk verrathen in der Hoffnung, von den Juden einen Brocken abzukriegen

(Lachen links.)

resp. Leute, die nicht so weit gehen, die aber aus Furcht, daß ihnen eine Hypothek gekündigt wird oder eine —

(Große Bewegung.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Staatssekretär des Reichsschatzamts, Wirklicher Geheimer Rath Freiherr **von Maltzahn**: Der Herr Abgeordnete Ahlwardt hat sich nicht entblödet, den schweren Vorwurf, welchen er dem Fürsten Bismarck und den übrigen Vertretern der verbündeten Regierungen aus dem Jahre 1871, welchen er den Abgeordneten des damaligen Reichstags, die an dem Zustandekommen der Gesetze mitgearbeitet hatten, gemacht hatte, eben zu wiederholen, den Vorwurf, daß sie ihr Land durch Verhandlungen hinter den Culissen um Geldinteressen verrathen hätten, obwohl er nicht einmal den Versuch gemacht hat, diese Behauptungen irgendwie zu begründen. Es bleibt mir, da diese Aeußerungen von der Tribüne des Reichstags hier gethan sind, in diesem Augenblick nichts weiter übrig, als von neuem zu erklären, daß das, was der Abgeordnete Ahlwardt behauptet hat, der Wahrheit direct widerspricht.

(Bravo!)

**Präsident**: Ich habe zunächst zu erklären, daß ich den directen Vorwurf gegen den Fürsten Bismarck, gegen Mitglieder der damaligen Regierung, gegen Mitglieder dieses Hauses, daß sie ihr Land verrathen hätten durch Verhandlungen hinter den Culissen, nicht gehört habe, sonst würde ich ihn gerügt haben.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Nach den Erklärungen des Herrn Präsidenten habe ich allerdings nur wenige Worte zu sagen. Meine Herren, da werden wieder Sachen plötzlich durcheinander geworfen, die doch von einander zu halten sind Als ich von dem Verrath des deutschen Volks sprach, da sprach ich nicht mehr von der Regierung oder von Personen, die der Regierung angehören, sondern da sprach ich von Angehörigen des deutschen Volks schlechthin

(Lachen links.)

die nicht zu ihrem Volke, sondern zum fremden, eingewanderten Volke stehen und ihr eigenes Volk an dieses fremde Volk verrathen.

(Lachen links.)

Wirklich sagte ich: Sie thun das deshalb, um von der großen Beute etwas abzubekommen, oder aus anderen Gründen.

(Lachen links.)

Wie ich nun dieses plötzlich soll bezogen haben auf den Fürsten Bismarck oder auf andere Namen, die hier genannt sind, das ist mir unverständlich. Ich unterlasse es aber, des weiteren dagegen zu protestiren, weil der Herr Präsident ja selbst erklärt hat, daß er die Aeußerungen nicht gehört hat.

Abgeordneter **Richter**: Es ist mir sehr lieb, daß ich diese weitere Verhandlung veranlaßt habe. Es handelt sich hier nicht mehr um das, was damals zweckmäßig gewesen wäre, sondern es handelt sich darum, ob es wahr ist, was der Abgeordnete Ahlwardt am 18. März behauptet hat:

> Meine Herren, das hat die Regierung hier vorgeschlagen, natürlich nach Verhandlungen hinter den Culissen mit den großen Börsenjuben, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme. Das sind die Verhandlungen hinter den Culissen. Hier ist natürlich nichts geschehen.

Es handelt sich hier also gar nicht in erster Reihe um Juden, sondern es handelt sich um einen Angriff auf die damalige Regierung, deren verantwortlicher Leiter der Fürst Bismarck war. Der Herr Abgeordnete Ahlwardt, in die Enge gedrängt, hat, nachdem er erst ein langes und breites herumgeredet hat, worauf es gar nicht ankam, dann sich zu der Behauptung erhoben, er habe nicht weniger als elf Aktenstücke, darunter eigenhändig von dem jetzigen Finanzminister unterzeichnete Aktenstücke, in denen nachgewiesen würde durch Unterschriften, von Herren, die noch hier im Hause sind, daß Verhandlungen der schlimmsten Art gegen allgemeine Interessen stattgefunden haben. Wir wollen den Abgeordneten Ahlwardt zwingen, das zu beweisen. Wenn er das nicht vollständig kann, steht dieser Angriff auf die Finanzverwaltung genau auf derselben Höhe, wie seine bisherigen Angriffe gegen die Militärverwaltung.

(Lebhaftes Bravo links.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ich muß noch einmal erklären, daß in allem, was ich sagte, nicht ein Angriff speciell gegen die Finanzverwaltung lag, sondern der Angriff, daß heimliche Verhandlungen von einflußreichen Personen, bei denen es sich um eine Schädigung des deutschen Volks handelt, hier stattgefunden haben, und daß ich von denen sprach

(Zuruf),

— welche Personen das sind, das, habe ich Ihnen gesagt, werde ich Ihnen durch die Vorlage von Aktenstücken, die ich auf dem Tisch dieses Hauses gleich nach der Wiedereröffnung der Sitzungen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet, niederlegen werde, beweisen. Ich erkläre Ihnen schon jetzt, daß das durchweg Originalaktenstücke sind, über deren Aechtheit kein Zweifel ist.

(Zurufe.)

— Ob die Sachen gestohlen sind oder nicht, darauf kommt es jetzt nicht an; sie sind in meinem Besitz, ich habe sie nicht gestohlen, nehme auch nicht an, daß sie gestohlen sind, sondern daß sie reell erworben sind. Das letztere wollte ich nur auf die Zwischenrufe anführen.

Wenn nun der Herr Vorredner sagt: das ist gerade so wahr, wie das, was gestern gesagt ist, bezüglich der Judenflinten — so muß ich sagen: allerdings ist es genau so wahr, es ist beides gleich wahr.

(Große Heiterkeit.)

Das wird natürlich von diesen lebhaftesten Vertheidigern des Judenthums bestritten. Meine Herren, diese Art und Weise des Kampfes, die nun hier getrieben wird und weiter getrieben wird, wie man anfangs suchte, das durch Todtschweigen zu machen, wie man andere Gründe hatte, von pathologischen Dingen sprach und durch Lachen das todtmachen wollte, wie man alle möglichen Dinge aufgriff — das wird jedermann klar sein; diese Art und Weise des Kampfes fürchte ich aber nicht. Die gestrige Debatte hat den Herren das Gefühl gegeben, daß da eine häßliche Niederlage erlitten ist, und da möchte man das wieder gut machen dadurch, daß man diese Sachen vorbringt.

(Große Heiterkeit.)

Man wird sich immer fester reiten und man wird dann schließlich zu der Ueberzeugung kommen, daß etwas faul ist im Staate Dänemark

(Heiterkeit),

das aufzuklären hier wäre; und je schneller das geschieht, je besser ist es

Im übrigen konnte ich hier die Aktenstücke nicht mitbringen, denn ich hatte keine Ahnung, daß die Sache hier vorkommen würde, noch hatte ich die betreffenden Akten so nahe bei der Hand, daß ich sie in einer Viertelstunde herbeischaffen könnte. Ich werde aber nicht ermangeln, diese Aktenstücke Ihnen im Original vorzulegen.

Abgeordneter **Richter**: Ich bin der Meinung, daß man Personen, wie den Herrn Vorredner, nur unschädlich machen kann in der öffentlichen Meinung, wenn man sie Schritt vor Schritt durch alle Schlupfwinkel verfolgt, in denen sie sich zu verbergen suchen; und das hat mich bestimmt, in dem Augenblick, wo der stenographische Bericht von vorgestern erschienen ist und ich constatirt habe, daß er der Regierung vorwirft, Verhandlungen gepflogen zu haben hinter den Culissen gegen das Interesse des Reichs, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Also nicht todtschweigen, sondern Sie zur Rede zu zwingen, das ist der Zweck meines ganzen Vorgehens; und wenn alles, was Sie vorbringen können, gleich wahr ist, — wie Sie sagen — wie das, was die Judenflinten betrifft, so ist das Urtheil vor der öffentlichen Moral auch in dieser Angelegenheit über Sie bereits gesprochen.

Abgeordneter **Rickert**: Herr Präsident, ich beantrage die Vertagung der Sitzung,

(lebhafte Zustimmung),

und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Abgeordnete Ahlwardt verpflichtet ist, morgen die Akten, von denen er gesprochen hat, zur Stelle zu bringen. Ein so schwerer Vorwurf, wie er hier erhoben ist, darf auch nicht 24 Stunden auf der Regierung haften bleiben.

(Bravo!)

Abgeordneter Freiherr **von Manteuffel**: Ich unterstütze den Antrag des Herrn Abgeordneten Rickert und bin meinerseits der festen Ueberzeugung, daß es im Interesse des Hauses und insonderheit im Interesse der Regierung liegt, daß diese Sache so schnell wie möglich klargestellt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Nicht minder hat daran ein Interesse das ganze Land, damit man sieht, in welcher Weise die Beschwerden des Abgeordneten Ahlwardt vorgebracht sind.

(Bravo!)

**Präsident**: Die Herren Abgeordneten Rickert und Freiherr von Manteuffel haben die Vertagung der Sitzung beantragt.

Ich bitte, daß diejenigen, welche den Antrag unterstützen wollen, aufstehen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Ich bitte, daß diejenigen aufstehen oder stehen bleiben, welche die Vertagung beschließen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Vertagung ist beschlossen.

---

## Sitzung vom Mittwoch, den 22. März 1893.

Abgeordneter **Richter**: Wir erwarten doch, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt versuchen wird, den Beweis anzutreten, den er uns gestern schuldig geblieben ist.

**Präsident**: Ich kann in dem Vortrag des Etats hierauf nicht warten.

Abgeordneter **Richter**: Ich wollte dann noch constatiren, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt den Beweis schuldig geblieben ist.

(Zwischenrufe.)

Möge er dann doch versuchen, den Beweis zu erbringen.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, ich wurde gestern in Folge wiederholter Provokation veranlaßt, von Akten zu sprechen, die allerdings von der maßgebendsten Bedeutung sind, die ich aber nicht im Augenblick hier vorbringen wollte. Ich hatte mir vorbehalten, bei einer Gelegenheit nach Wiedereröffnung des Reichstags nach den Osterferien zu einer längeren Debatte durch die Vorlegung dieser Akten Veranlassung zu geben und daraufhin meine Anträge zu stellen. Ich habe mich sogar dazu verpflichtet, diese Akten nach Beendigung der Ferien hier abzugeben. Sie werden begreifen, meine Herren, daß bei der Lage, in der ich mich befinde, diese Akten — es sind ja über zwei Zentner — nicht in meiner Wohnung vorhanden sind

(Heiterkeit);

ich habe sie vielmehr auf eine ganze Anzahl von Freunden, theils in Berlin, theils außerhalb Berlins, vertheilt. Es ist mir aber gleichwohl gelungen, wenigstens einige davon heute zu beschaffen. Was einen zweiten Theil betrifft, so erhalte ich eben die Depesche, daß der Mann verreist wäre, aber schon nach drei Tagen zurückkomme; dann hat einen großen Theil der Akten der Verlagsbuchhändler Glöß; derselbe theilt mir auf meine telegraphische Anfrage hin mit, daß, da er jetzt selbst wiederholt von Haussuchungen bedroht sei, er sie einem Bekannten gegeben habe, und sie mir persönlich überbringen würde. Es ist möglich, daß dies heute noch geschieht. (Zuruf links.)

— Zu verlangen haben Sie gar nichts! Es handelt sich darum, daß ich hier meine freiwillig gebe. Zu verlangen haben Sie erst etwas nach den Osterferien, weil ich mich dann zur Vorlage verpflichtet habe. Damit aber die Sache einmal in Fluß kommt, habe ich denjenigen Theil, den ich heute erhalten konnte, bereits heute mitgebracht; und ich lege ihn hiermit nieder, nur mit der einen Bitte, daß mir in den Ferien nochmals gestattet werde, Einsicht in diese Stücke zu nehmen; denn sie ergänzen sich mit vielen anderen zusammen zu einem Ganzen. Das Ganze will ich gleich nach den Ferien, sobald der Herr Präsident mir das Wort dazu ertheilt, zur ausführlichen Darlegung benutzen.

(Zurufe links.)

— Das Vorlesen hat absolut keinen Zweck; denn die Theile gehören zusammen, und es ergänzt sich eins aus dem anderen. Es läßt sich der Vortrag nur aus dem Ganzen machen. Sie brauchen keine Angst zu haben, meine Herren; Sie werden eben alles sehr lang und ausführlich und deutlich hören. Seien Sie ganz ohne Sorge, entgehen soll Ihnen kein wichtiges Stück! Der Inhalt der gesammten Akten wird vorgelesen werden, es wird das alles zusammen ein großes Ganzes bilden. Ich werde Ihnen absolut nichts vorenthalten.

Abgeordneter Graf **von Ballestrem**: Meine Herren, ich würde den Antrag stellen, zunächst unsere Sitzung jetzt auf eine Stunde zu vertagen, und daß während dieser Stunde die gewöhnlichen Vertrauensmänner des Hauses aus allen Parteien, die man vulgo den Seniorenkonvent nennt, unter dem Vorsitz unseres verehrten Präsidenten zusammentreten und die Aktenstücke, welche der Herr Abgeordnete Ahlwardt auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat, prüfen, daß dann von diesen Herren ein Berichterstatter ernannt wird, welcher bei Wiederbeginn der Sitzung dem Hause über diese Aktenstücke berichtet.

(Sehr richtig!)

Dies ist mein Antrag, und ich bitte den Herrn Präsidenten ihn zur Abstimmung zu bringen.

Abgeordneter **Richter**: Meine Herren, ich will nur in diesem Stadium der Verhandlungen gegen den Ausdruck des Herrn Abgeordneten Ahlwardt protestiren, daß wir ihn provozirt hätten. Er hat uns provozirt bei der Debatte über das Militärpensionsgesetz

(sehr richtig!)

durch Anschuldigungen ungeheuerlicher Art gegen die Reichsverwaltung, und nach solchen Provocationen waren wir verpflichtet, von ihm eine Beweisstellung zu verlangen. Dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt begegnet es nunmehr, daß er in dem Augenblicke, wo ihm die Beweise fehlen, —

(Glocke des Präsidenten.)

Abgeordneter **Richter**: Zur Geschäftsordnung will ich mich dann darauf beschränken, dem Antrag des Herrn Grafen Ballestrem zuzustimmen. Aber ich sehe keine Veranlassung, die Sitzung des Hauses auszusetzen, deshalb, weil wir ja noch andere Gegenstände der Tagesordnung haben; und ich meine, die Frage der Vertagung der Sitzung könnte nur dann erst praktisch werden, wenn die Commission, die der Herr Abgeordnete Graf Ballestrem beantragt hat, am Schlusse der Erledigung unserer Tagesordnung nicht mit ihren Arbeiten bereits fertig ist.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Ich kann zur Geschäftsordnung nur bemerken, daß die Untersuchung dieses ganzen Materials durch diese Vertrauensmänner, um die ich dringend gebeten hatte, erst dann einen Zweck hat, wenn die Akten vollständig sind, wenn besonders die Akten aus Leipzig von Glöß kommen werden, die mit diesen zusammen allerdings schon ein wesentliches Stück bilden. Wenn der dritte Theil der Akten noch kommt, um den ich durch Depesche gebeten habe, dann hat das eben einen Zweck; diese Akten an und für sich, so hochwichtig sie sind, sind allein ganz unverständlich; und ich bitte, mir Zeit zu lassen, um diese Akten herbeizuschaffen. Ohne Herbeischaffung dieser Akten hat die Besprechung darüber gar keine Bedeutung. Ich erkläre Ihnen, daß die gesammten Akten zur Stelle kommen werden, so schnell es möglich ist; auf weiteres kann ich mich absolut nicht einlassen,

(Lachen.)

Abgeordneter Freiherr **von Manteuffel**: Meine Herren, ich möchte den Antrag des Herrn Abgeordneten Grafen von Ballestrem unterstützen, gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter, daß die Vertagung nicht stattfinden soll. Der Herr Abgeordnete Graf von Ballestrem hat beantragt, daß dieser Commission — will ich die Herren einmal nennen — der Präsident dieses hohen Hauses vorsitze. In diese Commission wird unzweifelhaft auch der Herr Abgeordnete Graf von Ballestrem eintreten. Da ist es nachher unmöglich, der Sitzung des Hauses Fortgang zu verschaffen, weil der zweite Herr Vicepräsident nicht anwesend ist. Also ich meine, daß schon aus diesem einen Grunde die Vertagung stattfinden muß, ob nun auf eine Stunde oder auf eine Zeit, die vielleicht länger oder kürzer bemessen ist, das ist eine andere Frage. Aber daß wir die Untersuchung heute sofort vornehmen, halte ich für

nothwendig, schon um den Beweis zu liefern, daß es unangängig ist, ja, nach meiner Ansicht unerhört ist, Beschuldigungen auszusprechen, die man nicht in der Lage ist zu beweisen, und insbesondere nicht sofort zu beweisen.

(Allseitiger lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ich halte es auch für absolut nothwendig, daß sofort diese Aktenstücke, die der Herr Abgeordnete Ahlwardt hier vorgelegt hat, untersucht werden. Wenn der Herr Abgeordnete Ahlwardt das nicht wollte, dann hätte er seine Zunge gestern im Zaume halten sollen.

(Sehr richtig!)

Derartige Beschuldigungen der Regierung, von Ministern, von „Mitgliedern dieses Hauses" in hoher Stellung hier öffentlich auf der Tribüne auszusprechen, heißt etwas anderes, als in Volksversammlungen Unwahrheiten dem Volke vorzuerzählen.

(Sehr richtig! — Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter **Rickert:** Herr Präsident, ich bin auch schon fertig. Ich habe gesagt, was ich sagen wollte.

Abgeordneter **Rickert:** Noch eine Bemerkung! Ich glaube, daß auch der Herr Abgeordnete Richter damit einverstanden sein wird, daß die Sitzung vertagt wird. Es liegt uns daran, unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten in der Commission zu sitzen und auch den Herrn Vicepräsidenten dabei zu haben; der Zweite Herr Vicepräsident ist heute nicht anwesend.

(Zustimmung links.)

Abgeordneter **Ahlwardt:** Meine Herren, unter den Umständen erkläre ich Ihnen Folgendes. Ich habe gestern mit vollem Bewußtsein die Angriffe ausgesprochen, ich habe erklärt, daß die Beweise aktenmäßig sind, und daß diese Akten zu einem bestimmten Zeitraum vorgelegt werden. Diesen Zeitraum habe ich mir gesetzt, und ich werde ihn innehalten. Inzwischen, weil aber hier durch den Antrag auf Vertagung gestern der Wunsch ausgesprochen ist, es möchten die Akten gleich vorgelegt werden, habe ich mir Mühe gegeben, diese Akten sämmtlich zu beschaffen. Sie gehören sämmtlich zusammen

(Lachen),

und ein einzelnes Stück hat gar keinen Werth.

(Widerspruch.)

Ich lege sie immer nur einzeln hier nieder, wie ich sie bekomme; ich werde es verweigern, vorher, ehe ich mich verpflichtet habe, die Aktenstücke sammt und sonders hier vorzulegen, zur Besprechung zu schreiten. Ich erkläre, außer Stande zu sein, sämmtliche Akten früher, als ich mich verpflichtet habe, d. h. nach den Osterferien, niederzulegen.

(Zuruf.)

— Ich habe gestern erklärt, nach den Osterferien sind sie hier, wie sie einzeln einlaufen.

(Lachen.)

Eben geht mir wieder die Nachricht zu, daß wahrscheinlich noch heute Abend etwas einlaufen wird; ich werde den Brief auch hier niederlegen. Bis dahin muß die Sache vertagt werden.

(Widerspruch.)

— Ja, das hat gar keinen Zweck! ich lasse mich, solange nicht das Ganze hier ist, auf nichts ein.

Ich habe erklärt, daß die Akten kommen werden. Zur rechten Zeit sind sie hier, dafür stehe ich ein. Vorher läßt sich nichts damit machen. Die Akten allein haben erst dann eine Bedeutung, wenn die ergänzenden Aktenstücke dazu da sind.

(Widerspruch.)

Ich kann also vorher irgend eine Auskunft nicht geben und ich kann auch die Akten vorher nicht aus den Händen dem Herrn Präsidenten zu einer Einzeluntersuchung herauslassen. Es hat das bestimmte Bedenken, die ich hier nicht aussprechen will.

(Lachen.)

Abgeordneter Dr. **Marquardsen:** Meine Herren, im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir mit dem Antrag des Herrn Grafen von Ballestrem durchaus einverstanden sind. Herr College von Manteuffel hat den entscheidenden Grund dafür ausgesprochen, und ich meinerseits kann nicht einsehen, daß der Ankläger in seiner Hand hat, zu sagen, wann es ihm gefällt, mit seinen angeblichen Beweisen hervorzutreten.

(Bravo!)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ich möchte dem Antrag des Herrn Grafen Ballestrem noch eine Ergänzung geben, nämlich, daß die Commission ermächtigt wird, Herrn Ahlwardt zu hören. Er wird doch jedenfalls wissen, was in den Aktenstücken drin steht, wenn er sie auch hier nicht hat; sonst hätte er diese unerhörte Beschuldigung nicht ausgesprochen. Das Land, meine Herren, und wir haben ein Recht, heute darüber klar zu werden, ob der Mann die Wahrheit gesagt hat oder nicht.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Richter hat, wie ich vernehme, den Antrag, die Sitzung nicht zu vertagen, zurückgenommen. Es liegt also nur noch der Antrag vor, daß die Sitzung — —

Abgeordneter **Merbach:** Ich erkläre zugleich im Namen meiner politischen Freunde, daß wir dem Antrag Graf von Ballestrem beitreten. Wir verlangen unbedingt, nachdem gestern eine so unerhörte Beschuldigung ausgesprochen ist, eine schleunige Untersuchung. Wir sind es uns und dem ganzen Volke schuldig, daß im Reichstag anders verfahren wird als wie in Volksversammlungen.

(Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Es liegt der Antrag vor, daß die Sitzung ausgesetzt werde, daß eine gewisse Vertrauenskommission, die im Hause besteht, unter meinem Vorsitze zusammentrete und die vorgelegten Aktenstücke einer Prüfung unterwerfe, auch bevollmächtigt werde, den Herrn Abgeordneten Ahlwardt über den Inhalt der Akten zu hören, und daß diese Commission, sobald sie fertig ist, dem Hause wieder Bericht erstattet. Ich meine, daß wir eine Stunde werden unsere Sitzung aussetzen müssen.

Abgeordneter **Wisser:** Ich mache darauf aufmerksam, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt die Ueberreichung der Schriftstücke zurückgezogen hat.

(Widerspruch.)

— Er hat es ausdrücklich erklärt.

(Wiederholter Widerspruch.)

— Ich bitte die Herren, mich doch ausreden zu lassen. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er dem Herrn Präsidenten die Erlaubniß nicht giebt, diese Aktenstücke der vorgeschlagenen Commission zur Einsicht zu übergeben. Ich bitte festzustellen, ob die Zurückziehung der Aktenstücke zulässig ist.

(Glocke des Präsidenten.)

(Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

**Präsident:** Ich habe dem Herrn Abgeordneten Wisser zu erwidern, daß, wenn jemand Aktenstücke auf den Tisch des Hauses niederlegt, ich über diese Aktenstücke disponire, wie es mir gefällt.

(Zustimmung.)

Abgeordneter **Wisser:** Ich danke für diese Belehrung über einen für mich unklaren Punkt.

(Allgemeine stürmische Heiterkeit.)

**Präsident:** Ich habe den Antrag, der gestellt worden ist, in allen seinen Einzelheiten wiederholt und bitte, daß diejenigen, welche die Sitzung auf eine Stunde aussetzen wollen und wünschen, daß die bezeichnete Commission zu dem angegebenen Geschäft zusammentrete, sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit.

Wir werden uns also um $2^3/_4$ Uhr wieder versammeln.

Ich bitte die Commission, in meinem Zimmer sofort zusammenzutreten.

(Die Sitzung wird um $1^3/_4$ Uhr vertagt.)

* * *

Die Sitzung wird um 3 Uhr 20 Minuten wiedereröffnet.

Berichterstatter Abgeordneter Graf **von Ballestrem:** Meine Herren, Ihre Vertrauensmänner sind unter dem Präsidium des Präsidenten des Reichstags zusammengetreten, um Ihrem Auftrage gemäß die von dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt überreichten Aktenstücke zu prüfen, und haben von denselben eingehende Kenntniß genommen. Die Aktenstücke sind von einigen Mitgliedern der Kommission Stück für Stück durchgesehen worden; auch andere Mitglieder der Kommission haben sich überzeugt, daß das Urtheil dieser Herren über die Aktenstücke das richtige war.

Der Herr Abgeordnete Ahlwardt, welcher behufs Ertheilung von Erklärungen zugezogen worden war, wurde aufgefordert, einzelne Schriftstücke in diesen Aktenstücken zu bezeichnen, welche seine Angaben vom gestrigen Tage zu bestätigen geeignet wären. Der Herr Abgeordnete Ahlwardt hat dieses nicht vermocht; er erklärte nur, daß die vorgelegten Aktenstücke allein nicht geeignet wären, diese Angaben, welche er gemacht, zu bestätigen, daß sie erst in Verbindung mit anderen Aktenstücken, welche er noch nicht herbeizuschaffen in der Lage wäre, die er aber in einer näher — oder ferner liegenden Zeit herbeischaffen wollte und konnte, — daß sie erst dann geeignet wären, seine Behauptung zu unterstützen.

Hierauf hat Ihre Vertrauenskommission folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

> Die Vertrauenskommission des Reichstags hat einstimmig beschlossen, zu erklären, daß die von dem Abgeordneten Ahlwardt vorgelegten Aktenstücke durchaus nichts enthalten, was die Behauptung des Abgeordneten Ahlwardt in der gestrigen Sitzung irgendwie unterstütze, und nichts enthalten, was gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstags, eines deutschen Landtags, der Reichsregierung oder einer deutschen Landesregierung im mindesten belastet.

Aus der Mitte der Kommission wurde folgendes hervorgehoben.

Der Abgeordnete Ahlwardt hat gestern in der voraussichtlich letzten Sitzung vor den Osterferien Behauptungen vor versammeltem Reichstage aufgestellt, welche geeignet waren, die schwersten Beschuldigungen gegen gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstags und gegen Mitglieder der Reichsregierung und Landesregierungen glaubhaft erscheinen zu lassen. Aufgefordert, seine Beweise hierfür beizubringen, hat er dies nicht gekonnt und erklärt, daß er auch nicht im Stande sei, dies gleich zu thun. Der Reichstag hat geglaubt

(Zurufe)

— der Reichstag hat geglaubt, daß er nicht 24 Stunden ins Land gehen lassen dürfe, wo diese Beschuldigungen unerwidert und unerwiesen geblieben wären, und deshalb hat er, alle anderen Rücksichten bei Seite setzend, beschlossen, heute noch eine Sitzung abzuhalten, um dem Abgeordneten Ahlwardt Gelegenheit zu geben, seine Beschuldigung zu beweisen. Wie dies gelungen ist, hat der von mir eben verlesene Beschluß der Kommission Ihnen bewiesen.

Meine Herren, wenn jemand, wenn besonders ein Mitglied des Reichstags solche Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstages oder der Regierungen vorbringt, so kann er dies nur thun, wenn er die Beweismittel sofort zur Stelle hat und auf den Tisch des Hauses niederlegt. Wenn er dies aber thut in einer Sitzung, auf welche eine längere Pause folgt, wo durch Wochen hindurch diese Beschuldigung unerwidert und unwiderlegt durchs Land geht, so ist das ein Benehmen, welches im Deutschen Reichstag bis jetzt Gott sei Dank noch nicht vorgekommen ist

(lebhafter Beifall),

und welches richtig zu qualifiziren in parlamentarischen Ausdrücken außerst schwer sein würde.

(Bravo!)

Diesen Gefühlen wurde Ausdruck gegeben in der Kommission, und die ganze Kommission ist ihnen einstimmig beigetreten.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, als ich gestern durch den Herrn Abgeordneten Richter provozirt wurde bezüglich meiner Aeußerungen über den Invalidenfonds, da antwortete ich, daß ich unter Beweis stellen könne, daß nicht nur bezüglich des Invalidenfonds, sondern bezüglich vieler anderer Dinge Schlimmes vorgekommen sei, und daß das deutsche Volk hierdurch schwer geschädigt sei, daß sogar in diesen Akten, die ich besäße, Personen dieses Hauses und auch ein Mitglied der jetzigen Regierung durch ihre Unterschriften, resp. durch Briefe über sie gekennzeichnet seien, daß allen diesen Personen manches nicht Gute nachgesagt sei,

(Heiterkeit)

oder Aehnliches. Ich erklärte, daß ich unter Beweis stellen würde, daß durch Manipulationen, mit denen auch diese Personen zusammenhingen, das deutsche Volk um Hunderte von Millionen Mark geschädigt sei.

(Zwischenruf)

— oder betrogen — das ist dasselbe; ich glaube nicht, daß ich „betrogen" gesagt habe; es würde aber immerhin meinen Gedanken entsprechen, wenn ich es gesagt hätte — und daß ich in der Lage sei, dieses nach den Osterferien, da die Akten, mir ja nicht unmittelbar zur Hand seien, zu beweisen. Ich habe heute hier erklärt, daß bei den Verhältnissen, in denen ich lebe, ich Aktenstücke nicht 24 Stunden lang in meinem Hause behalten könnte, besonders nicht Aktenstücke dieser Art, und daß ich sie deshalb bei guten Freunden und Bekannten untergebracht hätte. In der Kommission habe ich sämmtliche Namen und Wohnungen der Personen, bei denen die einzelnen Aktenstücke lagern, mitgetheilt, von zweien auch Depeschen bezüglich des Zeitpunkts, in denen die Akten kommen, niedergelegt. Inzwischen, während ich in der Kommission war, bekam ich noch eine Depesche, daß einige der Aktenstücke wahrscheinlich jetzt schon draußen sind.

Meine Herren, da trotzdem es mir nicht möglich gewesen ist, auch nur einige Stunden Aufschub zu erhalten, und da es die Kommission mir abgelehnt hat, sich in Permanenz zu erklären

(große Heiterkeit),

damit ich derselben diese Aktenstücke vorlegen kann, da sonach heute hier gerichtet wird über mich, trotzdem vorher von mir erklärt wurde, daß ich die Akten zum größten Theil noch nicht da hätte, sie aber in nächster Zeit haben werde, — da mir sonach die Möglichkeit abgeschnitten ist, dies zu beweisen, weil die Kommission sich wieder getrennt hat, so muß ich allerdings dem Gefühl Ausdruck geben, daß ich in die Unmöglichkeit versetzt bin, das zu beweisen, was ich hier unter Beweis stellen wollte.

Und, meine Herren, es sind nicht leichte Sachen, um die es sich handelt. Ich erinnere nur an eine einzige Thatsache, die ich hier in der Kommission vorgebracht habe. Es liegt in diesen Akten ein Brief, ein Originalbrief des Präsidenten eines Senatsgerichtshofes einer auswärtigen Regierung. In diesem Briefe bedankt sich der Herr bei einem hervorragenden deutschen Staatsbürger, den ich auch in der Kommission nannte, für die schöne Geldzuwendung und bittet auch für seine Kollegen im Senate um Zuwendungen, und auf der anderen Seite —

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter Ahlwardt, was in den Akten steht, die Sie uns noch nicht vorgelegt haben, das geht uns heut gar nichts an. Es handelt sich jetzt nur um die Akten, die Sie uns vorgelegt haben.

Abgeordneter **Ahlwardt**: Schön, ich hatte diese Akten zum Theil in Aussicht gestellt

(Heiterkeit links);

und da mir trotzdem die Möglichkeit nicht gewährt ist, auch nur einige Stunden noch zu warten, um diese herbeizuschaffen, so muß ich erklären, daß mir die Möglichkeit, das zu beweisen, was ich beweisen wollte, abgeschnitten worden ist.

Abgeordneter **Richter**: Der Abgeordnete Ahlwardt hat von einer Provokation meinerseits gesprochen. Niemand hat hier anders provozirt als er,

(sehr richtig!)

indem er am Sonnabend bei der Berathung der Novelle zum Invalidenpensionsgesetz die Behauptung aufstellte, daß durch Verhandlungen hinter den Kulissen zwischen der Regierung und den reichen Börsenjuden, wie er sich ausdrückte, die Regierung veranlaßt worden sei, gegen das Reichsinteresse den Invalidenfonds knapper zu bemessen, als es an sich vernünftig gewesen wäre. Daraufhin habe ich den Herrn Abgeordneten Ahlwardt gestern aufgefordert, den Versuch zu machen, dies zu beweisen. Ich konstatire, zuzüglich dem, was bereits mitgetheilt worden ist, daß selbst in dem vorgelegten Aktenstück über den Invalidenfonds überhaupt nicht das Mindeste enthalten gewesen ist

(hört! hört! links)

nichts, was irgendwie auf das Verhalten der Reichsregierung jetzt oder früher irgendwie einen Bezug haben konnte.

Alles, was der Abgeordnete Ahlwardt in Bezug auf den Invalidenfonds — das war der Ausgangspunkt seiner Anschuldigungen — vorbrachte, war die Ueberreichung eines Pamphlets, was vor 15 Jahren erschienen ist und von dem bekannten, allerdings ihm geistig verwandten Rudolph Meyer herrührt.

(Hört! hört! links.)

Dieser Rudolph Meyer hatte in dem Buch verschiedene Stellen angestrichen. Es ist dies ein Pamphlet ähnlich anderen Pamphleten, die in jener Zeit über den Invalidenfonds und die Anlagen für denselben erschienen sind. Diese damals erhobenen Anschuldigungen haben schon vor 16 Jahren dem Deutschen Reichstag die Veranlassung gegeben, bei der Berathung der Novelle zum Reichsinvalidenfondsgesetz im Jahre 1875/76 eine ausgedehnte Enquete über die Anlagen des Invalidenfonds und die dabei obwaltenden Verhältnisse anzustellen. Ich habe selbst dieser Kommission angehört und es damals schon im Reichstage öffentlich ausgesprochen, daß von allen diesen, damals schon erhobenen Anschuldigungen, Anschuldigungen, die jetzt aufzuwärmen versucht werden, absolut nichts begründet gewesen ist nach Maßgabe der damals festgestellten Thatsachen.

(Hört! hört! links.)

Wenn Sie das Nähere darüber erfahren wollen, dann nehmen Sie gefälligst Einsicht in die Nr. 185 der Drucksachen dieses Hauses der Session 1875/76.

Eine Behauptung hat jetzt der Herr Abgeordnete Ahlwardt wiederholt, die überhaupt weder mit dem Invalidenfonds noch mit dem Verhalten der Reichsregierung das Mindeste zu thun hat, und für die er irgend einen Beweis vorzubringen nicht im Stande war. Er hat also lediglich seinen bisherigen unbewiesenen Behauptungen eine neue unbewiesene Behauptung angereiht. Meine Herren, das ist ja doch immer dieselbe gleiche Methode, die dieser Herr jetzt zum dritten Male ausübt: zum ersten Male der bekannte Prozeß, worin er die Stadtverwaltung von Berlin der Korruption beschuldigte, weswegen er dann zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde; dann in dem bekannten Prozeß wegen Beleidigung der Militärverwaltung und der Firma Löwe — überall war er sofort zur Stelle, die schwersten Beschuldigungen gegen Beamte und Privatpersonen auszusprechen, nirgends war er in der Lage, auch nur den Anfang eines Beweises sofort zu erheben; immer versucht er, diese Prozesse noch zu verschleppen, genau wie er jetzt auch hier wieder hinweist auf spätere Termine; immer, wenn seine Zeugen, seine vorgebrachten Beweise als absolut haltlos sich erwiesen hatten, vertröstet er, daß er in einer entfernten Zeit bessere Zeugen und Beweise vorbringen könne.

Meine Herren, in einer Verhandlung, wo es sich um eine Privatfabrikation, um eine technisch komplizirte Sache handelt, um Vorgänge in Privatwerkstätten, ist es ja überaus schwer, einem für alle Welt erkennbaren wirklichen Thatbestand gegenüber fortgesetzt erhobene falsche Anschuldigungen klar zu stellen. Hier handelt es sich um Privatangelegenheiten, die leicht für ein größeres Publikum zu übersehen sind; und darin erblicke ich den Segen des Parlamentarismus, daß wir nicht gebunden sind an die langen Fristen der Gerichte, daß wir nicht gebunden sind an die Prozeßformen, daß wir kurzen Prozeß mit dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt zu machen im Stande gewesen sind

(allseitiges lebhaftes Bravo),

und durch das einstimmige Verdikt dieses Reichstags den Herrn Abgeordneten Ahlwardt in seiner ganzen Haltlosigkeit und in seiner ganzen moralischen Beschaffenheit vor dem Lande klargestellt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Freiherr **von Manteuffel**: Meine Herren, als ich gestern dem Antrag des Herrn Abgeordneten Rickert, die Sitzung zu vertagen, zustimmte, habe ich das gethan, wie ich ausdrücklich bemerkte, im Interesse des Hauses, im Interesse der verbündeten Regierungen und im Interesse des ganzen Landes. Aber ich meine auch, daß dieser Schritt, den wir gestern gethan haben, im Interesse des Herrn Abgeordneten Ahlwardt selbst gelegen hat; denn nachdem der Herr Abgeordnete Ahlwardt in seinen vorhergehenden Ausführungen Beschuldigungen so unerhörter Art gegen Mitglieder dieses Hauses und gegen die verbündeten Regierungen und gegen Mitglieder in den verbündeten Regierungen gemacht hat, ohne Beweismittel herbeibringen zu können, da mußte es im Interesse des Herrn Abgeordneten Ahlwardt liegen, wenigstens so schnell wie möglich diese Beweismittel herbeibringen zu

können. Deshalb, meine ich, haben wir auch im Interesse des Herrn Abgeordneten Ahlwardt selbst gehandelt, indem wir gleich auf heute diese fernere Sitzung einberaumten. Herr Ahlwardt hat dem Ansuchen des Reichstags nicht entsprochen; er hat diese Beweismittel nicht zur Stelle bringen können.

Nun meine ich: wenn Herr Ahlwardt von seinem Gewissen gedrängt einen Vorstoß machen mußte, wie er ihn gestern machte, durfte er ihn wenigstens nicht gestern machen, ohne die Beweismittel zur Stelle zu haben;

(sehr richtig!)

dann mußte er warten, bis die Beweismittel da waren, und zwar Beweismittel, die unzweideutig waren, und nicht solche Beweismittel, wie die sind, die er heute uns vorgelegt hat. Ich habe noch vor wenigen Tagen den sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber dieselbe Meinung hier verfochten und thue es in ganz derselben Schärfe gegen jeden Abgeordneten des Hauses, der derartige Anschuldigungen je vorbringen sollte und dabei nicht gleichzeitig in der Lage ist, sie unter vollgiltigen Beweis zu stellen, und Herr Ahlwardt hat bis jetzt nicht die Spur eines Beweises für diese seine Beschuldigungen und Anschuldigungen erbracht.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Ahlwardt hat in seinen gestrigen Ausführungen gesagt: es ist etwas faul im Staate Dänemark. Ja, meine Herren, wenn etwas faul ist im Staate, so haben alle Parteien dieses Hauses ausnahmslos das größte Interesse daran, diesen faulen Punkt aufgedeckt zu sehen. Aber sie haben auch ein volles Interesse daran, daß nicht derartige Beschuldigungen ins Land hinausgehen, ohne daß die vollgiltigen Beweise dahinter stehen, ohne daß diejenigen Punkte, die wirklich faul sind genau bezeichnet werden können, und die Personen, die zu der Fäulniß beigetragen haben, auch vor den Richter gezogen werden können. Eine derartige Ausstreuung bloß von Verdachten ist nach meiner Ansicht der faulste Punkt, den es jetzt im Deutschen Reich giebt.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, worin bestehen jetzt die Beweise des Herrn Ahlwardt? Er stellt Behauptungen auf, er hält diese Behauptungen für erwiesen, wenn er sie wiederholt hat.

(Sehr richtig! Große Heiterkeit.)

Das ist das ganze Verhalten des Herrn Abgeordneten Ahlwardt.

Meine Herren, ein derartiges Vorgehen müssen meine politischen Freunde und ich aufs allerbestimmteste verwerfen, und wir sind, glaube ich, mit dem ganzen Reichstag darüber einer Meinung, daß ein derartiges Vorgehen bisher in diesem Hause unerhört gewesen ist.

(Bravo! — auf allen Seiten Bewegung.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, der letzte Herr Redner, der Herr Abgeordnete von Manteuffel, erklärte, ich hätte wohl die Pflicht gehabt, so schnell als möglich die Beweise herbeizuschaffen. Ich glaube dafür mehrere der hier anwesenden Kollegen zu Zeugen anrufen zu können, daß, als plötzlich und unerwartet diese Angelegenheit

(anhaltendes Lachen)

— sehen Sie, meine Herren, da wird nun so oft von den Volksversammlungen gesprochen, man kann wenigstens dort zum Worte kommen.

Ich kam gestern nicht hierher, diese Angelegenheit jetzt aufzuwickeln. Meine Erklärung entwickelte sich im Laufe der Debatte ohne vorherige Ueberlegung. Nachdem aber das geschehen war, habe ich mir gestern jede denkbare Mühe gegeben, herbeizuschaffen, was möglich ist. Ich rufe hier mehrere der hier anwesenden Kollegen zu Zeugen auf, daß ich während des ganzen Nachmittags und während eines großen Theils der Nacht herumgefahren bin zu den Herren, bei denen die Akten lagerten, daß wir an einer Stelle 3 Stunden vergeblich warteten, weil der Mann nicht zu Hause war. Es konnte nicht mehr geschehen, als geschehen ist. Ich konnte ja gar nicht annehmen, daß meine Erklärung, die ich gleichzeitig machte, nach einer kurz bemessenen, festbestimmten Zeit diese Akten vorzulegen, nicht als genügend angesehen wurde. Als ich die Erklärung abgab, daß ich nicht heute, sondern erst später die Akten vorlegen könne, wußte das hohe Haus, daß heute wesentlich belastende Akten nicht da seien.

Wenn nun gleichwohl die Sache hier so entwickelt worden ist, als hätte eine Untersuchung von ausreichenden Aktenstücken stattgefunden, so scheint dies doch auf einen hohen Grad von nicht gerechter Behandlung zu deuten. Das hohe Haus konnte wissen: dann und dann sind die Akten da, und dann und dann werden die Akten vorgelegt werden. Heute, wo ich aus diesen Akten etwas vortragen wollte, was über den Ernst des Inhalts Klarheit giebt, ist mir dies unmöglich gemacht worden; und auch die Kommission war nicht bereit, diese Akten später anzusehen resp. sich nochmals zu versammeln.

Ich muß sagen, daß die Gerechtigkeit angesichts der ernsten Dinge, die ich heute in der Kommission vorbrachte, mir verweigert worden ist. Diese Behandlungsart kann ich kaum als durch und durch ernst ansehen.

Nun spricht der Herr Redner von Manteuffel: wenn faule Punkte im Staate sind, so müssen sie freilich aufgedeckt werden. Ja meine Herren, es ist das mein Bestreben und meine Absicht gewesen, und zwar nicht deshalb, um den Einzelnen zu schädigen, sondern weil ich sehe, daß überhaupt die Zeit der Entwicklung eine solche ist, in der diese faulen Punkte leider bedeutend aufwachsen und bedeutenden Schaden anrichten. Ich habe die Empfindung, nach meiner vollen Ueberzeugung nur für die Wahrheit und für die reine Wahrheit —

(Lachen links. Zuruf links. — Große Heiterkeit.)

— Ich kann ja so lange warten, meine Herren, bis Sie mit dem Lachen fertig sind. — Ich habe das Bewußtsein, unter allen Umständen die jetzt sehr traurigen Entwicklungen der Zeit erkannt, die Schäden dargelegt und das Beste erstrebt zu haben. Das werde ich auch fernerhin rücksichtslos thun. Wenn jetzt die Korruption in vielen Kreisen derart ist, daß absolut klar zu Tage liegende Schäden, die jedermann kennt, nicht mehr gesetzlich zu beweisen sind, weil andere Dinge dazwischen stehen, so ist das sehr schlimm; es wird mich aber nicht abhalten, trotzdem weiter zu kämpfen und endlich auf dem Boden anzukommen und von dort aus eine Besserung herbeizuführen.

Hier, meine Herren, an dieser Stelle und heute kann ich erklären: wenn hier erklärt ist, es sei so etwas im Deutschen Reichstag noch nicht vorgekommen, so muß ich allerdings auch sagen: so etwas wie meine heutige Vergewaltigung ist noch nie vorgekommen.

(Lebhafte Unruhe. Lachen und Widerspruch.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter Ahlwardt, es hat Sie niemand vergewaltigt, man hat Sie zu Worte kommen lassen, so viel Sie es verlangt haben. Der Ausdruck, den Sie soeben brauchten, war nicht am Platze.

Abgeordneter Dr. **Lieber**: Meine Herren, es ist zweifellos tief bedauerlich, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt nach allem, was hier vorgegangen ist, noch immer nicht eine Spur von Verständniß dafür zu haben scheint, daß die größtmögliche Korruption diejenige ist, daß im Schoße des Deutschen Reichstags die unerhörtesten Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstags und Mitglieder der Reichsregierung ausgesprochen werden, ohne daß derjenige, der sie ausspricht, im Augenblick auch nur den Schatten eines Beweises hinter sich hat.

(Sehr richtig!)

Gegenüber den Behauptungen, die der Herr Abgeordnete Ahlwardt jetzt eben wieder aufgestellt hat, habe ich zunächst als Mitglied der Vertrauenskommission, welche soeben Bericht erstattete, Widerspruch dagegen zu erheben, daß diese Kommission dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt verweigert habe, auch fernerhin Beweisstücke von ihm entgegenzunehmen. Es ist dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt auf seine Frage, ob die Kommission sich zur Entgegennahme solcher Beweisstücke in Permanenz erklären wolle, ausdrücklich geantwortet worden, die zuständige Stelle, auch ferner zu erlegende Beweise zu erlegen, sei der Herr Präsident des Reichstags, und der Herr Präsident des Reichstags werde das weitere schon veranlassen.

(Sehr richtig!)

Darauf hat der Herr Ahlwardt in der Vertrauenskommission nicht reagirt.

(Hört! hört! links.)

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Herr Präsident des Reichstags trotz alledem, was nunmehr vorgekommen ist, auch fernerhin bereit sein wird, etwaige Beweisstücke des Herrn Ahlwardt entgegenzunehmen und derentwegen das weitere zu veranlassen.

Was den Streitpunkt, um den es sich heute handelt, angeht, so wollen wir uns die Thatsache nicht verschieben lassen, welche der Berichterstatter der Vertrauenskommission des Reichstags festgestellt hat. Entgegen dem Wunsche schwer abgearbeiteter Mitglieder, in die Osterferien zu kommen, hat der Reichstag eine heute abzuhaltende Sitzung beschlossen lediglich, um den Herrn Ahlwardt Gelegenheit zu geben, für seine unerhörten Beschuldigungen wenigstens einen Beweis anzutreten, wenn auch noch nicht vollständig zu führen; aber auch dieser Beweisantritt ist nach der einstimmigen Erklärung Ihrer Vertrauenskommission vollständig mißglückt; und Herr Ahlwardt scheint gar kein Gefühl dafür zu haben, daß schon diese Frist von 24 Stunden weit über das hinausgeht, was ein Ehrenmann von einem Parlament, wie es der Deutsche Reichstag ist, zu fordern einen Anspruch hat.

(Sehr richtig!)

Das Parlament war in seinem guten Recht, von einem Mitglied, welches, die Rechte eines deutschen Reichstagsabgeordneten auszuüben, in seine Mitte tritt und unter Ausübung dieses Rechts solche Anschuldigungen ausspricht, zu verlangen, unmittelbar nach den Beschuldigungen den Beweis auf den Tisch des Hauses zu legen.

(Sehr wahr!)

Das ist die gute Gepflogenheit dieses Reichstags, so hart auch unsere Kämpfe in 22 Jahren schon gewesen sind, zu jeder Zeit geblieben; und in dieser guten Gepflogenheit lassen wir uns von dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt und denen, die hinter ihm noch in diesen Reichstag einrücken wollen, nicht beirren.

(Sehr gut!)

Ich bin auf das tiefste bekümmert über einen Zustand der Dinge, der dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt auch heute noch nicht erlaubt, unter dem Ausdruck des Bedauerns zu erklären: die Beschuldigung, die ich gestern ausgesprochen habe, habe ich ausgesprochen, ohne die Beweise dafür in der Hand zu haben. Eine solche Erklärung würde die mit Recht aufgeregten Gemüther im Reichstag, in den verbündeten Regierungen und im Lande beruhigt haben, wenigstens vorläufig haben beruhigen können. Statt dessen mit neuen Beschuldigungen hier vor den Reichstag zu treten, wissend, daß diese Beschuldigungen unerwiesen mindestens 4 Wochen lang ins Land gehen, dasselbe in den tiefsten Tiefen aufregen und über die Grenzen unseres Landes hinaus Deutschland vor dem Ausland herabsetzen müssen,

(Bravo!)

das ist ein Vorgehen, welches jeder parlamentarischen Würdigung vollständig unzugänglich ist.

(Sehr wahr!)

Es fehlen auch dem Beredtesten unter uns — darüber ist gar kein Zweifel — die parlamentarischen Ausdrücke, um ein solches Vorgehen, wie es Herr Ahlwardt nun heute wieder versucht, zu brandmarken. Wenn er mir der Mühe werth wäre, so würde ich einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten riskiren um dieses Vorgehen zutreffend zu charakterisiren.

(Lebhaftes Bravo.)

Aber, meine Herren, Sie werden mir nachfühlen: um einen Herrn Ahlwardt kaufe ich mir keinen Ordnungsruf.

(Lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter **Ahlwardt:** Meine Herren, wenn man sich heute ehrlich gesagt hätte: der Mann hat in diesem Augenblick nicht alles da, was er bald da haben wird — so hätte man der Kommission Anweisung geben müssen, ihm wenigstens einige Zeit zu lassen. Statt dessen hat man gesagt: obgleich uns bekannt geworden ist, daß die Beweise erst morgen oder übermorgen da sind, wollen wir doch heut handeln. Diese Manipulation oder diese Handhabung ist nicht gut zu qualifiziren, und das Bewußtsein der sittlichen Berechtigung zu diesem Vorgehen kann unmöglich vorhanden sein. Trotzdem tritt der Herr Abgeordnete Lieber mit einer sogenannten sittlichen Entrüstung ersten Ranges hier auf.

(Heiterkeit),

und, meine Herren, wenn man die Vorgänge erwägt, so muß ich sagen: es ist diese sittliche Entrüstung schwer zu begreifen.

(Heiterkeit.)

Es wird von mir verlangt, ich soll erklären: ich habe die Beweise für die hier aufgestellten Behauptungen nicht.

(Zuruf.)

— Meine Herren, daß ich sie nicht in der Hand hatte im Augenblick, hatte ich erklärt. Sehen Sie: vorhin sagte der Herr Abgeordnete Lieber, ich hätte sie nicht; jetzt sagt er, ich hätte sie nicht in der Hand.

(Widerspruch.)

Meine Herren, ich habe die Beweise thatsächlich, und auch zu keiner andern Zeit, in der ich die Behauptungen aufstellen würde, kann ich schneller als jetzt die Beweisstücke herbeischaffen, weil ich sie in der Wohnung nicht haben kann aus Gründen, die Ihnen Allen verständlich sind.

Die kurze Zeit zur Herbeischaffung ist mir nicht gewährt worden, und die Kommission hat erklärt, daß sie sich ferner nicht mit der Sache beschäftige; wenn ich noch etwas weiteres hätte, so möchte ich mich an den Herrn Präsidenten wenden. Nachdem mir so jeder Beweis unmöglich gemacht ist — nun will man mit sittlicher Entrüstung kommen. Wenn von sittlicher Entrüstung die Rede ist, so kann sie in diesem Falle ganz allein auf meiner Seite sein.

(Lachen links.)

Es ist auch wohl noch niemals der Fall gewesen, daß man, zumal namentlich die Sache nicht vorbereitet ist und sich plötzlich entwickelt hat, nicht einmal einen Tag oder eine halbwegs reichlich bemessene Zeit gewährt erhält. Dann werden Beweisgründe niemals herbeigeführt werden. Ich meine, da ich in der Kommission noch Namen nannte von Personen, die hier unter Ihnen sitzen, wäre es doch wohl gut, wenn Sie dies nur als eine vorläufige Erledigung der Sache ansehen, und mir gestatten würde, Ihnen thatsächlich noch das Beweismaterial vorzuführen. Ich glaube, dann wäre einerseits einem Kollegen von Ihnen die Möglichkeit gewährt, sich zu rechtfertigen, andererseits hätten Sie sich die Möglichkeit geschaffen, in Dinge Einblick zu haben, die Ihnen bisher fremd sind.

Also ich erwarte von dem hohen Hause, daß es, trotzdem die Kommission auf dem Boden des wenigen Materials, das erst in Verbindung mit anderem Werth bekommt, heute schon geurtheilt hat, — daß mir in dieser Angelegenheit noch einmal das Wort ertheilt wird.

Es wird mir von dem Herrn Abgeordneter Richter vorgeworfen, daß ich vorher schon anderweitig angegriffen hätte, daß ich dafür bestraft sei, daß ich dann wieder angegriffen hatte und dafür abermals bestraft sei, und daß die Beweise sich niemals hätten erbringen lassen. Nun, meine Herren, Beweise für meine Behauptungen habe ich wohl genügend gebracht; es waren stets Formalitäten, auf denen die Verurtheilungen beruhten.

(Heiterkeit);

und das liegt eben daran, daß durch die Juden unser Volksleben derartig korrumpirt ist, daß kein Mensch, der gegen Juden kämpft, jemals Recht bekommt. Bevor wir nicht die Juden los werden, wird es nicht besser werden!

(Große Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Lieber:** Allmählich beginnt der Herr Abgeordnete Ahlwardt, mir statt Entrüstung Mitleid zu erregen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Zuerst tritt der Herr hier hin, spricht die unerhörtesten Beschuldigungen aus und hat die Beweise dafür nicht zur Stelle. Dann wird von der Vertrauenskommission des Reichstags Bericht über ihn erstattet; den versteht er offensichtlich gar nicht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Er meint, mit der heutigen Verhandlung der Vertrauenskommission sei ihm nicht nur die Pflicht genommen, sondern sogar die Möglichkeit entzogen, den Beweis, den er bis jetzt noch schuldig ist, im Reichstage zu führen. Nein, Herr Ahlwardt, so liegt die Sache ganz und gar nicht Sie bleiben uns den Beweis schuldig, und ich werde, wenn nicht in der ersten, so doch in einer der ersten Sitzungen des Reichstags nach Ostern beantragen, daß die Führung dieses Beweises auf eine der nächsten Tagesordnungen unserer Verhandlungen kommt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Ahlwardt kann nur in diesem Mißverständniß des Berichts der Vertrauenskommission von einer Vergewaltigung sprechen. Die Vertrauenskommission hatte keinen anderen Auftrag, als das Material zu prüfen, das Herr Ahlwardt heute vorgelegt hat

(Sehr richtig!)

Die Prüfung hat allerdings ein Ergebniß gehabt, das für Herrn Ahlwardt außerordentlich unangenehm sein mag, das aber die Zustimmung des Reichstags zum Bericht des Herrn Berichterstatters Grafen von Ballestrem gefunden hat. Dann, wie dies sich ereignet, wie diese lebhafte Zustimmung des Reichstags ihm zum Bewußtsein kommt, tritt Herr Ahlwardt hervor, unschuldig wie ein neugeborenes Kind, und sagt uns, die Sache wäre so wie eine Schickung über ihn gekommen

(Heiterkeit);

er wäre ganz guter Dinge gestern in den Reichstag gegangen, hätte gar nicht daran gedacht, irgend jemandem auf den Fuß treten zu wollen; auf einmal sehe er, daß sich eine Anzahl Reichstagsabgeordneter und Mitglieder der Reichsregierung oder deutscher Staatsregierungen unsanft von ihm auf den Fuß getreten fühlten. Der arme Mann!

(Heiterkeit.)

Er ist wirklich im höchsten Grade bedauernswürdig.

Und schließlich, wenn man von einem Reichstagsabgeordneten vorausgesetzt hat, daß er das höchste Recht dieses Hauses, das Recht der freien Wortführung inmitten des Reichstags, mit Verstand, mit Ueberlegung, mit dem Vollbewußtsein sittlicher Verantwortung gebraucht, und dieser Voraussetzung einen angemessenen Ausdruck giebt, — so ist das eine affektirte „sittliche Entrüstung"! Und so überlegen fühlt Herr Ahlwardt sich in dem Bewußtsein seiner Weltmission, daß er das große Wort gelassen ausspricht: wenn jemand hier von sittlicher Entrüstung sprechen darf, so bin ich es

(Heiterkeit),

ich, der Abgeordnete Ahlwardt; Sie alle, meine Herren, haben kein Recht, sittlich entrüstet zu sein, nur ich! — Ja, meine Herren, da muß ich wirklich sagen: da ist meine Entrüstung am Ende, und mein Mitleid beginnt.

(Sehr gut! Heiterkeit.)

Ich kann aber diesem Mitleid nicht so weit stattgeben, daß ich nicht noch einmal ausdrücklich feststelle: Herr Ahlwardt hat die gute Gewohnheit des Reichstags in gröblichster Weise dadurch verletzt, daß er schwere ehrenrührige Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstags und der Regierung ausgesprochen hat, ohne den Beweis dafür zur Hand zu haben. Diese Verletzung der guten Gewohnheit des Reichstags ist der Hauptvorwurf, der heute Herrn Ahlwardt gemacht worden ist und auch gemacht werden muß.

Ich kann zweitens nicht versäumen, noch einmal ausdrücklich festzustellen: Herr Ahlwardt bleibt dem Reichstag, bleibt den Angeschuldigten, bleibt der deutschen Nation die Führung des Beweises, die er bis heute nicht zu Stande gebracht hat, auch fernerhin schuldig, und der Reichstag wird, um ein Wort des Herrn Abgeordneten Richter zu gebrauchen, auch fernerhin nicht anstehen, mit dem Herrn Ahlwardt den Prozeß zu machen, der nach der Führung dieses Beweises ihm gebühren wird.

Also es handelt sich lediglich darum: was Herr Ahlwardt gethan hat, ist verurtheilungswürdig und vom ganzen Reichstag verurtheilt; und das, was er uns noch schuldig ist, erwarten wir alsbald nach den Ferien. Wir verbitten uns aber, daß auch die heutige letzte Sitzung wieder dazu benutzt wird, neuerdings wieder Mitglieder des Reichstags und der verbündeten Regierungen in den unerhörtesten Verdacht zu setzen. Glauben Sie doch ja nicht, Herr Ahlwardt, der Reichstag sei der Platz, wo Sie jemandem vorwerfen können, er habe silberne Löffel gestohlen, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen.

(Beifall.)

Meine Herren, ich habe das befürchtet in der Vertrauenskommission und habe dort die Frage gestellt: wie wird es werden, wenn Herr Ahlwardt nach unserem Bericht neue Beschuldigungen in das Land hinausschleudert? Die Herren haben es nun erlebt: meine Befürchtung ist vollständig eingetroffen. Für heute bleibt dem Reichstag leider nichts mehr übrig, als daß er ausspricht: Herr Ahlwardt ist unverbesserlich! Wollen Sie das mit Entrüstung oder mit Mitleid feststellen, — mir ist es einerlei.

(Beifall.)

Abgeordneter **Stöcker**: Meine Herren, der Versuch, den Herrn Abgeordneten Ahlwardt moralisch todtzuschlagen, ist meiner Ansicht nach der Angelegenheit, die uns hier beschäftigt, nicht angemessen. Ich bin an seiner politischen Thätigkeit gänzlich unbetheiligt

(Widerspruch links)

und brauchte deshalb das Wort nicht zu ergreifen. Aber ich meine, eins ist bei dieser ganzen Verhandlung vergessen: daß wir es mit einem Mann zu thun haben, dem jeder ansehen muß, daß er vollkommen unfähig ist, politische Geschäfte im höhern Stil zu betreiben.

(Sehr richtig! Stürmische Heiterkeit)

Das ist meine begründete Ueberzeugung — womit ich übrigens nichts beleidigendes gegen Herrn Ahlwardt sagen will. Es ist klar, daß ein Mann, der so wenig Thatsachen zu prüfen und Gesagtes zu verstehen vermag, nicht im Stande ist, im Reichstag auf seinem Posten zu stehen.

(Fortsetzung Seite 159.)

Das Kapital moralischer Entrüstung, das hier aufgewandt ist, erscheint mir zum großen Theil überflüssig ausgegeben. Der Vorwurf trifft die, welche einen Mann nach einigen populären Kampagnen sofort für geeignet halten, in der Vertretung des Deutschen Reichs zu sitzen.

(Zurufe.)

— Die deutsch-soziale Partei, zu der ich nicht gehöre, hat ihn nicht aufgestellt, sondern ausdrücklich protestirt; trotzdem ist er gewählt, ganz ähnlich, wie jetzt Herr Fußangel gewählt ist im Gegensatz zum Zentrum. Darin liegt meines Erachtens die Tragik dieser Sache, daß unser Volk dermaßen aufgewühlt, irregeführt und bethört ist, daß es alles glaubt, ob Unsinn oder Sinn. Das ist aber ein Schade, der viel tiefer geht als die momentane Aufregung, die wir haben; das ist die Folge des von manchen Seiten schamlos gemißbrauchten allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts.

(Lebhafte Zurufe und große Unruhe links.)

Ich bin nicht gegen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht; ich vertheidige es wohl unter gewissen Gesichtspunkten. Daß aber solche Erscheinungen vorkommen, ist verhängnißvoll. Daran trägt jedoch nicht Herr Ahlwardt die Schuld, sondern die Leute, welche 20 Jahre hindurch das Volk gewöhnt haben, auf jede Lüge zu hören und an jeden Unsinn zu glauben.

(Wiederholte stürmische Zurufe.)

Darum liegt in dieser Erscheinung für alle Parteien eine sehr ernsthafte Mahnung, umzukehren, um die Agitation auf die Bahn der Vernunft, des Anstandes und der Wahrheit zu bringen. Das ist es, was wir aus dieser Angelegenheit lernen sollen.

Im übrigen kann ich nur dringend wünschen, daß man Herrn Ahlwardt nicht beschränken möge, sein Material nach den Ferien vorzulegen; denn, darauf muß es uns vor allem ankommen: das Volk, das hinter ihm steht — und das ist eine große Menge —, darüber aufzuklären, daß wir im Reichstag diesen Dingen nachgehen bis zum letzten Satz, daß wir nicht ruhen werden, bis die völlige Haltlosigkeit oder das Körnchen Wahrheit, das sich vielleicht in Herrn Ahlwardts Sachen findet, nachgewiesen ist.

Denn so liegt es doch nicht, wie Herr Richter meint, daß alles, was er gesagt hat, Unwahrheit ist. In seinen Broschüren hat sich vielmehr immer etwas herausgestellt, was wahr ist.

(Zuruf.)

Und gerade das Körnchen Wahrheit in einem Sack voll Spreu, wie Shakespeare sagt, hat dazu beigetragen, das Volk in Unruhe und Aufregung zu bringen. Da kann ich in der That doch auch Vorwürfe nach einer andern Richtung nicht ganz zurückhalten

Bei der ersten Broschüre, die Herr Ahlwardt geschrieben hat, stellte sich heraus, daß ein Vertreter der Stadt Berlin mit Lehrern, die sich zu Direktoren meldeten, ein Examen anstellte über ihre religiösen und politischen Anschauungen und mit ihnen redete über das „Märchen von Christus"; das ist doch im höchsten Maße ungehörig. Ich habe nicht gehört, daß von Seiten der Regierung gegen einen solchen Unfug irgend etwas geschehen wäre. Vielleicht ist etwas geschehen; aber öffentlich kund geworden ist nichts. Ich glaube, wenn die Regierung in solchen Fällen Leuten, deren Illoyalität in solcher Weise festgestellt ist, an den Kragen ginge, so stünde es besser.

Die zweite Broschüre, die Herr Richter wohl absichtlich nicht erwähnt, die sich gegen einen in die Ewigkeit abgerufenen Bankier richtet, hätte nie sollen unverfolgt bleiben. Wenn eine solche Schrift, wie die gegen den Geheimen Commerzienrath von Bleichröder, ungeahndet durch das Volk geht, Monate lang unbeanstandet verbreitet wird, wenn darauf keine Hand gelegt wird, wenn eine solche Schrift mit den denkbar schwersten Anklagen gegen einen hochstehenden Mann, der in politischen Geschäften sehr thätig ist, verkauft werden kann, ohne daß eingeschritten wird, so versteht das der kleine Mann nicht. Da liegen Fehler in unserer Regierungsmethode, die man abstellen muß, damit unser Volk Klarheit erhält über die Art und Weise, wie Dinge, die so tief in das Volksleben eingreifen, von der Regierung behandelt werden.

Bei der dritten Broschüre hat sich doch auch mancherlei herausgestellt; der Gerichtshof hat anerkannt: es sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Das darf man nicht beschönigen und verheimlichen. Es ist preußische Art, in Armeesachen auch nicht die allergeringste Unregelmäßigkeit zu dulden. Warum — so muß man fragen — wird in diesem Falle eine Ausnahme gemacht? Warum sucht man hier, wo es sich um die Firma Löwe handelt, die Sache eher zu beschwichtigen als ins klare Licht zu stellen?

Verehrte Herren, daran liegt es mit, daß das Volk aufgeregt wird. Mir aber liegt daran, in diese Dinge vollkommene Klarheit zu bringen, damit wir in Zukunft vor falschen Volkserregungen gesichert sind.

(Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stöcker hat zunächst Veranlassung genommen, daran zu zweifeln, ob ich mir ein politisches Urtheil bilden könne. Meine Herren, das ist seine Privatsache. Ich glaube, darüber werden wohl die Menschen in der Welt niemals einig sein, ob ein Mann im Stande ist, sich ein politisches Urtheil zu bilden oder nicht. Im allgemeinen wird wohl jeder zunächst von sich glauben — wahrscheinlich oft genug unberechtigt —, daß er dazu im Stande ist. Zuweilen kommt man ja dann nach reiflicher Selbstprüfung zu der Ueberzeugung, daß noch dieses und jenes fehlt, daß noch dieses und jenes besser sein könnte. Ich nehme es mit dieser Prüfung meiner eigenen Fähigkeiten, dann aber auch mit allen politischen Sachen von Haus aus sehr ernst. Ich habe niemals daran gedacht, daß die Politik ein Vergnügen ist, das man sich in einer arbeitslosen Stunde gönnt; und mein Beruf hat mich dazu geführt, gerade in den erwerbenden, in den arbeitenden Volkskreisen mich umzusehen; und ich habe allerdings die Ueberzeugung gewonnen, zunächst in den Kreisen, in denen ich mich befand, daß ein ungesunder politischer Zustand sich herausgebildet hat und daß der ungesunde Zustand gehoben werden muß, wenn er nicht zur schweren Erkrankung und endlich zum Tode führen soll. Ich habe die Augen aufgemacht, und wo ich etwas unrechtes wahrnahm, habe ich auch im Privatleben mich nie gescheut, dagegen aufzutreten, und wo ich im politischen Leben etwas ungerechtes wahrnahm, habe ich allerdings während vieler Jahre mich sehr gescheut, dagegen aufzutreten. Als ich aber endlich von meinem Gewissen gezwungen wurde, es doch zu thun, habe ich es rücksichtslos gethan mit voller Einsetzung meiner Person. Ich habe nie irgend einen Menschen versteckt angegriffen, und ich habe nie einen Menschen angegriffen, ohne daß ich den Grund der Angriffe geprüft und nach meiner festesten Ueberzeugung für wahr befunden hätte.

Meine Herren, im politischen Kampfe ist ja leider die Heuchelei etwas nicht ungewöhnliches, und ich glaube, mancher von Ihnen hat das Bewußtsein, daß mir gegenüber hier und da wohl Heuchelei heute nicht ganz ausgeschlossen ist.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, an und für sich ist und bleibt sicher jeder von Ihnen, wenn er sich im innersten Grunde seines Herzens prüft, der Meinung: ich habe diese Sachen, die ich längst kannte, und bezüglich deren ich längst entschlossen war, sie hier resp. sonst in der Oeffentlichkeit vorzubringen — ich habe in diesem Augenblick gestern nicht die Absicht gehabt, sie vorzubringen; alle, die Sie die Entwicklung gehört haben, haben gesehen, daß das gestern Zufall war; die Absicht, sie zu bringen, halte ich gegenwärtig nicht. Nun ist der Herr Lieber so über alle Maßen bedauernd gegen mich geworden, daß ich so rein aus Zufall hier gestern jemand auf die Zehen getreten hätte. Meine Herren, sehen wir doch der Sache klar in die Augen! Ich habe die Beweise dafür; ich habe auch die Absicht, gelegentlich davon Gebrauch zu machen. Plötzlich entwickelte sich gestern, wie es so zuweilen geht, im Laufe der Debatte der Angriffsgegenstand. Nun kann ich die Beweise nicht in der Minute auf den Tisch des Hauses legen; ich kann es nicht, da sie vertheilt sind in den Händen weniger Freunde; ich kann das nicht in der kurzen Zeit. Ich habe heute versucht, in der Commission noch eine kurze Frist zu gewinnen; sie ist mir nicht gewährt worden. Meine Herren, so kann ich nur sagen, daß ich heute in die Unmöglichkeit gesetzt bin, den Beweis zu erbringen, und daß ich die Commission vergeblich gebeten hatte, doch in den Ferien es entgegenzunehmen.

Meine Herren, wenn mir politische Urtheilslosigkeit zugemuthet ist, ja, da muß ich mich damit trösten, daß es ja so manchen Leuten ähnlich gegangen, die vielleicht in ihrem Urtheil Anderen voraneilten, möglicherweise bereits auf eine Zeit gesehen haben, die erst in der Entwicklung begriffen ist. Meine Herren, mir ist es voll und ganz Ernst; und ich bin der Ueberzeugung, daß mein politisches Urtheil leider und traurigerweise ein sehr richtiges, vielleicht das allein richtige ist. Ich setze für meine Ueberzeugung, meine Freiheit, mein Dasein ein. Aber, meine Herren, ich bin der Meinung, daß sowohl der Herr Abgeordnete Stöcker in seiner Weise, wie er den Kampf führt, nicht zum Ziel kommen wird, wie die Herren, die seine Gegner sind. Alle diese Herren lassen eine Grundlage unberücksichtigt: sie wollen alle das deutsche Vaterland gesund machen, ohne doch den krankmachenden Stoff unschädlich zu machen. Meine Herren, diese Thatsache läßt sich nicht leugnen. Ich habe vor vielen Herren in dem Reichstage, vor allen möglichen Leuten in allen Parteien große Achtung; sie wollen alle das Beste, von den Socialdemokraten bis zu den Conservativen, jeder in seiner Weise.

(Heiterkeit.)

— Ja, meine Herren, von einer Partei, in der man jetzt lacht, sprach ich allerdings nicht. — Ich bin aber der Ueberzeugung, daß sich alle im Irrthum befinden, wenn sie glauben, daß eine Gesundung des Vaterlands möglich sei, wenn der Ansteckungsstoff, das fremde, Krankheit erregende Volk in den Rechten geduldet wird, die es bei uns hat. Dahin wende ich allerdings zunächst meinen Kampf, und da hoffe ich, daß ich bei allen möglichen Parteien, wenn auch zunächst nur bei einzelnen Gliedern derselben, Zustimmung finden werde. Wenn Sie es sich vollständig überlegen, daß thatsächlich heutzutage ein Mißverhältniß entstanden ist, daß eine Verarmung der großen Massen eintritt, daß niemand mehr das erhält, was er sich thatsächlich erarbeitet, sondern daß der Lohn der Arbeit in fremde Hände kommt,

(Unruhe)

dann werden Sie mir in ihrem Herzensgrunde Recht geben müssen. Ich führe nur diesen Kampf; und nur insofern ich Thatsachen finde, die diesem Kampf nützlich sind, führe ich sie an, nicht, um Einzelne zu schädigen — warum sollte ich Herrn Löwe schädigen? ich habe von ihm in mancher Beziehung sogar manches Gute gehört — ich thue es darum, weil das im allgemeinen Kampf nützlich ist. Von der Wahrheit dessen bin ich voll überzeugt; ich bin mir dessen jetzt ebenso, wie jemals früher klar und deutlich bewußt, daß das, was ich behaupte, wahr ist; und das will ich auch nachweisen.

Warum urtheilen Sie denn heute schon in den einzelnen Reden, bevor Sie den Beweis gesehen haben?

(Zurufe).

Der Herr Abgeordnete Stöcker hat nur die Absicht, den heutigen Angriff auf mich, von dem er eine Schädigung meiner Person erwartet, dazu zu benutzen, um den Erfolg unserer Thätigkeit für die conservative

Partei einzuheimsen; das allein hat ihn bewogen, meine politische Fähigkeit in Zweifel zu ziehen.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, daran denken wir nicht, der conservativen Partei dienstbar zu werden. So sehr wir auch in vielen Dingen der conservativen Partei nahe stehen, besonders im Festhalten an Monarchie und Christenthum, glaube ich doch nicht, daß Sie die Bewegung durch die Art und Weise, wie Sie heute mit mir verfahren, fördern werden. Sie werden über Ihr Vorgehen anders denken in wenigen Tagen, wenn Sie erst noch genauer überlegt haben. Glauben Sie nicht, daß Sie dieser großen deutsch-patriotischen Bewegung, die frei ist von jeder Partei, dadurch irgend einen Nachtheil bereitet haben! Im Gegentheil, meine Herren, deutsche Männer werden sagen, von allen Parteien, auch von Ihren Parteigenossen: ihr hättet den Angegriffenen doch, bevor ihr ein so scharfes Urtheil fälltet, doch noch mehr und ausführlicher hören und mit eurem Urtheil, noch dazu vom Standpunkt hoher sittlicher Entrüstung, der sich allerdings etwas eigenthümlich ausnahm, noch zurückhalten sollen. Meine Herren, Sie werden sich überlegen, daß in diesem Punkt ich nicht zu meinem Recht gekommen bin. Ich kämpfe aber weiter, ich werde nicht aufhören, für meine Sache zu stehen, für meine Sache zu kämpfen, niemand zu Liebe, niemand zu Leide; unser deutsches Vaterland allein soll den Nutzen davon haben.

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, mit dem Herrn Abgeordneten für Arnswalde-Friedeberg will ich mich nicht weiter beschäftigen; ich glaube, daß die letzte Rede uns gezeigt hat, daß der geehrte Herr sich in einem Wirrwarr der Gedanken befindet, aus dem er nicht herauskommen kann. Einen einzigen lichten Punkt habe ich allerdings in seiner Rede gefunden, an der Stelle, an welcher er sich mit seinem Freunde Stöcker beschäftigte. Das Auftreten des Herrn Stöcker hat zu dem heutigen Schauspiel uns ja noch gefehlt. Er konnte es nicht unterlassen, weil er die innere Verwandtschaft, die zwischen ihm und Herrn Ahlwardt besteht auf diesem Gebiete, fühlt, heute, nachdem er ihn abgeschlachtet hatte, doch mildernde Umstände für ihn beizubringen. Der geehrte Herr College Stöcker wird aber wohl gesehen haben, daß seine Vertheidigung auf unfruchtbaren Boden bei dem Abgeordneten für Friedeberg-Arnswalde gefallen ist. Derselbe hat ihn geradezu denunzirt, daß er die Absicht hätte, die Thätigkeit der radicalen oder der reinen Antisemiten, die der Abgeordnete Ahlwardt repräsentirt, für die conservative Partei auszunützen, und dazu will Herr Ahlwardt sich nicht hergeben. Das kann ich ihm ja auch nicht verdenken.

Meine Herren, das Merkwürdigste aber und das, was mich veranlaßt hat, das Wort noch einmal zu nehmen, war die Entrüstung, mit der der Herr Abgeordnete Stöcker — gerade dieser Herr! — die Schuldfrage hier aufgeworfen hat. Wer ist — ruft er aus — schuld an der Wahl des Abgeordneten für Friedeberg-Arnswalde? Ich habe gemeint, Herr Stöcker konnte sich diese Frage mit der Wahrheitsliebe, die wir ja an ihm gewohnt sind, sehr einfach selbst beantworten.

(Heiterkeit; sehr richtig! links.)

Sie, meine Herren, haben die Schuld; das ist eine positive Thatsache! Haben Sie denn den Aufruf nicht gelesen, in welchem ein Landrath, ein im Dienst befindlicher conservativer Landrath — Herr von Bornstedt heißt der geehrte Herr —, ein Kreissecretär und ein Seminardirector, auch conservative Herren, öffentlich aufgefordert haben, für die Wahl des Herrn Ahlwardt einzutreten? Und nun fragt Herr Stöcker noch: wer ist schuld daran?! Diese Frage hat mir wirklich einen sehr eigenthümlichen Eindruck gemacht.

Herr Stöcker hat auch auf mildernde Umstände plädirt für die Angriffe auf die Stadtverwaltung und für die bekannte Broschüre, die der Abgeordnete für Friedeberg-Arnswalde geschrieben hat. Ich glaube, Herr Stöcker ist sehr weit darin gegangen; über die Broschüre „Der Verzweiflungskampf", denke ich, schweigt er besser, — eine Broschüre, die schon um deswillen mit Entrüstung im deutschen Volke aufgenommen ist, weil dieser Mann es gewagt hat, darin den hochgefeierten Namen eines deutschen Kaisers in den Schmutz zu ziehen in einer Weise, wie es niemand bisher für möglich gehalten hatte. Also von dieser Broschüre thun Sie besser, zu schweigen; da sind mildernde Umstände in der That nicht vorhanden.

(Sehr richtig! links.)

Nun, meine Herren, wer ist schuld an der Bewegung, an dieser Aufwühlung der Leidenschaften im Volke, von der der Herr Abgeordnete Stöcker gesprochen hat? Ich dächte, Herr Stöcker müßte das wissen. In einem Erkenntniß des Reichsgerichts vom 6. Juni 1886 steht folgendes:

> Denn die antisemitische Bewegung, mögen auch nachträglich in ihr andere Führer aufgetreten und hinzugetreten sein, ist doch gerichtsbekanntermaßen hauptsächlich von dem Hofprediger Stöcker veranlaßt.

(Sehr richtig! links.)

Nun, meine Herren, in diesem Reichsgerichtserkenntniß hat Herr Stöcker die Antwort: er und seine Freunde, — sie tragen die Schuld, daß man den Haß und den Neid gegen gleichberechtigte Mitbürger in unserem Vaterlande erregt hat. Sie ernten jetzt die Früchte der Saat, die sie gesäet haben. Herr Stöcker und seine Freunde sind schuldig, und ich wundere mich, daß er sich diese Antwort nicht selbst gegeben hat.

(Bravo!)

Abgeordneter **Zimmermann**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Ahlwardt hat vorhin in seinen Ausführungen betont, daß er den gestrigen Tag dazu benutzt hat und den heutigen, um in dieser Frist das Material herbeizuschaffen, auf das er sich berufen hat. Und ich will dem von allen Seiten hier angefochtenen Mann das Eine bestätigen, daß ich aus eigener Erfahrung weiß, daß er den gestrigen Nachmittag, die Nacht und den Vormittag benutzt hat, um an den verschiedenen Stellen, wo seine Materialien sich befinden, dieselben zu holen, beziehentlich an diese Stellen zu telegraphiren.

Meine Herren, ich muß das betonen, weil unbedingt die Forderung von unserer Seite erhoben wird, daß die weiteren Beschuldigungen des Abgeordneten Ahlwardt auf ihre Wahrheit geprüft werden. Ich will im voraus bemerken, daß meine politischen Freunde, wie ich, vorher nicht die geringste Kenntniß und Ahnung gehabt haben von den schweren Anschuldigungen, die Herr Ahlwardt gestern an dieser Stelle erhoben hat, sodaß wir für uns jegliche Verantwortung hierfür ablehnen müssen. Ich habe dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt sogar gestern kein Hehl daraus gemacht, daß ich es durchaus verurtheilen muß, derartige Angriffe im Reichstage laut werden zu lassen, ohne im vollen Besitz des Materials sofort zu sein. Meine Herren, wenn Herr Abgeordneter Ahlwardt nun sich meines Erachtens mit einem gewissen Recht auf seine Unkenntniß der Verhaltnisse als parlamentarischer Neuling berufen kann, dann bin ich auch der Meinung, daß man im Interesse des Landes und des Reichstags selbst ihm die Möglichkeit offen lassen soll, später Beweisstücke herbeizubringen. Meine Herren, meine politischen Freunde und ich stehen der Sache ebenso kritisch gegenüber wie irgend ein Mitglied dieses Hauses; wir wollen abwarten, welche Beweise zu erbringen sind. Wenn aber hier eine so große Entrüstung herrscht, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß in unserer Literatur seiner Zeit nach dem Gründerschwindel nicht minder schlimme Vorwürfe ohne Antwort und ohne Zurückweisung verbreitet worden sind. Ich verweise auf Otto Glagaus Buch „Der Börsen- und Gründungsschwindel", und ich will mit Erlaubniß des Herrn Präsidenten nur eine Stelle aus diesem Buch vorlesen, die sich gerade auf Verhaltnisse bezieht, die Herr Ahlwardt ja selber gestern angezogen hat. Sie finden auf Seite 96 und 97 in dem Glagauschen Werk folgende Sätze:

> Das Stärkste aber leistete doch wieder die Diskontogesellschaft mit den Herren von Hansemann und Miquel an der Spitze — —

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter, ich meine, das gehört absolut nicht zum Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen. Wir sind jetzt beim Etat des Reichsinvalidenfonds und haben hierbei gelegentlich die Reden zu behandeln, die der Herr Abgeordnete Ahlwardt gestern gehalten hat zu diesem Etat.

Abgeordneter **Zimmermann**: Dann will ich mich darauf beschränken, auf das Werk hingewiesen zu haben und nochmals die Bitte auszusprechen, daß man die Gelegenheit nicht versäumen solle, volle Klarheit über Grund oder Ungrund dieser Beschuldigungen zu gewinnen.

Zum Schluß möchte ich mir aber eine Anfrage noch gestatten. Ich möchte fragen, — ich weiß nicht, ob es zu den Gepflogenheiten des hohen Hauses gehört, daß, sobald jemand Aktenstücke, beziehungsweise amtliche Aktenstücke, wie der Herr Abgeordnete Ahlwardt auf den Tisch des Hauses gelegt hat, von einem Mitgliede des Büreaus, — wenn ich nicht irre, vom Herrn Abgeordneten Schmidt (Elberfeld), — sofort die betreffenden Aktenstücke dem Herrn Finanzminister Miquel vorgelegt werden dürfen.

(Sehr gut! rechts.)

Abgeordneter **Stöcker**: Meine Herren, der Abgeordnete Rickert sollte sich wirklich hüten, bei anderen Leuten von Wirrwarr in der Rede zu sprechen. Seine Reden sind auch manchmal nicht so geordnet, wie eine Politik im höheren Stil es wünschenswerth macht. Daß er das, was ich für Herrn Ahlwardt gesprochen habe, eine Vertheidigung nennt, spricht gegen die klare Auffassung des Herrn Rickert. Wenn ich dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt die Fähigkeit abspreche, Politik im großen Stil zu treiben, und ihn damit entschuldige, so ist das gewiß keine Vertheidigung. Herr Rickert, wenn ich Ihnen diese Fähigkeit ebenso absprechen wollte, so würden Sie das schwerlich eine Vertheidigung Ihrer Person nennen. Also, Herr Rickert, in der Logik haben Sie sich heute auch nicht stärker bewiesen als der Abgeordnete Ahlwardt.

(Heiterkeit und Zuruf links).

Nun fragt der Abgeordnete Rickert: wer ist an der Wahl in Arnswalde schuld? Und er sagt: wir, die Conservativen sind es, die doch den Herrn Ahlwardt auf das äußerste bekämpft sind. Nein, eine augenblickliche Strömung, und zwar eine ungeordnete Strömung hat den Herrn Ahlwardt aufgestellt. Das ist es ja, worauf ich schon hingedeutet habe; darin liegt für mich das Bedenkliche und Gefährliche, daß mit einem Male politische Strömungen ohne jede Leitung auftauchen, die ein Ereigniß wie die Wahl in Friedeberg-Arnswalde zu Stande bringen. In der Stichwahl haben dann die Conservativen für Herrn Ahlwardt gestimmt.

(Zurufe links.)

— Aber wer hat denn jemals das Stimmen bei der Stichwahl einer Partei auf Conto geschrieben? Da wählt man von zwei Uebeln das für die Partei kleinere; und darin stimme ich noch heute mit den dortigen Conservativen überein, daß trotz allem, was wir gehört haben, Herr Ahlwardt gegenüber einem Deutschfreisinnigen noch das kleinere Uebel ist.

(Große Heiterkeit. Zurufe links.)

Meine Herren, ein Mann, der Ihnen (links) näher steht als ich, hat den Deutschfreisinnigen die Ursachen der Wahl des Herrn Ahlwardt klar gemacht, der nationalliberale Gerichtsassessor a. D. und Rittergutsbesitzer Paeske. Er hat uns aktenmäßig, sodaß keine Kam-

mission braucht ernannt zu werden, beschrieben, durch welche Mittel der Kreis Arnswalde aufgewühlt worden ist. Dieser nationalliberale Herr sagt: durch die ganz ungeheuerlichen Verhetzungen der deutsch-freisinnigen Partei

(Hört! hört! rechts.)

Ich habe die Broschüre bei mir; der Herr Präsident wird mir gestatten, wenige Sätze zu verlesen.

(Glocke).

**Präsident:** Es gehört wirklich nicht zum Gegenstand unserer Tagesordnung. Wohin sollen wir denn kommen? Ich muß zugeben, daß die Friedeberger Wahl von dem Herrn Abgeordneten Rickert in die Diskussion gezogen ist; ich habe Sie darauf antworten lassen. Aber wenn Sie auf alle Details eingehen wollen, dann würden wir uns den ganzen Tag mit der Friedeberger Wahl beschäftigen.

Abgeordneter **Stöcker:** Herr Präsident, ich bitte nur um die Erlaubniß, ganz wenig zu verlesen; es soll nicht zwei Minuten dauern.

**Präsident:** Nein, ich kann auch nicht zwei Minuten dazu geben.

Abgeordneter **Stöcker:** Ich habe hier einen Wahlaufruf zur Hand: in demselben werden von der deutschfreisinnigen Partei die Junker viel schlimmer behandelt als jemals von den Antisemiten das Judenthum

(Sehr richtig! rechts.)

Mit einer Fülle von Unwahrheiten ist der Bauernstand gegen die Junker aufgehetzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Und der nationalliberale Herr Paeske sagt mit Recht: da liegt der Grund, daß im Kreise Friedeberg-Arnswalde die Gemüther verhetzt und erbittert sind, weil der Deutschfreisinn durch seine unerhörten Unwahrheiten die Gemüther unfähig gemacht hat, zu erkennen, was schwarz und was weiß ist.

(Hört! hört! rechts. Sehr richtig!)

Also dieses Beispiel des Herrn Abgeordneten Rickert spricht ganz und gar für mich.

Auf die Broschüren will ich nicht zurückkommen. Ich habe die Punkte in der Broschüre bezeichnet, wo Herr Ahlwardt Recht hatte, und ich sage noch heute: was ist gegen ein so unverantwortliches Benehmen, wie das des Herrn Hermes, von Seiten der Regierung geschehen? Bis wir darauf nicht Antwort haben, wird allerdings für manche eine Versuchung darin liegen, solche Zustände aufzudecken, wenn es die Obrigkeit nicht thut.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, wenn dann gesagt wird, ich sei an der antisemitischen Bewegung schuld, wenn selbst das Reichsgericht erklärt, ich sei der eigentliche Anfänger, so nehme ich das nicht als eine Schuld, sondern als eine Ehre auf mich.

(Zuruf links.)

— Gewiß, als eine große Ehre! Ich halte es für eine der heiligsten Nothwendigkeiten eines Volkes von 50 Millionen, nach großen nationalen Thaten sich von einer halben Million Fremdlinge nicht finanziell ausplündern und um seinen Geist betrügen zu lassen. Daß das geschieht, daß wir auf dem Wege sind, die deutsche Seele an das Judenthum zu verlieren, darüber ist unter Einsichtigen kein Zweifel mehr; das kann nur jemand bezweifeln, der wie der Herr Abgeordnete Rickert das wenig beneidenswerthe Amt eines Vorstehers der jüdischen Schutztruppe auf sich genommen hat.

(Große Heiterkeit).

Daß sich in Deutschland deutsche Menschen finden, die für die Juden die Kastanien aus dem Feuer holen, muß den Fanatismus im Volke schüren. Ja, diese elende Thatsache der Judenschutztruppe mit ihrem Generalstabschef

(Heiterkeit.)

ist eine der Hauptursachen von dem Wachsen des Antisemitismus. Herr Abgeordneter Rickert, legen Sie das Amt nieder! Dann werden die Wogen vielleicht ein klein wenig ruhiger gehen

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Rickert hat hier zwei Fragen gestellt: erstens, wer ist schuld an der Wahl in Friedeberg-Arnswalde, und zweitens, wer ist schuld an der jetzigen antisemitischen Bewegung? Bezüglich der Wahl in Friedeberg-Arnswalde will ich ihm volle Klarheit schaffen. Ich hatte das Bedürfniß, gewählt zu werden, weil ich wünschte, daß ich hier sei; und heute sehe ich um so mehr ein, daß ich hier durchaus eine Nothwendigkeit bin.

(Stürmische, anhaltende Heiterkeit.)

Da ich nun dieses Bedürfniß einmal hatte und erfuhr, daß mein Herr Vorgänger im Wahlkreise, der Herr Landrath von Meyer, gestorben sei, bin ich hingegangen und habe auch den Leuten in Friedeberg-Arnswalde mich vorgestellt und gesagt: ich will das und das; ich bitte, wählen Sie mich! Da haben sie mich gewählt. Das ist die ganze Geschichte der Wahl in Friedeberg-Arnswalde

(Heiterkeit.)

Sehr viel geholfen hat allerdings dazu Herr Rickert — ich will nicht sagen, woher er ist — aber der Herr Abgeordnete Rickert, er hat durch seine Rede dort derartig durchschlagend gewirkt, daß sich in Arnswalde, einem Ort, in dem ich ein einziges Mal gesprochen habe, eine volle Trennung der beiden Völker vollzogen hat, daß fast alle Deutschen für mich und alle Juden für den Herrn Fortschrittsmann gestimmt haben — und das hat mit seinen Reden der Herr Rickert aus Putzig gethan.

(Heiterkeit.)

Wenn nun aber zweitens gesagt ist, daß die Herren Conservativen für mich gestimmt, so bin ich allerdings dankbar dafür. Inzwischen hatte ich bereits beim ersten Wahlgange eine so große Zahl von Stimmen auf mich vereinigt — es fehlten etwas über 100 Stimmen an der absoluten Majorität —, daß im zweiten Wahlgang die Entscheidung der Wahl sicherlich nicht durch die Conservativen herbeigeführt ist.

Die zweite Frage des Herrn Rickert ist eine sehr viel ernstere: Wer ist schuld daran, daß jetzt die antisemitische Bewegung auftritt? Daß darunter ein Mann wie Ahlwardt aufkommen kann, der von Ihnen allen ja so einigermaßen als der größte Auswurf der Menschheit angesehen wurde, ist doch sehr auffallend. Ich glaube, die meisten von Ihnen werden mich kaum noch zu denen zählen, die von Rechtswegen so ganz auf den Titel „Mensch" Anspruch haben; manche werden denken: er ist direkt aus der Hölle gesprungen.

(Lachen und Widerspruch.)

Meine Herren, ich will Sie in Ihrem Urtheil durchaus nicht weiter beeinflussen. Aber, meine Herren, wenn man einen solchen Mann, den Sie schon so tief stellen, und den Sie, wenn er nicht schon hundert Mal todtgeschlagen wäre, zum hundertundersten Mal todtschlagen würden, mit einer Majorität in den Reichstag wählt, die ganz ungewöhnlich ist, in einem Wahlkreise, in dem doch durchaus ruhig denkende Leute wohnen, in einem Wahlkreise, der bisher doch in seinem Urtheil stets bestimmt und entschieden gewesen ist, so muß wirklich ein sehr tiefer und ernster Grund dazu vorhanden sein. Meine Herren, je schlechter ich bin, desto größer muß die Bedeutung der Bewegung sein, da man mich doch gewählt hat.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, diese Bewegung — lassen Sie mich das einmal ganz ernst erwägen und wollen Sie im Augenblick einmal absehen von Sympathie und Antipathie — meine Herren, diese Bewegung ist nicht herbeigeführt durch irgend einen Deutschen, nicht herbeigeführt durch Herrn Hofprediger Stöcker. Der Herr hat nur das hohe und ihm absolut nicht abzusprechende Verdienst, daß er die Instinkte, die in der Volksseele wohnten, in sehr geschickter und beredter Weise erweckt hat; und wenn ich jetzt nicht mehr mit dem Herrn Abgeordneten Stöcker gehen kann, so geschieht es nur deshalb, weil der Herr nach meiner Meinung auf halbem Wege stehen geblieben ist; aber er hat hohe Verdienste, und das wird die Nachwelt noch anerkennen

(Lachen links);

und, meine Herren, meine eigene Achtung werde ich ihm stets beweisen, obwohl ich jetzt vermuthe, daß wir uns im Wahlkampf sehr scharf entgegentreten werden. Nein, aber, meine Herren, das Verdienst an der Entstehung der Bewegung ist nicht das des Herrn Abgeordneten Stöcker oder irgend eines Anderen, sondern allein die Thatsache, daß dieses jüdische Volk sich absolut unmöglich gemacht hat. Die Bewegung muß durchgeführt werden. Die Juden sind allein an dem Antisemitismus Schuld, und kein einzelner Mensch, auch ich nicht. Wir sind alle nichts weiter als Leute, die das, was die Gesammtheit instinktiv fühlt, zum klaren Ausdruck bringen. Meine Herren, denken Sie doch zum Beispiel — ich bin gewählt in Friedeberg-Arnswalde und habe zunächst die Interessen dieses Wahlkreises zu vertreten —, daß in diesem Kreise sich die Landleute, Bürger und Arbeiter in den Städten vom frühen Morgen bis zum späten Abend quälen. Für ihre Producte erhalten sie nicht das, was sie werth sind, weil überall im gesammten Handel, besonders im Kornhandel, im Geldhandel, im Kaffeehandel der Jude mit seinem Monopol dazwischen getreten ist. Dieser allein erntet, die Produzenten verarmen. Der Jude bereichert sich allmählich um Millionen, der Produzent wird arm, der Konsument wird arm, das ganze Volk wird blutleer. Hier liegt der Grund der nationalen Unzufriedenheit, der nationalen Bewegung; und das ist die Ursache des Antisemitismus, wie ja auch die allgemeine Verarmung andererseits die Ursache des Sozialismus geworden ist. Der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und dem Antisemitismus besteht lediglich darin, daß wir glauben, eine Besserung auf gesetzlichem Boden herbeiführen zu können unter Aufrechterhaltung der monarchischen Regierungsform, unter Aufrechterhaltung der Religion und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Wir glauben, eine Gesundung der Volksverhältnisse herbeiführen zu können, wenn wir den krankmachenden Stoff, das Judenthum, ausscheiden, während die Sozialdemokraten überhaupt nicht mehr glauben, daß auf dem gegenwärtigen Boden eine Gesundung möglich ist. Das ist das, was uns von der sozialdemokratischen Partei trennt.

(Zuruf links.)

Meine Herren, wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk, wenn es unter sich ist, gesund werden kann, und daß wir uns alle verständigen können, aber die Juden verhindern uns daran; das ist unsere Ueberzeugung, für die wir kämpfen. Und wenn es sich um diese heiligen Dinge handelt, wollen Sie mich, weil ich im Augenblick einige Akten nicht hier habe, todtmachen. Das wird Ihnen nie und nimmermehr gelingen! Da werden Sie im Lande nur auf großes Kopfschütteln stoßen. Damit schaden Sie uns Antisemiten in keiner Weise, aber Tausende führen Sie uns durch solche Maßregelung zu!

Nun haben sich der Herr Hofprediger und der Herr Rickert darum gestritten, wer von ihnen am meisten logisch denke. Die Logik des Herrn Rickert ist mir ganz angenehm, und ich denke, sie wird uns noch manchmal nützen. Der Herr Hofprediger hat sich geirrt, wenn er sagte: Herr Rickert, treten Sie von der Judenschutztruppe zurück, dann wird

es nicht mehr so erregt zugehen. Aber ich bitte Herrn Rickert, an der Spitze der Judenschutztruppe zu bleiben — da ist er uns durchaus sympathisch und angenehm.

Nun aber ist etwas geradezu unerhört. Herr Rickert hat erklärt, ich hätte in meinem Buche „Verzweiflungskampf der arischen Völker gegen das Judenthum" einen unserer erhabensten Monarchen angegriffen. So wird es mit mir immer gemacht. Wenn ich Mißstände klarlege, die irgendwo auftreten, dann heißt es: ich greife dort und dort die Regierung oder Institutionen des Staates an. Nein! die Juden habe ich angegriffen und gezeigt, daß diese vor nichts zurückscheuen, selbst vor der obersten Stelle nicht, und daß sie bei Kaiser Friedrich selbst dessen edelste Tugend, seinen Wohlthätigkeitssinn, benutzt haben, ihn materiell zu fesseln. Ich habe nicht angegriffen, sondern ich habe gerade diesen erhabenen Mann hoch hingestellt. Das ist doch kein Angriff, wenn jemand vertrauensvoll genug ist, sich von jüdischer Seite in Fesseln schlagen zu lassen! Nein, von einem Angriff meinerseits nach dieser heiligen Stelle ist bei mir nicht die Rede. Das Judenthum hat das bewirkt. Blicken Sie in die Geschichte! Ueberall hat man die hervorragendsten Leute zu fesseln und auf diese Weise zu gewinnen gesucht, sonst wäre das Judenthum längst nicht mehr. So haben sie es auch im Mittelalter gemacht.

Ich verwahre mich vor allen Dingen auch gegen die Ausführungen des Abgeordneten Stöcker, wenn er sagt: es ist etwas wahres an den Behauptungen des Abgeordneten Ahlwardt. Nein, meine Herren, alles ist in den Büchern und an den von mir aufgestellten Behauptungen wahr.

(Lachen links.)

Abgeordneter **Richter**: Der Herr Abgeordnete Zimmermann hat gesagt, Herr Ahlwardt habe sich, wie er bezeugen könne, die größte Mühe gegeben, sein Material zur Stelle zu schaffen. Wenn trotz dieser bezeugten großen Mühe weiter nichts zum Vorschein gekommen ist, als was heute vorgelegen hat, so beweist das, wie nichtig dasjenige ist, worauf er seine Behauptungen stützt. Meine Herren, Herr Ahlwardt ist nicht einmal im Stande gewesen, einen Zusammenhang auch nur zu artikuliren zwischen den Beschuldigungen gegen die Regierung, wie er sie hier ausgesprochen hat, und demjenigen, wofür er Beweise hinter sich haben will. Er hat ganz zusammenhangslos einzelne Behauptungen aufgestellt, dritte Personen und Privatpersonen betreffend, die aber in keiner Weise darzuthun geeignet sind, wenn er sie beweisen könnte, ob etwas von dem gerechtfertigt ist, was er an Vorwürfen gestern und am vorigen Sonnabend ausgesprochen hat.

Der Herr Abgeordnete Zimmermann glaubte bemängeln zu müssen, daß das von dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt vorgelegte Aktenstück einem Mitglied des Bundesraths zur Einsicht überreicht sei. Alles, was zu den Akten des Hauses kommt, ist sämmtlichen Mitgliedern des Reichstags gleichmäßig zugänglich. Es sind keine Geheimnisse mehr, und es ist Brauch, auch die Mitglieder des Bundesraths von den Akten Einsicht nehmen zu lassen. Nichts würde auch an sich verkehrter sein, als gerade denjenigen, gegen die man Beschuldigungen zuzuspitzen sucht, die Einsicht in solche Akten verwehren zu wollen. Das ist das natürlichste Recht, selbst in jedem gewöhnlichen Verfahren außerhalb dieses Hauses.

Es ist überaus bezeichnend, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt selbst von seinem nächsten antisemitischen Freunde keine Vertretung hier gefunden hat, bis zu dem Augenblick, wo der Herr Abgeordnete Stöcker sich seiner annahm. Allerdings Herr Stöcker verwahrt sich dagegen, ihn vertheidigt zu haben; aber er hat sich nach Kräften bemüht, ihm Deckung zu gewähren gegen die Verurtheilung dieses Hauses, indem er in künstlichster Weise wiederholt die Aufmerksamkeit des Hauses auf Nebendinge abzulenken suchte, auf die es heute absolut nicht ankam, die zum Theil gar nicht vor das Forum des Reichstags gehören, und über die an anderer Stelle schon genugsam verhandelt worden ist. Freilich, dankbar ist ihm Herr Ahlwardt nicht gewesen. Die Herren müssen sich ja untereinander besser kennen. Er glaubte in der Assistenz des Herrn Stöcker nur eine Konkurrenzbestrebung zu erkennen, um in der gemeinsamen Agitation gegen die Juden ihm den Lohn zu schmälern, den er, Ahlwardt, in erster Linie beanspruchen könnte.

Meine Herren, Herr Stöcker hat aber auch richtig innerlich erkannt, daß heute nicht bloß über Herrn Ahlwardt der Stab gebrochen wird, sondern über die ganze antisemitische Bewegung

(Widerspruch rechts),

wie sie in erster Reihe getragen wird von dem Herrn Abgeordneten Stöcker selbst; und wir sind dem Herrn Abgeordneten Stöcker dankbar, daß er durch die Art seines Auftretens seine innere Geistesverwandschaft mit Ahlwardt so klar gestellt hat. Er ist der höhere Ahlwardt, weiter nichts

(lebhaftes Bravo links),

der genau so viel werth ist wie Ahlwardt.

(Widerspruch rechts. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

— Zur Ordnung?

(Heiterkeit.)

Meine Herren, Sie, Herr Stöcker, sind nur das, was Ahlwardt ist, mit dem Unterschied, daß Sie es verstehen, den Antisemitismus, wie Sie sich ausdrücken, als „politisches Geschäft in höherem Stil" zu treiben.

(Sehr gut! links. — Heiterkeit.)

Diese allgemeinen Declamationen gegen Judenthum überhaupt sind es gerade, die in solchen Persönlichkeiten niederer Geistesbildung, als Herr Stöcker selbst sie hat, einen solchen Fanatismus zuletzt entzünden müssen, der es mit der Wahrheit so wenig genau nimmt, wie wir es hier in den letzten Tagen erfahren haben. Das hat Sie ja so klassisch gekennzeichnet, daß Sie noch heute sagen: lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen! Das weist Sie auf die Seite der Ahlwardts, und wir lassen Sie Hand in Hand mit ihnen stehen!

Und, meine Herren, eines ist so bezeichnend für die Art des Herrn Stöcker: so nebenbei sagte er in Anschuldigungen gegen die Regierung: beschwichtigend wirkte dieselbe, wenn es sich um eine Firma wie Löwe handelt. Wo ist der Beweis dafür, daß die Regierung nicht unparteiische Justiz geübt, daß sie Schonung geübt? Nun, meine Herren, was die Regierung in diesem Fall in der Anklage und Vertheidigung gethan hat, das war sie sich selbst schuldig, das war sie der Ehre eines Mannes schuldig, der, wie es in dem gerichtlichen Urtheil heißt, sich verdient gemacht hat, dem Vaterland so brauchbare Waffen zu liefern.

Meine Herren, par nobile fratrum: Stöcker und Ahlwardt! Sie gehören zusammen!

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident**: Herr Abgeordneter, wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung. Sie ist beleidigend für den Herrn Abgeordneten Stöcker und beleidigend für den Herrn Abgeordneten Ahlwardt.

Abgeordneter **Richter**: Ich habe auch materiell nichts dagegen zu bemerken, selbst wenn ich formell dazu berechtigt wäre.

Meine Herren, diese ganze Verhandlung hat wahrlich nicht — was bezweckt worden ist — in den Ausführungen gegen das Judenthum hierzu irgend etwas beigebracht. Aber wenn das wahr wäre, daß ein solches Vorgehen gegen eine Klasse der Bevölkerung dem nationalen Deutschthum, dem Christenthum entspräche, dann wahrlich wäre es sehr schlecht um Deutschland und um das Deutschthum bestellt!

(Sehr richtig! links.)

Zum Glück denkt die große Mehrheit der Bevölkerung anders vom Werth des Deutschthums und Christenthums, als es Herr Stöcker darstellt.

(Widerspruch rechts.)

Noch eine Bemerkung über das allgemeine Wahlrecht, das man hier zum Gegenstand des Angriffs gemacht hat. Das allgemeine Wahlrecht hat diesen Schaden nicht geschaffen, sondern hat ihn offenbar gemacht, hat ans Licht gebracht, was die Folge solcher Agitationen ist, wie sie zuerst vor 12 Jahren von Herrn Stöcker eingeleitet und dann von weniger geschickten Leuten fortgesetzt worden sind bis zu diesem Herrn Ahlwardt herab. Das allgemeine Wahlrecht hat uns also den Schaden erkennen lassen, und es wird auch die Heilung bringen, indem es meines Erachtens dazu beiträgt, Elemente wieder aus dem Reichstag zu entfernen, über deren Zugehörigkeit zum Reichstag heute Urtheile gefällt worden sind, die ich nicht zu wiederholen brauche.

(Bravo links.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, ich habe nur ein paar Bemerkungen zu machen gegenüber dem Herrn Abgeordneten Stöcker. Er meinte, ich hätte die Frage der Wahl Arnswalde-Friedeberg hier angerührt. Das widerspricht den Thatsachen; der Herr Abgeordnete Stöcker ist es gewesen, der mich, der ich gar nicht die Absicht hatte, in dieser Verhandlung das Wort zu nehmen, gezwungen hat, zu sprechen, weil er anderen Leuten die Schuld der Ahlwardtschen Wahl zuschob, als denen, die sie wirklich trifft.

Wenn der Herr Abgeordnete Stöcker sich auf Herrn Paeske berufen — ich glaube, von ihm ist wohl die erwähnte Broschüre — und dabei erklärt hat, daß das alles festgestellte Thatsachen wären, so sieht man wieder, wie Herr Stöcker mit den Thatsachen umgeht. Er liest nicht einmal seine „Kreuzzeitung" ordentlich; sonst würde er wissen, daß dieses Blatt Berichtigungen in Bezug auf die Behauptungen der Broschüre Paeske aufnehmen mußte. Näher gehe ich jetzt nicht darauf ein.

Die Anfänge des Antisemitismus begannen in jenem Wahlkreise mit Verbreitung jener scheußlichen und gemeinen antisemitischen Flugblätter, die Herrn Stöcker auch bekannt sein müssen, und die geeignet sind, Neid und Haß zu schüren und die Bevölkerung aufzuregen.

Wenn Herr Stöcker an mich das Ansinnen stellt, ich möchte das Amt eines Vorstehers der Judenschutztruppe, wie er sich geschmackvoll ausdrückt, niederlegen, so irrt er. Ich werde es mir — und das wiederhole ich ihm — zur Ehre anrechnen, so lange ich überhaupt noch mein Mandat führe und meiner Stimme mächtig bin, zu protestiren gegen die Antisemiterei und ihren Urheber Herrn Stöcker. Ich bin nicht der Meinung, daß diese antisemitische Bewegung uns zur Ehre gereicht, sondern ich glaube, daß sie eine Schmach für Deutschland, eine Schmach für dieses Jahrhundert ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Stöcker darauf hingewiesen hat, daß wir unser Deutschthum verleugnen, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß die deutsche Nation eine Kulturnation ist, die ein derartiges Resultat der Barbarei, wie es die antisemitische Bewegung ist, nicht verträgt. Meine Herren, es ist traurig genug, daß bei uns nicht geschieht, was in Oesterreich geschieht, wo Mitglieder der höchsten Aristokratie es sich als Ehre anrechnen, der sogenannten Judenschutztruppe anzugehören.

(Zuruf.)

— Wenn Herr Stöcker die Berichte über die letzte Generalversammlung gelesen hätte, so würde er wissen, daß Mitglieder der höchsten Aristokratie sich gemeldet haben, miteinzutreten, um diese Schmach des Jahrhunderts zu beseitigen. Leider sind die Mitglieder unserer höchsten Aristokratie in Deutschland abseits vom Kampfe; ich hoffe aber, sie werden es auch bald als eine Ehrensache bezeichnen, daß wir die antisemitische Bewegung so bald als möglich los werden. Denn sie ist ein Schandfleck auf deutscher Kultur und deutscher Geschichte!

(Bravo links.)

Abgeordneter **Liebermann v. Sonnenberg**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat es für nöthig gehalten, zu betonen, daß niemand

der im Reichstage anwesenden antisemitischen Abgeordneten Herrn Ahlwardt in Schutz genommen habe, bis schließlich der Herr Abgeordnete Stöcker sich dazu bereit gefunden. Es ist nicht meine Art, jemand, der sich, wenn auch ganz ohne mein Zuthun, in den Dienst derselben Sache gestellt hat, für die ich kämpfe, im Stiche zu lassen, wenn er sich in Noth oder Gefahr befindet, selbst wenn diese Noth oder Gefahr selbstverschuldet ist. Es war aber für mich im Laufe der heutigen Verhandlungen bisher noch nicht die Möglichkeit eingetreten, dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt beizuspringen.

Ich betone ebenso, wie es der Herr Abgeordnete Zimmermann bereits gethan hat: ich weiß von den Plänen und Absichten des Herrn Abgeordneten Ahlwardt ebensowenig, vielleicht noch weniger als der Herr Abgeordnete Richter selbst. Dieser hat ganz augenscheinlich die Grube wohl vorbereitet, in die Herr Ahlwardt gestern gefallen ist. Ich kenne Herrn Ahlwardts Aktenmaterial nicht; ich habe nichts davon gewußt, daß er derartiges hier vorbringen würde. Ich war gestern einen Augenblick weggegangen, als sich die Sache hier abspielte. Nach meiner Ueberzeugung hätte der Herr Abgeordnete Ahlwardt am richtigsten gehandelt, heute zu sagen: ich muß mich dem Spruche der Vertrauenscommission fügen; ich behalte mir aber vor, mein weiteres Material demnächst vorzulegen, und es ist ja in dankenswerthester Weise von allen Seiten dieses Hauses betont, daß er daran durchaus nicht verhindert werden soll. Ich will in seinem Interesse hoffen — ich muß allerdings sagen: ich befinde mich in einem Zwiespalt, ob ich es hoffen oder fürchten soll —, daß von dem Material, welches er noch vorlegen will, sich soviel als erheblich beweist, daß er wenigstens in Bezug auf seine Gutglaubigkeit gerechtfertigt dasteht.

Wie sich die Angelegenheit aber auch entwickeln möge, die große nationale Bewegung, die der Herr Abgeordnete Rickert eben mit ganz unverantwortlichen Ausdrucken bezeichnet hat, wird darunter nicht leiden. Die große nationale Bewegung, die ein Erwachen des deutschen Volksgeistes aus Jahrzehnte langer Verdunkelung und Trübung bedeutet, wird siegreich ihren Weg gehen mit oder ohne Herrn Ahlwardt. Wir einzelne sind nur Kämpfer, die zufällig in vorderster Reihe stehen; wenn wir fallen, tritt ein anderer an unseren Platz. Bestätigen sich die Angriffe des Herrn Ahlwardt, dann wird das einen Sturm für die Segel der antisemitischen Bewegung bedeuten. Bestätigen sie sich nicht, dann wird Herr Ahlwardt vermuthlich verschwinden; das wird der antisemitischen Bewegung in ihrem Fortschreiten aber kein Hinderniß in den Weg legen. Das, verehrter Herr Abgeordneter Rickert, kann ich Ihnen bestätigen, und zahlenmäßig beweisen, daß gerade, nachdem Ihre Bestrebungen gegen den Antisemitismus in Erscheinung getreten sind, die Bewegung ein viel schnelleres Tempo eingeschlagen hat. Ich achte an Ihnen persönlich die Ueberzeugung; denn ich bin fest durchdrungen davon, daß Sie aus innerstem Herzensdrang in die Bresche für das Judenthum gesprungen sind. Es mag das Ihrem Herzen alle Ehre machen, Ihrem klaren Blick macht es keine Ehre.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Rickert hat mit großem Pathos hier das Wort von der Schmach und Schande des Jahrhunderts in die Debatte geworfen. Herr Abgeordneter Rickert, dies Wort hat dereinst ein verstorbener Jude gedichtet und einem hohen Herrn fälschlich in den Mund gelegt; jener hohe Herr hat es niemals gesprochen. Man soll solche Fälschungen nicht wiederholen. Auch das bekannte Gerichtserkenntniß, welches Sie wahrscheinlich gleich nachher vorreiten werden, beweist nichts dafür; es besagt nur, daß jener Jude anderen erzählt hat, das Wort aus hohem Munde sei zu ihm gesprochen, weiter nichts. Es war nicht nöthig, glaube ich, daß bei der heutigen Debatte die antisemitische Frage hier wieder verhandelt wurde; aber die Herren drüben sorgen stets, daß sie nicht zur Ruhe kommen kann. Sie wird dadurch immer mächtiger werden; sie wird immer mehr an Tiefe und Kraft gewinnen, je mehr man versucht, ihr Hindernisse in den Weg zu legen, wie ein lebendiger Quell, der aus dem Innern der Erde kommt, hinter jedem Hinderniß anschwillt, stärker und tiefer wird und darüber in mächtigem Bogen hinwegfluthet oder es zerreißt. Die antisemitische Bewegung hatte mit der heutigen Verhandlung gegen den Abgeordneten Ahlwardt so gut wie gar nichts zu thun. Aber sie ist schon so stark und so gewaltig geworden, daß sie selbst im Stande ist, auch unliebsame Erscheinungen ein Stück zu tragen, ohne daß sie dadurch Einbuße leidet. Die Herren von der Linken hätten nicht nöthig gehabt, die Fragen, die vorlagen, zu verschieben; sie haben es sich daher selber zuzuschreiben, wenn der Scheinerfolg, den sie zuerst ersochten hatten, nun auch für sie dahin ist.

(Bravo rechts.)

Abgeordneter **Stöcker:** Herr Ricker hat nicht gut gethan, dies Wort von der Schmach des Jahrhunderts hier anzubringen. Das Wort ist vollständig apogryph; es wird sich auch nicht mehr nachweisen lassen, ob es jemals ausgesprochen worden ist. Aber ein anderes Wort aus demselben erlauchten Munde ist wahr; Dr. Delbrück hat es mit seinem Namen verbürgt, daß dieser selbe erlauchte Mund mit tiefem Verständniß der deutschen Noth gesagt hat: man hätte früher etwas thun sollen. Herr Rickert, warum zitiren Sie denn dieses Wort nie: man hätte früher gegen das Judenthum etwas thun sollen —?

(Zurufe links.)

— Ja, was? Das werden Sie nie begreifen. Aber das ist ein echtes Wort, und es spricht für hohe Staatsweisheit, daß auch dieser erlauchte Mann glaubte, man habe sich dieses Volk über den Kopf wachsen lassen. Das Wort soll man citiren, nicht das unechte.

Dann muß ich Herrn Rickert noch sagen: so lange es Männer giebt, die wie die Deutschfreisinnigen auf jeden Wink für das Judenthum eintreten und nicht die geringste Kritik an demselben üben, obgleich sie das Kritisieren sogar bei guten Sachen so trefflich verstehen, so lange wird eine antisemitische Bewegung, welche die Tiefen unseres Volkes durchwühlt, unvermeidlich sein.

Herrn Richters Ingrimm begreife ich vollauf. Gestern stand der Deutschfreisinn bei dieser Verhandlung so groß da, so groß wie selten; da kommt heute Herr Rickert mit seinem Ungeschick

(Heiterkeit rechts.)

und verschüttet die ganze Ernte. Mit einem Male steht an Stelle des Antisemitismus die Wahl im Kreise Arnswalde und der Freisinn mit seiner Agitation da; das Judenthum und Herr Ahlwardt sind verschwunden über der deutschfreisinnigen Agitation, welche die Vorfrucht nicht bloß der Socialdemokratie, sondern aller bösen Agitationen im deutschen Vaterlande ist.

(Heiterkeit links.)

Sonst würde ich Herrn Richters Ton nicht begreifen; was er zu sagen hatte, war wirklich dieses Pathos nicht werth.

Wenn Herr Richter von Fanatismus spricht, von Wahrheitsliebe, mit der Absicht, anderen Leuten Fanatismus zuzusprechen, Wahrheitsliebe abzusprechen, so brauche ich darüber kein Wort zu verlieren; darüber weiß das deutsche Volk und jeder Leser der „Freisinnigen Zeitung“ Bescheid genug.

Daß Herr Richter aber hier sogar mit dem Christenthum vorfährt, begreife ich nicht. Sie sollten lieber in dem Rothen Hause, wo Sie so großen Einfluß haben, auf den Stadtschulrath Fürstenau Ihren Einfluß verwenden! Das ist wieder eine Sache, die zu den heftigsten Agitationen Veranlassung geben wird. Wenn ein Stadtschulrath als Patronatsvertreter versucht, einen Geistlichen von seinem Ordinationsgelübde abwendig zu machen — und dieser Geistliche hat das festgestellt —, dann ist ein Kampf gegen solche Demoralisation durchaus geboten. Ich sage nochmals: wenn die Regierung den Kampf gegen diese verderblichen Mächte nicht aufnimmt, dann thun wir es und erwerben uns damit Verdienste um das deutsche Volk.

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter **Ahlwardt:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat den Abgeordneten Stöcker und mich — allerdings nicht in deutscher Sprache — ein edles Brüderpaar genannt. Meine Herren, so weit ist das Schicksal noch nicht vorgeschritten, daß wir als edles Brüderpaar gemeinsam kämpfen könnten; vielleicht kommt noch die Zeit. Ich für meine Person, obgleich ich jetzt mehrfach die Gesinnungsgenossen des Herrn Stöcker bekämpfen muß, würde immerhin mich gar nicht dessen schämen, wenn wir ein Brüderpaar in Zukunft einmal genannt werden sollten.

Meine Herren, wenn ich nun meinerseits auch von einem edlen Brüderpaar reden muß, so hat Herr Richter ja diesen anderen edlen Bruder in der Person des Herrn Krähahn gestern selbst angeführt. Herr Krähahn hat eben an mich eine Postkarte geschickt, die ich Herrn Richter hiermit überliefere; er sagt ihm darin nicht eben die schönsten Dinge; im Gegentheil, ich darf es hier gar nicht vorlesen, ich bekäme dann sicher wieder einen Ordnungsruf, wie ich gestern schon einen bekommen habe. Aber von der Begegnung will er nichts wissen, bestreitet sie, er setzt die Begegnung erst in die nächste Zukunft.

Meine Herren, diese Richter-Krähahnsche Thätigkeit, Juden nützlich zu sein und dafür Geld zu erhalten, ist aber bedeutend schöner und angenehmer, als meine Thätigkeit, zu kämpfen mit der Aussicht, so und so oft ins Gefängniß wandern zu müssen.

Dann, meine Herren, hat Herr Rickert gesagt, daß die Deutschen eine Kulturnation seien und deshalb die Juden dulden müßten. Ich bin der Meinung: weil die Deutschen eine Kulturnation sind, darum dürfen sie dieses kulturfeindliche und alle Kultur zerstörende und vergiftende Volk eben nicht dulden. Das ist der Unterschied zwischen Herrn Rickert Ansichten und meinen.

Nun jammert Herr Rickert zu Ihnen (rechts) hinüber, daß Sie sich mit dem Judenthum nicht ein bischen näher einlassen. Meine Herren, Sie werden dieses Jammern ja wohl begreifen: nachdem die Juden alles Geld haben, wollen sie jetzt auch noch Ihre Titel haben, Ihre altverbrieften Rechte und Ihre Geschlechtsregister. Ja, meine Herren, das kann ich den Juden nicht verdenken. Hier und da kommt es leider bei uns auch schon vor, daß Herrn Rickerts Wunsch erfüllt wird, und daß sich von Ihnen — ich habe im allgemeinen übrigens vor unserem deutschen Adel hohe Achtung — mancher findet, daß er durch Mischung seines edlen Bluts mit Judenblut seinem Stammbaum neu vergolden kann. Meine Herren, leider sind die Produkte, die daraus hervorgehen, solche Jammergestalten, daß die ganze Menschheit sich entsetzt. Deshalb hoffe ich: Sie werden Ihr Blut wenigstens rein halten und Herrn Rickerts Wunsch nicht Folge leisten.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, Sie sehen, man wollte mich partout todtschlagen in reinster Form; aber bei Ihnen allen hat sich schon allmählich die Unruhe gelegt; im allgemeinen finde ich schon, daß Sie ganz liebenswürdig und nett zuzuhören verstehen.

(Stürmische Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. Habe ich bei Ihnen in einer so kurzen Zeit die gute Meinung wieder erworben, — seien Sie überzeugt, im Herzen der meisten Deutschen fehlt sie mir durchaus nicht.

Abgeordneter **Schmidt** (Elberfeld): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Rickert hat heute das Wort angeführt, welches aus einem hohen Munde gefallen ist: der Antisemitismus ist eine Schmach des

Jahrhunderts. Ich wundere mich sehr, daß gerade der Herr Abgeordnete Stöcker es unternimmt, den Ausspruch für apokryph zu erklären. Der Herr Abgeordnete Stöcker müßte doch die Proceßakten kennen, die nach der Reichstagswahl von 1884, als ich gegen ihn zur Wahl stand, und 1885 geführt worden sind. Bei der engeren Wahl 1884 in Siegen ist ein Flugblatt vertheilt gegen die Wahl des Herrn Stöcker; in diesem Flugblatt steht, daß die Bezeichnung des Antisemitismus als eine Schmach des Jahrhunderts von jenem hohen Herrn gethan worden sei. Gegen den Herausgeber und den Drucker dieses Flugblatts ist ein Proceß angestrengt worden; der Verklagte hat den Beweis der Wahrheit angetreten. Es hat auf Requisition des Gerichts zu Siegen eine Verhandlung und Zeugenvernehmung vor dem Amtsgericht Berlin stattgefunden; es sind eine Anzahl Zeugen vernommen. Darauf ist von dem Anwalt des Verklagten noch besonders darauf hingewiesen, daß er wünsche, es werde der frühere Hofmarschall von Normann auch noch vernommen. Das Gericht hat dann aber erklärt, daß es unnöthig sei, den Herrn von Normann desbezüglich zu vernehmen, weil das Gericht nach den bisherigen Zeugenvernehmungen als erwiesen annimmt, daß diese Aeußerung von jenem hohen Herrn gemacht worden ist.

(Hört! hört! links.)

Abgeordneter **Richter**: Der Herr Stöcker hat auch mit Herrn Ahlwardt das gemein, daß, wenn er in der Hauptsache geschlagen ist, und er nichts mehr vorzubringen weiß, er dann die Aufmerksamkeit auf allerlei Nebendinge zu richten sucht, und wenn er sie noch so weit herholt. So ist er jetzt bereits dazu gekommen, zu erwähnen das Verhalten des Stadtschulraths Fürstenau gegenüber einem um eine Pfarrstelle in Berlin ambirenden Geistlichen. Wenn diese Frage überhaupt irgendwo hingehört, gehört sie nicht vor den Reichstag, nicht vor den Landtag, sondern vor die Generalsynode.

Aber Herr Stöcker hat auch hier vorgetragen mit dem Grade von Wahrhaftigkeit, der ihm eigenthümlich ist. Der Fall ist in öffentlichen Blättern durch den Stadtschulrath Fürstenau aufgeklärt worden. Es ist nicht richtig, daß der Stadtschulrath Fürstenau es versucht habe, den bei ihm um eine Pfarrstelle ambirenden Geistlichen von seinem Ordinationsgelübde abwendig zu machen, sondern die Unterredung, die Herr Fürstenau als Vertreter des Magistrats bei der Vergebung einer Stelle städtischen Patronats gepflogen hat, hat sich einfach darauf bezogen, die kirchliche Richtung des um die Stelle ambirenden Geistlichen klarzustellen. Bei der Bestellung eines Geistlichen — mag sie nun von den Mitgliedern des Gemeindekirchenraths oder dem Patron erfolgen — handelt es sich darum zu erkunden, ob der Geistliche nach seiner ganzen Richtung zu der betreffenden Gemeinde paßt. Denn wenn das nicht der Fall ist, so kann eine segenbringende Wirksamkeit nicht für möglich erachtet werden. Das ist das Recht und die Pflicht eines solchen Herrn, und der Herr Stadtschulrath Fürstenau hat nur diesem Recht und dieser Pflicht genügt.

Abgeordneter **Stöcker**: Meine Herren, ich will mit diesen Sachen das Haus nicht weiter aufhalten.

(Zurufe links.)

— Um einen ambirenden Geistlichen handelt es sich nicht, Herr Richter! Wenn Sie über solche Sachen reden, dann informiren Sie sich genauer! Es handelt sich um einen Geistlichen, der von der Gemeinde gewünscht war; das nennt man nicht ambiren. Aber obwohl er von der Gemeinde gewünscht war, ist er von dem Stadtschulrath einem Examen unterzogen, welches darauf hinausging, das Ordinationsgelübde dieses Geistlichen wankend zu machen, ein Gelübde, welches die Stadt Berlin von dem anzustellenden Geistlichen selber fordert. Ich weiß in der Geschichte der Pfarrberufungen nichts, was so empörend auf einen Mann von Wahrhaftigkeit wirken muß wie dieses Vorgehen.

(Unruhe links.)

Uebrigens gebe ich dem Herrn Richter gern zu, daß das eigentlich nicht hierher gehört. Aber die Broschüre von Ahlwardt gehört hierher; und da ist das Rothe Haus mit seinen Manipulationen angegriffen. Hier ist nun leider eine von den Manipulationen enthüllt, welche den Zorn des Volkes wachruft über die Art, wie der Fortschritt handelt.

(Zustimmung. Zurufe.)

Nun noch ein Wort dem Herrn Abgeordneten Schmidt (Elberfeld) gegenüber. Was er sagte, ist mir wohl bekannt. Aber die Sache liegt so. Der Gerichtshof, wenn ich mich recht erinnere

(aha! links),

— gewiß, meine Herren, warten Sie doch, es ist noch nicht aller Tage Abend! — der Gerichtshof vernahm jemand, der aus dem Munde des bekannten Juden Magnus, der aber todt war, jenes Wort gehört haben wollte. Auf dieses Zeugniß hin nahm der Gerichtshof an, daß es auch wirklich ausgesprochen war.

(Zurufe.)

Meine Herren, Sie werden mir doch zugeben, anzunehmen, daß, weil jemand etwas von einem Juden gehört hat, das Gesagte auch wahr sein muß — dazu gehört mehr, als eine wirkliche Rechtsprechung vermag.

(Unruhe links.)

Abgeordneter **Richter**: Meine Herren, ich erkläre hiermit: der verstorbene Stadtrath Magnus, ein hoch angesehener Mann

(sehr wahr links),

langjähriger Vorsteher der hiesigen Synagogengemeinde, den niemand während seines Lebens bezüglich seiner Wahrhaftigkeit angetastet und angezweifelt hat, hat mir persönlich gegenüber bezeugt, daß der verstorbene Kaiser ihm gegenüber diese Aeußerung so gethan hat, wie sie damals öffentlich verbreitet worden ist und während der Lebzeiten des Herrn jahrelang auch unwidersprochen weiter verbreitet ist.

(Widerspruch rechts. Zustimmung links.)

Wenn Herr Stöcker demgegenüber nichts anderes hat, als allgemein die Glaubwürdigkeit jüdischer Eide anzuzweifeln, so beweist auch dies, daß er zu Herrn Ahlwardt hingehört.

(Sehr gut! links.)

Denn er hat sich genau desselben schuldig gemacht vor dem Moabiter Gericht! Die Herren sind einander würdig.

(Bravo! links.)

Ich kann dies nicht in Abrede stellen.

Der Herr Stöcker hat sich jetzt auf Wortauslegungen zurückgezogen und versucht darzulegen, was ambiren und nichtambiren ist. Ich weiß, daß der betreffende Geistliche präsentirt war von den kirchlichen Gemeindebehörden. Man mag ja darüber rechten, ob überhaupt ein Patronatsrecht gerechtfertigt ist oder nicht — aber so lange ein Patronat besteht, hat der Patron auch das Recht und die Pflicht, sich über die gesammte kirchliche Richtung des Betreffenden, ob er der Mittelpartei angehört oder welcher sonst, näher zu unterrichten. Und der Herr hat selbst durch eine mit seiner Namensunterschrift veröffentlichte Erklärung bekundet, daß das, was in den Blättern dem Stadtschulrath Fürstenau vorgehalten ist, durchaus unwahr und unbegründet ist.

Und wie bringt Herr Stöcker das nun zusammen mit Herrn Ahlwardt? Weil eine Ahlwardtsche Broschüre, die hier gar nicht inhaltlich erwähnt ist, sich auch mit den städtischen Behörden Berlins beschäftigt, und weil das ein Stadtschulrath ist — und nebenbei ist die ganze Sache vorgekommen meiner Erinnerung nach in der Zeit, während Ahlwardt im Gefängniß saß —, darum hält Herr Stöcker es für angezeigt, die Sache hier vorzubringen! Es ist nur die Verlegenheit, eine Ausflucht zu suchen, um nicht noch mehr auf die Sache eingehen zu müssen, weil Sie sicher sind, daß Sie um so mehr bloßgestellt werden in Ihrem ganzen Verhalten und Ihren antisemitischen Bestrebungen, die ich in der That für durchaus ungerechtfertigt und schädlich für unser Volk und unser Vaterland erachte.

(Lebhaftes Bravo links.)

Abgeordneter **Stöcker**: Meine Herren, ich bleibe dabei, daß das kein Beweis ist. Wenn ein Synagogenvorsteher Herrn Richter etwas sagt, so ist es darum noch nicht wahr. Wo kommen wir denn hin, wenn Menschen vor Gericht sagen, sie haben von einem Verstorbenen etwas gehört, und das Gericht glaubt, daß das nun auch wirklich wahr ist?! Mir ist eine solche Beweisführung noch nicht wieder vorgekommen. Ich kann nur annehmen, daß Herrn Richter sein gewöhnlicher Scharfsinn verläßt, wenn es sich um Juden handelt; und ich bedaure das in seinem Interesse, weil es beweist, daß er in politischen Dingen, ähnlich wie Herr Ahlwardt, auch nicht fähig ist, in höherem Stile zu handeln oder zu urtheilen.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Richter einen Synagogenvorsteher an sich als Wahrheitszeugen anführt, so sollte er sich doch an eine Verhandlung im Landtag darüber erinnern. Als seinerzeit die Neustettiner Angelegenheit schwebte, wurde konstatirt, daß im Neustettiner Synagogenvorstande unter drei Juden zwei wegen Betrugs verurtheilt waren. Das waren auch Synagogenvorsteher; daß man solchen Leuten glauben soll, nur weil sie etwas sagen, verstehe ich nicht.

Abgeordneter **Liebermann von Sonnenberg**: Ich will dem Herrn Abgeordneten Richter versuchen, einen Wahrscheinlichkeitsbeweis dafür zu führen, daß der verstorbene Herr Magnus doch wohl ge—irrt, als er ihm die Aeußerung von der Schmach als wirklich ausgesprochen darstellte.

Damals fingen die antisemitischen Wogen in Berlin gerade an, hoch zu gehen. Als man dieses angebliche Wort aus hohem Munde gegen die antisemitische Bewegung auszubeuten beabsichtigte, hat eine lange Reihe von antisemitischen Volksversammlungen immer und immer wieder dieses Thema besprochen. Die Redner in diesen Volksversammlungen haben Hunderte von Malen behauptet: Herr Magnus — ich will das richtige Wort nicht brauchen — hat wissentlich die Unwahrheit gesagt. Man hat Herrn Magnus, so lange er lebte, häufig genug die Möglichkeit geboten, die Leute, die ihn der wissentlichen Unwahrheit ziehen, zu fassen und die Wahrheit seiner Erzählung zeugeneidlich vor Gericht beweisen zu lassen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Herr Magnus das unterlassen hatte, wenn es ihm eben möglich gewesen wäre; denn man hat damals um ganz anderer Kleinigkeiten willen die Vorkämpfer der antisemitischen Bewegung nach Moabit geschleppt und dort von dem jüdischen Injurienrichter Herrn Lion aburtheilen lassen. Die Wahrscheinlichkeit spricht also kaum für die Wahrheitsliebe des Herrn Magnus in diesem Falle.

Nach der Lesart, die mir darüber bekannt wurde, hat Herr Magnus selbst die Worte zu dem hohen Herrn geäußert. Er hat denselben, als er bei einem Wohlthätigkeitskonzert in dem Tempel zugegen war, angeredet: „Eure" — ich will den Titel lieber weglassen — „beweisen durch Ihr Erscheinen, daß Sie so ganz die antisemitische Hetze, diese Schmach und Schande des Jahrhunderts, verurtheilen", worauf der hohe Herr unwillig gesagt haben soll: „Herr Magnus, ich hetze nicht". So ist mir der Fall dargestellt; aber ich bin ebenso wenig jetzt noch im Stande, die Richtigkeit dieser Darstellung juristisch zu beweisen, wie Sie, Herr Richter, Ihre Lesart beweisen können. Der einzige, der es konnte, war eben Herr Magnus bei seinen Lebzeiten, indem er den Zeugen, der dabei gewesen sein sollte, zum Eid vor Gericht vorlud. In dem Prozeß, bei dem Herr Schmidt (Elberfeld) betheiligt gewesen ist, hat man diesen Zeugen, den einzigen, der aus eigener Wahrnehmung bekunden konnte, den Herrn von Normann nicht geladen, sondern Herrn von Forckenbeck und noch ein paar andere Herren. Diese Herren haben nichts anderes beschwören können, als was Herr Richter

uns heute mittheilte, nämlich: Herr Magnus hat uns die Geschichte bei seinen Lebzeiten selbst erzählt. Herr Richter ist doch sonst juristisch so klar und scharf; hier hat ihn sein Juristenverstand in Stich gelassen. Die Wahrscheinlichkeit, Herr Richter, spricht dafür, daß das Wort nicht aus jenem hohen Munde gekommen ist.

Abgeordneter **Schmidt** (Elberfeld): Meine Herren, ich will nur kurz bemerken, daß die Mittheilungen von Herrn Stöcker, nach denen man annehmen könnte, daß nur eine Person vernommen worden sei bei dem Proceß, dessen ich Erwähnung that, unrichtig sind. Es ist eine Reihe von Personen vernommen, wie der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg eben auch bekennt. Meine Herren, ich kann Ihnen noch weiter sagen, daß nicht nur Aeußerungen von Magnus festgestellt sind, sondern daß der verstorbene Oberbürgermeister von Berlin mir persönlich erklärt hat, daß der Hofmarschall von Normann ihm mitgetheilt habe, die Aeußerung sei gefallen, und zwar nicht in der Synagoge, wie Herr Liebermann sagte, sondern bei einer Audienz, die einigen Herren ertheilt wurde. Also, meine Herren, danach ist von einer Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit nicht die Rede. Ich kann mir ja sehr wohl denken, daß es den Herren sehr unbequem ist, daß hier nochmals konstatirt wird, daß dieses Wort gefallen ist; aber Sie haben davon angefangen und haben behauptet, es sei apokryph. Und darauf habe ich mich verpflichtet gehalten, darauf hinzuweisen, daß dieses Wort als ein wirklich gefallenes gerichtlich festgelegt ist. Meine Herren, man wird in Deutschland den Gerichten immer noch mehr glauben, als Herrn Stöcker und Herrn Liebermann von Sonnenberg.

(Lebhafter Beifall links. — Große Unruhe rechts.)

Abgeordneter **Richter**: Meine Herren, der damalige Kronprinz hat die Aeußerungen nicht bloß einmal gethan im Februar 1880, sondern sie wiederholt am 14. Februar 1881, und mir sind sie nicht nur bezeugt worden von dem Herrn Stadtrath Magnus, sondern auch von dem Abgeordneten Wulfsheim, und sie sind in der Oeffentlichkeit verbreitet worden, ohne daß der Fürst irgend eine Veranlassung hatte, sie in Zweifel zu stellen. Wenn man alle Märchen, die in antisemitischen Versammlungen verbreitet wurden, zum Gegenstand von Verfolgungen machen würde, dann würde es nicht Gerichte und nicht Gefängnisse genug geben, um die Verleumdungen, die in antisemitischen Versammlungen fortgesetzt verbreitet werden, zu ahnden. — Herr Stöcker ist nun so weit gekommen, daß er schon nach Neustettin reisen muß, um einen Synagogenvorsteher zu finden, dessen Wahrhaftigkeit er anzweifeln kann. Ein so angesehener Mann wie der verstorbene Stadtrath Magnus steht mir in seiner Wahrhaftigkeit und Wahrhaftigkeitsliebe hundertmal höher als ein ehemaliger Hofprediger, von dem das Gericht erklärt hat, daß er sich eines fahrlässigen Meineides schuldig gemacht hat.

(Lebhafter Beifall links. Unruhe rechts.)

**Präsident**: Ich habe zunächst zu bemerken, daß hier auf dem Bureau von den Anwesenden außer von mir gehört worden ist, daß Herr Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg mit Bezug auf den Herrn Abgeordneten Schmid (Elberfeld) den Ausdruck „unverschämt" gebraucht hat. Ich rufe ihn deswegen zur Ordnung!

Abgeordneter **Stöcker**: Wenn der Herr Abgeordnete Richter sagt, daß mir ein fahrlässiger Meineid vom Gericht nachgewiesen wäre, so antworte ich ihm, daß das eine Unwahrheit ist, eine grobe Unwahrheit. Das gehört ja zu dem Betriebsmaterial der deutsch-freisinnigen Partei und der Judenpresse und erscheint jedesmal bei neuen Wahlen auf der Tagesordnung. Wahr ist es natürlich nicht. Sehen Sie, Herr Richter, das sind Dinge, die wir an Ihnen bekämpfen! Sie sind sonst unbefangen genug, die Dinge zu erkennen. Wenn es sich nicht um das Judenthum handelte, so würden Sie solche groben Unrichtigkeiten, bei denen Sie auf der Stelle ertappt werden, nicht äußern. Aber Sie wissen gar nicht, was Sie thun, wenn es für das Judenthum geht. Ist das nicht kläglich für den Führer einer Partei?

Wenn Herr Schmid (Elberfeld) von neuem sagt, die Sache sei bewiesen, so erwidere ich ihm: ob es drei oder vier Zeugen gewesen sind, darüber habe ich nichts gesagt. Die Zeugen haben aber nichts anderes ausgesagt, als daß ein todter Mann jene Aeußerung erzählt hat. Wenn Richter etwas für wahr halten können, bloß weil es ihnen von einem todten Mann erzählt wird, so spricht das nicht für die Autorität der Gerichte. Es ist eine ernste Sache, wenn im deutschen Volk der Glaube an die Gerichte, wo es sich um Juden und politische Beleidigungsprozesse handelt, nachgelassen hat. Solche Dinge, wie sie damals in Siegen geschehen sind, treffen nicht mich, sondern die Gerichte.

Und nun noch ein Wort! Unbequem ist es uns gar nicht, daß jenes Wort von dem erlauchten Herrn kolportirt wird. Wir möchten nur von seiner hohen Gestalt dieses Wort gern wegwischen.

(Heiterkeit links.)

Es ist rein ein patriotischer Grund. Wir wollen nicht, daß die Juden mit einem hohen Todten ihre Geschäfte machen. Das ist freilich sehr jüdisch, aber deutsch ist es nicht.

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren, ich will nur feststellen, daß, als ich von der Schmach des Antisemitismus sprach, ich den Namen des hochgefeierten Kaisers nicht genannt habe

(sehr richtig! links);

ich habe lediglich von mir gesprochen, daß ich die antisemitische Bewegung für eine Schmach halte. Erst dem Herrn Abgeordneten Stöcker war es vorbehalten, den Namen des Kaisers in diese Debatte zu ziehen.

(Zurufe.)

— Herr Stöcker hat es nachher gesagt. Ich möchte aber jetzt wissen, Herr Kollege Stöcker, wenn Sie so bemüht gewesen sind, dies Wort von dem hehren Standbild jenes deutschen Kaisers, wie Sie sagen, wegzuwischen, warum haben Sie Ihre Bemühungen nicht da angestellt, als jener erlauchte Mund noch nicht geschlossen war?

(Sehr richtig! links.)

Da hat Herr Stöcker geschwiegen. Und was hat die „Kreuzzeitung" am 6. Januar damals erklärt unter Bezugnahme auf den Bericht der „Nationalzeitung", die zum ersten Male den Bericht über das Wort des damaligen Kronprinzen brachte, dem nicht widersprochen wurde? Die „Kreuzzeitung" — und das ist doch das Hauptorgan der konservativen Partei — sagte: „auch nach unseren Informationen entsprechen die damals mitgetheilten Aeußerungen, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Sinn nach am meisten deren thatsächlichen Inhalt". Das sagte sie in Bezug auf die Mittheilung der „Nationalzeitung", und das war jene Mittheilung, welche Gegenstand auch der Untersuchung im Prozesse war. Warum hat Herr Stöcker damals nicht gesprochen? Ich bitte ihn, er soll mir das einmal beantworten. Da haben Sie geschwiegen. Heute nach der langen Zeit von 13 Jahren kommen Sie nun mit dieser Wendung!

Abgeordneter **Liebermann von Sonnenberg**: Die Gegenüberstellung, die der Herr Abgeordnete Schmidt (Elberfeld) gebraucht hat, war keine zulässige. Er sagte: das Gericht hat es festgestellt, und dem schenkt man mehr Glauben als uns. Das Gericht hat festgestellt, daß es diesen Zeugen glaubt. Da ist eben dem Gericht ein Irrthum untergelaufen. Es spricht kaum für die Umsicht jenes Gerichtshofs, daß er den damals noch lebenden Zeugen von Normann nicht vernahm; denn allein durch dessen Mund — ich wiederhole es nochmals — konnte die Wahrheit endgiltig festgestellt werden. Er war der einzige noch lebende Zeuge, der es gehört haben konnte. Ob der Vorfall in der Synagoge oder in einer Audienz sich abspielte, kann ich nicht entscheiden. Ich habe mich darüber auch so ausgedrückt, daß der Herr Abgeordnete Schmidt (Elberfeld) wahrlich keine Veranlassung hatte, mir auch nur die Spur eines Mangels an Aufrichtigkeit oder Wahrheitsliebe daraus zu konstruiren. Ich wünsche dem Herrn Abgeordneten Schmidt (Elberfeld), daß er in Bezug auf Selbstprüfung bei allem, was er ausspricht, stets ein ebenso gutes Gewissen habe möge wie ich. Ich kann irren; aber wissentlich sage ich keine Unwahrheit, darauf kann er sich verlassen.

(Zuruf links.)

Ich möchte noch dem Herrn Abgeordneten Richter oder Rickert — wer es war, weiß ich nicht genau — erwidern, daß uns jenes Wort von der Schmach gar nicht so unbequem ist, wie der Herr annimmt. Ich setze einmal den Fall, jener hohe Herr habe es wirklich gesprochen. Nun, meine hochgeehrten Herren da drüben, die Sie immer mit dem Spruche von „Männerstolz vor Fürstenthronen" herumwerfen, warum katzenbuckeln Sie sofort, wenn ein Wort aus fürstlichem Munde fällt, welches sich gegen die antisemitische Bewegung wendet?! Ich kann von mir sagen, daß ich mit ganzem Herzen und ganzer Seele und allem, was ich bin und kann, an unserem hohen Herrscherhause hänge; aber meine Gewissensüberzeugung lasse ich mir durch irgend ein Wort, selbst von höchster Stelle, nicht verkümmern. In einem solchen Falle appellire ich von dem falsch unterrichteten an den besser zu unterrichtenden. Ich bin auch felsenfest überzeugt: wenn das Schicksal es nicht anders beschlossen hätte, so würde jener hohe verewigte Herr bald erkannt und gefühlt haben, was jetzt die gesammte deutsche Volksseele bewegt. Sie drüben werden unsere Bewegung nicht aufhalten, wenn Sie auch noch so oft dem rollenden Rade in die Speichen zu greifen versuchen.

Der Herr Abgeordnete Richter thut auf einmal sehr philosemitisch; das war doch früher nicht so, wenn ich mich recht erinnere. Herr Richter kann es bestreiten; denn ich bin nicht in der Lage, es zu beweisen; es ist an sich ja auch eine ziemlich gleichgiltige Sache. Sein früherer Kollege Lenzmann, so erzählte man mir einmal, soll früher oft zu Herrn Richter gesagt haben: eigentlich hätten wir, d. h. die Freisinnigen, die antisemitische Bewegung machen müssen. Dieses Wort wird kolportirt; ich kann es nicht juristisch beweisen; aber wahrscheinlich klingt es mir. Man hat dem Herrn Abgeordneten Richter auch in anderer Beziehung früher antisemitische Neigungen nachgesagt. Aber sein Umschwenken ist erklärlich; die Verhältnisse liegen heute so, daß der sogenannte deutsche Freisinn in Deutschland nur noch die Juden hat, die ihn über Wasser halten.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat ein Mitglied dieses Hauses in ganz schwerer Weise angegriffen und von einem fahrlässigen Meineid gesprochen. Ich fordere den Herrn auf, den Beweis dafür vorzulegen; auch bitte ich das hohe Haus, jetzt gleich sich zu vertagen und eine Kommission zu ernennen.

(Stürmische, anhaltende Heiterkeit.)

Auch bitte ich die Herren Lieber und Freiherrn von Manteuffel und alle die anderen Herren, uns diesen Entrüstungstanz, der ihnen vorhin so schlecht stand, mindestens noch einmal, und diesmal etwas schöner, vorzumachen.

Abgeordneter **Richter**: Meine Herren, gewiß erkennen wir ja nicht jedes Königswort als unbedingt maßgebend für uns an. Wenn aber eine Bewegung sich derartig hinstellt, als ob sie besonders die Königstreue, die Vaterlandsliebe und die monarchische Gesinnung gepachtet hätte, so muß sie sich gefallen lassen, daß solche Aussprüche auch gegen sie angeführt werden. Mir ist nicht das Mindeste bekannt, daß der Herr Abgeordnete Lenzmann irgend eine solche Aeußerung mir gegenüber gemacht hatte, wie sie Herr Liebermann von Sonnenberg heute beweislos hinstellte. Ich bin weder Philo- noch Antisemit; aber ich suche das Prinzip der Gleichberechtigung der Konfessionen hoch zu

hatten und das Schlechte und Unwahre zu verfolgen, mag ich es bei den Juden finden, oder mag es mir bei einem Christen begegnen.

Herr Stöcker hat es gewagt, das Urtheil in Frage zu stellen, welches der Gerichtshof über seine Wahrhaftigkeit gefällt hat. Demgegenüber muß ich doch genau feststellen, was am 16. Juni 1885 die 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin in Bezug auf die Wahrheitsliebe des Herrn Stöcker in einem Urtheil erklärt hat, in folgendem Falle:

> Auf Veranlassung des Herrn Stöcker war gegen einen Redacteur der damals erscheinenden „Freien Zeitung" Beleidigungsklage erhoben

(Zuruf rechts)

— Hören Sie es ganz ruhig an, so wenig es Ihnen passen mag! —

> insbesondere wegen eines Artikels, „Hofprediger, Reichstagskandidat und Lügner". Der Redakteur wurde verurtheilt, aber in dem Erkenntniß erklärte der Gerichtshof, daß das ganze Auftreten Stöckers, welcher als Zeuge vernommen worden war, in Bezug auf seine Erklärungen, in Bezug auf das, was er sagt und verneint, ein unvorsichtiges sei; der Gerichtshof habe den Vorsitzenden ausdrücklich beauftragt, zu sagen, daß dieses Auftreten ein mindestens leichtfertiges sei. Der Gerichtshof sei nicht in der Lage, dem angeklagten Bäcker es zu verargen, wenn er an der Hand dieser Behauptungen und Widersprüche, dieses Erklärens und Zurückgehens, dieses ganzen Hin und Wider seinerseits zu der Auffassung und Annahme gelangte, daß der Zeuge bewußt sich mit der Wahrheit in Konflikt setzte.

(Hört! hört! links.)

> Im einzelnen stellte das Erkenntniß fest, daß Stöcker „mindestens einen unvorsichtigen Eid" geleistet, als er in einem Prozeß im Jahre 1885 beschwor, den Stadtverordneten Ewald nicht gesehen zu haben, während nachgewiesen ist, daß Stöcker in einer öffentlichen Versammlung Aug im Auge mit demselben diskutirt hat. Sodann stellte das Erkenntniß fest, daß Stöcker, indem er im Abgeordnetenhause in Bezug auf die Frage, ob er die Antisemitenpetition unterschrieben, mit „nein" geantwortet, sich mit der festgestellten und unzweifelhaften Thatsache in Widerspruch gestellt habe.

Ein Mann, dessen Wahrheitsliebe derartig vom Präsidenten des Gerichtshofs charakterisirt ist, hat nicht das Recht, einen hochgeachteten Mann, wenn er auch jüdischer Konfession ist, in seiner Wahrheitsliebe irgendwie anzuzweifeln und in Frage zu stellen.

(Unruhe.)

Abgeordneter **Stöcker**: Meine Herren, dieses ganze Erkenntniß beweist gar nichts. (Lachen links.)

Meine Herren, diesem Erkenntniß sind später in der Presse durch Augenzeugen so viel Dementis gegeben, daß das Landgericht Ursache hat, sich des Erkenntnisses zu schämen.

(Oho! links.)

Hören Sie nur zu: in demselben Erkenntniß wurde ich von dem Präsidenten des Landgerichts — ich war Zeuge — fünf oder vier Mal Angeklagter genannt. Nun werden Sie doch zugestehen: ein Gerichtspräsident, der nicht mehr zwischen Angeklagten und Zeugen unterscheiden kann, (hört! hört! rechts; Unruhe links),
der ist geistesabwesend.

Abgeordneter **Richter**: Der Herr Abgeordnete Stöcker hat sich als Zeuge im Prozeß derart blosgestellt, daß in der That, wenn er auch formell nur Zeuge und nicht Angeklagter war, es erklärlich ist, wenn man ihn in Wahrheit und moralisch als Angeklagten ansah.

Meine Herrn, das ist doch auch wieder ein Zeichen der geistigen Verwandtschaft mit Herrn Ahlwardt. Die beiden Herren haben auch das gemein, daß sie gerichtliche Erkenntnisse nicht anerkennen, wenn sie gegen sie gefällt sind.

Abgeordneter **Stöcker**: Ich constatire noch einmal, daß der Herr Abgeordnete Richter vor dem Reichstage zu meinen Ungunsten eine grobe Unwahrheit ausgesprochen hat. Er hat von einem „fahrlässigen Meineide" gesprochen, das Gericht sagt ganz etwas anderes. Nicht bloß Herr Richter, sondern auch die um Richter arbeiten mit solchen Mitteln. Das ist der Grund, warum wir gegen seine Partei und das Judenthum, mit dem sie affiliirt ist, den Kampf führen werden bis zur Vernichtung.

Abgeordneter **Liebermann von Sonnenberg**: Ich will auch, wie es der Herr Abgeordnete Stöcker eben gethan hat, feststellen, daß sich der Herr Abgeordnete Richter in einen schweren Widerspruch verwickelt hat. Durch den Wortlaut des Erkenntnisses, das er selber hier vorlas, hat er sich selbst geschlagen.

Aber die Antwort auf eine andere Bemerkung darf ich ihm auch nicht schuldig bleiben. Es fällt uns nicht ein, zu beanspruchen, daß wir den Patriotismus „gepachtet" haben, wie er sagte. Ganz im Gegentheil, Herr Richter; wir wünschten von ganzem Herzen, Ihnen recht viel davon abzulassen, damit auf Ihrer Seite die Interessen des Vaterlands mehr wahrgenommen werden, als das manchmal jetzt der Fall ist.

(Bravo! rechts. Unruhe links.)

Abgeordneter **Ahlwardt**: Meine Herren, ich will nur constatiren, daß ein Mitglied dieses Hauses durch den Ausdruck „fahrlässiger Meineid" schwer beleidigt ist, daß der Beweis nicht erbracht ist, und daß eine Entrüstung, wie sie vorhin sich zeigte, als der Beweis augenblicklich ausstand, sich jetzt, wo der Beweis überhaupt aussteht, nicht gezeigt hat, daß mithin Herr Richter, der die Juden vertheidigt, in ganz anderer anständiger Weise behandelt wird als ich, der sie angreift. Mich hat man mit Entrüstung bedacht, besonders von Seiten des Herrn Dr. Lieber, bevor man mein Beweismaterial kannte.

Nun möchte ich zur Charakterisirung des Abgeordneten Richter zeigen, daß der ungeheuer reiche Mann Magnus deshalb für ihn ein durch und durch glaubwürdiger Mann ist, weil er Jude ist, daß er aber von den Arbeitern nicht glaubte, daß sie so großartig glaubwürdige Leute wären. Allen den Leuten, allen den Hunderten von Arbeitern, von denen nur zwei bestraft waren, wird trotz eidesstattlicher Versicherung und Eid nicht geglaubt, dem Juden aber noch nach seinem Tode auf ein bloßes Wort hin. Ein reicher Jude, der etwas gesagt hat, gilt nach seinem Tode noch als gerichtliches Beweismaterial. Das sind die Juden in Deutschland, und das sind die Arbeiter in Deutschland — und nun sagen Sie: habe ich Recht oder nicht? und was sagt der Volksmann Eugen Richter?

Abgeordneter **Richter**: Es ist ja richtig, daß der Gerichtshof den Ausdruck „fahrlässiger Meineid" nicht gebraucht hat.

(Zuruf rechts.)

Es heißt in dem Ergebniß, daß der Zeuge bewußt sich mit der Wahrheit in Conflikt setzte, und daß Herr Stöcker mindestens einen unvorsichtigen Eid geleistet hat. Wenn Herr Stöcker das für ehrenvoll hält, so will ich ihm diese Ehre gönnen.

(Heiterkeit links.)

Abgeordneter **Stöcker**: Ich kann mich mit dem Herrn Abgeordneten Richter über Ehre und ehrenvoll überhaupt nicht unterhalten, weil ich ihm auf diesem Gebiete ein Urtheil nicht zutraue. Ich konstatire nur nochmals, daß er vor dem Reichstag, ganz wie seine Leute und seine Zeitung, eine grobe Unwahrheit ausgesprochen hat.

**Präsident**: Ich schließe die Discussion, da sich niemand weiter zum Worte gemeldet hat.

Der Herr Referent der Commission hat das Schlußwort.

Berichterstatter Graf **von Ballestrem**: Meine Herren, als Berichterstatter Ihrer Vertrauenskommission muß ich zunächst dem Bedauern Ausdruck geben, daß die Diskussion, die sich an den Bericht Ihrer Commission knüpfte, in ihrem zweiten Theil sehr weit abgeschweift ist von dem Zweck, den dieser Bericht hatte.

(Sehr richtig!)

Ich würde mich auf dieses Bedauern beschränken und auf diesen zweiten Theil gar nicht eingehen, wenn ich nicht als Berichterstatter der Commission gegen eine Aeußerung, die in dieser Diskussion gefallen ist, Einspruch erheben müßte.

Der Herr Abgeordnete Richter hat gesagt, daß diese ganze Diskussion, die sich an den Bericht der Commission anknüpfte, nicht allein dazu bestimmt war, das Vorgehen des Herrn Abgeordneten Ahlwardt in der gestrigen Sitzung klarzustellen und zu charakterisiren, sondern auch, daß sie dazu bestimmt war, gegen die ganze antisemitische Bewegung vorzugehen. Ich konstatire als Berichterstatter, daß kein Wort in der Commission gefallen ist, das zu dieser Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter einen Anlaß hätte geben können.

(Sehr gut!)

Meine Herren, nun möchte ich mich noch mit ein paar kurzen Worten zu dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt wenden. Derselbe hat der Kommission den Vorwurf gemacht, daß dieselbe sich nicht hätte in Permanenz erklären wollen, um das von ihm noch beizubringende Beweismaterial entgegenzunehmen. Wenn der Herr Abgeordnete Ahlwardt schon länger Mitglied dieses Hauses wäre, so würde er wissen, daß jede Commission nur das Commissorium erledigen darf, welches ihr vom Hause übertragen wird. Unsere Commission war lediglich übertragen, die Schriftstücke zu prüfen, die der Herr Ahlwardt heute auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte. Damit war unser Commissorium zu Ende, und die Commission existirte nicht mehr, als sie dieses ausgeführt hatte. Ferner hat der Herr Abgeordnete Ahlwardt die heutige Verhandlung hier eine Verurtheilung genannt und hat gesagt, er wäre verurtheilt worden, ohne daß sein gesammtes Beweismaterial vorgelesen hätte. Wenn ich mich diesem Ausdruck des Herrn Abgeordneten Ahlwardt anschließen und die heutige Verhandlung eine Verurtheilung nennen soll, so ist sie es doch nur insoweit gewesen, als sein gestriges Benehmen und das heute vorgelegte Material zur Sprache gekommen ist. Es ist verurtheilt worden — und ich kann wohl sagen: von dem ganzen Hause —, daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt gestern schwere Beschuldigungen gegen Mitglieder des Reichstags und der Reichsregierung ausgesprochen hat, ohne sofort den Beweis zur Stelle zu haben. Der Reichstag war einstimmig der Ansicht, daß solche Beschuldigungen nur ausgesprochen werden dürfen, wenn man sie auch augenblicklich beweisen kann, und daß der Herr Abgeordnete Ahlwardt, wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, solche Sachen hier zur Sprache zu bringen, damit so lange hätte warten müssen, bis er sein Material zur Stelle hatte.

(Sehr richtig! rechts.)

Ferner hat die Verurtheilung — wie es der Herr Abgeordnete selbst genannt hat — nur darin bestanden, daß das Material, welches er bis jetzt vorgelegt hat, als durchaus ungeeignet befunden worden ist, auch nur im mindesten das zu beweisen, was er gestern vorgetragen hat. Er behauptete, er wäre nicht zu seinem Recht gekommen; ich glaube, er ist zu seinem Recht gekommen, und das ganze Haus wird mit mir dieser Ansicht sein, daß auch diesmal das Recht Recht geblieben ist.

(Bravo!)

Abgeordneter **Richter**: Ich will nur bemerken, daß meine Aeußerungen, auf die der Herr Abgeordnete Graf von Ballestrem sich bezog, sich nicht auf die Verhandlungen der Commission bezogen hat, sondern auf denjenigen Theil der Verhandlungen in der Plenarverhandlung, der durch die Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker hier eingeleitet worden ist. (Schluß)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pfg., direct von der Expedition (Magdeburger-Straße 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Nr. 15 | Berlin, den 9. April. | 3. Jahrg. 1893.

### Religion und Religionsschriften.

Ein Theologe hat es einmal betont, welch ein unendlicher Segen darin liege, daß von dem Heiland kein geschriebenes Wort überliefert worden ist. Aber nicht nur diese Thatsache ist ein Segen, nein, daß auch kein scharf ausgesprochenes Wort des Heilands erhalten ist, welches einem religiösen Bekenntniß ähnlich sieht, ist ein Segen von tiefem Werth. Denn das einzige, was direct auf Christus zurückzuführen ist, das Vaterunser, ist confessionslos und in seiner milden, stillen Frömmigkeit für jedes religiös empfindende Gemüth von geheimer Kraft.

Der Geist Christi lebte in den ersten apostolischen Gemeinden fort, in den Gemeinden, in denen erst die Bücher des neuen Testaments entstanden sind. Und in diesem Urchristenthum, das noch nichts von einer schriftlichen Fixirung einer absolut gültigen Lehre wußte, herrschte eine tiefe Religiosität, eine Religiosität, die noch heute die Anfänge des Christenthums mit einem eigenthümlichen Glanze verschönt. Renan hat es einmal ausgesprochen, daß in der Glaubensmacht Christi und in dem Urchristenthum das bischen Religion stecke, von dem die ganzen Völker und Jahrhunderte heute noch zehren, während die Zeiten und Generationen nach jener ersten Glanzepoche des Christenthums zu dem Glaubensschatze nichts hinzugefügt hatten. In der That ist es eine echt menschliche Erscheinung, daß die Persönlichkeit eines Religionsstifters, sein Leben und seine Worte, gewaltig auf die Zeitgenossen und nächsten Generationen wirken. In dem Moment aber, wo er gestorben und wo die Lehre desselben schriftlich niedergelegt ist, scheint der Quell des Glaubens nicht mehr neue Nahrung zu bekommen. Es ist kein Paradoxon, daß die Religionsschriften der Religion und der Religiosität schaden. Das gesprochene Wort ist selten Gegenstand des Streites. Der Religionsstifter, dessen Worte eindringlich wirken sollen, spricht vom Herzen zum Herzen. Da ist kein Raum und keine Zeit für ein Abwägen und Bekritteln der Worte; vor der Gewalt der Persönlichkeit schweigt der Verstand. Die Religion nimmt ja die „Sphäre der Innerlichkeit“, wie Hegel sagt, in Anspruch, und nichts wirkt ergreifender auf diese Gefühlssphäre als das gesprochene Wort des Religionsstifters.

In dem Augenblicke, wo die Religion in Religionsschriften niedergelegt ist, geschieht eine Umwandlung. Aus der Religion wird eine Norm, eine Richtschnur, deren Ziele und Wege die Religionsschriften angeben. Jetzt hat blos die Religion Gültigkeit, die in den Schriften gepredigt wird, und sofort ist der Unterschied da zwischen Gläubigen, welche die Religionsschriften anerkennen, und zwischen Ungläubigen, die sich nicht mit jedem Worte dieser Schriften einverstanden erklären können. Das geschriebene Wort ist Umdeutungen und Auslegungen ausgesetzt, weil die Sprache überhaupt ein mangelhaftes Instrument zum Fixiren von Empfindungen und Ideen ist. Deshalb entwickelt sich aus der Existenz von Religionsschriften eine Theologie, welche die Wahrheiten der Schriften hüten und die „Reinheit der Lehre“ erhalten will. Alle monotheistischen Religionen bieten dazu die frappantesten Belege. Ursprünglich tiefe und weihevolle Religion, dann Entstehung von Religionsschriften, die neben echt religiösen Bestandtheilen Stellen zweifelhafter Art enthalten, dann Entstehung einer Theologie und Orthodoxie, Unterschied zwischen Gläubigen und Ungläubigen u. s. f.

Es ist klar, daß keine Religion für jede Stelle in ihren Religionsschriften verantwortlich gemacht werden kann. Die Religion geht nicht in ihren Schriften auf, sondern es bleibt noch ein oft kostbarer Rest zurück. Gewiß enthalten die Schriften des alten und neuen Testaments, die Kirchenväter, die talmudischen Schriften, die Koranschriften zum größten Theil religiöse Weisheit voll Tiefe und Würde, aber alle besitzen auch Stellen von anfechtbarem Werth, ja auch von unreligiöser Gesinnung. Dafür ließen sich aus allen Schriften Belege anführen. Man verkennt daher den Unterschied zwischen Religion und Religionsschriften, wenn man den ganzen ethischen Werth der ersteren aus den letzteren ersehen will, man handelt geradezu unredlich, wenn man verschollene Religionsschriften als Richtschnur für eine Religion darstellen will. Mit Recht betont der irische Kardinal Grattan: „Keine Religion kann bestehen, wenn die Menschen, ohne Rücksicht auf ihren Gott und blos mit Rücksicht auf ihren Religionsstreit die verschollenen und abgeschmackten Thorheiten aus dem Schutte des Alterthums zusammenscharren und die Majestät des Allmächtigen mit dem unverschämten Verzeichnisse ihrer schlauen Kunstgriffe beleidigen; und es ist der schlagendste Gegenbeweis wider das Aechtungssystem, daß dieses dazu beiträgt, den ekeln Hader zu nähren, Theologen gegen Theologen, Streithahn gegen Streithahn zu hetzen, bis die zwei Verrückten ihren gemeinschaftlichen Vater schänden und ihre gemeinsame Religion bloßstellen“.

Es giebt beispielsweise eine Stelle in den Kirchenvätern, welche von der Bekehrung der Ungläubigen handelt. Diese Stelle spricht davon, daß man die Ketzer zum wahren Glauben „zwingen“ solle. Und niemals hat ein Wort in der Weltgeschichte soviel Unheil angestiftet, wie dieses „compellere“ zwingen. In der Meinung, daß man durch Zwangsmaßregeln die Ungläubigen zum wahren Glauben zurückführen müsse, wurden tausende getödtet, verbrannt, zur Taufe gezwungen u. s. f., wurden Religionskriege gekämpft, die Gegenreformation mit Feuer und Schwert durchgesetzt, und all das nur eines Mißverständnisses willen, um einer Stelle in den Religionsschriften willen.

Auch die Opposition, die sich jetzt gegen die Schriften und Lehre des Apostels Paulus wendet, ist ein Beweis, daß man den Unterschied zwischen Religion und Religionsschriften erkennt. Renan giebt geradezu Paulus Schuld an der Ent-

ziehung der christlichen Theologie, der Katholik Döllinger erkennt auch die Minderwerthigkeit des Paulinismus gegenüber dem Johanneismus an, und die evangelischen Pastoren Dr. Küpper und Dr. Lorenz schreiben den Paulinischen Schriften die Verflachung des Christenthums zu. Die Paulinischen Schriften sind nach Dr. Lorenz's Meinung Schuld, daß die gegenwärtige evangelische Kirche eine „Volkskirche ohne Volk, eine Geistkirche ohne Geist" ist. Also auch hier ein Beweis, daß man erkennt, daß die Religionsschichten nicht mit der Religion völlig identisch sind.

Von diesem Standpunkte aus ist auch der Talmudstreit zu betrachten. Der Talmud enthält zahllose Stellen, die sich an milder Weisheit, an Größe und Tiefe der Auffassung allen Religionsschriften an die Seite stellen können. Er enthält aber auch minderwerthiges, auch wieder wie alle Religionsschriften, die vielleicht Objecte von Angriffen sein könnten. Für diese aber die jüdische Religion verantwortlich machen zu wollen, ist nach unserer Auseinandersetzung verkehrt, ebenso die Behauptung, das gerade diese minderwerthigen Stellen für die Juden den Werth von praktischen Lebensregeln haben sollen. Deshalb halten wir die antisemitischen Talmudpetitionen für unreife Machwerke, und müssen es beklagen, daß das Herrenhaus die Petition um staatliche Prüfung der jüdischen Geheimgesetze (?) der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen hat.*)

Mit Recht sagte der österreichische Abgeordnete Ritter von Gniewosz am 13. 2. 1890 im Reichsrath: „Die Regierung ist nicht verpflichtet, alle theologischen Werke, welcher Religion immer, in verschiedene Sprachen zu übersetzen, für die Führer einer gewissen Richtung, damit sie das verstehen, was sie erst lernen wollen, nachdem sie über das gesprochen hab'n, was sie nicht kennen."

Daß sich Religion und Religionsschriften nicht ganz decken, dafür führen wir den größten protestantischen Theologen dieses Jahrhunderts, **Schleiermacher**, ins Feld. In seinen „Reden über die Religion" (Lpz. o. J. Bibl. Inst. S. 208 f.) heißt es: „**Religiöse Mittheilung ist nicht in Büchern zu suchen** . . . Zu viel geht verloren von dem reinen Eindruck der ursprünglichen Erzeugung in diesem Medium, welches wie dunkel gefärbte Stoffe die Lichtstrahlen einsaugen, so von der frommen Erregung alles verschluckt, was nicht in die unzulänglichen Zeichen gefaßt werden kann, nus denen es wieder hervorgehen soll. Ja, in der schlichten Mittheilung der Frömmigkeit bedürfte alles einer doppelten und dreifachen Darstellung, indem das ursprünglich Darstellende wieder müßte dargestellt werden, und dennoch die Wirkung auf den ganzen Menschen in ihrer großen Einheit nur schlecht nachgezeichnet werden könnte durch vervielfältigte Reflexion, sondern nur, wenn sie verjagt ist aus der Gesellschaft der Lebendigen, muß die Religion ihr vielfaches Leben verbergen im todten Buchstaben."

## Franz Liszt und der Antisemitismus.**)

Unseren verehrlichen Antisemiten ist meistens in ihrer eigenen Umgebung gar nicht so recht wohl zu Muthe. Sie suchen daher krampfhaft in eine bessere Gesellschaft zu kommen. Das sicherste Mittel, zu diesem so heiß erstrebten Ziele zu gelangen, ist für sie einfach das, daß sie jeden irgendwie hervorragenden Mann, der einmal eine abfällige Aeußerung über die Juden gethan, ganz ohne Weiteres für ihre Bestrebungen reclamiren, ihn zu ihrem Gesinnungsgenossen stempeln. Auch Franz Liszt, einem der edelmüthigsten und hülfsbereitesten Menschen, ist es nicht anders ergangen. Da hat Einer das Buch Liszts über die Musik der Zigeuner durchgeblättert, einige auf Juden und Judenthum bezügliche Stellen ohne Verständniß überflogen und aus dem Zusammenhang gerissen, veröffentlicht und sofort war aus dem edlen Menschenfreund Liszt ein in der Wolle gefärbter Judenhetzer geworden. Ihm selber war die ihm angeschwärzte Unthat des Antisemitismus sehr ärgerlich. Wie er in Wahrheit über diese schmachvolle Bewegung unserer Zeit dachte, das ergiebt sich unzweideutig aus zwei Briefen, die in einer soeben veröffentlichten Sammlung (Leipzig bei Breitkopf & Härtel) abgedruckt sind. Der eine ist an den Redacteur der „Gazette de Hongrie" gerichtet und lautet in wortgetreuer Uebersetzung. „Nur mit Bedauern richte ich diese Zeilen an Sie, allein da sich hier in Pest das Gerücht von meiner angeblichen Feindseligkeit gegen die Israeliten verbreitet hat, muß ich den Irrthum dieses falschen Gerüchtes aufstellen. Menschen von allgemein anerkannter Bedeutung in der musikalischen Welt, Meyerbeer an der Spitze, haben mich mit ihrer Achtung und Freundschaft beehrt, ebenso wie Heine und andere Berühmtheiten aus der literarischen Welt. Es scheint mir überflüssig, die vielen Beweise meiner thatkräftigen wohlwollenden Gesinnung aufzuzählen, welche ich während fünfzig Jahre gegen talentvolle und begabte Israeliten an den Tag gelegt, eben so enthalte ich mich, von meinen freiwilligen Beiträgen zu den Wohlthätigkeitseinrichtungen des Judenthums in den verschiedenen Ländern zu reden. Die Losung meines Schutzpatrons, des heiligen Franciscus von Paula, heißt Caritas! Ihr werde ich mein Leben lang treu bleiben! Wenn man auf Grund einiger aus meinem Buche über die Zigeuner herausgerissenen Stellen mit mir Händel gesucht und daraus etwas gemacht hat, was man auf französisch eine „querelle d'Allemand" nennt, so kann ich mit gutem Gewissen versichern, daß ich mich keines anderen Vergehens schuldig gemacht habe, als fchüchtern die These von dem Königreich Jerusalem zu wiederholen, welche vorher schon von Disraeli, von der George Elliot und von Crémieux, drei Israeliten von hohem Ansehen, erörtert worden war." Noch schärfer weist er die ihm zugefügte Kränkung in einem Briefe an Herrn Otto Leßmann zurück: „Herzlicher Dank, verehrter Freund, für Ihre zutreffende, wahrheitsgemäße Berichtigung meiner keineswegs anzuzweifelnden noch furchtsamen Stellung in der Semitenfrage. Losung und Lösung derselben ist Sache der Beharrlichkeit der Israeliten und der allwaltenden göttlichen Vorsehung." Das klingt freilich ein wenig anders, als den antisemitischen Schreiern zu hören lieb sein kann. Allein es ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, das Andenken eines so theuren Menschen wie Franz Liszt nicht verunglimpfen zu lassen. In die Reihe der Liedermann, Böckel, Stöcker, Ahlwardt gehört Gott sei Dank ein Franz Liszt nicht.

## Die Juden in Bayern vor 1860.

Einem amerikanischen Blatt entnehmen wir folgende Betrachtungen über die Verhältnisse der Juden in Bayern vor dem Jahre 1860:

Schätzungsweise sind in diesem Jahrhundert bis 1860 nahezu 30 000 bayrische Juden nach Amerika ausgewandert, wo sie fleißige und geachtete Bürger wurden. Viele der älteren jüdischen Geschäfte, nicht nur in New-York, sondern im ganzen Land sind von diesen bayrischen Juden gegründet worden.

Aus der Gemeinde, in der der Verfasser dieses Artikels geboren ist, sind nicht weniger als 3 Familien nach Amerika

*) Die „Kreuzztg.", mit der ablehnenden Haltung, welche der Regierungsvertreter im Herrenhause eingenommen hat, höchst unzufrieden, klammert sich jetzt an die Mittheilung, daß in der dritten Klasse der Augusta-Schule zu Breslau in der mosaischen Religion im abgelaufenen Schuljahre u. a. auch „talmudische Sprüche" gelehrt werden, um daraus die Nothwendigkeit einer staatlichen Prüfung der jüdischen Gesetzesbücher herzuleiten und eine nähere Erörterung der Judenfrage im Abgeordnetenhause zu erlangen. — Zunächst wird man erfahren müssen, welche talmudischen Sprüche dort gelehrt werden. Wir vermuthen, daß es solche sind, gegen welche auch die „Kreuzztg." nichts einzuwenden haben wird.

**) Aus der „Magdeb. Ztg."

ausgewandert bei einer Gesammtzahl von 15. . . . Als Napoleons I. Einfluß am mächtigsten war, herrschte in Bayern König Maximilian I. ein gutherziger, aber unbedeutender Monarch, der die Sorge für die Staatsangelegenheiten dem Premierminister Graf Montgelas überließ. Der Graf hatte die Gewohnheit, mehr als sein Einkommen auszugeben. Er borgte wiederholt große Geldsummen von wohlhabenden Münchener Juden, Summen, die er nie zurückzahlte. Die Gläubiger trugen Scheu gegen den allmächtigen Günstling auf Zahlung zu dringen, verhielten sich aber gegen weitere Forderungen zurückhaltend. Eines Tages versuchte Montgelas vergeblich zehntausend Gulden zu erhalten, weder Versprechungen noch Drohungen hatten bei den Münchener Juden Erfolg. Darauf ließ er ihnen sagen, sie würden bereuen, ihn so behandelt zu haben.

Bald genug führte er seine Drohung aus. Er arbeitete ein Edict aus — scheinbar zur Bildung und Erziehung der Juden im bayrischen Königreich. Das Edict sollte unter Anderem dafür Sorge treffen, daß Juden sich Handwerken oder dem Ackerbau widmen, Niederlassung und Verehelichung sollte ihnen nur nach Maßgabe des Edicts gestattet sein. Maximilian unterzeichnete ohne Bedenken das Edict — welches als das Edict von 1811 traurige Berühmtheit bei den bayrischen Juden erlangt hat. Eine der Clauseln des Edicts ist sicherlich von dem gütigen König übersehen worden. Sie schrieb vor, daß die jüdischen Familien in jeder bayrischen Gemeinde zu zählen und die ermittelten Zahlen actenmäßig zu registriren seien. Vor Erlaß des Edictes sollte kein Jude in einer Gemeinde sich niederlassen dürfen, in der Juden vorher nicht gelebt hätten, außer mit Specialconsens des Königs. In Gemeinden, in denen Juden lebten, sollte Juden ein Heirathsconsens von den Behörden nur dann ertheilt werden, wenn damit die 1811 ermittelte Zahl jüdischer Familien nicht überschritten würde. —

Bald genug begannen die bayrischen Juden das Drückende dieser Maßregel zu fühlen. Juden, die heirathen, und einen Hausstand begründen wollten, mußten warten, bis durch den Tod eines älteren Familienhauptes eine „Matrikel“ frei wurde. In vielen Fällen harrte das junge Paar Jahre lang geduldig aus. Der Verfasser kennt persönlich ein junges Paar, das elf Jahre verlobt war, bevor ein Todesfall ihn das Heirathen gestattete. Trotz derartiger unnatürlicher Beschränkungen stand die sexuelle Moralität der bayrischen Judenschaft auf hoher Stufe.

Das Uebelwollen der Behörden zeigte sich auch da, wo das berüchtigte Matrikelsystem keinen Vorwand hat. Meines Vaters Erlebnisse mögen als Beispiel dienen. . . . . Vater suchte einen Heirathsconsens nach. Als künftige Beschäftigung gab er die eines Landwirths an, indem er nachwies, daß er ein Haus und genügend Land besitze, um eine Familie zu ernähren. . . . Zwei Jahre lang wurde er unter allen möglichen Gründen hingehalten. Zuerst hatte er ein Examen über seine theoretischen Kenntnisse als Landwirth abzulegen. Sodann hatte er vor einer Commission zu erweisen, daß er zu pflügen und andere landwirthschaftliche Arbeiten zu verrichten verstehe. Da er auch das zufriedenstellend zu thun verstand, glaubte er alle Hindernisse überwunden, erhielt aber den Bescheid, daß er nur dann als Landwirth betrachtet würde, wenn er auch eine Scheune besäße; ohne den Besitz einer solchen würde ihm der Heirathsconsens nicht ertheilt.

Als der Vater trüben Blicks das Amt verließ, traf ihn ein christlicher Bürger, der alte Dr. Dittmaier, dem theilte er das neueste Hinderniß mit. Der Doctor forderte ihn auf, guten Muthes zu sein. „Ich verkaufe Ihnen die Scheune und wenn der Verkauf gehörig eingetragen ist, werden sie Ihnen den Heirathsconsens geben. Haben Sie Ihre Rachel geheirathet, so können Sie mir die Scheune zurückverkaufen. Die Kosten trage ich, um den Spaß zu haben und um Ihrer guten und geduldigen Rachel eine Freude zu machen. Seid Ihr einmal erst verheirathet, dann kann Euch Niemand mehr trennen mit oder ohne Scheune.“ Des Doctors Plan wurde erfolgreich ausgeführt und der gütige Mann war einer der lustigsten Gäste auf der Hochzeit.

Das waren die Zustände, unter denen die bayrischen Juden von 1811—1860 lebten. Junge Männer und Mädchen, gehindert und gehemmt in jeder Art und Weise, zogen nach Amerika, dem Land der Freiheit. Es giebt heute vielleicht keine einzige jüdische Familie in Bayern, die nicht nahe Verwandte in Amerika hätte.

Endlich wurde 1860 unter der Regierung des gütigen Königs Maximilian II., Vaters des unglücklichen Ludwig II. das Edict von 1860 aufgehoben. Das Ministerium Pfordten war nach einem langen Zwiespalt mit der Kammer entlassen worden. Liberalere Ideen herrschten sowohl in Landtag als in Regierungskreisen. Unter den Juden regte sich eine Bewegung, um Abschaffung des Edicts von 1811 zu petitioniren, „damit die bayrischen Juden Haus und Herd in ihrem Vaterlande haben dürften.“ Rabbi Seligmann Baer Bamberger in Würzburg, unter dessen Obhut ich damals studirte, stand an der Spitze der Bewegung. Ich copirte die Petition, die Abschriften wurden an die Rabbiner der anderen Distrikte gesendet. Der Abgeordnete Dr. Paur von Augsburg versprach die Petition im Abgeordnetenhaus zu vertreten. Die demüthige Bitte der Juden fand willige Ohren bei den Abgeordneten des bayrischen Volkes. Der König ließ durch das Ministerium erklären, daß die Regierung der Petition Folge geben würde, falls beide Häuser des Parlaments damit einverstanden seien.

Im Hause der Abgeordneten wurde eine Resolution zu Gunsten der Petition mit 136 gegen 4 Stimmen angenommen. Im Oberhaus, dem Bollwerk reactionärer Strömungen, ging die Sache nicht so glatt. Die Petition wurde einem Comité zur Prüfung übergeben, das den jungen Prinzen Hohenlohe, jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen, zum Berichterstatter ernannte.

Der Bericht des Prinzen empfahl Annahme der Petition. Trotzdem war der Widerstand heftig. Alle Prinzen — im Gegensatz zum König — waren eifrige Gegner. Ebenso der Feudaladel unter Führung der Grafen Seinsheim und Riefersberg. Der Kampf wurde heißer und heißer, bis der ehrwürdige Bischof Dinkel von Augsburg das Wort ergriff. Mit beredten Worten trat er für die Petition ein, die nichts fordere als Gerechtigkeit. Seit mehr als fünfundzwanzig Jahren habe er in seiner Diöcese eine Menge Juden kennen gelernt, die er liebe und achte als gute fleißige und ehrbare Bürger. Als Christ und als katholischer Priester sprach er für die Petenten, welche schon zu lange Unrecht und Bedrückung erduldet hätten. Er würde seine Pflichten als Prälat und Bürger vernachlässigen, falls er nicht mit allem Nachdruck die Petition der Juden der Berücksichtigung empfehle.“

Diese Rede entschied das Schicksal der Petition, das Edict von 1811 wurde abgeschafft.

Als Maximilian II. 1864 starb, betrauerten ihn die Juden Bayerns als ihren Wohlthäter und Befreier.

* *
*

Einer dieser bayrischen Amerikaner, der seither nach Deutschland zurückgekehrt ist, bestätigt uns die Richtigkeit der vorstehenden Schilderung und theilt unter Anderem nach folgende Einzelheiten zur Ergänzung mit:

„Die Ausnahmegesetze gegen die Juden waren zahlreich. Viele Gewerbe, wie die der Bäcker, Müller, Wirthe, waren ihnen nicht gestattet. Von wissenschaftlichen Berufen war ihnen nur das Studium der Medizin zugänglich. Der Antisemitismus geberdete sich damals noch viel schlimmer und roher als jetzt, man war als Jude überall der Verhöhnung ausgesetzt.

Der Leser ersieht hieraus, wie jung die Emanzipation der Juden ist. Die jetzige Generation hat noch unter den Ausnahmegesetzen gelebt. Da ist es in der That etwas viel

verlangt — unter Anderen hat Herr Stöcker diese Forderung gestellt — daß der schlechte Einfluß, den die Bedrückung auf den Charakter der Judenschaft ausgeübt hat, aufgehört haben soll.

Zweitausend Jahre herrscht das Christenthum — wie wenig Menschen verdienen als Christen bezeichnet zu werden? Noch nicht ein Menschenalter hat die Emanzipation der Juden gedauert, und es giebt eine gute Anzahl guter Bürger unter ihnen. Wir verlangen nicht, daß den Juden eine ebenso lange Probezeit gewährt wird, um sich als Bürger zu bewähren, wie bisher vergeblich den Europäern gewährt war, um gute Christen zu werden. Aber ein paar Generationen müßte eine ehrliche Probe doch andauern. Und dann, Hand auf's Herz, hat denn die Emanzipation der Juden überhaupt stattgefunden? In den Gesetzen wohl, in der Praxis der Verwaltung, in den Sitten dagegen nicht.

Und die Praxis des täglichen Lebens, die Brutalität der Thatsachen ist weit einflußreicher als die Theorie des Gesetzes, das Platonische der Idee.

In dem im 82. Lebensjahre verstorbenen Stadtrath a. D. **Otto Leonhard Heubner** zu Dresden-Blasewitz verliert der Verein zur Abwehr des Antisemitismus einen hervorragenden Freund und Gönner. Heubners große Verdienste um das Dresdener Schul- und Turnwesen, sein lauterer Charakter, seine Ueberzeugungstreue, deren unerschrockene Bethätigung in den Jahren 1848/49 ihm langjährige Kerkerhaft zuzog, haben selbst bei seinen politischen Gegnern allgemeine Anerkennung gefunden. Der idealen Gesinnung Heubner's entsprach es auch, daß er sich an der Gründung unseres Vereins betheiligte und sein reges Interesse für denselben nach wenige Monate vor seinem Tode zu erkennen gab. Wir werden sein Andenken in Ehren behalten.

## Semiten.

Ein judenfeindliches Blatt, das in Algier erschien, wurde von seinen Herausgebern wohlweislich nicht der „Antisemit", sondern der „Antijude" genannt. In Algier leben tausende von „semitischen" Arabern, und da zogen die bartigen Geschäftsantisemiten es vor, die „Rassenfrage" nicht zu berühren. In Deutschland verfehlt man aber nicht, die angebliche Verwandtschaft der Juden mit den „räuberischen Arabern" zu betonen, man sucht die patriotische Abneigung, die in Folge unserer afrikanischen Kämpfe gegen die Araber besteht, zum Schaden der Juden nutzbar zu machen. Auch Stöcker, der angeblich die Judenfrage nicht als Rassenfrage ansieht, verfuhr so auf dem letzten Kaiser-Commers des Vereins deutscher Studenten.

Die Rede, die Herr Stöcker damals gegen die semitischen Nomaden in Afrika und Europa hielt, haben wir in Nr. 5 dieses Jahrganges abgedruckt. Wir kommen auf diese Rede zurück, um die Frage aufzuwerfen, ob denn die „Arier" sich in Afrika so benommen haben, daß sie mit solcher Verachtung auf die „semitischen Araber" herabsehen dürfen. Die vielen Scheußlichkeiten, die von Stanley, Jephson und anderen Afrikanern begangen worden sind, lassen wir aus dem Spiel. Dafür sind diese Herren nur selbst verantwortlich. Macht Stöcker die Juden gewissermaßen für das verantwortlich, was die Araber thun, so wäre er allerdings auch für alle Thaten und Unthaten von Ariern verantwortlich. Aber auf dieses schlüpfrige Gebiet antisemitischer Logik wollen wir ihm nicht folgen.

Wohl aber dürften zum wenigsten die Colonialmänner für diejenigen Rechtsverletzungen verantwortlich zu machen sein, welche in den Colonien regelmäßig zu geschehen pflegen. Eine Colonie kann überhaupt nicht ohne Rechtsverletzung gegründet werden. Der Starke gründet sie im Lande des Schwächeren. Zum Schein wird allerdings meistens ein Vertrag geschlossen, diese Verträge sind aber entweder eine Folge des Zwanges (z. B. Flottendemonstration in Zanzibar) oder wucherischer Ausbeutung. Denn um Ausbeutung handelt es sich in der That. Dafür liefert uns der bekannte Reisende Hugo Zöller in seinen dem Fürsten Bismarck gewidmeten „Forschungsreisen" den schlagendsten Beweis. Er schreibt daselbst (Bd. III S. 145):

„Ich lasse es dahingestellt, ob der Leichtsinn, mit welchem die Eingeborenen ihren Grund und Boden verkaufen, etwa in dem Sinne ausgenutzt werden könnte, daß später, wenn sie, wie wahrscheinlich ist, suchen werden einen Theil des Landes zurückzuverlangen, der Grundbesitzer zu ihnen sagt: „Ja wohl, mit Vergnügen, aber dann müßt ihr auch entweder einen Theil eures Grundstückes mit der und der Kulturpflanze bestellen, oder ihr müßt uns allmonatlich so und so viel Tage Frohndienste leisten" Ferner lasse ich es dahingestellt, ob, sobald einmal an die Befreiung jener Sklaven gedacht werden sollte . . . . ob man dann diese Sklaven etwa durch ein Stadium der Hörigkeit hindurchgehen lassen sollte. In diesem Stadium könnte ein Theil ihrer Arbeitskraft nutzbringend zum allgemeinen Besten verwandt werden . . . . Man könnte den Sklaven von Kamerun, falls sie einmal befreit werden sollten, und alsdann, wie wahrscheinlich ist, um Grundstücke bitten, sagen: „Da habt ihr sie, aber dafür müßt ihr arbeiten und Frohndienste leisten. Wenn ihr nicht arbeiten und keine Frohndienste leisten wollt, so bekommt ihr keine Grundstücke und müßt darben".

Wir sehen also hier, wie Arier den Leichtsinn der Eingeborenen offen ausbeuten, einfach nach dem Gesetz, das den wirthschaftlich Schwächeren zur Unterwerfung zwingt. Die Neger haben keine Ahnung davon, was die Europäer mit einer Eigenthumsveräußerung meinen. Sie glauben nur auf eine Verpachtung einzugehen, weil bei ihnen, wie die „Frankf. Ztg." richtig bemerkt, Grund und Boden Stammeseigenthum und unveräußerlich ist.

Herr Stöcker freut sich mit Recht, daß „jenen räuberischen Horden in Afrika, jenen Arabern, die auch Semiten sind, das Handwerk gelegt wird." Wir haben nicht gehört, daß Herr Stöcker die Lehren des Christenthums auch im Verkehr mit den ostafrikanischen Negern angewendet wissen will.

## Zur Abwehr.

**Tilsit**, 29. März. In der gestrigen Versammlung des hiesigen freisinnigen Wahlvereins wies Herr Professor Dr. Thimm auf die gehässigen Beschuldigungen unserer jüdischen Mitbürger hin, welche neulich ein conservativer Redner in öffentlicher Versammlung zu erheben den Muth gehabt hat. Dieser erste Versuch, die Judenhetze bei uns einzuführen, sei um so verwerflicher, als er von einem Manne ausgehe, der als Rechtsanwalt doch wissen müsse, daß der Artikel 4 der preußischen Verfassung laute: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Die öffentlichen Aemter sind . . . für alle dazu Befähigten gleich zugänglich." An dieser Grundlage unseres politischen Lebens wollen wir nicht rütteln lassen. Nach dem Antrage des Redners wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung deutsch-freisinniger Männer hat zu der Bevölkerung Tilsits das Vertrauen, daß sie den von einem Wortführer der conservativen Partei gemachten Versuch, Unfrieden und Haß zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen zu stiften, mit Verachtung zurückweist und es wie bisher für einen besonderen Ruhm unserer Stadt und Bevölkerung ansehen wird, daß alle achtbaren und auf gesetzmäßigem Boden stehenden Bewohner, gleichviel welcher Religion und Confession, in Frieden und gutem Einvernehmen mit einander leben."

O **Soldin**, den 4. April. Die Antisemiten scheinen sich hier förmlich eingenistet zu haben. Die Niederlage, die sie in Liegnitz erlitten, wollen sie durch Eroberung des Wahl-

kreises Landsberg-Soldin wieder gut machen. In kurzer Zeit haben hier drei antisemitische Versammlungen stattgefunden. Zu der am 19. v. Mts. anberaumten Versammlung hatten die Antisemiten den Reichstagsabg. Wilh. Pickenbach berufen. In seinem Vortrage, der von den gröbsten Beleidigungen gegen das Judenthum strotzte, sagte Herr Pickenbach u. A.: Uns gehört die Zukunft; die christliche Jugend auf den Universitäten jubelt uns zu, selbst Minister zittern vor uns. An der Discussion betheiligte sich zunächst der Socialdemokrat Pätzel-Berlin. Derselbe warf den Antisemiten Verhetzung des Volkes vor. Redner nahm dann die Juden in Schutz, bemerkte, daß das Kapital sich nicht allein in Judenhänden, sondern auch in Christenhänden befinde und daß die Arbeiter von Urgermanen ebenso schlecht bezahlt würden, wie von Juden. Als zweiter Redner sprach der conservative Rittergutsbesitzer Karbe-Adamsdorf. Er erklärte, kein Antisemit zu sein, wünschte den Antisemitismus nicht im hiesigen Wahlkreise, er habe die Ueberzeugung, daß der Prozentsatz der ehrlichen Juden eben so groß ist, wie bei den Christen. Dagegen müsse er den Juden Scheu vor Handarbeit vorwerfen. Hierauf erhielt der Cantor Goldmann-Soldin das Wort, der die gegen seine Glaubensgenossen gerichteten Angriffe zurückwies. Zwei Punkte seien aus der Rede hervorgehoben: Pickenbach hatte behauptet, daß der jüdische Religionsunterricht in hebräischer Sprache ertheilt werde und daß die Verhältnißzahl der jüdischen Soldaten eine weit geringere sei, als die der christlichen. Hierzu bemerkte der Cantor Goldmann: „In ganz Deutschland wird der jüdische Religionsunterricht in deutscher Sprache und aus deutschen Lehrbüchern ertheilt. Was die jüdischen Soldaten betrifft, so brauche ich gar nicht soweit zu gehen: der vierte Theil der aus nur 20 Gemeindemitgliedern bestehenden hiesigen jüdischen Gemeinde hat der militärischen Pflicht genügt. Von diesen haben zwei an Kriegen theilgenommen; der eine ist vor Kurzem mit militärischen Ehren zu Grabe getragen, während die Brust des Anderen eine Reihe von Orden schmückt, die er in den drei letzten Feldzügen sich erworben."

**Juden als Arbeiter.** Im Jahrgang 1887 der „Nationalztg." finden wir die nachstehende interessante Correspondenz aus Schlesien:

Nach einer kurzen Periode, während welcher man annahm, daß in dem Verfahren der russischen Behörden gegen die im Grenzbezirk wohnenden Ausländer eine mildere Praxis geübt werde und von oben herab ein sanfter Wind wehe, macht sich die alte Strenge und Verfolgungssucht wiederum fühlbar. Ein Commissar des russischen Ministeriums hält sich gegenwärtig im polnisch-schlesischen Grenzgebiete auf, um die Verhältnisse der in diesem Gebiete ansässigen Ausländer zu prüfen und festzustellen, inwieweit die russischen Unterthanen von diesen Ausländern geschädigt werden. Es ist jenem Beamten gar nicht die Aufgabe gestellt, zu prüfen, ob überhaupt eine Benachtheiligung der lieben Unterthanen zu constatiren ist; das wird von vornherein als feststehend angenommen und der Commissar hat nur zu eruiren, inwieweit dies der Fall ist, um das Material für fernere Maßregeln gegen die Deutschen zu liefern. Hand in Hand damit geht eine genaue Zählung der in den verschiedenen polnischen Industrieetablissements beschäftigten Personen, welche in drei Rubriken, Polen, Deutsche und Juden, classificirt werden; bezüglich der letzteren macht es anscheinend keinen Unterschied, ob dieselben in Polen selbst oder in Galizien oder Deutschland geboren sind, und vermuthlich werden sich weitere Maßregeln, wie schon früher, gegen Deutsche und Juden zugleich richten. Die bekannt gewordenen Ergebnisse dieser Statistik sind recht interessant; es wurden als in den industriellen Etablissements in Polen beschäftigt gezählt: in der mechanischen Branche 11844 Polen, 1397 Deutsche und 1173 Juden; in der Montan-Industrie 6700 Polen, 9300 Deutsche und 200 Juden; in der chemischen Industrie 12274 Polen, 3281 Deutsche und 2286 Juden; in der Textilindustrie 6597 Polen, 58349 Deutsche und 14150 Juden und endlich in der Landwirthschaft 56404 Polen, 5291 Deutsche und 11753 Juden. Im Ganzen entfallen 47 Proc. auf die Polen, 38 Proc. auf die Deutschen und 15 Proc. auf die Juden. Bei der Montan- und Textil-Industrie allein, welche hauptsächlich von den Deutschen eingeführt sind, stellt sich das Verhältniß: Polen 14 Proc., Deutsche 69 Proc. und Juden 17 Proc.

## Aus den antisemitischen Parteien.

**Zur Charakteristik Ahlwardt's** theilt die „Rhein. Westf. Ztg." Folgendes mit: Am 29. October 1891 hielt Herr Rector Ahlwardt in Essen in einer zahlreich besuchten Versammlung einen Vortrag, in welchem er u. a. behauptete, daß das Nobilingsche Attentat auf Kaiser Wilhelm I das Product einer Judenverschwörung sei. Er brachte eine Dame in Essen zu diesem Attentat in Beziehung, die, weil sie im Besitz großer Geheimnisse war, wider ihren Willen im Irrenhause verweilen mußte, jedoch daraus wieder entkommen sein sollte. Nach 14 Tagen wollte Herr Ahlwardt wiederkommen, um weitere Mittheilungen zu machen; er ist dieselben aber bis jetzt schuldig geblieben

**Ahlwardt-Industrie.** Ein Cigarrenfabrikant in Sachsen inserirt in den „Dresd. Nachr." Folgendes:

**Rector Ahlwardt-Cigarre!**

angenehm und fein in Qualität.

Unter specieller Genehmigung des

**Herrn Rector Ahlwardt, Reichstagsabgeordneter.**

Vom Umsatz dieser äußerst preiswürdigen Cigarre, die sich sicher der allergrößten Anerkennung erfreuen wird, ist

**1 Procent**

zu Gunsten der Familie Ahlwardt bestimmt.

**Posen**, 24. März. Das Märchen vom Ritualmord, das in Xanten vor zwei Jahren zu so erregten Szenen führte, hätte, wie die „P. Ztg." berichtet, gestern Abend hier beinahe ähnliche traurige Erscheinungen gezeitigt. Der Arbeiter Max Przychalla wollte nämlich gleich nach acht Uhr den kleinen dreijährigen Jungen eines seiner Verwandten nach seiner Wohnung, Breslauer Straße 10/11, bringen Er hatte, da der Kleine laut schrie, ihn auf seinen Arm genommen und suchte ihn so viel als möglich zu besänftigen. Sein eiliger Schritt sowohl wie sein etwas jüdisches Aussehen mögen nun wohl den Verdacht der Passanten erregt haben. Es verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der Straße das Gerücht, daß das Kind entführt sei und von den Juden zu Ritualzwecken geschlachtet werden solle. Im Augenblick hatten sich Hunderte angesammelt, die auf den Mann eindrangen und ihm den Knaben zu entreißen suchten. Der Arbeiter wurde zu Boden gestoßen, und er wäre schwerlich mit dem Leben davongekommen, wenn nicht die Polizei dazwischen getreten und ihn vor der Wuth der Menge geschützt hätte. Erst nachdem die Schutzleute, die den Mann kannten, die Leute über den Sachverhalt aufgeklärt hatten, gelang es, die Ordnung wieder herzustellen. Przychalla hatte indessen derartige Verletzungen davongetragen, daß er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Die Fabel vom „Ritualmorde" in Griechenland.** Die in Athen erscheinende „Akropolis" vom 17. März schreibt: Beinahe hätten wir gestern antisemitische Bewegungen mit ernsten Scenen in Athen erlebt, der Stadt, wo die religiöse Toleranz bis zum höchsten Grade entwickelt ist, und all dos wegen eines Tischlers allzu lebhafter Phantasie. Ungefähr um die zehnte Stunde früh hatte sich in der Nähe der Metropolitankirche und der Apollostraße eine erregte Volksmenge bei dem kleinen Laden des armen Juden Raphael Moninper, welcher Kessel flickt und anderes Hausgeräth ausbessert, angesammelt. Die Menge tobte und schrie, Stöcke wurden geschwungen und Fäuste geballt gegen diesen Unglücklichen, von dem ein Gerücht behauptete, er hätte versucht, zwei kleine Christenkinder zu ergreifen, um ihr Blut zu rituellen Zwecken zu gebrauchen. Die Nähe des israelitischen Passah-

Festes hatte diese Meinung begünstigt. (Es muß bemerkt werden, daß dieser Aberglaube bis vor wenigen Jahren in Griechenland unbekannt war und erst durch die Vorgänge in Oesterreich und Deutschland hier Eingang fand.) Zum Glücke befand sich ganz in der Nähe das Gebäude der Provinzial-Präfectur; dorthin führte ein Gendarm den Mann, indem er sich durch die Menge hindurchdrängte. Die Menge fuhr aber fort, zu lärmen, und verlangte, man solle den Schuldigen sogleich zur Staatsanwaltschaft bringen. Dies geschah, und zwar mit Hilfe eines geschlossenen Gefängnißwagens, um den Mann vor thätlichen Angriffen zu schützen. Die Menschenmasse folgte tumultuirend hinterher, während der Vertreter des Staatsanwaltes von Zeit zu Zeit ausstieg und sie zum Auseinandergehen zu bewegen versuchte. Und was stellte sich schließlich als Ursache des ganzen Aufruhres heraus? Raphael Monfypér hatte zwei Tage vorher ein kleines Gefäß, das er gekittet, zum Trocknen herausgestellt. Die beiden kleinen Kinder des Nachbars Epitos, von denen das größere kaum ein Alter von acht Jahren hatte, versuchten dasselbe heimlich wegzunehmen. Der Handwerker lief den Kindern nach und nahm ihnen den Gegenstand wieder ab, allein nach einer Stunde war derselbe wieder verschwunden. Als er gestern früh die Kinder wieder vorbeigehen sah, hielt er das eine fest, bis das andere das entwendete Object wieder bringen würde. Sogleich erhoben die Kinder ein großes Geschrei, welches die Aufmerksamkeit der Nachbarn erregte. Für den besagten Tischler genügte dies, die obige Fabel zu verbreiten.

m. **Hanau**, 1. April. In der „Hunnenschlacht", zu der es bei dem Ringen um die Bauernseelen und Bauernstimmen zwischen denen um Böckel und den Conservativen unseres Wahlkreises gekommen ist, ereignen sich auch manche Episoden, die wohl werth sind, einem etwas weiteren Kreise, als nur dem der unmittelbaren Interessenten zur Kenntniß gebracht zu werden. Die naive Offenheit des Böckel'schen Ritters Georg, daß seine Mannen tausendmal lieber dem äußersten linken Flügel, den Sozialdemokraten als denen um Herrn Schier, den Conservativen, in der Wahlschlacht zu Hilfe kommen würden, setzte den Obergeneral Böckel nur einen Moment in Verlegenheit, er leugnet, daß Ritter Georg die große Tugend der Offenheit geübt hätte, fügte aber gleichzeitig nach berühmten Muster die Entschuldigung bei, daß die conservativen Matadore in Langensobold den Ritter Georg „gereizt" hätten wie Eugen Richter ja auch Ahlwardt nur provozirt haben soll. Natürlich sind diese Erklärungen von einer Fülle jener Sprachblüthen umhüllt, um die das Böckel'sche Organ den Wortschatz der Deutschen aus der Marktweiberdichtung bereichert hat. In der Beantwortung dieser gegen die „alleinpatriotischen" Conservativen Hanaus gerichteten Kanonade plaudert nun der „Main- und Kinzig-Bote", die publicistische Vertreterin der Angegriffenen, die gar nicht so uninteressante Mittheilung aus, daß der Verfasser jener Angriffsartikel derselbe Herr Hirschel sei, „der dem Juden Werthheimer die Kleie abkauft und sie dann als antisemitische Waare an die Bauern absetzt." Herr Hirschel wohnt in Frankfurt und ist u. A. Secretär des von Böckel geleiteten und begründeten antisemitischen „Mitteldeutschen Bauernvereins", dessen Interessen mit denen des Herrn Böckel identisch sein sollen. „Judenreine" Viehmärkte, auf denen Schweine gehandelt werden, die von der vom Juden Werthheimer durch Vermittelung des Herrn Hirschel bezogenen Kleie gefüttert sind — das ist auch so ein Späßchen, durch dessen humoristische Darstellung die von Böckel „organisirten" Bauern gewiß noch mehr von der „höchsten Weisheit" des Antisemitismus überzeugt werden könnten. Mundus quidam rusticus vult decipi, ergo . . . .

× **Aus Baden, 28. März.** Herr Kratzert, eine Stütze des todesmatten badischen Antisemitismus, der wegen Theilnahme an Ausschreitungen in der Sylvesternacht vom Schöffengericht zu 2 Tagen Gefängniß verurtheilt worden war, erreichte es vorgestern, daß diese Strafe in der Berufungsinstanz in eine Geldstrafe verwandelt wurde. — Um übrigens das antisemitische Nachtlämpchen zum helleren Flackern zu bringen, hatte sich Herr Bösenberg den bekannten Adlatus Böckels, Reuter-Darmstadt, nach Baden kommen lassen, der, wie verlautet, aus der Firma Böckel-Marburg wegen einiger Differenzen ausgeschieden ist. Nun muß das Geschäft ganz gewiß etwas besser gehen; auch den famosen Ahlwardt hatte man zu einer Gastrolle angekündigt, das war aber vor seinen neuesten Triumphen im Reichstage, jetzt scheint man davon abzusehen.

**Wie die Antisemiten lügen.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

Magdeburg, 30 März 1893.

Ich habe Kenntniß von einem Schreiben erhalten, welches ein Mitglied des hiesigen Antisemitenvereins — das in feiger Weise seinen Namen nicht nennt, sondern sich „Civis Germanus" unterzeichnet — an einen hochverehrten Reichs- und Landtagsabgeordneten richtet, worin dieser „deutsche Mitbürger" u. A. Folgendes schreibt:

„Wenn Sie glauben, daß die geschraubte Erklärung der 216 Rabbiner auf Leute, die sich eingehend mit der Sache beschäftigt haben, irgend welchen Eindruck gemacht hätte, so irren Sie gewaltig. Im Gegentheil! Die Erklärung in ihrer ganzen Magerheit (?) macht einen recht verdächtigen Eindruck. Sie zeugt von einem bösen Gewissen.

Ich will Ihnen mal eine kleine, von mir erlebte Geschichte erzählen:

Weinachten 1891 gab der hiesige antisemitische Reformverein ein Flugblatt heraus, auf welchem auch die antisemitischerseits immer als Waffe gegen das Judenthum benutzten Talmudstellen prangten. Das Blatt wirkte wie eine Bombe unter den hiesigen Juden. Sie drangten ihren Rabbiner, den Herren Dr. Rahmer, zu einer Erklärung, nicht über die betreffende Stelle, sondern nur zu einer Erklärung im Allgemeinen. Diese erschien auch in einer December-Nr. der „Magdeburger-Zeitung 1891". Sie war ähnlich wie die Erklärung der 216 Rabbiner, d. h., sie stellte die jüdische Sittenlehre in ein ausgezeichnetes Licht und triefte vor Menschenliebe. Der Herr Rabbiner taufte, da ihm scheint's noch einiger Witz verblieben war, das antisemitische Flugblatt in „Fluchblatt", und diese Judentaufe war auch das Einzige, was an der Erklärung des Rabbiners Herrn Dr. Rahmer bemerkenswerth gewesen war, über die betreffenden Talmudstellen erfolgte keine Auslassung. Nun erfolgte, wie dies auch nicht anders zu erwarten war, eine Erklärung des hiesigen Reformvereins, worin die Wahrheit der betreffenden Stellen aufrecht erhalten und der Rabbiner wiederholt gebeten wurde sich über die betreffenden Stellen zu äußern. Die Antwort ist der Herr Dr. Rahmer bis heute schuldig geblieben. Sapienti sat."

So weit der „Civis Germanus" aus Magdeburg. Ich registrire einfach die in dieser „Geschichte" enthaltenen Lügen:

1. Das betr. Flugblatt wirkte nicht wie eine Bombe unter den hiesigen Juden, sondern erregte nur ihr Gelachter über die Leichtgläubigkeit derer, die sich dergleichen als jüdische Sittenlehre aufbinden lassen.

2. Die Juden drangten auch ihren Rabbiner nicht zu einer Erklärung, sondern nachdem ein Nichtjude ihm ein solches Flugblatt ausgeliefert hatte, hat derselbe völlig spontan — die hiesigen Juden sehen es nicht einmal gern, wenn man über dergleichen religiöse Angelegenheiten in öffentlichen Blättern discutirt — eine Erklärung in der „Magd. Zeitung" veröffentlicht, worin er als „Kenner des Talmud" jenen Auszug aus dem Talmud als eitel „Lug und Teug, Fälschung und Verleumdung erklärte" und zwar nur zur Aufklärung für die christlichen Mitglieder, welchen man ausschließlich das Flugblatt eingehändigt hatte.

3. Es erfolgte einige Tage darauf in einem Abendblatte der „Magdeburger Ztg." eine „Entgegnung" des deutschen Reformvereins, in welcher aber **auch nicht eine einzige Stelle** vorkommt, worin ich „wiederholt gebeten wurde, mich über die betr. Stelle zu äußern" — sondern es wird im Gegentheil meine Glaubwürdigkeit in Abrede gestellt. Es heißt darin: Ein Rabbiner ist in Sachen, welche das Judenthum betreffen, sicher kein unbefangener Zeuge. . . . Die verruchtesten Talmudstellen werden von den Rabbinern abgeleugnet."

Nachdem dann meiner „Erklärung" einige anerkennende Worte gezollt werden, wird ausdrücklich betont, daß man „nicht zum Streit mit der Feder aufrufe" und das nennt der Civis Germanus „wiederholt gebeten sein, mich zu äußern." Mir war im Gegentheil hierdurch wiederholt (einmal durch die Verdächtigung meiner Glaubwürdigkeit und durch die Erklärung, daß man keinen Streit mit der Feder wünsche) jede weitere Discussion abgeschnitten.

Aber damit ist die „Geschichte“ noch nicht zu Ende. Ich habe noch eine vierte Lüge zu verzeichnen:

4. „Die Antwort ist der Herr Dr. Rahmer bis heute schuldig geblieben“ — so schließt der Civis Germanus, der sich in dem Briefe einen „Freisinnigen“ nennt, seine Epistel vom 20. Februar er. — Wir können nur annehmen, daß der biedere Germane einige Wochen des vorigen Jahres hindurch geschlafen oder die hiesigen Zeitungen nicht gelesen hat, sonst müßte er ja wissen, daß ich gerade in Folge dieser „Entgegnung“, die die Fortsetzung des Streites mit der Feder mir abschnitt, zum öffentlichen Worte griff und in den hiesigen Zeitungen zwei Vorträge über den Talmud und seine Sittenlehre ankündigte, zu denen einem Jeden der Zutritt gestattet war. Es wohnten auch viele christliche Mitbürger den Vorträgen bei, — wie man mir sagte, auch der Führer des hiesigen deutschen Reform-Vereins —, die hiesigen Zeitungen berichteten ausführlich darüber, auch Berliner Tageblätter entnahmen ihnen Referate, und doch schreibt der hiesige Civis Germanus mit eiserner Stirn: „Die Antwort ist der Herr Dr. Rahmer bis heute schuldig geblieben“ — und dahinter „Sapienti sat“ — der Herr Abgeordnete sollte aus diesem Schweigen des Rabbiners entnehmen, daß dieser kein Wort der Widerlegung fand, — ein Zeugniß ex silentio.

Rabbiner Dr. M. Rahmer.

**Avis für Herrn Böckel:** In einer Februar-Nummer des „Reichsherold“ hatte sich die moralische Sensibilität seines Herausgebers es sich nehmen lassen, seinen braven Lesern die erschütternde Kunde zu geben, daß ein — natürlich jüdischer — Lehrling der Darmstädter Firma Plaut und Vogel wegen Betrugs zu einer Geldstrafe von 40 Mark verurtheilt worden sei. Nunmehr ist dieser Lehrling in der Berufungsinstanz am 25. März d. J. aber vom Großherzogl. Landgerichte in Darmstadt für nicht schuldig befunden und freigesprochen worden. — Bis heute ist es Herrn Böckel nicht eingefallen — offenbar im Drange der Wahl-„Geschäfte“ — hiervon berichtigend Notiz zu nehmen, weshalb wir ihn hiermit an seine journalistische Pflicht zu mahnen versuchen.

**Die Antisemiten unter sich.** Im Böckel'schen „Reichsherold“ lesen wir:

Das conservative Sch—dblatt „Volk“ mißbräuchlich betitelt, ermahnt, doch ja kein Geld an Dr. Böckel zu Wohlzwecken zu senden, da derselbe den theuren Stöcker verdrängen wolle. Als wenn man den conservativen Abg. Stöcker noch zu verdrängen brauchte! Die Stimmung im Wahlkreise ist eine entschieden ungünstige für Stöcker, so daß dessen Wiederwahl, ganz einerlei, ob wir eine Candidatur aufstellen oder nicht, vollständig ausgeschlossen ist. Schon bei der letzten Wahl gelang es ihm nur mit knapper Noth gegen den Freisinn mit Hülfe der Nationalliberalen durchzukommen. Bei der nächsten Wahl kommt Stöcker nicht einmal mehr in die Stichwahl. Unter diesen Umständen ist es für den Mitteld. Bauernverein Pflicht, mit einer Volkscandidatur hervorzutreten, um zu verhindern, daß ein uns sehr günstiger Kreis in die Hände der Freisinnigen oder Nationalliberalen fällt. Was die Querköpfe des „Volk“ darüber urtheilen, ist uns ganz egal, von diesen Leuten und ihren Hintermännern haben wir nie etwas gehalten!

**Böckel contra Ahlwardt.** Im „Reichsherold“ lesen wir:

**Rede des Abg. Ahlwardt in Dalldorf im Hotel zum großen Aufschneider.**

Ahlwardt zieht beim Hereintreten den Lorbeerkranz vom Haupt, wird erkannt und durch ein einstündiges Beifallsklatschen, Hurrahschreien begrüßt.

Nachdem in dieser Weise die erste Stunde der Versammlung zweckdienlich verbracht ist, findet eine weitere Stunde **großes Lorbeerüberreichen seitens sämmtlicher Anwesenden statt.**

Sämmtliche Lobeerkränze werden dem großen Manne seitens der Spender aufgesetzt und passen sämmtlich vortrefflich, da der verehrte „Führer“ geruht hatte, vorher sein Kopfmaß anzugeben. — Nach jedem Lorbeer großer Jubel, Hurrah, 10 minutenlanger Beifall.

Nachdem diese großartige, erschütternde und welthistorische Aktion, die auf alle Anwesende einen mächtigen Eindruck gemacht hatte, beendet war, ergriff um $11^1/_2$ Uhr der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt selbst das Wort. Wieder ein halbstündiger Jubel. Der Redner begann:

„Meine Herren! Endlich ist es mir gelungen einen ganzen Eisenbahngüterzug voll Akten herbeizuschaffen, die beweisen werden, daß außer mir und Ihnen, meine Herren, sämmtliche andere Bewohner des deutschen Reiches entweder Juden oder Judenabkömmlinge sind!“ — — Frenetischer, nicht endender Beifall. Die Wächter der Irrenheilanstalt führen die Anwesenden und zuletzt den Abgeordneten Ahlwardt, der dabei sämmtliche Lorbeerkränze auf dem Kopfe behält, ins Irrenhaus ab.

**Die „Germania,“** welche selbst antisemitischen Anschauungen huldigt, ja sogar in Sachen des Xantener Mordes sehr weit ging, muß jetzt die Ausschreitungen des Antisemitismus am eigenen Leibe spüren. Das Centrumsblatt schreibt:

„Der Abg. Ahlwardt, welcher gegenwärtig im Königreich Sachsen mit „Vorträgen“ hausiren geht, hat in einer Antisemiten-Versammlung in Großenhain, wie uns von dort von geschätzter Seite berichtet wird, einen unflätigen Angriff gegen die katholische Kirche und das Centrum sich gestattet, indem er bemerkte, „bei dem Centrum sei die Mutter desselben eine Judentochter.“ Wenn diese Worte, die auch der Bericht über die Versammlung im Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigeblatt enthält, irgend einen Sinn haben sollen, so kann es nur der sein, daß als „Mutter“ des Centrums die katholische Kirche gemeint ist, — und diese wagt ein Mann wie Ahlwardt als „Judentochter“ hinzustellen! Eine solche Beschimpfung der katholischen Kirche von Seiten Ahlwardts festzunageln, wird unseren Lesern zur Charakteristik des vielgenannten Mannes genügen.“

**Gegen Rechtsanwalt Hertwig** hat anläßlich seines Verhaltens in dem gegen Ahlwardt geführten „Judenflintenproceß“ das Ehrengericht der Anwaltskammer des Kammergerichts auf „Verweis“ erkannt.

**Der frühere Redacteur des „Volk“, Balla,** ist wegen Beleidigung der Mitglieder des Landgerichts Cleve gelegentlich einer Besprechung des Buschhoffprocesses zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

**Der Rembrandt-Deutsche als Jude!** Der unbekannte Verfasser des weit gelesenen Buches „Rembrandt als Erzieher“ ist aus einem leisen Antisemit in der neuesten Auflage seines Buches ein offener, consequenter geworden. Deshalb sollte ihm auch die „Antisemitische Correspondenz“ begeistertes Lob und sein Werk figurirt oft unter den Anzeigen antisemitischer Bücher. Da berührt es komisch, wenn in einem soeben erschienenen antisemitischen Schrift von Dr. Schuchardt „Zu den Waffen“ (Berlin, H. Lüstenöder 1893) der Rembrandt-Deutsche als — Jude bezeichnet wird. Der Verfasser bemerkt: „Das Geschreibsel dieses Juden ist mir herzlich zuwider, und wir verbieten einem solchen Manne, uns fernerhin über Deutsches zu belehren!“ — Wieder ein Urdeutscher, der — jüdische Rasse hat!

---

## Aus Frankreich.

Das von unserem Pariser Correspondenten vor einiger Zeit angekündigte, zur Bekämpfung des Antisemitismus bestimmte Preßunternehmen ist nunmehr ins Leben getreten. „La vraie parole“ — so betitelt sich das zweimal wöchentlich im großen Format erscheinende neue Blatt — ist entschlossen, unter der Devise: „Mit Gott, für die Menschlichkeit, für das Vaterland, die Wahrheit und die Gerechtigkeit“ den Kampf gegen die antisemitischen Bestrebungen, wie sie insbesondere in dem Drumont'schen Organ „Libre Parole“ vertreten werden, zu führen.

Die uns vorliegende erste Nummer hat folgenden Inhalt. Unser Programm. — Briefe von Ernst Renan, Erzherzog Johann Salvator, Barthélemy-St. Hilaire und Max Müller an den Leiter des Blattes. — J. Singer: Der Marquis Morès und seine Freunde. — Herzogin von Pomar: Die Judenfrage. — Zadoc Kahn (Oberrabbiner von

Frankreich): Religion und Vaterland. — Drei Akademiker: Jules Clarentie, Alfred Mézières, Jules Simon über die Emanzipation der Juden in Frankreich. — Die Juden in Rußland. — Aphorismen über die Juden von Göthe, Fürst Pückler-Muskau, Emilio Castelar. — J. Loeb: Die Juden der Geschichte und der Legende. — Die Wahrheit über den Talmud. — Feuilleton.

## Aus Rußland.

Noch etwas von den „jüdischen Ausbeutern."

Wie die für gewöhnlich sehr gut unterrichtete „Rußkaja Schizu" mitzutheilen weiß, haben die Grenzbehörden neuerdings vom Minister des Innern die Weisung erhalten, die „Säuberung" des Grenzgebietes — im Umfange von 50 Werst — von der jüdischen Bevölkerung bis zum nächsten Jahre einzustellen. Als Grund für die plötzliche Sinnesänderung wird die nahe bevorstehende Berathung des neuen Projects desselben erfindungsreichen Ministers über die jüdische Ansässigkeit im Reiche durch den Staatsrath angegeben, wobei u. a. auch der Artikel 18 der Paßordnung abgeändert werden soll, welcher es den Juden verbietet, im Umkreise von 50 Werst von der Grenze ihren Wohnsitz aufzuschlagen.

Inzwischen giebt uns eine Correspondenz der „Nowosti" aus Krementschug einigen Aufschluß darüber, welch erschreckende Dimensionen das jüdische Elend und infolge dessen auch die Entwerthung der jüdischen Arbeit selbst in dem belebtesten Centrum des berüchtigten Gebiets der Ansässigkeit angenommen haben. Wir lesen da u. a. wie folgt: „Entsetzlich ist der Anblick, welchen das Leben, oder vielmehr das erbärmliche Vegetiren der jüdischen Massen in Krementschug, wie in der ganzen Umgegend, bietet! Ich habe persönlich genaue Nachforschungen gemacht und dabei feststellen können, daß Hunderte von Familien aus 5 und 6 Personen mit einem Tagesverdienst von 10, 12, wenn es gut geht, von 15 Kopeken zu existiren haben. An den Mühlen wimmelt es von Hungerleibern, die sich um die Glückseligkeit förmlich schlagen, die Kuli (Säcke gewöhnlich mit 10 Pud Roggenmehl) von 6 Uhr Morgens bis 2 Uhr nach Mitternacht für — sage 5 Kopeken Tagelohn schleppen zu dürfen! Ihre Leser werden den Kopf schütteln und mich da der Uebertreibung zeihen, wogegen ich ausdrücklich erkläre, daß dies eine ebenso traurige, als unbestreitbare Thatsache ist, von der sich Jedermann durch den Augenschein überzeugen kann.

Es fällt schwer, eine richtige Vorstellung davon zu verschaffen, wie tief die Lebenshaltung der jüdischen Massen gesunken ist und welch' möderischer Kampf ums Dasein da geführt wird! Das Angebot von Arbeit wird noch besonders durch Schaaren von hungernden russischen Bauern vermehrt, sowie durch die aus den Dörfern vertriebenen Juden, deren Zahl täglich zunimmt. Wer diesen Jammer einige Zeit mit ansieht, muß nothwendig auf sehr trübe Gedanken gerathen und man fragt sich unwillkürlich: wohin soll das hinaus und was soll daraus noch werden"? . .

## Vom Büchertisch.

Dr. L. Neubaur, Neue Mittheilungen über die Sage vom ewigen Juden. Lpz. J. C. Hinrichs 1893. 24 S. — Dr. Nathan Birnbaum, Die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Lande, als Mittel zur Lösung der Judenfrage. Wien 1893. Selbstverlag 44 S. — Leopold Hamburger, Die Münzprägungen während des letzten Aufstandes der Israeliten gegen Rom. Berlin, W. Pormetter. 1892. 108 S. — J. B. Weber und Dr. W. Kempster, La situation des juifs en Russie. Rapport adressé au gouvernement des Etats-Unis (Ein hochinteressanter Auszug des amtlichen Berichts, den die Verfasser im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten über die Ursachen der Einwanderung in Nordamerika veröffentlicht haben. Der Auszug beschäftigt sich mit der elenden Lage der russischen Juden und gewährt einen tiefen Einblick in das Leben dieser Unglücklichen. Der Bericht ist um so glaubwürdiger, als er von völlig unparteiischer Seite herrührt.) — Valis, Moderne Teutonen. Schauspiel in 4 Acten. Berlin 1893. Bibl. Inst. 91 S. (Ein Schauspiel, das sich mit dem zeitgenössischen Judenthum und Antisemitismus beschäftigt. Bei der Aufführung dieses Stückes in Berlin protestirten die Antisemiten so heftig, daß die Direction es zurückzog.) — Godofred, Der christliche Staat. Berlin, Bibl. Institut. 100 S. (So werthvoll die ethischen Auseinandersetzungen sind, welche die Schrift im Anschluß an Egidy und an einige Schriften gegen die Egidy'sche Bewegung darbietet, so ist doch ihr Titel irreleitend. Von einer Auseinandersetzung über den „christlichen Staat" ist wenig zu lesen. Stahl's Auffassung ist beispielsweise gar nicht berührt, obschon diese für die Anschauung der ganzen conservativen Partei maßgebend ist.) — Dr. Adolf Schwarz, Die dreifache Bestimmung des jüdischen Gotteshauses. Predigt Karlsruhe. 15 S. 1893. (Vgl. „Mittheilungen" Nr. 11 S. 101 d. J.) — Rudolf Block-Podgorski, Ahlwardt vor Gericht. Eine krit. Beleuchtung des Judenflinten-Processes. Dresden, Glöß 1892. 40 S. (Antis.)

## Briefkasten.

**R. B. in Berlin.** Ein solcher Verein existirt z. B. in Gießen. Es liegt uns ein Circular des Vorstandes des dortigen „Vereins zur Beförderung des Handwerks unter den Israeliten" aus dem Jahre 1890 vor, worin es heißt:

„Der am 1. Januar d. J. ins Leben getretene Verein zur Beförderung des Handwerks unter den Israeliten verfolgt den Zweck, unbemittelte jüdische Kinder durch Unterstützung und Anleitung dem Handwerk zuzuführen. Die Gründe für diese Bestrebungen liegen auf der Hand. Es ist zweifellos eine bessere und segensreichere Form der Wohlthätigkeit, durch Ermöglichung einer tüchtigen Ausbildung dem Unterstützten eine selbstständige und ehrenhafte Stellung erringen zu helfen, als durch planlose Mildthätigkeit nur vorübergehende Mißstände zu lindern und dabei häufig eine entwürdigende Abhängigkeit und Arbeitsscheu zu erzeugen. Von besonderer Wichtigkeit ist dieses Unternehmen gerade jetzt, da durch den wachsenden Ersatz des Zwischenhandels durch Consum- und Verkaufsvereine, durch den Wegzug bemittelter Glaubensgenossen nach den Städten der unbemittelte israelitische Landbewohner immer mehr auf eine andere Erwerbsart als die des Handels gedrängt wird. Dazu kommt, daß gerade diese Art der Ausbildung das sicherste Mittel ist, die vielfach bestehende Entfremdung zwischen uns und unseren Mitbürgern zu hemmen und die auf unsere angebliche Scheu vor körperlicher Arbeit sich stützenden Verhetzungen zum Schweigen zu bringen. Bedenket, daß unsere Väter Ackerbauer und Handwerker waren. Bedenket die Worte unserer Weisen: „Wer sich von seiner Händearbeit ernährt, ist mehr als ein frommer Müssiggänger" und: „Wer seinem Sohn kein Handwerk erlernen läßt, erzieht ihn zum Straßenräuber." Die Unterstützung des Vereins wird gewährt durch Beschaffung tüchtiger und zuverlässiger Meister, durch Bezahlung des Lehr- und Kostgeldes, ganz oder zum Theile, und durch Beaufsichtigung der Führung und der Fortschritte der Lehrlinge durch die Organe des Vereins."

**P. in Hannover.** Stimmt nicht. Abg. Dr. Arendt ist gar nicht Mitglied des Reichstages, hat also den conservativen Antrag, betr. die Einschränkung der jüdischen Einwanderung nicht unterschrieben.

**L. Z. in Berlin.** Wir wissen nicht, ob der nach Unterschlagung von Depots flüchtig gewordene Banquier Lindner in Halle Jude oder Christ ist.

**M. in Elberfeld.** Es befremdet Sie, daß das dortige Antisemitenblatt nur die Reden des Grafen Pfeil und des Grafen v. Klinkowström, aber nicht diejenigen des Regierungsvertreters, sowie des Freiherrn v. Schorlemer und des Oberbürgermeisters Struckmann wiedergiebt. Eine derartige „objective" Berichterstattung gehört zu den Eigenthümlichkeiten der antisemitischen Presse.

**W. in Göttingen.** Verbindlichsten Dank. Wir haben bereits in der letzten Nummer über die Versammlung in Dransfeld berichtet.

**J. G. in Breslau.** Besten Dank für Ihre Bemühungen. Weitere Probenummern stehen Ihnen in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

**A. J. C. in Hamburg.** Freundlichen Dank. Das antisemitische Flugblatt war uns bereits bekannt.

**M. K. in Lemgo** und andere. Bitte sich bei unregelmäßiger Zustellung der „Mittheilungen" bei der Post zu beschweren.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. B.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 3173.

Nr. 16. | Berlin, den 16. April. | 3. Jahrg. 1893

### Wer die Abwehr der Antisemiten zu übernehmen hat.

Schon wiederholt haben wir in den „Mittheilungen" der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Angriffe der Antisemiten nicht lediglich von Christen zurückgewiesen werden sollen. Es ist nicht nur ein gutes Recht, sondern auch eine unabweisbare Pflicht der angegriffenen Juden, öffentlich gegen den Antisemitismus aufzutreten. Wir können immer nur von Neuem hervorheben, daß es insbesondere die Pflicht der Rabbiner und aller derer ist, die sich im Besitze des sachlichen Materials gegen den Antisemitismus befinden, energisch den Kampf gegen diesen aufzunehmen. Statt dessen begegnen wir leider nur zu oft der Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit. Man betrachte dagegen nur die Rührigkeit und den Eifer der Antisemiten, einen Eifer, wie ihn der Haß erzeugt. Den kleinen Agitatoren geben die Führer das Material fertig in die Hand, sie machen förmlich Schule und ziehen sich auf diese Weise Leute groß, welche die antisemitische Lehre weiter tragen. Die Antisemiten haben von den Socialdemokraten gelernt, wie man Agitation treibt. Sie haben wie die Socialdemokraten Rednerschulen, in denen junge Leute an der Hand des Antisemiten-Katechismus und der zahllosen antisemitischen Flugblätter und Broschüren in die Kunst der antisemitischen Agitation und Rederreife eingeführt werden. Daher verfügen die Antisemiten jetzt über einen großen Stab von Rednern und Agitatoren.

Wie anders sieht es im Lager der Gegner der Antisemiten aus? So lange eine Gegend vom Antisemitismus verschont geblieben ist, hütet man sich ängstlich, die Frage zu berühren und will nichts von vorbeugenden Maßregeln wissen. Sind die Agitatoren in einen Bezirk aber eingebrochen, dann ist die Rathlosigkeit groß, dann wird nach Berlin geschrieben, es werden schleunigst Flugblätter und Redner verlangt, wenn irgend möglich hervorragende Parlamentarier u. s. f. Hat ein solcher — so denkt man wunderbarer Weise — gesprochen, dann hält man den Antisemitismus für „abgewehrt." In der Stille thätig zu sein, vorbeugende Maßregeln der Abwehr zu treffen, daran denken wenige. Wie zum Angriff, gehört auch zur Abwehr Lust an der Arbeit und Entschlossenheit zur Arbeit. Da müssen die Verleumdungen der Antisemiten im kleinen Kreise von Gesinnungsgenossen geprüft und an der Hand des reichlich vorhandenen Materials widerlegt werden. Der „Antisemitenspiegel" ist dafür ein sehr gutes Lehrbuch und Agitationsmittel; er muß durchgearbeitet und sein Hauptinhalt, wenn auch zunächst nur in kleineren Kreisen, durchgesprochen werden. So bildet man Männer heran, welche im Stande sind, den Antisemitismus wirksam zu bekämpfen — wenn auch nicht sofort in großen öffentlichen Versammlungen, so doch in dem Verkehr von Person zu Person. Aber ohne ernste Arbeit ist das nicht möglich. Es wäre traurig, wenn die Freudigkeit an dieser Arbeit den Betroffenen in einer Zeit fehlen sollte, die so viel Unheil über sie gebracht hat.

Ueberall in Deutschland, in jedem kleinen Kreise müssen sich einsichtsvolle Leute finden, welche diese Thätigkeit zunächst im kleineren Kreise ihres Bezirkes aufnehmen. Diese Art der Vorarbeit sollte man **nirgendwo unterlassen**. Hierbei fällt naturgemäß ein wesentlicher Theil der Thätigkeit den Rabbinern zu. Sie müssen überall mit Rath und That bei der Hand sein. Erfreulich ist es uns, daß sich diese Anschauung immer mehr und mehr Bahn bricht. In ihrer letzten Nummer vom 7. April schreibt die „Allg. Ztg. des Judenthums" in einem Artikel: „Eine neue Aufgabe":

„Neben den großen Pflichten ihres Berufes erwächst für unsere Rabbiner und Lehrer aus den Bewegungen des modernen Antisemitismus heraus eine neue, große und schwierige Aufgabe, der sie sich aber nicht nur nicht entziehen dürfen, sondern vielmehr mit vollem Eifer widmen müssen. Konnte bisher noch hier und da ein Zweifel darüber herrschen, ob die Rabbiner als solche in den Kampf gegen den Antisemitismus einzutreten berechtigt und berufen seien, so müssen die Erfolge, welche einzelne in Göttingen, Hannover, Aurich, Köln u. a. O. durch ihr entschiedenes und besonnenes Auftreten gegen unsere Feinde erreicht haben, auch die Zweifler eines Besseren belehren. Es ist freilich nicht Jedermanns Sache, den antisemitischen Volksrednern in öffentlichen Versammlungen entgegenzutreten; es gehört dazu ein gewisser Muth und eine große Schlagfertigkeit. Aber wir zweifeln nicht daran, daß viele unserer Rabbiner und Lehrer diese Eigenschaften in ausreichendem Maße besitzen.

... Die Antisemiten haben in letzter Zeit sogar eine Rednerschule gegründet, in der ihre Agitatoren planmäßig für diesen Beruf ausgebildet werden. Das haben wir, Gott sei Dank, nicht nöthig. Wir haben so viele vortreffliche Redner unter unsern Rabbinern und Lehrern, daß wir gar nicht daran zweifeln, diese könnten in öffentlicher Versammlung durch die Würde ihres Auftretens, durch die überzeugende Gewalt ihrer Argumente und die Kraft ihrer Rede alle Unbefangenen, vielleicht auch die Halben und Lauen überzeugen. Auf eine Bekehrung der Antisemiten kann es uns doch nicht ankommen; wohl aber halten wir es für durchaus nothwendig, daß in jeder Stadt, wo ein Hetzapostel, der eine antisemitische Versammlung zum ersten Male einberuft, der Local-Rabbiner oder der Lehrer des Ortes, so er die Kraft in sich fühlt, diesem in öffentlicher Versammlung mit Würde und Ruhe, aber auch mit voller Entschiedenheit entgegentrete. Wir zweifeln nicht daran, daß ein solches Auftreten in den meisten Fällen einen guten Eindruck machen würde. Man darf derartige Versammlungen in kleinen und Mittel-Städten nicht mit den antisemitischen Radau-Versammlungen in Berlin vergleichen, in welchen jeder Gegner von vornherein niedergeschrieen wird, während in anderen Städten, die noch feuchen-

frei oder von der Epidemie des Antisemitismus noch wenig angefressen sind, mit ziemlicher Sicherheit auf einen Erfolg zu rechnen sein wird. . .

Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen sie sich allerdings mit dem ganzen Rüstzeug des Kampfes bewaffnen. Unser Schild muß rein sein, unser Wort wahr und unsere Ueberzeugung ehrlich. Dann kann uns der Sieg nicht fehlen . . So gehässig die Angriffe unsrer Gegner, so klein und eng ist im Grunde der geistige Gesichtskreis, aus dem ihre Angriffe hervorgehen. Er beschränkt sich zum größten Theil auf folgende Punkte: Talmud, jüdischer Eid (Kol Nidre), Sittenlehre des Judenthums, Antheil der Juden an Verbrechen, Antheil der Juden an Wucher, Berufswahl der Juden, Judenthum und Thierschutz, angebliche Vermehrung der Juden und jüdische Einwanderung, die Alliance Israélite, „Ritualmord." Das ist das Alpha und Omega all ihrer Angriffe und Kämpfe. Unsere Rabbiner und Lehrer haben nunmehr das Material in Händen, um diesen Angriffen entgegentreten, um alle Lügen und Verleumdungen in wirksamster Weise zurückweisen zu können. . . . Es kommt bei solchen Vertheidigungsreden nicht auf große Gelehrsamkeit, nicht auf Citatenprunk an, sondern auf eine kurze, schlagende und streng sachliche Antwort, die alle Angriffe widerlegen muß und die so populär wie möglich und bei aller Würde der Form, die schon das Amt gebietet, so entschieden wie möglich sein muß."

Soweit die „Allg. Ztg. des Judenthums." Wir stimmen ihr völlig zu und hoffen, daß diese Ausführungen **bei Allen, die es angeht, Beifall und Beherzigung finden werden!**

## Bericht über eine Polemik mit Hofprediger a. D. Stöcker.

Ohne dem „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" selbst anzugehören, sehe ich mich doch veranlaßt, über eine von mir mit Stöcker geführte Polemik in diesen Blättern zu berichten.

Im „Deutschen Protestantenblatt" Jahrg. 1892, Nr. 51 habe ich, ein evangelischer Pfarrer in Württemberg, mit Nennung meines Namens und meines Aufenthaltsortes den Herrn Hofprediger Stöcker darüber angegriffen, daß er laut Zeitungsberichten die Forderung: „Zurück mit den Juden ins gelobte Land" als „Erfüllung der Propheten" und als die vom neuen Testament gezeigte „einzige, wirkliche, definitive Lösung der Judenfrage" hingestellt habe. Ich schrieb a. a. O., man müsse da fragen: Unwissenheit oder Unwahrhaftigkeit? Denn was die Propheten von Rückkehr Israels nach Kanaan und dem Wohnen des Volkes daselbst reden, was insbesondere der Apostel Paulus von der schließlichen Bekehrung seiner „Brüder nach dem Fleisch" verlauten lasse, sei nicht das gleiche, wie wenn Stöcker und die Antisemiten fordern: zurück mit den Juden ins gelobte Land! Nach einiger Zeit schrieb mir ein württemb. College, er habe Stöckers „dreiste und dumme Bemerkungen" über meinen Artikel gelesen in der „Deutschen evang. Kirchenzeitung" Nr. 4 d. J. Diese Nummer von Stöckers Blatt wußte ich mir zu verschaffen, und las da geschrieben, ich habe „mit gewohnter liberaler Ungezogenheit" Stöckers „Auffassung, daß die endliche Rückkehr nach Palästina die Erfüllung der Weissagungen und das Programm des neuen Testaments sei, heruntergerissen." Vergessen hat hierbei Stöcker, den Lesern seiner Kirchenzeitung die in Betracht kommende Nummer des „Deutschen Protestantenblattes" mitzutheilen. Außerdem hat er die Sache hingestellt, als hätte ich bestritten, daß von den Propheten Israels Rückkehr nach Palästina geweissagt sei. Endlich ist er den Beweis dafür schuldig geblieben, daß das neue Testament, speciell „die paulinische Weissagung, daß das gesammte Volk schließlich Christum ergreift", zu ihrer Erfüllung die „Rückwanderung nach Jerusalem und Palästina" voraussetzt oder erfordert (das zwischen Anführungszeichen stehende ist wörtlich aus Stöckers Zeitung entnommen). Da Stöcker an mein „Ehrgefühl und Gewissen" appellirte, antwortete ich wieder mit Nennung meines Namens im „Deutschen Protestantenblatt" Nr. 11 d. J.: ich könne meinen Vorwurf nicht zurücknehmen, vollends nicht, wenn und weil Stöcker seiner Zeit auch gesagt habe, dann (wenn oben genannte Forderung verwirklicht sei) sei den Juden wohl und uns (den Christen) noch wohler. Ob und was nun Stöcker, dem ich die Nummer des „Deutschen Protestantenblattes" selbst zusandte, hierauf geantwortet hat, ist mir nicht bekannt. Hier habe ich nur zu constatiren, daß, wenn noch Rückkehr der Juden ins gelobte Land ihnen wohl und den Christen noch wohler ist, wie Stöcker sagte, daß das nicht „Erfüllung der Propheten" und „Programm des neuen Testamentes" ist und sein kann.

Noch erübrigt anzugeben, warum ich überhaupt Stöcker angegriffen habe. Es ist nun schon von den verschiedensten Seiten diesem Mann der Vorwurf gemacht worden, er nehme es mit der Wahrheit nicht genau; selbst ihm gutgesinnte Blätter haben gemeint, er sollte vorsichtiger sein in seinen Aeußerungen, weil viele ihm blindlings ergeben seien. Auch vor Gericht ist Stöcker, da er noch Hofprediger war, es nahegelegt worden, daß er „leichtfertig" mit seinem Wort umgegangen sei. Aber alles das hat nicht geholfen. In seinem Kampf gegen „Juden und ungläubige Professoren" oder vielmehr, wie es in Stöckers Blatt „das Volk" Nr. 72 bezeichnend genug zu lesen ist, gegen „ungläubige Juden und Professoren" fährt er fort, leichtfertige Anklagen vor einem urtheilslosen Publikum auszusprechen. Was haben wohl seine Zuhörer, vollends seine, wie er selbst sagte, in der Bibel weniger bewanderten katholischen Freunde gedacht, als sie die Forderung „zurück mit den Juden ins gelobte Land" aus der Bibel begründen hörten? Wer weiß, ob nicht ihre Gedanken in der Richtung den Juden sich zuwandten „und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt"? Das ist dann auch wieder so ziemlich das Gegentheil von „Erfüllung der Propheten". Und dann möchte wohl auch Stöcker zu sagen sich veranlaßt sehen: die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los". Schon haben ja nicht nur „die Conservativen um Helldorf" von den reinen Antisemiten zu fürchten, und die Warnung des jetzigen Reichskanzlers hat ein conservativer Abgeordneter auf einer Parteiversammlung sich bereits angeeignet. Die Zeit wirds lehren, ob nicht noch mehr es sich zeigt, daß der „positive" Professor Strack recht gehabt hat mit der schon vor Jahren an Stöcker gerichteten Erinnerung an das Wort des Zauberlehrlings (vgl. H. L. Strack „Herr Adolf Stöcker, christl. Liebe und Wahrhaftigkeit" S. 29).

In oben genanntem Artikel des „Deutschen Protestantenblattes" habe ich gefragt: „Unwissenheit oder Unwahrhaftigkeit?" Zu einer ähnlichen Frage: „Unwissenheit oder Bosheit?" sieht sich der Herausgeber der „Christl. Welt" (Nr. 9 d. J.) veranlaßt und zwar mit ausdrücklicher Beziehung auf die Art von Journalistik in den Stöcker nahestehenden Blättern (Kreuzzeitung, Reichsbote und Volk), deren Gebahren noch viel unerträglicher sei als in den geschmähten Judenblättern, weil jene sich mit dem christlichen Namen schmücken. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Herausgeber und Mitarbeiter der „Christl. Welt" mit Stöcker im evangelisch-socialen Congreß Gemeinschaft pflegen, daß gerade Harnack trotz aller Angriffe von seiten Stöckers und seiner Blätter sich von dem Congreß nicht zurückgezogen hat. Das will etwas heißen, nachdem Stöcker in bekannter Weise agitatorisch gegen Harnack vorgegangen ist. Man wird aber wohl sagen dürfen, daß jetzt der evangelisch sociale Congreß nicht mehr gegründet werden würde.

E.

## Mommsen über den Antisemitismus.

In der Wiener „Deutschen Zeitung" veröffentlicht Hermann Bahr Unterredungen, die er mit hervorragenden Persönlichkeiten über den Antisemitismus hatte. In der letzten Sonntagsnummer der „Deutschen Zeitung" ist der vierte Artikel Bahrs erschienen, in welchem er die Ansichten Mommsens über den Antisemitismus in lebendiger Weise wiedergiebt. Nach einer Schilderung der Person Mommsens fährt er fort: Ich bringe meinen Wunsch vor, und warum wir grade auf sein Wort sehr vertrauen, daß es wirken und helfen und reinigen wird. Er lächelt traurig.

„Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß ich da was ausrichten kann. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß man da überhaupt mit Vernunft etwas machen kann. Ich habe das früher auch gemeint und immer und immer wieder gegen die ungeheure Schmach protestirt, welche Antisemitismus heißt. Aber es nützt nichts. Es ist Alles umsonst. Was ich Ihnen sagen könnte, was man überhaupt in dieser Sache sagen kann, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eigenen Haß und den eigenen Neid, auf die schändlichsten Instinkte. Alles Andere ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub. Man kann nicht auf sie wirken. Was soll man auch Einem sagen, der dem „Rector aller Deutschen" folgt? Der ist nicht mehr zu retten. Gegen den Pöbel giebt es keinen Schutz — ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied: Canaille bleibt Canaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Canaille. Er ist wie eine schreckliche Epidemie, wie die Cholera — man kann ihn weder erklären noch heilen. Man muß geduldig warten, bis sich das Gift von selber austobt und seine Kraft verliert. Und das kann doch jetzt nicht mehr so fern sein. Endlich muß sich die Pest ja doch einmal erschöpfen, und über Ahlwardt hinaus, noch weiter, kann sie doch nicht mehr steigen. Vielleicht kommt jetzt langsam die Wendung zur allmählichen Besserung, Befreiung und Gesundung. Vielleicht verschwindet der Wahn, der so viele Gemüther bethört und unsere ganze Cultur um hundert Jahre zurückgeworfen hat. Aber alle Gründe und die besten Argumente helfen da nichts. Wer Gründen und Argumenten zugänglich ist, der kann ja überhaupt gar nicht Antisemit sein. Wer aber nur seinem wilden Hasse gegen Bildung, Freiheit und Menschlichkeit folgt, den werden Beweise nicht bekehren. Der Antisemitismus ist nicht zu widerlegen, wie keine Krankheit zu widerlegen ist. Man muß geduldig warten, bis die im Grunde doch gesunde Natur des Volkes sich von selber aufrafft und den faulen Stoff aus sich wirft. Freilich kann man die Gesundung vielleicht beschleunigen und fördern, wenn man ihr die Unterstützung moralischer Kräfte gewährt. Und da habe ich lange schon einen Gedanken, der mir wirksamer als Ihre Enquête erscheint. Was soll man Ihnen Neues gegen den Antisemitismus sagen? Und wenn man etwas fände, was würde es nützen? Alle Mittel der Vernunft wirken da nichts, aber das Gewicht großer Namen, die Autorität würde vielleicht wirken. Den Einzelnen hört man gar nicht an, aber eine internationale Erklärung könnte sich doch Achtung erzwingen. Wenn man einen kurzen Protest gegen den Antisemitismus verfassen würde, der in ein paar Sätzen die bekannten Gründe wiederholte und von allen irgendwie bedeutenden Männern Europas unterschrieben wäre, ob sie nun zur Wissenschaft oder zur Kunst oder zur Politik gehören, von den geistigen Edelleuten aller Länder und Völker — das, denke ich, könnte seine Wirkung nicht verfehlen. Da wäre ich voller Begeisterung dabei. Grade Sie, als Oesterreicher, könnten es mit Erfolg beginnen: Sie haben ja das Glück, eine unverdorbene, an Gesinnung und Sitten vornehme Aristokratie zu besitzen, welche ihren Namen verdient und ihre Traditionen ehrt und allen Versuchungen des Antisemitismus tapfer widerstanden, ja nicht gezögert hat, sich in das erste Treffen des großen Kampfes für die Freiheit zu stellen. Sie könnten so für diesen Protest manchen stolzen Namen gewinnen, von dem niemals seit Jahrhunderten der Ruhm gewichen ist. Das brächte am Ende vielleicht doch Einen oder den Anderen zur Besinnung, und wenigstens wäre unsere Ehre vor den Enkeln gerettet, wenn wir ihnen ein Document lassen könnten, das alle Guten aller Völker im Bunde gegen die schimpfliche Krankheit der Zeit zeigt."

## Zur Abwehr.

**Karlsruhe**, 9. April. Der „Allg. Ztg. des Judenthums" wird von hier geschrieben: Vor Kurzem hat unser bisheriger Rabbiner Dr. Adolf Schwarz nach 18jähriger Thätigkeit sein Amt niedergelegt, um die Leitung eines in Wien neu zu gründenden Rabbinerseminars zu übernehmen. Vor seiner Abreise hatte Dr. Schwarz beim Großherzog eine Abschiedsaudienz, bei welcher der Fürst folgende Worte sprach: „Sagen Sie den Ihrigen und nehmen Sie die Ueberzeugung in Ihren neuen Wirkungskreis mit: Auch in diesen tiefbewegten Zeiten — Sie verstehen mich wohl — bleibt in Baden alles beim Alten."

**Rosegger über die Judenhetzen.** Dem österreichischen Vereine zur Abwehr des Antisemitismus antwortete auf seine Ernennung zum Ehrenmitgliede Rosegger Folgendes: Verehrliches Präsidium! Dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus danke ich für die Auszeichnung, deren er durch Ernennung zu seinem Ehrenmitgliede mich gewürdigt hat. Bei rechtzeitiger Kenntniß dieser Absicht hätte ich aber gebeten, davon abzustehen. Ein Schriftsteller soll sich nach meiner Meinung mit keiner Partei officiell verbinden, damit die Freiheit seiner persönlichen Ueberzeugung vollkommen gewahrt bleibe.

Was die Judenfrage angeht, so bin ich nicht der Freund einer volkswirthschaftlichen Richtung, die so wesentlich von dem Judenthume beeinflußt wird. Im Uebrigen aber verbieten es mir Geschichte, Philosophie und Christenthum, zwischen Menschen und Menschen einen Unterschied grundsätzlich zu machen, und glühend hasse ich die heute besonders in großen Städten so gewissenlos und abscheulich betriebene Judenhetze.

In diesem Sinne nehme ich die von Ihrem Vereine mir zugedachte Auszeichnung an.

**Der Vorstand und Ausschuß des nationalliberalen Reichsvereins zu Jena** hat sich angesichts der wachsenden antisemitischen Bewegung im Wahlkreise Jena-Neustadt veranlaßt gesehen, seine Stellung zu dieser Bewegung wie folgt zu präzisiren:

Die Schädigungen, welche dem jüdischen Einfluß zur Last gelegt werden, sind nach unserer Ueberzeugung durch eine gegen die Juden gerichtete Ausnahmegesetzgebung nicht zu beseitigen. Einem Versuche dieser Art würden sich sofort unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir wollen nicht davon reden, daß es ungerecht sein würde, die Gesammtheit der Juden für die Vergehen eines Theiles leiden zu lassen; ebenso ungerecht, Ausnahmegesetze gegen eine Genossenschaft zu richten, deren Mitglieder ihr nicht durch Wahl, sondern durch den Zufall der Geburt angehören; wir begnügen uns vielmehr, von den Gründen gegen eine Ausnahmegesetzgebung die nachstehenden hervorzuheben: a. Da dem Staat gegenüber nur derjenige als Jude gelten kann, welcher der mosaischen Religion angehört, so würden durch eine etwaige Gesetzgebung gegen die Juden viele Persönlichkeiten nicht betroffen werden, gegen welche sich die antisemitische Bewegung ebensosehr richtet wie gegen diejenigen Juden, welche ihrem väterlichen Glauben treu geblieben sind. b. Da es selbstverständlich ist, daß eine starke Minorität, welche die Ausnahmegesetze nicht billigt, stets gegen dieselbe agitiren würde, so würde die antisemitische Be-

wegung durch derortige Gesetze nicht beruhigt, sondern vielmehr verewigt werden. c. Wenn die begabten und strebsamen Juden von den gelehrten Berufen ausgeschlossen würden, so würden sie naturgemäß grade denjenigen Beschäftigungen zugedrängt werden (Presse, Börse), bei denen die Judenschaft schon jetzt in zu großer Zahl betheiligt ist. Die Abhilfe liegt unseres Erachtens zunächst in den Händen der bürgerlichen Kreise selbst. Aber auch Maßnahmen, mit denen der Staat und seine Behörden helfend eingreifen können, sind in Betracht zu ziehen, jedoch in der einzig möglichen Richtung, daß sie ihre Schärfe gegen die Schäden überhaupt wenden und allgemeiner Natur sind. Wir heben folgendes hervor: 1. Die Verwaltung kann schon bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung hinreichend dafür sorgen, daß Ausländer, gegen welche Bedenken vorliegen, von der Ansiedlung in Deutschland ferngehalten werden. 2. Die Verwaltungsbehörden (Landräthe, Bezirksdirectoren) können angewiesen werden, zum Schutz derjenigen ihrer Bezirksangehörigen, welche der Uebervortheilung durch gewissenlose Geschäftsleute wegen Nothlage oder Unerfahrenheit besonders ausgesetzt sind, thatkräftig einzuschreiten, so beispielsweise durch Förderung bereits bestehender oder noch zu gründender Schutzvereine, geeignete Belehrung und Warnung. 3. Durch gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts ist jede Art betrüglicher und wucherischer Ausbeutung zu bekämpfen. Wir begrüßen den Gesetzentwurf betreffend die Abzahlungsgeschäfte als einen erfreulichen Anfang in dieser Richtung, und sprechen die Hoffnung aus, daß in Bälde ein Gesetz zustande kommt, durch welches die Mißstände an der Börse getroffen werden. 4. Die von anderen Parteien eingebrachten Gesetzentwürfe zur Bekämpfung hervorgetretener Mißstände, z. B. gegen den Reclameschwindel und zur Ergänzung der Concursordnung, scheinen uns, ohne daß wir alle Einzelheiten dieser Anträge billigen wollen, der Unterstützung werth zu sein. Wir halten es ferner für nothwendig, daß den Schädigungen des mittlern und kleinen Gewerbestandes, welche durch Massenausverkäufe, den unsoliden Hausirhandel, die sog. Wanderlager und ähnliche Unternehmungen erfolgen, durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegengetreten wird. Indem unsere Partei an dieser Art von Gesetzgebung eifrig mitarbeitet, wird sie zum Schutz und zur Hebung unseres Mittelstandes und zur Herbeiführung des innern Friedens, dessen wir so dringend bedürfen, erfolgreicher beitragen, als durch eine die Leidenschaften erregende Agitation geschehen kann, wie wir sie der antisemitischen Partei zum Vorwurf machen müssen.

**Aus dem Elsaß** erhalten wir folgende Zuschrift:

Bei den wunderlichen Dingen, die durch die Petition des deutschsocialen Reformvereins in Strehlen zu Tage gefördert wurden, sind es zunächst die Volksschullehrer, die verblüfft dreinschauen. Die Religionsbücher, deren wir uns bedienen, liegen vor, und der Schulrevisor, als Vertreter des Staates, sowie die Mitglieder des Ortsschulvorstandes können zu jeder Stunde, so ist es wenigstens im Elsaß, Rechenschaft über das Gelernte abfordern. Nun erfahren wir zu unserm maßlosen Erstaunen, daß es noch eine jüdische Geheimlehre giebt, und wir können von Glück reden, daß wir bis heute mit diesem Unterrichtsfach verschont geblieben sind. Das Schulprogramm ist schon so bedenklich!

Ein Volksschullehrer.

**Plauen**, 6. April. Im hiesigen antisemitischen Verein hielt Dr. Tesdorpf aus Leipzig einen Vortrag über die Judenfrage. Die Versammlung war von ca. 400 Personen besucht, von denen die Hälfte, zum Theil halbwüchsige junge Leute, der antisemitischen Partei anzugehören schien. In der Discussion nahmen Seitens der Freisinnigen Herr Oskar Günther, Seitens der Socialdemokraten Herr Riefe das Wort. Ersterer wurde wiederholt durch Stampfen, Johlen und Brüllen am Weitersprechen verhindert. Um das Maß der Vergewaltigung voll zu machen, entzog der Vorsitzende Herrn Günther das Wort. Das verstehen die Antisemiten unter Redefreiheit.

Aus einer Sprechsaal-Notiz des „Tagebl. f. Plauen" ersehen wir, daß Dr. Tesdorpf noch im Jahre 1890 Mitglied des Leipziger deutschfreisinnigen Vereins war, in welchem er u. a. über das Thema: „Das Gottesgnadenthum im Lichte des modernen Staatslebens" gesprochen hat.

**Plauen**, 10. April. Am Sonnabend Abend fand, wie das „Tageblatt für Plauen" berichtet, im großen Pratersaale eine öffentliche Versammlung des hiesigen deutschfreisinnigen Vereins, an der gegen 800 Personen theilnahmen, statt. Der Institutdirector Schmidt aus Dresden behandelte das Thema: „Ist die antisemitische Partei eine christliche, eine Volks- und Mittelstandspartei?"

Bei Beginn des Vortrages wurde der Redner von den Antisemiten wiederholt unterbrochen, er fertigte dieselben jedoch in so humoristischer und schlagender Weise ab, daß ihnen bald die Lust zu weiteren Störungen verging. Die vortrefflichen Ausführungen des Herrn Director Schmidt riefen wiederholt laute Beifallsäußerungen hervor, die Anwesenden folgten seinen Darlegungen mit sichtlichem Interesse und lebhafter Zustimmung und begleiteten am Schluß die fast zweistündige Rede mit anhaltendem stürmischen Beifall.

Herr v. Schwarze richtete an ihn einige herzliche Worte des Dankes für seine inhaltreichen, überzeugenden und fesselnden Ausführungen und eröffnete nach kurzer Pause die Discussion. Trotz wiederholter Aufforderung, die Herr Schmidt besonders eindringlich an die Störer und Zwischenrufer gerichtet hatte, meldete sich, obgleich völlige Redefreiheit zugesichert und der ganze antisemitische Stab anwesend war, Niemand zum Wort. Herr v. Schwarze brachte hierauf folgende Resolution zur Verlesung:

„Die am 8. April im „Prater" tagende öffentliche Versammlung erblickt im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Schmidt-Dresden im Antisemitismus eine schwere Gefahr für unser heutiges Culturleben und erklärt sich deshalb gegen die Mittel des Antisemitismus, weil dieselben an die niedrigsten Leidenschaften der Menschen appelliren, Religions- und Racenhaß, Befriedigung persönlichen Hasses, Neid und Eigennutzes erwecken."

Auch gegen die Resolution hatte keiner der anwesenden Gegner den Muth, das Wort zu ergreifen. Die Resolution wurde gegen 13 Stimmen angenommen. In seinem Schlußworte richtete Herr Director Schmidt an die jüdischen Mitbürger die Mahnung, durch keine ihrer Handlungen die geringste Veranlassung zur Klage zu geben, da Seitens der Antisemiten zu leicht aus der Mücke ein Elephant gemacht werde.

**Das Schächtverbot in der Schweiz.** Der Ständerath der schweizerischen Eidgenossenschaft hat sich gegen ein von der Bundesregierung zu erlassendes Verbot des jüdischen Schächtens ausgesprochen. Das Wiener „Vaterland" constatirt, daß die Bewegung zu Gunsten eines Schächtverbots von der protestantischen Bevölkerung einzelner Cantone ausgegangen und von dem Thierschutzverein eine gefördert worden ist, die Katholiken der Schweiz aber ihr gegenüber einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben. Das „Vaterland" reproducirt die Rede des katholischen Nationalrathes Jeanhenry aus Neuchatel, der unter Anderem sagte: „Man hat die Gefühle des Mitleides gegen die Thiere angerufen. Ich hege alle Achtung vor dem Thierschutzvereine. Ich würde es auch begreifen, wenn der Thierschutzverein die Zumuthung stellte, das Leben der Thiere als heilig zu erklären und jede Tödtung zu untersagen. Was will er aber? Einfach eine specielle Schlachtungsart, eine Tödtung nach einem bestimmten Modus. Das steht nicht mehr auf der Höhe eines Principes; das ist krankhafte Empfindelei ... Wie kann man das Volk berufen, um zu entscheiden, ob der israelitische Schlachtmodus ein religiöser Act ist oder nicht? Das wäre gerade so, als wenn man von einem protestantischen Pastor verlangte, zu entscheiden, ob das Dogma der unbefleckten Empfängniß ein integrirender Bestandtheil des katholischen Glaubens sei. Es scheint uns, daß die Juden selbst uns zu sagen haben, was zu ihrer Religion gehört, und man muß staunen, daß

protestantische Pastoren im Namen des Thierschutzvereines behaupten, das jüdische Dogma habe mit dem Viehschlachten nichts zu thun. Gar kein Zweifel, daß wir einen religiösen Act, einen vom mosaischen Gesetze gebotenen Gebrauch vor uns haben. Demnach sind die die Gewissens- und Glaubensfreiheit garantirenden Artikel der Bundesverfassung hier anwendbar. Diese Freiheit ist nur durch die Bedürfnisse der öffentlichen Ordnung beschränkt. Nun könnte man wohl nicht behaupten, daß die öffentliche Ordnung durch das Schächten verletzt werde; es ist nicht bewiesen worden, daß die israelitische Art des Schlachtens grausamer sei als die unserige." Dazu bemerkt das „Vaterland": „Das ist die Sprache der Vernunft, des gesunden Menschenverstandes und jenes wahren Freiheitssinnes, der die Freiheit nicht nur für sich reclamirt, sondern sie innerhalb der erlaubten Grenzen auch jedem anderen gönnt. Hoffentlich wird diese Sprache auch von der Mehrheit des Schweizervolkes verstanden werden." Die Bemerkung des Wiener katholisch conservativen Organs ist um so beachtenswerther, als auch in den österreichischen Alpenländern, namentlich in Steiermark, die Schächtfrage zu antisemitischen Agitationen ausgebeutet wird.

**Lagarde gegen den „christlichen Staat".** Die Antisemiten und Conservativen sind bestrebt, die Juden von allen politischen Rechten auszuschließen, weil der Staat christlich sei. Demgegenüber erinnern wir an folgenden Ausspruch des von den Antisemiten so gefeierten Paul de Lagarde (Deutsche Schriften S. 24):

„Es ist albern, die Juden darum am Staatsleben nicht Theil nehmen zu lassen, weil der Staat christlich sei. Der Staat ist nicht christlich, und das, was man jetzt sein Christenthum nennt, geradezu gemeinschädlich. Juden dürfen am Staatsleben nicht Theil nehmen, wann und weil sie unfähig dazu sind: einen andern Grund, sie auszuschließen, giebt es nicht; es käme auf die Probe an: so lange diese nicht gemacht ist, hat Niemand ein Urtheil".

---

## Aus den antisemitischen Parteien.

**Neue antisemitische Heldenstückchen werden uns aus Hannover** über den dortigen Antisemitenführer, den schon mehrfach in unserem Blatte erwähnten Agitator Leuß, berichtet. Unser Correspondent schreibt:

An einem der letzten Abende der vergangenen Woche betraten 4 angeheiterte junge Leute, Staatsbeamte, unter „Heil"-Rufen, diesem neuesten Sportausdruck der Antisemiten, das von dem besten Publicum Hannovers besuchte Theater-Café Sander, in welchem sich gerade der Besitzer befand. War schon dieses Heilrufen ostentativ zur Beleidigung der anwesenden jüdischen Gäste angethan, so zeigte das weitere, ganz unqualificirbare Benehmen der 4 jungen Beamten auf das Unzweideutigste, daß sie absichtlich es auf grobe Insulte gegen die anwesenden Juden abgesehen hatten. Ihr Betragen wurde schließlich ein derartiges, daß das gesammte Publicum den bier- und streitseligen „gebildeten" Radaumachern höchst fühlbare Beweise seiner Entrüstung über ein solches Gebahren gab, und daß schließlich die jungen Streithähne durch den Hausknecht und den Maschinisten des Cafés in einem allerdings sehr abgekürzten Verfahren an die frische Luft geleitet wurden. Damit wäre die Sache erledigt gewesen; denn ein bei dieser Gelegenheit schwer beleidigter und thätlich insultirter jüdische. Herr hatte unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die jungen Leute angezecht waren, und daß eine Anzeige bei ihrer vorgesetzten Behörde ihnen wahrscheinlich ihre Carrière für immer ruinirt hätte, von einer solchen Abstand genommen. Diese den Character des Beleidigten höchst ehrende Erledigung der Affaire war aber keineswegs nach dem Sinne des Herrn Leuß.

Ein paar Tage darauf erschien er früh Morgens um 4 Uhr in dem genannten Café und stellte den Wirth desselben, Herrn Sander, zur Rede über die Behandlung, die jenen 4 jungen Leuten zu Theil geworden war. Der Wirth entgegnete sehr richtig, man könne über den Antisemitismus denken, wie man wolle, aber in seinem Locale dulde er antisemitische Excesse und Beleidigungen seiner jüdischen Gäste auf keinen Fall. Dazu bemerkte ein Freund des Wirthes, ein Herr Robby (NB! ein Christ), das wäre für einen Wirth der einzig richtige Standpunkt, worauf Herr Leuß ihn in sehr erregter Weise fragte, wie er überhaupt dazu komme, sich in ihr Gespräch zu mischen. Als nun Herr Robby erwiederte, er hätte überhaupt nicht mit ihm, sondern mit seinem Freunde Sander gesprochen, schlug ihm Herr Leuß, der überhaupt an jenem Abend in sehr kriegerischer Stimmung gewesen zu sein scheint — er hatte kurz vor seinem Auftreten im Café Sander im Künstlerverein, als dessen Gast er eingeführt war, einem Mitgliede, weil dieser mit ihm nicht an einem Strang ziehen wollte, mit Ohrfeigen gedroht und war infolge dessen etwas sehr plötzlich zum Verlassen jener Gesellschaft genöthigt worden — mit der geballten Faust ins Gesicht. Diesmal war aber die antisemitische Heldenkühnheit an die unrichtige Adresse oder besser an den richtigen Mann gekommen. Denn Herr Robby, der während seiner längeren Anwesenheit in England u. A. auch mit der edlen Kunst des Boxens bekannt geworden war, boxte ihn nach allen Regeln der Kunst zu Boden, so daß Herr Leuß genöthigt war, das Closet des Locals aufzusuchen, um dort mit der reinigenden Kraft des Wassers die etwas allzu deutlichen Spuren des allerdings nicht ganz commentmäßigen Zweikampfes aus seinem Gesicht zu entfernen. Er hatte zu diesem Zwecke bereits Hut und Rock abgelegt, als er plötzlich die Schritte seines furchtbaren Gegners vernahm, der in der nämlichen Absicht, um seine Fäuste zu säubern, jenem Orte sich näherte. Ihn erblicken und in der Befürchtung, eine neue verbesserte Auflage jenes Faustkampfes zu erleben — unter Zurücklassung von Hut und Rock durch ein Closetfenster zu entfliehen, war für unsern antisemitischen „Urgermanen" eins. Allerdings, dies Bild: der antisemitische Held und wahrscheinlich zukünftige Reichstagscandidat und Genosse Ahlwardts im bloßen Kopf und in Hemdärmeln auf der Flucht durch ein Closetfenster das muß ein eigenthümlicher Anblick gewesen sein.

Herr Leuß kehrte nochmals in das Local zurück und bedauerte, daß er an diesem Abend seine Waffe nicht bei sich gehabt habe. Diese Aeußerung führte zu seiner abermaligen sofortigen Entfernung.

Wir möchten dies Vorkommniß Herrn Stöcker für seine Sammelmappe empfehlen, für den Fall, daß er wieder einmal gelegentlich gegen den Radauantisemitismus zu Felde zu ziehen entschlossen ist.

☐ **Oeynhausen**, 11. April. In einer hier am Sonntag stattgehabten Versammlung war der Prediger Liepmannssohn dem antisemitischen Agitator Leuß entgegengetreten. Dieser meinte darauf: „Wenn Herr Prediger Liepmannssohn nochmals versuchen sollte, die Führer der antisemitischen Partei anzugreifen, **dann kommt es mir auch auf einen Radau nicht an.**" — Es verdienen diese Worte festgenagelt zu werden.

**Die „Kreuzzeitung"** schreibt, der Verein zur Abwehr des Antisemitismus gebe in seinen „Mittheilungen" allerhand kleine Skandalgeschichten aus und hoffe dadurch gegen die antijüdische Bewegung als solche „Stimmung" zu machen. — Was das fromme Blatt „Skandalgeschichten" zu nennen beliebt, sind wahrheitsgetreue Schilderungen des Treibens der Antisemiten aller Richtungen. Daß diese Schilderungen der „Kreuzztg." unbequem sind, finden wir begreiflich. So lange das skandalöse Treiben der Freunde der „Kreuzztg." dauert, sind wir aber genöthigt, „Skandalgeschichten" zu bringen.

**Wiesbaden.** In der am 29. März abgehaltenen Versammlung der „Socialen Volkspartei Hessen-Nassau" sprach,

wie wir dem in St. Johann-Saarbrücken erscheinenden „Westdeutschen Volksblatt“ entnehmen, ein Herr Kaiser über den F a l l A h l w a r d t im Reichstage. Redner kenne den Mann persönlich, derselbe sein ein Ehrenmann. Nur ein Judenknecht sei solcher Handlungen fähig, wie wir solche in letzter Zeit erlebt. . . . Das deutsche Volk wisse aber was es von der ganzen Woche zu halten habe, Berlin und Spandau hätten geantwortet. Wiesbaden werde auch antworten, wenn Ahlwardt seinen Einzug hält. Ahlwardt sei heute schon mit deutschen Lorbeeren geschmückt. R i c h t e r, R i c k e r t u. s. w. hätten vielleicht auch ihren Lohn, den ersten Lohn bekamen sie von den Berliner Christen beim Verlassen des Reichstages (davon ist uns garnichts bekannt geworden), ein anderer sei ihnen gewiß auch geworden, kann aber nur von — Juden stammen. (Sehr noble Art gegen politische Gegner!)

**Leipzig**, 10. April. Kürzlich sprach hier Dr. B a c h l e r von der „Staatsbürger Zeitung“ über den Fall Paasch. Trotz auffälliger Ankündigungen und lebhafter Agitation für den Besuch hatten sich, wie dem „Reichsboten“ mitgetheilt wird, nur etwa 200 Zuhörer eingefunden.

**Siegen**, 8. April. Professor Paul F ö r s t e r sprach am Donnerstag hier in einer von ca. 200 Personen besuchten Versammlung. Welchen Ton der antisemitische Agitator anschlug, hierfür nur ein Beispiel: Er nannte, wie wir dem „Sieg. Volksbl.“ entnehmen, die Behauptung des Abg. Habrecht, daß der Antisemitismus unfruchtbar sei, frech. — — Der Lehrer L i l i e n f e l d von der hiesigen jüdischen Gemeinde trat in sachlichen Ausführungen dem Vortragenden entgegen.

× **Braunschweig**, 11. April. Es fällt hier auf, daß das R e g i e r u n g s b l a t t, die „Braunschw. Anzeigen“ die Annoncen des antisemitischen Vereins aufnehmen, während die übrigen hiesigen Zeitungen diese Anzeigen nicht bringen.

**Im Neustettiner Reichstagswahlkreise** ist, da der conservative Abg. v. Busse sein Mandat niedergelegt hat, eine E r s a t z w a h l vorzunehmen. Die Aufstellung eines „antisemitisch gerichteten“ conservativen Candidaten ist geplant. Von einer Gegenbewegung hört man nichts.

Neustettin war bekanntlich vor 12 Jahren der Schauplatz jener Tumulte, welche durch die Brandreden Henricis hervorgerufen wurden.

**Stöcker** will, wie den „N. Hess. Volksblättern“ aus angeblich guter Quelle mitgetheilt wird, bei Neuwahlen im Reichstagswahlkreise G i e ß e n candidiren, der gegenwärtig durch den Antisemiten Pickenbach vertreten wird.

**Wie Ahlwardt aufschneidet.** Der Böckel’sche „Reichsherold“ schreibt: „Die von dem Abgeordneten Ahlwardt im Reichstag erwähnten und nach Ostern in Aussicht gestellten „Acten“ sind nichts Neues. Er hat dieselben bereits in seiner vor ca. 2 Jahren erschienenen Schrift „Der Eid eines Juden“ erwähnt. Es heißt da:

> „Bei der Gründung der rumänischen Eisenbahnen waren, nachdem der verhältnißmäßig ehrenwertheste und selbstloseste aller Juden (ich rede in vollem Ernste), Dr. Strousberg beseitigt war, die Herren Bleichröder, Miquel und Hansemann die Hauptmacher. Sämmtliche Papiere dieser Gesellschaft, auch die geheimsten, sind jahrelang nächtlicher Weise kopirt worden und das Kopirbuch giebt auch sämmtliche Unterschriften genau wieder. Die zerrissenen Acten hat man aus dem Papierkasten hervorgesucht und geschickt zusammengeklebt. Jedes weggeworfene Papier ist aufgehoben. Bei der geringen Gewissenhaftigkeit der Geschäftsführung wurde es sogar möglich unendlich viele Originalpapiere bei Seite zu bringen. Alles in Allem sind es 1 $^1/_4$ Centner.“ —

Die gestohlenen Acten betrugen also damals nur $^5/_4$ Centner, im Reichstag erzählte Ahlwardt von 2 Centnern. Entweder sind also noch $^3/_4$ Centner von seinen Zuträgern dazugestohlen, oder Ahlwardt hat dieselben einfach dazu erfunden. — Das Spaßhafteste ist aber, daß neuerdings Ahlwardt von einem ganzen Möbelwagen von Acten redet, wir fragen, wann wird’s ein Eisenbahnzug voll Acten werden? Der Fall ist charakteristisch für die Aufschneidereien Ahlwardt’s, der als Politiker schon deshalb nicht ernst zu nehmen ist, weil er sich selbst fortwährend mit Phantasieen irre führt. Ein interessantes Beispiel, wie Ahlwardt erfindet, ist Folgendes:

Am 1. November 1891 hielt Ahlwardt in Mülheim a. d. Ruhr einen Vortrag, der stenographirt wurde und im Druck erschienen ist. Da heißt es Seite 12:

> „In Berlin sind unter 194 Rechtsanwälten allein 162 Juden. (Große Bewegung). —

Genau 7 Monate später sprach Ahlwardt in Dresden. Auch diese Rede ist stenographirt und in Druck erschienen unter dem Titel: „Meine Verhaftung“. Da heißt es Seite 8:

> „Sie werden das begreifen, wenn ich Ihnen sage, daß unter den 600 Rechtsanwälten Berlins 590 ächte Juden sind und die übrigen zum großen Theil aus unechten, sogenannten getauften, bestehen. (Sensation.)“

**Jetzt will’s Keiner gewesen sein.** Dr. König in Witten sprach am 7. in einer Volksversammlung über „Ahlwardts Ende“. Redner führte aus, daß Ahlwardt für die antisemitische Bewegung viel gethan, manches Wahre enthüllt, aber in den stürmischen Reichstagsverhandlungen vom 18. bis 21. März sich blamirt habe. Zugegeben werden müßte, daß der Reichstag ein viel zu schnelles Urtheil über Ahlwardt gefällt habe und daß es durchaus angebracht sei, erst Ahlwardts Beweise abzuwarten, ehe man ein endgültiges Urtheil über seine allerdings schweren Beschuldigungen sprechen konne. Wenn Ahlwardt nichts beweisen könne, dann wolle auch er über Ahlwardt, für dessen Thun und Lassen keine antisemitische Partei die Verantwortung zu tragen habe, zur Tagesordnung übergehen, denn der Antisemitismus habe vor Ahlwardt bestanden und würde auch nach ihm bestehen, weil er aus der Noth des Volkes heraus geboren sei.

Derselbe Dr. König hat, wie wir immer wieder betonen müssen, die wüsteste Agitation Ahlwardts d i r e c t b e g ü n s t i g t. — Jetzt behauptet er schlankweg, für Ahlwardts Thun und Lassen habe keine antisemitische Partei die Verantwortung zu tragen.

**Herr Stöcker** sprach in der letzten Versammlung der Christlichsocialen über den **Radauantisemitismus.** Wer trägt die Schuld an demselben? Nach der Ansicht des Herrn Stöcker: Die Regierung, Fürst Bismarck, das allgemeine Wahlrecht, die „neidischen, unfähigen und faulen“ Mittelparteiler ꝛc. Nur der Herr Hofprediger wäscht seine Hände in Unschuld. Er nahm es sogar sehr übel, als im Laufe der Discussion der Antisemit Paul Werner bemerkte, daß d e r R a d a u m i t z u d e n E r f o l g e n s e i n e s „M e i s t e r s“ S t ö c k e r b e i g e t r a g e n habe. — Auf die Ausführungen des Herrn Stöcker im Einzelnen einzugehen, können wir uns ersparen. Es ist ein geradezu widerwärtiges Bild diese sittliche Entrüstung über den Radauantisemitismus bei einem Manne, der seit Jahren mit den Radauantisemiten gute Freundschaft hält und auch in dieser Versammlung von sich rühmte, für **Ahlwardt** sofort nach seinem Auftreten eingetreten zu sein, während die Böckelianer und Deutschsocialen sich von ihm losgesagt hätten.

**Der „antisemitische Volksverein Berlin“** ersuchte vor einigen Monaten Herrn Dr. B ö c k e l in einer Resolution, die Angriffe auf A h l w a r d t einzustellen. Erst wenn dies geschehen, könne der Verein der hessischen Bewegung wieder seine Unterstützung zuwenden. Jetzt veröffentlicht der Verein folgende Erklärung:

> Die antisemitische Bewegung Norddeutschlands unter Führung des Abg. Ahlwardt hat in neuerer Zeit soviel taktische Fehler begangen, daß der gesammte antisemitische Volksverein Berlin erklärt, ferner in eine solche Politik nicht mehr unterstützen zu können. Die gegen Dr. Böckel gerichtete Januar-Resolution war eine übereilte Handlung. Wir nehmen dieselbe zurück und bedauern lebhaft, je eine solche losgelassen zu haben.

Dr. Böckel hat wirklich Praktisches geleistet, praktisch gearbeitet, deshalb kämpfen wir nur unter seiner Fahne.

Hoch die ehrliche Volkspartei!

**Die „Kölnische Zeitung"** hält es für passend, an die Wiedergabe einiger gegen die Nationalliberalen gerichteten sehr scharfen Aeußerungen der „Demokratischen Correspondenz" die Bemerkung zu knüpfen:

„Glaubt man wirklich, daß es dem Frieden unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen dienlich ist, wenn Juden sich erdreisten, in dieser Tonart von vaterlandsliebenden deutschen Männern zu reden?"

Das Ahlwardt'sche Leiborgan, die „Staatsbürgerztg." meint: „Nun, stärkere Ausdrücke hat auch der entschiedenste „Radauantisemit" niemals gebraucht." Richtig.

Die „Köln Ztg." wandelt auch insofern in Ahlwardt'schen Bahnen, als sie den Urheber des Angriffs gegen die Nationalliberalen ohne weiteres zum Juden stempelt. Die „Demokr. Corresp" constatirt aber, daß der „Jude" „vor einigen vierzig Jahren im Alter von acht Tagen **in der St. Columba-Kirche in Köln mit Kölnischem Weihwasser getauft worden ist** und sich bis heute noch nicht hat — anderweitig rituell behandeln lassen" —

**Böckel und Liebermann.** Zu der Mittheilung eines Marburger Blattes, daß Abg. Liebermann v. Sonnenberg sich für das Rohspiritus-Monopol ausgesprochen habe, bemerkt Böckel:

„Als wenn das uns etwas anginge! Der Abg. Liebermann ist Feind des Judenthums, in diesem Punkt und nur in diesem gehen wir prinzipiell Hand in Hand mit ihm, wie mit jedem Judengegner. Im Uebrigen steht uns der Abgeordnete Liebermann vollständig fern. — Also keine Verdrehungen!"

Aus der „vereinigten antisemitischen Fraction", die Herr Liebermann v Sonnenberg für den nächsten Reichstag herbeisehnt, wird es hiernach nichts werden.

**Der antisemitische Agitator Schwennhagen,** der noch vor zwei Wochen als wüthender Ahlwardtianer und als Ministerstürzer sich geberdete, hat urplötzlich den Entschluß gefaßt, die Flinte ins Korn zu werfen. Am 7. nahm er in einer von nur etwa 100 Personen besuchten Versammlung Abschied, um sich von der antisemitischen Bewegung zurückzuziehen, da er dieselbe doch für aussichtslos halte; ebenso halte er jetzt auch Ahlwardts Vorgehen für erfolglos. In dem angestrebten Kampfe werde dieser verbluten — sich aufreiben. Das für den Abend gestellte Thema: „Milliardengeschäfte und Invalidenfonds" hat Schwennhagen dann nicht mehr besprochen.

**Die „Antisemitische Correspondenz"** sagt in einer Besprechung des Falles Paasch: Diese und ähnliche Vorgänge seien nur zu sehr geeignet, den Argwohn zu erwecken, als ob die Antisemiten als rechtlos, als Bürger zweiten Grades, das Judenthum aber als eine unantastbare Gemeinschaft, über Gesetz und Recht stehend, betrachtet werde. — Stehen Judeninteressen höher als Staats- und Volksinteressen? Ist die Aufdeckung jüdischer Vergehen unter Verbot gestellt? Verwirkt Derjenige, der eine Judenunthat beim Namen nennt, damit das Anrecht auf den Schutz der Gesetze? Gelten bei uns bereits insgeheim die Gesetze des Talmud und des Schulchan Aruch, die den Juden jedes Verbrechen gegen ihre nichtjüdischen Mitmenschen erlauben, diesen aber alle Rechte versagen? — Das seien Fragen, die in **öffentlichen Versammlungen** zu behandeln wohl an der Zeit wäre. Eine Berliner Antisemitenversammlung habe bereits einen erneuten öffentlichen Protest gegen die Behandlung Paasch's erhoben; man dürfte erwarten, daß in anderen Städten sich solche Kundgebungen mit Protesteingaben an die Behörden wiederholen werden.

So ist es also mit dem Respect der Antisemiten vor der Autorität unserer Gerichte beschaffen. Solche Fragen, wie die angeführten, will man der Beurtheilung der Volksversammlungen unterbreiten. Kann es wohl ein häßlicheres Demagogenthum geben, als dasjenige, welches hier die „Stützen von Thron und Altar" entwickeln? —

**„Judenzeitungen?"** Das „Antisemitische Volksbl." des Abg. Werner enthält folgende Briefkastennotiz:

Herrn S. in M. Die Versammlungen des Reichstags-Abg. Ahlwardt im Kgr. Sachsen sind nur wegen der Charwoche untersagt. Die Judenzeitungen, die frech wie Oskar lügen, binden natürlich ihren gläubigen und verdummten Lesern auf, die Maßregel kehre sich gegen den gemeingefährlichen Ahlwardt. Man merkt die Angst und wird freudig gestimmt.

Die Nachricht stammte aus dem „Dresdener Journal", dem offiziellen Organ der sächsischen Regierung. — Wer hat also „frech gelogen?" —

**„Wieder einer.** Der jüdische Bankier Stadelfeldt in Hamburg wurde wegen Veruntreuung von Werthpapieren in Höhe von 90,000 Mk., die er als Depots erhalten hatte, verhaftet, die Schulden sollen 150000 Mk. betragen. — Der flüchtige Bankier Bernhard Lindner aus Halle ist in Delitzsch verhaftet worden. Die Schulden betragen über eine Million Mk. Lindner hat alle Depots unterschlagen."

Die vorstehende Notiz bringt der „Bad. Volksbote." Die Spitzmarke „Wieder einer" ist gar nicht am Platze; denn der eine, der Bankier Lindner, ist, wie uns jetzt von mehreren Seiten mitgetheilt wird, ein evangelischer Christ. Aber diese Kampfesweise ist eben echt — antisemitisch.

**Im Fürther Antisemitenblättchen** finden wir nachstehende Briefkastennotiz:

Hrn. J. Sch. in Ermetzhafen. Schreiben Sie nur wahrheitsgetreue Judenmanöver, aber keine Lügen. **Unwahrheiten können wir schon selbst schreiben,** daß wir diese Hebräerbrut gehörig beleuchten können.

**Paulus Meyer,** dieser Antisemit jüdischer Abstammung, mit dessen Personalien wir unsere Leser s. Z. bekannt gemacht haben, erscheint wieder einmal auf der Bildfläche, indem er gegen die Judenmission und die Bielefelder Anstalten eine Schmähschrift veröffentlicht, welcher der Antisemit Dr. Wesendonck ein Empfehlungswort mit auf den Weg gebt.

„Viel widerwärtiger — schreibt der conservativ-antisemitische „Reichsbote," — als die abstoßendsten Erscheinungen des Semitismus, ist diese Art von Antisemitismus. Ein jüdischer Schnorrer, der verschiedene Judenmissionare, Judenmissionsgesellschaften und christliche Anstalten auszubeuten versucht und sich überall unmöglich gemacht hat, tritt hier als Denunciant gegen die Judenmission und die Bielefelder Anstalten auf. Unter der heuchlerischen Maske eines Idealisten, dem es nur um Wahrheit und Gerechtigkeit zu thun ist, und der um dieses seines edlen Strebens willen überall verfolgt wird, beschimpft er nicht nur das Volk, aus welchem er hervorgegangen ist, sondern versucht in der Pose eines Antisemiten und Märtyrers christliche Bestrebungen als heuchlerisch zu brandmarken. Das verleumderische Lügengewebe ist so geschickt angelegt, daß die große Menge der Leser, welche weder die Person des Verfassers, noch die Verhältnisse und Personen, über welche er seine giftigen Verleumdungen ausstreut, näher kennt, dieser Schandschrift wehrlos gegenüber steht. Um so nöthiger ist es, daß die Leiter der antisemitischen Bewegung ein solches Subject von sich abschütteln."

Seine ersten Preßerfolge erzielte Paulus Meyer in der „Staatsbürgerztg.", später ist er Mitarbeiter der „Antisemitischen Correspondenz" geworden. — Als seine Ausweisung aus Preußen bekannt wurde, war es die „Kreuzztg.", welche sich dazu hergab, die Mär zu verbreiten, dieselbe sei auf Veranlassung der Juden erfolgt. Es stellte sich heraus, daß Pastor Bodelschwingh die Anzeige bei der Behörde erstattet hatte.

Nur bei den Antisemiten können Leute

vom Schlage des Paulus Meyer einen gewissen Einfluß erlangen.

Ueber die Ausschreitungen der „Judenpresse" weiß Herr Stöcker nicht genug zu klagen. Wir haben nicht gehört, daß er Protest einlegte, als ihm nahestehende Blätter die Autorität des Paulus Meyer gegen diejenige des Prof. Strack auszuspielen versuchten.

**Antisemitismus und Preußenhaß.** Der Fürther „Freie Beobachter" spielt sich sowohl als Antisemit wie als Preußenfeind auf. In seinem bayrischen Partikularismus macht er den Preußen den Vorwurf der „Unehrlichkeit", den er gewöhnlich den Juden macht. Er schreibt:

„Weshalb in „Deutschland" die Armee um jährlich 60,000 Mann erhöht wird! Das Warum wird den Oesterreichern freilich erst offenbar werden, wenn der Preuß seine Schlingen gelegt hat und der Oesterreicher in einer derselben zappelt. Denn daß Oesterreich wieder die Zeche zu zahlen haben wird, wie immer, wenn es sich mit so ehrlichen Leuten wie die Preußen eingelassen hat, ist ja wohl kein — Staatsgeheimniß!"

**Beförderung von Juden in der Armee.** Die katholische „Köln. Volksztg." brachte am 7. d. M. folgende Notiz: „Es ist vielfach aufgefallen, daß bei den preußischen Truppen und den unter preußischer Oberhoheit stehenden Contingenten am 1. April d. J. von den am 1 October eingetretenen Einjährig-Freiwilligen auch solche jüdischer Religion zu überzähligen Gefreiten befördert worden sind. Bislang geschah die Beförderung von Juden erst nach neun, höchstens nach sieben Monaten, und es wurden so den Betreffenden die Vorbereitungen zum Offiziers-Examen abgeschnitten. Die Beförderung von jüdischen Freiwilligen erfolgte auch beim Gardecorps und sogar bei der Garde-Cavallerie, den sogenannten Elite-Regimentern. Die königl. baierische Armee kannte eine derartige Beschränkung niemals."

Hierzu wurde dem Blatte geschrieben: „Der Anschauung, als habe in Preußen eine Beförderung von jüdischen Einjährigen grundsätzlich nicht oder doch nur sehr selten stattgefunden, kann ich mich nach meinen persönlichen Erfahrungen nicht anschließen, möchte vielmehr behaupten, daß ein Avancement solcher Herren stets dann erfolgt, wenn unter gleichen Bedingungen die übrigen Einjährigen befördert wurden. So wurde z. B. schon im Jahre 1885 bei einem der von dem fragl. Berichterstatter als Elitetruppen bezeichneten Garde-Cavalerie-Regimenter die Mehrzahl der jüdischen Einjährigen am 1. April zu Gefreiten befördert. Diese beförderten Einjährigen nahmen sodann nicht nur mit ihren christlichen Kameraden am Offiziers-Examen Theil, sondern wurden auch am Ende des Jahres als Unteroffiziere der Reserve entlassen. Auch bei vielen anderen Regimentern jeder Waffengattung habe ich dieselbe Praxis beobachtet."

Wer hat nun Recht? Vielleicht Beide. Uns fehlt leider hinreichendes Material, um die Sache zu beurtheilen.

**Berichtigung.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 14 Ihrer gesch. Ztg. befindet sich eine Notiz aus Bernburg, mit welcher eine christliche Doppelfirma der Manufacturwaarenbranche insofern arg compromittirt ist, als erwähnt wird, im betr. Geschäft sei kürzlich ein und dasselbe Kleid mit 6 Mark ausgestellt und mit 12 Mk. verkauft und die Differenz von 6 Mk. nachträglich herausgezahlt worden. —

Da wir die einzige nichtjüdische Firma hier am Platze sind, die betr. Zeitungsnotiz unter Nennung unserer Namen eifrigst colportirt wurde, sehen wir unseren guten Ruf gefährdet und ersuchen Sie auf Grund des Preßgesetzes in der nächsten Nr. Ihrer Zeitung um Aufnahme der nachstehenden Berichtigung:

1) Ein Vorkommniß wie das in betreffendem Artikel erwähnte ist bei unseren Geschäftsgrundsätzen (strengste Preise und an jedem Stück Waare der Preis in Zahlen vermerkt) absolut ausgeschlossen und unser gesammtes Personal ist bereit, eidlich zu erhärten, daß dieser Fall **nicht** vorgekommen ist und weiß sich auch nicht zu erinnern, daß vielleicht durch ein Versehen seit Jahren auch nur ein annähernd ähnlicher Fall vorgekommen wäre.

2) Ferner wird in betr. Artikel gesagt, die Inhaber unserer Firma seien die Hauptstützen des Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe; auch das ist nicht richtig. —

Unsere Firma, als solche, hat mit politischer Agitation Nichts zu thun und nur der eine Mitinhaber ist einfaches Mitglied des erwähnten Vereins und steht als solches der Leitung desselben fern.

Bernburg, den 10. April 1893.

Weißflog & Leistner.

Wir wissen natürlich nicht, ob der Einsender der betr. Correspondenz die Firma Weißflog & Leistner gemeint hat. Wir müssen es lediglich unserem Gewährsmann überlassen, zu der vorstehenden Berichtigung Stellung zu nehmen.

**Berichtigung.** Der antisemitische Pastor Mathes, dessen Verhalten wir zum Gegenstande einer Kritik gemacht haben, ist nicht aus Liebenwalde, sondern aus **Liebenfelde** (Dorf und Rittergut bei Soldin).

## Aus Rußland.

Dem ausgesprochen antisemitischen „Kijewlianin" schreibt man aus Perejaßlew:

„Den hiesigen Juden ergeht **es** schlimm — sehr schlimm! Hunderte von Familien befinden sich in permanenter Hungersnoth. Zweifellos haben sie dieselbe schwere Krisis zu bestehen, welche ihre Glaubensgenossen überall im Gebiet der ihnen erlaubten Ansässigkeit jetzt durchzumachen haben. Doch scheint diese Krise hier eine ganz besonders bösartige Form anzunehmen. Rasch, unerwartet rasch ist die allgemeine Verarmung der Juden in den letzten Jahren fortgeschritten und sie werden, wie auf der schiefen Ebene, immer schneller in den tiefen Abgrund des Elends hinabgeschleudert! Und von diesem sind die geistige Entkräftigung und die sittliche Entnervung unzertrennlich. Die Armuth der jüdischen Massen in dieser Stadt darf wohl als beispielslos gelten. So versicherte mich der Landschaftsarzt, J. S. Smirnow, daß man unter der christlichen Bevölkerung in der Stadt und im ganzen Bezirk vergebens nach dergleichen suchen würde. Ich suchte nun mich selbst davon zu überzeugen; ich durchwanderte die jüdischen Viertel und ich sah . . Das was ich sah, spottet der Beschreibung und ich will mich daher damit begnügen, die allgemeine Stadtbevölkerung vor den ernstesten Folgen zu warnen. Es genügt in dieser Beziehung nur an die Wahrscheinlichkeit der Wiederkehr der Cholera im Frühling zu erinnern. Sie wird einen ebenso leicht empfänglichen, wie dankbaren Boden finden und darüber denke ich, sollten doch die Stadtväter und die Vorsteher der jüdischen Gemeinde ein wenig nachdenken. Das heißt: Hier ist nicht viel zu überlegen und den Armen müssen Brod und Kohlen geliefert werden. Sonst wird die Allgemeinheit schwer büßen müssen . . ."

## Briefkasten.

**St. in Rheydt.** Der Herausgeber des „Kl. Journal", welches den auch unsere Mißbilligung findenden Oster-Artikel gebracht hat, ist Jude, der Verfasser des Artikels Katholik.

**Köln.** Die Burschenschaften haben früher Juden anstandslos aufgenommen. Neuerdings herrscht bei ihnen eine stark antisemitische Strömung, die sich vielfach auch in der Zurückweisung von Juden bemerkbar macht.

**Abonnent in Berlin.** Der Rechtsanwalt K., welcher den Rechtsanwalt Hertwig, den Genossen Ahlwardts, vor dem Ehrenrath der Anwaltskammer vertheidigte, ist ein eingewanderter polnischer Jude, der das Breslauer Rabbiner-Seminar besuchte und sich später naturalisiren und taufen ließ. Sie sehen, Herr Hertwig scheint doch kein eingefleischter Rassenantisemit zu sein.

**O. R. in Berlin.** Zu den Anhängern der Silberwährung gehört natürlich auch der Abg. Dr. Arendt, bekanntlich semitischen Ursprungs.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

**Nr. 17.** **Berlin,** den **23. April.** **3. Jahrg. 1893.**

### Die Antisemiten und die „Schmach des Jahrhunderts.“

Als im Jahre 1880 Kaiser Friedrich III. als Kronprinz einer Sitzung der Victoria-Invalidenstiftung beiwohnte, äußerte er zum Stadtrath Magnus, er halte **„den Antisemitismus für eine Schmach unserer Zeit.“**

Wiederholt haben die Antisemiten die Wahrheit dieses Wortes bezweifelt und bestritten. So sagte Abg. Stöcker im Abgeordnetenhause am 31. März 1890: „Ich muß dagegen protestiren, daß der Herr Abg. Rickert einen hohen Mund, der längst geschlossen ist, hier wieder reden läßt Die Aeußerung dieses hohen Mundes ist niemals constatirt.“ Und dabei wußte Abg. Stöcker aus seiner Klagesache vom Jahre 1886 gegen den Redacteur Bommert, daß das Reichsgericht die Wahrheit des kaiserlichen Wortes für **erwiesen** angesehen hatte.

In jüngster Zeit nahm Abg. Stöcker wiederum Gelegenheit. die Wahrheit dieses Wortes zu bezweifeln. In der Reichstagssitzung vom Mittwoch, den 22. März 1893 sagte **Abg. Rickert:** „Ich bin nicht der Meinung, daß diese antisemitische Bewegung uns zur Ehre gereicht, sondern ich glaube. daß sie eine Schmach für Deutschland, eine Schmach für dieses Jahrhundert ist.“

**Abg. Liebermann v. Sonnenberg,** in der Meinung, Abg. Rickert habe die Worte Kaiser Friedrichs des Dritten citirt, bestritt deren Wahrheit. Er sagte:

„Der Herr Abgeordnete Rickert hat mit großem Pathos hier das Wort von der Schmach und Schande des Jahrhunderts in die Debatte geworfen. Herr Abgeordneter Rickert, dies Wort hat dereinst ein verstorbener Jude gefälscht und einem hohen Herrn fälschlich in den Mund gelegt; jener hohe Herr hat es niemals gesprochen. Man soll solche Fälschungen nicht wiederholen. Auch das bekannte Gerichtserkenntniß, welches Sie wahrscheinlich gleich nachher vorreiten werden, beweist nichts dafür, es besagt nur, daß jener Jude anderen erzählt hat, das Wort aus hohem Munde sei zu ihm gesprochen, weiter nichts.“

Ihm schloß sich **Abg. Stöcker** an. Er führte aus:

„Herr Rickert hat nicht gut gethan, dies Wort von der Schmach des Jahrhunderts hier anzubringen. Das Wort ist vollständig apokryph; es wird sich auch nicht mehr nachweisen lassen, ob es jemals ausgesprochen worden ist. Aber ein anderes Wort aus demselben erlauchten Munde ist wahr; Dr. Delbrück hat es mit seinem Namen verbürgt, daß dieser selbe erlauchte Mund mit tiefem Verständniß der deutschen Noth gesagt hat: man hätte früher etwas thun sollen. Herr Rickert, warum citiren Sie denn dieses Wort nie: man hätte früher gegen das Judenthum etwas thun sollen —? (Zurufe links.) — So, was? Das werden Sie nie begreifen. Aber das ist ein echtes Wort, und es spricht für hohe Staatsweisheit, daß auch dieser erlauchte Mann glaubte, man habe sich dieses Volk über den Kopf wachsen lassen. Das Wort soll man citiren, nicht das unechte.“

Der deutsch-freisinnige **Abg. Schmidt** (Elberfeld) hielt die Wahrheit des kaiserlichen Wortes völlig aufrecht: „Meine Herren, der Herr Abgeordnete Rickert hat heute das Wort angeführt, welches aus einem hohen Munde gefallen ist: der Antisemitismus ist eine Schmach des Jahrhunderts. Ich wundere mich sehr, daß gerade der Herr Abgeordnete Stöcker es unternimmt, den Ausspruch für apokryph zu erklären. Der Herr Abgeordnete Stöcker müßte doch die Prozeßacten kennen, die nach der Reichstagswahl von 1884, als ich gegen ihn zur Wahl stand, und 1885 geführt worden sind. Bei der engeren Wahl 1884 in Siegen ist ein Flugblatt vertheilt gegen die Wahl des Herrn Stöcker, in diesem Flugblatt steht, daß die Bezeichnung des Antisemitismus als eine Schmach des Jahrhunderts von jenem hohen Herrn gethan worden sei. Gegen den Herausgeber und den Drucker dieses Flugblatts ist ein Prozeß angestrengt worden; der Verklagte hat den Beweis der Wahrheit angetreten. Es hat auf Requisition des Gerichts zu Siegen eine Verhandlung und Zeugenvernehmung vor dem Amtsgericht Berlin stattgefunden; es sind eine Anzahl Zeugen vernommen. Darauf ist von dem Anwalt des Verklagten noch besonders darauf hingewiesen, daß er wünsche, es werde der frühere Hofmarschall von Normann auch noch vernommen. Das Gericht hat dann aber erklärt, daß es unnöthig sei, den Herrn von Normann diesbezüglich zu vernehmen, weil das Gericht nach den bisherigen Zeugenvernehmungen als erwiesen annimmt, daß diese Aeußerung von jenem hohen Herrn gemacht worden ist.“

Und Abgeordneter Stöcker wiederholte seine Behauptung: „Unbequem ist es uns gar nicht, daß jenes Wort von dem erlauchten Herrn kolportirt wird. Wir möchten nur von seiner hohen Gestalt dieses Wort gern wegwischen.“ (Heiterkeit links.)

Er und Liebermann von Sonnenberg halfen sich schließlich damit, daß sie die Person des verstorbenen Stadtraths Magnus verunglimpften und seine Wahrheitsliebe anzweifelten. Abg. Richter vertheidigte den Todten und erklärte ihn für einen „hochangesehenen Mann, den niemand während seines Lebens bezüglich seiner Wahrhaftigkeit angetastet und angezweifelt hat.“

In Anknüpfung an diese Reichstagssitzung haben nun die Hinterbliebenen des Verstorbenen, die Herren Rudolf Magnus, Prof. Dr. Paul Magnus

und **Dr. jur. Ernst Magnus** eine Eingabe an den Präsidenten des Reichstags gerichtet, in welcher es heißt:

„Berlin, den 13. April 1893.

Euerer Exzellenz

gestatten wir uns, unter Bezugnahme auf die Reichstagssitzung vom 22. März d. J. Folgendes ergebenst vorzutragen:

In der bezeichneten Sitzung ist seitens des Abgeordneten Herrn v. Liebermann an unserem verstorbenen Vater, dem Stadtrath Magnus, unter Anderem gesagt worden, daß er die Worte des damaligen Kronprinzen, weiland Kaiser Friedrich III., daß die antisemitische Bewegung eine Schmach für unsere Zeit sei, „gefälscht und dem hohen Herrn fälschlich in den Mund gelegt habe." Desgleichen hat der Abgeordnete Stöcker behauptet, „das Wort sei vollständig apokryph".

Durch den in diesen Worten liegenden Vorwurf der Unwahrhaftigkeit ist dem Andenken unseres verstorbenen Vaters in einer für uns schmerzlichen Weise zu nahe getreten. Zur Charakteristik des Verstorbenen, gegen welchen Herr Abgeordneter Stöcker die Worte: „Wenn ein Synagogenvorsteher etwas sagt, so ist es darum nicht wahr" zur Anwendung brachte, gestatten wir uns, ein Schreiben Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen, weiland Kaiser Friedrich III., an den Verstorbenen zu überreichen, in welchem sich der Passus befindet:

„Es wird Mir unvergessen bleiben, mit welcher Hingebung Sie unter Meinen Augen seit Jahren für unsere Invaliden und die Hinterbliebenen der zahlreichen Opfer unserer Kriege mitgewirkt, mit welcher Sorgfalt und Liebe Sie ihre Interessen wahrgenommen haben."

Trotzdem bereits gerichtlich festgestellt worden ist, daß jene Worte, von denen auch uns unser Vater mehrfach Mittheilung gemacht hat, thatsächlich gefallen sind, haben wir uns seit jener Sitzung aufs Neue bemüht, einen weiteren Beweis dafür zu erbringen.

Da die Herren Abgeordneten v. Liebermann und Stöcker ihre Beschuldigungen an einer Stelle vorgebracht haben, wo sie durch die Immunität des Reichstages geschützt sind, so ist uns die Möglichkeit entzogen, auf Grund des § 189 des Strafgesetzbuches gerichtliche Schritte gegen sie zu unternehmen.

Aus diesem Grunde und da die gedachten Beschuldigungen von der Tribüne des Reichstages aus vor dem ganzen Lande erhoben worden sind, dürfte unser Gesuch nicht unbescheiden sein, daß sie auch an derselben Stelle widerlegt werden.

Demgemäß überreichen wir Euerer Exzellenz in den Anlagen:
ein Schreiben des Herrn Staatsministers v. Stosch vom 27. März 1893, die notarielle Erklärung des Herrn Dr. Gumbinner vom 8. April 1893, zwei Schreiben des Herrn Dr. Georg v. Bunsen vom 20. Juni 1880 bezw. vom 3. April 1893
mit der ergebenen Bitte:
sowohl dieses vorliegende Schreiben, wie die oben citirten Briefe zur Kenntniß des Hohen Reichstages zu bringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euerer Exzellenz
ganz ergebene
**Rudolf Magnus.**
**Professor Dr. Paul Magnus.**
**Dr. jur. Ernst Magnus.**

Seiner Exzellenz
dem Präsidenten des Reichstages
Herrn v. Levetzow
hier!

Anlage 1.

Oestrich im Rheingau.
Haus Stosch, den 27. März 1893.

Verehrtester Herr Regierungsrath!

So ungern ich Ihren Wunsch erfülle, mich zu den in der Sitzung des Reichstages vom 22. cr. über oder vielmehr in Betreff Ihres Herrn Vaters gemachten Aussprüchen zu äußern, w e i l i c h m i c h d a d u r c h i n B e z i e h u n g s e t z e z u P e r s o n e n u n d D i n g e n, w e l c h e m i r i n d e r S e e l e z u w i d e r s i n d, so muß ich es doch für eine unabweisliche Pflicht erachten, für die Ehre eines Mannes einzutreten, mit dem ich so lange Jahre in geschäftlicher Verbindung gestanden und den ich nur von den besten Seiten kennen gelernt habe.

Auf die gestellten Fragen kann ich nur antworten: Von der Unterhaltung des damaligen Kronprinzen mit dem Geh. Kommerzienrath Magnus nach der Sitzung der Victoria-National-Invalidenstiftung im Jahre 1880 bin ich nur Augen- nicht Ohrenzeuge gewesen. Ich weiß nur, daß Herr Magnus unmittelbar nach Fortgehen Sr. kaiserlichen Hoheit, den ich bis zum Wagen geleitete, jenen Ausspruch des Hohen Herrn, der die antisemitische Bewegung scharf verurtheilte, seinen Genossen erzählt hat. Nun erachte ich den verstorbenen Herrn Magnus für einen Mann, der ganz außer Stande war, so im Handumdrehen zu lügen und etwas Anderes in ernster Sache zu berichten wie die unbedingte Wahrheit.

Ich weiß, daß das geäußerte Urtheil durchaus den Ansichten weiland Sr. Majestät des Kaisers Friedrich III. entsprach und ich kann hinzufügen, daß in den mannigfachen Unterredungen, welche ich mit meinem langjährigen Freunde, dem damaligen Kammerherrn v. Normann gerade über diese Sache gepflogen habe, die questionirte Aeußerung als von Sr. kaiserlichen Hoheit gemacht, nie in Zweifel stand.

Die Anlagen Ihres gefälligen Schreibens füge ich wieder bei.

Hochachtungsvoll ergebenst
gez. v. Stosch.

An Herrn Regierungsrath Dr. Magnus
in Berlin.

Anlage 2.

Nr. 236 des Notariatsregisters für 1893.

Verhandelt Berlin, den 8. April 1893.

Vor dem zu Berlin wohnhaften Rechtsanwalt und Notar,
Justizrath August Eduard v. Simson,
dem, wie er versichert, keines der Verhältnisse entgegensteht, welche ihn von der Aufnahme dieser Verhandlung nach §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 11. Juli 1845 ausschließen, erschien heute, dem Notar persönlich bekannt und verfügungsfähig:
der Schriftsteller und Dr. phil. Herr Moritz Gumbinner, wohnhaft zu Berlin, Potsdamerstraße 5,
und erklärte:

Auf besondere Veranlassung des Herrn Dr. Ernst Magnus hierselbst, der im Interesse seiner Familie in Folge eines vor einiger Zeit zwischen diesem und mir stattgefundenen Gespräches eine Kundgebung über meine Anwesenheit und Wahrnehmung in der Generalversammlung der Victoria-National-Invaliden-Stiftung zu besitzen wünschte, erkläre ich Folgendes:

Ich befand mich als Berichterstatter in einer Generalversammlung des gedachten Vereins, deren Tag und Jahr mir nicht mehr mit Sicherheit erinnerlich sind, im kleinen Saale des Englischen Hauses und war Zeuge der längeren Unterredung, welche des damaligen Kronprinzen kaiserliche Hoheit, späteren Kaiser Friedrichs Majestät, mit dem Geheimrath Magnus führte. Ich habe den ganzen Inhalt der Unterredung nicht vernehmen können, wohl aber erinnere ich mich deutlich, daß das Thema der Unterredung die antisemitische Agitation betraf und daß der Kronprinz dabei die Worte brauchte: „Er habe während seiner Anwesenheit im Auslande dort von den hiesigen Vorgängen Kenntniß genommen und sich der Scham nicht erwehren können." Nach Schluß der Versammlung verließ ich das Englische Haus in Begleitung des Herrn Geheimen Rath Magnus und Geheimen Oberregierungsrath Wulffshein. Die Herren erzählten mir den vollständigen Inhalt des oben gedachten Gespräches und verpflichteten mich, über diese ganzen Vorgänge Nichts in die Oeffentlichkeit zu bringen. Selbstverständlich bin ich dieser Verpflichtung strengstens nachgekommen, konnte aber gegenüber der Veröffentlichung in der „National-Zeitung" nur zugeben, daß dieselbe genau den mir gemachten Mittheilungen und soweit dies möglich war, meinen persönlichen Wahrnehmungen entsprochen hat.

Diese Sachdarstellung entspricht überall der Erinnerung, welche ich heute von dem Vorgange habe, und ich würde mit dieser Maßgabe jeder Zeit bereit sein, meine obige Aussage zeugeneidlich zu bekräftigen.

Wenn ich mit dieser Erzählung der Thatsachen bisher nicht in irgend einer Form hervorgetreten bin, so hat das seinen Grund darin, daß mir zu einer solchen Kundgebung keine Veranlassung gegeben war.

Es wird beantragt,
diese Verhandlung einmal auszufertigen und die Ausfertigung dem Herrn Dr. Magnus zuzustellen.

Die vorstehende Verhandlung wurde in Gegenwart des Notars dem Erschienenen laut vorgelesen, von ihm genehmigt und wie nachstehet:

**Dr. Moritz Gumbinner**

vollzogen.

Der Notar attestirt, daß vorstehende Verhandlung so, wie sie niedergeschrieben, stattgefunden, daß sie in seiner Gegenwart dem Betheiligten laut vorgelesen, von ihm überall genehmigt und eigenhändig unterschrieben ist.

gez. **August Eduard von Simson**, Notar.

Anlage 3.

„Albergo d'Inghilterra.
Rom, den 3. April 1893.

Sehr geehrte Herren!

Ihren werthen Besuch u. s. w.

Noch frisch unter dem Eindrucke der Aeußerung Sr. kaiserl. Hoheit des Kronprinzen, daß Er die Judenhetze als eine Schmach für die Nation empfinde, hat mir Ihr Herr Vater davon berichtet. Das weiß ich bestimmt und zugleich, daß in ganz Berlin Niemand das Wort des Stadtrath Magnus in Zweifel gezogen haben würde. Die Aeußerung im Reichstage, daß „das Wort eines Todten" vor Gericht und im Reichstagssaale nicht gelten dürfe, ist, namentlich im Munde eines Geistlichen, meines Erachtens frivol.

Aus meinem Briefe vom 20. Juni 1880, der sich im Nachlasse Ihres seligen Herrn Vaters gefunden hat, wissen Sie, daß die damalige Frau Kronprinzeß mit Abscheu von der Judenhetze sprach. Einige Worte, die damals den Schluß Ihrer Aeußerungen bildeten, haften noch frisch in meiner Erinnerung. Die hohe Frau erklärte, daß dem Kronprinzen wie Ihr Selbst daran gelegen sei, über Ihrer Beiden Verurtheilung der unwürdigen Agitation nirgend einen Zweifel aufkommen zu lassen. Was die Pietät Sie jetzt gut thun heißt, erachte ich zugleich als

zum Wohl des Vaterlandes gethan und wünsche Ihrem Vorgehen, sehr geehrte Herren, den ausgiebigsten Erfolg.

Ganz der Ihrige G. v. Bunsen.

An den Herrn Dr. Magnus in Berlin.

Anlage 4.

„Berlin W., 20. Juni 1880. Maienstraße.

Verehrteiter Herr Geheimrath!

Gestern Abend nahm die Frau Kronprinzessin eine Gelegenheit wahr von der „Judenhetze" und der „schönen Geduld" zu reden, welche die Juden an den Tag gelegt. Im Laufe dieses Gespräches habe ich dann der hohen Frau von Ihrer Absicht, das Lessing-Denkmal zu errichten, erzählt. Auf meine Aeußerung, daß gerade jetzt der Augenblick mir gekommen zu sein scheine, wo gar Mancher sich freuen würde, seine Gesinnung zu bekunden und damit einer ebenso frechen als unerwarteten Agitation entgegenzutreten, ging sie lebhaft bejahend ein. „Ich hoffe, daß man weiß, wie scharf und entschieden der Kronprinz und Ich sie mißbilligen."

Ganz der Ihrige G. v. Bunsen.

An den Herrn Geheimen Kommerzienrath Magnus hier.

Die antisemitische Presse verhielt sich diesen Dokumenten gegenüber natürlich ablehnend. Die „Kreuzztg." thut sie mit einigen Zeilen ab und meint, der Beweis, daß die Aeußerung des Kaisers Friedrich wirklich geschehen sei, wäre nicht gelungen. Von der scharfen Verurtheilung der Stöcker-Liebermann seitens des von allen Parteien hochgeschätzten Ministers v. Stosch erwähnt sie natürlich kein Wort. Die „Tägl. Rundschau" erklärt, daß sie niemals die Wahrheit dieses Kaiserwortes bezweifelt habe. Der „Reichsbote" ist objektiv genug, die Briefe von Stosch und Bunsen ihren Lesern mitzutheilen, er frischt aber eine Aeußerung des Pastors v. Bodelschwingh auf, um zu beweisen, daß Friedrich III. die Mängel des Judenthums erkannt habe. Das „Volk", das Organ Stöcker's polemisirt natürlich gegen die Eingabe des Herrn Magnus. Beweisen sei gar nichts und sie beruht sich auf Bodelschwingh. Für alle Einsichtigen und Vorurtheilsfreien ist die Authentizität durchaus festgestellt. Nur Befangenheit und Haß können sie noch bestreiten, der Haß, dessen Kind der Antisemitismus ist.

## Zur „Judenpresse".

Eine Berliner Zeitung, das „Kleine Journal", hatte zum Osterfeste einen Artikel gebracht, betitelt „Frühlingswehen". Dieser gab der gesammten antisemitischen Presse Gelegenheit, ihre alten Vorwürfe gegen die „verjudete Presse" wieder aufzufrischen. Am schärfsten sprach sich das Centrums-Blatt, die „Germania" aus. Sie verwahrte sich gegen die „jüdische Preßfrechheit", welche die „ekle Jauche ihres ätzenden Spottes über die erhabensten und heiligsten christlichen Geheimnisse auszugießen sich erkühnt".

Wir stimmen Herrn Dr. Hildesheimer, der auch gegen den Osterartikel des „Kl. Journal" protestirt hat, in der Verurtheilung des blasphemischen Artikels zu und bedauern die frivole Behandlung des christlichen Osterfestes seitens des „Kleinen Journals" tief.

Zuerst muß man aber doch die Frage aufwerfen, ob der Autor des Osterartikels in der That ein Jude ist! Da hat nun das „Kleine Journal" sofort berichtigt, daß der Verfasser Katholik sei. Die „Germania" ist daher nicht berechtigt, in diesem Falle auf die „Preßfrechheit der Juden" zu schimpfen, denn der Verfasser ist nicht Jude! Wohl aber der Verleger des Blattes! Was kann aber die Judenschaft, noch weniger aber das Judenthum dafür, wenn irgend ein Verleger jüdischer Confession in seinem Blatte einen blasphemischen Artikel abdruckt? Man verallgemeinere doch nicht, wo eine Verallgemeinerung eine schreiende Ungerechtigkeit ist. Weder das „Kleine Journal" noch andere sogenannte Judenblätter sind Zeitungen, auf welche das Judenthum einen Einfluß ausüben kann. Es sind rein private Unternehmungen. Die „Germania" verlangt, daß „einsichtigere Juden derartige unerhörte Herausforderungen verhindern" sollen. Wie denkt sich die „Germania" das? Kann das Judenthum einen Einzelnen zwingen, ein anständiger Mensch zu sein? Kann die katholische, kann die evangelische Kirche das? Durchaus nicht! Hier ist aber von Solidarität der Juden keine Rede. Ein Einzelner hat eine Frivolität begangen, einen Angriff auf christliche Institutionen ausgeübt, und nun sollen mit einem Male die „Juden" als Totalität dafür büßen?

Man sagt, die Juden sollen gegen die jüdische Presse einschreiten, gegen die jüdischen Wucherer auftreten, sich von unredlichen Erwerbsgenossen fern halten u. s. f. Wenn doch die „Germania" uns sagen wollte, wie sie das machen können! Gewiß, jeder Jude kann an sich arbeiten, daß er ein ehrenhaftes nützliches Glied des Staates werde; kann er aber den unredlichen Genossen aus dem Judenthum ausstoßen? Die katholische Kirche hat den Kirchenbann, den sie über schlechte Menschen verhängen kann, die evangelische Kirche, die jüdische Kirche kennen keine derartige Institution, die einen Glaubensgenossen aus der religiösen Gemeinschaft auszustoßen vermag. Unsere Gerichtspflege hütet sich wohl, einen Menschen für die Thaten seines Sohnes, Bruders oder Vaters verantwortlich zu machen, jeder wird von ihr als Einzelwesen gerichtet, — und die öffentliche antisemitisch irregeleitete Meinung will jeden Juden für jeden andern verantwortlich machen! Ein jüdischer Wucherer aus Karlsruhe z. B. wird verhaftet — und die Juden in Königsberg bekommen die Hiebe, ein Berliner Zeitungsschreiber verhöhnt die christliche Kirche, — und in ganz Deutschland regt sich die haßerfüllte antisemitische Agitation. „Das ist wider die Natur!", möchte man mit dem Dichter ausrufen, um so mehr, als sich in der sogenannten Judenpresse und Judenlitteratur auch die ehrerbietigsten Würdigungen der christlichen Kirche und ihres Stifters finden. Warum erwähnt die „Germania" diese nicht? Im Aboth I, 18 (Vgl. Albert Katz, Der wahre Talmudjude. Berlin 1893. S. 149) heißt es: „Das Recht gehört zu den drei Säulen, auf denen die sittliche Welt beruht". Der Artikel der „Germania" hat uns bewiesen, daß man sich als Vertreter einer sittlichen Weltordnung ausgeben kann, auch wenn man ungerecht — gegen die Juden ist.

## Zur Abwehr.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

**Die „Tägliche Rundschau"** vom 16. April d. J. bringt unter der Rubrik „Aus Kunst, Wissenschaft und Leben" einige Auszüge aus dem Aufsatz eines ungenannten Arztes in der Wochenschrift „Die Zukunft", in welchem der Verfasser collegia'e Unanständigkeiten in der ärztlichen Praxis scharf geißelt. Die „Tägl. Rundschau" begleitet die Excerpte mit folgenden Bemerkungen:

„Wer die heutige Berufsnoth unter den Aerzten namentlich der großen Städte einigermaßen übersieht, muß leider anerkennen, daß diese Satire kaum übertreibt. Wäre aber der Verfasser nicht nur ein Satiriker, sondern auch ein Menschenfreund, so würde er zu erklären und zu entschuldigen versuchen, was er so nur geißelt. Die Verhältnisse sind es auch hier, welche die schlechten Eigenschaften aus den Menschen heraustreiben, da die guten nicht Platz zur Bewährung finden; insbesondere ist es die bittere Nothwendigkeit, welche namentlich in den großen Städten die deutschen Aerzte zwingt, den **Wettkampf mit dem durchweg minderwerthigen Gewissen jüdischer Berufsgenossen durchzuhalten.** In Berlin z. B. sind 70 v. H. aller Aerzte Juden. Das erklärt manche trübe Erscheinung, das muß den sittlichen Stand des ärztlichen Berufes erniedrigen, aber davon spricht der gallige Verfasser jenes Aufsatzes kein Wort."

Wir sind es gewohnt, in manchen antisemitischen Blättern den tollsten Blödsinn, die größten Ungeheuerlichkeiten zu lesen, ohne daß der Scribent sich auch nur die geringste Mühe gegeben hätte, den Schatten eines Beweises für seinen Unsinn zu bringen. Er weiß ja, was er seinem Publikum bieten darf. Daß aber irgend ein obskurer Scribifax in einer „unparteiischen" Zeitung, die sich rühmt von einem Bodenstedt begründet zu sein, unter dem Deckmantel der Redaction sich erdreistet, von dem „durchweg minderwerthigen Gewissen jüdischer Aerzte" zu faseln, d. h. Tausende ehrenwerther und in ihrem schweren, idealen Berufe sich aufopfernder Männer mit dem Schmutz der Verleumdung zu bewerfen, beweist nur, daß diese „Tägliche Rundschau" bereits auf dem Niveau des Radau-Antisemitismus angelangt ist. Da schon der Versuch einer Widerlegung solchen Unsinns dem Verfasser zu viel Ehre anthun würde, begnügen wir uns damit, jenen Artikel der „Täglichen Rundschau" für alle Einsichtigen möglichst niedrig zu hängen.

Ein Arzt.

**Pirna**, 17. April. Die von einem Mitgliede des hiesigen „reichstreuen" Vereins, Herrn Baumeister und Stadtverordneten Kluge einberufene gestrige Wanderversammlung des antisemitischen Vereins in Dresden war von 600 Personen besucht. Sie bestand mit Ausnahme von mehr als 100 Dresdener Antisemiten und etwa 30 Pirnaer Reichstreuen fast ausschließlich aus sozialdemokratischen und freisinnigen Gegnern der antisemitisch-conservativen oder conservativ-antisemitischen Bestrebungen. Den Vortrag hielt Abg. Zimmermann, welchem der sozialdem. Redacteur Fischer, Seitens der Freisinnigen Institutsdirector Schmidt aus Dresden und Kaufmann Wilhelm Müller aus Pirna scharf entgegentraten und den überzeugenden Nachweis erbrachten, daß die ganze Antisemiterei nur eine conservative Mache ist. Eine den Antisemitismus verurtheilende Resolution, welche Herr Müller einbringen wollte, ließ der Vorsitzende nicht zur Abstimmung gelangen; dieselbe wäre sonst mit allen gegen die Stimmen der Dresdener Herren und der etwa 30 Pirnaer Reichstreuen angenommen worden. — Die geplante Gründung eines Pirnaer Antisemitenvereins mußte unterbleiben.

Eine große Protestversammlung gegen den Antisemitismus und den Versuch, demselben in unserer Stadt Eingang zu verschaffen, wird voraussichtlich am 29. d. Mts. stattfinden.

☐ **Wolfenbüttel**, 15. April. Auch in die alte Lessingstadt hat der Antisemitismus am Mittwoch, den 12. April seinen Einzug gehalten, allerdings — davon werden wohl auch die Veranstalter jener ersten und hoffentlich auch letzten Versammlung durch den Verlauf derselben sich überzeugt haben — mit einem durchaus negativen Erfolge. Auch hier war es wohl der Concurrenzneid, der einige Wolffenbüttler veranlaßt hatte, sich den antisemitischen Agitator Leuß aus Hannover zu einer Versammlung zu verschreiben. Besser hätte denn auch nichts Eiligeres zu thun, als der Einladung schleunigst Folge zu leisten. Da er aber bei der überwiegend aus Freisinnigen und Sozialdemokraten bestehenden Bevölkerung von vornherein auf wenig Gegenliebe für das von ihm gepredigte Evangelium des Racenhasses hoffen durfte, zumal auch die beiden Localblätter schon am Tage vor der Versammlung gegen ein Hineintragen von Haß und Zwietracht in eine friedliche Bevölkerung energisch protestirt hatten, so hatte er es für rathsam gefunden, sich aus Braunschweig die nöthigen Hurrahschreier, etwa 25 Mann, gleich mitzubringen. Er hatte sehr wohl daran gethan, denn sonst wären seine Expectorationen ohne jeden Beifall geblieben; wenigstens fanden sich von der zahlreichen Zuhörerschaft, die an jener Versammlung Theil nahm, nur 5 oder 6 Wolffenbüttler, und dies auch nur sehr junge Leute, bereit, in die Bravorufe jener Braunschweiger Ehreneskorte des Herrn Leuß mit einzustimmen.

Um $^3/_4$9 Uhr etwa begann der genannte Herr seinen Vortrag, nicht ohne mehrfach durch Mißfallensäußerungen aus der Zuhörerschaar unterbrochen zu werden. Im Allgemeinen war die Rede viel zarter und die Angriffe auf die Juden viel gemäßigter, als man dies sonst bei Herrn Leuß gewohnt ist. Auf den Inhalt des Vortrages hier einzugehen, lohnt nicht, da es immer dasselbe Lied ist, das nachgerade die Spatzen nachpfeifen können, ein Körnchen Wahrheit gemischt mit ganz unwahren, durch nichts bewiesenen Behauptungen, die in dem Resumé gipfeln, daß es in Deutschland erst wieder besser werden könne, wenn der letzte Jude den Staub der deutschen Erde von seinen Füßen geschüttelt hätte. Nach etwa einer Stunde schloß Herr Leuß seine Rede und fand dafür bei seinen Braunschweiger Gefolgsleuten auch den gebührenden Beifall.

Sämmtliche spätere Redner, es waren ihrer 5 oder 6, traten einhellig unter der allgemeinen Zustimmung der ganzen Versammlung den Ausführungen des Herrn Leuß entgegen. Herr Redacteur Weigt-Berlin ging von der Schilderung der inneren Hohlheit und Faulheit des Antisemitismus aus, deren schönste Blüthe sich in dem mit einem parlamentarischen Ausdruck überhaupt nicht zu bezeichnenden Auftreten des „Rectors aller Deutschen", Ehrenahlwardts im Reichstage gezeigt habe, widerlegte sodann an der Hand der Statistik und nicht abzuleugnender Thatsachen die Unrichtigkeit der antisemitischen Beschuldigungen, besprach endlich auch einige wirthschaftliche Punkte aus dem antisemitischen Programm, und schloß unter dem brausenden Beifall der Versammlung damit, vor den Lockstimmen der auf Volksverdummung und Knechtung hinarbeitenden Reactionäre, der offenen sowohl wie der geheimen, der antisemitischen Conservativen sowohl, wie der conservativen Antisemiten zu warnen.

Die nachfolgenden Redner, ein Dr. Eichengrün von der Samsonschule und die beiden Führer der dortigen Sozialdemokratie wiesen an den localen Verhältnissen nach, wie unbegründet gerade in Wolffenbüttel irgend welche antisemitische Hetzerei sei, und protestirten auf das Entschiedenste gegen den antisemitischen Versuch, den Frieden in der Bevölkerung Wolfenbüttels zu stören.

**Bayrische Juden in Amerika.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 15 der „Mittheilungen" brachten Sie einige Nachrichten über die vormaligen Verhältnisse der Juden in Bayern, worin auch nachgewiesen wurde, daß viele fleißige achtbare Menschen durch ihre unglückliche Lage gezwungen wurden, dem Vaterlande den Rücken zu kehren und jenseits des Oceans ein menschenwürdiges Dasein zu suchen. Diese bayrischen Juden haben in den Vereinigten Staaten eine sehr gute Aufnahme gefunden und sie haben es dem Lande zu danken gewußt, indem sie sich daselbst eine geachtete Stellung zu erwerben verstanden. — Es sind darunter viele zu großem Ansehen gelangt, nicht allein in commerzieller Beziehung, indem sie große Handlungshäuser gründeten, sondern auch in politischer Hinsicht haben Viele die Anerkennung gefunden, welche ihnen im Geburtslande nimmermehr zu Theil geworden wäre. War doch sogar ein diplomatischer Vertreter des großen amerikanischen Staatenbundes am goldenen Horn einer jener eingewanderten bayrischen Juden, welcher vor Jahrzehnten Deutschland verlassen mußte und in New-York eine zweite Heimath fand! Viele Import-Firmen in den Vereinigten Staaten sind von diesen bayrischen Juden begründet worden und, was ihnen zum besonderen Danke gereichen muß, sie haben niemals die Beziehungen zu ihrem Heimathlande aufgegeben, im Gegentheil, sie sind es, welche speciell die Einfuhr deutscher Fabrikate in

Amerika vermitteln und dadurch noch heute dem deutschen Reiche unendlichen Nutzen bringen und viele fleißige Hände beschäftigen. Alle die zahlreichen Kurzwaaren, welche beispielsweise Nürnberg producirt, die thüringer und sächsischen Spielwaaren, Porzellan, Korb- und Glaswaaren, sowie andere verwandte Artikel werden vornehmlich von aus Bayern stammenden Juden in Amerika importirt und zwar in einer Menge, daß sie in der deutschen Exportziffer eine sehr bedeutende Rolle spielen. — Indem so die bayrischen Juden ihrem deutschen Vaterlande, welches sie so schnöde behandelt hat, noch immer treue und gute Dienste leisten, haben sie auch sonst ihr Interesse für dasselbe nicht verloren; Beweis dafür, daß die jüngere Generation mit Vorliebe in Deutschland erzogen wird und die Alten der Deutschen Heimath in jeder Weise ihre Theilnahme bekunden.

**Wilhelm Marr, der bekannte antisemitische Schriftsteller** in Hamburg sendet der „Freis. Ztg." folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zu: „Auch ich — an Kampfjahren der älteste antisemitische Schriftsteller unserer Zeit! — sage mich los von der antisemitischen Bewegung. Faktisch und stillschweigend habe ich es schon seit Jahren gethan. Die Motive zu diesem Schritt wird man in meinem „litterarischen Nachlaß" nach meinem Tode ersehen."

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Zwei antisemitische Pastoren.** In der ersten Versammlung des neubegründeten christlichsozialen Vereins zu Neustettin, welchem auch Landrath v. Bonin angehört, hielt Pastor Weltzer-Persanzig einen „mit ungetheiltem Beifall aufgenommenen und mit lebhaften Zurufen begleiteten" Vortrag, dessen Inhalt sich mit den landläufigen Reden der niedrigsten antisemitischen Agitatoren deckte. Dieselben Phrasen von den Schlechtigkeiten der Juden, dieselben Beschimpfungen der deutschen christlichen Männer, welche eine „Schutztruppe für das übermächtige und mit so manchem Makel behaftete Judenthum" bildeten.

Der Berliner Pastor Julius Koch ist seinem Amtsbruder in Neustettin „über". Denn in einem Vortrage, welchen er am 14. April im Bürgerverein Ost-Louisenstadt hielt, brach er eine Lanze für Ahlwardt. Er beklagte die Schärfe, mit der gegen Ahlwardt im Reichstage verfahren werde. Es sei traurig, daß man über einen einzelnen Mann hergefallen sei und ihn moralisch todt zu machen suchte. Die Provocationen hätten Ahlwardts Aufregung so gesteigert, daß er Beschuldigungen aussprach, für die er das Beweismaterial nicht zur Stelle hatte. Unter solchen Umständen dürfe man ihm das nicht so schwer verdenken. Pastor Koch tadelte die „Kreuzztg.", lobte die „Staatsbürgerztg". Das genügt zur Charakterisirung des Standpunktes, welchen dieser Geistliche vertritt.

**Wegen Beleidigung der in dem Buschhoff-Prozesse** thätig gewesenen **richterlichen** Beamten, begangen in einer Artikelreihe, sind von der Leipziger Strafkammer der Hauptleiter der antisemitischen „N. Deutsch. Ztg.", **Dr. Erwin Bauer** zu 6 Wochen Gefängniß, der verantwortliche Redacteur des Blattes, Schroot, zu 320 Mk. Geldbuße verurtheilt worden. — Bauer bezeichnete als den Verfasser der incriminirten Artikel einen Polizeispitzel. Der Mann sei durch einen Freund bei ihm eingeführt worden, habe sich als hoher Justizbeamter vorgestellt und sich als genau informirt erwiesen. Später habe sich herausgestellt, daß er nur ein Spitzel der Berliner Polizei ist. Seit einigen Tagen, sagte Bauer, habe er den vollständigen Beweis, daß der Mann den Auftrag gehabt habe, die antisemitische Bewegung zu überwachen und die hervorragenden Mitglieder derselben zu allen möglichen Thatheiten zu provoziren. Diese Person und die ganze Angelegenheit werde übrigens demnächst im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Er sei leider nicht in der Lage, die Persönlichkeit zu nennen, weil er sein Ehrenwort gegeben habe, den Namen zu verschweigen. —

In einem Artikel „**Wasser auf die jüdischen Mühlen**" (der, nach der Versicherung Bauers, aus der Feder **jenes Polizeispitzels stammt!**) wurde in der „**Staatsbürgerztg.**" behauptet, daß „die Art und Weise", in der **Dr. Bauer sich** durch seine Mittheilungen über den Verfasser der incriminirten Artikel eine Milderung in der Bemessung des Strafmaaßes verschafft habe, „in der deutschen Journalistik bisher ohne Beispiel dastehe"; das Vorgehen Dr. Bauer's **wird als** ein „Rückzug" nach der „Gepflogenheit der Sozialdemokraten" charakterisirt, und dann Folgendes geschrieben:

„Nun erklärt aber Herr Dr. Bauer selbst, daß er durch sein Ehrenwort verpflichtet sei, den Namen des Verfassers jener Artikel zu verschweigen. In diesem Falle aber war er auch verpflichtet von seinen Annahmen darüber überhaupt zu schweigen; am allerwenigsten aber war er berechtigt, einen Bruch dieses ehrenwörtlich gegebenen Versprechens durch einen Reichstags-Abgeordneten in Aussicht zu stellen, und wir verwahren alle diese Herren ohne Ausnahme mit vollster Entschiedenheit dagegen, daß einer von ihnen sich dazu hergeben sollte. Dazu kennen wir sie doch zu gut und wissen, daß wir in ihnen deutsche Männer vor uns haben, die ein Versprechen hoch halten und sich nicht zu Werkzeugen gebrauchen lassen, ein solches zu umgehen. Das ist eine Beleidigung dieser Herren, die wir mit voller Schärfe zurückweisen."

Was bringt Dr. Bauer nun zu seiner Rechtfertigung vor? Es sei ihm nicht eingefallen, irgend einen antisemitischen Reichstagsabgeordneten dazu zu veranlassen oder zu ermächtigen, über die Person des Verfassers der Xanten-Artikel im Reichstage Mittheilungen zu machen. Er habe vielmehr das ihm von verschiedenen Seiten gemachte Anerbieten, daß der Name des Verfassers von unbetheiligter Seite dem Leipziger Gerichtshofe vor Beginn der Prozeßverhandlungen genannt werden sollte, direct und indirect abgelehnt und Diejenigen, von denen er den rechten Namen des Verfassers erfahren hat, ersucht, Alles zu unterlassen, was so aussehen könnte, als wolle er, Dr. Bauer, sich durch Preisgebung des Verfassers den Rücken decken. Vielmehr habe der Reichstagsabgeordnete Rector **Ahlwardt**, der viel früher und genauer über die in Frage kommende Persönlichkeit unterrichtet war, als Dr. Bauer, diesen persönlich aus eigener Initiative mitgetheilt, daß er die Rolle dieser Person in der antisemitischen Bewegung im Reichstage zur Sprache bringen werde. **Und** Dr. Bauer habe sich auch gegenüber dieser Eventualität, auf deren Herbeiführung oder Unterlassung ihm nicht der geringste Einfluß zusteht, seine Integrität als Redacteur insofern zu wahren versucht, als er durch eine dritte Persönlichkeit dem Reichstagsabgeordneten Ahlwardt das Versprechen hat abnehmen lassen, in der Sache nichts ohne vorheriges Einvernehmen mit anderen maßgebenden Persönlichkeiten zu unternehmen.

Also von Ahlwardt hat Dr. Bauer seine Wissenschaft über den Polizeispitzel! Es ist doch merkwürdig: wo etwas Geheimnißvolles in der antisemitischen Bewegung passirt, begegnet man dem Abgeordneten Ahlwardt. Ueber diesen Polizeispitzel hat er sicherlich schon einen Centner Acten liegen, und auch diese sollen nun ihren Weg in den Reichstag nehmen. Der „Tisch des Hauses" wird ja gar nicht ausreichen, um alle Ahlwardtschen Acten zu beherbergen. Schade, daß Dr. Bauer nicht dem Leipziger Gerichtshofe mitgetheilt hat, durch wen er über die Person des Verfassers der Xanten-Artikel aufgeklärt worden ist — seine Aussage wäre gewiß in einem anderen Lichte erschienen.

w. **Hannover**, 12. April. Daß die Antisemiten in der Wahl ihrer Kampfesmittel keineswegs sehr wählerisch sind, das hat ja einer ihrer Führer, Herr Paul Werner-Marburg gelegentlich der letzten Stöckerversammlung in der Tonhalle zu Berlin offen ausgesprochen, indem er seinem, gegen die moderne Radautaktik der Antisemiten zu Felde ziehenden Herrn und Meister, dem Herrn Hofprediger Stöcker entgegenhielt, er, Stöcker, habe selbst den größten Theil seines Erfolges nur dem Radau zu verdanken. Die Wahrheit des oben ausgesprochenen Satzes wird aber auch durch ein Ma-

növer bestätigt, das die Antisemiten neuerdings in Hannover ausgeführt haben. In einem von ihnen vor Kurzem herausgegebenen „Christlich-deutschen Kalender" hatten sie der Parole: „Kauft nicht bei Juden!" dadurch ein besonderes Relief zu geben gesucht, daß sie die Namen einer ganzen Reihe von christlich-germanischen Geschäftsinhabern Hannovers als besonders empfehlenswerth ihren Lesern anpriesen, natürlich ohne zuvor diese Geschäftsleute um ihre Einwilligung zu einem derartigen Vorgehen befragt zu haben. Eine große Anzahl der Letzteren war denn auch keineswegs mit diesem Gebahren einverstanden und protestirte öffentlich in den Hannöverschen Blättern dagegen, daß ihre Namen in solcher Weise zu antisemitischen Reclamezwecken gemißbraucht würden. Diese energische Desavouirung ihres Treibens war natürlich den Herren Antisemiten unangenehm, und da sie den Unterzeichnern des Protestes nicht öffentlich entgegen zu treten wagten, versuchten sie wenigstens in einer versteckten, höhnischen Weise an ihnen ihr Müthchen zu kühlen. Einigen dieser Geschäftsinhaber — ob allen Unterzeichneten dieses Protestes, war dem Schreiber dieses nicht möglich festzustellen — ging nämlich bald nach Veröffentlichung des Protestes folgendes Schreiben zu:

Hannover, den 26 März 1893.

Hochgeschätzter Herr!

Durch die heutige Bekanntmachung betreffs des christlich-deutschen Kalenders ist ganz Israel freudig erregt, daß Sie sich ermannen öffentlich gegen das nichtswürdige Treiben der Antisemiten aufzutreten. So viel in meinen Kräften steht, werde ich dazu beitragen, daß die israelitischen Bewohner unserer lieben Stadt Hannover Ihrem Geschäfte, sowie auch den der hochgeehrten Mitunterzeichneten der Bekanntmachung ihre Kundschaft zuwenden.

Es wird auch hier in Hannover beabsichtigt, einen Anti-Antisemitischen Verein zu gründen und werde ich mir erlauben Sie, hochgeschätzter Herr, als Comité-Mitglied des betreffenden Aufrufs mit namhaft zu machen.

Indem ich Ihnen, sowie auch den übrigen mitunterzeichneten Herren der Bekanntmachung namens der hiesigen Gemeinde für Ihre edle Gesinnung meinen tiefgefühlten Dank ausspreche, zeichne ich

mit vorzüglicher Hochachtung!

Gronemann; Dr phil.

Landrabbiner.

Es versteht sich von selbst, daß der Rabbiner, dessen Name in diesem Schriftstück in so hämischer, geradezu gemeinen Weise gemißbraucht ist, von diesem antisemitischen Machwerk absolut nichts weiß. Aber man sieht auch hieraus wieder, daß diesen modernen Volksrettern, wenn es ihnen in ihren Kram paßt, jedes Mittel recht ist, und daß es ihnen, die sich stets als die Vertreter deutscher Geradheit und Treue aufspielen, keinerlei Gewissensbisse macht, auch aus dem Hinterhalt mit vergifteten Pfeilen den Kampf mit dem Gegner zu führen. Die Sache ist dem Staatsanwalt übergeben.

**Bismarck und Stöcker.** In einer Polemik gegen Herrn Stöcker, der in der letzten Tonhallen-Versammlung gesagt hatte, Fürst **Bismarck** habe sich an allen Parteien gerieben, aber Eins habe er nie von dem Fürsten gehört: ein Wort gegen die Judenpresse, gegen die Uebermacht des Judenthums — schreiben die „Hamburg. Nachr.":

„. . . . Alsdann aber ist es eine Zumuthung, die man sich an eine Parteiagitation wohl erlauben kann, aber nicht an einen leitenden Minister: daß Jemand in der Stellung des Letzteren sich zum Hatzhund für Fractions-Interessen hergeben soll. Glaubt denn Herr Stöcker, wenn er plötzlich an die Spitze der deutschen Politik gestellt würde, daß er seinerseits den Antisemitismus in dem bisher von ihm betriebenen Maße fortsetzen könnte? Wir erinnern uns im Augenblick keines Wortes des Fürsten Bismarck gegen die Judenpresse, und es ist auch ganz gleichgültig, ob er ein solches gesprochen hat oder nicht. Wir erinnern uns aber auch nicht, daß er, so lange er im Amte war, gegen Herrn Stöcker sich geäußert hat; im Gegentheil, als bei dem Regierungsantritte Kaiser Friedrichs eine Stöckerhetze in Scene gesetzt werden sollte, ist der damalige Ministerpräsident in den sehr zahlreichen Charlottenburger Conseils der Einzige gewesen, der mit Rücksicht auf die Tapferkeit, die Herr Stöcker im Kampfe gegen die Demokratie bewiesen hatte, ein milderes Verfahren gegen ihn als das beabsichtigte beim Kaiser Friedrich zur Annahme brachte. . . . . . Wir glauben, daß Herr Stöcker schlimmere Feinde des Monarchismus bekämpfen könnte als gerade den früheren Kanzler. Wir wissen nicht, wie alt Herr Stöcker ist, aber wir glauben doch, daß er sich den Jahren nähert, in welchen er seine Leidenschaft mäßigen könnte. Es thut uns leid, daß die Fähigkeiten und die Energie, welche Herr Stöcker besitzt, in Folge seiner Charakterfehler ohne Nutzen für das Staatswesen verbraucht werden."

**Ahlwardt** hat seine Acten noch immer nicht dem Reichstage vorgelegt. Er weigert sich hartnäckig, einen entsprechenden, correct formulirten Antrag einzubringen. Die nöthigen Unterschriften hat ein solcher Antrag erhalten und zwar Seitens der Antisemiten Werner und Pickenbach, sowie von 17 Sozialdemokraten, worunter sich die Juden Singer, Wurm und Stadthagen befinden. Die antisemitischen Abgg. Böckel, Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann haben die Unterstützung abgelehnt. — Was den Inhalt der Acten betrifft, so geht aus den Aeußerungen der „Staatsbürgerztg." hervor, daß dieselben über den Ausgangs- und Kernpunkt seiner Anschuldigungen, nämlich die Frage des Invalidenfonds, nichts enthalten.

Die Anerkennung, die Ahlwardt im Reichstage versagt wird, findet er außerhalb desselben. So hat der Gesammtvorstand des d e u t s c h s o z i a l e n Vereins „Berlin Süden" einstimmig beschlossen, ihn zum Ehrenmitgliede zu ernennen.

**Ahlwardt** bestreitet in einer weitschweifigen Zuschrift an die „Westf. Reform", daß er in Großenhain (vgl. Nr. 14 der „Mitth.") gesagt habe, die Mutter des Centrums sei eine Judentochter. — Von allen J u d e n l ü g e n sei diese die schändlichste. Seit wann ist die „Germania", welche die betr. Notiz gebracht hat, ein „Judenblatt"? — Herr Ahlwardt will vom Centrum überhaupt nicht gesprochen haben.

„Gesprochen habe ich nur davon, daß die Juden in allen Parteien ihre Freunde hätten, und dabei bin ich auf die Herren von Manteufel, Lieber und Richter gekommen.

Von Lieber habe ich gesagt, daß dem Gerüchte nach seine Mutter eine Jüdin gewesen sei. Ob das wahr sei, könne ich nicht wissen. — — — — —"*)

Ist Herr Stöcker immer noch von der Ehrlichkeit dieses Mannes überzeugt?

**Conservative und „reine" Antisemiten.** Die „Conservative Correspondenz" bemüht sich, zwischen der conservativen Partei und den „r e i n e n A n t i s e m i t e n" einen Scheidestrich zu ziehen; das Parteiorgan sagt:

„Nach dem Inkrafttreten des neuen Programms muß der Bestand einer „rein" antisemitischen Partei oder „rein" antisemitischer Gruppen, die nebenbei die alten conservativen Forderungen wirthschaftlichen Charakters zu der ihrigen machen, wenigstens conservativen Wählern u n n ö t h i g o d e r m i n d e s t e n s ü b e r f l ü s s i g e r s c h e i n e n. Und das war auch ein Zweck der Programmänderung. Die „rein" antisemitischen Parteien aber verfolgen nicht allein die auch von uns stets vertretenen Bestrebungen, also die Bestrebungen ausschließlich conservativer Natur, sondern sie erheben auch Forderungen ausgesprochen demokratischen Charakters. Sie stellen sich also schon durch ihr Programm zu der conservativen Partei in Gegensatz. Anstatt nun bei ihren Wahlagitationen diesen Gegensatz zu betonen, sind die Antisemiten bestrebt, die Divergenzen zu verdecken, um die Anhänger der conservativen Partei irrezuführen. Nicht mit ihrem eigenen Programm treten die Antisemiten in solchen Fällen, wo sie sich uns gegenüberstellen, hervor, sondern sie operiren auf dem Boden des conservativen Programms, dessen concrete Forderungen sie durch weitergehende, meist unerfüllbare Versprechungen zu überbieten suchen, und verschleiern ihre demokratischen Tendenzen. Ein solches Vorgehen machen wir den antisemitischen Wortführern entschieden zum Vorwurf, und alle noch so wohlwollenden Aeußerungen der antisemitischen, beispielsweise der deutschsozialen Wortführer und Parteipresse, durch die den Conservativen eine „Unterstützung" bei den nächsten Reichstagswahlen in Aussicht gestellt und ein even-

*) Die fünf Gedankenstriche rühren von Ahlwardt her.

tuelles Zusammengehen mit der conservativen Partei empfohlen wird, müssen von uns so lange unerwidert bleiben, als die Antisemiten ihre bisherige Taktik und Agitationsmethode weiter befolgen."

Es ist wohl zu beachten, bemerkt dazu die „N. A. Z.", daß die an die conservativen Wähler gerichtete Warnung vor den „reinen" Antisemiten sich keineswegs allein auf die Ahlwardt'sche und Böckel'sche Gefolgschaft erstreckt, sondern ausdrücklich auf die sogenannten Deutschsozialen des Herrn Liebermann v. Sonnenberg pointirt wird.

**Dr. Böckel** ermahnt die Antisemiten Deutschlands, bei den bevorstehenden **Neuwahlen zum Reichstage** keine aussichtslosen Candidaten aufzustellen, sondern alle Geldmittel nach Hessen zu werfen. Man begreift eigentlich nicht, weshalb Herr Böckel so gewaltige Anstrengungen macht, um Mandate zu erobern. Nennt er doch in derselben Nr. seines Organs, welche obigen Appell an die Gesinnungsgenossen enthält, den Reichstag eine „Komödie". —

**Die antisemitische „Reformpartei" im Königreich Sachsen** wird, wie die „Deutsche Wacht" mittheilt, im Fall der Reichstagsauflösung in folgenden acht sächsischen Kreisen eigene Candidaten aufstellen: 1. Zittau (bisher. Vertreter: Buddeberg, freis.); 2. Löbau (bisher Vertr.: Hoffmann-Neugersdorf, nat.-lib.); 3. Bautzen-Bischofswerda (bisher. Vertr.: Hempel, conservativ); 4. Dresden-Neustadt (bisher. Vertr.: Klemm, cons.); 5. Dresden Altstadt (bisher. Vertr.: Hultzsch, cons.); 6. Dresden-Land (bisher. Vertr.: Ackermann, conserv.); 7. Meißen-Riesa-Großenhain (bisher. Vertr.: Frhr. v. Friesen, cons.); 8. Pirna (bisher. Vertr.: Grumdt, Reichspartei).

Die Antisemiten halten sich also, wie man sieht, keineswegs blos an die ihnen von den Conservativen gütigst überlassenen liberalen Wahlkreise, sondern nehmen mit Vorliebe conservative Wahlkreise in Angriff.

**Der deutschsoziale Wahlverein für Nordwestdeutschland** macht bekannt, daß er, nachdem in den letzten Wochen an einer großen Zahl von Orten Hannovers, Westphalens und Braunschweigs Versammlungen abgehalten und mehrere Vereine begründet worden, die Agitation im Sommer fortsetzen werde. Insbesondere seien Versammlungen im Freien in Aussicht genommen. — Wir erwarten, daß auch die Gegner der Antisemiten es an der nöthigen Wachsamkeit und Rührigkeit nicht fehlen lassen werden.

**Wie der „Badische Volksbote" lügt.** Dieses Antisemitenblatt nennt Hermann Bahr, dessen Unterredung mit Professor Mommsen wir mitgetheilt haben, einen „Tintenjuden". Bahr ist aber Christ.

**Der Bankier Stapelfeldt**, den der „Bad. Volksbote" zum Juden stempelt (vergl. Nr. 16 der „Mitth.") ist, wie uns aus Hamburg, Altona, Kiel, Rendsburg geschrieben wird, christlicher Confession und Abstammung.

**Ein sächsisches Amtsblatt im Dienste des Antisemitismus.** Der letzten Sonntagsnummer des in Burgstädt erscheinenden Amtsblattes war das Programm der deutschsozialen Partei beigelegt. Im redactionellen Theile befand sich ein Hinweis darauf mit dem Bemerken, daß „Anmeldungen zur Mitgliedschaft des deutschsozialen Reformvereins für Burgstädt und Umgegend jederzeit beim Vorstand desselben, Herrn Lehrer Drescher hier, angebracht werden können". —

**Juden als Handwerker.** Die Gesellschaft zur Verbreitung der Handwerke und des Ackerbaues unter den Juden im preußischen Staate hielt dieser Tage in Berlin ihre 30. Jahresversammlung ab, in der u. A. von Justizrath Makower dringend gemahnt wurde, als wirksames Mittel zur Bekämpfung des Antisemitismus das Ansehen des Handwerks bei der jüdischen Bevölkerung und namentlich bei der jüdischen Frauenwelt zu heben. Dem Bericht zufolge hat der Verein im letzten Jahre seine Fürsorge 93 Lehrlingen zugewandt, darunter befanden sich 10 Schneider.

Wie wir erfahren, bestehen in Deutschland solcher Vereine etliche zwanzig. Auch in Oesterreich machen sich gleiche Bestrebungen in energischer Weise geltend.

Man sollte nun meinen, daß die Antisemiten, welche den Juden fortwährend vorwerfen, daß sie sich nicht den Handwerken zuwenden, körperliche Arbeit scheuen 2c., sich über die Thätigkeit jener Vereine freuen. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Ein österreichisches Antisemitenblatt beklagt es, daß die Zuweisung jüdischer Lehrjungen zum Handwerke immer größere Dimensionen annehme. So habe der „Verein zur Beförderung der Handwerke unter den inländischen Israeliten" gegenwärtig circa 2500 jüdische Lehrjungen, die von ihm bei Handwerkern untergebracht wurden und von ihm bekleidet, und, soweit nöthig, in jeder Richtung unterstützt werden, in Evidenz. In seinem Geschäftsbericht für 1890 habe dieser Verein nur eine Zahl von 750 Pflegebefohlenen ausgewiesen. Man sehe daraus, wie sehr seitdem der Andrang der Juden zum Gewerbe zugenommen hat. In derselben Richtung seien israelitische Wohlthätigkeitsvereine thätig, in erster Linie die „Israelitische Allianz" mit ihren Filialen, die in Polen sogar Handwerkerschulen errichtet, weil sich sehr häufig die galizischen christlichen Handwerksmeister weigern, jüdische Lehrjungen aufzunehmen. Reichliche Unterstützung fänden alle diese Vereine von Seite der Baron Hirsch-Stiftung. Um so bedauerlicher sei es natürlich für das christliche Volk, daß auch noch der unter christlicher Firma segelnde „Verein für Lehrlingsunterbringung" in Wien mit Stolz darauf hinweist, welch' erkleckliche Zahl jüdischer Lehrjungen er dem Handwerke zuführt.

Wie sollen es die Juden den Antisemiten recht machen? Erst werden sie, weil sie unter den Handwerkern nicht genügend vertreten seien, als unproductive Elemente beschimpft. Wenden sie sich dem Handwerke zu, so werden sie von den Antisemiten als unbequeme Concurrenten denuncirt.

**Leer**, 18. April. Nach dem Vorbilde der „judenreinen" Viehmärkte, welche Böckel in Hessen einzuführen versucht, wird hier Seitens der Antisemiten beabsichtigt, den Viehhandel in christlich-deutsche Hände zu legen.

**Das Blutmärchen in neuer Auflage.** Aus **Kolin** (Böhmen) wird berichtet: Vor etwa fünf Wochen verschwand hier ein Mädchen, welches bei einem Herrn Brettler bedienstet war, und bald wurde das gehässige Gerücht verbreitet, daß das Mädchen von Juden rituell abgeschlachtet worden sei. Am 11. d. Mts. entstand nun neue Aufregung in der Stadt, als bekannt wurde, daß Tags vorher die Leiche des vermißten Mädchens aus der Elbe gezogen worden ist. Ein Haufe von Menschen, zumeist aus jungen Burschen, Lehrlingen und Dienstmädchen bestehend, zog zum neuen katholischen Friedhofe, wo von einer gerichtlichen Commission die Obduction der in der Elbe gefundenen Leiche vorgenommen wurde. Es geschah dies durch die Aerzte Dr. Stepan und Dr. Sil im Beisein des Dr. Adolf Deutsch. An dem Leichnam sind keine Spuren irgend einer Verletzung wahrgenommen worden. Während die Commission diesen Thatbestand feststellte, wuchs die lärmende und tobende Menge vor dem Friedhofe in unabsehbarer Zahl an. Sofort wurde Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung dahin entsendet. Der Pöbel, welcher abziehen mußte, verfolgte johlend eine achtbare jüdische Frau. Sie wurde mit Steinen beworfen und flüchtete in das Haus des Herrn Tokor, von wo sie die Polizei befreite. Der Pöbel zog darauf unter Lärmen und Johlen auf den Ringplatz, wo die Polizei nur mit großer Mühe und nur für kurze Zeit Ordnung schaffen konnte. Gegen Abends wuchs die Menge immer stärker an, Polizei und Gendarmerie patrouillirte mit aufgepflanztem Bajonnet auf dem Ringplatze und in den Hauptstraßen, damit die Ordnung nicht gestört werde. Während dieser Vorgänge kam Herr Brettler, bei welchem das verunglückte Mädchen gedient hatte, bestürzt ins Rathhaus und meldete, daß soeben der Vater und eine Tante des Mädchens von ihm verlangt hätten, er möge sofort 50 fl. den zwei Arbeitern, welche das Mädchen aus der Elbe gezogen hatten, einhändigen, sonst würde es ihm noch sehr schlecht gehen. Dieser Erpressungsversuch hatte zur Folge, daß der Vorstand der hiesigen israelitischen Cultusgemeinde Schutz für den bedrohten Brettler verlangte und auch erwirkte. Polizei muß das Gebäude bewachen. — In einem weiteren Berichte aus Kolin vom 13. d. M. wird erzählt: Das Dienstmädchen hatte sich nach dem Ausspruche seiner eigenen Angehörigen mit Selbstmordgedanken getragen und war zweifellos in die hochgeschwollenen Fluthen der Elbe gesprungen. Trotzdem circulirten sofort in der Stadt die ungeheuerlichsten Gerüchte, und das hier erscheinende jungczechische Organ „Polabon" stachelte die Menge durch die Behauptung auf, daß die Juden an dem Mädchen einen rituellen Mord begangen hätten. Als der Leichnam des Mädchens am 10. d. M. von Arbeitern beim Sandausheben aus dem Flusse gezogen

wurde, fand man ihn in den Kleidern, mit welchen man das Mädchen zuletzt gesehen hatte, und ganz unversehrt. Bei der Obduction wurde constatirt, daß an der Leiche weder innere noch äußere Verletzungen vorhanden seien, und daß ein Selbstmord vorliege. Trotzdem brachte der „Polaban" in seiner vorgestrigen Nummer einen Bericht, in welchem behauptet wurde, man habe den Leichnam vollständig entkleidet in einem Sacke aufgefunden, und es seien an demselben solche Verletzungen und Schnitte constatirt worden, daß man auf einen Mord schließen könne. Die betreffende Nummer wurde zwar confiscirt aber einzelne Exemplare gelangten doch ins Publicum, die blödsinnigen Märchen wurden nun weiter colportirt, und dies führte am 11. und 12. d. M. zu Ausschreitungen. Es rotteten sich Tausende von Menschen auf dem Ringplatze und in den benachbarten Straßen zusammen, schlugen Fenster ein und schrieen: „Schlagt die Juden todt! Hängt sie auf!" Daß es nicht zu ärgeren Excessen kam, ist nur der Umsicht des Bezirkscommissonärs Herrn Eigel und dem energischen Vorgehen der verstärkten Gendarmerie zu verdanken, welche die Menge immer wieder mit gefälltem Bajonette auseinandertrieb und die Hauptschreier verhaftete. — Koliner Depeschen melden: Bei den Excessen wurden die Sicherheitsorgane mit Steinen beworfen. Mehrere Personen wurden mißhandelt und verletzt. Die jüdischen Schulkinder mußten am 13. d. M. in Folge der drohenden Haltung der fanatischen Menge den Schulbesuch einstellen. Es wurden über zwanzig Verhaftungen vorgenommen. Da man größere Ruhestörungen besorgt, wurde zur Aufrechterhaltung der Ordnung Militär requirirt. Ein Wiener antisemitischer Abgeordneter zog, wie verlautet, Erkundigungen ein, ob es sich für ihn verlohnen würde, nach Kolin zu reisen.

Nach neueren Nachrichten ist zu der Judenhetze eine **Deutschenhetze** hinzugetreten.

## Stimmen aus dem Mittelalter zur Judenfrage.

Trithenius: „Es ist erklärlich, daß sich gleichmäßig bei Niedrigen und Hohen, Gelehrten und Ungelehrten, Fürsten und Bauern ein Widerwille gegen die wucherischen Juden eingewurzelt hat, und ich billige alle gesetzlichen Maßregeln zur Sicherung des Volkes gegen dessen Ausbeutung durch den Judenwucher. Oder soll etwa ein fremdes, eingedrungenes Volk über uns herrschen, und zwar herrschen nicht durch größere Kraft, höheren Muth und höhere Tugend, sondern lediglich durch elendes, von allen Seiten und mit allen Mitteln zusammengescharrtes Geld, dessen Erwerb und Besitz diesem Volke das höchste Gut zu sein scheint? Soll dieses Volk mit dem Schweiße des Bauern und Handwerksmannes ungestraft sich mästen dürfen? Das sei ferne! Aber ebenso fern sei eine Verfolgung der Unschuldigen mit den Schuldigen, ein Jagen und Hetzen oder eine Einkerkerung aller derer, die nur den Namen eines Juden tragen. Auch die gewaltsame Einziehung ihres Vermögens, die oft aus bloßer Geldgier von Fürsten und Herren erfolgt, ist wider Recht und Pflicht. Die Juden begehen Verbrechen, es ist wahr; sie schänden das heilige Sakrament; man sagt ihnen sogar nach, daß sie oft Christenkinder tödten und deren Blut trinken. Aber ist denn alles wahr, was man ihnen nachsagt? Ist es billig, daß man, wenn Verbrechen einzelner begangen werden, den ganzen Stamm darunter leiden lasse?"

An einer anderen Stelle sagt Trithenius: „Nicht durch gewaltsame, unchristliche Verfolgungen und Ausplünderungen muß man sich der Judenplage entledigen, sondern dadurch, daß man den Juden allen Wucher und alles schändliche Betrügen abschneidet und sie selbst zu nützlichen Arbeiten auf dem Felde und in Werkstätten anhält."

Im Jahre 1469 gab der Papst Paul II. die besondere Erklärung ab: Es dürfe nicht als tadelswerth und dem Seelenheile schädlich erachtet werden, wenn Gerechtigkeit, die für alle dieselbe sein müsse, auch den Juden gewahrt würde.

Als im Jahre 1446 sämmtliche Juden der Mark Brandenburg gefangen genommen, in den Kerker geworfen und ihrer Güter beraubt wurden, sprach sich der Bischof „Stephan von Brandenburg" eindringlichst gegen dies Vorgehen aus. Er sagte: „Uebel handeln die Fürsten, die aus unerhörten Geiz und ohne gerechte Ursache die Juden aller ihrer Habe berauben, sie ermorden oder ins Gefängniß setzen und durch Wucher abgehalten werden, die geraubten Güter zurückzugeben."

Als der Mainzer Kurfürst Albrecht von Brandenburg im Jahre 1515 und in den folgenden Jahren eine größere Zahl von Fürsten und Städten unter sich zu einem Bündniß „zur ewigen Vertreibung der Juden" zu vereinigen suchte, erklärte der Frankfurter Blasius von Holzhausen: „Es war aber dabei den geldgitzigen und üppigen Bewohnern Brandenburgs nit sowal um den gemeinen Nutzen zu thun, denn um seinen eigenen Vortheil. Und würde er selbst an die Juden verkauffen, wenn die Summe des Angebotes hoch genug sey". (s. Senkenberg, Acta 501).

Bemerkenswerth ist noch, was Hanz Folz in seiner Ystori vom römischen Reich erwöhnt:

Ich wil der mechtigen geschweygen,
Die mit infideln auf der geygen,
Daß man von Herzen sich solt schamen,
Doch einerlei unnütz reist gern zusamm.
So spricht man: Gleich geselt sich gern.
Das ist verhengnus von got dem Herrn.
Sant Jud und Christ, als ich hör sagen,
Sint über einen Leist geschlagen,
Deshalb mehrt sich zunegst hiezey
Auf einen teyl die keezerey.

R. in A.

## Vom Büchertisch.

H. Leszczynski, Unser Bruder bist du. Achenn Attah. Leipzig. C. F. Müller 1893. — Alexander Berg, Judenhyänen vor dem Strafgericht zu Lemberg. Berlin. G. A. Dewald 1893. (antis.) — Nach Jerusalem gehen wir nicht. (Ein Schriftchen, das ein „Deutscher mosaischer Religion" verfaßt hat, der „nach 38 jähriger Abwesenheit in die geliebte Heimath zurückgekehrt" ist. Nürnberg bei Heerdegen-Barbeck.) — Albert Katz, der wahre Talmudjude, 2. Auflage Berlin. Emil Apolant. 1893. — Friedrich's des Großen Gedanken über Religion. Dresden, H. Jaenicke. 1893.

## Briefkasten.

**Abonnent in Stade.** Die Verleihung des Professor-Titels an den Agitator und Ahlwardt-Genossen Dr. Paul Förster hat mit seiner antisemitischen Gesinnung nichts zu thun. Der Reichsanzeiger hat kürzlich eine fast zehn Spalten füllende Liste der zu Professoren ernannten Oberlehrer veröffentlicht. Es befinden sich darunter Männer der verschiedensten Parteirichtungen. Die Titelverleihungen erfolgen lediglich nach der Anciennität. Deshalb liegt kein Grund vor, der dem Dr. Förster zu Theil gewordenen Auszeichnung irgend eine politische Bedeutung beizumessen oder gar, wie es hier und da geschieht, in ihr eine Art Belohnung für die antisemitische Thätigkeit Försters zu erblicken.

**A. in Frankfurt a. M.** Soll gelegentlich benutzt werden.

**S. D. in Breslau.** Besten Dank für freundliche Zusendung des Materials, dessen Verwerthung erst in der nächsten Nr. möglich ist.

**L. R. in Gr. U.** Wir können Ihnen keine Auskunft über die „mißglückte Ansiedelung" geben.

**L. N. in Hamburg.** Bitten um Einsendung eines Berichts über den Prozeß; wir nehmen selbstverständlich davon Notiz.

**Dr. M. in Berlin.** Der Hauptleiter des Blattes, Dr. Friedrich Lange, ist vermuthlich auch der Verfasser der von Ihnen gewürdigten Notiz.

**A. R. in Dresden.** Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

**Dr. W. in K.** Gewiß; senden Sie nur ein.

### Briefkasten der Expedition.

**Frankenstein.** Alle Postabonnenten müssen sich mit ihren Reclamationen an ihre Postanstalt wenden. Wir können da keine Abhilfe schaffen. Die „Mittheilungen" werden Ihnen nur dann in's Haus gebracht, wenn Sie noch 15 Pfg. Bestellgeld, also im Ganzen 65 Pfg., bezahlen.

**Stüffel in Horburg.** 1,70 Mk. erhalten. Wir mußten 5 Pfg. Bestellgeld zahlen.

**Hagemann in Döbeln.** Wir geben auch die Nr. 14 der „Mittheilungen" zum Einzelpreise von 5 Pf. ab. Das Porto beträgt 3 Pf., zusammen also 8 Pf. — Die Broschüre heißt: „Die Militärvorlage und sonstige Tagesfragen. Ein Wahlbüchlein von Eugen Richter". Einzelpreis 50 Pf., 5—10 Exemplare 40 Pf., 10—50 Exemplare 30 Pf., 50—100 Exemplare 20 Pf., 100—300 Exemplare 15 Pf., 300—500 Exemplare 12 Pf., 500 und mehr Exemplare 10 Pf. Zu beziehen durch die Expedition der „Freisinnigen Zeitung", Berlin, Zimmerstr. 8 und durch den Buchhandel. Wir haben die Broschüre nicht vorräthig.

**Margulies in Lübeck.** Von dem Ertrag Ihrer Broschüre fernere 5 Mk. erhalten.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

**Nr. 18** | **Berlin, den 30. April.** | **3. Jahrg. 1893.**

## Ahlwardt in der Reichstagssitzung vom 25. April.

Nach langem Sträuben hat Ahlwardt endlich am vergangenen Dienstag die versprochenen Acten aorgelegt mit dem van seinen Freunden Werner und Pickenbach sowie 17 Sozialdemokiaten (worunter sich die *jüdischen* Abgg. Singer, Stadthagen, Wurm befanden) unterstützten Antrage „eine *Commission* von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche zu prüfen hat, ob und inwieweit der Inhnlt der von dem Abgeordneten Ahlwardt dem Reichstag übergebenen Acten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18. und 21. März d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstages und des Bundesraths erhobenen Beschuldigungen rechtfertigt."

Ahlwardt gab seine am 18. März aufgestellte Behauptung: Den *Reichsinvalidenfonds* so knapp zu bemessen, habe die Regierung oorgeschlagen, „natürlich nach Verhandlungen hinter den Coulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Capitalien in die Hände bekäme" — preis. Er beschuldigte aber dach die Verwaltung des Invalidenfonds eines die Reichsinteressen vielfach schädigenden Verhnltens. Der Hauptinhalt seiner Acten und seiner Rede indessen erstreckte sich auf angebliche Machinationen der Discontogesellschaft einschließlich ihres domaligen Directors *Miquel* in Sachen der rumänischen Eisenbahngesellschaft, wodurch das deutsche Volk um viele Hunderte aon Millionen geschädigt sein sollte. Eine Reihe von „blutigen" Gründungen führte Ahlwardt vor, um zu beweisen, wie sich Männer wie der Abg. v. Bennigsen, unrechtmäßig dabei bereichert hätten. Mit kecker Stirn erhob er die schweren Anklagen, die in der Hauptsache in dem Verleumdungsprocesse Gehlsen und in einer Reichstags-Enquete längst als unhaltbar erwiesen sind.

Nicht um Ahlwardts willen, sondern im Interesse des Ansehens des Reichstages und der öffentlichen Moral und im Interesse des Vertrauens zu den Staatsbehörden hielt man es für angezeigt, den Verleumder Schritt für Schritt zu verfolgen und das Lügengewebe zu zerreißen. Der preußische *Finanzminister* rechtfertigte in überzeugender Weise seine Handlungsweise und diejenige der Discontogesellschaft, und forderte den „Cato" auf, *außerhalb des Hauses* die lügnerischen Behauptungen zu wiederholen. Er werde fortan jeden solchen Verleumder unerbittlich verfolgen, gleichgiltig, ob er nur Plagiator sei oder die Verleumdungen selbst erfunden habe.

Den Helfershelfer Ahlwards, den Boten *Meißner*, den Revolvermann, mit dem sich auch der Antisemit *Paasch* eingelassen hat, brachte der Minister in die richtige Beleuchtung und mit gelungener Ironie geißelte er die Methode der Antisemiten, Jeden, den sie angreifen wollen, zum *Juden* zu stempeln.

Der Staatssecretär v. *Maltzahn* übernahm die Vertheidigung der Verwaltung des Invalidenfonds und sprach die Ueberzeugung aus, daß Ahlwardt beweisfällig bleiben werde mit seiner Behauptung, daß in der Verwaltung des Deutschen Reiches nicht ehrlich und anständig verwaltet würde oder verwaltet sei.

Auch aus der Mitte des Hauses erfuhr Ahlwardt die wohloerdiente Züchtigung. Abg. *Richter* vindicirte der Commission die Aufgabe, diesen „Menschen" ein für alle Mal vor dem Reichstage und der Oeffentlichkeit abzuthun und ihrem **moralischen Ekel** Ausdruck zu geben; ein Empfinden, in welchem alle anständigen Menschen mit der Regierung übereinstimmten.

Abg. *Rickert* erklärte die Angabe Ahlwardts, er habe sich für einen Sold von *12000 Mark an die Judenschutztruppe verkauft*, für eine **infame Lüge und Verleumdung.** „Ein Mensch wie Ahlwardt hat allerdings keinen Begriff davon, daß es jemand geben könnte, der für seine Ueberzeugung eintritt, ohne gekauft zu sein. Ein Mensch wie Ahlwardt kann es noch weniger begreifen, daß mnn für seine Ueberzeugung persönliche und pekuniäre Opfer bringe, wie ich es gethan habe und auch weiter thun werde. Für die verfolgten Juden einzutreten, entspricht meiner Ueberzeugung, meinem Gewissen und meiner Ehre. Ich habe das Vertrauen zur deutschen Nation, daß es solche Ehrabschneidereien richtig beurtheilen wird."

Abg. Dr *Lieber* vom Centrum war der Ansicht, daß „die Verhandlungen der Commission ein solches Ergebniß haben, daß demnächst dem Abg. Ahlwardt aus dem Reichstag und aus allen anständigen Kreisen Deutschlands das einstimmige Verdict entgegenschallen wird: **„Häufen Sie nur das Maß Ihrer Verleumdungen, Sie werden nie das Maß unserer Verachtung erreichen."**

Der conserv. Abg. o. *Manteuffel* endlich meinte, es sei Ahlwardt durch die Debatte viel zu oiel Ehre angethan worden. Sein Auftreten lasse ihn auf einem **viel niedrigeren Niveau** erscheinen, als es bisher schien.

Es läßt sich im Rahmen dieser flüchtigen Skizze die Erbitterung des gesammten Reichstages über das Gebahren des „Collegen" Ahlwardt auch nicht annähernd schildern; wir müssen unsere Leser deshalb auf den weiter unten folgenden *amtlichen stenographischen* Bericht verweisen. — Der Reichstag hntte kaum je zuoor so erregte Scenen erlebt; ein wahrer Sturm der Entrüstung aber erhab sich, als Ahlwardt trotz der bestimmten Versicherung des Herrn v. Bennigsen, daß er nie aus seiner Stellung als Verwaltungsrathsmitglied 2c. einen sogenannten Gründervortheil gezogen habe, den nationalliberalen Führer von Neuem

verdächtigte Rufe, wie Schuft, herunter mit ihm! wurden laut, so daß die Verhandlung mehrere Minuten unterbrochen werden mußte.

Auf den Biedermann Ahlwardt machten diese Kundgebungen nicht den geringsten Eindruck. Mit dem stereotypen Lächeln stand er da, ließ Alles über sich ergehen und wiederholte in seiner geschwätzigen Weise das bereits Gesagte, auch wenn es noch so klar widerlegt war. Natürlich fehlte die heuchlerische Phrase nicht, daß er niemanden persönlich angreifen, sondern nur das allgemeine Beste wolle, die Schäden ausbessern 2c.

Der Antrag ist an eine Commission gegangen. Welches sein Schicksal sein wird, wie Ahlwardt aus der Prüfung der „Acten" hervorgehen wird, darüber besteht bei allen denkenden anständigen Menschen kein Zweifel. Schlimmer kann sich das Urtheil über ihn nicht mehr gestalten; er ist bereits gerichtet.

**Aber mit ihm auch die antisemitische Bewegung.**

Wir sind weit entfernt davon, behaupten zu wollen, daß die Vernichtung Ahlwardts der Judenhetze eine Ende gemacht habe. Kein gründlicher Kenner dieser Epidemie wird sich einer solchen Uebertreibung schuldig machen. Wohl aber, behaupten wir, wird von der Brandmarkung Ahlwardts die Antisemiterei mit betroffen.

Denn Ahlwardt ist nicht blos das **ureigenste Product** der antisemitischen Bewegung, sondern, was wir wiederholt nachgewiesen haben, die Führer der Antisemiten haben ihn Jahre lang als Werkzeug gebraucht.

Aber es sind keineswegs lediglich die sogenannten Radauantisemiten, an deren Rockschößen Ahlwardt hängen bleibt.

Den **Conservativen** gebührt ebenfalls ein Antheil. Auf ihren Schultern ist er in den Reichstag gelangt; von dem **conservativen** Landtagsabgeordneten v. Waldow rührt die Parole her: **„Lieber 10 Ahlwardts als einen Freisinnigen!"** und der Hofprediger a. D. **Stöcker**, der sich wiederholt dem Ahlwardt als Gönner gezeigt hat, sagte noch in der Reichstagssitzung vom 22. März, daß **einem Freisinnigen gegenüber Ahlwardt immer noch das kleinere Uebel sei.**

So urtheilt ein hervorragendes, einflußreiches Mitglied der conservativen Partei über einen Mann, vor dem der deutsche Reichstag und alle anständigen Leute **moralischen Ekel** empfinden.

Wer wollte angesichts dieser Thatsachen leugnen, daß Ahlwardt „zum Ganzen" der antisemitischen Bewegung gehört! —

**„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"!**

## Zur Charakteristik Ahlwardts

liefert die „Freis. Ztg" folgenden Beitrag:

Während Ahlwardt sogenannte Akten vorlegt, welche nichts von erheblichem Belang enthalten, dürfte es für die Oeffentlichkeit, so lange Ahlwardt noch die Ehre hat, Reichstagsabgeordneter zu sein, mehr Interesse bieten, sich mit Akten über die Persönlichkeit Ahlwardt's zu beschäftigen. Wir sind in der Lage, zu solchen Akten einen Auszug aus einem **Brief** Ahlward's, d. d. Berlin, den 25. Januar 1885 zu veröffentlichen. Der Brief liegt unserer Redaction im Original vor und ist nicht durch Diebstahl, sondern durch den rechtmäßigen Eigenthümer in unseren Besitz gelangt. Der Brief ist gerichtet an den Oberinspector Crohn. Er knüpft an ein Gespräch an, welches Ahlwardt mit demselben geführt hat, und verbreitet sich im Eingang über die sozialpolitischen Ansichten Ahlwardt's. Ahlwardt ist danach ein Anhänger des Prof. Wagner, macht demselben aber zum Vorwurf, daß er, „anstatt sich durch Ueberzeugung allmählich seine Partei zu bilden, sich an andere Elemente anschloß und damit alles verdarb. Es war die antisemitische Bewegung, die er als Piedestal benutzen wollte."

Der Brief fährt alsdann wörtlich fort wie folgt:

„**Die antisemitische Bewegung habe ich von Anfang an verdammt,** weil es ein **unerhörter Unsinn** ist, einen Menschen seiner Religian wiegen zu loben aber zu tadeln. Das metaphysische Bedürfniß hat überall Religianen geschaffen, die schließlich für die gegebenen Verhältnisse überall die besten sind. Im Grunde ist es überall dieselbe geheimnißaalle Macht, zu der wir unseren Blick erheben. Mag diese Macht nun Gatt aber Allah aber Brahma heißen. Wir alle können unsere Religian nicht wählen, wenigstens eine bestimmte Form nicht, da sie uns in der Jugend aan den Eltern gegeben wird. Weichen wir auch später in unseren Anschauungen aon denen der Eltern ab, so ist es doch wahl unsere Pflicht, die Form beizubehalten, bei welcher diese sich glücklich fühlten.

**Ich verdamme es daher, und habe es von jeher verdammt, einen Menschen seines religiösen Bekenntnisses halber anzufechten.** Damit ist meine Stellung zur antisemitischen Bewegung gegeben, und gerade, um zu zeigen, daß die Palitik mit der Religion nichts zu schaffen hat, habe ich in der Zeit der Wahlbewegung 1882 eine christliche-jüdische Begräbnißfeier des Frl. Zucker aeranlaßt, die nach nach aielen Jahren den Betheiligten eine erhebende Erinnerung sein wird."

Ahlwardt schildert alsdann, daß ihn seitdem die conservatioe Partei habe fallen lassen. Er hoffe aber, daß ein Theil der liberalen Partei sich allmählich zu Grundsätzen bekehren werde, die es ihm möglich machen würden, sich ihr anzuschließen. Der Brief fährt alsdann wörtlich fort wie folgt:

„Wer mich aber einen Antisemiten nennt, spricht aus Unkenntniß, aber mit der Absicht, mich zu verleumden. Grade unter Juden habe ich seit Jahren meine besten Freunde. Auch die Wucherer, die mich ruinirt haben, sind nur zum kleinsten Theil Juden. 2. Herr W.*) und Herr P. sind katholisch, K war evangelischer Lehrer, M. ist Schwiegeraater eines eaangelischen Pastars und schreibt selbst thealogische Bücher, H., R., E., H., B. sind evangelisch, P., H. sind jüdisch. Wohl kenne ich unter jüdischen Leuten graße Hallunken, ebensa wie unter christlichen, und über beide habe ich mich gelegentlich wohl scharf genug ausgelassen, aber mich zum Antisemiten stempeln walen, kann nur Dummheit oder Basheit wallen.

Oder glauben Sie, lieber Herr Crahn, daß es überhaupt einen Menschen geben könne, der bei einem andern in schrecklichster Nat Hilfe sucht und demnächst ihn seines Glaubens halber verunglimpft, statt ihm lebenslängliche Dankbarkeit entgegen zu tragen? Also, geehrter Herr Crahn, fassen Sie bezüglich meiner Angelegenheit einen Entschluß. Wallen Sie mir helfen, dann beschleunigen Sie die Sache, sa gut es geht. Erlaubt es Ihre Zeit nicht, und stehen Sie der Sache nicht sympathisch gegenüber, sa muß ich mich auch fügen. Nur daß Verleumdung mir bei Ihnen schaden solle, würde mir leid thun. Sallten Sie mir helfen, sa werden Sie dach nicht aon mir aerlangen, daß ich das geringste gegen meine Ueberzeugung thun soll. Aber das aerspreche ich Ihnen **auf Ehrenwort** und das halte ich auch, wenn Sie sich aon mir wenden, **jede reliöse Intoleranz bekämpfe ich bis zum letzten Athemzuge!** Wie Ihre Entschließung auch ausfallen mäge, die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß Ihre Freundschaft, wie ich sie seit 8 Jahren genaß, einer der schönsten Lichtblicke, in meinem sanst ziemlich düstern Leben sein wird. Besten Gruß H. Ahlwardt."

Aus den uns vorliegenden Schriftstücken und Briefen der Folgezeit ergiebt sich, daß Herr Crohn zusammen mit fünf anderen Herren christlicher und jüdischer Confession ein Comité bildete, um durch „vertrauliche Bitte an edle Menschenfreunde" (dieser Aufruf datirt vom 3. Februar 1885) eine Summe zusammenzubringen zu dem Zweck, Ahlwardt von Wucherschulden zu befreien. In einem späteren Briefe vom 14. Oktober 1885 bekundet Ahlwardt dem Adressaten, daß „jetzt Gott sei Dank!" seine Angelegenheiten definitiv ihre Erledigung finden. Er ruft in dem Brief die Verwendung des Adressaten für einen Freund an. Denn es sei ihm ja mehr als ausreichend bekannt, daß für den Adressaten das Leben nur insofern Werth habe, als er seinen Mitmenschen nützen könne.

„Ist doch meine und der Meinigen Rettung auch Dein Werk."

Der Brief schließt:

„Ich haffe, daß Du bald in Berlin sein wirst, um Dich an dem Glück, das ich durch Dich bereits erlangt habe, und was ich für meinen

*) Im Original des Briefes sind die Namen ausgeschrieben.

Freund durch Dich erhoffe, zu erfreuen, da ja die Freude an einem vollbrachten guten Werke von jeher Dein einziger Lebensgenuß gewesen ist.
Mit herzlichem Gruß Dein H. Ahlwardt."

In dem Briefe vom 25. Januar 1885 hatte also Ahlwardt sein Ehrenwort gegeben, jede religiöse Intoleranz zu bekämpfen bis zum letzten Athemzuge. Wie Ahlwardt dieses sein Ehrenwort gehalten hat, wissen unsere Leser. Sein Bestreben geht dahin — was er in Schrift und Wort versichert —, nicht zu ruhen, bis der letzte Jude den deutschen Boden verlassen hat.

## Zur Abwehr.

**Moltke und die Juden.** Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, sowohl aus den Werken Moltke's als auch einzelner privater Aeußerungen, daß die Antisemiten kein Recht haben, ihn zu den ihrigen zu zählen. Und wenn Stöcker einmal Moltke vor seinen Anhängern als „Vorbild für unseren Geisteskampf" proclamirt, so widerlegt ihn das ganze Leben und Schaffen dieses erlauchten Geistes. Die „Allg. Ztg. d. Judenthums" veröffentlicht einen neuen Brief aus dem Jahr **1867**, der beweist, wie sehr Moltke allem Glaubenshaß abhold war. Der Brief ist vom 6 Februar 1867 datirt und an den Rabbiner Dr. Aron Cassel, ehemals in Schrimm n. d. W., gerichtet. Herr Dr. Cassel hatte die Predigt, welche er zur Feier des Friedensfestes in der Synagoge zu Schrimm gehalten hatte, zum Besten des „Nationaldanks für Invaliden" herausgegeben und einzelne Exemplare an die Heerführer der preußischen Armee geschickt. Die Antwort Moltke's lautet: „Geehrter Herr Doctor! Die Zusendung Ihrer am 11. November 1866 gehaltenen Rede hat mich sehr erfreut, indem ich darin ein Zeichen erblicke des einträchtigen Zusammenwirkens aller Stände und Confessionen zum Wohle und zur Größe des Vaterlandes. Mit verbindlichstem Danke verbleide ich ihr ergebenster (gez.) v. Moltke, General der Infanterie".

**Stendal**, 26. April. Einen gründlichen Hereinfall erlebte gestern Abend Herr Dr. Danneil bei dem ersten Versuche, in Stendal in der Altmark die Judenhetze für 50 Pfennig Entree zu etabliren. Nachdem seitens der Versammlung der freisinnige Stadtverordnete Wichmann zum Vorsitzenden gewählt war, hielt Herr Dr. Danneil einen $1^1/_2$stündigen Vortrag über das Thema: „Der Befreiungskampf der arischen Bevölkerung gegen das Judenthum." Die Ausführungen des Redners bestanden in den Gemeinplätzen und Schlagworten, die aus seinen Bielefelder Versammlungen hinreichend bekannt sind. Insbesondere wandte er sich an die Handwerker, die kleineren Kaufleute und die Landwirthe, um sie für den Antisemitismus zu gewinnen. Der Redner suchte die Versammlung durch allerlei Mätzchen und Spätzchen zu amüsiren und baute auf Grund einzelner Vorkommnisse die tollsten allgemeinen B hauptungen auf. In der sich dem Vortrage anschließenden Discussion meldete sich der zufällig in Stendal anwesende Herr Handelskammersekretär Fischbeck aus Bielefeld zum Wort, um mit Herrn Dr. Danneil gründlich in das Gericht zu gehen. Herr Fischbeck wies im Einzelnen die ungerechten Angriffe auf die Juden im Allgemeinen zurück, kennzeichnete den Bauernfang, den Herr Dr. Danneil mit der Aufstellung von Forderungen betrieben, welche mit der Judenfrage absolut nichts zu thun haben und charakterisirte endlich die Qualification des Herrn Dr. Danneil für den Beruf, das deutsche Volk vor „der Juden Schlechtigkeit" zu bewahren. Aus den bekannten Vorgängen in Oldenburg und Dorum bewies Redner, daß Herr Danneil ein Geschäftsantisemit der schlimmsten Sorte sei, nicht besser als Herr Ahlwardt, gegen den sich Herr Danneil „als einen modernen Knipperdolling" zu verwahren gesucht hätte. Zum Schluß ermahnte Herr Fischbeck seine Landsleute, sich nicht den bürgerlichen Frieden, wie er bisher in der Altmark unter Anhängern aller Konfessionen geherrscht, durch Leute vom Schlage des Herrn Dr. Danneil stören zu lassen. Die Ausführungen des Redners wurden von dem größten Theile der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem noch ein sozialdemokratischer Redner den Mittheilungen des Herrn Fischbeck beigetreten war und seine Partei gegen einzelne Angriffe des Herrn Danneil vertheidigt hatte, richtete der Vorsitzende der Versammlung an diese die Frage, ob dieselbe überhaupt noch die Lust verspüre die Verhandlungen mit einem Manne wie Herrn Danneil fortzuführen, oder ob man es nicht vorziehe, den Anstand und den Frieden aufrecht zu erhalten, der in der Altmark bisher stets in den Kämpfen des öffentlichen Lebens bewahrt worden sei. Die Versammlung entschied sich für das Letztere und beschloß die V.rhandlungen zu schließen. Herr Danneil dürfte nach diesem Hereinfall die Ueberzeugung gewonnen haben, daß in der Bevölkerung d.r Altmark für die Judenhetze kein Boden zu gewinnen ist. und nicht zum zweiten Male das Geschäftsrisiko übernehmen, für 50 Pfennig Entree in Stendal antisemitische Versammlungen abzuhalten.

○ **Duderstadt**, 25. April. Neuerdings versuchen die Antisemiten, das katholische Eichsfeld zu erobern. Zu diesem Zwecke hatte der „Deutsche Verein" in Göttingen am vergangenen Sonntag den Agitator Leuß nach Duderstadt kommen lassen. — Der einzige Redner, der gegen Leuß auftrat und zwar mit gutem Erfolge, war der Rabbiner Dr. Jacob aus Göttingen. Vergebens bemühte sich der Vorsitzende der Versammlung, die Vereinbarkeit des Katholizismus mit dem Antisemitismus darzuthun. Vergeblich werden die Versuche sein, Duderstadt und das katholische Eichsfeld für die antisemitische Sache zugewinnen.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Die „Kreuzzeitung" hat bis zur Stunde keinen der jüngst publizirten Briefe des Ministers v. Stosch, des Dr. G. v. Bunsen etc. in Sachen des Ausspruchs Kaiser Friedrichs über den Antisemitismus abgedruckt. Das genügt zur Kennzeichnung der Objectivität des hocheonservativen Blattes!**

**Leipzig**, 25. April. Das antisemitische Verleumdungssystem gegen Angehörige der israelitischen Confession hat vor dem hiesigen Schöffengericht eine strenge gerichtliche Ahndung gefunden. Die antisemitische „Neue Deutsche Zeitung" hatte einen jüdischen Kassenarzt in Geringswalde unerlaubter Beziehungen zu einer verheiratheten Frau bezichtigt und im Anschluß daran die bevorstehende Entfernung dieses Arztes aus der Kasse gemeldet. Die gerichtliche Feststellung ergab aber, daß die ganze Geschichte erlogen war. Der wegen dieser Verleumdung gerichtlich belangte Redacteur des Blattes, Schroot, suchte sie damit zu entschuldigen, daß er den Artikel vor der Drucklegung nicht gesehen habe; doch fand dieser Einwand keine Berücksichtigung, da die zum Belege desselben aufgestellte Behauptung, daß er am Tage der Aufnahme des Artikels einer näher bezeichneten Gerichtsverhandlung beigewohnt, sich als unwahr erwies. Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängniß. Aus den Gründen ist hervorzuheben, daß die Beleidigung eine sehr schwere sei, namentlich gegenüber einem Arzte, dessen ganze Thätigkeit vom öffentlichen Vertrauen getragen werden müsse. Sie sei geeignet, den Privatkläger nicht nur schwer in seiner Ehre zu kränken, sondern auch wirthschaftlich zu verderben.

**Der Antisemitismus in der Schule.** Dieser Tage hat, wie der „Bresl. Ztg." mitgetheilt wird, der Zeichenlehrer des Königl. Wilhelms-Gymnasiums zu Breslau in der Quarta der genannten Anstalt eine Aeußerung gethan, die für die jüdischen Schüler der Klasse und nicht minder für deren Eltern in hohem Grade verletzend war. Er ermahnte zur Sauberhaltung der Hefte und flocht dabei eine

Bemerkung ein, durch welche die jüdischen Schüler in ihrer Gesammtheit gewissermaßen von den christlichen abgesondert und als in geringerem Maße an Sauberkeit gewöhnt gekennzeichnet wurden. Unter den Schülern herrscht, so viel wir wissen, das beste Einvernehmen, wie es ja auch wohl bei Knaben im Quartaneralter nicht anders zu erwarten ist. Allein eine derartige Aeußerung aus Lehrermunde, die ganz dazu angethan ist, die jüdischen Mitschüler als solche in den Augen ihrer christlichen Kameraden herabzusetzen, die gewissermaßen die Mißachtung und den Spott dieser herausfordert, kann leicht eine üble Wirkung thun; ist es ohnehin eine alte Thatsache, daß die in der frühen Jugend empfangenen Eindrücke am festesten haften. Derartige Vorkommnisse sind mehr als bloße Ungehörigkeiten von interner Natur; sie gehören vor das Forum der Oeffentlichkeit. In dem speziellen Falle kommt noch erschwerend hinzu, daß der betreffende Lehrer seit langen Jahren zu den eifrigsten Parteigängern des Antisemitismus gehört, so daß ein Zweifel über die Interpretation jener Aeußerung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir zweifeln nicht daran, daß von zuständiger Stelle dafür Sorge getragen werden wird, daß sich ein derartiges Vorkommniß nicht wiederholt.

**Christlichsocialer Idealismus.** In dem Stöcker'schen „**Volk**" vom 22. April befand sich folgende Briefkastennotiz:

**B. A. R.** Als empfehlenswerthes Ostseebad wird uns Lubmin bei Greifswald genannt. Schöner Strand, Wald, billige Wohnungen, judenfrei. „Volk" und „Staatsbürgerzeitung" liegen aus.

Und Tags darauf die nachstehende Notiz:

**L. in P.** Mit dem Ostseebad war Lubmin gemeint. Wünschen Sie, daß wir auch auf P. im Briefkasten aufmerksam machen, so kann dies nur geschehen, wenn wir gleichzeitig ein Inserat erhalten.

Das läßt tief blicken! Wir werden dabei an Dr. Bachler, den Chefredacteur der „Staatsbürgerztg.", erinnert, der bekanntlich, nach dem Wahlspruche „non olet", sogar Juden-Annoncen in sein Blatt aufnimmt. Und diese Leute fühlen sich berufen, das deutsche Volk von dem „jüdischen" Mammonismus und Materialismus zu befreien.

M. **Hamburg**, 24. April. Wie auch in diesem Blatte f. Z. berichtet wurde, ist der Redacteur der hiesigen antisemitischen „Abwehr" wegen Beleidigung der jüdischen Inhaber der Damenmäntel-Firma Enno Welsch, welchen er vorgeworfen hatte, ein sich als Verkäuferin anbietendes junges Mädchen auf den unsittlichen Erwerb verwiesen zu haben, zu 600 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. In der Berufungsinstanz ist jetzt die Freisprechung erfolgt, nachdem es dem Redacteur gelungen, den Wahrheitsbeweis zu führen. — Das Antisemitenblatt schließt seinen Artikel hierüber mit der Parole: Kauft nicht bei Juden!

Nun wurden am 22. April die Gebrüder Andersen, stadtbekannte Antisemiten, wegen Concurrenzverbrechens und Urkundenfälschung zu $2^1/_2$ resp. $1^1/_2$ Jahren Zuchthaus verurtheilt. Wir wollen abwarten, ob die „Abwehr" an den Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung die Mahnung knüpfen wird: Kauft nicht bei Christen".

**Die Agrarier und der Antisemitismus.** In Oels fand kürzlich eine Versammlung von Agrariern statt behufs Gründung eines Zweigvereins des „Bundes der Landwirthe". Da wurde nun auf Antrag eines Grafen York die Aufforderung an die Versammelten gerichtet, daß diejenigen, die nicht zum Bunde der Landwirthe zählten, sich von ihren Plätzen erheben möchten; wahrscheinlich scheute man sich davor, vor profanen Ohren die agrarische Weisheit auszukramen. Ein einziger unter den Anwesenden erhob sich, und zwar ein im Oelser Kreise recht einflußreicher Mann, der Rittergutsbesitzer Geheime Regierungsrath Hoffmann-Prietzen. Herr Hoffmann zog es vor, nachdem er auf diese Weise bekundet hatte, daß er nicht auf dem Boden des Bundes und seiner Bestrebungen stehe, sich aus dem Saale zu entfernen. Einer der Freunde des Bundes machte nach diesem Vorgange seinen Gefühlen mit den Worten Luft. „Ein Jude war doch da! Der ist nun draußen." Nach dieser neuen Definition ist also jetzt auch Jeder, der sich nicht zum Bunde der Landwirthe bekennt, ein Jude.

**Die „Antisemitische Correspondenz"** vom 23. April enthält folgenden Passus:

„**Unerhört.** In einem kürzlich verbreiteten Flugblatte der deutsch-conservativen Partei ist als Thatsache erwähnt, daß in 16 Berliner Schulen jüdische Lehrer den christlichen Kindern Religionsunterricht geben."

Nach den von uns an competenter Stelle eingezogenen Erkundigungen ist der Inhalt der vorstehenden Notiz absolut unwahr.

**Antisemitische Rohheit.** Im Böckel'schen „Reichsherold" vom 25. April lesen wir:

Groß-Steinheim, 19 April. Der „Steinheimer Beobachter" meldet, daß die hiesigen Juden die Absicht haben, sich einen Todtenwagen anzuschaffen. Hoffentlich einen recht großen aber!

**Karlsruhe,** 22. April Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen erlitten die Antisemiten eine jämmerliche Niederlage. Sie erhielten 180 Stimmen, während die gemeinschaftliche Liste der Nationalliberalen, Freisinnigen, des Centrums und der Conservativen 2600, die Liste der Sozialisten 1600 Stimmen vereinigte.

## Briefkasten.

**Dr. D. in N.** Ueber „das Judenthum in der Berliner Justiz" bringen wir in der nächsten Nr. einen Artikel aus fachmännischer Feder.

**O. R.** in **Berlin.** Die Thatsache, daß Kaiser Friedrich während seiner kurzen Regierungszeit von den Antisemiten als Cohn I. beschimpft wurde, beweist zur Genüge, daß sie an seine „Judenfreundlichkeit" glaubten.

**E. St.** in **Sachsen.** Der bekannte Sprachforscher Daniel Sanders ist Jude.

**K.** in **Bielefeld, W.** in **Göttingen.** Wegen Raummangels erst in nächster Nr.

### Briefkasten der Expedition.

**Ballershausen.** In allen Berliner Trinkhallen sind die „Mittheilungen" für 5 Pf. pro Exemplar zu kaufen.

**Leipzig.** Wir können den Buchhändlern keinen Rabatt bewilligen, weil wir die „Mittheilungen" an Jeden zum Selbstkostenpreise oder noch darunter, abgeben.

**J.** in **Hamburg.** Senden Sie bitte Ihren Mitgliedsbeitrag für 1893 direct an den Schatzmeister unseres Vereins, Herrn Reichstagsabg. Jordan, Magdeburgerstr. 13, ein, das ist der einfachste Weg.

## Sitzung des Reichstags vom 25. April 1893.

Stenographischer Bericht.

Antragsteller Abg. **Ahlwardt**: M. H., in der 72. Sitzung des Reichstags kam ich auf den Invalidenfonds zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit sprach ich aus, daß der Invalidenfonds meiner Meinung nach falsch eingerichtet sei; wenn schon eine Dotation für denselben geschaffen werden sollte, so hätte sie so hoch gegriffen werden müssen, daß die Zinsen auch ausreichten, damit der Fonds sich nicht selbst aufzehre. Darauf wurde ich seitens des Abg Richter daran erinnert, daß doch die Vorlage so von der Regierung gemacht worden sei. Ich erklärte, daß eine Einrichtung dieser Art wesentlich Nutzen für die Börse allein hätte; und als mir nun Zwischenrufe wurden, erklärte ich, daß, ehe solche Gesetze hier zur Verhandlung kamen, Vorverhandlungen stattfänden, zuweilen sogar Kulissenverhandlungen Darauf wurde mir gesagt: solche Kulissenverhandlungen müßten bewiesen werden. Ich erklärte, daß ich in diesem Fall bezüglich des Invalidenfonds ja allerdings Akten, die das beweisen, nicht hätte, sondern nur Drucksachen, aber wohl für andere Fälle. Ich sagte nun ausdrücklich, daß mir Aktenstücke — (Zurufe) — Es ist am besten, wenn mir zugerufen wird: „das ist nicht wahr", — wenn ich das einfach verlese, was hier steht. Der stenogr Bericht lautet also:

> M. H., ich glaube, die Herren thun nicht recht daran, daß sie mich einigermaßen zwingen, darauf zu kommen, aktenmäßig nachzuweisen (Lachen links) — aktenmäßig durch Unterschrift von einigen Herren, die hier sitzen, aktenmäßig auch durch Unterschrift eines Herren, der in der Regierung jetzt eine hohe Stellung einnimmt, daß Verhandlungen der schlimmsten Art bei verschiedenen anderen Dingen, die noch einschneidender sind als diese, thatsächlich geführt worden sind.

— Darauf notirt der stenogr. Bericht: Zuruf. Es war der Zuruf „Namen nennen." —

> M. H, ich werde mich dazu nicht hinreißen lassen, in diesem Augenblick das hier vorzulegen; denn kurz vor Schluß des Reichstags oder vor der Vertagung ist das hier nicht angebracht; denn das wird eine Debatte sein, die eine Reihe von Tagen einnimmt, und die vielleicht mit sehr ernsten Dingen endet. Nur das eine will ich Ihnen sagen, damit Sie wissen, worauf es ankommen wird, sowie ich diesen Angriff ausführe, daß elf Aktenstücke, eigen-

händig gezeichnet von dem jetzigen Herrn Finanzminister, dabei auch eine Rolle spielen werden. Es werden diese bald nach der Wiedereröffnung des Reichstags nach Ostern, sobald sich irgendwie Gelegenheit dazu findet, hier vorgelegt werden. Es wird gezeigt werden, meine Herren, daß unser Volk, das sich quält und arbeitet vom frühen Morgen bis zum späten Abend, durch Herren, die diesen Herren nahestehen, um Hunderte von Millionen betrogen worden ist. (Lachen links.) Und diese harmlose Sache, die hier angedeutet wird, meine Bemerkung, daß hier die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß bezüglich des Invalidenfonds auch manches

— auch manches! —

hinter den Kulissen besprochen worden ist, kann vielleicht Veranlassung dazu geben, zu zeigen, wie manches hinter den Kulissen vorgekommen ist.

M. H., es ist wohl nöthig, darauf zurückzukommen, weil die Presse des ganzen Deutschen Reichs und darüber hinausgehend meine Behauptungen vielfach verdreht hat, mir dagegen Behauptungen untergeschoben hat, die absolut nicht von mir gemacht worden sind. Ich soll also hier beweisen, daß bei anderweitigen Dingen in der That schlimme Dinge hinter den Kulissen stattgefunden haben, und daß durch die Herren, die diesen Herren nahestehen, unser Volk um Hunderte von Millionen geschädigt worden ist; und diese Verhandlungen, die nachgewiesen werden sollen, sollen dann einen Blick werfen auf den Invalidenfonds, bei dem solche auch stattgefunden haben könnten. (Zurufe.) — Ja, m. H. daß beim Invalidenfonds sie stattgefunden haben, das habe ich nicht gesagt. M. H., ich erklärte also in der Sitzung, daß ich nach Ostern bereit sei, Akten vorzulegen, die das beweisen, was ich hier eben vorgetragen, vorgelesen habe. Es war also von mir damals anerkannt, daß ich die Akten damals in dem Augenblick nicht im Besitz hätte, sondern erst nach den Osterferien; gleichwohl hat der hohe Reichstag den Seniorenkonvent beauftragt, gleich am anderen Tage diese Akten zu prüfen, die ich nach eigenem Geständniß, das ich vorher gab, im Augenblick nicht hatte. Der Seniorenkonvent ist dann auch zusammengetreten. Ich schaffte herbei, was im Augenblick herbeizuschaffen war. Sie werden sehen, daß das nicht so unwichtig war, was ich herbeischaffen konnte. Der Seniorenkonvent hat dann erklärt, daß in diesen Akten nichts enthalten sei von dem, was ich behauptet habe. M. H., dieses Vorgehen, mich zu verurtheilen, bevor ich meine Akten vorlegen konnte, habe ich damals schon für eine Vergewaltigung erklären müssen. Es ist das um so schlimmer, wenn man erwägt, daß dabei dieser Beschluß damit motivirt wurde, daß es bisher absoluter Gebrauch im Hause gewesen sei, daß jemand, der solche Behauptungen und Angriffe ausspreche, sofort auch das Beweismaterial zur Hand haben müsse. M. H., diese Erklärung des Seniorenkonvents ist ein bedauerlicher Irrthum, denn es ist thatsächlich bisher niemals so gehandhabt worden. Ich erinnere Sie an die Rede des Abg. Lasker, in der auch bestimmte Angriffe ausgesprochen wurden; er hat auch nicht Material zur Hand gehabt, er hat auch nicht Material vorgelegt, sondern in einer Commission ist er erst viel später vernommen worden, ohne daß er aktenmäßiges Material überhaupt hätte vorlegen müssen. Ich erinnere Sie an die vielen Angriffe des Abg. Richter seinerzeit gegen den Reichskanzler, wobei Aktenmaterial nicht vorgelegt worden ist. (Heiterkeit.)

M. H., ich erinnere Sie daran, daß in derselben Sitzung, in der ich verurtheilt wurde, weil ich das Material nicht sofort zur Hand hatte, ein Mitglied dieses Hauses von dem Abg. Richter des schwersten Verbrechens bezichtigt wurde, das überhaupt denkbar ist, und daß dafür ein Beweis nicht erbracht ist, und daß ein solcher Beweis auch nicht abverlangt worden ist. Unter diesen Umständen, m. H., muß ich diesen Irrthum der Commission sehr bedauern, muß in der That annehmen, daß ich vergewaltigt worden bin.

M. H., demnächst bat ich gleich nach der Eröffnungssitzung nach den Osterferien ums Wort. Das Wort sollte ich auch erhalten, aber nicht zu irgend einer materiellen Begründung, sondern nur sagen: ich lege die Akten auf dem Tisch des Hauses nieder. Ich sollte das, was ich zu erklären hatte, wie es überhaupt Usus im Hause ist, wenn man eine Erklärung vor der Tagesordnung abgiebt, vorher schriftlich einreichen. Vor dem zweiten Tage, an dem ich diese Erklärung einreichte, hat nun eine Sitzung des Seniorenkonvents stattgefunden. Es ist Herr Miquel, den ich dabei angreife, im Hause gewesen und hat mit den Herren in Beziehung gestanden, und, meine Herren, ich habe damals das Wort zu einer materiellen Erklärung nicht erhalten. (Bewegung.)

Darauf habe ich einen eigenen Antrag gestellt, der von etwa 20 Mitgliedern dieses Hauses unterstützt wurde. Dieser Antrag wurde wegen formeller Fehler nicht angenommen.

Darauf habe ich einen anderen, größeren Antrag gestellt; dafür habe ich die Unterstützung der Mitglieder dieses Hauses aber nicht erhalten. Nun komme ich mit diesem Antrag, der wiederum hinreichend unterstützt ist.

M. H., ich muß diesen Antrag, daß nicht der Seniorenkonvent, sondern 21 Mitglieder, die aus dem Hause gewählt sind, meine Akten prüfen, deshalb stellen, weil ich, wie ich schon vorher sagte, mich durch den Beschluß des Seniorenkonvents vergewaltigt fühle, der auf Irrthümern beruht, und dann zweitens, weil im Seniorenkonvent ein Mitglied sitzt, das in der letzten Sitzung nicht so an mir gehandelt hat, wie ein Abgeordneter an dem anderen es hätte thun müssen. (Heiterkeit und Zurufe.)

— M. H., dies Mitglied ist der H... Eugen Richter. (Große Heiterk.) Abgesehen von allen den unerhörten Lügen, die durch seine Zeitung, die an ihrem Kopfe seinen Namen trägt, über mich verbreitet worden sind, und dann durch die Blätter aller Parteien durch ganz Deutschland gegangen sind, hat der Herr sich nicht einmal entblödet, selbst den Herrn Präsidenten dieses Hauses in dieses Lügengewebe hineinzuziehen. (Unruhe.) Er hat durch seine Zeitung bekannt gemacht, daß der Herr Präsident dieses Hauses gesagt hätte, er werde nur in Gegenwart von beiden Schriftführern mit mir verhandeln. M. H., ich habe weder diese Bemerkung noch irgend eine andere dieser Art von dem Herrn Präsidenten gehört. Ich konnte aber annehmen, da ich durchaus es für unmöglich halte, daß die Sache sammt und sonders von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen worden sei, daß vielleicht der Herr Präsident zu einem Andern dies gesagt habe. Da hielt ich es für meine Pflicht, mich zu dem Herrn Präsidenten zu begeben, der mich ja nie anders als in der höflichsten Weise behandelt hat; und er hat mir erklärt, daß er dies oder Aehnliches niemals gesagt habe, überhaupt nicht in der Weise mit Abgeordneten verhandle. Wir haben somit die unerhörte Thatsache, daß eine absolute, durch und durch erfundene Lüge von einem Abgeordneten in seiner Zeitung gegen einen anderen Abg. verbreitet worden ist.

**Präsident:** Herr Abg. Ahlwardt, ich kann nicht zugeben, daß Sie einen Abgeordneten einer Lüge bezichtigen. Ich muß Sie deswegen zur Ordnung rufen!

Abg. **Ahlwardt:** Dann möchte ich gegen den Seniorenkonvent aus dem Grunde sprechen, weil in demselben ein Herr sitzt, resp. Herren sitzen, die ich selbst in meinem Aktenmaterial belasten will (Heiterkeit), resp. angreifen will (Bewegung.)

Ich werde das Material darüber ja in der Commission, von der ich erwarte, daß sie mich vorladen wird, vortragen. Ich will mich hier dem Wunsche des Herrn Präsidenten fügen und diese Thatsachen jetzt hier nicht anführen.

M. H., die Gesammtheit dessen, was mit meinem Material bewiesen werden soll, ist ja die, daß durch den Großkapitalismus, hauptsächlich vertreten durch Herrn von Bleichröder und Herrn von Hansemann, und unter dem Beistande des damaligen Mitdirektors und Mitinhabers der Diskontogesellschaft, des Herrn Miquel unser Volk um Hunderte von Millionen gebracht worden ist. (Heiterkeit.)

Ich will dies nachweisen an den Akten der rumänischen Bahn, die auch zu den Gründungen dieser Herren gehört. M. H., es ist wohl nothwendig, daß ich zunächst darauf komme, wie ich in den Besitz der Akten gelangt bin.

Als ich im Jahre 1890 in der weiteren Oeffentlichkeit mit meinem Buche „Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judenthum" und demnächst mit dem Buche „Der Eid eines Juden" bekannt wurde, da kam zu mir ein Herr Meißner; derselbe theilte mir mit, daß er einen sehr großen Posten von Aktenstücken besitze, die er mir zur Verfügung stellen wolle, wenn ich es für gut halte, sie genauer zu prüfen. Ich erklarte mich bereit, und er hat mir dann diese Akten in Haus gebracht. (Heiterkeit.)

Ich studirte diese Akten und fand allerdings darin Dinge, die ich bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Deshalb fragte ich ihn: wie sind Sie in den Besitz dieser Akten gekommen? Ja, sagte er, ich war in jener Zeit angestellt von der Diskontogesellschaft resp. der rumänischen Bahn, hatte Zutritt Tag und Nacht zu allen Akten, habe dafür gesorgt, daß überall Kopirtinte vorhanden war, habe die Akten kopirt, die Briefe, die zerrissen und in den Papierkorb geworfen waren, habe ich zusammengeklebt, und so ist im Laufe der Jahre dieses große Aktenstück entstanden. (Heiterkeit.)

Ich fragte ihn dann: ja, wie kommen Sie dazu, welches Interesse hat Sie dazu veranlaßt, daß Sie die Akten denjenigen Leuten nehmen und in meinen Besitz bringen, von denen Sie doch Ihr Brod gehabt haben? Und da sagte er: ich bin von einer großen Wuth, von einem großen Haß erfüllt gegen alle diese Herren, und dieser Haß ist persönlicher Natur, insofern als meine Pflegetochter durch die Herren Hans von Bleichröder und Prings-Reichenheim geschändet worden ist, und dafür will ich Rache nehmen.

M. H., in dieser Weise bin ich in den Besitz der Akten gekommen. Geld dafür habe ich nicht bezahlt. Die ursprüngliche Eigenthümerin, nämlich die Gesellschaft, existirt seit 12 Jahren auch nicht mehr.

Wenn nun andererseits behauptet wird, es wären Aktenstücke seitens eines Herrn Grünwald der rumänischen Bahn zum Kauf angeboten worden, so kann ich nur erklären, daß ich einen Herrn Grünwald nie in meinem Leben habe kennen gelernt und daß ich nicht annehmen kann, daß dies diese Aktenstücke sind; das müssen eben andere sein.

M. H., aus diesen Akten geht nun allerdings hervor, daß in der That die Gesellschaft durch Herrn von Bleichröder und die Diskontogesellschaft, deren Direktoren die Herren Miquel und von Hansemann waren, in der grauenhaftesten Weise ausgewuchert worden ist, und zwar ohne jedes Risiko dieser Gesellschaften, da sie vollständige Deckung hatten. Es ist ja in dieser Angelegenheit zum Prozeß gekommen, weil ein Herr Gehlsen seiner Zeit Aehnliches behauptet hatte. Der Herr Gehlsen ist verurtheilt worden, ich glaube, zu 3 Monaten Gefängniß, weil er die Beläge dafür nicht erbringen konnte. Der Hauptzeuge gegen ihn war der jetzige Herr Staatsminister Miquel. Der Herr Staatsminister Miquel sagte in diesem Prozeß Folgendes aus:

Im Aufsichtsrath selber ist von der 5-Millionen-Anleihe bei der Reichshauptkasse und der Seehandlung nie die Rede gewesen. Alles, was Angeklagter in dieser Hinsicht behauptet, ist unwahr. Der Aufsichtsrath hat darüber überhaupt kein Beschlüsse gefaßt: rc. Ich selbst habe von dieser ganzen Darlehnssache überhaupt gar nichts gewußt, ich war zu der Zeit in Thale und habe von der Existenz dieses Darlehns erst Kenntniß erhalten, als hierüber im Aufsichtsrath referirt wurde; erst da haben wir erfahren, daß das Reich resp. die Seehandlung das Geld gegen Bürgschaft hergeben wollten. Ich habe mir also erzählen lassen, daß dies ein Lombarddarlehn gewesen, zu welchem die Diskontogesellschaft und Bleichröder die ihnen gehörigen rumänischen Eisenbahnaktien ins Depot gaben. Wenn hier behauptet wird, die Gesellschaft habe 14½ Prozent gezahlt, so kann ich selbst aus eigener Wissenschaft hierüber nichts sagen; nach den mir gewordenen Mittheilungen aber ist es völlig unrichtig, denn es sind im Gesammtbetrage 4 Prozent Zinsen gezahlt, und die Bürgen haben — wenn ich nicht irre — ½ Proz. pro Quartal Bürgschaftsprovision für die Hergabe der ihnen gehörigen Stammprioritäten erhalten.

Auf Vorhalten des Angeklagten, daß sowohl die Diskontogesellschaft als auch Bleichröder an die Gesellschaft direkt Vorschüsse zu weit höherem Zinsfuß gegeben haben, deponirt dee Zeuge unter seinem Eide Folgendes:

Es ist zuerst ein kleiner Vorschuß auf kurze Zeit gegeben; zu welchem Zinsfuß, weiß ich nicht.

Gefragt, warum die Uebergabe des Betriebes an die österreichisch-französische Staatsbahn behufs Rettung des deutschen Kapitals von 63 Millionen Thaler erfolgt sei, bekundet der Zeuge:

Weil es unmöglich war, von Deutschland aus so viel zuverlässige Beamte zu gewinnen.

M. H., da mußte ich doch, als ich das las, sagen, daß hier sehr schwere Irrthümer untergelaufen sind; denn Sie werden in den Akten, theilweise in der Abschrift von mir, theilweise auch direkt in den Akten, eine ganze Anzahl von Briefen finden, die der jetzige Herr Finanzminister gezeichnet hat, aus denen hervorgeht, daß in minimo 16 Proz. und in maximo 35 Prozent bezahlt worden sind und zwar an die Diskontogesellschaft sowohl als auch an die Firma Bleichröder, und zwar fing es gleich mit der Diskontogesellschaft nach dem ersten Schreiben, das der damalige Direktor Miquel unterzeichnet hat, mit einem Darlehn von 4 Millionen Mark an, und es hat sich dann in kurzer Zeit auf 10 Millionen Mark erhöht. Dazu kommen noch 5 Millionen Mark von der Firma Bleichröder und auch noch einige Millionen von der Firma Oppenheim. Es sind also alles in allem in kurzer Zeit etwa 20 Millionen Darlehn gegeben worden und zwar zu einem Zinssatze — es sind immer gerechnet worden 6 Prozent Zinsen und monatlich 1 Prozent Provision, 1½ Prozent, auch mal ½ Prozent und dann 2 Prozent und in einem Fall 2⅔ Prozent Provision — da diese Provision voll ausgezahlt wird, so kommen inklusive der Zinsen in einem Fall nahezu 35 Prozent pro anno heraus, Durchschnittssatz ist 20 Prozent

Ich muß e dies für eine ungeheure Auswucherung halten gegenüber dee nothleidenden Gesellschaft, die sich dem absolut nicht entziehen konnte; denn die Hereen Aufsichtsräthe der Gesellschaft waren eben die Herren von Hansemann, Bleichröder und Miquel, und die Direktoren waren ja früher Angestellte dieser Gesellschaft gewesen. M. H., nicht nur, daß die Herren dieses ihr eigenes Geld zu so hohem Zinsfuß anlegten, sie haben sogar Staatsgelder in Anspruch genommen, um mit diesen Staatsgeldern Wucher zu treiben.

Da werden Sie in den Akten finden einen Brief der Gesellschaft an das Reichskanzleramt, in dem das Reichskanzleramt gebeten wird um ein Darlehen von 9 Millionen Mark und dann später die Seehandlung um 6 Millionen Mark. Gleich am anderen Tage antwortete das Reichskanzleramt, gezeichnet von Delbrück, daß das Darlehn bewilligt sei unter der Bedingung, daß die Diskontobank und Bleichröder Bürgschaft leisteten und genügende Stammprioritäten der Bahn als Unterpfand gegeben werden. Das Geschäft ist auch zu stande gekommen, und das Reichskanzleramt hat 4 Prozent Zinsen erhalten. Das Darlehn ist in 3 Jahren getilgt worden. Die Stammprioritäten waren aber durch Beschluß der Generalversammlung vorher sehr entwerthet worden, denn es war inzwischen angenommen worden der Beschluß, 12½ Millionen Thatee Obligationen auszugeben, also Hypotheken, die den Stammprioritäten vorgingen. Diese 12½ Millionen Thaler Obligationen sind voll und ganz dem Herrn von Bleichröder und der Discontogesellschaft als Sicherheit übergeben worden, sodaß die Bürgschaft eine rein formale war. Sie waren vollständig gedeckt, während natürlich die Stammprioritäten, die der Staat hatte, entwerthet waren. Nun, meine Herren, für diese nominelle Bürgschaft haben sich die Diskontogesellschaft und Heer von Bleichrödee 4 Prozent per anuum bewilligen lassen. Das macht für die 15 Millionen, incl. der 6 Millionen der Seehandlung, und die Ratenzahlungen berechnet, 1200000 Mark, die diese Herren, die Gesellschaft und Herr von Bleichröder, mit Hilfe des vom Staat hergegebenen Geldes herausgezogen, herausgewuchert haben aus der bereits total nothleidenden Gesellschaft.

Nun, wenn der damalige Here Zeuge, der Herr Direktor Miquel, eeklärt, es wäre unwahe, daß 14½ Prozent Zinsen genommen wären, es wären nue 4 Prozent gewesen und ½ Prozent Provision füe das Quartal, so beruht diesee Eid auf einem Irrthum. Es sind in anderen Fällen noch viel mehr als 14½ Prozent genommen worden, und Herr Miquel hat dies selbst unterschrieben. Es ist dies ein bedauerlicher Irrthum. Wäre deeselbe nicht eingetreten, so würde der Angeklagte, da dies die Hauptsache im ganzen Prozeß war, freigesprochen sein. Ferner sagte Herr Miquel auf die Frage des Angeklagten: „es wäeen nur einige kleine Vorschüsse gegeben worden.“ Es ist das Wort „klein“ sehr dehnbar, aber es ist wohl keiner im Hause, der diesen ersten Vorschuß von 4 Millionen als einen kleinen Vorschuß ansieht.

Dann erklärte dee Herr Miquel, damals Reichstagsmitglied, in einer Sitzung des Reichstags Folgendes:

Ich habe niemals eigene Geschäfte gemacht, sondern alles, was ich gethan habe, that ich als Director der Discontogesellschaft.

Auch dies ist ein Irrthum. Sie werden in den Acten ein Schriftstück finden, ein Protokoll über Gründung der Bahn, in der allerdings die Herren von Hansemann und Miquel eine bedeutende Zeichnung machen für die Discontogesellschaft, dann aber wörtlich dasteht, jeder für sich: ich, Hansemann, so und so viel; ich, Johannes Miquel, 100000 Thaler. Es ist also hier ein schwerer Irrthum obwaltend, und diese Irrthümer haben dazu beigetragen, daß über die ganze Gründerzeit und diese unerhörte Auswucherung, so rasch zur Tagesordnung übergegangen ist und das Volk noch heute nicht weiß, woher die unerhörte Proletarisirung der ganzen Volksmassen entstanden ist.

Nun wird erklärt in den Zeitungen durch eine Darstellung, die fast genau übereinstimmt mit der Darstellung, die im Seniorenkonvent gegeben wurde, die ich also dem Herrn Miquel zuschreiben muß, daß die Gründung der rumänischen Eisenbahngesellschaft nach dem Sturze Strousbergs eine Rettung des deutschen Kapitals gewesen wäre, also etwas gutes. M. H., das deutsche Kapital war ja allerdings hauptsächlich gefährdet in den ursprünglich verpflichteten Herzogen von Ujest und Ratibor, und zwar sind diese Herren, nicht aber das deutsche Kapital gerettet worden. oder wenn es ja gerettet worden ist, so habe ich Ihnen ja dargelegt, daß es hineingerettet worden ist in die Börsen der Discontogesellschaft und des Herrn von Bleichröder. Die Papiere gingen dauernd zurück, sie sind ja auf einen wer weiß wie niedrigem Stande gewesen. Wenn dann die Obligationen von den Banken angekauft worden sind, worauf mit der rumänischen Bahn ein nachträgliches Abkommen getroffen ist, so sind alle die kleinen Actienbesitzee dadurch nicht gerettet worden und sie sind um alles gekommen. Die von Gott Enterbten haben nichts gerettet, sondern nur die großen Banken, wie das schon einmal gesagt worden ist.

M. H., als die Bahngesellschaft gegründet wurde, wurden alle deutschen Arbeiter und auch die von Strousberg angestellten deutschen Beamten entlassen, und der Bau der Bahn wurde übertragen der österreichischen Südbahn, die, wie Sie alle wissen, im Besitz des Herrn von Rothschild in Paris ist. Die Bahn ist dann von Franzosen fertig gebaut worden mit Ausschluß von deutschen Beamten und Arbeitern. Der erste Director erhielt 60000 Francs. Nun liegt zwar der Originalvertrag nicht bei den Acten, ich werde ihn aber der Kommission im Original vorlegen, woraus hervorgeht, daß niemand haftbar war, weder die Discontogesellschaft noch auch die rumänische Regierung. Und das ist ein Zeichen davon in diesem Vertrag, was man eigentlich unter Rettung des deutschen Kapitals verstand. Der rumänische Staat ist uns dadurch vollständig entfremdet worden. Es ist durch diese ganz ungeheuerliche Gründung, bei der wir Deutschen unser Vermögen verloren haben, eine sehr schwierige Stellung der dortigen Dynastie geschaffen worden Noch heute können Sie tagtäglich vor dem Hause des Königs Bilder verkaufen sehen, auf denen er mit Strousberg und mit den anderen hier genannten Herren Arm in Arm abgebildet wird. Die Dynastie und das Land haben unter dem leiden müssen, was jüdisch-deutsche Gründer zu Gunsten unerhörter Gewinne dort angerichtet haben.

Nun, m. H., dies alles war nur möglich, indem die ganze Presse durch die Gesellschaft resp. durch die Discontogesellschaft bestochen wurde In den Akten werden Sie ein Konvolut finden von Quittungen, von den einzelnen Zeitungen ausgestellt über Bestechungen, also z. B. für eine Bemerkung von fünf Zeilen, die günstig lautet über die Bahn, haben erhalten 21 Wiener Zeitungen je 50 bis 100 Gulden. (Heiterkeit). Die Berlinee Zeitungen sind ja nun nicht dabei, da sie mit der Discontogesellschaft in direkten Beziehungen standen, — ja, meine Herren, das wiederholt sich so ziemlich in jeder Woche. Es ist eine Originalrechnung da, unterzeichnet von einem Ritter von Grünthal und Oberst Fromm, die beide nach Wien geschickt waren, um die Zeitungen zu bestechen, von zusammen ungefähr 50000 Thalern in der Semestralbilanz, also jährlich 100000 Thalern. Hier in Berlin ist die Presse nicht direct von der rumänischen Bahn, sondern von der Discontogesellschaft bearbeitet worden, und finden Sie da Notizen: für die Presse 30000 Thaler — und Aehnliches. Auch steht wiederholt in den Bilanzen: Herr Miquel für die Presse 100 Thaler, nochmals 100 Thaler. (Heiterkeit.) Das wiederholt sich in wenigen Tagen. Dann finden Sie in den Acten einen Brief, in dem Herr Miquel beschreibt, wie es gemacht werden muß, um die Presse zu bearbeiten. (Heiterkeit.) Und, m. H., den Inhalt dieses Briefes konnte ich voll und ganz begreifen, als ich nun in der That die Pressemache gegen mich gelesen habe, die mich, der ich doch weiter nichts thue, als daß ich hier Sachen zur Sprache bringe, von denen ich annehme, daß sie dem deutschen Volke nur nützen können, einigermaßen zum Auswurf der ganzen Menschheit hingestellt. Und unter dem Herrn Oberjuden dort links, den ich Ihnen vorhin nannte, den ich nicht wieder zu nennen brauche, ist das ja in der uneehörtesten und geschicktesten Weise gemacht worden. (Heiterkeit.) —

Oder, wenn das Wort „Oberjude“ nicht zusagen sollte, brauche ich vielleicht „Zuhälter des Judenthums“ dafür zu sagen. (Große Unruhe.)

Nun, m. H., die rumänische Bahn hat, trotzdem sie so ungeheure Zinsen an die Herren zahlen mußte, also Geld haben mußte, ein Gesuch an Seine Majestät den Kaiser gerichtet um Erlaß des Steuerstempels für die neuen Aktien im Betrage von 250000 Thalern. Ob das Gesuch abgewiesen oder genehmigt ist, darüber erweisen leider meine Acten nichts. Außerdem sind alle diese Wechsel zwischen der rumänischen Bahn und der Discontobank, Bleichröder und Oppenheim ungestempelt hin und her gegangen, weil sie nicht in den Kurs kamen. Es ist dadurch der deutschen Reichskasse ein Verlust erwachsen, — ich kenne das Wechselstempelgesetz nicht so genau, ich fragte einen Andern, es wurde mir ungefähr gesagt, daß bei 100 Millionen, um die es sich im Laufe der 5 Jahre handelt, immerhin ein Verlust von 3- bis 400000 Mark für die Reichskasse sei.

M. H., es finden sich dann Briefe, aus denen hervorgeht, daß die Beschlüsse der Generalversammlung hauptsächlich immer durch Strohmänner herbeigeführt wurden, d. h. durch Leute, die gar keine Actien besaßen, die die Actien erhalten haben um dann dort zu stimmen. Da werden in einem Actenstück besonders die Namen Horwitz und Mundel genannt. (Heiterkeit links.) Der Brief ist im Original da, wo die Namen genannt sind; er wird bei den Acten aufzufinden.

M. H., unter diesen Umständen muß ich doch sagen, daß es ein trauriger Zustand war, daß der Führer der damals größten politischen Partei, der ja die Klinke der Gesetzgebungsmaschine hauptsächlich in der Hand hatte, zugleich einer von denen war, die sich mit solchen Geschäften befaßten. Der Hauptgewinn dieser Geschäfte ist ja natürlich den großen jüdischen Bankhäusern zu Gute gekommen und berechnet sich an diesem einen rumänischen Geschäft auf etwa 50 Millionen Thaler. Dagegen, meine Herren, berechnet er sich in anderen Geschäften dieser Art, die da gemacht wurden, geradezu auf ungeheuerliche Summen. Also die Gründungen, an denen Herr Miquel betheiligt war, waren 1870 mit Rothschild, Oppenheim, Bleichröder, Hansemann und Kardorff (Heiterkeit rechts) die Preußische Central-Boden-Credit-Actiengesellschaft, dann 1871 mit Hansemann und Anderen die Provinzial-Disconto-Gesellschaft. Das ist wohl die blutigste Gründung, die jemals dagewesen ist; das Aktienkapital betrug 10 Millionen Thaler, der Kurs wurde gar bald auf 180 getrieben. Man brachte auch in einem Jahr die Rente von 16 Prozent auf 100 Prozent. Das deutsche Volk hat daran ungefähr einen Verlust von 11 Millionen Thalern gehabt.

Dann im November 1871 mit Hansemann, Bleichröder und Anderen die rumänische Eisenbahngesellschaft, über die ich gesprochen habe. Dann am 4 Februar 1872 mit Bleichröder, Hansemann ꝛc. die Dortmunder Union. Nun, meine Herren, was es damit auf sich hatte, wie viele Millionen daran verloren gegangen sind, das wissen Sie ja wohl alle so genau, daß ich hier darauf nicht einzugehen brauche.

Dann eine der schlimmsten Gründungen war der Kommerner Bergwerks- und Hüttenverein, an dem ja auch ziemlich alles verloren gegangen ist. Dann das Gelsenkirchener Bergwerk mit einem Actiencapital von $4\frac{1}{2}$ Millionen Thalern — und da finde ich nun auch die Erklärung, die ich Ihnen vorhin mit dem Wortlaute nach anführen konnte, die Herr Miquel hier im Reichstag am 5. Februar 1876 abgegeben hat:

Ich für meinen Theil habe für mich selber nie Geschäfte gemacht, weder Gesellschaften gegründet noch andere.

— Ich verweise dem gegenüber auf das Protokoll dort bei den Akten. —

Wo ich gehandelt habe, habe ich gehandelt als Director der Discontogesellschaft, meiner Pflicht entsprechend.

Nun, das sind alles Sachen, die hier wenigstens früher schon gestreift worden sind. Nun komme ich auf Sachen, die hier noch nie erwähnt worden sind, nämlich auf die Braunschweiger Bahn, Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn u. a. Es wurde damals der Versuch gemacht, das ganze Deutsche Reich zusagen aufzukaufen, indem man die Eisenbahnen angeblich durch Gesellschaften aufkaufen ließ, hinter denen aber die Herren von Bleichröder, die Discontobank mit dem gesammten Reichsfonds stand, insbesondere auch mit dem Welfenfonds für den nur 3 Prozent gezahlt worden sind, und mit dem Herr Bleichröder, wie Sie gesehen haben, bis 35 Prozent verdient hat.

Die Sache mit den braunschweigischen Bahnen ist hocheigenthümlich. Herr Miquel hat seinerzeit persönlich die Braunschweiger aufgefordert, ihre Bahn doch bald zu verkaufen, und zwar an die Darmstädter Bank, aus dem Grunde, weil der Herzog doch bald sterben könne und dann Preußen die Bahn nehmen könnte. (Hört! Hört! links.) Die Braunschweiger wollten sich zunächst nicht dazu bereit erklären; dann wurde der Agent Run, der 40000 Thaler dafür bekommen hat, herumgeschickt, und er hat so lange agitirt, bis ein ganz ungeheurer Betrag angenommen worden ist. Es wurden 11 Millionen Thaler baar gezahlt und dann noch 61 Jahre lang jährlich 800000 Thaler.

M. H., die Darmstädter Bank war nur vorgeschoben, auch Bleichröder und die Discontobank waren nur vorgeschoben, die sämmtlichen Actien sind jetzt im Besitz des preußischen Staats, und der preußische Staat erleidet geradezu ungeheure Verluste; denn diese 800000 Thaler auf 61 Jahre und die Anzahlung bringen es dahin, daß nach Ablauf der 61 Jahre Preußen 30- bis 40 Millionen Thaler eingebüßt hat durch diese Unternehmungen des Herrn Miquel.

Die Sachsen waren natürlich klüger. (Heiterkeit.) Die Sachsen zogen es vor, ihren Patriotismus wohl auf dem Schlachtfelde zu beweisen, aber sie wollten sich nicht durch die Berliner Judengesellschaft ausbeuten lassen, und da begann auch die bekannte Hetze gegen Sachsen wegen des sogenannten Partikularismus, der eigentlich nichts weiter bedeutete, als daß sie behalten wollten, was sie an Besitzthum hatten.

M. H., eine der schlimmsten Gründungen dieser Art ist die Hannover-Altenbekener Bahn. (Ah! links.) M. H., die Conzession zu dieser Bahn wurde ertheilt an die Herren von Bennigsen und Abides unter der ausdrücklichen Bedingung, die der Herr Minister von Itzenplitz vorgeschrieben hatte, daß die Bahn nicht in Entreprise gegeben werden dürfe. Die Herren haben dann mit Herrn Cohn in Dessau das Weitere veranlaßt, und trotz dieser Bedingung hat Herr Dr. Strousberg die Bahn doch in Entreprise erhalten. Er hat dafür bezahlt 34000 Pfund. Wer von den Herren, ob Herr Cohn oder Herr von Bennigsen oder Herr Abides das Geld bekommen hat, resp. wie viel jeder bekommen hat, kann ich nicht nachweisen. (Zuruf links.) — Jo, gewiß es ist schade; darin stimme ich Ihnen vollständig bei, es ist inzwischen nicht möglich. —

M. H., diese Bahn ist dann so theuer gebaut worden wie keine einzige Bahn in ganz Deutschland, sie kann sich auch nicht annähernd verzinsen, und, als sie dann nicht weiter konnte, hat sie aus dem Invalidenfonds ein Darlehn erhalten, d. h. es sind die Hannover-Altenbekenschen Obligationen vom Invalidenfonds angekauft worden. (Lachen links.)

M. H., das ging so weit, daß schließlich Obligationen dem Invalidenfonds gegeben wurden für Zweigbahnen, zu denen noch nicht einmal der erste Spatenstich gethan war.

In dieser Weise sind nun die Reichsfonds, die 800 Millionen betragen, zu 304 Millionen mit ähnlichen Papieren belastet worden, so besonders mit Köln-Mindener, Bergisch-Märkischen. (Lachen und Unruhe).

M. H., die Hannover-Altenbekener Bahn war direkt unhaltbar, sie war sehr viel schlechter noch dastehend als die Nordbahn, und es wären an 150 Millionen Mark an allen diesen Bahnen dem Invalidenfonds verloren gegangen, wenn die Papiere damals verkauft worden wären. Meine Herren, der preußische Staat hat dann einschreiten müssen und diese Bahn mit dem Vierfachen des Werths bezahlt, damit der Invalidenfonds sein Geld rettete, und hat somit die Bahnen aufgekauft zu einem solchen Preise, daß ein genügender Gewinn für den preußischen Staat gar nicht herauskommen kann. Solche Bahnen, die nicht Obligationen aus den Fonds hatten, sind natürlich viel billiger gekauft worden, z. B. die Nordbahn; und da kann man sehen, was für ungeheuerliche Dinge hinter den Kulissen vorgegangen sein müssen.

Und, m. H., auch Herr von Bennigsen hatte die Klinke der Gesetzgebung mit in der Hand, und die Gesetze sind nun so gemacht worden — Sie kennen ja alle das Aktiengesetz, — daß der Ausbeutung Thür und Thor geöffnet war. An der Spitze natürlich steht das Großjudenthum, und die genannten Herren waren die Handlanger, wofür sie ganz hübsche Summen mögen verdient haben. Ob Herr von Bennigsen sie verdient hat, weiß ich nicht; aber Herr von Miquel hat verdient und zwar sehr viel. (Lachen und Unruhe.)

M. H., ich will mich auf alle die anderen Gründungen, die hier stattgefunden haben, nicht einlassen. Ich wollte nur hiermit gesagt haben, daß diese Fonds, der Invalidenfonds und der Reichstagsbaufonds, der übrigens von allen Fonds die meisten Obligationen erworben hatte, lediglich diesen Spekulationen zu gute gekommen sind, und daß die eigentlichen Gründe, aus denen sie überhaupt ins Leben gerufen worden sind, doch nicht in erster Linie zu jenen Zeiten in Betracht kammen. In der Kommission werde ich darüber ganz genaue Ausführungen über jedes einzelne geben.

M. H., dieses Geschäft ist nun jahrelang gegangen und es hat auch jetzt noch kein Ende. Es bedeutet, daß die sämmtlichen productiven Stände des Reichs durch wenige überaus reiche Personen, die in ihren leitenden Kreisen sämmtlich dem Judenthum angehören resp. ihm entsprossen sind, voll und ganz ausgebeutet werden, daß kein Produzent mehr das erhält, was er verdient, und jeder Konsument zu viel geben muß, und daß alle diese großen Geldsummen, die da erzeugt werden, aus dem Volke herausgehen in die Hände dieser wenigen Leute, die ja allmählich Hunderte von Millionen in ihren Besitz gebracht haben.

M. H., das wollte ich Ihnen hier zeigen und dafür wollte ich Ihnen diese Akten als Beleg für einen bestimmten Fall vorlegen. Das war der einzige Zweck, weshalb ich diese Sache hier vorgebracht habe. Ich bin weit entfernt davon, irgend einen persönlich hier angreifen zu wollen. (Heiterkeit und Lachen.) So wenig wie die Herren Miquel und Loewe, so wenig haben die anderen von mir genannten Personen mir etwas gethan. Aber man muß, wenn man allgemeine Zustände klarlegen will, immer Einzelnes herausgreifen, um das nachzuweisen, was man will. (Zuruf links). — Von einer Verleumdung meinerseits ist wohl absolut nicht die Rede. Die Absicht, zu verleumde, steht mir vollständig fern. Ich kann mich irren. In diesem Punkt ist ja ein Irrthum nun ausgeschlossen, wie ja die Belege zeigen. Aber, meine Herren, mein Wille ist nur allein der, (Widerspruch links) die produktiven Stände von diesem Bann, der auf ihnen lastet, zu befreien und die Leute zu kennzeichnen, die von den Juden besoldet werden, um ihre Dienste zu verrichten. (Zuruf links.) — Sie hören, daß der Herr Rickert dauernd höhnisch „jawohl“ dazwischen ruft, ein Mann, der als Direktor für der Judenschutztruppe 12000 Mark jährlich erhalten soll.

(Andauernde große Heiterkeit und Zuruf.) — M. H., es ist das ja eine Kleinigkeit. (Zuruf links.) — Ich habe den H. Abg. Rickert genannt. (Zuruf.) — Wie, soll ich noch mehr Namen nennen? Der Herr Abg. Rickert soll nach Berichten (Lachen) 12000 Mark erhalten. (Zuruf links. — Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. **Ahlwardt:** Meine Herren, ich muß hier also erklären, daß diese Angriffe von mir ausgingen aus der einzigen Erwägung, daß es nothwendig ist, hier Wandel zu schaffen. Einen weiteren Zweck hatte ich nicht dabei. Daß ich den schlimmsten Gefahren ausgesetzt werden würde, wußte ich ja vorher. Ich habe mich dem nicht entziehen können. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, das hier darzulegen, hier zunächst nur in großen Zügen; der Kommission werde ich all die Einzelheiten darlegen, und darum bitte ich Sie eben, eine solche Kommission zu beschließen. (Zuruf.)

M. H., es wird nun da fortwährend dagegengesprochen. Einen Fall habe ich hier nachgewiesen, wie ich behandelt werde. M. H., ich kann solchen Leuten, die mit Männern in Verbindung sitzen, die selbst unsern Herrn Präsidenten nicht schonen, um mich absolut zu verleumden, überhaupt nicht weiter antworten. Ich muß mir das eben gefallen lassen, was in ihrer Presse, die leider das ganze Reich beherrscht, über mich durch das ganze Reich verbreitet wird. Denken Sie an die großen Verleumdungen, die ich habe erdulden müssen. Da wird nun gesagt, ich hätte die Centrumspartei, die conservative Partei beleidigt, während es mir niemals einfällt, irgend eine Partei zu beleidigen, sondern ich habe nur das Schlimme, was darin liegt, daß einzelne Leute dem Judenthum dienstbar sind und damit die Gesammtheit schädigen, damit geißeln wollen. Diese Gründer, von denen ich spreche, sind ja leider, außer bei der nationalliberalen Partei, wo sie sehr zahlreich sind, auch sonst in einiger Anzahl in vielen Parteien vertreten, mit Ausnahme der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie. Ich werde über die einzelnen Gründer in der Commission berichten.

Ich bitte Sie, m. H., nehmen Sie meinen Antrag an, und bitte, beschließen Sie, m. H., daß eine Commission von 21 Mitgliedern ernannt wird, und dann bitte ich noch darum, wählen Sie in diese Commission einen mir nahestehenden Herrn, Herrn Pickenbach oder Herrn Werner.

Preuß. Finanzminister **Dr. Miquel:** M. H., wenn ich es hier blos mit Herrn Ahlwardt zu thun hätte, so könnten Sie sicher sein, daß ich nicht antworten würde. (Sehr richtig!) Da aber Herr Ahlwardt die Ehre hat, Vertreter der deutschen Nation zu sein (Zuruf) da hier im Deutschen Reichstag diese unerhörten Unwahrheiten und Lügen vorgebracht werden, (sehr wahr!) so halte ich mich verpflichtet, nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse der öffentlichen Moral, im Interesse der Erhaltung des Vertrauens zu den Staatsbehörden, eingehend auf diese unerhörten Beschuldigungen zu erwidern.

M. H., der Herr Abgeordnete sagt: ich will ja nur das Gute, ich stehe hier für meine Behauptungen ein! Nun, ich lade ihn ein, diese seine Behauptungen außerhalb des Reichstages (sehr gut! links) mir nur kurz zu bestätigen, so wird er sehr bald Herrn Joachim Gehlsen nachfolgen, und ich werde erwarten, ob dieser große Cato den Muth hat, was doch, wenn man Männer unter der Redefreiheit in dieser Weise angreift, eine Sache der persönlichen Ehre wäre, seine heutigen Behauptungen mir außerhalb des Reichstages zu wiederholen.

M. H., der Herr Abgeordnete stützt sich auf die Rumänische Actiengesellschaft und deren Handlungen. Gestatten Sie mir, auf diese Gesellschaft etwas näher einzugehen, und Sie werden sicher staunen, wie man derartige Behauptungen aufstellen kann. Diejenigen, welche die Zeit erlebt haben, werden sich erinnern, daß im Anfang der siebziger Jahre der Dr. Strousberg mit einigen anderen Herren eine Concession erlangte für den Bau mehrerer hundert Kilometer Eisenbahnen in Rumänien. Es wurden, um die Kapitalien für diesen Bau aufzubringen, 7½ prozentige Obligationen ausgegeben, während allerdings die Garantie für diese Obligationen, die der rumänische Staat übernahm, erst bei Fertigstellung der Eisenbahnen fällig wurde. Von diesen 7½ prozentigen Obligationen wurden, wenn ich nicht irre, 63 Millionen Thaler ins deutsche Publikum gebracht, und zwar vorzugsweise mit Rücksicht auf den hohen Zinsfuß gelangten diese Obligationen in die Hände kleiner Leute.

Das Unternehmen ging nun voran, scheiterte aber bald an dem Mangel der Mittel und an der Schwierigkeit der Ausführung in dem fernen Orient. Die Obligationen gingen Schritt vor Schritt herunter; sie waren zu etwa 70 ausgegeben und standen schließlich auf 35, endlich waren überhaupt keine mehr abzusetzen. Die rumänische Regierung sah, daß die Sache nicht vorwärts ging, daß die Fristen nicht innegehalten wurden; es wurde ein eigenes Gesetz emaniert, wonach die Garantie als nicht in Kraft getreten bezeichnet, mit der Confiskation der Bahnen gedroht wurde, und das ganze Unternehmen also nunmehr völlig in Frage stand.

Eine große Unruhe bemächtigte sich der Inhaber der Obligationen; überall bildeten sich Schutzkomitees. Diese wendeten sich an diese beiden Bankhäuser, auf die sie auch höheren Orts verwiesen waren, mit der Bitte, sie möchten sich doch der Rettung oder des Versuchs der Rettung des deutschen Kapitals annehmen. Sehr zögernd und widerwillig — was auch wohl jeder Geschäftsmann verstehen wird — ließen sich diese Bankhäuser auf die Sache ein. Sie gründeten, wie gesagt, nach Uebereinkommen mit dem rumänischen Staat, eine Aktiengesellschaft, die in 30 Tagen aus diesen Obligationären zu bilden war. Sie erließen einen Aufruf an die Obligationäre, wonach diese sich zu melden und ihre Obligationen in Aktien zu verwandeln hätten. Es meldeten sich fast ausnahmlos alle Obligationäre. Nun wurde die Aktiengesellschaft konstituirt. Es wurden Unterhandlungen mit dem rumänischen Staat angeknüpft. Derselbe war auch einverstanden, daß diese Aktiengesellschaft an die Stelle der ursprünglichen Konstitutionäre zu treten hätte; aber allerdings waren die Garantieverpflichtungen des rumänischen Staates erst fällig, wenn sie gleich den ursprünglichen Konzessionären die Bahn rechtzeitig fertig stellte. Nun stand die Gesellschaft da, irgend welche Kapitalien waren nicht vorhanden, das Vermögen bestand in den halb fertig gestellten Eisenbahnen in Rumänien, welche sehr mangelhaft gebaut waren; die Dämme waren eingefallen, die Brücken waren eingerissen, und es war überhaupt nur noch ein geringerer Theil hergestellt. Wenn die Gesellschaft nicht rechtzeitig und bedingungsmäßig die Eisenbahnen fertig stellte, so hatte sie nichts, das deutsche Kapital blieb verloren. Nun stellen Sie sich einmal in die Lage dieser Bankhäuser. Wenn sie Vorschüsse gaben, so hatten sie dasselbe Risiko, was die Aktionäre hatten; denn gelang dieser schwierige Versuch nicht, in der kurz gestellten, noch übrig gebliebenen Frist diese Bahn fertigzustellen, so waren die Vorschüsse der Banken ebenso gut verloren wie die Actien der Actionäre, dann war eben nichts da. Das waren so ungeheuer riskante Geschäfte, hier Vorschüsse zu geben, daß wir oft in der Discontogesellschaft erwogen haben, ob man es überhaupt noch weiter verantworten könnte gegen die eigenen Actionäre, immer steigende Vorschüsse in einer Höhe zu geben, die schließlich die größten Schwierigkeiten auch für die Discontogesellschaft selbst zur Folge haben konnten.

M. H., nun hat der Angeklagte sich darauf gestützt (große Heiterkeit) — hat der Abgeordnete sich darauf gestützt, daß die Gesellschaft den Bahnbau in Rumänien nicht selbst ausgeführt, sondern denselben der österreichischen Staatsbahn übertragen hat. Ja, meine Herren, wir waren unendlich glücklich, als dieses gelang; denn die Beamten, die da von Strousberg her sich vorfanden, waren meistens von der Beschaffenheit, daß wir ihnen keinerlei Vertrauen schenken konnten; und wenn es auch anders gewesen wäre, so waren wir garnicht im Stande, in der kurzen Zeit einen so gewaltigen Bahnbau von noch vielen hundert Kilometern fertigzustellen ohne die geordneten Kräfte einer Bahn, die da in der Nähe sich befand, und deswegen wurde der ganze Bau und Betrieb in Rumänien vertragsmäßig der österreichisch-französischen Staatsbahn übertragen. Es wurde eine Generaldirection in Bukarest eingesetzt, die allerdings unter einer gewissen Controle diese Bahnbauten nun in Angriff nahm.

Nun hat der Herr Abgeordnete Ahlwardt sich hauptsächlich bezogen auf ein Darlehn, welches an die rumänische Eisenbahngesellschaft aus bereiten Mitteln des Reichs, beziehungweise der Seehandlung gegeben wurde. M. H., wenn die Bankiers so lüstern gewesen wären, selbst Vorschüsse zu geben und dafür hohe Zinsen zu nehmen, so würden sie wahrscheinlich sich nicht an die Reichskasse und die Seehandlung gewendet haben, sondern sie hätten den angenehmen Profit selber mitgenommen. Was mich persönlich betrifft, meine Herren — und das ist Beweis für den guten Glauben dieses Herrn Ahlwardt — so ist in dem Prozeß Gehlsen, auf den ich noch kommen werde, erwiesen, erstens, daß ich überhaupt nicht mehr in der Discontogesellschaft war, als das Darlehn gegeben wurde (hört! hört! links), zweitens, daß der rumänische Aufsichtsrath nie darüber berathen hat; denn generell war die Direktion ermächtigt, Vorschüsse zu 8 Prozent zu geben, und hier sind nur 8 Prozent gezahlt; und drittens ist erwiesen, daß ich gar nicht in Berlin war, sondern ich damals mich seit Monaten in Thale aufhielt. Das alles weiß, wie ich bestimmt annehme, der Herr Ahlwardt; denn er hat ja wörtlich zitirt, was in den fraglichen Prozeß aufgenommen ist — ich komme darauf nachher noch zurück —. Was aber die Darlehen betrifft, so hat das Gericht ausdrücklich ausgesprochen, daß die von Herrn Gehlsen hieran geknüpften Verleumdungen vollständig widerlegt seien. Herr Gehlsen hatte behauptet, es wären 14½ Prozent für dieses Darlehen gegeben. Es wurde nachgewiesen durch die Aussage des Justizraths Riem, durch die Aussage des Geheimen Ober-Regierungsraths Reinhardt, des jetzigen Präsidenten der Hessischen Ludwigsbahn, und viele andere Zeugen, durch die Aussage der Direktoren, daß die Sache sich einfach so verhielt: die rumänische Eisenbahngesellschaft wandte sich um dieses Darlehen an das Reich, welches damals viele reiche und überflüssige Mittel hatte und mehrfach solche Lombarddarlehen gab, und offerirte als Lombard die nicht vergebenen 8 Prozent Stammprioritätsaktien.

(Fortsetzung folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: I. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 19. Berlin, den 7. April. 3. Jahrg. 1893.**

## Ahlwardts Ende?

Der Reichstag hat vor Thoresschluß mit dem Ahlwardtunfug gründlich aufgeräumt. In der Sitzung vom 2. Mai kam der schleunige Antrag Ahlwardt zur Berathung. Die Commission schlug vor:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Nachdem die Commission erklärt hat, daß der Inhalt der von dem Abg. Ahlwardt dem Reichstage übergebenen Acten und Druckschriften die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstags vom 18., 21. und 22. März, sowie vom 25. April d. Js. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstags und des Bundesraths erhobenen Anschuldigungen nicht rechtfertigt, den Antrag Ahlwardt für erledigt zu erklären.“

Obwohl über die Commissionsverhandlungen „aus guten Gründen“ Stenogramme aufgenommen worden sind, ließen es sich die Referenten Dr. v. Cuny und Dr. Porsch nicht nehmen, in erschöpfender Weise über den Befund des „Aktenmaterials“ zu berichten mit Rücksicht darauf, daß die Ahlwardtschen Beschuldigungen „leider über die Grenzen unseres Vaterlandes und nicht zur Ehre des deutschen Namens hinausgegangen“ sind. Nicht weniger als $2^3/_4$ Stunden nahmen die Referate in Anspruch.

Abg. Dr. Porsch sagte am Schlusse seiner Rede:

„In der Commission ist es zu Erwägungen darüber gekommen, ob die Commission in irgend einer Form die Beschuldigung Ahlwardts ihrem wahren Werthe nach qualificiren sollte. Die Commission hat davon Abstand genommen, weil innerhalb der Schranken, welche die Ordnung dieses Hauses setzt und welchen der Würde desselben entsprechen, eine **Qualification für die Beschuldigungen**, die auch nur einigermaßen die Sache träfe, **sich gar nicht finden läßt**. . . . . Wenn der Abg. Ahlwardt einen **Funken von Verständniß** besitzt für die Sache, die er hier von der Tribüne des Reichstags behandelt hat, und wenn er noch einen **Funken von Ehrgefühl** in seinem Leibe hat, dann wird er die schweren Anschuldigungen gegen Mitglieder des Bundesrathes und des Reichstages zurücknehmen.“

Ahlwardt aber nahm bis auf einen einzigen Punkt nichts zurück, sondern belästigte den Reichstag noch mit einer confusen „Rede,“ worin er, da er sich dem Rechtspruche des Parlaments nicht beugen wolle, das demnächstige Erscheinen einer die ganze Sache behandelnden Broschüre ankündigte, um den Gerichten Gelegenheit zu geben, sich mit ihm zu befassen.

**Der Reichstag würdigte dieses Mal den Mann keiner Antwort.**

**Einstimmig** gelangte die von der Commission beantragte Resolution zur **Annahme**. Auch die anwesenden Antisemiten stimmten dafür. Werner und Pickenbach waren nicht zur Stelle. Ahlwardt hatte sich vor der Abstimmung wie ein Sünder, aber nicht ein reuiger, davon geschlichen.

Einige antisemitische Blätter hatten darauf vorbereitet, daß antisemitische Abgeordnete, um gewissermaßen doch etwas aus dem Ahlwardtrummel „herauszuschlagen,“ bei dieser Gelegenheit eine Nachprüfung des Gründerschwindels verlangen würden. War diese Absicht vorhanden, so wurde sie noch in letzter Stunde aufgegeben. Niemand mochte auch nur als indirecter Helfershelfer eines Ahlwardt vor dem Lande erscheinen.

Im Reichstage hat Ahlwardt seine Rolle gänzlich ausgespielt. Seine Gefährten rücken immer weiter von ihm ab. Selbst in der geträumten künftigen „Fraction der vereinigten Antisemiten“ dürfte für ihn kein Platz sein.

Ob auch seine Anhänger im Lande endlich zur Vernunft kommen werden?

Abg. Dr. Porsch sprach dem preußischen Finanzminister den besonderen Dank aus, daß er „die Bedenklichkeit einer Betheiligung des Bundesraths an den Verhandlungen einer solchen Commission hintansetzend an ihnen theilnahm im Interesse der Moral und des öffentlichen Vertrauens und zur **Warnung und wenn möglich zur Belehrung für denjenigen Theil der Bevölkerung, der von einem Manne wie Ahlwardt irregeleitet wird.**“

Als Ahlwardt am 2. Mai den Reichstag verließ, harrte seiner draußen wieder eine hundertköpfige Menge. Der sonstige Jubel blieb aber aus, lautlos wurde der Demagoge empfangen.

Sollte das schon einen Umschwung in der Stimmung gewisser Kreise bedeuten?

---

## Jüdische Deutsche in der Berliner Justiz und die „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“ ist soeben dabei, das Kapitel der „Judenfrage“ um einen Abschnitt zu vermehren: das Judenthum in der Berliner Justiz. „Judenthum im Sinne der „Kreuzzeitung“ ist der Gegensatz nicht nur zum Christenthum, sondern auch zum Deutschthum. Lassen wir der „Kreuzzeitung“ dieses verletzende Vergnügen, es soll heute die „Judenfrage“ nicht in ihrer Totalität aufgerollt werden. Wir bescheiden uns und sprechen lediglich von der „Verjudung“ der Berliner Rechtspflege. Nur bitten wir das geschätzte Blatt, uns zu gestatten, eine andere Meinung von dem Verhältniß des Judenthums zum Deutschthum zu haben. Und um darüber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, haben wir diesem Artikel eine Ueberschrift gegeben, welche möglicherweise der „Kreuzzeitung“ nicht gefallen wird, aber doch nicht ganz unzutreffend ist.

Die „Verjudung“ der Berliner Justiz datirt nach der „Kreuzzeitung“ seit dem 8. Dezember 1879. An diesem Tage erwirkte der damalige Justizminister v. Friedberg den Allerhöchsten Erlaß, wonach die Versetzung von Richtern ohne Kenntniß des Monarchen allein durch den Justizminister erfolgen kann.

Diese Verordnung würde doch nur die „Verjudung" des Richteramts, keineswegs aber diejenige der Staatsanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft erklären. Wie verhält es sich nun mit der „Verjübelung" der Berliner Justiz, um einen ferneren geschmackvollen Ausdruck der „Kreuzzeitung" zu gebrauchen? Diese Frage kann von verschiedenen Gesichtspunkten behandelt werden. Man stellt eine Reihe von Zahlen zusammen und sagt: Hier habt Ihr die „Verjübelung" zahlenmäßig nachgewiesen, und Zahlen beweisen. Es ist aber auch ein anderer Standpunkt möglich, und von diesem aus werden wir den Gegenstand unten betrachten. Die „Kreuzzeitung", welche bei dieser Gelegenheit dem „Freisinn wieder einmal seine absolute Unfähigkeit erwiesen hat, Fragen von so tiefgehender Bedeutung, wie es bei dem Antisemitismus der Fall ist, auch nur in bescheidenstem Maße in ihrer Hauptursachen zu erfassen," wählt den rein äußerlichen Standpunkt der Zahlengruppirungen. Folgen wir ihr auf diesen Weg zur Erkenntniß, wobei wir bemerken, daß wir lediglich von den uns bekannten Berliner juristischen Kreisen sprechen.

Vorweg eine Bemerkung. Die „Kreuzzeitung" spricht von Juden und solchen, die aus den Kreisen des Judenthums hervorgegangen sind d. h. zum Christenthum Uebergetretenen und stellt die Letzteren auf eine Stufe mit den Ersteren. Ja, was soll denn das heißen? Huldigt die „Kreuzzeitung" nicht dem christlichen Antisemitismus? Hat sie nicht häufig den Racenantisemitismus durch Wort und That für unberechtigt erklärt? Die „Kreuzzeitung" will doch politisch ernsthaft genommen werden. Sie wird doch nicht, weil es ihr augenblicklich in den Kram paßt, Racenantisemitin geworden sein?

Und weiter, ist es nicht gerade die „Kreuzzeitung", die am häufigsten und am lautesten vom christlichen Staat, von christlicher Obrigkeit spricht? Sie thut daher den zum Christenthum übergetretenen Juden unrecht, sie mit ihren ehemaligen Glaubensgenossen „in einen Topf zu werfen". Wodurch soll denn auch so ein unglücklicher Jude seine Qualification zum Justizdienst erwerben, wenn nicht einmal durch die Taufe. Diese genügt ja doch sogar zum Eintritt in das Offiziercorps! — Also die „Kreuzzeitung" wird schon die Güte haben müssen, die Getauften für ungeeignet zur „Verjubung" der Rechtspflege zu erklären. Bleiben die Ungetauften. An die „Verjübelung" der Berliner Staatsanwaltschaft scheint das mehrerwähnte Organ selbst nicht zu glauben. Und es hat recht. Wir glauben ihm sogar die tröstliche Beruhigung geben zu können, daß die gesammte preußische Staatsanwaltschaft „judenrein" ist. — Aber das Berliner Staatsanwaltschafts-Assessorat hält das Blatt für gefährdet. Uns ist ein leibhaftiger jüdischer Assessor auf der sella curulis eines Staatsanwalts bisher nicht begegnet. Vermuthlich auch der „Kreuzzeitung" und ihren juristischen Hintermännern nicht, sonst hätte sie ihn schon ihren in dieser Beziehung ganz besonders wißbegierigen Lesern vorgeführt, wie sie es mit einigen Richtern gethan. Aber mit der „Verjubung" muß es auch hier nicht weit her sein, denn sonst hätte wohl die „Kreuzzeitung" den ziffernmäßigen Beweis erbracht. Daß ihr dies nicht gar zu schwer fallen würde, kann man aus der Thatsache entnehmen, daß es ihr bezw. ihrem juristischen Mitarbeiter gelungen, eine, wie ich annehmen will, einigermaßen richtige Aufstellung der christlichen und der jüdischen Rechtsanwälte Berlins zu bringen. Was hier möglich, ist dort nicht unmöglich. Sie hat also wahrscheinlich ihren guten Grund, sich in diesem Falle auf allgemeine Redensarten zu beschränken. Wir hätten die „Kreuzzeitung" gern ergänzt, konnten aber leider bisher nicht des Mitgliederverzeichnisses der jüdischen Gemeinde habhaft werden, durch eine Vergleichung dieses mit den Geschäftsplänen der Berliner Gerichte ließe sich ja eine annähernd sichere Zahlenaufstellung bewerkstelligen. Aber von einer „Verjubung" des Berliner Richteramts zu sprechen, vermag nur Unwissenheit oder Bosheit. Jeder, der die einschlägigen Verhältnisse kennt, weiß, daß unter den Richtern Berlins nur ein ganz minimaler Prozentsatz Juden sind.

Dagegen soll nicht geleugnet werden, daß in der Rechtsanwaltschaft Berlins die Juden stark vertreten sind. Wir geben hier wörtlich eine Zuschrift an die „Kreuzzeitung" wieder:

„Anliegend gestatte ich mir, eine Aufstellung der jüdischen und christlichen Anwälte Berlins zur eventuellen Verwerthung zu übersenden. Ich habe dabei eine Anzahl Anwälte jüdischer Abstammung, die sich haben taufen lassen, den christlichen Anwalten zugezählt, ebenso einige andere, deren Abstammung ich nicht mit Sicherheit feststellen konnte. Thatsächlich dürfte daher die Zahl der jüdischen Anwalte noch etwas größer sein.

Anfang Januar 1893 waren eingetragen:

1) Beim Kammergericht
54 Rechtsanwälte,
davon

| jüdisch | christlich |
|---|---|
| 36. | 18. |

2) Beim Landgericht I
474 Rechtsanwälte,
davon

| jüdisch | christlich |
|---|---|
| **328.** | 146. |

3) Beim Landgericht II
29 Anwälte,
davon

| jüdisch | christlich |
|---|---|
| 17. | 12. |

Vielleicht interessiren Sie auch die Verhältnisse im Notariat. Berlin hat etwa 130 Notare, davon 76 christliche, 54 jüdische. In Wirklichkeit mögen die Zahlen um einige Points differiren, man kann aber behaupten, daß von sämmtlichen Notaren 40 Prozent jüdischer Abstammung sind."

Nach Ansicht des Herrn Einsenders scheint die Anzahl der jüdischen Notare eine unverhältnißmäßig große zu sein. Unter 130 Notaren 54 jüdische, allerdings entsetzlich! Aber gewährt es ihm nicht Trost, daß 176 christliche Anwälte 76 Notare und 381 jüdische Anwälte 54 Notare stellen?! —

Doch genug der Zahlen! Wir glauben der „Kreuzztg.", soweit es uns möglich, gerecht geworden zu sein, müssen aber nunmehr diesen speciellen Theil der „Judenfrage" von einem oben bereits angedeuteten anderen Gesichtspunkte betrachten.

Nach der „Kreuzztg." sind der Herr Justizminister v. Schelling und dessen Vorgänger Herr v. Friedberg schuld an der „zunehmenden Verjudung der einschlägigen Verhältnisse." Dieser „konnte seine Sympathien für das Judenthum nicht genügend unterdrücken und Herr v. Schelling ist zu sehr, sagen wir — — Idealist, um nicht dieselben Wege zu wandeln." Also Herr v. Friedberg vermochte seine Sympathieen für das Judenthum nicht genügend zu unterdrücken. Und doch waren die Juden unter den Richtern bezw. den Assessoren froh, als er das Ministerpalais einem Andern und gerade einem, der weder Jude noch „aus den Kreisen des Judenthums hervorgegangen", einräumte.

Herr v. Friedberg respectirte zumeist auch ihre bescheidensten Wünsche nicht. Sie machten ihm daraus keinen Vorwurf, fanden es psychologisch vielmehr ganz erklärlich, zumal damals wieder einmal der Antisemitismus grassirte. Sie wünschten einen auch für die feinste antisemitische Spürnase unzweifelhaft christlichen Mann an der Spitze der Justizverwaltung. Der war doch frei von Empfindungen und Bedenken, wie sie ein Jude oder „ein aus jüdischen Kreisen hervorgegangener" in einflußreicher Stellung in heutiger Zeit haben muß. Unter Herrn v. Schelling war denn auch eine Versetzung eines jüdischen Richters nach Berlin nicht ein so seltenes Ereigniß wie unter seinem Amtsvorgänger.

Bei der Versetzung eines Richters nach Berlin wird, so glauben wir nicht unrichtig zu vermuthen, für die Justizverwaltung dessen Tüchtigkeit und Brauchbarkeit für den bei weitem schwierigeren Dienst als in der Provinz maßgebend sein. Oder will die „Kreuzztg." etwa behaupten, daß sich die königliche preußische Verwaltung von anderen, außerhalb der Sache zu suchenden Motiven leiten läßt? Und wenn Protection, Connexion ꝛc. hin und wieder von entscheidendem

Einfluß sein sollten, weshalb sollen da gerade die Juden die Begünstigten sein? Die paar Commerceienrathssöhne und aus anderen exquisiten Kreisen stammenden Herren, soweit sie noch „dem Glauben ihrer Väter" treu geblieben, fallen doch nicht ins Gewicht, ganz abgesehen davon, daß nicht einzusehen, weshalb sie gerade bei der Justizverwaltung ihren etwaigen Einfluß sollten geltend machen können. Das Gros der jüdischen Richter stammt aus Kreisen, die unzweifelhaft in hohen Kreisen keine Gönnerschaft haben und nicht über den mindesten äußeren Einfluß verfügen. Wenn gleichwohl einmal ein jüdischer Richter nach Berlin versetzt wird, so wird das wohl seinen Grund haben in dem — Idealismus des Herrn Justizministers v. Schelling.

Dieser Idealismus des Herrn Justizministers erklärt aber nicht, wie erwähnt, den starken Andrang der Juden zur Rechtsanwaltschaft Berlins, denn die Anwälte werden bekanntlich vom Minister weder ernannt noch versetzt, sondern können sich niederlassen, wo es ihnen beliebt. Wir wollen versuchen, mit ein paar Worten diese Erscheinung zu deuten. Die Juden sind, wie wohl selbst die „Kreuzztg." nicht leugnen wird, von einer ganzen Reihe von Berufsarten thatsächlich ausgeschlossen — über Einzelheiten wollen wir uns heute nicht verbreiten, es genüge diese Thatsache zu constatiren. Die unausbleibliche Folge ist, daß der Andrang zu den ihnen offenen ein, wenn man will, unverhältnißmäßig starker ist. Zu diesen letzteren gehört die Justiz. Hier widmen sie sich wiederum mehr der Rechtsanwaltschaft, weil sie zum größten Theil materiell nicht in der Lage sind, sich Jahre lang aus ihrer eigenen Tasche zu erhalten und — auch das wollen wir der „Kreuzztg." concediren — ein Theil darnach trachtet, etwas schneller seine financielle Lage zu verbessern, als das in der Richtercarriere möglich ist. Stellen nun die Juden an sich ein unverhältnißmäßig stärkeres Contingent zur Rechtsanwaltschaft, so ist schon dadurch erklärlich, daß auch in Berlin die jüdischen Anwälte numerisch präovaliren. Es kommen aber noch einige andere Momente hinzu. Die jüdischen Anwälte glauben — ob mit Recht oder mit Unrecht kann hier dahin gestellt bleiben — in der Großstadt sicherer und schneller eine auskömmliche Praxis zu erhalten als in der kleinen Stadt, ganz abgesehen davon, daß es zur Zeit thatsächlich schwierig ist, in einer kleineren Provinzialstadt eine gesicherte Existenz zu finden. Ferner haben die Juden und die jüdischen Anwälte mit die auch bei allen übrigen Menschen momentan in hohem Maße vorhandene Neigung, in der Großstadt und speciell in der Reichshauptstadt ihr Glück zu versuchen. Und — last not least — darf nicht unerwähnt bleiben, daß nicht wenige deswegen zurückschrecken, in die Provinz hinauszuziehen, weil sie sich nicht den antisemitischen Rohheiten intra et extra muros aussetzen wollen. In Berlin kann man sich diesen leichter entziehen und ist zumeist nur den Brutalitäten antisemitischer Zeitungen ausgesetzt, die man ja nicht zu lesen braucht.

Die „Kreuzztg." spricht von den Klagen der christlich-deutschen Bevölkerung über die „zunehmende Verjudung der einschlägigen Verhältnisse." Ob wohl diese Klagen auch außerhalb gewisser antisemitischer Redactionsstuben und Conventikel angestimmt werden und die christlich-deutsche Bevölkerung die „Verjudung der einschlägigen Verhältnisse" erst hinterher empfindet, nachdem sie ihm in seinem Blatt anempfunden worden ist?!

Doch sei dem, wie ihm wolle. Wenn die geschätzte Zeitung von der „Verjudung" der Berliner Rechtspflege spricht, so muß und will sie doch offenbar damit mehr sagen, als blos die Thatsache feststellen, daß die Juden mehr als gebührlich in der Berliner Justiz vertreten sind. Der Schaden wäre dann am Ende doch nicht so groß, wenn im übrigen die Rechtspflege durch die Juden nicht auf ein niedrigeres Niveau herabgedrückt würde. Das ist doch wohl der Kernpunkt ihrer Ausführungen, wie wir wenigstens überzeugt sind. Sollten wir uns irren, so würden wir uns freuen, hätten alsdann allerdings nicht ein Wort der Abwehr geschrieben. Wir würden es alsdann ruhig der Justizverwaltung überlassen haben, sich gegen die an ihre Adresse gerichteten Vorwürfe zu vertheidigen. Einstweilen müssen wir bei unserer Annahme beharren. Was sollen wir aber dazu sagen? Sollen wir es wirklich unternehmen, königlich preußische Richter (denn das sind auch die jüdischen Glaubens) gegen Angriffe zu vertheidigen, die darauf hinauslaufen, daß sie ihre Stellung im Interesse gewisser Coterieen mißbrauchen? Beweispflichtig ist jedoch die „Kreuzztg.," sie bringt aber nicht ein Moment für ihre — wie wir nochmals hervorheben, nicht ausdrücklich ausgesprochenen — Behauptungen bei. Und solange das nicht geschieht, können wir materiell nichts anführen. Die „Kreuzztg." sage auch nicht, daß die jüdischen Richter zwar nicht bewußt, aber instinctiv bei Ausübung ihres Berufes sich ihres und der Parteien Glaubens erinnern. Etwas Derartiges giebt es nicht, man giebt sich gerade bei Ausübung der Rechtspflege über jede seiner Maßnahmen Rechenschaft. Wenn also die jüdischen Richter ein Vorwurf trifft, ist es der schmachvolle der Rechtsbeugung. Wie gesagt, wir können der „Kreuzztg." hier nicht folgen, wenn sie uns nicht bestimmte Thatsachen bringt.

Mit der Qualität der jüdischen Rechtsanwälte muß es nicht schlechter bestellt sein, als mit derjenigen ihrer christlichen Collegen, sonst würden sich nicht enragirte Antisemiten von jüdischen Rechtsanwälten vertreten lassen. In der That, die „christlich-deutsche Bevölkerung" der „Kreuzztg." hat es ja in der Hand, einer „Verjudung" der Rechtsanwaltschaft Berlins entgegenzutreten, sie braucht ja nur die jüdischen Rechtsanwälte zu boycotten! Bei gutem Willen würde es der „Kreuzztg." selbst nach kurzem Studium leicht sein, zu erkennen, daß die Anwälte beider Religionen ihre Thätigkeit nach gleichen Maximen ausüben. Es geht in den Bureaus der Juden wirklich nicht anders zu wie in denjenigen der Christen, ein Rundgang durch die Berliner Anwaltsbureaus würde auch die Kreuzzeitungsmannen hiervon überzeugen. Und unterschieden sich vielfach die jüdischen Anwälte nicht physiognomisch von ihren christlichen Collegen, so würden jene Besucher schwerlich herausfinden, ob sie im Bureau eines Juden oder eines Christen sind.

Zum Schluß noch eine Abfertigung, die der „Kreuzzeitung" zu Theil geworden. Die „Kreuzzeitung" insinuirt dem Justizminister v. Friedberg, daß er die Eingangs erwähnte Verordnung erlassen, um seinen Sympathien für das Judenthum fröhnen zu können. Die „Vossische Ztg." sucht dieselbe mit der Behauptung zu erklären, daß damit eine Entlastung des Königs beabsichtigt worden sei. Die „Kreuzzeitung" weist dies alles als eine Dreistigkeit zurück, wie sie selbst aus „jüdisch-freisinnigem" Munde nicht erhört sei, die Könige von Preußen würden das vornehmste Recht nicht aufgeben, um weniger arbeiten zu brauchen. An der Hand der stenographischen Berichte wird ihr nachgewiesen, daß hochconservative Herren im Verein mit dem damaligen Justizminister Leonhard, gerade mit Berücksichtigung der großen Arbeitslast dem König selbst die Ernennung der Richter abnehmen wollten, eine Absicht, deren Durchführung an dem Willen der „Jüdisch-Liberalen" scheiterte. Ein Rechtsanwalt.

## Die Juden und die Criminalstatistik.

### I.

Jüngst ist ein neuer Band „Criminalstatistik" für das deutsche Reich erschienen, der die Ergebnisse des Jahres 1890 zusammenfaßt. An dieser Stelle haben wir uns mit der Criminalität der Juden zu beschäftigen. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß der antisemitische Vorwurf, die Juden begingen mehr Verbrechen als die Christen, jeder Begründung entbehrt. Der „Antisemiten-Spiegel"

hat auch das Falsche dieser Behauptung auf Grund aller bis jetzt vorliegenden amtlichen Nachweise gezeigt. Auch der neue Band der Criminalstatistik spricht nicht für eine stärkere Betheiligung der Juden an Verbrechen und Vergehen.

Der vorliegende Band der „Criminalstatistik“ bestätigt selber ausdrücklich die geringere Criminalität der Juden. Er sagt (II. 19):

„Nach den Ermittelungen zeigen die Katholischen im allgemeinen eine größere Criminalität als die Evangelischen und die Christen eine größere als die Juden. Auf 100000 Personen der strafmündigen Civilbevölkerung gleicher Kategorien kommen:

1038,8 evangelische
1238,1 katholische
1108,8 überhaupt christliche
867,4 jüdische

Verurtheilte. Besonders ungünstig für die Katholiken stellt sich das Verhältniß bei gefährlicher Körperverletzung, bei welcher die Juden ebenso wie bei den Diebstahlsdelikten eine auffallend geringe Betheiligung aufweisen. Die Juden stehen dagegen ungünstig und übertreffen die Christen in der Criminalität bei den Deliktsarten Beleidigung, Erpressung, Betrug und Urkundenfälschung. Alle diese Ergebnisse jedoch auch nur zu einem größeren Theile auf die Religion oder Confession der Verurtheilten zurückzuführen, erscheint nicht angängig. Die in der vorliegenden Statistik berücksichtigten Religionen und Confessionen unterscheiden sich in den Grundlehren der Moral, soweit wenigstens europäische Kulturstaaten und insbesondere das Deutsche Reich in Frage kommen, nicht so weit, daß man es unternehmen könnte, die Unterschiede in der Criminalität auf solche des Bekenntnisses zurückzuführen. Will man daher überhaupt in der Religion und Confession einen Einfluß auf die Criminalität ihrer Bekenner suchen, so muß man sich doch vergegenwärtigen, daß daneben andere, so mächtige Faktoren wirken, daß diejenigen der Religion dagegen verschwinden und man statistische Vergleiche in dieser Beziehung nur dann mit einiger Sicherheit anstellen dürfte, wenn man Personen desselben Geschlechts, desselben Alters, desselben Berufs, derselben Provinz nach ihrem Bekenntniß neben einander stellte, d. h. also die anderen Faktoren der Criminalität eliminirte; und dann wäre noch zu erwägen, daß die innere Religiosität und Confessionstreue — denn diese wären es doch, welche je nach ihrer Verschiedenheit in verschiedenstem Maße vor Verbrechen und Vergehen bewahren sollten — sich auch nicht beurtheilen lassen aus den Nachweisungen dieser Statistik, welche nur in äußerer Weise erkennen lassen, ob ein Verurtheilter sich zur christlichen oder jüdischen Religion oder zur evangelischen oder katholischen Confession hinzugerechnet habe. Die oben mitgetheilten Erscheinungen können daher in ihrer Allgemeinheit nicht die Criminalitätsverschiedenheiten der nachgewiesenen Religionen und Confessionen zum genauen Ausdruck bringen. Frühere Untersuchungen, welche für kleinere Bezirke mit möglichst gleichmäßiger Vertheilung der Bevölkerung auf die Confessionen u. s. w. angestellt wurden, haben ergeben (vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Bd. 30. S. II. 22 fg.). daß in überwiegend katholischen Gegenden unterschiedlich eine hohe und eine geringe Criminalität vorkommt, also die Confessionen in ihrem Einfluß durch die Landes- (Volks-) Natur (Temperament) überwogen wird. So wird die höhere Kriminalität der Katholiken durch ihre Verbreitung im Osten erklärt, wo überhaupt eine hohe Criminalität herrscht ebenso die Mehrbelastung der Katholiken bei gefährlicher Körperverletzung. Die hohe und den christlichen Criminalitätsantheil überwiegende Criminalität der Juden bei Beleidigung, Erpressung, Betrug und Urkundenfälschung stimmt überein mit einer hohen Betheiligung an diesen Deliktsarten der im **Handel und Verkehr Berufsthätigen**, zu denen die Juden ein hohes Contingent stellen.“

Es wurden im Jahre 1890bestraft:

| | Christen | Juden | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vergehen u. Verbrechen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion | 58244 | 815 | also | auf | 1 | Juden | kommen | 71 | Christen |
| Verbrechen u. Vergehen gegen die Person | 146239 | 1393 | „ | „ | 1 | „ | „ | 105 | „ |
| Verbrechen u. Vergehen gegen das Vermögen | 166675 | 1325 | „ | „ | 1 | „ | „ | 126 | „ |
| Verbrechen u. Vergehen im Amte | 1486 | 13 | „ | „ | 1 | „ | „ | 114 | „ |
| Verbrechen u. Vergehen gegen Reichsgesetze überhaupt | 372644 | 3546 | „ | „ | 1 | „ | | 105 | „ |

Da nach der letzten Volkszählung auf 1 Juden 82 Christen kamen, so überwiegen die Juden nur bei Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung, während sie in den drei anderen Hauptkategorien und im Gesammtergebniß weniger Verurtheilte aufweisen als die Christen. Gehen wir nunmehr auf die verschiedenen Deliktsarten im Einzelnen ein.

## I. Verurtheilte wegen Verbrechen **gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion.**

| | | Christen | Juden | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Hochverrath u. Landesverrath | 30 | 0 | also | auf | 1 | Juden | ? | Christen |
| 2 | Beleidig. des Landesherrn und des Landesfürsten | 507 | 2 | „ | „ | 1 | „ | 253 | „ |
| 3a | Gewalt u. Drohungen gegen Beamte | 13063 | 61 | „ | „ | 1 | „ | 214 | „ |
| 3b | Befreiung von Gefangenen | 1033 | 4 | „ | „ | 1 | „ | 258 | „ |
| 3c | Andere Fälle des Widerstandes geg. die Staatsgewalt | 481 | 2 | „ | „ | 1 | „ | 240 | „ |
| 4a | Hausfriedensbruch | 16946 | 144 | „ | „ | 1 | „ | 118 | „ |
| 4b | Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens | 48 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 4c | Arrestbruch | 1909 | 11 | „ | „ | 1 | „ | 173 | „ |
| 4d | Verletzung der Wehrpflicht | 14305 | 386 | „ | „ | 1 | „ | 37 | „ |
| 4e | Vergehen gegen die Kaiserl. Verordnungen | | | | | | | | |
| 4f | bezügl. d. Schifffahrt | 53 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| | Andere Verbrechen u. Vergehen | 676 | 3 | „ | „ | 1 | „ | 225 | „ |
| 4g | Zuwiderhandl. betr jugendl. Arbeiter | 384 | 31 | „ | „ | 1 | „ | 12 | „ |
| 4h | Zuwiderhandl. betr. Conzessionspflicht und Sicherheitsvorrichtg. | 4891 | 104 | „ | „ | 1 | „ | 45 | „ |
| 4i | Andere Vergehen geg. d. Gew.-Ordn. | 387 | 12 | „ | „ | 1 | „ | 32 | „ |
| 4k | Ungesetzl. Trauung 2c. | 36 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 4l | Verg. geg § 17 gemeingef. Bestreb. der Sozialdem. | 266 | 4 | „ | „ | 1 | „ | 66 | „ |
| 4m | Verbr. und Vergehen gegen Seite 312/13 Reichsges. | 751 | 10 | „ | „ | 1 | „ | 75 | „ |
| 5a | Münzverbrechen | 112 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 112 | „ |
| 5b | Münzvergehen | 60 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 60 | „ |
| 6a | Meineid | 750 | 9 | „ | „ | 1 | „ | 83 | „ |
| 6b | Fahrläss. falscher Eid | 439 | 8 | „ | „ | 1 | „ | 55 | „ |
| 6c | Verleit zum Meineid | 290 | 7 | „ | „ | 1 | „ | 41 | „ |
| 6d | Andere Verletzungen d. Eidespflicht | 28 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 7 | Falsche Anschuldigung | 518 | 5 | „ | „ | 1 | „ | 103 | „ |
| 8 | Verg. geg. d. Religion | 283 | 10 | „ | „ | 1 | „ | 28 | „ |

Auffallend sind die hohen Ziffern der Juden bei Verletzung der Wehrpflicht. Doch erklärt sich diese leicht aus der Thatsache, daß viele Juden vor dem wehrpflichtigen Alter ausgewandert sind und dann verurtheilt werden. Zieht man diese Zahlen von den für Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion ab, so erhält man

Verurtheilte wegen Verbr. u. Verg. geg. Staat öffentl. Ordnung u. Religion (excl. Wehrpflicht)

| Christen | Juden | |
|---|---|---|
| 43939 | 429 | also auf 1 Juden 102 Christen |

In den Vergehen und Verbrechen gegen die Person überwiegen die Christen die Juden weit. Vergehen und Verbrechen gegen die Person werden zumeist von der Landbevölkerung, den Erwerbslosen, den Arbeitern 2c. begangen, zu welchen Kategorien die Juden ein sehr geringes Kontingent stellen.

II. Wegen Vergehen und Verbrechen **gegen die Person** wurden im Jahre 1890 bestraft:

| | | Christen | Juden | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 9 | Verbr. und Vergehen in Beziehung auf d. Personenstand | 115 | 2 | also | auf | 1 | Juden | 56 | Christen |
| 10a | Doppelehe | 51 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 10b | Blutschande | 310 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 10c | Unzucht unter Mißbrauch eines Vertrauensverhältnisses | 38 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 30 | „ |
| 10d | Widernatürliche Unzucht | 412 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 10e | Unzucht mit Gewalt, Nothzucht 2c. | 3221 | 33 | „ | „ | 1 | „ | 98 | „ |
| 10f | Kuppelei | 1761 | 22 | „ | „ | 1 | „ | 80 | „ |
| 10g | Aergerniß durch unzüchtige Handlungen, Verbreitung unzüchtiger Schriften | 1521 | 32 | „ | „ | 1 | „ | 47 | „ |
| 10h | Andere Vergeh. wider die Sittlichkeit | 172 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 11 | Beleidigung | 44149 | 800 | „ | „ | 1 | „ | 55 | „ |
| 12 | Zweikampf | 58 | 6 | „ | „ | 1 | „ | 10 | „ |
| 13a | Mord | 133 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 13b | Todtschlag | 125 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 13d | Kindesmord | 160 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 160 | „ |
| 13e | Abtreibung | 240 | 3 | „ | „ | 1 | „ | 80 | „ |
| 13f | Aussetzung | 37 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 37 | „ |
| 13g | Fahrlässige Tödtung | 654 | 4 | „ | „ | 1 | „ | 163 | „ |
| 14a | Einf. Körperverletz. | 21314 | 182 | „ | „ | 1 | „ | 117 | „ |
| 14b | Gefährl. „ | 60711 | 229 | „ | „ | 1 | „ | 261 | „ |
| 14c | Schwere „ | 495 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 14d | Betheiligung an einer Schlägerei mit Tod oder schwerer Körperverletzung | 103 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 14e | Vergiftung | 9 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 14f | Fahrlässige Körperverletzung | 2472 | 34 | „ | „ | 1 | „ | 73 | „ |
| 15a | Menschenraub und Entführung | 12 | 0 | „ | „ | 1 | „ | ? | „ |
| 15b | Widerrechtliche Freiheitsentziehung | 192 | 4 | „ | „ | 1 | „ | 48 | „ |
| 15c | Nöthigung und Bedrohung | 7774 | 39 | „ | „ | 1 | „ | 199 | „ |

Ebenso wie die Juden zeigen auch andere lediglich handelstreibende Stadtbewohner eine geringe Betheiligung an diesen Vergehen gegen die Person. Wie die Juden weisen beispielsweise die Sachsen eine geringe Ziffer in dieser Verbrechens-Kategorie auf, weil sie zumeist Handel und Industrie treiben.

## Zur Abwehr.

W. **In Südhannover** entwickeln die Antisemiten neuerdings eine außerordentlich rege Thätigkeit, wie denn überhaupt diese Provinz der Tummelplatz der wüstesten antisemitischen Agitation geworden. Vor einigen Wochen war der Abg. L. Werner-Cassel in einer antisemitischen Versammlung zu Dransfeld von dem Göttinger Rabbiner Dr. Jacob gründlich abgeführt worden, was die Antisemiten natürlich nicht abhielt, auf diesen Ort einen zweiten Ansturm zu versuchen. Am Sonntag, den 30. April hatten sie in dem genannten Orte eine zweite Versammlung unter dem Vorsitz des Frhrn. von Berlepsch einberufen, in welcher Herr Dr. Tesdorpf-Leipzig sprach. Hierbei hatten sich die Herren Antisemiten aber besser vorgesehen als das erste Mal, indem sie sich einen getreuen Stamm von etwa 60 Mann aus Göttingen, Münden und etwa 20 Landleute aus einem Dorfe bei Münden mitgebracht hatten, eine Maßregel, die denn auch den erwünschten Erfolg hatte. Nachdem der antisemitische Redner seinen Vortrag, der sich übrigens durch Ruhe und Sachlichkeit von den Reden der übrigen Agitatoren vortheilhaft auszeichnete, beendigt hatte und nach einer kurzen Widerlegung des Rabbiner Dr. Jacob-Göttingen über Talmud und jüdisches Sittengesetz, erbat sich der Redacteur Weigt aus Berlin das Wort zur Widerlegung der Ausführungen, soweit sie das wirthschaftliche, sociale und politische Gebiet betrafen. Während seiner Ausführungen erhob sich ein derartiger Tumult, daß der Redner wiederholt in der gröblichsten Weise unterbrochen wurde. Als er sich endlich, durch die fortwährend ganz unqualificirbaren Störungen seitens einiger antisemitischer Hauptkrakehler an den Vorsitzenden mit dem Ersuchen wandte, ihm endlich Schutz gegen ein so „dummenjungenhaftes" Benehmen zu verschaffen, glaubten die Radaubrüder, ihre Zeit sei gekommen und erhoben ein derartiges Gebrüll, daß kein Wort weiter zu verstehen war und die Versammlung aufgelöst werden mußte. Der Radaucharacter des Antisemitismus zeigte sich nach Schluß der Versammlung auch darin wieder, daß man den Redner auch thätlich angriff, ohne daß seitens des Vorsitzenden oder der besseren Elemente auch nur ein Versuch gemacht wurde, dies zu verhindern. Die systematische Verhetzung des Volkes wird es auch in jener Gegend bald dahin gebracht haben, daß jeder anständige Mensch es vorziehen wird, einer solchen Versammlung, in der man wegen offener Aussprache seiner Ueberzeugung thätliche Insulten riskirt, fernzubleiben und den antisemitischen Mob, den gebildeten sowohl wie den ungebildeten, einfach sich selbst zu überlassen.

Am Tage darauf fand in Münden abermals mit denselben Rednern eine zweite Versammlung statt, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Verhandlungen soweit in die Länge gezogen wurden, bis die Polizeistunde — nebenbei bemerkt, giebt es für politische Versammlungen keine gesetzlich begründete Polizeistunde! — einen möglichst schnellen Schluß der Versammlung nach Angabe der Antisemiten nöthig machte. Dadurch kam es, daß dem Redacteur Weigt zur Widerlegung der zweistündigen Rede des Dr. Tesdorpf nur wenige Minuten bewilligt wurden. Dennoch gelang es ihm, trotz der beschränkten Zeit bei einem nicht geringen Theile des anständigen Publicums für seine Ausführungen lauten Beifall zu erzielen. Es bleibt aber doch für den ganzen Antisemitismus und seine innere Hohlheit bezeichnend, daß man Widerrede nicht vertragen zu können glaubt und den Gegner entweder brutal niederbrüllt, oder ihm nicht die Zeit läßt, ausführlich die haltlosen Beschuldigungen der Antisemiten zu widerlegen!

× **Braunschweig.** Am Sonnabend den 29. April veranstaltete im Saale des hiesigen Wilhelmsgartens der deutschsoziale Verein eine Versammlung, in der Herr Prof. Dr. Förster über „Das Judenthum in der deutschen Kunst und Wissenschaft" sprach. Etwa 200 bis 250 Personen, zum größten Theil sehr junge Leute, waren erschienen. Die Ausführungen des Redners, die er ohne jedes System, ohne jeden Beweis vorbrachte, gipfelten darin, Dühring nachzubeten, daß Juden zu keiner Zeit etwas Hervorragendes in Kunst und Wissenschaft geleistet hätten, daß sie höchstens nachahmende aber keine schöpferischen Talente wären, deren Leistungen sammt und sonders ausgemerzt werden könnten, ohne auch nur die Spur einer Lücke zu hinterlassen. Die sattsam bekannten gehässigen antisemitischen Ausfälle spielten in dem Vortrage natürlich eine Hauptrolle. Zum Schluß seiner zweistündigen Rede kennzeichnete er mit Emphase den Unterschied zwischen den letzten Reichstagssitzungen und dieser sogenannten „antis. Radauversammlung." Zur Discussion hatte der Redner, da um 11 Uhr Polizeistunde ist, nachweislich nur circa 15 Minuten übrig gelassen. Herr Brandt meldete sich zum Wort und widersprach den Behauptungen des Vorredners. Nun offenbarte sich aber der wahre Charakter dieser Versammlung; mit „Radau" und Gebrüll wurde der Redner unterbrochen. Er griff, wegen

der Kürze der Zeit, nur einige prägnante Beispiele heraus, wies auf Spinoza, Mendelssohn, auf die Aussprüche Schleiermachers über jenen und Kants über diesen hin, er stellte fest, daß im Mittelalter die Medizin in hervorragendster Weise durch Juden gepflegt und gefördert wurde, daß Heine nach Göthe der erste Lyriker gewesen sei, der wie keiner im Volke lebe. Zu weiteren Ausführungen kam der Redner nicht, da die schon überschrittene Polizeistunde den Schluß der Versammlung nöthig machte.

**Zur Nachahmung empfohlen!** Prediger Liepmannssohn in Minden hat in der „Mindener Zeitung" einen Leitartikel über „den jüdischen Wucher" veröffentlicht, in dem er nachweist, daß verhältnismäßig die jüdischen Kaufleute nicht mehr Wucher treiben, als die christlichen. — Im Anschluß an eine in Stade gehaltene Rede des Antisemiten Leuß veröffentlicht ein christlicher Herr —s im amtlichen „Stader Tageblatt" ein „Eingesandt", in dem er zur Eintracht auffordert und Herrn Leuß vorwirft, daß er „leider den Beweis für seine Anklagen und Behauptungen schuldig blieb." Nach der Meinung des Einsenders „versteht Herr Leuß es recht gut, ein „Geschäft" zu machen, mindestens ebensogut wie der geriebenste Jude." Herr Leuß hatte nämlich das Abonnement seiner eigenen Zeitung" der „Hann. Post" empfohlen und 30 Pf. Eintrittsgeld erhoben!

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Wilhelm Marr**, der bekannte antisemitische Schriftsteller, hat kürzlich der Antisemitenpartei Valet gesagt. Nun konnte natürlich die antisemitische Entdeckung nicht ausbleiben, daß Marr Jude sei. Das behauptet denn auch heute die „Westf. Reform." Sie sagt, daß Marr zwei Jüdinnen zu Frauen gehabt habe und auch selbst „judenblütig gemischt" sei. Marr hat in der That zwei Jüdinnen zu Frauen gehabt. (Von der zweiten ist er seit Jahren geschieden.) Warum verschwieg denn die antisemitische Presse diese Thatsache, so lange Marr in ihren Reihen focht? Die zweite Frau ist doch nicht erst später Jüdin geworden. Ueberhaupt sollten die Antisemiten in der Betonung der Judenfrage als Rassenfrage vorsichtiger sein. Einige ihrer Autoritäten sind Juden wie Brimann und Paulus Meyer und die Kinder des österreichischen Antisemitenhäuptlings Schönerer sind Urenkel des Schmul Leeb Kohn! . . . Ach!

**Wenn der Jude Handwerker werden will**, sehen ihn die Handwerker mit scheelen Augen an. Jüngst wollte eine österreichische Communallehrerin ihren Neffen Schlosser werden lassen. Obwohl er sich geschickt anstellte, entließ ihn der Meister nach 4 Tagen, als er erfuhr, daß sein Lehrling Jude wäre. Von Werkstatt zu Werkstatt gehetzt, fand er endlich bei einem jüdischen Meister Stellung! Was sollen die Juden denn eigentlich thun? Nun, Carl Paasch hat die Antwort fertig: „Sich todtschlagen lassen!" —

**Die Verjudung des Antisemitismus** schreitet immer mehr vorwärts. Es geht zu Ende mit der unverfälschten Arierpartei. Die „Staatsb.-Ztg." heimst vergnügt Geld für Juden-Annoncen ein, das „Volk" will gegen ein bezahltes Inserat Reclame für ein Bad machen (s. Mittl. S. 194), und nun kommt der österreichische Antisemit Vergani auf den Geschmack und schwärmt für den „Börsenprofit". In den Antworten der Schriftleitung seines Blattes vom 23. April 1893 wird öffentlich bekannt gegeben: „Abonnent Herr E. A. Sie schreiben, daß Sie sich infolge meiner Börseberichte W.-Actien gekauft haben. Jetzt könnten Sie wohl mit Nutzen abwickeln. **Vom Nutzen nehmen ist noch Niemand arm geworden.** Ihre Eile sehe ich nicht ein."

Die Rathschläge des Herrn Vergani haben somit dem antisemitischen Börsenspeculanten angeblich gute Dienste geleistet.

Dagegen in der Nummer vom 21. April erzählt der Urgermane unter der Spitzmarke:

„Ausstand der Börsenjuden in Madrid. In der Börse verkörpert sich nach den Anschauungen der Juden der Patriotismus, aber anscheinend nur so lange, als dieselbe nicht besteuert wird. Das hat man gegenwärtig in Madrid erlebt, als die neue Stempelabgabe von 1 vom Tausend eingeführt wurde. Infolge dessen wurden die spanischen Staatspapiere in den letzten Tagen an der Madrider Börse nicht notirt, beziehungsweise es fanden darin keine Geschäfte statt, weil sie die Judenschaft ablehnte. Die dortigen Börsenblätter hoffen auf diese Weise eine „Verständigung" zwischen dem Finanzminister und der Börse zu erzielen."

Vergani hat vergessen, daß in Madrid überhaupt keine Juden wohnen und die dortigen Börsianer gute Arier sind.

**Wie die „Staatsb.-Ztg." lügt!** Die „Staatsbürger Zeitung" bemerkte in ihrer Sonntags-Nummer:

„Im Laufe der gestrigen Sitzung gelang es dem Abg. Ahlwardt, für seinen von uns in der Dienstags-Nummer bereits abgedruckten Antrag die erforderlichen Unterschriften zu erhalten. Von seinen Fractionsgenossen haben nur die Abgg. Werner und Pickenbach den Antrag unterschreiben können, da die andern Abgeordneten nicht im Hause waren."

„Die Angaben dieses Blattes sind falsch," schreibt der „Reichsherold" Böckel's, „die Abgg. Dr. Böckel, Zimmermann und Liebermann von Sonnenberg haben es ausdrücklich abgelehnt den Antrag zu unterzeichnen."

**Die Reue kommt!** Die Ahlwardtstraße in Löbtau ist vom Gemeinderath in Gohliserstraße umgetauft worden. Der Name ist nicht mehr da, aber die Blamage ist geblieben.

**Ueber die antisemitischen Excesse in Kolin** Böhmen äußerte sich der Statthalter Böhmens, Graf Thun in der Sitzung des böhmischen Landtages vom 3. Mai. Derselbe erklärte, die Excesse seien durch die böswillige Ausstreuung veranlaßt worden, daß eine bei einem Juden bedienstete Magd das Opfer eines rituellen Mordes geworden sei. Die gerichtliche Obduction habe ergeben, daß nicht die geringsten Spuren von Gewaltthat am Leichnam vorgefunden wurden, vielmehr ein Selbstmord vorliege. Die Sicherheitsbehörden hätten nichts versäumt, was im Interesse der Sicherheit der Person und des Eigenthums verfügt werden konnte; dieselben seien überall mit aller Entschiedenheit aufgetreten, wodurch es ihnen gelungen sei, die Wiederholung und Ausbreitung der Excesse zu verhindern. Der Statthalter erklärte, er verurtheile die Bewegung aufs Schärfste, welche eine ganze Klasse gleichberechtigter Staatsbürger ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte berauben wolle und sich hierbei von blindem Rassenhasse leiten lasse. Alle Regierungsorgane seien verpflichtet, schon in der Ausübung der Vorsorge für die allgemeine Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe dieser Bewegung die vollste Aufmerksamkeit zu widmen, und, wo immer ein Anlaß sich biete, derselben auf das Entschiedenste entgegenzutreten, damit alle Bewohner Böhmens ohne Rücksicht der Nationalität, der Confession und des Standes den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte und den Schutz der berechtigten Interessen genießen. Es könne aber nicht die Sache der Sicherheitsbehörde sein, gegen die verbreiteten Anschauungen und Tendenzen zu Felde zu ziehen, sondern ihre Thätigkeit könne der Hauptsache nach nur eine repressive sein und erst dann eintreten, wenn solche Ideen in concreten Thatsachen den gesetzwidrigen Ausdruck fänden.

## Briefkasten.

Wegen Raummangels mußten auch dieses Mal eine Reihe von Correspondenzen unberücksichtigt bleiben. Wir bitten deshalb um gütige Nachsicht. Es soll alles nachträglich verwerthet werden.

**Briefkasten der Expedition.**

**B. in Breslau.** Die Mitgliedsbeiträge werden jährlich bezahlt. Eine vierteljährliche Einziehung würde nur unnöthige Kosten und Arbeiten verursachen.

**Döbeln.** Die 10 Nummern der „Mittheilungen" von 1891 sind zum Theil äußerst rar. Von Nr. 3 sind nur noch 5 Exemplare, von Nr. 5 nur 8, von Nr. 8 nur 18, von Nr. 1 und 7 nur 38. Alte „Mittheilungen" kosten 85 Pfg. pro Vierteljahr.

**H. W. in Berlin.** Eine Botenfrau wird den Abonnements-Betrag mit 10 Pfg. Botengeld (also 95 Pfg.) in nächster Zeit von Ihnen abholen. Die alten Abonnenten sind gemahnt worden. Wer das Abonnement noch nicht bezahlt hat, bekommt die „Mittheilungen" nicht mehr zugesandt.

**Sch. in Berlin.** Wir bitten die Postabonnenten dringend, bei unregelmäßigen Bestellungen der „Mittheilungen" sich an ihr Postamt beschwerdeführend zu wrnden. Wir liefern die „Mittheilungen" an das hiesige Postzeitungsamt ab und haben mit der weiteren Behandlung nichts zu thun.

---

# Sitzung des Reichstags vom 25. April 1893.

## Stenographischer Bericht.

## (Fortsetzung.)

Das Reich wie die Seehandlung lehnten diese Sicherheit ab, sondern verlangten die Bürgschaft der Discontogesellschaft und des Hauses Bleichröder; in Folge dessen zahlte die Gesellschaft an das Reich und die Seehandlung Zinsen und 4 Prozent Avalprovision an diese beiden Bankhäuser. Und diese beiden Bankhäuser haben nachher das Geld wirklich, wie ich glaube, zahlen müssen; denn die rumänische Eisenbahngesellschaft war wohl gar nicht in der Lage, das Darlehen zurückzuzahlen, weil in dieser Zwischenzeit dir Baarausgaben wieder sehr stark angewachsen waren. Die Sache ist völlig klargestellt. Aber Gehlsen wurde nicht nur verurtheilt deswegen, sondern auch wegen einer Reihe anderer Verleumdungen; 9 Artikel hatte er geschrieben, alles Lügen und Unwahrheiten, — sie sind ihm Schritt vor Schritt in dem Proceß nachgewiesen.

Nun frage ich, m. H., wo bleibt die bona fides des Mannes, der alle diese Acten kennt, und der alle diese Dinge durch einen ausführlich geführten Proceß widerlegt vor sich hat, das Urtheil des Gerichts vor sich hat und nun auf einmal behauptet, Herr Gehlsen wäre unschuldig?

M. H., dann bringt der Herr Ahlwardt uns dunkle Andeutungen, als wenn ich damals wohl nicht ganz richtig ausgesagt hätte. In der Commission, deren Einsetzung ich persönlich sehr wünsche — denn Sie werden dadurch sehen, was in den Acten an Beweismaterial für die horrenden Behauptungen des Herrn Ahlwardt vorhanden ist —, werde ich auch die damals, jedoch ohne mein Wissen und Willen, stenographisch fixirten Verhandlungen aus diesem Proceß mittheilen, und ich würde namentlich aufmerksam machen auf die Aussagen des vorgenannten Justizraths Riem, der noch genauer von den Dingen unterrichtet war als ich selbst. In dem Aufsichtsrath waren ja hervorragende Juristen, und diejenige Thätigkeit, die ich sonst vorzugsweise zu entfalten hatte, die juristischen Fragen zu bearbeiten, wurde auch in vollem Maße durch die anderen Herren erfüllt. Die Controle des Eisenbahnbaus aber lag in der Hand eines unsrer ersten Eisenbahnfachmänner, des Geheimraths Reinhardt, sodaß ich mich rühmen kann, besondere Verdienste und besondere Thätigkeit bei der Gesellschaft entwickelt zu haben. Ich sage das ausdrücklich, weil ich nachher auf den Schluß dieses mühsamen und schwierigen Versuchs der Rettung des deutschen Capitals kommen werde.

M. H., in demselben Protocoll, wo die Angabe allerdings niedergeschrieben ist, daß ich auf eine Frage des Präsidenten gesagt habe: „im Anfange wären einige Vorschüsse gegeben, ich wisse aber nicht zu welchem Zinsfuß" — in demselben Protocoll kommt als meine Aussage vor:

> Nun waren also die Mittel nicht vorhanden, welche erforderlich waren für den Bau beziehungsweise für die Auszahlung der Dividende an die Actionäre. Die Discontogesellschaft und Herr Bleichröder hatten aber ihrerseits schon so große Vorschüsse gemacht, daß sie keine Neigung hatten, noch mehr Vorschüsse direkt aus ihren Mitteln herzugeben.

Es ist also ganz klar, daß damals von mir völlig bestimmt gesagt wurde — und das war ja im Interesse der Sache — in welchem erheblichen Maße die Firma schon mit Vorschüssen damals engagirt waren. M. H., wie wenig lüstern diese Firmen auf die Gewährung von Vorschüssen waren, ergiebt sich daraus, daß dieselben Firmen andere Firmen heranzuziehen suchten zur Erwerbung von weiteren Hilfsmitteln und Vorschüssen. Wir haben infolgedessen Verhandlungen gepflogen mit fast sämmtlichen bedeutenden Häusern. Sie forderten ursprünglich 10 Proc. für Vorschüsse, und nachher, wie sie sich die Sachen näher überlegten, fanden sie das Geschäft zu gefährlich und lehnten überhaupt jede Betheiligung ab. Das beweist eben die Richtigkeit der Auffassung, die ich hier vorgetragen habe, daß diese Vorschüsse gewissermaßen nur ehrenhalber mit der größten Sorge seitens der Bankhäuser gegeben sind. Sie hatten die Sache einmal angefangen und wollten sie eben nicht stecken lassen.

Nun, was ist denn das Ende vom Liede gewesen? Ich will weiter nicht auf die Sache eingehen; ich kann aber darüber sprechen aus dem Grunde, weil ich mir selbst ja kein Verdienst bei der Sache beimessen kann. Ich war auch lange vor diesem Ende aus der Gesellschaft ausgetreten. Das Ende ist also gewesen, daß die Obligationäre, in Bezug auf welche ich auseinandergesetzt habe, daß das Capital ohne das Eintreten dieser beiden Firmen rettungslos verloren war — daß diese Obligationäre, welche durchschnittlich etwa zum Curse von 45 Prozent diese Obligationen gekauft haben mochten, schließlich erhalten haben bei der Verstaatlichung dieser Eisenbahn sechsprozentige durch die Eisenbahn und durch den rumänischen Staat garantirte Obligationen, welche damals auf etwa 60 Prozent standen; und diese zu 80 Prozent stehenden Obligationen sind zu Pari nachher zurückgezahlt (Hört! hört!) und sind den deutschen Actionären zugeflossen — Beweis, daß niemals in einer — ich darf den Ausdruck gebrauchen — glänzenderen Weise das deutsche Capital nicht bloß gerettet ist, sondern auch ganz besondere Gewinne gemacht hat. Wie man also eine solche Gesellschaft mit solchen Resultaten in dieser Weise hier charakterisiren kann, das überlasse ich der Beurtheilung des hohen Hauses. (Sehr gut!)

M. H., nun ist der Herr Abgeordnete aber noch weiter gegangen; er hat gesagt, wenn ich früher dem Reichstag mitgetheilt habe, daß ich niemals Geschäfte für mich gemacht habe, so wäre das doch nicht zutreffend, denn ich habe bei dieser rumänischen Bahn hunderttausend Thaler Actien gezeichnet. Wir hatten einen Aufruf an die Obligationäre erlassen: schickt uns eure Obligationen ein, wir werden, entsprechend der Verabredung mit dem rumänischen Staat, Actien daraus machen. Ich habe schon erzählt, daß fast der ganze Besitz, weil darin die letzte Rettung gesehen wurde, diesem Ansinnen entsprach. Wenn ich also 100000 Thaler gezeichnet hatte — ich konnte ebenso gut 20 Millionen zeichnen, es war nicht für mich, sondern in Gemäßheit des erlassenen Aufrufs, für die Obligationäre, weil wir die Besitzer der betreffenden Obligationen waren, und es ist mir nie im Traum eingefallen, in solcher — doch mehr als zweifelhaften Sache — Actien zu pari zu zeichnen. (Heiterkeit.) Wenn mir der Herr Abgeordnete Ahlwardt jede Schlechtigkeit zutraut, so hätte ich doch gehofft, er werde mir nicht eine so bodenlose Dummheit zutrauen. (Sehr gut!)

Nun kommt der H. Abg. auf die braunschweigischen Bahnen. Nun, ich persönlich habe bei der Sache überhaupt nicht weiter mitgewirkt, als bei Formulirung des Vertrages, der sehr schwieriger Art war, zwischen der Bergisch-Märkischen Bahn und der Potsdam-Magdeburger Bahn, beziehungsweise der braunschweigischen Staatsregierung. Die braunschweigischen Bahnen lagen zwischen den preußischen Provinzen; es war ein sehr großes Staatsinteresse, daß die Bergisch-Märkische Bahn und die Potsdam-Magdeburger ununterbrochen durch Braunschweig durchfahren konnten. Andererseits wollte der braunschweigische Staat sich von dieser großen Eisenbahngesellschaft debarassiren. So kam ein Vertrag zusammen, wonach diese Bahnen von dem braunschweigischen Staat verkauft wurden. Ich habe nicht gehört, weder daß die Gesellschaften dies bereut haben noch der braunschweigische Staat. Im Gegentheil, ich habe immer in Braunschweig Zufriedenheit damit gefunden, und es giebt wohl kaum viele Braunschweiger, die nicht im ganzen sagen würden: wir haben damals die Eisenbahnen sehr günstig verkauft, später würde uns das vielleicht nicht mehr geboten sein. Dann sind diese Bahnen natürlich bei der Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen Bahn und der Potsdam-Magdeburger auf den preußischen Staat übergegangen, und auch dieser wird heute sehr zufrieden sein, daß sein ganzes Bahnnetz nicht durch die braunschweigischen Bahnen unterbrochen wird. Welche Schlußfolgerungen der Herr Ahlwardt nun daraus zieht, das ist mir alles vollkommen unverständlich.

Nun kommt er auf die Gesellschaften, welche die Discontogesellschaft gegründet hat. M. H., es sind in den wenigen Jahren, wo ich überhaupt nur in der Discontogesellschaft thätig war, eine Reihe von Gesellschaften von ihr mit anderen Firmen gegründet, und fast die sämmtlichen Gesellschaften, die damals gegründet wurden, stehen noch über pari, theilweise weit über pari, nur mit zwei Ausnahmen. Das ist allerdings die Provinzialdiscontogesellschaft, die bei einem bis dahin ganz angesehenen Bankhause Frenzdorf in Hannover große Summen verloren hat, nachher in Folge dessen hat liquidirt werden müssen, und die Actionäre haben doch noch 89 Prozent ihres eingezahlten Geldes erhalten. (Hört! hört!) Die Dortmunder Union, m. H., existirt heute noch; sie gerieth damals gleich in die große Eisencrisis; ich glaube, sie ist vielleicht nachher zu weit ausgedehnt, die Verwaltung mag im Anfange auch nicht ganz vorsichtig gewesen sein. Genug, sie steht noch heute aufrecht, giebt allerdings mäßige Dividenden, und die Gesellschaft, die hauptsächlich bei der Errichtung betheiligt war, hat gewiß am meisten an dem Unternehmen verloren. In einer Zeit, wo jedes gelungene Unternehmen Betrug war und jedes mißlungene Raub, da kann man aus solcher Sache Vorwürfe herleiten. Wenn aber feststeht, daß niemals dem ursprünglichen Gründer die geringsten Vorwürfe von nur einem Actionär der Gesellschaft in der Generalversammlung gemacht worden sind, daß fast alle Beschlüsse dieser Gesellschaft ohne Widerspruch gefaßt worden sind, so ergiebt sich daraus, daß kein berechtigter Vorwurf zu machen ist. Die Actionäre werden ihre Interessen besser kennen müssen, als Herr Ahlwardt.

Uebrigens war ich auch gar nicht in der Lage, in einer so kolossalen Bank, wie die Diskontogesellschaft ist, über jede einzelne Sache zu disponiren; ich hatte auch nicht immer entscheidenden Einfluß auf die wesentlich finanzielle Seite der Geschäfte. Die Hauptaufgabe, die ich zu lösen hatte, war die juristische Seite der Geschäfte. Dennoch bin ich völlig bereit, und kann ich leicht bereit sein in der Zeit, wo ich in der Direktion war, für alle Geschäfte, die die Discontogesellschaft gemacht hat, die vollkommene Verantwortlichkeit zu übernehmen. (Bravo!) Ich

wünsche nichts mehr, als daß Herr Ahlwardt durch Erfüllung meines an ihn gerichteten Wunsches in dieser Beziehung mir die Ge'egenheit giebt, dieser Verantwortlichkeit voll Rechnung zu tragen.

M. H., ich komme nur noch mit zwei Worten auf den Herrn Meißnee, (hört! hört!) — um doch zu characterisiren, welche Gewährsmänner — ich will nicht gerade sagen: Helfershelfer (sehr gut!) — der Heer Abgeordnete Ahlwardt hat.

M. H., dieser Meißner war bis zum Jahre 1882 Bote, nicht in dee Discontogesellschaft — da ist er nie gewesen —, sondern in der rumänischen Eisenbahnactiengesellschaft. Der Mensch will schon von Anfang an zerrissene Schriftstücke zusammengeklebt haben, die Papierkörbe durchgewühlt und sich vorbereitet haben auf eine anderweitige Benutzung diesee Dinge. Das wirft schon ein eigenthümliches Licht auf einen solchen Mann (sehe richtig!) und characterisirt seine Glaubwürdigkeit. Dann stiehlt er aber die Acten; denn es sind ja eine Menge Originalactenstücke wahrscheinlich dobei, wie auch Herr Ahlwardt behauptet. Die sind einfach gestohlen. Diese Acten behält der Mann nun zehn Jahre bei sich, denn im Jahe 1882 wurde die ganze Gesellschaft schon aufgelöst, und der rumanische Minister Kalindero, jetziger Chef der Verwaltung der Krongüter in Bukarest, nahm die gonzen Acten hin; bei der Gelegenheit wird der Diebstahl wahrscheinlich verursacht sein. Meißnee läßt die Acten ruhig zehn Johre liegen; wahrscheinlich wartet er ab, bis die Steafe wegen Diebstahl verjährt ist — ganz klug! (Heiterkeit.) Dann, nachdem der Mann aufgehört hot, Bote zu sein, wird er Restaurateur, führt eine Menge Prozesse, z. B. Scheidungsprozesse mit seiner Frau, geht dann nach Kopenhagen, geht von dort nach Stockholm, wo er sich in einer Nervenheilanstalt befunden haben soll, dann kommt er wiedee zurück und nun kann ich einen Brief, der in dee „Antikoeruption" abgedruckt ist, dieses selbigen Meißner an Herrn Paasch wirklich nicht verlesen; denn er ist so unflätig und scheußlich, so voller bodenloser Lügen an jeder Stelle, daß es undenkbar ist, in einer öffentlichen Versammlung einen solchen Brief vorzulesen. (Sehr richtig!) Nur möchte ich den Schluß bemerken. Da heißt es:

Geehrter Herr! Wo bleibt die Moral? (Große Heiterkeit.) — Einige Male kommt auch vor: Wo bleibt das Deutschthum? —

Denken Sie, Herr Paasch, über mich: ich bin verzweifelt; ob richtig, ist mir gleichgiltig.

Was heißt das? Es wird erklärt durch in meinen Händen gewesenen andeeen Brief, wo er schreibt:

Bis jetzt habe ich mich vom Revolver freigehalten; nun ist mir abee alles gleichgiltig.

Dies paßt zu dem:

Ob richtig, ist mir gleichgiltig; ich bin zu allem bereit.

M. H., das sind gefährliche Elemente. Sich mit Ihnen einzulassen, Here Ahlwardt, ist auch gefährlich; denn sie halten die Treue schließlich gegen niemand. Wenn man sich aber hier im Deutschen Reichstag mit solchen Leuten beschäftigen muß, so ergreift Einen ein tiefer moralischer Ekel (lebhaftes Bravo), und man weiß nicht, ob es nicht doch gerathen wäre, zu erwägen, wie man sich gegen diese Dinge hier im Reichstage schützen könnte. (Sehr richtig!)

Ich habe Ihnen, was mich betrifft, nun die Sache ausführlich dargelegt, und ich werde immer die Gelegenheit benutzen, hier im Reichstage wenigstens, die Wahrheit festzustellen. Früher in der Zeit der Pamphlete bin ich mit Verachtung über diese weggegangen. Ich war damals in guter Gesellschaft: hunderte ehrenwerther Leute wurden gleichzeitig verleumdet; ich war ein Privatmann. Heute ist das anders. Ich werde diejenigen vor Gericht ziehen, die ehrenwidrige Behauptungen aufstellen, mögen Sie nun Plagiatoren sein oder die Erfindungen selbst machen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Freiherr **von Maltzahn**: M. H., auf den von dem Herrn Abgeordneten Ahlwardt skizzirten Inhalt der von ihm vorgelegten Akten und auf die Angelegenheit der rumänischen Bahnen einzugehen, kann ich mir ersparen. Der einzige Punkt aus dem von dem Herrn Abgeordneten skizzirten Material, welcher die Reichsfinanzverwaltung berühren könnte, die Angelegenheit des der rumänischen Eisenbahngesellschaft gegen Bürgschaft des Hauses Bleichröder und der Discontogesellschaft gegebenen Darlehns ist von dem Königlich preußischen Herrn Finanzminister Ihnen soeben klargelegt worden. Ich muß Sie aber einen Augenblick zurückführen zu dem Ausgangspunkt dieser ganzen Verhandlung.

Der Heer Abg. Ahlwardt hat seine heutigen Ausführungen damit begonnen, daß er gewisse Aeußerungen aus der 72 Sitzung des Reichstags am 21. März d. J. verlesen hat. Er hat dabei gesagt, daß er die Behauptung, daß Culissenverhandlungen bei der Gründung des Invalidenfonds und vorher stattgefunden hätten, nicht gethan habe. Meine Herren, das widerspricht den Thatsachen. Gerade diese Behauptung hat er geäußert, zuerst allerdings nicht in der 72. Sitzung, sondern in der 70. Sitzung. (Hört! hört!)

Am 18. März 1893 sagte der Herr Abg. Ahlwardt: M. H., das — nämlich den Reichsinvalidenfonds so zu bemessen, daß er bis zur Erledigung seiner Aufgabe sich aufgezehrt haben würde —

hat die Regierung hier vorgeschlagen, natürlich nach Verhandlungen hinter den Culissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekäme. Das sind die Verhandlungen hinter den Culissen.

Diese Behauptung aufgestellt zu haben, hat der Heer Abg. heute ausdrücklich bestritten; er nimmt damit diese Behauptung zurück. (Zuruf.) — Ich berufe mich auf den stenographischen Bericht, ich habe neben dem Heren Abgeordneten gesessen und Wort für Wort gehört, was er gesagt hat.

M. H., abee auch in der nächsten Sitzung, der 72., ist dee Herr Abg. auf diese selbe Behauptung zurückgekommen. Er hat allerdings in den von ihm heute verlesenen Aeußerungen sich mit anderen angeblich später vorgekommenen Dingen beschäftigt, zuvor aber hatte er, sprechend von der Gründung des Invalidenfonds, gesagt:

Ja, m. H., das ist wohl selbstverständlich, daß alle Abmachungen hinter den Culissen nicht offiziell stattfinden, die in diesem Fall ungefähe so stattgefunden haben mögen wie die, von denen mon in Paris wer weiß wie viel spricht.

Das wae eine Wiederholung der Behauptung aus der Sitzung vom 18. Mäez, und diese Aeußerung des Herrn Abg. Ahlwardt ist es, welche am 21. März mir den Anlaß zu einer auch in der Wortfassung scharfen Zurückweisung gab, zu welcher ich mich verpflichtet fühlte.

Nun, m. H., auf die übrigen Ausführungen des Heern Abg. Ahlwardt will und kann ich jetzt nicht eingehen. Die Verhandlungen der Commission werden zeigen, wie unbegründet sie sind. Nur noch ein Wort, damit auch dies nicht unwidersprochen ins Land hinausgehe, über die Anleihe, welche angeblich das Hannover-Altenbekensche Eisenbahnunternehmen aus dem Reichsinvalidenfonds erhalten hat.

Das ist richtig: der Reichsinvalidenfonds hat — nicht Hannover-Altenbekener Aktien, nicht Stammprioritäten —, sondern er hot Hannover-Altenbekener Prioritäten gehabt, ganz ebenso, wie er eine Anzahl andeeer nicht garantirter Prioritäten gehabt hat; und zwar sind diese Prioritäten angeschafft nicht von der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, welche erst am 1. October 1873 eintrat, sondern sie waren beschafft vom Reichskanzleramt, welches damals der Staatsministee Delbrück verwaltete, und in diesen Papieren angelegt, wurde der Fonds der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds übergeben. Ueber diese Angelegenheit haben, wie den älteren Mitgliedern des Reichstags erinnerlich sein wird, im Jahre 1875 die allereingehendsten Verhandlungen stattgefunden, und die Rechtfertigung des Verfahrens des Reichskanzleramts ist in dee vollständigsten Weise damals erfolgt. Was speziell diese Belegung des Invalidenfonds in einem Papier betrifft, welches nach der Meinung des Reichstags und der demgemäß erfolgten Fassung des Gesetzes vom Jahr 1873 nur zue vorübergehenden Belegung geeignet erachtet worden war, so hat der Herr Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Dr. Delbrück, damals in der Sitzung vom 4. Februar 1876 ausgeführt, daß er und die anderen Betheiligten als gute Verwalter des öffentlichen Vermögens einfach nicht anders hätten handeln können, wenn sie die öffentlichen Kassen nicht hätten schädigen wollen. Anlehen von Staaten erfolgten damals in dem nöthigen Umfang nicht, man mußte Eisenbahnanleihen nehmen; und wenn diese Eisenbahnanleihen nur von wenigen Gesellschaften genommen sind, so hatte das seinen Grund darin, daß eben von anderen Bahnen Anleihen in größeren Beträgen nicht zue Ausgabe gelangten. Mon hatte allerdings — und ich glaube: mit vollem Recht — den Grundsatz, doß mon womöglich volle Anleihen übernahm, und nicht etwo einzelne Stücke auf dem Markt kaufte und dadurch der Kurstreiberei, der Spekulation Vorschub leistete.

Was ferner den Uebernahmekurs dieser Anleihen betrifft, so ist derselbe nach den damals festgestellten und auch später von der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds festgehaltenen Grundsätzen so normirt worden, doß $4^1/_2$prozentige Prioritätsobligationen stets etwas unter Pari übernommen wurden. Nun frage ich die sämmtlichen Herren, die die wirthschaftliche Entwickelung unseres Landes verfolgt haben, ob die $4^1/_2$prozentigen Prioritäten solcher Eisenbahnlinien, wie die, um die es sich hier handelt — Köln-Mindener, Magdeburg-Halberstädter u. s. w. — heute nicht weit über Pari stehen würden, wenn die Bahnen nicht verstaatlicht waren? Ich glaube, auch dieser Vorwurf des Herrn Ahlwardt ist unbegründet, und durch seine Akten kann er nicht begründet werden. Auch das aber, was seine Akten beweisen sollen, werden sie, wie die Commissionsverhandlungen zeigen werden, nicht beweisen können. Er wird beweisfällig bleiben mit seiner Behauptung, daß in der Verwaltung des Deutschen Reichs nicht ehrlich und anständig verwaltet würde oder verwaltet sei. (Bravo!)

Staats- und Finanzminister **Dr. Miquel:** M. H., ich möchte zu meiner Geschichtserzählung noch eine interessante Thatsache hinzufügen. Es war vorhin von gestohlenen Acten die Rede und dem Herrn Meißner. Ich habe mich nun, weil ich mich der Sache natürlich gar nicht mehr erinnerte, nach dem ganzen Vorgange bei den Herren von der Discontogesellschaft erkundigt, und diese erzählten mir: im Jahre 1891 — genau um dieselbe Zeit, von der ich sprach, wo der Meißner sagt, er könnte sich wohl kaum noch vor dem Revolvergewerbe hüten, — kam zu der Discontogesellschaft ein gewisser Grünwald. Dieser Grünwald war, wie das Polizeipräsidium sagt, ein berüchtigter Revolverjournalist, er war auch, wenn ich nicht irre, wegen Erpressung zu mehreren Jahren Gefängniß oder Zuchthaus verurtheilt und offerirte die Acten, die später Herr Ahlwardt gern gekauft hat. Er bezeichnete aus diesen Acten Schriftstücke, die ihm von besonderem Interesse für die Discontogesellschaft zu sein schienen. Man sah die Sachen an und wies den Mann ab. Er wurde gefragt: wo sind denn Acten? Die hat Herr Meißner, der hat mich gebeten, einmal zu sehen, ob ich diese Acten nicht vortheilhaft verkaufen könnte. (Heiterkeit.)

(Fortsetzung folgt).

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 20** **Berlin, den 14. Mai.** **3. Jahrg. 1893.**

## Zu den Wahlen.

Der Reichstag ist aufgelöst, die Neuwahlen finden am 15. Juni statt.

Diejenige Frage, welche den unmittelbaren Anlaß zu der Auflösung gegeben hat, wird im Vordergrunde der Wahlbewegung stehen, aber auch von einer Reihe anderer Fragen wird die Rede sein und zu diesen gehört die **antisemitische.**

**Was in jahrelanger unermüdlicher Hetzarbeit gesäet worden, gedenkt man jetzt einzuheimsen.**

Eine antisemitische Fraction, die in der Lage ist, selbstständige Anträge einzubringen, ist das nächste Ziel der antisemitischen Wünsche.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden die größten Anstrengungen gemacht; eine ganze Reihe von Wahlkreisen in Hessen, Sachsen, Hannover und anderen Theilen des Reiches ist in Angriff genommen, vielfach sind die Candidaten bereits aufgestellt.

Das sind die „reinen" Antisemiten, die „radikalen", die Radau-Antisemiten oder wie man sie sonst bezeichnet.

Aber die Agitation der conservativen Antisemiten wird in dem bevorstehenden Wahlkampfe sich nicht minder bemerkbar machen. Hat man doch neuerdings den Antisemitismus in das conservative Programm aufgenommen und die Bündnißfähigkeit der anderen antisemitischen Richtungen anerkannt.

Das Geplänkel, das hier und da entsteht und seinen Grund hauptsächlich im Concurrenzneide hat, darf uns nicht darüber täuschen, daß die Antisemiten sich häufig gegenseitig unterstützen werden. In vielen Fällen ist schon heute eine Art Cartell abgeschlossen worden.

Welche Namen die Antisemiten auch führen, sie **alle** müssen aufs Entschiedenste bekämpft, **kein Unterschied darf zwischen ihnen gemacht**, ihr Eindringen in die Vertretung der deutschen Nation muß nach Kräften verhindert werden.

Es handelt sich dieses Mal nicht um eine einzige Ersatzwahl, bei welcher eine Zusammenfassung der Kräfte möglich ist. In **allen** Gauen des Vaterlandes entbrennt der Kampf, er erfordert deshalb bedeutende Geldmittel.

Deshalb bitten wir unsere Gesinnungsgenossen, uns **kräftig** zu unterstützen, damit auch wir in diesen Kampf eintreten können.

Unser Verein ist kein parteipolitischer, wir werden uns deshalb am Wahlkampf der einzelnen Parteien nicht betheiligen. Wir wollen nur dagegen kämpfen, daß ein Theil der Bevölkerung, der eine gemeinsame parteipolitische Rolle weder spielt, noch spielen will, zum Prügeljungen der politischen Bewegung gemacht wird. Nicht im Interesse der Juden, sondern im Interesse unseres Vaterlandes, das wahrhaftig andere Aufgaben zu lösen hat, als sich jahraus jahrein mit der halben Million Juden zu beschäftigen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Verfassung und des innern Friedens werden wir diejenigen bekämpfen helfen, welche in der Wahlbewegung die antisemitische Fahne aufgepflanzt haben.

Alle Geldsendungen für den Wahlfonds bitten wir an unsern Herrn **Schatzmeister Jordan**, Berlin W. Magdeburgerstraße 13, zu senden. Wir werden über diese Beiträge in den „Mittheilungen" quittiren.

## Die Juden und die Criminalstatistik.

II.

Wegen Vergehen und Verbrechen **gegen das Vermögen** wurden im Jahre 1890 bestraft:

| | | Christen | Juden | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 16a | Einfacher Diebstahl | 70610 | 269 | also | auf | 1 | Juden | 262 | Christen |
| 16b | Einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfalle | 10955 | 27 | „ | „ | 1 | „ | 406 | „ |
| 16c | Schwerer Diebstahl | 8329 | 36 | „ | „ | 1 | „ | 231 | „ |
| 16d | Schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfalle | 2420 | 6 | „ | „ | 1 | „ | 403 | „ |
| 16e | Unterschlagung | 16173 | 162 | „ | „ | 1 | „ | 100 | „ |
| 17a | Raub und räuberische Erpressung, auch im Rückfall | 436 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 436 | „ |
| 17b | Erpressung | 487 | 17 | „ | „ | 1 | „ | 28 | „ |
| 18a | Begünstigung | 839 | 6 | „ | „ | 1 | „ | 139 | „ |
| 18b | Einfache Hehlerei | 7264 | 56 | „ | „ | 1 | „ | 129 | „ |
| 18c | Gewerbs u. gewohnheitsmäßige Hehlerei | 181 | 9 | „ | „ | 1 | „ | 20 | „ |
| 18d | Hehlerei im wiederholten Rückfalle | 35 | 1 | „ | „ | 1 | „ | 35 | „ |
| 19a | Betrug | 15285 | 366 | „ | „ | 1 | „ | 42 | „ |
| 19b | Betrug im wiederholten Rückfalle | 1686 | 14 | „ | „ | 1 | „ | 120 | „ |

| | | Christen | Juden | |
|---|---|---|---|---|
| 19c | Untreue und Pflichtwidrigkeiten des Vorstandes 2c. einer Aktiengesellschaft. Vergehen gegen das Bankgesetz 2c. | 546 | 16 | also auf 1 Juden 34 Christen |
| 19d | Verfälsch. von Nahrungsmitteln 2c. | 941 | 21 | „ „ 1 „ 45 „ |
| 20a | Fälschung öffentlicher oder zum Beweise von Rechten dienender Urkunden | 3553 | 78 | „ „ 1 „ 46 „ |
| 20b | Unterdrückung von Urkunden | 66 | 5 | „ „ 1 „ 13 „ |
| 20c | Andere Fälle der Urkundenfälschung | 27 | 1 | „ „ 1 „ 27 „ |
| 21a | Betrügerischer Bankerutt | 139 | 5 | „ „ 1 „ 28 „ |
| 21b | Einfacher Bankerutt | 458 | 80 | „ „ 1 „ 6 „ |
| 21c | Andere Verbrechen und Vergehen in Bezug auf Konkursverfahren | 95 | 7 | „ „ 1 „ 14 „ |
| 22a | Vergehen in Bezug auf Glücksspiele und Lotterien | 793 | 20 | „ „ 1 „ 40 „ |
| 22b | Beseitigung von Vermögensstücken bei drohender Zwangsvollstreckung | 325 | 2 | „ „ 1 „ 163 „ |
| 22c | Verletzung fremden Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrecht | 1496 | 11 | „ „ 1 „ 136 „ |
| 22d | Jagd- und Fischerei-Vergehen 2c. | 5945 | 2 | „ „ 1 „ 2973 „ |
| 22e | Verletzung fremder Geheimnisse, Vergehen gegen § 107, 108 des Unfallversicherungsgesetzes 2c. | 152 | 5 | „ „ 1 „ 30 „ |
| 22f | Wucher | 17 | 5 | „ „ 1 „ 3 „ |
| 22g | Andere Fälle des strafbaren Eigennutzes | 200 | 1 | „ „ 1 „ 200 „ |
| 22h | Vergehen in Bezug auf das geistige Eigenthum | 83 | 7 | „ „ 1 „ 12 „ |
| 23 | Sachbeschädigung | 13913 | 36 | „ „ 1 „ 387 „ |
| 24a | Brandstiftung | 483 | 5 | „ „ 1 „ 96 „ |
| 24b | Fahrlässige Inbrandsetzung | 638 | 2 | „ „ 1 „ 319 „ |
| 24c | Vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransports | 9 | 0 | „ „ 1 „ ? „ |
| 24d | Fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahntransports | 403 | 0 | „ „ 1 „ ? „ |
| 24e | Wissentl. Verletzung von Absperrungsmaßregeln b. Viehseuchen 2c. | 1220 | 32 | „ „ 1 „ 38 „ |
| 24f | Andere gemeingefährl. Verbrechen und Vergehen | 96 | 1 | „ „ 1 „ 96 „ |
| 24g | Herstellung und Feilhaltung gesundheitsschädlicher Nahrungs- und Gebrauchsmittel | 372 | 13 | „ „ 1 „ 29 „ |
| 24h | Gefährdung durch Anwendung v. Sprengstoffen | 5 | 0 | „ „ 1 „ ? „ |

IV. Wegen Verbrechen und Vergehen **im Amte** wurden im Jahre 1890 bestraft:

| | | Christen | Juden | |
|---|---|---|---|---|
| 25a | Bestechung (Aktive) | 501 | 12 | also auf 1 Juden 42 Christen |
| 25b | Bestechung (Passive) | 42 | 1 | „ „ 1 „ 41 „ |
| 25c | Unterschlagung im Amte | 410 | 0 | „ „ 1 „ ? „ |
| 25d | Andere Verbr. und Vergeh. im Amte | 533 | 0 | „ „ 1 „ ? „ |

Faßt man die einzelnen Vergehen und Verbrechen nach Hauptkategorien zusammen, so erhält man:

Es wurden im Jahre 1891 bestraft:

| | Christen | Juden | |
|---|---|---|---|
| Wegen Verbr. und Vergeh. geg. d. Staat, Religion u. öffentl. Ordnung | 58244 | 815; | auf 1 Juden kamen 71 Christen |
| Wegen Verbr. und Vergeh. geg. die Person | 146239 | 1393; | auf Juden kamen 105 Christen |
| Wegen Verbr. und Vergeh geg. das Vermögen | 186675 | 1325; | „ 1 „ „ 126 „ |
| Wegen Verbr. und Vergeh. im Amte | 1486 | 13; | „ 1 „ „ 114 „ |
| Summa | 372644 | 3546; | „ 1 „ „ 105 „ |
| während in Deutschland | | | „ 1 „ „ 87 „ |

Während also auf 87 christliche Einwohner ein Jude kommt, kommt auf 105 Christen erst ein jüdischer Verbrecher. So bestätigt auch der neue Jahrgang „Criminalstatistik“, daß die jüdische Bevölkerung Deutschlands positive Moralität nicht schädigt, sondern daß sie einen geringeren Antheil am Verbrechen aufweist, als die christliche!

## Zur Wahlbewegung.

Das Stimmenverhältniß in den von „reinen“ Antisemiten im Reichstage vertretenen Wahlkreisen war folgendes:

1. Hofgeismar-Rinteln; gewählt Werner. Im ersten Wahlgange erhielten: Nationalliberale 4812, Freisinnige 1894, Sozialdemokraten 2715, Werner 3314 Stimmen. Im zweiten Wahlgange erhielten: Nationalliberale 4855, Werner 8978 Stimmen.

2) Fritzlar-Ziegenhain; gewählt Liebermann v. Sonnenberg. Es erhielten: v. Liebermann 6269, Conservative 3881, Freisinnige 82 Stimmen

3) Marburg-Frankenberg; gewählt Dr. Böckel. Es erhielten: Böckel 8739, Conservative 3361, Centrum 946, Sozialdemokraten 433 Stimmen.

4) Gießen; gewählt Pickenbach. Es erhielten bei der Nachwahl (in Folge der Ablehnung des Mandats seitens des doppelt gewählten Abg. Dr. Gutfleisch) im 1. Wahlgang Pickenbach 7145, Nationalliberale 2100, Freisinnige 4715, Sozialdemokraten 1335, Conservative 428 Stimmen. Im zweiten Wahlgange erhielten Pickenbach 8890, Freisinnige 7736 Stimmen.

5) Alsfeld-Lauterbach-Schotten; gewählt Zimmermann. Es erhielten im 1. Wahlgang Zimmermann 5000, Freisinnige 3369, Nationalliberale 3304, Centrum 362 Stimmen. Bei der engeren Wahl erhielten Zimmermann 8906, Freisinnige 3726 Stimmen.

6) Arnswalde-Friedeberg; gewählt Ahlwardt. Im ersten Wahlgange erhielten Ahlwardt 6903, Freisinnige 2915, Conservative 2876, Sozialdemokraten 943, Nationalliberale 406 Stimmen. In der Stichwahl erhielten Ahlwardt 11206, Freisinnige 3306 Stimmen.

Dem Vernehmen nach werden Böckel, Zimmermann, Werner, v. Liebermann und wohl auch Ahlwardt in ihren alten Wahlkreisen wieder candidiren, während in Gießen an Stelle Pickenbachs ein anderer Candidat Böckel'scher Richtung aufgestellt werden soll — Böckel will außerdem in Bingen-Alzey (gegen Dr. Bamberger) und in Siegen (gegen Stöcker) candidiren, Werner außerdem in Herzfeld-Rotenburg (gegen den conservativen Freiherrn von Schleinitz.)

Von Gegencandidaten ist bisher genannt worden: Der freisinnige Landwirth Reeb in Alsfeld.

* * *

Der Führer der sächsischen Conservativen Freiherr von Friesen wird sich nicht wieder um ein Mandat bewerben. Er wird also nicht in die Lage kommen, seinen Antrag auf Einschränkung der jüdischen Einwanderung im Reichstage wiedereinzubringen.

* * *

Als antisemitische Candidaten werden ferner genannt: Kaiser für Eisenach, Baron v. Langen für Berlin I und Landsberg-Soldin, Pickenbach für Guben, Förster für Kassel-Melsungen, Rother für Ohlau-Nimptsch-Strehlen, Freiherr v. Berlepsch für Göttingen, Raab für den 6. Schleswigholsteinischen Wahlkreis.

## Zur Abwehr.

**Der Führer der Nationalliberalen in Graudenz, Rechtsanwalt Wagner,** hat sich in einem im dortigen nationalliberalen Verein gehaltenen, soeben im Druck erschienenen

Vortrage*) über die antisemitische Bewegung folgendermaßen geäußert:

Antisemitischen Anschauungen waren die Conservativen von je her zugänglich, seit einigen Monaten aber ist der Antisemitismus, ohne daß seine Ausschreitungen zurückgewiesen wären, in das Programm der Partei aufgenommen.

Der Antisemitismus äußert sich bei seinen Anhängern in sehr verschiedener Weise. Die Einen beschränken sich auf verächtliche Redensarten, andere suchen die Juden gesellschaftlich zurückzudrängen, einige verüben Großthaten der Unhöflichkeit und gemeinen Radau, viele verfolgen die Juden in Wort und Schrift, werfen ihnen Gewinnsucht, Ausbeutung, Gewissenlosigkeit, Vaterlandslosigkeit und Hochverrath vor und können sich in der Verfolgung nicht genug thun. Alle aber sind einig in dem Haß gegen die Juden, gegen jeden Juden. Keine andere Klasse der Gesellschaft, keine andere Gruppe unserer Mitbürger wird von ihnen mit solchem Haß verfolgt, wie die Juden: Die Juden stehen außerhalb der Gesellschaft. Die Regeln der gewöhnlichen Höflichkeit, die wir unserer selbstwillen gegen jeden Menschen beobachten, die Forderungen der einfachsten Gerechtigkeit, auf denen jede menschliche Einrichtung gegründet ist, das christliche Gebot der Menschenliebe findet auf die Juden keine Anwendung.

Bei dieser Feindseligkeit gegen die Juden lassen sich sehr viele gedankenlos von der Zeitströmung mitreißen, viele andere von dem Gefühl der Ueberhebung, welchem schwache Menschen gern nachgeben. Einige suchen nach tieferen Gründen. Da schützen die einen ihre deutsche Abstammung vor und setzen die edle arische Rasse in Gegensatz zu der ganz werthlosen semitischen, die anderen stecken sich hinter das Christenthum, betonen den religiösen Gegensatz und danken Gott, daß sie nicht solche Menschen sind wie die Juden.

Aber trotz aller Verkleidungen bleibt der eigentliche Beweggrund doch der Haß. Ein so häßlicher und unedler Beweggrund muß auch böse Folgen haben. Wir sehen denn auch, wie widerwärtig das antisemitische Treiben mit seiner Spionage, seiner Verleumdung seiner Anschuldigung, seiner Aufhetzung, mit seinem Mangel an Wahrheitsliebe sich gestaltet hat, wie die antisemitische Lüge und die antisemitische Logik ohne ein irgendwie ernsthaft zu nehmendes Ziel unter der Leitung recht untergeordneter Persönlichkeiten nur die niedrigsten Leidenschaften aufregt, und wie schließlich der Antisemitismus weite Volkskreise aufwühlt, eine solche Verwirrung in den Köpfen anrichtet, daß sich doch wirklich tausende von Männern finden, die einen Ahlwardt aus dem Gefängniß heraus, wo er eine Strafe wegen Verleumdung verbüßt, vom Gerichtstische fort, wo er sich wegen neuer unerhörter Verleumdungen zu verantworten hat, als ihren Vertreter in den deutschen Reichstag entsenden. Und selbst als diese feinste Blüthe des Antisemitismus gleich bei seinem ersten Auftreten im Reichstage alle früheren Verleumdungen wiederholte und mit der Logik des Verfolgungswahnsinnes seinem Gebäude von Verleumdungen und Anschuldigungen ein neues Stockwerk aufsetzte, da erhält er in Spandau den üblichen Lorbeerkranz und stark besuchte antisemitische Versammlungen in Berlin zollen ihm stets neuen Beifall. Der Antisemitismus ist ein Feuer, welches das Hirn verbrennt; die Verantwortung aber für solche Vorgänge trifft die, welche das Feuer schüren.

Durch diese letzteren Vorgänge ist man, wie es scheint, in einigen Kreisen, die dem Antisemitismus günstig gesinnt sind, nun doch stutzig geworden; die Conservativen, welche in der Tivoliversammlung dem Ausspruch: „Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen!“ zujubelten, suchen sich jetzt Ahlwardt und den Radauantisemitismus von ihren Rockschößen abzuschütteln. Man zieht sich auf den sogenannten „berechtigten Kern der antisemitischen Bewegung“ zurück.

Dieser „berechtigte Kern“ wird darin gefunden, daß viele wirthschaftlich schwache Existenzen durch Börsenspiel, Wuchergeschäfte, unreellen Hausirhandel, Mißbräuche bei Abzahlungsgeschäften und anderes unlauteres geschäftliches Gebahren ausgebeutet werden, und daß hierbei viele Juden betheiligt sind. Diese Uebelstände sind vorhanden, und ihnen mit aller Kraft entgegen zu arbeiten, ist zweifellos berechtigt, ja jeder, der es mit dem Wohle des Vaterlandes ernst meint, muß solche Uebel bekämpfen.

Dieser Kampf kann sich aber doch nicht allgemein gegen die jüdischen Geschäftsleute richten, welche sich solcher Ausbeutung schuldig gemacht haben, sondern muß doch, wenn er Erfolg haben soll, sich auch gegen die Christen wenden, die ebenso handeln, und der Kampf kann sich doch auch nicht gegen alle Juden richten, sondern doch nur gegen jene unreellen Geschäftsleute. Der berechtigte Kampf richtet sich also nicht gegen die Person, sondern gegen die Sache. Der Antisemitismus geht aber allein gegen die Person los, er richtet sich nur gegen die Juden und richtet sich gegen alle Juden ohne Ausnahme, sogar gegen jeden, der getauft ist, und gegen jeden Christen, unter dessen Voreltern ein Jude ermittelt werden sollte. Dies ist der Kern des Antisemitismus. Der Antisemitismus fängt also erst da an, wo die Berechtigung aufhört.

Es ist daher ganz falsch, in der antisemitischen Bewegung einen berechtigten Kern zu finden und es ist grundfalsch, eine solche Berechtigung des Antisemitismus anzuerkennen, weil dadurch die Bewegung selbst immer neue Nahrung findet.

Der Antisemitismus ist nicht nur eine Schmach, sondern auch eine Gefahr für das Vaterland geworden. Schon sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß der Kampf gegen die Ausbeutung des jüdischen Kapitals sich verwandelt in einen Kampf gegen jede Ausbeutung und daß diese Wendung bei der maßlosen Uebertreibung, der die Antisemiten verfallen sind, auf den Weg zum Kampf gegen das Kapital überhaupt führt. Und wenn auch die ganze antisemitische Bewegung nur eine Zeitströmung ist und zwar eine solche von ziemlich neuem Datum, — sie hat ja erst Ende der siebziger Jahre einige Bedeutung erlangt — und wenn die meisten Menschen, die ohne eigenes Urtheil jeder Zeitströmung folgen, auch von der antisemitischen Bewegung sich fortreißen lassen, ohne ihr mit innerer Ueberzeugung anzuhängen, und wenn auch diese Bewegung wie jede Zeitströmung einmal wieder von der Oeffentlichkeit verschwinden wird, so hat der Antisemitismus doch den Boden so unterwühlt, daß er für die Samenkörner der Socialdemokratie recht fruchtbar sein könnte.

In Westpreußen ist der Antisemitismus bisher noch sehr wenig in die Oeffentlichkeit getreten. Freilich bedingt er an vielen Orten die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere da, wo dieselben von militärischen Anschauungen beherrscht werden, und diejenigen, die den näselnden Ton und den krummen Arm für vornehm halten, die halten es auch für höchst unfein, nicht gelegentlich über die Juden herzuziehen. Einmal ist auch ein antisemitischer Candidat aufgestellt, bei der Nachwahl in Reichstagswahlkreise Stargard-Berent, Herr Paasch, der durch seine Anlage für Verleumdungs-Brochüren und seinen geistigen Defect unter den Antisemiten hervorragt und also die wesentlichen Eigenschaften für einen Volksvertreter besitzt.

Die Nationalliberalen verwerfen die antisemitische Bewegung und werden sie in Westpreußen bekämpfen, wo sie sich öffentlich zeigen sollte. Wir können nichts Besseres über den Antisemitismus sagen, wie unser verehrter Parteiführer Minister Hobrecht im Abgeordnetenhause: „Der Antisemitismus ist nicht edel, nicht deutsch und nicht christlich.“

**Böckel und die deutsch-amerikanischen Turner.** Der Führer der hessischen Antisemiten hatte die Nachricht verbreitet, er werde auf dringendes Ersuchen der deutsch-amerikanischen Turnerschaft im Juli in Milwaukee vor einer großen Versammlung seine bekannten Vorträge halten. Hierüber äußert sich ein Milwaukeer Turner in einem in Nr. 102 des „Gießener Tagebl.“ abgedruckten Schreiben wie folgt:

Wie wir aus einem an den Turner B. F. Pereles, Mitglied des Turnvereins „Milwaukee“, aus Gießen gerichteten Privatbriefe ersehen, hat Dr. Böckel in Marburg, das bekannte antisemitische Mitglied des deutschen Reichstags, in seinem Organ, dem „Reichsherald“, schon verschiedene Mal bekannt gegeben, daß er aus Anlaß des großen deutsch-amerikanischen Turnfestes in Milwaukee durch eine besondere Einladung der Centralfestbehörde geehrt worden sei und bei dieser Gelegenheit eine Rede im Sinne seiner antisemitischen Agitation halten werde. Wir sind in der Lage zu constatiren, daß d a r a n k e i n w a h r e s W o r t ist. Einladungen an einzelne Personen sind von der Centralfestbehörde gar nicht erlassen worden und das Bundesturnfest bietet überhaupt zu Reden, die agitatorischen Sonderzwecken dienen sollen, gar keinen Raum. Dann würde schon die echt freisinnige republikanische Tendenz des Nordamerikanischen Turnerbundes gegen alle Agitation im reactionärem Sinne Protest erheben. Eine unser vorgeschrittenes Jahrhundert geradezu schändende reactionäre Verirrung ist aber — der Antisemitismus, und die Apostel derselben, heißen sie nun Stöcker, Dr. Böckel oder Ahlwardt, haben unter den Turnern der Republik nicht auf die geringste Sympathie zu rechnen. Ihr Thun wird gegentheils scharf und mit Einmuth verurtheilt. . . . . Die Kundgebung (Dr. Böckel's im „Reichsherold“) hat in den deutschen Turnvereinen die größte Entrüstung hervorgerufen, da bei allen Vereinen im Mutterlande kein Unterschied zwischen Religionsbekenntnissen und politischen Anschauungen existirt und die deutsche Turnerschaft ist sich wohl bewußt, auf welchem Boden sie entstanden ist. . . . . Also noch einmal. Dr. Böckel hat da seinen Lesern etwas vorgeflunkert! Antisemitische Hetzerei und unser kommendes Bundesturnfest haben nichts miteinander zu schaffen. Jeder Versuch zu einer solchen Agitation würde ein jämmerliches Fiasco machen.

**Rendsburg**, 10. Mai. Der berüchtigte Antisemit Dr. D a n n e i l aus Bielefeld hielt, wie das „Rendsb. Wochenbl.“ berichtet, gestern hier einen Vortrag für 30 Pfg. Entree.

Den anwesenden Socialdemokraten gelang es, vor Eröffnung des Vortrages, trotz lebhaften Widerspruchs des Herrn Dr. Danneil, eine Bureauwahl zu Stande zu bringen und trat, nachdem die Discussion eröffnet, auch zunächst ein Socialdemokrat, Herr K l ü ß aus Kiel, gegen Herrn Dr. Danneil mit großer Beredsamkeit in die Schranken. Er wies treffend und scharf nach, daß die ganze 1½ stündige Rede des Dr. Danneil aus nichts anderem bestände, als aus einer ganzen Reihe zusammengewürfelter Phrasen (wie erzählt wurde, hielt Dr. Danneil dieselbe Rede gestern zum 168. Male).

Am stürmischsten wurde die überaus zahlreiche Versammlung, als nach Beendigung der Rede des Herrn Klüß Herr Stich den Vorschlag machte, daß Herr Dr. Danneil, als früherer Geistlicher und daher bester Vertreter der Nächstenliebe auf sein eingenommenes Entreegeld zu Gunsten der Armen Rendsburgs verzichte. 30 Pf. wäre sein Vortrag

*) Die nationalliberale Partei in Westpreußen. Graudenz, Verlag der C. G. Röthe'schen Buchhandlung.

ohnehin nicht werth. Nun kam Herr Dr. Danneil in die Beine. Unter wüthendem Protest erklärte er den Saal verlassen zu wollen und sich unter den Schutz der Polizei zu begeben. Letzterer wurde ihm durch den anwesenden Polizeicommissar natürlich gewährt und er unter Schutz-Assistenz von Polizisten nach seinem Hotel geleitet, während der Herr Commissar die Kasse mit dem Inhalt von ca. 64 M. mit Beschlag belegte, nachdem die Versammlung zunächst obigem Vorschlag zugestimmt hatte. Späterhin wurde der Beschluß aufgehoben und dafür dem Antrage zugestimmt, das Geld Herrn Dr. Danneil zu belassen, jedoch mit dem ausdrücklichen Zusatze, daß sein Vortrag nach Ansicht der Versammlung das Geld nicht werth sei. Nachdem noch Herr Reichstags-Abgeordneter Lorenzen gesprochen, ergriff schließlich der Rabbiner Herr Dr. Stern aus Kiel das Wort, welcher in gründlicher und sachlicher Weise den Standpunkt des Judenthums beleuchtete gegenüber dem Antisemitismus. Auf Grund gewissenhafter Darlegungen brachte derselbe endlich über Herrn Dr. Danneil Dinge zur Sprache, auf welche wir hier weiter einzugehen verzichten.

Der Antisemitismus hat hier ausgespielt. Sollte sich wieder ein Hetzer für 30 Pfg. Entree hören lassen wollen, so möge er sich gesagt sein lassen, daß diese Narrheit hier in Rendsburg nur in einzelnen Köpfen ihr Wesen treibt, in Personen, die nicht ernst genommen werden. Die Stellungnahme der Versammlung zum Antisemitismus äußerte sich in einstimmiger Annahme folgender Resolution des Herrn Dr. Stern:

„Die am Dienstag, 9. Mai 1893, in der Tonhalle zu Rendsburg Versammelten haben den Vortrag des Geschäftsantisemiten Dr. Danneil aus Bielefeld mit steigender Entrüstung angehört. Sie weisen den Antisemitismus als eine aller Kultur Hohn sprechende Verletzung zurück und brandmarken ihn als eine Schmach des Jahrhunderts."

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Das „Volk"** hebt in seiner Nr. vom 11. Mai mit Entrüstung hervor, daß der freiconservative Wahlaufruf **„nicht einmal das Wort „Jude" enthalte."** Mittlerweile ist aber der **conservative** Wahlaufruf erschienen und auch dieser enthält nicht das Wort „Jude." Was wird das Stöcker'sche Organ dazu sagen? —

**An der Bevölkerung von Arnswalde-Friedeberg** ist das Strafgericht, welches der Reichstag über **Ahlwardt** gehalten hat, spurlos vorübergegangen. Zu dem **amtlichen** Arnswalder Kreisblatt vom **9. Mai** und zwar im redactionellen nichtamtlichen Theile lesen wir:

**Ahlwardt-Versammlung.** Der Reichstags-Abgeordnete Ahlwardt wird am Mittwoch Abend 8 Uhr in Seidels Saal einen Vortrag halten und dürfte der Besuch derselben hauptsächlich auch der Landbevölkerung zu **empfehlen** sein. Da die letzten Reichstags-Ereignisse überall das Thema bilden, und wie wir erfahren, **sämmtliche Acten zur Stelle** sein werden, **dürften wir nun wohl eine genügende Aufklärung** über die uns doch in allererster Linie berührende Angelegenheit erhalten. Deshalb mögen auch Gegner nicht fern bleiben. — Zur Bestreitung der Unkosten soll diesmal am Saal-Eingang ein freiwilliges Eintrittsgeld erhoben werden. — Ahlwardt soll sich bereits seit Sonntag im Wahlkreise befinden.

Alle Welt ist zur Genüge über Ahlwardt und seine Acten aufgeklärt. Nur die Leute in Arnswalde-Friedeberg harren dieser Aufklärungen noch. Ahlwardt in eigener Person ist es, der ihnen dieselbe bringen soll!! Ein beschämendes Zeugniß für die politische Unreife mancher Kreise.

Wer wollte jetzt noch daran zweifeln, daß Ahlwardt von ihnen wieder auf den Schild gehoben werden wird.

Auch andere Zeichen liegen dafür vor, daß Ahlwardt wieder selbst von denen in Gnaden angenommen wird, welche nach seiner moralischen Vernichtung im Reichstag ihn von ihren Rockschößen abzuschütteln versuchten. So lesen wir heute die Ankündigung einer großen Volksversammlung, in welcher Prof. Dr. Förster, Pickenbach, Dr. Bachler, Redacteur der „Staatsbürgerztg.", **in freundschaftlichem Verein mit Rector Ahlwardt** als Referenten auftreten werden. Die Versammlung ist von dem „Agitationsverband der antisemitischen Partei Norddeutschlands" veranstaltet. Das Thema lautet: „Unsere Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl und zur Militärvorlage." Natürlich fehlt es auch an dem üblichen Eintrittsgeld nicht.

Im Bezug auf das „Wochenblatt des Arnswalder Kreises" (Kreisblatt) nur noch eine Bemerkung: Das Blatt vertritt die Stelle des amtlichen Kreisblatts. Jede Nr. enthält an der Spitze einen „Amtlichen Theil." So enthält dann, wie auch viele andere Kreisblätter, einen „Nichtamtlichen Theil." Während andere Kreisblätter sogar die zu bezahlenden Annoncen, welche Ankündigungen liberaler Versammlungen enthalten, einfach zurückweisen, bringt dieses den amtlichen Publicationen dienende Organ fast in jeder Nr. im redactionellen Theil eine Notiz, welche für Ahlwardt günstig ist.

**Wie richtig die Bemerkung über den Radau-Antisemitismus der „Täglichen Rundschau"** in Nr. 17 unseres Blattes war, können wir zu unserer großen Befriedigung in der neuesten Nummer der „Antisemitischen Correspondenz" lesen. Dieses edle Blatt, welches in derselben Nummer die geschmackvolle Behauptung aufstellt, daß das Reichstagsgebäude „des jüdischen (???) Architecten Wallot" wohl bald die Reichssynagoge oder der goldene Tempel des redenden Kalbes heißen wird, giebt natürlich seine volle Zustimmung zu jenem mit Gelassenheit ausgesprochenem Dogma von dem durchweg minderwerthigen Gewissen jüdischer Aerzte, aber es erweitert den Ausspruch dahin, daß dieser nicht nur im ärztlichen sondern „in **allen** Berufszweigen, in denen die Kinder Israels mit ihrem minderwerthigen Gewissen ihr Unwesen treiben dürfen," den Nagel auf den Kopf treffe, und hofft, daß noch Viele auf dem Niveau des Radau-Antisemitismus anlangen werden (wörtlich!)

Es ist uns unverständlich, mit welchem Recht diese Herren sich über Ahlwardt erheben, was sie neuerdings zu thun nicht unterlassen können.

**Die gegen den Chefredacteur des Stöcker'schen „Volk"** Heinrich Oberwinder, wegen Beleidigung der Clever Justizbehörden erkannte **Gefängnißstrafe** von 2 Monaten hat der Kaiser in eine Geldstrafe von 500 Mark umgewandelt. — Eine solche Begnadigung ist bekanntlich vor einiger Zeit auch dem Redacteur der antisemitischen „Westf. Reform" zu Theil geworden.

**Antwort auf eine Frage Böckels.** In der Reichstags-Sitzung vom 28. April äußerte der Abgeordnete Stadthagen, es sei ja bekannt, daß ein gewisser Böckel in Frankfurt a. M. Wucher getrieben. In Folge dessen gerieth der Abgeordnete Dr. Böckel ganz aus dem Häuschen: „Gemeinheit", schrie er, „Erbärmlichkeit." Und als er dafür zur Ordnung gerufen wurde, schrie er weiter: Er hat meinen Vater beleidigt! Schuft! Darauf zweiter Ordnungsruf, den Böckel mit den Worten abwehrte: Ich kann die Ehre meines Vaters nicht beschimpfen lassen. Später ergriff Böckel zu einer längeren Rede das Wort, in welcher er u. a. sagte:

„Ich frage die Herren aller Parteien, wenn Ihr Vater so beschimpft wird, billigen Sie diese **Kampfesweise**? Ist das nicht unerhört?"

Letztere Frage zu beantworten ist der Zweck dieser Zeilen und sie muß verneinend beantwortet werden. Nein, Herr Böckel, eine solche Kampfesweise ist durchaus nicht „unerhört," „Alles schon dagewesen." Zum Beweis diene folgende Anfrage:

„Ist Buchdrucker Gleiber, früher Sozialdemokrat, jetzt Judenschützer, ein Sohn des in Marburg verstorbenen Schuhmachers und Schnellläufers Gleiber (alias Papageno, Speckmaus, Wasserratte)?"

Und wo stand wohl diese „Anfrage?" Sie erschien am 10. Mai 1892 im Briefkasten von Nr. 505 des von Dr. Böckel gedruckten und verlegten „Reichsherold." Man sieht: Böckel hat dasselbe gethan wie Stadthagen. Somit fällt auch Alles, was er gegen letzteren geschleudert, auf ihn selbst zurück.

Gewiß, die persönliche Kampfesweise Stadthagens ist ganz entschieden zu verdammen — Böckel aber hat kein Recht,

sich über Stadthagen zu entrüsten, wohl aber Veranlassung, sich den alten guten Spruch in's Gedächtniß zurückzurufen:

Was Du nicht willst, daß man Dir thu'
Das füg' auch keinem Andern zu. A. G.

**Die antisemitische „Westf. Reform“** schreibt:

„Von einigen in Berlin erscheinenden jüdischen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, der **Vertheidiger** des Rechtsanwalts **Hertwig** in dessen Disciplinarproceß sei **jüdischer** Abstammung und mit Herrn Hertwig geschäftlich associirt. — Wir sind auf Grund authentischer Mittheilungen in der Lage, diese Version als erfunden zu bezeichnen. Der Rechtsanwalt Quipanski (nicht Klibanski, wie in den meisten Blättern irrthümlich angegeben war) ist Russe, er ist nicht Socius des Herrn Hertwig und hat sein Geschäftslocal in Berlin, ca. eine Meile von dem Hertwig'schen, in Charlottenburg belegenen, entfernt.“

Hierzu wird uns geschrieben:

Klibanski (nicht Quipanski) war ein aus Rußland eingewanderter Jude, besuchte das jüdische theologische Seminar in Breslau, widmete sich später dem juristischem Studium und ließ sich als Student oder Referendar taufen. Mit Hartwig ist er nicht associirt. Meine Informationen rühren von mehreren seiner Jugend-, zum Theil Seminargenossen her. Ein Irrthum in der Identität ist ausgeschlossen. Ich war bei der Gerichtsverhandlung zugegen. Einen Rechtsanwalt Quipanski giebt es in Berlin nicht.

**Zu den Koliner Excessen** wird aus Wien unter dem 9. Mai gemeldet:

Gelegentlich seines Einzuges in seine Sommerresidenz zu Kremsier sprach eine Deputation der dortigen Judengemeinde beim Erzbischof Kohn vor, wobei der Sprecher auf die jüngsten Ausschreitungen gegen die Juden in den benachbarten Gemeinden hinwies und um ein erlösendes Wort vom ersten Priester der Diöcese bat. Der Erzbischof erwiderte, er mißbillige die bedauerlichen Vorgänge auf das Entschiedenste. Das Vorurtheil sei nicht mit einem Worte zu bannen. Es bestehe gegenwärtig ein krankhafter Zustand, der nur mit der Zeit zu heilen sei. Er werde Alles anwenden, um das Uebel in seiner Diöcese zu beseitigen, damit wieder der Geist des Friedens einkehre.

In der gestrigen Sitzung des böhmischen Landtages bezeichnete der jungczechische jüdische Abgeordnete Juwald den wiener Antisemiten Schneider als den Urheber der Koliner Ausschreitungen. Der antisemitische Jungczeche Schild erwiderte, die Ursache der dortigen Ausschreitungen sei das herausfordernde Deutschreden(!) der Juden.

## Der wahre Talmudjude

von Albert Katz, Berlin bei Emil Apolant.

Die antisemitische Bewegung hat zur Folge, daß man sich mehr als bisher mit jüdischem Wesen und jüdischen Ideen beschäftigt. Im Gegensatz zu Rom und Griechenland nimmt Palästina nur in geringem Maße die Aufmerksamkeit in Schule und Leben in Anspruch. Und der Mangel an Kenntnissen über Juden und Judenthum bereitete den Boden für die Aufnahme von Vorurtheilen. Namentlich sind über den Talmud geradezu phantastische und abergläubische Vorurtheile verbreitet.

Schriften, die uns die Kenntniß der talmudischen Aussprüche und Anschauungen vermitteln, sind deshalb von großer Wichtigkeit, sie führen uns in eine Gedankenwelt, die von der unsrigen weit abliegt, aber doch viele erhabene und tiefe Gedanken birgt. Von unbefangenen christlichen Gelehrten ist dies auch anerkannt worden, insbesondere hebt Pfarrer Preßel in der protestantischen Realencyclopädie Aehnlichkeiten zwischen Talmud und Evangelien hervor. Für den Geschichtskenner hat das nichts Ueberraschendes, beide sind ungefähr zu derselben Zeit und auf gleichem Boden entstanden. Nur diejenigen Ideen finden Verbreitung, die ort- und zeitgemäß sind. Deshalb durfte man von vornherein annehmen, daß ähnliche Ideen sich auch im Talmud finden würden — eine Annahme, die ja, wie bemerkt, selbst nach dem Zeugniß christlicher Gelehrter durch die Thatsachen gerechtfertigt ist.

Die Kenntniß des gesammten Talmuds zu ermitteln, ist unmöglich. Eine Uebersetzung würde mindestens 12 dicke Folianten füllen. Auch bietet natürlich nur das wenigste Interesse. Was man über Astronomie über Medicin und dergleichen damals gedacht — denn auch hierüber findet sich zum Beispiel neben hundertlei Anderem Vieles im Talmud — bietet höchstens für den Geschichtsschreiber oder den Fachmann Interesse. Für die glücklichste Art, uns mit den sittlichen Gedanken des Talmuds bekannt zu machen, halten wir es daher, diese systemathisch darzustellen, soweit sie besonders wichtige Fragen des täglichen Lebens zum Gegenstand haben.

Es war deshalb eine glückliche Idee von Herrn Albert Katz, den unsere Leser als Uebersetzer des Löwinsohnschen Werkes über die Blutbeschuldigung kennen, ein derartiges in Rußland erschienenes Werk: Das Leben des Juden nach dem Talmud von Suwalski zu bearbeiten und deutschen Lesern zugänglich zu machen.

Da Probiren über Studiren geht, drucken wir nachstehend für unsere Leser ein Capitel des Katz'schen Buches ab. Wir haben hierzu Cap. 12 gewählt: „Fremdenliebe“, weil es ein häufig besprochenes Gebiet betrifft:

Gott hat Israel nur deswegen unter die Völker zerstreut, damit die Fremden die Reinheit seiner Lehre erkennen und die an ihn Glaubenden sich vermehren sollen.[1]) Die Nichtjuden außerhalb Palästinas sind nicht als Götzendiener zu betrachten.[2]) Alle, die den Götzendienst leugnen, sind daher als Juden anzusehen.[3]) Der Gott, der sein Gesetz am Sinai verkündet hat, ist der Gott aller Völker.[4]) Die von Jesaias und den Psalmisten geschilderten Himmelspforten stehen den Frommen und Gerechten aller Völker offen und nicht bloß den Priestern, Leviten und Israeliten.[5]) Nur ein Hoherpriester kann, weil das Priesterthum von Geburt und Abstammung abhängig ist, ein Nichtjude nicht werden; fromm und gerecht aber kann auch der außerhalb des Judenthums stehende Mensch werden.[6]) Wer daher das Recht des Fremden, des Nichtjuden beugt, begeht eine eben solche Sünde, als ob er den himmlischen Richterspruch gebeugt hätte,[7]) denn jeder Mensch, der durch Geist und Erkenntniß sich Gott nähert, daß er ihm dienet, ihn verehrt und anbetet und nach dessen Willen seinen Lebenswandel einrichtet, ist heilig im höchsten Grade: sein Antheil und sein Erbe bleibt Gott in aller Ewigkeit.[8]) Gott sprach zu Moses: Vor mir giebt es keinen Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden, wer eine edle That ausübt, den belohne ich, wie es ihm gebührt.[9]) Wenn Israel sein Bekenntniß mit den Worten: Der Ewige ist unser Gott, ausspricht, so ist dieser Ewige zugleich der Gott, der in seiner unendlichen Liebe alle Menschenkinder umfaßt.[10]) Darum war es Sitte in Israel, am Hüttenfeste 70 Farren für das Wohlergehen der damals bekannten 70 Völkerschaften zu opfern.[11]) und darum läßt der dichtende Geist Israels, Gott den Engeln, die auf den Untergang der Egypter einen Freudengesang anstimmen wollten, abwehrend zurufen: Die Werke meiner Hände finden in den Wellen ihr Grab und ihr wollt mir ein Lied singen![12]) Selbst wenn Gott über die Völker zu Gericht sitzt, läßt er seine Gnade walten, indem er die Besten unter ihnen auswählt und sie als Maaßstab seines Urtheils gebraucht[13]) Es ist daher des Israeliten Pflicht, selbst für den Götzendiener um die Gnade Gottes zu flehen.[14]) Das Gebot: Du sollst den Ewigen deinen Gott lieben (Deuteron VI, 5). weist zugleich darauf hin, daß der Mensch sich bestrebe, sich der Liebe seiner Mitmenschen verdient zu machen. Er halte sich fern von Sünde und Betrug, sowohl in Bezug auf Israel wie auf alle andern Menschen. Der Israelit, der einen Heiden bestiehlt, gegen ihn falsch schwört, ihm etwas ableugnet oder oder ihn gar tödtet, der handelt ebenso verwerflich auch gegen einen Juden. Der wahrhaft fromme Israelit denke stets daran, daß Israel nur deswegen das Gesetz erhalten hat, um Gottes Namen unter den Völkern zu verherrlichen.[15])

Das Musterbeispiel zeigt den Mangel der Schrift, daß der Talmud allein Behandlung erfahren hat, auf das alte Testament aber nicht Bezug genommen ist, denn das alte Testament bietet doch immer Grundlinien der jüdischen Gedankenwelt, um die sich die Erklärungen des Talmud wie Arabesken ranken. Gerade für die Fremdenliebe hat das alte Testament die erhabenen, grundlegenden Gedanken geoffenbart:

„Du sollst den Fremdling lieben wie Dich selbst“
„Einerlei Recht sei Dir und dem Fremdling“, u. s. f.

Eine derartige monumental einfache Ausdrucksweise fehlt dem Talmud. Indessen ist dies mehr ein ästhetischer Mangel, die Gedanken sind schließlich die gleichen. Vielleicht hätte der Verfasser es seinen Lesern leichter machen können.

---

[1]) Pesachim 87b. [2]) Chulin 13b. [3]) Megilla 13a. [4]) Raschbam. [5]) Sifra Achare C. 13, 13. [6]) Sohar Chadasch. [7]) Chagiga 5a. [8]) Maimonides Hilchoth Schemitha C. 13, 3. [9]) Jalkut Pentateuch 76. [10]) Sifre Deuteron. C. VI, 4. [11]) Sucka 55a. [12]) Megilla 10b. [13]) Jeruschalmi Rosch Haschana C. 1. [14]) Erubin 41b. [15]) Jalkut Pentateuch 837.

Er hätte zum Beispiel bei dem Citat: „Die Werke meiner Hände finden in den Wellen ihr Grab und ihr wollt mir ein Lied singen“ anführen sollen, daß diese Ermahnung mit der rituellen Vorschrift zusammenhängt, am Jahrestage des Untergangs der Egypter das Hallelgebet (dem das „Hallelujah“ entstammt) nicht zu beten. Gerade diese Vorschrift ist, wie die Vorschrift, für das Wohlergehen der damals bekannten 70 Völkerschaften zu beten, aus den angeführten Stellen charakteristisch. Hier handelt es sich nicht um flüchtige Ideen, sondern um Ritualvorschriften, ein Beweis, daß diese Ideen in Fleisch und Blut übergegangen waren.

Was ich als Mängel anführe, ist in seiner Art wieder ein Vorzug. Der Verfasser sieht von Reflexionen ab, der Leser soll sie selbst machen, er geht nicht auf das alte Testament zurück, so vermeidet er, daß der Leser durch das Ineinanderfließen beider Schriftquellen verwirrt wird. Wir können die Schrift auf das Allerwärmste empfehlen, es handelt sich hier nicht um Negatives, manchen erhabenen Gedanken, manche Weisheitsregel wird der Leser als Gewinn aus den Ausführungen des Talmud schöpfen.

---

## Sitzung des Reichstags vom 25. April 1893.

Stenographischer Bericht.

(Fortsetzung.)

Abg. **Miquel** (fortfahrend):

Nun, ich will hoffen, daß, wenn wir die Acten demnächst durchsehen und sich da kleine Notizen darin befinden, Papierstreifen, daß nicht in der Zwischenzeit sich diese Acten in der Entwickelung zu einer zwar nicht verbesserten, aber vermehrten Auflage gestaltet haben (Heiterkeit), um sie so werthvoller zu machen. Das wird sich ja finden.

M. H., der Herr Abgeordnete Ahlwardt sagt jetzt, er habe gar nicht sagen wollen, daß der Invalidenfonds um 200 Millionen betrogen sei. Es ist ihm ja seine Erklärung hier im Hause schon vorgehalten worden. Aber sie stimmt doch merkwürdig überein mit den Reden seiner Freunde in den hiesigen Volksversammlungen. Da wird das ganz offen ausgesprochen bis vor kurzem: ein ungeheurer Betrug ist am Deutschen Reich verübt, nämlich am Invalidenfonds; eine jüdische Nebenregierung hat dies getrieben, und die Minister Delbrück und Camphausen sind nichts weiter als die Handlanger dieser Nebenregierung, deren Chef zu sein mir die Ehre zugewiesen wird. (Große Heiterkeit.)

M. H., nun lesen Sie diesen Brief des Herrn Meißner in der „Anticorruption“ — in der Stille natürlich —, so werden Sie finden, daß alle die Antworten, die der Mann giebt, eingesagte sind. Ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen. (Zurufe.) Darunter kommt auch vor: „derzeit aßen Herr Bitter“ — er war Präsident der Seehandlung — „Herr Geheimer Finanzrath Scheitmann, Herr Delbrück aus der Schüssel des Herrn von Hansemann“ — also der erste Versuch, sie als bestochen zu bezeichnen Herr Bitter war Präsident der Seehandlung, er kaufte die Obligationen im Auftrage des Herrn Ministers Delbrück an. Diese beiden müßten jedenfalls eine große Pflichtwidrigkeit sich haben zu Schulden kommen lassen. Eben deswegen wird auch in den Volksversammlungen gesagt, die Herren Camphausen und Delbrück seien nur die Handlanger gewesen.

M. H., für diese Männer, die wir hier vor uns sehen in diesen Sälen, ist nach meiner Ueberzeugung der Antisemitismus nur eine Fahne, ein Vorwand; (sehr richtig!) sie vertreten keine Partei, das kann ich unmöglich denken. Aber das geht deutlich daraus heraus, daß, wenn diese Männer die Absicht haben, jemanden anzugreifen, sie unfehlbar ihn vorher einfach zu einem Juden stempeln. (Heiterkeit). Alle diejenigen Personen, die sie angreifen, erklären sie für Juden. Eine Reihe von preußischen Ministern, frühere und gegenwärtige sind schon so zu Juden gemacht. Und was mich persönlich betrifft, so behauptete man im Anfang leise: er stammt von einem portugiesischen Juden (Heiterkeit); dann geht es weiter: er ist ein Jude; und dann geht es noch weiter: er stand an der Spitze der jüdischen Nebenregierung; und endlich kommt die Klimax: er ist Agent der Alliance Israélite. (Heiterkeit) So geht die Sache; während ich selbst trotz eifrigen Bemühens meine Vorfahren nur bis ans Ende des 16. Jahrhunderts archivalisch ermitteln kann, haben diese Herren Studien gemacht bis ins 13. Jahrhundert (Heiterkeit); so werden die Sachen gemacht. Ich meine, wir haben es hier blos mit Personen, aber nicht mit Auffassungen zu thun. (Sehr gut! Bravo!)

Abg. Dr. **von Bennigsen**: M. H., der Herr Abgeordnete Ahlwardt hat in seinem Vortrag auch meinen Namen in Verbindung mit der Hannover-Altenbekener Eisenbahn genannt, in einer Weise, die mich zu verdächtigen geeignet ist. Ich würde vielleicht kein großes Bedürfniß empfunden haben, dem Herrn Ahlwardt persönlich zu antworten; ich halte mich aber doch für verpflichtet, diese Worte nicht ohne Erwiderung hier gesprochen sein zu lassen, aus Achtung vor dem hohen Hause, in dessen Räumen sie gefallen sind, und dessen Mitglied ich zu sein die Ehre habe

Was Herr Ahlwardt über das Verhältniß der Hannover-Altenbekener Eisenbahn, namentlich deren Beziehungen zu dem Invalidenfonds, gesagt hat, so waren diese Aeußerungen in vielfacher Hinsicht unrichtig. Was insbesondere den Invalidenfonds anbetangt, mit dem zusammen er ja ursprünglich allein die Angelegenheit der Hannover-Altenbekener Bahn in diesen seinen Vortrag hineinbringen konnte, so ist schon durch den Herrn Schatzsecretär klargestellt, daß im Gegensatz zu den wiederholten Behauptungen des Herrn Ahlwardt der Invalidenfonds niemals Actien der Hannover-Altenbekener Bahn gekauft hat oder besessen hat, und daß er an den Prioritätsobligationen, welche er, wie von dieser Bahn, so von anderen Bahnen erworben hat, niemals einen Verlust erlitten hat.

Worüber ich mich aber zu äußern habe und mich dem Hause gegenüber für verpflichtet halte, das ist eine Insinuation, auch gegen mich gerichtet, allerdings unbestimmt ausgedrückt, nicht so direct gegen mich als Beschuldigung, aber doch in der Art, daß, wenn ich dazu still schwiege, wahrscheinlich in derselben Art und Weise, wie der Herr preußische Finanzminister so eben erklärt hat, dann diese unwidersprochene Behauptung in immer erweiterter Gestalt von ihm und seinen Freunden wiederholt würde. In solcher Art und Weise werden ja solche Insinuationen und allgemeine unbestimmte Verdächtigungen gemacht: calumniare audacter, semper aliquid haeret!

Herr Ahlwardt hat also sich berechtigt gehalten, zu behaupten, es sei eine Summe von, wenn ich recht verstanden habe, 34 Millionen Pfund Sterling an die Aufsichtsrathsmitglieder der Hannover-Altenbekener Bahn gezahlt worden, einerlei an wen, er wisse nicht, wie viel die einzelnen davon erhalten hätten; er wisse namentlich nicht, ob ich und wie viel ich davon erhalten hätte. M. H., das ist eben die Art, (sehr gut! sehr wahr!) indem man jemand zu verdächtigen sucht, gegen den man Bestimmtes nicht vorbringen, geschweige nachweisen kann. Nun, meine Herren, ich werde mich dem gegenüber damit begnügen, hier öffentlich und bestimmt zu versichern, daß ich zu keiner Zeit in keiner Form und Gestalt den geringsten sogenannten Gründervortheil, oder wie Sie es bezeichnen wollen, aus meiner Stellung in dem Comitee und dem Verwaltungsrathe der Hannover-Altenbekener Eisenbahn bezogen habe. Und diejenigen von Ihnen, m. H., welche mich persönlich kennen, oder Sie alle, welche mein öffentliches Leben verfolgt haben (Zustimmung), werden dieser meiner bestimmten Versicherung, gegenüber solchen allgemeinen Verdächtigungen des Herrn Ahlwardt, Glauben schenken. (Lebhaftes Bravo.)

Abg **Richter:** Der Herr Abg. Ahlwardt hat gesprochen von einer Vergewaltigung, welche ihm widerfahren sei durch den Seniorenconvent. Ich weise diese Anschuldigung als eine ganz ungerechtfertigte zurück. Der Seniorenconvent hat damals über die Behauptungen des Herrn Ahlwardt geurtheilt nach Maßgabe der ihm vorgelegten Acten und hat sich jedes weitere Urtheil im Falle einer weiteren Vorlegung von Acten vollständig vorbehalten. Von einer Vergewaltigung des Herrn Ahlwardt durch den Seniorenconvent konnte somit in keiner Weise die Rede sein.

Der Herr Abg Ahlwardt meinte, es komme doch sonst nicht vor, daß man von einem Abgeordneten, wenn er Behauptungen ausspreche, sogleich die Vorlage der Acten verlange. Er hat in dieser Beziehung Bezug genommen auf den Abgeordneten Lasker bei seiner Schilderung der Eisenbahngründungen und auf mich in neuerer Zeit. Ich habe in allem, was ich behauptet habe über den Fürsten Bismarck oder ein Mitglied dieses Hauses, mich stets bezogen auf öffentliche Vorgänge und es jedem überlassen, zu beurtheilen, inwieweit meine Schilderungen mit öffentlich bekannten Vorgängen übereinstimmten. Im Gegensatz hat der Abg. Ahlwardt sich bezogen auf gestohlene Acten, auf Schriftstücke, die nicht der Oeffentlichkeit zugänglich sind, sondern nur ihm, und deshalb ist er verpflichtet, zu seinen Behauptungen gleich die Acten hinzuzufügen, weil sonst überhaupt niemand in der Lage war, die Richtigkeit dieser Behauptungen zu prüfen. Und was den verstorbenen Abgeordneten Lasker anbetrifft, so hat der Abg. Ahlwardt nicht die blasseste Kenntniß von den damaligen Vorgängen, sonst müßte er wissen, daß der Abg. Lasker, als er seine Vorwürfe erhob, sich in allem und jedem bezog auf Abschriften, die er genommen hatte aus dem für jedermann zugänglichen Handelsregister, und das er damals genau die Urkunden anführte und sagte, wo sie einzusehen sind, die er seinen Behauptungen zu Grunde legte.

Dann hat der Herr Abg. Ahlwardt in der Art, wie er so nebenbei zu verdächtigen beliebt, von einer Sitzung des Seniorenconvents an dem ersten Tage nach den Osterferien gesprochen und hat dabei hinzugefügt, der Herr Finanzminister Miquel habe zum Seniorenconvent in Beziehung gestanden. Es sollte also hier so nebenbei gesagt werden, daß der Seniorenconvent in seiner Berathungen durch den Minister Miquel irgendwie beeinflußt worden wäre. Ich constatire, indem ich von Anfang bis Ende der Sitzung zugegen war, daß der Herr Finanzminister Miquel weder anwesend noch zum Seniorenconvent in einer Beziehung gestanden hat, und daß überhaupt der Seniorenconvent in dieser Sitzung sich mit Fragen beschäftigte, an denen der Finanzminister Miquel gar kein Interesse hatte.

Dann ist vom Herrn Abg. Ahlwardt Bezug genommen worden auf die „Freisinnige Zeitung“ und auf Aeußerungen dieses Blatts über den Herrn Präsidenten gegenüber dem Herrn Abg. Ahlwardt. Ich kann darauf nicht zurückkommen, schon weil ihm deshalb ein Ordnungs-

ruf ertheilt worden ist, und weil ich es auch, abgesehen davon, für durchaus unzulässig und gegen den Gebrauch dieses Hauses halte, Privatäußerungen des Herrn Präsidenten, mögen sie so oder so gefallen sein, im Plenum des Hauses zur Diskussion zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.)

Was nun die Sache selbst anbetrifft, so muß ich, m. H., übereinstimmend mit dem Schatzsekretär doch die Behauptung des Herrn Abg. Ahlwardt auf das zuerst zurückzuführen, worauf es ankommt, und wovon wir ausgegangen sind, weil er hier gerade zu entschlüpfen sucht: ich meine, seine Anschuldigungen in Bezug auf die Gründung des Invalidenfonds. Herr Abg. Ahlwardt hat etwas aus dem stenographischen Bericht vorgelesen und hat dann behauptet, als ich einen Zwischenruf machte, das sei dasjenige, was im stenographischen Bericht darüber stände. Der Herr Abg. Ahlwardt hat aber überhaupt nichts vorgelesen aus dem stenographischen Bericht in Betreff des Invalidenfonds, was die Sache trifft, und er hat es unterlassen — und auch das kennzeichnet seine Wahrhaftigkeit —, gerade das vorzulesen, worauf es ankommt, was er zu beweisen hatte, und wovon wir überhaupt ausgegangen sind. In Uebereinstimmung mit dem Citat des Herrn Schatzsecretär lese ich also vor Seite 1736 des stenographischen Berichts der Sitzung vom 18. März 1893 die Aeußerung des Herrn Abg. Ahlwardt:

M. H., das hat hier die Regierung vorgeschlagen,

nämlich in Bezug auf den Invalidenfonds

natürlich nach Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Capitalien in die Hände bekäme. Das sind die Verhandlungen hinter den Culissen. Hier ist natürlich nichts geschehen. Aber wenn Sie erwägen, daß wir damals den Grund zu einem großen nationalen Vermögen u. s. w.

Er erhob also die Beschuldigung, daß durch Verhandlungen hinter den Kulissen die Regierung sich durch Börsenjuden habe beeinflussen lassen, den Invalidenfonds knapper zu bemessen, als es den Interessen des Landes entspräche, und heute wird in den Citaten des Herrn Abg. Ahlwardt diese Stelle nicht vorgelesen, und er stellt es ganz fälschlich angesichts des jedem Abgeordneten zugänglichen stenographischen Berichts so dar, daß er nur gesagt hat: es komme ja vor, daß Vorverhandlungen über einen Gesetzentwurf stattfinden, und daß da hinter den Culissen etwas gemacht werde. Wenn nun ein Mann der Wahrheit zuwider Erklärungen abzugeben sich getraut aus dem stenographischen Bericht, wie muß solch ein Mann erst mit der Wahrheit umgehen gegenüber Darlegungen und Behauptungen, die nicht sofort durch den stenographischen Bericht nachgewiesen werden können. (Sehr wahr!) Da hört ja überhaupt jedes Gefühl der Unterscheidung von Wahrheit oder Unwahrheit auf.

Der Herr Abg. Ahlwardt ist dann in Bezug auf diese Behauptung von mir in der folgenden Sitzung gestellt worden. Ich habe dann den Herrn Schatzsekretär gefragt, ob ihm von solchen Vorverhandlungen etwas bekannt sei. Damals wies der Herr Schatzsekretär mit voller Entrüstung diese Insination zurück, und der Herr Abg. Ahlwardt ist — das konstatire ich — bis heute jeden Beweis schuldig geblieben. Er versucht es, das in Vergessenheit zu bringen, und vermag auch nicht den Schatten eines Beweises beizubringen, daß, wie er sich damals ausdrückte, vor der Gründung des Invalidenfonds „Verhandlungen hinter den Culissen mit reichen Börsenjuden stattgefunden hätten", um sie zu beeinflussen, den Invalidenfonds knapper zu bemessen. Er hat also seine Behauptung vollständig ins Blaue hinein und die schwersten Beschuldigungen ausgesprochen, ohne auch nur im Stande zu sein, den Schatten eines Beweises beizubringen. Auch in den vorgelegten Acten findet sich nicht das Mindeste darüber, was diese Behauptungen rechtfertigt.

Am Schluß seiner heutigen Darlegung ist dann der Herr Abg. Ahlwardt, um vielleicht so einen allgemeinen Eindruck hervorzubringen, doch auf etwas vom Invalidenfonds zu sprechen gekommen in Bezug auf die Hannover-Altenbekener Eisenbahn. Meine Herren, mir sind die Sachen ganz genau bekannt, die mit der Hannover-Altenbekener Bahn geschehen sind, aus den Berichten der Enquetecommission vom Jahre 1873 über die Eisenbahngründungen, aus den Verhandlungen in der Budgetcommission des Hauses über den Erwerb der Prioritäten für den Invalidenfonds und aus den Acten des Abgeordnetenhauses über den Ankauf der Hannover-Altenbekener Bahn. Aus alledem geht hervor, daß der Herr Abg. Ahlwardt es auch nicht einmal der Mühe für werth gehalten haben kann, die Acten einzusehen, die jedermann hier zugänglich sind; denn sonst hätte er trotz seiner Auffassung von Wahrheit doch nicht derart mit den Thatsachen Schlag auf Schlag sich in Widerspruch setzen können. Es ist gar nicht wahr, daß noch kein Spatenstich an der Hannover-Altenbekener Bahn geschehen sei, als derselben Darlehen zuflossen. Nein, meine Herren, als der Invalidenfonds überhaupt gegründet wurde im Jahre 1873, war die Hamburg-Altenbekener Bahn schon im vollen Bau begriffen. Das ist constatirt worden durch den Bericht der Enquetecommission. Die Hannover-Altenbekener Bahn hat überhaupt kein Darlehn vom Reiche bekommen, sondern die Prioritäten der Hannover-Altenbekener Bahn sind vom Reich abgekauft worden der Seehandlung und die Seehandlung hat sie übernommen von einem großen Bankconsortium, welches diese Prioritäten übernommen hatte. Das Bankconsortium aber hatte die Gelder der Gesellschaft gegeben für den Bau dieser Lienie. M. H., diese Prioritäten sind von Anfang an aus dem Grunde sicher gewesen, weil die Magdeburg-Halberstädter Bahn, ein sehr rentables Unternehmen, die Zinsgarantie für die Prioritäten dieser Hannover-Altenbekener Bahn übernommen hatte. (Hört hört!)

So wenig weiß der Herr von allen diesen Dingen, daß, nachdem dies schon durch die Zeitungen bekannt geworden, er auch dann es nicht der Mühe werth gehalten, sich besser zu orientiren. Er wiederholt dasselbe zum zweiten Mal, was er sonst schon vorgebracht hat, und meint, wie Herr Freiherr von Manteuffel neulich bemerkte: wenn er zweimal behauptet hat, was unwahr ist, so könne er dadurch es wahr machen. (Sehr wahr! links.)

Ich kann die Darstellung des Herrn von Bennigsen, so weit überhaupt aus den Acten etwas hervorgeht, nur vollauf bestätigen. Die Thätigkeit des Herrn von Bennigsen, soweit sie sich aus den Acten der Enquetecommission ergiebt, gehört einer ganz anderen Periode an als der, aus der die Vorwürfe herrühren.

Die Seehandlung hat niemals an Altenbekener Eisenbahnprioritäten etwas verloren. Die Prioritäten sind nach dem großen Krach von 1873 im Kurse zurückgegangen, wie alle Eisenbahnprioritäten; sie sind aber nahezu bis auf Pari gestiegen, bevor die Verstaatlichung in Frage kam, und die Verstaatlichung hatte in Preußen — das weiß jeder, der nur oberflächlich die parlamentarische Geschichte kennt — mit der Entlastung des Invalidenfonds nichts zu thun; denn zu der Zeit konnte selbst der Invalidenfonds ohne Cursverlust diese Papiere verkaufen, als die Verstaatlichungsfrage kam.

Die Sache hat auch nichts mit der Nordbahn zu thun. Die Nordbahn wurde vom Staat angekauft, weil sie absolut zahlungsunfähig war, während die Magdeburg-Halberstädter Bahn als Garant hinter den Zinsen der Prioritäten der Bahn Hannover-Altenbecken stand.

Durch die Bezugnahme auf diese Papiere ist durch Herrn Ahlwardt ein gewisser äußerer Schein des Zusammenhangs mit dem Reichsinvalidenfonds hervorgebracht worden. Aber, meine Herren, erwägen Sie eines: wenn alles das wahr wäre, was der Herr Abgeordnete Ahlwardt in Bezug auf die Hannover-Altenbekener Bahn vorgebracht hat, so würde seine Behauptung in Bezug auf den Reichsinvalidenfonds erst recht unwahr gewesen sein. Er hat den reichen Börsenjuden — wie er sagt — den Vorwurf gemacht, daß sie die Regierung abgehalten hätten, den Invalidenfonds noch größer zu bemessen. Wenn es wahr wäre, daß die Regierung die ihr übergebenen Gelder des Invalidenfonds gemißbraucht hätte zum Ankauf von werthlosen Papieren, — nun, dann hätten sich ja die reichen Börsenjuden ein sehr großes nationales Verdienst erworben, indem sie durch knappe Bemessung des Invalidenfonds die Gefahr des Ankaufs so werthloser Prioritäten möglichst beschränkt hätten! (Heiterkeit.) Sieht denn der Herr Abg. gar nicht ein, wie er sich fortwährend selbst ins Gesicht schlägt? Man braucht sich nur dessen zu erinnern, was er kurz vorher gesagt hat, um aus seiner eigenen Darstellung die Widerlegung dessen zu entnehmen, was er — wie er sich ausdrückt — hier zum Schutz der productiven Stände vorbringt;

M. H., weil er so gar nichts gewußt hat zur Vertheidigung seiner Anschauungen und Beschuldigungen über den Invalidenfonds, hat er sich, von mir bedrängt, durch die Flucht auf eine andere Planke zu retten gesucht; er hat in der damaligen Sitzung die allgemeine Bemerkung gemacht, die uns heute beschäftigt, in Bezug auf andere Gründungen werde er durch Vorlegung von Actenstücken den Beweis führen, daß unser Volk, das sich quält und müht, durch diese Herren u. s. w. um hunderte von Millionen betrogen worden sei. Er ist also, weil er unfähig war, seine Beschuldigungen in Bezug auf die Gründung des Invalidenfonds auch nur in einer Spur zu erhärten, in die allgemeine Gründungsgeschichte der siebziger Jahre hineingestiegen. Nun, meine Herren, um zu wissen, daß bei diesen Gründungen das deutsche Volk viele Millionen verloren hat, brauchten wir nicht erst auf Herrn Ahlwardt zu warten; (Sehr gut! links. — Heiterkeit.) Diese Verhandlungen sind durch die Actenstücke der damaligen Enquetecommission nach allen Richtungen hin klargestellt worden, und dasjenige, was Herr Ahlwardt heute vorgebracht hat, wenn es wirklich wahr wäre, wären Quisquilien, Nichtigkeiten gegenüber den Dingen, die durch die Enquetecommission constatirt worden sind, die im Jahre 1873 in Bezug auf die Eisenbahngründungen niedergesetzt worden ist. Meine Herren, damals handelte es sich bei der Untersuchung dieser Angelegenheiten überhaupt um eine Verantwortlichkeit der Regierung, weil eine solche Eisenbahngründung in Deutschland gar nicht anders entstehen konnte als durch eine Conzession der Regierung. Bei dem aber, was Herr Ahlwardt heute vorbringt, bei dem Verhältniß der rumänischen Eisenbahn zur Discontogesellschaft, handelt es sich überhaupt um gar keine Verantwortlichkeit der Regierung, sondern es handelt sich um ein Verhältniß von Privaten zu Privaten, in das die damalige Regierung sich überhaupt gar keine Einwirkung herausnehmen konnte. Es handelt sich um eben solche Dinge wie um die Begebung in der neuesten Zeit von Argentiniern und Portugiesen in Deutschland, in der die Privaten auch sehr viele Millionen verloren haben.

Die ganze Angelegenheit paßt ja gar nicht einmal in den allgemeinen politischen Rahmen der Bestrebungen des Herrn Abgeordneten Ahlwardt. Was beweist er denn für seinen Antisemitismus damit? Ein hervorragendes Blatt seiner Richtung, die „Neue Deutsche Zeitung" in Leipzig, warnte Herrn Ahlwardt davor, die Sache mit der rumänischen Gesellschaft hier noch weiter zu verfolgen; sie warnte ihn, dabei in die Rolle des blinden Hödur zu verfallen, und zur Ehrenrettung Strousbergs, Vollblutchristen hier anzugreifen. Ja, er zog aus gegen die Juden und ist dahin gekommen, für den Gründer Strausberg, für den man, was

er sonst gewesen sein mag, nicht die geringsten Sympathien empfinden kann, sich ins Zeug zu legen gegenüber anderen Bankgesellschaften.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die durch staatliche Maßnahmen oder durch Steuern das Anlagekapital im Ausland irgendwie beschränken wollen; ich gehöre aber noch weniger zu denjenigen, die es für die Aufgabe des Reichstags oder einer anderen Behörde halten, diejenigen, die ihr Geld in ausländischen Unternehmungen anlegen wollen, irgendwie unter eine besondere Obhut zu nehmen. Deshalb behaupte ich: ein öffentliches Interesse, ob die Discontogesellschaft für ihre rettende Hand den verkrachten Strousbergschen Unternehmungen gegenüber ein paar Procent zu viel genommen hat, — ich sage, ein öffentliches Interesse, ist in dieser Frage überhaupt ganz und gar nicht vorhanden. (Sehr richtig! links)

Ich bemerke dabei, daß die Angaben über Provision und Zinsen, nach dem, was ich gelesen habe in den Acten, auch ganz willkürlich zusammengestellt sind. Herr Ahlwardt versteht nicht einmal, so einfache Rechnungen zu begreifen, zu multipliziren, zu summiren und davon eine klare Darstellung zu geben.

Im übrigen, m. H., habe ich ja keineswegs, weder persönlich, noch aus politischen Gründen Veranlassung, für Herrn Miquel oder die Bankhäuser, die damals betheiligt waren, hier einzutreten. Ich meine, die Herren haben ihre Sache selbst zur Genüge geführt und dargethan, worauf es ankam.

Wo ist denn hier sonst noch eine Spur eines öffentlichen Interesses? Der Herr Ahlwardt spricht davon, daß der Diskontogesellschaft aus dem Welfenfonds ein Darlehn gegeben sei. Was hat er denn überhaupt für eine Vorstellung von dem Welfenfonds! M. H., der Welfenfonds hat weder bei der Reichshauptkasse noch bei der Seehandlung gelegen, sondern er ist in $4^1/_2$ procentigen preußischen Staatspapieren angelegt worden; und das Darlehn, von dem die Rede ist — ich habe ja die Schriftstücke gelesen aus seinen Acten — ist gegeben worden, wie sehr viele Darlehn zu jener Zeit, wo die französische Kriegscontribution große überflüssige Bestände der Staatskasse und Reichskasse zeitweise überwies, die nicht gleich angelegt werden konnten. Aus diesen zeitweise überflüssigen Beständen ist das Darlehn gegeben worden gegen einen Discontsatz, der zur Zeit des Darlehns üblich war, wie ausdrücklich stipulirt ist. Es ist, wie der Herr Abg. Ahlwardt selbst zugiebt, gegeben worden gegen besondere Sicherheit, abgesehen von den rumänischen Prioritätsacten, gegen besondere Bürgschaft der Discontogesellschaft und der Firma Bleichröder. Ich finde daher an dieser zeitweiligen Anlage entbehrlicher Staatsgelder gegen angemessene Zinsen und Sicherheit nicht das mindeste auszusetzen (sehr wahr! links), und man muß ganz willkürlich die Sache zurechtstaffiren, um daran Beschuldigungen knüpfen zu können.

Dann hat der Herr Abg. Ahlwardt behauptet, man habe beim Kaiser den Erlaß der Stempelsteuer für die rumänischen Actien nachgesucht. M. H., der Kaiser hatte überhaupt in dieser Frage damals nichts zu befinden; denn das müßte doch auch Herrn Ahlwardt bekannt sein, wenn er überhaupt Gesetze kennt, daß die Stempelsteuer des Reichs auf Aktien erst seit 1881 besteht (große Heiterkeit), also eine Reihe von Jahren später eingerichtet ist. Es handelt sich also um eine Frage, die höchstens den preußischen Landtag interessiren könnte, wenn überhaupt ein Interesse daran besteht.

Dann hat der Herr Ahlwardt den Verdacht ausgesprochen, es seien Wechselstempelsteuern hinterzogen worden. Nun, meine Herren, irgend einen Beweis hat er dafür nicht vorgebracht. Er hat nur behauptet, daß er das Stempelsteuergesetz selbst nicht kenne. M. H., wenn er es kennte, so müßte er wissen, daß in dem Stempelsteuergesetz sehr minutiöse Bestimmungen enthalten sind in Bezug auf Wechsel, die die wechselmäßigen Beziehungen zwischen Inland und Ausland betreffen, und daß dann die Steuerpflicht in manchen Beziehungen gar nicht vorhanden ist und andererseits erst von einem bestimmten Punkte der Begebung an datirt. Alles das hat ihm keine Kopfschmerzen verursacht. Er weiß, daß keine Stempelsteuer bezahlt ist, also muß sie defraudirt sein.

Alles das, was Herr Ahlwardt heute vorgebracht hat vor Ihnen, und was Ihnen vielleicht neu erschien, habe ich schon diesen Morgen gelesen. Für 20 Pfennig Entree hat nämlich Herr Ahlwardt einen Vortrag schon gestern gehalten. (Heiterkeit.) Sie konnten gestern an allen Litfaßsäulen ein Plakat lesen, wonach Herr Ahlwardt für 20 Pfennig Entree die Beweisführung in den Germaniasälen aus den Acten führen werde für das, was er hier behauptet hat. Er muß aber gemeint haben, daß er mit dieser seiner Beweisführung auch selbst auf solche beliebige Versammlung keinen Eindruck gemacht hat; denn er hat gesagt in dieser Versammlung: erst nach der Einladung habe er erfahren, daß heute die Sache im Reichstag vorkommen werde, er müsse sich deshalb seine besten Beweise für heute für den Reichstag aufbewahren. Ich constatire nun, daß er gar nichts weiter vorgebracht hat, — allerdings unentgeltlich — als was er gestern schon an falschen Beschuldigungen für 20 Pf. vorgetragen hat. Das einzig neue — was ich in dem Stenogramm, was mir vorgelegen hat — vermisse, ist das allgemeine wirre Geplauder über allerlei Dinge sonst noch. M. H., in den Acten befindet sich von diesem keine Spur; das allgemeine Geplauder über allerlei sonstige Gründungen ist nur hinzugefügt worden, um einzelne Namen in den Vordergrund zu ziehen, um ihnen dann etwas anzuhängen, ohne daß auch nur jemand in der Versammlung im Stande gewesen sein kann, zu erfassen, was er meinte, was eigentlich der Thatbestand wäre an dem, was er den Einzelnen zum Vorwurf machte.

(Fortsetzung folgt..)

**Verzeichniß von Flugblättern und Schriften gegen den Antisemitismus, zu beziehen durch das Bureau des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Berlin W., Magdeburgerstraße 13, und durch die Filialbureaus in Frankfurt a. M. und Darmstadt.**

1. Ahasver. Ein Mahnruf in der Judenfrage von Pfarrer Schirmer in Düsseldorf. Preis pro Stück . . . 0,05 Mk.
2. Die Judenhetze. Von Karl Schmidt. Preis pro Stück . . . 0,20 „
3. Die Antisemitenbewegung in Deutschland in ihren Ursachen und Folgen. Von P. J. Fiedler.
   Preis pro Stück . . . 0,20 „
   „ „ 50 Stück . . . 8,00 „
   „ „ 100 „ . . . 15,00 „
4. Ein Jahr im Centrum der deutsch-socialen Partei von Hermann Lucko. Preis pro Stück . . . 0,30 „
5. Stimmen über Juden und Judenthum von hervorragenden christlichen Gelehrten Nord-Amerikas. Von Moritz Baum. Preis . . . 0,80 „
6. Der Blutaberglaube bei Christen und Juden. Von Hermann L. Strack, Dr. theol. & phil., a. o. Professor der Theologie an der Universität Berlin. 4. Aufl. Preis . . . 2,00 „
7. Der Antisemitismus ein Krebsschaden, der am Marke unseres Volksleben frißt. Von J. Pestalozzi. Preis . . . 1,60 „
8. Dr. Ludwig Jacobowski: Der Juden Antheil am Verbrechen. Preis . . . 0,75 „
9. Prof. Dr. W. Pohlmann: Das Judenthum und sein Recht. Preis . . . 0,50 „
10. Der Prozeß Rohling ca. Bloch.
    Preis pro Stück . . . 0,15 „
    „ „ 50 Stück . . . 6,00 „
11. **Antisemitenspiegel**, 384 Seiten! . . . 1,00 „
    10 Stück . . . 9,00 „
    !!! Ein unentbehrliches Buch für alle, welche gegen den Antisemitismus kämpfen!!!

**Flugblätter:**

Nr. 1. Ein Beispiel für die Agitationsweise der Antisemiten.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 4,50 „

Nr. 4. Die Antisemiten und das Christenthum.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,80 „
   „ „ 1000 „ . . . 8,50 „

Nr. 5. Die Verhandlungen des Reichstages über den Wucher und des preußischen Abgeordnetenhauses über die Juden als Geschworene und Richter.
   Preis pro 100 Stück . . . 1,00 „
   „ „ 1000 „ . . . 8,50 „

Nr. 7. Antisemitisches Christenthum und christlicher Antisemitismus.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,75 „
   „ „ 1000 „ . . . 8,00 „

Nr. 9. Urtheile antisemitischer Größen.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 4,50 „

Nr. 10. Moltke als „Antisemit".
   Preis pro 100 Stück . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 4,50 „

Nr. 11. Fürst Bismarck und die reinen Antisemiten.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 4,50 „

Nr. 12. Der Werth des jüdischen Eides.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 4,50 „

Nr. 13. Luthers Urtheil über die Juden.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,60 „
   „ „ 1000 „ . . . 5,50 „

Nr. 14. Katholische Stimmen über die Judenfrage.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,70 „
   „ „ 1000 „ . . . 6,00 „

Nr. 15. Die Güterschlächterei in Hessen von Prof. Dr. E. Stengel.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,70 „
   „ „ 1000 „ . . . 6,00 „

Nr. 18. Die Juden als Verbrecher.
   Preis pro 100 Stück . . . 0,80 „
   „ „ 1000 „ . . . 7,00 „

Der echte Talmud-Auszug.
   Preis pro 100 Stück . . . 1,50 „
   „ „ 1000 „ . . . 14,00 „

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechtee, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hassschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 21.** **Berlin, den 21. Mai.** **3. Jahrg. 1893.**

### Pfingsten.

Pfingsten, das liebliche Fest ist gekommen, es grünen und blühen
Feld und Wald, auf Hügeln und Höhn, in Büschen und Hecken
Ueben ein fröhliches Lied die neuermunterten Vögel;
Jede Wiese sproßt von Blumen in duftenden Gründen,
Festlich heiter erglänzt der Himmel und farbig die Erde.

Mit diesen Worten des großen Dichters dürfen wir, wie alljährlich, so auch in diesen Maitagen die herannahenden Feiertage begrüßen. Die christliche Kirche hat allerdings das ursprünglich im israelitischen Volke zum Danke für die vollendete Ernte, zur Darbringung der aus der neuen Weizenernte hergestellten Erstlingsbrote und anderer feierlicher Opfer bestimmte Fest zu einer höheren Bedeutung erhoben. Wir gedenken am Pfingsttage der Gabe des heiligen Geistes, welcher nach Jesu Verheißung seine ersten Jünger mächtig ergriffen und sie zur öffentlichen Verkündigung seiner frohen Botschaft, seines Himmelreiches der Wahrheit, Liebe und Heiligung auf Erden ausgerüstet hat. Uns erhebt nicht minder die weitere, Gott sei Dank, nicht unerfüllt gebliebene Verheißung, daß der heilige Geist allen Christlichgläubigen zu Theil werden soll, welche demselben ein empfängliches Herz öffnen, welche ihn in sich aufnehmen und wirken lassen, als Schutz und Schirm vor aller Macht und Versuchung des Bösen in Gedanken, Worten und Werken, als Kraft und Freudigkeit zu allem Guten, Gott Wohlgefälligen in Gesinnung und That. Gewiß, in echter Demuth wird jeder einzelne Christ und jede christliche Gemeinde am Pfingstfeste bekennen, daß uns immer wieder das Gebet zu dem Vater des Lichts und der Liebe um das Kommen seines Geistes zu uns noththut und geziemt. In unserer Zeit werden wir uns insbesondere an die evangelische Erzählung (Luc. 9, 50—56) erinnern, nach welcher Jesus auf seiner Wanderung nach Jerusalem in einem Samaritanischen Marktflecken Herberge für sich und seine Jünger bestellt, doch bei dem bitteren Hasse zwischen beiden Volksstämmen keine Aufnahme gefunden hat. Als darüber entrüstet seine beiden Jünger Jacobus und Johannes ihn gefragt haben: Herr, willst Du, so wollen wir sagen, daß Feuer vom Himmel falle, und verzehre sie, wie Elias that? Da hat der Meister geantwortet: Wisset ihr nicht, weß Geistes Kinder ihr seid? Der Menschen Sohn ist nicht gekommen der Menschen Seelen zu verderben, sondern zu erhalten. Ja, wisset ihr nicht, weß Geistes Kinder ihr seid? sollten sich die Christen gesagt sein lassen, welche in verblendetem Eifer Neid, Haß, Verfolgung gegen Genossen des eigenen Volkes, gegen gleichberechtigte Staatsbürger des deutschen Reiches predigen und schüren, gegen die Mitbürger, welche durch Geburt und Erziehung einer anderen, aber der christlichen nahe verwandten Religion angehören. Die Christen alle sollten je mehr und mehr in sich den Geist Gottes und Christi, den Geist der Liebe, des Friedens, des gemeinsamen Strebens nach sittlicher Vervollkommnung pflegen und bethätigen. Wir Alle sollten immer wahrer die Liebe haben und üben, welche langmüthig und freundlich ist, welche nicht eifert, nicht das Ihre sucht, sich nicht erbittern läßt, nicht nach Schaden trachtet, die Liebe, welche Alles verträgt, Alles glaubt, Alles hofft, Alles duldet. Möge denn auch das bevorstehende Pfingstfest zur Neubelebung dieses Geistes gesegnet sein und das Gebet des edlen Dichters um den Gottesgeist erfüllen helfen:

Laßt ihn auferstehn in Kraft!
Laßt ihn über's Rund der Erde
Wieder fluthen froh und frei,
Daß das Glauben Leben werde
Und die That Bekenntniß sei!

Pastor Dr. W.

### Zur Wahlbewegung.

Die Antisemiten haben bereits fast auf der ganzen Linie mobil gemacht. Die Zahl der von ihnen aufgestellten Candidaten — zum Theil allerdings Zählcandidaten — ist eine recht beträchtliche. In manchen Wahlkreisen stehen sie den Conservativen feindlich gegenüber, in anderen operiren

sie mit ihnen gemeinsam. Während Böckel den Bund der Landwirthe verspottet und aufs heftigste befehdet, verlangt Liebermann v. Sonnenberg, daß die deutschsozialen Candidaten auf die Forderungen des Bundes verpflichtet werden. Und ähnliche Gegensätze zeigen sich vielfach.

Die Antisemiten weisen jetzt so viel Richtungen und Schattirungen auf, daß man sich kaum noch zurechtfinden kann. In unseren Augen sind sie alle gleichwerthig und deshalb unterlassen wir in der nachstehenden, natürlich noch unvollständigen Liste antisemitischer Candidaturen die Bezeichnung der speciellen Gruppe.

**Schlochau-Flatow**: Freiherr von Borcke.
**Berlin III.**: Förster (zugleich Candidat der Conservativen).
**Niederbarnim**: Dr. Bachler.
**Potsdam**: Pastor Rödenbeck.
**Teltow**: Förster.
**Arnswalde-Friedeberg**: Ahlwardt.
**Guben**: Pickenbach.
**Sorau**: Freiherr v. Wackerbarth.
**Ostpriegnitz**: Rittergutsbesitzer v. Dallwitz sen.
**Stettin**: Förster.
**Neustettin**: Buchhalter Max von Nassau.
**Stralsund**: Baron v. Langen.
**Ohlau-Strehlen**: Gutsbesitzer Rother.
**Breslau** Ost: Postassistent Schulze.
**Schweidnitz**: Rechtsanwalt Gröger II.
**Sagan**: Oskar Grünig.
**Liegnitz**: Gutsbesitzer Seidel.
**Nordhausen**: Rittmeister a. D. Kruse.
**Erfurt**: Stadtverordneter Jacobskötter.
**Zeitz-Naumburg**: Dr. Tesdorpf.
**Segeberg-Pinneberg**: Maler Raab.
**Hameln**: Graf Görtz-Wrisberg.
**Hildesheim**: Liebermann v. Sonnenberg.
**Münden**: Freiherr von Berlepsch.
**Hofgeismar-Rinteln**: Ludwig Werner.
**Eschwege-Schmalkalden**: Schriftsteller Busch.
**Kassel**: Förster.
**Fritzlar-Ziegenhain**: Liebermann v. Sonnenberg.
**Marburg**: Dr. Böckel.
**Rotenburg-Hersfeld**: Ludwig Werner.
**Hanau**: Landwirth Peter Stein.
**Homburg-Usingen**: Dr. Böckel.
**Wellberg**: Maler Fritz Bindewald.
**Dillenburg**: Landwirth Bähr.
**Frankfurt a. M.**: Karl Paasch.
**Zittau**: Redacteur Zimmermann.
**Bautzen**: Blumenfabrikant Gräfe.
**Dresden**: Kaufmann Alfred Klemm, Redacteur Zimmermann.
**Dresden Land**: Geschäftsführer Hänichen.
**Meißen**: Landwirth Lieber.
**Pirna**: Mörtelfabrikant Lotze.
**Leipzig Land**: Liebermann von Sonnenberg.
**Chemnitz**: Alfred Klemm.
**Marienberg-Zschopau**: Rittergutsbesitzer Gottfr. v. Herder.
**Frankenberg-Mittweida**: Ullrich (Chemnitz).
**Duisburg**: Dr. König.
**Lörrach**: Dr. Vogel.
**Mannheim**: Dr. Vogel.
**Heidelberg**: Konsul Köster.
**Bretten**: Innungsmeister Schmidt.
**Gießen**: Landwirth Köhler.
**Friedberg-Büdingen**: Landwirth Leopard.
**Alsfeld-Lauterbach**: Redacteur Zimmermann.
**Darmstadt**: Maler Bindewald.
**Offenbach**: Steinbruchbesitzer Imgram.
**Bensheim**: Schriftführer Hirschel.
**Alzey-Bingen**: Dr. Böckel.
**Mainz**: Dr. Böckel.
**Waldeck**: Gutsbesitzer Quistorp.
**Meiningen**: Dr. Wähner.
**Eisenach**: Landwirth Kaiser.
**Hamburg**: Maler Raab.
**Lübeck**: Liebermann von Sonnenberg.

Ein ausführliches Tableau der von den Antisemiten in Angriff genommenen Wahlkreise einschließlich der Namen der Namen der Gegencandidaten bringen wir in nächster Nummer.

* * *

**Ahlwardt** wird in seinem alten Wahlkreise, nach der Schilderung der dortigen Kreisblätter, mit Begeisterung aufgenommen. Mit „klaren Worten“ hat er in der Friedeberger Versammlung am 13. d. seine Erlebnisse im Reichstage geschildert. Die Acten seien nicht richtig geprüft worden. Der Reichstag habe ihn zwar verurtheilt, aber derselbe sei ihm nicht maßgebend. Habe doch auch der Kaiser mit einem solchen Reichstage nicht arbeiten können und habe ihn davongejagt. Auch Dr. Martin Luther sei von einem Reichstage verurtheilt worden und habe doch Recht behalten — Ueber die Versammlung in Woldenberg wird u. a berichtet: „Sofort hatte Ahlwardt die Versammelten durch seinen in gewohnter Weise gehaltenen Vortrag gewonnen und nicht eine Stimme erhob sich, ihm entgegenzutreten. Einstimmig proclamirte die Versammlung ihn als Candidaten der deutschsozialen Partei für den Reichstag. Ein Schriftstück, die rumänische Eisenbahn betreffend, ließ er circuliren, die übrigen Acten treffen am Dienstag zu Jedermanns Einsicht ein. Mit Hochrufen auf Ahlwardt und dem Gesange Deutschland, Deutschland über Alles endete die Versammlung.“

Ahlwardts Gegencandidaten sind der freisinnige Rector Ernst und der conservative Landrath von Bornstedt.

* * *

**„Der Ahlwardtrummel“** — schreibt Böckel in seinem „Reichsherold“ — trägt seine Früchte. Ahlwardt ist politisch todt, er war immer nur ein Reclameheld ohne Bedeutung. Die Hunderttausende, die seinen Phantastereien geopfert wurden, sind fort auf Nimmerwiedersehn! Der Rückschlag ist da. Dr. Böckel, der Einzige, der Ahlwardt durchschaut hat, ist lange Zeit hindurch verfolgt worden, nicht von Juden — Gott bewahre! nein, von Ahlwardt-„Antisemiten“. Man hat ihm die Geldmittel abgeschnitten, ihn schlecht gemacht, selbst in Prozesse verwickelt. Die das thaten waren — Antisemiten. Heute kommt die Strafe. Wäre Ahlwardt nicht gewesen, so säßen 50 Antisemiten im Reichstage, heute müssen wir mit 15 zufrieden sein. Das ist der Fluch der politischen Blindheit.“

* * *

**Wird Stöcker in den Reichstag kommen?** Auf eine Candidatur in dem zweiten Berliner Wahlkreise — „seinem“ Wahlkreise, wie er ihn zu bezeichnen liebte — hat er verzichtet. Die Trauben sind sauer. Statt seiner wird Professor Wagner durchfallen. Die Empfehlung, welche ihm Herr Stöcker mit auf den Weg gegeben hat, wird das Ihrige dazu beitragen. — Stöcker gedachte, im Teltower Wahlkreise vor den Thoren Berlins sich aufstellen zu lassen. Aber die dortigen Conservativen wollen nichts von ihm wissen; sie haben einen Oberamtmann Ring als Candidaten proclamirt. Vergeblich ruft das Stöcker'sche „Volk“ aus: „Die Candidatur Stöckers, des einzigen Mannes, der den Wahlkreis retten konnte, wurde nicht beliebt ..... Die Antisemiten, welche für Stöcker gestimmt hätten, werden bei ihrem Candidaten Professor Förster beharren, dem auch viele conservative Männer wohlwollend gegenüberstehen.“ — Herrn Stöcker wird also nichts übrig bleiben, als wiederum in seinem bisherigen Wahlkreise Siegen sein Heil zu versuchen. Er ist dort immer erst in der Stichwahl gewählt worden. Wird er auch dieses Mal auf nationalliberalen Krücken in den Reichstag gelangen oder werden die gegnerischen Parteien sich recht-

zeitig verständigen, um die Wahl Stöckers zu verhindern? Wir wollen das letztere hoffen.

* * *

**Aus Heidelberg** wird uns geschrieben:

Die Antisemiten haben für vier badische Wahlkreise Candidaten nominirt und zwar für Lörrach-Müllheim, Eppingen-Bretten, Mannheim-Weinheim-Schwetzingen und Heidelberg-Eberbach-Mosbach. So rührig sie auch seit Jahr und Tag in diesen vier Kreisen gewesen sind, so still ist es bei ihnen, seit ernste Fragen den Wähler auch ernsthaft beschäftigen und wir vor der Thatsache stehen, Neuwahlen für den Reichstag zu vollziehen. Daß Graf Douglas, der selbst sowohl bei voriger Wahl als innerhalb der drei Jahre sich als sehr antisemitisch gesinnt zeigte, einen antisemitischen Gegencandidaten in Eppingen-Bretten hat, ist besonders interessant.

Die Candidaturen sind sämmtlich aussichtslos und als Zählcandidaturen zu betrachten; aber der Heidelberger Candidat wird sich seine Sache schon ein gutes Stück Geld kosten lassen. Es ist der durch seinen Scheidungsproceß bekannt gewordene Consul Köster.

---

## Ständige Lügen der Antisemiten.

Man müßte die Kampfesweise der Antisemiten schlecht kennen, wenn man nicht annehmen müßte, daß sie in dem bevorstehenden Wahlkampfe all die Lügen wieder auffrischen würden, welche sie seit Jahren gegen die Juden ausgebeutet haben. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß eine Minorität, wenn sie verfolgt ist, immer unter Verleumdungen und Beschuldigungen zu leiden hat, denen jeder positive Halt fehlt. Die Protestanten bildeten in Frankreich eine Minorität, folglich wurden sie seitens der Katholiken mit falschen Beschuldigungen überschüttet, den Katholiken in England erging es seitens der protestantischen Majorität ebenso, die Christen leiden in China unter den gleichen Beschuldigungen wie die Juden bei uns!

Von verschiedenen Seiten erhielten wir Anfragen über den Wahrheitswerth von Verleumdungen, welche Antisemiten in Versammlungen, Zeitungen oder Flugblättern ausgestreut haben. Wir wollen an dieser Stelle eine Reihe derselben prüfen, welche seit Jahren immer und immer wieder aufgetischt werden

I. **Die Deborah.** Die Antisemiten behaupten, die in Amerika erscheinende Zeitung „Deborah" habe einen Artikel gebracht, der voll gemeiner Schmähungen gegen die Gestalt des Heilands sei. Dieser Artikel fängt wie folgt an:

„Es ist ein Glück, daß der Gekreuzigte in die Welt gekommen sei, der Jude mache ein Geschäft dabei. Und wenn sich nun die Jungfrau verstanden hätte, uns noch einen Buben im Sommer zu schenken, dann hätten die Juden doch doppelten Profit."

Diese angebliche Notiz aus der „Deborah" ist eine **Fälschung.** Sie hat **nie** in der „Deborah" gestanden.

In der Nummer vom 31. Dezember 1890 schreibt diese:

„Die „Wacht," so heißt nämlich ein in Elberfeld, Deutschland, erscheinender Wisch, hat am 28. November nochmals die oft gebrandmarkte Lüge aufgewärmt, daß ein gewisser, das Weihnachtsfest verspottender Passus vor Jahren in der Deborah erschienen sei. Nochmals sei es gesagt, daß **nie** in der Deborah ein solcher Passus erschienen ist."

— (S. auch „Mittheilungen" 1892, Nr. 7, S. 53.)

II. **Graf Wimpffen.** Das „Deutsche Tageblatt" in Berlin hatte am 4. Januar 1883 einen Brief des Grafen Wimpffen veröffentlicht, den dieser an den jüdischen Millionär Baron Hirsch gesandt haben sollte. Graf Wimpffen, der Botschafter Oesterreich-Ungarns in Paris, hatte sich am 30. December 1882 in einer Pariser Gasse erschossen. Der folgende Brief Wimpffens an den Baron Hirsch soll über das Motiv Auskunft geben:

„Herr Baron! Wenn Sie diesen Brief empfangen, werden Sie ihn zögernd öffnen, da Sie seinen Inhalt ahnen. Fürchten Sie indeß keine Vorwürfe. Als ich mich von Ihren Liebenswürdigkeiten langsam umgarnen ließ, dachte ich nicht, daß schlechte und sträfliche Absichten Sie lenkten. Fast unmerklich haben Sie meine Characterschwäche auf die schiefe Ebene der Ehrlosigkeit geführt. . . . Mein Vaterland würde mich minder hart beurtheilen, wüßte es, wie klug Sie dabei vorgingen!

„Mich haben Sie getäuscht und durch Ihr Geld gefangen, wie Davoud und Mehdim Pascha, wie die Grafen Beust, Zichy, wie Schlegel und andere, und uns zu Vaterlandsverräthern gemacht, um zu den Millionen, welche Sie den Türkenlosbesitzern abgenommen, neue Millionen in der Türkei zu gewinnen.

„Was ich gethan, soll mein Tod enthüllen, und so will ich sühnen. Schon der Umstand allein, daß der österreichisch-ungarische Botschafter Hand an sich gelegt und einen Brief an den Baron Hirsch hinterlassen hat, wird genügen, die öffentliche Meinung auf die rechte Fährte zu leiten. Bemühen Sie Sich immerhin, die Wiener und Pariser Tagesblätter durch neue Opfer für Ihre Interessen wirken zu lassen. Mein Tod wird Ihr Geld erbleichen machen, hier in Paris wie dort in Wien. In Berlin hatten Sie ohnehin niemals Genossen, Berlin ist jetzt die Hauptstadt des Continents und das Centrum der mitteleuropäischen Orient-Politik.

„Bis vor kurzem verließ sich Berlin in der Orientbahnfrage auf uns, weil es nicht wußte, daß die österreichisch-ungarischen Botschaften in Konstantinopel und Paris lediglich die Agenturen des Baron Hirsch sind, und fast wäre es Ihnen geglückt, das famose Transactionsgeschäft mit Bleichröder zu Stande zu bringen.

„Jetzt wird Radowitz, so wie ich ihn kenne, dafür sorgen, daß Deutschland in Konstantinopel selbständig vorgehen und besonders zu der Eisenbahnfrage entschieden gegen Ihre — wie Sie selbst wissen, mehr als ungeheuerlichen — Forderungen Stellung nehmen wird. An den Grafen Kolnoky habe ich in letzter Stunde einen Generalbericht über diese Angelegenheit erstattet, welche wir stets als die Ihrige betrachtet haben, obwohl sie die unserige war.

„Wenn ich ein Wiener Großhändler wäre, hätte ich schon längst die österreichisch-ungarische Diplomatie öffentlich angeklagt, weil sie sich seit 12 Jahren von Ihnen und zu Ihren Gunsten beeinflussen läßt, obschon doch Sie allein es sind, welcher die Verbindung unserer mit den türkischen Bahnen hintertreibt. Möge mein Tod das Deutsche Reich gegen mein Vaterland wenigstens etwas versöhnlicher stimmen. Man hat in Berlin ein Recht, uns ernstlich böse zu sein, weil wir Deutschlands Vertrauen und Einfluß zu Ihren Gunsten in Konstantinopel zu mißbrauchen im Begriffe waren.

„Ich sterbe, um meinem Gewissen Genüge zu thun, und der Botschafter Oesterreich-Ungarns wird sich auf offener Straße tödten, um vor der ganzen Welt seine Schuld zu bekennen. Was die Ehre gebietet und was das Gewissen fordert, blieb Ihnen zwar von jeher fremd, vielleicht, weil Sie Ihren Talmud wie „Tartuffe" commentiren. Aber auch den grundsatzlosesten der modernen Geldfürsten wird die Nemesis erreichen. Binnen kurzem wird nichts mehr von den 200 Millionen, welche Sie aus dem türkischen Bahngeschäfte herausgepreßt haben, Ihnen gehören und Sie werden Ihren Richter finden, wie Ihr Freund und Genosse Bontoux.

Paris, am Weihnachtsabend 1882.

Wimpffen."

**Dieser Brief ist von Anfang bis zu Ende eine Fälschung.** Er ist vom „Weihnachtsabend" 24. December datirt, während sich Graf Wimpffen am 30. December erschossen hat!

Als das „Deutsche Tageblatt" diesen gefälschten Brief veröffentlicht hatte, zwang es Baron Hirsch, eine Berichtigung aufzunehmen, die am 21. Januar 1883 auch erschien. Sie lautet:

Recommandirt.

Paris, den 17. Januar 1883.
2, Rue de l'Elysée.

An den Redacteur des „Deutschen Tageblattes"
Berlin.

Sie haben in Ihrem Blatte vom 4. d. M. ein Schreiben veröffentlicht, welches Seine Excellenz Graf Wimpffen am Weihnachtsabend angeblich an mich gerichtet hätte. Dieses Schreiben ist von Anfang bis Ende erfunden.

Indem ich mich auf Artikel 11 des Ges. über die Presse vom 7. Mai 1874 berufe, und Ihnen beiliegend eine beglaubigte Abschrift des Briefes, welchen der Verstorbene am Tage seines Todes an mich gerichtet hat, übersende, fordere ich Sie hiermit unter Vorbehalt aller meiner sonstigen Rechte auf, das anruhende Schriftstück, sowie dieses Schreiben in der nächsten Nummer des „Deutschen Tageblattes" zu publiciren.

Mit Achtung
M. Freiherr v. Hirsch.

Das obengedachte anruhende Schriftstück lautete:

Copie.

Baron Hirsch.

2 Rue de l'Elysée.
dringend.

„Lieber Baron! Ihnen und der Baronin empfehle ich zunächst die Sorge für meine Frau und meine

Kinder. **Wimpffen. Paris, 30. Decbr. 1882.** Bitte meine Frau und Kinder sobald als möglich von Paris und Frankreich fortzubringen. Mein Vermögen ist bei Rothschild in Wien."

Dem Originale gleichlautend.

Paris, den 18. Jänner 1883.

Die k. u. k. Botschaft.
(L. S) Goluchowski.

Zur Beglaubigung der vorstehenden Unterschrift des k. k. österreichisch-ungorischen Botschoftsraths Herrn Grafen Goluchowski hierselbit.

Paris, den 17. Januar 1883.

Die Kaiserlich deutsche Bolschaft.
Im Auftrage
(L. S.) Hoehne.

Daraus geht hervor, daß Graf Wimpffen an seinem Sterbetage seine Familie der Obhut des Barons Hirsch anvertraut hatte, wodurch die Ungereimtheit des obigen Briefes noch augenfälliger wird. Trotz dieser Widerlegung ist der gefälschte Brief des Grafen Wimpffen noch oft von der antisemitischen Presse abgedruckt worden. Auch das Wiener „Deutsche Volksblatt" tischte ihn am 24. December 1890 von neuem auf. Da sah sich der Minister des Aeußeren, Graf Kalnoky, veranlaßt, mit Hülfe des Staatsanwattes dagegen einzuschreiten und so mußte denn dasselbe antisemitische Hetzblatt am 30. December 1890 folgenden Brief veröffentlichen:

**Die Briefe des Grafen von Wimpffen.**

Z. 420293.

An die löbl. Redaction des „Deutschen Volksblattes"
in Wien, III., Linke Bohngasse 5.

Mit Bezug auf den in der Abendausgabe des „Deutschen Volksblattes" vom 24. December 1890, Nr. 708, auf der ersten Seite unter der Rubrik „Politische Rundschau" gebrachten Artikel mit der Aufschrift: „Ein Gedenktag," wird die Redaction hiermit aufgefordert, den Bestimmungen des § 19, P. G., entsprechend, in die zunächst erscheinende Abendausgabe des Blattes nachfolgende Berichtigung aufzunehmen:

ad Z. 166/5

Meine Aufmerksamkeit wurde auf die Nummer Ihres Blattes vom 24. December 1890, Nr. 708, gelenkt, welche unter dem Titel „Ein Gedenktag" den Wortlaut eines Briefes zum Abdruck bringt, den der verstorbene k. und k. Botschafter Graf Wimpfen am 24. Decbr. 1882 an den Bankier Boron Hirsch in Paris gerichlet haben soll.

Zur Wahrung des guten Angedenkens eines Verstorbenen, der sowohl als hervorragender Staatsdiener, wie seines streng ehrbaren Characters wegen, nicht nur von mir, sondern in weiten Kreisen hochgeachtel war, halte ich mich verpflichtet, oon Amtswegen zu erklären, daß obiger Brief, dessen Fassung und Inhalt ohnehin den Charocter einer tendenziösen Fälschung an sich trägt, durchaus erfunden ist und thatsächlich nie existirt hat. Es fallen domit auch alle aus jenem angeblichen Briefe obgeleiteten und gegen den lauteren Character des Grafen **Wimpffen** gerichteten, nachweislich unwahren Insinuationen zu Boden, die übrigens schon im Jahre 1883 von autorisirter Stelle entschieden zurückgewiesen wurden.

Ich ersuche Sie, auf Grund des § 19 des Preßgesetzes, diese Berichtigung, in Ihrem nächslen Blatte an der gleichen Stelle wie den erwähnten Brief zu bringen.

Wien, am 29. December 1890.

Graf Kalnoky m. p.
Minister des Aeußeren.

An die Redaction des „Deutschen Volksblatts", Wien.

Diese Aufforderung ergeht infolge Erlasses des hohen k. und k. Ministerium des Aeußeren vom 29. December 1890, Z. 166/5.

Wien, am 29. December 1890.

Der k. k. Oberlandesgerichtsrath und I. Slaatsanwalt
Soos.

Trotzdem für jeden Einsichtigen die Fälschung als solche erwiesen ist, wagt es die „Staatsbürger-Zeitung" noch vor ein paar Wochen (am 19. März 1893) den Brief von Neuem abzudrucken, sie, die „mit Vernunft für Wohtfahrt, Freiheit und Macht" kämpfen will! Die Erneuerung der alten Fälschung ist eine seltsame Illustration zu diesem Grundsatz!

---

## Zur Abwehr.

**Kiel**, 16. Mai. Gestern Abend hielt in einer hiesigen Versammlung der Antisemitenapostel Dr. Danneil einen zweistündigen Vortrag. Der große Saal des Colosseums war, wie die „Kieler Ztg." berichtet, bis auf den letzten Platz besetzt, theils von Antisemiten, unter denen die Studentenschaft ein hervorragendes Contingent stellte, theils von Gegnern derselben, unter denen die Sozialdemokratie recht stark vertreten war, theils endlich von Neugierigen, welche sich an dem Verlauf dieser traurigen Comödie ergötzen wollten. Der Sozialdemokrat Heinzet und der Rabbiner Dr. Stern leuchteten dem Redner gründlich heim. Insbesondere kennzeichnete Dr. Stern an der Hand actenmäßigen Materials (welches er in die Hände des Herrn Criminalcommissars Kleinschmidt niederlegte, damit auch diejenigen, welche gestern Abend nicht zugegen waren, sich nachträglich von dem wahren Werthe der Danneil'schen Bestrebungen und des Danneit'schen Characters überzeugen könnten) den antisemitischen Agitator als Ignoranten, Lügner und Denunzianten. Danneil, ohnmächtig etwas zu erwidern, wollte schließlich, den Redner unterbrechend, die Versammlung schließen. Doch dieser Gewaltstreich rief eine solche Empörung im Publikum hervor, es entstand auf der Bühne wie im Zuhörerraum ein solcher Tumult, daß der Criminalcommissar sich in die Lage versetzt sah, die Versammlung im Namen des Gesetzes zu schließen und damit der Kieler Danneil-Comödie hoffentlich für immer ein Ende zu setzen.

Als Curiosum sei noch Folgendes angeführt. In der vorhergegangenen Versammlung am Mittwoch, dem 10. d. M., erklärte Herr Danneil, er habe die Woche vorher an die Redaction der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" eine Berichtigung über die (unseren Lesern bekannten) Oldenburger Vorgänge gesandt und einen Brief des Oldenburger Hoteliers Uchtmann beigelegt. Uchtmann erklärte nun Herrn Dr. Stern, daß die Angabe Danneil's eine grobe Unwahrheit sei und er diesem Hetzapostel außer der Hotelrechnung kein Schriftstück gegeben habe, das irgendwie mit den antisemitischen Vorgängen eine Berührung habe. Der Brief Uchtmanns wurde öffentlich verlesen. Da wies Danneil einen Posteinlieferungsschein vor, als Beweisstück, daß er in der vorigen Woche die Berichtigung an die Redaction der „Mittheilungen" nach Berlin gesandt habe. Auch das war eine Unwahrheit; denn Herrn Dr. Stern ging seitens der Redaction in Berlin folgender Brief zu:

Berlin W., 15. Mai 1893.

Hochgeehrter Herr!

Bezugnehmend auf Ihre werthe Anfrage über Herrn Danneil erlauben wir uns, Ihnen mitzutheilen, daß wir vor Kurzem keine Berichtigung erhalten haben. Jedoch wollen wir nicht verabsäumen, Ihnen zu schreiben, daß Herr Danneil uns November-Dezember **1891** ein Mal eine Berichtigung zugehen ließ, der wir die Aufnahme in unser Blalt verweigern mußten.

Wenn Dr. Danneil behauptet hat, daß er uns vor Kurzem eine Berichtigung hat zugehen lossen, so ist das ein neuer Beweis der Wahrheitsliebe dieses Mannes, die Pastor von Bodelschwingh seiner Zeit gebührend gekennzeichnet hat    Ergebenst

Die Redaction der Mittheilungen aus
dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Der von Danneil vorgezeigte Postschein datirt also aus dem Jahre **1891.**

**Juden als Deutsche!** In der Sitzung des Böhmischen Landtags vom 8. Mai d. J. waren die Juden wieder der Gegenstand heftiger Angriffe, nicht weil die Juden, sondern weil sie — Deutsche seien! Der Abg. Dr. Vasaty behauptete, „das israelitische Element verleihe Prag den deutschen Character" und Abg. Dr. Sil führte aus: „Die Juden sind es, welche die Germanisirung im rein czechischen Gebiete fördern, die Juden sind es, welche Schulvereinsschulen erhalten, welche die Germanisirung überall hintragen. Wenn also Excesse gegen die Juden entstanden sind, so sind die Juden selbst daran schuld;

würden sie sich anders benehmen, so würde ihnen nichts geschehen." Ja, diese Juden! In Deutschland sollen sie keine Deutsche sein, und in Böhmen verfolgt man sie als Deutsche. In Deutschland sollen sie das Deutschthum verfälschen, und nach Böhmen tragen sie das reine Deutschthum hin. In beiden Ländern sind die Juden nur Prügelknaben für andere. In Böhmen verfolgt man sie, um in ihnen das Deutschthum zu treffen, in Deutschland schlägt man sie und meint — den Liberalismus!

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Der „Fall Paasch"**, seit zwei Jahren eines der zugkräftigsten Repertoirstücke der antisemitischen Agitation, hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Herr Carl Paasch ist am 17. d. Mts. von der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen Beleidigung des Justizministers Dr. v. Schelling, der Geh. Legationsräthe Dr. Kayser und v. Eichhorn, sowie anderer hohen Beamten des Auswärtigen Amtes zu **einem Jahre und drei Monaten Gefängniß** verurtheilt worden. Damit ist noch nicht Alles, was Herr Paasch auf dem Kerbholz hat, zur Entscheidung gelangt. Aber ihm ist doch einigermaßen sein Recht geworden — freilich nicht nach seinem Geschmacke und demjenigen seiner Anhänger. Dem Falle Ahlwardt reiht sich der Fall Paasch würdig an; wir kommen auf die Gerichtsverhandlung in nächster Nummer zurück.

**Ein neuer Streich der Berliner Geschäftsantisemiten.** An „alle Vaterlandsfreunde und Antisemiten Berlins" wird eine Einladung zu einer antisemitischen Volksversammlung folgenden Inhalts versandt:

Gesinnungsgenossen!

Die jüngsten Vorgänge erheischen eine schleunige Aufklärung des Volkes.

Der Reichskanzler Graf Caprivi hat einen förmlichen Canossagang vor der Börse angetreten!

Die Bankjuden halten Berathungen ab im Reichskanzlerpalais! (Ist offiziell bereits als unwahr erklärt.)

Gegen den Fürsten Bismarck ist von jüdischer Seite ein neuer schamloser Streich verübt worden!

Dem muß das deutsche Volk hunderttausendstimmig ein „Halt" entgegenrufen!

Gleichzeitig werden in der Versammlung Mittheilungen über das Verschwinden der kleinen Hedwig Weber gemacht werden!

Im Auftrage:
Oskar Grohmann, Berlin W.

Der letzte Satz scheint darauf hinzudeuten, daß hier ein kleiner „Ritualmord" präparirt werden soll. Im Uebrigen bedarf das Machwerk keines Commentars. Wir hängen es niedriger als ein Beispiel für die unglaubliche Verrohung, welche die antisemitische Bewegung im Gefolge hat.

**Die Antisemiten unter sich.** Dr. Böckel schreibt:

„Das Organ der geistig Beschränkten, die „Kreuzzeitung", bindet ihren Lesern das Märchen auf, die radicalen Antisemiten wollten den Antisemitismus an den Nagel hängen. Wohl an den Nagel, mit dem die Hammerstein und Genossen vernagelt sind?"

**Polen, Juden und Franzosen.** Der Abgeordnete für Bromberg im preußischen Abgeordnetenhause, Herr v. Dertzen, hat, wie aus Bromberg geschrieben wird, seinen Austritt aus dem dortigen conservativen Verein erklärt, weil dieser die Absicht hat, bei den nächsten Wahlen ein Cartell mit den Liberalen gegen die Polen zu schließen.

Ob wohl das Gerede von den „Polen, Juden und Franzosen" jetzt aufhören wird?

**Der Brief des Prinzen Albrecht.** Die „Kreuzztg." ist darüber entrüstet, daß dieser Privatbrief, der soviel Staub aufwirbelt, in die Hände des sozialdemokratischen „Vorwärts" gerathen ist. Wir möchten ihr daraufhin folgendes zur Entrüstung empfehlen. Vor kurzem hielt Dr. Paul Förster in Braunschweig eine antisemitische Versammlung ab. Wegen Beschaffung eines gegnerischen Redners gingen von Berlin zwei Depeschen ab — die Herr Förster in der Lage war in der Braunschweiger Versammlung zu verlesen. Daß öfters zu Gunsten der Antisemiten in derartiger Weise das **Amtsgeheimniß** verletzt wird, ist uns allerdings nichts Neues, besonders im „Judenflintenproceß" haben wir mehrere derartige Erfahrungen gemacht.

---

**Für den Wahlfonds sind bisher eingegangen:** H. A. Berlin 1 Mk. — L. J. Berlin 1 Mk. — H. Weil-Eschwege 30 Mk. — Max Weiß-Berlin 50 Mk. — Max Freudenthal-Hamburg 100 Mk. — Lipmann-Breslau 20 Mk. — M. Koppel-Berlin 3 Mk. — Moritz Horn-Düsseldorf, Kegelklub 20 Mk. — Hermann Rosenberg-Berlin 25 Mk.

---

## Briefkasten.

**U. H.** in **Hamburg.** Unsere Flugblätter stehen in beliebiger Zahl zu Ihrer Verfügung.

**R. O.** in **Passau.** Hermann Bahr ist nicht Jude. Wie das „Freie Blatt" in Nr. 58 mittheilt, war er vielmehr Mitarbeiter des antisemitischen „Deutschen Volksblatts" in Wien.

**Briefkasten der Expedition.**

**Wallmann.** Sie sind Postabonnent und müssen sich an Ihre Postanstalt wenden.

---

## Sitzung des Reichstags vom 25. April 1893.

Stenographischer Bericht.

(Fortsetzung.)

Abg. **Richter** (fortfahrend):

Wir sind der Meinung und waren es schon in der Erwartung der Dinge, die kommen würden, daß im Grunde genommen alles das, was vorgebracht ist, gar nicht werth ist, daß sich der Reichstag damit durch eine Commission noch weiter befaßt. (Sehr richtig!) Als ich vor Beginn der Sitzung darauf drang, daß die Sache hier nicht nur formell, sondern auch materiell verhandelt würde, war ich der Meinung: sogleich vor der größten Oeffentlichkeit müssen wir den Mann in seiner ganzen Nichtigkeit hinstellen; und ich meine: schon der ganze Gang der bisherigen Debatte hat die Ueberzeugung nach allen Seiten hervorgebracht, daß er genau so dasteht in Ehren, wie er am Schluß der beiden Prozesse gegen Loewe und gegen die Stadt Berlin als Ehrenmann vor der Oeffentlichkeit dargestellt ist. (Sehr richtig!) M. H., wir fassen, da in der Hauptsache unsere Ansicht über die Angelegenheit schon klar ist, die Commissionsberathungen dahin auf: die Commission hat die Aufgabe, sich zu überzeugen, ob wirklich nichts anderes in diesen Acten steht, als er heute schon vorgebracht hat. Ich persönlich habe die Ueberzeugung, soweit ich im Stande war, die Acten schon zu prüfen, schon heute. Es hat die Commission allerdings die Aufgabe, ihr Urtheil darnach zu formuliren über das ganze Vorgehen und die ganze Persönlichkeit des Herrn Ahlwardt und uns dann einen Beschluß zu unterbreiten.

Wir verwahren uns aber dagegen, daß dieser Vorgang ein Präjudiz bilde irgendwie für die Zukunft. Wir sind der Meinung, daß nur ganz besondere Umstände, der zufällige Umstand, daß gleich die Osterferien bevorstanden nach der Aufstellung solcher Behauptungen, uns damals veranlaßt haben, die Sache sofort näher ins Auge zu fassen und klarzustellen.

M. H., vor einem möchte ich die Commission aber schon jetzt warnen: sich nicht dilatorisch behandeln zu lassen. Herr Ahlwardt hat uns schon 10 Tage hingehalten, bevor er die Acten, die er gleich am ersten Tag nach den Ferien hätte vorlegen müssen, vorgebracht hat. Er hat Kreuz- und Querzüge in Bezug auf die Geschäftsordnung gemacht, um die Sache zu verschieben. Die Tage des Hauses sind augenscheinlich gezählt, und der Wunsch ist vorhanden, die Sache vor der Oeffentlichkeit vor dem Auseinandergehen zum Abschluß zu bringen. Herr Ahlwardt hat offenbar das entgegengesetzte Bestreben; er ist nämlich so unvorsichtig gewesen, gestern Abend folgendes in der Versammlung zu sagen laut stenographischer Aufzeichnung, die zeugeneidlich von mir bewiesen werden kann:

> Ich habe das Actenmaterial abgegeben; natürlich werden Sie begreifen, mit Vorsicht, und *indem ich die allerwichtigsten Schriftstücke noch zurückbehalten habe.* (Heiterkeit).

Also m. H., er hat sich schon die Thür offen gelassen. Wenn wir ihm nachgewiesen haben, daß alles das nichtig ist, dann wiederholt sich dasselbe Spiel, was dieser schon vorher in zwei Prozessen gemacht hat, indem er, um die Richter hinzuhalten, um die Oeffentlichkeit sensationell zu behandeln, sagt: ich habe da und da noch einen Zeugen; gebt mir Zeit, daß ich ihn herbeirufe! Genau dasselbe Spiel — er will nicht einmal Abwechslung in die Methode bringen — hat er nun mit dem Reichstag vor; aber er war unvorsichtig genug, das vorher dieser Volksversammlung gestern Abend zu verkünden.

M. H., ich meine, die Commission sollte sich nicht durch irgend welche dilatorische Einreden abhalten lassen; die Commission hat die Aufgabe, in kürzester Zeit ein für alle Mal diesen Menschen für den

Reichstag und für die Oeffentlichkeit abzuthun, und sie hat die Aufgabe, dem moralischen Ekel Ausdruck zu geben, in dessen Empfinden wir mit allen unbefangenen und anständigen Personen und den Vertretern der Regierung übereinstimmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Rickert:** M. H.; ich muß um etwas Rücksicht bitten, denn meine Stimme ist noch nicht so weit gestärkt, daß ich sie ganz in der Gewalt habe.

Ich kann nicht leugnen, ich habe mich des Gefühls der tiefen Scham darüber heute den ganzen Tag nicht erwehren können, daß die höchste Volksvertretung der deutschen Nation gezwungen ist, jetzt schon den dritten Tag über solche Dinge und über solchen Menschen öffentlich vor dem Inland und Ausland zu verhandeln. (Sehr richtig!) Meine Herren, ich habe mir — und namentlich heute — die Frage vorlegen müssen: haben wir denn noch wirklich einen Grund, dem Manne die Ehre anzuthun, daß wir 21 Reichstagsmitglieder damit bemühen, diese Makulatur — ich habe auch, soweit ich konnte, einen Einblick darin gethan — noch einer ernsthaften Prüfung zu unterwerfen? Ich frage Sie, m. H.: entspricht es der Würde der höchsten Volksvertretung der Nation, daß sie sich mit solchen Dingen abzugeben gezwungen ist in ernster Zeit? Ich glaube in der That, wir haben andere Dinge zu thun.

Wenn Sie es aber doch wollen — der Herr Kollege Richter hat Verwahrung in unserem Namen bereits ausgesprochen — wir wollen vor allen Dingen, daß kein Präjudiz damit geschaffen werde. Es kann ja jedem einfallen, einmal über ein Mitglied des Reichstags hier eine Behauptung aufzustellen und dann eine Untersuchungscommission zu verlangen, sodaß der Betreffende als Angeklagter erscheint — ich will von den Mitgliedern des Bundesraths gar nicht sprechen. In welche Zustände, meine Herren, würden wir im Deutschen Reich gelangen?! Dann wären allerdings die Revolvermenschen diejenigen, welche die öffentliche Stimmung beherrschen würden.

Ja, m. H., dann möchte ich doch noch um eins bitten. Stellen Sie die Bedingung, wenn Sie durchaus die Sache an eine Commission geben wollen, daß sämmtliches Material, das der Abg. Ahlwardt im Besitze hat, nun auch sofort dem Herrn Präsidenten eingeliefert wird. Denn das wäre doch geradezu ein Herumführen am Narrenseile, wenn wir jetzt eine Commission ernennen, und Herr Ahlwardt thut, wie er einen Tag vorher in der Volksversammlung erklärt hat, er sei vorsichtig, die wichtigsten Sachen gebe er den Herren vorläufig noch nicht. Ja, m. H., von ihm habe ich nichts anderes erwartet, als daß er es über sich gewinnen kann, die deutsche Volksvertretung so zu behandeln. Aber sollen wir uns nun auch so behandeln lassen von diesem Herrn?! Nein, das geht in der That nicht an.

Ich gebe ja zu, es ist wahr: Herr Ahlwardt ist Gewählter eines Wahlkreises! Das ist richtig, und insofern müssen wir ja vor seinen Wählern einen gewissen Respekt haben. (Zurufe.) Wie es aber in diesem Wahlkreise steht, und wie die preußische Regierung, die ja sonst doch ein so sehr scharfes Auge auf solche Dinge hat, sie gehen läßt, dafür will ich Ihnen bloß ein kleines Symptom anführen. Meine Herren, in Arnswalde erscheint ein Kreisblatt (Wochenblatt), das zu den amtlichen Publikationen benutzt wird; in diesem Kreisblatt ist über Herrn Ahlwardt mitunter recht Interessantes zu lesen. Z. B. war neulich folgende Depesche in diesem amtlichen Publikationen dienenden Organ veröffentlicht.

> Berlin, den 15. April, Mittags. Der Präsident des Reichstags gestattete die Erklärung Ahlwardt's auch heute nicht; Letzterer wird durch Antrag mit 15 Unterschriften sein Recht suchen. Aufregung ungeheuer.

Ja, sehen Sie, das ist die Milch, mit welcher der lammfromme Wähler im Wahlkreise Arnswalde-Friedberg genährt wird: Und daß er dann schließlich zu der Verirrung kommt, so seine Stimme abzugeben, — wem ist das noch wunderbar?

Der Herr Finanzminister von Preußen hat heute mit vollem Recht erklärt: es ist unmöglich, das von ihm erwähnte Schreiben des „Freundes" des Herrn Ahlwardt, Meißner, hier genauer zu charakterisiren. Meine Herren, wen es aber interessirt, dieses eigenthümliche Schriftstück des Freundes des Herr Ahlwardt zu lesen — ich will es hier auf den Tisch des Hauses legen. Das aber kann ich nur sagen: ich würde es nicht über mich gewinnen, wo ich weiß, daß Damen auf den Tribünen sind, dieses, wie der Herr Finanzminister ganz richtig gesagt hat, unfläthige Schreiben hier zu verlesen. Es ist geradezu unerhört, in welcher Art und Weise hochgeachtete Damen in diesem Briefe des Freundes des Herrn Ahlwardt behandelt werden.

Nun, m. H., ich habe nicht nöthig, nach dem, was vorangegangen ist, noch ein Wort im allgemeinen zu sagen. Ich gestatte mir nur noch eine persönliche Bemerkung. Herr Ahlwardt hat erklärt, es werde behauptet, daß ich als Director der Judenschutztruppe für 12000 Mark — ich glaube, er sagte: jährlich — mich verkauft hätte. Nun, m. H., ich erkläre diese Behauptung für eine infame, gewissenlose Lüge und Verleumdung. Meine Herren, wer es mir nicht glaubt — — (Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter, ich kann es nicht zulassen, daß Sie ein Mitglied dieses Hauses der Lüge zeihen, und muß dies rügen. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Rickert:** Herr Präsident, ich beuge mich vor Ihrem Ordnungsruf. Ich kann es aber nicht zulassen, daß jemand sich erfrecht, in dieser Weise über mich zu sprechen.

**Präsident:** Die Sache ist jetzt erledigt.

Abg. **Rickert:** Ich halte sie auch für erledigt. (Heiterkeit.) Bevor jemand das zu sagen über sich gewinnt, ist es, wenn er noch eine Spur von Gewissen hat, eine Spur von Gefühl der Verantwortlichkeit, die er als Vertreter des Volks hat, seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich vorher darüber zu informiren. Ein Mensch wie Ahlwardt hat allerdings keinen Begriff davon, daß es jemanden geben kann, der für Ideen aus Ueberzeugung eintritt, ohne gekauft zu sein. (Sehr gut!) Ein Mensch wie Ahlwardt kann es noch weniger begreifen, daß man für solche Ueberzeugungen persönliche und pekuniäre Opfer bringt, wie ich sie für diese Sache gebracht habe und trotz aller Lügen und Verleumdungen auch ferner bringen werde. Für die verfolgten Juden einzutreten, meine Herren, das entspricht meiner Ueberzeugung, meinem Gewissen und meiner Ehre. Mit dieser Ehre steht es allerdings anders als mit der Ehre anderer Menschen, wie wir sie hier kennen gelernt haben.

M. H., ich glaube, ich habe es nicht nöthig, ein Wort weiter auf diese persönlichen Angriffe zu sprechen. Das Vertrauen habe ich zu dem deutschen Volk, daß die gewissenlose Ehrabschneiderei eine dauernde Stelle weder hier in der Volksvertretung, noch auch in weiteren Kreisen der deutschen Nation finden werde. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. **Horwitz:** Um aus dem raschen Anlauf der nicht mißzuverstehenden Auslassungen meines Freundes Rickert in einen mehr gesetzten Ton zu kommen, werde ich mit Ihrer gütigen Erlaubniß, meine Herren, mich auf einige kurze und gelassene Erklärungen beschränken.

Niemals hätte ich geglaubt, daß ich in die Lage kommen würde, mich hier in diesem hohen Hause gegen einen Angriff des Herrn Ahlwardt zu wehren; denn er kennt mich seit 12 Jahren, und — ich kann es nicht ohne einen Ausdruck des Bedauerns hinzufügen — ich stehe zu ihm seit 12 Jahren in amtlicher Beziehung. Er hätte darauf Rücksicht nehmen können, daß jemand, den er so genau kennt, auch wissen würde, wie er ihm zu begegnen hat.

In seinen Ausführungen über die Geschichte der rumänischen Eisenbahn hat er so viel Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse und Unverfrorenheit in der Ziehung von Schlußfolgerungen verrathen, daß er behauptet, diese Auswucherungen — wie er mit dem pluralis majestatis sich ausdrückt — „unserer Nation" seien durch die Machenschaften bei den verschiedenen Operationen der rumänischen Eisenbahngesellschaft namentlich auch dadurch gefördert worden, daß in den Generalversammlungen eine große Anzahl von Strohmännern mitgestimmt habe. Er hat bei dieser Gelegenheit meinen und meines Freundes Munckel Namen genannt.

Wer es der Mühe werth hielte, diesen Dingen näher nachzugehen und wer, wie der H. Abg. Ahlwardt den guten Willen — d. h. ich meine, wie nicht der Herr Abg. Ahlwardt (Heiterkeit) den guten Willen, die Redlichkeit und Beflissenheit besäße, in das Material der Dinge hineinzusteigen, der würde aus den Commissionsverhandlungen über das neue Actiengesetz vom Jahre 1884 sich überzeugen können, daß gerade ich derjenige war, der den Zusatzantrag gestellt hat, gegen die mißbräuchliche Benutzung der Majoritäten oder richtiger die Fälschung der Majoritäten in der Generalversammlung vorzugehen, indem man das Institut der Strohmänner durch Strafandrohung bekämpfte — ein Antrag, der auch zur Annahme gekommen ist. Ich müßte also ein Naturell haben, wie vielleicht dasjenige des Angreifers, wenn ich fähig gewesen wäre, gegen meine Auffassung von dem, was rechtlich und anständig ist, so zu handeln, wie mir schuld gegeben wird.

Nun habe ich es für angezeigt gehalten, mich genau zu prüfen, ob ich mich — wer die Functionen eines Anwalt ausübt, dient ja nothgedrungen mannigfachen Interessen; wir sind gezwungen von Amtswegen bisweilen in eine Art von Gemeinschaft mit Räubern und Mördern zu treten (Heiterkeit); ich kann also nicht dafür einstehen, daß ich nicht einmal in meinem Leben in einer Generalversammlung irgendwie erschienen bin. Ich erinnere mich auch jetzt, daß ich, allerdings nur als Syndicatsvertreter, einer Generalversammlung beigewohnt habe, die in Halle abgehalten wurde. Ich kann mich aber beim besten Willen nicht erinnern, jemals in meinem Leben in einer Versammlung der rumänischen Eisenbahngesellschaft fungirt zu haben; und mein Freund Munckel bestätigt dasselbe mit aller Bestimmtheit.

Ich habe es deshalb der Mühe für werth gehalten, bei dieser Gelegenheit eine kleine Nachforschung anzustellen, in welcher Weise Ahlwardt sich sein Quellenmaterial beschafft hat, und mit welch kritischem Sinn und mit welch unglaublicher Ehrlichkeit er es benutzt hat. (Heiterkeit.) Was hat er nun in dem Actenconvolut gelesen? — das ich nicht berührt habe, denn morgen hieße es sonst vielleicht in den 20-Pfennig-Versammlungen, das Material sei unvollständig, weil der Abg. Horwitz die Gelegenheit benutzt hätte, die werthvollsten Piecen zu entfremden! Ich habe also Abschrift der betreffenden Stellen erbeten und erhalten.

Zur Characteristik der außerordentlichen Glaubwürdigkeit des ganzen Materials will ich nur eins bemerken. Es sind keineswegs lauter Originale, auch nicht lauter beglaubigte Abschriften, sondern vielfach, wie der Brief, um den es sich hier handelt, einfache Abschriften; und die einfache Abschrift dieses werthvollen Documents, das sich bei den Acten befindet, durch welches ich und mein Freund Munckel verdächtigt werden sollen, lautet wörtlich wie folgt:

> 9 August 1881. Privat! Sehr geehrter Herr! Unser gemeinsamer Gegner hat soeben hier 1170600 Stammactien und 214650 Stammprioritätsactien behufs Theilnahme an der Generalversammlung deponirt und zwar je eine für Löwenfeld, Landau, Munckel, Roa, Horwitz und Böttcher. (Zuruf.)

— Ich bitte um Entschuldigung; dann stünde ja „von Boetticher“ da. (Große Heiterkeit.)

Ich erlaube mir, Sie ergebenst auf diese Thatsache aufmerksam zu machen. Mit vorzüglicher Hochachtung —

— dann kommt ein undeutlicher Name, der mir aber identisch zu sein scheint mit dem von Herrn Minister Dr. Miquel erwähnten früheren rumänischen Minister Kalindero.

Und nun, meine Herren, für die Arbeiten der Commission und für alle späteren Zeiten ein Specimen der Kritik, die Herr Ahlwardt anwendet, und auf die Sie die Metakritik Ihres endgiltigen Urtheils zu setzen haben werden!

Im Jahre 1881 war von der rumänischen Eisenbahngesellschaft, die er im Auge gehabt hat, und die die Auswucherung der deutschen Nation bewirkt haben soll, längst nicht mehr die Rede. Jene Transactionen, die Ahlwardt meint, kamen anfangs der siebenziger Jahre zum Abschluß. Als aber der Abg. Ahlwardt bloß die Namen Horwitz, vielleicht auch Munckel, gesehen, hat er, wie etwa der Stier beim Anblick eines rothen Tuchs kopfscheu wird, die Besinnung verloren und hat gedacht: na, hier haben wir es, das halten wir fest, die liefern wir ans Messer die beiden Brüder. Er hat aber gar nicht einmal gewußt, um was es sich handelt. Ich, der ich die Verhältnisse verfolgt habe und bei einzelnen Sachen betheiligt war, kann Ihnen zur Orientirung sagen, welche Bewandtniß es mit der Sache hat. Im Jahre 1881 hat ein Proceß zwischen den Bankhäusern Landau einerseits und zwischen dem Hause Bleichröder und der Discontogesellschaft andererseits geschwebt. In diesem Proceß handelte es sich aber um nichts weiteres als um die von der rumänischen Eisenbahngesellschaft im Einverständniß mit den beiden Häusern geplante Verlegung des Wohnsitzes der Gesellschaft von Berlin nach Bukarest, eine sehr interessante Rechtsfrage, die nachher zur Entscheidung in dritter Instanz gelangt ist und sich dann applanirt hat. Also in der Generalversammlung, die zur Vorberathung dieses Beschlusses stattgefunden haben kann und stattgefunden hat, hat es sich um ganz andere, hier indifferente Dinge gehandelt, und in der bin weder ich zugegen gewesen, noch mein Freund Munckel, wie er mir bestimmt versichert. Wir wissen von der Sache absolut nichts. Aus diesen Dingen wird nun weiter Capital geschlagen; und wenn ich heute, wie leider bei der ersten Berathung, durch Krankheit abgehalten, nicht zugegen gewesen wäre, wer weiß, was morgen in der üblichen 20-Pf.-Versammlung und in den Leibjournalen des Herrn Ahlwardt für ein Blödsinn über uns colportirt worden wäre!

Ich will noch ein zweites anführen. Ich würde nicht wagen, hier von meinen persönlichen Empfindungen zu sprechen in einer Sache, die das Haus schon lange genug aufgehalten hat; aber ich meine: es ist ganz zweckmäßig, diese Kampfesweise zu kennzeichnen. Mit welcher Methode Herr Ahlwardt vorgeht, können Sie aus folgendem Vorgange ersehen — und ich erkläre mich hier an dieser Stelle mit dem Bewußtsein aller Consequenzen meiner Aeußerung bereit, jedes Wort, was ich gesagt habe, actenmäßig zu belegen. In dem am vierten Tage öffentlich verhandelten Proceß vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Abg. Ahlwardt wegen Verleumdung des Magistrats, in welchem der Staatsanwalt allerdings ja unliebenswürdig war, den Angeklagten als einen gewerbsmäßigen Ehrabschneider zu bezeichnen — nicht ich sage das, der Staatsanwalt sagte es laut des stenographischen Berichts —, bemerkte derselbe zur Kennzeichnung des Angeklagten und seines Vorgehens:

Für den Angeklagten war es in der That eine böse Lage, in der er sich befand. Wir kennen seine zerrütteten Vermögensverhältnisse und wissen, daß er von einem solchen Buche Gewinn zu erhoffen hatte, und ich für meine Person kann nicht anders sagen, als daß ich die Beleidigungen auch Verleumdungen des Angeklagten unter das Capitel der gewerbsmäßigen Ehrabschneiderei setzen muß; denn der Angeklagte mußte sich einen großen Ertrag versprechen und er wußte, daß seine Bücher weit verbreitet würden, weil solche Speise dem großen Publicum gut schmeckt.

Wie gesagt, ich sage das nicht, denn ich habe ja viel Furcht und Hochachtung vor dem Herrn Präsidenten, daß ich niemals mit Bewußtsein die Schranken dessen überschreiten werde, was parlamentarisch erlaubt ist.

Aber weiter, weshalb es mir persönlich unvermeßlich gleichgiltig ist, wessen der Herr Abg. mich zu beschuldigen für gut findet —: im Laufe der Verhandlungen und auf Grund der von mir actenmäßig in meiner Berufsthätigkeit, in meinem Decernate, gewonnenen Kenntniß hielt ich mich, da Herr Ahlwardt in jenem Proceß als Angeklagter dieselben Winkelzüge machte wie hier, die Verhandlungen ins Endlose auszudehnen, verpflichtet, dem Vorsitzenden des Gerichtshofes gegenüber folgende Bemerkung zu machen: Herr Präsident, ich weiß nicht, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, hier sofort eine Frage zu erörtern, die vielleicht früher oder später doch zur Erörterung gelangen muß und die, wenn sie verschoben wird, ganz geeignet wäre, das Ende der ganzen Procedur wer weiß wie weit hinauszuschieben. — Ich meinte nämlich die Frage von der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten und belegte das mit folgenden thatsächlichen Behauptungen, deren Beweis ich Ihnen aus den Acten jederzeit liefern kann.

Am 6. November 1889 hatte das Verhältniß zwischen dem Abg. Ahlwardt, dem Rector der Schule und seinem Collegium sich so entwickelt, daß man in der Unterhaltung über die verschiedenen ehrenrührigen Vorwürfe — ich will sie nicht erwähnen, es waren keine angenehmen Sachen — unter anderem ihm vorwarf, die gewissenhafte Verwendung der von ihm zu wohlthätigen Zwecken gesammelten Beiträge wäre eine sehr zu bezweifelnde. Die zuchtlose Lehrerschaft behauptete, der größte Theil davon wäre in die Tasche des Rectors geflossen, und nicht zu den betreffenden Schuhen, Strümpfen und sonstigen Kleidungsstücken verwendet worden. Die Unterhaltung nahm den Verlauf, daß sie aus dem Sanscrit der höheren Diction allgemach in das Prakrit der Rralinjurien überging. Das war denn doch für alle Betheiligten das Signal zu einer völligen Auflösung, und die städtische Schuldeputation, die unmittelbare Vorgesetzte des Herrn Ahlwardt, nahm Veranlassung, ihn sofort vom Amt zu suspendiren und den erforderlichen Antrag auf Einleitung des Disciplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu stellen. In diesem Moment kam dem Rector eine Inspiration. Er nahm einen Bogen Papier und schrieb an die Schuldeputation, er fühle sich krank und angegriffen, er litte an dem und jenem nicht näher zu bezeichnenden Uebel, und fügte wörtlich hinzu:

Da außerdem in meiner Nase ein nicht zu beseitigender Polyp vorhanden ist, der zwar in gewöhnlichen Zeiten wenig hindert (große Heiterkeit), aber bei vorhandenen entzündlichen Vorgängen, die oft auftreten, mir jedes klare Denken unmöglich macht, so bitte ich um meine Pensionirung. (Andauernde Heiterkeit.)

Die Schuldeputation war uneinsichtig genug, diesen Grund nicht gelten zu lassen. Sie sagte sich — und ich glaube sehr wohl unterrichtet zu sein —: das hieße doch alle die — verzeihen Sie den Ausdruck! — alle die Teufeleien, die der Rector in seiner Dienstzeit angestellt hatte, und die wirklich sehr zahlreich waren, prämiiren. Der Abg. Ahlwardt wußte sich aber besseren Rath und begab sich zum Provincialschulcollegium — (Glocke des Präsidenten).

**Präsident:** Herr Abg., bitte, erwägen Sie genau, inwiefern diese Angelegenheit mit der heutigen Verhandlung zusammenhängt.

Abg. Dr. **Horwitz:** Herr Präsident, Sie werden sehen, daß ich nur noch einige Sätze hinzuzufügen habe.

Er überreichte ein Physicatsattest, welches das bestätigt, was der Herr Ahlwardt über sich selber angeführt hatte. Ahlwardt giebt an, er sei früher ganz gesund gewesen, er leide aber seit Jahren an rechtsseitiger Neuralgie. Es trat Verstopfung der Nase und Kopfbenommenheit ein, die der Angabe des Ahlwardt nach ihn zeitweise zur klaren Ueberlegung unfähig gemacht hätte. Mit diesem Atteste begab er sich nach dem Provincialschulcollegium. Dort nahm der Justitiar des Provincialschulcollegiums, Regierungsrath Glasewaldt, das Protocoll auf, in welchem dieser selbe Grund geltend gemacht wurde für den Antrag auf Pensionirung. Die Sache schwebt jetzt im vierten Jahre vermöge der kunstreichen Behandlung des Herrn Ahlwardt immer noch vor dem Disciplinarhofe. Wann die Sache zu Ende kommen wird, ist nicht abzusehen. Ich habe das angeführt und bitte den Herrn Präsidenten hinterher um Entschuldigung, wenn das „abwegig“ zu sein schien; aber es war nothwendig, um Ihnen meine Aeußerungen zu begründen, daß, wenn ein solcher Mann solche Dinge ins Blaue hinein von Anderen anführt, und wenn dieser selbe Mann von sich selber sagt, er sei mitunter nicht ganz zurechnungsfähig (Heiterkeit), der Beleidigte wohl das Recht haben wird, zu sagen: ja, warum diese Einschränkung auf ein knappes Moment der Zeit?

Im übrigen aber würde ich persönlich gar nicht einmal zu dieser Bemerkung Veranlassung gehabt haben, denn ich kenne zwei Mittel und empfehle sie allen den Herren, die ein freundliches Wort von mir freundlich aufnehmen wollen. Gegen schriftliche, namentlich gedruckte Beleidigungen schützt man sich am besten, indem man sie nicht liest, und gegen andere, die man nothgedrungen hören muß, schützt man sich mit einem bekannten Dictum eines alten Weisen, der einmal gesagt hat: was aber ist die Meinung der Menschen über uns werth? — genau so viel, wie diese Menschen selbst werth sind. (Bravo! links.)

Abg. **Ahlwardt:** M. H., es wird wohl gut sein, wenn ich zunächst eingehe auf die Rede des Herrn Finanzministers Dr. Miquel. M. H., Herr Minister Dr. Miquel hat sich in allererster Linie beschäftigt mit dem Mann, der mir das Actenmaterial zugetragen hat. (Heiterkeit.) Er ist viel auf diesen Mann zurückgekommen, bezeichnete ihn als meinen Helfershelfer, als meinen Freund und meinte oder deutete ungefähr an, daß man ja nur sehen möge, mit wem man umgehe, um zu wissen, wer man sei. (Sehr richtig links.)

M. H., der Herr Meißner ist eine Reihe von Jahren directer Untergebener des Herrn Miquel gewesen. Dieser Herr hat sich mit ihm viel beschäftigt und ihm viele Aufträge gegeben. Bei mir ist der Mann im ganzen vielleicht fünf mal gewesen. Der Mann kann von mir weder angegriffen noch vertheidigt werden. Das muß alles doch der Herr Finanzminister besser wissen, der ihn so lange unter sich gehabt hat. Er hat mir die Acten weder verkauft, noch hat es für mich ein Interesse, ob er die einzelnen Stücke gestohlen hat oder nicht. (Bewegung.) Für mich war die Hauptsache, daß mir hier ein Material vorlag, aus dem ich ersah, daß hier ein Eingreifen nothwendig war. (Heiterkeit links.) Daß sie möglicherweise gestohlen sein können, das ist mir ja außerdem erst in der Zeit bekannt geworden, als ich von diesen Acten bereits öffentlich Gebrauch gemacht hatte.

Wenn nun eine Notiz aus einem Brief des Herrn Meißner vorgelesen wird, in dem es heißt, er ist so verzweifelt, ob mit Recht oder Unrecht, daß er — ich glaube, es hieß da —, zum Revolver greifen möchte, nun, m. H., so ist diese Sache meiner Meinung nach absolut unzweideutig; sie will doch sagen, daß er in einer höchst unglücklichen Lage sich befindet, daß er des Lebens satt ist und sich dasselbe nehmen

möchte. (Widerspruch.) Ein Mann wie Meißner wird kaum mit dem Revolver die sogenannte Revolverpresse im Auge gehabt haben, zumal seine Bildung kaum so weit reicht, um das zu verstehen, was man mit Revolverpresse meint. Hier scheint also doch etwas hineingelegt zu werden, was absolut gar nicht darin liegt.

Nun sprach der Herr davon: wenn der Mann nichts taugt, wenn es schlimm ist, mit ihm umzugehen, ist es doch etwas anderes für den, der viele Jahre mit ihm Umgang hat, wie der Herr Finanzminister — (Lachen), und für den, der ihn im Leben vielleicht vier- oder fünfmal gesehen hat.

Nun meint der Herr Finanzminister, es wäre der Antisemitismus vielleicht Vorwand für die Leute. Ich glaube garnicht, daß der Mann überhaupt Antisemit ist. (Zuruf links.) Der Mann hat einfach die Absicht gehabt, sich Genugthuung zu verschaffen, und hat mir deshalb die Acten übergeben: nach seinem Antisemitismus oder Nichtantisemitismus habe ich gar keinen Grund gehabt irgendwie Nachforschungen anzustellen.

Nun wurde da von den getauften Juden gesprochen. Der Herr Finanzminister erklärt, daß er auch als solcher bezeichnet worden ist. Ich meine, es ist bekannt, daß das von anderer Seite gewesen ist. Ich habe wohl kaum jemals Veranlassung gehabt, das zu thun.

Nun war gleich zu Anfang die Rede und wurde nachher hier an dieser Seite (nach links) gesagt, er wäre der Zweck meiner Rede der, den Herrn Dr. Strousberg zu vertheidigen. Ja, m. H., welchen Grund hatte ich wohl, den Herrn Dr. Strousberg zu vertheidigen? Der einzige Zweck ist der von mir angedeutete, daß ich die ausgewucherten und ausgebeuteten Volkskreise vertheidigen will, und das ist allerdings hier ein so überflüssiges Geschäft, wie nur eines überflüssig sein kann, wenn man die Herren hier hört, die da gesprochen haben.

Der Herr Finanzminister sagt dann, daß er nur einige Jahre Director und Mitinhaber der Discontogesellschaft gewesen sei. Ja, nachher ist er aber Aufsichtsrath gewesen.

Nun ist mir vorgeworfen, daß ich die ganzen Acten aus dem Gehlsenprozeß nicht kenne. Ja, m. H., einzelne Stellen, die da abgedruckt sind, sind mir bekannt; die ganzen Acten zu kennen, ist eine Unmöglichkeit, weil die wohl nirgends mehr zu haben sind.

Wenn von Obligationen der rumänischen Bahnen die Rede gewesen ist, an denen Nutzen erzielt worden ist, so weiß ich nicht, soll ich darunter Stammprioritäten und die Stammactien auch verstehen, oder nur die ausgegebenen Obligationen, also die Hypotheken, die allein Discontobank und Bleichröder besaß. Ich glaube, es ist wohl nothwendig, daß man hier die Stammactien und Stammprioritäten und die Obligationen, die ja später ausgegeben wurden, nicht miteinander verwechselt.

M. H., wenn dann Herr Meißner nochmals in Stockholm gewesen ist und in Kopenhagen, so sind das Dinge, die hiermit nichts zu thun haben. Ich bin hiermit ganz außer aller Verbindung, die Acten sind da, sie sind zweifellos echt — ich will auch dem Herrn Abg. Dr. Horwitz gleich vorweg bemerken, daß hier das Original der Abschrift ist, die der Herr Abg. Dr. Horwitz vorher in den Händen hatte. Es steht ihm sofort zur Verfügung.

Nun ist hier wohl die allergrößte Hauptsache, daß der Herr Finanzminister da sagt, wenn er auch für sich persönlich gezeichnet hätte, so hätte er doch damit sein Geld nicht gemeint; denn man würde ihm eine solche Dummheit nicht zutrauen, daß er hier al pari zeichne. Auf die Sache kommt es hier nicht an; es kommt darauf an, daß uns gesagt ist, er hat absolut keine Geschäfte gemacht, und ich habe hier ein Actenstück, in dem eine Zeichnung enthalten ist, daß er das doch gethan hat. Ueber das andere, ob man das für sich thut oder das Geld Anderer damit meint, darüber kann ich mich nicht weiter auslassen. (Lachen links.) Sein Name steht da: „Ich. Johannes Miquel, zeichne 100000 Thaler“; weiter nichts.

Nun, m. H., wird dann immer wieder, wie ja auch seitens des Herrn Richter wiederholt, auf diese Aeußerung bezüglich des Invalidenfonds zurückgekommen. Meine Herren, es ist Ihnen ja allen aus der Presse bekannt, daß eine vollständige Umkehrung stattfindet, daß es hieß, ich hätte erklärt, meine Acten sollten etwas über den Invalidenfonds beweisen. Das habe ich von Haus aus nicht erklärt und bleibe dabei, daß meine Acten nicht etwas über den Invalidenfonds beweisen sollen. Ich habe allerdings vom Invalidenfonds gesprochen. Ich habe auch davon gesprochen, daß die Börse ein Interesse daran hat, ihn so und nicht anders zu gestalten. Ich habe davon gesprochen, daß wohl Verhandlungen hinter den Culissen stattgefunden haben. Daß meine Acten das beweisen sollen, meine Herren, ist durchaus nicht der Fall. (Lachen und große Unruhe.) Was die Acten beweisen sollen, ist klipp und klar dargelegt, und ist die ungeheuerliche Kunstfertigkeit, immer etwas da hineinzubringen, was ich nicht gesagt habe, nur zu bewundern.

M. H., daß über den Invalidenfonds Verhandlungen hinter den Culissen stattgefunden haben, werden Sie am besten ersehen aus der „Frankfurter Zeitung“, die schon ein halbes Jahr vorher, ehe das Gesetz auch nur eingebracht wurde, öffentlich bekannt machte, daß für 30 Millionen Mark Eisenbahnobligationen für den zu gründenden Invalidenfonds von Herrn Hansemann angekauft seien. Dieselbe Zeitung, die das geschrieben hat, erklärt nun, ich hätte bezüglich des Invalidenfonds verleumdet. M. H., ähnliche Notizen haben Sie in der „Kreuz-Zeitung“ und in der Wiener „Freien Presse“ und in vielen anderen Zeitungen gehabt, und alle diese Notizen bezogen sich auf Ankäufe, bevor überhaupt das Gesetz über den Invalidenfonds dem Reichstage vorgelegt war. Aber ich muß mich durchaus dagegen verwahren, mit einander zu verquicken, was bezüglich des Invalidenfonds und der anderen Sachen gesagt worden.

Wenn nun gesagt ist, m. H., es war keine andere Gelegenheit, das Geld des Invalidenfonds anzulegen, als in diesen ungarantirten Eisenbahnobligationen, nun, meine Herren, so möchte ich doch die Herren Conservativen daran erinnern, daß die Landschaftsbanken gar gern dort ihre Obligationen genommen hatten. Und das waren sichere Anlagen, denn diese Landschaften haben alle Zeiten überstanden, die schlimmsten Zeiten, die Freiheitskriege. Es ist auch beantragt worden, aber von der Commission wieder abgelehnt worden, — daß diese Landschaften größere Sicherheit darbieten, als diese ungarantirten Obligationen es konnten, steht nach meiner Meinung außer allem Zweifel.

Nun, m. H., kommt der Herr Abg. Richter auch auf meine Rede zurück, und zwar erklärt er zunächst, daß er sich auf eine bestimmte Behauptung meinerseits nicht äußern könne, weil es nicht richtig sei, den Herrn Präsidenten in die Debatte zu ziehen. Ja aber, m. H., öffentliche Dinge behaupten, die absolut des Schimmers der Wahrheit entbehren, außerhalb dieses Hauses und so, daß es durch die ganze Welt geht, und da den Herrn Präsidenten mit hineinziehen, das ist doch wohl eine sehr viel schlimmere Sache, als wenn man diese letzte Sache hier einfach constatirt. M. H., der Mann wagt es hier von Wahrhaftigkeit zu sprechen, der Mann, der — ich will das weiter nicht thun, weil ich nicht einen zweiten Ordnungsruf haben möchte, Sie werden aber inzwischen wissen, was ich sagen will. (Zuruf.)

Meine Herren, als ich die Acten brachte, da übergab ich sie dem Herrn Director mit der ausdrücklichen Erklärung: so lange, bis die Commission beschlossen ist, hat niemand das Recht, von diesen Acten Einsicht zu nehmen. (Lachen links.) Dieselbe Bitte habe ich auch dem Herrn Präsidenten ausgesprochen. Gleichwohl, m. H., haben Sie gesehen, daß von der linken Seite hier so und so viele Herren sofort über die Acten hergefallen sind (Zuruf), sofort den Inhalt dieser Acten zum Theil in die Zeitungen gebracht haben. M. H., es ist allerdings eine schlimme Sache, wenn ich absolut nicht einmal das, was hier im Hause niedergelegt ist, trotz meiner Erklärung, daß die Acten erst dann Eigenthum des Hauses seien, wenn die Commission beschlossen ist, sicher weiß, (Glocke des Präsidenten) und sofort darüber hergefallen wird.

Vizepräsident Graf **von Ballestrem**: Ich bitte den Herrn Redner, seine Rede zu unterbrechen, wenn ich schelle.

Ueber die Acten war vom Reichstage schon in dem Augenblick zu verfügen, wo der Antrag übergeben war. (Sehr richtig!) Derselbe beruft sich auf die übergebenen Acten.

Das wollte ich hier dem Herrn Redner bemerken. (Zustimmung.)

Abg. **Ahlwardt**: Nun, ich habe sie übergeben. Ich habe auch mein Eigenthumsrecht voll aufrecht erhalten. Ich habe das dort mitgetheilt und glaubte doch auch, daß das respectirt würde. (Lachen.)

Nun, m. H., ist es eigenthümlich, daß gesagt wird, in einer neuen Versammlung würde ich wohl erklären, es fehlen so und so viel derselben. Ich weiß nicht, welche Veranlassung war, diese Aeußerung zu machen.

M. H., Herr Richter erklärt, es wäre absolut unwahr, daß Obligationen gegeben seien zur Hannover-Altenbekener Bahn vor dem ersten Spatenstich, dieselbe wäre schon im vollen Bau begriffen gewesen, als überhaupt das Invalidengesetz bewilligt wurde. Sehen Sie, meine Herren, diese Taschenspielerkunststücke, Behauptungen ein klein wenig zu verdrehen und dann eine Unwahrheit zu constatiren. Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß von der Hannover-Altenbekener Bahn noch kein Spatenstich geschehen sei, als die Obligationen gekauft seien, sondern daß auf die Nebenbahnen Obligationen begeben seien, bevor auf den Nebenbahnen ein Spatenstich geschehen sei. (Lachen und Widerspruch.)

Sie sehen, das sind alles kleine Kartenkunststücke, daß mir hier eine Unwahrheit von Leuten unterstellt wird, die wohl kaum viel mit der Wahrheit umgehen.

Wenn nun gesagt wird, der Invalidenfonds habe niemals an Altenbeken verloren, so hat doch der preußische Staat um so mehr bei dem Ankauf verloren.

Nun erklärt Herr Richter, ich befinde mich vor ihm auf der Flucht. Das Bild ist geradezu klassisch schön im Munde des Herrn Richter. (Zuruf.) — Wieso befinde ich mich denn auf der Flucht vor Herrn Richter? Ich habe die Erklarung abgegeben bezüglich des Invalidenfonds. Die Beweise für meine Behauptungen sind aus den eigentlich jüdischen Blättern beigebracht worden, gedruckt ein halbes Jahr vor Erscheinen der Vorlage. In Wien ist es auch in der „Neuen freien Presse“ gedruckt worden, und nun, wo ich noch andere Gründe zu diesen hinzugefügt habe, soll ich mich vor Herrn Richter auf der Flucht befinden. Ich glaube, daß ihm das Schauspiel kaum jemals in dieser Weise dargeboten wird, wie er sich das vielleicht vorstellt.

Nun, m. H., Herr Richter ist so ganz damit einverstanden, daß der Staat sein Geld ohne weiteres, auch wenn nicht genügende Sicherheit vorhanden ist, an Banquiers giebt, damit diese dann andere Gesellschaften, deren Actionäre doch zum großen Theil kleine Leute sind, damit auswuchert. Das ist so recht nach seinem Geschmack. 4 Prozent bekommt der Staat, 4 Prozent die Hintermänner, und 8 Prozent bezahlt die Gesellschaft, beziehentlich werden die Gläubiger derselben dadurch geschädigt.

(Schluß folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf, mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 22. Berlin, den 28. Mai. 3. Jahrg. 1893.**

## Zur Wahlbewegung.

### Reichstagswahlkreise mit antisemitischen Candidaturen*).

**Berlin I.:** Zeidler (cons.-antis.). — Marggraff (nat.-lib.), Dr. Langerhans (freis.), Täterow (soz.).

**Berlin II.:** Dr. Wagner (cons.-antis.). — Henneberg (nat.-lib.), Dr. Virchow (freis.), Fischer (soz.).

**Berlin III.:** Dr. Förster (Antis.). — Winterfeld (nat.-lib.), Munckel (freis.), Vogtherr (soz.).

**Berlin V.:** Hertwig (Antis.). — Dr. Krause (nat.-lib.), Dr. Baumbach (freis.), Schmidt (soz.).

**Berlin VI:** Dr. Schwindt (cons.-antis.). — v. Bennigsen (nat.-lib.), Richter (freis.), Liebknecht (soz.).

**Ostpriegnitz:** v. Dalwitz (cons.-antis.). — Berndt (soz.).

**Prenzlau-Angermünde:** Dr. Förster (Antis.). — v. Winterfeldt (cons.).

**Niederbarnim:** Dr. Bachler (Antis.). — Dr. Irmer (cons.), Perls (freis.), Stadthagen (soz.).

**Potsdam-Osthavelland:** Pastor Rödenbeck (Antis.). — Pastor Schall (cons.), Dr. Rethwisch (nat.-lib.), Vollrath (freis.), Wernau (soz.).

**Teltow-Beeskow-Storkow:** Dr. Förster (Antis.) — Ring (cons.), Müller (freis.), Zubeil (soz.).

**Arnswalde-Friedeberg:** Ahlwardt (Antis.). — v. Bornstedt (cons.), Ernst (freis.), Millarg (soz.).

**Landsberg-Soldin:** Pickenbach (Antis.). — Schröder (freis.), Pätzel (soz.).

**Sorau:** v. Plötz (cons.-antis.). — Lux (soz.).

**Cottbus-Spremberg:** v. Werdeck (cons.-antis.). — Graf Pückler (cons.), Blell (freis.), Schulz (soz.).

**Stettin:** Förster (Antis.). — v. Heydebreck (cons.), Brömel (freis.), Munckel (freis.), Herbert (soz.).

**Neustettin:** v. Nassau (Antis.). —

**Rügen-Franzburg-Stralsund:** Baron von Langen (Antis.) — v. Keudell (Reichsp.), Bringmann (soz.).

**Ohlau-Nimptsch-Strehlen:** Rother (Antis.). — Graf Sauerma (cons.).

**Breslau-Ost:** Schulze (Antis.). — Hobrecht (nat.-lib), Winkler-Tannenberg (freis.), Tutzauer (soz.).

**Breslau-West:** Kretschmar (Antis.). — vom Howe (cons.), Dr. Asch (freis.), Dr. Schönlank (soz.).

**Striegau-Schweidnitz:** Gröger II (Antis.). — Metzner (Centr.), Göllner (freis.), Kuhn (soz.).

**Sagan-Sprottau:** Grünig (Antis.). — v. Liliencron (cons.), Müller (freis.), Zubeil (soz.).

**Liegnitz-Goldberg-Haynau:** Godsch (Antis.), Hoenig (Antis.). — Seydel (cons.-antis.), v. Bar (freis.), Kühn (soz.).

**Magdeburg:** v. Schirp (Antis) — Paasche (nat.-lib.), Ratzbach (freis.), Klees (soz.).

**Naumburg-Weißenfels-Zeitz:** Tesdorpf (Antis.) — Barth (Reichsp.), Hoffmann (soz.)

**Nordhausen:** Kruse (Antis.) — Schneider (freis.), Glocke (soz.).

**Erfurt:** Jacobskötter (Antis.). — Moßdorf (lib.), Hülle (soz.).

**Pinneberg:** Raab (Antis.) — Graf Moltke (cons.), Molkenbuhr (soz.).

**Altona:** Liebermann v. Sonnenberg (Antis.). — v. Gerlach (cons.), Niepa (freis.), Frohme (soz.).

**Leer-Emden-Norden:** Leuß (Antis.). — Graf Knyphausen (cons.), v. Hülst (nat.-lib.), Dr. Krause (freis.).

**Hannover:** Dr. Schulte-Steinberg (Antis.). — Lichtenberg (nat.-lib.), v. Dannenberg (Welfe), Richter (freis.), Meister (soz.).

**Hameln:** Graf Görtz-Wrisberg (Antis.). — v. Münchhausen (Welfe), Hische (nat.-lib.).

**Hildesheim:** Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) — Sander (nat.-lib.), v. Hodenberg (Welfe).

**Göttingen-Münden:** Frhr. v. Berlepsch (Antis.) — Götz v. Olenhusen (Welfe), Eckels (nat.-lib.).

**Minden-Lübbecke:** Graf Roon (cons.-antis.) — Kerl (soz.).

**Herford-Halle:** Frhr. v. Hammerstein (cons.-antis.). —

**Bochum:** Ottensmeyer (Antis.). — Haarmann (nat.-lib.), Lehmann (soz.)

**Siegen:** Stöcker (cons.-antis.). — Dresler (nat.-lib.), Hitze (Centr.), Raue (soz.).

**Höchst-Homburg:** Dr. Böckel (Antis.). — Westernacher (nat.-lib.), Wasserburg (Centr.), Funk (freis.), Brühne (soz.).

**Diez-Limburg-Weilburg:** Bindewald (Antis.).— Fink (nat.-lib.), Münch (freis.)

**Dillenburg:** Bähr (Antis.). — Hoffmann (nat.-lib.), Meisner (freis.)

**Frankfurt a. M.:** Paasch (Antis.) — Oswalt (nat.-lib.), Schmidt (soz.).

**Rinteln-Hofgeismar:** Werner (Antis.). — Märtens (cons), Plaut (soz.).

**Kassel-Melsungen:** Pfarrer Hüpeden (cons.-antis.). — Dr. Endemann (nat.-lib.), Martin (hess. Rechtsp.), Pfannkuch (soz.).

**Fritzlar-Homberg-Ziegenhain:** Liebermann v. Sonnenberg (Antis.). — Oldenburg (cons.), Jordan (soz.).

*) Von den conservativen Antisemiten sind nur die bekannteren resp. ausgesprochenen berücksichtigt.

**Eschwege-Schmalkalden**: Pusch (Antis.). — v. Christen (Reichsp.) Wilisch (freis.), Huhn (soz.).

**Marburg**: Dr. Böckei (Antis.). — Lucke (conf.), Schott (lib.), John (soz.).

**Hersfeld-Rotenburg**: Werner (Antis.). — Otto (conf.), Marcus (soz.).

**Hanau-Gelnhausen**: Stein (Antis.). — Stroh (nat.-lib.), Rickel (freis.), Hoch (soz.).

**Mühlheim-Duisburg**: Dr. König (Antis). — Dr. Hammacher (nat.-lib.).

**Neuß-Grevenbroich**: Wulf (kath. Antis.). — Weidenfeld (Centr.), v. Schorlemer (regierungsfr. Centr.)

**Zittau**: Zimmermann (Antis.) — Buddeberg (freis.), Keller (soz.)

**Löban**: Zimmermann (Antis.). — Herzog (freis.), Horn (soz.).

**Bautzen**: Gräfe (Antis.). — Graf zur Lippe (conf.), Schönfeld (saz.).

**Dresden** I: Alfr. Klemm (Antis.). — Naumann (conf.), Träger (freis.), Kaden (soz.).

**Dresden** II: Zimmermann (Antis.). — Wetzlich (conf.), Vollrath (freis.), Dr. Gradenauer (soz.).

**Dresden-Tharandt**: Hänichen (Antis.). — Förster (conf.), Horn (soz.).

**Meißen-Großenhain**: Lieber (Antis.). — Dr. Mehnert (conf.), Goldstein (soz.).

**Pirna**: Lotze (Antis.). — Rex (conf.), Eysoldt (freis.), Fräßdorf (soz.).

**Leipzig Stadt**: Enke (Antis.). — Hasse (conf.), Virchow (freis.), Pinkau (soz.).

**Leipzig Land**: Liebermann von Sonnenberg (Antis.). — Dr. Blum (nat.-lib.), Geyer (soz.).

**Mittweida-Frankenberg**: Uleich (conf.-antis.) — Schmidt (soz.).

**Chemnitz**: Alfr. Klemm (Antis.). — Protze (freis.), Schippel (soz.).

**Meerane-Glauchau**: Schubert (Antis.). — Auer (soz.).

**Zschopau-Marienberg**: Gottfr. v. Herder (Antis.). — Colditz (soz.).

**Annaberg**: Klemm (Antis.). — Opitz (conf.), Grenz (soz.).

**Stuttgart**: Rübling (Antis.). — Siegle (nat.-lib.), Kloß (soz.).

**Eßlingen**: Lang (Antis). — Weiß (nat.-lib.), Ehni (Volksp.).

**Lörrach-Müllheim**: Dr. Vogel (Antis.). — Grether (freis.), Rüdt (soz.).

**Freiburg**: Liebermann oon Sonnenberg (Antis.). — Marbe (Centr.).

**Mannheim**: De. Vogel (Antis.). — Bassermann (nat.-lib.), Freund (Cente.), Muser (Volksp.), Dreesbach (soz.).

**Heidelberg**: Köster (Antis.). — Prinz Löwenstein (conf.), Weber (nat.-lib.), Gehrke (freis.), De. Rüdt (soz.).

**Bretten-Eppingen**: Schmidt (Antis.) — Graf Douglos (conf.), Lother (freis.), Kallenbach (soz.).

**Gießen**: Köhler (Antis.) — Meinert (nat.-lib), Orbig (soz.).

**Friedberg-Büdingen**: Leopard (Antis.). — Graf Oriola (nat.-lib.), Grünewald (freis.), Prinz (soz.).

**Lauterbach-Alsfeld-Schotten**: Zimmermann (Antis.). — Backhaus (nat.-lib.), Reeb (freis.).

**Darmstadt**: Bindewald (Antis.). — Osann (nat.-lib.), Munckel (freis.), Cramee (soz.).

**Offenbach-Dieburg**: Georg (Antis.). — Haas (nat.-lib.), Ulrich (soz.).

**Erbach-Bensheim**: Hirschel (Antis.). — Scipio (nat.-lib.), Stengel (freis.).

**Bingen-Alzey**: De. Böckel (Antis.). — v. Heyl (nat.-lib.), Träger (freis.), Dörr (soz.).

**Mainz**: Böckel (Antis.). — Schlenger (Centr.), Braun (nat.-lib), Joest (soz.).

**Eisenach**: Kaiser (Antis.). — v. d. Osten (nat.-lib.), Casselmann (freis.), Bock (saz.).

**Meiningen-Hildburghausen**: Dr. Wehner (Antis.). — Dr. Paasche (nat.-lib.), Weigt (freis.).

**Waldeck**: Quistorp (Antis.). — De. Böttcher (nat.-lib.).

**Lübeck**: Liebermann v. Sannenberg (Antis.). — Götz (freis.), Schwarz (soz.).

**Bremen**: Müllee (Antis.). — Freese (freis.), Bruhns (soz.).

**Hamburg** I.: Raab (Antis.). — Bleicken (cheistl.-soz.), Laeiß (nat. lib.), Bebet (soz.).

**Hamburg** II.: Raab (Antis.). — Bleicken (christl.-soz.), Dietz (soz.).

**Hamburg** III.: Raab (Antis.). — Bleicken (christl.-soz.), Strauß (freis.), Metzger (soz.).

* * *

Die vorstehende Liste beweist, wie rührig die Antisemiten in diesem Wahlkampfe sind. Wenn sie auch nur Aussicht haben, in wenigen Wahlkreisen durchzukommen, so bezwecken sie durch die Aufstellung einer ganzen Reihe von Zählcandidaten, Zeugniß abzulegen für die Ausbreitung der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Wir fordern unsere Gesinnungsgenossen auf, die kurze Spanne Zeit, die uns noch vom Wahltage trennt, eifrig zu benutzen, um in Versammlungen den antisemitischen Agitatoren entgegenzutreten, ihre Flugblätter mit Gegenflugblättern zu beantworten. Es sind ja immer wieder die alten Unwahrheiten und Anschuldigungen, welche die Antisemiten erheben und welche der „Antisemiten-Spiegel“ (384 S. Preis 1 Mk.), unsere Flugblätter und „Mittheilungen“ gründlich widerlegen. Wenn unsere Freunde sich dieser Hülfsmittel in ausgedehntem Maaße bedienen, dann werden sie im Stande sein, aufklärend zu wirken und zahlreiche Wähler dem Einflusse einer skrupellosen antisemitischen Agitation zu entziehen. Darum, frisch an die Arbeit. Wir stehen gern mit Rath und That zur Seite. Möge der Eifer der Antisemiten ein Sporn für ihre Gegner sein. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Stimmungsberichte aus den einzelnen Wahlkreisen sind uns sehr erwünscht.

## Gustav Freytag über den Antisemitismus.

In der Wiener „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht Gustav Freytag eine Pfingstbetrachtung, worin er über den Antisemitismus zu Gericht sitzt. Dem sehr bemerkenswerthen Artikel des Dichters und Gelehrten entnehmen wir Folgendes:

„Was jetzt mit aufgebauschtem Namen die „antisemitische Bewegung“ genannt wird, ist in Wahrheit noch das alte Leiden, die Judenhetze, wie sie seit dem großen Mainzer Morde immer wieder aufgeregt wurde, nur in ihren Aeußerungen durch die Zeitbildung anders geformt. Jene früheren Verfolgungen hatten scharfen Verlauf, die Juden wurden beraubt und erschlagen oder zur Annahme des Christenthums gezwungen, die moderne Bewegung enthält sich, wie in unserer Zeit selbstverständlich ist, Raub und Mord zu empfehlen; dafür ist sie nach anderer Richtung weit grimmiger und unversöhnlicher, denn sie durchsucht bis in irgend welche Vorzeit hinein sogar die Stammbäume der Christen und erklärt auch eine Bekehrung zum Christenthum und die Einordnung getaufter Juden in das christliche Familienleben als Unehre und als Makel für die Nachkommen aus solchen gemischten Ehen. Solche Auffassung hält sowohl den Mangel an deutscher Gesinnung als die Neigung zu wucherischen Geldgeschäften für eine untilgbare Eigenthümlichkeit jüdischer Herkunft, welche auch unter ganz veränderten Verhaltnissen in ben späteren, zum Christenthum bekehrten Generationen fartwirkt.

Solch thörichte Annahme verdient keine Widerlegung. Der Germanen-Enkel, welcher dergleichen behauptet, erwägt nicht, daß er damit seinen eigenen Vorfahren die schwere Schuld zuschiebt, einen unauslöschlichen Characterfehler in das jüdische Wesen hineingetragen zu haben. Es ist allbekannt, daß die Juden durch mehr als tausend Jahre zwar als Nachkommen der Feinde und Verfolger des Heilands gehaßt und geringgeschätzt, von Ehre und gemeinem Recht ausgeschlossen waren, auf der anderen Seite aber vor dem Untergang in der Masse des Volkes durch eine merkwürdige geschäftliche Bevorzugung bewahrt blieben und in einer ganz ungeheuerlichen Stellung dahinlebten. . . . . .

Wie die Juden sich aber in ihrer unzerstörbaren Volkskraft seit 150 Jahren gehoben und Schritt um Schritt bei jeder Steigerung der Bildung und Humanität der deutschen Nation enger verbunden haben, das ist einer der schönsten Erfolge, welche unsere Geschichte zu verzeichnen hat. In dieser Zeit wurden sie allmählich Verbündete, Freunde, Mitarbeiter auf jedem Gebiete unseres realen und idealen Lebens. Nicht zu zählen sind die Namen der Juden, welche als Gelehrte und Künstler, als Denker und als große Geschäftsleute, als einfache Bürger durch patriatische Hingabe und menschenfreundliche Thätigkeit zu rühmen sind. Und man darf behaupten, daß jeder Fortschritt, den unsere Gesetzgebung machte, bis ihnen der Vollbesitz bürgerlicher Rechte gesichert wurde, auch die Einverleibung ihres Geistes und Gemüthes in das deutsche Leben vervollständigte. Man vergleiche die Gegenwart mit der nächsten Ver-

gangenheit, in welcher Heine und Börne lebten. Es ist seitdem ein Menschenalter vergangen, aber der Unterschied in politischer Sittlichkeit und mannhaftem Patriotismus zwischen jenen starken Talenten und vielen der jetzt lebenden Schriftsteller ist sehr groß. Es wäre unwahr zu behaupten, daß in unseren jüdischen Mitbürgern alle Spuren des tausendjährigen Druckes ausgetilgt sind. Auch an vielen der Besten kann man Eigenheiten in ihrer geistigen und gemüthlichen Regsamkeit erkennen. In Scharfsinn, Witz, den Formen, in denen ihre gestaltende Kraft sich äußert, welche wir geneigt sind, als jüdische zu bezeichnen, vollends in ihrer Erwerbsthätigkeit sind die Nachwehen alter, arger Zeit nicht völlig überwunden. Noch giebt es deutsche Landschaften, wo die Gewohnheiten des Geldwuchers der Landbevölkerung zum Unheil gereichen und wo zu wenig für Herbeiführung besserer Creditverhältnisse geschehen ist.

Aber Alles, was an Besonderheit, an Schwächen und Schäden aus alter, arger Zeit an vielen Einzelnen hängt, das darf die beglückende Ueberzeugung nicht beirren, wie unermeßlich viel von den alten Leiden überwunden wurde, und wir durften hoffen, daß in wenigen Generationen sich ohne große Störungen die völlige Einverleibung in unser Volksthum vollziehen würde, nicht nur in Amt und Beruf, auch in den Herzen und Familien.

Jetzt erscheint vielen diese Hoffnung unsicher. Fast plötzlich ist der Gegensatz zwischen jüdischer und deutscher Art zum Kampfgeschrei und zum Stichworte politischer Aufregung geworden. Zuerst war es die patriotische Beschwerde eines eifrigen hochsinnigen Mannes von reinem Wollen, dann wurde es Gegenstand gelehrter Auseinandersetzung, darauf bemächtigten sich eifrige Priester des Themas, endlich sank es herab in den Dunstkreis zorniger und unzufriedener Agitatoren. Das Getöse ist so heftig, daß auch verständige Männer sorgenvoll fragen, was daraus werden solle. Es giebt darauf nur eine runde Antwort: Nichts wird daraus. Für den Eifer und Haß der Feindseligen durchaus nichts.

Auch dem tüchtigsten Volke bleiben Erkrankungen des Gemüthes nicht erspart, welche, Fiebern und Phantasien vergleichbar, das Urtheil verstören, leidenschaftlichen Haß aufregen. Solche Krankheiten haben in der Regel einen akuten Verlauf, aber die Nachwirkungen werden nur wenig überwunden. Die antisemitischen Schreier und Ankläger dieser Tage gleichen in vielen Einzelheiten den unholden Gesellen, welche in England zur Zeit Karls II. die Menge bis nahe an den Wahnsinn brachten, Richter und Geschworene in Angst um das eigene Leben versetzten. Damals wurden nicht die Juden sondern die Katholiken als Feinde der Nation verklagt und durch falsche Zeugen auf das Schaffot gebracht. Die beschränkten und die argen Gesellen, welche jetzt die Wege der englischen Angeber, der Titus Oates und Dangerfield, wandeln, werden in Verachtung vergehen wie diese.

Niemand aber fühlt das Leidige dieses Streites mit so heißem Schmerze als der redliche Jude selbst. Er hat seither friedlich mit dem christlichem Nachbar verkehrt, als Genosse in der Politik, als Freund im geschäftlichen Verkehr und im Hause, als Vertrauter, vielleicht als Lehrer in wissenschaftlicher Forschung. Er hat in Gesellschaft mit ihm getrunken und gelacht, war geehrter Brautzeuge, wenn sein christlicher Freund die Tochter vermählte, und hat trauernd seinen Kranz auf den Sarg des Christen gelegt, hat seine Söhne für das Vaterland in den Kampf geschickt und hat sich als guter Deutscher gefühlt in Liebe und Abneigung. Jetzt sieht er entsetzt, daß ein Abgrund geöffnet ist zwischen ihm und seinen christlichen Freunden, und daß immer noch das alte grausige Schicksal der Vorfahren über seinem Leben und der Zukunft seiner Kinder hängt.

Immer hat er in der Stille, ach wie tief, die Schwächen und das geschäftliche Gebahren zurückgebliebener Glaubensgenossen empfunden und das Lächerliche ihrer Anmaßung verurtheilt, wenn sie ein unsicheres Selbstgefühl ungeschickt geltend zu machen suchten. Wenn jetzt die Glocken das hohe Christenfest einläuten zum Gedächtniß der Boten, welche einst die milde Lehre von der Nächstenliebe in eine Welt voll Selbstsucht und Haß getragen haben, so dringt ihm der eherne Ton als Mißklang in das Ohr. Er hat für die Christen aufgehört, der Nächste zu sein.

Möge er gläubig der hohen Gewalt, welche über ihm wie über uns waltet, vertrauen. Nicht thatenlos, denn auch er soll helfen, daß besser werde, was in seinen Kreisen von starrem Hochmuth und verknöcherter Selbstgefälligkeit zu finden ist. Aber er soll derselben heiligen Lehre von der Liebe vertrauen, welche schon vor fast zweitausend Jahren den Samariter und Juden als Brüder verkündete, die seitdem das Menschengeschlecht aus Völkermord und geistiger Knechtschaft höher und höher heraushob, um das Dasein aller Staatsgenossen sicherer, tüchtiger und schöner zu gestalten. Diese Botschaft aus Judäa wird auch den Haß zwischen Confessionen und Stammbäumen so überwinden, daß unsere Nachkommen desselben dereinst lächelnd wie einer alten geschichtlichen Sage gedenken."

---

## Zum Prozeß Paasch.

Seit Jahren verwerthet der Antisemitismus die Anklagen, welche der Kaufmann **Carl Paasch** in seinem Werke „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft" gegen die Juden erhoben hat. In diesem Werke werden die Juden beschuldigt, daß sie nach der Weltherrschaft streben und sei es auch mit Hilfe der verbrecherischsten Mittel. Zu dieser Anklage gesellten sich andere gegen den deutschen Gesandten in Peking, Herrn von Brandt, gegen den Justizminister von Schelling, und gegen andere höhere Beamte. Bereits in März und August vorigen Jahres hatte Paasch sich wegen Beleidigung des Reichskanzlers und anderer hohen Beamten zu verantworten gehabt. Am 17. Mai stand die Beleidigung des Ministers von Schelling im Vordergrunde, gegen den Paasch eine Reihe von ehrenrührigen Vorwürfen erhoben hatte.

Man muß es dankbar begrüßen, daß der Gerichtshof die Oeffentlichkeit nicht ausgeschlossen hat. Auf diese Weise wurde die Sache vor der breitesten Oeffentlichkeit behandelt und dem Volke Gelegenheit gegeben, einen antisemitischen Agitator „höheren Stils" (wie Stöcker sagen würde!) kennen zu lernen. Und was hat diese Verhandlung ergeben? Die Thatsachen, die den Justizminister von Schelling in der öffentlichen Meinung herabzusetzen geeignet waren, die Vorwürfe der Bestechlichkeit und Unsittlichkeit sind auch nicht in einem Punkte erwiesen, im Gegentheil ihre Unwahrheit ist auf das klarste festgestellt worden. Ferner sollte Präsident von Eichhorn ein Darlehen genommen haben, um Amtsunterschlagungen zu verdecken. Auch dies, was Paasch zur Unterstützung dieser Anklage beibrachte, war durchaus unwahr. Selbst Paasch's Vertheidiger, der antisemitische Rechtsanwalt Hertwig, gab schließlich rückhaltslos zu, daß von Paasch's ganzen Beschuldigungen wenig oder nichts übrig geblieben ist!

Die hohe Strafe, ein Jahr und drei Monate, die Paasch erhalten, hat nicht verfehlt, Aufsehen hervorzurufen. Gewiß handelte es sich um schwere Beleidigungen gegen höchste Beamte und gegen den Minister der Rechtspflege, der das Recht zu schützen und zu pflegen hat. So ist es begreiflich, daß der höchste Rechtsbeamte des Staates eine Stellung einnimmt, an deren gutem Ruf nicht der leiseste Makel haften darf. Wenn es sich daher um Angriffe handelt, die gegen seine Person gerichtet sind, so fallen diese Angriffe nicht nur auf sein Haupt, sondern auch auf sein Ressort, dessen höchste Spitze er ist, zurück. Ein Angriff auf die Würde des Justizministers ist zur Hälfte auch einer auf die unter ihm geübte Rechtspflege. In der That haben die Antisemiten beide Gesichtspunkte stets mit einander verquickt. Sowohl Herr v. Schelling galt für judenfreundlich als auch die unter ihm geübte Rechtspflege. Eine Zeitlang regnete es Prozesse, welche Richter, Staatsanwälte 2c. gegen Antisemiten angestrengt hatten, weil sie die Justiz angegriffen und das Vertrauen zu ihr zu erschüttern suchten.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Strafe zwar streng, aber nicht übermäßig hoch. Freilich mußte die Rücknahme des ersten Strafantrags des Ministers v. Schelling befremdend wirken, und in der That verfehlten Paasch und Hertwig auch nicht, diesen Umstand anzuführen, weil er geeignet gewesen sei, Paasch in dem Glauben an die Zuverlässigkeit seiner Beschuldigungen zu bestärken. Das Strafmaß erscheint aber ungewöhnlich hoch, wenn man den Prozeß Paasch mit dem Judenflinten-Prozeß vergleicht. Ahlwardt hatte die Militärverwaltung deshalb angegriffen, weil sie das Heer unverantwortlich schlecht bewaffnet habe, ein Vorwurf, der zum Mindesten den Paasch'schen Beschuldigungen gleich kommt. Und Ahlwardt war wegen Verleumdung bereits vorbestraft, seine Thätigkeit als die eines Verleumders gerichtlich festgestellt, während Paasch nicht vorbestraft und unbescholten war. Beide Male hatte der Staatsanwalt 18 Monate beantragt. Ahlwardt erhielt 5, Paasch 15 Monate! —

In, Ahlwardt hatte in seiner Broschüre „Jüdische Taktik" (S. 44) die gleiche Beschuldigung gegen Herrn von Schelling erhoben (ohne directe Namensnennung). Die Broschüre wurde confiszirt. Als das betreffende Blatt durch ein anderes ersetzt wurde, auf dem die inkriminirte Stelle weggelassen worden, erfolgte die Freilassung des Buches.

Die juristische Begründung beider Urtheile kann an dieser Stelle nicht erklärt werden. Es genügt, daß auch dieser neue große Antisemiten-Prozeß sich den anderen ebenbürtig anreiht, sowohl in der Grundlosigkeit und Frivolität der antisemitischen Behauptungen, wie in der Kennzeichnung der Persönlichkeiten, welche an der Spitze der antisemitischen Bewegung stehen. Nicht unberechtigt ist das Wort, daß die Partei die Führer hat, die sie verdient, — Ahlwardt und Paasch! —

## Zur Abwehr.

**Daß die Juden in der Wissenschaft nichts leisten,** — so schreibt man uns von geschätzter Seite — ist eine Behauptung, die in der antisemitischen Presse immer wiederkehrt. Um so befremdlicher erschien mir die nachstehende Notiz der „Staatsbürgerztg.":

„Der Senior der Berliner philosophischen Facultät, Geheimer Regierungsrath Professor Ernst Eduard Kummer, ist am Sonntag-Nachmittag $3^1/_2$ Uhr im 84. Lebensjahre gestorben. Mit ihm ist der Nestor der deutschen Mathematiker dahingeschieden, das älteste Glied aus dem Dreigestirn Kummer — Weierstraß — Kronecker, das so viele Jahre hindurch die mathematische Wissenschaft an der Universität Berlin so glänzend vertreten hat. Weierstraß hat seine Vorlesungen eingestellt, Kronecker ist im vergangenen Herbst gestorben und nun ist ihm Kummer gefolgt, der auch bereits seit 1884 seine Lehrthätigkeit aufgegeben hatte."

Das antisemitische Blatt hat sicherlich nicht gewußt, daß Kronecker von jüdischer Abstammung war und sich erst in den letzten Jahren seines Lebens hat taufen lassen. Diese Gelegenheit benutze ich, um überhaupt auf die stattliche Reihe bedeutender Mathematiker hinzuweisen, die Deutschland seinen Juden verdankt, will aber nur den größten unter denselben, den größten deutschen Mathematiker nach Gauß, nennen, nämlich den dem größeren Publikum fast gänzlich unbekannten Jacobi. Auch unter den lebenden Mathematikern nehmen die Juden nicht nur durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre wissenschaftliche Bedeutung einen ehrenvollen Platz ein.

**Fritz Reuter und die Juden.** Unlängst veröffentlichte der Litterarhistoriker Dr. K. Th. Gaedertz in „Nord und Süd" ungedruckte Briefe und Dichtungen Reuter's. Darunter befindet sich einer an seinen Schulfreund, den jüdischen Arzt Dr. Michel Liebermann zu Stavenhagen, der Reuter's Stellung zur Judenfrage noch klarer stellt, als sie es durch seine Werke bereits ist. In dem Briefe, in dem 250 Thaler als Beitrag zu Errichtung eines Krankenhauses in Stavenhagen lagen, heißt es: „. . . weil ich seit langen, langen Jahren Dein treues ehrenvolles Wirken in Deinem Berufe und Deine Liebe und Freundschaft für mich kenne, sende ich diese Gabe an Dich. Dir, dem Juden, verdanke ich viel mehr als manchem durch seinen Glauben aufgeputzten Christenmenschen . . . Dein alter Freund Fritz Reuter. Eisenach, den 24. März 1867."

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Stöcker und die Conservativen.** Im „Volk" lesen wir:

Fritzlar. Der Bund der Landwirthe hat im Verein mit den Conservativen Oberamtmann Oldenburg-Wilhelmshof aufgestellt. Dieser Schritt ist im höchsten Grade zu beklagen. Wir begreifen nicht, wie conservative Männer irgend ein Interesse daran haben können, einem ihnen so nahestehenden Mann wie Liebermann von Sonnenberg einen Gegencandidaten gegenüberzustellen. Im wohlverstandenen eigenen Interesse der conservativen Partei liegt es, gerade die conservativen Elemente in der antisemitischen Bewegung gegenüber den neuen demokratisch gerichteten zu unterstützen. Liebermann steht in fast allen wichtigen Fragen auf demselben Boden wie die Conservativen. Der Wahlkreis Fritzlar-Homberg-Ziegenhain ist sein wohlerworbener Besitzstand. Wozu daher die Verwirrung und Zersplitterung zur Freude der gemeinsamen Gegner hineintragen?

Diese Fürsorge des Stöcker'schen Organs für den „wohlerworbenen Besitzstand" des Herrn v. Liebermann ist recht characteristisch. Der conservative Abgeordnete Stöcker giebt dem antisemitischen Candidaten den Vorzug vor dem conservativen!

**In dem Disciplinarverfahren gegen den Rector Ahlwardt** hat das Kgl. Provinzialschulcollegium, als entscheidende Disciplinarbehörde erster Instanz, auf **Dienstentlassung** erkannt.

**Schwennhagen ein Polizeispitzel.** Die „Staatsbürgerzeitung" bringt die interessante Enthüllung, daß der antisemitische Agitator Schwennhagen in einem an sie gerichteten Briefe selbst zugebe, der Polizei Material gegen die Partei, der er damals angehörte, die Sozialdemokratie, geliefert zu haben, um sich den Vortheil zu verschaffen, als Einjährig-Freiwilliger dienen zu dürfen, was er als unsicherer Cantonist verscherzt hatte. — In der Galerie berühmter Antisemiten wird nun auch Schwennhagen, der frühere Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", einen Platz finden.

**Dortmund.** Der frühere Redacteur der antisemitischen „**Westfälischen Reform**", Eugen Michel, ist kürzlich von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden, weil er bei Besprechung des Clever Buschoff-Prozesses den Vorsitzenden des Schwurgerichts, Landgerichts-Director Kluth und den Ersten Staatsanwalt Baumgardt beleidigt hat.

**Düsseldorf.** Vom 1. Juni ab wird hier unter dem Titel „Deutsch-nationale Zeitung" unter der Leitung des Herrn Dr. Tesdorpf, bisher in Leipzig, ein neues antisemitisches Blatt erscheinen.

Der in Hannover abgehaltene **deutschsoziale Parteitag** hat mit allen gegen 7 Stimmen folgende Resolution angenommen: Der Parteitag hält an der Seitens des Parteivorstandes abgegebenen Erklärung, daß Ahlwardt nicht Mitglied der deutschsozialen Partei sei, fest und lehnt jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit des Herrn Ahlwardt ab. Am schärfsten sprach Herr v. Liebermann gegen Ahlwardt, am mildesten Prof. Dr. Förster.

So lange nicht die Parteigenossen in Arnswalde-Friedeberg, welche soeben wieder Ahlwardt auf den Schild gehoben haben, in gleicher Weise desavouirt werden, und deutschsoziale Vereine, deutschsoziale Führer (wie z. B. Förster), die deutschsoziale Presse Ahlwardts Treiben unterstützen — so lange bleibt der obige Beschluß eine Komödie.

## Aus Rußland.

### Lehrreiche Thatsachen.

Was die inneren Provinzen Rußlands an den in den letzten Jahren vertriebenen Juden wirthschaftlich eingebüßt haben, ersieht man am besten aus den bezüglichen Correspondenzen des „Graschdanin" und der „Novoje Wremja", die doch gewiß unverdächtige Zeugen in Sachen der leidigen „Judenfrage" im Zarenreiche sind. So schreibt der Warschauer Correspondent der „Novoje Wremja" vom 3. d. M.: „Die aus dem Innern des Reiches eingewanderten Juden haben im Laufe der letzten zwei Jahre (1891 und 1892) nicht weniger als fage 100 kleine Fabriken und größere Werkstätten in der Stadt errichtet, welche alle in bestem Gange sich befinden und zum größten Theil christliche Arbeiter (Polen und Deutsche) beschäftigen. Sie haben ferner so ziemlich einen ganzen kleinen Stadttheil angelegt, indem sie sofort eine Unternehmergesellschaft zum Bau von kleinen Häusern gründeten. Die Handelsvermittlung mit dem Innern des Reiches nicht nur, sondern auch mit dem ganzen süd-westlichen Grenzgebiete befindet sich in ihren Händen und es ist nachgrade merkwürdig, wie sie hier Jedermann willkommen heißt, die Vertreter der wenig zahlreichen russisch-orthodoxen Kaufmannschaft, des Militärs und der Regierungsbehörden nicht ausgenommen." Seltsam in der That!

„Die Juden aus Moskau — lesen wir wieder im „Graschdanin" vom 5. d. Mts. — brachten gerade die Gewerke und Gewerbe mit sich, welche hier in Warschau bislang nur sehr schwach entwickelt waren. Sie haben hier zuerst die Fabrikation von Spitzen und Bändern eingeführt und sie beschäftigen russische Arbeiter aus Wladimir und aus der Umgegend von Moskau, welche sie bereits dort in diesem Zweig gehörig eingeschult hatten. Dieser Umstand ist sehr bezeichnend, weil er klar beweist, daß die Juden in den Industrie-Districten von Wladimir und Moskau bereits eine geachtete Stellung einnehmen und eine Kategorie von Arbeitgebern bildeten, welche die Ortsbevölkerung jetzt nur ungern vermissen muß!"

Die „Petersb. Wjedom." bemerken hierzu: „Auf Grund zuverlässiger Informationen können wir noch hinzufügen, daß die eingewanderten Juden in Warschau alle ihre früheren Geschäftsbeziehungen mit den Orten im Innern des Reiches, aus welchen sie vertrieben wurden, beibehalten haben und Vielen derselben ist sogar die formelle Vertretung der größten russischen Firmen in Wladimir und Moskau übertragen worden. Ebenso vermitteln sie die Lieferung von polnischen Fabrikaten, welche in den russischen Industriebezirken Absatz finden können. Der Waaren- und Handelsverkehr zwischen dem Innern des Reiches und dem Weichselgebiet war noch nie zuvor ein so lebhafter wie in den letzten Jahren. Kurz, die aus Moskau und Wladimir ausgetriebenen Juden haben inzwischen den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß sie einen ebenso nützlichen wie unentbehrlichen Factor der großrussischen Industrie bilden!!"

Ein Commentar dürfte hier überflüssig sein.

---

**Für den Wahlfonds** sind ferner eingegangen: Max Heine-Frankfurt 20 Mk. — Prof. Lunge-Zürich 20 Mk. — Lichtenstädter-Orb 5 Mk. — Felix Müller-Detmenhorst 3 Mk. — Alex Salomon-Gießen 5 Mk. — L. H. in B. 1 Mk.

Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen dringend, weitere Beiträge einzusenden an unsern Schatzmeister Herrn L. Jordan, Magdeburgerstr. 13.

---

## Briefkasten.

Auf mehrfache Anfragen theilen wir mit, daß eine Liste der Abstimmungen der antisemitischen Abgeordneten während der verflossenen Legislaturperiode des Reichstages von uns unentgeltlich zu beziehen ist.

**Dr. L in B.** Es lohnt nicht, sich mit der Sache weiter zu befassen. Denn die „Antis. Corresp." tritt bereits den Rückzug an. In der letzten Nro. schreibt sie: „Es wäre möglich, daß wir in Bezug auf die Abstammung des Architekten Wallot irrten. Nachdem wir vor einiger Zeit ein Bild von ihm gesehen hatten, schien uns sein Hebräerthum jedoch unzweifelhaft. Auch glauben wir uns zu erinnern, daß er vor Jahren in Rabbiner-Blättern als Stammesgenosse verherrlicht wurde." — Gewissenhaftigkeit gehört nicht zu den Tugenden der antisemitischen Presse.

**Dr. M. in H.** Natürlich; auch auf dem deutschsozialen Parteitage zu Hannover klagte Liebermann von Sonnenberg, Ahlwardts Auftreten habe auch insofern geschadet, als alles Geld für Ahlwardtsammlungen draufgegangen sei, so daß jetzt für die Wahl nichts eingehe. Hinc lacrimae.

**Abonnent in Frankfurt a. M.** Wie es kommt, daß Böckel, nachdem er so lange mit seiner Candidatur in Siegen gegen Stöcker geprahlt und gedroht hat, dieselbe jetzt fallen läßt, können wir Ihnen nicht sagen. Vielleicht erfährt man es demnächst durch den „Reichsherold."

### Briefkasten der Expedition.

**Michel Blum bei Lemberg in Lothringen.** Wir können den Namen Ihres Wohnortes nicht lesen und deshalb die „Mittheilungen" Ihnen nicht zustellen. Uebrigens kostet das Abonnement 85 und nicht 45 Pfg., welche Sie uns eingesandt haben.

**Gebr. L. in Köln.** Bei der Expedition sind Sie nicht abonnirt.

**Gabriel Wahl in Mühlhausen.** Die postlagernde Sendung ist zurückgekommen.

---

# Sitzung des Reichstags vom 25. April 1893.

## Stenographischer Bericht.

### (Schluß.)

Abgeordneter **Ahlwardt** fortfahrend:

Dann, m. H., ist die Rede von der Stempelsteuer gewesen; die Reichsstempelsteuer sei erst 1881 angenommen worden. Er macht mir einen ungeheuerlichen Vorwurf daraus, daß ich von einem Gesuch an den Kaiser gesprochen habe. Ich hätte sagen müssen: an den König. Wenn das eine so große Hauptsache ist, dann bin ich wirklich im Irrthum.

Nun kommt Herr Richter auf die Volksversammlung. Das ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß Herr Richter, der doch selbst eine Volkspartei vertreten will, über Volksversammlungen herzieht. Meine Herren, als ich keinen meiner Anträge ursprünglich so, wie ich sie haben wollte, zur Annahme gelangen lassen konnte, als mein zweiter gar keine Unterschriften finden konnte, mußte ich allerdings eine öffentliche Versammlung einberufen, um das darzulegen, was mir hier anscheinend nicht gelingen konnte. Sie war zu gestern einberufen, und sie mußte abgehalten werden. Ich habe mir in der Versammlung möglichst Reserve auferlegt.

Wenn nun Herr Richter mir so sehr die 20 Pfennige mißgönnt, so will ich ihm bemerken, daß in der Regel solche Versammlungen von mir überhaupt nicht einberufen werden, sondern von Vereinen; und wenn die Vereine einen Nutzen dabei haben, und wir Wahlgelder erhalten, und wenn ich selber, besonders, wenn Reisen dabei nothwendig sind, einen Nutzen ziehe, der die Kosten deckt, so werden das Dinge sein, die gegen die anderen Geldsummen nicht in Betracht kommen, die die Vertheidiger des Judenthums beziehen. Es ist wohl kaum die Absicht, bei solchen Versammlungen viel Geld zu verdienen; und behalten die Vereine etwas übrig, so ist es für die Wahlen.

Nun, m. H., kommt Herr Richter darauf, zu sagen, daß ich die Sache dilatorisch behandle; irgend einen Beweis hat er natürlich dafür nicht. (Lebhafter Widerspruch.) Die Acten, um die es sich handelt, — eins von den wichtigen Stücken ist zur Stelle — will ich der Commission übergeben; denn, m. H., Sie werden mir nicht verdenken, daß ich Herrn Richter gegenüber bezüglich meiner Acten Mißtrauen habe, nachdem ich gesehen habe, zu welchen Dingen der Verleumdung Herr Richter greift bezüglich der Bemerkung des Herrn Präsidenten. (Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf **von Ballestrem:** Ich rufe den Herrn Abg. Ahlwardt zur Ordnung, weil er einem anderen Abgeordneten den Vorwurf der Verleumdung gemacht hat.

Abg. **Ahlwardt:** Nun, m. H., ich wollte mit dieser Aeußerung hindeuten auf die Erklärung seiner Zeitung, daß mir eine bestimmte Aeußerung oder etwas ähnliches seitens des Herrn Präsidenten gesagt sei.

Nun meint Herr Richter: dieser Mensch ist abzuthun! Ja, davon bin ich fest überzeugt, daß Herr Richter den Plan lange verfolgt, „diesen Menschen" abzuthun! Es kommt blos darauf an, ob es ihm gelingen wird. M. H., in der Art und Weise wohl kaum, daß hier durch alle möglichen Kunststücke immer wieder von der Hauptsache auf Nebendinge abgelenkt wird. (Große Heiterkeit.)

M. H., die Hauptsache ist und bleibt doch Folgendes. In der Erklärung und dem Eide ist Folgendes ausgesagt; die Briefe beweisen etwas anderes, aus diesen Briefen geht eine ungeheure Auswucherung hervor. Diese Auswucherung ist nicht zu bestreiten, und das scheint mir doch eine große Hauptsache bei der Angelegenheit zu sein, und davon abzukommen, ist nicht richtig.

Wenn nun der Herr Abg. Rickert meint, das Haus hätte andere Dinge zu thun, als sich mit diesen Sachen zu beschäftigen, d. h. mit den Sachen, wie den großen Volksmassen das Geld abgelockt wird, und immer größere Massen proletarisirt werden, so ist das von seinem Standpunkt selbstverständlich, von meinem aber durchaus nicht. Ich halte diese Sache denn doch für wichtiger als manche andere

Nun hat Herr Rickert hier aus einem Arnswalder Blatte eine Notiz vorgelesen, ein Telegramm, das dem Blatt von irgend einer Seite zugeschickt sein muß. M. H., es ist das eine harmlose Notiz. Ich habe das Blatt zugeschickt erhalten; ich habe sie auch gelesen. Sie sagt: der Herr Rector Ahlwardt konnte bisher sein Actenmaterial nicht zur Vorlegung bringen; die Aufregung darüber ist ungeheuer. So heißt die Notiz. M. H., ob die Aufregung groß ist oder nicht, ist Urtheil des Einzelnen; ich habe die Notiz weder abgeschickt noch von der Abschickung Kenntniß gehabt; derjenige, der sie abgeschickt hat, wird wohl die Aufregung für groß gehalten haben! Sonst würde er das nicht geschrieben haben. (Zuruf links.) — Sie gleichen nicht alle Ihnen, m. H.

M. H., wenn der Herr Abg. von Bennigsen nun erklärt, daß er von dem Gelde nichts erhalten hätte, so ist ja diese Erklärung von mir weiter nicht anzutasten. Ich habe aber auch Herrn von Bennigsen speciell nicht beschuldigt, daß er von den 34000 Pfund etwas bekommen hätte (lebhafter Widerspruch links), sondern ich habe nur gesagt, daß das Gründerconsortium, bestehend aus Herrn von Bennigsen, Adickes und Cohn, von Herrn Dr. Strousberg 34000 Pfund ausbezahlt erhalten hätte. Wie das weiter damit ist, weiß ich nicht; eins aber weiß ich, daß die Bahn einen großen Umweg macht, eine Verlängerung von einer Meile erhalten hat, bloß um das Gut des Herrn von Bennigsen mit hineinzuziehen. (Stürmische Bewegung und Schlußrufe.)

Nun, m. H., komme ich (erneute stürmische Unruhe) auf die Aeußerungen des Herrn Abg. Dr. Horwitz. (Lebhafte Schlußrufe.) — Nun, m. H., daß Sie mich dadurch nicht zum Schluß zwingen, werden Sie sich selbst sagen.

Der Abg. Dr. Horwitz hat zunächst die Authenticität der Abschrift in Zweifel gezogen. Da liegt hier das Original. Ich habe nichts weiter gesagt, als was darin steht; um die weitere Erklärung habe ich mich nicht zu kümmern. Der Herr Abg. Dr. Horwitz hat sich also nicht entblödet — — (Glocke des Präsidenten.)

**Präsident:** Herr Abg. Ahlwardt, ich muß Sie zum zweiten Male zur Ordnung rufen, weil Sie von einem Mitglied des Hauses den Ausdruck gebraucht haben: „er hat sich nicht entblödet". Ich verweise Sie auf die Folgen der Geschäftsordnung, welche sich an einem mehrmaligen Ordnungsruf knüpfen.

Abg. **Ahlwardt:** Der Herr Abg. Dr. Horwitz hat gesagt oder Andeutungen gemacht, die darauf schließen ließen, als wären bei einer Weihnachtsbescheerung nicht alle Gelder ihrem Zwecke von mir zugeführt worden. M. H., der Herr Abg. Dr. Horwitz hat diesem Proceß von Anfang bis zu Ende beigewohnt und weiß, daß nachgewiesen wurde durch die Zeugen und Rechnungen, daß die sämmtlichen Gelder ohne Abzug auch nur eines Pfennigs ihren Zwecken voll und ganz zugeführt waren. (Widerspruch links.) Das wurde in dem Proceß bewiesen, in den Untersuchungen bewiesen, und es ist sogar bewiesen, daß ich aus eigener Tasche noch andere Kinder, nachdem diese Mittel aufgebraucht waren, dazu beschenkt habe, die leider sich zu spät gemeldet hatten, um bei der Hauptbescheerung bedacht zu werden. Die Sachen liegen so klipp und klar, daß absolut nach keiner Seite mehr ein Zweifel sein kann; sowohl im Proceß als besonders in den staatsanwaltlichen Untersuchungen ist es festgestellt, aber gleichwohl hier daraufhin angedeutet worden in der wahrscheinlichen Absicht, daß irgend etwas hängen bleiben soll.

Nun kommt der Herr auf meine übrigen persönlichen Verhältnisse zurück. M. H., ich bin allerdings infolge einer Burgschaft für einen Freund jahrelang in schlimmen financiellen Situationen gewesen und theile dieses Loos, wie Ihnen ja wohl bekannt ist, unglücklicherweise mit sehr, sehr vielen Leuten, und besonders auch Beamten. Diese Angelegenheiten waren aber endlich zu einer besseren und guten Entwicklung gekommen, als die Zustände eintraten, die mich veranlaßten, das Buch zu schreiben: „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker", Zustände, in denen eine Anzahl von Lehrern sich dazu hergab, aus politischen Gründen Dinge anzuführen, wie ich sie dargestellt habe. Ich will darauf nicht zurückkommen; nur will ich bemerken, daß der Herr Abg. Dr. Horwitz irrt, wenn er glaubt, daß diese Eingabe vorher an die Schuldeputation gerichtet sei. Es wurde mir aus dem Schulcollegium gerathen, meine Pensionirung nachzusuchen, ich möchte zu diesem Zweck einen Kreisphysicus aufsuchen. Ich suchte den Kreisphysicus auf und der constatirte die Anwesenheit eines Polypen in meiner Nase. (Große Heiterkeit.) Darauf hat er ein Attest geschrieben, das ich versiegelt nach dem Schulcollegium gebracht habe. Dort wurde mir gesagt, daß ich eine Eingabe, nachdem das Attest dort geöffnet war, an die Schulcommission machen möchte behufs Pensionirung. Und, m. H., die Sache liegt sehr wohl klar; ich sah ein, daß die politischen Verhältnisse zwischen einzelnen Personen meiner Behörde und mir absolut unhaltbar seien. Andererseits hatte ich eine Familie und fünf Kinder; es war also wohl nothwendig, daß ich den Versuch der Pensionirung machte. Die Eingabe ist mir in die Feder auf dem Schulcollegium dictirt worden, und ich habe sie dann abgesandt, ohne das Attest jemals gesehen zu haben. M. H., aus einem solchen Pensionsversuch, den ein Beamter ja macht, wenn er glaubt, daß dauernd ein friedliches Zusammenleben nicht möglich ist, möchte nun Herr Dr. Horwitz extrahiren eine — wie drückte er sich da aus? — geistige Umnachtung oder etwas ähnliches, wie das ja in solchen Fallen, wenn jemand energisch und rücksichtslos gegen die tiefsten Schaden vorgeht, die durch das Judenthum bereitet sind, immer geschieht, wie das auch mit Herrn Paasch gemacht worden ist und gegen manchen anderen. (Zurufe.) Das nennt man eine Selbstbelastung, wenn ich erkläre, daß ein Polyp, der durchaus unschädlich ist, zuweilen nur nachtheilig wirkt und es mir schwer macht, mein Amt zu verrichten oder Aehnliches?!

Ich muß Sie doch bitten, sich klar zu machen, in welcher Art ein Kampf gegen mich hier geführt wird. (Große Heiterkeit.) Um Thatsachen ernster Natur zu verdunkeln, den Blick von schreienden Mißständen abzulenken, kommt man auf persönliche Dinge, die vollständig entstellt werden; selbst Versammlungen, die abgehalten werden, werden mir zum Vorwurf gemacht; ein Entree, was dort erhoben wird, wird mir zum Vorwurf gemacht, obgleich jedermann doch weiß, daß eine Versammlung bedeutendes Geld kostet, ein Anschlag allein 50 Mark. In dieser Weise ist wohl eine Debatte über die eigentliche Sache kaum möglich. Es werden immer Zwischendinge hier eingeführt (Heiterkeit), und am meisten hat das ja allerdings der Abg. Horwitz gethan, der gewiß glaubte, damit mich resp. die von mir vertretene Sache todtzuschlagen.

Nun, m. H., ist mir das Ungeheuerlichste zum Vorwurf gemacht worden: daß ich für mein Buch, was ich geschrieben habe, auch Geld genommen habe, und zwar einen Betrag, bei dem sogar ein Gewinn abfällt. M. H., ich habe dieses Buch allerdings mit Gewinn zu verkaufen versucht. In der Regel pflegt das aber jeder zu thun. Daß ein Gewinn dabei nicht erzielt ist, wissen Sie alle, da es confiscirt worden ist, und bei den späteren Büchern habe ich an einen Gewinn nicht gedacht, sondern nur um der Sache willen gekämpft.

Wenn nun der Herr Abg. Rickert sagt: Ich begriffe es nicht, was es heißt „für Ideale zu kämpfen", so möchte ich das zurückgeben; ich möchte sagen: Sie begreifen es nicht, was es heißt, für Ideale zu kämpfen, sich mit Schmutz und Spott und Hohn bewerfen zu lassen, sich jeder Verfolgung auszusetzen, während Sie allerdings nicht in Verhaltnissen leben, die Ihnen diese Zustände als bedenklich erscheinen lassen könnten. Ich kämpfe nur für Ideale, für die Wahrheit und das Volkswohl (Heiterkeit), und bin bereit, für dieselben einzutreten, während Sie, m. H., wohl kaum für Ideale, sondern für materielle Dinge kämpfen, und das Bewußtsein, das Beste zu wollen, wird mich nicht verlassen. Ich erstrebe das Gute lediglich des Guten und des Wahren wegen (Heiterkeit) und kann mich deshalb auf alle diese Angriffe nicht einlassen. Ob alles das, was ich beweisen will, bewiesen wird, wird die Commission erwägen. Ich weiß, daß ich das Beste will und das Beste erstrebe, und mit diesem guten Gewissen trete ich all Ihrem Hohn und Spott und den Angriffen in der ganzen Presse, die Sie beherrschen, mit gutem Bewußtsein und gutem Gewissen entgegen.

**Präsident:** Der Herr Abg. Ahlwardt hat heute zum zweiten Mal Aeußerungen, die ich im Privatgespräch mit ihm gemacht habe, hier zur Erörterung im Reichstag gezogen. Ich lehne es ab, auf seine desfallsigen Bemerkungen von hier aus zu antworten, werde aber, wenn er künftig privatim mit mir sprechen wollte, nach den heutigen Erfahrungen mich richten.

Finanzminister Dr. **Miquel:** Der Herr Abg. Ahlwardt hat in seiner letzten Rede sich gewundert, daß ich ihm den Vorwurf mache, mit Herrn Meißner zu verkehren, mit dem ich doch persönlich viel länger verkehrt hätte. Einmal habe ich mit Herrn Meißner nicht verkehrt, denn er war Bote der rumänischen Direction, und ich bin, wie mir die Direction jetzt noch erklärt, nur selten auf dem Büreau gewesen. Ich kannte also den Mann nicht, jedenfalls nicht genau. Wenn er aber zu mir gekommen wäre mit Acten, die zweifellos seiner Herrschaft gestohlen waren, dann hätte ich dem Mann einen Fußtritt gegeben und ihn hinausgeworfen (lebhaftes Bravo) — und wer das nicht thut, giebt sich selbst einen moralischen Fußtritt. (Sehr gut!)

Der Herr Abg. Ahlwardt hat wiederum von einer Auswucherung der Gesellschaft durch die Bankiers gesprochen. Nun, die Actionäre haben sich nicht beklagt; alle Beschlüsse dieser Gesellschaft von Anfang bis zu Ende sind, wenn ich recht unterrichtet bin, einstimmig gefaßt worden.

Aber, wie drückt sich hier in dem Proceß Gehlsen der Herr Staatsanwalt aus? — das möchte ich doch noch mittheilen. Es war Herr Simon von Zastrow. Er sagte:

> Ich glaube, wir haben alle die Ueberzeugung gewonnen, daß die Gründung der rumänischen Eisenbahngesellschaft nicht, wie sonst der Fall zu sein pflegt, Speculationen waren auf die Taschen der Actionäre, sondern daß in der That es sich um ein großes Staatsinteresse handelte, insofern es sich um die Erhaltung eines Capitals von 60 Millionen Thaler handelte, die unwiderbringlich verloren gewesen wären, wenn die rumänische Regierung in die Lage gekommen wäre, die Confiscation der Bahn auszusprechen.

Das ist doch ein klares, bestimmtes Zeugniß.

Was die Auswucherung anbetrifft, so sagt derselbe Herr Staatsanwalt:

> wenn man alles dies erwägt, so muß man 8 Procent doch für einen sehr mäßigen Procentsatz halten.

Und was sagt der Herr Vertheidiger, der hier vielleicht anwesende Herr Rechtsanwalt Munckel? — Er plädirt nicht für Nichtschuldig für Herrn Gehlsen, er bestreitet auch gar nicht die unglaublichen Lügen und Verleumdungen; — er pladirt auf mildernde Umstände! Und wie motivirt er in sein ironischer Weise diese mildernden Umstande? Er sagt: diese Verleumdungen hätten nun diesen Proceß herbeigeführt, und so hätte die Sache doch einen guten Zweck gehabt, denn infolge dieses Processes würden die Actien der rumänischen Eisenbahngesellschaft unzweifelhaft steigen (Heiterkeit), es würde also alle Welt zufrieden sein.

Staatssecretär Freiherr **von Maltzahn:** Der Abg. Ahlwardt hat soeben zum dritten Mal seine Behauptungen wiederholt, daß der Gründung des Reichsinvalidenfonds Verhandlungen hinter den Culissen vorangegangen wären, welche auf Bemessung der Höhe dieses Fonds einen Einfluß gehabt hätten. Zum ersten Mal hat heute der Herr Abg. versucht, einen Beweis für diese Behauptung anzutreten; aber dieser Beweis ist hinfällig.

Als solchen Beweis hat der Herr Abg. angeführt, daß bereits einige Monate vor dem Erlaß des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds in einem deutschen Blatte die Mittheilung enthalten gewesen sei, daß für diesen zu gründenden Reichsinvalidenfonds Papiere angeschafft worden seien. Das Gesetz über die Gründung des Reichsinvalidenfonds datirt, wie den Herren bekannt ist, vom 23. März 1873. Es hätte dem Herrn Abg. aber wohl bekannt sein können, daß nicht zuerst in diesem Gesetz von der Absicht die Rede gewesen ist, für die Invaliden dauernd zu sorgen, sondern daß bereits das Gesetz vom 8. Juli 1872 ausdrücklich festsetzt, daß ein Theil der damals aus der französischen Kriegscontribution reservirten Summe von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Franken zur dauernden Versorgung der Invaliden bestimmt sein solle. Es konnte auch das dem Herrn Abg. bekannt sein, daß über den Anschaffungstermin der sämmtlichen bei der Gründung des Invalidenfonds in demselben vorhandenen Papiere dem Reichstage ganz genaue Mittheilungen

vorliegen. Ich verweise Sie in dieser Beziehung auf das Actenstück Nr. 185 aus der Session des Jahres 1875.

Nun, m. H., vom Juli 1873 ist das Gesetz über den Invalidenfonds. Die Acten des früheren Reichskanzleramts über diesen Fonds beginnen mit dem Dezember 1872, und aus dem ersten Schriftstück dieses Actenstücks ergiebt sich — was dem Herrn Abgeordneten noch vielleicht hätte bekannt sein können —, daß der Bundesrath am 23. Juni 1871 im Princip bereits die Versorgung der Invaliden durch einen für diesen Zweck zu gründenden Fonds beschlossen hatte. Es ist also durchaus nichts Auffallendes an der Thatsache, daß bereits vor dem Erlaß des betreffenden Gesetzes vom Juli 1873 Anschaffungen für diesen Fonds gemacht sind; sondern das Reichskanzleramt handelte dabei einfach in Erfüllung einer ihm verfassungsmäßig obliegenden Pflicht und im wohlverstandenen Interesse auch der Invaliden. Diese Anschaffungen haben übrigens keineswegs besonders früh begonnen. Bei einer flüchtigen Durchsicht des vorher erwähnten Actenstücks des Reichstags, Nr. 185 vom Jahre 1875, finde ich, daß die ersten Anschaffungen gemacht sind im Dezember 1872, also zu derselben Zeit, zu welcher die mir hier vorliegenden Acten der Verwaltung beginnen, und nicht früher.

Abg. **Dr. von Bennigsen:** M. H., ich bitte Sie, mir noch auf einige Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, so leid es mir thut, daß ich noch einmal in der Lage bin, Herrn Ahlwardt antworten zu müssen.

Der Abg. Ahlwardt, nachdem er die frühere Verdächtigung nicht mehr aufrecht erhalten hat, ist sofort zu einer anderen allgemeinen Verdächtigung geschritten, dahin gehend — so weit es mir in dem allgemeinen Lärm möglich war, ihn vollständig zu verstehen —, daß ich durch meinen Einfluß im Aufsichtsrath der Altenbekener Bahn im eigenen persönlichen Interesse gegen das Interesse der Gesellschaft veranlaßt hätte, die Bahn einen Umweg von einer Meile machen zu lassen. M. H., dieser selbe Vorwurf ist schon vor Jahren einmal gegen mich erhoben in einer Broschüre, ausgehend von einem Herrn, den ich nicht nennen will. Ich war damals in der glücklichen Lage, diese Verdächtigung amtlich widerlegen lassen zu können in einer sehr schlagenden Weise, und mich wunderts, daß der Vorwurf noch einmal seitdem hat wieder auftauchen können. Vollkommen richtig ist, daß die Hannover-Altenbekener Bahn von Hannover bis zur Weser einen Umweg machen muß — eine Meile ist er meines Wissens nicht; ich kann aber nicht genau angeben, wie groß er ist; es ist ein ziemlich großer Umweg — um den südöstlichen Hang des Deister-Gebirges herum, welches sich zwischen der Weser und Hannover einige Meilen weit erstreckt. Hart an dem südöstlichen Hang des Deister-Gebirges liegt das große Dorf Bennigsen, in welchem ich ein Rittergut besitze. Durch diesen Umweg führt die Bahn nicht bloß bei diesem Dorf, in welchem mein Gut liegt, vorbei, sondern auch in der Art und Weise, wie die chaussirten Straßen da zusammentreffen, ist auch in der Nähe ein Bahnhof angelegt worden.

Nun, m. H., ist das Project dieser Bahn ein älteres gewesen, mehrere Jahre älter als vom Jahre 1868, in dem zur Ausführung desselben durch eine Actiengesellschaft geschritten wurde. Schon die hannoversche Regierung hat das Project gehabt und eingehend bearbeiten lassen. Die preußische Regierung nach der Annexion hat diese Arbeiten aufgenommen und namentlich die Tracirung der Linie noch einmal auf das sorgfältigste prüfen lassen. Dasselbe ist wiederum geschehen von der Actiengesellschaft Hannover-Altenbeken. Alle diese drei Untersuchungen sind zu demselben Resultat gekommen, nach wiederholter Prüfung der unangenehmen Aufgabe, einen Umweg für diese Bahn am Deister zu machen, — zu dem Resultate, daß ein großer Tunnel durch das Deister Gebirge durch, um diesen Umweg zu umgehen, viel kostspieliger mit Verzinsung u. s. w. sein würde als die Tracirung eines solchen Umwegs. Nicht allein die Privatgesellschaft der Hannover-Altenbekener Bahn, und wie gesagt die preußische Staatsregierung, sondern auch die hannoversche Regierung! Namentlich die älteren von Ihnen, die mit den hannoverschen politischen Verhältnissen bekannt sind, mit der ziemlich scharfen Oppositionsstellung, die ich jahrelang und namentlich in den betreffenden Jahren zu der Regierung einnahm, werden wissen, wie durchschlagend es ist, wenn auch die hannoversche Regierung diesen Umweg nach sorgfältiger Untersuchung für nothwendig erklären mußte. (Sehr richtig!) Denn mir zu Gefallen, um mir eine Annehmlichkeit zu machen oder etwa meinem Gute eine Werthsteigerung zukommen zu lassen, hätte doch der Minister Graf Borries und die hannoversche Regierung schwerlich einen unnützen Umweg für eine Bahn vorgenommen, die sie auf Staatskosten damals anzulegen beabsichtigten. (Sehr gut!)

Daraus folgt also, m. H., daß dieser Umweg ein in der Sache begründeter, absolut nothwendiger, nach wiederholten Untersuchungen als solcher erkennbar gewesen ist.

Nun, m. H., daraus mögen Sie sehen, was Sie von den Aeußerungen und Verdächtigungen eines Mannes halten wollen, der eine solche Anklage auch wieder gegen die Uneigennützigkeit und für den schwersten Eigennutz eines Collegen hier im Reichstag in die Welt schleudert, wo er doch gar nicht im Stande ist, irgendwie das Material zu kennen und zu prüfen, und noch weniger im Stande ist, irgend welche Beweise für seine Verdächtigung beizubringen. Lediglich zur Belehrung für Herrn Ahlwardt und seine Hintermänner verweise ich auf die amtliche Erklärung, die zur Zurückweisung des damals in der Broschüre eines Herrn so und so gegen mich erhobenen gleichen Vorwurfs auf meine Veranlassung von der Eisenbahndirection in Hannover erlassen worden ist, und die inhaltlich dasjenige bekundet, was ich Ihnen soeben in der Kürze darlegen zu sollen geglaubt habe. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. **Dr. Lieber:** Meine Herren, erwarten Sie nicht, daß ich im Augenblick in das Sachliche der Vorbringungen des Herrn Abg. Ahlwardt von heute eintreten oder Ihnen ein Urtheil, sei es ein persönliches, sei es das meiner politischen Freunde, und unsere Empfindungen über das heutige Auftreten des Herrn Abg. Ahlwardt äußern werde! Wenn man auf dem Standpunkte steht, dem Antrag Ahlwardt Folge gebend, eine Commission zur Prüfung seiner früheren Behauptungen und seines jetzt unterbreiteten Actenmaterials einzusetzen, so muß man zu dem, wenn auch schweren Entschlusse kommen, sich eines Urtheils, einer abschließenden Aeußerung zur Sache bis dahin zu enthalten, daß diese Commission Bericht erstattet haben wird. Und auf dem Standpunkte, daß wir dem Antrag Ahlwardt Folge geben wollen, stehen wir.

Freilich, wenn wir unserer persönlichen Neigung Rechnung tragen dürften, wenn wir insbesondere dem Eindruck Folge geben wollten, den das heutige Auftreten des Herrn Ahlwardt in uns erweckt hat, so würden wir seinen Antrag kurz von der Hand weisen. Allein wir glaubten, daß wir zunächst dem Deutschen Reichstag schuldig sind, daß nicht auch er, wie sein Seniorenconvent, von dem Herrn Abg. Ahlwardt dem Vorwurf, ihn vergewaltigt zu haben, unterstellt wird. Wohl müssen wir uns sagen, daß der Herr, der dem Seniorenconvent des Reichstags einen solchen Vorwurf, den ich nicht nach Gebühr beeigenschafte, nicht ersparen wollte, auch kein Bedenken tragen wird, dann, wenn die Commission seinen Wünschen entsprechend nicht entscheidet, die Commission, und wenn der Reichstag seiner Commission folgt, den Reichstag selbst mit jenem Vorwurf der Vergewaltigung gleichfalls zu belegen. Gleichwohl schlagen wir Ihnen vor, was wir unsererseits thun können, zu thun, um wenigstens in den Augen aller Vernünftigen und Gerechten einem solchen Vorwurf jeden Boden zu entziehen.

Aber damit nicht genug, m. H., nachdem der Königlich preußische Herr Finanzminister, ein Mitglied unseres hohen Bundesraths, den ausdrücklichen Wunsch geäußert hat, es möge der Reichstag diese Commission einsetzen, halten meine politischen Freunde und ich es für eine einfache und unabweisbare politische Anstandspflicht, nicht sowohl dem Herrn Ahlwardt Gelegenheit zu geben, ungeheuerliche Beschuldigungen zu beweisen, als vielmehr dem schwer angeschuldigten Mitglied des hohen Bundesraths und den ebenso schwer beschuldigten Mitgliedern unseres hohen Hauses die ausdrücklich geforderte Gelegenheit, sich glänzend vor der Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen, nicht vorzuenthalten.

Diese Erwägungen sind es, welche uns sogar über die verfassungsmäßigen Bedenken hinwegsehen lassen, denen man beim näheren Zusehen den Antrag wohl unterziehen müßte. Wir glauben, die Sache sei so gelagert, daß es nicht angezeigt sei, mit formalen und selbst mit formalen Verfassungsbedenken die gründliche Verhandlung derselben irgendwie hintanzuhalten. Aber wir müssen aus solchen Bedenken heraus unserer Bereitwilligkeit, diese Commission niederzusetzen, auch unsererseits die ausdrückliche Verwahrung anschließen, daß dies ohne jedes Präjudiz für die Zukunft geschehe, lediglich mit Rücksicht auf die Absonderlichkeit und die Schwierigkeit des Falls; und wir vertrauen, daß die Verhandlungen dieser Commission ein solches Ergebniß liefern werden, daß demnächst dem Herrn Abg. Ahlwardt nicht nur aus diesem hohen Reichstag, sondern aus allen besonneneren rechtlichen und gesitteten Kreisen deutscher Nation das einstimmige Verdict entgegenschallen wird, mit welchem seinerzeit ein berühmter Staatsmann der Julimonarchie, unter dem Beifall des ganzen gesitteten Frankreich, nichtswürdige Verleumder abgeschüttelt hat: „häufen Sie nur das Maß Ihrer Verleumdungen, Sie werden niemals das Maß unserer Verachtung erreichen." (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freiherr **von Manteuffel:** M. H., der Herr Abg. Dr. Lieber hat ausgeführt, daß in den einleitenden Worten des Herrn Ahlwardt eine schwere Anschuldigung enthalten sei gegen den Seniorenconvent. Der Herr Abg. Ahlwardt hatte gesprochen davon, daß er durch die Beschlüsse des Seniorenconvents vergewaltigt worden sei.

Nun ich bin der Meinung, daß es thatsächlich nicht nothwendig ist, den Seniorenconvent und seine Beschlüsse gegenüber den Anschuldigungen des Herrn Abg. Ahlwardt noch des weiteren zu vertheidigen. (Sehr richtig!) Aber, m. H., ich möchte doch klar stellen, inwieweit diese Vergewaltigung des Herrn Abg. Ahlwardt sich erstreckt hat. Der Beschluß des Seniorenconvents, der durch den Berichterstatter des Seniorenconvents, Herrn Grafen von Ballestrem, mitgetheilt worden ist, lautet folgendermaßen:

> Die Vertrauenscommission des Reichstags hat einstimmig beschlossen, zu erklären, daß die von dem Abg. Ahlwardt vorgelegten Actenstücke durchaus nichts enthalten, was die Behauptung des Abg. Ahlwardt in der gestrigen Sitzung irgendwie unterstützte, und nichts enthalten, was gegenwärtige oder frühere Mitglieder des Reichstags, eines deutschen Landtags, der Reichsregierung oder einer deutschen Landesregierung im mindesten belastet.

Das ist die glatte Erklärung, die hier abgegeben worden ist; und ich füge hinzu, daß in den Verhandlungen des Seniorenconvents der Abg. Ahlwardt selbst wiederholt hervorgehoben hat: ja, in diesem nackten Zustande würden die Acten nicht in der Lage sein, irgend etwas gravirendes zu beweisen, dazu müßten sie im Zusammenhang mit den

anderen Acten verlesen und geprüft werden. Das hat Herr Ahlwardt selber zugegeben.

Nun, meine Herren, frage ich Sie, liegt darin irgendwie eine Vergewaltigung? Wenn der Herr Abg. Graf von Ballestrem am Schluß hinzugefügt hat, wie die Gefühle des Seniorenconvents gewesen wären bezüglich der Handlungsweise des Herrn Abg. Ahlwardt, so, meine ich, ist das nicht der Beschluß des Seniorenconvents, aber wohl war Herr Graf von Ballestrem vollständig berechtigt, diese Gefühle zum Ausdruck zu bringen, und ich glaube, wir alle theilen dieselben. Und ich meine, daß alle die, welche nicht so handeln, wie es hier als schicklich bezeichnet ist, dann in derselben Weise von uns gebrandmarkt werden, wie Herr Ahlwardt durch die Ausführungen des Herrn Grafen von Ballestrem gebrandmarkt worden ist. (Sehr gut! rechts.) Dies zur Vertheidigung des Seniorenconvents.

Nun, m. H., bin ich eigentlich der Meinung, daß durch die lange Discussion, die heute hier stattgefunden hat, die ganze Sache zu sehr aufgebauscht und die Person des Herrn Ahlwardt viel zu viel geehrt worden ist. (Sehr richtig!) Meine Herren, nach meiner Ansicht war die Sache abgethan durch die Ausführungen des Herrn preußischen Finanzminister Dr. Miquel, welche darin gipfelten, daß ein Abgeordneter, der sich hinter der Redefreiheit deckt, die ihm der Reichstag giebt, dann auch, wenn ihn diese Redefreiheit nicht mehr schützt, dieselben Anschuldigungen vorbringen werde, damit er vor den ordentlichen Richter gezogen werden könne und die Strafe ihn trifft, die ihm gebührt, wenn er Verleumdungen ausgesprochen hat. Damit war meines Erachtens die Sache abgethan, und der Brustton der Ueberzeugung, der von mehreren Rednern hier angeschlagen ist, erschien mir gänzlich unangebracht und überflüssig. (Sehr richtig!)

Nun meine ich wirklich: wenn man die Reden, die heute Herr Ahlwardt gehalten hat, und vor allen Dingen die Citate, die er aus seinen eigenen früheren Reden hier uns zum besten gegeben hat, ansieht, dann müßte man die ganze Erscheinung und das ganze Vorgehen des Herrn Ahlwardt auf ein viel niedrigeres Niveau stellen, als das bislang hier geschehen ist. Der Herr Abg. Richter hat dem Herrn Abg. Ahlwardt vorgeworfen, er hätte z. B. die Acten der Hannover-Altenbekener Eisenbahngesellschaft, bezüglich deren er dem Herrn Abg. von Bennigsen schwere Vorwürfe gemacht hat, nicht einmal eingesehen und gelesen. Ja, m. H., was hätte denn das geholfen, wenn Herr Ahlwardt diese Acten eingesehen und gelesen hätte? Er hätte sie wahrscheinlich nicht verstanden, oder, wenn er sie verstanden hätte, hätte er sie sicher falsch wiedergegeben. (Große Heiterkeit! Bravo!)

Dann aber, m. H., meine ich auch, geschieht, wenn wir wirklich auf den Vorschlag eingehen, eine Commission von 21 Mitgliedern zu erwählen, um die Prüfung vorzunehmen bezüglich der Acten, die uns noch vorgelegt werden sollen, resp. vorgelegt worden sind, — geschieht auch da der ganzen Sache eigentlich zu viel Ehre.

Dem ungeachtet sind meine politischen Freunde und ich bereit, dem Vorschlag des Herrn Abg. Dr. Lieber zu folgen, und zwar aus denselben Gesichtspunkten, die Herr Abg. Dr. Lieber angeführt hat: weil wir meinen, daß es thatsächlich nothwendig ist, jedes Substrat zu neuen Verdächtigungen zu nehmen, vorausgesetzt natürlich, daß sich diese Acten als das erweisen, für das sie angesehen werden, und daß in ihnen nicht wirklich schwerwiegende Beweisstücke enthalten sein sollen, wovon wir uns ja zur Zeit noch nicht haben überzeugen können. Aber ich meine, jedenfalls muß eine Untersuchung stattfinden, um die Möglichkeit zu nehmen, nachher wiederum schwere Beschuldigungen gegen Mitglieder dieses Hauses und der verbündeten Regierungen auszusprechen. (Sehr richtig.)

Selbstverständlich habe ich aber dieselben Verclausirungen zu machen, die Herr Abg. Dr. Lieber vorgetragen hat, d. h. zunächst die, daß wir unter keinen Umständen ein Präjudiz schaffen wollen dadurch, daß man dem Antrag des Abg. Ahlwardt Folge giebt und eine Commission von 21 Mitgliedern zur Prüfung dieser Angelegenheit einsetzt, insonderheit auch kein Präjudiz dahin schaffen wollen, daß hier eine Commission eingesetzt wird und ihr Urtheil abgiebt über Mitglieder des Bundesraths. Denn der Reichstag ist nicht in der Lage, über die Handlungsweise von Mitgliedern des Bundesraths in einer derartigen Commission ein Urtheil irgendwie abzugeben. Das wollte ich noch ausdrücklich bemerken. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe aber noch eine Bedingung an diese meine Ausführungen hier zu knüpfen. Herr Abg. Ahlwardt hat noch nicht klipp und klar angegeben, daß diese Acten, die er uns nunmehr übergeben hat, auch wirklich alles sind, was er in der betreffenden Angelegenheit hinter sich hat. (Sehr richtig!) Wie wäre denn unsere Lage, wenn wir in der 21 er Commission eine Prüfung der Acten vornehmen, nach derselben sagen: alles das, was hier geprüft worden ist, hat ergeben, daß irgendwelche Beweise für die Behauptungen des Herrn Abg. Ahlwardt nicht erbracht worden sind, — und Herr Ahlwardt erscheint dann und sagt: ja, das Beste habe ich ja noch, das werde ich euch dummen Kerls doch nicht geben —? (Große Heiterkeit.) Ja, m. H., wenn wir in diese Lage kämen, sollten wir lieber die einundzwanziger Commission überhaupt nicht einsetzen. Also ich meine, Herr Ahlwardt hat, ehe wir einen Beschluß über diese Angelegenheit fassen, seinerseits die Erklärung abzugeben, daß nunmehr sämmtliche Acten, die er in dieser Angelegenheit als Beweismaterial hinter sich habe, auch dem Reichstag, respective der Commission vorgelegt seien. Nur wenn er diese Erklärung abgegeben hat, werden meine politischen Freunde und ich in der Lage sein, für den Antrag des Herrn Abg. Ahlwardt zu stimmen. (Bravo! rechts.)

Nun ist der Antrag des Herrn Abg. Ahlwardt von ihm selbst als ein schleunigee Antrag bezeichnet worden. Ich meine deshalb, man muß diesen Antrag als einen schleunigen Antrag behandeln, d. h. die Commission muß so schnell als möglich gewählt werden und die Commission muß so schleunig wie möglich arbeiten, selbstverständlich bei voller Sachlichkeit und voller Genauigkeit in der Prüfung; sie muß aber auch dann so schnell als möglich ihren Bericht erstatten. Denn es wäre doch thatsächlich, ich möchte wirklich sagen, ein Unglück, wenn der Reichstag auseinanderginge, ehe der Bericht der Commission erstattet worden wäre. Deshalb, meine ich, muß seitens der Commission, respective des Vorsitzenden der Commission darauf gewirkt werden, daß die Arbeiten der Commission so schnell als möglich von statten gehen.

Der Herr Abg. Dr. Lieber hat seine Ausführungen damit motivirt, daß er sagte, er käme dazu, für diese Commission zu stimmen, nur wegen der Absonderlichkeit und wegen der Schwierigkeit des Falles. Ich stimme ihm darin vollständig bei, setze aber noch hinzu: nicht nur des Falles, sondern auch der Person (Lebhaftes Bravo.)

**Präsident**: Das Schlußwort hat als Antragsteller der Herr Abg. Ahlwardt.

Antragsteller Abg. **Ahlwardt:** M. H., am schmerzlichsten in den ganzen Verhandlungen ist mir die Aeußerung des Herrn Abg. Dr. Lieber gewesen, nach welcher sein Urtheil ja schon vollständig fest steht und schon öffentlich gefällt ist. Er sprach da von einer bevorstehenden glänzenden Rechtfertigung. Ja, m. H., das, muß ich sagen, thut mir weh. Eine Rechtfertigung ist ja möglich, es ist möglich, daß die Sache so verläuft; aber ich meine, es wäre doch wohl gut gewesen, daß diese Erklärung erfolgt wäre nach Prüfung der Sache.

Der Herr Abg. Freiherr von Manteuffel will die Vergewaltigung in Abrede stellen; ich habe die Vergewaltigung schon darin gesehen und habe auch darüber keinen Zweifel gelassen, daß, nachdem ich erklärte, ich werde nach Ostern das Material vorlegen, vorher schon eine Commission über das noch nicht in meinem Besitz befindliche Material berieth und auf Grund dessen, wie Herr von Manteuffel sich selbst ausdrückte, mich brandmarken wollte. Ich bin dankbar für diese Aeußerung; da weiß ich doch jetzt eigentlich, welche Absicht vorhanden ist. Es ist wohl schwer, in der Sache, die hier jetzt vorliegt, vollständig sachlich zu bleiben. Es ist das auch der Herr von Manteuffel nicht, auch er hat hier die Person mit hineingezogen und will eine andere Person ausgeschlossen wissen, und zwar ein Mitglied des Bundesraths, weil er erklärt, der Reichstag würde nicht das Recht haben, darüber zu sprechen.

M. H., ich kann Ihnen nur erklären auf die Frage des Herrn Präsidenten, daß allerdings in diesem Augenblick noch einige Acten rückständig sind. (Bewegung.) M. H., das werden Sie ja wohl auch begriffen haben aus den Ausführungen, die vorhin stattfanden. Ich erkläre aber, daß in demselben Augenblick, in dem die Commission zusammentritt, der letzte Rest der Acten in ihren Händen sein wird, und zwar ohne Rückhaltung auch nur eines einzigen Stückes. (Zuruf.) — Ich habe doch jetzt nicht alles hier. (Zuruf.)

**Präsident:** M. H., ich gebe das Wort zu einer persönlichen Bemerkung dem Herrn Abg. Dr. Horwitz.

Abg. Dr. **Horwitz:** Nur zweierlei, m. H.

Der Herr Abg. Ahlwardt hat gesagt, ich hätte bezüglich dessen, daß er bei einer Weihnachtscollecte für die armen Kinder, die die Schule besuchen, verschiedene Beträge in seiner Tasche vergessen hätte. Ich habe das nicht gesagt; ich habe aus den öffentlichen Verhandlungen nur das referirt, was dort Gegenstand der eingehendsten Erörterung war.

Dann hat der Herr Abg. Ahlwardt behauptet, ich wollte ihn unzurechnungsfähig machen. Ich habe nur seine eigenen Erklärungen wiederholt und das, was gleichfalls in der öffentlichen Verhandlung von ihm gesagt worden ist. Ich verstehe ihn absolut nicht, aber ich gebe es auf, mit ihm zu streiten, denn es giebt bekanntlich Mächte, gegen welche selbst Götter vergebens kämpfen.

**Präsident:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abg. Ahlwardt.

Abg. **Ahlwardt**: Der Herr Abg. Horwitz erklärt, daß nicht er das gesagt hätte bezüglich der Weihnachtsbescheerung. M. H., der Herr Abg. Horwitz hat eine Aeußerung, die er im Processe angehört hat, vorgeführt, er hat aber die demnächstigen Zeugenaussagen, die endlich volle Klarheit in die Sache brachten und mehr als genügten, hier nicht in Erwähnung gebracht. Er hat also einseitig eine Aeußerung hervorgehoben, während er doch den Verlauf kannte. Ich überlasse die Beurtheilung solcher Handlungsweise dem Hause.

Von einer geistigen Unzurechnungsfähigkeit war in dem Gesuch gar nicht die Rede, welches ich auf Wunsch des Schulcollegiums aufsetzte, sondern es war nur davon die Rede, daß in Folge eines Polyps der Blutandrang nach dem Kopfe bisweilen mir Beschwerden veranlasse. Das war geschrieben, um meine Pensionirung herbeizuführen. Herr Horwitz hat hier jetzt abermals die Sache vorgebracht und wieder in entstellter Weise.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: J. V.: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Aowehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sanntag; sie kasten vierteljährlich bei der Past bestellt 50 Pf, mit Bestellgeld 65 Pf, direct van der Expeditian (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezagen 85 Pf. Eingetragen in der Pastzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactianellen Zusendungen sind zu richten an die Redactian der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeardneten Jardan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Past die Werth- ader Geldsendung nicht aus.

**Nr. 23.** **Berlin, den 4. Juni.** **3. Jahrg. 1893.**

### Zur Wahlbewegung.

Das Wahltableau, welches wir in der letzten Nummer gebracht haben, bedarf der Vervollständigung und der Abänderung. In anbetracht der die diesmalige Wahlbewegung auszeichnenden Unbeständigkeit — die Candidaten wechseln fortwährend, eine Candidatur, die heute proclamirt wird, existirt morgen nicht mehr — wollen wir uns auf das Wichtigste beschränken:

Für **Annaberg** ist Liebermann v. Sonnenberg aufgestellt. für **Breslau Ost** Dr. Förster, **Breslau West** Obermeister Beutel. Auch in **Metz** und **Celle** fungirt Liebermann als Zählcandidat.

An Stelle des Landwirths Leopard ist für **Büdingen-Friedberg** der Landwirth Johannes Bähr VIII. in Rohrbach aufgestellt worden, für **Dillenburg** an Stelle des Landwirths Böhr der Gastwirth Emil Bodeck aus Berlin. (Sollte das derselbe Herr sein, der aus einem Berliner antisemitischen Verein ausgestoßen worden ist?)

Der Agitator Leuß aus Hannover candidirt nicht in Emden-Leer, sondern in **Eschwege-Schmalkalden.** Die Deutschsozialen in Emden-Leer werden für den conseroativen Grafen Knyphausen stimmen.

In **Schaumburg-Lippe** ist von den Christlichsozialen der Kammerherr und Rittergutsbesitzer v. Oheimb aufgestellt.

Im **Marburger** Wahlkreise giebt es nicht weniger als sieben Candidaten, außer den 4 bereits genannten noch: Martin (hess. Rechtspartei), Dr. Paasche (nat.-lib.), Müller (Centr.).

In **Liegnitz** candidirt von freisinniger Seite nicht Prof. v. Bar, sondern Rechtsanwalt Kauffmann (Berlin).

Von antisemitischen Candidaten sind nach zu nennen: für **Saarbrücken** Redacteur Rittner, **Apolda-Weimar** Liebermann v. Sonnenberg. **Wiesbaden** Premierlieutenant a. D. Brade, **Rossen-Döbeln** Rittergutsbesitzer Sachse, **Wetzlar-Altenkirchen** Landwirth Bähr.

Eine besondere Species von antisemitischen Candidaten hat **München** aufzuweisen. Der Glockengießer Kortler und der Zimmermeister Leid sind gemeinsame Candidaten des Centrums und der Antisemiten.

Freisinniger Candidat in **Ohlau-Nimptsch-Strehlen** ist der Bauerngutsbesitzer Rößler.

Im Wahlkreise **Gießen** ist als freisinniger Candidat (wie oor drei Jahren) Landrichter Dove aufgestellt.

* * *

Recht interessant gestaltet sich die Situation im Wahlkreise **Fritzlar-Homberg-Ziegenhain.** Dort candidiren außer dem bisherigen Vertreter Liebermann oon Sonnenberg der Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe, der conservative Gutsbesitzer Oldenburg, der nat.-lib. Domänenpächter Pestalozzi und der Sozialdemokrat Jordan.

Herr Oldenburg erklärte (nach einem Bericht des Homberger Kreisblattes) in seiner Candidatenrede, daß er auf dem rechten Flügel der conseroatioen Partei stehe. Auch auf den Antisemitismus kam er zu sprechen und sagte wörtlich: „Der Antisemitismus ist aus einem schönen und berechtigten Gefühle entstanden, angeknüpft an die Mißstände einiger räudiger Schafe." In vielen Fällen seien die Mittel zur Abwehr durchaus unpraktisch und oerfehlt, und in einem modernen Staat nicht erreichbar, deshalb nicht erreichbar, weil man nicht alle Genossen eines Stammes oerantwortlich machen könne für Fehler einzelner. Darum müßten Gesetze geschaffen werden, welche derartige Mißstände beseitigen, er würde kämpfen gegen Mißstände, nicht gegen Menschen.

Die Candidatur Oldenburg war den Ultraconservatioen ein Dorn im Auge; sie wollten ihrem Freunde Liebermann keine Schwierigkeiten bereiten und so erklärt denn der Vorstand des conservativen Vereins für Hessen und Waldeck öffentlich, daß seinerseits die Candidatur Liebermanns nicht als eine gegnerische betrachtet werde und er empfiehlt den Gesinnungsgenossen, für Herrn v Liebermann zu stimmen.

Wenn Herr Oldenburg nicht zurücktritt, dann werden also die Conseroativen oder doch ein Theil derselben, gegen den eigenen Parteigenossen und für den antisemitischen Candidaten stimmen.

* * *

Aehnlich stehen die Dinge im Wahlkreise **Mühlheim-Duisburg.** Vertrauensmänner der conservativen Partei haben sich mit der Candidatur des nationalliberalen Dr. Hammacher einoerstanden erklärt. Die Stöckerpresse aber fordert die Conservativen auf, dem antisemitischen Candidaten Dr. König ihre Stimme zu geben.

* * *

Doch alle Freundschaftsdienste haben es nicht verhindert, daß die „reinen“ Antisemiten den conservativen Antisemiten schweren Kummer bereiten, indem sie ihnen im Wahlkampfe Cancurrenz machen. Die „**Kreuzztg.** klagt, daß das von ihr gewünschte freundnachbarliche Verhältniß zwischen Conservatiaen und Antisemiten nicht zu Stande kamme.

Wenn die Antisemiten liberale Wahlkreise angreifen, so kann das den Canservativen natürlich nur lieb sein; aber in den conservativen Jagdgründen zu pürschen, soll den Antisemiten verboten sein.

Die „Kreuzzeitung“ weist speciell auf die überwiegend ländlichen Wahlkreise Niederbarnim und Teltow hin, wo die Antisemiten den Kampf gegen die Canservatiaen in aller Form eröffnet hätten. „Daß Prof. Dr. Förster — schreibt sie — den Kreis Teltaw seit längerer Zeit als seine Domäne ansieht, haben wir bereits var mehreren Monaten angedeutet. Dieser Kreis war bisher canservativ vertreten, allerdings durch einen Abgeardneten, der den Antisemitismus wahl mancherlei Angriffspunkte darbat. An seiner Stelle ist jetzt van conservatiaer Seite ein Mann aufgestellt warden, welcher durchaus auf dem Baden des neuen Programms steht. Nichts desta weniger hält Dr. Färster seine Candidatur aufrecht. Die Gefahr, daß der Kreis Teltaw van einer der Judenparteien erabert wird, ist dadurch erheblich näher gerückt.“

Aehnlich liege die Sache in Niederbarnim, wo der Redacteur der „Staatsbürgerztg.“ Dr. Bachler dem canservativen Candidaten Dr. Irmer gegenübergestellt sei.

Und nun kammt eine Drahung:

„Die Conservatioen werden den Fehdehandschuh, dee ihnen so oon antisemitischer Seite hinzeworfen worden ist, aufnehmen müssen. Ja noch mehr, sie werden sich fragen müssen, ob es ihnen angesichts dieser Vorkommnisse ihre Ehre gestattet, in den Berliner Wahlkreisen den Antisemiten das Feld zu überlassen. Wir haben schon oor einigen Tagen uns dahin geäußert, daß man ihnen hier oielleicht zu weit entgegengekommen ist. Wenn dies Entgegenkommen in der unmittelbaren Nachbarschaft Berlin in so eigenartiger Weise erwidert wird, so erhebt sich die Frage, ob die conseroatioen nicht doch besser thun, in allen Wahlkreisen Männer aus ihrer Mitte aufzustellen. Wohl sind wir für ein ehrliches Kartell, aber nicht für ein solches, bei welchem die Conservativen allein und überall die Kosten tragen.“

Die Antisemiten werfen ihrerseits den Canservatiaen Unehrlichkeit var, sie wallten sich nicht zu Schleppenträgern der canservativen Partei herabwürdigen. Das sei kein Entgegenkammen, daß die Antisemiten nur immer die Kastanien aus dem Feuer halen sallen, aber daß man den Antisemiten ein paar zweifelhafte Candidaturen in Berlin überläßt.

Die Erfahrung, daß die Conseraativen sie in der Hauptsache als Sturmbock gegen den Liberalismus zu benutzen gedenken, werden die Antisemiten nach öfter machen.

* * *

Zu der abigen Palemik der „Kreuzztg.“ hätten wir noch eins zu bemerken: In **Teltow** ist van canservativer Seite der Oberamtmann Ring aufgestellt. Das „Valk“ hat sich sowahl über die ursprünglich in Aussicht genammene Candidatur Handjery als auch über diejenige Rings höchst mißfällig ausgesprochen, weil es der Ansicht ist, daß der Wahlkreis einzig und allein durch Herrn — Stäcker „gerettet“ werden könnte. Und dieses Leiborgan Stöckers meinte, die entschiedenen Conservatioen würden nicht für Ring, sondern für den Antisemiten Förster stimmen. Jetzt aber verargt es die „Kreuzztg.“ den Antisemiten, daß sie einen Sondercandidaten in der Persan Färsters aufgestellt haben!

Uebrigens hat Herr **Stöcker** nicht blos bei dieser Gelegenheit seinen Aerger darüber, daß man sich um ihn nicht kümmere, Luft gemacht. Sa enthält das „Valk“ vom 31. Mai folgende Briefkasten-Natiz:

Pfarrer H. in H. Daß die Conservativen Stöcker nicht noch in einigen Wahlkreisen aufgestellt haben, ist auch uns unbegreiflich. In Siegen wird er allerdings, wenn auch nach schwerem Kampfe, durchkommen.

Es ist in der That eine eigenthümliche Erscheinung, daß die conservatiae Partei nicht daran denkt, einem Manne, den sie als ihren Varkämpfer feiert, einen sicheren Wahlkreis in einer ihrer Domänen zu überlassen. Sallte es denn so schwer fallen, irgend einen Hinterpommerschen Granden zu veranlassen, zu Gunsten Stöckers zu resigniren? Jedesmal kammt er nur mit Hängen und Würgen in den Reichstag und nach dazu mit fremder Hülse. Man muß hiernach annehmen, daß die canservativen Führer auf die parlamentarische Thätigkeit des Herrn Stäcker keinen sa graßen Werth legen.

* * *

Bezüglich **Ahlwardts** sagt die „Kreuzztg.“ heute:

„Wer, wie dieser, die Ehre anderer Personen in so leichtfertiger Weise angreift, wer ein so geringes Maß oon Urtheilskraft zeigt und dabei in so raffinirtem Maße Demagogie treibt, oor allem aber, wer die schwersten persönlichen Beleidigungen so gleichgültig auf sich sitzen läßt, ohne mit der Wimper zu zucken, für den kann ein conseroativer Mann nicht stimmen.“

Sallte es zur Stichwahl zwischen Ahlwardt und den freisinnigen Candidaten kammen, dann wird man ja sehen, wie sich die Canseraativen verhalten.

* * *

**Aus Hannover** wird uns geschrieben:

In der vam hiesigen deutschsozialen (antisemitischen) Verein einberufenen Wählerversammlung am 24. Mai, im Palmengarten, in welcher der Reichstags-Candidat der Partei, Herr Dr. med. Schulte-Steinberg für die üblichen 50 resp. 30 Pfg. Entrée sein Programm in mühsam eingelernter Rede entwickelte, führte der bekannte Herr Hans Leuß den Varsitz. Der Hauptredner des Abends war Herr Liebermann v. Sannenberg. Nachdem noch einige Redner der Partei gesprochen hatten, meldete sich auch ein Gegner, Herr Architekt Demmig, zum Wart. Trotzdem Herr Liebermann v. Sannenberg, der die Versammlung eröffnete, betant hatte, daß auch Gegner gehört werden sallten, ertheilte Herr Leuß doch nur widerstrebend nach wiederhaltem Zureden van Seiten des Herrn Liebermann v. Sannenberg dem Herrn Demmig, der ihm schon mehrere Male in früheren Versammlungen entgegengetreten war, das Wart. Als dieser einige Minuten zu der leidlich ruhigen Versammlung gesprochen hatte, versuchte es Herr Leuß den Redner durch Schimpfereien wie „Unsinn“, „Quatsch“, „von dem Padium runter scheeren“ u. s. w. zu stören. Als das nichts half, setzte er die Redezeit auf noch 3 Minuten fest, so daß der Redner sich beeilen mußte, seinen Gedankengang einigermaßen zum Schlusse zu bringen. Kaum hatte Herr Demmig das Padium verlassen, ja erklärte Herr Leuß, der Redner sei Zuschneider bei Herzfeld, einer hiesigen jüdischen Firma, und das erkläre ja hinreichend sein Auftreten. Sowahl Herr Leuß wie Herr Liebermann knüpften hieran nach eine Reihe perfidester Bemerkungen und Beschimpfungen, abgleich ihre Ausführungen wiederholt van Herrn Demmig mit den Zurufen „Lüge!, Verleumdung!“ unterbrachen wurden. Da nun der Angegriffene nicht wieder zum Worte kam, wäre die Sache wieder in der bekannten Weise gegen die bezahlten Judenknechte ausgebeutet warden, wenn nicht Herr Hermann Schäler gegen Schluß der Versammlung hätte erklären können, daß die Behauptung des Herrn Leuß völlig aus der Luft gegriffen, daß Herr Demmig weder Zuschneider noch Angestellter einer jüdischen Firma, sondern Architekt sei. Jetzt bequemten sich allerdings die Herren dazu, dem Angegriffenen das Unrecht öffentlich abzubitten. Daß die „Hannoversche Past“ in ihrem Berichte über die Versammlung trotzdem den Schein aufrecht zu erhalten sucht, als sei Herr Demmig doch mäglicher Weise Zuschneider bei einer jüdischen Firma, ist bei dem edlen antisemitischen Organe ja selbstverständlich.

Unsere Leser ersehen daraus van Neuem, wie unbequem den Antisemiten jeder Widerspruch ist und wie sie sich demü-

hen, durch die gemeinste Kampfesart ihren Gegnern das Auftreten zu verleiden. Es mehren sich die Anzeichen, daß auch diese Waffe stumpf wird.

* * *

☐ **Fulda**, 29. Mai. Eine eigenartige Taktik bei ihren Versammlungen befolgen doch die Herren Antisemiten. — War da für gestern Nachmittag nach Hünfeld eine Versammlung einberufen, in der Herr Reichstags-Candidat Werner von Cassel sprechen sollte. Statt seiner erschien jedoch einer seiner Jünger, der Herrn Werner entschuldigte, da er wegen Heiserkeit nicht sprechen könne. Auf wiederholtes Fragen der Versammlung nach seinem Namen, kam immer dieselbe Antwort: Der Name thut nichts zur Sache. (Es scheint da etwas nicht ganz geheuer zu sein.) Bevor der Unbekannte zu sprechen anfing, fragte ihn einer der Anwesenden, ob er nach seiner Rede eine Discussion gestatte, worauf er erwiderte: „Im allgemeinen thue ich das nicht. Wenn aber jemand kommt und mir sagt, worüber er sprechen will, und mir der Betreffende recht ist, werde ich das Wort ihm ertheilen". Hiernach brachte er das übliche Kaiserhoch aus und fing dann, ohne die Versammlung formell zu eröffnen, sogleich mit seiner Rede an. Als ein anderer Herr das Wort zur Geschäftsordnung erbat, sagte er zornig: „Die Geschäftsordnung bin ich selber." — Also stellvertretender Redner, Leiter der Versammlung, Geschäftsordnung u. s. w. alles in einer Person, nicht übel. — Um sich nicht aergewaltigen zu lassen, verließen etwa 20 Demonstratia den Saal. Die übrigen, etwa 50 Personen, darunter der dritte Theil nicht wahlfähig, hörten ihm zwar zu, aber ohne sichtliches Interesse; die hatten sicher etwas ganz anderes erwartet. — Nachdem ihm namentlich von einem Hersfelder Herrn, den der Herr Vorsitzende wohl für einen Gesinnungsgenossen angesehen, gründlich heimgeleuchtet worden war, ging die Versammlung ziemlich lautlos auseinander. — Die Candidatur Werners ist übrigens nur Zählcandidatur.

* * *

**Ein Wahlcuriosum** wird uns aus dem Wahlkreise Kreuznach-Simmern mitgetheilt. Im Sobernheimer Intelligenzblatt vom 27. Mai befand sich folgende Annonce:

**Ein Antisemit für den Reichstag ist schon amtlich angemeldet; er hofft sich bald der Hauptbevölkerung der 2 Kreise klar und rein zur Wahl zu empfehlen!**

**Bad Kreuznach, Mai 1893.**

**Dr. Prieger.**

## Rudolf Gneist über den Antisemitismus.

Der Vorsitzende unseres Vereins, Geh. Oberjustizrath Prof. Dr. a. Gneist hat an den Mitarbeiter der Wiener „Deutschen Zeitung" Hermann Bahr, welcher ihn um seine Meinung über den Antisemitismus befragte, den nachstehenden Brief gerichtet:

Berlin, 29. April 1893.

Sehr geehrter Herr!

Als alter Parlamentarier habe ich mich jederzeit zu unserem verfassungsmäßigen Grundsatz bekannt: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig vor dem religiösen Bekenntnisse." Zu diesem Grundsatz der heutigen civilisirten Nationen bekenne ich mich noch und halte mich verpflichtet, dafür einzutreten, wo er verletzt wird.

Seit einem halben Jahrhundert in richterlichem Beruf thätig, halte ich es für meine Pflicht, für das verletzte Recht des schwächeren Theiles einzutreten, sobald ich dazu veranlaßt bin, insbesondere auch in der Presse und im politischen Leben der Wahrheit und dem Recht zur Geltung zu verhelfen gegen vorsätzliche Entstellung und Verleumdung.

Als alter Politiker habe ich die Erfahrung gemacht, daß der Appell an den gemeinen Sinn der Menge zum Zwecke des Stimmenfangs nur kurzlebige Erfolge erzielt, welche in keinem Verhältniß stehen zu den nachhaltigen Verlusten der Partei, die sich zu solchen Verbrüderungen verleiten läßt.

Dies sind die nächstliegenden Gründe, aus denen ich dem Vereine zur Abwehr des Antisemitismus beigetreten bin und darin mitwirke, so weit es meine Kräfte erlauben.

Genehmigen Sie die Versicherung ausgezeichneter Hochachtung, mit welcher ich mich empfehle.

Ihr ergebener

R. v. Gneist.

## Christenthum und Staat.

Von

**Gustav Habermann.**

Pfarrer in Swinge (Harz).

Seit dem Werke Friedrich Julius Stahl's „der christliche Staat" ist dieses Schlagwort der Leitstern der conservativen Partei gewesen. Alle Forderungen, welche den Staat zu einem „christlichen Staat" machen, sind gleichzeitig Programmpunkte der conservativ-antisemitischen Partei geworden. Andrerseits bestreitet der Liberalismus und die Sozialdemokratie die Möglichkeit der Existenz eines „christlichen Staates", weil der Staat ein Produkt realer Factoren sei, der als solcher weder christlich noch unchristlich sein könne. In diesem Conflikt der Meinungen ist es nun interessant eine Stimme zu hören, die aus christlich-conservativem Lager kommt und die eine vernichtende Kritik des „christlichen Staates" ist. Pastor Gustav Habermann hat eine Studie „Christenthum und Staat" veröffentlicht (F. W. Grunow, Leipzig 1893), die ein ganzes Arsenal scharfer Waffen gegen den „christlichen Staat" der conservativen Partei darstellt.

Die Forderung, daß der Staat der Religion seine unmittelbare Fürsorge zuwende, lehnt Habermann ab. „Er würde ihr und sich selbst damit einen schlimmen Dienst erweisen. Denn alle Maßnahmen des Staates haben einen polizeilichen Beigeschmack, weil der Zwang dahinter steht. Alles Polizeiliche wirkt sowohl auf das sittliche wie auf das religiöse Leben ertötend, wenn es nicht geradezu die bösen Triebe und gottlosen Neigungen der Menschennatur hervorlockt." (S. 13.) Der Staat ist ihm nicht christlich, sondern direkt unchristlich!

„Aber ob es auch einen christlichen Staat giebt?" fragt er. „Das Volk sind Menschen, und Menschen können christlich sein, denn sie sollens. Auch Einrichtungen lassen sich christlich gestalten. Die Ehe, die Familie, die Freundschaft, die Berufsthätigkeit, selbst das Steineklopfen kann man mit christlichem Geiste erfüllen, und das Wirken im Dienste des Staates selbstverständlich auch. Aber das, wodurch das Volk zum Staat wird, die rechtliche, auf dem Zwange ruhende Verfassung, muß unabänderlich unterchristlich bleiben. Denkbar wäre allerdings auch ein christlicher Staat. Wenn alle Menschen vollkommne Christen wären, so wäre damit ja noch nicht die Gewähr eines gedeihlichen Zusammenwirkens gegeben. Es bedürfte dann auch einer Ordnung der gegenseitigen und gemeinschaftlichen Handlungen, also einer staatlichen Verfassung. Und diese Verfassung könnte auf die Liebe gegründet werden. Zwang wäre da nicht nöthig und Feststellung eines Rechts

auch nicht, denn es würde ein jeder freiwillig und gern das thun, was ihm von der Obrigkeit geboten würde. Das wäre dann ein christlicher Staat. Aber jede Nothwendigkeit von Zwang ist ein Beweis, daß die christliche Gesinnung nicht in dem wünschenswerthen Maße vorhanden ist; und jede Rechtsbildung ist ein Verzicht auf die Durchführung des christlichen Ideals. Wenn mans genau nehmen will, so liegt in jeder Lebensäußerung des wirklichen und auf Erden allein möglichen Staates eine Nichtachtung des Christenthums." (S. 16 f.)

„Der Staat stellt grundsätzlich keine höhere Anforderung als die des Rechts. Und das wird nach langer Ueberlegung und Verhandlung Gesetz. Er bleibt nicht nur hinter dem christlichen Ideal zurück, sondern er setzt es thatsächlich für sich selbst außer Geltung. Damit giebt er den Anspruch auf christliche Art auf. In einem patriarchalischen Staatswesen könnte man sich die Sache anders denken. Da könnte der Herrscher das göttliche Gesetz als Forderung festhalten und die Uebertretung mit Billigkeit behandeln. Aber im Rechtsstaat geht das nicht mehr, am wenigsten im constitutionellen. Da kann nicht mehr gefordert werden, als sich bei normalen Verhältnissen erzwingen läßt, weil das Ventil der Billigkeit fehlt. Der Dampfkessel, der kein Ventil hat, darf man nicht überheizen." (S. 21 f.)

„Ich befürchte, daß das Wesen des Christlichen gefälscht wird, wenn man die Bethätigung des Christlichen dem Staate zumuthet". (S. 25.)

„Mit solchen Ausdrücken wie „christlicher Staat" ist es aber ein eigen Ding. Sie können lange ohne ersichtlichen Schaden mitgetragen werden; aber zu gegebner Zeit fangen sie doch an, Unheil zu stiften. Man weiß, daß ein Gedanke, der einmal ausgesprochen ist, sich durchsetzt — bis zum Unsinn." (S. 26 f.)

Seine Kritik des christlichen Staates faßt Habermann zum Schluß mit den Worten zusammen:

a) „Der „christliche Staat" ist eine Contradictio in adiecto; denn Christenthum und Staat sind grundsätzlich verschieden. Der Staat mit seinem Rechtszwange, seiner Beschränktheit und seiner Aeußerlichkeit kann niemals zu einer Form echt christlichen Lebens werden.

b) Die Forderung eines christlichen Staates ist zu bekämpfen, damit dem Staate seine selbständige Bedeutung gewahrt und damit die Gemeinde Christi vor Verstaatlichung verschont bleibe." (S. 36.)

Habermann prüft einzelne Aeußerungen des sogenannten „christlichen Staates". Die Diplomatie wie der Eid, beide sind ihm durchaus von unchristlicher Gesinnung erfüllt. „Wie steht es", fragt er, „z. B. mit den Zollverhandlungen zwischen den verschiednen Staaten? Man darf allerdings unsern letzten Handelsvertrag nicht als Beispiel nehmen. Der beweist freilich, daß ein Staat wie das deutsche Reich sich auch einmal gestatten kann, nach dem Grundsatze der Nächstenliebe zu handeln. Aber ob wohl die einen den Vertrag in diesem Sinne geschlossen haben? Und ob die andern — die christlich conservative Partei — über diese „Verwirklichung der christlichen Lehre" erfreut sind? Die christliche Liebe ist immer zunächst auf das Wohl der andern bedacht, der Staat dagegen sucht seine Wohlfahrt immer auf Kosten der andern Staaten, wenn er nur kann. Wer hat den Muth, da noch von „christlich" zu reden? Es ist ja bloß „Ogenverblenuen." Die Zollübervortheilungen, ebenso wie der Krieg und vieles andre im Staatsleben, z. B. auch der Eid, lassen sich nun einmal nicht christlich begründen. Sie spielen sich auf einem Gebiete ab, das um der menschlichen Sünde und Unvollkommenheit willen unterchristlich ist und bleiben wird, und auf dem daher die christlichen Grundsätze nicht zur Geltung kommen können. Das soll man anerkennen, als Christ auch mit Schmerz anerkennen, aber den Unfug lassen, es christlich zu nennen." (S. 19 f.)

Von der confessionellen christlichen Volksschule will Habermann, daß die geistliche Aufsicht über Schultechnik und Führung der Lehrer abgeschafft werde. Auch wird dem Bedürfniß des Landvolks nach Bildung zu wenig Rechnung getragen. „Diese hochmüthige Rücksichtslosigkeit gegen das Volk ist das zweite Zeichen eines unchristlichen Sinnes", ruft er aus, und „die Forderung der confessionellen christlichen Volksschule wird dadurch entwerthet, daß die bisher maßgebenden Kreise der conservativen Partei in ihrem öffentlichen Auftreten das rechte Verständniß des Christlichen vermissen lassen und daß ihre Schulpolitik von unchristlicher Furcht vor dem Wissen, von Geringschätzung des Volkes und von Rücksichtslosigkeit gegen den Lehrerstand bestimmt wird."

Stahl wie die conservative Partei behaupten, daß der „christliche Staat" von einem König „von Gottes Gnaden" regiert werde. Jede andere Staatsform als das Königthum erscheint ihnen unchristlich. „Wir wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet erhalten wissen", betont das conservative Programm vom Jahre 1892, indeß Habermann darauf hinweist, daß das Christenthum über die nothwendige Form der Obrigkeit keine Vorschriften macht. Ja er geht so weit zu behaupten: „Der Gedanke der Monarchie von Gottes Gnaden läßt sich in dem Sinne, als habe die Monarchie eine besondere göttliche Verheißung, nicht christlich begründen. Er stempelt also mit Unrecht die demokratische Zeitrichtung zur Sünde. Außerdem ist er geeignet, die verfassungsmäßige Sebstständigkeit des Staatsbürgers zu beeinträchtigen. Die Monarchie ist lediglich aus politischen und nationalen Gründen zu fordern."

Obgleich Pastor Habermann durch und durch conservativ ist, ist er mit der Wandlung, welche die Partei seit dem Tivolitage 1892 genommen hat, wenig zufrieden. Er meint: **„Das Bild, das sich die Conservativen vom christlichen Staate machen, steht im graden Gegensatze zum Christenthum."** (S. 24.) Er beklagt es, daß der Parteitag nicht solchen Fragen wie der der Prostitution näher getreten ist. „Sonderbarerweise hat der Vorsitzende auf dem conservativen Parteitage die eingehende Erörterung dieser Frage mit der Begründung abgeschnitten, daß sie zu wenig mit dem Parteiprogramm zusammenhängt. Ja, was soll denn der christliche Staat noch? **Da scheint es doch bald, als ob das ganze Christenthum im Antisemitismus bestände."** (S. 30.)

So freien Geist die Broschüre des Pastors Habermann zeigt, so engherzig zeigt sie sich in der Behandlung der Judenfrage. Er wiederholt die alten Vorwürfe gegen den jüdischen Kapitalismus, gegen die jüdischen Güterschlächter und Wucherer, gegen die jüdische Presse u. s. f. Alles „olle Kamellen". Wie er aus dem Christenthum der Liebe, das er so bewegt zu predigen weiß, für den Antisemitismus „ein christliches Recht" ableiten will, ist uns nicht klar geworden, um so weniger, als sein ganzes Werk eine stillschweigende vernichtende Kritik dieses einen einzigen Kapitels über den Antisemitismus ist!

## Zur Abwehr.

**Fürstbischof Dr. Kopp** in Breslau hat sich, nach der „Bresl. Morgen-Ztg." **gegen den Antisemitismus** gegenüber dem Vorstand der israelitischen Cultusgemeinde in Friedeck ausgesprochen. Auf den Dank des Vorstandes, daß er für den confessionellen Frieden eingetreten sei, äußerte er

sich sehr abfällig über die antisemitische Bewegung und bemerkte, man müßte allseitig dahin wirken, diese Bewegung, die hier und da in leidenschaftlicher Weise auftrete, einzudämmen und die Verschiedenheiten überall auszugleichen, um den erwünschten Frieden zu erreichen.

**Güterschlächterei?** Die antisemitische „Hannov. Post" brachte kürzlich die nachstehende Correspondenz:

Gronau. Das Güterschlächter-Unwesen nimmt überhand in der Umgegend. Ein Consortium, aus vier in Hannover wohnhaften Juden bestehend, hat gegenwärtig drei Höfe unter dem Messer. Dieser Zweig jüdischer Thätigkeit ist offenbar der verderblichste von allen. Derartige Güterschlächter sollten von jeder auf Anstand haltenden Gesellschaft gemieden werden, mögen sie sich nun „Bankier" oder sonstwie nennen.

Hierzu wird uns aus Gronau unter dem 30. Mai geschrieben:

Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, in hiesiger Gegend werde das „Güterschlächter-Unwesen" getrieben. Ich habe gerade auf die Fälle, die man so hätte bezeichnen können, besonders Acht gegeben und habe nach verschiedenen Umfragen meine Ansichten bestätigt gefunden. An der ganzen Geschichte ist nur wahr, daß zwei Höfe auf freiwilligen Antrag des bisherigen Besitzers verkauft sind; nämlich einer in Gronau selbst und einer im benachbarten Borfelde. Der hiesige Bruns'sche Hof ist von der Wwe. des weil. Louis Bruns unter Zustimmung ihres zweiten Mannes, des Bauraths Uhde in Lüneburg (?) wie mir aus authentischer Quelle mitgetheilt wurde, aus folgenden Gründen verkauft worden: 1) Der Besitzerin war es bei der weiten Entfernung nicht möglich, den Hof bewirthschaften zu können; 2) der Ertrag des Wesens entsprach nicht mehr den Kosten, die auf demselben durch Steuern, Leibzucht etc lasteten. Dieser Hof wurde von einem Consortium gekauft, zu dem auch der christliche Bürgervorsteher und Kornhändler A. Bunnenberg hierselbst gehörte und dem Seitens des Senators a. D. A. Haddenen thätige Hülfe geleistet wurde.

Bei dem zweiten, dem Welge'schen Hof in Borfelde handelt es sich um freiwilligen Verkauf von ca. 30 Morgen schlechteren Landes.

**Eine Erinnerung aus dem Jahre 1840.** Ein vor vielen Jahren erschienenes Buch, „So sprach der König" betitelt, enthält die Reden, Proclamationen, Toaste des Königs **Friedrich Wilhelm** IV. Unter den vielen Deputationen, welche der König nach seiner Thronbesteigung empfing, erschien auch am 17. Juli 1840 eine Deputation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde von Berlin. Auf deren Ansprache erwiderte der König:

„Mit Vergnügen habe Ich die schönen Worte vernommen, die Sie, meine Herren, eben an mich gerichtet. Sie sollen bei mir gut aufgehoben sein. Bei dem Patriotismus, den die jüdischen Gemeinden Meines Staates und besonders die Berliner zeigen, läßt sich schon weiterbauen, und es soll, verlassen Sie sich darauf, weiter gebaut werden. Wenn der selige König das Werk, das er begonnen, nicht vollendete, wenn in einzelnen Provinzen die bürgerlichen Verhältnisse der jüdischen Unterthanen, wie z. B. in Posen, noch zurückstehen, so lag dies in Umständen, die man, ohne ungerecht zu sein, nicht beseitigen konnte. Doch freut es mich daß, wie Ich höre, auch dort die Juden sich immer mehr der bürgerlichen Gleichstellung würdig machen Meine Herren: Ich bin, glauben Sie es Mir, kein Anhänger der blinden Vorurtheile früherer Jahrhunderte!"

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Die Antisemiten unter sich. Ahlwardt** erläßt in der „Staatsbürgerztg." einen geharnischten Protest gegen die schlechte Behandlung, die ihm auf dem deutschsozialen Parteitage zu Hannover zu Theil geworden ist. In seiner Erklärung heißt es u. A.:

„Höchst bedauerlich ist es, daß sich unter den Hauptrednern gegen mich auch diejenigen befinden, welche es für angezeigt gehalten haben, die für den Ahlwardt-Fonds resp. für antisemitische Wahlen gesammelten Gelder trotz Mahnung und Klageandrohung ihrer Bestimmung vorzuenthalten, so besonders Dr. Erwin Bauer in Leipzig".*)

Auch die Führer der Ahlwardt-Partei in Arnswalde-Friedeberg veröffentlichen eine Erklärung gegen die Herren vom Parteitage, welche mit den Worten schließt:

„Wir verdammen den Versuch eines Liebermann, eines Bauer, diese bedeutende nicht zu ersetzende Kraft eines Ahlwardt der Partei entziehen zu wollen und nennen es Verrath".

**Stöcker** hat in einer conservativen Wählerversammlung der **„Staatsbürgerztg."** vorgeworfen, daß sie zum Niedergange der „Berliner Bewegung" beigetragen habe. „Jemand, der nur auf die Seite geht, wo er die meisten Abonnenten findet, ist kein würdiger Führer im Kampfe". — Das angegriffene Blatt ist „unangenehm berührt" durch die Unterschiebung solcher Beweggründe; das sei unschön und unedel. Die „Staatsbürgerztg." habe sich in den Dienst der antisemitischen Bewegung seit deren Anbeginn gestellt und sei ihr bis zum heutigen Tage treu geblieben. Die Folge dieser Haltung sei ein ganz erheblicher Abonnenten-Rückgang gewesen.

Das **„Vaterland"**, das offizielle Organ der sächsischen Conservativen, spricht sich in einer seiner letzten Nummern offen dahin aus, daß die **Antisemiten** Leute wären, die unter dem fadenscheinigen Mäntelchen der Loyalität die gröbste und radikalste Demagogie betrieben.

Diese Entrüstung über das demagogische Treiben der Antisemiten kommt immer erst, wenn letztere den Conservativen ins Gehege kommen. Sonst geht man mit den „Demagogen" Hand in Hand.

**Ueber den deutschsozialen Parteitag** hat **Professor Förster** in einer Berliner Versammlung ein sehr abfälliges Urtheil gefällt, welches er in einer längeren Erklärung eingehend begründet. Wir entnehmen derselben Folgendes:

Zunächst erscheint hier Förster, der mehrfache deutschsoziale Reichstagscandidat, wiederum als warmer Vertheidiger **Ahlwardts**, dem in Hannover Unrecht geschehen sei. Förster führt in dieser Beziehung aus:

„Es ist ein Irrthum, daß Ahlwardt der deutschsozialen „Organisation" nicht angehöre. Denn er gehört einem deutschsozialen Vereine Berlins an und ist Mitglied des Dreißiger-Vorstandes des deutschsozialen Brandenburgischen Provinzial-Verbandes.

Er müßte also, wenn er sich dieser Zugehörigkeit unwürdig erwiesen hätte, in aller Form aus der „Organisation" — das ist doch wohl die Partei? — entfernt werden.

In Erwägung dessen mußte seine Sache, das Für und Wider abgewogen und neben den berechtigten Tadel auch die Anerkennung gesetzt werden, auf die ein Vorkämpfer, wie Ahlwardt, für seine Aufdeckung von Mißständen Anspruch machen darf.

Statt dessen hat man schlechthin die „Verantwortung für Ahlwardts politisches Auftreten abgelehnt": ein ganz unzureichender Nothbehelf Denn als ernsthafte Politiker mußten wir zu den von Ahlwardt vertretenden Fragen Stellung nehmen aber hätten vielmehr längst, Fall auf Fall, dazu Stellung nehmen müssen"..

Förster bezeichnet die Erklärungen, mit welchen die antisemitischen Führer Ahlwardt von ihren Rockschößen abzuschütteln versuchen, als „Ausflüchte, als Mangel an Folgerichtigkeit und Untreue".

Es ist gut, daß den Herren so von einem der Ihrigen die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen wird.

Förster klagt den Parteitag an, die Berathungen geradezu über das Knie gebrochen zu haben. Drei ganze kostbare Stunden habe man auf das Mittagessen verschwendet.

*) Dr. Bauer erklärt soeben in seinem Blatte die Behauptung Ahlwardts bezüglich seiner Person für unwahr.

Diese Art und Weise, das Essen und Trinken, das Singen und Heil-Rufen, samt dem dabei angezündeten Weihrauche, auf Kosten ernster zum Ziele führender Berathungen zu bevorzugen, können zum Besuche künftiger Parteitage nicht sonderlich anregen.

Endlich erklärt Förster die Abstimmungen auf dem Parteitage für null und nichtig und für die Partei nicht verbindlich, weil die Berathungen im Allgemeinen unzureichend gewesen und die einzelnen Parteiverbände ungleichartig vertreten gewesen seien.

Aus dieser Darstellung eines hervorragenden Theilnehmers an dem antisemitischen Parteitage erhält man von demselben ein ganz anderes Bild, als aus den überschwänglichen Berichten der antisemitischen Presse.

**Dem Dr. Erwin Bauer** aus Leipzig, dem Herausgeber der „N. D. Ztg" welcher auf dem jüngsten deutschsozialen Parteitage recht großspurig auftrat, wurde von einem Steglitzer Delegirten entgegengehalten, daß er nicht einmal das deutsche Staatsbürgerrecht besitze. — Dasselbe gilt bekanntlich von seinem Gesinnungsgenossen und Landsmann **Paulus Meyer**. Beide haben sich nach ihrer Ausweisung aus Preußen in Leipzig niedergelassen. Paulus Meyer ist übrigens dieser Tage auf Requisition des Leipziger Landgerichts unter Anklage der Verleumdung durch die Presse in Wien verhaftet und dem Wiener Gericht eingeliefert worden. Er weilte seit einiger Zeit dort beim Pfarrer Deckert, der ihn in einer Broschüre über jüdische Ritualmorde als angeblichen Augenzeugen solcher Verbrechen in Rußland citirt.

Und diese Russen haben die Anmaßung, über den Patriotismus deutscher Staatsbürger eine Censur auszuüben!

**Der conservativ-antisemitische „Reichsbote"** schreibt:

„Als eine **Rohheit** muß man es bezeichnen, wenn ein antisemitisches Blatt (die „Ostwacht" in Breslau) von **Emin Pascha** sich zu schreiben erlaubt: „Der Colonial- und Elfenbeinjude Schnitzer, genannt Emin Pascha, der im „Berliner Tagebl." schon Xmal gestorben ist, ist von diesem Blatte nochmals zum Leben erweckt worden." An der Wahrheit, daß dieser „Colonial- und Elfenbeinjude" nach Wesen und Verdiensten mehr wiegt, als alle Ahlwardts, Pickenbachs, Schweinhagens und Böckels zusammen genommen, wird durch solche Geschmacklosigkeiten eines politischen Fanatismus nichts geändert."

Der Vollständigkeit halber bemerken wir, daß das Breslauer Antisemitenblatt, dessen Rohheit und Geschmacklosigkeit der „Reichsbote" verurtheilt, der Richtung des Herrn **Liebermann v. Sonnenberg** angehört.

**Antisemitismus und Preußenfresserei.** In einem bayrischen Antisemitenblättchen finden wir folgende Verse:

Wirf ihn naus den Juden Itzig
Weil er is heut gar so hitzig,
Arrogant und naseweis
Wie der Bruder Mosjo Preuß.

**Auch ein Ritualmord-Opfer.** Wie aus Brünn berichtet wird, ist in dem am Sonnabend von der dortigen Stadtpolizei für die Journale ausgegebenen Polizeiberichte folgende Meldung enthalten: In einer mährischen Stadt verbreitete sich jüngst das Gerücht, daß eine bei einem israelitischen Kaufmann bedienstete Magd, welche plötzlich aus ihrem Dienstorte verschwand, das Opfer eines Ritualmordes geworden sei. Dieses Gerücht fand bei der leichtgläubigen Menge um so eher Glauben, als auch die Eltern der Magd angebliche Befürchtungen äußerten. Da in der betreffenden Stadt eine größere Anzahl von Israeliten wohnt und zu befürchten stand, daß in Folge dieser Gerüchte Exzesse hervorgerufen werden könnten, wurden seitens des Stadtvorstandes sofort die umfassendsten Erhebungen bezüglich des Aufenthaltes der Verschwundenen eingeleitet. Die bereits als Opfer eines Ritualmordes betrauerte Magd, Marie Tihon, eine der Brünner Polizeibehörde wegen ihres Lebenswandels wohlbekannte Person, wurde schon nach einigen Tagen hierorts, wo sie sich unter falschem Namen aufgehalten hatte, von der Sicherheitsbehörde ausgeforscht und dem Strafgerichte eingeliefert. Die sofort an den betreffenden Stadtvorstand übermittelten Mittheilungen bezüglich des Vorlebens und des hierortigen Aufenthaltes der Magd werden wohl genügen, die leichtfertig hervorgerufenen Gerüchte als vollkommen unwahr darzuthun. Das Mädchen wurde nach erfolgter Abstrafung im Schubwege in seine Heimath befördert.

**Ueber das Treiben der Antisemiten in Nordschleswig** wird dem „B. T." geschrieben, daß sich dieselben nicht entblödeten, den grimmigsten Feinde des Deutschthums, die dänische Protestpartei, zu gemeinsamer Agitation aufzufordern. Die deutschen Antisemiten stellten den Protestlern eine Heeresorganisation auf nationaler Grundlage in Aussicht und traten für die Förderung des Dänischen und Einschränkung des Deutschen in der Nordmark ein. Die Protestler erkannten indeß den antisemitischen Pferdefuß und wiesen eine Allianz mit den Herren Antisemiten zurück.

## Vom Büchertisch.

Bernardin Freimuth, Altjüdische Religionsgeheimnisse und neujüdische Praktiken. Münster i. W. bei A. Russell 1893. 1 Mk. — Nahida Remy, Culturstudien über das Judenthum. Berlin bei C. Duncker 1893. 6 Mk. — Otto Müller, Wen wählen wir? Diesdorf 0,20 Mk. — Das Judenthum in Oesterreich und die Wiener Presse. Von einem Oesterreicher. Hannover bei A. Wasten. 1893. 0,60 Mk. — Juden-A-B-C. Politische Bilderbogen. Dresden bei Glöß. 1893. 0,30 Mk. — Dr. Bernhard Ziemlich, Die Erklärung der deutschen Rabbiner. 2 Reden. Nürnberg bei F. Korn 0,50 Mk. — Dr. Heinrich Eger, Formulierte Vorschläge zur Gesetzgebung gegen den Wucher auf dem Lande. Marburg bei N. G. Elwert 1,50 Mk. — H. Reuß, die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch den jüdischen Religionsunterricht. Neustadtgödens 1893. 0,40 Mk. — E. R. Renzlav (J. B. Laverrenz) Zeitspiegel. Berlin bei R. v. Decker. 1,75 Mk. — Dr. Frank, Rede, gehalten zu Ehren des Allerhöchst. Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers, am 27. Januar 1893 in Köln. Mülheim a. Rh.

(Besprechung einzelner Bücher bleibt vorbehalten.)

---

**Für den Wahlfonds** sind eingegangen: Dr. Kornfeld-Grottkau 3 M. — Max Punier-Stargard 10 M — H L. 55 M. — S. F. in K. 40,50 M. — G. K., J. G., H W., R., 14 M. — Alsberg-Volkmarsen 5 M. — M. R. 3 M. — Stahl-Falkenberg 2 M. — Zusammen sind bis jetzt eingegangen: 528,20 M.

Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen dringend uns mit weiteren Beiträgen zu unterstützen. Adresse: Herrn Schatzmeister Jordan — Berlin W. Magdeburgerstr. 13.

---

**Berichtigung.** Der in der letzten Nr. erwähnte Freund Fritz Reuters heißt nicht Dr. Liebermann, sondern Liebmann.

---

**Wir bitten unsere Mitglieder recht dringend, ihre Beiträge für das laufende Jahr sowie etwaige rückständige Beiträge einzusenden. Alle Geldsendungen für Norddeutschland sind an unseren Schatzmeister, Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13, für Süd- und Südwestdeutschland incl. Elsaß-Lothringen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz an Hrn. Stadtrath Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6 zu richten.**

---

## Briefkasten.

**Dr. St. in W.** Er ist schon soweit gekommen, daß die „Tägl. Rundschau" sich der Empfehlung des Böckel'schen „Reichsherold" zu erfreuen hat.

**Abonnent in Breslau.** Das dortige Antisemitenblatt lügt; Tutzauer ist Christ.

**C. L. in Berlin.** Die Liste in der „Staatsbürgerztg" wimmelt von Fehlern. Wie oberflächlich dieselbe zusammengestellt ist, geht daraus hervor, daß der Wahlkreis Eschwege doppelt aufgeführt ist und der freisinnige Kohlenbergwerksbesitzer Buchheim als antisemitischer Candidat für Oschatz figurirt.

**M. R. 25.** Das Moltke-Flugblatt steht in beliebiger Anzahl zu Ihrer Verfügung.

**Abonnent in L.** Ganz einverstanden.

**E. R—s.** Nein.

**Sanitätsrath Dr. K.** Die Candidatur des Herrn v. Egidy ist in dem größten Theile der Auflage angegeben.

**A. R—l.** Liebermann v. Sonnenberg. Ahlwardt und Pickenbach haben für, Böckel, Werner und Zimmermann gegen den Antrag Hüne gestimmt.

**H. D. in M.** Sie befinden sich im Irrthum.

**Dr. N. A.** Nach den Wahlen

**Abonnent in L—g.** Wir kommen später auf die Sache zurück.

## Richard Wagner und Meyerbeer.

Richard Wagner gehört zu den Autoritäten, welche die Antisemiten gern für sich in Anspruch nehmen und citiren. Durch seine Schrift „Das Judenthum in der Musik" (Leipzig J. J. Weber 1869) hat er energisch gegen das Judenthum Front gemacht und dabei eine Ungerechtigkeit und Maßlosigkeit in seinen Angriffen bewiesen, welche von keinem unbefangenen Musikkundigen gebilligt wird. Die hebräische Sprache ist ihm unangenehm. Sie ist seiner Meinung nach ebenso unfähig zur Rede, wie zum Gesang. Dem gegenüber erinnern wir an Herder, der über die hebräische Sprache und Poesie sich ein anderes Urtheil fällte.

Im zweiten Theile der Cotta'schen Ausgabe von 1827 p. 118 im Anhange über die Gründe des subjectiven Ursprungs der hebräischen Dichtkunst urtheilt derselbe: „Solche Bilder und Ideen, als uns auch nur die ersten Kapitel Mosis gewähren, sind keinem wilden Volke möglich." „Kein Orpheus macht hier Tiger und Löwen zahm, kein Silen singt das größte Poem der Welt, die Kosmogonie, in Fabeln verwandelt; all' dies waren Geburten oder Mißgeburten eines spätern Witzes, einer verhüllenden Einkleidung. Hier ist, als ob „Elohim" selbst, der Genius der Menschheit, unsichtbar lehrte". In demselben Bande p 40: „Die Musik will Wohlklang, und da die hebräische Musik wahrscheinlich noch ohne ermattende Kunst war, so konnte sie sich desto mehr dem Schwunge des Herzens nähern. Nichts ist schwerer zu übersetzen, als ein hebräischer Psalm, zumal in Tanz und Chorgesang der frühern Zeiten; die Töne in ihm fliegen im freiesten Rhythmus; die schweren Füße unserer Sprache, ihre langen, harten Sylben schleppen sich im Staube. Dort macht ein geistig klingendes Wort eine ganze Region; hier hat man zehn nöthig, die Alles, wenn auch deutlicher, aber doch viel schwerer sagen".

Noch weniger wie auf die hebräische Sprache und Musik ist Wagner auf die jüdischen Musiker gut zu sprechen. Namentlich über Mendelssohn und Meyerbeer ergießt er die volle Schale seiner ungerechten Kritik. Den Namen des letzteren verschweigt er merkwürdigerweise! Er nennt ihn nur „einen weit und breit berühmten jüdischen Tonsetzer unserer Tage" und charakterisirt ihn wie folgt: (S. 28 f.)

„Ein weit und breit berühmter jüdischer Tonsetzer unsrer Tage hat sich mit seinen Productionen einem Theile unsrer Oeffentlichkeit zugewendet, in welchem die Verwirrung alles musikalischen Geschmackes von ihm weniger erst zu veranstalten, als nur noch auszubeuten war. Das Publikum unsrer heutigen Operntheater ist seit längerer Zeit nach und nach gänzlich von den Anforderungen abgebracht worden, welche nicht etwa an das dramatische Kunstwerk selbst, sondern überhaupt an Werke des guten Geschmackes zu stellen sind. Die Räume dieser Unterhaltungslocale füllen sich meistens nur mit jenem Theile unserer bürgerlichen Gesellschaft, bei welchem der einzige Grund zur wechselnden Vornahme irgend welcher Beschäftigung die Langeweile ist: die Krankheit der Langeweile ist aber nicht durch Kunstgenüsse zu heilen, denn sie kann absichtlich gar nicht zerstreut, sondern nur durch eine andere Form der Langeweile über sich selbst getäuscht werden. Die Besorgung dieser Täuschung hat nun jener berühmte Operncomponist zu seiner künstlerischen Lebensaufgabe gemacht. Es ist zwecklos, den Aufwand künstlerischer Mittel näher zu bezeichnen, deren er sich zur Erreichung seiner Lebensaufgabe bediente: genug, daß er es, wie wir aus dem Erfolge ersehen, vollkommen verstand, zu täuschen, und dieses namentlich damit, daß er jenen von uns näher charakterisirten Jargon seiner gelangweilten Zuhörerschaft als modern pikante Aussprache aller der Trivialitäten aufheftete, welche ihr so wiederholt oft schon in ihrer natürlichen Albernheit vorgeführt worden waren. Daß dieser Componist auch auf Erschütterungen und auf die Benutzung der Wirkung von eingewobenen Gefühlskatastrophen bedacht war, darf Niemanden befremden, der da weiß, wie nothwendig dergleichen von Gelangweilten gewünscht wird; daß hierin ihm seine Absicht aber auch gelingt, darf denjenigen nicht wundern, der die Gründe bedenkt, aus denen unter solchen Umständen ihm Alles gelingen muß. Dieser täuschende Componist geht sogar so weit, daß er sich selbst täuscht, und dieses vielleicht eben so absichtlich, als er seine Gelangweilten täuscht. Wir glauben wirklich, daß er Kunstwerke schaffen möchte, und zugleich weiß, daß er sie nicht schaffen kann: um sich aus diesem peinlichen Conflicte zwischen Wollen und Können zu ziehen, schreibt er für Paris Opern, und läßt diese dann leicht in der übrigen Welt aufführen — heut' zu Tage das sicherste Mittel, ohne Künstler zu sein, doch Kunstruhm sich zu verschaffen. Unter dem Drucke dieser Selbsttäuschung, welche nicht so mühelos sein mag, als man denken könnte, erscheint er uns fast gleichfalls in einem tragischen Lichte: das rein Persönliche in dem gekränkten Interesse macht die Erscheinung aber zu einer tragikomischen, wie überhaupt das Kaltlassende, wirklich Lächerliche, das Bezeichnende des Judenthumes für diejenige Kundgebung desselben ist, in welcher der berühmte Componist sich uns in Bezug auf die Musik zeigt."

Warum Wagner den Namen Meyerbeers nicht nennt, erscheint allen klar, die Wagners Leben kennen. Als er, ein junger unbekannter Musiker, in Paris lebte, da war es Meyerbeer, der ihn fast vor dem Hungertode gerettet hat. Diese Zeit und die Erinnerung an dieselbe mochte den großen Mann von einer directen Beschimpfung Meyerbeers abgehalten haben. Eine Reihe von Briefen (s. Zeitgeist Nr. 16—18. 1886) aus der Leidenszeit Wagners in Paris geben Auskunft, in welchem Verhältniß einst dieser zu Meyerbeer gestanden hatte.

Ganz merkwürdig ist das Glaubensbekenntniß, welches Wagner 1837 aus Königsberg, woselbst er als Opern-Kapellmeister fungirte, vor Meyerbeer ablegte:

„Ich bin noch nicht 24 Jahre alt, in Leipzig geboren und habe mich, als ich bereits daselbst die Universität besuchte, vor ungefähr sechs Jahren für die Musik bestimmt; mich trieb eine leidenschaftliche Verehrung Beethoven's dazu, wodurch auch meine erste Productionskraft eine unendlich einseitige Richtung bekam — seitdem, und besonders seit ich in das eigentliche Leben und die Praxis trat, haben sich meine Ansichten über den gegenwärtigen Standpunkt der Musik, und zumal der dramatischen, bedeutend geändert, und soll ich es leugnen, daß gerade Ihre Werke es waren, die mir diese neue Richtung anzeigten? Es wäre hier jedenfalls sehr am unpassenden Orte, mich in ungeschickte Lobeserhebungen Ihres Genius auszulassen, **nur so viel, daß ich in Ihnen die Aufgabe des Deutschen vollkommen gelöst sah,** der sich die Vorzüge der italienischen und französischen Schule zum Muster machte, um die Schöpfungen seines Genies universell zu machen."

Als er in Paris war, apostrophirt er Meyerbeer wie folgt: „Sie, mein theurer Meister, der Sie nun die Güte und das Wohlwollen selbst sind, werden mir weniger als jeder Andere zürnen, wenn ich mit meinen vielleicht beängstigenden Hilferufen Sie sogar bis in Ihre Zurückgezogenheit verfolge".

Als er seine Oper, die „Novize von Palermo" beendet hatte, hoffte er lange Zeit, daß sie in Paris aufgeführt würde. Aber da er nur abschlägige Antworten erhielt, ist Meyerbeer wiederum seine letzte Hilfe. Er schreibt:

„Terrorismus ist das einzige Mittel, und Sie, mein verehrter Selbstherrscher aller Töne, können ihn allein anwenden. Ich hoffe in dieser Welt auf kein Heil, als von Ihnen." „Mit allen Sünden und Schwächen, mit allem Jammer und in Noth" empfiehlt er sich dem werthen Meister, die Erlösung von Allem durch Gott und ihn erflehend. „Wenn ihm Meyerbeer hold bleibt. so ist ihm Gott eben auch nahe und deshalb bittet er den berühmten Meister, ein wenig an seinen dankglühenden Verehrer zu denken."

Nachdem er den „fliegenden Holländer" vollendet, spricht er aufs Neue das Fürwort Meyerbeers an. Er schreibt ihm:

„Zwei Worte von Ihnen haben mich aufs Neue glücklich und gründlich mit meinem Schicksal ausgesöhnt. Ach, wenn Sie wüßten, welche unermeßliche Wohlthat Sie mir dadurch angedeihen ließen! Wenn Sie empfinden könnten, zu welch überschwänglichem Dankgefühle Sie mich durch diese an den Tag gelegten und deshalb so hochehrenden Beweise Ihrer Theilnahme hinreißen! Ich werde in alle Ewigkeiten nichts Anderes gegen Sie aussprechen dürfen, als Dank! Dank! Ich armer Narr, der ich immer nur in die Zukunft hineinarbeite, in der Gegenwart aber nichts höre und sehe, ja kaum drin existire — saß nun in meinem Stübchen bei meiner armen, von mir und von düstern Sorgen gequälten Frau und sah auf die Früchte des letztverlebten oder vielmehr durchmarterten Sommers. Diese Früchte, ein dummes Textbuch und ein ziemliches Stück Partitur, lagen vor mir und frugen mich, was mit ihnen werden sollte? Mir fiel nichts Gescheidteres ein, als sie einzupacken und nach Berlin zu schicken und ihnen einen unterthänigsten Brief an den Grafen Redern mitzugeben; ich wußte, sie würden dort verfaulen. und doch fiel mir nichts Besseres ein. Da ging mir das Evangelium auf. denn von Ihrer gepriesenen Hand stand da: „Ich werde dasselbe bei dem Grafen von Redern zu erlangen ansuchen!!" — Gebe nur der Himmel, Ihre Langmuth und Engelsgemüth möge noch so weit reichen, daß Sie diese Hand nicht zurückziehen — füge es mein guter Stern, daß Sie mir auch jetzt noch hold und gnädig bleiben — so habe ich für nichts weiter zu sorgen, keinen andern Schritt mehr zu thun, und in Erfüllung müßte es gehen, was ich seit zwei Jahren als vollstes Bewußtsein in mich aufgenommen habe, daß, wenn ich es erreichen sollte, von der Welt als ein nicht ganz unwürdiger Schüler meines verehrten Meister, erkannt zu werden, dies nur durch Sie, mein Herr und Meister, erreicht werden könnte. Gott mache Ihnen jeden Tag Ihres schönen Lebens zur Freude, und trübe Ihr Auge nie mit Kummer! Dies das aufrichtige Gebet Ihres allergetreuesten Schülers und Dieners."

Die Antwort und Hilfe Meyerbeers liegt in den sechs Worten, welche sich in Wagners autobiographischer Skizze finden: „Mit ziemlicher Schnelle wurde diese Annahme (des Fliegenden Holländers) bewirkt."

„In alle Ewigkeiten" wollte Wagner gegen Meyerbeer dankbar sein. Seine Schrift „das Judenthum in der Musik" gehört wohl kaum zu diesen Beweisen „ewiger" Dankbarkeit!

Dr. H. F.

---

**Verzeichniß von Flugblättern und Schriften gegen den Antisemitismus, zu beziehen durch das Bureau des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Berlin W., Magdeburgerstraße 13, und durch die Filialbureaus in Frankfurt a. M. und Darmstadt.**

1. Ahasver. Ein Mahnruf in der Judenfrage von Pfarrer Schirmer in Düsseldorf. Preis pro Stück . . . . . . . . . . . . . . . . . 0,05 Mk.
2. Die Judenhetze. Von Karl Schmidt. Preis pro Stück . . . . . . . . . . . . . . . . . 0,20 „
3. Die Antisemitenbewegung in Deutschland in ihren Ursachen und Folgen. Von P. J. Fiedler.
   Preis pro Stück . . . . . . . . . . 0,20 „
   „ „ 50 Stück . . . . . . . . . . 8,00 „
   „ „ 100 „ . . . . . . . . . . 15,00 „
4. Ein Jahr im Centrum der deutsch-socialen Partei von Hermann Lucko. Preis pro Stück . . . . . 0,30 „
5. Stimmen über Juden und Judenthum von hervorragenden christlichen Gelehrten Nord-Amerikas. Von Moritz Baum. Preis . . . . . . . . . . 0,80 „
6. Der Blutaberglaube bei Christen und Juden. Von Hermann L. Strack. Dr. theol. & phil., a. o. Professor der Theologie an der Universität Berlin. 4. Aufl. Preis . . . . . . . . . . 2,00 „
7. Der Antisemitismus ein Krebsschaden, der am Marke unseres Volksleben frißt. Von J. Pestalozzi. Preis . . . . . . . . . . 1,60 „
8. Dr. Ludwig Jacobowski: Der Juden Antheil am Verbrechen. Preis . . . . . . . . . . 0,75 „
9. Prof. Dr. W. Pohlmann: Das Judenthum und sein Recht. Preis . . . . . . . . . . 0,50 „
10. Der Prozeß Rohling ca. Bloch.
   Preis pro Stück . . . . . . . . . . 0,15 „
   „ „ 50 Stück . . . . . . . . . . 6,00 „
11. **Antisemitenspiegel**, 384 Seiten! . . . . . . 1,00 „
   10 Stück . . . . . . . . . . 9,00 „
   !!! Ein unentbehrliches Buch für alle, welche gegen den Antisemitismus kämpfen!!!

**Flugblätter:**

Nr. 1. Ein Beispiel für die Agitationsweise der Antisemiten.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 4,50 „
Nr. 4. Die Antisemiten und das Christenthum.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,80 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 8,50 „
Nr. 5. Die Verhandlungen des Reichstages über den Wucher und des preußischen Abgeordnetenhauses über die Juden als Geschworene und Richter.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 1,00 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 8,50 „
Nr. 7. Antisemitisches Christenthum und christlicher Antisemitismus.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,75 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 8,00 „
Nr. 9. Urtheile antisemitischer Größen.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 4,50 „
Nr. 10. Moltke als „Antisemit".
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 4,50 „
Nr. 11. Fürst Bismarck und die reinen Antisemiten.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 4,50 „
Nr. 12. Der Werth des jüdischen Eides.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 4,50 „
Nr. 13. Luthers Urtheil über die Juden.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,60 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 5,50 „
Nr. 14. Katholische Stimmen über die Judenfrage.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,70 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 6,00 „
Nr. 15. Die Güterschlächterei in Hessen von Prof. Dr. E. Stengel.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,70 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 6,00 „

**Soeben erschienen:**

Nr. 16. Die Juden als Verbrecher.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,85 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 8,50 „
Nr. 17. Kaiser Friedrich III. und die Schmach des Jahrhunderts
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,60 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 6,00 „
Nr. 18. Ahlwardt im Reichstag.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 0,60 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 6,00 „
Der echte Talmud-Auszug.
   Preis pro 100 Stück . . . . . . . . . . 1,50 „
   „ „ 1000 „ . . . . . . . . . . 14,00 „

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf, mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 24. Berlin, den 11. Juni. 3. Jahrg. 1893.

### Zur Wahlbewegung.

Die **Deutschsozialen** und **Conservativen** im **Königreich Sachsen** gehen bei den Wahlen Hand in Hand. Frhr. v. Friesen hat seine Parteigenossen in Leipzig Land aufgefordert, für Liebermann von Sonnenberg zu stimmen. — Dr. Erwin Bauer agitirt für Herrn v. Frege. Die Deutschsozialen treten auch für den Candidaten der Conservativen im Wahlkreise Oschatz-Wurzen-Grimma, Gutsbesitzer Hauffe ein, nachdem dieser sich mit einer Reihe von Forderungen der Antisemiten, darunter Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht — einverstanden erklärt und versprochen hat, alle entsprechenden Anträge der Deutschsozialen im Reichstage zu unterstützen.

Dagegen steht die antisemitische Volkspartei unter Führung Zimmermanns mit den Conservativen auf dem Kriegsfuße, insbesondere macht sie gewaltige Anstrengungen, um Dr. Mehnert, den „rabulistischen Advocaten“, den „unsichern Cantonisten“, der nur in Zweideutigkeiten mache, zu stürzen und ihm „den Weg zur Führerschaft der conservativen Partei in Sachsen ein für allemal zu verlegen. —“

* * *

Von **Abmachungen hinter den Kulissen** zwischen Conservativen und Antisemiten dringt mancherlei in die Oeffentlichkeit. So warf der antisemitische Agitator Wald aus Berlin in einer Versammlung zu Landsberg am 5. Juni dem Frhrn. v. Manteuffel vor, daß er sein Wort nicht gehalten habe. Im Wahlkreise Landsberg-Soldin sollte kein conservativer Candidat dem Antisemiten Pickenbach gegenübergestellt werden, während die Antisemiten dafür von einer antisemitischen Candidatur im benachbarten Königsberger Kreise dem Hrn. v. Levetzow gegenüber absehen wollten. Das sei zwischen Pickenbach und v. Manteuffel vereinbart und trotzdem im Landsberg-Soldiner Wahlkreise dem Antisemiten der Oekonomierath Ebert als conservativer Candidat gegenübergestellt worden.

* * *

Die Conservativen der **Stadt Hannover** haben beschlossen, für den antisemitischen Candidaten Dr. Schulte-Steinberg zu stimmen.

* * *

Die Conservativen im Wahlkreise **Homberg-Fritzlar-Ziegenhain** folgen nicht der vom Vorstand des conservativen Vereins für Hessen ausgegebenen Parole; sie stimmen also nicht für Liebermann von Sonnenberg, sondern für den Oberamtmann Oldenburg.

* * *

Der Versuch der Antisemiten, die conf.-antisemitischen **Mischmasch-Candidaten** für sich zu reclamiren, wird conservativerseits energisch zurückgewiesen. So schreibt die „Schlef. Morgenztg.“:

„Es ist in ganz Schlesien, was nach den früheren Posaunenstößen der antisemitischen Organe ja allerdings verwunderlich erscheinen mag, keine einzige ernsthafte Candidatur als specifisch antisemitische anzusehen, d. h. als eine solche, welche günstigen Falls der Parteigruppe der Antisemiten einen Zuwachs bringen würde. Sämmtliche von der „Staatsbürger-Zeitung“ in Schlesien als Antisemiten bezeichneten Herren, soweit ihre Candidatur ernsthaft in Betracht kommt, werden vielmehr im Falle der Wahl einer der conservativen Fractionen beitreten.“

Hoffentlich fallen die Wahlen so aus, daß die Herrn gar keine Gelegenheit bekommen, den Streit weiter fortzuspinnen.

* * *

Als **antisemitische Candidaten** sind noch anzuführen: Dr. König für Hagen, Osnabrück und Essen, Dr. Förster für Halberstadt, Liebermann von Sonnenberg für Northeim-Osterode, Hauptmann a. D. Paul v. Warendorf für Köln, Welcker für Augsburg, von Borcke für Westhavelland, Geißler für Würzburg, Weber (Herausgeber eines antisemitisch-pornographischen Blättchens) für Fürth-Erlangen. — Der antisemitische Candidat für Eßlingen, Lang, ist zurückgetreten. — Die Vertrauensmänner der Antisemiten in Dortmund haben beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Candidaten abzusehen und den Gesinnungsgenossen Stimmenthaltung zu empfehlen.

* * *

**Stöcker** hat in seinem bisherigen Wahlkreise Siegen einen weiteren Gegencandidaten in dem freisinnigen Redacteur Himmelein erhalten. Das Stöcker'sche Leiborgan rechnet bestimmt auf den Sieg des „großen Christen, Patrioten und Volksmannes“, indem es auf die „Zerfahrenheit, Zwietracht, Muthlosigkeit, Unthätigkeit“ der Gegner hinweist. Nach anderen Nachrichten sollen die Aussichten Stöckers nicht günstig sein. — Stöcker hat sich übrigens in Alsfeld und Neustettin als christlichsozialer Zählcandidat aufstellen lassen.

* * *

**Ahlwardt als Mann der Wissenschaft!** Von Ahlwardt berichtet das „Friedeberger Kreisblatt“, in einer Wähler-Versammlung zu Netzbruch habe er seinen Vortrag auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Er habe einen

vollständig wissenschaftlichen Vortrag nach den Grundzügen der bekannten Oekonomen (sic!) List und Carey gehalten und an der Hand derselben sein Programm in so durchschlagender und packender Weise entwickelt, daß die entschiedensten Gegner hingerissen den Gegner durch allgemeinen Beifall lohnten. — —

* * *

Den Wahlkreis **Naugard-Regenwalde** vertrat zuletzt der conservative Herr v. Flügge im Reichstage. Die Conservativen haben ihn fallen lassen, weil er zur Gruppe Hellborff gehört und haben als Candidaten den Rittergutsbesitzer v. Dewitz proclamirt, dessen antisemitische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Nach den uns zugegangenen Berichten ist gegründete Aussicht vorhanden, daß der Wahlkreis den Conservativen entrissen wird. Das Aufhissen der antisemitischen Flagge hat dem Candidaten bei den die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft bildenden mittleren und kleinen Landwirthen keine Sympathien zu verschaffen vermocht.

* * *

Candidat der Conservativen und Nationalliberalen im Wahlkreise **Hanau-Gelnhausen** ist der Bürgermeister Stroh. In dem conservativen Wahlaufrufe, worin die Candidatur empfohlen wird, heißt es:

„Wir treten dem vielfach sich vordrängenden und zersetzenden Einfluß des Judenthums auf unser Volksleben entgegen und verlangen eine christliche Obrigkeit für das christliche Volk und christliche Lehrer für christliche Schulen."

Und die Nationalliberalen sagen von dem Candidaten:

„Wir dürfen auch mit Sicherheit annehmen, daß er (nämlich Herr Stroh) sich von dem Sturmlauf fernhält, welchen eine bethörte Partei gegen die Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger zu unternehmen begonnen hat."

Wie sich Herr Stroh, falls er in den Reichstag kommt, zur „Judenfrage" stellen wird, bleibt vorläufig sein Geheimniß.

Aehnlich liegen die Dinge in **München**, wo, wie bereits erwähnt, die Antisemiten und die Centrumspartei gemeinsame Candidaten aufgestellt haben. Die Centrumspartei hat einen Wahlaufruf erlassen, worin ausdrücklich gesagt ist: „Wir sind Gegner jedes Ausnahmegesetzes". Das hindert sie aber nicht, mit den Antisemiten, welche Ausnahmegesetze gegen die Juden verlangen, zusammenzugehen! Die Candidaten haben sich die Entscheidung über ihre Parteizugehörigkeit im Reichstage offengehalten.

Auch im Wahlkreise **Bensheim-Erbach** stimmen die Ultramontanen schon im ersten Wahlgange für den Antisemiten Hirschel, den Schriftführer des Böckel'schen Bauernvereins; dafür stimmen im Wahlkreis **Worms-Heppenheim** die Antisemiten sofort für den Freiherrn Dael, den Führer des ultramontanen „hessischen Bauernvereins."

Ebenso werden die altdeutschen Ultramontanen in **Metz** für Liebermann v. Sonnenberg stimmen.

Damit vergleiche man was uns aus **Hardheim** mitgetheilt wird:

In der am vorigen Samstag im Gasthaus zur Sonne von dem seitherigen Vertreter des 14. badischen Reichstagswahlkreises, Freiherrn v. Buol abgehaltenen gut besuchten Versammlung bemerkte derselbe über die antisemitische Bewegung etwa Folgendes:

Man versucht von bekannter Seite die Einwanderung der Juden nach Deutschland zu verhindern, deren Emanzipation zurückzunehmen. Hierzu bieten wir nicht die Hand. Das Centrum stützte von jeher den Schwachen und wird es auch in Zukunft thun. Es giebt schlechte Juden, auch schlechte Christen. **Ein guter Katholik ist niemals Antisemit,** so wenig wie Sozialdemokrat.

* * *

**Abg. Hammacher,** (nat.-lib.) der in seinem bisherigen Wahlkreise **Duisburg-Mülheim** wieder aufgestellt ist, hat sich in seiner Candidatenrede (nach einem Bericht der „Rhein- und Ruhrztg.") über den **Antisemitismus** wie folgt ausgesprochen:

Ich kann mich kurz fassen, indem ich mein Erstaunen darüber ausspreche, daß die antisemitische Bewegung in unserm Wahlkreise, wie es scheint, einen nicht unerheblichen Boden gefunden hat. Wenn die Abneigung gegen unsere israelitischen Mitbürger sich in wirthschaftlich armen Gegenden, wo israelitische Händler und Gewerbetreibenden in großer oder überwiegender Zahl die Geld- und Handelsgeschäfte in Händen haben, bis zu einer politischen Parteirichtung verdichtet, so kann ich das verstehen. Die Appellation an die niedrigen Gefühle und Leidenschaften der Menschen ist selten ohne Erfolg, wenn die zu Gewinnenden sich in wirthschaftlicher Noth befinden und ein gewisses Maaß von Bildung den nöthigen Widerstand nicht leistet. In unserm Kreise kann aber wahrlich von einem Zusammenhange mit solchen Ursachen nicht die Rede sein. Die Juden machen höchstens 1 Proz. der Bevölkerung aus. Ein großer Theil derselben steht in allgemeiner Achtung, und wir leben hier in einem der wirthschaftlich kräftigsten und blühendsten Theile Deutschlands. Wie ist es also zu erklären, daß auch unter der Bevölkerung dieses Kreises die Saat des Antisemitismus in die Halme schoß? Ist es das christliche Bewußtsein? Sicherlich nicht. Denn die Lehre des Christenthums heißt: „Liebe deinen Mitmenschen, wie dich selbst!" Ist es nationale Empfindung? Es giebt unter den Juden ebenso wie unter den Christen gute und schlechte Patrioten. Ist es Unwille über das geschäftliche Gebaren der Juden? Weshalb macht man dann den Unterschied zwischen jüdischen und christlichen unredlichen Leuten? Nein, meine Herren, ich kann in dem Auftreten der antisemitischen Partei im günstigsten Falle nichts als den Ausdruck unklarer Gefühle erkennen, die sich, bei Licht besehen, in ihrer naturgemäßen Entwickelung als die Vorfrucht sozialdemokratischer Bewegungen erweisen werden. Mag jeder persönlich zu den Juden in geschäftlichem und privatem Verkehr je nach Neigung oder Abneigung Stellung nehmen; politisch ist die sogenannte Judenfrage nicht zu verwerthen, es sei denn, daß man die Emanzipation der Juden wieder aufheben und diese von öffentlichen Aemtern, insbesondere vom Richter- und Schulamte ausschließen wollte. Bedenken die Antisemiten denn nicht, daß sie sich dadurch mit den Kulturanschauungen aller gesitteten Völker Europas in Widerspruch setzen, ja daß sie durch solche Maßregeln, wenn sie durchgeführt werden, das gerade Gegentheil von dem erreichten, was sie in gutem Sinne beabsichtigen mögen? Die jetzige Eigenart der Juden ist eine Folge der Behandlung oder vielmehr der Mißhandlung, welche sie in früheren Jahrhunderten erlitten. Gerade durch den Ausschluß von der Theilnahme an der bürgerlichen Gesellschaft wurden sie genöthigt, sich in großer Zahl dem Handel und den Geldgeschäften zuzuwenden. Ihre Emanzipation hat ihnen wie der gesammten bürgerlichen Gesellschaft die Lösung der allerdings sehr schwierigen Aufgabe zugewiesen, die Israeliten mit den Völkern und Staaten, innerhalb deren sie leben, zu amalgamiren, und es ist bedauerlich, daß dieser Kulturprozeß, der in andern Ländern bereits erhebliche Fortschritte gemacht hat, bei uns durch die antisemitische Bewegung unterbrochen wird. Rede Niemand davon, daß diejenigen, welche der wüsten Bekämpfung des Judenthums entgegentreten, des lebendigen Gefühls für wahres Deutschthum und der christlichen Weltanschauung entbehrten, oder der freien Entfaltung der wirthschaftlichen Kräfte in ihren Auswüchsen gleichgültig gegenüberstanden. Ich weiß mich freier von diesem Vorwurfe als viele, die das Wort im Munde führen. Es wäre aber eine Schmach und das größte Armuthszeugniß für die christliche Bevölkerung Deutschlands, wenn dieselbe nur durch Ausnahmemaßregeln oder mit Gewalt den sogenannten jüdischen Geist, der sich leider auch bei vielen Christen vorfindet, bannen zu können glaubte. Von russischen Praktiken sind wir glücklicherweise noch weit entfernt.

Sie wollen die Juden doch wohl nicht in Säcke nähen und in der Ruhr ersäufen? Sie wollen doch die Juden bessern? (Zuruf: Niemals!) Dann wollen Sie sie also todtschlagen? Das überlasse ich Ihnen. (Zustimmung und lebhafte Bewegung.)

Die antisemitischen Erscheinungen in unserem Wahlkreise vermag ich lediglich als epidemische anzusehen, welche auf dem Boden der Unzufriedenheit und des Mißbehagens mit unseren allgemeinen politischen und sozialen Zuständen herausgewachsen sind, und ich zweifle nicht, daß dieselben wenigstens auf politischem Boden niemals erhebliche Bedeutung erlangen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Ich habe das sagen müssen, so unangenehm es mir ist, aber man hat mich dazu herausgefordert und insbesondere einen Führer der conservativen Partei, den Freiherrn von Plettenberg-Mehrum angegriffen, weil er sich in ähnlicher Weise gegen die antisemitische Bewegung ausgesprochen hat. Darum hielt ich mich für verpflichtet, nicht nur zu dessen Vertheidigung, sondern auch um des ehrlichen Standpunktes willen zur Vermeidung von Irrthümern und Gefahren diese Erklärung

abzugeben. Ich schließe damit: Der Antisemitismus ist eine Vorfrucht der Sozialdemokratie, nichts mehr und nichts weniger. (Lebhafter Beifall.)

* * *

Der antisemitische Candidat für **Heidelberg,** Consul *Köster*, hat eine Postkarte folgenden Inhalts erhalten:

„Nach Durchsicht der mir zugesandten Flugblätter kann ich Sie nur beglückwünschen, daß deren Ungereimtheit und lächerliche Uebertreibung dieselben einigermaßen schützt vor dem Abscheu, welchen dieselben sonst einflößen müßten. Ich bedauere, daß Ihre achtbare Persönlichkeit sich mit einem so schmutzigen Geschäfte zu befassen für gut findet. Prof. Dr. A. Schmidt. Heidelberg, 3. Juni 1893.

*

Der alte Antisemitenführer **Wilhelm Marr** in Hamburg erklärt im dortigen *sozialdemokratischen* Blatte, unter Ausfällen gegen die modernen Geschäfts-, Sport- und Radau-Antisemiten, daß er am 15. Juni „roth" stimmen werde, nicht *obgleich*, sondern *weil* er ein *ehrlicher* Antisemit sei.

* * *

Der *antisemitische* Charakter der „unparteiischen" **„Täglichen Rundschau"** tritt immer unverhüllter hervor. In einem Artikel „Zur Reichstagswahl" schreidt der Redacteur Friedrich Lange, „daß alle jetzigen Parteien zusammen mit erbärmlicher Feigheit Euer deutsches Gewissen an das Judenthum und den jüdischen Geist verrathen haben". Alle Bundesgenossen müsse man für einen Hauptschlag sammeln, daß das *Gleichberechtigungsgesetz* der Confessionen vom Jahre 1869 wieder *aufgehoben* werde. Auch den Landwirthschaftscandidaten oder Handwerkercandidaten müsse einzuprägen sein, „daß Ihr *Judenfeindschaft* von ihm fordert und nicht im Denken und Empfinden blos, sondern ganz frei heraus auch in Thaten, zuvörderst durch die Aufhebung des Gleichberechtigungsgesetzes."

*

In einem Circular des Vorstandes des *deutsch-sozialen* Wahlvereins für **Chemnitz,** welches zur Einsendung von Geldbeiträgen für den Wahlfonds ersucht, finden sich nachstehende Sätze:

„Es wird keinen Handwerker, keinen Geschäftsmann, keinen Fabrikanten gereuen, sein Scherflein zu dieser Wahl beigetragen zu haben. *Zehn- und hundertfach wird es sich lohnen*, wenn wir durch die Wahl beweisen können, daß die Bewohner von Chemnitz und Umgegend durchaus antisemitisch gesonnen sind. Zu allen christlichen Festtagen konnten wir zu unserer großen Freude bemerken, daß viele Tausende früherer Judenfreunde ihre Bedürfnisse in christlichen Geschäften deckten oder von christlichen Handwerkern anfertigen ließen. Sind aber Handwerker und Detaillisten wieder auf ihre Selbstständigkeit angelangt, so werden dieselben bestrebt sein, sich das Joch der jüdischen Lieferanten vom Halse zu schaffen und hierfür Verbindung mit christlichen Geschäftshäusern anzubahnen. Sie ersehen hieraus, wie außerordentlich nützlich eine lebhafte Agitation ist und was wir von ihr zu erwarten haben."

Ungenirter, als es hier geschieht, konnte der **Geschäftsantisemitismus** sich kaum zeigen.

---

## Zur Charakteristik Carl Paasch's.

### Ein Epilog zum Prozeß Paasch.

Die Verurtheilung Carl Paasch's zu 15 Monaten Gefängniß hat das öffentliche Interesse wieder auf den mehr beklagenswerthen als verdammenswerthen Mann gelenkt. Die Höhe der Strafe ist durch den allzu großen Abstand zwischen den Beschuldigungen Paasch's und den ihnen zu Grunde liegenden Thatsachen veranlaßt. Man muß sich fragen, wie ein feingebildeter Mann dazu kommt, Vorwürfe zu erheben, deren Wahnwitzigkeit von einer geradezu im Extremen schwelgenden Phantasie zeugt. Als sein Hauptwerk 1891 erschien, „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft", worin er (s. Antisemitenspiegel S. 299 ff.) Bismarck für einen gedeimen Juden erklärte, ja andeutete, daß dieser Mitglied der „Alliance israélite" sein könne, worin von einer jüdischen Herrschaft gesprochen wird, unter der die ganze Welt seufze, worin als rationelle Lösung der Judenfrage die Ermordung aller Juden bezeichnet wird, — als dieser Rattenkönig von Blödsinn in zwei dicken Bänden erschien, da fand man nur *eine* Lösung: die Geisteskrankheit Paasch's.

Selbst der so vorsichtige Reichs- und Staatsanzeiger vom 27. April 1891 urtheilte über Paaschs Schrift:

„Wenngleich der Inhalt der Schrift den Eindruck erweckt, daß der Verfasser sich *in einem bedauerlich krankhaften Zustande befindet* rc. rc."

Wir wollen kein Urtheil über den Geisteszustand fällen. Wohl aber unterbreiten wir der öffentlichen Meinung das Material, dessen Herausgabe zur Charakteristik Paaschs unumgänglich nothwendig ist. —

Die „jüdisch-deutsche" Gesandtschaft wurde zuerst unter dem Titel: „*Ein Attentat in Peking. Schutz deutscher Arbeit in China*" im Selbstverlage des Verfassers (Carl Paasch) von A. Th. Engelhardt in Leipzig 1889 gedruckt.

In dieser Schrift, welche als Titelbild das Bildniß des Vicekönigs Li Hung Chang enthält und XV und 415 Seiten stark ist, werden *Juden und die Judenfrage* nur an *einer* Stelle erwähnt, nämlich S. 297, wo es in einem Schreiben an *Herrn von Brandt* vom 9. August 1888, gezeichnet Carl Paasch „in Gegenwart von Gustav Schmidt" heißt: „Sie kennen endlich meine Anschauungen in der *Semitenfrage*, welche wir seit 8 Jahren zusammen belletristisch und akademisch studirt haben und in welcher meine Ansichten im *Gegensatz zu den Ihrigen* **human** sind."

Wenn Paasch der „humane" war, dann war also nach diesem Bekenntniß Herr von Brandt der Antisemit!

Auch in dem *neueren* Buch sind Stellen übrig geblieben, die zeigen, daß eigentlich Herr von Brandt der Antisemit von den beiden war. So heißt es (S. 17):

„Nicht allein hatte er (d. h. Herr von Brandt) bereits früher versucht, anzudeuten, daß der Fürst (Bismarck) mütterlicherseits jüdischer Herkunft sei (s. politische Gespräche mit Herrn von Brandt) sondern *er selbst sogar, den ich solange als Judenhasser kannte*, hat in einem Gespräch über Religion mir zu verstehen gegeben, daß er selbst gläubiger Jude sei."

Dagegen heißt es „Politische Gespräche mit Herrn von Brandt" rc. S. 81.

„Die Gespräche nahmen zumeist den Verlauf, daß **Herr von Brandt, der die Partei der Juden nahm,** von uns Anderen mit Argumenten derart in die Enge getrieben wurde rc."

*Hier ist wieder Paasch Antisemit und Herr von Brandt Philosemit!*

S. 86. „Zuweilen gerieth er (d. h. Herr v. Brandt) in großen Zorn über die Juden und ihre Schlechtigkeit."

*Herr von Brandt ist hier wieder Antisemit!*

S. 89. „Glauben Sie an anständige Juden", fragte Herr von Brandt.

Als Paasch (über Juden) die Bemerkung gemacht haben wollte: „Bricht man einem Paar von Giftschlangen die Zähne aus, . . . so werden doch die Jungen — wieder Giftschlangen sein" — bemerkt angeblich von Brandt: „O wie recht haben Sie rc."

S. 102 sagt Herr von Brandt: „Man solle die ganze Bande (Juden) entmannen und die Weiber behalten."

S. 86/87. „Ich glaube, wahrhaftig, er hält uns alle beide für Juden (nämlich von Brandt und von Ketteler) und spionirt uns aus."

S. 5. „Die verjudete Berliner Gesellschaft haßte Brandt angeblich . . . . *Jüdisches Wesen war*

ihm zum Ekel und verächtlich, und wenn er sich mißliebig über eine Person ausdrücken wollte, pflegte er zu sagen, der Kerl ist sicher ein Jude." —

Die verschiedenen Widersprüche, die in diesen Citaten liegen, lassen sich nicht in der Weise auflösen, daß man glaubt, Herr von Brandt habe sich Jahre lang gestellt und den Judenfeind markirt, um seine angebliche jüdische Abstammung zu verbergen. Denn S. 81 heißt es ja, **daß Herr von Brandt die Partei der Juden zu nehmen pflegte!**

Die Sache ist daher nur in der Weise denkbar, daß Paasch, der nach seinem ersten Buch ja thatsächlich kein Judenfeind war, nachträglich die Vergangenheit umgedeutet hat, wobei allerdings die wirkliche Thatsache überall durchschimmert, daß Herr von Brandt der Antisemit war und nicht Paasch! Die Umdeutung läßt auf den Einfluß dritter Personen schließen. Dieser Einfluß ist auch darin ersichtlich, daß einige besonders charakteristische Stellen der älteren Schrift in der neueren fehlen. Nämlich solche Stellen, aus denen der Geisteszustand von Carl Paasch auch dem Laien deutlich wird. So fehlt in der neueren Schrift.

„Ich biß ihm (Dr. Aßmann) dabei in die Wange." (S. 73/74.)

Statt S. 72 in der alten Schrift: „Herr Aßmann sagte, daß man anders beschlossen hätte," .... es sei Gegengift. „Ich trank ihn, da ich mußte," heißt es in dem neuen Buch, daß er dem Arzt die Medicamente ins Gesicht warf.

Es fehlte nun S. 57 der alten Schrift:

„lud ich Herrn Dr. Lenz ein, eine halbe Flasche Champagner mit mir zu trinken."

und S. 57 steht in dem alten Buch:

„wir leerten eine Flasche Champagner".

S. 20 in dem neuen dagegen: „wir leerten eine Flasche Wein".

Beides sind nicht zufällige Aenderungen, denn S. 77 des alten Buchs heißt es: „Bald bemerkte ich aus seinen Aeußerungen, daß man mich auf Trunksucht behandeln wollte und daß man Sonnenstich und zuviel **Champagnertrinken** als Ursachen meiner plötzlichen sogenannten Krankheit angeben wollte."

S. 59 des alten Buches heißt es: „Dieser Gedanke stand schreckhaft vor mir. Ich glaubte wenig Hoffnung zu haben, den mir gestellten Fallen zu entgehen, um so weniger, da ich auch zufällig bemerkt zu haben glaubte, daß außer dem besagten Lachs auch andere Victualien von der Gesandtschaft mitgekommen waren. Ich wollte einen letzten Versuch machen und sandte am Nachmittag durch einen besonderen Boten eine kurze Note an Herrn von Brandt; diese Note enthielt nur die Worte: „**Keine Gnade und womit?** Ich hoffte, Herr von Brandt würde das verstehen und mir vielleicht in Geschäftssachen die Pistole auf die Brust setzen".

Wie übermalt erscheint die gleiche Stelle in dem neuen Buch (S. 20):

„Alles in Betracht gezogen, blieb es mir auch wenig zweifelhaft, daß die Herren nunmehr mit einem Anschlag gegen mich umgingen, der möglicherweise (!) gegen mein Leben gerichtet war. Ich setzte mich hin, machte ein Exposé auf Papier, überlegte mir die Sache und kam zu dem Schluß: Hier muß etwas gethan werden, sonst wird dir sicheres Verderben auf die eine oder andere Weise bereitet".

„Ich schrieb deshalb eine kurze Note in verschleierten Worten an Herrn von Brandt, die sich an unsere vorher gepflogenen Unterhaltungen und seine Erpressungsversuche anknüpfte und worin ich ihn gradezu fragte, wie viel Geld und was er von mir erwarte".

Es fehlt S. 60 des alten Buchs:

„Ich glaubte nun, daß man auch Herrn Dr. Lenz, welcher den Herren der Gesandtschaft verhaßt war, aber insbesondere Herrn von Brandt und Herrn von Ketteler, als Mitwisser meiner Projekte beseitigen wollte." In der alten Schrift steht dagegen weiter (S. 60): „Etwa hundert Schritte vom Tempel entfernt, sagte ich zu meinem Begleiter Dr. Lenz: „Doktor, man will uns beide vergiften". Dr. Lenz erbleichte, schlug mit beiden Händen an seine Brust und sagte starr vor Entsetzen: „Herr Gott! der Gedanke ist mir auch schon gekommen!" Ich begann nun zu laufen in südlicher Richtung, der Doktor folgte mir und bat mich inständigst, doch noch einmal zum Tempel zurückzukommen und nur noch ein Glas Bier zu trinken. Ich rief ihm zu, uns zu folgen, doch er gab das Laufen bald auf rc."

Dafür heißt es weniger kräftig und farblos im neuen Buch (S. 22):

„Ich war innerlich mehr und mehr überzeugt, daß ein faules Attentat vorlag. Ob Herr Dr. Lenz daran betheiligt war und davon wußte oder nicht, war mir unklar, aber um jeden Preis sagte ich mir, bleibe ich heute Nacht nicht in meinem Tempel".

Die Darstellung des alten Werks hielt auch Paasch für so richtig, daß er, nachdem Consul Feindel in Tientsin die Aufnahme eines „In memoriam" verweigert, die betreffende Erzählung von Tientsin vom 29. Juli 1888 vor den Herren Kamp, Mardhorst und Gustav Schmidt „In memoriam" verlautbarte.

Unter die Erklärung, daß diese fragliche Darstellung des Herrn Carl Paasch an Eidesstatt gemacht ist, daß sie auf Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit Anspruch macht, haben die genannten Herren ihre Namen gesetzt.

Paasch, der vergebens versucht hatte, die Erklärung dem Consul Feindel, also dem Gerichtsbeamten zu Protokoll zu geben, suchte also seiner Darstellung nach Möglichkeit die Bedeutung eines Aktenstücks zu geben. Und als solches fügt er es seinem älteren Buche ein (S. 33ff).

Dann wirft er aber selbst sein Aktenstück über den Haufen und giebt eine gänzlich abweichende Darstellung des Sachverhalts.

Die charakteristischen Abweichungen beider Bücher sind damit nicht erschöpft. Doch dürften diese Citate genügen, um den eigenthümlichen Geisteszustand Paaschs erkennen zu lassen. Alle krassen Stellen des alten Buches sind weggelassen oder übermalt. Wer diese Geistesänderung Paaschs bewirkt hat, ist nicht schwer zu errathen.

Paasch giebt zwar S. 112 selbst an, er sei schon seit 1879 überzeugter Antisemit gewesen. Indessen sind seine Angaben ja, wie wir gesehen haben, nicht immer richtig. Wie wenig Paasch noch nach Abfassung seines ersten Buches Antisemit war, ergiebt sich daraus, daß er (wie er selbst selbst S. 49 erzählt) zuerst bei einem freisinnigen Abgeordneten (es ist dies der Herausgeber der Nation, Dr. Barth) Hülfe suchte, gegen das ihm vermeintlich geschehene Unrecht. Er wendet sich naturgemäß an ein Mitglied der Opposition, da er sich von der Beamtenschaft um sein Recht betrogen glaubt.

Er geht dann sogar noch an einen zweiten freisinnigen Abgeordneten, dann an einen Conservativen und einen Centrumsmann. Von einem so fanatischen Antisemiten, wie er uns in dem Buche entgegentritt, war das nicht denkbar — Paasch ist erst später Antisemit geworden, nachdem man ihn darauf aufmerksam gemacht, daß von Brandt, Mandl und seine übrigen „Verfolger" verkappte Juden seien. Während er aber bei den übrigen Parteien kein Glück hatte — man sah zu deutlich, mit wem man es zu thun hatte — fand er bei den Antisemiten Anschluß.

Paasch war kein Antisemit. Die Antisemiten haben ihn zu einem Fanatiker gezüchtet.

Fünfzehn Monate Gefängniß sind nun sein Lohn dafür, daß er sich einer Partei in die Arme geworfen, die wie keine andere in Deutschland aus der politischen und persönlichen Verleumdung ein Metier gemacht hat. Aus diesem Grunde ist die Höhe der Strafe beklagenswerth, doppelt beklagenswerth aber, daß die Hintermänner Paaschs leer ausgegangen sind, während sie einen Mann unglücklich gemacht haben, der nicht zu ihren schlechtesten gehört hat.

## Zur Abwehr.

**Der Professor der evangelischen Theologie Karl Sigfried** in Jena hat in seinem „Theologischen Jahresbericht" Band XII 1893, worin er die literarischen Erscheinungen des vergangenen Jahres auf dem Gebiete des alten Testaments, der hebräischen Sprache, über Talmud, Judenthum u. s. w. bespricht, bei Beurtheilung der dort erwähnten **antisemitischen Schriften** u. A. Folgendes ausgeführt:

„Die Pamphlete der neuesten Zeit zeigen, mag man über ihren Inhalt denken, wie man will, eine unheimliche Steigerung der Erregung gegen die Juden. So weit darin Verleumdung, böser Wille und Fanatismus das Wort führen, wird vorläufig nichts auszurichten sein, bis „Vernunft wieder anfängt zu sprechen". Wohl aber haben nach unserem Dafürhalten wohlgesinnte jüdische Männer darüber zu Rathe zu gehen, was geschehen könne, um berechtigten Klagen über das Verhalten vieler Juden auf dem Gebiete des wirthschaftlichen und öffentlichen Lebens die Basis zu entziehen."

„v. Ungern-Sternberg (Zeitfragen des christlichen Volkslebens) definirt den Antisemitismus als „den Kampf gegen die widergöttliche Ausgestaltung, die das moderne Dasein unter der durch jüdische Einflüsse vergifteten Herrschaft der naturalistisch-kapitalistischen Weltanschauung erhalten hat." Er spricht sich nicht ganz deutlich darüber aus, aber es scheint fast so, als meine er, diese Weltanschauung werde sofort verschwinden, wenn man die gesetzliche Gleichberechtigung des Judenthums wieder aufhebe, was ihm nach Seite 36 ganz unbedenklich vorkommt. So steht es also, daß die christlichen und conservativen Volkskräfte ohne vorherige Knebelung des Judenthums sich nicht entfalten können?

„Wenn die Antisemiten nur den Talmud in Ruhe lassen wollten, denn damit haben sie jedesmal Unglück. . . . "

„. . . . . Dalmann führt einige Beispiele schandlicher Quellenfälschung an, die sich in des berüchtigen Rohlings elenden Machwerken und in dem Antisemitenkatechismus von Th. Fritsch finden. Eine Sache, die nur durch die frechsten Lügen gestützt werden kann, muß man von vornherein für eine verlorene halten.

Zu den abscheulichsten dieser Verleumdungen gehört bekanntlich die von jüdischen Ritualmorden. Die besten christlichen Kenner des Judenthums, wie Franz Delitzsch, Dalmann, Strack und Winsche haben gegen diesen rasenden Wahn wiederholt ihre Stimme erhoben. Um so empörender ist es, daß jene Blutlügner, der edle Rohling natürlich wieder an der Spitze, den bethörten Massen diesen Unsinn immer wieder einzureden suchen." — —

Später spricht Sigfried von „*der schmachvollen Rede*" *des Freiherrn v. Wackerbarth*". — Bei der Besprechung der Schrift: P. Nathan. Der Prozeß von Tisza Eszlar, sagt Sigfried: „In der Einleitung ist den *Wackerbarthschen Faseleien die Ehre einer ausführlichen Widerlegung zu Theil geworden.*"

**Berufswahl der jüdischen Abiturienten.** Ueber die *Berufswahl* der Ostern 1891 abgegangenen *preußischen Gymnasialabiturienten* veröffentlichte *Prof. Dr. Gemß* in der „*Deutschen Schul-Post*" (März 1892) einen Aufsatz, der sich auf die Angaben der Schulprogramme stützt. Die Zahl der daselbst angeführten Abiturienten betrug 3619, wovon 2458 ($67^2/_3$ pCt.) evangelischer, 907 ($25^1/_6$ pCt.) katholischer, 269 ($7^1/_2$ pCt.) jüdischer Confession und 5 Dissidenten waren. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 lebten in Preußen 64,4 pCt. Evangelische, 34,4 pCt. Katholiken und 1,2 pCt. Juden, mithin stellten die Evangelischen 3,3 pCt. mehr, die Katholiken 9,2 pCt. weniger und die Juden 6,3 pCt. mehr Abiturienten als ihnen der Bevölkerungsziffer nach zukommen müßte.

Diese Abiturienten haben sich folgenden Berufszweigen zugewandt:

I. *Berufszweige, die den Juden offen sind:*

| | Evangelische | Katholiken | Juden |
|---|---|---|---|
| Theologie | 475 | 353 | 4 |
| Medicin | 487 | 162 | 120 |
| Jura und Cameralia | 492 | 167 | 74 |
| Baufach | 66 | 20 | 7 |
| Klassische Philologie | 69 | 16 | 4 |
| Kaufmannsstand | 49 | 8 | 9 |
| Ingenieur- und Technikerfach | 42 | 7 | 9 |
| Bankfach | 45 | 6 | 5 |
| Berg- und Hüttenfach | 28 | 10 | 2 |
| Naturwissenschaften | 21 | 4 | 7 |
| Maschinenbaufach | 21 | 7 | 1 |
| Chemie | 23 | 2 | 3 |
| Geschichte | 17 | 3 | 3 |
| Electrotechnik | 9 | 6 | 5 |
| Mathematik | 11 | 4 | 3 |
| Neuere Sprache | 10 | 1 | 1 |
| Germanistik | 8 | 0 | 1 |
| Nationalökonomie | 8 | 0 | 3 |
| Landwirthschaft | 30 | 7 | 0 |
| | Sa. 1911 | Sa. 78 | Sa. 261 |

II. *Berufszweige, die den Juden verschlossen sind:*

| | | | |
|---|---|---|---|
| Theologie und Philologie | 19 | 9 | 0 |
| Militär und Marine | 234 | 29 | 0 |
| Postfach | 157 | 39 | 0 |
| Steuerfach | 25 | 11 | 0 |
| Beamtenlaufbahn | 14 | 13 | 0 |
| Forstfach | 19 | 7 | 0 |
| | Sa. 468 | Sa. 108 | Sa. 0 |

Die jüdischen Abiturienten bilden $7^1/_2$ pCt. aller Abiturienten. Da ihnen nun die oben angegebenen 6 Berufszweige verschlossen sind, so ergreift die Zahl, die, der Statistik nach, in diesen Zweigen Unterkunft finden müßte, also $7^1/_2$ pCt. von 468+108 d. h. 43 Juden, die übrigen Berufe. Auch dieser Grund muß berücksichtigt werden, wenn man sich über die hohen Ziffern wundert, welche die Juden z. B. bei Jura und Medicin aufweisen.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Ahlwardt und Stöcker.** Von geschätzter Seite schreibt man uns:

In der Reichstagssitzung vom 22. März 1893 bezeichnete Abg. Richter Herrn Stöcker als den „höheren Ahlwardt" (s. Mitthlgn. Nr. 14. S. 162): „Meine Herren, par nobile fratrum: Stöcker und Ahlwardt, Sie gehören zusammen". Daß diese Gegenüberstellung beider Persönlichkeiten ihre Berechtigung hat, dafür ist jüngst auch von der „Laubhütte" ein Beweis erbracht worden.

Wie Ahlwardt hat auch Herr Stöcker ihm unangenehme Gegner zu Juden gestempelt. So z. B. den Professor M. J. Schleiden, am 22. Nov. 1880 im Abgeordnetenhaus, der durch die vorzüglichen Schriften („die Romantik des Martyriums bei den Juden im Mittelalter". Lpz. 1878 u. a. m.) sich der Juden warm angenommen hat. Darauf wurde Schleidens Taufschein veröffentlicht und Stöckers Behauptung war damit widerlegt. Auch die Komödie mit den „*Acten*" Ahlwardts ist nur nach berühmten Mustern gearbeitet. *Auch hier war Stöcker das Vorbild.* Am 22. November behauptete Stöcker im Abgeordnetenhause, der vierte Theil der Männer, welche die Erklärung gegen die Antisemiten unterzeichnet hätten, habe den Hezentanz um das goldene Kalb mitgemacht. Als man ihn aufforderte, Namen zu nennen, weigerte sich Stöcker und sagte, er werde die „Liste"

(lies „Acten") privat mittheilen. — Am 5. Dezember wurde Herr Stöcker im Abgeordnetenhause vom Abgeordneten Struve wegen der „Liste" angezapft; es war vergeblich; er erklärte, die Liste in der „Deutschen Landesztg" sei nicht die seinige. Die Weigerung, die Namen zu nennen, bezeichnete Struve als „außergewöhnliche Feigheit". Darauf ersuchte Herr Zelle Herrn Stöcker um die Liste, er versprach sie für „später", denn er könne sie nicht beständig mit sich herumtragen. Einen Tag später bat Abg. Parisius um die Liste; Stöcker antwortete, das Material „sei momentan nicht in seinem Besitz", er werde es herbeischaffen Einige Tage später übergab endlich Stöcker dem Präsidenten eine „Liste", jedoch mit der Erklärung, daß er die schlimmen Gründungen nicht gemeint habe. Commentare über dieses eigenartige Vorgehen findet man in den Blättern vom Dez. (10 u. ff) 1880, auch in der „Post."

**Antisemitismus in der Post.** Ein Zufall hat uns ein Probetelegramm eines Telegraphen-Assistenten auf den Redactionstisch geweht. Wir wissen nicht, ob der Inhalt desselben dem „Volk" entnommen oder eigenes Fabrikat des Assistenten ist. Jedenfalls verdient es veröffentlicht zu werden als Beweis dafür, wie der Antisemitismus auch im Postbeamtenstande lebt und sogar in den Amtsstunden gepflegt wird. Das Telegramm lautet:

Probetelegramm des O. T. A. Melzig.
Telegraphie des Deutschen Reiches.

Angenommen durch: Berlin von Görlitz — Befördert den 27. 2. 1892. 7 Uhr 20 M. N.mitt. in Ltg. am Uebungs-Apparat durch Melzig.

Nr. mit 207 W. 1892 den um 8 Uhr. V mitt.

Volk Berlin.

Ein kräftiges Heil der deutschsozialen antisemitischen Partei und ihren Bestrebungen, die darauf vor Allem gerichtet sind, Deutschland und sein Volk frei zu machen von den Fesseln, in die es durch das Judenthum gerathen ist, und die sich immer mehr und mehr verdichten Alles was wir hoffen, soll auf gesetzlichem Wege geschehen. Das erste Ziel, das angestrebt wird, richtet sich darauf, das Lehrfach und den Richterstand von den jüdischen Elementen zu säubern, Lehrerstand sowohl wie die deutsche Jugend von ihnen zu befreien. Unser Kaiser hat es betont, daß der ganze Unterricht von der christlichen Heilslehre und ihren göttlichen Wahrheiten durchdrungen ist. Nun frage ich, wird der Jude geben können, was er selber nicht hat? Ferner soll namentlich der deutsche Geschichtsunterricht gepflegt werden. Anläßlich des kaiserlichen Erlasses schrieb ein hervorragendes Judenblatt, daß die deutsche Geschichte so eine jämmerliche sei und wohl nur in der englischen oder französischen Bilder wahrer Größe und Herrlichkeit zu finden wären. Dieses Berliner Blatt dürfte die Gesinnung der Juden in ihrer Mehrzahl zum Ausdruck bringen. Unsere Kinder sollen zu Christen und Deutschen erzogen werden, die ihren Gott und ihr Vaterland lieben. Ich wollte den Amerikaner sehen, der vorzuschlagen wagte, daß den Negern und Rothhäuten der Unterricht der amerikanischen Jugend anvertraut würde.

Obiges Telegramm hat der Ober-Telegraphenassistent Melzig ohne Controleur unter meiner Aufsicht in 12 Minuten abgegeben. Das Zerreißen des Streifens ist durch Unvorsichtigkeit beim Zusammenlegen geschehen.

Görlitz, 28 Februar 1892.

Frommer,
Postpraktikant.

**Paul Heichen,** ein obskurer Schriftsteller, hat Werke französischer Autoren, wie Daudet, Zola, Belot übersetzt und herausgegeben, die **gar nicht von diesen Schriftstellern herrühren.** Unter der Flagge berühmter Namen segelten die elendsten Machwerke hinaus. Die Pariser Schriftstellerwelt ist darüber in begreiflicher Aufregung und Daudet geht mit dem Plane um, die Hilfe der Berliner Gerichte in Anspruch zu nehmen. Wir kennen diesen Paul Heichen ganz gut. Er ist der Verleger der „Judenbaibelle", der „Judenlaus im Christenpelz" u. a., wohl der widerlichsten Erscheinungen, welche die antisemitische Litteratur herorgebracht hat, was ja auch der Antisemit H. G. Erdmannsdörffer selber zugegeben hat, (s. Mitthlgn. 1892, S. 303) der „sich schämt, ein derartiges Machwerk in die Hand zu nehmen" Heichen hat auch über „jüdischen Schwindel" im Buchhandel geschrieben. Wahrlich ein competenter Beurtheiler!

**Aus Leipzig** wird uns unter dem 1. Juni über **antisemitische Rohheiten** geschrieben:

Seit einiger Zeit haben anständig gekleidete Antisemiten aus Gera, wenn sie wissen, daß die jüdischen Handelsleute von den benachbarten thüringischen Jahrmärkten nach Leipzig zurückfahren, es sich zur Gewohnheit gemacht, zwei oder drei Stationen von Gera in die Wagen 4. Klasse einzusteigen und die jüdischen Passagiere in der gröblichsten Weise zu belästigen und zum Theil auch zu Thätlichkeiten, hauptsächlich gegen wehrlose Frauen überzugehen. Heute kamen aber die Herren an die richtige Adresse. Als wir von Neustadt a. Orla vom Jahrmarkt nach Leipzig fuhren, stiegen in Weida drei solcher Radauhelden in unseren Wagen und begannen sofort mit den gemeinsten Schimpfworten gegen die jüdischen Passagiere und schlugen drei Frauen ohne Grund mit der Faust ins Gesicht. Darüber waren selbst die christlichen Reisenden empört und die Burschen wurden von Christen und Juden derartig gezüchtigt, daß ihnen die Lust an solchen Abenteuern für längere Zeit vergangen sein dürfte. In Gera wurden ihre Namen polizeilich festgestellt; die Sache wird vor Gericht noch ein Nachspiel haben.

**Die Zahl der „christlich-deutschen Geschäfte" in Berlin,** schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg", scheint sehr zusammengeschrumpft zu sein, wie man wohl daraus schließen darf, daß das Verzeichniß derselben, welches ein hiesiges Blatt (die „Staatsbürgerztg") täglich veröffentlicht und dessen Weiterverbreitung es auf das Dringlichste empfiehlt, kaum dritthalb Hundert Firmen aufzuzählen im Stande ist. Unsere „ersten Firmen" findet man in dem Verzeichniß, — soviel wir ersehen —, gar nicht vertreten; sie scheinen keinen Werth darauf zu legen, in die Reihe „christlich-deutscher Geschäfte" rangirt zu werden; merkwürdig ist es auch, daß jene Branchen, welche auf dem Berliner Markt die führenden sind, in dem Verzeichniß nicht nur dem Klange, sondern auch der Zahl der Namen nach nicht allzu imponirend auftreten; so finden wir in dem Verzeichniß nur angeführt 3 Bankgeschäfte, 5 Geschäfte für Gardinen, Möbelstoffe, 4 für Leinen- und Baumwoll-, 1 für Modewaaren, 12 für Wäsche, Zahlen, die nach kleiner würden, wenn man die Identität der Namen berücksichtigen würde.

**Meiningen,** 4. Juni. Ein Führer der Antisemiten in dem benachbarten Dorf Walldorf hatte an die Expedition der „Dorf-Zeitung" eine Annonce eingeschickt von der Verlobung eines jungen Juden in Walldorf mit einer gebrechlichen Armenhäuslerin. Durch einen zufälligen Umstand wurde die Anzeige nicht veröffentlicht, sondern kam in die Hände des angeblichen Absenders zurück. Als wirklicher Absender wurde der Antisemit Sattler Rathhaupt in Walldorf ermittelt, gegen den Strafantrag gestellt wurde. Er wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Ein Glück für ihn, daß die Annonce nicht veröffentlicht worden ist, sonst wäre die Strafe härter ausgefallen.

**Nürnberg,** 5. Juni. Die Strafkammer verurtheilte den hiesigen Antisemitenführer und Verfasser einer Ritualmordbroschüre Retterspitz wegen falscher Anschuldigung eines christlichen Amtsrichters zu $3^1/_2$ Monaten Gefängniß und dreijähriger Aberkennung der Ehrenrechte.

## Zum Ritualmord.

Der berüchtigte Paulus Meyer, von dessen Verhaftung wir in der letzten Nummer berichtet haben, hat einen Brief geschrieben, den der katholische Pfarrer Deckert im Wiener „Vaterland" veröffentlicht hat. Dieser Brief enthält die Darstellung eines Ritualmordes, dessen Zeuge Paulus Meyer gewesen sein will. Und zwar soll dieser Ritualmord von einem Rabbi Jehoschua, Sohn des

Rabbi Schlome Leb in Lentschna ausgeführt worden sein. Nun lebte in dem Orte Ostrow im Gouvernement Siedlec in der That jener Rabbi, **aber dieser starb bereits zwei Jahre vor dem Zeitpunkt, an dem er den Ritualmord ausgeführt haben soll;** nämlich am 26. April 1873. Selten ist eine Fälschung augenfälliger bewiesen worden! Und da wagt es die „Staatsb.-Ztg.“ diesen Brief eines Fälschers noch behaglich abzudrucken!

In seiner Veröffentlichung im „Vaterland“ hatte Pastor Deckert geschrieben, Prof. Dr. Bickell hätte Paulus Meyer 1000 fl angeboten, wenn er seinen Brief über den Ostrower Ritualmord für falsch erklären würde. Auch das ist eine grobe Unwahrheit; denn Prof. Dr. Bickell, ein Christ und eine wissenschaftliche Autorität ersten Ranges, veröffentlichte folgenden Brief, der das Bild des famosen Paulus Meyer noch vervollständigt:

Geehrte Redaction! Der Umstand, daß der hochwürdige Herr Pfarrer Dr. Deckert in seiner Zuschrift von heute meinen Namen nannte, veranlaßt mich, hier meine Beziehungen zu der Meyer'schen Angelegenheit klarzustellen. Herr Paul Meyer kam Ende März mit einem sehr warmen Empfehlungsschreiben meines alten Freundes, Herrn Kanonikus Professor Dr. Rohling, zu mir. Auf seinen Wunsch begleitete ich ihn bald darauf zu Herrn Dr. Deckert, wo ich aber gleich bestimmt erklärte, daß ich mich für Herrn Meyer nur menschlich und wissenschaftlich interessire. Als das Gespräch auf das Blutrituale kam, sagte ich, die bisher dafür beigebrachten Stellen seien absolut nichtig, ebensowenig seien neue zu erwarten, da solche schon längst durch Convertiten bekannt geworden sein würden. Ich glaube daher nicht einmal an die auf der Folter constatirten mittelalterlichen Kinderschächtungen, zumal die Kirche den lokalen Cult jener Kinder nur eben dulde. Herr Dr. Deckert konnte mich also unmöglich für einen Gesinnungsgenossen quoad hoc halten. Bei dieser Gelegenheit sah ich den Entwurf eines Contracts, wonach Herr P. Meyer ein Werk über den Ritualmord schreiben sollte, wogegen ihm auf fünf Monate monatlich 100 fl. zugesichert waren.

Von da an redete ich Herrn Meyer wiederholt zu, diesen Vertrag nicht abzuschließen, sondern eine rein gelehrte Thätigkeit zu ergreifen. Ich schlug ihm vor, mir Unterricht im Talmudlesen zu geben, bemühte mich auch (leider vergeblich), ihn mit der Katalogisirung der großartigen hebräischen Handschriftensammlung einer hiesigen Ordensgemeinschaft beauftragen zu lassen. Im tiefsten Vertrauen sprach ich schon damals mit einem Gelehrten von europäischem Rufe über die Sache, welcher meinte, er werde leicht eine genügende Geldsumme aufbringen können, wenn der Mann dadurch von verderblichen Schritten abgehalten werden könnte.

Gleichwohl hätte ich die Sache ihren ruhigen Gang weitergehen lassen, wenn sich Paulus Meyer auf das Zusammenstellen von Citaten aus der jüdischen Litteratur beschränkt hätte; denn solche Citate lassen sich ja nachschlagen und controliren, würden sich daher alsbald, wie bisher, als Irrlichter herausstellen, wie er denn auch mir gegenüber nie ein einziges vorgebracht hat. Aber die Ankündigung des Briefes, worin ein angeblicher Augenzeuge die Schächtung eines Christenkindes beschreiben sollte, brachte die Katastrophe herbei. Ich wollte nicht durch Stillschweigen an einer eventuellen Massakrirung von Juden mitschuldig werden und stellte daher Paulus Meyer zur Rede. Anfangs gab er sich nicht als den Briefschreiber zu erkennen, ließ jedoch bald seine Autorschaft durchblicken. **Den Inhalt des Briefes hat er mir gegenüber nie als wahr vertreten,** sondern auf meine Vorwürfe über die **Erdichtung** immer nur geantwortet, die Juden hätten ihn nicht so sehr reizen und erbittern sollen. Kurz vor der Publication des Briefes verlangte er auf ein halbes Jahr monatlich 120 fl., die er auch ohne Weiteres erhalten hätte, wenn er vorher seine angeblichen persönlichen Erlebnisse über Kinderschächtungen zurückgenommen hätte; das wollte er aber erst nachher thun, man solle ihm „mit Vertrauen und Liebe entgegenkommen“ und dazu mochte sich der obenerwähnte Gelehrte nicht entschließen. Nach Publikation des Briefes ließ ihm Letzterer durch mich noch einmal 1000 fl. unter derselben Bedingung anbieten. Herr Meyer erklärte sich **bereit,** das Geld bei mir anzusehen und alsdann, **nach** Ausstellung des Widerrufs, in Empfang zu nehmen. Einen Augenblick war ich geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, sah aber bald ein, daß ich mich nicht solchen demüthigenden Bedingungen aussetzen durfe, und schrieb ihm daher vorgestern, daß ich alle Beziehungen zu ihm auf solange abbreche, als er nicht aus eigenem Antriebe das begangene schwere Unrecht zu sühnen bereit sei. Noch bemerke ich, **daß ich Herrn Dr. Bloch auf die dringende Bitte Herrn Meyer's besucht habe, um von ihm eine schonende Behandlung des Letzteren zu erwirken.** Nebenbei bemerkt, war dies mein erster Besuch bei Herrn Dr. Bloch; wir dürften also doch nur sehr schwach miteinander „in Verbindung stehen“.

Das Obige genügt wohl zum Beweise, daß ich mich nur bemüht habe, einen Mitmenschen von einer schweren Verirrung, welche die furchtbarsten Folgen haben kann und entsetzlich auf dem Gewissen des Urhebers lasten würde, abzubringen. Den Widerruf konnte ich ohneweiteres verlangen, **da die Erdichtung der Schächtgeschichte an sich einleuchtet** und von Herrn Meyer im Gespräche mit mir stets stillschweigend vorausgesetzt ward.

Hochachtungsvoll

Wien, 15 Mai 1893. Prof. Dr. G. Bickell.

Ergänzend sei bemerkt, daß Herr Professor Bickell, als er in der Redaction der „Oesterr. Wochenschrift“ um Schonung des Paulus Meyer bat, dieser Letztere die Autorschaft des Mordbriefes noch geleugnet und interessante „Enthüllungen“ über die Antisemiten in Aussicht gestellt hat.

Die Berliner Antisemiten scheinen auch nach einem kleinen Ritualmord Sehnsucht zu haben. Als ein Berliner Mädchen, Hedwig Weber, Tochter eines Schlächtermeisters, vor einigen Wochen verschwand, da war in einer Ankündigung einer antisemitischen Volksversammlung zu lesen, daß in dieser Versammlung Mittheilung „über das Verschwinden der kleinen Hedwig Weber“ gemacht werden sollte (s. Mittheilungen 1893. No. 21 S. 219.). Jüngst ist in Berlin ein kleiner Knabe, Erich Klinger, von einem perversen Subjecte, Namens Koppler, getödtet und verstümmelt worden. Nur die sofortige Entdeckung und Verhaftung des Mörders ist schuld, daß sich die auf Ritualmorde abgerichtete Phantasie der Antisemiten beruhigen konnte. Gerade die widernatürliche Verstümmelung eines Kindes hat ja immer die Phantasie des Volkes angeregt. Wir erinnern an einen Fall in Frankreich aus dem Jahre 1892, in dem auch aus einer Verstümmelung eines Leichnams ein Ritualmord präparirt worden ist. „Und wenn man,“ heißt es in dem Journal „Indres et Loire“, vom 27. März 1892 „an dem Körper die Zeichen der Beschneidung, die zur Beschaffung des Beschneidungsbluts, eines Universalheilmittels in den Augen der Juden gefunden hätte — wer begreift da nicht das Interesse der Opferer am Verschwinden der Spur?“ (s. Antisemitenspiegel S. 321. f.) In diesem Falle verstrichen erst 4 Monate, bis die Mörderin, die eigene Mutter des Kindes, entdeckt worden ist. Nur der Umstand, daß in Berlin der Mörder Koppler sofort entdeckt wurde, ist Schuld, daß der Vorwurf einer Blutbeschuldigung sich nicht hervorwagen konnte.

## Aus Rußland.

### Liegt die Rechtlosigkeit der Juden im Interesse des russischen Staates?

Die **„Petersburgskija Wjedomosti“,** welche anerkanntermaßen die russische Intelligenz und die akademischen Kreise an der Newa vertreten, schreiben:

„In Sachen der Russifizirung unserer nord- und südwestlichen Grenzdistrikte spielen die Städte offenbar eine besonders wichtige Rolle und wird man deren Einfluß in der einen oder in der anderen Richtung als maßgebend nicht nur, sondern geradezu als entscheidend anerkennen müssen. Der Grund dafür ist sehr leicht ersichtlich, weil in den Städten die gesammten geistigen und materiellen Kräfte des Landes sich concentrirt finden. Es ist ein allgemeines Entwickelungsgesetz, das noch zu allen Zeiten und bei den verschiedensten Nationen seine Gültigkeit bewährt hat, daß geistige Strömungen und politische Tendenzen immer zuerst in den Städten zu keimen beginnen und dort auch zur Reife gelangen. Erst nachdem die Ideen und die Bestrebungen in der städtischen Bevölkerung feste Wurzeln geschlagen haben, fangen sie an, allmählich auch in das flache Land durchzusickern und reißt der Strom schließlich auch die an sich träge Landbevölkerung mit, sofern sie sich überhaupt fähig erweist, dem Fluge der Zeit zu folgen. Und wo immer es sich in der Geschichte um die politische Zuverlässigkeit und die Reichstreue eines wichtigen Grenzgebietes handelte, suchten die Staatsmänner vor Allem die städtische Bevölkerung zu gewinnen und diese für die Idee der Reichseinheit zu begeistern, in der richtigen Erwägung, daß die Landbevölkerung noch nie die politische Initiative ergriffen habe.“

Man nehme nun ein beliebiges statistisches Compendium zur Hand und man wird sehen, aus welchen Theilen die

städtische Bevölkerung der fraglichen russischen Grenzgebiete besteht. Die Juden machen die große Mehrzahl aus. Zu Anfang der 80er Jahre, als die Juden noch auf dem flachen Lande daselbst wohnen durften, setzte sich die Bevölkerung in den 67 Kreisstädten des sogenannten rechtmäßigen Ansässigkeitsgebietes aus 57% Juden und 43% Nichtjuden zusammen, unter welchen das eigentlich orthodoxe, nationalrussische Element eine v e r s c h w i n d e n d e Minderheit bildete. Glaubt man etwa, daß es den russischen Juden ein besonderes Vergnügen macht, in diesem eigenartigen Ghetto eingesperrt zu bleiben? Und klingt es nicht wie Hohn auf die Gerechtigkeit und auf den gesunden Menschenverstand, wenn man die judenfresserischen Organe darüber jammern hört, die Juden hätten das Gebiet „in Beschlag genommen" und sie wären die „Herren" im Lande!" Dieser Vorwurf ist thatsächlich mit dem Aerger darüber gleichbedeutend, daß die Geächteten, allen grausamen Verfolgungen zum Trotz, doch noch zu leben und selbst sich fortzupflanzen wagen, statt den anderen Moskowiten zu Liebe, en masse Selbstmord zu begehen. Man drehe und wende sich, wie man wolle: die für die russischen Staatsinteressen so eminent wichtige Frage von der „moralischen Eroberung" der nord- und südwestlichen Grenzgebiete, welche heute an der Feier ihrer hundertjährigen Eroberung durch das Schwert dem national-russischen Staate so fremd sind, wie zur Zeit der Polenherrschaft, ist von der rationellen Lösung der Judenfrage in Rußland schlechterdings unzertrennlich und will der russische Staat jene „Reichslande" wirklich gewinnen und dauernd an sich fesseln, so m u ß er sich zur vollen Emancipation und rückhaltlosen Gleichberechtigung der Juden im Reiche entschließen. Der e r s t e und unumgängliche Schritt dazu ist die Aufhebung der fluchbeladenen Sperre: die Oeffnung des Riesenkäfigs, den Heuchler und Narren das „rechtmäßige Ansässigkeitsgebiet der Juden" genannt haben.

**„Rußkaja Schiza"**, welche die größte Popularität an der Newa besitzt und welcher selbst die „Nowoje Wremja" das Zeugniß der unbestechlichen Redlichkeit und der wärmsten Vaterlandsliebe nicht versagen kann, schreibt: „Die Frage von der wirksamen Verschmelzung unserer westlichen Grenzmarken mit dem Innern des Reiches ist mit der Lösung der viel discutirten Judenfrage i d e n t i s c h und wird die Russifizirung der Reichslande ohne die Proclamirung der vollsten Gleichberechtigung der Juden n i e u n d n i m m e r gelingen."

Die **„Rußkija Wjedomosti"**, das Organ der Moskauer Universität, lassen sich in derselben Angelegenheit wie folgt vernehmen: „Das ernste Bestreben, unser westliches Gebiet in Wahrheit russisch zu machen und das zähe Festhalten an dem alten Unrecht gegenüber den Juden schließen sich gegenseitig aus und wer kein Heuchler und Phrasendrescher ist, muß gestehen, daß unsere e i g e n e n L e b e n s i n t e r e s s e n es g e b i e t e r i s c h erheischen, jenes Unrecht endlich einmal wett zu machen".

Die **„Nedjelja"**, bekanntlich das älteste Wochenblatt im Zarenreich, veröffentlicht aus demselben Anlaß einen längeren Leitartikel, das „h y s t e r i s c h e E l e m e n t i n d e r P o l i t i k" überschrieben, in welchem es u. A. wie folgt heißt: „Es ist unser nationalrussisches Unglück, in den wichtigsten Fragen des Staatslebens die überlegende Vernunft nicht zum Wort kommen zu lassen, vielmehr sich lediglich durch die dunklen Gefühle der erregten Leidenschaft und durch h y s t e r i s c h e Launen leiten zu lassen. Mag man mit den Publizisten im „Graschdanin" und in der „Nowoje Wremja" sechs Tage lang herumdisputiren und ihnen sonnenklar beweisen, wie sehr sie durch ihre wüste Judenhatz die besten Interessen des Vaterlandes schädigen, am siebenten Tage bekommt man doch den brutalen Machtspruch zur Antwort: „Wir wollen keine Juden! Die müssen von der heiligen russischen Erde ausgerottet werden!" Und — damit Punktum. Es ist überflüssig, erst des Längern zu beweisen, daß wichtige politische Fragen nicht nach Maßgabe der Eingebung hysterischer Anfälle und krankhafter Leidenschaften beurtheilt oder gar behandelt werden können! Auf die „Ausrottung" der Juden werden die braven Patrioten noch lange zu warten haben und inzwischen — stehen die Räder des weltgeschichtlichen Fortschritts trotz alledem nicht still."

**Für den Wahlfonds sind weiter eingegangen:** D. Hofheimer-Laupheim 2 M. — Poradies-Oerlinghausen 5 M. — L. Sucram bei Münster 4 M. — Goldschmidt-Gotha 15 M. — J. Meyer-Oerlinghausen 8 M. — Freunde in Wilhermsdorf 22 M. — Dr. J. R. in M. 20 M. — A. E.-Hofgeismar 10 M. — A. B. W. Z. 4 M. — F. S. 10 M. — Zusammen sind bis jetzt eingegangen: 628,20 M.

Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen dringend, uns mit ferneren Beiträgen für die Hauptwahlen und Stichwahlen zu unterstützen. Adresse: Herrn Schatzmeister Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

## Briefkasten.

**X in Bernburg.** Die Antisemiten haben allerdings eine harte Nuß zu knacken, wenn sie zwischen einem Juden und einem getauften Juden die Wahl treffen sollen. In ihren Augen sind doch eigentlich beide gleichwerthig.

**Dr. A. C. in Berlin.** Sie sind auf falscher Fährte.

**Dr. M. G.** Ja. Die jetzt veröffentlichte Correspondenz Bismarcks mit Gerlach enthält Aeußerungen des Ersteren über die Juden. Im Jahre 1852 spricht Bismarck über das „Judenpack" in Wien, welches eine positive Bundespolitik verhindere. In einem Briefe vom 11. Juni 1855 stellt er Bach und Genossen als „in einflußreicher Solidarität mit dem ganzen Klüngel von Juden und Judengenossen, die sich an den kranken Brüsten der oesterreichischen Finanz vollsaugen, stehend" dar. Man beachte, daß die damalige oesterreichische Regierung nicht etwa eine liberale, sondern eine e r z r e a c t i o n ä r e war!

**M. O. in Berlin.** Sie haben ganz recht. In der von uns in voriger Nummer (S. 232) abgedruckten Bemerkung der „Kreuz-Ztg." über Ahlwardt macht sie ihm seine Verleumdungssucht, seine Demagogie 2c. w e i t w e n i g e r z u m V o r w u r f, als daß er „die schwersten persönlichen Beleidigungen so gleichgültig auf sich sitzen läßt". Soll sich Ahlwardt mit dem ganzen Reichstag schlagen? Mit Herrn von Hammerstein, von Liebermann 2c.? Das ist der richtige Junkerstandpunkt!

**F. P—n.** In Anbetracht der antisemitischen Haltung, welche das Junkerthum bei uns einnimmt, darf man sich nicht darüber wundern, daß das Organ der deutschen Adelsgenossenschaft ganz und gar in antisemitischem Fahrwasser segelt.

**Abonnent in K.** Mit Prophezeiungen geben wir uns nicht ab. Lassen Sie sich durch die Siegesbulletins der Antisemiten nicht täuschen. Gerade in dem von Ihnen genannten Wahlkreise werden sie voraussichtlich jämmerlich durchfallen.

### Briefkasten der Expedition.

**Deuben.** Die Abstimmungslisten sind erst jetzt fertig gestellt. Ein Exemplar kostet 5 Pf., 10 — 30 Pf., 50 — 1 Mk., 100 — 1,50 Mk. Eine Postkarte von Ihnen ist eingegangen.

**G. Pickert.** 20 Mk. aus einer Streitsache dankend erhalten.

**C. Führmann in Altona.** Wir wissen nicht, wer Ihnen die „Mittheilungen" zusendet. Von der Expedition aus geschieht dies nicht.

**Eisenstädt.** Unsere Vertrauensmänner werden theilweise wohl selber die Einziehung der Mitgliederbeiträge besorgen. Später werden wir mit einem besonderen Ersuchen an diese Herren herantreten. An den bezeichneten Herrn haben wir eine Liste geschickt.

**A. Berlin.** In jeder Berliner Trinkhalle sind die „Mittheilungen" zum Preise von 5 Pfg. zu bekommen.

**Paris.** Die Nr. 6 der „Mittheilungen" von 1891 ist überhaupt nicht mehr vorhanden. Im Nothfalle könnten wir nur mit einer Abschrift dienen.

---

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechler, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschlager, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 25.** **Berlin, den 18. Juni.** **3. Jahrg. 1893.**

### Zur Wahlbewegung.

**In Arnswalde-Friedeberg** liegen sich die **Conservativen** und **Ahlwardt** in den Haaren. Im Friedeberger Kreisblatt vom 15. Juni finden wir folgendes Inserat:

Herr v. Schlieffen behauptete in der Versammlung am 6 d. M. in Woldenberg, Herr Ahlwardt habe sein Ehrenwort gebrochen. — Diese Behauptung beweisen folgende Thatsachen:

1. Herr Ahlwardt hatte in Neuwedell gesagt, daß seitens der conservativen Parteileitung ihm zugesichert sei, es würde im hiesigen Wahlkreise kein conservativer Candidat aufgestellt werden. Als Herr Rector Bamler dies in Zweifel zog, erwiderte Herr Ahlwardt „ich gebe mein Ehrenwort, daß meine Aussage wahr ist“. Eine in Folge dieser Erklärung an Herrn von Manteuffel gerichtete Anfrage wurde dahin beantwortet, daß in Gegenwart des Herrn Hofprediger Stöcker ihn Herr Ahlwardt um obige Zusicherung gebeten habe — er (Herr von Manteuffel) habe dies Ansinnen auf das Entschiedenste zurückgewiesen. —

2. Auf eine an Herrn von Langen gerichtete Anfrage, ob endgültige Abmachungen zwischen Herrn von Manteuffel und Herrn von Hammerstein einerseits und Herrn von Langen und Herrn von Barke andererseits dahin getroffen seien, daß im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg Herrn Ahlwardt kein conservativer Kandidat entgegengestellt werden sollte, ist die Antwort „**Nein**“ erfolgt.

Es steht hiermit fest, daß Herr Ahlwardt **sein Ehrenwort unrichtig** abgegeben, sowie seiner Erklärung entgegen mit Herrn von Manteuffel persönlich verhandelt hat.

Jeder Wähler des Wahlkreises, der überhaupt auf **Wahrheit** und **Ehrenwort** etwas giebt, kann hiernach einem Herrn Ahlwardt seine Stimme

**nicht**

geben. —

von Schlieffen. Krause. Dr. Roetzel.

Wie feinfühlig die Herrn mit einem Male geworden sind. *Haben sie Ahlwardt, als sie ihn im Dezember v. J. in den Reichstag wählten, für einen Ehrenmann gehalten?*

Im Uebrigen ziehen die Conservativen und die Ahlwardtianer an einem Strange. Auf die Juden wird von beiden Seiten weidlich geschimpft. Und wenn die antisemitisch Gesinnten heute die Wahl haben zwischen dem Landrath v. Bornstedt und dem Rector Ahlwardt, so entscheiden sie sich für letzteren, der das Geschäft „volksthümlicher“ betreibt, als die „vornehmen“ Herren.

* * *

Nachdem Dr. **Böckel** Monate lang mit seiner Candidatur gegen **Stöcker** im Wahlkreise Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf gedroht und geprahlt hatte, verstummte er plötzlich, als der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen anberaumt wurden. Was Böckel bewogen haben mag, von seiner Candidatur Abstand zu nehmen, ist nicht bekannt geworden. In conservativen Blättern sprach man geheimnißvoll von einer „Abmachung“. Jetzt, wenige Tage vor der Wahl, läßt sich Böckel doch als *Zählcandidat aufstellen*. Darob ist das Leiborgan Stöckers, das „Volk“, ganz aus dem Häuschen. Dies Verfahren Böckels gehöre zu dem Kläglichsten, was je von einem sogenannten Antisemiten geleistet worden ist. Es sei offener Verrath an der antisemitischen Sache. „Will Herr Böckel offenen Krieg: wir scheuen ihn nicht. Selbst dann nicht, wenn er sich mit den Sozialdemokraten verbündet . . . . Wie sich die Juden und Judenschützer über die Hilfe freuen werden, die ihnen der Ober-Antisemit Böckel zu theil werden läßt. *Wenn sie ihn dafür bezahlt hätten, hätte er es nicht besser machen können.* Böckel hat, das wollen wir auch jetzt nicht unerwähnt lassen, seine Verdienste um die Bauernbewegung in Hessen. Aber seine unerträgliche Eitelkeit macht ihn unbrauchbar zum Politiker. Er kann es nicht vertragen, daß ein Mann wie Stöcker ihn im Reichstage so thurmhoch an Bedeutung überrage. Darum will er Stöcker um jeden Preis beseitigen.“

Die Stöckerpartei wird sich mit Böckel wieder vertragen, vorausgesetzt, daß er ihr nicht störend in den Weg tritt. Der hessische Antisemitenführer kann vor diesen Leuten keinen Respect haben. Wie oft hat er nicht von Stöcker und seiner Gefolgschaft in den Ausdrücken tiefster Verachtung gesprochen, auch das „Volk“ als „Schundblatt“ beschimpft. Aber immer wieder drängen sie sich an ihn und seine Partei heran. So empfiehlt das „Volk“ heute den Conservativen in *Magdeburg* für den Hauptmann a. D. v. Schirp zu stimmen, den Candidaten derselben Böckel'schen Richtung, welche von der Stöckerpresse als eine „sozialdemokratische Spielart“ angesehen wird!

* * *

Zur Förderung der Candidatur **Försters** im Wahlkreise **Teltow-Beeskow** haben die Antisemiten das berüchtigte Flugblatt: „*Der Werth des jüdischen Eides*“ verbreitet.

* * *

Aus **München** wird der „Köln. Volksztg.“ geschrieben, die beiden von der Centrumspartei und den Antisemiten aufgestellten Reichstagscandidaten hätten die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie *Gegner jedes Ausnahmegesetzes gegen die Juden seien.* Die Unterstellung des dortigen antisemitischen Organs, des „Deutsch. Volksbl.“, welches unter groben Ausfällen gegen mehrere Centrums-

blätter die beiden Candidaten auch in der Frage der Ausnahmegesetze als Voll-Antisemiten hingestellt hatte, sei also hinfällig.

* * *

Das in Fulda erscheinende Sonntagblatt „Bonifaziusbote" mahnt die **Katholiken** des Wahlkreises **Homberg-Fritzlar-Ziegenhain** eindringlich von der Wahl des Herrn v. **Liebermann** ab, indem es schreibt: „Wir wollen nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß **ein Katholik diesem Manne seine Stimme nicht geben kann.**" Als Grund wird angegeben, weil die Antisemiten für Ausnahmegesetze seien, was auch die sogen. Maigesetze gewesen.

* * *

**Das „Alsfelder Kreisblatt"** schreibt unter dem 12. Juni: „In der gestrigen Versammlung der nationalliberalen Partei, deren Verlauf durch grobe Ausschreitung und wüstes Geschrei der vereinigten Antisemiten und Sozialdemokraten in der ungehörigsten Weise gestört wurde, suchte der **antisemitische** Redner Fabels die Personen der liberalen Redner Backhaus, Schade, Haller in gemeinster Weise zu verdächtigen. Wenn diese Verdächtigungen auch sofort widerlegt wurden, so bleibt es doch im höchsten Grad bedauerlich und kennzeichnet wie nichts anderes so deutlich den abschüssigen Weg, auf welchem der Antisemitismus sich bewegt, daß Fabels ein bezahlter Agitator aus Berlin von den hiesigen Antisemiten in solcher Weise vorgeschickt wird, und daß dieselben sich nicht schämen, einheimische achtenswerthe und durch das Vertrauen ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer persönlich in sachlich unwahrster Weise durch fremde, bezahlte, mit angeblichem Material unterstützte Personen in Wort und Sch ift anzugreifen. Andernfalls bleibt aber die Hoffnung, daß die Vorgänge des gestrigen Tages manchem Wähler die Augen geöffnet haben und daß alle besseren Elemente sich von einer Partei abwenden, welche durch die Art und Wahl der Kampfmittel beweist, auf welchem sittlichen Boden sie steht. Die antisemitische Partei hat gestern bewiesen, daß alle staatserhaltenden Parteien, die ehrlichen Leute einer jeden Partei, sich zur Abwehr der sittlichen Gefahren, die von dem Antisemitismus uns drohen, vereinigen müssen. **Die antisemitische Partei hat nun auch hier, wie anderwärts bewiesen, daß sie sittlich viel tiefer steht, als die sozialdemokratische Partei.**"

* * *

**Der Wahlausschuß der Antisemiten in Köln** verbreitet zu Gunsten ihres Candidaten, des Hauptmanns a. D. von **Warendorff**, ein Flugblatt, welches folgenden Passus enthält:

Wie weit die jüdische Frechheit es gebracht hat, was der **Jude** sich alles erlauben darf, wie er gemeinen cynischen Spott treiben darf mit allem, was dem Christen heilig ist, davon ein kleines Beispiel:

Die **jüdische Berliner Börsenzeitung** schrieb vor etlichen Jahren:

„Mit der Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen beschäftigte sich das Hohe (Abgeordneten-) Haus in seiner gestrigen letzten Sitzung; hoffentlich genügt schon die erste Berathung, um die Seuchen in geziemender Entfernung zu halten, damit auch das liebe Vieh ruhige Weihnachtsferien hat. Die Ochsen auf dem Felde waren ja bei der Geburt Christi in so hervorragender Weise betheiligt, daß es auch wahlgerathen ist, sie auch theilnehmen zu lassen an den Freuden des Festes. Möge alle Allen, welcher Partei sie auch angehören mögen, Herr Stöcker und Herr Windhorst, Heer v. Ludwig und auch dem lieben Vieh das Fest ein gedeihliches sein!!" Ferner: „Es ist doch schade, daß die Marie nicht auch im Sammer der Welt noch einen Buben geschenkt hat, dann könnten wir den schönen Weihnachts-Rebbach zwei Mal im Jahre machen."

Solche jüdische Preßschandbuben müßten mit der Hundepeitsche aus dem Lande gejagt werden.

Der antisemitische Wahlausschuß **lügt**. Der Verfasser jenes Artikels ist **Christ**. Das zweite Citat aber **stammt gar nicht aus der „Börsenzeitung"**. Von den Antisemiten wird sonst behauptet, die in Amerika erscheinende Zeitung „Deborah" habe die betr. blasphemische Aeußerung gebracht. Sie ist thatsächlich aber eine **Fälschung**; sie hat **nie** in der „Deborah" gestanden. Um für den Hauptmann von Warendorff Stimmen zu gewinnen, hat man, wohl weil man sich davon eine bessere Wirkung versprach, das **gefälschte** Citat einem in **Deutschland** erscheinenden Blatte zugeschrieben, also der **einen Fälschung eine zweite hinzugefügt.**

Mit **solchen** Waffen kämpfen die Leute, welche — wie es in dem in Rede stehenden Flugblatt heißt — Deutschland nicht einem moralisch auf der untersten Stufe stehenden Volksstamm ausliefern wollen. — Wir überlassen es unsern Lesern zu beurtheilen, wie die Moral dieser antisemitischen Flugblattfabrikanten beschaffen ist.

Die „**Börsenztg.**" selbst schreibt in ihrer Nr. vom 12. Juni zu der Angelegenheit:

Aus der Provinz geht uns in zahlreichen Exemplaren ein Aufruf des antisemitischen Wahlausschusses zu, dessen Inhalt man sich denken kann und den wir nicht berühren würden, wenn das Machwerk nicht einen ebenso ungerechten wie perfiden Angriff gegen unsere Zeitung enthielte. Aus einem vor mehr als einem Decennum erschienenen Feuilletan-Artikel ist ein Satz herausgegriffen und verstümmelt wiedergegeben, ohne den erklärenden Zusammenhang, ohne die völlig harmlose Tendenz des ganzen Artikels zu berücksichtigen. Ein zweiter Satz ist hinzugedichtet, mehr als d.s, er ist hinzugelogen worden, um daraus die Beschuldigung zu construiren, die sich mehr gegen die Regierung als gegen uns richtet: „Was der Jude sich alles erlauben darf, wie er gemeinen cynischen Spott treiben darf mit allem, was dem Christen heilig ist." Auch diese Beschuldigung ist erlogen, denn der Verfasser jenes Artikels ist ebenso wie der verantwortliche Redacteur mit vier Wochen Gefängniß bestraft worden. Der in Folge jenes Artikels aus der Redaction der „B. B.-Z." ausgeschiedene Verfasser, dem man den Vorwurf einer leichtfertigen, geschmacklosen Schreibweise allerdings nicht ersparen kann, ist selbst Christ, ihm lag die Absicht einer Beleidigung christlichen Gefühls sicher völlig fern. Die Redaction ihrerseits hat das Versehen, das auch in der damaligen Gerichtsverhandlung keineswegs als sonderlich gravirend angesehen worden ist, in hohem Grade bedauert, sie hat aber bisher angenommen, daß mit der gerichtlichen Strafe die Sache ihre Erledigung gefunden habe. Es gehörte die Unanständigkeit des Wahlkampfs, die hinterhältige Praxis der bewußten Verhetzung dazu, um diese Angelegenheit auszugraben und so darzustellen, wie das erwähnte Wahl-Flugblatt es thut.

Im Auftrage vieler jüdischer Mitbürger Kölns ließ Herr Moritz Rosenthal ein **Gegenflugblatt** erscheinen. Es werden in demselben zunächst die Behauptungen der Antisemiten bezüglich der „Börsenztg." widerlegt. Dann heißt es weiter:

Im Namen einer großen Zahl unserer jüdischen Mitbürger erklären wir, daß wir uns mit jenen „moralisch auf der untersten Stufe stehenden antisemitischen Hetzern" nur deshalb heute befassen, weil wir nicht gesonnen sind, fernerhin ruhig mitanzusehen, daß gegen uns und unsere sittlichen Anschauungen unwahre, concrete Behauptungen in die Welt gesetzt werden, welche nach dem Grundsatze:

„Verleumde nur keck, es bleibt doch immer etwas hängen",

bezwecken, uns in den Augen unserer christlichen Mitbürger verächtlich zu machen.

Die abgedroschenen Phrasen des antisemitischen Aufrufs sind ebenso wie die Citate aus der christlichen Berliner Börsenzeitung nichts als gemeine Lügen, und werden auch hoffentlich von allen Einsichtsvollen unter unsern christlichen Mitbürgern dementsprechend gewürdigt werden.

Wir hoffen weiterhin von dem gesunden Sinn unserer Mitbürger, daß sie sich auch fernerhin wie bisher von dem verwerflichen Treiben der Antisemiten mit der demselben gebührenden Verachtung abwenden.

* * *

In einer am 8. Juni in **Neuteich** abgehaltenen conservativen Wählerversammlung hat sich Herr v. **Putt-**

**kamer-Plauth** als entschiedener Gegner der Antisemiten bekannt. Er sagte, der „Danz. Ztg." zufolge, in seiner Wahlrede, daß ihm die Hetzereien gegen jüdische Mitbürger, die die Gefahr in sich schließen, daß Ausschreitungen gegen Person und Eigenthum vorkommen könnten, in der Seele zuwider seien. Widerliche Personen, die sich die Noth ihrer Mitmenschen zu Nutze machten, finden sich sowohl unter Christen, wie unter Juden. Diese Uebelstände müßten nicht durch Gesetze gegen die Juden, sondern durch allgemeine Gesetzgebung bekämpft werden.

Die „Kreuzztg.", welche kürzlich meinte, daß zu den unmittelbar gegen das Judenthum gerichteten Candidaturen in gewissem Sinne alle gerechnet werden müssen, die auf dem Boden des Tivoli-Programms stehen, wird Herrn v. Puttkamer-Plauth ausnehmen müssen.

## Jüdische Lehrer.

Eine der Hauptforderungen des conservativen Programms spricht es aus, daß dem Juden die Lehramtscarrière verschlossen bleibt. In ihrem Bestreben, confessionelle Schulen einzurichten, verlangen die conservativen und antisemitischen Parteien, daß nur christliche Lehrer in Schulen angestellt werden. Die liberalen Parteien vertreten dagegen die Forderung der Simultanschulen, welche Schülern aller Confessionen offen stehen und an welchen Lehrer aller Confessionen angestellt werden. Es ist auch nicht einzusehen, warum jüdische Lehrer nicht in Naturwissenschaften, Sprachen ꝛc. unterrichten können. Auch Professor **Adolf Wagner** betonte jüngst, daß jüdische Lehrer ganz gut Mathematikunterricht ertheilen könnten. Nur für den Geschichtsunterricht hält er sie für ungeeignet.

Wenn die Antisemiten die jüdischen Lehrer von den Schulen entfernen wollen, so begründen sie dieses Verlangen damit, daß die jüdische Moral nicht auf der Höhe stehe, die zum Unterricht christlicher Schüler nothwendig sei. Dem gegenüber hatte bereits 1847 im „Vereinigten Landtag" **Domkapitular von Brandt** (S. 2093 des amtlichen Berichts) erklärt: „Ich weiß gerade aus Erfahrung, daß es wohl möglich ist, daß ein jüdischer Lehrer auch bei christlichen Kindern ein guter und moralischer Lehrer sein kann. Aus meinem eigenen Wahrnehmen weiß ich dies und fühle mich daher veranlaßt, es hier zur allgemeinen Kenntniß zu bringen."

**Adolph Diesterweg,** der beste deutsche Pädagoge dieses Jahrhunderts, war zeitlebens ein Verfechter der Simultanschule. Deshalb trat er auch lebhaft für die Zulassung jüdischer Lehrer ein. Als ihn im Jahre 1862 Berlin in das preußische Abgeordnetenhaus wählte, fand er Gelegenheit, für die jüdischen Lehrer Partei zu ergreifen. Der Magistrat der Stadt Posen hatte Dr. J., einen Juden, zum Lehrer ernannt, während die Regierung diesem durchaus tüchtigen Manne die Genehmigung zur definitiven Anstellung versagte. Am 4. März 1862 kam eine diesbezügliche Petition der Stadt Posen zur Berathung. In vorgerückter Stunde erhob sich Diesterweg und vertheidigte die Simultanschule wie die jüdischen Lehrer. Er sagte (nach d. stenogr. Bericht):

„. . . Der Herr Regierungscommissar hat bei Gelegenheit der Discussion über den vorliegenden Antrag in der Unterrichtscommission sehr wunderbare Ansichten ausgesprochen. Er hat gesagt, eine Schule, welche katholische und evangelische Kinder in sich vereinige, sei nichtsdestoweniger eine Confessionsschule. Das ist ein Widerspruch, das ist Verleugnung oder Nichtachtung des Sprachgebrauchs; denn unter einer confessionellen Schule versteht man eine solche, zu der statutarisch nur die Kinder einer Confession zugelassen werden, wenn auch andere hineingehen, aber ohne Berechtigung zu diesem Eintreten; eine Schule aber, welche statutgemäß evangelische und katholische Kinder in sich aufnimmt, ist eine sogenannte Simultanschule. Dann geht er über zu der noch merkwürdigeren Aeußerung, daß, wenn ein jüdischer Lehrer in das Lehrercollegium einer Paritätschule einträte, so würde die Schule zu einer religiös-indifferenten. Meine Herren, die Behörde brauchte ja weiter nichts zu thun, als zu sorgen für den Religionsunterricht, wie für Katholiken und Evangelische, so auch für die jüdischen Kinder. Wie kann man behaupten, daß die Schule dadurch zu einer religiös-indifferenten werden würde? Nein, die Schule würde dadurch das, was die Stadtbehörde in Posen gewollt hat: eine echt paritätische, drei Confessionen würden in derselben gelehrt, natürlich abgesondert. Der eigentliche tiefere Grund, weshalb sich die Staatsbehörde so sehr sträubt, die Genehmigung des Antrages zu ertheilen, ist nur kurz und schwach angedeutet, fast verschwiegen. Die Behörde hegt die Meinung, durch Zulassung der Juden, namentlich der jüdischen Lehrer, würde die Schule entchristlicht. Meine Herren, schadet es den Christen, wenn Juden unter ihnen wohnen, schadet es den Protestanten, wenn sie mit Katholiken zusammen leben, und schadet es den Katholiken, wenn Protestanten sich unter ihnen befinden? Im Gegentheil. Wenn man zwei sich abstoßende Pole zusammenbringt, so verstärkt sich jeder Pol; von Indifferenz oder Schwächung der Confessionen wird unter solchen Verhältnissen nimmer die Rede sein. Aber, was die Kinder lernen, wenn sie vermischt zusammensitzen, d. h. wenn Kinder verschiedener Confessionen zusammensitzen, ist **Toleranz und Humanität**, das sind die großen Tugenden und Eigenschaften, welche die Staatsbehörde zu befördern, nach allen möglichen Richtungen zu fördern, die Pflicht hat. Dagegen hat sie weder das Recht, noch die Pflicht, für die Gläubigkeit zu sorgen. In dieser Beziehung ist der Staat völlig incompetent . . .

. . . Es giebt auch unter den Lehrern an höhern Schulen welche, die die Juden mit Gleichgültigkeit oder Verachtung betrachten. Dies ist an solchen Schulen, welche zu gleicher Zeit von jüdischen Kindern besucht werden, etwas äußerst Nachtheiliges und für pädagogischen Einfluß Gefährliches. Wie curirt man, frage ich, solche Lehrer, wie bringt man ihnen Humanität und Toleranz bei! Das kann am Erfolgreichsten dadurch geschehen, daß man in das Lehrercollegium einen jüdischen Mann hineinstellt, wie es die Posener Behörden beantragt haben. Ich sage, meine Herren, wenn Sie die Leiden, die Schwierigkeiten, die ein Jude, der sich zum Lehreramt ausbildet, zu überwinden hat, erkennen könnten, so müßten Sie voraussetzen: das muß ein Mann von vorzüglicher pädagogischer Begabung sein, sonst würde er die ungeheuren Schwierigkeiten nicht überwinden. Ich sage, um der Toleranz und Humanität willen muß man in das Lehrercollegium einen mit allen anderen gleichberechtigten jüdischen Lehrer hineinsetzen. Noch vortheilhafter wirkt das auf die Schüler. Wenn es nach meinem Wunsche ginge, so würden wir nur Simultanschulen haben; denn nichts wirkt für Menschenachtung und Humanität vortheilhafter, als wenn Kinder verschiedener Confessionen freundlich neben einander sitzen."

Dr. J. wurde in der That bestätigt, und Adolph Diesterweg gebührt das Verdienst, die staatliche Anstellung des ersten jüdischen Gymnasiallehrers in Preußen bewirkt zu haben.

## Zur Kennzeichnung der Geschäftsführung des „Mitteldeutschen Bauernvereins" und des Böckelschen Antisemitismus

veröffentlicht das nationalliberale Centralwahlcomité des III. hessischen Wahlkreises nachstehenden Brief:

Frankfurt a. M., 24. 3. 93.

Herrn Hch. Glatthaar

Appenrod.

Sie wollen güt. entschuldigen, daß ich Sie auf Ihr letztes Schreiben noch ohne Antwort ließ, allein ich war durch eine 10tägige Abwesenheit in Baden verhindert.

Mit den Kalkpreisen bin ich einverstanden und werde ich sofort im Reichsherold die Aufforderung ergehen lassen, wenn auch dieses Frühjahr nicht viel werden wird, so wird es später doch ein lebhaftes Geschäft werden.

Auch mit Thomasmehl hoffe ich was erzielen zu können, namentlich in der nächsten Nähe von Haiger. Auf weitere Entfernung jedoch stellt sich Biebrich bez. Wanne billiger, z. B. schon bei Gießen. Läßt sich da nichts im Preise ermäßigen? Wie liefern Sie ab Wanne, Biebrich oder Neunkirchen?

Der diesjährigen Kohlenlieferung bin ich noch nicht näher getreten und gebe ich Ihnen s. Z. Nachricht.

**Bei Lieferungen, welche Sie an den Mitteldeutschen Bauern-Verein machen, bitte die Preise so zu calculiren, daß Sie 2% des Rechnungsbetrages der Vereinskasse gutschreiben und bitte, mir die Preise nochmals danach zu stellen.**

Unsere Ortsgruppe Sterbfritz, Station der Elm-Gemündener Bahn, wünscht schwarzen Kalk in Säcken und mehrere Waggons „Duftsteine". (Die Leute meinen wohl Tuffsteine.) Da dies in Ihr Fach einschlägt, so wollen Sie, falls Sie die Lieferung übernehmen wollen, Herrn J. G. Kirst in Sterbfritz b. Schlüchtern Offerten machen, andernfalls bitte ich um Antwort.

**Ihrem w. Schreiben vom 7. ds. entfaltete ich einen 50 Mk.-Schein. Da ich Ihnen selbst keine Veranlassung zur Sendung dieses Betrages gegeben habe, so nehme ich an, daß Sie denselben dem Agitationsfond unseres Vereins zugedacht haben und habe ich ihn dahin überwiesen.**

Liefern Sie auch Cainit von Ehringshausen aus in kleinen Partien, sowie Chili-Salp. ?

Ihren bald gefl. Nachrichten entgegensehend, zeichne

Hochachtungsvoll!

Der Schriftführer des Mitteldeutschen Bauernvereins
gez. : Otto Hirschel.

Dieser Brief wurde auch in der Wählerversammlung zu Niedergemünden, in welcher Dr. Böckel für die Candidatur seines Freundes Zimmermann eintrat, verlesen. Der Hergang war folgender:

Der Landtagsabg. Schade behauptet, der Böckel'sche Bauernverein nehme Prozente bei den Waarenbezügen.

Böckel: Das ist erlogen!

Schade: Ich beweise es!

Böckel: Das können Sie nicht;

Abg. Schade verliest den Brief. Böckel erklärt ihn für gefälscht und verlangt den Adressaten zu wissen. Da tritt aus der Versammlung der Händler Glatthaar aus Appenrod, an den der Brief gerichtet war, auf, und erklärt sich bereit, die Richtigkeit des Briefes beschwören zu wollen.

Da lenkt Böckel nothgedrungen ein und sucht zu beweisen, daß der Verein ein Recht habe, die zwei Prozent zu erheben. Aus Aerger über die unliebsame Enthüllung geht er so weit, seinen Anhängern zuzurufen, sie sollten sich den „Verräther" Glatthaar merken. Die Stimmung in der Versammlung hat sich aber geändert. Dem furchtlosen Manne, der solche Manipulationen der antisemitischen Agitatoren aufdecken geholfen, wird reichlicher Beifall zu Theil; verschiedene Landwirthe versprechen, ihr Thomasmehl direct bei ihm zu kaufen statt durch den Mitteldeutschen Bauernverein.

Man rechnet inzwischen in der Versammlung: Dr. Böckel hat vorher selbst gesagt, der Umsatz seines Bauernvereins betrage im Jahre zwei Millionen Mark. **Also verdienen die antisemitischen Agitatoren an uns armen Bauern im Jahre 40000 Mk., dazu noch die Mitgliederbeiträge mit 15000 Mk., zusammen 55000 Mk.**

Aus der Versammlung hört man von Leuten, die noch vor einer Stunde in das Hoch auf Böckel und Zimmermann eingestimmt, Bemerkungen wie: „Das sei mer scheene Brüder! Mit dem Kerl wolle mer nix mehr zu thun hawe!" —

So erfahren die hessischen Bauern, bei denen in Geldsachen auch die Gemüthlichkeit aufhört, an einem drastischen Beispiele, wie es mit der Volksfreundlichkeit, welche die Agitatoren vom Schlage Böckels stets im Munde führen, in Wirklichkeit bestellt ist. Weitere Enthüllungen dürften nicht ausbleiben und die Folge wird sein, daß die irregeleiteten Massen den Verführern den Rücken kehren.

## Ahlwardt und sein Verhältniß zur deutschen Lyrik.

Aus einer Culturgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts.

. . . Wenn ein großer Mann die Bühne der Welt betritt und in dem morschen Erdball Spuren seiner Schritte zurückläßt, ist es da der Poesie zu verdenken, wenn sie die kräftigsten Töne auf ihrer Leyer sucht, um diesen Heros der Menschheit zu feiern. Nach Carlyle ist ja der Cultus der Heroen beinahe wie eine Religion. Wir sehen es an Alexander dem Großen, an Cäsar, an Hermann dem Cherusker, an Friedrich dem Großen, an Napoleon, an Bismarck. Sie alle hat die Poesie, namentlich die Lyrik, in unsterblichen Rhythmen gefeiert.

Was Wunder, wenn sich die Poesie auch der Heldengestalt des großen Ahlwardt bemächtigt hat! Auch ihm, dem würdigen Erben der Größe Deutschlands, streute die Lyrik Lorbeer in reichster Kranzfülle aufs Haupt. So singt Wilhelm Werner (Festgesänge z. Stiftungs-Commers des D. A. B. 4. März 1893 S. 6):

„Nach hartem Kampf, nach heißem Tanz
Wird schmücken ihn der Lorbeerkranz".

Selbst diesen ehrlich verdienten Lorbeerkranz suchte der giftige Neid der Gegner hinterrücks zu zerpflücken. Behauptete doch einer von ihnen in einem Pamphlet „Ahlwardts Ende" (Berlin 1892. S. 15 u. 32) daß seine Gattin die Lorbeerkränze für ihn bestellt habe! Um dieser Lüge entgegenzutreten, werden demnächst die Rechnungen Ahlwardt's in einer kritischen Gesammtausgabe veröffentlicht werden.

Was an Ahlwardt stets imponirend wirkte, das war die stolze und freie Männlichkeit, mit der er jedem Geschenke aus dem Wege ging, die deutsche Redlichkeit, die alle Verlockungen ausschlug und jedem Genußleben abhold war. Sagte doch der berühmte Verleger der berühmten „Judenflinten" in dem berühmten Prozeß, Glöß, der Cotta der antisemitischen Lyrik, aus, daß Ahlwardt sich nur mit — Käsestullen begnügt hat! Begreiflich, wenn er daher ein Vorbild für alle Deutschen war!

Er zeigt als Mann
Die echte Bahn,
Die jeder wandeln kann,

betet Wilhelm Werner inbrünstig,

Ihn lockt weder Gut noch Geld,
Noch Rang und Würde aller Welt.

Als Patriot vom Scheitel bis zur Sohle und rückwärts, erinnert er einen westfälischen Dichter (Westfäl. Reform, 5. Februar 1893) an den großen Hermann den Cherusker, und er nennt ihn demüthig den „zweiten Arnold Winkelried." Leider hat dieser Dichter seinen Namen bescheiden verschwiegen. Gewiß genügte ihm, wie jeder echten Größe, der Strahl, der von der Sonne Ahlwardts in das Dunkel seines Lebens fiel.

„Dich, o Hermann! nennt der Jude frech „Raudauantisemit!"
Nimm das Wort auf deine Fahnen, Hunderttausend ziehen mit.
Was der Jude schlecht befindet, ei, das muß vortrefflich sein!
Die „Radau-Antisemiten" sind der Freiheit Morgenschein!"

In dem Maße wie die reine Lyrik Lorbeern für Ahlwardt sammelte und seinem Weibe überwies, in dem Maße vernichtete die satirische Lyrik die Pygmäen, die gegen ihn auftraten, Richter und Rickert. Aber nicht, als ob die zeitgenössische Lyrik total blind gegen Fehler Ahlwardt's gewesen wäre. Nein, Napoleon war nur ein Mensch, Bismarck auch, wer wollte es einem Ahlwardt verargen, wenn er auch an einer Stelle sterblich war! So singt ein Lied, das man ein Volkslied nennen muß, weil es von den „Wählern Gurkows" (s. Friedeb. Kreisblatt 15 Juni 1893) gedichtet ist:

„Er ist ja auch nicht ohne Fehler!"

Und fügt freilich gleich hinzu, um der historischen Wahrheit die Ehre zu geben:

Doch besser als ein stiller Hehler;
Schimpft wacker und erzürnt sich so,
Läßt keinen Schurken werden froh.

Der Ahlwardt ist ein schlimmer Mann
Der faßt die Juden tüchtig an;
Deckt alle Mängel gründlich auf
Bekömmt deshalb auch tüchtig drauf."

Jeder Mann von Größe befruchtet seine Zeit und ihre Ideen. Auch Ahlwardt war, um ein Wort von Lagarde zu gebrauchen, „ein Athemholen der Seele" des Volkes. So hat er auch auf die Lyrik einen heilsamen Einfluß ausgeübt, sowohl durch seine Person, wie durch das Interesse, das er selber an der Lyrik nahm. Waren doch seine Gesinnungsgenossen Erwin Bauer und Liebermann von Sonnenberg

heimliche Dichter gewesen. Und es mag damals wie ein neues Weimar gewesen sein, wenn man sich vorstellt, wie beide im Wald von Arnswalde einsam lustwandelten. Der Vollmond ging eben auf, und Liebermann recitirte unter deutschen Eichen sein letztes Gedicht von dem Offizier, der den Degen einsteckte, um Agitator zu werden . . .

## Vermischtes.

Der Geh. Regierungsrath **Wilhelm Foerster**, Director der Sternwarte und Vorsitzender der „Ethischen Gesellschaft", schreibt an den Redacteur der Wiener „Deutschen Zeitung" Hermann Bahr: „Die antisemitischen Hetzereien und Uebertreibungen sündigen hauptsächlich durch die Unterschiedslosigkeit, mit welcher sie den Unschuldigen zugleich mit dem Schuldigen beschimpfen und bedrücken. Heilung von dieser Erkrankung des Urtheils der Menge ist aber nicht in verdammenden Worten zu suchen, sondern in einer Gesundung der immer unerträglicher gewordenen Zustände des Erwerbslebens und der Geldwirthschaft. Für diese Zustände sind die Juden keineswegs allein verantwortlich, aber in den germanischen und slavischen Ländern haben sie einen sehr erheblichen Antheil an den dadurch entstehenden Nöthen und Leiden. Der Willens- und Geisteskraft der vielen edeldenkenden Juden liegt daher in erster Stelle die Verpflichtung ob, an der vernünftigen Umgestaltung unserer wirthschaftlichen Zustände kräftigst mitzuarbeiten. Es ist erfreulich, zu sehen, wie Viele dies begriffen haben und mit Hingebung am Werke sind. Berlin, 9. Mai 1893. W. Foerster."

**Aus Norden** wird uns geschrieben: Im Kampfe gegen die antisemitischen Bestrebungen steht Herr Justizrath Franzius hierselbst voran. So veröffentlicht er in der letzten Sonnabend-Nummer des „Ostfriesischen Cour." eine Erklärung des Inhalts, daß er durch seine mehr als 40jährige Thätigkeit in Ostfriesland zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß unsere jüdischen Mitbürger um kein Haar schlechter oder besser sind als wie Christen.

△ Aus **Hannover** schreibt man uns:

Daß die Wahlarbeit im Lande, das Abhalten von Volksversammlungen alle möglichen, unvorhergesehenen Zwischenfälle, die zeitweilig an das Komische streifen, mit sich bringt, ist einem allen Betheiligten bekannte Thatsache. Wir bringen unsern Lesern ein kleines Beispiel hierzu aus den letzten Tagen. Für den Herrn Grafen Görtz-Wrisberg, den Candidaten der antisemitischen Partei im 9. Hannoverschen Wahlkreis (Hameln), war auf Sonnabend, den 10. d. M. eine Versammlung in Eldagsen anberaumt. Nachdem der Einberufer, Freiherr v. Münchhausen, die Versammlung eröffnet hatte und eben dazu übergehen wollte, seinen eigenen Standpunkt zu entwickeln, wurde von verschiedenen Seiten Bureauwahl verlangt. Freiherr von Münchhausen mußte dem nach einigem Zögern stattgeben. Zum Vorsitzenden wurde darauf von der Versammlung ein socialdemokratischer Tischlermeister erwählt, der dem Grafen Görtz das Wort ertheilte. Nach kaum 15 Minuten, in denen der „Redner" durch zahlreiche Zwischenrufe in dem Vorlesen seines Glaubensbekenntnisses gestört wurde, forderte der überwachende Polizeibeamte den Vorsitzenden auf, die Versammlung zu schließen. Frhr. von Münchhausen hatte schon vorher, als ihm der Vorsitz entzogen war, in heller Entrüstung, mit der Erklärung, daß er als „Aristokrat vom Scheitel bis zum Kork" sich etwas derartiges nicht bieten lassen dürfe, den Saal verlassen.

Auf letzten Sonntag Nachmittag war von den beiden vorerwähnten Herren in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Hofmeister eine neue Versammlung in Hemmendorf einberufen. Frhr. v. Münchhausen schien aber die Flinte ins Korn geworfen zu haben, das — nebenbei bemerkt — in dortiger Gegend vorzüglich steht, er war nicht erschienen, und mit ihm fehlte die Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung. Dieselbe konnte also nicht stattfinden. Doch aller guten Dinge sind drei. Dieselben Herren hatten für den Abend eine zweite Versammlung in dem nahe gelegenen Coppenbrügge angemeldet. Hier war ja Graf Görtz selbst im Besitze des Anmeldescheines. Aber die Stimmung im Orte war eine derartig oppositionelle — in allen Wirthschaften konnte man das spüren —, daß Graf Görtz es vorzog, mit Herrn Dr. Hofmeister zu Fuß das Dorf zu verlassen, um vor demselben seinen Wagen zu besteigen und nach traulicheren Regionen abzufahren. Da er den Anmeldeschein mitnahm, konnte die Versammlung wiederum nicht stattfinden. Das war aber nicht nach dem Sinne der etwa 400 Anwesenden. Insbesonders mehrere Anhänger der freisinnigen Volkspartei aus Hannover, die gekommen waren, um dem Grafen Görtz-Wrisberg entgegenzutreten, wünschten einen anderen Verlauf. Herr Demmig, den Platz eines Vorsitzenden usurpirend, fragte die Versammlung ob Niemand wisse, wo der Einberufer und der Candidat steckten, er sei mit mehreren Freunden hierhergekommen, um den Antisemiten eine gründliche Blamage zu bereiten, die Herren schienen es aber vorgezogen zu haben, das Schlachtfeld zu räumen ehe der Kampf begänne. Nachdem dann Herr Herm. Schöler in Form eines Tischgespräches, sich scheinbar mit seinem Nachbar unterhaltend, in sarkastischer Weise den Rückzug des Herrn Grafen Görtz gegeißelt hatte, ging er zur Militärvorlage und den übrigen Tagesfragen über. Die Haltung der improvisirten Versammlung war eine musterhafte. Sie begleitete die Ausführungen des Redenden wiederholt mit dem lebhaftesten Beifall, während die erschienenen Antisemiten, verblüfft durch den eigenartigen Gang der Dinge, keinerlei Widerspruch wagten. Nach etwa 25 Minuten Redezeit erschien endlich der bisher vor dem Local postirte Polizeibeamte und brachte die „Versammlung" unter stürmischer Heiterkeit der Anwesenden zum Schluß. Dies hinderte natürlich die Versammelten nicht, nachher im kleineren Saale noch ein Stündchen — bis zur Abfahrt des Zuges —, angeregt durch das soeben Erlebte, in fröhlichster Stimmung beisammen zu bleiben. Daß hier auch noch andere Heldenthaten der antisemitischen Führer zur Sprache kamen, war naheliegend. Großen Jubel erregte die Erzählung des bekannten Abenteuers des Herrn Hans Leuß in einem Café zu Hannover.*)

**Der Redacteur der „antisemitischen Corresp.", Tesdorpf,** wurde am 18. Februar d. J. vom Schöffengericht Leipzig wegen Beleidigung des Lic. Gräbner, geschehen durch den Abdruck eines Artikels aus der Feder des früheren Judenmissionars Paulus Meyer: „Wölfe im Schafsfell", zu zwei Monaten eine Woche Gefängniß verurtheilt. Auf erhobene Berufung änderte am 13. d. Mts. das Landgericht Leipzig die Strafe bezüglich eines Punktes in 40 Mk. um und sprach T. im übrigen frei, da er vor Drucklegung des Artikels auf die Bedenklichkeit des Inhalts aufmerksam gemacht hatte, ohne daß der Verleger Theodor Fritsch sich gemüßigt fand, die Aufnahme des Artikels zu versagen. Gegen den Verleger ist eine Verfolgung nicht mehr möglich, da inzwischen Verjährung eingetreten ist.

---

**Für den Wahlfonds sind weiter eingegangen**: N. N. München 3 Mk. — Bein-Steinach 5 Mk. — Wilh. Alsberg-Hagen 30 Mk. — Gradnauer-Wolfenbüttel 6,70 Mk. — S.-Osnabrück 30 Mk. Zusammen sind bis jetzt eingegangen: 702,90 Mk.

---

*) Unsere Leser finden das Nähere hierüber in der Nummer 16 v. J. 93 dieser Zeitschrift.

**Der 15. Juni hat noch kein Endergebniß der Reichstagswahlen gebracht. Weit über hundert Stichwahlen sind erforderlich, darunter auch solche, an denen die Antisemiten betheiligt sind. Diese werden, da sie, wie es scheint, im ersten Wahlgange nur einige ihrer Candidaten durchgebracht haben, ihre Anstrengungen verdoppeln. Es ergeht deshalb ein erneuter Appell an die Opferwilligkeit unserer Gesinnungsgenossen.**

**Beiträge bitten wir an unsern Schatzmeister Herrn Jordan, Magdeburgerstr. 13 zu senden.**

## Der Antisemitismus.

Von **Cesare Lombroso***)

Der erste Eindruck, den jeder Denker empfängt, der sich mit der Frage des Antisemitismus befassen soll, ist ein Gefühl tiefen Abscheues, ähnlich demjenigen des Physiologen und des Pathologen, der gezwungen ist, die ekelerregendsten menschlichen Secretionen zu untersuchen. Aber so wie diese von der Wissenschaft nicht übergangen werden können, so kann und darf der Sociologe jene Frage nicht vernachlässigen, ja er muß sie im Gegentheile eingehend studiren, vorerst weil derartige außergewöhnliche Erscheinungen, wenn sie einen so großen Umfang annehmen, stets der Beachtung werth sind, und weil zweitens solche Anomalien, mögen sie uns auch noch so widerwärtig und verabscheuungswerth erscheinen, ihr Entstehen und die Möglichkeit ihres Bestehens stets irgend einem Gesetze verdanken. Und so muß denn der Mann der Wissenschaft seinen Abscheu unterdrücken und an die Lösung der Probleme gehen.

Welches sind die Ursachen des Phänomens, das wir Antisemitismus nennen:

Ich will versuchen, diese Frage eingehend zu beantworten. Diejenige Ursache, welche man bisher allgemein als die einzige oder doch als die vorherrschende betrachtete, ist die ethische: die Verschiedenheit, die Disaffinität der Racen, besonders da, wo die Annäherung der beiden Geschlechter nicht durch Misch-Ehen, durch gemeinsame Interessen oder durch fortgesetzte gegenseitige Berührung begünstigt worden ist.

Diese Ursache ist jedoch nicht maßgebend, denn man findet derartige Ungleichheiten der Racen in noch weit höherem Maße bei Völkern, welche miteinander politisch verschmolzen sind, ja man kann sogar sagen, daß es in Europa kein Land giebt, das nicht solche Verschmelzungen von unter einander vollkommen verschiedenen Völkerstämmen aufzuweisen hätte. Dies zeigt sich schon in der allgemein vollzogenen Kreuzung der Brachykephalen mit den Dolichokephalen. Und in Frankreich finden wir die keltische mit der baskischen, der lateinischen und der germanischen Race vermischt, in England die keltische mit der anglo-sächsischen und mit der lateinischen u. s. f.

Es müssen ganz andere Ursachen geltend gemacht oder doch wenigstens der genannten hinzugefügt werden. Vor Allem sind es zwei Ursachen atavistischer Natur, die in Betracht gezogen werden müssen und die sehr schwer ins Gewicht fallen. Die erste findet ihren Grund in dem Wohlgefallen, welches das Gefühl der Ueberlegenheit über Andere in uns erzeugt und das man in unserem Falle einen Ueberrest aus der einstigen Herrschaft des freien Ariers über die slavischen Völker nennen kann, ein Gefühl, das sich verdoppelt, wenn es zum Nationalgefühl wird, weil es das natürliche Widerstreben des Einzelnen, sich über Seinesgleichen erhaben zu zeigen, zu nichte macht und im Zusammenwirken der Menge in verstärktem Maße und uneingeschränkt zur Wirkung kommt.

Auf diese Weise läßt sich auch der gegenseitige Haß der Polen und der Russen erklären. Diese gefallen sich in der Oberherrschaft über Jene, sie glauben an eine thatsächliche, an eine angeborene Ueberlegenheit ihre Race über die andere. Um diese ganz begreifen zu können, braucht man sich nur des Brahminen zu erinnern, in dessen Augen der Sudra zum Verbrecher wird, sofern dieser ihn nur zu berühren wagt, oder man braucht nur zu lesen, was die Gelehrten Englands schon vor Gladstone über die Irländer geschrieben haben, die sie für absolut uncivilisirbar erklärten. Und auf der andern Seite haben wir wieder die Verachteten, Unterdrückten, die sich natürlicherweise gegen derartige Ungerechtigkeit empört auflehnen, bis der Haß gegenseitig zum tödtlichen Gifte wird.

Eine weitere Ursache hängt mit der Aufhäufung von Erinnerungen zusammen und besteht in dem Hasse der alten Römer gegen das hebräische Volk, welches vor allen anderen ihnen Widerstand zu leisten wagte, ein Haß, der noch wuchs, als die Römer mit dem Entstehen des Christenthums auf religiösem Gebiete die Oberhand gewannen. Und dieses Gefühl des Hasses verhundertfachte sich im Mittelalter, als die clericale Kaste, welche die Herrschaft über den europäischen Geist an sich gebracht hatte, dasselbe zur Pflicht und zum Ritus machte.

So ist es denn nicht zu verwundern, daß ganz Europa uneingeschränkt und rücksichtslos an einer Verfolgung theilnahm, die nicht nur die Freude am Bösen gewährte und das begreifliche Vergnügen leicht zu erringender Bereicherungen, sondern außerdem noch als verdienstvolles Werk gepriesen ward, und daß sich die Spuren eines so heftigen Hasses bis auf den heutigen Tag in Folge der hereditären Fortpflanzung erhalten haben. Und je unbewußter jenes Gefühl in den Nachkommen der Verfolger zum Ausdrucke kam, um so intensiver wurde es. Zu alledem füge man noch die abgesonderten Quartiere hinzu, die Verschiedenheit der Gebräuche, der Speisen, der Dialecte, die Concurrenz im Handel, die häufig zu Eifersucht und Neid Anlaß gab, Umstände, die dazu beitrugen, die wirkliche und die scheinbare Ungleichheit zwischen Juden und Andersgläubigen zu erhöhen und bei einzelnen Personen die Herabwürdigung und Unterdrückung der Juden wünschenswerth und nützlich erscheinen zu lassen. Und schließlich darf auch die psychische Epidemie nicht unberücksichtigt bleiben, welche zur Aneiferung und Erhöhung des Hasses und zur Verbreitung und Uebertreibung aller märchenhaften Ueberlieferungen im Volke jederzeit in so hohem Maße beigetragen hat.

Doch auch die Juden selbst vermag ich nicht völlig freizusprechen von der Schuld am Antisemitismus, und das Verhalten eines Theiles von ihnen hat demselben zweifelsohne Nahrung gegeben. Ich möchte hierbei nicht mißverstanden werden. Den Juden ist weder Talent noch Feingefühl abzusprechen, im Gegentheil; aber die durch Jahrhunderte fortdauernde und immer allgemeiner gewordene Gewohnheit der Juden, sich nahezu ausschließlich dem Handel zu widmen, hat in ihnen jenen gewissen Grad von Schlauheit und Ueberlegenheit, sowie jene geringe körperliche Energie hervorgerufen, die, mehr oder weniger, allen Handelsleuten gemein ist. Und da das ungebildete Volk diese Eigenschaften bei den Juden in hervorragender Weise ausgebildet sieht, bemerkt es nicht, daß dieselben allen Kaufleuten eigen sind, und hält sie für besondere Merkmale der Juden. Dazu kommt noch die Häufigkeit der durch die bei den Israeliten üblichen Heirathen zwischen Blutsverwandten verursachte Degeneration, die wohl oftmals Genies hervorbringt, aber andererseits auch häufig nervöse, skrophulöse oder schwächliche Menschen. Man darf

*) Nachstehende hochinteressante Studie des berühmten italienischen Gelehrten aus der „N. fr. Presse" bringen wir hiermit vollständig zum Abdruck, da sie uns als eine erschöpfende Analyse des Antisemitismus auf naturwissenschaftlicher Grundlage erscheint.

ferner des Umstandes nicht vergessen, in welch einem bedauerlichen, aber auch ekelerregenden Zustande gänzlicher körperlicher Verwahrlosung die armen Juden, besonders im Orient und in Rußland leben und ihre sonderbare Vorliebe für alles Alte, sowie ihr in gewisser Hinsicht übertriebener Conservatismus (man denke hiebei nur der mittelalterlichen Gebräuche und Kleidungen der Juden in Spanien und im Orient und der religiösen Bedeutung, die sie jenem starrköpfigen Festhalten an den alten Gewohnheiten beilegen), welcher mit der bei ihnen fast ebenso häufigen großen Vorliebe für Neuerungen und für fortschrittliche Bestrebungen überaus seltsam contrastirt.

Zu diesem äußerlichen kommt noch der religiöse Conservatismus, der sich nicht auf die Hauptzüge der jüdischen Religion beschränkt, sondern über alle Riten ausdehnt, die sich längst überlebt haben. So wie alle Religionen mit der Zeit entstellt werden, so hat auch diese uralte Religion auf ihren schönen monotheistischen Grundlinien eine Unmenge von rituellen Gebräuchen aufgehäuft, welchen die Bigotterie viel mehr Bedeutung beilegt, als ihren eigentlichen ethischen Grundzügen. Und dadurch, daß diese Gebräuche von denjenigen der Völker, in deren Mitte die Juden leben, so sehr abweichen, geben sie selbstverständlich der großen Menge zur Anfeindung Anlaß, insbesondere in Folge der übertriebenen Bedeutung, welche die Juden jenen veralteten Riten beilegen.

Schließlich sei noch das anmaßende Auftreten eines Theiles der Juden erwähnt, eine leicht erklärliche Eigenschaft, die allen jenen Erdensöhnen eigen ist, die lange Zeit hindurch geknechtet waren, und die von dem Augenblicke an, da sie freie Menschen geworden sind, das natürliche Bedürfniß fühlen, sich über die anderen zu erheben, ihre Vorzüge bemerkbar und ihre Ueberlegenheit geltend zu machen, sei es durch hervorragende Geistesfähigkeiten, sei es durch Aeußerlichkeiten aller Art. Diese lassen sie in den Augen ihrer Mitmenschen widerwärtig erscheinen, weil eben stets Jene, die über die Anderen emporzuragen gewohnt sind, es nicht sehen wollen, daß Andere es ebenso machen wie sie.

Man darf aber nach all dem Gesagten durchaus nicht vergessen, daß diese unsere Brüder, mögen sie uns auch noch so antipathisch erscheinen, Menschen sind, die durchaus nicht zurückgesetzt, noch ungerechter Weise verkannt werden dürfen, denn sie besitzen auch seltene Eigenschaften, die ihren Mitmenschen schon so manchen Vortheil brachten, und ihr Character ist in Folge der steten Verfolgung geläutert und gestählt worden. Sie brachten uns trotz ihres lächerlich übertriebenen prähistorischen Conservatismus, Dank der durch die Verfolgungen erlangten und durch die Ehen zwischen Blutsverwandten übertragenen Neurosen, als Früchte ihrer sehr eifrigen intellectuellen Beschäftigungen wahrhaft geniale Schöpfungem und Neuerungen. Sie haben uns den *Mosaismus* gegeben, der zu jenen Zeiten *vollkommen* genannt werden konnte, das *Christenthum*, das, wie man nicht übersehen darf, die Theorien unserer Sozialisten bedeutend beschleunigt, ja sogar übertroffen hätte, wenn dessen Lehren im strengen Sinne befolgt und angewendet worden wären, und endlich den *Sozialismus*. Wir finden unter den Israeliten berühmte Politiker und Sociologen, wie Marx, Lassalle, Disraeli. In der Philosophie haben wir ferner Spinoza, in der Dichtkunst Heine, in der Musik Halévy, Meyerbeer, Mendelsohn, Bizet, in der Medicin Casper, Schiff, Vallentin, Traube, Fränkel, Cohnheim u. s. w. Wir finden, kurz gesagt, unter den Juden eine verhältnißmäßig höhere Anzahl von intellectuellen Schöpfern, als unter den Völkern, in deren Mitte sie leben.

Wie diese Ueberlegenheit entstanden ist, habe ich in meinem Werke „Pensiero e meteore" dargethan. Einige der Ursachen seien hier genannt: die *klimatischen Einflüsse*, hervorgerufen durch die Uebersiedlung von einem Lande in das andere; die *Verfolgungen und Unterdrückungen*, welche gar bald alle Jene zum Opfer fielen, die nicht kräftig und klug genug waren; die durch geistige Ueberarbeitung hervorgebrachte *Neurose*, welche zur Folge hatte, daß so überaus zahlreiche Juden dem Irrsinn verfielen. Hierüber möchte ich einige Worte sagen.

Die Zahl der irrsinnigen Israeliten übersteigt diejenige ihrer katholischen Mitbürger im Durchschnitte um das Dreifache, in vielen Gegenden sogar um das Sechsfache. In den Irrenhäusern Bayerns beispielsweise kommen 10 Wahnsinnige auf 10,000 Christen, während sich das Verhältniß bei den Juden wie 25 zu 10,000 stellt. Dieses Mißverhältniß wird um so sonderbarer erscheinen, wenn man bedenkt, daß, wenn auch die Semiten zumeist ein hohes Alter erreichen, in welchem der so häufig zum Wahnsinn führende geistige Verfall vorherrscht, andererseits bei ihnen die Alkoholisten äußerst selten sind.

Aller dieser traurigen, fatalen Umstände haben die Koryphäen des Antisemitismus — *eine Schmach für das gegenwärtige deutsche Reich* — sicherlich nicht gedacht, als sie die Verfolgung der Semiten mit Feuereifer predigten. Sie hätten doch sonst kaum diesem armen Volke seine Erfolge mißgönnt und über dieselben gezetert, wenn sie bedacht hätten, mit wie viel Elend und Unbill es seine Errungenschaften noch heutigen Tages bezahlen muß, der tragischen Begebenheiten vergangener Zeiten gar nicht zu gedenken, während welcher es ohne Blutvergießen niemals abging. Trotzdem aber waren die alten Juden nicht unglücklicher und beklagenswerther als ihre Nachkommen von heute, die ihre ruhmhaften geistigen Errungenschaften, um dieser selbst willen, auf so schwere und furchtbare Weise büßen müssen, ohne die schöne Genugthuung, wie zu jenen Zeiten, durch ihre Opfer zu den edelsten aller Selectionen unter den Racen beigetragen zu haben.

Wenn ich mir vergegenwärtige, welch sonderbare Früchte der Antisemitismus in civilisirten Ländern zeitigt — ich erwähne nur das Vorurtheil, welches den hervorragenden jüdischen Medicinern in Deutschland verbietet, Ordinarien zu werden, blos weil sie semitischer Abstammung sind, gleichsam als gäbe es eine hebräische und eine protestantische Cellular-Theorie, oder als ergäbe das Seciermesser eines Juden ein anderes anatomisches Resultat als dasjenige eines Christen — so frage ich mich unwillkürlich, ob wir denn auch wirklich schon über das Mittelalter hinaus sind, oder ob viele unserer Gebräuche nicht barbarischer sind als die Gebräuche der damaligen Zeit.

Die politischen Pseudo-Anthropologen, die sich Antisemiten nennen, sagen, sie schlügen blos deßhalb so viel Lärm, weil sie verhindern wollen, daß man die germanische Race verunziere und schände. Das sind, sehr gelinde gesagt, Chauvinismen, die weit schlimmer sind als diejenigen der Franzosen, jedweder historischen und experimentalen Basis entbehren und viel Aehnlichkeit haben mit jenem Wahn der „Adeligen" die ihr Geschlecht zu verderben glauben, wenn sie sich mit „Bürgerlichen" verehelichen, während gerade umgekehrt die Ehen zwischen Adeligen den Heirathen zwischen Blutsverwandten nahezu gleichkommen und Entartungen nach allen Richtungen zur Folge haben.

Wie ich schon öfters nachgewiesen, giebt es in Europa keinen auf einer höheren Stufe der Cultur stehenden Völkerstamm, der nicht gemischt wäre, und ich darf wohl mit voller Sicherheit behaupten, daß in den wenigen Fällen, in welchen ich aus dem Studium der Hirnschädel die vollständige Einförmigkeit der Race constatirt habe, der Grad der Intelligenz ein bedeutend geringerer ist, als bei den gemischten und gekreuzten Stämmen. Ich erwähne nur die Abyssinier und die Sarden, deren Schädel einander gleichen, wie ein Ei dem andern, sicherlich, weil es in diesen Ländern keine ethnischen Verschiedenheiten giebt oder weil dieselben durch den ethnischen Grundtypus absorbirt worden sind. Die Sarden beispielsweise stehen auf einer weit tieferen Stufe der Intelligenz und Civilisation als die Sicilianer. Selbst die Bevölkerung

Wiens, einer Stadt, in der ich viele Jahre gelebt, hat durch den Einfluß der slavischen Racen nur Vortheile gewonnen.

Nicht verhindern soll man also die Misch-Ehen, sondern unterstützen und begünstigen in jeder Weise. Der Kreuzung der Racen haben wir jederzeit große Männer zu verdanken gehabt. Es genügt hierbei, daß die Kreuzung eine klimatische sei, d. h. verursacht durch die unter dem Einflusse eines anderen Klimas erfolgte Veränderung einer Race. Derartige Fälle konnte man in der Schweiz gelegentlich der zahlreichen Einwanderungen aus Italien und Frankreich wahrnehmen, und man kann sagen, daß diese Emigranten — Opfer der confessionellen Reformen — es waren, welche der Schweiz deren wirklich bedeutende Männer gegeben haben.

Man vergesse nicht, eine weitere bekannte Thatsache in Betracht zu ziehen. Dort, wo es keine Judenverfolgungen giebt, der Jude also vollkommen gleichberechtigt ist mit seinen Mitbürgern, wie in England und Holland beispielsweise, dort, wo er alle seine Fähigkeiten in jeder Weise voll zur Geltung bringen kann, da wirft er sich mit dem Eifer, welchen der Mensch den ehedem verbotenen Dingen entgegenbringt, in die Arme der Politik, der Erziehung, des Heerwesens u. s. w., und verläßt zum großen Theile das Gebiet des Handels und besonders dasjenige der Finanz-Speculationen, ein Gebiet, das ihm den Haß, den Neid und die Mißgunst seiner Mitmenschen zugezogen, und er verdient — was ganz besonders in Betracht zu ziehen ist — viel weniger Geld als in den anderen Ländern. Dadurch giebt er seinen Mitmenschen keinen Grund zum Neid und zur Mißgunst und befreit sie von der Furcht, daß das semitische Volk mit Hilfe seines Reichthums die anderen Racen überflügeln könnte.

(Schluß folgt.)

## Vom Büchertisch.

**Bernardin Freimut**, Altjüdische Religionsgeheimnisse und neujüdische Praktiken im Lichte christlicher Wahrheit. 2. Aufl. Münster i. W. bei A. Russel.

Vorliegendes Buch ist typisch für die Art, wie antisemitische Broschüren fabrizirt werden. Ein Dilettant hat alle Lügen über das Judenthum zusammengefegt und wagt es, dieses Sammelsurium unter der Flagge „im Lichte christlicher Wahrheit" herauszugeben. Da findet sich der gefälschte Aufruf der „Alliance israélite" wieder, da hat Crémieux wieder mal 1 Million auf den Kopf Kaiser Wilhelms des Ersten ausgesetzt, da sind Leute umgebracht worden, die über die Juden haben Bücher schreiben wollen, dort spukt wieder die große Judensynode vom Jahre 1866 herum, da wird „Akum" einfach mit „Christ" übersetzt, da haben die Juden Galiziens 80 Prozent des Grund und Bodens u. s. f., alles **Lügen**, die wir schon so oft aufgedeckt haben, daß man ihre Auffrischung nur bewußter Unredlichkeit zuschreiben kann. Und welches sind die talmudischen Autoritäten dieses „Schriftstellers"? Eisenmenger, Rohling („man wollte ihn gerichtlich belangen, aber dies erwies sich als unmöglich, weil Rohling eben die reine Wahrheit gesagt hatte!" heißt es S. 23. Niemals ist schändlicher gelogen worden!! Man weiß, daß Rohling seine Klage gegen Bloch zurückgezogen hat), Ecker und Justus! Angesichts dieses Machwerks kann man es nur bedauern, daß eine katholische Zeitung, wie der „Gladbacher Merkur" sich dazu hergegeben, diese Lügen des Herrn Freimut zu veröffentlichen.

**H. K. Lenz**, Alban Stolz und die Juden. Münster i. W A. Russel. Eine Sammlung aller antisemitischen Aussprüche des katholischen Volksschriftstellers und Freiburger Professors. Als Beispiel für den „kräftigen" Stil führen wir an (S. 27.): „Ein Aas stinkt ärger als das andere. Ein Jude, der keinen Glauben mehr hat, ist ein moralisches Aas; desgleichen ein Katholik; desgleichen ein Protestant. Am meisten stinkt der Jude, am wenigsten der Protestant."

**Fritz Auerbach**, der Antisemitismus und das freisinnige Judenthum. Frankfurt a. M. Mahlau und Waldschmidt. — Auerbach wirft die Frage auf, wie sich das freisinnige Judenthum zum Antisemitismus zu verhalten hat. Sowohl Fahnenflucht ohne innere Ueberzeugung, wie Absonderung verurtheilt er scharf. Er wünscht eine Vereinfachung des jüdischen Cultus, die alles ausscheidet, was die Juden als Volksgemeinschaft hinstellen könnte. Nur eine Religionsgemeinschaft sollen sie sein, deren Gebetsprache zum größten Theil die deutsche Sprache sein soll.

**J. G. A. Walch**, die Judenfrage, eine von Staats wegen zu behandelnde religiöse Frage. Dessau, P. Baumann. — Als religiöse Frage erscheint ihm die Judenfrage, und dennoch will er sie durch den Staat lösen. Löst der Staat die religiösen Fragen des Christenthums? Schleiermacher würde sich im Grabe umdrehen, wenn er von dem Eingriff des Staates in die religiöse Sphäre vernähme. Die Lösung Walch's ist nicht neu, „Aus dem Worte Gottes" (S. 20) will er die Judenfrage lösen, und diese Lösung „aus dem Worte Gottes" ist die Verwirklichung des conservativen Programms und die Aufhebung des Emanzipationsedictes vom 3. Juli 1869!!! Ein Ausnahmegesetz, das auf dem „Worte Gottes" beruht, .... diese seltsame Behauptung findet sich ganz ernsthaft ausgesprochen, ebenso ernsthaft wie die Behauptung, daß die prachtvollen Stellen aus dem alten Testament über das Fremdenrecht sich nicht auf fremde Völker beziehen. Das ist durchaus falsch! Herr Walch lese nur die Stelle S. 27 über das Fremdenrecht in:

Oberconsistorial-Rath D. **Friedrich Düsterdieck's** Soziales aus dem alten Testamente, Hannover. C. u. G. Knothe. In dieser Schrift ist klar und anregend zusammengestellt, was an sozialen Ideen im alten Testament steht. Gegenüber den Verunglimpfungen, welche dieses von Seiten der Antisemiten erfährt, empfehlen wir die warm und eindringlich geschriebene Broschüre unsern Lesern. Wir theilen mit dem Verfasser (S. 31) "die freudige Zuversicht, daß die im Neuen wie im Alten Bunde als die Summe des Gesetzes verkündete Gottes- und Nächstenliebe reich genug ist an Weisheit und Macht, um unsere sozialen Aufgaben in Segen zu lösen."

## Briefkasten.

**A. Br.** Böckel und Liebermann von Sonnenberg wurden 1890 im ersten Wahlgange gewählt.

**Fr. G. in Berlin.** Einverstanden.

**D. St. in L.** Prof. Förster gehört zu dem Comité für die Candidaturen Ahlwardt, Pickenbach, Rödenbeck, Förster und Bachler.

**K. H. 20 in Berlin.** Daß ein von ca. 100 Postbeamten (Assistenten, Secretären, Schaffnern, Briefträgern) unterzeichnetes Flugblatt zu Gunsten der hiesigen antisemitischen Reichstagscandidaten verbreitet wird, wissen wir. Ein solches wurde uns von unbekannter Seite zugeschickt.

**W. L—n in K.** Nein; Sie befinden sich im Irrthum.

**Fr. H.** Das ist ein durchaus unberechtigter Pessimismus.

**Briefkasten der Expedition.**

**Hagen.** Wir haben Ihren Beitrag zum Wahlfonds genommen. Auf dem Abschnitt war keine diesbezügliche Angabe gemacht.

**Abonnent in Leipzig.** Daß die „Mittheilungen" auf unsere Veranlassung in die antisemitischen Blätter „hineinpraktizirt" worden seien, ist natürlich eine plumpe Erfindung.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf, mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Abgeordneten Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 26. Berlin, den 25. Juni. 3. Jahrg. 1893.**

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

## Die Antisemiten bei der Reichstagswahl.

Es war vorauszusehen, daß nach der seit Jahren mit großen Mitteln betriebenen und von einem großen Theil der Conservativen unterstützten antisemitischen Agitation die Zahl der Antisemiten bei der diesmaligen Reichstagswahl erheblich größer sein würde als bei der vorigen. Sowohl die Zahl ihrer Reichstagsmitglieder wie ihrer Anhänger hat zugenommen. Namentlich bemerkenswerth ist es, daß trotz Allem, was vorgegangen ist, **Ahlwardt** in **Friedeberg-Arnswalde** mit erdrückender Majorität gewählt und daß er außerdem in Neustettin zur Stichwahl gekommen ist. Die Vernichtung, welche er im Reichstage erfahren, hat immer noch nicht ausgereicht, seine Wähler in den lediglich von einer antisemitisch-conservativen Presse beherrschten Kreisen von ihm abwendig zu machen. Das sind die Folgen jahrelanger Unterlassungssünden. Die Verantwortung dafür trägt die Partei, die durch die Aufnahme der Judenfrage in ihr Tivoli-Programm, den Antisemiten Conzessionen gemacht hat, welche diese nunmehr festhalten. Nicht auszulöschen ist, was die Conservativen zur Wahl Ahlwardts 1892 beigetragen haben.

Das Ergebniß der Wahlen, an welchen Antisemiten betheiligt sind, werden wir vollständig mittheilen, sobald die Stichwahlen beendet sind und die amtlichen Zahlen in ihrer Gesammtheit vorliegen. Heute beschränken wir uns auf die Feststellung der Hauptresultate.

Es sind definitiv **gewählt**: Ahlwardt in Arnswalde-Friedeberg, Liebermann v. Sonnenberg in seinem bisherigen Wahlkreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain und Blumenfabrikant Gräfe in Bautzen. Der Letztere gehört der antisemitischen Volkspartei oder der „Reformpartei“ an, wie sich die Böckel'sche Gruppe im Königreich Sachsen nennt.

In die **engere Wahl** sind 16 Antisemiten gelangt und zwar: Ahlwardt in Neustettin mit dem Conservativen v. Hertzberg,

der deutschsoziale Schriftsteller Leuß in Eschwege-Schmalkalden mit dem Reichsparteiler v. Christen,

der deutschsoziale Rittmeister a. D. Kruse in Nordhausen mit dem Freisinnigen Dr. Schneider und

die nachstehenden Anhänger der antis. Volkspartei:

Werner in seinem bisherigen Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen mit dem Reichsparteiler Märtens, ferner in Hersfeld-Rotenburg mit dem Conservativen von Schleinitz;

Dr. Böckel in seinem bisherigen Wahlkreise Marburg mit dem Conservativen v. Lucke;

Zimmermann in seinem bisherigen Wahlkreise Alsfeld-Lauterbach-Schotten mit dem Nationalliberalen Dr. Backhaus, ferner in Löbau mit dem Freisinnigen Herzog, endlich in Dresden Altstadt mit dem Sozialdemokraten Dr. Gradnauer;

Fabrikbesitzer Klemm in Dresden Neustadt mit dem Sozialdemokraten Kaden,

Destillateur Hänichen in Tharandt mit dem Sozialdemokraten Horn;

Landwirth Lieber in Meißen mit dem Sozialdemokraten Goldstein,

Mörtelfabrikant Lotze in Pirna mit dem Sozialdemokraten Fräßdorf;

Landwirth Köhler in Gießen (zuletzt durch den Antisemiten Pickenbach vertreten) mit dem Nationalliberalen Meinert;

Landwirth Bähr in Gießen mit dem nationalliberalen Grafen Oriola;

Schriftführer des mitteldeutschen Bauernvereins Hirschel, mit dem Nationalliberalen Seipio.

Bei mehreren Candidaten ist die Parteistellung noch ungewiß. So spielt sich der Vertraute Ahlwardts, Baron von Langen, der in Stralsund-Franzburg-Rügen mit dem Reichsparteiler v. Keudell zur Stichwahl steht, unter Zustimmung der Kreuzzeitungs-Partei als Conservativer auf, während andere Conservative jede Gemeinschaft mit ihm entrüstet ablehnen. Der Schneidermeister Jacobskötter, welcher als conservativer Candidat in Erfurt mit dem Sozialdemokraten Hülle zur Stichwahl steht, war bis vor Kurzem Hauptvertrauensmann der Böckelschen (!) Partei. Und der in Zschopau gewählte Rittergutsbesitzer v. Herder wird

von den Deutschsozialen mit Beschlag belegt, während er in der amtlichen Liste als Conservativer figurirt. Das Gleiche gilt von dem Gutsbesitzer Rother in Ohlau-Nimptsch-Strehlen.

Wenden wir uns nun zu einigen Conservativen mit prononcirt antisemitischem Standpunkt. Stöcker hat sich in seinem alten Wahlkreise Siegen einer Stichwahl mit dem Nationalliberalen Dresler zu unterziehen. Sein Freund von Hammerstein ist bereits im ersten Wahlgange durchgekommen, während der andere Redacteur der „Kreuzztg." Dr. Kropatscheck in Brandenburg sich noch mit dem Sozialdemokraten Ewald zu messen hat, ebenso der Vorsitzende des Bauernbundes v. Plötz in Sorau mit dem Sozialdemokraten Lux und der Rittergutsbesitzer v. Werdeck in Cottbus-Spremberg mit dem Sozialdemokraten Schulz. Der Rittergutsbesitzer v. Dallwitz ist in der Ostpriegnitz, Graf Roon in Minden-Lübbecke gewählt.

Ueber die Chancen der einzelnen Candidaturen bei den Stichwahlen Vermuthungen aufzustellen, ist zwecklos. Denn wenn diese Nummer in den Händen unserer Leser sich befindet, sind die Würfel bereits gefallen.

Von Interesse ist es, den Effect der antisemitischen Wahlagitation in einzelnen Landestheilen zu untersuchen.

In Berlin, wo Conservative und Antisemiten zusammengingen, ist keiner der gemeinschaftlichen Candidaten, darunter die „reinen" Antisemiten Förster und Hertwig, auch nur in die Stichwahl gelangt. Es wurden mehr Stimmen als 1890 für die conservativ-antisemitische Coalition abgegeben; doch kann von einem nennenswerthen Fortschritte nicht die Rede sein.

Dr. Förster unterlag auch in Teltow mit ca. 7000 von ca. 60000 abgegebenen Stimmen; das gleiche Schicksal ereilte seinen Gesinnungsgenossen Dr. Bachler von der „Staatsbürgerztg.", der kaum 3000 Stimmen im Wahlkreise Niederbarnim auf sich vereinigte.

In Potsdam konnten sich Conservative und Antisemiten nicht einigen; der antisemitische Pastor Rödenbeck ist ganz ausgefallen, sein conservativer College Schall steht mit einem Sozialdemokraten zur Stichwahl.

In Schlesien haben die Antisemiten deutschsozialer Richtung keinen eigenen Candidaten durchgebracht, doch viel zur Wahl antisemitisch gesinnter Conservativen beigetragen.

Die Erfolge der Deutschsozialen in der Provinz Hannover sind nicht so groß, wie man sie nach der jahrelangen Wühlerei erwarten mußte. So brachte es in der Stadt Hannover ihr Candidat auf ca. 3000 Stimmen; der Candidat in Göttingen-Münden gar nur auf einige Hundert.

In der eigentlichen Domäne Böckels, im Regierungsbezirk Kassel und im Großherzogthum Hessen ist im Allgemeinen die Zahl der antisemitischen Stimmen gewachsen, indessen hier und da ein Rückgang oder doch ein Stillstand in der antis. Bewegung zu verzeichnen. Am auffallendsten erscheint die Thatsache, daß der Führer selbst dieses Mal nicht glatt gewählt ist und gegen 1890 ca. 2000 Stimmen verloren hat. Totales Fiasko machte Böckel im Wahlkreise Alzey-Bingen, dessen Eroberung er seit Jahr und Tag in marktschreierischer Weise ankündigt. Ganze 390 Stimmen sind auf ihn gefallen.

In München hat den Antisemiten ihr Bündniß mit der Centrumspartei nichts genützt, in Würtemberg haben sie insofern einen Erfolg aufzuweisen, als mit ihrer Hülfe ein nationalliberaler Candidat antisemitischer Färbung den Wahlkreis Ulm der Volkspartei entriß.

Die Thüringer und Bremer Antisemiten sind arg enttäuscht worden, noch mehr ihre Gesinnungsgenossen in Baden. Dieses Land bearbeitet Dr. Vogel in Freiburg mit einer Reihe von Agitatoren seit Jahren systematisch; man concentrirte jetzt die Kräfte auf wenige Wahlkreise, ohne auch nur einen Achtungserfolg zu erzielen.

In Hamburg hat die antisemitische Bewegung unstreitig Fortschritte gemacht; 9000 Stimmen wurden für ihre Candidaten abgegeben.

Die Kölner Antisemiten glaubten, durch eine von uns gebührend beleuchtete, besonders „noble" Kampfesweise die Wähler zu gewinnen; das Resultat war — wenige hundert Stimmen. Dagegen erhielt Dr. König in Duisburg fast 6000 Stimmen.

Während die Anhänger Liebermanns in Sachsen nur in Leipzig Stadt und Land eine nicht unerhebliche Stimmenzahl auf ihre Candidaten zusammenbrachten, im Uebrigen aber für die Conservativen agitirten, machten die „Reformer" unter Führung Zimmermanns große Beute; ein halbes Dutzend Wahlkreise dürfte ihnen zufallen. Die Kosten tragen zum größten Theile die Conservativen, die hier den Antisemiten tüchtig vorgearbeitet haben. Selbst der frühere Abg. Dr. Mehnert fiel trotz seiner antisemitischen Reden im Reichstage und außerhalb desselben der Concurrenz der antisemitischen Nachbarn zum Opfer. — In Sachsen ist seit 1890 die Zahl der antisemitischen Stimmen von 4788 auf **97246** gewachsen!

Endlich ist zu berücksichtigen, daß die conservative Partei mindestens in ihrer alten Stärke aus den Wahlen hervorgeht; auch das kommt dem Antisemitismus zu Gute.

---

Sollen wir Angesichts dieser leicht vorausgesehenen und nicht anders erwarteten Resultate nun etwa in unsern Gegenbestrebungen nachlassen oder erlahmen? **Nein, und abermals nein! Vermehrte Anstrengungen sind nothwendig,** nicht nur eine verstärkte Agitation in Versammlungen und in der Presse, sondern eine vermehrte Agitation von Mann zu Mann. Denn wir haben gesehen und können es leicht nachweisen, daß überall da, wo man ernst den Antisemiten entgegengearbeitet hat, schon jetzt Erfolge sichtbar gewesen sind. Namentlich im Königreich Sachsen ist eine verstärkte Wirksamkeit unbedingt nothwendig. In diesem Lande, das sehr wenig (9000) Juden enthält, nur 0,24% der Bevölkerung, hat der Antisemitismus große Fortschritte gemacht. Hier haben wir auch gesehen, daß überall, wo man sich vor einem Eingehen auf die antisemitische Frage scheute, der Antisemitismus am stärksten sich entfaltete. Wo dagegen eine feste Organisation vorhanden war, wo die Wähler bereits vorher über die antisemitischen Bestrebungen unterrichtet worden waren, ergaben sich günstige Wahlresultate. Auch in Pommern und Brandenburg haben einzelne Wahlkreise bewiesen, daß sie wehrlos den antisemitischen Agitationen gegenüberstanden, weil man selbst in den Städten jeder Discussion über die Judenfrage aus dem Wege gegangen ist. Im Wahlkreis Schivelbein-Belgard-Dramburg machte sich der conservativ gefärbte Antisemitismus ganz unverhüllt breit genährt von einem dortigen, den amtlichen Publicationen des Landraths dienenden Kreisblatt. Was dieses an antisemitischer Verhetzung leistete, beweist folgender echt antisemitischer Artikel des „Dramburger Kreisblattes":

> **„Wer ist der Major a. D. Hinze?** Der Major a. D. Hinze ist Mitglied der Judenschutztruppe, der jüdisch-freisinnigen Partei, zu deren hervorragendsten Aufgaben es gehört, die Interessen des Judenthums im Parlamente und in der Presse zu vertreten. . ." „Den großen Bankiers kommt es besonders darauf an, daß eine liberale Majorität des Reichstags zu Stande kommt, damit die Börse bei der Aufbringung der Militärlasten möglichst wenig gekniffen wird. (!!) Von der conservativen Partei war namentlich die Börsensteuer zur Bestreitung der Militärlasten ins Auge gefaßt worden." . . . Die Börse erwartet, daß der russische Handelsvertrag zu Stande kommt, der unsere Landwirthschaft auf Kosten des Handels- und des Schacherthums von

neuem belastet. (!!) „Wem es darum zu thun ist, daß die ehrliche Arbeit geschützt werde gegen die kapitalistische Ausbeutung, darf nicht den Major a. D Hinze wählen.“

Trotz des ungünstigen Ergebnisses der Wahl darf man den Muth nicht sinken lassen. Unser Verein hat, soweit seine Kräfte und Mittel reichten, am Wahlkampfe sich betheiligt und die Candidaten unterstützt, die sich gegen den Antisemitismus gewandt haben. Unsere Redner sind in mehreren Wahlkreisen thätig gewesen, wir haben eine große Anzahl von Broschüren und außerdem zwischen 150 und 200 000 Flugblätter in den letzten Wochen hinausgesandt. (Seit dem Januar über $^1/_4$ Million Flugblätter.)

In gleichem Sinne **und mit verstärkter Kraft** heißt es auch in der Folgezeit arbeiten. Nichts wäre verhängnißvoller als wenn die Freunde unserer Abwehrbestrebungen in ihrem Eifer nachlassen würden Selbst die energischste Sturmwelle kann durch ein festes Bollwerk vernichtet werden. **Und unser Abwehrverein wird trotz alledem, wenn unsere Mitglieder fest und treu bleiben, wenn sie weiter energisch arbeiten, eins der wirksamsten Bollwerke gegen den Antisemitismus, der eine Schande für jedes Culturvolk ist, sein.**

## Zur Wahlbewegung.

×× **Hannover,** 21. Juni. Schon in Nr. 25 erzählten die „Mittheilungen“ einige „Heldenthaten“ der antisemitischen Größen des 9. Hannoverschen Wahlkreises. Wir sind in der Lage, diese „Heldenthaten“ noch um eine sehr interessante zu ergänzen.

Am 13. Juni, also 2 Tage vor der Wahl, wurde in Hameln, der Hauptstadt des 9. Hannov. Wahlkreises, eine von Gegnern des Antisemitismus einberufene öffentliche Volksversammlung abgehalten. Zu der Versammlung, die überaus zahlreich besucht war, waren erschienen die Herren Reg.-Rath a. D. Paschke aus Berlin als Referent, Dr. Croner, Director des israelitischen Seminars zu Hannover sowie mehrere Herren der freis. Volkspartei aus Hannover, unter ihnen der unseren Lesern schon bekannte Herr Hermann Schöler. Auch der antisemitische Candidat des Wahlkreises, Graf Görtz-Wrisberg, war anwesend. Den Vorsitz führte Herr Consul Schläger-Hameln. Nach einigen einleitenden Worten dieses Herrn und nach erfolgter Vorstellung des Referenten, Herrn Reg.-Rath Paschke erhielt dieser selbst das Wort zu einem etwa einstündigen, lichtvollen Vortrage über die sittliche Berechtigung des Antisemitismus. Als Conservativer und Christ fühle er sich gedrungen, wie an anderen Orten so auch hier, gegen die antisemitische Bewegung, die unser ganzes öffentliches Leben zu vergiften drohe, aufzutreten und ihre Ungerechtigkeit und Nichtigkeit. sowie das verhetzende Treiben der Antisemitenführer zu beleuchten. Redner nahm das für den antis. Candidaten des Kreises, Grafen Görtz-Wrisberg, vertriebene Flugblatt, das von Ausdrücken wie: Juden und Judengenossen, Volksaussauger, Feinde der ehrlichen Arbeit u. s. w. wimmelt, zur Hand und bezeichnete es als verblüffend frech, wie dem gegenüber in demselben Flugblatt, unterschrieben vom Freiherrn v. Münchhausen, behauptet werden könne, daß die Antisemiten keine Judenhetze trieben. Aber an dem gesunden Sinn der Hannoveraner sei diese schamlose Hetze — abgesehen von der Hauptstadt und einigen anderen Ausnahmen — bis jetzt glücklicherweise abgeprallt. Der anständige, ruhig seinem Berufe nachgehende Jude habe im bürgerlichen Leben dieselbe Achtung genossen wie sein christlicher Mitbruder; jetzt solle das anders werden, jetzt werde der Same der confessionellen Zwietracht und des Racenhasses in die Bevölkerung gestreut. Die in den antisemitischen Versammlungen gehaltenen Reden und die von der antisemitischen Partei vertheilten Flugblätter forderten geradezu die Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden, ja wohl gar ihre Vertreibung aus Deutschland. Redner fragt nach den Gründen zu diesem Auftreten und stößt zuerst auf die Behauptung, die Juden seien durchweg Wucherer und Schacherer, die das christliche „arbeitende“ Volk auszusaugen suchten. Außerordentlich eingehend und klar entwirft der Herr Referent alsdann ein Bild von der sozialen Stellung der Juden im Mittelalter. Wenn man heute an dem jüdischen Charakter etwas auszusetzen habe, so seien es die christlichen Regierungen und Fürsten, denen das zu danken sei. Nach der alten deutschen Reichsverfassung seien die Juden nicht Menschen, sondern Sachen gewesen, mit denen der Kaiser seine Vasallen und die Städte „belohnt“ habe. Von allen Aemtern und Ehrenstellungen, dem Recht Land zu erwerben und Großhandel zu treiben ausgeschlossen, habe man ihnen ganz unerhörte Abgaben auferlegt und ihnen als Aequivalent das „Privilegium“ des Wuchers ertheilt. Heinrich VII habe 1310 Wucherzinsen bis zu 65% gestattet. Allein der Löwenantheil sei in die Taschen der Fürsten und Obrigkeiten geflossen. Als sich die Juden für unfähig erklärten, die furchtbar hohen Abgaben zu entrichten, sei ihnen gesagt: „Wuchert nur drauf los, dann werdet ihr schon zahlen können; ihr habt ja doch das Privileg“. (Bewegung.)

„Wer war denn da“, fragte Redner, „der Wucherer, der Jude oder die christliche Behörde?“ (erneute anhaltende Bewegung). Diesen traurigen Verhältnissen gegenüber beleuchtete Redner sodann die Erfolge der Juden, die sie auf allen Gebieten errungen, seitdem die Schranken gefallen: der Kunst, Dichtung, Musik u. s. w. Weil die Juden fühlten, daß sie nach arbeiten müßten, um ganz in unserem deutschen Fühlen und Denken aufzugehen, arbeiteten sie mit Macht, um dieses Ziel zu erreichen. Bei Hannover sei eine jüdische Erziehungsanstalt, in der die Knaben angehalten werden mit Schaufel und Spaten, Werkzeugen u. s. w. umzugehen, es sei dies ein ganz vorzüglicher Weg, um die Juden auch der Landwirthschaft und dem Handwerk zuzuführen, und es gehöre die ganze „Noblesse“ des Antisemitismus dazu, um einem solchen Ringen die Achtung zu versagen. (Lebhafter Beifall). Zöge man die Bilanz, so sei anzuerkennen, wie sich die Juden zu einer so eminenten geistigen Höhe trotz der jahrhundertelangen geistigen Knechtung emporgeschwungen hätten. Gerade die Juden achteten genau gegenseitig einer auf den andern, sie verurtheilten am allerschärfsten den Unwürdigen unter ihnen, und es sei frivol, mit einzelnen Ausnahmen die Allgemeinheit zu identifiziren. In scharfen Worten wendete Redner sich gegen Dr. Förster, der sich nicht entblödet hat, die Juden noch unter die Strauchdiebe und Meuchelmörder zu stellen und schloß mit der eindringlichen Mahnung an die Versammlung, sich mit Abscheu von der antisemitischen Bewegung abzuwenden und nicht durch die Wahl eines antisemitischen Candidaten dieser Richtung Vorschub zu leisten. (Lang anhaltender lebhafter Beifall.)

An diese Rede schloß sich eine zweistündige lebhafte Discussion, die eröffnet wurde durch einen Herrn Stichweh aus Hannover. Ganz ohne jede Begabung suchte der Herr in der kläglichsten Weise den antisemitischen Standpunkt zu vertreten. Stockend, zaudernd, verlegen warf er römisches Recht, jüdische Feigheit, Wucher, Arbeitsfeindlichkeit, von jeder Sorte einige absolut unzusammenhängende Brocken bunt durcheinander, wofür er mit dem schallenden Gelächter der Versammlung belohnt wurde.

Ihm trat entgegen mit zündender, überzeugender Beredsamkeit und mit großer Schlagfertigkeit Herr Schöler aus Hannover, der erklärte, die engere Landsmannschaft gebe ihm wohl vorzugweise das Recht, dem Herrn eine kleine Lection zu halten. Für die Feigheit der Juden im Kriege fehle jeder Beweis, sie haben im Gegentheil „in den Tagen der Gefahr gleiche Hingebung bewährt.“

Als Candidat der antisemitischen Partei fühlte sich Herr Graf Görtz-Wrisberg bewogen, hierauf auch seinerseits in die Debatte einzugreifen. Der Herr sprach aber rein individuell, ohne irgendwie seine Partei zu vertreten. Seine Rede klang fast wie eine Entschuldigung, daß er Antisemit sei. Nur in Bezug auf Herrn Ahlwardt meinte er, daß absolut keine Berechtigung vorliege, ihn „seiner" Partei „an die Rockschöße zu hängen". (Große Heiterkeit.) Im Uebrigen erging sich der Herr in Betheuerungen, daß er jede ehrliche Arbeit hochschätze, ob bei Christen oder Juden. Einer „Hetze" gegen die Juden glaube er sich nicht schuldig gemacht zu haben, er würde nicht zögern, sein Leben auch für einen Juden, der sich in Gefahr befindet, in die Schanze zu schlagen. (Bravo!) Die Verantwortung für das Flugblatt müsse er ablehnen und dieselbe lediglich dem Unterzeichner überlassen. (Oho!) Er habe dies dem Freiherrn v. Münchhausen*) erklärt und könne man ihn daher nicht zur Rechenschaft ziehen. (Große Unruhe.)

Herr Director Dr. Croner sprach in überaus warmer, zu Herzen dringender Rede, die einen wahrhaft begeisterten Beifall erzielte, über den Antisemitismus als Saat zur confessionellen Feindschaft.

Nach Dr. Croner sprach nochmals Herr Hermann Schöler-Hannover. Das Gebahren des Herrn von Görtz, für das ihn empfehlende Flugblatt jede Verantwortung abzulehnen, bezeichnete er als so ungeheuerlich, daß ihm dafür der parlamentarische Ausdruck fehle (Lebhafte Zustimmung). Wenn der Graf in seinem Gewissen dem Flugblatt nicht zustimmen konnte, dann sei es eine heilige Pflicht und Schuldigkeit gewesen, dieses offen zu erklären (sehr richtig). Daß Ahlwardt ihm nicht genehm sei, glaube er wohl, aber die Entrüstung des Grafen Görtz sei schon aus dem Grunde vollständig belanglos, als bedeutende Führer der antisemitischen Partei Ahlwardt mit dreister Stirn in Schutz nehmen. Redner erinnert an das Wort Kaiser Friedrichs, der Antisemitismus sei eine Schmach des Jahrhunderts. Dieses Wort habe einen guten Klang gefunden im Herzen der Bevölkerung, und er hoffe, daß der Klang der durch dieses Wort berührten Saiten das antisemitische Gehetze übertöne. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer kurzen, markigen Replik des Herrn Reg.-Rath Paschke vertheidigte Herr Graf Görtz-Wrisberg nochmals seinen Standpunkt, daß er für den Wahlaufruf nicht verantwortlich gemacht werden könne; er habe erst nach seinem Erscheinen Kenntniß von dem Inhalt erhalten.

Herr Schöler indeß nagelte den Herrn Grafen unbarmherzig darauf fest, daß es dann seine Aufgabe gewesen wäre, Klarheit über sein politisches Glaubensbekenntniß zu geben. Das aber habe er nicht gethan, und er könne nicht anders sagen, als daß ein derartiges Benehmen doppelzüngig sei. (Stürmisches Bravo.) Herr Regierungsrath Paschke drückte die Hoffnung aus, daß der Herr Graf von dem Antisemitismus ein für alle mal kurirt sei. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Wir haben allen Grund anzunehmen, daß es der Herr Graf Görtz-Wrisberg an diesem seinem politischen Debüt bewenden lassen wird; denn abgesehen von dieser und anderen vorhergegangenen glänzenden Niederlagen hat er ganze 459 Stimmen auf sich vereinigt!

* *

**Aus Woldenberg** im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde wird uns ein Vorkommniß mitgetheilt, das recht deutlich die durch den Antisemitismus hervorgerufene Verrohung der Jugend beweist. Am 14. Juni, dem Tage vor der Hauptwahl, hatte dort in einer freisinnigen Wählerversammlung Herr Redacteur Schumacher aus Berlin gesprochen, und, wie es nicht anders sein konnte, in dem den Antisemitismus und den Rector Ahlwardt behandelnden Theil seiner Rede schonungslos das Schädliche des Antisemitismus und das von allen Parteien verurtheilte Auftreten Ahlwardts klargelegt und die Lügen und Verleumdungen des Letzeren als solche gekennzeichnet. Daß diese Sezirung der moralischen Qualifikation ihres Abgottes den anwesenden Antisemiten nicht gefiel, ist selbstverständlich; sie machten einen Heidenlärm und wurden an der vorher geplanten Sprengung der Versammlung nur durch das entschiedene Auftreten des Vorsitzenden gehindert. Als nun nach Schluß der Versammlung der freisinnige Redner in Begleitung einiger angesehener Männer der Stadt (nicht Juden) zum Bahnhofe ging, wurden er und seine Begleiter in einer finsteren Straße von einer Rotte halbwüchsiger Burschen, die von 2—3 Erwachsenen geführt wurde, überfallen und unter Heil-Rufen mit einem Steinhagel empfangen. Wie feige die Excedenten übrigens waren, beweist, daß sie bei einer zweimal wiederholten Attaque der Freisinnigen jedesmal die Flucht ergriffen. Zwei Herren wurden durch Steinwürfe getroffen und es ist nur einem glücklichen Umstande zuzuschreiben, daß kein größeres Unglück passirt ist. Da es ja doch gelungen ist, einige der Steinwerfer zu erkennen, wird die Sache wohl noch ihr Nachspiel haben.

* *

**Im Wahlkreise Neustettin** steht Ahlwardt mit dem conservativen Rittergutsbesitzer v. Hertzberg zur Stichwahl. Auch Stöcker hatte sich um das Mandat beworben, ist aber mit 1800 Stimmen ausgefallen. Aus Anlaß dieser Candidatur hat sich zwischen der „Staatsbürgerztg." und dem „Volk" eine heftige Polemik entwickelt, in deren Verlaufe von den Agitatoren des Herrn Stöcker behauptet wurde, sie seien als radikalere Antisemiten aufgetreten als Ahlwardt selber. Von Stöckerscher Seite stellte man dies natürlich in Abrede. Man darf gespannt sein, ob die 1800 Stöckerstimmen auf Ahlwardt oder auf den conservativen Candidaten übergehen werden.

In Neustettin sind, wie uns von dort geschrieben wird, das Flugblatt „Der Werth des jüdischen Eides", die Broschüre „Die Judenlaus im Christenpelz", Fahrkarten nach Jerusalem und Aehnliches von antisemitischer Seite verbreitet worden.

* * *

**Aus dem Kreise Niederbarnim** wird gemeldet: Von sozialdemokratischer Seite wird folgendes Flugblatt, auf feinem Papier gedruckt, verbreitet:

„Neues deutsches Reichsglaubensbekenntniß: Ich glaube an Kaiser Wilhelm, den allmächtigen Schöpfer des neuen Kurses, und an General Caprivi, seinen gehorsamen Diener, unsern Herrn Kanzler, der empfangen hat den Grafentitel ohne Macht und Herrlichkeit, der gelitten hat unter Bismarck und den „Hamburger Nachrichten", der herabgestiegen zur „Nordd. Allg. Zeitung", von wannen er wiederkommen wird, zu richten die Nörgler und Bismarckfreunde. Ich glaube an den heiligen Geist des geheimen Propheten Hinzpeter und seiner Frau, an die Gemeinschaft der Regierungs- und Centrumspreußen, an die allein selig machende Pickelhaube, an eine steigende Vermehrung der Abgaben und Steuern, an die Einführung neuer Maulkörbe und Judenflinten und an ein ewiges Soldatenleben. Amen." Darunter steht: „Wählt Stadtverordneten Arthur Stadthagen aus Berlin."

Hierzu bemerkt das „Volk":

„Man fragt sich wirklich, ob es angehen kann, daß derartige Gemeinheiten straflos verbreitet werden. Welcher Jude mag diese schamlose Verhöhnung des Christenthums fertig gebracht haben? Etwa Herr Stadthagen selbst?"

Wir können dem Stöcker'schen Organe den Namen des Verfassers verrathen. Nicht ein Jude ist der Urheber dieses Machwerks, sondern der Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl, ein Antisemit vom reinsten Wasser. Das fromme Blatt hat

*) Der Unterzeichner des Wahlaufrufs.

also, ohne die Spur eines Beweises, dem Judenthum oder den Juden eine Verhöhnung des Christenthums insinuirt. Es genügt, dieses unchristliche Verhalten des Stöcker'schen „Volk" niedriger zu hängen.

* * *

**Dr. Prieger,** Arzt in Kreuznach, dessen Reichstagscandidatur wir in Nr. 24 der „Mitth." Erwähnung gethan, hat an die Wähler von Kreuznach-Simmern ein vom 7. Juni datirtes confuses Flugblatt gerichtet. Auf demselben bezeichnet er sich als „wilder" Antisemit, geistig mehr noch Stöcker, praktisch nach Böckel." — Hergestellt ist das Flugblatt in der Druckerei des „Reichsherold."

## Jüdische Lehrer.

Wir haben in der letzten Nummer der „Mittheilungen" (S. 249) auf den berühmten Pädagogen Adolph Diesterweg hingewiesen, der warm für die Simultanschulen und für die Anstellung jüdischer Lehrer eingetreten ist. Obwohl noch der Verfassung die völlige Gleichberechtigung der Juden gewährleistet wird, so beweist die verhältnißmäßig seltene Anstellung jüdischer Lehrer, jüdischer Lehrerinnen, ordentlicher jüdischer Professoren 2c. daß diese Gleichberechtigung nur eine „papierne" ist, daß in der That längst ungeschriebene Ausnahmegesetze existiren, welche eine stattliche Reihe von Berufen den Juden ganz oder fast ganz verschließen.

In Hessen bewarb sich jüngst eine jüdische Lehramts-Candidatin, die ihr Examen glänzend bestanden hatte, um eine Stelle; die Regierung ertheilte ihr den Bescheid, daß „zur Anstellung von Israeliten an staatlichen Anstalten gegenwärtig keine Veranlassung vorliege." Aehnliche Fälle sind in Württemberg und anderen Bundesstaaten in letzter Zeit häufig vorgekommen.

Warum diese Zurücksetzung, dafür giebt Dr. Wiese einen ganzen Strauß von Gründen an, die in seinen „Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen" (Bd. II. S. 70) abgedruckt sind. Dr. Wiese war fast ein Vierteljahrhundert vortragender Rath im Cultusministerium gewesen, er hatte die reactionäre, orthodoxe Periode der Raumer und Mühler durchgemacht, um am Ausgang seiner Arbeitszeit sich dem liberalen Cultusminister Falk gegenüber zu sehen. Dieser vertrat die volle Gleichberechtigung der Juden und wollte sie auch als Lehrer in allen Fächern (Religion ausgenommen) unterrichten lassen. Begreiflich, daß Dr. Wiese, der getreu nach Stahl-Mühler die strengconfessionelle Schule vertrat, immer in Meinungsdifferenzen mit Dr. Falk gerieth. Beide repräsentiren gewissermaßen die beiden Hauptströmungen der gegenwärtigen Schulpolitik. Falk als Vertreter der liberalen Richtung, tritt für die jüdischen Lehrer ein, Wiese möchte sie ganz ausschließen, zum mindestens aber vom Unterricht der Litteraturgeschichte, Geschichte, Griechisch und Latein. Falk legt den Nachdruck beim Unterricht auf das ethische Moment, Wiese auf das christlich confessionelle.

Dr. Wiese schreibt:

„Die Vorgänger Falk's hielten es für ihre Pflicht gegenüber den die volle Consequenz der bürgerlichen Gleichstellung verlangenden Juden und Judenfreunden die Idee der deutschen und christlichen Schule zu schützen. Dr. Falk trat auf die andere Seite; die ihm bei verschiedenen Gelegenheiten meinerseits vom nationalen, sowie ethischen und religiösen Standpunkt aus geäußerten Bedenken hatten in seinen Augen geringe Bedeutung. Den confessionellen Charakter einer höheren Schule, wo ein solcher überhaupt anzuerkennen, sah er durch Anstellung einzelner jüdischen Lehrer nicht beeinträchtigt. Die Einheit des Geistes im Lehrercollegium als höchstes Erforderniß für den Erziehungsberuf der Schule war ihm, verglichen mit der wissenschaftlichen Unterrichtsaufgabe, das weniger Wichtige, und bei nachgewiesener Befähigung wollte er jüdische Schulamtscandidaten und Lehrer von keinem Unterrichtsgegenstande, außer der christlichen Religion, ausgeschlossen wissen. Er hatte Geduld mit meinen Einwendungen, aber sie mochten ihn in seiner Auffassung nicht irre. Daß von allen Bewegungskräften der Weltgeschichte die stärkste immer die Religion gewesen, und daß die Entwicklung des deutschen Volksthums nur durch das Christenthum verständlich sei, wolle er mir nicht bestreiten, sagte er; aber darum brauche sich der Vortrag der Weltgeschichte durch einen Juden in Nichts von dem eines Christen zu unterscheiden. Ebensowenig kam seiner Meinung nach bei der Interpretation der alten Autoren das Religiöse und Ethische sonderlich in Betracht. Ich wies auf die griechischen Tragödien, auf platonische Dialoge und auf Schriften wie Ciceros Tusculanen und Officia hin, die herkömmlich in Prima gelesen werden, und erklärte eine auf die sprachliche Seite beschränkte Behandlung für unzureichend: solche Lektüre erfülle ihren Zweck erst, wenn den Schülern ein Verständniß des Unterschiedes eröffnet wird, der zwischen den religiösen und ethischen Vorstellungen der Alten und dem christlichen Glauben und daher auch den sittlichen Prinzipien der christlichen Welt besteht. Darüber, z. B. gelegentlich der genannten Schriften Ciceros sie über das Verhältniß der antiken Cardinaltugenden zu den christlichen zu belehren, sei aber ein Jude nicht wohl geeignet; wenigstens in der Schule nicht, auf der Universität vielleicht. Der Minister entgegnete: jeder gute Philolog, ohne Unterschied des Glaubens, würde dem Bedürfniß der Schule darin genügen können. Auch den deutschen Unterricht in allen Klassen wollte er jüdischen Lehrern nicht vorenthalten. Zwar einige Erbieten von solchen, sich an der Herausgabe eines allgemeinen deutschen Lesebuchs zu betheiligen, lehnte er ab; aber stylistischen Unterricht und die Einführung in die deutsche Literatur ihnen zu übertragen, fand er unbedenklich. Es half mir auch nichts, daß ich darauf hinwies, wie der jüdische Lehrer schon in der Wahl der Aufsatzthemata beschränkt sei, ebensowenig, daß ich auf die Eigenschaften der Schreib- und Darstellungsweise aufmerksam machte, welche den jüdischen Schriftstellern unserer Literatur charakteristisch sind, und daß einer von ihnen, Lassalle, selbst gesagt: „die Juden verderben das Deutsche;" auch nicht, daß in Schulverwaltungsberichten aus der Provinz Posen wiederholt über den schädlichen Einfluß geklagt worden sei, den eine starke Mischung der Klassenfrequenz mit jüdischen Elementen auf die Sprach- und Schreibweise der anderen Schüler habe. Der Minister lachte darüber. Ebensowenig machte es einen Eindruck auf ihn, daß mir ein von ihm geachteter, selbst aus einer ehemals jüdischen Familie stammender Gymnasialdirector in einem Briefe die Bitte aussprach, doch ja zu verhüten, daß Sprachunterricht oder Geschichte jüdischen Lehrern übertragen werde. Der Schluß solcher Gespräche war gewöhnlich seinerseits: „Sie sollen sehen, was ich für unbestreitbares Recht der Juden halte, wird wenig zur Anwendung kommen."

Einige Punkte dieser Wiese'schen Auslassung verdienen eine nähere Auseinandersetzung. Bei der geringen Zahl der jüdischen Lehrer handelt es sich stets nur um 1 bis höchstens 3 Juden, welche auf jede einzelne Schule vielleicht kommen könnten. Wenn Wiese befürchtet, daß diese wenigen auf ein Lehrercollegium von 25—40 Lehrern einen schlechten Einfluß ausüben könnten, so schreibt er dem einzelnen Juden eine merkwürdige Kraft zu, oder — sein Lehrercollegium ist schwach genug, sich von einzelnen Juden corrumpiren zu lassen. Die erste Möglichkeit ist ein Compliment für die Juden und entspricht nicht den Thatsachen, die zweite ist eine Beleidigung für den Lehrerstand. Aus diesem Grunde hatte Falk ganz Recht, wenn er den confessionellen Character einer Schule durch Anstellung einzelner jüdischer Lehrer nicht beeinträchtigt sah.

Für Wiese ist die „Einheit des Geistes im Lehrercollegium" wichtiger als ihre wissenschaftliche Unterrichtsauf-

gabe. Das heißt doch den Beruf als Lehrer völlig verkennen! Die Lehrer existiren doch nicht um ihrer selbst willen, sondern um die Jugend zu erziehen. Wenn Wiese die Einheit des Geistes im Lehrercollegium wahren will, warum duldet er Theisten und Atheisten, Katholiken und Protestanten, Materialisten und Idealisten darunter? Was meint Herr Wiese zu den Naturgeschichtslehrern, die zumeist Darwinianer oder gar Materialisten Vogt-Büchner'scher Observanz, oft die gefährlichsten Gegner der Religion sind? Sie alle wahren die „Einheit des Geistes im Lehrercollegium", nur der Jude nicht. Er muß eben verbrannt werden!

Man erfährt aber auch, warum Herr Wiese nicht jüdische Geschichtslehrer dulden will. Die stärkste Bewegungskraft der Weltgeschichte ist seiner Meinung nach die Religion — eine Ansicht, die vor ihm schon Schleiermacher ausgesprochen hat. Da nun die christliche Religion die stärkste Bewegungskraft der deutschen Geschichte ist, muß — der Geschichtsunterricht nur von Christen ertheilt werden! Schade, daß diese zwingende Logik von einer falschen Voraussetzung ausgeht. Nicht die Religion ist der Hauptmotor der Geschichte, sondern reale nüchterne Faktoren haben die Weltgeschichte dirigirt. Im Gegentheil, wo die Religion als reales Moment in der Geschichte hervortritt, da ward sie zum Fluche, da erweckte sie Religionsverfolgungen und Kriege, denen nach Voltaire's Schätzung über 8 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Wie aber, giebt es denn einen christlichen Geschichtsunterricht? Giebt es nicht vielmehr einen katholischen und einen protestantischen? In der nächsten Nummer wollen wir näher darauf eingehen, nur müssen wir gleich hier Schleiermacher Recht geben, wenn er über einen christlichen Geschichtsunterricht die Achseln zuckt, der die christlichen Deutschen zwingt, einen Schlachttag zu feiern, denselben Schlachtag, den der Geschichtsunterricht der christlichen Franzosen als tiefe Schmach empfindet!

Es ließe sich noch vieles gegen die Wiese'sche Richtung der Schulpolitik sagen, aber diese Stahl-Mühler'sche Richtung hat sich noch nie durch Gründe überzeugen lassen. Sie müssen eben den Juden haben, den sie verbrennen möchten. Das hat Minister Dr. Falk wohl gewußt, als er zu Dr. Wiese sagte: „Sie sollen sehen, was ich für unbestreitbares Recht der Juden halte, wird wenig zur Anwendung kommen". Grade auf die Erfüllung dieser „unbestreitbaren Rechte" haben die Juden ja immer am längsten warten müssen!

---

## Prozeß Paasch und Genossen.

Nach mannigfachen Vertagungen nahm der Prozeß endlich am 20. Juni vor der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I seinen Anfang. Die Angeklagten werden bekanntlich beschuldigt, durch die Broschüre „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer, geheimes Judenthum, Nebenregierung und jüdische Weltherrschaft" resp. durch den „Offenen Brief an den Reichskanzler Grafen v. Caprivi", das auswärtige Amt, den kaiserlichen Gesandten v. Brandt und andere höhere Beamte theils beleidigt theils durch nicht erweislich wahre Thatsachen verleumdet zu haben. Ueber die Gerichtsverhandlung, welche einen eigenartigen Verlauf nahm, berichten die Tagesblätter wie folgt:

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Martius, die Anklage wird vertreten durch den Ersten Staatsanwalt Drescher unter Beihilfe des Staatsanwalts v. d. Reck. Die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Dr. Hertwig.

Von den Angeklagten fehlen Paasch und Buchhändler Schwerdtner. Bezüglich des Angeklagten Paasch theilt der Gefängnißwärter, welcher ihn aus dem Untersuchungsarrest zum Termin vorführen sollte, unter Beifügung eines ärztliches Attestes mit, daß Paasch infolge Verletzungen, welche er sich selbst beigebracht hat, erkrankt und nicht vernehmungsfähig sei. — Nach dem Attest des Anstaltsarztes Dr. Sternberg hat sich Paasch in einem Zustande großer nervöser Aufregung Verletzungen am Unterarm beigebracht in der Absicht, sich die Blutadern zu öffnen. Die Verletzungen, welche er sich beigebracht, seien geringfügiger Natur, dagegen erklärt der Arzt, daß sich Paasch anscheinend in einem Zustande höchster Exaltation befinden, so daß derselbe ohne Nachtheil für seine Nerven schwerlich dem Termine werde beiwohnen können.

Erster Staatsanwalt Drescher: Nachdem der Angeklagte noch einmal den Versuch gemacht hatte, die Sache abermals hinauszuziehen durch eine bei der Staatsanwaltschaft eingegangene Strafanzeige gegen Herrn von Brandt, war allerdings vorauszusehen, daß nach irgend ein Zwischenfall eintreten würde, um die Sache abermals hinauszuziehen. Das habe ich allerdings nicht erwartet, daß der Angeklagte — mag es nun ernsthaft gemeint oder fingirt sein — Hand an sich selbst legen würde. Ich muß bei dieser Gelegenheit Folgendes vor der Oeffentlichkeit feststellen: Der Angeklagte Paasch hat versucht, die öffentliche Meinung fortgesetzt dahin zu täuschen, daß die Behörden eine Verschleppung seiner Angelegenheit betreiben. Sein ganzes Verhalten — ich erinnere daran, daß der letzte Hauptverhandlungstermin vor einem Jahre stattgefunden hat — und dieses neueste Ereigniß lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß, wenn überhaupt von einer Verschleppung die Rede sein kann, dieselbe durch die Thätigkeit des Angeklagten selbst beabsichtigt und herbeigeführt wird. Wer die Akten gelesen hat, wird sich darüber längst klar sein und das heutige Ereigniß muß jeden Zweifel in dieser Beziehung beseitigen. Ich muß deshalb vor aller Oeffentlichkeit constatiren, daß es nur der Angeklagte ist, welcher zu verschleppen sucht. Es ist leicht, die öffentliche Meinung zu täuschen, wie der Angeklagte es gethan hat, aber an dieser Stelle will ich richtig stellen, daß die Behörden kein Vorwurf trifft. Es ist bedauerlich, daß der Angeklagte Paasch sich in einem Zustande befindet, der ihn vernehmungsunfähig machen soll, aber so ohne Weiteres kann ich mich bei dem Atteste, welches uns vorliegt, nicht beruhigen. Vielleicht hat der Zustand des Angeklagten sich etwas gebessert und ich beantrage deshalb die Einholung eines Zeugnisses eines Gerichts-Physikus.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich möchte diese Bemerkungen nicht unwidersprochen lassen. Mein Freund Paasch befindet sich seit dem 17. Mai, an welchem Tage die 8. Strafkammer das überaus strenge Urtheil gegen ihn gefällt hat, in einer bedenklichen Gemüthsverfassung. Seit mehreren Tagen schon hat er mir gegenüber Selbstmordgedanken geäußert und ich habe Mühe gehabt, ihn guten Muths zu erhalten. Ich schließe mich dem Antrage auf Befragung eines Gerichtsphysikus ausdrücklich an.

Der Gerichtshof beschließt, sofort den Medizinalrath Long zu laden und denselben mit einem Gutachten darüber zu betrauen, ob eine Vorführung des Angeklagten Paasch möglich erscheint.

Die Verhandlung wird zu diesem Zwecke auf zwei Stunden vertagt.

Unter den Zeugen, welche zur Stelle sind, befinden sich der ehemalige kaiserliche Gesandte in Peking, Wirklicher Geheimrath v. Brandt, Geheimer Finanzrath Jenke, Pastor Lützow, Freiherr v. Eckardtstein, Freiherr v. Bulgsdorf, die verwittwete Geheime Ober-Regierungsrath v. Lebbin u. A. Außerdem sind noch zwei Dolmetscher geladen.

Da Medizinalrath Long zu Hause nicht mehr angetroffen wird, wird der in der Nähe befindliche gerichtliche Phisikus Sanitätsrath Dr. Mittenzweig mit der ärztlichen Untersuchung betraut. Derselbe giebt nach Wiedereröffnung der Sitzung sein Gutachten dahin ab: Ich habe Paasch untersucht. Er hat einen Verband an beiden Armen.

in der Gegend der Pulsader. Ich habe den Verband nicht abgenommen, mir wurde aber die Auskunft, daß die Pulsader nicht verletzt, sondern nur Schrammen da sind. Aus diesem Grunde würde eine Vertagung der Sache nicht nöthig sein. Paasch ist aber sehr aufgeregt. Wenn er spricht, fliegen ihm auffällig die Muskeln des Gesichts, aber er spricht ganz besonnen und logisch. Aus den Gesprächen mit Paasch habe ich aber den Eindruck empfangen, daß derselbe vollständig von Verfolgungsideen befangen ist.*) Er spricht davon, daß die Richter gegen ihn eingenommen seien, daß man ihm durch seine Verhaftung die Möglichkeit ausgiebigster Vertheidigung genommen, daß man ihn überrascht und geschoben habe und er nicht au fait sei. Er glaubt, daß er in einem Netz von Intriguen gefangen gehalten werde und bei mir sind aus allen diesen Momenten Zweifel darüber entstanden, ob der Angeklagte zurechnungsfähig ist. Da ich darüber ein bestimmtes Urtheil nicht abgeben kann, so beantrage ich, den Angeklagten Paasch zur Beobachtung auf sechs Wochen der Irrenstation der Charité zu überweisen.

Rechtsanwalt **Hertwig**: Ich stimme diesem Antrage zu. Durch Zufall ist der heutige Termin gerade auf den Geburtstag des Angeklagten angesetzt, der Zufall hatte es gefügt, daß der erste Verhandlungstag gerade auf den Jahrestag der Katastrophe in Peking fiel, welche der Angeklagte in seinem Buche schildert und dazu kommt noch, daß der Landgerichtsrath Curtius, der Richter, der nach der Ansicht des Angeklagten am meisten sich bemüht habe, Licht in diese Angelegenheit zu dringen, sich entleibt hat. Alle diese Umstände haben dazu mitgewirkt, den Angeklagten in einen Zustand hochgradiger Aufregung zu versetzen.

Erster Staatsanwalt **Drescher**: Ich hatte bereits in der früheren Verhandlung die Frage gestreift, ob man es mit einem normalen, geistig zurechnungsfähigen Mann zu thun habe. Ich persönlich war damals überzeugt, daß Paasch criminalrechtlich für seine Thaten verantwortlich sei, aber ich gab schon damals zu, daß der Inhalt der Broschüre in der That gewisse Bedenken und Zweifel hinsichtlich des Geisteszustandes des Verfassers hervorzurufen geeignet sei. Der Angeklagte selbst hat in Wort und Schrift gegen den Gedanken, daß er geisteskrank sein könne, fort und fort protestirt, sein ganzes Auftreten in den früheren Verhandlungen und seit seiner 5 Jahre zurück liegenden Affaire mit Herrn von Brandt gab auch keinerlei Anhalt für das Vorhandensein einer Geisteskrankheit. Wenn man aber sein ganzes Verfahren in Betracht zieht, so fragt man sich doch unwillkürlich immer wieder: haben wir es etwa mit einem geisteskranken Menschen zu thun, kann solche absurden Beschuldigungen, beispielsweise die Behauptung, daß Herr von Brand ihn mit einer Pastete habe vergiften wollen, ein gesunder Mensch erheben? Auf der anderen Seite haben wir gesehen, in welcher Weise er öffentlich aufgetreten ist; unter dem Jubel seiner Freunde hat er fort und fort die ungeheuerlichsten Beschuldigungen öffentlich erhoben er hat seit 5 Jahren Beleidigung auf Beleidigungen gehäuft und man mußte doch annehmen, daß ein Mann, der das thut, auch seine Beweise völlig bereit habe. Es kann also gar nicht davon die Rede sein, daß der Angeklagte durch seine Verhaftung in seiner Beweisführung beschränkt sei. Die Zweifel des medizinischen Sachverständigen erscheinen jedenfalls berechtigt. Stellt sich heraus, daß der Angeklagte in der That geisteskrank ist, so werde ich ihm den Ausdruck meines Bedauerns und Mitleids nicht vorenthalten.

Rechtsanwalt **Hertwig**: Gegen die Insinuation, als ob der Angeklagte geisteskrank oder in seinem Denken und Fühlen in der Judenfrage nicht normal sei, muß ich denselben verwahren. Er fürchtete Nichts so sehr, als daß er für verrückt erklärt werden könnte, und ich selbst habe aus den mit ihm geführten Gesprächen die Ueberzeugung, daß er keineswegs geisteskrank ist. Ganz etwas anderes ist die Frage, ob er verhandlungsfähig ist. Ich zweifle nicht, daß die Beobachtung des Angeklagten zu einem für diesen günstigen Ergebniß führen wird.

**Staatsanwalt**: Wenn der Vertheidiger dieser Ansicht ist, dann hätte er doch dem Antrage widersprechen müssen. Die Beobachtung soll ja doch erst ergeben, ob der Angeklagte geisteskrank ist oder nicht.

**Vertheidiger**: Ich widersprach dem Antrage nicht, weil diese Frage ja schließlich doch einmal im Prozesse auftauchen dürfte. Ich hoffe zuversichtlich, daß das Resultat der Untersuchung dem Angeklagten günstig sein wird.

**Staatsanwalt**: Das hoffe und wünsche ich auch.

Der Gerichtshof beschließt, die Verhandlung zu **vertagen** und den Angeklagten Paasch auf **sechs Wochen** zur **Beobachtung** der **Charité** zu überweisen.

*) Wir verweisen unsere Leser auf den Artikel über Paasch in Nr. 24 S. 241 unserer „Mittheilungen", welcher die obige Auslassung des Gerichtsphysikus voll bestätigt!

## Vermischtes.

**Wie die Antisemiten lügen.** Bei dem letzten Wahlkampf ist alles Mögliche an — Uebertreibung und Entstellung geleistet worden und einer der antisemitischen Agitatoren im Landsberg-Soldiner Kreise, ein Herr Müller, that sich besonders hervor. Obwohl jener Herr sich Schriftsteller nennt, mißhandelt er unsere schöne deutsche Sprache in grauenhafter Weise, wie Unterzeichneter in Hohenziethen gelegentlich einer Wahlversammlung wahrgenommen hat. Im Laufe seiner Rede — mir wurde von Arbeitern versichert, diese selbe Rede hätten sie schon dreimal Wort für Wort gehört — erklärte er, in Soldin sei er von 40 bis 50 Juden niedergebrüllt worden, als er den Beweis für die Behauptungen Ahlwardts erbringen wollte. Das war eine Lüge, denn in ganz Soldin sind nur 20 jüdische Familien, und daß die Anwesenden eine nachmalige Wiederholung der Ahlwardtischen Schwindeleien nicht mit anhören wollten, ist sehr erklärlich; die Männer, welche gegen Herrn Müller sich wandten, glaubten eben dem Reichstage mehr, als den Herren Antisemiten. Ferner brachte er eine medizinische Neuheit vor: Ein Gießener Professor habe erklärt, das Gehirn der Juden sei ganz anders gebaut, als das der Deutschen, sie seien in Folge dessen mehr zu Verbrechen veranlagt! Daß diese Lüge von den Anwesenden geglaubt wurde, ist selbstverständlich. Betreffend den Herrn Pickenbach erklärte Herr Müller, daß die Mittheilungen über Wuchergeschäfte desselben nur Lügen und von Professor Steinel verbreitet seien! Am meisten erheiternd war aber für mich als Historiker die Mittheilung, daß die Juden niemals im Stande gewesen wären, einen Staat zu bilden, daß sie nur Handel getrieben und selbst den salomonischen Tempel nicht hätten herstellen können, sondern sich dazu fremder Werkleute hätten bedienen müssen. Die Geschichtswissenschaft scheint eine schwache Stelle bei dem „Schriftsteller" Müller zu sein, sonst hätte er diesen Blödsinn sicherlich nicht ausgesprochen. Daß von ca. 1100 bis 975 v. Chr. **ein** großer jüdischer Staat und von 975 bis 722 beziehungsweise 588 zwei jüdische Staaten bestanden haben, scheint ihm ebenso wenig bekannt zu sein wie die Thatsache, daß in jener Zeit die Juden ein Ackerbau, Viehzucht und Gewerbetreibendes Volk waren, und daß zur künstlerisch-technischen Leitung des Tempelbaues kunstverständige Männer aus der Ferne herbeigerufen werden mußten, genau so wie der große Karl, Deutschlands erster Kaiser, **fremde** Künstler herbei rief, um bei seinem Frankenvolke Kunstsinn zu erwecken und kunstgerechte Bauwerke herzustellen. Freilich mit den Säulen **fremder** Bauten haben die Juden den salomonischen Tempel nicht geschmückt, wie Karl der Große seine Kunstbauten, was Herr Müller vermuthlich auch nicht zu wissen scheint. Natürlich ward auch Luther wieder als antisemitische

Größe genannt, dabei aber verschwiegen, daß es derselbe Luther war, der den Christen ihre ungerechte Handlungsweise gegen die Juden vorgeworfen hatte! — Wenn man als Agitator mit der Geschichte hantieren will, muß man sie auch g e n a u kennen und fein säuberlich bei der Wahrheit bleiben, und wenn man medizinische Forschungen anstellen will, muß man erst einige Semester Medizin studiren, will man sich nicht lächerlich machen. Und ad 3 muß man mit den Z a h l e n etwas vorsichtiger sein, sonst könnte ebenfalls ein tüchtiger Reinfall erfolgen.

Karl Filly.

**Liebermann v. Sonnenberg und Heinrich Heine.** Daß Liebermann von Sonnenberg Poet ist, haben wir bereits in der vorigen Nummer mitgetheilt. Er hat einen Band „G e d i c h t e" bei Th. Fritsch, Leipzig veröffentlicht, über welche die antisemitische „Tägl. Rundschau" u. a. das Urtheil fällt:

„Als Poet gehört er zu dem Kreise, der durch S c h e f f e l und B a u m b a c h bezeichnet wird. A b e r a u c h d e r E i n f l u ß H e i n e s i s t i n m e h r a l s e i n e m d e r L i e d e r e r k e n n b a r, u n d z w a r n i c h t i n d e n s c h l e c h t e s t e n; e i n e T h a t s a c h e, d i e i m m e r h i n d e n e i n s e i t i g e n V e r l ä s t e r e r n H e i n e s z u d e n k e n g e b e n s o l l t e."

Die lyrischen Schutzpatrone des Antisemitenhäuptlings sind also S c h e f f e l, der Deutschland vor dem Rassenhaß bewahrt wissen will, B a u m b a c h, der den Antisemitismus für pöbelhaft erklärt hat, und H e i n r i c h H e i n e, der Jude, der Undeutsche, der Vaterlandsverräther . . . Germania verhülle dein Haupt, Liebermann von Sonnenberg, die Säule des Deutschthums, ist gefallen!

**Der antisemitische Agitator Schwennhagen** wird steckbrieflich verfolgt, weil er sich einem Strafverfahren wegen Beleidigung des Finanzministers Dr. Miquel durch die Flucht entzogen hat.

## Der Antisemitismus.

Von **Cesare Lombroso.**

(Schluß.)

Der wirkliche Shylock, der echte Hebräer sehnt sich wohl zurück nach seinen alten Ghettos, in welchen er seine Gelder zusammenscharrte und aufhäufte, er beklagt es, daß heute die Söhne seines Stammes weniger dem Golde als dem Ruhme nachgehen. Deshalb würde auch der Antisemitismus, wenn er von Erfolg gekrönt wäre, ein vollkommen entgegengesetztes Ziel erreichen als dasjenige, auf welches er lossteuert, nämlich auf die Machteinschränkung der Juden in finanzieller Hinsicht. Es sei denn, man vernichte die ganze Race durch Feuer und Schwert! Aber die Juden verfolgen, ihnen die Wege der Politik, der Wissenschaft, der Kunst versperren, das ist zumindest thöricht, weil man ja dadurch nur dazu beiträgt, ihre commerziellen Fähigkeiten immer mehr auszubilden und zu verschärfen und ihren Starrsinn und ihre Beharrlichkeit in Bezug auf rituelle und historische Gebräuche und Gewohnheiten zu bekräftigen, denn diese Gebräuche und Eigenthümlichkeiten würden mit der Zeit vollständig verschwinden, wenn man die Kreuzung und die Gleichberechtigung der Semiten mit den anderen Völkerstämmen begünstigen würde.

Ich glaube, daß mit dem Aufhören des Antisemitismus auch der Typus des wahren Hebräers nach einigen Jahrhunderten gänzlich verschwinden oder sich doch nur auf vereinzelte unciviliſirte Länderstriche beschränken würde.

Aber, wird man fragen, wird der Antisemitismus je zu bestehen aufhören?

Es ist traurig, es sagen zu müssen: aller Wahrscheinlichkeit nach nein! Denn der Antisemitismus ist, wie bereits erwähnt, eine atavistische Erscheinung, die den grausamsten und erbärmlichsten Leidenschaften, deren der Mensch fähig ist, ihr Entstehen verdankt. Und die Fortschritte der Cultur werden leider keinen großen Einfluß zu Ungunsten dieser traurigen Bewegung auszuüben vermögen, weil eben nicht das Erkenntnißvermögen, sondern ausschließlich die blinde Leidenschaft die Triebfeder des Antisemitismus ist.

Auch die neuen, auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes errichteten Staatsformen, welche die Uebermacht der unteren Schichten über die intellectuell höher stehenden Klassen zur Folge haben, begünstigten den Antisemitismus, und wie man in Folge althergebrachter Vorurtheile dem Geburtsadel ungerechterweise den Vorzug gegenüber den Bürgerlichen giebt, so wird man bei politischen Wahlen aus doppelten Gründen stets alle anderen Candidaten den Juden vorziehen, selbst wenn diese höher anzurechnende Eigenschaften und Befähigungen aufzuweisen haben. Und so wird es kommen, daß alle Jene, welche sich der Waffe des Antisemitismus zu bedienen verstehen, mögen es auch geistig beschränkte, unzurechnungsfähige und verkommene, charakterlose Menschen vom Schlage eines Ahlwardt sein, ja selbst noch brutalere als dieser, von der Menge stets mit offenen Armen freudig aufgenommen werden.

Nach dem Gesagten wären wir demnach zu dem Schlusse gekommen, daß es eigentlich keine Möglichkeit gäbe, den Antisemitismus auf rationelle Weise aus der Welt zu schaffen.

Der einzige noch denkbare Ausweg bestünde meiner Ansicht nach darin, daß sich die gebildeten, geistig bevorzugten Israeliten und Christen zur Verschmelzung ihrer Religionen zu einer neuen Religion vereinigten, welche weder die vaticanische noch die ursprüngliche mosaische wäre, sondern eine Religion, welche die neuen naturwissenschaftlichen Errungenschaften respectirte und auf ihre Flagge die neuen socialistischen Ideen und Grundsätze schriebe, die schon durch Jesus Christus angedeutet und angestrebt worden waren. Mit wenigen Worten: Man begründe ein socialistisches Neo-Christenthum, zu welchem sowohl die Juden, die heute noch zum Theile an die alten Religionsbräuche gebunden sind, als auch die Christen, befreit von ihrem Hasse gegen die Ersteren und von Vorurtheilen und Aberglauben, zwanglos und ohne Scheu übertreten könnten.

Aber das ist wol eine Utopie, zu deren Verwirklichung noch nicht einmal die allerersten Anzeichen sichtbar sind.

**Für den Wahlfonds sind ferner eingegangen:** J. H. S. 100 M. — D. P. Cham 2 M. — Dr. Fink-Hamburg 10 M. — C. K. Berlin 6 M. — Ungenannt aus S. Baden 2 M. Zusammen: 822,90 M.

An das Frankfurter Büreau sind gesandt worden: Reis-Orb 3 M. — Wahlfeiler-Orb 2 M. — Silberthau-Orb 50 Pfg. — Jakob Seliger-Orb 50 Pfg.

Weitere Beiträge nimmt entgegen unser Schatzmeister Herr Jordan, Magdeburgerstr. 13.

## Briefkasten.

**Abonnent in Bayern.** Landgerichtsrath Curtius, der im Prozeß Oberwinder thätig war, ist in der That derselbe, der sich auf der Reise nach der Nerven-Heilanstalt erschossen hat. Curtius war bereits früher einmal in einer Heilanstalt. Diese Thatsache war uns wohlbekannt, doch hatten wir uns seinerzeit Reserve auferlegt, aus Achtung vor dem Stande, dem Curtius angehört.

**Pr. in Frankfurt a. M.** Die „Thatsache, daß diese Weihnachtsbetrachtung von vielen Juden recht unvorsichtig verwendet worden", ist uns nicht bekannt. Es wäre uns lieb, näheres darüber zu erfahren.

**Abonnent in Kassel.** Der flüchtig gewordene Banquier Sternberg ist Katholik.

**Ed. A.** Das wäre nur eine Reclame für das Blattchen.

**R. B. 20.** Pickenbach candidirte in Landsberg-Soldin, wo er es auf 3000 Stimmen brachte.

### Briefkasten der Expedition.

**Hartmann.** Wir geben die „Mittheilungen" an Alle zum Selbstkostenpreise ab und können leider an Buchhändler keinen Rabatt geben. Ebenso geben wir die Schriften, die wir selber kaufen, zum Selbstkostenpreise ab. Einen buchhändlerischen Vertrieb haben wir nicht.

**Meyer in L.** Wir haben jetzt ein Bismarck-Flugblatt mit Bild scheinen lassen. Dies Flugblatt Nr. 11 kostet pro 1000 6 Mk., pro 100 70 Pf.

**Grünfeld.** Gegen Einsendung von 85 Pf. pro Exemplar und Vierteljahr übernehmen wir es gern, die „Mittheilungen" an bestimmte Adressen zu versenden. Wir berechnen immer nur den Selbstkostenpreis und können deshalb leider nicht billigere Preise gewähren.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hafffchläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 27.** Berlin, den 2. Juli. **3. Jahrg. 1893.**

### Der Antisemitismus und die Wahlen.

Die Vorhersage Ahlwardts, des großen Propheten, daß die Antisemiten im neuen Reichstag 15 Sitze erhalten werden, hat sich erfüllt. Indessen nicht allein auf die errungenen Reichstagssitze kommt es an, auch auf die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen und moralischen Erfolge.

Es sind sicherlich nicht alle richtige Antisemiten, die antisemitisch gewählt haben, während umgekehrt unter den Wählern anderer Parteien sich eine ganze Anzahl von Antisemiten befindet. Die Größe des Erfolges läßt sich billig auch nur an der Größe der gemachten Anstrengungen und der Gunst oder Mißgunst der Verhältnisse feststellen.

Prüfen wir also zunächst, welche Umstände im Wahlkampf für die Antisemiten günstig lagen und welche ungünstig. Damit werden wir im einzelnen die erzielten Ergebnisse vergleichen.

**Die Lage der Antisemiten im Wahlkampf.**

Die Antisemiten traten scheinbar unter sehr ungünstigen Voraussetzungen in den Wahlkampf. Der Militärvorlage standen sie nicht einig gegenüber. Ahlwardt hatte sie scheinbar das Wohlwollen der Regierung und der anständigen Leute — und ihr Geld gekostet. Nicht als geschlossene Partei, sondern in einer Anzahl verschiedener Haufen gingen sie in den Wahlkampf. Indessen waren diese Nachtheile nur scheinbare. Aus ihrer Zersplitterung sind ihnen Nachtheile nicht erwachsen, es hatte eine Abgrenzung stattgefunden, so daß sich Candidaten verschiedener antisemitischer Richtungen in den einzelnen Kreisen nicht gegenüber standen. Der taktisch ungünstigen Lage, daß drei Antisemiten sich für die Militärvorlage ausgesprochen hatten, drei dagegen, wurde bald abgeholfen, da Böckel mit seinen Getreuen zur Militärvorlage einschwenkte. So enorme Geldmittel wie bei einzelnen früheren Wahlen standen den Antisemiten dieses Mal allerdings nicht zu Gebote. Die Art des Wahlkampfes zeigt aber, daß sie immerhin sehr bedeutende Mittel aufgewendet haben. Glaubt man den Berichten der Stöckeraner aus Neustettin, so muß allein diese Wahl schon ganz erhebliche Geldmittel erfordert haben. Wenn man die Sammellisten der „Staatsbürgerzeitung“ und anderer antisemitischer Blätter liest, so ist das Ergebniß allerdings nicht glänzend. Mit den wenigen tausend Mark, über die in ihren Blättern quittirt wurde, hat die antisemitische Partei oder richtiger haben die antisemitischen Parteien ihre Erfolge aber niemals errungen. Sie haben stets capitalistische Gönner gehabt, die der Bewegung tausende von Mark zugeführt haben, sei es Rentiers, die nur aus Sport oder Ueberzeugung handelten, sei es Kaufleute, welche als Concurrenten jüdischer Geschäftsleute die Bedeutung jener Flugblätter begriffen haben, die in der ethischen Forderung gipfeln: „Kauft nicht bei Juden“. Auf jüdischer Seite war ein ähnliches Verständniß für die antisemitische Frage als Mittel der geschäftlichen Concurrenz nicht vorhanden.

**Agitation.**

Man muß aber auch in Betracht ziehen, daß bei den Wahlen nicht nur dasjenige Geld wirkt, das in den letzten Wochen vor der Wahl ausgegeben wird, sondern auch das früher ausgegebene. Eine völlige Wandlung der Stimmung kann die kurze Spanne Zeit nicht schaffen, sie kann nur hier und da die Stimmung modifiziren. Zwischen den Wahlen von 1890 und 1893 hat aber keine Partei so enorme Geldmittel aufgewendet, so riesige Anstrengungen gemacht, wie die Antisemiten. Es ist, glauben wir, nicht zu viel behauptet, daß allein in Baden die Antisemiten von 1890—1893 mehr Versammlungen abgehalten haben als alle übrigen Parteien zusammen oder die deutschfreisinnige Partei in ganz Deutschland. Die antisemitische Propaganda mußte zudem einen ganz colossalen Aufschwung erhalten durch die

**Tivoliversammlung der Conservativen.**

Bis zu dieser Versammlung hatte man zwar auch stets den Antisemitismus heimlich unterstützt, aber er war doch etwas anrüchig. Jetzt wurde der Antisemitismus zu einem Programmpunkt derjenigen Partei gemacht, die durch ihren geschichtlichen politischen Einfluß allen anderen Parteien zusammengenommen, überlegen ist. Allerdings schien der Held von Tivoli,

**Ahlwardt**

der antisemitischen Bewegung ein Todtengräber werden zu sollen. In Ahlwardt hatte angeblich die antisemitische Partei eine starke moralische Niederlage erlitten. Aber, wie unter dem frischen Eindruck der Ahlwardtverhandlungen des Reichstags die „Frkf. Ztg.“ mit Recht bemerkte, nur der kann moralisch vernichtet werden, der Moral besitzt. Hatte das Auftreten Ahlwardts der antisemitischen Partei geschadet, so mußte das doch zunächst bei seiner eigenen Candidatur sich geltend machen. Was sehen wir statt dessen? Ahlwardt, der das vorige Mal in Friebeberg-Arnswalde erst in der Stichwahl gewählt wurde, ist dieses Mal gleich im ersten Wahlgang mit erdrückender Majorität gewählt. Außerdem in Neustettin in der Stichwahl. Daß also Ahlwardt der antisemitischen Bewegung in den Volksschichten bisher nicht geschadet hat, ist sicher. Er hat wohl in den gebildeteren Kreisen manchen Anhänger des Antisemitismus bekehrt, aber das kann in der Masse der Bevölkerung nicht von einem Tag zum anderen wirken. So ganz hat er übrigens nicht

einmal bei den gebildeteren Politikern abgewirthschaftet. Unter der Wucht der Verhandlungen im Reichstag erklärte zwar Herr von Manteuffel, daß er die Gefühle des Grafen Ballestrem in Bezug auf Ahlwardt theile; das hieß, daß ein Benehmen wie das des Herrn Ahlwardt im Reichstag gottlob noch nicht vorgekommen sei, und daß die parlamentarischen Ausdrücke fehlten, um ein derartiges Benehmen richtig zu bezeichnen. Trotzdem **verhandelte Herr von Manteuffel,** wie ein Bericht des Arnswalder Wochenblatts ergiebt, den wir in voriger Nummer auf der ersten Seite unseres Blattes abgedruckt haben, **mit Ahlwardt** über die Wahl in Friedeberg **in Gegenwart Stöckers.** Zwar gewährte er Ahlwardt nicht den Wunsch, ihm keinen conservativen Gegencandidaten entgegenzustellen, aber er verhandelte doch mit ihm — und zwar nicht durch einen Portier oder Diener, sondern in Person. Uns wundert das nicht, hatte doch schon nach dem Prozeß Manché der „Reichsbote" von Ahlwardt geschrieben:

„Ein Rector erscheint als der eigentliche Veranlasser und Einfädler der Affaire, der sich gleich ein Trinkgeld von 2000 Mark ausbedingt . . . auf die Person des Mannes wirft es ein desto ungünstigeres Licht".

Und das „Volk" sagte von ihm,

er habe bei den Enthüllungen (über Manché) weniger sittliche Ziele als weitere materielle Vortheile im Auge gehabt.

Vor dem Erfolge Ahlwardts schwieg aber die sittliche Entrüstung, und so attestirte ihm Stöcker in den Reichstagsverhandlungen vom April seine Ehrlichkeit.

Mit Pickenbach, Bachler, Förster bildete der soeben „moralisch Gerichtete" ganz vergnügt einen Agitationsverband für die Wahlen, sein Triumph ist seither jubelnd gefeiert worden.

Aber selbst die

**Beamtenschaft**

hatte noch in allerletzter Zeit eine für Ahlwardt freundliche Haltung eingenommen. Noch am 9. Mai forderte das Arnswalder Kreisblatt zum Besuch der Ahlwardtschen Versammlung auf. Wer weiß, welchen Einfluß der Landrath auf die Kreisblätter besitzt, kann daraus ersehen, daß man gegen Ahlwardt sich wenigstens nicht feindselig stellte. Thatsächlich ist er auch von conservativer Seite nicht ernstlich bekämpft worden, sonst hätte der conservative Gegencandidat auf den Gütern ganz zweifellos mehr Stimmen erhalten als bei der vorigen Wahl, bei der die conservative Partei des Kreises ihn bald offiziell auf den Schild hob.

Unsere Regierung ist allerdings nicht antisemitisch, wenn man unter Regierung den Reichskanzler und vielleicht die Minister versteht. Aber der lebendige Zusammenhang des Ministeriums mit den unteren Instanzen besteht nicht, und so hat eigentlich jeder Landrath seine eigene Politik gemacht. Während das Ministerium für einen Handelsvertrag mit Rußland thätig ist, agitiren die Landräthe zum Theil offen gegen einen solchen und **während der Reichskanzler sich gegen den Antisemitismus erklärte, hielten seine Untergebenen über die Antisemiten ihre schützende Hand.**

**Eine Rede thut schließlich Niemandem weh, entscheidend ist, was geschieht, nicht was gesprochen wird.** Was aber geschah, zeigt ein **Wohlwollen vieler Behörden gegen die Antisemiten,** wie es kaum gegen eine zweite Partei geübt worden ist. Einige Beispiele werden das zeigen. Die Regierung zu Cassel, gezeichnet von Altenbockum, verbot den Lehrern unter dem 3. Juni 1893, für die Wahl des Freisinnigen Schott im Marburger Kreise thätig zu sein. Ein ähnliches Verbot, für Böckel thätig zu sein, ist nicht erlassen worden. Wem fiele, da von Lehrern gesprochen wird, nicht Herr **Oberlehrer Förster** ein? Sicherlich haben sich unsere Leser schon oft gewundert, woher dieser Herr seine Zeit — und seinen Urlaub herbekommt, um in ganz Deutschland für den Antisemitismus thätig zu sein. Würde ähnliches — wir wollen nicht einmal sagen einem sozialdemokratischen — sondern auch nur einem freisinnigen Lehrer gestattet werden? Würde man selbst einem nationalliberalen Lehrer die Aeußerung haben durchgehen lassen, daß er es mit seinem Gewissen nicht verantworten könne, mit „Judenflinten" seine Leute gegen den Feind zu führen? Herr Dr. Förster wurde aber nicht disciplinirt — sondern Professor. Bei Gelegenheit mehr darüber.

Das Gesagte dürfte zeigen, daß es schlimmsten Falls ungefährlich ist, Antisemit zu sein. Die Antisemiten befinden sich deshalb in der glücklichen Lage, unter dem Schutze der Behörden Demagogie zu treiben. Hat doch der Berliner Polizeisecretair Reh davon gesprochen, daß er mit deutscher Faust den jüdischen Schnorrern entgegen treten würde, was sicherlich bei seinen Zuhörern zur Hebung des Sinnes für Gesetzlichkeit beigetragen hat. Daß Beamte von der „Ausrottung der Juden" als einer Nothwendigkeit sprechen, ist keine Seltenheit. Und wenn man die Praxis der Staatsanwälte gegenüber Antisemiten und Sozialdemokraten in Bezug auf den § 130 des Strafgesetzbuchs einer Prüfung unterwerfen würde, so käme man zu recht eigenthümlichen Ergebnissen. Man sollte aber nicht aus den Augen lassen, daß es hier doch nicht nur, oder selbst zum geringeren Theil, der Antisemitismus ist, welcher reizt, sondern die Demagogie. Den unbenkbaren Fall vorausgesetzt, daß ein Redner erklärte, der Adel müsse ausgerottet werden. Wenn dann ähnlich wie in Arnswalde der Herr Landrath und Seminardirector und seine Ehrwürden, der Herr Superintendent die Phrase vom Ausrotten mit ihrem Beifall beehren würden, glaubt man, daß dann die aufgereizten Volksmassen den Herren vom befestigten Grundbesitz Ergebenheitsadressen schicken würden? Oder würden die Herren nicht geradeso wie die Arnswalder Juden so manche unangenehme Stunde haben? Vielleicht in noch höherem Maße. Was macht es dem gegenüber, ob der Herr Reichskanzler eine Rede gegen den Antisemitismus hält. Entweder die Kreisblätter, — die in den Landbezirken allein gelesen werden, drucken es nicht. Oder wenn es gelesen wird — so wird es den Agitatoren leicht, das als weiteren Beweis für die Verjudung darzustellen. Wie weiland Kaiser Friedrich (s. Ahlwardt, Verzweiflungskampf) ist der Minister in der Hand der Juden. Daher muß er ein paar Worte gegen die Antisemiten sagen. Aber er meint nicht, was er sagt, sonst würde er seinem Willen doch Achtung verschaffen. So denkt das Volk.

Diese Legende zu zerstören ist für die Bekämpfung des Antisemitismus die **wichtigste Aufgabe.** Es wird **immer und immer wieder mit dem größten Nachdruck darauf hinzuweisen sein, in welchem Maße die Antisemiten die Protection der Beamtenschaft genießen.** Sie dürfen die angenehme Doppelrolle nicht weiter spielen, daß sie heimlich beschützt werden und nach außen als die verfolgten Volksmänner gelten können.

Dem Antisemitismus kam ferner zu gute seine

**Presse.**

Keine größere Lüge als die von der Allmacht der „Judenpresse." Die liberalen Blätter haben zwar meist eine größere Anzahl Leser als die antisemitischen. Als geschäftliche Unternehmungen haben sie Erfolg, sie sind vielseitig, bringen möglichst viel Neues, sind auch über Vorgänge im Auslande gut unterrichtet. Sie haben deshalb auch in gegnerischen Kreisen viele Leser. Aber was ihren geschäftlichen Erfolg und bis zu einem gewissen Grade ihren Werth ausmacht, ist in der Agitation ein Hinderniß. Je weniger Gedanken ein Blatt verarbeitet, um so mehr erreicht es, daß diese Gedanken bei seinen Lesern in Fleisch und Blut übergehen. Man vergleiche doch nur ein antisemitisches Blatt mit einem „Judenblatt". In dem ersteren, das angeblich deutsch ist,

ist nur von Juden die Rede, in dem letzteren, das angeblich jüdisch ist, von Antisemitismus und Juden nur wenig. Die Leser des Blattes sind keine Antisemiten und nur zu einem sehr kleinen Theil Juden, und da will man die christlichen Leser des Blattes nicht mit den Judengeschichten langweilen. Abgesehen daoon, daß die sogenannte Judenpresse durchaus nicht zahlreich ist, (giebt es doch allein mehrere Male sooiel Kreisblätter als Blätter, an denen Juden betheiligt sind — sei es als Eigenthümer oder Drucker —) ist sie in der antisemitischen Frage gänzlich gleichgültig. Gerade dadurch wird es erst den Antisemiten möglich, dieselben Lügen immer zu wiederholen.

Eine große Schuld hieran tragen aber auch

**die Juden.**

Wir haben oft heroorgehoben, daß eine erkleckliche Anzahl jüdischer Geschäftsleute in antisemitischen Blättern inserirt. Schlimmer als das Benehmen dieser naturgemäß kleinen Zahl ist die Gleichgültigkeit der Masse. Man kann schließlich nicht oon jeder Zeitung oerlangen, daß sie sich so genau auf das antisemitische Pensum einarbeitet. Wohl aber könnte man oon den Juden größerer Städte oerlangen, daß wenigstens einige oon ihnen darüber Bescheid wissen und Lügen, die wir schon so oft widerlegt haben, als solche kennen. Wir haben es doch gewiß unsern Lesern leicht gemacht, indem wir sowohl dem „Antisemitenspiegel", als unseren „Mittheilungen" ein Register beigaben.

Es ist aber nur wenigen unserer Leser eingefallen, an der Hand unseres Materials Berichtigungen in die ihm nahestehende Lokalpresse zu lanciren. Jede dieser alten Fälschungen taucht stets oon Neuem auf und allein sind wir dagegen ohnmächtig. Solche Gleichgültigkeit muß sich naturgemäß rächen.

---

So lagen die Verhältnisse nach der Auflösung für die Antisemiten außerordentlich günstig. Sie traten als diejenige Partei in den Wahlkampf, die am meisten seit der letzten Wahl oon sich hatte reden machen und gearbeitet hatte. Durchaus nicht als Leute, die oon der „Uebermacht des Judenthums" etwas zu fürchten hatten. Sie stellten an hundert Candidaten auf, oon denen mindestens die Hälfte immerhin ernst gemeint war. Sie wurden nicht terrorisirt, sondern sie terrorisirten andere Parteien zum mindesten in einzelnen Wahlkreisen. Den besten Beweis hierfür liefert die Anfertigung der Stimmzettel. Die Sozialdemokraten als die Partei derjenigen, die von ihrer Abstimmung Nachtheile zu fürchten haben, streben überall danach, Stimmzettel von gleichem Aussehen zu haben, wie die anderen Parteien. Im Interesse einer wahrhaft freien Wahl kommen anständige Wahlcomités anderer Parteien diesem Bestreben meist entgegen. Daß die Antisemiten also, wie berichtet wird, in den Kreisen Jena und Teltow-Beeskow erkennbare Stimmzettel ausgaben, beweist, daß sie Nachtheile von der Abstimmung nicht befürchteten, sondern für ihre Gegner erhofften.

So gingen die Antisemiten in den Kampf, die Erfolge haben ihren Erwartungen entsprochen.

## Eine antisemitische Fraction

wird es im neuen Reichstage geben. Es sind nämlich **gewählt** in der Hauptwahl: 1) Ahlwardt (Arnswalde), 2) Liebermann v. Sonnenberg (Fritzlar), 3) Gräfe (Bautzen); in der Stichwahl 4) Böckel (Marburg), 5) Werner (Hofgeismar), 6) Werner (Hersfeld), 7) Leuß (Eschwege), 8) Zimmermann (Alsfeld), 9) Köhler (Gießen), 10) Hirschel (Bensheim), 11) Zimmermann (Dresden-Altstadt), 12) Klemm (Dresden-Neustadt), 13) Lieber (Meißen), 14) Hänichen (Tharandt), 15) Lotze (Pirna), 16) Ahlwardt (Neustettin).

Die Antisemiten haben mithin ihre bisherigen 6 Wahlkreise (Arnswalde, Fritzlar, Marburg, Hofgeismar, Gießen, Alsfeld) behauptet und 10 Wahlkreise, darunter 6 in Sachsen, gewonnen. Doppelt gewählt sind Ahlwardt, Werner und Zimmermann. Fallen die Nachwahlen zu Gunsten der Antisemiten aus, so sind sie in der Lage eine Fraction zu bilden, auch wenn sie es ablehnen, Ahlwardt in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Das „Volk" hält es für „oöllig ausgeschlossen, daß ein Liebermann von Sonnenberg, ja selbst daß Böckel mit Ahlwardt zusammen in einer Fraction sitze. Das würde der Anfang vom Ende für die anständigen Antisemiten, insbesondere die Deutschsozialen, bedeuten." — Nun, dann bleibt Ahlwardt „wild"; das wird seinen „Ruhm" nicht schmälern.

Was die Parteischattirung betrifft, so hat die antisemitische Volkspartei den Löwenantheil davon getragen, während die deutschsoziale Gruppe nur durch Liebermann und Leuß oertreten ist.

Die Deutschsozialen betrachten allerdings die Abgg. v. Herder (Zschopau), Rother (Ohlau), Baron oon Langen (Stralsund) und Jacobskötter (Erfurt) als die Ihrigen, aber zu Unrecht; denn diese haben ausdrücklich erklärt, daß sie der conseroatioen Fraction beitreten würden — selbst Herr o. Langen, der Ahlwardtgenosse!!*)

Jacobskötter widmete sich zwar seit längerer Zeit der antisemitischen Agitation, aber als Reichstagscandidat aller nichtsozialistischen Parteien erschien er jetzt in einer ganz anderen Gestalt. Die Arbeiterzeitung, das Organ des evangelischen Arbeitervereins zu Erfurt, vom 21 Juni brachte folgende Notiz:

Zum Antisemitismus Jacobskötters!

Unser Reichstagscandidat Jacobskötter hat sich dem Redacteur gegenüber voll und ganz zu den 4 Sätzen der Arbeiterzeitung bekannt:

B. Gegenüber den Juden.

1) die Religionsfreiheit muß auch gegenüber den Juden streng gewahrt werden.
2) Der Kern der sozialen Frage ist nicht die Judenfrage.
3) Wir wünschen, daß Erziehung, Leitung und Beeinflussung unseres Volkes im christlichen und deutschen Geiste gehalten sei.
4) Die bürgerlichen Rechte der Juden müssen ungeschmälert bleiben.

Sollten die Deutschsozialen hiernach wirklich noch Lust haben, mit Herrn Jacobskötter zusammenzugehen?

Von Conseroatioen streng antisemitischer Richtung sind in der Stichwahl u. a. gewählt: Dr. Kropatscheck (Brandenburg), o. Plötz (Sorau), o. Werdeck (Cottbus), Hüpeden (Kassel).

Nur einer fehlt: **Stöcker!** Sein alter Wahlkreis Siegen hat ihn in Stich gelassen. Wenn sich nicht ein conservativer Abgeordneter für ihn opfert und zu seinen Gunsten zurücktritt, so kommt Stöcker einstweilen nicht in den Reichstag. Die Niederlage muß ihn sehr schmerzen. Sein Leiborgan jammert Tag für Tag darüber, daß der Reichstag sein „bedeutendstes bisheriges Mitglied" zu ent-

---

*) Fürst Putbus veröffentlicht soeben im Namen conseraativer Männer des Wahlkreises Stralsund-Rügen einen Protest dagegen, daß Baran Langen van der „Kreuzztg." als canseraatia bezeichnet werde. Langen „war, was er heute nach ist, Autisemit, war bis var einigen Tagen Präsident des Deutschen sazialen Vereins für Pammern und der Nähraater aan Ahlwardt. Es ist für mich und mit mir für aiele canservatiae Männer betrübend und beschämend, wenn wir unseren Wahlkreis, der bisher einmüthig conservativ sich bewiesen, an die Seite der Wahlkreise aan Neustettin und Arnswalde gestellt sehen. Die Art, wie Baran Langen die Wahlagitation betrieben, die Versprechungen, die er dem kleinen Manne, dem Handwerker, den Fischern gegeben und die zu halten er nicht in der Lage ist, entspricht nicht den conseraaliaen Traditianen, sie streift nahe an sazialistische Umtriebe."

Wir meinen, Herr van Langen paßt ebenso gut zu Herrn aan Hammerstein, wie zu Herrn aan Liebermann.

wehren habe. „Die conservative Partei ohne Stöcker, das ist eine Edeltanne, der böse Buben den Mitteltrieb abgebrochen haben". — Und was das Schrecklichste ist: Antisemiten haben den Sturz Stöckers verschuldet! Seinen nationalliberalen Gegencandidaten Dresler war Stöcker um ca. 2500 Stimmen voraus. Und so hätte es ihm nicht geschadet, daß ein Theil der Centrumswähler, weil Stöcker in einer Wahlrede verletzende Aeußerungen gegen die katholische Kirche gethan, sich der Stimmabgabe enthielt. Aber Böckel, der jammervolle, klägliche, eitle, verrätherische — so lauten die Epitheta, mit denen ihn das „Volk" bedenkt — wies seine Mannen an, den nationalliberalen Judenfreund gegen Stöcker, den Vater des Antisemitismus zu wählen. Mit 900 Stimmen unterlag Stöcker und so dürften in der That die 1084 Böckel'sche Stimmen die Entscheidung herbeigeführt haben! —

Als neue Antisemiten im Reichstage wären noch zu nennen der bekannte Dr. Sigl und sein Landsmann, Metzgermeister Hilpert in Windsheim, während der conservative bayrische Landtagsabgeordnete Beckh (derselbe, der im vorigen Jahre in der Kammer eine Judendebatte im Kleinen hervorrief) durchgefallen ist.

Endlich müssen wir, zur Vervollständigung des Bildes, noch erwähnen, daß der in Leipzig gewählte nationalliberale Prof. Hasse sich die Antisemitenstimmen durch folgende Erklärung erworben hat:

„Ich werde für das Verbot weiterer Judeneinwanderung und für eine möglichst weitgehende Ausweisung fremdländischer, bei uns noch nicht naturalisirter Juden stimmen. Ich vermag zur Zeit mangels genügender Information nicht einzusehen, welchen öffentlichen Nutzen die Uebersetzung des Talmud und Schulchan Aruch aus Staatswegen haben soll. Doch würde ich kein grundsätzliches Bedenken haben, für einen derartigen, genügend begründeten Antrag zu stimmen. Ich würde für ein Verbot des Schächtens stimmen."

Wie Herr Prof. Hasse sich einer liberalen Partei anschließen kann, verstehen wir nicht. Ebenso unbegreiflich erscheint es, daß freisinnige Wähler — was ziffermäßig nachgewiesen ist — in Stralsund für den antisemitischen und gegen den gemäßigt conservativen Candidaten, in den hessischen Wahlkreisen Alsfeld, Gießen und Erbach für den antisemitischen und gegen die nationalliberalen Candidaten gestimmt haben.

Die Begünstigung des Antisemitismus von liberaler Seite ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen des hinter uns liegenden Wahlkampfes.

## Der Antisemitismus im Königreich Sachsen.

Die starke Zunahme der antisemitischen Stimmen im Königreich Sachsen — von 4788 im Jahre 1890 auf 97246 im Jahre 1893 — überrascht allgemein. Wollte man aus diesem Wahlresultat einen Schluß ziehen, so sollte man meinen, daß die sächsischen Lande von Juden überschwemmt sind, welche daselbst fürchterlich hausen, die christliche Bevölkerung in der grausamsten Weise ausbeuten und an aller Noth und an allem Elend Schuld sind. Deshalb der Ausbruch des allgemeinen Unwillens, gekennzeichnet durch 20fache Vermehrung der antisemitischen Stimmen!?

Prüft man aber die Verhältnisse näher, so begreift man in der That nicht, woher dieser intensive Judenhaß im Königreich Sachsen stammt: ist doch die Zahl der Juden so klein, daß selbst der beschränkteste Antisemit nicht wird behaupten können, daß die paar tausend Juden unter 3502684 Einwohnern im Stande sein könnten, auf das Schicksal des ganzen Landes bestimmend einzuwirken.

Nach der neuesten Ausgabe des „Handwörterbuches der Staatswissenschaften" kommen nämlich auf 10000 Einwohner im Königreich Sachsen nicht mehr als **26** Bekenner des jüdischen Glaubens, wovon die meisten in den Kreishauptmannschaften Leipzig und Dresden leben, wo bekanntlich die allgemeinen sozialen Verhältnisse die besten des ganzen Landes sind. In den andern Bezirken giebt es dagegen, nach Hübners stat. Tafeln pro 1893,

in der Kreishauptmannschaft Bautzen (unter 370739 Gesammt-Einwohnern) 0 Juden pro 1000 Einwohner
in der Kreishauptmannschaft Zwickau (unter 1310238 Gesammt-Einwohnern) 1 Juden pro 1000 Einwohner.

Dieser Theil des Königreichs, die Hälfte des ganzen Landes, müßte so ganz nach dem Herzen der Antisemiten sein: Hier giebt es so gut wie gar keine Juden, welche das Volk ausbeuten und bewuchern können, hier müßte die Bevölkerung in Ueberfluß schwelgen und Noth und Elend unbekannte Dinge sein!?

Wie sieht es aber in der That in den Kreishauptmannschaften Bautzen und Zwickau aus, „wo der Jude nichts zu sagen hat"? Bekanntlich sind in diesen Districten Bergbau und Industrie fast ausschließlich zu Hause; nirgends aber im ganzen deutschen Lande giebt es eine so schlecht situirte und unzufriedene Bevölkerung als in den sächsischen Kohlengruben und in den sonstigen Industrie-Bezirken, namentlich im sächsischen Erzgebirge ist die Noth unter der arbeitenden Klasse in Permanenz erklärt! Speciell über die Lage der sächsischen Spielwaaren-Industrie äußerte sich noch jüngst ein sächsischer Abgeordneter im letzten Reichstage wie folgt:

„Ein weiteres Bild zu dem Capitel des Nothstandes liefert ein sächsisches Amtsblatt, das die Zustände in der Spielwaaren-Industrie schildert. Es wird darin constatirt, daß die Arbeiter dort nur von Kartoffeln und Brod leben. Ganze Familien verdienen nicht mehr als 4 bis 6 Mark pro Woche. Alles das stützt sich auf amtliche Quellen".

Und für diese jämmerlichen Zustände sollen, nach der Theorie der Antisemiten, die Juden verantwortlich sein, die dort — gar nicht vorhanden sind!? Das ist eben das Verwerfliche und Demagogische im Treiben der Antisemiten, daß sie dreist behaupten: an allem Unglück sind die Juden schuld! wenn die Kerle aus dem Lande gejagt sind, dann giebt es keine Noth und kein Elend!

Nun, im gesegneten Sachsenland giebt es keine jüdischen Richter, keine jüdische Beamten, geschweige jüdischen Offiziere und Minister, im ganzen Lande kommen auf 10000 Einwohner 26 Juden, in Zwickau 1 auf 1000 und die Kreishauptmannschaft Bautzen ist gar ganz judenrein!

Ist das Elend geschwunden? Das werden die Herren Ahlwardt, Zimmermann und Genossen nicht behaupten können, das möchten wir aber behaupten, daß, wenn man auf Sachsen hinweist, der Beweis erbracht ist,

daß in judenreinen Ländern die Zustände nicht besser sind, als anderswo, daß daher die Theorie der antisemitischen Führer verwerflicher Humbug ist, wodurch die Bevölkerung (nur zu leicht geneigt, gewissenlosen Agitatoren, welche eine Besserung der jämmerlichen Lage versprechen, ein williges Ohr zu leihen) in leidenschaftlicher Weise aufgeregt wird und Unzufriedene züchtet, welche der Anarchie die Wege ebnen. —

## Zum Kapitel „Ritualmorde".

In der Nummer 252 der „Antisemitischen Correspondenz" vom 18. Juni d. J. ist ein Aufsatz des bekannten Max Bewer enthalten, welcher die Ueberschrift „Zum Mord in Xanten" führt, der an aufhetzender Unwahrhaftigkeit Alles, was in diesem Genre bereits geleistet ist, übertrifft. Der Verfasser spricht seine Meinung folgendermaßen aus:

„.... ich bitte dringend daran festzuhalten, daß es ein medicinisches Gesetz giebt, nach welchem der Blutbedarf der Juden zu erklären ist. Begehen sie Ritualmorde, so begehen sie die Morde nicht aus Fanatismus, nicht aus Irrsinn, sondern mit dem klarsten Bewußtsein und dem kältesten Raffinement.

Ich behaupte in meinem Buch („Gedanken"), daß das medicinische Gesetz, nach dem **die Juden** Ritualmorde verüben, das Gesetz der Isopathie ist; dies Gesetz bestimmt, daß, wenn man sich von einem Krankheitsstoff infizirt fühlt, man von demselben Stoff ein ganz Minimales zu sich nehme, um durch diese subtile Reiz-Dosis den Organismus zu einer Gesammt-Reaction gegen die schon früher aufgespeicherten Krankheits-Stoffe zu provoziren.

**Die Juden** haben nun den festen Glauben, daß durch das Blut derjenigen Völker, unter denen sie dauernd leben, ihr Blut, und zwar allein schon durch den bloßen Verkehr verunreinigt werde. Um sich nun von Zeit zu Zeit zu reinigen, genießen **sie** nach dem Gesetz der Isopathie ganz minimale Dosen des fremden Blutes, das **sie** sich in seiner spezifisch wirkenden Reinheit durch Kinder-Mord verschaffen.

Diese Ansicht wird durch folgende Aussagen von Juden bekräftigt. Der katholische Pfarrer Dr. Josef Deckert in Wien hat kürzlich bei Gläß in Dresden unter dem Titel „Ein Ritualmord" die aktenmäßige Darstellung des Trientiner Knabenmordes erscheinen lassen, in welcher sich die Juden zu den isopathischen Minimaldosen wie folgt auslassen:

Der Jude Tobias sagt, in einem Jubeljahr müßten die Juden durchaus frisches Christenkinder-Blut haben und dürften sich nicht mit Blutstaub begnügen, wie sonst; den könne man kaufen und rechtzeitig bestellen; im Jubeljahr müsse das Blut frisch sein (u. s. w. u. s. w.)

Der Jude Moses sagt aus, er habe früher zu Speyer gewohnt und dort als Familienoberhaupt immer etwas Christenblut gehabt . . . . . . . . der Jude Samuel sagt aus, die „Weisen und Erfahrenen" unter den Juden trachten mit allem Eifer, solches Christenblut zu bekommen. . . . . . . . .

Der Jude Engel sagt aus, er habe vor vier Jahren trockenes Christenkind-Blut, eine Bohne groß, um 4 Lire gekauft. Sein Onkel, bei dem er sieben Jahre gewohnt, habe jedes Jahr etwas Blut in den Matzenteig gegeben; es sei so Sitte bei den Juden. . . . . . . . . . Um keinen Verdacht gegen das Rothe, was sie in den Teig thun, aufkommen zu lassen, haben sich die Juden die Ausrede zurecht gemacht: das rothe Pulver sei ein wenig Staub von gebackenen Ziegelsteinen, um an die Mühsale Egyptens zu erinnern.

Durch die Aussagen aller Juden wird die Annahme, daß sie bei ihrem Blutgebrauch nach dem isopathischen Gesetz verfahren, voll bestätigt; sie wähnen ihr Blut durch den Verkehr mit Christen verunreinigt und nehmen, um sich zu reinigen, zur Osterzeit als „Gegengift" eine isopathische Minimaldosis dieses Blutes zu sich. Von Fanatismus oder Irrsinn ist keine Spur zu entdecken, vielmehr hat man das Gefühl, als blicke man in eine durch „weise und erfahrene Obere" geleitete Apotheke, die jedem „echten" d. h. durch Mord, nicht etwa durch Aderlaß gewonnenen Fläschchen Christenblut ein Beglaubigungs-Attest mit auf den Weg giebt.

Blut nämlich, das durch Aderlaß gewonnen wird, hat bei weitem nicht die animalische Potenz desjenigen Blutes, das unter höchster Seelenangst einem Gemordeten entfließt.

Macht man nun an der Hand dieser jüdischen Geständnisse Rückschlüsse auf den Mord in Xanten, so ergiebt sich, daß entgegen der richterlichen Annahme, ein Ritualmord sehr wohl dort vorliegen kann. Die richterliche Annahme, daß ein Ritualmord völlig ausgeschlossen erscheine, beruht auf der übereinstimmenden Aussage der ärztlichen Sachverständigen, daß dem Knaben Hegemann Blut in wesentlicher Menge nicht entzogen sein kann. . . . . . . . . Man nehme an, daß Buschoff von den „Oberen" angegangen worden sei, „frisches" niederrheinisches Blut zu schaffen u. s. w. u. s. w.

Da, wie ich vernehme, die Untersuchung im Stillen noch fortgesetzt wird, tragen vielleicht diese Zeilen zur Beschaffung der „Beweise" bei."

Herr Max Bewer, allen Liebhabern unfreiwilliger Komik wohlbekannt durch seine früheren Schriften, deren humoristischste wohl „Rembrandt und Bismarck" ist (S. 10) „Bismarck's Seele läßt sich nicht in einen Eierbecher gießen", (S. 52) „Göthe schrieb einen Apfelstil, Schiller einen Birnenstil" (S. 53) „Der Rembrandtdeutsche schreibt „schleimig und hellsehend" u. s. w, fühlte augenscheinlich das Bedürfniß, sich einmal auf einem anderen Gebiet zu versuchen, auf dem es leider für uns nicht genügt, den Verfasser auszulachen. Denn es handelt sich bei diesen ungeheuerlichen Behauptungen, wie sie der z. Th. hier abgedruckte Aufsatz enthält, nicht um mehr oder minder auf unsere Lachmuskeln wirkende Kernsprüche, sondern um Verdächtigungen und Unwahrheiten der allerschlimmsten Art, die an den Pranger gestellt werden müssen. Von der Absonderlichkeit, das Dogma der Homöopathie (similia-similibus) für ein medicinisches Gesetz zu erklären, wollen wir ganz absehen, besonders da Herr Bewer dieses Dogma in seiner medizinischen Anwendung noch gründlich mißverstanden hat. Die Verlogenheit des Artikels besteht darin, daß erstens Herr Bewer den Lesern verschweigt, daß der Ritualmordprozeß zu Trient im Jahre 1475 geführt worden ist. Wer seinen Artikel liest („macht man nun an der Hand dieser jüdischen Geständnisse Rückschlüsse auf den Mord in Xanten"), kann unmöglich auf den Gedanken kommen, daß dieser zur Schande der Menschheit geführte Prozeß sich vor mehr als 400 Jahren abgespielt hat. Zweitens aber schreibt Herr Bewer mit größten Seelenruhe von „Aussagen" von Juden. Die Broschüre des Pfarrers Deckert in Wien, eines fanatischen Antisemiten, belehrt uns, wie diese „Aussagen" zu Stande kamen, durch die alle angeschuldigten einheimischen und fremden Juden und Jüdinnen von Trient des Mordes und der Theilnahme an dem Morde des unschuldigen Kindes Simon Gerber schuldig befunden wurden" (die Männer wurden meist gerädert und verbrannt). Es heißt dort S. 20: „Aus den vorliegenden Prozeßacten geht hervor, daß die angeklagten Juden alle, ohne Ausnahme, sich durch hartnäckiges Leugnen der Strafe entziehen wollten; sie gestanden zum Schlusse, daß sie sich gegenseitig durch fürchterliche Eide zum Leugnen verpflichtet hätten; nur die Tortur konnte ihnen das Geständniß erpressen. Ohne Tortur hätten sie wohl nichts gestanden. Nach der gegenwärtigen Gerichtsordnung wären sie schwerlich ihres Verbrechens überführt worden, da sie keine anderen Zeugen ihrer Schandthat hatten. . . . . Wenn man es als fraglich hinstellt, ob diese Verbrecher nach der heutigen Gerichtsordnung überführt und bestraft worden wären, so ist das wohl keine Empfehlung unserer Prozeßordnung u. s. w."

Wir wollen auf die weiteren Mittheilungen Deckerts über den grauenhaften Justizmord von 1475 nicht eingehen, „durch den auch eine große Anzahl ähnlicher Morde ans Tageslicht gebracht wurden", den selbst der vom Papst zu diesem Zweck gesandte Legat Bischof Ventimiglia nicht verhindern konnte (Deckert S. 23 „man hatte offenbar Eile mit der Justifizirung der Hauptverbrecher"). Aber daß Herr Bewer die Dreistigkeit hat, ohne Protest der Redaction der „Antisemitischen Correspondenz", von solchen durch die grausamsten Qualen der Tortur, von denen Deckert eine recht anschauliche Darstellung liefert, den armen Opfern erpreßten Antworten auf die ihnen immer wieder vorgelegten Fragen, die bei allen natürlich dieselben waren, zu behaupten, es wären einfache „Aussagen", „Geständnisse", darüber kann man ein Gefühl des Ekels nicht unterdrücken. Wir erwarten von Herrn Bewer und seinen Anhängern, daß sie nunmehr auch die durch die Folter so oft erpreßten „Aussagen" der unglücklichen, in derselben finsteren Zeit aus Dummheit oder Bosheit als Hexen angeklagten Weiber sämmtlich für wahr halten und daß sie z. B. den von den gemarterten Geschöpfen

so oft unter der Tortur eingeräumten sexuellen Umgang mit dem leibhaftigen Teufel nicht etwa mehr zu bestreiten wagen.

Und um Herrn Bewers Ausspruch: „die Juden genießen von Zeit zu Zeit Blut, das sie sich durch Kindermord verschaffen", ganz zu würdigen, lese man S. 37 der Deckertschen Broschüre, wo selbst dieser Fanatiker schreibt: „Es mag also richtig sein und wir nehmen es zur Ehre der Menschheit an, daß nicht blos die jüdischen Kinder unter dreizehn Jahren und die jüdischen Frauen von dieser Geheimnißlehre (von der Tödtung eines Christenkindes, die auch nach D. im Talmud nicht zu finden ist) nichts wissen, sondern daß auch die meisten erwachsenen Juden, Reformjuden und Orthodoxen, Chassiden und Karaiten und wie die verschiedenen Secten der Juden heißen mögen, in das Blutgeheimniß nicht eingereiht sind, daß sogar die meisten Juden von solchen fanatischen Greueln sich mit Entsetzen abwenden und es förmlich unfaßbar finden, daß dergleichen Dinge unter Juden je vorgekommen sein sollen. Wenn demnach nachgewiesen wird, daß es wirklich jüdische Ritualmorde gegeben habe und möglicherweise noch heute gebe, so ist dies nicht von vornherein eine Anschuldigung gegen jeden einzelnen Juden oder gegen alle insgesammt ohne Ausnahme."

Herr Bewer aber genügt augenscheinlich diese „milde" Auffassung nicht, in seinem Hirn steht es fest, daß „die Juden" von Zeit zu Zeit aus homöopathischen Rücksichten Blut grausam gemordeter Christenkinder verzehren müssen.

Wenn wir uns immer wieder sagen müssen: Seht, das sind die Mittel, durch welche die antisemitische Hetze unterhalten wird, solche Schändlichkeiten wagt man einer bethörten Menge zu erzählen, dann muß uns das Gefühl tiefen Abscheus, aber auch das eines tiefen Mitleids mit den Betragenen erfassen.

## Vermischtes.

**Erwiderung.** In Nr. 24, S. 244 haben wir eine Prüfungsarbeit des Herrn O. T. A. Melzig abgedruckt, die zeigen sollte, daß der Antisemitismus sogar im amtlichen Dienst gepflegt wird.

Ob die „Staatsbürgerzeitung" behauptet, daß das Telegramm von uns gestohlen ist, könnte uns ja gleichgültig sein, da das Blatt doch sonst gegen die Verwendung „gestohlener" Acten nichts einzuwenden hat. Indessen bemerken wir zur Beruhigung des Blattes, daß wir auf durchaus legitime Weise, in den Besitz des Probetelegramms gelangt sind. Ein Leser hat es uns vor ein paar Wochen eingeschickt, er hat diesen antisemitischen Erguß mit anderer Makulatur erhalten — wenn wir nicht irren, bei Gelegenheit eines Umzugs des Postamts. Ob dieser Erguß eigenes Fabrikat oder dem Volk entnommen ist, wie in der „Staatsbürger-Zeitung" behauptet wird, wäre eigentlich gleichgültig. Uns scheint jedenfalls nur der leitartikelnde Kern einer Zeitung entnommen zu sein, während das einleitende „kräftige Heil der deutschsozialen antisemitischen Partei" eigenes Fabrikat sein dürfte. Aber ob Herr Melzig oder Herr Oberwinder der Autor des kräftigen „Heils" ist, sicher ist, daß es zur Probe telegraphirt worden ist. Würde ein Obertelegraphen-Assistent wagen, in einem Probetelegramm „ein kräftiges Heil der freisinnigen Volkspartei" oder selbst „der nationalliberalen Partei" zu spenden? Und wenn Jemand wagen würde, es zu thun, würden seine Vorgesetzten es ruhig geschehen lassen? Sicherlich nicht, und mit Recht nicht, denn die Politik gehört nicht in die Amtsstube. Aber was dem Einen recht ist, müßte dem Andern billig sein; und so ist auch das Probetelegramm ein weiterer Beweis, daß die Verfolgung des Antisemitismus durch die Regierung nur eine Legende ist. Diese Legende zu zerstören, dazu sollte auch das „Probetelegramm" beitragen, und wenn uns die „Staatsbürgerzeitung" deshalb Denunziation vorwirft, so ist das nur ein Beweis dafür, wie sehr ihr an der Erhaltung dieser Legende liegt.

**Im Berliner IV. Wahlkreise** erhielten alle Wähler mit jüdisch klingenden Namen Seitens der Conservativen andere Flugblätter als die Wähler mit christlichen Namen.

**Aus dem Wahlkreise Siegen** bringt die „Frkf. Ztg." einen Stimmungsbericht, welchem wir Folgendes entnehmen:

„. . . Und wenn schließlich die paar hundert Stimmen, die im ersten Wahlgang dem bekannten Bauernfreund Dr. Böckel zufielen, bei der Stichwahl dem nationalliberalen Candidaten gleichfalls zu gute kamen, so bewirkte das u. A. die unübertreffliche Ungeschicklichkeit des Stöckeragitators Oberwinder, der ein paar Tage vor der Stichwahl in einer Versammlung in Niederschelden die Herren Dr. Böckel und Ahlwardt wörtlich als „nur ganz gemeine Hetzer", die „sachlich nichts" leisteten, bezeichnete und zwar im Gegensatz zu Herrn Stöcker, der mit diesen Leuten nicht das Geringste gemein habe. In derselben Versammlung geschah es auch, daß ein Herr Pastor Kühn in gar beweglich-flehenden Worten selbst an die „lieben Nationalliberalen" die dringende Bitte richtete, doch den theueren Gottesmann Stöcker „an der Stelle zu lassen, wo Gott ihn hingestellt habe", wenn er hier nicht gewählt würde, käme er ja überhaupt nicht in den Reichstag. Mit derselben Heiterkeit, wie diese Enunciation eines geängsteten Stöckerfreundes, wird man wohl auch die dreiste Versicherung des Herrn Oberwinder in derselben Versammlung aufnehmen, daß „Stöcker durchaus nicht Gegner, sondern Freund und Schützer des Reichswahlrechts sei und jedem Versuch, die staatsbürgerliche Gleichstellung aller Confessionen aufzuheben, ein entschiedenes Nein entgegensetzen werde; der Aufhebung der Judenemancipation würde Stöcker opponiren!" Es ist vielleicht werthvoll, derartige Aeußerungen festzunageln, weil sie zeigen, bis zu welcher dreisten Verleugnung des politischen Standpunktes die Sucht nach einem Mandat führen kann." —

**Im Wahlkreise Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden** ist der **Antisemit Leuß** gewählt worden. In einem in Eschwege gedruckten Flugblatte wurden gegenüber den antisemitischen Ableugnungen folgende Behauptungen aufrecht erhalten, daß Herr Leuß nach eigenem brieflichen Eingeständniß selber bankerott gemacht habe, also denselben Vorwurf verdiene, den er immer den Juden mache, daß ihm der Vorwurf der Unterschlagung gemacht sei, ohne daß er die von ihm angedrohte Klage eingeleitet hätte, daß er nach dem Bericht seiner eigenen Zeitung eine Lobrede auf Ahlwardt gehalten, und daß er gegenüber dem Wucherer den Raubmörder verherrlicht habe. Das Beweismaterial liege, so wurde in dem Flugblatt gesagt, in der „Fulda-Werra-Zeitung" zu Jedermanns Einsicht aus. Den Drohungen des Herrn Leuß mit gerichtlichen Schritten sähen die Verfasser des Flugblatts in aller Ruhe entgegen. Dem gegenüber gab Herr „Liebermann v. Sonnenberg, Mitglied des Reichstages", am Tage vor der Wahl ein von ihm unterzeichnetes Flugblatt „zur Aufklärung" heraus. Das Schriftstück, welches auf den Rändern die Aufforderung trägt „Lesen! Weitergeben!" lautet:

Auf Veranlassung des Bankiers Schloß junior und des Büreauvorstehers Tischer, beschäftigt bei dem Schwager des Herrn v. Christen, dem Herrn Justizrath Müller in Witzenhausen, hat der Drucker des amtlichen Kreisblattes, Herr Trautvetter, daselbst ein Flugblatt verlegt und gedruckt, worin unerhörte Verleumdungen gegen den Reichstagscandidaten der deutsch-sozialen Partei, Herrn Hans Leuß, verbreitet werden.

Der Unterzeichnete legte Herrn Trautvetter heute Nacht eine Reihe notariell beglaubigter Schriftstücke vor, die die Unwahrheit der gegen Herrn Leuß erhobenen Beschuldigungen erweisen. Darauf nannte Herr Trautvetter vor Zeugen jene Gewährsmänner und verpflichtete sich durch Unterschrift, folgende Erklärung kostenlos zu drucken und zur Verbreitung zur Verfügung zu stellen:

Erklärung.

Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit:

Nachdem ich mich durch Einsicht in beweiskräftige Schriftstücke überzeugt habe, daß die in einem von mir gedruckten und verlegten Flugblatte gegen den Reichstagscandidaten Herrn Hans Leuß erhobenen Beschuldigungen vollständig aus der Luft gegriffen sind, bedaure ich, daß ich mich durch meine Gewährsleute habe täuschen lassen und bitte Herrn Leuß deswegen um Entschuldigung

Ich werde als Zeuge vor Gericht durch Nennung meiner Gewährsleute meinen guten Glauben beweisen.

Witzenhausen, den 23 Juni 1893.

Chr. Trautvetter.

Nachdem Herr Trautvetter thatsächlich während der Nacht den Druck der obigen Erklärung hergestellt hatte, weigerte er sich heute früh, die Drucksachen abzuliefern.

Die Beschuldigungen gegen Herrn Leuß sind erhoben von Leuten, die es nicht wagten, mit ihrem Namen dafür einzutreten

Die Ehrenerklärungen für Herrn Leuß, wie sie in unserem Abwehrflugblatte abgedruckt sind, tragen die Unterschriften tadelloser Ehrenmänner, wie des Generals v. Knobelsdorff, des

Rechtsanwalts Dr. Domizlaff u. A.

Wer kann in diesem Falle zweifeln, auf welcher Seite Recht und Wahrheit sich befinden.

Ich bringe diese Thatsachen zur Kenntniß der Wähler im Kreise Witzenhausen-Schmalkalden-Eschwege, damit sich dieselben ein Bild von der Kampfesweise unserer Gegner machen und am Stichwahltage die passende Antwort geben können.

Zum Verständniß dieses Flugblattes des „Mitgliedes des deutschen Reichstags Liebermann v. Sonnenberg" erinnern wir daran, daß der darin genannte Herr v. Christen der freiconservative Gegencandidat des Herrn Leuß war. Herr Chr. Trautvetter aber antwortete sofort mit der nachstehenden, ebenfalls als Flugblatt gedruckten Erklärung:

Der Reichstagscandidat Herr Liebermann v. Sonnenberg war gestern hier anwesend und veranlaßte mich, unter Mitwirkung einiger anderer Herren, nach nach Mitternacht mit der ihm eigenen Beredtsamkeit und unter Anwendung einer ganzen Reihe scharfer Drohungen zur sofortigen Unterzeichnung eines Schriftstücks, welches er selbst geschrieben, und das mit anderen Zusätzen heute in Gestalt eines Flugblattes verbreitet wurde. Nachdem ich jedoch weiteres Material nunmehr kennen gelernt habe, muß ich gestehen, daß ich heute jene Erklärung nicht unterzeichnen würde.

Witzenhausen, den 23 Juni 1893

Chr. Trautvetter."

Herr Liebermann v. Sonnenberg scheint für Drohungen eine gewisse Schwäche zu haben. Im Reichstage schwang er sogar eine Renommirpistole. Ob das ein Beweis für die Stärke seiner Argumente ist, dürfte zweifelhaft sein.

**Der Abgeordnete Ahlwardt** ist am 27. Juni von der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Beleidigung der Gesammtheit der preußischen Beamten, insbesondere des Justizressorts zu **drei Monaten Gefängniß** verurtheilt worden. In einer am 29. Oktober 1891 gehaltenen Rede hat er auszuführen gesucht, in welcher Weise der Beamtenstand durch die Juden corrumpirt sei. Je höher der Beamte stehe, desto verlumpter sei er oft; die Beamten seien zu 60 Prozent verschuldet, die Offiziere zu 70 bis 80 Prozent. Die Binde müsse die Justiz vor den Augen halten, wenn es sich um hochstehende Leute handelt, der reiche Jude könne Verbrechen begehen, ohne daß die Justiz ihn finde, der arme Bäckerjunge dagegen, der werde sofort gefaßt. Vor Gericht gelte das große germanische Volk als Luft, es sei vollständig entmündigt; wolle der Germane vor Gericht sein Recht suchen, dann müsse er sich einen Vormund annehmen und falle wieder den Juden in die Hände. Trete Jemand gegen die Zustände in unserer Justiz auf, so drohe ihm das Irrenhaus. etc. etc.

Das Urtheil wurde von dem Vorsitzenden kurz wie folgt begründet: Nach der Beweisaufnahme könne kein Zweifel darüber sein, daß der Angeklagte in seiner Essener Rede Beleidigungen gegen den Beamtenstand ausgestoßen habe. Zu derartigen beschimpfenden Aeußerungen gegen einen großen ehrenwerthen Stand habe nicht die geringste Veranlassung vorgelegen. An und für sich habe der Gerichtshof dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugebilligt, die Schutzgrenzen seien aber überschritten. Der § 193 könne kein Privilegium der Verleumdungen und Verunglimpfungen darstellen. Die Berufung des Vertheidigers auf Artikel 27 der Verfassung sei verfehlt. Gewiß habe auch der Angeklagte das Recht der freien Meinungsäußerung, ein gebildeter Mensch müsse es aber verstehen, seine Meinung zu äußern, ohne zu beleidigen. Der Gerichtshof habe keinen Zweifel gehabt, daß es dem Angeklagten, der seine ursprünglich gegen die Semiten gerichteten Angriffe auf weitere Schichten zu übertragen liebe, gar nicht darauf ankomme, die Beamten in schmählichster Weise der Corruption zu bezichtigen. Er habe auch die Absicht der Beleidigung gehabt. Mit Rücksicht darauf, daß der ganze Beamtenstand aufs Schmählichste verdächtigt und verleumdet worden, habe der Gerichtshof wie geschehen erkannt. Dem Präsidenten des Staatsministeriums und dem Justizminister wurde die Publicationsbefugniß zugesprochen.

Aus juristischen Kreisen schreibt man uns über die Verhandlung:

Unter Juristen hat es Verwunderung erregt, daß man bei der Verhandlung gegen Ahlwardt die Zeugen über die Absicht zu beleidigen ausgefragt hat. Auf diese kommt es gar nicht an, sondern es ist das Bewußtsein zu beleidigen entscheidend. Es kommt bei strafbaren Handlungen eben nicht auf die letzten Ziele, sondern auf die That als solche an. Ebenso wie eine Sachbeschädigung vorliegt, wenn der Beschädiger eine Scheibe einwirft, um ins Gefängniß zu kommen, schließt es die Beleidigung der Beamten nicht aus, daß die letzte Absicht dahinging, gegen die Juden zu hetzen. Behauptete Ahlwardt, daß die Beamtenschaft zu 60 Prozent den Juden verschuldet und deshalb zu Willen sei, so ist die Beleidigung die gleiche, ob er nun den Beamten oder nur den Juden etwas am Zeuge flicken wollte.

Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen werden, daß **die regelmäßig wiederkehrenden Angriffe auf die Beamtenschaft** seitens der Antisemiten nicht etwa ein Wort oder ein gelegentliches agitatorisches Hülfsmittel sind, sondern **zum nothwendigen Bestandtheil** der antisemitischen Agitation gehören. Ist nur der kleinste Theil von dem wahr, was die Antisemiten von der Scheußlichkeit der Juden erzählen, so giebt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder sind die Beamten Schwachköpfe, die nicht sehen, was in der Welt vorgeht, oder sie sind bestochen und in der Hand der Juden. Die letztere Lesart ist für die Agitation vortheilhafter, weil sie ein neuer Beweis für die Schlechtigkeit der Juden ist.

* * *

Es ist bemerkt worden, daß in dem Zwischenraum zwischen der Auflösung und Constituirung des Reichstags das Verfahren im „Judenflintenprozeß" nicht zur Rechtskraft gediehen ist. Wurde das Erkenntniß Ahlwardt sofort nach der Auflösung des Reichstags zugestellt, so konnte die Revision jetzt schon erledigt sein. Es ist durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß das Verfahren gegen ihn mit dieser Gemüthlichkeit geführt worden ist. Die Thatsache soll nur erwähnt werden, um zu zeigen, daß Ahlwardt durchaus nicht wie ein Märtyrer verfolgt wird.

**Grohmann,** der Gehilfe des Geschäftsantisemiten **Schwennhagen**, hat dieser Tage in einer antisemitischen Vereinssitzung mitgetheilt, daß der bekanntlich steckbrieflich verfolgte Schwennhagen nicht etwa sich dem gegen ihn schwebenden Verfahren durch die Flucht entzogen habe, daß er vielmehr in Bukarest weile, um Beweismaterial für seine Behauptungen gegen den Minister Miquel zu sammeln; seine Bemühungen seien theilweise auch schon von Erfolg gewesen. Herr Schwennhagen werde zurückkehren (?). Ebenso wie Ahlwardt habe er sich für die antisemitische Partei geopfert, und Angriffe von Antisemiten gegen ihn seien durchaus zu verwerfen!

**Ahlwardts Acten-Beirath,** der Schriftsteller Plack-Podgorski, der als Verfasser einer neuen, bereits beschlagnahmten Ahlwardt-Broschüre genannt war, hat sich durch die Flucht der Verantwortung für jene Broschüre entzogen.

**Die Antisemiten unter sich.** In der conservativen „Schlesischen Morgenzeitung" lesen wir:

Das Organ der schlesischen Deutschsozialen, die „Ostwacht" schreibt in ihrer neuesten Nummer wörtlich: „So erscheint die deutschconservative Partei wie eine geschminkte alte Kokette, die nun glaubt, mit ihrer künstlich aufgetragenen jugendlichen Gesichtsfarbe und wahlberechneten Herablassung noch begeistern zu können." — **Dies zur Nachachtung für diejenigen Conservativen, welche noch immer glauben, daß Ahlwardt, Schweinhagen, Meyer etc. vereinzelte Erscheinungen seien.**

Das Organ des Abg. Werner enthält folgende Briefkastennotiz:

Nach Berlin. Die „Staatsbürgerzeitung" hat einen Aufruf von Werner zum Sammeln von Geldern für die Stichwahl nicht aufgenommen. Eine derartige Handlungsweise ist uns allerdings unbegreiflich.

**Zur Deborah-Fälschung,** theilt uns ein Leser mit, daß auch Pastor Richter in Aerzen diese zur Verhetzung der Juden vorgebracht hat. Solche Lügen sind für eine Partei bezeichnend, weil sie beweisen, daß sie durch lautere und reinliche Mittel ihrer Sache nicht zu fördern glaubt. Betrübend ist es schon, daß ein Geistlicher sich einer unchristlichen Partei anschließt, doppelt betrübend, daß er sich einer Fälschung bedient, um demagogische Wirkungen zu erzielen!

**Wie die Kreuzzeitung lügt.** Die „Kreuzzeitung“ besprach in einem Leitartikel vom 17. Juni d. J. eine Schrift Sidney Whitman's über den Antisemitismus. Darin schreibt sie: „Als ein einziges Mal der bekannte „Times“-Berichterstatter Mr. Lowe auch für den entgegengesetzten (d. h. antisemitischen) Standpunkt Verständniß zeigte, bewies die Verwaltung dieses Blattes durch seine schleunige Entlassung zur Genüge, wie richtig sie ihre Pflichten gegenüber dem internationalen Groß-Judenthum verstand.“ Also Mr. Lowe ist entlassen worden, weil er einmal einen antisemitischen Artikel geschrieben hat. Und das alles auf Betreiben des „internationalen Groß-Judenthums“! — Das klingt ganz nach Ahlwardt, d. h. ebenso phantastisch wie — unwahr. In Wahrheit hatte Mr. Lowe an die „Times“ zu hohe Geldforderungen gestellt und wurde deshalb entlassen. Er verklagte die „Times“ und wurde abgewiesen. Das ist der Sachverhalt!

**Die jüdischen Religionsbücher** werden seitens der preußischen Regierung einer gründlichen Revision unterzogen. Wir versprechen uns von der Untersuchung nichts, was gegen die jüdische Moral ausgebeutet werden könnte, während wir sie dankbar begrüßen, weil sie eine Reihe von Vorurtheilen zu vernichten geeignet ist. Das Mißtrauen gegen die Moral einer fremden Religion ist ein lebendiger Bestandtheil jedes religiösen Hasses. Die Protestanten haben wie die Katholiken es dulden müssen, daß man ihre Schriften als unmoralisch denunzirt und einer Untersuchung unterzogen hat. Pastor Gustav Habermann macht bereits eine Andeutung, welche sich gegen katholische Bücher richtet: Er sagt (Christenthum und Staat. Lpz. F. W. Grunow. 1893 S. 31): „Die preußische Regierung hat kürzlich Religionsbücher von jüdischen Schulen einfordern lassen. Eine genaue Einsicht in die Moralcompendien der römischen Priesterseminare wäre vielleicht auch ganz rathsam. Aber man wird wohl keine Lust haben, sich an dem Feuer des römischen Fanatismus die Finger zu verbrennen.“ Da haben wir's! Man kann, wenn man consequent bleiben will, eben nicht bei den jüdischen Lehrbüchern stehen bleiben. Wird aber ein protestantischer Eiferer die protestantischen Religionsbücher unbehelligt lassen? Wird er nicht nur die seiner eigenen Richtung gelten lassen wollen? Dachte nicht der lutherische Eiferer Leonhard Hutter über Melanchthons Schriften so gering, daß er dessen Bild von der Wand riß und mit Füßen trat? Das Endresultat ist eben die schlimmste Censur, die sich denken läßt! Aus diesem Grunde erscheint uns jede derartige Forderung nur als ein Ausfluß unchristlichen Hasses!

**Ein jüdischer Soldat.** Von einem jüdischen Freiwilligen erzählte der Abg. v. Beckerath im „Vereinigten Landtag“ vom Jahre 1847 (S. 1751 des stenogr. Berichts) folgendes, was wir den Antisemiten zur Kenntnißnahme empfehlen:

„Eine jüdische Mutter in der Mark Brandenburg hatte im Jahre 1813 einen einzigen 19 jährigen Sohn; dieser Jüngling wurde von der begeisternden Liebe zum Vaterlande ergriffen, und es drängte ihn, an dem Kampfe zu seiner Rettung theilzunehmen. Die Mutter entließ ihn mit ihrem Segen; sie brachte zugleich einen Theil ihrer Habe, ihr Silbergeschirr, als Gabe dar zur Ausrüstung der unbemittelten freiwilligen Vaterlandsvertheidiger, und es wurde ihr dafür, die Urkunden liegen mir vor, es wurde ihr für dies Geschenk, das sie, wie es darin heißt, „in frommem Glauben brachte, die Berechtigung ertheilt sich zu den Mitgliedern des Frauenvereins für jetzt und für die Nachwelt zu zählen.“ In den ersten Monaten erhielt sie Nachrichten von ihrem Sohne, dann blieben sie aus. Lange harrte sie vergeblich. Endlich wendete sie sich voll banger Ahnung an den Commandeur des Regiments, in welchem ihr Sohn diente, und die Antwort, die sie erhielt, war folgende:

„Auf Ihr Schreiben an den Herrn Oberst v. Alvensleben, in Betreff Ihres Sohnes, übersende ich Ihnen den beiliegenden Schein des Lieutenants Behm, welcher damals Feldwebel in der Compagnie war, worunter Ihr Sohn gestanden. Sie werden daraus ersehen, daß Ihr Sohn bei Groß-Görschen für die heilige und große Sache gefallen ist. Trösten und beruhigen Sie sich, Madame, mit der Ueberzeugung, daß Sie Ihren Sohn dem Könige und dem Vaterlande geopfert haben.“

**Eingesandt.** Auf S. 258 Nr. 26 der „Mitth.“ ist ein „Neues deutsches Glaubensbekenntniß“ abgedruckt. Diese blasphemische Parodie ist wohl von dem Abg. Dr. Sigl zuerst abgedruckt worden, rührt aber nicht von ihm her. Dieses „Glaubensbekenntniß“, über dessen Frivolität die „Germania“ seinerzeit so entsetzt war, soll dem Kreise des Herrn Carl Paasch entstammen. Ein Abdruck ohne Angabe des Druckers (!) war für „zuverlässige“ Antisemiten in der antisemitischen Dewald'schen Buchhandlung käuflich zu haben. Das „Volk“ weiß also jetzt, gegen wen es seine Worte „Gemeinheit“ und „schamlose Verhöhnung des Christenthums“ zu richten hat! E. L.

## Briefkasten.

**R. O. in Marburg.** Es ist erfreulich zu hören, daß in Hessen noch nie eine Wahl in so anständigen Grenzen bewegt hat.

**R. L. in Berlin.** Sie haben Recht. Prof. Pander, ein Hauptzeuge war wochenlang in Berlin und verkehrte mit Paasch, ohne daß er verhört wurde. Erst infolge von Mittheilungen des Auswärtigen Amtes an die Staatsanwaltschaft wurde er als Zeuge vernommen. Den Commentar machen Sie sich wohl selbst.

**Dr. N. in F.** Bei Ihrem sonstigen warmen Interesse für die gute Sache hat es uns geradezu frappirt, daß das s. Z. an Sie gesandte Packet mit Probenummern uneröffnet geblieben ist.

**Abonnent in B.** Das Referat der „Kreuzztg.“ ist offenbar in antisemitischem Sinne zurechtgestutzt. Wir glauben nicht, daß der freisinnige Prof. Beloch so gesprochen hat; wahrscheinlich sind seine Aeußerungen aus dem Zusammenhang gerissen.

### Briefkasten der Expedition.

**München.** Herr Heinrich Wolff in München, Findlingstr. 48, nimmt Abonnements auf die „Mittheilungen“ entgegen. Dadurch wird Porto erspart.

**T. T.:** 1,70 Mk. erhalten.

**W. Hansberg.** Die fehlende Nr. ist Ihnen nunmehr zugegangen.

---

**Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ sofort zu erneuern und nach Kräften um neue Abonnenten zu werben.**

**Am einfachsten und billigsten abonnirt man bei der nächsten Postanstalt für 50 Pf. pro Vierteljahr. Wünscht Jemand bei der Expedition zu abonniren, so bitten wir um vorherige Einsendung von 85 Pf. in Briefmarken an Herrn Schatzmeister Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geschieht die Einsendung durch Postanweisung, so bitten wir 5 Pf. Bestellgeld beizufügen.**

**Von den Jahrgängen 1891 und 1892 der „Mittheilungen“ ist noch eine kleine Anzahl vollständiger Exemplare zum Preise von 3,50 Mk. incl. Porto zu beziehen.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 28. | Berlin, den 9. Juli. | 3. Jahrg. 1893.

### Der Antisemitismus und die Wahlen.*)

II. Die Ergebnisse des Kampfes.

Vergleicht man die Erfolge der Antisemiten mit den aufgewandten Mitteln, so sind sie durchaus nicht für uns niederdrückend. Einen starken Zuwachs weist allerdings sowohl die Zahl der abgegebenen antisemitischen Stimmen als die der gewählten Antisemiten auf. Erstere sind von ca. 60000 auf ca. 300000 angewachsen, letztere von 6 auf 16; genau läßt sich das nicht feststellen, einmal, weil die amtlichen Zahlen noch nicht in ihrer Gesammtheit vorliegen, sodann, weil die Grenzen gegen die conservative Partei nicht überall fest erkennbar sind.

Zu Gunsten des Antisemitismus mag noch in Betracht kommen, daß eine Anzahl antisemitischer Stimmen gleich im ersten Wahlgang für Candidaten anderer Parteien abgegeben sind. In viel stärkerem Maße ist aber das Gegentheil der Fall. So haben wir zum Beispiel die ca. 15000 Stimmen, die Herr Rechtsanwalt Schwindt in Berlin erhalten hat, insgesammt der antisemitischen Partei zugerechnet, obgleich für ihn wie auch die anderen Berliner antisemitischen Candidaten sicherlich viele conservative Stimmen abgegeben wurden.

Noch mehr stand den Antisemiten bei der Erringung von Reichstagssitzen das Glück zur Seite, die Zahl ihrer Abgeordneten entspricht im Verhältniß ungefähr der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen, das ist für eine nicht in einem Bezirk concentrirte Menge ein sehr günstiges Resultat. Sie verdanken das ihrer günstigen Stellung in der Stichwahl. In Sachsen standen sie fast durchgehends gegen Sozialdemokraten, wobei Conservative den Ausschlag gaben. In Hessen gegen Nationalliberale, wobei der Ausschlag durch Freisinnige und Sozialisten gegeben wurde. Diese wählten zum Theil viel lieber den Antisemiten, der nur bedingt Anhänger der Militärvorlage war, als den Nationalliberalen, der es unbedingt war.

Andererseits ist mit den Stimmen, die für antisemitische Candidaten abgegeben sind, die Kraft der antisemitischen Idee lange nicht erschöpft. Von vielen Seiten hat man dem Antisemitismus Verbeugungen gemacht. Als Beispiel führen wir Herrn Professor Hasse in Leipzig an;*) selbst bis in die Reihen der Demokratisch-freisinnigen hat man dem antisemitischen Hut die Reverenz erwiesen, der Taufschein, den man dem badischen Candidaten Heimburger ob seines semitischen Namens bescheinigt hat, ist eigentlich ein größerer Triumph für die Antisemiten als ein paar errungene Reichstagssitze.

Dafür haben sich andererseits die Politiker gemehrt, die dem Antisemitismus entgegengetreten sind, ohne zu den „Judenliberalen" zu gehören. Als Gegenstück gegen Professor H a s s e erwähnen wir Dr. H a m m a c h e r, der in Duisburg den Antisemiten sehr scharf entgegengetreten ist.**)

Während in Kehlheim (an der Bergstraße) der katholische Pfarrer M a u r e r für den Antisemiten H i r s c h e l gleich im ersten Wahlgang eintrat, sprach in dem nicht weit gelegenen Winnweiler der Decan C r e m e r für die Gleichberechtigung der Juden, und endete seine Rede mit einem Hoch auf S o n n e m a n n.

Selbst von conservativer Seite sind außerordentlich kräftige Proteste gegen den Antisemitismus erfolgt. Wir haben über derartige Erklärungen der Herren von Plettenberg-Mehrum, von Puttkamer-Plauth, von Bredow-Laudien, von Unruh-Bomst und von Lödell in den Zeitungen Notizen gefunden und die Widmung, die der „Judengenosse" Fürst Putbus***) dem „conservativen" Herrn von Langen hat angedeihen lassen, läßt an Deutlichkeit ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Diese Erklärungen sind gewiß nicht alle — oder nicht einmal in der Mehrheit — aus Liebe für die Juden erfolgt; sondern zum Theil aus der richtigen Erwägung, daß die antisemitischen Riemen aus conservativem Leder geschnitten sind. Einigen zwanzig conservativen Eroberungen entsprechen 16 conservative Verluste, von den 16 verlorenen Sitzen sind aber 9 durch Antisemiten erobert worden.

Und das Alles trotz des Hurrahrummels auf Tivoli! Und bei einer Wahl, in der sonst die conservative Partei große Erfolge errungen hat.

---

*) In dem vorigen Artikel hat sich im letzten Satz ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Statt: ihre Erfolge haben den Erwartungen entsprochen, muß es heißen: Ihre Erfolge haben den Erwartungen nicht entsprochen.

*) Die Leipziger Juden haben, wie wir hören, zum größten Theil Hasse gewählt trotz der Erklärungen, die es den Antisemiten „ermöglichten", für ihn zu stimmen. Sehr schön — aber sentimental anstatt politisch.

**) S. Mittheilungen S. 240.

***) S. unsere Notiz S. 265

Ein eigenthümlicher Witz des Schicksals ist es, daß **Stöcker** mandatlos blieb, in Neustettin geschlagen durch Ahlwardt, in Siegen mit Hilfe der Böckelschen Francteireurs. Und dieser Witz hat symbolische Bedeutung, er verkörperte in den Personen den Sieg des radicalen Antisemitismus.

Wo christlich soziale Candidaten neben antisemitischen aufgestellt waren wie in Hamburg, haben sie es nur zu einer verschwindenden Anzahl Anhänger gebracht. Der „christliche" Antisemitismus ist im Schwinden begriffen. „Westfälische Reform" und „Antisemitische Correspondenz" dringen gerade aus ihrem Antisemitismus heraus auf eine Reform der christlichen Kirche. Der Ausspruch Dührings, daß ein Christ, der sich selbst versteht, kein ernsthafter Antisemit sein kann, ringt sich zur Verwirklichung durch. Und denselben Entwickelungsgang macht der Antisemitismus in politischer Beziehung durch, er radicalisirt sich auch hier. Ahlwardt durfte mit Recht von dem Triumph des radicalen Antisemitismus sprechen. Daß er gegen **„Juden und Junker"** sprach, die das Volk ausbeuten, beweist zwar nichts für seine eigentliche Gesinnung, wohl aber, daß dieser sehr geriebene Mann Morgenluft wittert. Auch auf diesem Gebiet ist die „Westfälische Reform" radical geworden, sie spricht von den „gegenwärtigen reactionär gefärbten Führern" und bespricht die Eventualität, daß diese den Antisemitismus „zu einem Werkzeuge des Feudalismus machen". Diese Erfolge scheint uns allerdings gerade jetzt nicht so sehr am Platz, denn den Löwenantheil des Erfolges — in Sachsen und Hessen — hat die Böckelsche Partei davongetragen. Ihr gehören von den gewählten 16 antisemitischen Abgeordneten 12 an. Die Böckelsche Partei galt aber von jeher für radical. Schrieb doch schon 1890 die „Kreuzzeitung", die gewiß geneigt war, ein Auge zuzudrücken, von der Agitation dieser Partei, sie „sorgt für den Widerwillen, welcher den Besitzenden gegenüber angefacht wird, für den Haß gegen die gebildeten Klassen".

Und die „Post", die auch nicht immer von antisemitischen Anwandlungen frei war, schrieb jetzt von den „extremen Rechten, welche die Früchte ihres Thuns zunächst allerdings von dem Eindringen des reinen Antisemitismus in ihre Stammsitze erntet, aber zugleich auch der Sozialdemokratie vorarbeitet rc."

Wir beklagen diese Entwickelung durchaus nicht. Oberst Butler ist sicherlich eine sympathischere Figur als Piccolomini; wer eine Sache als Zweck will, sympathischer, als der Politiker, der sie als Mittel gebraucht. Zugleich scheint sich aber auch gerade innerhalb der Böckelschen Partei eine Art Wandlung zu vollziehen. Die programmatische Erklärung Böckels: **„Eine Fraction, deren ausschließlicher Zweck der Kampf gegen das Judenthum ist, wäre unmöglich"**, muß, wenn nach ihr consequent gehandelt wird, die Partei von dem persönlichen Kampf auf das sachliche Gebiet, von dem Kampf gegen eine beliebige Anzahl willkürlich bestimmter Sünder zum Kampf gegen die Sünde führen. Vollzieht sich diese Wandlung, so wird die Böckelsche Thätigkeit, die jedenfalls das Verdienst hat, die Bauern politisch aufgerüttelt zu haben, noch eine fruchtreiche sein können.

Gehen wir nun

**im Einzelnen**

auf die Ergebnisse der antisemitischen Agitation ein, so erscheinen an vielen Orten die Erfolge hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben.

In München brachten es die vereinigten Antisemiten und Clericalen auf weniger Stimmen als 1890 die Centrumsmänner allein. So in dem einen Wahlkreis dieses Mal nur auf 3966 Stimmen gegen 4450 im Jahre 1890. In Bochum hatten dieses Mal die Antisemiten nur 633 Stimmen, während 1890 auf Dr. König noch 2206 Stimmen fielen. Ein Rückgang ist ebenfalls in Liegnitz zu verzeichnen, wo die Agitation für Hertwig seiner Zeit nach dem unverdächtigen Zeugniß der „Schlesischen Morgenzeitung" enorme Geldmittel erfordert hatte und mit großer Anstrengung geführt war. Ueber Berlin, wo Wochen lang, fast täglich antisemitische Versammlungen stattgefunden haben, schrieb der den Antisemiten (insbesondere Berliner Förbung) doch sicherlich wohlgesinnte „Reichsbote" unter dem frischen Eindruck der Wahlen:

„jedenfalls hat aber die Wahl bewiesen, daß die Antisemiten bei Weitem nicht den Anhang im Volke haben, den sie sich zuschreiben."

Da sie in der Mehrheit der Berliner Bezirke die einzigen Candidaten waren, die als Anhänger der Militärvorlage in Betracht kamen, und ihnen deshalb auch von nichtantisemitischer Seite viele Stimmen zufielen, ist dieses Urtheil um so mehr begründet. Besonders ist in Hessen ein Stillstand, sogar ein nicht unansehnlicher Rückgang der Antisemiten in denjenigen Bezirken festzustellen, in denen sie schon 1890 candidirten. So hatten die vereinigten Antisemiten und Conservativen bei der Wahl in Cassel vom 16. Juli 1891 weit über 6000 Stimmen, dieses Mal nur ca. 5000, während die sozialistischen Wähler um etwa 2000 gewachsen sind. In Homberg-Fritzlar hat Liebermann von Sonnenberg ein Mehr von 213 Stimmen, während seine Gegner um 2850 Stimmen zunahmen.

In Waldeck nahmen sowohl Antisemiten als Gegner um etwa 100 Stimmen zu; in Gießen verloren die Antisemiten gegen die 1890er Nachwahl 1500 Stimmen, die Gegner nahmen um 500 Stimmen zu; in Alsfeld-Lauterbach wurden für Antisemiten (Werner und Stöcker) etwa 600 Stimmen weniger abgegeben, für die Gegner 1000 Stimmen weniger; in Rinteln-Hofgeismar nahmen die Antisemiten um ca 500 Stimmen zu, der Gegner aber um 1100; endlich verlor Böckel in der Hochburg Marburg 2000 Stimmen, während die Zahl der Gegner um 2300 Stimmen stieg. Marburg, wo 1890 Böckel mit 8739 gegen 4750 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt war, wurde dieses Mal erst in der Stichwahl erobert, wie denn Homberg-Fritzlar der einzige hessische Wahlkreis ist, in welchem die Antisemiten ihren Candidaten gleich im ersten Wahlgang durchbrachten.

Sehr gut hat sich **Baden** gehalten, das trotz jahrelanger andauernder Agitation und mehrerer antisemitischer Zeitungen nur etwa 7000 antisemitische Stimmen brachte, wie überhaupt der Antisemitismus südlich der Mainlinie Erfolge nicht zu verzeichnen hat. Erstaunlich gering sind endlich auch die Erfolge in der Provinz **Hannover**, die noch den Wahlen von 1890 sich der besonderen Fürsorge der antisemitischen Agitation, besonders durch **Liebermann von Sonnenberg** und **Leuß** zu erfreuen hatte. Einen großen Erfolg hatte die antisemitische Partei eigentlich nur in **Sachsen**, wo sie gegenüber einem Rückgang conservativer Stimmen um etwa 40000 und nationalliberaler um ca. 7000 einen Zuwachs von etwa 85000—90000 Stimmen hatte.

Sie hat **in Sachsen** etwa $^1/_3$ ihrer Mandate errungen und $^1/_3$ ihrer Stimmen erhalten. Und das ist deshalb bemerkenswerth, weil Sachsen ein **besonders „judenreines" Land ist.**

Die „Staatsbürger Ztg." weiß sich zu helfen, die Antisemiten habe ihre Erfolge in Sachsen errungen, nicht **obgleich**, sondern **weil** dort so wenig Juden wohnen und deshalb **keine Judenfurcht** besteht. Wir hatten uns ja ähnliches gleich gedacht und deshalb im vorigen Artikel durch den Hinweis auf die erkennbar gemachten Stimmzettel der Antisemiten dargelegt, daß diese terrorisirten und nicht terrorisirt wurden. Wie es denn überhaupt noch ein schlagender Beweis für die „Judenfurcht" ist, daß die „Judenliberalen" Beschützer der geheimen Wahl sind, während die Ahlwardtleute die „männliche" öffentliche Abstimmung wünschen. Die „Staatsbürgerzeitung" geräth mit ihrer lächerlichen Ausflucht von der „Judenfurcht" aber nicht nur mit dem gesunden Menschenverstand, sondern mit ihrem Freunde **Prof. Förster** in Conflict. Der hatte nämlich das Pech, be-

der Nachwahl in Auerbach Anfang 1892 durchzufallen — er erhielt nur etwa den zehnten Theil der abgegebenen Stimmen. Und er erklärte seinen starken Mißerfolg damit, „daß das Voigtland von der Judennoth verhältnißmäßig noch sehr wenig heimgesucht sei". —

Und da sind wir wirklich in einer heftigen Klemme. Ist die geringe Zahl der Juden die Ursache, daß Förster 1892 nicht gewählt wurde oder daß jetzt gerade in Sachsen soviel Antisemiten gewählt wurden*)? Und wurden in Hessen die Antisemiten gewählt, weil der Jude es im Hessenland so arg treibt, in Sachsen aber, weil dort fast gar keine Juden sind**)?

Sachsen ist derjenige Theil Deutschlands, wo die moderne kapitalistische Entwickelung die stärksten Fortschritte gemacht hat, deshalb hat neben der Sozialdemokratie, die in Sachsen allein dem antisemitischen Anprall widerstanden hat, der Antisemitismus dort seine Erfolge errungen.

So giebt unsere Uebersicht ein durchaus nicht unerfreuliches Bild. An vielen Stellen Stillstand und selbst Rückgang der antisemitischen Bewegung.

Und als einen moralischen Gewinn können wir davontragen, daß die Haupterfolge der Antisemiten in Bezirken errungen sind, in denen die meisten antisemitischen Wähler die Juden nur vom Hörensagen, das heißt, von ihrer schlechtesten Seite kennen. Und dies moralische Element giebt uns erneuten Muth zum Kampf.

**Unser Kampf in der Zukunft** darf um des Himmels willen nicht geführt werden mit Ausnahmemaßregeln gegen die Antisemiten.***) Aber auch kein Ausnahmerecht zu Gunsten der Antisemiten. Wir haben in dem ersten Artikel gezeigt, wie der Antisemitismus aus der **Protection der Beamtenschaft** seine Kraft zieht. Wir lassen ein Beispiel aus der Justizpflege folgen, um zu zeigen, **wie viel weniger gefährlich es für einen Antisemiten ist, sich an den Behörden zu reiben,** als für einen nichtantisemitischen Staatsbürger. —

Der „Vorwärts" vom 11. April 1893 theilt folgenden Fall mit: „Der sozialdemokratische Redacteur der Bergarbeiterzeitung „Glückauf" zu Zwickau bespricht in seinem Blatte ein Bergarbeiterfest - hierbei erwähnt er, daß das Gerücht gehe, die Bergverwaltung habe für eine Paradehose, die ihr 4,50 Mk. koste, 7 Mk. von einem Bergmann sich zahlen lassen. Es fügt hinzu: „wir nehmen an, daß ein Mißverständniß vorliegt und die Hosen nur zum Selbstkostenpreis abgegeben sind. Der Grubenvorstand (ein Privatmann) erhebt Privatklage. Es wird vor dem Schöffengericht bewiesen, daß das mitgetheilte Gerücht allerdings verbreitet war. Das Schöffengericht nimmt an, daß die Behauptung wahl unwahr, aber nicht verleumderisch sei. Das Gericht verurtheilt den Redacteur wegen Privatbeleidigung zu — einem Jahr Gefängniß. Das Chemnitzer Landgericht bestätigte dies Urtheil im Dezember 1892".

Drängt sich da nicht unwillkürlich die Parallele mit dem „Märtyrer" Ahlwardt auf? Und, es ist gewiß kein Zufall, daß Wahlen, wo eine drakonische Strenge gegen Sozialisten herrscht, eine große Milde zu Gunsten der Antisemiten, den Letzteren große Erfolge gebracht hat. Denn es ist viel behaglicher als Märtyrer sich aufspielen zu können, denn ein Märtyrer zu sein. Der Antisemitismus ist nicht nur der Sozialismus der Dummen (d. h. wohl richtiger der nicht streng Logischen) sondern — zum Wenigsten in einer Anzahl seiner Führer — der Sozialismus der Klugen. Wir würden durchaus nicht wünschen, daß Ahlwardt eine härtere Strafe erhalten hätte, wir hätten aber gewünscht, daß in dem angeführten Falle der Sozialist eine geringere Strafe erhalten hätte. Mag der Richter, insbesondere der sächsische, den Antisemitismus als Milderungsgrund ansehen, weil er den Antisemiten für einen Patrioten ansieht, den Sozialismus als Strafschärfungsgrund, weil er den Sozialisten als Reichsfeind betrachtet. Das können wir nicht ändern. Was wir aber können und müssen, ist, darauf hinzuweisen, zeigen, daß der Antisemit nicht der Märtyrer, sondern der Schützling vieler Behörden ist. Nicht Ausnahmegesetze sind zu verlangen, sondern die Anwendung der Gesetze. Nicht ein Ausnahmerecht, sondern gleiches Recht für Alle.

Ist diese Forderung verwirklicht, wird den Beamten erlaubt, für die Sozialisten zu agitiren, wie heutzutage für die Antisemiten, so wird Mancher ein Sozialdemokrat sein, der heute Antisemit ist. Diese Umwandlung von Antisemiten in Sozialdemokraten würde dadurch allerdings nur beschleunigt, sie geht schon jetzt in großem Maße vor sich.

Auch hierfür haben wir ein symbolisches Ereigniß. Wilhelm Marr, der Bannerträger des Antisemitismus, der ein Antisemit war lange vor Stöcker, erklärte, er würde „roth" stimmen. Nicht obgleich, sondern weil er ein ehrlicher Antisemit sei. . .

*) Dieselbe Erscheinung, daß gerade „judenreine" Bezirke besonders stark antisemitisch sind, zeigt sich in Steiermark. Von den dortigen Antisemiten haben, wie sicherlich auch eine große Zahl der sächsischen antisemitischen Wähler, viele einen Juden noch nie zu Gesichte bekommen.

**) Die Lösung dieses Dilemmas liegt darin, daß der Antisemitismus, wie jedes Gefühl von der Veranlagung der Fühlenden abhängt. Wir können an dieser Stelle uns nicht weiter über diese psychologisch interessante Frage auslassen und bemerken, daß die Erörterungen über den Antisemitismus sich zu ausschließlich mit den Juden und nicht genug mit den betreffenden „Wirthsvölkern" beschäftigt haben.

***) S. den besonderen Artikel in dieser Nummer.

## Ausnahmegesetze gegen die Antisemiten?

Das starke Anwachsen der antisemitischen Partei hat in manchen liberalen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen. An 300000 antisemitische Wähler haben ihr Votum dahin abgegeben, daß die soziale Frage mit der Judenfrage identisch ist, daß sie von einer Lösung der Judenfrage das Glück Deutschlands erwarten. Dadurch, daß sie den jüdischen Kapitalismus bekämpfen, beweisen die Antisemiten eine Tendenz zum Sozialismus hin, eine Tendenz, die vorläufig bei dem christlichen Millionär Halt machen, während sie den jüdischen das Geld abnehmen will. In der That haben es viele Antisemiten schon klipp und klar ausgesprochen, das man den Juden das Vermögen abnehmen soll, so Theodor Fritsch, so Ahlwardt.

Zu diesem anticapitalistischen Zug im Antisemitismus gesellt sich ein einseitig nationaler, der aus falschem Rassenprincip alle nichtdeutschen Elemente aus Deutschland ausgeschlossen sehen will. Dazu kommt eine starke Abneigung gegen die jüdische Religion und gegen das alte Testament, damit aber auch gegen das Christenthum, das ja immer als die Erfüllung des alten Bundes gilt. Diese drei Tendenzen, der Anticapitalismus, das Einseitig Nationale und das Antichristliche, stempeln die antisemitische Partei durchaus zu einer gefährlichen und culturfeindlichen Partei.

Jetzt, wo diese Partei eine größere Ausdehnung genommen hat, besinnen sich manche Liberale, die bisher passiv waren, und schauen mit mehr Aufmerksamkeit auf das Treiben der Antisemiten. Jetzt verlangt die nationalliberale „Kölnische Ztg.", daß die Gesellschaft und die Staaten dieser Ausbreitung des Antisemitismus die volle Aufmerksamkeit zuwenden und den ernsten Versuch einer Bekämpfung machen sollen. Denn eine Partei kann nicht bei dem jüdischen Reichthum stehen bleiben, ohne Haß gegen den christlichen zu wecken, eine Partei kann nicht das Rassenprincip hochhalten, ohne die Millionen Slaven, die in Deutschland leben, unbehelligt zu lassen, eine Partei kann die jüdische Religion nicht beschimpfen, ohne den Boden der christlichen zu unterwühlen. Deshalb geben wir der „Köln. Ztg." Recht, wenn sie in ihrer Nr. vom 30. Juni sagt:

„Die Bewegung hat jetzt eine Ausbreitung erlangt,

welche Bedeutung besitzt und Beachtung beansprucht, eine Ausbreitung, welche es verbietet, sie zu übersehen. Mit Spott läßt sie sich nicht mehr beseitigen, es bedarf eines klugen, ziel- und zweckbewußten Vorgehens, um dieses Ziel zu erreichen. Zunächst handelt es sich darum, der verirrten und verführten bäuerlichen Bevölkerung begreiflich zu machen, daß nicht auf dem von den antisemitischen Wühlern bezeichneten Weg eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen ist, über die sie, mit Recht oder Unrecht, Klage führt. **Eine entschiedenere Haltung der Staatsgewalt gegenüber der antisemitischen Bewegung ist unbedingt geboten**, die verführten Wählerschaften glauben da und dort durch die Wahl eines antisemitischen Abgeordneten der Regierung einen besonderen Gefallen zu thun. Der Antisemitismus ist, das hat er erst jetzt wieder gezeigt, eine durchaus culturfeindliche, dem Sozialismus die Ernte vorbereitende Bewegung".

Wenn aber die „Kölnische Zeitung" gewissermaßen eine **Ausnahmestellung** seitens der Regierung gegenüber den Antisemiten, ja vielleicht die Nothwendigkeit von **Ausnahmegesetzen** gegen die Antisemiten fordert, **so theilen wir diese Wünsche in keinem Punkte.** Ausnahmegesetze verstoßen gegen den Liberalismus und **helfen nichts!** Die Sozialdemokratie hat es bewiesen, daß die strengste Handhabung der Ausnahmegesetze durch die Polizei und Rechtspflege sie nicht bis ins Herz treffen konnte. Ausnahmegesetze treffen einzelne Individuen in ihrer wirthschaftlichen und sozialen Stellung empfindlich, vernichten aber die Ideen, die Prinzipien einer Bewegung nicht. Die Polizei kann Menschen einsperren, aber nicht Ideen. Und so versprechen wir uns nichts von einer Ausnahmestellung der Regierung der antisemitischen Partei gegenüber. Dazu kommt, daß die Ausnahmestellung die öffentliche Aufmerksamkeit in einem Maße auf die Antisemiten lenken würde, wie sie es kaum verdienen, ja, daß sie ihnen eine gewisse Märtyrerrolle verschaffen würde. Und nichts wirkt auf die Volksmasse berauschender, als wenn eine Partei für ihre vermeintlichen Ideale leiden muß! Darin beruht ja zum größten Theil der beispiellose Erfolg Ahlwardts. Kein Prozeß schadet ihm, im Gegentheil, er wird immer mehr zum „Märtyrer der „guten Sache!"

Nein, Ausnahmegesetze gegen die Antisemiten wollen wir nicht. Eine ehrliche und gerechte Anwendung der bestehenden Gesetze auf Christen und Juden, nach dem Prinzipe lauterster Gerechtigkeit, — das ist es, was wir verlangen, was wir im Namen des Liberalismus verlangen.

---

## Die Antisemiten im Reichstage.

„Die „**Antisemitischen Parteinachrichten**", das officielle Organ der deutschsozialen Parteileitung, schreiben:

Die „**Fraction der vereinigten Antisemiten**", deren Zustandekommen im ganzen Deutschen Reiche von den Antisemiten aller Richtungen sehnlichst erhofft wurde, wird, vorläufig wenigstens, noch nicht ins Leben treten. Was von deutschsozialer Seite geschehen konnte, um der Sehnsucht der Partei-Genossen im Lande nach einem äußeren Ausdrucke der Einigkeit aller Antisemiten in der Hauptfrage gerecht zu werden, ist geschehen. Abgesehen von den oft wiederholten Anregungen dieser Frage in der deutschsozialen Presse, hat auch der Reichtags-Abgeordnete v. **Liebermann** an die Herren Abgeordneten **Zimmermann** und Dr. **Böckel** folgendes Schreiben gerichtet:

„Cassel, den 28. Juni 1893.

Geehrter Herr College! Zunächst meinen besten Glückwunsch zu Ihren schönen Wahl-Erfolgen!

Unter Zurechnung der irrthümlich in den Zeitungen der conservativen Partei zugerechneten Antisemiten, werden wir Deutschsozialen mit 9 Abgeordneten in den Reichstag einziehen. Ihre Richtung hat nach meiner Rechnung 11 Mandate. Herr Ahlwardt habe ich dabei keinem von uns zugerechnet.

Ich glaube, daß wir es allen Antisemiten im Lande schuldig sind, nunmehr zu einer Fraction der vereinigten Antisemiten zusammenzutreten. Wir müssen dies auch schon aus dem Grunde thun, um Fractions-Rechte für uns zu erlangen. Um aber Niemand in seinen wirthschaftlichen und politischen Sonder-Anschauungen irgendwie zu beeinträchtigen, könnten wir ja die Abmachung treffen, daß nur in allen die Judenfrage betreffenden Angelegenheiten Gesammtberathungen der Fraction stattfinden. In allem Uebrigen wollen wir uns volle Entschließungsfreiheit vorbehalten.

Mit der Bitte, meinen Vorschlag einer freundlichen Prüfung zu unterziehen, verbinde ich die Versicherung, daß von meiner Seite Alles, was möglich ist, geschehen wird um ein einmüthiges Zusammenwirken unserer beiden Richtungen zu ermöglichen. Mit deutschem Gruß Auf Wiedersehen.

Ihr ergebenster **Liebermann von Sonnenberg.**"

Auf diesen Brief ist bisher keine Antwort erfolgt. Wohl aber melden die Organe der Herren Dr. Böckel und Zimmermann übereinstimmend, daß sich die Herrn Böckel, Zimmermann, Hunichen, Lotze, Lieber, Gräfe, Werner, Hirschel, Köhler, Klemm bereits zu einer „**Fraction der deutschen Reform-Partei**" zusammengeschlossen haben. Der „**Reichsherald**" äußert sich darüber u. a. wie folgt: „Eine Vereinigung aller bisher gewählten Antisemiten zu einer Fraction, in der Dr. **Sigl, Liebermann v. Sonnenberg, Ahlwardt** &c. vertreten wären, ist natürlich nicht denkbar, dagegen ist ein gemeinsames Vorgehen in der Judenfrage nicht ausgeschlossen. Die sechs in Sachsen und die sechs in Hessen gewählten Antisemiten werden sich auf Grund des reformirten Erfurter Programms zu einer deutschen Reformpartei vereinigen. Eine Fraction, deren ausschließlicher Zweck der Kampf gegen das Judenthum ist, wäre unmöglich. Es ist zu hoffen, daß sich unserer Fraction noch drei Mann, wenn auch nur als Hospitanten, anschließen, damit ein selbstständiges Vorgehen im Reichstage ermöglicht wird. Bekanntlich hängt die Möglichkeit eines selbstständigen Vorgehens und die Vertretung in den Commissionen von einer Zahl von 15 Mann ab." — **Unsere deutschsozialen Abgeordneten werden sich nunmehr ihrerseits ebenfalls zu einer Sondergruppe zusammenschließen müssen.** Da unsere Partei im Lande, wie es die Zahlen der Wahlstimmen beweisen, viel stärker und verbreiteter ist, als die neue Reformpartei, so ist die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß durch Nachwahlen bald die erforderliche Fractions-Stärke zusammenkommt.

Es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein! — Herr Liebermann von Sonnenberg und Herr Leuß müssen draußen bleiben und eine eigene Gruppe bilden. Wenn Herr v. Liebermann in dem obigen Briefe von 9 deutschsozialen Abgeordneten sprach, so hatte er sich gewaltig verrechnet; merkwürdig genug, daß er sich noch am 28. Juni, also 4 Tage nach den Stichwahlen, in einem solchen Irrthum befinden konnte. Nicht einmal Baron von **Langen** ist ihm treu geblieben, sondern hat sich der **deutschconservativen** Fraction angeschlossen.

## Liberalismus und Antisemitismus bei den Reichstagswahlen.

Das directe oder indirecte Eintreten liberaler Wähler für antisemitische Candidaten ist zum Gegenstande einer heftigen Zeitungspolemik geworden. Es gilt dies z. B. von den Vorgängen im Wahlkreise **Alsfeld**, wo durch die Schuld eines Theils der Liberalen der Antisemit Zimmermann gewählt worden ist. Da der Wahlkreis eine Nachwahl vorzunehmen hat, so bietet sich die Gelegenheit, den Fehler wieder gut zu machen.

Wir erhalten aus dem Wahlkreise Alsfeld-Lauterbach-Schotten eine Zuschrift, in welcher das Verhalten der freisinnigen Wähler zu rechtfertigen versucht wird. Dieselbe lautet:

„In der neuesten Nummer Ihrer „Mittheilungen" finde ich in einem Artikel die Notiz, es sei geradezu unbegreiflich, daß in verschiedenen Wahlkreisen, so auch in dem genannten,

freisinnige Wähler für den antisemitischen Candidaten gestimmt hätten. Als freisinniger Wähler fühle ich mich zu folgender Berichtigung veranlaßt:

Der mit dem Antisemiten zur Stichwahl stehende Candidat war von dem Bund der Landwirthe proclamirt gegen den heftigsten Widerspruch selbst des nationalliberalen Wahlcomités. Außerdem ist von demselben bekannt geworden, daß er selbst antisemitisch angehaucht ist, so daß ihm vor drei Jahren sogar eine Candidatur der Böckelianer angetragen war. Dazu war der Kampf zwischen dem Candidaten und der freisinnigen Partei ein sehr heftiger, ja sogar persönlicher; der Candidat der letztgenannten Partei wurde in Versammlungen und dem Sprachrohr des Herrn Prof. Dr Backhaus öffentlich verspottet und verhöhnt; während von den Antisemiten, das muß gesagt sein, gegen diese Partei anständig gekämpft wurde. Aus diesen Gründen sah sich das freisinnige Wahlcomité zu Alsfeld nicht veranlaßt, zur Wahl des nationalliberalen Candidaten aufzufordern, sondern verhielt sich mit einem großen Theil der Wähler neutral. Ein Zweigcomité der freisinnigen Partei zu Schotten forderte aber zur Wahl des Herrn Prof. Fr. Backhaus auf und dieser Aufforderung ist auch der größte Theil der Wähler, wenn auch schweren Herzens, gefolgt. Nachweislich können nur in den Städten Lauterbach und Alsfeld freis. Wähler für den Antisemiten gestimmt haben und das hatte jedenfalls in der persönlichen Abneigung gegen den nationalliberalen Candidaten seinen Grund, sodann darin, daß diese Partei es war, die vor drei Jahren, als Freisinn und Antisemit zur engeren Wahl standen, fast Mann für Mann für den letzteren stimmte."

Auch aus Bayern schreibt man uns:

„Zur Ergänzung Ihrer Notiz in Nr. 27 der „Mittheilungen", S. 266, Spalte 1, diene Ihnen, daß auch im Wahlkreis Rothenburg die Freisinnigen in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen Keller für den antisemitischen Bauernbündler Hilpert gestimmt haben, obwohl einzelne Wahlcomités der Freisinnigen — ein Centralcomité für den Kreis gab es nicht — Wahlenthaltung offiziell proclamirt hatten.

Folgende Zahlen erweisen das:

| | Hauptwahl: | | Stichwahl |
|---|---|---|---|
| Nationallib. | Keller | 4305 | 5422 |
| Antis. | Hilpert | 3690 | 7937 |
| Freis. | Seyboth | 3593 | |
| Conserv. | Beckh | 921 | 13359 |
| Sozialdem. | Zick | 908 | |
| Centr. | Dr. Lieber | 539 | |
| | | 13956 | |

Außer den Sozialdemokraten, welche Wahlenthaltung vorschrieben, haben sich also — die bei der Stichwahl herangezogenen Reserven außer Acht gelassen — an der Stichwahl 597 weniger betheiligt; das sind zweifellos Freisinnige.

Die Wähler Beckhs und des Centrums waren aufgefordert, für Hilpert zu stimmen. Außer diesen erhielt also Hilpert in der Stichwahl 2787 Stimmen und Keller 1117 Stimmen Zuwachs. Unter letzteren befinden sich ca 400 Stimmen von Jud n und „Judengenossen", welche in der Hauptwahl freisinnig gewählt hatten; bleiben also herangezogene Reserven Keller's 700—800.

Die herangezogenen Reserven Hilpert's doppelt so hoch gerechnet, ist das Resultat immerhin nur dadurch erklärlich, daß man annimmt, $1/3$ der Freisinnigen hätten in der Stichwahl für Hilpert gestimmt.

Die Erklärung liegt darin, daß Freisinnige und die Nationalliberalen sich im Kampf vor der Hauptwahl so stark befeindet hatten, daß diese Feindschaft jede andere Ueberlegung nicht aufkommen ließ".

Dagegen erklärt die nationalliberale „Köln. Ztg." die die Nachricht, daß die Freisinnigen in Gießen den Sieg des Antisemiten verschuldet hätten, für falsch, indem sie feststellt, daß in Gießen das freisinnige Wahlcomité in einem Flugblatt alle freisinnigen Wähler aufgefordert hat, dem nationalliberalen Candidaten ihre Stimmen zu geben, damit der Wahlkreis nicht wiederum durch einen Antisemiten vertreten werde, und daß die freisinnigen Wähler in ihrer großen Mehrzahl, vor allem in der Stadt Gießen selbst, dieser Aufforderung in anerkennens werthester Weise entsprochen haben. Nicht die Freisinnigen, sondern die unablässige Agitation der Antisemiten, die ungünstigen Ernte-Aussichten hätten den Sieg der Nationalliberalen vereitelt.

* * *

Der in Osnabrück gewählte nationalliberale Reichstagsabg. Wannhoff ist, wie die antisemitische „Hannov. Post" berichtet, „gegen weitere Judeneinwanderung".

## Ahlwardt und die Conservativen.

Während der letzten Wahlbewegung in Arnswalde-Friedeberg veröffentlichte Ahlwardt gegen die Conservativen ein Flugblatt, welches wir, als einen interessanten Beitrag zur Naturgeschichte des Antisemitismus, im Wortlaute folgen lassen:

Ein offenes Wort.

Nachdem es meinen sämmtlichen Gegnern in den heißen Wahlkämpfen nicht gelungen ist, in sachlicher Weise auch nur einen einzigen Punkt meines Programms zu widerlegen, bewerfen sie mich nach Art gezüchtigter Gassenbuben mit Kalh, und hoffen dadurch meine Wähler von mir abzuwenden. Am weitesten haben es darin einzelne Vertreter der conservativen Partei gebracht. Der Landrath von Meyer erschien in einer Versammlung in Zühlsdorf, verlas in amtlichem Ton einen Theil meiner Behauptungen im Reichstage und fragte mich: Halten Sie das aufrecht, ja oder nein? Ich mußte selbstverständlich annehmen, daß es auf sofortige Verhaftung abgesehen sei. Ich halte meine wesentlichsten Behauptungen voll aufrecht, stelle Ihnen hiermit 3 Tage lang meine Acten zur Verfügung und fordere Sie als Ehrenmann auf, dann öffentlich zu erklären, ob ich recht oder unrecht habe. Diese Akten hat der Landrath **nicht** genommen und damit bewiesen, daß es sich bei ihm nicht um Ergründung der Wahrheit handelte. Sagte ich ja, konnte ich verhaftet, sagte ich nein, sollte ich öffentlich geschändet werden. Gott hat es gefügt, daß ich nicht in die Falle ging (!) und der Landrath nach heißem Wortkampfe total geschlagen abziehen mußte. Jetzt verbot er dem Arnswalder Kreisblatte irgend eine Kundgebung von mir aufzunehmen, während die Freisinnigen in demselben Blatte gegen mich herziehen durften. In letzter Stunde, so daß eine Widerlegung fast unmöglich erscheint, läßt der Vorstand der conservativen Partei des Kreises Arnswalde, unter andern unterzeichnet von Dr. Raetzell und Krause, ein Flugblatt erscheinen, in dem diese Herren entweder selbst die Unwahrheit sagen oder von Herrn von Meyer getäuscht worden sind. Freilich haben ja mehrere Führer der Partei, so auch Herr Rechtsanwalt Krause, erklärt, daß in Wahlzeiten das Lügen selbstverständlich sei.

Ihnen gilt der alte Reichstag, den Seine Majestät der Kaiser fortgejagt hat, weil er ihn für unpatriotisch hielt, für eine unantastbare Autorität, und keine Ueberredung hat alle meine Gegner vermocht, selbst die Wahrheit meiner Behauptungen zu prüfen, damit richten sie sich vor der ganzen Welt, und wie dem verflossenen Reichstag, wird auch ihnen von der Weltgeschichte das Brandmal der Schande aufgedrückt werden. Sie sagen: Ich sei schuld an der Ausdehnung der Sozialdemokratie. Das ist unwahr. **Die Junker und Juden, die das Volk ausschinden und zur Verzweiflung treiben, sind daran schuld**. Ich, der den Bauern-, Handwerkerstand und Arbeiterstand frei machen will von der Ausbeutung, und dadurch zur Zufriedenheit bringen, bin hierdurch der Todfeind der Sozialdemokratie geworden. Es ist bei meiner Bekämpfung den Herrn, wie es dem franz. Adel 1789 erging. Durch alle möglichen Schliche beseitigen sie diejenigen, die eine gesunde Reform anstrebten, bis dann die Revolution ihr Haupt erhob und Alles in einem Meer von Blut und Thränen erstickte.

Indem ich die Bauern, Handwerker und Arbeiter von fremder Bedrückung freimachen will, will ich gegen die Revolution, die jetzt im

ganzen Reiche mit Windeseschnelle Anhänger gewinnt, einen Damm aufrichten. Wähler helft mir dabei, **gebt mir einmüthig Eure Stimme**, damit die Selbstsucht und Gemeinheit einen Denkzettel erhält. Vorwärts mit Gott für König und Vaterland, vorwärts für einen freien Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstand.

Friedeberg N.M., den 7. Juni 1893.

H. Ahlwardt, Rector.

Das vorstehende Elaborat, ein Gemisch widerlichster Demagogie und einer an Größenwahn grenzenden Ueberhebung, paßt ganz in den Rahmen der sonstigen Heldenthaten des antisemitischen Heros. Neu ist nur, daß er **die Junker und Juden in einen Topf wirft.** So mußte es kommen! Die Junker haben es um ihn wahrlich nicht verdient. Ist doch Ahlwardt auf ihren Schultern in den Reichstag gelangt. Haben doch die Junker laut ausgerufen: Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen! Und ließen sich doch die Führer der Junkerpartei noch vor Kurzem mit Ahlwardt in persönliche Unterhandlungen ein. Aber das ist eben der natürliche Entwickelungsgang. Der Antisemitismus will zunächst nur den Juden zu Leibe gehen; aber die aufgehetzten Massen begnügen sich allmählich nicht mehr mit dem Sturmlaufe gegen die **jüdischen** „Ausbeuter"; auch die christlich-germanischen kommen an die Reihe, und Agitatoren vom Schlage eines Ahlwardt übernehmen auch hier die Führung. Wenn irgendwo, so hat sich im vorliegenden Falle das Wort, der Antisemitismus sei die Vorfrucht der Sozialdemokratie, bewahrheitet.

Die Junker wollen den Antisemitismus **für ihre Sonderzwecke ausnutzen** und begünstigen diese Bewegung so lange sie sich in den Dienst der Junker stellt, verleugnen sie von dem Augenblicke an, wo sie ihnen selbst gefährlich zu werden droht.

Einen im tiefsten Grunde ehrlichen Mann nannte Herr Stöcker noch vor Monaten den Rector Ahlwardt. Wie denkt er jetzt von seinem Schützling, nachdem dieser sich erkühnt hat, seine junkerlichen Freunde als **Judengenossen** zu behandeln? —

## Jüdische Geschworene in Lemberg.

Durch die Antisemitenpresse Deutschlands ging jüngst folgende Nachricht:

„In Lemberger Juristenkreisen wird die Frage der Ausschließung der **jüdischen Geschworenen** von der Geschworenenbank neuerdings vielfach erörtert. Anlaß hierzu haben die geradezu skandalösen Wahrsprüche der letzten Schwurgerichtsperiode im Lemberger Gerichtssprengel gegeben. Auf der Geschworenenbank befanden sich regelmäßig 6—7 jüdische Geschworene, und jeder angeklagte Jude wurde mit genau soviel Stimmen freigesprochen, als Juden Richter waren. Darunter war auch ein bereits 53 Mal abgestrafter Dieb, den man zuletzt auf frischer That ertappt hatte. Ein jüdischer Geschworener mußte sogar unmittelbar von der Geschworenenbank in Arrest geführt werden, weil festgestellt wurde, daß er versucht hatte, einen Zeugen zu einem falschen Eide zu verleiten."

Da wir wieder eine Fälschung vermutheten, wandten wir uns an einen der Geschworenen in Lemberg, der zu derselben Zeit amtlich fungirte, mit der Bitte um Auskunft. Wir erhielten folgende ausführliche Nachricht, die unsere Vermuthung bestätigte:

„Aus beiliegenden amtlichen Verzeichnissen ist zu ersehen, daß bei den 23 Delicten, welche in der III. Cadenz, zum Wahrspruche vorlagen, 5 jüdische Angeklagte betheiligt waren; in Wirklichkeit aber waren 6 angeklagt, da bei der 13. Verhandlung, welche am 7. d. M. gegen Stefalowicz und Consorten stattfand, unter den Theilnehmern sich auch ein Jude befand. —

Unter den 6 Delicten befanden sich: 3 Diebstähle, 1 schwere Körperverletzung, 1 Preßdelict und 1 Betrug.

Bestraft wurden 2 wegen Diebstahls mit 2 und 6 Jahren schwerem Kerker, 1 wegen schwerer Körperverletzung mit 3 Jahren schwerem Kerker, 1 wegen Betrug mit 5 Jahren schwerem Kerker. Nur 2 wurden freigesprochen, 1 wegen Preßdelicts, und 1 wegen Diebstahls Angeklagter.

Den „53 Mal abgestraften Dieb" Leib Förster konnten die Geschworenen in diesem Falle nicht verurtheilen. Die Untersuchung ergab, daß im Dezember 1892 eine Frau aus einer entlegenen Vorstadt zum Ringplatze ging, um Einkäufe zu machen. Sie trug eine Geldbörse mit 45 Gulden in der Vordertasche ihres Wintermantels. Am Ringplatze, wo damals ein Menschenandrang war, wurde sie von einem Manne, welcher klein und brünett war und einen schwarzen Schnurbart trug, angerannt. Auf ihre Vorwürfe entschuldigte sich dieser und verschwand. — Einige Minuten später bemerkte sie den Verlust ihrer Börse. Im Polizeibüreau, wo sie die Anzeige erstattete, machten 2 Polizisten sofort die Bemerkung, daß dies Signalement nur auf den unter Polizei-Aufsicht stehenden L. Förster passe, da er klein und brünett sei und einen schwarzen Schnurbart trage. Man suchte ihn zwei Tage vergebens, am dritten Tage, als man ihn verhaftete, ergab sich, daß er am kritischen Tage im Allgemeinen Krankenhause aufgenommen worden war und dort die letzte Zeit verbracht hatte. Man fand bei ihm blos 9 Gulden. Die Frau — nebenbei bemerkt, auf einem Auge blind, und an Hysterie leidend — glaubte bei der Confrontation in ihm jenen Zudringling zu erkennen, bemerkte aber ausdrücklich, daß sie die Identität nicht beeiden könne. Den Schwurrichtern fehlte die Ueberzeugung, daß hier ein Diebstahl vorliege, weil der Frau möglicherweise die Börse verloren gegangen sein könnte. Und wenn sie wirklich gestohlen wurde, so ist doch nicht L. Förster allein ein kleiner brünetter Mann mit schwarzem Schnurbart. In einer Stadt mit 140 Tausend Einwohner giebt es gewiß mehr als einen, auf welchen jenes Signalement paßt. Die Bestohlene wollte oder konnte dies nicht beschwören. Sollten es die Geschworenen aufs Gewissen nehmen? —

Was den Geschworenen, der zur falschen Zeugenschaft beredet haben soll, anbetrifft, so ist noch gar nichts entschieden. Er wurde nicht unmittelbar von der Geschworenenbank in den Arrest geführt. Der Sachverhalt ist folgender:

Bei der fünften Verhandlung am 30. Mai 1893 als ein (sehr bedenklicher) Zeuge dem Vorsitzenden anzeigte, daß der Geschworene Dornheim ihn zur falschen Zeugenschaft zwingen wollte, wurde der Geschworene von der Geschworenenbank entfernt und gegen ihn die Strafuntersuchung eingeleitet. Am dritten Tage wurde er vom Untersuchungsrichter verhaftet und nach 24 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt; die Untersuchung ist noch im Gange.

Zum Schluß noch die Frage: Warum verschweigen die antisemitischen Blätter die Nachricht, daß zur selben Zeit in Stanislau zwei Geschworene von unverfälschter arischer Race, 2 deutsche Colonisten, von Gendarmen verhaftet wurden, weil sie sich bestechen ließen?"

## Vermischtes.

**Zum Antisemitismus in Sachsen.** In unserem Artikel S. 266 wurde erwähnt, daß die Kreishauptmannschaft Bautzen „**judenrein**" sei, d. h. daß auf 1000 Einwohner 0 Juden kommen. Das ist nicht ganz richtig, wie die „Neue Deutsche Zeitung", das Leipziger Antisemitenblatt, rügt. Allerdings kommen auf 1000 Einwohner 0,7 Juden, also auf 10 000 Einwohner 7 Juden. Daß diese Zahl an den Ergebnissen unseres Artikels nichts ändert, ist klar, wenn man erwägt, daß unter 370 739 Einwohnern der Kreishauptmannschaft Bautzen nur 268 Juden leben. Wenn aber auf 10 000 Einwohner nur 7 Juden kommen, d. h. 1 Jude auf 1430 Einwohner, so ist man wohl berechtigt, diese Kreis-

hauptmannschaft „judenrein" zu nennen. Oder sollten 1430 Sachsen sich von einem Juden so verderben lassen, daß man sie „verjudet" nennen kann, welches Armuthszeugniß für diese 1430 Sachsen!

**Stöckers Sturz.** Unter dieser Spitzmarke schreibt der Böckel'sche „Reichsherold":

„Der ehemalige Hofprediger ist in seinem langjährigen Wahlkreise Siegen gestürzt worden. Was wir stets gesagt haben, daß der Wahlkreis Stöckers ihm nicht mehr sicher sei, ist richtig eingetroffen, trotz der höhnischen Versicherung des christlich-sozialen „Volk", daß die Stimmen der „Böckelianer" ohne Weiteres für Stöcker sicher seien, hat der größte Theil unserer Parteigenossen sich der Wahl enthalten oder für Dreßler gestimmt. Dr. Böckel hat, obwohl ihn das conservative Wahlcomité dringend darum ersucht, keine Wahlparole ausgegeben und es seinen Wählern (1089 Stimmen) überlassen, sich zu entscheiden. Daß der größte Theil derselben für Dreßler stimmte, hat seinen guten Grund.

1. Hat Dreßler sehr anständig gegen Dr. Böckel gekämpft, während die Agitatoren Stöckers und Stöcker selbst Dr. Böckel als „Narren, Schwindler, Sozialdemokraten u. s. w." bezeichneten. Dies haben die Gegner in einem kurzen Flugblatt kurz vor der Wahl in den Kreisen unserer Parteigenossen verbreitet Die Folge davon war Erbitterung und das — ganz natürlich!
2. Hat die infame Kampfweise der Conservativen im Wahlkreise Marburg, die bald behaupteten, Dr Böckel stecke 55000 Mk. jährlich von den Bauern ein, bald wieder in Flugblättern behaupteten, Dr. Böckel könne seine Schulden nicht bezahlen, die Bewohner des Nachbarkreises Biedenkopf gegen die Conservativen aufs Höchste erbittert.
3. Hat die Aufstellung Stöckers in Alsfeld gegen Zimmermann den Wählern gezeigt, daß Stöcker mit uns nichts gemein hat, sondern ein Feind unserer Partei genau ebenso ist wie der Stöcker, der sich nicht einmal entschließen konnte, Anträge Dr. Böckels im Reichstage zu unterzeichnen

Dies waren die Motive, an denen auch die Heulmeiereien und Schimpfereien des „Volk" absolut nichts ändern werden. Die Schuld des Durchfalls trifft Stöcker und die Conservativen, sonst Niemand. Sehr richtig betont dies auch das Wiener „Deutsche Volksblatt". Wie taktlos und unpolitisch die Stöckerpresse vorging, beweist die Thatsache, daß in einer Nummer des „Volk" zwei Artikel standen, von denen der eine aus Alsfeld die Christlich-Sozialen zum Kampf gegen uns aufgefordert und der andere aus Siegen um die Stimmen der „Böckelianer" bettelte. Wenn ein Blatt so verächtlich und charakterlos kämpft, so verdient es die Züchtigung, welche die ehrlich denkenden Wähler des Wahlkreises Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf ihm ertheilt haben."

**Die antisemitische „N. Deutsche Ztg."** des Dr. Erwin Bauer in Leipzig scheint mit Vorliebe von **Polizeispitzeln** bedient worden zu sein. Am 28. Juni wurde der verantwortliche Redacteur des Blattes, Schroot, wegen verleumderischer Beleidigung des Redacteurs des „B. Tgbl." und des Berliner Correspondenten der Römischen „Tribuna" zu 500 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Es stellte sich heraus, daß der incriminirte Artikel von dem damaligen inzwischen aus dem Dienste entlassenen Beamten der Berliner politischen Polizei Schumann, auch unter dem Namen Normann, Walgren, Werner u. s. w. be—kannt, verfaßt war. Unsere Leser werden sich erinnern, daß bei dem Prozesse der „N. D. Ztg." wegen Beleidigung des Xantener Gerichtshofes ein Polizeispitzel (vermuthlich derselbe Schumann) die gleiche Rolle gespielt hat.

**Zu den hessischen Landtagswahlen** macht Böckel bereits mobil, indem er seine Gesinnungsgenossen auffordert, die Aufstellung von Candidaten vorzubereiten.

**Ahlwardt-Reliquien.** Ahlwardt befand sich vor einigen Tagen in Swinemünde und trank dort wie andere Sterbliche auch Kaffee. Von diesem weltgeschichtlichen Ereigniß giebt nebst interessanten Einzelheiten ein Schriftstück Kunde, welches folgendermaßen lautet: „Swinemünde, 25. Juni 1893. Herrn Oberkellner Anton Krzyzanki, z. Z. Swinemünde, bescheinige ich, daß derselbe heute den Reichstagsabgeordneten Rector Ahlwardt-Berlin bedient und die Tasse desselben, aus welcher derselbe seinen Kaffee getrunken, zum Andenken an den heutigen Tag behalten hat. Rens, erster Vorsitzender des deutschsozialen Landesverbandes von Pommern." — —

**Der Ahlwardt-Genosse,** nunmehr Mitglied der deutschconservativen Fraction des Reichstages, Baron v Langen, wird von den Vorstandsmitgliedern des conservativen Wahlvereins für Stralsund-Franzburg-Rügen, dem Commerzienrath Becker und dem Königl. Domänenpächter Peters-Höoet, gegen die (in der letzten Nr. erwähnten) Anklagen des Fürsten Putbus öffentlich in Schutz genommen. Der Königl. Domänenpächter erweist sich hierbei ganz und gar als Schüler Ahlwardts. So schreibt er: „Wenn der Fürst zu Putbus den Herrn Baron v. Langen den Beschützer Ahlwardts nennt, so giebt er hiernach der Meinung Vorschub, daß er im Gegensatz dazu der Schutzpatron des internationalen Judenthums sei." Doch es kommt noch besser. Herr Peters spricht von dem „jüdischen" Reichstagsabg. Samm der den Wahlkreis Stralsund einmal vertreten habe. Abg. Samm war aber thatsächlich evangelischer Christ. Diese Art, Jemanden aufs Gerathewohl zum Juden zu stempeln, hat der Herr Königl. Domänenpächter Peters mit Ahlwardt gemein.

**Eine Wählerversammlung in Tempelburg.** Ein interessanter Wahlkampf hatte sich um das Neustettiner Mandat zum deutschen Reichstage abgespielt, da nicht weniger als drei Antisemiten gegen einander candidirten, nämlich Herr Stöcker als Christlich-Sozialer, ein Herr v. Hertzberg als Mitglied des Bundes der Landwirthe und Ahlwardt. In den Versammlungen, in denen die Gegner einander durchaus nicht schonten, wurden hübsche Dinge zu Tage gefördert. Besonders merkwürdig gestaltete sich eine Versammlung, die am Vorabende der Wahl in Tempelburg abgehalten wurde, und über welche wie folgt berichtet wird: Tags vorher war dort Ahlwardt mit Musik vom Bahnhof abgeholt und in einer stark besuchten Versammlung mit großem Beifall ausgezeichnet worden. Seine Anhänger erschienen auch zahlreich in der christlich-sozialen Versammlung. Herr Oberwinder begann seine Rede mit der Erklärung, er könne nicht, wie Herr Ahlwardt, billigere Schnapspreise (den Liter zu 25 Pfennigen) in Aussicht stellen, die Christlich-Sozialen seien auch außer Stande, die Wähler mit Freibier und Freicigarren zu bewirthen. Seine Partei schmeichle nicht nach oben, aber gewiß auch nicht nach unten den niedrigen Instincten der Unwissenden. — Herr Oberwinder wirft hier Herrn Ahlwardt vor, was seiner Zeit Herr Paesgen, der Gönner Ahlwardt's, in Arnswalde den Freisinnigen vorgeworfen hatte: Stimmenfang mittels Freibier. Wie verwundert muß nun Herr Paesgen sein, daß sein Schützling sich innerhalb eines halben Jahres so verwandelt hat! Oder ist nicht die Lösung die richtigere, daß Herr Ahlwardt derselbe geblieben ist und Herr Paesgen seinerzeit im Irrthum gewesen?

**Die großen Waarenhäuser.** Der conservativ-orthodoxe „Reichsb." führt das Wahlergebniß in erster Reihe auf die weit verbreitete Unzufriedenheit zurück, und erwähnt als kennzeichnendes Beispiel, daß die großen Waarenhäuser, die ganze Gesellschaftskreise wie die Beamten für sich in Beschlag nehmen, zahllose andere Geschäfte ruiniren

„Nach der liberalen Wirthschaftspolitik des Gehenlassens sind diese Unternehmungen völlig legal." Die großen Waarenhäuser der Offiziere und der Beamten sind nun aber von conservativer Seite gegründet worden und stehen durchweg unter conservativer Verwaltung! Hier haben wir ein frappantes Beispiel für die Unzufriedenheit weiter Kaufmannskreise, deren Ursache nicht die Juden, sondern — conservative Waarenhäuser sind. Für einsichtsvolle Menschen ist die Abwälzung der Schuld auf die Juden eine national-ökonomische Beschränktheit. Man kann nicht bei den jüdischen Geschäften Halt machen, ohne eine Ungerechtigkeit zu begehen.

**Zum Kapitel des Antisemitismus im deutschen Heere** liefert folgender, der „Frkf. Ztg." aus Bielefeld mitgetheilter Vorfall einen sehr unerfreulichen Beitrag: Bekanntlich garnisonirt hier das 3. Bataillon des 55. Infanterie-Regiments (Graf Bülow). Im October vorigen Jahres wurden unter anderen auch 4 jüdische Einjährig-Freiwillige bei dem Bataillon eingestellt. Dieselben wurden von vornherein in auffallendster Weise vom Offiziers-Unterricht ausgeschlossen. Dasselbe Schicksal traf allerdings auch zwei christliche Freiwillige, deren körperliche Indisposition aber außer allem Zweifel stand. Am 1. April wurden die vier Freiwilligen nicht befördert. Einer derselben — nach unparteiischem, sachverständigem Urtheil ein ebenso tüchtiger als fähiger Soldat, über dessen tadellose Führung sich sein Compagnie-Chef lobend ausgesprochen haben soll — ist der Sohn eines hiesigen hochangesehenen Bürgers, der sich in einem langen, arbeitsvollen Leben, reiche Verdienste um Staat und Gesellschaft erworben hat, der von seinen Mitbürgern zu vielfachen Ehrenämtern berufen ist, der vier Feldzüge mitgemacht hat und 1870 mit dem eisernen Kreuz decorirt worden ist. Der Compagnie-Chef des Nichtbeförderten soll sich auf Befragen geäußert haben, der Freiwillige habe nicht die nothwendige körperliche Disposition (sic!). Eines Commentars zu diesem Vorgang enthalten wir uns.

## Vom Büchertisch.

**Ernste Plaudereien über die Judenfrage.** Berlin bei Richard Wilhelmy 1893.

Verfasser theilt mit, daß er ein Jude ist, der eine Christin geheirathet hat. Er konnte also besser als sonst leicht ein Schriftsteller sich in die Gedankenwelt beider Kreise einleben. Der Werth der Schrift liegt in den persönlichen Erinnerungen und Erlebnissen. Diese Jugenderinnerungen giebt er in so frischer und anregender Darstellung, daß seine Schrift über die Masse sanftiger Schriften zur Judenfrage weit hinausragt, denen man gewissermaßen ansieht, daß sie zumeist am Schreibtisch gemacht sind.

Seine Erlebnisse aus der Schulzeit, die der Verfasser in einem kleinen Städtchen verbracht hat, haben einen anziehenden idyllischen Zug, der aber durch das Typische des Falles klares Licht auf die Entstehung des Judenhasses in der Schule wirft. In seiner Werthschätzung der jüdischen Sabbathfeier begegnet sich der Verfasser mit Lagarde, der diese einmal „ein wahres Athemholen der Seele" nennt. Ist die Darstellung des intimen Lebens durchaus anregend, so vermißt man in den allerdings kurzen Kapiteln über Ritualmord etc. eine gewisse Gründlichkeit. Aber diese hat der Autor gewiß nicht geben wollen. Jedoch als „menschliches Dokument" eines modernen Juden, der mit klaren Augen in die Gegenwart sieht, hat das Buch entschiedenen Werth; es fesselt durch seine Intimität und man hat nach seiner Lektüre den Eindruck, als ob man die Bekanntschaft eines reinen Menschen gemacht hat.

**Dr. Bernhard Ziemlich** hat im Verlage von Fr. Korn, Nürnberg (1893) zwei Reden über **„die Erklärung der deutschen Rabbiner"** veröffentlicht, die wir allen denen empfehlen können, welche sich näher über die bekannte Erklärung orientiren wollen.

**Prof. Dr. Walter Pohlmann,** hat seiner Schrift „Das Judenthum und sein Recht" eine neue **„Das Judenthum und seine Feinde"** (Heuser in Neuwied) folgen lassen. Er beleuchtet treffend die antisemitische Geschichtsforschung, die geflissentlich alles Schlechte an der jüdischen Geschichte einseitig betont, indeß sie alles Gute wissentlich überschlägt. Die Darlegung der Rassenverhältnisse erscheint nicht tief genug. Pohlmann vernachlässigt den Nachweis der Fabel von dem arischen Urvolk. Dagegen sind die Kapitel über die Juden als Geschäftsleute und Handwerker kenntnißreich, namentlich der Beweis, daß die Entstehung der Großbetriebe und der Rückgang des Kleinbetriebes wirthschaftlich Fakta sind, die nur Kurzsichtigkeit den Juden anrechnen könne.

„So ist denn", schließt Professor Pohlmann diesen Theil seiner Ausführungen, „der Antisemitismus unter den Geschäftsleuten und Handwerkern im Grunde nichts Anderes als der Kampf der alten Zeit gegen die neue und das Bestreben, den Schlendrian und die geringere Begabung gegen die größere Betriebsamkeit und Klugheit zu schützen; kurz, der Antisemitismus der beiden genannten Stände ist die Reaction gegen die Alles verändernde, gewaltige Entwickelung unseres heutigen wirthschaftlichen Lebens. Es ist der alte Kampf der Finsterniß gegen das Licht — gegen dieses Licht, welches für blöde Augen zu hell und deshalb unerträglich ist."

Während viele Geschäftsleute und Handwerker aus Unkenntniß mit den Forderungen der Neuzeit Antisemiten sind, sind es die Junker aus Instinkt, aus Erziehung.

„Der Conservative alten Schlages haßt den Juden einerseits aus alter, lieber Gewohnheit. Seine Väter haben's geradeso gehalten, und er hält fest an der Väter altem Brauch. Warum auch nicht? Die Fabel von der Gleichberechtigung aller Menschen ist ja nur eine Thorheit. Hat es nicht immer Menschen zweiter Klasse gegeben? Sind wir denn etwa sonst in allen Dingen gleich? Es ist vielmehr eine unabänderliche und weise Einrichtung der Weltordnung, daß es überall Verschiedenheiten und Ungleichheiten giebt.

Ja, der Trieb des Menschen, stets Mitmenschen zweiter Klasse um sich zu erblicken, geht bis in die Anfänge der menschlichen Gesellschaft zurück. Ursprünglich waren es die Angehörigen der besiegten Volksstämme, die von den Siegern zu einer tieferstehenden Menschenklasse herabgewürdigt wurden."

In dieser klaren und einfachen Weise ist die ganze Schrift geschrieben. Wir empfehlen sie unsern Lesern auf das Wärmste und hoffen, daß sie manches Vorurtheil vernichten wird.

## Briefkasten.

☛ Wir bitten unsere Leser dringend, uns die Wahlresultate der einzelnen Ortschaften ihres Wahlkreises einzutheilen, sei es durch Abschriften, sei es durch Zeitungsausschnitte.

**C. H. in D.** Besten Dank für Ihre freundliche Mittheilung. Wie Sie sehen, haben wir den Gegenstand behandelt.

**Briefkasten der Expedition.**

**M. H., Sch. All.** 77 Pfg eingegangen.



Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ernst Schlechter, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 116a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 29. Berlin, den 16. Juli. 3. Jahrg. 1893.

## Herr Oberwinder, der „Volks“mann.

Nur die Dummen wechseln niemals. Wir sind es daher gewohnt, daß Politiker ihre Ansichten wechseln; und mit Recht gilt es deshalb nicht mehr für politisch geschmackvoll, solchen Meinungswechsel dem Gegner vorzuhalten. Aber dieser Meinungswechsel darf sich doch nur immer in einzelnen, sei es wichtigeren, sei es kleineren Punkten vollziehen; eine vollständige Umwandlung des ganzen Menschen, gewissermaßen von einem Tage zum andern, wird immer ein bedenkliches Kopfschütteln erregen. Was bei einem Politiker feststehen muß, ist in großen Zügen seine Weltanschauung. Hat er zwanzig Jahre eine Weltanschauung — noch dazu mit unzweifelhaftem Geschick — vertreten, und greift er plötzlich die Götter an, denen er noch gestern gehuldigt, so ist das jedenfalls ein erstaunliches Ereigniß. Ein solches Ereigniß hat sich bei Herrn Oberwinder vollzogen. 1887 erschien aus seiner Feder eine höchst interessante Schrift: **„Sozialismus und Sozialpolitik“**; wir lernen aus ihr Oberwinder als überzeugten Sozialisten kennen. Nicht als einen Schwärmer; der Werth der Schrift besteht vielmehr in der ruhigen Darstellung. Unter der Fülle politischer Litteraturerzeugnisse ist sie geradezu ein Muster van ruhiger Objectivität, wenn auch der Standpunkt des Verfassers überall deutlich betont ist. Nach weniger aber als jugendlichen Schwärmer; denn wir ersehen aus der Schrift, daß der Verfasser damals schon zwanzig Jahre einer der bedeutendsten Führer der österreichischen Sozialisten gewesen ist.

Zwanzig Jahre sazialdemokratischer Redacteur und dann christlich-sozial, vom Redacteur des „Volkswillens“ zum Redacteur des „Volk“ — ein gewaltiger Sprung. Das „Volk“ blieb, aber den „Willen“ gab Herr Oberwinder auf! Dieser Sprung wirkt noch grotesker durch die besondere Stellung, die Oberwinder nach Inhalt seines Buches innerhalb der sozialdemokratischen Partei eingenommen hat. Bekanntlich gilt der Satz, daß die Extreme sich berühren, ganz besonders von den Politikern auf dem äußersten rechten und linken Flügel. Schon von der Zeit der Gracchen ab gilt die Erfahrung, daß die äußerste Rechte die anarchistischen Elemente mobil macht, um den Refarmen in die linke Flanke zu fallen. Auch in Oesterreich wurde nach diesem Rezept gearbeitet, und es ist der Kern des Oberwinderschen Standpunktes, dieses Bündniß vor dem Forum der Weltgeschichte zu denunziren, durch practische Reformthätigkeit und maßvolle Haltung das Bündniß unschädlich zu machen.

Gehen wir auf die betreffenden Angaben im Einzelnen ein, die auch an sich genug des Interessonten bieten.

Schan auf dem Eisenacher Congreß hatten die Reactionäre ihre Hand im Spiel.

Der **Anarchist Mühlwasser** war Agent des Brünner Polizeidirectars Pickleb und des clericalen Fabrikanten Otto von Bauer und in ihrem Auftrag Besucher des Congresses (S. 89). Hatte Pickleb seinen Mühlwasser, so hatte Pater Florencourt seinen Anarchisten Pfeiffer (s. S. 139 und 102). Die Werkzeuge des besagten Pater scheuten auch var Betrugsoperationen nicht zurück. (S. 102.)

Diesen reactionären Elementen arbeiteten daher gewisse Führer der sozialdem. Arbeiterpartei in die Hände, als sie die Sache der radicalen Arbeiterpartei zu der ihrigen machten (S. 125). Getreu ihrem Ursprung arbeitete die radicale Agitation für die Reaction (S. 139); daher spricht Oberwinder auch von Feudalradicalen (S. 142).

Er selbst war hierbei allerdings ein Hinderniß. So lange die Partei des „Volkswille“ (d. h. Oberwinders Anhänger) in der Arbeiterschaft dominirte, scheiterten alle Versuche der Reaction (S. 131); die clericalen Journale benutzten daher einen Vorwand (S. 131); Pfeiffer und Pater Florencourt entwarfen Pläne (S. 139) und es wurde ein großer Schlag versucht, denn: „Die Reaction fühlte instinctiv diese Gefahr und setzte alle Hebel in Bewegung, um die Resultate langjähriger Intriguen festzuhalten. Die radicalen Agenten säumten daher nicht, eine neue Hetze gegen mich (Oberwinder) zu insceniren“.

Zur Bestreitung der Kosten gaben die Feudalclericalen 500 Fl., welcher Betrag es ermöglichte, auch einige Wiener Redner zu honariren. Einer derselben, der czechische Anarchist Baudisch, begnügte sich mit der bescheidenen Summe von 2 Fl. 50 Kr.

Das Verfahren erscheint um so schlimmer, als nach Oberwinder auch persönliche Interessen mitspielten. „Selbst der geistvolle Vertreter des canservativen Sozialismus, Dr. Meyer hat bitter darüber geklagt, daß die Feudalen, nachdem sie zu Macht und Einfluß gelangt waren, nur daran dachten, sich und ihre Sippschaft mit Sinekuren zu versehen“.

Er stimmt deshalb augenscheintich dem Verlangen Liebknechts bei, daß man im Kampfe gegen die Reaction mit der Linken zusammen stehen müsse. Und die Quintessenz seiner Anschauungen findet sich in dem (S. 146 abgedruckten) Manifest des Züricher „Sozialdemokrat“ von 1885.

Dieselbe Partei, welche die anarchistischen Bestrebungen begünstigte, um die Einheit und Macht der Kämpfer für die politische und soziale Emanzipation der arbeitenden Klassen zu brechen, dieselbe Partei, der wir nachgewiesen, daß sie in Oesterreich die sogenannte Propaganda der That einleitete, deren hocharistokratische Vertreter mit den intellectuellen Urhebern von Raubmorden Conventikel gehalten, dieselbe Partei schürt heute den Rassenhaß, den religiösen Fanatismus, um die allgemeine soziale Unzufriedenheit in falsche Bahnen zu lenken und die öffentliche Meinung irre zu führen".

Oberwinder spricht sich aber nicht nur durch das Medium des Zürcher „Sozialdemokrat" über die Antisemiten aus. Es war ihm eine Zeit lang gelungen, eine Besserung im Parteileben herbeizuführen — und da sie nicht andauerte, machte er folgende reservirte Bemerkung: „Hätte sich diese Besserung im Parteileben behaupten können, so wären die Zünftler und Pseudodemokraten,[1]) sowie jene Streber, die ihre politische Laufbahn mit der Jagd nach Ordensdecorationen begonnen und bald eine wahrhafte Pöbelherrschaft inaugurirten,[2]) niemals zu einer Bedeutung gelangt". (S. 143).

Eine kleine Abschweifung von unserem Thema. Das Bündniß der Feudalen mit den Anarchisten besteht nicht etwa nur in der Einbildung Oberwinders. Daß der berüchtigte antisemitische Agitator, Mechaniker Schneider, mit dem bekannten Anarchisten Peukert in Verbindung stand, ergiebt sich aus der Schrift des Antisemiten Holloway und daß er einen gewissen Waß als anarchistischen Commis voyageur für sich reisen ließ, ist durch seine Briefe an diesen belegt, die der Abgeordnete Bloch im österreichischen Reichsrath verlesen hat.

En passant zerstört Oberwinder die Drumont'sche Legende von dem „Judenkaiser Gambetta" und bemerkt, daß dieser von der tonangebenden Finanzwelt und ihrem Troß von Börsianern gehaßt war, wie er überhaupt in Drumant's „France juive" mehr Anecdoten als sachliche Mittheilungen findet (S. 153).

So erscheint uns Oberwinder als ein ganz gewöhnlicher „Judengenosse". Ist doch sein Blatt bis zum großen Krach 1873 von einem gewissen Siman Deutsch subventionirt worden (S. 110) und — fürchterlich zu sagen — er war sogar Mitarbeiter der „Freien Presse" (S. 120/121).

Er theilt das gewissermaßen unter Entschuldigungen mit, zu welchen indessen keinerlei Veranlassung vorliegt, denn bei der stets folgerichtig festgehaltenen Anschauung, daß die Arbeiterpartei an der Seite der Liberalen gegen die Reaction kämpfen müsse. war das natürlich.

Aber um so merkwürdiger ist bei dieser Stellungnahme der Umschwung, der sich bei ihm so schnell und so plötzlich vollzogen hat, er steht jetzt schon seit mehreren Jahren im Dienste derselben Kreise, die er nach 1887 mit seinem besonderen Haß beehrt hat.

Gelegentlich finden sich bei Herrn Oberwinder auch Bemerkungen, deren Anwendung auf seine jetzigen Gesinnungsgenossen ihn doch in einen Conflict mit diesen bringen würden. Immer haben die Antisemiten, die doch selbst eine sehr persönliche Kampfesweise zeigen, den Juden vorgeworfen, sie würden persönlich und trennten nicht das private Leben eines Parteiführers von seinem politischen. Oberwinder (S. 115) gesteht selber zu, daß er der Ansicht ist, daß das öffentliche und das private Leben eines Parteiführers sich nicht von einander trennen lassen! Wie wäre es, wenn Oberwinder mit diesem Satze unter seine Gesinnungsgenossen treten und fürchterliche Musterung halten würde! —

[1]) Augenscheinlich Lueger und Genossen.

[2]) Augenscheinlich Schönerer und seine Anhänger

## Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Dem Wunsche der „Mittheilungen" nachkommend füge ich anliegend das Wahlergebniß der einzelnen Orte des hiesigen Wahlkreises bei, aus welchem hervorgeht, daß die deutsch-soziale antisemitische Partei bei der Hauptwahl 2070 St. auf ihren Candidaten vereinigt hat. Vielleicht sind einige Erläuterungen zu diesem Resultate erwünscht. Das Hauptquartier der Antisemiten des hiesigen Wahlkreises befindet sich in der Stadt Zeitz, in welcher sie in der „Sächs. Provinzial-Zeitung" ein eigenes Organ besitzen, welcher Umstand ihnen bei der Agitation außerordentlich zu Statten kam. Neben der Agitation der Sozialdemokraten war die der Antisemiten die rührigste. In fast jedem Dorfe hielten entweder der Candidat der Deutschsozialen Dr. Tesdorpf oder der Redacteur der hiesigen antisemitischen Zeitung, Herrfurth, Versammlungen ab, und wenn trotzdem der Erfolg — die Antisemiten glaubten ihren Candidaten in die Stichwahl zu bringen — nicht ihren Erwartungen entsprach, so liegt dies an den Verhältnissen des Wahlkreises der eine außerordentlich intelligente Bauernschaft. die nichts von den antisemitischen Hetzereien wissen will, in sich schließt. Die relativ große Stimmenzahl verdanken die Antisemiten einzig und allein dem Zufalle, daß der Candidat der Freiconservativen und des Bundes der Landwirthe Dr. Barth, der selbst Landwirth und im Kreise ansässig, plötzlich starb und die Cartellparteien auf den nationalliberalen Landgerichtspräsidenten Günther, den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, als ihren Candidaten zurückgriffen.

In Folge eines wohl irrthümlichen Schreibens eines Beamten des Bundes der Landwirthe gaben nun die Antisemiten ihren Candidaten als Candidaten dieser Vereinigung aus, während die Cartellparteien und die Bezirksvorstände des genannten Bundes für den Landgerichtspräsidenten Günther diese Eigenschaft in Anspruch nahmen. Wäre diese Verwirrung, die umsomehr ins Gewicht fällt, als der Abg. Günther wegen seiner unentschiedenen Haltung bei wichtigeren Abstimmungen im Reichstage sich die Sympathien einer großen Anzahl von Wählern verscherzt hatte und nur seine Wahl dem schroffen Verhalten des sozialdemokratischen Candidaten den Deutschfreisinnigen gegenüber verdankt, nicht eingetreten; wäre Herr Dr. Barth am Leben geblieben, nicht 1000 Wähler hätten sich für den Antisemiten entschieden. Eine eigenthümliche Stellung nahm der Abg. Günther den antisemitischen Bestrebungen gegenüber ein. Er erklärte, daß er die antisemitische Bewegung für unchristlich halte, doch dahin wirken werde, die Regierung zu veranlassen, keine Geschäfte fürderhin mit den ersten jüdischen Banquiers zu machen. Auch würde es sein Bestreben sein, bei Berathung der Reichsgesetze den Geist des römischen Rechtes möglichst auszumerzen.

Im Großen und Ganzen glaube ich nicht, daß die Antisemiten im Wahlkreise jemals große Erfolge erzielen werden. Der Vorsitzende des hiesigen antisemitischen Vereins, Herr Schäfer, Geschäftsführer einer in Concurs befindlichen Handschuhfabrik, ein junger Predigtamtscandidat, der Rector Krebs, Leiter einer hiesigen städtischen Mädchenschule und der Archidiaconus Schiffmann, die intellectuellen Leiter der Bewegung erfreuten sich nicht allzugroßer Sympathien der Bürgerschaft. Der Anhang der Partei rekrutirt sich wie überall zunächst aus sogenannten Geschäftsantisemiten und einer großen Anzahl von jungen Leuten, die den Antisemitismus als Sport betreiben und für welche ja immerhin „ein deutschsoziales Fäßchen" etwas Verlockendes ist.

Bei der beschränkten Redezeit, die den Gegnern in antisemitischen Versammlungen gestattet wird, ist es schwer, ihnen entgegenzutreten, man ist daher auf die Praxis, die ja auch

des Oefteren in den „Mittheilungen" empfohlen wird, angewiesen, alle Unwahrheiten und Behauptungen der Antisemiten in befreundeten Blättern zu besprechen und zu widerlegen. Bei jeder passenden Gelegenheit mache ich davon den weitgehendsten Gebrauch, und empfehle Allen, die mit den Antisemiten zu kämpfen haben, dieses Abwehrmittel, dessen Wirkung mit der Zeit sich fühlbar machen wird.

O. N.

## Aus dem Wahlkreise Homburg-Fritzlar-Ziegenhain

erhalten wir folgende Zuschrift:

In dem Wahlkreise Liebermann v. Sonnenbergs wohnend, hatte Schreiber dieses Gelegenheit, den Wahlkampf zu beobachten, weshalb er sich wohl auch gestatten darf, seine Ansichten und Erfahrungen näher darzulegen.

Die Erfolge der Antisemiten brauchen uns durchaus nicht zu entmuthigen, da dieselben meist erst in der Stichwahl errungen wurden, wo ja doch oft (aus den entgegengesetzten Motiven allerdings) die verschiedensten Gegner zusammengehen. Bei etwas geringerer Zersplitterung unter den Ge enparteien wäre in gar manchen jetzt antisemitisch vertretenen Wahlkreisen der Antisemit überhaupt gar nicht in die Stichwahl gekommen, wie in Schmalkalden u. a. leicht nachzuweisen ist. Sehr großen Einfluß übte bei den Stichwahlen die Stellung der antisemitischen Candidaten zur Militärvorlage und oft sind dieselben selbst von freisinnigen Wählern unterstützt worden, weil für diese dem Anwachsen der conservativen Partei gegenüber die Wahl es Antisemiten das kleinere Uebel war. Die subalternen und unteren Beamten aber, die den Antisemiten die treueste Gefolgschaft leisten, sind eben durch Versprechungen, die sich auf die Verbesserung ihrer Lage beziehen, geködert worden. Nicht $\frac{1}{4}$ aller antisemitischen Wähler sind überzeugte Antisemiten; also nicht entmuthigt!

Zu manchen Erfolgen der Antisemiten in Hessen haben gewiß auch unsere eigenen im Wahlkampfe gemachten Mißgriffe beigetragen. So machten in Borken eine Anzahl dortiger Israeliten den (doch von vornherein aussichtslosen) Versuch, gereizt allerdings durch eine taktlose Provocation des Herrn von Liebermann, dessen Wahlversammlung zu stören. Herr von Liebermann hat diesen Mißgriff sofort überall, wo er aufgetreten ist, zu seinen Gunsten auszunutzen verstanden. — Um aber einer Ausnützung für später entgegenzutreten, ist ihm von einem Theilnehmer an jener Versammlung folgendes Schreiben zugegangen:

„Sie wollen es dem ergebenst Unterzeichneten zu gute halten, wenn er sich mit diesem ergebenen Schreiben an Sie wendet. Veranlassung dazu ist der bedauerliche Vorfall gelegentlich Ihres Auftretens hier in Borken. Wie hier eine Anzahl Israeliten gegen Sie aufgetreten ist, habe ich jedenfalls mehr bedauert und mißbilligt, als Sie selbst es gethan haben können, weil ich eine solche Kampfesweise — als den Regeln des Anstandes widersprechend — verurtheilen muß. Ich habe Tags zuvor, als ich hörte, meine Glaubensgenossen gaben sich Mühe, die Zusage des Völkerschen Saales rückgängig zu machen, Herrn Völker gebeten, Ihnen den Saal nicht zu verweigern. Ich habe das allerdings nicht gethan, um Ihnen einen Dienst zu erweisen, sondern, weil 1. Saalabtreibung nach meinen Begriffen politisch nicht anständig ist, und weil ich 2. der Ueberzeugung bin, daß eine solche Saalabtreibung mehr schaden kann als Ihr Auftreten selbst. Ich habe deshalb auch bei dem ersten Worte, das seitens jener Glaubensgenossen gegen Sie laut wurde, den Saal verlassen und ihn erst wieder betreten, als der Skandal zu Ende war. Nachher hatte ich allerdings die Empfindung, es wäre vielleicht besser gewesen, ich wäre geblieben und hätte wenigstens den Versuch gemacht, die Leute zu beruhigen, ich war jedoch zu aufgeregt und überlegte das in der Aufregung nicht. Außer mir verließ noch ein Glaubensgenosse sofort den Saal, mehrere andere blieben zwar zurück, verhielten sich jedoch ruhig. Sie sehen also, wie unberechtigt die Art und Weise ist, mit der Sie und Ihre Gesinnungsgenossen für das, was einzelne Israeliten thun, alle verantwortlich machen. Wie ich hier ausgeführt habe, so denken alle anständigen Israeliten.

Ich verurtheile den qu. Auftritt, aber begreiflich finden kann man ihn doch. Im hiesigen Wahlkreise hat bis zu Ihrem und Ihrer Gesinnungsgenossen Auftreten Alles in Frieden zusammen gelebt. Wenn Sie nun diesen Frieden ohne jede Berechtigung zu stören suchen und uns auf jede erdenkliche Weise beleidigen, da müssen doch die Israeliten erregt werden. Sie haben ja selbst betont, daß erst durch Ihr Eintreten die Bewegung den großen Umfang genommen hat, und damit haben Sie eben zugestanden, daß dieselbe — durch Erregung der Leidenschaften — künstlich in das Volk hineingetragen ist. Wenn Sie durch die große Stimmenzahl, die Sie auf sich und Ihre Gesinnungsgenossen zu vereinigen hoffen, glauben den Nachweis für die Berechtigung der Bewegung führen zu können, so müßte doch die Sache der Sozialdemokraten, für die Ihre ganze wüste Agitation ganz gewiß vorarbeitet, erst recht berechtigt sein. Wer aber die Wahrheit will, darf nicht die Stimmen zählen.

Auch mich erregten Ihre Worte, mit denen Sie in höhnischer Weise behaupteten, die Juden betrieben keinen Ackerbau. Das entspricht weder in Hessen überhaupt, noch besonders hier in Borken den Thatsachen. Mit die beste Frucht, die heuer in der hiesigen Gemarkung steht, gehört einem Israeliten, der sein Feld, auf welchem er gewöhnlich mehr als seinen vollen Bedarf erntet, vollständig selbst bestellt und dabei noch ein Handwerk betreibt. Noch zwei andere hiesige Israeliten ziehen aus der eigenen Landwirthschaft ihren vollen Bedarf, und etwas Feld hat jeder hiesige Israelit. Aehnlich ist es in ganz Hessen. Mein Vater war Bau- und Möbelschreiner (zünftig) und hat stets für einige Acker Pachtland gesorgt, das er bis auf's Pflügen und Säen selbst bewirthschaftete. Meine Eltern haben selbst Roggen geschnitten und gedroschen, Kartoffelbau getrieben, Flachs gezogen und bis auf's Weben selbst bearbeitet &c. So viel haben Sie in der Landwirthschaft jedenfalls nicht geleistet. Mein Bruder ist noch Schreiner. Ueberhaupt sind unter den Juden in Hessen nicht wenig Handwerker anzutreffen. — Gegen die Schäden unter den Israeliten kämpfen meine Gesinnungsgenossen wohl selbst genug an, doch haben wir dabei das tröstliche Bewußtsein, daß sie nicht größer sind, als die unter den nichtjüdischen Mitbürgern, obwohl uns die vorhandenen auch schon leid genug thun.

Ich weiß wohl, daß diese Ausführungen bei Ihnen auf unfruchtbaren Boden fallen, ich wollte Ihnen aber zeigen, daß wir Ihre Angriffe abzuwehren im Stande sind. Ich hätte das in Ihrer Versammlung ausgeführt, mochte Ihnen aber nach dem bedauerlichen Vorfalle nicht mehr zumuthen, mir das Wort zu geben; auch befürchtete ich bei Ihrer Weise, den Wahlkampf zu führen und den Gegner nie zu Worte kommen zu lassen, eine Abweisung. Hoffentlich haben Ihre Bemühungen immer weniger Erfolg und es wird dann wieder zu den früheren friedlichen Verhältnissen kommen. Die Hoffnung gebe ich nicht auf".

Eine weitere Wahrnehmung, die sich mir beim Wahlkampfe aufgedrängt hat, ist die, daß es den antisemitischen Candidaten nur genützt hat, daß ihr allerdings manchmal nicht mehr hübsches Vorleben von den Gegenparteien aufgedeckt worden ist. Das ist ja freilich leider ein betrübendes Zeugniß für einen großen Theil der deutschen Wählerschaft, aber es ist so eklatant zu Tage getreten, daß bei der weiteren Bekämpfung des Antisemitismus diese Erfahrung nicht unbeachtet gelassen werden darf.

## Aus Sinsheim (Baden)

schreibt man uns unter dem 10. Juli:

Einliegend übersende ich Ihnen in Abschrift die in der letzten Nummer der „Mittheilungen" erbetene detaillirte Aufstellung der Wahlresultate im hiesigen Bezirk und gebe Ihnen zum besseren Verständniß derselben gleichzeitig einen gedrängten Bericht über die Geschichte des Antisemitismus im XIII. Wahlkreise, speciell im Amtsbezirk Sinsheim.

Im Jahre 1890 standen bei uns (der Bezirk galt stets als überwiegend nationalliberal) das conservativ-nationalliberale Cartell, Centrum und Sozialdemokratie zur Wahl, aus welcher dann der conf. Graf Douglas (Gondelsheim)

als Reichstagsabgeordneter hervorging. Schon damals wollte man diesem antisemitische Tendenzen vorwerfen, er wies es aber in öffentlicher Versammlung — als er interpellirt wurde — entschieden zurück.

Als jetzt im Frühjahr Bedenken über die Annahme der Militärvorlage laut wurden und die eventl. Auflösung des Reichstages befürchtet wurde, fingen die Conservativen schon an, Versammlungen zu arrangiren, in welchen natürlich tüchtig auf die Juden geschimpft wurde. In einer derartigen Versammlung in Kirchardt trat dann Herr Oberamtsrichter Schindler dem Herrn Röder (Red. der „Bad. Landpost") in scharfer Rede entgegen. Dann folgten noch mehrere cons. Versammlungen und zum Schluß ein cons. Fest auf der „Burg Steinsberg". Nachdem der Boden nun auf der einen Seite von den Conservativen, auf der andern durch vereinzelte Herren, (fast ausschließlich Angehörige des niederen Beamtenstandes), die dadurch den Muth gewonnen haben, offen Farbe und sich als Antisemiten zu bekennen, vorbereitet war, ließen die letzeren Herrn Reuther (Red. des „Bad. Volksboten") kommen und durch Flugblätter und Hetzreden den ganzen Bezirk mit Hochdruck bearbeiten. Die Reichstagsauflösung war inzwischen erfolgt. Zwischen den Nationalliberalen und Conservativen entspann sich ein Streit, weil die ersteren es gewagt hatten, einen eigenen Candidaten aufzustellen (Gutspächter Wiffner, Secretär des Bundes der Landwirthe). Die „Landpost" führte diesen Streit mit Erbitterung und griff die Nationalliberalen in der maßlosesten Weise an, blieb aber trotzdem Siegerin und die Nationalliberalen gaben ihren Candidaten nicht nur preis, sondern sie traten ziemlich lebhaft für Douglas ein. Trotzdem blieb eine gewisse Spannung zurück und diese ist den Antisemiten zu gute gekommen. Viele Nationalliberale konnten sich nicht entschließen, Douglas zu wählen, und gaben dann ihre Stimme Schmidt, um dadurch wenigstens für die Militärvorlage einzutreten.

Von den 4000 Stimmen, die Schmidt erhielt, ist sicher blos die Hälfte den sog. Antisemiten aufzurechnen und wie diese Stimmen aufgebracht wurden, darüber erzählt man sich die tollsten Geschichten, die häufig des Humors nicht entbehren.

So haben noch in Freschklingen, wo noch 4 Wochen früher der Antisemitismus kaum dem Namen nach bekannt war, drei Schumacher die Agitation für Collegen Schmidt mit Erfolg besorgt. Nicht aus politischer Uebereinstimmung, sondern aus collegialen Gefühlen.

Wenn man die ziffermäßigen Einzelergebnisse genauer ansieht, so kommt man zu dem Schlusse, daß genau so gewählt wurde, wie gewählt wurde. In Neidenstein, wo die meisten Juden wohnen, konnte keine Versammlung zu Stande kommen, es wurde aber auch nicht eine einzige antisemitische Stimme abgegeben. Ebenso liegt es in Waibstadt und Siegelsbach, trotzdem die Antisemiten auch dort Flugblätter ꝛc. nicht sparten. Vielen Anhang fanden sie in Rappenau, wo 2, Sinsheim 1, Haffenheim 2, Neckarbischofsheim 3, Eichelbrann 2 antisemitische Versammlungen stattfanden. In Weiler und Hilsbach, wo Herr Reuther bei seinem Auftreten mit ironischen „Heil"-Rufen begrüßt wurde, blieb der Erfolg aus.

Die Thatsache, daß die Antisemiten 4000 Stimmen auf ihren Candidaten vereinigt haben, läßt sie nicht ruhen. Es werden weiter Versammlungen veranstaltet, die die Gründung von Bauernvereinen zum Gegenstand haben. So gestern in Rappenau, über deren Verlauf mir nichts bekannt geworden ist. Es war zuerst eine solche in Hoffenheim projectirt, die aber unterblieb, vielleicht weil Gegenagitation betrieben wurde. Ausbleiben werden sie aber auch da nicht und den Veröffentlichungen im „Bad. Volksboten" zufolge muß die Gründung des „Bad. Bauernbundes" bereits vollzogen sein. Das Bureau ist in Heidelberg, mit der Redaction des „Bad. Volksboten" vereinigt.

Aus all diesen Gründen ist es nöthig, unserem Bezirk besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist ja schon manches geschehen, aber es dürfte sich sicher empfehlen, hier dem Antisemitismus gleich beim Entstehen scharf auf den Leib zu rücken. Niemand (außer den betheiligten fanatischen Antisemiten) wünscht, daß die Bewegung an Ausdehnung gewinne und unsere Stadt und Bezirk dadurch in Verruf kommen.

**Aus Württemberg** wird uns geschrieben:

Bezugnehmend auf Ihre Briefkastennotiz in No. 28 theile ich Ihnen mit, daß nach amtlicher Zählung in ganz Württemberg **435** Stimmen für den Antisemitismus abgegeben worden sind, ein klägliches Resultat für diese Partei. Zwar haben die Ulmer Antisemiten schon im 1. Wahlgang für den Nationalliberalen Bantleon gestimmt, von dem deshalb aber noch nicht angenommen zu werden braucht, daß er „antisemitisch angehaucht" sei. Wie mir bekannt geworden ist, steht im Gegentheil B. vollständig auf dem Boden des natl. Landesprogramms und das redet von „Gleichberechtigung aller Stände, Rassen und Confessionen". Auch darf die Macht der Antisemiten in Ulm — dem einzigen württembergischen Bezirk, in dem der Antisemitismus sich eingenistet hat — trotz „Ulmer Schnellpost" nicht so hoch angeschlagen werden. Bei einer ausgesprochenen Antisemitencandidatur hätten sie es gerade so wenig wie in Stuttgart auf 500 Stimmen gebracht. Das mag wohl auch der Grund gewesen sein, warum die Herren keine Zählcandidaten aufgestellt haben. Sie haben sich, d. h. ihre Schwäche, am besten gekannt. Den Ulmer Bezirk als durch den Antisemitismus erobert für die Nationalliberalen darstellen, das hieße denn doch dem dortigen Antisemitismus zu viel zutrauen und wäre gerade Wasser auf die Mühle der Herren Antisemiten, die sich allerdings trotz verschwindender Anzahl dort geberden, als wären sie Herren und Meister. — In Württemberg haben die Wahlen gezeigt, daß hier — wo man keinen Kulturkampf kannte, — auch eine antisemitische Massenverhetzung unmöglich ist.

## Zur Abwehr.

**Aus Inowrazlaw** wird der „Allg. Ztg. d. Judenthums" unter dem 4. Juli geschrieben: Der zu Besuch hier anweiende **Erzbischof v. Stablewski** aus Posen empfing gestern den Besuch des Rabbiners Dr. Kahn. Bei diesem erkundigte sich der Herr Erzbischof sehr leutselig nach den Verhältnissen der hiesigen Gemeinde. Er fragte, ob es hier eine alte Synagoge gebe u. s. w. Herr Dr. Kohn richtete an Herrn Erzbischof in Anwesenheit mehrerer Geistlichen, wie des Bischofs, des Probstes u. A., eine Ansprache, die der Erzbischof in äußerst toleranter, acht im Geiste wahrer Nächstenliebe getragener Weise erwiderte. Die inhaltsreichen und bedeutungsvollen Worte des Herrn Erzbischofs gipfelten in dem Satze: „Das Christenthum ist eine Religion der Liebe, wir sind daher den Israeliten Liebe schuldig, und möge da kommen, was da walle, rechnen Sie auf die Pflichterfüllung der Katholiken in meiner Diözese nach dieser Richtung hin zu jeder Zeit." Mit warmem Händedruck und liebenswürdigen Worten entließ der hohe Kirchenfürst den Rabbiner.

**Der freiconservative Abg. Schulz-Lupitz** sagte in der Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses vom 4. Juli über den Antrag v. Loë betr. die corporative Organisation des Berufsstandes der Landwirthe u. A.:

„ . . . So oft dieser Prozeß des Sinkens der Grundrente sich in irgend einem Lande in früheren Jahrhunderten vollzogen hat — die Prozesse sind öfters vorhanden gewesen — so haben sie sich allerdings niemals vollzogen ohne die ernstesten Unruhen. Auch wir werden vielleicht diesen Unruhen entgegengehen, wenn wir nicht begreifen, daß gerade die intensivste Arbeit das beste Heilmittel ist. Bereits früher hat man die **Judenverfolgung** in Scene gesetzt, man hat

den reinsten Glauben herstellen wollen, man hat die Inquisition geschaffen, mit einem Wort: man reactionirte. — **Und heute haben wir dieselbe Judenhetze wieder;** allerdings geht man heute weiter. Denn der Antisemitismus hat ja geradezu erklärt: der Jude und der Junker, die haben unser Land ruinirt!" —

**Der „Allgemeine Deutsche Verband"** wird im Herbst dieses Jahres einen **Kalender aller Deutschen**, Jahrbuch des „A. D. V." herausgeben, welcher ausschließlich der Weckung des vaterländischen Sinnes und der Vertheidigung der gemeinsamen Interessen der Deutschen im In- und Auslande dienen soll.

Dieses Jahrbuch will auch die Bestrebungen des österreichischen und des reichsdeutschen Schulvereins, der Colonialgesellschaften, des Deutschen Sprachvereins und ähnlicher nationaler Vereine beachten und möglichst fördern.

Als Herausgeber hat Herr Karl Pröll die Leitung des Kalenders übernommen, der früher schon den „Deutsch-nationalen Kalender für 1891" und das „Deutschnationale Jahrbuch für 1892 und 1893" zusammengestellt hat, welche vielfachen Anklang fanden. Jede parteipolitische Richtung wird vermieden und nur der große, allbeutsche Gesichtspunkt festgehalten werden, so daß dieser „Kalender aller Deutschen" als die geistige Fortsetzung der früheren Jahrbücher Karl Prölls zu betrachten ist. Der bisherige Verleger der gedachten Jahrbücher, der Buchhändler Hans Lüstenöder, scheint gleichfalls eine Fortsetzung derselben zu planen, bei welcher jedoch eine einseitige, bisher abgelehnte, d. i. die **antisemitische** Tendenz hervortreten dürfte. Wir müssen dies erwähnen, um Irrungen vorzubeugen, falls die bereits bekannt gewordene Flagge ein anderes Gut decken sollte.

**Varnhagen von Ense über die Judenfrage.** Ein sehr merkwürdiges Wort hat vor 56 Jahren Varnhagen von Ense in einem ungedruckten Briefe an Gustav Kühne über die sogenannte Judenfrage gesprochen. Er sagt in diesem, Berlin, den 3. Juni 1837 datirten Briefe Folgendes: „Wie Jemand in unserer Zeit über Juden denkt, was er von ihnen weiß und versteht, was er ihnen gönnt und uns zuwenden möchte, das ist mir eines der wichtigsten Kennzeichen sowohl für das Innere des Menschen als auch für seine weltliche Fähigkeit. Ein Feind und Hasser der Juden kann große und edle Eigenschaften haben, allein er hat dabei auch gewiß einen dunklen Fleck im Herzen oder im Verstande, und sein Wirken im Leben wird auch nicht ohne Stellen sein, wo es lahm mit ihm geht." Den Herren Ahlwardt und Stöcker in's Album zu schreiben!

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Für die Nachwahl in Alzey-Bingen** hat Böckel die Parole „Wahlenthaltung" ausgegeben. Trotzdem beschloß eine Vertrauensmännerversammlung der antisemitischen Volkspartei, mit allem Nachdruck in den Wahlkampf einzutreten und den Schriftsteller Hugo Welker aus Ulm aufzustellen. Dieser wird natürlich ebenso durchfallen, wie Böckel am 15. Juni. Mit der Eroberung des ehemaligen Bambergerschen Wahlkreises, den Böckel schon in der Tasche zu haben glaubte, ist es einstweilen nichts.

**Für die Nachwahl in Neustettin** candidirt neben dem Antisemiten Prof. Förster der Hofprediger a. D. Stöcker als Candidat der Christlich-sozialen.

Ein Berliner Comité, bestehend aus den Herren Ahlwardt, Dr. Bachler, Dr. Schadwill, Friedrich Witte und Wilhelm Kretzer empfiehlt Herrn Förster. „Nach Lage der Dinge" hielt es Herr Stöcker für seine „Pflicht", die ihm von den Freunden im Neustettiner Wahlkreise angebotene Candidatur anzunehmen.

Vom 9. d. M. berichtet die „Ztg f. Pommern" aus Neustettin: „Heute Abend wird Ahlwardt den Antisemiten Dr. Förster den Wählern vorstellen. Die hiesige Bevölkerung ist so vom Antisemitismus fanatisirt, daß erhebliche Ausschreitungen und Krawalle, die bereits an den Vorabenden vor der Hauptwahl stattfanden, jedoch von der Polizei mit Erfolg unterdrückt wurden, jetzt wieder hervortreten werden. Auch das Landvolk ist vollständig antisemitisch angehaucht. Seit mehreren Tagen sind über 10 Ahlwardtische Agitatoren im Landkreise thätig."

Auf unsere Anfrage wegen der vorgekommenen Exzesse wird uns aus Neustettin von zuverlässiger Seite geschrieben:

„In einigen jüdischen Häusern wurden Fensterscheiben eingeschlagen und sonstige Beschädigungen verübt. Manche J den wurden auch thätlich beleidigt. Von den Tumultanten wurden einige sistirt und sehen ihrer Bestrafung entgegen. Auch leichte Verwundungen kamen vor. — Trauriger als diese tumultösen Vorgänge ist es ja, daß die jüdischen Bürger sich Abends kaum auf die Straße wagen dürfen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, beschimpft oder thätlich angegriffen zu werden. Der soziale Friede in unserer Stadt ist auf lange gestört. Wir sehen mit Besorgniß der Nachwahl entgegen, welche die Gemüther natürlich noch mehr erregen wird."

Nette Zustände!!

**Im Wahlkreise Alsfeld-Lauterbach-Schotten** haben die Antisemiten den Maler Bindewald aufgestellt. Der nationalliberale Prof. Backhaus candidirt wieder; als freisinniger Candidat ist der ehemalige Abg. Gutsbesitzer Wilbrandt-Friede in Aussicht genommen.

**Für die am 14. stattfindende Nachwahl in Rinteln-Hofgeismar** sind folgende Candidaten aufgestellt: Dr. König (Antisemit), Landrath v. Buttlar (conf.), Sanitätsrath Dr. Endemann (nationalliberal), Marcus (Sozialb.). Die Freisinnigen wollen dem Vernehmen nach für Dr. Endemann stimmen. — Die Stöckerpresse, welche für Dr. König eintritt, giebt ihrem Unwillen über die conservative Sondercandidatur einen sehr scharfen Ausdruck.

**Balsam auf die Wunde.** Ahlwardt hat die Periode der **Lorbeerkränze** bereits überwunden, für Herrn **Stöcker** beginnt sie erst. Aus Frankenstein (Schles.) wird unter dem 7. Juli gemeldet:

„Anläßlich der Anwesenheit des Hofpredigers a. D. Stöcker in Camenz (Schles.) wurde demselben auf einstimmigen Beschluß des Deutschsozialen (!) Vereins zu Frankenstein von dem Vorsitzenden, Herrn Rittergutsbesitzer Babel, ein Lorbeerkranz überreicht. Die Schleife des Kranzes trug die Inschrift: „Dem Vorkämpfer für Deutschthum und Christenthum von dem Deutschsozialen Verein Frankenstein Schlesien."

Lorbeerkränze sind allerdings wohlfeiler als Reichstagsmandate.

**Böckel und Ahlwardt.** In einer Berliner Versammlung hielt dieser Tage Dr. Böckel einen Vortrag, welcher zu heftigen Radauscenen zwischen den Anhängern Böckels, Stöckers und Ahlwardts Veranlassung gab. Böckel kam auch auf sein Verhältniß zu Ahlwardt zu sprechen. Einem Berichte der „Staatsbürgerztg." entnehmen wir Folgendes:

„ . . . Die Herren Rentsch und Sedlatzek begrüßen auch die Bildung der Deutschen Reformpartei mit großer Freude, bitten jedoch nunmehr für eine größere Einigkeit Sorge zu tragen, wer auf das antisemitische Programm gewählt sei, müsse auch in die Fraction aufgenommen werden, dies sei man den Wählern schuldig. Dies gab Dr. Böckel Veranlassung, sein Verhältniß zu Ahlwardt klar zu legen: Ahlwardt stehe heute unserm Standpunkt viel näher, als früher, und er habe nur den Wunsch, daß Ahlwardt allmählich zu der Ueberzeugung

gelange, daß er auf einem falschen Wege sich befand, und daß das, was er, Redner, ihm vor Jahren schon gesagt, richtig gewesen sei. Bezüglich der Druckhefte habe er Ahlwardt gesagt: „Wenn Sie das veröffentlichen, werden Sie eine colossale Aufregung hervorbringen, sich selbst und der Partei aber nur schaden; denn auf den ersten Zulauf wird der Rückschlag sehr bald folgen". Ahlwardt schwärmte damals noch für Stöcker und für die Conservativen, heute geht Stöcker in seinen Wahlkreis, um ihn hinauszutreiben. Wenn Ahlwardt erst seine Erfahrungen durchgemacht hat, dann bin ich der festen Ueberzeugung, daß dann die Zeit kommen wird, wo wir auf demselben Boden stehen. Wir haben durchaus keine persönliche Gehässigkeiten gegen Ahlwardt, wir haben ihn bekämpft, weil wir sein Vorgehen nicht für richtig hielten, und weil wir es nicht gut heißen konnten, daß er politisch mit Leuten zusammen arbeitet, die keine Antisemiten sind, das sieht Ahlwardt heute schon ein, und deshalb ist zu hoffen, daß wir auch noch einmal mit ihm zusammen gehen können."

Wie milde Herr Böckel mit ein m Male über Ahlwardt urtheilt. Er spricht von dessen „unrichtigem" Vorgehen, von dem „falschen" Weg, auf welchem Ahlwardt sich befand und sieht den Augenblick gekommen, wo er mit Ahlwardt zusammengeht. Böckel sagt, er habe es nicht gut heißen können, daß Ahlwardt politisch mit Leuten zusammenarbeitet, die keine Antisemiten sind. Ach nein, Herr Böckel, alles das gaben Sie nicht als Grund an, weshalb Sie jede Gemeinschaft mit Ahlwardt zurückwiesen. **Sie behandelten ihn als einen Schwindler ersten Ranges, als einen politischen Hochstapler schlimmster Sorte!!** Die Ehrentitel, mit welchen Herr Böckel Ahlwardt belegte, sind noch im Gedächtnisse unserer Leser.

Herr Böckel hat somit — die Correctheit des Berichtes der „Staatsbürgerztg." vorausgesetzt — eine *Schwenkung* vollzogen und seine frühere Abneigung gegen Ahlwardt ist lediglich auf Concurrenzneid zurückzuführen.

**Ein gemeinsames Preßorgan der Conservativen und Antisemiten.** Aus Landsberg a. W. wird der „Staatsb. Ztg" berichtet:

„Von den Vertrauensmännern des hiesigen Deutschen Reformvereins fand am Sonnabend im Gesellschaftshause eine Versammlung statt, zu der auch mehre *Conservative* und der Schriftsteller *Wald**) aus Berlin erschienen waren. Die Versammlung beschloß, hier eine *antisemitische* Zeitung erscheinen zu lassen, welche die Ueberschrift „Für Kaiser und Reich" tragen soll. Die Zeitung soll täglich erscheinen und vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. kosten. In dieser Woche werden inbetreff dieses Unternehmens noch im Wahlkreise *Friedeberg-Arnswalde* zwischen den *Conservativen und Antisemiten* Besprechungen stattfinden. Die Zeitung wird bereits in 14 Tagen erscheinen. Durch das Erscheinen einer zweiten Zeitung am hiesigen Orte ist einem alten Uebel endlich abgeholfen worden und vom Publikum wird das Erscheinen dieser Zeitung mit Freuden begrüßt."

In Consequenz dieses einträchtigen Verhaltens werden die Conservativen in Arnswalde-Friedeberg bei künftigen Wahlen voraussichtlich sofort für Ahlwardt stimmen.

**Die bereits sechsmal vertagte Anklagesache gegen den antisemitischen Schriftsteller Carl August Wald** und den Kaufmann Schulz wegen eines nächtlichen Exzesses im ehemaligen Ronacher-Café Unter den Linden ist am 12. Juli durch das Berliner Schöffengericht vorläufig zu Ende geführt worden. Es war in der Nacht zum 6. Januar d. J., als die beiden Angeklagten in Begleitung der Frau Schulz das Café besuchten und verschiedene kalte und warme Getränke zu sich nahmen. Sie befanden sich schließlich in angeheiterter Stimmung, und als der Geschäftsführer ihnen nahelegte, daß es Zeit sei, das Café zu schließen, verwiesen sie auf das Bier, welches sie noch in ihren Gläsern hatten. Die Aufforderung zum Verlassen des Lokals mußte wiederholt werden, und es kam darüber zu einer erregten Scene, während welcher Frau S. in Weinkrämpfe verfiel. Der Oberkellner und das übrige Personal geriethen mit den Angeklagten hart an einander, die wiederholten Aufforderungen zu Verlassen des Lokals fanden keine Beachtung, vielmehr fuchtelte Herr Wald mit einem Stockdegen in der Luft umher, zog schließlich einen nicht geladenen Revolver aus der Tasche und drohte, Jeden über den Haufen zu schießen, der sich ihm nahen würde. Als die Angeklagten sich endlich auf der Straße befanden, entstand vor dem Café ein Auflauf, der durch den Ruf verursacht wurde, daß im Lokal *Juden zwei Leute überfallen* hätten. Da die Anklagebehörde annahm, daß die beiden Angeklagten auch diesen Ruf ausgestoßen, so lautete die gegen sie erhobene Anklage nicht nur auf gemeinschaftlichen *Hausfriedensbruch* beziehungsweise *Bedrohung*, sondern auch auf *groben Unfug*. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß von einer Nothwehr keine Rede sei, daß die Verweisung aus dem Lokal eine begründete gewesen und die Angeklagten sich des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruches, Wald auch der Bedrohung, schuldig gemacht hätten. *Wald* wurde deshalb zu *zwei Wochen*, *Schulz* zu *einer Woche Gefängniß* verurtheilt.

**Hamburg,** 9 Juli. Um die Vergrößerung und das öftere Erscheinen des hiesigen Antisemitenblattes zu ermöglichen, werden auf 10 Mk. lautende Antheilscheine ausgegeben. Es soll bereits eine große Summe untergebracht sein. Wie man sieht, nutzen die Antisemiten den bei den Reichstagswahlen erreichten relativ großen Erfolg aus.

×× **Sinsheim,** 5. Juli. Einen neuen Beitrag zur Kampfesweise der Antisemiten liefert der „Bad. Volksbote" in einer seiner jüngsten Nummern. Er fällt in einem Artikel über die hiesige höhere Bürgerschule in der gemeinsten Weise über deren Vorstand Prof. *Ritter* her, weil dieser, die früheren Anzapfungen des Antisemitenführers Reuther nicht achtend, dem Schüler Julius Simon die Titelrolle in Kleist's „Prinz von Homburg" übertragen hat. Der Schüler Simon, der die Rolle nur ungern übernommen hat, wird mit „krummnasiger und krummbeiniger Judenknabe", der seinen Satz in „schainer, daitscher Sprache" heruntersagen wird, apostrophirt.

Hier wird allgemein angenommen, daß fragl. Artikel von einem Lehrer der Anstalt inspirirt ist. — Angesichts solcher Vorkommnisse dürfte die seither bewahrte Reserve seitens der gebildeten Leute doch nicht mehr angebracht sein.

**Darmstadt,** 5. Juli. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich der vormalige Redacteur und Verleger *Theis* der inzwischen eingegangenen antisemitischen Zeitschrift „Der Landwirth und Bienenzüchter" wegen *Beschimpfung der jüdischen Religion* auf Grund des § 366 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Theis hatte vom November 1891 bis März 1892 in verschiedenen Nummern seines Blattes, angeblich gedrängt von seinen Abonnenten, einige Stellen aus dem antisemitischen Katechismus zum Abdruck gebracht und kritisirt. Diese Veröffentlichungen will er nicht für strafbar gehalten haben. *Professor Dr. Strack* von der Berliner Universität erklärte als Gutachter, die incriminirten Stellen seien dem Schulchan-Aruch entnommen, zum Theil wohl formell anstößig, jedoch vollständig aus dem Zusammenhang herausgerissen und müßten deshalb zur irrigen Auffassung führen; der Inhalt des antisemitischen Katechismus zeige eine vollkommene Unkenntniß des Talmuds u. s. w. Auf Grund dieses Gutachtens gelangte das Gericht zu der Ansicht, daß Theis, obwohl er die ihm zur Last gelegte Strafthat begangen und zugestanden, *weil ihm die nöthige Einsicht zur Beurtheilung der Frage, ob der Abdruck strafbar sei oder nicht, gefehlt habe* (!), von Strafe und Kosten freizusprechen sei.

**Hinter dem antisemitischen Schriftsteller Plack-Podgorski,** dem „Actenordner" Ahlwardts, ist ein **Steckbrief** erlassen worden. Gegen Plack-Podgorski ist wegen Beleidigung durch die Presse die Untersuchungshaft verhängt.

*) Vergl. die untenstehende Notiz.

**Neues zur Blutbeschuldigung.** I. Das Ritualmord-Märchen von Kolin. Die czechische medicinische Facultät der czechischen Universität hat auf Ansuchen des Kreisgerichtes Kuttenberg in Betreff der Leiche jenes Mädchens, deren Auffindung zu den bekannten Excessen in Kolin Anlaß gegeben hat, einstimmig folgendes Gutachten abgegeben: 1. Daß Marie Havlin den Tod durch Ertrinken gefunden hat. 2. Daß an der Leiche keine Einwirkung einer fremden Hand zu constatiren war. 3. Daß die Frage eines rituellen Mordes abgewiesen werden muß.

II. Ungarisch-Hradisch. Ein Fall von „Ritualmord" hat jüngst am 9. Juni 1893 in Holleschau seine gerichtliche Erledigung gefunden. Die Magd Karoline Sehnula, das ehemalige Dienstmädchen des jüdischen Händlers David Tandler, schilderte das angebliche Attentat wie folgt: Sie habe sich ungefähr um 10 Uhr Abends zu Bette gelegt, und zwar, da es in der Küche bei Tandler kalt gewesen sei, bis auf die Schuhe vollständig bekleidet und sogar mit einem Tuche auf dem Kopfe; nach ungefähr einer Stunde sei sie dadurch erwacht, daß sie von zwei ihr unbekannten Männern — der Sprache nach Juden — unter den Armen gepackt wurde. Sie sei dann von den beiden Männern in den Hof des Hauses geschleppt worden, wo ihr diese den Mund und die Augen zugehalten, die linke Hand mit Spagat gebunden und mit einem scharfen Messer an derselben mehrere Schnitte beigebracht hätten; nach einstündigem Ringen sei es ihr gelungen, sich aus den Händen der Attentäter zu befreien und sich auf die Gasse zu flüchten, worauf sie, da sie in Holleschau unbekannt war, zu der Gemüsehändlerin Francisca Rahyl, die ihr den Dienst bei Tandler vermittelt hatte, geeilt sei. Letztere ging mit der Sehnula sofort zur Polizei, und diese schickte noch der Gendarmerie, welche allsogleich auf den ihr bezeichneten Thatort eilte, um die noch frischen Spuren des Attentats zu erheben. Man traf die hier aus zehn Personen bestehende Familie Tandler in tiefstem Schlafe. Es wurde nun constatirt, daß die Küche genügend warm war, und nirgends waren Spuren eines Ringens zu entdecken. Im ganzen Hofe fand man nur ein einziges Tropfen Blut, der aus einer Tags zuvor geschlachteten Gans oder von einer frischen Rindshaut herrührte. Die Kleidung der Sehnula war trotz des angeblich einstündigen Ringkampfes mit zwei Männern weder zerdrückt noch zerrissen; nur das Hemd zeigte Blutspuren, die sich merkwürdigerweise, obgleich das Dienstmädchen an der Brust nicht verletzt war, in der Brustgegend auf der Innenseite des Hemdes befanden, und zwar in Streifen. Man sah, daß das Hemd früher mit Blut besprengt und zusammengelegt wurde, da die Blutstreifen auf der einen Innenseite des Hemdes genau gleiche Abdrücke auf der andern Innenseite hervorgebracht hatten. Nach Aussage der sachverständigen Aerzte waren die Schnitte auf dem linken Arme mit einem sehr scharfen Werkzeuge, jedoch mit solcher Vorsicht beigebracht, daß keine Ader, ja nicht einmal die Fleischtheile verletzt waren, und von solcher Gleichmäßigkeit und Feinheit, wie sie nur bei der größten Ruhe des Opfers und des Attentäters zugefügt werden konnten. Weder die Tandler'sche Familie, noch die im Hofe befindlichen sehr wachsamen Hunde, noch auch jemand aus der Nachbarschaft waren durch die mitgetheilte Affaire aus dem Schlafe aufgeschreckt worden, nicht einmal die kleinen Tandlerschen Kinder, die bei der Magd in der Küche schliefen. Zu diesem für Karoline Sehnula erdrückenden Beweismaterial kam noch der Umstand, daß die Sehnula Tags zuvor sich zu einer Schuhmachersfrau geäußert hatte, die Tandlers wollten sie umbringen. Mit Rücksicht auf die sonnenklare Unwahrheit der Angaben der Sehnula verurtheilte der Gerichtshof sie wegen Verbrechens des Betruges und zugleich wegen Uebertretung des Diebstahls, begangen an einem ihrer früheren Dienstboten und einer Mitbediensteten, zu dreizehn Monaten schweren Kerkers; sie wurde sogleich in Haft behalten und in die Strafanstalt nach Walachisch-Meseritsch eskortirt.

III. Holleschau. Noch ein zweiter „Ritualmord" fand jüngst in Holleschau sein gerichtliches Nachspiel. Auch hier, am 16. Juni 1893 handelte es sich wieder um einen Verleumdungsproceß gegen eine Magd Katharina Schönbaum, die sich als Opfer eines rituellen Attentats hingestellt hatte. Der Sachverhalt war nach der Anklageschrift folgender: Am 27. Januar d. J. kam zu dem Wschetuler Gemeindevorsteher Josef Bakala ein ihm unbekanntes Weib, welches ihm erzählte, sie sei an demselben Tage Vor- und Nachmittags in ein Haus in der Judengasse zu Holleschau betteln gekommen und dort von irgend einem Juden angehalten worden. Der Jude habe nämlich mit der rechten Hand in der Tasche gesucht und dabei, indem er sich zur Thür stellte, mit der linken Hand hinter seinem Rücken den Riegel der Thür vorgeschoben. Er habe, ihr ein Zehnkreuzerstück reichend, sie bei der Hand erfaßt und zu sich gezogen, sei jedoch, da sie ihm Widerstand leistete, zur Erde gestürzt und habe hiebei aufgeschrien. Hierauf seien aus dem Nebenzimmer zwei andere Juden herbeigekommen. und da habe sie durch die geöffnete Thür in jenem Zimmer auf dem Tische zwei Messer und Spagat erblickt; es habe sie große Furcht erfaßt, jedoch sei es ihr gelungen, die Thür zu öffnen und hinauszulaufen. Die beiden später erschienenen Juden seien ihr auf die Gasse nachgelaufen und hätten ihr gesagt, es sei das nur Scherz gewesen, sie möge zurückkommen; sie sei jedoch dieser Einladung aber nicht gefolgt. Nach der Beschreibung des Hauses glaubte der Wschetuler Gemeindevorsteher das Haus des David Tandler, Productenhändlers in Holleschau erkennen zu sollen, und das Weib bestätigte, es sei ihr gesagt worden, daß dies das Haus des Tandler sei. Diese Erzählung hat der genannte Gemeindevorsteher am 28. Januar d. J. dem Holleschauer Bezirksgerichte zur Anzeige gebracht, welches zuerst das betreffende Weib festzustellen suchte. Diese hatte nämlich dem Gemeindevorsteher ihren richtigen Namen nicht angegeben, sondern unter Vorweisung eines Zeugnisses der Gemeinde Zlechau, welches bestätigte, daß ihr Häuschen sammt ihrem Gatten verbrannt sei und sie vier unmündige Kinder zu ernähren habe, um ein Almosen gebeten und sich Pernicka genannt. Nach längerem Forschen wurde durch die Gendarmerie festgestellt, die erwähnte Frauensperson heiße nicht Pernicka, sondern sei identisch mit der Angeklagten Katharina Schönbaum. Als aber durch zahlreiche Zeugen der Beweis erbracht wurde, daß David Tandler am 27. Januar d. J. nicht zu Hause, sondern in Kremsier war, änderte Katharina Schönbaum ihre Aussage dahin, daß das Attentat am Montag, den 23. Januar 1893 vollführt wurde. Noch eine ganze Reihe anderer Momente bewies schlagend die Unwahrscheinlichkeit des ganzen Attentates, so daß selbst der Vertheidiger der Angeklagten, Dr. Byslawzil zugab, die Ergebnisse der Verhandlung seien so schlagend, daß man die That der Schönbaum nur als verbrecherisch auffassen könne! Der Gerichtshof verurtheilte sie zu fünfzehn Monaten schweren Kerkers. Dem Staatsanwalt Baubele ist der Parallelismus zwischen der Schönbaum und der Sehnula nicht entgangen. Er führte aus, daß beide Angeklagte die Werkzeuge eines und desselben Arrangeurs seien, der hinter ihnen stehe und sich ihrer zur Ausführung seines verbrecherischen Planes bediene. Der Arrangeur sei zwar heute nicht ans Licht gekommen, es müsse eine **mächtige Persönlichkeit sein,** weil sowohl die Sehnula als die Schönbaum, eher der

Strafe sich unterziehen, als seinen Namen nennen!

Ob Herr Rohling diese „mächtige Persönlichkeit" kennt?

VI. Sofia. In der Nacht vom 4. zum 5. Mai, 10 Uhr Abends, traten zwei Polizisten, von etwa 10 Individuen begleitet, in das Haus der Wittwe Nissim Tagger. Ein Kind von 4 Jahren, Tochter eines Schuhmachers aus der Nachbarschaft, Namens Georglie Joanof, war verschwunden; es wurde behauptet, daß man dasselbe in dem Hause eines Israeliten finden würde.

Man machte sich also an die Arbeit, das Haus vom Keller bis zu den Speichern und bis auf's Dach zu durchsuchen; alle Schränke, Kisten mit Papieren zu durchsuchen; das Innere der Oefen, die Säcke, welche Mehl und andere Mundvorräthe enthielten, wurden aufs Genaueste durchstöbert; wenn man nicht sofort die Schlüssel irgend eines Koffers fand, so zerbrach man die Schlösser. Dies Vorgehen dauerte anderthalb Stunden; während dieser Zeit sammelten sich Massen Neugieriger vor der Hausthür an, deren Eingang durch einen Polizisten bewacht war. Natürlich fand man nichts und ging wieder weg. Am andern Morgen kehrte das Kind zu seinen Eltern zurück; es hatte die Nacht bei einer seiner Tanten zugebracht.

Die Wittwe Tagger ist wegen Hausfriedensbruchs vor dem Polizeicommissar des Viertels klagbar geworden. Dieser Beamte erklärte, daß er seinen Untergebenen keinen andern Befehl gegeben habe, als die Nachbarn des G. Joanof zu fragen, ob sie das Kind hätten vorbeigehen sehen; er verwahrte sich dagegen, eine Haussuchung angeordnet zu haben. Wittwe Tagger hat sich nun an den Polizeipräfecten gewandt, der versprochen hat, ihr Genugthuung zu verschaffen.

## Aus Rußland.

Eine Schilderung der **unsäglich traurigen Wirklichkeit,** wie diese nunmehr seit 25 Jahren in dem sogenannten „rechtmäßigen Ansässigkeitsgebiet der **Juden** in Rußland" unverändert fortbesteht, finden wir in den Spalten des erzjudenfresserischen „Wilensky Wjestnik"*), dessen berüchtigter Mitarbeiter „aus der nordwestlichen Grenzmark", wie dessen Redaction in der Hauptstadt des ehemaligen Lithauens sicherlich nicht leichten Herzens zum Schreiben und zum Abdruck einer derartigen Correspondenz, die alle ihre wüsten Hetzereien und böswilligen Denunziationen einfach Lügen straft, sich entschlossen haben mögen.

„Unwillkürlich drängt sich die Frage auf": — mit diesen Worten beginnt die besagte Correspondenz aus Grodno — „womit ernährt sich denn eigentlich die größere Hälfte**) der städtischen Bevölkerung, welche doch jeglicher bestimmten Existenzmittel entbehrt? . . . Wie bescheiden das Budget ihrer Ausgaben und auf welches niedrigste Maß alle ihre Lebensansprüche herabgedrückt sein mögen: so, oder anders müssen sie doch ihr nacktes Dasein fristen und unterhalten können!. Und es ist beim besten Willen nicht einzusehen, wie sie dies Kunststück fertig bringen. Ich kenne persönlich einige hundert Familien, deren Monatsverdienst im Durchschnitte 4, sage vier Rubel beträgt. Um nun diese Zahl in ihrer ganzen verhängnißvollen Bedeutung begreifen und würdigen zu können, muß man wissen, daß die große Mehrzahl dieser Familien aus je 5 und 6 Köpfen besteht. Ich will aber mit Vorbedacht die kleinere Zahl für richtig annehmen und jene Familien aus nur je vier Personen bestehen lassen. Ich dividire also 4 durch 4 und erhalte so je einen Rubel pro Kopf und Monat. Wissen Sie, was das besagen will? Nein, Sie wissen es nicht, und Ihre Leser wissen es auch nicht. Aber, für anderthalb Pfund schlecht gebackenes schwarzes Brod, womit 4—6 Personen sich täglich ernähren sollen, muß man bei uns $1\frac{1}{2}$ und selbst 2 Kopeken bezahlen; bleiben somit höchstens 40 Kopeken monatlich für Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Beschuhung und alle sonstigen Bedürfnisse übrig. Die Leute haben aber außerdem die Miethe zu bezahlen und — Steuern zu entrichten!."

Ja, ein Kulturbild fürwahr, das namentlich zum Nachdenken über die Ursachen herausfordert, welche dieses namenlose Elend verschulden. Welche sind diese? Die Verständigen haben mit Jahr und Tag nicht aufgehört, auf die gezwungene Zusammenpferchung der jüdischen Massen in den eben nicht zahlreichen Städten jenes Gebiets als auf die Hauptursache der permanenten Nothlage der Gesammtbevölkerung hinzuweisen. Und die besten Judenfeinde müssen es jetzt, endlich, selbst zugeben.

„Die Bevölkerung Grodno's" — lesen wir weiter in der angezogenen Correspondenz des „Wil. Wjest." — „soll aus 40 Tausend Seelen bestehen. Ich sage absichtlich: „soll"; denn diese Zahl ist die offiziell geltende. In der Wirklichkeit haben wir in Grodno eine Gesammtbevölkerung von mehr als 50 Tausend Seelen. Unter diesen mögen sich etwa 10 Tausend Nichtjuden befinden, welche Ziffer sicherlich das Maximum bezeichnet. Diese eignen zusammen 609 Häuser, was einen Hauseigenthümer auf $16\frac{1}{2}$ Personen der nichtjüdischen Bevölkerung ergiebt. Jüdische Hausbesitzer finden wir insgesammt 1229, was unter Zugrundelegung der offiziellen Zählung von 30 Tausend Juden ein Haus erst auf 24,4 Personen ergiebt. Von der christlichen Bevölkerung finden wir über 5 Tausend Personen mit bestimmter Beschäftigung: sie sind Militärs, Lehrer, Beamte, Handelsgehülfen und selbstständige Kaufleute. Dagegen zählt man bei den Juden: 102 Groß-Kaufleute, 412 Kleinhändler, Agenten, Commissionäre und Vermittler alle Art — zusammen etwa tausend. Dazu kommen etwa dreitausend Handwerker, Fabrikarbeiter und Melameds (Religionslehrer). Das heißt: Alles in allem haben etwa 5 Tausend Personen der jüdischen Stadtbevölkerung eine bestimmte Beschäftigung, die ihnen wenigstens die knappsten Mittel zum Lebensunterhalt sichert. Womit ernähren sich aber die übrigen 25 Tausend Juden?. Es giebt darauf nur eine Antwort und diese muß doch einmal öffentlich und laut ausgesprochen werden. Die jüdischen Massen unterscheiden sich wesentlich von den russischen Bauernmassen dadurch, daß sie nicht blos chronisch, sondern beständig hungern. Wer da skeptisch den Kopf schüttelt, der komme nur zu uns nach Grodno: er wird „Wunder und Zeichen" sehen. . ."

Sollen wir dem noch etwas hinzufügen?.

*) No. 79 vom 15 Mai 1893.

**) Der Sperrdruck gehört der Original-Correspondenz an.

## Briefkasten.

Die Zahl der uns zugegangenen Correspondenzen über die Reichstagswahlen ist so groß, daß wir nur einen Theil derselben berücksichtigen können. Wir behalten uns aber vor, auch auf die übrigen gelegentlich zurückzukommen. Den Einsendern besten Dank.

**Ein alter Abonnent in Frankfurt a. M.** Wir bitten um noch genauere Daten, von denen wir aber nur Gebrauch machen können, wenn Sie Ihre Anonymität aufgeben.

**Sinsheim.** Die Jahrgänge 1891 und 1892 zusammen kosten 3,50 Mk.

**Eichstetten.** Besten Dank. Auch die Einzelresultate der Stichwahl sind uns erwünscht.

**J. W. in A.** Im neuen Reichstage sind 4 Abgeordnete jüdischer Confession: Dr. Schönlank, Singer, Stadthagen, Wurm, sämmtlich Sozialdemokraten.

**S. D. 52.** Ihre Mittheilungen haben uns sehr interessirt, sollen gelegentlich verwerthet werden.

### Briefkasten der Expedition.

**Prehelchen.** 85 Pf. erhalten. Bayrische und württembergische Briefmarken können wir leider nicht gebrauchen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 30 — Berlin, den 23. Juli. — 3. Jahrg. 1893.**

### Jüdische Geschichtslehrer.

Die Anhänger des Prinzips vom „christlichen Staate" verlangen christliche Lehrer für eine christliche Schule. Wenn auch einzelne wie Prof. *Wagner* den jüdischen Lehrern den Unterricht in den Realien (z. B. Mathematik) gestatten wollen, so ist doch der *Geschichtsunterricht* davon ausgenommen. Dennoch ist nicht einzusehen, warum nicht jüdische Lehrer auch Geschichtsunterricht ertheilen können. Wenn die Weltgeschichte nach Schillers tiefem Ausspruch das Weltgericht ist, so ist das Ideal der Belehrung über dieses Weltgericht die Darstellung der *reinen ungeschminkten Wahrheit*. Ein ehrlicher Geschichtsunterricht wird sich daher bemühen, die Geschichte wahr und klar vorzutragen und nicht irgend welchen Parteien oder Religionen Concessionen machen. Für die Jugend kann eine gefärbte Darstellung der Geschichte nur verderblich wirken. Alle Erscheinungen der Gegenwart sind nur aus der Vergangenheit richtig zu verstehen; wie aber will man eine klare Stellung zu den Problemen der Gegenwart finden, wenn man über die Vergangenheit einseitig oder gar falsch unterrichtet wird? In seinen Jugenderinnerungen erzählt der bekannte Wiener Musikästhetiker *Eduard Hanslick*, wie schlimm der vormärzliche österreichische Geschichtsunterricht gewesen sei! Luther und Friedrich der Große wurden gehörig heruntergerissen; stets habe die katholische Partei Recht gehabt und stets die österreichische Armee gesiegt! (Deutsche Rundsch. 1893. Bd 2 S. 345.)

Das Ideal des Geschichtsunterrichts ist die Darstellung der objectiven Wahrheit, so weit eine solche eben möglich ist. Wenn die Anhänger der christlichen Schulen dieses Ideal zu verwirklichen glauben, indem sie die jüdischen Lehrer vom Ertheilen des Geschichtsunterrichtes ausschließen wollen, so kann die Begründung ihres Wunsches nur eine zweifache sein: Entweder die Juden sind unfähig zur objectiven Darstellung geschichtlicher Phänomene oder sie sind es in größerem Maße als die christlichen Geschichtslehrer.

Sind nun die Juden wirklich außer Stande, geschichtliche Ereignisse objectiv zu erfassen? Die Werke jüdischer Historiker beweisen klar das Gegentheil. Die Werke der Professoren Breslau, Philippson, der Dozenten Erich Marcks, J. Jastrow u. a. m. erfreuen sich der lebhaftesten Anerkennung der Fachkreise und sind Beweise dafür, daß jüdische Intelligenzen sehr gut zum Ausbau der historischen Wissenschaften beitragen können. Um so weniger ist es zu verstehen, daß man ihnen nicht die Fähigkeit zutrauen will, geschichtliche Thatsachen ruhig und objectiv den Schülern vorzutragen.

Da macht man den Einwand, der Unterricht in der Geschichte bestehe nicht nur in der Darstellung der Thatsachen, sondern auch in der Klarlegung der Ideen, welche die historische Fakta mit einander verknüpfen. Der Geist der Geschichte sei christlich und nur von einem christlichen Lehrer zu verstehen; dem entsprechend besitze nur dieser die Fähigkeit, denselben den Schülern darzulegen.

Was aber verstehen die Lehrer unter dem „christlichen Geist" der Geschichte? *Schleiermacher* ironisirt einmal diese christliche Auffassung der Geschichte durch die Bemerkung, daß in einem christlichen Lande ein Schlachttag gefeiert und Gott deswegen gepriesen wird, während in einem anderen derselbe Schlachttag tiefe Mißstimmung hervorruft! Was ist christlicher, der Jubel der Deutschen über Sedan, oder die Trauer der Franzosen über diesen Tag? Und beide Geschichtsauffassungen sollen doch christlich sein!

Dann vergesse man auch nicht, daß man in Deutschland seit der Reformation nicht mehr von einem *christlichen* Geist der Geschichte sprechen kann. Seit der Kirchenspaltung kennt man ja leider eine katholische und eine protestantische Geschichtsauffassung. Und wenn man die katholischen und protestantischen Geschichtsunterrichtsbücher durchsieht, wird man erkennen, daß sich beide von der objectiven Wahrheit entfernen, denn in ihren Urtheilen zeigt sich eine kaum glaubliche Differenz. Der *katholische* Kanonikus *Rohling* schreibt in seinem „Antichrist und das Ende der Welt": „Redlichkeit liebende Protestanten werden sich mit Abscheu von ihren bisherigen sogenannten Kirchen abwenden, wenn sie in Erfahrung bringen, was für *Schurken* jene waren, *die den Protestantismus ins Leben riefen.* . . . Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, verdorrt das Gras, geistige Oede, Verwilderung der Sitten, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte; *ein Protestant, der nach Luthers Recepten lebt, ist ein Ungeheuer; Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe.*" Der *Protestant Stacke* schrieb in seinem Lehrbuche „Erzählungen a. d. neueren Geschichte" (S. 67): „*Luther* hörte in Rom *unglaubliche Erzählungen von dem Leben des Papstes*'. Als Antwort auf diesen Passus sagt das *Katholikenblatt*, die „*Germania*" am 4. Februar d. J.: „Wir haben auch unglaubliche Erzählungen aus dem Leben Luthers gehört und doch wird sie Herr Stacke nicht gelten lassen . . . *Luther liebte es hie und da in honorem sui ipsius ein wenig zu flunkern.*" Der als Lehrbuch dienende „Kontroverskatechismus" des Jesuitenpater *Schöffmacher* schreibt über Luther (S. 89): „Den Fürsten gab er Kirchengut, den Mönchen Weiber, dem gemeinen Volke Freiheit und Fleischeslust, Habsucht, Unbändigkeit — damit reichte Luther aus, und solches erklärt das rasche Zunehmen des Lutherthums . . ." Er gilt Schöffmacher als der „Urheber der

Revolution" (S. 20) „der die Grundlage der christlichen Ordnung in der Welt zerstörte, den christlichen Gehorsam und damit alle Bande des Friedens und der Wohlfahrt der Völker auflöste." (S. 201).

Nun beachte man das Urtheil des Altkatholiken J. J. v. Döllinger, der Luther „den gewaltigsten Volksmann, den populärsten Charakter, den Deutschland je besessen" nennt. Ferner die begeisterten Urtheile der protestantischen Historiker. „In Luther lebte", so schreibt Wolfgang Menzel (i. Rob Königs deutsche Literaturgeschichte S. 211) „das altdeutsche, an den alten Donnergott Thor erinnernde Zornfeuer". Und Robert König (ebendas.) datirt mit Luthers Auftreten „für die Kirche Christi eine neue Zeit".

Wer will sagen, welches von diesen Urtheilen der Wahrheit am nächsten kommt? Wie sieht der Geschichtsunterricht aus, der dem Katholizismus der Janssen, Schaffmacher &c. folgt, wie der Geschichtsunterricht, für den der Protestantismus der Stacke, Wolfgang Menzel u. a. maßgebend ist? Und da will man behaupten, daß die jüdischen Geschichtslehrer unfähig sind, zur Auffassung und Darstellung der deutschen Geschichte, wo die confessionelle Geschichtsbetrachtung die wirkliche Geschichte so einseitig färbt? Im Gegentheil, jüdische Lehrer werden manchmal gegenüber katholischen und protestantischen Geschichtslehrern die Unbefangenheit finden, welche die confessionell geleiteten Geschichtslehrer so sehr vermissen lassen, in jedem Falle können sie es gar nicht schlimmer treiben als die Janssen und Schaffmacher, Stacke und Menzel! Hören wir doch einmal, was der Jude Heinrich Heine über Luther sagt (Sämmtl. Werke, Berlin, Bd. V S. 33): „Martin Luther verkannte die Gesinnung des Papstes und der katholischen Kirche." Aber neben diesem Tadel findet sich das begeisterte Lob (V S. 40 f.): „Seine Gedanken hatten nicht blos Flügel, sondern auch Hände; er sprach und handelte! Er war nicht blos die Zunge, sondern auch das Schwert seiner Zeit".

Entfernt sich der Jude Heine weiter von der objectiven Wahrheit als die Katholiken Janssen und Schaffmacher, als die Protestanten Stacke und Menzel? Wer wagt es, „ja" zu sagen?

---

## Stöcker und die „unanständigen" Antisemiten.

Stöcker hat den „unanständigen" Antisemiten, worunter er die Anhänger **Böckel's** und **Ahlwardt's** versteht, **den Krieg erklärt**. Das Treiben dieser Leute war von jeher das gleiche wie heutzutage. Und wenn der „Vater des Antisemitismus" plötzlich einen solchen Abscheu vor den radicalen Antisemiten empfindet, daß er ihnen den Rücken kehrt und sie mit lieblichen Schimpfworten tractirt, wie er sie sonst nur gegenüber den Juden und Judengenossen anwendet, so sind für ihn ganz prosaische Gründe maßgebend.

Herr Stöcker sehnt sich gar sehr nach einem Reichstagsmandat, und da die Conservativen keine Miene machen, ihrem Führer ein solches auf dem Präsentirteller entgegenzubringen, so muß er sich in eigener Person um ein Mandat bemühen. Nach dem infolge der Doppelwahl Ahlwardts vacant gewordenen Wahlkreise Neustettin streckte er seine Hand aus; aber Ahlwardt machte ihm einen Querstrich, stellte seinen Freund **Förster** als Candidaten auf und — bereitete Herrn Stöcker eine Niederlage.

Das entfachte den Zorn des großen Mannes und in der von ihm herausgegebenen „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung" zog er gegen Böckel und Ahlwardt los, welche in Siegen und Neustettin, jeden Respect vor dem „zweiten Luther" hintansetzend, ihn schmählich durchfallen ließen.

Da dieser Artikel einen Wendepunkt in der Geschichte der antisemitischen Bewegung markiren dürfte, so bringen wir ihn hiermit wortgetreu zum Abdruck:

„Die alte Bekämpfung jüdischen Geldes und Geistes, wie sie in der christlich-sozialen Partei begann, ist in das neue conservative Programm aufgenommen. Wäre dies zehn oder nur fünf Jahre früher geschehen, so hätte vielleicht der radicale Antisemitismus dadurch zurückgehalten werden können. Es ist noch immer von Werth, daß es jetzt geschehen ist: ohne diesen Programmpunkt würden die conservativen Verluste noch größer sein. Aber es wird parlamentarischer Thaten, energischer Anträge und kräftiger Maßregeln bedürfen, wenn die conservative Partei davon wirklichen und dauernden Nutzen haben soll. Denn es liegt in dem Charakter der Gegenwart, daß nur starke Gedanken die Volksmassen bewegen. Und auf diese kommt es bei dem allgemeinen gleichen, geheimen, directen Wahlrecht an. In dieser Beziehung ist es beachtenswerth, daß die deutsch-soziale Partei, in welcher der vernünftige monarchische Antisemitismus seine Organisation gesucht hat, hinter den Erfolgen ihres ungerathenen Bruders weit zurückgeblieben ist. So mächtig fühlt sich Böckel in seiner Führerrolle, daß er auf die Anfrage Liebermann von Sonnenbergs, ob man nicht unter gewissen Umständen und Bedingungen eine gemeinsame antisemitische Gruppe unter Freigebung des übrigen Programms bilden solle, gar nicht geantwortet hat. Der radicale Antisemitismus fühlt sich als Meister der Situation. Und er ist unter jedem Gesichtspunkt bedenklich, ja verwerflich. Man wird gut thun, von jetzt ab den anständigen Antisemitismus, wie er sich in der deutsch-sozialen Partei findet, von dem unanständigen, wie er in den meisten Gliedern der Böckelschen Reformpartei und in den Anhängern Ahlwardts zu Tage tritt, auf das schärfste zu unterscheiden. Allerdings sind auch unter den Genossen Böckels einige gutgläubige bürgerliche Elemente, die bei ihrer Unerfahrenheit in der Politik ihren Führer noch nicht durchschauen. Sie werden gewiß einmal ausscheiden, falls die Partei sich nicht zum Besseren wendet, da es undenkbar ist, daß sie sich in dieser Atmosphäre bleibend wohlfühlen. Für den Geist der Partei kommen sie bei dem Böckelschen Despotismus nicht in Betracht. Und Böckel selbst ist ebenso wie Ahlwardt politisch und sozial, religiös wie sittlich eine Erscheinung, die mit allen erlaubten Mitteln bekämpft werden muß.

Als dieser Mann vor längerer Zeit in Hessen seine Arbeit damit begann, daß er ähnlich wie Ahlwardt einem der ausgezeichnetsten Conservativen den Kreis Marburg abnahm, konnte man denken, daß er trotz alles Verwerflichen in der Methode doch wenigstens den Willen habe, seine nicht unbedeutende agitatorische Kraft gegen die verderblichen Einflüsse des Judenthums zu wenden. Auch die Einrichtung judenfreier Märkte, sowie die Bildung von Hilfskassen und Hilfsvereinen versprach eine, wenn auch egoistisch gefärbte, doch nebenbei heilsame Thätigkeit. Aber diese Phase des beständig wechselnden Mannes ist längst vorbei. Jetzt schwankt derselbe zwischen einem gewissen politischen und sozialen Demokratismus hin und her: und sein Ziel ist lediglich die Schaffung einer persönlichen Stellung, seine Methode ist Aufwühlung der Massen mit jedem Mittel.

Im Königreich Sachsen ist eine Abart des Böckelianismus ins Kraut oder vielmehr ins Unkraut geschossen. Die dortige Agitation hat an rücksichtsloser Gemeinheit die hessischen Wühlereien noch bei weitem übertroffen. Was die Presse von einzelnen Wanderrednern zuverlässig unwidersprochen berichtete, spottet jeder Beschreibung und übersteigt jede Vorstellung. Andererseits ist nicht zu vergessen, daß unbegreiflicherweise gerade in Sachsen wiederum treffliche Leute zu der sogenannten Reformpartei, auch zu ihren Reichstagsabgeordneten gehören. Wie sie es bei Böckel aushalten können, ist freilich eine Frage, auf die uns die Antwort fehlt.

Noch weit verderblicher als das Böckelthum ist der Ahlwardtismus. Hier liegt noch deutlicher die Absicht vor, allein durch wilde Verhetzung der Stände in den unteren Volkskreisen sich eine Macht zu schaffen, die der Sozialdemokratie so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen, nur darin verwerflicher, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen bei der Sozialdemokratie wenigstens möglich, hier nicht einmal denkbar ist. Ahlwardt hetzt gegen die Juden und Junker in gleicher Weise, aber gegen die ersteren sehr im allgemeinen, gegen die letzteren in der raffinirtesten Berechnung mit dem durchsichtigen Bestreben, de- geh rliche Arbeitermassen und eifersüchtige Kleinbürger gegen die B

sitzenden und Vornehmen auszuspielen. Eines seiner Flugblätter im Neustettiner Kreise hat folgenden charakteristischen Abschnitt: „Die Bauern, Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Arbeiter sind immer mehr verarmt, trotz der fleißigsten Arbeit, und der Reichthum derjenigen, die nicht arbeiten, hat sich ins Unendliche vermehrt. Nicht mehr wie früher führt die Arbeit zur Wohlhabenheit, sondern allein die Ausbeutung der Arbeitskraft anderer. Alle Staatslasten sind auf die Schultern der arbeitenden Stände gehäuft, und die reichen Leute wissen sich davon zu drücken. Trinkt der arme Mann z. B. einen Schnaps für 5 Pf., so bezahlt er $4^1/_2$ Pf. für Steuer, denn der Schnaps ist nur $^1/_2$ Pf. werth. Trinkt der reiche Mann ein Glas Wein für 1 Mark, so liegt darauf nur eine Steuer von 10 Pf; ihr habt also 45mal soviel Steuern, als die reichen Leute. Jetzt, wo die Wehrkraft im Interesse des Vaterlandes nothwendig erhöht werden muß, will man wiederum die Lasten auf euch werfen und die reichen Leute wie immer schonen. Daß solche Zustände eingetreten sind, ist eure eigene Schuld, ihr habt vornehme Herren gewählt, die euch alles mögliche versprochen, euch die Hände gedrückt, im Reichstage aber allein die Interessen ihres Standes vertreten haben. Bei diesen Herren gilt eben der Grundsatz:

„Vor den Wahlen Handgeschüttel,
Arm in Arm mit Arbeitskittel,
Nach den Wahlen kurz und grob,
Wir die Herren und ihr der Mob."

Daß jenes Exempel mit dem Schnaps eine Lüge ist, versteht sich für jeden Kundigen von selbst. Aber was macht das einem Agitator, der eine Rolle spielen will, und einem Arbeiterhaufen, der billigen Schnaps braucht. Ahlwardt hat den Leuten in Neustettin versprochen, daß er ihnen den Liter Branntwein zum Preise von 25 Pfennig verschaffen will. Eine Verheißung, wie sie in dieser nackten Schamlosigkeit unseres Wissens niemals weder von einem Fortschrittler, noch von einem Sozialdemokraten ausgesprochen ist. Das empörendste ist, daß alle diese Dinge unter dem Schilde von Monarchie und Christenthum verübt werden. Eine so grauenvolle Heuchelei, daß man in der That starr dasteht.

Es ist schwer zu verstehen, daß ein ehrenwerther Mann wie Dr. Paul Förster sich in Ahlwardts Vormundschaft und Leitung begeben kann. Der Letztere schreibt zur Befürwortung von Försters Candidatur in Neustettin folgendes:

„Wenn nicht unsere schöne Bewegung durch falsche Freunde den großjunkerlichen Bestrebungen dienstbar gemacht wäre, so wäre unser Volk längst von der großkapitalistischen, insbesondere der jüdischen Ausbeutung befreit. Dr. Förster wird mir im Reichstage treu zur Seite stehen und eure Interessen mit mir gemeinschaftlich vertreten. Hütet euch vor denen, die in Schafskleidern zu euch kommen, innen aber reißende Wölfe sind."

Wir fragen: Ist es möglich, daß ein Oberlehrer, Dr. phil., preußischer Offizier, Ahlwardt politische Gefolgschaft leisten will?

Der offene Umsturz vermag noch nicht in die ländlichen Kreise zu dringen, weil er mit den Schlagworten: Revolution und Atheismus kommt. Ahlwardt kommt mit der Fahne, auf welcher geschrieben steht: Königthum und Christenthum. So wird er aufgenommen, verhetzt die Stände und bereitet den Boden für die Sozialdemokratie, in welche er zuletzt selbst versinkt.

Das sind die Gefahren, mit denen der wilde Antisemitismus uns bedroht. Daß dagegen das Aufgebot aller sittlichen Kräfte des Volkslebens geboten ist, leuchtet ein. Wann wird die Sammlung geschehen?

Fast jeder Satz in der vorstehenden Kundgebung fordert die Kritik heraus und zeigt uns Herrn Stöcker in seiner ganzen — Ehrlichkeit. Lassen wir seine Philippika gegen Böckel bei Seite. Böckel ist seit Jahren mindestens ebenso scharf gegen Stöcker vorgegangen, so daß man sich nicht wundern darf, wenn letzterer mit gleicher Münze heimzahlt.

Aber man glaubt seinen Augen nicht zu trauen, wenn man das Urtheil Stöckers über Ahlwardt und den Ahlwardtismus liest. *Unter seinen Augen betrieb Ahlwardt in der Reichshauptstadt die wüsteste Demagogie, die man sich nur denken kann.* Herr Stöcker bescheinigte wiederholt Ahlwardt seine Ehrlichkeit. Wie lange ist's her, daß Herr Stöcker ihn im Reichstage in Schutz nahm und den Ausspruch that: Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen!

Herrn Stöckers moralische Abneigung gegenüber Ahlwardt ist erst eingetreten, *seitdem Ahlwardts Agitation sich auch gegen Stöcker, die Conservativen und Junker kehrt.*

Uebrigens hat Stöcker wie früher, so auch in der Neustettiner Wahlbewegung den Beweis geliefert, daß er es an Verhetzungskünsten mit Ahlwardt getrost aufnehmen kann. In einem von ihm unterzeichneten Flugblatte rühmt er sich, daß er s. Z. im Abgeordnetenhause die Sache der Neustettiner geführt und erklärt habe, daß man sich nicht wundern solle, wenn jüdischer Wucher und jüdische Anmaßung *Gewaltthaten hervorrufen.* „So wurde der Sturm der Juden und Judengenossen gegen Euch siegreich abgeschlagen."

Weiter sagt er: „In dem neuen Programm der Conservativen heißt es ausdrücklich: Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Ich persönlich gehe weiter. Schon vor fünf Jahren habe ich geschrieben, man hätte zur rechten Zeit Fürsorge treffen müssen, die revolutionären Juden in Bann und Acht zu thun und sie aus dem Lande zu jagen. Und es steht mir fest, daß das ganze Judenvolk gemäß seinen Weissagungen wieder in das Morgenland zurückkehren wird, von dem es gekommen ist. Ihnen wird dann wohl fein und uns noch wohler".

Nicht wahr, das ist ein Ton würdig eines christlichen Geistlichen! Und derselbe Mann vertritt, wenn er ein anderes Publikum vor sich hat, die Ansicht, daß an eine Rückgängigmachung der Judenemanzipation nicht gedacht werden dürfe!

Herr Stöcker ruft entrüstet aus, wie es möglich sei, daß ein Oberlehrer, Dr. phil., preußischer Offizier Ahlwardt politische Gefolgschaft leisten will.

Ist Dr Förster *erst jetzt* ein Gesinnungsgenosse Ahlwardts geworden? Herr Stöcker weiß doch, daß der Oberlehrer und preußische Offizier seit Jahren *zu den Intimen Ahlwardts gehört*, mit ihm in öffentlichen Volksversammlungen aufgetreten ist. Hat er jemals gegen diese Erscheinung ein Wort des Tadels gehabt? Und derselbe Herr Stöcker spricht von „grauenvoller Heuchelei"! —

*Ahlwardt* hat bereits die Kriegserklärung seines ehemaligen Gönners in einer Berliner Versammlung beantwortet und zwar mit der ihm eigenen urwüchsigen Derbheit. Zwischen ihm und Stöcker sei das Tafeltuch zerschnitten. Stöcker treibe Bauernfang. *Von jetzt ab sei ein Zusammengehen zwischen Böckel und Ahlwardt selbstverständlich.*

„Warum maßt sich der Herr Hofprediger Stöcker an, über uns ein Ketzergericht zu veranstalten? Das ist eine *Gemeinheit ersten Ranges.* (Stürmischer Beifall. Bravo, Bravo.)" . . . . . Ahlwardt behauptet, daß er seine religiösen Ansichten „nicht gleich den Fischweibern auf den Markt trage". Er nennt *den* einen Heuchler, „der das Christenthum dazu benutze, um politische Zwecke damit zu erreichen" und ruft: „Urtheilen Sie selbst!" Hofprediger Stöcker habe im Neustettiner Kreise mit *Predigten* seine Wahlagitation begonnen. . . . „Wie kann blos der *vielfache Millianär* Stöcker einem Manne, wie dem Herrn Dr. Böckel, der sich aus Liebe zur Sache zeitweise nicht sattessen konnte, persönliche, egoistische Zwecke bei seinen Agitationen vorwerfen!!" Aus diesen Worten gucke weder der protestantische Geistliche, noch der ehrliche Deutsche heraus! (Beifall) . . . Bewußte Unwahrheit. Infamie und dergleichen schöne Dinge warf Ahlwardt Herrn Stöcker vor. Und schließlich meinte er, in der „Israelitischen Wochenschrift" stehe ein ganz ähnlicher Angriff gegen ihn (Ahlwardt) wie in dem Stöcker'schen Artikel. Vielleicht sei es derselbe Verfasser. Lebhafte Heiterkeit und Beifall — verzeichnet hier der Bericht des „Volk". —

Wenn Herrn Stöcker so von den „unanständigen" Anti-

semiten begegnet wird, wird er sich wenigstens auf die „anständigen", die Deutschsozialen verlassen können? Nun, auf die näheren Anhänger des Herrn Liebermann von Sonnenberg jedenfalls, den Ahlwardt bereits in jener Versammlung unter allgemeinem Jubel als „Verräther" gebrandmarkt hat. Aber sonst fängt man auch bei den Deutschsozialen an, gegen die conservative Bundesgenossenschaft mißtrauisch zu werden. Haben sie doch auf dem rheinisch-westfälischen Parteitage beschlossen, bei den nächsten Reichstagswahlen in allen Kreisen, in denen irgend welche Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, eigene Candidaten aufzustellen und auf die conservative Partei keine Rücksicht mehr zu nehmen wegen deren treulosen Verhaltens in den Wahlkreisen Duisburg und Hofgeismar-Rinteln.

So haben sich die Dinge zugespitzt. Jeder aufmerksame Beobachter der antisemitischen Bewegung in Deutschland hat es längst vorausgesehen, daß dieselbe allmählich dem Stöckerthum über den Kopf wachsen und daß den „radicalen" Elementen die Führung zufallen wird. Die Proclamirung des Tivoli-Programms hat diesen Entwickelungs-Prozeß nicht nur nicht aufgehalten, sondern vielleicht noch beschleunigt.

## Bei der Nachwahl in Neustettin

ist Prof. Förster mit sehr großer Mehrheit gegen Stöcker gewählt worden. Das Endergebniß liegt uns noch nicht vor, doch hat es den Anschein, als ob Stöcker dieses Mal weniger Stimmen erhalten hat, als am 15. Juni. — Aus der Feder Stöckers haben wir bereits einige „Heldenthaten" Ahlwardts während der Wahlbewegung kennen gelernt. Hören wir noch, was Ahlwardt in einer Versammlung zu Tempelburg zur Empfehlung der Candidatur seines Freundes Förster vorgebracht hat. Nach der „Danziger Zeitg." führte er u. A. aus:

Die Wähler sollten um so eher Mann für Mann für Förster eintreten, weil mit der Eroberung des Mandates für diesen sicher 15 Antisemiten in den Reichstag kämen und dann eine anerkannte Fraction bilden könnten. In fünf Jahren bei den Neuwahlen würde die antisemitische Partei die stärkste im Reichstage sein, **dann würde die Judenfrage in vier Wochen erledigt sein.** Jetzt würden nach Erledigung der Militärvorlage die Antisemiten jeden Tag mit neuen Anträgen kommen Seine beiden Gesetzanträge würden sein: Aufhebung des Hausirhandels und des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes. Hausiren dürfe dann Jeder gehen, aber nur mit selbstgefertigten Sachen. Für die Kranken und Schwachen müsse aber der Staat sorgen. Die Mittel hierzu biete die Börsensteuer. Die Börsensteuer würde 50 Millionen bringen, von denen die Hälfte zur Unterstützung der Arbeiter verwendet werden könnte. Er sei ferner für eine Luxussteuer, Aufhebung des Anwaltszwanges, Uebernahme der Hypotheken auf den Staat, Aufhebung der Zölle auf Kaffee &c., vor Allem aber für Ausschließung der Juden aus dem Staatsdienst. Die Sache mit der **Einziehung des Vermögens der reichen Juden** sei auch nicht so schlimm und keineswegs ohne Beispiele. Die katholischen Kirchen und Klöster hätten ihr erworbenes Vermögen auch dem Staat geben müssen, und die Juden hätten das ihrige nicht einmal in ehrenhafter Weise erworben, da könnte kein Mensch etwas dabei finden, wenn den Juden die den Staat und die Gesellschaft gefährdenden großen Vermögen abgenommen würden

Die Versammlung brachte auf Anregung eines Viehhändlers Ahlwardt ein dreifaches Hoch aus.

Nach den Berichten der „Staatsbürger-Zeitung" muß in dem Neustettiner Wahlkreise eine gleiche Begeisterung für den Ahlwardtismus herrschen wie in Friedeberg-Arnswalde. So schreibt man dem Blatte aus Neustettin:

„. . . Die Versammlung war außerordentlich gut besucht; Herr Stöcker hatte aber einen schlechten Tag, er erging sich in den heftigsten Ausfällen gegen Ahlwardt, Dr. Böckel und Werner (Marburg), sowie gegen die ganze antisemitische Bewegung. Nach dem Vortrage wurde die Versammlung sofort geschlossen und dem anwesenden von Stöcker angegriffenen Herrn Werner nicht mehr das Wort ertheilt. — Kaum hatte Stöcker das Lokal verlassen, so traf Professor Dr. Förster, von Berlin kommend, hier ein, und nun brach mit elementarer Gewalt ein unbeschreiblicher Jubel los, Hoch über Hoch erschallte. In echt deutscher Weise, beim Glase Bier, bei einem kernigen Worte und deutschen Liedern, blieb man einige Zeit zusammen und trennte sich mit der Parole, am Wahltage wird Förster, der Volksmann, gewählt. Am folgenden Tage, also am Sonnabend, Mittags, hielt Professor Förster eine Wählerversammlung ab, bei welcher die Betheiligung eine ungeheure war. Der Beifall, mit dem Förster empfangen wurde, steigerte sich von Minute zu Minute und als er seine Rede mit den Worten schloß: „Nicht auf den Schultern Ahlwardt's will ich in den Reichstag kommen, wie Herr Stöcker sich auszudrücken beliebt, sondern auf den Schultern der Pommerschen Wähler", brach ein unbeschreiblicher Jubel los, eine Zahl Pommerscher Bauern eilte hinzu, sie hoben Förster unter dem Jubel der ganzen Versammlung auf die Schultern und ließen ihn hoch leben. Inzwischen war Hofprediger Stöcker nach Tempelburg gereist, um dort für sich zu agitiren. Abends um 6 Uhr predigte er in der Kirche und um 8 Uhr hielt er eine Volks-Versammlung ab. Diese Thatsache wird hier mit Bemerkungen kritisirt, die Ihnen mitzutheilen ich mir versagen muß".

In einer Correspondenz aus Tempelburg heißt es:

„Am Sonnabend Nachmittag sprach Hofprediger Stöcker, von Neustettin kommend, in Labow; wie immer war er auch jetzt vom Landrath von Bonin begleitet. Herr Stöcker erging sich in heftigen Angriffen gegen die antisemitische Partei, er nannte ihre Anhänger Demagogen, verkappte Sozialdemokraten, Lügner &c. und griff seinen Gegencandidaten Professor Förster heftig an. Er las aus dem Flugblatte Försters die Stelle vor: „ich bin für die Rechte und Forderungen der Landwirthe, der Handwerker, der Handel- und Gewerbetreibenden, der Lohnarbeiter, der Lehrer, Geistlichen und mittleren und untern Beamten." Herr Stöcker fuhr fort: Es sei ihm unbegreiflich, wie jemand so etwas schreiben könne, es ging nicht in seinen Kopf, wie es jemand fertig bringen wolle, die sich diametral gegenüberstehenden Interessen dieser Bevölkerungsklassen zu vereinen, beziehungsweise vertreten zu wollen; er hätte nicht geglaubt, daß einen solch unsinnigen Satz ein Professor schreiben könne, und das Flugblatt betrachtend, sagte er, „aber hier steht's ja schwarz auf weiß, Professor Dr. Förster, Friedenau bei Berlin.' Das merkwürdigste an diesen Deductionen ist, daß es in dem Aufruf Stöcker's heißt: „Ihr Landwirthe, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, Beamten! wählt möglichst einstimmig den gewaltigen Redner, den edlen und erprobten Kämpfer, den kühnen Vertreter des arbeitenden Volkes, des Christenthums, des Deutschthums &c. Hofprediger a. D. Stöcker!". . .

Um 4 Uhr kam Förster an und hielt eine gut besuchte Versammlung ab. Hierauf gings über Rackow, Zicker, Schneidemühl, Klaushagen, Neuwuhr, Butzin und Draheim nach Tempelburg; fast in allen Orten wurde Station gemacht und eine Wählerversammlung abgehalten In Tempelburg traf Professor Förster Sonntag Vormittag 11 Uhr ein. Vor der Stadt hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Wir mußten halten, wurden mit Hochs und Hurras begrüßt und darauf traten weißgekleidete Jungfrauen mit Schärpen in den deutschen Farben an den Wagen und Erla Bonneß, als Sprecherin, begrüßte Professor Förster als Befreier von der Judennoth, wünschte ihm Sieg, Glück und Segen auf sein Haupt herab. Hierauf überreichte sie ein kostbares Bouquet. Nachdem Prof. Förster in herzlichen Worten gedankt, richtete auch der Vater dieser jungen Dame, ein geachteter Bürger hiesiger Stadt, derselbe ist ein Rathmann, herzliche Worte an Prof. Förster. Mit Händedruck dankte Prof. Förster, und unter fortwährendem Blumenregen fuhren wir in die Stadt"

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Jüdische Richter.** Das „Kl. Journal" erzählte dieser Tage nachstehenden Vorfall: Herr Assessor L. jüdischen Glaubens, welcher dem Dienstalter, seinen Zeugnissen und

Leistungen nach sich berechtigt glaubte, sich um eine Amtsgerichtsstelle zu bewerben, erhielt auf sein diesbezügliches Gesuch einen ablehnenden Bescheid. In einer hierauf bei dem Herrn Justizminister v. Schelling nachgesuchten Audienz erklärte Herr v. Schelling, daß er den augenblicklichen Strömungen nachzugeben gezwungen und daher vorläufig nicht in der Lage sei, einen Juden als Richter anzustellen. In derselben Weise äußerte sich der Präsident des kgl. Kammergerichts, Herr Drenkmann. Wir fügen noch hinzu, daß Herr v. Schelling, dessen humane und liberale Gesinnungen bei seinen Untergebenen allgemein geschätzt werden, dem Herrn Assessor L. gegenüber sein persönliches Bedauern über diesen Schritt, zu dem ihn die Verhältnisse drängen, besondern Ausdruck verliehen hat".

Diese Nachricht, welche begreiflicher Weise großes Aufsehen erregte und lebhafte Erörterungen in der Presse hervorrief, wurde in einer durch Sperrdruck als offiziös gekennzeichneten Notiz der „Nordd. Allg. Ztg." wie folgt dementirt:

„Die von dem „Kleinen Journal" gebrachte Mittheilung über eine Unterredung zwischen dem Justizminister und einem jüdischen Assessor sind wir in der Lage dahin zu berichtigen, daß der Herr Justizminister eine Erklärung, wonach er vorläufig nicht in der Lage sei, einen Juden als Richter anzustellen, nicht abgegeben hat".

Die „Kreuzztg." meint, von einem Verfassungsbuch könne nicht die Rede sein, wenn Juden nicht mehr Richter würden. „Die ihnen gewährleistete bürgerliche Rechtsgleichheit bedeutet nur soviel, daß jeder Jude ebenso gut als jeder Christ Richter werden kann, wenn er den Voraussetzungen genügt; nicht, daß er es werden muß. Der Landesherr kann überhaupt nicht gezwungen werden, irgend Jemandem, sei er nun Jude oder Nichtjude, ein bestimmtes Amt zu übertragen. Daraus folgt, daß auf dem Verwaltungswege manche Frage praktisch gelöst werden kann, der gesetzlich zur Zeit nicht beizukommen ist".

Die „Kreuzztg." wünscht, daß die Frage der Anstellung von Juden als Richter an geeigneter Stelle in diesem Sinne erwogen werde.

Wir glauben nicht, daß der Minister v. Schelling zu einer solchen Umgehung des Gesetzes — und darauf läuft der ihm von dem conservativ-antisemitischen Organ nahegelegte Wunsch hinaus — die Hand bieten wird. Ist es doch notorisch, daß unter ihm mehr jüdische Richter angestellt wurden, als dies unter seinem Amtsvorgänger Friedberg der Fall gewesen ist.

**Bei der Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen** wurden insgesammt 10893 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Dr. König (deutschsozial) 4419, Landrath v. Buttlar (conservativ) 3121, Dr. Endemann (nationalliberal) 1845 und Schuhmachermeister Marcus (Sozialdemokrat) 1492 Stimmen. Es ist mithin eine Stichwahl zwischen Dr. König und Landrath v. Buttlar nothwendig.

**Aus Dresden** wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Dresden scheint sich allmählich zum Centrum des Antisemitismus Zimmermannscher Richtung auszuwachsen. Mit Anfang October soll eine neue antisemitisch-volksparteiliche Zeitung größeren Stils mit dem bisherigen Redacteur der „Dresd. Nachr." Dr. Limon als Leiter erscheinen. Das wird die Geißel für die „Dresd. Nachr." werden, die diese Spielart in Sachsen großgezüchtet haben, und nun nach der alten Erfahrung von einem noch Radicaleren bei Seite geschoben werden.

**„Frauenehre".** Die „Staatsbürger-Zeitung" warnte wieder einmal (am 18. Juli) die deutschen Frauen, sich nicht von Juden umgarnen zu lassen. „Wir haben so oft gesagt", so jammert sie, „daß der jüdische Geist der Lüsternheit unser sittliches Leben vergiftet und daß wir Schutz des deutschen Sittlichkeitsgefühls gegen jüdische Unmoral fordern." Die biedere „Staatsbürger-Zeitung" wird gewiß nicht behaupten wollen, daß die Landwirthschaft verjudet ist. Und doch betrachte sie einmal die „moralischen" Beziehungen zwischen Gutsbesitzern und ihren weiblichen Untergebenen mit derselben Theilnahme. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der Nationalökonom Weber, sagt im Band III der landwirthschaftlichen Enquête, welche der „Verein für Sozialpolitik" angestellt hat (S. 631) „Patriarchalische Beziehungen haben aufgehört, wenn man nicht etwa intimere Beziehungen von Besitzern oder deren Söhnen zu den Mägden, oft genug auch zu den Frauen der Knecht- und Lohngärtner dazu rechnen will. Auch Wirthschaftsbeamte sind vielfach für solche patriarchalische Sitten, besonders wenn ihre Prinzipale sie cultiviren."

Was sagt die „Staatsb.-Ztg." dazu?

**Der antisemitische Rechtsanwalt Hertwig,** ehemaliger Reichstagscandidat in Liegnitz und Berlin V, ist in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier vom Kriegsgericht wegen Verweigerung des Gehorsams zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt worden. Hertwig war vom Bezirkscommando zu einer Berichterstattung über die bekannte Breslauer Spielaffaire aufgefordert worden, ließ aber die Aufforderung unbeantwortet.

**Vom Niederrhein,** 14. Juli. Der clericalen „Niederrhein. Volksztg." wird geschrieben: „Daß vor den Wahlen, um vertrauensselige Wähler zu captiviren, seitens mancher Candidaten die maßlosesten Versprechungen gemacht werden, ist schon keine ungewöhnliche Erscheinung mehr, und diejenigen, die harmlos genug sind, alles für baare Münze zu nehmen, brauchen später für den Spott nicht zu sorgen. Folgendes heitere Erlebniß, das sich gelegentlich der letzten Reichstagswahl in einem niederrheinischen Wahlkreise, der dem Centrum leider verloren gegangen ist, zugetragen haben soll, wird immer den Anspruch auf Neuheit erheben dürfen. Zu den militärfrommen Candidaten begiebt sich ein Führer der sogenannten „deutschen Reformpartei", um zu erforschen, welche Stellung derselbe zu der antisemitischen Bewegung einnehme. Der Herr Candidat thut angeblich ganz verwundert, daß diese seine Ansicht nicht bekannt sei, und bemerkt dabei, daß er selbstredend Gegner der Juden sei und, einmal gewählt, im Reichstage die Bestrebungen des Interpellanten unterstützen werde, er bitte jedoch hiervon erst nach den Wahlen öffentlich Gebrauch zu machen. Der (vielleicht herbeigeführte) Zufall wollte es, daß auch ein jüdischer Reichstagswähler den betreffenden Candidaten bei einem Geschäftsfreunde trifft. Das Gespräch war bald auf die bevorstehende Wahl gebracht; unser jüdischer Mitbürger nimmt sich ein Herz und fragt ganz bescheiden an, wie denn der Herr Candidat sich zur Judenfrage stelle. Darauf die Antwort, er (der Herr Candidat) stehe auf dem Standpunkt Kaiser Friedrichs, der die Judenhetze eine Schmach des Jahrhunderts genannt habe. Nach diesen, beide Parteien befriedigenden Erklärungen, die wir genau nach den Darstellungen der beiden Interpellanten wiedergegeben, war es selbstredend, daß Juden und Judenfeinde nahezu bis auf den letzten Mann für den militärfreundlichen Candidaten eintraten. Das Tableau änderte sich aber, als nach der Wahl der Antisemitenführer Gebrauch von seiner Kenntniß der Herzensmeinung des nunmehrigen Reichstagsabgeordneten machte. Natürlich herrschte jetzt große Aufregung im Lager der Israeliten, die anläßlich des Wahlsieges so festlich geflaggt und so freigebig zum Wahlfond beigetragen hatten. Eine Deputation wird zum Herrn Abgeordneten geschickt, der nach 1½-stündiger nichtssagender Unterhaltung verspricht, von Berlin aus eine Erklärung zu senden; es hat bis heute aber noch nichts öffentlich oder vertraulich davon verlautet".

## Vermischtes.

**Religionsstatistik.** Die soeben zur Ausgabe gelangte 27. Lieferung des „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften" (Jena, Gustav Fischer) bringt unter anderen eine Abhandlung von Professor Lexis über „Religionsstatistik". Danach beträgt die Anzahl der auf der ganzen Erde lebenden Juden: 7403000. (Ihnen stehen gegenüber bei einer Gesammtbevölkerung der Erde von 1480 Millionen 153 Millionen Protestanten und 233 Millionen Katholiken.) Von den europäischen Ländern mit zusammen 6800000 Juden hat Rußland die größte Anzahl, nämlich 3600000. Es folgen dann

| | |
|---|---|
| Oesterreich-Ungarn | 1863640 |
| Deutsches Reich | 568000 |
| Rumänien | 400000 |
| Niederlande | 97000 |
| Türkei | 80000 (125000)? |
| Frankreich | 56000 |
| Großbritannien und Irland | 46000 |
| Italien | 40000 |
| Bulgarien und Ostrumelien | 24000 |

In den übrigen Ländern Europa's bleibt die jüdische Bevölkerungsziffer unter 10000. Auf die anderen Erdtheile entfallen 603000, und zwar auf

| | | |
|---|---|---|
| Amerika | ca. 500000 | |
| Asien | 286000 | (Asiatische Türkei 195000, Asiatisches Rußland 45000) |
| Afrika | 296000 | (Tripolis und Marokko 200000 Algier und Tunis 88000) |
| Australien | 20000 | |

Ein richtiges Bild jedoch geben diese Zahlen erst dann, wenn man sie in Beziehung zu der Gesammtbevölkerung der betreffenden Länder bringt. Unter 10000 gezählten Personen sind Juden:

| | |
|---|---|
| in Rumänien | 794 |
| „ Oesterreich | 478,5 |
| „ Ungarn | 418 |
| „ Rußland | 370 |
| „ den Niederlanden | 216 |
| „ der Türkei | 143 |
| im Deutschen Reich | 115 |
| in Bulgarien und Ostrumelien | 76 |
| „ Frankreich | 14,6 |
| „ Italien | 13 |
| „ Großbritannien und Irland | 12 |

Die amtlichen Veröffentlichungen der betreffenden Länder geben das Verhältniß der jüdischen Bevölkerung zu der Gesammtbevölkerung in Oesterreich und Deutschland folgendermaßen an: In Oesterreich betrug der Zuwachs

| | der Israeliten | der Gesammtbevölkerung |
|---|---|---|
| 1880 gegen 1860 | 22,28 pCt. | 8,58 pCt. |
| 1890 „ 1880 | 13,72 „ | 7,91 „ |

Für Ungarn scheint das procentuale Verhältniß im letzten Jahrzehnt herabzugehen, denn während die Zunahme der Juden 1857—69 noch mehr als das Zweifache der am Kräftigsten sich entwickelnden Confession betrug (Juden im Jahresdurchschnitt 2,81 pCt., Griechisch-Katholische 1,25 pCt.), übertraf die Zunahme der Juden 1881—90 kaum die der Römisch-Katholischen (im Jahresdurchschnitt 1,36 und 1,24 pCt.). In Deutschland waren unter 10,000 ortsanwesenden Personen am 1. Dezember 1890: 115 Israeliten. (Für 1885, 1880 und 1871 sind die entsprechenden Zahlen 120, 124 und 125.)

Ueber die jüdische Bevölkerung Deutschlands giebt das soeben erschienene „Statistische Jahrbuch f. d. Deutsche Reich" 1893 S. 8 genauere Auskunft:

| Staaten u. Landestheile | Am 1. Dezember 1890 wurden gezählt: Christen. | Juden. | Unter 10000 ortsanwesenden Personen sind: Juden. |
|---|---|---|---|
| Prov. Ostpreußen | 1944092 | 14411 | 73 |
| „ Westpreußen | 1411885 | 21750 | 152 |
| Stadt Berlin | 1498635 | 79286 | 502 |
| Prov. Brandenburg | 2527789 | 13775 | 54 |
| „ Pommern | 1508564 | 12246 | 81 |
| „ Posen | 1707229 | 44346 | 253 |
| „ Schlesien | 4176248 | 48003 | 114 |
| „ Sachsen | 2571682 | 7949 | 31 |
| „ Schlesw.-Holst. | 1215433 | 3571 | 29 |
| „ Hannover | 2262887 | 15112 | 66 |
| „ Westfalen | 2409261 | 19172 | 79 |
| „ Hessen-Nassau | 1619559 | 44543 | 268 |
| „ Rheinland | 4661928 | 47234 | 100 |
| Hohenzollern | 65424 | 661 | 100 |
| Königr. Preußen | 29580616 | 372059 | 124 |
| Bayern r. d. Rh. | 4823297 | 42887 | 88 |
| Bayern l. d. Rh. | 717293 | 10998 | 151 |
| Königr. Bayern | 5540590 | 53885 | 96 |
| Königr. Sachsen | 3492652 | 9368 | 27 |
| Württemberg | 2023693 | 12639 | 62 |
| Baden | 1630854 | 26735 | 161 |
| Hessen | 967159 | 25531 | 257 |
| Mecklenburg-Schwerin | 576141 | 2182 | 38 |
| Sachsen-Weimar | 324797 | 1252 | 38 |
| Mecklenburg-Strelitz | 97470 | 489 | 50 |
| Oldenburg | 353395 | 1552 | 44 |
| Braunschweig | 400917 | 1635 | 40 |
| Sachsen-Meiningen | 222272 | 1560 | 70 |
| Sachsen-Altenburg | 170801 | 45 | 2,6 |
| Sachsen-Coburg-Gotha | 205930 | 549 | 27 |
| Anhalt | 270371 | 1580 | 58 |
| Schwarzburg-Sondersh. | 75277 | 228 | 30 |
| Schwarzburg-Rudolstadt | 85782 | 71 | 8,3 |
| Waldeck | 56521 | 753 | 132 |
| Reuß ält. Linie | 62683 | 62 | 9,9 |
| Reuß jüng Linie | 119639 | 147 | 12 |
| Schaumburg-Lippe | 38797 | 366 | 93 |
| Lippe | 127501 | 989 | 77 |
| Lübeck | 75809 | 654 | 86 |
| Bremen | 179369 | 1031 | 57 |
| Hamburg | 599777 | 17877 | 287 |
| Elsaß-Lothringen | 1568458 | 34645 | 216 |
| Deutsches Reich | 48847271 | 567884 | 115 |

**Kaiser Friedrich und — Ahlwardt.** Schon wiederholt haben wir die Beschimpfungen festgenagelt, mit denen Ahlwardt das Andenken des hochseligen Kaisers Friedrich besudelt hat. Auch sein jüngstes Werk über „Schwerin und Bleichröder Edelmann und Jude." (3. Aufl. Dresden, Glöß 1893. S. 10) enthält eine diesbezügliche Stelle: „**Kronprinz Friedrich Wilhelm** hat dies Treiben gründlich durchschaut, aber er war ohnmächtig, den Juden viele Millionen schuldig, und sein Herz mag sich oft zwanghaft gegen den unerträglichen Schmerz aufgebäumt haben. Religiöse Duldung hätte er bei seinem Regierungsantritte sicher geübt, aber das **jüdische Corruptionsnest würde er gründlich ausgenommen haben.** Die **obersten Juden** wußten dies recht gut, daher (!!) seine grauenvolle, nach allen Regeln der Kunst erfolgte **Ermordung durch den Juden Mackenzie.**"

Man weiß nicht, was man dazu sagen soll. Kaiser Friedrich hatte keine Schulden, er starb an einer schweren

unheilbaren Krankheit, Mackenzie war Christ . . . all das verschlägt nicht bei Ahlwardt. Kaiser Friedrich war das Opfer eines jüdischen Complottes, das ist der ewige Refrain seiner Weisheit, mit der er in Versammlungen Erfolge erzielt!

**Heinrich Heine und der Antisemitismus.** Nachdem der Düsseldorfer Stadtrath es abgelehnt hat, die Erlaubniß zur Errichtung eines Denkmals Heinrich Heine's zu geben, hat die Stadt Mainz es übernommen, dem geschmähten Dichter gerecht zu werden. Ebenso hat es die „Literarische Gesellschaft“ in Nürnberg durch Herausgabe eines Heine-Almanachs versucht, den Schmähungen antisemitischer Broschüren entgegenzutreten. Dr. König, Johann Albert und Dr. J. Staarstecher, alle drei haben Broschüren veröffentlicht, die voll der einseitigsten Urtheile sind, die über den ungezogenen Liebling der Grazien denkbar sind. Wenn die Herren wüßten, wie leicht es ist, aus den Werken eines so eigenartigen Dichters, wie es Heine war, Stellen ausfindig zu machen, und aneinanderzureihen, die ihn als Christenfeind, Deutschenhasser &c. hinstellen! Das Experiment ließe sich bei Goethe genau ebenso gut machen. Auch bei ihm sind Stellen gegen das Christenthum, gegen das Deutschthum, für Napoleon &c. vorhanden! Warum unterdrückt man bei Heine, welch' eine Bewunderung er für das Christenthum hatte, wie seine Satire gegen Deutschland nur seinem großen Heimweh entsprang, warum übersieht man beispielsweise die Stelle über Jesus Christus in seinem „Gesamm. Werken“ Berlin 1887. Bd. VII 275 f.

„Welche süße Gestalt, dieser Gottmensch! Wie bornirt erscheint, in Vergleichung mit ihm, der Heros des alten Testaments! Moses liebt sein Volk mit einer rührenden Innigkeit; wie eine Mutter sorgt er für die Zukunft dieses Volks. Christus liebt die Menschheit, jene Sonne umflammte die ganze Erde mit den wärmenden Strahlen seiner Liebe. Welch ein lindernder Balsam für alle Wunden dieser Welt sind seine Worte! Welch ein Heilquell für alle Leid ende war das Blut, welches auf Golgatha floß!“ . . .

**Noch einmal Fritz Reuter und die Juden.** Unter den nach Fritz Reuters Tode in seine gesammelten Schriften aufgenommenen humoristischen Arbeiten befinden sich auch die 1855 und 1856 entstandenen „Briefe des Herrn Inspectors Bräsig an Fritz Reuter“ und vice versa. Im achten dieser Briefe theilt Reuter in schalkhafter Weise, gleichsam um Roth fragend, dem biederen Inspector folgenden „Fall“ mit: „In einer kleinen Stadt — bitte, ich irre mich, es ist eine Kreisstadt — lebt ein edler Israelit. Der Mann beschließt, dem Zuge seines Herzens, welcher ihm als des Schicksals Stimme gilt, zu folgen und in der schweren Noth der Zeit, oder in der Zeit der schweren Noth ein Uebriges zu thun und sich seiner — bald hätte ich Mitchristen geschrieben — leidenden Mitmenschen zu erbarmen. Er überlegt sich Alles wohl, wie das seines Volkes bedächtige Art ist, er fragt sein Herz, er fragt sein Geschäft, beide nicken mit dem Kopfe und sagen: In Gottes Namen! Thu's! — Er thut's! Er holt 100 Thaler pr. Courant hervor und giebt sie zu einer Suppenanstalt für die Armen der Stadt. — Halt! Herr Inspector, Sie wollen sagen, was Sie wahrscheinlich schon oft gesagt haben: „Jude ist Jude, er hat seinen Vortheil dabei.“ Die Sache ist noch etwas anders. Der Mann denkt: soweit wär's gut, aber die preußischen Thaler können die armen Teufel nicht fressen, sie müssen Suppe dafür haben, aber wo diese Suppe kochen? Ich habe da zwei Küchen, ich will sie hergeben diese beiden Lokale, ich will mir die Last auf den Hals laden und die Gefahr, daß man bei Gelegenheit mir die silbernen Löffel stiehlt. — Große Freude in der christlichen Versammlung! „Habens Sie's schon gehört? der Co . . . . .“ — Ja, ja, weiß es schon. Hat 100 Thaler gezeichnet. „Ja, er hat aber auch seine Küchen zu diesem wohlthätigen Zwecke angeboten.“ Allgemeine Freude und Anerkennung. Da erhebt sich der dreimal im Feuer des Glaubens und der Liebe geläuterte hierarchische Goldquast und spricht: „Meine Herren, ich stimme für Ablehnen! Nie werde ich als christlicher Superintendent zugeben, daß christliche Arme aus einer Judenküche gespeist werden!“ Trotzdem heftiger Widerspruch von vier Mitgliedern des Komitees, weswegen dieselben in den Verdacht des heimlichen Mosaismus gerathen. Dieselben gehen ab, und zürnen inwendig. Indicirte Judenverfolgung.“ — Brusig schreibt in seiner Antwort über den „Fall“: „Unser Herr Pastur ist noch einer von die Alten. Vor die Stallfutterung und die vielen Betstunden is er nich. Als Oekonomiker is er richtig, un als Pastur ein Menschenfreund. Er is der Meinung, daß die Israeliten im Ganzen genommen, millgäwerner wären als die Christen, und daß ihre Kocherei sehr rendlich mit „Milchern“ und „Fleischern“ wäre, auch das Essend behilflich, wie er dies an seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit erfahren habe, da er lange Jahre als Gimnast bei so einem mosaischen Samariter 's Middwochens Freitisch gehabt habe. Nun frage ich Ihnen aber: Hat dieser Supperdent was gegen die 100 Rthlr. preuschen Crant dieses mosaischen Glaubensgenossen gehabt, oder hat er die se for probat erklärt? dieses wäre, wie uns' Herr Pastur sagt, eine exemplarische Beitragung zu die Moralität von's 19. Jahrhundert.“

## Alphonse de Candolle über die Judenfrage.

Der berühmte Botaniker Alphonse de Candolle, der Sproß einer alten Naturforscherfamilie, dessen Vorfahren als Protestanten aus Genf flüchten mußten, hat in seiner in Gelehrtenkreisen gefeierten „Histoire des sciences et des savants depuis deux siècles“ (Genf 1873. II. S. 424 ff) sich über die Judenfrage so interessant geäußert, daß wir seine Ausführung hier wiedergeben.

Er schreibt:

„Ich habe überall die jüdische Bevölkerung in derselben Weise wiedergefunden: arbeitsam, intelligent, sparsam, zuweilen bis zum Geize, aber mildthätig, wenig zu Gewaltthätigkeiten und Verbrechen gegen die Personen geneigt und der Trunksucht nicht ergeben. Man wirft ihr vor, sie habe keine Würde, sei zu unterwürfig und zu schlau in Geschäften. Im Ganzen habe sie die Eigenschaften und die Fehler der hochcivilisirten Völker, d. h. vortreffliche Eigenschaften, erträgliche Fehler. Das Bild, welches Europa etwa zeigen würde, wenn es einzig von Israeliten bewohnt wäre, dürfte seltsam scheinen. Es gäbe dann keine Kriege mehr, das sittliche Gefühl würde demnach nicht so häufig beleidigt; Millionen von Menschen würden nicht den nützlichen Arbeiten aller Art entrissen und die Staatsschulden und die Steuern würden geringer werden. Den bekannten Tendenzen der Israeliten zufolge würde der Kultus der Wissenschaften, der Literatur, der Künste, besonders der Musik sehr weit getrieben werden. Industrie und Handel würden blühen. Man würde nur wenige Angriffe auf Personen sehen und die Vergehen gegen das Eigenthum würden selten gewaltsam ausgeführt. Der Reichthum würde durch die Wirkung einer mit Sparsamkeit verbundenen, intelligenten und regelmäßigen Arbeit ungemein zunehmen. Dieser Reichthum würde großartige Mildthätigkeit üben. Die Geistlichkeit würde mit dem Staate gar nicht oder nur über Nebendinge in Conflict kommen. Möglicherweise gäbe es manche Bestechungen und wenig Festigkeit bei den Beamten. Die Heirathen wären frühzeitig, häufig und ziemlich allgemein in Achtung gehalten; dem wären auch die Uebel, welche aus der Sittenlosigkeit hervorgehen, selten. Dieser Umstand, sowie einige gute hygienische Vorschriften würden dazu beitragen, die Bevölkerung gesund und schön zu machen. Die Geburten

wären häufig, die mittlere Lebensdauer länger. Aus allen diesen Ursachen würde die Bevölkerung ungemein zunehmen. Es wäre etwa der Zustand China's, mit mehr Moralität, mehr Intelligenz, mehr Geschmack und ohne die scheußlichen Aufstände und Schlächtereien, die das himmlische Reich entehren. Zur Entwerfung dieser Skizze bedarf es keines Aufwandes von Phantasie, denn sie beruht auf wohlbekannten Thatsachen. aber ich beeile mich, hinzuzufügen, daß eine in solcher Weise zusammengesetzte Gesellschaft nicht lebensfähig wäre. Wenn in Europa oder den benachbarten Ländern nur einige Nachkommen der alten Griechen oder Römer, die Cantabrer oder Celten, der Germanen, Slaven oder Hunnen zurückgeblieben sein sollten, so würde die ungeheure israelitische Bevölkerung, die wir annahmen, bald unterjocht, zerstampft und beraubt sein. Je größer ihr Reichthum, desto schneller die Plünderung. Je schöner die Rasse, um so mehr würde man sie behandeln wie die Circassierinnen und die jungen Gefangenen, die einst in Babylon weinten. Und wenn es keine Barbaren mehr in Europa geben sollte, so würden sie über's Meer herüberkommen. Mit einem Worte, die Annahme einer großen, sehr civilisirten, d. h. sehr humanen, sehr milden, sehr intelligenten und sehr reichen Bevölkerung ohne Plünderer und Despoten, welche aus ihr Nutzen ziehen, läuft ebenso den Thatsachen zuwider, wie die Annahme eines Continents, der nur von Pflanzenfressern ohne Raubthieren bewohnt wäre. Man kann theoretisch eine höchst civilisirte Gesellschaft konstruiren, die von der Barbarei entfernt wäre, aber das wäre kein vollkommener Zustand, denn eine solche Gesellschaft könnte sich nicht vertheidigen."

„Wie kommt es nun, daß diese kleinen, in der Welt zerstreuten jüdischen Gemeinden Eigenschaften und Fehler besitzen, welche einem vorgeschrittenen Zustand der Civilisation am besten entsprechen? Aus den gewöhnlichen Ideen der Philosophen und Geschichtsschreiber läßt sich diese Thatsache nicht erklären. Wenn die Religion allein den Character der Juden und Christen bestimmte, so müßte man gerade das Gegentheil von dem sehen, was man findet. Die Israeliten lassen sich vorzugsweise durch das Alte, die Christen durch Neue Testament leiten. Nun müßte gerade das Alte Testament rauhe Sitten erzeugen und gewisse Ungerechtigkeiten entschuldigen. Es stellt Gott als einen Rächer dar, der an mehreren Generationen das Unrecht eines Vaters straft, der ein Volk auserwählt hat und somit die anderen vernachlässigt.*) Das Neue Testament im Gegentheil ist von Milde, Wohlthätigkeit und Unterwürfigkeit durchdrungen. Gott wird in ihm vorzugsweise als gut und mitleidig dargestellt; er nimmt alle Menschen ohne Unterschied der Rasse und Herkunft als seine Kinder an. Die Milde und Demuth sind sogar bis zur Uebertreibung anempfohlen, wie in dem Gebote, die andere Backe darzubieten, wenn man auf die eine geschlagen wurde. Nun sollen gerade die Juden bis zum Gehorsam gegen diese seltsame Vorschrift demüthig sein, während die Christen häufig hochmüthig, gewaltsam, ausschließlich in ihren Neigungen und über die Maßen streng in ihren Gesetzen sind. Wenn die Religionen allein die Völker gebildet hätten, so könnten die Juden ganz gut gewaltthätig sein, während die Christen unterwürfig sein müßten. Das Gegentheil ist aber der Fall.

Man sagt: die Juden sind unterwürfig, mißtrauisch, sparsam und ihren Angehörigen zugethan, weil sie seit langer Zeit verfolgt wurden. Aber viele christliche Völker sind auch verfolgt und in verschiedener Weise unterdrückt worden, haben aber unter solchen Verhältnissen stets gesucht, sich zu empören. Die Juden haben geduldet und geschwiegen, während die Spanier unter den Arabern, die Polen, die Irländer und andere mehr sich ganz anders betrugen, wenn sie glaubten, Ursachen zu Klagen zu haben. Die verhältnißmäßige Milde der Israeliten hängt also weder von ihrer Religion, noch von ihrer Behandlung ab. Die Naturgeschichte allein kann das Räthsel lösen.

Die jüdische Rasse ist eines der ältesten Kulturvölker, das sich niemals mit einem andern gemischt hat. Während der brutalen Rohheiten des Mittelalters hatten die Juden Handelsbeziehungen erfunden, welche die Völker verbinden, wie z. B. den Wechselbrief. Sie trieben Künste und Wissenschaften. Schon vor zweitausend Jahren hatten sie bemerkenswerthe moralische und intellectuelle Begriffe, welche die Tradition um so besser erhalten hat, als die allgemeine Zerstreuung doch die Isolirung der Rasse nicht hinderte. Daher kommt es, daß ein Israelit, wenn er auch seinem Urgroßvater oder einem weiter entfernten Ahnen gleicht, dennoch die Eigenschaften und Fehler eines civilisirten Menschen und zugleich jene schöne Bildung seiner Rasse besitzt, die von den Künstlern mit so viel Recht bewundert wird.

Die christlichen Völker im Gegentheile treten kaum aus der Barbarei heraus. Ihre Civilisation hat in Central-Europa seit drei Jahrhunderten und in Rußland erst seit Peter dem Großen begonnen. Sie haben noch noch immer gegen ihre früheren Gewohnheiten des Raubes, der Ungerechtigkeit, der moralischen und physischen Gewaltthätigkeiten zu kämpfen. Im Süden unseres Continents giebt es noch Bevölkerungen, welche die Blutrache für eine Tugend halten, selbst wenn sie gegen die Nachkommen eines Beleidigers geübt wird. Die westlichen Küsten Europas haben Bewohner aufzuweisen, welche über einen Schiffbruch jubeln, weil er ihnen Gelegenheit zum Plündern giebt. In unseren civilisirten Staaten verbrannte man vor zweihundert Jahren die Ketzer und vor hundert Jahren noch die Hexen. Noch im 18. Jahrhundert waren willkürliche Verhaftungen an der Tagesordnung, und Leute von hohem Range schämten sich nicht, ohne Scheu vor Gesetzen und Gerichten, die Niedergestellten prügeln zu lassen. Im Anfang unseres Jahrhunderts henkte man in England einen Menschen wegen eines geringfügigen Diebstahls. Die Kriege sind noch immer scheußlich und die Seeräuberei kaum außer Mode gekommen. Seinen Voreltern ähnlich zu sein, ist demnach unter uns nicht ganz gefahrlos. Die Gewaltthätigkeit unserer Ahnen muß nach den Gesetzen des Atavismus von Zeit zu Zeit wieder auftauchen, diese Gewaltthätigkeit war in Folge einer langen Gewohnheit ein Instinct geworden; es braucht Zeit um andere Instincte zu schaffen. „Gestern", sagt Galton in seinem Buche: Hereditary genius, „gestern war der Mensch noch ein Barbar, man darf deshalb nicht verlangen, daß die natürlichen Fähigkeiten seiner Race sich schon im Verhältniß zu den wirklichen Fortschritten umgestaltet hätten, die er gemacht hat. Wir Menschen der Neuzeit, sind wie Bestien, welche in ein Land verpflanzt sind, das ungewohnte klimatische Verhältnisse und Nahrung bietet. Unsere Instincte gehen in diesen veränderten Verhältnissen irre. So lauten die Naturgesetze".

*) Die Unrichtigkeit dieser Auffassung haben wir zu wiederholten Malen dargelegt. D. Red.

## Briefkasten.

**Abonnent H. in C.** Anonyme Zusendungen können durchaus keine Berücksichtigung finden.

**A. Sch. in Magdeburg.** Besten Dank für Ihren freundlichen Vorschlag. Wir werden ihn in Erwägung ziehen.

**Abonnent in B.** Prof. Hasse, der Vertreter der Stadt Leipzig im Reichstage, ist Hospitant der nationalliberalen Fraction.

**W. in Nordhausen.** Die Ermordung des jüdischen Handelsmannes in Frimmersdorf hat mit dem Antisemitismus doch nichts zu thun. Wenigstens ist dies aus der uns vorliegenden Zeitungsnotiz nicht zu ersehen.

**Abonnent in F.** Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Böckel direct und indirect die Wahl des nationalliberalen Dresler gegen Stöcker unterstützt hat. Böckels Einwände sind nicht stichhaltig.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 165 Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 31. Berlin, den 30. Juli. 3. Jahrg. 1893.**

### Güterschlächterei im Kreise Kolberg-Körlin.

Die Güterschlächterei ist an und für sich nichts Verwerfliches. Sie bedeutet den Ankauf größerer Güter, Zertheilung derselben in mehr oder weniger große Parzellen und Verkauf derselben. Wird der Ankauf reell betrieben, geschieht die Austheilung nach vernünftigen Gesichtspunkten und begnügt sich der Verkäufer mit einer den Verhältnissen entsprechenden Vermittelungsgebühr, so liegt in allen drei Manipulationen nichts, was zu einer öffentlichen oder privaten Verurtheilung führen könnte. Im Gegentheil, es hat sich herausgestellt, daß die Güterschlächterei sehr oft ein Segen ist. Ein gut conservativer Mann, ein Förderer des Bauernbundes, der Abg. *Knauer*-Gröbers sagte im preußischen Landesökonomie-Kollegium bei den Verhandlungen vom 9—11 November 1886*): „*Daß ein Gut zerschlagen werden kann, das will ich auch, denn es giebt Ortschaften, wo der Acker nicht die Hälfte dessen einbringt, was er bringen könnte, wenn man ihn verkauft und parzellirt.*“ Während also Abg. Knauer den Segen der Güterschlächterei zugiebt, verfehlt er aber nicht, den *jüdischen* Güterschlächtern etwas am Zeuge zu flicken. Er fügt nämlich hinzu:

„*Aber das Gut soll in der Hand des Besitzers zerschlagen werden, nicht aber zum Nutzen von Juden und Judengenossen.*“

Wie aber, wenn der Eigenthümer sein Grundstück selbst nicht vereinzeln *will* oder *kann*, wenn ein Anderer es für ihn thut, sei er Christ oder Jude? Wer will da sagen, daß der jüdische Güterschlächter schlimmer ist als der christliche? Freilich nach der Meinung der Antisemiten ist es nicht dasselbe, „wenn zwei, Christ und Jude, dasselbe thun“.

Dennoch kann man an der Güterschlächterei im Kreise Kolberg-Körlin den Segen derselben klarlegen. Sie war wichtig und werthvoll genug, um von dem *Professor der Nationalökonomie Dr. Max Sering* in einem ausführlichen Capitel seines Werkes: *Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland*“ (Dunker und Humblot, Leipzig 1893 S. 168—199) gewürdigt zu werden. *Und der Hauptunternehmer in diesem Kreise ist* **Jude!**

Im Kreise Kolberg-Körlin sind seit dem Ende der siebenziger Jahre bis Ende 1891 11 große Güter mit 5 Vorwerken und 1 großer Bauernhof, zusammen rund 30000 Morgen (7480 ha) zerschlagen worden. 15 Restgüter und 239 neue, darunter nur 30—40 unselbstständige Stellen sind daraus entstanden. Da nun ein weiteres Gut von 450 ha angekauft ist, so dürfte die Zahl der neugegründeten bäuerlichen Anwesen bald auf ca. 300 anwachsen. Professor Dr. Sering sagt hierzu:

„Hier liegt ein Unternehmen vor, welches wegen seiner sozialen Bedeutung Beachtung verdient. Es erscheint als ein höchst bemerkenswertes Symptom für die Lage der Landwirthschaft im Osten und das veränderte Verhältniß des kleinen zum großen Grundbesitz, wenn mehrere hundert Tagelöhner und Bauernsöhne in ein und demselben Bezirk ein Dutzend Rittergüter auskaufen und daraus einige hundert neue leistungsfähige Produktionsstätten bilden konnten, *ohne jede andere Förderung als die eines geschickten Geschäftsmannes* und ohne eine andere finanzielle Unterstützung, als die des privaten Kredits, dem erst im letzten Jahre der Kredit der Rentenbank zur Seite getreten ist“

Ueber diesen „geschickten Geschäftsmann“ zog Prof. Sering Erkundigungen ein, und das Resultat war folgendes:

„Um über die Thätigkeit des Kolberger Unternehmers unbeeinflußte Nachrichten zu gewinnen, habe ich die einzelnen Ansiedlungen ohne Begleitung und unangemeldet besucht, bin von Haus zu Haus gegangen und habe erst nachträglich die leitende Persönlichkeit und einige unparteiische Sachkenner um Auskunft gebeten. Ernsthafte Klagen über die Geschäftsgebahrung des Unternehmers sind mir nur seitens *eines* Rittergutsbesitzers zu Ohren gekommen, welcher einen großen Theil seines Gutes durch jenen gegen Provision hatte parzellieren lassen.

Von den Ansiedlern habe ich, abgesehen von einem unbedeutenden Fall, keinerlei entsprechende Beschwerden gehört, obwohl ich solche Aeußerungen nahe legte und die Kolonisten in dem schwierigen Anfangsstadium ihrer Wirthschaft zu Klagen geneigt zu sein pflegen. *Man hat es also mit einem Unternehmen zu thun, welches auch im Hinblick auf die ganze Handhabung und Leitung über dem Niveau der gewöhnlichen Güterschlächterei steht. Thatsächlich hat der Kolberger Geschäftsmann verstanden, sich das Vertrauen der Ansiedler in hohem Maße zu gewinnen. Er verkehrt mit allen auf „Du und Du“, ist allgemeiner Berather, Rechtsbeistand, Familienfreund. Er selbst sagte mir, sein ganzes Geschäft würde ruinirt sein, wenn er einen einzigen Ansiedler unredlich behandeln wollte.*

Für das Gelingen seines Unternehmens ist von besonderer Bedeutung gewesen, daß er — als Sohn eines Getreidehändlers in einem Dorfe des heute colonisirten Theils des Kreises aufgewachsen — Jedermann in der Gegend kennt

*) S. Antisemitenspiegel S. 73.

und in der Lage gewesen ist, die richtigen Leute als Colonisten auszuwählen. Er hat immer eine große Zahl von geeigneten Personen hinter sich, die sofort bei jeder beginnenden Parzellirung als Käufer herangezogen werden können".

Der Kolberger Unternehmer ist der jüdische Kaufmann Max Heinrichsdorff. Derselbe hat seiner Zeit durch seine Unternehmungen nicht blos das Auge der Regierung auf sich gelenkt, sondern geradezu ihren Beifall sich erworben. Es war zur Zeit, als die Regierung dem Parlamente das bekannte Rentengütergesetz vorlegte, da kamen hohe Regierungsbeamte und Ministerialräthe aus Berlin nach Colberg, conferirten mit Herrn Heinrichsdorff und nahmen seine Colonien, ihre Anlagen und Einrichtungen wiederholt in Augenschein. Heinrichsdorff wurde auch nach Berlin zum Finanzminister Dr. Miquel zum Vortrag in Sachen seiner Colonien beschieden und selbst der Oberpräsident, Staatsminister von Puttkammer, verschmähte es nicht, die Colonien des H. zu besuchen. Unstreitig haben diese Colonien auf den Erlaß des Rentengütergesetzes, wie ja auch die Parlamentsverhandlungen beweisen, Einfluß gewonnen.

Ein konservativer Abgeordneter lobte das Werk von der Tribüne des Abgeordnetenhauses aus und der „Reichs- und Staatsanzeiger" berichtete auch seinerzeit darüber.

Wie Prof. Sering oben mitgetheilt hat, hat sich nur ein Rittergutsbesitzer über Herrn Heinrichsdorff beschwert. Auf unsere Erkundigungen über diesen Einzelfall, wurde uns folgende, durchaus authentische Auskunft zu Theil:

„Es mag ca. 8 Jahr her sein, als der Lieutenant der Ref. und Rittergutsbesitzer Wietholz auf Neureese sein seit ca. 15 Jahre in seinem Besitz befindliches Gut Neureese B. und sein seit 3 Jahren zugekauftes Gut Neureese A. im Gesammtkostenpreis von 134,000 Mk. verparzelliren wollte und die Hülfe des Max Heinrichsdorff dafür nachsuchte. — Die Güter waren belastet mit 135000 Mk. Schulden.

Durch die Thätigkeit des H. sind parzellirt worden für 126000 Mk. und für den bisherigen Besitzer blieben die Restparzelle und die Gebäude. — Wietholz beklagte sich, daß Heinrichsdorf diese Parzellirungen zu billig verkauft hatte, obwohl er ein Restgut von 60000 Mk. im Werth zurückbehalten, die Gesammtsumme also ohne Inventar 186000 für die Güter ergab. — Heinrichsdorf hatte einen Contract mit Wietholz, wonach er 180000 Mk. in der Parzellirung für die Güter erlangen mußte, hierach sollte er 4% für seine Unkosten und Arbeit, Fuhrwerk und für die Zeit von beinahe 2 Jahre erhalten. — Als es bis zur endlichen Regelung kam, stellte sich ein Haupt-Gut-Reflectant ein, der 54000 Mk. nach jenen 126000 Mk. bot. Herr Wietholz erklärte aber, für diesen Preis dasselbe selbst behalten zu wollen. —

Nun war im Contract nicht festgestellt, daß sich etwaiges Mehr im vorhandenen Landbesitz zu Gunsten des Parzellunten ergeben sollte. Thatsächlich stellte es sich heraus, daß statt der nominell vorhandenen 600 Morgen das Hauptrestgut 680 Morgen behielt, dasselbe also nicht 600 Morgen

| | | |
|---|---|---|
| vereinbart | à Morgen 90 = | 54000 Thl. |
| sondern 80 Morgen à 90 Thl. | . . . . . . | 7200 „ |
| mehr werth war, also | . . . . . . . . . | 61000 Thl. |

diese 7200 Thaler allein schon die vereinbarte Provision ausmachten. —

(Schluß folgt).

## Jüdische Geschichtslehrer.

Zu unserm Leitartikel in der letzten Nummer der „Mittheilungen" erhalten wir folgende Zuschrift:

Herbart sagt: „Die Geschichte ist die Lehrerin der Menschheit, und wenn sie es nicht wird, so tragen die Jugendlehrer der Geschichte die Schuld." Dieser Ausspruch unseres großen Meisters bringt mit unabweislicher Nothwendigkeit in uns, bei der Behandlung des Geschichtsunterrichts eine solche Richtung einzuschlagen, daß ein heilsamer, segenbringender Einfluß auf die Kindesnatur erzielt wird. Seitdem eine Geschichtsforschung existirt und uns das Ergebniß derselben in den umfangreichsten universalhistorischen Werken bis auf die kleineren und kleinsten Compendien dargereicht wird, ist die Geschichte, die Lehrmeisterin der Menschheit, mehr oder weniger in das religiöse und politische Parteigetriebe hineingezogen und tendenziös zugestutzt worden, je nach dem Standpunkte des Geschichtsdarstellers, der sich eben von den bewegenden Ideen seiner Zeit beeinflussen läßt, so daß das Wort Goethe's nur allzu wahr erscheint: „Was ihr den Geist der Zeiten nennt, das ist der Herren eigener Geist."

Geschichte ist aber die Darstellung des Geschehenen. Es tritt darum als die erste Pflicht an den Geschichtslehrer heran, die Thatsachen darzustellen, wie sie sich wirklich zugetragen haben, mit der reinsten Objectivität, frei von jedem religiösen Sonderinteresse. Die concreten Gestalten der Geschichte müssen ohne jede Zuthat, ohne jede Färbung der Lehrer auf den Schüler wirken. Es schließt das nicht aus, daß der Lehrer mit einer Wärme der Begeisterung, mit dem Aufwande seiner ganzen sittlichen Persönlichkeit den Kindern ein anschauliches Bild von dem Darzustellenden giebt; wie gesagt, die Thatsache allein soll reden. Ist das nicht der Fall, spitzen wir die Geschehnisse nach unserer subjectiven Auffassung zu, so sind wir nicht durchdrungen von dem obersten Erziehungsgrundsatz, der harmonischen Ausbildung der seelischen Kräfte des Schülers. Bei den Thatsachen der Geschichte darf nur der allgemein sittliche Maßstab angelegt werden, sonst wird dem Conflict, den Zweideutigkeiten, die offenbar unsittlicher Natur, Thür und Thor geöffnet. Während z. B. der katholische sich sonst großer Objectivität befleißigende Welter die Reformation eine kirchliche Revolution u. s. w. nennt, merkt man dem „Putz" nichts von seinem Katholicismus an. In einer Recension über den Leitfaden zur allgemeinen Geschichte von Professor Lange finde ich den Satz monirt: „Die protestantische Kirche, die ihren Mitgliedern große Freiheit im Thun und Glauben gewährt u. s. w.; der Recensent knüpft hieran die Bemerkung: „Die Pastoralconferenzen in der Oranienstraße sind doch anderer Meinung". Man denke sich als Pendant zu „Lange" den christlich-conservativen Dittmar. Man denke sich Geschichtswerke im Sinne des alten, neuen, griechischen oder des Deutschkatholocismus; des oberkirchenräthlichen Christenthums, des evangelischen, lutherischen, reformirten, oder des Protestantenvereins. Und nun nehme man noch hinzu Bearbeitungen der Weltgeschichte vom jüdisch-orthodoxen oder reformistischen Standpunkte! Es sollte doch bei klardenkenden Menschen der Satz nicht mehr angefochten werden, daß der Einheitsgrund bei der Geschichtsdarstellung nur allein der rein menschliche sein kann und muß.

M. Spanier-Magdeburg.

## Stöcker gegen Ahlwardt.*)

**Motto**: „Das spreche ich offen aus, daß ich Ahlwardt in tiefstem Grunde für einen ehrlichen Mann halte, der das Wohl seines Vaterlandes will!"
Stöcker am 11. Nov. 1892.

Am 22. Juli quittirte Hofprediger Stöcker für die Angriffe Ahlwardts und für seinen Durchfall in Neustettin. Noch nie hat Berlin eine so bewegte und stürmische Versammlung gesehen, wie diese, in der Stöcker die Wahl in Neustettin besprach. Ohnmächtig oft gegen die wüsten Schreier stand Stöcker auf dem Podium, mit bleichem Gesicht,

*) Nach einem Bericht des „Volk" vom 23. Juli, ergänzt durch einen Augenzeugen.

**indeß die Zwischenrufe und Beschimpfungen der Radauantisemiten auf ihn niederhagelten. Zur Linken saß der Redacteur des „Volk", Herr Oberwinder.**

Es mochten etwa 300 Antisemiten als Gegner und etwa 900 Christlich-Soziale anwesend sein. Eine sehr gespannte Stimmung und einzelne Zwischenfälle schon vor der Eröffnung ließen außergewöhnliches erwarten. Als gegen 8¾ Uhr Hofprediger a. D. *Stöcker* den Saal durchschritt, mischte sich in den stürmischen Beifall der Christlich-Sozialen anhaltendes Zischen und gellendes Pfeifen der Gegner aus dem Lager Ahlwardts, die sich zum großen Theil Radaupfeifen mitgebracht hatten. Helle Entrüstung der Christlich-Sozialen war die Antwort. Der Vorsitzende, Buchbindermeister *Schulze*, gab alsbald dem Hofprediger *Stöcker* das Wort. Ruf: „Zur Geschäftsordnung!" *Vorsitzender:* „Wir machen unsere Geschäftsordnung selbst." (Lärm. Unruhe. Rufe: Raus.) Restaurateur *Bodeck*, der seinerzeit als Vorsitzender der „Antisemitischen Volkspartei Berlin" sein Amt niederlegen mußte, und nunmehr als Wirth einer antisemitischen Kneipe Geschäftsantisemit im wahrsten Sinne des Wortes ist, schreit durch den Lärm hindurch: „Ich frage, ob freie Aussprache gestattet ist?" Hofprediger *Stöcker:* Ein kurzes Wort für Freunde und Feinde: „Wenn dem Vortragenden das Wort gegeben ist, dann kann jemand, der an parlamentarischen Anstand gewöhnt ist, nicht mehr das Wort zur Geschäftsordnung erwarten. Eine Discussion nachher ist selbstverständlich! (Bravo. Beifall.) Wir bitten aber auch, sich danach aufzuführen." — Es trat nun verhältnißmäßige Ruhe ein; aber der Vortragende konnte kaum zwei Sätze sprechen, ohne durch Zwischenrufe, durch lauten Widerspruch, der sich mitunter zu anhaltendem Lärm steigerte, sowie auch durch Beifall unterbrochen zu werden. Die Erregung und Erbitterung war so groß, daß der Kampf der Worte bis hart an die Grenze des Faustkampfes gedieh. Viermal mußte die Versammlung wegen Tumults vertagt werden. Oefter blieb dem Vorsitzenden nichts übrig, als den lautesten Schreiern den Saal zu verbieten. Eine wirkliche Stille trat überhaupt nur selten und nur auf kurze Zeit ein, so daß es dem Redner sehr schwierig wurde, sich verständlich zu machen. Polizeiliche Ueberwachung fand nicht statt. Jeder Stehplatz im Saal war besetzt. Auch im Mittelgang drängten sich hunderte und das alles bei einer Temperatur, die wohl bis auf 30 Grad Celsius stieg. Die Anhänger Ahlwardts saßen in kompakten Haufen auf der rechten Seite im Vordergrunde des Saales. Darunter verschiedene Führer. Der Widerspruch ging *immer* von den Antisemiten, der Beifall *stets* von Christlich-Sozialen aus.

Die Christlich-Sozialen, so begann Stöcker, haben ebensowenig Ursache zur Niedergeschlagenheit, als die Kreise des Herrn Ahlwardt zur triumphirenden Freude über die Wahl in Neustettin. (Widerspruch! Beifall!) *Können Sie sich etwas trostloseres denken für Berlin, als wenn es heißt: „Ahlwardt ist groß und Förster, der ist sein Prophet!"* Eine traurigere Erscheinung giebt es nicht. (Widerspruch. Unruhe.) Diese Thatsache mußte klar gestellt werden. Meine Herren! Ich bin ja nach Neustettin nicht gegangen in dem Gedanken, dort zu siegen. (Ruf: Na! na! Heiterkeit. Gelächter.) Ahlwardt hatte 7000 Stimmen gehabt, der Gegencandidat nur 3000; da konnte, wer ein Fünkchen Verstand besitzt, nicht an den Sieg glauben. Außerdem hat Herr Ahlwardt zwei bis drei Wochen mit seinem ausgezeichneten Generalstab dort zugebracht, der auch heute mit Pfeifen gekommen ist; ob er aber pfiffig ist, ist eine andere Frage. (Beifall.) Die Christlich-Sozialen von Neustettin hatten mich das erste Mal gerufen, weil sie weder für v. Hertzberg, noch für Ahlwardt stimmen wollten. Das Letztere kann ich ihnen auch nicht verdenken. Wer wählt Ahlwardt? (Großer Lärm. Rufe: Wir! wir! Anhaltende Unruhe.) Bei der Nachwahl verstand es sich von selbst, daß ich das Häuflein von Freunden dort nicht an Ahlwardt und Genossen preisgab. (Beifall.) Ich habe auch die Gelegenheit, das, was man im politischen Leben Ahlwardtismus nennt, zu bekämpfen, mit der größten Freude ergriffen. (Rufe: Pfui! pfui! Großer Lärm.) Gerade so wie ich die Gelegenheit, das Böckelthum in Alsfeld zu bekämpfen (Pfui! pfui! Anhaltender Lärm) mit der größten Freude (lärmender Widerspruch, Rufe raus!) willkommen geheißen habe. (Beifall bei den Christlich-Sozialen. Tumult bei den Antisemiten.) Die Schuld an diesen Zuständen (Unterbrechung) trage nicht ich, sondern Herr Dr. Böckel, der lange vor der Auflösung des Reichstages den Wahlkreis Siegen an einen seiner Leute verschrieben hatte. Ist das wahr oder nicht? (Ruf. Jawohl, das hat er mir persönlich gesagt). Böckel hat schon vor Jahren gesagt: Stöcker kann den Wahlkreis nicht halten. Da muß ich hingehen. (Sehr richtig!) Jetzt hat Böckel 1000 Stimmen und ich habe 11000 gehabt. Schon im ersten Wahlgange hatte ich mehr, als Fortschrittler und Nationalliberale zusammen. Und das bewog Böckel zu seinem Mitleid. In der Stichwahl schrieb er seinen Vertrauensmännern: „Wählt Dresler!" (Ruf: Ist ja nicht wahr! Lärm. Ruf: Radaubrüder. Ruhe! Ruhe!) Stöcker: Meine Herren! So geht es nicht weiter! Wenn die Sache sich nicht ändert, werden wir einen Augenblick vertagen und die Herren Antisemiten, die wir ganz gut kennen, bitten, unser Hausrecht zu respectiren und den Saal zu verlassen. (Sturm. Beifall.) Wollen sich die Herren aber nicht als Radauantisemiten betragen (stürmischer Beifall), dann sind wir bereit fortzufahren. Ruf: „Provozieren Sie doch nicht immer, Herr Hofprediger!" (Heiterkeit.) Es tritt eine kurze Vertagung ein. — Redner constatiert, daß Zimmermann in Sachsen durch seinen Ausdruck: Die conservative Partei sei verstockt und verstöckert, etwas sehr Unvernünftiges gesagt habe. Ich mußte den Kampf gegen diese Leute aufnehmen. *Und wenn mich künftig nur zehn Christlich-Soziale nach Neustettin oder anderswo rufen gegen einen Böckelianer, so gehe ich hin, auf die Gefahr, zum drittenmal durchzufallen.* Ein anständiger Mensch nimmt den Kampf auf, der ihm angeboten wird, ohne Rücksicht auf den Sieg. (Ruf: aber nicht gegen Förster!) Um Förster handelt es sich nicht. Ahlwardt hat ihn in seinen Rocktaschen in den Wahlkreis gebracht und auch gesagt: Förster wird mir treu zur Seite stehen. Förster ist also Ahlwardt und Ahlwardt ist Förster! (Beifall. Sehr gut!) Ahlwardt schlägt in seiner Agitation Wege ein, die geeignet sind, im deutschen Volk einen Stand gegen den andern bis aufs Blut aufzuhetzen. (Widerspruch. Tumult. Oho! Lebhafter Beifall.) Wenn diese Böckelei und Ahlwardterei (Ruf: Stöckerei!) — Rufen Sie nur auch Muckerei! — wenn diese Ahlwardterei so weiter geht, bin ich überzeugt, daß der Kampf gegen das Judenthum verloren ist, (Lärm. Unruhe) **daß das Antisemitenthum zuletzt in ein Antigermanenthum ausarten muß.** (Lebhafter Beifall. Oho! Widerspruch.)

Ich gehe zur Kennzeichnung Ahlwardts nicht auf Zeitungsnachrichten ein, sondern benutze mit Ausnahme einer durch Zeugen beglaubigten Notiz nur die eigenen Flugblätter Ahlwardts. Als ich die darin enthaltenen aufhetzenden Lügen übersah, habe ich sofort mit dem heftigsten Kampf begonnen und hineingerufen: *Wer die Schnapslüge Ahlwardts* (Lärm) *als Wahrheit beweist, dem gebe ich zehntausend Mark.* Ein Bauer hat sich jetzt dazu gemeldet. (Heiterkeit.) Dem Berliner, der das beweist, will ich sogar 100 000 Mark geben, obwohl ich nicht so reich bin, wie Ahlwardt neulich sagte. (Widerspruch.) Ich hörte in Neustettin von Freunden und Gegnern die Meinung: *Ahlwardt hat den ganzen Wahlkreis mit dem Schnaps verrückt gemacht* (Anhaltender Lärm.) Ich lese Ihnen die Worte Ihres Herrn und Meisters selbst vor. Hören sie mich ruhig an: *„Trinkt der arme Mann für 5 Pfennige sein Glas Schnaps, so bezahlt er 4½ Pf. an Steuern dabei, denn es ist nur ½ Pf. werth.* Der reiche Mann aber, der für eine Mark eine Flasche Wein trinkt, zahlt nur 10 Pf. Steuern. (Sehr richtig!) Sie verstehen von nichts in der Welt etwas, darum können Sie sagen: Sehr richtig! (Großer Lärm.) Ahlwardt sagt dann: der arme Mann zahlt 45 mal soviel Steuern als der reiche. Nun kostet der Hektoliter Spiritus 35—36 Mark. Die Maischraum- und die Trinkbranntweinsteuer machen 75 Mark. Aus einem Hektoliter Spiritus werden etwa drei Hektoliter Trinkbranntwein, so daß auf dem Liter 25 Pf. Steuern liegen. Dieser wird in Gläsern zu 5 Pf. für 80 Pf. ausgeschenkt, so daß auf dem Glase Schnaps nur ca. 1½ Pf. Steuer liegen. *Und dies ist das Exempel, womit der ganze Wahlkreis Neustettin erobert ist;* (Großer Lärm der Antisemiten) *dieses ganz allein!* (Erneuter Skandal der Antisemiten) **Dies Exempel ist erstunken und erlogen!!** (Großer lang anhaltender Beifall der Christlich-Sozialen und lauter Widerspruch der Antisemiten.) Sie dürfen nicht denken, daß dies die einzige Unwahrheit ist? (Lärm der Antisemiten.) Diese Schnapslüge war die *erste!* Sie war das dickste Pferd, das angespannt wurde; aber eine ganze Menge Klepper gingen hinterher, die den Karren weiterzogen. (Unterbrechung.) *Diese Schnapslüge steht hinter allem, was freisinnige und sozialdemokratische Flugblätter je geleistet haben.* Es heißt dann weiter: Alle Steuern sind auf die Schultern der arbeitenden Stände aufgehäuft und die reichen Leute wissen sich davor zu drücken." (Zustimmung bei den Antisemiten.) Sehen Sie, ein Theil der Zuhörer ist so tief gesunken, *daß er ganz offenbaren Lügen zujauchzt! Das ist es gerade, was ich mit „Ahlwardtismus" bezeichne und bekämpfe.* (Ungeheurer Lärm.) Das schlimmste aber ist nicht, daß die Behauptung: man wolle *alles* den Armen auflegen, eine Unwahrheit ist, sondern das dies das Mittel ist, den kleinen Mann auf ungerechte Weise gegen den reichen Mann in Harnisch zu bringen. (Oharufe.) Es ist zu verstehen, daß dann die Armen vor Empörung wüthend werden und alles in Stücke schlagen wollen! (Widerspruch.) Wenn aus der antisemitischen Bewegung ein Mittel wird, die Stände gegeneinander zu hetzen, anstatt sie zu verbinden, so halte ich das für das größte Unglück der antisemitischen Bewegung. (Stürmischer, sich erneuernder Beifall der Christlich-Sozialen. Widerspruch der Antisemiten: „Wir haben jetzt genug!")

In Soldin hat Ahlwardt zu den Wählern gesagt: „Sie leben noch schlechter als das Vieh, das hat sein reiches Futter und nach der Arbeit Ruhe. Und Sie?" Ist das keine Aufhetzung? Als er sein Programm entwickelte, meinte er: „Der Großgrundbesitz müsse getheilt werden (Aha! das ist Ahlwardtismus!) und an den kleinen Mann zur Vertheilung kommen, um nach Jahrzehnten auf Grund noch zu schaffender Gesetze wieder an die ursprüngliche Familie zurückzufallen falls die Verwalter schlecht gewirthschaftet haben." Wie denkt sich der Mann das? Wer soll die Häuser bauen, das Vieh anschaffen? Damit weckt man doch bloß die schlimmste Begehrlichkeit und pfropft in die Köpfe einen vollkommen sozialen Unsinn. Das sind längst überwundene communistische Träumereien. Der wüsteste Sozialdemokrat kann einem solchen Programm nicht zustimmen. Soll ich diese Schnapsunwahrheiten, diese Steuerunwahrheiten, diesen nackten Communismus nicht bekämpfen, wenn sie im Namen des Antisemitismus verübt werden? Ich, der ich

als Vater des Antisemitismus gelte? (Stürmischer Beifall. Ruf: Ueberhebung! Rabenvater!).

In Hessen wurde es anders gemacht, besser nicht (Doch!) Nein! Mit Unwahrheiten (Pfui!), mit Unwahrheiten wurde auch dort gekämpft. Außerdem wurde der Regierung nachgesagt — das ist das komische an der Sache — der Regierung, welche den Dr. Böckel dazu gebracht hat, ihr zuzustimmen, (Ruf: Herr Hofprediger! Sie waren nicht dabei!) daß sie die Militärvorlage durch Vorspiegelung falscher Thatsachen durchdringen wolle und daß es ihr wie beim Septennatsreichstag nur um einen gefügigen Reichstag zu reactionären Zwecken zu thun sei. Und diese „Vorspiegelungen" hat der Mann jetzt selbst acceptirt. (Große Heiterkeit! Ruf: Deckungsfrage.) Von der Deckungsfrage steht hier in dem Flugblatt Böckels nichts, sondern nur von der „Vorspiegelung falscher Thatsachen." Das ist aber das schlimmste, was man sogar einem Hochstapler nachsagen kann.

Meine Herren! Ich fasse kurz zusammen, was ich gesagt habe, damit dann auch noch einige Gegner zum Wort kommen. — Was jeder ernste Christ, jeder ehrliche Deutsche, jeder gute Patriot erstreben muß, ist: daß wir mit vereinten Kräften in geeinigtem Geist die Uebermacht des Judenthums bekämpfen (die Antisemiten beginnen zu lachen und aufs neue Skandal zu machen), damit die finanzielle und die geistige Uebermacht gebrochen wird! (Bravo! Zischen der Antisemiten.) Auf welchem Wege dies geschehen soll (Ruf: „Wissen wir noch nicht!"), das ist die Frage, die uns trennt! Glauben Sie, daß auf diesem Wege, den ich Ihnen urkundlich durch die Flugblätter dargelegt habe, überhaupt etwas Gutes für die Menschheit erreicht werden kann? (Zurufe: „Nein! nein! Nie!") Gut —, dann würde ich mit der größten Traurigkeit von hinnen gehen, wenn eine solche Anschauung hier Platz fände! . . .

Die französische Revolution war eine Zeit der wüstesten Dinge! (Ruf: Oho! Heiterkeit.) Aber diese Leute, die im Blute wateten, hatten doch, um die Menschenseele etwas zu erheben, die Worte: „Freiheit, Gleichheit und Br..derlichkeit." Bei dieser Agitation in Neustettin und in Hessen finde ich von diesen Gedanken nichts (Ruf: „aber die Schnapslüge!"), sondern die Agitation wird gemacht statt mit dem Worte „Freiheit" mit „billigem Schnaps"! (Stürmische Zustimmung. Die Antisemiten machen tobenden Lärm.) Statt mit „Gleichheit" mit „Auftheilung der großen Güter", statt mit „Brüderlichkeit" mit Unwahrheiten, die die Stände gegeneinander hetzen! (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) Ich gönne dem Herrn Ahlwardt und dem Professor Dr. Förster ihre Siege von ganzem Herzen. (Ruf: Na, na!) Aber ich frage, ob nicht einmal eine Zeit kommt, wo dieser Kampf bedauert wird. (Zischen) Ich möchte mit solchen Waffen keinen Sieg erfechten! (Widerspruch und Beifall.) Wir müssen dahin kommen, daß wir von diesem Saal ins Land hinausrufen und in die Kreise der Bekämpfer des Judenthums: Das ist das letzte Mal und soll das letzte Mal sein, daß mit solchen Waffen gekämpft ist — sonst ist es zum Untergange des Vaterlandes und nicht zum Heil! (Stürmischer Beifall, großer Tumult bei den Antisemiten. Ein Antisemit beginnt wieder mit einer gellenden Pfeife zu pfeifen.) Wenn diese Auseinandersetzung zu einer Klärung dient, fühle ich mich glücklich, daß ich in Neustettin candidirt habe, daß ich dazu beigetragen, daß wieder mehr Ehrlichkeit, Redlichkeit und Wahrheit in unser politisches Leben kommt! (Stürmischer, langandauernder Beifall. Die Antisemiten toben weiter und schreien fortwährend: „Hoch Ahlwardt, hoch Förster" usw.) Vorsitzender Buchbindermeister Schulze: Wir treten in die Discussion! (Bravorufe der Antisemiten. Ruf: „Ist ja doch Wortabschneiden!")

Zuerst spricht der antisemitische Schriftsteller Wilberg. Noch nie haben wir einen selbstgefälligeren und dabei völlig unfähigen Schwätzer gesehen. In dem Vordersatze sprach er etwas aus, was er im Nebensatze zurücknahm, wiederholte sich so oft, daß er die Versammlung sehr langweilte. Er wollte es allen recht machen. Für Stöcker, für Ahlwardt, für die Junker gegen „Judengemeinheit." Ahlwardts nationalökonomische Unwissenheit, die Stöcker klargelegt hat, entschuldigt er damit, es seien kleine Versehen, im Wahleifer geschehen. Wenn Ahlwardt „Die Reichen" schreibe, so meine er stets die reichen Juden, eine Logik, die bei den Anhängern Stöcker mit Recht stürmische Heiterkeit hervorrief. Bezeichnend für die geistige Höhe dieses Schwätzers ist folgender Satz: „Herr Hofprediger Stöcker hat Ahlwardt's Agitation „unsittlich" genannt. Wer kann Herrn Ahlwardt ein Sittlichkeitsvergehen vorwerfen!" Und dieser Herr nennt sich „Schriftsteller!"

Ein Hundsfott wäre der Antisemit, so fuhr er fort, der sich sagen ließe, daß Ahlwardt vom sittlichen und religiösen Standpunkt bekämpft werden müßte. (Beifall bei den Antisemiten.) Wenn Stöcker aber den Dr. Böckel angreift, so gebe ich ihm recht, denn der hat ohne Zweifel Unfrieden in die Bewegung gebracht. Der hätte sollen in Hessen bleiben. Es ist eine Unverschämtheit, wenn Böckel sich erlaubt, uns in seinem Blatte „Fatzke" zu nennen. Stöcker ist einer der Bahnbrecher des Antisemitismus gewesen. Um so tiefer empfinden wir es, daß er jetzt seine Aufgabe darin sieht, uns zu bekämpfen. Ahlwardt kann doch nicht so beschlagen sein in der Politik wie er, darum sollte er ihm nicht einen Irrthum so hoch anrechnen. Was versteht Ahlwardt von der Schnapsberechnung? Stöcker steht politisch höher als Ahlwardt; aber der Kampf zwischen den feindlichen Brüdern ist nicht deutsch, nicht christlich. Der Kampf ist vorüber, lassen Sie uns die Streitaxt begraben! Wir haben nie Junker und Pfaffen bekämpft, sondern bekämpfen mit ihnen das Judenthum und die Sozialdemokratie. Wenn Ahlwardt das gesagt haben sollte von der Vertheilung der Güter, so wäre das ein vollendeter Unsinn. Stöcker hat in seiner Rede politische Haarspalterei getrieben, er entfremdet sich immer mehr die Antisemiten. Was kann er dem Professor Dr. Förster, was kann er Ahlwardt Ehrenrühriges vorwerfen? Begraben wir die Streitaxt! (Lebhafter Beifall der Antisemiten. Hochrufe auf Förster.)

Hofprediger Stöcker: Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Wilberg entsprechen nicht den Thatsachen. Man hat mich mit Pfeifen empfangen. Dr. Böckel ist doch der anerkannte Führer der Antisemiten. Es ist doch das trostloseste Schauspiel, was es geben kann, wenn einer den andern Fatzke nennt und dann — in den Armen liegen sich beide (Große Heiterkeit.) . . . Nun, Fatzke schlägt sich und Fatzke verträgt sich. (Beifall.) Ahlwardt hat doch ausdrücklich gegen „Juden und Junker" gekämpft und auf den Schnapsdurst der Wähler speculiert. Entweder man versteht von der Sache nichts, dann lasse man sich nicht aufstellen, oder man versteht sie, dann lügt man nicht. Böckel hat doch den Wahlkreis Siegen an die Nationalliberalen verrathen. (Lärm.) Wir haben nie aufgehört, antisemitisch zu sein, aber so wie der Wahlkampf in Neustettin geführt worden ist, so kann man das Judenthum nicht bekämpfen. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Die Christlich-Sozialen bringen ein dreifaches Hoch auf Hofprediger Stöcker aus.

Der nächste Redner ist Herr Bodeck, der Restaurateur des antisemitischen, sogenannten „Deutschen Wirtshauses" in der Friedrichstraße.

„Ich komme zuerst auf die letzten Ausführungen des Herrn Hofpredigers a. D. (Unruhe und Lachen.) Ja, Sie brauchen garnicht zu lachen; Stöcker ist jetzt a. D.! (Ruf: „Fangen Sie nicht mit Gehässigkeiten an!" und „Runter mit ihm! Der hetzt nur!" Pfeifen bei den Radauantisemiten.) „Also der Hofprediger a. D. Stöcker sagte, es sei seitens der Antisemiten, namentlich von seiten des Rektors Ahlwardt, Försters (Ruf: „Ahlwardt ist Rektor a. D." Große Heiterkeit) „Der Mensch verschweigt das hier!" (Lärm der Antisemiten.) Bodeck (fortfahrend): „ . . . . ach richtig! namentlich von seiten des Rektors a. D. Ahlwardt . . . . (Die übrigen Sätze bleiben in dem Lärm unverständlich.) „Ahlwardt ist ja heute viel mehr für uns. Wir freuen uns, daß aus einem kleinen Schulrektor ein solcher Mann geworden ist! . . . . Der Herr Hofprediger a. D. Stöcker sagte, daß Ahlwardt mit Mitteln gekämpft hat, die nicht erlaubt sind. Ich gebe dem Herrn Stöcker den Rath, wenn er Unreines ausfegen will, zuerst Umschau in seiner eigenen conservativen Partei zu halten. Ich habe Kenntniß bekommen von conservativen Flugblättern und besitze sie." (Rufe: „Zeigen, erst zeigen und dann glauben!) Bodeck gesteht, daß er das betreffende Flugblatt nicht hier, sondern zu Hause habe, („Aha!") daß es aber Stöcker zur Verfügung stehe. (Ruf: „Warum haben Sie es nicht mitgebracht?" Bodeck entgegnet nichts darauf. Stürmische Schlußrufe und Rufe „Weiterrede!") „Wir wollen jetzt aber mal Klarheit schaffen! Diese Conservativen haben am Abend vor der Wahl im Hofgeismar-Rintelner Kreise ein Flugblatt verbreitet, da steht oben: „Werner entlarvt! Werner entlarvt!" Ich habe dies Flugblatt nicht hier, aber ich habe es auswendig gelernt. (Bodeck sagt den angeblichen Inhalt des Blattes auf.*) „Nein, meine Herren", ruft der Redner entrüstet, „solche Art und Weise haben wir nicht gebraucht, um thatsächliche Unwahrheiten hinauszuschleudern vor der Wahl!" (Ruf: „Wie haben Sie es denn da gemacht?") In dem Flugblatt wird dem Herrn Werner vorgeworfen, er wolle dasselbe, wie die Sozialdemokraten. (Ruf: Entsetzlich!") „ . . . . Ich habe hier eine Nummer des „Volk" (Ruf: „Judenblatt, Eugenblatt") denken Sie hier im „Volk" da steht**) von den „berühmten, jetzt geflickten Hosen des Herrn Ahlwardt!" (Stöcker lacht.) (Große Entrüstung bei den Antisemiten. Pfui! Pfui! Ruf: „Fürchterlich!" Hochrufe auf Ahlwardt.) „Ich bitte, meine Herren, seien Sie ganz stille, denn jetzt kommt das beste!" (Allgemeine Spannung. Ruf: „Nun legen Sie aber man los!"

---

*) Das „Volk" schreibt am 26. 7. „daß das von Herrn Bodeck geschmähte „conservative" Flugblatt mit der Ueberschrift „Werner entlarvt" nicht von den Conservativen herrührt, sondern von dem nationalliberalen Professor Berlit unterzeichnet ist. Die Bodeck'sche Behauptung erschien uns von vornherein — nicht nur mit Rücksicht auf die Person des Urhebers — um so unglaubwürdiger, als in Hofgeismar gar kein conservativer Candidat, sondern der Mittelparteiler Märtens aufgestellt war."

**) Gemeint ist eine humoristische Plauderei im „Volk" am 22. Juli, welche ein fingirtes Interview Ahlwardt's mit einem Berichterstatter des „Volk" enthält. Darin kommt auch noch folgendes Urtheil Ahlwardts über Stöcker vor:

„Er ist Jude! Ich hab's aus ganz sicheren Quellen (er deutete auf ein Aktenbündel). In Kürze werde ich ihn entlarven. Rein semitische Abstammung. Nicht einmal getauft. Und das schlimmste: er ist ein geheimer Agent der „Alliance israelite". Es wird alles klargestellt werden. Es ist unglaublich, was dieser Mann dem Judenthum genützt hat. Aber seine Zeit ist um, ganz um, er ist fertig. Wir haben alle Beweise in der Hand. Er bezieht jährlich von der Alliance 100 000 Mark. Rickert kriegt viel weniger, daher der Haß zwischen beiden. Die Hofpredigerstelle hat er nur niedergelegt, um ungehindert für die Alliance zu arbeiten. Ja, ja, wir haben die Akten!"

„Jetzt gehts los“) „Also: Professor Förster hat gestern einen Brief hierher geschrieben an einen Gesinnungsgenossen. In diesem Briefe steht, daß Stöcker im Kreise Neustettin eine Agitation entfaltet habe, die jeder Beschreibung spotte.“ (Stürmische Schlußrufe und Zischen.) Förster schreibt weiter: daß wir Antisemiten doch gar nicht in derselben Weise und Form wie Stöcker und die Christlich-Sozialen eintreten sollen, weil jene Weise gar zu schlecht sei. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Förster schreibt ferner, daß er nach seiner Erfahrung glaubt, daß Stöcker sich schämen müsse . . .“

Mit bleichem Gesicht springt Stöcker auf, indeß eine Reihe auf das Podium eilender Leute Badeck*) am Weitersprechen hindern will, der immer weiter in die Menge hineinschreit. Alles steht auf Tischen und Bänken und der Tumult spottet jeder Beschreibung. Man sieht sich genöthigt, die Versammlung zu schließen, um thätliche Angriffe zwischen den beiden Parteien zu verhindern. Herr Oberwinder wird von einer ganzen Rotte fanatischer Antisemiten wider Willen begleitet und beschimpft. „Die Christlich-Sozialen sind tausend mal schlimmer als die Juden,“ schrie ein Ahlwardtianer, indeß ein alter Stöckerianer diesem zurief: „Sie sind überall dabei, wo es etwas zu schlucken giebt.“ Unter allgemeinem Lärm sang ein Theil der Versammlung „Deutschland, Deutschland über alles“, indeß der andere dieses ihr Sturmlied mit Pfeifen zu übertönen suchte.

— Wir sind nicht schadenfroh. Wir haben für Stöckers Niederlage kein unschönes Wort. Wir sind auch nicht neugierig, wie die Parteien fernerhin zu einander stehen werden. Das aber möchten wir wissen, was Herr Stöcker empfand, als er an jenem Abend allein im Kämmerlein war, allein mit sich, dem christlichen Theologen, allein mit sich, dem deutschen Politiker. . . .

## Von den Nachwahlen.

**Neustettin.** Amtliches Ergebniß der am 18. dieses Monats im 5. Wahlkreis des Regierungsbezirks Köslin (Neustettin) stattgehabten Reichstagsnachwahl. Abgegeben wurden insgesamt 8479 Stimmen. Davon erhielt Dr. Paul Förster, Professor in Friedenau (Antisemit) 6518, Hofprediger a. D. Stöcker in Berlin (conservativ) 1906 Stimmen. Dr. Förster ist mithin gewählt.

**Alzey-Bingen.** Die Reichstagswahl am 22. d. M. hatte folgendes Ergebniß: Schmidt, freisinnige Volkspartei, 5440, Welker, Antisemit, 1207, Graf, deutsche Reformpartei 358, zersplittert 58 Stimmen. Somit ist Reinhardt Schmidt aus Elberfeld gewählt.

**Hofgeismar-Rinteln.** Dr. König-Witten (deutsch-sozial) ist gegenüber v. Buttlar (conserv.) gewählt.

**Alsfeld-Lauterbach-Schotten.** Die Wahl am 22. d. M. ergab eine Stichwahl zwischen Prof. Dr. Backhaus (nationalliberal) und Maler Bindewald (Antisemit). Wir zweifeln nicht, daß bei der Stichwahl die freisinnigen Stimmen Prof. Backhaus zufallen werden.

**Zur Nachwahl in Alsfeld-Lauterbach.** Ueber den Verlauf einer Versammlung, die am Donnerstag, den 22. Juli in Ulfa stattfand, geht uns folgender Bericht zu:

„Am vorigen Donnerstag, Abend 9 Uhr hatte uns Herr Schriftsteller Emil Brandt aus Berlin zu einer Versammlung eingeladen, in der alle Wähler erschienen. Der Saal war überfüllt, so daß Bänke und Stühle nicht ausreichten. Unter lautloser Stille entwickelte der Redner das Programm des freisinnigen Candidaten Wildrandt und kennzeichnete besonders in klarer, jedem verständlicher Weise die wahren Ziele und Bestrebungen des „Bundes der Landwirthe“. Mit reichem Beifall wurde der treffliche Vortrag belohnt. In der Discussion meldete sich der aus Cassel herbeigeeilte antisemitische Reichtagsabgeordnete Ludwig Werner zum Wort. Er versuchte mit billigem Scherz und Spott den Redner und den Candidaten Wilbrandt lächerlich zu machen, wobei er aber wenig Entgegenkommen bei den Zuhörern fand. Enttäuscht schloß er seine kurze Rede mit einer Empfehlung seines Candidaten. In seinem Schlußwort fertigte Herr Brandt den Antisemiten glänzend ab; jedes Wort zündete und fand lebhaften Wiederhall in den zustimmenden Rufen der Wähler. Ein „Renommirbauer“, den sich Herr Werner aus einem anderen Dorfe mitgebracht hatte, hielt, trotzdem die Versammlung bereits geschlossen war, noch eine Ansprache. Als Herr Brandt, welcher der Ansicht war, daß jetzt nur von einem freien Meinungsaustausch am Biertisch die Rede sein könne, ihn wiederholt durch Zwischenrufe und Fragen unterbrach, erklärte Herr Werner im Einverständniß mit dem Bürgermeister eine neue Versammlung für eröffnet und übernahm den Vorsitz. Hierauf verließ Herr Brand den Saal und mit ihm der größte Theil der Anwesenden — nur eine kleine Schaar blieb um Herrn Werner versammelt. Im Nu war unten das große Gastzimmer gefüllt; Kopf an Kopf standen die Männer dicht gedrängt beisammen. Herr Brandt bestieg einen Stuhl, richtete noch eine kurze, kernige Ansprache an die Versammelten und schloß mit einem Hoch auf den Candidaten Wildrandt, das donnernd zu der kleinen Schaar um den Reichstagsabgeordneten Herrn Redacteur Ludwig Werner aus Cassel emporbrauste. —

So wurde hier dem Antisemitismus eine Niederlage bereitet.“

## Von den antisemitischen Führern.

**Zur Wahl Prof. Förster's** in Neustettin schreibt die „Neue deutsche Zeitung“:

„Wir sind in der That neugierig, ob Dr. Förster, wie vielfach behauptet worden ist, der „Deutschen Reformpartei“ sich anschließen wird.

Dazu bemerkt der „Reichsherold“ Böckels vom 25. d. M.:

„Wir können den Herren daraufhin die Versicherung geben, daß Herr Dr. Förster sich auf Ehrenwort verpflichtet hat, sich der „Deutschen Reformpartei“ anzuschließen.“

Der Antisemit Badeck erklärte gleichsfalls in einer Berliner Volksversammlung am 25. d. M., daß sich Ahlwardt und Förster der Böckel'schen „Antis. Volkspartei“ anschließen werden.

Weshalb Dr. Böckel es abgelehnt hat, Liebermann von Sonnenberg auf seine Aufforderung zu antworten, eine gemeinsame Partei zu bilden, geht aus einer Notiz des „Reichsherold“ (25. d. M.) hervor. Darin heißt es:

„Auf dem deutsch-sozialen Parteitage, dem Herr Dr. König (Witten) präsidirte, erlaubte sich derselbe Ausführungen, die, gelinde gesagt, entweder absichtliche Verdrehungen oder politische Unreife erkennen lassen. Er sagte nach der „Neuen deutschen Zeitung“ Folgendes: „Im Reichstage habe Dr. Böckel eine deutsche Reformpartei gebildet; die Vereinigung sämmtlicher antisemitischer Abgeordneten zu einer Partei sei nur an dem **Eigensinn Dr. Böckels** gescheitert.“ Dazu ist erstens zu bemerken, daß nicht Dr. Böckel allein, sondern die gesammte Reformpartei einstimmig der Ansicht war, daß eine vereinigte, antisemitische Fraction im Reichstage bei so sehr auseinandergehenden politischen Ansichten außer der Judenfrage gar nicht denkbar sei. Denn bei der ersten wichtigen Abstimmung wäre Uneinigkeit an den Tag

*) Wegen Hausfriedensbruchs ist, wie die „Post“ erfährt, gegen den antisemitischen Gastwirth Bodeck, Friedrichstraße 210, Strafanzeige erstattet worden. Uebrigens soll der urteutonische Ursprung des Bodeck nicht über allen Zweifel erhaben sein. Wie der „Volksztg.“ mitgetheilt wird, ist der Name „Bodeck“ ein hebräisches Wort und bedeutet Fleischbeschauer. Der Schachter ist gewöhnlich auch Talmudgelehrter, „Bodeck“, der das geschlachtete Vieh darauf zu untersuchen hat, ob das Fleisch auch koscher ist. Daß der Name „Bodeck“ nicht ganz teutonisch ist, geht daraus hervor, daß viele jüdischen Familien diesen Namen führen.

getreten. Das ist zwar den Herren Deutsch-Sozialen ganz gut bekannt; sie scheinen es aber nicht wissen zu wollen. Es macht ja auf den ersten Blick, so denken die Herren, einen guten Eindruck, wenn man zu den Wählern sagen kann: „Seht, wir sind entgegengekommen, wir haben alles gethan! Die Reformer aber waren eigensinnig, sie wollten nicht mit uns zusammengehen." Die Sache liegt in Wirklichkeit ganz anders. Im Reichstage sitzen augenblicklich zwei Deutsch-Soziale. Die anderen seiner Zeit als deutsch-sozial angeblich gewählten Abgeordneten sind zu den Conservativen übergetreten. Wie können nun diese zwei Herren sich erlauben, von zehn Abgeordneten zu verlangen, daß diese sich mit ihnen zu einer Fraction vereinigen? Die Bescheidenheit hätten den beiden Herren sagen müssen, daß sie abwarteten, was die Majorität beschließen werde, um sich dann der Majorität anzuschließen. Es ist aber weder Hrn. Liebermann v. Sonnenberg noch Hrn. Leuß eingefallen, irgend welche Verständigung mit der deutschen Reformpartei zu suchen. So liegt die Sache in Wirklichkeit, Herr Dr. König."

**Liebermann von Sonnenberg gegen Ahlwardt.** Im „Volk" (23. Juli) veröffentlichte Liebermann v. Sonnenberg folgenden Brief: „Aus einem Berichte des „Volk" in Nr. 168 ersehe ich, daß Herr Ahlwardt in einer Berliner Versammlung mir die Ehre erwiesen hat, mich „einen Verräther an der Sache" zu nennen. — Als Gründe dafür führt er an: 1. Ich hätte als Bedingung meines Eintritts in eine Fraction mit Dr. Böckel den Ausschluß Ahlwardts verlangt. 2. Ich hätte im Wahlkampfe in Friedeberg-Arnswalde den Ahlwardt seinem Gegner, dem Landrath v. Bornstedt gegenüber zu Falle bringen wollen. — Mein Brief an die Herren Dr. Böckel und Zimmermann, worin ich zum Zusammenschlusse zu einer Fraction der vereinigten Antisemiten aufforderte, ist durch die Presse gegangen. Darin steht nichts von der behaupteten Bedingung. Weitere Verhandlungen habe ich in dieser Sache nicht gepflogen. Ahlwardt hat demnach wider besseres Wissen seine Beschuldigung ausgesprochen. — Was er damit meint, daß ich ihn in Friedeberg-Arnswalde hätte kampfunfähig machen wollen, ist mir unverständlich. Ohne Noth beschäftige ich mich nicht mit Herrn Ahlwardt. Ich bin bald nach der Auflösung des Reichstages nach Hessen gegangen und habe mich um Herrn Ahlwardts Wahlkämpfe niemals bekümmert."

**Pfarrer Roedenbeck in Klein-Glienicke** bei Potsdam, der bisherige Vorsitzende des deutschen Reformvereins in Potsdam, zweiter Vorsitzender des antisemitischen Parteitages im Juni 1892 und Mitglied des Vorstandes des Agitationsverbandes der Antisemiten Norddeutschlands, hat, wie das „Volk" erfährt, infolge des Verhaltens der Herren Böckel und Ahlwardt, welches diese Stöcker und Liebermann v. Sonnenberg gegenüber gezeigt haben, seinen Austritt aus dem Vorstande des Agitationsverbandes erklärt. Das „Volk" bemerkt zu dieser Meldung: „Wir ersehen daraus mit Genugthuung, wie recht Hofprediger Stöcker mit seiner Behauptung hatte, daß gutgläubige bürgerliche Elemente sich in der Atmosphäre Böckels und Ahlwardts dauernd nicht wohl fühlen können", und die betrübte „Neue deutsche Zeitung" (23. Juli) meint „daß diese Stimmung sogar über die Kreise der „gutgläubigen bürgerlichen Elemente" hinausgeht."

**Böckel** gab jüngst einem Berichterstatter des Hamburger Antisemitenblattes „Die Abwehr" (23. Juli) den publizistischen Rath: „Aber gehen Sie nicht immer einzig gegen die Juden los, noch mehr allgemein Volkswirthschaftliches, das möchte ich rathen!"

**Ingenieur Carl Paasch** wird, wie die „Freis. Ztg." vom 24. d. M. mittheilt, am 8. August aus der Irrenstation der Charité, wohin er behufs Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht worden ist, entlassen und wieder nach dem Untersuchungsgefängniß übergeführt werden. Wie nach der „Post" verlautet, dürfte das ärztliche Gutachten dahin lauten, daß er zwar hochgradig nervös, keineswegs aber geisteskrank sei, so daß seine strafrechtliche Verantwortlichkeit damit im vollen Umfange vorhanden wäre. Daraufhin wird vielleicht der Haupttermin in Sachen Brandt wider Paasch bereits im nächsten Monat zur Erledigung gelangen.

**Die „deutschsoziale Partei" — ein Schutthaufen!** Der bekannte antisemitische Agitator W. Hentschel betrachtet in einem Leitartikel der „Antis. Corr." (20. Juli) die „Stellung der Deutschsozialen zu den Parteien." Er hat alle Ursache resignirt zu sein, denn die Böckel'sche Reformpartei hat den Löwenantheil am antisemitischen Erfolge errungen. Er sagt: „Ich komme zum Schluß zur lieben deutschsozialen Partei, an die ich seit ihrem Entstehen mit allen meinen sozialpolitischen Hoffnungen mich angeklammert hielt. Ich sehe diese Hoffnungen zu Schanden werden, an deren Stelle einen Schutthaufen." Der Rheinisch-Westfälische Parteitag unter der Leitung des deutschsozialen Führers Dr. König hatte bereits offene Schwankung gegen die Conservativen proclamirt, jetzt folgt ihm W. Hentschel mit einem Angriff auf den „Bund der Landwirthe" und auf die „Wirthschaftliche Vereinigung, in deren Vorstand auch — Liebermann von Sonnenberg sitzt! Hentschel schreibt: Heute schickt sich der deutschsoziale Gedanke gar an, mit den Frei-Conservativen und Nationalliberalen eine „Fusion" und Confusion zu bilden, wie er schon kürzlich der unter der Firma eines „Bundes der Landwirthe" in die Erscheinung getretenen mittelparteilichen Gründung anheimgefallen ist. Ich sehe ihn eine trostlose bittere Wanderschaft antreten, Elend und Hoffnungslosigkeit ringsum." — Diese Klage bestätigt unsere wiederholte Darlegung, daß der antisemitische Sieg nicht so groß ist, wie er erscheint. Die Deutschsozialen haben im Vergleich zu ihren unerhörten jahrelangen Anstrengungen nur geringe Erfolge erzielt, Stöcker ist von Ahlwardt besiegt worden, Böckel nur hat es zu 10 Mann im Reichstage gebracht. Der Radicalismus im Antisemitismus hat gesiegt und wo dieser herrscht, da ist die Entscheidung und die Gesundung nicht sehr weit!

## Vermischtes.

**Auf Strafantrag des Reichskanzlers Grafen Caprivi** werden, wie die „Germania" vom 26. Juli meldet, die Urheber, Verfertiger sowie sämmtliche Verbreiter des neuerdings erschienenen Glöß'schen antisemitischen Bilderbogens Nr. 9., auf welchem der Reichskanzler unter anderem mit einer Jüdin zusammen Droschke fahrend dargestellt ist, strafrechtlich verfolgt. Am Montag zum Beispiel hatte der bekannte antisemitische Buchhändler G. Dewald in Berlin, Krausenstr. 49, eine Ladung in dieser Sache vor den Untersuchungsrichter, — mit Dewald scheint der Reigen eröffnet worden zu sein.

**Juden als Richter.** Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte die Meldung des „Kl. Journals", der Minister von Schelling habe kürzlich erklärt, er sei vorläufig nicht in der Lage, einen Juden als Richter anzustellen, offiziös bestritten. Jetzt schreibt dasselbe Blatt, wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen: „Unsere kürzliche Mittheilung, daß das Gesuch eines Assessors um eine Amtsrichterstelle im Hindlick auf seine Zugehörigkeit zur jüdischen Religion vom preußischen Justizminister abschlägig beschieden worden sei, sind wir nunmehr aufgrund zuverlässigster und durch kein Dementi zu erschütternder Informationen in der Lage, dahin zu ergänzen,

daß seit mehreren Wochen im Kammergerichtsbezirk das Prinzip durchgeführt ist, keine jüdischen Richter mehr anzustellen. Den gegentheiligen Vorschlägen des Herrn Kammergerichts-Präsidenten Drenkmann ist von dem preußischen Justizministerium keine Folge gegeben worden."

**„Frauenehre".** In dem Leitartikel der „Staatsb.-Ztg." über „Frauenehre", den wir bereits in voriger Nummer S. 291 gekennzeichnet haben, wurde auch ein Herr Aberger angegriffen. Jetzt veröffentlicht die „Staatsb. Ztg." eine Berichtigung, derzufolge Aberger Christ ist und wegen seines Angriffs auf eine Kundin sofort entlassen wurde.

**Zum Mord in Frimmersdorf** erhalten wir folgende Zuschrift aus Dresden:

„Im Briefkasten der letzten Nr. Ihrer „Mittheilungen" fand ich die Notiz, daß der Mord in Frimmersdorf in keiner Beziehung zum Antisemitismus zu stehen scheine.

Ich bin nun in der Lage, ihnen das Gegentheil mittheilen zu können. Der ermordete Schönfeld hat in dem bekannten Prozesse, welcher durch die antisemitischen Ausschreitungen s. Z. in Greaenbroich und Umgegend hervorgerufen wurde, als Zeuge gegen den Mörder fungirt und ist nunmehr dessen Rache (nach Verbüßung seiner Strafe) anheim gefallen. Die meisten Israeliten zogen es vor, s. Z. ihren bisherigen Wohnsitz, wo die Ausschreitungen stattfanden, zu wechseln, nur der ermordete Schönfeld glaubte von dieser Maßnahme absehen zu können, da er bei Christen und Juden in gleichem Maße geachtet und beliebt war und einen Racheact nicht zu fürchten geglaubt hatte. Leider hat sich seine Voraussetzung nicht bestätigt".

**Zur Gründung einer neuen antisemitischen Zeitung in Dresden** (s. „Mittheilungen" No. 30 S. 291) schreibt die „Kreuzzeitung" vom 24. Juli, daß sie gegenüber der von einigen Blättern gebrachten Nachricht, demnächst in Dresden ein antisemitisches Blatt in größerem Stile erscheinen werde, mittheilen könne, daß es sich nur um Herausgabe eines sogenannten „General-Anzeigers" handelt.

**Der Sozialismus der dummen Kerle,** so hat Abg. Kronawetter in Oesterreich einmal den Antisemitismus genannt. Schon oft haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Antisemitismus nur logisch verfahren und seinen Feind, das „jüdische Kapital" in das „Kapital" überhaupt erweitern braucht und der Sozialismus ist fertig. Diesen Schritt hat des Abg. Zimmermann's Organ, die „Deutsche Wacht" am 23. Juli auch gethan, nachdem Böckel jüngst in einer Antisemitenversammlung zu Berlin das christliche Kapital für ebenso gefährlich wie das jüdische erklärt hatte. Die „Deutsche Wacht" (23. Juli) sagt in einer Auseinandersetzung mit dem „Reichsboten":

„Der „Reichsbote" hegt die Sorge, daß wir schließlich nicht vor dem jüdischen Kapital Halt machen, sondern gegen das Kapital überhaupt zu Felde ziehen würden. Wir haben nie verhehlt, daß wir das schon jetzt thun, insbesonders soweit der Mißbrauch des Kapitals dabei in Frage kommt. Unser sozialreformerisches Programm wäre ein sehr einseitiges, ja völlig verfehltes, wenn es den Kampf gegen das Kapital überhaupt ablehnte. Ohne eine ganz wesentliche Verschneidung des kapitalistischen Bienenstockes zu Gunsten der Productivstände ist eine Sozialreform rein unmöglich. Wir wollen keine Aufhebung des Privatbesitzes, keinen Communismus, sondern nur eine gerechtere Vertheilung des Kapitals."

Ist nicht namentlich der letzte Satz rein sozialistisch? Wo bleibt die „Judenfrage", Herr Zimmermann, wo die „Rassenfrage", Herr Fritsch, wo die „religiöse Frage", Herr Stöcker? Sie sind verschwunden, hinter der großen „sozialen Frage", wo sie auch hingehören!

**Auch nicht als Ackerbürger** will man die Juden dulden! „Wer den Juden eine Scholle Erde verkauft oder verpachtet, wer es den Juden möglich macht, Ackerbau zu treiben, der untergräbt den Wohlstand und die Ehre der Nation", so sprach der Universitätsprofessor in Krakau und Präsident der polnischen Akademie Graf Tarnowski auf dem Katholikentag Die armen Juden! Kaufleute und Handwerker sollen sie nicht werden, nun auch nicht Ackerbauer. Selbst Theodor Fritsch erblickt die Lösung der Judenfrage darin, die Juden nur Ackerbau und productive Handwerke treiben zu lassen, Graf Tarnowski geht über ihn hinaus. Vielleicht sagt er, was die Juden eigentlich thun sollen?

**Arischer Verdienst!** Die Firma Ullmann & Co. in Altcarbe macht in einem Schreiben an die „Vossische Zeitung" vom 19. Juli der gutconservativen „Landwirthschaftlichen Hauptgenossenschaft" den Vorwurf, daß sie ca 50 % Nutzen von Landwirthen und Industriellen verlange, was „in keiner Weise der Mühe entspreche, welche der Zwischenhändler, hier auch die Landwirthschaftliche Hauptgenossenschaft, aufwende." — Die antisemitische „Niederlausitzer Wacht" vom 26. Juli bringt einen interessanten Beitrag zum „Wucher mit Lebensmitteln" Schlächter im Hannöverschen verdienen am Rindfleisch an 200 %! Wo steckt der Jude? —

**Antisemitismus in der Schule.** Ein Primaner schreibt uns aus C.:

„Es wird vielleicht für Sie Interesse haben, zu erfahren, auf welche Weise der Antisemitismus unter Gymnasiasten verbreitet wird, vielmehr, wie Gymnasiasten zum Antisemitismus gezwungen werden. Die oberen Classen liefern verschiedene Mitglieder zu der sog. „clique aristocratique" wie eine sich streng abschließende Gesellschaft von Schülern von uns scherzweise genannt wird. So sind auch in meiner Classe verschiedene Söhne von Offizieren und höheren Beamten, die nur in dieser Clique verkehren. Mit einem dieser Mitschüler brachten mich außergewöhnliche Umstände in näheren Verkehr; seine Eltern waren nämlich längere Zeit abwesend und er aß bei meinem Wirth, einem Gymnasiallehrer a. D. zu Mittag. Wir gingen öfter zusammen spazieren und das Verhältniß wurde ganz freundschaftlich, bis seine Eltern von ihrer Reise zurückkehrten. Da erklärte mir der junge Mann, sein Vater hätte ihm strengstens verboten, überhaupt mit Juden zu verkehren und sich keinesfalls mit ihnen auf der Straße zu zeigen. Mein Mitschüler erklärte mir, daß ich ihm persönlich sehr sympathisch und werth sei, und daß er zu seinem Bedauern sich gezwungen sähe, unsern Verkehr gänzlich abzubrechen. Derartige Erfahrungen machten auch noch verschiedene andere israelitische Mitschüler.

**Emin Pascha,** über dessen uneigennützige Persönlichkeit unter allen Afrikareisenden nur eine Stimme herrscht, ist für die Antisemitenblätter immer nur „der Jude." Mirabeau sagte einmal sehr richtig, die meisten Menschen könnten es hervorragenden Juden nicht verzeihen, daß sie als — Juden geboren sind. Das „Deutsche Volksblatt" vom 3. d. Mts. schreibt:

„Der ewige Jude

Emin Pascha, dutzendmal todgesagt, soll wieder einmal nicht todt vielmehr auf einem Zuge nach dem Westen (wohin?) begriffen sein. Wir glauben gern, daß er noch lebt; erstens weil er so oft todtgesagt wurde, zweitens weil ein Jud überhaupt ein zähes Leben hat, und drittens, weil es noch viel Elfenbein im schwarzen Erdtheil zu holen giebt. Wer wird denn da so unklug sein und sterben!

Wer denkt an die Jahrzehnte der Entbehrung, die Emin Pascha im Namen der Wissenschaft und Humanität in **Afrika** ausgehalten und erröthet nicht über diesen Angriff!

**Die Päpste und die jüdischen Aerzte.** Dr. Moritz Stern in Kiel hat soeben den ersten **Band** einer Sammlung „Urkundlicher Beiträge über die Stellung der Päpste zu den Juden" veröffentlicht, welche eine staunenswerthe Fülle gelehrten Materials über die Geschichte der Juden enthält. Eine Reihe der veröffentlichten Urkunden handelt von den Privilegien der jüdischen Aerzte und beweist von neuem die alte Thatsache, wie sehr sich die Juden des Mittelalters um die Pflege der Medizin verdient gemacht haben. Auf einzelne Urkunden wollen wir hinweisen:

Rom, 27. April 1376. Mitglieder des römischen Senates erklären, daß Magister Manuel und dessen Sohn Magister Angelus, beide in der Chirurgie sehr erfahrene jüdische Aerzte, wegen der vielen nützlichen Dienste, die sie den römischen Bürgern täglich durch ihre ärztliche Kunst leisten, nebst ihren Angehörigen von jeder Steuer und Abgabe, sowie von der Tragung des Judenzeichens befreit sein sollen.

Florenz, am 8. September 1420. Der Vice-Kämmerer Ludwig gewährt dem Magister Elia Mamaunus, Hausgenossen und Arzt des Herzogs von Bourbon, der jetzt an den Papst Briefe des Königs Alphons IV. von Aragon bringt und Angelegenheiten dieses Königs mit dem Papste zu verhandeln hat, auch sonst wegen seiner ärztlichen Geschicklichkeit nach Rom gerufen ward, mit Rücksicht auf den König und den Herzog auf ein Jahr freies Geleit nach Rom zur Curie.

Rom, 11. Sept. 1422. Die päpstliche Kammer zahlt 3 Goldgulden und 10 Soldi römischer Münze als Reisevergütung an einen jüdischen Arzt, der von Rom nach Vicovaro zur ärztlichen Behandlung des dort plötzlich durch einen Sturz verunglückten Cardinals Peter von Fonseca gerufen worden war.

Rom, 14. Mai 1504. Papst Julius II. bestätigt dem Robbi Samuel Zarfati, Juden zu Rom, und seinem Sohne Robbi Joseph die ihnen vom Papst Alexander VI. und dem Könige Ludwig von Frankreich verliehenen Privilegien, erlaubt ihnen, ärztliche Praxis bei Christen auszuüben, sich zum Doctor promoviren zu lassen, befreit sie und ihre Familien von jeder Gerichtsbarkeit und Steuer, sowie vom Tragen des Judenzeichens, gestattet ihnen häuslichen Gottesdienst und nimmt sie in seinen Schutz.

Rom, 13. November 1530. Papst Clemens VII. nimmt den Juden Isaac Zarfati wegen seiner überaus heilsamen ärztlichen Thätigkeit unter die päpstlichen Haus- und Tischgenossen auf.

Rom, 17. Juni 1550. Papst Julius III. ernennt den Juden Theodorus de Sacerdotibus zu seinem Leibarzte mit jährlichem Gehalte.

Hat die „Tägliche Rundschau" (s. Mittheilungen Nr. 17, S. 185) noch immer den Muth von dem „minderwerthigen Gewissen" der jüdischen Aerzte zu reden, wenn sie sieht, wie nützlich die jüdischen Aerzte den Päpsten gewesen sind?

## Vom Büchertisch.

Die antisemitische Litteratur hat so viele widerwärtige und bösartige Erzeugnisse aufzuweisen, daß es Freude macht, endlich einmal einer heiteren Erscheinung zu begegnen. Im Selbstverlage des Verfassers ist im vorigen Jahre eine Schrift erschienen: **Das Judenthum in der Naturheilkunde von Carl Griebel,** die in Denald's antisemitischem Wegweiser empfohlen wird. Da es uns bekannt war, daß einige jüdische resp. kürzlich zum Christenthum übergetretene Aerzte sich zu den Naturheilkundigen zählen, so glaubten wir, daß der Verfasser über diese zu Gericht sitzen wollte. Wie erstaunten wir aber, als wir schon auf der ersten Seite des Heftchens erfuhren, daß Herr Griebel mit den Ausdrücken Judenthum, jüdischer Geschäftssinn keiner bestimmten Rasse zu nahe treten möchte", sondern meint daß er „jene geschäftliche Weltanschauung kennzeichnen wolle, welche allerdings ursprünglich auf gewisse Pflanzen der semitischen Flora hinweist, im Uebrigen aber in höherem oder geringerem Grade allen Rassen eigenthümlich ist". Er selbst aber erklärt ganz naiv auf S 5, daß er sich in Zukunft seine Rathschläge von Vermögenden gut bezahlen lassen wolle (natürlich nur, „um zu zahlreichen Anfragen vorzubeugen, zu deren Beantwortung zumeist sogar das Porto beizulegen vergessen wird"). Sein Ideal ist ein „menschenfreundlicher Naturarzt, Herr von Bistram" (jebenfalls auch kein Jude), der die Anzeige erließ, „daß er nur solche Briefe beantwortet, denen neun Mark Honorar beigefügt sei". Unser Verfasser wendet sich nun gegen Jäger, Lahmann, Hiefe, Kuhne, zum Theil auch gegen Kneipp, die doch lauter unverfälschte Christen sind und keinen einzigen Juden unter sich aufweisen. Höchst drollig ist im Anhang S. 35 zu lesen, daß der jetzige Besitzer der bisher dem Verfasser gehörigen Naturheilanstalt diese ganz im Sinne des letzteren leiten wird und zwar „rein und ohne Judenthum". (Juden, denen das **Menschenthum** nicht verloren ging, finden natürlich stets Aufnahme, wie überhaupt alle kranken Menschen, die nicht **„verjudet"** sind)".

Wir danken Herrn Griebel herzlich dafür, daß er uns eine so angenehme und vergnügliche Enttäuschung bereitet hat.

Dr. med. M.

## Briefkasten.

**St.** in **H** **g** Besten Dank. Diese Zeitschrift ist auch unter der neuen Leitung kaum vornehmer geworden. Der Verein „Jung-Israel" existirt in der That in Berlin.

**R. O.** in **Berlin.** Durch Herrn Schröder wurde in letzten Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes festgestellt, daß Herr von Bleichröder jun. dem Bunde angehört. Nein, diese Verjudung! Herr von Plötz wird dieses reiche Mitglied wohl mit Vergnügen „verdauen", um sein geschmackvolles Wort zu wiederholen.

**J. W.** in **A.** Wie das „Volk" (23. Juli) mittheilt, ist Dr. Schönlank, der sozialdemokratische Abgeordnete während seiner Studienzeit in Halle nach sehr eingehendem Taufunterricht bei einem dortigen Professor der Theologie, etwa 1885, in der Neumarktkirche getauft worden.

**E. K.** in **Crefeld.** Besten Dank Wir besitzen den Artikel der „Köln. Ztg." bereits. Es ist erfreulich, daß auch die „Niederrhein. Volksztg." jetzt gegen den Antisemitismus Front macht.

**Abonnent in Gießen.** Wir bitten Sie, doch aufmerksamer zu lesen. Das Urtheil über den Protestantismus in No. 30 der „Mittheil." S. 287 rührt von dem Kathol. Kanonikus Prof. Rohling her, nicht von uns. Wir haben es gerade als Beispiel für eine konfessionell gefärbte Geschichtsauffassung angeführt.

**L. O.** in **Berlin.** Dem Leitartikel der Staatsbürger-Ztg. Nr. 305 entnehmen wir den Satz: „Auf die infame Verdächtigung, daß in Gießen die Antisemiten mit Hilfe jüdischer Wähler operirt haben sollen, gehen wir — weil allzu blödsinnig — garnicht erst ein."

**L. M—ez** in **Gnesen.** Uns wundern die Angriffe der Antisemiten gegen die Polen nicht. Ein andermal werben sie wieder um deren Gunst, wenn sie dieselbe gebrauchen. — Am 23. Juli schrieb das antisemitische „Deutsche Volksblatt": „Frh. v. Stumm erhielt einen Orden. Auch der edle Pole aus der Polackai, Herr v. Koscielski, bekannter unter dem leichter auszusprechenden Namen Admiralski, hat einen Vogel bekommen. Wir dachten immer, er hätte schon einen. Da wird seine Frau, geb. Bloch, und sein Schwiegerpapa, der alte Bloch in Warschau, wenn er noch lebt, eine rechte Freude haben."

### Briefkasten der Expedition.

**Sulzburg:** Vom Jahrgang 1891 sind überhaupt nur 10 Nummern erschienen.

**Lahnstein:** Wir haben ihre Beschwerde an die Oberpostdirection geschickt

**Hirsch-Hamburg:** Postabonnenten müssen zunächst bei ihrem Postamt reclamiren. Ist dies erfolglos geschehen, werden wir eine Beschwerde einreichen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 163 Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendurg nicht aus.

**Nr. 33.** 32 **Berlin, den 6. August. 3. Jahrg. 1893**

### Güterschlächterei im Kreise Kolberg-Körlin.

(Schluß.)

Herr W. glaubte im Verlauf des Verfahrens den Zwischenmann ganz beseitigen zu können, doch hatte er die Rechnung ohne die Käufer gemacht. — Dieselben erklärten beim Zahlungstermin in ihrem derben „Platt“: „Von en hebben wie nich köfft und an en talen wie nich. Wie hebben mit Heinrichsdorff tou dauhn“, und dabei blieb es, so daß Herr W. sich wieder seines Geschäftsmannes bedienen mußte, um zu Ende zu kommen. —

Dieser Zwang durch die Käufer mag die Ursache der Mißstimmung gegen H. gewesen sein, die sich in seiner Auskunft an den Herrn Professor Max Sering äußerte.“ —

Prof. Sering betont, *wie viel freudiger die Bauern auf ihrem eigenen Grund und Boden arbeiten, als früher in fremdem Dienst.* Jede Arbeit gilt ihrem eigenen Gut und Erbe, jedes Ergebniß ist der Lohn eigener Thätigkeit. Selten, so gesteht Sering ein, habe er eine so große Anzahl von tüchtigen, ernsten und arbeitsamen Menschen beisammen gesehen, wie auf den Kolberger Colonien. Ein Gutsbesitzer nach dem Andern schenkte daher dem Unternehmer sein Vertrauen und stets geschah der parzellenweise Verkauf der Güter durch dessen Vermittelung, zumal es auch Sering als wahrscheinlich hinstellt, daß die stückweise Landveräußerung durch H. im allgemeinen 30—50% mehr einbrachte, als der normale Verkauf ganzer Güter. Auch der *Verkauf* der Parzellen ging in *durchaus reeller Weise vor sich.* „Die *Preise*“, sagt Sering, „*welche die Kolonisten für ihr Land bezahlt haben, gehen nicht über denjenigen Betrag hinaus, welcher in jener Gegend für bäuerliche Grundstücke üblich ist*“.

Welches sind nun die ökonomischen Segnungen dieser Güterschlächterei?

Prof. Dr. Sering sagt:

„Die bisher zu Tage getretenen volkswirthschaftlichen und socialen Wirkungen der Colonisation im Kolbergischen lassen sich zum Theil zahlenmäßig darlegen. Die Bevölkerungs- und Wohlstandsverhältnisse in der westlichen Hälfte jenes Kreises sind dadurch von Grund auf verändert worden. Das Gut Nessin wurde vor der Parzellirung mit 14 Arbeiterfamilien (8 Tagelöhner-, 6 Deputantenfamilien), 5 Dienstboten und Beamten bewirthschaftet. Im Jahresdurchschnitt standen dort in täglicher Arbeit 40—45 Menschen. Im Gutsbezirk lebten 182 Seelen. Jetzt wohnen dort statt einer: 50 grundbesitzende Familien, und die letzte Volkszählung constatirte 64 Haushaltungen mit 375 Köpfen, also mehr als doppelt so viel wie früher. Entsprechend ist das Wachsthum in allen anderen Colonien gewesen. Insgesammt hatten daselbst am 1. Dezember 1890 rund 2200 Leute ihr Domizil*), wobei zu berücksichtigen ist, daß damals die Parzellirung auf zwei Gütern noch nicht zum Abschluß gekommen war.

*Kolberg-Körlin ist Dank der Colonisation der einzige Kreis in Hinterpommern, dessen Landbevölkerung seit 1885 einen Zuwachs (von 684 Köpfen) aufweist.***) Man kann annehmen, daß auf den parzellirten Gütern heute wenigstens 1200 Menschen mehr leben, als früher, und, da die ganze Nachbarschaft die Gelegenheit der Parzellirungen zur Ausdehnung des Besitzes benutzt hat, *daß noch mehr Personen durch dieselben von der Ab- oder Auswanderung zurückgehalten worden sind.* Während ferner vor der Auftheilung einem Dutzend Großgrundbesitzer etwa 1000 unmittelbar und mittelbar abhängige Personen gegenüberstanden, existiren heute auf den parzellirten Besitzungen nur noch 4 Inhaber mit mehr als 1000 Morgen, während etwa 1500 Personen den grundbesitzenden Familien zuzurechnen sind. Es besteht jetzt ein ganz allmählicher socialer Uebergang vom Rittergutsbesitzer zum grundbesitzenden Tagelöhner und Gesinde.

Der Wohlstand der ganzen Gegend hat sich durch die Colonisation bedeutend gehoben; die Kolberger Krämer und Handwerker verspüren dies durch einen verstärkten Umsatz. Während vor 10 Jahren der dortige Wochenmarkt fast leer blieb, begegnet man heute an den Markttagen zahlreichen Bauernwagen, die durch ihr Schild verkünden, daß sie von den Colonien kommen, und der ehrwürdige Marktplatz ist gedrängt besetzt bis in die Nebenstraßen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Boden der Colonien heute sehr viel höhere Werthe hervorbringt, als früher es ist sogar wahrscheinlich, daß er größere Werthe zum Verkauf nach außen liefert, obwohl eine so viel größere Zahl von Menschen unmittelbar auf diesen Flächen ihre Nahrung gewinnt. Gewiß exportiren die Colonien weniger Getreide als ehedem die geschlossenen Güter, statt dessen kommen umsomehr thierische Produkte auf den Markt: Fleisch, Butter, Milch, Geflügel &c.

*) Ortsanwesende Bevölkerung, abzüglich der vorübergehend Anwesenden, einschließlich der aus den Haushaltungen vorübergehend Abwesenden. Die Bevölkerung der mit einer älteren Landgemeinde verschmolzenen Colonie Simötzel ist auf 200 Köpfe geschätzt worden.

**) Die einzigen Kreise des Regierungsbezirks Köslin, deren Bevölkerung seit 1885 zugenommen hat, sind:

| | | Davon entfallen auf die Städte: | |
|---|---|---|---|
| Kolberg-Körlin mit | 1098 Köpfen | Kolberg und Körlin | 414 |
| Köslin . . . „ | 200 „ | Köslin . . . . . | 550 |
| Stolp . . . „ | 283 | Stolp . . . . . | 1442 |
| Lauenburg . „ | 674 | Lauenburg . . . | 834 |

Ferner hat sich auf beiden Gütern zusammen der Bestand an Pferden verdoppelt, an Kühen und Jungvieh verdreifacht, an Schweinen beinahe vervierfacht, hingegen an Schafen um $^1/_3$ seines früheren Umfangs vermindert. Rechnet man 1 Kuh = 10, 1 Stück Jungvieh = 5, 1 Schwein oder Schaf = 1 Vieheinheit, so ergiebt sich, daß, abgesehen von den Pferden auf beiden Gütern zusammen vor der Parzellirung 2620, nach derselben, 3445 Einheiten vorhanden waren. Dabei ist hervorzuheben, daß die starke bäuerliche Viehhaltung der Ausdruck einer durchaus intensiven Absatzwirthschaft, nicht etwa des veralteten extensiven Bauernbetriebes ist.

Daß die außerordentliche Zunahme des Viehstandes nicht etwa auf eine ungewöhnlich schlechte frühere Verfassung der parzellierten Güter zurückzuführen ist, ergiebt eine Zusammenstellung, welche ein im Kreise Calberg ansässiger Großgrundbesitzer mir zur Verfügung gestellt hat; seine Berechnung giebt zugleich über die größere militärische und finanzielle Kraft des kleinen Grundbesitzes Aufschluß. Er vergleicht die Verhältnisse seines in alter Cultur befindlichen und wegen vorzüglicher Bewirthschaftung weit bekannten Gutes mit denen eines benachbarten Dorfes, welches ziemlich die gleichen Bodenklassen aufweist. Auf 100 ha entfallen

| | auf dem Gute: | im Dorfe |
|---|---|---|
| Haushaltungen | 5 | 21 |
| Einwohner | 31 | 108 |
| Staatssteuern Mk. | 168 | 318 |
| Pferde | 6 | 14 |
| Kühe | 8 | 33 |
| Jungvieh | 6 | 22 |
| Schafe | 154 | 53" |

Angesichts der so günstigen Ergebnisse der Güterschlächterei im Kreise Kalberg-Köslin, zu deren Verwirklichung ein *jüdischer* Güterschlächter so wirksam beigetragen hat, muß man Herrn Prof. Sering Recht geben, wenn er behauptet:

„*Denkt man sich die in Kalberg erfolgte Umwandlung mit den erforderlichen Verbesserungen auch nur auf ein Drittel oder die Hälfte der östlichen Provinzen übertragen, so eröffnet sich ein höchst erfreulicher Ausblick auf deren zukünftige Entwickelung; Abnahme der Auswanderung und starke Zunahme statt des Schwindens der ländlichen Bevölkerung, Ausgleichung der sozialen Gegensätze, allgemeine Steigerung der Bodenproduction und des Wohlstandes, Aufblühen der Städte und ihrer Industrie — denn sie haben nunmehr das bislang fehlende konsumtionsfähige Hinterland gewonnen — und im Zusammenhang damit ein rasches Wachsen der militärischen und finanziellen Kraft des Landes.*"

---

## Reisebeobachtungen und -Betrachtungen.

Sehr geehrter Herr Redacteur!

In den folgenden Zeilen theile ich Ihnen mit, was ich in Bezug auf den Antisemitismus auf meiner Touristenfahrt gesehen und gehört habe. Dergleichen einzelne Beobachtungen zeigen besonders deutlich, aus welchen Quellen der Antisemitismus entsteht und wie er sich äußert.

### I. Im Eisenbahnwagen.

Anwesend ein junges Ehepaar, ein junger Mensch in einer Art von geistlichem Gewand, und ich. Auf eine Anfrage des jungen Ehemannes theilt der vermeintliche Geistliche mit, daß er ein „lehrender Bruder" sei. Auf weitere Anfrage, daß ihre Schulen allen Confessionen zwar offen stehen, nur müßten alle Schüler am katholischen Religionsunterricht Theil nehmen. Auf weitere Frage des Herrn, ob denn viele Uebertritte Andersgläubiger zu verzeichnen seien: „Nein, besonders nicht unter Juden **Der Jude sei hartherzig, so hart wie Stein.**" Ich nahm sofort Gelegenheit, mich als Juden zu bezeichnen. Der lehrende Bruder entschuldigte sich, er hätte es nicht bös gemeint, auch selbst von Juden nichts Böses erfahren oder gesehen. **Es sei das nur im Seminar die übliche Redensart gewesen, wenn man von Juden gesprochen habe.** Mir scheint dies ein sehr bemerkenswerther Zug. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht um einen einzelnen Fall handelt. Der „American Hebrew" hatte vor etwa zwei Jahren ein Enquête über den Antisemitismus veranstaltet, die insofern sehr vernünftig und nützlich war, als man nicht sowohl die *Gefühle* der befragten Notabilitäten als deren Erfahrungen durch vier bestimmte Fragen feststellte.

Von diesen ging die eine dahin, ob nicht durch den christlichen Religionsunterricht in der Schule der Judenhaß genährt werde. Diese Frage wurde von einer Anzahl der Befragten nach ihren Jugenderfahrungen bejaht. **In dem Antisemitismus steckt deshalb noch ein gut Theil religiöser oder richtiger *kirchlicher* Bewegung.** Wenn auch seine Formen stellenweise neu sind, haben wir es nicht mit einer neuen, sondern mit den Ausläufern einer alten Bewegung zu thun. **Der Antisemitismus ist zu einem großen Theil das Ergebniß der Erziehung.***) Hierfür noch einige Beispiele aus eigener Erfahrung und Kenntniß.

Vor einiger Zeit hatte ich für meinen Sohn eine katholische Amme. Sie war im Genuß der kirchlichen Ehrenrechte beschränkt, (ich bin nicht vertraut, ob sie nicht zur Messe gehen durfte oder die Absolution nicht erhalten,) nicht weil sie Amme war — sondern weil sie im Haus eines Juden diente. In der That **ist dem Katholiken jeder Umgang mit Juden streng untersagt.** Auf dieses Gebot wies auch in der Sitzung des österreichischen Reichsraths vom 7. Februar 1890 ein katholischer Geistlicher, der Abgeordnete Scheiden, als geltende Bestimmung hin. Die Gültigkeit dieser Bestimmung wurde von keinem der katholischen Abgeordneten in Zweifel gezogen. Unbegreiflich ist danach allerdings, wie man den Juden Absonderung vorwerfen kann, wo es religiöse Vorschrift für Christen ist, sich von ihnen abzusondern.

In den Vorlesungen, welche *Fürstbischof Dr. Kohn* an der Olmützer theologischen Fakultät über das kanonische Recht gehalten hat, sagt er auch ausdrücklich (s. „Mittheilungen" No. 2. S. 13. 1893.) „Die Weisungen der hl. Kirche betreffs des Verkehrs mit Juden würden nicht gehörig beachtet." Die Christen sollten bei Juden keine dienstlichen Stellungen annehmen, nicht in demselben Hause wohnen, nicht zusammen essen und nicht mit einander verkehren u. s. f. „*O hätten doch die Christen,*" *ruft er aus,* „*immer diese Satzungen getreu erfüllt*". —

Eine Erfahrung aus einem Berliner Gymnasium. Der Lehrer trägt deutsche Litteratur vor. Aus einem mittelalterlichen Spiel liest er mit behaglichem Lächeln: „Nun kummt ein Schwein und — „der Jud' muß das Schwein am Zagel lecken." Das war in den letzten sechziger Jahren, aus der Zeit, in der vom Antisemitismus angeblich nicht die Rede war. Ist es da nicht klar, daß der Antisemitismus mit hunderten von Fäden durch die Erziehung an die Vergangenheit geknüpft ist?

**II. In Mallnitz** las ich das Oberkärnthner Wochenblatt. Aus dem „Deutschen Volksblatt" in Wien druckt es eine Notiz ab, daß in der Kärnthner Sommerfrische Millstadt sich ein Jude als Arzt niedergelassen habe, der im vorigen Jahre als Sommergast gekommen sei und jetzt mit Erlaubniß des jüdischen Bezirksphysikus praktizire. Das Blatt wirft

*) Wir verweisen auch auf den Schluß des Artikels: „Antisemitismus im Beamtenstand" in dieser Nummer.

die Frage auf, ob nicht ein arischer Arzt es dem „schlauen Juden" nachmachen wolle. An der Existenz des jüdischen Bezirksphysikus zweifle ich nach meinen Erfahrungen in Bezug auf antisemitische Preßerzeugnisse. Aber wenn auch. Soll er einem Arzt die Praxis nicht gestatten, wenn ein anderer Arzt nicht am Platze ist? Thut der Arzt, der sich als erster dort niederläßt, Jemandem Unrecht? Ist Jemand gezwungen, sich seiner Thätigkeit zu bedienen, und leistet er nicht eigentlich einen Dienst, indem er als erster kommt? Weist eine Zeitung darauf hin, daß an einem Orte ein Arzt fehlt, so wäre das verdienstlich. Aber der Hinweis, daß dort ein jüdischer Arzt vorhanden sei, und d e s h a l b ein christlicher kommen solle, ist, gelinde gesagt, albern. Dieses „Deutschthum", das im Haß und nicht in der Liebe wurzelt, ist zu Opfern natürlich nicht bereit, und so berichtet das Wochenblatt mit Schmerz, daß die Slavenen es zwar zu einem schönen Vereinshause gebracht haben, die Deutschen dagegen, (welche beiläufig weit reicher sind) nicht. Auf die Juden schimpfen ist eben billiger, als Geld für ein Vereinshaus geben. Für den Völkerpsychologen besteht zwischen beiden Thatsachen ein Zusammenhang, der Aufgang des Antisemitismus bedeutet den Niedergang des deutschen Schulvereins.

### III. In Innsbruck.

An den Anschlagssäulen: Für den 16. ist im Wastens ein Theaterstück angekündigt: **„Andreas der Märtyrer von Rynn"**. Besagter Andreas soll nämlich 1462 von den — Juden ermordet worden sein. Die Erzählung ist historisch aber nicht wahr, trotz der 250 Jahre nach der angeblichen Ermordung erfolgten Canonisirung. Gerade für diesen Fall ist die Unwahrheit besonders klar bewiesen; der erste Bericht über den „Fall" erschien im Jahre 1654, also 157 Jahre nach dem angeblichen Morde, und enthält mehrere Unmöglichkeiten.*) Die Regie in Wastens hat augenscheinlich Barnum übernommen, der Theaterzettel kündigte nämlich an, daß sich auf der Bühne derselbe Tisch befinde, auf dem der hl. Andreas vor 350 Jahren (soll heißen 430) von den Juden gemordet worden sei. Da der Mord, wie bemerkt, erst über 150 Jahre nach der angeblichen Verübung „entdeckt" worden ist, möchte ich für die Echtheit des Tisches nicht bürgen. Wofür ich aber bürgen kann, ist, daß diese Art naiver Meiningerei, die an das Erscheinen des Scharfrichters Reindel auf einer Berliner Bühne, im Interesse größerer Echtheit, erinnert, um so unwürdiger ist, als es sich nicht um gewerbsmäßige Schauspielerei handelt, sondern der Ertrag — zum Aufbau der Kirche in Reidt bestimmt ist.

### IV. In Innsbruck auf der Landesausstellung.

Ich gehe in die Restauration, nehme die „Neue Freie Presse" und lese von dem Distanzritt (!) Bihac — Serajewo. Man hofft, daß die Entfernung von 280 km. in 28—30 Stunden zurückgelegt werde. (!) Und da kam mir eine köstliche Geschichte aus dem Berliner Thierschutzverein ins Gedächtniß. Nachdem eines Abends die Frage vom Schächten angeschnitten war, wies ein anwesender Jude nach, wie viel Pharisäerthum in den Angriffen auf das Schächten liege. Dieses werde doch immerhin von einer großen Anzahl Sachverständigen als humane Tödtungsart bezeichnet, und gebe man überhaupt die Tödtung von Thieren für die Zwecke der menschlichen Nahrung als zulässig zu, so sei schlimmsten Falls die Frage zweifelhaft. Jedenfalls fehle das Bewußtsein einer Thierquälung — im Gegensatze zum Taubenschießen, zu Hetzjagden etc. etc., hier habe der Thierschutzverein zuerst einzuschreiten. Vereinzelter Beifall der anwesenden Christen. Nachher Gespräch. Eine Försterstochter hält in diesem Gespräch dem Juden vor, daß man den hohen Herrschaften doch nicht ihre Jagdfreude verderben d ü r f e. Während sie also aus den Neigungen hoher Herrschaften diesen Formen der Thierquälerei eine ethische Seite abgewann, stellten sich andere mehr auf den opportunistischen Standpunkt. Sie hielten es

*) s. Prof. Strack „Blutaberglaube" 4 Aufl. S. 125 f.

im Interesse ersprießlicher Beziehungen zu den Behörden, auf die sie angewiesen seien, für richtiger, dies Gebiet nicht zu berühren. Mit andern Worten, es ist für den Unterthan ersprießlicher, das liebe Thier gegen den Juden als gegen den aristokratischen Sportsmann zu schützen.

Das läßt sich aber auch verallgemeinern. Der Antisemitismus hat seine Ursache nicht in der Macht der Judenschaft*) sondern in ihrem Mangel an Macht. Es ist z. B. ganz ungefährlich, gegen das „jüdische Capital" zu eifern, während es mächtige Personen übel nehmen und Sozialdemokratie nennen, wenn es gegen das Capital überhaupt geht; der Angriff auf die Festung geht eben immer gegen die schwächste Stelle. Daß man, um seinen Sieg zu feiern, den Gegner als besonders mächtig darstellt, ändert an der Sache nichts.

Ist der Feind allerdings erst einmal in der Festung, so halten ihn auch die mächtigeren Stellen nicht mehr auf, und so mag sich aus dem Kampf gegen das jüdische Capital eine ersprießliche Reformthätigkeit entwickeln. Das ist die Logik der Thatsachen, und wie mir scheint sind wir auf diesem Wege. Und mit diesem optimistischen Ausblick, der vielleicht durch das schöne Wetter veranlaßt ist, schließe ich mit besten Grüßen meinen „impressionistischen" Reisebrief.

Ihr X.

## Von den Nachwahlen.

**Alsfeld-Lauterbach-Schotten.** Für die Nachwahl lauten die a m t l i c h e n Ziffern: Abgegeben wurden 10,443 giltige Stimmen, davon erhielten: B i n d e w a l d (Antis.) 4761; P r o f. B a c k h a u s (nl.) 3814 W i l b r a n d t (freis. Verein.) 1570 und B r a n d (Soz.) 291 Stimmen. Die S t i c h w a h l zwischen Bindewald und Backhaus ist bereits für den 2. August festgesetzt. („Frankf. Zeitung" 28. Juli.)

**Rinteln-Hofgeismar.** Nach dem a m t l i c h e n Ergebniß der Reichstags-Stichwahl hat D r. K ö n i g (Antis.) 6631, Landrath Frhr. v. B u t t l a r (Conserv.) 3769 Stimmen erhalten. Dr. König ist somit gewählt. („Volk" 1. 8)

## Antisemitismus im Beamtenstand.

Es muß immer wieder betont werden, daß der Antisemitismus nur darum so weite Ausdehnung gefunden hat, weil der Beamtenstand ihn wie keine andere politische Bewegung protegirt. Gewiß ist es richtig, daß auch die Beamten wie jeder andere Stand ein Recht auf politische Meinung haben, jedoch liegt die Sache hier anders. Der Antisemitismus bezweckt die Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden, denen das Gesetz die Bürgerrechte gewährleistet hat. Jede Bewegung dagegen ist ein Angriff auf die Verfassung, und diejenigen Beamte, welche dem Antisemitismus anhängen, wenden ihre Angriffe direkt gegen eine Institution, deren Stütze sie gerade in hervorragendem Maße sein sollen. Beweise für die Protektion des Antisemitismus seitens der Beamtenschaft sind täglich zu finden. Unter jedem antisemitischen Aufruf stehen Namen antisemitischer Beamter, eine ganze Reihe amtlicher Blätter protegirt den Antisemitismus offenkundig und ist gewiß für viele Beamte nicht nur ein Anstoß, sondern eine Rechtfertigung ihres Antisemitismus. Sie meinen eben, er werde „von oben" her protegirt. Dafür einen Fall, der jüngst passirt ist. „Ein Baumeister, der einen königlichen Bau zu repariren hatte, bittet sich vom Kastellan die dort liegende „Staatsb. Ztg." aus, weil er an dem Tage noch keine Zeitung gelesen hatte. Dieser giebt ihm das Blatt mit dem Bemerken, er liebe das Blatt nicht, jedoch werde es

*) Nicht des „Judenthums", wie falscher Weise gesagt zu werden pflegt. Judent h u m ist nur die jüdische Religion.

von den Beamten **gewünscht**, und so sei gerade dieses Blatt abonnirt worden.

Die antisemitische „Ulmer Schnellpost" (s. Mittheil. 1892 No. 34 S. 283) fand darum Verbreitung, weil sie die einzige Zeitung war, die gemäß der Ulmer Wachinstruction in der Wachstube aufliegen durfte.

**Prof. Paul Förster** ist Lehrer; ob einem deutschfreisinnigen oder gar sozialdemokratischen Lehrer der gleiche Urlaub zu Theil geworden wäre, wie diesem Herrn seit Jahren, ist zum mindesten zweifelhaft. Prof. Förster erkennt es auch dankbar an. In der „Staatsb. Ztg." veröffentlichte er folgende Auslassung:

„In einer Besprechung der **Neustettiner Wahl** in Nr. 330 der „Staatsb. Ztg." wird bemerkt, „man habe mich behördlicherseits von hinten herum zwingen wollen, den Kampf gegen das Judenthum aufzugeben". Dies ist irrig, und es ist mir wichtig, den Irrthum festzustellen. **Ich habe es im Gegentheil immer dankbar anerkannt, auch in öffentlichen Versammlungen, daß die vorgesetzten staatlichen Behörden mir nie, weder früher, noch letzthin, ein Hinderniß in den Weg gelegt und meine staatsbürgerliche Freiheit beschränkt haben.** Sie haben damit das auch dem Beamten zustehende Recht anerkannt, von der ihm nach der Verfassung zustehenden Freiheit des Wortes und der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten Gebrauch zu machen. Wir müssen für eine solche in dem sogenannten „Polizeistaate" Preußen bewiesene Achtung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten um so dankbarer sein, als anderwärts, wo der Liberalismus und der Freisinn die Herrschaft haben, eine solche Unparteilichkeit nicht geübt wird. Und wenn die fragliche Bemerkung von der „Freisinnigen" Stadtverwaltung Berlins gemacht worden wäre, so würde ich dagegen nichts einzuwenden gehabt haben."

Herr Prof. Förster bekommt Urlaub, um seine antisemitischen Theorien weiter ins Volk zu tragen, er bekommt Urlaub, um gegen eine halbe Million deutscher Einwohner die Volksleidenschaft unzustacheln, all das darf er unter stillschweigender Zustimmung der „staatlichen Behörden". Da ist es kein Wunder, wenn der Antisemitismus auch in die Schule eindringt, und dort Samenkörner in Kindesseelen gelegt werden, die nachher unausrottbar sind. Man frage einmal jüdische Schulknaben, was sie in der Schule an Verhöhnung und Zurücksetzung auszuhalten haben. Und wenn die „Kreuzztg" (31. 7.) der „Volksztg." darin zustimmt, daß der Antisemitismus nicht in die Schule gehört, so müssen wir diese seltene Anwandlung von Einsicht zwar anerkennen, aber ihr doch nicht mit der Behauptung Recht geben, daß die konfessionelle Schule Besserung schafft. Nicht an der Schule liegt es, sondern an den Lehrern, wenn der Antisemitismus sich im Unterricht und im Verkehr der Schüler untereinander breit macht. Der Lehrerstand in den höheren Schulen theilt eben die Gesinnung des Beamtenstandes. Der Beamtenstand ist ein Hauptnährboden für den Antisemitismus, darauf immer wieder hinzuweisen, wollen wir nicht verfehlen, so lange die Beamten Diener des Staates sind, zu dessen Bürgern auch die Juden gehören!

## Nachruf.

* Der Tod hat aus der Reihe der Mitbegründer unseres Vereins wieder zwei hervorragende Glieder gerissen. Die Herren Abg. Dr. **Karl Witte** (freis.) und **Pfaff** (nat lib.) waren von Anfang an eifrige Förderer unseres Vereins und traten warm für die humanen Ziele desselben ein. Das deutsche Volk verliert in ihnen zwei tüchtige Kräfte und unser Verein insbesondere zwei seiner besten Mitglieder. Ihr Andenken ehren wir am besten dadurch, daß wir wie in der Schlacht nach dem Tode guter Kameraden wieder in Reih' und Glied treten und die Ideale hochhalten, welchen dieselben bis zum Tode treu geblieben sind. Ehre ihrem Andenken!

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Anarchismus und Antisemitismus** scheinen sich immer mehr einander zu nähern. Der Antisemitenspiegel S. 278 hat bereits betont, in welchen persönlichen Beziehungen Antisemitenführer wie Marquis Morès und Mechaniker Schneider zu Anarchisten gestanden haben. Aber auch die Wandlung, die der radikale Antisemitismus jetzt in Deutschland genommen hat, zeigt die Annäherung beider Richtungen. Zwei unverdächtige Beobachter haben dies auch **fast zur gleichen Zeit** erkannt.

Die katholische „**Köln. Volksztg**" schreibt am 29. Juli:

„Je unberechtigter und je gewaltsamer eine Bewegung ist, um so eher werden die **radicalen** Elemente die Oberhand gewinnen. Wir sind überzeugt, daß die antisemitischen Radaumacher eher noch bei den **Anarchisten**, als den planmäßigen Sozialisten landen werden."

Und das Stöcker'sche „**Volk** schreibt am 30 Juli:

„Der sogenannte **Radau-Antisemitismus**, welcher den **Scandal** pflegt, **Ausschreitungen** provozirt, mit **radicalen** Phrasen paradirt, unter Umständen auch die „**Propaganda der That**" nicht verschmäht und dabei den Leichtgläubigen vorspiegelt, in wenigen Jahren die Majorität des Volkes für sich gewinnen zu können, ist ein Zwillingsbruder jenes **Anarchismus**, der in der sozialen Bewegung des Proletariats sein Unwesen treibt."

**Antisemitismus und Studentenschaft.** Viele farbentragenden Studentenverbindungen, insbesondere die Corps, haben den Antisemitismus stillschweigend in ihre Bestrebungen aufgenommen, indeß der „Verein Deutscher Studenten" (V. D. St.) ihn offiziell proklamirt hat. Auch die Burschenschaften und Landsmannschaften beginnen schon leise antisemitische Allüren zu zeigen, so daß die Zahl der jüdischen Couleurstudenten alljährlich immer geringer wird. Da ist es erfreulich, daß auf dem letzten 25 jährigen Stiftungsfest des Koburger Landsmannschaften-Convents (Koburger L. C.) in Leipzig am 15. Juli die grundsätzliche Stellung der Landsmannschaften zu der antisemitischen Bewegung klar gestellt wurde. **Amtsrichter Schmidt** führte in der Hauptrede des Abends u. a. folgendes aus: (s. Akad. Blätter 1. 8).

„Unser Verband will den Charakter des Einzelnen erziehen. Dabei sind ihm Grundlagen **Vaterland, Ehre, Freundschaft**. Wir Landsmannschafter sind vor allem **Deutsche** in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich und in Verehrung unserer angestammten Landesfürsten. Nichtswürdig ist, wer in der Stunde der Gefahr nicht sein Alles mit Freuden einsetzt fürs Vaterland. Ruft der Kaiser, so wird der deutsche Landsmannschafter freudig das Kriegsschwert vertauschen mit Schläger oder Feder. **Weitere politische Grundsätze kennt die Landsmannschaft nicht, wir halten fest an der Ausschließung aller politischen und religiösen Bestrebungen.** Ersteres trennt uns von den deutschen Burschenschaften mit ihrem politischen Prinzip, letzteres von den sog. christlichen Verbindungen. Gerade die Geschichte der Burschenschaft lehrt, zu welchen traurigen Verirrungen ein politisches Prinzip in studentischen Verbindungen führen kann.

Die heutige Lage der Burschenschaft ist insofern mißlich, als sie äußerlich an dem politischen Prinzip festhalten muß, während es nach Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches thatsächlich gegenstandlos ist. Die Bedeutung der Burschenschaft ist demnach nur noch eine geschichtliche. **Noch be-**

denklicher erscheint uns die Wahl einer confessionellen Grundlage, wie wir sie bei den protestantisch-orthodoxen und den katholischen Studentenverbindungen finden. Wer sich als Student gewöhnt, sich von den Angehörigen anderer Confessionen abzuschließen, nimmt das Zeug zum Fanatiker mit ins Leben hinaus."

**Prof. Förster** hat sich „auf sein Ehrenwort verpflichtet, so berichtete der „Reichsherold", sich der „Deutschen Reformpartei" anzuschließen." Nun berichtet aber die „Deutsche Ostwacht" von 29. Juli:

„Wie wir von zuverläßigster Seite erfahren, wird Professor Dr. Förster bei der deutschen Reformpartei hospitiren, d. h. mit dieser zusammenwirken, ohne sich grade den Fractionsbeschlüssen unbedingt unterzuordnen."

Die „zuverläßigste Seite" kann doch nur Herr Förster selbst sein. Welche Deutung ist nun die richtige? Hie Prof. Förster's Ehrenwort, hie seine eigne Aussage! Was sagt Herr Böckel dazu?

**Stöcker und Prof. Förster.** In seiner Rede gegen Ahlwardt (s. vorige Nummer S. 296) führte Stöcker aus, „mit dem Schnaps habe dieser den ganzen Kreis Neustettin verrückt gemacht". Damit sei der ganze Wahlkreis erobert worden, „dadurch ganz allein". — Herr Förster blieb die Antwort nicht schuldig. In der „Staatsb. Ztg." vom 2. August quittirte er den Vorwurf, daß er sein Mandat der „Schnapslüge" verdanke. „Es ist doch eine nichtswürdige Verleumdung und Beschimpfung, von mehr als 6500 Wählern zu behaupten, die Schnapsfrage sei für sie bei der Wahl entscheidend gewesen".— Es ist noch nicht lange her, als Hofprediger a. D. Stöcker für Prof. Förster im Wahlkreise Reichenbach-Auerbach (s. Mittheil. 1892 No. 12 Seite 97) agitirt hat und nun als Dank vom Hause Ahlwardt-Förster „nichtswürdige Verleumdung und Beschimpfung!" Vielleicht lernt Herr Stöcker, daß es neben „jüdischem" Undank noch einen unverfälscht „arischen" giebt, nach dem er nicht weit zu suchen hat. —

**Gegen Prof. Dr. Förster** zu Gunsten Stöckers nimmt die Düsseldorfer Deutsch-nationale Ztg. Dr. Tesdorpfs in einem geharnischten Leitartikel Stellung. Sie erblickt in Förster einen „Anhänger des gebildeten Freigeisterthums" und einen Vertreter des „radikalen Anti-Semitismus". Außerdem merke man seinem wirthschaftlich-sozialen Standpunkt die Ahlwardt'sche Schule an. „Ueberdies ist seine scharf feindliche Stellung gegenüber dem Conservatismus bekannt", und daher bedauert das Blatt seine Wahl als ein neues Glied in der „Radicalisirung des Anti-Semitismus".

**Ahlwardt und die „Dresdener Nachrichten".** Es war einmal — am 8. Juli 1892 — in Dresden, als Ahlwardt einen Vortrag hielt und in demselben eine Ovation für die „Dresdener Nachrichten", für ihren Besitzer und Redacteur in Scene setzte. Die „Dresdener Nachrichten" schwammen in Begeisterung, sammelten für Ahlwardt und dessen Vortrag erschien gedruckt bei Glöß in Dresden unter dem Titel „Meine Verhaftung". Darin steht: „Wir haben auch eine gute Zeitung in Berlin, die „Staatsb.-Ztg.", die ich Ihren „Dresdener Nachrichten" etwa gleichstelle. „Ich las in den „Dresdener Nachrichten" (Bravo!) eine Notiz, die mich außerordentlich gefreut hat. (Bravo! Stürmisch wachsender Beifall, der sich schließlich zu einer Ovation für den anwesenden Verleger der „Dresdener Nachrichten", Herrn Kommissionsrath Reichhardt, und den leitenden politischen Redacteur dieses Blattes, Herrn Dr. Paul Liman, sowie seinen nicht anwesenden Collegen Dr. Lohan gestaltet. Nachdem die beiden Herrn sich durch Erheben von den Sitzen bedankt, beruhigt sich der Beifallsturm.)"

„In jedem größeren Local müssen Sie mindestens zwei Exemplare Ihrer ehrenwerthen „Dresdner Nachrichten" haben (Bravo!) . . .

Nun ist ein Jahr ins Land gegangen, der Ahlwardtismus hat in Neustettin gesiegt, die Junker und Juden angegriffen, die Conservativen beschimpft, und nun kriechen die „Dresd. Nachrichten" zu Kreuze. Derselbe Dr. Lohan, dem Ahlwardt zu einer öffentlichen Ovation verhalfen, schreibt in den „Dresd. Nachr." im Leitartikel vom 25. d. M.:

„Der jüngst zu üppigster Blüthe gediehene Typus des entarteten Antisemitismus ist der Ahlwardtismus, der leider bei der leichtgläubigen, urtheilslosen Menge in letzter Zeit so erstaunliche Erfolge erzielt hat. Bei dem Ahlwardtismus und den verwandten Richtungen tritt an die Stelle der reinen Begeisterung für die Idee der schwärmerische Kultus zweifelhafter Persönlichkeiten, die wie Ahlwardt, um des Eigennutzes willen, um einen früheren Schiffbruch wett zu machen, mit der frechen Miene eines Biedermannes und ausgerüstet mit einem reichen Maß demagogischer Kräfte den dunklen Instinkten der Massen zu schmeicheln verstehen. . . .

. . . „An welchen Abgrund sind große Massen unseres Volkes bereits geführt, daß sie einem Ahlwardt zulaufen und zujauchzen einem Manne, der dem Juden Manché als Agent gegen Provision für Orden und Titeljäger diente, der einst vor einem christlich-jüdischen Consortium, welches ihn aus der finanziellen Klemme reißen wollte, den heiligen Schwur ablegte, daß er allezeit den Antisemitismus als eine schmachvolle Bestrebung verdammen werde, der wiederholt nachweislich sein Ehrenwort gebrochen hat, der bei dem sozialdemokratischen Juden Singer Pumpversuche gemacht, der wiederholt Gefängnißstrafen verbüßt und noch zu verbüßen hat, der vor den Augen von ganz Europa im Reichtage als ein berufsmäßiger Verleumder in seiner ganzen Blöße entlarvt worden ist! **Ein solcher Kerl** wagt es unter dem frenetischen Beifallsgeheul von Leuten, die sich Antisemiten nennen, einen Stöcker, einen Liebermann von Sonnenberg einen Judenknecht, einen Verräther zu nennen. **Und von einem solchen Lump glaubt man, daß er sich noch häuten und ein anständiger Mann werden kann.** Böckel hat, in einer Berliner Versammlung große Hoffnungen auf die Besserung Ahlwardts gebaut und auch in einer Dresdner Antisemiten-Versammlung hat man der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß sich der Vertreter von Friedeberg-Arnswalde immermehr zu einer „annehmbaren — Schlange" häuten werde! Gegen jüdische Corruption will Ahlwardt kämpfen und doch ist er, seitdem ihm die Larve vom Gesicht gerissen worden ist, **verächtlicher als irgend eine** Giftpflanze die je auf dem Beete dieser Corruption emporgeschossen ist.

„Es ist eine heuchlerische Lüge, wenn jemand behauptet, gleichzeitig ein Anhänger Ahlwardt's und ein königstreuer Deutscher zu sein und jeder ehrenwerthe Reformer, der es mit seiner Sache gut meint, sollte denjenigen auf den Mund schlagen, der es fertig bringt, nach einem Hoch auf Ahlwardt ein solches auf Se. Majestät den König auszubringen und „Deutschland, Deutschland über Alles" zu singen.

**Herr Theodor Fritsch und seine „Antisemiten-Katechismus"** erfahren seitens der antisemitischen „Westfäl-Reform" am 23. d. M. folgende gründliche Beleuchtung: „Die kluge Geschäftlichkeit gewisser Leipziger Zeitungsmacher und Broschürenhändler ist allgemein bekannt: wir selbst haben noch kürzlich eine entscheidende Probe aus dem pseudo-antisemitischen Geschäfte der Firma „Itzig Frech, Frey*) &

---

*) Frey war lange Zeit Pseudonym für Th. Fritsch!

Comp." unter die Lupe genammen und dem Publikum mit den zugehörigen Erläuterungen vorgezeigt.

Jetzt aersucht das Consartium ein neues Zugmittelchen, um seine aerlegene Waare an den Mann zu bringen. Einer unserer Leser stellt uns ein Exemplar der deutsch-sazialen Blätter, alias Antisemitische Correspondenz zur Verfügung, welches ihm, begleitet aon einem bedruckten gelben Zettelchen, zugegangen ist, in welch letzterem er angeblich durch einen „Freund seines Valkes und Vaterlandes und Leser der „D.-s. Blätter" um ein Abonnement auf letzteres Blatt und um Abnahme eines „Antisemiten-Katechismus" angebettelt wird, ber die „wichtigste und aollständigste Zusammenstellung zum Verständniß der Judenfrage" enthalten soll. Man muß nun das erwähnte, aus allem mäglichen größtentheils werthlosen Kram zusammengestoppelte Machwerk einmal durchblättert haben, um die ungeheure Dreistigkeit und Kamik dieser Anpreisung in oallem Umfange würdigen zu können. — Mit dem aargeblichen „Freunde seines Volkes und Vaterlandes" ist es natürlich eitel Wind und Flunkerei; dieser edle Menschenfreund existiert ebenso wie das mystische Naudhpersönchen nur in der Phantasie der frnglichen Geschäftssippe aber ist aielmehr mit dieser identisch. Uebrigens ist aber diese Art Mache bereits zu plump und durchsichtig, um bejanderen Schaden anzurichten Jeder auch nur einigermaßen mit händlerischen Praktiken Vertraute merkt ohnehin sosart heraus, daß er es mit nichts weiter als mit einem judenhaften, auf den Kundenfang berechneten und nicht einmal mehr originellen Geschäftskniff zu thun hat."

Herr Theodar Fritsch als „Itzig Frech, Frey & Comp," als „judenhaft" — merken Sie nun den Teusel des Rassenantisemitismus, da er „Sie am Kragen hat" Herr Fritsch?

Uebrigens können sich die Herrn Fritsch und Stöcker beruhigen. Die „Westf. Reform" wird nicht mehr ihr ungerathenes Kind sein. Am 30 Juli aeräffentlichte sie folgende Bekanntmachung in großem Druck:

„Die „Westfälische Reform" ist durch Verkauf in anderen Besitz übergegangen. Die hierbei obwaltenden Umstände machen es zweifelhaft, ob den jetzigen Mitarbeitern die Möglichkeit einer ferneren litterarischen Betheiligung offen bleibt und bieten keine Bürgschaft dafür, daß in Zukunft der bisherige feste, von parteigemäßer Einseitigkeit freie und unabhängige Standpunkt des Blnttes gewahrt werden wird."

Das „Volk" (1. 8.) triumphirt über diese Schwenkung des Christenthums-feindlichen Dühring'schen Blattes und macht dnbei das interessante Geständniß, daß die „langathmigen wissenschaftlich-schwerfälligen Leitartikel" von Dr. Eugen Dühring selber herrühren!

**Der Berliner Antisemitismus** erfährt im Reiche seitens ber befreundeten Antisemiten nicht gerade die günstigste Beurtheilung. Die deutsch-soziale „Sächsische Provinzialzeitung schreibt (s. „Valk" 1. 8.):

„Jeder feinfühlige Mann muß sich durch dns Benehmen der Berliner „Auch-Antisemiten" man möchte fast sagen angewidert fühlen. Als eine Mahnung an alle Ruhigen und Zielbewaußten darf bas Berliner Wetterleuchten betrachtet werden, um die deutsch-sociale Bewegung ausgestaltet unter Dach und Fach zu bringen. damit die Berliner Lärmmacher nicht, wie schon einmal, der ganzen Bewegung einen empfindlichen Stoß oersetzen."

Und das bayrische „Deutsche Volksblatt" 27. Juli schließt sich mit ähnlichem Urtheile an:

„Auf diese Leute scheint die Hitze nicht ohne Wirkung zu bleiben. Der Herr bewahre uns aor dieser Sarte Antisemitismus. Für Berlin gilt wirklich das geschmackaolle Wart des Herrn Hofpredigers a. D.: Fatzke schlägt sich, Fatzke aerträgt sich."

Der Berliner „Deutsche Antisemitenbund" konnle kaum hübscher charakterisiert werden, als es durch diese ihre Gesinnungsgenassen geschah.

**Antisemiten in Conflikt mit den Strafgesetzen** II. Man sollte meinen, daß die antisemitische Partei, welche die deutsche Moral aar der „Verjudung" retten will, in ihren Reihen nur ehrenwerthe Männer hätte. Daß dem nicht so ist, beaeist die Liste der Antisemiten, welche in den letzten Monnten wegen Vergehen und Verbrechen oerurtheilt worden sind.

Wegen **Unterschlagung** wird der flüchtig gewardene Antisemitenführer, der Buchhändler Schwerdtner steckbrieflich gesolgt („Magd. Ztg." Steckbrief oom 6. April).

Wegen **betrügerischen Bankerotts und Urkundenfälschung** floh der antisemitische Rechtsanwalt Radtke aus Marienwerder nach Amerika und hat sich jüngst dem Staatsanwalt zu Graudenz gestellt (Hamburger Fremdenblatt).

Wegen **Zechprellereien** wurde der antisemitische Agitator Schröder aus Dresden zu sechs Monaten Gesängniß vom Schöffengericht zu Landsberg a. W. oerurtheilt. (Voss. Ztg. 25. 4.)

Wegen **betrügerischen Bankerotts und Wechselfälschung** wurden die Antisemitenführer, die Manufacturwaarenhändler August und Emil Andersen zu Altona vom Schwurgericht zu $2^1/_2$ bezw. $1^1/_2$ Jahren verurtheilt. (Fr. Blatt.)

Wegen **Betrugs-** und **Urkundenfälschung** wurde der antisemitische Großgrundbesitzer Eidmann aus Groß Umstadt oerhaftet. (Neues hess. Volksbl. 15 4)

Wegen **Betrugs** wurde Frau Margarethe Netterspitz, die Frau eines antisemitischen Agitators in Nürnberg zu 3 Monnten Gefängniß oerurtheilt. (Fr. Blatt No. 58.)

Ihr Mann, Herr Netterspitz wurde wegen **falscher Anschuldigung** eines christlichen Amtsrichters zu $3^1/_2$ Manaten Gefängniß und dreijähriger Aberkennung der Ehrenrechte oerurtheilt. (Jüd. Presse.)

Wegen **Nahrungsmittelverfälschung** wurde der Antisemitenführer in Bahholt i. Westf., Heinrich Eissing zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. (Moerser Ztg. 13. 5.)

Wegen **groben Unfugs**, begangen an Juden, wurden die Studenten Kronbach und Burggraf in Berlin zu 15 bezw. 10 Mark Geldstrafe oerurtheilt. wegen **grober Excesse** der antisemitische Journnlist Herzog in Baden zu 3 Wochen Arrest (Oestr. Woch. No. 7. 93), wegen **Unfugs** der antisemitische Buchhändler Sesselmann in Breslan zu 50 Mark Geldstrafe. (Bresl. Morgenztg. No. 181.)

Wegen **Beleidigung** von Juden wurde der Fabrikbesitzer Braun nus Zerbn zu 50 Mark Geldstrafe oerurtheilt (Anhalt. Tagebl. 2. 5), Dr. Erwin Bauer in Leipzig zu 100 Mark, der antisemitische Führer in Hamburg E. A. Hübner zu 450 Mark.

Wegen **Urkundenfälschung** aurde der antisemitische Führer, der Sattler Rothhaupt in Wnlldarf zu drei Monaten Gesänaniß oerurtheilt. (Frankf. Ztg. 5. Juni.)

Wegen **Majestätsbeleidigung** erhielt der Antisemit Christian Schmidt aus Salzfeld 3 Monate Gefängniß. (Frankf. Ztg. 20. Juli.)

Wegen **Sittlichkeitsvergehens** wurde der antisemitische Gymnasial-Professor Johann Mausburger aus Ried zu 18 Monnte schweren Kerkers verurtheilt (Oesterreich. Wochenschr. No. 22 S. 425). — Wegen eines **gleichen Verbrechens** floh der Antisemitenführer Lehrer Mand aus Oberhausen ins Ausland, um der drahenden Verhaftung zu entgehen. (Frnnkf. Ztg. 7. Juli.)

## Vermischtes.

**Finanzminister Dr. Miquel** fährt fort, der Gegenstand des antisemitischen Hasses zu sein. Auch seine Familie wird nicht von der judenfeindlichen Presse verschont. Der Badische Volksbote bringt am 29. Juli folgende Notiz:

„Seiner Excellenz!" Folgende Postkarte prangt z. Zt. im Schaufenster eines Frankfurter Ladengeschäftes:

Ersuchen im Auftrag Sr. Excellenz zu senden 25 Stück Cigarrenpfeifchen. Fräulein Miquel.

Berlin, den 12. 6. 93."

Daß die Tochter des Finanzministers Miquel von ihrem Vater als „Sr. Excellenz" spricht, ist bezeichnend für den semitischen Geist, der sich in Herrn Miquels Nachkommen ebensowenig verbergen kann wie in seinen — Vorfahren."

**Die „Kreuzzeitung" und — Gerechtigkeit.** „Sie erfüllen ihre Bürgerpflicht. Mehr kann man von ihnen nicht verlangen; eine Politik, die sie deshalb befeindete, weil sie . . . nicht deutschen Stammes sind, würde ja gegen die elementarsten Grundsätze der Gerechtigkeit verstoßen." Also war jüngst in der „Kreuzzeitung" zu Gunsten der — Polen zu lesen. Niemand wird bestreiten können, daß die deutschen Bürger jüdischer Abstammung ihre Bürgerpflicht zum Mindesten ebenso treu erfüllen, wie die Polen; indem die „Kreuzzeitung" nun die Juden befeindet, weil sie nicht deutschen Stammes seien, verstößt sie nach eigenem Geständniß „gegen die elementarsten Grundsätze der Gerechtigkeit." Die Polen stimmten für die Militärvorlage, Herr von Koscielski hat den Dank des Kaisers erhalten, was wunder, wenn die „Kreuzztg" nun auch im tiefsten Innern ihrer Seele plötzlich jene Gerechtigkeit entdeckt, die sie gefahrlos den Juden vorenthält. Sie weiß sich nach dem Winde zu drehen und so ist ihre so spät in sich entdeckte „Gerechtigkeit" nur ein Ausfluß gewöhnlicher Interessenpolitik.

**Eisenmenger's berüchtigtes „Entdecktes Judenthum"** hat jüngst ein findiger Buchhändler neu aufgelegt, freilich in „zeitgemäßer Bearbeitung." Anläßlich dieser Neuausgabe des Buches schreibt ein „christlicher Litteraturbericht" folgendes Urtheil: „Einem fanatischen Rassenantisemitismus mag diese Auffrischung der Eisenmenger'schen Weisheit willkommen und dienlich sein, aber wem sonst? Es ist eine unerquickliche Lektüre!" (Bad. Landbote 31. Juli.) Dasselbe Urtheil hatte auch 1701 der Kurfürstl. Geh. Rath Gudenus gefällt, der von dem Buche sagte, es sei mit „gefährlichen, aufrührerischen, mehrentheils unerfindlichen Betrügereien angefüllt."*)

**Heine oder Spitta?** Das „Hannov. Tageblatt" und die „Hannov. Post" betheiligten sich jüngst lebhaft an der Heinehetze, indem sie den toten Dichter des litterarischen Diebstahls bezichtigten. Er soll das wundervolle Gedicht: „Du bist wie eine Blume" aus der Manuscriptmappe des ihm befreundeten Dichters Spitta gestohlen haben, und zwar beriefen sich die Blätter dabei auf den Sohn Spitta's. Jetzt müssen sie eine Erklärung dieses Sohnes veröffentlichen, (Hannov. Post. 1. 8.) welche wieder eine antisemitische Unwahrheit aufdeckt. Der Brief des Geh. Regierungsrathes Prof. Dr. Spitta lautet:

„Eine Notiz in einem Hannoverschen Blatte, nach welcher das Gedicht „Du bist wie eine Blume" nicht von Heine, sondern von meinem Vater herrühren solle, ist zu meiner Kenntniß gekommen und hat meine Verwunderung erregt. Mit dem Sohne, der „über jene auffallende Thatsache" 1860 in Göttingen sich geäußert haben soll, kann nur ich gemeint sein. Ich halte aber das umstrittene Gedicht bis heute für ein echt Heinesches. Es sind mir weder äußere noch innere Zeugnisse bekannt geworden, welche die Urheberschaft meines Vaters beweisen könnten. Ich erinnere mich auch nicht, je eine Aeußerung des Inhaltes gethan zu haben. Es kann sich hier nur um ein Mißverständniß handeln. Sollte es scheinen, als sei die Berufung des Einsenders jener Notiz auf mich durch eine Anregung unserer Familie veranlaßt worden, so müßte ich auch diese Annahme als gänzlich irrig bezeichnen."

**Jüdische Offiziere.** Im Jahre 1866 ist ein preußischer Offizier jüdischer Religion bei Kissingen gefallen, wie das Denkmal auf dem Friedhofe bei Kissingen beweist, ein Lieutenant Sally Cohn vor Belfort am 3. Januar 1870, wie „ein alter Soldat" am 19. Februar 1891 der „Allg. Ztg. d. Jud." mitgetheilt hat.

**Zur Judenpresse.** Die Antisemiten finden nicht genug Worte, wenn sie die Judenpresse herabsetzen wollen. Und doch zeigt die Tonart ihrer eigenen Blätter, von denen wir oft Proben gegeben haben, daß sie an Roheit ihres gleichen finden. Auch Fürst Bismarck behauptete einst Busch gegenüber; „Die Juden waren in ihrer Polemik gegen mich nie so gemein wie meine christlichen Gegner."

**Ein sächsisches Schildbürgerstückchen** theilt die „Freis. Ztg." vom 24. d. M. mit:

„Der antisemitische Löbtauer Gemeinderath beschloß kürzlich, die Heinestraße, die, wie man allgemein annahm, ihren Namen nach dem Dichter Heinrich Heine führte, in Poststraße umzutaufen. Wie sich jetzt aber herausgestellt hat, ist die Heinestraße z. B. gar nicht nach dem Dichter Heine benannt worden, sondern nach dem bekannten Dresdener Maler Heine, an dessen Arierthum Niemand zweifelt. Dieses Mißgeschick hat überall große Heiterkeit hervorgerufen, umsomehr, als bekanntlich der Löbtauer Gemeinderath vor einiger Zeit eine Straße Ahlwardtstraße zu taufen beschloß, dieselbe aber nach Ahlwardts Auftreten im Reichstage schleunigst wieder umtaufte."

## Aus Frankreich.

Die erste Civilkammer entmündigte heute den antisemitischen Führer Marquis Morès und stellte ihm einen gerichtlichen Vormund. Das Urtheil erklärt, daß Morès in wahnsinniger Weise spekulirt habe, ein tolles und kostspieliges Abenteurerleben führe, an Wahnvorstellungen leide und heute noch Versuche mache, Wucherer zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu finden.

## Aus Rußland.

Der gewiß nicht judenfreundliche „Grosdanin" widmete jüngst den Juden in Rußland einen Artikel, in welchem er sagt „Die jüdische Frage birgt für Rußland keine Gefahr in sich. Wo die Juden leben, dort sind sie nothwendig, dort müssen sie bleiben. Und wenn es ihnen an Raum mangelt, so kann man ihnen verschiedene Gebiete und Gegenden zur Ansiedlung eröffnen. Ich gehe noch weiter und wage zu behaupten, daß die Verbreitung der Juden in allen Gouvernements und in allen Dörfern im Reiche nicht nur kein Unglück, sondern von Vortheil wäre. Dies wird das Leben der russischen Bauern bequemer und billiger machen und sogar nützlich sein, **um die Macht der russischen Wucherer und Hautabzieher zu schwächen."**

## Der ewige Jude in moderner Beleuchtung.

Der ewige Jude hat auf seiner langen Erdenfahrt alle möglichen literarischen Schicksale durch Behandlung in Versen und in Prosa erfahren müssen, in einer medicinischen Doctordissertation hatte man ihn aber bisher wohl noch nicht verarbeitet. Ein bevorzugter Schüler des berühmten Irrenarztes und Professors Charcot, Herr Henry Meige, hat ihm das in diesen Tagen hier angethan und mit einer Unverfrorenheit,

*) s. den Artikel über „Eisenmenger" in „Mittheil." 1892. Nr. 41 S. 334 f.

die ganz fin de Siècle erscheint, den Nachweis angetreten, daß der alte jüdische Wanderer noch lebt, daß er in den Bereich der medicinischen Facultät gehört und periodisch und ziemlich regelmäßig in Paris gesehen wird. Denn der Ahasverus unserer Sage, der Cartophilus d. h. Gregor von Tours, der uralte Mensch, der nach der volksthümlichen Erzählung bei Pontius Pilatus Thürhüter war, dem Heiland auf seinem Leidenswege einen Faustschlag versetzte und zur Strafe wandern mußte bis an das Ende der Tage, ist dem jungen Doctor zufolge nicht etwa eine wirkliche Gestalt aus nebelgrauer Vorzeit oder ein dichterisches Wahngebilde, sondern ein ganz prosaischer Krankentypus.

Er ist ein nervenleidender armer Jude aus dem Osten Europas, der, vom Wandertriebe oder Reisewahn besessen, dem Elend und der Krankheit in der Heimath zu entrinnen sucht, ruhelos durch die Länder irrt, endlich unfehlbar auch nach Paris geräth und in dem großen Irrenhause der Salpêtrière bei den Gelehrten Heilung sucht. Der Name, die Classification für diesen Typus, ist gefunden: Dr. Meige bezeichnet ihn als „Nervopathe voyageur", und nach seinen Angaben war es nöthig diese Krankheitsform zu bestimmen, weil sie ziemlich häufig vorkommt. Kaum ist der eine Patient wieder seine Straße gezogen, so stellt sich ein anderer ein, wie jener ein Mann in ärmlichem Kaftan, mit langem Bart, mit tiefen Runzeln und Schmerzensfalten in den verwitterten Zügen, gebückt, verhungert und abgerissen, der mit der gleichen Geläufigkeit und Unermüdlichkeit wie jener dieselbe endlose Leidens- und Krankheitsgeschichte immer wieder herableiert und die geduldigen Aerzte fast aus dem Gleichgewichte bringt. Im Laboratorium der Salpêtrière werden die armen Teufel einer wie der andere photographirt, und es ist merkwürdig, wie viele einander fast zum Verwechseln ähnlich sehen und wie der ganze Typus wieder dem Bilde ähnlich ist, das uns auf alten Stichen und Holzschnitten von der Sagengestalt des ewigen Juden aufbewahrt wird.

Diese Aehnlichkeit beschränkt sich aber nicht auf die sichtbaren Aeußerlichkeiten, das allgemeine Bild, sondern sie erstreckt sich auf manche besondere Züge und Einzelheiten, die von der Sage überliefert werden. Die französische Sage erwähnt, daß der ewige Jude, wo immer er wanderte, stets des Landes Zunge redete. So erscheint auch sein heutiger Nachfolger, namentlich dem Franzosen, als ein vielsprachiger Mann, denn obschon er meist mit Vorliebe deutsch spricht, so ist ihm doch vielfach außerdem noch polnisch und russisch, mitunter dazu noch englisch oder türkisch und diese oder jene andere Sprache geläufig. Auch die eigenthümliche Armuth, die, wie in der französischen Sage immer nur über fünf Sous, nicht mehr und nicht weniger, verfügt, trifft bei den jüdischen Patienten der Salpêtrière zu. Sie fechten sich, unterstützt von der Gastfreundschaft und Mildthätigkeit ihrer Glaubensgenossen und der eigenen Bedürfnißlosigkeit, durch die Länder, irren stets mit leerer Tasche umher und sind doch der unmittelbarsten Noth, dem Hungertode, durch die paar Pfennige in ihrer Tasche entrückt. Die äußere Charakteristik der Züge, Müdigkeit, Kummer Schmerz und Verzweiflung, ist bei dem heutigen Wanderjuden dieselbe wie bei seinem berühmten Vorgänger, und eigenthümlicherweise ist auch die Ursache der Krankheit in großen Nervenerschütterungen, in Schreck oder großem Schmerz, Feuersbrünsten, Blitzschlag, plötzlichen Todesfällen und dergleichen zu suchen, grade wie die französische Legende den Cartophilus durch das Grauen, das die Kreuzigung auf dem Calvarienberge über die anwesende Menschheit brachte, aus dem inneren Gleichgewicht gerathen läßt.

Wie der ewige Jude der französischen Sage im Gekreuzigten nur einen Zauberer sah, wie er seine Wunder nur als Zauberkünste betrachtete und dann durch die Länder schweifte und allenthalben die Meister der schwarzen Kunst aufsuchte, aber stets wieder, bald mit ihren Werken unzufrieden, größern, geschicktern Meistern an anderen Orten zueilte, so trägt auch der heutige Wanderjude die Geschichte seiner Leiden von Ort zu Ort, von einem berühmten Arzte zum andern. Hat er einen neuen gefunden, so lebt die Hoffnung bei ihm auf. Sein Zustand beginnt sich zu bessern und giebt scheinbar Aussicht auf Genesung, doch nicht auf lange Zeit, denn der Arme ist im Grunde wohl unheilbar. Bald ergreift ihn die Schwermuth wieder, er beginnt neue Symptome seines Leidens zu entdecken, belästigt alle Aerzte deren er habhaft werden kann, beginnt nach neuen Zauberern der Heilkunde zu forschen, der Wandertrieb erfaßt ihn wieder, und er ist eines Tages verschwunden, verschollen. Vergessen wird er nicht, denn sehr bald stellt sich ein ihm seltsam ähnlicher Leidensbruder ein, der aufs neue die ewige Klage dieser besonderen Art des menschlichen Jammers den Aerzten vorträgt.

Es ist auf alle Fälle ein interessanter und geistreicher Versuch, den Charcots strebsamer Schüler unternommen, in wissenschaftlicher Beobachtung, unter Beifügung einer Krankheitsgeschichte, die allgemeinen Züge der einzelnen Fälle dieses eigenthümlichen jüdischen Nervenleidens zu einem Gesammtbilde zu vereinigen und dieses Bild der dunklen Sagengestalt des ewigen Juden gegenüberzustellen. Wohl mag in vergangenen Tagen schon, als der Aberglaube und die Unduldsamkeit größer und die bürgerliche Sicherheit unendlich viel geringer war als heute, unter grausamer Bedrängniß und wilder Verfolgung bei dem unterdrückten, gehetzten und geängstigten Volke diese Krankheitserscheinung sich mitunter, vielleicht häufig eingestellt haben. Auch ist es denkbar, daß die Gestalt des auffallenden, verstörten Fremdlings, der unter Schmerz und Klage ruh los durch die Länder irrte und nach Meistern der Heilkunde und der schwarzen Kunst forschte, auf die einfachen Gemüther, der Landbevölkerung zumal, einen tiefen, nachhaltigen Eindruck machte. Der Gedanke an irgend einen schrecklichen Fluch, der auf dem unglückseligen alten Juden ruhen möchte, lag der herrschenden Gedankenströmung am nächsten, und da das Volk sich immer erinnerte, daß die Juden den Herrn Jesus gekreuzigt hatten, und stets vergißt, daß der Erlöser, die Gottesmutter und die Apostel allesammt auch Juden gewesen, so war es am Ende nicht unnatürlich, daß der Volksmund und die Volkspoesie den fluchbeladenen Wanderer, von dem die Alten erzähl'en und den die Enkel gelegentlich nach der Beschreibung wiederzuerkennen glaubten, irgendwo und irgendwie in Verbindung mit der Leidensgeschichte und der Kreuzigung brachten. Möglich erscheint es somit immerhin und vielleicht wahrscheinlich, daß der jüngsten einer unter den jungen Doctoren der Medicin am Ende des 19. Jahrhunderts die thatsächliche Grundlage der alten Sage richtig erkannt und festgestellt hat und daß der unstete Wanderer, den die Dichter fast aller Länder besungen haben, weiter nichts war als ein armer kranker Jude aus dem Osten, aus Rußland, oder Polen. (Köln. Ztg. 23. 7.)

## Briefkasten.

**R. O. in Zerbst.** Der Lederhändler G. Salaman, der als Preisrichter nach Chikago entsandt wurde, ist Jude.

**M. R. in L.** Es ist schwer anzukommen, doch ist mos. Religion des Bewerbers kein Hinderungsgrund.

**Hamburg und München.** Die Fälle Welsch und Tietz erregen gerechte Entrüstung. Wir theilen sie und mit uns alle anständigen Juden. Was gehen aber diese Leute die Judenschaft an? Was hat die „jüdische Talmudmoral" damit zu thun?

**Königsberg i. P.** Auch wir haben es stets gemißbilligt, wenn den Antisemiten Säle hintertrieben wurden.

**J. H. in Mannheim.** Diese sehr empfehlenswerthe Anthalogie erschien im Verlage von J. van Groningen, Berlin, Kammandantenstr. 81.

**S. P. in Breslau.** Sehr drollig, aber nicht für uns geeignet.

**L. O. in Leipzig.** Bei der Abstimmung über die Militärvorlage fehlten die antis. Abg. Leuß, Ahlwardt und Liebermann v. Sonnenberg.

**H. Sch. in Hannover.** Uns ist diese Behauptung wohl begegnet, doch liegt auf beiden Seiten kein positives Material vor.

**L. M. in Leipzig.** Gewiß. Freiherr van Friesen-Rötha, der drei Arbeiter verklagte, weil sie für 20 Pf. in bitterster Kälte Teichschilf für ihre hungrige Angehörigen stahlen, ist der Führer der sächsischen Conservativen und schwärmt für „praktisches Christenthum."

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 165 Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 33. | Berlin, den 13. August. | 3. Jahrg 1893

### Die sozialdemokratische Partei und der Antisemitismus.

Die Judenverfolgungen des Mittelalters leben in anderer Gestalt wieder auf. Die Gegenwart büßt, was das Mittelalter gesündigt. Racen- und Glaubenshaß sind altbekannte Erscheinungen in der Geschichte, mit ihnen verbindet sich heute der Neid des Konkurrenten, der Neid um den Besitz.

Die Juden waren ehemals ein ackerbautreibendes Volk und unter ihnen gab es die Handwerke, die auf beginnender Kultur sich entwickeln: Spinner, Weber, Töpfer, Schmiede, Ziegler, Schreiner, Bauarbeiter 2c. Erst mit ihrer Unterjochung und mit ihrer Zerstreuung in fremde Lande wandten sie sich in ausgedehnterem Maße den Gewerben und dem Handel, noch später auch den Wissenschaften zu. Frühzeitig wurden die Juden durch die Christen verfolgt. Vertreter einer älteren Cultur und ausgestattet mit höherer Intelligenz, verbat man ihnen den Betrieb des Landbaus und des Handwerks und trieb sie so dem Schacher und dem Handel in die Arme. Die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren — von 1198 bis 1331 gab es nicht weniger als 52 große Judenverfolgungen in Deutschland, durch die Zehntausende auf's Grausamste gemartert und getödtet, Hunderttausende ihrer Habe beraubt und aus ihren Wohnstätten vertrieben wurden — begünstigten den regen Zusammenschluß unter sich, dessen man sie heute anklagt. War neben dem Racen- und Religionshaß besonders die Geld- und Goldgier der Grund zu ihren Verfolgungen, so waren Geld und Gold auch wieder die einzigen Mittel, durch welche sie sich vor Verfolgungen und Unterdrückungen schützen konnten, ihr Streben war also erst recht darauf gerichtet, es zu erlangen. Der Rechtszustand der Juden war ein Ausnahmezustand. Es war ihnen verboten 1. Grundbesitz zu erwerben und Landbau zu betreiben, 2. ein Gewerbe auszuüben, 3. waren sie für unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte, 4. waren sie mit besonderen Abgaben (Judenschutzgeld) belastet, 5 zwang man sie in bestimmten Stadttheilen zu wohnen, 6. gebot man ihnen äußere Kennzeichen an der Kleidung zu tragen, 7. erließ man besonders strenge Eheverbote zwischen Christen und Juden, man erzwang also ihre Abschließung. Die Judenverfolgungen stellten sich den Ketzerverfolgungen würdig zur Seite.

Mehr als ein Jahrtausend ausschließlich auf den Handel und das Geldgeschäft als einzig erlaubte Beschäftigung angewiesen, entwickelten sich ihre Fähigkeiten, unterstützt durch natürliche Anlagen, zu jener Höhe, die sie heute ihren christlichen Concurrenten verhaßt und gefürchtet machen. Ihre Nüchternheit, Emsigkeit und Zähigkeit befähigen sie auch da Erfolge zu erringen, wo das Fehlen dieser Eigenschaften diese sonst unmöglich machen. Dadurch ist es gekommen, daß auf weiten Gebieten des Handels die Juden fast ausschließlich aber überwiegend das Geschäft in den Händen haben. So im Viehhandel, im Handel mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen (Getreide, Hopfen, Wein), im Handel mit Manufakturerzeugnissen, in der Confection, im Kleider- und Schuhwaarenhandel 2c. Ferner beherrschen sie einen großen Theil des Bank- und Creditgeschäfts. Endlich haben sie in den gelehrten Berufen, insbesondere in der Medizin, Jurisprudenz und in der Tagesschriftstellerei, in den künstlerischen Berufen namentlich in der Schauspielkunst, ein großes Thätigkeitsfeld sich erobert.

In dem Maße nun wie die allgemeinen Konkurrenzverhältnisse durch die Ueberfüllung aller Berufe immer ungünstiger und der Kampf ums Dasein immer schwieriger wird — und das ist die Signatur unserer Zeit — steigt die Feindseligkeit gegen diejenigen, die durchschnittlich durch größeres Geschick und größere Gewandtheit sich eher zu halten wissen oder empor kommen, und sich als die Angehörigen einer fremden Race und Religion darstellen. Nicht das Kapital, nicht der kapitalistische Entwickelungsprozeß erscheint den immer mehr in die Klemme kommenden Schichten unserer Gesellschaft als die Ursache ihrer Noth, sondern es ist der Jude, der in der Regel als der glücklichere Concurrent ihnen gegenübertritt.

Alle diese gegen die Juden aufgebrachten Elemente erkennen nicht — denn ihr Klassenstandpunkt erhält sie in der Bornirtheit — daß, wenn heute sämmtliche Juden verschwinden würden, an ihrer Stelle sofort sogenannte Christen träten, die das Ausbeutungsgeschäft genau mit demselben Erfolg für die Mehrzahl ihrer Concurrenten fortsetzten.

So sieht ein großer Theil unserer Kleinbauern im Juden den Feind, weil Juden es sind, die vorzugsweise die Geschäfte mit ihnen machen. Handwerker und Kaufleute sehen im Juden den Feind, weil der Handel mit Fabrikaten, die früher das Handwerk fertigte, wie Schuh- und Kleiderwaaren 2c., vielfach in den Händen von Juden ist, aber weil die Handelsgeschäfte der Juden den sog. christlichen Kaufleuten Concurrenz machen. Der Student ist Antisemit, weil der jüdische Student in der Regel viel fleißiger ist, wie der ehrsame Germane, der bei Kneipgelagen, beim Kartenspiel und auf der Mensur die Zeit todtschlägt. Aehnliche Gründe sprechen gegen die Concurrenz der jüdischen Aerzte und Rechtsanwälte. Der Beamte ist dem Juden Feind, weil bei den Vorschuß- und Wechselgeschäften, die er macht, nicht selten der Jude der Vorschußleistende ist, und er vergißt, daß der

christliche Wucherer weder ein Prozent weniger Zinsen noch einen Tag länger Nachsicht am Verfalltage haben würde. Ein großer Theil des Adels, der Offiziere wie der Grundherren sind Antisemiten, weil Juden ihre Gläubiger sind und die adeligen Grundherren öfter ihre Söhne mit einer geldbegnadeten Tochter Israels verehelichen müssen, um j ne gesellschaftliche Verschwendungssucht befriedigen zu können, für welche die Renten des schlecht bewirthschafteten väterlichen Gutes nicht reichen.

Der conservative Grundherr reizt dabei den Bauern gegen den Juden auf, weil er den Bauer vergessen machen will, daß seine, des Grundherrn Vorfahren das Bauernlegen betrieben, wie je ein Jude es vermochte. Sind doch von 1648—1825 in Mecklenburg über 12,000 Bauernhöfe widerrechtlich in den Taschen der adeligen Feudalherren verschwunden und ebenso verschwanden Tausende von Bauernhöfen in Pommern, in Preußen, in Schlesien und der Mark. Der größte Theil des heutigen Adelsgutes ist ehemaliges Bauerngut. Und von den Herrlichkeiten der Patrimonialgerichtsbarkeit könnten die Thürme auf den Gutshöfen und die alten Bauernrücken gar wunderbare Lieblein erzählen.

Brutalere Menschenschinder, Betrüger und Ausbeuter als der größte Theil der Vorfahren der heutigen Junker hat es nie gegeben. Und der Bauer hat ein kurzes Gedächtniß und hat ganz und gar vergessen, wer seine Todfeinde waren und noch sind. Der Junker möchte gerne die alten guten Zeiten zurückrufen, — wenn er könnte.

Der Antisemitismus ist also ein natürliches Produkt unserer im Niedergang begriffenen Gesellschaft, der seinen Anhang innerhalb der herrschenden Klassen gegen einen Theil dieser Klassen, den wohlhabenden Juden, besitzt. Der Antisemitismus ist daher seiner Natur nach reactionär, insofern er die allgemeine Rechtsgleichheit der Bürger für den jüdischen Theil derselben aufheben will, obgleich die Juden nichts anderes thun, als was die bürgerlichen Gesetze und die bürgerlichen Einrichtungen ermöglichen und gestatten.

Die Sozialdemokratie, welche die allgemeine Rechtsgleichheit vertheidigt, ist daher Gegnerin des Antisemitismus; sie bekämpft nicht nur die Ausbeutung von Seiten der Juden, sondern die Ausbeutung überhaupt. Christliche und jüdische Ausbeuter sind nur möglich in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus herrscht.

Als Feinde des Wuchers und der Ausbeutung begünstigt die Sozialdemokratie alle Maßregeln, die geeignet sein können, den Wucher und die Ausbeutung zu beschneiden. Sie weiß aber auch, daß nicht Gesetze gegen den Wucher und die Ausbeutung diese beseitigen, denn sie sind mit dem capitalistischen Wirthschaftssystem unzertrennlich verbunden, sondern daß allein die Beseitigung dieses Wirthschaftssystems **jedem** Wucher und **jeder** Ausbeutung, sowohl durch den Juden wie durch den Christen, ein Ende macht.

Die reactionäre Natur des Antisemitismus zeigt sich auch darin, daß ein großer Theil seiner Anhänger und ein Theil seiner Vertreter im Reichstag für die stehende Armee und die neue Militärvorlage eintreten, und so Lasten dem Handwerker- und Bauernstand auferlegen, die mehr als der Jude, seine soziale Existenz vernichten. Der Antisemitismus bildet für die conservativen Parteien nur ein Aushängeschild, hinter dem sie ihre wahre volksfeindliche Natur verstecken und durch das sie den Bauer und Handwerker noch länger als Stimmvieh glauben einfangen zu können. Sind Bauern und Handwerker beschränkt genug den Konservativen oder den Antisemiten zu folgen, sie werden schließlich finden, daß sie die Geprellten sind.

Nachschrift der Redaction. Mit vorstehendem Aufsatz charakterisirt die sozialdemokratische Partei in dem soeben erschienenen „Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—1893" ihre Stellungnahme zum Antisemitismus. Unser Blatt als Abwehrorgan berücksichtigt alle parlamentarischen Parteien in ihrem Verhältnisse zum Antisemitismus. Aus diesem Grunde findet diese offiziöse Auslassung der sozialdemokratischen Partei in unserem Blatte Raum. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir nicht alles darin billigen, doch liegt eine Polemik über die in vorstehendem Aufsatze niedergelegten wirthschaftlichen und politischen Gedanken außerhalb der Tendenzen unseres Organs und des Zieles unseres Vereins.

## Zur Stichwahl in Alsfeld-Lauterbach-Schotten.

Das Ergebniß der Reichstags-Stichwahl liegt jetzt vollständig vor. Es haben erhalten: Maler Bindewald (Antisemit) 6393, Prof. Backhaus (nationalliberal) 5292 Stimmen. Der Antisemit Bindewald ist daher mit einer Mehrheit von 1101 Stimmen gewählt. (Volk 6. 8.)

Im Vergleich zu der Hauptnachwahl erhielten Bindewald 1632 Stimmen, Prof. Backhaus 1478 mehr. 1570 freisinnige Stimmen wählten in der Hauptwahl Wildrandt. Wenn auch die meisten von ihnen pflichtgemäß ihre Stimme Backhaus gegeben haben, so ging der Sieg verloren, weil die Antisemiten noch an 1500 Reserven herangezogen hatten. Es wurden nämlich abgegeben

bei der Hauptwahl im Ganzen 10 443 Stimmen
„ „ Stichwahl „ „ 11 685 „

Ueber die Agitation in diesem Wahlkreise giebt die „Köln Ztg." vom 6. 8. ein treffliches Bild. Sie schreibt:

„Es mag dem fernstehenden Beobachter unerklärlich erscheinen, daß der 3. oberhessische Wahlkreis, der bis zum Jahre 1890 stets von nationalliberalen Abgeordneten vertreten wurde, abermals trotz aller Anstrengung auf nationalliberaler Seite von den Antisemiten behauptet werden konnte. Und doch sind einzelne Ursachen dieser Erscheinung für den Kenner der einschlägigen Verhältnisse und der Kampfesweise der Antisemiten unschwer aufzufinden. Zunächst muß der von antisemitischer Seite genährten Ansicht entschieden widersprochen werden, daß das Landvolk schon seit Jahrzehnten für des Druckes bewußt gewesen sei, den die Landjuden hauptsächlich durch den Viehwucher ausgeübt hätten, und daß es nur des zündenden Funkens bedurft hätte, um das im verborgenen glimmende Feuer des Hasses zur hellen Flamme anzufachen. Nichts ist irriger als diese Meinung! Zwar soll nicht geleugnet werden, daß es Juden gegeben hat und noch giebt, die durch wucherisches Gebaren Bauern schwer geschädigt, vielleicht gar von ihrer Scholle vertrieben haben Fast immer herrschte jedoch in solchen Fällen in der öffentlichen Meinung die Ansicht vor, daß ein Theil der Schuld den betreffenden Bauersmann treffe, denn entweder führte er eine leichtfertige Borgwirthschaft oder er stand unter dem Banne des Branntweinteufels. Keinesfalls schloß aber die Bevölkerung aus solchen vereinzelten Vorkommnissen auf ein gemeingefährliches Treiben der Handelsjuden überhaupt. Im Gegentheil, man bediente sich der Juden zum An- und Verkauf des Viehes nach wie vor, und auch in den letzten Jahren ist trotz der planmäßigen Aufhetzung gegen die Juben von einem Abnehmen der Geschäftsbeziehungen zu ihnen keine Rede. Selten kauft ein Bauer direct von dem andern, immer muß der Viehhändler erst den Preis und für sich einen Verdienst machen. Selbst die strammsten Antisemiten machen hierin keine Ausnahme

Mit dem Viehwucher und der dadurch angeblich geschaffenen Nothlage der ländlichen Bevölkerung hat die Bewegung nichts zu thun. Daran ändert auch die Thatsache nichts, daß im Jahre 1890 die Güterausschlachtungen, wie sie in verschiedenen Bezirken des benachbarten Kurhessens stattgefunden haben, als Hauptzugmittel in hiesiger Gegend benutzt wurden. Bei der letzten Wahlcampagne haben denn auch die Führer der antisemitischen Partei in richtiger Erkenntniß, daß der Viehwucher nicht mehr zieht, denselben kaum erwähnt und statt dessen hauptsächlich von Millionären, Bankaktien, Rennpferden, Schaumwein, Austern und Caviar gesprochen. Sonach erscheint die antisemitische Bewegung in unserm Wahlbezirk keineswegs als Folge bereits bestehender ungesunder Verhältnisse, sondern als eine von außen hereingetragene gefährliche Zeitkrankheit. Daß diese Krankheit in so verheerender Weise auftreten und sich über den ganzen Bezirk und darüber hinaus verbreiten konnte, das ist einestheils der jeder Beschreibung spottenden Agitationsweise der Antisemiten, anderntheils der politischen Urtheilslosigkeit der großen Masse gutzuschreiben. Die Antisemiten sind vollständig skrupellos in der Wahl der Mittel, um die Menge zu gewinnen und unter ihr einen politisch-religiösen oder, besser gesagt, einen socialen Fanatismus zu erregen. Ihre Gegner denuncirt die Partei kurzweg als Vertreter des Geldsacks oder als Agenten der Regierung. So ist es ihr gelungen, alles, was der Menge bisher Autorität war, zu verdächtigen und kaltzustellen. Es ist so weit gekommen, daß man sich nicht mehr den Rothschild und Bleichröder als Vertreter des Reichthums vorstellt, sondern die bessersituirten Mitbürger. Daß dieser Umschwung sich in einer so kurzen Zeit vollziehen konnte, ist auf das Conto der politischen Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit der großen Masse zu setzen. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat von unserm Verfassungsleben, von der Gesetzgebung und ihren Factoren kein Verständniß, und zwar deshalb nicht, weil sie sich weder direct wie in Städten durch Anhören von Vorträgen noch indirect durch Zeitungslesen hinreichend unterrichtet. Der oberhessische Bauer ist sparsam, ja knauserig, namentlich gibt er, so lesehungrig er auch ist, für Zeitungen nicht gern viel Geld. Früher wurde gar kein Blatt gelesen, nur hier und da traf man das amtliche Kreisblatt, das oft in der Nachbarschaft die Runde machte. Bei Wahlen folgte man der dort ausgegebenen Losung. Mit dem Auftauchen billiger sogenannter Sonntagsblätter ist in den letzten Jahren eine vollständige Wandlung eingetreten. Man findet in manchen Dörfern keine einzige Familie, die nicht ein Sonntagsblatt liest. Am meisten verbreitet ist aber das Kasseler Sonntagsblatt, das unter dem Deckmantel der Frömmigkeit die Bevölkerung schon seit Jahren mit Stöckerschem Antisemitismus vertraut gemacht und so in Wahrheit den Boden für die Böckeliche Aussaat gelockert hat. Die Fanfarentöne der Antisemiten wären verhallt, wenn nicht im Volksgemüthe bereits ein großer Resonanzboden vorhanden gewesen wäre. Diesen Resonanzboden geschaffen zu haben, ist das Verdienst des Kasseler Sonntagsblattes, das auch in Kurhessen unter den Landleuten sehr fleißig gelesen wird. Leider muß ausgesprochen werden, daß alle liberalen Elemente unseres Wahlkreises diesem Eindringen eines antisemitisch-orthodoxen Blättchens mit verschränkten Armen zugesehen haben."

## Der neue Herr

im antisemitischen Lager, Herr Dr. Otto Böckel, hält in der letzten Nummer seines „Reichsherold's" (8. 8.) eine fürchterliche Musterung.

Die „Neue deutsche Ztg." hatte ihn angegriffen; flugs antwortet er im „Briefkasten" und droht: „Wenn noch mehr gewünscht wird, wir stehen zur Verfügung".

Die „Dresdener Nachrichten", die in einem auch von uns in No. 32 der „Mittheilungen" abgedruckten Artikel den Antisemitismus und Ahlwardt heftig angegriffen haben, nennt er das „Muster einer conservativen Wetterfahne", die „nach den Launen ihres reichen Besitzers Politik treibt."

Dann kommen die Deutschsozialen heran. Zeus-Böckel blitzt schon, als wollte er ein nicht allzu fernstehendes Gewitter andeuten. Er schreibt: **„Gewisse deutsch-soziale „Führer"** scheinen in letzter Zeit eine merkwürdige Lust zu verspüren, sich an der Deutschen Reformpartei zu reiben. Uns war die sogenannte deutsch-soziale Partei seither zu unbedeutend, um ihr, die ja doch nur ein Anhängsel der conservativen Partei ist, viel Platz zu widmen. Sollten die Herren es aber einmal zu toll treiben, so könnte eine allerdings derbe Ausnahme von der Regel gemacht werden."

Das ganze Gewitter entlud sich aber über seinen Todfeind Stöcker. Böckel charakterisirt ihn wie folgt:

**„Der Wolf im Schafspelz.** Wen Gott verderben will, den straft er mit Blindheit. Endlich ist dies Wort wahr geworden. Seit Anfang der achtziger Jahre betrieb der Hofprediger Stöcker in Berlin im Auftrage der conservativen Partei das Geschäft, aus allerlei Fehlern und Anmaßungen des jüdischen Stammes, die Jedermann, der noch fühlen konnte, fühlte, Kapital für die conservative Partei mit ihrem Feudalismus und Orthodoxismus zu treiben. Die liberalen Elemente waren eine Zeit lang dumm genug, sich in der Rolle von Judenschützern zu gefallen, eine Rolle, welche sie unpopulär machte und die Menge der Wähler vorübergehend den Conservativen zutrieb. So stand die Sache, als in der Mitte der achtziger Jahr in Berlin, wo damals die Anfangs mächtige Berliner Bewegung vollständig verconservativt und — was dasselbe ist — verpfuscht war, der alte Glagau den Ruf erhob: „Los von Stöcker!"

Was er im Privatzimmer gesprochen, das sprach Dr. Böckel 1885 in einer öffentlichen Versammlung im „Clubhause" vor aller Welt aus. Großes Staunen, Schreien, Widerspruch! Der Hofprediger war damals noch der Abgott des antisemitischen Berlin, ohne ihn war kein Antisemitismus denkbar. Dr. Böckel wurde, weil er es gewagt hatte, gegen die Conservativen und Stöcker zu sprechen, mit fanatischem Hasse verfolgt. Heute hat sich das Blatt gewendet. Mehr und mehr haben auch die Antisemiten die Fuchsnatur ihres Stöcker erkannt, der sie jahrelang für fremde Zwecke mißbraucht hatte. Die letzten Wahlen stießen dem Faß den Boden aus. Stöcker, der 1887 schon im Wahlkreis Marburg gegen Dr. Böckel, 1890 in Gießen gegen Pickenbach agitirt hatte, ließ sich diesmal in Alsfeld direct als Candidat von seinen Christlich-Sozialen gegen Zimmermann aufstellen. Er machte glänzend Fiasko, denn der Oberhesse, so christlich er ist, will eben deshalb nichts davon wissen, daß Pfarrer sich in Politik mischen. Nach der Ansicht des Oberhessen gehören Pfarrer auf die Kanzel und nicht in's Wirthshaus in die Volksversammlung. Nachdem Stöcker so verblendet selbst die Kriegsaxt ausgegraben, gab es keine Schonung mehr und das Ende war sein Sturz in Siegen.

Das brachte den eitlen Mann ans Rand und Band. Eigentlich hatte er, der seit Jahren sich in ganz Deutschland, ja sogar in der Schweiz und Italien hatte hören lassen, es ganz natürlich finden müssen, daß die Wähler seines Wahlkreises, um die er sich fast gar nicht kümmerte, zuletzt Gleiches mit Gleichem vergalten. Aber daran dachte er nicht, er war viel zu conservativ, um dem Volke im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf irgend eine Beachtung zu schenken. Er schlug ächt pharisäerhaft nicht an seine eigene Brust, sondern suchte nach Sündenböcken und fand diese dann auch in Böckel und Ahlwardt. An diesen Beiden — Ahlwardt hat ihn inzwischen auch in Neustettin

bei der Wahl hereingelegt und das schmerzt den Hofprediger „aller Deutschen" a. D. — wollte er neulich in Berlin sein Müthchen kühlen, aber es mißlang. Er beraumte eine Versammlung an. Die getreuen Christlich-sozialen aber, immer dieselben paar hundert, die ihrem Herren und Meister in alle Städtegegenden nachziehen, klatschten wüthend Beifall. Dann gings an das Abschlachten der Böjewichter. Leider hatte der Hofprediger die Rechnung ohne die anwesenden Anhänger derselben gemacht, dieselben setzten ihm so zu, daß er oft nicht weiter konnte. Wir heben aus der Rede Stöckers zu Nutz und Frommen unserer Leser folgende Stellen hervor:

„... gerade wie ich die Gelegenheit, das Böckelthum in Alsfeld durch meine Zähleandidatur zu bekämpfen, mit der größten Freude willkommen geheißen habe."
(Hört! Hört!)

Weiter:

„Wenn morgen eine Nachwahl stattfindet für Böckel oder Ahlwardt und mich rufen 10 Christlich-Soziale, so gehe ich hin, auf die Gefahr durchzufallen."

(Also der Herr Hofprediger wird uns überall bekämpfen. Schön, soll nur kommen! Die Red.)

„Wer das Judenthum bekämpfen will, darf die Conservatioen nicht bekämpfen."

„Ich gebe zu, daß die Lebensmittelzölle die armen Leute bedrücken."

(Das sagt ein Conservatioer, die stets für Zölle schwärmen! D. Red.)*)

Das sind einige charakteristische Proben Stöcker'scher Weisheit.

Daß er immer nur mit „Wir Christen, wir Conservatioe" sprach, sind wir bei ihm gewohnt. Die ganze Rede wimmelte von Angriffen gegen den Antisemitismus, endlich warf der conservatioe Agitator die Maske ab. Und das ist gut. In dem Augenblicke, wo Stöcker nur conservatio ist, hat er seine Rolle ausgespielt und eines der größten Hindernisse für die deutsche Reformpartei ist beseitigt. —

Daß dies jetzt geschehen ist, ist hocherfreulich und bedeutet einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte unserer Bewegung."

## Nachruf.

* Wieder hat der Tod einen der Mitbegründer unseres Vereins zu sich gerufen. Der Redacteur des „Hessischen Schulboten" und Obmann des „Hessischen Landeslehrervereins" T. T. Schmitt hat in dieser seiner Doppeleigenschaft häufig gegen den Antisemitismus Front gemacht, insbesondere sein Eindringen in den Lehrerstand nach Kräften zu verhindern gesucht. Mögen im Lehrerstand die humanen Ideen fortleben, denen der Verstorbene ein ganzes aufopferungsreiches Leben gewidmet hat.

## Zur Abwehr.

**Ein Fürstenwort.** Die „Voss Ztg." berichtet: Zur Hofcur bei dem Großherzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz in Neu-Strelitz am 20. d. M., der Nachfeier der goldnen Hochzeit des Großherzogs, wurde auf besonderen Befehl auch der Oberlandesrabbiner Doctor J. Hamburger in Strelitz geladen. Der Großherzog sprach längere Zeit mit dem Oberlandesrabbiner und betonte in seiner Anrede u. a. mit Nachdruck laut: „Der Psalmvers, den Sie in Ihrer Jubelfest-Predigt anführen: „Du liebst die Gerechtigkeit und hassest den Frevel" und woran Sie mehreres anknüpfen, bildet meine eigene Ueberzeugung. Ich beauftrage Sie, den jüdischen Gemeinden des Landes meinen Dank für die mir zur goldenen Hochzeitsfeier übersandte Adresse auszusprechen."

**Zur Abwehr.** Dem antisemitischen Reichstagsabgeordneten H. Leuß trat in einer Göttinger Versammlung der Geheimrath und Gymnasialdirector a. D. Lattmann aus Clausthal mit vielem Erfolge entgegen, dem Abg. Prof. Förster der Kaufmann Oscar Günther in Plauen. Aus der letzten Versammlung ist eine Bemerkung Försters merkwürdig, die Herr Günther gebührend beleuchtete. Förster leugnete nämlich zum größten Erstaunen der Anwesenden, daß er Busenfreund oder Freund Ahlwardts sei und wies die Gemeinschaft mit diesem von sich. (Tageblatt für Plauen 8. Aug.) Das geschah am 7. August, als Förster längst durch Ahlwardt in Neustettin gewählt worden war. Erkläre mir, Graf Derindur...

**Prof. Dr. Rudolf Virchow** hat anläßlich der Gedächtnißfeier Friedrich Wilhelms III. in der Aula der Berliner Universität eine Rede gehalten, die eine bedeutsame Wendung gegen den Antisemitismus enthielt. Der große Forscher sagte wörtlich:

„Unsere Zeit, die in ihrem wissenschaftlichen Gefühl so sicher und siegesfroh ist, übersieht ebenso leicht, wie die frühere Zeit, die mystischen Regungen, welche von einzelnen Abenteurern in die Volksseele getragen werden. Noch steht sie rathlos vor dem Räthsel des Antisemitismus, von dem Niemand weiß, was er eigentlich will, und der trotzdem, vielleicht auch deshalb lascinirend selbst auf die gebildete Jugend wirkt. Bis jetzt hat man noch keine Professur des Antisemitismus gefordert, aber es wird erzählt, daß es schon antisemitische Professoren gebe. Wer die Geschichte der Naturphilosophie in ihren radicalsten Ausläufern kennt, der wird über solche Erscheinungen nicht erstaunen. Der menschliche Geist ist nur zu sehr geneigt, den mühseligen Weg des ordnungsmäßigen Denkens zu verlassen und sich in träumerisches Sinnen zu versenken. Davor schützt nur, um mit Schuckmann zu reden, der gesunde Menschenverstand, und wer diesen durch eine fehlerhafte Erziehung verloren hat, der kann sich nur retten durch Gewöhnung an strenge empirische Arbeit. Man muß sich eben daran gewöhnen, das Unbekannte von dem Bekannten aus zu erklären, aber nicht umgekehrt, das Dunkle und Unbekannte, gleichsam als wäre es eine neue Wahrheit, zum Ausgangspunkte phantastischer Schlußfolgerungen zu wählen. Die Naturwissenschaften haben ihren Siegeszug nur dadurch vollführen können, daß sie in treuem Festhalten an dem thatsächlichen Wissen immer weiter in das Dunkel noch unerforschter Gebiete eingedrungen sind und daß sie stets versucht haben, in den neuen Erscheinungen das Gesetz und damit die Verknüpfung mit den bekannten Erscheinungen zu finden. Wer in jeder Ausnahme ein neues Gesetz zu finden hofft, der ist nicht weit besser daran, als wer in jeder Ausnahme ein Wunder erblickt. Und wie es in der intellectuellen Welt ist, so ist es auch in der sittlichen. Der Trieb, Gutes zu thun und recht zu handeln, beruht auf dem Gefühl der inneren Befriedigung welches wir empfinden, wenn wir eine Handlung begehen, welche der menschlichen Natur, der Vernunft und den Pflichten der Menschen gegen einander gemäß ist. Die Befriedigung wird um so größer, wenn wir dabei den Eingebungen der Leidenschaft, dem persönlichen Interesse, der Sorge um äußeren Gewinn Widerstand leisten. Bedarf es dazu einer bestimmten Religion oder einer genügenden Verpflichtung? Giebt es kein Sittengesetz, welches aus der inneren Natur heraus, ohne menschliche Satzung uns zwingt, wahr zu sein und Edles zu thun? Freilich giebt es eine sittliche Erziehung, welche die Gewohnheit, recht zu handeln und Unrecht zu meiden, die eigentliche Sitte, lehrt und stärkt, aber in Wahrheit kann keine Erziehung den sittlichen Trieb hervorbringen, wo er nicht vorhanden ist. Darum gewährt auch unsere akademische Erziehung dem Studirenden ein Maß von persönlicher Freiheit, welches ihm die eigene Verantwortlichkeit ohne Einschränkung zuweist und ihm gestattet, sich nach seiner Art selbstständig zu entwickeln. Er ist nicht verpflichtet zu bestimmten Religionsverhandlungen; es giebt keinen Codex der Ethik, der nur für ihn geschaffen ist. Was wir von ihm erwarten und fordern, das ist die freie Ausbildung einer in sich selbst ruhenden, ehrlichen und schönen Persönlichkeit. Möge dieses Ziel von allen, die zu uns kommen, angestrebt, möge es von recht vielen erreicht werden! Dann wird auch die Hoffnung, in welcher König Friedrich Wilhelm III. diese Universität gegründet und gepflegt hat, in Erfüllung gehen."

**Pastor Gustav Habermann** in Zwuge, der trotz seines conservatioen Standpunktes in seinem „Boten von der Allerburg" von jeher seine eigenen Wege gegangen

*) Etwas besseren Stil, Herr Doktor Böckel!

ist, und den engsten Zusammenhang mit dem Volke gepflogen hat, tritt jetzt offen gegen das Treiben des „Bundes der Landwirthe“ in Sachsen ins Feld. In einer öffentlichen Erklärung nach dieser Richtung sagt er u. A.: „Der Bund entfaltet eine rege Thätigkeit, was ja zu loben ist. Aber die Bitte dürfte nicht unangebracht sein, daß er auf die schon vorhandenen Organisationen billigerweise Rücksicht nehmen möge. Wir haben seit Jahren hier für die Raiffeisenschen Kassen gearbeitet, zwar still und ohne Tamtam, aber doch nicht erfolglos. Wir waren gerade dabei, die hier bestehenden Vereine zusammen zu fassen und das Netz noch weiter zu ziehen, als der Bund der Landwirthe auf der Bildfläche erschien. Durch sein lautes Auftreten hat er uns bereits einen großen Theil des vorhandenen Interesses genommen. Jetzt fängt er aber auch an, neue Consumvereinigungen ins Leben zu rufen, ohne auf unsere Organisationen Rücksicht zu nehmen. Unsere bisherige Arbeit unter seinem Massenschritt zu zertreten, mag ihm nicht schwer werden, aber ob er selbstlosere und segensreichere Arbeit an deren Stelle zu setzen vermag, muß die Zukunft erst noch lehren. Unsere Vereine haben seit 40 und mehr Jahren bewiesen, daß sie positiv zu wirken verstehen. Der Bund der Landwirthe hat diesen Beweis noch zu bringen. Denn agitiren und gründen will noch nichts heißen: Arbeiten und erhalten, das möchts! Darum sollten die Herren des Bundes auf unsere Arbeit wohl einige Rücksicht nehmen. Anderenfalls würden auch wir gegen den Bund der Landwirthe Front machen müssen, und vom Standpunkte des Bauern bietet er doch bis jetzt noch Angriffsflächen in Fülle!“ Pastor Habermann in Zwinge ist der nämliche, welcher vor etwa Jahresfrist in seinem „Boten von der Allerburg“ gegen die Absichten der in der Umgegend seines Wohnortes Zwinge ansässigen Freiherrn v. Minnigerode energisch Front machte, aus ihrem Grundbesitz immer neue Gutsbezirke zu gestalten, er ist der nämliche, dessen vernichtende Kritik des „christlichen Staates“ wir in den „Mittheilungen Nr. 23 S. 233 wiedergegeben haben.

**Das alte Testament.** Um die Beschimpfungen zu beleuchten, welchen das alte Testament seitens der Antisemiten seit Jahren ausgesetzt ist, genügt es, ein paar Urtheile christlicher Theologie anzuführen. So schreibt Conr. Furrer in seinem „Der confessionslose Religionsunterricht“ (S. 18 f. u. 28):

„Im Dienst engherziger und oberflächlicher Theologie wird das herrliche Buch allerdings unbrauchbar. Aber wie die Araber des Suf an den Grenzen Tunesiens mit unermüdeter Sorgfalt den Sand aus ihren Palmenpflanzungen entfernen, so muß man dem Sande wehren, mit dem der Ungeist von rechts und links die unvergänglich schönen Blüthen aus Israels Heimath fort und fort bedecken will .... Sonst ärmlich ausgerüstet, hat dieses Volk vor allen anderen des Alterthums die höchste religiöse Begabung besessen, so daß die Erzeugnisse seines religiösen Geistes für das Gottesbewußtsein eine ähnliche klassische — normative Bedeutung haben, wie die Werke der alten griechischen Bildhauer für die plastische Kunst.“

Und der berühmte Theologe H. Holtzmann schreibt in der „Zsch. für praktische Theologie (VII. S. 334 f.):

„Im Neuen Testament ist kein Abschnitt, der so sehr das klassische Muster einer Jugendschrift genannt werden könnte, wie die Geschichte Josephs, diese populärste aller biblischen Historien, die sich darum auch zum guten Theile im Kreis der Familie bewegt. Keine neutestamentliche Erzählung reicht, was Kindlichkeit betrifft, an sie heran. Die Parabel vom verlorenen Sohn setzt schon viel bitteren Geschmack vom Leben voraus, um verstanden zu werden. Ehe sie an die Reihe kommt — und dieser Fall ist typisch für eine Menge analoger Fälle, — muß die einerseits reichere, andrerseits aber doch auch unendlich einfachere Geschichte vom verlornen und wiedergefundenen Sohn des Alten Testaments nach allen Seiten, die sie einer katechetischen Behandlung dietet, durchgesprochen sein. Welch eine Fülle sittlich religiöser Wahrheit ist hier in einer überaus zu Herzen sprechenden Form zusammengedrängt. Die Wirkungen der Kindesliebe, der Großmuth, des Gottvertrauens und andererseits der häusliche Jammer, die Gewissensangst als Fluch der Sünde, das wirkliche Leben mit seinen unerbittlichen Härten und die gleichwohl dasselbe beherrschende göttliche Weltordnung, wie ist das Alles so anschaulich und ergreifend dargestellt, wie überzeugend tritt aus der ganzen Geschichte uns die Wahrheit entgegen, daß es keine wahre Sittlichkeit giebt ohne ein lebendiges Gottesbewußtsein“.

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Erwiderung.** Antisemitismus und Beamtenstand. Unter dieser Ueberschrift hat die letzte Nummer der „Mittheilungen“ einen Artikel gebracht, welcher der „Staatsbürger Ztg.“ sehr in die Parade gefahren ist. Aber Heftigkeit in der Polemik ist noch kein Beweis, daß man Recht hat. Sehr fein sagt Goethe: „Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.“ An der ganzen langen Entgegnung der „Staatsb. Ztg.“ (9. 8.) ist nur die Thatsache interessant, daß Prof. Förster „niemals zu seinen Reisen im Dienste der deutsch-sozialen Sache Urlaub genommen“ hat und daß er nie einem seiner jüdischen Schüler „Verhöhnung und Zurücksetzung“ hat zu Theil werden lassen. Das ehrt Herrn Prof. Förster, jedoch war die letzte Bemerkung völlig überflüssig, da wir das Gegentheil garnicht behauptet haben. Die Grundlage unseres Artikels bleibt aber unerschüttert, nämlich, daß die Beamtenschaft den Antisemitismus züchtet und daß viele Lehrer ihn in die Schule verpflanzen. Die „Hannov. Post“ berichtet wiederum von dem öffentlichen Auftreten eines antisemitischen königl. Gymnasial-Oberlehrers in Göttingen, Namens Göring. Der Vorwurf der „Staatsb. Ztg.“ daß wir denunziren, fängt nachgerade an, dumm zu werden. Die Namen Förster, Göring 2c. stehen doch in den antisemitischen Zeitungen zur Kenntnißnahme jedes beliebigen Lesers. Wenn wir diese Namen wiederholen und die Thätigkeit dieser Herren von unserem Abwehr-Standpunkt beleuchten, schreit die „Staatsb. Ztg.“ und die gesinnungsverwandte Presse über „Denunziation“. **Das ist ein Anfang ohne Gleichen und nur darauf berechnet, der liberalen Presse eine Waffe aus der Hand zu winden, — im Namen des politischen Anstands!** Und dabei wimmelt die ganze Antisemitenpresse von Denunziationen schlimmster Art. Wir erinnern daran, daß seiner Zeit Dr. König eine ganze Anzahl Denunziationen selbst der Staatsanwaltschaft überbrachte. Jede kleine Unthat eines Juden aus irgend einem Neste läuft durch ganz Deutschland, und da wagt es die „Staatsb. Ztg.“ uns Denunziationssucht vorzuwerfen, sie, die an **nachweisbarer** Verlogenheit alles übertrifft, was die „Judenpresse“ je geleistet hat!

**Antisemitismus im Beamtenstand.** Bei den letzten Wahlen in Berlin hat der antisemitische Candidat Polizeilieutenant Reh in Berlin, sich durch wüthende Ausfälle gegen die Juden bemerkbar gemacht. Ueber eine antisemitische Ausschreitung zweier Polizeilieutenants gegen vier jüdische Herren geht zur Zeit ein Bericht durch die Presse Berlins. — Eine Mittheilung aus Blotho zufolge rekrutiren sich die dortigen Antisemiten zumeist aus dem Kleingewerbe, dem Handwerkerstand und den Königlichen Beamten! —

**Politik in der Schule.** Im Lahrer Gymnasium hielt ein jüdischer Abiturient Namens Ludwig Frank eine Rebe über Lessing, welche auch einige Bemerkungen gegen den Antisemitismus enthielt Die ganze antisemitische Presse ereifert sich über die „freisinnig-sazialistische Wahnrede" dieses „Judenjünglings". Gleichzeitig hat auch ein Aditurient in Mannheim in einer Rede gegen die Sazialdemokratie geeifert. Diese Thatsache schweigt die antisemitische Presse tot. Auch das ist ein Beitrag ihrer politischen Heuchelei. Gewiß billigen wir bie Bemerkungen Frank's nicht, weil Palitik überhaupt nicht in die Schule gehärt, warum findet man ader über den Mannheimer Aditurienten kein Wart des Tadels, warum hat man hier wieder einen dappelten Maßstab?

**Zur Entwickelungsgeschichte des Berliner Antisemitismus.** Nach dem Auftreten Stäckers gegen Ahlwardt am 22. Juli hat die Spaltung im Berliner Antisemitismus immer mehr zugenommen. In jeder Versammlung spitzen sich die Gegensätze schärfer zu. Heben wir ein paar charakteristische Züge heroor.

Am 25. Juli sprach der Adg. Werner über den „wahren und falschen Antisemitismus". Stäcker hatte sich ben „Vater des Antisemitismus" genannt. Werner dehauptet, daß dieser Titel Dr. Ernst Henriei gedühre. Auch er ergeht sich in Beschimpfungen ber conservatiaen Partei, die „überlebt und morsch sei und mit souveräner Verachtung auf das werkthätige Valk herabiehe". Sie seien „die gefährlichsten Gegner der Antisemi en", die man mit Recht „Wölfe in Schafskleidern" nennen känne. „Wer sich den Causervativen ergiedt, stirbt stirbt. Er könne nicht begreifen, wie ein evangelischer Geistlicher, ein Prediger der Nächstenliebe(!) sagen kännte, er werde Herrn Dactor Bäckel bis aufs Blut dekämpfen". („Reichsbote" 26. 7.)

Am 26. Juli hatte der derüchtigte Geschäftsantisemit Gastwirth Badeck eine Volksaersammlung adgehalten. Hier feierte der Hemdsärmel-Antisemitismus seine Phrasen-Orgien. Er sprach über: „Hofprediger, das „Valk", die Canservatiaen und die Antisemiten" Gradezn prachtvall war Bodeck's Angriff gegen Oberwinder, dem Redacteur des Stäcker'schen „Valk" Er sagte:

„In Berlin existiere eine Zeitung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, Christenthum, Vaterlandsliebe und Sittlichkeit zu pflegen. Aber dies Blatt habe eine durchaus verkehrte Leitung und ein Mann, der in seiner Redaction sitze (Ruf; „Wiener Jude von der Alliance israélite") hade es dahin gebracht, daß man diese Zeitung bald in die Kategorie der Judenblätter stellen werde. Dieses Stöcker-Blatt heißt „Das Volk" (Pfuirufe.). Viel schärfer als ein Judenblatt müsse es dekämpft werden. Wenn man in diesem Blatte die schroffsten Gemeinheiten, die elendesten Verdächtigungen, die größten Ehrabschneidereien liest, so müsse man vor Scham erröthen, daß es sich christlich-deutsch nenne:" (Beifall.) Auch die „Staatsb. Ztg" bekam ihr Theil. „Darin hat das „Volk" vollkommen recht," fuhr Bodeck fort, „daß es tadelt, daß eine antisemitische Zeitung Judenannoncen aufnimmt. Darum richten wir van dieser Stelle aus an die „Staatsbürger-Zeitung" äffentlich die dringende Bitte, Judenanzeigen nicht mehr aufzunehmen und den vielen Anzeigen von Aerzten für gewisse unheildare Krankheiten keinen Raum mehr zu gewähren." (Stürmischer Beifall.) Der Redner verwahrte sich dagegen, daß er Geschäftsantisemit sei. Das Wirthshaus in der Friedrichstraße hade er nur gegründet, um sich eine sichere Existenz zu schaffen, bamit er der Sache desto desser dienen känne (!) Seine Schulden werde er schon ganz bezahlen.!!

Der Schluß dieser Versammlung war die Durchprügelung eines Stöcker'schen Agitators, Namens Kluge, den die Polizei schützen mußte. („Valk" 27. 7.)

Am 9. August nahm endlich Ahlwardt selbst das Wort. Er sprach über „Deutsches Volk, auf zum Kampf!" Im Grunde genommen war seine ganze Rede nichts als ein einziger Angriff gegen die „Juden und Junker". Ahlwardt behauptete, seitens der Conservativen „so vieler Falschheit', begegnet zu sein, daß er jede Schanung außer Acht lasse. Er gad ein Bild van der couseroativen Agitatian gegen ihn in Friedeberg-Arnswalde.

Auf seiner Seite sei stets mit ehrlichen Waffen gekämpft warden (natürlich!), man habe das Pragramm Punkt für Punkt erläutert, und dies sei sein gutes Recht, gegen ihn sei ader von conservativer Seite in unehrlicher und ungesetzlicher Weise vargegangen. Wenn Amtsaarsteher den Ortsschulzen, Gendarmen und Gastwirthen heimliche Weisung gäben, darauf hinzuwirken, daß er, Redner, nirgends zum Warte kamme, wenn den Gastwirthen mit Cancessionsentziehung gedraht werde, falls sie ihm, Redner, den Saal ablassen würden, wenn der Amtsvarsteher unter Angade seines Amtscharakters angedlich in häherem Auftrage die auf Redner lautenden Stimmzettel absardert, wenn ein anderer Amtsvarsteher seinen Baten überfällt, ihm die Stimmzettel adnehme unb ihm ein Schweigegeld gebe, dann werde man auf jener Seite wahl nicht von ehrlicher Kampfesweise reden können. Der Erfalg war denn auch durchschlagend, traß dieser Manöver. Henrici und Dr. Bernhard Förster seien die Väter des Antisemitismus, nicht Stäcker. Auch auf den Angriff der „Dresdener Nachrichten" (s. Mittheilungen No. 32. S. 307) gegen ihn ging er ein; dieses Blatt hade ihn so lange gefeiert, als es sich geschäftliche Vartheile davon versprochen. Im weiteren erging sich Ahlwardt in allerhand Bramardasirungen und drahte den Conseraativen, ihnen im nächsten Wahlkampf ganz Hi terpammern wegzunehmen. Als weitere Ziele des Antisemitismus bezeichnete Ahlwardt sadann direkt die Sequestrirung des van den Juden erwarbenen Vermägens durch den Staat und gleichzeitige Sistirung aller van Juden gegen Christen eingebrachten Sequestratianen und Pfändungen dis zur Erledigung der Judenfrage. Ahlwardt kündigte die Einbringung eines dahin gehenden Antrages im Reichstage an, hatte nder wenigstens nach so viel Vernunft, zuzugeden, daß der Antrag nicht angenommen würde. Man walle ader diejenigen kennen lernen, die dagegen stimmen, damit sie nicht wiedergewäglt würden.

Ahlwardt ist alsa glücklich schan bei dem Kommunismus angelangt, Hochinteressant aber ist es, daß nach den Mittheilungen Ahlwardts die Canseroativen traß aller affiziellen Verurtheilung im Reichstage dach unter der Hand sich zu einem Pakte für seine Wiederwahl in Friedederg-Arnswalde hergegeden haben. Die detreffende Mittheilung Ahlwardts wurde auch von dem Vorsitzenden des Deutschen Antisemiten-Bundes Haarlang destätigt, der mittheilte, er habe gleich nach Bekannt werden der Treulosigkeit der Conservatioen eine Aufklärung oon Frhr. o. Manteuffel gefordert, die ihm zugesagt, ader bis heute ausgeblieden sei.

**Die Berliner Antisemiten und die Deutschsozialen.** Die von dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg herausgegedenen parteiaffiziösen deutsch-sazialen Parteinachrichten schreiden: „Van den Radau-Versammlungen in Berlin, in denen der Hafprediger Stöcker von Leuten, die sich leider Anttsemiten nennen in unerhörter Weise angegriffen und beschimpft worden ist, haden wir bisher nach keine Notiz genommen. Es versteht sich van selder, daß wir mit allen anständigen Leuten in Berlin und im Reiche in der Verurtheilung dieser Ausschreitungen übereinstimmen. Salche Varkommnisse werden theils aus Unwissenheit, theils planmäßig von den Gegnern der gesamten antisemitischen Bewegung zur Last gelegt und schädigen dieselbe auf das empfindlichste. Es ist die hächste Zeit, daß die anständigen, nach vielen Tausenden zählenden, Antisemiten in Berlin, gleichgiltig, welcher der antisemitischen Sonder-Richtungen sie angehören

mögen, sich vereinigen, um die Fraktion „Gesindel- und Skandal-Partei", die unter der Maske des Antisemitismus schon lange ihr Unwesen treibt, in den Haupträdelsführern zu entlarven und unschädlich zu machen. Die schroffen Gegensätze, die zwischen der „Berliner Bewegung" und den Parteigenossen im Lande bestehen, würden mit einemmale verschwinden, wenn man in Berlin selbst dafür Sorge tragen wollt, daß nicht fortwährend in den dortigen Versammlungen Leute das große Wort führen, die einige Zeit nachher steckbrieflich verfolgt werden*) oder aus sonstigen zwingenden Gründen vom politischen Schauplatz verschwinden.**) Besonders schwere Verantwortung trifft aber jede Zeitung, die das Treiben solcher Leute durch Berichte über ihre Versammlungen unterstützt oder ihnen für ihre Kundgebungen die Spalten öffnet.***) Unser Gesinnungsgenossen in den Provinzen werden gut thun, ihre bisherige Zurückhaltung Berlin gegenüber so lange aufrecht zu erhalten, bis die anständigen Antisemiten über den hauptstädtischen Pöbel Herr geworden sind."

In der letzten Nummer vom 3. Aug. nimmt die „Antis. Correspondenz" des Herrn Theodor Fritsch dieses Thema von Neuem auf. Die „Rotte Berliner Rüpel-Antisemiten" wird auch hier gründlich beleuchtet. „Es wäre ganz am Platze, wenn Stöcker sein, einst an das Judenthum gerichtetes Wort nun auch einer gewissen Art von Juden-Feinden gegenüber wiederholen wollte: „Etwas mehr Bescheidenheit."

**Ein Interview bei Böckel, Zimmermann, Hirschel und Konsorten.** Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns: Im ersten Augenblick mag es überraschen, so viele Personen auf einmal zu interviewen, so viele Personen, die anfangen, „bedeutende Männer" zu werden. Das wäre allerdings keine leichte Arbeit, zumal bei der bekannten Wahrheitsliebe und Ehrenhaftigkeit der Antisemiten gerade die wirklichen Pläne und weltbeglückenden Ideen kaum zu erfahren gewesen wären. Unser Interview war ein mehr unfreiwilliges und da die Ritter der Judenvertilgung zu jener denkwürdigen Stunde sich unter sich glaubten, so trugen sie keine Maske und plauderten geschäftig aus, was ihre edlen Herzen bewegt. Das Wort führte Dr. Böckel und das Wesentlichste, was besprochen wurde, war der Plan, Anfangs September oder October eine große antisemitische Volksversammlung im Zoologischen Garten in Frankfurt a. M. zu veranstalten. Angesichts der großen Geldmittel, welche die Thätigkeit — der nur für das Volk arbeitenden Männer erfordert hatte, wurde beschlossen, nach berühmten Mustern ein Eintrittsgeld von 50 Pf zu erheben. Das Thema solle ganz unverfänglich lauten, etwa die „Futternoth"; gewiß ein geeignetes Thema für Frankfurt! Am meisten Kopfschmerzen machte den Herren der Ertrag der antisemitischen Volksversammlung. Böckel bemerkte, man müsse jedenfalls Vorkehrungen treffen, daß der Beginn der Versammlung so lange hinausgeschoben werde, bis die vereinnahmten Eintrittsgelder in Sicherheit gebracht seien. Wenn es etwa Radau gebe und die Versammlung unmöglich gemacht werde und alsdann die Besucher ihr gutes Geld zurückverlangten, müsse der Cassier mindestens schon eine halbe Stunde verschwunden sein. Also mögen sich die Frankfurter merken, während und vor der Versammlung sich recht brav zu verhalten, sonst haben sie für die 50 Pf. Entree nicht einmal den Genuß, die antisemitischen Volksbeglücker zu hören. Der Saal des Zoologischen Gartens faßt mindestens 2000 Personen und da es ganz sicher erscheint, daß er bei Aufführung antisemitischen Ulks vollständig gefüllt ist, so ergiebt dies immerhin für die Kasse des Herrn Dr. Böckel eine hübsche Einnahme von 1000 Mk Also — Frankfurter Publikum — hübsch brav sein!

*) Gemeint sind Black-Podgorski und Schwennhagen.
**) Hier ist Restaurateur Bodeck gemeint.
***) Namentlich die „Staatsb. Ztg."

**Paul Werner** aus Marburg gehört zu den berüchtigten Agitatoren der Reformpartei. Seine Intelligenz und Thätigkeit in Neustettin charakterisirt das Stöcker'sche „Volk" in einer Zuschrift aus diesem Orte wie folgt (8. 8.):

„Die Kampfesweise Ahlwardts hat Herr Stöcker ja zur Genüge beleuchtet. Höchstens verdient noch erwähnt zu werden, daß man gegen ihn in seiner Eigenschaft als Geistlicher gehetzt hat. Von den verschiedensten Seiten konnte man hier den Einwand hören: Wat bruke wir ane Priester! Von wem dieser elende Einwurf stammt, konnte der begreifen, der den Werner-Marburg nach einer Versammlung des christlich-sozialen Vereins wiederholt ausrufen hörte: „Der Pfaffe gehört auf der Kanzel!" Herr Werner, der es sich nach seinen eigenen Worten zur „Lebensaufgabe" gemacht hat, dem Neustettiner Kreise „Aufklärung und Belehrung" beizubringen, ist nämlich ein furchtbarer Zungendrescher und redet ein kauderwelsches Deutsch. Wir sind wirklich neugierig, die Früchte seiner Aufklärung zu sehen."

**Carl Paasch** ist, wie das „Berl. Tagebl." von 8. Aug. meldet, von den Aerzten in der Charité, die ihn auf das Eingehendste beobachtet haben, für derartig geisteskrank befunden worden, daß sie ihn auch für verhandlungsunfähig erachten. Es frägt sich nun, wie die Weiterverhandlung der gegen Paasch schwebenden beiden Strafsachen geschehen wird. Am 13. Juli war in der Sache, in welcher er von der siebenten Strafkammer des Berliner Landgerichts I. wegen Beleidigung verschiedener Beamten und Behörden zu einem Jahr drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist,*) von dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts Verhandlungstermin anberaumt worden, der Senat aber vertagte die Verhandlung von Amtswegen bis nach Abgabe des definitiven Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten, trotzdem sich der Angeklagte behufs Vertheidigung in seiner Sache vor dem Reichsgericht zu Leipzig eingefunden hatte. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß zu jener Zeit dem höchsten Gericht die Auffassung der maßgebenden Aerzte bereits bekannt gewesen ist. Da es nun das gute Recht des Angeklagten ist, in dem Termin vor dem Reichsgericht gehört zu werden, seine Unfähigkeit, der Verhandlung zu folgen, aber angenommen werden muß, so folgt daraus die Unzulässigkeit jeglicher Verhandlung. Das Gleiche trifft bei der Sache zu, in welcher ein materielles Urtheil erster Instanz noch nicht ergangen ist. Um nun zu einem Abschluß zu gelangen, bleibt daher in beiden Sachen nichts übrig, als in Gemäßheit des § 203 Str. Pr. O. die vorläufige Einstellung des Verfahrens gegen Paasch zu beschließen, worauf alsdann gegen die Mitangeklagten in der ersten Sache weiter verhandelt werden wird.

**Rechtsanwalt Hertwig,** Premier-Lieutenant der Landwehr, aus Charlottenburg ist am Mittwoch nach dem zuständigen Landwehr-Bezirks-Kommando Teltow zu Steglitz befohlen worden, wo ihm eröffnet wurde, daß Allerhöchsterseits in die nachgesuchte Vertheilung der über ihn verhängten Festungshaft bez. ihre Verbüßung auf zwei durch einige Wochen Freiheit unterbrochene Perioden nicht gewilligt worden sei, vielmehr die Verbüßung der dreimonatigen Festungshaft binnen 24 Stunden in Magdeburg zu beginnen habe. Am Donnerstag Nachmittag um 3 Uhr hat Rechtsanwalt Hertwig die Fahrt nach Magdeburg angetreten und sich nach seinem Eintreffen daselbst auf der Kommandantur gemeldet, von welcher aus seine Ueberführung nach dem Festungsgefängniß erfolgt ist. (Reichsbote 5. 8. 93.)

Rechtsanwalt Hertwig, der Freund Ahlwardt's, hatte in einer Spielaffaire eine sehr unklare Rolle gespielt. Der Bericht über diese Affaire ging seinerzeit durch die Presse und auch die „Mittheilungen" (Nr. 7. S. 59 a. J.) druckten denselben ab.

*) s. „Mittheilungen" Nr. 22. 1893. S. 225.

Das Bezirkskommando hatte über diese Breslauer Spielangelegenheit einen Bericht von Hertwig eingefordert, welche Aufforderung dieser unbeantwortet ließ. Daraufhin erfolgte seine Verurtheilung zu drei Monaten Festung wegen Verweigerung des Gehorsams. Daß Hertwig der Aufforderung des Bezirkskommandos nur Schweigen entgegensetzte, kann nicht gerade als Widerlegung jener Spielaffaire ausgelegt werden.

**Zum Leibregimentstyphus in München.** Das „Deutsche Volksblatt" in München vom 6. 8. schreibt:

„Nach einer Meldung der „Münchn. Post" sollen die berüchtigten Dörrgemüse aus der „Ersten bayerischen Obst- und Gemüse-Dörranstalt Gundelfingen" stammen. Das „Fränk. Volksbl." glaubt zu wissen, daß auch diese Fabrik in jüdischen Händen ist. Ja, zum Teufel, giebt's denn nur koschere Konserven? Nächstens wird man wohl unsere deutschen Soldaten mit Mazzes füttern."

Also: Im Leibregiment sind schwere Typhusfälle vorgekommen. Eine Zeitung sagt, Gemüse **sollen** daran schuld sein. Eine andere **glaubt**, diese Gemüse sind von jüdischen Händen gekauft. Und das antisemitische Münchener Blättlein athmet vor Wonne auf, denn nun ist seine Sehnsucht erfüllt. „Da haben wir den Juden!" Erst die Klauenseuche, dann die Cholera, nun den Typhus! Wir empfehlen noch: Schwindsucht, Krebs, Diphtiritis etc.

**Frage an die Antisemiten?** Die „Schlesische Morgenztg." vom 4. 8. 93 berichtet:

„Die Weltconferenz der evangelischen Jünglingsvereine findet 1894 vom 1. bis 7. Juni in London statt. Die officiellen Conferenzsprachen werden deutsch, englisch und französisch sein. Jeder Vortrag, der in einer Sprache gehalten wird, wird den Delegirten in den zwei anderen Sprachen gedruckt vorliegen. Deutschland darf nach dem internationalen Statut 210 offizielle Delegirte entsenden. Jeder Conferenztheilnehmer erhält von den Londoner Brüdern ein „Goldenes Buch", das die Geschichte der Vereine aller Länder umfassen wird. Der Lord-Bürgermeister von London wird die Delegirten in seinem Palais „Mansion House" empfangen und festlich bewirthen."

Wir fragen die Antisemiten, was sie sagen würden, wenn beispielsweise eine „Weltconferenz der jüdischen Jünglingsvereine" stattfinden würde? Käme da nicht ein wahrer Rattenkönig von geheimnißvollen Beschuldigungen heraus wie diejenigen, mit denen man die „Allianc israélite" seit Jahren verleumdet?

**Die „Kreuzzeitung"** ist mit den „deutsch-sozialen Blättern", die sie so oft gelobt hat, wieder mal unzufrieden. In einem Artikel über die Stellung der Deutschsozialen zur Kirche und zu den politischen Parteien hatte der antisemitische Agitator W. Henschel die Simultanschule vertheidigt. Das rügt die „Kreuzzeitung" (4. 8.) mit den Worten: „In der That, in Behandlung der Schulfrage unterscheidet sich, wie man sieht, der deutsch-soziale Henschel nicht im geringsten von einem liberalen Schulpolitiker.' Und der „Reichsbote" schreibt am 8. 8.: „Ungefähr ebenso wie dieser Antisemit urtheilt auch die Judenpresse."

**Eine deutsch-soziale Fraktion?** Die deutschsozialen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, Leuß und Dr. König sollen Aussicht haben, von dem rechten Flügel der Deutsch Conservativen unterstützt zu werden. Jedenfalls deutet Leuß das an. In einem offenen Briefe an die Zeitungen des Wahlkreises Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden macht er am 29. Juli darüber folgende Mittheilungen: „Eine Reihe von deutsch-sozialen antisemitischen Abgeordneten hat ihre Plätze in der rechten obern Ecke des Reichstags-Saales genommen. Vor ihnen sitzen etwa zwölf conservative Abgeordnete, die anti-semitischen Anträgen usw. ihre Unterstützung leihen werden. Wir sind also völlig in der Lage, unsere Bestrebungen wirksam zu vertreten. Ich habe die Zusicherung, daß ich im Winter einen Sitz im Ausschuß für die Deckungs-Vorlagen erhalten würde." Die „Nordd. Allg. Ztg." bezweifelt es, daß die deutsch-conservative Fraction den Antisemiten Commissionssitze abtreten wolle.

**Judenannoncen in der „Staatsbürger Zeitung".** Der Chefredacteur hatte seinerzeit (s. Mittheil. No. 41 S. 335, 1892) erklärt, als man die „Judenannoncen" der „Staatsb. Ztg." angriff, er „sehe nicht ein, weshalb man nicht das von Juden gebrachte Geld annehmen solle." Seit diesem Tage wird dies Berliner Blatt ihrer jüdischen Annoncen wegen von den Antisemiten angegriffen. Eine geradezu naive Begründung der Annahme dieser Annoncen unternahm in einer Berliner Volksversammlung vom 2. 8. (s. Staatsb. Ztg 3.8.) der große Schwätzer Wilberg. Diese Begründung entspricht völlig der Intelligenz dieses Mannes. Auf den Zuruf „Juden-Annoncen in der „Staatsb. Ztg." bemerkte er nämlich, daß die „Staatsbürger Zeitung" nach dem Grundsatze: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern", den Annoncentheil jedem zur Verfügung gestellt habe. — Also die Juden können in der „Staatsb. Ztg." annonciren, weil sie als **Deutsche** daselbst ihre Meinung frei äußern dürfen. Man muß sich vor solcher Logik beugen, noch mehr aber vor dem geheimen Zugeständniß, daß die Juden Deutsche sind, wenn sie — Annoncen bezahlen. Auch ein Rassenstandpunkt!

Die **„Westfälische Reform"**, die noch vor kurzem Theodor Fritsch maßlos angegriffen hat, ist von der deutsch-sozialen Partei angekauft worden. Das „Volk" (3. 8.) bemerkt dazu höhnisch: „Grund für diesen Verkauf war die Thatsache, daß mit der immer toller werbenden Dühring-Verhimmelung kein Geschäft zu machen war. Praktisch geleistet haben die bisherigen Hintermänner der „W. R." garnichts. Doch gedenken sie, bei der nächsten Reichstagswahl mit einer eigenen Kandidatur des „reinen Rassenantisemitismus" hervorzutreten, aus ihren eigenen Kreisen wollen sie aber nicht gern einen Kandidaten stellen, weil das direkte geheime Wahlrecht noch nicht so vervollkommnet ist, daß auch der Name des zu wählenden Kandidaten geheim gehalten wird."

Also das Blatt des reinsten Ariertums, des unverfälschtesten Rassenantisemitismus wird verkauft, weil „es ist kein Geschäft zu machen." Also auch hier „Verjudung". Nun ist Deutschlands Untergang besiegelt.

## Aus Frankreich.

Der antisemitische Führer Marquis de Morès war beschuldigt worden, von dem jüdischen Finanzmann Herz, bekannt aus der Panama-Affaire, Geld geliehen zu haben. Nun veröffentlicht Marquis de Morès einen Brief, in dem er zugiebt, er habe in der That 1891, als er sich in großer Nothlage befand, ein Darlehen von 20,000 Francs von Cornelius Herz angenommen. Herz wollte das Geld nur geben unter der Bedingung, daß Drumont ihn besuche. Drumont stattete Herz einen einstündigen Besuch ab. (Frankf. Ztg. 7. 8.) Er wollte nicht, wie er sagte, sein eigenes so sauer erworbenes Geld (NB. durch Lügenschriften) hergeben, um die Spielschulden Morès zu bezahlen.

Drumont und Morès, bereits 1891 Führer der Antisemiten, im Vorzimmer des Juden Herz . . . war die Corruption größer bei dem Finanzschwindler Herz oder bei jenen Antisemitenhäuptern, die gegen Corruption kämpfen wollen und sie selber benutzen?

## Briefkasten.

**L. W. in Berlin.** Jüdische Bildhauer sind gewiß seltener als jüdische Musiker. Wie die „Jüd. Presse" mittheilt, ist der in Paris lebende russische Bildhauer Antakalski Jude. Er ist in der Varstad Antokoli bei Wilna geboren und hat bekanntlich auf der diesjährigen hiesigen Kunstausstellung die große goldene Kaiser-Medaille erhalten.

### Briefkasten der Expedition.

**Emil Hopf.** Wir können von hier aus nicht für einen Andern bei seiner Postanstalt abonniren. Wir können nur Expeditionsabonnements zu 85 Pf. annehmen. Die „Mittheilungen" werden Ihnen deshalb auch fernerhin per Kreuzband zugehen

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf, mit Bestellgeld 65 Pf, direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 15. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 34** | **Berlin, den 20. August.** | **3. Jahrg. 1893**

## Zur Agitation.

### Von einzelnen Nummern der „Mittheilungen“

**der Jahrgänge 1892 und 1893 haben wir noch einen größeren Vorrath. Bis auf Weiteres stellen wir unseren Gesinnungsgenossen eine beliebige Anzahl von Exemplaren unentgeltlich behufs Vertheilung zur Verfügung. Wir berechnen nur das Porto und die Verpackung. Eine Vertheilung der „Mittheilungen“ dürfte sich vor Beginn des neuen Quartals sehr empfehlen.**

**Die Expedition.**

## Der nächste Schritt.

I.

*Prof. Dr. Förster* hat in der „Staatsbürger-Zeitung“ am 15. 8. eine Erklärung veröffentlicht, welche in einem Dutzend Paragraphen seine Zukunftswünsche enthält. Obschon diese Wünsche angesichts der Irrungen und Wirrungen innerhalb der antisemitischen Partei wenig Aussicht haben, verwirklicht zu werden, so ist doch schon die Andeutung eines Versuchs, zur Lösung der Judenfrage ernsthafte Schritte im Reichstag zu thun, bedeutsam genug, um ihn in helles Licht zu rücken. Prof. Förster schreibt über *„Neubildung und Ziele der antisemitischen Partei-Gruppen“*.

„Zahllose mündliche und schriftliche Aeußerungen aus allen Theilen des Volkes ergehen an mich, ich möchte *auf Einigkeit und auf ein geschlossenes Vorgehen aller antisemitischen Parteigruppen hinwirken.* Das entspricht durchaus meiner eigenen An- und Absicht. Zu der Frage des Zusammenschlusses der verwandten Richtungen kommt aber die nicht minder wichtige andere hinzu: Welche Ziele hat denn eigentlich der Antisemitismus sich zu stecken? Ich erlaube mir, meine Ansichten und Vorschläge in einigen kurzen Leitsätzen vorzutragen. Sie bilden die Richtschnur, die mir für meine fernere Thätigkeit im Reichstage und im Volke maßgebend sein soll.

1) Im Kampfe des deutschen Volkes gegen das Judenthum und die mit ihm verbündeten Mächte ist die Zeit der Vorbereitung zu Ende; *der eigentliche Kampf hat zu beginnen.* Vorbereitend haben gewirkt Vorträge, Versammlungen, Vereinsgründungen, Zeitungen, Flugblätter ꝛc. *Es ist Zeit, zum Angriffe überzugehen;* mit dem platonischen oder akademischen Antisemitismus allein ist es auf die Dauer nicht gethan.

2) *Die Partei, unter welchem Namen sie auch auftritt, hat überall, wo es bisher noch nicht geschehen ist, wie in Oberhessen, wirthschaftliche Einrichtungen zu gegenseitiger Unterstützung und zur Befreiung von dem Judenthume und Wucherthume ins Leben zu rufen, für die schlimmsten Fälle auch Wohlthätigkeitsanstalten. Besser aber als Almosen sind Ansprüche und Rechte.*

3) Die Partei hat in der entschiedensten Weise für alle socialen Reformen einzutreten und solche auf dem Gebiete der Gesetzgebung durch eigene Anträge anzubahnen.

4) Die Partei hat alle Verderbniß (Corruption) im staatlichen und wirthschaftlichen Leben, sowie im Gebiete des Rechtes und der Rechtsprechung und des geistigen Lebens zu verfolgen und aufzudecken und ihren Standpunkt dazu in schärfster Weise festzustellen. Diese Stellungnahme ist bisher — ich erinnere nur an den Fall *Bleichröder* — verabsäumt worden.

5) Die Partei hat auch die Pflicht, die früher überhaupt nicht oder nicht hinreichend geahndete Corruption nachträglich zur Verantwortung zu ziehen und insbesondere *eine Nachprüfung des Gründerschwindels* vorzunehmen.

6) Ein Hauptziel des Angriffes hat die Börse zu bilden, nicht die Börse als Platz des Umsatzes der Waaren und Werthe, sondern die Börse als wüster Tummelplatz des Spieles und als Ausbeutungsanstalt des Volksvermögens in größtem Maßstabe. Anleitung in dieser Beziehung geben die Schriften von *Kalz* und *Salana*.

7) *Die Partei hat bestimmte Anträge auszuarbeiten, um die Judenfrage nicht nur mittelbar — durch sociale Reformen —, sondern auch unmittelbar in Angriff zu nehmen.*

8) Die Partei hat ihre eigenen Wege zu gehen und auf dem Standpunkte eines gesunden Partei-Egoismus zu stehen. Insbesondere erlauben es weder unsere Grundsätze und Forderungen, noch unsere Erfahrungen, mit der *conservativen* Partei anders als in einzelnen Fällen und vorübergehend ein Bündniß einzugehen.

9) In allen politischen, wirthschaftlichen und rechtlichen Fragen, soweit sie nicht in dem antisemitischen Programm enthalten sind, und in Bezug auf das geistige und sittliche Leben des Volkes — Religion, Kunst, Wissenschaft, Presse — ist den Einzelnen volle Freiheit zu lassen.

10) Um zu dem Ziele zu kommen, müssen wir unter die Vergangenheit einen Strich machen und vergessen und verzeihen, was dort an gegenseitigen Anfeindungen vorgekommen ist und an Vorurtheilen und Beschuldigungen vorliegt. Anfeindungen persönlicher Art und Verunglimpfungen sind zu unterlassen, und eine höhere Natürlichkeit der Betrachtung der Dinge muß gewonnen werden. Einigkeit und Einheit ohne Einerleiheit und Unfreiheit!

11) Auf den Namen, den sich eine Parteirichtung oder ein Verein beilegt, kommt nichts an; und die alten Namen sind nicht zwangsweise zu ändern. Es giebt vielerlei Wege und ein Ziel, einen Geist; vielerlei Heereskörper und einen Feind: ein Bollwerk, auf das jetzt, nachdem wir die Laufgräben vollendet haben, Sturm zu laufen ist.

12) In gleicher Weise aber, wie die „Freie wirthschaftliche Vereinigung“, haben sich aus *allen* Parteien außerdem diejenigen Abgeordneten, welche antisemitisch gesinnt und daraufhin gewählt sind, zu einer *„Freien antisemitischen Vereinigung“* zusammenzuthun, um, bei voller Freiheit im übrigen, die Befreiung der Deutschen von dem Judenjoche planmäßig und zielbewußt in Angriff zu nehmen.“

Das „Volk“ *Stöckers* (am 16. 8.) macht sich über Prof. Försters feierlich vorgetragene Thesen lustig. Es schreibt:

„Professor Paul Förster veröffentlicht in seinem hiesigen Moniteur ein Pronunciamento (feierliche Erklärung). Er schreibt u. a.: „Im Kampfe des deutschen Volkes gegen das Judenthum und die mit ihm verbündeten Mächte ist die Zeit der Vorbereitung zu Ende; der eigentliche Kampf hat zu beginnen." Also alles, was bisher von seiten der Deutsch-Sozialen, Christlich-Sozialen, Böckelianer u. s. w. in Bekämpfung des Judenthums geleistet worden ist, war nur „uneigentlicher" Kampf. Das ist „eigentlich" eine eigenthümliche Auffassung. Wahrscheinlich meint Herr Professor Förster, der „eigentliche" Kampf gegen das Judenthum könne erst jetzt beginnen, wo er in den Reichstag eintrete. Bisher standen den Juden-Gegnern nur stumpfe Waffen zur Verfügung. Aber jetzt! Des weiteren empfiehlt Herr Förster, nach dem Beispiel der „Freien wirthschaftlichen Vereinigung" eine „Freie antisemitische Vereinigung" aus den Abgeordneten zu bilden, die antisemitisch gesinnt und daraufhin gewählt sind, gleichgiltig, welcher Partei sie angehören."

Die „Nordd. Allg. Ztg." (15. 8.) ist der Meinung, daß Niemand aus den Erklärungen Försters klüger geworden ist.

Zweifellos ist es aber, daß der nächste Reichstag eine Anzahl erbaulicher Anträge zur Judenfrage sehen und noch erbaulichere Discussionen hören wird. Nicht nur Prof. Försters Erklärung besagt das, auch Ahlwardt hat ja gedroht, daß alle Woche eine große Judendebatte stattfinden werde, und Abg. Leuß hat angedeutet, daß etwaige Anträge der deutschsozialen Partei eine genügende Unterstützung der conservativ-antisemitischen Abgeordneten finden würden. Der Hauptangriff wird sich unzweifelhaft gegen die in der Verfassung festgelegten Rechte der Juden richten; er wird bezwecken wollen, die Juden zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen und sie unter ein Ausnahmegesetz zu stellen. So verderblich unzweifelhaft die ewigen Judendebatten auf das Volk wirken, so sicher ist es, daß jeder Juden-Antrag im Reichstag abgelehnt werden wird. Alle liberalen Richtungen im Parlament, dazu die Sozialdemokratie, die Centrumspartei und auch ein kleiner Theil der Conservativen, diese große Majorität ist absolut gegen jede Beschränkung der politischen Freiheit der Juden. An der Vereinigung dieser Parteien wird jeder, noch so thörichte antisemitische Antrag scheitern. Wenn auch eine unmittelbare Gefahr nicht vorliegt, wenn auch Prof. Försters Erklärung nur einem Schreckschuß ins Blaue gleicht, so ist doch für unseren Verein eine erneute und verstärkte Arbeit geboten. Kaum sind die Wahlen vorbei, so reisen die antisemitischen Führer wieder herum und agitiren eifrig für ihre Partei. Lernen wir von unseren Gegnern, was anhaltende Thätigkeit ist, was unermüdliche Arbeit für Erfolge erzielt!

In einem zweiten Artikel wollen wir die einzelnen Juden-Anträge prüfen, die in Aussicht stehen könnten.

## Jüdische Soldaten.

Die Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg hat ihrem „Verwaltungsbericht für 1893" eine treffliche Abhandlung des Sekretärs M. Spanier „Ueber den Antheil der Magdeburger Juden an den Vaterlandskriegen" beigefügt. Es wäre dringend zu wünschen, daß alle jüdischen Gemeinden Deutschlands diesem Beispiel folgten und über ihre Geschichte Beiträge veröffentlichten. Auf diese Weise käme ein ebenso reichhaltiges wie wichtiges Material zusammen, das sich im Kampfe gegen den Antisemitismus sehr gut verwenden ließe.

Mit dem Emanzipationsedikt vom 12. März 1812 war den preußischen Juden die Militärpflichtigkeit zuerkannt worden. Nun gehörte aber Magdeburg bis zum 23. Mai 1814 zu dem von Hieronymus, dem Bruder Napoleons, regierten Königreich Westfalen. In diesem französirten Königreiche bestimmte der 10. Artikel der Constitutionsurkunde vom 15. November 1806 die Gleichheit aller Unterthanen vor dem Gesetz, und das Dekret vom 27. Januar 1808 gab dem Juden die volle Bürgerrechte bereits vier Jahre vor dem preußischen Edikte. Interessant ist es, wie der westfälische Minister von Wolffradt die Magdeburger Juden zum Napoleon-Cultus anhielt. In einem Reskript vom 28. April 1809 schrieb er der Magdeburger Synagogengemeinde:

„Die Israeliten, solange geächtet, verdanken dem unüberwindlichen Napoleon und seinem erhabenen Bruder ihre politische und bürgerliche Auferstehung. Sie haben deshalb einen zwiefachen Beweggrund, die Siege seiner Waffen freudevoll zu feiern (!) und dafür den Ewigen zu preisen."

Daß sie aber trotzdem dem Königshause treu waren, bewies die That des Juden Joseph Moses Stargard, der nach der Schlacht bei Jena durch sein schnelles Gespann die Königin Louise vor dem nahen Feinde rettete.

In dem Befreiungskriege haben auch die Juden ihre Pflicht in vollem Maße erfüllt. Selbst Fürst Bismarck hat in seiner bekannten judenfeindlichen Rede im Vereinigten Landtage 1847 ihre begeisterte Theilnahme an dem vaterländischen Kampfe anerkannt. 31 000 jüdische Seelen zählte die preußische Bevölkerung im Jahre 1812 und an 500 freiwillige jüdische Krieger haben sich 1812—1814 nach Ermittelungen des Kriegsministeriums gestellt! War doch der erste Krieger, der das eiserne Kreuz erhielt, ein Jude Namens Günzberg! 73 Seelen zählte Magdeburg im Jahre 1816. Drei von diesen haben an den Befreiungskriegen 1813—15 theilgenommen, deren Namen eine Gedächtnißtafel in der Synagoge enthält:

1. Louis Philippson, Ritter des eisernen Kreuzes und d. Georgenordens (1796—1839).
2. Wolf Vietenshoff (1788—1854)
3. Liepmann Rosenbaum (1794—1860).

Mannigfache Beweise liegen vor, daß die jüdischen Soldaten den christlichen in keinem Punkte nachgestanden haben. Das Gesetz vom 23. Juli 1847 wurde von einer Denkschrift des Ministers des Innern begleitet, welche diese Thatsache hervorhebt. Die Denkschrift sagt:

„Faßt man den Inhalt dieser Ermittelungen zusammen, so darf man als erfahrungsmäßiges Resultat annehmen, daß die Juden des preußischen Heeres von den Soldaten der christlichen Bevölkerung im Allgemeinen nicht erkennbar unterschieden sind, **daß sie im Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährt, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben;** daß ferner insbesondere die jüdischen Religionsverhältnisse nirgend als ein Hinderniß beim Kriegsdienste hervorgetreten sind."

Im dänischen Kriege 1864 nahmen 4 Magdeburger Juden theil, von denen einer bei Düppel schwer verwundet wurde, am österreichischen Kriege 7 jüdische Soldaten, darunter 2 Unteroffiziere, 2 Gefreite, 1 einjähr. Gefreiter, 1 Hautboist, 1 Gemeiner, am französischen Kriege 1870/71 25 Magdeburger Juden, darunter 1 Feldwebel, der kurz vor seinem Tode bei Sedan zum Offizier befördert worden war, 5 Unteroffiziere, 1 Marinesoldat, 1 Hautboist, 1 Chirurg und 16 Gemeine, von denen 2 bei Metz und Beaumont gefallen sind. Als Aerzte fungirten im französischen Kriege die Magdeburger Dr. E. Aufrecht, Ritter des eisernen Kreuzes und Dr. H. Rosenthal, Ritter des eisernen Kreuzes und des rothen Adlerordens mit Schwertern. Letzterer hat auch den Krieg 1866 mitgemacht.

## Zum Bruderzwist im antisemitischen Lager.

In einer langathmigen Auseinandersetzung gegen Stöcker (s. Mittheilungen Nr. 32, S. 307) hatte Prof. Förster die Behauptung als „Verläumdung" hingestellt, daß er seine Wahl der Schnapslüge Ahlwardts verdanke. Jetzt nach vierzehntägigem Stillschweigen setzt sich Stöckers „Volk" mit

*Prof. Förster* gründlich auseinander. Es schreibt am 16. d. M.:

„Professor Förster hat in der „Staatsbürger-Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der auch in der Neustettiner „Norddeutschen Presse“ abgedruckt ist. In diesem Aufsatze macht Förster den vergeblichen Versuch, seine Kampfesbrüder von den Vorwürfen zu reinigen, die ihnen gemacht worden sind. In bezeichnender Weise bemerkt er gleich vorweg, daß er „nicht für alles und jedes aufkommen will.“ Das heißt in der That vorsichtig gesprochen. Ein Wahlkampf, sagt er, treibt nothwendigerweise immer „einige“ unsaubere Blasen. Von dem Kampfe der Norddeutschen Antisemiten müssen wir nun leider sagen, er hat soviel „unsaubere Blasen“ aufgetrieben, daß wir ihn überhaupt für unsauber halten müssen. Das gerügte Verfahren bei ihrer Agitation ist nicht von der Einbildung ihrer Gegner, sondern von jenen Antisemiten selbst mit der That „verallgemeinert“ worden. Es ist nun einmal unbestreitbar allgemein im Kreise die Lüge verbreitet worden, daß auf einem 5 Pfennig-Glase Schnaps $4^1/_2$ Pfennig Steuern ruhen, während die Steuer in Wirklichkeit doch nur $1^1/_2$ Pfennig beträgt. Das Verwerflichste an dieser Schnapslüge ist dies, daß sie nur als das eine Beispiel für ungerechte Besteuerung angeführt worden ist, und so den Eindruck machen mußte, als ob alle Steuern so unerhört ungerecht vertheilt wären. Es dürfte nicht ein einziger Mann im ganzen Neustettiner Kreise sein, dem nicht ein Flugblatt mit dieser elenden Schnapslüge in die Hände gekommen wäre. An diesem erfundenen Beispiel — ganz gewiß hat Ahlwardt nicht ohne Grund gerade den Schnaps gewählt — hat man den Leuten die Ungerechtigkeit in der Besteuerung klar zu machen gesucht; hierüber hat man sie entrüstet gemacht. Und wie hätten sie sich darüber auch nicht entrüsten sollen! Da sie durchgehend keine Steuerbeamten sind, so mußten sie jene Lüge natürlich für Wahrheit halten. Wer denkt auch bei einer Wahlrede oder bei dem Lesen eines Flugblattes gleich daran, daß solche Behauptungen unwahr sein müssen? daß, wenn der 5 Pfennig-Schnaps nur $^1/_2$ Pfennig werth ist und mit $4^1/_2$ Pfennig *besteuert ist*, daß dann der Wirth garnichts verdient, sondern höchstens den übergegossenen Branntwein bezahlen muß, wer denkt daran, gleich bei einem Rechenexempel des „Rektors a. D. aller Deutschen?“ Am Abend der Nachwahl wollte ein Neustettiner Bürger nach Berlin telegraphiren: „*Auf Ahlwardts Schnapskrücken — wird Förster in den Reichstag rücken.*“ An diesem Vorhaben wurde er damals von Bekannten gehindert. Aber so schlecht der Vers formell auch ist, so richtig war er inhaltlich. Das Zeugniß müssen wir *Förster* selbst allerdings geben, daß er jene Schnapslüge in seinen Vorträgen nicht weiter ausposaunt hat, aber er hat merkwürdigerweise dazu — *stillgeschwiegen*. Wenn Förster im übrigen sagt: „es ist eine nichtswürdige Verleumdung und Beschimpfung, von mehr als 6500 Wählern zu behaupten, die Schnapsfrage und dergl. sei für sie bei der Wahl entscheidend gewesen,“ so möchten wir wohl fragen, wo er solche Behauptung gelesen habe. Wir jedenfalls denken nicht daran, alle 6500 Wähler Försters für Schnapsbrüder zu halten. Nur dieses eine behaupten wir mit gutem Recht, daß Ahlwardt erst durch die schamlose Uebertreibung bei der Erläuterung der Schnapssteuer viele Wähler zum erstenmal für sich und später für Förster eingenommen habe, sodaß beide zum großen Theil eben auf Grund dieses Vorurtheils und dieser Erbitterung die Mehrheit der Stimmen erhielten.

Wie „fein“ hat Ahlwardt ferner bei der ersten Wahl Stöckers Depesche ausgenutzt!! Bei seinen Hörern hatte er den Eindruck hinterlassen, daß Stöcker sie hintergangen und nur für v. Hertzberg gearbeitet hatte. Kurze Zeit darauf wiederum erklärte im Christlich-sozialen Verein von Neustettin der laute und widerspruchsvolle Prophet Ahlwardts, der Schriftsetzer Werner, „die Person Stöckers stehe so hoch, daß sie über jeden Zweifel erhaben sei.“ In demselben Athem freilich behauptete dieser „Volksaufklärer“ mit dreister Stirn, Stöcker hätte seit 5 Jahren nur noch die Geschäfte des Großgrundbesitzes besorgt. Wir wissen nicht, wie man Stöckers politisches Streben schlimmer und einseitiger verleumden kann. Als Schnurre erwähnen wir hierbei noch, daß Werner sagte, Stöcker kämpfe mit viel zu anständigen Waffen, als daß er gegen einen Eugen Richter etwas ausrichten könnte. Heilige Einfalt! Doch dies nebenbei. In Persanzig bei Neustettin war Ahlwardt selbst so bescheiden, zu behaupten, Stöcker wäre gar kein Antisemit. Auf einem späteren Flugblatt Ahlwardts war wieder zu lesen, es gäbe ja auch noch einige Antisemiten, z. B. den Hofprediger Stöcker, aber der hätte sich der Partei der reichen und hohen Herren angeschlossen. Was soll man zu solchen nichtswürdigen Verdächtigungen sagen? Die Einsender dieser Zeilen sind gewiß entschieden Gegner des Judenthums und würden Deutschlands Befreiung von der Knechtschaft der Juden mit Jubel begrüßen. Aber einen Antisemitismus, der sich aus bloßem Parteineid vor den oben bezeichneten und ähnlichen Mitteln nicht scheut, die mehr oder weniger unsittlich sind, verurtheilen sie auf das Entschiedenste. Und wenn wir Förster selbst auch nicht den Vorwurf machen können, er habe in diesen Dingen mitgemacht, so müssen wir doch eben sagen: er hat dazu — still geschwiegen.

Auch die „Fahne mit dem Buntschuh und der Inschrift: Gegen Juden, Junker und Pfaffen!“ ist redlich geschwungen worden. Herrn Förster mag das ja persönlich unangenehm sein, weil er bei dem von Ahlwardt als Junker bekämpften Herrn v. Hertzberg zu Mittag gespeist und sich ihm gegenüber schriftlich zum Eintritt in die wirthschaftliche Vereinigung verpflichtet hat. Aber es ist nun doch einmal Thatsache. Nachdem nämlich Ahlwardt in einer Neustettiner Versammlung den Kampf gegen die Juden in seiner Art geführt hatte, griff er die „Junker“ an. *Der Jude wäre ein Fuchs, der Junker ein Wolf.* Vor beiden müsse man auf der Hut sein. Daß man unter Umständen auch gegen den Adel kämpfen kann, das begreifen wir vollkommen. Daß man aber die adeligen Besitzer so allgemein angreift, das ist wahrhaftig nicht mehr schön und unterscheidet sich in nichts von der Verhetzung der Stände. Dem Ahlwardt stand in dieser Beziehung sein Agitationspersonal hilfreich zur Seite. Sein treuer Diener Werner hat es des öfteren ausgesprochen: „*Die Juden, Junker und Pfaffen gehören in einen Topf.*“ Derselbe *Werner* meinte, ein politischer Kampf lasse sich ohne einen „*gewissen Haß*“ nicht führen. Diesen „Haß“ haben Ahlwardt und seine Mannen denn auch weidlich geschürt, und zwar am meisten gegen die Besitzenden, die überdies in Pommern wahrhaftig nicht gerade reich sind. Und da kommt nun Herr Förster her und sagt: „Wir haben auch *gesellschaftlich den Bann gebrochen und die Stände und Berufskreise einander genähert.*“ Herr Professor! Solche soziale Aufgabe in so kurzer Zeit zu lösen!? Solche affenartige Geschwindigkeit hätten wir dem Wirken des Ahlwardtschen Generalstabes nun und nimmer zugetraut. Herr Förster sollte nach seinen paar Vorträgen in unserem Kreise nicht so etwas behaupten, was er nicht beweisen kann, etwas, wovon zu einem guten Stück das gerade Gegentheil der Fall ist. Ueberhaupt sollte Herr Förster den Mund nicht so voll nehmen und so paradox (widerspruchsvoll) reden, wie er es gethan hat. Einmal sagte er von den Hinterpommern: „Es sind herzliche, *verständige*, anspruchslose und rührend dankbare Leute, aus deren Mitte auch mancher verdiente Staatsmann entstanden ist;“ er nennt seine Wähler „*vortreffliche Männer mit gutem Urtheil* und warmem Herzen, *gesundem Menschenverstande und klarer Einsicht in den Stand der Dinge.*“ Dann aber stellt er diese vortrefflichen und einsichtsvollen Männer wieder wie politisch dumme Jungen hin, als ob sie vor dem Erscheinen seines Heerbannes noch nie gewußt hätten, welche politischen Rechte sie im Deutschen Reiche besitzen. Man höre nur, wie hochtrabend Förster spricht: „Wir haben ihnen **zuerst** *die politische Aufklärung gebracht.*“ Das glaubt ja auch Werner; es stimmt nur schlecht zu den Thatsachen. Ganz abgesehen von dem Wesen der Ahlwardtschen „Aufklarung“ selbst, haben sich schon lange vor Ahlwardts Auftreten bewegte Wahlkämpfe in unserm Kreise abgespielt, wovon namentlich der zwischen dem Freisinnigen Dieterici und den Conservativen der jüngsten Wahlfehde an Heftigkeit nichts nachgab. Ferner hat in unserm Kreise ein großer conservativer Verein bestanden, welchem sehr viele schlichte Bürgersleute angehörten, den man aber, weil man sich wieder in Sicherheit wiegte, eingehen ließ. Schon *vor mehr als zehn Jahren* haben hier Dr. Henrici und Hofprediger Stöcker die Fahne des Antisemitismus aufgepflanzt. Noch ehe ein Ahlwardt daran gedacht hat, nach Neustettin zu kommen, haben wir schließlich im vergangenen Frühlinge hier einen christlich-sozialen Verein gegründet, der in der kurzen Zeit seines Bestehens über 150 Mitglieder erworben hat. Der Zweck dieses Vereins ist gemäß dem zu seiner Gründung erlassenen Aufruf die Aufklärung seiner Mitglieder über politische und wirthschaftliche Fragen, der Kampf für Christenthum und Deutschthum, für die gute Sitte und ehrliche Arbeit, *gegen* Judenthum und Sozialdemokratie, gegen die gewissenlose Ausbeutung der Arbeit, gegen Sittenlosigkeit und Unglauben. Dieses Ziel wird der Verein nach wie vor unentwegt verfolgen und den Kampf erfolgreich fortsetzen. Er wird an seinem Theile vor allem auch die Judenfrage gründlich zu lösen suchen. So hat der Verein gegen v. Hertzbergs Candidatur, von anderem abgesehen, ganz besonders auch aus dem Grunde protestirt, weil er keine klare und energische Stellung zur Judenfrage einnahm. Auf der andern Seite konnten wir freilich auch nicht einem Ahlwardt zujauchzen, der mit Schwindel und Unwahrheit zu uns kam und noch dazu einen Rassen-Antisemitismus vertritt, den wir für verwerflich, unpraktisch und unsittlich halten. Wir haben auch keine Veranlassung gehabt, uns an Försters Rockschöße zu hängen, zumal da dieser sich nicht mit einer Silbe *in einen ausdrücklichen Gegensatz zu Ahlwardt* und dessen Agitatoren *gestellt hat*. Was die Bemerkung von der „ersten politischen Aufklärung“ zu sagen hat, das hat uns Ahlwardt in seinem ersten Neustettiner Vortrage leider zu deutlich verrathen. Er sagte damals, der antisemitische Agitations-Verband hätte beschlossen, *überall da, wo der Boden für den Antisemitismus vorbereitet wäre, zu agitiren und zu candidiren.* Das heißt doch nichts anderes als die erste Aufklärung, die „Vorbereitung“ anderen überlassen und ernten, was andere gesäet haben. Wenn man es aber so macht, dann soll man den Mund nicht so gefährlich weit aufmachen.

Folgende Aeußerungen Försters verdienen noch angenagelt zu werden. Er sagt: „*Wir sind als ihre politischen Befreier gekommen, wir haben ihnen*, gegenüber den Versuchen von Wahlbeeinflussung, *den Stolz des freien Mannes eingeflößt.*’ Und von wem hat Dr. Förster diese hohe Erkenntniß von seinem Wirken? — von einem alten Ortsschulzen in Pöhlen! Hoffentlich wird der Mann jetzt ruhig und mit dem Stolz des freien Mannes sterben. Es ist bedauerlich, daß Dr. Förster nicht auch seinen Gewährsmann für die Behauptung angiebt, daß er und

sein Heeresgefolge „auch gesellschaftlich den Bann gebrochen und die Stände und Berufskreise einander genähert" hat. Schwelgend in Phrase, sagt Förster sogar: „Unser Auftreten war eine **Erlösung** *aus einem längst als unwürdig empfundenen* **Banne**." Nun, die „Berliner Morgenzeitung" hat den Neustettiner Kreis einmal hinter die chinesische Mauer verlegt, welche ihn von dem gebildeten Europa trenne. Nun thut uns Förster auch noch in den Bann — freilich *erlöst* er uns auch gleich daraus. Ob chinesische Mauer oder Bann, das ist so ziemlich einerlei, Herr Förster. Am besten wäre es schon gewesen, wenn Ahlwardt nie in unsere Bannmeile gekommen wäre. Geradezu lächerlich aber ist es, wenn Förster so thut, als ob die Aufklärungscolonne Ahlwardt—Förster der Sozialdemokratie einen Kreis entrissen hätte. So thut er in demselben Augenblick, wo er von den Hinterpommern erklärt: „Das Volk ist durch und durch monarchisch, wie wohl kein anderes, und von einer schlichten Frömmigkeit." Er rühmt sich sodann mit den Worten: Hier zählten denn auch alle Lohnarbeiter zu uns." Eine kleine Erklärung dieses Umstandes findet er vielleicht in folgender Aeußerung eines Neustettiner Maurers: *Wer Ahlwardt dreimal genau angehört hatte*, der hätte es merken müssen, daß *Ahlwardt sich doch schließlich den Sozialdemokraten anschließen würde*; vorläufig schimpfe er nur noch ein bischen mehr auf die Juden. Dieses Urtheil über Ahlwardt hat der Maurer gefällt, ohne daß es ihm in irgend einer Weise entlockt wäre. Herr Förster redet weiter von der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im „deutschen" Sinne und von dem „deutschen" Sozialismus. Was ist denn das? So sehr wir unser Vaterland lieben und schätzen, so müssen wir doch sagen: nicht das Deutschthum, sondern allein das Christenthum kann der Grundpfeiler sein für die Entwicklung unseres Volkes. Nicht der deutsche oder irgend ein anderer Sozialismus macht die frohe Botschaft des Christenthums endlich zur vollen Wahrheit; umgekehrt, allein die Annahme dieser frohen Botschaft wird den wahren Sozialismus schaffen, den Förster nicht unzutreffend mit den Worten schildert: „Lernen wir, volksthümlich zu fühlen, zu handeln, zu verkehren! . . . Die Hohen und Starken sollen sich freiwillig demüthigen und von dem Ueberflusse abgeben, sie sollen das Volk in ihr Herz schließen, sich der Armen und Unterdrückten annehmen, sie lehren und weisen, führen und mit neuem Muthe und Vertrauen und frischer Liebe für das Vaterland erfüllen." Die störenden Redensarten, die Förster zu diesen schönen, echt Stöckerschen Worten hinzusetzt, erlassen wir ihm gern. Wenn Förster schließlich die „höheren und gebildeten Stände" an diese Pflichten der geistigen Führung, der *sittlichen* und politischen Erziehung des Volkes mahnt, so wollen wir Herrn Förster darauf hinweisen, daß sich in Neustettin eine Schar Männer dieser Pflicht bewußt gewesen ist, indem sie dem dort gegründeten christlich-sozialen Verein beitrat. Sich seiner Pflicht und seiner Grundsätze voll bewußt, wird dieser Verein auf dem Grunde des Christenthums und der Liebe zu König und Vaterland weiter wirken. — Ob unser Verein Dr. Förster in Zukunft freundlich oder feindlich entgegentreten wird, das wird ganz von Försters zukünftigem Thun und Handeln abhängen."

Auch die „*Deutsch-sozialen*" ermannen sich jetzt gegen *Dr. Böckel*. Hatte Th. Fritsch erklärt, daß alle Wünsche behufs Einigung der antisemitischen Richtungen eine Grenze hätten, so rechnet jetzt *Dr. Bauer* in seiner „Neuen deutschen Zeitung" (auch am 16. d. M.!) mit Dr. Böckel und seiner Gefolgschaft ab. Der Artikel heißt: **„Noble" Gesinnungsgenossen"** und lautet:

„Jeder Leser der „Neuen Deutschen Zeitung" wird uns das Zeugniß ausstellen, daß wir angesichts der Gährung im antisemitischen Lager und der offenen Conflicte, in die die Führer und einzelnen Strömungen in der antisemitischen Bewegung untereinander gerathen sind, uns stets der größten Zurückhaltung befleißigt haben. Wir haben Niemanden angegriffen und uns im Interesse der Sache damit begnügt, wo es unumgänglich nothwendig wurde, den Standpunkt der deutsch-sozialen Partei zu wahren und ungerechtfertigte Angriffe gegen sie und uns zurückzuweisen, und auch dies stets in einer Form, die das Sachliche über das Persönliche stellte und jede Verdächtigung und Beleidigung vermied. Mit den Berliner Radau-Antisemiten, die wir genügend kennen, um sie für schädliche Auswüchse unserer idealen Bewegung zu halten, die erst wie ein Krankheitsstoff ausgeschieden werden müssen, wenn unsere große Sache gedeihen und siegen soll, — mit diesen Antisemiten haben wir uns nach dem guten alten deutschen Sprichworte: „wer Pech anrührt, besudelt sich!" überhaupt nicht befaßt; wir haben lediglich die auf sie bezüglichen Auslassungen unseres officiellen Parteiorgans pflichtschuldigst nachgedruckt. Diese unsere Haltung hat uns trotzdem nicht ersparen können, daß wir fortgesetzt von den Böckelianern, von den Reformern und von den Ahlwardt-Anhängern angegriffen und in gröblichster Weise beschimpft und verdächtigt werden. Diese Herren wollen offenbar auch mit uns Deutsch-Socialen den offenen Kampf haben, denn wir sehen neuerdings den „*Reichsherold*" und die Herren *Zimmermann* und *Bodek* Arm in Arm gegen uns aufmarschiren. Nun — wir scheuen die Auseinandersetzung nicht, und es ist gegen unsere Gepflogenheit Gegnern, die uns überfallen, die Antwort schuldig zu bleiben. Freilich wird man von uns nicht erwarten können, daß wir uns derselben schmierigen Waffen bedienen, die unsere „noblen" Gesinnungsgenossen und besonders die sogenannten Berliner Antisemiten gegen uns verwenden: *wenn ein Subject, wie der Gastwirth Bodek in Berlin, mit elenden Verleumdungen und seiner Gesinnung und seinem Bildungsgrade entsprechenden Gemeinheiten über uns herfällt, so haben wir für ihn nur das Gefühl vollkommenster Geringschätzung und jenen Ekel, den der anständige Mensch vor dem Auswurf der Großstadt empfindet*; und wenn wir einen verdienten Vorkämpfer unserer antisemitischen Sache, wie den Reichstagsabgeordneten Zimmermann, in der Gesellschaft eines Bodek sehen, so können wir die Thatsache lediglich bedauern, weil sie uns lehrt, wohin die Deutsche Reformpartei mit der Zeit gelangen muß, wenn sie den Elementen, die den Kampf nur mit persönlichen Verdächtigungen à la Bodek und Consorten zu führen vermögen, Aufnahme in ihre Reihen gewährt. Ahlwardt macht Schule — das ist das neueste Symptom der Weiterentwickelung in den Reihen der „reinen" Antisemiten, — man wird es uns also nicht übel nehmen dürfen, wenn wir da die uns aufgezwungene Gelegenheit ergreifen, um von dem gemeinsamen Tischtuch den Theil abzuschneiden, den wir für beschmutzt und deshalb als unserer Bewegung nicht mehr würdig ansehen müssen.

Schon während der letzten Wahlbewegung fehlte es nicht an versteckten Angriffen der Böckelianer und Reformer gegen die Deutsch-Socialen — von der denunciatorischen Thätigkeit des Herrn Ahlwardt ganz abgesehen. Uns liegt ein Rundschreiben der Herren Böckel, Zimmermann und Werner vor, in dem mit einem deutlichen Hinweis darauf, daß wir Deutsch-Socialen gar keine rechten Antisemiten seien, um Geld für die Wahlen gebeten wird. Das war nicht fein — indeß, wer sucht bei der Distel nach Rosen?! Wir haben dieses Rundschreiben mit mitleidigem Achselzucken bei Seite gelegt und weiter für die Sache in vollster Unparteilichkeit gearbeitet. Nach den Wahlen, als der Siegesrausch den Anhängern der ehemaligen antisemitischen Volkspartei zu Kopfe gestiegen war und ihre Gehirne mit demselben Nebel umgab, der der Gefolgschaft Ahlwardt's bereits längst jede Urtheilsfähigkeit geraubt hat, mehrten sich die Angriffe, und die noblen Brüder, die bisher nur aus dem Hinterhalte schossen, begannen zu offenen Anrempelungen überzugehen. An der Spitze marschirte natürlich derselbe „Reichsherold", der vor gar nicht langer Zeit Herrn Ahlwardt als den Krebsschaden der antisemitischen Bewegung bezeichnet hatte und dessen Patron heute mit dem „siegreichen" Rector in einer überaus geschmackvollen Umarmung liegt, weil Ahlwardt angeblich „seine früheren politischen Fehler eingesehen und sich gebessert hat". Sollen wir Herrn Dr. Böckel daran erinnern, weshalb er eigentlich gegen Ahlwardt vorging und daß dabei von „politischen" Fehlern nicht die Rede war, so daß er uns die Freundschaft kündigte, weil wir damals seine rein persönliche Hetze gegen den Rector, der in der Patsche saß, nicht mitmachen wollten und ihm den Rücken deckten, soweit dies bei seinen Charakter „Eigenthümlichkeiten" möglich war?! Indeß — andere Freunde, andere Taktik, — so heißt es beim „Reichsherold": gestern schmähte er Ahlwardt, heute kommen die deutsch-sozialen Führer an die Reihe, nachdem der Rector löblich vor dem Pascha der Partei capitulirt hat und damit wieder in jenen Kreisen „gesellschaftsfähig" geworden ist. In seiner Nr. 632 schreibt der „Reichsherold": „Gewisse deutsch-soziale „Führer" scheinen in letzter Zeit eine merkwürdige Lust zu verspüren, sich an der Deutschen Reformpartei zu reiben. Uns war die sogenannte Deutsch-soziale Partei seither zu unbedeutend, um ihr, die ja doch nur ein Anhängsel der conservativen Partei ist, viel Platz zu widmen. Sollten die Herren es aber einmal zu toll treiben, so könnte eine allerdings derbe Ausnahme von der Regel gemacht werden" . . *Diese Leistung des Größenwahns, deren groteske Komik in deutsch-sozialen Kreisen natürlich die gebührende Heiterkeit erregt hat, ist in mancher Beziehung charakteristisch für ihre Urheber.* Wir, die wir uns lediglich unserer Haut wehren und niemals unterlassen haben, für die Einigkeit und den Zusammenschluß aller *anständigen* Antisemiten einzutreten, werden hier in bewußt unwahrer Weise als die Friedensstörer hingestellt. Es wird dann weiter gelogen, daß die Deutsch-soziale Partei „ein Anhängsel" der conservativen Partei sei, weil diese Verdächtigung augenblicklich bei den Massen „zieht", und endlich werden „Enthüllungen" in Aussicht gestellt, wenn wir die Drohung nicht stillschweigend hinnehmen. Man sieht — vollkommen Ahlwardt'sche Arbeit! Wenn die deutschsoziale Partei Herrn Dr. Böckel so „unbedeutend" war, warum hat er es denn nicht verschmäht, ihre Freundschaft und ihre Unterstützung zu suchen, als er sich mit seinen neuen Freunden, den Berlinern, noch nicht verbrüdert hatte? Wer in einem Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen! In einer Briefkasten-Notiz derselben Nummer rempelt der „Reichsherold" uns direkt an und fragt die „Neue Deutsche Zeitung", ob wir nicht wüßten, wie die absolute Mehrheit bei der Reichstagswahl in Homberg-Fritzlar-Ziegenhain zu Stande gekommen sei und ob wir nie etwas von dem Preisgeben eines deutschsozialen Candidaten in Cassel gehört haben? Die Antwort auf diese Verdächtigung wird unsere Parteileitung, resp. Herr Liebermann v. Sonnenberg nicht schuldig bleiben, wir unsererseits aber wollen nur feststellen, daß unsere Deutsch-soziale Partei einzig und allein deshalb in Cassel nicht candidirt hat, weil der Wahlkreis durch eine antisemitische Sondercandidatur nach den früheren Erfahrungen unfehlbar wieder den Nationalliberalen, vielleicht sogar den Sozialdemokraten ausgeliefert worden wäre. Uns ist aber ein Christlich-Sozialer vom Schlage des

Herrn Pfarrer von Hüpeden hundertmal lieber, als ein Nationalliberaler, vom Sozialdemokraten Pfannkuch gar nicht zu reden. Darin unterscheiden wir uns freilich von Dr. Böckel, der im Wahlkreis Siegen den nationalliberalen Judenschützer Dresler dem Hofprediger Stöcker vorgezogen hat!

Auf der gleichen Basis der Unsachlichkeit, aber in der Form, wie nicht anders zu erwarten war, gemäßigter und anständiger sind die Angriffe, die der Reichstags-Abgeordnete Zimmermann vor einigen Tagen in einer Volksversammlung zu Berlin gegen uns geschleudert hat. Herr Zimmermann, mit dem wir, als dem eigentlichen Führer der Deutschen Reformpartei, gewiß gern in Frieden leben und gemeinsam arbeiten wollen, hat sich in seiner Rede, die im Großen und Ganzen eine formelle Absage an die Christlich-Sozialen und an die Deutsch-soziale Partei bedeutete, in der Hauptsache mit dem Hofprediger Stöcker beschäftigt. Wir haben keine Veranlassung, in diesem Streite Partei zu ergreifen, und wir behalten uns vor, das, was Herr Zimmermann an grundsätzlichen Unterschieden zwischen der Deutschen Reformpartei und uns festgestellt und ausgeführt hat, in einem besonderen Artikel zu behandeln. Dabei ist Herr Zimmermann aber auch auf die „Neue Deutsche Zeitung" und unseren Chefredacteur Dr. Bauer zu sprechen gekommen. Er hat hierbei den Boden der Sachlichkeit verlassen, uns vorgeworfen, daß wir ein „hohes Pferd" ritten, dabei aber unsere Selbstständigkeit aufgegeben hätten und haltlos und ohne eigenes politisches Rückgrat hin und her schwankten, und von Herrn Dr. Bauer behauptet, er sei ins Stöckersche Fahrwasser gerathen, obgleich er früher Herrn Stöcker bekämpft habe. Daß Herr Zimmermann bei diesen Auslassungen sich einer Retourkutsche bediente und das Wort „Fatzke schlägt sich, Fatzke verträgt sich", das Herr Stöcker auf die Herren Dr. Böckel und Ahlwardt angewandt hatte, nun mit Bezug auf die Herren Stöcker und Dr. Bauer gebrauchte, das regt uns weiter nicht auf: auch gewandten Rednern, wie Herr Zimmermann es sicherlich ist, passiren mitunter Geschmacklosigkeiten, und wenn man in Berliner Volksversammlungen ein Beifallsklatschen erzielen will, so muß man seine Ausdrücke dem geistigen Horizonte der Zuhörer anpassen! Wenn Herr Zimmermann aber uns politische Rückgratlosigkeit vorwirft, Herrn Dr. Bauer insinuirt, daß er im Stöcker'schen Fahrwasser segele, und uns Deutsch-Soziale dahin verdächtigt, daß wir gegenüber der conservativen Partei unsere politische Selbstständigkeit aufgegeben hätten, so hat er, wider besseres Wissen und auf den Beifall der Berliner Radau-Antisemiten speculirend, Dinge behauptet, die völlig auf der Höhe der Bemerkung des „Reichsherold" stehen, daß die Deutsch-soziale Partei „ein Anhängsel der Conservativen" geworden sei. Es dürfte Herrn Zimmermann schwer werden, durch irgend ein thatsächliches Vorkommniß nachzuweisen, daß Dr. Bauer im Fahrwasser Stöcker's segele. Gerade Herr Zimmermann war es, der Herrn Dr. Bauer im vorigen Jahre die Möglichkeit gab, eine Reihe von ungerechtfertigten Angriffen des Hofpredigers Stöcker und des „Volk" gegen ihn persönlich und gegen den deutsch-sozialen Antisemitismus in einer Rede in Dresden zurückzuweisen. Herr Stöcker hatte behauptet, daß der deutsch-soziale Antisemitismus kein Programm besitze, und die Unrichtigkeit dieser Behauptung war es, die Herr Dr. Bauer in seiner Dresdener Rede widerlegte, indem er in großen Zügen die großen, durch die geschichtliche Entwickelung herbeigeführten neuen sozialpolitischen, wirthschaftlichen und nationalen Prinzipien schilderte, auf denen das Programm der deutsch-sozialen Partei fußt, und indem er dabei die prinzipiellen Gegensätze zeichnete, die unsere Bewegung vom alten Conservatismus trennen. Auf dem Boden dieser Ausführungen steht Herr Dr. Bauer auch heute noch, und wenn Herr Stöcker die Dresdener Rede Dr. Bauers in späteren Berliner Versammlungen mit persönlichen Invectiven auf Dr. Bauer beantwortete, so hat dieser damals um der Sache willen ebenso geschwiegen, wie er sich jetzt aus demselben Grunde nicht in den Streit Dr. Böckel-Stöcker gemengt hat. Wohl aber hält Dr. Bauer es sehr wohl für möglich, daß der Gegensatz politischer Anschauungen und Bestrebungen durchaus nicht zu einer gegenseitigen persönlichen Bekämpfung zu führen brauche, und er hat in Herrn Stöcker stets einen Mann erblickt, und thut dies auch heute, der trotz mancher Verschiedenheit der Anschauung und der Kampfesweise so große Verdienste um die antisemitische Bewegung hat, daß es eine Undankbarkeit und ein Unrecht ist, ihn wie einen Feind zu behandeln. Im Gegentheil, wo Dr. Bauer die Wahl zwischen Herrn Stöcker oder einem Nichtantisemiten irgendwelcher Richtung hat, wird er stets für Herrn Stöcker eintreten; und wenn sich Antisemiten finden, die Herrn Stöcker à la Ahlwardt angreifen, so werden sie Herrn Dr. Bauer stets auf der Seite des Angegriffenen sehen. Genau so verhält es sich mit unseren Beziehungen zu der conservativen Partei. Daß dieser Standpunkt durchaus nichts gemein hat mit einer blinden Gefolgschaft, das kann nur Verblendung oder Böswilligkeit leugnen . . . Daß wir so unsere gewaltige Bewegung selbst durch das übermäßige Betonen der Partei und ihrer Führer-Streber-Interessen schädigen — dagegen wehren wir uns und werden wir stets mit allen Kräften ankämpfen!

In derselben Versammlung, in der Herr Zimmermann sprach, ist auch der Gastwirth Bodek aufgetreten, um einige persönliche Stänkereien über die Herren Liebermann von Sonnenberg und Dr. Bauer in die Welt zu setzen. Dieser Herr hat nach den Berichten der Berliner Blätter von „Leuten" gesprochen, die darauf ausgingen, „auf Kosten der Partei einen guten Tag zu leben", die „den Antisemitismus für 10 000 oder 20 000 Mark an die Conservativen verriethen", die „statt zu arbeiten, lieber Champagner tränken" u. s. w. Man wird von uns nicht verlangen, daß wir die Herren Liebermann von Sonnenberg und Dr. Bauer gegen derartige unqualificirbare Verleumdungen irgend einer Blase, die der Berliner Rüpel- und Geschäfts-Antisemitismus auf einen Moment an die Oberfläche getrieben hat, in Schutz nehmen; die rastlose Arbeit, die die genannten deutsch-sozialen Politiker im Interesse der antisemitischen Sache verrichtet haben, liegt ja offenkundig zu Tag, daß kein Berliner Lump, und nehme er den Mund auch noch so voll, daran rütteln könnte. Nur damit die Gesinnungsgenossen im Reiche sehen, mit was für Leuten unsere Führer sich im eigenen Lager zu befassen haben, erwähnen wir diesen Zwischenfall. Er lehrt uns, daß es die höchste Zeit ist, daß alle anständigen Antisemiten sich immer enger zusammenschließen und sich dazu aufraffen, Elemente, wie den Bodek und Andere sich energisch vom Halse zu schaffen: eine Bewegung, in der Verleumder und Ehrabschneider ungestraft das große Wort führen dürfen, gräbt sich selbst das Grab!"

---

## Zur Abwehr.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

**„Judenkniffe".** In der „Neuen Deutschen Zeitung" vom 2. August 1893 fand ich den Bericht über eine Gerichtsverhandlung, der seitdem durch viele Zeitungen gegangen ist. Dieser Verhandlung lag folgender Thatbestand zu Grunde.

In Prenzlau etablirte sich ein Jude. Unter den Damenartikeln, die am ersten Tage im Schaufenster auslagen, erregte eine fertige Blouse mit der billigen Preisbezeichnung 1 Mark das lebhafte Interesse der Damenwelt. Als einige Damen am Eröffnungstage sie kaufen wollten, erhielten sie die Auskunft, die Blouse sei verkauft. Eine Dame, welche die gleiche Blouse später kaufte, mußte 2 Mark zahlen, da sie erst angefertigt werden mußte. Dieser Sachverhalt veranlaßte eine Dame zu dem Worte „Judenkniffe", was ihr seitens des Inhabers eine Beleidigungsklage einbrachte. Die Dame wurde von dem Schöffengerichte freigesprochen. In dem Bericht heißt es:

„Was die Judenkniffe anbelange, so verwies der Richter im Urtheil auf allgemeine Ansichten, die im Volke verbreitet seien und die einzelnen Nationen besonders schlechte Character-Eigenschaften beilegten, ohne daß ein einzelnes Mitglied dieser ganzen Nation ein Recht habe, wegen dieser allgemeinen Ausdrucksweise die Beleidigungsklage anzustrengen. So sage man von dem Deutschen, daß er viel trinke, spiele und raufe, vom Franzosen, er renommire, vom Amerikaner, er treibe Humbug, man spreche vom spleenigen Engländer u. s. w. Auch von den Juden, von der jüdischen Nation gesprochen, sei im Volke die Meinung verbreitet, daß es auf dem Gebiete des Handels, in der Kunst Geld zu verdienen, besonders beanlagt sei, daß sie es besser verständen, als die Christen. Dies sei seit alter Zeit eine allgemein im Volke verbreitete Meinung. Es könne deshalb auch nicht angenommen werden, daß in dem vorliegenden Ausdruck „Judenkniffe" eine Beleidigung gegen eine einzelne Person liege, sondern dies sei auch hier nur der Ausfluß einer allgemeinen Volksmeinung. Die beklagte Dame hätte nur gewissermaßen bei ihrer Kritik die berechtigten Interessen des Publikums wahrgenommen, was nach § 193 des R.-Strafgesetzbuches eine Bestrafung nicht zulaßt. Es war daher auf Freisprechung der Beklagten zu erkennen."

Unzweifelhaft ist die Handlungsweise des Kaufmanns als ein Beitrag zum Kapitel vom unredlichen Wettbewerb anzusehen und muß auf das Schärfste verurtheilt werden. Dagegen möchte ich mir, obschon ich nicht Jurist bin, die Frage erlauben, ob es richtig ist, sich bei einem gerichtlichen Urtheil auf die Volksmeinung zu berufen. Daß die Volksmeinung in den meisten Fällen irrt, da ja nach der Meinung der erleuchtetsten Geister das Recht immer auf Seite der Minorität ist, daß sie auch von Generation zu Generation wechseln kann, darin liegt doch unzweifelhaft der Beweis, daß die Volksmeinung nicht ein Factor sein kann, der bei der Rechtsprechung mitzureden hat. Im Gegentheil bin ich der Meinung, daß das Gesetz der Fels ist, der inmitten der oft so lärmenden und falschen Volksmeinungen unerschütterlich feststehen muß. Das wäre ein seltsames Recht, das mit der Volksansicht wankt und schwankt. Wie will man auch die Volksmeinung feststellen? Auch hierin liegt eine Mahnung, nicht als Sklave einer Volksmeinung, sondern als Herr derselben Recht zu sprechen.

Wie gesagt, ist die Handlungsweise des jüdischen Kaufmanns durchaus verwerflich. Schreiber dieses — selber Jude — wirft aber die Frage auf, ob der Ausdruck „Junkerkniffe", wenn einem bestimmten Feudalherrn entgegengeschleudert, auch straflos durchgehen würde, obschon auch dieser Ausdruck in der Volksseele Widerhall findet? Gestatten Sie, daß daran gelinden Zweifel hegt

Ihr ergebener
L. G.

**Die Juden als Deutsche.** Der Krakauer Professor Graf Tarnowski hatte jüngst auf dem Krakauer Katholikentag die Juden heftig angegriffen. Nun betont sein Leibblatt, der Graf sei auch darum Antisemit, weil die reichen Juden „noch nicht genügend mit der polnischen Nation assimilirt" seien und zum Deutschthum hinneigen! — Ueber Antisemitismus bei den französischen Wahlen äußerte sich jüngst die Münchner „Allg. Ztg." wie folgt: „Die französischen Antisemiten haben den Massen gegenüber deshalb leichtes Spiel, weil sie die Juden gleichzeitig als Fremde und als „Deutsche" denunciren können. Von den wenigen schon seit mehreren Generationen in Frankreich ansässigen Juden abgesehen, stammen thatsächlich weitaus die meisten aus Deutschland und haben noch heute deutsche Namen." („Volk" 13. 8)

☐ **In Dülken** stellte der Lehrer der evangelischen Schule bei der Regierung den Antrag, ihm wegen seines Befindens längere Zeit Urlaub zu bewilligen. Die Regierung genehmigte den Antrag unter der Bedingung, daß der betreffende Lehrer einen Ersatzmann stellen müsse, bemerkte ferner, daß sie augenblicklich keinen Ersatzmann zur Verfügung habe, so daß man sich, wenn in Dülken kein geeigneter Lehrer als Ersatz sei, an die benachbarten Städte Viersen, Süchteln u. s. w. wenden solle. — Der Lokalschulinspector, der evangelische Pastor, wandte sich jedoch an den israelitischen Lehrer in Dülken und engagirte denselben als Ersatzmann für den beurlaubten Lehrer. Der israelitische Lehrer ertheilt nunmehr den Unterricht in der evangelischen Schule und wird diese Schule auch von den israelitischen Schülern während der Dauer der Aushülfezeit besucht. — Wie selten sind solche Beweise unbefangener Gesinnung geworden!

**Ueber den Nationalhaß** entschlüpfte dem Centralorgan der Conservativen Württembergs, der „Deutschen Reichspost", das entzückende Geständniß: „Das Landvolk kennt ja überhaupt den Nationalhaß nicht; er ist eine Erfindung der oberen Klassen." („Der Christ" Nr. 2, S. 4, 1893.) Das Wort muß man sich merken, es trifft den Rassenhaß ins Herz.

## Von den antisemitischen Führern.

**Stöcker und die „Post".** Stöckers Niederlage erfüllt auch gut conservative Kreise mit Genugthuung, ein Beweis, wie geringer Beliebtheit sich der ehemalige Hofprediger zu erfreuen hat. Selbst die nicht wenig antisemitische „Post" schließt sich dem Verdammungsurtheil an mit den Worten: „Herr Hofprediger a. D. Stöcker scheint sich noch immer nicht über die Wahlniederlage in Neustettin beruhigen zu können. Wenigstens bringt das ihm nahestehende „Volk" noch immer wieder Entrüstungsartikel, bei denen denn auch, wie in solchen Fällen gewöhnlich, manche erbauliche Einzelheiten zu Tage kommen. Der Fall liegt ja freilich auch ärgerlich genug. Der Mann, welcher sich selbst rühmt, der Vater des Antisemitismus zu sein, von einem Antisemiten besiegt, und dazu von Herrn Dr. Förster, zu dessen Gunsten Herr Stöcker noch unlängst im Königreich Sachsen gegen den Candidaten der Conservativen aufgetreten war. Sich dazu sagen zu müssen, daß, wenn bei der ersten Wahl nicht dem einheimischen conservativen Candidaten außer Ahlwardt auch noch Herr Stöcker gegenübergetreten wäre, der Erstere möglicherweise gewählt worden wäre, und nicht minder, daß hinter dem christlich-socialen Säemann der Antisemit reinsten Wassers erntet, ist ohne Zweifel sehr ärgerlich. Ganz abgesehen davon aber, ob es gerade sehr klug und sehr würdig ist, den Aerger so kundzugeben und dadurch nur die Schadenfreude der Gegner zu erregen, wäre es ungleich zweckmäßiger, über die wirklichen Ursachen der Wahlniederlage ernstlich nachzudenken und den Ergebnissen dieses Nachdenkens für die Zukunft praktische Folge zu geben. Auch das würde nicht ohne bitteren Beigeschmack sein; denn es würde für Herrn Stöcker auf eine, seine gesammte politische und soziale Action schwer verurtheilende Selbstkritik hinauslaufen. Sozialistisches Schillern, die ärmeren Klassen der Bevölkerung gegen den Kapitalismus verhetzen, die Judenhetze, alles das bereitet dem reinen Antisemitismus mit der Parole, daß Junker und Juden gleichmäßig, und zwar die Ersteren am meisten, daß Volk ausbeuten, den Boden. Statt sich in Rekriminationen über die Neustettiner Wahlvorgänge zu ergehen und nach Schuldigen für den allerdings äußerst blamablen Verlauf der Sache zu suchen — wobei es nur wunderbar ist, daß nach die Mittelparteien nicht als die Schuldigen denuncirt worden sind — wäre es gerathener, aus dem an Herrn Stöcker in eigener Person statuirten Exempel die richtigen Lehren zu ziehen und Einkehr und Umkehr folgen zu lassen. Dazu würde allerdings eine innerlich wahrhafte, von Eitelkeit, Hochmuth und Herrschsucht freie Natur gehören."

**Stöcker und Cremer.** Parallel den jetzt auf der Tagesordnung stehenden Plänkeleien zwischen den Antisemiten und den antisemitischen Conservativen gehen allerhand Zänkereien innerhalb der conservativen Partei und ihrer Presse. Das Stöckersche „Volk" wirft dem von dem Abgeordneten Cremer redigirten „Teltower Kreisblatt" „Geschäfts-Conservatismus" vor, weil es, um gut unterrichtet zu sein, auf die Mitarbeit eines freisinnigen Berichterstatters nicht verzichten will. Dem Verhalten des Kreisblattes sei es zuzuschreiben, wenn „seit Jahren die conservative Sache im Kreise den Krebsgang gehe". Aus dem Artikel des „Volk" geht hervor, daß Herr Cremer diesem Organ, welches, wie es sich ausdrückt, sein „unconservatives Gebahren" vor die Oeffentlichkeit gezogen hatte, „verächtliche Denunziation und gehässige Verhetzung" vorgeworfen hat. Darauf entgegnet das Organ Stöckers ziemlich giftig:

„Dergleichen Kosewarte ist man van dem ehemaligen Chef der Germania" gewohnt. Sie lassen uns kalt. Wenn er sich aber unsern Einspruch gegen derartige Vorgänge verbittet, so irrt sich der sehr ehrenwerthe Herr, wenn er glaubt, daß wir uns daran kehren. Das „Volk" wird nach wie vor die Fehler rücksichtslos aufdecken, die van conservativer Seite gemacht werden, und es wird zu dieser seiner Thätigkeit nicht erst das Kreisblatt um gütige Erlaubniß bitten. Zum Schlusse wird das Kreisblatt persönlich. Es steht in unserm Artikel „verzweifelte Anstrengungen im Kreise festen Fuß zu fassen", ferner, daß wir dem Kreisblatt die Abonnenten nicht gönnen und „mit Hülfe der gehässigen Verhetzung und der verächtlichen Denunziation Abonnentenfang betreiben", welches Verfahren „mehr an den Pöbel als an das Volk erinnere". Nicht wahr, eine nette Stilprobe eines sogenannten gebildeten Mannes."

Es gab eine Zeit, wo das Brüderpaar Stöcker-Cremer gemeinsam in den Kampf gegen die Juden zog. Nun ist auch diese Freundschaft zu Ende, und „fallen seh ich Blatt auf Blatt!"

**Stöckers Freunde in Siegen!!** Das „Siegener Volksblatt" brachte am 3., 5. und 8. August folgende Notizen:

**Die Börse!!!** Den in den letzten Jahren von hier aus gemachten Börsenspeculationen verfallen immer mehr Opfer. Unglaubliche Geschichten flüstert man sich zu und — alles soll wahr sein, sogar ein

staatsanwaltliches Einschreiten in Aussicht stehen. Der Siegener Bankverein, dessen Actien in der letzten Zeit bedenklich gefallen sind, hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um das lecke Schifflein über Bord zu halten. So viel für heute! Erinnern wollen wir noch an unsere damalige Mahnung: „Verwandelt den Siegener Creditverein, der auf Schulze-Delitz'schen Prinzipien aufgebaut ist, nicht in eine Aktiengesellschaft. Damit die Reue ausbleibt! Man hörte nicht auf uns, schallt uns vielmehr der Gegnerschaft der Volksbank! Und heute? — — — (3. 8.)

**Die Börse!** Die unter dieser Spitzmarke im vorigen Blatte gemachten Mittheilungen werden im Publikum zu Unrecht auf die hiesige Volksbank bezogen. Wir errinnern daran, daß wir schon gelegentlich der Reichstagswahlen Veranlassung nahmen, darauf hinzuweisen, **daß gerade von Seiten der Führer der Stöckerpartei im Siegerland durch Börsengeschäfte kürzlich viele Millionen verspeculirt worden sind und sogar der seitherige Vorsitzende gen. Partei,** Herr Heinr. Fuchs seine Firma Fuchs & Camp., die mit Franz & Comp., d. i. die Firma, welche Millionen durch Getreidespeculationen verloren hat, in gar keiner Beziehung steht und daß nur gen. Herr Fuchs bei Franz & Comp. persönlich betheiligt ist, — durch Wechselaccepte 2c. verpflichtet hat, allein den Betrag von über 1,700,000 Mk. aufzubringen. — Leider ist auch die hiesige Volksbank zu vertrauensselig gewesen und hat der Firma Franz & Comp. 1,800,000 Mk. creditirt. Diese Summe ist aber nicht verloren, vielmehr hat die Firma Fuchs & Comp. die Deckung übernehmen müssen. Daß durch das plötzliche Entbehren eines so großen Geldbetrages der Volksbank vor der Hand Schwierigkeiten erwachsen sind, ist natürlich, vielleicht fallen auch in den nächsten Jahren die Dividenten knapper aus, das alles giebt aber keine Veranlassung zu Mißtrauen, Aengstlichkeiten. Wie uns bestimmt versichert wird, sollen gerade zwei Herrn vom Verwaltungsrath indirekt das Vertrauen der beiden Bankbeamten zur Firma Franz & Comp. erweckt haben, wodurch jetzt diesen die Unannehmlichkeit wird. Das staatsanwaltliche Einschreiten bezog sich auf eine angebliche Acceptfälschung eines Geschäftswechsels. Das Accept ist nachträglich von dem Namensinhaber als ächt anerkannt worden und dadurch auch diese Angelegenheit wohl als erledigt zu betrachten. (5. 8.)

**Der Siegener Bankverein** ist gezwungen, seine ausstehenden Forderungen einzuziehen. Durch Schreibebrief sind die Debitoren aufgefordert worden, ungesäumt ihr Conto zu begleichen. — Wir meinen, der Aufsichtsrath gen. Bank wäre gegenüber den abenteuerlichen Gerüchten verpflichtet, unumwunden eine offene Erklärung über den Geschäftsstand zu geben, oder ungesäumt eine Versammlung der Actionäre zu veranlassen. (8. 8.)

**Ein Freund in der Noth** scheint Herr Hofprediger und Reichstagsabgeordneter a. D. Stöcker nicht zu sein. Es wird uns versichert, der Busenfreund St's habe sich an denselben gewendet und um Hülfe in der schweren Kalamität gebeten. Der Millionair Stöcker aber soll die geforderte Summe als zu hoch abgelehnt haben. (8. 8.)

Sollte Herr Stöcker um diese etwas mystische Angelegenheit wissen? Unzweifelhaft! Daß seine Freunde aber „durch Börsengeschäfte viele Millionen verspekulirt" haben, ei, ei, diese „Verjudung" der Stöckerpartei!

**Dr. Böckel und die bayerischen Antisemiten.** Böckel's „Reichsherold" folgt dem Worte: „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns." Die bayerischen Antisemiten sind mit ihm unzufrieden, und so „vernichtet" sie sein Blitzstrahl. Er schreibt am 11. 8: „Aus Bayern. Man kann's nicht allen Leuten recht machen. Die Herren, welche sich in Bayern „antisemitische Volkspartei" nennen, sind unzufrieden mit der Haltung der deutschen Reformpartei in der Militärvorlage und zwar aus „bayerischen" Gründen. Sie wollen deshalb jetzt ihre eigenen Wege gehen, und nennen sich „Bayerische antisemitische Volkspartei." Wir können das nicht hindern, es beweist nur aufs Neue, wie unmöglich es ist, alle, die sich Antisemiten nennen, unter einen Hut zu bringen, und wie richtig die Gründung der Deutschen Reformpartei im Reichstage war." Die Deutschsozialen, die Berliner Antisemiten, die bayerischen, sie alle hat seine Acht getroffen. Nun werden wohl nicht viel übrig bleiben, Herr Böckel, denn auch den Conservativen und Nationalliberalen sind Sie nicht grün, noch weniger dem „verjudeten" Freisinn. Was meinen Sie zur Sozialdemokratie als Bundesgenossin?

**Dr. Erwin Bauers Bescheidenheit** war immer größer gewesen als seine Begabung, was freilich nicht viel sagen will. Stets hat er sich seine Redeerfolge in seiner eigenen „N. Deutsch. Ztg." bescheinigt. Aber auch seine Leitartikel imponiren ihm gewaltig. Er schreibt nämlich am 11. 8. in seinem Blatte: „Ein einziger Leitartikel der „Neuen Deutschen Zeitung" enthält mehr geistige Nahrung als 365 Nummern des „Leipziger Tageblatts". Nur schade, daß dieser Mann in der Werthschätzung seiner Leitartikel — allein bleibt.

**Abg. Prof. Dr. Förster auf der Agitationsreise.** Dr. Förster bereist das rheinisch-westfälische Industriegebiet agitatorisch. Am 13. d. M. sprach er in Bochum, am 15. in Schalke, am 16. in Wanne und am 17. in Mülheim a. d. Ruhr. Nun hat sich Dr. Förster auf Ehrenwort, wie Böckel sagt, verpflichtet, sich der deutschen Reformpartei anzuschließen. Rheinland und Westfalen gehören aber zum Agitationsbezirk der deutsch-sozialen Partei. Die beiden Gruppen stehen somit vor neuen Reibungen. („Reichsbote" 13. 8.)

**Prof. Dr. Förster's Fiasko in Bochum.** Eine antisemitische Radau-Versammlung im Berliner Stil fand am 13. d. M. in Bochum statt. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Förster wollte in der Tonhalle über das Thema „Millionair, Mittelstand und Proletariat" sprechen. Sofort nach Eröffnung der Versammlung wurde von den anwesenden Sozial-Demokraten unter Führung des Cassirers vom Bergarbeiter-Verband, J. Meyer, die Forderung nach Bureauwahl erhoben. Großer Lärm war die Antwort. Herr Förster sprach nun von Subjecten, von Menagerieen, zoologischen Gärten usw., goß damit aber nur Oel in's Feuer. Auch zwanzig zu Hülfe gerufene Polizisten konnten weiter nichts anfangen, als hier und da einen Hauptstörer an die Luft befördern. Hr. Förster hielt wacker aus, schnappte unaufhörlich nach Luft und wischte sich den Schweiß ab. Aber er kam nicht über die Einleitung hinaus. Der Versammlung war nichts mehr recht zu machen. Sprach er von der Köln. Ztg. und von Bismarck, dann johlte die eine Ecke, die andere, wenn er auf die Westf. Volksztg. und das Tageblatt kam. Er flehte und bat; es half nichts. Zum Unglück kam er auch noch mit seinem Manufcript nicht zurecht, und Hr. Meyer nahm ihn manchmal Minuten lang für sich zu einer Privatunterhaltung in Anspruch, worauf der Redner auch jedes Mal einging. Inzwischen nahm der Radau im Saale fortgesetzt zu, und nach zweistündiger Dauer löste der überwachende Polizei-Commissar die Versammlung auf. Die Freunde Förster's sangen „Deutschland, Deutschland über Alles" und die Sozial-Demokraten die Arbeiter-Marseillaise. (Köln. Volksztg. 15. August.) Die „Kreuzzeitung" (15. 8.) bemerkt hierzu: „Möge sich Dr. Förster einen anderen Agitationsbezirk aussuchen; für ihn ist hier weder Verständniß noch der Platz."

**Ahlwardt's Anhänger** sind „nichts Anderes als Freisinnige mit antisemitischer Färbung". Diese intelligente Entdeckung hat die konservativ antisemitische „Schles. Morgen Ztg." vom 11. 8. gemacht. Natürlich, die Parole „gegen Juden und Junker" behagt den Tivoli-Conservativen nicht!

**Vom Berliner Antisemitismus.** Am 9. August hat Ahlwardt in der von uns in voriger Nummer citirten Rede auch Liebermann von Sonnenberg angegriffen. Er sagte nach der „Post":

„Vor dem Jahre 1848 habe der Adel die producirenden Stände geschoren, nachher die Juden. Adel und Juden hätten nun 40 Jahre miteinander um das Recht gekämpft, das deutsche Volk zu scheren, während angeblich der Kampf zwischen den Conservativen (Adel) und den Liberalen (Juden) dem Wohle des Volkes gegolten habe. Gesiegt habe das Judenthum. Als nun in den siebziger Jahren in den producirenden Ständen sich eine Reaction gegen die jüdische Ausbeutung geltend gemacht habe, da habe die conservative Partei bezw. der Adel den Moment benutzen wollen, um mit Hilfe des Antisemitismus wieder hochzukommen; daher die conservativen Sendlinge Stöcker und Liebermann v. Sonnenberg im antisemitischen Lager."

Hierzu bemerkt die „Neue Deutsche Zeitung" vom 12. August: „Es ist nicht nöthig, Herrn Liebermann von Sonnenberg gegen den in den letzten Worten erhobenen

ebenso böswilligen, wie von absoluter Unkenntniß der Geschichte der antisemitischen Bewegung zeugenden Vorwurf zu vertheidigen. Wir erwähnen die Worte hier nur, um zu zeigen, wie bar die „Berliner Antisemiten" jeder Dankbarkeit für wirklich hervorragende Führer in unserer Bewegung sind und mit wie wenig wählerischen Mitteln sie in ihrem angeblich „heiligen" Kampfe kämpfen."

Dr. Sigl schreibt im „Vaterland" lakonisch über Ahlwardt: „Der Mann schwätzt einen kolossalen Stiefel zusammen." (Dresd. Nachr. 12. 8.)

Am 10. August hielt **Abg. Zimmermann** in Berlin einen Vortrag über „Die deutsche Reformpartei und die Berliner Bewegung". Auch Zimmermann erging sich in den heftigsten Angriffen gegen die Conservativen und Stöcker. „Nicht ich habe die Conservativen verdrängt", rief er aus, „sondern sie haben sich selber verjagt. Statt daß diese Herren sich als königstreue Männer über unsere Erfolge gegenüber den Sozialdemokraten freuen sollen, beschimpfen sie uns, verdächtigen uns, machen mir sogar zum Vorwurf, daß ich für die Militärvorlage gestimmt habe! Das ist nicht conservativ, das ist nicht ehrlich und deshalb müssen sich unsere Wege von den Conservativen für immer trennen" . . . „Wenn Herr Liebermann v. Sonnenberg und die „Neue deutsche Zeitung" sich jetzt aufs hohe Pferd setzen und sagen, mit dem reinen Antisemitismus ist uns überhaupt nicht gedient, so habe ich für eine derartige haltlose Anzapfung nur ein ruhiges Lächeln. Durch die Angriffe gegen Förster erscheint Stöcker in merkwürdigem Licht. Professor Förster hat stets viel auf den antisemitischen Parteigenossen Stöcker gehalten, er hat stets seine Stange gehalten und wird jetzt damit belohnt, daß Stöcker sich gegen ihn in Neustettin aufstellen ließ. Denn daß die Candidatur dort ernst war und daß man bestimmt auf einen Sieg rechnete, geht daraus hervor, daß die Christlich-Sozialen von der Nachwahl in Alsfeld-Lauterbach schrieben, wir werden diesmal Herrn Stöcker nicht aufstellen, da er bereits in Neustettin candidirt und wir unseren Kreis nicht einer nochmaligen Nachwahl aussetzen wollen. (Lachen.) Stöcker hatte Böckel maßlos angegriffen: bei der Stichwahl in Siegen wurden die Anhänger Böckel's gefragt: „Leute, wollt Ihr einen Mann wählen der Euren Böckel so beschimpft?" Die Bauern sagten Nein! und wer will es ihnen verdenken? Schuld bleibt doch nur der, welcher Zwietracht gesäet hat. (Sehr richtig!) Mit welchem Rechte verlangt Stöcker von uns eine Wahlparole für sich selbst, nachdem die Christlich-Sozialen eine Wahlparole für den Nationalliberalen gegen uns ausgegeben haben? Stöcker hat in der antisemitischen Bewegung nichts Positives erreicht, er hat seit vielen Jahren schon das Klagelied über die Juden gesungen aber niemals die Wege gewiesen, wie es besser werden soll, sein Wort war nur, die Juden sollen bescheidener werden. Hiermit kommen wir aber nicht vom Fleck, wir sitzen wie der Prophet Jeremias mit unsern Klageliedern auf den Trümmern des Deutschen Reiches und deutschen Volkes." (Staatsb. 12. 8.) Auch der unvermeidliche Schwätzer Bodeck fehlte nicht in dieser Versammlung. Er sprach über Herrn v. Liebermann und Dr. Erwin Bauer. Man müsse sich vor Leuten vorsehen, die darauf ausgingen, auf Kosten der Partei einen guten Tag zu leben. (Er erinnerte dabei an Cremer.) Wer in der Partei eine Rolle spielen wolle, solle nicht Champagner trinken, sondern auch einige schwere Stunden im Interesse der Partei verleben. Nun kommen die Leute und wollen die schöne antisemitische Bewegung an die Partei verkaufen, in der noch Leute sitzen, denen es auf 10000 M. nicht ankommt. Zum Schluß wurde Fabels, Vorsitzender des deutschen Reformvereins, unfreiwillig aus dem Lokale hinausbefördert. „Kurz", so bemerkte Stöcker's „Volk" boshaft, „für ihre 20 Pf. hatten die Zuschauer Ulk genug."

## Vermischtes.

△ **Iserlohn,** das bis jetzt von der antisemitischen Seuche verschont geblieben war, ist dazu ausersehen, einen neuen Tummelplatz für die traurigen Geister des Antisemitismus zu bilden. Während der oberflächliche Beobachter keine Veränderungen in dem harmonischen Zusammenleben der Confessionen wahrnimmt, wird im Geheimen geschürt und gehetzt und durch Lug und Trug versucht, Genossen für die schmachvolle Bewegung zu werben. Es ist charakteristisch für die Jünger des Antisemitismus, daß die anständigeren unter ihnen es nicht wagen, sich offen zu ihm zu bekennen, sondern diesbezüglichen Fragen auszuweichen suchen. Diesem Mannesmuth ist denn auch dadurch Rechnung getragen, daß die Zusammenkünfte vorläufig noch, bis die Organisation vollendet ist, im Geheimen gehalten, und nur Leute, die für waschechte Antisemiten gelten, eingelassen werden.

Der überwiegende Theil der Bevölkerung ist liberal, und es würde der Erfolg nicht fehlen, wenn möglichst bald durch unsere Gesinnungsgenossen eine energische Gegenagitation eingeleitet und die Bevölkerung durch tüchtige Redner, Flugblätter 2c. über die Judenfrage aufgeklärt würde.

Möchten die Liberalen nicht vergessen, daß die Hetze gegen das Judenthum dem Hasse gegen den Liberalismus entsprungen ist, und eingedenk sein, daß, wer den Antisemitismus bekämpft, sich verdient macht um Humanität und Vaterland.

**Das „Reichsdeutsche Glaubensbekenntniß",** diese blasphemische Parodie auf das Apostolische Glaubensbekenntniß, wird schon wieder den Juden in die Schuhe geschoben. Die Hamburger „Abwehr" (30 Juli) fragt: „Welcher Jude mag diese schamlose Verhöhnung des Christenthums fertig gebracht haben?" Ach nein, verehrte „Abwehr." Fragen Sie mal Herrn Paasch, wer dieses Machwerk verfertigt hat, fragen Sie die antisemitische Buchhandlung von Dewald in Berlin, wer es zuerst an „sichere Parteigenossen" verkauft hat? Ein Jude hat es auch nicht zuerst gedruckt. Längst stand es in dem Sigl'schen „Vaterland", längst im Fürther „Freien Beobachter." Dies zur Abwehr, verehrte „Abwehr"!

**Der Bund der Landwirthe** ist den radicalen Antisemiten viel zu zahm. Die antisemitische deutsche „Ostwacht" vom 29. Juli wirft ihm den Fehdehandschuh hin; sie schreibt: „Wenn der Bund der Landwirthe nicht antisemitisch werden will (soll nach der conservativen „Schles. Morgenztg" vom 30. Juli heißen: nicht zu den antisemitischen Kassen steuern will), dann muß er von den Antisemiten bekämpft werden." Natürlich fehlt auch die Judenriecherei nicht: „Ist doch heute schon — — — ein an leitendem Platze angestellter Secretär des Bundes ein Jude!" —

**Judenannoncen im „Volk".** Der „Reichsherold" vom 15. 8. konstatirt mit Behagen, daß Stöcker's Volk eine Annonce eines Juden aufgenommen hat. Es schreibt: „Das „Volk" des Antisemiten a. D., Hofpredigers a. D. und Reichstagsabgeordneten a. D. Stöcker, hat sich jetzt auf die Judenannoncen verlegt. In einer seiner neuesten Nummern nämlich, bringt eine Anzeige von Ph. Mayfahrt u. Co., jener Maschinenfabrik, die bekanntlich im Besitz des Juden Moses zu Frankfurt a. M. ist." Stöcker und — Moses' Geld! Ach! —

### Briefkasten der Expedition.

**K. Hannover:** Der Pfarrer bekommt die „Mittheilungen".

**Offenburg:** Vom Jahrgang 1891 der „Mittheilungen" haben wir nur noch 50 Exemplare von Nr. 1, 3 von Nr. 3, 30 von Nr. 6. Vom Jahrgang 1892 nur noch 50 Exemplare von Nr. 24. Von allen übrigen Nummern sind noch mehr als 100 Stück vorhanden.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 35. | Berlin, den 27. August. | 3. Jahrg. 1893

## Eine Volksabstimmung über eine Humanitätsfrage.

Aus der Schweiz, 20. August.

Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn man hier den aus der Heimath bekannten antisemitischen Flugblättern aus der Höppner'schen Buchdruckerei in Berlin begegnet. Selbst im Hochsommer in der Schweiz nicht ohne Antisemitismus, den man zu Hause so reichlich genießt! Wer auch nur einen Blick in die hiesigen Zeitungen that, um sich nothdürftig auf dem Laufenden zu erhalten, konnte dem seit einigen Wochen mit Lebhaftigkeit entbrannten Kampf über die Frage „des Schächtens" nicht entgehen, der sich — ganz wie bei uns — in den verschiedensten Tonarten vom Leitartikel bis tief in den Inseratentheil hinzog.

Fünfzigtausend stimmberechtigte Schweizerbürger haben von dem ihnen durch Artikel 120 der Bundesverfassung gegebenen Recht Gebrauch gemacht, eine Abstimmung des schweizerischen Volkes darüber zu verlangen, ob das bei den Juden übliche „Schächten" der Thiere nicht durch die Bundesverfassung zu verbieten sei. Diese Volksabstimmung fand am heutigen Sonntag statt. Jeder zwanzigjährige, nicht vom Activbürgerrechte ausgeschlossene Schweizer hatte heute die ihm vorgelegte Frage:

> „ob er damit einverstanden sei, daß folgender besonderer Artikel: „„Das Schlachten der Thiere ohne vorherige Betäubung vor dem Blutentzuge ist bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt"" in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen werde"

auf einem Couvert mit „Ja" oder „Nein" zu beantworten*).

Der Streit ist ein alter. In Deutschland ist der Reichstag über eine Petition, welche das Verbot des Schächtens der Thiere (Tödten durch einen Schnitt mit dem Schächtmesser) im Interesse der Humanität verlangte, zur Tagesordnung übergegangen, weil durch eine Reihe von Gutachten competenter Männer (Physiologen, Directoren von Thierarzneischulen, Thierärzte u. s. w.) dargelegt worden war, daß die Tödtung der Thiere durch das bei den Juden übliche Schächten nicht qualvoller, sondern eher humaner sei, als die anderen, bisher üblichen Schlachtmethoden. In der Schweiz haben die Thierschutzvereine, namentlich derjenige von St. Gallen, durch Wort und Schrift Jahre lang eine sehr lebhafte Agitation gegen das Schächten unterhalten. Sie bleiben trotz aller deutschen und schweizerischen Autoritäten, trotz Karl Vogt, Virchow, Dubois-Reymond, Hilty u. s. w. dabei, daß darin eine unsittliche Thierquälerei liege, welche von Gesetzes wegen zu verbieten sei. Als der schweizerische Bundesrath sie mit ihren Petitionen abwies, sammelten sie, um eine Volksabstimmung zu erzwingen, die erforderlichen 50 000 Unterschriften. Eine unerwartete und wahrscheinlich unwillkommene Unterstützung ist den begeisterten Anhängern der Thierschutzvereine durch die deutschen und schweizerischen Antisemiten geworden. Nicht nur durch deutsche Flugblätter, sondern auch durch die uns Deutschen genugsam bekannten anderweitigen Verdächtigungen und Hetzereien wurde gegen die Gegner des gesetzlichen Schächtverbots gearbeitet. Einer geachteten Basler Zeitung wurde durch Postkarten mit Enthüllungen gedroht, daß sie im Solde jüdischer Comités stehe.

Im übrigen und abgesehen von den antisemitischen Hetzereien, die den Gegenstand des Streites, wie immer, so auch hier gänzlich verschieben, wird der Kampf von beiden Seiten, wenn auch lebhaft, doch sachlich und würdig geführt. Ob sich eine Majorität gegen die Aufnahme des Schächtverbots in die schweizerische Bundesverfassung findet, steht freilich dahin, wenngleich ich bisher noch niemand begegnet bin, es war das gewiß ein Zufall, der sich für das Verbot erklärt hätte. Man denkt jedenfalls kühler über die Sache, wie die humanitätsübereifrigen Thierschutzvereinler, die aus einzelnen Fällen, in denen mißbräuchlich in verwerflicher Weise die Thiere gequält werden, die Nothwendigkeit von ungerechtfertigten und den Zweck verfehlenden gesetzlichen Maßregeln herleiten wollen. Kein Land — mit Ausnahme des Königreichs Sachsen — hat bis jetzt solche Maßregeln ergriffen, nicht etwa aus Vorliebe für die Juden, sondern weil die reifliche Prüfung der Frage an der Hand der Gutachten von Autoritäten ergeben hat, daß keinerlei Veranlassung dazu vorlag. Vollständig zutreffend heben fünf Baseler Mitglieder des National- und Ständeraths in einer in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung hervor, daß keine Religionsgesellschaft berechtigt ist, den staatlichen Schutz für Cultushandlungen irgend welcher Art zu verlangen, wenn dieselben den guten Sitten und der Humanität widersprechen. Das steht aber bei dem Schächten nicht in Frage. Zudem hat die Sanitätspolizei in der Schweiz wie anderswo die Macht,

*) Die Form der Abstimmung ist eine Urnenabstimmung. Jeder legitimirte Wähler erhält mehrere Tage vor der Wahl von Amts wegen einen Zettel, auf welchem die obige Frage gedruckt ist. Der Wähler schreibt sein Ja oder Nein dahinter, steckt seinen Zettel mit seinem Votum in ein ihm am Wahltisch gegebenes Couvert und dieses dann in die verschlossene Urne.

Thierquälereien zu verhindern und Schlachtmethoden zu untersagen, die ihnen Vorschub leisten. Daß eine antisemitische Tendenz bei dem Vorgehen der Thierschutzvereine irgendwie mitgespielt habe, wird auf das entschiedenste von den Vorständen derselben bestritten. Mit solchen Argumenten will hier offen niemand etwas gemein haben, „denn" — so sagen die Basler Nationalräthe — „die Schweiz kennt keine Confession und keine Rasse, welcher nicht der Vollgenuß der bürgerlichen Freiheit und Rechte zukommt".

An dem Ort, an welchem ich mich aufhalte, haben 174 mit Nein — also gegen das verlangte Schächtverbot — 56 mit Ja gestimmt. Die Betheiligung war — wegen der Jahreszeit — nicht besonders stark. Man meinte hier, ähnlich würde es wohl in der ganzen Schweiz sein. Ob das richtig ist, darüber wird Ihnen der Telegraph schon vor Eingang dieser Zeilen Mittheilung gemacht haben. (Das Verbot ist mit 187000 gegen 112000 Stimmen angenommen worden. D. R.)

Auch bei uns in Deutschland wird die Frage schwerlich zur Ruhe kommen. Die preußischen Minister des Innern und des Cultus haben Ende Juli das von dem Regierungspräsidenten von Lüneburg erlassene Verbot des Schächtens im dortigen Schlachthause aufgehoben und erklärt, daß die Frage, ob mit der jüdischen Schlachtmethode des Schächtens Thierquälerei verbunden sei, nicht für einzelne Ortspolizeibezirke zum Austrage gebracht werden könne. Die generelle Regelung ergiebt sich daraus von selbst. Daß dabei lediglich sachliche und keine antisemitische Motive mitsprechen werden, daran zweifeln wir nicht.

## Der nächste Schritt.

### II.

Die Anzahl der antisemitischen Reichstagsvertreter macht es wahrscheinlich, daß diese nunmehr die Judenfrage direct in Angriff nehmen werden. Ahlwardt, Förster, Leuß etc. haben es ausdrücklich erklärt. Jeder Antrag, der im Reichstag eingebracht wird, muß durch 15 Abgeordnete unterstützt sein, eine Zahl, welche die Antisemiten gewiß aufbringen werden. Diese Anträge können nun nach zwei Richtungen hin die Judenfrage zu lösen versuchen.

Die eine Art von Anträgen ist sozialpolitischer Natur und befaßt sich nur **indirekt** mit der Judenfrage. Sie wendet sich gegen die Auswüchse gewerblicher Thätigkeiten, an denen die Juden stark betheiligt sein sollen.

So verlangt I. die „Antisemitische Volkspartei" Böckels in ihrem Erfurter Programm:

„Nationelle Neugestaltung der Börsensteuer, sowie eine Emissions- und Couponsteuer auf ausländische Werthe." — „Internationale Regelung des Börsenwesens, besonders Verbot der den Frieden gefährdenden Spekulation, sowie des Terminhandels mit Lebensbedürfnissen des Volkes." — „Schutz gegen Wucher und Güterschlächterei." — „Beseitigung der zügellosen Gewerbefreiheit." — „Revision der Konkursordnung, Beschränkung des Hausirhandels, Verbot der Abzahlungsbazare, der Schwindelausverkäufe und Wanderlager, sowie des Reklamenunwesens.

Und II. die „Deutschsoziale Partei" fordert in ihrem Programm:

„Scharfe Bestimmungen gegen unsittliche Auswüchse in Presse, Litteratur und Kunst." — „Aufhebung der Münz-, Prägungs- und Banknoten-Privilegien für Private; Verstaatlichung der Aktiengesellschaft „Reichsbank;" Reform des Börsen-Wesens und internationale Regelung der Währungs-Frage". — „Beschränkung der Gewerbefreiheit; Einführung des gesetzlichen Befähigungsnachweises." — „Verbot des Terminhandels in Getreide und anderen Produkten; wirksame Wuchergesetzgebung;" „Verschärfung der Konkurs-Ordnung, Beschränkung des schädlichen Zwischen- und Hausirhandels, Verbot der Schleuderbazare, Schwindel-Auktionen und Abzahlungsgeschäfte; besondere strafrechtliche Bestimmungen gegen verlogene Reklame, falsche Preisbezeichnungen, Waaren-Vermischung und Verfälschung."

In all diesen Programmforderungen kommt nicht ein einziges Mal das Wort Jude vor. In der That sind sie rein sozialpolitischer Natur und treffen Auswüchse und Mängel im gewerblichen Leben, an denen gewiß auch Juden theilnehmen. Wenn die Antisemiten Wuchergesetze etc. durchzusetzen streben, so wollen sie gewiß jüdische Wucherer damit treffen, aber diese Gesetze treffen den Wucherer etc. an sich und machen keinen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Wucherern &c. Damit sind aber all diese Vorschläge aus dem engen Niveau der Judenfrage hinausgehoben und in das weite Niveau sozialpolitischer Fragen gerückt. Von diesem Standpunkte aus wird jeder dieser sozialpolitischen Anträge der Antisemiten eine ernsthafte Discussion verdienen, wie jeder andere ernsthaft gemeinte Antrag einer anderen Partei. Von einem Angriff auf die jüdischen Deutschen kann also hier nicht die Rede sein. Ein Antrag über Beschränkung des Hausirhandels z. B. kann erörtert werden, ohne daß das Wort „Jude" auch nur fällt, denn er dreht sich um ein wichtiges Theilgebiet des Zwischenhandels überhaupt, über dessen Segen und Unsegen man eine finanzpolitische Meinung haben kann, aber keine Rassen- oder religiöse Meinung. Im Gegentheil, je sorgfältiger die Discussionen über diese Anträge sind, je reifer diese durchdacht werden, um so dankbarer können die Juden den Antisemiten dafür sein. Dann wird es an den Tag kommen, an der Hand von überzeugendem wissenschaftlichen Material, daß ein Theil ihrer Forderungen für das Reich kein Segen, sondern ein Unsegen ist. Bei einem andern Theil wird der Beweis erbracht werden können, daß ein großer Theil von Auswüchsen im Erwerbsleben diesem an und für sich zuzuschreiben sind, und nicht einem Theil der Erwerbenden, den Juden. Werden die Antisemiten diesen Auswüchsen durch Gesetze entgegen zu arbeiten suchen, so wird ihnen die Theilnahme aller, nicht zum mindesten der Juden selber, sicher sein. Im Gegentheil werden es die einsichtigen Juden dankbar begrüßen, wenn das unredliche Erwerbsleben, unter dem sie ebenso wie die Christen zu leiden haben, durch gesetzliche Maßnahmen möglichst beschränkt wird. Freilich haben die Antisemiten nicht den Vorzug, die Initiative zu diesen Maßnahmen ergriffen zu haben, denn das gleiche Bestreben, Auswüchse des öffentlichen Lebens zu vernichten, durchzieht in mindestens gleicher Stärke alle Parteien. Somit stehen wir den Anträgen der Antisemiten, soweit sie in den oben abgedruckten Artikeln des antisemitischen Programms niedergelegt sind, mit Interesse gegenüber. Sie treffen die Juden nicht, sondern Mängel des öffentlichen Lebens; sie treffen einzelne Juden ebenso wie sie einzelne Christen treffen, die jene Mängel offenkundig repräsentiren.

Ganz anders dagegen sind die **directen** Anträge der Antisemiten über die Judenfrage, welche die antisemitische Parteiprogramme in Aussicht stellen.

I. Die „Antisemitische Volkspartei" verlangt:

„Aufhebung der Judenemanzipation auf gesetzlichem Wege, Stellung der Juden unter Fremdengesetze." — „Nur christlich-deutsche Männer (nicht jüdischer Abkunft) dürfen in gesetzgebende Körperschaften gewählt und in Staats- und Gemeindeämter berufen werden." — „Herstellung eines deutschen Staatsbürgerrechts zur Verhinderung gemeingefährlicher Einwanderung."

II. Die „deutschsoziale Partei" verlangt:

„Wahrung des christlichen, nationalen und protestantischen Gesichtspunktes in der Jugend-Erziehung; Ausscheidung des jüdischen Elementes aus deutschen Schulen." — „Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der

in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht (Judenrecht); Verbot der Einwanderung fremder Juden."

Es sind also folgende Anträge möglich:

1) Verbot der Einwanderung fremder Juden, ein Antrag, den die Herren v. Friesen und v. Hammerstein bereits im letzten Reichstag eingebracht haben, ohne daß er überhaupt zur Discussion gekommen ist (s. „Mittheil." Nr. 13, S. 143 f. 1893).

2) Schule, Lehrer, Richter und Beamte etc. müssen christlich sein. (Forderungen des „christlichen Staates.")

3) Aufhebung der Judenemanzipation vom Jahre 1869.

4) Stellung der Juden unter ein Fremdengesetz.

Ob einer dieser Anträge eingebracht werden wird, ist zweifelhaft. Am meisten Aussicht hat noch der erste, der Friesen-Hammerstein'sche Antrag. Er hatte ja auch s. Z. 28 Unterschriften von 67 conservativen Abgeordneten gefunden, und wird vielleicht demnächst wieder aufleben. Wie zwecklos er ist, haben wir in Nr. 13 bewiesen. Daß die übrigen Anträge gestellt werden, ist nicht anzunehmen, obwohl ihre Durchsetzung das Ziel aller Antisemiten und Conservativen ist. Jedenfalls ist es sicher, daß von diesen 4 Anträgen, die den Stempel des Ausnahmegesetzes in vollster Gestalt tragen, keiner durchgehen wird. Dazu ist die Majorität des deutschen Reichstages nicht reactionär genug. Deshalb braucht uns um die zukünftige Haltung der Antisemiten im Reichstage nicht bange zu sein. Es wird viel Geschrei geben und wenig positive Arbeit seitens dieser Herren. Die Juden werden in ihren staatsbürgerlichen Rechten ungeschmälert bleiben; sie werden nichts verlieren, wohl aber wird das Ansehen eines Reichstages darunter leiden, der politisch naive und mittelalterlich-reactionäre Anträge ernst nehmen soll.

## „Thut nichts, der Jude wird verbrannt."

Die im fernen Osten erscheinende russische Zeitschrift „Okraina" (die Grenzmark) macht sich in der letzten Zeit durch die Veröffentlichung von alten Ueberlieferungen und Legenden besonders verdient, die im Volksbewußtsein der Einwohner Turkestans noch lebendig erhalten geblieben sind und interessante Streiflichter auf die Vergangenheit des Landes und seiner antiken Hauptstadt Samarkand werfen. In einer derselben (Nr. 50 vom 15. Juni), welche einen Auszug aus der alten Chronik Mautai Abdurachman vom Jahre 1260 darstellt, erscheint nun auch der Jude in der mit orientalischer Phantasie geschmückten Geschichte des von Rußland annektirten Gebiets. Abgesehen von dem rein historischen Interesse, welches die halb legendarische Erzählung bietet, ist auch der ihr zu Grunde liegende reale Sachverhalt im höchsten Grade charakteristisch und lehrreich, weshalb wir ihn in wortgetreuer Uebersetzung an dieser Stelle wiedergeben zu müssen glauben.

Die hübsche Erzählung lautet nun wie folgt:

„Und aus dem Lande Tschiu (China) kam ein Jude, der Sohn Israels, um unsere wunderbare Hauptstadt Samarkand zu schauen. Er schaute das große Wunder und immer mehr wurde er von Staunen erfaßt, und er sagte, daß in keinem andern Reiche eine solche Stadt zu sehen sei. Zugleich besichtigte er auch den Fluß Kugak (Sarefschan) und er fragte, wohin die ungeheuere Wassermasse denn fließt? Er erfuhr, daß sie nach Bochara fließt, woraus er schloß, daß Bochara eine große Handelsstadt sein müsse. Er brach auf nach Bochara, besichtigte dort den Bazar und bewunderte besonders die von dem Goldarbeiter verfertigten Figuren: einen Hasen aus Silber und eine Antilope aus Gold. Der Jude fragte, für wen diese Kostbarkeiten wohl bestimmt seien, worauf er die Antwort erhielt, daß es beim Chan von Bochara Sitte sei, alljährlich solche Figuren nach Samarkand, dem Padischah zum Geschenk zu schicken, um den großen Beschützer zum Senden der Wasser des Flusses Kugak nach Bochara zu bewegen ... Als der Sohn Israels diese Kunde vernahm, erklärte er den Einwohnern von Bochara, daß die Samarkander gar nicht die Macht besäßen, den Lauf des Flusses aufzuhalten, noch weniger sei es ihnen möglich, die ungeheuere Wassermasse irgendwo in einem Winkel zu verstecken ... Der Jude rieth daher dringend an, die Kostbarkeiten doch bei sich zu behalten und nicht mehr dem Padischah nach Samarkand zu schicken. Die Einwohner von Bochara zögerten, der Jude aber besiegte alle ihre Zweifel durch die Zusicherung, mit einem Schlag ihnen zu jeder Zeit das Wasser aus dem Flusse Kugak zu verschaffen. Seit jenen Tagen hatte Bochara aufgehört, alljährlich die Figuren nach Samarkand zu schicken ... In der Folge wurde es kund, wer an der Auflehnung Bocharas schuld ist. Die Späher suchten den Juden auf und brachten ihn nach Samarkand. Der Padischah befahl, ihn zu tödten, der Jude aber erklärte, er könnte das Wasser des Flusses überallhin und nach einer jeden Stelle in der ganzen Stadt leiten, während die Samarkander damals noch aus den Brunnen tranken. Der Sohn Israels hielt getreulich sein Versprechen, indem er die ganze Stadt und ihre Umgebung bewässerte. Der Padischah konnte jedoch die Figuren aus Gold und Silber nicht verschmerzen und nach einiger Zeit erließ er wieder den Befehl, den Juden zu tödten. Der Jude versprach, wenn ihm das Leben geschenkt würde, einen seiner Gehülfen herbeizurufen und mit ihm zusammen einen Bau mit Gewölben zu errichten, wie Niemand einen solchen bis dahin in Samarkand je gesehen hatte. Das geschah denn auch.

Zu jener Zeit wohnten die Samarkander in Erdhütten, weil sie kein Handwerk auszuüben verstanden, die Gewerbe und die Künste unbekannt waren. Der Sohn Israels unterrichtete sie im Zimmern und in der Baukunst und führte zuerst die Malerei ein. Doch nach einiger Zeit erneuerte der Padischah den Befehl, den Juden zu tödten. Alsdann versprach der Jude, in drei Tagen ein nie geschautes Wunder zu schaffen ... Der Meister und sein Gehülfe verfertigen Flügel und vor den erstaunten Blicken der Samarkander erhoben sie sich in die Wolken ... Der Gehülfe fiel aber herunter und brach sich das linke Bein. Man brachte ihn vor den Padischah und er sagte aus, sein Meister könnte in einem Fluge über fünf Zelte dahin fliegen. Die Späher und Häscher wurden ausgeschickt, die den Juden auch gefunden haben. Jetzt wurde er, ungeachtet aller von Neuem versprochenen Wunderthaten, auch wirklich getödtet. Den hinkenden Gehülfen aber befahl der Padischah am Leben zu lassen, weil er ein so außergewöhnlich geschickter Meister war."

Die Erzählung hat gerade zu symbolische Bedeutung. Der Jude erscheint nicht als „unproductiver Zwischenhändler" sondern als Pionier und Culturträger. Der Jude wird trotzdem getödtet — denn er hat das Unrecht begangen, ein Kritiker zu sein, dem Tyrannen nicht seine Reverenz zu erweisen. Dieser kritische Zug war seit den Tagen der römischen Kaiser das Unglück der Juden; — eine Zeit, die gerechter urtheilen wird, wird darin vielleicht den Ruhm der Juden erblicken.

## Zur Abwehr.

**Aus Münstereifel** wird der „Köln. Ztg." geschrieben: In unser von allem Confessionshader bis jetzt verschont gebliebenes Eifelstädtchen suchten heute die Antisemiten durch eine öffentliche Versammlung auf der „Burg" ihre vergiftende Lehre zu tragen. Die Hauptredner waren Agitatoren des Kölner antisemitischen Vereins. Einiges Leben kam erst in die Versammlung, als Oberlehrer Dr. Fischer und Oberpfarrer Franken von hier sich entschieden dagegen verwahrten, daß Unfrieden in den Reihen unserer Bürgerschaft gestiftet werde. Beide Redner bestritten die Be-

rechtigung der antisemitischen Hetze vom Standpunkt der christlichen Lehre aus.

**Der Bischof Hais in Königgrätz** erließ vor Kurzem folgendes Rundschreiben:

„Obgleich ich überzeugt bin, daß der gesammte ehrwürdige Clerus meiner Diöcese sich an gar keiner gegen die Juden gerichteten feindlichen Agitation betheiligt, sehe ich mich dennoch genöthigt, meine warnende Stimme zu erheben, und im Falle, daß Jemand ohne Ueberlegung der Sache antisemitische Schriften oder Rohling's Broschüre: „Meine Antwort an die Rabbiner" u. s. w., die man nur vom wissenschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten hat, unter dem nicht wissenschaftlich gebildeten Publikum verbreiten oder loben sollte, einen solchen auf das nachdrücklichste zu bitten, er möge dies unterlassen, wenn er sich nicht Schwierigkeiten zuziehen will, aus denen ich ihn leider nicht befreien könnte.

Unter dem katholischen Clerus herrschte seit den ältesten Zeiten auf Grund des Römerbriefes des heiligen Paulus (XI. 15, 25), wo die zukünftige Bekehrung des jüdischen Volkes zu Christo dem Herrn vorhergesagt wird, der Grundsatz, daß man die unter uns lebenden Juden, die Väter dieser zukünftigen Christen, so viel als möglich gegen ungerechte Angriffe schützen soll. Wir Katholiken haben aber besonders in unseren Tagen alle Ursache der göttlichen Vorsehung zu danken, daß dieses überall zerstreute jüdische Volk sich noch erhalten hat: denn wenn es dieses Volk nicht gäbe, so würden schon längst viele gleichgiltige Christen im Namen einer gewissen antichristlichen Aufklärung die bewunderungswürdige Geschichte des Menschen-Geschlechtes in der Zeit des alten Testamentes, wie auch alle prophetischen Schriften für eine Lüge und einen Betrug der Priester erklären, wodurch in den Herzen vieler Millionen gläubiger Christen der Glaube an die heilige Kirche schon im Fundamente erschüttert und zerstört wäre.

Wir thun daher gut daran, auch in Zukunft die alten, guten Grundsätze unserer Vorfahren festzuhalten und werden in diesem Sinne auf das gläubige Volk wirken."

Das antisemitische „Deutsch. Volksbl." in München, welches das Rundschreiben zum Abdruck bringt, giebt dem Bischof den „wohlmeinenden Rath, sich beschneiden zu lassen."

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Der russische „Dr."** Im Briefkasten des „Reichsherold" (22. August) ist zu lesen:

„**Leipzig.** Ist Ihnen vielleicht ein gewisser russischer „Dr." bekannt, der als Mitglied des deutschsozialen Wahlcomité's gegen seine eigene Partei für die Conservativen agitirte? Geld hat der brave Mann dafür natürlich „nicht" bekommen! Auch ist besagter „Dr." schon in der Wilhelmsstraße in Berlin gesehen worden, wo er Unterstützung von demselben Caprivi erbat, den er früher in seinen Schriften angriff. Es geht doch nichts über eisenfeste Charaktere nach der Art des russischen „Dr.'s". —

Einer dieser antisemitischen „Führer" wird vom andern abgethan. — Ob Erwin Bauer — denn nur er kann gemeint sein — im Stande ist, die ihm in der vorstehenden Notiz entgegengeschleuderte schwere Anschuldigung zu entkräften, bleibt abzuwarten.

**Böckel und die Deutschsozialen.** In dem „Reichsherold" vom 22. August findet sich folgende Briefkastennotiz:

„**Leipzig.** Wir müßten viel überflüssigen Platz haben, wollten wir alle die Schreibereien der zur Täuschung des Publikums sich Deutschsozial nennenden Conservativen beantworten. Offen gestanden ist uns ein ehrlicher Conservativer immer noch lieber, als ein „deutschsozial" „Verkappter".

An einer anderen Stelle heißt es:

„Es bewahrheitet sich immer mehr, daß die Deutschsozialen als Halbconservative bald ganz zur conservativen Partei übergehen werden. Das deutschsoziale „Oelsnitzer Tageblatt" schreibt bezüglich der Landtagswahl in Leipzig:

„Im Gegensatz zu den Reformern, die bereits in einer Reihe bisher conservativ vertretener Wahlkreise Sachsens zur bevorstehenden Landtagswahl eigene Candidaten aufgestellt haben, werden die hiesigen deutschsozialen Antisemiten sich mit den Ordnungsparteien über die Aufstellung der Candidaten zu einigen suchen."

Und in der Nr. vom 18. d. Mts. lesen wir:

„ . . . Das zweideutige Spiel der christlich- und deutschsozialen „Führer, ihr unermüdliches Miniren und Intriguiren in unseren eigenen Reihen kann nicht länger geduldet werden. Mögen die Herren die Maske abwerfen und ehrlich nur das sein, was sie wirklich sind — Conservative, d. h. Feinde."

Nach dem feindseligen Ton, den Böckel neuerdings gegen die Deutschsozialen anschlägt, muß man annehmen, daß er die Brücken zwischen sich und den Liebermann'schen Antisemiten definitiv abgebrochen hat.

**Liebermann von Sonnenberg** war von dem Geschäftsantisemiten **Bodeck** angegriffen worden, daß er die Antisemiten an die Conservativen verkauft hätte. Nun veröffentlicht Liebermann von Sonnenberg in den „Antisemitischen Parteinachrichten" folgende Erklärung: „Wie ich aus einer Notiz im „Volk" entnehme, hat nun auch der Gastwirth Herr Bodeck in Berlin, dem Muster Herrn Ahlwardts folgend, in einer Volksversammlung erklärt: ich hätte den Antisemitismus an die Conservativen „verrathen und verkauft". Hoffentlich erlöst mich Herr Bodeck nun endlich von dem zweifelhaften Vorzuge, im Bilde an der Wand seiner Schenke zu prangen. Vielleicht eignet sich dieser Act zur Veranstaltung eines Fest-Kommerses mit Autodafé".

Herr Liebermann von Sonnenberg kennt seine Pappenheimer! Aus dem „Fest-Commerse" hätte Herr Bodeck wieder Entrée herausschlagen können, wie er ja jüngst eine antisemitische Landparthie veranstaltet hatte, — Entrée eine Mark!

**Prof. Dr. Försters Leitsätze,** die wir in Nr. 34 abgedruckt haben, sind vom „Volk" lächerlich gemacht worden. Nun lehnen die Deutschsozialen sie auch ab. Dr. Erwin Bauer beleuchtet sie in seiner „N. Dtsch. Ztg" am 18. 8. und kommt zu folgendem Ergebniß: „Dieses politische Glaubensbekenntniß des Herrn Dr. Paul Förster ist gewiß sehr interessant, trotzdem es absolut nichts Neues enthält, aber es ist doch gleichzeitig so unklar und widerspruchsvoll und geht von Voraussetzungen aus, die nicht vorhanden sind, und stellt Behauptungen auf, die den Thatsachen nicht entsprechen, daß wir in ihm eine klare Anweisung für die nächste Wirksamkeit des Antisemitismus nicht erblicken können. Herr Dr. Förster ist ein besonderer Freund von „Leitsätzen", und der Weg,

durch solche Sätze zur Klarheit zu gelangen, ist ja sehr schön und mitunter auch sehr bequem. aber sie dürfen nicht ohne festen Grund und Boden in der Luft hängen, wenn sie irgend eine praktische Bedeutung gewinnen wollen. So spricht Herr Dr. Förster beständig von „der Partei“ und setzt dann ausführlich auseinander, was sie Alles thun soll. Ja, wo ist denn diese Partei? Wir sehen sie nirgend und haben erst gestern den Nachweis führen müssen, daß sie gerade in Folge der ablehnenden Haltung der neuesten Freunde Dr. Försters, der Reformer, gegenüber unseren deutschsozialen Abgeordneten nicht zu Stande gekommen ist.“ Am meisten fühlt sich Dr. Bauers Eitelkeit verletzt, daß der eigentliche Kampf nun erst zu beginnen habe Er fragt, ob die Stöcker, Liebermann von Sonnenberg, Fritsch ꝛc. bis zum — (natürlich!) Dr. Bauer denn gar nichts geleistet haben? Zum Schluß sagt Dr. Bauer: „In das Gebiet der unfreiwilligen Komik aber gehören die Leitsätze 21 und 12. Derselbe Herr Dr. Förster, der immer von der Partei spricht und von ihr alles Heil erwartet, hält es damit für vereinbar, daß er zum Schluß auch den einzelnen Parteirichtungen und Parteinamen die Fortexistenz gestattet, ja schließlich den Gedanken der Bildung einer „Freien antisemitischen Vereinigung“ im Reichstage decretirt. Wie denkt sich denn Herr Dr. Förster wohl die Antwort, die ihm hierauf die Antisemiten in der conservativen Partei ertheilen werden, in derselben Partei, mit der er und seine näheren Freunde nichts zu thun haben wollen?! In demselben Augenblicke für Trennung und Vereinigung zu plädiren — das ist denn doch ein Schildbürgerstück, dem der Heiterkeitserfolg nicht fehlen kann! — Alles in Allem wird die deutschsoziale Partei gut thun, wenn sie die Förster'schen „Leitsätze“ dankend bei Seite legt und in ihrer bisherigen Politik, Taktik und praktischen Arbeit fortfährt!“

**Plack-Podgorski,** der wegen Beleidigung hoher Staatsbeamter steckbrieflich verfolgte antisemitische Broschürenschreiber und Genosse Ahlwardts, ist in einer Sommerfrische in der sächsischen Schweiz, wo er sich unter dem Namen „Müller“ aufhielt und, um sich unkenntlich zu machen, sich den Bart hatte abnehmen lassen, am 15. August verhaftet worden.

**Ueber den Bund der Landwirthe,** für welchen Herr Liedermann v. Sonnenberg bei den letzten Wahlen eine so eifrige Thätigkeit entfaltet hat, äußert sich der „Reichsherold“ in der Nro. vom 18. August höchst wegwerfend. „Daß der Bund der Landwirthe — schreibt das Böckel'sche Organ — äußerst vielseitig ist, haben wir öfters beobachtet. Daß aber der „Bund“ auch für polnische Candidaten agitirt, beweist ein Schreiben aus Berlin, in dem einem Rittergutsbesitzer Bernhard in Strzyzewo bei Gnesen empfohlen wird, sich mit dem polnischen Candidaten zum Reichstag in Verbindung zu setzen. Man sieht, den Herrn ist's ganz Wurst, gehts nicht deutsch, dann gehts polnisch. . . . . . Neben den Beamten und offiziellen Agitatoren muß ich in zweiter Linie die Pächter nennen; denn sie repräsentiren den sogenannten Bund der Landwirthe. Diese führten ihr ganzes Aufgebot von Polacken und sonstigem Stimmvieh schnapsbenebelt zur Wahlurne, und waren unter der scharfen Aufsicht des Herrn die „richtigen“ Stimmzettel abgegeben worden, so gabs noch einmal Schnaps.“

**Undank ist der Welt Lohn.** Auf die (von uns bereits erwähnte) Bemerkung des „Reichsherold“, daß ihm die sogenannte deutschsoziale Partei seither zu unbedeutend sei, um ihr viel Platz zu widmen — erwidern die „Antisemitischen Parteinachrichten“ des Herrn Liedermann von Sonnenberg u. A.: „Auch die Geldbeiträge, die von Mitgliedern und Vereinen der deutschsozialen Partei sehr häufig für Marburg gezahlt worden sind, galten nie für zu „unbedeutend“, um „stillschweigend“ angenommen zu werden.“

Wahrscheinlich sind diese Geldbeiträge aber in letzter Zeit ganz ausgeblieben. In diesen Dingen versteht Herr Böckel keinen Spaß.

**Die deutschsozial-antisemitische Geschäftsstelle** in Berlin, Friedrichstr. 244, welche unter Leitung des Agenten und Commissionär Carl Sedlatzeck stand, ist am 14. d. M. vom Gerichtsvollzieher unter Siegel gelegt worden. Danach scheint das antisemitische Geschäft denn doch nicht so gut gegangen zu sein, wie man gehofft hatte. Die Einkünfte haben offenbar nicht einmal gereicht, die Localmiethe zu decken; ist doch, wie das „B. T.“ erfahren, die Pfändung mit auf Veranlassung des Hauswirthes erfolgt. — Nach dem conservativen „Reichsboten“ ist der Inhaber der Geschäftsstelle der bekannte Baron von Langen, Mitglied der conservativen Fraction des Reichstages.*)

**Für die preußischen Landtagswahlen** sind bereits die nachstehenden **antisemitischen** Candidaten aufgestellt:

1. Dr. Böckel in Marburg (disheriger Vertreter der conservative Amtsgerichtsrath v. Stiernberg);

2. Dr. Böckel in Kirchhain-Frankenberg (disheriger Vertreter der freiconservative Landrath Riesch);

3) Reichstagsabg. Werner in Rotenburg-Hersfeld (bisheriger Vertreter der conservative Oeconom Seyfarth);

4. Reichstagsabg. Hirschel in Biedenkopf (bisheriger Vertreter der nat.-lib. Landgerichtsrath Seybert).

Ferner verlautet, daß Ahlwardt in dem bisher conservativ vertretenen Wahlkreise Neustettin candidiren wolle.

**Ahlwardt** producirte sich wieder einmal den Berlinern am 22 d. M. in Kellers Festsälen gegen ein Entrée von 20 Pf. — wegen der Hitze fand die Vorstellung bei kleinen Preisen statt. Dies Mal war „Der Deutsche Bund für Hebung des Mittelstandes“ das Aushängeschild, und: „Wie gelangen wir am schnellsten zum Ziele?“ lautete das Thema. Das Endresultat war natürlich, daß durch ein gemeinsames Vorgehen aller Antisemiten, zu denen aber die Gruppe Liebermann von Sonnenberg, die nur conservativ sei, nicht gehöre, die Hebung und Kräftigung des Mittelstandes in allerkürzester Zeit zu erreichen sei. Wir würden unsere Leser mit dieser kurzer Notiz verschont haben, wenn nicht Herr Ahlwardt seinen Zuhörern mit einigen Ueberraschungen aufgewartet hätte. Da er an einer Stelle seiner Rede erklärte, daß er an das, was in den Geschichtslehrbüchern stände, nicht glaube, so haben wir Grund anzunehmen, daß er durch eigene mühselige Forschungen zur Kenntniß folgenden Faktums gelangt ist, das er dem staunenden Publikum, das wie rasend applaudirte, enthüllte:

Kleist habe sich erschossen, weil er das Elend und die Schmach, in welche die Feinde und die Juden das Vaterland gestürzt hätten, nicht mehr ertragen konnte.

Commentar überflüssig!

Daß Ahlwardt außerdem mit dreister Stirn behauptete, er stände seit **12** Jahren in der antisemitischen Bewegung, wollen wir hiermit nur festnageln, erinnern aber dabei an seinen Brief vom 25. Januar **1885** an den Oberinspector

*) Inzwischen ist die Geschäftsstelle wieder freigegeben, nachdem der Baron v. Langen den Restbetrag der Miethe bezahlt hat.

Crohn, den auch die „Mittheilungen“ in Nr. 18 dieses Jahrganges gebracht haben. In diesem Briefe versichert Ahlwardt, er habe die antisemitische Bewegung von Anfang an verdammt. —

**Aus Hamburg** wird uns unter dem 20. August geschrieben:

Eine den Saal und die Gallerien des Conventgartens füllende, auch von Damen besuchte Versammlung hatte sich Dienstag Abend eingefunden, um den Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg über: „Neue Zeiten — neue Parteien“ zu hören. Aus demselben habe ich mir folgende Redeblüthen gemerkt: Wir haben in Deutschland Freiheiten und Rechte mehr als genug (worin die Versammlung natürlich mit dem Redner übereinstimmte, wie sie durch ihren nach diesem Satz ausbrechenden Beifall zeigte.) Die Juden sind mehr berechtigt, haben Herrschaftsrechte und Herrschaftsgelüste. Es sind nur kleine Unterschiede zwischen den Liberalen und den Antisemiten. Es giebt nur Juden und Antisemiten in Deutschland, keine Philosemiten. Nur Rickert bildet eine Ausnahme von dieser Regel, Richter wird antisemitisch. Die Sozialdemokraten bekämpfen das jüdische Kapital nicht. Sie haben jetzt in Brüssel (statt Zürich) einen Kongreß. Sie und die Juden brachten den letzten Mann zur Urne. Souffliren ließ sich Herr von Liebermann, daß sie durch Judengeld reich wären. Die Deutschsozialen wollen den Arbeitern entgegenkommen. Natürlich durfte der beliebte Vergleich zwischen den auswärtigen Feinden, unter denen Herrn v. Liebermann die „asiatischen Horden“ näher stehen als die Juden, und den inneren, den Juden, nicht fehlen. Rührend kindlich war es, als Redner zugestand, er wollte in der letzten Sitzung des Reichstages noch das Wort „Jude anbringen — das verräth ein naives, genügsames Gemüth. Ebenso geistreich, daß Herr v. Liebermann zugab, er habe unbewußt, (wie er überhaupt alles zu sagen scheint), prophezeit, der Freisinn würde verlieren, und das nach den Wahlen schon vergessen gehabt. Daß die Nationalliberalen weder national noch liberal wären, weil sie nicht antisemitisch sind, ist deutschsoziale Weisheit. Richtig war die Behauptung, die Antisemiten wären noch nicht fertig (weil sie noch nicht bei den Sozialdemokraten angelangt sind). Herr Raab wiederholte in verschlechterter Auflage das von Herrn v. Liebermann Gesagte. Eine Resolution gegen Schwindelannoncen wurden dem „zukünftigen Abgeordneten“ übergeben, eine Tellersammlung trotz Widerspruchs neben dem Entré beschlossen und, wie gewöhnlich bei den Antisemiten, die Gegner niedergeschrieen.

Die Wahl **Prof. Dr. Paul Försters** zum Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Neustettin und den hiermit zusammenhängenden großartigen Sieg des Antisemitismus über Hofprediger a. D. Stöcker und den Conservatismus haben die Anhänger Försters am 10. August durch einen „Herren-Commers“ mit Freibier im Saale der Kaiser-Hallen zu Steglitz gefeiert. Veranstaltet und geleitet war dieser Commers von dem deutschsozialen (antisemitischen) Verein für Steglitz, Friedenau und Umgegend. An demselben betheiligten sich etwa 200 Herren, darunter zahlreiche Berliner und sogar zwei Düsseldorfer. Das Freibier, mehrere Hectoliter, war von antisemitischen wohlhabenden Persönlichkeiten schon vor vielen Wochen für den Fall, daß Förster in Neustettin über Stöcker siegt, gestiftet worden. Als Redner hatte man die Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Förster und Rector a. D. Ahlwardt sowie „andere bekannte Parteigenossen“ angekündigt. Prof. Förster, der sich zur Zeit auf einer Agitationsreise in Schlesien befindet, entschuldigte telegraphisch sein Nichterscheinen und begrüßte den Commers. So fiel die Festrede Ahlwardt allein zu. Redner betante scharf den vollständigen Bruch der antisemitischen Volkspartei mit dem Conservatismus, als einer Partei des Junkerthums. Die Kampfparole solle fortan lauten: „Gegen die Juden und Junker!“ Daß Förster in den Reichstag gekommen sei, bedeute für ihn, Ahlwardt, daß er fernerhin mit gewissen Anträgen nicht allein dastehen werde; dennoch theile Förster nicht in allen Punkten das Programm Ahlwardts. Hier enthüllte auch Ahlwardt sein Zukunftsprogramm. Im Reichstage wolle er folgende Anträge stellen: 1. Die großen jüdischen Vermögen werden als staatsgefährlich zu Gunsten der Allgemeinheit confiscirt. 2. Alle schwebenden Subhastationen werden eingestellt und in Sequestrationen verwandelt. 3. Suspension aller Zwangsvollstreckungen und Pfänder, deren Veranlasser Juden und deren Hintermänner sind, bis zur Lösung der Judenfrage. (Germania, 13. 8.)

---

## Vermischtes.

**Confessionelle Blitze?** Der jüdische Klempner Engel aus Bützow in Mecklenburg ist jüngst von seinem Lande nach der Chikagoer Weltausstellung gesandt worden. Ist darüber das „Volk“ (vom 13. 8.) schon erbost, so erreicht aber sein Zorn den Höhepunkt, weil Herr Engel Blitzableiter für — christliche Kirchen und Pfarrhäuser liefert! Das sei „unpassend“. Zum Glück wissen die Blitze nichts von Confessionen, jedenfalls ist uns nicht bekannt, ob die Blitze einen Unterschied machen zwischen Blitzableitern, die von Christen oder von Juden angefertigt sind.

**Zum Prozeß Buschhoff.** In dem Ermittelungsverfahren in Sachen des Xantener Knabenmords hatte die Staatsanwaltschaft Cleve in öffentlichem Ausschreiben um Mittheilungen über den Aufenthalt des Hausirers Joseph Walter aus Aachen, dessen Vernehmung in der Angelegenheit erforderlich sei, gebeten. Walter hat sich, der „K. Z.“ zufolge, in den letzten Tagen den Behörden in Geldern gestellt. Wie die Crefelder Ztg. berichtet, gibt Walter an, daß er eine Nacht bei dem Bildhauer Heinrich Wesendrup geschlafen und dieser ihm gegenüber geäußert habe, er (Wesendrup) sei der Thäter. Wesendrup war im Prozesse gegen Buschoff Zeuge, sagte aber zu Gunsten Buschhoffs aus. Gegen Wesendrup war seinerzeit Voruntersuchung wegen der Thäterschaft eingeleitet, aber wieder eingestellt worden.

Bei den Antisemiten ist Buschhoff trotz der gerichtlichen Entscheidung noch immer der Mörder. Die „Antis. Corresp.“ wärmt in ihrer Nummer vom 10. d. M. die alte Liste der Ritualmörder auf und schließt mit folgender unerhörter Frechheit:

> „— 1891. **Prozeß Buschhoff. Der Knabe Johann Hegemann — hier sträubt sich meine Feder — dieser schwarze Gedankenstrich, meine Leser, gelte uns als Trauerflor, aufgehängt an diesem Denkmal jüdischer Verruchtheit!“**

**Die Häupter der Stöckerpartei in Siegen** haben im Börsenspiel (!) viele Hunderttausende verloren, namentlich der ebenso fromme wie Stöcker-treue Herr H. Fuchs. Die „Rh. Westf. Ztg.“ schreibt darüber:

„Der Chef der in Weidenau ansässigen Getreide-Firma Franz u. Co., F. W. Franz in Weidenau, schloß im vorigen Jahr, als die Getreidepreise so hoch standen, Getreidekäufe ab in unerhörter Menge und zu enormen Preisen; der Sturz der Preise verpflichtete ihn und seine Firma zur Zahlung von ca $3^1/_2$ Millionen Differenzen, zu deren Deckung die Theilhaber der Firma zunächst ihr ganzes Vermögen opfern mußten. Aber noch genügten die zum Theil recht bedeutenden Privatvermögen der Gesellschafter nicht zur Deckung der Verluste. Da ließ sich einer der Theilhaber, H. Fuchs, der zugleich Bevollmächtigter und Theilhaber der Firma Fuchs u. Co. war, verführen, auch diese Firma ans Messer zu liefern, indem er der Firma Franz

Gefälligkeitswechsel mit der Unterschrift Fuchs u. Co. zur Verfügung stellte im Betrage von ca. 1,800,000 Mark. Diese Wechsel, 33 an der Zahl, wurden sämmtlich von dem Siegener Bankverein in Zahlung angenommen, ohne daß derselbe sich im Geringsten verpflichtet fühlte, den Theilhabern der hintergangenen Firma irgend etwas davon mitzutheilen, was hinter ihrem Rücken sich abspielte. Drei Wochen vor dem Verfall des ersten Wechsels erhielten sie die erste Mittheilung von dem schändlichen Spiel und innerhalb zehn Wochen war die ganze Summe laut Wechselverpflichtung zu zahlen. Weitere acht Familien, die der Börse so ferne standen, wie nur möglich, die auch mit der Firma Franz gar nichts zu thun hatten, wurden dadurch zum Theil vollständig ruinirt. Wie wir hören, wird die tragische Geschichte aber auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben; hoffentlich wird durch die gerichtliche Untersuchung in manche noch dunklen Vorgänge Licht gebracht werden. In unserem sonst durch soliden Geschäftstrieb bekannten Lande herrscht allgemeine Entrüstung über diese Vorkommnisse, namentlich ist man auch empört über das Geschäftsgebahren des Bankvereins, der zur Förderung von Handel und Wandel einst gegründet wurde und der nun zum Ruin zahlreicher Familien von alter Wohlhabenheit direkt und indirekt beiträgt. Denn ohne seine Mitwirkung und Zulassung hätte weder Franz Millionen verspekuliren, noch Fuchs seine Firma um viele Hunderttausende schädigen können."

Das „Siegener Volksblatt" vom 19. 8. bemerkt hierzu:

„Die Actionäre des Siegener Bankvereins werden in Kürze zu einer Generalversammlung zusammentreten. Fünfundzwanzig Actionare mit 350 Actien = 350000 M., haben in einer Versammlung am Montag den Beschluß gefaßt, auf Grund der Vereinssatzungen beim Vorstand resp. Aufsichtsrath zu beantragen, sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen zur Klarstellung der Calamität, welche die Börsenspeculation der hiesigen Getreidefirma Franz & Comp. auch bei dem Siegener Bankverein hervorgerufen hat. Wundern müssen wir uns darüber, daß diese Börsenspeculanten in den betr. Zeitungsmeldungen nicht als die Säulen der hiesigen Stöcker'schen Antisemiten bezeichnet werden, die das praktische Christenthum stets im Munde führen. Grade diese Sorte von Leuten sind es, die im heiligen Eifer „den Giftbaum" ausrotten wollten und nun zeigt es sich, daß sie selbst tolle Speculationen an der Börse treiben und solche unterstützen."

**Zum Typhus im Leibregiment.** Aus Bayern erhalten wir folgende Zuschrift:

Obwohl schon Ihre Bemerkung zu der Conserven-Geschichte im Leibregiment die Logik der Herren Antisemiten genügend gegeißelt hat, habe ich mich doch, um die Sache auch materiell als Unsinn nachzuweisen, nach der Fabrik in Gundelfingen erkundigt. Mein Gewährsmann in Ichenhausen, der näher zu Gundelfingen liegt, schreibt mir nun soeben:

„Die Dörr-Anstalt in Gundelfingen (Bez.-Amts Dillingen) befindet sich ausschließlich in christlichen Händen und wurden mir als die hervorragendsten Actianäre derselben die Herren Landtagsabgeordneter Johann Geiger, Getreidehändler Maude und Kaufmann Deißler daselbst genannt. Es sind noch mehrere dortige Bürger betheiligt, deren Namen ich erst später mittheilen kann, ebenso den des Directors und Geschäftsführers. Alle diese aber sind, wie ich zuverlässig weiß, Christen. Juden sind weder in Gundelfingen wohnhaft noch an dem Unternehmen in irgend einer Weise betheiligt."

**Wie der bekannte antisemitische Verleger Glöß** in Dresden den Antisemitismus auffaßt, beweist eine geschmackvolle „Feier", die er, nach einem Berichte der „Frankf. Ztg." am 16. August veranstaltete, weil die hundertste Entscheidung der gegen seine sattsam bekannten „politischen Bilderbogen" angerufenen Behörden für ihn günstig ausgefallen war. Der Herr hatte seine Bilderbogen, auf denen die Juden karrikirt werden, mit Tannenreisiggewinden umgeben und Abends die Schaufenster illuminirt. Zwischen den Bildern stand die mit den Reichsfarben drapirte Büste Bismarcks und über dieser, im Laden selbst, hing das große Bild — Ahlwardts. Das ist nach sächsisch-antisemitischer Denkart eine „patriotische Feier."

**Den pöbelhaften Angriff** eines antisemitischen Blattes auf **Emin Pascha** haben wir in No 31 der „Mittheilungen" gebührend beleuchtet. Wir sind heute genöthigt, einige weitere Proben dieser Art vorzuführen.

Das Organ des Abg. Werner (19. August) beschimpft Emin Pascha als den „jüdischen Räuberhauptmann und durchgebrannten Reichscommissar und die „Antis. Correspondenz" (3. August) schreibt:

„Ist es uns schon zuviel, daß man in den Blättern soviel Aufhebens von dem jüdischen Afrika-Bummler Schnitzler macht, so sollte es doch anständigen Blättern gegen den Geschmack gehen, das Fallkind dieses nomadisirenden Abenteurers zu einer Berühmtheit zu erheben. Irgend welchen nationalen Werth haben doch die Herumtreibereien dieses zur Lebensweise seiner Urväter zurückgekehrten Wüsten-Beduinen nicht, und der deutsche Leser von Geschmack sollte sich endlich die übelduftige Juden-Reclame, die mit diesem Welten-Bummler getrieben wird, ernstlich verbitten!"

Es genügt, diese Leistungen niedriger zu hängen als Beispiele der Rohheit, wie sie in der antisemitischen Presse gang und gäbe ist. Wir würden glauben, den Forscher, der den deutschen Namen im dunklen Erdtheil zu Ehren gebracht hat, zu beleidigen, wollten wir uns mit den gegen ihn gerichteten Verunglimpfungen des Näheren befassen.

**Dieburg** (Hessen). So weit ist's mit dem Antisemitismus hier zu Lande gekommen, daß auch den Todten im Grabe die Ruhe nicht gegönnt wird. Auf dem hiesigen israelitischen Friedhofe wurden 38 Grabsteine von ruchloser Hand umgestürzt und theilweise zertrümmert. Die Polizeiorgane entfalten eine lobenswerthe Thätigkeit, welche hoffentlich zur Ermittelung der Uebelthäter führen wird.

**Die französischen Antisemiten bei den Wahlen.** Der Senator A. de la Berge schreibt im „Siècle" über die Rolle des Antisemitismus im französischen' Wahlfeldzuge: „Vor sechs Monaten wurde das Gerücht verbreitet, der Antisemitismus werde in Frankreich einen noch viel beträchtlicheren Sieg davontragen als in Deutschland. Heute sieht man schon, wie übertrieben diese Hoffnungen waren. Sogar die Führer der Partei wagen sich nicht in das Kampfgewühl zu stürzen. Es liegt auf der Hand, daß Drumont, Marès und ihre Freunde sich durch den starken Absatz der „Libre Parole" zu falschen Schlüssen verleiten ließen. Während einiger Monate 200.000 Scandal-Liebhaber um eine politische Schmähschrift sammeln, ist leichter als eine Partei gründen. Auch sind die Pamphletisten am allerwenigsten geeignet, eine Partei in's Leben zu rufen. Das Publikum liest sie mit Vergnügen, weil sie witzig sind, und mit mehr oder weniger Talent die Fehler ihrer Zeit aufbauschen, aber es ließt das Blatt und übersieht den Mann. Dies war das Loos Girardin's und Proudhon's, die viele Ideen aufgewühlt, viele Regierungen angegriffen haben, welche sicherlich unsere Rochefort und Drumont überragten und deren glänzende publizistische Erfolge in keinem politischen Werke von Dauer ihren Abschluß fanden. Der Antisemitismus war zu sozialistisch für die Klerikalen und zu klerikal für die Sozialisten."*)

## Der Antisemitismus.

Von **Enrico Ferri**.**)

### I.

Der Antisemitismus ist eine Form der sozialen Psychopathologie, die in wenigen Jahren eine ganz außerordentliche Ausbreitungsfähigkeit gezeigt hat und die, von diesem Gesichts-

*) Die Vermuthung des Senators de la Berge hat sich als zutreffend erwiesen. Die Antisemiten sind bei den Wahlen glänzend durchgefallen.

**) Nachdem die Frage des Antisemitismus durch Lombroso vom psychologischen und ethischen Standpunkte beleuchtet worden ist (siehe „Mittheil." Nro. 25 u. 26 d. J.) drucken wir einen Aufsatz des hervorragendsten italienischen Criminalpsychologen Enrico Ferri aus der „N. Fr. Presse" (13. und 15. August) ab, der die Frage vom soziologischen Standpunkte aus betrachtet.

punkte aus betrachtet, mit keiner andern Bewegung der gegenwärtigen Zeit verglichen werden kann, als mit dem stürmisch fortschreitenden Sozialismus, mit welchem sie enger verknüpft ist, als man allgemein annehmen mag.

Wenn man jedoch vom „Antisemitismus“ spricht, sei es, um die Ursachen desselben zu erforschen oder um auf die Bekämpfungsmittel hinzuweisen, so ist es, meiner Ansicht nach, von größter Wichtigkeit, in erster Linie eine Unterscheidung zu machen in Bezug auf den Antisemitismus, eine Unterscheidung, die ich selbst bei den neueren Beobachtern dieser außergewöhnlichen Form epidemischer Psychose vermißt habe, welche in vieler Hinsicht an die mittelalterlichen Formen religiösen Wahnsinns gemahnt, den die Massen gegenüber den Hexen und den vom Teufel Besessenen bekundeten.

So hat beispielsweise weder Cesare Lombroso in seinem im Juni dieses Jahres in diesem Blatte veröffentlichten höchst genialen Artikel noch Sidney Whitman in einem im diesjährigen Mai-Hefte der Contemporary Review enthaltenen Aufsatze, indem sie noch den Ursachen des Antisemitismus forschen, eine Unterscheidung der beiden Formen wahrgenommen, die, wie ich glaube, stets beim Studium der Kundgebungen der sozialen Psychose gemacht werden muß.

Jede große Collectiv-Bewegung in der menschlichen Gesellschaft, welcher Ideen oder Gefühle zu Grunde liegen, nimmt immer zwei bestimmte Formen an, welche nicht selten blos zwei verschiedene Stärkegrade einer und derselben Erscheinung sind, oftmals aber auch auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden müssen und eine von einander verschiedene Entwickelung zeigen.

Spricht man beispielsweise von der französischen Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts oder von der italienischen revolutionären Bewegung in der Mitte unseres Jahrhunderts, vom Sozialismus und vom Antisemitismus am Ende dieses Jahrhunderts, so muß man jedesmal eine spontane und eine reflexive Form dieser großen Sozial-Psychosen unterscheiden.

Nehmen wir die beiden gegenwärtigen in vieler Beziehung parallel laufenden Phänomene des Sozialismus und des Antisemitismus, so sehen wir thatsächlich, daß man sowohl von der einen als von der anderen Bewegung behauptet, sie wären erst vor wenigen Jahren entstanden. Das ist wohl richtig bezüglich ihrer reflexiven Form, aber ganz unzutreffend in Bezug auf ihre spontane Form.

Dies läßt sich übrigens auf ein allgemeineres soziologisches Gesetz zurückführen, welchem zufolge die verschiedenen Formen des sozialen Organismus, sowohl auf materiellem als auf geistigem Gebiete, nicht, wie man allgemein glaubt, durch vollständige oder durch monolithische Substitution auf einander folgen, sondern stets gleichzeitig bestehen und nur, eine nach der anderen, stufenweise einen bestimmten Grad von Ueberlegenheit erlangen.

Jedermann weiß, um ein Beispiel zu nennen, daß die menschliche Familie verschiedene Evolutionsformen durchschritten hat. Vom primitiven und prähistorischen sexuellen Communismus, in welchem es eine Familie im Sinne eines fortbauernden Zusammenlebens nicht gab, ging man zur Polyandrie über, das heißt zu der Familie bestehend aus mehreren Männern und einer gemeinschaftlichen Gattin, die das Familienhaupt war und den von ihr abhängigen Männern ihren Namen und ihr Patrimonium gab. Dieser Form folgte die Polygamie, die aus mehreren Weibern und einem Manne bestehende Familie, in welcher dieser zum Oberhaupte der sozialen Zelle wurde; dem Matriarchate folgte also das Patriarchat, das heute noch bei mehreren orientalischen Völkern fortbesteht. Endlich haben wir die Monogamie, die eheliche Vereinigung eines Mannes mit einem Weibe, die in sozialer und in physio-psychologischer Hinsicht vollkommenste Form der menschlichen Familie mit mehr oder minder großer Freiheit des ehelichen Bundes.

Diese Aufeinanderfolge der familiären Formen ist jedoch eine einigermaßen künstliche und scholastische und darf nicht buchstäblich genommen werden in dem Sinne, daß die eine Form durch die andere vollständig ersetzt worden sei, etwa wie bei der Aufeinanderfolge der Acte eines Dramas nach jedem Aufziehen des Vorhanges.

In Wirklichkeit haben alle Formen der familiären Constitution immer neben einander bestanden, und das ist auch heute noch so, gemäß den Gesetzen oder gegen dieselben, es ist ein unleugbares soziales Factum. Wie in längstvergangenen Zeiten, leben auch heute noch Männer und Weiber mit einander in sexueller Gemeinschaft und dies in mehr oder weniger heimlicher Weise. So giebt es Frauenspersonen, die mehrere mehr oder weniger permanente Liebhaber haben (Polyandrie) und umgekehrt, sei es auch gegen das Gesetz (Polygamie), was nicht ausschließt, daß heute die Monogamie die vorherrschende Form der Familie ist, wenigstens gemäß dem bürgerlichen Gesetzbuche. Andererseits wieder ist es eine Thatsache, daß in den Ländern und in den Zeiten, in welchen beispielsweise die Polygamie die gebräuchlichste Form war, auch nebenbei die Monogamie bestanden hat, ungeachtet ihrer geringen sozialen und legalen Wichtigkeit.

Dieses soziologische Gesetz gilt für jedwede Manifestation der großen sozialen Vereinigungen, zu welchen eben der Antisemitismus gehört.

Man darf also nicht glauben, daß der Antisemitismus vor fünfzehn Jahren etwa plötzlich entstanden sei wie ein Schwamm, der nach ausgiebigem Sommerregen plötzlich aus der Erde emporschießt. Richtig ist vielmehr, daß erst seit einigen Jahren, kurz nachdem der preußische Geschichtsschreiber Treitschke im Jahre 1879 die Bewegung prophezeit hatte, die reflexive Form des Antisemitismus entstanden ist und sich rasch entwickelt hat, daß aber der Kern, das Substrat des Antisemitismus, bereits seit Jahrhunderten bestanden hat, wenn auch blos in einer rudimentären, instinctiven, in sozialer Hinsicht unbewußten Form.

Das Gleiche gilt für den Sozialismus.

Beide, der Antisemitismus wie der Sozialismus, als psychische Collectiv-Bewegungen betrachtet, die es sogar bis zur Organisation einer politischen Partei gebracht haben, bestehen wohl erst seit wenigen Jahren; aber der Antisemitismus in seiner Form als Haß gegen die Juden und der Sozialismus als Protestation gegen den übertriebenen Reichthum auf der einen und das übermäßige Elend auf der andern Seite, bestehen schon seit sehr langer Zeit als vereinzelte und als verbreitete Empfindungen, die bislang sporadisch aufgetreten sind und sich erst in den letzten Jahren in dem Collectiv-Bewußtsein geltend machen und befestigen konnten; ebenso wie im individuellen Organismus gewisse nervöse Phänomene in unbewußter oder in einer dem Bewußtsein der zerstreuten Centren oder dem Rückenmarke unterworfenen Reihenfolge sich festsetzen und nicht bis zum Bewußtsein der cerebralen Functionen gelangen.

(Fortsetzung folgt.)

## Briefkasten.

**H. F. in Gr.** Bitte um Angabe der Adressen aus J.



Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 36.** **Berlin, den 3. September.** **3. Jahrg. 1893**

## Der Giftbaum der Börse.

Es sind jetzt etwa zehn Jahre vergangen, da erfand der Minister Maybach das Schlagwort vom „Giftbaum der Börse". Während aber der Herr Minister in der Kammer solcher Gestalt declamirte, besorgte ihm der Giftbaum hinten herum den Ankauf der Eisenbahnactien, deren er zur Verstaatlichung der Eisenbahnen bedurfte. Die Bauern und andere Anlieger der verschiedenen Eisenbahnen, ernstliche Actionäre, welche zum Theil Actien der Gesellschaften seit der Gründung besaßen, wurden überstimmt von den „Strohmännern" des Giftbaums. Bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen hat das Strohmännerunwesen seine höchsten Triumphe gefeiert.

Das Schlagwort vom „Giftbaum" war aber noch aus einem zweiten Grunde unangebracht. Herr Maybach war damals Minister. Hielt er die Börse wirklich für einen Giftbaum, das heißt für überwiegend schädlich, so mußte er für die Aufhebung der Börse Sorge tragen. In jedem Falle handelte der Minister nicht recht. Die Börse ist eine offizielle Einrichtung, unter staatlicher Aufsicht. Der Staat ist jeder Zeit in der Lage, die Börse zu schließen. Deshalb sagen wir: **Entweder ist dafür Sorge zu tragen, daß die Börse geschlossen wird, oder man giebt zu, daß die Börse der Allgemeinheit überwiegend nützlich ist.** Eine andere Möglichkeit giebt es nicht. Alle Freunde ernster Reformen müssen dahin streben, daß Regierung und Abgeordnete factisch einmal vor dieses „Entweder — oder" gestellt werden. Fraglos sind mit den Einrichtungen der Börse große Mißstände verbunden, aber welche menschliche Einrichtung ist überhaupt vollkommen? Handelt es sich doch noch dazu um eine Einrichtung, bei der die dämonische Sucht nach Geld eine Rolle spielt. Daher ist die Börse in der That — neben dem Rennplatz — einer der Orte, an denen Mißbräuche, Betrug und Uebervortheilung besonders leicht Platz greifen können. In Geldsachen hört eben, wie der Arier Hansemann sagte, die Gemüthlichkeit auf. Aber neben diesem Schwindel leistet die Börse überwiegend nützliche Arbeit. Indessen, wenn sie noch zehn Mal soviel Nutzen stiften würde, die Börse kann niemals so viel nützen, als das Schlagwort vom Giftbaum schaden kann. Solche Schlagworte hindern den Fortschritt, indem sie die Aufmerksamkeit von anderen Schäden zu sehr ablenken. Gerade wie die Diebe: haltet den Dieb, schreien, um die Aufmerksamkeit des Publikum zu beschäftigen, sprach man gegen den Giftbaum, der sich auf Kosten des Volkes bereichere, während man auf Kosten des Volkes die „Liebesgabe" für Brenner, die Pachterlasse und so manchen anderen Vortheil in die Tasche steckte.

Und deshalb wiederholen wir:

**Entweder Ihr schließt die Börse oder Ihr gebt zu, daß sie überwiegend nützlich ist.**

## Die Börsensteuer.

Ebenso sinnlos und irreführend wie die Phrase von dem Giftbaum ist die Redensart von der Börsensteuer.

**Die Börsensteuer belastet gar nicht die sogenannte Börse.** Banquiers zahlen eine Börsensteuer überhaupt nur, soweit sie Geschäfte für e i g e n e Rechnung machen. Und das ist der kleinste Theil der Geschäfte. Jeder Capitalist ist in gewissem Sinne Börsenmann. Wer sich 1000 Mark gespart hat und sich dafür preußische Staatspapiere kauft, der setzt den Apparat der Börse in Bewegung. Und der zahlt dann in der That auch Börsensteuer. **Die Börsensteuer ist für die großen Leute an der Börse sogar eine ergiebige Einnahmequelle.** Und das geht in folgender Weise vor sich: Damit der Privatmann Müller vom Privatmann Schulze 1000 Mark Preußische Anleihe erhält, sind drei Geschäfte und in Folge dessen drei Stempel erforderlich. 1) Schulze verkauft die Anleihe an seinen (Schulzes) Banquier. 2) Schulzes Banquier verkauft sie (an der Börse) an Müllers Banquier. 3) Müllers Banquier verkauft sie an Müller. Also drei Geschäfte und drei Stempel. Da die Banquiers ihre Geschäfte aber nicht für sich, sondern für die Kunden machen, hat jeder der Kunden $^3/_2$ Stempel zu zahlen. Wenn Müller und Schulze verschiedene Banquiers haben, bekommen die Banquiers auch nur das wieder, was sie wirklich ausgelegt haben. Anders wenn Schulze und Müller Kunden desselben Banquiers sind. Dann geht der Banquier mit den Aufträgen gar nicht an die Börse, sondern er nimmt das Papier von Schulze und giebt es an Müller. Er hat also nur zwei Stempel zu zahlen, aber gebrauchsgemäß drei Stempel bezahlt zu erhalten. In kleinen Geschäften kommt es natürlich selten vor, daß dasselbe Papier an demselben Tage von dem einen Kunden gekauft und von dem anderen verkauft wird. Je größer aber das Geschäft, um so öfter und in um so größeren Beträgen kommt es vor. und **deshalb ist** gerade **für die großen Banken die Börsensteuer eine Einnahmequelle.**

Allgemein möchten wir bemerken, daß eine Börsensteuer eigentlich überhaupt nicht zu rechtfertigen ist.

Gerade wie die Mahl- und Schlachtsteuer, die Biersteuer 2c. nicht von den Bäckern, Schlächtern und Brauern, sondern vom Publikum getragen wird, die Lehre von der sogenannten Abwälzung der indirecten Steuern, **wird** auch **jede Börsensteuer vom Publikum getragen werden.** Sollte sie wider alle Erfahrung an der Börse hängen bleiben, so wäre die besondere Besteuerung der Börse trotzdem nicht zu rechtfertigen.

**Entweder ist die Börse schädlich, so ist sie zu schließen. Oder sie thut nützliche Arbeit, so liegt kein Grund vor, Leute stärker zu besteuern, die nützliche Arbeit thun, als Leute, die ohne Arbeit von ihren Zinsen leben.***)

Der richtige Weg zu einer gerechten Besteuerung wäre daher immer nur die **Erhöhung der Einkommensteuer.** Es wäre ein verhängnißvoller Erfolg der antisemitischen Bewegung, wenn die Belastung der schwächeren Schultern durch Tabak und Getränkesteuer genehmigt würde, statt der Belastung der wohlhabenden Klassen durch die Einkommensteuer. Und das lediglich durch den agitatorischen Erfolg der Phrase von der B ö r s e n s t e u e r — die von der Börse gar nicht bezahlt wird.

### Von den Maklern

erhofft die „Staatsbürger-Zeitung“ vom 18. August ganz phantastische Steuer-Erträgnisse. Sie nimmt acht Hundert Makler allein in Berlin an, von denen jeder 300000—500000 Mk. Einkommen habe.

Da es aber überhaupt nur einige Hundert Berliner giebt, die mehr als Hunderttausend Mark Einkommen, und da es andererseits auch nur einige Hundert Makler giebt, unter welchen die Mehrzahl aus armen Schächern besteht, die zufrieden sind, sich täglich ihre 5—10 Mark — auch weniger — zu verdienen, haben wir es natürlich mit der gigantischen Phantasie der „Staatsbürger-Zeitung“ und nicht mit Thatsachen zu thun. Dagegen ist Ahlwardt mit der „Schnapslüge“, die Stöckers Herz und Wahlaussichten so sehr verletzt hatte, ein Stümper.

---

Im Anschluß hieran wäre eine Aufstellung zu besprechen, die dem süddeutschen Bank- und Handelsblatt entnommen ist und **wonach das deutsche Publikum** allein an den Anleihen von neun ausländischen Staaten etwa **760 Millionen Mark verloren habe.** Diese Aufstellung, die natürlich auch Ahlwardt sich nicht hat entgehen lassen, und welche durch die gesammte antisemitische Presse läuft, leidet an einem g r ü n d l i c h e n Fehler. Sie giebt an, was **überhaupt** an diesen Anleihen verloren worden ist. Diese Anleihen sind aber nicht nur an deutschen Börsen, sondern auch in Paris und London, auch Amsterdam eingeführt worden. Dort sogar in höherem Betrage, so daß nur höchstens ein Drittel der Verluste auf das deutsche Publikum entfällt. Indessen handelt es sich auf der anderen Seite bei dieser Aufstellung nur um 9 Staaten, so daß die Verluste jedenfalls erheblich höher sind, als $^1/_3$ von 760 Millionen. Andererseits enthält die Rechnung einige weitere schwere Fehler. Es ist nicht abgezogen, was das Publikum an den Anleihen anderer Staaten **gewonnen** hat. Nach der Berechnungsart, die für Deutschland 760 Millionen Verlust ergiebt, sind allein an Egyptischer 4 % Anleihe 60 Millionen Mark vom deutschen Publikum verdient worden. Größere Gewinne als diese wurden von österreichisch-ungarischen und russischen Papieren gegen den Emissionseurs erzielt. Umgekehrt **hat das Publikum,** wenn man den Emissionseurs zu Grunde legt, auch an **deutschen Staatsanleihen verloren. Es handelt sich übrigens nicht nur darum, wie viel das deutsche Publikum an Papieren verloren hat, sondern wer das Geld eingesackt hat.** Die Banken waren nur die Vermittler, die haben einige Prozent verdient. Durchaus nicht immer, denn an der letzten Emission von Portugiesen sind zum Beispiel Verluste von den Banken erlitten worden. Wenn aber die deutschen Banken den Gewinn nicht erzielt haben, wo steckt er? Theilweise entspricht dem Verlust an der einen Stelle ein Gewinn an der anderen Stelle überhaupt nicht. Die Kaufkraft des baaren Geldes im Verhältniß zu Werthpapieren ist gestiegen, das heißt: Die Werthpapiere haben jetzt einen geringeren Curs. Wer vor zwei Jahren von der deutschen Regierung dreiprozentige Reichsanleihe zu 87 Prozent gekauft hat, hat jetzt über zwei Prozent daran verloren. Wer hat sie gewonnen? Eigentlich Niemand. Sofern also der Rückgang der Curse nur in der erhöhten Kaufkraft des Geldes und dem damit in Verbindung stehenden allgemeinen Mißtrauen besteht, steht den deutschen Verlusten ein Gewinn Anderer nicht gegenüber.

Soweit die jetzigen ungünstigen Verhältnisse eine Folge unglücklicher Zufälle sind, trägt auch eigentlich Niemand die Schuld. Ohne Verschulden scheint zum Beispiel Mexico zu sein, das durch zwei Mißernten und den Fall des Silbers in seine ungünstige wirthschaftliche Lage gelangt ist. Bei Italien scheinen neben manchen Unregelmäßigkeiten die hohen Ausgaben für Heer und Marine die Lage schwierig zu gestalten. Dagegen scheint in einigen Staaten, wie namentlich Portugal und Argentinien ein großer Theil des durch Anleihen beschafften Geldes einfach gestohlen worden zu sein. Nach dem Bericht des Herrn Edw. Gibbon Swane an ein englisches Schutzcomité von Besitzern portugiesischer Anleihen sind im Laufe der Jahre etwa 70 Millionen Lstrl. auf diese Weise in Portugal „verschwunden“. Stellt man also die Frage: **„Wer hat die Millionen eingesackt, die das deutsche Volk an den auswärtigen Anleihen verloren hat“,** so darf man nicht mit Ahlwardt (8. August) sagen, daß die jüdischen Banquiers sie gestohlen haben. Die Antwort muß vielmehr lauten: Sie sind in die Kassen der fremden Staaten geflossen. Wo sie aber gestohlen wurden, da haben **christliche Beamte** sie gestohlen, und zwar in Staaten, die nahezu judenrein sind. Zum Diebstahl aber fügten sie den Hohn. Nachdem Portugal das Geld im Sack hatte und es an das Bezahlen der Zinsen gehen sollte, da konnte man in den Blättern Lissabons heftige Angriffe gegen die „Blutsauger“ lesen, für die das portugiesische Volk sich abarbeiten müsse. Wir kennen diese Melodie ja auch von anderen Schuldnern, nur war sie gerade in diesem Fall besonders abgeschmackt, da der portugiesische Staat zu ungefähr $4^1/_2$ Prozent Geld geliehen erhielt. Die Portugiesen begnügten sich aber nicht mit Zeitungsartikeln. Sie überlegten sich, daß das Hemd einem näher sei als der Rock, daß der inländische Gläubiger theils verwandt, theils Wähler sei, der auswärtige Gläubiger hingegen gänzlich ungefährlich, da der Fremde zwar in der Türkei und Egypten, nicht aber in einem christlichen Lande eine Finanzcontrole ausübe.

Und so hatten sie den genialen Gedanken, den auswärtigen Gläubiger ungünstiger zu stellen als den inländischen. Und sie declamirten dabei in der ethischsten Weise von den fremden Blutsaugern. Hier war wieder einmal die Wirklichkeit witziger als der witzigste Mensch. Das Geld also, welches an Portugiesen verloren wurde, ist nicht von jüdischen Banquiers in Deutschland, sondern von christlichen Banquiers in Portugal gestohlen.

Das einzige, was man den Emissionsbanken vorwerfen kann, ist eine gewisse Sorglosigkeit. Aber andere Stellen tragen weit schwerere Verantwortung. Zunächst die Stellen, die das Publikum aus dem Besitz russischer Werthe herausgehetzt haben. Seit 1889 sind die russischen Papiere vielleicht die einzigen, die stark gestiegen sind. Also finanziell

---

*) Das Aequivalent für die Vermögenssteuer wird ja schon in der Gewerbesteuer gezahlt.

war der Rath schlecht. mit ihm hatte aber überhaupt die Politik angefangen, ein Wort bei den Capitalsanlagen mitzusprechen. Aus demselben Grunde, aus welchem die russischen Papiere verkauft wurden, wurden italienische Werthe gekauft — dies gab einen doppelten Verlust. Die Hochzeit unserer Prinzessin mit dem griechischen Kronprinzen trieb das Publikum in die griechischen Anleihen hinein, was ebenfalls sehr kostspielig wurde. Ebenso hat bei der verhängnißvollen Beliebtheit der Northern Pacific-Werthe das Deutschthum Villards eine Rolle gespielt.

Soviel von der Vergangenheit. Um ähnliche Zustände für die Zukunft unmöglich zu machen, hat man vorgeschlagen, den Emittenten für etwaige Verluste an auswärtigen Anleihen haftbar zu machen. Das ist natürlich Unsinn. Angängig wäre die Verpflichtung, den Uebernahmepreis der Anleihe anzugeben. Dann weiß der Käufer wenigstens, wie die Emissionsbank den geldbedürftigen Staat beurtheilt. Helfen wird es ja nicht viel. Aber es wird dann mit offenen Karten gespielt, und da kann sich Niemand beklagen.

Und nun noch eine Frage. **Was haben eigentlich die Juden mit der Börse zu thun?** Die geschichtliche Entwickelung hat es ja allerdings mit sich gebracht, daß an den meisten Börsen Europas die Juden eine weit größere Rolle spielen, als ihnen ihrer Zahl nach zukommt. Aber sie sind doch überall in der Minorität. An vielen Orten spielen sie nur eine untergeordnete Rolle, wie in Madrid, Brüssel, selbst New-York. Vor Allem giebt es **im Orient keine Börse** — außer wo Europäer in größerer Zahl sind, wie in Alexandrien und Constantinopel. In Jerusalem mit seinen 40000 Juden giebt es eine Börse überhaupt nicht. Noch mehr: **Am Getreidehandel Palästina's nehmen die Juden so gut wie keinen Antheil.** In Haifa beherrschen ihn deutsche Christen, in Jaffa, wie der dortige englische Consul berichtet, Griechen und Levantiner. Trotzdem die Juden dort ihrer Zahl nach alle Andersgläubigen (abgesehen von den Muhamedanern) weit überragen. Also zu den Rasseneigenthümlichkeiten gehören Börse und Getreidehandel jedenfalls nicht.

## Drei Katholiken über den Antisemitismus.

Ueber die antisemitische Versammlung in Münstereifel, welche wir in der letzten Nr. bereits kurz erwähnten, entnehmen wir dem „Rheinbacher Anzeiger" (26. August) die nachstehenden Einzelheiten:

Nach dem Antisemiten Breitwisch (Köln) sprach Herr Gymnasiallehrer Dr. Fischer. Da von Antisemiten das Märchen verbreitet war, Dr. Fischer werde für die Juden sprechen, so betonte Redner zunächst, daß er eher alles andere als Judenfreund sei. Nicht für die Juden, sondern für Kirche und Centrum trete er ein. Die Juden für alles Böse, für alles Elend verantwortlich zu machen, sei geradezu ein Anschlag auf die christliche Lehre, nach der nicht der Jude, sondern die Sünde die Menschheit in's Unglück gestürzt habe und noch stürze. Abgesehen davon, daß ein gottloses und ungerechtes Leben vielfach auch schon hier auf Erden seine Strafe finde, gebe es eine ganze Reihe von Lastern, die unmittelbar unser Erwerbsleben schädigten. Dazu gehörten Müßiggang, Ungenügsamkeit, Trunksucht, Spiel- und Prozeßwuth. Besonders das Spielen und das Trinken aber seien nicht etwa von den Juden nach Deutschland gebracht, sondern von Alters her dort heimisch. Wer wirklich für eine Besserung unserer wirthschaftlichen Lage sei, müsse zuerst sorgen, daß der Einzelne sich bessere; ohne Besserung des Einzelnen, ohne Rückkehr zum Christenthum sei eine Sozial-Reform ganz unmöglich, wie dies auch der Papst in seinem jüngsten Schreiben an den schweizerischen National-Rath Decurtius betont habe. Indem die Antisemiten nur von anderer Leute Schuld sprächen, nützten sie nicht nur nichts, sondern schadeten nur. Denn die von den Antisemiten fanatisirten Massen schöben jetzt alles Elend, das durch eigene Fehler und Laster herbeigeführt sei, auf die Juden und würden so nicht aufgeklärt, sondern verblendet. Für Katholiken sei dies um so schlimmer, weil diese nach der Lehre der Kirche wenigstens einmal im Jahre Einkehr in sich selbst halten müßten. Dies werde, wenn nicht unmöglich, so doch erschwert, sobald man sich daran gewöhnt habe, im Juden den Sündenbock für alles zu suchen. Das Centrum dagegen beabsichtige das Volk zu christlichen Ideen zurückzuführen und erstrebe auf diesem Wege viel mehr für die Hebung unserer Lage als die Antisemiten. Denn während diese nur die Juden zu treffen gedächten, beabsichtige das Centrum eine soziale Gesetzgebung, die auch den christlichen Wucherer an der Ausplünderung des deutschen Volkes hindere. So lange man nur gegen die semitischen Halsabschneider eifere, liege der Verdacht allzu nahe, daß schlimme christliche Elemente, die ihr Christenthum nur durch den Taufschein beweisen könnten, die Judenhetze in's Volk setzten und schürten, um ihre Volksberaubung desto ungestörter betreiben zu können. Mit dem Talmudübersetzen sei es in einer Volksversammlung ein eigen Ding, wenn weder auf der einen, noch auf der andern Seite Leute seien, die genügende Fachkenntnisse im Hebräischen hätten. Es wäre doch zu naiv, wenn jemand, wie der Vorredner durch Ablesen aus einer zweifelhaften Verdeutschung den Beweis erbracht zu haben glaube, daß die jüdische Moral gemein und niederträchtig sei. So lange große Gelehrte wie Rohling und Strack in dieser Sache uneinig seien, passe es sich nicht, daß Leute ohne jede Fachkenntniß ihr unmaßgebliches Urtheil über den Talmud abgäben. Zum Schluß wandte sich der Redner an die Versammlung mit der Bitte, nicht den Vertretern des Hasses, sondern denen der christlichen Liebe zu folgen. Die größten Männer, wie Karl der Große, Papst Gregor VII., der hl. Bernhard von Clairvaux und in neuester Zeit der unvergeßliche Windthorst seien stets entschiedene Gegner des Antisemitismus gewesen. Herr Pfarrer Frank aus Baiern sei in seinem in katholischem Geiste geschriebenen Buche zu dem Ergebniß gekommen, daß ein katholischer Priester, ja ein treuer Katholik unter keinen Umständen Antisemit sein dürfe. Darum nieder mit dem Antisemitismus, hoch das Centrum!

Darauf sprach Herr Mühlenbesitzer Rodenkirchen aus Rheinbach von seinem Standpunkte als Landwirth und Geschäftstreibender über die sog. Judenfrage. Man schelte stets über die listigen Juden, aber man sage es nie, wenn der Bauersmann durch Faulheit, Dummheit und andere schlimme Eigenschaften sich ruinire und schließlich von strebsamen und klugen Juden abhängig werde. Da werde viel Aufhebens gemacht von den sogenannten Viehverleihgeschäften; wenn der Bauer solche Geschäfte, wie sie als Beispiele angeführt würden, abschließe, dann sei wohl der Jude listig, aber der Bauer von so bodenloser Dummheit, daß er kaum Erbarmen verdiene. Man schimpfe und schelte, wenn man durch eigene Schuld in Nachtheil gerathe, man werfe den Juden gerne ihre schlimmen Eigenschaften vor, dagegen ihre guten Eigenschaften übersehe man absichtlich; mancher Deutsche aber könne vom Juden viel in Bezug auf Fleiß, Strebsamkeit und Nüchternheit, leider auch hinsichtlich strenger Erfüllung der religiösen Pflichten lernen. Er sei darauf gefaßt gewesen, Manches in dieser Versammlung zu hören; aber auf solche Ungeheuerlichkeiten, wie der Herr Redner aus Köln sie vorgebracht, sei er nicht gefaßt gewesen. Nie und nimmer könne er glauben, daß dasjenige, was besagter Herr als aus dem Talmud übersetzte jüdische Sittenlehre ausgebe, in dem Talmud enthalten sein könne. Es widerstrebe der menschlichen Vernunft und dem menschlichen Gefühl zu glauben, daß nach jüdischer Lehre die Christen keine Menschen, sondern dem Vieh gleich zu achten seien, daß die schrecklichsten Laster ihnen gegenüber gestattet seien. Er seinerseits sei so sehr davon überzeugt, daß solch' schreckliche Lehre nicht die jüdische Morallehre sein könne, daß er öffentlich erkläre, dem Herrn, der dies hier behauptet habe, 1000 M. zu geben, wenn er seine Beschuldigung vor einem competenten Kenner der hebräischen Sprache beweisen könne.

Herr Oberpfarrer Mengden wandte sich darauf an die ihn begeistert begrüßende Versammlung, um die Stellung der katholischen Geistlichen zum Judenthum zu kennzeichnen. Was man von der jüdischen Sittenlehre spreche, sei vielfach zweifelhaft, Irrthum oder Lüge. Wenn der Talmud wirklich schlecht sei, so sei er nicht mehr zu würdigen als jene häretischen (ketzerischen) Bücher, die es im Christenthum gegeben habe. Dagegen seien die jüdischen Lehrbücher für Religion und Sitte auch in strengstem katholischen Sinne hochzuachten. Die zehn Gebote Gottes, die für uns, ebenso wie für die Juden die Grundlage der Moral bildeten, seien den Juden heilig. Es komme also den antisemitischen Hetzern nicht darauf an, die Juden zu bessern, sondern Haß und Zwietracht in christliche Gemeinden zu säen, um im Trüben zu fischen, einer Partei Abbruch zu thun, die stets die Interessen der hl. Kirche und der Armen am herzhaftesten vertreten habe. Er als Pfarrer bitte die Gemeinde, Haß und Zwietracht nicht aufkommen zu lassen und den Frieden, der bisher zu aller Wohl bestanden habe, zu bewahren.

## Nachruf.

Am 24. August starb in Berlin, im 71. Lebensjahre, der Geh. Justizrath **Dr. Karl Oetker**, der ehemalige Abgeordnete, welcher besonders in den Zeiten der kurhessischen Reaction sich als ein unerschrockener Kämpfer für Recht und Freiheit bewährt hat. In dem Heimgegangenen verliert auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus einen warmen Freund. Er, der in seiner engeren Heimath die Verheerungen des Antisemitismus aus eigener Beobachtung kennen zu lernen Gelegenheit hatte, stellte sich bereitwilligst in den Dienst der Abwehrbestrebungen. Wir werden das Andenken Karl Oetkers in Ehren halten.

## Zur Abwehr.

**Die Dresdner „Deutsche Wacht“**, das Organ des Abg. Zimmermann, brachte dieser Tage folgende Notiz:

„Wie wir hören, haben die Erben des verstorbenen Bleichröder den Versuch gemacht, die bei Glöß hier erschienene Broschüre Schwerin und Bleichröder aufzukaufen und aus dem Buchhandel zu entfernen. Die Schrift giebt bekanntlich ein überaus trauriges Bild der Judenwirthschaft in Berlin, wie sie zur Blüthezeit Bleichröders unter dem jüdischen Justizminister Friedberg möglich war. Die Erben werden aber, wie wir hören, kein Glück haben. Sogenannte jüdische „Pietät“ kommt gegen deutsche Ehrlichkeit nicht auf.“

Hierzu schreibt uns Herr Oberbürgermeister a. D. Weber:

„Die Behauptung der „Deutschen Wacht“ bezüglich der Schwerin'schen Broschüre, ist eine nichtswürdige Erfindung und Lüge. Ich ermächtige Sie, zu erklären, daß weder einer der Erben noch einer der Testaments-Executoren jemals daran gedacht und noch viel weniger „den Versuch gemacht hat, die Broschüre Schwerin und Bleichröder aufzukaufen und aus dem Buchhandel zu entfernen.“ Die Erben, so wenig wie die Testaments-Executoren haben eine Veranlassung gefunden, sich mit der elenden Broschüre zu beschäftigen, die ihren Verfasser selbst in der ganzen Niedrigkeit seiner Gesinnung und seiner Zwecke charakterisirt.“

Wir haben in der Notiz von vornherein lediglich eine Reclame der schlimmsten Sorte erblickt.

**Aus dem Wahlkreise Biedenkopf**, den jetzt der nationalliberale Abg. Seyberth vertritt, wird der „Nationalztg.“ geschrieben:

„Nach einer aus dem Böckel'schen „Reichsherold“ stammenden und auch in verschiedene andere Blätter übergegangenen Nachricht wollen die Antisemiten dem Kreise Biedenkopf als Landtagscandidaten den Schriftführer des mitteldeutschen Bauernvereins Hirschel, den hier kein Mensch kennt, importiren. Im Kreise selbst ist von dieser Candidatur nichts bekannt, dieselbe würde auch, falls es überhaupt zur eigentlichen Aufstellung kommen sollte, nur dann von Bedeutung sein, wenn zunächst die Liberalen sich in ein nationalliberales und freisinniges Lager theilten, wie das beim ersten Wahlgange zu den Reichstagswahlen regelmäßig seither geschehen ist, und wenn auch von conservativer Seite ein eigener Candidat aufgestellt würde. Bei der dann eintretenden Stimmenzersplitterung wäre es allerdings vielleicht möglich, wenn auch unwahrscheinlich, daß der Antisemit schließlich gewählt würde. In Folge dessen wird es angezeigt sein, daß alle Parteien, die die demagogischen Bestrebungen des Antisemitismus mißbilligen, sich möglichst bald darüber klar werden, daß unsere den sozialen Frieden liebende Bevölkerung nicht gewillt ist, einem antisemitischen Störenfried die Thore zu öffnen. . . .“

**Zu dem Artikel „Jüdische Soldaten“** in Nr. 34 der „Mittheilungen“ wird uns von geschätzter Seite aus Frankfurt a. M. geschrieben:

„Wir hatten bei dem 2. Badischen Grenadier-Regiment drei Juden und zwar Mannheimer. Es waren dies Max Kaufmann, Gieser und David Aberle. Erstere zwei wurden wegen hervorragender Thaten mit dem eisernen Kreuz geschmückt, letzterer von dem damaligen Hauptmann Guyet vor der Front der Compagnie öffentlich belobt und auch zum eisernen Kreuz vorgeschlagen.“

**Infolge mehrerer in antisemitischen Zeitungen veröffentlichter Artikel** hatte, — so lesen wir in der „Saale-Zeitung“ — der preußische Justizminister vor einigen Wochen auf unmittelbare allerhöchste Anregung an den Oberstaatsanwalt des Berliner Kammergerichts das Ersuchen gerichtet, durch Umfrage bei sämmtlichen Staatsanwaltschaften die Fälle aus letztem Jahre festzustellen, in welchen **Geschäftsleute jüdischen Glaubens sich gegen Einkäufe besorgende Kundinnen in sittlicher Beziehung vergangen** hatten, und die diesbezüglichen Akten ihm zur persönlichen Einsichtnahme umgehend zu übersenden. Als Resultat der nunmehr abgeschlossenen Untersuchung konnte nur ein Fall namhaft gemacht werden, der genugsam erörterte Fall Joseph. Selbst der Fall Aberger, der den oben erwähnten antisemitischen Artikeln zu Grunde gelegen, mußte ausscheiden, da der verurtheilte Albert Aberger evangelischer Religion ist.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Als künftigen Führer** der vereinigten Reform-Antisemiten präsentirte sich in einer der letzten Berliner Versammlungen Prof. **Dr. Förster**. In seinem Vortrage, dem „ein letztes Wort zur Wahl in Neustettin“ und „Vorschläge über die antisemitische Taktik der nächsten Zeit“ zum Thema gesetzt war, sprach Redner für eine Einigung aller Antisemiten unter Ausschluß der Stöcker'schen Richtung. Große Befriedigung gab Förster über verschiedene Zuschriften zu erkennen, die ihm das Einverständniß der Absender mit seinen in der „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlichten „Leitsätzen“ ausdrückten. Besonders ein Schreiben erregte die Freude des Herrn Professor, denn in ihm war ziemlich unverblümt gesagt, daß den bisherigen antisemitischen Größen das Führertalent abgehe, und daß jetzt erst mit dem Eintritt des Herrn Dr. Förster der große Moment gekommen sei, der die Antisemiten Deutschlands nach der glücklich beendeten führerlosen Zeit endlich zum Kampf und auch zum Siege bringen muß. In dem von Dr. Förster verlesenen Schreiben kommt folgende charakteristische Stelle vor: „Die Antisemiten brennen vor Muth und Kampfbegierde, sie wollen gegen den Feind geführt werden, um zu kämpfen und zu siegen. Wo sind die Führer, die sich an die Spitze setzen können?“ — Dieser Frage folgte eine Antwort, die Herr Dr. Förster aus „Bescheidenheit“, wie er sich ausdrückte, nicht verlas. Die Zuhörer verstanden aber, wer der neue Generalissimus der antisemitischen Heerschaaren sei und klatschten demselben Beifall, bedachten in dem Augenblick aber wohl nicht, wie groß das Armuthszeugniß war, das sie damit den anderen kleinen und großen Führern ihrer Bewegung ausstellten. — Der weitere Verlauf der Versammlung bot nichts Interessantes, es war ein Abklatsch der alten Zänkereien zwischen den Antisemiten der einzelnen Richtungen; hervorzuheben ist nur, daß Dr. Förster sich den Freiherrn v. Langen abschüttelte, der zwar Freiherr, aber kein freier Mann sei. Ferner stellte Förster die dreiste Behauptung auf, daß die Sozialdemokraten in Bochum zu den bekannten Störungen der Förster'schen Versammlung von den Juden gekauft worden seien!!

**Das „Volk“** bedauert, daß Förster eine seiner Reden mit folgenden Worten schloß: „Und nun, meine Herren, gehen Sie hin. Der alte Gott sehe auf Sie herab. Er leihe Ihnen seinen Segen zum Zustandebringen eines ehrlichen Werkes zum Wohle des Vaterlandes! Amen!“ Das Stöcker'sche Organ meint: „Im Munde eines, wie der deutschsoziale Dr. Tesdorpf sagt, „Vertreters des aufgeklärten Freidenkerthums“, eines Mannes, der selbst nicht an Gott glaubt, nehmen sich solche Worte sehr sonderbar aus. Herr Dr. Förster sollte den Gebrauch solcher Redewendungen vermeiden, die auf den unerquicklich wirken müssen, der weiß, daß Herr F. den Gott, dessen Segen er anruft, für nicht vorhanden hält.“

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß Herr Stöcker im vorigen Jahre bei der Reichstagsersatzwahl in

Auerbach die Candidatur dieses „Gottesleugners“ rednerisch unterstützt hat.

**Liebermann von Sonnenberg und Ahlwardt.** Aus Lehe, 24. August, wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Der 19. hannoversche Wahlkreis erfreut sich einer besonders eifrigen Bearbeitung von seiten der Antisemiten. Der Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hielt hier gestern Abend einen Vortrag über „die goldene (jüdische) und die rothe (sozialdemokratische) Internationale“, aus welchem eine Aeußerung über den Reichstagsabgeordneten Ahlwardt von weiterm Interesse sein dürfte. Auf einen Zwischenruf „Ahlwardt“ antwortete der Redner mit folgenden, in erregtem Tone gesprochenen Worten: „Ich gebe Ihnen den Ahlwardt preis! Ahlwardt ist auf dem besten Wege, Sozialdemokrat zu werden! Ich schenke ihn Ihnen, ich mache nicht den geringsten Anspruch auf ihn! Von seinem ersten Auftreten bis zu diesem Augenblicke bin ich sein entschiedenster Gegner gewesen! Sein Auftreten halte ich für ein Unglück für unsere Bewegung, aber für ein natürliches. Wie beim Strome, nachdem er reißend in die Ebene geflossen ist, die Schmutzstücke (!) nach unten sinken, oben aber das klare Wasser bleibt, so auch hier! Man darf etwas nicht nach dem Unrath (!) beurtheilen, der in den großen Städten mit der gesunden Bewegung emporgewirbelt wird!“ Die Versammlung spendete diesen Ausführungen lauten und anhaltenden Beifall.

**Ingenieur Carl Paasch** ist am 29. August aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Entlassung ist durch einen Beschluß der Strafkammer auf Grund jenes ärztlichen Gutachtens bewirkt worden, durch das man Paasch gerichtlich für verhandlungsunfähig erklärte.

**Ein „schlichter, ehrlicher Handwerker“** richtet an die „Antisemitische Correspondenz“ eine Zuschrift, worin er, obwohl strammer Antisemit, eine Reihe von Punkten anführt, in denen er mit dem Blatte nicht übereinstimmt. Unter Anderem sagt er: „. . . Aber die Bodenreformerei will mir nicht in den Kopf, **ebenso wenig wie der Unsinn von dem Blut-Mysterium. Es glaubt's doch keiner!**“

Und was hat die Redaction darauf zu erwidern? — „Auch das Blut-Mysterium hat seine ernste Bedeutung, wenn auch so Mancher heute noch nicht daran glauben kann. Das Glauben lernt sich, wenn der Ernst des Lebens mit dreinredet.“

In diesen Sätzen kommt die ganze Frivolität, mit welcher die antisemitischen Wortführer die Frage des „Ritualmordes“ in die Welt gesetzt haben und behandeln, zum Ausdruck

**Die „Dresdner Nachrichten“** haben Ahlwardt jüngst heftig angegriffen (s. „Mittheil.“ No. 32, S. 307). Dabei passirte ihnen das Unglück, den Prozeß Manché zu erwähnen, der auch bewiesen habe, daß Ahlwardt ein Lump sei. Dieser Prozeß fand nun im October 1891 statt. Also im **October 1891** war der Prozeß, in dem Ahlwardt nachgewiesen wurde, daß er Ordensschacher vermittelte; im **Juli 1892** jubeln die „Dresdner Nachrichten“ Ahlwardt zu und am **25. August 1893** erinnern sie sich plötzlich des alten Prozesses Manché und nennen Ahlwardt einen Lumpen! War im Jahre 1892 das Gedächtniß des Dresdner Annoncenblattes so schwach, daß es den Prozeß Manché total vergessen? Ist es nicht gewöhnlicher Opportunismus resp. Geschäftsantisemitismus, der in den „Dresdner Nachrichten“ die Artikel schreibt? Und das wagt über die corrumpirte „Judenpresse“ zu schimpfen!

**Stöcker's Freunde in Siegen.** Bekanntlich haben eine Reihe der Häupter der Stöckerpartei in Siegen in Börsenspeculationen Unsummen verloren. Neben dem Herrn Fuchs in Siegen soll auch, wie uns mitgetheilt wird, Herr Brüggemann betheiligt sein. Bezeichnend ist ein Ausspruch des Herrn Fuchs. Als ein Herr, der durch ihn Hunderttausende verloren hat, ihm heftige Vorwürfe machte, gab der fromme Herr zur Antwort: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen!“ — Seltsames Christenthum, das zur Drapirung von Börsenspeculationen gebraucht wird!

**Von den „Denunziationen“** der „Judenblätter“ ist in antisemitischen Zeitungen immer die Rede, wenn die Namen von Antisemiten veröffentlicht werden. Daß die Antisemitenblätter hingegen von wirklichen Denunziationen von Juden strotzen, dafür haben wir oft genug Beispiele angeführt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein Antisemitenblatt die Handlungsweise irgend eines Juden mit Namensnennung lang und breit bespricht, um ihn in seiner persönlichen oder geschäftlichen Sphäre anzugreifen. Das Stöcker'sche „Volk“ steht hierin unübertroffen da. Deswegen ist es interessant, wenn der Abg. Cremer, selbst conservativ und Antisemit, dem „Volk“ „verächtliche Denunziation und gehässige Verhetzung“ vorwirft. Die Herren müssen sich ja am besten kennen!

**Wilhelm Marr ein Judensproß!** Einem Artikel des Dr. Ad. Jellinek aus Wien in der „Israel. Wochenschrift“ (25. August) entnehmen wir die folgende interessante Mittheilung: „Wilhelm Marr, ein Antisemit älteren Datums, hat viel gegen die Juden gesündigt, sich aber in der letzten Zeit vom antisemitischen Markte zurückgezogen, mit dem Versprechen, Enthüllungen über das Getriebe der Antisemiten zu liefern. Er ist der Sohn des jüdischen Schauspielers Marr, der im Leipziger Theater mit großem Beifall in den 40er Jahren spielte. Einmal trat er in Cumberland's „Juden“ auf und ich schrieb in dem von mir in Leipzig redigirten „Sabbath-Blatt“ ein lobendes Referat. Hierauf besuchte er mich, um mir zu danken. Er hätte es für unmöglich gehalten, daß sein Sohn gegen die Juden auftreten werde!“

## Vermischtes.

**Folgende zeitgemäße Notiz** findet sich in der August-Nummer des „Aerztl. Vereinsblattes“, No. 262, 1893, S. 430:

„Aus dem Städtchen S. wird uns mitgetheilt, daß ein dortiger Arzt die Impfscheine, welche er ausstellt, unterzeichnet:

Dr. . . . . . ., christlicher Impfarzt.

Ob das christliche Glaubensbekenntniß des Impfenden für die bessere Schutzwirkung geltend gemacht werden soll?“

**Die Bezeichnung „Antisemit“** hat das Landgericht Breslau als eine **Beleidigung** angesehen. Es verurtheilte den Kaufmann Ohnstein zu 20 Mk. Geldstrafe, weil er den Gerichtsvollzieher Kaschubeck mehreren Bekannten gegenüber als Antisemiten bezeichnet hatte.

**Antisemiten im Conflikt mit den Strafgesetzen.** III. Zuerst haben zwei Häupter der Leipziger Antisemiten dieser Tage die „Verjudung des Rechts“ an eigenem Leibe fühlen müssen.

Der Antisemit William Wauer, der frühere Besitzer der „Neuen deutschen Zeitung“, der sich schon seit längerer Zeit auf der Flucht befindet, um sich einer gegen ihn verhängten zweimonatlichen Gefängnißstrafe zu entziehen, wird jetzt auch vom Leipziger Landgericht wegen zweier Wechselforderungen steckbrieflich verfolgt.

Der Leipziger Verlagsbuchhändler Karl Minde, der eine ganze Reihe antisemitischer Schriften verlegt hat, bestellte am 15. Februar d. J. bei dem Buchdruckereibesitzer B.

in Erfurt den Satz und Druck einer drei Bogen starken Broschüre von Dr. A., betitelt „Bekämpfung der Uebervölkerung und der Verarmung." Vereinbart wurde Bezahlung nach Lieferung. B. übernahm den Auftrag, ohne sich nach der Finanzlage M.s zu erkundigen, und lieferte am 7. März die Bogen. Den Betrag dafür (60 Mark) erhielt er jedoch nicht, sondern M. ließ vielmehr alle Mahnbriefe ohne Antwort M., der im letzten Jahre über 20mal wegen Forderungen von 8 bis zirka 100 Mk. erfolglos ausgepfändet wurde, behauptet, durch die Confiscation der bei ihm erschienenen Paasch'schen Broschüre, „Eine jüdische Gesandtschaft", circa 5000 Mk. Schaden gehabt zu haben. Dadurch sei er so nervös und finanziell zerrüttet worden, daß er am 15. März von Leipzig wegzog und nach Loschwitz sich wandte. B. hat auch bis heute noch nichts von seiner Forderung erhalten. Infolgedessen wurde M., der schon wiederholt wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und auch schon wegen Betrugs vorbestraft ist, wegen Creditbetrugs zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Fritz Bösenberg, der antisemitische Redacteur des „Badischen Volksboten" ist wegen Beleidigung des Justizraths Dr. Berthold Geiger in Frankfurt a. M. zu 40 Mk. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt worden. (Bad. Volksbote 29. 7.) — Wegen Beleidigung zweier Ausländer, die er für Juden ansah, wurde der Secretär im Reichsversicherungsamt P. Altag zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt (Voss. Ztg. 21. 7.)

Der seit einiger Zeit spurlos verschwundene Hauptagitator der christlichsozialen Partei in Baden (in Oesterreich), Schuhmachermeister Franz Meittner, wird wegen Betruges und Wechselfälschung steckbrieflich verfolgt.

Der Privatbeamte Peter von Mitis, eine der antisemitischen Vereinsgrößen Böhmens, wurde am 20. December v. J. aus Prag flüchtig, nachdem er der Speditеurfirma Schenker und Comp. einen Betrag von mehr als fl. 2500 defraudirt hatte. Am 24. Juli kehrte er nun zurück und stellte sich freiwillig der Behörde. („Neuzeit" 4. 8. 93.)

Pater Eichhorn, der Pfarrer von Flörsdorf, der Gründer der christlichsozialen Partei in Oesterreich, ist Gegenstand einer Disziplinar-Untersuchung geworden, die sich mit seinem hier nicht zu erörternden Verhältniß zu einem schulpflichtigen Mädchen befaßt. Man hatte seine Entfernung von der Höfleiner Ortsschule verlangt und das Consistorium gab der Forderung nicht nur nach, sondern verfügte, daß Eichhorn überhaupt nicht mehr als Religionslehrer an Schulen thätig sein dürfe. Es ist jener Pater Eichhorn, der öffentlich geäußert hat, er würde keinem Beichtenden, der einen Juden bestohlen, die Absolution verweigern. (Oestreich. Wochenschrift. No. 31. S. 582. 1893.)

**Eine antisemitische Grabrede** hat, wie man der „Freis. Ztg." (29. August) mittheilt, vergangenen Sonntag der Pfarrer des Ortes Bohndorf bei einem Leichenbegängniß in Grünau zur allgemeinen Entrüstung der Zuhörer in Ausübung seiner seelsorgerischen Befugnisse gehalten. Es handelte sich um das Begräbniß eines jungen Mädchens, das kürzlich zusammen mit einem anderen Mädchen durch ein Bootsunglück bei Grünau um das Leben gekommen ist. Den zufälligen Umstand, daß die männlichen Begleiter der Mädchen bei der Ruderfahrt, die nachher zur Collision mit einem Dampfer führte, jüdischen Glaubens waren, nutzte der Herr Pastor in überaus gehässiger Weise zu einer antisemitischen Hetzpredigt aus, in welcher er der Tonart der antisemitischen Versammlungsredner von der Pestbeule des Judenthums am Körper der deutschen Nation, von jüdischer Ausbeutung u. dergl. sprach. Zugleich verband er damit Schimpfereien auf die Presse wegen der verschiedenen Commentare, die von einigen Blättern an den Leichenbefund geknüpft waren. Daß unter diesen Umständen von einer Andacht bei dem Leichenbegängniß nicht die Rede sein konnte, ist selbstverständlich.

Die „Berl. Ztg." stellt den Vorgang wie folgt dar: Der noch jugendliche Prediger heißt Rochow. Der Prediger erging sich in seiner Grabrede in einer sehr bedenklichen Aufreizung gegen die Anhänger jüdischen Glaubens, denen er in der Allgemeinheit besondere Lüsternheit vorwarf, und zwar Lüsternheit nur gegen Mädchen anderen Glaubens, um, wie der Herr Pastor sagte, „andere Nationen mit Koth zu besudeln, nur damit sie rein bleiben." Sodann erließ der Pastor einen förmlichen Aufruf zur Rache und Verfolgung, indem er sagte: „Es giebt noch einen Rächer im Himmel! Einen, der heute beerdigt wurde (Boas), hat die Strafe bereits ereilt; die anderen beiden, die gleich dieser Todten tot liegen müßten, wird sie noch treffen, und wenn nicht an ihrem eigenen Leibe, so doch an ihrem Leib und Blut." Alsdann soll sich Herr Rochow an den jugendlichen Bruder der Verstorbenen mit den Worten gewandt haben: „Du mein Sohn, wachse heran und räche Deine Schwester."

Man mag über den Unglücksfall selbst denken, wie man will, und wirklich als erwiesen annehmen, daß dort an der Moral gefrevelt worden ist, obschon bisher nur Vermuthungen laut wurden; auf keinen Fall kann jemand, der auch nur die Spur von Einsicht besitzt, daraus eine unglaubliche Beschuldigung gegen eine ganze Religionsgemeinschaft herleiten, und vor allem ist es überaus unpassend, derartiges am Grabe vorzubringen. Ein Prediger der Nächstenliebe, der am Grabe Rache predigt, ist zweifellos den Anforderungen seines Amtes nicht gewachsen. Die Pfarrer haben aber auch im Allgemeinen durchaus keine Ursache, in pharisäischem Tone das Judenthum einer besonders großen Sinnlichkeit zu zeihen. Denn in den letzten Jahren hat in bedauerlicher Weise gerade das evangelische Pfarrerthum einen relativ großen Prozentsatz zu den Sittlichkeitsverbrechern gestellt. Es wird keinem Menschen einfallen, deshalb nun allgemein den Stand der Pfarrer zu verunglimpfen; die Pfarrer sollten in gleicher Weise aber auch ihrerseits sich nicht anmaßen, ohne Grund ganze Klassen der Bevölkerung zu verurtheilen.

**Der Preußenhaß der bayrischen (antisemitischen) Volkspartei.** Die bayrischen Antisemiten haben sich von ihren Gesinnungsgenossen im Reich, weil diese der Militärvorlage zugestimmt haben, getrennt und eine „bayrische (antisemitische) Volkspartei" begründet. Gegen den lärmenden und anmaßenden **Berliner** Bierbank- und Radau-Antisemitismus, das, **wie das dortige großsprecherische Wesen überhaupt**, nur zu oft jeden Zug von geistiger Tiefe und sittlichem Ernst vermissen lasse, wurde Verwahrung eingelegt. — Hier vermischt sich der Antisemitismus mit dem bayrischen Preußenhaß, wie in Böhmen und Rußland mit dem Deutschenhaß.

**Die Antisemiten über das Futterausfuhrverbot.** In der „Oesterreich. Wochenschrift (Nr. 31) lesen wir:

In dem Leitartikel vom Samstag, den 29. Juli, schreibt das (antisemitische) „Deutsche Volksblatt":

„Für das Futterausfuhrverbot, für das sich die Großgrundbesitzer einsetzen, hatte man die Regierung im Handumdrehen gewonnen. Gerade dabei hat es sich wieder gezeigt, daß die feudalen Großgrundbesitzer sich keinen Augenblick besinnen, die Regierung zu ihnen günstigen Maßregeln zu drängen, wenn dadurch auch die gesammte ländliche Wählerschaft des Hohenwart-Clubs in ihren Interessen auf's Schwerste geschädigt wird. Die Herren nehmen ihre Interessen wahr und nur diese."

In der Nr. vom 30. Juli schreibt der (gleichfalls antisemitische) „Oesterr. Volksfreund" unter der Spitzmarke:

„Das Viehfutterausfuhrverbot und die jüdischen Händler." „Das Futterausfuhrverbot hat unsere Getreide- und Produktenhändler in hochgradige Aufregung versetzt. Mit allen Mitteln und von allen Seiten, von der willfährigen, jüdischen Einflüssen leicht zugänglichen ungarischen Regierung angefangen bis herab

zur jüdischen Börsenpresse, haben sie gearbeitet, um, da sich das Verbot nicht aufhalten ließ, doch wenigstens einen Aufschub des Giltigkeitstermines oder doch eine solche Auslegung desselben zu erzielen, die einer Umgehung des Verbotes gleichgekommen wäre."

„Diese Hebräer machen sich eben kein Gewissen daraus, wenn sie durch ihre Spekulationen ganze Bevölkerungsklassen schädigen."

„Unter den cisleithanischen Gegnern des Ausfuhrverbots war auch die niederösterreichische Landwirthschafts-Gesellschaft. Wer deren Zusammensetzung kennt und die Beziehungen vieler ihrer Mitglieder zu den jüdischen Mächten zu würdigen weiß, wird sich über eine solche, vielleicht sogar unfreiwillige Gegnerschaft nicht wundern. Ein braver Gutsverwalter oder Pächter wird stets auf die Interessen seiner Herrschaft sehen."

Da nun das „Deutsche Volksblatt" über das Futterausfuhrverbot so fürchterlich Lärm schlägt und dem Hohenwart-Club deswegen die Freundschaft kündigt, so muß dieses Organ jedenfalls von der „Alliance israélite" subventionirt sein.

**Zur Charakteristik der wenig wählerischen Mittel,** mit welchen die Gegner des **Schächtens** vorgehen, lassen wir folgendes Pröbchen folgen. Unter dem Titel „Lügen haben kurze Beine!" bringen die schweizerischen Blätter Folgendes:

Das Centralcomité der Thierschutzvereine von Zürich, Bern, Aargau und Luzern verbreitet in den katholischen Gegenden einen Aufruf, wonach mehrere katholische Bischöfe und Erzbischöfe Deutschlands mit ihren Namen einen Aufruf an's Volk erlassen, worin sie die Ueberzeugung aussprechen, daß das Gefühl aller guten Menschen durch die Massenthierfolter, wie sie beim Schächten ohne Betäubung stattfindet, verletzt werde und darum die Bestrebungen der Thierschutzvereine zur Beseitigung der ganz unnöthigen Thierquälereien in jeder Weise unterstützt werden sollten.

Von den im Aufrufe genannten Bischöfen sind die Bischöfe Stumpf von Straßburg und Hefele von Rotenburg gestorben. Von den übrigen 5 Bischöfen und Erzbischöfen hat das Centralcomité für Bekämpfung der Initiative auf gestellte Anfrage hin folgende Antworten erhalten:

Starnberg, den 16. August, 11 Uhr 20 Min. Erzbischof Thoma (München) hat zu folgender Erklärung ermächtigt: Weder ist Anfrage an mich gelangt, noch weiß ich etwas von der Schächtsache.

Mainz, den 16. August, 12 Uhr 40 Min. Bischof Haffner erklärt, daß er niemals über das Schächten sich auszusprechen Veranlassung gehabt habe. Der Herr Bischof ermächtigt mich zur Mittheilung dieses genau seine Worte wiedergebenden Dementis. Dr. Bondi.

Niedermendig, den 16. August, 3 Uhr 40 Min. Bischof Korum (Trier) hat weder Aufruf unterzeichnet, noch sonst sich mit der Frage befaßt. Im Auftrag: Willms, Secretär.

Breslau, den 16. August, 5 Uhr 40 Min. Cardinal Kopp telegraphirt von Johannisberg: Habe keine Erinnerung von solchem Aufruf oder meiner Unterschrift. Cardinal Kopp.

## Der Antisemitismus.

Von **Enrico Ferri.**

(Fortsetzung.)

Diese Unterscheidung zwischen der spontanen, instinctiven, unbewußten und sozusagen sporadischen Form des Antisemitismus, die seit Jahrhunderten besteht, aber im Stadium eines unbestimmten und weniger intensiven Gefühles stehen geblieben ist, und der reflexiven, bewußten, epidemischen Form des Antisemitismus, die erst seit wenigen Jahren das Stadium einer bestimmten Idee und sogar eines politischen Programms erreicht hat, dient nicht dazu, die Diagnose über die Ursachen des Antisemitismus zu vervollständigen, sondern auch, um der Prognose über dessen muthmaßliche Evolution in der nächsten Zeit den Weg zu bahnen.

Die vorwiegendsten Ursachen, die von den Beobachtern des Antisemitismus angeführt wurden, sind folgende:

Die Racenverschiedenheit zwischen den Juden und den Europäern des indo-germanischen Stammes, die auch in dem verschiedenen physiognomischen Typus einen leicht begreiflichen Stützpunkt und Ausgangspunkt für die Empfindung der Abneigung bietet;

die Religions-Verschiedenheit oder besser die religiöse Verwandtschaft, denn man weiß, daß der Haß zwischen Verwandten immer furchtbarer ist als zwischen Nichtverwandten;

der Neid wegen der aufgehäuften Reichthümer der Juden, die in Folge ihrer höheren Intelligenz, Schlauheit und physio-psychologischen Widerstandsfähigkeit die mittelalterlichen Verfolgungen zu überleben vermochten;

die Eifersucht wegen der höheren intellectuellen Stärke und der beharrlichen Willenskraft, welche die Juden als eine durch die künstlichen Selectionen der Verfolgungen epurirte Race in fast allen Zweigen des menschlichen Wissens und Wirkens, vor Allem aber in den finanziellen Unternehmungen, bekunden;

die Antipathie gegen so manche Gewohnheiten und Eigenheiten der Juden, welche eben deren Fehler in ihren natürlichen Fähigkeiten und das historische Ergebniß des Lebens darstellen, zu dem sie durch Jahrhunderte verdammt waren. Zu diesen besonderen Eigenheiten gehören: das nicht seltene Fehlen an persönlichem Muthe, der Geiz, die Erfahrung im Wucher, die Solidarität unter einander gegenüber den Andersgläubigen, gewisse familiäre und persönliche Gebräuche u. A. m.

Diese Ursachen erklären allerdings zur Genüge das Bestehen des Antisemitismus in seiner spontanen und vereinzelten Form, aber sie geben keine genügende Erklärung für dessen reflexive, collective und politische Form. Sie geben uns höchstens einen Beweis für dessen ungeheuer rapide und stürmische Entwicklung; denn ein weiteres soziologisches Gesetz lautet dahin, daß keine psychische Collectiv-Bewegung eine umwälzende Kraft erlangen kann, wenn sie nicht durch Gefühle und Empfindungen genährt wird, die vielleicht unbemerkt und nur schwach wirken, aber sehr verbreitet sind und seit langer Zeit in der Seele der einzelnen Individuen Wurzel gefaßt haben.

Trotzdem braucht es, damit diese Empfindungen das sporadische, individuelle Stadium überschreiten und eine collective, kräftige, epidemische Form annehmen, irgend einer andern Ursache als der genannten, einer Ursache, welche die vorhin erwähnte Diagnosis noch nicht genügend zu erklären vermocht hat.

Diese specifische Ursache jenes Antisemitismus, den wir den politischen Antisemitismus nennen wollen, muß man, meiner Meinung nach, jener Art geistiger Strategie zuschreiben, ohne welche sich oftmals die rasche Verbreitung so mancher sozialen Bewegung nicht erklären ließe.

* * *

Ich möchte zum besseren Verständniß dieser Behauptung ein Beispiel aus meinen besonderen Studien über Criminal-Soziologie nehmen.

Ein wirklich seltsames historisches Phänomen unserer Zeit ist der enorme Erfolg, den die Systeme der Zellengefängnisse seit ungefähr fünfzig Jahren aufzuweisen haben. Denkt man nur ein wenig darüber nach, so wird man sicherlich sofort die ganze Absurdität eines solchen sozialen Vertheidigungsmittels gegen die Delinquenten begreifen, und daß sich kein größerer Widerspruch denken ließe, als eben dieses System gegenüber den Zwecken, die ihm zugeschrieben werden. Man sagt, man wolle die moralische Besserung des Schuldigen vollziehen und kerkert einen Menschen in einer Zelle ein und verdammt ihn so für Monate und Jahre zu einer vollstän-

digen Isolirung. Da aber der sociale Instinct eine der fundamentalsten Empfindungen des menschlichen Gemüthes und der Urquell jedes sittlichen Gefühles im Menschen ist, wie kann es also möglich sein, einen Menschen dadurch zu bessern, daß man ihn der menschlichen Gesellschaft entzieht?! Die einzige sichere Wirkung der Zellen-Absonderung besteht — möge dies auch noch so oft offiziellerseits geleugnet werden — im Stumpfsinne und im Siechthum.

Und wie kann man wohl hoffen, daß ein Mensch, nachdem er in einem derartigen Zustande Jahre hindurch lebendig begraben gewesen und sich physisch und geistig aufgelöst hat, sich dann, nach Ablauf der ihm zugeschriebenen Strafe, wenn er den Kerker verläßt, inmitten von Versuchungen aller Art, jedweden Anhaltes bar und seiner Energie beraubt, zur socialen Atmosphäre zurückkehren könne, ohne von neuem dem Verbrechen in die Hände zu fallen? Nicht zu sprechen von den enormen Kosten, welche die Zellengefängnisse dem Staate verursachen, ohne daß man hierbei den Verkehr der Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt zu verhindern vermöchte, und die eine fortwährende Insulte gegen die vielen armen ehrlichen Leute sind, für die der Staat nicht einen rothen Heller verausgabt, um ihnen bewohnbare Räume zu sichern.

Und während sich die Gesellschaft nicht bemüßigt sieht, ehrlichen Arbeitern eine tägliche Beschäftigung zu sichern und sie in Folge unfreiwilliger Arbeitslosigkeit dem Hungertode preisgiebt, sieht sich der Staat veranlaßt, jeden Menschen, der ein Verbrechen begangen hat, sofort kostenlos unter Dach zu bringen, zu bekleiden und zu ernähren!

Und welch einen Riesenerfolg haben die Systeme der Einzelhaft trotz dieser und vieler anderer in die Augen springender Absurditäten aufzuweisen!

In ihrer instinctiven und sporadischen Form sind sie eigentlich schon sehr alt: das San Michele-Gefängniß in Rom und jenes von Gent sind Beweise hierfür. Aber in ihrer reflexiven und epidemischen Form sind diese Strafsysteme vor ungefähr fünfzig Jahren aus Nordamerika zu uns gekommen und haben sich sehr rasch über ganz Europa verbreitet, ungeachtet der großen Geldopfer, die den ehrlichen Bürgern auferlegt wurden, um die Verbrecher glänzend zu versorgen, nachdem sie den Schaden von deren Missethaten ertragen mußten.

Woher kommt das? Meiner Ansicht nach in Folge jener geistigen Strategie, auf die ich kurz vorhin hingewiesen, kraft welcher durch die dominirenden Klassen jene Ideen und Institutionen begünstigt werden, welche trotz ihrer scheinbaren Neuheit in Wirklichkeit in den Stamm irgend einer älteren Idee oder Institution eingepfropft sind und denselben verjüngen, allerdings zumeist, ohne daß sich die Menge dieser Thatsache bewußt wird; aber sie sind im unbemerkten Widerspruch mit irgend einer neuen Idee, die man dadurch unwirksam zu machen trachtet, daß man von ihr die öffentliche Aufmerksamkeit und die Macht der gemeinsamen Bestrebungen ablenkt.

Das System der Zellengefängnisse fand so großen Beifall bei den herrschenden Klassen, eben weil es ein Pfropfreis im alten Stamme des religiösen Cultes ist, welchen heute noch sehr viele Leute irrthümlicherweise für ein wirksames Mittel zur Vermeidung der Verbrechen halten, trotzdem man täglich beobachten kann, daß die schlimmsten Verbrecher mit aufrichtigem Eifer die Ausübung der religiösen Gebräuche vollziehen.

Einen evidenten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung giebt der Umstand, daß die Monumental-Bauten der Zellengefängnisse deshalb so großen Erfolg hatten, weil man sie für Besserungshäuser auf religiöser Grundlage betrachtet, mit den Gebräuchen, dem Cultus, der Disciplin und sogar der Architektur der mittelalterlichen Convente.

* *

Genau so verhält es sich auch mit dem politischen Antisemitismus, der einerseits nichts Anderes ist, als eine Art „Lebenselixir" oder „Brown-Sequard-Injection", durch welche man das religiöse Gefühl — ebenfalls ein Regierungs-Instrument — bei den christlichen Völkern kräftigen und verjüngen will, andererseits aber eine Art „Ausführungsgefäß" für den Socialismus, durch welches man die Aufmerksamkeit der Massen von diesem höchsten der Ideale abzulenken oder doch wenigstens als gegen die Juden allein gerichtet zu beschränken trachtet.

Eine Thatsache von größter Wichtigkeit bestätigt diese Behauptung, nämlich die, daß der latente und sporadische Antisemitismus mehr oder weniger in jedem europäischen Staate zu finden ist, während der epidemische und politische Antisemitismus sich blos in jenen Ländern entwickelt hat, in welchen die sozial-politischen Reformbewegungen (Social-Demokratie in Deutschland, Nihilismus in Rußland) wirksam bestehen, und die antisemitische Propaganda dort keinen fruchtbaren Boden findet, wo der Socialismus auf einer niedrigeren Stufe der Entwicklung steht wie in Italien, Spanien und auch in England.

Noch mehr. Die Länder, in welchen der politische Antisemitismus eine große Verbreitung erlangt hat, sind auch jene, in welchen das christliche Religionsgefühl genügende Lebensfähigkeit besitzt, um eine Kräftigung des ersteren zu ermöglichen. In den katholischen und lateinischen Ländern aber, in welchen das religiöse Gefühl sich auf eine starre und senile Form von geistigen und socialen Gewohnheiten reducirt, findet auch der Same des Antisemitismus nicht den günstigen Boden, um tief und erfolgreich Wurzel fassen zu können.

(Fortsetzung folgt.)

## Briefkasten.

**Dr. L. in B.** Auf eine Anfrage des Abg. Rickert in der Abgeordnetenhaussitzung vom 13 Februar erklärte der Cultusminister, er habe die jüdischen Religionsbücher einem dazu ganz besonders befähigten Schulaufsichtsbeamten in der Provinz geschickt und ihn beauftragt, sie sorgfältig durchzustudiren und ihm das Resultat seiner Arbeit vorzulegen. Sobald das Resultat dieser Prüfung bei ihm vorliegen werde, werde er dasselbe, sei es im Landtage, sei es sonst, öffentlich bekannt geben. — Bis jetzt ist diese Publication nicht erfolgt.

**Dr. M.** Levin Schücking entstammt einer alten katholischen westfälischen Familie. Der Vorname ist dort in den katholischen Familien beliebt.

### Briefkasten der Expedition.

**Dr. M.** Als Drucksache kann man für 30 Pfg. etwa 42 „Mittheilungen" versenden. In ein Postpacket gehen etwa 230 „Mittheilungen". Bei Bestellungen bitten wir anzugeben, ob eine Drucksachensendung oder ein Postpacket gewünscht wird. Ein Postpacket kostet 50 Pfg. Porto und 15 Pfg. Verpackung.



Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 37. Berlin, den 10. September. 3. Jahrg. 1893**

## An unsere Leser.

Unser Verein und unsere Zeitung konnen nicht Alles thun, die Arbeit unserer Mitglieder muß ergänzend eintreten. Wir richten an unsere Mitglieder **nicht nur die Bitte: Werbet Mitglieder, werbet Abonnenten, sondern auch: Seid selbstständig thätig.**

Wie eine solche Thatigkeit im einzelnen stattzufinden hat, dafür lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen. Wir meinen, wer Liebe zur Sache hat, wird den richtigen Weg schon finden. Was aber speziell die Frage betrifft, wie unsere Arbeit an den **„Mittheilungen“** zu ergänzen ist, so können unsere Leser uns doppelt helfen

Zunächst, indem sie uns Material senden, natürlich nur geprüftes Material und keinen Klatsch, sei es in fertigen Artikeln, sei es in Form von Notizen. Unsere Leser sollen aber nicht nur helfen, **das Material zu beschaffen**, sondern es zu **verwerthen**. Unsere Leser sollen dafür sorgen, daß das **zuverlässige Material**, das wir ihnen bieten, auch in weiteren Kreisen Eingang findet, sei es durch Verarbeitung zu Flugblättern, die dem Charakter des betreffenden Landestheiles angemessen sind, sei es durch **Aufnahme in die Provinzialpresse.**

Besonders wichtig ist eine solche Thatigkeit, wo der Antisemitismus noch nicht festen Boden gefaßt hat, oder wo Vorwürfe, die eine Zeit lang geruht haben, von Neuem Bedeutung erlangen.

Natürlich kann nicht alles Material in so mundgerechter Form dargeboten werden. **Um aber jeden Leser in den Stand zu setzen, die in den „Mittheilungen“ zerstreuten Notizen und Thatsachen zu verwerthen, geben wir am Schluß des Jahres ein nach Stoffen geordnetes Inhalts-Verzeichniß aus.** Jeder Leser, der die „Mittheilungen“ sich aufbewahrt, erhält durch das Verzeichniß eine Art Archiv, das ihn in den Stand setzt, über wichtigere Punkte sich selbst und anderen Auskunft zu geben.

---

## Die Antisemiten und die medicinische Wissenschaft.

Den antisemitischen Hetz- und Winkelblättern geht der Stoff aus. Nachdem sie mit der ewig wiedergekäuten Ritualmordbeschuldigung und mit der steten Wiederholung, daß „Christ“ gleichbedeutend mit „Akum“ (Sternanbeter und Götzendiener) sei, ihr eigenes Publikum höchlichst zu langweilen beginnen, suchen sie in den entlegensten Winkeln nach neuer Unterhaltung für ihre Leser. Jetzt müssen in der „Schlesischen Morgenzeitung“ vom 26. August in einem Artikel „Judenthum und Hochschulwesen“ sogar die Stilübungen einiger längst vergessener Professoren der Breslauer medicinischen Fakultät vom Jahre 1847 herhalten. Diese Professoren (Barkow und Benedict) gebrauchten in ihren vom Ministerium verlangten Gutachten über die Zulassung der Juden zu den medicinischen Lehrstühlen Ausdrücke, aus denen die Furcht vor der Tüchtigkeit der jüdischen Collegen nur zu deutlich hervorgeht. Daß diese Furcht der Herren begründet war, ist allerdings nicht zu bestreiten. Man denke nur an den jüdischen Anatomen Henle, dessen Bedeutung zwanzig Anatomen wie Barkow aufwiegt, von dessen Arbeiten ein Hyrtl schrieb: „Henle's Handbuch wird, wenn vollendet, alle vorhergehenden entbehrlich machen. So denkt und schreibt in der Anatomie nur die höchste Meisterschaft!“

Was für Dienste im Uebrigen gerade der medicinischen Wissenschaft durch Juden geleistet worden sind, kann durch eine große Zahl von jüdischen Universitätsprofessoren bewiesen werden, deren wissenschaftliche Bedeutung überall, auch in der Breslauer Fakultät, anerkannt worden ist und noch wird.

Um nur einige Beispiele anzuführen, haben gerade an der Universität Breslau die (zum Christenthum übergetretenen) Juden Lebert (1813—1878) und Spiegelberg (1830—1881) eine ganz besondere Autorität besessen, ersterer auf dem Gebiet der innern Medicin, letzterer als Director der geburtshilflichen Klinik und, wie der christliche Breslauer Professor Haeser in seinem Grundriß der Geschichte der Medicin sagt „gleich ausgezeichnet als Lehrer wie als Practiker.“ Von anderen, ebenfalls bereits verstorbenen, dem Judenthum entstammenden medicinischen Universitätsprofessoren nennen wir Romberg in Berlin (1795—1873), „am bekanntesten durch sein klassisches Lehrbuch der Nervenkrankheiten“, Traube in Berlin (1818—1878) „Hauptbegründer der neueren diagnostischen Thermometrie“, Remak (1815—1865, ebenfalls in Berlin), dessen große Verdienste durch seine Entdeckung des Axencylinders der Nerven und der seinen Namen führenden Nervenfasern und durch die therapeutische Verwerthung der Electricität bekannt sind (Haeser).

Von lebenden, von Juden abstammenden medicinischen Professoren, deren Bedeutung von keinem Fachmann bestritten wird, wollen wir nur als Beispiele nennen Hirsch, Hensch, Senator, Lewin, Fraenkel, Brieger, Ehrlich, Wolff, Körner in Berlin, denen wir hier noch verschiedene Andere anreihen könnten; ferner die bedeutenden Professoren der Physiologie Bernstein in Halle, Hermann in Königsberg, Rosenthal in Erlangen, die Kliniker und Pathologen Jaffé, Lichtheim, Samuel in Königsberg, Rosenstein in Leyden, Stokvis in Amsterdam, den Gynäkologen Freund in Straßburg, ferner Stricker, Benedict, Kaposi in Wien und noch viele Andere.

Nur dürftiger Neid könnte sich gegen diese Thatsachen auflehnen wollen. Ebenso ist es ja gerade für die Hetzblätter eine Quelle steten Aergers, daß so viele jüdische Aerzte wegen ihrer Humanität und Aufopferung im Berufe trotz aller antisemitischer Aufhetzereien von den Kranken aufgesucht werden, sogar von notorischen Antisemiten.

Wir würden übrigens jene obsoleten Schriftstücke gar nicht der Erwähnung würdigen, wenn die „Schlesische Morgenzeitung" nicht den dreisten Versuch machte, bei dieser Gelegenheit in einem albernen Nachsatze unsren **Virchow** mit ihrem Schmutz zu bewerfen. Wenn auch der große Gelehrte für solche Manipulationen zu hoch steht, um von ihnen getroffen zu werden, so wollen wir doch zur Brandmarkung jener Zeitung deren eigene Worte mittheilen. Sie schreibt nämlich, daß ein Mann wie Virchow, „dessen widerwärtige Aufdringlichkeit (!) ihn als erfolgreichen Nachahmer jüdischen Wesens erscheinen läßt, öffentlich über antisemitische Docenten spötteln darf, ohne aus den Kreisen der Fachgenossen in die Schranken seiner Inferiorität zurückgewiesen zu werden."

Wir können uns vorstellen, mit welchem behaglichen Lächeln Virchow diese in jeder Beziehung so lächerlichen Schimpfereien liest, wenn sie ihm vor die Augen kommen.

Aber die Leser des Blättchens beneiden wir nicht, die solches Zeug als Morgenspeise vorgesetzt erhalten.

Dr. M.

## Arisch-adlige Geschäftspraxis.

Das Stöckersche „Volk" bringt eine vortreffliche Notiz gegen den — wie es anzunehmen vorgiebt — jüdischen Herausgeber des „Almanach für die gute Gesellschaft." Wir sind völlig damit einverstanden, wie das „Volk" die erbärmliche Eitelkeit von allerlei Leuten geißelt, „welche schon bei dem bloßen Gedanken, zur „guten Gesellschaft" gerechnet zu werden, ein Fieber des Entzückens überkommt." Wer 20 Mark bezahlt, kann das Vergnügen genießen, seinen Namen mit allen Titeln, Orden, Ehrenzeichen, Töchtern und den Orden der Frau Gemahlin abgedruckt zu sehen, nur fehle leider bei jenen die Höhe der Mitgift, und bei allen — — die Religion, resp. der Zeitpunkt des Wechsels derselben.

Soweit wäre die gut gespielte Entrüstung sachlich ganz am Platz, **wenn sie ehrlich wäre!** Aber das fromme „Volk" unterschlägt dem Leser den eigentlichen „Macher" dieses „Geschäftsunternehmens", denn in dem von einem unbekannten Herrn Senft unterzeichneten Circular steht (blau unterstrichen!) wörtlich:

„Die Herausgabe des Almanach ruht in den Händen des Freiherrn Botho von Eberstein, des Herausgebers des Handbuches für den Deutschen Adel."

Was also dieser „Edelste" leistet, soll der vermeintliche „Jude" verbrochen haben, ganz wie in früheren Jahrhunderten niemals die Fürsten, sondern die „Münzjuden" als Wucherer verfolgt und gehängt wurden! Wir hoffen, der Freiherr Botho von Eberstein wird nun Veranlassung nehmen, entweder das Circular zu desavouiren, oder dem ihm geistesverwandten Stöckerschen „Volk" öffentlich Rechnung zu legen, wieviel von dem Geschäftsgewinn in seine Tasche fließt — vielleicht auch, wie lange sein Name bereits in den Kirchenbüchern irgend einer christlichen Confession geführt wird.

Uns interessirt dies viel weniger, als die Thatsache, daß die geschäftsverbündeten Herren Freiherr Botho von Eberstein und Senft mit ihrer Speculation auf die Eitelkeit auch bei Leuten recht schlecht ankommen, welche dem frommen „Volk" allerdings ganz fern stehen.

Wir veröffentlichen deshalb mit Erlaubniß des Verfassers folgendes Antwortschreiben, mit welchem der frühere Reichstagsabgeordnete L. **Jordan** das auch ihm zugeschickte Circular abfertigte:

Berlin W. 62, 6. September 1893.
Ronke-Straße 18.

An die Redaction des „Almanach der guten Gesellschaft" (H. Senft) Berlin W, Lützowstr. 9.

Euer Wohlgeboren

bestätige ich dankend den Empfang des Druck-Circulars vom Sommer 1893 nebst Fragebogen und Bestellschein des Almanach 2c., und erwidere, was folgt.

Das angebotene Adreßbuch soll „einen Ueberblick über die Aristokratie der Geburt und des Geistes geben, um so ein anschauliches Bild zu ermöglichen von der tonangebenden Welt . . ., indem dieses Salon-Adreßbuch eingehend über alle Dinge referirt, die von Personen der Gesellschaft zu kennen für die Allgemeinheit, wie für die Mitglieder der Gesellschaft unter einander nothwendig ist".

Durch Ihre Zusendung gewürdigt, mich in die Stammrolle jener Minderheit einzuzeichnen, welche sich selbst für tonangebend hält, bin ich auch berechtigt zu fragen: wer hat denn den Freiherrn Botho von Eberstein, Herausgeber des Handbuchs für den deutschen Adel, bevollmächtigt, die Gesellschaft in eine „gute" und eine — nicht gute einzutheilen? Und ferner bin ich der Ansicht, daß der „Allgemeinheit" die Titel, Orden und sonstigen Aeußerlichkeiten, nach denen der Fragebogen sich erkundigt, völlig gleichgültig sind. Aber dies Brimborium ist nur erfunden, um gewissen Kreisen eine unverdiente Bedeutung beizulegen, aber — wie Lessing sagt — weil „der Topf von Eisen mit silberner Zange vom Feuer gehoben sein will, um selbst ein Topf von Silber zu scheinen."

Hiernach erübrigt sich ein näheres Eingehen, wiewohl gewisse Stellen des Frage-Bogens E. z. B.: „Corpszugehörigkeit (z. B. Borussia in Bonn)" — oder: „Orden und Auszeichnungen der Gemahlin" — zur heitersten Kritik reizen! Ich meinerseits wähle nach eigenem Ermessen diejenige Gesellschaft, welche ich für gut halte, und lehne daher auch den Beitritt zu dieser sogenannten guten Gesellschaft, wie die Zahlung der 20 Mark, dankend ab.

Hochachtungsvoll

L. Jordan.

## „Auf der Suche nach Wahrheit"

befindet sich Herr A—t, nach den Einen eine völlig unbekannte, nach den Andern dagegen eine sehr wohl bekannte litterarische Größe, die neuerdings die Feuilletonspalten der „Novoje Wremja" unsicher macht. Unterdrückte Dränger, so heißt ein Feuilleton von ihm, „denn unterdrückte Dränger" sind nach Ansicht des Autors die Juden in der Wirklichkeit. Die europäische Presse — versichert er uns feierlichst — befindet sich hinsichtlich der Juden in einem bedauernswerthen Irrthum: „Man hat sich überall daran gewöhnt, die Juden als Dulder, als Beleidigte und Bedrückte zu betrachten, die ein Recht auf das Mitleid der ganzen Menschheit haben. Dagegen vermag ich die Blindheit der Gutmüthigen in Bezug auf den schuldbeladenen Judäer nicht zu begreifen."

Wir brauchen indessen nur seine eigene Anklageschrift gegen die Juden — das besagte Feuilleton in Nr. 203 der „Novoje Wremja" vom 7. August — etwas aufmerksam durchzulesen, um das vollkommen zu begreifen, was Herr A—t durchaus nicht begreifen kann. Darin giebt er Erinnerungen aus seiner Jugendzeit zum Besten, in der er in verschiedenen Städten des jüdischen Ansiedelungsgebiets garnisonirte. Gewiß konnte Herrn A—t nichts ferner liegen, als die **Absicht**, das „Mitleid der Gutmüthigen mit dem schuldbeladenen Judäer" zu erregen. Diesen Erfolg wird er aber mit der folgenden Schilderung einer in einer jüdischen Hütte zugebrachten Nacht wohl erzielen: „Auf dem Boden liegen nebeneinander und überein-

ander in schlechte Lumpen gehüllte Juden und Jüdinnen mit ihren Kindern und selbst junge Frauen mit einem Säugling an der Brust. Wenn die Hygiene mit ihren Behauptungen Recht hätte, daß dem Menschen zum Lebensunterhalt ein bestimmter Kubikinhalt an Raum und Luft unentbehrlich sei, so müßten wir alle noch in derselben Nacht umkommen . . . Nicht nur, daß die Wände faustdick mit Schimmel bedeckt waren, sondern auch die Decke schien buchstäblich belebt und unaufhörlich bewegten sich da aller Hand schwarze, weiße, graue und grüne Insekten. . . Seit jener denkwürdigen Nacht lassen mich die Beschreibungen der Kerker in Persien und der Marterzellen bei den Chinesen ziemlich kalt. . . Keine noch so glühende orientalische Phantasie vermochte je etwas Scheußlicheres zu erfinden!"

Soviel über die materiellen Lebensbedingungen der Juden in Rußland. Aber Herr A—t begnügt sich nicht damit und er schildert uns ebenso kraftvoll und lebendig die moralischen Leiden und Erniedrigungen, welche die Unglücklichen zu erdulden haben. Unser Autor versichert, selbst Augenzeuge davon gewesen zu sein — und warum sollen wir das nicht glauben? — wie „russische Tagelöhner, die in einen Handel mit ihrem jüdischen Arbeitgeber gerathen waren und ihre Forderungen von ihm erzwingen wollten, ohne erst viel zu überlegen und mit der gleichgültigsten Miene von der Welt dessen 12jährigen Sohn ergriffen und den Knaben in einen Kessel mit siedendem Wasser hineingeworfen haben!" Herr A—t nennt dieses Verfahren ein „herzloses und grausames" und er muß ferner eingestehen, daß wir es hier „keineswegs mit einer vereinzelten Erscheinung" zu thun haben. Beständig verspottet und verhöhnt wird der Jude selbst von dem „sonst so trägen und schüchternen" Kabyl (dem west-russischen Muschik):

„Selbst Podleschzuk (Halbidiot und Schwächling) Wlassa findet Kraft und Muth genug, um Jankel an den Rockschößen des ewig unveränderlichen Kittels zu fassen und ihm damit gehörig das Gesicht auszuwischen" — lesen wir wörtlich an der betreffenden Stelle.

So sieht die eine Seite der Medaille aus, die Herr A—t uns nur flüchtig zeigt, sozusagen im Vorbeigehen und ohne es zu beabsichtigen. Sehen wir uns nunmehr die andere Seite an, auf welcher das Bild der schuldbeladenen Judäer, „der *Dränger und Bedrücker* der Nationen" eingeprägt zu finden ist.

Unser Autor führt theils erlebte, theils erzählte Fälle der jüdischen Ausbeutung an. Die Juden aber begnügten sich nicht damit, die einheimische Landbevölkerung auszubeuten, sondern sie beherrschten sie auch: „so vollständig, wie Regierungsbehörden und Geistlichkeit es nie vermocht haben". . Dies ist nun wirklich interessant und es lohnt sich, die Sache bei Lichte näher anzusehen. Es stellt sich heraus, daß es Herrn A—t „durch keine Versprechungen und durch keine Drohungen" gelingen wollte, die Bauern in Westrußland zu den Erdarbeiten auf der Eisenbahnlinie heranzuziehen, er mußte „beschämt" zu der Vermittelung des Juden seine Zuflucht nehmen:

„Ich mußte nothwendig einige hundert Arbeiter haben, habe selbst alle Dörfer durchstreift und wiederholt an allen Thüren gepocht — nützte mir aber gar nichts. Niemand ließ sich bewegen, vom Ofen herunter zu kriechen, gleichviel wie viel Groschen ich den Leuten anbot Auch halfen keine Ermahnungen und der Hinweis auf meine amtliche Stellung vermochte nur ein gleichgültiges Achselzucken hervorzurufen. Die Leute ließen absolut nicht mit sich reden. Ich verzweifelte . . da bemerkte ich in einiger Entfernung die respectvolle Verbeugung einer schlanken und hageren Gestalt, die mich seltsam anmuthete. Es war aber der Herr des Hauses — es war *Jankel*. „Was steht dem Herrn zu Diensten? Der Herr möchte wohl Hände haben? Nun, sogleich soll der Herr soviel Hände haben als er nur wünschen kann!" Stumm stand ich da und erwartete, was nun folgen wird. Hastigen Schritts machte der Judäer die Runde durch genau dieselben Dörfer, die ich soeben mit schmerzlichen Gefühlen verlassen hatte; er brauchte nur mit dem Stock leise an die Fenster zu klopfen und sofort erscheinen die verschlafenen Gesichter der wunderbaren Menschen, die im Juli mit ihrem Halbpelz Staat machen, dafür aber im December barfuß umherspazieren . . Nach einer kleinen Viertelstunde waren — sage 220 Bauern bereit, dem Jankel zu folgen — *gleich viel wohin!* Kein Einziger derselben wagte es den Jankel zu fragen: wos soll es? Da standen sie im Kreise versammelt. ohne im Geringsten sich darum zu kümmern, *was nun Jankel mit mir* ausmachen wird. Jankel ist ihr Herr nicht nur, nein! er ist *ihre Vorsehung. Er macht die Arbeitsbedingungen aus, er erhält das Geld, er überwacht die Arbeit, er liest ihnen den Text* bei etwaigen Unterlassungen, er weiß sie *schamroth zu machen* durch seine Strafrede und ihn *fürchten* sie!"*) . .

Natürlich sucht Herr A—t die „wunderbare Erscheinung" auf die unvergleichliche jüdische Ausbeutungskunst zurückzuführen und er zieht daraus den etwas gewagten Schluß, daß „Jankel die Erbschaft des Feudalherrn angetreten habe und die westrussischen Bauern" thatsächlich in der jüdischen Leibeigenschaft" sich befinden. Uns will es aber scheinen, daß die Sache sich viel einfacher und ganz natürlich erklärt, indem Jankel und Wlassa kaum in einer Entfernung von 50 Schritt von einander geboren und großgewachsen sein mögen und von der Wiege bis zur Bahre auf einander angewiesen bleiben. Daß der westrussische Bauer dem „Judäer" Jankel unbedingtes Vertrauen schenkt, während er dem Moskowiter in der Uniform unverhohlenes Mißtrauen entgegenbringt, beweist doch wahrlich alles Andere, nur nicht, daß der Jude seinen Nachbar, den Bauer, nur ausgebeutet und unterdrückt habe, während die zarischen Beamten lediglich auf dessen Schutz bedacht gewesen wären! . .

* * *

Von Westrußland ist's nur noch ein Katzensprung nach dem großrussischen Gouvernement Orël, wo wir vergebens nach dem „Judäer" auf dem platten Lande suchen würden. Hier ist nicht mehr Jankel, sondern der national-rechtgläubige Russe Herr des Hauses. Und welche Wohlthaten er den Bauern erweist, darüber erfahren wir aus dem neuesten Circular des Gouverneurs von Orël, das der „Grashdanin" in seiner Ausgabe vom 3. August (No. 188) veröffentlicht:

„Es ist bekannt, welcher Mittel sich die Kulaki und die Mirojedy (die Volksausbeuter und Blutsauger) bedienen, um ihre verächtlichen und widergesetzlichen Ziele zu erreichen. In ihrer Eigenschaft als Dorfwucherer und Schankwirthe beuten sie die Noth ihrer Nachbarn aus, indem sie ihnen Schnaps, Baargeld und Werthsachen unter der Bedingung der Rückerstattung in Getreide von der diesjährigen oder von der nächsten Ernte vorstrecken. Sie kaufen so im Voraus das Brod des Bauern für einen Spottpreis auf und, wenn der hungrige Landmann nachher zu ihrer Großmuth Zuflucht nimmt, verkaufen sie ihm das Brot, das er im Schweiße seines Angesichts gesäet und eingesammelt hat, zu fabelhaft hohen Wucherpreisen und erpressen gewöhnlich 100, 200 und selbst 300 Prozente! . .

Und was der Kulak etwa noch übrig läßt, das verschlingt mit Heißgier der städtische Skupszik (Aufkäufer), der wieder seine ganz eigene Methode hat. Er lauert gewöhnlich dem Bauer, der seine Produkte zu Markt fährt, auf eine Entfernung von zwei bis drei Werst von der Stadt auf, begrüßt ihn sofort mit einem vollen Eimer Fuselöl und erzählt ihm die wunderbarsten Märchen davon, wie unglaublich schlaff die Geschäfte heutzutage gehen und wie rapid die Preise aller landwirthschaftlichen Producte sinken. Es gelingt ihm so leicht, den Bauer zum Empfang eines Aufgeldes im Be-

*) Die gesperrte Schrift gehört dem Original an.

trage von drei bis fünf Rubeln zu bewegen und der Wagen mit den betreffenden Produkten wird nun richtig in den Hof des Ehrenmannes gebracht. Nachdem das geschehen ist, bricht er plötzlich irgend einen Streit mit dem Bauer vom Zaun und schimpft weidlich darüber, daß er viel zu theuer gekauft habe. Das endet regelmäßig damit, daß der Bauer sich noch einen bedeutenden Abzug von dem vereinbarten niedrigsten Preise gefallen lassen muß.

Man sieht, wie Kulak und Skupszik in gleicher Weise durchaus überlegt und folgerichtig handeln. Der Spinne gleich, umgarnen sie ihre Opfer mit einem dichten Netz von Lügen und lassen die Unglücklichen nicht eher los, bis sie die letzten Lebenssäfte aus ihnen herausgepreßt haben. Ich muß daher die Kulaki und die Skupsziki für gemeinschädliche Betrüger und Ausbeuter erklären, die den Wohlstand der Landbevölkerung systematisch untergraben und die der Staat als Criminalverbrecher zu verfolgen und exemplarisch zu bestrafen die unabweisbare Pflicht hat. Dies zur gefälligen Kenntnißnahme der Herren Landwirthe, der Polizeihauptleute und der Gehülfen der Staatsanwaltschaft, die sich streng danach zu richten haben."

Gegenüber dieser von einem zarischen Würdenträger selbst gegebenen und vom Fürsten Meschtzerski ohne Commentar zum Abdruck gebrachten Charakteristik der großrussischen, national-orthodoxen Volksausbeuter und Blutsauger erblassen alle die von Herrn A—t angeführten Fälle der jüdischen Ausbeutung, die sich zudem gegenseitig widersprechen. Das eine Mal soll der „Judäer" einen „bekannten russischen Ingenieur und Bauunternehmer" an den Bettelstab gebracht haben und das andere Mal soll der jüdische Vermittler im Verlauf von zwei Jahren „keinen Groschen" bei dem russischen Ingenieur verdient haben. Das Eine wie das Andere wird zum Mindesten sehr oberflächlich beobachtet und ungenau wiedergegeben sein.

## Zur Abwehr.

**Die „Kreuzzeitung"** hat das deutsche Volk abermals auf eine Gefahr aufmerksam gemacht, die demselben von dem „internationalen Judenthum" drohe. Ein Artikel in ihrer Nr. 399, der die unverfängliche Ueberschrift: „Die Zukunft unserer Universitäten" trägt, bringt eine schreckliche Enthüllung. Das Judenthum „begnügt sich nicht mit dem Gelde der Nation, es will auch den Geist haben." Der Plan ist schlau angelegt und von „maßgebender" Seite „von langer Hand vorbereitet". Als Beweis für diese Behauptung dient eine Notiz in der „Allg. Ztg. des Judenth.", worin empfohlen wird, Fonds zu sammeln, um arme israelitische Studirende zu unterstützen. —

Also weil man mittellosen, strebsamen jüdischen Studenten in materieller Beziehung das Studium erleichtern will, deshalb ist Gefahr vorhanden, daß der deutsche Geist im 20. Jahrhundert von dem jüdischen überwuchert werde. Indem der Verfasser diese Befürchtung ausspricht, daß eine halbe Million Juden einen solchen Einfluß auf 50 Millionen christliche Deutsche ausüben könnte, erweist er damit dem Judenthum eine ihm nicht gebührende Huldigung, dem Deutschthum aber einen schlechten Dienst. Und jeder wahrhaft deutschgesinnte Mann wird der „Kreuzztg." wenn er sich nicht schon vorher von diesem Blatte abgewendet hat, keinen Dank für eine derartige Vertretung deutscher Interessen wissen.

Der Verfasser setzt dann weiter die Gefahren des auf diese Weise vermehrten Universitätsstudiums der Juden auseinander. Die Juden würden sich allmählich der Lehrstühle bemächtigen, um von dieser Stätte aus einen höchst nachtheiligen Einfluß auf deutsche Cultur und Sitte auszuüben. Das traurige Facit dieser ganzen Entwickelung würde dann sein, daß schließlich die Söhne „posenscher, polnischer und schlesischer Schnorrer" im 20. Jahrhundert die öffentliche Meinung Deutschlands beherrschen würden.

Es verlohnt sich nicht, auf alle Abgeschmacktheiten, Uebertreibungen und Entstellungen, an denen der Artikel überreich ist, einzugehen. „Enthüllungen" über das „geheime Treiben", die „Verschwörungen" des internationalen Judenthums gehören zum eisernen Bestande der antisemitischen Agitation. Die Fritsch, Ahlwardt und Genossen sowohl wie das „vornehmste" Organ der conservativen Partei und des preußischen Junkerthums cultiviren diese Gebiete mit Vorliebe. Zwischen den „Radau-Antisemiten" und den christlich-conservativen Antisemiten versucht die „Kreuzztg." von Zeit zu Zeit eine Scheidelinie zu ziehen. Aber es ist das ein vergebliches Bemühen. Die Kampfesweise beider Richtungen ist die gleiche: Wenn die gewöhnlichen Hetzereien nicht ausreichen, nimmt man seine Zuflucht zu sogenannten Enthüllungen, die, weil uncontrolirbar, von der großen urtheilslosen Masse gläubig hingenommen werden.

**„Judenfreie Kriegervereine!"** Die Kriegervereine haben sich bisher von antisemitischen Hetzereien frei gehalten. Wir haben wenigstens niemals gehört, daß der Versuch gemacht wurde, den Antisemitismus in die Kriegervereine hineinzutragen. Von dem ersten Falle erhalten wir Kenntniß durch folgenden Briefwechsel:

An den Vorsitzenden des Deutschen Krieger-Vereins zu Breslau, Königl. Obersten a. D. Herrn von Walther, Ritter hoher Orden, Hochwohlgeboren.

Breslau, den 10. August 1893.

Es haben mehrere Collegen beschlossen, dem hiesigen Krieger-Vereine beizutreten. Wir haben jedoch in Erfahrung gebracht, daß zu den Offizierstellen auch Juden zugelassen werden, auch soll ein Jude die Stelle als Hauptmann bei einer Compagnie von hier bereits einnehmen.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich ganz ergebenst, uns gefälligst mittheilen zu wollen, ob dieses der Wahrheit entspricht.

Sollte dieses der Fall sein, so müssen wir zu unserm größten Bedauern, weil es dem Innern eines jeden guten Deutschen widerspricht, sich einem Juden unterzuordnen, davon zurücktreten.

Einem gütigen Bescheide entgegensehend

(folgt Unterschrift).

Darauf ging folgende Antwort ein:

Urschriftlich mit dem Bemerken zurück, daß es Ihnen und Ihren Herren Collegen anheimgestellt wird, einem Verein beizutreten, wo Juden als Mitglieder nicht angenommen werden.

Breslau, den 12. August 1893.

Der Vorstand des Breslauer Krieger-Vereins, Bezirk X.
J. A.: (gez.) Krnin.
Vereinshauptmann und Chef des Vereins-Bureaus.

Die „Deutsche Ostwacht", welche den Briefwechsel veröffentlicht, ist von der „räthselhaften" Antwort natürlich nicht entzückt und befürwortet die Bildung eines judenfreien Kriegervereins ... „Wenn am Anfang vielleicht die Mitgliederzahl keine große sein dürfte, unter umsichtiger Leitung dürfte der Verein dennoch eine gute Zukunft haben oder wenigstens auf die bestehenden Krieger-Vereine einen Druck ausüben können."

Wir erwarten zuversichtlich, daß die Wünsche des antisemitischen Organs unerfüllt bleiben.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Die Schächtfrage** als „Sturmwort" in die **Wahlvorbereitungen** zum preußischen **Abgeordnetenhause** hineinzuwerfen, fordert das Breslauer Antisemitenblatt (Nr. 35) auf, „damit alle Parteien darauf vorbereitet sind, daß sie nur auf Unterstützung Seitens der Antisemiten rechnen können, wenn sie als Candidaten Männer aufstellen, welche in der Schächtfrage eine Stellung zu Gunsten der antisemitischen Forderungen aufnehmen."

Die Wähler werden sich weniger für die Schächtfrage, als für Schul- und Steuerfragen interessiren. Gewissen antisemitischen „Führern" freilich ist es unbequem, hierin Farbe zu bekennen.

**Carl Paasch** ist von Neuem verhaftet, im Polizeigefängniß durch den Kreisphysikus auf seinen Geisteszustand untersucht und alsdann in der Irrenanstalt in Herzberge untergebracht worden.

Gegenüber einer Meldung der „Staatsb. Ztg" bringt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende authentische Darstellung des Sachverhalts:

Bereits das Gutachten der Charitéärzte erklärte den Geisteszustand Paaschs für derartig gemeingefährlich, daß die Unterbringung in einer Irrenanstalt geboten erscheine. Paasch leide an Verfolgungswahn und chronischer Verrücktheit. Deßhalb wurde die Aufhebung der Untersuchungshaft, nicht die Einstellung des Verfahrens beschlossen. Ueber die Gemeingefährlichkeit mußte die Polizei entscheiden, nicht das Gericht. Paasch wurde durch den Bezirksphysikus nicht einem kurzen Verhör, sondern einer stundenlangen Untersuchung unterworfen, welche ein mit dem ersten Gutachten übereinstimmendes Gutachten ergab, auf Grund dessen Paasch in die Irrenanstalt Herzberge übergeführt wurde. Das Verfahren entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

**Gegen Erwin Bauer** in Leipzig, den bekannten antisemitischen Agitator und Herausgeber der „N. D. Ztg.", erhebt sein Gesinnungsgenosse Dr. Wesenband in der von ihm redigirten Wochenschrift „Anticorruption" schwerste Anschuldigungen persönlicher Natur. Da Bauer den Beleidigungsproceß angestrengt hat, so wird es sich ja zeigen, ob Wesenband im Stande ist, seine Behauptungen zu beweisen.

**Dem Professor D. Strack** ist von dem Kyffhäuserverbande auf Antrag des antisemitischen Vereins deutscher Studenten in Berlin die **Ehrenmitgliedschaft entzogen** worden. „Der Beweggrund der Gegner — schreibt Prof. Strack in einer Zuschrift an das „B. T." — ist einfach der Groll darüber, daß ich, gerade weil positiv-christlicher Theologe, es als meine Pflicht betrachtet habe und stets betrachten werde, der „Blutlüge" und anderen Ausschreitungen des Rassenantisemitismus entgegenzutreten. Angriffe, die um meiner Pflichterfüllung willen gegen mich gerichtet werden, können mir nie zur Unehre gereichen."

**Eine antisemitische Grabrede.** Zu der unter vorstehender Spitzmarke in der letzten Nr. gebrachten Mittheilung haben wir einiges Material nachzutragen. Der „Berl. Ztg." ist von dem Pastor Rochow folgende Berichtigung zugegangen:

„1) Unwahr ist die mir in den Mund gelegte Aeußerung: Die beiden anderen müßten gleich dieser Todten todt liegen. 2) Unwahr ist der angebliche Zuruf an den etwa zwölfjährigen Bruder der Verstorbenen: Wachse heran und räche Deine Schwester! 3) Unwahr ist die ganze Darstellung, als hätte ich das Judenthum in seiner Gesammtheit angreifen und für Ausschreitungen einzelner verantwortlich machen wollen. Ich habe im Gegentheil in ehrenvollsten, gar nicht mißzuverstehenden Ausdrücken betont, daß die Juden, welche durch ehrliche Arbeit sich zu Ansehen und Wohlhabenheit bringen, dieselbe Hochachtung verdienen, wie meine Glaubensgenossen und durch meine Ausführung in keiner Weise berührt würden. Diesen Passus (mehrere Sätze) weglassen, heißt, die Rede absichtlich entstellen. Dieselbe enthielt im übrigen nichts weiter als die „scharfe Verurtheilung des hier vorgekommenen Unfugs", deren Berechtigung auch Ihre Zeitung zugesteht, und die Schilderung von Thatsachen und Verhältnissen, die jeder Grünauer kennt und mit wachsendem Verdruß beobachtet. Sittliche Mißstände beim wahren Namen zu nennen, kann mir kein Einsichtiger verwehren; es kann daher auch niemand verlangen, daß ich bei Juden die Augen schließe gegen Verirrungen, die ich bei Christen mit gleichem Nachdruck getadelt habe".

Der Gewährsmann der „Berl. Ztg." erwidert auf die Einwendungen des Geistlichen:

„1. Es ist durch Zeugen verbürgt, daß in der Predigt die Worte gefallen sind: „Einen hat Gott bereits gestraft, die beiden Anderen wird Gottes Rache auch noch treffen, wenn nicht an ihnen selbst, so doch an ihrem Fleisch und Blut".

2. Es ist durch Zeugen verbürgt, daß der Prediger den Bruder der Todten folgendermaßen ermahnt: „Bleibe brav, Du bist der einzige Bruder Deiner Schwester, der sie einst rächen kann".

3. Was Punkt 3 betrifft, so gebe ich gern zu, daß ich die Einschränkungen, die Herr Rochow machte, in der Eile, in der ich den Bericht auf der Redaktion selbst niedergeschrieben, übersehen habe. Doch fällt dies wohl kaum ins Gewicht, denn daß der Redner die Gesammtheit treffen wollte, beweisen die Kraftstellen wie „Pestbeulen am Körper des deutschen Volkes" zur Genüge . . . ."

Endlich veröffentlicht Pastor Rochow in der „Staatsb.-Ztg." folgende Erklärung:

„Auf Grund der mir von Herrn Isidor Boas in einer persönlichen Zusammenkunft gegebenen Erklärungen stehe ich nicht an, die Ausführungen meiner Grabrede, soweit sie sich auf den ertrunkenen Herrn Max Boas beziehen, zurückzuziehen und zu erklären, daß Herr Boas in keinem weiteren Zusammenhange mit dem Bootsunfall stand, als daß er durch einen unglücklichen Zufall Theilnehmer jener Ruderpartie war."

Der vom Pastor Engel geleitete conservativ-antisemitische „Reichsbote" kommt zu folgendem Urtheil über die Affaire:

„Man begreift die sittliche Empörung des Geistlichen über das unsittliche Treiben in dem Vororte, das an manchen Sonntagen aller Beschreibung spotten soll, man billigt, daß er dagegen eine mannhafte Bekämpfung unternimmt, aber man muß bedauern, daß er dann da, wo er als öffentlicher Richter auftritt, nicht die Gelegenheit genau wählt und die Schuld nach allen Seiten gerecht abwägt, sondern sich in Wendungen ergeht, die einen einseitigen Eindruck erzeugen mußten. Die ersten falschen Berichte, die Einflüsse der vom Tode ihrer Tochter erregten Eltern mögen zu dieser zu subjektiven Auffassung der Vorgänge mitgeholfen haben. Das Ende ist leider wieder ein Triumph der jüdischen Presse."

**Regierung und Antisemitismus.** In Nr. 263 der „Antisemitischen Correspondenz" findet sich unter der Ueberschrift „Regierung und Antisemitismus" folgende für die Anmaßung der deutschsozialen Partei recht bezeichnende Drohung (S. 326):

„Die Antisemiten vertrauen noch auf Regierung und Kirche. . . ." „Wie aber dann, wenn die Antisemiten auf Grund eigener sehr bitterer Erfahrung eines Tages zu der Einsicht kommen müßten, daß ihre Begeisterung für „Thron und Altar" eine unfruchtbare, eine weggeworfene Liebes-Mühe sei? Müßte dann nicht **allerdings** die große Scheidewand bald fallen, die sie heute von der Sozialdemokratie trennt? Das nationale und moralische Prinzip?

Wenn man sich dazu nach gegenwärtig hält, daß es seit zehn Jahren nur zwei stetig wachsende Parteien giebt, die Sozialdemokraten und die Antisemiten, so würde — wenn jemals der Zusammenschluß der Beiden eintreten könnte — das Schicksal der heutigen Regierungen kein zweifelhaftes mehr sein. — So sehr nun auch der Gedanke an einen solchen Zusammenschluß den heutigen Antisemiten fern liegt: provoziren ihn die Regierungen nicht gewissermaßen, wenn sie einen ehrlichen Antisemiten fast noch mehr wie einen Staatsfeind behandeln, als den rohesten Anarchisten? — Wahrlich die Regierungen haben allen Grund, das Vertrauen, das sie im Volke noch genießen, nicht leichtfertiger Weise erschüttern zu helfen!" —

Außer den maßlosen Uebertreibungen, die bezüglich der Behandlung der Antisemiten durch die Regierungen in diesen Sätzen liegen, ist es recht interessant, die Maske der „Begeisterung für Thron und Altar" ein wenig gelüftet zu sehen.

**Liebermann v. Sonnenberg und Böckel.** In seinem Organ, den „Antis. Parteinachrichten" (Nr. 263) schreibt Abg. v. Liebermann:

„Herr Dr. Böckel ist von jeher mit der Bezeichnung „Feind" immer für alle diejenigen rasch bei der Hand gewesen, die nicht seine periodischen politischen Häutungen mitzumachen geneigt sind." —

☐ **Aus Baden,** den 5. September. In Freiburg, Breisgau, wo ein Amtsverkündiger die Geschäfte der Antisemiten bestens besorgt, haben diese bei den Reichstagswahlen

überaus klägliche Geschäfte gemacht, obgleich sie mit den Conservativen vereint den Herrn Liebermann von Sonnenberg aufgestellt hatten und der Aufruf sehr gewichtige Namen als Unterschrift trug. Besonders aufgefallen war es, daß unter dem Aufruf die orthodoxen und conservativen Brüder Mez, die Seidenmillionäre standen, die zwar seiner Zeit Stöcker in's Land gerufen, aber nur den orthodoxen Hofprediger, nicht den Vater des Antisemitismus. — Jetzt aber traten diese Herren für Liebermann von Sonnenberg ein und das gab Grund zur Nachforschung, ob sie nun Orthodox Conservative oder Antisemiten seien. — Vielleicht gewährt es Manchem genügende Klarheit über diese Frage, wenn wir berichten, daß im Breisgau bei Waldkirch seit einigen Jahrzehnten eine Seidenfabrik besteht und sich stetig und ganz außerordentlich entwickelt hat, die durch technische Fortschritte weit bessere Nähseide herstellt als die Mez'schen Fabriken und daher auch viele Mez'schen Kunden gewann.

Diese Fabrik hat Mangel an Arbeitskräften und sie zog aus Orten mit Mez'schen Etablissements solche herbei, was ihr um so leichter gelang, als sie 30—40 Pfg. pro Tag mehr Lohn zahlt und die Arbeiterinnen auf ihre Kosten früh vom Hause nach der Fabrik und Abends wieder zurück fahren läßt. Die Inhaber dieser Seidenfabrik aber sind Juden.

Wie gesagt, man wundert sich, daß die Herren Mez Antisemitenaufrufe unterzeichnen und mit Recht, denn wenn der Antisemitismus der Sozialismus der Dummen ist, so wird es vielleicht nur wenig oder keiner Aufklärung dieser Dummen bedürfen und sie werden keinen Unterschied machen zwischen jüdischem Geld und Mez'schem.

**„Die Wandlungen Marr's** — schreibt der „Reichsbote" —, der erst Revolutionär, dann Antisemit war und jetzt wieder mit Enthüllungen über das antisemitische Getriebe droht, sind nicht schön; aber diejenigen Antisemiten, die ihm, dem Renegaten, notorisch viele Jahre lang nachgelaufen sind, stehen wahrlich auch nicht geistreich da. Etwas mehr Vorsicht wäre den Antisemiten, wenn man ihre Geister von Böckel und Marr bis Ahlwardt und Schweunhagen überschaut, doch in der Auswahl ihrer Führer anzurathen. Wo soll das hinführen?"

**Köln,** 4. September. Aus der heutigen Schöffengerichts-Sitzung berichtet die „Westd. Allg. Ztg." Folgendes: „Der Privatlehrer Heinrich Nolden, vorbestraft wegen Beleidigung mit 100 und 150 Mark, aus Odenkirchen, in Köln wohnhaft, ist beschuldigt, im Wiener Café Hausfriedensbruch begangen, einen Wächter und den Director Ignaz Bergmann, sowie bei einer anderen Gelegenheit wieder einen Wächter beleidigt zu haben. Eines Samstags Abends ging Nolden in besagtes Café und begann Streit mit einem israelitischen Privatlehrer, der ihn durch Undankbarkeit gekränkt haben soll. Die Kellnerschaar legte sich ins Mittel und Nolden wurde unter Leitung des Directors ordnungsmäßig durch einen besonderen Ausgang auf die Straße gebracht. Vor der Thür verlangte er nun seinen Spazierstock, den er vergessen hatte. Da sich Leute ansammelten und Nolden den anwesenden Wächter mit „Sie Jude" titulirte, pfiff dieser um Hülfe, und als nun ein zweiter Wächter erschien, nannte der Angeklagte denselben Judenwächter, weil ihm angeblich viele Traktemente zu theil würden. Nolden wurde zum Präsidium geleitet; er soll wiederholt im Café skandalirt haben und dabei gewesen sein, als man antisemitische Plakate dort an die Mantelstöcke aufhing. Eines andern Abends wurde Nolden überrascht, als er antisemitische Wahlzettel am Stadttheater u. s. w. aufkleben ließ; wiederum ging's nun zum Präsidium und als der Wächter den Namen aus dem Protokolle in's „Schwarze Buch" übertragen wollte, rief Nolden: „Sie naseweiser Mensch". Das Gericht erwog, daß der Angeklagte in provokatorischer Absicht das Café besucht, jedenfalls in seiner Eigenschaft als Antisemit dort nichts zu suchen gehabt habe, und erkannte laut Antrag des Staatsanwalts auf 8 Wochen Gefängniß unter Freisprechung von der Anklage des Hausfriedensbruchs."

Ueber die Person des Verurtheilten wird uns von einem Kölner Abonnenten noch mitgetheilt:

Nolden ist ein Hauptagitator des hiesigen deutschsozialen Vereins und Wanderprediger, der überall in der Umgegend gleiche Vereine ins Leben rufen will. — Seitens des Inhabers einer hiesigen Firma ist ein Haftbefehl gegen Nolden erwirkt worden. N. hat nämlich von der Firma einen Posten Champagner und Wein sich zu verschaffen gewußt, dessen Bezahlung er zu unterlassen vorzog. Auf Grund eines gerichtlichen Urtheils wurde eine Pfändung vorgenommen, die jedoch fruchtlos ausfiel. N. wurde zur Ableistung des Offenbarungseides geladen, erschien aber nicht im Termin, worauf der Haftbefehl erging. —

**Aus Marburg,** 31. August wird der „Frkf. Ztg." geschrieben:

Gegen den ehemaligen Redacteur des „Reichsherold", Georg, zur Zeit Redacteur in Nordhausen, der, beiläufig gesagt, inzwischen aus einem Böckelianer ein Stöckerianer geworden ist, standen nichts weniger als drei Beleidigungsklagen auf der heutigen Speisekarte des hiesigen Schöffengerichtes. Sämmtlich stützten sie sich auf Artikel des „Reichsherold". Die erste betraf die Beleidigung des Landbürgermeisters Mengel in Roßberg und wurde auf Antrag des Amtsanwaltes mit 20 Mark geahndet. Vergeblich hatte G. bei seiner Vernehmung in Nordhausen versucht, seinem bisherigen Meister alle Schuld in die Schuhe zu schieben. Dieser konnte sich weder auf den Verfasser, noch auf den seiner Meinung nach ganz harmlosen Artikel besinnen. Der zweite Fall trug dem vielgequälten Manne weitere 60 Mark Strafe ein. Sie wurde ihm wegen Verbreitung des anonymen Flugblattes „Die Güterschlächterei in Hessen, Flugblatt Nr. 4 des mitteldeutschen Bauernvereins" zudiktirt. In diesem Flugblatte, welches ein purer Abklatsch des bereits 1887 in Nr. 1 des „Reichsherold" abgedruckten Aufsatzes von Dr. Böckel gleichen Titels ist, wurde insbesonderere gegen Aron Nußbaum aus Rotenburg behauptet, er habe nachweislich zwölf Bauern ausgeschlachtet. Dieser hatte daraufhin Klage erhoben. Gegen Böckel hatte N. seiner Zeit versäumt, gerichtlich vorzugehen. Die vollkommene Unwahrheit der Behauptungen des Flugblattes war aber inzwischen vom Abwehrverein nachgewiesen worden. Bei seiner Vernehmung hat nun G. nicht einmal versucht, die Wahrheit jener Anschuldigung zu beweisen. Das heutige Urtheil wird nun wohl dem Unfug, den die Antisemiten bisher unbehelligt mit den falschen Güterschlächterlisten getrieben haben, ein Ende machen, leider nicht auch dem Unheil, das sie damit angerichtet haben. An dritter und letzter Stelle wurde wegen einer schweren Ehrenkränkung, die dem Baron v. Suttner in Wien in einer Wiener Correspondenz des „Reichsherold" zugefügt war, verhandelt. G. hatte die Angelegenheit bereits über mehrere Termine hinausgezogen und später den Beweis der Wahrheit mit durchaus negativem Erfolge angetreten, bei der letzten Vernehmung aber wieder seinem früheren Brodherrn Böckel die ganze Verantwortung aufgebürdet. Dieser soll hinter G.'s Rücken die Correspondenz in den „Reichsherold" gebracht haben. Behufs Prüfung dieser Behauptung soll Böckel selbst in einem neuen Termine vernommen werden. Der Anwalt des Baron v. Suttner hat 150 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urtheils seinem ganzen Wortlaute nach in der Wiener „Neuen Freien Presse" auf Kosten Georgs beantragt. Die neue Verhandlung findet in vierzehn Tagen statt.

**Darmstadt.** Die hiesigen Deutschsozialen und Conservativen beabsichtigen vom 1. Oktober ab ein Blatt erscheinen

zu lassen, dessen Hauptaufgabe in der Bekämpfung Dr. Böckel's bestehen soll. — So meldet der „Reichsherold“

**Magdeburg,** den 28. August. Wie das „Antis. Volksbl.“ berichtet, erscheint hierselbst vom 1. Oktober d. J. ab eine antisemitische Zeitung unter dem Titel: „Magdeburger Reform“. Das Blatt soll vorerst wöchentlich zweimal zur Ausgabe gelangen.

## Vermischtes.

**Zum Xantener Knabenmord.** Die von der „Staatsb.-Ztg.“ in die Welt gesetzte Behauptung, es sei in Sachen des Xantener Knabenmords eine neue Untersuchung gegen Buschhoff eingeleitet worden, wird von anderer Seite entschieden bestritten. Es seien allerdings zwei Berliner Commissarien nach Xanten abgesandt worden, die jedoch nur die Aufgabe hätten, an der Hand neu hervorgetretener Momente Erhebungen anzustellen, um den Mörder zu entdecken. Mit Buschhoff habe die Sache nicht das Mindeste zu thun.

**Ein culturgeschichtliches Curiosum.** In einer am 29. August abgehaltenen Sitzung des Magistrats in München kam der folgende Gegenstand zur Verhandlung: Der antisemitische „Verein der Deutsch-Nationalen in Steiermark“ richtete wie an die Vertretungen anderer deutscher Städte auch an den Münchener Magistrat das Ersuchen, sich einem Protest gegen die in Mainz geplante Errichtung eines Denkmals für Heinrich Heine anzuschließen. Bürgermeister Brunner bemerkte:

„Wenn wir auch mit Manchem einverstanden sind, was das Gesuch anführt, so geht es für uns doch nicht an, daß wir Bestrebungen, unterstützen, wie sie der Verein verfolgt, Bestrebungen, die der deutschen Nation und dem deutschen Namen keine Ehre machen. Wir sind daher nicht in der Lage, dem Ansinnen eine Folge zu geben, und überlassen es dem Stadtrathe von Mainz, in der Sache zu entscheiden. Ich beantrage, die eingesandten Schriftstücke als culturgeschichtliche Curiosa dem städtischen Museum zu überweisen.“

Es erhob sich nicht eine einzige Stimme dagegen.

## Der Antisemitismus.

Von **Enrico Ferri.**

(Schluß.)

Ich leugne nicht, daß es in Deutschland, Rußland und Oesterreich auch soziale Bedingungen sind, welche gemeinsam mit den angeführten Umständen dazu beitragen, die ungeheure und beklagenswerthe Ausdehnung des politischen Antisemitismus zu begünstigen; aber abgesehen von diesen Ursachen scheinen mir die erstgenannten Umstände die Grundbedingungen dieses psychopathologischen sozialen Phänomens zu sein; ist es doch eine unleugbare Thatsache, das man, trotz dieses unaermüdlichen Aufflammens des politischen Antisemitismus, in den Ländern, in welchen jene Grundbedingungen für dessen Ausbreitung fehlen, eine langsame, aber sicher fortschreitende Abnahme jener andern Form des Antisemitismus wahrnehmen kann, während man doch denken sollte, daß sie eher zunehmen müßte, sei es auch nur in Folge von Rückwirkung und Affinität.

In Italien beispielsweise kann man auf Grund des eben Gesagten eine Abnahme des sporadischen Antisemitismus in Folge von Atrophie constatiren, und dieser Umstand ist ein Beweis für die Wirksamkeit eines von Lombroso in Vorschlag gebrachten Bekämpfungsmittels, daß ist die Erleichterung der Ehebündnisse zwischen Juden und Nichtjuden, die in vielen Provinzen Italiens häufig geworden sind. Und auch von Seiten der Juden selbst werden so manche familiäre und persönliche Gewohnheiten eliminirt, die dazu beigetragen hatten, sie von den Andersgläubigen zu entfremden. Sie widmen sich ferner einer größeren Anzahl von Professionen, und sie haben vor Allem an den Unabhängigkeitskämpfen theilgenommen und auf diese Weise die Bande der Solidarität zwischen ihnen und ihren Mitbürgern fester geknüpft. Und auch auf politischem Gebiete wirken heute die Juden, die in der Vergangenheit fast ausschließlich dem Conservatismus angehörten, für die fortschrittlichen und radicalen Ideen, wenn sie es auch nicht gerade bis zu den Theorien der Israeliten Marx und Lassalle bringen.

Endlich wird man auch nicht außer Acht lassen dürfen, daß die Juden, seit sie mit den bürgerlichen Freiheiten die Möglichkeit erlangt haben, sich allen Fächern der menschlichen Thätigkeit widmen zu können, eine im Vergleiche zu ihrer geringen Anzahl sehr bedeutende intellectuelle Kraft auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiete bekundet haben. Und wenn — um eine Neronische Hypothese aufzustellen — die Vernichtung aller Juden in Europa angeordnet würde, so würde dies unzweifelhaft eine beträchtliche Herabminderung des intellectuellen Niveaus Europas zur Folge haben.

So wurde auch die wissenschaftliche und industrielle Lebensfähigkeit Spaniens nach der Vertreibung und Vernichtung der Mauren empfindlich geschwächt.

Es ist unnöthig, daß ich die Namen jener Juden nenne, die in den Reihen der berühmtesten und genialsten Forscher und Neuerer der Wissenschaften, der Künste und der Politik als Sterne glänzen, ohne welche das menschliche Können und Wissen um viele ruhmreiche Errungenschaften des Geistes ärmer geblieben wäre.

Diese intellectuelle Ueberlegenheit der Juden ist eine offenbare Wirkung der Darwin'schen Selection, welche die barbarischen Gesetze des Mittelalters ihren Stämmen auferlegte, aber sie bedeutet auch gleichzeitig eine Art historische Gerechtigkeit, der ein gewisser Einfluß auf das im Volksbewußtsein wurzelnde Gerechtigkeitsgefühl nicht abzusprechen ist.

* * *

Um die Diagnose zu vervollständigen, möchte ich noch eine letzte Bemerkung über die Ausbreitung des politischen Antisemitismus hinzufügen Sie bezieht sich auf die Anziehungskraft, die derselbe, ebenso wie jede epidemische Psychose, auf das verschrobene und exaltirte Gehirn einzelner Individuen ausübt.

Man weiß heute allenthalben, daß die Individuen, die zum Irrsinn und zum Verbrechen neigen, jene Form von wahnsinnigen oder verbrecherischen Ideen in sich aufnehmen, welche mit den in ihrer Umgebung vorherrschenden Ideen und Gefühlen übereinstimmen oder ihnen ähneln.

Im mystischen und vorurtheilsvollen Mittelalter waren deshalb die Fälle von religiösem Wahnsinn sehr häufig und sie waren sogar zu wiederholten Malen die Veranlassung zu großartigen historischen Begebenheiten, wie beispielsweise zu den Kreuzzügen, und das Verbrechen richtete sich namentlich gegen das Leben der Personen zu einer Zeit, da Alles, selbst die Rechtsurtheile, durch Duelle und durch Blutvergießen entschieden wurde.

Ebenso nimmt der Wahnsinn vieler Individuen zu Zeiten politischer Aufregungen eine politische Form an, und wenn diese Individuen nicht wirklich gänzlich geistesgestört sind, so können sie auch Volkstribunen und Agitatoren von großer Bedeutung werden; und in Zeiten, in welchen die beweglichen Güter vorherrschen, wird das Blutverbrechen seltener, während die mannigfaltigen Formen der Verbrechen gegen das Eigenthum in ungleich höherem Maße zunehmen.

Die gleiche Wahrnehmung kann man in Bezug auf den Antisemitismus in jenen Ländern machen, in welchen er die Form einer ausgesprochenen politischen Partei angenommen hat. Abgesehen von den Verbrechen der Verleumdung, der Erpressung u. s. w., die sich unter dem Deckmantel des politischen Antisemitismus verbergen können, findet man nicht selten, daß irgend ein fanatischer und radikaler Antisemit eigentlich nichts Anderes als ein Irrsinniger ist, wie beispielsweise der Verleumder Ingenieur Paasch, der im Juni dieses Jahres in Berlin für verrückt erklärt worden ist. Und die

Wahnsinnigen oder Halbverrückten sind die wirksamsten Propagandisten, denn mit der eigenthümlich feurigen und ursprünglichen Eloquenz, die stets Eindruck auf das Volk macht, vereinigen sie den Mangel an Respect vor den allgemeinen Regeln der Wohlanständigkeit und vor den mehr oder weniger conventionellen Gebräuchen, die den vernünftigen Durchschnittsmenschen eigen sind; in Folge dessen wissen sie sich auch durch ihre anormale Handlungsweise Gehör und Ansehen zu verschaffen.

Es war also nöthig, auch auf diese specifische Ursache des politischen Antisemitismus hinzudeuten, welche immer mehr die Richtigkeit und Nothwendigkeit einer Unterscheidung zwischen den beiden Formen des Antisemitismus, der sporadischen und der epidemischen, bestätigt.

* * *

Nach allem dem Gesagten ist es wohl überflüssig, daß ich als Nichtjude ausdrücklich erkläre, daß der Antisemitismus als individuelles Gefühl eine ataoistische Ueberlieferung aus dem barbarischen und unwissenden Mittelalter ist und als collective und politische Bewegung ein zumindest unbesonnener Mißbrauch dieses unbewußten Gefühls zu dem Zwecke der Ablenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit von den weit humaneren und ethisch berechtigteren Idealen des Sozialismus.

Mit Hilfe der abergläubischen Vorurtheile und des religiösen Hasses, die zufolge hereditärer Fortpflanzung in den Volksmassen, insbesondere auf dem Lande, tief festgewurzelt sind, glaubte man die Protestbewegung gegen den übertriebenen Reichthum der Minderheit und das furchtbar große Elend der Mehrheit auf eine falsche Fährte lenken zu können, indem man die Volksmassen gegen die „Mörder Christi" und gegen die „Monopolisten des öffentlichen Besitzes" aufreizte. Aber dieses Manöver, welches einem meuchlerischen Ueberfalle und dem hinterlistigen Legen eines Fallstrickes gleicht, droht diejenigen in den Abgrund zu ziehen, die es ersonnen haben. Denn im Volksbewußtsein vollzieht sich der Uebergang von der Protestation gegen das aufgehäufte Besitzthum weniger Juden zu der Protest-Kundgebung gegen die Reichthümer aller Kapitalisten, mögen sie was immer für einer Confession oder Nationalität angehören, auf sehr leichte Weise. Aus den gemachten Betrachtungen scheint mir vor Allem eine klare und bestimmte Schlußfolgerung über die Zukunft dieser Krankheit des zeitgenössischen sozialen Geistes, die man Antisemitismus nennt, lebendig und greifbar hervorzuquellen.

Die Thatsache, daß der politische Antisemitismus nichts Anderes ist als eine überlieferte Form eines secularen Antisemitismus — eine Art eingetrockneten und unschädlichen Geschwüres des sozialen Organismus, das plötzlich in eine ansteckende und krebsartige eiterige Form ausartet — könnte glauben machen, daß sich derselbe in der Folge immer mehr entwickeln würde. Meiner Ansicht nach beweist diese Thatsache jedoch blos, wie oberflächlich das Urtheil jener ist, die der Ansicht sind, der Antisemitismus sei nur eine künstliche und transitorische Bewegung, ein Strohfeuer, das leicht durch gouvernalive Vorkehrungen gelöscht werden könne, wie das, mehr oder minder rasch, mit dem Mormonismus in Amerika, dem Boulangismus in Frankreich u. s. w. geschehen ist.

Ich glaube aber, daß der politische Antisemitismus, wie jede große soziale Bewegung, ein natürliches und wenig transitorisches Phänomen ist, eben weil er in den Wurzeln des latenten, wohl gutartigeren, aber säculären Antisemitismus fußt. Und ich glaube ferner, daß die bisher vorgeschlagenen Bekämpfungsmittel, wie die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden, wohl dazu beitragen können, die unbewußte Form des Antisemitismus immer mehr zu schwächen, aber ich glaube nicht, daß sie ausreichend sind gegen den politischen Antisemitismus, welcher ganz verschiedene specifische Ursachen hat. Dieser letztere gleicht einem ungeheuren Brande, den die leitenden Klassen unvorsichtigerweise entfacht haben. Durch denselben hofft man jene andere große soziale Bewegung, die, abgesehen von jeder besonderen mehr oder weniger disputirbaren Parteirichtung, Sozialismus heißt, unwirksam zu machen. Der Brand hat mit einer ungeheuren Geschwindigkeit um sich gegriffen, und heute vermag man seiner mit Hilfe der gangbaren artificiösen Repressiv-Maßregeln nicht mehr Herr zu werden.

Einen einzigen Ausgang halte ich für möglich; das Verschwinden der miasmatischen Strömung des politischen Antisemitismus aus dem majestätischen und unaufhaltsam fortschreitenden Strome der sozialen Neuerungen, der, wenn er auch nicht das Wunderzeichen am Abendhimmel unseres Jahrhunderts bedeuten, doch sicherlich von der Morgenröthe des zwanzigsten Jahrhunderts begrüßt werden wird.

## Briefkasten.

**L. in G.** Die Notiz der „Staatsb. Ztg." (26 August) lautet: „Berlin, 25. August. Soeben erhalten wir zu dem in der gestrigen Abend-Nummer erwähnten Unglück in Münstereifel aus Köln folgende Meldung: Dem Vorsitzenden des Kölner deutschsozialen Vereins, Breitwisch ist angezeigt worden, daß der Fuhrmann Meyer zu Euskirchen dem Schornsteinfegermeister Oeffner ebendo mitgetheilt habe, daß dort einem Manne von seiner Frau im Streite zugerufen sei: „Wenn Du auch mein Mann bist, ich zeige Dich doch an, daß Du in der Nacht für Judengeld die Brücke angesägt hast." Herr Breitwisch hat sofort bei der Staatsanwaltschaft in Bonn die Sache zur Anzeige gebracht. Die Untersuchung ist im Gange."

Sehr vertrauenerweckend ist die Fassung der Notiz gerade nicht. Warten wir das Resultat der Untersuchung ab.

**J. Z.** Soll gelegentlich verwerthet werden.

### Briefkasten der Expedition.

**K. L. in L.** Der Jahrgang 1891 kostet 85 Pf. Die Nr. 3 ist jedoch vergriffen. Einzelne Nrn. kosten 5 Pf.

**Lebenstein.** Die Oberpostdirection in Münster hat Ihre Beschwerde als begründet erachtet und Abhilfe geschaffen. Die „Mittheilungen" werden Ihnen jetzt pünktlich zugehen.

**Heidelberg.** „Mittheilungen", die am 1. September von Berlin abgesandt wurden, kamen am 5. Mittags in Heidelberg an die richtige Adresse. Wir haben sofort Beschwerde bei der Oberpostdirection in Karlsruhe geführt. Wir bitten unsere Leser, solche Ungehörigkeiten nie ohne Beschwerde bei der zuständigen Oberpostdirection durchgehen zu lassen.

## Mitgliederbeiträge.

Wir bitten unsere Herren Mitglieder aus ganz Norddeutschland mit Ausnahme von Hessen-Nassau und Rheinprovinz, ihre Beiträge für 1893 gefälligst bald an den Schatzmeister unseres Vereins Herrn L. Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13, einzusenden.

**Der Vorstand**
**des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.**

## Zur Agitation.

**Von einzelnen Nummern der „Mittheilungen" der Jahrgänge 1892 und 1893 haben wir noch einen größeren Vorrath. Bis auf Weiteres stellen wir unseren Gesinnungsgenossen eine beliebige Anzahl von Exemplaren unentgeltlich behufs Vertheilung zur Verfügung. Wir berechnen nur das Porto und die Verpackung. Eine Vertheilung der „Mittheilungen" dürfte sich vor Beginn des neuen Quartals sehr empfehlen.**

**Probeexemplare von allen Flugblättern, die der Verein bisher herausgegeben hat, stehen unentgeltlich zur Verfügung.**

**Der „Antisemitenspiegel", ein unentbehrliches Hülfsbuch für jeden, der sich über den Antisemitismus unterrichten will, ist zum Preise von 1,10 Mk. durch uns zu beziehen.**

**Die Expedition.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 38. | Berlin, den 17. September. | 3. Jahrg. 1893

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

## Der Sieg liberaler Freimaurerei in Preußen.

Aus Freimaurer-Kreisen wird uns geschrieben:

Die in neuester Zeit erschienenen Schriften des Geheimen Regierungsraths Prof. Dr. Settegast, nämlich

1. die deutsche Freimaurerei, ihr Wesen, ihre Ziele und Zukunft;
2. die Große Freimaurerloge von Preußen, genannt Kaiser Friedrich zur Bundestreue;
3. das Geheimniß, das christliche Princip und die Hochgrade in der Freimaurerei

haben wesentlich dazu beigetragen, Licht darüber zu verbreiten, was die Freimaurerei in der Gegenwart bedeutet und für die Kulturwelt zu leisten vermag. Denn sie klären darüber auf, daß echte Freimaurerei zu den durchgreifendsten Mitteln zählt, gegen die einreißenden Schädigungen der Volkswohlfahrt: den Materialismus, Mystizismus und **Antisemitismus**, einen festen Damm aufzurichten und einem gesunden, die lebendigen Kräfte nationalen Empfindens anspannenden Idealismus freie Bahn zu schaffen. Was aber für die echte, auf liberaler Grundlage ruhende Freimaurerei gilt, wie sie heute in den meisten Kulturstaaten und namentlich auch im außerpreußischen Deutschland geübt wird, das trifft für die *preußische* Freimaurerei leider nicht zu. Unter dem Einfluß eines Monopols, das sich auf ein Edict aus dem Jahre 1798 stützte und seiner Zeit auf die Abwehr demagogischer Umtriebe berechnet war, verstanden es die drei Berliner Großlogen (der freimaurerische Dreibund), nicht allein ihre veraltete, von anderen Logen längst reformirte Lehre aufrecht zu erhalten, sondern auch die Gründung von Freimaurerlogen außerpreußischer liberaler Systeme in Preußen zu verhindern, während sie selbst das Recht beanspruchten, Tochterlogen ihres Systems im außerpreußischen Deutschland und in andern Ländern zu stiften. Diesem unleidlichen Zustande mußte, wenn die preußische Freimaurerei nicht mehr und mehr der hohen Aufgabe, ideale Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern, entsagen wollte, ein Ende gemacht werden.

Das ist jetzt geschehen. Durch rechtskräftiges Erkenntniß des Königlichen Oberverwaltungs-Gerichts vom 23. April d. J. werden die drei Berliner Großlogen darüber belehrt, daß sie sich im Irrthum befanden, wenn sie glaubten, auch heute noch das ausschließliche Recht der Stiftung von Freimaurerlogen in Preußen zu besitzen und den so gegründeten Gemeinschaften oder, maurerisch gesprochen, Bauhütten die Bezeichnung „Freimaurerlogen" beizulegen. Sie seien, so führt das Erkenntniß des Gerichtshofes aus, lediglich Privatvereine, denen eine öffentlich-rechtliche Stellung im Sinne des Gesetzes ganz und gar abgehe. Jedem anderen Privatvereine, der dieselben Zwecke wie die Freimaurerei verfolge und dessen Thätigkeit besonders auf die Förderung des Wohles und der Glückseligkeit der menschlichen Gesellschaft abziele, stehe das Recht zu, sich Freimaurerloge zu nennen und seine Ziele mit den der Freimaurerei eigenen und hergebrachten Mitteln zu verfolgen, soweit sie nicht gegen das Vereins- und Strafgesetz, dem alle deutschen Logen unterworfen seien, verstoßen.

Damit waren denn alle Bemühungen des Dreibundes vereitelt, durch Ausmalen der schrecklichen Folgen, die mit der staatlichen Billigung einer neuen Großlogen-Gründung in Preußen unausbleiblich verknüpft sein würden, den beabsichtigten Eindruck zu machen. Die von den drei Berliner Großlogen als „*Aftergebilde*" bezeichnete *Große Loge von Preußen, genannt Kaiser Friedrich zur Bundestreue* wurde von dem höchsten maßgebenden Gerichtshofe als „*gerechte und vollkommene Loge*", wie der Freimaurer sich zur Kenntlichmachung einer richtig organisirten und arbeitenden maurerischen Bauhütte ausdrückt, *anerkannt*.

Nicht besser als mit dem Versuche, das Urtheil des Königlichen Oberverwaltungs-Gerichts zu Gunsten der drei altpreußischen Großlogen durch eine in dem eben bezeichneten Geiste abgefaßte Denkschrift zu beeinflussen, erging es dem Dreibunde mit anderen von ihm ersonnenen kleinen Mitteln, das Aufkommen der neu gestifteten Großloge zu hintertreiben. So wurde die Große Loge von Hamburg angegangen, gegen den Großmeister Settegast, der früher einer Hamburger Frei-

maurerloge angehörte, das maurerische Strafverfahren wegen Beleidigung und Verleumdung des Berliner Dreibundes einzuleiten. Dieses Ansinnen wies der Hochsinn der Hamburger Großloge einfach zurück. Demnächst wurde der Weg betreten, durch Verfehmungen und Achtserklärungen der verhaßten neuen Großloge beizukommen. Den Mitgliedern der altpreußischen Logen wurde in der Form eines Ukas untersagt, den Arbeiten und Zusammenkünften der Logenbrüder des neuen Systems beizuwohnen, letzteren aber sollten die Tempel der Logen des Berliner Dreibundes verschlossen bleiben. Der Erfolg war, daß ungeachtet des Verbotes, dessen Gesetzlichkeit übrigens mehr als zweifelhaft ist, viele Mitglieder der Dreibund-Logen an den Arbeiten und geselligen Vereinigungen der Kaiser Friedrich-Logen als willkommene Gäste häufig theilnahmen. Die Logen des Berliner Dreibundes aber aufzusuchen, das ist den Mitgliedern der Kaiser Friedrich-Logen wohl niemals in den Sinn gekommen, weil sie eben die dort vorgetragene, ihnen hinlänglich bekannte Lehrart als irreleitend abweisen und davon nichts hören wollen.

Einen geradezu komischen Eindruck macht es, wenn die betreffenden Großlogen den Trumpf ausspielen und feierlich erklären, die Große Loge von Preußen, genannt Kaiser Friedrich zur Bundestreue, dadurch isoliren und für die veralteten Lehrarten des Dreibundes unschädlich machen zu wollen, daß sie jener neuen Großloge die „Anerkennung" versagen. Um etwas zu versagen, muß man doch nach den Gesetzen logischer Erwägung erst den Antrag auf die Gewährung einer Gunst oder eines Zugeständnisses entgegengenommen haben. Der neuen Großloge liegt aber der Gedanke ganz fern, die Anerkennung der drei Berliner Großlogen, deren Lehrart sie nicht gelten läßt, zu erlangen. **Ehe jene nicht die Abweisung der Juden aus confessionellen Gründen** und die Pflege ihrer sog. Hochgrade fallen lassen, ehe sie also nicht die statutarischen Bestimmungen, durch welche theils dem **Antisemitismus**, theils einem trüben Mystizismus Vorschub geleistet wird, aufheben, wird die Große Loge von Preußen, genannt Kaiser Friedrich zur Bundestreue sie als „gerechte und vollkommene Logen nicht gelten lassen, sie vielmehr für freimaurerische „Aftergebilde" erachten.

## Der Antisemitismus und die Turnerei.

Aus **Hannover** wird uns geschrieben:

Ein interessantes Beispiel dafür, in welcher Weise der Antisemitismus nach Ausbreitung und Festigung seiner Stellung strebt, spielt sich zur Zeit in Hannover ab.

Der Turn-Klub zu Hannover nimmt sowohl turnerisch als gesellschaftlich eine sehr geachtete Stellung ein. Auf dem letzten allgemeinen deutschen Turnfeste in München i. J. 1890 war der Turn-Klub zu Hannover der einzige der concurrirenden Vereine, dem drei Preise zufielen, darunter auch der 2. Preis. Auf dem internationalen Turnfest in Amsterdam, im August d. J., bei welchem der Turn-Klub beauftragt war, die deutsche Turnerschaft zu vertreten, haben sich die sieben ausgesandten Turner sieben der höchsten Preise, darunter den ersten und zweiten errungen. Der Verein, welcher die Rechte einer juristischen Person besitzt und dem über sechshundert Mitglieder angehören, zählt eine große Reihe der ersten und angesehensten Bürger Hannovers zu den Seinen. Er besitzt einen hübschen Turnplatz und eine geräumige, gut eingerichtete Halle, die nach dem Ausspruche des Altmeisters der norddeutschen Backsteintechnik, des Geh.-Reg. Rath Hase zu Hannover, zu den interessantesten und vollendetsten Beispielen dieser Bauweise gehört.

Diesen Verein, der allerdings an dem entsetzlichen Uebel leidet, Juden unter seinen Mitgliedern zu haben, mit seinem beachtenswerthen Vermögen zu erobern, haben sich die Hannoverschen Antisemiten als Ziel gesetzt.

Die Leitung des Vereins liegt einem erweiterten Vorstande von 26 Personen ob, welche alle christlicher Confession sind, nur unter den Vorturnern befinden sich zwei Juden. Von den Vorstandsmitgliedern schieden im Januar d. J. achtzehn Herren satzungsgemäß aus. Dies schien den Antisemiten der geeignetste Zeitpunkt mit ihrem Streben hervorzutreten und Leute ihrer Richtung in Masse in den Vorstand zu bringen. Das heißt, vorläufig handelten sie noch im Dunklen. Es wurden geheime Zusammenkünfte veranstaltet, um die nöthigen Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen zu treffen. Das ist nun zwar nicht ganz im Geiste Vater Jahns, es ist aber jedenfalls ein Beweis dafür, wie der alles zersetzende jüdische Einfluß schon diese reinen, arischen Gemüther verdorben hat.

Die Hauptversammlung beginnt, der Plan scheint zu glücken, denn mehr als die Hälfte der nicht stark besuchten Versammlung sind Verschworene und noch kein Zeichen deutet an, daß der zu überfallende Gegner Kunde von dem ihm drohenden Verderben hat. Dem war aber nicht ganz so. Wenige Stunden vor Beginn der Versammlung hatte der Vorstand Nachricht von den Umtrieben erhalten. Ein Formfehler — die Einladung zur Versammlung hatte $1/2$ Tag zu wenig in der Turnhalle ausgehangen — war der willkommene Anlaß, die Versammlung auf zwei Wochen zu vertagen.

Jetzt zeigt sich ein ganz anderes Bild. Mehr als 300 Mitglieder sind erschienen, die antisemitischen Candidaten werden mit überwältigenden Mehrheiten durchweg abgelehnt und die seitherigen Vorstandsmitglieder schlankweg wiedergewählt. Zur Unterstützung ihrer Sache hatten die Herren Flugblätter drucken lassen, in denen völlig unwahre Behauptungen und gemeine Verleumdungen gegen nicht näher bezeichnete Mitglieder des bisherigen Vorstandes verbreitet wurden. Auf Grund dieses Flugblattes und des vorhergehenden Verhaltens zog der Vorstand zwei besonders hervorgetretene Mitglieder zur Verantwortung. Anstatt nun ihr Vorgehen, das mit den Grundgesetzen des Vereins im striktesten Widerspruche stand, zu rechtfertigen, benutzten die beiden Herren die Gelegenheit, neue Beleidigungen vorzubringen und durch allerlei Verschleppungskünste den Gang der Sache zu verzögern. Dies gelang aber nur für kurze Zeit; der Vorstand machte von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch und stieß die beiden Mitglieder aus dem Vereine aus.

Das gab das Signal zu neuem Kampfe. Eine Broschüre mit dem schönen gelben Umschlage wurde hergestellt und unter die nicht judenverdächtigen Mitglieder vertheilt. Dann wurde aufgeboten, was laufen konnte, um zahlreiche Antisemiten in den Verein zu bringen. Auch der Generalstab der Partei trat mit ein, darunter der wohl bekannte, derzeitige Reichstagsabgeordnete Herr Hans Leuß, dessen urgermanische Hände, die mit so unnachahmlicher Grazie Judenblätter in öffentlichen Volksversammlungen zu zerreißen verstehen, bisher allerdings noch mit keiner Reckstange Berührung gefunden haben.

Nachdem solchergestalt Verstärkungen herangezogen waren, wurde eine neue Hauptversammlung beantragt, in welcher die Ausstoßung der zwei oben erwähnten Mitglieder rückgängig gemacht und dadurch indirect der Sturz des Vorstandes erzwungen werden soll. Diese Hauptversammlung steht für den 16. d. M. bevor; wir werden nicht versäumen, unseren Lesern über den Ausfall derselben zu berichten.

## Zur Abwehr.

**In Sachen der Xantener Mordaffaire** berichtet die „Köln. Ztg.", es habe der nach Xanten gesandte Berliner Criminalcommissar Rautenberg die Aufgabe, an der Hand neu hervorgetretener Momente Verhöre und Nachforschungen anzustellen, die zur Entdeckung des Knabenmörders führen könnten. Die Weiterführung der Untersuchung richte sich aber nicht gegen Buschoff.

In den letzten Tagen erregte die durch das Wolff'sche Telegramm verbreitete Notiz der „Köln. Volksztg.", welche

aicle Zeitungen abgedruckt haben und welche meldete, auf die Ergreifung Buschhoff's seien 500 Mk. Belohnung aan der Staatsanwaltschaft ausgesetzt, grosses Aufsehen. Die Berichtigung folgte dieser Sensatiausnachricht auf dem Fuße. Buschhoff wohnt nach wie aor in Köln und die Staatsanwaltschaft in Cleae hat angezeigt, daß ihr nichts von jener Thatsache bekannt wäre. Wenn nun liberale und antisemitische Zeitungen sich gegenseitig vorwerfen, diese sensationelle Notiz fabrizirt zu haben, so erscheint uns dieser Streit, da nur die „Köln. Volksztg." Auskunft über den Autor zu geben im Stande sei, müßig. Die Antisemiten begehen ein schweres Unrecht, wenn sie immer wieder trotz der gerichtlichen Entscheidung Buschhoff als Mörder hinstellen, wie nach jüngst die „Bad. Landpost" aam 12. Sept., aber auch einzelne jüdische Wochenblätter verstoßen gegen die Wahrheit, wenn sie direct den Antisemiten die Ermordung des Knaben Hegemann zuschreiben. Fanatismus auf beiden Seiten trübt nur den klaren Blick. Man wird gut thun, so lange mit seinem Urtheile zurückzuhalten, bis die erneute Untersuchung Positives heraorgebracht hat.

**Den Fall Paasch** suchen die Antisemiten nach wie aor agitatorisch auszunutzen. Theodor Fritsch fordert seine Freunde und Parteigenossen auf, sich mit der Bitte an den Kaiser, die Bundesfürsten und die obersten Behörden zu wenden, daß „der Angelegenheit ein Ausgang gegeben werde, der das öffentliche Gewissen in so schwerer Weise beunruhigt, wie die gegenwärtigen Entschließungen es unfehlbar thun müssen." Der deutschsoziale Verein in Leipzig hat bereits eine entsprechende Eingabe an den Kaiser gerichtet und in Berlin und an anderen Orten werden Protestversammlungen vorbereitet. —

Wenn es sich in diesen Kundgebungen lediglich um ein Eintreten für den bedrängten Parteigenossen und um die Forderung einer Reform der Irrengesetzgebung handelte, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Thatsächlich aber — das beweisen auch die jetzigen Preßerörterungen — kommt es den Antisemiten aor allem darauf an, für **ihre** Sache etwas herauszuschlagen; alles Andere ist nur Mittel zum Zweck.

Mit welcher Gewissenlosigkeit man von antisemitischer Seite in der Affaire Paasch zu Werke geht, beweist u. a. die Behauptung der „Staatsbürgerztg.", der untersuchende Bezirksphysikus sei Jude, eine Behauptung, die sie schon am folgenden Tage zu widerrufen genöthigt war.

Dasselbe antisemitische Blatt giebt einer Einsendung Raum, worin es heißt:

„Für geistig aollständig „normal", um diesen viel- und nichtssagenden Ausdruck zu gebrauchen, habe ich Paasch niemals gehalten, habe daher auch aon aornherein die stille Hoffnung gehegt, in den zu erwartenden Prozessen werde das Endurtheil dahin lauten, daß Paasch straffrei ausgehen werde, da er seine Publicationen im Banne einer fixen Idee lebend losgelassen habe und daher strafrechtlich nicht aerantwortlich gemacht werden könne. . . ."

Der Einsender ist nicht der einzige Antisemit, der Paasch von aornherein für geistig nicht vollständig normal gehalten und trotzdem seine Publicationen verbreitet und tendenziös ausgebeutet hat.

Im Uebrigen verweisen wir auf Nr. 24 der „Mitth.", worin wir einen Beitrag zur Beurtheilung des Falles Paasch gegeben haben.

**Aus Bruchsal** schreibt man uns unter dem 11. September:

Vor der letzten Reichstagswahl ließ die antisemitische Partei Flugschriften für ihren Candidaten Vogel Nachts 11 Uhr durch auswärtige Leute hier ankleben. Ich kam mit einigen Freunden gerade dazu und da es Schmähschriften auf die Juden waren, hatten wir nichts eiligeres zu thun, als solche an verschiedenen Stellen, wo wir sie angeklebt sahen, abzureißen. Deshalb vom hiesigen antisemitischen Verein beim Bezirksamt verklagt, wurden wir von letzterem mit folgender interessanten Begründung freigesprochen:

„Hinsichtlich der Angezeigten . . . . . und . . . . . hier erscheint zwar durch deren Geständniß nachgewiesen, daß sie einige Tage vor der letzten Reichstagswahl antisemitische Flugblätter, welche in den Straßen der Stadt Bruchsal angeschlagen waren, abgerissen zu haben. Doch liegt ein Anlaß zum Einschreiten deshalb nicht aor, weil das Abreißen dieser Anschläge, die von Beleidigungen und Schmähungen der Israeliten strotzten und deren Inhalt auch bei den Angehörigen der christlichen Confessionen Aergerniß zu erregen geeignet waren, als in Ausübung berechtigter Nothwehr geschehen anzusehen ist. Den Angezeigten, welche Israeliten sind, konnte ebensowenig als den übrigen Israeliten hiesiger Stadt zugemuthet werden, die ihre Religionsgenossen herabwürdigenden Schmähschriften der weitern öffentlichen Verbreitung überantwortet zu sehen."

**Jüdische Moral und christliche Moral.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

Bekanntlich wurde im preußischen Landtage das Begehren gestellt, eine Revision der jüdischen Religionslehrbücher aorzunehmen und alles „Unmoralische" darin aufzuspüren. Es wäre aber zweckmäßiger, wenn die christliche Unterrichtsverwaltung einmal die christlichen Lehrbücher nach Unflätereien durchstöberte, wie solche nicht in Lehrbüchern für die Religion gehören, wenn es auch Bibelsprüche sind. Während meines Ferienaufenthaltes in Halberstadt habe ich in dem Religionslehrbuche für Taubstumme der dortigen Provinzial-Taubstummen-Anstalt zur Erklärung für das sechste Gebot derartige „kernige" Bibelsprüche gefunden, wie sie unter keinen Umständen abgedruckt werden sollten. Das Schlimmste aber ist, daß man dieses Lehrbuch Mädchen von 12 bis 14 Jahren in die Hände giebt. — Nebenbei bemerkt weist aber der Lehrplan täglich eine Religions- beziehungsweise Bibelstunde auf! Hic Rhodus, hic salta!

Karl Filly.

**Auf Antrag des Professors Dr. Strack** ist, wie das „Volk" hört, gegen den Berliner Verein Deutscher Studenten wegen der Streichung des genannten Professors aus der Liste der Ehrenmitglieder des Vereins bei dem akademischen Senat das Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Allerlei antisemitische „Führer".** Ueber den kürzlich wegen Hausfriedensbruchs und Bedrohung zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilten „Schriftsteller" Carl Wald, der in Berliner antisemitischen Versammlungen wiederholt als Redner aufgetreten ist, lesen wir in der „Antis. Corresp." (No. 264):

„Ob Herr Wald nunmehr aus den Reihen der Berliner „Führer", dem Beispiel der Weiß, Plack-Podgorski, Schwerin, Schwennhagen u. a. m. folgend, verschwinden wird, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Daß der vielseitige Herr Wald überhaupt als Antisemit in Berlin auftreten konnte, beweist, daß die älteren Berliner Gesinnungsgenossen an bedauerlicher Gefinnungsschwäche leiden."

Was mag der Mann wohl auf dem Kerbholz haben?

Von dem Dr. Tesdorpf schreibt die antisemitische „Hannov. Post" (10. Septbr.): „Dr. Tesdorpf ist im Laufe eines Jahres aus der Schriftleitung der „Hannov. Post", der „Deutschsozialen Blätter" und der „Deutsch-nationalen Ztg." geschieden, überall unter Umständen, die uns berechtigen, zu sagen, daß für ihn in unserer Partei kein Raum mehr ist." —

Aus Sachsen wird der „Frkf. Ztg." unter dem 6. September mitgetheilt:

Eine heftige Fehde ist seit einiger Zeit zwischen dem bisherigen Redacteur und Leitartikler der „Dresdn. Nachr.", Dr. Liman, und dem Verleger des genannten Blattes entbrannt. Dr. Liman, ein wüthiger Antisemit und Judenhasser vom reinsten Wasser, hat es nämlich nicht unter seiner Würde gehalten, gleichzeitig auch für die nationalliberalen, nach antisemitischer Auffassung, also „verjudeten" „Leipz. Neuest. Nachr." „schneidige" Leitartikel zu schreiben, obwohl er sich contractlich verpflichtet hat, seine volle journalistische Thätigkeit allein den „Dresdn. Nachr." zu widmen. Die „Dresdn. Nachr." erwirkten schließlich einen gerichtlichen Befehl gegen Dr. Liman, wonach dieser bei 500 Mark Strafe für jeden Zuwiderhandlungsfall das außercontractliche Schriftstellern unterlassen sollte, was auch das Landgericht auf die Berufung Dr. Limans hin bestätigte. In dieser Verhandlung wurde zeugeneidlich festgestellt, daß Dr. Liman sich den „Leipz. Neuest. Nachr." gegenüber ehrenwörtlich verpflichtet hat, sie in Bezug auf Lieferung von Leitartikeln nicht im Stich zu lassen. Gleichzeitig hat er aber auch dem Eigenthümer der „Dresdn. Nachr.", Herrn Commissionsrath Reichardt, sein Ehrenwort gegeben, für die „Leipz. Neuest. Nachr." nicht mehr zu schreiben. Es geht doch wirklich nichts über ein solch' „echt teutsches Manneswort! Das Verdienst, diese interessanten Neuigkeiten an die Oeffentlichkeit gebracht zu haben, gebührt diesmal dem „Vaterland", dem bekannten Organ der sächsischen Conservativen, das schon seit längerer Zeit mit den antisemitischen Blättern Zimmermann'scher Richtung in heftigster Fehde liegt.

**An Judendebatten** wird es in der bevorstehenden Session des Reichstages nicht mangeln. In ihrer letzten Wochenübersicht meint die „Kreuztg.", die Antisemiten, die an Zahl zugenommen hätten, würden jetzt zu zeigen haben, was sie können. Zugleich sei aber auch von den Conservativen durch ihren Antrag auf Verbot der Einwanderung ausländischer Juden die Sache in die Hand genommen. Mit anderen Worten: der Reichstag werde sich der Pflicht nicht entziehen können, die Judenfrage zu erörtern. Es müßte ein trauriger Staatsmann sein, der sich angesichts der reißenden Zunahme der antisemitischen Strömung jedes Nachdenken darüber ersparte, was zur Regelung der Judenfrage zu geschehen sei. Es sei unmöglich, daß sich eine Nation von 50 Millionen Menschen durch eine kleine Minorität von 7—800000 Juden allmählich unterjochen läßt.

Natürlich fehlt die stereotype Behauptung nicht, daß eine Lösung der Judenfrage nicht von den „extremen antisemitischen Hetzern" à la Böckel und Ahlwardt zu erwarten sei. Da müßten „höhere Kräfte, weisere Heilärzte" eingreifen. „Es ließe sich — heißt es zum Schlusse — für eine verständige Judengesetzgebung gewiß eine Mehrheit im Reichstage finden; auch das Centrum dürfte unter Umständen dafür zu haben sein.

Das Letztere glauben wir nicht, insofern unter einer „verständigen" Judengesetzgebung die Schaffung von Ausnahmegesetzen zu verstehen ist. Daß aber die politische Weisheit des preußischen Junkerthums in der Hauptsache hierin sich erschöpft, haben seine parlamentarischen Vertreter jederzeit bewiesen.

**Liebermann von Sonnenberg** hat **Ahlwardt** preisgegeben, aber die **deutschsoziale** Partei, deren Führer er ist, hebt Ahlwardt auf den Schild. In den letzten Tagen sprach A. in Braunschweig, Köln und Hannover vor Tausenden gegen ein Eintrittsgeld. Die „Hannov. Post" des Abg. Leuß bringt begeisterte Berichte darüber, rühmt das maßvolle Auftreten Ahlwardts, der sich das Verdienst erworben habe, der deutschsozialen Sache neue Anhänger zugeführt zu haben. — Was sagt Herr von Liebermann dazu?

**Für die vom Reichstagsabgeordneten Professor Förster angeregte „Freie antisemitische Vereinigung"** schlägt der Abg. Liebermann von Sonnenberg folgenden Programmentwurf vor: „1. Verbot jüdischer Einwanderung und Verbot der Aufnahme bisher noch nicht naturalisirter Juden in den Verband eines deutschen Staates. 2. Prüfung der jüdischen Sittenlehre durch eine besondere staatliche Commission. 3. Verbot weiterer Anstellung jüdischer Richter, Lehrer und Beamten."

Dieses Programm können ja auch die Conservativen unterschreiben.

**Schwennhagen**, der nach Rumänien geflüchtet war, ist wieder in Berlin eingetroffen, um sich dem Gericht zu stellen.

**Nürnberg**, 13. September. Das Schwurgericht verurtheilte den antisemitischen Redacteur Weber in Fürth wegen eines schwerbeleidigenden Artikels zu dreimonatlichem Gefängniß.

**Der antisemitische Reichstagsabg. Leuß** aus Hannover wird in einigen Wochen in Thorn sprechen. Er theilt mit, daß er bei der Gelegenheit bereit ist, auch in anderen Städten des Ostens Vorträge zu halten.

**Daß Herr Stöcker**, der jetzt den amerikanischen Boden betreten, seine Anwesenheit auch zu antisemitischen Agitationen benutzen werde, dürfte ausgeschlossen sein. Herr Stöcker ist der Einladung des unter dem Namen „Bruder Moody" bekannten Methodistenpredigers gefolgt, und es ist ausdrücklich in dem Vertrag mit ihm die Bedingung aufgestellt, daß er nur das Evangelium predigen, in keiner Weise aber die Judenfrage berühren noch streifen dürfe. Die amerikanischen Zeitungen, welche die Bedeutung des Hofpredigers a. D. unendlich überschätzen, haben ihm Leitartikel gewidmet, in denen sie sämmtlich darauf hinweisen, daß er Judenhetze in Amerika nicht betreiben dürfe, denn das würde ihm sehr schlecht bekommen.

**Das Stöcker'sche „Volk"** wird von der „Conservativen Correspondenz", dem offiziellen Organ der conservativen Partei, derb abgekanzelt, weil es auf dem Ahlwardt'schen Schlagworte **„Gegen Juden und Junker!"** weiter baue. — Die Judenhetze soll dem frommen Blatte erlaubt sein, aber die Junkerhetze will man sich nicht gefallen lassen. Stöcker hat sich vor seiner Abreise nach Amerika bekanntlich mit Ahlwardt wegen dessen Angriffe auf die Junker auseinandergesetzt und nun muß er es erleben, daß sein Leiborgan von autoritativer conservativer Seite beschuldigt wird, „den grundstürzenden Elementen in die Hände zu arbeiten!" —

**Weiteres von Stöckers Freunden in Siegen** wird der „Volksztg" gemeldet:

Am Mittwoch (6. Septbr.) Abend sind der Director Brüggemann und der Kassirer Kölsch verhaftet worden. Der Siegener Bankverein hat nach oberflächlicher Berechnung einen Verlust von $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark, ob allein durch Speculation an der Börse oder auch durch Unterschlagung, ist in der Oeffentlichkeit unbekannt. Der Verwaltungsrath giebt sich alle erdenkliche Mühe, das verkrachte Unternehmen durch Herbeischaffung von Geldern aufrecht zu erhalten, doch nur in der Absicht, sich vor der Verantwortung zu schützen. — Den letzten Anlaß zu der Verhaftung scheint ein scharfes Eingesandt „Herunter mit der Maske", das im „Siegener Volksblatt" veröffentlicht wurde, gegeben zu haben. In diesem Artikel heißt es:

Nach einer öffentlichen Erklärung des ehemaligen Bankbeamten Herrn Hermann Grimm sind schon vor Jahren Betrügereien daselbst vorgekommen und von diesem zur Kenntniß des Verwaltungsraths gebracht worden. Wie verhält sich die Sache? Wie war es möglich, noch

beim letzten Jahresabschluß eine Dividende von 7 pCt., sage und schreibe sieben Prozent herauszurechnen und zu bezahlen? War die Bilanz gefälscht oder nicht? Schon lange vor Bekanntwerden der Machenschaften des Bankvereins hat die Reichsbank in Siegen Wechsel von Franz u. Co. mit dem Accept des Bankvereins nicht mehr honorirt und beide so mit als creditlos betrachtet. Das ist dem Aufsichtsrath unbekannt geblieben?! . . . . Ferner heißt es, daß ein Vorstandsmitglied seiner Zeit das Revisionsprotokoll nicht habe unterzeichnen wollen, weil solches mit den Thatsachen nicht übereinstimme, während ein anderer Revisor seine lobende Anerkennung unter das Protokoll gesetzt hat. Wir verlangen über Alles sofortige Aufklärung, wünschend, daß die Betrüger und Fälscher recht bald der verdienten Strafe verfallen. Thatsächlich soll außer dem ganz bedeutenden Reservefonds, der den damaligen Mitgliedern des Creditvereins förmlich abgeschwindelt worden ist, fast das ganze Actienkapital fort sein."

Am Donnerstag Abend wurde Herr L. Schröder (in Firma Schröder und Jung) verhaftet, der als bezahlter Revisor zum Aufsichtsrath des Siegener Bankvereins gehört.

**Magdeburg,** den 5. September. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand gestern ein Beleidigungsprozeß zwischen dem Führer der hiesigen Antisemiten, Hauptmann a. D. von Schirp, und dem Oberstabsarzt a. D. Herrn Dr. Rosenthal, Mitglied der Schuldeputation, zur Verhandlung. Es handelte sich um antisemitische Flugblätter, die in einer der hiesigen höheren Töchterschule vertheilt wurden, was Herrn Dr. R. veranlaßte, solchen Unfug in einem Briefe an den Rektor der Schule mit scharfen Worten zu geißeln. Der Gerichtshof fand in dem Briefe des Dr. Rosenthal eine strafbare Beleidigung nicht enthalten, da er sowohl als Jude, als auch als Mitglied der Schuldeputation berechtigt gewesen sei, dem Schulvorstande von etwaigen Mißbräuchen in der Schule Mittheilung zu machen; der Brief sei in Wahrung berechtigter Interessen geschrieben und deshalb müsse die Freisprechung des Dr. Rosenthal erfolgen. Der Hauptmann v. Schirp aber wurde wegen Beleidigung des Dr. Rosenthal in zwei Fällen mit 30 Mark Geldstrafe event. drei Tagen Gefängniß belegt, dem Beleidigten auch in dem einen Falle die Publicationsbefugniß in der „Magdeburgischen Zeitung" zugesprochen.

**Aus Dortmund,** den 5. Sept., schreibt man der „Frkf. Ztg." Der Direktor des hiesigen Realgymnasiums, Herr Dr. Meyer, ist zum Director des Johanneum, einer gleichen Anstalt in Danzig, gewählt worden, er hat dem Rufe Folge geleistet. Herr Dr. Meyer ist ein tüchtiger Schulmann, doch wird er gern von hier gehen, weil er mit einem Theile des Lehrercollegiums nicht gut stand. Mehrere Lehrer huldigen ausgesprochenermaßen dem weitestgehenden Antisemitismus, ja es ist so weit gekommen, daß jüdischen Schülern ihre Abstammung vor versammelter Klasse zu Gemüthe geführt, und Kinder jüdischer Eltern grob beleidigt worden sind. Kürzlich war dieserhalb und auch wohl anderer Vorkommnisse halber ein Regierungs-Schulrath hier, und es verlautet, daß eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet sei.

**Das Begnadigungsgesuch** des Redacteurs und Herausgebers der antisemitischen „Neuen Deutschen Zeitung" in Leipzig, Erwin Bauer, der wegen Beamtenbeleidigung aus Anlaß des Xantener Knaben-Mordprozesses zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war, ist vom Könige von Sachsen zurückgewiesen worden.

**Die Reichstagsersatzwahl** im oberschlesischen Wahlkreise **Kattowitz-Zabrze,** welche am 5. September stattfand, hatte folgendes Ergebniß: Abgegeben wurden 15130 Stimmen; davon entfielen auf den bisherigen Abgeordneten, Amtsgerichtsrath Letocha (Centrum) 13872, auf Liebermann von Sonnenberg 931 und auf den Sozialdemokraten Merkowski 276 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

---

## Vermischtes.

**Jüdische Soldaten im Heere.** Zur Ergänzung unserer Notiz in Nr. 36 theilt uns ein Frankfurter Abonnent mit, daß noch ein vierter Mannheimer Jude, welcher bei dem zweiten badischen Grenadierregiment diente, **Joseph Apfel,** mit dem eisernen Kreuz decorirt worden ist.

**Daß die Juden als die später Eingewanderten** unter allen Nationen **Fremdlinge,** bloße „Gastvölker" seien, gehört bekanntlich zu den meistverbreiteten Märchen der Antisemiten. Es muß an und für sich — schreibt das Wiener „Freie Blatt" (27. August) zutreffend — natürlich ganz gleichgiltig für die rechtliche Stellung eines Theiles der Bevölkerung sein, wenn dieselbe um einige Decennien, ja vielleicht um ein- bis zweihundert Jahre später eingewandert ist als die Gründer, ersten Colonisatoren und Civilisatoren der betreffenden Städte. In der That mögen sich auch die Juden an sehr vielen Orten wirklich in dieser Lage befinden, ohne daß natürlich daraus irgend eine unerlaubte Consequenz gestattet wäre. Indeß ist es doch charakteristisch, daß auch in diesem unwesentlichen Punkte die antisemitische Theorie, wie immer, unwahr und wenigstens in solcher Allgemeinheit irrig ist. Wie bekannt, gibt es in Deutschland mehrere Judengemeinden, die ihren Bestand nach der Localtradition bis in die vorchristliche Zeit zurückleiten. Wie wir aus dem eben erschienenen, äußerst reichhaltigen und trefflichen Jahrbuch für die israelitischen Cultusgemeinden Böhmens (Prag 1893, Verlag von Jacob B. Brandeis) entnehmen, gehört auch Prag zu diesen Städten. So erwähnt die vom Rabbi Josef Hakohen im Jahre 1558 begonnene und später bis 1605 fortgesetzte Leidensgeschichte Israel Emek Habacha, daß anläßlich der im Jahre 1559 vom Kaiser Ferdinand verfügten Austreibung der Juden Böhmens die nichtjüdischen Bewohner Prags in ihrer Fürsprache um Aufhebung der Ausweisung betonten, daß die Juden dieses Land vor Zerstörung ihres Tempels in Jerusalem bewohnten. Wenn nun auch diese Meinung der historischen Rechtfertigung entbehrt, so geht doch daraus hervor, daß die Juden schon seit unvordenklichen Zeiten in Prag seßhaft waren, so daß die Spuren ihrer Einwanderung unter die jetzige slavisch-germanische Bevölkerung vollständig verwischt sind. In der im XVII. Jahrhundert geschriebenen Ramschach'schen Chronik wird erwähnt, daß anläßlich eines Schanzenbaues die Grabsteine der drei jüdischen Friedhöfe, die tausendjährigen kostbaren Denkmäler der Vorzeit dem Machtgebote der Noth geopfert wurden, und noch ein Historiker wie Tomek schreibt in seiner Geschichte Prags (I., S. 73): „Von der Einwanderung der Juden in Prag und Böhmen überhaupt findet sich nirgends ein Nachweis vor, weil sie ohne Zweifel in sehr alter Zeit geschehen. Juden mögen zur Zeit der Markomanen unter anderen Handelsleuten im Lande gewesen sein." Wenn nun auch diese Ansichten über das Alter der Prager Judengemeinde zu hoch gegriffen sein dürften, darüber daß die Juden in der zweiten Hälfte des X. Jahrhunderts schon in Prag, und zwar in großer Zahl seßhaft waren, herrscht heute kein Zweifel mehr. Nach Hajek waren sie im Jahre 995 unter Boleslaw II. im Kampfe der Christen gegen die Heiden ausschlaggebend für die Christen. Alle diese Umstände hindern natürlich irgend welche erst neulich aus Rußland oder dem Deutschen Reiche zugereiste Bürschchen christlicher Confession nicht, Leute für „Fremdlinge" auszugeben, deren Ahnen den Boden Prags und Böhmens überhaupt vielleicht länger bewohnen als die Ahnen irgend eines tchechisch-feudalen Adelsgeschlechtes.

**Toleranz in der Schule.** Entgegen Versuchen der Antisemiten, in die Schule ihre politischen Bestrebungen zu tragen, ist es erfreulich, die Beweise der Toleranz innerhalb der Schulsphäre anzuführen, wie sie früher üblich waren. Vor uns liegt ein Jahresbericht der Düsseldorfer

Louisen- und Friedrichsschule vom Jahre 1880. In demselben heißt es über die Louisenschule: „Am 21. Dezember wurden 70 arme Kinder beider Confessionen durch eine Weihnachtsbescheerung erfreut, wobei der Berichterstatter (d. h. der Director Dr. Uellner) die Weihrede sprach. — Am 19. Dezember wurden 7 jüdische Kinder bescheert, bei welcher Gelegenheit Herr Rabbiner Dr. Wedell eine bezügliche Ansprache an die versammelte Schuljugend hielt."

Ueber die Friedrichsschule heißt es ferner: „Zu Weihnachten wurden aus den freiwillig und reichlich gespendeten Gaben unserer Schülerinnen 30 arme Kinder, die jeder Confession angehörten, bescheert."

Es wäre interessant zu erfahren, wie diese Mädchenschulen sich jetzt verhalten?

**Auch ein Stammbaum!** Aus Berlin wird der „Köln. Volksztg" geschrieben: „Die Verbohrtheit einiger Antisemiten übersteigt doch alles; hörte ich doch in einem Bierlocal einen dieser Herren — allerdings keinen hochgebildeten — in einem Gespräch über den Würzburger Katholikentag ganz ernsthaft behaupten, der Münchener Nuntius müsse ein Judensprößling sein; denn aus dem „a Jude" hätte sich das italienisirte „Ajuti" gebildet."

**Die Reclame** wäre, wenn man den Versicherungen der Antisemiten trauen dürfte, eine ausschließliche Domäne der „Juden und Judengenossen." Dem ist aber nicht so. Der „Vorwärts" schreibt: Die Antisemiten haben gar keine Veranlassung, in übertriebener Bescheidenheit ihre eigene Fertigkeit in der Marktschreierei so in den Schatten zu stellen; denn wenn es ans Reclamemachen geht, stehen auch sie ihren Mann. Eine Probe davon liefert die letzte Sonntagsnummer der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung." Wir lesen daselbst folgende Annonce: „An mein Volk!" so rief unser unvergessener, hochseliger Kaiser Wilhelm I. weiland, im Jahre 1870, als ihm der übermüthige Franzmann den Krieg erklärte, u. s. w." Es folgt dann eine schwungvolle Verherrlichung des Krieges von 1870—71 im allgemeinen und des Sedantages im besonderen. Daran schließt sich ein Aufruf zur Abwehr „eines anderen, des inneren Feindes", der mit der Mahnung: „Kauft nicht bei Juden!" ausläuft in eine aufdringliche Anpreisung des antisemitischen „Adreßbuch Christlich-Deutscher Geschäfte", von dem nächstens eine neue Ausgabe erscheinen soll. Die Worte „An mein Volk!" sind als Ueberschrift der Annonce groß und dick gedruckt, wie es sich für eine echte und rechte Reclame, die das lesende Publikum alamiren soll, schickt. Wäre ein Jude so gerissen gewesen, die oben genannten Worte als Köder zu benutzen, so würden die Antisemiten wahrscheinlich sofort nach dem Staatsanwalt geschrieben und Anwendung des Paragraphen vom „groben Unfug", vielleicht sogar des „Majestätsbeleidigungs"-Paragraphen verlangt haben. Direkt unter dieser Reclameleistung des antisemitischen Geschäftsmannes steht übrigens eine andere, nicht minder amüsante Annonce, die von einem stadtbekannten und von den Antisemiten viel angegriffenen jüdischen Geschäfte ist, nämlich von der — „Goldenen 110". Sie beginnt: „Es beißt mich (diese drei Worte sind als Ueberschrift dick und groß gedruckt) mein Gewissen, wenn ich der Welt nicht Mittheilung mache von dem Ausverkauf des Welt-Garderobe-Hauses zur Goldenen 110 u. s. w." Diese beiden Annoncen, die in ihrer Nachbarlichkeit den Leser recht herausfordern, sie mit einander zu vergleichen, beleuchten die Beschränktheit des antisemitischen Standpunktes etwas drastisch. Das Reclamemachen ist ebenso wenig eine speciell jüdische Eigenschaft, wie etwa die Bornirtheit eine speciell antisemitische.

## Vom Büchertisch.

**Anatole Leroy-Beaulieu,** ein hervorragender französischer Politiker und Christ, giebt eine Reihe von Werken heraus, die unter dem Titel „Die Juden und der Antisemitismus" das große Problem der Judenfrage in unbefangener Weise beleuchten will. Der Verfasser, Mitglied des französischen Instituts der Wissenschaften, hat durch eine Reihe politischer Werke einen europäischen Ruf erlangt, namentlich durch sein dreibändiges Werk über „Das Reich der Czaren und die Russen" seine hervorragende Befähigung zur Behandlung sozial-politischer Probleme erwiesen. Wenn ein solcher Mann sich an die Judenfrage heranmacht, so kann man eine ebenso gerechte und unbefangene wissenschaftliche Methode wie neue Streiflichter und Ideen erwarten. In der That rechtfertigt der erste Band alle Erwartungen, die man an den Namen Leroy-Beaulieu knüpfen kann. Einer der Hauptvorzüge des Buches liegt in seiner eleganten Darstellungsweise und in der klaren Gruppirung und Analyse des Materials. Für Leroy-Beaulieu ist die Judenfrage ein Gemisch von religiösen, nationalen und sozialen Problemen. In der Analyse der Judenfrage als religiöse Frage zeigt er sich als intimer Kenner des Judenthums und sein Urtheil über den Werth des Talmuds dürfte die Zustimmung aller modern erzogenen Juden finden. Interessant ist seine Darstellung von der Stellung, die das Judenthum durch die Märchen der Volksphantasie erlangt hat. Das ist ja das Seltsame, daß das Volk dem Juden gegenüber von vornherein befangen gegenüber tritt. Durch seine Erziehung wie durch die Volkssagen und -märchen hat sich innerhalb des Volkes eine bestimmte Vorstellungsgruppe gebildet, die immer wieder der Nährboden für allerhand Schauermärchen sind, wie die erneute Auffrischung der Blutbeschuldigung ja auch genügend beweist. Neu dürfte jedenfalls eine Thatsache sein, die Leroy-Beaulieu anführt. In Rußland wurden die Blutbeschuldigungen so häufig, ohne daß eine Spur von Beweisen ausfindig gemacht werden konnte, daß die russische Regierung verbieten mußte, der Sache Folge zu geben.

Ein Hauptvorwurf gegen die Juden war immer, daß sie ein zersetzendes Element innerhalb der Gesellschaft wären, welche die Entchristlichung der Staaten bewirken. Dem gegenüber beweist gerade Leroy-Beaulieu, daß der eigentliche Jude conservativ durch und durch sei und daß mit der Entchristlichung des Christenthums eine Entjudung des Judenthums Hand in Hand gehe. In der That ist dieser Gedanke richtig. Nie macht man dem frommen Juden den Vorwurf, daß er das Christenthum angreife, sondern stets dem Juden, der aus der Ueberschätzung moderner Bildung heraus sich innerlich vom Judenthum längst losgelöst hat. Von der schlechten Beeinflussung der 300 Millionen Europäer durch 6 Millionen Juden zu sprechen, darin erblickt Leroy-Beaulieu eine Ueberschätzung des Judenthums, die durchaus unbegründet ist. Nicht „Verjudung" sondern „Verheidung" der Menschheit nennt er die Umwandlung der Gesellschaft und ihre langsame Ablösung von den Gnadenmitteln der Kirche. Auch der Rassenstandpunkt im Antisemitismus erfährt eine eingehende Analyse. In Deutschland feierte dieser seine Geburt, in Deutschland hat er seine „wissenschaftliche" Begründung gefunden. Nicht ohne Bosheit bemerkt der Franzose Leroy-Beaulieu, daß der Deutsche gern seinen Haß mit gelehrten Formeln übertüncht. Und doch erscheint ihm der Rassenstandpunkt überlebt und unmodern, weil kein Volk Amerikas und Europas ethnisch eine Einheit darstellt. Dabei kommt er zu einer Schlußfolgerung, die deutsche Antisemiten wie Dühring, Lagarde, Marr u. a. wirklich gezogen haben. Da das Judenthum die christliche Religion geschaffen, da die christliche Religion den arischen Geist überwältigt hat, so richtet sich der Rassenantisemitismus der unverfälschten Arier ebenso sehr gegen das Christenthum wie gegen das Judenthum. Leroy-Beaulieu variirt nur das Wort Eugen Dührings: „Ein Christ, der sich selbst versteht, kann kein Antisemit sein", wenn er sagt, daß die consequentesten Antisemiten sich ebenso gegen die Gesetzestafeln des Sinai, wie gegen die Krippe von Bethlehem wenden müssen. (Schluß folgt.)

# Arier und Semiten.*)

von

**Anatole Leroy-Beaulieu.**

Wie man einst in Stambul, um Türke zu werden, den Turban aufsetzen mußte, so muß man, um für einen Russen zu gelten, durch das orthodoxe Taufbecken passiren.

Für uns Abendländer Europas und Amerikas ist dieser orientalische Gesichtspunkt offenbar veraltet. Es dürfte dies, wie ich glaube, bald auch mit jener Ansicht der Fall sein, welche die Nationalität nicht mehr von der Religion, sondern von der Race abhängig macht. Man wird mir sagen, da jede Nation die Einheit der Race zur Grundlage hat, so können die Juden, die eine Race für sich sind, keiner Nation angehören. Sind wir dessen auch sicher? Offen gestanden, der Deutsche, welcher die Nationalität auf die Einheit der Race begründen will, scheint mir damit culturell nicht minder zurück als der Russe, welcher sie von der Einheit des Glaubens abhängig macht. Trägt diese Verwechslung zwischen Nationalität und Race auch ein modernes Gesicht, und ein wissenschaftliches Aussehen, so gehört sie darum nicht minder der Vergangenheit an, und zwar einer fernen Vergangenheit. Sie ist noch ein Begriff aus uralter Zeit, ein orientalischer Begriff, mindestens nur auf den Orient anwendbar, wo seit Jahrhunderten Schulter an Schulter und unvermischt, durch hohe religiöse Schranken getrennte Gemeinschaften leben: wo jeder Stamm, jede nationale Gruppe abseits von den anderen, in ihrer Kirche eingeschlossen und in ihrem Ritual eingesperrt bleibt. Solchergestalt wird man auf einem Umweg zur Identificirung von Nationalität und Religion zurückgeführt, denn zwischen benachbarten Völkern vermag allein die Religion wasserdichte Zwischenwände aufzurichten. Zur Reinerhaltung einer Race bedarf es durchaus keiner starken Mauern von Glaubensgebräuchen; und, im Orient selbst, geht man einigermaßen zurück, findet man, daß, von Israel angefangen, die festabgeschlossenen Völkergruppen weit entfernt waren, jeder Vermischung zu entgehen. Wenn die Religion bei den antiken nationalen Gemeinschaften der Levante das Thor geschlossen hat, so hatte sie einen Schlüssel zum öffnen behalten: den Bekehrungseifer. Die Juden selbst werden uns dafür sofort den Beweis liefern.

Welche Nationalität ist, was die modernen Völker Europas und Amerikas anbelangt, auf R a c e n e i n h e i t gegründet? Ist's England mit seinem Amalgam von Bretonen, Sachsen, Dänen, Normannen? Ist's Frankreich mit seinen Kymriern, Galliern, Iberern, Germanen, Lateinern? Ist's Deutschland, wo der Teutone im Westen eine so starke keltische, im Osten eine solche slavische Kreuzung erfahren hat, daß in mancher Gegend Deutschlands bei der Mehrheit der Deutschen die blauen Augen und die blonden Haare der alten Germanen nicht mehr vorkommen? Ist's Rußland, das alte moscowitische Rußland mit seinem Conglomerat von noch heute kaum russificirten Skythen und Sarmaten, Slaven, Tartaren, Finnen? Wären es die Vereinigten Staaten von Amerika, die seit hundert Jahren Ansiedler aus allen Ländern Europas aufgenommen haben, oder die spanisch-amerikanischen Republiken, welche eine förmliche Hauptskala von ganzen und halben Tönen erfunden haben, um die verschiedenen Abschattirungen der Bastarde zu benennen, welche aus der Kreuzung des Europäers mit dem Indianer und dem Neger hervorgegangen sind? Sämmtliche Nationen unserer Zeit sind ein Gemisch von mehr oder minder mit einander verschmolzenen Rassen und Völkern. Wir Alle — Franzosen, Russen, Deutsche, Engländer, Italiener, Spanier, Ungarn, Griechen, Rumänen, Bulgaren — sind half-bred, Mischblut. Ob groß oder klein, Abendländer oder Morgenländer, mögen sie sich Germanen, Angelsachsen, Lateiner betiteln, Vollblut erblicke ich unter den modernen Völkern keines. Was bliebe von Frankreich übrig, wenn wir auf unser gallisches Blut die Probe bestehen und mit, ich weiß nicht welchem Bretonen die Parole ausgeben müßten: „Frankreich für die Kelten?"

Allerdings, wird man sagen, allein Kelten, Lateiner, Germanen, Slaven, die Völkerelemente, aus welchen die meisten modernen Nationen bestehen, sind gleichartige Elemente. Wir Alle, Franzosen, Italiener, Deutsche, Engländer, Russen, sind Verwandte aus einem gemeinsamen Stamme hervorgegangen, wir stammen von den Aryas ab, wir gehören zur großen indo-europäischen Familie, zu der vorzugsweise edlen, fortschrittlichen Rasse. Der Jude dagegen ist ein „Semit". Die Kinder Abrahams, Isaaks und Jacobs gehören zu einer fremdartigen, mit den unserigen entgegengesetzten Instincten begabten Rasse. Zwischen Israel und uns besteht keine Verwandtschaft: der Jude ist für uns nicht assimilirbar, er vermag sich unseren arischen Nationen nicht einzuverleiben.

Der Einwand ist bekannt, ich gestehe, daß er mir wenig nahe geht. Der Beweisgrund würde kräftiger sein, wären bei der Bildung der modernen Nationen niemals andere als arische Elemente aufgenommen worden. Allein das Forscherauge der Anthropologen hat dabei auch andere Völkerstoffe niedrigerer Herkunft entdeckt. Unter den arischen Bevölkerungsschichten, der keltischen, lateinischen, germanischen, hat man in unserem Europa ältere Lagerungen vorgefunden, über welche sich die indo-europäischen Anschwemmungen einfach hingebreitet zu haben scheinen. Die fossilen europäischen Rassen, die Rasse von Cro-Magnon oder jene vom Neanderthal sind angesichts der Aryas von Asien nicht gänzlich verschwunden. Der Mensch der Quaternärzeit zählt noch Abkömmlinge unter uns. Nichts gestattet uns die Annahme, wir seien alle Arier; der oder jener Franzose oder Deutsche, der sich indo-germanischen Vollblutes dünkt, kann möglicherweise vom Höhlenmenschen abstammen. In Wirklichkeit giebt es heute vielleicht ebensowenig mehr eine „arische" als eine „lateinische Rasse."

Doch genug von den vorgeschichtlichen Zeiten und den unlösbaren Problemen. Kennen wir nicht in dem Europa der Geschichtsperiode, was sage ich, sind wir nicht unter mehreren heutigen Nationen, auf sonst noch „Andersbürtige" als jüdische Semiten gestoßen? Inmitten unserer sogenannten arischen Völker erblicke ich mindestens zwei den Aryas fremde Völkerelemente, zwei Rassen, wovon nach der Aufwühlung unseres Continentes durch die arischen Einwanderungsfluthen dem europäischen Boden noch zahlreiche Zeugen enttauchen. In der That, was sind die Iberer oder die Ligurer Spaniens, der Provence und Italiens? Was sind die Finnen Ungarns, Finnlands und Rußlands? Wären sie etwa Arier? Oder wäre der Semit uns fremder als die Iberer der Halbinsel oder die Finnen am Baltischen Meere? Ich glaube nicht, daß die Ethnographen dieser Ansicht sind. Jedenfalls wird derjenige, welcher den Juden mit dem Estländer am Finnischen Golfe, oder dem Tscheremissen an der Wolga zu vergleichen in der Lage war, unschwer erkennen, daß von Finne und Semit der Letztere uns am nächsten steht. Nun denn, haben die Iberer Spaniens, die Finnen Ungarns oder Finnlands sich unsere „arische" Civilisation anzueignen vermocht, so ist nicht einzusehen, warum der jüdische Semit dessen unfähig sein sollte.

Es widerstrebt uns bei diesen so verworrenen, selbst für die Specialisten so dunklen Fragen der Völkerkunde zu verweilen. Zumeist bringen wir ja da eine naive Unwissenheit mit. Wir sprechen von „semitischer Rasse", ohne dabei nur sicher zu sein, ob es jemals eine Völkergruppe gegeben habe, welche also benannt werden darf. Man hat zu wieder-

*) Von dem Werke Leroy-Beaulieu's, über welches wir in dieser Nummer eine Besprechung geben, drucken wir ein interessantes Capitel in einer Uebersetzung ab, welche unsere verehrte Collegin in Wien, das „Freie Blatt" veröffentlicht hat. Das Buch Leroy-Beaulieu's erscheint demnächst in vollständiger Uebersetzung im Verlag des „Freien Blattes" zum billigen Preise. Bestellungen nimmt unsere Expedition gern entgegen.

holtenmalen darauf hingewiesen, daß dieser Name „semitisch“ in Wirklichkeit lediglich ein sprachwissenschaftlicher Ausdruck ist und vielleicht keiner Rassengruppe entspricht. Wir nennen die Juden Semiten, weil die alten Hebräer eine als semitisch bezeichnete Sprache sprachen; die Sprache aber beweist, wie wir wissen, nichts in Betreff der Rasse. Ein Volk kann die Sprache wechseln, ohne deshalb die Rasse zu ändern. Weil die Irländer englisch gelernt haben, sind sie deshalb keine Angelsachsen geworden, und die Schwarzen auf unseren Antillen sind darum nicht von arischer Rasse, weil sie französisch sprechen.

Der Ausdruck Semit ist vielleicht geeigneter, die Frage zu verwirren als zu klären. Er belehrt uns so gut wie nicht über Herkunft und Verwandtschaft Israels; wir laufen Gefahr, durch ihn zu trügerischen Vergleichungen und schlecht begründeten Analogien verleitet zu werden. Einerlei, in Ermangelung eines anderen an seine Stelle zu setzenden Namens, behalten wir ihn bei. Ist der jüdische Semit schwarz oder gelb? Ist er durch sein physisches oder seelisches Gefüge so weit von uns entfernt, daß er gleichsam eine andere Menschheit, eine andere Art oder Unterart bildet? Bringt er durch seine Verbindung mit unseren Söhnen oder Töchtern Mulatten oder Mestizen hervor? Kann man diese unter uns wohnenden Semiten mit den Chinesen oder mit den Schwarzen vergleichen, welche die beiden amerikanischen Continente bewohnen? Setzt uns der Jude ähnlichen Verlegenheiten aus, wie sie gewisse Staaten der großen transatlantischen Republik von dem emancipirten Neger zu befürchten haben? Stehen sich da zwei unauflösbare Rassen einander gegenüber? Betrachten wir uns und betrachten wir die Semiten: Unterscheiden sie sich von uns durch die Hautfarbe oder die Schädelbildung? Müssen wir nicht ziemlich genau zuschauen, um sie zu erkennen? Und verriethen sie sich Alle durch die Krümmung ihrer Nase, kann man sagen, daß zwischen ihnen und uns nichts gemeinsam sei?

Läßt man es bei den verschwommenen Rassenbegriffen und den mehr oder minder sicheren Eintheilungen der Ethnologen bewenden, so besteht über die Verwandtschaft der Semiten mit uns kein Zweifel. Wohl oder übel sind Arier und Semit Brüder: alle ihre Züge sprechen dafür. Beide gehören zu jener großen, weißen, kaukasischen, oder, wie man sie nennen mag, mittelländischen Rasse, welche die Weltherrschaft anstrebt. Vom völkerkundlichen Gesichtspunkte sogar, läßt man das wirkliche Bestehen einer arischen und semitischen Gruppe zu, steht der Semit dem Arier näher als der Turanier; der Jude ist uns oft ein näherer Verwandter, als der stolze Magyar oder der geringschätzige Moskowit, die beide stark mit finnisch-türkischem Blute versetzt sind. Und lassen wir die dunklen Abstammungsprobleme bei Seite, um das Genie, den Geist, die Fähigkeiten und Gewohnheiten des Intellects in Anschlag zu bringen, wie könnten wir nicht eingestehen, daß der jüdische Semit uns näher steht, als der Brahmane Indiens, der sich der Reinheit seines arischen Blutes rühmt?

* *

Arier, Semiten, Turanier sind lauter Benennungen, mit denen man einen merkwürdigen Mißbrauch getrieben hat. Es giebt andere Dinge in der Weltgeschichte als Rassenconflikte.

In dieser Beziehung ist die Wissenschaft des XIX. Jahrhunderts mehr als einmal vielleicht vom rechten Wege abgekommen. Wenn auch die Rassen- und Stammeskämpfe eines der Elemente der religiösen und geistigen Entwickelungsgeschichte der Menschheit gebildet haben, so sind sie nicht deren einziger Factor gewesen. Eine der Ursachen des Erfolges der Rassentheorie ist deren scheinbare Einfachheit. Darin lag vielleicht eher ein Grund zu Mißtrauen. Heute empfindet man es. Nach der Rassentheorie, welche die ganze Frage durch die Verschiedenheit des Ursprungs erledigen wollte, ist die Theorie des „Milieu“ gekommen, welche sich Alles durch örtliche, zeitweilige, klimatische Einflüsse zu erklären bemüht. Hat man auch für jede dieser Theorien ein gut Theil Uebertreibung in Anschlag zu bringen, so muß man sie wenigstens berichtigen und durcheinander ergänzen. Nehmen wir Iran und Turan, das classische Urbild der Rassengegensätze; sie schienen zwei Völkerindividualitäten zu verkörpern, die von einander abweichendsten unter Allen. Man ist darauf gekommen, daß sie weniger zwei Rassen, als zwei Landstriche darstellten; ihr Gegensatz stammt weniger von zwei feindlichen Genies, als von zwei sich entgegengesetzten Landgebieten her. In vieler Hinsicht ist zwischen dem Arier und dem Semiten dasselbe der Fall; der den Einöden Asiens und Afrikas entrückte Semit büßt viel von seiner scheinbaren Eigenart ein. Ein gut Theil der lange den Kindern Sem's zugeschriebenen Charakterzüge kommt thatsächlich nur dem Araber zu, und das eigentlich weniger dem Araber selbst als Arabien, weniger dem Menschen als der Wüste.

(Schluß folgt.)

## Sprechsaal.

(In dieser Rubrik veröffentlichen wir Zuschriften aus unserem Leserkreise, auch wenn wir mit deren Inhalt nicht einverstanden sind D. Red.)

### „Judenkniffe.“

Geehrte Redaction! Die Zuschrift des Herrn L. G. in Nr. 34 der „Mittheilungen“ über „Judenkniffe“, veranlaßt mich, ein altes christliches Mitglied des Abwehrvereins, zu einer Erwiderung, um deren Aufnahme ich bitte.

Der Prenzlauer Richter entschuldigt das Wort „Judenkniffe“ damit, daß es der Ausfluß einer „allgemeinen Volksmeinung“ sei und daß eine Beleidigung einer einzelnen Person nicht beabsichtigt sei und nicht vorliege. Die Dame wurde freigesprochen. Ich stimme diesem Urtheil durchaus bei*) und wünsche, daß solche Urtheile ganz allgemein werden. Das erste Unrecht des Kaufmanns war die Vorspiegelung einer falschen Thatsache, das zweite Unrecht war die Dreistigkeit, obendrein noch zu klagen.

Wenn sich der Richter auf die Volksmeinung beruft, so hat er Recht. Das Wort „Judenkniff“ bedeutet nichts weiter, als eine Schlechtigkeit, ohne Bezug auf die oder den Juden. Man wendet das Wort auf Christen wie auf Juden an. Es ist Sprachgebrauch, und über denselben entscheidet doch die Volksmeinung. Der Richter darf in ein Wort nicht einen andern Sinn hineinlegen, als der Einzelne und das Volk hineinlegt. Derjenige, der das Wort „Judenkniff“ anwendet, braucht nicht die geringste Abneigung gegen die oder den Juden zu hegen. Er kann trotzdem in der freundschaftlichsten Weise mit Juden verkehren und sie gegen ungerechte Angriffe vertheidigen. Es wäre also eine übertriebene Empfindlichkeit, wenn man in dem Wort „Judenkniff“ zugleich Antisemitismus erblicken wollte. Wenn jeder Christ, der mal ein ähnliches Wort gebraucht, Antisemit genannt werden sollte, so gäbe es wohl nur sehr wenig Nichtantisemiten. Ich bedauere diesen Sprachgebrauch sehr und ich wende ihn auch nicht an oder pflege ihn, aber auch ein Jude sollte solche Worte als völlig harmlos ansehen. Derartige harmlose Redensarten über Christen findet man ja auch unter Juden. Welcher Christ wird so thöricht sein, darin einen Christenhaß zu erblicken! Ein feinfühlender Jude wird solche Aeußerungen, ebenfalls nicht anwenden oder pflegen, wenn es aber geschieht, dann doch nicht gleich Räuber und Mörder

Waldtraut.

*) Anmerkung d. Redaction. Wir sind der Meinung, daß die Dame in der That strafbar war. Es handelte sich nicht, den Beleidigungswerth des allgemeinen Ausdrucks „Judenkniffe“ festzusteuen, sondern der Ausdruck wurde in Bezug auf eine bestimmte Person gebraucht und enthielt eine bestimmte Beleidigung für diese.

## Briefkasten.

**Br.** in **S.** Pickenbach fiel bei Böckel in Ungnade angeblich wegen seines Eintretens für die Militärvorlage.

**J. Wirth**, Synagogenvorsteher in **Gemünden** bei Coblenz. Es wäre uns interessant, zu erfahren, aus welchem Grunde Sie die Annahme des Ihnen zugegangenen Exemplars der „Mittheilungen“ verweigert haben.

**D. R.** In dem Artikel des antisemitischen Blattes heißt es, Dr. Tesdorpf habe sich „ohne Abschied empfohlen.“ Worauf sich diese Andeutung bezieht, wissen wir nicht.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 39. Berlin, den 24. September. 3. Jahrg. 1893**

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

## Das christliche Princip in der Freimaurerei.

Von Prof. Dr. **H. Settegast.**

> Machen gut wir's. Helfen, rothen
> Wir im Geist, der mild versöhnt?
> Von der Väter Missethaten
> Laut zu red'n, ist verpönt!
> Nach dem Muthe des Johannes,
> Der nicht vor Herodes stumm,
> Nach dem stolzen Muth des Mannes
> Schaut' ich oft vergebens um!
>
> Emil Ritterhaus.

Die Freimaurerei stellt, das muß immer von Neuem hervorgehoben werden, eine weltbürgerliche Vereinigung dar, eine Gemeinschaft, die auf dem Boden der Sittlichkeit wahres Menschenthum verbreiten und die Humanität zur Herrscherin auf Erden einsetzen will. Folgerichtig sprechen sich daher die Grundgesetze der deutschen Freimaurer-Logen übereinstimmend dahin aus, daß „der Freimaurerbund von seinen Mitgliedern kein dogmatisch bestimmtes Glaubensbekenntniß fordert und die Aufnahme der einzelnen Brüder von einem religiösen Bekenntniß nicht abhängig gemacht wird. Stand, Nationalität und Farbe," so heißt es in den Grundgesetzen weiter, „Religionsbekenntniß und politische Meinung dürfen kein Hinderniß der Aufnahme sein." Damit wäre ja erfüllt, was von einer weltbürgerlichen, auf humanistischer Grundlage ruhenden Gemeinschaft als selbstverständliche Vorbedingung gedeihlichen Wirkens verlangt werden müßte. Ja, wenn nur die theoretische Anerkennung der humanistischen Richtschnur auch praktische Bethätigung fände! Das ist leider nicht der Fall. Die Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland und die Große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln nehmen grundsätzlich trotz obiger allgemeiner Bundesnorm keinen Nichtchristen auf, und die Großloge von Preußen, genannt Royal York zur Freundschaft, hat durch den Modus ihrer Kugelung bei Abstimmungen über Aufzunehmende Vorsorge getroffen, daß sie vor Bewerbung um Aufnahme seitens eines Juden sicher sein darf.

Der bevollmächtigte Sprecher für die Berliner Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland Dr. med. O. Hieber begründet die Abweisung der Juden mit folgender treuherzigen Eröffnung: „wir können sie nicht aufnehmen, weil wir zu ehrlich sind, ihnen verbergen zu wollen, daß nach unserer Auffassung der Geist der Freimaurerei identisch ist mit dem Geiste des Christenthums, wir können sie nicht aufnehmen weil ihr Eintritt in unsere Logen einer unfreiwilligen Conversion zum Christenthum — nicht zu irgend einer kirchlich dogmatischen Lehrmeinung, sondern zu der reinen Christus-Kirche, wie sie aus den Reden des Meisters selbst uns entgegentritt — gleichzuachten wäre, womit doch keinem Juden gedient sein könnte; wir können sie nicht aufnehmen, weil wir ihnen zu Liebe aus der Bibel nicht das neue Testament herausreißen dürfen, denn dadurch würden wir unser größtes Licht, welches die Bibel für alle Zeiten bleiben muß, seiner hellsten Strahlen berauben; wir können sie nicht aufnehmen, weil wir nur diejenigen unsere Wege führen können, von denen wir annehmen müssen, daß ihnen der Geist Christi vertraut ist und von ihnen für die in der Entwickelung der Menschheit wirksame, vorwärtstreibende Macht gehalten wird." An casuistischer Spitzfindigkeit läßt diese Auskunft nichts zu wünschen übrig, an humanistischer Offenheit — alles!

Der Geist und das Wort Christi sagt: „Kommet her zu mir Alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken;" der Berliner Dreibündner aber fügt hinzu: „soweit ihr nicht Juden seid!" Und das soll mit dem „christlichen Princip" eines Menschheitsbundes im Einklange stehen?

Ob aus denselben Beweggründen oder aus welchen sonst die Drei Weltkugeln-Großloge den Juden die Aufnahme in ihren Bund verweigert, kann unerörtert bleiben; thatsächlich stimmt sie in diesem Punkte mit der Großen Landes-Loge überein. Komme man doch nicht mit dem Einwande, daß es ja dem preußischen Nichtchristen unbenommen bleibe, sich in außerpreußischen Logen, die das sogenannte christliche Princip nicht gelten lassen, Aufnahme zu suchen, um sich sodann einer Loge des Berliner Dreibundes als „besuchender Bruder" anzuschließen. Daß es für einen „freien Mann von gutem Ruf" demüthigend ist, durch eine Hinterthür Einlaß in den Tempel einer Loge des „christlichen Princips"

zu erlangen, ist doch einleuchtend. Dazu kommt, daß ihm auch dann, wenn auf solchem Schleichwege der Eintritt in die Separatisten-Loge gelungen wäre, versagt bleibt, zu den höheren Graden bezw. Erkenntnißstufen dieser Logensysteme aufzusteigen. Ist daran auch, wie wir im Folgenden sehen werden, nichts gelegen, so verbirgt sich in dieser Maßregel doch eine für den Juden kränkende Zurücksetzung, die der Idee der Freimaurerei widerspricht.

„Die Geschichte von den Schicksalen der Anhänger des mosaischen Gesetzes," so läßt sich Heinrich Zschokke vernehmen, „ist die Geschichte von der Schmach des menschlichen Geschlechts. Wer sie mit Würde und gründlicher Ausführung schreiben wollte, muß, wenn er kein Menschenfeind ist, über die Arbeit zum Menschenfeind werden. Ein Beispiel geben diejenigen Freimaurerlogen, die sich als blos christliche Stiftungen betrachten und daher weder Juden noch Muhamedanern Zutritt bei sich gestatten, da doch eben das das Herrlichste und Edelste in der Bestimmung der Maurerei ist, daß sie das im Menschengeschlechte wieder zur großen Gottesfamilie vereinigen soll, was durch kirchliche Meinungen, wie durch politische und bürgerliche Verhältnisse feindseliger Weise von einander geschieden wohnt. Giebt die Maurerei den Gedanken an das Urverhältniß der Sterblichen zu sich selbst, die Idee des Maurerthums auf, so giebt sie sich selbst auf und verliert ihre ganze Bedeutung, ihren einzigen Werth."

Br. Emil Rittershaus sagt in seiner Chemnitzer Rede: „Entschieden muß ich bestreiten, daß in den Bauhütten von Royal York Männer mosaischen Glaubens nur ausnahmsweise Aufnahme finden; ich gehöre als Ehrenmitglied verschiedenen Logen dieses Systems an, die mit Stolz und Freude Israeliten zu ihren Brüdern zählen, und somit dürfte denn doch der Nothstand in Bezug auf Nichtchristen nicht vorhanden sein."

Darauf antworte ich, gestützt auf unwiderlegliche Thatsachen: entschieden muß ich dabei stehen bleiben, daß in den Bauhütten von Royal York Männer mosaischen Glaubens nur ausnahmsweise Aufnahme finden, ja daß in den Berliner Bauhütten dieses Systems Juden, die jede Freimaurer-Loge mit Stolz und Freude zu ihren Brüdern hätte zählen können, lediglich ihrer Confession wegen vermittelst der Kugelung abgewiesen worden sind.

Bruder Rittershaus wird vielleicht seine Meinung ändern, wenn er vernimmt, daß ich mich zu dem Rücktritt von dem Amte des Großmeisters der Großloge Royal York zum Theil aus dem Grunde entschloß, weil folgende von mir beantragte, die bisherige Willkür verhindernde bezügliche Gesetzesbestimmung abgelehnt wurde: „Bei der Kugelung ist von dem Grundsatze auszugehen, daß Jeder, der sich veranlaßt sieht, ein ungünstiges Zeichen zu geben, verpflichtet ist, dasselbe auch zu rechtfertigen; daß ferner jedes nicht gerechtfertigte bei der späteren Feststellung des Ergebnisses der Kugelung unberücksichtigt bleibt, d. h. nicht mitzählt. Ein ungünstiges Zeichen darf niemals lediglich mit dem Hinweis auf das Religionsbekenntniß des Aufzunehmenden gerechtfertigt werden."

Die Ausnahmestellung der preußischen Nichtchristen in maurerischer Hinsicht würde, wenngleich sie dem Grundprincip der Freimaurerei schnurstracks widerspricht, weniger schmerzlich empfunden worden sein, wenn die bisher den deutschen Großlogen gegenüber aufrecht erhaltene preußische Sperre die letzteren nicht an jeder Logengründung in Preußen verhindert und damit das liberale System der Freimaurerei abgewehrt hätte. Erst nach dem Durchbrechen des preußisch-freimaurerischen Monopols ist der bisherige „Nothstand in Bezug auf Nichtchristen" in Preußen beseitigt. Fortan soll wenigstens die Freimaurerei der in einem seiner schönsten Lieder erschallenden Klage Emil Rittershaus'

„Doch mit schamerglühten Wangen
Schau ich auf die Judenhatz'!

nicht mehr den geringsten Vorschub leisten.

## Studentischer Unfug.

Ein hiesiger angesehener evangelischer Geistlicher schreibt uns:

Dem Professor der Theologie D. Hermann Strack ist vor kurzer Zeit seitens des Kyffhäuserverbandes der Vereine Deutscher Studenten die Ehrenmitgliedschaft entzogen worden. Die Vereine Deutscher Studenten sind ein Product der durch Stöcker begründeten modern-antisemitischen Agitation und haben sich nach ihren Satzungen die Pflege der Vaterlandsliebe und Königstreue zur Aufgabe gemacht. Professor Strack hat als orthodoxer Theologe und streng conservativ gerichteter Mann den Bestrebungen dieser Vereine rege Sympathie entgegengebracht und es auch seit 1880 an Kundgebungen seines Urtheils nicht fehlen lassen. Die Folge war seine Ernennung zum Ehrenmitgliede März 1883. Vor einigen Tagen berichteten nun die Zeitungen, daß diese Ernennung rückgängig gemacht sei und zwar „wegen der Stellung des Herrn Strack zum apostolischen Glaubensbekenntniß". Kenner der Verhältnisse wußten sofort, daß es sich hier um ein Mißverständniß handeln müsse. D. Strack hat nie eine andere als die orthodoxe Stellung zum Apostolikum eingenommen und jener Beschluß konnte sich offenbar nur auf seine vernichtende Beurtheilung gewisser antisemitischer Hetzer und ihrer Blutlügen beziehen. Das wurde kurz darauf auch durch eine Erklärung des Herrn Strack im „Berliner Tageblatt" bestätigt.

Merkwürdigerweise hat diese Angelegenheit seitdem weniger Aufsehen erregt, als sie verdient und als die Herren Studenten auch offenbar beabsichtigt haben. Sie steht ohne Beispiel da in der langen Geschichte der deutschen Universitäten. Selbst aus den Zeiten der ärgsten Zuchtlosigkeit wissen wir uns keines Falles zu erinnern, der diesem materiell an die Seite zu stellen wäre. Wir halten es deshalb für Pflicht, diese Sache der öffentlichen Meinung noch einmal vorzulegen und ihr Urtheil darüber herauszufordern.

Man mache sich einmal klar: ein Verein von Studenten wünscht seiner Verehrung für irgend einen akademischen Lehrer Ausdruck zu verleihen und macht ihn zu seinem Ehrenmitgliede. Nachher veröffentlicht der so Geehrte ein wissenschaftliches Werk — ein solches ist Stracks „Blutaberglaube" — und nun setzen sich die Herren Studenten über dieses Werk zu Gericht, finden sich von seinen Resultaten nicht befriedigt und ziehen öffentlich den Ausdruck ihrer Ehrerbietung gegenüber dem Mitgliede des akademischen Lehrkörpers zurück. Eine Vereinigung junger unreifer Studenten constituirt sich also als Tribunal zur Vertheilung und Entziehung von Preisen auf Gesinnungstüchtigkeit ihrer Lehrer. Nicht mehr erwarten die jungen Herren das Urtheil ihrer Dozenten, sondern sie selbst fordern ihre Professoren vor und loben oder brandmarken sie vor der Oeffentlichkeit nach Gutdünken. Eine schlimmere Lockerung der akademischen Zucht läßt sich nicht denken. Wir sind weit davon entfernt, die Ehrenmitgliedschaft der Vereine Deutscher Studenten für eine „Ehre" zu halten, aber die Entziehung dieser Mitgliedschaft ist ein Versuch, dem Professor öffentlich eine Schmach anzuthun, ein Versuch, der anständiger Menschen in jedem Falle unwürdig ist, doppelt verwerflich aber, wenn er von Studenten gegen ihre Lehrer unternommen wird.*)

*) Der Verein Deutscher Studenten sucht soeben in den „Akad. Blättern" sein Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß Prof Strack mit Vorliebe die Feste des Vereins benutzt habe, um dem Verein die Wahrheit zu sagen, indem er dabei die Gefahren der agitatorischen Thätigkeit desselben oft einseitig heraushob. Prof. Strack habe allmählich alle Fühlung mit dem Verein verloren, für seine Veröffentlichungen in politischen, sozialen und religiösen Fragen sich der „Judenblätter" bedient ꝛc. ꝛc. Daß aber die Stellung des Prof. Strack zum Antisemitismus, speciell zur Frage des Ritualmordes thatsächlich den Ausschlag gegeben hat, wird Niemand bezweifeln. Die Redaction.

Es würde leicht sein, die Lauge des Spottes über diese Vereine auszugießen, deren jetzige Anmaßung nur eine Folge ihrer Unwissenheit ist. Jeder Mensch, der sich nicht blos an tönenden Bierreden erbaute, sondern sich ernstlich mit den Fragen der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens beschäftigte, kannte die Stellung des Professors Strack zu den Blutlügnern und ihrem Schandgewerbe schon damals genau, als ihm der Kyffhäuserverband die Ehrenmitgliedschaft antrug. Nicht das Geringste hat sich seitdem darin geändert. Die Vereine also, die heute demselben Manne, derselben im öffentlichen Leben an ihrem alten Platze stehenden Persönlichkeit jene „Ehre" entziehen, stellen sich damit das Zeugniß einer kläglichen und lächerlichen Ignoranz aus. Wir verzichten aber auf die Waffe des Spottes gern und möchten dafür die ernste Seite der Sache um so schärfer hervorheben.

Es thut sich unserm Erachten nach vor allem die Frage auf: Wie wird sich die Professorenschaft in Berlin zu dem Vorgehen der Vereine stellen?

Einem Mitgliede des Professorencollegiums ist seitens einer Studentenvereinigung eine öffentliche Beleidigung zugefügt worden, weil die Resultate seiner Forschungen vor den Augen der antisemitischen Herren Studirenden keine Gnade gefunden haben. Sollte das nicht ein Fall sein, der die Standesehre der akademischen Lehrer zu energischem Widerstande aufruft? Wollen und können die Herren nach wie vor die Feste eines Vereins besuchen, der einen ihrer Collegen zu entehren versucht hat, einen Collegen, der nie etwas anderes that, als die Ergebnisse von Studien in wissenschaftlicher Form und Sprache zu veröffentlichen? Unserer Meinung nach würde jede fernere Beziehung eines Professors zu diesen Vereinen sich durch die Selbstachtung des akademischen Lehrstandes verbieten. Namentlich werden sich die Herren Curtius und Treitschke, vielleicht auch Adolf Wagner, unsers Wissens die einzigen Ehrenmitglieder, der Frage nicht entziehen können, ob sie sich der Gefahr eines ähnlichen Scherbengerichts aussetzen sollen für den Fall, daß sie etwas dem Verein nicht Genehmes sagen.

Eine weitere Folge scheint Professor Strack selbst dem dreisten Beschluß der Vereine Deutscher Studenten geben zu wollen. Das Stöcker'sche „Volk", wußte vor einigen Tagen zu melden, daß der genannte Herr beim akademischen Senat ein Disciplinarverfahren anhängig gemacht habe. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht zutreffend ist, halten aber einen derartigen Schritt für sehr begreiflich und eigentlich nothwendig. Ein akademischer Lehrer kann sich unmöglich gefallen lassen, daß ein Verein von Studenten, der ihn unter der Maske des Patriotismus in seine antisemitischen Hetzereien hineinzuziehen versuchte, ihn nachher schmäht, wenn sich zeigt, daß die Herren sich in ihm getäuscht haben. Außerdem aber würde, wenn jener unerhörte Beschluß nicht disziplinarisch aufgehoben wird, die rassenantisemitische Hetze offiziell als straflos von der Universitätsbehörde anerkannt und damit ein Element der Zersetzung in unseren Universitäten eingeführt, das nur die schlimmsten Folgen haben kann.

Die „Deutschen Studenten" mögen auf ihrer Kneipe und in ihren Zeitungen reden, singen und schreiben, was sie wollen; Niemand will ihnen ihre Freiheit rauben. Aber wir verlangen, daß jede Freiheit ihre Grenze finde an der Freiheit des Andern. Den Terrorismus bekämpfen wir, von welcher Seite er auch kommen möge.

---

## Der zweite norddeutsche Antisemitentag.

Unter Betheiligung von 600 (die „Staatsb. Ztg." macht daraus 1000) Delegirten aus etwa 50 Städten wurde am 17. d. M. der zweite norddeutsche Antisemitentag in Berlin abgehalten. Der Vorsitzende Witte erstattete den Geschäftsbericht. Interessant war darin der Angriff auf den Abg. v. Manteuffel, der in Neustettin das antisemitisch-conservative Kartell gebrochen habe und noch immer die Antwort schuldig geblieben sei, obgleich er einmal telegraphirt habe: „Leider krank, Brief folgt!" Auch über die Geldmittel des norddeutschen Antisemitenbundes gab er Zahlen an, die für die Opferfreudigkeit der Antisemiten bezeichnend sind.

Der Kostenaufwand der letzten Wahlen beläuft sich auf **11770 Mk.**, hiervon kommen auf Landsberg-Soldin 3500 Mk., auf Neustettin 2000 Mk., auf Arnswalde ebenfalls 2000 Mk., auf Neustettin nochmals 3833 Mk., auf Niederbarnim **1750 Mk.**, auf Teltow-Beeskow-Storkow **550 Mk.** Für die Verwaltung sind **350 Mk.**, für frühere Arbeiten in Liegnitz ꝛc. **15 000 Mk.** verbraucht. Im ganzen ergiebt dies eine Ausgabe von **26 000 Mk.**, so daß der Verband gegenwärtig ein Deficit von über **6000 Mk.** habe.

Diese Zahlen sollten den Freunden unserer Abwehrbestrebungen beweisen, mit welchen Mitteln in einzelnen Bezirken die Antisemiten ihre Erfolge erzielt haben, sie sollten ihnen zu Gemüthe führen, welche Anstrengungen nöthig sind, um dieser Bewegung wirksam entgegenzutreten.

Die Redner des Tages waren u. a. die Herren Prof. Dr. Förster, Ahlwardt, Alexander Berg, Wilberg, Bodek, Dr. Bachler. Auch die Geistlichkeit fehlte nicht. Sie war vertreten durch Vicar Melhorn aus Stettin, der erklärte, wenn Stöcker die Antisemiten mehr bekämpfen wolle als die Sozialdemokraten, so könne man "mit diesem Herrn" nicht zusammengehen. In Pommern werde das nächste Mal kein Conservativer gewählt werden. Ein anderer Geistlicher Pastor Röbenbeck, erklärte als frommer Prediger der Liebe: „Man muß alle antisemitischen Kräfte sammeln, die sich im Grundbesitz und in der Geistlichkeit befinden. Jeder Geistliche muß erkennen, daß das Judenthum der zersetzende Stoff in unserm Volksleben ist und deshalb entfernt werden muß." Weiter äußerte er, es würde noch sehr, sehr milde und mehr als christlich sein, wenn man die Juden ohne Sang und Klang ziehen ließe, ohne ihr unrecht erworbenes Vermögen abzunehmen.

Den Hauptvortrag hielt Prof. Dr. Paul Förster. Er sprach über: Wie stehen wir — wie siegen wir? die Antisemiten ständen jetzt vor einem heißen Kampfe. Das deutsche Volk sei bedenklich verjudet. Es sei im ganzen Land der Eine oder Andere mit Israel verwandt. (Sehr richtig. Heiterkeit.) Um zum Siege in diesem Kampfe zu gelangen, sei die Einigung aller Antisemiten nothwendig. Das jüdische Kapital müsse, als zu Unrecht erworben, vom Staate wieder eingezogen werden. (Großer Beifall.) „Eigenthum ist nicht Diebstahl, aber das jüdische Kapital ist ein Raub am deutschen Volke, deshalb muß dasselbe auf gesetzlichem Wege eingezogen und zur Tilgung der Hypotheken und Staatsschulden, sowie zur Errichtung von Wohlthätigkeitsanstalten verwandt werden. Zur Erreichung ihrer Ziele ist die Einigkeit aller Antisemiten unter möglichster Wahrung der persönlichen Freiheit des Einzelnen nothwendig. Unter diesem Zeichen wird der Antisemitismus siegen!"

Drei Punkte waren es, um welche sich die zahllosen Reden des Tages gruppirten: Die Stellung zu den Conservativen, zu den einzelnen antisemitischen Parteien und zu der Judenfrage.

Zwischen den Conservativen und den Antisemiten wurde das Tischtuch zum hundertsten Male zerschnitten. Dr. O. Bachler gab der allgemeinen Mißstimmung gegen erstere mit den kräftigen Worten Ausdruck:

„Die conservative Partei war es, die sich um jeden Preis an ihre Mandate klammerte und mit uns Abmachungen traf, nicht um dieselben zu halten, sondern um auf diese Weise Wahlkreise für sich zu retten. Durch die Aufnahme der Judenfrage ins Tivoliprogramm gab sie sich den Anschein, eine antisemitische Partei sein zu wollen. In Wirklichkeit aber wollte sie nur mit dem antisemitischen Pfluge pflügen, die Antisemiten zu Vorspanndiensten benutzen, um dann die nus unserer Arbeit entstehende Ernte für sich einzuheimsen. Wäre es mit dem Tiooliprogramm ehrlich gemeint, wäre die conservative Partei mit uns kameradschaftlich zusammen gegangen, wir hätten ihr die Hand gereicht, Schulter an Schulter mit ihr gekämpft. Es war aber anders gemeint. Die Herren hatten den Hintergedanken, die schnell aufblühende antisemitische Bewegung in den Reihen der Conservativen nach Möglichkeit aufgehen zu lassen und uns den Boden zum Schaden des productiven Mittelstandes zu entziehen. Wir zogen bei den Wahlen der gegen uns angewandten Taktik gegenüber den kürzeren. Aus diesem Grunde hat unsere Bewegung nicht immer den erhofften Erfolg erzielen können. Unbegründet ist nun aber der Vorwurf, den man uns hieraus machen wollte. Es kommt dazu, daß unsere Organisation eine noch zu schwache war, überall, wo dieselbe bereits fest bestand, war der Erfolg ein großartiger. (?) Das wissen die Conservativen; sie wissen aber auch, daß wir auf ihre Leimruthe nicht mehr gehen. und deshalb ist auf eine Bundesgenossenschaft mit ihnen nicht zu rechnen, wir müssen uns vielmehr auf eigene Füße stellen."

Ahlwardt war noch stärker in seinen Ausfällen gegen die Conservativen. Er sagte: „Die antisemitische Partei ist eine Partei des productiven Mittelstandes und sie darf **mit einer Partei nicht zusammengehen, die die Juden nur bekämpft, um an deren Stelle zu treten**, die im eigenen Interesse kömpft und nicht im Interesse der breiten Massen des Volkes. Wäre die antisemitische Bewegung eines Henrici und Bernhard Förster nicht ins conservative Lager geführt worden, so würden wir weiter sein. Nur die antisemitische Partei ist bestrebt, die Errungenschaften dem gesammten productiven Volke zugute kommen zu lassen."*)

Ein Zusammenschluß aller antisemitischen Schattirungen mißlang völlig. Stöcker und seine Christlich-Sozialen wurden ausgeschlossen; Versuche, einen Anschluß des Parteitages an Dr. Böckel's „Reformpartei" und an Liebermann von Sonnenberg's „deutsch-soziale Partei" erfuhren eine energische Zurückweisung, so daß also die „antisemitische Vereinigung für Norddeuschland", als welche sie sich constituirte, zumeist nur die Anhänger Ahlwardts und Försters in sich begreift.

Nur in der Judenfrage, „da fanden sie sich gleich." Mit allen gegen zwei Stimmen nahmen sie einen von Ahlwardt vorgelegten „vorläufigen Entwurf unserer Forderungen" an. Der § 15 dieses Entwurfes beschäftigt sich mit der Judenfrage und lautet: „Die Antisemiten fordern a. Stellung der Juden unter Fremdengesetze, bei Verletzung derselben ist die Ausweisung gestattet; b. Schließung der Grenze gegen Neueinwanderung und Ausweisung aller nicht in Deutschland geborenen Juden: c. Ausschließung der Juden von allem liegenden Besitz oder Antheil an demselben; d. Ausschließung der Juden von allen Staats- und Gemeindeämtern, aus dem Rechtsanwalts-, Aerzte- u. Lehrerstand, sowie aus der Presse; e. Ausschließung der Juden aus der Armee und Einführung einer Wehrsteuer nach dem Umfange ihres Vermögens; f. Verbot des Haltens deutscher Dienstboten."

Dazu wurde noch eine Uebersetzung des Schulchan Aruch für nothwendig gehalten, und der Vorstand ermächtigt, in dieser Angelegenheit Schritte zu thun.

Auch in anderen politischen Fragen nahm der Parteitag Stellung. Seiner Weisheit letzter Schluß bei der Frage nach der Deckung der Militärvorlage war die Börsensteuer. Auch gegen jede Tabaksfabrikatsteuer sprach er sich aus.

Auch die Bildung eines Ehrengerichts wurde ins Auge gefaßt, der aus dem gesammten Vorstande sich ergänzen sollte. Herr Ahlwardt als Mitglied eines — Ehrengerichts, — man sieht, der Humor fehlte auch nicht in dieser antisemitischen Vereinigung.

Wie weit die „Antisemitische Vereinigung für Norddeutschland" mit ihrem Programm Ernst machen wird, muß die Zukunft lehren. Für uns muß die Organisirung der Judenhetze in Norddeutschland nur ein Sporn sein, unentwegt im Sinne unserer Abwehrbestrebung thätig zu sein. Daß uns die Theilnahme aller liberalen Kreise nicht fehlt, das ist es, was wir wünschen und hoffen!

---

## Zum Fall Paasch.

Theodor Fritsch hat für Paasch einen Aufruf erlassen, da er ihn nicht für „geistig gestört, sondern hervorragend geistig gesund" hält, und in seiner „Antis. Corresp." schreibt Fritsch (S. 345): „Auch der Fall Paasch, mag er ausgehen, wie er will, bleibt ein Brandmal an der Stirn der preußischen Rechtspflege. Die Unsauberkeit des Verfahrens füllt schon ganze Cisternen und sendet ihren übelduftenden Brodem gen Himmel."

Dr. Wesendonck als zweiter ist auch von der geistigen Gesundheit Paasch's überzeugt. „Paasch blieb geistig und körperlich frisch und gesund" ist das Ergebniß seiner Untersuchung in der „Anticorruption" vom 14. September (S. 503).

Als Dritter gesellt sich Prof. Dr. Förster hinzu. Auf Grund eines von ihm gehaltenen Vortrages über Paasch nahm der zweite Norddeutsche Antisemitentag eine Resolution an, in dem es heißt, daß Paasch „als ein hervorragend befähigter und seiner selbst mächtiger Mann in den weitesten Kreisen genügend bekannt ist."

Die Antisemiten verbreiten unter der Hand Agitationszettel für Paosch. Uns liegt einer vor, der von dem Verleger der „Antis. Correspondenz", von H. Beyer, unterzeichnet ist und u. a. auch in Wien massenhaft verbreitet wird. Derselbe lautet:

**Gesinnungs-Genossen**
**nehmt Euch Paasch's an!**

Die Juden haben ihren Zweck erreicht. —
Paasch ist im Irren-Hause.

Deutsche Männer, veranstaltet Volks-Versammlungen. Sendet Eingaben an den Kaiser!

H. Beyer.

Dieses Treiben wurde dem sonst so judenfeindlichen „Reichsboten" zu arg. In einem Leitartikel vom 10. September geht er mit den Antisemiten scharf ins Gericht. Er schreibt u. a.:

„Paaschs persönlicher Charakter mag auf sich beruhen; persönliches Mitleid mag man ihm soviel widmen wie man will, was aber sein öffentliches Auftreten und seine geistige Verfassung anlangt, so ist niemand, der ihn objectiv beobachten konnte, im Zweifel, daß sie keine normale ist. Es ist unwahr, daß wir diese Meinung über ihn heut erst, wo der von ihm betriebene Kampf auf der ganzen Linie gescheitert ist, vertreten; wir haben sie schon nach seinen ersten Anläufen über ihn gefaßt und sind von ihm selbst schon vor Jahren deshalb gelegentlich mit Schmähartikeln verfolgt worden. Die späteren Gerichtsverhandlungen haben sie dann allerdings noch ausgebaut, namentlich die beiden, wo er mit seiner Räubergeschichte von der ver-

---

*) Die offiziöse „Nordd. Allg Ztg." vom 20. September begrüßt es mit Genugthuung, daß das Verhältniß der antisemitischen Agitation zu einer jeden auf conservativer Grundlage ruhenden Politik zum richtigen Ausdruck gekommen sei. „Conservative Prinzipien, conservative Empfindungen, conservative Denk- und Lebensgewohnheiten, — Alles wird gleichmäßig verletzt durch diese rücksichtsloseste und einseitigste Spekulation auf die Eifersuchtsinstinkte der gerade für solche Einflüsterungen überall leicht zugänglichen Massen."

gifteten Postete des Herrn v. Brandt und mit seinem Zeugen, dem Major Pauli, peinlich zusammenbrach und dann im Juni dieses Jahres, als er in der Verhandlung nicht erschien, weil er sich mit einem Scherben die Pulsadern durchschnitten hatte, sein Vertheidiger aber seine Zustimmung gab, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenstation der Charitee gebracht würde. Derselbe that das allerdings mit dem Protest, daß sein Klient nicht geisteskrank sei und mit der Hoffnung, daß Paasch für gesund erklärt werde, aber schon der Staatsanwalt wies damals auf den Widerspruch hin, warum er dann überhaupt seine Zustimmung zu der Untersuchung gäbe.

Eine sechswöchige Beobachtung in der Königlichen Charitee hat dann nach der unwiderlegten Angabe der „N. Allg. Ztg." den gemeingefährlichen Irrsinn an Paasch ergeben, jetzt thut dasselbe das Attest eines *christlichen Physikus**), aber die Rassenantisemiten sind nicht zu überzeugen, sie machen die Sache *eines geistig offenbar Entgleisten*, der von der Verantwortung für strafbare Handlungen nur auf Grund seiner Irrsinnserklärung befreit wurde, fortgesetzt zur tönenden Parteisache, ohne zu überlegen, in welches Licht sie diese damit stellen und wie sie nach den vielfachen Niederlagen der letzten Zeit nur einer neuen blind in die Arme laufen.

Alle Warnungen fruchten anscheinend nicht mehr, auch wo sie aus der besten Gesinnung heraus kommen. Die Freunde von Paasch *leugnen* vielmehr, wie uns die „Staatsb. Ztg." in einer Polemik berichtigt, und der phrasige Aufruf Fritsch's bestätigt, „sehr energisch", nicht nur, daß Paasch gemeingefährlich geisteskrank, sondern *daß er überhaupt geisteskrank ist*. Wir ersehen daraus, daß wir ihnen zur Erklärung ihrer Widersprüche noch zu günstiges untergelegt haben. Denn ihre Erklärung verschlimmert ihre Lage vom Standpunkt des öffentlichen Rechts und der politischen Moral noch erheblich. Denn wenn die antisemitischen Freunde und Anwälte von Paasch wirklich von der völligen geistigen Unversehrtheit desselben überzeugt sind, so hatten sie erstens die Pflicht, Paasch gegen die nothwendigen Consequenzen seiner sechswöchigen Chariteebeobachtung und deren Ergebnisse durch Herbeiführung einer anderweitigen psychiatrischen Untersuchung, z. B. bei Prof. Eulenburg, rechtzeitig zu sichern und zweitens mußten sie als redliche Männer dann Paasch veranlassen, auf seinem Prozeß und das Gerichtsverfahren gegen ihn sofort, wie er am 29. entlassen wurde, weiter zu bestehen. Es ist und bleibt ein unmöglicher Rechtszustand, daß Paasch sich vor Gericht durch Erklärung von Geisteskrankheit der moralischen Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen entzieht und daß er dann, wie die „Staatsbürger-Ztg" sich ausdrückt, einen dicken Strich darunter macht und sich ungestört in das bürgerliche Leben zurückzieht.

Paasch ist ferner im Mai d. J. wegen gerichtlich nachgewiesener Beleidigungen des Justizministers und des Herrn von Eichhorn zu 1 Jahr 3 Monaten verurtheilt worden. Was wird mit dieser Strafe, wird unter diese einfach aufgrund dieser Erklärung auf Geisteskrankheit auch ein „dicker Strich" gemacht, als hätten sie preußische Gerichte nie erkannt? Wie man die Sache auch auffaßt, sie geht nicht an; vor Gericht den Geisteskranken spielen und im bürgerlichen Leben den Gesunden ist ein unerträglicher Durchbruch des Rechtes, den wir als conservatives Blatt nicht mitmachen, mag man uns dabei nun so engherzige Unterstellungen machen, wie, daß wir den Mantel nach einem höfischen Winde hängten, oder gar, daß wir *Morris de Jonge* als getauften Juden in Schutz nehmen, Paasch aber nicht als überzeugungstreuen Antisemiten. Wir haben jenen in Schutz genommen, weil uns der Anhalt auf Geisteskrankheit fehlte, diesen nicht, weil schon seine chinesischen Erlebnisse hallucinäre Herkunft verriethen. Das ist das ganze Geheimniß; im übrigen steht uns das Recht und seine Fortbildung, das nothwendig den Schutz der menschlichen Gesellschaft vor wirklich Irren verlangt, über allen anderen Gesichtspunkten, und Morris de Jonge persönlich etwa als Helden zu verherrlichen, dazu haben wir uns niemals verstanden.

Will der Rassenantisemitismus sich einen neuen Echec zuziehen, wir können ihn nicht hindern. Es ist anscheinend sein Verhängniß, das vielleicht eine gesundere Klärung in die antisemitische Volksbewegung bringt. Wenn der unnatürliche Bovist platzt, werden sich vielleicht auch die Wolken seiner gefährlichen, entarteten Keime entladen."

Unsern Standpunkt in dem Falle Paasch haben wir in Nr. 24 der „Mittheilungen" dargelegt. Wir wiesen an der Hand eines Vergleichs des Paasch'schen Erstlingswerkes und der antisemitischen Umarbeitung desselben nach, daß nicht Paasch der Antisemit, sondern der Gesandte in China, Herr von Brandt es war und daß Paasch in der That geistig nicht normal war. Wie wenig Paasch vor der Bekanntschaft mit den Leipziger Antisemiten und mit Dr. Serres (Minden) Antisemit war, beweisen folgende Thatsachen:

„Paasch's „jüdisch-deutsche" Gesandschaft wurde zuerst unter dem Titel: „*Ein Attentat in Peking. Schutz deutscher Arbeit in China*" im Selbstverlage des Verfassers (Carl Paasch) von A. Th. Engelhardt in Leipzig 1889 gedruckt.

In dieser Schrift werden *Juden* und die *Judenfrage* nur an *einer* Stelle erwähnt, nämlich S. 297, wo es in einem Schreiben an *Herrn von Brandt* vom 9. August 1888, gezeichnet Carl Paasch „in Gegenwart von Gustav Schmidt" heißt: „Sie kennen endlich meine Anschauungen in der *Semitenfrage*, welche wir seit 8 Jahren zusammen belletristisch und akademisch studirt haben und in welcher meine Ansichten im *Gegensatz zu den Ihrigen* **human** sind."

Wenn *Paasch* der „*humane*" war, dann war also nach diesem Bekenntniß Herr von Brandt der Antisemit!

Auch in dem *neueren* Buch sind Stellen übrig geblieben, die zeigen, daß eigentlich Herr von Brandt der Antisemit von den beiden war. So heißt es (S. 17):

„Nicht allein hatte er (d. h. Herr von Brandt) bereits früher versucht, anzudeuten, daß der Fürst (Bismark) mütterlicherseits jüdischer Herkunft sei (s. politische Gespräche mit Herrn von Brandt) sondern er *selbst sogar, den ich solange als Judenhasser kannte*, hat in einem Gespräch über Religion mir zu verstehen gegeben, daß er selbst gläubiger Jude sei."

„Wie wenig Paasch nach nach Abfassung seines ersten Buches Antisemit war, ergiebt sich daraus, daß er (wie er selbst S. 49 erzählt) *zuerst bei einem freisinnigen Abgeordneten* (es ist dies der Herausgeber der Nation, *Dr. Barth*) Hülfe suchte, gegen das ihm vermeintlich geschehene Unrecht. Er wendet sich naturgemäß an ein Mitglied der Opposition, da er sich von der Beamtenschaft um sein Recht betrogen glaubt.

Er geht dann sogar an einen zweiten *freisinnigen Abgeordneten*, dann an einen *Conservativen* und einen *Centrumsmann*. Von einem so fanatischen Antisemiten, wie er uns in dem Buche entgegentritt, war das nicht denkbar — *Paasch ist erst später Antisemit geworden*, nachdem man ihn darauf aufmerksam gemacht, daß von Brandt, Mandl und seine übrigen „Verfolger" verkappte Juden seien. Während er aber bei den übrigen Parteien kein Glück hatte — man sah zu deutlich, mit wem man es zu thun hatte — fand er bei den Antisemiten Anschluß."

Anläßlich des Falles Paasch greifen die antisemitischen Zeitungen wieder auf den Fall Morris de Jonge zurück. Sie müssen ein schlechtes Gedächtniß haben, denn sonst erinnerten sie sich des Ausspruchs de Jonge's, daß die „Behandlung, die der Judenfrage seitens der antisemitischen Parteien und insbesondere seitens der antisemitischen Presse zu Theil wird, eine *unchristliche und deshalb sittlich verwerflich* ist;" sie müßten auch wissen, daß M. de Jonge als Mitglied unseres Vereins „politischen Schwindel" bekämpfen will und die christlich-arischen Schreier antisemitischer Radauversammlungen insbesondere! Die Fälle Morris de Jonge und Paasch bedeuten eben zwei große Niederlagen des Antisemitismus.

## Ritualmordprozeß in Wien.

Vor dem Wiener Schwurgericht begann am 15. d. M. ein „*Ritualmordprozeß*". Die „Kölnische Zeitung" berichtet darüber: Der 31jährige Conoertit *Paulus Meyer* beschuldigte in einem von dem hiesigen *katholischen Pfarrer Dr. Deckert* im „*Vaterland*" veröffentlichten Briefe die Juden des Ritualmordes, indem er behauptete, im Jahre 1875 vor den jüdischen Ostern in Ostrowo selbst Augenzeuge der Abschlachtung eines christlichen Kindes zu rituellen Zwecken gewesen zu sein. Der Rabbiner Jehoschua ben h' Raw Schlohme Leb m' Lentschua habe die Abschlachtung geleitet, die von dessen beiden Schamal (Leibdienern) Moische Berriches und Saul Partzewar ausgeführt worden sei. Der Grundbesitzer Schmiel Tarler habe das Opfer herbeigeschafft. Wiener Juden nahmen erklärlicherweise ein lebhaftes Interesse daran, die kühne Beschuldigung gerichtlich zu widerlegen. Es stellte sich heraus, *daß der*

*) Soeben geht uns nach noch Schluß des Artikels von unterrichteter Seite folgendes zu: „Zuverlässigen Ermittelungen zufolge sind wieder zwei Angaben der „Staatsbürgerztg." unzutreffend: nicht Herr Levin ist im Falle Paasch amtlich thätig gewesen, sondern derjenige Physikus, dessen Bezirk das Polizeipräsidialgebäude, in welchem die Untersuchung des Kranken stattgefunden, zugehörig ist, *ein Herr evangelischer Confession und von zweifellos christlicher Abkunft*. Wenn die „Staatsbürger Zeitung" weiter als „Merkwürdigkeit des Falles Paasch" berichtet, daß „die Politische Polizei in diesem Falle mit der Executive beauftragt gewesen", so entspricht auch dies nicht den Thatsachen, da ebensowohl die Untersuchung wie die Ueberführung des Kranken in die Irrenanstalt, durchaus dem gewöhnlichen Verfahren entsprechend, von der Criminalpolizei nicht von der politischen Polizei, herbeigeführt worden ist. — *Man sieht, selbst die Nachrichten der antisemitischen Presse über Herrn Paasch fangen allmählig an, hallucinar zu werden.*

beschuldigte Rabbiner schon zwei Jahre vor dem angeblichen Ritualmorde gestorben war, aber dessen Tochter und sein Schwiegersohn, ein Rabbiner in Russisch-Polen, und die anderen angeblich Betheiligten lebten und man erlangte von ihnen, daß sie gerichtlich gegen Paulus Meyer vorgingen. So erhob denn Dr. Joseph Kopp namens des Rabbiners Jankiel Rabinowitz und seiner Gattin Rachel, dann der Herren Moische Rosenker genannt Berriches, Saul Frost genannt Partzewar und des Schmiel Wasserstrumm genannt Tarler Anklage wegen Ehrenbeleidigung durch die Presse gegen Paulus Meyer, jetzt protestantisch, früher mosaisch, russischen Unterthan, ehemaligen „Judenmissionar", gegen den Pfarrer im Wiener Vorort Weinhaus, Dr. Joseph Deckert, und gegen den verantwortlichen (Sitz-) Redacteur des „Vaterland" namens Franz Doll. Das Verhör des Paulus Meyer, eines schieläugigen, mauschelnden struppigen Männleins, bestätigt zunächst, daß der Mann von fanatischen Antisemiten mittels allerlei Beschuldigungen seiner frühern Glaubensgenossen Geld herauszulocken suchte. Er kam in Prag zum Professor Rohling, der ihm, „Ehren über Ehren erwies" und ihn nach Wien empfahl. In Wien lernte er den Prälaten Sebastian Brunner und den Professor Bickell*) kennen. Brunner brachte ihn zum Pfarrer Dr. Deckert, der sich grade mit „Ritualmord-Studien" beschäftigte, den Menschen bei sich im Pfarrhof einquartirte und ihm angeblich 100fl monatliche Besoldung zusicherte. Es erschien sodann der angeklagte Ritualmordbrief im „Vaterland" und Paulus Meyer bezog eine eigene Wohnung mit einer Concubine. Jetzt jedoch leugnete er überhaupt von dem Briefe zu wissen: „Ich bin unschuldig!" ruft er aus. „Wenn Pfarrer Deckert behauptet, daß ich den Brief geschrieben habe, muß er beweisen!" Er habe den Brief zum ersten Mal in der Zeitung gelesen, ihn weder dem Pfarrer Deckert übergeben, noch den Brief dictirt, doch giebt er schließlich zu, daß seine (inzwischen nach Wiesbaden abgereiste) Concubine den Brief etwa geschrieben und seine Unterschrift darunter gesetzt haben könne. Der Verantwortung des Paulus Meyer, daß er von einem Ritualmord, dem er angeblich beigewohnt habe, gar nichts wisse, auch an dem von Pfarrer Deckert im „Vaterland" darüber veröffentlichten Briefe ganz unschuldig sei, setzt der katholische Pfarrer Dr. Deckert eine Schilderung entgegen, der zufolge er, von Meyer getäuscht, in gutem Glauben gehandelt habe, weil ihm Meyer als ausgezeichneter Talmudist und vertrauenswürdiger Mensch von dem Prager Professor Rohling empfohlen wurde. Er schloß mit Meyer einen schriftlichen Vertrag, daß ihm dieser gegen eine Zahlung von 100fl monatlich Stellen aus der rabbinischen Litteratur übersetze und Beweise für den Ritualmord bringe. Meyer ging dann nach Leipzig, Deckert schickte ihm dorthin 100fl und ließ ihn wieder nach Wien kommen, wo er mit einer Concubine eintraf, die ihm als Secretärin diente. Er wohnte beim Pfarrer Deckert, welcher Meyers Concubine anderweit unterbrachte. Später beschaffte Deckert ihm eine eigene Wohnung, wo er mit der Concubine zusammenlebte und Ende Mai verhaftet wurde. Es ist für Deckert bezeichnend, daß er das „Neue Wiener Tageblatt" zur Aufnahme einer Berichtigung zwang, wonach es unwahr sei, daß Meyer bei ihm gewohnt habe. Den angeklagten Brief habe die Secretärin des Meyer geschrieben, dessen Unterschrift sei echt. Weitere Zeugenaussagen von Redacteuren des „Vaterland" und des „Deutschen Volksblatt", denen sich Meyer als Specialist für Ritualmorderfindungen anbot, bestätigen, daß die Erzählung von Meyer stammt, aber es ergiebt sich auch, daß der aus Leipzig datirte Brief in Wien verfertigt wurde und daß, weil Meyer dazu nicht genügende deutsche Bildung besaß, eine stilgewandte Persönlichkeit ihn abgefaßt oder verbessert haben muß. Die Advocaten wiesen auf den Pfarrer Deckert hin, der seinerseits die Concubine Meyers als die Verfasserin bezeichnete. Dieselbe sei eine hochgebildete Dame, jedoch hält sie sich jetzt leider in Leipzig auf und verweigert jede Aussage. Mehrfach wurde der „gute Glaube" des Pfarrers Deckert ebenso angezweifelt und bestritten, wie dessen „reinwissenschaftliches Interesse an der Ritualmordfrage". Von ihm sagte der Advocat Dr. Griez de Ronse: „Ihm fehlen die schönsten Tugenden des Priesterstandes, die Wahrheitsliebe und die Nächstenliebe." Die Geschworenen sprachen die drei Angeklagten der Ehrenbeleidigung durch die Presse schuldig und der Gerichtshof verurtheilte Meyer zu vier Monaten Arrest, den Pfarrer Dr. Deckert zu 400fl Geldstrafe oder zwei Monaten, den Redacteur des „Vaterland" zu 200fl oder einem Monat Arrest.

*) Pfarrer Deckert hatte in seinem „Vaterland" geschrieben, Prof. Dr. Bickell hätte Paulus Meyer dafür 1000fl angeboten, wenn er seinen Brief über den Ostrower Ritualmord für falsch erklären würde. Prof. Bickell widerlegte diese Behauptung in einem Briefe, den wir in den „Mittheilungen" 1893 No. 24, S. 245 abgedruckt haben.

Der gefälschte Brief ist seinerzeit durch die antisemitische Presse gegangen, Paulus Meyer ist von den Antisemiten in Leipzig und Berlin gefeiert worden, obschon man über sein Vorleben genügend unterrichtet war. Jetzt hat die antisemitische Presse kein Wort des Bedauerns über die Verhetzung, der durch den Abdruck des Briefes von Neuem Vorschub geleistet worden ist. Und das will eine Presse sein, die im Gegensatze zu den „Judenblättern" germanische Ehrlichkeit und Gerechtigkeit zu pflegen behauptet!

## Zur Abwehr.

**In einem Wiener Antisemitenblatte und in der „Kreuzzeitung",** welche aus solchen unlauteren Quellen gern schöpft, standen vor einiger Zeit Angaben über nur zur „Verjudung" von deutschen Kindern gegründete **Schulen des Deutschen Schulvereins in Oesterreich.** Einige dieser Schulen waren namhaft gemacht. Wir haben uns bezüglich der letzteren an berufener Seite erkundigt und können auf Grund der uns gewordenen Informationen Folgendes mittheilen:

Es ist unwahr, daß in Pardubitz eine Schulvereinsschule besteht oder jemals bestanden hat.

Wahr ist vielmehr, daß seit dem Jahre 1885 keinerlei Unterstützungen für Schulanstalten in Pardubitz gewährt wurden.

Unwahr ist ferner, daß die angegebenen Daten amtlich und vom Bezirksschulinspectorate erhoben sind.

Ebenso unwahr ist die Behauptung, daß in Prelauc eine Schulvereinsschule besteht oder je bestanden hat.

Wahr ist vielmehr, daß Schulanstalten in Prelouc überhaupt niemals von seiten des deutschen Schulvereines irgend welche Unterstützung erhielten.

**Die „Kreuzzeitung"** bemerkt zum Falle **„Paulus Meyer"** in Wien: Seit es eine antisemitische Bewegung giebt, habe es Juden gegeben, die diese Bewegung in ihrem persönlichen Interesse auszunutzen suchten. Der Fall Paulus Meyer lasse erkennen, wie gefährlich es sei, Juden als Vorkämpfer gegen ihre Stammesgenossen zu benutzen. Das Verfahren des Paulus Meyer sei ganz dazu angethan, den Rassenantisemitismus zu fördern.

Seit es antisemitische Parteien giebt, bedienen diese sich mit Vorliebe jüdischer Convertiten für ihre agitatorischen Zwecke. Auch so verkommene Subjecte wie Paulus Meyer werden zu Autoritäten gestempelt und als solche in Versammlungen und in der Presse gefeiert. Die „Kreuzztg." war es,*) in deren Spalten die lügnerische Behauptung aufgestellt wurde, daß die Juden seine Ausweisung aus Berlin beim Polizeipräsidenten beantragt hatten, während es sich bald herausstellte, daß der Antrag von dem orthodoxen Pastor v. Bodelschwingh ausgegangen war. Und alles das, trotzdem

*) Siehe Nr. 41, Jahrg. 1892 der „Mitth."

alle Welt auf Grund von Zeugnissen orthodoxer evangelischer Geistlicher das unsaubere Vorleben Meyers kannte.

Was soll man angesichts dieser Thatsachen dazu sagen, wenn jetzt die „Kreuzztg.“ sich berufen fühlt, Anderen Moral zu predigen, anstatt sich zu schämen, sich zu Freundschaftsdiensten für einen Paulus Meyer hergegeben zu haben!

**Die „Kreuzzeitung“ und der Rassenantisemitismus.** In ihrem Leitartikel vom 10. September schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Soweit es uns gelungen ist, hinter die Centrumsculissen zu blicken, haben die Führer deshalb von Maßregeln gegen die Juden abgerathen, weil „im zweiten Akt“ eine Rechtsverkürzung der Katholiken folgen könne. Indessen ist es eine völlig haltlose Vorstellung, daß es Jemandem einfallen könnte, die Juden mit den Katholiken über „einen Kamm zu scheeren.“ Die Katholiken unterscheiden sich von der evangelischen Mehrheit des Volkes nur durch ihren Glauben; wäre dies auch bei den Juden der Fall, so würde sich niemand um sie kümmern. Wenn wir dies nun früher betonten, wurde uns von jüdisch-liberaler Seite regelmäßig erwidert, wenn die Judenfrage bei uns Rassenfrage sei, schätzten wir doch das „Taufwasser des Christenthums“ sehr gering und zeigten uns sehr undankbar gegen Männer wie Stahl und Neander. Das ist eine völlige Verkennung unseres Standpunktes. Wir halten es sehr wohl für möglich, daß ein Jude nicht bloß im christlichen Leben, sondern auch in echt deutschem Sinnen und Fühlen ganz aufgeht; so war es bei Stahl und Neander der Fall. Man kann aber nicht verlangen, daß wir einen aus Geschäftsrücksichten erfolgten formellen Uebertritt zum Christenthum, wie er bei Reformjuden vorkommt, die nach wie vor ihrer „Bekehrung“ die Sache der „ethischen Kultur“ vertreten, irgend welchen Werth beimessen. Eine derart magische Wirkung, daß ohne Herzensänderung und Glauben eine völlige Umkehr des Betreffenden erfolgt, hat das „Taufwasser des Christenthums“ allerdings nicht.“

Diese Darlegung ist von prinzipieller Wichtigkeit. Sie krankt aber an einem inneren Widerspruch. In dem Zugeständniß, daß Juden christlich und deutsch fühlen können, zeigt sich, daß die „Kreuzzeitung“ die Judenfrage für eine religiöse Frage hält, in dem Schlußsatz bestreitet sie das wieder und rückt als Rassenantisemitin vor. Das ist charakteristisch. Sie will es weder mit Stöcker's Christlich-Sozialen noch mit Liebermann von Sonnenberg's Deutsch-Sozialen verderben.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Wie Erwin Bauer seine Unschuld beweist!** Wir haben in No. 37 der Enthüllungen des Dr. Wesendonck über Erwin Bauer Erwähnung gethan. Bauer hat die Hülfe des Gerichts in Anspruch genommen, aber das Urtheil desselben nicht abgewartet, sondern am 15. d. Mts. in einer öffentlichen Versammlung zu Leipzig sich vertheidigt. Den ihm befreundeten Blättern sind darüber Siegesbulletins zugegangen. Ob aber der antisemitische Führer wirklich Ursache hat, die gekränkte Unschuld zu spielen, darüber giebt der nachstehende Bericht der „Staatsbürgerztg.“ Aufschluß:

Bauer führte aus, in Deutschland habe er sich nicht naturalisiren lassen, weil er noch nicht die Gewißheit habe, daß er sich hier eine sichere Existenz gründen könne. Weiter erklärt Bauer, daß er von den Conservativen für geleistete Wahldienste keinen Pfennig erhalten habe, fügt aber hinzu, Hr. v. Herder (ein conservativer Reichstagscandidat) habe ihm aus eigenem Antriebe 5000 Mk. geliehen. Er erklärt ferner, daß er den Doctortitel nicht besitze, aber in Rußland an der Universität Dorpat einen akademischen Grad erlangt habe, der dem deutschen Doctortitel gleichstehe. Nunmehr kommt Bauer auf die finanziellen Verhältnisse seiner Zeitung zu sprechen. Er erklärt auch hier alle Angaben des Dr. Wesendonck für erlogen und erstunken. Die Zeitung habe nur 80 bis 90000 Mark Schulden. Im übrigen halte er es für keine Schande, Schulden zu machen. Zuletzt kommt er noch auf das Anerkennungsschreiben, das ein Berliner deutsch-sozialer Verein an Dr. Wesendonck gesandt, zu sprechen und bemerkt dazu, daß er Dr. Wesendonck den Berlinern gönne. Dr. Wesendonck habe durch Veröffentlichung dieser Artikel nur Abonnentenfang treiben wollen. Nach einer Pause von fünf Minuten ergriff zunächst Dr. Wesendonck das Wort, dem nur eine Redezeit von 10 Minuten gestellt worden war, während Bauer volle zwei Stunden gesprochen hatte. Zu einer Rechtfertigung seiner Handlungsweise konnte Dr. Wesendonck aber nicht gelangen, da er fortwährend von den wüstesten Zwischenrufen unterbrochen wurde, so daß er nur Bauer's Ausführung über die Aneignung des Doctortitels widerlegen und erklären konnte, daß er nun seinerseits auch eine Versammlung einberufen werde, um die nöthige Zeit zu haben, sich vollständig rechtfertigen zu können. Die nachfolgenden Redner, die Bauer angriffen, wurden ebenfalls niedergebrüllt, weshalb sie nun auch erst in der Gegenversammlung zu Worte kommen werden.

Die Frage der finanziellen Verhältnisse Bauers wollen wir hier nicht weiter erörtern, obwohl wir in der Lage wären, die Anschauung Bauers über das Schuldenmachen durch Beispiele zu illustriren. Ob es dem Doctor (!) Bauer aber gelungen ist, die Behauptung, daß er den Doctor-Titel zu Unrecht sich beigelegt habe und daß er sich für geleistete Wohldienste von den Conservativen habe bezahlen lassen, zu widerlegen, darüber dürften unsere Leser nunmehr im Klaren sein.

**Das Reichsgericht** hat am 19. September die von **Ahlwardt** eingelegte Revision gegen das Urtheil in den Prozeß betreffend die Broschüre **„Judenflinten“ verworfen,** weil dieselbe prozessual und materiell unbegründet sei. Das auf fünf Monate Gefängniß lautende Urtheil der Berliner Strafkammer wird somit rechtskräftig und Ahlwardt für eine so lange Zeit seiner politischen, insbesondere parlamentarischen Wirksamkeit entzogen.

In Vorahnung dieser Entscheidung entwickelte Ahlwardt neuerdings, natürlich nur aus idealen Beweggründen, eine fast fieberhafte Thätigkeit. In allen Theilen unseres Vaterlandes hielt er gegen Eintrittsgeld Versammlungen ab; so in Altona und Saarbrücken.*) An letzterem Orte war es der kaiserliche Director a. D., Redacteur und Verleger des dortigen **deutschsozialen** Blattes, Rittner, welcher den berühmten Mann einführte und einen Bericht über die Versammlung folgendermaßen schloß:

„Die antisemitische Sache ist durch Ahlwardts Vortrag, der ebenso maßvoll war, wie er sich durch den tiefempfundensten Patriotismus auszeichnete, wesentlich gefördert und das Vorurtheil gegen den vielgeschmähten Mann hoffentlich für alle Zeiten begraben worden. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich zahlreiche Gesinnungsgenossen in den unteren Räumen des Wackenberges, um sich in lebhafter Unterhaltung des willkommenen Gastes zu erfreuen. Die Saat, die Ahlwardt durch seinen Vortrag gestreut, ist im Uebrigen bereits auf fruchtbaren Boden gefallen; mehr als 40 neue Abonnenten aus den Schwesterstädten haben sich bereits gestern abend schriftlich eingezeichnet, während einige Auswärtige durch die Post abonniren werden! Wir aber rufen dem Reichstagsabgeordneten Ahlwardt ein tiefempfundenes dreifaches Heil nach und wünschen seinen Bestrebungen den besten Erfolg! Ahlwardt ist ein Mann, der die Volksseele kennt, ihr die geheimsten Regungen abgelauscht hat und entschlossen ist, sein ganzes Thun daran zu setzen, um dem arbeitenden deutschen Volke die Stellung wieder zu erobern, um die es ein habgieriges und gewissenloses asiatisches Volk betrogen hat.“

Ahlwardt nützt unserer Sache, schafft uns Abonnenten — ergo bedienen wir uns seiner. Das ist antisemitische Moral. Steht Ahlwardt wieder einmal im Reichstage am Pranger, dann wird man ihn verleugnen und von ihm abrücken. Aber er bleibt an den Rockschößen dieser Leute hängen. Daß die Deutschsozialen, die Freunde der Conservativen, jetzt wieder zu den Hauptstützen Ahlwardts gehören, kann uns um so weniger Wunder nehmen, als jüngst die „Conservative Correspondenz“, das offizielle Organ der conservativen Partei, das ruhige, sachliche Auftreten Ahlwardts in Braunschweig und die durch diese Taktik von ihm erzielten Erfolge rühmend hervorhob.

Als ob Ahlwardt **moralisch** besser dasteht, wenn er einmal zur Abwechselung gelinde Saiten aufzieht!

---

*) Die Leipziger Polizei hat eine Versammlung verboten, in welcher Ahlwardt den Fall Paasch besprechen sollte, und zwar aus dem Grunde, weil die Persönlichkeit Ahlwardt's nicht Gewähr leiste, daß die Versammlung ohne erhebliche Störung verlaufen und das Maß der erlaubten Kritik nicht überschreiten würde.

**Böckel** spricht sich gegen den Plan einer antisemitischen Vereinigung im Reichstage und das hierfür von **Liebermann v. Sonnenberg** empfohlene Programm aus. „Wir möchten wissen — schreibt er —, weshalb im Reichstage, wo hunderte von Fragen zur Berathung kommen, man für 3 Punkte eine Vereinigung bilden soll. Wenn's gegen die Juden geht, sind wir dabei auch ohne den Sport einer eigenen „Vereinigung". Die Reformpartei hat ein Programm, und das bietet uns mehr als 3 Punkte, es enthält den Kern der sozialen Mittelstandspolitik."

Gegen Herrn v. Liebermann geht Böckel immer schroffer vor. So lesen wir im „Reichsherold" vom 19. Septbr.

„Also doch! Der Abgeordnete Liebermann v Sonnenberg, dessen feindselige Machenschaften gegen die Deutsche Reform-Partei wir wiederholt zu beleuchten gezwungen waren, giebt jetzt zu, den conservativen Candidaten Mehnert gegen den Reformer Lieder in Meißen empfohlen zu haben. — Genügt!"

**Marburg,** 14. September*). Heute wurde am hiesigen Schöffengerichte die Verleumdungsklage des Baron R. v. Suttner in Wien gegen den „Reichsherold", bez. gegen dessen ehemaligen verantwortlichen Redacteur Georg, welcher inzwischen nach Nordhausen versetzt ist, endlich zum Austrag gebracht. G. wurde eine weitere Strafe von 100 Mark oder 10 Tage Gefängniß zuerkannt. Das Erkenntniß wird auf seine Kosten im „Reichsherald" zum Abdruck gebracht. Anlaß der Klage bildete eine Wiener Correspondenz in Nr. 563 des „Reichsherold" vom 2. Dez. 1892, welche über die Communalverwaltung Wiens sehr abfällig urtheilte und dabei Baron v. Suttner gröblich verleumdete, alles selbstverständlich nur, um daraus Kapital für den internationalen Antisemitismus zu schlagen. Der von G. anfänglich versuchte, aber schmählich mißlungene Wahrheitsbeweis hat das schätzenswerthe Resultat ergeben, daß das ganze Lügengewebe im Interesse der Geschäftsconcurrenz ausgesponnen wurde und daß noch dazu die Verquickung mit antisemitischen Bestrebungen hier durchaus unangebracht war, da der verleumdete Baron R. v. Suttner weder ein Jude noch ein „Judenschützer" ist. Besonders interessant waren die Verhandlungen durch die Schlaglichter, welche sie auf die furchtlosen und treuen Praktiken sowohl des verantwortlichen wie des wirklichen Herausgebers des „Reichsherold" fallen ließen. Georg hat anfänglich die Nennung des Verfassers der betreffenden Correspondenz ausdrücklich verweigert, bei seiner letzten Vernehmung konnte er sich aber desselben nur nicht mehr besinnen; früher hatte er die Verantwortung für die Correspondenz auf sich genommen und den Beweis für die Wahrheit ihrer Behauptungen zu erbringen versucht, später, als der Beweis mißlungen war, tritt er urplötzlich mit der Einwendung hervor, nicht er, sondern Dr. Böckel sei für die Aufnahme der Correspondenz verantwortlich, dieser habe sie direct zugesandt erhalten und ohne seine, G's., Wissen im „Reichsherold" abdrucken lassen, B. pflege meistens so zu verfahren. Das Gericht hatte auf diese Einrede hin im letzten Termine beschlossen, Dr. Böckel als Zeuge zu vernehmen. Er war heute erschienen. Da er sich eventuell selbst zu belasten hatte, wurde er nicht vereidet. Obwohl er nun hinreichend Zeit gehabt hatte, sich zu unterrichten, um welchen Artikel und um welche Verleumdungen es sich handele, gab er doch an, es erschienen so viele derartige Artikel in seiner Zeitung, daß er nicht wissen könne, gegen welchen die Klage gerichtet sei. Nachdem er die Correspondenz gelesen, besann er sich glücklicher Weise darauf, daß kurze Zeit nach ihrem Erscheinen in einem hiesigen Blatt eine Berichtigung seitens des Freiherrn R. v. Suttner gestanden habe. Im Uebrigen ließ B. seinen verantwortlichen Redacteur völlig im Stiche. Er konnte sich auf nichts besinnen, G's. Einwendungen weder bestätigen noch bestreiten und behauptete sogar im Gegensatz zu G., daß dieser und nicht er, B., in der Regel die Correctur des „Reichsherald" gelesen habe. Warum ist G. auch aller Parteidisziplin zuwider B. durch und zu Stöcker übergegangen? Nun kann er sehen, wie er die Strafen für die Sünden B's. und Anderer allein aufbringt oder absitzt.

**Adam Weber,** der Redacteur eines antisemitischen pornographischen Blättchens in Nürnberg, dessen Verurtheilung wir in der letzten Nummer gemeldet haben, hat, wie in der Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, wegen Betrugsversuchs sowie verschiedener Vergehen gegen die Sittlichkeit zahlreiche Gefängnißstrafen verbüßt und etwa fünf Jahre hinter Schloß und Riegel zugebracht.

Die „Staatsbürger-Zeitung" meint, dieses Beispiel, lehre, wie gerathen es sei, Vorsicht zu üben gegen gewisse Leute, welche sich in der antisemitischen Bewegung besonders vordrängen. — Woher kommt es aber, daß es keine politische Partei in Deutschland giebt, welche unter ihren tonangebenden Persönlichkeiten eine so große Zahl von fragwürdigen Gestalten aufzuweisen hat, wie die antisemitische? Das wirft doch ein schlechtes Licht auf diese Partei, welche sich anmaßt, das deutsche Volk sittlich erneuern zu wollen. —

*) Siehe Nr. 37 der „Mittheilungen".

**Der Haß gegen die Junker** ist nach dem gewiß kompetenten Urtheile des Herrn von Gerlach in Deutschland im Wachsen begriffen. Die Phrase, die Juden seien so sehr verhaßt, wird man nunmehr auch auf die Junker ausdehnen müssen. Herr von Gerlach schreibt im „Volk" am 8. September:

„Es geht eine immer wachsende Abneigung gegen den „Junker" durch das deutsche Volk. Ich habe das zu meinem schmerzlichsten Bedauern nicht allein in Berlin, sondern auch allenthalben im Osten in mittleren und kleinen Städten gemerkt. Und zwar erstreckt sich diese Abneigung nicht allerorts auf die demokratischen Elemente, bei denen das nicht Wunder nehmen würde, sondern gerade auf die besten, kleinbürgerlichen conservativen Schichten. Die Parole: „Wider Juden und Junker!" hat gezündet. Es war für den Schreiber dieser Zeilen ein tiefer Schmerz, als ihm kürzlich in einer der königstreuesten Städte Pommerns von kleinen Leuten zum Lobe gesagt wurde: „Sie sind gar kein richtiger Edelmann."

Herr Stöcker hat es ja im Abgeordnetenhause einmal als Argument gegen die Juden vorgebracht, sie seien der Gegenstand allgemeinen Hasses. Nun constatirt sein eigenes Blatt die gleiche Abneigung des Volkes gegen die Junker. Wir verstehen den Politiker Stöcker ganz gut. Nicht eine einzige der zahlreichen conservativen Nullen legt ihr Reichstagsmandat nieder, um es ihm anzubieten. Da ist es klar, daß sein Blatt sich gegen „gewisse Adlige" wendet, die „ihr Leben allein dem Sport und dem Spiele weihen", obgleich es gewiß auch jene meint, die ihr Leben im — Reichstag zubringen, an dessen Pforten Stöcker vergeblich um Einlaß gebeten hat!

**Für die „nationale" Gesinnung der Antisemiten** ist die Thatsache recht bezeichnend, daß bei dem jetzt in Prag herrschenden Ausnahmezustande außer den czechischen Blättern der antisemitische der Schönerer'schen Richtung angehörende „Deutsche Volksbote" unter Präventivcensur gestellt worden ist. Ferner die Thatsache, daß das Wiener Organ jener Partei, die ihr Programm nur mittelst Ausnahmegesetzen gegen die Juden durchführen könnte, die Verordnung des Gesammtministeriums eben als Ausnahmegesetz perhorrescirt und daß dieses sich eben wieder wüthend deutschnational geberdende Blatt als einzige Remedur der böhmischen Verhältnisse vollständige Erfüllung der jungtschechischen Desiderien, obenan die böhmische Königskrönung verlangt.

## Mitgliederbeiträge.

Wir bitten unsere Herren Mitglieder aus ganz Norddeutschland mit Ausnahme von Hessen-Nassau und Rheinprovinz, ihre Beiträge für 1893 gefälligst bald an den Schatzmeister unseres Vereins Herrn L. Jordan, Berlin W., Magdeburger-Straße 13, einzusenden.

Die Mitglieder aus ganz Süddeutschland, Hessen-Nassau und Rheinprovinz, wollen ihre Beiträge an unser Frankfurter Büreau, zu Händen des Herrn Stadtrath H. Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6, richten.

**Berichtigung**. In der letzten Nr. der „Mitth." hat sich auf S. 354, zweite Spalte ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Es muß heißen: aber die Junkerhetze (nicht Judenhetze) will man sich nicht gefallen lassen.

## Briefkasten.

Aus Mangel an Raum erscheint der Schluß der Besprechung des Leroy-Beaulieu'schen Werkes in der nächsten Nummer.

**D. in Hannover**. Wo bleibt der in Aussicht gestellte Bericht?
**J. H. in Culm.** Leider nicht verwendbar.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten oierteljährlich bei dee Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., dieect oon der Expedition (Magdeburgee-Ste. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressieung liefert die Post die Werth- oder Geldsendurg nicht aus.

**Nr. 40.** **Berlin, den 1. Oktober.** **3. Jahrg. 1893**


**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

## Die antisemitische Presse und der Fall Paulus Meyer.

Die Verurtheilung des Paulus Meyer, über welche wir in ooriger Nummer berichtet haben, begrüßen die antisemitischen Zeitungen mit — Genugthuung! Sie haben noch vor kaum einem halben Jahre, trotzdem ihnen das Vorleben dieses elenden Menschen genau bekannt war, sich seiner bedient, über seine Reden in Versammlungen ausführlich Bericht erstattet und ihn gegen die begründeten Angriffe der jüdischen Zeitschriften in Schutz genommen. Fritsch's „Antis. Correspondenz" nahm seine Artikel auf, der „Deutsche Antisemitenbund" in Berlin oeranstaltete Volksversammlungen, in denen Paulus Meyer auftrat, sein Schandbuch „Wölfe im Schafspelz" führte Dr. Wesendonck*) mit einem „Vorwort" ein, in dem es heißt: „Es ist in diesen Tagen, wo die Säulen der Erde erbeden, und das Weltall in seinen Fugen zu wanken beginnt ob all des **moralischen Jammers**, der in oollen Strömen über die arme oerblendete Menschheit ausgegossen wird, eine wahre Herzenserquickung, auf einen Schriftsteller zu stoßen, der noch Rückgrat besitzt, der nicht in trübsinnig-stumpfer Ergebung zu allem „Ja" und „Amen" sagt, sondern noch den Muth hat, unverblümt die **Wahrheit**, soweit er sie erkannt zu haben glaubt, zu sagen! **Ein solcher Schriftsteller ist Paulus Meyer.**"

*) Wie der Prozeß Meyer-Deckert ergab, ist De. Wesendonck an dee Abfassung des Schandbuches stark beteiligt gewesen. Die „Neue deutsche Zeitung" vom 23. September giebt zu, daß S. 81 bis Schluß des Buches von „einem Andern" herrührt.

Obschon die antisemitische Presse über das Vorleben Paulus Meyer's genügend unterrichtet war, hat sie aus ihm einen Märtyrer gemacht, so lange sie aus seinen fragwürdigen Enthüllungen Capital zu schlagen oermeinte. Paulus Meyer's letzte Enthüllung war der Brief über den Ritualmord in Ostrowo, der die Ursache des Prozesses gegen ihn, Dr. Deckert und Redacteur Doll geworden ist. Dieser Brief enthält die genau detaillirte Schilderung eines Ritualmordes, dem Paulus Meyer als Knabe beigewohnt haben wollte. Die antisemitische Presse druckte ihn ab, die „Staatsbürger Zeitung" beispielsweise in einem Leitartikel in Nr. 226 oom 16. Mai 1893.

Nun aber ist der Brief als gefälscht nachgewiesen, Paulus Meyer wiederum als Lump und Lügner hingestellt worden und nunmehr entdeckt die antisemitische Presse ihre — arische Moral. Jetzt fingt sie in allen Tonarten die Arien der Entrüstung. Jetzt ist Paulus Meyer plötzlich — der Jude, der jüdische Conoertit, der jüdische Apostat! Jetzt hält die „Staatsbürger-Ztg." ihren früheren Schützling für einen „Charakter, dessen bodenlose Schlechtigkeit und Niedrigkeit nur noch durch die widerwärtige Heuchelei übertroffen wird, mit der er vor seine Richter zu treten die Stirn hat." Jetzt schreibt sie über den **Brief, den sie selbst am 16. Mai abgedruckt hat**, er „**schildere die schauerlichen Einzelheiten mit scheußlicher Genauigkeit.**" Wir stehen hier vor einer antisemitischen Perfidie ohne gleichen! Am **21. September** findet die „Staatsbürger-Ztg.", daß ihr Leitartikel vom **16. Mai** einen Blutmord mit „**scheußlicher Genauigkeit**" zeichne!

Ebenso schamlos benimmt sich die Leipziger „Neue deutsche Zeitung". Noch am 18. Januar d. J. schreibt sie über Paulus Meyer im „Briefkasten":

**Herrn Paulus Meyer, hier.** Wir bestätigen Ihnen sehr gern, daß der Satz in dem „Eingesandt" unserer Nummer oom 11. d. Mts.: „jetzt läßt ein neuer Apostat seine Stimme in den „Deutschsozialen Blättern" erschallen", schon deshalb nicht auf Sie bezogen werden kann, weil Sie thatsächlich kein Apostat sind.*) Einen „Apostaten" kann man doch nur einen Mann nennen, der einer Religionsgemeinschaft abtrünnig wird, um einer anderen beizutreten, wir wissen jedoch, daß Sie dies nicht gethan haben, weil Sie unmittelbar nach Ihrer Geburt griechisch-orthodox getauft*) worden sind. Für Denjenigen, der auch nur die elementarste Kenntniß der russischen Reichsgesetze über gemischte Ehen besitzt, war dies von oornherein selbstoerständlich. Wenn also der Einsender seinen Satz wirklich auf Sie bezogen hat, so hat er sich in einem Irrthume befunden. — Von Ihren uns eingereichten Arbeiten werden wie mit Vergnügen Gebrauch machen.

Und jetzt im Leitartikel vom 23. September nennt sie ihn gleich in der zweiten Zeile den „ehemaligen Rab-

*) Diese Worte sind auch im Original gesperrt gedruckt.

binatscandidaten" und späterhin findet sie die Worte: „die bodenlos raffinirte Vertheidigungsrede jenes getauften Juden", „in echt semitischer feiger Manier", „jener Jude — benn ein Jude schlimmster Art ist Paulus Meyer geblieben trotz der Taufe", u. a. m. Jetzt beruft sich Dr. Erwin Bauer auch auf Pastor von Bodelschwingh, obschon ihm doch Meyer's Beziehungen zu diesem Geistlichen längst vor seiner (Bauers) Freundschaft mit Meyer bekannt gewesen waren. Jetzt leistet er sich den Satz: „Der „D. A. B." in Berlin brachte diese zweifelhafte Persönlichkeit an die Oberfläche und glaubt, sie als Zeugen wider das Talmud-Judenthum verwerthen zu können." — Auch ein Beitrag zur Corruption im Leipziger Antisemitenlager!

Die „Staatsb.-Ztg." fügt ihrer Musterleistung antisemitischer Journalistik noch ein Kraftstück antisemitischer Logik hinzu. Sie schreibt:

„Bewiesen ist ferner durch den Prozeß von neuem die Solidarität des gesammten Judenthums. Mit Recht hob der Vertheidiger Dr. Pattai hervor, daß der Prozeß nicht in Rußland, sondern in Wien entstanden sei. In Rußland sollten ein paar Juden beleidigt worden sein und die Wiener Judenschaft schnaubte Rache. Hätte es sich, so sagte er, um zwei Bauern oder zwei unbedeutende Geschäftsleute gehandelt, so wäre diese Klage garnicht entstanden, weil es sich bei diesem Prozesse nicht so sehr um die einzelnen Personen als um eine Klage des beleidigten Judenthums gehandelt hat."

Das ist doch eine offenbare Verkennung der Thatsachen. Wenn ein russischer, italienischer ɔc. Jude einen Bankerott begeht, hat gewiß ein österreichischer oder französischer Jude kein Recht, sich da hinein zu mischen. Mit der Blutbeschuldigung ist es aber anders. Diese Beschuldigung greift über Landesgrenzen und Meere hinweg, sie trifft die Juden der ganzen Welt, und der Haß regt sich in allen Nationen, wenn in irgend einem Neste ein Ritualmord zu construiren gesucht wird. Aus diesem Grunde ist es eine Nothwendigkeit, wenn jede Blutbeschuldigung in ihrer Hohlheit aufgedeckt werden soll, daß die Juden der einzelnen Ländern sich hierin unterstützen. Gewiß, wenn in China die Blutbeschuldigung gegen die Christen erhoben wird, brauchen sich die europäischen Christen kaum belästigt zu fühlen und sich zu vertheidigen, weil sie die Majorität in Europa bilden. Dennoch verlangen die europäischen Mächte Genugthuung für jeden beleidigten, ausgeplünderten oder getödteten Missionar. Es giebt eine Solidarität in der Religion, die naturnothwendig ist, denn die Religionen greifen über Länder und Staaten hinweg. Vor Grenzpfählen hat noch nie eine Religion Halt gemacht. Deshalb ist der Vorwurf der „Staatsbürger Zeitung" unsinnig und die Solidarität des Judenthums der Blutbeschuldigung gegenüber eine Nothwendigkeit.

## Zwei antisemitische Parteitage.

Am 23. und 24. September wurde in Chemnitz der **deutschsoziale Parteitag für das Königreich Sachsen** abgehalten. Der Vorstand des Landesverbandes lehnte in geheimer Sitzung einen Antrag der Leipziger Herren Wirth, Kleeberg, Hoffmann und Burkhardt, den Dr. Erwin Bauer, den Chefredacteur der „N. D. Ztg." mit Rücksicht auf die Enthüllungen des Dr. Wesendonck, zum Ausscheiden aus dem Vorstande zu veranlassen, ab. Da Bauer gerichtlich gegen Dr. Wesendonck klagbar geworden sei, so halte es der Landesverband für unzulässig, seinerseits eine Entscheidung zu treffen, beoor das Gericht gesprochen hat.*) Ebenso wurde die von denselben Herren gestellte (in einer Broschüre näher begründete) Forderung, den Abg. Liebermann von Sonnenberg von seine Führerstelle zu entfernen, zurückgewiesen. Vielmehr nahm man ein Vertrauensvotum für Herrn v. Liebermann an und beschloß, die Störenfriede aus der Partei auszustoßen.

In der am 23. Abends veranstalteten Volksversammlung sprach auch der bekannte Conservative Ed. Ulrich-Chemnitz, welcher ausführte, obgleich er Conservativer sei, sei er ein Anhänger der deutschsozialen Partei. Man mache ihm oft den Vorwurf, daß er trotz dieser Gesinnung der conservativen Partei angehöre. Nach seiner Ansicht könne er aber als Mitglied der conservativen Partei für die Deutschsozialen mehr thun, als wenn er ihnen direct angehöre.

Tags darauf, auf dem eigentlichen Parteitage, hielt die Hauptrede Liebermann von Sonnenberg. Er erörterte die Lage der deutschsozialen Bewegung in Sachsen und die Taktik der Partei: Zwischen den beiden antisemitischen Richtungen in Sachsen, der deutschsozialen und Reformpartei seien gegenwärtig Meinungsverschiedenheiten entstanden, die ein Zusammenwirken beider verhinderten. Man mache ihm den Vorwurf, die deutschsoziale Bewegung gelegentlich der Reichstagswahlen an die Conservativen verrathen zu haben. Diese Insinuation müsse er energisch zurückweisen. Bei der letzten Reichstagswahl habe es sich um die Heeresvorlage gehandelt, der von deutschsozialer Seite unbedingte Sympathien entgegengebracht wurden. Um sie durchzubringen, sei eine Mehrheit reichstreuer Abgeordneter nöthig gewesen, und da diese Mehrheit von deutschsozialer Seite nicht selbstständig gestellt werden konnte, habe man die conservativen Candidaten unterstützt, aber unter verschiedenen Bedingungen. So habe er, Redner, es durch seine Verhandlungen mit den Conservativen erreicht, daß es der deutschsozialen Partei im Reichstage möglich sei, selbstständig Anträge einzubringen, indem die conservative Partei sich verpflichtet habe, die fehlenden Unterschriften für Anträge zu stellen. Ferner habe er von den Conservativen die Zusicherung erhalten, daß die deutschsoziale Partei unter bestimmten Bedingungen Sitz und Stimme in den Reichstagscommissionen erhalte. Aus diesen Unterhandlungen könnten doch die Gesinnungsgenossen unmöglich schließen, daß die deutschsoziale Partei in die conservative aufgehen wolle. Die deutschsoziale Partei werde jetzt und in Zukunft selbstständig bleiben. Man solle doch nicht den alten Parteien, mit denen die Antisemiten rechnen müßten, fortwährend vor den Kopf stoßen und das geschehe, wenn man die Conservativen wie gegenwärtig schmähe und angreife.

Haben die Herren Ulrich und v. Liebermann wirklich bewiesen, daß die deutschsoziale Partei eine selbständige sei? Viele werden aus ihren Reden umgekehrt den Eindruck gewonnen haben, daß die Partei Liebermann lediglich ein Anhängsel der conservativen ist. Dieser Ansicht wurde auch auf dem **Parteitage der Deutschen Reformpartei** vertreten, welcher unter dem Vorsitze des Abg. Zimmermann am 24. und 25. September in Marburg, dem Wohnorte Böckels, stattfand.

Dort hielt Dr. Böckel scharfe Abrechnung mit den Deutschsozialen. Nachdem er betont hatte, daß er die Judenfrage lediglich im Rahmen der sozialen Frage auffasse, fuhr er fort: Ein Zusammengehen mit der christlich-sozialen Partei sei ausgeschlossen, weil diese nur eine Spielart und Hilfstruppe der Conservativen sei und nach den letzten Erfahrungen könne man in den Conservativen keine Bundesgenossen erblicken. Ebenso könne man die deutschsoziale Partei nicht als Schwester- oder Bruderpartei betrachten. Herr v. Liebermann habe sich für einen Conservativen gegen den Reformer sich erklärt; Dr. Bauer sei nach Borna gekommen, um die Brudercandidatur zu Gunsten v. Frege's zu unterdrücken. Herder, Rother und v. Langen waren von jenen Herren als Deutschsoziale empfohlen, sie seien aber ohne Sang und Klang zu den Conservativen gegangen. Die Deutsch-sozialen hätten sich als

*) Im Vorverfahren ist Bauer bereits, nach einer Leipziger Meldung der „Frkf. Ztg.", vor dem Amtsgericht wegen des von Dr. Wesendonck gegen ihn erhobenen Vorwurfs der Bigamie, des Betrugs und der unerlaubten Führung des Doctortitels vernommen worden.

freiwillige Schutztruppe der Conservativen entpuppt und ein Zusammengehen mit ihnen könne nur schaden.

Die Berathungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Organisation. Es wurden 4 Landesverbände gebildet: Königreich Sachsen, Hessen, Thüringen und Provinz Sachsen. Mit der jüngst in Berlin gegründeten „Antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland" sollen weitere Verhandlungen gepflogen werden. Eine auf Vorschlag Böckels angenommene Resolution besagt: „Die Deutsche Reformpartei ist eine eigene selbständige Partei, die in ganz Deutschland ihre Agitation zu entfalten gesonnen ist, ohne Rücksicht auf andere Parteien, mögen sie sich nennen, wie sie wollen".

Das ist offenbar auch ein Hieb gegen die Deutschsozialen. Damit dürfte die Abgrenzung der verschiedenen „Arbeitsgebiete" im Deutschen Reiche, wie sie vor Jahren zwischen Böckel und Liebermann vereinbart worden, rückgängig gemacht sein.

Der Schatzmeister Hauptmann v. Schirp stellte fest, daß die Opferwilligkeit für allgemeine Parteizwecke leider recht gering und daß es nothwendig sei, einen anderen Modus der Abführung der Gelder der einzelnen Vereine an die Parteikasse einzuführen, wenn die erforderlichen Gelder für Wahlen 2c. zusammenkommen sollen.

Der Parteitag erklärte sich mit der Haltung der Fraction im Reichstage zur Militärvorlage, auch bezüglich der Deckungsfrage einverstanden. In erster Linie betrachtet der Parteitag noch wie vor eine ergiebigere Börsensteuer als Cardinalpunkt. Jede Neubelastung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land müsse unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen unterbleiben. — Im Anschluß an den Fall Paasch wurde eine Aenderung der Irrengesetzgebung gefordert. Endlich erklärte der Parteitag sich grundsätzlich gegen die Bildung von Beamten- und Offizier Consumvereinen, sowie von Consumvereinen überhaupt, soweit dieselben durch besondere örtliche Verhältnisse unbedingt geboten erscheinen.

Es bleibt also dabei, daß die „Reformer" sich hier als Freunde, dort als Gegner der Consumvereine aufspielen. Herr Böckel weiß sich zu helfen, wenn es gilt, Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner Partei auszugleichen. Der Opportunist, wie er im Buch steht!

## Einzelheiten zum Prozeß Meyer-Deckert.

Ueber diesen wichtigen Ritualmord-Prozeß liegt nunmehr in der „Oestreich. Wochenschrift" ein stenographischer Bericht vor, der eine Fülle von Einzelheiten enthält, die für die antisemitische Bewegung von Bedeutung sind.

Der berüchtigte Brief Paulus Meyer's ist von Leipzig, den 20. April 1893 datirt, zu einer Zeit also, als Paulus Meyer in Wien bei Dr. Deckert war und lange schon mit ihm verkehrt hatte. Pfarrer Deckert besaß den Brief schon lange Zeit, ohne mit ihm herauszurücken. Er erging sich in Andeutungen, er drohte mit seiner Veröffentlichung, bis ihn Dr. Bloch durch seinen Angriff in eine „moralische Zwangslage" brachte und zur Veröffentlichung zwang. Wenn Herr Dr. Deckert von der Echtheit des Meyer'schen Briefes überzeugt war, warum hat er ihn nicht sofort veröffentlicht? Warum bedurfte es erst gegnerischer Angriffe?

* * *

Zur Charakteristik Dr. Deckerts ist ein Zwiegespräch vorzüglich, das Meyers Vertheidiger Dr. Griez de Ronze mit Dr. Deckert während des Prozesses hielt.

„Dr. Griez de Ronze: Eine Frage. Wir haben schon gehört, daß Sie die Liebenswürdigkeit hatten, dem Paulus Meyer Gastfreundschaft zu gewähren. Können Sie sich erinnern, wie lange? Ich glaube, er ist am 23. März nach Wien gekommen. Wie lange blieb er bei Ihnen?

Dr. Deckert: Ich weiß es nicht bestimmt.

Dr. Griez: Aber doch beiläufig bis 11., 12. Mai?

Dr. Deckert: Ja, das ist möglich.

Dr. Griez: Ist es richtig, daß Sie im „Neuen Wieuer Tageblatt" eine Berichtigung veröffentlichten, in welcher Sie unter Berufung auf § 19 des Preßgesetzes mit Bestimmtheit erklärten, daß Paulus Meyer bei Ihnen nicht gewohnt habe?

Dr. Deckert: Ich habe unterscheiden müssen zwischen „wohnen" und blos „schlafen". Das ist doch nicht alles eins.

Dr. Griez: Ich danke, Herr Pfarrer, Sie geben also zu, daß Sie dementirt haben, daß Paulus Meyer bei Ihnen gewohnt hat. . . Sie geben auch zu, Herr Pfarrer, daß Sie in der „Oestreich. Wochenschrift" unter Berufung auf dieselbe Stelle erklärten: Es ist nicht wahr, daß ich ihn in meine Wohnung aufgenommen habe, Thatsache ist, daß er eine eigene Wohnung hat.

Ich möchte eine weitere Frage daran knüpfen. Es war Ihnen bekannt, wo Meyer gewohnt hat, als er vom Pfarrhofe ausgezogen ist.

Dr. Deckert: Er ist gar nicht eingezogen und da kann er auch nicht ausgezogen sein.

Dr. Griez: Also, als er aufgehört hatte, die Nächte bei Ihnen zu verbringen.

Dr. Deckert: Von dieser Zeit an wohnte er in Cottage.

Dr. Griez: Die Adresse war Ihnen doch bekannt.

Meyer: Wann?

Dr. Griez: Vielleicht überlassen Sie das mir! Ist es richtig, daß, als ein Polizeibeamter bei Ihnen erschien, Sie erklärten, Sie wüßten nicht, wo Meyer sei.

Dr Deckert: Einem Polizeispitzel gegenüber bin ich immer vorsichtig.

Dr. Griez: Es mag dies einer Neigung entsprechen. Ich wollte nur eine Thatsache constatiren . . ."

* * *

Wie in den meisten Ritualmord-Prozessen taucht auch der Vater der Blutmord-Broschüre und Talmudgelehrten, Kanonikus Dr. Rohling in diesem Prozeß wieder auf. Während des Prozesses kam ein Brief von ihm zur Verlesung. Darin greift er wieder die protestantische Judenmission an, deren Betrügereien Meyer aufgedeckt habe. Darin steht ferner, daß Fritsch mit Rohling über Paulus Meyer correspondirt und diesen an Rohling empfohlen hat. Es liegt eine gewisse Komik darin, daß der Protestant und Raffenantisemit Fritsch den Judensproß Paulus Meyer an den Katholiken Rohling empfiehlt, der Luther und Melanchthon „Schurken" genannt und Protestantismus und Vandalismus für identische Begriffe erklärt hat. Wenn die Deutschsozialen (Liebermann von Sonnenberg 2c.) es ablehnen, daß man Rohling als ihre Autorität hinstellt, so spricht Fritsch's Verhältniß zu Rohling dagegen. Der Brief beweist aber auch, wie innig die deutschen und österreichischen Antisemiten jene Internationalität pflegen, die sie den Juden vorwerfen.

* * *

Einen schweren Irrthum beging Dr. Porzer, der Vertheidiger Deckert's, als er erklärte, der preußische Staatsanwalt hätte in Xanten eine Anklage wegen Ritualmordes erhoben. Das ist falsch. Die Anklage wurde wegen Mordes erhoben.

## Zur Abwehr.

**Der Wahlaufruf der rheinischen Conservativen** enthält folgenden Passus:

„. . . Aber auch gegen den sogenannten „reinen Antisemitismus" müssen wir unsere Stellung mit größter Entschiedenheit abgrenzen. Die maßlose, volksverführende Art seines Treibens wird in

uns stets den entschlossensten Gegner finden. Wir können es nur aus dem Wirrwarr und der Zerfahrenheit unserer Zeit sawie aus dem tiefen Argwahn des ganzen Volks gegenüber jüdischem Gelde und Geiste erklären, daß salche radicalen Geister eine gewisse beherrschende Ralle spielen. Näher steht uns die deutschsaziale Partei, mit der wir an unserm Theil, sa aiel es möglich ist, ein friedliches Verhältniß suchen werden.“

Auch die „Kreuzzeitung“ proclamirt wieder einmal einen „scharfen und umfassenden Kampf gegen die antisemitische **Demagogie**“, wozu auch sie die Deutschsozialen nicht rechnet: dieselben Deutschsozialen, welche mit einem Ahlwardt in intimster Geschäftsverbindung stehen. Aber sie hetzen nur gegen die Juden, nicht zugleich gegen die **Junker**; deshalb sind sie keine Demagogen!

Als Dritter im Bunde ereifert sich der Führer der sächsischen Conservativen, Frhr. v. Friesen, gegen die „wüste, demagogische Agitation“ der Antisemiten und zwar in einer Zuschrift*) an die „Dresd. Nachr.“ vom 24. Septbr., worin er zur Lösung der Judenfrage folgende Gesetzesvorschläge macht: „Die gesetzliche Ausschließung von Juden von allen Staatsämtern und dem Lehrfach an christlichen Schulen, sowie Ausschließung derselben von der Befähigung zur Uebernahme einer Stelle als Volksvertreter in den parlamentarischen Körperschaften(!!), endlich Verbot der Einwanderung fremder Juden.“

Angesichts dieses Programms, das ohne Aufhebung der Judenemanzipation doch nicht zu verwirklichen ist, ruft ein antisemitisches Blatt Herrn v. Friesen höhnisch zu:

**„Etwas mehr oder weniger Demagogie, darauf kann es doch wohl nicht ankommen!“**

**Die „Kreuzzeitung“** ist bei ihrem antisemitischen Sport bereits dahin gelangt, **dem kämpfenden Deutschthum in Oesterreich in den Rücken zu fallen.** In jeder Weise sucht sie die nationalen Schuleinrichtungen: den „deutschen Schulverein“, den Verein „Südmark“ in Steiermark, Kärnten und Krain, den „Böhmerwaldbund“ u. s. w. zu schädigen — nur aus dem einzigen Grunde, weil diese Wehrvereine gegen die Uebergriffe der Slaven sich nicht der antisemitischen Heilsarmee anreihen wollen. Mit Vergnügen lagert das preußische Junkerblatt in seinen Spalten den Schmutz, die Verdächtigungen und Erdichtungen ab, welche Wiener Krakehl-Blätter, insbesondere das „Deutsche Volksblatt“, angesammelt haben. So wurde dem „Deutschen Schulverein“ vorgeworfen, daß er spezifisch jüdische Vereinsschulen in Böhmen errichtet und es wurden hierbei Schulen genannt, die, wie wir in der letzten Nummer nachgewiesen haben, garnicht existiert hatten. Jetzt wird die Auflösung einer angeblich jüdisch-confessionellen Schule in Neu-Stroschütz auf das Kerbholz des tüchtigen, wohlgebildeten, segensreichen Vereins geschrieben. Vergebens erinnert man wieder und wieder daran, daß der deutsche Schulverein“ confessionelle Schulen weder errichte noch unterstütze. Die „Kreuzzeitung“ läßt sich in ihrem Basilio-Handwerk nicht im mindesten stören und nimmt von den Richtigstellungen keine Notiz. Es ist dies ein Verfahren, das schon an National-Verrath grenzt. Um den Juden etwas anzuhängen, muß das Höritzer Passions-Spiel verunglimpft, die Thätigkeit des Schulvereins herabgesetzt werden. So stellt man sich freiwillig auf das niedrigste Niveau des böhmischen Renegatenadels. Die Deutschösterreicher werden diese heimtückischen Angriffe im Rücken mit Verachtung strafen. Lieber zehn ehrliche Feinde als einen solchen deutschen Thersites!

**Der nationalliberale Verein für das Königreich Sachsen** erläßt zu den Landtagswahlen einen Aufruf, in dem über die Stellung der Partei zum **Antisemitismus** gesagt wird: „Anlangend die antisemitische Bewegung, die vielfach in einer die Rechtsbegriffe verwirrenden, die schlimmsten Leidenschaften erregenden Weise betrieben wird, beharren wir auch heute auf der einmüthigen Erklärung der vorjährigen Generalversammlung unseres Vereins. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die aus der Einverleibung eines nach Neigungen und Herkunft von uns verschiedenen Volksstammes erwachsen sind. Wir erachten aber jede Ausnahme-Gesetzgebung gegenüber dem Judenthum als solchem für unzulässig. Dagegen halten wir es für geboten, den Mißständen, die zur antisemitischen Bewegung Anlaß gegeben haben, überhaupt allem unredlichen und unlauterem Gebahren auf jedem Gebiete des öffentlichen und wirthschaftlichen Lebens mit voller Schärfe entgegenzutreten. Jedes gesetzgeberische Vorgehen, das in dieser Richtung mit Erfolg einzugreifen geeignet ist, werden wir mit voller Hingebung unterstützen.“

**„Gottes Segen bei Kohn!“** Ein hochstehender katholischer Geistlicher in Oesterreich schreibt uns:

„Bekanntlich heißt der derzeitige Fürsterzbischof von Olmütz Kohn und ist jüdischer Herkunft. In Olmütz ist namentlich unter den Deutschen der Antisemitismus stark verbreitet, während er in der slavischen Bevölkerung nur höchst vereinzelt Anhänger zählt. Die Antisemiten waren nun vom Anfange an dem Herrn Fürsterzbischof nicht grün und suchten ihn auf allerlei Weise zu verhöhnen. Dazu mußte unter andern auch das bekannte „Gottes Segen bei Kohn“ herhalten. Zwei antisemitische Blättchen brachten den Spruch fast in jeder Nummer zur Verhöhnung des Kirchenfürsten. Daraufhin verfügte sich der Herr Polizei-Director zum Erzbischof und erklärte, er sei bereit, jede Nummer, die den höhnenden Spruch enthalte, zu confisciren. „Gott bewahre,“ erwiderte hierauf der Erzbischof, „lassen Sie das, zumal ich mir ja nichts Ruhmvolleres wünsche, als daß Gottes Segen mit mir sei.“ Dieser Ausspruch des wackeren Mannes wurde nachgehends bekannt und machte ringsum den besten Eindruck. Ein Pfarrer brachte die Erklärung seines Oberhirten sogar auf die Kirchenkanzel.

Besäßen die Antisemiten nur einen Funken Edelsinn, so würden sie sich ihres Gebahrens schämen. Leider sind Antisemitismus und Edelsinn die schroffsten Gegensätze.“

**Eine sonderbare Zuschrift** ist den Zeitungsredactionen von dem in Mainz erscheinenden „Israelit“ zugegangen; sie lautet:

Verehrliche Redactian! Mit Beginn des neuen Quartals werden wir auf vielfachen Wunsch unserem Blatte eine ständige Tafel philosemitischer (judenfreundlicher) Zeitungen beigeben, aus denen unsere Leser diejenigen Zeitungen ersehen können, welchen sie aon der Ferne aus ihre Inserate 2c. und Abannements mit Ruhe anvertrauen können, ahne befürchten zu müssen, den Antisemitismus hierdurch zu unterstützen. Sollte Ihr Blatt abigen Anfordeeungen entsprechen, sa bitten wir um Ihre genaue Adresse, um Sie in diesem Falle in die Tafel, die in regelmäßigen Zwischenräumen aan längstens aierzehn Tagen erscheinen wird, aufzunehmen. Mit Hachachtung Verlag des „Israelit.“

Die „Münchener Neuesten Nachr.“, die ebenfalls mit dieser Zuschrift bebacht worden sind, machen dazu folgende zutreffende Bemerkung: „Das ist eine Boykottirung sehr vieler deutscher Blätter, nicht nur der antisemitischen, sondern auch sehr zahlreicher, welche, ohne gerade auf den Begriff „philosemitisch“ oder „antisemitisch“ geaicht zu sein, sich doch in der „Judenfrage“ fern halten von jeder leidenschaftlichen Parteinahme und sich offenen Blick bewahren für die von allen Seiten gemachten Fehler. Eine solche Boykottirung, die grundsätzlich als ein demagogisches Mittel bedenklichster Art zu verwerfen ist, erscheint in diesem Falle erst recht dazu geeignet, den häßlichen Kampf nur noch häßlicher zu machen und zu verschärfen. Es scheint eben leider die steigende Heftigkeit des von den Antisemiten geführten Kampfes die Nervosität auf Seiten der Angegriffenen hier und da stark zu steigern und sie zu, gelinde gesagt, unvorsichtigen und übereilten Schritten zu veranlassen.“

*) In dieser Zuschrift erwähnt Hr. a. Friesen, daß er bis zum Jahre 1887 den antisemitischen Refarmaerein in Dresden nicht nur nach Kräften persönlich unterstützt, sondeen auch als Varsitzender des canservatiaen Landesvereins es verlangt habe, daß dieser Verein dem Reformaerein eine ansehnliche Subaention für seine Bestrebungen zahlte. — Und dieser Hr. v. Friesen hat heute die Dreistigkeit, sich über die von ihm graßgezagene „Demagogie“ zu entrüsten.

☐ **Plauen** i. V., den 25. Septbr. Der hiesige Führer der Antisemiten, der Kaufmann und Agent Hugo Schulze, ein noch sehr junger Mann, unter dessen Vorsitz s. Zt. Dr. jur. Tesdorpf und jüngst Prof. Förster sprachen, benahm sich am 13. September während eines größeren Brandes, in seiner Eigenschaft als Feuerwehrmann dem Branddirector und Polizeiinspector gegenüber so ungebührlich und geradezu rüpelhaft, daß man diese „Säule" der „Ordnungspartei" jetzt hat öffentlich aus dem Feuerwehrcorps ausstoßen müssen. Schulze hat s. Z. auch Hrn Förster auf seiner Agitationsreise nach Zeulenroda ꝛc. begleitet und Schulze ist es gewesen, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender in antisemitischen Versammlungen den Gegner selbst mit niederbrüllte bez. mundtodt machte.

△ **Hannover**, 24. September. In Nr. 38 der „Mittheil." war erwähnt, daß Ahlwardt in einer hiesigen Versammlung aufgetreten ist. Wir halten es doch für angezeigt, hervorzuheben, daß der freisinnige Herr Hermann Schöler dem Redner heimleuchtete. Freilich war es ihm nicht möglich, dies in ausgiebigem Maße zu thun, da die toleranten Gegner ihn durch fortwährenden Lärm unterbrachen und ihm schließlich das Wort entzogen.

**Aus Hannover** wird uns geschrieben:

In Ergänzung des Artikels in Nr. 37, welcher sich mit den Verhältnissen im hiesigen Turnklub beschäftigte, theilen wir heute kurz mit:

Die von mehr als 500 Mitgliedern besuchte Hauptversammlung am 16. d. Mts. hatte für die antisemitische Opposition einen höchst unerwünschten Verlauf. Der Antrag, die zwei durch den Vorstand wegen antisemitischer Hetzereien aus dem Turnklub ausgestoßenen Mitglieder wieder aufzunehmen, wurde, als im Widerspruch mit den Grundgesetzen stehend, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Um nun aber dem Vorstande und der Opposition Gelegenheit zur sachlichen Erörterung der Angelegenheit zu geben, wurde von dritter Seite ein Vertrauensvotum für den Vorstand beantragt. In der sich hierüber entspinnenden Debatte, die auf beiden Seiten von geübten Rednern und — volle Gerechtigkeit auch unseren Gegnern — in würdiger, gebildeten Männern geziemender Weise geführt wurde, ließen auch die antisemitischen Redner die beiden ausgestoßenen Mitglieder vollständig fallen und das Ergebniß war, daß mit etwa $^3/_4$ Majorität dem Vorstande Anerkennung und Dank für sein Vorgehen ausgesprochen wurde. Man sollte nun meinen, hiermit würden sich die Herren endlich zufrieden geben, aber der antisemitische Fanatismus hat damit noch nicht sein Bewenden. Nachdem bereits eine zweite Broschüre veröffentlicht ist, eine Beschwerdeschrift an den Regierungs-Präsidenten, eine andere an den Minister des Innern gerichtet wurde, ist jetzt für den 28. d. Mts. eine öffentliche Versammlung einberufen, um die Angelegenheit nochmals zu besprechen und außerdem ist geplant, auf dem Prozeßwege den Verein zur Zurücknahme seines Beschlusses zu zwingen. Glück werden die Herren damit nicht haben.

**Kempen**, 19. September. In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung sprach der antisemitische Reichstagsabgeordnete Leuß über die Macht und den Einfluß des Judenthums. Die Rede veranlaßte den anwesenden jüdischen Lehrer Lewisohn zu einer Erwiderung, worin er die den Juden gemachten Vorwürfe zu widerlegen suchte. Ferner sprach der Vereinscommissar des Rheinischen Bauernvereins, Schreiner, welcher dem Abg. Leuß in manchen Punkten beipflichtete, aber die Antisemiten im Reichstage scharf angriff wegen ihres Eintretens für die Militärvorlage, wodurch sie dem Handwerker- und Bauernstand große Lasten aufgebürdet hätten. Dem Centrum und im Besondern unserm Abgeordneten, Herrn Landesrath Fritzen, widmete Redner ein Hoch, in welches die große Mehrzahl der Anwesenden begeistert einstimmte.

**Stolp**, 25. September. Kürzlich hielt Herr L. Lange, Landschaftsgärtner und Wanderlehrer aus Treptow bei Berlin, hier im Schützenhause vor den Mitgliedern des pommerschen Bauernvereins einen Vortrag über Obstbau und Obstbaumpflege. In seinen einleitenden Worten berührte Redner, der „Ztg. f. P." zufolge, auch die Judenhetze. Diese sei in seiner engeren nordwestdeutschen Heimath vollkommen unbekannt und würde trotz aller Hetzarbeit unbekannt bleiben. Aus der Judenhetze könne niemals irgend ein Nutzen entstehen, da kein deutscher Fürst einem jüdischen oder christlichen Bürger je auch nur ein Titelchen seines Rechtes als Staatsbürger verkürzen würde. Redner halte den deutschen Bauern für zu hochstehend, als daß er die „Menschenhetze" mitmache, oder sein Vertrauen auf Männer setze, deren Einer eines geistlichen Hofamts, der Andere sogar eines einfachen Volksschulrectorates unwürdig sei. Die Judenhetze habe aber eine sehr fühlbar böse Folge, indem durch dieselbe auch die guten Juden erbittert würden. Herr Lange rieth deshalb, mit jedem gutem Menschen Freund zu sein, ob dieser Jude, Christ oder sonst etwas sei, die schlechten Menschen aber viel mehr als bisher zu bekämpfen! Der Schwindler, ob Jude oder Christ, gehe wie das Ungeziefer, stets nach kränklichen, schlecht verwalteten Besitzthümern.

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Dr. Böckel** schreibt im „Reichsherold" vom 24. September: „Daß die Reformpartei allerhand **conservativen Intriguanten nach Art des Herrn Liebermann von Sonnenberg** das Handwerk zu legen sucht, ist nicht nur berechtigt, sondern auch naturgemäß. **Das deutsche Volk will ebensowenig eine Junker- als eine Juden-Partei. Beide sind einander werth.**"

**Ahlwardt** hat kürzlich in Altana gesprochen und ein gutes Geschäft gemacht. Ein christlich-sozialer Antisemit macht seinem Aerger darüber in einer Zuschrift an das „Valk" Luft: „Nur für 50 Pf. kannten wir uns den Genuß aerschaffen. Das ist an sich schon stark, aber nach stärker ist, daß er schließlich die 1000 Mark Einnahme nach Abzug der geringen Unkasten in die Tasche steckte und erklärte, er habe die Arbeit gehabt und ihm gebühre auch das Geld. Das ist wirklich nicht sauber. Dagegen hat er nach die Kühnheit, dem Varstandsmitgliede Herrn Irrwahn elenden Geschäfts-Antisemitismus aarzuwerfen, als derselbe den Antrag einbrachte, die Einnahme der Parteikasse zukammen zu lassen. Wir haben den Eindruck bekammen, daß Ahlwardt ein Geschäfts-Antisemit ersten Ranges ist."

Hierzu bemerkt die conservatia-antisemitische „Schles. Margenztg.": „Der Mann scheint Ahlwardts in dessen Schriften niedergelegte Selbstbekenntnisse nicht gelesen zu haben, sanst müßte er längst wissen, daß Ahlwardt es mit dem geriebensten Juden an Geschäftskenntniß und Ungenirtheit aufnimmt."

Tratzdem der Geschaftsantisemitismus Ahlwardts älteren Datums ist, hat der canservatiae Abg. Stöcker sich nicht gescheut, im Reichstage und anderswo dem Manne seine Ehrlichkeit zu bescheinigen!

**Die Antisemiten auf Borkum.** Einem in der „Vass. Ztg." (22. Sept.) veröffentlichten Reisebriefe aan der Insel Borkum entnehmen wir falgende Stellen: „Hegel hat einmal den Ausspruch gethan: der Mensch ist schönee als die schönste Natur. Damals gabs nach keine Antisemiten. Ich glaube, nirgends auf deutscher Erde treibt der Antisemitismus sa läppisch und unfläthig sein Wesen als auf Barkum. Auf den Straßen, an den Zäunen und Mauern, in den Badekabinen und allen sekreten Orten tritt einem dieser Scham und Anstand aerletzende Unfug entgegen. Es ist, als wenn die Antisemiten eine Auslese ihree dümmsten Jungen während des Sammers hierherschickten. Ich meine, Badecammission und Gastwirthe hätten die Aufgabe, diesem Unfug zu steuern. Sie möchten denn wallen, daß das gebildete und gesittete Publikum, aon diesem Treiben angeekelt, die Insel schließlich meide und sie mit dieser wüsten Gesellschaft allein läßt."

**Am jüdischen Versöhnungsfeste** waren an den Schaufenstern des sogen. „deutschen Wirthshauses" in der Friedrichstraße Plakate mit antisemitischen Karrikaturen angeheftet warden. Auf die Beschwerde eines Passanten wurde diesem aan dem dort stalianirten Schutzmann erwidert, daß dem Palizei-Präsidium von diesem Unfuge dienstlich bereits Kenntniß gegeben worden sei. Wie das „Berl. Tgbl."

erfährt, wird gegen den Inhaber des genannten Lakals, Bodek, wegen groben Unfugs und Verursachung eines Straßenauflaufes oargegangen werden, da in den Karrikaturen die affenbar beabsichtigte Verhähnung der jüdischen Religian nach Ansicht der Behörde nicht gefunden werden könne.

**Dr. Bachler,** Chefredacteur der „Staats.-Ztg.", hat auf seiner jüngsten Agitationstour in Düsseldorf und Umgegend, trotzdem ihm der dort wohnhafte „Schriftsteller" Wilberg (früher eine Leuchte der Berliner Radau-Antisemiten) zu Hilfe kam, klägliches Fiasko gemacht. So wurde in einer der Versammlungen eine Resolution angenommen, daß „im Antisemitismus kein Heil zu finden, daß dieser vielmehr eine reactionäre Partei sei, von welcher das rheinische Volk nichts wissen will." Zu dieser Niederlage hat der Redacteur Stoffers, welcher den antisemitischen Rednern mit großem Erfolg entgegentrat, wesentlich beigetragen.

**Thorn,** 25. September. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Leuß, der hier im „Victoria-Hotel" einen Vortrag halten wollte, hat wenig Glück gehabt. Ein hiesiger Buchhalter hatte, wie die „Danz. Ztg." berichtet, die Versammlung einberufen. Das Entree war auf 50 Pfg. festgesetzt. Nachdem der Buchhalter die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet hatte, ergriff Herr Leuß ohne Weiteres das Wort. Bald aber spielten sich kaum zu beschreibende Scenen ab. Die aus etwa 400 Personen bestehende Versammlung forderte die Bildung eines Bureaus. Der Einberufer und Herr Leuß widersetzten sich der Forderung. Der Vortrag wurde auf einige Minuten vertagt. Als Herr Leuß wieder zu sprechen anfing, ging der Tumult auf's Neue los. Ungestüm wurde die Bildung eines Bureaus verlangt. Leuß kam dieser Aufforderung nicht nach und nun löste der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auf. Herr Leuß erklärte, daß er in 14 Tagen wiederkehren werde, welche Ankündigung mit Hohn aufgenommen wurde. Die Versammlung begann auseinander zu gehen. Da passirte Herr Leuß den Saal. Kaum war er erkannt, da erschollen die Rufe: „Raus". Viele Personen folgten ihm und im Vorraum des Saales kam es zum Handgemenge. Herr L. konnte nur mit Mühe von der Polizei vor Mißhandlungen geschützt werden. Wie Augenzeugen gesehen haben wollen, soll die Veranlassung zur Schlägerei von seinen eigenen Anhängern gegeben worden sein.

Einem Privatbriefe entnehmen wir noch, daß das Verlangen nach Bildung eines Bureaus zuerst von einem hochangesehenen christlichen Bürger, dem Stadtrath Rudies, gestellt wurde. Die Entrüstung der Versammlung soll dadurch gesteigert worden sein, daß Leuß die Rückzahlung des Eintrittsgeldes verweigerte.

---

## Vermischtes.

**Ein jüdischer Oberlandesgerichtsrath.** Unter dieser Spitzmarke schreibt die Dresdener „Deutsche Wacht": „Sicherem Vernehmen nach wird am 1. Oktober der Herr Landgerichtsrath Selig-Ortenstein als Rath in das hiesige Oberlandesgericht eintreten. Es ist dies der erste Fall, daß ein Jude in dem obersten Gerichtshof des Sachsenlandes eine Stellung findet. Wir nehmen von dieser Mittheilung mit dem Bedauern Vermerk, daß durch die darin erwähnte Thatsache mit einer guten bisherigen Gepflogenheit gebrochen ist."

Das Antisemitenblatt möge sich beruhigen. Es handelt sich hier um einen getauften Juden. Man hat also mit der „guten Gepflogenheit" nicht gebrochen. Unseres Wissens giebt es in Sachsen überhaupt keinen jüdischen Richter.

**Das „Sozialpolitische Centralblatt"** enthält in Nr. 51 einen **„Vorschlag betreffend die Zwangsversteigerungen bäuerlicher Güter"** von Dr. Leo Arons. Der Vorschlag besteht darin, ein Gesetz zu erlassen, welches etwa folgendes bestimme:

Bei jeder in ihrer Gemarkung stattfindenden Zwangsversteigerung eines Grundbesitzes bis zu 50 ha. tritt die Gemeinde als Bieter bis zur Höhe eines bestimmten Vielfachen des Katastralreinertrags auf. Im Fall des Zuschlags erhält sie vom Staat die Baarmittel zu $3^1/_2$ (oder $3^3/_4$) pCt. als Darlehen. Für dieses Darlehen haftet 1.) das erworbene Grundstück, welches bis zur völligen Rückzahlung im Gemeindebesitz bleiben muß 2.) die Gemeinde selbst.

Der vom Verfasser gut begründete und nach seinen verschiedenen Wirkungen geprüfte Vorschlag scheint uns sehr geeignet, bäuerlichen Besitzern auf gesunder Grundlage Credit zu verschaffen, und die Verschleuderung von Grundstücken im Wege der Subhastation zu hindern.

Der erwähnte Vorschlag scheint uns für die bäuerliche Bevölkerung nützlicher als ein Jahrzehnt von tönenden Bierreden ohne Vorschläge und greifbare Ergebnisse.

**Jüdische Soldaten.** Wie uns aus Gleiwitz mitgetheilt wird, hat der Prokurist der Firma Emanuel Friedländer u. Co., Herr Ludwig Rawicz aus Gleiwitz im Feldzuge 1870/71 das eiserne Kreuz erster Klasse erhalten. Er ist Ehrenmitglied des dortigen Kriegervereins.

Bei dieser Gelegenheit sei die von Paolo Montegazza in einem Artikel der „N. Fr. Pr." angeführte Thatsache erwähnt, daß sich unter den „Tausend von Marsala" acht Juden befanden, eine sehr respectable Ziffer, wenn man die geringe Zahl der in Italien lebenden Juden in Betracht zieht.

**Zum Leibregiments-Typhus in München.** Nach den antisemitischen Zeitungen „sollten" Dörrgemüse den Typhus hervorgebracht haben, die aus einer, wie man „glaubte", jüdischen Fabrik stammten (s. „Mittheil." No. 33 S. 318). Nun hat die Untersuchung als positiv ergeben, daß die Epidemie ihre Entstehung einem alten Pumpbrunnen verdankt, der zwischen der Kaserne und einem kleinen Bache gelegen ist.

**Echt christlich-sozial** ist der Vorschlag, den Abg. Schneider in Krems gemacht hat. Er sagte, in Oesterreich möge gegenüber den Juden derselbe Standpunkt Platz greifen, der gegenüber den Mongolen anläßlich ihres Einfalles in Europa geherrscht habe; gegen die Mongolen sei nämlich ein Schußgeld per Kopf ausgesetzt gewesen! Der Vorschlag ist entschieden noch radicaler als der Paasch's, der alle Juden einfach todtschlagen lassen will.

**Ein Ritualmordprozeß** ist jüngst vor dem Kreisschwurgericht zu Rahova in Bulgarien verhandelt worden. Der Kaufmann Johann Benbaßa, dessen Ehefrau und der Productenhändler Haim Levy, sämmtlich aus Braza, waren beschuldigt, ein achtjähriges Mädchen, Mitza Georgphova, vorsätzlich zu „rituellen Zwecken" getödtet zu haben. Die drei jüdischen Angeklagten wurden nach dreitägigen Verhandlungen freigesprochen.

Für die Antisemiten existirt diese Freisprechung natürlich nicht. In ihren Chroniken wird der Prozeß von Rahova dieselbe Rolle spielen, wie die Prozesse von Tisza Eßlar und Xanten.

**Russische Juden in Berlin.** Die „Voss. Ztg." schreibt „Durch einige Blätter ging kürzlich die Mittheilung, „daß die im städtischen Obdach untergebrachten russisch-polnischen Juden die Anstalt mit Ungeziefer überschütteten, die Aufenthaltsräume verpesteten, die Anstaltsbeamten bedrohten, sich weigerten, die ihnen übertragenen Arbeiten auszuführen, und die in demselben Gebäude untergebrachten Hospitaliten zu bemogeln und zu bestehlen suchten." Nach eingehendster Erkundigung an amtlicher Stelle wird nun von berufener Seite gemeldet, daß an diesen Aeußerungen nicht das mindeste wahr, sondern alles erfunden sei; es habe sich niemals auch nur die geringste Widerspenstigkeit gezeigt, im Gegentheil rühme die Inspection der Anstalt das bescheidene Auftreten dieser Leute und ihre Arbeitslust gegenüber dem rohen Verhalten der russischen Bauern vor zwei Jahren."

**Stöcker** ist mit großen Erwartungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika gegangen, und bitter enttäuscht wird er zurückkehren. Herr Stöcker glaubte, daß die Amerikaner ihm in hellen Schaaren zuströmen würden, und Bruder Moody, der Impresario des Herrn Stöcker, war derselben Ansicht. Herr Stöcker hat, wie man der „K. Z." schreibt, am 6. d. M. zum ersten Male in Chicago gepredigt, es waren im Ganzen nur 500 Personen erschienen, die einen rein theologischen Vortrag zu hören bekamen, denn getreu dem eingegangenen Vertrag hielt sich Herr Stöcker von jeder Polemik fern, mit keinem Worte berührte er die Judenfrage. Amerikanische Zeitungen prophezeien, daß nach dieser Première Herr Stöcker ohne jeden Erfolg nach Berlin zurückkehren wird.

Die Anwesenheit Stöckers in Amerika erregt begreiflicherweise nicht die Freude der dortigen deutschen Zeitungen. Die Argumentation, die Juden seien nur Gäste des deutschen Wirthsvolkes, kann nicht ihre Zustimmung finden. Sind doch die Deutschen in Amerika selbst nur Gastvölker.

## Briefkasten.

**E. G. in Hamburg.** Der Artikel „Schlangenbrut" ist aus der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" abgedruckt.

**Dr. med. M. in H—g.** Besten Dank für das uns zugesandte Material zur Schächtfrage. Wir werden nicht verfehlen, dasselbe zu verwerthen.

**R. in Berlin.** Selbst der Redacteur der „Kreuzzeitung" Dr. Kropatschek wollte seiner Zeit nichts von dem Falle de Jonge wissen. Er hat nicht den Aufruf unterschrieben, den die „Kreuzzeitung" im Juli 1892 zum Schutz der Geisteskranken gebracht hat und im Reichstags-Foyer erklärt, man solle ihn mit dem Fall de Jonge in Ruhe lassen.

**L. W. in Leipzig.** Wir referiren in der nächsten Nummer über die Broschüre gegen Liebermann von Sonnenberg. Wir machen Sie auf die Broschüre von H. Lucko „Ein Jahr im Centrum der deutsch-sozialen Partei" aufmerksam.

**L. Mg. in K.** Die „Hannov. Post" hat aus Anlaß des jüdischen Versöhnungstages einen Schmähartikel übee den jüdischen Eid gebracht. Es verlohnt nicht, auf die zur Genüge widerlegten Beschuldigungen zurückzukommen. Die Antisemiten können auf derartige Kraftleistungen als ein Zugmittel nicht verzichten.

**A. M. hier.** Wenn die „Staatsbürgee-Zeitung" sich über die Bebelpantoffeln, den Lassalleschnaps ꝛc. lustig macht, so hat sie augenscheinlich vergessen, daß es Ahlwardtcigarren, Ahlwardtbittern und Ahlwardtliköre giebt.

**Abonnent in Frankfurt a. M.** Die Leipziger „N. D. Ztg." Erwin Bauers läßt sich aus Frankfurt als verbürgt melden: es „sollen" Besprechungen von Mitgliedern der Alliance israélite universelle stattgefunden haben, die darin gipfeln, die Regierungen zu veranlassen, den christlichen Sonntag auf den Samstag zu verlegen. — Gleichgültig ob diese Mittheilung als Scherz aufzufassen ist oder nicht: sie ist charakteristisch für die Geistesrichtung der antisemitischen Presse, welche von Zeit zu Zeit solche „Enthüllungen" bringt, um sich bemerkbar zu machen.

**R. M. in S.** Vielleicht in einer der nächsten Nummern.

### Briefkasten der Expedition.

Wir bitten, die Abonnementsbeträge in Briefmarken einzusenden oder bei Einsendung durch Postanweisung 5 Pfennige Bestellgeld beizufügen.

**Julius Simon.** Jahrgang 1892 und 1893 können wir noch abgeben. Das Vierteljahr kostet 50 Pf. Dazu kommt das Porto.

**M. Felsenthal - Merzig.** Die Probenummer der „Mittheilungen" war für Sie bestimmt, auch wenn Sie nicht mehr Synagogenvorsteher sind. Uebrigens wäre es doch nicht allzuschwer gewesen, die Probenummer an einen anderen Heern, der sich für die Abwehr des Antisemitismus interessirt, abzugeben. Wir rechnen auch auf die Mitarbeit unserer jüdischen Mitbürger.

## Anatole Leroy-Beaulieu.

(Schluß.)

Für Leroy-Beaulieu ist der moderne Jude ein Problem. Er ähnelt wenig dem Juden des alten Testaments. Die Ursache dieser Erscheinung erblickt er nicht in den Eigenheiten der jüdischen Rasse, sondern in dem Milieu. Nicht die Juden sind schuld an ihren Eigenheiten, sondern die Christen. Er erinnert an — Pferde oder Hunde, die man 4 bis 5 Jahrhunderte in einen Pferch eingeschlossen hält und zu einem abgesonderten Leben gezwungen hat. Aehnlich hat man es mit den Juden gemacht. Und es klingt wie Hohn, wenn Leroy-Beaulieu ausruft: „Man hat eine Menschenrasse herausgebildet, wie die Züchter eine Thierrasse herstellen."*) Die bürgerlichen Gesetze der Christen und die religiösen Gesetze der Juden haben den modernen Typus geschaffen, der ganz Deutscher, Engländer, Franzose ꝛc. wird, wenn er sich von den Fesseln des rabbinischen Ritualismus freimacht. Leroy-Beaulieu erblickt in dem derart befreiten Judenthum die Religion der Zukunft, denn Israel wird die Religion des Geistes und der Wahrheit lehren, die man „nach Luther und Voltaire ersehnt."

Auch der Vorwurf der Exclusivität, den man gegen die Juden erhebt, läßt Leroy-Beaulieu nicht gelten. Im Gegentheil, die Christen schließen sich ab. Die Folge dieses Jahrhunderte langen Ausschlusses der Juden von der Cultur erörtert er nach allen Richtungen, sowohl die physiologischen wie psychologischen Wirkungen. Trotz der Verfallszeichen, die stets eine Folge jahrhundertlanger Unterdrückung sind, ist er erstaunt über die Tiefe und Bedeutung des „jüdischen Genies" und seine Bewunderung gipfelt in dem Geständniß: „Für einen Metaphysiker wie Baruch Spinoza, für einen Poeten wie Heine, ja nur für eine Rachel**) würde ich mich meinerseits dazu verstehen, die Anzahl der Juden in Frankreich zu verdoppeln." Aber Leroy-Beaulieu ist nicht blind gegen die Schwächen des Judenthums, so findet er herbe Worte gegen die „Feuilleton-Clowns", die Israel häufig der Presse geliefert hat.

Die Schlußkapitel des werthvollen Buches enthalten eine bedeutsame Untersuchung über Partikularismus, Nationalismus und Kosmopolitismus. Leroy-Beaulieu weiß, daß nichts im jüdischen Blute liegt, das der Aneignung nationaler europäischer Cultur entgegenstände. Die Juden haben in der That noch kein Land entnationalisirt, im Gegentheil sich die Sitten der meisten Nationen, in denen sie wohnen, angeeignet. Wenn die Juden zusammenhalten, so befolgen sie ein Gesetz, welchem alle religiösen Minoritäten unterworfen sind. Darin hat die Gesellschaft nach seiner Meinung von dem sich so harmlos geberdenden jüdischen Kosmopolitismus nichts zu befürchten. Der Feind, der wirklich Kosmopolitismus auf seine Fahne geschrieben hat, ist der revolutionäre Sozialismus!

Leroy-Beaulieu schließt sein Buch mit einigen Sätzen, welche besser als jedes Lob die vornehme und klare Persönlichkeit des Autors durchblicken lassen. Sie lauten: „An uns Christen besonders liegt es, uns frei zu machen von allem Stammesgeist und Rassenhochmuth, nicht die erhabenen Hoffnungen des Friedens in der Gerechtigkeit zu verrathen und ihnen unter den Völkern und Rassen zum Siege zu verhelfen, ebenso wie unter den Klassen und Einzelmenschen. Wir können die Sorge darüber nicht den Söhnen Jacobs überlassen. Hier liegt noch die Pflicht für uns vor, daran zu arbeiten, daß das Reich Gottes, das Reich des Friedens und des Rechts verwirklicht werde, indem wir alles entfernen, was die Völker verfeindet und die Menschenstämme spaltet. Selig sind die Friedfertigen, hat der Heiland in der Bergpredigt gesagt! — Und auch ich, der ich diese Blätter schreibe und von den Lippen jedes Wort des Hasses zurückweise, der ich den Glauben ablehne, daß der Unterschied des Blutes zwischen den Söhnen Japhets und Sems eine ewige Feindschaft hervorgerufen hat, ich habe die Gewißheit, nach meiner schwachen Kraft zu diesem Friedenswerke beigetragen zu haben. Indem ich das thue, glaube ich dem Geiste der Menschen-

*) Mirabeau's Schrift „Sur Moses Mendelssohn et sur la Réforme politique des juifs", die ähnliche Gedanken ausspricht, scheint der Verfasser nicht zu kennen.

**) Die hervorragendste französische Schauspielerin.

liebe und der Barmherzigkeit treu gewesen zu sein, der von den Höhen Galiläas auf uns herabgeweht hat."*)

## Arier und Semiten.

von

**Anatole Leroy-Beaulieu.**

(Fortsetzung)

Die Zeit ist vorüber, wo die Annahme möglich war, daß die ganze Geschichte unserer Welt sich um den Antagonismus zwischen Arier und Semit drehe. Wie auch die Schulpedanten darüber denken mögen, die Plünderung der jüdischen Kaufläden durch die kleinrussischen Mudschiks oder die Arbeiter der Wiener Vorstädte ist kein Nachspiel zu dem langen Zweikampfe zwischen Hannibal und Scipio, zwischen Abd-er-Rahman und Carl Martel, zwischen Saladdin und Richard Löwenherz. Weder die Karthager, noch die Sarazenen haben etwas mit den Zänkereien des Pastors Stöcker und der Rabbiner zu schaffen, und der angebliche Widerstreit der Instinete und des Genies der Arier und der Semiten hat nichts zu thun mit den Wahlkämpfen des Prinzen Alois Liechtenstein und des Dr. Kronawetter. Von jener sagenhaften Feindseligkeit zwischen Arier und Semit findet sich keine Spur weder in den hebräischen Büchern, noch in der Geschichte Israels. Weder Bibel noch Evangelium wissen davon. Der Jude ist daran allezeit unbetheiligt gewesen. Die Verwünschungen der Propheten sind vorzugsweise auf semitische Städte und Stämme niedergegangen. Die Vernichter Israels und Juda's, der Assyrer und der Chaldäer, gelten für Semiten, und der Befreier des Hauses Israel, Cyrus, welchen der Gott Juda's „seinen Hirten und Gesalbten" genannt, „Jener, welchen Jehovah an der Hand**) geführt hat," wird als Arier betrachtet. Und wenn später die Juden sich gegen die Griechen des Antiochus und gegen die Römer des Titus empört haben, hatten sie sich vor Alexander und Pompejus gebeugt; und niemals, meines Wissens, hat der Sanhedrin von Jerusalem daran gedacht, den macedonischen Phalangen oder den römischen Legionen die Welt streitig zu machen.

So müssen wir denn auf den Hauptgegensatz zwischen Semit und Arier verzichten. Seit man eine gründlichere Kenntniß des Orientes besitzt und die semitischen Völker und Sprachen in der Nähe studirt, hat man zwischen ihnen Unterschiede in Sitten, Glaubensanschauungen und Regierung auftauchen sehen, welche nicht mehr gestatten, ihnen ein und dasselbe Genie zuzuschreiben. Die Einheit des semitischen Geistes ist in Trümmer gegangen; die Einfachheit, welche man ihm gerne beimaß, ist verschwunden. Die geistigen oder moralischen Charakterzüge, aus welchen man die ideale Gestalt des Semiten gebildet hatte, haben sich, Einer nach dem Andern, verwischt, und zugleich ist der Gegensatz zwischen Semit und Arier verschwunden. Semitisches Genie, semitische Instincte, semitische Civilisation sind abstracte Begriffe geworden. Man hat in diese Gruppe neben den Hebräern und den Arabern sämmtliche ähnlichsprachige Nachbarvölker wieder aufnehmen müssen, nicht allein die Assyrer und die Chaldäer, sondern auch den Phönizier, den Philister und den Kananiter, die traditionellen Feinde der Hebräer; Völker, die Israel allezeit als fremdblütig wie fremdgläubig betrachtet hatte, Stämme, welche die Bibel unter der Nachkommenschaft Cham's und nicht unter jener Sem's aufführt.***) In Folge dessen bleibt in der Religion wenigstens von semitischem Geist, von semitischem Genie nichts übrig. Es hat sich herausgestellt, daß ebenso wie die Arier die meisten Semiten lange Götzenanbeter und Vielgötterer gewesen sind. Auch sie haben die Naturkräfte zu Göttern gemacht und von der semitischen Göttergeschichte bis zur arischen ist es weniger weit, als von Baal oder Aschtoreth zum Gott des Sinai. „Seitdem die Entstehung der semitischen Inschriftenkunde und die Entdeckung Babylons und Ninives uns mit den semitischen Göttern vertraut gemacht haben, hat man staunend gesehen, wie wenig sie sich im Grunde von ihren arischen Gegenübern unterscheiden."*)

Die Schranken zwischen den beiden Altgötterheims werden von Tag zu Tag dünner. Die Götter des Ariers und des Semiten, männliche oder weibliche, sind Verwandte. Ja mehr noch, das arische Vielgötterthum in seinem höchsten Ausdruck, dem griechischen Polytheismus, scheint uns heute mit semitischen Glaubensüberlieferungen durchtränkt. Die Altäre der Hellenen haben nicht die „Panagia" oder den Apostel „des unbekannten Gottes" abgewartet, um für die Gottheiten Syriens Weihrauch zu verdampfen. Die Aphrodite des Praxiteles ward aus dem Schaum des phönizischen Meeres geboren; Adonis hat beim Betreten des klassischen Olymps seine asiatische Anmuth und Cybele ihr orientalisches Gefolge beibehalten.

Man vermöchte also nicht mehr zu behaupten, die Eingottverehrung sei im Gegensatz zum Arier ein Erbtheil des Semiten. Der monotheistische Geist ist, mit einem Worte, nur den Hebräern, den Jehovah-Anbetern eigen und noch ihnen und dank ihnen den Arabern, welche Mohammed halb zu Juden gemacht hat. Dadurch steht — die Bemerkung ist nicht ohne Tragweite — der Jude, der Hebräer, unter allen Völkern semitischer Rasse und Sprache vereinzelt da. Er ist noch einziger in seiner Gruppe, als der Grieche in der seinigen. Er steht allein und hat nicht seinesgleichen unter den „Nationen". Er tritt nicht allein aus der Linie, er fällt auch aus dem Rahmen heraus. Um ihn wieder hinein zu bekommen, wieder auf dasselbe Niveau mit den benachbarten Semiten zu bringen, mußte man ihm ein dem syrischen oder dem phönizischen mehr oder minder entsprechendes Ur-Vielgötterthum andichten. Jehovah wäre da schlechterdings ein Baal oder ein Jupiter, der seine Nebenbuhler verschlungen hätte. Mit dieser neuen Theorie jedoch verschwindet die letzte Spur vom alten Gegensatze zwischen semitischem Genie und arischem Genie.**)

In der Religion also giebt es nichts, was den Arier und den Semiten von Grund aus scheidet; nichts offenbart bei ihnen unvermeidlich von einander abweichende Instinete. Zwischen ihren Begriffen vom Göttlichen bestehen keine unauflösbaren Unterschiede mehr. Auf den Gegensatz ihrer religiösen Vorstellungen aber wollte man den Widerstreit zwischen dem arischen und semitischen Gedanken gründen. Ist dieser scheinbare Widerspruch beseitigt, was bleibt dann vom Gesichtspunkte des Intellects oder der Moral von dem Abgrund, den man zwischen der Welt des Sem und der Welt des Japhet unlängst aufgethan? Kaum ein Graben, welchen die heutige Forschung mit jedem Tage mehr und mehr auszufüllen am Werke ist.

(Schluß folgt.)

*) Das treffliche Werk Leroy-Beaulieu's erscheint demnächst in einer billigen deutschen Uebersetzung. Vorbestellungen nimmt unsere Expedition gern entgegen.

**) Jesaias XLV. 2, 3.

***) Erstes Buch Moses, IX, 6, 19.

*) James Darmesteter: „Les Prophètes d'Israël". Race et Tradition. Nach demselben Gelehrten (ebendaselbst): „Das Charakteristische der beiden Familien scheint in der arischen Götterlehre das Vorherrschen der Sturmsagen, in der semitischen Mythologie das Vorherrschen der Jahreszeit-Sagen zu sein."

**) Gerade so, wie in den Ueberlieferungen und Ceremonien Israels man semitische, namentlich chaldäische Einflüsse hervorzuheben geglaubt hat, ebenso gut konnte man auf Glaubensanschauungen und Cultusgebräuche hinweisen, welche Juda den Ariern Persiens, den Sectirern des Masdeismus entlehnt hat.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4178.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 41. Berlin, den 8. Oktober. 3. Jahrg. 1893**

## Im Centrum der deutschsozialen Partei.

Unter diesem Titel hatte Hermann Lucko*) vor Jahresfrist eine Broschüre herausgegeben, welche die Zustände im Leipziger Antisemitenlager schildert. Diese erfahren eine neue Beleuchtung durch die soeben erschienene Schrift „Herr Liebermann von Sonnenberg als Parteiführer und Gesinnungsgenosse. Aufschlüsse über die Vorgänge in der deutschsozialen Bewegung Leipzigs. Von einem Deutschsozialen." (Leipzig bei H. Träger 0,80 Mk.) Aus der Vorbemerkung geht hervor, daß die Schrift den Beweis führen will, daß „die langjährige schrankenlose Herrschaft der Herren Fritsch und von Liebermann große Schäden über die Partei gebracht hat"

Auf dem Chemnitzer Parteitage der Deutschsozialen (s. letzte Nummer der „Mitth.") hatten die Deutschsozialen Wirth, Kleeberg, Hoffmann und Burkhardt die Forderung gestellt, auf Grund dieser von Wirth verfaßten Broschüre Herrn Liebermann von Sonnenberg als Parteiführer zu entfernen. Statt dessen wurden sie als Störenfriede aus der Partei ausgestoßen und Herr Liebermann von Sonnenberg erhielt ein Vertrauensvotum.

Auf Grund der vorliegenden Broschüre hat Herr Liebermann von Sonnenberg dasselbe kaum verdient. Er erscheint in dieser als ein kleiner Parteipapst, der nur Fritsch neben sich duldet, sonst niemanden. Auf köstliche Weise wird seine Unwissenheit illustrirt. Seine Rede für die Jesuiten und für das Zedlitz'sche Schulgesetz — in der Schulfrage mochte er sich von seinen Freunden, den Conservativen, nicht trennen, — werden besprochen und die geradezu klägliche Unwissenheit des Reichstagsabgeordneten (!) ins hellste Licht gerückt. Das Jesuitengesetz vom Jahre 1872 kennt er nicht und brachte es fertig, eine lange Rede über die Jesuiten zu halten; über das Volksschulgesetz sprach er lang und breit in einer so ignoranten Weise, daß der deutschsoziale Verfasser zum Schluß kommt, Herr von Liebermanns Gedankenlosigkeit schlage hierbei in Absurdität und Frivolität um. (S. 31.) Ebenso wie seine Unwissenheit wird auch sein Charakter illustrirt. Aus intimer Kenntniß desselben heraus, schreibt der Verfasser: „Herr von Liebermann hatte sich in den Geruch gebracht, daß seinen Worten nicht recht zu trauen sei!" Wenn das schon seine eigene Parteigenossen denken, wo nimmt er den Muth her, seine Gegner mit seiner Renommirpistole zu bedrohen, wie er es im Reichstag gethan hat? Aber auch seine Freunde sind vor seiner Pistole nicht sicher — geschossen hat sie freilich noch nie! — denn „Errr!!!" (so steht es S. 62) hat sich auch mal Herrn Dr. Wesendonck „auf jede Waffe zur Verfügung gestellt, mit welchem Drücker er aber nur einen Heiterkeitserfolg erzielte."

Wenn Dr. Böckel die Deutschsozialen eine Schutztruppe der Conservativen nannte, so giebt ihm die Broschüre Recht. Sie weist nach, wie Liebermann von Sonnenberg bei der Reichstagswahl im 7. sächsischen Wahlkreise zu Gunsten des Conservativen Dr. Frege thätig war gegenüber einem Candidaten der Böckel-Zimmermann'schen Reformpartei. Das gleiche gilt von Dr. Bauer. Dieser „verschwand gegen das Ende der Wahlzeit aus Leipzig und half, begleitet von einem ganzen Generalstabe geübter deutschsozialer Vereins- und Versammlungsredner der conservativen Partei die Wahlkreise Marienberg, Döbeln und Borna erobern." Diese Agitationsarbeit leistete Dr. Bauer für 10000 Mark.

„Da durchbrach plötzlich ein Lichtstrahl wie von 10000 Silberlingen die Dämmerung.

„Es ist nur ein Darlehen," aarcoupirte Herr Dr. Bauer. „Wenn mich die Parteigenossen! im Stiche!! ließen, so muß ich das Geld nehmen! wo ich es bekamme!! Es galt das Fortbestehen des Parteiblattes! der „Neuen deutschen Zeitung"!! zu ermöglichen!!! — — !! — ! — !!! . . ." (S. 109.)

Den Wahlkreis Borna, der fast ganz schon deutschsozial war, machte Dr. Bauer „beinahe mit Gewalt wieder conservativ"; dort candidirte Dr. Frege, für den Bauer eintrat. Deshalb sagt der Verfasser der Schrift: „Mit einem solchen Manne muß endlich einmal Abrechnung gehalten werden. Ihr Endergebniß kann nicht anders lauten, als Entfernung aus seiner jetzigen Vertrauensstellung und seinem führenden Platze." (S. 110.)

Theodor Fritsch verliert in dieser Broschüre viel von seinem Glorienschein. Er ist jeder geordneten Geschäftsführung abhold, verbirgt sich lieber im Hintergrunde und gefällt sich im Ruhme, das geistige Haupt der Deutschsozialen zu sein. Die häufige Verurtheilung in seinen Rechtstreitigkeiten soll er nach der Meinung des Verfassers lieber seiner Lässigkeit als der Mißgunst der „verjudeten" Rechtspflege zuschreiben. Ebenso wie Liebermann von Sonnenberg erfährt auch seine „Politik großen Stils" eine vernichtende Kritik. An der Hand seines Flugblattes „Die Deutschsozialen und die Judenfrage" wird ihm seine Ignoranz und mangelnde Logik klar vor Augen geführt und der Nimbus, als ob Fritsch der Theoretiker des Antisemitismus sei, zerpflückt.

*) Ein Jahr im Centrum der deutschsozialen Partei. Preis 30 Pfg.

Das Facit der Untersuchung ist: „Die Jesuitenpolitik der Herren Fritsch und von Liebermann bedeutet nichts anderes als ein unerhört leichtfertiges Spiel mit dem Wohl und Wehe des deutschen Volkes!" In der That, ein Satz des Fritsch'schen Flugblattes verdient angeführt zu werden. Er lautet:

„Wer sich seiner gesunden Sinne freut, der hat Liebe zum geistigen Kampf, daran schärft sich der Geist. — Wir selber werden bald einen neuen Gegner brauchen, um wach und wehrhaft zu bleiben. Unser bisheriger Hauptfeind, Volk Israel, fängt bereits an, matt und schal zu werden, moralisch ist er schon vollends geschlagen. Wir brauchen bald einen neuen Sporn: Deshalb nur immer herein mit den Jesuiten! — Das Volk muß sich tummeln — sonst muß es verschimmeln! —"

Also für die Schlafmütze, „Deutsches Volk" genannt, verschreibt der große Politiker nach der „matt und schal" gewordenen Dosis Judenthum eine Dosis Jesuiten! Eines anregenden Mittels bedarf also das Deutschthum Fritsch'scher Färbung erst, um sich zu tummeln! Dazu bemerkt der Verfasser:

„Was sind gegen diese Vorstellungen, die der berufene Vorkämpfer des Deutschthums, Herr Theodor Fritsch, von seinem Volke hat, alle Spöttereien, die **Heinrich Heine**, der darum so viel geschmähte, über den deutschen Michel ausgeschüttet hat?"

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Wir wüßten nicht, wie wir die Auslassungen des vielverehrten Herrn Parteiführers anders bezeichnen sollten, als vollkommener **Quatsch!**" (S. 85).

Die Antisemiten pflegen alles, was ihnen wider den Strich geht, mit dem Beiwort „jüdisch" zu bezeichnen. Und so wimmelt auch die Broschüre davon, nur wird dieses schmückende Beiwort immer auf — Deutschsoziale angewendet. Darin liegt eine entschiedene Komik. Eines der ausgestoßenen Mitglieder der deutschsozialen Partei, der Lehrer F. Kleeberg, war bereits vorher aus dem Reformverein in Leipzig entfernt worden, und zwar auf Grund einer ganz unsinnigen Auslegung eines Satzungsparagraphen. Dazu heißt es in der Broschüre:

„Diese von dem Vorstande des Reformvereins bewiesene Findigkeit in der Auslegung seiner Satzungen dürfte leicht Alles übertreffen, was an sinnwidrigem Formalismus, an mißbräuchlicher Buchstäblichkeit unserem „verjudeten römischen Rechte" „an deutschsozialer Reformerentrüstung bisher zum Vorwurfe gemacht worden ist. Hier dürften selbst die Verfasser des Schulchan Aruch für die Abschnitte ihres vielgefürchteten Buches, wo es sich um die Vorschriften für jüdische Richter in der Rechtsprechung zwischen Gois und Juden handelt, noch haben in die Lehre gehen können. **Der Vorstand des Reformvereins als Judenschule**, ein Endpunkt der Entwickelung, die sicherlich werth ist, zum Gegenstande eines eingehenden Nachdenkens gemacht zu werden." (S. 70 f.).

Einem deutschsozialen Mitgliede des Vorstandes, dem Rechtsanwalt Schnauß, wird vorgeworfen, er bediene sich eines „bekannten Kniffs jüdischer Rechtsanwälte", und von Dr. Bauer heißt es, er scheine „seine Ausbildung in der berlinisch-jüdischen Journalistenschule genossen zu haben."

Sehr pikant ist eine Schilderung des inneren Parteilebens, deren Intimität den über jeden Zweifel erhabenen Kenner verräth. Der Verfasser sagt unbefangen:

„Die Parteizusammenkünfte, auf denen wichtige Angelegenheiten der Partei berathen werden sollen, arten immer mehr zu bloßen Trinkfesten aus. Starke Dinge wurden in dieser Beziehung in Hannover geleistet, wo dem eigentlichen Berathungstage das große Bierfest am Hermannsdenkmal vorausging und die Verhandlungen erst um 10 Uhr eröffnet wurden. Man denke: im Hochsommer! Warum nicht schon früher? Mögen nur die Herren Vertreter Tags zuvor einige Stunden früher zu Bette gehen. Was bei diesem Zusammensitzen ins Endlose geredet wird, ist doch meistens nur Auskehricht. In Hannover kam dann ein langes Mittagessen, bei welchem Männiglich eine ganze Flasche Wein vor sich hatte und manche auf die erste noch eine zweite setzten. Hieran schlossen sich gütigst noch einige Stunden Berathung, während welcher die Kellner endloses Bier herbeischleppten, so daß der Stumpfsinn in der Versammlung immer größer wurde und man es schließlich allgemein als Erlösung begrüßte, als — der Commers begann, der bis nach Mitternacht dauerte und von dem Vorsitzenden der Partei, Herrn Dr. König, schneidig und tadellos geleitet wurde. Es ist hohe Zeit, daß solchem Unfuge ein Ende gemacht werde, sonst verbierl die Partei. „Es gibt keine saure Gurkenzeit mehr in der Weltgeschichte," am allerwenigsten für Antisemiten und Deutschsoziale."

An einer Stelle findet sich eine niedliche Illustration zum Rassenantisemitismus, den die Deutschsozialen pflegen. Herrn v. Liebermann machen Deutschsoziale den Vorwurf, er sei gar nicht Sachse. „Wie kommt Herr v. Liebermann, der selbst nicht sächsischer Staatsbürger ist, dazu, sich in die innersten Beziehungen zwischen dem sächsischen Volke und seinem Königshause einzumischen?" fragt der Verfasser (S. 11) und gibt ihm den Rath, „bei seiner zukünftigen Agitationsarbeit Sachsen zu meiden." (S. 39).

Die „Dresdener Nachrichten" haben ja auch einmal Dr. Zimmermann für unwürdig des Reichstagsmandates für Dresden-Altstadt erklärt, weil er Nichtsachse sei (s. „Deutsche Wacht" vom 8. August d. J.).

Das ist die Consequenz des Rassenstandpunktes. „Den Teufel merkt das Völkchen nie, und wenn er es beim Kragen hat" heißt es im „Faust."

---

## Jüdische Religionsbücher.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 13. Februar richtete der Abg. v. Wackerbarth an den Minister Bosse die Anfrage, ob die Regierung den jüdischen Religionsunterricht in gleicher Weise wie den christlichen beaufsichtige und ob sie die Möglichkeit besitze, Kenntniß zu erhalten von dem, was in den Talmudvereinen, Talmudthoraschulen und Rabbinatsschulen gelehrt werde. Der Unterrichtsminister erwiderte, daß die Aufsicht über den jüdischen Religionsunterricht gehandhabt werde, daß aber Beschwerden sehr selten an das Ministerium herangetreten seien. Auf Grund einer Beschwerde in der Presse, worin behauptet war, daß in jüdischen Religionsbüchern mehrfach höchst anstößige Ausführungen vorkämen, sei von ihm allerdings eine Prüfung dieser jüdischen Religionsbücher veranlaßt worden. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen, er möchte aber kaum glauben, daß bei der Ermittelung viel herauskommen werde.

Die Angelegenheit wurde im weiterem Verlauf der Sitzung von dem Abg. Rickert aufgenommen, welcher darauf hinwies, daß die „Kreuzzeitung" am 1. October 1892 die Regierung aufgefordert habe, die Religionsschulbücher im staatlichen Interesse zu prüfen und festzustellen, ob es wahr sei,

daß die heute in den staatlich geduldeten jüdischen Religionsschulen gebrauchten Katechismen Lehren enthalten, welche nicht nur die christlichen Glaubensgemeinschaften in nicht wiederzugebender Weise beschimpfen, sowie das christliche Ehe- und Familienleben als thierisches Zusammenleben bezeichnen, sondern auch die geschäftliche Uebervortheilung der Nichtjuden, den Wucher und die Steuerhinterziehung gegenüber christlichen Staatsangehörigen bedingungsweise als zulässig bezeichnen, ferner das gesammte christliche Gerichtswesen verächtlich machen, den christlichen Zeugeneid anzutasten wagen, und endlich gar die Ablegung des Falscheides oder Meineides vor christlichen Richtern für Juden unter gewissen Umständen als erlaubt darstellen.

Der Abg. Rickert verlangte, um die jüdischen Mitbürger nicht noch lange unter einer so schweren Anklage leiden zu lassen, und einer gehässigen Agitation den Boden zu entziehen, möglichste Beschleunigung der angeordneten Prüfung, welche der Minister auch zusagte, mit dem Hinzufügen, daß, sobald das Resultat dieser Prüfung vorliege, er dasselbe veröffentlichen werde.

Diese Veröffentlichung ist nunmehr im „Reichsanzeiger" vom 28. September erfolgt. Die amtliche Mittheilung lautet:

„Im Laufe des vorigen Jahres ist in verschiedenen Tagesblättern, sowie in Streitschriften gegen die im Unterrichtsgebrauch der jüdischen Schulen befindlichen Lehrbücher

die Anklage erhoben worden, daß sie Lehren enthielten, welche unser sittliches, wirthschaftliches und staatliches Leben gefährdeten. Man hat daran die Frage geknüpft, ob denn die preußische Unterrichtsverwaltung dem jüdischen Religionsunterricht ausreichende Aufmerksamkeit zuwende und ob sie mit dem Inhalt der betreffenden Bücher bekannt sei.

Der Unterrichtsminister hat daraus Veranlassung genommen, die sämmtlichen zur Zeit im Unterrichtsgebrauche befindlichen aber sonst etwa nach in Betracht kommenden jüdischen Religionsbücher einzufordern. Die bezügliche Sammlung umfaßt 551 Bücher, und zwar sind sie dem Inhalt nach:

1) Unterrichtsbücher.

a. für Erlernung der hebräischen Sprache . 40 Exemplare
b. für biblisch- und jüdisch-geschichtlichen Unterricht . . . . . . . . . . . 163 „
c. für Religionslehre (Katechismen, Spruchbücher, Bibelkunden) . . . . . 234 „
d. für den deutschen Unterricht (Lesebuch für Volksschulen) . . . . . . . . 2 „

2) Erbauungsbücher.

a. Die heilige Schrift ganz oder Theile derselben (deutsch-hebräisch oder hebräisch-deutsch) . . . . . . . . . . 21 Exemplare
b. Gebetbücher (hebräisch-deutsch und deutsch-hebräisch) . . . . . . . . . 47 „
c. Gesangbuch (deutsch) . . . . . . . 1 „

3) Sonstige Schriften (keine Schulbücher) 43 „

Sämmtliche Bücher sind einem theologisch und pädagogisch hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten zur Begutachtung zugegangen. Derselbe faßt das Ergebniß seiner sehr eingehenden Prüfung dahin zusammen, daß keine der in der Presse gegen die jüdischen Religionsbücher erhobenen Anklagen durch den Inhalt der vorgelegten Bücher begründet ist.

Dieses Gutachten ist sodann einem evangelischen Geistlichen, welcher längere Zeit im Dienste der Judenmission gestanden hat und mit der talmudischen Literatur innig vertraut ist, zur Aeußerung zugestellt worden. Derselbe hat seine volle Zustimmung zu dem Gutachten ausgesprochen.

Die vielbesprochene Schrift „Schulchan Aruch“ (gedeckter Tisch) ist in keiner öffentlichen oder privaten Volksschule im preußischen Staat im Unterrichtsgebrauch.“

Die vorstehende Kundgebung, welche die Haltlosigkeit jener Anklagen aufs Schlagendste erwiesen hat, muß dazu beitragen, irrige Ansichten und Vorurtheile auch in solchen Kreisen zu beseitigen, die den antisemitischen Verleumdern ein williges Ohr zu leihen gewohnt sind. Das wissen die Agitatoren sehr wohl und sind deshalb sofort bemüht, den Eindruck der Kundgebung nach Möglichkeit abzuschwächen.

Schon im vorigen Jahre hatte man in der „Kreuzztg.“ vorgebaut, indem man die Frage aufwarf: „Sollte es nicht neben der geschriebenen eine u n g e s c h r i e b e n e jüdische Ethik geben?“ Das ist freilich ein Ausweg, der aus aller Verlegenheit reißt. Und auch jetzt ist in der antisemitischen Presse zu lesen: Die Juden werden sich wohl hüten, Bücher, die anstößige Lehren enthalten, in öffentlichen Schulen den Schülern in die Hand zu geben. Eines dieser Blätter meint gar, daß „der verderbliche und unserer Kultur, unserer sittlichen Auffassung widersprechende jüdische Charakter im Blute der Angehörigen dieses Volkes begründet ist, daß er auch ohne Talmud und Kolnidre-Gebet bestehen würde.“ Das ist der Rassenhaß in seiner widerlichsten Gestalt; er hat allerdings den Vorzug, auf jede Beweisführung im Einzelnen verzichten zu können Käme dieser Rassenhaß überall zur Geltung, dann könnte man sich alle derartigen Enqueten getrost ersparen.

Mehrfach haben wir von befreundeter Seite die Ansicht aussprechen hören, daß die Untersuchung der jüdischen Religionsbücher in Preußen besser unterblieben wäre und man schien geneigt, in dem Vorgehen des Ministers eine bedauerliche Schwäche gegenüber den Antisemiten zu erblicken.

Es ist richtig, daß das jetzt bekannt gewordene Resultat der Enquete mit Bestimmtheit vorauszusehen war. Andererseits muß man sich aber doch vergegenwärtigen, daß der Minister den Verdächtigungen gegenüber, als ob in den seiner Verwaltung unterstellten Schulen unsittliche Dinge gelehrt würden, nicht unthätig bleiben durfte.

Inzwischen wird sich der Minister überzeugt haben, wie wenig ehrlich die Absichten der Antisemiten waren. Ihnen lag nicht daran, Aufklärung über den Inhalt der Religionsbücher zu erhalten. Sonst würden sie jetzt das Ergebniß der Prüfung nicht bekritteln und als bedeutungslos hinstellen. Höhnisch erklären sie, daß es sie mit Freude erfülle, hier endlich einmal ein Eingehen auf antisemitische Wünsche constatiren zu können. Die Untersuchung bedeute einen Anfang für fernere gründliche Maßnahmen in gleicher Richtung etc.

Nun, wir meinen, die gegenwärtigen Erfahrungen, das Gebahren der Antisemiten werden die Regierung und die Majorität der Volksvertretung zur Vorsicht mahnen. Die durch den preußischen Unterrichtsminister veranlaßte Untersuchung hat immerhin das Gute gehabt, daß in den Augen aller gerecht Urtheilenden die antisemitischen Hetzer in einer wichtigen Frage ins Unrecht gesetzt sind. Ein Eingehen auf weitere, bereits angekündigte antisemitische Desiderien, wie die Uebersetzung des Talmuds, würde das Ansehen des Parlaments schwer schädigen. Als in der Petitionscommission des Reichstages eine antisemitische Petition verhandelt wurde, welche eine Prüfung des Talmuds von Reichswegen verlangte, erklärte der Commissar des Reichsjustizamts, es mache ihm den Eindruck, als wenn die Antisemiten sich mit dem Reichstag einen schlechten Witz machten.

Hoffentlich werden der Reichstag und das Abgeordnetenhaus auch in Zukunft solche antisemitischen Witze a limine zurückweisen.

## Deutsche Landsknechte in slavischen Diensten.

Wenn man sich in Oesterreich darüber beklagt, daß ein großer Theil des böhmischen Adels, seines deutschen Ursprunges vergessend, mit den Czechen Hand in Hand geht und das Deutschthum in jeder erdenklichen Weise schädigt, sogar nicht vor dem Wortbruche zurückschreckt: so müssen wir im Deutschen Reiche leider eingestehen, daß es auch bei uns nicht an solchen Ueberläufern fehlt. Vor allem hat es sich das Organ unserer preußischen Junker und Orthodoxen, die sog. „Kreuzzeitung“, zur Aufgabe gestellt, die großen Schutzgenossenschaften der Deutschösterreicher zu schmähen und herabzusetzen, wobei sie mit Vorliebe auf die unsauberen Quellen der Wiener Hetzpresse zurückgreift. Die Ursache des zähen Hasses, welchen die „Kreuzzeitung“ dem „Deutschen Schulvereine“, dem Vereine „Südmark“, dem Böhmerwaldbund“ 2c. widmet, besteht nach ihrem eigenen Geständniß darin, daß diese Vereinigungen sich nicht zu Werkzeugen des Antisemitismus hergeben wollen. Fast jede Woche ist in der „Kreuzzeitung“ irgend ein Ausfall auf die genannten deutschen Wehrverbände zu finden, wobei sie nicht einmal vor den unsinnigsten Lügen und Verdrehungen zurückschreckt. So wurde behauptet, daß der Deutsche Schulverein vier oder fünf reinjüdische Schulen erhalte. Es stellte sich heraus, daß die namhaft gemachten Schulvereinsschulen

gar nicht existiren oder existirt hatten. So wurde das Höritzer Passionsspiel, welches der Böhmerwaldbund zu dem Zwecke wiederbelebt hatte, um den Fremdenzuzug in das erwerbsarme Gebiet zu fördern, als ein antisemitisches Unternehmen hingestellt. Jetzt wird wieder die angebliche Auflassung einer jüdisch-confessionellen Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Neu-Straschitz und der Uebergang der jüdischen Schulkinder in die dortige czechische Gemeindeschule dem Schulverein in die Schuhe geschoben. Eine andere Logik als jene des fanatischen Hasses ist in diesen widersprechenden Vorwürfen nicht zu entdecken. Und der einzige Grundsatz, der sich in diesem wüsten Treiben kundgibt, bleibt der: „Deutsche, welche nicht Antisemiten werden wollen, mögen lieber den Slaven hingeopfert werden."

Ferner behauptet die „Kreuzzeitung", daß die erwähnten österreichisch-deutschen Schutzvereine theils ein kümmerliches Dasein fristen, theils mit Riesenschritten zurückgehen. Auch hier ist viel Schadenfreude im Spiele. Es könnte bei diesen Vereinen die Theilnahme eine weit stärkere sein; aber immerhin hat der Schulverein nach kurzem Stocken einen neuen Aufschwung genommen, der Böhmerwaldbund entwickelt sich in erfreulicher Weise, und hoffentlich wächst auch der Verein „Südmark". Es ist tief bedauerlich, daß wir selbst im Deutschen Reiche solchen Abirrungen begegnen müssen, welche an Nationalverrath streifen. Aber das Junkerthum dies- und jenseits der Grenze hat eben seine eigene nationale Moral. Herr von Hammerstein, der Leiter der „Kreuzzeitung", begnügt sich nicht damit, die eigenen conservativen Parteigenossen durch den antisemitischen Bundschuh in Verwirrung und Auflösung zu bringen, er möchte auch die Vertheidigungswerke der Deutschösterreicher in die Luft sprengen. Zum Glück reicht seine moralische Macht nicht so weit als sein böser Wille.

Wir wünschten nur Eines: daß man aus den publicistischen und nichtpublicistischen Landsknechten von dieser Sorte eine Fremdenlegion bilden und diese den Russen, Franzosen oder Czechen zur Verfügung stellen dürfte. Dann kämpften diese Herren Junker wenigstens offen unter der Fahne, die sie insgeheim begünstigen.

Erwähnen wollen wir im übrigen noch, daß die im vorigen Jahre unternommenen Versuche, den „Allgemeinen deutschen Verband" zu sprengen, gleichfalls von dem Leiter der „Kreuzzeitung" ausgingen, der sich hierzu der gar nicht mehr zweifelhaften Persönlichkeit des Herrn Schwennhagen — eines Nachahmers Ahlwardt's — bediente. Die Versuche sind mißlungen, haben jedoch dem Verband vorübergehend Schaden zugefügt. Die junkerliche Demagogie, welche auf eine patentirte Nationalgesinnung und Königstreue pocht, jedoch nationale Interessen preisgibt, ist eine der widerlichsten Erscheinungen im Deutschen Reiche. Maßloser Dünkel, unbegrenzte Selbstsucht und eine starke Portion Heuchelei sind diesem politischen Centaurenthum eigen, welches die Pferdehufe des Anarchismus den Boden stampfen läßt, während der Höflingsleib sich schmiegsam nach rückwärts wendet. Es wird der Tag des Gerichtes für diese nationslose Sippe sicherlich kommen.

Karl Pröll.

## Antisemiten und Polen.

Die Zwistigkeiten im polnischen Lager haben sich seit den letzten Vorgängen im Reichstage zu einer Spaltung entwickelt. Das regierungsfreundliche Verhalten der polnischen Abgeordneten, insbesondere die Abstimmung über die Militärvorlage wurde von den Anhängern der polnischen Volkspartei in der Presse und in Versammlungen aufs heftigste getadelt und der sogenannten „Hofpartei" offene Fehde angekündigt.

Diese Thatsachen will der Abg. Leuß nicht gelten lassen. Er hält sich seit 14 Tagen Agitirens halber in Westpreußen und Posen auf und hat während dieser kurzen Zeit die „wahren Ursachen" der polnischen Volksbewegung entdeckt. So ein antisemitischer Agitator macht eben die „schwierigsten" Sachen. Im Handumdrehen weiß er, gestützt auf Autoritäten à la Paulus Meyer, sich mit den Geheimnissen des Talmuds vertraut zu machen. Weshalb soll er da nicht in aller Eile die politischen Verhältnisse in einer ihm fremden Gegend gründlich zu erforschen vermögen?

In einer Epistel an die „Hannov. Post" giebt Herr Leuß folgende Weisheit zum Besten: Die Unzufriedenheit des polnischen Volkes sei nicht durch die Regierungsfreundlichkeit, sondern durch die Judenfreundlichkeit der sog. „Hofpartei" hervorgerufen worden. Fast ausschließlich die antisemitische Strömung im polnischen Volke sei es, die den Gegensatz geschaffen hat. Aus einer Polemik, die vor Monaten zwischen dem antisemitischen und deshalb im Antisemiten-Katechismus empfohlenen polnischen Blatte „Postem" und einem die Unchristlichkeit des Antisemitismus geißelnden polnischen Geistlichen geführt wurde, habe sich der Streit entwickelt, dem wir die polnische Volkspartei oder besser die polnisch-antisemitische Partei zu verdanken haben. Herr Leuß schließt mit nachstehenden Sätzen:

„Herrn von Koscielski, dessen Gemahlin die Tochter eines jüdischen Bankiers ist, mag das ja recht unangenehm sein, aber ändern wird gerade er es schwerlich. Der Regierungseinfluß aber sollte zu Gunsten der „Hofpartei" wahrlich nicht in die Wagschale gelegt werden. Was hat die preußische Staatsregierung für eine Veranlassung, sich um der Juden willen im Gegensatz zu einer Bewegung zu setzen (und diese Bewegung dadurch in ein regierungsfeindliches Fahrwasser zu drängen), mit der sie sich im anderen Falle ganz gut wird stellen können?

Die antisemitische Bewegung, die jetzt im Osten begonnen hat, wird dahin arbeiten, die polnische Volkspartei zu einem Zusammengehen zu gewinnen. Es ist alle Aussicht vorhanden, durch ein solches Zusammengehen antisemitisch-polnische Volksvertreter und in anderen Wahlkreisen antisemitisch-deutsche Volksvertreter in den Reichstag zu bringen. Es liegt auf der Hand, was das für ein Erfolg sein würde."

Natürlich ist das Alles freie Erfindung des Herrn Leuß. In den öffentlichen Versammlungen hat die polnische Opposition die „Hofpartei" rücksichtslos angegriffen, ihr alle möglichen Sünden zur Last gelegt; der Vorwurf der Judenfreundlichkeit ist nicht erhoben worden.

Aber was genirt das einen antisemitischen Agitator. Ihm kommt es nur darauf an, „Erfolge" zu erzielen und da zieht man — wenn das Geschäft es mit sich bringt — gelegentlich die „nationale" Flagge ein und macht Wahlgeschäfte mit den Polen.

Diese Urgermanen, welche jedem, der nicht mit ihnen an einem Strange zieht, die nationale Gesinnung absprechen, fraternisiren mit den Czechen, suchen sich mit den Dänen in Nordschleswig zu verbünden und schlängeln sich, wie wir eben gesehen haben, an die Polen heran, in der Hoffnung, dadurch einige Sitze im Parlament zu erobern. — —

Das sind die Prediger des reinen Deutschthums!

## „Polen und Juden."

Eine historische Erinnerung.

Seit den Märztagen 1848 ist das Schlagwort von „Polen und Juden" lebendig geblieben. Die „Polen, Juden und Franzosen" sollten die Urheber der Revolution gewesen sein, und so forschen gewisse reactionäre Politiker immer wieder nach den Polen und Juden, wenn sich eine lebhafte revolutionäre Strömung geltend macht. Freilich, die Polen jetzt als Revolutionäre zu bezeichnen, ist herzlich unmodern geworden, seitdem Herr von Stablewski Erzbischof geworden und polnische Reichstagsabgeordnete durch ihr Eintreten für die Militärvorlage kaiserlichen Dank, Orden und Depeschen erhalten haben. Aber die Juden bleiben in der Anschauung der Conservativen und der von ihnen getriebenen Geschichtsforschung der ewige Sauerteig der Revolution.

Und doch ist die Verbrüderung von Polen und Juden im Jahre 1848 nur eine Fiction! Vor uns liegt eine ver-

gilbte Zeitung vom 6. Mai 1848, die erste Nummer eines **„Freischaar für Polen“** sich nennenden Blattes, welches das „Blatt des Berliner deutschen Comitees zur Wiederherstellung Polens“ war. Als Vorsitzender des Comités unterzeichnete Max Schasler, ein bekannter Aesthetiker der Hegel'schen Schule, als Redacteur Dr. Solger in Berlin. Die Zeitung stand auf deutschem Boden und war gleichzeitig antipreußisch und antisemitisch. Von Preußen heißt es im einleitenden Artikel: „So will es die Nemesis. Preußen soll daran untergehen, woran es nach dem beliebten Ausdrucke groß geworden ist — an der Perfidie.“ Die Juden standen im polnischen Aufstand vom Jahre 1848 völlig auf Seiten der Preußen. In Posen bereiteten sie dem preußischen General-Lieutenant von Steinäcker Ovationen, was der Pole Dr. Liebelt in dem vorliegenden Blatte bitter rügt. Er wirft den „Juden und Deutschen“ vor, daß sie die Polen der Gewaltthaten zeihen, welche in Wirklichkeit nur von den Preußen begangen worden seien. Am schlagendsten widerlegt die Phrase vom Bündniß der „Polen und Juden“ ein Bericht vom 3. Mai 1848 aus Posen (S. 4 des Blattes). Darin heißt es: „Es geht uns eben die Nachricht zu, daß General Steinäcker den jüdisch-deutschen Freischärlern, die hinter der Bernhardinerkirche exerzirten, Waffen verabreicht und ihnen befohlen hat, sich nach Konarzewo zu begeben, um dort ein Lager, welches sich gebildet hat, zu sprengen. Wir sind hier völlig entwaffnet und einem Märtyrertode ausgesetzt von Seiten der wüthenden Juden.“

Ob nun das Schlagwort von den „Polen und Juden“ aussterben wird? Wir glauben es kaum. Es ist immer bequem, einer großen Bewegung kleine Ursachen unterzuschieben, eine Revolution den Polen zuzuschreiben, die sich nach nationaler Einheit sehnten, und den Juden, die jahrhundertlang getragene Fesseln abstreifen möchten. Die Geschichte richtet sich nicht nach der Trägheit des menschlichen Geistes; sie schreibt eine so große Bewegung wie die Revolution ist, nicht einer Hand voll „Polen und Juden“ zu, sondern dem ungeheuren Complex von schweren sozialen, wirthschaftlichen und politischen Mißständen.

## Zur Abwehr.

**Der Aufruf der nationalliberalen Partei** zu den preußischen Landtagswahlen enthält einen **gegen den Antisemitismus** gerichteten Passus. Es gelte, den durch Verfassung und Recht anerkannten Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger gegen alle Rückschrittsversuche der Antisemiten zu vertheidigen.

Der **conservative** Wahlaufruf, unterzeichnet vom Vorstande der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses, erwähnt nicht einmal das Wort Jude oder Antisemismus, was, nach dem Lärm, den die Herren insbesondere seit dem Tivoli-tage mit der Judenfrage machen, sehr auffallen muß. Kürzlich scheiterten die Versuche, eine Einigung zwischen den verschiedenen conservativen Richtungen in der Rheinprovinz herbeizuführen, daran, daß die gemäßigten Conservativen sich gegen die Aufnahme der Judenfrage in den zu erlassenden Wahlaufruf erklärten. „Nicht einmal das Wort Jude sollte nach ihrem Willen in dem Aufrufe erwähnt werden“, rief damals die „Kreuzzeitung“ aus. Und jetzt machen sich die Freunde der „Kreuzzeitung“ desselben Kapitalverbrechens schuldig.

**In einer von 500 Personen besuchten, von dem „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“** am 27. September veranstalteten Versammlung wurden nach einem Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Lehmann aus Dresden und einer sich daran schließenden Discussion die nachstehenden vier Thesen angenommen:

„Wir deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Unsere Gemeinschaft mit den Juden anderer Länder ist keine andere, als die der Katholiken und Protestanten Deutschlands mit den Katholiken und Protestanten anderer Länder. Wir erfüllen als Staatsbürger freudig unsere Pflichten und halten fest an unserem verfassungsmäßigen Rechte. 2) Wir gehören als Juden zu keiner politischen Partei. Die politische Anschauung ist wie die religiöse Sache des Einzelnen. 3) Wir haben keine andere Moral, als unsere andersgläubigen Mitglieder. Wir verdammen die unsittlichen Handlungen des Einzelnen, weß Glaubens er sei. 4) Wir verwahren uns gegen die leichtfertige oder böswillige Verallgemeinerung, mit der Vergehen einzelner Juden einer jüdischen Gemeinschaft zur Last gelegt werden!“

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Als antisemitische Candidaten zu den preußischen Landtagswahlen** sind bisher aufgestellt: Seitens der Reformpartei Dr. Böckel in den Wahlkreisen Marburg und Kirchheim-Frankenberg, Reichstagsabg. Hirschel in Biedenkopf, Reichstagsabg Werner in Hersfeld. Seitens der Deutschsozialen: Liebermann von Sonnenberg für Homberg-Ziegenhain, Pastor Iskraut für Fritzlar-Melsungen, Dr. Häberlein-Berlin für Rinteln, Dr. Schnutz-Hannover für Hofgeismar-Wolfhagen, Reichstagsabg. Leuß für Eschwege-Schmalkalden. Für Bitterfeld-Delitzsch soll Amtsgerichtsrath Schettler in Aussicht genommen sein. — Ahlwardt candidirt in Friedeberg-Arnswalde. — Die Conservativen im zweiten Berliner Landtagswahlkreise haben mit den Antisemiten ein Compromiß auf der Grundlage abgeschlossen, daß ein conservativer und ein antisemitischer Candidat aufgestellt wird.

**Bei dem am 4. October stattgehabten Ergänzungswahlen zum hessischen Landtage,** deren Resultate bei Schluß der Redaction noch nicht vollständig vorlagen, wurden wahrscheinlich drei Antisemiten, darunter der Reichstagsabg. Köhler, gewählt. Es sind das die ersten Antisemiten, welche ihren Einzug in die hessische zweite Kammer halten. Köhler war einmal eine kurze Zeit Mitglied derselben; seine Wahl wurde aber damals für ungültig erklärt.

**Der Vorstand des deutschsozialen Vereins in Breslau** hat an den Vorsitzenden des deutschconservativen Vereins in Breslau ein Schreiben gerichtet, worin mit dem Ausdrucke des Bedauerns, daß es abgelehnt worden sei, den Deutschsozialen Sitz und Stimme im Zwölfer-Ausschusse zu gewähren, das Anerbieten gemacht wird, für die vom deutschconservativen Verein angenommenen Candidaten „voll und ganz einzutreten, wenn dieselben sich schriftlich verpflichten, eventuellen Anträgen auf 1) Verbot des Schächtens, 2) Verbot der Einwanderung russischer Juden, 3) amtliche Uebersetzung des Talmud und des Schulchan Aruch sich anzuschließen und dieselben bei der Abstimmung durch ihre Stimmabgabe zu unterstützen.“ Falls auf diese Forderungen nicht eingegangen werde, müßten die Deutschsozialen sich der Abgabe der Stimme für diese Candidaten enthalten.

Eine Antwort ist darauf nicht erfolgt; die Conservativen haben mit den Nationalliberalen ein Compromiß geschlossen.

**Böckel und Liebermann von Sonnenberg.** Böckel und seine Freunde sprechen neuerdings von „Feindseligkeiten“ des Abg. v. Liebermann gegen die Angehörigen der Reformpartei. Um den Beweis zu liefern, welcher Art die „Feindseligkeiten“ des Herrn v. Liebermann gegen Dr. Böckel gewesen sind, veröffentlicht Ersterer in der „Antis. Corresp.“ den von ihm unter dem 1. November 1892 an einen Gesinnungsgenossen gerichteten vertraulichen Brief, worin es heißt:

„Die Verdienste Herrn Dr. Böckel's um unsere gemeinsame Sache sind außerordentlich groß, und er verdient es wohl, daß ihm in der augenblicklichen schwierigen Lage, in der er sich befindet, auch von deutsch-

sozialer Seite nach Möglichkeit Unterstützung zutheil wird. Die Judenschaft hat sich nämlich zusammengethan, kauft alle Forderungen an sein in Marburg begründetes Druckerei-Geschäft auf, und klagt sie gegen ihn ein. Bis zu dem in Aussicht stehenden Eintritte eines vermögenden Geschäfts-Theilhabers hat Herr Dr. Böckel daher jetzt von Tag zu Tag größere und kleinere Summen aufzubringen. Er hat sich vertrauensvoll an mich mit dem Anliegen gewandt, auch etwas zur Ueberwindung seiner augenblicklichen Schwierigkeiten durch einen Appell an die deutsch-sozialen Partei-Genossen zu thun. Ich richte daher an Sie die herzliche Bitte, in Ihrem Vereine oder im Kreise zuverlässiger Gesinnungsgenossen Beiträge zu sammeln und möglichst bald an die Adresse des Herrn Dr. Böckel in Marburg (Hessen) abzusenden. Es dürfte sich empfehlen, bei den Sendungen kurz zu bemerken: „Auf Anregung des Abgeordneten v. Liebermann senden wir Ihnen p. p." Herr Dr. Böckel wird daraus ersehen, daß ein friedliches Zusammengehen mit unserer Richtung auch dazu geeignet ist, ihm seinen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu erleichtern."

Herr v. Liebermann bemerkt dazu, er sei in der Lage nachzuweisen, daß der Brief nicht ohne Erfolg geblieben sei.

Das Sprüchwort „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft" hat sich also bei Herrn Böckel nicht bewahrheitet.

**Der Conflict zwischen Dr. Wesendonck und „Dr." Bauer** bringt, wie das bei solchen persönlichen Reibereien nicht anders zu geschehen pflegt, allerlei pikante Einzelheiten ans Licht. Am 19. September hielt Dr. Wesendonck eine Versammlung ab, in welcher er Bauer in fünf Fällen des Ehrenwortbruches zieh. „Ich denke", sagt Dr. Wesendonck in seiner „Anticorruption", „daß das für jeden denkenden und ehrlichen Mann genügt. Wer trotzdem immer noch zu diesem Manne halten will, ist desselben würdig."

**Der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt** sollte am 27. September vor dem Berliner Amtsgericht wieder einmal den Offenbarungseid leisten. Es kam aber nicht zu diesem zwar feierlichen, aber immerhin peinlichen Akt, weil Herr Ahlwardt sich darauf berufen konnte, daß er bereits früher den Manifestationseid geleistet habe. Diese Thatsache war dem klägerischen Anwalt allerdings bekannt gewesen, er hatte deshalb in seinem Antrag darauf hingewiesen, daß sich inzwischen die Vermögensverhältnisse des Herrn Ahlwardt sehr gebessert hätten, da er notorisch aus seinen Vorträgen und Broschüren erhebliche Einnahmen beziehe. Herr Ahlwardt bestritt dies; er behauptete, daß nur seine schriftstellerische Thätigkeit ihm eine bescheidene Einnahme bringe, seine Verhältnisse hätten sich also seit Ableistung des Offenbarungseides nicht gebessert. Der Antrag des Klägers wurde hierauf abgewiesen.

Der in Rede stehende Fall hat übrigens eine recht charakteristische Vorgeschichte. Im Jahre 1883, schreibt das „B. Tgbl", empfing Herr Ahlwardt von dem jetzigen Kläger ein Darlehen von nicht unbeträchtlicher Höhe und verpfändete dafür gemeinsam mit seiner Ehefrau das in seiner Wohnung befindliche Mobiliar. In der betr. Urkunde befindet sich die ausdrückliche Versicherung des Ehepaares, daß die als Unterpfand gegebenen Möbel ihr unbestrittenes Eigenthum seien. Als es dann später — da Ahlwardt seinen Verpflichtungen nicht nachkam — zur Pfändung der Möbel kam, erhob die Schwiegermutter des Herrn Ahlwardt Interventionsklage, indem sie die verpfändeten Möbel als ihr Eigenthum reclamirte. Der Gläubiger ließ sich nun von Herrn Ahlwardt dadurch trösten, daß dieser ihm eine Quittung über sein demnächst fälliges werdendes Gehalt und Nebeneinnahmen im Betrage von 795 Mark bezw. 150 Mark ausstellte, die der Magistrats-Hauptkasse gegen Zahlung dieser Summe übergeben werden sollte. Der Gläubiger war auch zu der angegebenen Zeit pünktlich auf dem Posten, aber . . . er kam doch zu spät. Der Kläger war übrigens nicht der Einzige, der sich so enttäuscht sah, er fand noch drei Mittrauernde, denen Herr Ahlwardt ebenfalls Gehaltsquittungen ausgestellt hatte, und die von dem Beamten der Magistrats-Hauptkasse den Bescheid erhielten, daß der Herr Rector, bezw. ein anderer seiner Gläubiger ihnen bereits die Mühe des Abhebens erspart hätten.

Ahlwardt hat am 4. Oktober die fünfmonatliche Gefängnißstrafe, zu der er wegen der Judenflintenbroschüre verurtheilt wurde, angetreten. Am Abend vorher verabschiedete er sich von seinen Freunden in einer Rede, worin er sich zu der Aeußerung verstieg, Schritte zur Wiederaufnahme seines Prozesses thue er nicht, obwohl ein hoher Beamter erklärt habe, er sei bestochen worden. — Zur Feier des Abends wurden zwei jüdische Theilnehmer der Versammlung durchgeprügelt.

+ **Stolp**, 26. September. Vor einigen Tagen ist hier ganz im Stillen ein conservativer Handwerker-Verein gegründet, welcher antisemitischen Tendenzen huldigt. Zum provisorischen Vorsitzenden wählte man den Director der Stolper Stärkefabrik, Herrn Zacharias und zum Schriftführer Herrn Georg Feige, Mitinhaber der Stolper Post. Höheren Orts versucht man diesen Verein dem bereits hier bestehenden conservativen Verein anzuschließen.

Seit einigen Wochen erhalten die Landleute unseres Kreises antisemitische Flugblätter, (die Streifbänder tragen den Stempel „Antisemitischer Verein Stolp") welche aus einem hiesigen bekannten Gasthofe versandt werden, dessen Besitzer mit den Conservativen seit einigen Jahren in enger geschäftlicher Verbindung steht.

Die Wirkung scheint auch nicht auszubleiben. In dem Dorfe Wobesde bei Stolpmünde wird seit einiger Zeit der jüdische Kaufmann Rosenberg von halbwüchsigen Burschen durch Steinwerfen belästigt und verfolgt. Nachdem drei dieser Missethäter ermittelt und dem Strafrichter angezeigt sind, hat man während einer Nacht das Haus des Rosenberg gewaltsamer Weise beschädigt und dessen Gartenbank zertrümmert. Die Ortsgemeinde Wobesde wird für Schadenersatz in Anspruch genommen. Da fast allabendlich vor dem Hause des Rosenberg von halbwüchsigen Burschen noch jetzt Straßenunfug fortgesetzt wird, so hat man das hiesige Landrathsamt um Abhülfe angerufen. —

**Argenau**, 27. Septbr. Die bereits in den Jahren 1881 und 1882 durch den früheren Artillerielieutenant, jetzigen Elementarlehrer P. hier in Scene gesetzten antisemitischen Agitationen, welche das bis dahin bestehende harmonische Verhältniß der Bürger unseres Ortes zerrütteten und damals zu bedauerlichen Ausschreitungen führten, schienen sich in den letzten Tagen wiederholen zu sollen. Auf Anregung des oben genannten Herrn hatte, wie die „Danz. Ztg." berichtet, gestern Abend der antisemitische Reichstagsabgeordnete Leuß, der bekanntlich vor einigen Tagen mit sehr negativem Erfolg in Thorn seine agitatorischen Künste ausübte, hier einen antisemitischen Vortrag gehalten. Ganz abgesehen davon, daß in Folge der früheren Wühlereien und Hetzereien bereits ein großer Theil der besser situirten jüdischen Bürger von hier verzogen ist, und daher die Zahl der Juden überhaupt hier eine verschwindend kleine ist, so daß sich solche antisemitischen Demonstrationen ohnehin in unserer Stadt nicht lohnen, war der Vortrag trotz der vorangegangenen fieberhaften Anstrengungen der hiesigen Antisemiten nur sehr schwach besucht. Die Ausführungen des Redners bewegten sich in dem bekannten antisemitischen Fahrwasser und boten nichts Neues

## Vermischtes.

**Zur Toleranz in der Schule** aus dem Jahre 1880 haben wir in Nr. 38 der „Mittheilungen" (S. 356) einen Beitrag gebracht und mit der Frage geschlossen, wie dieselbe Schule, die Luisen- und Friedrichsschule in Düsseldorf, sich wohl jetzt verhalten mag. Wir sind nun in der Lage darüber Auskunft zu geben. Von durchaus zuverlässiger Seite wird uns geschrieben:

„Auf Ihre geehrte Anfrage, die mir soeben mit einem Packet Schriften zugeht, beehre ich mich ergebenst zu erwidern, daß die Luisenschule genau noch in derselben Weise verfährt wie früher. Die Schule wird von 360 Schülerinnen besucht unter welchen 95 Katholikinnen und 40 Israelitinnen sich befinden. Die übrigen sind evangelischer Confession. Zu Weihnachten werden die evangelischen und katholischen Schülerinnen gemeinsam am 21. December beschert, wobei Director Dr. Uellner im christlichen Sinne die Weihrede hält. Die israelitischen Kinder, gewöhnlich auch der Rabbiner, sind dabei anwesend. Am 19. December werden dem Procentsatz entsprechend israelitische Kinder beschert, in den früheren Jahren auch in der Schule

in der Anwesenheit der christlichen Kinder, in den letzten 3 und 4 Jahren sind jedoch die jüdischen Kinder auf besonderen Wunsch des Herrn Dr. Wedell in dessen Privatwohnung unter Zuziehung des Kirchenvorstandes beschcert. Dr. Uellner steht fest auf dem Boden seiner Kirche, gehört aber zu denen, die jeder Confession von Herzen ihr Recht und freies Bekenntniß ihres Glaubens wünschen. In seiner Schule ist niemals ein israelitisches Kind in seinem Glauben gekränkt worden und es findet absolut kein Unterschied in der Behandlung derselben gegenüber den christlichen Confessionen statt. Schon die verhältnißmäßig große Zahl israelitischer Kinder ist ein Beweis dafür, daß die Kinder sich dort wohl fühlen. Für die Luisen-Friedrichsschule besteht hier ein obligatorischer Unterricht in der israelitischen Religionslehre."

**Cassel,** 26. September. Einen drastischen Beweis für die „erzieherische Wirkung" des Antisemitismus liefert ein Vorkommniß aus einem Dorfe des hessischen Wahlkreises, welcher den Antisemiten Werner zu seinem Reichstagsabgeordneten erkoren hat. Die „C. Tagespost" berichtet darüber Folgendes: Vor Kurzem kam eines Abends ein älterer Herr in das Wirthshaus des betreffenden Dorfes, um daselbst zu übernachten. Die anwesenden Gäste, darunter auch ein Lehrer des Ortes, glaubten ihn seinem Gesichtstypus nach für einen Juden halten zu müssen und begannen ihn nun in der gemeinsten Weise zu belästigen. Da es den Fremden offenbar anwiderte, sich mit solch roher Gesellschaft in einen Disput einzulassen, so ließ er sich alsbald sein Zimmer anweisen. Hier sprach er nun dem Wirthe gegenüber sein Mißfallen über solche Gemeinheiten aus und erkundigte sich nach dem Namen der Radaugesellen. Der Wirth, der durch das imponirende Wesen des Fremden neugierig geworden, wollte seinerseits auch gern wissen, wen er vor sich habe, und fragte nach Namen und Stand seines Gastes. Doch dieser wollte seinen Namen nicht nennen, so daß der Wirth jetzt unter Berufung auf das Polizeigesetz auf Eintragung ins Fremdenbuch bestand. Dieser Aufforderung mußte Folge geleistet werden, und so schrieb der Fremde seinen Namen in das ihm vorgelegte Buch, den aber weder der Wirth, noch ein Anderer enträthseln konnte. An dem anderen Morgen mit dem Glockenschlage sieben trat in das Klassenzimmer des oben erwähnten Lehrers jener Fremde ein und begann, ohne sich weiter vorzustellen, eine — Schulvisitation. Als der erstaunte Lehrer sich erkundigen wollte, mit wem er die Ehre habe, erhielt er die beißende Antwort: „Ich bin der Schulrath Steinkopf aus Cassel; nach Ihnen brauche ich mich nicht zu befragen, ich habe Sie gestern schon im Gasthofe kennen gelernt!"

**Antisemitismus in der Armee.** Aus **Frankfurt a. O.** wird der „Berl. Ztg." mitgetheilt, daß Offiziere der 9. Compagnie des dort garnisonirenden Leib-Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenburgisches Nr. 8) ganz unglaubliche antisemitische Redensarten über einen bei der Compagnie zu einer achtwöchentlichen Reserveübung eingezogenen ehemaligen Einjährig-Freiwilligen, einen angesehenen Berliner Kaufmann, geführt haben. Der Gewährsmann des letztgenannten Blattes (der nebenbei gesagt, der christlichen Religion angehört) berichtet, daß der Secondelieutenant der 9. Compagnie v. Renouard über den jüdischen Kameraden Schimpfworte zu anderen Soldaten, wie: „Der verfluchte Judenjunge, den würde ich die vollen 8 Wochen in den Arrest sperren, wenn ich Strafgewalt hätte" und ähnliche gebraucht hat. Als sich gelegentlich einer Marschübung der bei derselben Compagnie dienende adelige Avantageur mit diesem jüdischen Soldaten unterhielt, rief ihn der Lieutenant v. Renouard zu sich mit den Worten: „Kommen Sie her, das ist keine Nachbarschaft für Sie!" Auch der Hauptmann derselben Compagnie, Zachariae, gebrauchte dem jüdischen Soldaten gegenüber Redewendungen, wie: „Sie sind wohl mit Ihren Gedanken schon auf der Börse" und „Gott der Gerechte", und rief auf diese Weise Zwiespalt zwischen den anderen Kameraden und dem Reservisten hervor. Falls sich diese Angaben durch die Untersuchung, die jedenfalls jetzt eingeleitet werden wird, bestätigen sollten, so wird hoffentlich den Schuldigen mit allem Nachdruck klar gemacht werden, daß auf dem Exerzirplatz keine antisemitischen Versammlungen abgehalten werden dürfen.

**Vom Badischen Oberlande,** den 3. Oktober. Eine eigenartige Wirkung übte der Antisemitismus in dem Städtchen Sulzburg aus, wo der dortige einzige Arzt nebenbei auch Antisemit ist und sich als solcher bei jedem auch nur denkbaren Anlaß im Tone der Berliner Radauantisemiten gerirt. Da die jüdische Bevölkerung es mit ihrer Ehre nicht länger vereinbaren konnte, diesen Herrn als Hausarzt anzusprechen, so entschloß sich dieselbe, wie die „Bad. Land. Ztg." mittheilt, mit Bewilligung eines jährlichen Fixums von 800 Mark die Niederlassung eines zweiten Arztes zu ermöglichen, und ließ die Stelle im „Medico" ausschreiben. In Geldsachen hört aber auch bei den Antisemiten die Gemüthlichkeit auf, und flugs erließ der Arzt in gleicher Fachzeitung eine Warnung an alle Collegen, die Stelle zu besetzen, da ein zweiter Arzt doch keine Existenz fände. Wessen Existenz aber ein wenig — abgekühlt werden dürfte, ist unschwer zu errathen, da selbstverständlich auch die anständige christliche Bevölkerung ein Gebahren wie jenes des antisemitischen Heißsporns verurtheilt.

**Jüdische Ackerbaucolonien.** Aus Rußland schreibt man der „Köln. Ztg." unter dem 25 Septbr: Als im vorigen Jahre der Domänenminister den Süden Rußlands bereiste, besuchte er unter andern auch die jüdischen Ackerbau-Colonieen und erklärte später, sie in ganz vortrefflichem Zustande befunden zu haben. Damit wurde von gewiß unanfechtbarer Seite der allgemein verbreiteten Ansicht entgegengetreten, die Juden eigneten sich ganz und gar nicht zum Ackerbau. Jetzt schreibt man dem „Woschod" aus Sinegarodka im Gouvernement Kiew, daß infolge des sehr fühlbaren Mangels an Arbeitshänden in den dort benachbarten Colonieen gleichfalls ein Versuch mit Juden als Feldarbeitern gemacht wurde, der entschieden zur Zufriedenheit der Arbeitgeber ausfiel. Es wurden 200 Juden angeworben und sie leisteten keineswegs schlechteres als die christlichen Arbeiter. Auch auf dem Gute der Baronin Wrangel war man mit ihnen zufrieden. Daselbst wurde für die jüdischen Arbeiter eine besondere Küche eingerichtet.

## Briefkasten.

**Freystadt,** Westpr. In Preußen kann ein Jude Zahlmeister und Offizier werden; gesetzliche resp. Verfassungsbestimmungen stehen dem nicht entgegen. Aber die Praxis gestaltet sich anders. Es giebt bei uns unseres Wissens keine activen jüdischen Offiziere; auch die Zahl der jüdischen Reserveoffiziere ist eine verschwindend kleine. In der bayrischen Armee sind die Juden günstiger gestellt. Ob dort auch active jüdische Offiziere existiren, ist uns nicht bekannt. Vielleicht kann einer unserer Leser darüber Auskunft geben.

**Ein Vereinsmitglied** in **Hamburg.** Besten Dank. Material sehr interessant. Wir bitten um Ihren Namen, der discret gehalten werden soll. Anonyme Einsendungen können wir durchaus nicht berücksichtigen.

**E. H.** in **Hamburg.** Besten Dank für den Bericht. Ihrem Bedauern, daß in einer Stadt, welche über eine große Anzahl geschulter Redner verfügt, den antisemitischen Agitatoren nicht mit mehr Nachdruck entgegentreten wird, schließen wir uns durchaus an.

### Briefkasten der Expedition.

**Gotha.** Das Werk von Leroy-Beaulieu erscheint in einigen Wochen in deutscher Uebersetzung. Es ist durch unsere Bureaus sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.

## Arier und Semiten.

von

**Anatole Leroy-Beaulieu.**

(Schluß)

Spricht man uns von Semiten, so muß man uns mindestens sagen, von welchen Semiten, denn unter diesen Letzteren bemerken wir fast ebenso große Unterschiede, wie zwischen ihnen und den Aryas. „Das semitische Genie," schrieb ein Meister in diesen Dingen*), „ist seinem Wesen nach einfach; es begreift weder die feinen Unterschiede noch

*) Renan: „Mélanges d'histoire et de voyages: — les Peuples sémitiques"; vergl. „Histoire générale des langues sémitiques", S. 1, 20.

das Verwickelte. Der alte semitische Geist ist seiner Natur nach gegen Philasophie und Wissenschaft. Die Völker, die man semitische nennt, entbehren jener Monnigfaltigkeit, jener Mächtigkeit, jenes Umfangs des Geistes, welche Bedingungen der Vervollkommnungsföhigkeit sind." Das mog für die Araber zutreffen, den Schulen von Bogdad und Cordova zum Trotze; auch in Betreff der olten Hebräer mag es richtig sein; allein, ist es auch bezüglich der unter unserer Berührung erzogenen und herangewachsenen modernen Juden zutreffend? Wenn es einen Unterschied zwischen dem Europöer und dem Asiaten, zwischen den Abendländern und den Orientalen gibt — ein Unterschied übrigens verhältnißmäßig neuen Ursprunges und, scheint mir, unabhängig aon der Rosse — so besteht derselbe wohl in der Fortschritlsidee, in jenem madernen Begriff von der Veraollkommnungsfähigkeit, an welche rings um uns blind geglaubt wird, zu welcher sich Gelehrte und Ignoranten abergläubisch bekennen. Alles aber zeigt, daß diese Fortschrittsidee dem Juden keinerlei Widerwillen einflößt. Wenn der Jude dieselbe auch nicht Eigenem entnommen hat, so durchtränkt er sich doch damit mühelas bis zu einem Grad, daß er einer ihrer glühendsten und eifrigsten Verbreiter wird. Was den philasophischen Geist anbetrifft, sa scheint es uns übel angebracht, ihn den Stammesgenossen Spinozas abzusprechen. Vermag man im Uebrigen die heutigen Völker, die lebenden Rossen nach ihren Vorfohren ous den entferntesten Zeiten der alten Geschichte zu beurtheilen? Wären selbst die Hebräer Palästinos reine Semiten gewesen, hätte mon deshald ein Recht, den heutigen Juden den Beni-Israel oder den syrischen Semiten vor zwei- oder dreitausend Jahren gleichzustellen? Da würden eher noch alle Charakterzüge der Gollier aus Cäsor's „Commentaren" auf die Franzosen oder die Schilderungen der „Germonia" des Tocitus und der „Chranik" Nestar's auf die modernen Deutschen und die russischen Slaven passen.

Der Charakter ist bei einer Rasse vielleicht das wenigst veränderliche; sa vermag man bei den Franzosen der dritten Republik noch diesen oder jenen Zug der Gallier des Vercingetarix herauszufinden. Wenn nun der Semit, Jude oder nicht, sich durch Genie und Intellect nicht wesentlich von uns unterscheidet, ist dies etwa in Charakter und Temperament der Fall? Hierin vielleicht eher; wie und warum dies bei den Juden wenigstens der Fall, werden wir sofart sehen.*) In diesem Punkte büßen gewöhnlich die gelegentlichen Välkerforscher ihre Lust mit den Lastern des „Semiten" und den Tugenden des Ariers, die sie einander gegenüberstellen. Man schildert den Einen als gewinnsüchtig, habgierig, kaltherzig, niedrig, verschlagen, knechtisch, rachgierig, als herkämmlichen Besitzer aller Niederträchtigkeiten und Falschheiten; den Andern als großmüthig, offenherzig, stolz, ritterlich, uneigennützig und zartfühlend, mit allen edlen und reinen Eigenschaften ausgestattet.

Ich meinerseits mißtraue diesen in graßen Pinselstrichen entworfenen Charakterbildern, wo auf der einen Seite nur Schatten, auf der andern nur Licht ist; für die Schilderung alter, zwanzig verschiedenartige Nationen umfassender Rassen wird man mit einem so einfachen Verfahren nicht auslangen. Für meinen Geschmack müßte die Farbe feiner verrieben, das Bild feiner abschattirt sein. Der Römer, beispielsweise, ist kaum minder gefühllos, hartherzig, gewinnsüchtig als der Karthager; und das Bild, welches man uns aan dem Semiten entwirft, würde häufig ebensa gut auf den modernen Griechen, den Armenier, den Parsen passen, welche doch für Arier gelten, als auf den unter die Semiten eingereihten Juden. „Der semitische Charakter", hat Renan behauptet, „ist im Allgemeinen hartherzig, engherzig, selbstsüchtig". Das mag ja richtig sein — und nicht für den Araber allein — obschon für den Juden die Erklärung mehr in der histarischen Erziehung als in der Rasse liegt. Denn, scheint uns bei Israel die Unanmuth des Geistes und Herzens häufig, so werden wir uns daran erinnern müssen, daß dies zum großen Theile auf die Rechnung der Existenz zu setzen ist, welche wir ihm bereitet haben.

*) Vergl. Achtes Capitel: Psychologie der Juden, II.

Eines verlieren wir jedenfalls allzuhäufig aus dem Gesichte und dürfen wir unter keinen Umständen außer Betracht lassen. Wenn wir aon semitischer Härte, Engherzigkeit und Gewinnsucht reden, so sollten wir nicht vergessen, daß das Mildeste, Zarteste und Lieblichste unter der Sonne, das Evangelium, aon semitischen Stämmen ausgegangen ist. Diesem steinigen Boden Syriens entsproß die Feldlilie, deren Wohlgeruch nach neunzehn Jahrhunderten noch die Welt durchduftet. Das herrlichste Wart menschlicher Sprache, das Wort Nächstenliebe, ist aus dem Munde dieser Kinder Sem's gekommen. Durch Semiten ist die frohe Kunde verkündigt, vor semitischen Volksmassen, in semitischer Mundart die Bergpredigt gehalten und durch Semiten, Hunger- und Durstverächter, sind der alten Welt die neun Seligkeiten geoffenbart worden. Auch hier, bezüglich der Rasse und der Vorfahren ebensowohl wie der Bibel muß, wer Israel treffen will, zuerst Christus treffen. Hot nicht der Heiland selbst zur Samariterin am Jacobsbrunnen gesagt: „Das Heil kommt von den Juden"? Seltsam, daß Christen das Andenken daran verlieren konnten, daß uns auf jüdischen Schultern das Kreuz der Entsagung gebracht ward, jenes Kreuz, das den Hellenen zum Aergerniß gereichte und welches während drei oder vier Jahrhunderten die Gläubigen den Anbetern der Götter aon Paros nur unter dem Schleier geheimnißvoller Sinnbilder zeigen durften. Das auf dem Calvarienberg zur Erlösung der Menschheit vergossene Blut, jenes Blut, welches auf den Darstellungen unserer olten Maler Engel in goldenen Kelchen und Hostienschalen auffangen, war jüdisches, semitisches Blut. Weder Maria, die Mutter Jesu, noch Johannes, der geliebteste Jünger, weder Simon, noch Kaiphas, noch irgend welcher unter den Zwölfen sind arischer Abkunft gewesen.

Für denjenigen, welcher auf die Anfänge zurückgehen will — jenen insbesondere, welcher glaubt, daß die Kirche von Anfang an durch die Apostel eingesetzt und eingerichtet worden — ist das Christenthum selbst ein Product des Semitismus; nicht viel weniger als das Judenthum. Man erzählt uns häufig von der semitischen Eroberung; ist die Welt jemals durch die Semiten erobert worden, so geschah dies durch das Schwert des Paulus aan Tarsas, des christlichen Hannibal oder Alexander. Die Schlacht bei Cannä ist nicht der größte Sieg des Semiten gewesen. Wo der Sohn Hamilcar's gescheitert, hat der geringe Jude aus Cilicien gesiegt. Durch ihn und durch die Zwölf sind die stolzen Verheißungen der Seher Israels verwirklicht und ist die arische Welt, griechische oder römische, unter das Scepter des Sohnes David's gebeugt worden. Das durch die römischen Legionen errichtete Weltreich ist den Erben des Fischers von Galiläa als Vermächtniß zugefallen. Die Cäsaren-Standbilder sind von ihrem Postament gestoßen und zwei Imperatoren, welche am beredtesten lateinische Kriegsmacht und hellenische Weisheit verkörperten, Trajan und MarcAurel, von ihren Marmorsäulen herabgestürzt worden, um den Feldherren des Jesus aon Nazareth, Petrus und Paulus, Platz zu machen.

Die Wölfin des Romulus, welche die Elephanten des Karthagers überwunden, wurde vom Löwen Juda's niedergeschlagen: „Vicit lea de tribu Juda" steht auf dem Sockel des Obelisken des Nero eingegraben, welchen Sixtus V. vor St. Peter in Rom aufrichten ließ. Die Kirche hat Recht: Der Nazarener hat gesiegt.

Das ist die wahre semitische Eroberung und davon hat sich das arische Genie nicht mehr erholt. Die consequentesten Antisemiten, die Einzigen vielleicht, die Logik haben, sind jene, welche, um das semitische Joch abzuschütteln, das Evangelium gerade so gut wie die Bibel zurückweisen und sich gleicherweise gegen die Krippe von Bethlehem wie gegen die Gesetzestafeln des Sinai auflehnen. Will der Slave oder der Germane den Söhnen Sems in keiner Weise verpflichtet sein, so hat er sich nur wieder den arischen Göttern Zeus, Odin, Perun mit dem goldenen Barte zuzuwenden, wenn er nicht gar die Emanationen des unpersönlichen Brahma dem Gott-Schöpfer der Genesis vorzieht. Die Welt wird sich „entsemitisiren", wenn sie sich von jeder christlichen Idee lossagt.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressierung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 42.** **Berlin, den 15. Oktober.** **3. Jahrg. 1893**

## Vom Hochmuth.

Jede Nation hält ihre Eigenthümlichkeiten für Tugenden. Voltaire.

In unserer Schöpfung giebt es nicht zwei Dinge, die absolut einander gleich sind. Jedes Lebewesen, sei es Mensch, Thier und Pflanze, und jedes unorganische Gebilde hat kein zweites von gleicher Art, Beschaffenheit und Form neben sich. Das große Gesetz der Differenzirung hat es bewirkt, daß jedes Geschöpf eine kleine Welt für sich ist, die Eigenthümlichkeiten besitzt, die jeder andern abgehen. Jeder befolgt eben unbewußt die Gesetze seiner individuellen Entwickelung, und die Resultate dieser Entwickelung ergeben die ungeheure Vielheit von Manni faltigkeiten, die den Kosmos ausmachen.

Jeder Mensch sucht seine Existenz im Kampf ums Dasein zu behaupten. Der Anfang seiner Moral ist daher auf dem ganzen Erdenrund die nackte Formel gewesen: „Erst ich, dann du." Dieser Egoismus beherrscht alle Erscheinungen der Cultur, diesem Hochmuth der Einzelpersönlichkeit verdanken wir die erhabensten und elendesten Thaten der Menschheit. Unvergleichlich stärker kann sich jedoch dieser Hochmuth des Einzelnen bethätigen, wenn er sich mit ähnlichen Individuen verbindet zu einem Hochmuth der Masse. Zwei Formen desselben sind in der Geschichte der Menschheit von unübersehbarer Bedeutung gewesen und sind es noch immer, das ist der Hochmuth der Rasse und der Hochmuth der Religion.

### I.

### Hochmuth der Rasse.

Die Natur freilich weiß von einem höhern Werthe des einen Wesens gegenüber dem andern nichts. Ein Wurm hat die gleiche Berechtigung zum Dasein, wie ein Vogel, eine Rose dieselbe wie ein Sandkorn, ein Neger dieselbe wie ein Weißer. Erst die Menschen haben die Werth- und Rang-Unterschiede gemacht, erst die Menschen den Hochmuth der Rasse entdeckt und ausgebildet.

Die Eitelkeit gehört zu den primitivsten Empfindungen der menschlichen Seele. Der einfachste Neger Australiens hat Bedürfnisse nach Schmuck und ist auf seine Person stolz. Der erste Unterschied ergiebt sich ganz natürlich: Der Stammesgenosse und der Fremde. Ersterer wird geschätzt, letzterer gehaßt oder gefürchtet. Dieser klare Unterschied zeigt sich von den einfachsten Stämmen hinauf bis zu den cultivirtesten Nationen. Es ist der Anfang des Rassenhochmuths und des Nationalitätendünkels.

Der Fremde ist der Feind. Bei den Römern galt das Wort „Hostis" in gleicher Weise für Fremder und Feind; der Grieche bezeichnete mit dem verächtlichen Namen „Barbar" jeden Fremden. In der Tupisprache Brasiliens war das Wort „Tapuüja" ein Collektivname für alle Menschen, die nicht zu den Tupis gehörten, und bedeutete einen Feind.[1])

Ein Stammesgenosse wird daher anders behandelt als ein Fremder. Die Eskimos sind auf ihre Handfertigkeit im Seehundsfang, ihre wichtigste Beschäftigung, sehr stolz und betrachten sich höher als die Europäer, die sie zuweilen förmlich aufziehen. Diebstahl, an einem Fremden ausgeübt, gilt als schlauer Streich.[2]) Stirbt ein Betschuane, so wird er von seinen Stammesgenossen in einem Grabe beigesetzt und der Mann erhält Speer, Keule, Schüssel, Löffel, Getreide und Kürbiskerne mit ins Grab. Stirbt dagegen ein Fremder, so werfen sie seinen Leichnam den Thieren vor.[3]) Namentlich wird der Europäer von allen farbigen Stämmen gehaßt. Ihnen gegenüber zeigen die Farbigen einen fast unglaublichen Hochmuth, freilich oft tiefste Unterwürfigkeit. Diejenigen unter den Sereres, die bei Europäern in Dienst gestanden haben, verlieren ihre Kaste und dürfen nicht mehr zu ihren Verwandten zurückkehren.[4]) Die Eingeborenen von Mozambique zeichnen den Teufel nach dem Ebenbilde des weißen Mannes, ebenso malen die Bewohner der Guineaküste nach einem Berichte vom Jahre 1769 den Teufel als Weißen mit den weißesten Farben.[5])

Den Juden hat man stets zum Vorwurf gemacht, daß sie sich als das „auserwählte Volk" bezeichnen. Dieses Wort kann, selbst wenn man ihm die schärfste Bedeutung beilegte, den Ethnologen kaum überraschen. Es beweist einen Rassenhochmuth, von dem die wenigsten Völker der Erde frei sind. Ein Stamm in Nordasien bezeichnet sich als die Aino, d. h. „die Menschen", die Eskimo nennen sich Innuit, d. h. „Menschen[6])", und lassen die übrige Menschheit in ihrer Rassennaivität gar nicht als Menschen gelten. Die Bergdamara bezeichnen sich als die Haukoin d. h. als die „wahren Menschen[7])". Acunna erwähnt eine brasilianische Indianerhorde, die Abaété, die „echten

[1]) Dr. C. F. Ph. v. Martius. Zur Ethnographie Amerikas, zumeist Brasiliens Leipzig. 1867 B. I S. 51.

[2]) Cranz, Historie von Grönland 1779. S. 162 bei Fr. Muller, Allgemeine Ethnographie Wien 1873. S. 200.

[3]) Prof. Dr. Fr. Ratzel, Völkerkunde, Leipzig 1886. Bd. i. S. 299.

[4]) Adalf Bastian, der Mensch in der Geschichte. Leipzig 1860 Bd. III. S. 362.

[5]) Edw. B. Tylar, Urgeschichte der Menschheit. Leipzig o. J. S. 143 f.

[6]) Fr. Müller, a. a. O. S. 198.

[7]) Fr. Ratzel, a. a. O. Bd. I. S. 349.

Männer" heißt[8]), und als Gumilla die Caraiben nach ihrer Herkunft fragte, sagten sie stolz: „Ana Carina rote", „**wir allein sind Leute**[9])". Die herumstreifenden Stämme der Malayischen Halbinsel betrachten sich als die Ureinwohner, die Malayen als die Eindringlinge. Sie halten sich für Nachkommen eines weißen Affenpaares, die sich in der Ebene zu Menschen vervollkommnet haben, während die in den Bergen wohnenden nur Affen blieben[10]). Von sich selber sagen die Chinesen, wenn sie einen Vergleich mit andern Völkern anstellen: „Wir sehen mit zwei Augen, die Lateiner mit einem, und alle übrigen Nationen sind blind[11])".

Eine unmittelbare Folge dieses Rassenhochmuthes ist die Verächtlichmachung der fremden Rassen. Zuerst geschieht es durch Schimpfnamen. Bei den Malayen stehen die Jakunen als wilde und rohe Rasse wenig höher als die Thiere.[12]) Die Birmesen schimpfen die rohen Karenen „Hundemenschen"[13]), und der zivilisirte Hindu bezeichnet die von den Ureinwohnern abstammenden Kols, Bhils u. a. als „Affenvolk".[14]) Chinesische Bewohner der Oase Chami nannten den russischen Reisenden Prschewalski und seine Begleiter Yanguisy d. h. überseeische Teufel, womit sie jeden Europäer bezeichnen.[15]) Neben diesen Schimpfnamen spielen noch physische Eigenthümlichkeiten thierischer Natur hierbei eine Rolle, wie thierisches Brüllen, auf allen Vieren kriechen u. s. f. Namentlich glaubt der Rassenhochmuth oft an die Existenz von Schwänzen, welche fremden Rassen zugeschrieben werden und als thierisches Anhängsel geeignet waren, diese verächtlich zu machen. Von den eingeborenen Miau-tzes oder „Kinder des Bodens", wenn sie nach Canton zu Markt kommen, glauben die Chinesen, daß sie wie die Affen kurze Schwänze hätten. Auch die halbcivilisirten Malayen glauben das gleiche von den roheren Waldstämmen, und in Afrika erzählen sich die moslemitischen Nationen dieselbe geheimnißvolle Thatsache von den im Innern wohnenden Niam-Niams. Auch die verachteten Cagots in den Pyrenäen standen in dem gleichem Rufe, ebenso die Engländer, und noch in Spanien ist der Aberglaube lebendig, daß die Juden Schwänze hätten wie die Teufel[16]).

Unzweifelhaft ist der Hochmuth der Rasse ein Produkt niederer Kultur. Und so sind die Beweise für den naiven Hochmuth der Rasse ungleich zahlreicher bei den einfachen Stämmen und Völkern anzutreffen, als bei höher gebildeten. Daß er aber auch hier noch, freilich in geläuterter Form, auftritt, beweist der Kultus des Nationalismus, der zur Zeit in ganz Europa wieder erwacht. Gewiß ist es richtig, daß eine Rasse mehr Verdienste um die Entwickelung der Menschheit hat, als eine andere, aber eine moderne Naturanschauung, die jedem Wesen sein Recht auf Dasein einräumt, muß die allzu üppigen Auswüchse des Rassenhochmuthes zurückweisen. Und die reife Weisheit Alexanders von Humboldt hat diese moderne Anschauung mit den schönen Worten ausgedrückt: „Es gibt bildsamere, . . . aber keine edleren Volksstämme; alle sind gleichmäßig zur Freiheit bestimmt."

## Die Drohung der jüdischen Borstenhändler.

In der Sitzung der Leipziger Handelskammer vom 5. Oktober wurde, wie das „Leipziger Tagebl." berichtet, Seitens des Meßausschusses der Kammer über eine Eingabe der in Leipzig zur Messe weilenden Borstenhändler wegen Aufhebung des im Königreich Sachsen bestehenden Schächtungsverbotes Bericht erstattet. In der betreffenden Eingabe wird gewünscht, daß die Kammer bei der sächsischen Staatsregierung ihre Verwendung dahin eintreten lassen möge, daß das gedachte, seit etwa einem Jahre in Sachsen erlassene Verbot, gewisse Schlachtthiere zu schächten, wieder aufgehoben werde. Die Vertreter weisen in ihrer Vorstellung darauf hin, daß, wenn jenes Verbot aufrecht erhalten werde, sie genöthigt seien, die Leipziger Messen zu meiden und ihre Geschäfte alsdann in Berlin zu betreiben; sie fügen aber auch die Bemerkung hinzu, daß, wenn dieser Fall eintreten sollte, dann auch die Leipziger Handelshäuser, die sich mit dem Borstengeschäft befassen, veranlaßt sein würden, nach Berlin überzusiedeln. Der Referent des Ausschusses, Herr Herrmann, dessen Initiative die Existenz der Leipziger Borstenmessen zu danken ist, betonte, dem Ausschusse sei nichts Anderes übrig geblieben, als vorzuschlagen, die betreffende Eingabe zur Kenntnißnahme an das königliche Ministerium des Innern gelangen zu lassen und hierbei darauf hinzuweisen, daß es sich um die Angehörigen einer Branche handele, deren jährlicher Geschäftsumsatz in Leipzig 20–25 Mill. Mark betrage. Die Handelskammer genehmigte diesen Antrag.

Das Schächtverbot des Königreichs Sachsen ist ein Ausfluß des dortigen Antisemitismus, die Drohung der jüdischen Borstenhändler eine Antwort darauf. In diesem Kampfe handelt es sich zuerst um eine Machtfrage. Da müssen wir offen eingestehen, daß in jedem Falle das Judenthum empfindliche Schlappen davontragen wird. Haben die jüdischen Borstenhändler Mißerfolg, dann triumphirt der Antisemitismus, haben sie Erfolge, dann ist dieser von politischen Consequenzen verderblichster Natur. Die Macht des jüdischen Geldes, bisher nur ein Schlagwort von gefährlicher Prägung, hat dann ihre wirkliche Existenz bewiesen, und zwar auf eine so drastische Weise, daß der Conflikt zwischen Juden und Christen immer tiefer wird. Der Rückschlag wird dann nicht ausbleiben können. Das jüdische Capital, wenn es im Stande ist, Polizeiverordnungen umzustoßen, wird mehr als je zum Angriffspunkt der ärmeren Masse werden müssen, und aus dem kleinen Erfolge, aus der Aufhebung des sächsischen Schächtverbotes wird ein Mißerfolg von einschneidender Bedeutung. Somit ist die Drohung der jüdischen Borstenviehhändler eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges, deren Erfolg in jedem Fall verhängnißvoll ist. Durch die ungeheuerliche Agitation der Antisemiten — das zu verkennen, wäre Verblendung — ist das Volk ungemein eindrucksfähig geworden für jede seitens der Juden ausgeübte Handlung. Dieser pathologische Zustand der Volksseele wird nicht durch solche Mittel geheilt, wie es die jüdischen Borstenhändler planen.

Gewiß, es steht ihnen frei, Leipzig zu verlassen, wenn sie dort nicht rituell behandeltes Fleisch erlangen können; sie können den Boycott, den die Antisemitenparole „Kauft nicht bei Juden" in Permanenz erklärt hat, mit einem gleichen Boycott „Kauft nicht bei Antisemiten" beantworten, den Staat und die sächsische Polizei aber vor die Alternative zu stellen: „Entweder ihr hebt das Schächtverbot auf, oder wir bringen Leipzig um einen Jahresumsatz von 20—25 Millionen Mark", eine solche Alternative ist eine Kraftprobe, bei der das Judenthum den Kürzeren ziehen muß. Wir geben auch zu, daß die wüste Agitation der Antisemiten eine Unsumme an Haß und Verbitterung in den Seelen unserer jüdischen Mitbürger aufgestapelt hat, die sich in solcher Weise Luft zu machen sucht, aber wir sehen in diesem Vorgehen keinen ideellen Gewinn für das Judenthum, sondern nur den Anstoß zu neuen ungleich heftigeren Vorstößen des Antisemitismus.

Von einem hochgeschätzten Mitgliede unseres Vereins erhalten wir zu dieser Angelegenheit eine Zuschrift, welcher

[8]) Martius, a. a. O. Bd. I. S. 413.
[9]) Martius, a. a. O. Bd. I. S. 51.
[10]) Père Bourien, Transactions of the Ethnol. Society. London 1865. S. 73
[11]) Edw. B. Tylor, die Anfänge der Kultur. Leipzig 1873. Bd. I. S. 385.
[12]) Tylor, d. Anf. d. Kultur. Bd. I. S. 113.
[13]) Ebendas. Bd. I. S. 384.
[14]) Ebendas. Bd. I. S. 375.
[15]) Prschewalski, Reisen in Tibet. Jena 1884. S. 48.
[16]) Tylor, d. Anf. d. Kultur. Bd. I. S. 378 f.

wir trotz des darin vertretenen abweichenden Standpunktes Raum gewähren. Sie lautet:

Die Petition der jüdischen Borstenhändler hat zu einem Sturm im antisemitischen Lager (Auch in nichtantisemitischen Kreisen. D. Red.) geführt. In dieser sittlichen Entrüstung, steckt allerdings nicht sittliches Empfinden, sondern ein kluger geschäftlicher Instinkt. Wenn die Borstenhändler dorstig geworden sind und bleiben, so dringen sie die Leipziger Antisemiten in Verlegenheit, die dann nicht, wie bisher, das Geschäft und das Vergnügen des antisemitischen Sports vereinigen könnten.

Und das böse Beispiel könnte ansteckend wirken. Die Juden könnten es sich zum Beispiel beifallen lassen, in den antisemitischen Blättern nicht mehr zu inseriren. Das wäre diesen natürlich nicht angenehm, wollte doch selbst Bachler, der Redacteur der „Staatsbürgerzeitung", auf die jüdischen Inserate nicht verzichten. Wir stehen indessen nicht auf dem Standpunkte, daß eine Sache deshalb auch richtig oder erlaubt sei, weil sie den Antisemiten unangenehm ist. Wir wollen die Frage daher an sich prüfen. Der meines Erachtens correcte Standpunkt in der Schächtfrage ist in den „Mittheilungen" und im Antisemitenspiegel klargelegt. Jedenfalls dürften bei dem heutigen Stand der Frage die Juden die subjective Ueberzeugung haben, daß ihre Schlachtart nicht nur rituell geboten, sondern auch die beste sei.

Liegt kein Grund vor, den Juden das Schächten zu verbieten, so ist es allerdings noch eine andere Frage, ob den Juden erlaubt sei, die Aufhebung des Schächtverbots zur Bedingung des Meßbesuchs zu machen. Ist ein solcher Boycott erlaubt? Ist es wirklich ein Auswuchs jüdischer Unverfrorenheit? Zunächst ist es klar, daß gerade die Antisemiten am wenigstens berechtigt wären, sich über einen derartigen Boycott aufzuhalten. Wie enden fast alle antisemitischen Flugblätter? Mit dem ethischen Schlußworte: „Kauft nicht bei Juden", neuerdings auch häufig: „Kauft nicht bei Judengenossen". Für unser Urtheil ist aber die Sache selbst entscheidend und nicht das, was die Antisemiten in ähnlichen Fällen thun oder denken.

Der Sachverhalt ist nun folgender: Die Juden haben sich Jahrzehnte beschimpfen lassen, ohne dagegen Stellung zu nehmen. Hier hat man aber zum ersten Male versucht, in die Uebung ihrer religiösen Gebräuche einzugreifen. Erst hier beginnt ihr Widerstand. Das ist nicht Angriff, sondern Abwehr, keine Herrschsucht, sondern ein Kampf für Gewissensfreiheit. Vielleicht wäre es von den Borstenhändlern richtiger gewesen, keine derartige Cabinetsfrage zu stellen, sondern einfach fortzubleiben. Finden die Antragsteller kein Entgegenkommen und setzen sie ihre Drohung nicht ins Werk, so würde, wie überall in der Politik, der Schlag ins Wasser Nachtheile im Gefolge haben. Den moralischen Erfolg haben die Antragsteller, wie es scheint, allerdings schon jetzt erzielt, daß die, durchaus nicht judenfreundliche Leipziger Handelskammmer ihr Gesuch wohlwollend aufgenommen und befürwortet hat. Aber man darf nicht vergessen, daß die übrigen sächsischen Kreise nicht das gleiche Interesse haben, wie die Leipziger, und deshalb ist der Erfolg der Petition jedenfalls höchst unwahrscheinlich. Aber daraus, daß der gethane Schritt voraussichtlich vergeblich ist, folgt durchaus nicht, daß er unerlaubt ist. Durften die Borstenhändler von Leipzig fortbleiben, so durften sie zweifellos bei der dortigen Handelskammer den Antrag stellen, sich für die Aufhebung eines Verbots zu verwenden, das ihnen den Aufenthalt in Leipzig unmöglich machte oder doch sehr erschwerte,*) wenn wir überhaupt den Juden in der Abwehr gegen den Antisemitismus einen Vorwurf zu machen haben. So ist es durchaus nicht der Vorwurf der Unverfrorenheit, der die Juden trifft, sondern umgekehrt der Vorwurf zu großer Dickfelligkeit, der Vorwurf, daß ihr Ehrgefühl nicht rege genug gegen die antisemitischen Angriffe gewesen ist. Ein ähnliches Dulden planmäßiger Beschimpfung war nur von einer Gemeinschaft zu erwarten, die in Jahrhunderte währender Uebung sich an moralische und physische Prügel gewöhnt hatte. Die nichtantisemitische politische Presse durfte, da man ihr den Vorwurf des Concurrenzneides nicht erspart hätte, allerdings die Juden nicht darauf aufmerksam machen, wie wenig angenehm zum Beispiel ihr Inseriren in den ausgesprochen antisemitischen Zeitungen anmuthet. Wenn im Leitartikel vom Ritualmord die Rede ist, auf der vierten Seite oder Herr Itzig oder Herr Cohn seine Waaren anpreist, so wirft das auf die Zeitung das gleiche schlechte Licht, wie auf die Inserenten. Dieses „goldene" Zeitalter möchte die antisemitische Presse andauern sehen, und deshalb ist sie über die Borstenhändler so böse. Denn mit dem richtigen Instinkt des Geschäftsmanns wittert sie, daß da ein richtiges Beispiel gegeben wird, daß die Juden demnächst die „Unverfrorenheit" haben könnten, in ihren Blättern nicht mehr zu inseriren. Und deshalb: Caveant Consules! Den Leipziger Geschäftsantisemiten muß geholfen werden! Das Reich soll ein Schächtverbot erlassen, nicht der Sache wegen, sondern der Borstenhändler wegen — oder richtiger, damit der jetzige ideale Zustand der Harmonie von Geschäft und Vergnügen bestehen bleibt. Ich denke aber nicht so niedrig vom Deutschen Reich; ich glaube, daß unsere Gesetzgeber ein Schächtverbot erlassen werden, falls sie es an sich für gerecht halten. Nicht aber, um den Geschäftsantisemiten ihr Geschäft zu erleichtern.

*) Man vergleiche den Schritt der Borstenhändler mit dem Verhalten der Agrarier, die mit einem Strike der Königstreue drohen. Diese Treue ist Bürgerpflicht, darf deshalb an Bedingungen nicht geknüpft werden, dagegen liegt eine Pflicht für die Borstenhändler, gerade in Leipzig die Messe abzuhalten, nicht vor.

**Preßstimmen:** Leipziger Tagebl. (nat.-lib.): „Vielleicht läßt sich die sächsische Regierung durch diese Gefahr zur Nachgiebigkeit bewegen. Es wäre nur ein Tilsiter Friede, den sie schlösse, und das caudinische Joch, das die Juden für eine der ersten Städte Deutschlands aufgerichtet, würde als das Denkmal einer beschimpfenden Niederlage angesehen werden, beigebracht der deutschen Nation von jüdischer Geldmacht, die alsdann nicht mehr als eine antisemitische Fiction angesehen werden könnte."

National-Zeitung (nat.-lib.): „Verständige Juden werden aber wohl selbst der Meinung sein, daß die betr. „Borstenhändler" ihre Eingabe hätten unterlassen sollen. Man würde diese noch allenfalls verstehen können, wenn die orthodoxen Juden in Folge des in Sachsen bestehenden Schächtverbotes dort außer Stande wären, Fleisch zu verlangen, welches sie nach ihren religiösen Vorschriften genießen können. Da aber, wie berichtet wird, die in Sachsen ansässigen strenggläubigen Juden regelmäßig das Fleisch von außerhalb beziehen, so könnten auch die fremden „Borstenhändler" offenbar in keine Nothlage gerathen. Sie haben lediglich der antisemitischen Agitation Wasser auf die Mühle geleitet."

Berliner Zeitung (freis.): „Handelsinteressen und Schächtverbot haben nicht das Geringste miteinander zu thun, und es ist aufs Schärfste zu verdammen, wenn die jüdischen Kaufleute in dieser Weise einen Druck zur Erreichung ihrer Wünsche auf dem Gebiete des religiösen Cults ausüben. Halten die Juden das Schächtverbot für ungerechtfertigt, so mögen sie sich an die zuständigen Stellen, Regierung und Parlament, wenden. Sie mögen mit Gründen zu überzeugen, aber nicht mit Drohungen zu erzwingen suchen. Solche Uebergriffe müssen Erbitterung erregen, sie geben den antisemitischen Hetzereien willkommenen Stoff und einen Schein von Berechtigung."

Kreuzzeitung (anti.): „An die Zurücknahme des sächsischen Schächtverbots auf diese Drohung hin ist nicht zu denken, das wäre eine Capitulation des christlich-germanischen Staates vor einer internationalen Handelsjudengruppe, eine

Maßnahme, deren bloße Möglichkeit bereits das Ansehen deutscher Staatsgewalt zu schädigen geeignet ist. Nein, daran darf nicht gedacht werden. Wohl aber ist in Erwägung zu ziehen, was zu geschehen hat, um jener jüdischen Drohung nach Gebühr zu begegnen. Und da giebt es nur ein einziges Mittel, aber ein wirksames, zeitgemäßes, zweckentsprechendes und zugleich ein solches, welches dem deutschen Volke wie der gesammten Kulturwelt ein Zeugniß dafür sein wird, daß Deutschland bis zur Stunde ein christliches Staatswesen geblieben ist und daß es noch nicht unter dem Banne jüdischer Geheimherrschaft steht. Dieses Mittel aber wäre ein Verbot des Schächtens von Reichs wegen."

Leipziger Zeitung (Organ der sächsischen Regierung): „Nicht unmöglich, sogar sehr wahrscheinlich, daß dieser neueste Anschlag des Judenthums auf den Leipziger Handel gelingt — das Geld und die materielle Macht dazu haben die Herren zweifellos. Aber seine Position innerhalb unseres deutschen Staats wird das Judentum durch diesen neuesten Streich nicht fördern. Noch faßt man diese jüdische Welt in liberalen Kreisen mit äußerster Behutsamkeit an; auch in dem obigen Artikel ist ja das Wort „Juden" sorgfältig vermieden. Wüßte man es nicht aus dem Zusammenhang, so würde man beim Durchlesen kaum auf den Gedanken verfallen, daß es sich auch hier wieder um ein jüdisches Manöver handelt. Aber es kann anders kommen und wird anders kommen, wenn Israel fortfährt, die deutsche Bevölkerung mit solcher Keckheit daran zu erinnern, wie tief sie bereits in der Judenknechtschaft steckt, wie Handel und Wandel, wie unser ganzes Erwerbsleben nur noch von den Juden beherrscht wird. Noch einige solche Streiche und auch dem fortgeschrittensten Liberalen werden allgemach die Augen aufgehen."

## Antisemitische Rohheit.

> Wir schimpfen und hetzen nicht gegen die Juden. Jede rohe und pöbelhafte Aeußerung ist in unserer Partei und deren Presse verpönt, wie es bei der ganzen idealen Richtung unserer Bestrebungen sich von selbst versteht.
>
> Flugschrift Nr. 27 von Theodor Fritsch.

Herr Hofprediger a. D. Stöcker hat sich häufig über die „Unzucht" der Sprache in der „Judenpresse" beklagt. Er muß die ihm befreundeten antisemitischen Blätter nicht lesen, sonst würde er die Erfahrung machen, daß diese Presse eine schier unglaubliche fittliche Verwilderung offenbart, ja in dieser Beziehung unübertroffen dasteht. Das ist auch eine der erzieherischen Wirkungen des Antisemitismus.

Eine Blumenlese solcher antisemitischen Kraftleistungen enthält das dem Antisemitenkatechismus beigelegte Circular eines Berliner Stempelfabrikanten.

Es werden da Stempel offerirt mit Versen, welche der antisemitischen Literatur entnommen sind. Einige derselben mögen hier Platz finden:

Wollt Ihr den Juden erfolgreich taufen, laßt ihn im Wasser gleich ersaufen.

Der Jude ist auf der Menschheit Rücken, was auf dem Hund Floh, Wanz und Mücken.

Advocaten, Juden und Feldmäuse, Wanzen, Füchse und Kopfläuse, wo die nehmen überhand, da verzehr'n sie's ganze Land.

Daß der Mensch nicht sinke herab zum Affen, hat Gott zwischen beide den Juden geschaffen.

Die Juden sind listige, gefährliche und schmutzige Geschöpfe, die man gleich der giftigen Schlange behandeln muß.

Der Jude vermehrt sich überall, wie die Sau im Schweinestall.

Hoch die Juden — 5 Meter am Galgen, daß die Raben und Krähen um die Knochen sich balgen.

Das sind Erzeugnisse der antisemitischen Presse und der antisemitischen — Industrie. Wir kennen keine andere politische Partei, deren Anhänger an solchen Pöbelhaftigkeiten Gefallen finden. Nur mit den „idealen" Bestrebungen der Antisemiten stehen dieselben im Einklang.

---

## Zur Abwehr.

**Zur wirksamen Unterstützung** der gegen den Antisemitismus gerichteten Agitation aus Anlaß der bevorstehenden **Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause** bedarf es größerer Geldmittel. Unsere Expedition ist gern bereit, Beiträge entgegenzunehmen und darüber öffentlich zu quittiren.

**Unser Artikel über den Giftbaum** vom 3. September d. J. muß doch ziemlich ins Schwarze getroffen haben. Wenigstens kann ihn die „Antisemitische Correspondenz" nicht anders als durch kleine Fälscherkunststücke widerlegen. Ein Beispiel:

Wir schrieben am 3. September:

> „Von den Maklern erhofft die „Staatsbürgerzeitung" vom 18. August ganz phantastische Steuererträgnisse. Sie nimmt achthundert Makler allein in Berlin an, von denen jeder 300 000—500 000 Mk. Einkommen habe. Da es aber überhaupt nur einige hundert Berliner giebt, die mehr als hunderttausend Mark Einkommen haben, und da es andrerseits auch nur einige hundert Makler giebt, unter welchen die Mehrzahl aus armen Schächern besteht, die zufrieden sind, sich täglich ihre fünf — zehn Mark — auch weniger — zu verdienen, haben wir es natürlich mit der gigantischen Phantasie der „Staatsbürgerzeitung" und nicht mit Thatsachen zu thun, dagegen ist Ahlwardt mit der Schnapslüge, die Stöckers Herz und Wahlaussichten so sehr verletzt hatte, ein Stümper."

Hierzu bemerkt das Blatt:

> „Der jüdische Artikelschreiber macht sich ferner über die Angabe lustig, wonach es Makler in Berlin geben soll, welche jährlich 3 bis 500000 Mark Einkommen haben sollten 2c. 2c."

Den Hauptpunkt also, daß es nach der Behauptung der „Staatsbürgerzeitung" **achthundert** solcher Makler geben sollte und nicht einige wenige, hat der Herr einfach unterdrückt. Sehr natürlich, denn das Unsinnige in der Behauptung der „Staatsbürgerzeitung" liegt zu deutlich zu Tage. Mit einem Schriftsteller, der in dieser Weise fälscht, können wir uns natürlich in keine Discussionen einlassen. Wir wiederholen deshalb nur den Hauptgedanken bezüglich der Börsensteuer: Laßt Euch durch die Phrase von der Börsensteuer nicht bestechen; sie wird von der Börse garnicht getragen, sondern bringt den Börsenleuten noch Geld ein.

Im Anschluß an den Giftbaum einige Worte über die Reichsbank.

Wie wir der „Staatsbürgerzeitung" vom 27. September entnehmen, hielt in der Abtheilung Wedding des deutschen Reformvereins ein Herr Max von Nassau einen Vortrag über das Thema: „Die Reichsbank eine Bank von und für Juden". Was da zu lesen ist, ist schon längst im Antisemitenspiegel (S. 67 ff.) widerlegt. Neu ist nur der folgende Satz aus der Rede des Herrn von Nassau:

> Obwohl die Reichsbank nur 6 pCt. Dividenden zahle, repräsentiren ihre Actien, die mit 1000 Thalern seinerzeit ausgegeben wurden, heute einen Werth von 2300 Thalern und dieser Mehrwerth sei doch nur aus dem Mark des deutschen Volkes ausgesogen. —

Die Actien repräsentiren thatsächlich aber nur einen Werth von 1300—1400 Thaler, wovon sich Herr von Nassau leicht aus dem Courszettel hätte überzeugen können, auch wohl überzeugen müssen, wenn er Vorträge darüber halten will. Es ergiebt sich also bei einer Dividende von sechs Prozent (genauer 6,38 Prozent) und einem Curse von 130—140 % die übliche Verzinsung von fünf Prozent. Mit anderen Worten, Herr von Nassau hat sich mit der Wahrheit in Conflict gesetzt.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Auf dem Parteitage der schlesischen Antisemiten aller Richtungen,** welcher am 8. Oktober unter dem Vorsitz des Rechtsanwalt Gröger II in Breslau stattfand, trat, der „Staatsbürgerztg. zufolge, eine gewisse Unzufriedenheit mit der Parteileitung zu Tage, die hauptsächlich veranlaßt war durch das als allzu entgegenkommend bezeichnete Verhalten des Herrn von Liedermann den Conservativen gegenüber. — Als bemerkenswerth ist hervorzuheben, daß, obgleich mehrere Redner sich gegen die Einbeziehung der **polnisch** redenden Antisemiten in den **deutsch**-sozialen Provinzialverband für Schlesien ausgesprochen, mit großer Mehrheit die Zulässigkeit der Aufnahme von Parteigenossen und Vereinen aus der Provinz Posen beschlossen wurde.

Angenommen wurde auch ein die Stellung der Partei zu den Landtagswahlen betreffender Antrag, überall eigene Wahlmänner aufzustellen, außer dort, wo conservative Candidaten sich schriftlich verpflichten, antisemitischen Anträgen im Landtage zuzustimmen.

**Zu den hessischen Landtagswahlen** haben wir nachzutragen, daß 3 Antisemiten gewählt sind: der Landwirth Ripper im Wahlkreise Reichelsheim und der Reichstagsabg. Köhler zweimal, in Hungen und in Gießen-Land. In letzterem Wahlkreise hat eine Nachwahl stattzufinden.

**Leipzig,** 10. Oktober. Der vereinigte Wahlausschuß der conservativen und der nationalliberalen Partei empfiehlt den Wählern des 3., 4. und 5. Wahlkreises der Stadt Leipzig als Candidaten für die bevorstehende Landtagswahl den Hofbuchbinder Fritzsche, den Generalconsul Dr. Schober und den Bäckerobermeister Joachim. Der letztere gehört der deutschsozialen Partei an. In dem Aufrufe heißt es: „Der vierte Wahlkreis hat auf Vorschlag eines anderen Wahlcomité's, mit dem wir jedoch in enger Fühlung stehen, in Herrn Bäckerobermeister Friedrich Joachim einen Candidaten erhalten. Wir freuen uns, diesem Vorschlage uns voll und ganz anschließen zu können."

Daß die Nationalliberalen sich in ein Bündniß mit den Antisemiten eingelassen haben, ist im hohen Grade bedauerlich.

**Auch im zweiten Berliner Landtags-Wahlkreise** gehen die Conservativen und die Antisemiten gemeinsam vor. Ihre Candidaten sind der Bäckerobermeister Bernard und der Chefredacteur der „Staatsb.-Ztg." und Genosse Ahlwardts, Dr. Bachler. — Das wird die „Kreuzztg." nicht hindern, sich demnächst wieder einmal über den Radau-Antisemitismus zu entrüsten.

In Friedeberg-Arnswalde candidirt neben Ahlwardt der Rentier Kutzner, in Neustettin Professor Dr. Förster.

**Ahlwardt** hat den Redacteur der antisemitischen „Dresd. Nachr.", Dr. **Lohan,** wegen Beleidigung verklagt, weil dieser ihn in einem Leitartikel einen „Lumpen" und „Kerl" genannt habe. Schön ist es allerdings nicht von Herrn Dr. Lohan, mit Ahlwardt, den er vor nicht langer Zeit als einen um das Vaterland hochverdienten Ehrenmann gefeiert hat, jetzt so unsanft umzugehen. Dr. Lohan gehörte sogar zu den Verwaltern des Ahlwardtfonds!

Die Hauptverhandlung in der Klagesache findet Anfangs November vor dem Dresdener Schöffengericht statt. Nach der antisemitischen „D. Wacht" wird der Prozeß vielleicht so manches bisher Unbekannte enthüllen. Ahlwardt wird der Verhandlung in eigener Person beiwohnen.

**Danzig,** 7. Oktober. Gestern trat zum ersten Mal in unserer Stadt ein antisemitischer Wanderredner öffentlich auf. Der Reichstagsabgeordnete Leuß, der seit einiger Zeit bemüht ist, auch in unserem Osten für die Antisemiten Terrain zu gewinnen, hatte in einem Vortrage im Link'schen Lokal am Olivaer Thor gegen 50 Pf. Entrée eingeladen. 250 bis 300 Personen waren der Einladung gefolgt. Die zweistündigen Ausführungen des Redners bewegten sich in dem bekannten antisemitischen Fahrwasser. In der an den Vortrag sich anschließenden Discussion betonten die Herren Dein und A. Winkler, daß die Judenhetze, welche Herr Leuß hier predige, als eine Schmach von unserer Stadt empfunden werde und hier keinen Boden finden würde. — Die Versammlung verlief ziemlich stürmisch, da die heftigen Angriffe des Redners auf unsere jüdischen Mitbürger aus der Mitte der Versammlung nicht immer unerwidert blieben. Mehrfach entstanden dabei lärmende Auftritte, welchen man durch gewaltsame Entfernung der wirklichen oder vermeintlichen Ruhestörer, wobei auf Wunsch der Versammlungsleiter die in Uniform und Civil stark vertretene Polizei bereitwillig Hilfe leistete, sofort ein Ende zu machen suchte. — Ca. 50 Personen sollen ihren Beitritt zu einem hier zu begründenden antisemitischen Verein erklärt haben. — Hr. Leuß hatte in seinem Vortrage Aeußerungen, die der Geheime Commerzienrath John Gibsone auf dem nationalliberalen Parteitage in Marienburg gethan haben sollte, zu Angriffen gegen ihn und gegen die Juden benutzt. Um die Wahrheitsliebe des antisemitischen Abgeordneten zu kennzeichnen, erklärte Hr Gibsone öffentlich, daß er in Marienburg weder öffentlich noch privatim mit einem Worte seiner Stellung gegenüber dem Antisemitismus gedacht habe.

Zu dem Debüt des Hrn. Leuß schreibt die „Danz. Ztg.":

„Herr Leuß hat erklärt, daß er unsere Provinz Westpreußen als Agitationsfeld für die nächste Zeit erwählt habe. Die gestrige Versammlung sollte nur die Einleitung zur weiteren Agitation bilden. Was unsere Bevölkerung von derselben zu erwarten hat, das wissen wir von den Vorgängen in Pommern. Bisher hat die antisemitische Hetze in unserer Stadt keinen Boden gehabt. Katholiken und Protestanten lebten mit unseren jüdischen Mitbürgern in Frieden. Namentlich in unserer zahlreichen Arbeiterbevölkerung hat sich auch nicht die geringste Neigung zum Antisemitismus gezeigt. Wir sind davon überzeugt, daß es nicht gelingen wird, von außen eine wirksame Bewegung hier anzufachen, wenn unsere Bevölkerung ihre Schuldigkeit thut. Derselben Meinung ist auch das hiesige Organ des Centrums, welches gestern schrieb:

„Wir glauben nicht, daß der Antisemitismus als solcher hier große Erfolge erzielen wird. Die Judenfrage wird mit Gewaltmaßregeln und Ausnahmegesetzen ebenso wenig gelöst wie die kirchenpolitische Frage im Culturkampfe."

Vor allem muß man aber wünschen, daß die späteren von den Antisemiten veranstalteten Versammlungen von den Gegnern in keiner Weise gestört werden. Je ruhiger man die Antisemiten reden läßt, je ungestörter sie ihre Pläne und positiven Vorschläge — gestern scheint davon noch nichts herausgekommen zu sein — entwickeln, desto besser."

**Juden und Junker,** diese Doppelfirma tauchte auch auf den Marburger Parteitag der Reformpartei auf. Böckel erklärte: „Fort mit dem eingebildeten, hochnäsigen Geld- und Adelsprotzenthum." Er hat die nothwendige Folgerung gezogen und aus seinem Kampf gegen das jüdische Kapital ist eine gegen das Geldprotzenthum überhaupt geworden. Kein Wunder, daß die Conservativen sich immer energischer gegen die Böckel-Ahlwardt'sche Richtung wenden, geht es ihnen doch jetzt selber an den Kragen.

**Geldern,** 9. Oktober. Wegen verleumderischer Beleidigung ist der bekannte Antisemitenführer Dr. König aus Witten von dem hiesigen Schöffengericht verurtheilt worden. In Versammlungen zu Kevelaer und Weeze hatte Dr. König den Handelsmann Meier Stern als einen Wucherer der schlimmsten Art geschildert. In der bereits am 29. September stattgehabten Schöffengerichtsverhandlung wurde die ganze Geschichte als vollständig erfunden aufgedeckt. Die Veröffentlichung des Urtheils ist damals auf heute vertagt worden und erfolgte nunmehr dahin, daß über Dr. König wegen ver

leumderischer Beleidigung eine Geldstrafe von 60 Mark verhängt wurde.

**München.** Der Redacteur des „Baier. Vaterl.“ Dr. J. B. Sigl, hatte sich am Amtsgericht München wegen Beleidigung des Kaufmanns M. Weil in Buchau zu verantworten. Beklagter hat in seinem Blatte die Nachricht gebracht, daß sich in Buchau ein Valksverein gegründet hat und dieser Notiz hinzugefügt, daß diesem Vereine wieder einmal ein „Knoblauch-Jude“ vorstehe. Herr Weil als Vorstand des Vereins und Israelit, fand sich hierwegen beleidigt und stellte Klage. Dr. Sigl. vertheidigte sich dahin, daß Heer Weil ihm unbekannt sei und daß es mindestens ein halbes Dutzend Buchau gebe. Auf Grund dessen kam das Gericht zur Freisprechung des Beklagten; es wurde in den Urtheilsgründen ausgeführt, daß zwar eine objective Beleidigung vorliege, dagegen der Kläger nicht individuell bezeichnet wäre und in der That 4 Buchau in Bayern, 1 in Württemberg und 1 in Norddeutschland bestehen, jenes Buchau aber, in welchem der Kläger wohnt, immer als Buchau am Federsee bezeichnet wird, was im Artikel des „Vaterlandes“ aber nicht der Fall war. Dem Privatkläger wurden sämmtliche Kosten einschließlich der Auslagen des Beklagten überbürdet.

## Vermischtes.

**Jüdische Offiziere.** Aus Germersheim (Rheinpfalz) wird uns im Anschluß an die Briefkastennotiz in der letzten Nr. mitgetheilt, daß in der dortigen Garnison ein jüdischer Offizier sich befindet. Derselbe ist Premierlieutenant und Bataillonsadjutant.

**„La Libre Parole,“** das bekannte antisemitische Pariser Blatt, ist, nach einer Straßburger Meldung, für Elsaß-Lothringen verboten.

Ursache des Verbots ist ohne Zweifel nicht der Antisemitismus, sondern der Deutschenhaß des Blattes gewesen.

Der „Kreuzzeitung“ wird aus Paris geschrieben: „Die „Libre Parole“ ist in Elsaß-Lothringen proscribirt. Darüber großer Zorn des Drumont'schen Blattes, das seinen Antisemitismus mehr und mehr zum Vorwand für antideutsche, chauvinistische Hetzereien, sozialistische Propaganda und persönliche Reclame macht. Ueberlassen wir den französischen Ahlwardt seinem Aerger“.

Merkwürdig, daß erst diese Maßregelung den Pariser Correspondenten der „Kreuzztg.“ zu dem harten Urtheil über Drumont Veranlassung giebt. So lange war Drumont trotz seines Deutschenhasses der gefeierte Held auch der deutschen Antisemiten. Chauvinistische und antisemitische Hetzereien gingen bei ihm stets Hand in Hand. Auch in seinem vor zwei Jahren erschienenen Buche „Das Testmment eines Antisemiten“ ist das der Fall. Das auf seine royalistische Gesinnung pochende Hauptorgan des preußischen Junkerthums hat damals in einer Artikelreihe das Buch angepriesen, obwohl dasselbe von den gemeinsten Beschimpfungen des deutschen Kaisers strotzt.

**Geschäftsantisemitismus.** In dem Nordhäuser Antisemitenblatt lesen wir: „Der „Antisemitische Generalanzeiger“ (Herausgeber: Karl Seblatzek-Berlin) bringt in seiner Nummer vom 24. d. Mts. eine der bekannten Gummiartikel-Annoncen; das ist nun zwar für eine Zeitung, die ein Organ der „deutschsozialen antisemitischen Reform“ sein will, wenig angebracht, widerlich aber muß es jeden Leser berühren, wenn er in derselben Spalte, in welcher obiges anstößige Inserat vorkommt, folgende Notiz des Herausgebers liest: Wir bitten uns mit . . . Anzeigen anstößig:n Inhalts zu ver.chonen!!“ — Geschäftsantisemitismus werden viele sagen und Unrecht haben sie nicht.“

**Auf der Insel Borkum*)** war ein rühmlichst bekannter deuscher Schriftsteller jüngst die Zielscheibe ebenso feiger wie roher antisemitischer Ausschreitungen, über welche er sich der „Köln. Ztg. zufolge, in einem Briefe mit berechtigter Entrüstung also äußert: „Ich war auf Borkum, ohne zu ahnen, daß die Antisemiten die Insel zu ihrem Gegen-Jerusalem erhoben hatten; kaum war mein Name in der Curliste erschienen, als ich durch die Post täglich — natürlich anonym! — Schmähbriefe unflätigster Art und gemeine antisemitische Drucksachen ins Haus geschickt bekam; auf und unter meinem Teller im Hotel, wo ich meine Mahlzeiten einnahm, fand ich ähnliche — immer anonyme! — Schreiben. Ihr Ziel haben die Buben erreicht: ich muß es leider bekennen; sie haben mir tiefen Schmerz bereit t. Zum ersten Mal in meinem Leben war ich vor die Thatsache gestellt, daß ein deutscher Schriftsteller, der an dem Rufe deutschen Schriftthums auch im widerstrebendsten Auslande nicht unrühmlich mitgearbeitet zu haben g'aubt, in Deutschland, inmitten eines auserlesen gebildeten Publikums um seiner Abstammung willen so schwerer und feiger Ehrenkränkung ausgesetzt ist, daß er dort schlechterdings nicht bleiben kann.“ Es verdient bemerkt zu werden, daß die Badecommission und die Inselbewohner diesem Treiben durchaus fernstehen.

**Die jüdischen Religionsbücher** sind einem „theologisch und pädagogisch hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten“ zur Begutachtung übergeben worden. Das Gutachten, das wir in voriger Nummer abgedruckt haben, ist wenig zu Gunsten der Antisemiten ausgefallen, was ja von vornherein klar war. Da mußte sich bei der Rassenfindigkeit der Antisemiten der Verdacht regen, daß dieser Schulaufsichtsbeamte — Jude sei. Und richtig, die „Ulmer Schnellpost“ vom 6. d. M. schreibt: „Der „Reichsanzeiger“ unterläßt es, den Namen des „hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten“ sowohl wie denjenigen des „evangelischen Geistlichen“ zu nennen. Verwunderlich ist es daher nicht, daß der Vermuthung schon Ausdruck gegeben wurde, daß es ein Jude gewesen sei, der mit dieser Prüfung der jüdischen Lehrbücher beauftragt und so zum Richter und Sachverständigen in eigener Sache aufgestellt wurde. Die Annahme scheint eine gewisse Unterstützung dadurch zu finden, daß dem „hervorragend gebildeten Schulaufsichtsbeamten“ der „evangelische Geistliche“ ausdrücklich gegenübergestellt wird.“

**Sozialdemokratie und Judenthum.** Die „Kreuzzeitung“ brachte aus Paris folgende Correspondenz:

„Drumant veröffentlicht in der „Libre Parale“ eine Reihe von Aufsätzen über den „Sozialismus und die Juden“. Folgende Stelle daraus ist wenigitens fur französische Zustände, — wohl auch für deutsche, — bezeichnend genug: Die Juden, welche die Führung der sozialistischen Partei übernommen haben, lenken fortwährend das Gespräch auf die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie schüren eifrig den Haß zwischen ihnen, lassen aber die hahe Bank, die graße, jüdische Finanz welche der verkärperte Kapitalismus ist, und alle Ausbeutung in sich zusammenfaßt, sargsaltig bei Seite. Sie sprechen fortwahrend von einem ehernen Lahngesetz, das nicht existirt, aber sie sprechen niemals von dem des Galdes, das in der Frist von kaum einem Jahrhundert die Früchte der Arbeit eines ganzen Valkes in wenigen Händen vereinigt hat . . .“

Dazu bemerkt der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 10. d. Mts.:

„Das nationalökonomische Blech, das der antisemitische Irrenhauscandidat Drumont hier zu Tage fördert, lassen wir unberührt. Nur ein paar Worte über „die Führung der sozialistischen Partei“ durch die Juden. Oder richtiger ein paar Namen und Thatsachen. In Deutschland sind die bekanntesten und genanntesten „Führer“: Engels, Urgermane, — Bebel, Urgermane, — Liebknecht, Urgermane, — Singer, Jude. Der Jude hat aber nach Drumont die alleinige „Führung“. Aehnlich in Frankreich. Guesde, lateinischer Gallier, Lafargue, lateinischer Gallier (Creole), Vaillant, germanischer Gallier; Allemane, germanischer Gallier, Millerand, germanischer Gallier — den „Juden“ finden unsere Augen nicht. Die Scheidung der „reinen“ Franzosen in lateinische und germanische Gallier entspricht beiläufig den thatsächlichen Rassenmischungsverhältnissen. Wenn Herr Drumont „jüdischen Einfluß“ und „jüdisches Gold“ finden will, dann braucht er übrigens nicht weit zu suchen. Sein Morès, der den „Juden“ Herz anpumpte, ist nicht der einzige „Antisemit“, der aus jüdischer Krippe frißt. Und weiß Herr Drumont

*) Vergl. die Notiz in No. 40 der „Mitth.“

nicht, daß der Ahlwardt heute für jüdisches Geld Sozialismus verzapfen würde, wenn der „Jude" Singer für ihn — zu sprechen gewesen wäre?" —

**Protestanten und Juden.** „Wenn man ihnen nur einen Schritt breit einräumt, so gehen sie gleich weiter. Kaum hat man ihnen eine Bitte gewährt, so kommen sie schon mit hundert anderen. Jetzt verlangen sie nichts weiter, als eine bloße Duldung. Aber gesteht man ihnen dieselbe zu, so werden sie herzhafter und endlich so verwegen werden, daß sie auch einen Antheil an den Aemtern, Ehrenstellen und Belohnungen haben wollen. Aber würde es nicht der Klugheit offenbar zuwider sein, Leute zu mächtig werden zu lassen, denen sich der Monarch wegen ihrer besonderen Religion niemals wird anvertrauen können?"

Klingt das nicht so, als ob ein Antisemit das von den heutigen Juden sagt? Und doch sprechen es die Katholiken in Frankreich von den Protestanten! Also zu lesen in Rambach, Geschichte der Protestanten in Frankreich. Halle 1759 Bd. I. S. 480

**Wie ein Ritualmord entsteht,** dafür liefert ein Vorkommniß in Beraun bei Prag ein frappantes Beispiel. Am 4. d. M., so meldete die „Frankf. Ztg." vom 6. d. M., war Beraun der Schauplatz turbulenter Scenen. Der Glasermeister Emil Loewy, jüdischer Schächter, fand in seinem Magazin ein entlassenes Dienstmädchen zwischen den Strohvorräthen leblos. Loewy erstattete die Anzeige hierüber. Ein gerufener Arzt constatirte den Tod, ein zweiter Arzt entdeckte jedoch, daß das Mädchen noch lebe. Es erholte sich auch nach. Inzwischen ausgestreute Gerüchte von einem Ritualmord bewirkten große Krawalle vor dem Hause Loewy's. Es fanden starke Ansammlungen statt, die Menge nahm eine drohende Haltung an und aufreizende Rufe wurden ausgestoßen, bis die Gendarmerie die Ruhe herstellte. Das Mädchen erzählte später, daß es sich im Magazin verborgen und einen epileptischen Anfall gehabt habe.

**Von Johannes Fugger zu Isidor Ittmann.** In einem Artikel über Augsburg schreibt die „Köln. Ztg.": „Welche Gedanken beispielsweise kommen nicht dem Volkswirth, wenn er dicht neben dem geschilderten altehrwürdigen Fuggerhause, voll jahrhundertlanger Ueberlieferung und einschneidendster Wirkung auf die vaterländische Geschichte, ein Waarenabzahlungsgeschäft eines Herrn Isidor Ittmann erblickt?" Schade, so bemerkt dazu die „Cons. Corresp.", daß der Correspondent diesen Gedanken nicht weitergesponnen hat; er hätte nothgedrungen zum Nachweise des „zersetzenden Einflusses des Judenthums" führen und die Berechtigung der wirthschaftlichen Forderungen des neuen conservativen Programms bestätigen müssen. Ferner empfiehlt sie als Titel eines Leitartikels „Von Johannes Fugger zu Isidor Ittmann." der „Köln. Ztg." zur Bearbeitung.

Wir kennen das Haus J. Ittmann nicht, wir gestehen auch, daß uns zahlreiche Gepflogenheiten der Abzahlungsgeschäfte durchaus zuwider sind, aber bei dem Namen Fugger fiel uns ein, wie viele süddeutsche Großkaufleute im 16. Jahrhundert das Volk ausgesogen haben. Janssen schreibt in seiner „Geschichte des Deutschen Volks" (Bd. I. S. 390):"

„Großwucher und Schinderei legte man insbesondere den süddeutschen Handelsgesellschaften der Welser und Höchstetter in Augsburg, den Imhof, Ebner, Volkamer in Nürnberg, den Ruland in Ulm und vielen anderen zur Last . . . . Die sog. Handelsgesellschaften traten zur Ausbeutung einer bestimmten Handelsrichtung oder eines bestimmten Geschäftszweiges auf bestimmte Zeit zusammen und theilten nach Maßgabe der von den einzelnen Mitgliedern eingelegten größeren oder geringeren Geldsumme den erzielten Gewinn . . . . Sie vereinigten sich zu Aufkaufs-Preissteigerungs- und dadurch zu Volksausbeutungs-Gesellschaften in Bezug auf alle möglichen Waaren. Sie kauften den Wein auf, das Korn oder schon die Feldfrüchte in Halm und Garben. Geiler v. Kaisersberg nennt sie darum größere und schlimmere Ueberlister und Schinder des Volkes, als je die Juden gewesen."

## Aus Rußland.

++ Rußland durchlebt gegenwärtig eine Zeit der regsten gesetzgeberischen Thätigkeit, die die Schaffung von geordneten Zuständen auf dem wirthschaftlichen Gebiete zum Zwecke haben. Die Regierung hat eine Reihe von Neuerungen in Aussicht genommen, die in gleicher Weise den Ackerbau und die Landwirthschaft, wie den Handel, die Gewerbe und die Großindustrie betreffen und zum Theil tief einschneidende Aenderungen in den bezüglichen Verhältnissen involviren. Wir sehen infolgedessen zahlreiche Fachcommissionen tagen, die Fühlung mit den interessirten Kreisen zu gewinnen und das nöthige Material vorzubereiten suchen; Sachverständige werden nach dem Auslande entsendet, um die dortigen Zustände zu studiren und darüber Bericht zu erstatten. Und bereits sind in den letzten Wochen mehrere umfassende Denkschriften und ausführliche Reformentwürfe veröffentlicht worden. Es kann dabei auch in Rußland nicht fehlen, daß die erwähnten Regierungsmaßnahmen von der Tagespresse einer eingehenden Erörterung unterzogen werden, die ihrerseits bemüht ist, neue Daten beizubringen, sowie durch eine anderweitige Gruppirung der einschlägigen Thatsachen den Gegenstand von den verschiedensten Seiten zu beleuchten.

Es verlohnt sich auch für uns, auf das so angehäufte Material einen flüchtigen Blick zu werfen und die Urtheile der russischen Sachverständigen und Publizisten zu notiren. Wenn nämlich der wirthschaftliche Schaden, den eine gewisse Presse in Rußland und anderwärts in Europa so sehr geneigt ist, speciell der jüdischen Bevölkerung des Landes in die Schuhe zu schieben, etwas mehr als bloße Fiction wäre, aber, was dasselbe besagen will, wenn die Bethätigung der Juden auf dem Wirthschaftsgebiete sich wirklich als etwas Besonderes, an derjenigen der Nichtjuden principiell Verschiedenes dokumentirt hätte, so müßten jetzt nothwendig schwerwiegende und wohlbegründete Anklagen gegen die Juden in Rußland en masse vor uns entstehen und die seit Jahr und Tag behauptete jüdische Ausbeutung müßte in dem beigebrachten Material geradezu mit den Händen zu greifen sein. Wie merkwürdig nur, daß wir uns in unseren diesbezüglichen Erwartungen so bitter getäuscht sehen!

Wohl halten die russischen Tagesblätter mit ihren Anklagen nicht zurück und noch jeden Tag werden neue, mitunter sehr lehrreiche Fälle der wirthschaftlichen Ausbeutung der Schwachen durch die Stärkeren öffentlich an den Pranger gestellt. Aber, auf der Anklagebank erscheinen durchweg orthodox-nationale Russen, so daß dem Juden bei dem enthüllten wirthschaftlichen Vergewaltigungsprozeß nur eine höchst bescheidene Rolle gegönnt wird. Aus der Fülle des uns vorliegenden Zeitungsmaterials wollen wir hier Einiges mittheilen, soweit der beschränkte Raum der „Mittheilungen" es gestattet.

Da ist z. B. das Kosakenland am Don, wo die jüdische Ansässigkeit mehr als in irgend einem anderen Theile des Reiches beschränkt ist und wo man unlängst selbst die jüdischen Kosaken auszutreiben sich anschickte.*) Von dort wird der „Nowoje Wremja" (No. 6285 vom 16. September) wie folgt berichtet: „In den Kreisen Tangarog und Donetz machen sich in der neuesten Zeit unternehmende Geister recht unangenehm bemerkbar. Die Biedermänner gehen geschickt darauf hinaus, große Landstrecken durch Schwindelverträge an sich zu reißen und während der Zeit ihrer Herr-

*) Siehe die „Mittheilungen" Nr. 4.

schaft den Boden durch systematische Raubwirthschaft so vollständig als möglich zu ihrem persönlichen Vortheil auszunützen. Was aus dem so erschöpften Boden nachher werden soll — danach fragen die Helden nicht. Die benachbarte bäuerliche Bevölkerung existirt für sie nur als Arbeitsvieh, das sie nach besten Kräften zu benutzen und auszunutzen berufen sind. Es ist erstaunlich, wie schnell die Herren es fertig bringen, die ganze Umgegend sich tributpflichtig zu machen und deren Bewohner in ein Hörigkeitsverhältniß zu versetzen. Erst gestern haben sie sich niedergelassen und morgen sind sie schon mit einem Haufen von Schuldverschreibungen ausgerüstet. Der Eine schuldet ihnen eine beträchtliche Summe von Baargeld, der Andere so und so viele Eimer Branntwein, dem Dritten haben sie die Aussaat vorgestreckt und den Vierten mit Korn, Geld und Fusel versehen! . . Gleichviel aber, welcher Art von Darlehn und Vorschüssen sie an die benachbarten Bauern leisten, als erste und unumgängliche Bedingung erscheint immer die Verpflichtung von Seiten des Schuldners, auf das Geheiß des Gläubigers und zu jeder ihm gutdünkenden Zeit eine bestimmte Anzahl von Dessätinen*) unentgeltlich für ihn zu bestellen. Die Wohlthäter sind nämlich so großherzig, dem Bauer für das Vorgestreckte keine Prozente anzurechnen, dafür aber muß der Bauer ihnen Frohndienste leisten! . . .

Auch adlige Wohlthäter sind nicht selten, die sonst mit ihrer Bildung und mit ihrer hochvornehmen Abkunft nicht genug prahlen können. Wenn der hungrige Bauer an ihre Thüre klopft, empfangen sie ihn mit der größten Seelenruhe und erklären ihm mit dürren Worten: „Ich gebe Dir gerne drei Rubel, womit Du ja ganze sechs Wochen leben kannst, und Du verpflichtest Dich, nach weiterem Bedarf und zu der von mir bestimmten Zeit eine halbe Dessätine Land für mich zu bebauen.“ Der Bauer verübt einen Kniefall und küßt die Hand des gnädigen Herrn. Wenn dann die Zeit herankommt, wo jeder Tag und jede Stunde doppelt und dreifach theurer sind, hat der Bauer ohne Murren für den Spottpreis von 6 Rubeln pro Dessätine ein Quantum Arbeit für den adligen Wohlthäter zu verrichten, die jener auch nicht mit 25 Rubeln zu erkaufen im Stande gewesen wäre.“*)

In der nächsten Nähe der von der „Nov. Wr.“ an den Pranger gestellten „edlen Helden“, finden wir die „Schlichten und Bescheidenen“ von Rostow, wo wir es mit dem bäuerlichen Kulak zu thun haben. Der „Priazowsky Kraj“ in No. 40 vom 14. September weiß ein Liedchen davon zu singen:

„Wie und woher der Kulak seinen mitunter recht bedeutenden Vorrath an Baargeld erworben hat, das wollen wir hier unerörtert lassen, sehen wir zu, wie er diesen anzuwenden weiß. In den Kosakendörfern (Stanitza) Guilowka und Elisabetowka werden große Strecken Acker- und Mäheland auf der Auction verkauft. . . kommen die Herren Kulaki, unter denen es im Voraus als abgemacht gilt, daß ein jeder von ihnen so und so viele Hunderte oder Tausende von Dessätinen erwerben solle. Sie kaufen das Land mit der ausgesprochenen Absicht, es nachher, in kleine Parzellen zerstückelt, an die verarmten und enterbten Ortsbewohner um den theuersten Preis wieder zu verkaufen. Dessen ungeachtet, werden sie bei dem Ankauf wesentlich dadurch begünstigt, daß sie nur die Hälfte des Kaufpreises sofort, die andere Hälfte aber erst nach Ablauf von einem bis drei Jahren zu bezahlen haben. Beim Wiederverkauf in Parzellen ist das Dreifache vom Kaufpreis das Mindeste, was der Kulak fordert. Aber damit nicht genug, bedingen sich sich regelmäßig noch eine gewisse Summe von Frohndiensten von Seiten der Abnehmer als Gratiszulage aus. Die armen Bauern müssen sich verpflichten, eine bestimmte Anzahl von Dessätinen für sie zu bestellen, oder ein bestimmtes Quantum von Korn und Heu in ihre Speicher abzuliefern! . . . Auf diese Weise ist hierzulande eine kapitalistische, wir möchten sagen eine „menschenfreundliche“ Leibeigenschaft entstanden, gegen welche die alte feudale Herrschaft als ein wahres Kinderspiel sich ausnimmt. . . .“ (Schluß folgt.)

*) Eine Dessätine gleich 2400 Quadratfaden.

*) Der Sperrdruck an allen Stellen dieses Aufsatzes gehört den resp. Originalen an.

## Sprechsaal.

Wie aus einer Notiz in der letzten Nummer Ihres w. Blattes zu ersehen ist, beabsichtigt der Mainzer „Israelit“ die Herausgabe eines Verzeichnisses philosemitischer Zeitungen, um dadurch in Zukunft eine Unterstützung antisemitischer Blätter durch Annoncenzuwendung ꝛc. zu verhüten.

Der Nachricht von der beabsichtigten Herausgabe qu. Zusammenstellung fügen Sie die abfälligen, kritischen Bemerkungen bei, mit denen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ diese Herausgabe begrüßen.

Ich gebe zu, daß es für gedachten Zweck thunlicher gewesen wäre, wenn der „Israelit“, statt sich auf eine exclusive Zusammenstellung specifisch philosemitischer Zeitungen zu beschränken, eine Tafel sämmtlicher Zeitungen veröffentlicht hätte, die „ohne gerade auf Philosemitismus geaicht zu sein,“ den Antisemitismus verdammen, denselben weder direct noch indirect unterstützen und mit demselben in keiner Weise liebäugeln; gegen die gänzliche Verwerfung der vom „Israelit“ beabsichtigten Maßnahme jedoch sehe ich mich veranlaßt, entschieden Front machen zu müssen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nennen dieselbe ein „demagogisches Mittel bedenklichster Art, das geeignet ist, den häßlichen Kampf noch häßlicher zu machen“ und erblicken in dieser Maßregel auch „eine Schädigung der unparteiischen, sich von einer leidenschaftlichen Behandlung der Judenfrage freihaltenden Blätter.“ Betrachten wir uns diesen Satz einmal näher! — Kann ein aufrichtiger, wahrhaft unparteiischer Mensch es Demagogie nennen, wenn wir, nachdem wir ein Jahrzehnt fast, ruhig alle Schmähungen Boycottirungen und Verdächtigungen der Antisemiten mit beispielloser Langmuth ertragen haben, jetzt, wo uns das Messer an den Hals gesetzt wird, uns zu einem aggressiven Vorgehen aufraffen, um uns derer zu erwehren, die nicht allein mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln auf unsern geschäftlichen Ruin hinarbeiten und so manche Familie an den Bettelstab brachten, sondern die auch mit teuflischsten Mitteln unsere persönliche Sicherheit zu gefährden suchen?

Wer in den letzten Jahren die Leitartikel, die Correspondenzen, die Briefkastennotizen, die „Schwarzen Listen“ der Antisemitenpresse verfolgt hat und gesehen hat, wie dort alles Jüdische und Judenfreundliche zu Grunde zu richten und in den Koth zu ziehen gesucht wird, und wer beachtet hat, wie unter dem Druck dieses Verfahrens bereits einzelne Blätter ihre gegenantisemitische Stellungnahme aufgaben, um nicht durch die Verdächtigung der Antisemitenpresse verfehmt und ruinirt zu werden, der muß es natürlich finden, wenn von autoritativer Seite die Blätter zur besonderen Empfehlung namentlich aufgeführt werden, welche trotz aller Anfechtungen den liberalen Gedanken hochgehalten haben und die sich von demselben nicht haben abspenstig machen lassen.

„Demagogie“ ist eine solche Aufstellung nicht, wohl aber ein Gebot der Dankbarkeit, ein Gebot der Nothwehr, ein Gebot der Selbsterhaltung.

Es ist eine traurige Thatsache, daß die antisemitische Presse sehr oft durch Annoncen jüdischer Firmen pekuniär gekräftigt wird, weil die Inserenten die antisemitische Gesinnung der betr. Blätter nicht kennen. Und da soll es nun ein demagogisches Verfahren bedenklichster Art sein, wenn durch eine Zusammenstellung der gegenantisemitischen Zeitungen es verhütet wird, daß Juden antisemitische Blätter unterstützen?

„Nicht häßlicher wird durch dieses Verfahren der (uns aufgedrungene) Kampf werden.“ Kann dadurch ein Krieg häßlicher werden, daß die Unterstützung des Feindes zu verhindern gesucht wird?

Davy Kahn, Wiesbaden.

Im Anschluß an Ihre abfälligen Bemerkungen über den Boycottirungsversuch des „Israelit“, denen ich vollkommen beistimme, gestatte ich mir darauf hinzuweisen, daß zahlreiche jüdische Geschäftsleute antisemitische Blätter als Insertionsorgane benutzen, obwohl deren Tendenz ihnen bekannt ist. Was für einen Zweck hätte also eine Proscriptionsliste, wie sie das genannte jüdische Wochenblatt plant!

F. L-n.

## Briefkasten.

**Dr. M. in L.** Uns ist es nicht aufgefallen. Dagegen fand sich im „Volk“ vom 30. August folgende Briefkastennotiz: „Pfarrer H. S. in Z. Besten Dank für den Hinweis darauf, daß auch der Böckel'sche „Reichsherold“ Judenanzeigen bringt. Wenn der Herr nur erst von seinem hohen Pferde heruntersteigen wollte.“

**J. G. in Lipine** Weßhalb anonym? Wir sind sonst zu jeder Auskunft bereit.

**Düsseldorf.** Ihren Namen können wir beim besten Willen nicht entziffern.

**W. St. in B.** Nach den uns von zuständiger Seite gewordenen Informationen ist der vormalige Redacteur des „Vorwärts“ Cranheim nicht Jude.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 43.** **Berlin, den 22. Oktober.** **3. Jahrg. 1893.**

## Zur Naturgeschichte der Antisemitenpresse.

Aus Württemberg wird uns geschrieben:

Die **„Ulmer Schnellpost"** nennt sich das Organ der deutschnationalen-antisemitischen Partei Württembergs. An ihrer Spitze trägt sie die Devise unseres Königshauses „Furchtlos und treu". Ihr Verleger und stellvertretender Redacteur ist der Landwehrrittmeister der Cavallerie Eugen Nübling, ihr Redacteur ein ehemaliger Theologe Hans Emil Klemann.

Dieses Blatt hat seit Beginn dieses Jahres folgende Unwahrheiten, Fälschungen und Verdrehungen verübt:

1.) Die „Ulmer Schnellpost" brachte in Nr. 1 des Jahrgangs 1893 unter der Aufschrift „Ein jüdisches Complott" einen längeren Artikel, der beginnt:

„Wir haben schon früher mitgetheilt, daß ein Großjude in Stuttgart, dem der Champagner in vorgerückter Nachtstunde die Zunge löste, in einem unbewachten Augenblicke den geheimen Plan ausplauderte, das Judenthum werde demnächst einen „vernichtenden Schlag gegen den Antisemitismus" ausführen."

Auf dieselbe Sache Bezug nehmend ist eine Notiz in Nr. 66 der „U. Sch." überschrieben „Der so große Schlag gegen die Antisemiten nach Herrn von Kaulla" und heißt es an einer Stelle der „U. Sch." Nr. 115:

„. . . Wir erinnern nur an das jüdische Kampfprogramm ꝛc."

Nach einer Notiz der „Mittheilungen a. D. V. z. A. d. A." Nr. 4 ergaben an Ort und Stelle angestellte Untersuchungen, daß der ganze Artikel offenbar auf Erfindung beruhe.

2.) Die „Ulmer Schnellpost" brachte in ihrer Nr. 2 die Mittheilung, „daß bei Löwe und Cie. vom Reichsmarineamt 85 Maxim-Maschinengewehre zu 4500 Mk. vorläufig bestellt worden seien. Das würde einem Auftrage in Höhe von 830000 Mk. entsprechen." Die letztere Summe ist gefälscht: eine einfache Rechnung zeigt, daß 85 4500 Mk. nur rund 380000 und nicht 830000 Mk. ausmacht.

3.) Die „Ulmer Schnellpost" schreibt in Nr. 18 unter der Aufschrift: „Lernet von den Juden":

„Die verzweigte jüdische Firma Knopf, sandte an eine jüdische Großhandlung in Köln, deren Abnehmerin die Firma Knopf ist, ein gedrucktes Rundschreiben, in welchem mitgetheilt wurde, daß das Hotel Royal in Straßburg finanziell auf schwachen Füßen stehe und unterstützt werden müsse. Die Kölner Großhandlung solle daher ihren Geschäftsreisenden zur Pflicht machen, bei einem Aufenthalt in Straßburg in genanntem Hotel Wohnung zu nehmen. — Ohne Zweifel ist das Hotel jüdisch. Warum machen die Christen es nicht auch so? Man kann nicht eindringlich genug auf die wirthschaftliche Nothwendigkeit hinweisen, daß Christen nur in christlichen Geschäften kaufen sollen."

Der Hetzwerth dieser Nachricht beruht in der Voraussetzung, daß das Hotel Royal in Straßburg jüdisch ist. Dies ist falsch: ein jüdisches Hotel Royal existirt in Straßburg nicht.

4) Die „Ulmer Schnellpost" brachte in ihrer Nr. 16 einen Artikel beginnend: „Die Alliance Israelite" hat in letzter Zeit die ganz besondere Aufmerksamkeit der Berliner Behörden erregt." Es hieß darin, ein Schreiber des Professors Lazarus habe die Bücher der Berliner Abtheilung der Alliance gestohlen und den Behörden übergeben „und es heißt weiter, daß die königliche Behörde, die diese Bücher studirt, ganz eigenartige Anschauungen von der Ausdehnung und dem Character der „Wohlthätigkeits"zwecke der Alliance gewonnen habe!!"

Nach einer Mittheilung des Herrn Professor Lazarus in den „Mittheilungen a. d. V. z. A. d. A." Nr. 4 ist das Ganze aus der Luft gegriffen.

5.) und 6.) Die „Ulmer Schnellpost" schrieb in Nr. 30 unter der Aufschrift „Jüdische Kampfesweise":

„In der höchsten Wahlnoth schreibt die jüdisch freisinnige Breslauer Zeitung, daß gegen den Rechtsanwalt Hertwig, den antisemitischen Reichstagscandidaten für Liegnitz, ein Strafverfahren wegen Nöthigung schwebe, wodurch Hertwig sich der Bezahlung einer Schuld habe entziehen wollen. — Die Meldung ist nichts, als eine nichtswürdige Verleumdung und — eine echt jüdische Wahlmache."

Ferner in Nr. 52:

„Der päpstliche „Osservatore Cattoliko" kommt noch einmal in bemerkenswerther Weise auf die Wahl in Liegnitz zurück und brandmarkt in schärfster Weise die unwürdigen Verdächtigungen, mit denen die Judenpresse nach üblichem Rezept den Rechtsanwalt Hertwig aus dem Sattel zu werfen sucht. Das angesehene katholische Organ bezeichnet die ganze Geschichte als plumpen Judenschwindel . . ."

Diese Mittheilungen enthalten eine doppelte Unwahrheit: 1) zur Affaire Hertwig meldeten die Zeitungen vom 14. Juli d. J.: Der antisemitische Rechtsanwalt Hertwig wurde in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier vom Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt. Hertwig war vom Bezirkskommando zur Berichterstattung über die Breslauer Spielaffaire aufgefordert worden, ließ aber die Aufforderung unbeantwortet.

2.) Die Behauptung, der „Osservatore Cattolika" sei päpstlich, ist falsch. Die „Köln. Volksztg." Nr. 151 stellt fest, daß der „Osservatore Cattoliko" nicht das Blatt des Papstes (der „Osservatore Romano") sei.

7.) Die „Ulmer Schnellpost" schrieb in Nr. 34 in einem Artikel über „Die Juden und die deutsche Criminalistik" den Satz: „Die Theilnahme der Juden beim Verbrechen ist bekanntlich eine auffallend große." Dieser Satz ist, da dem Schreiber desselben eine Statistik 1882—89 vorlag, wider besseres Wissen behauptet.

In Deutschland kam 1882 auf 80 christliche Einwohner ein jüdischer, dagegen erst auf 91 Verbrecher 1 Jude. Jetzt kommt auf 87 Einwohner 1 Jude, dagegen erst auf 100 christlicher Verbrecher ein jüdischer. (Antis. Sp. p. 85.)

8.) Während die „Ulmer Schnellpost" in dieser Nr. 34, in dem angeführten Artikel, angiebt, die Juden seien beim Wucher 19 fach betheiligt, (d. h. auf 4—5 christliche Wucherer käme 1 jüdischer), behauptete derselbe Redacteur Hans Emil Kleemann in einer in Geislingen gehaltenen und in Nr. 135 der „U. Schn." abgedruckten Rede, die Criminalstatistik beweise, daß die Juden den beiden christlichen Confessionen zusammen im bestraften Wucher allein um das 28 fache überlegen seien.

9) Die „Ulmer Schnellpost" hatte in Nr. 188 des Jahrgangs 1892 unter der Ueberschrift „Jüdische Geschäftscoulanz" gegen einen Regensburger Bankier G. Th. wegen eines Geschäftes mit einem Gutspächter ehrenrührige Vorwürfe erhoben und in Nr. 38 dieses Jahres behauptet eine diesbezügliche Notiz, die Privatklage des Th. sei abgewiesen worden, „da der betreffende Gutspächter den Beweis der Wahrheit habe erbringen können." Letzeres war völlig erfunden.

Am 20. Juni ds. J. wurde vor dem königl. Schöffengerichte zu Ulm der Redacteur der „U. Sch." Hans Emil Kleemann wegen zweier Vergehen der Beleidigung zu einer Geldstrafe von 80 Mk. verurtheilt. Das Urtheil führte aus, beide Artikel, um die es sich handelte, haben für den Privatkläger beschimpfende Thatsachen enthalten. Diese Thatsachen seien aber unwahr.

10.) Die „Ulmer Schnellpost" hatte in Nr. 58 vom 10. März 1892 gegen den isr. Kaufmann Max M. in Ulm den Vorwurf erhoben, er habe in einer Rechtssache falsch geschworen. Dies beruhte auf Unwahrheit; M. hatte in diesem Rechtsstreit einen Eid überhaupt nicht geleistet. In Nr. 196 ds. J mußte die „U. Sch." folgendes Urtheil aufnehmen: „Im Namen des Königs! ... Die zweite Strafkammer des Kgl. Landgerichts Ulm hat für Recht erkannt: Der Angeklagte Kleemann wird eines Vergehens der öffentlich verübten Beleidigung schuldig gesprochen und demgemäß zu der Geldstrafe von vierzig Mark verurtheilt."

11.) Die „Ulmer Schnellpost" brachte in Nr. 137 die Nachricht, der jüdische Güterhändler G. aus Neuulm sei beim Zwangverkaufe eines Söldanwesens mit Forderungen betheiligt; die Juden werden das Anwesen um einen Spottpreis kaufen, dasselbe zerstückeln 2c.

Ferner in Nr. 141: „Ein gutes Geschäft hat der weit und breit bekannte Güterhändler G. wieder gemacht. derselbe hat den Hof der Geschwister H. in E., der vor einigen Jahren noch den Werth von 85 000 Mk. hatte, um die Kleinigkeit von 43 500 Mk. gekauft.

Demgegenüber wurde dem „Ulmer Tagblatt" von Herrn Güterhändler G. in Neuulm berichtigend mitgetheilt, daß er an dem Anwesensverkauf nur mit einer sehr geringen Summe betheiligt sei und seine Rechte, wie jeder andere Gläubiger, gewahrt habe. Bezüglich des Anwesens in E. sei vollständig unrichtig, daß er dasselbe gekauft habe. Er sei weder direkt noch indirekt daran betheiligt.

Die „Ulmer Schnellpost" beließ trotzdem ihre Leser bei den mitgetheilten Unwahrheiten.

12.) Die „U. Sch." hatte in Nr. 272 vom 10. Nov. 1892 die Mittheilung gebracht, das Buch'sche Geschäft in Reutlingen, dessen Inhaber wegen Betrugs zu einer Woche Gefängniß verurtheilt sei, sei eine Filiale der jüdischen Firma Tietz. Diese Behauptung war erlogen. Der Redacteur Hans Emil Kleemann wurde deshalb von dem Schöffengerichte zu Ulm am 5. September 1893 wegen Beleidigung zu der Geldstrafe von 30 Mk. und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

13.) Die „U. Sch." schrieb in einer Nummer des Jahrgang 1893:

„Einen niederträchtigen Schlag gegen Rußland hat die Berliner Judenschaft gestern versucht. Das ganze internationale Judenthum wird judenamtlich aufgefordert, einen finanziellen Vernichtungskrieg gegen Rußland zu führen. In diese teuflische Strategie, die ja recht die Gemeingefährlichkeit der Juden beweist, gehören die Börsenlügen, welche von einzelnen Juden in Berlin über ein angebliches Attentat auf den Zaren verbreitet wurden. Sogar Extrablätter waren ausgegeben worden."

Die absolute Unwahrheit dieser Nachricht erhellt aus einer späteren Mittheilung der „U. Sch." Nr 89:

Wegen Verbreitung des bekannten Extrablattes vom 31. Januar mit der erfundenen Nachricht über das Attentat auf den Zaren wurden verurtheilt der Handelsmann Hebel zu neunmonatlichem Gefängniß sowie Geldstrafe, der Drucker, Ditlbrenner zu 320 Mk. Geldstrafe, der Handelsmann Hecht zu sechswöchentlicher Haft und Geldstrafe, die Handelsleute Polster und Günther zu einer Geldstrafe."

14.) Die „U. Sch." brachte in Nr. 111 des Jahres 1893 einen Artikel überschrieben „Ueber die Judenwirtschaft im Spessart", in dem behauptet wurde, „die grenzenlose Angst vor der Rache der Wucherer überwiege bei dem Bauer alle übrigen Rücksichten, ein treffender Beweis, wie erschlaffend die jüdische Wucherwirthschaft sogar auf den natürlichen Selbsterhaltungstrieb unserer Bauern wirke. Stumpfsinnig gehen die geknechteten Bauern ihrem Ruin entgegen 2c."

Außerdem kam darin die Stelle vor:

„So hatte z. B. zu Anfang dieses Jahres ein katholischer Geistlicher im Spessart alle Anstrengungen gemacht. . . ."

Dieser Artikel ist wörtlich abgeschrieben aus dem „Main- und Kinzigboten" Nr 92 vom 16. Nov. **1892.** Es ist also offenkundiger Schwindel, wenn die „U. Sch." im Jahre **1893** wieder schreibt „zu Anfang dieses Jahres." Uebrigens ist der ganze Artikel, wie Herr Pfarrer Dr. Frank in Wiesen noch in Nr. 49 des Jahrganges 1893 der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" mittheilt, erfunden.

15.) Die „U. Sch. brachte in Nr. 91 die Mittheilung „Unerhört":

„In einem kürzlich verbreiteten Flugblatt der deutsch-conservativen Partei ist als Thatsache erwähnt, daß in sechzehn Berliner Schulen jüdische Lehrer den christlichen Kindern Religionsunterricht geben."

Nach den von „Mittheilungen a. d. V. z. A. d. A." Nr. 18 an competenter Stelle eingezogenen Erkundigungen ist der Inhalt der vorstehenden Notiz absolut unwahr.

16.) Die „U. Sch." brachte in Nr. 93 folgende Unwahrheiten:

„Die Gesellschaft zur Verbreitung des Handwerks und Ackerbaus unter den Juden in Preußen — wer lacht da? — hat im verflossenen Jahre 93 — sage und schreibe 93 jüdischen Jünglingen „seine Thätigkeit zugewandt", wie es in dem Bericht heißt, Preußen hat 380 000 Juden — davon lassen sich 93 unentgeltlich erziehen, um dann die Ackerbaulehrlinge als Korn- und Viehhändler, die Schuster- und Schneiderlehrlinge als Schuh- und Kleiderhändler — an dem sorgenvollen und arbeitsvollen Leben des gewerblichen Mittelstandes theilzunehmen Saucta Simplicitas!"

Man vergleiche hierzu die Notiz in Nr. 120 der „Frankf. Zeitung" vom 1. Mai 1893.:

„Der Verein zur Förderung des Handwerks unter den **hiesigen** Israeliten hielt am 11. April seine Generalversammlung ab. Die Zahl der vom Verein unterstützten Lehrlinge hat sich von **93** auf 113 gehoben. — Es befinden sich darunter Schneider, Schnuster, Tapezierer. Bäcker, Schriftsetzer, Sattler, Buchbinder, Barbiere, Conditoren, Bildhauer, Drechsler, Glaser, Galvarbeiter, Hutmacher, Lithographen, Mechaniker, Photographen, Portefeuillearbeiter,] Schreiner, Uhrmacher, Posamentierer etc."

Es giebt in Preußen natürlich verschiedene solcher Vereine. in ganz Deutschland giebt es 39.

17.) Die „Ulmer Schnellpost" machte sich einer groben Unwahrheit schuldig mit der Behauptung, es gebe in Ulm unter 21 Millionären 12 jüdische. Zu der „Ulmer Zeitung" aufgefordert, deren Namen zu nennen, schwieg das Blatt. Natürlich, denn es giebt in Ulm höchstens zwei jüdische Millionäre.

Die Raffinirtheit dieses Manövers wird klar, wenn man den Zweck solcher Nachrichten, die Erregung des Neids und der Habsucht der Menge gegen die

jüdischen Bürger, ins Auge faßt: Vgl. „U. Sch." Nr. 28 1892 die Notiz „Die Confiskation der Judengüter", desgleichen „U. Sch." Nr. 171, 1893, wo es zu der Ahlwardt'schen Behauptung, „die Sache mit der Einziehung des Vermögens der reichen Juden sei auch nicht so schlimm" weiter heißt: „Die Schlußfolgerung ist unanfechtbar."

18.) In Nr. 197 der „Ulmer Schnellpost" heißt es:

„Wie wir hören, haben die Erben des verstorbenen Bleichröder den Versuch gemacht, die bei Glöß in Dresden erschienene furchtbare Broschüre Schwerin und Bleichröder aufzukaufen und aus dem Buchhandel zu entfernen."

Nach einer Notiz in den „Mittheilungen a. d. V. z. A. d. A." ist dies gänzlich erfunden.

19.) Die „U. Sch." sucht in Nr. 132, Nr. 171 und Nr. 174 d. J. die Schuld an dem im Münchener Infanterie-Leibregiment ausgebrochenen Typhus auf die „jüdischen Conservefabriken", „jüdischen Conserven", „Judengemüse-Conserven" zu schieben, ferner in Nr. 188 einen in Schletstadt ausgebrochenen Typhus ebenfalls auf „Jüdische Conserven" zurückzuführen.

Diese Vorwürfe beruhen auf Unwahrheit. Ueber die Typhusepidemie beim Infanterie-Leibregiment kommt das Protokoll der vom k. Kriegsministerium berufenen Commission zu folgenden Schlußsätzen:

1.) Die beim Infanterie-Leibregiment verabreichten Nahrungsmittel, insbesondere die Conserven und Dörrgemüse, sind nicht als Ursache der gegenwärtigen Typhusepidemie bei dem genannten Regimente zu betrachten. Ebensowenig hat eine Vergiftung durch Fleisch, durch metallische oder sonstige Gifte stattgefunden.

2.) Die Entstehung der Epidemie beruht auf den ungünstigen Untergrundsverhältnissen der Hofgarten-Kaserne als örtlicher und der abnormen Trockenheit der Frühjahrsmonate als zeitlicher Ursache.

20.) Die „U. Sch." brachte in Nr. 125 die Mittheilung, die Nationalliberalen oder die Juden oder beide zusammen hätten das Kunststück fertig gebracht, einem Saalbesitzer in Stuttgart zu veranlassen, die Ueberlassung seines Saales an die Antisemiten zurückzunehmen. Dies beruhte auf Unwahrheit. Die „Würt. Volksztg." theilte mit, daß es sich um eine persönliche Entschließung des Eigenthümers gehandelt habe.

21.) Die „U. Sch." brachte in Nr. 47 einen Artikel über die Entstehung der Mac Kinley-Bill, die mit ihren hohen Zollsätzen unsern Export nach den Vereinigten Staaten so empfindlich geschädigt habe, und kam dann zu dem Schlusse: „Also dem Schwindel der Juden haben wir die Mac Kinley Bill zu verdanken.

Die „Frankf. Ztg." wies die in diesem Artikel enthaltenen albernen Unwahrheiten nach und schrieb dazu: „Es ist nicht leicht möglich, in so wenigen Zeilen mehr Unsinn und Unwahrheiten zusammenzudrängen, als dies in der obigen Correspondenz geschieht."

22.) Die „Ulmer Schnellpost" brachte in Nr. 207 die Nachricht: Die „Equitable, ein bekanntlich jüdisches Unternehmen", sei gezwungen, ihre Zahlungen zeitweise einzustellen. In Nr. 209 zwingt Herr Rechtsanwalt Dr. Wiedemann in Stuttgart das Blatt auf Grund des § 11 des Reichspreßgesetzes zu der Berichtigung, daß diese Mittheilung völlig unwahr sei und in Nr. 211 bringt die „U. Sch." bereits Annoncen für das „bekanntlich jüdische Unternehmen."

23.) Die „U. Sch." brachte in Nr. 187 in einem Artikel „Die Finanzminister-Conferenz" eine Mittheilung über die Wehrsteuer, wo es sodann heißt: „sie trifft in erster Linie den Jzig, wie folgende Zahlen beweisen werden. Im Jahre 1885 zählte x. . . . . . . . . Die Juden tragen also zum Schutze des Vaterlands nur den vierten Theil dessen bei, was sie ihrer Bevölkerungsziffer nach beitragen müßten."

Die Darstellung der „U. Sch." beruht auf absichtlicher Täuschung. Bei seiner Berechnung läßt das Blatt die Einjährig-Freiwilligen einfach weg. Rechnet man diese hinzu, so kommt man nach einer Berechnung in Nr. 7 der „Mittheilungen a. d. V. z. A. d. A." Jahrg. 1892 zu dem Resultat, daß unter 1000 Eintretenden etwa 9 Juden sich befinden statt 13.

An der Hand vorstehenden Materials ist der Leser im Stande, den sittlichen Werth der „Ulmer Schnellpost" festzustellen. Das Blatt steht aber in der Methode seiner Angriffe auf das Judenthum nicht allein da; alle antisemitischen Zeitungen bieten ausnahmslos das gleiche Bild und wir sind im Stande jedes antisemitische Blatt in gleicher Weise zu beleuchten. Der tiefe Stand der Antisemitenpresse steht in keinem Einklang mit ihrer Anmaßung, Hüterin der Wahrheit und Rechtlichkeit im öffentlichen Leben zu sein. —

## Vom Hochmuth.

### II.

### Hochmuth der Religion.

> Es giebt keinen Menschen, der nicht die Freiheit liebte; aber der Gerechte fordert sie für Alle, der Ungerechte nur für sich allein.
>
> Börne.

In gleichem Maße wie die Rasse hat die Religion zur Erhöhung des Werthes eines Individuums, eines Stammes oder Volkes dienen müssen. Jede Religion hält sich für die allein seligmachende, jede glaubt felsenfest an die Wahrheit ihrer Lehre, obschon die Zahl der Religionssysteme der Erde, ca. 380, jeden stutzig machen müßte. Schleiermacher und Lagarde haben auch infolgedessen die einzig moderne Anschauung vertreten, daß keines der bestehenden Religionssysteme die ausschließliche Wahrheit besitzt, sondern nur einen Theil derselben.

Dennoch ist es eigenthümlich, daß jede Religion sich für die auserwählte hält. Von den Juden heißt es 2. Mose 19,5: „Werdet ihr nun meiner Stimme gehorchen und meinen Bund halten, so sollt ihr mein Eigenthum sein vor allen Völkern: denn die ganze Erde ist mein." Die katholische Religion bezeichnet sich als die „allein seligmachende", und die protestantische nimmt für sich dieselbe exklusive Stellung in Anspruch, ja die einzelnen Variationen der protestantischen Kirche sogar jede für sich. Die muhamedanische Religion ist ebenso von ihrem Wahrheitswerth tief durchdrungen. Als der Reisende Herbert Ward einem im Koran sehr bewanderten Muhamedaner auf Befragen erklärte, Jesus Christus sei Gottes Sohn, wurde dieser fürchterlich aufgebracht. Er erhob sich und sagte mit eindrucksvoller Feierlichkeit: „Wir sind Freunde, und unsere Unterhaltung macht mir Vergnügen. Ihr seid in meinem Hause und in allem, was ich habe, willkommen, so lange Ihr mein Gast seid; aber sprecht in meiner Gegenwart nie wieder eine solche Gotteslästerung aus."[1])

Dieser Anschauung von der Exklusivität jedes Religionssystems entspricht eine ähnliche Anschauung von der ausschließlichen Gnade Gottes. Jede Religion glaubt von ihrem Gott, daß er nur diesen bestimmten Religionsbekennern gnädig sei. Jüngst sprach ein ungarisches Blatt von dem „Gott der Ungarn", und man erinnert sich noch des kaiserlichen Ausspruches von „unserm Alliirten von der Katzbach." Unzweifelhaft steckt in der Anschauung, daß Gott nur einer bestimmten

[1]) H. Ward, Fünf Jahre u. d. Stämmen des Kongo-Staates. 1881. S. 181.

religiösen Gemeinschaft wohlwolle, eine Herabwürdigung der Idee von dem Werthe des Schöpfers. Deshalb ist sie auch im Stande, Blüthen seltsamster Art zu zeitigen. Prschewalski erzählt: „Der Mongole behauptet, daß Gott dem Menschen, der kein Ungeziefer hat, ungnädig ist.“[2]) Und Livingstone berichtet von einem Buschmann, der einst beim Feuer seine Abenteuer erzählte, darunter eine Ermordung von 5 Buschmannen. „Zwei“, zählte er an seinen Fingern, waren Weiber, einer ein Mann und zwei Kälber.“ „Welch ein Schurke seid Ihr,“ sagte Livingstone, daß Ihr Euch rühmt, Weiber und Kinder Eures eigenen Volkes zu tödten! Was wird Gott sagen, wenn Ihr vor Ihm erscheint?“ „Er wird sagen, daß ich ein tüchtiger Kerl war!“[3])

Die Exklusivität der einzelnen Religionen und ihres Gottes zeigt sich nicht nur im Lobe dieser Religionen, sondern noch mehr im Hasse und Tadel aller übrigen. Man hat es den Juden vorgeworfen, daß im alten Testoment die Heiden, Götzendiener, Moabiter ꝛc. verflucht werden. So sagt Isaac zu Jocob (1. Mose 27, 29): „Völker müssen Dir dienen und Menschen müssen Dir zu Füßen fallen. Verflucht sei, wer Dir flucht, gesegnet sei, wer dich segnet.“ Und doch ist diese Anschauung auf der ganzen Erde eine herrschende Macht. In dem Kaffern-Kriege vom Jahre 1846 wurde ein christlicher Missionar getödtet und Bibeln und Kapellen von den Kaffern verbrannt, und, wie sie sagten, „Gott aus dem Lande getrieben.“[4]) Bei den Koreanern sind die Priester Buddha's so verhaßt, daß sie es kaum wagen, eine Stadt zu betreten.[5]) Steen Bille erzählt, mit welchem Hohn und Stolz der Hindu auf die niedriggeborene Kaste und auf die Bekenner jedes fremden Glaubens herabblickt,[6]) namentlich ist sein Haß gegen den Muselmann unauslöschlich.[7]) Auch die Chinesen suchen in jeder Hinsicht zum Verderben eines Taranscha oder Muselmannes beizutragen[8]) und ihre Niedermetzelungen christlicher Missionäre sind noch in aller Erinnerung. Namentlich erfreuen sich die Christen eines fanatischen Hasses. Dem Reisenden Vasco de Gama gegenüber verwandelte sich das freundliche Benehmen der Einwohner von Mozambik sofort in das Gegentheil, als sie hörten, er und seine Leute seien Christen.[9]) Der russische Reisende weiß auch ein Lied davon zu singen. „Die Mongolen erzählten uns, die Tibetoner glaubten, wir kämen, um den Dalai-lama zu entführen, und daß infolge dieses Gerüchtes die Bevölkerung unsere Weiterreise noch Lassa hindern wolle. Weiter erzählten sie uns, daß, als man in Lassa von unserer Reise gehört habe, alt und jung geschrieen hätten, „die Russen wollen uns unsern Glauben vernichten; aber wir lassen uns das nicht gefallen und werden sie nicht unsere Stadt betreten lassen.“[10]) Der Afrikareisende Caillié wurde von den Mandingos bis zum Ueberdruß um Medizin angebettelt. Als er ungeduldig sich zurückzog, um auszuruhen, schrieen die Leute: „Er ist ein Christ! Seht, was er uns für ein Gesicht macht, er hat Heilmittel und will uns nicht helfen, uns, die wir Muselmänner sind.“[11]) Interessant ist das Verhalten der Römer und römischen Staatsreligion gegen die Christen. „Die Frömmigkeit nach Tempeln und nach Opfern messend, und vergeblich fordernd: zeig' mir deinen Gott, zeig' die Gestalt deines Gottes! — erhob dies Volk gegen die Christen den fanatischen Vorwurf der Gottlosigkeit, des Atheismus; weg mit den Atheisten, das wurde sein Gewohnheitsruf!“[12]) Theophilus sagte in seiner Schrift zum Heiden: „Und du sagst noch dazu, ich sei ein Christ, als trüge ich damit einen schlechten Namen.“[13]) Lucian, der Spötter von Samosata, nennt Christus den gekreuzigten Sophisten, den großen Magier[14]) und sagt: „Das sei die Art der Christen; unglaublich rasch seien sie da, wenn es sich um eine Angelegenheit der Gemeinschaft handelt, da werden Mühe und Kosten nicht gespart . . .“[15]) Infolge ihrer Armuth verhöhnte man die Christen als die „obersten der Bäcker“, als die „letzten Weisen“.[16]) Kaiser Hadrian betrachtete das Christenthum als die unendliche Willkür der Neuerung.[17]) Sueton nannte es einen „neuen Aberglauben“ und Plinius d. J. einen „schlechten und maßlosen.“[18]) Und den Juden warf das römische Volk vor, sie verehrten einen Waldesel, den Christen, sie beteten das Haupt eines Esels an. Einige glaubten sogar, daß die Christen das Zeugungsglied ihres Vorstandes anbeteten.[19])

Dieselbe Exclusivität zeigte die christliche Religion gegen Ketzer und Andersgläubige. Im zweiten Jahrhundert war es den Rechtgläubigen verboten, mit Gebannten und Ketzern zu sprechen;[20]) das Blaßaussehen galt schon für ein Zeichen von Ketzerei.[21]) Augustin bemerkt, daß die Heiden mit Recht Hunde genannt werden, Bischof St. Hilarius nennt die Heiden ebenso und die Ketzer Schweine u. n. m.

Am stärksten zeigt sich der Hochmuth der Religion jedoch, wenn Gott direkt angegangen wird, den Andersgläubigen seine Gnade zu entziehen, oder sie gar zu schädigen, d. h. im Gebet. Da findet man, daß die arische Rasse ebenso intolerant sich zeigt, wie die semitische. Zuerst ein arisches Gebet aus dem Rig-Veda. Da heißt es: „Nimm unsere Trübsal von uns: Durch heilige Verse mögen wir die Oberhand gewinnen über diejenigen, welche sich keiner heiligen Hymnen bedienen! Mache einen Unterschied zwischen den Aryas und denen, welche Dasyus sind: züchtige die, welche keine heiligen Riten beobachten, unterwirf sie den Opfernden … Indra unterwirft die Unfrommen den Frommen und vernichtet die Gottlosen durch die Gottesfürchtigen.“[22]) Die semitischen Gebete sind ebenso hochmüthig und intolerant. In einem moslemitischen Gebet bittet der Betende um den Segen für „alle Städte des Moslems“ und um Schutz für alle „Reisende und Pilger und Krieger und Wanderer, soweit sie Moslems sind.“[23]) Und ein Schlußgebet, das die muhamedanischen Knaben in Kairo vor Jahren in der Schule zu beten pflegten, lautet: „Ich suche Zuflucht bei Allah vor Satan dem Verfluchten. Im Namen Allahs, des Mitleidigen, des Erbarmers . . . O Herr aller Geschöpfe! O Allah! Vernichte die Ungläubigen und Polytheisten, Deine Feinde, die Feinde der Religion! O Allah! mache ihre Kinder zu Waisen, und zerstöre ihre Wohnsitze, laß ihren Fuß ausgleiten und gieb sie und ihre Familien und ihre Häuser und ihre Weiber und ihre Kinder und ihre Verwandten und ihre Brüder und ihre Freunde und ihr Besitzthum und ihre ganze Rasse und ihr Hab und Gut und ihr Land den Moslems zur Beute! O Herr aller Geschöpfe.“[24])

Der Hochmuth der Religion ist ein Gefühl, das mit der Entwickelung der Kultur immer mehr zurückgedrängt wird.

[2]) Prschewalski, Reisen in Tibet. Jena 1884. S. 162.
[3]) Prof. Dr Fr. Ratzel Völkerkunde, Leipzig 1886. S. 58.
[4]) Waitz, Anthropologie der Naturvölker. Leipzig 1867. Bd. II S. 406.
[5]) Arnous, Märchen und Legenden aus Korea. Leipzig 1893 S. 9.
[6]) Steen Bille, Bericht der Reise der Corvette Galathea. Leipzig 1852 Bd. I, S. 133.
[7]) Ebendas. Bd. I, S. 134.
[8]) Prschewalski, a. a. O. S. 50.
[9]) Waitz, a. a. O. Bd. II S. 259.
[10]) Prschewalski, a. a. O. S. 140.
[11]) Waitz, a. a. O. Bd. II. S. 258
[12]) Prof. Dr. Th. Keim, Rom und das Christenthum. Berlin 1881. S. 379.
[13]) Ebendas. S. 488.
[14]) Ebendas. S. 366.
[15]) Ebendas. S. 388.
[16]) Ebendas. S. 380.
[17]) Ebendas S. 380.
[18]) Ebendas. S. 380 und 381.
[19]) Ebendas. S. 363
[20]) Lecky, History of European Morals Bd. I. S. 451.
[21]) W. Wattenbach, Sitzungs Berichte der Berliner Akademie 1887. S. 538.
[22]) Edw. B. Tylor, die Anfänge der Kultur Leipzig 1873. Bd. II. S. 371 f.
[23]) Ebendas. S. 371.
[24]) Ebendas. Bd. II. S. 371.

Immer mehr macht sich die Anschauung von dem relativen Werth jeder Religion geltend, um so mehr als die evolutionistische Behandlung der Geschichte der Religionen bewiesen hat, daß von dem naivsten Fetischismus zum erhabendsten Monotheismus eine lückenlose fortlaufende Entwickelungslinie führt. Deshalb haben die bedeutendsten monotheistischen Religionen sich bemüht, diesen Hochmuth abzustreifen und den Nachbarreligionen Leben und Wahrheit nicht zu verkümmern. Schon der alte indische König, der weise Asoka hat diese Anschauung mit den milden Worten ausgedrückt: „Man darf nicht die eigene Religion erheben, indem man die anderen in schlechten Ruf bringt. Es ist vielmehr von Vortheil, den anderen Religionen bei jeder Gelegenheit jene Ehre zu erweisen, die ihnen gebühren . . ."

## Statistisches über die Juden.

Geh. Rath von Firks hat im dritten Vierteljahrsheft der „Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Bureaus" einen Artikel über die preußische Bevölkerung nach ihrer Muttersprache und Abstammung veröffentlicht, der eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Juden enthält. Zum ersten Male liegen hier authentische Mittheilungen über die Zahl der christlich-jüdischen Mischehen vor, deren Zahl im Jahre 1890 an 16 900 betrug. Da Mischehen zumeist erst seit der Emanzipation der Juden vorkamen, so sind diese 16 900 Ehen erst in den letzten Jahrzehnten vorgekommen, ein Beweis, daß die eine Forderung des Aufgehens der Juden in den deutschen Volkskörper durch Mischehen in starkem Maße erfüllt wird. In Berlin wurden z. B. 1889 142 christlich-jüdische Ehen geschlossen, 1890 dagegen schon 166, eine stärkere Zunahme, als die der rein jüdischen Ehen, deren entsprechende Zahlen für die Jahre 1889 und 1890 534 und 544 betrugen. In Preußen wurden im Ganzen im Jahre 1875—1890 4214 Mischehen geschlossen, dem Prozentsatz nach eine viel größere Zahl als die der katholisch-evangelischen Mischehen, während derselben Zeit. — Auch zeigen die Ziffern über die Anzahl der Juden, daß die Furcht vor einer großen Vermehrung wie vor der Masseneinwanderung ausländischer Juden unbegründet ist. Von 1822—1858 hat die jüdische Bevölkerung nur wenig prozentual zugenommen: Auf 1000 Seelen kamen in Preußen

| | Juden |
|---|---|
| 1822 | 12,41 |
| 1837 | 13,02 |
| 1852 | 13,40 |
| 1858 | 13,67 |

Dagegen ging sie von 1858 ab zurück. Auf 1000 Seelen kamen in Preußen

| | Juden |
|---|---|
| 1858 | 13,67 |
| 1871 | 13,21 |
| 1885 | 12,90 |
| 1890 | 12,42 |

Der Geburtenüberschuß, d. h. das Mehr der Geburten über die Todesfälle, ist bei den deutschen Juden stärker als bei den deutschen Christen. Die natürliche Volkszunahme

der Juden beträgt 14,02 auf 1000 Personen
„ Christen „ 10,40 „ 1000 Personen*)

Deshalb sollte die Zunahme der Juden stärker sein als die der Christen. Sie wird aber durch die jährliche Auswanderung so ungemein verringert, daß die natürliche Volkszunahme der Juden kleiner wird, als die der Christen.

Interessant ist es, daß sich jetzt 4398 Juden mit der Landwirthschaft beschäftigen. Wenn auch diese Zahl nicht prozentual so hoch ist, wie sie bei der halben Million sein müßte, so erscheint sie immerhin größer, als man gewöhnlich annimmt.

*) Zsch. d. Kgl. preuß. Statist. Büreaus 1878 S. 364 ff. und R. Andree: Zur Volkskunde der Juden, Bielefeld 1881, S. 75 ff. Antisemitenspiegel S. 9.

Gegen einen Satz des Geh. Raths von Firks läßt sich ein begründeter Einwand vorbringen. Er schreibt nämlich: „Die Juden sind noch nicht seßhaft in Deutschland geworden, sondern verlegen verhältnißmäßig häufig ihren Wohnsitz" und begründet dies mit dem Wachsthum der großen industriellen Gemeinden und dem Zurückgehen der kleinen. Unzweifelhaft ist aber der Zug nach der Großstadt, den die Juden als zumeist handeltreibende Leute mitmachen, ein Zeichen der Zeit, auch wird man nicht leicht dauernd seßhaft, wenn man Jahrhunderte zu einem Nomadenleben gezwungen worden ist. Dennoch wachsen die großen Judengemeinden verhältnißmäßig kaum stärker als die großen Städte selber, in denen sie wohnen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin 1871 | | 1890 | |
| 804893 Einw. | 1578794 Einw. d. h. 96% | Zunahme | |
| 36021 Juden | 79286 Juden d. h. 120% | „ | |
| Breslau 1871 | | 1885 | |
| 208025 Einw. | 299640 Einw. d. h. 44% | Zunahme | |
| 13916 Juden | 17754 Juden d. h. 27% | „ | |

Während also in Berlin die Zunahme der jüdischen Gemeinde nicht viel größer war als die der Bevölkerungsziffer überhaupt, vermehrte sich in Breslau die jüdische Bevölkerung nicht so stark wie die Breslaus im allgemeinen. Wir kommen auf das Wachsthum der jüdischen Gemeinden in den Großstädten noch gelegentlich zurück.

## Zur Abwehr.

**Danzig**, den 18. Oktober. Der Abg. Rickert kam in der Rede, welche er in der gestrigen liberalen Wählerversammlung hielt, auch auf den Antisemitismus zu sprechen. Er berührte die antisemitischen Debatten beim Schulgesetz, beim Fall Buschhoff und bei der Frage des Inhalts der in den Schulen gebräuchlichen jüdischen Religionsbücher. In allen Fällen hätten sich die gegen die jüdischen Mitbürger gerichteten Beschuldigungen als völlig nichtig und verwerflich erwiesen. Jetzt beginne man wieder in dem Fall Paasch eine ähnliche Agitation wie beim Xantener Morde. Auch in Danzig versuche man für den Geschäftsantisemitismus, der gegen Entrée Vorträge gegen die Juden veranstalte, Boden zu gewinnen. Er rathe namentlich seinen jüdischen Mitbürgern, von derartigen Versammlungen fern zu bleiben. Bisher habe hier die Bevölkerung in Frieden mit den jüdischen Mitbürgern, deren Seelenzahl etwa 2600 betrage, gelebt; christliche Kaufleute, welche seit lange hier gelebt und in Achtung gestanden, hätten bezeugt, daß sie mit den jüdischen Kaufleuten an der Börse gern in Geschäftsverkehr gestanden und daß kein Unterschied zwischen Christen und Juden vorhanden sei. Gewiß seien nicht alle Juden Engel, ebenso wenig wie alle Christen. Man trete dem Juden entgegen, wo er Unrecht thut, wo er Tadel verdient, aber man verfolge ihn nicht, weil er ein Jude ist. Er glaube nicht, daß antisemitische Hetzereien in unserer Stadt auf einen fruchtbaren Boden fallen würden. (Lebhafter Beifall.) Ehrensache sei es, vor allem der Kreise, die an Bildung voranleuchten und die Lehren der christlichen Liebe verbreiten sollen, dafür Sorge zu tragen, unsere Stadt, in der bisher alle Confessionen in Frieden und Eintracht mit einander gelebt und gewirkt hätten, von der Schande des Antisemitismus rein zu halten. (Lang anhaltender Beifall.) Auch dann, wenn Hr. v. Liebermann käme, um mit seinen schlechten Witzen und längst widerlegten Anschuldigungen die Zuhörer zu tractiren.

**R Gnesen**, 16. Oktober. Zur Abwehr des von den Antisemiten den jüdischen Soldaten gemachten Vorwurfs des Mangels an der im Kriege erforderlichen todesmuthigen Tapferkeit und Treue möge auch folgende wahrheitsgetreue Abschrift einer in der hiesigen Synagoge angebrachten Gedenktafel beitragen: „Leopold Hirschberg, Sohn des Kaufmanns Markus Hirschberg in Gnesen, diente als Einjähriger

Freiwilliger in der 10. Compagnie des Garderegiments zu Fuß. Er starb den Tod des Helden in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli, während er seinen verwundeten Major aus dem Kugelregen trug. König Wilhelm ehrte sein Begräbniß durch Seine Allerhöchste Gegenwart."

**Jüdische Offiziere.** Ein Abonnent aus Bayern theilt uns mit, daß der Hauptmann H. im 12. Infanterie-Regiment (Neu-Ulm) Jude ist. Auch in München soll es einige aktive Offiziere jüdischer Religion geben.

**Anläßlich des Judenflintenprozesses vor dem Reichsgericht** in Leipzig erwähnte auch Reichsgerichtsrath Dr. Olshausen die „Alliance israélite". Er sagte von ihr: „Im Uebrigen ist in der Haupt-Verhandlung der Beweis geführt worden, daß die Alliance israélite universelle keineswegs hoch- oder landesverrätherische Zwecke verfolgt."

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Zu den preußischen Landtagswahlen.** Im dritten Berliner Wahlkreise haben die vereinigten Conservativen und Antisemiten den Professor Brecher und den Fabrikanten Pretzel, im vierten Wahlkreise den Obermeister Beutel und den Polizeisekretär Reh als Candidaten aufgestellt.

Ein conservativ-antisemitisches Compromiß dürfte auch im Wahlkreise Neustettin-Belgardt zu Stande kommen. Neben Förster soll der Landrath von Bonin candidiren.

In Schivelbein-Dramburg haben die Antisemiten einen Herrn René aus Stettin aufgestellt.

Im ostfriesischen Wahlkreise Leer ist antisemitischer (deutschsozialer) Candidat der Navigationslehrer Döring, in Nienburg-Hoya Herr Siebenmeier-Stegemann.

Die Spandauer Antisemiten haben sich für Wahlenthaltung entschieden. Den conservativen Candidaten Prediger Schall wollen sie nicht unterstützen, weil er sich gegen die Aufhebung der Emanzipation der Juden erklärt hat.

Der conservative Abg. Frhr. v. Wackerbarth hat die Annahme eines Mandats abgelehnt; statt seiner candidirt ein Gutsbesitzer Schön. „Wir greifen wohl nicht fehl — meint die „Staatsbürgerzeitung" —, wenn wir den Grund für die Weigerung des Freiherrn von Wackerbarth darin erblicken, daß derselbe das zaghafte Vorgehen der Conservativen in der Bekämpfung des zersetzenden Einflusses des Judenthums für durchaus erfolglos hält und daß er sich bei seinem kerndeutschen energischen Charakter von denjenigen conservativen Herren abwendet, welche aus Nützlichkeitsgründen willig ihr Rückgrat vor der jüdischen Macht beugen. Die conservative Fraction verliert in Herrn v. Wackerbarth einen der wenigen, welche die Erscheinungen auf dem Gebiete der Judenfrage zu einem eingehenden Studium gemacht haben." Es sind offenbar vor allem seine Studien über den Talmud und den Ritualmord gemeint.

Ob Stöcker in das Abgeordnetenhaus kommt, ist noch ungewiß. Die Conservativen in seinem bisherigen Wahlkreise Bielefeld-Herford-Halle haben ihn fallen lassen. Es besteht die Absicht, ihn in Minden-Lübbecke aufzustellen, wo die Aussichten günstiger sind. Doch scheint die Candidatur auf Schwierigkeiten zu stoßen.

Die Deutsch-Sozialen und Christlich-Sozialen im Kreise Witzenhausen-Cassel-Land haben sich mit den Conservativen dahin verständigt, daß statt des bisherigen Abgeordneten, Geh. Rath Althaus, der Reichstagsabg. Prof. Hüpeden als gemeinsamer Candidat gegen den nationalliberalen Domänenpächter Pestalozzi aufgestellt wird. Dafür haben die Conservativen sich verpflichtet, den deutschsozialen Candidaten Leuß in Eschwege-Schmalkalden gegen den freisinnigen Prof. Stengel-Marburg und den Freiconservativen v. Christen zu unterstützen.

In einer Versammlung zu Potsdam bekannte sich der auch von den Nationalliberalen unterstützte freiconservative Candidat, der bisherige Vertreter Potsdams im Abgeordnetenhause, Reg.-Rath Dr. Kelch auf eine Anfrage der Antisemiten zu einer Billigung gemäßigter antisemitischer Forderungen.

**Von 31 sächsischen Wahlkreisen,** welche am 19. Oktober zu wählen hatten, waren bisher 21 conservativ, 5 fortschrittlich, 1 freisinnig, 2 nationalliberal, 2 sozialdemokratisch vertreten. Zu den 31 Wahlkreisen kommen die beiden neugeschaffenen Leipziger Wahlkreise hinzu. Die antisemitischen Reformer haben in drei Wahlkreisen eigene Candidaten aufgestellt. Es sind dies der frühere Reichstagsabgeordnete Baumeister Hartwig für Dresden V, Kaufmann Hoffmann für Meißen-Nossen-Roßwein und Gutsbesitzer Hamann für den ländlichen Wahlkreis Dippoldiswalde-Altenberg-Frauenstein. Alle drei Wahlkreise waren bisher in conservativem Besitze. — Die deutschsozialen Antisemiten erscheinen mit fünf Candidaten, welche zum Theil von den „Ordnungsparteien" anerkannt worden sind und von letzteren unterstützt werden. Es sind der Bäcker-Obermeister Joachim für Leipzig IV, der Patentanwalt Theuerkorn für Chemnitz I und II und der Fabrikant Schubert für Stollberg-Lößnitz und Zschopau-Oederan-Marienberg.

**Im hessischen Wahlbezirk Gießen-Land** findet, wie bereits erwähnt, eine Nachwahl statt, da der doppelt gewählte Antisemit Köhler für Hungen-Lich angenommen hat. Der Ausgang der Wahl in Gießen-Land war recht bemerkenswerth. Es erhielten der Sozialdemokrat Orbig 14, der Antisemit Köhler 12, der Deutschfreisinnige Dr. Gutfleisch 4 und der gemäßigt nationalliberale Bürgermeister Lenz 2 Stimmen im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang blieb Orbig bei seinen 14 Stimmen, während Köhler 18 Stimmen erhielt, so daß also zweifellos die deutschfreisinnigen Wahlmänner ebenso wie die nationalliberalen für den Antisemiten (!) gestimmt haben.

**Wilhelm Pickenbach** ist nach längerer Pause wieder einmal in Berlin öffentlich aufgetreten, um, laut Ankündigung des „Deutschen Antisemitenbundes", „Enthüllungen von großer Tragweite" zum Besten zu geben. Nach den Berichten der „Staatsbürgerztg." über diese „Circus-Vorstellung" (wie sie Dr. Bäckel nennen würde) sprach er allerlei über Börsen-, Tabak- und Weinsteuer; von „Enthüllungen" bekam das Publikum für seine 20 Pf. Eintrittsgeld nichts zu hören. Da ist Ahlwardt doch ein anderer Mann. Herr Pickenbach wird sich sehr zusammennehmen müssen, um mit ihm zu concurriren und sich die Zufriedenheit des D. A.-B. zu erwerben.

**Leuß und Ahlwardt.** Ueber eine Verbrüderungsscene zwischen diesen beiden antisemitischen Führern wird uns nachträglich aus Hannover geschrieben:

Wenige Tage vor der Ahlwardtversammlung wies noch Herr Leuß jede Gemeinschaft und jedes Zusammengehen mit Ahlwardt im Brustton tiefster Ueberzeugung weit von sich, und als er dann in der Versammlung sah, daß Ahlwardt ihm seine getreuen Jünger wegzuschnappen drohte, fraternisirte er in schönster Weise mit ihm. War das auch in der Versammlung in Anbetracht der wenige Tage vorher ausgesprochenen offenen Absage an Ahlwardt noch etwas schüchtern geschehen, so legte man in dem der Versammlung folgenden gemüthlichen Beisammensein im hiesigen „Mönchsbräu", wo die Herren Ahlwardt, Leuß, Paul Werner und noch einige 20 dieser modernen Vaterlandsretter ja hübsch unter sich waren, weiter keinen Zwang an. Leuß beweihräucherte Ahlwardt, was dieser pflichtschuldigst erwiderte. Dann erhoben sich die Gläser, Hochs ertönten, und „in den Armen lagen sich beide und weinten vor Schmerz und Freude." Am nächsten Morgen schien Herr Leuß doch etwas Katzenjammer über die Verbrüderungsscene bekommen zu haben, denn sein

Leiborgan, die hiesige „Post“, mußte die darüber kursirenden Erzählungen dementiren, leider mit wenig Erfolg. Es waren eben zu viel Augen- und Ohrenzeugen dagewesen.

**In der Debatte des oesterreichischen Abgeordnetenhauses** über die Ausnahmeverfügungen in Böhmen rief der bekannte antisemitische Abg. Schneider bewegte Scenen hervor, indem er die Schuld an der Lage in Böhmen den Juden zuschob und das Märchen von der „rituellen“ Ermordung einer Dienstmagd in Kolin durch Juden wieder auftischte, wobei ihn der Präsident zurechtwies. In Kolin habe ein Jude im Gasthause ein Glas Bier mit Christenblut bestellt. (Allgemeines Gelächter.) Schneider fuhr in dieser Weise fort, worauf ihm der Präsident mit Entziehung des Wortes drohte. Schließlich beantragte Schneider, die Regierung aufzufordern, den Ausnahmezustand bezüglich der deutschen und tschechischen Christen Prags sofort aufzuheben, dagegen bezüglich der Juden aufrechtzuerhalten. Der Präsident erwiderte, er überlasse es der Beurtheilung der Abgeordneten, ob mit der Würde des Hauses die Stellung derartiger Anträge vereinbar sei. Den Antrag selbst übergab der Präsident einem Saaldiener mit den Worten: „Stellen Sie den Antrag diesem Herrn zurück, da bei einer ersten Lesung Anträge nicht gestellt werden dürfen!“ (Lebhafter Beifall.) Der antisemitische Abg. Luegerr rief dem Präsidenten zu: „Man sagt nicht: dem Herrn, sondern dem Herrn Abgeordneten!“ Der Präsident erwiderte: Von Ihnen, Dr Lueger, werde ich mich nicht belehren lassen. (Stürmischer Beifall.)

**Wien,** 12 Oktober. Wider Paulus Meyer, welcher als Genosse des Pfarrers Deckert zu vier Monaten Arrest verurtheilt worden ist, hat der Staatsanwalt eine neuerliche Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung in Folge einer von einem Mithäftling erstatteten Anzeige eingeleitet.

**Ueber antisemitische Exzesse** wird der Frankfurter „Kl. Pr.“ aus Schlüchtern unter dem 9. Oktober geschrieben:

Seit durch Hirschel und die übrigen Genossen Böckels die Judenhetze in unsere sonst friedliche Gegend getragen worden ist, tritt in vielen Orten mit christlicher und jüdischer Bevölkerung gegen letztere immer mehr eine offene Feindseligkeit zu Tage. Abgesehen von allen möglichen kleineren und größeren Belästigungen, denen die Israeliten fortwährend durch das Treiben der Antisemiten ausgesetzt sind, werden dieselben neuerdings im wahren Sinn des Wortes oft lebensgefährlich bedroht. Erst in den letzten Tagen hat sich wieder ein Fall ereignet, der allen bisherigen Ausschreitungen die Krone aufsetzt. Zwei jugendliche Israeliten aus Sterbfritz erhielten von Herrn Lehrer Hofacker in Mottgers Violinunterricht; als sie sich nun dieser Tage von Mottgers aus auf dem Heimweg befanden, fielen plötzlich einige Burschen aus dem Hinterhalt über sie her, zertrümmerten ihnen die Violinen und mißhandelten die jungen Leute in so brutaler Weise, daß der eine von ihnen lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Wie wir vernehmen, ist bereits einer der Wegelagerer in Haft genommen und es dürfte in Folge dessen die Ermittelung der Mitbetheiligten leicht gelingen. Dieser Fall steht aber nicht vereinzelt da, so wurde vor ganz kurzer Zeit in jener Gegend Abends ein jüdischer Handelsmann von seinem Wagen gezerrt und ebenfalls mit Prügeln schwer mißhandelt.

**Ein Stündchen in einer Antisemitenkneipe.** Unter dieser Ueberschrift giebt der „Berl. Ztg.“ von einem Augenzeugen, der, wie er schreibt, „in gewisser Hinsicht Antisemit ist“, die Schilderung eines Vorganges zu, der sich am 10. Oktober in einem Lokale dieser Art zugetragen hat und bezeichnend ist für die dort herrschende Rohheit: Allabendlich herrscht von 10—11 Uhr im Restaurant, Friedrich-Straße 125 große Fröhlichkeit, hervorgerufen durch ein Vokalconcert des Publikums, dirigirt vom Wirth unter Begleitung einer 7 Mann starken Capelle. Hauptsächlich verkehren dort Studenten, und der Radau-Antisemitismus hat sich in neuerer Zeit dort breit gemacht. Nachdem das schöne Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ stehend gesungen war, ertönten die üblichen Rufe „Juden raus“, „Immer rüber nach Palästina“ u. dergl. mehr. Es waren diese Rufe keinesfalls persönlich gemeint, nichtsdestoweniger stieg einem der beiden an unserem Tische sich befindlichen Herren die Röthe ins Gesicht, und als von einem Tische aus der Mitte des Saales die Rufe immer lauter wurden, ließ er sich verleiten, die vernehmlichen Worte „Esel“ u. dergl. hinüberzurufen. Von seinem Kameraden gebeten, sich ruhig zu verhalten, da er doch jetzt vor dem Examen stehe, äußerte er, daß ihm dies unter diesen Umständen gleichgiltig sei. Wir hatten also zwei jüdische Studenten vor uns, die sich, wie ich hervorheben muß, bisher sehr taktvoll und ruhig verhalten hatten. Aus dem Wortgefecht ging es bald zu Thaten über; der Herr von der Mitte der Tafel schleuderte nach unserem Tische ein Glas Bier aus, ohne indeß den jüdischen Herrn zu treffen. Er begoß namentlich eine am Nebentisch sitzende Dame, meinen Schwager u. A. Einer der jüdischen Studenten trat nun an den „gießenden“ Antisemiten, um ihm die Karte seines Freundes zu überbringen. Die Antwort war ein Schlag ins Gesicht mit der verkehrten Hand. Da die beiden Herren nunmehr einsahen, daß sie in dem Saale der Scene ein Ende machen mußten, gingen sie an ihren Tisch zurück, bezahlten in aller Ruhe ihre Zeche, zogen sich die Ueberröcke an und wandten sich zum Gehen, wobei sie sich verabredeten, den betreffenden Herrn vor der Thür abzuwarten. Es ertönte nun der Gesang: „Wenn die Juden wieder kommen, die werden schau'n, die werden verhau'n.“ Der Herr Wirth knitterte sich aus dem Concert-Programm eine Bombe, die er zur besseren Bethätigung seiner Gesinnung nachwarf.

Nach einer halben Stunde verließen auch wir das Lokal und fanden am Straßeneingang unsere beiden jüdischen Studenten wartend, umgeben von einer etwa achtzigköpfigen Menge. Die Haltung der Menge wurde immer bedenklicher, und einer der Studenten war wohl zum Polizei-Bureau geeilt. Ein versuchtes Gegenreden von unserer Seite, sowie die ruhigen Auseinandersetzungen des geschlagenen Studenten verhallten unberücksichtigt; es hieß nur: „Juden raus, haut sie u. s. w.“ Da plötzlich geschah etwas Unerwartetes: Ein wohlgefülltes Nachtgeschirr schlug mitten unter die Menge, in ungezählte Scherben zerspringend und seinen Inhalt im Fall ausgießend. Glücklicherweise war Niemand verletzt, nur die Mäntel u. dergl. waren naß geworden. Und nun geschah noch etwas Unerwartetes nach der halbstündlichen Straßenscene: Ein Schutzmann kommt und mit schnellem Griffe führt er den jüdischen Studenten nicht gar zu sanft fort.

---

## Vermischtes.

**Zum Fall Paasch.** Die „Conservative Correspondenz“ hatte in Nr. 105 vom 14. Oktober unter der Spitzmarke „Zum Fall Paasch“ einen Artikel veröffentlicht, welcher nach einer Darstellung jenes „Falles“ zu der Schlußfolgerung gelangt, daß in demselben ein Widerspruch der ärztlichen Gutachten und ein „Widerspruch in den verschiedenen richterlichen Erkenntnissen“ zu Tage getreten sei, welcher die Einheitlichkeit der Rechtsprechung vermissen lasse und zu Angriffen auf die Justiz- und Regierungsbehörden Veranlassung gebe. Sowohl die in diesem Artikel gegebene Sachdarstellung als auch die gezogenen Schlußfolgerungen werden in der „Nordd. Allg. Ztg“ vom 16. Oktober im Wesentlichen wie folgt berichtigt:

Es ist unrichtig, daß das hier schwebende Strafverfahren gegen Paasch wegen Geisteskrankheit desselben bereits eingestellt worden sei. Vielmehr ist aus diesem Grunde bisher nur die Entlassung des Genannten aus der gerichtlichen Haft verfügt, nachdem die Irrenärzte der Königlichen Charité ihn auf Grund der Prüfung des gesammten Materials und sechswöchiger Beobachtung für geisteskrank und unzurechnungsfähig — jetzt und zur Zeit der That — erklärt haben. Diesem Gutachten sind der später mit der Untersuchung des Paasch beauftragte polizeiliche Physicus und der ebenfalls gutachtlich gehörte Gerichtsphysicus in vollem Umfange beigetreten. Die endgültige Entscheidung über Einstellung des Verfahrens ist noch bis nach dem Eingange eines von der Staatsanwaltschaft erbetenen Obergutachtens des Medicinalcollegiums der Provinz Brandenburg ausgesetzt. Ueber die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten und die aus diesem Grunde zu treffenden Sicherheitsmaßregeln hat das Gericht bei seinem Beschlusse nicht befunden, weil diese Fragen nicht zu seiner Zuständigkeit, sondern zur Zuständigkeit der Polizei gehören. Die einige Tage nach der gerichtlichen Entlassung erfolgte Verbringung des Paasch in eine öffentliche Irrenanstalt ist nicht von einer Justizbehörde, sondern im Sicherheitsinteresse von der zuständigen Landespolizeibehörde angeordnet worden. Diese Anordnung gründet sich nicht nur auf das Gutachten des berufenen Polizeiphysicus, nach welchem Paasch wegen seiner Geisteskrankheit gemeingefährlich ist, sondern wird auch unterstützt durch die Aeußerung des zuständigen Oberarztes der Charité, welche dahin geht, daß der Zustand des Paasch ein derart gemeingefährlicher sei, daß seine Unterbringung in eine Irrenanstalt geboten erscheine.

**Der Antisemitismus als Prüfungsthema.** Die „Allg. Evang.-Luth. Kirchen-Ztg" schreibt: Unter den schriftlichen Aufgaben bei der diesjährigen theologischen Anstellungsprüfung in der Pfalz war für die Ethik als Thema gegeben: „Die rechtliche Stellung des Christen zu dem Judenthum und zu den einzelnen Juden ist darzulegen und zu erörtern, wie der sogenannte Antisemitismus in seinen verschiedenen Schattirungen vom Standpunkte der christlichen Ethik und nach den in der hl. Schrift gegebenen Winken zu beurtheilen sei." Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß der Antisemitismus zum Gegenstand einer theologischen Anstellungsprüfung gemacht wird.

**Zum Xantener Knabenmorde** meldet die „Köln. Ztg." aus Cleve unter dem 16. d. Mts Folgendes:

Die Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts macht bekannt, daß die unter dem 11. August 1891 erfolgte Ausschreibung einer Belohnung bis zu 1200 Mk. für die Entdeckung der Thäterschaft des an dem Knaben Hegemann zu Xanten verübten Mordes noch in voller Geltung ist, und ersucht dringend, jegliche zur Sache nur irgendwie dienliche Auskunft ihr umgehend mitzutheilen.

Ueber neue Ermittelungen nach dem Mörder wird der „Staatsbürgerzeitung" folgendes aus Xanten gemeldet: „Criminalcommissar Rautenberg aus Berlin, der am 6. September nach dem Niederrhein abreiste, hat die ersten Wochen zum Studium des vorliegenden Materials einschließlich der vorjährigen Gerichtsverhandlung benutzt. Jetzt ist Rautenberg augenscheinlich damit beschäftigt, Widersprüche in den Zeugenaussagen aufzuklären. Er geht in die Wohnungen, macht sich dort bekannt und stellt Verhöre an, thut dies jedoch stets im Beisein eines Polizeisergeanten. Es scheint, als ob der Commissar die Hauptthätigkeit auf die Bloßlegung verschiedener Meineide im Processe Buschoff verwendet, die bei den vielfach widersprechenden Aussagen vorzuliegen scheinen. So ist zwischen Mallmann und Keters augenblicklich eine Beleidigungsklage beim Gericht in Xanten anhängig. Im Proceß Buschoff hatte Mallmann behauptet, gesehen zu haben, daß Hermine Buschoff am Mordtage nachmittags gegen 3 Uhr, einen Gegenstand unter der Schürze tragend, nach Küppers Scheune gegangen sei. Keters will unter Beweis stellen, daß Mallmann an jenem Tage bis Nachmittags 4 Uhr bei Keters gewesen sei. An der Aufklärung dieses Umstandes scheint Rautenberg besonders zu arbeiten."

Der Xantener „Bote für Stadt und Land" bestätigt, daß in der letzten Zeit wieder Erhebungen und Vernehmungen vorgenommen worden sind. Was die Aussagen des Hauderers Mallmann im Proceß Buschoff betrifft, so dürfte, falls Mallmanns eidliche Behauptungen sich als irrig erweisen sollten, weniger ein Meineid als ein seltsamer psychologischer Fall vorliegen. Die Sachverständigen, voran Geheimrath Pelmann-Bonn, legten damals in der Verhandlung im Anschluß an Mallmanns Aussagen dar, daß oft Leute Erzähltes und nur Gehörtes solange geistig verarbeiten, bis sie glauben und sogar beschwören, es nicht gehört, sondern selbst erlebt und mit eigenen Augen gesehen zu haben.

## Aus Rußland.

(Schluß.)

Und wie sehr die vom Kulak etablirte „menschenfreundliche" Leibeigenschaft davon entfernt ist, eine bloß lokale Erscheinung zu sein, beweist zur Genüge der Umstand, daß wir sie, vom Azow'schen Meerbusen nordwest aufsteigend, an der Weichsel wieder finden. Das amtliche Organ des zarischen Statthalters in Kongreßpolen, der „Warszawsky Dnewnik" stimmt genau dieselbe Weise an und dessen wohlunterrichteter Gewährsmann zeigt uns*) anschaulich die Unsumme von Schaden, welchen die „Wohlthäter" in den 22 Wolosti (die russische Wolost ist ein Verband von Dörfern unter gemeinsamer Gerichtsbarkeit) des einen Kreises Bratzslaw anstiften:

„Rechnet man auf jede Wolost nur 5 Kulaki — es sind deren in der Wirklichkeit mehr — und nimmt man an, daß ein jeder derselben jährlich nur 20 Deßjätinen Land „umsetzt" d. i. kauft und wieder verkauft, was sicherlich viel zu niedrig gegriffen ist, so ergiebt sich ein wirthschaftlicher Schaden im Betrage von 27000 Rubeln, den die Bauern mit ihrem Schweiß zu bezahlen haben. Das macht aber genau die Hälfte des Jahresbudgets für den ganzen Kreis aus! . . Dazu kommen der grandiose Verlust an Zeit von Seiten der Bauern, deren moralische und materielle Abhängigkeit, die bedeutenden Ausgaben für die nicht zu umgehenden Bewirthungen in der Schenke, die beträchtlichen Gebühren für die amtliche Eintragung der Verträge und die zahllosen Forderungen von Seiten des Kulaks, die in den Verträgen gar nicht enthalten sind, die aber am Schenktisch mündlich ausbedungen worden und für den Bauer nicht minder bindend sind, als die geschriebenen Verträge. Ich bitte doch, versuchen Sie es einmal, alle diese „Kleinigkeiten", die sich unmöglich controliren lassen, zusammen zu addiren und Sie erhalten eine Unsumme von wirthschaftlichem Schaden, von der Sie entsetzt zurückschrecken müssen. . ."

Die „Peterburgskija Wjedomosti" (No. 238 vom 19. September) führen keinen Geringern ins Feld, als den gegenwärtigen Minister der Reichsdomänen und des Ackerbaues, A. S. Ermolow, der bezeugt, daß . . . „die Grundherren nicht im Geringsten Anstand daran nehmen, die Nothlage der Bauern zu mißbrauchen und zu ihrem persönlichen Vortheil auszunutzen". Es werden überall im Kreise schändliche Hungerlöhne gezahlt. Am Vorabend des Christfeiertages (Weihnachten), wenn der Bauer mit seiner Familie vor Frost und Hunger vergeht, ist er natürlich bereit, unter einen Vertrag das Kreuz zu setzen (in Ersatz seines Namens, den er nicht unterschreiben kann), der ihn zur Bearbeitung einer Deßjätine Land für sage zwei Rubel verpflichtet, während doch der Grundherr sehr wohl weiß, daß diese Arbeit im Sommer minimum mit 15 Rubeln zu bezahlen ist". Die „Wjedom." gönnen sich noch den Luxus auszurechnen, daß der so erpreßte Wucherzins 650 pCt. halbjährlich, oder 1300 pCt. jährlich ausmacht.

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Wir werden unseren Lesern noch weitere Auszüge aus dem interessanten Material liefern und begnügen uns für heute zu constatiren, daß der Jude unter den öffentlich in der Presse Angeklagten gänzlich fehlt.

*) Citirt aus dem „Woßchod" No. 36 vom 20. September.

## Briefkasten.

**M. L. in C.** Der Artikel „Die Juden bei Bismarck" ist der witzig sein sollende Text eines antisemitischen Bilderbogens. Wie konnten Sie nur annehmen, daß es ein Originalartikel sei? Originales werden Sie überhaupt blutwenig im dortigen Blättchen finden.

**Ein Abonnent in Kassel.** Anonyme Zusendungen finden keine Berücksichtigung.

**J. G. in Lipine.** Gewiß kann ein Jude in dieser Wissenschaft es zu etwas bringen, wenn er Tüchtiges leistet. Sie dürfen sich die Sache aber nicht so leicht vorstellen; akademische Vorbildung ist jedenfalls erforderlich.

**Abonnent in Ulm.** Das Blatt lügt; Horich ist nicht Jude.

**S. F. 20.** Derartige Berichte sind uns stets willkommen.

**W. L. in Gr.** Nur wenn Sie für die Richtigkeit einstehen; sonst nicht.

**Briefkasten der Expedition.**

Diejenigen, welche die Zusendung der „Mittheilungen" nicht mehr durch die Expedition wünschen und bei der Post abonniren, bitten wir, uns davon in Kenntniß zu setzen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 44.** **Berlin, den 29. Oktober.** **3. Jahrg. 1893.**

### Schutzverein gegen wucherische Ausbeutung des Volks.

Vor mehr als drei Jahren wurde auf Anregung von Mitgliedern unseres Vereins in Karlsruhe ein „Schutzverein gegen wucherische Ausbeutung des Volks" gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 1124, darunter eine stattliche Anzahl von Juden. Der uns vorliegende Jahresbericht 1892 beweist, wie segensreich der Verein gewirkt hat und legt die Mahnung nahe, auch in den übrigen Theilen Deutschlands ähnliche Vereine zu gründen, deren Ziele natürlich je nach den Schäden im Erwerbsleben in den betreffenden Provinzen wechseln müßten. Hier haben wir eine Abwehr, die positiv wirkt, indem sie statt aller antisemitischen Hetzblätter und Flugschriften den Bauer auf den rechten Pfad weist. Eine Reihe von Vereinen, so sagt der Jahresbericht (S. 4), ist im Entstehen begriffen und in Steyermark bereits ein ähnlicher gegründet, der mit dem badischen Landesverein in enge Berührung getreten ist.

Die Thätigkeit des Vereins ist mannigfaltiger Art. Zuerst achtet er auf die anstößige Art, in der Gewebewaaren durch Hausirer und Handelsreisende abgesetzt werden. Diese anstößige Art des Absatzes, heißt es S. 6f „dauert nach den aus einzelnen Bezirken einlaufenden Klagen zum Schaden der ländlichen Bevölkerung und zum Aergerniß der in kleinen Orten befindlichen Geschäftsleute fort, welche, um ihre Kundschaft nicht völlig zu verlieren, Lager von gleichen Waarengattungen zu halten gezwungen sind, aber mit ihrem Gewissen und gutem Namen es nicht verträglich finden, der nämlichen Mittel zur Erzielung eines Absatzes sich zu bedienen, durch deren Anwendung es manchen Hausirern und Geschäftsreisenden gelingen soll, ihre bedenklichen Waaren an den Mann zu bringen. Da allgemein gehaltene Klagen keine Handhabe zu weiterm Vorgehen bieten, um dem Uebel zu steuern, wurden nähere Erhebungen eingeleitet, welche noch nicht zum Abschluß gediehen sind. So viel scheint indessen jetzt schon festzustehen, daß für die landwirthschaftlichen Vereine der betreffenden Bezirke hier ein geeignetes Arbeitsfeld sich bieten dürfte, um durch fortgesetzte Belehrung ein Uebel zu bekämpfen, dessen schädliche Folgen vielfach mehr ins Gewicht fallen, als der Gewinn, welchen der eine oder andere mühsam errungene technische Fortschritt im landwirthschaftlichen Betrieb eindringt.

Hieher gehört auch das Bemühen einzelner Geschäftsreisenden, kleinen Schneidermeistern Vortheile vorzuspiegeln, welche ihnen durch Anlage von Tuch- und andern Hilfsstofflagern erwachsen würden; wenn dann schließlich, um der Zudringlichkeit los zu werden, wenigstens einmal mit commissionsweiser Anlage eines Waarenlagers ein Versuch gemacht werden wollte, wozu der Reisende die Hand zu bieten sich bereit erklärte und eine angeblich demgemäß lautende Urkunde unterzeichnet wurde, so stellte sich später, wenn die Waaren geliefert und einige Zeit nachher deren Bezahlung verlangt worden war, heraus, daß die Urkunde auf eine feste Bestellung lautete.

Die gleiche Sorglosigkeit bezüglich der Unterzeichnung von Urkunden, über deren Uebereinstimmung mit vorausgegangenen mündlichen Verhandlungen man sich nicht zuvor verläßigt hat, kehrt auch bei anderen Handelszweigen wieder.

Wiederholt wurde festgestellt, daß Unterschriften welche auf Ansuchen von Reisenden lediglich als Adresse gegeben waren, fälschlicher Weise hinterher zu nach Willkür vom Reisenden ausgefüllten Bestellzetteln verwendet worden sind.

Auch vor der Unvorsichtigkeit, eine von dem anderen Theil nur vorgelesene, von dem sich Verpflichtenden aber selbst nicht gelesene Urkunde zu unterzeichnen, muß ernstlich gewarnt werden.

Durch Herbeiführung strafgerichtlicher Verfolgung und anderweite theils gerichtliche theils außergerichtliche Behandlung wurde wohl eine hilfsame Abschreckung gegen ein solches Treiben bewirkt, auch einige Male dem Geschädigten ganz oder theilweise der Verlust wieder eingebracht.

Ferner wandte der Verein seine Aufmerksamkeit den Reisenden zu, die mit Ungarwein reisten. Oft waren es Firmen zweifelhaften Rufes. Dann kamen Klagen an den Verein über des Geschäftsgebahren der gegenseitigen Lebens-, Invaliditäts- und Unfalls-Versicherungs-Gesellschaft „Prometheus", gegen die „Thurgauer Pferde-Versicherungs-Gesellschaft", gegen die „Vaterländische Vieh-Versicherungsgesellschaft zu Dresden" u. a. m. Der Verein spricht angesichts der Erfahrungen, die er gemacht hat, die Hoffnung aus:

„Da im Lande so hervorragend zuverlässige und vertrauenswürdige Anstalten und Vorkehrungen für die Versicherung von Menschen und Thieren bestehen, erscheint es für Jeden, welchem das Wohl der kleinen Leute am Herzen liegt, die ja vielfach gar nicht im Stande sind, manchmal absichtlich dunkel gehaltene Satzungsbestimmungen fremder Gesellschaften richtig zu verstehen oder über die Zuverlässigkeit der letzteren sich zu unterrichten, beinahe als eine Pflicht, jene vor dem Eingehen von Geschäftsbeziehungen mit auswärtigen Gesellschaften, deren Solidität nicht offenkundig außer allem Zweifel steht, nachdrücklich zu warnen und ergeht namentlich an die Herren Vertrauensmänner des Vereins die nachdrückliche Bitte, in diesem Sinne wirken zu wollen. Im Nothfall ist der Vereinsvorstand bereit, nach Thunlichkeit Rath zu ertheilen."

Höchst wichtig war die Thätigkeit des Vereins bei Unregelmäßigkeit im Güterhandel und im Thierhandel, bei

Uebervortheilungen im Waarenverkehr und bei wucherischer Ausbeutung. Der Jahresbericht sagt darüber:

„Zu den Zeitungsberichten über die Häufigkeit von Unregelmäßigkeiten, wie sie im Güterhandel vorkommen sollen, steht die geringe Zahl bezüglicher Anzeigen bei dem Verein in keinem richtigen Verhältnisse, allein immerhin reicht jene hin, um darzuthun, wie sehr es wünschenswerth wäre, daß nicht selbst ein nur unbedachtes Wort dazu genügen kann, um über die Fortdauer liegenschaftlichen Besitzes einer Familie zu entscheiden oder dieselbe durch ein vielleicht Wohlstand und Frieden einer Familie gefährdendes Reugeld erkaufen zu müssen. Die Erwägung, ob nicht eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung anzustreben sei, ließ nach dem Verlaufe der früheren landständischen Berathungen dieser Frage eine bezügliche Anregung nicht als angezeigt erscheinen; immerhin bleibt es im Interesse der ländlichen Bevölkerung wünschenswerth, daß der Verkehr mit Liegenschaften an bestimmte Formen gebunden, ein bezüglicher Vertrag vor Allem erst durch schriftliche Abfassung rechtswirksam und mit einer dahin zielenden gesetzlichen Bestimmung, wie sie in dem Entwurf des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehen ist, nicht bis zu dessen Einführung zugewartet werde. Die strafgerichtliche Verfolgung von Güterhändlern in einem von dem Verein der Gr. Staatsanwaltschaft in Mosbach zur Anzeige gebrachten Falle mußte schließlich eingestellt werden, so wenig ernstlich auch die Worte eines Hofbesitzers gemeint waren, auf deren Grund hin die fraglichen Händler das Zustandekommen eines Kaufvertrages behaupteten, dessen Ausführung sie sofort so nachdrücklich ins Werk zu setzen suchten, daß der angebliche Verkäufer nur mit sehr beträchtlichen Opfern eine Vertragsauflösung zu erwirken vermocht hat.

In anderen Fällen ist es gelungen, den Vertrag gegen ein Reugeld rückgängig zu machen, dessen Betrag noch in richtigem Verhältnisse zu dem Maße von Unbesonnenheit steht, mit welchem der Handel abgeschlossen worden war.

Von den wenigen Anzeigen eigentlichen Creditwuchers betreffen einige solche Fälle, bei welchen der Abschluß des Creditgeschäfts zwar in die Zeit vor Erlassung des Reichsgesetzes vom 24. Mai 1880 fällt, die Ableitung wucherischer Ansprüche aus demselben zum Theil aber bis in die jüngste Zeit fortgesetzt wird. Da nun die Ansicht aufgestellt wird, daß für die Beurtheilung der Strafbarkeit lediglich der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses entscheidend sei, so mußte man sich auf gütliche Verhandlungen beschränken, welche in einem Falle auch zu einem ansehnlichen Nachlasse führten.

Andere gerichtlich anhängig gemachte Fälle sind zur Zeit noch anhängig.

Unter allen Anliegen, welche an den Verein gelangen, sind verhältnißmäßig am zahlreichsten diejenigen, welche den Thierhandel betreffen; es waren nur wenige, in welchen auf Grund der vorläufigen Erhebungen die Hilfe versagt bleiben mußte, dieselbe führte zu Verurtheilungen wegen Betrugs, mehrfach zu obsiegenden Urtheilen in vom Verein geführten Rechtsstreiten, in der überwiegenden Zahl von Fällen genügte es an Rathsertheilung oder gütlichen Verhandlungen mit den Schädigern, um einen befriedigenden Vergleich herbeizuführen; in einem einzigen Falle unterlag in den Rechtsstreite der Schützling des Vereins, da dessen Angaben durch die Beweiserhebungen keinerlei Bestätigung gefunden haben. Obgleich der Unterlegene von dem Vorwurf, leichtsinnige, unrichtige Behauptungen aufgestellt zu haben, nicht völlig freizusprechen war, wurde ihm dennoch aus Billigkeitsrücksichten, als einem Neuling im landwirthschaftlichen Betriebe zu den auf 307,72 Mk sich belaufenden Streitkosten eine Beihilfe gewährt.

Eine weittragende Bedeutung für die Bekämpfung der Mißstände, welche bei dem Viehhandel vorkommen, verspricht die in Folge der Anregung des Vereins vom Gr. Ministerium des Innern abgefaßte, als Flugschrift herausgegebene, auch durch den Verein verbreitete Belehrung: „Wie schützt man sich vor Uebervortheilung und Betrügereien im Viehhandel?“

Ueber den Erfolg dieser Belehrung fehlt z. B. noch eine zuverlässige Kenntniß; hätte man denselben nach dem Ergebnisse des Anerbietens des Vereins zu unentgeltlicher Lieferung von Vertragsformularen zu beurtheilen, so könnte derselbe, da von diesem Anerbieten kein Gebrauch gemacht und auch nicht bekannt wurde, daß für den Druck von Formularen von anderer Seite Sorge getragen worden ist, nicht hoch angeschlagen werden. Sei dem, wie ihm wolle, so wird es der Verein als eine ihm vorzugsweise obliegende Aufgabe zu betrachten haben, für eine ausgiebige Ausnützung des Seitens des Ministeriums gewährten Beistandes nachhaltig einzutreten. Viele von außerhalb Badens an den Verein gerichtete Anfragen zeugen davon, wie sehr die fragliche Arbeit auswärts geschätzt und dem Vorgehen des Vereins Beifall gezollt wird.

Weitere Erfahrungen werden zur Ergänzung der Belehrung führen; aus dem Kreise solcher Fälle sei beispielsweise erwähnt, daß es für die Absicht, eine Milch gebende Kuh zu erwerben, an dem üblichen Geding, das feil gebotene Stück müsse frischmelkend sein, nicht genügt, indem, wenn etwa in Folge einer nach dem Kalben eingetretenen, wenn auch zur Zeit des Kaufabschlusses bereits vorhandenen Krankheit die Kuh keine Milch liefert, eine Nichterfüllung des Gedings nicht als vorhanden angenommen wird. Weiter kommt es häufig vor, daß die unterbliebene Bedingung der Freiheit von Gewähr bei dem Verkauf eines offenbar nur noch zum Schlachten geeigneten und darum zu niedrigem Preise verkauften Stückes dazu ausgenützt wird, um durch Bedrohung mit einer Währschaftsklage, wiewohl der vorhandene Währschaftsfehler in keiner Weise die Fleischbeschaffenheit verringert, eine weitere Preisermäßigung herauszudrücken.

Es wird kaum einen anderen Zweig des Verkehrslebens geben, in welchem die Absicht, dem Proceßiren durch Proceßordnung und Gerichtskostengesetz entgegenzuarbeiten, so gründlich erreicht wird, wie bei dem Thierhandel, insbesondere an Gerichtsorten, an welchen Anwälte nicht niedergelassen sind; um so dringender ist dem kleinen Mann ausgiebige Hilfe von Seiten des Vereins angedeihen zu lassen, damit er nicht schutzlos der seine Existenz gefährdenden Ueberlegenheit geriebener Handelsleute preisgegeben sei. Der Ausführung eines aus ländlichem Kreise hervorgegangenen und sicher einem tief empfundenen Bedürfnisse entsprechenden Vorschlags, Marktcommissionen zu bestellen und durch diese auf den Märkten entstehende Streitigkeiten sofort entscheiden zu lassen, stehen, so heilsam auch eine solche Einrichtung wäre, vorerst nicht zu überwindende Schwierigkeiten entgegen.

Wie leicht minder Erfahrene durch Pferdehandel zu einer drückenden Schuldenlast und in bleibende Abhängigkeit von Händlern gerathen, weil sie von den in großer Zahl bestehenden Vorkehrungen zu solider Geldbeschaffung keinen Gebrauch machen, beweisen auf's Neue die dem Verein zur Anzeige gebrachten Fälle, in welchen zumeist das anfänglich niedere Aufgeld für ein eingetauschtes Pferd in Folge davon, daß, um endlich ein brauchbares Pferd zu erhalten, noch mehrere Pferde mit stets ansteigendem Aufgeld eingetauscht werden mußten, schließlich einen Betrag erreichte, um welchen der Betreffende sich wahrscheinlich nie entschlossen haben würde, ein Pferd zu kaufen, oder, wenn er vornherein ausgegeben worden wäre, jedenfalls ein Pferd von weit besserer Beschaffenheit hätte erworben werden können.

Wo in Folge Eintretens des Vereins eine Geneigtheit bestand, dem Verlangen desselben nach einer Beseitigung der Uebervortheilung Statt zu geben, scheiterte die einfachste Lösung, d. i. die Wiederherstellung des früheren Standes, zumeist daran, daß das von dem Händler ursprünglich übernommene Pferd bereits weiter verkauft war, was natürlich um so rascher geschieht, je größer die Uebervortheilung ist, oder daß das als gutes Zugpferd empfohlene Thier durch Ausschlagen sich verletzt hatte, so daß fast ohne Ausnahme die erwirkte Hilfe nur in Ermäßigung der Kaufpreisschuld bestand und immerhin eine empfindliche Einbuße zurückblieb, welche leicht den Ausgangspunkt für weitere Bewucherung bildet.

Bedauerlich bleibt übrigens, daß trotz aller Erfahrungen den Zusicherungen über bestimmte Eigenschaften eines Pferdes einfach Glauben geschenkt wird, statt daß man sich von deren Vorhandensein durch Proben überzeugt.

Die Führung eines Rechtsstreites fiel nirgends nöthig und vergeblich wurde die Vereinshülfe in keinem Falle angerufen.

Außer mit den voranstehend erwähnten Uebervortheilungen im Waarenverkehr hatte sich der Verein noch mit einer Reihe von andere Waarenzweige betreffenden Vorkommnissen zu befassen, in welchen sich die Hilfe des Vereins zumeist auf Belehrung und Warnung oder darauf zu beschränken hatte, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Sicherheitsorgane auf Ordnungswidrigkeiten zu lenken. Würden die mit dem Verkehrswesen und Waarenkunde wenig vertrauten Bevölkerungskreise sich mehr daran gewöhnen, nur mit ihnen bekannten Firmen ihre Geschäfte abzumachen, die Hilfe staatlicher Anstalten sich zu Nutze zu machen, oder den genossenschaftlichen Vereinigungen zur Beschaffung von Rohstoffen sich anzuschließen, so würde eine Masse von Uebervortheilungen, wie z. B. durch unbekannte Colporteure, welche Unterzeichnungslisten mit fälschlicher Weise beigesetzten Namen in Ansehen stehender Persönlichkeiten in Umlauf setzen, um damit zur Bestellung anzulocken oder auf Lieferungswerke zu höherem als dem Ladenpreise Bestellungen suchen, Uebervortheilungen im Handel mit künstlichen Düngern 2c. gar nicht mehr vorkommen können.

Eine große Gefahr der Uebervortheilung liegt auch darin, daß über Jahre lang fortgesetzte Waarenbezüge und zwischen hinein geleistete Abschlagszahlungen eine Abrechnung erst gepflogen wird, wenn einzelne Geschäftsvorgänge schwer mehr festzustellen sind. Die Seitens des Vereins erfolgte Hilfe durch Beigebung eines Rechnungsverständigen erwies sich für den Schuldner als sehr vortheilhaft. Durch das zu erwartende Reichsgesetz über die Einführung der Verpflichtung zu regelmäßiger Lieferung eines Rechnungsauszugs wird eine wesentliche Besserung herbeigeführt werden, damit aber das Bedürfniß nicht aufhören, die Schuldner durch Bezeichnung und eventuelle Aufstellung vertrauenswürdiger Rechnungsverständigen vor Uebervortheilungen bei der Abrechnung zu bewahren.

Durch zeitweilige Veröffentlichungen seiner Wahrnehmungen über schädliche Vorkommnisse in dem Geschäftsleben hat der Verein sich angelegen sein lassen, belehrend und warnend einzuwirken, was um so mehr sich empfiehlt, als gerade in den hier in Frage kommenden Fällen auf anderem Wege die nachtheiligen Folgen der Uebervortheilungen schwer abzuwenden oder auch nur zu mildern sind.

Zum Schlusse erübrigt noch eine Mittheilung über die Thätigkeit des Müllheimer Bezirksvereins. Nach dessen Geschäftsbericht mußte das in Folge zweier von ihm an die Staatsanwaltschaft gerichteten Anzeigen eingeleitete Strafverfahren eingestellt werden, weil die Geschädigten bei ihrer eidlichen Einvernahme die früher dem Verein gemachten Angaben nicht mehr mit voller Sicherheit aufrecht erhalten konnten. In einer größern Zahl anderer Fälle wurde zwar durch den Verein eine wucherische Ausbeutung festgestellt, allein es reichte nach der bestehenden Strafgesetzgebung der Thatbestand zu einer Strafverfolgung nicht hin; das Vorgehen des Vereins und die Bedrohung mit Erhebung von Rechtsstreiten auf Vereinskosten bestimmte den betreffenden Handelsmann zur Ermäßigung seiner Forderungen, theilweise um mehrere hundert Mark. Gerade auf Grund der hierbei gemachten Erfahrungen begrüßt der Verein aufs wärmste die dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Mißstände im Abzahlungsgeschäfte, der Einbeziehung des Sachwuchers in das Gebiet des Strafrechts und Einführung des Abrechnungszwangs. Im Uebrigen wird darauf hingewiesen, daß allein schon das Bestehen des Vereins und die mögliche Anrufung seines Beistandes heilsamen Einfluß auf die Verhütung der Ausbeutung einer Nothlage oder die nachträgliche freiwillige Herabminderung der erwucherten Vortheile übe.

Man muß dem Verein für seine Bemühungen die wärmste Anerkennung zollen. Er ist die positivste Abwehr gegen die Einseitigkeit, die sich Antisemitismus nennt, und verdient daher die Unterstützung jedes Einzelnen, dem die Wahrung eines ehrlichen und gesunden Erwerbslebens am Herzen liegt.*)

---

## Zur Naturgeschichte der Antisemitenpresse II**).

Ueber die antisemitische „**Badische Landpost**" schreibt der „Badische Landesbote" aus Karlsruhe vom 8. Oktober:

Der erbitterte Gegner der Wahrheit und des Anstandes ist immer noch das hier erscheinende fromme Blättchen der protestantischen Orthodoxen. Zwei neue Beweise dafür, daß es von Heuchelei und Unredlichkeit nicht lassen kann, liefert es in den Nummern 231 und 232 vom 4. und 5. Oktober. In der Nummer 231 bringt es die durch alle Zeitungen laufende (auch von uns gebrachte) Notiz über die unanständigen Beschimpfungen, welche einem in Frankfurt a. O. zu einer Reserveübung eingezogenen Reservisten, früheren Einjährig-Freiwilligen, jüdischer Confession in Hinblick auf sein religiöses Bekenntniß von einem Offizier des Regiments widerfahren sind.

Kein anständiger Mensch wird darüber im Zweifel sein, daß derartige Beschimpfungen als gemeine Rohheiten unter allen Umständen schärfsten Tadel und strenge Ahndung verdienen, weil sie einem wehrlosen Untergebenen wegen seiner confessionellen Zugehörigkeit, die doch wahrlich den vorgesetzten Militär Nichts angeht, die Ehre beschmutzen. Auch die „Landpost" findet es „sehr tadelnswerth."

Sie fährt jedoch fort:

„Ist die Geschichte überhaupt wahr, so wird höchst wahrscheinlich der jüdische Reservist eine Haltung beobachtet haben, durch die er seine Vorgesetzen zu derjenigen Behandlung herausforderte, die ihm zu Theil geworden ist."

Einige Zeilen weiter unten tritt an Stelle der höchsten Wahrscheinlichkeit schon die Gewißheit:

„Wir hoffen, daß der Fall untersucht werden wird, alsdann wird sich gewiß herausstellen, daß der schlecht behandelte jüdische Reservist auch ein schlechter Soldat gewesen ist."

Die „Landpost" weiß von dem Falle nichts, als daß der Reservist als Jude beschimpft worden, sie hält es aber in ihrer christlich-conservativen Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit für höchst wahrscheinlich, daß der Beschimpfte diese Beschimpfungen herausforderte und für gewiß, daß der jüdische Reservist auch ein schlechter Soldat gewesen. Nehmen wir an, es wäre über eine am Bau der pietistischen Sittlichkeit besonders thätige Kraft das Gerücht verbreitet, ihre Hände thäten nicht, was der Mund spricht; sie predige öffentlich Wasser und trinke heimlich Wein. Nehmen wir weiter an, diese erweckliche und erbauliche Geschichte wäre uns zu Ohren gekommen, wir würden sie berichten und würden bemerken:

„Ist die Geschichte überhaupt wahr, so wird höchst wahrscheinlich der glaubensstarke Mann eine Haltung beobachtet haben, durch die er das Gerücht herausforderte, das über ihn verbreitet worden ist."

und einige Zeilen weiter unten:

„Wir hoffen, daß der Fall untersucht werden wird, alsdann

---

*) Der Jahresbeitrag ist auf nur 1 Mk. festgesetzt.

**) In voriger Nummer haben wir die „Ulmer Schnellpost" gebührend beleuchtet. Die Einsender jenes Artikels haben mit ungemein dankenswerther Aufmerksamkeit das Treiben dieses Blättchens verfolgt und uns jenen Beitrag zur Verfügung gestellt. Wenn wir von allen Seiten in gleicher Weise unterstützt würden, ließe sich ungleich mehr erreichen. — Wir werden von Zeit zu Zeit das Treiben der Antisemitenpresse durch ähnliche Beispiele an den Pranger stellen!

wird sich gewiß herausstellen, daß der übel berufene theuere Gottesmann auch ein schlechter Christ ist."

Was würde die derzeitige Redaction der „Bad. Landpost" über eine solche Behandlung des Falles denken? Sie würde die Art der Besprechung sicherlich gehässig und unwahrhaftig im höchsten Grade finden. Und doch wäre sie keine andere als die Behandlung des „jüdischen Rerserviften" durch die „Landpost".

Eine gemeine Fälschung begeht das Pachtblättchen frommer Sittlichkeit in Nr. 232 in einer Notiz über den Uebergang des Eigenthums der „Frankfurter Ztg." an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Es sagt:

„An der Spitze der gestrigen Morgennummer der Frankfurter Zeitung" findet sich folgende Anzeige:"

und bringt alsdann die Anzeige in Anführungszeichen. Dabei unterschlägt es aber den ganzen Passus über den Aufsichtsrath, in welchen unter Andern die Herren Kaufmann Wilhelm Bücking und Reichstagsabgeordneter Friedrich Payer, gute Christen, berufen wurden, um sagen zu können:

„Die Eintragung erfolgte mit zwei Millionen und die obengenannten Leute, an ihrer Spitze Herr Sonnemann, sind lauter Juden. Und da sage Einer, es gäbe keine Judenpresse."

Es ist kaum glaublich, daß ein Blättchen von dieser Niedertracht auf dem Boden zahlreicher evangelischer Pfarrhäuser seine Existenz fristet.

Besonders bemerkenswerth ist, daß Herr **Adam Röder**, unter dessen Redaction das Blatt Alles dieses leistet, bei der „Frankfurter Zeitung", dieser „Judenpresse", längere Zeit emsig, eifrig und überzeugungsvoll sein tägliches Brod verdiente."

## Conservative und Radau-Antisemiten.

Vor kaum zwei Monaten schrieb der conservative „Reichsbote" über den „demagogischen Geschäfts-Antisemitismus":

„**Zwischen ihm und der conservativen Partei kann es keine Verständigung geben**; sie sind nicht im mindesten verwandt, sondern in der ganzen Welt- und Lebensanschauung einander diametral entgegengesetzt. Daß dieser Radikalismus seine **Demagogenblouse mit conservativen Flicken besetzt** hat, darf Niemand täuschen und wird bald Niemand mehr täuschen. Der Conservative neigt von Haus aus zu einer gewissen Vornehmheit auch in den Formen des Kampfes. Das ist gut und schön. Die Formen mögen immerhin fein und nobel bleiben, aber mit der wünschenswerthen Schärfe muß der Kampf geführt werden. Oder sollen wir ruhig zuhören, wie unsere tüchtigsten Führer, wie beispielsweise ein Stöcker verlästert und beschimpft wird, von Leuten und anderen christlich gesinnten Gegnern des Judenthums, bei denen das, was bei Stöcker heiliger Ernst ist, nichts als Geschäftssinn und Streberthum ist? Das wäre falsch. Dem Volke müssen diese neuesten Propheten in ihrem wahren Lichte gezeigt werden, die **Maske muß ihnen vom Gesichte gerissen** werden, damit man das wahre Antlitz schaue."

Und was geschieht heute? Frhr. v. Manteuffel, der Führer der conservativen Partei, tritt für ein Bündniß der Conservativen und der antisemitischen Demagogen Berlins ein, ja, er befürwortet in öffentlicher Versammlung die Candidatur Dr. Bachler's, des Redacteurs des Ahlwardt-Organs. Und wie der eingefleischteste Rassenantisemit ließ Herr v. Manteuffel am 20. Oktober in Martens Saal — es ist das derselbe Saal, in welchem sich die Skandalscenen zwischen den Ahlwardtianern und der Stöckerpartei abspielten — sich vernehmen: Als Germane könne man keinen Juden als Deutschen anerkennen und müsse man unbedingt Antisemit sein, weil die jüdische Rasse jedem Deutschen unangenehm sei 2c.

Auf Tivoli gaben die Conservativen vor, eine Scheidung zwischen sich und den „reinen" Antisemiten vornehmen zu wollen. Im Reichstage betheiligte sich Frhr. v. Manteuffel als Wortführer der conservativen Fraction an der moralischen Hinrichtung Ahlwordts, was ihn freilich nicht hinderte, bald darauf anläßlich der Reichstagswahlen persönlich mit Ahlwardt zu unterhandeln und ihm die Hand zu drücken. Mehr als einmal erklärten Stöcker und andere conservative Abgeordnete, der Ahlwardtismus sei schlimmer als die Sozialdemokratie und — jetzt sehen wir in der Reichshauptstadt die mit ihrer Vornehmheit und ihrer Königstreue sich brüstenden Conservativen Arm in Arm mit den Genossen Ahlwardts.

Fürwahr, nirgends in unserem Parteileben ist eine solche Summe von Heuchelei zu finden, wie bei den Ahlwardt-Conservativen. Darum gilt von ihnen das Wort, welches der „Reichsbote" auf die „demagogischen Geschäftsantisemiten" anwendet:

„**Dem Volke müssen diese Propheten in ihrem wahren Lichte gezeigt werden, die Maske muß ihnen vom Gesicht gerissen werden, damit man das wahre Antlitz schaue.**"

## Von den christlich-jüdischen Mischehen.

In der letzten Brandenburgischen Provinzial-Synode hat Syn. Lic. Plath den Antrag gestellt, „daß das Kirchenregiment der preußischen Landeskirche gebeten werde, bei der auch von anderen Provinzialsynoden beantragten Revision des kirchlichen Zuchtgesetzes besonders auch darauf Bedacht zu nehmen, durch welche Maßnahmen dem Ueberhandnehmen christlich-jüdischer Mischehen wirksamer als bisher Einhalt geboten werden könne, und wie Christen und Christinnen, die beklagenswerther Weise eine solche einzugehen beabsichtigen, kirchlich zu behandeln seien." Mit großer Mehrheit wurde dieser Antrag angenommen. Gegen diesen Antrag waren Kammergerichtsrath Schröder und Hofprediger Rogge, dafür u. a. auch Stöcker. Am schärfsten sprach sich Hofprediger Wendland aus Potsdam aus. Er bezeichnete eine Mischehe zwischen Juden und Christen als „eine vollkommene Unnatur". Er begreife nicht, wie in einer solchen Ehe von einer sittlichen Erziehung die Rede sein kann. Die Ursache solcher Ehen sei meist „Sinnlichkeit und Geldgier".

Dieses Geständniß eines christlich-orthodoxen Fanatikers ist von höchstem Interesse. Er beweist, daß aus dem religiösen Antisemitismus ein Rassenantisemitismus geworden ist, den die frommen Herren, obenan Stöcker, so oft in Acht und Bann gethan haben. Der Antrag Plath will eine Schranke wieder errichten, welche seit der Emanzipation der Juden niedergerissen worden ist. Um über den Werth von Mischehen urtheilen zu können, hat man sowohl ihre ethischen wie ihren physiologischen Werth zu untersuchen. Niemand wird behaupten können, daß die Ethik des Judenthums minderwerthig ist und unter der des Christenthums steht. Eine Mischehe wird seine sittlichen Aufgaben nur erfüllen, wenn beide Theile sittliche Menschen sind. Sind in einer rein christlichen oder rein jüdischen Ehe ein Theil oder beide sittlich angekränkelt, dann ist die Ehe trotz des beiden Theilen gemeinsamen Religionsbekenntnisses durch und durch schlecht und unsittlich. Man vergißt eben, daß alle Aufgaben der Ehe nichts mit Confession zu thun haben, sondern mit Religion und Ethik. Die Frage nach den physischen Folgen christlich-jüdischer Mischehen ist wissenschaftlich noch offen, wie die Frage der Mischehen überhaupt. Ein Theil der Anthropologen erklärt sie für einen Segen, ein anderer für einen Unsegen. Wir kommen darauf noch zurück. Für uns ist jedenfalls der Standpunkt, der in dem Plath'schen Antrag niedergelegt ist, mit aller Kraft zu bekämpfen. Wir wissen freilich, daß die jüdische Orthodoxie der christ-

lichen die Hand reicht in der Bekämpfung der Mischehen. Wie anläßlich des Zedlitz'schen Volksschulgesetzes christliche und jüdische Orthodoxie für die confessionelle Volksschule gemeinsam eintraten, so werden auch hier beide die Mischehen nach allen Kräften zu hindern suchen. Aber jede Orthodoxie ist von Uebel. Um Christen und Juden einander näher zu bringen, ist die Mischehe das vorzüglichste Mittel. Der moderne Gedanke ist nicht Trennung, sondern Annäherung der religiösen Gegensätze. Diese Erkenntniß sollen sich Christ und Jude von keinem Pastor oder Rabbi rauben lassen.

## Der Antisemitismus in der Schule.

Aus Schönebeck wird uns geschrieben:

„Es existirt hier ein ausschließlich aus Lehrern bestehender wissenschaftlicher Verein, dessen Vorsitzender der Rektor der Knabenschule (Theologe) K. ist. In einer Versammlung, in der über Neuanschaffung von Büchern berathen wurde, wurde von einem Lehrer „Das Leben der Seele" von Prof. Dr. M. Lazarus vorgeschlagen. Darauf der Vorsitzende: „Ja, aber können wir nicht ohne Lazarus auskommen?"

Ein Commentar ist wohl überflüssig. Dem Vorsitzenden eines wissenschaftlichen Vereins kommt es also bei Anschaffung von Büchern für den Verein nicht so sehr auf den wissenschaftlichen Werth des Buches, als auf die Confession des Verfassers an. Daß das in Vorschlag gebrachte Werk sich aus anderen Gründen nicht für den gedachten Zweck eignet, hat er nicht behaupten können.

Ueber denselben Rektor noch Folgendes: In der hiesigen jüdischen Gemeinde ist ein junger, seminaristisch gebildeter Lehrer, Namens St. angestellt. Dieser erfreut sich eines sehr guten Rufes und hat gewiß keinen Feind. Die hiesigen christlichen Lehrer verkehren sehr gern und viel mit ihm, mit einigen ist er sogar enger befreundet. Das paßt natürlich dem Herrn Rektor K. nicht. Bei irgend einer passenden oder unpassenden Gelegenheit machte er den Lehrern seiner Schule (städtische Knabenschule) Vorhaltungen darüber; er begreife nicht, wie sie mit diesem Herrn verkehren könnten. Der Herr Rektor kennt diesen jüdischen Lehrer nicht näher. Die Lehrer, obwohl Untergebene des Rektors, verkehren nach wie vor mit dem jüdischen Lehrer."

Aus Abonnentenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

„In Nr. 38 Ihres Blattes brachten Sie eine Notiz der „Frkf. Ztg." betreffend die Vorgänge auf dem Realgymnasium in Dortmund. Hierzu möchte ich folgendes bemerken: Auf der Anstalt befindet sich ein Oberlehrer B., Vorsitzender des dortigen antisemitischen Vereins, der es mit der Würde seines Berufes vereinbar zu finden glaubte, in der Schule seine Theorien vor den Schülern zu predigen. Ein jüdischer Schüler war den fortwährenden Insulten Seitens des Antisemitenapostels derart ausgesetzt, daß seine Eltern sich genöthigt sahen, ihn von der Schule fortzunehmen. Die Angelegenheit wurde vor das Provinzialschulcollegium zu Münster gebracht, welches nach Untersuchung des Falles den Lehrer vorläufig vom Dienste suspendirte."

Aus Kattowitz berichtet die „Staatsbürgerztg.", daß die dortige Schuldeputation einen Lehrer jüdischer Confession, Dr. Fischer, zum Rektor der höheren Mädchenschule, einer Simultanschule, gewählt habe, was verschiedene christliche Familien veranlaßte, bei der Regierung in Oppeln Protest gegen die Wahl eines jüdischen Rektors zu erheben und zu bitten, dieser Wahl die Bestätigung zu versagen.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Zu den preußischen Landtagswahlen.** Stöcker candidirt definitiv in Minden-Lübbecke. — In Neustettin-Belgard ist aus dem conservativ-antisemitischen Compromiß nichts geworden; die Conservativen haben zwei eigene Candidaten aufgestellt.

Aus dem Wahlkreise Inowrazlaw-Schubin läßt sich die „Hannov. Post" berichten, daß die wiederum als Candidaten proclamirten bisherigen Abgg. Regierungspräsident von Tiedemann (in dem antisemitischen Blatte heißt er Friedemann, offenbar um ihn als Judensprößling zu kennzeichnen) und Amtsrath Seer unaufgefordert ausdrücklich erklärt haben, daß sie entschiedene Gegner des Antisemitismus seien. „Es ist freilich betrübend — fügt die „Han. Post" hinzu —, daß die deutschen Candidaten des hiesigen Landtagswahlbezirks der jüdischen Stimmen benöthigen, um erfolgreich gegen die polnischen Candidaten auftreten zu können."

Das sind Krokodilsthränen. Was liegt dem Organ des Herrn Abg. Leuß, des großen Polenfreundes, an einem „erfolgreichen Auftreten gegen die polnischen Candidaten"! —

**Bei den sächsischen Landtagsergänzungswahlen** wurden zwei deutschsoziale Antisemiten gewählt: der Patentanwalt Theuerkorn im ersten Wahlkreise der Stadt Chemnitz mit 3574 gegen 3269 sozialdemokratische und 469 freisinnige Stimmen; der Kaufmann Max Schubert in Zschopau-Marienberg mit 1143 gegen 798 nationalliberale und 220 sozialdemokratische Stimmen. — Die antisemitischen „Reformer" gingen leer aus. In Dresden V fehlten ihnen nur wenige Stimmen zum Siege. Es erhielt nämlich der antis. Candidat 1487, der sozialdemokratische 1540, der conservative 749 Stimmen. Der Wahlkreis war bisher conservativ vertreten. — Die bei den Wahlen insgesammt abgegebene Stimmen vertheilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 35 500 (gegen 19 400 bei der früheren Wahl), Conservative 34 000 (35 000), Antisemiten 12 300, Nationalliberale 9 300 (2 900), Fortschrittler 4 400 (12 600), Deutschfreisinnige 3 800 (7 700). — Mit den Abgg. Theuerkorn und Schubert halten die ersten Antisemiten ihren Einzug in die sächsische Kammer.

**Gegen den Reichstagsabg. Professor Dr. Paul Förster,** sowie gegen den Redacteur Dedo Müller aus der „Staatsbürger-Ztg.", stand dieser Tage vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I Termin wegen Beleidigung durch die Presse an. Es handelte sich um eine Kritik des Buschhoff-Prozesses, die Prof. Förster gelegentlich eines öffentlichen Vortrages ausübte und die in einem Bericht in der „Staatsbürger-Ztg." wiedergegeben wurde. In Theilen dieser Kritik findet die Anklage Beleidigungen des Ersten Staatsanwalts Baumgart und des Landgerichtsraths Brixius zu Cleve. Es kam nicht zur Verhandlung, da Professor Förster ein Krankheitsattest eingereicht hatte.

**Vom Abg. Prof. Paul Förster** wußte man in der letzten Zeit nicht mehr, welcher der beiden antisemitischen Richtungen er eigentlich angehört. Er scheint sich darüber selber nicht klar gewesen zu sein. Ursprünglich eine Zierde der Deutschsozialen hielt, sich Herr Förster später zu den Böckelianern. Mit Ahlwardt verband ihn bekanntlich die engste Freundschaft und Gesinnungsverwandtschaft schon zu einer Zeit, da dieser von Böckel als ein Schwindler schlimmster Sorte bezeichnet wurde. Jetzt haben ihm die Deutschsozialen den Stuhl vor die Thür gesetzt. Die kürzlich in Kassel abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung der deutschsozialen Partei hatte ihm folgende Erklärung übermittelt:

„Im Hinblick auf die unsere Partei beschimpfenden Berathungen und Entschließungen des Marburger Parteitages halten wir es mit der Ehre unserer Partei und mit den Pflichten eines ihrer Abgeordneten für unvereinbar, daß ein solcher der Deutschen Reformpartei beitritt. Sollten Sie an Ihrem Entschluß, sich letzterer Partei als Hospitant anzuschließen, festhalten, worüber wir Sie bitten, dem unterzeichneten Dr. König baldigst Nachricht zugehen zu lassen, so würden wir zu unserm Bedauern annehmen müssen, daß Sie darauf verzichten, unserer Partei ferner anzugehören."

Förster hat nunmehr dieses Schreiben mit seinem Austritt aus der deutschsozialen Partei beantwortet; doch will er „nicht aufhören, die Aufgabe der Einigung aller antisemitischen Richtungen weiter zu erfüllen."

**In dem Prozeß gegen Ahlwardt** wegen Beleidigung des Beamtenthums und der preußischen Richter, begangen in einer Rede in Essen, hat das **Reichsgericht** am 24. Oktober, dem Antrage des Reichsanwalts entsprechend, auf Aufhebug des gegen Ahlwardt von der Strafkammer gefällten, auf 3 Monate Gefängniß lautenden Urtheils und Zurückweisung der Sache an die Vorinstanz erkannt, weil die Verlesung des Leumundszeugnisses über den Polizeicommissarius Gauck in der Verhandlung am 27. Juni nicht zulässig gewesen sei.

**Carl Paasch und Oberlehrer Dr. Serres.** Am 17. Mai war Carl Paasch zu fünfzehn Monaten Gefängniß verurtheilt worden, wegen Beleidigung des Justizministers v Schelling, des Legationsrathes v. Eichhorn u. a. Im Falle Eichhorn hatte Paasch alle Nachrichten über diesen Herrn von Dr. Serres aus Minden. Wie die Verhandlung ergab, hatte Paasch bona fide gehandelt, weil er sich auf Dr. Serres Aussagen verlassen hatte; nach der Beweisaufnahme gab er zu, daß er sich im Falle Eichhorn geirrt hätte. Jetzt ist ein Brief von Dr. Serres zur Veröffentlichung gelangt, der in der That Pasch noch mehr entlastet, aber Dr. Serres belastet. In der „Staatsb. Ztg." vom 17. Okt. (Abends) war er abgedruckt. Er lautet:

„Minden, 13. April 1892. Verehrter Herr Paasch! Endlich komme ich dazu, Ihnen zu danken für die verschiedenen freundlichen Sendungen, die ich mit lebhaftem Interesse gelesen habe. In einem der Hefte beschäftigen Sie Sich mit Eichhorn; hoffentlich ist der dort erwähnte Fall nicht der unsrige; denn dieser verhält sich anders. E. behauptete meinem Vater gegenüber, er habe versäumt, zu rechter Zeit das für einen Kirchen- oder Schulbau nöthige Geld anzuweisen, müsse es daher sofort beschaffen durch die Sparkasse, brauche zwei Bürgen, es sei reine Formsache &c. Natürlich war der eine Bürge ein bald bankerotter Kaufmann, mein Vater blieb mit der Bürgschaft hängen. Später stellte mir E. eine Bescheinigung aus, diese Schuld sei eine Ehrenschuld. Diesen Schein lockte E. meinem Bruder ab mit dem Versprechen, die Summe zurückzuzahlen, handelte auch noch die 10—12 jährigen Zinsen ab. Natürlich schickte E. Sohn, nachdem er den Schein erhalten hatte, kein Geld. Mein Bruder will ein Gesuch an den Kaiser richten — ich halte es für aussichtslos. Inzwischen scheint Ihr Freund Brandt uns ja in China in gewohnter Weise zu vertreten. Wir können mit Stephan Blackpool in Dicken's Hard Times sagen It's all in a muddle und ich habe keine Hoffnung mehr, daß wir aus demselben herauskommen, trotz aller großen Anstrengungen unseres tapferen Paasch, Wadersbarth &c. In aller Verehrung Ihr Ew. Serres."

Auf diesen Brief antwortete Dr. Serres in der „Hannov. Post" vom 22. d. M. mit folgender **Erklärung**:

Herr Carl Paasch läßt in der „Staatsbürger-Ztg." Nr. 488 a. a. einen von mir an ihn gerichteten Brief veröffentlichen.

Durch diesen lange nach Erscheinen seiner letzten Broschüre geschriebenen Privatbrief soll bewiesen werden, daß Herr P. berechtigt gewesen sei, in seinem letzten Prozesse Aussagen von mir zu erwarten, die ihm eine Milderung der Bestrafung erwirkt haben würden.

Ich verlange jetzt hiermit, daß auch meine früheren an Herrn Paasch gerichteten Privatbriefe veröffentlicht werden; dann wird sich zeigen, daß Herr Paasch garnicht in der Lage war, sich auf von mir erhaltene Mittheilungen berufen zu dürfen.

Minden, den 20. Oktober 1893.

Dr. Serres.

**Dt. Krone,** 22. Oktober. Die gestern Abend von den antisemitischen Landtagscandidaten für den Wahlkreis Flatow-Dt. Krone, Dr. Schnutz aus Hannover und v. Mosch aus Steglitz einberufene Wählerversammlung wurde, als v. Mosch in heftiger Weise die Juden angriff, von Herrn Bürgermeister Müller auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches aufgelöst.

**Die Antisemiten unter sich.** Im Böckel'schen „Reichsherold" vom 20. Oktober lesen wir:

„Der Möbelfabrikant Hamann, Vorsitzender des Bezirksvereins Prenzlauer Vorstadt, hat uns durch den Rechtsanwalt Dr. Max Rosenthal verklagen lassen. Der Vorsitzende eines antisemitischen Vereins, vertreten durch einen Juden gegen Antisemiten. Ein Beitrag zum Berliner Antisemitismus! —"

**Eine antisemitische Heldenthat.** Aus Hamburg wird uns geschrieben:

In wie nobler und aufopfernder Weise in Hamburg würdige Genossen antisemitische Propaganda treiben, zeigt folgender Vorfall: In der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober wurde bei dem hochbejahrten Herrn L. ein Einbruch verübt, wobei auf die Thüren der Zimmer mit einem Stempel der bekannte antisemitische Warnungsruf: „Deutsche, hütet Euch vor Juden" aufgedrückt wurde. Daß bei dem so verdienstvollen Werke auch viele Silbersachen abhanden gekommen sind, ist sicher nur ein unglücklicher Zufall, der wohl mit der Großthat selbst in keinem Zusammenhange steht.

**Zur Kennzeichnung der antisemitischen Rowdies** theilt dem „Vorwärts" ein Leser einen Vorfall mit, der sich am Dienstag Abend am Schlesischen Bahnhof in Berlin zutrug. Nach dieser Station fuhr ein jüdischer Händler in einem Stadtbahnwagen dritter Klasse, in dem sich einige antisemitische Rüpel befanden. Die Burschen fielen mit den Worten Lumpenhund, stänkeriger Jude, Blutsauger über den Mann her, was zur Folge hatte, daß einige Arbeiter, die sich im Wagen befanden, dem Unfug steuerten. Die Bengel verhielten sich auch bis zum Anhalten des Zuges ruhig, doch gleich nachdem der Händler aus dem Wagen gestiegen, wurde er verfolgt und in der Koppenstraße mit einem Stock zu Boden geschlagen. Nachdem die Heldenthat vollbracht war, nahmen die Rowdies natürlich Reißaus. Glücklicherweise blieb der Siegeslohn nicht aus, denn einige Arbeiter, die die Affäre beobachtet hatten, verfolgten die Vertreter modernen Germanenthums und ertheilten ihnen, als sie in der Langenstraße eingeholt waren, eine derartige Lection, daß sie zu künftigen Bethätigungen ihres Teutschthums kaum noch Lust verspüren dürften.

**Würzburg,** 19. Oktober. Der Unfug, welchen ein Student jüngst dadurch verübte, daß er aus einer Chaise Zettel mit der Aufschrift: „Kauft nicht bei Juden" an Schulkinder vertheilte, trug demselben, wie der hiesige „Generalanzeiger" berichtet, vier Tage Gefängniß ein.

**Der berüchtigte Ritualmord-Antisemit Paulus Meyer** ist in Wien wegen einer im Gefängniß begangenen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten schweren Kerkers verurtheilt worden.

## Vermischtes.

**Zum Kapitel der Namensänderungen.** Den Kaufleuten Samuel und Emil Schmul in Schneidemühl war die Genehmigung ertheilt worden, den Namen „Götze" zu führen. Wegen dieser Namensänderung wurde der Assistenzarzt Dr. Rudolf Götze in Würzburg, wie er der „Tägl. Rundschau" mittheilte, mit noch 26 Trägern des Namens Götze und Götz bei dem Staatsminister Grafen Eulenburg und dem Regierungspräsidenten in Bromberg in Eingaben vorstellig, in denen u. a. ausgeführt worden war, daß es jedem rechtschaffenen christlichen Deutschen unverständlich sei, daß einerseits jemand den ihm bisher eigenthümlichen Namen ablegen wolle und daß andererseits gerade sein Name diesem zuerkannt werden könne zu dem ausgesprochenen Zwecke, die jüdische Abkunft zu verdecken und dem Geschäfte damit aufzuhelfen. — Die Kaufleute Schmul erwiderten in einem in ironischem, höhnischem Tone gehaltenen Schreiben an Dr. Götze u. a., daß nicht materielle, sondern formale Beweggründe sie zu der Namensänderung veranlaßt hätten. Dr. Götze hat den Briefwechsel in der „Tägl. Rundschau" veröffentlicht.

Hierzu wird uns nun aus Frankfurt a. M. geschrieben:

Die „Tägliche Rundschau" unterbreitete jüngst in der Sache der Namensänderung Schmul in Götze zwei Briefe dem öffentlichen Urtheil. Gestatten Sie denn gütigst, daß ich hieran auch das meinige knüpfe.

Namensänderungen sind weder neu, noch ungewöhnlich. Sie treten wohl meistens dann ein, wenn der Träger eines Namens unangenehme Erinnerungen oder unangenehme Folgen irgend welcher Art vermeiden möchte. Manchmal freilich ist auch ein ästhetischer Grund maßgebend.

So lange die Juden in strenger Abgeschlossenheit vom öffentlichen Leben gehalten wurden, konnten ihnen Namen wie Schmul und ähnliche gefallen oder doch gleichgültig sein,

nachdem sie mit der allgemeinen modernen Bildung auch einen besseren Geschmack bekommen haben, kann ihnen ein solcher Name nicht mehr schön vorkommen. Was ist also dagegen einzuwenden, wenn ihn sein Träger ablegen will? Ja, es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn er jetzt, wo die Wahl bei ihm steht, einen Namen von deutschem Klange wählt, statt eines alttestamentlichen, und auch in dieser Beziehung zu erkennen giebt, daß er ein Deutscher ist und sein will.*) Aber gerade das nehmen ihm die Antisemiten übel; sie reden der Welt immer wieder vor, der israelitische Deutsche sei kein Deutscher, sondern ein Fremder, ein „Eindringling". Wenn es nach ihnen ginge, dann müßten alle Juden von Staatswegen solche Namen annehmen, die sie sofort als Juden kenntlich machen, um sie sofort und ausnahmslos allen antisemitischen Unbilden auszusetzen. Thatsächlich hat denn auch die vielbesprochene Namensänderung in erster Reihe keiner ästhetischen Betrachtung, sondern dem letztgenannten Grunde ihren Ursprung zu verdanken; und nicht die Gebrüder Schmul, sondern der Antisemitismus selbst ist hierfür verantwortlich zu machen.

Was nun aber den Namen Götze anlangt, so erinnere ich mich ihn sowohl bei Christen als bei Juden angetroffen zu haben, wie denn auch der (ebenso geschmacklose wie überflüssige) Brief des Herrn Schmul in Bromberg angiebt, daß der Name in ihrer Familie öfter vorkam. Thatsächlich kann es dem Herrn Dr. Götze in Würzburg ganz gleichgültig sein, ob in Schneidemühl ein Jude Namens Götze wohnt, oder nicht. Eine Verwechselung ist doch völlig ausgeschlossen. Ueberdies waren wir immer der Meinung, daß nicht der Name den Menschen, sondern der Mensch seinen Namen zu Ehren bringen muß.

Dr. K.

**Jüdische Soldaten.** Im November 1870 brachten die gelesensten Zeitungen, auch solche, die heute stark im Antisemitismus machen, folgende Notiz:

„Eisernes Kreuz. Die Religion hat auf die Kriegstüchtigkeit der Menschen keinen Einfluß und haben dies die deutschen Juden in den Freiheitskriegen von 1813—15 bereits gründlich widerlegt. Wie sie auch in dem jetzigen Feldzuge anderen nicht nachstehen, zeigt, daß der Unteroffizier Hermann Lichtenstein vom Königl. Sächs. Infanterie-Regiment Nr. 106 nicht nur mit dem eisernen Kreuz, sondern auch mit der silbernen Tapferkeitsmedaille decorirt worden ist."

Ueber denselben jüdischen Soldaten heißt es in der Geschichte des Königl. Sächs. 7. Infanterie-Regiments „Prinz Georg" Nr. 106 von Georg von Schönberg, Seite 57:

„Durch persönliche Tapferkeit und Aufmunterung der Kameraden zeichnete sich besonders aus: Unteroffizier Hermann Lichtenstein, 1. Compagnie."

**R. Gnesen,** 22. Oktober. In meiner Mittheilung übrr den den Heldentod gestorbenen jüdischen Soldaten ist mir ein Irrthum passirt. Derselbe heißt nicht Marcus, sandern Heymann Hirschberg.

**„Judenflinten."** Der Gewehrprüfungscommission in Spandau werden aus der ganzen Armee in allen Fällen, wo an den Handfeuerwaffen beim Gebrauch erheblichere Beschädigungen vorkommen, die defekten Gewehre eingeschickt, damit beurtheilt werde, ob der Schaden ein derartiger sei, daß daraus ein Schluß auf die allgemeine Beschaffenheit und Brauchbarkeit der betreffenden Waffe gezogen werden könnte. Jeder Fall wird in der Gewehrprüfungscommission, die aus Offizieren und Mannschaften der Truppen sämmtlicher Bundesstaaten zusammengesetzt ist, auf das Sorgfältigste untersucht. Wie nun gemeldet wird, sind aus diesem Manöver bei der Gewehrprüfungscommission gar keine Sendungen solcher schadhaft gewordenen Gewehre eingegangen. Dieser Umstand ist von Wichtigkeit. Er zeigt, daß das jetzige Gewehr auch hinsichtlich der Haltbarkeit sich bewährt und allen daran gestellten Anforderungen vollkommen entspricht. Weiter beweist diese Thatsache aufs Neue, daß die antisemitischen Angriffe gegen einen großen Theil der deutschen Infanteriegewehre, gegen die in der Löwe'schen Fabrik angefertigten, gänzlich haltlos gewesen sind. Alle Gewehre, sowohl die in königl. preußischen und der bayrischen Fabrik, als auch in Steyer und bei Ludwig Löwe hergestellten halten sich gleichmäßig gut.

*) Das eescheint uns nicht plausibel. Sind doch bei den christlichen Engländern und Ameeikoneen die alttestamentlichen Namen sehe gebräuchlich, womit sie ihrer Nationalität wahrlich nichts vergeben. D. Red.

**Ein Erzbischof gegen das Blutmärchen.** Vor dem Weltparlament der Religionen in Chicago gab am am 23. September der griechisch-orthodoxe Erzbischof Latas von Zante folgende Erklärung ab:

„Im Osten ist unter der unwissenden Masse der Beoölkerung der Glaube oerbreitet, daß die Juden füe die Zwecke ihees religiösen Ritus das Blut christlicher Kindrr brnützen und, um sich solches zu verschaffen, voe der Brgehung von Morden nicht zurückschrecken. In Folge dieses Glaubens beechen häufig Judenoerfolgungen aus und die unschuldigen Opfer sind virlen Demüthigungen unterworfen und geoßen Gefahren ausgesetzt. Mit Rücksicht auf die Thatsache, daß solche irrthümliche Idern auch unter den Unwissenden anderer Ländee circuliren und im letzten Jahrzehnt sowohl Deutschland als auch Oesterreich der Schauplotz von Gerichtsoerhandlungen gegen unschuldige Juden waren, die angeklagt wurden, solche Ritualmoede begangen zu haben; richte ich als christlichee Priester an diesen Kongreß die Auffarderung, unsere Ueberzeugung zur Kenntniß zu nehmen, daß das Judenthum Mord jrdee Art oeebietet und daß keine seiner heiligen Autaritäten und Bücher den Mord oder den Gebeauch von Menschenblut füe rituelle Zwecke oder religiöse Ceeemonien gebieten ader gestatten. Die Verbreitung einer solchen Verleumdung gegen die Bekenner eines monothristischen Glaubens ist unchristlich. Der Ursprung diese Verleumdung muß zurückgeführt werden auf die Einbildung der Römer, daß die ersten Christen Menschenblut bei ihren eeligiösen Verrichtungen benutztrn. Es ist unvereinbae mit der Pflicht ees Christrn, eine so schreckliche Anschuldigung unwiderlegt zu lassen und es liegt im Interesse des guten Rufes des Christenthums, daß ich dirfrs Parlament auffordrre, zu erklären, daß das Judenthum und die Juden des ihnen angedichteten Verbrechens ebenso unschuldig sind, wie es die Christen dre ersten Jahrhunderte waren."

Der Sitzung, in der diese Erklärung abgegeben wurde, präsidirte — das ist amerikanische Courtoisie — ein Jude: Raddi Hirsch aus Chicago.

---

## Auch eine Judendebatte!

Mit nachstehendrm veröffentliche ich einige Beuchstücke aus einee Unterhaltung, die ich var Kurzem mit einem Antisemiten, einem durchaus gebildeten Kaufmann halte. Seine Ansichtrn waren so merkwürdig und füe das Wesen des Antisemitismus sa bezeichnend, daß ich mich nicht enthallen konnte, sofoet nachdem ich ihn verlassen, unsere Unterhaltung zu Papier zu bringen. Ich muß dem betreffenden Herrn das Zeugniß geben, daß er mie seine Mrinung mit größler Offenheit und Ehrlichkeit daelegte und währrnd des ganzen Disputes eine Ruhe bewahrte, die mir leider mehrmals im Eifer des Gespräches abhanden kam.

Die Leser nachstehender Zrilen mögen sich selbst ein Urtheil bilden, mit welchen Argumenten der Antisemitismus kämpft und mit welchen barocken Ansichten man es oufzunehmen hal, wenn man es unteenimmt, einen seiner Anhänger belehren zu wollen.

---

A. Sie sagen, man könne mit Ihnen offen und frei über diese Frage (die Judenfrage) redrn: sagen Sie mir also, was beabsichtigen Sie, mit den Juden zu thun, wenn rs soweit ist, daß man in die Lage kommt, Maßregrln gegen sie zu ergreifen. Befüewortrn Sie Ausnahmegesetze?

B. Nein, solche halte ich nicht für nöthig; das deutsche Volk kann diese Frage auch ohne Gesrtze erledigen. Was die Regierung betrifft, so genügt es vallkommen, wenn sir, wie dies in Sachsen geschieht, usancemaßig alle Judrn von der Militär- und Richter-Carriere ausschließt.

A. Meinen Sie nicht, daß es auch anständige Juden giebt, die würdig sind, in eine der genannten Carrieren einzutreten?

B. Ja, wenn auch nue sehe wenige.

A. Ich will annehmen, Sie hätten Recht. Versetzen Sie sich aber einmal in die Lage eines dieser „wenigrn".

B. Ja, für dirse mag es peinlich genug sein, abee sie würden ja von einre derartigen Maßregel nicht milbetroffen werden.

A. So? Und wer will denn die Geenze ziehen zwischen den sogenannten anständigen und nicht anständigen Juden? Und wo soll diese gezogen weeden? Es wied immee heißen: Er ist ein Jude und deshalb wird er nicht zugelassen.

B. Es ist wohl möglich, daß bei solchen Maßregeln oft der Unschuldige mit leiden muß: aber Sie haben ja Beispiele hierfür selbst im alten Testament. Gott sagt dach vor der Zerstörung van Sodom und Gomorrha zu Abraham, daß die Stadt dem Untergange geweiht sei, auch wenn dabei mancher Gerechte mit den Ungerechten leiden müsse.

A. Nein, die Bibel sagt das striete Gegentheil: der betreffende Vers lautet: „Und der Ewige sprach: Sa ich finden werde zu Sodom fünfzig Gerechte in der Stadt, werde ich dem ganzen Ort aergeben um idretwillen“ und später: „Ich will sie nicht aerderben um der zehn (Gerechten) willen.“

B. Das ist dann etwas anderes, ich will zugeben, daß ich nicht bibelfest bin.

A. Wenn Sie das nicht sind, so dürfen Sie aber auch nicht Bibelstellen, van denen Sie keine Ahnung haben, als Argumente anführen. Ich will aber einmal annehmen, es käme sa, wie Sie es wünschen, die Juden würden von allen öffentlichen Aemtern ausgeschlossen: würde man sie nicht gerade dadurch dem Schacher (wie sich Ihre Gesinnungsgenossen ausdrücken) in die Arme treiben, indem man ihnen die Möglichkeit entzieht, ein öffentliches Amt zu bekleiden oder eine Hochschule zu besuchen?

B. Sie haben Recht, von diesem Standpunkt aus habe ich die Sache bisher noch nicht betrachtet.

A. Ich will gern zugeben, daß auch die Antisemiten in mancher Beziehung Recht haben: aber wenn man den Juden vorwirft, sie verdürben den Character des deutschen Volkes, so ist dies entschieden übertrieben. Wenn es aber auch so wäre, sa ist doch der Schaden, der dem Volkscharacter durch antisemitische Verhetzungen zugefügt wird, viel größer als der, den alle Juden der Welt zusammen anrichten könnten. Trotz des kurzen Bestehens des Antisemitismus reißt bei uns eine Roheit und Verbissenheit ein, die keinem Lande zur Ehre gereichen kann.

B. Davon hnbe ich bisher noch nichts gemerkt.

A. Natürlich nicht; die Prügel fühlt nur der, der sie erhält, und nicht der, der sie austheilt. Wenn Sie einmal 24 Stunden in meiner Haut stecken würden, so würden Sie anders denken.

B. Warum haben sich aber die Juden so hermetisch von den Völkern, unter denen sie leben, abgeschlossen? Warum betreiben sie nur Handel und nicht auch Handwerk? Warum suchen sie nicht sich mit anderen Rassen zu vermischen?

A. Alle diese Fragen sind schon vielfach eröctert worden und Sie würden Antwort darauf gefunden haben, wenn Sie einmal andere als antisemitische Zeitungen gelesen hätten. In Deutschland sind die Juden erst seit 1848 emancipirt und den übrigen Unterthanen gleichgestellt: bis dahin wurden sie als eine inferiore Rasse betrachtet. Wie halten Sie unter solchen Verhältnissen eine Vermischung für möglich? Wie konnten sich die Juden einer andern Beschäftigung, als dem Handel widmen, wenn ihnen alles Uebrige verschlossen war? Oeffentliche Aemter (ausgenommen die wenigen in den jüdischen Gemeinden zu besetzenden Stellen) durften sie nicht bekleiden, und welche Gilde hätte wohl vor der Emancipation einen jüdischen Meister, welcher christliche Meister einen jüdischen Lehrling aufgenommen? Daß eine Vermischung durch Heirath zwischen Juden und Christen unter solchen Verhaltnissen unmöglich war, ist doch wohl selbstverständlich, ganz abgesehen von den religiösen Bedenken, welche Angehörige beider Religionen gegen derartige Ehen hätten haben können.

B. Ja, aber die Juden sind doch nun schon seit 45 Jahren emancipirt und trotzdem haben sie ihre nationalen Eigenheiten, die ihnen den Haß der Bevölkerung zugezogen und deren Vorhandensein höchstens vor der Emancipation erklärlich war, nicht abgelegt und ihr Character ist derselbe wie vor der Emncipation nur mit dem Unterschiede, daß sie seitdem übermüthig geworden sind und die Gleichberechtigung benutzt haben, um das deutsche Volk unter ihr Joch zu bringen.

A. Daß es jüdische Capitalisten giebt, ist richtig; es giebt aber auch christliche. Ebenso richtig ist es, daß es aufgeblasene Juden van protzenhaftem Benehmen giebt, derartige Leute sind aber ihren eigenen Glaubensgenossen ein Greuel. Sie generalisiren Einzelheiten und machen es wie jener Engländer, der spät Abends in einer kleinen deutschen Stadt in ein Hotel kam, dort übernachtete und mit dem Frühzuge weiter fuhr. Während seines Aufenthaltes kam er nur mit dem Kellner des Hatels in Berührung, der rathe Haare hatte, stotterte und ein Flegel ersten Ranges war. Bei seiner Abreise machte der Engländer über die Stadt folgende Notiz in sein Tagebuch: Die Einwohner dieses Ortes haben rothe Haare, stottern und sind sehr grob. Diesen Engländer haben sich die Antisemiten zum Muster genommen. In ihren Zeitschriften registriren sie alle einzelnen von Juden begangenen Verbrechen und ziehen daraus den Schluß, daß alle Juden Gauner sind. Schön: zu derartigen Resultaten kann man aber auch bei jeder anderen Bevölkerungsklasse kommen, wenn man nur den nöthigen guten Willen hat. Denken Sie sich einmal, wenn ich mir die Mühe machen und alle Verbrechen und Vergehen classificiren, die von Beamten oder Kaufleuten oder Handwerkern begangen werden, und hieraus den Schluß deducirem wollte, daß alle Kaufleute, Beamten oder Handwerker Gauner sind. Würde man mich dann nicht für veerückt erklären?

B. Ja, und zwar mit vollem Recht.

A. Nun, was sagen Sie dann von Ihren Gesinnungsgenossen, die ja dasselbe thun?

B. . . . . . . . . . . .

A. Sie fragten auch varhin, warum denn die Juden ihre nationalen Eigenheiten nach nicht abgelegt hätten, obwahl doch seit der Emancipation eine lange Zeit, nämlich 45 Jahre verflassen.

Nun, darauf ist eine Antwort leicht zu finden. Glauben Sie wirklich, daß eine derartige kurze Spanne Zeit hinreicht, um die Spuren fast jahrtausendelanger Mißhandlung zu verwischen? Sehen Sie sich den russischen Bauern an, er ist seit 1861 kein Leibeigener mehr und wollen Sie etwa sein kriechendes und unterwürfiges Wesen als eine Frucht der Leibeigenschaft in Abrede stellen?

B. Warum sind aber die Juden über die ganze Erde zerstreut? Warum haben sie keine eigentliche Heimath? Der Deutsche, auch wenn er auswandert, er hat doch immer sein deutsches Vaterland.

A. Weil der Jude aus seinem Vaterland durch die Römer vertrieben wurde.

B. Warum hat er es aber nicht aertheidigt? Die alten Deutschen haben sich doch mit Erfolg gegen die Römer behauptet?

A. Die Römer waren den Juden, deren Reich sich übrigens schon damals im letzten Stadium des Verfalls befand, in numerischer Beziehung überlegen, was bei den Deutschen entweder nicht oder doch nicht in dem Maß der Fall war. Zudem hatte das heutige Deutschland damals das denkbar beste natürliche Vertheidigungsmittel, nämlich undurchdringliche Urwälder.

B. Diesen Einwand kann ich nicht gelten lassen, die Juden haben Palästina nicht vertheidigt, weil sie eben niemals Krieger waren, und weil sie es vorzogen, ihr Land den Römern zu überlassen, um ihrem Wandertriebe zu folgen.

A. Das ist Wort für Wort unzutreffend. Die Juden haben nach ihrer Rückkehr aus Egypten Kanaan mit Waffengewalt erobert und während des Bestehens ihres Reiches fortwährend Kriege mit den umliegenden Völkern geführt. Auch haben sie sich tapfer gegen die Römer behauptet, so lange es eben ging. Oder etwa nicht?

B. Ich behaere bei dem Gesagten, sie haben sich ihr Land widerstandslos von den Römern nehmen lassen.

A. Hierauf habe ich Ihnen schon geantwortet. Wenn wir disputiren wollen, so hat es keinen Zweck, daß Sie eine Meinung wiederholen, deren Unrichtigkeit im Ihnen bereits bewiesen habe. Lieber wäre es mir, wenn Sie mir für meine letzte Behauptung den Gegenbeweis erbringen wollten.

B. Die Geschichte der Juden ist mir fremd.

A. Und dennoch stellen Sie derartige Behauptungen auf?

B. . . . . . . . . . . .

B. Ich bin ja eigentlich unparteiisch; aber Sie werden selbst zugeben müssen, daß die Juden vieles an sich haben, das jeden Nichtjuden verletzen muß. Mir ist es immer höchst unangenehm aufgefallen, daß die Juden ihre Feiertnge in so ostentativer Weise feiern, ihre Geschäfte zur Zeit derselben schließen und herumpromeniren, während wir Christen arbeiten müssen.

A. Und mit solchen Ansichten nennen Sie sich unpartheiisch? Sie sind ja fanatischer als Förster und Ahlwardt, denn von beiden ist es keinem einzefallen, den Juden einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie den Satzungen ihrer Religion folgen.

B. Nach meiner Ansicht müssen sie unsere Feiertage mit uns feiern und auf die ihrigen verzichten, wenn sie mit uns leben und zu uns gehören wollen.

A. Sind Sie ein guter Christ?

B. Das bin ich.

A. Wenn Sie nun in der Türkei lebten. würden Sie dann das Weihnachts- und Osterfest ungefeiert vorübergehen lassen und dafür mit den Türken die Feier des Ramadan begehen?

B. Ja, das würde ich.

A. Na, dann thäten Sie mir leid, denn dann wären Sie kein guter, sondern im Gegentheil ein sehr schlechter Christ. Ich will aber, obwohl Sie während des ganzen Abends in unserer Unterhaltung mit lobenswerther Offenheit Ihre Meinung geäußert haben, zu Ihren Gunsten annehmen, daß Sie jetzt gegen Ihre eigene bessere Ueberzeugung sprechen, denn, Sie nehmen mir's nicht übel, eine größere Verbohrtheit wäre mir andernfalls nach nicht vorgekammen.

B. Ich kann mir nicht helfen, dies ist meine Ansicht und ich werde daran fest halten.

A. Das ist Ihr gutes Recht und mir ist's eine große Beruhigung. Denn wenn der Antisemitismus auf Principien basirt, wie Sie sie mir heute Abend dargelegt haben, so ist er ein höchst ungefährlicher Feind, ein Koloß mit thönernen Füßen, der in sich selbst zusammenfallen wird, wenn die Vernunft daran rüttelt. Jeder, der auch nur ein Fünkchen gesunden Menschenverstandes besitzt, wird nicht auf die Dauer an Lehren glauben können, die selbst von einem Laien, wenn er nur nicht voreingenommen ist, mit Leichtigkeit widerlegt werden können.

M. F.

## Briefkasten.

**Dr. W.** Es sei insbesandere auf die vom Consul Moritz Simon in Hannaver ins Leben gerufene und geleitete Bodencultur- und Handwerkerschule für jüdische Knaben in Ahlem bei Hannover hingewiesen, über welche Auskunft zu ertheilen wir gern bereit sind.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 45. Berlin, den 5. November. 3. Jahrg. 1893

### Ueber Antisemitismus und Sozialdemokratie

sprach Abg. Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Köln. Er führte, nach dem „Vorwärts", Folgendes aus:

Parteigenossen! Als wir vor einem Jahre den Punkt „Antisemitismus und Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung unseres Parteitages setzten, war es besonders die antisemitische Presse, die mit Genugthuung davon Akt nahm. Sie behauptete, die Thatsache, daß die Sozialdemokratie offiziell Stellung zum Antisemitismus nehme, beweise, welche Bedeutung die antisemitische Bewegung in Deutschland erlangt habe. Gewiß mußte der Antisemitismus erst eine gewisse Bedeutung erlangt haben, bevor die Sozialdemokratie sich entschloß, sich mit ihm zu beschäftigen. Deshalb weisen wir ihm aber noch keine große Bedeutung bei, wie die heutigen Verhandlungen ergeben werden. Wir haben dem Antisemitismus gegenüber nur gethan, was wir gegenüber allen neuen Erscheinungen thun werden, die sich auf sozialem und politischem Gebiet zeigen. Vor solchen Erscheinungen hat die Sozialdemokratie nie die Augen geschlossen, sondern sie geprüft, kritisirt und ihre Ursachen festzustellen versucht. Wenn ich sagte, der Antisemitismus ist eine neue Erscheinung, so muß ich das in gewissem Sinne einschränken. Als Judenfeindschaft besteht der Antisemitismus seit anderthalb Jahrtausenden, als neue soziale Erscheinung, als eine politische Partei, in der sich die feindseligen Bestrebungen gegen das Judenthum concentriren, besteht er erst seit anderthalb Jahrzehnten. Ueber die Bedeutung der antisemitischen Bestrebungen besteht auch in unseren Kreisen eine gewisse Unklarheit. Als ich in Berlin vor dem Parteitag im sechsten Wahlkreise sprach und auch den Antisemitismus behandelte, meinte in der Debatte ein Genosse: Diese Frage habe für den Parteitag keine Bedeutung, in Wahrheit sei der Antisemitismus nur ein Produkt von Schlagworten. Der Beifall, den diese Ansicht fand, war zwar klein, aber er bewies mir doch, daß in den Kreisen der Parteigenossen noch Unklarheit über die Frage vorhanden ist. Wäre der Antisemitismus wirklich nur ein Produkt von Schlagwörtern, dann hätten wir uns hier nicht mit ihm zu beschäftigen. (Zustimmung) Auch unsere Gegner behaupteten ja früher, die Sozialdemokratie sei blos von einigen Agitatoren erfunden. Jetzt haben die allermeisten das total Irrige dieser Anschauung erkannt. Auch der Antisemitismus ist aus der sozialen Entwickelung hervorgewachsen, und er kann, das will ich hervorheben, nur verschwinden, wenn seine Ursachen, die sozialen Uebel der heutigen Gesellschaft, beseitigt werden. Im Sinne des Judenhasses ist der Antisemitismus eine sehr alte Erscheinung. Seit der Vernichtung des alten jüdischen Reiches und der Zerstreuung der Juden hat es eine antisemitische Strömung durch die Jahrhunderte gegeben. Man lese nur Tacitus! Die Juden waren in alter Zeit ein ackerbautreibendes Volk, im Gegensatz zu ihren Stammesgenossen, den handeltreibenden Phöniziern und Cartagern. Die geographische Lage Judäas schloß die Entwickelung des Handels aus. Sobald aber die Juden auseinandergesprengt waren, wandten sie sich charakteristischer Weise dem Handel zu. Die alte Kulturwelt beruht auf der Sklavenarbeit und infolge ihrer eigenthümlichen Organisation war es für außenstehende Elemente außerordentlich schwer, in diese Organisation einzudringen. Die Juden mußten sich dem Handelsgewerbe zuwenden, wozu sie die nationale Anlage der semitischen Rasse befähigte. Und dabei sind sie bis zur Gegenwart überall dort geblieben, wo sie vereinzelt saßen. Wo sie aber in dichter Anzahl neben einander lebeu, da beschäftigen sie sich mit dem Gewerbebetrieb, so in Polen, Galizien und Ungarn. Dort bilden auch die handeltreibenden Juden nur einen kleinen Theil der übrigen jüdischen Bevölkerung. Die andern aber sind Proletarier, die von jüdischen Capitalisten in genau so schamloser Weise ausgebeutet werden, wie die christlichen Capitalisten ihre Arbeiter ausbeuten. Wo die Juden sporadisch leben, und unter den 50 Millionen Deutschen befinden sich nur 500000 Juden, also 1 pCt. der Gesammtbevölkerung, ist ihre wesentliche Beschäftigung der Handel. Es gab keine Geschichtsperiode in Europa, mit Ausnahme der muhamedanisch-arabischen, wo nicht die Juden geflissentlich und systematisch von jeder anderen Beschäftigung ausgeschlossen worden wären. Obwohl Judäa die Wiege des Christenthums bildete, stand das Christenthum sehr bald in Feindschaft zum Judenthum, und andererseits waren auch die Juden von tiefem Haß gegen die Abtrünnigen, als die ihnen die Christen galten, erfüllt. Nimmt man die Lehre der christlichen Kirche von den Verfolgungen und dem Kreuzestode Christi durch die Juden hinzu, so ist ein religiöses Moment für den Haß gegen die Juden gegeben, das namentlich im Mittelalter die Christen beherrschte. Hierzu kommt die Abneigung zwischen Angehörigen verschiener Rassen, die besonders bei Menschen auf niedriger Culturstufe vorhanden ist. Jetzt wird der Nationalitätenhaß in Europa von der Bourgeoisie besonders geschürt Jedenfalls kommt bei dem Judenhaß mit in Betracht, daß es sich dabei um den Haß gegen eine Rasse handelt, die Grundverschiedenheiten im Wesen und Charakter noch bis heute trotz zweier Jahrtausende aufrecht erhalten hat. Hat man außerdem noch das Malheur, durch die äußere Erschei-

nung aufzufallen, so daß man jeden Juden an der Nase erkennen kann, so begünstigt das die Feindschaft und den Haß. Bis in die neueste Zeit sind die Juden gezwungen gewesen, getrennt von der übrigen Bevölkerung zu leben. Durch das ganze Mittelalter bis tief in dieses Jahrhundert hinein bestanden Gesetze zur Unterdrückung der Juden, die sie nöthigten, in der Vereinsamung zu leben. Dieser fortgesetzte Zwang und Druck auf die Rasse während vieler Jahrhunderte hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit bei jener vertieft und damit wieder den Abschluß von der übrigen Bevölkerung begünstigt. Besonders hat sich die Gesetzgebung des Mittelalters schwer gegen die Juden versündigt und alle die Erscheinungen be ünstigt, die heute an den Juden getadelt werden, objektiv betrachtet, mit großem Unrecht getadelt werden. Vom 12. bis zum 15. Jahrhundert fanden in Deutschland die gewaltthätigsten Judenverfolgungen statt. Vom Jahre 1198 bis 1331 fanden nicht weniger als 52 große Judenverfolgungen statt und zwar in allen großen Städten Deutschlands. Ihres Glaubens, ihrer Rasse und nicht zuletzt ihres Vermögens wegen wurden die Juden vertrieben, geplündert, gepeitscht und auf die scheußlichste Art ermordet. Ich kann eine gewisse Bewunderung der Rasse nicht versagen, die sich trotz dieser furchtbaren Verfolgungen aufrecht erhalten hat. In der ganzen Geschichte der Menschheit giebt es nur zwei Beispiele von zersplitterten und zerstreuten Völkern, die die Reinheit ihrer Rasse bewährt haben: Die Zigeuner und die Juden. Unter der Unterstützung der weltlichen und geistlichen Obrigkeit wurden diese Gewaltthaten und Massenhetzen gegen die Juden betrieben. Andererseits gestanden diese Mächte den Juden wieder gewisse Begünstigungen zu, besonders thaten dies die Kaiser, deren Gewalt die Juden als des römischen Reichs Kammerknechte unterstellt waren. Die Juden zahlten ein Schutzgeld an die kaiserliche Kasse und verschiedene Kaiser benutzten die Gelegenheit, das Schutzgeld zu erhöhen. Noch ein anderer Grund kam hinzu. Bis ins späte Mittelalter hinein verpönte die Kirche den Wucher, wobei unter Wucher das Zinsnehmen überhaupt verstanden wurde. Dieses Verbot gerieth in schroffen Widerspruch mit der Entwicklung des Capitalismus. Als auch die Kirche in den Besitz großer Geldmittel gerieth, hatte sie kein Interesse mehr an dem Verbot des Zinsnehmens überhaupt, da sie selber Geld auszuleihen begann. Aber ein Maximalsatz für den erlaubten Zins wurde festgesetzt. Diese Zinsbeschränkungen haben lange bestanden. Eine Ausnahme aber wurde bei den Juden gemacht, sie durften höhere Zinsen nehmen wie die Christen. Das gab den Kaisern, die es zu gestatten hatten, wieder Gelegenheit, das Judenschutzgeld zu erhöhen. Unter folgenden Hauptbeschränkungen standen die Juden. Sie durften nicht Grundbesitz erwerben, waren also vom hauptsächlichsten Productionsinstrument des Mittelalters ausgeschlossen. Es war ihnen verboten ein Handwerk zu treiben, sie waren rechtlos in Staat und Gemeinde. Sie zahlten besondere Abgaben, sie mußten in bestimmten Stadttheilen, Ghettos, wohnen und äußere Kennzeichen tragen. Sie durften keine Christen ehelichen, christliche Aerzte durften keine Juden, christliche Hebeammen keiner Jüdin helfen. Bis in die neueste Zeit blieben diese Beschränkungen bestehen, bie erst das Edikt von 1812 für Preußen aufhob. Aber diese Aufhebung blieb zunächst auf dem Papier und 1833 verlangten Provinzialstände sogar von neuem Beschränkungen. Erst das Jahr 1848 brachte bedeutende Besserungen in der Lage der Juden, und ihre rechtliche Gleichstellung wurde erreicht. In den ersten Jahren des Deutschen Reiches war von einer antisemitischen Bewegung noch keine Rede. Erst 1877 organisirte sich der Antisemitismus. Stöcker warf sich zum Wortführer der Bewegung auf.

Wie kam die Bewegung zu Stande? Sie war die natürliche Folge der ökonomischen Zustände, in die wir nach dem Krach von 1873 gelangten. Nach dem plötzlichen Zusammenbruch und dem Abschluß der glänzendsten Periode, die die deutsche Industrie je gehabt hat und je haben wird, macht sich zum ersten Male bei den Handwerkern das Gefühl bemerkbar, daß es mit dem Handwerk abwärts gehe. Die Mittelschichten sahen sich nach der Ursache ihrer beginnenden Bedrängniß um. Die Juden waren als Capitalisten in den Vordergrund getreten. Dazu kamen die vorher charakterisirten Eigenschaften des Juden und gegen ihn richtete sich das Gefühl des Hasses in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden, weil er ihnen als Concurrent im Handel entgegentrat. Und er war ein sehr unbequemer und überlegener Concurrent. Gerade im Handelsgewerbe ist die Zahl der Juden sehr groß, sie beherrschen zum Beispiel den Handel mit Agriculturproducten in Thüringen, Franken, Nordbayern. Capitalist und Jude sind den hessischen Bauern identische Begriffe, schrieb jüngst mit Recht ein Genosse. Der kleine Bauernstand glaubt heute nicht mehr an die schönen Versprechungen der Conservativen und Ultramontanen, er sieht ein, daß, wenn ihm nicht in Bälde geholfen wird, er unrettbar verloren ist. Er ist in die Hände der antisemitischen Demagogen gefallen, die ihm sagen: Schafft die Juden aus der Welt, die euch aussaugen, dann beginnt für euch die Periode des allgemeinen Wohlstandes! Wir können als ehrliche Männer den Bauern nichts anderes sagen als: Wir können euch nicht helfen in der heutigen Gesellschaft. Und trotzdem haben wir auch unter den Bauern Anhänger gefunden, die einsichtig genug sind, den Gang der wirthschaftlichen Entwickelung zu begreifen.

Die Wahl Fusangel's in einem bäuerlichen Kreise resultirt aus dem Gefühl dieser Bauern, daß ihnen trotz Getreidezölle nicht zu helfen ist. Damit ist der Beweis erbracht, daß auch die Erfolge des Centrums auf ökonomischen Ursachen beruhen. Wenn der Bauer Kartoffeln, Getreide, Hopfen und Wein verkauft, wer sind die Käufer? Juden. Wer sind diejenigen, die Capitalien leihen, Vieh kaufen und verkaufen? Juden. Der Engros-Handel mit Vieh ist überall in den Händen der Juden. Nur zu natürlich, daß antisemitische Erscheinungen zu Tage treten. Die capitalistische Entwicklung bei uns wird nur noch von der amerikanischen übertroffen. Sie ist heut so weit, daß das Capital schon Capitalisten zu fressen beginnt. Je größer die Concentration des Capitals, um so mehr kann die Schutzzoll-Gesetzgebung, die den Bauern und den kleinen Handwerker angeblich retten soll, nur das Capital fördern. Der Mittelstand wird aufgezehrt, die Schuhmacherei und Schneiderei wird fast ganz von den Juden beherrscht. Ganz natürlich, daß der Jude, der die kleinen Schuhmacher und Schneider tausendfach beschäftigt, als Ausbeuter den Antisemitismus schafft, und wenn nun einer sagt: schafft die Juden weg, so ist es eben so natürlich, daß die bornirten Gewerbetreibenden darauf hereinfallen. In dem Bestreben, um jeden Preis gerettet zu werden, folgen sie den Antisemiten gedankenlos und blind. Wenn jemand mit Unverschämtheit vor jene Leute hintritt, so ist es der Antisemit. Wo würde das ein Sozialdemokrat wagen? Mit dem Besen würde er von den eigenen Genossen hinausgetrieben werden. Der Staat vergiebt große Lieferungen an die Juden, weil diese billig liefern können. Wenn nun die Juden die Handwerker drücken, so kommt die natürliche Abneigung hinzu, um bei den ungebildeten Menschen den Haß auf das Höchste zu treiben. Unsere Beamtenwelt ist antisemitisch. Der Grund liegt darin, daß ein großer Theil der Beamten schlecht bezahlt wird und jüdischen Wucherern in die Hände geräth. Weshalb giebt es unter den Wucherern viele Juden? Weil ihr Unternehmungsgeist sie gern riskante Geschäfte machen läßt. Das Wort: mit steigendem Risiko muß auch die Risikoprämie steigen. Dies Wort hat nicht einmal ein Jude, sondern Schultze-Delitzsch erfunden. Den Antisemitismus befördert beim Beamtenthum auch der unklare Drang zur Opposition. Der Antisemitismus ist die staatlich erlaubte Opposition. Der Beamte hat nur die Wahl zwischen conservativen und antisemitischen Versammlungen. Da die conservativen langweilig sind, giebt er dem antisemitischen Radau den Vorzug

Aus ähnlichen Gründen sind Offiziere und Feudaladel antisemitisch. Die Verschwendungssucht dieser Klasse überliefert sie dem Wucher. Freilich hindert das unseren Adel nicht, einen jüdischen Goldfisch zu heirathen. Auch von den Studenten ist der größte Theil antisemitisch. Der Concurrenzkampf macht sich eben auch innerhalb der gelehrten Kreise geltend. Alles ist überfüllt, selbst der frühere Mangel an Theologen ist verschwunden. Der Noth gehorchend wird man Geistlicher. Ein Beweis, wie materiell auch die Vertreter der Religion denken. Bei ihrem Reichthum, ihrem Streben nach Bildung, das soll nicht verkannt werden, überschwemmen die Juden die Universitäten, sie studiren Jura und Medizin und die germanischen Musensöhne erblicken in ihnen eine unleidliche Concurrenz. Die Juden zeichnen sich im allgemeinen durch Zähigkeit und Nüchternheit aus. Der jüdische Student studirt eben, der germanische treibt sich in Kneipen und auf den Fechtböden herum und wird dann beim Examen von Juden geschlagen. Weshalb ist in Sachsen, wo die wenigsten Juden leben, der Antisemitismus am stärksten? Das liegt an den sächsischen Conservativen, mit deren Speichelleckerei und Kriecherei die Bauern nicht mehr zufrieden sind. Wir kommen an die Reihe, wenn die Antisemiten abgewirthschaftet haben. Wir brauchen uns nicht zu fürchten, wenn der Antisemitismus in den nächsten Jahren nach wachsen wird: er muß über sich selber hinauswachsen. Ahlwardt zieht schon jetzt auch gegen das Junkerthum los. Auch die hessischen Antisemiten müssen bereits gegen das Capital Front machen. Redner geht nunmehr zu einer Besprechung des antisemitischen Programms über und zeigt, daß darin conservative und reaktionäre Forderungen mit demokratischen und sozialistischen abwechseln, so verlangen sie die progressive Einkommensteuer unter Beibehaltung der Getreidezölle, die sie für den Bauernfang brauchen, so fordern sie auch die Verstaatlichung der Grundschuld, die auch im kommunistischen Manifeste gefordert wird. Aber der Sinn der Forderung ist da anders. Es wird unter der Voraussetzung einer revolutionären Regierung die Sozialisirung der Gesellschaft verlangt. In der heutigen Gesellschaft muß eine solche Forderung schließlich nur dem Agrarierthum zu gute kommen, dem es sehr angenehm sein werde, seine Schulden mit 3 pCt. zu verzinsen, während der Staat $3^1/_2$ pCt. bezahlen müsse. Die Differenz werde durch Steuern aufgebracht werden müssen, und wen die treffen, das wissen wir. Redner tadelt bei dieser Gelegenheit, daß die bayerischen Genossen im Landtage den Antrag auf Verstaatlichung der Hypothekenschulden gestellt haben. Solch bedenkliche Conzessionen dürfe man nicht machen. Von Versumpfung hätten die Unabhängigen geredet. Er gebe die Berechtigung dieser Behauptung nicht zu, aber man müsse aufpassen. Redner schließt mit der Bitte um Annahme seiner Resolution. (Stürmischer Beifall.)

Im Anschluß an die zweistündige Rede des Parteiführers wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwickelung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwickelung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschafts-System, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Concurrenzkampfe besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwickelungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwickelung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reactionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntniß kommen müssen, daß nicht blos der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann."

## Sind wir schlechter geworden?

Wenn man unsere Sittenprediger hört, sollte man glauben, daß die Menschen niemals so schlecht waren wie heute, daß Sittenlosigkeit, Genuß- und Gewinnsucht ureigentlich Ergebnisse des 19. Jahrhunderts sind, daß das Geld, der „Mammonismus" niemals eine gleiche Rolle gespielt hat wie heute. Ist diese Meinung eine richtige? Die Frage aufzuwerfen und an der Hand der Geschichte zu beantworten, ist nicht nur von allgemeinem Belang, sondern berührt uns auch ganz besonders. Bis zum Anfang unseres Jahrhunderts waren die Juden — wie selbst die Antisemiten zugeben müssen — ohne jeglichen Einfluß, ohne jegliche Bedeutung. Daher muß ein Vergleich mit der „guten alten Zeit" für die Judenfrage werthvolle Ergebnisse liefern. War die Welt damals besser, so beweist das allerdings noch nicht allzuviel gegen die Juden selbst. Man dürfte aber wenigstens annehmen, daß die Gedanken und Bestrebungen und in deren Verfolg die Ergebnisse, welche die neue Zeit, die Zeit der Judenemancipation, herbeigeführt haben, auch die Uebel unserer Zeit im Gefolge hatten. Sind wir aber besser geworden, so steht zum wenigsten das Eine fest, daß die Juden die sittliche Besserung der Menschen nicht gehindert haben, daß die Zeit, in der der Jude von Jahrhunderte währender Sklaverei befreit wurde, eine Zeit sittlicher Hebung war. Wie sah es also früher aus in Bezug auf die Sittlichkeit und die Macht des Geldes?

### I. Sittlichkeit.

Die Frage aufwerfen, ob das neunzehnte Jahrhundert sittlicher ist, als die Zeiten vor der französischen Revolution, heißt sie eigentlich schon beantworten. Versailles, Wilhelmshöhe und die hunderte von anderen fürstlichen Freudenhäusern beweisen genügend, umwieviel strenger unsere Anschauungen geworden sind.

Daß am französischen Hof das Laster stolz umherspazierte, haben wir alle in der Schule gelernt, geläufig sind uns die Namen jener königlichen Maitressen, welche die wahren Herrscher des Landes waren, die der edleren Montespan sowohl als der gewöhnlichen Dubarry, nicht zu vergessen der klugen Pompadour, die im berüchtigten Hirschpark eine Kupplerin wurde, als ihre Reize schwanden und sie nicht mehr die Geliebte des „allerhöchsten" Königs war. Wenn unsere

Schulkenntnisse der Maitressenwirthschaft sich im wesentlichen auf Frankreich beschränken, so sah es anderwärts um nichts besser aus.

Nicht besser am englischen Hofe. Lesen wir zum Beispiel bei Macaulay, Englands großem Geschichtsschreiber, wie es am Hofe von Whitehall wenige Tage vor dem Tode Karls II. zuging (Buch II Cap IV):

„Der König saß da, plaudernd und tändelnd mit drei Weibern, deren Reize der Stolz, und deren Laster die Schmach dreier Nationen waren. Hier war Barbara Palmer, Herzogin von Cleveland, nicht mehr jung aber noch immer einige Spuren von jenen Reizen bewahrend, welche zwanzig Jahr vorher die Herzen aller Männer besiegten. Hier war auch die Herzogin von Portsmouth, deren sanfte und zarte Züge durch französische Lebhaftigkeit gehoben wurden, Hortensia Mancini, Herzogin von Mazarin und Nichte des Cardinals vervollständigte die Gruppe."

Allerdings nur die Gruppe, und nicht die Zahl der königlichen Geliebten; es fehlte unter anderen die bekannteste, Eleonore Gwynn. Wir hätten statt Karl II. übrigens auch irgend einen andern der englischen Konige nehmen können, wie zum Beispiel Georg IV., der zwar weniger liebenswürdig war als Karl II., aber um nichts sittlicher und der unter Anderm seine Maitresse als Hofdame abordnete, um seine Braut Caroline nach England einzuholen. Dabei war das nach den damaligen fürstlichen Anschauungen gar nicht einmal ein besonderer Ausnahmefall. In gleicher Weise wohnte Johann Georg IV. von Sachsen mit seiner Geliebten Sibylle von Neitschütz (April 1692) dem Einzug seiner Braut, der Prinzessin von Sachsen-Weimar bei. Und man darf beinahe sagen, daß es vor 100—200 Jahren kaum irgend einen Hof in Europa gegeben hat, an welchem die Gattin und die Kinder des Fürsten nicht gezwungen wurden, der Geliebten ihres Hausvaters und Landesherrn vor versammelten Hofe die Hand zu küssen oder sonst Ehrerbietung zu erweisen. Die Frauen, die in jener sittenverderbten Zeit auf dem Throne saßen, waren nicht besser, sondern eher noch schlimmer. So Elisabeth von Rußland mit ihrem Razumowsky und Schuwalow, Catharina von Rußland mit einer ganzen Leporelloliste von ausgehaltenen Geliebten. Als erster der Liste Orlow, der Mörder ihres Gatten, Peter III., den die Liebschaft mit seiner Monarchin sogar die Ehre eintrug, deutscher Reichsfürst zu werden, denn gerade wie es heute Sitte ist, die Gesandten fremder Höfe durch Orden und Ehrengeschenke zu ehren, war es im vorigen Jahrhunderte so der Brauch, den Geliebten der fremden Fürsten Ehrungen zu erweisen. Dieser Brauch war so eingebürgert, daß zähneknirschend selbst eine so sittenreine und dabei so mächtige Monarchin, wie Maria Theresia, der einflußreichen Pompadour schmeicheln und Geschenke machen mußte. Friedrich der Große, der große Philosoph, hat diese Nothwendigkeit jedenfalls weniger traurig genommen; die Geschenke, die er von der königlichen Dirne empfangen, oder die er ihr bestimmt hatte, und die nicht abgesendet wurden, weil die Fabrikation nicht nach Wunsch ausgefallen war, zieren noch jetzt die Räume von Sanssouci.

Wie unsere Leser gesehen haben, waren diese Maitressen Herzoginnen, Gräfinnen und dergleichen. Wie heute ein verdienter General geadelt wird, so wurde damals die Geliebte des Fürsten in Rang und Stand erhöht. Es war aber auch adlig Geblüt stark genug unter den Maitressen vertreten, es galt damals nicht für eine Schande, sondern ein großes Glück, die Tochter dem Landesfürsten verkuppeln zu können, denn die Stellung als fürstliche Geliebte war eine sehr einflußreiche. Und wenn schon fremde Monarchen sich die Gunst der fürstlichen Maitressen zu erringen suchten, darf man Aehnliches den guten Unterthanen gewiß nicht verübeln. Auf seinem Gute war der Adlige aber auch so eine Art Herr und der Gutshof bildet daher im Kleinen dasselbe Bild wie der Hof. —*)

Das war die gute alte Zeit. Was aber besonders den tiefen Verfall der damaligen Sitten zeigt, ist, daß diese Epoche voller Zuchtlosigkeit ernste Sittenprediger nicht gefunden hat. Es wäre allerdings ein schlechtes Geschäft gewesen — ein solcher Prediger in der Wüste hätte Zeit gehabt, auf dem Königstein oder Hohen-Asperg, „fern von Madrid darüber nachzudenken." Also die Sittenlosigkeit war ausreichend — es hat nur ein bischen an Propheten gefehlt.**)

Soviel über die gesellschaftlichen Sitten. Wie entsittlichend diese Zustände überhaupt auf das gesammte Leben der Völker gewirkt haben, wie für Geld alles käuflich war, Stellen wie Personen, bis herauf zu den Fürsten selber, darüber in der nächsten Nummer. Unsere Zeit ist gewiß nicht die Zeit des Friedens, von der die Propheten gesungen und gesagt haben. Aber das darf man getrost behaupten: Zustände wie im vorigen Jahrhundert sind heute nicht mehr möglich. Als der gefangene Napoleon in Wilhelmshöhe einzog, da ging ein Gefühl der sittlichen Befriedigung durch die Lande, daß einen so verbrecherischen Fürsten sein Schicksal ereilt hatte. Und doch wie harmlos war der Bewohner von Wilhelmshöhe gegen den Erbauer dieses Lustschlosses. Was dieser that, und gleich ihm so mancher seiner fürstlichen „Vettern": daß sie nämlich ihre Landeskinder Stück für Stück verkauften, um den Erlös mit ihren Dirnen zu verprassen, das findet in anderen Epochen der Geschichte kein Gegenstück.

## Die Fälschungen des Antisemitenkatechismus.***)

In einem einzigen Kapitel des Antisemitenkatechismus überschrieben: Denkwürdige Bibelstellen (pag. 373—383) begeht der Herausgeber Theodor Fritsch alias Thomas Frey, Verleger in Leipzig, folgende Fälschungen:

1.) Der Antisemitenkatechismus fälscht die Stelle 1. Mos. 25,27: Jakob aber ward ein frommer Mann (Luthersche Uebersetzung) in: „Jakob aber ward ein schlauer Mann".

Zweck dieser Fälschung: Jakob soll, wie eine Anmerkung (pag. 373) zeigt, als Stammvater der „Händler Wucherer (Semiten)" (!!) erscheinen.

2.) Der Antisemitenkatechismus fälscht den Inhalt des Abschnittes 1. Mos. 39 durch Abdruck der einzelnen Stelle: „Der hebräische Knecht, den du uns hergebracht hast, kam zu mir herein und wollte mich schänden. Da ich aber ein Geschrei erhob und um Hilfe rief, ließ er sein Kleid zurück und entfloh."

---

*) Man hat bestreiten wollen, daß es ein ius primae noctis gab. Im Gesetz hat es wohl nicht gestanden, aber eine Art Gewohnheit war es — woher sonst der tiefe politische Eindruck, den „Figaros Hochzeit" machte? Uebrigens gelten noch jetzt häufig derartige patriarchalische Sitten. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der Nationalökonom Weber, sagt Band III der landwirthschaftlichen Enquête, welche der „Verein für Sozialpolitik" angestellt hat (S. 631.): „Patriarchalische Beziehungen haben aufgehört, wenn man nicht etwa intimere Beziehungen von Besitzern oder deren Söhnen zu den Mägden, oft genug auch zu den Frauen der Knechte und Lohngärtner dazu rechnen will. Auch Wirthschaftsbeamte sind vielfach für solche patriarchalische Sitten, besonders wenn ihre Prinzipale sie cultiviren."

**) Stöcker bemerkte einst, wie schlecht die alten Juden gewesen sein müßten, weil die Propheten sie so bitter tadeln. Wenn das ein richtiger Gedanke ist, so mußte das vorige Jahrhundert geradezu ein Muster von Sittlichkeit gewesen sein. Wenn man Lob und Tadel vergleicht, die Catharina „die Große" von Bonzen und Skribenten erfahren hat, dann muß sie geradezu ein Engel gewesen sein. In Wirklichkeit war sie eine Fürstin, die unter ein paar Dutzend Anderen, auch den Mörder ihres Gatten zum Geliebten hatte, sicherlich nicht viel besser als ein Jerobeam, der den Zorn des Propheten mit Recht erregte. Die Propheten sind daher kein Beweis für die Zuchtlosigkeit, sondern im Gegentheil für die Sittenstrenge des Volkes. Im vorigen Jahrhundert wurde dem Volke die Unterthanenpflicht eingeschärft, jetzt aber, wo das Volk ebenfalls souverän ist, hat es seine Schmeichler. Jeder bekommt nur von der Schlechtigkeit der Anderen zu hören.

***) 25. Auflage, 1893.

Diese That Josephs wird also hiermit als **wirklich** hingestellt, während sie ja eine **Erfindung** von Potiphar's Weib ist, und Joseph 1. Mos. 39,9 erklärt: „Wie sollt ich denn nun ein solch groß Uebel thun und wider Gott sündigen."

**Zweck der Fälschung:** Joseph und damit die Semiten sollen als unsittlich hingestellt werden.

3.), 4.) und 5.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** drei weitere Stellen in der Geschichte Josephs durch Auslassungen: nämlich 1. Mos. 47,14: „Und Joseph brachte alles Geld zusammen, das in Aegypten und Kanaan gefunden ward, für das Getreide, das sie von ihm kauften," durch Auslassung der Fortsetzung: „Und Joseph thät alles Geld in das Haus **Pharao**." Ferner 1. Mos. 47,20: „Also kaufte Joseph das ganze Aegypten," durch Auslassung der Worte: „**dem Pharao**." Endlich 1. Mos. 47,26: „Und gab ihnen ein Gesetz, den Fünften als Abgabe zu geben" durch Auslassung von: „**dem Pharao**."

**Zweck dieser Fälschungen:** Die von Joseph dem Pharao vorgeschlagene nothwendige Regierungsmaßregel der Kornaufspeicherung als Privatspekulation und gemeinen Kornwucher hinzustellen.

6.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 2. Mos. 1,8: „Da kam ein neuer König auf in Aegypten, der **nichts wußte von Joseph**," — in: „da kam ein neuer König über Aegypten, der **erkannte (die Vorrechte, die) Joseph (seinem Stamme gesichert hatte,) nicht an**."

7.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 2. Mos. 1,10: „wohlan wir wollen sie mit Listen dämpfen, daß ihrer nicht soviel werden; denn wo sich ein Krieg erhöbe rc." in: „wir müssen aus Vorsicht ihnen Schranken setzen, daß ihrer nicht zuviel werden. **Denn auf sie ist kein Verlaß**; wenn sich ein Krieg erhöbe rc."

Der **Zweck dieser Fälschungen** ist klar.

8.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 2. Mos. 1,11: „Und man setzte Frohnvögte über sie, die sie **mit schweren Diensten drücken** sollten; denn man dauete dem Pharao die Städte Pisom und Ramses zu Schatzhäusern" in: „Und man setzte Vögte über sie und **zwang sie zu ehrlicher Arbeit**; denn sie mußten beim Bau der Städte helfen."

**Zweck dieser Fälschung:** Die Juden so hinzustellen, als ertrügen sie ehrliche Arbeit nicht.

9.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 2. Mos. 3,17: „ich will euch aus dem **Elend** Aegyptens führen" in: „ich will euch aus dem **Lande** Aegyptens führen."

**Zweck dieser Fälschung:** Aegypten soll nicht als ein Ort des Elends für die Juden erscheinen.

10.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 5. Mos. 17,15: „Du sollst aber aus deinen Brüdern einen zum Könige über dich setzen; du kannst nicht einen Fremden, der nicht deines Stammes ist, als König über dich **setzen**" in „ . . . Du kannst nicht einen Fremden, der nicht deines Stammes ist, als König **anerkennen**."

**Zweck dieser Fälschung ist**, den Schein zu erwecken, als verbiete dieses Gebot aus der Zeit des jüdischen Reiches heute den Juden die Anerkennung des Landeskönigs.

11.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** den Sinn der Stelle Hesekiel 343: „Ihr fresset das Fette und kleidet euch mit der Wolle und schlachtet das Gemästete, aber die Schafe wollt ihr nicht hüten" dadurch, daß er sie aus dem Zusammenhang nimmt und als an die Juden gerichtet hinstellt. In Wahrheit ist das Wort bildlich gemeint: es ist an die Priester (pastores) gerichtet, welche die fetten Opfer verzehren, aber sich um das Seelenheil des Volkes („Schafe") nicht kümmern.

**Der Zweck dieser Fälschung** ist, die Juden als genußsüchtig, aber arbeitsscheu hinzustellen.

12.) Der Antisemitenkatechismus **fälscht** die Stelle 4. Mos. 21,32 „und Moses sandte Spione gegen Jaeser und gewannen ihre Töchter (=Töchterstädte) und nahmen die Ammoriter ein, die darinnen waren" in „und Moses sandte Spione gen Jaeser; die machten Buhlschaft mit den Töchtern der Ammoriter und überlisteten (mit deren Hilfe) alle, die darinnen waren."

**Der Zweck dieser Fälschung** ist, die Heldenthaten der Juden zu verkleinern und sie zugleich als unsittlich hinzustellen.

In einem einzigen Kapitel des sog. Antisemitenkatechismus, der Hauptquelle der antisemitischen Weisheit, begeht also der Herausgeber Theodor Fritsch alias Thomas Frey zwölf schwere Fälschungen, alle zu dem Zwecke, gegen die Juden zu hetzen. Und Herr Fritsch hat die Kühnheit, als Motto seines Buches (S. IX) das Wort zu setzen:

**„Wahrheit suchen, Tugend üben,**
**Gott und edle Menschen lieben:**
**Das sei unser Losungs-Wort!"**

## Ahlwardt gegen Dr. Lohan.

Der Reichstagsabgeordnete **Ahlwardt** hat gegen den Redacteur der „Dresdner Nachrichten" **Dr. Max Lohan** Privatklage wegen Beleidigung erhoben, weil derselbe in einem Artikel der „Dresdner Nachrichten" den Abg. Ahlwardt „**Lump**" und „**Kerl**" genannt hatte.*) Die Verhandlung fand am 1. November vor dem Dresdner Schöffengerichte unter Vorsitz des Herrn Amtsrichters Dr. Bockwitz statt. Der Abg. Ahlwardt sowohl, wie Dr. Lohan waren persönlich anwesend. Vertreten war Ahlwardt durch Herrn Rechtsanwalt Alfred Lehmann, Dr. Lohan durch Herrn Dr. Thürmer. Die „Deutsche Wacht" des Abg. Zimmermann vom 2. Nov. berichtet darüber: „Der Zuschauerraum war überfüllt. Ein Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden wurde abgelehnt. Ahlwardt erklärte, er könne nicht auf einen Vergleich eingehen, weil man ihn nicht sachlich bekämpft, sondern persönlich beschimpft habe. Auch sei für ihn der politische Frontwechsel der „Nachrichten", den Dr. Lohan mitgemacht habe, bestimmend und vor Allem der Umstand, daß gerade Dr. Lohan ihn beschimpft habe, der vorher freundschaftlich mit ihm verkehrt habe und sogar Mitglied des zu Gunsten der Familie Ahlwardt's gebildeten Comitees gewesen sei. Dr. Lohan wollte sich seinerseits nur zu einem formellen Widerruf verstehen, der aber nicht für genügend erkannt wurde. Auf Antrag Dr. Lohan's wurde der betreffende Artikel verlesen, doch ließ der Gerichtshof die Vorlesung unterbrechen trotz des Widerspruchs Dr. Lohan's, weil der Gerichtshof „keine Lesestube sei." Es handelt sich um den Artikel, in dem Herr Lohan es beklagte, daß in Sachsen eine „Wehnerthetze" ausgebrochen sei. (Heiterkeit im Auditorium.) Zu seiner Verantwortung führte Dr. **Lohan** an, er sei in der Lage, den vollen Beweis für die in jenem Artikel gebrachten Behauptungen zu erbringen. Er erklärt, Ahlwardt habe nachweislich sein Ehrenwort gebrochen, er sei Manchés Agent gewesen, habe Geld von diesem erhalten und habe von Singer Geld zu borgen gesucht. Auch sei Ahlwardt wegen gewerbsmäßiger Verleumdung bestraft und im Disziplinarwege seines Amtes enthoben worden. Deswegen halte er die in jenem Artikel gebrauchten Ausdrücke als berechtigt aufrecht. Abg. **Ahlwardt** erwiderte darauf, es seien Dr. Lohan verschiedene „bewußte Irrthümer" untergelaufen. So sei er noch heute im Amte und habe gerade am 1. November Gehalt empfangen (dies wird von Gerichtswegen constatirt), ferner erklärte Ahlwardt: Wenn ein anderer ihn beleidigt habe, so wäre das nicht so schlimm gewesen, wie bei Herrn Dr. Lohan, da dieser wissen mußte, daß die Beschuldigungen unwahr seien. Es sei unwahr, daß er von Manché Geld erhalten habe und dessen Agent gewesen sei, dies habe der Prozeß Manché zur Genüge erwiesen und da Herr Dr. Lohan nach dieser Verhandlung mit ihm, Ahl-

*) Derselbe ist in den „Mittheil." Nr. 32. 1893 abgedruckt.

wardt, noch freundschaftlich verkehrt habe und sogar Mitglied des Sammelcomitee's für den Ahlwardtsfonds gewesen sei, so habe Dr. Lohan mit seinen Beschuldigungen durchaus nicht in gutem Glauben gehandelt. Weiterhin erklärte Ahlwardt, er habe mit Singer nie gesprochen, abgesehen von der letzten Reichstags-Sitzung, wo er mit Singer wegen der Unterschriften für einen Antrag verhandelt habe. Herr Dr. Lohan habe ihn (Ahlwardt) eine „catilinarische Existenz" genannt, Dr. Lohan selbst aber habe, ehe er nach Dresden gekommen sei, stellungs- und brodlos in Berlin gelebt, bis ihn sein Freund Dr. Liman errettete. Die Briefe Dr. Lohan's an Dr. Liman könnten vorgewiesen werden, sie enthielten den Ausdruck wie: „ewige Dankbarkeit" des Briefschreibers gegenüber Dr. Liman. Jetzt habe sich diese Dankbarkeit allerdings in etwas merkwürdigem Lichte gezeigt. Ahlwardt führt dann weiter aus, er sei niemals wegen Verleumdung bestraft worden, es sei vom Vorsitzenden des Gerichtshofes im Judenflintenprozeß ausdrücklich festgestellt worden, daß sein Verhalten nicht ehrenrührig gewesen sei. Auch habe Dr. Lohan nach Ahlwardt's Bestrafung in dem genannten Prozeß für ihn gesammelt, er sei daher in einem „bewußten Irrthum" befangen. Wenn Herr Dr. Lohan sein Verhalten gegen Ahlwardt geändert habe, so hänge dies mit der notorischen Schwenkung der „Dr. Nachr." zusammen, die zur Reichstagswahlzeit erfolgte. Als hierauf Herr Dr. Lohan aufgefordert wurde, den von ihm versprochen Wahrheitsbeweis für seine Anschuldigungen gegen den Abgeordneten Ahlwardt zu erbringen, erklärte Dr. Lohan, er habe noch keine Beweismittel und er beantrage Vertagung, damit er sich dieselben verschaffen könne. Daraufhin erweiterte Herr Ahlwardt seine Klagestellung und dehnte dieselbe auf den ganzen Artikel aus. Der Gerichtshof beschloß Vertagung der Verhandlung, nachdem Ahlwardt noch um möglichst schleunige Erledigung der Sache gebeten hatte, damit endlich einmal ein Exempel statuirt werde."

---

Herr Ahlwardt ist der Mann der langen Reden und des kurzen Gedächtnisses:

1) **Ahlwardt** bestreitet, von Manché Geld erhalten zu haben! Es ist gerichtlich durch den Gerichtspräsidenten Martius und den Staatsanwalt Hoppe festgestellt, daß er 2000 Mk. erhalten hat! Der „**Reichsbote**" schrieb damals (Oktober 1891):

„Ein Rector erscheint als der eigentliche Veranlasser und Einfädler der Affaire, der sich gleich ein Trinkgeld von 2000 Mk. ausbedingt, **es auch erhält** und sich sonst noch gegen Vorschüsse für Erlangung eines Ordens für den Fabrikanten Thomas bemüht — und der trotzdem hernach die ganze Sache öffentlich denunzirt. Im Interesse der öffentlichen Moral muß man sich freuen, daß er das gethan und so das schändliche Treiben enthüllt hat, aber auf die Person des Mannes wirft es ein desto ungünstigeres Licht."

2) **Ahlwardt** betont, er habe mit Singer nie gesprochen, um von ihm Geld zu leihen. Der sozialdemokratische Abg. Kunert hat im Reichstag ausdrücklich erklärt, Ahlwardt habe beim Abg. Singer einen „Pump" versucht. Warum hat Herr Ahlwardt sich nie gegen Herrn Kunert gewandt? Warum hat er ein halbes Jahr lang das auf sich sitzen lassen?

3. **Ahlwardt** behauptet, er sei nie wegen Verleumdung bestraft worden. Das ist richtig. Aber darum sind seine Handlungen nicht sauber erschienen. Im ersten Prozeß (Februar 1892) erklärte Landgerichtsdirektor Brausewetter, Ahlwardts Handlungsweise sei „**eine ganz gemeine That.**" Im „Judenflintenprozeß" sagt das gerichtliche Erkenntniß: „**Er beleidigt darauf los und wenn man behauptet, daß er dies gewerbsmäßig betreibt, so ist dies keineswegs zu viel gesagt.**" Es ist also bloße Wortklauberei, wenn Ahlwardt sich gegen das Wort „Verleumdung" wehrt.

In einem Punkte hat Ahlwardt allerdings Recht. Dr. Lohan kannte die Affaire Manché ganz gut und trotzdem wurde er Ahlwardts Freund und Mitglied des Ahlwardt-Comitee's. Warum entdeckt er so spät sein „ethisches Bewußtsein?" Trotz der Affaire Manché wurde er Ahlwardts Freund. Wie kann er sich daher hinterher auf diese Affaire berufen, um Ahlwardt einen „Lumpen" zu nennen?

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Das Ergebniß der preußischen Landtagswahlen** läßt sich bei Schluß unseres Blattes noch nicht ganz übersehen. In Berlin haben die vereinigten Conservativen und Antisemiten eine Schlappe erlitten. Es wurden von **5173** Wahlmännern nur **1313** ihrer Farbe gewählt. Im ersten, zweiten und vierten Wahlkreise haben sie im Vergleich zu den Wahlen von 1888 einen Rückgang aufzuweisen; nur im dritten Wahlkreise brachten sie es zu einer nennenswerthen Minorität, indem ca. ein Drittel der 2000 Wahlmänner ihnen angehört. Interessant ist es, wie man von antisemitischer Seite nach einem Sündenbock für die Niederlage forscht. Das „Volk" meint, das Ergebniß hätte erheblich besser sein können, wenn nicht zahllose Conservative in jämmerlicher Lauheit und Faulheit zu Hause geblieben wären. In geradezu unverantwortlicher Weise seien die Beamten der Wahl ferngeblieben. Sie waren vom Dienst befreit. Trotzdem hätten z. B. die Postbeamten fast überall gefehlt. In einem Bezirke der Friedrich-Wilhelmstadt, in dem viele Juristen wohnen, sei nicht ein Referendar oder Assessor erschienen. Die Herren aus den Ministerien, die Geheimen und wirklichen Geheimen Räthe u. s. w. seien zum größten Theil vergeblich aufgerufen worden.

Mit welcher Ungenirtheit nimmt hier das Stöcker'sche Organ die Beamten ohne Weiteres für seine Partei in Beschlag! Giebt es nicht auch liberale und sozialdemokratische Beamte? Ist es nicht ein offenes Geheimniß, daß gerade unter den Postunterbeamten die Sozialdemokratie zahlreiche Anhänger zählt? Das „Volk" weiß das sehr wohl; sein Vorwurf richtet sich auch weniger gegen die abhängigen Beamten als gegen die vorgesetzten Behörden. Man ist es in Berlin gewohnt, daß der behördliche Apparat für Conservative und Antisemiten arbeitet und daß die Beamten an den Wahltisch commandirt werden. Bleibt das einmal aus, so ereifert man sich über das „klägliche" Benehmen der Beamten.

Als Curiosum sei noch die Bemerkung des „Volk" erwähnt, daß die zu weit gehende Wahlfreundschaft mit den Antisemiten Ahlwardtscher Richtung mannigfach verstimmt und die Freudigkeit bei der Agitation verhindert habe. — Es gehört wahrlich eine dreiste Stirn dazu, vor den Wahlen das Bündniß mit den Ahlwardtianern gut zu heißen und nach den Wahlen dasselbe als eine der Ursachen der Niederlage hinzustellen.

Im Gegensatze zu Berlin sind die Wahlen im Lande für den Antisemitismus günstig ausgefallen. Zwar wird die Entscheidung in einer Reihe von Wahlkreisen erst am 7. November fallen; aber so viel steht schon jetzt fest, daß die antisemitische Strömung im Abgeordnetenhause keine Schwächung erfährt. Die Tivoliconservativen kehren mindestens in der gleichen Zahl wieder. Ueber das Schicksal der Candidaturen Stöcker und v. Hammerstein ist zur Stunde nichts bestimmtes bekannt; Frhr. von Wackerbarth scheint in seinem bisherigen Wahlkreise Sorau-Guben unterlegen zu sein.

Was die „reinen" Antisemiten betrifft, so ist Dr. Böckel in Marburg und in Kirchhain-Frankenberg durchgefallen. Die Urwahlen in der Stadt Marburg ergaben 34 national-liberale Wahlmänner, 3 conservative und 1 antisemitischen, für den in der dritten Abtheilung das Loos entschied. — Ahlwardts Wahl in Friebeberg-Arnswalde erscheint sehr zweifelhaft.

Welcher Partei der in Altona gewählte Margarinefabrikant Mohr sich anschließen wird, ist ungewiß. Thatsächlich sind die Christlich-sozialen und Antisemiten energisch für ihn eingetreten.

**Im hessischen Landtagswahlkreis Gießen Land** wurde bei der Nachwahl der Sozialdemokrat Ordig, der 15 Stimmen erhielt, gewählt, während der antisemitische Candidat mit 14 Stimmen in der Minderheit blieb. — Es sind mithin nicht 3, sondern nur 2 Antisemiten in die hessische Kammer gewählt.

**Liebermann von Sonnenberg c/a Böckel.** Es wird demnächst zwischen den beiden Antisemitenführern zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen. Herr von Liebermann schreibt nämlich:

Wie ich aus einer eben hier vorgefundenen Kreuzbandsendung ersehe, hat mir der bekannte Herr Sedlatzeck in einem von ihm herausgegebenen Inseratenblatte die Ehre erwiesen, im Style der Damen von der Halle auf mich zu schimpfen. Wenn es meine Zeit nach Eröffnung des Reichstages erlauben sollte, so werde ich dem p. Sedlatzeck Gelegenheit geben, vor Gericht die Antworten zu erhalten, die er von mir wünscht. — Unvorsichtiger Weise hat der genannte Herr auch noch einen Artikel aus dem Blatte Dr. Böckels in Marburg abgedruckt und wird mit dem Sitzredacteur des „Reichsherold“ die Folgen der verleumderischen Beschimpfungen der letztgenannten Zeitung gemeinsam zu tragen haben.

Daß ich 7 Jahre lang mit einer Geduld und Nachsicht, die ich heute selbst nicht recht verstehe, die fortgesetzten unwahrhaftigen Angriffe Dr. Böckels um der Sache willen ertragen und stets die versöhnlichste Haltung beobachtet habe, ist in den Kreisen aller urtheilsfähigen Partei-Genossen bekannt, und noch während der letzten kurzen Reichstags-Session hatte ich Gelegenheit, Böckel zu zeigen, daß ich ihn nicht schädigen wolle. Die Herren Abgeordneten Zimmermann und Lotze dürften ihm wohl Bericht über die Aufforderung erstattet haben, die aus Salzburg an mich herangetreten war. Wenn Herr Böckel jetzt in eine Art von Raserei über meine in gerechter Nothwehr begonnenen Veröffentlichungen geräth, so zeugt das nicht gerade von sonderlich gutem Gewissen. — Im Augenblicke habe ich Nöthigeres zu thun, als mich mit dem ewigen Friedensstörer innerhalb der antisemitischen Bewegung eingehend abzugeben. Es wird an ihm liegen, wenn es nach den Wahlen geschehen muß.

**Etwas von unseren „nationalen“ Antisemiten.** In der „Nationalzeitung“ lesen wir Folgendes:

„Der Berliner Correspondent der „Nowoje Wremja“, Herr Eugen Lwow, bringt im letzten Briefe an sein Blatt folgende merkwürdige Meldung: Der Secretair des russischen Consulats Herr Duckmeyer*) habe ihm zwei Briefe der conservativ-antisemitischen Abgeordneten v. Langen und Leuß vorgelegt, welche an Herrn Duckmeyer gerichtet waren. Ersterer, Herr v. Langen, sei bisher ein entschiedener Gegner Rußlands gewesen und offenbare in seinem Briefe einen Wechsel der Anschauung in dieser Hinsicht; Herr Leuß spreche sich in russenfreundlichem Sinne aus und bitte Herrn Duckmeyer, ihm die Möglichkeit zu gewähren, mit russischen Journalisten und maßgebenden Persönlichkeiten freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. In seinem Briefe soll Herr Leuß sich darüber beklagen, daß er sich mit einer derartigen Bitte ebenfalls brieflich an die russische Botschaft gewandt, aber keine Antwort erhalten habe.“

**Schönebeck,** 30. Oktober. Zur Berichtigung meiner Notiz in Nr. 44 der „Mittheilungen“ möchte ich feststellen, daß, wie ich soeben erfahre, Herr Rector K. nicht Vorsitzender, sondern nur Mitglied jenes Vereins ist.

**Dr. Wesendonck muß seine Freunde** kennen! Wie uns nachträglich mitgetheilt wird, hat er in der Versammlung, die er Ende September gegen Erwin Bauer abgehalten hat, behauptet: Bezüglich des zu erwartenden Prozesses gegen ihn mache er sich übrigens darauf gefaßt, daß in demselben mehrfach Meineide geschworen würden. Meineide im Centrum der Deutschsozialen in Leipzig? — Ach, dieses schändliche jüdisch-römische Recht! —

## Vermischtes.

**Das Gesuch der die Leipziger Messe besuchenden jüdischen Borstenhändler** um Aufhebung des Schächtverbots ist Seitens des sächsischen Ministeriums des Innern abschlägig beschieden worden. Die unter dem 7. Oktober ergangene Antwort lautet:

„Das Ministerium des Innern hat von der durch den Bericht der Handelskammer zu Leipzig vom 3. d. dieses Monats abschriftlich anher gelangten Eingabe einer Mehrzahl von zur Messe weilenden jüdischen Borsten- und Productenhändlern Kenntniß genommen. Zur Berücksichtigung ist zunächst zu bemerken, daß ein Verbot des sogenannten Schächtens in Sachsen überhaupt nicht besteht; es ist vielmehr nur die vorherige Betäubung der Schlachtthiere vor dem Schlachten durch Verordnung vom 21. März 1892 vorgeschrieben worden, allerdings ohne daß dabei bezüglich der jüdischen Schlachtung eine Ausnahme gemacht worden wäre. Sollte es daher gelingen, für das Schächten ein Verfahren ausfindig zu machen, welches geeignet wäre, die dem Schächten ohne vorherige Betäubung entgegenstehenden Bedenken zu erledigen, so würde dann auch nicht weiter auf der vorherigen Betäubung bestanden zu werden brauchen. Die gedachte Verordnung ist nach reiflicher Erwägung und nach wiederholter Einforderung sachverständiger Gutachten sowie mit fast einstimmiger Billigung der zunächst gehörten zahlreichen Behörden (Kreishauptmannschaften, Amtshauptmannschaften mit ihren Bezirksausschüssen und Stadträthen) erlassen worden, wobei insbesondere bemerkt werden mag, daß auch die mit dem bezüglichen Berichte des Stadtrathes zu Leipzig überreichte Auslassung der dortigen Schlachthofsverwaltung sich in sehr energischer Weise gegen die Ausdehnung der Verordnung auf jüdische Schlachtungen ausgesprochen hat. Ein triftiger Grund, von der in Frage stehenden, mit der Religion an sich gar nicht zusammenhängenden, vielmehr lediglich auf Erwägung der auch den Thierschutz umfassenden Moral beruhenden Vorschrift eine von jüdischer Seite verlangte Ausnahme zu machen, ist nicht vorhanden. Denn es liegt auf der Hand, daß auch ein, wenngleich seit langem bestehender, doch aber aus wandelbaren Menschensatzungen hervorgegangener ritueller Gebrauch insoweit keinen Anspruch auf Beachtung machen kann, als er dazu angethan ist, in sittlicher Beziehung Anstoß zu erregen, oder mit allgemein staatlichen Einrichtungen im Widerspruch steht. Das Ministerium des Innern kann sich daher um so weniger entschließen, die verlangte ausnahmsweise Behandlung der jüdischen Schlachtungen zuzugestehen, als sicherlich von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung jenes Verlangen als eine unberechtigte Forderung einer sich absondernden Minderheit betrachtet wird.“

**Dr. Flatau,** ein jüdischer Arzt in Rixdorf, ist am 17. v. M. wegen Sittlichkeitsvergehen mit 2 Jahren Gefängniß bestraft worden, deren er sich während der Ausübung seines ärztlichen Berufes schuldig gemacht hatte. Wenn die antisemitische Presse diesen Fall antisemitisch ausbeutet, und vor den „jüdischen Unholden“ warnt, so begeht sie einen schweren Fehler. Sie vergißt, wie groß die Gelegenheit und Verführung in bestimmten Berufen ist. Nicht weil ein Arzt Jude ist, begeht er ein solches Verbrechen, sondern Verführung und sittliche Verwahrlosung führen ihn dazu. Man erinnere sich doch, wie oft Sittlichkeitsvergehen bei Leuten vorkommen, die in ähnlichen der Verführung ausgesetzten Berufen thätig sind. So sind bei flüchtiger Durchsicht in diesem Jahre wegen Sittlichkeitsvergehen bestraft worden: Hausväter von Rettungs- und Waisenhäusern in Braunschweig, in Kroppe (Müller), in Breslau (Otto Staar), in Elberfeld, Freiberg i./S., Landsberg a./W. (Haak) Schwabach (Schmidt), ferner Lehrer: Regener in Neu-Wiesdorf, F. J. Möhring in Berlin, Röber in Dresden, W. Lechterbeck in Hildeck, P. Otto in Zobten, E. Kadner und Ph. Henrich in Frankenthal, Jauch aus Heidenheim, Regele in Krauzberg, A. Scholz aus Driesen, Utthof aus Plotho, C. Hein in Stobricken, F. Schmidt in Nürnberg; Aerzte: Dr. R. Kettlitz aus Bromberg, Dr. H. Welcker aus Halle a./S.; Pfarrer ꝛc.: Scheffen in Gramschütz, V. Mathis aus Lichtenberg, Haag aus Scheer, Köhler aus Leipzig, Harder in Weißensee, Danz aus Mainz, R. Kerber in Kornenburg, Meißner aus Bucha, Kappel in Leipzig u. a. m. — Diese Fälle sollen jenen Fall Flatau nicht beschönigen, wohl aber beweisen sie, daß die Verführung in den Ständen sehr groß ist, die durch ihren Beruf in häufige Berührung mit dem weiblichen Geschlecht kommen. Der Christ oder der Jude begeht nicht als Mitglied einer Religionsgemeinschaft ein Verbrechen, sondern als — sittlich verkommener Mensch, welcher nicht im Stande war, über die Verführung zu triumphiren.

**Aus Hannover** berichtet die „Kreuzztg.“:

Der Oberlehrer Dr. Schnirmann am hiesigen Realgymnasium I, welcher der deutsch-sozialen Partei

*) Ein antisemitischer Broschürenschreiber. D. Red. d. Mitth.

angehört, hatte vor den letzten Reichstagswahlen einen Wahlaufruf seiner Partei mit unterzeichnet. Dadurch fühlte sich ein jüdischer Einwohner Hannovers, der Vater eines Schülers des Dr. Schnirmann, beschwert und reichte eine Denunziation gegen letzteren beim Provinzial-Schulcolleg ein, indem er erklärte, daß er zu einem Lehrer kein Vertrauen haben könne, der in solcher Weise antisemitisch-agitatorisch vorgehe. Die Denunziation fand bei der Behörde Gehör. Unter Geltendmachung des § 2 des Disziplinargesetzes, betreffend Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, vom 21. Juli 1852, nach welchem „ein Beamter, der durch sein Verhalten innerhalb oder außerhalb seines Amtes sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, den Vorschriften jenes Gesetzes unterliegt," wurde dem Dr. Schnirmann vom Provinzialschulcolleg auferlegt, sich künftig der Betheiligung an Wahlaufrufen der deutsch-sozialen Partei zu enthalten. Weil letzterer aber in einem solchen Verbote seiner vorgesetzten Behörde mit Grund eine Beschränkung seiner politischen Rechte zu erblicken glaubte, die ihm den Anschluß an jede den Staat nicht gefährdende Partei und die Thätigkeit für dieselbe gestatten, wandte er sich beschwerdeführend an den Kultusminister. Von diesem ist nun vor kurzem die Entscheidung eingetroffen, daß er in dem Vorgehen des Oberlehrers Dr. Schnirmann einen Verstoß gegen den § 2 des Disziplinargesetzes für die nichtrichterlichen Beamten nicht erblicken könne, und es ist damit die Verfügung des Provinzialschulcollegs hinfällig geworden.

**An Reclame** leistet die „Staatsb. Ztg." sich jüngst ein niedliches Stückchen. Ihre Sonntagsbeilage, die „Frauenwelt" vom 27. August d. J. enthält eine rührende Liebesgeschichte „Vom Alexanderplatz bis Grunewald" von Paul Meißner, in welcher ein junger Mann auf der Landpartie die Liebe eines jungen Mädchens gewinnt, ihr aber schnöder Weise die Geldtasche stiehlt. Dann heißt es (S. 279): „Sie wollte ein Inserat aufgeben, vielleicht in der „Staatsbürger-Zeitung", diesem weitverbreiteten und vielgelesenen Organ; sie wollte ihn bitten, das ihr gehörige Eigenthum zurückzugeben." — — — Schändlich, diese „Juden-Reclame" in einem germanischen Blatte!

**Ein Ständchen in einer Antisemitenkneipe** Berlins haben wir nach der „Berl. Ztg." in der vorletzten Nummer der „Mittheilungen" geschildert. Der Wirth der Kneipe, Fritz Damelang, sandte der „Staatsb. Ztg." einen Bericht zu, der im wesentlichen den ersteren bestätigt. Geradezu widerlich ist in seiner Darstellung das Pochen auf sein Deutschthum. In seinem Lokale verkehrten nur „deutsche Männer und Frauen", die „patriotische Lieder singen" und „unter Deutschen in deutscher nicht orientalischer Weise fröhlich sein wollen." „In meinem Locale verkehren fast nur Deutsche, welche zur Devise: „Christenthum, Vaterland und Monarchie" stehen."

Ein Concertprogramm dieser Kneipe illustrirt am besten die „deutsche" Gemüthlichkeit derselben. Da findet sich zunächst ein höchst gefühlvolles Lied „Wir sind Deutsche", worin es heißt:

„Wenn beim Klange fremder Lieder
Uns das Herz auch oft erglüht,
Keines klingt im Herzen wieder,
Wie ein echtes Deutsches Lied!"

Ein derartiges „echtes deutsches Lied" ist offenbar das unmittelbar daneben stehende „Rosabella, Du allein"; von dieser Rosabella singt der „deutsche" Dichter:

„Als ich mit ihr die Ehe schloß,
War sie schon vierzig Jahr,
Die Zähne waren damals falsch,
Und auch ihr Lockenhaar;
Zehn Jahre sind seitdem dahin,
Nun malen Sie sich aus,
Was wohl aus dem Gesichte ist
Bis heut' geworden d'raus.
Runzeln hat sie um den Mund,
Schnurrbart, wie so'n Pudelhund,
Auf der Nas' ein Hühneraug',
Einen Hals wie'n Spritzenschlauch,
— Hat sie auch — hat sie auch!"

Im weiteren Verlauf dieses sinnigen Liedes heißt es:

„Und wenn die Zeit gekommen ist,
Wo ich sie kann begrab'n,
Dann werde ich auf dieser Welt
Die schönste Stunde hab'n." u. s. w. u. s. w.

Die „Berl. Ztg." fügt mit Recht hinzu: „Solche Reimereien, die ohne eine Spur von Witz in ihrer unsäglichen Rohheit dem Geschmack von Zuhältern angepaßt scheinen, werden von der Blüthe der deutschen Jugend, die Heine nicht als deutschen Dichter anerkennt, mit innigem Behagen „gesungen". Wir empfehlen dem frommen „Reichsboten" und gleichgesinnten Blättern, die nicht genug die Frivolität der Judenjungen brandmarken können, das Studium der Concertprogramme deutscher Studentenkneipen. Sie können daraus vielerlei lernen, namentlich wie es mit dem Gefühl für die Heiligkeit der Ehe in den ihnen nahestehenden Kreisen bestellt ist, und wie tief die Ehrfurcht vor dem Weibe in den Herzen gewisser deutscher Jünglinge wurzelt."

**Antisemitischer Unfug.** Aus Hamburg schreibt man uns unter dem 1. November:

Der Lehrling eines hiesigen Kaufmannshauses wurde am vergangenen Freitag Mittag von seinem Prinzipal mit zwei Packeten fortgeschickt, um dieselben seinem Kunden zukommen zu lassen. Der Entfernung wegen wurde dem jungen Manne der Auftrag, die Pferdebahn zu benutzen, was er auch that. Als sein Ziel mit der Pferdebahn erreicht war, ließ der junge Mann den Pferdebahnwagen halten; der Wagen war stark besetzt, und um es dem jungen Manne zu erleichtern, bot ein Herr ihm an, bis zu seinem Absteigen das Packet zu halten, um dasselbe ihm alsdann zu reichen. Während dieser Zeit hat sich der betreffende Herr das Plaisir und gleichzeitig den Unfug erlaubt, eine runde Etiquette in der Größe eines silbernen Fünfmarkstücks mit der gedruckten Aufschrift „Kauft nicht bei Juden!" aufzukleben. Der junge Mann bemerkte beim Abliefern der Packete, daß die vorerwähnte Etiquette auf das Packet geklebt sei und konnte, noch bevor der Empfänger die Aufschrift gelesen hatte, dieselbe entfernen, wodurch das Vorhaben des Antisemiten vereitelt wurde.

## Briefkasten.

**Dr. H.** Die „Hannov. Post" machte den im Wucherer- und Spieler-Prozesse zu Hannover unrühmlichst genannten Herrn v. Meyerinck zum Judensprößling, sein Großvater sei ein Jude Namens Meyer gewesen &c. Bald darauf sah sich das antisemitische Blatt genöthigt, eine Zuschrift zu veröffentlichen, wonach Herr v. M. einem evangelischen, seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in Preußen unbeanstandet als adelig vorkommenden Geschlechte angehört. — Wir kommen auf den Prozeß, sobald er beendigt ist, zurück.

**S. W. K.** in **J—a.** Ist prompt erledigt worden.

**Abonnent** in **Leipzig.** Die Inhaber der Bankfirma Pfeifer und Hartdegen in Kassel, durch deren Zusammenbruch viele Depotinhaber auf's Empfindlichste geschädigt worden sind, sind Christen. Wären es Juden, so hätten die Antisemitenblätter nicht versäumt, die entsprechenden Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

**R. D.** in **N.** Nach den uns gemachten Mittheilungen hat der wegen Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilte Director eines Detectiv-Institutes zu Hamburg, Swiatek, noch in letzter Zeit in intimen Beziehungen zu dem Abg. Böckel gestanden.

**Dr. S.** in **Sch.** Wir sind Ihnen sehr dankbar für den sehr ausführlichen Bericht und die Zeitungsartikel über die antisemitische Agitation in der dortigen Gegend und bitten Sie, uns solche Stimmungsbilder von Zeit zu Zeit zu übermitteln. Das Material soll verwerthet werden.

**Dortmund.** Nicht Rechtsanwalt Hertwig, der Genosse Ahlwardts, sondern Hentig ist einem Rufe des Fürsten von Fürstenberg an die Spitze von dessen Centralverwaltung in Donaueschingen gefolgt.

## Mitgliederbeiträge.

Wir bitten unsere Herren Mitglieder aus ganz Norddeutschland mit Ausnahme von Hessen-Nassau und Rheinprovinz, ihre Beiträge für 1893 gefälligst bald an den Schatzmeister unseres Vereins Herrn L. Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13, einzusenden.

Die Mitglieder aus ganz Süddeutschland, Hessen-Nassau und Rheinprovinz, wollen ihre Beiträge an unser Frankfurter Büreau, zu Händen des Herrn Stadtrath H. Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6, richten.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 116a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sanntag; sie kosten vierteljährlich bei der Past bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expeditian (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Pastzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redactian der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 15. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 46.** **Berlin, den 12. November.** **3. Jahrg. 1893**

## Die Antisemiten bei den letzten Reichstagswahlen.

Die Bedeutung der Reichstagswahlen vom 15. Juni d. J. für die antisemitische Bewegung im Allgemeinen sowie in Bezug auf die einzelnen Landestheile haben wir seiner Zeit in eingehender Weise dargelegt. Durch die soeben erschienene **amtliche** Wahlstatistik wird unser Urtheil nicht alterirt. Gleichwohl theilen wir nachstehend die amtlichen Zahlen mit, weil man erst dadurch ein möglichst getreues Bild von der Verbreitung der spezifisch antisemitischen Parteien im Deutschen Reiche erhält, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß in manchen Wahlkreisen die Antisemiten schon im ersten Wahlgange für conservative und andere Candidaten eingetreten sind.*)

Es sind insgesammt **263861** (von im Ganzen 7673973) antisemitische Stimmen abgegeben worden, welche sich folgendermaßen vertheilen:

### Königreich Preußen.

#### Westpreußen.

| | |
|---|---|
| Elbing-Marienburg | 58 (19444) |

#### Stadt Berlin.

| | |
|---|---|
| Berlin I. | 38 (15293) |
| Berlin II. | 120 (58367) |
| Berlin III. | 4534 (26576) |
| Berlin IV. | 174 (64961) |
| Berlin V. | 5143 (23193) |
| Berlin VI. | 206 (81214) |

#### Brandenburg.

| | |
|---|---|
| Prenzlau-Angermünde | 1111 (17505) |
| Niederbarnim | 2748 (34824) |
| Patsdam-Spandau | 2969 (28659) |
| Westhavelland-Brandenburg | 577 (18322) |
| Teltow-Charlattenburg | 7786 (66433) |
| **Arnswalde-Friedeberg** | **8046** (13228) — **Ahlwardt gewählt.** |
| Landsberg-Soldin | 3067 (18495) |
| Ost- und Weststernberg | 565 (9977) |

#### Pommern.

| | |
|---|---|
| Stadt Stettin | 495 (20672) |
| Pyritz-Saatzig | 1991 (14118) |
| Schivelbein-Dramburg | 35 (12627) |

**Neustettin** **2535** (8698) **Ahlwardt gewählt** in d. eng. Wahl ,mit 7326 und **Förster** in d. Nachwahl mit **6518** (8479)

#### Posen.

| | |
|---|---|
| Birnbaum-Obarnik | 1181 (21889) |
| Meseritz-Bamst | 271 (16154) |
| Krotoschin-Koschmin | 34 (10644) |
| Czarnikau-Colmar | 57 (19389) |
| Wirsitz-Schubin | 80 (18156) |
| Inowrazlaw-Mogilaw | 1124 (19377) |

#### Schlesien.

| | |
|---|---|
| Graßwartenberg-Oels | 1158 (16057) |
| Breslau Ost | 1484 (24759) |
| Breslau West | 1370 (26335) |
| Frankenstein-Münsterberg | 549 (11221) |
| Hainau-Liegnitz | 326 (22385) |
| Jauer-Balkenhain | 268 (17708) |
| Kreuzburg-Rosenberg | 35 (10051) |
| Kattawitz-Zabrze | 746 (26077) |
| Pleß-Rybnik | 26 (21408) |

#### Sachsen.

| | |
|---|---|
| Stadt Magdeburg | 2869 (35827) |
| Aschersleben-Halberstadt | 299 (28431) |
| Naumburg-Weißenfels | 2070 (29071) |
| Nordhausen | 4579 (11675) |

#### Schleswig-Holstein.

| | |
|---|---|
| Pinneberg-Segeberg | 718 (26388) |
| Kiel-Rendsburg | 36 (35937) |
| Altana | 2258 (32051) |

#### Hannover.

| | |
|---|---|
| Osnabrück | 309 (25717) |
| Melle-Diephalz | 258 (11679) |
| Hannover-Linden Stadt | 8021 (42544) |
| Hameln-Springe | 618 (21157) |
| Hildesheim | 860 (22892) |
| Northeim-Osterode | 174 (15232) |
| Göttingen | 1541 (16522) |
| Celle-Gifharn | 652 (22652) |
| Harburg | 163 (24277) |

#### Westfalen.

| | |
|---|---|
| Münster-Kaesfeld | 222 (17798) |
| Herford-Halle | 77 (15004) |
| Siegen | 1077 (21414) |
| Hagen-Schwelm | 261 (26018) |
| Bochum-Gelsenkirchen | 633 (66149) |
| Dortmund | 65 (46757) |

#### Hessen-Nassau.

**Rinteln-Hofgeismar 3835** (14418). — **Werner gewählt** in d. eng. Wahl mit 8035. — **Dr. König** erhielt in der Nachwahl zunächst **4419** (10693) und wurde **gewählt** in der eng. Wahl mit 6631.

**Fritzlar-Ziegenhain 6482** (10546). — **Liebermann v. Sonnenberg gewählt.**

**Eschwege-Schmalkalden 3809** (14739). — **Lenß gewählt** in der eng. Wahl mit 6879.

**Marburg-Frankenberg 6736** (13851). — **Dr. Böckel gewählt** in der eng. Wahl mit 8778.

*) Die überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen sind in Klammern beigefügt.

**Hersfeld-Rotenburg 3986** (11821). — **Werner gewählt** in der eng. Wahl mit 7259.

| | |
|---|---|
| Fulda-Schlüchtern | 113 (15976) |
| Hanau-Gelnhausen | 2020 (23530) |
| Höchst-Usingen | 353 (23855) |
| Wiesbaden-Rheingau | 1245 (23721) |
| Oberlahnkreis-Limburg | 1562 (16905) |
| Dilkreis-Oberwesterwald | 1089 (16695) |
| Frankfurt a. M. | 1448 (30863) |

### Rheinprovinz.

| | |
|---|---|
| Wetzlar-Altenkirchen | 3383 (20777) |
| Kreuznach-Simmern | 65 (17866) |
| Solingen | 48 (20621) |
| Düsseldorf | 269 (33250) |
| Essen | 181 (45006) |
| Duisburg-Mulheim | 5952 (42302) |
| Gladbach | 197 (23350) |
| Köln | 533 (43679) |
| Wittlich-Bernkastel | 28 (14105) |

### Königreich Bayern.

| | |
|---|---|
| Neunburg vor'm Wald | 33 (10007) |
| Neustadt a. d. Wald-Naab | 104 (10993) |
| Erlangen-Fürth | 81 (19349) |
| Neustadt a. d. Saale | 63 (15043) |
| Schweinfurt | 81 (14555) |
| Würzburg | 596 (14830) |
| Augsburg | 512 (24891) |

### Königreich Sachsen.

| | |
|---|---|
| Löbau | 6318 (17052) |

**Bautzen-Camenz 10572** (20547). — **Gräfe gewählt.**

**Dresden** r. d. Elbe **11151** (34588). — **Klemm gewählt** in der eng. Wahl mit 19550.

**Dresden** l. d. Elbe **13805** (85671). — **Zimmermann gewählt** in der eng. Wahl mit 19857.

**Dresden-Dippoldiswalde 11780** (32341). — **Hänichen gewählt** in der eng. Wahl mit 17037.

**Meißen-Großenhain 7692** (22546). — **Lieber gewählt** in der eng. Wahl mit 13344.

**Pirna 7805** (20879). — **Lotze gewählt** in der eng. Wahl mit 12429.

| | |
|---|---|
| Stadt Leipzig | 7077 (30404) |
| Leipzig Land | 9148 (52336) |
| Chemnitz | 4955 (38309) |
| Annaberg | 3063 (17896) |

### Königreich Württemberg.

| | |
|---|---|
| Stuttgart | 460 (31524) |

### Großherzogthum Baden.

| | |
|---|---|
| Waldshut-Säckingen | 83 (19441) |
| Lörrach-Müllheim | 1030 (15287) |
| Freiburg-Emmendingen | 337 (19678) |
| Karlsruhe-Bruchsal | 210 (22654) |
| Mannheim-Schwetzingen | 815 (28968) |
| Heidelberg | 1078 (19268) |
| Sinsheim-Bretten | 3573 (18496) |

### Großherzogthum Hessen.

**Gießen 5606** (14683). — **Köhler gewählt** in der eng. Wahl mit 8163.

| | |
|---|---|
| Friedberg-Büdingen | 3493 (14351) |

**Alsfeld-Lauterbach 3811** (10632). — **Zimmermann gewählt** in der eng. Wahl mit 6352. — **Bindewald** erhielt in der Nachwahl zunächst **4761** (10743) und wurde alsdann in der eng. Wahl **gewählt** mit 6314.

| | |
|---|---|
| Darmstadt | 3223 (19345) |
| Dieburg-Offenbach | 2669 (23911) |

**Bensheim-Erbach 4693** (14095). — **Hirschel gewählt** in der eng. Wahl mit 8121.

| | |
|---|---|
| Worms | 48 (17276) |
| Bingen-Alzey | 389 (16408) — In der Nachwahl 1565 (7038) |
| Mainz | 270 (21707) |

### Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

| | |
|---|---|
| Rostock-Doberan | 26 (19821) |

### Großherzogthum Sachsen-Weimar.

| | |
|---|---|
| Weimar-Apolda | 475 (2111) |
| Eisenach | 1623 (14039) |
| Neustadt a. d. Orla | 396 (17568) |

### Großherzogthum Oldenburg.

| | |
|---|---|
| Oldenburg-Birkenfeld | 58 (18621) |
| Delmenhorst-Kloppenburg | 120 (14361) |

### Herzogthum Sachsen-Meiningen.

| | |
|---|---|
| Meiningen-Hildburghausen | 1214 (15257) |
| Sonneberg | 111 (15717) |
| **Fürstenthum Waldeck** | 2109 (8112) |
| **Fürstenthum Reuß ä. L.** | 627 (10682) |
| **Lübeck** | 410 (15252) |
| **Bremen** | 555 (34195) |

### Hamburg.

| | |
|---|---|
| Hamburg I | 2431 (29236) |
| Hamburg II | 2646 (31161) |
| Hamburg III | 4032 (58801) |

### Elsaß-Lothringen.

| | |
|---|---|
| Metz | 3407 (16824) |

---

| | | |
|---|---|---|
| Ostpreußen | — | |
| Westpreußen | 58 | (205526) |
| Stadt Berlin | 10215 | (269604) |
| Brandenburg | 26869 | (421542) |
| Pommern | 5056 | (214012) |
| Posen | 2747 | (246620) |
| Schlesien | 5962 | (619667) |
| Sachsen | 9817 | (439659) |
| Schleswig-Holstein | 3012 | (200404) |
| Hannover | 7596 | (377621) |
| Westfalen | 2335 | (395820) |
| Hessen-Nassau | 32678 | (258397) |
| Rheinprovinz | 10656 | (750708) |
| Hohenzollern | — | |

---

| | | |
|---|---|---|
| Königr. Preußen | 117001 | (4656404) |
| Königr. Bayern | 1470 | (773924) |
| Königr. Sachsen | 93364 | (592435) |
| Württemberg | 460 | (308918) |
| Baden | 7126 | (266895) |
| Hessen | 24200 | (152408) |
| Mecklenburg | 26 | (102974) |
| Sachsen-Weimar | 2494 | (52724) |
| Mecklenburg-Strelitz | — | |
| Oldenburg | 178 | (48110) |
| Braunschweig | — | |
| Sachsen-Meiningen | 1325 | (30974) |
| Sachsen-Altenburg | — | |
| Sachsen Coburg-Gotha | — | |
| Anhalt | — | |
| Schwarzburg-Sondershausen | — | |
| Schwarzburg-Rudolstadt | — | |
| Waldeck | 2109 | (8112) |
| Reuß ält. Lin. | 627 | (10682) |
| Reuß jüng. Lin. | — | |
| Schaumburg-Lippe | — | |
| Lippe | — | |
| Lübeck | 410 | (15252) |
| Bremen | 555 | (34195) |
| Hamburg | 9109 | (119198) |
| Elsaß-Lothringen | 3407 | (239255) |

**Deutsches Reich 263861** (7673973).

---

## Der Spieler- und Wucherprozeß in Hannover.

Der große Spieler- und Wucherprozeß in Hannover würde uns keine Veranlassung bieten, uns an dieser Stelle zu beschäftigen, wenn nicht die antisemitische Presse mit beispielloser Einmüthigkeit aus diesem Prozesse Kapital geschlagen hätte. Wenn auch über die Konfession der im Spielerprozeß Betheiligten im Publikum mannigfache Irrthümer herumlaufen, so muß man doch zugeben, daß die Anzahl der Juden eine

übergroße ist. Jüdischer Confession sind Abter, Samuel Seemann, Heß, Julius Rosenberg und Sußmann, Christen sind v. Meyerinck, Fährlich, Stamer, der sich jetzt gestellt hat, Lichtner, der verhaftet und Frhr. v. Zedlitz-Neukirch, der noch flüchtig ist. Es ist ein trauriges Schauspiel, wenn in Prozessen Schurken jüdischer Confession eine schlimme Rolle spielen und die antisemitische Presse auf das gesammte Judenthum losschlägt, ohne eine Ahnung zu haben, daß in den Herzen der anständig gesinnten Juden jene Menschen die schlimmste Verurtheilung erfahren, die möglich ist.

Aber Feingefühl und Logik haben wir ja noch nie bei den Antisemiten gefunden. Deshalb übersehen sie, daß sämmtliche Juden schon vorbestrafte Subjekte sind, die in schwerem Conflict mit dem Strafgesetzbuch gestanden haben. Leute, die auf dem Index der Gesellschaft stehen, deren Vorbestrafung und Charakter sie von jeder anständigen Gesellschaft ausschloß. Diese Leute werden anstandslos von einer großen Reihe von Offizieren und Leuten der guten Gesellschaft aufgesucht und in den Verkehr gezogen. Es handelt sich also um die Frage, wo das schwerere Unrecht liegt. Auf der einen Seite steht eine Anzahl vorbestrafter Subjekte, Spieler und Wucherer, deren Renommee sie von dem Verkehr mit jeder anständigen Gesellschaft ausschloß, die unfähig waren, ein Leben durch ehrlichen Erwerb zu führen und die nach unerfahrenen und spielsüchtigen Leuten fahndeten, um sie zu rupfen. Auf der anderen Seite stehen Offiziere, Leute der guten Gesellschaft, die es abgelehnt hätten, mit dem anständigsten Juden zu verkehren, indeß sie mit schmutzigen Juden schmutzige Spiele arrangirten, die zu einem Spiel hinstürzen, und Extrazüge nehmen, wenn sie hören, es könnte ein reicher Kaufmann um Tausende erleichtert werden. Wenn man diese beiden Klassen von Menschen gegenüberstellt und ihr Benehmen sittlich abwägt, dann sind jene Offiziere, Studenten und Gutsbesitzer ungleich stärker zu verurtheilen als jene 5 Juden, welche das ganze antisemitische Entrüstungspathos mit seinen stärksten Registern in Bewegung gesetzt haben. Anstatt eine ethische Frage daraus zu machen, anstatt auf Mittel und Wege zu sinnen, wie ähnlichen Vorkommnissen vorgebeugt werden kann, haben die Antisemiten eine Judenfrage daraus gemacht, während es ebenso gut eine Christenfrage ist. Jene fünf Juden sind nicht mehr zu retten, ihnen wird das Zuchthaus ein möglichst langes Asyl sein, das sie unschädlich machen wird. Aber jene Offiziere, Studenten und Gutsbesitzer, die moralisch angefault sind, beweisen, daß ein Theil der „guten" Gesellschaft sich inmitten der Schäden unehrlichen Erwerbes wohl fühlt. Dieser Theil der Gesellschaft bedarf der sittlichen Erneuerung, das ist die Lehre, die wir aus dem Prozeß ziehen, nicht aber, wie es die Antisemiten thun, daß jene jüdische Spieler Typen jüdischer Aussaugung sind. Es hat keinen Sinn weiter, über jene 5 Spieler Worte zu verlieren, wie es die antisemitische Presse mit ihrem pathetischen Elan thut, wohl aber beweist es Einsicht und Ruhe, die Hebel dort anzusetzen, wo Aussicht auf Erfolg ist.

---

## Die politische Stellung der Beamten.

In der Angelegenheit des Oberlehrers Dr. Schniermann in Hannover (s. No. 45 der „Mitth.") sind folgende Verfügungen erlassen worden.

Die Verfügung des Provinzial-Schulcollegiums lautet:

„Hannover, 12. August 1893. Nach genauer Prüfung Ihrer am 1. d. M. abgegebenen und durch den Director der Anstalt uns vorgelegten Erklärung über die Unterzeichnung eines von der hiesigen, wie sie sich nennt, „deutsch-sozialen (antisemitischen)" Partei erlassenen Wahlaufrufs haben wir Ihnen unter Hinweis auf § 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 aufzugeben, sich in Zukunft bei Ihrer Betheiligung an den staatlichen Wahlen aller Kundgebungen zu enthalten, welche Ihre einer anderen Religion angehörigen Schüler und damit deren Eltern zu verletzen, und so das Vertrauen und die Achtung welche Ihr Beruf erfordert, zu schädigen geeignet sind. Königliches Provinzial-Schulcollegium. gez. Biedenweg."

Die Verfügung des Kultusministers lautet:

„Berlin, 18. Oktober 1893. Auf die Eingabe vom 28. August d. J. erwidere ich Ew. Wohlgeboren nach Prüfung der Sachlage, daß ich in Ihrer Mitunterzeichnung des mir vorgelegten Wahlaufrufes der deutsch-sozialen (antisemitischen) Partei einen Verstoß gegen § 2 des Gesetzes, betreffend Dienstvergehen nichtrichterlicher Beamten, vom 21. Juli 1852, nicht finden kann und daher zu dem Hinweis auf § 2 des gedachten Disziplinargesetzes, welcher in der an Sie gerichteten Verfügung des Königlichen Provinzial-Schulcollegiums daselbst vom 12. August d. Js. angezogen ist, keine ausreichende Veranlassung sehe. Durch den Direktor des Realgymnasiums ist Ihnen bezeugt, daß Sie als pflichtgetreuer und gewissenhafter Lehrer Ihre dienstlichen Aufgaben mit Ernst erfüllen, daß Ihre politische Stellung auf Ihr dienstliches Verhalten keinen Einfluß übe, daß Sie in der Behandlung der Schüler zwischen christlichen und jüdischen Schülern keinen Unterschied machen, und daß Beschwerden über ungleiche Behandlung jüdischer Schüler der Anstalt weder von diesen noch von den Eltern derselben bei dem Director geführt worden seien. Wenn ich dieses Zeugniß gern vernommen habe, so muß ich doch darauf hinweisen, daß die allgemeinen Wendungen, in welchen der Wahlaufruf von „jüdischer Gewissenlosigkeit und Geriebenheit" redet, immerhin Anlaß dazu bieten können, daß das Vertrauen der jüdischen Eltern, welche ihre Kinder der Anstalt übergeben haben, auf die Unbefangenheit und Gerechtigkeit des mitunterzeichneten Lehrers gefährdet wird. Ich vertraue, daß Ew. Wohlgeboren bei künftigen Gelegenheiten auch diese Erwägung nicht außer Acht lassen werden. gez. Bosse."

Die Verschiedenartigkeit dieser Verfügungen ist charakteristisch für die Haltung der Regierung der politischen Stellung der Beamten gegenüber. In der Behandlung der von ihr besoldeten und angestellten Beamten kann eine Regierung nur zwei Wege einschlagen: Entweder sie maßregelt alle Beamten, welche sich politisch hervorthun oder sie maßregelt keinen. Der erste Fall ist aus mehrfachen Gründen nicht angängig. Diese Mundtodterklärung einer großen Anzahl von Männern widerspricht dem ersten Gebot des Rechts auf freie Meinung und Meinungsäußerung. Auch würde sich dann die Regierung dem Falle gegenübersehen, Beamte zu maßregeln, weil sie ihre eigene Politik, die Politik der Regierung, vertreten. Deshalb muß ein moderner Staat die zweite Forderung erfüllen und jedem seiner Beamten unbeschadet seiner Beamten-Stellung das Recht einräumen, politische Meinung zu haben und zu äußern. Gewiß würde die Regierung sich zuweilen in die fatale Situation gesetzt sehen, Beamte zu dulden, die ihr politisch Schwierigkeit machen, aber ungleich werthvoller als diese kleinen Differenzen ist das Prinzip der Gerechtigkeit, das sie durch ihr Benehmen hochhält. Zum Theil erfüllt sie auch dieses Prinzip. Als am 22. Januar 1892 Herr von Bennigsen im Reichstage das gesammte liberale Bürgerthum zur Einigkeit und zum Kampfe aufrief, da drückte Graf Kanitz sein Bedauern aus, daß ein preußischer Staatsbeamter über Reichseinrichtungen eine solche Kritik übe. Die Regierung hat Herrn von Bennigsen nicht entlassen; ihr Ansehen ist völlig das gleiche geblieben, und die Unbefangenheit, die sie dieser „widerlichen Denunziation" gegenüber (wie die „Köln. Ztg." sich ausdrückt) bewies, hat ihr eher genützt als geschadet.

Leider befolgen aber die Regierungen jenes Prinzip der Gerechtigkeit nicht immer. Namentlich die niedern Beamten werden energisch auf die Finger geklopft, wenn sie nicht mit der Regierung gehen. Wenn ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber gemaßregelt wird, weil er eine andere politische Meinung hat, als dieser, so schreit alle Welt. Den Regierungen gegenüber fehlt leider sehr oft dieser frische Impuls in der öffentlichen Kritik.

Folgende Fälle beweisen, wie regierungsseitig jenes Prinzip der Gerechtigkeit zuweilen ausgeübt wird:

1. Der Kriegsminister enthob einer Meldung der „Köln. Volkszeitung" zufolge den Erzpriester Hein in Grottkau der Militärseelsorgerstelle wegen seiner Agitation gegen Herrn v. Schalscha bei der letzten Reichstagswahl.

2. Der Stiftungsschule in Hamburg ist die Berechtigungsertheilung zum einjähr. freiw. Dienst entzogen worden, weil der Direktor Drähnert freisinnig ist. Drähnert hat sein Amt niedergelegt, um die Schule nicht zu schädigen.

3. Der Rechtscandidat Simon Katzenstein aus Gießen wurde nicht zur Vorbereitung im Justizdienst zugelassen, weil er der sozialdemokratischen Richtung angehört. Sowohl das Gießener Kreisamt, als auch das Großh. hess. Ministerium schlugen sein Gesuch ab.

4. Der „Marburger Gen. Anzeiger" theilte jüngst folgende Verfügung der Regierung zu Kassel mit:

Kassel, den 3. Juni 1893.

„Da zu unserer Kenntniß gekommen ist, daß Lehrer in den zum Reichstagswahlkreis Marburg-Kirchhain-Frankenberg gehörigen Kreisen sich an der Wahlagitation für den Bäcker Georg Schott betheiligen, so machen wir Euer Wohlgeboren auf unser Ausschreiben vom 18. Juni 1881 B. 6781 aufmerksam. Wir ersuchen Sie, dasselbe bei den Herrn Lokalschul-Inspectoren und durch dieselben bei den Lehrern schleunigst in Erinnerung zu bringen. Sollten die Agitationen gleichwohl fortgesetzt werden, so sind uns die Namen der Agitatoren und die einzelnen Vorgänge alsbald anzuzeigen."

Abtheilung für Kirchen und Schulsachen.
gez. von Altenbockum.

Der Bäcker Georg Schott war der Candidat der Freisinnigen; ihm standen Böckel (Antisemit) und der agrarische Lucke gegenüber, für die gleichfalls in Lehrerkreisen agitirt wurde.

5. Der Stuttgarter „Beobachter" veröffentlichte folgendes Schreiben:

„Geehrter Herr Schullehrer . . . Da den Volksschullehrern keine „agitatorische Thätigkeit für die Demokratie" erlaubt ist, so bitte und ermahne ich Sie, ebenso freundlich als dringend, sich solcher zu enthalten. Wenn man auch — nach dem Ausspruche des Herrn Schultheißen . . . — von Ihnen selbst noch kaum werde sagen können, daß es Ihrerseits zu solcher im vollen Sinne am Sonntag Abend gekommen sei, so sei es denn doch mindestens gar nicht mehr weit davon gewesen, und könnte es ja leicht noch weiter kommen; auch schien ebendemselben eine Anzeige höheren Orts bemahe jetzt schon, wie er mir sagte, geeignet. Alles, was ich zunächst Sie betreffend thue, besteht nur in diesem wohlgemeinten Brief, und würde es mich amtlich und persönlich freuen, wenn derselbe ebenso gute Aufnahme fände, wie er aus guter Absicht geschrieben ist, zwar nur ungern, aber aus Pflichtgefühl! Achtungsvoll grüßend K. Ev. Ortsch.-Insp. &c. Pfarrer . . . ."

6. Ueber eine andere Maßregelung berichtet die „Frkf Ztg." vom 2. 11. d. J. wie folgt:

Löbau i. S. „In unserem zweiten Wahlkreise ist ein seit 18 Jahren im Staatsdienste stehender Grenzaufseher ohne Angabe näherer Gründe seines Amtes enthoben worden. Der Gemaßregelte ist Anhänger der freis. Volkspartei und hat in Ewil in einigen Versammlungen gegen die Candidatur des Antisemiten Zimmermann Stellung genommen. Das ist seine ganze Schuld, denn eine von fanatischen Gegnern gegen ihn erhobene Beschuldigung der Majestätsbeleidigung hat sich als durchaus hinfällig erwiesen und ein Einschreiten der Gerichte ist nicht erfolgt, obwohl der Gemaßregelte selbst darum gebeten hatte. Trotz alledem ist der Beamte, der sich 18 Jahre hindurch zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten geführt hatte, ohne Angabe von Gründen entlassen worden. Da er verheirathet ist und fünf Kinder zu ernähren hat, so ließ er nichts unversucht, um — sei es auch in untergeordneter Stellung als Arbeiter — im Staatsdienste verbleiben zu können, doch alle seine Schritte waren vergeblich. Ein höherer Zollbeamter, dem er persönlich seine unglückliche Lage schilderte, entließ ihn sogar mit dem Rathe, er möge sich doch von den Freisinnigen und den Sozialdemokraten bezahlen lassen. Der Gemaßregelte — er heißt Hertzog und war in dem Grenzorte Steinigtwolmsdorf stationirt — hat inzwischen eine bescheidene Stellung in der Expedition des freisinnigen „Oberlausl. Volksboten" in Ebersbach erhalten. Das Vorgehen der Behörden ihm gegenüber wird in der gesammten Oberlausitz um so mehr besprochen, als man anderen Beamten gegenüber keineswegs mit gleicher Strenge begegnet. So darf z. B. fortgesetzt ein hiesiger Obersteueraufseher und Premierlieutenant a. D. ganz ungestört seiner antisemitischen Agitation obliegen. Er tritt fast jeden Sonntag als Redner zu Gunsten der antisemitischen Reformpartei auf und war zur Zeit der Reichstagswahl ein eifriger Gegner der zweijährigen Dienstzeit und des deutsch-russischen Handelsvertrags. Diesem Beamten geschieht nichts. Auch einige Geistliche treten in unserem Kreise ungehindert in öffentlichen Versammlungen zu Gunsten der antisemitischen Reformer auf, über deren verhetzende Agitation auch conservative Männer, wie der Freiherr v. Friesen, die herbsten Urtheile gefällt haben."

In allen diesen sechs Fällen maßregelt man Beamte, die zumeist zu den Oppositionsparteien, zu den Freisinnigen und Sozialdemokraten, gehören. Sie bilden einen um so interessanteren Beitrag zu der Praxis unserer Regierung, als die Maßregelung antisemitischer Beamten zu den Seltenheiten gehört. Sie beweisen, daß die Regierungen zuweilen ein Recht mit doppeltem Boden zur Anwendung bringen.

## Zur Abwehr.

**Judenthum und Sozialdemokratie.** Daß die Juden schlechte und deshalb gefährliche Leute sind, und daß jeder, der das nicht glaubt, verjudet ist, das gehört zu den Dogmen der Antisemiten.

Daß die Obrigkeit verjudet ist, ist ja offenkundig; die Antisemiten aller Schattirungen predigen das täglich.

Daß alles, was sich freisinnig nennt, verjudet ist, ist ebenfalls sehr bekannt. Die „Tägl. Rundschau" schrieb am 4. Juni d. J. im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen: „Der Freisinn bedeutet bei uns die Judenknechtschaft aus Ueberzeugung oder . . . . aus persönlicher Sklaverei." Die Herren vergessen ganz, daß der Freisinn nur für das gleiche Recht eintritt, und daß die Juden gerade durch jene Hetzereien mehr und mehr nach links gedrängt werden, d. h. dahin, wo das gleiche Recht für alle vertheidigt wird.

Neuerdings ist auch die Sozialdemokratie verjudet; natürlich, da sie für den Antisemitismus nicht zu haben ist. Wer sich sein unbefangenes Urtheil bewahrt hat, der wird das verstehen, den Antisemiten aber ist das eine „seltsame Erscheinung", und die „Kreuzzeitung" giebt dafür eine Erklärung, natürlich auf ihre Art. Selbstverständlich haben die Juden wieder nur geschäftliche und herrschsüchtige Absichten. Die Antisemiten haften eben immer nur an der Oberfläche.

Denn angenommen, die Juden wären wirklich sehr zahlreich in der sozialdemokratischen Partei — was ja noch nicht feststeht — so hätte das doch einen näher liegenden Grund. Denn die Noth befreundet; und drängt man den Juden aus allen Parteien heraus, droht ihm beständig mit Entziehung seiner Rechte und ruft ihm immer wieder zu, er habe kein Vaterland und gehöre hinaus, so werden solche, die nicht genug innerlichen Halt haben, gar leicht irre, dann unzufrieden, und schließen sich endlich der Sozialdemokratie an. Wir beklagen das von Herzen, aber es ist so — und die Schuld tragen allein auch hier wieder — die Antisemiten.

Dr. K.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Zu den preußischen Landtagswahlen.** Frhr. v. Hammerstein und Stöcker sind wiedergewählt. Es ist bemerkenswerth, daß die Candidatur des letzteren bei seinen eigenen Parteigenossen auf Wiederstand stieß. In Bielefeld, dem alten Wahlkreise Stöckers, wollte man überhaupt nichts von ihm wissen und selbst in der alten conservativen Hochburg Minden-Lübbecke wurde er erst nach dreimaligem Wahlgange mit 5 Stimmen Mehrheit gewählt. Der conservative Reichstagsabg. Prof. Hüpeden, ein Gesinnungsgenosse Stöckers, unterlag in dem bisher conservativ vertretenen Wahlkreise Kassel Land einem Nationalliberalen trotz eifrigster antisemitischer Hülfe. Einen anderen Anhänger Stöckers, Pfarrer Meyenschein in Schlüchtern-Gelnhausen ereilte das gleiche Schicksal. Er erhielt 81 Stimmen, während der freiconservative Amtsrichter Zimmermann 163 Stimmen erhielt. Ferner fiel mit großer Mehrheit in seinem bisherigen Wahlkreise Sorau-Guben Frhr. v. Wackerbarth durch; wie das „Volk" sich ausdrückt: „Das edle Wild liegt auf der Strecke." Dagegen wurde in Spandau-Osthavelland-Potsdam der Stöckerianer Pfarrer Schall, der auch dem Reichstag angehört, mit großer Mehrheit gewählt.

Die „reinen" Antisemiten haben sehr

schlecht abgeschnitten. Nicht ein einziger ihrer Candidaten ist durchgekommen. Liebermann v. Sonnenberg unterlag in Homberg-Ziegenhain, obwohl der Bund der Landwirthe für ihn eintrat, mit 87 gegen 103 Stimmen dem conservativen Candidaten. Ein anderer Deutschsozialer, Dr. Häberlein erhielt in Rinteln 46 Stimmen, während auf den nationalliberalen Prof. Paasche 90 und auf den conservativen Dr. Burkhardt 9 Stimmen fielen. — Abg. Dr. König brachte es in Hofgeismar-Wolfhagen nur auf 19 Stimmen. Der conservative Baron v. Pappenheim erhielt 108, der conservative Landrath v. Buttlar 87 Stimmen.

Auch Abg. Leuß hatte in Eschwege-Schmalkalden kein Glück; der bisherige freiconservative Vertreter v. Christen wurde mit 154 Stimmen wiedergewählt. Der freisinnige Prof. Stengel erhielt 87, Leuß 10 Stimmen.

In Deutschkrone-Flatow erhielten die Herren von Mosch und Dr. Schnutz-Hannover je 15 von 460 Stimmen, in Schivelbein-Dramburg Herr René 13 Stimmen.

Abg. Böckel fiel in Marburg und in Kirchhain-Frankenberg durch. In Marburg sind 20 und in Kirchhain-Frankenberg 31 antisemitische Wahlmänner weniger als bei den 1888er Wahlen gewählt worden. In Marburg wurde Landrath v. Troll, cons., mit 114 Stimmen gewählt. Der nat.-lib. Prof Paasche erhielt 37, Böckel 16 Stimmen. In Kirchhain-Frankenberg erhielt Böckel 48, der cons. Landrath Riesch 115 Stimmen. — Abg. Werner fiel in Hersfeld-Rotenburg mit 62 Stimmen durch; der cons. Gutsbesitzer Seyforth erhielt 167 Stimmen. In Biedenkopf erhielt der antis. Abg. Hirschel 43, der Regierungspräsident von Tepper-Laski 88 Stimmen, in Hanau der Antisemit Stein 45 Stimmen, während auf den nat.-lib. Fabrikanten Junghenn 117 Stimmen fielen.

Abg. Dr. Förster erlitt in Neustettin eine große Niederlage; er bekam 38 Stimmen gegenüber 396 conservativen. In Teltow-Beeskow brachte er es gar nur auf 22 von ca. 1180 Stimmen. Auch Ahlwardt gelang es nicht, das Landtagsmandat für Friedeberg-Arnswalde den Conservativen zu entreißen; immerhin wurden 80 Wahlmänner auf seinen Namen gewählt.

Chr. Joseph Cremer, einer der ehemaligen Führer der „Berliner Bewegung", wurde in seinem alten Wahlkreise Teltow-Beeskow nicht wieder gewählt; er erhielt 34 von 1180 Stimmen. Seine übergroße Wandlungsfähigkeit haben Cremer bei den Conservativen schließlich unmöglich gemacht.

Als Curiosum sei noch ein Telegramm der „Staatsbürgerztg." aus Soest folgenden Inhalts angeführt: „Von Dolffs und Schulze-Steinen gewählt, der Vertreter der Judenschutztruppe Schmelzer wurde geschlagen." — Zu früh gejubelt! Nicht blos Herr Gymnasialdirector Schmelzer, sondern auch Herr Gutsbesitzer Schulze-Steinen hat s. Z. den Aufruf zur Gründung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus unterschrieben. —

**Bei der Landtags-Stichwahl im Kreise Meißen** wurde Röder, conservativ, mit 1842 Stimmen gewählt gegen Hofmann, Antisemit, der 1331 Stimmen erhielt. — Damit ist nicht ein einziger Reformer in den sächsischen Landtag gewählt.

**Der „Antisemitenkatechismus"** ist in neuer Auflage erschienen. Sein Inhalt ist zumeist unverändert geblieben, bis auf eine Fortführung des Capitels über den Antheil der Juden am Verbrechen und die Geschichte der antisemitischen Bewegung bis 1893. In dem letzteren Capitel findet sich folgender Angriff auf Brausewetter und Ahlwardt (S. 342—344):

„Die Verstöße und Anmaßungen eines Landgerichts-Directors Brausewetter im Judenflinten-Prozeß entfachten überall im Lande — selbst bis in das Lager der Gegner hinein — einen Entrüstungs-Sturm und trugen dem Angeklagten Ahlwardt Sympathieen ein, die er selber sich schwerlich zu gewinnen vermocht hätte. Herr Brausewetter war es eigentlich, der dem im Gefängniß sitzenden Ahlwardt den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg eroberte.

In der Folge hat Ahlwardt bei seinem Auftreten in öffentlichen Versammlungen auch eine gewisse volksthümliche Redegabe bekundet. Es ist jene Beredtsamkeit, die auf einer hohen Selbst-Einschätzung und einer gewissen Phantastik fußt und es gelegentlich mit den strengen Thatsachen nicht zu genau nimmt. Wiewohl Ahlwardt ein Pommer ist, hat er sich doch die berliner Manier des Mund-voll-nehmens in hohem Grade zu eigen gemacht, und so etwas verfehlt ja auf weniger urtheilsfähige und fernstehende Leute seine Wirkung nicht. Zur Rolle eines großen Parteiführers ist A. ebenso wenig von Geist wie von Charakter berufen. Er geht denn auch bis heute seinen eignen Weg ohne Anschluß an die bestehenden antisemitischen Partei-Organisationen.

Die Frage, ob Ahlwardt der antisemitischen Sache mehr genützt oder geschadet habe, gilt heute noch als eine offene. Sicher haben seine Prozesse die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf bestehende Mißstände gelenkt, und in den Schichten, wo man mit der Abwägung der Geistes- und Charakter-Fähigkeiten nicht allzu peinlich verfährt, hat Ahlwardt viele Anhänger gewonnen; in den Kreisen der Gebildeten hingegen dürfte er ebenso viele abgestoßen haben. Nur begeht man hierbei wieder den Fehler, daß man den gesammten Antisemitismus für die Mißgriffe und Schwächen einer einzelnen Person verantwortlich macht und Person und Sache nicht auseinander zu halten weiß. Immerhin mag man sich beruhigen: einer gerechten Sache müssen schließlich alle Dinge zum Besten dienen, und so wird auch der Ahlwardt-Rummel für die antisemitische Bewegung nicht ohne Nutzen sein.

Einstweilen durchwandelt Ahlwardt dieselben Stadien, wie Dr. Böckel ein halbes Jahrzehnt vor ihm: In seiner rasch errungenen Popularität hält er sich für eine Art Messias, zum mindesten aber für den einzig berufenen Vertreter des Antisemitismus. Er führt Krieg gegen Alle, die vor ihm am selben Werke thätig waren und bezeichnet Leute wie Stöcker, Liebermann und Böckel für unfähig und unehrlich. — Bedauerlich — aber andererseits aus der Jugend der Bewegung erklärlich — ist es, daß sich immer Leute finden, die durch einen schlecht angebrachten Personen-Kultus solche Selbst-Ueberhebungen fördern helfen. — Aber bei Ahlwardt wird hoffentlich dieser Größenwahns-Rausch bald verfliegen und ihn in maßvollere und bescheidenere Bahnen einlenken lassen." —

**Ist der Rassenantisemit Dr. Paul Liman „Vollblutjude?"** Aus Anlaß eines Streites zwischen dem Redacteur der „Dresd. Nachr." Dr. Lohan und seinem früheren Collegen Dr. Liman, der seit kurzem aus der Redaction dieses Blattes ausgeschieden und zu den „Reformern" übergetreten ist, behauptet Dr. Lohan in einem „offenen Brief an die Reformpartei in Sachsen" (Dresd. Nachr. 3. Novbr.), Dr. Liman sei directer Abkömmling von Juden. Er begründet das des Näheren wie folgt:

„Meine persönliche Kenntniß der semitischen Herkunft des Herrn Dr. Liman beruht auf folgendem Vorgange: Vor beinahe 13 Jahren feierte der Berliner „Verein deutscher Studenten" sein erstes Stiftungsfest. Als erster Vorsitzender des Vereins hatte ich mehreren Vereinsmitgliedern den Auftrag ertheilt, darauf zu achten, daß jüdische Studenten den Festsaal nicht betraten. Einer meiner Commilitonen machte mich in Folge dessen darauf aufmerksam, daß ein offenbar jüdischer Student bereits im Saale anwesend sei. Ich stellte mich diesem vor und forderte ihn in höflichen Worten auf, den Saal zu verlassen, da er allem Anscheine nach ein Jude sei. Der Studiosus erwiderte mir hierauf, daß er selbst Christ sei, daß allerdings **sein Großvater noch Jude** gewesen, sich aber habe taufen lassen. Dieser offenherzige, ehrliche Studiosus war der **Zwillingsbruder des Herrn Dr. Paul Liman**, ein Mann, auf dessen Ehrenhaftigkeit hiermit nicht der geringste Makel geworfen werden soll.

Um ganz sicher zu gehen, habe ich über die näheren **Abstammungsverhältnisse** des Herrn **Dr. Liman** umfassende Recherchen anstellen lassen. Diese haben zu folgendem Ergebnisse geführt:

Der **Großvater** des Herrn Dr. Liman, K. E. Ch. **Liman, war Jude**. Er war **zwei Mal mit Jüdinnen verheirathet**, in erster Ehe mit Johanna Fandel, in zweiter Ehe mit Agnes Herz. Als er sich zum dritten Male verheirathete, und zwar mit einer Christin, ließ er sich taufen. Der Vater des Herrn Dr. Liman, Ch. H. E. W. Liman, **stammte aus einer jüdischen Ehe**, war also **Vollblutjude.**

Während Herr Dr. Liman allenthalben, wohl im Bewußtsein seines **orientalischen Aeußeren** und seines spezifisch **jüdischen Namens,** den Glauben zu verbreiten sucht, er sei italienischer Abstammung, hat er mir gegenüber seine jüdische Herkunft niemals in Abrede zu stellen gewagt, mich vielmehr dringend gebeten, sie wenigstens einer bestimmten Person gegenüber, die davon nichts wisse, **zu verschweigen.**"

„Kann man sich einen schreienderen Widerspruch vorstellen — fragt Dr. Lohan, — als daß ein Mann, der seine **directe semitische Abkunft** kennt, sich in die vordersten Reihen der **Rassenantisemiten** stellt!"

Dem gegenüber erklärt Dr. Liman, daß er gegen den Verfasser des „offenen Briefes" die Verleumdungsklage anstrengen werde.

Und auf einem Commers des „Dresdener Reformvereins" am 4. November erklärte Hauptmann Liman aus Berlin, der Bruder des Herrn Dr. Paul Liman, als Haupt der Liman'schen Familie, daß der Großvater und Urgroßvater auf dem evangelischen Friedhofe der Gemeinde Friedrich Werder in Berlin beerdigt seien. Der Großvater väterlicherseits sei nur einmal verheirathet gewesen mit einer geborenen Minna Liman. Die Angriffe des Dr. Lohan beruhten auf Lüge. Wer hat nun Recht?

**Wer hat gelogen?** In der „Deutschen Wacht" hatte der antisemitische Reichstagsabg. Hänichen behauptet, in dem Streit zwischen dem Verleger der „Dresd. Nachr." Dr. Reichardt und dem früheren Redacteur des Blattes Dr. Liman habe sich der Abg. Liebermann von Sonnenberg unbefugterweise eingemischt und den Dr. Liman „an das Messer geliefert." — Herr v. Liebermann erklärte das für „böswillig erlogen" und sein College Hänichen, sich auf die Aussage des Dr. Reichardt vor Gericht stützend, fragt: „Wer hat gelogen? Wie stehts also, Herr Liebermann von Sonnenberg? Glauben Sie mit einer Verleumbung meiner Person die Frage aus der Welt zu schaffen?" — Herr von Liebermann will seinen Reichstagscollegen verklagen.

**Der Geschäftsantisemit Ahlwardt.** In dem Prozesse Ahlwardt c/a. Lohan, worüber wir in der vorigen Nr. berichtet haben, bemerkte der Herr Reichstagsabg. für Friedeberg-Arnswalde vor Gericht, daß ihm durch den Artikel, in welchem er als Lump und Kerl bezeichnet worden, **schwerer materieller Schaden** zugefügt worden sei, da ihm infolge des Artikels die sächsischen Behörden die Abhaltung von Versammlungen in Sachsen nicht ferner gestattet hätten. — Ein recht interessantes Geständniß aus dem Munde des „Idealisten" Ahlwardt!

**Carl Paasch** ist am 7. November auf Wunsch seiner Familie von der Landesirrenanstalt Herzberge nach Leipzig in die Königliche Nervenheilanstalt übergeführt worden.

**Zu der von uns reproduzirten Mittheilung** des Berliner Correspondenten der „Now. Wremja" über **russische Beziehungen** der Reichstagsabg. v. **Langen** und **Leuß** erklärt ersterer in der „Post":

1) „Dem Privatsecretär des russischen Konsulats Herrn Dukmeyer habe ich lediglich für mir freundlichst übersandte schriftstellerische Arbeiten gedankt, ohne auch nur die auswärtige Politik zu streifen.

2) Habe ich mich nie weder in Reden, noch in der Presse „durch Haß gegen Rußland ausgezeichnet," da ich diesen in der That nicht fühle.

3) Ebensowenig habe ich andererseits Fühlung mit russischen Kreisen angestrebt, wo ich den Nutzen einer solchen auch nicht einzusehen vermag."

Der Correspondent des genannten russischen Blattes, Eugen Lwoff, richtet an die „Post" nachstehende Zuschrift:

„Herr von Langen ist mir als Abgeordneter und besonderer Freund des Herrn Rector Ahlwardt bekannt, dessen unfreundliche Gesinnung gegen Rußland kein Geheimniß bildet. Herr Dukmeyer schickte Herrn von Langen seine zwei Broschüren: „Füchse mit brennenden Schwänzen" und „Gastgeschenke für Freund und Feind", deren Inhalt und Richtung gleichfalls bekannt sind, und erhielt darauf von Herrn von Langen einen Brief, datirt Groß-Lüdershagen, 2. October 1893, in dem sich unter Anderm folgende Worte befinden: „Mögen die sehr beherzigenswerthen Wahrheiten, für die Sie mit gewandter Feder eintreten, sich immer mehr bei unserem Volke Bahn brechen!" Ich glaube annehmen zu dürfen, daß dieser Wunsch für diejenigen, die die genannten Broschüren gelesen haben, allein für sich schon eine Frontveränderung bedeutet.

Was ferner den übrigen Theil der Correspondenz anbelangt, so bezieht sich derselbe lediglich auf Herrn Leuß und gründet sich auf folgende, im vom 5. October d. J. aus Danzig datirten Briefe befindliche wörtliche Zeilen: „Seit Jahren habe ich innerhalb dieser Bewegung dahin gewirkt, daß sie auch zur anderweitigen Politik Stellung nehme und natürlich im Sinne einer Annäherung an Rußland. Ich habe in diesem Sinne manchen Aufsatz geschrieben. Eine Arbeit derart müßte sehr erleichtert werden, wenn man in der Lage wäre, die russische Presse zu controliren und aus ihr Stimmen zu verzeichnen, die sich auf den Standpunkt der Gerechtigkeit oder noch besser der Freundlichkeit gegen Deutschland stellten. Ich würde auch kein Bedenken tragen, in dieser politischen Absicht Fühlung mit russischen Kreisen zu suchen, die von entgegenkommenden Wünschen beseelt sind. Man könnte dadurch vielleicht den Charakter der deutschen und russischen Zeitungsäußerungen nach und nach etwas freundnachbarlicher gestalten, aber ich weiß nicht, ob und wo sich in der russischen Presse 2c. Männer finden, die einem solchen Hand in Hand Gehen geneigt wären. Vor einigen Jahren habe ich an den russischen Botschafter eine Darlegung in diesem Sinne geschickt. Dieselbe ist nicht beantwortet worden, was mir freilich erklärlich ist."

Das ist ja ein recht vielseitiger Herr dieser **urgermanische** antisemitische Reichstagsabgeordnete Leuß! Zu derselben Zeit, wo er in Westpreußen mit den **Polen** liebäugelt, sucht er Beziehungen zu den **deutschfeindlichen Russen** anzuknüpfen.

**Der Wirrwar im deutschsozialen Lager** wird immer größer. Die deutschsozialen Antisemiten erklären in der „Staatsd. Ztg.", daß sie zwar noch wie vor dem deutschsozialen Programm treu bleiben und sich auch weiterhin so nennen werden, daß sie aber die jetzige Parteileitung für sich nicht anerkennen, sondern als Verband deutschsozialer Antisemiten sich selbständig zusammenschließen, in Wahlangelegenheiten aber sich der Antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland unterstellen und einen Theil dieses neuen zeitgemäßen Bundes bilden werden. Als ihr geistiges Oberhaupt erkennen sie nach wie vor Professor Dr. Paul Förster an.

**München,** 5 November. Das hiesige antisemitische Blatt hatte der mit vielen hiesigen und auswärtigen Filialen arbeitenden Waarenfirma Tietz vorgeworfen, daß sie ihre Ladnerinnen sehr schlecht bezahle (es wurde von 15 Mk. monatlich gesprochen) und sie direkt auffordere, sich „Nachtverdienst" zu verschaffen, daß Männer die Mädchen untersuchen mußten, ob sie sich keine Waaren rechtswidrig angeeignet 2c. Die umfangreichen Zeugenerhebungen in der am 2. stattgehabten Verhandlung vor dem Landgerichte ergaben, der „Frkf. Ztg." zufolge, das Unberechtigte dieser Angaben. Die vernommenen Ladnerinnen erklärten, daß die Firma am hiesigen Platze am Besten bezahle, daß einzelne Mädchen, die gern gewechselt hätten, es unterließen, weil sie anderswo nicht so viel Gehalt wie bei Tietz erzielt hätten. Untersucht seien sie auf eigenen Wunsch worden, als unaufgeklärte Waarendiebstähle vorkamen. Die Untersuchung sei stets durch eine besonders hierzu bestellte Frau vorgenommen worden. Redensarten, wie die vom „Nachtverdienst" seien nie gemacht worden, sie seien auch genügend bezahlt gewesen. Eine Ladnerin hielt die Erzählung von den 15 Mk. und der erwähnten Zumuthung unter dem Widerspruch der übrigen Zeugen aufrecht, sie verwickelte sich aber so sehr in ihre Aussagen, daß sich Greifbares nicht herausbekommen ließ. Das Gericht sprach den Verleger des antisemitischen Blattes Weng und den damaligen Redacteur Buchner schuldig und verurtheilte sie zu 200 bezw. 300 Mk. Geldstrafe und in die Kosten. Der mitangeklagte Drucker wurde freigesprochen. Die Kosten des bereits in

zweiter Instanz spielenden Prozesses sollen an 6000 Mark betragen.

Die Verurtheilten werden, wie das antisemitische Blatt mittheilt, das Oberlandesgericht anrufen und das Urtheil in formeller wie materieller Hinsicht anfechten.

**Der frühere sozialdemokratische Abg. Kunert** war jüngst wegen Aktendiebstahls zu Gefängniß verurtheilt. Die conservative Presse that entrüstet darüber, daß Kunert sich gestohlener Akten bedient habe. Wir aber erinnern uns des Aktendiebstahls zu Wesel, der im Judenflintenprozeß Ahlwardt's eine so große Rolle gespielt hat. Was hatte die conservative Presse dafür an Entrüstung vorräthig? — Schweigen ringsum! Im Falle Kunert forschte man nach dem eigentlichen Entwender der Akten und bestrafte ihn. Im Falle Ahlwardt wurde die Nachforschung nach dem Diebe aufgehoben, und nach der „Frankf. Ztg." von einer Vernehmung Ahlwardts und Hertwigs Abstand genommen.

**Der wiederholt von der „Staatsbürgerzeitung" in Abrede gestellte Plan der Gründung einer neuen antisemitischen Zeitung** hat nun eine festere Gestalt gewonnen. Das „Volk" schreibt darüber: „Vor uns liegt der „Arbeits- und Anstrebeplan der Allgemeinen Deutschen Volkszeitung" und ein von der „Allgemeinen Deutschen Verlags-Gesellschaft" unterzeichnetes Anschreiben. Als Aufsichtsrath der neuen Genossenschaft sind Paul Förster, Fried. Witte und Rechtsanwalt Hertwig, als Vorstand und Schriftleitung Max Zänker, Adolf Reinecke und Adolf Braumann angegeben. In dem Anschreiben heißt es, die „vorhandenen gesinnungsverwandten Blätter hätten sich für den Zweck der Mitarbeit an der Wiedergeburt der deutschen Volksseele als unzugänglich erwiesen."

Das ist hart für die „Staatsbürgerzeitung". Das Blatt soll sich an „die vorhandenen Grundsätze der antisemitischen Richtungen anlehnen." Da es nun aber sehr verschiedene antisemitische Richtungen giebt, so wäre es vielleicht zweckmäßig gewesen, anzugeben, welcher Richtung es sich besonders „anlehnen" wird. Wahrscheinlich der Ahlwardt-Försterschen! Aus dem „Anstrebeplan" heben wir einen Punkt hervor: **„Einziehung des Vermögens der Großjuden und Judenbanken."**

**Berichtigung.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In Nr. 44 Ihrer Wochenschrift schreiben Sie, daß ich als Vorsitzender eines hier bestehenden wissenschaftlichen Vereins, bei einer Berathung über Anschaffung von Büchern, aus confessionellen Gründen gegen die Anschaffung des „Lebens der Seele von Lazarus" gesprochen habe.

Ich bin niemals Vorsitzender in einem wissenschaftlichen Verein gewesen, sondern nur Mitglied*) des hier bestehenden Herbartvereins. — Sind gelegentlich einer Berathung Worte von meiner Seite gefallen, wie sie der Einsender anführt, so sind sie nicht in dem untergelegten Sinne geäußert, sondern mit Rücksicht auf den Preis des in Frage kommenden Werkes.

Die weiteren Behauptungen des Urhebers des Artikels sind in jedem Worte unwahr und völlig erfunden.

Ich habe niemals, weder amtlich noch privatim, weder dem Lehrercollegium der mir unterstellten Schulen, noch einem Einzelnen aus demselben, je darüber Vorhaltungen gemacht, daß er mit dem in der jüdischen Gemeinde angestellten Lehrer Stern verkehre.

Krause,
Rector der Knabenbürgerschule und Volksschule
zu Schönebeck a. E.

## Vermischtes.

**Der Pastor besteht auf seiner Gans.** Eine im Armenhause zu Liebenfelde wohnende Wittwe ließ kürzlich ihren Sohn einsegnen; der Herr Pastor verlangte dafür — eine Gans. Die arme Frau, welche nicht in der Lage war, die Gans zu beschaffen, bot nach wiederholter Mahnung dem Pastor 2 Mark für das Einsegnen; letztere Summe wurde jedoch nicht angenommen. Der Pastor besteht auf seiner Gans; er versucht jetzt, die letztere von einem verheiratheten Sohn der Wittwe zu erhalten und hat deshalb folgenden Brief geschrieben: „Herrn Tagelöhner Mettke, Simonsdorf. Hierdurch fordere ich Sie zum letzten Mal auf diesem Wege auf, mir die schuldige Gans innerhalb von drei Tagen zu bringen. Falls Sie in Simonsdorf keine bekommen, kaufen Sie eine in Wilhelmsburg. Ich bestehe in jedem Fall auf die Gans. Liebenfelde 30. 10. 1893. Matthes, Pfarrer."

Wer ist Pastor Matthes? Ein an der antisemitischen Agitation sich hervorragend betheiligender junger Geistlicher, der in einer Versammlung zu Soldin am 22. Februar d. J. den Satz aussprach, daß **„die Juden ausgerottet werden müssen mit eisernen Harken wie man das Unkraut ausrottet."** Der Herr Pastor Matthes hat durch sein Verhalten gegenüber der armen Wittwe wahrlich gezeigt, wie wenig er ein Recht hat, als Moralprediger aufzutreten. Oder meint er wirklich, daß das „praktische Christenthum", wie er es ausübt, für die Juden vorbildlich sein soll? —

**Stöcker und die Propheten.** Zu unserer Anmerkung in voriger Nummer der „Mittheilungen", daß Stöcker bemerkt habe: „wie schlecht die alten Juden gewesen sein müßten, weil die Propheten sie so tadelten," schickt uns ein christlicher Freund unseres Blattes folgende charakteristische Ergänzung:

„Der Völkerpsycholog Lazarus sagt in: „Treu und Frei": „Es wird häufig die Meinung angetroffen: die Juden müssen soviel schlechter sein, als andere Völker, denn ihre Propheten, ihre Redner, ihre Führer haben ihnen ihre Schlechtigkeit immer vorgeworfen. Vielleicht waren die Fehler nicht größer, aber der (eigene) Tadel derselben offener, schärfer als bei anderen Völkern. Nicht nur haben die Juden durch ihre Propheten und Richter diese Selbstkritik geübt, sondern im Volksmunde war sie Sitte geworden. Wenn den Eltern und Voreltern irgend ein Widriges begegnet, ein hartes Schicksal, ja eine offenbare Ungerechtigkeit, dann war das erste Wort bei der Erzählung und beim Anhören: „Um unserer Sünden willen!" Da hat man vor Allem an sich selbst als letzte und eigentliche Ursache des Uebels gedacht. Die Juden waren, nach dem Muster ihrer Propheten, allezeit stolz auf ihr Ideal, aber demüthig ob der Wirklichkeit; auch ob ihrer ganzen historischen Wirklichkeit. Andere Völker waren fast alle Lobredner vergangener Zeiten; die Juden allein haben an entscheidender Stelle gesagt: Wir und unsere Väter haben gesündigt."*) In der That zeugt der erhabene Zorn der Propheten von einem Fonds von Sittenstrenge, wie er gewissen in Selbstgefälligkeit aufgewachsenen Germanen vollkommen fremd (oder abhanden gekommen!) scheint." —

**Das Ende eines Ahlwardtgenossen.** Der „Nationalztg." wird aus Jaffa in Palästina unter dem 26. October geschrieben:

„Ein Mann ca. 60 Jahre alt, Namens Meißner aus Berlin, der in der Elisabethstraße eine Wirthschaft gehabt haben will, trieb sich seit einiger Zeit in Palästina herum, ohne Papiere bei sich zu haben. Vorgestern fand man seinen Leichnam etwa eine Stunde von hier entfernt, angefressen von Hyänen oder Schakals. Der Betreffende hat sich vor ca. fünfzehn Tagen von der Kolonie entfernt und trug sich schon länger mit Todesgedanken. Ein Mord ist nach Ansicht der Aerzte ausgeschlossen, wogegen eine leere und zerbrochene Flasche, welche neben der Leiche sich fand, Vermuthungen hinsichtlich Selbstmordes auftauchen lassen. An Geld wurde etwas mehr als 10 Franken vorgefunden.

*) Ist bereits in der vorigen Nr. berichtigt. D. Red.

*) s. a. das treffliche Buch von Nahida Remy, Culturstudien über das Judenthum. Berlin 1893 bei Carl Duncker. S. 130

Daß der Mann, wie auf dem türkischen Amte geäußert wurde, bei lebendigem Leibe von wilden Thieren zerrissen warden sein känne, ist nicht wohl anzunehmen. Der Todte wurde an den Kleidern als der unter Zurücklassung seines Gepäcks vor kurzem aus dem Gasthause aerschwundene und vergeblich gesuchte Meißner erkannt. Eine auffallende Gedrücktheit des Gemüths zeigte der Verstorbene stets. Er weinte viel und klagte über seine zu Grunde gegangene Familie. Nach seinen Aeußerungen war er stark verwickelt in den Ahlwardtschen Prozeß, und eben diesen Ahlwardt verfluchte er häufig als den Zerstörer seiner Existenz. Mit Bebel stand er in brieflichem Verkehr. Der Verstarbene bereute tief gewisse Handlungen (Aktensachen, Aktendiebstahl u. dergl.), zu welchen er von Ahlwardt und Genassen verleitet worden sei."

Dieser Meißuer ist der ehemalige Kassenbote der Discontogesellschaft, welcher die Rumänische Eisendahngesellschaft betreffende Actenstücke gestohlen hat, mit denen Ahlwardt den Finanzminister Miquel zu „vernichten" gedachte. Die Angelegenheit kam bekanntlich im Reichstage zur Sprache.

**Die christlich-jüdischen Mischehen** bezeichnete Hofprediger Wendland auf der letzten Brandenburgischen Provinzialsynode als „eine vollkommene Unnatur". Hier haben wir von streng christlicher Seite eine Bezeichnung für die Mischehe, deren Anwendung bisher immer den Juden zum Vorwurf gemacht worden ist. Die Antisemiten behaupten ja, bei den Juden gelte nach talmudischem Gesetz die Ehe zwischen Christen und Juden als Unnatur. Nun wird von christlich-orthodoxer Seite diese Bezeichnung thatsächlich angewandt.

## Sprechsaal.

Wenn man die antisemitischen Redner hört und die antisemitische Presse liest, dann sollte man fast den Glauben gewinnen, als ob es gar keine besseren und ehrlicheren Menschen geben könnte, als die Antisemiten. Auch der geringste Fehltritt eines jüdischen Mitbürgers wird angenagelt und ausgebeutet; aber schon der Umstand, daß hierbei regelmäßig aus der Mücke ein Elefant gemacht wird, läßt doch an der „Reellität" der antisemitischen Gesinnung ernste Zweifel zu. Mir passirte beispielsweise vor einigen Tagen folgendes:

Ein Bote unserer hiesigen Stadtbriefpost „Mercur", i. Firma S. Hein & Co., deren Inhaber jüdischer Confession sind, hielt mich auf öffentlicher, belebter Straße an und übergab mir einige Drucksachen. Mir fällt sofort die breitgedruckte Firma „Hannoversche Post" — unser hiesiges „vornehmstes" Organ — in die Augen, und ich wehre ab mit den Worten: „Verschonen Sie mich bitte mit diesen Waschzetteln." So leichten Kaufes kommt man aber bei antisemitischen Zettelvertheilern nicht ab! Der gute Herr raunte mir also so recht eindringlich-geheimnißvoll in die Ohren: „Ach, Sie verstehen mich nicht recht, dies geht ja gegen die Juden," worauf dann allerdings die gebührende Zurückweisung meinerseits nicht ausblieb. Dies ist der Sachverhalt. Er sieht ja ziemlich unbedeutend aus, und auch ich legte ihm Anfangs keine Bedeutung bei. Allein bei einigem Nachdenken mußte ich mir doch die Frage vorlegen: „Wie in aller Welt kommt der Angestellte eines jüdischen Unternehmers dazu, in seinen Dienststunden antisemitische Schmutzwäsche zu vertheilen, und zwar öffentlich; und welches Interesse kann insbesondere dieses Unternehmen daran haben, die Abonnementseinladungen der antisemitischen „Hannoverschen Post" an den Mann zu bringen.

Ich setzte mich also mit der Firma S. Hein & Co. in Verbindung und erhielt durch deren Bevollmächtigten Herrn Walther die bestimmte Versicherung, daß seine Firma, wie das ja in der Natur der Sache liege, ein Abkommen mit der „Hannoverschen Post" oder einer anderen antisemitischen Stelle zur Verbreitung von politischem Agitationsmaterial nicht getroffen habe, der betreffende Bote habe seine Pflichten vielmehr gröblich verletzt.

Es steht hiernach also fest, daß irgend ein unbekannter antisemitischer Held den Angestellten einer fremder Firma — mit welchen Mitteln, entzieht sich leider meiner Kenntniß — zur direkten Untreue gegen seine Arbeitgeber verführt, und ausgenutzt hat! — Wahrhaftig, ganz eines Antisemiten, dieses ehrlichsten aller ehrlichen „Ur"germonen, würdig! Ich fordere hiermit den unbekannten „noblen" Antisemiten auf, hervorzutreten und Rechenschaft zu geben. Sagen Sie wenigstens, ob Sie auch einen guten Judaslohn gezahlt haben. Die „Hannoversche Post" aber möchte ich doch einmal gebeten haben, mir zur erklären, wie denn eigentlich ihre Abonnementseinladungszettel zum Zwecke der Verbreitung in die Hände des Angestellten einer jüdischen Firma, und zwar in Ausübung einer treulosen Handlung, kommen? Selbstverständlich muß hier ein Irrthum vorliegen, gewiß, dazu kenne ich ja auch den über alle Zweifel erhabenen Charakter der „Hannoverschen Post" viel zu genau.

Hannover, den 31. Oktober 1893.

Hermann Schöler.

---

Der „Antisemitismus in der Schule" in Nr. 44 der „Mittheilungen" regt mich zu folgender Betrachtung an:

Die an sich bedauerliche Thatsache, daß die Primen und Secunden mancher höheren Lehranstalten der Monarchie antisemitisch durchseucht sind, erscheint in noch betrübenderem Lichte, wenn man erwägt, daß ernste Maßnahmen gegen diese Schulepidemie behördlicherseits kaum getroffen werden. Bedarf es doch erst wirklich gravirender Fälle, wie z. B. am Realgymnasium in Dortmund, um die Schulbehörde zu thatkräftigem Einschreiten gegen antisemitisch sündigende Lehrer oder Schüler zu veranlassen. Antisemitische Wahlaufrufe dürfen ja sogar, wie eine neuerliche, einen Oberlehrer in Hannover betreffende Ministerialentscheidung beweist, von Lehrern höherer Lehranstalten straflos mitunterschrieben werden, eine Bewegungsfreiheit, die sich für den genannten Stand schwerlich auch auf freisinnige oder gar sozialdemokratische Wahlaufrufe bezieht. Es ist ja bekanntlich den Lehrern von oben zur Pflicht gemacht worden, den Schülern durch gelegentliche Belehrung die Hinfälligkeit und Gemeingefährlichkeit der sozialdemokratischen Lehren nachzuweisen. Warum hat man denn nicht den Lehrern behördlicherseits die gleiche Verpflichtung auch dem Antisemitismus gegenüber eingeschärft? Ist letzterer etwa weniger staatsgefährlich oder hinfällig, als die Sozialdemokratie? Oder hält man es oben nicht für der Mühe werth, sich mit dieser „Modekrankheit, die ja nun einmal auch von den Schülern mitgemacht werden muß", erziehlich unterdrückend zu befassen? Der Sozialdemokratie geht man vermittelst der Schule zu Leide, dem Antisemitismus . . . ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes*).

Ein christlicher Gymnasialoberlehrer.

---

**Berichtigung.** Von den in der letzten Nummer der „Mitthl." angeführten Geistlichen, die wegen Sittlichkeitsvergehens verurtheilt sind, ist Pastor Scheffen, wie das „Volk" uns berichtigt, freigesprochen worden.

---

## Briefkasten.

**L. H.** in **Frankfurt a. M.** Erscheint in einer der nächsten Nummern.

**H. B.** in **Berlin.** Mitglied des Staatsministeriums ist der Minister des königlichen Hauses Herr v. Wedell nicht. Immerhin ist sein öffentliches Eintreten für die conservativ-antisemitische Candidatur im ersten Berliner Wahlkreise nicht ahne Interesse.

**Abonnent** in **Haigerloch.** Besten Dank. Soll gelegentlich benutzt werden.

**Briefkasten der Expedition.**

**Limudim.** Die Einzelnummer kostet 5 Pf.

---

*) Wir verlangen keine Repressivmaßregeln, sondern vertreten lediglich den Standpunkt der Gerechtigkeit. Vgl. den betreffenden Artikel in dieser Nummer. D. Red.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck van Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 47.** | **Berlin, den 19. November.** | **3. Jahrg. 1893**

### Conservative und Radauantisemiten.

Allerhand Erinnerungen.

Nach dem Prozeß Manché schrieb der **„Reichsbote"** (Oktober 1891) über **Ahlwardt:**

„Ein Rector erscheint als der eigentliche Veranlasser und Einfädler der Affaire, der sich gleich ein Trinkgeld von 2000 Mk. ausbedingt, es auch erhält und sich sonst noch gegen Vorschüsse für Erlangung eines Ordens für den Fabrikanten Thomas bemüht — und der trotzdem hernach die ganze Sache öffentlich denunzirt. Im Interesse der öffentlichen Moral muß man sich freuen, daß er das gethan und so das schändliche Treiben enthüllt hat, aber auf die Person des Mannes wirft es ein desto ungünstigeres Licht."

Und das **„Volk"** Stöcker's schrieb damals:

„Jedenfalls hat Herr **Ahlwardt** nicht mehr das Recht, als Sittenwächter aufzutreten. Wir hegten diese Ansicht schon früher, und diejenigen unserer Freunde, welche uns seiner Zeit die öffentliche Bethätigung unserer Ueberzeugung verübelten, werden nun die Berechtigung derselben nicht mehr bezweifeln. Eine Partei, die strenge gegen andere ist, muß auch im eigenen Lager gute Zucht halten."

April 1892 urtheilte die **„Kreuzztg."** über **Ahlwardt:**

„Alle Bestrebungen, die sich nicht nur gegen Zustände, sondern auch gegen Personen richten, und die, um es kurz zu sagen, mit dem Namen Ahlwardt gekennzeichnet werden können, weisen wir auf das bestimmteste ein für alle Mal zurück."

Dagegen schrieb ein conservativer Wahlaufruf für Friedeberg-Arnswalde über Ahlwardt (Dez. 1892):

„Wir bitten alle Parteigenossen, Rectar Ahlwardt zu wählen, zumal eine Wahlenthaltung den Sieg des freisinnigen Candidaten herbeiführen könnte."

Auf dem Tivolitage am 8. Dezember 1892 rief der conservative Rittergutsbesitzer v. Waldow unter stürmischem Beifall: „Lieber 10 Antisemiten, lieber 10 Ahlwardts als einen Freisinnigen!" und der ganze Saal brach in endlose Hochrufe auf Ahlwardt aus.

**Abg. v. Manteuffel** urtheilte über **Ahlwardt** am 18. März 1893 im Reichstag:

„Ein derartiges Vorgehen müssen meine politischen Freunde und ich aufs allerbestimmteste verwerfen, und wir sind, glaube ich, mit dem ganzen Reichstag darüber einer Meinung, daß ein derartiges Vorgehen bisher in diesem Hause unerhört gewesen ist."

**Abg. v. Manteuffel** über **Ahlwardt** am 25. April 1893 im Reichstag:

„Nun meine ich wirklich: wenn man die Reden, die heute Herr Ahlwardt gehalten hat, und vor allen Dingen die Citate, die er aus seinen eigenen früheren Reden hier uns zum besten gegeben hat, ansieht, dann müßte man die ganze Erscheinung und das ganze Vorgehen des Herrn Ahlwardt auf ein viel niedrigeres Niveau stellen, als das bislang hier geschehen ist."

**Vor** den Reichstagswahlen gingen die Conservativen und Radauantisemiten, z. B. in allen Berliner Wahlkreisen zusammen. Ahlwardt conferirte mit Manteuffel und Stöcker.

**Nach** den Reichstagswahlen schrieb Stöcker in der „Deutschen evang. Kirchenztg.":

„Noch weit verderblicher als das Böckelthum ist der Ahlwardtismus. Hier liegt nach deutlicher die Absicht vor, allein durch wilde Verhetzung der Stände in den unteren Volkskreisen sich eine Macht zu schaffen, die der Sozialdemokratie so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen, nur darin verwerflicher, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen bei der Sozialdemokratie wenigstens möglich, hier nicht einmal denkbar ist."

Einige Wochen **vor** den Landtagswahlen lehnte der „Reichsbote" jede Verbindung mit dem Radauantisemitismus ab, indem er schrieb:

„Zwischen ihm und der conservativen Partei kann es keine Verständigung geben; sie sind nicht im mindesten verwandt, sondern in der ganzen Welt- und Lebensanschauung einander diametral entgegengesetzt. Daß dieser Radikalismus seine Demagogenblouse mit conservativen Flicken besetzt hat, darf Niemand täuschen und wird bald Niemand mehr täuschen. Der Conservative neigt von Haus aus zu einer gewissen Vornehmheit auch in den Formen des Kampfes. Das ist gut und schön. Die Formen mögen immerhin fein und nobel bleiben, aber mit der wünschenswerthen Schärfe muß der Kampf geführt werden. Oder sollen wir ruhig zuhören, wie unsere tüchtigsten Führer, wie beispielsweise ein Stöcker verlästert und beschimpft wird, von Leuten und anderen christlich gesinnten Gegnern des Judenthums, bei denen das, was bei Stöcker heiliger Ernst ist, nichts als Geschäftssinn und Streberthum ist? Das wäre falsch. Dem Volke müssen diese neuesten Propheten in ihrem wahren Lichte gezeigt werden, die Maske muß ihnen vom Gesichte gerissen werden, damit man das wahre Antlitz schaue."

**Unmittelbar vor** den Landtagswahlen ging der Führer der konservativen Partei, Herr von Manteuffel, ein Bündniß

mit diesen Radauantisemiten ein, und empfahl in öffentlicher Versammlung die Candidatur Dr. Bachlers, des Freundes Ahlwardts und Redakteurs des Ahlwardt-Organs.

**Nach** den Landtagswahlen schrieb die „Kreuz-Ztg." vom 9. November:

„Was die antisemitischen Parteien betrifft, so haben diese zwar in mehreren Bezirken — und zwar nach ihrer Gepflogenheit in solchen, welche bisher conservativ vertreten waren, — eigene Candidaten aufgestellt, aber ohne Erfolg. Die Herren Ahlwardt und Förster haben in ihren Reichstagswahlkreisen, wo sie den Sieg in der Tasche zu haben glaubten, gründlich Fiasko gemacht. Mit vollem Rechte werden sie die Schuld auf das Wahlsystem schieben. Aber wir erblicken einen Vorzug desselben gerade darin, daß es demagogischen Bestrebungen, mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen, kräftigen Widerstand zu leisten vermag. Unter seiner Herrschaft spielt jedenfalls nicht die große Masse die leitende Rolle. Der Stand der soliden Grundbesitzer, der großen wie der mittleren, ist für den Antisemitismus der Herren Ahlwardt, Förster, Böckel nicht zu haben."

Wenn wir das Verhältniß der Conservativen zu den Radau-Antisemiten an der Hand vorstehender Aussprüche prüfen, so ist der Zorn der letzteren über die Charakterlosigkeit der ersteren begreiflich. Ja wir entdecken bei den Radauantisemiten und ihrer Consequenz einen ungleich größeren Idealismus als in dem wankenden und schwankenden Benehmen der conservativen Partei. Kein Wunder, wenn der antisemitische Schlachtruf „Wider Junker und Juden" in den Reihen der Radau-Antisemiten entstand. Die conservative Partei erntet damit, was sie gesät hat. Wer den Haß und den Neid der Massen schürt, darf sich nicht wundern, wenn dieser Haß und dieser Neid nicht vor einem Taufschein Halt macht.

## Die Berliner Stadtverordnetenwahlen

haben dem Antisemitismus, wie von antisemitischer Seite selbst zugegeben wird, eine vernichtende Niederlage bereitet. In der Stadtverordnetenversammlung faßen zuletzt 4 Mitglieder der aus Conservativen und „reinen" Antisemiten sich zusammensetzenden „Bürgerpartei". Bei den diesmaligen Ergänzungswahlen sind die Bürgerparteiler total unterlegen. Drei ihrer Mandate haben sie bereits definitiv verloren, im günstigsten Falle erringen sie in der ausstehenden Stichwahl mit den Liberalen ein Mandat. Und welch ein Rückgang der Stimmen ist vielfach zu constatiren. So erhielten im 6. Wahlbezirk (Schöneberger Vorstadt, obere Friedrich-Vorstadt) der liberale Candidat Försterling 642, der Antisemit Zeidler 105, der Sozialdemokrat Täterow 96 Stimmen, während der bisherige antisemitische Vertreter des Bezirks Baillen s. Z. mit 683 gegen 544 liberale Stimmen gewählt worden ist.

Seit der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1883 durch den Minister v. Puttkamer machen die Antisemiten aller Richtungen Anstrengungen, um die Majorität im „Rothen Hause" zu erlangen. Sie brachten es auch im Laufe der nächsten Jahre auf ca. ein Dutzend Köpfe. Damit war aber der Höhepunkt erreicht. Und jetzt — werden sie entweder aus der 126 Mitglieder zählenden Stadtverordnetenversammlung gänzlich verschwinden oder nur durch einen einzigen Gesinnungsgenossen darin vertreten sein.

Wir unterschätzen keineswegs die antisemitische Bewegung in der Reichshauptstadt; zur Bedeutungslosigkeit, wie es nach dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen scheinen könnte, ist sie durchaus nicht herabgesunken. Aber immerhin ist es eine bei den politischen wie bei den Communalwahlen hervorgetretene erfreuliche Erscheinung, daß der Antisemitismus keine Fortschritte macht, ja in solchen Kreisen der Bevölkerung, wo er bereits Boden gefaßt hatte, an Anhängern verliert.

Worin haben insbesondere die letzten Wahlniederlagen ihren Grund? Der „mittelparteilich-gouvernementale Hochmuth" soll sie mitverschuldet haben? Thörichtes Gerede! Conservative und Antisemiten waren ganz unter sich; das alte Cartell ist ja nicht wieder aufgefrischt worden. Man hat auch die Zurückhaltung der Beamten ins Treffen geführt. Die Thatsache ist richtig: die unteren und höheren Beamten sind in großer Zahl zu Hause geblieben, aber nicht etwa blos deshalb, weil sie nicht an den Wahltisch commandirt wurden, wie es früher häufig geschehen ist, sondern weil sie dem Antisemitismus etwas entfremdet worden sind. Und damit kommen wir zum Kernpunkt der Sache.

Der „Reichsbote" meinte dieser Tage: „Vom Antisemitismus allein kann keine Partei leben. Das hält kein normal veranlagter Mensch aus, alle Dinge immer nur durch das enge Guckloch der Judenfrage zu betrachten. ... Das hält vielleicht ein Agitator, der von der Agitation lebt oder der von einem gewissen Fanatismus beseelt ist, aus; aber das Volk erträgt das auf die Dauer nicht."

Diese Charakteristik ist auf die „reinen" Antisemiten gemünzt. Kann dasselbe aber nicht mit gleichem Rechte von der ganzen „Berliner Bewegung" gesagt werden? War sie nicht ausschließlich antisemitisch? Die Leute, namentlich Beamte und Gewerbetreibende, welche sich zu den antisemitischen Versammlungen drängten, haben aber allmählich die Geschichte satt bekommen. Sie sehen ein, daß die Agitatoren unerfüllbare Versprechungen machen, daß ihre Lage nicht um ein Deut gebessert wird, wenn man für alle möglichen Schäden immer und wieder den Juden verantwortlich macht, lediglich um die Aufmerksamkeit von Anderen abzulenken.

Mit einem Worte: der Antisemitismus hat viel von seiner „werbenden Kraft" eingebüßt; das ist der Hauptgrund, weshalb auch in Berlin weite Kreise, die er so lange in seinem Bann gehalten, dem Antisemitismus den Rücken zu kehren anfangen.

## Geschichtskenntniß

scheint eine schwache Seite der Conservativen zu sein; das beweist schlagend der Anfang des Artikels „**Antisemitismus**" im Conservativen Handbuch" 1892 (S. 15). Dort heißt es unter anderem:

„Man möchte diese Unfreundlichkeit (scilicet gegen die Juden) auf Stammesvorurtheile zurückführen. Wenden wir uns also nach Deutschland, wo solche Vorurtheile wohl stets am wenigsten zu Hause waren, wo andere Schutzverwandte, wie die französischen Refugiés, Abkömmlinge des „Erbfeindes", trotz ihrer anfangs sehr großen wirthschaftlichen Ueberlegenheit niemals Neid und Anfeindung erfuhren, sondern sich stets der höchsten Achtung erfreuten, und wo sich oft eine Empfänglichkeit gerade für die Vorzüge fremder Rassen zeigt, die unserm Volke schon manchen Spott und Schaden eintrug."

Das Beispiel der französischen Reformirten paßt absolut nicht, ebenso wenig in Bezug auf die gewerbliche Thätigkeit als in Bezug auf das religiöse Bekenntniß. Gerade diejenigen Kreise, welchen heutzutage die Conservativen ihre Fürsorge versprechen, die Zünfte waren es, welche dem Kurfürsten die größten Unannehmlichkeiten bereiteten und mit Petitionen Sturm liefen, angeblich, weil sie durch die „Refugirten" in ihrem Handwerk geschädigt würden. Die Refugiés hatten keinen leichten Stand und waren wegen ihrer geistigen Ueberlegenheit der Gegenstand immer mehr steigenden Neides und Hasses. Die Innungen (Zünfte) verlangten ausdrücklich die Aufhebung der den Reformirten zugestandenen Privilegien und den Eintritt der Franzosen in ihre Corporationen. Erst wiederholter, zuletzt

sehr schroffer Antworten bedurfte es, um die Schreier zur Vernunft zu bringen. Das Vorurtheil gegen die „Franzosen" ist bis in den Anfang unseres Jahrhunderts bei den Bürgern deutscher Städte zu finden gewesen, in denen sich Refugiés niedergelassen und sich als tüchtig erwiesen hatten. Daß viele französische Familien ihren Namen theils übersetzten, theils aber auch rein deutsche Namen sich beilegten, ist gerade hierauf zurückzuführen. Zu der Mißgunst wegen der höheren Geistesbildung — damit lag es trotz der Mühen des Kurfürsten noch immer sehr im Argen, meist infolge der Unlust der Landeseinwohner zu geistiger Arbeit —, kam auch noch der Gegensatz des religiösen Bekenntnisses. Wenn auch der Hof reformirt war, so war die Stadt- und Landbevölkerung durchwegs lutherisch und haßte die Reformirten oder, wie es damals hieß, Calvinisten mehr noch als selbst die Katholiken. Bekannt ist, daß Friedrich Wilhelm gegen die Verhetzung und Verketzerung seitens der Geistlichkeit streng eingeschritten ist; auch Paul Gerhardt, der berühmte Liederdichter, hat seinen Ungehorsam durch Suspension vom Amte büßen müssen. Die Rückwanderung vieler Refugié's nach Frankreich unter Friedrich III. (König Friedrich I.) ist nicht zum Mindesten auf dieses religiöse Vorurtheil zurückzuführen.

Daß im deutschen Volke, wie in dem oben angeführten Satze behauptet wird, Vorurtheile gegen andere Rassen am wenigsten vorhanden seien, ist ebenfalls völlig falsch. Man vergegenwärtige sich nur das Vorgehen der Deutschen gegen die Slaven seit den Tagen König Heinrichs I aus dem Hause der Liudolfinger. Man bezeichnete die Slaven einfach mit dem Worte „Hunde". Den Slaven giebt der Deutsche keine Treue, wie unter andern die Niedermetzelung von angeblich 30 wendischen Häuptlingen auf Veranlassung des ersten Markgrafen der Nordmark, Gero, beweist. Die Herabsetzung der Slaven zu Bürgern zweiter Klasse, ihre consequente Fernhaltung vom Handwerke in den deutschen Städten der Mark Brandenburg, ist erst im vorigen Jahrhundert trotz des Widerstandes der deutschen Zünfte aufgehoben worden.

Angesichts solcher Thatsachen ist es nicht rathsam, von dem bei den Deutschen „am wenigsten" hervortretenden „Vorurtheile" gegen Rassen zu sprechen, besonders wenn man bedenkt, daß es sich bei den Refugiés um das Verhältniß von Christen zu Christen handelte und bei den Slaven um das Verhältniß von Christen zu Götzenanbetern, die durch das Schwert — nicht durch die Predigt — zu Christen gemacht wurden und dann später mindestens ebenso fromm waren, wie ihre Ueberwinder, oft auch wohl noch frommer!

*Karl Filly.*

## Zur Naturgeschichte der Antisemitenpresse III.

In Nr. 43. der „Mittheilungen" wurde nachgewiesen, daß die „**Ulmer Schnellpost**", das Organ der württembergischen Antisemiten, deren Verleger der Landwehrrittmeister der Kavallerie Eugen Nübling und deren Redakteur ein ehemaliger Theologe, Hans Emil Kleemann, ist, seit Beginn dieses Jahres 23 Unwahrheiten, Fälschungen und Verdrehungen verübt hat.

In einer Erwiderung auf diesen Vorwurf läßt sich die „U. Sch." Nr. 251 folgendes zu Schulden kommen:

1.) Die Meldung, unter 21 Millionären in Ulm seien 12 jüdische, wird aufrecht erhalten, obwohl sie ganz zweifellos erlogen ist, wie jeder Kenner der Verhältnisse bezeugen wird.

2.) Die Nachricht, „Herr v. Kaulla in Stuttgart habe ein Komplott gegen den Antisemitismus verplaudert" wird weiter behauptet, obwohl dieser selbst sie für unwahr erklärte.

3.) Die „U. Sch." fälscht abermals, weil sie die Mittheilungen unter 2 aus der „U. Sch." citiren läßt: bei Löwe und Cie. sind 85 Maximmaschinengewehre zu je 4500 Mk., zusammen 830 000 Mk. bestellt". Vielmehr schrieb die „U. Sch." Nr. 2 und ebenso die „Mitth.": „Daß bei Löwe und Cie. 85 Maximmaschinengewehre zu 4500 Mk. vorläufig bestellt worden seien. Das würde einem Auftrage in Höhe von 830 000 Mk. entsprechen." Nach der fälschlichen Darstellung der „U. Sch." könnte ihre Ausrede auf einen Druckfehler zutreffen, obwohl eine Berichtigung nie erschien. Aber nach dem, wie sie wirklich geschrieben hat, ist dies ganz und gar unzutreffend, da hiebei ja gerade die Höhe des Betrags betont ist.

4.) Durch ein schlaues, aber unehrliches Manöver will die „U. Sch." den Vorwurf 7 von sich abwälzen, daß sie wider besseres Wissen behauptet hat: „Die Theilnahme der Juden am Verbrechen ist bekanntlich eine auffallend große." Diese Behauptung der „U. Sch." Nr. 34 ging auf die Gesammt-Theilnahme der Juden am Verbrechen und ist als solche, wie nachgewiesen, falsch. Die Unehrlichkeit der „U. Sch." besteht nun darin, daß sie bei ihrer Erwiderung nur einzelne für die Juden ungünstige Verbrechenskategorien aufführt und damit den Schein zu erwecken sucht, als sei ihre unwahre Behauptung richtig.

Zu berichtigen ist einzig und allein, daß unter 12 hinter Tietz die Worte fehlen: „in Stuttgart."

Endlich ist es ein gewaltiger Irrthum, wenn das Blatt meint, mit diesen 23 Aufzählungen sei das Sündenregister der „U. Sch." erschöpft. Eine kleine Fortsetzung möge dies zeigen.

24.) In Nr. 1 ebenfalls des Jahrgangs 1893 macht die „U. Sch." den Juden die Stempelfälschungen in Bochum zum Vorwurf. Dies stützte sich auf eine von der „U. Sch." begangene schwere Fälschung. Die „U. Sch." hatte nämlich in Nr. 156 des Jahrgangs 1892 folgende Notiz gebracht: „Essen 5. Juli. Der Stempelfälschungsprozeß gegen Rosenthal und Genossen beginnt am 25. Juli vor der Essener Strafkammer (Juden müssen natürlich dabei sein, wo es sich um Betrug handelt)." Ebenso in Nr. 174: „Rosenthal habe sämmtliche Angeklagte zum Verbrechen aufgehetzt." Dieser Jude Rosenthal ist der christliche Vorarbeiter Friedrich Rosendahl und die „U. Sch." beging diese schwere Fälschung, um den Haß, den jene Vorgänge erregten, ganz auf die Juden zu wälzen.

25.) In Nr. 231 schrieb die „U. Sch." „der Jude Cohnheim sei vom sozialdemokratischen Vorwärts entlassen worden, weil er die Redactionsgeheimnisse des Vorwärts um Geld an andere Zeitungen verkaufte." Auch diese Mittheilung beruht auf einer schweren Fälschung: Die „U. Sch." machte einen Juden Cohnheim aus dem Christen Cronheim (Mitth. Nr. 42 d. J.)

26.) In Nr. 211 wirft die „U. Sch." den russisch-polnischen Juden im städtischen Obdach zu Berlin „Unverschämtheit, Unsauberkeit, Mogeleien, Streitsüchtigkeit" ꝛc. vor. Nach einer amtlichen Mittheilung ist an diesen Beschuldigungen auch nicht das Mindeste wahr (Mitth. Nr. 40.).

27.) Die „U. Sch." schrieb in Nr. 13: „Der jüdische Ingenieur Eiffel habe 33 Millionen von der Panamagesellschaft erhalten," in Nr. 17 „der Jude Eiffel schacherte . . .," in Nr. 70: „Seit heute morgen geht das Gerücht, Eiffel sei durchgebrannt. Er ist Jude. . . ." Lüge! Eiffel ist nicht Jude. (Mitth. Nr. 5 d. J.)

28.) Die „Frankfurter Zeitung" hatte in einem Leitartikel geschrieben, es sei bedauerlich, daß die Münchener Centrumspartei den unnatürlichen Wahlbund mit dem Antisemitismus geschlossen habe, der mit allen Mitteln die Rechtsgleichheit zu zerstören und einen Theil der Bürger unter

Ausnahmegesetze zu bringen suche. Es scheint, als habe man in München die trüben Erfahrungen aus der Kulturkampfperiode bereits vergessen." Mit Bezug auf diese Stelle brachte nun die „U. Sch.", um die Katholiken gegen die Juden zu hetzen, in Nr. 124 folgende grobe Verdrehung: „Das Organ Löb Sonnemanns droht sogar mit einem Kulturkampf. — Daß der unselige Kulturkampf lediglich den Juden zuzuschreiben war, die während des Kampfes der christlichen Religionen freibeutern wollten, ist bekannt. Hier wird es zum Ueberfluß noch indirekt zugestanden."

29.) Die „U. Sch." schrieb in Nr. 64: „Der Minister Constans ist eben Jude, der aus allem profitiren will." Die „U. Sch." lügt! Constans ist nicht Jude.

30.) In Nr. 81 brachte die „U. Sch" eine Probe aus dem „Kleinen Journal" unter dem höhnenden Titel: „Christliche Ostern in jüdischer Beleuchtung." Der Verfasser des betr. Artikels war jedoch nicht Jude, sondern Christ! Die Nachricht war eine Hetzlüge.

31.) Die „U. Sch." schrieb in Nr. 6: „In der heutigen Wahl wurde Alex. Meyer zum Vizevorstand der Stadtverordneten gewählt. In Babel an der Spree sind nun der zweite Bürgermeister und der stellvertretende Bürgerausschußobmann Juden." Eine Unwahrheit! Alexander Meyer ist Christ, ebenso der Bürgermeister Kirschner.

33.) In Nr. 109 schrieb die „U. Sch." in einem Artikel „Die Judenpartei": „Die Deutsche Volkspartei vertrete die Interessen des Volkes Israel, das auch numerisch einen Hauptbestandtheil der demokratischen Partei ausmache." In Württemberg z. B. giebt es (bei 12 600 jüdischen Einwohnern) 2000—3000 jüdische Wähler, also noch lange nicht ebensoviele demokratische. Bei der Reichstagswahl 1893 wurden in Württemberg 165 000 Stimmen für die Volkspartei abgegeben. Der Unsinn und die Verlogenheit jener Behauptung liegt also auf der Hand.

33.) Die „U. Sch." behauptete „der Redacteur Hermann Bahr sei Jude." Unwahr! Hermann Bahr ist nicht Jude. (Mitth. Nr. 21.)

34.) In Nr. 187 schrieb die „U. Sch.": „Die Strafkammer verurtheilte den jüdischen Bankier Karl Stapelfeld wegen Untreue und Betrugs zu sieben Jahren Gefängniß." Abermals erlogen; laut „Mittheilungen" ist Stapelfeld nicht Jude.

35.) In Nr. 185 schrieb die „U. Sch." „Friedrich Engels sei Jude" und in Nr. 190 heißt es am Ende eines Leitartikels: „Zum Schluß war noch der Jude Engels aus London zu der Ehrenaufgabe bestimmt, den Kongreß zu schließen. Unerwartet, wie man sagte, betrat er den Saal und wurde sofort mit stürmischem Beifall begrüßt und mit dem Ehrenpräsidium betraut, das er auch sofort übernahm, worauf er **mit der seiner Rasse eigenen Bescheidenheit** auf die großen Verdienste hinwies, welche er, Engels, sich um die Sozialdemokratie erworben habe." Das war eine grobe Lüge. Bereits in Nr. 191 muß die „U. Sch." melden, „der Sozialdemokrat Engels sei kein Jude." **Und die seiner Rasse eigene Bescheidenheit?!**

36.) Die „U. Sch." schrieb in Nr. 239: „Auf den jüdischen Redacteur Harich sei geschossen worden." „Dieser Jude Harich wurde vor kurzer Zeit zu 1000 Mk. Geldstrafe verurtheilt . . . ." Die Behauptung, Harich sei ein Jude, beruhte auf einer Unwahrheit. In Nr. 240 der „U. Sch." heißt es: „Wie jetzt bekannt wird, ist der verantwortliche Redacteur des „Berliner Tageblatts", Harich, Christ."

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Zur Charakteristik des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Zimmermann,** des Führers der sächsischen „Reformer", veröffentlicht das sächsische conservative „Vaterland", das Organ des Freiherrn von Friesen, einen erbaulichen Beitrag. Bekanntlich hat von jeher die antisemitische Presse und namentlich auch die „Deutsche Wacht" des Abg. Zimmermann die Errichtung ein Heine-Denkmals bekämpft und die Durchführung eines solchen Planes als eine „Schmach für Deutschland" bezeichnet. Demgegenüber weist nun das „Vaterland" darauf hin, daß vor einigen Jahren in Wien unter dem Titel: „Die Wonne des Leids" ein Buch erschienen ist, in welchem die Verdienste Heinrich Heine's mit den wärmsten Worten gepriesen werden. In diesem Buche heißt es u. a.: „Und solche Verse gab dem deutschen Volke wieder Heine, den man als französirenden Juden von gewisser Seite gern ablehnen möchte . . . **In Heine's Lyrik jauchzt und weint die deutsche Volksseele** . . . An der Wahrheit und Wärme der Heine'schen Empfindungen zu zweifeln, liegt noch kein Grund darin, daß das zersetzende Element oft in ihm vorherrscht . . . Heine und Börne sind die Vorboten der Revolution, sie leiten nach Deutschland jene wundersame Erregung, welche 1848 durch alle civilisirten Völker zitterte . . . Heine war der letzte große Dichter, er stand zwischen Romantik und moderner Weltanschauung, und diese Zwischenstellung trübte bisweilen seine Schöpfungen." Verfasser des Buches, in welchem solches zu lesen steht, ist aber kein anderer als der jetzige antisemitische Reichstagsabgeordnete Oswald Zimmermann. — Das Zimmermann'sche Buch ist übrigens s. Z. von der Wiener Staatsanwaltschaft als gegen die öffentliche Moral verstoßend beschlagnahmt worden.

**Ein Gruppenbild** erregte, wie wir in antisemitischen Blättern lesen, auf dem Parteitage zu Marburg berechtigtes Aufsehen. Dies Gruppenbild in Cabinetformat enthielt in geschickter Anordnung die neuesten Bildnisse sämmtlicher Abgeordneten der „deutschen Reformpartei" nebst denen von Rector Ahlwardt und Prof. Dr. Förster, geschaart um den Wahlspruch: „Furchtlos und treu!" — Ahlwardt und Böckel auf einem Bilde! Wie lange ist's her, daß Herr Böckel seinen Reichstagscollegen als einen Circusclown, Schwindler und Aufschneider schilderte?

**Karl Paasch** hat, bevor er aus dem Irrenhause in Herzberge entlassen und durch Dr. Wesendonk in eine Nervenheilanstalt bei Leipzig befördert worden ist, drei Flugblätter verfaßt und drucken lassen, welche gegen die früheren Vertheidiger Paaschs, die Rechtsanwälte Dr. Ivers und Hertwig, und gegen einen Arzt gerichtet sind.

Ueber den Inhalt der Beschuldigungen wird dem „Reichsboten" mitgetheilt: Den Rechtsanwalt Ivers fordert er unter Drohungen auf, von dem für die Vertheidiger gezahlten Honorare im Betrage von 5000 Mk., die Summe von 4000 Mk. zurückzugeben, da Ivers ihn nicht in der Weise vertreten habe, wie er es sollte. Ja, er bezichtigt den genannten Anwalt, in dem Prozesse von Brandt und Genossen zu Gunsten der Gegenpartei gehandelt zu haben u. s. w. Die schlimmsten Beschuldigungen aber erhebt Paasch in dem Schreiben an seinen Vertheidiger, Rechtsanwalt Hertwig. So stellt er die Behauptung auf, Hertwig sei Schuld, daß er, Paasch, den bekannten Selbstmordversuch zu Moabit unternommen habe.

„Der Knabe Karl fängt an uns fürchterlich zu werden" — werden die Antisemiten jetzt sagen.

**Professor Förster, der Renommirantisemit der Conservativen,** sagt sich in einer seiner letzten Kundgebungen (Staatsbürgerztg., 14. November) endgültig von seinen ehemaligen Gönnern los. Er beklagt sich über den Druck, den **Conservative und Juden (!!)** auf dem platten Lande auf die Wähler ausgeübt hätten. „Von großer Bedeutung, noch in höherem Maße als die letzte Reichstagswahl,

ist uns die Landtagswahl zur Aufklärung über unser Verhältniß zu den Conservativen geworden. . . . Wo wir den Conservativen für die Landtagswahl ein Bündniß angeboten haben, sind wir protzig zurückgewiesen worden. . . . Wir unsererseits jedoch wollen daraus unsere Folgerungen ziehen.

Es stand bei den Conservativen, ihre Partei durch ein Bündniß mit den Antisemiten aufzufrischen und sich ihre Zukunft zu sichern. Wir sehen sie aber den Augenblickserfolg den dauernden Erfolgen vorziehen. . . . Die Conservativen können sich der Anschauung nicht entwöhnen, sich als Herren, uns als gehorsame Diener zu betrachten, die sich geehrt fühlen sollten, für sie zu arbeiten. Man faßt von jener Seite das Verhältniß zwischen der feudalen conservativen Partei und der antisemitischen Volkspartei gerade so auf, wie im Heere das Verhältniß zwischen den Ober- und Unteroffizieren. . . . Bisher dienten wir dem altmodischen conservativen Linienschiff als Bugsirdampfer. Lösen wir die Taue, und dann Glück auf zu der freien Fahrt!"

Bis in die letzte Zeit galt Förster trotz seiner engen Beziehungen zu Ahlwardt bei den Conservativen als der Typus des „vornehmen" im Gegensatz zum Radauantisemiten. Jetzt wird den Conservativen nichts übrig bleiben als ihn den letzteren zuzuzählen. Denn ein Mann, der Conservative und Juden in einem Athemzuge nennt, ist als Bundesgenosse nicht mehr zu gebrauchen.

**Rector Ahlwardt** ist jetzt definitiv seines Amtes entsetzt, nachdem das preußische Staatsministerium das Disziplinar-Erkenntniß des Brandenburgischen Provinzialschulcollegiums bestätigt hat. Ahlwardt war seit dem Jahre 1889 suspendirt und während dieser vier Jahre hat die Stadt Berlin ihm sein halbes Gehalt zahlen müssen.

**Auch eine Enthüllung.** Im dem Streit Lohan c/a Liman ist das Eingeständniß des Letzteren nicht ohne Interesse, daß er niemals, wie er früher angedeutet, eine Audienz bei dem Könige von Sachsen gehabt hat. Vor zwei Jahren habe ein sehr hochstehender Herr ihn gefragt, ob er „nicht einen Kanal habe", um Sr. Maj. dem Könige gewisse Aufklärungen zukommen lassen zu können. Einzelne vertraute Freunde hätten ihm vorgeschlagen, sie wollten mit Excellenz Bähr sprechen und er habe sich gefreut, nach einigen Tagen zu hören, „Excellenz Bähr wolle sich der angedeuteten Aufgabe unterziehen."

Excellenz Bähr ist bekanntlich Cabinetssecretär des Königs.

**Während des jüngsten Parteitages der antisemitischen „Reformer"** in Sachsen wurde folgendes Telegramm an den **König** abgesandt:

„Ew. Majestät, dem berufenen Führer und Schützer unseres Volksthums, unterbreiten die auf Einladung des Landesvereins versammelten zweihundert Vertrauensmänner der Deutschen Reformpartei im Königreiche Sachsen ehrerbietigsten Gruß und im Sinne von Tausenden ihrer Gesinnungsgenossen das Gelöbniß unwandelbarer Treue, mit der sie für Thron und Vaterland einstehen wollen in guten wie bösen Tagen im mannhaften Kampfe gegen alle antinationalen Elemente."

Das Antworttelegramm des Königs hat folgenden Wortlaut: „Den versammelten Vertrauensmännern der Deutschen Reform danke ich herzlich für die mir bekundete Gesinnung unwandelbarer Treue für Thron und Altar. Albert."

**Ist Dr. Liman,** einer der Führer der **Rassenantisemiten** im Königreich Sachsen, **„Vollblutjude"?** Diese Frage ist noch immer nicht entschieden. Wir wollen unsere Leser mit dem weiteren Verlaufe des zwischen Herren Dr. Liman und seinem Ankläger Dr. Lohan geführten Federkrieges nicht behelligen, sondern uns auf die Mittheilung beschränken, daß Ersterer seine christlich germanische Abkunft an der Hand documentarischer genealogischer Notizen nachzuweisen versucht hat. Nicht blos sein Vater, sondern auch sein Großvater und seine Urgroßeltern seien Christen gewesen; die letzteren seien auf dem evangelischen Friedrich-Werderschen Kirchhof in Berlin beigesetzt. Nun behauptet Dr. Lohan aber auf Grund der Bücher der jüdischen Gemeinde in Berlin, der Urgroßvater Christian Liman, geb. 1762, habe vor der Taufe die Namen: Wolf Nathan Liepmann geführt. — Nun hat wieder Dr. Liman das Wort.

**Aus Baden,** 13. November. Gestern hat sich ein Neuling in Baden im Lande hören lassen; der Abg. Leuß gab eine Gastvorstellung in Heidelberg. Sein Name zog aber nicht, denn das Haus war nicht besetzt. Sollte vielleicht an dem dürftigen Besuch der Versammlung, in welcher Leuß über das Thema: „Die Judenfrage, eine nationale Frage" sprach, die Erhebung eines Eintrittsgeldes von 20 Pf. pro Person schuld gewesen sein? Etwas beigetragen zur unzureichenden Besetzung des Saales hat es jedenfalls; aber die Erhebung von Eintrittsgeld — zum ersten Male — giebt zu denken. Sollten die reichen Geldgeber der antisemitischen Vereinigungen etwa eingesehen haben, daß sie ihr Geld zum Fenster hinauswarfen, da doch ihre Wünsche und Ziele nie erreicht werden dürften und sie höchstens einigen mandatslüsternen Agitatoren etwas aufhelfen? Oder passen den Geldgebern die neuerlichen Sprünge der Matadore der Partei nicht, weil ein Theil nicht nur antisemitisch, sondern auch antichristlich ist und ein anderer schon offen den Kampf gegen die Juden auch auf die Junker ausgedehnt hat?

**Zu den preußischen Landtagswahlen** ist noch nachzutragen, daß im Wahlkreise Leer auf den antisemitischen Candidaten, Navigationslehrer Döring 9 Stimmen gefallen und daß auch im Wahlkreise Mogilno-Inowrazlaw einige antisemitische Wahlmänner gewählt worden sind.

**Antisemitische rohe Patrone** haben dem „Vorwärts" zufolge die in der Berliner Stadt- und Ringbahn angebrachten Reclame-Plakate vielfach zu zerstören gesucht. Namentlich sind es die Firmenschilder von Geschäften, deren Inhaber einen jüdisch klingenden Namen haben, welche in unflätigster Weise besudelt werden. An diesen Plakaten sind sogenannte „Gerichtssiegel" mit der Inschrift: „Kauft bei keinem Juden" angebracht, andere Plakate sind mit Messerstichen durchlöchert u. s. w.

**Aus Gr. Salze** erhalten wir folgende Berichtigung:

No. 44 — 29. Okt. cr. — der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" bringt eine „Zuschrift aus Schönebeck", welche sich mit einem „ausschließlich aus Lehrern bestehenden wissenschaftlichen Verein, dessen Vorsitzender der Rector der Knabenschule (Theologe) K. ist," beschäftigt.

Hierauf ist zu erwidern:

1. Daß der Rektor „K." nie Vorsitzender dieses Vereins, des Herbartvereins, gewesen ist, dessen Sitzungen überhaupt nur drei- oder viermal, in diesem Jahre aber nicht mehr besucht hat;

2. daß der Verein das „Leben der Seele" von Prof. Dr. M. Lazarus, welches hier wohl bekannt ist und hochgeschätzt wird, längst angeschafft haben würde, wenn die Kassenverhältnisse günstiger wären;

3. daß damit die in dem 2. Absatze der „Zuschrift" enthaltene Verdächtigung, der hiesige Herbartverein lasse sich unter dem Einflusse seines Vorsitzenden bei Anschaffung von Büchern nicht von dem „wissenschaftlichen Werth des Buches, als vielmehr von der Confession des Verfassers leiten", unberechtigt ist;

4. daß überhaupt jeder Versuch, den Verein in confessionelle Streitigkeiten hineinzuziehen, entschieden abgewiesen worden wäre bezw. werden wird, und

5. daß der Verein es lebhaft bedauert, durch die in jener „Zuschrift aus Schönebeck" bewiesene Leichtfertigkeit der Berichterstattung in seiner stillen Arbeit gestört zu werden.

Ganz ergebenst

H. Eckhardt, Rector,
Vorsitzender des Herbart-Vereins
Schönebeck und Umgegend.

Wir bedauern es ebenfalls außerordentlich, das Opfer einer falschen Information geworden zu sein.

## Vermischtes.

**Der große Spieler- und Wucherprozeß in Hannover** wird, wie das in unserer hetzfreudigen Zeit nicht anders zu erwarten ist, verschiedentlich ausgebeutet. Wucherer gehören selbstverständlich ins Zuchthaus. Für die Antisemiten aber ist natürlich ein neuer Beweis erbracht, daß die Juden die Anstifter und Volksverderber sind. Die „Tägl. Rundschau" erblickt in dem Prozeß das Zeugniß dafür, „daß das gesammte Judenvolk, soweit es jetzt in Deutschland bürgerliche Rechte genießt, ohne Ausnahme reif ist mindestens zur Beschränkung auf den früheren Zustand des Schutzrechtes, wenn nicht gar zu gewaltsamer Ausweisung aus unserem Lande." (Im Original ist der ganze Satz gesperrt gedruckt).

Gegen diese unerhörte Verallgemeinerung sich zu verwahren, ist wohl nicht erst nöthig; doch dem leidenschaftslosen Bürger drängen sich zwei Bemerkungen auf.

Zunächst eine historische.

Viele Jahrhunderte hindurch war der Wucher das einzige Gewerbe, welches man den Juden überhaupt gestattete, und wenn sich nun eine Anzahl Juden findet, die dieses auch heute noch weiter betreibt, so ist das recht traurig; aber es ist andrerseits sicher, daß es immer weniger von Juden betrieben wird, ein je weiteres Feld sich ihrem Thätigkeitstriebe eröffnet. Daß sich dann andere Leute finden werden, die vom Wucher leben, das beweisen nicht nur Länder, in denen es gar keine Juden giebt, wie z. B. Spanien mit seinem entsetzlichen Wucher, sondern auch Deutschland mit seiner germanischen Bevölkerung.

Und damit komme ich zu einer zweiten Bemerkung aus der allerneusten Zeit.

Am 19. März d. J. las man in der „Tägl. Rundschau" selbst folgendes: „Wegen Wuchers wurde gestern der Schuhmachermeister Franz Schütz zu drei Monaten Gefängniß und 1000 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte, in Offizierskreisen als „Geldmann" bekannt, hatte einem früheren Lieutenant v. E. Geld auf Wechsel verschafft und von je 1000 Mk. 200 Mk. abgezogen."

Zwei Tage später berichtet dasselbe Blatt aus Dresden: „Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung einer ganzen Reihe von Personen wegen Wucher und Wechselfälschungen. Die Festgenommenen sind fast alle angesehene und begüterte Leute u. s. w."

Der Bericht geht noch weiter, doch wollte ich nur daran erinnern, ohne hier den engen Raum zu verschwenden.

Daß hierbei keine Juden betheiligt sind, ergiebt sich aus der „Tägl. Rundschau", die das niemals verschweigt.

Aus demselben Grunde mögen auch weitere Fälle unerwähnt bleiben; wer Lust und guten Willen hat, bemerkt sie selbst. Für mich kam es nur darauf an zu zeigen, daß der Wucher nicht ausschließlich jüdisch ist und daß man nicht gerade erst von Juden verführt zu werden braucht, oder, wie sich ein Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau" in Nr. 129 dieses Jahres ausdrückte — bezeichnender als er vielleicht meinte — „man kann auch „jüdisch" denken ohne Rasse."

Dr. K.

**Aus Hamburg** schreibt man uns:

Die Angabe bezüglich der Stiftungsschule in Hamburg in Nr. 46 der „Mittheilungen" ist falsch. Die Berechtigung ist derselben nicht entzogen, auch hat Dr. Drähnert nicht sein Amt niedergelegt, sondern D. hat sein Mandat als Mitglied der Bürgerschaft niedergelegt, weil davon die Fortdauer der Schule ertheilten Berechtigung thatsächlich abhängig gemacht war, wenn es auch vielleicht nicht direkt ausgesprochen worden ist.

**Antisemitische Reclame-Versicherung auf Gegenseitigkeit.** Der „Antisemitenkatechismus" wirft den jüdischen Schriftstellern vor, sie bildeten eine Clique, die durch gegenseitige Lobhudelei sich zu unverdientem Ruhme emporschraube. „So wie ein Jude nur die Spur eines Talentes zeigt", schreibt Theodor Fritsch (S. 27), „legt sich die jüdische Presse der ganzen Welt (!) für ihn ins Zeug und posaunt seinen Ruhm bis in alle Winkel der Erde." Abgesehen von der ungeheuren Uebertreibung dieses Vorwurfs bietet die antisemitische Presse das gleiche Bild dar. Das nachgeahmte lyrische Zeug des Herrn Liebermann von Sonnenberg findet natürlich in Erwin Bauer einen begeisterten Kritiker. Das Beste leistete aber dieser Herr in seiner „Neuen Deutschen Ztg." vom 5. und 19. Oktober. Am 5. Oktober lobt „Dr." Erwin Bauer die bei Reclam erschienene Uhland-Ausgabe seines Mitarbeiters Friedrich Brandes in 4 Spalten, indem er u. a. schreibt:

„Friedrich Brandes hat es verstanden, uns Alles zu geben, was man von und über Ludwig Uhland geben kann, ohne daß er uns dabei durch prahlerische Gelehrsamkeit à la Düntzer und Genossen die Lectüre verleidet. Aus jeder Seite der zwei Bände sieht man, daß Brandes sorgfältige Studien gemacht hat und das ganze Material über Uhland vollkommen beherrscht, nirgends aber belastet er die Blätter mit unnützen, aufdringlichen Bemerkungen, und seine Fußnoten beschränken sich auf das Allernothwendigste. Schon das Vorwort, mit dem Brandes seine Uhland-Ausgabe versehen hat, ist musterhaft: kurz und knapp im Inhalt und prägnant in der Form und im Ausdruck entrollt er vor dem geistigen Auge des Lesers ein greifbares plastisches Bild des Dichters und Gelehrten."

Herr Friedrich Brandes ist nicht faul, setzt sich flugs auf seinen Gaul, — und schreibt 14 Tage später (19. 10) über seinen Chef-Redacteur auch 4 Spalten in Bauer's Zeitung. (Wie geschmackvoll!) Den Bauer'schen Roman „Aut Caesar aut nihil" bedenkt Brandes mit folgendem Lobeshymnus:

„Vor allem ist Bauer ein Dichter, der mit dem modernen Streberthum und mit der litterarischen Clique rein garnichts zu thun hat. An Seitenblicke auf große Ausländer, an Vorbilder bei Skandinaviern, Russen und Franzosen, die den an sich wohl berechtigten und seit Jahrhunderten vorhandenen deutschen Realismus universalirt und drangsalirt haben, ist bei ihm nicht zu denken. Er hat sich in „Aut Caesar aut nihil" die Technik unserer alten Romanciers zu eigen gemacht, hat aber mit der handwerksmäßigen Einschachtelungsmanier gebrochen, hat auf die Knalleffecte verschobener Zeiten und Situationen verzichtet und ist in der Composition des Romans nur auf die Logik der Handlung bedacht. Auf den Inhalt des Romans näher einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Es vollzieht sich in den zwei Bänden eine Fülle von Ereignissen, deren kurze Erwähnung mehrere Spalten füllen würde. Es genügt darauf hinzuweisen, daß in „Aut Caesar aut nihil" ein farbenreiches Bild des nihilistischen Treibens geboten wird, das an jedem Striche die innige Vertrautheit des Dichters mit den Verhältnissen und eingreifenden Persönlichkeiten deutlich erkennen läßt. Jedenfalls ist das Werk die erste Romandichtung, die auf Grundlage eingehender Studien und genauer Kenntniß der geschichtlichen und gesellschaftlichen Vorgänge den Nihilismus in künstlerischer Weise behandelt. Die Darstellung ist von einer plastischen Anschaulichkeit und Klarheit, die Sprache von einer fast epigrammatischen Gedrungenheit, die gegen die Langathmigkeit der landläufigen historischen Romane wohlthuend absticht."

Man sieht, auch eine antisemitische Hand wäscht die andere vorzüglich.

**„Der Giftbaum der Börse."** Unser Leitartikel in Nr. 30 d. J. hat gezeigt, daß das Geld, welches an portugiesischen Papieren verloren worden ist, nicht von jüdischen Banquiers in Deutschland, sondern von christlichen Banquiers in Portugal gestohlen worden ist. Ein Leser unseres Blattes sendet uns einen Artikel von Dr. Reis Torgal ein, dem Intimus des damaligen portugiesischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Dias Ferreira. Dieser Artikel stand in der

„Reforma“ und feiert offenkundig den Vertragsbruch Portugals. Darin heißt es:

„Die portugiesische Regierung, fest auf ihrem Ehrenposten, den die Notion ihr in Zeiten schwerer Noth und großer Schwierigkeiten onvertraut hot, weicht keinen Schritt zurück noch wird sie die erhabene Mission, die ihr anvertraut ist, verrathen. Wenn daher die Herren Finanziers, in der Hoffnung auf ein günstiges Resultat, welches sie mit ihrer künstlichen Campogne gegen unseren Credit erzielen wollen, sich einbilden, daß die Regierung in ihrem Herrscherwege, den sie vom Volke bejubelt eingeschlagen hat, auf sie Rücksicht nimmt, so täuschen sie sich absolut und haben mit ihrem System Nichts geholt wie eine trourige Enttäuschung; ihre Zeit und ihr Geld hoben sie verloren. Die portugiesische Nation hegt die tiefste und souveränste Verachtung für alle diese lächerlichen Kunststücke und Chamäleonspossen nachgemachter Entrüstung, mit denen die Herren Finanziers, nachdem sie das Land erbärmlich ausgesogen, jetzt der Welt eine internationole Komödie in grimmigen Wuthkrämpfen vorspielen, während sie die Spitze des Stiefels noch schmerzlich fühlen, mit dem man sie weit hinaus geschmissen hot. Fohret nur fort, uns zu insultiren, mit dem Geld, das Ihr unter Thränen aus Eurer Tosche, die wir Euch gefüllt hoben, zieht, aber erweist uns den Gefollen und stellt Euch auf die Zehenspitzen, domit Ihr auch zu denen, die Ihr insultiren wollt, hinaufsehen könnt!“

**Eine antisemitische Wahnidee.** In der Dampfkammer des Römischen Bades in Wien ereignete sich am 27. October ein Zwischenfoll, der ein grelles Licht auf die erschrecklichen Folgen der antisemitischen Verhetzung wirft. Ein Badegast, der nach den bei ihm vorgefundenen Popieren Michael Bleyer heißen und 54 Jahre alt sein dürfte, wurde plötzlich von Tobsucht befallen und fing entsetzlich zu schreien an, indem er gellend in einemfort rief: „Ist denn gar kein Christ hier? Der Rabbiner will mir das Blut abzapfen!“ Nur mit großer Mühe gelang es, den Tobsüchtigen zu bändigen, der alsdald auf Anordnung des Polizeicommissariats Leopoldstadt von der Freiwilligen Rettungsgesellschaft der psychiatrischen Klinik des Allgemeinen Kronkenhauses übergeben wurde. Der Unglückliche leidet an Verfolgungswahn, der durch die systematische Verhetzung der Antisemiten, wenn nicht verursacht, so doch befördert und zu einer bestimmten Manie ausgebildet wurde.

**Die Blutbeschuldigung von Tisza Eszlar** frischte jüngst der Erzbischof Samassa anläßlich seines 50 jährigen Priesterjubiläums wieder auf. Als Rabbiner Dr. Schwarz im Namen der jüdischen Gemeinde den Erzbischof zu seinem Jubiläum beglückwünschte, antwortete dieser u. a.: „Nur zwei Dinge will ich mit meinen Gedanken beleuchten. Das Eine ist das über meine Diözese ausgesprochene gerechte Urtheil, wonach hier unter den Bürgern die Gefühle der Liebe und des Friedens nicht gestört wurden., obwohl . . . hierzu Gelegenheit geboten war. Denn man wolle nicht vergessen, daß Tisza-Eslar ouf dem Gebiete meiner Diözese liegt. Hier versuchte man, das Volk aufzuwiegeln, doch gelang dies nicht.“

## Aus Rußland.

++ Die von uns an dieser Stelle bereits constatirte Thatsache, daß den Juden bei der neuerdings enthüllten Ausplünderung der Landbevölkerung in Rußland eine nur höchst bescheidene, kaum in Betracht kommende Rolle gegönnt würde, mußte den professionellen Hetzern in der antisemitischen Presse naturgemäß sehr unbequem werden und nöthigte sie, ihre spähenden Blicke nach den Großstädten und Handelscentren zu richten. Dort hofften sie, reichlichen Ersatz für den Ausfall auf dem platten Lande zu finden. Der größte Handelsplatz im Zarenreich ist bekanntlich Nischni-Nowgorod an der Wolga, wohin die Kaufleute aus allen Theilen Halb- und Centralasiens alljährlich zur Messe kommen. Doß die „Nowoje Wremja“ das größte Tageblatt an der Newa ist und an der Spitze der moskowitischen Reaction marschirt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Und so war denn Herr Lendra — so zeichnet der „ständige“ Correspondent des Blattes aus Nischni — schnell an der Hand, die empfindlich gewordene Lücke auszufüllen. Herr Lendra ist ein geschulter Volkswirth und ein scharfer Beobachter. Da bemerkte er denn leicht, daß auf der diesjährigen Messe die einheimischen Kaufleute aus Taschkend, Kokand und den anderen Städten in Turkestan, die die centralasiatische Baumwolle zu bringen pflegten, gänzlich fehlten. Die Turkestaner tauschten früher ihr Rohprodukt gegen fertigen Stoff aus, den sie weit mit nach ihrer Heimath nahmen und sie waren daher sehr gern gesehene Gäste. Warum sind sie nun diesmal wie auf Verabredung von der Messe fern geblieben? . . .“

Die Frage ist berechtigt. Deren richtige Beantwortung würde aber eine genaue Kenntniß der veränderten Produktions- und Absatzbedingungen der centralasiatischen Rohbaumwolle erfordern, was man einem „hervorragenden“ Mitarbeiter der „Now. Wr.“, der seit Jahr und Tag auf seinem antisemitischen Steckenpferde herumreitet und rettungslos der Judophobie verfallen ist, billiger Weise nicht zumuthen kann. Die Statistik mit Verständniß studiren — dazu ist eine ungetrübte Vernunft und viel Zeit erforderlich. Da ist's denn viel leichter und einfacher, die erhitzte Phantasie zu Hilfe zu nehmen und eine tendenziöse Verdächtigung statt einer Erklärung zu unterschieben. Wozu wäre denn sonst der Sündenbock von Jude da? Herr Lendra brauchte sich also nicht erst lange zu überlegen und kühn wies er mit dem Zeigefinger auf den Letzteren hin: der Jude hat auch hier seine Hand im Spiel!

„Die Erklärung liegt aber sehr nahe,“*) — versichert uns der Biedermann „die behenden Söhne Israels haben es glücklich fertig gebracht, in kurzer Zeit den Handel mit der centralasiatischen Rohbaumwolle an sich zu reißen, indem sie an Ort und Stelle die nöthige Vermittlung herstellten und große Commissionsgeschäfte gründeten, die nicht nur die Fabriken in Lodz, sondern auch diejenigen in Moskau und Wladimir mit der Rohbaumwolle versorgen. Wie immer in solchen Fällen, haben es die Juden verstanden, durch die Großartigkeit der Anlagen und das rasche Aufblühen der Geschäfte den einheimischen Pflanzern derart zu imponiren, daß jene bedingungslos capitulirten und die nothwendige Folge davon ist, daß wir die Turkestaner nimmer auf der Jahresmesse zu Nischni sehen werden. Lange Jahre hindurch hatte die jüdische Spinne unermüdlich und im Stillen an der Ausbreitung ihres giftigen Gewebes gearbeitet, nunmehr sind die centralasiatischen Pflanzer, sowohl als die großrussischen und polnischen Fabrikanten für immer darin gefangen! Mit einziger Ausnahme der Manufaktur Korzinkins in Jaroslaw waren unsre Fabrikanten schon früher auf die Vermittlung mit den Pflanzern angewiesen, welcher Umstand die jüdische Rührigkeit ganz besonders herausfordern mußte. Die Juden zögerten dann nicht, sich sofort als die rechtmäßigen Repräsentanten des Zwischenhandels zu legitimiren und sie kamen allen andern dadurch zuvor, daß sie ihre Commissionsgeschäfte gleich an den richtigen Plätzen: in Taschkend, Mogilew und Namangan eröffneten.“

(Fortsetzung folgt.)

## Vom Büchertisch.

**Dr. Paul Holzhausen**, ein junger Historiker, hat mit seinem Schriftchen „Judenhaß in deutschen Nordseebädern“,**) einen interessanten Beitrag zur Pathologie des Antisemitismus gegeben. Er schildert seine Reiseerlebnisse

*) Der Sperrdruck gehört der Originalcorrespondenz der „Now. Wr.“ in Nr. 262 vom 4. o. M. an.

**) Erschienen bei Max Röder in Mülheim (Ruhr). Preis 25 Pf

auf Spiekeroog und seine Bekanntschaft mit einem jüdischen Candidaten der Medizin, der durch Takt und geselliges Wesen bei allen beliebt war. Zwei Herren, ein Redacteur und ein Oberlehrer tragen antisemitische Tendenzen in das friedliche Badeleben hinein und dringen es bald soweit, daß der ganze Badeort antisemitisch wird und nicht nur den Juden, sondern auch den Verfasser des Schriftchens als „Judengenossen" mied. All das ist in einem amüsanten Plauderton geschrieben. Als Probe führen wir folgendes antisemitische Genrebild an:

Wie ein Aussätziger wurde der „Judengenosse" von aller Welt gemieden, und als ich auf einer kleinen Soiree — in meinem Alter thut man's ja gewöhnlich nur aus Mitleid mit fremdem Elende — eine sitzengebliebene Dame zur Polonaise aufforderte, da erklärte mir diese, „aus Gesundheitsrücksichten" nicht tanzen zu dürfen. Nach wenigen Minuten flog meine Schöne am Arme eines der streitbarsten Judenbekämpfer durch den Saal! „Nun, den Damen ist ja alles erlaubt," dachte ich bei mir und versuchte, an einem der folgenden Abende, mich für meine „Niederlage" bei einem guten Schoppen zu trösten. Da kam ich aber schön an. Als ich mich zu einigen Herren an den Tisch setzen wollte, rückte einer derselben, ein wohlbeleibter Fabrikbesitzer aus einer niederrheinischen Industriestadt, mit der Bemerkung von mir weg, daß er „den Knoblauchgeruch nicht gut vertragen könne"; ein zweiter gab mir sehr zartfühlend den Rath, „ich solle mich doch von einem Fleischbeschauer daraufhin untersuchen lassen, ob ich nicht auch wohl den jüdischen Glaubensgenossen zuzurechnen sei"; ein dritter wollte mit „vermauschelten" Leuten nichts zu thun haben u. s. w. u. s. w. Ich versichere meinen Lesern, daß ich den Helden vom Schlage des Herrn Liebermann von Sonnenberg die Antwort nicht gerade schuldig geblieben und das Feld erst geräumt habe, als mir, nachdem selbst Ausdrücke wie „Hund" und „Schweinhund" an jenem Tische gefallen waren, die Gesellschaft für meine Verhältnisse denn doch etwas zu gemischt vorkam.

**Dr. Edmund Friedemann** hat in einem Schriftchen „Jüdische Moral und christlicher Staat"*) bewiesen, daß die jüdische Moral durchaus auf der Höhe der christlichen steht und deshalb in einem christlichen Staate ihren Platz völlig ausfüllt. Er thut es auf zweifache Weise. Zuerst wendet er sich gegen die antisemitischen Vorwürfe, welche die jüdische Moral zu einer zweiten Ranges herabdrücken wollen, indem er nachweist, daß das Fremdenrecht der Juden ein völlig humanes ist, daß die Uebervortheilung des Andersgläubigen direct im Widerspruch steht mit den moralischen Anschauungen des Judenthums. Auch das viel zitirte Wort „Aug' und Auge, Zahn um Zahn", das als Beweis für die rohe Vergeltungstheorie der Juden gilt, erfährt seine treffende Beleuchtung. Dr. Friedemann zitirt zahlreiche Aussprüche aus dem alten Testament, welche beweisen, daß die Liebe zum Feinde nicht spezifisch christlich ist. Auch den Verfolgten, das lehrt Bibel wie Talmud, solle man lieben, lieber ein Verfolgter sein, als ein Verfolger. Den Werth der Arbeit schätzt das Judenthum ebenso hoch wie das Christenthum. Der zweite Theil stellt der Bergpredigt, diesem Extrakte der christlichen Ethik, die jüdischen Parallelstellen im Anschluß an das Werk des Franzosen Hippolyte Rodrigues „les origines du Sermon de la Montagne" gegenüber. Auch deutsche Theologen (z. B. Aug. Wünsche, Franz Delitzsch, Carl Siegfried) haben längst erwiesen, daß das Wort Jesu: „Ich bin nicht gekommen, um aufzulösen, sondern um zu erfüllen," den Zusammenhang der christlichen und jüdischen Ethik am klarsten ausdrückt. Hoffen wir, daß das Schriftchen Dr. Friedemanns tapfer mithilft, Vorurtheile und Beschränktheiten zu vernichten, deren Macht im zeitgenössischen Antisemitismus allzu groß ist.

Im Verlag von Siegfr. Cronbach zu Berlin ist soeben der vollständige stenographische Bericht über den **Xantener Knabenmord** vor dem Schwurgericht zu Cleve 4.—14. Juli 1892" erschienen. (Preis 6 Mk.) Ueber die Wichtigkeit dieses Buches brauchen wir kein Wort zu verlieren. Wir wünschen, daß das Buch hinreichenden Absatz findet, damit der Verlag für seine Mühe belohnt werde. Wenn man dieses 510 Seiten starke Buch neben das Werk Dr. Paul Nathan's über den „Prozeß von Tisza Eszlar" stellt (416 Seiten), so sprechen diese beiden dicken Bände eine beredte Sprache, die den mit Trauer erfüllen muß, der die Ueberwindung des Fanatismus und des Aberglaubens zu den definitiven Culturerrungenschaften des 19. Jahrhunderts gehalten hat.

Anläßlich der antisemitischen Broschüre „Die Judenlaus im Christenpelz" schrieb die antisemitische „Neue deutsche Ztg." (s. „Mittheil." 1892. S. 303):

„Angesichts dieses völlig werthlosen, jeden neuen Gedankens baren, in dem unmöglichsten Deutsch geschriebenen Machwerks ist es einmal an der Zeit, ein ernstes Wort über die Broschürenwuth zu schreiben, die antisemitisch gesinnte Leute jetzt erfaßt zu haben scheint. Jeder, der einmal vom Antisemitismus die Glocken hat läuten hören, hält sich jetzt für berechtigt, die Welt mit einem neuen antisemitischen „Werke" zu beglücken — und wenn der Verfasser auch nicht die geringste geistige Berechtigung zum Schreiben einer Broschüre überhaupt und vor allem zur Behandlung eines so schwierigen Themas hat. Dann entstehen solche thörichte, Spott und Hohn herausfordernde Hefte, wie das vorliegende."

Wenn wir statt „Die Judenlaus im Christenpelz" von B. Olscher das Heft „Stöcker wider Ahlwardt und Genossen" von Berthold W. Conti setzen und statt „antisemitisch" das Wort „jüdisch", so sind wir in der eigenartigen Lage, der „Neuen deutschen Ztg." Wort für Wort zustimmen zu müssen.

## Briefkasten.

**Ein christlicher Gymnasial-Oberlehrer.** Wir nehmen gern davon Notiz, daß Sie Repressivmaßregeln gegen antisemitische Lehrer nicht verlangen. Wie Sie aber selbst zugeben, mußte der Wortlaut Ihrer Zuschrift hier und da den Schein einer solchen Tendenz hervorrufen

**W. A. in B—n.** Besten Dank für Ihre interessanten Mittheilungen. Von einem kleinen Gute, das Liebermann von Sonnenberg besitzen will, ist uns nichts bekannt. Wollen Sie uns das betreffende Flugblatt einsenden. Wir bitten dringend darum, uns nicht Inhaltsangaben gegnerischer Flugblätter zu senden, sondern Exemplare. — Daß der Steckbrief, der hinter dem flüchtig gewordenen evangelischen Bankier A. A. Pfeiffer in Cassel erlassen wurde, als besonderes Kennzeichen: „Etwas jüdisches Aussehen" erwähnt, entbehrt nicht des Humors, wenn man bedenkt, daß dieser Herr ein Protégé der dortigen Muckerkreise gewesen ist.

**Abonnent in Magdeburg.** Was an größeren Artikeln im dortigen Antisemitenblatt steht, haben wir meist schon anderwärts gelesen Woher das kommt, ergiebt sich zur Genüge aus der nachstehenden Notiz der antisemitischen (deutschsozialen) „N. D. Ztg.":

„Die „Magdeburger Reform" ersuchen wir hiermit ebenso höflich wie bestimmt, endlich von dem Abdruck unserer Leitartikel in geringerem Maße Gebrauch zu machen oder uns wenigstens, wie das bei gesitteten Zeitungen Mode zu sein pflegt, als Quelle zu citiren. Obgleich wir neulich erst Gelegenheit genommen hatten, das Gebahren des besagten Blattes zu beleuchten, so druckt es doch schon wieder einen Leitartikel von uns ab, und zwar „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen" — unsere Aufsätze über die Sozialdemokratie scheinen der „Reform" also besonders zu gefallen —, ohne uns natürlich mit einem Sterbenswörtchen zu erwähnen. Wir wissen nicht, was wir zu einem solchen Benehmen sagen sollen. Jedenfalls zeugt es in erster Linie davon, daß der Schriftleitung die geistige Qualification zur eigenen Arbeit fehlt, und dann, daß wir auch im antisemitischen Zeitungswesen bereits an einer bedenklichen Ueberproduction kranken. Selbst produciren können die kleinen Gernegroße in einigen Städten an geistigen Erzeugnissen nichts, aber ein eigenes Blatt haben müssen sie, das ist ihr Stolz! Statt daß ein größeres Blatt tüchtig im ganzen Lande verbreitet wird, entstehen lauter kleine Winkelblättchen, in denen sich dann die Artikel der größeren antisemitischen Zeitungen bandwurmartig in zweiter Auflage hindurchwinden. Daß das unsere gemeinsame Sache wesentlich förderte, ist wohl kaum zu behaupten. Hochkomisch wird die Sache aber, wenn sich ein Blatt, wie die „Magdeburger Reform", die uns von Parteiwegen mindestens als „Verräther" und ganz verstockte Sünder behandeln müßte, unsere Artikel kaltblütig lächelnd zu eigen macht, ohne daß der Chef und Meister in Marburg sie dafür in Acht und Bann erklärt. Wo bleibt da die so gepriesene Selbstständigkeit die sich in allem Thun und Handeln der Reformer zeigen soll? Im Zeitungswesen wenigstens zeigt sich davon recht wenig . . ."

*) Erschienen bei Siegfr. Cronbach in Berlin. Preis 50 Pf.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 48. | Berlin, den 26. November. | 3. Jahrg. 1893

**Am 28. November, Abends 6 Uhr, findet die Generalversammlung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" in Berlin, in den Viktoriasälen, (oberer Saal) Leipzigerstraße 134 statt.**

**Tagesordnung: 1) Thätigkeitsbericht und Geschäftliches; 2) Etat für 1894; 3) Etwaige Anträge.**

**Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Auf Wunsch erhalten Mitglieder des Vereins Eintrittskarten in unserem Büreau, Berlin W., Magdeburgerstraße 13.**

**Für den Vorstand:**

**v. Gneist. Rickert. Jordan.**

---

## „Kauft nicht bei Juden"!*)

Ein Wort an die deutsche Frau.

Wenn der Winter herannaht mit seinen alten Boten, mit Schnee und Eis und Frost, dann wird das große Sterben der Natur verschönt durch den Schimmer, den das Weihnachtsfest ausstrahlt. Was Pfingsten für den Sommer bedeutet, das ist das Weihnachtsfest für den Winter. Ein leiser Hauch von Festesfreude geht schon wochenlang dem Feste voraus, immer geräuschvoller und lebhafter gestaltet sich das Leben, je näher der Weihnachtstag heranrückt, bis es seinen Höhepunkt in dem heiligen Abend findet, an dem der Heiland geboren wurde.

Das Weihnachtsfest hat seine Symbole in dem grünen Tannenbaum, dem Zeichen ewiger Jugend, und in dem glänzenden Licht, dem Sinnbild des Gnadenscheins, der von Bethlehem ausgegangen ist. Darum ist das Weihnachtsfest ein Fest der Freude. Jeder soll sich freuen im weiten deutschen Land. Wer seinen armen Bruder lieb hat, der beschenkt ihn, auf daß er theilnimmt an der allgemeinen Freude.

*) Erscheint gleichzeitig als Flugblatt No. 20 unserer Flugblätter.

Aber das Weihnachtsfest ist auch ein sittliches Fest. Es legt Pflichten auf, Pflichten der Dankbarkeit gegen Gott und der **Liebe zum Nebenmenschen.**

Wie aber zeigt sich diese Liebe zum Nebenmenschen?

!!! Eine junge Frau hat uns eine Geschichte erzählt!!!

Geht sie eines Tages die Straße entlang, in der sich Menschenmengen in unruhiger Hast auf- und abwälzen. Jeder hat keine Zeit für den andern, jeder drängt vorwärts. Die junge Frau will für ihr einziges Kind, ein kleines Mädchen, ein Kleidchen zu Weihnachten kaufen. Sie sieht sich allerhand Schaufenster an, aber nichts gefällt ihr so recht. Vor einem Hause drückt ein Zettelvertheiler ihr einen Zettel in die Hand, da stand darauf mit großen fetten Buchstaben:

**Christliches Confectionsgeschäft von Martin Schultze.**

Und während sie den Zettel liest, kommt sie an das nächste Haus. Hier erhielt sie einen zweiten Zettel zugesteckt:

**Confectionsgeschäft von Is. Cohn.**

Beide Geschäfte lagen nebeneinander, beide hatten große prachtvolle Schaufenster mit einer großen Anzahl von Kinderkleidchen, wie sie gerade eines kaufen wollte. Schon wollte sie in das Geschäft von Martin Schultze gehen, als sie auf dessen Reclamezettel die Warnung las: **„Kauft nicht bei Juden!"** Da stutzte sie. Eine ähnliche Warnung fehlte auf dem Zettel des andern Geschäftes. Und ihr kamen allerhand Gedanken bei dieser Lektüre. Sie verglich zwei Kleidchen miteinander, die ihr in beiden Schaufenstern besonders gefielen. Beide waren marineblau. Warum ist das eine Kleid das Ergebniß „christlicher Confection"? fragte sie sich. Giebt es christliche Kleiderstoffe, christliche Nähmaschinen, christliche Nadeln, christliches Futter, christliches Band, christliche Knöpfe? Sie fing an zu lachen, denn nun wurde es ihr klar:

**!! Es war ein geschäftliches Manöver des Herrn Martin Schultze, erdacht, um seinem Concurrenten zu schaden!!**

Und die junge Frau ging in das Geschäft von Is. Cohn.

* * *

In der That, die Parole „Kauft nicht bei Juden!", ist nur ein geschäftliches Manöver, das bestimmt ist, die unangenehme Concurrenz jüdischer Kaufleute zu vernichten. Kann eine deutsche Frau sich mit dem Bewußtsein begnügen, bei einem christlichen Kaufmann gekauft zu haben, obgleich er schlechte Waare hat? Was hat denn ein kaufmännisches Geschäft mit der Religion zu thun, was der Einkauf eines Kleides, eines Hutes, eines Paar Stiefels damit, ob der Verkäufer Christ oder Jude ist? Eine gute Hausfrau kauft dort, wo die Waaren reell, gut und billig sind und die Arbeiter und Arbeite-

rinnen anständig behandelt und bezahlt werden. Man kann doch in christlichen Geschäften ebenso gut betrogen werden wie in jüdischen, während doch ein Herr Isidor Cohn ein ebenso ehrlicher und rechtschaffener Mann sein kann wie Herr Martin Schultze. Ja, wer sein Christenthum und seine heiligen Lehren aus inniger Ueberzeugung bekennt, der muß sich abgestoßen fühlen von dieser häßlichen Verquickung von Christenthum und Geschäft, von Weihnachtsfreude und Concurrentenneid. Ist denn ein Mantel dauerhafter geworden, wenn ihn ein christlicher Commis verkauft, ist ein Hut schlechter, weil ihn ein Jude gebügelt hat? Und wenn man ein wollenes Kleid kauft, ist die Wolle des Schafes nicht für alle gewachsen, die da frieren, nicht auch für Christen und Juden, gleichgültig ob sie Gerechte oder Ungerechte sind. Die gütige Natur reicht ihre Gaben jedem, der sie mit seiner Hände Arbeit erlangen will. Sie läßt nicht Wolle und Getreide wachsen, um christliche Confektionsgeschäfte und Bäckereien zu fördern und jüdische auszuschließen. Die Natur ist immer besser und gütiger als die Menschen.

Darum ist die Verquickung von Christenthum und Geschäft unchristlich durch und durch und der Ruf „Kauft nicht bei Juden!" ein Hohn und eine unwürdige Vorbereitung auf die Festesweihe der heiligen Weihenacht, in welcher der Christ erstanden und Gott in der Höhe geehrt wird.

Mit Recht sagte daher der Prediger Stage von der Berliner Dankeskirche:

„Ich sehe mich leider genöthigt, gegen ein sog. „christliches" Geschäftsmanöver zu protestiren, das alle Merkmale eines leichtfertigen, nur auf Vortheil sinnenden Geistes trägt. Zeigt sich da in Zeitungsbeilagen ein „Erster christlich-deutscher Bazar" an und warnt das Publikum vor dem Kaufen bei den Juden. Grade jetzt zu Weihnachten, dem christlichen Feste, solle man nicht für theure Preise bei den Juden schlechte Waare erwerben, sondern sich ausschließlich an den christlich-deutschen Bazar wenden. Natürlich trägt dieses elende Machwerk keine Namensunterschrift. Also hat sich sein Verfasser doch wenigstens noch geschämt, daß er den Namen eines Christen und eines Deutschen für seine Geschäftszwecke mißbraucht. Und solche Leute wollen sich dann über „jüdische" Geschäftsprinzipien erheben?! Es muß wirklich weit gekommen sein, wenn ein Mensch solche Beschimpfung des christlich-deutschen Namens wagen darf, ohne daß sich das öffentliche Gewissen dagegen empört. Wir unsererseits möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß solchen Geschäftsdeutschen und Geschäftschristen nur ein „Pfui" gebührt."

## Das Judenthum in der Juristerei.

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Staatsbürgerzeitung" mit der Antheilnahme der Deutschen jüdischen Glaubens an der ausübenden Jurisprudenz. Sie kommt dabei zu dem schmerzlichen Ergebniß, daß ausweislich des Verzeichnisses des soeben erschienenen Terminkalenders für preußische Beamte von 1894 , von 252 Oberlandesgerichtsräthen 7, von 3582 Land- und Amtsrichtern, bezw. Land- und Amtsgerichtsräthen 130, von 348 Handelsrichtern 66, von 1786 Gerichtsassessoren 84 jüdischer Abstammung" sind. „Unter den 13 Oberlandesgerichtspräsidenten, den 39 Senatspräsidenten bei den Oberlandesgerichten, den 93 Landgerichtspräsidenten und 209 Landgerichtsdirectoren befindet sich zur Zeit kein Jude. Insgesammt sind somit von 6321 richterlichen Beamten 287 Juden, mit anderen Worten: 4½ pCt. des preußischen Richterstandes gehören einem Volke an, welches nur 1¼ pCt. unserer Bevölkerung ausmacht. Während somit von 100000 Germanen 21 dem Richterstande angehören, sprechen von der gleichen Anzahl Juden 72 über germanische Landeseingesessene Recht."

Das antisemitische Blatt spricht bald von „Juden", bald von Personen „jüdischer Abstammung", bald von Germanen, bald von Deutschen, als ob das Alles gleichbedeutend wäre. Es ist das so recht ein Zeichen antisemitischer Oberflächlichkeit. Unsere süddeutschen Bundesbrüder halten bekanntlich von dem norddeutschen „Germanenthum" nicht viel, nach ihrer nicht unbegründeten Meinung rollt nicht wenig slavisches Blut in den Adern der Ostelbier. Und so mancher Deutsche jüdischen Glaubens ist längere Zeit Landeingesessener in deutschen Landen, als viele hergelaufene schreibende und schreiende Antisemiten, für die das Deutschthum nur das Aushängeschild ist, um ihre Existenz durch gewerbsmäßiges Verleumden anständiger Menschen über Wasser zu halten. Woher weiß denn der antisemitische Artikelschreiber, daß dieser Jude oder jüdischer Abstammung, jener Germane ist? Im Terminkalender ist doch dem Namen die Zugehörigkeit zu einer Religion nicht beigefügt! Aber die antisemitische Pfuscherarbeit hat nicht Zeit, erst die Wahrheit zu erforschen. Was kommt es auch auf eine Lüge mehr oder weniger an. So ist es zweifellos unrichtig, daß von 93 Ersten Staatsanwälten 4, von 205 Staatsanwälten 6 Juden sind. Es ist bisher einem Ungetauften zweifellos noch nicht gelungen, in die Staatsanwaltschaft einzudringen. Die Ausübung dieses Amtes erfordert auch eine ganz besonders qualificirte Sittlichkeit und eine hohe Intelligenz, über welche nach der Ansicht der obersten Justizbehörde ein Jude nicht zu verfügen scheint. Die 10 können daher nur „jüdischer Abstammung" sein.

Immerhin ist die Gefahr der „Verjudung" des Richteramtes und der Staatsanwaltschaft noch nicht so groß. Bei weitem schlimmer aber ist es um die Rechtsanwaltschaft bestellt. „Von den 3692 Rechtsanwälten, die in Preußen Ende September dieses Jahres existirten, sind, wir folgen auch hier dem Moniteur Ahlwardts, 752 Juden, also 20,7 pCt." „Während von 10 000 Deutschen in Preußen etwa 12 ihr Brot durch Rechtsbelehrung zu erwerben suchen, machen, so fährt das würdige Blatt fort, von 100 000 Juden 188 aus der Rechtsanwaltpraxis ein Geschäft."

Die „Staatsbürgerztg." erörtert nun die Gründe, welche die Deutschen jüdischen Glaubens veranlassen, sich in größerer Zahl der Rechtsanwaltschaft als dem Richteramt und der Staatsanwaltschaft zuzuwenden. Nach Zurückweisung des von der „jüdischen Presse" angeführten Grundes — wir kommen noch darauf zurück — spricht sie es als feststehende Thatsache aus, daß die Juden lediglich aus Gewinnsucht und Genußsucht sich der Rechtsanwaltschaft zuwenden. Die **„Staatsbürger-Zeitung"** erhebt den Vorwurf der Profitwuth! Dasselbe Blatt, dessen Chefredacteur Dr. Bachler einst auf den Vorwurf, daß er antisemitische Leitartikel schreibe, aber jüdische Annoncen aufnehme, ja sogar im redactionellen Theile für jüdische Firmen Reclame mache — cynisch erklärte: die Annoncenfrage sei eine Existenzfrage, er werde nach wie vor Annoncen von Juden bringen, er sehe nicht ein, weshalb man nicht das von Juden gebrachte Geld annehmen solle!

Es soll gar nicht geleugnet werden, daß ein Theil der jüdischen Anwälte hofft, schneller als dies in der Richtercarriere möglich ist, ihre zumeist nichts weniger als glänzende finanzielle Lage zu verbessern. Aber ist dies bei „germanischen" und antisemitischen Anwälten nicht ebenso? Es wird auch zweifelsohne jüdische Anwälte geben, die in nicht zu billigender Weise die Praxis ausüben. Jedennoch, wir möchten meinen, daß auch „germanische" und antisemitische Anwälte einen ganz ausgezeichneten „Geschäftssinn" entfalten. — Daß einzelne Rechtsanwälte sich hin und wieder außerordentlich große Honorare versprechen lassen, ist nach der „Staatsbürger-Ztg." noch nicht das schlimmste. „Viel bedenklicher aber ist es, wenn in der Weise verfahren wird, daß ein Anwalt, der an mehreren Gerichtsorten gleichzeitig zu thun hat, die Termine

an den Orten, an denen er nicht sein kann, nicht etwa durch einen Collegen wahrnehmen läßt, sondern durch seine Bureauvorsteher und Schreiber, und seiner Partei gleichwohl die volle Anwaltsgebühr berechnet. Und leider ist diese Art der Geschäftsführung heute schon weit verbreitet. Diese Möglichkeit, durch billig bezahlte Hilfskräfte die eigene Thätigkeit und damit den eigenen Verdienst verzehnfachen zu können, ist es, die den Juden lockt, sie ist auch der größte Fehler unserer Rechtsanwaltsordnung."

Der Schreiber saugt sich hier Dinge, mit denen er genau so bekannt ist, wie mit der Wahrheit, aus den Redactionsfingern. Wie allen Eingeweihten bekannt, lassen sich Rechtsanwälte in verschwindend wenigen Ausnahmefällen von ihren Bureauvorstehern oder Schreibern vertreten Speziell in Berlin und Umgegend, wo die jüdischen Anwälte in sehr großer Anzahl vertreten sind, übernehmen die Vertretung fast ausnahmslos Collegen. Tritt doch einmal der Büreauvorsteher für den Rechtsanwalt ein, so ist, und das gilt auch in der Regel für die Provinz, weniger die Thätigkeit, als die Anwesenheit eines Vertreters der Partei erforderlich z. B. in den Terminen zur Leistung des Offenbarungseides

Die jüdischen, die „germanischen" und sogar die antisemitischen Rechtsanwälte werden herzlich lachen, wenn sie hören, daß die Möglichkeit, sich durch Schreiber vertreten zu lassen und dadurch den eigenen Verdienst verzehnfachen zu können, die Juden zur Rechtsanwaltschaft anlockt. Und diese Möglichkeit „ist auch der größte Fehler der Rechtsanwaltordnung." Ob unser Skribent wohl jemals die Rechtsanwaltsordnung in der Hand gehabt hat? Einer der vielen juristisch gebildeten Gesinnungsgenossen konnte ihm doch ein Privatissimum über die betreffenden Paragraphen der Rechtsanwaltsordnung und die sich daran anschließende Judikatur lesen. Wir sehen auch hier wieder, daß die Antisemiten unfähig sind, die Fragen des öffentlichen Lebens selbst nur hauttief zu betrachten.

In einem zweiten Artikel werden wir festzustellen suchen, weshalb die Juden mit einem unverhältnißmäßig großen Prozentsatz in der Rechtsanwaltschaft vertreten sind.

---

## Wie antisemitische Legenden entstehen.

Es ist freilich keine Blutlegende und kein Spieler- und Wucherer-Prozeß, über welchen wir in den nachstehenden Zeilen berichten wollen, sondern nur ein simpler Beleidigungsprozeß, wie er überall und alltäglich durch die Antisemiten veranlaßt wird; auch die Personen des „Drama's" sind fast dieselben: Kläger: Ein Jude, Verklagter: Eine antisemitisch angehauchte Zeitschrift — und dennoch hoffen wir, gerade für diesen Beleidigungsprozeß die Theilnahme weiterer Kreise zu finden, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Es wurde hier ein ganzer Stand, der Stand der jüdischen Volksschullehrer und die jüdische Erziehung angegriffen; 2. der Herr Cultusminister Dr. Bosse verfolgte selbst in einem gewissen Stadium dieser Angelegenheit; 3. Die verklagte Zeitschrift war ein national-polnisches Blatt, der „Kuryer poznansky," in Posen erscheinend, das Organ der ultramontanen Palen und der sogenannten „polnischen Hofpartei." Und nun zur Sache.

Am 28. Mai d. Js. fand in Wollstein die alljährliche amtliche Kreis-Conferenz der Lehrer, welche dem weltlichen Schulinspectionsbezirk des Kgl. Kreis-Schulinspector Dr. Kante unterstellt sind, statt. Diesem Inspectionsbezirk gehören 54 katholische, 1 evangelischer (weil an einer paritätischen Schule angestellt) und 2 jüdische Volksschullehrer an. Einer der letzteren ist der Lehrer Becker in Wollstein. Zu dieser Conferenz sollte der Rektor der katholischen Schule in Wollstein ein Referat über das Thema liefern: „Die Zwangserziehung verwahrloster Schulkinder." So wörtlich wurde lange Zeit vorher das Thema unter Zustimmung aller Conferenztheilnehmer festgesetzt, und der Beschluß in das amtliche Conferenzprotokoll eingetragen; der jüdische Lehrer Becker in Wollstein sollte das Conferat liefern. Nachdem der Referent seine Arbeit ungefähr 4 Monate vor dem 29. Mai dem Schulinspector eingereicht hatte, erhielt sie der Correferent B. zur Ergänzung, bezw. Entgegnung oder Aufstellung neuer Gesichtspunkte. Doch wer beschreibt das Erstaunen des Letzteren, als er in der Arbeit des Referenten folgende Abänderung des amtlich festgelegten Wortlautes der in Rede stehenden Aufgabe als Titel findet, „die Zwangserziehung verwahrloster oder sittlich gefährdeter Kinder. Vom christlichen Standpunkte aus behandelt." Nun muß man dem Referenten zugeben, daß er in Consequenz des oben bezeichneten Nebentitels die ganze Frage vom streng christlichen Standpunkte aus behandelte. Doch das that er im Widerspruche zu der ihm amtlich ertheilten Aufgabe und obwohl er wußte, daß der Correferent ein jüdischer Lehrer war. Was war natürlicher, als daß der Correferent, der Lehrer Becker, seinen Gegenbericht mit folgenden Worten einleitete: „Ehe ich meinen Gegenbericht zu der in Rede stehenden Arbeit beginne, kann ich mein Erstaunen darüber nicht verhehlen, daß der 1. Herr Berichterstatter, im Widerspruche zu der ihm ertheilten Aufgabe, seiner Arbeit den Nebentitel gegeben hat: „Vom christlichen Standpunkte aus betrachtet." Was würde der Herr Berichterstatter gesagt haben, wenn ich meiner Arbeit den Titel beigefügt hätte: „Vom jüdischen Standpunkte aus betrachtet?" Oder wenn ich in Consequenz seines Standpunktes etwa gesagt hätte, wie der Herr das von der christlichen Mutter behauptet: „Nur eine jüdische Familienmutter ist im Stande, sittlich bessernd auf die verwahrlosten Kinder zu wirken"? Oder endlich wenn ich behauptet hätte, was der Herr Berichterstatter von seiner Kirche sagt: „Nur in der jüdischen Religion sind die Grundlagen einer wahrhaft sittlichen Erziehung? Doch ich will hier kein religiösen Disput über den Werth der beiden Bekenntnisse und deren Erziehungsmethoden herbeiführen. Beide haben schließlich dasselbe Ziel, d. i. die Heranbildung wahrhaft sittlicher und religiöser Menschen, wenn sie auch auf verschiedenen Wegen dieses Ziel zu erreichen suchen. Im Uebrigen ist meiner Ansicht nach die Frage der Zwangserziehung überhaupt erst in zweiter Reihe eine Erziehungsfrage, in erster Reihe jedoch eine Verwaltungsfrage, insofern als es sich darum handelt, wie und von wem sollen die Kosten aufgebracht werden? Wann ist ein Kind zur Zwangserziehung reif? Wer hat nach den bestehenden Gesetzen den Antrag zu stellen? Welche Erziehungsveranstaltungen verdienen den Vorzug, die staatlichen, die privaten Anstalten oder die Familienerziehung? Was ist wünschenswerth? In welchen Punkten könnten die bestehenden Gesetze und Verfügungen über die Zwangserziehung abgeändert werden? Auch die bestehenden Gesetze behandeln das religiöse Bekenntniß bei der Zwangserziehung mit vollster Parität, insofern als sie ausdrücklich anordnen: Das religiöse Bekenntniß der Pflegeeltern soll dasselbe sein, wie das des in Zwangserziehung bei denselben befindlichen Kindes. Es geht also daraus hervor, daß der Gesetzgeber von jedem religiösen Bekenntniß einen sittlichen Einfluß auf die verwahrlosten Kinder erwartet, also auch von den jüdischen. Außerdem hat vor kurzem gelegentlich des Kinderentführungsprozesses gegen einen katholischen Geistlichen das zuständige Gericht ausdrücklich erkannt, daß noch heute eine Cabinetsordre aus dem Jahre 1801 gesetzlich in Kraft steht, in welcher es heißt: der Zweck aller Erziehung ist die Erziehung zu guten Staatsbürgern, ohne Rücksicht auf das Bekenntniß." — Der katholische Rector hatte als Quelle zu seinem Berichte das Buch eines frommen protestantischen Schulmannes angegeben, im Texte selbst aber hatte er ganze Capitel und Seiten aus diesem Buche gebracht, ohne die bekannten Gänsefüßchen „ " hinzuzufügen, andere Sätze aber, welche dieser fromme, dabei tolerante Schulmann geschrieben, hatte er weggelassen oder einseitig entstellt. Natürlich wies der Correferent dieses Plagiat auf Seite und Zeile nach und unterließ auch nicht, die Texteinstellungen gebührend zu beleuchten. Das ist das Nothwendigste, was den Lesern aus den beiden Berichten mitgetheilt werden mußte und nun beginnt der zweite Act des Dramas. —

Der 1. Berichterstatter, der katholische Rector, hatte das Correferat etwa 10 Tage vor der Conferenz zur Erwiderung erhalten, nachdem beide Arbeiten bei etwa 15 Lehrern im Umlauf gewesen waren, er wußte also, was seiner harrte und machte nun bei der Conferenz selbst den Versuch, durch einen diesbezüglichen Antrag, die Vorlesung des Correferates zu verhindern, er wurde aber von dem Vorsitzenden, dem Königl. Kreis-Schulinspector rundweg abgewiesen. Nach der Vorlesung des Correferates begann die Debatte. Schon zu Eingang derselben hatte der Schulinspector dem Correferenten vollständig Recht gegeben, daß er die willkürliche Abänderung des Titels seitens des Referenten tadelte. Darob erhob sich unter den anwesenden katholischen Lehrern eine allgemeine Entrüstung und ein junger katholischer College hatte die Unverfrorenheit zu bemerken: „Ich finde es anmaßend, daß der jüdische Lehrer Becker die Arbeit besprochen hat, obwohl ausdrücklich zu lesen war: „Vom christlichen Standpuncte aus betrachtet." Selbstverständlich wurde der junge Mann ganz energischer Weise von dem Schulinspector dafür zurecht gewiesen, der Referent, der katholische Rector, suchte sich zu rechtfertigen, dafür erntete er — weil er immer nur seinen christlichen Standpunct vertheidigte — lebhafte Bravos von den katholischen Lehrern, während bei den Erwiderungen des Lehrers Becker, welcher wacker von dem Kgl. Kreis-Schulinspector unterstützt wurde — ein Scharren mit den Füßen und allgemeine Unruhe zu hören war, wie ungefähr in antisemitischen Volksversammlungen Auf die ernste Erinnerung des Vorsitzenden, daß man sich in einer amtlichen Versammlung befinde, trat eine gewisse Ernüchterung ein und der Lehrer Becker sagte: „Meine Herren, wenn Sie dem Herrn Rector noch so laut und noch so häufig Bravo zurufen, so wird mich das doch nicht abhalten, meinen Standpunct nach wie vor zu vertreten." Der Schulinspector fügte hinzu: „Jo, meine Herren, da muß ich dem Herrn Becker vollständig Recht geben. Bravo schreien, das kann jeder! Aber warum haben Sie nicht den Mannesmuth und entgegnen dem Herren Becker in offener Rede. Sehen Sie! Herr Ahlwardt hat auch in seinen antisemitischen Versammlungen viele Bravos geerntet, deswegen war aber die Sache doch nicht wahr, die er vorgetragen hat." — Ein alter katholischer Lehrer interpellirte den Lehrer Becker wie

folgt: „Ich weiß nicht, was den Herrn Becker in der Arbeit des Herrn Rectors verletzt hat. Ist es etwa der Ausdruck: „christlich“? Becker erwiderte: „Die Frage ist völlig unberechtigt, aber auch überflüssig. Glauben Sie denn, daß ich ein Truthahn bin, der vor einem rothen Tuche kollert? Weshalb sollte mich der Ausdruck „christlich“ beleidigen? Mich hat es nur in meinem religiösen Gefühle tief verletzt, daß der Referent behauptet: „*Nur* die *christliche* Familienmutter und *nur* die *christliche* Kirche kann sittlich bessernd auf die verwahrlosten Kinder einwirken.“ Glauben Sie denn, daß ich meine Schulkinder zu Dieben und Räubern erziehe, oder daß überhaupt ein jüdischer Lehrer seine Kinder in der Weise erzieht?“ Der Interpellant, jener katholische Lehrer, erwiderte hierauf: „Das ist der Dank dafür, daß die katholische Kirche den Antisemitismus bekämpft hat!“ Worauf der Schulinspector replicirte: „Auch die evangelische Kirche!“ Der katholische Rector bemerkte schließlich: „Ich mußte die Frage vom christlichen Standpuncte aus betrachten, weil es ja gar keine jüdischen verwahrlosten Kinder gibt,“ worauf der Lehrer B. erwiderte: „Wenn Sie logisch denken, dann müssen Sie zugeben, daß Sie sich selbst geschlagen haben. Denn gibt es keine jüdischen verwahrlosten Kinder, so geht doch daraus klar und deutlich hervor, daß die jüdische Erziehung einen ebenso großen, ja noch größeren sittlichen Einfluß hat, wie die christliche und trotzdem behaupten Sie das Gegentheil!“ Der Rector warf ein: „Ja ich meine den geringen Prozentsatz!“ B. antwortete: „Auch das kann ich nicht zugeben. Denn Sie haben behauptet, es gebe gar keine jüdischen verwahrlosten Kinder, wo bleibt da der Prozentsatz?“ — Schließlich bemerkte noch B.: „Ich möchte noch einmal ausdrücklich constatiren, ehe das entstellt in die polnischen Zeitungen kommt (es waren nämlich kurz vorher über den Schulinspektor und dessen Amtsführung verleumderische Berichte in den polnischen Zeitungen zu lesen), ich habe *nur* den Kinderentführungsprozeß genannt, weil ich gelegentlich dieses Prozesses von der angeführten Kabinetsordre Kenntniß erhielt und weil ich alles Material zusammentragen mußte, was zur Abwehr nothwendig war, ein Urtheil über diesen Prozeß selbst habe ich mir aber nicht erlaubt, ebenso wenig, wie ich auch über den Gegenstand des Prozesses berichtet habe“. Ohne daß Beschluß über die aufgestellten Leitsätze der beiden Berichterstatter zu Stande kam, wurde hierauf die Conferenz von dem Schulinspektor geschlossen und damit endet der zweite Akt. —

Am 4. Juni erscheint in dem „Kuryer poznanski“, einem fanatisch-polnischen Blatte, das in den Kreisen des polnischen Hochadels, der polnischen Geistlichkeit und der katholischen Lehrer polnischer Zeuge außerordentlich stark verbreitet ist, ein längerer Artikel, welcher einen völlig entstellten und verleumderischen Bericht über jene Conferenz enthält. Es wird darin zunächst der Lehrer Becker immer als der *jüdische* Lehrer bezeichnet, dann werden ihm ganz haarsträubende Aeußerungen in den Mund gelegt, so z. B. daß er behauptet hätte, die jüdische Mutter erzieht ihre Kinder viel besser, als die christliche, ferner nur die jüdische Religion ist im Stande, die Kinder sittlich zu bessern und endlich *in deutscher Sprache in einem polnischen Blatte folgender Satz:* **Der jüdische Lehrer Becker behauptet: Die katholischen Geistlichen sind schuld daran, daß unsere Kinder verführt werden.“** Schließlich bemerkt der Berichterstatter: Herr Becker hat noch viel heftiger gegen die christliche Kirche gesprochen, er las nur so schnell, daß wir ihm nicht folgen konnten, sonst hätten wir noch mehr berichtet. Im Uebrigen hat es auch in protestantischen Kreisen allgemeines Befremden erregt, daß der protestantische Kreis-Schulinspektor trotzdem Herrn Becker in Schutz genommen hat. Wir fordern die Königliche Regierung auf, genaue Untersuchung anzustellen, und solchen Zuständen endlich ein Ende zu machen.“ Der Artikel erregte mit Recht allgemeines Aufsehen und in jenen Lehrerkreisen, welche auf ihr Leiborgan schwören, grüßte man den Lehrer Becker nicht mehr, ja eine Lehrersfrau spie vor dem Lehrer Becker aus, als sie ihn auf der Straße sah. Der Angegriffene stellte im Einverständniß mit dem Schulinspektor bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen diese Zeitung wegen öffentlicher Beleidigung und that somit das Einzige, was ihm zu seiner Rechtfertigung zu thun übrig blieb. Inzwischen war aber jener Artikel aus dem Kuryer in die „*Germania*“, Zeitung für das katholische Volk in Berlin, übergegangen. Dort las ein höherer Beamter im Kultusministerium den Artikel und legte denselben dem Herrn Minister vor. Der Herr Minister schnitt diesen Artikel aus oder ließ ihn ausschneiden, aufkleben und schickte ihn mit der schleunigen Anweisung an die Kgl. Regierung zu Posen, sofort über diesen Fall Untersuchung anzustellen und demnächst Bericht zu erstatten. Der Schulinspektor, zum Bericht aufgefordert, thut seine Schuldigkeit und fügt dem Berichte beide Arbeiten, die des Rektors und die Becker'sche Arbeit bei und weist im übrigen darauf hin, daß Becker bereits gegen die Zeitung Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt hat. Hiermit endet der dritte Akt. —

Der vierte Akt spielt vor der Strafkammer des Königlichen Landgerichtes in Posen am 3. November. Der Angeklagte wird aus dem Gefängnisse, in welchem er wegen Beleidigung der Kgl. Regierung zu Bromberg eine Strafhaft von einem Monate zu verbüßen hatte, vorgeführt. Es ist der Sitzredacteur Waclaw v. Zmorski. Als Zeugen waren der Kläger, der Schulinspektor und 2 Lehrer geladen, der eine Lehrer als Entlastungszeuge von dem Vertheidiger des Angeklagten. Auch die beiden Arbeiten waren an Gerichtsstelle. Sämmtliche Zeugen, selbst der Entlastungszeuge, beeiden, daß eine solche Aeußerung, wie die incriminierte *nicht* gefallen ist, auch nicht einmal eine ähnliche. Nur der Entlastungszeuge giebt die Möglichkeit zu, daß eine ähnliche Aeußerung gefallen sein könne. Er habe nur bemerkt, daß eine allgemeine Entrüstung in der Versammlung entstanden sei. Den Grund derselben könne er nicht angeben, da er grade mit dem Schulinspektor gesprochen hätte. Er, Zeuge, habe darauf einen Collegen nach dem Grunde der Entrüstung gefragt, und da habe man ihm geantwortet, Becker hätte von katholischen Geistlichen gesprochen. Darum habe er, der Zeuge, dem B. die Worte zugerufen: „Das ist der Dank dafür, daß die katholische Kirche den Antisemitismus bekämpft hat.“ Der Präsident: Herr Zeuge! *Was* hat denn Herr B. von katholischen Geistlichen gesprochen?“ Zeuge: „Das weiß ich nicht. Es wurde mir gesagt, er hat von katholischen Geistlichen gesprochen.“ Präsident (mit erhobener Stimme): „Aber Sie haben ja dem Herrn B. geantwortet! Wie können Sie denn antworten, wenn Sie Nichts gehört haben?“ Der Zeuge: „Ja, er hat aber von katholischen Geistlichen gesprochen.“ Der Präsident (voller Eifer): „Also Sie wissen nicht, was der Herr B. gesagt und machen ihm einen so schweren Vorwurf, denn das ist ja ein schwerer Vorwurf, wenn Sie ihn und seine Glaubensgenossen der Undankbarkeit beschuldigen! Verstehen Sie mich denn nicht?!! — Da endlich schweigt der Entlastungszeuge. Der Kreisschulinspector giebt den wahren Grund der sogenannten „Entrüstung“ an, es ist dies der Umstand, daß er den B. in Schutz genommen, wie es seine Pflicht war und ferner, daß er einzelne Heißsporne energisch zur Ruhe ermahnt hat. — Der Vertheidiger des Angeklagten stellt den Antrag, aus der Arbeit des B., welcher wie oben bemerkt, an Gerichtsstelle war, drei Stellen zu verlesen, welche die Feindschaft des B. gegen die katholische Kirche erweisen sollen. Der Gerichtshof genehmigt diesen Antrag. Nach der Verlesung erhebt sich der Staatsanwalt zu seinem Plaidoyer. Er weist nach, wie schwer die Beleidigung ist, da dieselbe in heutiger Zeit in einem so verbreiteten Blatte, wie dem Kuryer veröffentlicht war. Es ist durch die Zeugen erwiesen, daß weder die incriminirte Aeußerung, noch eine ähnliche durch Herrn B. gefallen ist. Auch die verlesenen Stellen können eine Feindschaft des Klägers gegen die christliche Kirche *nicht* beweisen. Er könne auch dem Angeklagten nicht das Recht der „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ zubilligen, da eine politische Zeitung sich um so interne Angelegenheiten, wie amtliche Lehrer-Conferenzen nicht zu kümmern habe. Aus allen diesen Gründen und weil der Angeklagte schon zweimal wegen Preßvergehen vorbestraft sei, beantrage er *drei Wochen Gefängniß*, Verurtheilung in die sämmtlichen Kosten, Unbrauchbarmachung der Platten zu diesem Artikel, sowie die Vernichtung sämmtlicher Exemplare der betreffenden Zeitungsnummer. Ferner soll dem Kläger das Recht zugesprochen werden, auf Kosten des Angeklagten im Kuryer poznanski und in der „Posener Zeitung“ das Erkenntniß zu veröffentlichen. — Der Vertheidiger sucht die Geringfügigkeit der Beleidigung nachzuweisen, will dem Angeklagten das Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen zubilligen und beantragt „*Drei Mark Geldstrafe.*“ Der Angeklagte selbst bittet um milde Beurtheilung, weist die Schwierigkeit der Stellung eines verantwortlichen (!!) Redacteurs nach, der sich auf die Berichte seiner Correspondenten verlassen muß, giebt an, daß er seit dem 1. Juli überhaupt nicht mehr Redacteur der „Kuryer“ ist und daß er auch keine ähnliche Stellung mehr annehmen wird, sollte er aber wider Erwarten doch später eine solche Stellung annehmen, so wolle er vorsichtig er sein.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Dieselbe dauert etwa 20 Minuten. Nach Beendigung derselben verkündet der Präsident das Urtheil: „Es ist eidlich erwiesen, daß der Lehrer B. weder eine solche Aeußerung wie die incriminirte, noch auch eine ähnliche gethan hat, auch die verlesenen Stellen aus der Arbeit des B. lassen auf keine Feindschaft gegen die christliche bezw. katholische Kirche schließen. Die Beleidigung ist demnach unzweifelhaft eine schwere. Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte seit dem 1. Juli nicht mehr Redacteur des „Kuryer poznanski“ ist, daß er ferner offenbar nicht seiner Stellung gewachsen ist und endlich, daß er in Zukunft Vorsicht versprochen hat, *wird der Angeklagte zu 50 Mk. Geldstrafe, in sämmtliche Kosten und im Uebrigen nach den Anträgen des Staatsanwaltes verurtheilt.* —

So endete der vierte und letzte Akt. y.

---

## Zur Abwehr.

**Einer Predigt des Pastors an St. Gertrud in Hamburg, Dr. A. Rebattu,** über Lukas 10, 25—37, gehalten am 27. August d. J. entnehmen wir folgende Stellen:

„. . . . Und nun übertraget einmal dies schöne Evangelium nach seinem Inhalt und Lehrzweck, nach der Auswahl der Personen und Gegenüberstellung der Volksangehörigen auf unsere Zeit und Zeitverhältnisse. Die Straße von Jerusalem nach Jericho — lege sie mitten durch unser deutsches Vaterland. Wie tiefe Klüfte und schroffe Gegensätze haben sich im Laufe der Geschichte darin jählings geöffnet! Ist nicht Deutschland in einem dreißigjährigen Religionskriege auch zu einer Blutwüste geworden? Sind nicht unserm Volk, und

nicht am wenigsten unserer lieben Stadt, in den Freiheitskriegen tiefe Wunden geschlagen? Die Frage, ob jemand Katholik oder Protestant, Lutheraner oder Reformirter, strenggläubig oder freier denkend sei, mag jetzt mehr zurückgetreten sein. Dafür hört man aber heute die Frage um so mehr: ist er ein Deutscher oder Israelit, ein Christ oder Jude? O wie scharfsinnig und argwöhnisch wird diese Frage nach der Abstammung zurückverfolgt auf die Vorfahren ins dritte und vierte Glied! Es haben sich allerorten Vereine gebildet zur Niederdrückung, Rechtlosmachung und Vertreibung unserer jüdischen Mitbürger; wie unklar auch die Wege und Ziele, ein unchristlicher Rassenhaß ist doch, leider auch im Namen der christlichen Religion, geschürt, und aus diesem Haß sind schon viele unser neunzehntes Jahrhundert tief beschämende Vorgänge, falsche Anklagen, häßliche Wühlereien und blindwüthende Gewaltthätigkeiten hervorgegangen. Mögen immerhin die geistigen Führer dieser Bewegung solche Ausschreitungen verurtheilen, sie vermögen doch die Wuth der Massen nicht zu zügeln. Wir können ja hier nicht die Schuld und Fehler hüben und drüben abwägen. Jede Unrechtlichkeit, jede wucherische Ausbeutung des Nächsten werde von dem Spruch des Gesetzes gerecht und streng geahndet, wo und von wem sie geschieht; aber wenn wir angesichts der heutigen Vorgänge eine Antwort suchen auf die Frage des Schriftgelehrten: wer ist denn mein Nächster? und wenn Christus sie wieder mit solcher Erzählung entscheiden sollte, wie, meint ihr wohl, würde er diese Geschichte heute wenden? Dort hat er die Juden durch einen Samariter beschämt, heute würde er an Stelle des verunglückten Juden einen Christen, aber als Vorbild der Nächstenliebe würde er an Stelle des verachteten Samariters einen verachteten Juden setzen. Und ist denn nicht von den verachteten Juden auch manche hochherzige Gesinnung und That zu rühmen, wie sie in dem unsterblichen Werke unseres Lessing dem Klosterbruder die Anerkennung abringt: bei Gott, Nathan, ihr seid Christ!?

Drum, willst du die Mahnung Christi in diesem Gleichniß befolgen, — auch wohl an deinem Wege liegt mancher Angehörige jenes Volkes, aus dem Christus der Weltheiland geboren, und trägt brennende Wunden des Hasses und der Verachtung tief im Herzen, und war doch redlich und friedlich seine Straße gezogen, ein Mensch, ein Kind Gottes, dein Bruder, — so gehe denn hin zu ihm, gieß Oel in seine Wunden und erweise dich ihm als barmherziger Samariter!"

**Zur Statistik der Juden.** Man war bisher der Meinung, daß die natürliche Bevölkerungszunahme der Juden größer sei als die der Christen. Noch im Octoberheft 1893 S. 87 der „Zsch. d. Kgl. Preuß. statist. Büreaus" hatte Geheimrath von Firks behauptet: „Die natürliche Bevölkerungszunahme durch den Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ist bei den Juden stets, auch im letzten Jahrzehnt, etwas größer gewesen, als bei der Gesammtbevölkerung". An der Hand von 11 Bänden der amtlichen „Preußischen Statistik" hat nun W. Bamdus in der „Jüd. Presse" bewiesen, daß die natürliche Bevölkerungszunahme der Juden im Jahrzehnt 1881—1890 ca 23 % geringer ist als die der Christen.

Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug in den Jahren 1881—1890 im preußischen Staate überhaupt 3607659 Seelen. Da nun in Preußen im Mittel des Jahrzehnts 12,94 Juden auf Tausend Einwohner kommen, so müßte der Geburtenüberschuß der Juden 46683 Seelen betragen. In der That stellt sich die Rechnung wie folgt:

1881—1890 Kinder aus jüdischen Ehen 91892 Seelen
„ Kinder aus jüdisch-christlichen Mischehen, nach dem Prinzip der amtlichen Statistik zur Hälfte den Juden zugerechnet 2493 Seelen
1891—1890 Uneheliche Kinder jüd. Mütter 2533 „
„ Geburten zusammen 96918 Seelen
„ Todesfälle 60991 „
„ Natürl. Vermehrung 35927 Seelen.

Dazu käme die Anzahl der im Jahrzehnt 1881—1890 eingewanderten Juden. Da aber seit dem Jahre 1887 die confessionelle Ein- und Auswanderungs-Statistik aufgegeben worden ist, so läßt sich auf Grund der vorhandenen Ziffern aus den Jahren 1883—1887 nur annähernd berechnen. Danach beträgt die Zahl der in den Jahren 1881—1890 eingewanderten Juden höchstens 3000. Mithin betrüge die natürliche Zunahme der Juden 35927 + ca 3000 = ca. 39000 Seelen.

Preußen hatte am 1. Dezember 1890: 372058 Juden
„ „ „ „ 1880: 363790 „
Wirkliche Zunahme: 8262 Seelen.

Wir stehen also vor dem Resultate, daß in dem Jahrzehnt 1881—1890 die Zahl der Juden sich nur um 8262 Seelen vermehrt, anstatt um ca 39000!! Dieser große Verlust entfällt auf die Auswanderung, zu der die Juden ein ungemein großes Contingent stellen.

**Juden im Parlament.** Herr Stöcker bezeichnete es einmal als einen Erfolg der antisemitischen Bewegung, daß, abgesehen von einigen sozialdemokratischen Abgeordneten, keine Juden mehr im Parlament säßen. In einer Debatte des englischen Unterhauses hielt Graf von Carlisle eine Rede, die eine treffende Antwort auf Stöcker's Worte sind. Dieser sagte*):

„Sagt man, dies sei eine christliche Legislatur und müsse es bleiben, so behaupte ich, daß die Zulassung einiger wenigen Mitglieder, die sich zum mosaischen Glauben bekennen, das Parlament so wenig entchristlichen wird, als das Dasein einer Bevölkerung von 20 oder 30,000 Juden in England den christlichen Charakter unserer Nation zerstört hat. Die sehr hochwürdigen Prälaten und ihre Geistlichkeit legen vom Predigtstuhl herab dem Volke die großen Wahrheiten unserer Religion mit Beredtsamkeit, Gelehrsamkeit und in evangelischem Geiste ans Herz. Dies ist eine Art, eine christliche Nation zu bilden; aber vielleicht gibt es noch ein wirksameres Mittel, gleichsam den ganzen Luftkreis um uns mit christlichen Gedanken, Gefühlen und Gewohnheiten zu erfüllen — und dieses besteht darin, daß wir Nichtchristen in unsere Genossenschaft oder wenigstens in unsere Nähe ziehen durch werkthätige Uebung von Milde und Bruderliebe."

## Vermischtes.

**Verbot der Einwanderung ausländischer Israeliten.** Der im aufgelösten Reichstage unerledigt gebliebene Antrag v. Friesen-v. Hammerstein-Dr. Mehnert, welcher lautete: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs untersagt wird" ist jetzt wieder eingebracht worden. Als Antragsteller figuriren dieses Mal außer Frhrn. v. Hammerstein die Abgg. Frhr. v. Manteuffel und v. Polenz. (Die Abgg. v. Friesen und Dr. Mehnert sind nicht wiedergewählt). Es haben den Antrag folgende 25 conservative Abgeordnete unterschrieben: Bohtz, Graf Carmer, v. Dewitz, v. Gerlach, Gescher, v. d. Gröben, Hauffe, v. Herder, v. Holleufer, Hüpeden, Jacobskötter, Graf Kanitz-Podangen, v. Kleist-Retzow, v. Leipziger, Graf Limburg-Stirum, Graf Mirbach, Rettich, Graf Roon, Rother, Sachße, v. Salisch, Schall, Stroh, v. Viereck und Will.

*) Aus G. F. Schlatter, Die Emanzipation der Israeliten. Mannheim 1858. S. 123.

Befremdlich ist es, daß, wie im April d. J., auch jetzt nur ein Drittel der deutschconservat'ven Fraction den Antrag unterstützt.

**Eine militärische Ansprache.** Gelegentlich der diesjährigen Controll-Versammlung hielt, wie der „Bochumer Anzeiger" vom 22. November berichtet, Major v. Seel die übliche Ansprache an die Mannschaften. Die Ansichten nun, die Herr Major von Seel bei dieser Gelegenheit entwickelte, sowie die Form der Ansprache sind so eigenartig, daß wir glauben, sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Nach den Berichten von Ohrenzeugen äußerte sich nämlich Herr Major v. Seel über das traurige Capitel der Soldatenmißhandlungen und zwar in der folgenden sonderbaren Weise: „Sie alle," so ungefähr führte der Herr Redner aus, „haben jedenfalls in den Zeitungen Berichte über Soldatenmißhandlungen gelesen, ich hoffe aber, daß Sie diesen Zeitungsberichten keinerlei Glauben beimessen. Sie alle wissen, daß alles, was in den Zeitungen steht, gelogen ist. Besonders den Berliner Zeitungen darf man nicht über den Weg trauen, denn diese Berliner Zeitungen werden fast durchweg von jüdischen Redacteuren geleitet, na, und was Sie von den Juden zu halten haben, werden Sie wohl Alle selbst am besten wissen! Diese Artikel werden nur geschrieben, um mit ihnen Geld zu verdienen, ich erwarte aber, daß Sie durch sie in der Erfüllung Ihrer Pflicht sich nicht beirren lassen werden."

Zu dieser oratorischen Leistung des Herrn Majors, die allerdings an „Schneidigkeit" nichts zu wünschen übrig läßt, erlauben wir uns dem Herrn Redner vorerst zu bemerken, daß es der Presse recht gleichgültig sein kann, wie weit ihr der Herr Major v. Seel Glaubwürdigkeit beimißt. Im Uebrigen aber dürfte es doch wohl auch dem ungläubigen Herrn Major v. Seel, der die Sache eigentlich kennen müßte, recht seltsam erscheinen, daß diese „Lügen" im Stande waren, in langen Discussionen den Reichstag zu beschäftigen, daß diese „Lügen" die Maßregelung einer ganzen Reihe von Unteroffizieren zur Folge hatten und daß diese „Lügen" verschiedene allerhöchste Personen zu Erlassen gegen die Soldatenmißhandlungen veranlassen konnten. Wenn der Herr Major von Seel der Meinung ist, daß durch Vertuschungsversuche der militärischen Disciplin ein Dienst geleistet wird, so ist das seine eigene Ansicht; an anderer, höherer Stelle bürgte gerade die Aufforderung an die Vorgesetzten, sich einer humanen Behandlung der Untergebenen zu befleißigen, als das geeignete Mittel betrachtet werden, das Vertrauen der Mannschaften zu ihren Vorgesetzten zu erhöhen und die Disciplin zu befestigen. Was die confessionellen Ausfälle des Herrn Majors betrifft, glauben wir uns eines Urtheils enthalten zu müssen, nicht aus Sympathie für Herrn Major von Seel, sondern eben im Interesse der Disciplin, die wir nicht ebenso gefährden möchten, wie es durch solche und ähnliche Reden geschehen muß. Ueber diese Ausfälle, die Herr Major v. Seel übrigens des Oesteren wiederholt haben soll, sowie über sein Taktgefühl mögen unsere Leser und eine — andere Stelle das Urtheil sprechen.

**Gegen den antisemitischen Agitator und durchgefallenen Landtagscandidaten v. Mosch** zu Steglitz hat, der „Deutsch-Kroner Ztg." zufolge, die Kgl. Staatsanwaltschaft zu Schneidemühl Anklage erhoben auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs wegen Aufreizung zum Klassenhaß, begangen in einer Rede in der am 21. Oktober in Dt.-Krone stattgefundenen und wegen dieses Paragraphen aufgelösten Versammlung.

**„Judenflinten."** Ueber die neuen Gewehre von 1888 hatte ein freisinniges Liegnitzer Blatt ungünstige Nachrichten gebracht. Die antisemitische Presse war sofort bei der Hand, um daraus Kapital gegen die „Judenflinten" zu schlagen. Doch die Freude war kurz. In seiner Nr. vom 17. November veröffentlichte der „Reichsanzeiger" die nachstehende Bekanntmachung des Kriegsministers Bronsart von Schellendorf:

Durch eine Anzahl Zeitungen gehen über die Ausgabe neuer Gewehre 88 an einzelne Infanterie-Truppentheile Nachrichten, welche geeignet sind, in der Oeffentlichkeit durchaus ierige Vorstellungen zu erwecken. Es wird geschrieben: die „neuen" Gewehre hatten einen anderen Verschluß und anders konstruirte Läufe; die „alten" Gewehre, an denen sehr viele Reparaturen vorgekommen seien, sollten in die Artilleriedepots zurückgezogen und zur Ausrüstung der Reserve- und Landwehr-Regimenter verwendet werden. Hierbei wird der Vermuthung Spielraum gelassen, als schienen der Militär-Verwaltung für diese Formationen minderwerthige Gewehre gut genug. Zur Berichtigung ist vorweg zu bemerken, daß eine Neuanfertigung von Gewehren in den Gewehrfabriken dauernd stattfindet, da die durch regelmäßigen Gebrauch der Abnutzung unterliegenden Gewehre in regelmäßigem Umtrieb ersetzt werden müssen. In letzter Zeit ist nun an den Verschlüssen eine Einrichtung neu getroffen worden, welche nach den stattgehabten Versuchen mit Sicherheit verhindert, daß, falls einmals die Metallhülse einer Patrone beim Abschießen des Gewehrs platzen sollte, die zurückströmenden Pulvergase das Auge des Schützen verletzen. Diese Einrichtung ist mit Leichtigkeit an den Verschlüssen anzubringen und ändert an denselben nichts. Gewehre, welche diese Vorrichtung bereits haben, sind bezw. werden jetzt an die Truppen ausgegeben; die bisher in den Händen derselben befindlich gewesenen gehen in die Depots, um dort ebenfalls damit versehen zu werden. Was die Läufe angeht, so sind an den 1890 ausgegebenen Läufen des Gewehrs 88 nach statistischen Erhebungen nicht mehr, sondern weniger Reparaturen vorgekommen als bei früheren Modellen unmittelbar nach deren Neueinführung. Die vorgekommenen Fälle von Ausbauchungen und geplatzten Läufen sind meist darauf zurückzuführen, daß beim Schießen — insbesondere mit Platzpatronen — Fremdkörper (Sand, Wischpolster 2c.) sich in den Läufen befanden, was bei einer guten und vorsichtigen Behandlung des Gewehrs nicht der Fall sein darf. Bei der im regelmäßigen Betriebe stetig sich steigernden technischen Vollendung in der Herstellung der Läufe ist für die Fabrikation neuerdings ein etwas geändertes Verfahren zur Anwendung gekommen; hieraus aber ist in keiner Weise zu folgern, daß die früher hergestellten Läufe minderwerthig oder gar kriegsunbrauchbar seien.

**Rudolf Meyer**, die Autorität Ahlwardts und der Antisemiten, welche eine „Nachprüfung" der Gründerjahre vornehmen wollen, hat sich auch zur Parole „Wider Junker und Juden" bekehrt. In der letzten Nummer der „Neuen Zeit" greift er die conservativen Rittergutsbesitzer wie folgt an:

„Denn wenn man der Sache auf den Grund geht, wird man es als eine agrarische Anmaßung bezeichnen müssen, daß einige Tausend Rittergutsbesitzer des Ostens das ganze deutsche Volk mit einer indirekten Steuer belasten, weil sie bei dem System von Großgrundbesitz, das die Herz- und Ruchlosigkeit ihrer Vorfahren gegen die Bauern und Büdner geschaffen hat, nun nicht mehr genügend Grundrente erzielen können."

**„Fort mit den Advokaten!"** Der antisemitische „Bad. Volksbote" schreibt: Daß Anwälte Frauen in Ehescheidungssachen vertreten und diese Frauen selbst zur Untreue verleiten, sei im Großherzogthum Baden mehrfach vorgekommen. Solche Anwälte seien sogar später hohe Richter geworden. Der Ruf: fort mit den Advokaten könne nicht oft genug widerholt werden, das möge sich jeder Wähler merken. — Und die antisemitischen Advokaten?! Sollen auch sie von diesem Bannstrahl getroffen werden? Was sagt z. B. der Rechtsanwalt Hertwig, der Freund Ahlwardts, dazu, der in Liegnitz und Berlin zum Reichstag candidirte? —

**Graf Taaffe, der Deutschenfeind und Antisemit.** Man schreibt dem Wiener „Freien Blatt": Es ist eine altbekannte Thatsache, daß alle „Abgewirthschafteten" zum Antisemitismus, als zu ihrem letzten Trost und Unmuthsableiter greifen. Man könnte auch den Ex-Ministerpräsidenten als Beweis für diese Wahrheit führen, wenn es nicht ohnedies bekannt wäre, daß Graf Taaffe seit jeher den antisemitischen Idealen gehuldigt hat. Jetzt, wo er seiner hohen Würde entkleidet ist, zeigt er blos freier seines Herzens köstlichen Inhalt. Wie ungarische Blätter melden, hat der gewesene Premier vor etwa 14 Tagen einem seiner Freunde jenseits der Leitha sein Bild mit folgender eigenhändigen Widmung geschickt: „Graf Taaffe, österreichischer Ex-Ministerpräsident. Nichts auf Erden dauert ewig, auch der schönste Jub' wird schäbig."

**Freche Reclame.** Der jüdische Kleiderhändler B. Rund in Charlottenburg hat jüngst Reclamezettel vertheilen lassen, die eine unerhörte Taktlosigkeit enthalten. In den ersten Zeilen dieses Zettels sind einige Buchstaben und Silben fett gedruckt, welche zusammengesetzt den Satz ergeben: „Fürst Bismarck ist verschieben!“ Natürlich geht diese freche Reclame durch die gesammte Antisemitenpresse, reichlich gespickt mit Ausfällen gegen die „jüdische“ Reclame. Was hat aber die Rohheit des Kleiderhändlers Rund mit der Judenschaft, was mit dem Judenthum zu thun? Ist die berüchtigte Reclamesucht der Amerikaner jüdisch? Doch wohl — amerikanisch! Es ist traurig, daß einzelne Juden durch ihr Benehmen dem antisemitischen Feuer immer neue Nahrung zutragen, trauriger aber noch, daß die Hiebe dafür kaum jenen einzelnen empfindlich treffen, sondern die Gesammtheit der Juden. Immerhin können die Juden dadurch, daß sie solche Leute geschäftlich oder gesellschaftlich boykottiren, dazu beitragen, die Zahl dieser unerfreulichen Dinge zu verringern.

## Aus Rußland.

(Schluß.)

Der vorurtheilslose Leser wird vielleicht ein wenig staunen und sich sagen, es liege doch hier gar kein von den Juden begangenes Verbrechen vor. Wenn sich auch alles so verhielte, wie Herr Lendra uns versichert, so hätten doch die Juden offenbar nur eine von beiden Seiten gleich lebhaft empfundene Lücke im Geschäftsverkehr ausgefüllt und das sei nicht ihre Schuld, wenn sie in gleichem Maße das Vertrauen des Pflanzers und des Fabrikanten genießen. Aber, nein! Bereits zwei Tage später wurde es jedem noch so blöden Auge klar gemacht, daß der „hervorragende“ Mitarbeiter der „Now. Wr.“ auch keine blasse Idee [von der gegenwärtigen Lage der Dinge in Turkestan hat und die Juden eben nur als Sündenbock benutzte, um ihnen wenigstens anscheinend etwas anzuhängen. Kein Geringerer als der langjährige Redacteur des Zarischen Amtsblattes in Turkestan, der General-Major N. A. Majew, ergriff am 6 v. Mts. das Wort in dieser Angelegenheit in der „Nowosti“ und legte in einem langen Aufsatz, „Das neue russische Baumwollengebiet“ überschrieben, den richtigen Sachverhalt dar. Es stellt sich nun heraus, daß in Turkestan in den letzten Jahren „großrussische Pflanzer sich einheimisch gemacht und Riesen-Plantagen im Umfange von 300 800 und selbst 1000 Deßjätinen angelegt haben. Zugleich machte sich immer mehr der Bedarf an Baumwolle erster Qualität aus amerikanischen Samen geltend, was die großrussischen Fabrikanten veranlaßte, ihre Einkäufe an Ort und Stelle durch ihre eigenen Spezialagenten besorgen zu lassen“. „Dabei constatire ich, — erklärt der General — daß unter diesen Agenten auch kein einziger Jude sich befindet! Nein, nicht vereinzelte jüdische Zwischenhändler, sondern combinirte russische Firmen kaufen die Baumwolle an Ort und Stelle ein. Die Manufaktur Korzinkins ist lange nicht mehr die einzige, die direkte Verbindungen unterhält. Zu ihr gesellten sich in den letzten Jahren rasch nacheinander: die Vertreter der Firma Bogau, der Gebrüder Kamensky, der Gesellschaft „Kawkas und Merkur“, der russischen „Transport- und Versicherungs-Gesellschaft“ der „Gesellschaft der süd-westlichen Eisenbahnen“, der „Centralasiatischen Filiale der Wolga-Kama-Bank“ u. a. m. Ich möchte nun wissen, welch' neckische Geister Herrn Lendra die „jüdische Spinne“ mit ihrem „giftigen Gewebe“ vorgegaukelt haben?!

Seltsam, fast unerklärlich erscheint es, — so schließt der General Majew seinen höchst interessanten und mit einer Fülle von statistischen Daten ausgerüsteten Aufsatz in der „Nowosti“ — „daß Herr Lendra es wagen konnte, in den Spalten eines großen und vielgelesenen Blattes eine so leichtfertige Erklärung einer von ihm richtig beobachteten Thatsache zu bieten. Aber, sagt nicht Herr Lendra selbst gleich im Eingange: „die Erklärung liegt gar nahe“? Die Einbildung und die vorgefaßte Meinung mögen einer gewissen Abart von Publizisten allerdings sehr nahe liegen.“*)

* * *

Nicht besser erging es dem „Graschdanin“, dem in der letzten Zeit bereits zweimal und von durchaus befreundeter Seite unsanft auf die Finger geklopft wurde. Ende September schlug Herr „Jarmonkin“ heftig die Trommel im „Graschdanin“ aus Anlaß der Verschacherung einer adligen Besitzung nebst ausgedehnten Forsten im Gouvernement Kijew. Natürlich mußte die „jüdische Habgier“ herhalten, die den russischen Adel angeblich zu Grunde richtet. Am 5. Oktober kam nun der „Kijewljanim“, der es doch niemals nöthig hatte, gegen den Verdacht der Judengenossenschaft sich zu vertheidigen, mit der ebenso kurzen, wie bündigen Erklärung heraus, daß „Herr Jarmonkin selbst das Gut und die Forstung kaufen wollte — wohl verstanden, nicht für sich erwerben, sondern zu dem von ihm so sehr verachteten Zweck des Wiederverkaufs kaufen wollte — über deren durchaus nicht stattgehabte Verschacherung er sich so sehr entrüstete. „Wir halten es für geboten“ fügte das Blatt noch hinzu — „diesen Sachverhalt öffentlich kund zu geben, damit das lesende Publikum einmal darüber aufgeklärt wird, wer im „Graschdanin“ die agrarischen Correspondenzen schreibt und welche Gesichtspunkte dabei maßgebend sind.“ Und damit Punktum.

* * *

Ist's schon schlimm genug, wenn man von einem alten und bewährten Freund sich derartiges gefallen lassen muß, so gestaltet sich die Sache noch bedeutend mißlicher, wenn ein fürstlicher Journalist, von Gewissenskrupeln angewandelt, in Sack und Asche vor aller Welt Augen Buße thut und seinen Lesern öffentlich das Geständniß ablegt, er habe sich doch in so manchem schon geirrt. „Irren ist menschlich und ich nehme keinen Anstand, öffentlich hiermit einzuräumen, daß ich mich in der Beurtheilung unserer Juden in einem sehr gewichtigen Punkt doch geirrt habe“ — mit diesem ritterlichen Freimuth leitet Fürst Meschtschersky den Brief eines Großrussen von der Chicagoer Weltausstellung ein**), dem wir folgende Stellen in getreuer Uebersetzung entnehmen.

„Ihre Leser werden mißtrauisch den Kopf schütteln, und das Nachfolgende nur schwer glauben wollen . . . Ich selbst war erstaunt, als ich die großartige Erscheinung zum ersten Male wahrgenommen hatte und ich verhielt mich lange ebenfalls sehr skeptisch, bis ich mich endlich von der unverfälschten Echtheit überzeugt habe. Die Juden in den Vereinigten Staaten sind — glühende russische Patrioten! Ich spreche selbstredend nur von den aus Rußland eingewanderten Juden. Aber, das genügt und das ist — lehrreich genug. Aeußerlich ganz ein Yankee geworden, mit glatt rasirtem Gesicht und kurz zugestutzten Haaren, hat der russische Jude in seiner Seele tiefsten Tiefen die wärmsten und aufrichtigsten Sympathien für die alte Heimath bewahrt. In dichten Schaaren wallfahrten die Juden aus den entlegensten Winkeln der großen Union — Sie glauben wohl nach der Chicagoer Weltausstellung? Nein, so ureigentlich nach der russischen Abtheilung derselben und zu dem ausgesprochenen Zweck, dort den ihnen noch immer lieben Laute der russischen Sprache zu lauschen!“ „Oft gab es Scenen der Rührung auf der Straße. Stehen da unser Zwei und plaudern arglos, nichts ahnend. Aber bereits nach einigen Minuten hatte sich ein kleiner Kreis von fein gekleideten Yankees um uns gebildet, die in angemessener

*) Auch hier, wie an allen folgenden Stellen gehört der Sperrdruck den resp. Originalen an.

**) Citirt im „Woßchod“ Nr. 89 vom 5. September.

Ferne sinnend dastehen, mit dem Ausdruck des tiefsten Kummers auf den Gesichtern, mit peinlicher Aufmerksamkeit dem Gespräch lauschen und begierig den Hauch unsres Athems schlürfen. Wir stutzten, wir verwunderten uns, wir wollten manchmal grob werden. Wir überzeugten uns aber bald davon, daß nur die brennende Sehnsucht nach der alten Heimath und das unausrottbare Gefühl der Zugehörigkeit zum Russenthum diese Braven in unsere Nähe trieb und wir fühlten uns schließlich selbst beglückt, ihnen mit Wärme die Hand zu schütteln und sie in unserer Mitte russisch zu begrüßen und zu bewillkommnen."

„In Chicago giebt es ein russisches Theater und fünf Sechstel der Besucher sind aus Rußland eingewanderte Juden! Sie dürfen aber nicht glauben, das geschehe aus dem Grunde, weil die russische Sprache diesen Juden die am meisten zugängliche ist. Davon abgesehen, daß die junge Generation ein recht anständiges Englisch spricht, versteht ja, bekanntlich, fast ein jeder Jude das Deutsche, wenn auch nur die wenigsten unserer Juden in der Lage sind, ein ordentliches Deutsch zu sprechen. Die deutsche Sprache genießt aber in Chicago, wie überall in der Union, fast das gleiche Bürgerrecht, wie die englische. Zudem will die überwiegend große Mehrzahl der Deutschen in den Vereinigten Staaten vom Antisemitismus absolut nichts wissen. Die Juden können also die beste Gesellschaft haben und doch kommen sie immer nur zu uns!" „In der russischen Abtheilung wirkt auch eine russische Sängergesellschaft. Von den Zuhörern sind wiederum drei Viertel aus Rußland eingewanderte Juden und sie klatschen Beifall mit einer Begeisterung, die an Selbstvergessenheit grenzt. Besonders, wenn kleinrussische Lieder vorgetragen werden. Das Letztere erklärt sich aus dem Umstande, daß die große Mehrzahl der aus Rußland eingewanderten Juden in der Ukraine*) geboren sind und das kleinrussische Volkslied ihnen tief in der Seele verwandt, lieb und theuer ist."

Was meinen nun die professionellen Hetzapostel dazu, die so gern mit der Lüge von der jüdischen Vaterlandslosigkeit hausiren gehen? „Ubi bene, ibi patria" dürfte am Ende auf eine andere, höher geartete Menschengattung gemünzt sein. —

## Sprechsaal.

Ein „erbauliches Begleitwort" zu dem unlängst verflossenen Spielerproceß in Hannover scheint mir eine „geistreiche" Stelle in Dr. med. Gustav Stille's „Kampf gegen das Judenthum" zu enthalten. Nach einer begeisterten Lobrede auf unser Offizierkorps, dem mit Ausnahme der christlichen Geistlichkeit kein anderer Stand gleichkomme, heißt es da auf Seite 70: jüdischer Geist, jüdische Moral und jüdische Geschäftsauffassung habe sich in jeden anderen Stand eingedrängt; damit sei ein Sinken des sittlichen Niveau's eingetreten, von dem gottlob unser Offizierkorps bis jetzt bewahrt geblieben sei. Und einige Zeilen weiter:

„Und was man den Offizieren noch mit einigem Recht vorwirft, ihre Neigung zu Spiel und Verschwendung, ihr schlechtes Haushalten und daraus folgendes Schuldenmachen, das so manche hoffnungsvolle Laufbahn zerstört, — was bezeugt das Andres, als den völligen Gegensatz zu dem stets auf Geldbesitz und Gewinn ausgehenden Judengeist? Klüger handelt ja der Offizier, der genau zu rechnen versteht und sich stets nach seiner Decke streckt; aber es ist wahrlich kein Zeichen von einem moralischen Defekt, wenn ein oft kaum den Jünglingsjahren entwachsener Mann in der verführerischen Gesellschaft gleichgesinnter, ehrenhafter Kameraden nicht zu jeder Zeit daran denkt, daß alles andre eher entbehrt werden kann, als gute, geordnete Finanzen."

*) Gleichbedeutend mit Kleinrußland.

Also mit anderen Worten:

1) Alle unsere bürgerlichen Stände sind verjudet, mithin entsittlicht.

2) Unsere christliche Geistlichkeit und die deutschen Offiziere sind nicht verjudet, mithin wahrhaft sittlich.

3) Die Neigung der Offiziere zu Spiel und Verschwendung, ihr schlechtes Haushalten und daraus folgendes Schuldenmachen sind noch mit einigem Recht zu verwerfen, immerhin aber natürlich noch 1000mal besser als das Streben des Judengeistes nach Geldbesitz und Gewinn — (als ob andere Geister nicht auf Gelderwerb und Gewinn ausgingen!) —

4) Der sparsame Offizier handelt klüger — (nicht auch moralischer?) — als der verschwenderische.

5) Der verschwenderische junge Offizier zeigt trotz seiner Unsolidität kein Zeichen von einem moralischen Defekt, sondern überläßt sich fröhlich seinem jugendlichen Brausemuth inmitten gleichgesinnter Kameraden, die trotz ihrer Ehrenhaftigkeit sich nicht geniren, für den ritterlichen Sausewind eine verführerische Gesellschaft zu sein.

Es liegt mir fern, aus den Einzelfällen des Hannoverschen Spieler- und Wuchererprozesses ungünstige Schlüsse in Bezug auf den gesammten deutschen Offizierstand zu ziehen. Aber die obige Logik und Moral dürfte nur „antisemitisch-germanischen" Gemüthern schmackhaft und plausibel sein. Gewöhnlichen Sterblichen geht der Sinn für solche „tiefere Ethik" ab.

J. T.

## Vom Büchertisch.

Prof. Lehmann-Hohenberg, Bericht über die Religions-Versammlung vom 5. November 1893 in Kiel. Kiel 0,50 Mark. — Hermann Bahr, Der Antisemitismus. Ein internationales Interview. Berlin, S. Fischer — 2 Mark. — Nahida Remy, Culturstudien über das Judenthum, Berlin, C. Duncker — 5 Mark. — Armin Solano, Die Organisation der Terminbörsen. Leipzig, H. Bayer — 0,50 Mark (antis.). — Athanasius Fern, Die jüdische Moral und das Blut-Mysterium, Ebendaselbst. — 0,50 Mark (antis.). — H. Naudh, Israel im Heere. Ebendaselbst. — 0,50 Mark (antis.).

## Briefkasten.

**Dr. W.** Daß Herr Liebermann von Sonnenberg in diesem Sommer auf der Insel Borkum, woselbst die antisemitischen Pöbelhaftigkeiten vorgekommen sind, sich aufgehalten hat, ist richtig. Daß er dieselben veranlaßt hat, glauben wir nicht.

**K. M. in Friedrichshagen.** Bahr und Tovote sind Christen. Das „20. Jahrhundert" nimmt es darin mit der Wahrheit nicht so genau. Nennt sie doch Halbe's „Jugend" auch jüdisch.

**Abonnent in Marburg.** Wir halten unsere Behauptung aufrecht. Es ist nichts als Wortklauberei, wenn der „Reichsherold" sich an den Ausdruck „intim" klammert.

## Mitgliederbeiträge.

Wir bitten unsere Herren Mitglieder aus ganz Norddeutschland mit Ausnahme von Hessen-Nassau und Rheinprovinz, ihre Beiträge für 1893 gefälligst bald an den Schatzmeister unseres Vereins Herrn L. Jordan, Berlin W., Magdeburgerstraße 13, einzusenden.

Die Mitglieder aus ganz Süddeutschland, Hessen-Nassau und Rheinprovinz, wollen ihre Beiträge an unser Frankfurter Büreau, zu Händen des Herrn Stadtrath H. Flinsch, Frankfurt a. M., Paulsplatz 6, richten.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen
## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 49.** | **Berlin, den 3. Dezember.** | **3. Jahrg. 1893**


### An unsere Leser.

Unser Verein und unsere Zeitung können nicht Alles thun, die Arbeit unserer Mitglieder muß ergänzend eintreten. Wir richten an unsere Mitglieder **nicht nur die Bitte: Werbet Mitglieder, werbet Abonnenten, sondern auch: Seid selbstständig thätig!**

Wie eine solche Thätigkeit im einzelnen stattzufinden hat, dafür lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen. Wir meinen, wer Liebe zur Sache hat, wird den richtigen Weg schon finden. Was aber speziell die Frage betrifft, wie unsere Arbeit an den **„Mittheilungen"** zu ergänzen ist, so können unsere Leser uns doppelt helfen

Zunächst, indem sie uns Material senden, natürlich nur geprüftes Material und keinen Klatsch, sei es in fertigen Artikeln, sei es in Form von Notizen. Unsere Leser sollen aber nicht nur helfen, **das Material zu beschaffen**, sondern es zu **verwerthen**. Unsere Leser sollen dafür sorgen, daß das **zuverlässige Material**, das wir ihnen bieten, auch in weiteren Kreisen Eingang findet, sei es durch Verarbeitung zu Flugblättern, die dem Charakter des betreffenden Landestheiles angemessen sind, sei es durch **Aufnahme in die Provinzialpresse.**

Besonders wichtig ist eine solche Thätigkeit, wo der Antisemitismus noch nicht festen Boden gefaßt hat, oder wo Vorwürfe, die eine Zeit lang geruht haben, von Neuem Bedeutung erlangen.

Natürlich kann nicht alles Material in so mundgerechter Form dargeboten werden. **Um aber jeden Leser in den Stand zu setzen, die in den „Mittheilungen" zerstreuten Notizen und Thatsachen zu verwerthen, geben wir am Schluß des Jahres ein nach Stoffen geordnetes Inhalts-Verzeichniß aus.** Jeder Leser, der die „Mittheilungen" sich aufbewahrt, erhält durch das Verzeichniß eine Art Archiv, das ihn in den Stand setzt, über wichtigere Punkte sich selbst und anderen Auskunft zu geben.

### Bericht der Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Dienstag, den 28. November, hielt der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" in den Victoria-Sälen zu Berlin seine erste Generalversammlung ab, der eine große Anzahl Berliner und auswärtiger Mitglieder des Vereins beiwohnten. Von dem Vorstande des Vereins waren anwesend die Herren Geheimrath von Gneist, Abg. Rickert, Gutsbesitzer L. Jordan, alle aus Berlin, und Herr Charles L. Hallgarten aus Frankfurt a. M. Der würdige Verlauf der Versammlung lieferte den Beweis, daß die Interessen für die Abwehrbestrebungen gleich stark geblieben sind und der Verein bereit ist, die schwere Aufgabe, die er übernommen, mit aller Kraft durchzuführen.

Der Vorsitzende Geheimrath von Gneist eröffnete die Versammlung: „Meine Herren," so führte er aus, „wir leben in einer aufgeregten Zeit. Eine kleine Minorität von Staatsbürgern wird zur Zeit mit Entstellungen, Verläumdungen und Hetzereien aller Art verfolgt. Es war deshalb geboten, daß aus den Kreisen der Gesellschaft gegen den Antisemitismus Front gemacht wurde. Früher glaubte man freilich, der liebe Gott und der Staat helfe schon, man brauche sie nur walten zu lassen. Nun, meine Herren, der liebe Gott sorgt für uns nur, wenn wir unsere Schuldigkeit thun. (Bravo!) Und so haben wir uns vor drei Jahren entschlossen, diesen Verein in's Leben zu rufen, um unsererseits zur Bekämpfung der dunklen Mächte des Antisemitismus beizutragen. Von Herrn Abg. Rickert werden Sie Aufklärung über die Gesichtspunkte unserer Thätigkeit erhalten. Gewiß haben wir keine Heldenthaten zu verzeichnen, dennoch wäre es falsch, die Hände in den Schoß zu legen. Manchmal hat man ja die Meinung ausgesprochen, man solle die Hände ruhig in den Schoß legen, die Bewegung würde sich schon wieder verlaufen. Gewiß, meine Herren, das hoffe ich auch, aber wir müssen nach Kräften dazu beitragen, daß es schnell geschieht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Rickert. Meine Herren, im November 1890 haben zwölf Christen den Entschluß gefaßt, einen Protest gegen die zunehmende antisemitische Agitation zu veröffentlichen und im Anschluß daran einen Verein zur Abwehr des Antisemitismus zu gründen. Nach kurzer Zeit vereinigten sich hunderte von Männern, darunter zahlreiche von gutem Klange, in Deutschland zu dem Protest gegen eine culturwidrige, den Frieden in der Bevölkerung erschütternde Bewegung, welche als Ziel die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden im Auge hatte.

Ich gestehe, daß ich Anfangs etwas zu optimistisch gewesen bin und der deutschen Nation nicht zugetraut habe, daß sie eine solche culturfeindliche und staatswidrige Bewegung in unserem Jahrhundert so lange dulden und wachsen lassen würde. Die Hauptquelle des Antisemitismus ist der Neid und aus ihm entspringt der Haß. Mancher wird auch Antisemit, weil er durch einen einzelnen Juden geschädigt ist und nun die Juden überhaupt dafür verantwortlich macht. Eine tröstliche Bemerkung habe ich überall gemacht, und sie giebt mir die Hoffnung, daß diese Bewegung nicht tiefe Wurzeln fassen und nicht von Dauer sein kann. Die große Arbeiterbevölkerung

lehnt den Antisemitismus ab. Sie hat einen natürlichen, aus rein menschlichem Gefühl hervorgehenden Widerwillen gegen ihn und ist die beste Stütze bei unserer mühevollen Thätigkeit. Sie versteht es nicht, wie man einen Theil unserer Mitbürger lediglich verfolgen kann, nur weil sie Juden sind. Bei der Beschränktheit unserer Mittel konnten die Erfolge natürlich nicht so groß sein, wie wir sie gern gewünscht hätten. Unsere Mitgliederanzahl betrug in 963 Orten 13 338 Mitglieder, davon entfielen auf Norddeutschland in 397 Orten 4831 Mitglieder, und auf Süd- und Westdeutschland (unsere Büreaus in Frankfurt a. M., Marburg, etc.) 526 Ortschaftin mit 8441 Mitgliedern. Leider haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich die sogenannten besseren Klassen ziemlich reservirt verhalten. Sie scheinen die Verpflichtung, gegen den Antisemitismus durch Wort und That aufzutreten, nicht zu empfinden. Förderer des Antisemitismus kommen zumeist aus einem Theil des kleineren Mittelstandes und aus den verschuldeten höheren Ständen. Was bedeuten unsre 13000 Mitglieder gegen 163000 des Bundes der Landwirthe? Trotzdem wollen wir fortfahren zu thun, was unsere Pflicht ist. Wir haben durch Schrift und Rede für die Interessen unserer Abwehrbestrebungen gewirkt.

Was die Verbreitung der Schriften anbetrifft, so sind erstens die Flugblätter zu nennen, von denen wir im Jahre 1892 an 94 000 Stück, im Jahre 1893 nahezu eine Viertelmillion in Deutschland zur Vertheilung gebracht haben. An Broschüren und Schriften haben wir im Jahre 1892/93 circa 20000 vertheilt, namentlich den „Antisemitenspiegel." Dieses 400 Seiten starke Buch, enthält kurzgefaßt das positive Material darüber, was zur Erkenntniß der Judenfrage und zur Widerlegung des Antisemismus nöthig ist. An der Hand des „Antisemitenspiegels" ist jeder im Stande, die antisemitischen Vorwürfe zu entkräften. Leider haben wir die Erfahrung machen müssen, daß die Freunde unserer Abwehrbestrebungen nicht ein solches Interesse an der Verbreitung des „Antisemitenspiegels" haben wie die Antisemiten an dem Vertrieb des „Antisemiten-Katechismus." Während dieser schon in 25. Auflage erschienen ist, ist erst jetzt von unserem Buche so ziemlich die erste Auflage in allerdings 10000 Exemplaren vertrieben. Eine größere Anzahl desselben wurde von Arbeitern verlangt, welche Material haben wollten, um privatim oder öffentlich gegen den Antisemitismus aufzutreten. Sie haben ihn mit einem Eifer studirt, hinter dem das Interesse der sogenannten Gebildeten weit zurückstand. Abgesehen von kleinen unerheblichen Irrthümern hat man nicht eine einzige Thatsache dieses Buches widerlegen können, was niemand von den antisemitischen Zeitungen und Broschüren wird behaupten können. Wer diese kennt, wird begreifen, wie nothwendig es ist, alle antisemitischen Entstellungen und Beschuldigungen auf ihren wahren Werth hin zu untersuchen. Dieser unerquicklichen Arbeit unterzieht sich unser Bureau. Dieses prüft — das ist mitunter eine sehr weitläufige Arbeit — die Anschuldigungen und veröffentlicht in unserem Vereinsorgan, in den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", das Ergebniß. Die große politische Presse hat sich nicht immer in dem Maße, wie wir wohl gewünscht haben, den speziellen Thatsachen auf dem Gebiete der Judenfrage die Aufmerksamkeit gewidmet, aber immerhin ist in letzterZeit ein erfreulicher Fortschritt darin zu bemerken gewesen. Eine genaue Uebersicht der antisemitischen Bewegung geben die auf Wunsch vieler Vereinsmitglieder vor 1½ Jahren ins Leben gerufenen „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus." Sie haben einen Abonnentenkreis von über 6000, erfordern aber durch den enorm billigen Preis von 50 Pf. pro Quartal immerhin einen Zuschuß von cr. 10 000 Mk. jährlich. Ich wollte dieses Defizit dadurch decken, daß entweder der Umfang der „Mittheilungen" verringert oder der Abonnementspreis erhöht würde. Jedoch waren die Herren aus Süddeutschland dagegen. Deßhalb muß es Ihre und insbesondere der süddeutschen Herren Collegen Sorge sein, den Abonnentenstand nach Kräften zu vermehren. Man muß Kenntniß nehmen von den Thatsachen, um die sittliche Krankheit des Antisemitismus kennen zu lernen. Wer die „Mittheilungen" aufmerksam verfolgt, wird über alle Einzelheiten der Judenfrage genau orientirt sein.

Da unsere „Mittheilungen" nicht so oft von den Zeitungen benutzt worden sind, wie wir es gewünscht hätten, haben wir wöchentlich eine „Correspondenz" für Zeitungsredactionen herausgegeben, welche wöchentlich zwei Tage vor Erscheinen der „Mittheilungen" einer beträchtlichen Zahl von Zeitungs-Redactionen zugesandt wird. Dieselbe wird auch von einer Reihe der angesehensten Zeitungen benutzt.

Was die Agitation durch Redner betrifft, so haben wir deren eine kleine Anzahl gehabt, welche eine größere Zahl von Vorträgen über die Judenfrage gehalten haben. Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, daß Redner öfter nicht verlangt wurden, selbst nicht auf unser Angebot hin. Man wollte überhaupt keinen Redner, auch nicht sehr bekannte, haben; man sagte, es sei alles ruhig und man wolle die Ruhe nicht stören. Das ist aber eine verkehrte Taktik. Wir haben überall die Beobachtung gemacht, daß, wenn eine bis dahin „ruhige" Gegend von antisemitischen Agitatoren überfallen wurde, der bisher intakte Ort einer geschickten Agitation antisemitischer Redner und Agitatoren leicht zum Opfer fiel. Deswegen ist es richtig, die Leute vorher über die Judenfrage aufzuklären, damit sie schon vorher einigermaßen orientirt sind. Diese Aufklärung erzielt man allerdings weniger durch Redner in größeren Versammlungen, als durch kleine Agitation von Person zu Person, von Haus zu Haus. Ueberall müssen entschlossene Männer feste Cadres bilden, von denen aus die Agitation geschieht.

Und dies ist jetzt nöthiger als je. Die Conservativen haben sich zum großen Theil mit den Antisemiten verbunden. Der neue Antrag der conservativen Partei auf Verbot der Einwanderung russischer Juden ist ein Beweis, daß man die Gesetzgebung gegen die Juden mobil zu machen Willens ist. Wenn auch die Zeitumstände nicht sehr günstig liegen, so wäre es traurig und unverantwortlich, wenn wir die Sache aufgeben wollten. Die rastlose Thätigkeit unserer Gegner muß auch für uns ein Sporn zu neuer Thätigkeit sein. Ich bitte Sie, uns mit Ihrer Kraft zu unterstützen. Lange kann der culturwidrige Antisemitismus in Deutschland kaum Stätte haben.

Was unsere Kassenverhältnisse betrifft, so sind dieselben unter Fürsorge unseres Schatzmeisters, unseres verehrten Collegen L. Jordan, in völliger Ordnung. Ich stelle anheim, aus Ihrer Mitte heraus Revisoren für unsere Bücher zu ernennen. Ich will nicht mit vielen Zahlen aufwarten. Im Jahre 1891 betrugen die Einnahmen der Beiträge mit einmaligen Gaben 68905,54 M., im Jahre 1892 34282,85 M. und im Jahre 1893 bis zum 1. November 14 794,70 M.

Um Ihnen einen Begriff von unseren Ausgaben zu geben, spezialisire ich Ihnen die Ausgaben für 1. Januar bis 1. November 1893

| | | |
|---|---|---|
| Kosten der „Mittheilungen" . | 9856,11 | Mark, |
| Schriften und Flugblätter . . | 6125,45 | „ |
| Bureauausgaben und Agitation | 8493,37 | „ |
| Porto, Miethe ꝛc. . . . . | 4530,07 | „ |

Zu unserer Freude hat sich im Jahre 1891 nach unserem Vorgange ein „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" in Wien gebildet. In einem Punkte unterscheidet sich dieser Verein vortheilhaft von dem unsrigen. Während in Oesterreich Mitglieder des hohen Adels diesem Vereine angehören, sucht unser hoher Adel keinen Anschluß an unsere Bestrebungen. Man scheint an der allerdings höchst unerquicklichen Thatsache, solche unserer Zeit und unseren Culturzuständen widersprechende Bestrebungen zu bekämpfen, Anstoß zu nehmen. Allerdings ist unsere Arbeit keine erfreuliche, aber sie ist eine nothwendige. Unser verehrter Vorsitzende und ich sind ja so oft als bezahlte Judenknechte hingestellt worden; ich habe

mich oft antisemitischer Zusendungen zu erfreuen, deren Unfläthigkeit ebenso groß ist, wie ihre feige Anonymität. Solche Gemeinheiten und alle die niedrigen gegen uns gerichteten Verdächtigungen und Verläumdungen können uns aber nicht abhalten, auch fernerhin unsere Schuldigkeit zu thun. Aber durchgreifende Erfolge können wir nur erzielen, wenn Sie uns wirksam beistehen. Wird uns Ihre Unterstützung zu Theil, so wird uns der Erfolg auch nicht fehlen. (Anhaltender Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Cohn will dem Vorstande den wärmsten Dank für seine Thätigkeit abstatten. Es gehörte moralischer Muth dazu, sich gegen den Antisemitismus zu wenden, wie es der Vorstand und die Begründer des Vereins gethan haben; um ihre Bestrebungen zu vereiteln, sie verdächtig zu machen, hat man sie als „Philosemiten" bezeichnet. Indessen sind hier 600 Männer nicht aus Liebe zu den Juden gegen den Antisemitismus aufgetreten, sondern aus Liebe zur Gerechtigkeit, wie es der Herr Vorsitzende mit Recht hervorgehoben hat, um in den Juden die Rechte jeder Minderheit zu schützen. Wir Juden haben aber dankbar zu sein gleich als ob die Thätigkeit des Vereins für uns geschehen sei. Die Juden hätten indessen ihre Pflicht nicht gethan. Gegenüber den Geldopfern, welche die Antisemiten sich auferlegen, sind die Beiträge des Vereins gering. Darin zeigen die Antisemiten eine entschiedenere Opferwilligkeit, und da Opferwilligkeit eine Art des Idealismus ist, auch größeren Idealismus. Das legt uns die Mahnung nahe, es in diesem Punkt den Antisemiten nachzumachen. Auch als Redacteure oder Zeitungseigenthümer haben die Juden nicht ihren Mann gestanden. Die Zeitungen im Lande, die ausschließlich christlichen Eigenthümern gehören und von christlichen Redacteuren geleitet werden, bekämpfen den Antisemitismus energischer und geschickter als die sog. „Judenpresse", welche den Pflichten der Abwehr durchaus nicht gerecht wird. Er bittet die Anwesenden, zum Zeichen des Dankes für den Vorstand und die Begründer des Vereins sich von ihren Plätzen zu erheben. Dies geschieht.

Geheimrath v. Gneist fragt die Versammlung, ob sie Kassenrevisoren ernennen will. (Wird abgelehnt.)

Auf den Vorschlag eines Mitgliedes des Vereins wird der gesammte Vorstand per Akklamation wiedergewählt.

Dr. Rosenthal glaubt, der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" sei ein spezifisch christlicher Verein. Seiner Meinung nach solle man auch Juden in den Vorstand wählen, damit die jüdischen Mitbürger dadurch zu wirksamerer Mithülfe angehalten würden.

Geheimrath v. Gneist erwidert, daß der Verein nicht confessionell sondern rein staatsbürgerlich sei, welcher der Unterstützung von allen Seiten bedürfe und

Abg. Rickert constatirt, daß die Vorstandsmitglieder Ch. L. Hallgarten und Js. Löwe Juden seien.

Abg. Brömel schlägt als neues jüdisches Vorstandsmitglied Geh. Sanitätsrath Dr. Baas vor, der von der Versammlung in den Vorstand gewählt wird.

Abg. Rickert theilt der Versammlung mit, daß der Oberbürgermeister Zelle sein Ausbleiben entschuldigt habe.

Herr Weber fragt an, wie der Verein sich zu den sozialen Bestrebungen der Antisemiten stelle. Diese wollten nicht nur Judengesetze, sondern Prof. Förster z. B. erstrebe soziale Neuerungen.

Geheimrath v. Gneist hält die Person Prof. Försters nicht für wichtig genug, um sich mit ihr eingehend zu befassen. Man müsse abwarten. Alle Parteien stoßen sich ab, so wirr auch das Getriebe jetzt erscheine. Schließlich würde doch alles wieder auf die großen Gegensätze zwischen liberal und conservativ zurückkehren.

Herr Simson aus Danzig überbringt den Dank einiger Provinzialstädte, die durch das Vorgehen des Vereins sich zu einer energischen Abwehrthätigkeit aufgerafft hätten.

Hierauf schloß Geheimrath v. Gneist die Generalversammlung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus."

## Aus dem Reichstage.

Abg. Dr. Böckel hielt in der Sitzung vom 25. November bei der ersten Berathung der Handelsverträge eine längere Rede, ohne gegen die Juden loszuziehen. Er scheint allmählich zu der Erkenntniß gekommen zu sein, daß auf normal veranlagte Menschen — und das sind doch wohl seine Collegen im Parlament — die antisemitischen Brandreden auf die Dauer keinen Eindruck machen.

Anders der Tivoli-Conservative Dr. v. Frege. Seine Etatsrede in der Sitzung vom 28. November glaubte er durch einige antisemitische Wendungen würzen zu sollen. So führte er u. a. aus, viele Forderungen des Mittelstandes würden Befriedigung finden, wenn man z. B. die jüdische Einwanderung aus dem Osten verböte. Und den Bau einer Garnisonkirche befürwortend, trat er für die Erhaltung der christlichen Gesinnung im Volke ein und forderte Evangelische und Katholiken auf, die einigenden Gesichtspunkte nicht außer Acht zu lassen, damit nicht das Wort Friedrich Wilhelms IV. zur Wahrheit werde: Die christlichen Confessionen brechen sich die Hälse und die Juden und Judenschutztruppe von Herrn Rickert bis Bebel lacht und reibt sich die Hände dazu.

In der darauf folgenden Sitzung meinte der freiconservative Abg. von Kardorff, als er die Handelspolitik der Regierung angriff: Ich weiß nicht, ob Graf Caprivi mit hundert Antisemiten lieber regieren will, als mit uns; aber das würde der Erfolg sein, wenn wir uns von der Agitation ganz zurückzögen.

Hierzu bemerkte Abg. Rickert: Das ist richtig; die **Conservativen sind die richtige Vorfrucht des Antisemitismus.** Woher haben denn die antisemitischen Abgeordneten ihre Sitze gewonnen? Lediglich aus Kreisen, die früher Conservative vertraten. Der liberale Redner fuhr fort: Herr v. Frege hat auch eine antisemitische Wendung gebraucht und von der Judenschutztruppe von Rickert bis Bebel gesprochen, welche zum Streite der Protestanten und Katholiken die Musik machten. Da hätte Herr v. Frege sich nur nicht mit seinem Christenthum brüsten sollen. **Es ist kein Christenthum, welches aus Neid und Haß religiösen Hader stiftet.** Der reine Antisemitismus muß dabei schließlich zu der Parole kommen: gegen Juden und Junker.

Am letzten Tage der Generaldebatte über den Etat (30. November) nahm der Abg. Zimmermann (der beiläufig wegen Aeußerungen gegen den Reichskanzler sich zwei Ordnungsrufe zuzog) Veranlassung, den Antisemitismus als eine Culturbewegung und als den Ausdruck eines gesteigerten Nationalgefühls zu feiern, unter Berufung auf Kant, Schopenhauer, Richard Wagner*). Die Regierung solle einmal mit derselben Schärfe, mit welcher sie gegen die Landwirthe sich ausspricht, sich auch gegen die Juden und die Börse äußern. Die Bekämpfung des Judenthums sei eine heilige Aufgabe.

Der sozialdemokratische Abg. Liebknecht entgegnete, weder sei der Antisemitismus eine Culturbewegung, noch in anderen Culturstaaten zu finden. Der Antisemitismus könne weder den Mittelstand noch die Bauern retten, das könne nur der Sozialismus. In England und Amerika, wo der Bauernstand vernichtet oder tief verschuldet ist, gebe es keine jüdischen Capitalisten. Nur das Großcapital, Junker wie Herr von Frege, saugen die Kleinbauern auf.

In entschiedener und bemerkenswerther Weise trat der Reichskanzler Graf Caprivi dem Abg. Zimmermann entgegen. Die auf den Antisemitismus bezüglichen Stellen seiner Rede lauten:

„Er hat im Anfang gesagt: die Anklage, demagogisch zu sein, wäre nach und nach allen Parteien entgegengehalten worden, welche die

*) Derselbe Herr Zimmermann feierte noch vor wenigen Jahren den Juden Heinrich Heine als den letzten großen Dichter, in dessen Lyrik die deutsche Volksseele jauchze und weine.

berechtigten Interessen des Volkes vertreten. Ja, ist denn dem Herrn Redner bei seiner langen Thätigkeit, die doch auch einen demagogischen Character hat, nicht klar geworden, daß man die Dinge, dieselben Fragen demagogisch behandeln kann oder nicht? Das Demagogische liegt in der Methode, es liegt nicht im Gegenstande; Sie können revolutionair sein, und in einem Buche Ihre Ansichten niederlegen, ohne im mindesten demagogisch zu sein. Aber die Methode, mit der Sie Ihre Ansichten im Lande zu verbreiten suchen, ist entschieden demagogisch. Und, meine Herren, die ist gefährlich.

Ich habe hier einmal im vorigen Winter mir erlaubt, dieser Seite des Hauses (rechts) die Betrachtung nahe zu legen, ob die Benutzung, die sie vom Bimetallismus und vom Antisemitismus machte, nicht bedenklich wäre, und ich glaube: ein nicht unerheblicher Theil der Herren ist inzwischen doch meiner Ansicht geworden, daß auch ihnen der Antisemitismus angefangen hat, unbequem zu werden, daß sie dessen gefährliche Seite erkannten. Und das mit vollem Recht! Denn wohin führt der Antisemitismus? Was will er? Er ist auch, um das vielgebrauchte Wort nochmals zu gebrauchen, eine Vorfrucht der Sozialdemokratie. Alles Erzeugen von Unzufriedenheit kommt heutzutage der Sozialdemokratie zu Gute. (Sehr richtig.) Sie hat den breitesten Strom, und alle die kleinen Bäche, die von Ihnen ausgehen, fließen zuletzt in diesen Strom hinein. (Sehr richtig!)

Meine Herren, die Antisemiten sind nicht die Männer, um diese Bewegung nach Belieben zu leiten oder aufzuhalten; geht die antisemitische Bewegung weiter, so kommt sie der Summe von Unzufriedenheit, die in dem großen Sammelbassin angesammelt wird, zu Gute. (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.)

Sie haben angefangen mit der Agitation gegen die Juden; dabei sind Sie aber nicht lange stehen geblieben. Sie gingen weiter. Sie suchten nach einem Jeden, der einen jüdischen Vater oder eine jüdische Frau hat; Sie verfolgten den Juden bis in's dritte und vierte Glied zurück. Es fing sich an zu vermischen der Religionsantisemitismus und der Rassenantisemitismus, und was übrig bleibt, ist der Kapitalsantisemitismus. Das ist aber das Gefährliche in der Agitation. Das Gefährliche ist, daß zuletzt nicht mehr unterschieden wird; die Kreise, an die Sie sich wenden, sind vielfach nicht geneigt, vielleicht auch nicht geeignet, Unterscheidungen zu machen; aber die Empfindung wird in ihnen erregt: hier geht es gegen das Kapital. Also der Haß und die Abneigung der Menschen richtet sich gegen das Kapital als solches; Sie werden die Bewegung nicht am jüdischen Kapital, wenn sie überhaupt weiter in Gang kommt, zum Stillstand bringen können, die Bewegung wird sich gegen das Kapital überhaupt richten. (Sehr richtig!) Und deshalb, sage ich, hat Ihre Partei Zusammenhang mit der Partei auf der äußersten Linken dieses Hauses.

Der Herr Abgeordnete Zimmermann hat dann die Reichsregierung aufgefordert, mit derselben Schärfe gegen die Juden vorzugehen, wie gegen die Landwirthschaft. Wo hat er mich schon einmal scharf gegen die Landwirthschaft vorgehen sehen? Er mag behaupten, daß ich die Landwirthschaft, wie auch von dieser Seite des Hauses behauptet wird, nicht so förderte, wie ich sollte; aber eine Schärfe kann er mir nicht nachweisen. Er wird mir auch nie eine Schärfe gegen die Juden nachweisen können; denn, wie ich auch zu der Sache stehe, **ich werde es als meine Pflicht erkennen, mich meinen Mitbürgern, dem einen wie dem anderen, in gleicher Weise gegenüberzustellen und nach diesem Grundsatz meinen amtlichen Verkehr zu regeln.**"

In derselben Sitzung kam auch Abg. Professor Paul Förster zum Wort. Sein erstes Auftreten im Parlament bedeutete einen entschiedenen Mißerfolg. Weder stehen ihm rhetorische Mittel zur Seite, noch konnte der Inhalt seiner Ausführungen imponiren. Ging er doch bezeichnenderweise mit keinem Worte auf die Rede des Reichskanzlers ein, sondern beschränkte sich auf die üblichen antisemitischen Gemeinplätze, welche bei dem gespreizten Pathos des Redners das Haus wiederholt in Heiterkeit versetzten.

## Das Judenthum in der Juristerei.

### II.

Es ist kaum eine Generation vorüber, seitdem die Bekleidung öffentlicher Aemter von der Zugehörigkeit zu einem religiösen Bekenntniß unabhängig gemacht worden ist. Seit dem 3. Juli 1869 besteht in Deutschland die **gesetzliche** Gleichberechtigung der Confessionen in sozialer und staatsbürgerlicher Beziehung. Das Gesetz sanctionirte allerdings einen in einer Reihe von Bundesstaaten schon seit ca. 2 Jahrzehnten bestehenden Zustand. Immerhin ist die Zeit, seit welcher den Juden alle Berufe **gesetzlich** offen stehen, eine verschwindend geringe gegenüber derjenigen, seit welcher sie von fast allen sogenannten liberalen Berufsarten ausgeschlossen waren. Doch nicht nur das, sie wurden durch Verwaltung und Gesetzgebung auf einen engen Kreis von Berufszweigen hingewiesen und hingedrängt. Es wäre eine lohnende und interessante Aufgabe, die verwaltungsrechtlichen und im Wege der Gesetzgebung erlassenen Bestimmungen gesammelt herauszugeben, welche zu Ungunsten, aber auch zu „Gunsten" der Juden erlassen worden. Auch dem blödesten antisemitischen Auge würde klar werden, wer vielfach die Fehler gezüchtet, die man als specifisch jüdische bezeichnet.

Es ist natürlich, daß die Juden, sobald sie dazu in der Lage waren, darnach strebten, sich eine geachtete soziale Position zu verschaffen. Das konnten sie nur dadurch, daß sie sich den höheren Berufen zuwandten. Nur so glaubten sie auch die gesellschaftliche Gleichberechtigung erringen zu können. Ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht erörtert werden, ist auch vollkommen gleichgiltig, da es sich um eine naturnothwendige, im Innern des Menschen begründete Erscheinung handelt. Es kommt die jedem Menschen angeborene Neigung hinzu, seine Kraft zu erproben, sein Können zu bethätigen und zu entfalten. Und die Juden hatten Jahrhunderte lang in einer harten Schule Energie aufgespeichert. Was Wunder, wenn die Juden in einer unverhältnißmäßig großen Anzahl sich von den niederen Beschäftigungen abwandten. So manche jüdische Eltern wollten die Schmach, die ihnen freigebig zugefügt, von ihren Kindern fernhalten und geben nicht selten den letzten Pfennig hin, um ihre Kinder „etwas lernen" zu lassen; die sollten es wenigstens besser haben. Daß dabei des Guten zuviel gethan wurde, wer wollte es leugnen! Die Juden widmeten sich mehr als sie im Verhältniß zu ihren materiellen Mitteln durften — denn das Gros der Juden ist nichts weniger als wohlhabend — und vor Allem mehr als klug war, den gelehrten Fächern. Hier könnten die specifisch jüdischen Vereine, die sich dem Antisemitismus gegenüber gebildet, durch Belehrung und Aufklärung segensreich wirken

Indeß, wir haben es heute nur mit der Frage zu thun: wie erklärt sich der unverhältnißmäßig große Prozentsatz von Juden in der Rechtsanwaltschaft. Den Juden sind, wie wir gesehen, seit ca. 4 Jahrzehnten **gesetzlich** alle Berufszweige offen. Aber man versteht es namentlich in Preußen ganz ausgezeichnet, im Wege der **Verwaltung** wieder „gut zu machen", was die **Gesetzgebung** gesündigt hat. Es ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Fächern den Juden völlig verschlossen sind, so z. B. die Militairarriere, Postfach, Steuerfach, Forstfach, die Verwaltungscarriere u. a. In anderen Berufszweigen, die den Juden offen sind, so z. B. in der Philologie, wird ihnen das Fortkommen ungemein erschwert, sie gelten gewissermaßen als geduldet. Es bleibt ihnen daher nichts weiter übrig, als sich den Fächern zuzuwenden, in welchen ihnen sich noch am meisten Aussicht auf Erfolg bietet. Dazu gehört die Jurisprudenz. Der Assessor kann sich dem Richteramt, der Staatsanwaltschaft oder der Rechtsanwaltschaft widmen. Zur Staatsanwaltschaft wird ein Jude nicht zugelassen, und mag er über die glänzendsten Zeugnisse verfügen; ja, während sonst auch nur ein klein wenig Protection leicht über viele Hindernisse hinweghilft,

einem Juden nützt selbst die mächtigste Unterstützung nichts. — Wie verhält es sich nun mit der Richtercarriere? Es ist richtig, von ihr kann ein Jude allerdings nicht ausgeschlossen werden. Wenn trotzdem ein unverhältnißmäßig großer Prozentsatz von jüdischen Assessoren nicht die Richterlaufbahn einschlägt, so hat auch dies seine Gründe. Wer sich Mühe giebt, die Verhältnisse kennen zu lernen, wird unschwer finden, daß von den jüdischen jungen Juristen eine große Anzahl unter nicht geringen Opfern nur sehr schwer und kümmerlich über die Studentenzeit und Vorbereitungsjahre hinwegkommt. Nach dem großen Staatsexamen sind sie gezwungen, sich auf eigene Füße zu stellen. Nun lügt zwar die „Staatsbürgerzeitung", wenn sie behauptet, daß „unsere Juristen nach Ablegung des zweiten Staatsexamens dem Staate durchschnittlich noch 8 bis 9 Jahre unentgeltlich als Gerichtsassessoren zu dienen haben". Das trifft nicht einmal auf die jüdischen Gerichtsassessoren zu, wenigstens in der Regel nicht. Die durchschnittliche Dienstzeit der Assessoren beträgt 5 bis 6 Jahre, und sie werden einige Zeit gegen Diäten beschäftigt. Immerhin sind sie auf einen Zuschuß angewiesen, der, wie gesagt, nicht selten bei den jüdischen Gerichtsassessoren ausbleibt. Daher bemühen sich denn auch häufig unbemitteltere jüdische Gerichtsassessoren am Gerichte einer größeren Stadt oder doch in der Nähe einer solchen stationirt zu werden, um durch Beschäftigung bei einem Rechtsanwalt oder dergleichen den ausbleibenden Zuschuß zu ersetzen. Freilich mißlingt ihnen das zumeist, man möchte eben nicht gern die Juden in der Großstadt haben. Die „Staatsbürgerzeitung" freilich meint, daß der Grund für den verhältnißmäßig geringen Zugang der Juden zu den Staatsämtern „nicht der, daß die Juden zu den Staatsämtern nicht gelangen können, sondern der, daß sie es nicht wollen, und weshalb? — weil bei den Staatsämtern doch gar zu wenig Geschäfte zu machen sind, sogar für Juden, die doch überall Geschäfte zu machen verstehen". Gewiß, sie machen keine Geschäfte, um im Jargon des profitwüthigen Antisemitenblattes zu bleiben, nicht einmal die, welche sie zu machen berechtigt sind: man kann es den jüdischen Gerichtsassessoren nicht verdenken, daß ihnen die Lust zur Richterlaufbahn vergeht, wenn ihnen die Aussicht blüht, länger als ihre Collegen von der andern Confession sich auf den Amtsrichter vorbereiten zu dürfen. — Dann bleibt ihnen freilich als letzte Zuflucht die Rechtsanwaltschaft.

## Von der antisemitischen Geschichtskenntniß.

### I.

„Leider zeigen die in Deutschland landläufigen Urtheile über den sittlichen Werth fremder Nationen nur allzu oft eine Mischung von Dünkel und Unverstand. Jeder Narr unter uns (!) meint sich berechtigt, geläufig und zuversichtlich den Franzosen das Gemüth, den Italienern die Wahrhaftigkeit kurzweg abzusprechen. Ein Volk kann einen von dem unseren grundverschiedenen Sittencodex besitzen und dennoch einer sittlichen Bildung sich erfreuen. Keine Nation der Welt, deren Character nicht häßliche Widersprüche aufwiese, welche von dem Fremden, mit seinem Maßstabe gemessen, zu schonungsloser Verdammung führen müßten. Nur Thoren sitzen über große Culturvölker zu Gericht, messen ihnen Lob und Tadel zu, statt ihren Charakter als ein Gegebenes hinzunehmen und in seiner Nothwendigkeit zu verstehen" u. s. w. u. s. w.

Also sprach Treitschke, der große Treitschke, der Kgl. Preußische Hofhistoriograph, dem wir außer einem hofhistoriographischen Geschichtswerk auch den klassischen Ausspruch verdanken: „die Juden sind unser Unglück", der mehr noch als jener dazu beigetragen hat, ihn zum Liebling der sogenannten „deutschen Studenten" und unanzweifelbaren antisemitischen Autorität zu machen. Als solche dürfte er wohl auch dem in Nr. 47 der „Mittheilungen erwähnten — und ad absurdum geführten — Verfasser des Artikels über Antisemitismus im „Conservativen Handbuch" gelten und wir glaubten darum eine Aeußerung seines Nationalheiligen an die Spitze einer längeren Reihe von Citaten setzen zu müssen, um ihn gleich von vorn herein daran zu erinnern, daß über die „Vorurtheilslosigkeit" als angestammte deutsche Nationaltugend die Gelehrten noch nicht so ganz einig sind, wie der jedenfalls auch sehr gelehrte Schwärmer des „Cons. Handbuchs" vorauszusetzen scheint. „Jeder Narr unter uns" ist ein hartes Wort, zumal „unter uns Antisemiten", aber wer die Geschichte seines Volkes so wenig kennt, um ihm eine Tugend anzudichten, die bisher auch die schärfste Vergrößerung schönmalerischer Geschichtsschreiberei noch nicht entdecken konnte, wer so den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht oder zu sehen läugnet, was ist der anderes als ein Narr?

Es ist ja gar nicht der Jude oder wenigstens nicht allein der Jude, es ist auch nicht das benachbarte Culturvolk oder doch nicht allein das Nachbarvolk, denen die Segnungen germanischer Vorurtheilslosigkeit vorenthalten waren, den eigenen Landsleuten ging es nicht besser, die Gemeinsamkeit des Glaubens und der Abstammung hat Deutschland in keinem Jahrhundert vor blutigen Bürgerkriegen bewahrt, Kriegen deutscher Fürsten gegen deutsche Fürsten, deutscher Christenheere gegen deutsche Christenheere, deutscher Vorurtheile gegen deutsche Vorurtheile, deutschen Alleinseligkeitsdünkels gegen deutschen Alleinseligkeitsdünkel.

Die Refugiés sollen in Deutschland mit offenen Armen aufgenommen worden sein, mag sein, obwohl sie Franzosen waren — oder weil, Refugiés klang eben gut und manche mögen Namen und andere Dinge von gutem Klange mitgebracht haben, mit denen man in aller Herren Ländern noch heut zu Tage gute Aufnahme findet. Waren aber die Refugiés arme von Haus und Hof gejagte Deutsche, die zu Deutschen kamen, dann wurde ihnen durch polizeiliches Chikaniren und Inquiriren nach Confession, Herkunft, Subsistenzmitteln ꝛc. ꝛc. das Leben nicht weniger sauer gemacht und die gerühmte Gastfreundschaft verleidet als dem armen Schacherjuden, und es giebt keine Verleumdung, keine alberne oder böswillige Verdächtigung, die nicht wie gegen Juden, auch von Katholiken gegen Protestanten und umgekehrt von Lutheranern gegen Reformirte und umgekehrt, von Norddeutschen gegen Süddeutsche und umgekehrt schon ausgesprochen wurde, Glauben fand und zu richterlichen Verurtheilungen von bestialischer Grausamkeit führten. Man braucht dabei gar nicht an die Kriegszeit, an den dreißigjährigen, siebenjährigen, deutsch-österreichischen Krieg zu denken, denn was bei diesen die Massen zu blutigem Thun in Bewegung setzte, war in den seltensten Fällen irgend ein Vorurtheil, sondern im Gegentheil die vollständigste Urtheilslosigkeit des blinden Gehorsams, die Sache für oder gegen die gekämpft wird, mochte sie aussehen und heißen wie sie wollte.

Das Vorurtheil liebte aber den Krieg nicht und den blinden Gehorsam noch weniger, war überhaupt weder in Deutschland noch sonst wo blind, sondern jeder Zeit scharfblickend genug, sich die geeignetsten Opfer der Verhetzung und Verketzerung auszusuchen, gegen die wir es dann Wunderthaten — menschlicher (?) Feigheit vollführen sehen. Wie unparteiisch es dabei verfährt, wie wenig es sich in seiner Verfolgungssucht durch einen größeren oder geringeren Grad von Stammes- und Glaubensverwandtschaft beirren läßt, wenn nur der Gegner die Hauptbedingung erfüllt, möglichst wehrlos und in der Minderzahl zu sein, das nachzuweisen, ist zwar eine unerquickliche Aufgabe, der wir uns aber doch so lange mit sorgfältigster Quellenangabe zu unterziehen gedenken, als das Märchen von der antisemitischen Toleranz und Vorurtheilslosigkeit weiter erzählt wird. Jüdische Quellen oder solche, die im Verdacht der Judenfreundlichkeit stehen, sind selbstverständlich ausgeschlossen, um so mehr wird der Ethnologe des „Conservativen Handbuchs" überrascht sein, zu erfahren, daß man im alten deutschen Reich eben so wenig wie im neuen Jude oder „Judengenosse" zu sein braucht, um fanatischer Verfolgung ausgesetzt zu sein; um Gründe, wie

der Herr sie heut zu Tage in den Radauversammlungen vortragen hört und — vielleicht selbst schon vorgetragen hat, war auch der Vorfahren fromme Mißgunst nie verlegen. „Die kleine Lorbeerkrone, die ich dem h. Reichskörper aufsetze, soll mich nie abhalten, die Stellen gewahr zu werden, wo er kahl ist. Ich lobt' es oft an Sokrates und Christus, daß sie nicht in Hamburg, in Wien oder gar in einer brandenburgischen Stadt vacirten und mit ihrem Philanthropism gen Berlin gingen; von Magistratswegen würde man sie haben befragen lassen, ob sie nicht arbeiten könnten, und wären beide mit Familie in Wezlar gewesen, so hätte man diesen die Neglektengelder*) abgezogen." (Jean Paul's „Titan.")

## Zur Abwehr.

**Professor Mommsen über den Antisemitismus.** Professor Leo Errera, Mitglied der Brüsseler Akademie, veröffentlicht eine Arbeit über die russischen Juden, in welcher er eine unparteiische Uebersicht über die historische Seite der Frage, ferner über die Verfolgungen und Anschuldigungen seitens der Antisemiten und über die der civilisirten Welt obliegenden Pflichten giebt. Das Werk enthält eine Vorrede des Prof. Mommsen, die derselbe in einem Briefe aus Rom sendete, welcher wie folgt lautet:

„Mein Herr! Sie haben mir ihr Werk über die gegenwärtige Lage der Juden in Rußland vorgelegt. Das herzzerreißende Bild, welches Sie davon entwerfen, wird nicht verfehlen, unterstützt durch die unglücklicherweise richtigen Beweise, in hohem Maße die Herzen zu bewegen und den Abgrund zu zeigen, wo gesunder Menschenverstand und die Humanität zu gleicher Zeit verschwinden. Werden aber unter den Herzen, die Sie gerührt haben, auch solche sein, welche fähig sind, ein Mittel gegen diese schändliche Geißel zu finden und den schwärzesten Schandfleck des Jahrhunderts nicht allein zu beklagen, sondern auch zu tilgen? Kann man das Dahinwelken unserer so gepriesenen Civilisation, kann man den Selbstmord Rußlands aufhalten? Lassen sie es uns hoffen. Es ist eine Pflicht, nicht an unserer armen Humanität zu verzweifeln. Aber diese Pflicht wird immer schwieriger. Der Fanatismus ist unverbesserlich. Es bleibt uns nur übrig, zu wünschen, daß die Politiker eines großen Reiches und ein unumschränkter europäischer Souverän sich nicht immer der Verblendung eines wieder entstandenen Torquemada unterwerfen werden."

**Entscheidung des Reichsgerichts.** Der in Bernburg a. S. erscheinende und vom Buchdruckereibesitzer Karl Burghardt redigirte „General-Anzeiger" hatte einen Artikel über den **Antheil der Juden am Verbrechen** gebracht und am Schlusse desselben gesagt: . . . „Daraus ergiebt sich die Nothwendigkeit, uns der Juden zu entledigen und wäre es durch einen Kaiserschnitt." Die Strafkammer beim Amtsgericht Bernburg erblickte hierin eine **Anreizung der Bevölkerungsclasse** der Arier zu Gewaltthätigkeiten gegen die Bevölkerungsclasse der Semiten, insofern der Kaiserschnitt als gewaltsamer und blutiger Eingriff anzusehen sei. Sie verurtheilte deshalb am 24. August Herrn Burghardt wegen Vergehens gegen § 130 des Str.-G.-B. zu einer Geldstrafe. — Die **Revision** des Angeklagten rügte unrichtige Anwendung des § 130 und bestritt den Dolus. Insbesondere sei eine naheliegende Befürchtung, daß Gewaltthätigkeiten wirklich eintreten würden, nicht vorhanden gewesen. — Da jedoch von der Strafkammer festgestellt worden sei, daß beschränkte und heißblütige Menschen wahrscheinlich durch den Artikel zu Gewaltthätigkeiten sich hinreißen lassen könnten und daß der Angeklagte sich dessen auch bewußt gewesen sein mußte, so **verwarf** am 23. November das Reichsgericht die Revision als **unbegründet**.

*) Strafgelder für Versäumniß. Anm. d. Red.

**Zu der in Nr. 46 erzählten Gänsegeschichte** erhalten wir nachstehende Berichtigung:

1. Es ist unwahr, daß es sich um eine arme Wittwe handelt, da dieselbe nach Aussage ihres Brodherrn zu den bestgestellten seiner Leute gehört. Sie ist nicht orisarm und wohnt nur im Armenhaus, weil dort eine Wohnung frei war und eine andere in der Gemeinde nicht zu vermiethen war.

2. Es ist unwahr, daß die Frau nicht in der Lage war, eine Gans zu liefern, da sie eine Brutgans gehalten und junge Gänse verkauft hat.

3. Es ist unwahr, daß mir die Frau zwei Mark statt einer Gans geboten hat und daß ich diesen Betrag zurückgewiesen habe.

4. Es ist unwahr, daß ich versuche, von dem verheiratheten Sohn die Gans zu erhalten, da ich erst aus den Zeitungen erfahren habe, daß sie einen verheiratheten Sohn hat. Ebenso habe ich erst aus Zeitungsnotizen erfahren, daß der p. Mettke nicht mehr lebte, aus welchem Grunde dann der Brief an seinen gleichfalls den Vornamen Friedrich führenden und in Soldin wohnenden Sohn gegeben ist. Daß ich nicht von dem Bruder des confirmirten Knaben die Gans haben wollte, geht daraus hervor, daß ich in dem ersten Brief m. E. schrieb „die für Einsegnung Ihres Sohnes schuldige Gans."

5. Die Richtigkeit obiger Angaben wird bestätigt durch ein von der p. Mettke unterzeichnetes Schriftstück.

6. Die Forderung einer Gans beruht nicht auf Willkür, sondern erhält der Pfarrer nach der Matrikel „von den Katechumen für Vorbereitung und Einsegnung je eine Gans zu Michaelis."

Liebenfelde bei Soldin, 21 November 1893 — Matthes, Pfarrer.

Wir können nicht finden, daß diese „Berichtigung" das Verhalten des antisemitischen Pfarrers in einem günstigeren Lichte erscheinen läßt.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Conservative und Antisemiten im Reichstage.** Bei Einstellung zweier Strafverfahren gegen den Abg. Ludwig Werner wandte sich der Abg. Gräfe auch an den conservativen Abg. Jacobskötter mit dem Ersuchen, den Antrag zu unterschreiben. Hierbei ereignete sich, wie der Staatsb.-Ztg. mitgetheilt wird, folgender „merkwürdige" Fall: Der Abg. Jacobskötter glaubte vorher den conservativen Parteivorstand befragen zu müssen; er erhielt vom Abg. v. Hammerstein die Mittheilung, daß auf keinen Fall ein Antrag zu unterzeichnen sei, auf dem der Abg. Dr. Böckel als Antragsteller stehe. Herr Abg. Jacobskötter verweigerte auf Grund dieser Auskunft seine Unterschrift, die seitens seiner Fractionsgenossen Frhr. v. Langen und v. Plötz sofort und ohne Befragen des Herrn v. Hammerstein gegeben wurde.

Hiernach scheint von den conservativen Abgeordneten neben dem Ahlwardt-Protector v. Langen der Vorsitzende des Bundes der Landräthe, v. Plötz, den Antisemiten am nächsten zu stehen. Wieder ein Beweis für die Verquickung unseres Agrarierthums mit dem Antisemitismus.

**„Die Conservativen** sind in ihrer Agitation theilweise schlimmer gegen uns gewesen, als die Sozialdemokraten und Juden!" rief Abg. Werner in einer Berliner Volksversammlung („Staatsbürger Zeitung" 28. November) aus. Und dieses Compliment zur selben Zeit, in der der conservative Abg. v. Frege im Reichstag einen Ausfall gegen die Juden machte! Die Antisemiten haben in der That jetzt noch weniger Ursache, den Conservativen dankbar zu sein. Abg. Köhler ist mit dem Antrage auf Einstellung der gegen Ahlwardt schwebenden Strafverfahren zuerst zu den conservativen Abgeordneten gegangen; nachdem diese ihre Unterschrift verweigert hatten, nahm er

die Hilfe der Sozialdemokraten in Anspruch. Und es ist ein feiner politischer Witz, daß der jüdische Abg. Singer ihm seine Unterschrift gab und glühende Kohlen auf die Häupter der Antisemiten sammelte.

Aus **Marburg** wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Wegen thätlicher Beleidigung eines jüdischen Mitbürgers, den sie in angetrunkenem Zustande aus purer Rauflust angegriffen hatten, waren hier im vergangenen Sommer drei Studenten mit Gefängnißstrafen von zwei, drei und vier Wochen belegt worden. Die Verurtheilten reichten ein Gnadengesuch ein. Jetzt sind die Gefängnißstrafen in Festungshaft von gleicher Dauer umgewandelt worden.

**Duisburg,** 25. November. Heute wurde, wie wir der „Gladb. Ztg." entnehmen, vor der hiesigen Strafkammer gegen den Redakteur der antisemitischen „Wacht an der Ruhr", W., eine Anklage wegen Beleidigung des israelitischen Kaufmanns B. in M.-Gladbach verhandelt. Um Fastnacht dieses Jahres brachte der Gladbacher „Merkur" einen Bericht über einen Vorfall, welcher sich angeblich im Kothen'ischen Saale abgespielt haben sollte, daß nämlich, wie der „Merkur" in Nr. 136 vom 18. November d. J. wiederholt mittheilt, „ein Jude an die Luft befördert sei, welcher in der Tracht eines Franziskanermönches erschien". Die „Wacht an der Ruhr" brachte über diesen Vorfall einen weit schärferen Artikel, welcher auch mittheilte, daß der Betreffende der Sohn des Kaufmannes B. in M.-Gladbach gewesen sei. Die Beweisaufnahme ergab nun zunächst, daß der Beschimpfte einerseits kein Mönchshabit getragen, sondern einen kanariengelben Domino mit schwarzem Besatz, der auch noch nicht einmal in der Form einer Kutte glich. Gerichtshof und Zeugen (unter diesen der Redacteur des „Merkur") konnten sich in der Verhandlung, wo das Corpus delicti vorgezeigt wurde, davon überzeugen. Lediglich der Umstand, daß der Träger ein Israelit war, hatte die Skandalsucht mehrerer jungen Leute erregt. Weiter ergab sich, daß der Betreffende gar nicht der Sohn des Kaufmanns B. gewesen, sondern einer von dessen Angestellten. Auch hier behauptete der Angeklagte, in gutem Glauben gehandelt zu haben. Der Artikel sei ihm von einem Lehrer aus M.-Gladbach zugesandt worden, und da ihm auf wiederholte Anfrage derselbe die Richtigkeit der Notiz nochmals bestätigte, habe er den Artikel aufgenommen. Der Gerichtshof nahm auch in diesem Falle mildernde Umstände an und erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

**Arge Zwistigkeiten zwischen den Leitern der antisemitischen Geschäftsstelle** in Berlin kamen in einer Privatbeleidigungsklage zur Sprache, welche am 27. November vor der 146. Abtheilung des Schöffengerichts verhandelt wurde. Kläger war der ehemalige Criminalcommissar von Schwerin,*) Beklagter der Redacteur des „Antisemitischen Generalanzeigers", Karl Sedlazeck. Der Klage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Kläger war vom Baron von Langen zum Leiter der antisemitischen Geschäftsstelle bestellt worden, er schied im Unfrieden aus seiner Stellung. Sein Nachfolger wurde der Beklagte Sedlazeck der nach der Angabe von Schwerin's ihn „verdrängt" hat. Mitte August behauptete der Beklagte, daß v. Schwerin bei seinem Austritte den Closetschlüssel „gestohlen" habe. Eine zweite Beleidigung des Klägers wurde in einer Postkarte gefunden, die Sedlazeck an den Kläger gerichtet hatte, als dieser Geld verlangte, um eine Strafe wegen Preßvergehens zahlen zu können, die er sich in seiner früheren Stellung zugezogen hatte. Im September v. J. erschien im „Berliner Tageblatt" eine Notiz, wonach ein Gläubiger in der antisemitischen Geschäftsstelle alles Pfändungswerthe versiegelt habe. Darauf bezeichnete der Beklagte Sedlazeck in einer Briefkasten-Notiz im „Antisemitischen Generalanzeiger" den aus dem D. A. B. ausgestoßenen von Schw., einen wegen Erpressung, Bedrohung und Beleidigung vorbestraften Menschen, als den Verfasser dieser „unwahren Notiz". Der Vorsitzende bezeichnete diesen Artikel als eine grandiose Schimpferei. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, bat mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Klägers die Strafe nicht so hoch zu bemessen, der Gerichtshof erkannte aber doch auf eine Gesammtstrafe von 230 M. und sprach dem Kläger die Publikationsbefugniß im „Antisemitischen Generalanzeiger" zu. Zu den geladenen Zeugen gehörte u. A. auch der Rector a. D. Ahlwardt, derselbe war aber nicht erschienen.

*) v. Schwerin ist der Beirath Ahlwardt's in Sachen Bleichröder gewesen. Er hat sich mehrere Male an Herrn von Bleichröder gewandt, um eine Unterstützung von ihm zu erhalten!

**Magdeburg**. In Nr. 38 der „Mittheilungen" haben wir einen Bericht über den Prozeß gebracht, den Oberstabsarzt a. D. Dr. Rosenthal gegen Hauptmann a. D. von Schirp angestrengt hat. Unser Bericht erschien der antisemitischen „Magdeburger Reform" so entstellt, daß sie auf 6 Spalten ihres Blattes das ganze gerichtliche Erkenntniß zum Abdruck brachte. Dieses Erkenntniß übersandte uns Herr von Schirp mit einem dem Tone nach sehr würdigen Schreiben, das die Hoffnung aussprach, wir würden nunmehr eine Richtigstellung unseres Berichtes geben. Nach peinlichster Prüfung des gerichtlichen Erkenntnisses müssen wir den Thatbestand unseres Berichts im großen und ganzen aufrecht erhalten. Freilich muß man auch zugeben, daß das Benehmen des Herrn Dr. Rosenthal nicht correct gewesen ist, was das Erkenntniß mit den Worten ausdrückte, das „Verhalten des Dr. R. sei keineswegs zu billigen oder zu rechtfertigen". Interessant ist in dem Erkenntniß eine Stelle, welche den Antisemitismus in der Schule scharf verurtheilt. Sie meint, das Hineintragen antisemitischer Agitation in die Schule „würde als ein sittlich verwerfliches und eines Ehrenmannes unwürdiges Thun erscheinen, auch in der Anschauung eines größeren Theiles der Bevölkerung unbedingte Verurtheilung finden, da die Verbreitung des **Rassenhasses** als **unchristlich** jedenfalls aus der Schule fern zu halten ist".

**Nochmals die „Judenflinten."** Der „Reichsanzeiger" vom 28. November schreibt: Eine von dem Pariser Blatt Matin der dortigen Zeitung La Petite-Presse entnommene Depesche „Berlin 20. 11. 93" schildert die in der deutschen Armee stattgehabte Umbewaffnung und geht dabei bezüglich der Gründe von ganz irrigem Standpunkt aus. Das Kriegsministerium nimmt daher nochmals Veranlassung, zu erklären, daß die Umbewaffnung, wie bereits unterm 17. d. M. im Reichs- und Staats-Anzeiger veröffentlicht, sich auf sämmtliche und nicht nur auf Gewehre Loewescher Herkunft bezogen hat. Daß ferner eine Untersuchung Loewescher Gewehre durch eine geheime Commission stattgefunden hätte, weil die Unbrauchbarkeit derselben seitens der Militärverwaltung anerkannt worden wäre, ist unwahr.

**Von den antisemitischen Parteitagen** schreibt Herr Ottomar Beta im „Zwanzigsten Jahrh." (Nov. S. 159): „Erfahrungsgemäß behält auf solchen Parteitagen derjenige Recht, der die meisten Anhänger mitbringt und beim Bier jahraus jahrein die beste Suade entwickelt." — Sehr richtig. Nur schade, daß ein so kenntnißreicher Mann wie Herr Beta so spät zu dieser Einsicht kommt. Und wer hat in antisemitischen Volksversammlungen Recht, Herr Beta? — — — Antwort geben Ihnen die Unwissenheit Liedermann's, die Eulenspiegelei Werner's, die Suade Ahlwardt's u. s. f. . . . Wir sind neugierig, wie lange es Herr Beta noch bei den Radau-Antisemiten aushalten wird.

---

## Briefkasten.

**R. in B.** Wir haben davon Notiz genommen. Uebrigens meldet jetzt die „Anticorruption", daß Erwin Bauer trotz seines Widerspruchs die Führung des Doctortitels behördlicherseits untersagt sei.

**R. M. in Friedrichshagen.** Unsere Notiz in der letzten Nummer bedarf der Berichtigung. Im Oktober- und im Novemberheft hat das „Zwanzigste Jahrhundert" bereits selber die Notiz gebracht, daß Bahr Christ sei. Nicht Halbe's „Jugend" an sich wird „jüdisch" genannt, sondern die Liebe der beiden jungen Helden zeigt nach dem „Zw. Jahrh." „jüdische Lüsternheit". Der Beweis, den Herr F. Lienhardt dafür giebt (oder auch nicht giebt), ist rein ästhetischer Natur und entzieht sich daher dem Rahmen dieses Blattes.

**Dr. R. G. in Hamburg.** Gewiß, wenn die „Tgl. Rundschau" alles Gute deutsch und alles, was niedrig, häßlich und gemein ist, jüdisch nennt, dann ist es leicht, in jedem Deutschen den braven Mann und in jedem Juden den Hallunken zu sehen. Daß ein gebildeter Mann dieses Verwechslungsspiel nicht merkt, ist das Traurigste an der Sache.

**Abonnent in Breslau.** Der Afrikareisende Eugen Walf ist Katholik.

## Die Juden und der Welthandel.

Von Wilhelm Kiesselbach.*)

Die Geschichte des jüdischen Volkes, sowohl während ihres Verlaufes in Kanaan selbst, als auch während der späteren Verstreuung desselben über den Erdball, ist leider bisher zu ausschließlich unter religiösen Gesichtspunkten betrachtet worden, als daß es möglich wäre, eine Menge heutzutage scharf an uns heranrückender Fragen im Betreff der Israeliten ohne weitere Untersuchungen zu beantworten. Ja, es bleiben sogar dann noch viele Räthsel in den Schicksalen der Hebräer ungelöst übrig, wenn man selbst ihre gegenwärtige Verbreitung in alle Welt als Strafe Gottes ansehen wollte, welche die an ihrem mosaischen Glauben festhaltenden Bewohner Palästinas für die Kreuzigung Jesu treffen mußte. Es wird deshalb der Handelsgeschichte wohl erlaubt sein, auch die dabei obwaltenden wirthschaftlichen Kräfte zu verfolgen, um es sich zu erklären, wie ein Volk, das in seiner Heimath hauptsächlich von Viehzucht und Ackerbau gelebt hat, plötzlich in der Fremde überall sich des Handels zu bemächtigen weiß. An und für sich ist dieser Uebergang zu schroff, als daß ihm nicht zuvor eine Reihe von Mittelgliedern eine verbindende Brücke gebaut haben sollte.

Daß die Juden in ihrer allmählichen Entwickelung zu einer so fest abgegrenzten Nationalität, wie sie das Alterthum überhaupt nur aufweist, vom Hirtenthume ausgehen und in demselben zu ihrer Stammesgliederung gelangen, ist eben so bekannt als die Lebensgeschichte der Erzväter. Schon weniger indessen hat man auf den Einfluß geachtet, welchen ihr späteres langes Verweilen in Aegypten in wirthschaftlicher und somit gesellschaftlicher Beziehung auf sie ausüben mußte. Nur in ihm nämlich löst sich die Ursache finden, daß die Nachkommen Abraham's bei ihrer Rückkehr ins gelobte Land sogleich als Ackerbauer feste Sitze einnehmen; obschon die aus dem Nomadenthume herüberwirkenden politischen Erinnerungen bei ihnen noch die theokratische Verfassungsform der Hirten und die nomadische, blutseinheitliche Stammesgliederung aufrecht halten. Und so haben wir während der Zeit der Richter in Kanaan die immer weiter durchgreifende Ausprägung eines reinen Bauernthums vor uns, welches in der Gestaltung seiner Glaubenslehre, seiner bürgerlichen und staatlichen Einrichtungen die ägyptischen Vorbilder nicht verleugnet. Was jedoch gewöhnlich ganz übersehen wird, ist das alsdann von außen eindringende neue soziale Moment, bei dessen weiterer Erstarkung die alte nomadisch-agricole Priesterherrschaft dem nunmehr unerläßlich werdenden Königthume unterliegt. Wohl hatte Moses in getreuer Nachahmung der am Nil gebietenden klugen Priesterpolitik auch sein Volk von dem selbstständigen Verkehre mit dem Auslande abzuschneiden gesucht. Durch das Verbot des Zinsnehmens untereinander war den Israeliten der Handel unmöglich gemacht; die geringe, im Lande stattfindende Bewegung des fahrenden Eigenthums wurde durch die fremden Kaufleute, namentlich Phöniciens, unterhalten. Allein da Palästina unmittelbar an jenen Knotenpunkt des damaligen asiatisch europäischen Güterlebens grenzt, so konnte das Land wahl auf die Dauer unmöglich in der Starrheit seines Ackerbauthums verharren. Schon in dem Verlangen des Volkes nach einem Könige, wie ihn die anderen Völker haben, spricht sich die in seiner ökonomisch-sozialen Gliederung inzwischen vorgegangene Veränderung aus; wenn gleich Saul und David der herrschenden Priesterkaste noch mannigfache Zugeständnisse zu machen gezwungen sind. Unter dem klugen Fürsten Salomon wird dann aber bereits der Handel zu einem entscheidenden staatlichen Momente bei den Juden. Unmittelbar nach der Thronbesteigung erobert dieser König einen Küstenstrich am rothen Meere, welcher bis dahin den Idumöern gehört hatte, und sucht in Gemeinschaft mit seinen phönicischen Nachbarn von den neugewonnenen Häfen Elath und Eziongeber aus an dem Verkehre mit Indien Theil zu nehmen; wie er ebenfalls westwärts seine Schiffe nach Tarsis sendet. Dabei wird der Zölle und Abgaben erwähnt, welche die Kaufleute und Krämer an den König zu zahlen hatten. Zu derselben Zeit treffen wir daher auch schon jüdische Kaufmannsinnungen in den phönicischen Städten an. Freilich erlahmte dieser Aufschwung des nationalen jüdischen Handels alsbald nach dem Tode des berühmten Herrschers; allein die nunmehr folgenden inneren Wirren, die Spaltung des Reiches in zwei Theile, beweisen deutlich genug, daß sich durch die Berührung mit dem Auslande zu viele fremdartige Stoffe in den alten Zustand der Dinge gemischt hatten, um nach eine Rückkehr zu der früheren Verfassung zu gestatten. Endlich wird mit der Zerstörung Jerusalems durch Nebucadnezar und der Uebersiedlung der Juden nach Mesopotamien, der noch vorhandene Rest des Volkes völlig in den Zusammenhang des altasiatischen Lebens aufgenommen. Denn wie nach dieser Zeit, als Judäa eine Außenmark des persischen Reiches bildete, in der jüdischen Glaubenslehre die bactrisch-persischen Anschauungen, welche damals über ganz Vorderasien verbreitet waren, unverkennbar Fuß fassen; so hatten auch von Babylon aus jüdische Kaufleute in den verschiedenen Marktplätzen Persiens und Syriens Niederlassungen gegründet, die sie sogar in der Folge (500 a. Chr.) in Gestalt einer Colonie von 2000 Seelen bis nach Malabar in Indien ausdehnten. Der außerhalb der Heimath verbleibende jüdische Veräußerungstheil ging somit fortan in den phönicischen Zwischenverkehr auf; und selbst nach Palästina hinüber spannten die benachbarten großen Handelsplätze nunmehr so viele verknüpfende Fäden, daß einige Jahrhunderte später Ezechiel mit einem Schmerze über den Untergang von Tyrus wehklagt, als ob er den Fall der eigenen Vaterstadt beweine. Deswegen fällt auch die nach Alexander's verheerendem Zuge herrenlos gewordene phönicische Handelsherrschaft gleichsam von selbst den Juden in die Hände. Sie sind jetzt in bedeutenderer Anzahl ebenfalls „umherwandernde" Kaufleute geworden; obschon in der ursprünglichen Heimath das alte Ackerbauthum immer noch vorherrschen mochte. Denn innerhalb der Grenzen von Palästina selbst konnte der asiatisch-europäische Weltverkehr allerdings nur bruchtheilartig als Durchfuhrvermittlung getrieben werden. Als jedoch am Ende des zweiten Jahrhunderts vor Christus die Ptolemäer den indischen Güterzug durch Aegypten zu leiten bestrebt waren, und demgemäß Philadelphus die neugebauten Häfen an der Ostküste seines Landes, Berenice und Myos Hormos, mit der Stadt Koptos am Nil durch Straßen in Verbindung setzte, fanden die Juden in Alexandria die bereitwilligste Aufnahme. In Folge dessen liegt fortan eine lange Zeit hindurch im Delta der Mittelpunkt ihrer Handelsbeziehungen, welche sie, gemäß der alten Welthandelsconjunktur, von da aus, ostwärts wie westwärts, gleich den Phöniciern vor ihnen, über die Erde verzweigen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Aus seinem Werke „Der Gang des Welthandels." Stuttgart 1860. S. 19—28.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hafflschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 50. Berlin, den 10. Dezember. 3. Jahrg. 1893**

### Von der antisemitischen Geschichtskenntniß.

II. (Sachsen).

A tout seigneur tout honneur, wir haben eine Aeußerung des Herrn von Treitschke an die Spitze unserer einleitenden Betrachtung gesetzt; bei einer Wanderung durch die verschiedenen engeren Vaterländer des großen, deutschen Vaterlandes sollen wir mit dem des Herrn v. Treitschke billig den Anfang machen. Juden werden wir auf dieser Wanderschaft selten begegnen, Sachsens größter Geschichtsschreiber war in der Wahl seines Heimathlandes besonders vorsichtig gewesen, denn es konnte sich rühmen wie die Wiege der Reformation so auch die des Antisemitismus,*) des „berechtigten“ natürlich, zu heißen und besser konnte darum auch die Wiege des kleinen von Treitschke, nachdem er das sogenannte Licht der Welt erblickt hatte, nicht gut untergebracht werden, als in dem fast ganz judenfreien Sachsen. Wenn er trotzdem wider alles Erwarten mit der vorgefundenen Beleuchtung nicht recht zufrieden war und je länger je mehr an der Helligkeit seiner Landsleute allerlei auszusetzen fand, so waren „die Juden“, wie gesagt, noch nicht „unser Unglück“. Das Licht der Reformation, das nie so recht hell in den sächsischen Kurlanden gestrahlt hatte, war eben zu einem Nachtlämpchen von minimalster Leuchtkraft heruntergebrannt und das Halbdunkel, in dem unser zum Manne und Privatdocenten herangereifter Patriot kaum mehr die Balken im eigenen Auge erkennen konnte, mußte seinen historischen Blick erheblich trüben und ihn allmählich gegen sein Heimathland, gegen das angestammte Herrscherhaus, gegen den sächsischen Adel, gegen die Leipziger Universität, kurz gegen Gott und die Welt in eine essigsaure Stimmung versetzen, die ihn für jedes andere Publicum als das des Hörsaals „deutscher Studenten“ ungenießbar machten.

Müssen wir schon aus preßgesetzlichen Gründen auf die Führerschaft des heimathskundigen sächsischen Professors für unsere Wanderschaft verzichten, so kommt noch ein anderer nicht minder schwerwiegender Grund hinzu, der ihn für unsere Zwecke dauernd unbrauchbar erscheinen läßt und den wir nur ungern erwähnen. Wenn aber die Taubheit, statt die Seele des geschlagenen Mannes zu adeln und zu vertiefen, ihm selber eine Quelle der Lüge und des Hochmuths wird, dann ist es sündlich, des Tauben zu schonen. Die Berufung des Professors erfolgte wider die Vernunft und wie er selbst sehr wohl wußte, wider das Recht. Deutsche Geduld ertrug die Phrasen eines Tauben .... „Pfui, rufts hier aus dem größten Auditorium am Kastanienwäldchen von kräftigen urgermanischen Kehlen, Pfui! einem Gegner seine körperlichen Gebrechen vorzuwerfen, das ist wieder einmal recht jüdisch!!“ Verzeihung, Ihr Herren, das Pfui macht Euch alle Ehre, aber es war doch etwas verfrüht, lest den Satz noch einmal, setzt für Taubheit Blindheit und für den Königlich Preußischen Hofhistoriographen den besiegten und landesflüchtigen König von Hannover und Ihr findet ihn Wort für Wort in den preußischen Jahrbüchern des Jahres 1866*) und könnt die sittliche Entrüstung Eures christlich germanischen Orakels in der Ursprache genießen, allwo es neben vielem sonstigen Männerstolz vor — annektirten — Königskronen actenmäßig deponirt und festgenagelt ist. Ruft Ihr nun immerhin Euer Pfui und verzeiht den harmlosen (?) Scherz, dann wollen wir uns einstweilen von dem Rufer im Streite, an der Schwelle seines Glashäuschens verabschieden und zu unserem themae probandum zurückkehren, zur Geschichte der Toleranz und Nächstenliebe in dem — judenfreien — Sachsen.

Vor uns liegt ein kleines Heft von 47 Seiten (Leipzig 1872 für die Mitglieder der dortigen reformirten Gemeinde gedruckt) enthaltend zwei Vorträge von Albrecht Kirchhoff: Die Anfänge kirchlicher Toleranz in Sachsen; August der Starke und die Reformirten. Der Verfasser will in ihnen nur die Skizzirung eines Bildes des kirchlichen Lebens in Sachsen unter diesem Kurfürsten bieten und wir können wiederum nur mit Rücksicht auf den in der „Mittheilungen“ uns knapp zugemessenen Raum, Bruchstücke dieser Skizzirung unseren Lesern geben, so gern wir ihnen das Ganze bringen möchten, das auch jetzt noch, 20 Jahre nach seinem Erscheinen, als Spiegel der Gegenwart dienen darf, wofür es damals bestimmt war.

Wir überschlagen mithin die einleitenden Bemerkungen und citiren nunmehr mit den, wie erwähnt, gebotenen Auslassungen wörtlich, indem wir nur die Stellen durch gesperrten Druck hervorheben, die dem Herrn X. des „Conservativen Handbuchs“ zu besonders lehrreicher Selbstbespiegelung und Selbsterkenntniß dienen könnten, namentlich wo von dem ihm wie uns gleich sehr verhaßten Mammon die Rede ist.

S. 6. Es ist in neuerer Zeit viel in Ehrenrettungen geschichtlich anrüchiger Personen geleistet worden. Auch in dem, was ich vorzutragen mir erlaubt habe, fällt ein Licht-

*) Siehe Königliche Leipziger Zeitung 1893 No. 67 „Ahlwardt im Reichstage.“

*) Eigenabdr., unter dem Titel: Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten von Heinrich von Treitschke, Berlin, Georg Reimer. S. 21. „Wenn die Blindheit, statt die Seele des geschlagenen Mannes zu adeln und zu vertiefen, ihm selber eine Quelle der Lüge und des Hochmuths wird, dann ist es sündlich, des Blinden zu schonen. Der Regierungsantritt des Königs erfolgte wider die Vernunft und, wie er selbst sehr wohl wußte, wider das Recht. Deutsche Geduld ertrug die Herrschaft eines Blinden.“

blick auf das wenig anmuthende geschichtliche Bild einer solchen Persönlichkeit, auf den König August von Sachsen. Sein, des katholischen Convertiten, eigenstes Verdienst ist der Bruch mit der traditionellen kirchlichen Intoleranz, welche seit Kurfürst August I. in Sachsen herrschte.

S. 7. Die vergiftende, gehässige Konzelpolemik erhitzte die Gemüther der niederen Volksschicht und führte an vielen Orten in Sachsen zu Ausschreitungen, speciell in Leipzig im Jahre 1593 zur Verwüstung und Plünderung der meist wohlhabenden Reformirten. Schadenfroh hatte der Rath diesen Excessen zugesehen, vielleicht hoffend, sich dadurch an höchster Stelle beliebt zu machen. Aber (nach Bestrafung der Aufrührer) .... zugleich wurde allen Nicht-Lutheranern die Ausübung ihres Cultus untersagt, ihnen die Niederlassung und die Gewährung des Bürgerrechts, an die ja jede selbständige bürgerliche Thätigkeit geknüpft war, versagt.

S. 8. Aber- und abermals belehrte sie (die Konzel) die Menge, daß ein Wiedereinnisten der „verdammlichen Lehre" (der Reformirten) nur „Fluch und Unsegen" über das ganze Land bringen könnte und der Ruhm desselben „beschmizzet" werden würde.

S. 8. Nicht bessere Erkenntniß war es, welche Bresche in die chinesische Mauer legte, sondern menschliche Unvollkommenheit öffnete zwei Hinterpförtchen, durch welche die Reformirten in das verbotene Land wieder Eintritt erlangten. Zunächst der Eigennutz, speciell das Interesse des Leipziger Handels rc.

Im Interesse Leipzigs als Meß- und Stapelplatz gestattete der Rath auch Nichtlutheranern ununterbrochenen Aufenthalt und Handelsbetrieb. ... Diese Sympathie, wenn man eine solche Interessenpolitik Sympathie nennen darf — hielt jedoch nur so lange Stand, als bis ihr selber die Concurrenz unbequem wurde. ... Ebenso wirkte schwächend auf jene Sympathie der Brodneid über den Wollhandel der Schweizer Handelshäuser.

S. 13. Die Hof- und Handelsinteressen hatten den Reformirten (unter August dem Starken) die Wiederzulassung in das Land gebracht (trotz Widerspruch der Stände).

S. 14. Aber schon im Jahre 1687 beschweren sich die Leipziger Großhändler über die Concurrenz der „aus Frankreich entwichenen Hugenotten", welche sich hier einfinden, deren etliche in Halle und anderen benachbarten Orthen sich zwar niederlassen aber nichts desto weniger ihre Schreibstuben allhier halten und von hier aus ebenfalls Jahr aus Jahr ein ihre Correspondenz und Nahrung suchen."

S. 15. Zwar durften Reformirte nicht Pathenstelle vertreten, selbst nicht bei den eigenen Blutsverwandten, zwar wurden den Todten die letzten äußeren Ehren versagt, zwar waren den Kindern der Reformirten die öffentlichen Schulen verschlossen, dennoch aber achtet z. B. der Rath von Leipzig dies für nichts, scheint auch in einem sonntäglichen Kirchgange nach Halle oder Dessau keine besondere Unbequemlichkeit gefunden zu haben.

S. 16. Ungeachtet jedes Gemeindeglied eidlich Verschwiegenheit anzugeloben hatte und keinem nur vorübergehend sich in Dresden aufhaltenden Glaubensgenossen den Ort der Zusammenkünfte kenntlich machen, noch einen solchen Fremden dahin mitbringen durfte, waren die Behörden ihnen doch auf die Spur gekommen, ließen sie belauern und sich ziemlich regelmäßig über die Zahl der Theilnehmer am Gottesdienst Bericht erstatten. Vor dem Hause in der Schössergasse hielten die Aufpasser des Rathes der Stadt Wacht, an der Thür des Versammlungsortes ein oder zwei Kirchenvorsteher. Das Dienstpersonal der — nur reformirten — Hausbewohner — wurde streng in den Wohnungsräumen zurückbehalten.

S. 17. Der König (August der Starke, König von Polen) war durch seinen Uebertritt zur katholischen Kirche und die in Folge dessen mit den Landständen vereinbarte Krakauer Versicherung von 1697 bei dieser eine Aenderung der Kirchenverfassung des Landes involvirenden Frage in der Freiheit seines Handelns beschränkt. Er konnte nicht selbstherrlich „aus landesherrlicher Macht und Gewalt" durchgreifen, sondern er bedurfte einer Mittelsperson, die für ihn den einmüthigen Widerstand der Behörden, der Landstände, der Geistlichkeit — ja man darf wohl sagen fast des ganzen Volkes selbst — mürbe machte, er bedurfte der zu geeigneter Zeit geschickt in Szene gesetzten diplomatischen Pression seiner Verbündeten, um sich mit dieser äußeren Nöthigung seinen unwirschen Landständen gegenüber zu decken.

S. 18. Ein sogenannter Vorschuß von 7000 Thalern an die stets durstigen königlichen Kassen, machte er (Graf von Beichlingen, s. oben Mittelsperson) bemerklich, würde der Erfüllung der Wünsche der Reformation sehr förderlich sein. Sechzehn opferbereite Männer nahmen die finanzielle Last der Begründung und Erhaltung einer Kirchengemeinde freudig auf ihre Schultern, opferten diesen Betrag — und die Thore des glaubensreinen Kirchfahrten öffneten sich kirchlicher Toleranz, vorläufig jedoch nur, um ihr die Betrachtung dieses gelobten Landes der allein wahren und reinen Lehre noch auf zwei Jahre von draußen zu gestatten.

S. 21. Ein Stück Geld war allerdings bei Beichlingen stets die Hauptsache: 50000 Gulden war diesmal sein Preis. Welche der beiden Parteien, der Rath der Stadt Leipzig oder die Reformirten, „Sr. Königl. Majestät in Pohlen damit zu assistiren" bereit war, die Partei war Sieger im Streit. Gegen jede derselben behauptete er später, die andere habe 50000 Gulden geboten; aber beide waren so vernünftig, sich nicht in solche Unkosten zu stecken.

S. 23. Die Action der Behörden, bürgerlicher wie kirchlicher, beginnt jetzt — dem nun wohl genauer bekannt gewordenen entschiedenen Willen des Königs gegenüber — lahmer und unentschiedener zu werden; mit altlutherischer Kraft und Derbheit tritt nur noch einmal die Stadtgeistlichkeit auf. ... Sie mahnt in ihrer Bittschrift vom 26. April 1703 daran, „größeren Unsegen und allerhand schwere Zorngerichte des heiligen Gottes abzuwenden", welche ohne Zweifel daraus folgen müssen, daß eben zu der Zeit, wenn in unseren Kirchen Gottesdienst gehalten wird, die Reformirten ganz nahe an der Thomaskirche ihre Kapelle haben, darinnen sie den Nahmen Gottes durch ihren falschen Gottesdienst entheiligen; und auch den Rath der Stadt überläuft es kalt bei dem Gedanken daran, daß die Pfarr-Wohnung so nahe gelegen sei.

S. 24. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß sich auch jetzt, wie in dem ganzen Verlauf der Angelegenheit, die aus geistlicher Feder geflossenen Schriftstücke durch besondere Gehässigkeit der Form auszeichnen; die „Liebe Christi" ist es angeblich, die in den Herzen der Leipziger Stadtgeistlichen die unevangelische Lieblosigkeit wirkt, ihnen ihre Schmähungen gegen die Reformirten eingiebt.

## Das Judenthum und die deutsche Sprache.

Das Judenthum schädigt durch den Gebrauch der deutschen Sprache das Ansehen unseres Volkes im Auslande. So zu lesen in der „Tägl. Rundschau" vom 28. November 1893.

Und die Beweise hierfür?

Auf der Halbinsel Krim sind einige Deutsche von einem des Deutschen unkundigen Kutscher für Juden gehalten worden, weil sie deutsch redeten. Nun hat der Kutscher sie deswegen nicht unfreundlicher bedient, oder das Vorkommniß ist doch empörend und muß das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande schädigen! Muß denn der Jude sogar nach im Auslande deutsch sprechen?

Ein anderer Leser der „Tägl. Rundsch." berichtet dieser, in München habe ihm ein schwedischer Maler erzählt, der gemeine Mann in Schweden, d. h. die Bauern, Handwerker und Arbeiter nennten die Juden nicht Juden, sondern Tysker

d. i. Deutsche. „Das naive, ungebildete Volk", setzt er hinzu, „muß also dort glauben, daß alle Deutsche Juden sind." Allerdings für das Ansehen Deutschlands sehr bedenklich, zumal wenn man bedenkt, daß unter den $4^3/_4$ Millionen Schweden ganze 2000 Juden sein mögen! Ich weiß nicht, ob die Schweden Deutschenhasser sind, der Berichterstatter nimmt es doch wohl an, wenn er hinzufügt: „Wer will ermessen, wie viel die „deutschen" Juden überall im Ausland zu der Feindschaft beigetragen haben, der wir uns fast rund herum bei unseren Nachbarvölkern zu erfreuen haben?" In der That, der Haß gegen Deutschland kann nur von den deutsch redenden Juden herkommen! Ganz köstlich!

Pastor Wagener aus Kapstadt erzählt in den „Hamb. Nachrichten", (ich berichte nach der „T. R."), daß dem Transvaal-Bauern Jude und Deutscher dasselbe bedeute; das komme aber daher, daß der Deutsche sich alsbald seines Deutschthums schäme, der Jude aber nicht. „Im Großen und ganzen aber erfreut sich," fügt er hinzu, „der Deutsche doch ziemlichen Ansehens." Also trotz der „empörenden" Verwechselung!

Das ist das Beweismaterial, auf Grund dessen der oben erwähnte Vorwurf erhoben wird. Uns aber giebt es willkommenen Anlaß zu folgenden Bemerkungen.

Wessen Blick nicht antisemitisch getrübt ist, wird lächeln; zunächst über das widerwärtige Judendeutsch.

Man weiß, daß die Juden von jeher am öffentlichen Leben keinen Antheil hatten; nur a u s n a h m s w e i s e gelang es dem einen oder anderen, sich die völlige Kenntniß der Landessprache anzueignen — in die christlichen Schulen durfte er ja nicht — und erst Moses Mendelssohn begann damit, seinen Glaubensgenossen eine menschenwürdige Sprache zu vermitteln. Er übersetzte ihnen die Bücher Mosis in edler Sprache. Seither, und namentlich seit sie die öffentlichen Schulen besuchen, sprechen sie das Deutsche zumeist nicht schlechter, als ihre christlichen Mitbürger. Selbstverständlich gilt das namentlich von den in Deutschland geborenen oder erzogenen Juden; Ausländer reden überall schlecht; dafür können aber die Inländer nichts. Trotzdem machen die Antisemiten hier wie überall die Ausnahmen zur Regel und halten an der Vorstellung fest, der Jude mauschele. Als im März 1892 im Lessing-Theater zu Berlin ein Fastnachtsstück von sehr fraglichem Werthe (§ 330 St. G. B.) gespielt wurde, schrieb Herr Heinrich Hart von der „Tägl. Rundschau" seine Kritik herüber im Mauschelbeutsch, weil der Leiter jenes Theaters — ein J u d e ist. Eben so muß jeder sogenannte Witz, in dem ein Jude vorkommt, gemauschelt sein; und doch spricht in Deutschland kein gebildeter Jude mehr solches Kauderwelsch. Wer kann ermessen, wie viel diese Unmanier dazu beigetragen hat, den Ausländer die Meinung zu erwecken, dies Gemauschel sei deutsch, und Deutscher und Jude sei dasselbe?

Ich habe oben gesagt, daß schlechtes Deutsch fast ausschließlich von den nicht in Deutschland geborenen Juden gesprochen werde. Aber daß diejenigen, die seit Jahrhunderten zu verschiedenen Zeiten aus Deutschland vertrieben, sich namentlich nach dem Südosten von Europa bis nach der Türkei wandten, die mitgebrachte deutsche Sprache nicht fortentwickeln und rein erhalten konnten, ist so natürlich, daß nur ein Antisemit nicht daran denkt; wie er es auch nicht merkt, daß die Juden, trotz der rauhen Behandlung in Deutschland, diesem doch eine rührende Anhänglichkeit im Auslande bewahren. Diese Anhänglichkeit sollte man selbst aus dem verdorbenen Deutsch noch heraushören. Aber freilich, dazu gehören liebevollere Ohren. . . . Statt dessen nennt es der von dem russischen Kutscher für einen Juden gehaltene Deutsche eine „Unverschämtheit", dieses Kauderwälsch „Deutsch" zu nennen. Nun, der von den Antisemiten wegen seiner „Energie gegen die Juden beneidete" Kaiser von Rußland wird schon dafür sorgen, daß auch die Juden bald kein Deutsch mehr reden. Hoffentlich wird dann der Deutschenhaß aufhören.

Doch im Ernste: Hat es etwa das Ansehen der Engländer im Auslande geschädigt, daß man sich neuerdings in Asien des sogenannten Pidgin-Englisch bedient? Wäre eine solche Behauptung nicht lächerlich?

Und wie gern bewahren auch die heutigen deutschen Juden im Auslande ihre deutsche Nationalität, trotz des Undankes der Antisemiten, ja trotz ihres Protestes!

Der bereits erwähnte Pastor Wagener sagt von den Einwanderern deutscher Abstammung in Süd-Afrika: „Wohin ist ihr Deutschthum gekommen? Sie streifen es ab, sobald sie aus dem Vaterlande kommen. Wo es gut ist, da ist mein Vaterland, sagen sie und vergessen, daß sie eine Heimath haben, daß Vater und Mutter und sie selbst Deutsche sind. Bemerkenswerth ist, daß alle Juden sich in Südafrika als Deutsche ausgeben." Diese schämen sich also ihrer deutschen Abstammung und der deutschen Sprache nicht.

In Christiania, der Hauptstadt Norwegens, besteht eine deutsche Kolonie, zu der natürlich auch dort lebende Juden gehören. Das sollte jeden e c h t e n Patrioten freuen, aber der Herausgeber der „Tägl. Rundschau" nimmt daran Anstoß.

Der Allgemeine deutsche Verband hat auch Juden unter seinen Mitgliedern, muß sich aber wacker gegen das Gebahren der Antisemiten wehren. Doch genug der Beispiele. Man sieht, der blinde Haß läßt die Antisemiten nachgerade Dinge in die Welt posaunen, die jeder verständige Mensch als — Albernheit bezeichnet.

Dr. K.

## Um Professor Paul Förster

rissen sich förmlich die Antisemiten früher. Ein Mann mit unantastbarer Vergangenheit ist als antisemitischer Führer eine Seltenheit und darum ein Gegenstand des Staunens bei den Gesinnungsgenossen. Kein Wunder, daß jede der antisemitischen Parteirichtungen Werth darauf legte, ihn zu den Ihrigen zu zählen. Zuletzt hatte Förner nach mehrfachen Wandlungen sich den „Reformern" angeschlossen und diese kannten kaum den Tag erwarten, an dem Herr Förster im Reichstage seine Jungfernrede halten würde. Aber ach, welch herbe Enttäuschung hat ihnen ihr „vornehmster" Parlamentarier bereitet. Unglücklicher konnte sein Debut nicht verlaufen. Fast einmüthig ist die Presse der Ansicht, daß die Antisemiten mit Herrn Förster im Reichstage keinen Staat machen können. Hören wir, wie die Blätter der verschiedensten Parteien über das erste Auftreten Försters urtheilen.

Die demokratische „F r a n k f. Z t g." schreibt:

„. . . Die unerquickliche Sitzung fand einen erfreulichen Abschluß durch den neuen Mann der Antisemiten, den Herrn Oberlehrer Prafessar Dr. Förster. Das ist eine ganz andere Nummer als Herr Zimmermann: Ein Herr in mittleren Jahren, aan guten Manieren und sehr gepflegtem Aeußeren, halb Oberlehrer, halb Reserveoffizier, mit geradezu feudalem Haarscheitel, mit drollig gezierter Sprache, mit schauspielerischem Vortrage und entsprechenden Gesten. Er trug einen wohlpräparirten Aufsatz vor, der sich bald gegen Bebel, bald gegen Rickert wendete und in schulzerechten Periaden aft gehörte Allgemeinheiten enthielt, die Niemanden aufregen. Dieser vielgenannte Antisemit ist ganz augenscheinlich ein ehrlicher Schwärmer, der — wir möchten ihn nicht kränken — alles glaubt, was er sagt. Freundliche Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses begleitete ihn während seines ganzen Vartrages, angenehme Erinnerungen an frühere wunderliche Mitglieder wurden wieder wach, und nur als der Vartrag zu lange dauerte, riefen einige böse Menschen: Schluß! und lachten dazu. Da nahm der gestörte Redner eine Miene an, als wollte er den Ungezagenen die Strafe diktiren, seine Rede dreimal abzuschreiben."

In der nationalliberalen „K ö l n. Z t g. lesen wir:

„. . . In dem Abg. Förster scheint dem verhafteten Ahlwardt ein sa tüchtiger Ersatzmann erstanden zu sein, daß die Antisemiten eigentlich gar nicht mehr sich sa graße Mühe zu geben brauchten, Ahlwardt aus dem Kerker zu erlösen. Er ist grade sa unbedeutend wie jener, er kammt ihm vallkommen gleich in dem Mangel an jedem Verständniß und in der bei einem aus den gelehrten Kreisen stammenden Manne sehr

auffallenden Lückenhaftigkeit der allgemeinen Bildung, wie sie aus dem albernen Gerede hervorging, womit er die Heiterkeit und zugleich den Aerger des Reichstags erregte. Er ist auch allem Anschein nach grade so selbstgefällig wie Ahlwardt und trägt die Narrenjacke mit derselben heitern Bewußtlosigkeit. Vieles soll ihm aber verziehen werden, weil er wenigstens ein geflügeltes Wort erfunden hat: „Ich werde schließen, wenn ich zu schließen beschlossen habe." Es war erfreulich, daß vorher schon ein anderer Antisemit gesprochen hatte, denn so blieb es dem Reichskanzler erspart, auch auf die Salbaderei des Dr. Förster zu antworten, was für einen ernsten Mann immer etwas gewissermaßen Beschämendes hat."

Das Stöcker'sche „Volk" schreibt:

„Wir bedauern es im Interesse des Antisemitismus, daß nach der ebenso schneidigen wie inhaltsreichen Rede Zimmermann's noch Professor Förster zum Worte kam. Herr Förster meint es ja sehr gut und ehrlich mit dem, was er sagt. Aber seine Redeweise paßt für das Parlament, wo man nur sachlichen Ausführungen Beachtung schenkt und das Pathos lächerlich findet, so wenig wie möglich. Es ist daher durchaus erklärlich, wenn er für seine ernstest gemeinten Ausführungen nur Heiterkeit, abwechselnd mit „großer Heiterkeit", erntete. So sehr wir uns des guten Zeugnisses freuen, das er für die „Agrarier" einlegte, deren Forderungen er als durchaus berechtigt anerkannte, so wenig glücklich finden wir seine sanftigen Worte. Wir begreifen es sehr gut, daß die Reformpartei, die wenig Vertrauen zu seiner Redegabe gehabt haben soll, an seiner statt den Abgeordneten Zimmermann als ersten Redner im Namen der Fraction bestimmt und Förster veranlaßt hat, seinen Platz auf der Rednerliste dem Führer der Fraction einzuräumen. Noch besser hätte die Fraction freilich gethan, wenn sie ihren Hospitanten veranlaßt hätte, überhaupt, wenigstens für längere Zeit zu schweigen. Dann hätte Förster das Mißdeutungen sehr ausgesetzte Wort doch nicht fallen lassen können: „Wir wollen die schöne Zeit nicht mit antisemitischen Debatten vertrödeln."

Bei den conservativ-antisemitischen „Dresd. Nachr." kommt — im Gegensatz zu der „Kreuzztg." und dem „Volk", welche diesmal dem „Radau-Antisemiten" Zimmermann eine gute Censur auszustellen für zweckmäßig befinden — neben Förster auch Abg. Zimmermann schlecht weg. Es heißt in dem betr. Artikel:

„Die sachlichen Darlegungen verschwanden. Jede Spur von vornehmer Kampfesweise kam den Rednern abhanden, sobald einer der Führer des radikalen Antisemitismus die Tribüne des deutschen Parlaments betreten hatte und seine sorgsam auswendig gelernten Tiraden mit gewaltigem Wortgeprassel zum Fenster des Reichstages hinausdonnerte. Dem Vertreter von Dresden-Altstadt, im Verein mit seinem Gesinnungsgenossen Förster, dem Schildknappen Ahlwardt's, der nach seiner Jungfernrede der Sabar des extremen Antisemitismus zu werden verspricht, gelang es trefflich, den Reichstag in seiner vorgestrigen Sitzung auf das Niveau der Bierbankpolitiker und der Radauversammlungen herabzudrücken. Soweit aber ist der deutsche Reichstag wohl doch nicht gesunken, daß dort das leere Phrasenpathos und die derbe Effekthascherei eines Demagogen von der Art eines Ahlwardt irgend welche Wirkungen zu erzielen vermögen."

## Aus dem Reichstag.

**Einen das Schächtverbot bezweckenden Antrag** hat der antisemitische Abg. Leuß (deutschsozial) im Reichstage eingebracht. Der Antrag ist unterstützt von den Antisemiten Dr. König und Liebermann v. Sonnenberg und den Conservativen v. Tallwitz, v. Dewitz, Dr. van Frege, Frhr. v. Hammerstein, Hauffe, v. Herder, Hypeden, Graf zu Inn- und Knyphausen, Frhr. v. Manteuffel, von Plötz, von Polenz, Sachße, von Salisch, Will.

**Ein Gesetzentwurf betr. die Einwanderung ausländischer Juden** ist vom Abg. Leuß mit Unterstützung anderer Antisemiten eingebracht. Derselbe lautet: § 1. Die Einwanderung von Juden, die nicht staatsangehörig sind, ist untersagt. § 2. Ausländische Juden, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in Deutschland aufhalten, um sich dauernd niederzulassen, ohne bisher in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erworben zu haben und nicht schon vor dem 1. August 1893 ein selbständiges Gewerbe oder Geschäft in Deutschland betreiben, sollen alsbald aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen werden. § 3. Die Gewährung der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate an ausländische Juden ist untersagt. § 4. Die Begünstigung der Einwanderung fremder Juden wird mit Geldstrafe von 500 bis 1000 Mk. oder mit Gefängniß bestraft. § 5. Der Bundesrath erläßt die zur Ausführung und Sicherstellung des Vollzuges dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen. § 6. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

**Um Berufung eines Ausschusses von nichtjüdischen Sachverständigen** zur Untersuchung der **rabbinischen Gesetzbücher** des Judenthums petitioniren der Privatier Dreyhaupt in Weißenfels und Genossen beim Reichstage.

## Zur Abwehr.

**Ueber die Generalversammlung** des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" haben auch die antisemitischen Blätter Berichte gebracht. Es ist wohl kaum nöthig, noch besonders hervorzuheben, daß dieselben alles Andere sind, nur nicht objectiv und wahrheitsgetreu. Sie sind voll von Entstellungen und Unrichtigkeiten. Wir würden viel Raum gebrauchen, wollten wir die falschen Behauptungen Punkt für Punkt richtig stellen. Die antisemitische Presse ist voll von Spott und Hohn über das „Fiasko" des Vereins. Natürlich haben sie auch kein Verständniß dafür, daß der Vorstand desselben eine ungeschminkte wahrheitsgetreue Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse den Mitgliedern gegeben hat.

Die „Kreuzzeitung" fagt sogar höhnisch, was den Verein veranlaßt haben kann, an die Oeffentlichkeit zu treten.

In den Kreisen der „Kreuzzeitung" scheint man allerdings das Heimlichkeits- und Vertuschungssystem vorzuziehen.

Von den Unrichtigkeiten, welche die antisemitischen Berichte enthalten, wollen wir nur einige hervorheben. In den Berichten, unter anderen auch in der „Kreuzzeitung" wird behauptet, es sei in der Generalversammlung gesagt, Herr v. Gneist werde von den Antisemiten zum Juden gemacht. Nicht ein Wort daran ist wahr. Nur davon ist gesprochen, daß die Herren v. Gneist und Rickert wiederholt auf das niedrigste verdächtigt und verleumdet wurden und daß sie u. A. auch als bezahlte Judenknechte hingestellt worden wären.

Die Krone der Gehässigkeit setzt das Junkerblatt mit dem Schlußsatz auf, der lautet: „In unseren Augen ist nur das eine Schmach, daß deutsche Männer in den besseren Kreisen um äußerer Vortheile willen dem Judenthum, dem Geldsack dienen." Das ist eine Perfidie sonder Gleichen! Vielleicht sagt uns das junkerliche Hetzblatt, welche äußere Vortheile Herr Geheimrath v. Gneist, Herr Abg. Rickert, Herr Jordan und die anderen Herren vom Vorstand für ihre uneigennützige Thätigkeit haben. Wo nimmt es denn den traurigen Muth her, über die Unmoralität der „Judenpresse" zu eifern, indeß sie die einfachsten Pflichten der Wahrheitsliebe gröblich verletzt? Wenn sie solche Dinge behauptet, hat sie die Pflicht, sie zu beweisen! Das thut

sie freilich nicht. Da luden wir doch die Courage des Herrn Ahlwardt, der mit der ihm eigenen Unverfrorenheit im Reichstag erklärte, Herr Abg. Rickert bekomme 12000 Mark Gehalt. Dieser ließ ihm freilich die gebührende Abfertigung zu Theil werden. Also, Herr v. Hammerstein, wo sind die Beweise? —

**Lübeck,** 6. Dezember. Herr Oberlehrer Dr. Eschenburg hielt gestern im Verein zur Beförderung gemeinnütziger Thätigkeit einen hochinteressanten Vortrag über den Knabenmord in Xanten und die sogenannten Ritualmorde der Juden, worin er das Sinnlose dieser antisemitischen Beschuldigungen überzeugend nachwies.

**Emin Pascha,** der berühmte, jetzt todte Afrikareisende, ist von der antisemitischen Presse nicht verschont worden. So schrieb das Münchener „Deutsche Volksblatt", er wäre wohl nicht todt, weil ein Jude ein zähes Leben habe und es noch viel Elfenbein in Afrika zu holen gäbe. (s. „Mittheilungen" Nr. 31, S. 301) Auch die „Antisemitische Correspondenz" hat ihn systematisch beschimpft und verleumdet. Was Emin Pascha wirklich gewesen ist, darüber giebt das soeben erschienene bedeutende Werk des Afrikareisenden Dr. Franz Stuhlmann: „Mit Emin Pascha in's Herz von Afrika" (Berlin, D. Reimer) die beste Auskunft. Ueber den „Elfenbeinjuden" Emin Pascha schreibt Stuhlmann:

„Der unbedingte Verzicht auf alle persönlichen Vortheile war seine charakteristische Eigenschaft. Er war der uneigennützigste und aufopferndste Mensch, der sich denken ließ. Nie hat man ihn schwerer und gründlicher verkannt, als da man das abenteuerliche Gerücht verbreitete, er sei wegen seines Elfenbeins nach Norden gegangen. Als ob Geld und Geldeswerth jemals nur einen Augenblick sein Thun und Lassen hätten bestimmen können! Wenn ja einmal die Erwerbung von Elfenbein in Betracht kam, so dachte er nie an etwas anderes, als damit einen Theil der großen Expeditionskosten zu decken. Alles that er für andere, nichts für sich selbst. Was er konnte, sparte er sich selbst am Munde ab, um anderen eine Freude damit zu machen. Ich könnte zahllose Vorfälle anführen, die das beweisen. Neidlos gönnte er jedem seine Verdienste und ließ auch Untergebene gern selbständig arbeiten, um ihnen einen Antheil an dem Erfolge zu gewähren."

Und wie Emin Pascha als Deutscher sich fühlte, darüber berichtet Dr. Stuhlmann wie folgt:

„Was wir endlich nicht zum wenigsten an ihm schätzen müssen, ist die Thatsache, daß ihn trotz des langen Aufenthaltes im Auslande allen gegentheiligen Beschuldigungen zum Trotz stets eine warme Vaterlandsliebe beseelt hat. Der Heimath zu Liebe schlug er die glänzendsten Anerbietungen Fremder aus, denn er hoffte, daß er durch seine Erfahrung der jungen Colonie dienen, vielleicht auch, daß er durch seinen Einfluß im Lande die früher an ihm besetzten Gebiete dem Vaterland dienstbar machen könne, eine Erwartung, die leider vereitelt wurde. Und aus dem gleichen Grunde verzichtete er, obgleich er sein Augenübel genau kannte, damals in Karágwe und Mpórara auf den sicheren Rückweg, da er durch ein weiteres Vordringen neue Gebiete für Deutschland erschließen zu können hoffte. Wenn er nun zu Grunde gegangen ist, so ist er es nicht im Verfolg eigennütziger und eitler Ziele, sondern im Interesse einer Aufgabe, die er nach seinem besten Gewissen dem Wohle des Vaterlandes für dienlich hielt. Trotz großer Verschlossenheit, die er sich durch seinen langen Verkehr mit den verlogenen Aegyptern angewöhnt, muß Emin Pascha als ein Mann von ungewöhnlichen Gaben des Geistes und Charakters gelten, die durch kleine Schwächen, wie sie jedem großen Manne eigen sind, nicht verkleinert werden können, ein Mann, wie er selbst einmal von Juncker sagte, „den der liebe Gott in einer Feiertagslaune geschaffen hat", dem Nörgler und Feinde nichts anhaben können und den die deutsche Nation mit Stolz den Ihrigen nennen darf. Pflichttreue, Selbstverleugnung und Beharrlichkeit, Milde gegen andere und Strenge gegen sich selbst, wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit und eine fast zu weit getriebene Bescheidenheit zeichneten ihn aus. Seine ritterliche Gesinnung hielt ihn ab, jemals öffentlich gegen die gehässigen Angriffe Stanley's und anderer aufzutreten. Er hüllte sich großherzig in Schweigen und überließ es dem unbefangenen Beurtheiler, in den Angaben Stanley's und anderer das Wahre von dem Falschen zu scheiden. Daß dies bereits in weiteren Kreisen geschehen, dafür spricht die jetzt allgemein gegen seine Angreifer gerichtete Meinung, die selbst in England Wurzel gefaßt hat, und spricht noch deutlicher der Ausspruch, mit dem Professor Kirchhof seine Broschüre über Stanley und Emin schließt: „Wir sagen uns wohl alle, was muß das für ein wackerer Mann sein, dessen edles Charakterbild selbst aus den oft zweideutigen Lobestiraden, Stichelungen und offenen Anklagen für jeden Tieferblickenden so klar hervorleuchtet."

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Sebastian Brunner †.** Von einem höheren katholischen Geistlichen in Oesterreich wird uns geschrieben: „Wie Hofprediger Stöcker der Vater des Antisemitismus in Preußen ist, so ist es der nunmehr verstorbene Sebastian Brunner in Oesterreich. Ihm steckte der Antisemitismus gewissermaßen im Blute; denn er war ein Sohn des Wiener Seidenzeugfabrikanten, dem die israelitischen Geschäftsleute eine so empfindliche Concurrenz machten, daß er tagtäglich über die „gottverdammten" Hebräer wetterte und fluchte. Weil das im Beisein der Kinder geschah, so hatte „Bastele" schon als Kind den Judenhaß eingesogen. Nachgehends wandte er sich zur Theologie, die ihm noch weiteres Haßmaterial bot. Im Jahre 1848 gründete er die „Kirchenzeitung", welche sich über ein Decennium erhielt. Fast in jeder Nummer des Blattes wurde ein Jude verspeist. Dadurch hatte er sich einen langwierigen Prozeß auf den Hals geladen, während dessen sein Judenhaß den Höhepunkt erreichte. Weder die geistliche noch die weltliche Behörde war mit seinem unchristlichen Treiben einverstanden, weshalb er es nie zu einer ordentlichen Anstellung bringen konnte. Darum verschaffte er sich von auswärts, Csanad, Agram, Rom u. s. w. Auszeichnungen und Titel, mit denen jedoch keine Emolumente verbunden waren, also Knochen ohne Fleisch.

Noch zu allerjüngst, im famosen Prozesse Meyer-Deckert, spielte der fast 79jährige Mann eine Rolle, indem er sich des verbrecherischen Meyer annahm, was ihm, wie nicht anders zu erwarten, eine arge Blamage eintrug.

Sein Oberhirte, Fürsterzbischof Dr. Gruscha, ein entschiedener Gegner des Antisemitismus, hat Brunner's Parteinahme für Meyer höchlich mißbilligt, und das mit Recht, zumal kein katholischer Priester auf Seite des haßsprühenden Antisemitismus stehen kann."

**Die schlesische Provinzialsynode** hat bei Berathung der Maßregeln zur Bekämpfung der Eidesnoth mit großer Majorität einen Antrag angenommen, wonach ein **Christ nur von einem christlichen Richter vereidigt** werden dürfe, und daß das Consistorium Schlesiens auf eine Aenderung der betreffenden gesetzlichen Bestimmung hinwirken solle. In der sehr eingehenden Debatte sprach Oberbürgermeister Bender-Breslau scharf gegen den Antrag. Amtsgerichtsrath Guttmann-Schweidnitz meinte, durch den Antrag würden, falls er zum Gesetz erhoben würde, die **jüdischen Richter zu Richtern zweiter Klasse degradirt** werden.

**Gegen den Rechtsanwalt Dr. Hertwig,** der erst kürzlich die ihm militärischerseits auferlegte dreimonatige Festungshaft verbüßt hat, schwebt noch ein militärgerichtliches Verfahren. Er soll wegen seines Verhaltens gegen die im „Judenflinten-Prozeß" vernommenen Offiziere und militärischen Sachverständigen zur Verantwortung gezogen werden. Die Anklage ist bereits erhoben worden.

A. **Vom Rhein,** 2. Dezember. Die Zeitungen wissen jetzt soviel von den Streitereien der antisemitischen Größen: der Lohan und Liman, der Stöcker und Ahlwardt, der Bauer und Zimmermann, der Böckel und Liebermann zu berichten. Sicherlich kann auf diesen Krieg ein Sprüchwort Anwendung finden, das den Fall constatirt, in dem anständige Leute ihre Rechnung finden. Doch nicht dieser Nachweis, wie verlockend er sein mag, soll die Aufgabe dieser Zeilen sein, sondern darzuthun, daß es im antisemitischen Staate überall jetzt heiß hergeht; wie es unter den „Partei- und Tagesgrößen" brauset und siedet und zischt, so göhrt es unter den Kleinen, um „die gute Sache" nicht minder Verdienstvollen. Ist da ein Dörfchen im Hessischen, so gerade mitten zwischen zwei Hochschulen gelegen. Des wahren Geistes dieser Pflegestätten der Kultur hat das Dörfchen allerdings noch „keinen Hauch verspürt;" wohl aber ist von beiden der antisemitische Geist hinein geweht, schon in seinem Frühlingssäuseln, und hat alle Gemüther lebhaft und machtvoll ergriffen. Der Arzt und die verhältnißmäßig zahlreichen Beamten mit sehr geringen Ausnahmen, Bürgermeister und Gemeinderäthe, sie alle huldigten dem männerbeherrschenden Antisemitismus — und auch die Weiber beugten sich ihm. Herr Böckel hat es ja darauf abgesehen, auch die deutschen Frauen für sich zu gewinnen, doch die Seele des ganzen dörflichen Antisemitismus (Herr Böckel hat ihm den größten Theil seiner Erfolge zu danken!) — war ein kleiner Landwirth — ein geborenes Agitationsgenie, das bei anderem Bildungsgange sicherlich alle anderen Parteigrößen in den Schatten gestellt hätte. Die antisemitischen Dörfler machten ihn nicht allein zum Vorsitzenden von ca. ½ Dtzd. Vereinigungen, mit denen sie und Herr Böckel das Dorf beglücken — sie wußten es auch (im Jahre 1888) durchzusetzen daß er in den Gemeinderath kam; sie hatten ihn zum künftigen Bürgermeister ausersehen. — Und jetzt haben sie ihn nicht allein aller antisemitischen Vereinswürden entkleidet; sie haben ihn bei den jüngsten Gemeinderathswahlen mit aller Macht zu verdrängen gesucht — und es ist gelungen, trotz des Widerstandes aller Dorfautaritäten. Weshalb ist das geschehen? Hat der Mann die Fahne des heiligen Antisemitismus verrathen oder sonst ein Verbrechen begangen? Nichts von alle dem. Er hat Anzeige gegen einen ebenfalls sehr antisemitisch veranlagten Lehrer erstattet. Der Mann wurde suspendirt, verhaftet und bevor seine Aburtheilung erfolgen konnte, starb er an Tabsucht, daher die Aufregung der Dörfler, der völlige Umschlag ihrer Gesinnung gegen den einstigen Führer, der heute mehr Verfolgungen ausgesetzt ist, als früher seine israelitischen Leidensgenossen. Das Schönste aber ist, daß nicht etwa jemand an die Unschuld des verstorbenen Lehrers glaubt, dessen ganzer Lebenswandel für die erhobene Anklage sprach, sondern das Resumé der antisemitischen Dörfler ist: „. . . Es waren ja nur kleine Mädchen, an denen er sich vergangen." Es lebe die antisemitische Herzenseinfalt. Herr Böckel aber hat eine seiner besten, verdientesten Stützen unwiderruflich eingebüßt.

**Aus Darmstadt,** 3. Dezember, wird der „N. Bad. Landesztg." geschrieben: Der auf dem bekannten „weltgeschichtlichen" Standpunkt stehende Antisemit Professor Förster aus Berlin wollte gestern in hiesigen Saalbau über das Thema: „Deutschthum, Christenthum und Judenthum" sprechen. Wir sagen ausdrücklich „wollte", denn der ganze Vortrag entpuppte sich im Verlauf des Abends als eine fortlaufende Kette haltloser Verdächtigungen der Israeliten. Diese Verdächtigungen beruhten größtentheils auf solch' handgreiflichen Unwahrheiten, oder waren derart kindischer Art, daß sie gerade durch das Uebermaß der Uebertreibung auch den Unbefangensten stutzig machten. Geradezu skandalös waren die von dem Redner verlesenen Uebersetzungen jüdischer Gelehrten und Schriftsteller. Die Statistik wurde derart maltraitirt, wie man es von einem „Professor" für unmöglich halten sollte. Was soll z. B. ein vernünftiger Mensch dazu sagen, wenn ein solch' weltgeschichtlicher Professor sich über eine halbe Stunde mit seinen unglücklichen Zuhörern darüber unterhält, warum beim Durchgang der Juden durch's rothe Meer das Heer des Pharao und nicht die Juden untergingen. Gewiß höchst interessant für die heutige soziale Frage, die er besprechen wollte. Es kam dann die Aufzählung der jüdischen Millionäre, natürlich nur der jüdischen. Groß und breitspurig brachte Redner die Verluste der Deutschen an ausländischen Papieren. Schuld sind nach Förster natürlich nur allein die Juden. Nun folgte wieder die Verlesung der sog. Uebersetzungen aus dem Talmud und anderen Schriften, was aber ziemlich unverständlich blieb. Der Grundgedanke des Redners war, Moses gab den Juden ihre, andere Menschen hassenden Gesetze, die sie (die Juden) heute noch halten. Auch eine „egyptische Sozialdemokratie" führte Redner vor. Mit Emphase ruft er aus: „Meine Herren, im Talmud stehen schreckliche Sätze!" Den Juden spricht er alle und jede Moral ab. Der Handel mit weißem „Menschenfleisch" nach der Türkei sei ganz in Händen der Juden und die türkische Polizei stehe mit ihnen im Einverständniß. Nun kammen einige witzig sein sollende Bemerkungen, weil in Chicago keine „jüdische Abtheilung" zu finden war. Dem deutschen Volke sollen die Juden schon lange den Boden „gestohlen" haben. Ein geschichtliches „Raubvolk" seien sie und auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat würden sie die Aufseher spielen, Singer sei heute schon einer. Wir denken, diese Sätze genügen. Nun denke sich der Leser Alles dies kunterbunt untereinander geworfen und circa 20 mal wiederholt, so daß etwa 3 Stunden damit ausgefüllt waren, und er hat den Vortrag eines antisemitischen Professors, der auf weltgeschichtlichem Standpunkt stehen will. Traurig, sehr traurig! Die ganze Versammlung machte aber auf uns den Eindruck, daß die Mehrzahl der Anwesenden das Unsinnige solcher Ausführungen einsah, denn wohl die Hälfte der Theilnehmer hüllte sich in eisiges Schweigen und ließ sich auch nicht stören durch das erkünstelte Klatschen und Beifallrufen einer kleinen Anzahl fanatischer „Reformer". Eine Entgegnung gegen die Ausführungen Försters zu bringen, war bei der mehr als ermüdeten Versammlung unmöglich, aber, wie wir glauben, auch unnöthig, denn solch' ungereimtes Zeug, wie das Vorgebrachte, läßt man am besten für sich selbst wirken.

**Antisemitische Lügner!** Unser Leitartikel in Nr. 48 **„Kauft nicht bei Juden"** versetzte die antisemitische „Deutsche Ostwacht" (2. Dezember) so in Harnisch, daß sie lügt. Sie behauptet nämlich, unser Artikel heiße: „Kauft **nur** bei Juden!" — Als zweiten Lügner nageln wir die „Magdeb. Reform" fest, welche am 29. November schon wieder die Deborah-Fälschung ihren Lesern auftischt, als dritten den „Unabhängigen" in Bremen, der am 19. October seinen Lesern wiedererzählt, Herr von Rothschild habe in Gastein verboten, daß das Glockenspiel der Kirche alle Morgen eine fromme Weise spielt! — Alles sind dutzendmal widerlegte Lügen!

## Vermischtes.

**Aus dem Leben des jüngst verstorbenen Fürsten Alexander von Bulgarien** erzählt Heinrich Renner in der „Voss Ztg." vom 21. November eine ergreifende Episode. Als dieser aus seinem Lande schied „hatte sich niemand von der Geistlichkeit eingefunden, nur der greise Chacham-Baschi, der Oberrabbiner, war erschienen. Als

Alexander den alten Spaniolen erblickte, wollte dieser einige Worte sprechen, konnte aber vor Schluchzen nur unzusammenhängende Sätze stammeln. Der Fürst sprach etwas zu ihm, worauf der greise Mann vor Weinen fast ohnmächtig wurde. Es war ein Abschied von tief erschütterndem Eindruck. Gerade in seiner Naturwahrheit fühlte auch jeder Fremde, daß hier ein geliebtes Oberhaupt von seinen Getreuen scheide."

**Die Juden und das Handwerk.** Unsere Wiener Collegin, das „Freie Blatt" meldet in Nr. 86: „In Folge des enormen Andranges der aus allen Ländern der *österreichisch-ungarischen* Monarchie um Aufnahme ansuchenden Knaben und der großen mit der Versorgung und Bekleidung der derzeitigen Zöglinge verbundenen Auslagen hat der Vorstand des *Vereines zur Beförderung der Handwerke unter den inländischen Israeliten* beschließen müssen, die Aufnahme von Knaben während der Monate December und Jänner zu sistiren. Der Verein hatte im Jahre 1892 nicht weniger als 354 Knaben in die Lehre aufgenommen und 212 zu Gehilfen freisprechen lassen. Am 31. Dezember 1892 wies er einen Stand von 1198 Zöglingen auf. Das praktische Resultat der Vereinsthätigkeit wird aber nun desten durch die stattliche Zahl jener Zöglinge gekennzeichnet, welche zu Gehilfen freigesprachen wurden. Von diesen waren 35 Schlosser, 24 Drechsler, 21 Tischler, 20 Schuhmacher, 15 Tapezierer, 12 Spengler, 11 Buchbinder, 8 Uhrmacher, je 7 Bürstenbinder, Goldarbeiter, Holzbildhauer und Posamentierer, 6 Schneider, je 4 Bäcker und Ledergalanteriearbeiter, je 3 Maschinenschlosser und Hutmacher, je 2 Taschner, Kürschner, Kordflechter, Buchdrucker und Etuimacher, und je 1 Handschuhmacher, Kupferschmied, Metalldreher, Metallgießer, Riemer, Schildermaler, Silberarbeiter und Zuckerbäcker. Man ersieht daraus deutlich genug, daß die Juden keineswegs blos für die sogenannten leichteren Handwerke Neigung haben."

In *Macedonien* wird die *Baumwollspinnerei* fast nur von *Juden* betrieben, wie der jüngste Bericht des englischen Generalconsuls in Salonich ausweist. In Salonich wurden 1878 und 1884 zwei Baumwollspinnereien gegründet. Ueber diese schreibt die „Oestr. Wochenschr." in Nr. 47: „Die Gesammtzahl der in den beiden Spinnereien verwendeten Arbeiter beläuft sich auf 640, **alles Juden**, davon 160 Männer und Knaben und 480 Mädchen. Die Männer werden mit 9—12 Sh. per Woche, 14—18jährige Knaben mit 3 Sh. 6 d bis 5 Sh. und Mädchen von 12—18 Jahren mit 1 Sh. 9 d bis 5 Sh. 8 d per Woche bezahlt, im Winter wie im Sommer gleich. Die jüdischen Mädchen sind sehr geschickt; sie arbeiten, bis sie sich verheirathen oder bis sie sich aus ihrem Verdienste außer der nöthigen Ausstattung ein Vermögen von 18—25 Pfd. St. erworben haben. Eine anerkannte Lohnscala existirt nicht, und daß auch kein Fabriksgesetz die Arbeiter gegen ihre harten Meister schützt, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. *Geleitet werden diese Spinnereien von Engländern.*

Zwei kleinere Baumwollspinnereien haben sich gleichfalls vortheilhaft in Niausta, einem emporblühenden griechischen Städtchen, drei Stunden weit per Bahn von Salonich, etablirt. Sie besitzen 4200 Spindeln, welche durch Wasserkraft in Thätigkeit erhalten werden, verwenden 180 Arbeiter und produciren jährlich circa 800.000 Lbs. Garn von Nr 4—16 in Bündeln zu 10 Lbs., welche an die Bauern der benachbarten Dörfer verkauft werden."

**Die Zionisten.** Innerhalb eines kleinen Theils des Judenthums macht sich eine Bewegung geltend, welche die Gründung eines national-jüdischen Staates bezweckt. Sie giebt dem Antisemitismus in der Behauptung recht, Arier und Semiten seien zwei Rassen, die nicht friedlich zusammen leben können. Ein Blatt dieser ein neues Zion erstrebenden Richtung, die Wiener „Selbstemanzipation" schrieb jüngst: *Der Rassenantisemitismus ist im Großen und Ganzen vollauf berechtigt.* Jede Nation und jede Rasse hat andere Sitten, Moralbegriffe und Ideale. Diesen Eigenheiten kann ein Volk nur ungestört nachleben, wenn es unter sich bleibt. Lebt es innerhalb eines anderen Volkes, so verhindert der Gegensatz ein harmonisches Zusammenleben, umsomehr, je größer er ist. Ganz besonders herrscht dieser Gegensatz zwischen Juden und Ariern. Je länger das Zusammenleben dauert, desto erbitterter wird der Kampf der nationalen Eigenheiten. Es liegt deshalb im Interesse des Judenthums, *sobald wie möglich aus den arischen Nationen auszuscheiden und einen eigenen Staat zu bilden*, in dem es national jüdisch leben kann. Dis ist die einzig radicale Lösung der Judenfrage, die nur vom nationalen Standpunkt erfolgen kann."

Die zionistische Bewegung wird natürlich von den Antisemiten mit Jubel begrüßt. Ihre kühnsten Wünsche werden hier von national-jüdischer Seite getheilt: Ausschluß der Juden aus dem arischen Völkerconzert. Daß diese Bewegung dem deutschen Judenthum empfindlich schaden wird, liegt auf der Hand. Sie stört den ruhigen Fortgang der Anpassung an das deutsche Leben und Streben, und ist über ihre Ziele von einer unbegreiflichen Unklarheit. Ein Staat, seine Sprache, Sitten und Anschauungen sind keine Kunstproducte, noch weniger, wenn dieser Staat ein nationales Gepräge tragen soll. Wir wüßten nicht, was *ein* jüdischer Deutscher mit einem jüdischen Franzosen anderes gemein haben soll, als seine Religion und die allerdings starke Erinnerung an gemeinsame Leiden. Aus diesem Grunde ist die zionistische Bewegung ebenso unklar, wie für unsere Abwehr-Bestrebungen hinderlich. *Der Rassen-Semitismus ist ebenso verderblich wie der Rassen-Antisemitismus.*

**Die „reellen Ausverkäufe" und das Stöckersche „Volk".** Zu den antisemitischen Blättern, welche stets gegen die Ausverkäufe, auch die „reellen Ausverkäufe" gedonnert haben, gehört mit in erster Linie das „*Volk*". Natürlich schließt das Verdammen dieser „die soliden Geschäfte ruinirenden" Ausverkäufe nicht aus, daß man sie — selbst empfiehlt, wenigstens in *Antisemitenblättern*, und so begegnen wir denn (schreibt das „B. Tgbl.") in dem „Volk", einem der Organe für den Schutz der „ehrlichen Arbeit", einem auffallenden und ziemlich umfangreichen Inserat mit der fetten Ueberschrift: „*Reeller Ausverkauf.*" Da werden Posamentier- und Strumpfwaaren „zu *Fabrikpreisen*" — was die Hetzblättchen nicht scharf genug verurtheilen können — angeboten. Was aber das Spaßhafteste bei der ganzen Angelegenheit ist: die Annonce macht am Schluß in sehr fettem Druck darauf aufmerksam, daß Hofprediger a. D. *Stöcker* dieses Ausverkaufs-Geschäft „allen Gesinnungsgenossen in Berlin und auswärts" empfiehlt. Der Inhaber des Geschäfts heißt *Aschenbrenner*. Diesen Namen führte bekanntlich auch der Protegé Stöckers, der vom *Portier* zum „*Redacteur*" des Leibblattes jenes Geistlichen aufgestiegen war und in dem berühmten Stöckerproceß eine Rolle spielte. Sollte der frühere Portier mit dem Veranstalter des „reellen Ausverkaufs" identisch sein und wieder einmal eine neue Carrière einschlagen wollen?

**Dresden.** In *Olbernhau* (Erzgebirge) wurde im vorigen Jahre ein antisemitischer Reformverein, unter Führung eines Kaufmanns R. und eines Uhrmachers M. begründet, obwohl gar *keine Juden* in Olbernhau lebten. Nach Vornahme der *Zählung* der Einwohner durch die Hauslisten stand im hiesigen Tageblatte die Zahl der Christen und *ein Israelit*. O, Schreck! Wer mag das sein? — Es war der Uhrmachergehilfe bei dem Präsidenten des Antisemitenvereins! — O Schrecken ohne Ende! —

## Sprechsaal.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Damit in Ihrem Blatte auch einmal der Humor zur Geltung kommt, sende ich Ihnen folgende Erklärung, die in Nr. 323 des Düsseldorfer „General-Anzeigers" gestanden hat:

### Erklärung.

In der Sonntags-Ausgabe der „Deutsch-nationalen Zeitung“ ist ein Verzeichniß enthalten, in dem 9 hiesige Metzger als Inhaber deutscher Geschäfte aufgeführt sind. Da hier am Platze über 200 nichtjüdische Metzger etabliert sind, so kann das oben angeführte Verzeichniß nur den Zweck haben, die 9 Metzger als Antisemiten zu declariren. Ich erkläre hiermit, daß mein Name ohne mein Wissen und Wollen in das Verzeichniß aufgenommen worden ist. Ich schließe mich durchaus keiner antisemitischen Tendenz an, sondern halte mich gar wie nach neutral. Es ist mir **jede Partei** in meinem Geschäfte willkommen, **denn in jeder Partei werden Schafsballen und Schafsköpfe gebraucht.** F. Varenkamp, Hammel-Schlächterei Markt.“

S.

## Briefkasten.

Die Mittheilung in dem Bericht des Vorstandes, daß vom Januar 1893 bis zum 1. November 14 794 Mk. eingekommen sind, ist vielfach mißverstanden worden. Sie giebt keinen Ueberblick über die gesammte Einnahme des Vereins in diesem Jahre. Erst am Schluß des Jahres, nach Abrechnung mit den verschiedenen Bureaus des Vereins, wird sich übersehen lassen, wie hoch die Einnahme und Ausgabe des Vereins in diesem Jahre ist.

**Dr. Sch.** in **G.** „Schriftsteller“ a. F. ist ein gefährlicher Hochstapler.

**L. H.** in **Berlin.** B., S. und P. sind Juden, K., so viel wir wissen, Katholik.

**L. P.** Der Artikel „Auch eine Judendebatte“ beruht auf Thatsachen.

**B. O.** in **Warschau.** Der französische Politiker **Raynal** lehnte die Ministerpräsidentschaft (nach der Frankf. Ztg. vom 1. d. M.) ab, mit der Begründung: er sei Jude und als Jude in den jetzigen Zeitläuften Angriffen ausgesetzt, die der französischen Regierung besser erspart blieben.

**Abonnent** in **Wesel.** Besten Dank für die Zusendung des Blattes. Es freut uns zu erfahren, daß die dort erscheinende katholische „Rheinisch-Westfälische Volkszeitung“ („Weseler Volkszeitung) gegen den Antisemitismus Front macht.

**Berichtigung.** In dem Schlußsatz des Artikels „Von der antisemitischen Geschichtskenntniß“ in Nr. 49 hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Es muß daselbst statt: gen Berlin heißen: passatim.

Seite 440, 2. Spalte 6.—7. Zeile von unten muß es heißen: Man scheint an der allerdings höchst unerquicklichen **Arbeit**, statt „Thatsache.“



## Die Juden und der Welthandel.

Von Wilhelm Kiesselbach.

(Fortsetzung.)

Es gewinnt demnach schon dadurch eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß die heutigen Israeliten in Europa von dem zu Alexandria wohnenden jüdischen Kaufmannsstamme herzuleiten sind. Dort entstanden die Mischna und Gemara, die Grundlagen des späteren Talmud, und zeitweilig soll die jüdische Bevölkerung jener Stadt bis auf 100,000 Seelen gestiegen sein. Erwägt man jedoch gar, welche Schicksale bald nach Jesu Geburt Palästina selbst heimsuchten, dann läßt sich kaum mehr an der Richtigkeit dieser Annahme zweifeln. Aeltere Schriftsteller — z. B. die große englische Weltgeschichte — geben freilich die Einwohnerzahl Judas während der Römerherrschaft auf 66,240,000 Köpfe an. Die ganze Länge des Berggrates und somit des Landes Palästina selbst mißt indessen in der Richtung von Norden nach Süden nicht mehr als 36 Meilen, während die Breite vom Meere bis an den Jordanfluß höchstens 10 Meilen beträgt. Will man nun auch die auf dieser Fläche von 360 Quadratmeilen hausende Menschenmenge mit dem für reine Ackerbauverhältnisse gewiß hochausgreifenden Satze von 5000 Seelen auf die Quadratmeile anschlagen, so muß wohl jene ungeheure Zahl auf die bescheidene Summe von 1,800,000 Menschen zusammenschmelzen; hatte doch das viel größere Aegypten zur Zeit der Ptolemäer nach Diodor's Angabe nicht mehr als sieben Millionen Einwohner. Nach den uns gelieferten Aufzeichnungen der Zeitgenossen sind aber während des siebenjährigen Kampfes der Römer gegen Palästina 1,500,000 Juden umgekommen. Die fünfmonatliche Belagerung von Jerusalem soll allein 1,100,000 Angehörigen der Nation das Leben gekostet haben, und außerdem schleppten die Sieger 97,000 Menschen in eine Gefangenschaft, in welcher sie so ziemlich alle zu Grunde gingen. Dürfen wir also mit Hinblick auf die anderweitigen Erfahrungen, welche die Geschichte uns darbietet, wohl voraussetzen, daß der armselige, in der Heimath etwa noch verbleibende Volksrest, dessen Städte zerstört, dessen Aecker verwüstet waren, alsdald seine Söhne nach allen Winden über den Erdball senden konnte? . . . . Die Auflösung des starren, abgeschlossenen jüdischen Ackerbauthums begann, wie gesagt, schon mit der Herrschaft des Königs Salomon. Seit jener Zeit giebt es, um es kurz auszudrücken, inländische und ausländische Juden. Letztere, in den phönicischen Welthandel hineingezogen, folgen auch in örtlicher Hinsicht ganz den Bedingungen dieses großen Verkehrs; während die in der Heimath Zurückgebliebenen, trotz aller von fremden Fürsten über sie verhängten Bedrückungen, an der Lebensweise der Väter festhalten. Blos die gemeinsame Sprache und die mosaische Religion bilden das beide Theile miteinander verknüpfende Band. Es läßt sich indessen nur ahnen, nicht eigentlich geschichtlich nachweisen, welche geistigen Rückwirkungen die in der Fremde weilenden Israeliten auf ihre Landsleute in Palästina ausüben mußten. Sie ihrerseits mochten draußen immermehr die alte strenge Absonderung abstreifen, d. h. als Kosmopoliten, wie sie waren, auch die Menschheit allmählich, unbekümmert um die vorhandenen Völkergliederung, als Einheit auffassen, und solche Anschauungen verbreiteten sich dann zeitweilig von ihnen aus wohl zu dem ehemaligen Vaterlande hinüber. Dort wenigstens gewahren wir den allmählich entstehenden Kampf zwischen den an dem früheren national-politischen Judenthume hangenden Pharisäern und Saducäern einerseits und der essenischen Schule andererseits, aus welcher letzteren endlich die von allem staatlichen Beisatze gelöste, neue religiöse Lehre von der allgemeinen Gotteskindschaft der Menschen hervorgeht. Dergestalt lassen sich vielleicht, wie wir oben angedeutet haben, schon im Betreff der Durchbildung des Evangeliums gewisse Beziehungen seines Inhaltes zu der gleichzeitigen Weltstellung der ausländischen Juden annehmen. Noch mehr aber wird dann die rasche Verbreitung des Christenthums durch die commerziellen Verbindungen und Ansiedlungen vermittelt, welche die Juden, wie einst die Phönicier, über den ganzen damals bekannten Erdkreis ausgespannt hatten. Denn lange vor Christi Geburt gab es bereits in den verschiedensten Städten des Abend- und Morgenlandes kaufmännische Gilden der Israeliten. Von Aegypten aus holten sie, sozusagen, mit der **einen** Hand in Afrika, Arabien, Persien, Indien und China die Spezereien, Baumwollen- und Seidenstoffe.

(Fortsetzung folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Haffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

**Nr. 51.** **Berlin, den 17. Dezember.** **3. Jahrg. 1893**

### „Die Schmach des Jahrtausends."

Kaiser Friedrich hat den Antisemitismus die „Schmach des Jahrhunderts" genannt, **Eugen Dühring** nennt das Christenthum

**„die Schmach des Jahrtausends."**

Dühring's Antisemitismus war immer mit einem Antichristenthum gepaart. Selten ist das Christenthum so angegriffen worden, wie durch Eugen Dühring. Er sagte in seiner Abhandlung „Die Parteien und die Judenfrage": „Das Christenthum hat überhaupt keine praktische Moral, die unzweideutig, brauchbar und gesund wäre. Mit dem semitischen Geist werden daher die Völker erst fertig werden, wenn sie auch diese zweite jenseitige Gestalt des Hebraismus, der ihre nationale Kindheit durch Unerfahrenheit anheimfiel, wieder aus ihrem besseren Geiste ausgeschieden haben."

Und an einer anderen Stelle:

„Vom Standpunkte des Christenthums, und wäre es auch nur von dessen Moral aus, heute gegen den Judenstamm auftreten, heißt, das Schädliche mit einem seiner eigenen Ausläufer, also wesentlich durch sich selbst unschädlich machen wollen."

„Diejenigen, welche an der christlichen Ueberlieferung festhalten wollen, sind nicht im Stande, sich mit Nachdrücklichkeit gegen das Judenthum zu wenden."

Und S. 32 der „Judenfrage":

„**Ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kann kein ernsthafter Antisemit sein.** Die nordischen Götter und der nordische Gott sind etwas, was einen Naturkern hat und was von keiner tausendjährigen Ablenkung aus der Welt geschafft wird. . . . Hier hat eine Phantasie gewaltet, die unvergleichlich über die jüdische Knechtsimagination erhaben war."

Und auch in seinem neuesten Werke „Die Größen der modernen Litteratur" ist der geradezu pathologische Haß dieses hervorragendes Mannes gegen das Christenthum in seiner alten Kraft lebendig. Die „Christuslehre" ist, wie er in der „Einleitung über alles Vormoderne" ausführt, entstanden „als zweideutiges Gegengift gegen die Schlechtigkeit" des Judenthums, dieser „üaelsten Abart des Asiatismus", und „durch weitere judäische Fortpflanzung" hat sich jenes Gegengift „noch mehr zum Schlimmeren verändert und überdies mit anderen asiatischen Zügen untermischt". Es „wucherte, sammt den Judäern, im antiken Leichnam gleich den „Würmern." „Auf die Schlechtigkeit der Welt" war die „**fugenlose und verderbliche Jesuslehre**" (!) gebaut, und so konnte sie nur dort Eingang finden, wo Völkerverdorbenheit annäherungsweise mit der entstandenen Judenschlechtigkeit sich vergleichen ließ."

Der in Berlin erscheinende „Antikrat", der von A. Enß herausgegeben wird, hat seit einiger Zeit eine bemerkenswerthe Schwenkung gemacht. Früher der begeistertste Anhänger Dühring's, ist er jetzt sein energischer Gegner geworden. Man lese nur folgende Briefkastennotiz in Nr. 12 des „Antikraten" (S. 8.):

„**H.**, **K.** und **W.** in **B.** Sie wollen hören, was „Jehovah von Zehlendorf"*) macht? Der hat diesen Ort verlassen und sich in Nowawes bei Potsdam einen eigenen Bau zugelegt. Er ist unermüdlich in der Staatseunuchen- und Strohmännerzucht. Die frommen Schäfchen schreien nach der Schur, er will sich ihres Fließes erbarmen. Mit dem westphälischen Bauernfang**) wollte es nicht recht gehen; denn nicht alle Bauern sind so dumm, wie der Herausgeber des Antikrat. Er schwefelte ihnen vor, daß er nicht gegen die Religion, sondern nur gegen den Pastoren-Antisemitismus wäre; die Bauern aber trauten dem Fuchse nicht, der das Christenthum „die Schmach des Jahrtausends" nennt, und bestellten das Pumpernickel-Blättchen ab. Jetzt will er sich auf den großstädtischen Gimpelfang verlegen. Ein hochmodernes, koscheres Salonblättchen ist in Sicht. Er wird es dictiren, Strohmänner werden es verantworten, und die Geschäfts-Dühringianer werden blechen. Wir begrüßen es mit Freuden, und wünschen viel Glück. Wir werden immer sagen, wo der Fuchs steckt: Hier predigt er den Hühnern „Vertrauen und Treue" — und dort rupft er sie. Der narrt uns nicht wieder, und entwischt uns auch nicht mehr. Früher haben wir Dühring gegen Marx-Engels gelobt, daß er nicht wie diese mit dem Volke Versteck gespielt habe; dies müssen wir jetzt Alles zurücknehmen. Wer hätte vor zwanzig Jahren daran gedacht, daß Dühring so tief sinken könnte?"

*) Dühring wohnte Jahre lang in Zehlendorf bei Berlin.

**) Gemeint ist das Dortmunder Blättchen, die „Westfälische Reform", welche, bevor sie von der Deutsch-sozialen Partei angekauft worden ist, Dühring in jeder Nummer verhimmelte. Der „Antikrat" behauptet, Dühring selber habe die langweiligen doktrinären Artikel dieses Blattes geschrieben.

## Aus dem Reichstage.

Bei der ersten Berathung der Stempelsteuervorlage in der Sitzung vom 7. d. Mts. wurden zwei Reden gehalten, die mehr oder weniger antisemitisch gefärbt waren. Bei Herrn Liebermann von Sonnenberg war das selbstverständlich. Was er als Agitator im Lande jahraus jahrein in Volksversammlungen zum Besten giebt, bringt er vor die Vertretung des deutsches Volkes und er kann sicher sein, daß auch seine fadesten Witzeleien bei seinen engeren Parteigenossen wie bei den conservativen Freunden mit Jubel aufgenommen werden. So geschah es auch dieses Mal. Mit den Ausführungen des Herrn von Liebermann uns des Näheren zu beschäftigen, haben wir keine Veranlassung, da sie irgend welche neuen sachlichen Momente nicht enthielten.

Bemerkenswerther dagegen war die Jungfernrede des Abg. Dr. Hahn. Nicht als ob man seine antisemitische Gesinnung nicht gekannt hätte. Ein Mann, der aus den Reihen des Vereins „deutscher" Studenten hervorgegangen ist und noch jetzt zu ihren begeisterten Anhängern zählt, ist eo ipso ein in der Wolle gefärbter Antisemit. Aber es mußte doch auffällig bemerkt werden, daß ein Hospitant der nationalliberalen Fraction, der noch dazu im Namen und Auftrage derselben das Wort führte, einen antisemitischen Ton anschlug, indem er z. B. von den an der Börse spielenden Leuten aus dem alten Testament sprach und zu einer Polemik gegen den Abg. Singer das Motto wählte: „Haust Du meinen Lieutenant, so haue ich Deinen Juden!"

Im Laufe der Discussion wurde Herr Hahn durch einen anderen nationalliberalen Redner in aller Form desavouirt. Abg. Dr. Osann sagte: Wenn aus einzelnen Bemerkungen des Herrn Hahn ein Anklang an Antisemitismus etwa herausgelesen werden könnte, so wolle man beachten, wenn ein Redner Namens der Partei spricht, daß doch nicht jede Aeußerung desselben Namens der Partei abgegeben wird, und namentlich der Anklang, den ich eben erwähnte, würde die Partei nicht gut heißen können, weil sie im Gegentheil die antisemitische Agitation als eine Verirrung betrachtet, geeignet, die Leidenschaften aufzuwühlen, ohne ihnen das Gegengewicht an die Seite zu stellen, der wirklichen Befriedigung der aufgehetzten und zur Ueberstürzung agitirten Männer. —

Auch leitende nationalliberale Organe sprechen es unverhohlen aus, daß die Fraction einen Mißgriff beging, wenn sie sich durch Hahn vertreten ließ, der, abgesehen von den antisemitischen Allüren, eine große Unreife des Urtheils über den Gegenstand der Berathung an den Tag legte.

Die Fraction zog hieraus aber nicht die weiteren Consequenzen. Herr Hahn darf nach wie vor bei ihr hospitiren. Es entspricht das freilich der sonstigen Praxis der Fraction, welche in ihre Mitte Männer, wie Hasse (Leipzig) und Bantleon (Ulm) aufgenommen, die ihre Wahl der Unterstützung von Antisemiten verdanken, ja sogar gewisse bindende Verpflichtungen gegenüber diesen ihren Mandataren eingegangen sind. Unseres Erachtens verträgt sich dieses Verhalten nicht mit dem liberalen Charakter der Partei.

---

Der antisemitische Abg. Dr. König hat nachstehenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem in Deutschland nicht geborenen und erzogenen Personen die dauernde und berufsmäßige Ausübung der Seelsorge, des Jugendunterrichts und der Erziehung untersagt wird."

---

## Von der antisemitischen Geschichtskenntniß.

### III.

Mit einem schrillen Mißtone waren wir genöthigt die Reihe unserer Citate zu unterbrechen. Wie arg mußte in der Wiege der Reformation die Reformirtenhetze grassirt haben, wenn sie unseren Gewährsmann noch beinahe zwei Jahrhunderte später zu so heftigen Anklagen gegen ihre Urheber und glaubenseifrigen Förderer erbittern konnte! Die Beweismittel bleibt er uns nicht schuldig, sondern liefert eine Fülle von amtlichem Material, aus dem sich leider zur Evidenz ergiebt, daß bei den wüsten Hetzereien — ganz so wie bei der von Sachsen ausgehenden antisemitischen Bewegung — von Glauben sehr wenig die Rede ist, dafür aber desto mehr von dem kein Mittel scheuenden offenen und verdeckten Eifer, sich die Concurrenz vom Leibe zu halten.*)

Den natürlichen Kriegsschauplatz für derlei Händel bildet die altehrwürdige Meß- und Handelsstadt Leipzig. Hier tobte in den Schreibstuben und auf den Hintertreppen allerhöchster Herrschaftshäuser der Kampf um den schnöden Mammon am heftigsten. Mit diesem und der blanken Waffe klingender Gründe wird er hier auch von den Gehetzten siegreich zu Ende geführt. Nach langem und langweiligem Verhandeln wird schließlich die Duldung andersgläubiger — Christen in Sachsen verhandelt in der schacherischesten Bedeutung des Wortes, wie es einer frommen Meß- und Handelsstadt zukommt**).

Ein vorzügliches Bild dieses hundertjährigen Krieges im Frieden verdanken wir einem größeren Werke des in voriger Nummer citirten Verfassers der Geschichte der Reformirten Gemeinde in Leipzig (Leipz. 1874 Verlag von Kirchhof und Wigand), dem wir folgende Auszüge entnehmen:

„Ein gemeinsamer Ansturm der Landstände, des Rathes und nun auch der Universität zu Leipzig gegen die der Glaubenseinheit drohende Gefahr wurde ins Werk gesetzt, allem Anschein nach auf gemeinsame Verabredung hin, denn Grundgedanken und ganze Sätze und Phrasen sind aus den ständischen Schriften in die der anderen Theilnehmer mit aufgenommen. Der specielle Fall der Leipziger Reformirten tritt mehr zurück gegen die Angemessenheit französischer Colonien überhaupt; vorwiegend gegen diese im allgemeinen richtet sich die Polemik. In den Vorstellungen des engeren und weiteren Ausschusses der Landstände vom 10. Januar 1702 (Beilage IX), der nun in schärferer Fassung, fast drohend hervortritt, des Rathes von Leipzig vom 14. Januar (nicht in den Raths-Acten und im Geh. Staats-Archiv vorhanden) und 16. Februar (Beilage X.), sowie der Universität vom 7. März (Beilage XI.) herrscht eine förmliche Theilung der Arbeit: erstere ergehen sich in weitläufiger staatsrechtlicher Deduction über die Verfassungswidrigkeit der Gestattung eines anderen als des lutherischen Cultus und behandeln die nationalökonomische Seite; der Rath von Leipzig faßt das angeblich städtische Interesse, die Nahrung der Bürgerschaft und die Gefährdung der Justizverhältnisse durch etwaige weitere Zersplitterung der Jurisdiction in Folge eines den französischen Reformirten etwa zu gewährenden eigenen Gerichtsstandes ins Auge; die Universität tritt für ihren Ruhm und ihre vermeintlich gefährdete Frequenz ein und gedenkt der ihr von Kurfürst Johann Georg I. im Jahr 1643 wegen ihres damaligen „liederlichen" Verhaltens nachdrücklich eingeschärften Pflicht.

Das nationalökonomische Interesse wird gleich Null dargestellt, da die wohlhabenden Reformirten schon anderwärts und zwar vorwiegend unter reformirten Landesobrigkeiten seßhaft geworden seien und keine Neigung haben dürften, ihre Domicile zu verlassen, die etwa übersiedelnden ärmeren aber nach abgesessenen Steuerfreijahren wohl wieder weiter wandern dürften. Auch sei nicht bekannt, daß den

---

*) Auch die Ausweisung der gefürchteten polnischen Juden aus Leipzig wurde geplant. Es wurde aber nichts daraus, da nach einem geheimen Bericht an die Regierung „die polnischen Juden en gros jeden Ladenhüter kaufen, welchen die sächsischen Kaufleute anderwärts nicht absetzen können", die Schonzeit wurde ihnen also für die Messen bewilligt. (Weber, Archiv f. D. Gesch. Bd. 8 S. 38.)

**) In der Toleranzauction wurde lutherischerseits auch „stetes Vorbitten bei Gott für des Königs langes Leben" geboten, Glocken aber an der katholischen Hofkirche in Dresden erlaubten getreue Stände erst 1807 — unter Napoleon — als sie nicht mehr gefragt wurden.

Ländern, wo man sie aufgenommen habe, ein besonderer Vortheil daraus erwachsen sei, vielmehr könne das Gegentheil mit Exempeln belegt werden. Den alten Einwohnern, die selber ihre Manufacturen nicht mehr fortkreiden könnten, nähmen sie die Nahrung fort, während gute Lutheraner gradezu in Folge der Aufnahme der Reformirten von der Uebersiedelung abgeschreckt werden würden. Großes Aergerniß und Verführung der jungen Leute und Studirenden müsse erwachsen, die Eltern in Sorge sein „ihre Kinder an einen solchen Ort zu versenden", der starke Besuch der Universität also sinken, ihr Ruhm leiden und auch die Einwohner in Folge dessen an Nahrung einbüßen. Die Studirenden könnten leicht ganz oder in einzelnen Lehrstücken verführt und nun Irrlehren im Lande verbreitet werden; die unausbleibliche Polemik aber müsse ja den Reformirten selber unbequem sein. Kurzum: zum Besten des Landes und eigentlich auch der Reformirten selbst würde es gereichen, wenn alles im alten Geleise bleibe; sie hätten es ja auch bisher ganz gut gehabt, ja — und das klingt in dem Munde von Männern, die selbst einen so hohen Werth auf ihre religiöse Ueberzeugung legen, fast wie Hohn — : „Es ist bishero denen Reformirten . . . . . unverwehret gewesen . . . . unsere Kirchen besuchen, die Predigten anhören, tauffen und trauen lassen (zu) dürffen, und ungeachtet sie auch ihre devotion in denen nahen Anhaltischen Landen und zu Halle haben, so ist doch deren Zahl so groß bey uns nicht angewachsen, daß sie eine sonderliche Gemeine machten." Deshalb wird denn, nach mehrfacher Citirung Kurfürst August I. „Christmildesten Andenkens", und zwar „aus Trieb christlichen Gewissens" „um Gottes Ehre willen" gebeten, die Reformirten abzuweisen; dann will auch die Universität diese hohe Gnade „durch stetes Vorbitten bey Gott" für des Königs langes Leben und Wohlergehen „hinwiederum zu verdienen euserst beflissen seyn."

---

## Leuß, der Geschäftsantisemit.

Gegen das hetzerische Treiben des antisemitischen Abgeordneten Leuß in seinem Wohnorte **Hannover** ist in der Generalversammlung des dortigen **nationalliberalen** Vereins vom 8. Dezember ein geharnischter Protest beschlossen worden. Herr Leuß hat es versucht, auch die communalen Verhältnisse in den Bereich seiner Agitation zu ziehen. In welchem Maße dabei sein Geschäftsgeist sich bethätigt hat, ersehen wir aus dem uns vorliegenden Berichte des „Hannov. Cour."

Der Vorsitzende, Herr Dr. Rhaidt, führte u. a. Folgendes aus:

Wie wohl Ihnen Allen bekannt geworden ist, wurde in voriger Woche, und zwar auffälligerweise gerade während der Anwesenheit des Kaisers in unserer Stadt, die Bürgerschaft in peinlichster Weise dadurch erregt, daß an den öffentlichen Placatsäulen und in einigen Tagesblättern Ankündigungen erschienen, nach welchen der bekannte antisemitische Agitator und Hetzredner Leuß am Sonnabend, den 2. d. M., einer allgemeinen Volksversammlung für ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. pro Person einen öffentlichen Vortrag über die Frage: „Soll Herr Tramm unser Stadtdirector bleiben?" halten wollte. Die bloße Thatsache einer derartigen, vor Herrn Leuß in Hannover, Gott sei Dank, unbekannten und jeder herrschenden Sitte hohnsprechenden Ankündigung rief in allen Kreisen der anständig denkenden Angehörigen unserer Stadtgemeinde einen derartigen Sturm der Entrüstung hervor, daß zahlreiche Bürger und Bewohner Hannovers, welche sich sonst von den Leußschen Versammlungen aus angeborenem Reinlichkeitsgefühl fernhalten, den Entschluß faßten, unter Opferung des geforderten Obolus für die Lebensfristung des Unternehmens jene Versammlung zu besuchen, um den gemeingefährlichen Agitator in ebenso sachlicher wie energischer Weise entgegenzutreten und, wenn irgend möglich — gestützt auf den ruhigen Bürgersinn der Hannoveraner — der von jenem Menschen plan- und anscheinend gewerbsmäßig betriebenen Aufreizung und Verhetzung der Bürgerschaft unter sich und gegen die Stadtverwaltung endlich ein Ziel zu setzen. So verwerflich an sich derartige, auf Erregung der niedrigsten Leidenschaften der Massen berechnete geschäftliche Unternehmungen, wie die Leußschen Versammlungen, sind, so war es doch mit Rücksicht darauf, daß jene Ankündigung einmal erfolgt, höchst bedauerlich, daß die Volksversammlung angeblich „wegen plötzlich eingetretener Hindernisse" nach einer Anzeige in der „Hannov. Post", dem Leibblatt und Organ des Agitators, auf Dinstag, den 5. d. Mts. verschoben wurde. Die in derartigen Fällen übliche Entschuldigung denjenigen gegenüber, welche in der Versammlung hatten erscheinen wollen und unverrichteter Sache abziehen mußten, ist meines Wissens nicht erfolgt. Ist schon dies als eine grobe Rücksichtslosigkeit der Bürgerschaft Hannovers gegenüber zu bezeichnen, so setzte doch Herr Leuß seiner bekannten Unverfrorenheit dadurch die Krone auf, daß er in derselben Nummer der „Hannov. Post", in welcher auf Dinstag, den 5. d. M. Abends 8 Uhr, ein Concert des „Süddeutschen Männersextetts" für den „Palmengarten" angezeigt war, seine neue Versammlung genau für dieselbe Zeit in demselben Local ankündigte. Die von mir persönlich bei Herrn Bornheber, dem Inhaber des Palmengartens, eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß Herr Leuß vor Ankündigung seiner neuen Versammlung mit Herrn B. dieserhalb überhaupt gar nicht einmal Rücksprache genommen hatte. Im Hinblick auf die Intimität des Unternehmers mit der „Hannov. Post" darf man wohl annehmen, daß ihm das Stattfinden jenes Concerts wahrscheinlich nicht unbekannt gewesen ist. Auf alle Fälle ist es unverantwortlich, daß er eine allgemeine Volksversammlung für ein bestimmtes Local und auf eine bestimmte Zeit ankündigt, ohne sich vorher dieses Lokals versichert zu haben. Charakteristisch für die Wahrheitsliebe des Herrn L. ist das von ihm veröffentlichte „Eingesandt" in Nr. 286 der „H. P." welches folgendermaßen lautet: „Allerhand Hindernisse, zum Theil solche von höchst eigener Natur, haben meine Absicht, in diesen Tagen über das Thema: „Soll Herr Tramm unser Stadtdirector bleiben?" zu reden, verhindert. Augenscheinlich waren Einflüsse von gegnerischer Seite im Spiele, als mir am Dinstag zwei mir zugesagte Locale im letzten Augenblick nicht zur Verfügung standen. Ich bedaure außerordentlich, unter diesen Umständen meine Absicht nicht haben zur Ausführung bringen zu können. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend. Leuß, M. d. R." — Da Herr Bornheber aufs bestimmteste erklärt, Herrn L. den Palmengarten für Dienstag nicht zugesagt zu haben, so müßte Herr L., wenn sein „Eingesandt" auf Wahrheit beruhen soll, zwei andere Locale für den 5. d. M. belegt haben und dies in unzweifelhafter Art beweisen müssen, wenn nicht der Vorwurf der bewußten Unwahrheit und verleumderischen Verdächtigung der Gegner, welche das Versagen der ihm angeblich versprochenen beiden Locale bewirkt haben sollen, auf dem Herrn Reichstagsabgeordneten hangen bleiben soll. Aber selbst, wenn der College und Gesinnungsgenosse des Herrn Ahlwardt eine Art von Nachweis für das Miethen zweier anderer Locale erbringen könnte, was ich, nebenbei gesagt, nicht glaube, so bleibt es doch immer räthselhaft, weswegen er die Versammlung für den zweifellos zum Dienstag nicht von ihm belegten Palmengarten ankündigte. Oder sollte er vielleicht voll Muth und Kriegslist die bösen Nationalliberalen und anderen Bürger nach dem Palmengarten haben locken wollen, um seinen ominösen Vortrag ohne Widerspruch an anderer Stelle vor wenigen Intimen in aller Ruhe halten zu können? Ja, meine Herren, die Sache hat eine lächerliche, aber auch eine sehr ernsthafte Seite. Wohin soll es führen, wenn Leute vom Charakter und der Gesinnung des Herrn Leuß in solch' wahrhaft frivaler Weise auch in Zukunft Erregung, Haß und Zwietracht in die Kreise der Bürgerschaft hineinzutragen suchen? Wollen wir Bürger und sonstigen Einwohner Hannovers ein solches hetzerisches Treiben noch länger dulden? Soll noch fernerhin der gute Ruf unserer Stadt durch Leute, wie Leuß, gefährdet werden? Nein, und abermals nein! meine Herrn. Meines Erachtens müßten die anständig und ruhig denkenden Mitglieder aller politischen und sonstigen Parteien einem solchen Gebahren aufs energischste entgegentreten und dasselbe für die Zukunft unmöglich zu machen suchen. Die von Herrn Leuß in unverfrorenster Weise zur Behandlung in einer Volksversammlung proclamirte Frage: „Soll Herr Tramm unser Stadtdirector bleiben?" ist nach Fassung und Inhalt geradezu albern. Soll etwa Herr Leuß oder die Volksversammlung durch Abstimmung darüber entscheiden, ob unser Stadtdirector verabschiedet werden soll? Die Sache ist denn doch gar zu unsinnig, entspricht aber ganz der schon früher von Herrn L. geübten Methode, durch marktschreierische und aufreizende Themata möglichst viele Nickelstücke aus der Tasche derselben in seine Kriegskasse zu befördern. Das Geschäft ist auch gar nicht so schlecht. Hat er auch nur 1000 Zuhörer, die je 30 Pf. bezahlen, so bringt ihm dies 300 Mk. ein, wovon ihm nach Abzug aller Kosten mindestens 150 Mk. als Reingewinn verbleiben. Da er dies Geschäft anscheinend gewerbsmäßig betreibt, so dürfte ihm dasselbe einen ganz netten Nutzen abwerfen. Verkündet doch die „H. P.", daß Herr L. im Laufe des Winters in ca. 25 Orten der Provinz Vorträge halten werde. Es stehen also den Bewohnern dieser Städte noch seltsame Genüsse in Aussicht, wenn sie nicht erfolgreich gegen die Lieferung derselben protestiren sollten. Jedenfalls werden die Vorträge Herrn Leuß aber genug einbringen, um sein Leben für diesen Winter zu fristen. . .

In der weiteren Debatte wurde insbesondere die Beschuldigung des Herrn Leuß, es herrsche in der Stadtverwaltung ein allgemeines Protectionswesen und der Magistrat verfahre parteiisch bei der Vergebung städtischer Lieferungen und Arbeiten, mit Entrüstung zurückgewiesen. Herr Bürgervorsteher Fraatz erklärte, wenn Leuß nicht Beweise für

seine Behauptungen beibringe, sei er ein **elender Verleumder**.

Herr Schöler gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Bürgerschaft Hannovers Leuß nicht schon längst in die Schranken gewiesen habe; allerdings sei es kein Vergnügen, zu Leuß in die Versammlung zu gehen; man müsse aber über die Lokalfragen hinausgehen. **Leuß nehme zu seinen Vorträgen Alles, was ihm Gewinn bringe.** Alle müßten den entschiedenen Entschluß fassen, Leuß das Pflaster Hannovers recht heiß zu machen. Der Antisemitismus sei eine unanständige Bewegung.

## Ethischer Antisemitismus.

Wir lesen im Stöcker'schen „Volk" vom 8. d. M.:

Der Abgeordnete Liebknecht hat neulich im Reichstage die Ueberflüssigkeit der Judenfrage bei uns damit begründet, daß es in anderen Culturländern, wie in England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, eine Judenfrage nicht gebe. Da möchte ich die Leser dieser Zeitung an einen Ausspruch Stöcker's, der ja leider jetzt keine Ordnung in den Wirrwarr der Reichstagsdebatte bringen konnte, erinnern. Er sagte: „Wenn London einen so großen Prozentsatz von Juden hätte, wie Berlin, dann hätte es auch eine Judenfrage." Dann aber wollen wir doch ja nicht vergessen, daß die Engländer mit ihrem Schachergeiste den Juden viel näher stehen, wie wir. Die Juden müssen es dort also schon ziemlich arg treiben, wenn man auf sie aufmerksam werden soll. In Amerika steht es ähnlich. Mein Bruder, der ununterbrochen neun Jahre hindurch in den verschiedensten Staaten Nordamerikas als Geistlicher thätig gewesen ist, also die Verhältnisse dort wohl einigermaßen kennt, antwortete mir auf meine Frage, wie es dort mit dem Antisemitismus stehe: „Die Amerikaner kennen den Antisemitismus nicht, sie sind selber Juden." Ich meine: Je mehr man selbst innerlich Jude ist, desto weniger versteht man den christlich-sozialen Antisemitismus, wie ihn Stöcker vertritt. Die Juden kann zwar niemand recht leiden, aber den jüdischen Geist wagen so wenige offen zu bekämpfen. Und viele Judengegner richten darum nichts aus, weil sie, wie die reinen Antisemiten, nur die geborenen Juden bekämpfen und nicht die zu Juden gewordenen Deutschen. So lange die Judengenossen ungeschoren bleiben, regieren durch sie die Juden.

Massow. R. Schmidt, Pastor.

Wenn man vorstehende Kundgebung genau prüft, erkennt man zwei Grundgedanken heraus: Alles was schlecht, elend, niedrig und gemein ist, ist jüdisch und alles, was gut, edel, und hochgesinnt ist, trägt den Namen deutsch.

Pastor Schmidt sagt:

Die Engländern schachern —, folglich stehen sie dem Judengeiste nahe.

Die Amerikaner sind selbst Juden.

Der Deutsche, der schlecht geworden ist, ist ein Jude.

Pastor v. Bodelschwingh sagte auch einmal (s. Mittheilgn. 1892 S. 370), unter „Semitismus" verstehe er alles, was „unter Wegwerfung jeglichen Glaubens und jeglicher Moral auf dem Boden des nackten Materialismus stehend, die Emanzipation des Fleisches predigt alles beschmutzt, was einem Christen — ja was jedem edlen Menschen heilig sein muß!"

Wir stehen hier vor einer merkwürdigen Spielart des Antisemitismus, vor einem ethischen Antisemitismus. Alles was ethisch verwerflich ist, wird schlechtweg „jüdisch" oder semitisch genannt. Auch Dr. Lange von der „Tgl. Rdsch." pflegt diese Art des Antisemitismus. Nur schade, daß diese Abart in ihrer kindlichen Anschauung vor dem Forum der Logik nicht besteht. Seit wann heißt „jüdisch" auf deutsch übersetzt „schlecht", seit wann setzt man für „deutsch" das Wort „gut" oder „edel". Weder die Anschauung des Volkes, noch der Sprachgebrauch heißen beide Uebersetzungen gut. Angesichts dieses sich so plump gebärdenden Nationalismus, der jeden Juden für einen elenden Ausbeuter, jeden Deutschen für einen guten Menschen ansieht, versteht man, wie der katholische Bischof von Mainz Freih. von Ketteler zu dem allerdings übertriebenen Ausspruche kommen konnte (Freiheit, Autorität in Kirche. Mainz 1862. S. 122):

„Andere scheuen sich nicht, überhaupt alles „germanisch" zu nennen, was ihnen als Mittel zu ihrem Zwecke dient. Wo sie einen Verein gründen, wo sie ein Unternehmen beschützen, selbst bis zu unseren Turn- und Gesangvereinen herab, nehmen sie keinen Anstand, das alles als urgermanische Kundgebungen zu bezeichnen. In ihren Händen ist dieses Wort ein Mittel der Verführung unserer Jünglinge, die dann glauben, durch solche Spielereien ihren großen Voreltern ähnlich zu sein. Den Begriff zu dieser Wortbestimmung nehmen diese Menschen nicht vom Deutschen Volke, sondern aus ihrem eigenen, oft sehr armseligen Bewußtsein. Sie selbst sind die Urtypen dieses Germanismus."

Gewiß, dann ist es furchtbar leicht, auf die Juden loszuschlagen, wenn man jedwede Ausbeutung mit dem Namen „jüdisch" belegt. Als ob die Ausbeutung nicht die gleiche wäre, selbst wenn es gar keine Juden mehr gäbe! Aber auch in diesem Falle würden die Herren Schmidt, v. Bodelschwingh und Dr. Lange einen Ausweg wissen. Selbst wenn sie den letzten Juden verbrannt hätten, und es existire irgendwo in der lieben weiten Welt ein Ausbeuter, ein schlechter Mensch, was würden die Herren dann sagen? Pastor Schmidt würde behaupten, er sei „jüdischen" Sinnes, Pastor v. Bodelschwingh, er sei „semitisch" gesinnt, Karl Paasch röche im 10ten Gliede jüdisches Blut u. s. f. Angesichts dieser Capriolen antisemitischer Logik, welche unserm deutschen Volke nur schmeicheln will, indem sie den Juden alle Schlechtigkeiten aufpackt, muß man Lessing Recht geben. Dieser „Patriotismus" ist keine „heroische Schwachheit" mehr, sondern eine Unredlichkeit gegen das deutsche Volk, ein Herabzerren eines heiligen Gefühls in den gemeinen Staub der Gasse, eine Ungerechtigkeit, die durch und durch undeutsch ist. Geibel singt so schön: „Und am deutschen Wesen soll noch mal die Welt genesen!" aber, möchten wir mit Kant sagen: „Eher soll die Menschheit aufhören zu existiren, bevor die Gerechtigkeit untergeht!"

## Zur Abwehr.

**Die Berliner Kirchenwahlen und der Antisemitismus.** Im „Berliner Sonntagsboten" (10. Dezember) schreibt Prediger Stage:

Im Oktober des nächsten Jahres finden die Erneuerungswahlen für die kirchlichen Gemeindekörperschaften — Gemeindekirchenräthe und Gemeindevertretungen — statt. Man hat bisher noch nicht gehört, daß eine der beiden in Betracht kommenden Parteien, die kirchlich-liberale oder die positive, sich mit den Vorbereitungen für diese Wahlen beschäftigt hätte. Dagegen kommt aus dem Lager der Antisemiten eine Nachricht, die für unsere gegenwärtigen Zustände recht bezeichnend ist. Wir geben diese Nachricht aus einem hiesigen streng positiven Blatte wörtlich wieder:

„— Ueber die Kirchenwahlen verhandelten die Antisemiten in einem ihrer hiesigen Bürgervereine. Zugegeben müsse ja allerdings werden, daß einmal ein Wähler positiv wählt, dem es weniger darum zu thun ist, daß positiver Glaube herrscht, sondern dem es hauptsächlich darauf ankommt: den Einfluß des Judenthums aus der evangelischen Kirche zurückzudrängen. Ein Antisemit, der ein guter Deutscher sein wolle — und dies müsse ein jeder — müsse auch ein guter Christ (!) sein, also positiv wählen, weil Deutschthum und Christenthum aufs innigste miteinander zusammenhängen. Zumal gelte es, bei den Kirchenwahlen den Liberalismus zu fassen, dem man bei Reichstags-, Landtags- oder Stadtverordnetenwahlen schlecht beizukommen vermöge. Die Antisemiten sollten also bei den nächsten Kirchenwahlen früh an die Arbeit gehen, recht rege in die Agitation eintreten und dahin wirken, daß der Liberalismus und das Judenthum aus der Kirche zurückgedrängt werden. — Hier sind also die Kirchenwahlen nur Mittel zum Zwecke der antisemitischen Agitation."

Das allerdings fehlte unserm Berliner kirchlichen Leben grade noch, daß es zu einem Tummelplatz für die Vertreter der Judenhetze gemacht würde. Es ist in dieser Beziehung

schon früher weit genug gekommen. Daß „positive" Führer den Sieg der Liberalen mit den Worten verkündigten: „Die Juden haben gesiegt", das ist ja allbekannt. Bisher glaubte man jedoch, daß solche Leute wirklich kirchlich-orthodox gesinnt wären, und daß die Neigung zur Judenhetze nur gelegentlich sich Durchbruch verschaffte. Jetzt jedoch sieht man klar — und sogar das oben angeführte Blatt, das sonst sehr gerne mit dem Antisemitismus liebäugelt, scheint das zu merken: — es kommt diesen Herren nur darauf an, für den Antisemitismus einen Erfolg herauszuschlagen und die evangelische Kirche ist als Mittel zu diesem Zwecke gerade gut genug. So werden wir uns denn darauf richten müssen, die Antisemiten mit ihren sattsam bekannten Kampfesmitteln in den kirchlichen Streit ausziehen zu sehen. Schon früher fabelte man gern von enormen Summen, die die Liberalen für kirchliche Wahlzwecke ausgäben — jetzt wird die schöne Entdeckung hinzukommen, daß dieses Geld von Juden stammt. Jeder liberale Redner in der Wahlbewegung wird sich das Honorar müssen nachrechnen lassen, das er für seinen Vortrag von den Juden bezieht — denn warum sollten die Herren solchen Redner besser behandeln als z. B. Herrn v. Gneist? Und bei wie vielen freigesinnten Geistlichen gar eine jüdische Abstammung entdeckt werden wird, das wagen wir heute noch gar nicht abzuschätzen. Den Positiven möchte aber doch vielleicht bei dieser Gesellschaft etwas bange werden, deren bedeutendste Führer und consequenteste Anhänger das Christenthum hassen als eine jüdische Erfindung.

**Schneidemühl,** 14. Dezember. Eine größere Anzahl hiesiger angesehener Personen, darunter die Herren Landgerichtspräsident Lindner, Landgerichtsdirector Pensky, Landgerichtsrath Baumm, die Professoren Baumm und Nieländer, Töchterschuldirector Ernst sowie die beiden Bürgermeister Wolff und Redwig, veröffentlichen in den hiesigen Blättern Folgendes: „Sämmtliche Einwohner unserer Stadt ohne Unterschied der Confession und des Standes ersuchen wir hierdurch, sich von den **antisemitischen Bestrebungen** fern zu halten, welche in den letzten Wochen sich in unserer Stadt geltend gemacht und welche sogar zur Bildung eines antisemitischen Vereins hierselbst geführt haben. Diese, namentlich von auswärtigen, unberufenen Leuten, erzeugten Agitationen stören den religiösen Frieden, untergraben die Eintracht und tragen somit am allerwenigsten dazu bei, das Gedeihen unserer in letzter Zeit schon schwer genug heimgesuchten Stadt zu fördern. Möge daher ein Jeder dazu beitragen, daß wie bisher, so auch ferner der religiöse Friede in unserer Stadt erhalten bleibe."

**Noch einmal Emin Pascha.** Auch die rassenantisemitische „Tgl. Rdsch." kann nicht umhin, dem Juden Dr. Schnitzer alias Emin Pascha, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In der Nummer vom 13. d. M. schreibt Eduard Liebert, der Emin Pascha in Ostafrika kennen gelernt hatte:

„Ich habe den persönlichen Verkehr mit dem interessanten und liebenswürdigen Manne gesucht, wo immer sich mir Gelegenheit dazu bot, und ich schließe mich der Beurtheilung, die ihm Stuhlmann zu Theil werden läßt, durchaus an: Ein deutscher Gelehrter vom Scheitel bis zur Sohle, ein menschlich-edler Charakter und ein Kämpfer für die deutschnationale Sache, wenn es ihm auch nur vergönnt war, die letzten drei Jahre seines Lebens unter schwarz-weiß-rother Flagge zu wirken. Sein plötzlicher Tod hat mich schmerzlich berührt, ich beklage tief das tragische Geschick, das ihn fern von jedem Europäer, mitten in dem afrikanischen Urwald ereilt hat. Dennoch erscheint mir sein Loos beneidenswerth. Von einer großen nationalen Idee erfüllt, für die er sein ganzes Ich einzusetzen entschlossen war, hat er sich durch keine Hindernisse, nicht durch das schwerste körperliche Leiden zurückhalten lassen. Im rücksichtslosen, hartnäckigen Verfolgen dieser Idee hat er den Tod gefunden, dem er in seiner philosophischen Ruhe schon früher oft genug entgegengetreten war. Wie wenig Sterblichen wird ein solcher Abschluß ihrer Laufbahn mitten im vollen Kampfe um ein hohes Ziel zu Theil! Ist ein solches Ende nicht dem Strohtod im heimischen Bette vorzuziehen? Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem!"

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Die „Kreuzzeitung"** hat bei ihrer Manie, für alle Schlechtigkeiten den **Juden** als Sündenbock hinzustellen, die Entdeckung gemacht, daß auch hinter der vom antisemitischen Abg. Werner im Reichstage eingebrachten, (mittlerweile erledigten, Anregung wegen der Verlängerung der Geschäftszeit am 24. und 31. Dezember d. J. der Jude stecke. Das Junkerblatt schreibt:

Thatsächlich verlangt dieser Antrag nur das, was die **gesammte Judenpresse,** seit es eine gesetzliche Sonntagsruhe im Reiche giebt, unaufhörlich anstrebt Wiederbeseitigung dieses Standes der Dinge, was man aber wohlweislich nicht auf einmal, sondern allmählich, Schritt vor Schritt zu erreichen trachtet, d. h. gerade auf dem Wege der ausnahmsweisen Bewilligungen, den ja auch der Antrag Werner betritt. Wenn irgend wo, so heißt es deshalb hier: principiis obsta.

Daß es Geschäftsleute geben mag, die die Aufeinanderfolge mehrerer Feiertage, wie sie in diesem Jahre stattfindet, in ihrem Erwerbe schädigt, wollen wir nicht leugnen, und ihre Noth läßt uns **auch** nicht kalt. Wir glauben aber nicht, daß es ihnen den mindesten Nutzen bringen würde, wenn sie am Weihnachts- oder Neujahrsabend bis 10 Uhr offen halten dürften. Davon haben höchstens die **jüdischen Ramsch-Bazare** einigen Gewinn, die deshalb auch sicherlich die eigentlichen **Urheber** der von dem Abgeordneten Werner vertretenen „Bewegung" sind, wenn Letzterer auch nicht geneigt sein wird, das zuzugeben. Als richtiger Antisemit müßte er aber wissen, daß hinter allem, was sich gegen in Sonderheit christliche Einrichtungen kehrt, **stets die Juden stecken,** die es sehr gut verstehen, das vermeintliche Interesse der Christen für sich selber auszunutzen.

Blinder Eifer schadet nur. Nicht nur ist die Interpellation Werner auch von einigen Mitgliedern der **deutschconservativen** Fraction des Reichstages mitunterzeichnet, sondern es spricht auch der **„Reichsbote"** die Hoffnung aus, daß die preußische Regierung die Offenhaltung an den beiden Sonntagabenden vor Weihnachten und Neujahr von 7—10 Uhr verfügen werde. „Es wäre zu bedauern, wenn sie es nicht thäte, würde das viel böses Blut machen, und dem Sonntagsgesetz nicht nützen, sondern schaden. Gerade in diesem Jahre, wo drei Festtage nebeneinander fallen, ist das Offenhalten von 7—10 Uhr besonders gerechtfertigt."

Die „Kreuzztg." hat also in aller Geschwindigkeit christlich-germanisch-conservative Abgeordnete zu **Judengenossen** und den conservativ-orthodox-antisemitischen „Reichsboten" zum **Judenblatt** gestempelt.

Die „Kreuzztg." betrachtet eben — was sie den „reinen" Antisemiten vorzuwerfen pflegt — Alles durch das Guckloch des Antisemitismus; ihr Gebahren ist eines ernsten politischen Blattes geradezu unwürdig.

**Der Redacteur der antisemitischen Leipziger „Neuen deutschen Zeitung",** A. Schraat war zu 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Da „Dr." Erwin Bauer, der Besitzer der Zeitung sie nicht zahlte, mußte der unvermögende Mann ins Gefängniß wandern. Die **„Staatsb.-Ztg."** verdreht diese Angelegenheit, um zu beweisen, daß „die Antisemiten" keine Mittel haben, um eine solche Summe zu bezahlen. Nun, die „Staatsb.-Ztg." schreibt wider besseres Wissen. Sie hat Herrn Dr. Wesendonck's Anti-Corruption vor sich und unterschlägt folgenden Satz darin: „Herr Schraat ist in zweifacher Hinsicht das Opfer der Bauer'schen Finanzwirthschaft geworden und dadurch in eine *falsche* Lage gerathen, daß er anderweitige Hilfe in Anspruch nehmen muß, wenn er seine Familie nicht verhungern lassen will." Nicht die Antisemiten und ihre Armuth, sondern Herrn Erwin Bauer's unergründliche Taschen sind schuld, daß Herr Schraat für seinen Chef brummen muß!

**Die gegen die Wahl** des zum **Rector** der höheren Mädchenschule in **Kattowitz** gewählten Lehrers **jüdischer** Confession, Dr. **Fischer** bei der Regierung eingereichte **Petition** (s. Nr. 44 der „Mitth.") hat, wie jetzt gemeldet wird, den Erfolg gehabt, daß der Wahl die Bestätigung **versagt** worden ist

**Ueber den Charakter des bairischen Antisemitismus** unterrichtet uns die nachfolgende Stilprobe aus dem Münchener „Deutschen Volksblatt", dem Centralorgan der bayerischen Antisemiten:

„Was Wunder, wenn wir Baiern uns mehr und mehr auf uns selbst zurückziehen, nachdem wir sehen, daß man im Norden halb freiwillig, halb gezwungen im Kielwasser des schwarz-weiß-roth angestrichenen preußischen Staatsschiffes segelt, das von Junkern, Generälen und Juden gelenkt wird und „voll Dampf" in den Hafen des Absolutismus und Militarismus steuert. Für den preußischen Einheitsstaat, für das Kleindeutschland unter der Pickelhaube und dem Korporalstock haben wir nun einmal keinen Sinn, mag man uns deshalb Partikularisten nennen oder nicht. Man hat dort aber auch für unser Deutschthum kein Verständniß, und doch ist es unendlich idealer als das Neudeutschland unter preußischer Zuchtruthe. Freilich, großdeutsche Ideen hat man in Berlin noch niemals gehabt, das vertrüge sich ja auch nimmermehr mit dem spezifischen Preußenthum. Wir aber wollen ein großes, freies Germanenreich, in dem alle deutschen Stämme auf föderativer Grundlage vereinigt sind, ein Reich, in dem auch Platz ist für unsere wackern deutschen Brüder in Oesterreich, ein Reich ohne Juden, aber auch ohne Militarismus, Junker und Culturkampf. Unser Deutschland kann kein Eldorado sein für Schlotbarone und Kohlenfürsten, kein großer Zwinger für weiße Sklaven im Dienste der Ausbeutung."

**Zum Rassenantisemitismus** giebt das „Berliner Tageblt." vom 11. d. M. einen hübschen Beitrag. In Schneidemühl hat Herr v Mosch, der ewige Prologschreiber der Antisemiten, einen antisemitischen Verein gegründet. Der ersten Versammlung wohnte auch der Herr Z., ein junger Mann von ca. 17 Jahren, jüdischer Confession, bei. Er wurde erkannt und an die Luft gesetzt. Am nächsten Tage erhielt nun dieser Herr von dem Restaurateur B. in Sch., dem Vorsitzenden des neu gegründeten Vereins, einen Brief, der nach der Angabe des Herrn Z. wie folgt lautet:

Geehrter Herr Gesinnungsgenosse!

Mit tiefem Bedauern erfahren wir, daß Sie gestern, weil von jüdischen Eltern geboren, aus dem Saale entfernt wurden. Denjenigen, die ihre Hand dazu geboten, ist diese That um so mehr leid, als dieselben später erfuhren, daß Sie, geehrter Herr, schon Ihrem Herrn Vater erklärt haben sollen, daß Sie Antisemit und sich später taufen lassen wollen. Im Namen der gesammten Antisemiten Sch's., insbesondere des neu gegründeten Vereins, bitten wir Sie, den Irrthum zu entschuldigen.

J. A.: Otto B.,
Vorsitzender des Antisemiten-Vereins.

Ein merkwürdiger Rassenantisemitismus, welcher einen Juden zum Genossen will, der noch ungetauft ist.

**Antisemitische Lügner.** Die Deborah-Lüge kommt nicht zur Ruhe. Die in Amerika erscheinende Zeitschrift „Deborah" soll einen blasphemischen Artikel gegen das Weihnachtsfest gebracht haben, der wie folgt lautet:

„Es ist ein Masel (Glück), daß der Talef (Gekreuzigte) in die Welt gekommen ist. Die alte Sage, daß der Talef aan den Juden kommt, hat heute nach ihre Giltigkeit. Aber kehren wir die Ordnung der Dinge für den Augenblick um, und sagen wir, daß die Juden die größten Profite des ganzen Jahres aan dem Sohne der Maria zu verdanken haben. Manches schöne Mädchen wird glücklich gemacht werden durch orientalische Schmucksachen, wenn der Geburtstag des „Sanftmüthigen und Demüthigen", der unter Eseln und dergleichen geboren wurde, anbricht. Es ist übrigens weit besser, den Christtag zu haben, als die Pocken; und wenn sich die Jungfrau nur dazu verstanden hätte, uns noch einen Buben im Sommer zu schenken, so daß wir zwei Christtage hätten, so hätte ich ihr gerne unsere Chinesen überlassen."

Wiederholt (Mittheil. 1892 Nr. 7; 1893 Nr. 21 und unser Flugblatt Nr. 1: Beispiele für die Agitationsweise der Antisemiten) haben wir bewiesen, daß der Artikel erlogen ist. Die „Deborah" vom 21. Dezember 1890 antwortete selbst darauf mit den Worten:

„Die „Wacht", so heißt nämlich ein in Elberfeld, Deutschland, erscheinender Wisch, hat am 28. November nochmals die oft gebrandmarkte Lüge aufgewärmt, daß ein gewisser, das Weihnachtsfest verspottender Passus vor Jahren in der Deborah erschienen sei. Nochmals sei es gesagt, daß **nie** in der Deborah ein solcher Passus erschienen ist."

Und diese Lüge wiederholen wiederum der „Antisemitische Generalanzeiger" in Berlin, der deutsch-soziale Verein zu Schweidnitz in einem Inserat der „Schlesischen Zeitung" (vom 12. Dezember) und das „Westdeutsche Volksblatt" in Saarbrücken (vom 6 Dezember).

**Die antisemitische Rohheit** macht auch nicht vor dem Grabe Halt. In Stabe wurde, wie uns von befreundeter Seite mitgetheilt wird, ein angesehener israelitischer Bürger R. zu Grabe getragen. In die offenen Fenster des Trauerhauses klangen die Rufe der antisemitischen Jugend, beim Hinaustragen des Sarges lachte sie höhnisch und am Grabe mußte sich der Todtengräber mit der Grabschaufel der Zudringlichen erwehren. Die sogenannte gebildete Jugend, die Gymnasiasten zeigten sich am umgeschliffensten. Einer rieth zu pfeifen und ein paar andere riefen Hurrah. — Das ist die Sittlichkeit der antisemitischen Jugend, das die Veredlung des Deutschthums durch den Antisemitismus! —

**München,** 9. Dezember. Verschiedene antisemitische Geschäftsleute machten sich in letzter Zeit den Spaß, kleine gedruckte Zettel mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden" an den Straßenecken anzukleben. Ein Kaufmann Dirschel ging aber noch weiter und klebte solche Zettel aus Ulk, wie er sagte, gleich an die Läden israelischer Geschäftsleute. Das Schöffengericht erkannte gegen Dirschel, „wegen unbefugten Plakatirens" auf 20 Mk. Geldstrafe. Der Herr Amtsanwalt beantragte außerdem noch auf eine Haftstrafe wegen Aufreizung zum Klassenhaß, welchem Antrag das Gericht nicht stattgab.

**„Kauft nur bei Czechen",** rathen die böhmischen Zeitungen in langen Weihnachtsaufrufen (s. „Köln. Ztg." v. 9. d. M. Nr. 980) Tout comme chez nous! Alles wie bei uns. — Bei uns freilich ist die Parole: „Kauft nicht bei Juden" gegen die Juden. in Böhmen aber gegen die Deutschen und Juden gerichtet.

---

## Vermischtes.

**Zu der Notiz über die Zionisten** wird uns aus Culm a. W. geschrieben:

„Die Bemerkungen des ursprünglich in Berlin erschienenen, später nach Wien übergesiedelten jüdischen Blättchens „Selbst-Emancipation" dürfen Sie nicht so ernst nehmen. Die Idee, jüdische Colonien in Palästina zu gründen, rührt aus dem Jahre 1860 her, und zwar aus Thorn, aber sie fiel auf keinen fruchtbaren Boden. Erst der Nothstand der Juden in Rußland im Jahre 1882 hat sie wieder aufleben lassen, aber die zionistische „Partei" zählt in Deutschland eine ganz unerhebliche Zahl von Anhängern. Man hat nicht nöthig, ihr Beachtung zu schenken."

**Der verstorbene Fürst Alexander v. Battenberg,** so schreibt das „Isr. Gemeindebl." vom 31. Novbr. d. J., war ein edler Mann, der Tugend und Tüchtigkeit überall, wo er sie vorfand, gebührend ganz und voll freudig anerkannte Ihm galten Jude, Christ und Mahamedaner gleich viel, wenn nur Jeder seine Pflicht erfüllte. Unvergessen werden die Worten des Fürsten bleiben, die er im Jahre 1885 nach der Schlacht bei Pirot an die jüdischen Soldaten Bulgariens richtete: „Tapfere Israeliten, Ihr habt heute durch Euer heldenhaftes Betragen bewiesen, daß Ihr die echten Nachkommen der Makkabäer seid. Möge es Gottes Wille sein, Euch auch in den friedlichen Aemtern auszuzeichnen, zum Heile Bulgariens."

**Von den antisemitischen Kneipen in Berlin** schreibt der „Vorwärts“ am 7. Dez. d. J.:

„Zu einer öffentlichen Kalamität gestalten sich allmählich die sog. Antisemitenkneipen. In den meisten dieser Lokale ist ein Mann, der sich irgendwie das Mißfallen des Wirthes oder der Stammgäste zuzieht, kaum seines Lebens sicher. Das rüpelhafteste Gesindel, das im christlich-germanischen Berlin von der Sonne beschienen wird, treibt sich hier umher und wehe demjenigen, der es wagt, der sauberen Gesellschaft vor die bier- und schnapsseligen Augen zu treten. An einem Abend der vorigen Woche kam ein armer Handelsmann, dessen Aeußeres nebenbei bemerkt auch nicht im entferntesten auf jüdische Abstammung hindeutete, in ein bekanntes Lokal der Friedrichstadt, verzehrte sein Glas Bier und bat den Wirth dann um die Erlaubniß, Kalender feilbieten zu dürfen. Statt eine Antwort zu geben, trat der Wirth mit den Worten „da ist wieder so ein Jude“ auf eine Gruppe seiner Gäste zu und gab somit das Signal zu einem ebenso rohen wie feigen Ueberfall. Der Arme, der vom Charakter des Lokals keine Ahnung gehabt hatte, wurde von etwa zehn Menschen an die Wand gedrängt, geprügelt und dann aus der Thür hinausgeworfen. Eine zerschundene Hand war, abgesehen von den ruinirten Kleidungsstücken, das Resultat des Verkehrs bei diesem Wirthe wundermild. Möge sich jeder anständige Mann, gleichwie er sich vor dem Betreten von Diebesspelunken hütet, auch vor dem Besuch der antisemitischen Raufkneipen in Acht nehmen.“

Am nächsten Tage veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Erklärung des Inhabers jener Kneipe, des von uns schon oft gekennzeichneten Herrn Emil Badek, die dahin gipfelte, daß in seinen Räumlichkeiten Rüpeleien, wie die geschilderten noch nie vorgekommen seien und auch hinfort nicht mehr vorkommen würden. Der „Vorwärts“ fügt dieser Erklärung hinzu:

„Der rüde Ton, der in diversen Lokalitäten antisemitischer Couleur gang und gäbe sein muß, wird übrigens zur Genüge illustrirt durch die Plakate, die in einer „renommirten“ Kneipe dieser Art angeschlagen sind. Es heißt da:

1. Es wird gebeten, die Kopfbedeckung im Lokal abzunehmen.
2. Das Rufen „Hut ab“ ist nicht gestattet.
3. Es wird gebeten, das übermäßige Lärmen, Pfeifen, auf die Tische hämmern ꝛc. zu unterlassen, da das Abhalten von Concerten nur unter dieser Bedingung erlaubt ist.

Wir bemerken noch, daß dieses Lokal keine beschränkte Polizeistunde hat.“

Und in diesen Lokalen feiert unsere studentische Jugend ihre nationale Wiedergeburt und Befreiung vom „Judensache“!

**Vor fünfzig Jahren.** Das fünfzigjährige Jubiläum ihrer Existenz feiert die „Allg. Ztg. des Judenthums“ beim Beginn des neuen Jahres. In ihrer letzten Nr. vom 1. Dezember druckt sie folgende Aeußerung ihres Begründers Dr. Philippson aus der ersten Nummer des Jahres 1844 ab:

„Verbergen wir es uns nicht, wir Juden haben durchaus nicht die Wichtigkeit, die man uns beilegt, die man uns aufnöthigt und die wir am meisten zu verwünschen haben. In der großen Völkerfamilie, in der zahlreichen Sektenversammlung Europas sind wir nur ein kleines Häuflein, das emanzipirt oder nicht emanzipirt ohne Weiteres mitlauft und mitzieht. Jedesmal daher, wenn eine große welthistorische Bewegung auf dem Theater Europas stattfindet, wenn es der Entscheidung großer Fragen der Gesellschaft gilt, wenn die Sozietät mit ihrer gründlichen Umwandlung und Verbesserung beschäftigt ist und deshalb in wahrhafte Kämpfe und Discussionen geräth, dann vergißt man den Juden, thut das dringende Bedürfniß in Betreff ihrer kurz und bündig ab (man denke an 1812) und ist mit ihnen fertig.

Wenn aber die Zustände faul und kraftlos geworden, wenn die Nerven abgespannt, der Geist müde geworden, die Welt aber umjomehr einen Popanz und eine Puppe haben will, um im Ennui nicht ganz unterzugehen — dann holt man die Juden hervor, haut, sticht und fährt auf sie los, hantirt mit ihnen nach allen Seiten herum: daß sie dabei am schlechtesten fahren (eben wie eine Puppe in Kinderhänden), darum kann man Burge sein.“

Diese Bemerkung ist ebenso geistreich wie treffend. Sie paßt durchaus auf die Gegenwart. Der Antisemit Theodor Fritsch will die Jesuiten nur deswegen ins Land lassen, damit der träge Deutsche sich „tummeln“ lerne. Diesen Ausbruch alter Rasseninstincte, der entschieden einen culturellen Rückgang bedeutet, haben am meisten die Juden am eigenen Körper spüren müssen.

---

## Russische Juden als Ackerbauer.

Nach halbjähriger Anwesenheit in den jüdischen Ackerbaucolonien in Amerika ist der berühmte russische Schriftsteller Wladimir Koralenka kürzlich nach Rußland zurückgekehrt. Er hat ein reiches Material gesammelt, das er demnächst zu publiciren beabsichtigt. Dem Herausgeber des „Odeßkij Listok“ hat jedoch Koralenka schon jetzt einige Mittheilungen über den Stand der jüdischen Colonien in Amerika gemacht, und diese Mittheilungen sind geeignet, die Behauptung der Judenfeinde von der angeblichen Unfähigkeit der Juden zu schwerer physischer Arbeit in ihrem wahren Lichte erscheinen zu lassen. „Was die russischen Juden während des zweijährigen Bestandes der Colonieen in Amerika geleistet haben, das ist fast unglaublich,“ sagt Koralenko. „Nach diesen Ergebnissen kann man den Colonieen eine glänzende Zukunft prophezeien. Die Colonisten, welche früher fast durchwegs Geschäftsleute waren, bearbeiten jetzt den Boden mit Liebe und großer Sachkenntniß. Alles ist nach amerikanischem Muster eingerichtet, und es fällt Einem schwer, die jüdischen Colonisten von den echten amerikanischen Farmern zu unterscheiden. In einer Colonie haben die russischen Juden auch eine Fabrik errichtet, in der diejenigen Colonisten, welche vom Ackerbau allein sich nicht ernähren können, Arbeit finden. Aus Allem ersieht man, daß sich die Juden zum Ackerbau trefflich eignen. Und um noch einen Beweis für diese Fähigkeit der Juden zu erbringen, theile ich eine Thatsache mit, die mich selbst sehr interessirt hat. In Amerika waren seinerzeit viele Ackerbaucolonieen von Russen orthodoxen Glaubens errichtet; sie sind nunmehr verschwunden, weil die Begründer derselben kein Colonisationstalent hatten.“ Das Urtheil des begabten Novellisten über die russischen Juden als Ackerbauer hat insbesondere deshalb einen hohen Werth, weil es aus dem Munde eines Mannes kommt, der in Rußland den Namen eines Gerechtigkeitsliebenden und Parteilosen besitzt.

Ein ebenso günstiges Urtheil über die Thätigkeit der russischen Juden auf dem Gebiete der russischen Landwirthschaft hat kürzlich die Landwirthschaftsausstellung zu Poltawa gefällt. Fast sämmtliche Preise und Ehrendiplome der Ausstellung wurden jüdischen Ausstellern zuerkannt, da alle Objecte, welche Juden ausgestellt hatten, die Anerkennung der Ausstellungscommission gefunden haben. In dem Rechenschaftsberichte des Ausstellungscomités heißt es unverhohlen, daß die Thätigkeit der Juden auf dem Gebiete der heimathlichen Landwirthschaft, sofern die Poltawaer Ausstellungscommission dies constatiren konnte, von großem Nutzen und fruchtbringend ist. Sämmtliche von den Juden ausgestellten Objecte sprechen für den Fleiß, für die Tüchtigkeit und Sachkenntniß der Juden auf dem Gebiete der Landwirthschaft.

Zu diesen Stimmen zu Gunsten der russischen Juden gesellt sich noch eine Thatsache, die kürzlich in Petersburg Aufsehen erregt hatte. Unter dem Vorsitze des Gehilfen des Finanzministers, Staatsrathes Antonowitsch, tagt seit geraumer Zeit in der russischen Metropole ein Congreß der russischen Tabakfabrikanten und Pflanzer. Ein Mitglied des Congresses machte den Vorschlag, die Rechte der Juden bei Betreibung von Tabakfabriken und Plantagen zu beschränken, da sie angeblich die Regierung um die Tabaksteuern prellten. Dieser Vorschlag sowie die damit ausgesprochene grundlose Beschuldigung fanden eine kategorische Widerlegung von Seite des Vorsitzenden und des Directors des Departements der indirecten Steuern, Geheimrathes Markow. Letzterer erklärte, er habe während seiner langen Dienstjahre im Innern des Reiches, wo fast keine Juden leben, die Wahrnehmung gemacht, daß die Regierung gar oft von den christlichen Tabakfabrikanten geprellt wurde, während die Juden

ihre Pflicht ehrlich erfüllten. Andererseits wurde festgestellt, daß die Juden beim Ankaufe von Tabak bei den Bauern den Verkäufern größere Preise bieten als die christlichen Händler und Fabrikanten. Dieses ehrliche und muthige Eintreten des Geheimrathes Markow zu Gunsten der unglücklichen Juden hat in den human gesinnten Kreisen Petersburgs große Befriedigung hervorgerufen.

---

**Berichtigung.** In dem Aufsatze: „Das Judenthum und die deutsche Sprache" hat auf Seite 449, linke Spalte, eine Verschiebung des Textes stattgefunden. Es ist zu lesen: Das ist das Beweismaterial, auf Grund dessen der oben erwähnte Vorwurf erhoben wird. Wessen Blick nicht antisemitisch getrübt ist, wird lächeln; uns aber giebt es willkommenen Anlaß zu folgenden Bemerkungen. Zunächst über das widerwärtige Judendeutsch u. s. w.

In derselben Spalte, etwa in der Mitte, muß es heißen: („§ 330").

## Briefkasten.

**H. W. in München.** Es bedeutet ein entschiedenes Fiasco, wenn die Antisemiten bei den Münchener Gemeindewahlen nur 21 Stimmen von 11 537 erhielten.

**K. in Königshütte, B. in Oberstein.** Besten Dank für freundliche Zusendungen, die eventl. gelegentlich verwendet werden sollen.

**L. O. in Berlin.** Das Wort Treitschke's, das unsern Aufsatz „Von der antisemitischen Geschichtskenntniß I" in Nr. 49 der „Mittheilungen" einleitet, steht in H. v. Treitschke's „Histor. und politische Aufsätze". 5. Aufl. Bd. I, S. 306.

**H. W. in München.** Besten Dank für die Ausschnitte. Doch bitten wir immer um genaue Angabe, wo und wann die Artikel erschienen sind!

**Dr. L.** Gewiß; der neue französische Minister des Innern Raynal ist Jude.

**L. O. in Berlin.** Wenn ein jüdischer Arbeitgeber niedrige Löhne zahlt, so ist das gewiß beklagenswerth. Das hat doch aber nichts mit dem Judenthum zu thun! Was sagen Sie zu folgender Annonce, die wir zufällig im „Lokal-Anz." fanden:

„Junger Mann für Comtoir, mit guter Handschrift, 20 Mark monatlich, wird sofort verlangt. Ferd. Grubert u. Sohn, Fabrikant für Kanalisations-, Gas- und Wasseranlagen, Krausenstr. 31."

**R. W. in Berlin.** Der antisemitische Schauer- und Schundroman „Baron Vampyr" ist von Edwin Bauer, hinter welchem Namen sich nach Erwin Bauer's Enthüllung in der „Neuen dtsch. Ztg." der berüchtigte Paul Heichen verbirgt.

## Die Juden und der Welthandel.

Von Wilhelm Kieffelbach.

(Fortsetzung.)

Der vielbesprochene, dem Arrhian zugeschriebene Periplous auf dem erythräischen Meere, der alle Häfen und ihre Ausfuhrgegenstände von Raptä an der afrikanischen Küste bis nach Tyndris im Osten Vorderasiens genau kennt, dürfte etwa einen alexandrinischen Juden zum Verfasser haben, welcher, jeder anderweitigen griechischen Bildung baar, jene Gegenden, die er als Kaufmann in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts n. Chr. gesehen, nun auch unter ausschließlich kaufmännischen Gesichtspunkten betrachtet. Und die Finger ihrer andern Hand faßten über eine Reihe von Niederlassungen auf Candia und den Inseln des ägäischen Meeres in die Donauthäler, nach Italien, Frankreich und Spanien hinein. Sie selbst theilten sich deshalb auch in die „östlichen" und die „westlichen" Juden, von denen die ersteren unter den sogenannten Gefangenschaftsfürsten standen, die letzteren aber in Aegypten und Europa von Patriarchen regiert wurden. Zur Zeit der Araber legten die jüdischen Kaufleute auf allen ihren Märkten eine Art Zoll an, dessen Erträgnisse sie dem Gefangenschaftsfürsten, oder wie die Moslem ihn nannten, dem Sohn David's einlieferten.

So waren denn die Israeliten, wenn auch ohne eine gesammtstaatliche Form, nur durch ihre Religion noch als Nation bestehend, recht eigentlich die Erben des phönicischen Handels geworden; indem sie nicht nur unter den Römern den mercantilen Zusammenhang der alten Welt aufrecht erhielten, sondern auch die ersten Verzweigungen des asiatischen Verkehrs in das beginnende Ackerbauleben des inneren Europa vermittelten. Martian sagt in seinen Erklärungen des Ezechiel ausdrücklich: „Bis heute wohnt in den Syrern ein solcher eingeborner Geschäftseifer, daß sie des Gewinnes wegen die ganze Erde durchziehen; und so groß ist ihre Lust zu handeln, daß sie überall innerhalb des römischen Reiches zwischen Kriegen, Mord und Todtschlag Reichthümer zu erwerben trachten." Ihr Geschäft aber bestand, wie einst das phönicische, hauptsächlich in dem Austausche der asiatischen Waaren gegen europäische Metalle, und ferner in dem Geldhandel selbst, dessen Ursprung, wie das Zinsnehmen, ja ebenfalls auf Sidon und Tyrus zurückgeführt wird. In ihnen fanden die asiatischen Fürsten wie die Römer wohl die besten Pächter der öffentlichen Einnahmen. Josephus erzählt in seinen Alterthümern, daß Ptolemäus Energetes die Einkünfte von Cölesyrien, Phönicien und Judäa mit Samaria anfangs für 8000 Talente verpachtet gehabt, dann aber ein Jude dieselben um das Doppelte gekauft habe. Und im Suchen nach Gold und Silber, dieser einzig möglichen Gegengabe für Indien zogen dann die Juden auch schon sehr früh in das Innere von Europa hinein. Unwahrscheinliches liegt daher nichts in der Sage, daß bereits vor Christi Geburt Israeliten sich in einigen uralten Städten von Binnendeutschland, z. B. Mainz, Worms, Ulm und Regensburg aufgehalten haben. Wie einst die Phönicier an den Küsten Europas die jungen Völker den Gebrauch von Gold und Silber als Geld gelehrt hatten, so führten jetzt ihre jüdischen Nachfolger unter dem Schutze der römischen Heere die Barbarenhorden in der Mitte unseres Erdtheils in den Kreis des allgemeinen Güterlebens ein. Die römischen Kaufleute, die sich unter den Marcomannen in der Stadt Marbod's niederließen, sind sicher Juden; die in den frühesten Zeiten hinaufreichenden Gold- und Silberbergwerke Siebenbürgens mögen durch diese Verbindungen wohl zuerst in Betrieb gesetzt worden sein. Als Tacitus Germanien besuchte, fingen die alten Deutschen gerade an, dem Verkehr mit dem beweglichen Eigenthum einigen Spielraum zu gewähren: „Die tiefer in dem Lande angesiedelten Völkerschaften bedienen sich dabei freilich noch des natürlichen und einfachen Waarenaustausches." Derselbe ging nämlich dergestalt vor sich, daß zwei Hühner gegen eine Gans, zwei Gänse gegen ein Schwein, drei Lämmer gegen ein Schaf, drei Kälber gegen eine Kuh, ein gewisses Maß von Hafer gegen Gerste, von Gerste gegen Roggen und von Roggen gegen Weizen gegeben wurden. „Und wie es ihnen unbekannt ist, auf Zinsen zu leihen und Wucher zu treiben; so kümmert sie auch der Gebrauch von Gold und Silber wenig, indem bei ihnen silberne, ihren Gesandten und Heerführern zum Geschenk gereichte Gefäße nicht höher als die irdenen geachtet werden. Nur die den Römern näher wohnenden Stämme" — die Ubier am rechten Rheinufer bis zur Mündung des Main standen schon zu Cäsars Zeit mit den Galliern in Verkehr — „namentlich diejenigen, welche am Ufer des Rheins Wein zu kaufen pflegen, wissen des Handels halber bereits Gold und Silber zu schätzen und kennen auch das Gepräge des römischen Geldes. Die alten und längst bekannten Serraten und Bigaten sind ihnen die liebste Münze; denn sie ziehen Silber dem Golde vor, weil die Scheidemünze ihnen kleinere Einkäufe möglich macht." In den Uebergangszeiten, wo noch wenig Geld in Deutschland umlief, während doch schon die Gesetze die Münzen zur Basis nahmen, war z. B. bei den Sachsen „unter einem Solidus ein jähriger Ochse zu verstehen, wie er gewöhnlich im Herbste beschaffen ist, wenn er von der Weide in den Stall gebracht wird. Bei den Boreusen waren 20 Scheffel Roggen oder $1\frac{1}{2}$ Sekeln Honig einem Solidus gesetzlich gleichgestellt." Einige Jahrhunderte später dagegen sind die Franken mit dem römischen Geldsysteme schon völlig vertraut.

(Schluß folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen" Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendung nicht aus.

Nr. 52. Berlin, den 24. Dezember. 3. Jahrg. 1893


**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

### „Friede auf Erden!"

Diesen *Weihnachtsgruß* möchten wir in alle Schichten und Kreise unseres Volkes hineintragen. Es ist der Friede, den wir brauchen, wenn das Leben der Nation in der Zukunft gedeihen soll. Es ist der Friede, der allein so manche Wunde heilen kann, aus der heute noch das Herzblut des Volkes fließt.

Was ist *Friede*? Viele sind geneigt, wenn sie von Frieden sprechen, an Kirchhofsruhe zu denken, an einen Zustand, in dem keine Gegensätze ausgesprochen werden, kein Geisteskampf entbrennt. Solchen Frieden wünschen wir unserm Vaterlande nicht. Solcher Friede ist der Tod alles Fortschritts, aller Entwickelung, alles geistigen Arbeitens. Solchen Frieden haben die Menschen dann, wenn die Fragen des Menschenlebens, des geistigen und des öffentlichen, für sie keine Bedeutung mehr haben, ihnen kein Interesse mehr abgewinnen.

Es wäre schlimm, wenn wir vor einem derartigen Zustande angekommen wären. Wir Deutschen haben in der Welt noch gewaltige, ernste Kulturaufgaben zu erfüllen. Wir werden sie nur erfüllen, wenn wir vor Geisteskämpfen aller Art nicht zurückschrecken und wenn wir diese Kämpfe zu führen wissen mit den Waffen des — *Friedens*!

Der Friede, den das Christenthum zu Weihnachten der Welt verheißen hat, ist ein *religiöses* und ein *sittliches* Gut. Er besteht trotz aller Meinungsverschiedenheiten, er besteht unter allen Kämpfen. Dieser Friede ist das Bewußtsein, daß wir *Brüder* sind, weil wir Gott zum Vater haben; dieser Friede ist das Gefühl der *Verantwortlichkeit* nicht blos für die eigenen Gedanken und Handlungen, sondern für den *sittlichen Zustand des andern*, für den *sittlichen Geist der Gesammtheit*.

Wie innig wäre uns solcher Friede an diesem Weihnachtsfest zu wünschen! Das gerade ist es, was uns fehlt. Wenn einer unserer Volksgenossen eine edle That gethan hat, wie gern nehmen wir theil an seiner Ehre, wie gern preisen wir unser *Volk*, das solche Thaten hervorbringt, und lassen dadurch von dem Glanze auch auf uns einen Schein fallen. Bei Fehlern und Schwächen, bei Sünden und Verirrungen fällt uns solches Mittragen garnicht ein, da läßt man jeden allein verantworten, was er frevelt, man rückt von ihm ab, man will keine Gemeinschaft mit ihm haben. Und doch, weit größer ist die Mitschuld von uns allen bei dem was schlecht ist als das Mitverdienst vom Guten und Schönen, viel mehr erwächst das Schlimme auf dem Boden der Gesammtheit als das Edle. Unter den Besten giebt es viele *einsame Menschen*, unter den sittlich tiefstehenden unendlich wenige.

Unter dem Mangel an Verantwortlichkeitsbewußtsein gegenüber der Gesammtheit leiden zur Zeit unsere jüdischen Mitbürger in besonderer Weise. Und doch ist das, was man an ihnen auszusetzen hat, ganz gewiß ein Product des Geistes der Gesammtheit, wie er sich ihnen gegenüber bethätigt hat. Man schloß die Juden von productiver Arbeit aus, man gewährte ihnen kein Recht mit den übrigen, man zwang sie zum Wucher, man spie vor ihnen aus — und die Nachkommen der Menschen, die so gehandelt haben, entrüsten sich

heute über jüdischen Geschäftsgeist, über jüdische Devotion, über jüdische Hinterlist u. s. w.! Ja sie wollen sich gegen diese Fehler mit denselben Mitteln schützen, denen die Fehler ihre Entstehung verdanken! Und zur Ungerechtigkeit und Kurzsichtigkeit fügen sie die Unwahrhaftigkeit. Jeden schlechten Menschen machen sie zum Juden, alles was Neid und Haß erregen kann, dichten sie den Juden an. Thut ein Jude Gutes, so schweigt man es todt, oder dreht so lange daran herum, bis das Gegentheil daraus geworden ist.

Schlimmer als es damit geschieht, kann das „Friede auf Erden“ überhaupt nicht verleugnet werden. Und doch brüsten sich die antisemitischen Hetzer mit ihrem Christenthum! Doch werfen sie den Juden die Inferiorität ihrer Religion vor! Doch sehen sie auf die Sittlichkeit des Alten Testaments mit Verachtung herab! Wir dürfen als Christen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Pharisäerstimme: „ich danke Dir Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute“ nicht eine Stimme aus dem Gewissen des Volkes, sondern eine Stimme aus der Gewissenlosigkeit gewerbsmäßiger Hetzer ist. Wer nicht in Frieden bereit ist, die Schuld der Gesammtheit mit zu tragen, wer nicht in Frieden jeden Mitmenschen als seinen Bruder anerkennen will, der hat die christliche Wahrheit verleugnet, für den ist das „Friede auf Erden“ vergeblich gesprochen.

Möchte doch in unser Volk mehr und mehr die Ueberzeugung einziehen, daß nur die versöhnenden, heilenden, heiligenden Mächte christlicher Liebe über alle Mängel uns hinweghelfen können, aber niemals die Kräfte des Hasses und der Verfolgungssucht! Möchte der Weihnachtsgeist des Friedens die so vielfach Verfolgten und Verbitterten trösten, die Irrenden zurechtweisen, das ganze Volk aber durchdringen, erneuern und festigen!

## „Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit?“

„Kampf gegen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß“ — „christliche Obrigkeit und christliche Lehrer,“ „Ausschluß der Nichtchristen vom Richter-, Verwaltungs- und Lehramt“: — diese Forderungen hat der conservative Landesverein für das Königreich Sachsen in seiner jüngst hier abgehaltenen, von Mitgliedern beider Kammern und ihren Präsidenten besuchten Versammlung einstimmig zu den seinigen gemacht.

In einem und demselben Athemzuge ward auch „wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben verlangt, „Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit“ verheißen.

Wer, unbekannt mit den sächsischen Verhältnissen, jenen Eingangssatz des neuesten sächsischen conservativen Parteiprogramms liest, der muß meinen, „jüdischer Einfluß“ habe sich in Sachsen „vielfach vorgedrängt“, habe auf sächsische Verhältnisse vielfach „zersetzend“ gewirkt, die sächsischen Gerichts-, Verwaltungsbehörden und Schulen seien durch Richter, Beamte, Lehrer jüdischen Bekenntnisses besetzt, bedroht, gefährdet!

Und wie verhält sich's in Wahrheit?

In Sachsen lebten nach der letzten Volkszählung 9368 Juden, davon 2595 in Dresden! Wo und wie soll sich deren „sich vordrängender und zersetzender Einfluß“ geltend gemacht haben? Ihr politischer Einfluß ist Null. Weder in den Kammern, noch in den Kreis- und Bezirksausschüssen, weder im Stadtrath oder im Stadtverordnetencollegium, noch in der Handelskammer, nicht als Schöffen, nicht als Geschworene, nicht als Handelsrichter sind Bekenner des jüdischen Glaubens in Sachsen thätig. Allerdings war es vor Jahrzehnten anders, da gehörte der Zweiten Kammer ein Mitglied, gehörten den Stadtverordnetencollegien Dresdens und Leipzigs mehrere Angehörige dieses Bekenntnisses an. Ihre damaligen Collegen werden denselben schwerlich mit Grund nachsagen können oder wollen, daß sie sich „vorgedrängt“, daß sie „zersetzend“ gewirkt hätten. Und im Richter-, im Verwaltungs-, im Lehramt? Wo ist da in Sachsen der Jude?

Vom Minister herab bis zum Nachtwächter, vom Professor bis zum Hilfslehrer — mit alleiniger rühmlicher Ausnahme eines bewährten tüchtigen Landgerichtsraths — nirgend, nirgend! Privatdozenten, außerordentliche Professoren jüdischen Bekenntnisses mag es wohl an den sächsischen Hochschulen geben; aber zur ordentlichen Professur gelangt Keiner, so lange er nicht dem „zersetzenden jüdischen Einfluß“ seines jüdischen Bekenntnisses entsagt: seinen Taufschein vorlegt. Wozu also jetzt, und mit ostentativer Betonung diese Losung?

Wann und wo haben in Sachsen die Juden sich vorgedrängt, wann und wo zersetzenden Einfluß geübt?

Es wird auch dem gewandtesten und scharfsinnigsten Conservativen schwer werden, für das Sichvordrängen, für das Zersetzende jüdischen Einflusses in Sachsen Beweise zu erbringen.

So unbegründet und so gegenstandslos daher der erstangezogene Satz des Sächsischen Parteiprogramms in Sachsen und für Sachsen ist, eine so bedeutsame Widerlegung und Zurückweisung erhält er in dem zweitangezogenen Satze jenes Programms. Fürwahr, dem Verfasser des letzteren leuchtete kein günstiger Stern, als er auf ein und dasselbe Blatt, in ein und derselben Stunde niederschrieb: „Ausschluß der Nichtchristen vom Richter-, Verwaltungs- und Lehramt“ und „wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben“ und „Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit.“

Treu und Glauben! Nicht blos „im Geschäftsverkehr“, wie die Erklärung beschränkend hinzufügt, sondern überall und jederzeit, nicht blos im Privatleben und im Privatrecht, sondern auch im öffentlichen Leben und im öffentlichen Recht, sollen sie jedem Deutschen, auch dem Conservativen, heilig sein.

Treu und Glauben! Wo finden für das öffentliche Recht in Sachsen diese Kleinode, diese Forderungen des Rechts und der Religion — und zwar der christlichen ebensowohl wie der jüdischen — ihren Grundquell klarer, als in der, auch von Mitgliedern des conservativen Landvereins beschworenen sächsischen Verfassungsurkunde?

Treu und Glauben ihr! Sie ordnet § 33 (nach der Fassung vom 3. Dezember 1868) an: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Glaubensbekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf das religiöse Bekenntniß keinen Abbruch thun!

Und wie lautet der folgende § 34? „Die Verschiedenheit des Standes und der Geburt begründet keinen Unterschied in der Berufung zu irgend einer Stelle im Staatsdienste.“ Nach dem vorhergehenden § 26 stehen „die Rechte der Landeseinwohner für Alle in gleichem Maße unter dem Schutze der Verfassung.“ Nach § 139 ist sowohl der Unterthaneneid als der Staatsdienereid mit „auf die Beobachtung der Landesverfassung“ zu richten, und jedes Kammermitglied hat nach § 82 auch zu schwören: „die Staatsverfassung treu zu bewahren“.

Nach der sächsischen Staatsverfassung schließt die jüdische Geburt und das jüdische Glaubensbekenntniß von staatsbürgerlichen Rechten nicht aus, dürfen somit die Staats-

bürger jüdischen Bekenntnisses, wegen dieses ihres Bekenntnisses, wegen ihrer Geburt von der „Berufung zu irgend einer Stelle im Staatsdienste“ nicht ausgeschlossen werden.

Das ist durch das norddeutsche Bundes- jetzige deutsche Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 für das deutsche Reich festgestellt in dem Satze: „Die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter ist vom religiösen Bekenntniß unabhängig.“

Gegen Treu und Glauben verstößt die verfassungswidrige, reichsgesetzverletzende Forderung nach „Ausschluß der Nichtchristen vom Richter-, Verwaltungs- und Lehramt“.

Gegen Treu und Glauben verstößt der früher schon von conservativer Seite erhobene Ruf „auf dem Verwaltungswege“ keinen Juden zum Richtereid, zum Richteramt, zum Verwaltungs- und Lehramt zu lassen.

Auch die Verwaltung ist an die Landesverfassung, an das Reichsgesetz gebunden. Wohl steht den obersten Verwaltungsbehörden das Recht der Anstellung zu, die Zurückweisung Unbefähigter, Unsittlicher, Untauglicher. Aber das Glaubensbekenntniß, die Geburt, darf ihnen verfassungsmäßig und reichsgesetzlich — also nach „Treu und Glauben“ — kein Ablehnungsgrund sein.

So nach Treu und Glauben!

Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit! So lautet ein weiterer Satz des neuesten conservativen Programms: Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit — also auch der redlichen Arbeit der Mitbürger jüdischen Bekenntnisses, ihrer redlichen Arbeit in Studium und Vorbereitsdienst, die sie zu öffentlichen Aemtern berechtigt, Schutz und Förderung ihrer redlichen Arbeit im Handel und Gewerbe. Und wie sehr wird gerade dieser Satz auch conservativerseits verleugnet durch den, vom obersten Landgerichtshof (Annalen 11, S 315) für strafbar erklärten Boycottruf: „Kauft nicht bei Juden“, der in Flugblättern, in öffentlichen Vorträgen erklang!

Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, ohne Unterschied des Bekenntnisses, Aechtung und Bestrafung jedes Lugs und Trugs, das ist die gesetzliche, die sittliche, die religiöse Forderung. Darin müssen alle Bekenntnisse übereinstimmen, danach müssen alle gleichmäßig beurtheilt werden.

Die schlechten Handlungen einzelner Juden sind ebensowenig jüdisch, als die schlechten Handlungen einzelner Christen christlich. Undeutsch, unchristlich, wie unjüdisch ist's, dem Bekenntniß, der Gesammtheit zur Last zu legen, was der Einzelne verbrochen; undeutsch, unchristlich wie unjüdisch ist's, das übereinstimmende Sittengesetz beider Bekenntnisse zu leugnen und zu verhöhnen; undeutsch, unchristlich und unjüdisch ist's, zu wähnen, als seien die Angehörigen dieses oder jenes Bekenntnisses die allein Gerechten, die allein Berechtigten, die allein zu Schützenden.

Nein. Vielmehr: „Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit!“

X. in Dresden.

## Von der antisemitischen Geschichtskenntniß.

### IV. (Sachsen.)

Virtus post nummos oder wie es im Reinecke so schön lautet: Moneta, Nummus und Denarius — zwei Richter und ihr Sekretarius — wem diese drei das Recht absagen — dem wird man's ewig wohl versagen. Nun dieses Collegium hatte in der Meß- und Handelsstadt gar viel zu bedeuten und sagte nicht ab, sondern untersuchte gründlich, hörte auf die Gebote der Einen und die Gebote der Andern und verhalf nach langem Reden und Bieten — kurze Prozesse liebte es überhaupt nicht — der gerechten Sache, der Toleranz und Humanität zum Siege. Es konnte bei einem so zusammengesetzten Tribunal natürlich nicht fehlen, daß neben einem Wust von Sprachdummheiten, Suppliken, Repliken, Dupliken, die zur Tortur für die Nachwelt in den Archiven sorgfältig aufbewahrt werden, auch silberne Kaffeeservice und ähnliche metallische Argumente vorgebracht wurden, die — nicht zu den Akten kamen. Was blieb auch schließlich anders übrig den unaufhörlichen*) Chikanen und Nörgeleien der in ihren „heiligsten“ Rechten gekränkten privilegirten Bürgerschaft gegenüber, als ihr die verweigerte Toleranz auf dem damals nicht ungewöhnlichen Schleichwege der Bestechung ratenweise abzukaufen! Auf den Gedanken, ein solches Verfahren als „undeutsch“ und „unchristlich“ zu brandmarken, womit unsere Radaupatrioten und ideal gerichteten Hetzhausirer sofort bei der Hand sind, kam man damals nicht, konnte man nicht kommen, da ja sämmtliche Acteurs namentlich bei der in Sachsen aufgeführten Komödie Deutsche und Christen waren. Komödie! Man kann das Intriguenstück, das sich vor uns abspielt und sich auf ein Jahrhundert und darüber ausdehnt, wegen einzelner Szenen von geradezu überwältigender Komik kaum anders bezeichnen. Da wird z. B. ein deutscher Fürst, König von Polen, Katholik, von dem kerndeutschen, lutherischen Rath der Stadt Leipzig um allergnädigste Verfolgung der Reformirten und Katholiken folgendermaßen angeschnorrt (Kirchhoff a. a. O S. 437 f.):

**Beschwerde des Rathes der Stadt über vorg.bliche Uebergriffe der Katholiken und Reformirten.**

Ew. Königl. Maj. geruhen sich allergnädigst zurück zu erinnern, was wegen derer in hiesiger Stadt sich aufhaltenden Römisch-Catholischen Geistlichen Ausübung derer Actuum Ministerialium . . . allerunterthänigst berichtet . . . . . zumahln dergleichen Dinge immer weiter zu gehen pflegen, wie denn dieses auch bey denen in hiesiger Stadt sich befindenden Reformirten sich ereignet, die alle Actus Ministeriales, auch sogar, was die Trauungen betrifft, in denen Bürgerhäußern, dergleichen Haußtrauungen und Haustauffen, auch durchgehends keine Copulation, wo nicht richtige Proclamationes vorhergegangen, ohne Ew. Kön. Maj. ausdrückliche, und Special-Concession nicht einmahl von den unsrigen angenommen werden dürffen, exerciren; ihr eigen Consistorium und in der That eine besondere Parochie, nicht ohne Confusion der hiesigen Kirchen-Verfassung, zugleich auch zu Abbruch derer Kirchen- und Schulbedienten, aufgerichtet haben, da doch dieses, soviel uns bekannt, von ihrer ehemals erlangten Concession weit abgehet, auch beyderseits Religions-Verwandte, insonderheit was ihre Geistlichen anlanget, sich der ordentlichen Jurisdiction zu entziehen, und die Reformirten, gleichwie zu Halle, Magdeburg und anderwerts, wo sie sich niedergelassen haben, geschiehet, aus sich selbst eine absonderliche Gemeinde, Kirchspiel und Gerichtsbarkeit, derer letztern Vielheit ohne dies schon in dieser Stadt manch gutes hindert, zu erhalten sich bemühet, maassen sie niemahls gern einer Evangelischen Obrigkeit sich unterwürffig gemacht haben, dessen ein Exempel hier seyn kan, daß, da man ihrer hinterlassener Kinder sich annehmen und ihnen Vormünder bestätigen wollen, sie solches auf alle Weise decliniret, und lieber, daß diese von hier weg- und an reformirte Orte geschaffet werden, veranlasset haben, und hat man einige Zeithero observiret, daß sie sich öffentlich vor eine Colonie Francaise à Lipsic ausgegeben und geschrieben, dadurch obige Intention sich noch mehr geoffenbahret, welches alles aber zu nicht geringer Confusion und Bedencklichkeit ausschlagen kan, zugeschweigen, was vor Ungewißheit wegen derer Verheyrathungen, derer ehelichen und unehelichen Kinder, derer Anverwandschafften, Proximitaeten, Successionen, Delictorum carnis, das bey Zeugnüssen, gewissen Verbrechen, Contracten, Ausstellung derer erst nach zurückgelegten 25ten Jahre zugelassenen Wechselbriefe, Erlangung der Mündigkeit, und vielen andern Stücken täglich erforderten Alters eines Menschen, auch bisherigen vago procedendi modo entstehen könte, deswegen man sonst allhier accurate Kirchen-Tauff-Trauungs- und Leichenbücher hält, welche alle bey solcher Bewandnuß, wenn es weiter dergestalt fortgienge, zu großen Nachtheil der Policey, guten Ordnung und der Posteritaet, in Verfall gerathen dürfften. Alß ergehet an Ew. Kön. Maj. unser allerunterthänigstes Bitten Dieselben zu geruhen, nach Dero zu mehrern mahlen allermildest gethanen Versicherungen hierunter ein nachdrückliches Einsehen zu

*) Die „soziale Aechtung“, wie sie ein besonders fr—ommes Regierungsblatt Leipzigs den Juden gegenüber empfiehlt, wurde zwar nicht öffentlich gegen Reformirte verkündet, aber praktisch durchgeführt. So berichtet Kirchhoff, daß Stühle, auf denen „reformirter Besuch“ gesessen hatte, auf Anordnung der Dame des Hauses sorgfältig gereinigt werden mußten.

haben, mehr ermelten beyden Religions-Verwandten falches ingesamt allergnädigst zu untersagen, und daß der Evangelischen Lutherischen Religion, und der bey hiesiger Stadt wohl hergebrachten Verfassung in Ecclesiasticis kein Eintrag geschehe, Landes Väterlich zu verfügen, Dessen wir uns zuversichtlich geträsten und zu allergehorsamsten treuesten Diensten jederzeit pflichtschuldigst bereit und geflissen verbleiben. Sign. Leipzig den 20. Oct. 1725.

Ew. Kön. Maj. ꝛc.

Der Rath zu Leipzig.

In ganz anderer Beleuchtung erscheint der um — man merkt nicht recht für was — so fürsorglich bedachte Leipziger Rath in dem viel citirten portrait de la cour etc., dessen anonymer Verfasser (v. Wolframsdorf?) sich von dem Heiligenschein der Leipziger Handelsherren nicht blenden läßt und aus dem frommen Kauderwälsch ihrer gottesfürchtigen Phrasen den concurrenzfürchtigen Kerngeschäft herausschält, der also lautet (Neuer Pitaval 3. Band. Brockhaus in Lpz. S. 136. S. auch Förster, die Höfe und Cabinete Europas im 18. Jahrhundert Bd. III.):

„Man hat in Leipzig ein Handelscollegium gebildet; allein diejenigen, aus welchen es besteht, sind dieselben, die allen Gewinn an sich ziehen und alle neuankommenden verhindern, vorwärts zu kommen. Es ist unglaublich, welcher Luxus unter den Kaufleuten in Leipzig herrscht, der dem König 4 oder 500 000 Mk. jährlich einbringen müßte. Der Rath dieser Stadt ist beinahe unumschränkter Herr, erklärt Zölle und Gefälle, giebt aber dem König in der Form eines Geschenkes nur was ihm beliebt und bildet stets Opposition in den Landtagen u. s. w.

Der König müßte ferner den Juden die Niederlassung in seinen Landen gestatten, die ihm gern 1 oder 2 Millionen dafür vorschießen würden und ein allgemeines Toleranzedikt erlassen für alle Religionen, die dem Staatsinteresse nicht zuwiderlaufen, um sein Land zu bevölkern. Er könnte dadurch zugleich die Unverschämtheit und den Geiz seiner Geistlichkeit zügeln, die sich ihm immer widersetzt."

## Rohling und Delitzsch.

Der „Talmudjude" des katholischen Kanonikus und Professors gehört seit anderthalb Jahrzehnten dem festen Bestande der antisemitischen Quellenwerke an. Obwohl Prof. Delitzsch, eine erste Autorität auf dem Gebiete der hebräischen Wissenschaft, seine ganze Unwissenheit und Fälschungsmethode in einer Reihe von Broschüren nachgewiesen hat, hat Rohling sein Buch weder widerrufen, noch die Antisemiten es aus dem Stamm ihrer antisemitischen Litteratur entfernt. Delitzsch hat dem Professor Rohling „Lüge", „tendenziös falsche Uebersetzungen", „Gewissenlosigkeit", „Unkenntniß", „Unwissenheit" ꝛc. vorgeworfen, und diese Vorwürfe sind um so schwerwiegender, als Rohling Delitzsch's Ueberlegenheit einmal anerkannt und ihn eine „geistige Großmacht" genannt hat.

Auf die persönlichen Beziehungen zwischen Rohling und Delitzsch wirft die soeben von Pastor W. Faber herausgegebene Broschüre „Selbsterlebte römische Propaganda" von Franz Delitzsch (Leipzig 1894 bei W. Faber) helles Licht. Ungefähr in den Jahren 1866—67 fingen die persönlichen Beziehungen beider Männer an. Rohling sandte an Delitzsch ein paar Aufsätze „und erbat sich mein Urtheil" über diese, „die er als Anfänger, wie er sich selbst bezeichnete, geschrieben hatte." Also hier steht Rohling Prof. Delitzsch als lerneifriger Schüler gegenüber. Im Jahre 1875 sandte ersterer seine Broschüre „der Antichrist und das Ende der Welt" dem letzteren zu, die berüchtigt ist wegen ihrer Angriffe auf Luther und den Protestantismus. In seinem Begleitschreiben nennt Rohling den Empfänger „**den von Tausenden gefeierten Gelehrten.**" Dieses Wort Rohlings und sein Wort von der „**geistigen Großmacht**" müssen jedem Einsichtigen sagen, wie federleicht seine Autorität im Vergleich zu der Delitzsch's wiegt!

In dem Begleitbriefe Rohling's findet sich ein Angriff auf Luther, den wir unseren religiösen Antisemiten, namentlich den Geistlichen, zur Erwägung darbieten. Luther ist für Rohling der Erstgeborene des Satans. Er schreibt:

„Da fällt mir immer wieder ein, wie es doch möglich ist, daß Sie Luther in dem Psalmencommentar irgendwo einen Gottesmann nennen konnten. Oft habe ich Ihnen darüber schon mein Bedauern äußern wollen; und heute, wo sich dieser Anlaß mir bietet, kann ich nicht umhin zu bemerken, daß Sie vom Satan in der jämmerlichsten Weise betrogen werden. Ich flehe zu Gott, daß Er sie einsehn lasse, daß jener ein primogenitus satanae war, den Sie für einen Gottesmann hielten; nehmen Sie von diesem obigen Standpunkt, auf dem ich es bedaure, ein edles Herz in solchen Schlingen zu sehen, meine kleine Sendung entgegen und beehren Sie mich gelegentlich mit einer ebenso offenen freundlichen Antwort. Genehmigen Sie, Herr Professor, meinen Gruß. D. August Rohling, Professor."

Auch ein hochinteressantes Urtheil Delitzsch's über Rohling's „Talmudjuden" enthält das Schriftchen. Delitzsch schreibt (S. 12 f.):

„Schon im Jahre 1871, ehe er von der Professur in Münster in die Professur an dem nordamerikanischen Salesianum versetzt wurde, war bei Russell in Münster sein „Talmudjude" erschienen, ein Extract aus Eisenmenger's „Entdecktem Judenthum", worin er den Beweis erbracht zu haben meint, daß die Sittenlehren des Rabbinismus ein systematisch zusammenhängendes Ganzes seien, worin Lüge und Betrug, Diebstahl, Mord und Ehebruch als eng verbundene Glieder dastehen. Damit — so sagt er — die Herren Rabbiner nicht um die Aussicht gebracht seien, bei der Affaire noch ein Geschäftchen zu machen, verpflichte ich mich zur Zahlung von tausend blanken Thalern, wenn „Juda vor der deutschen morgenländischen Gesellschaft das Urtheil empfängt, daß meine Citate erdichtet, unwahr, erfunden seien."

Dieses Libell, dessen Verfasser, so gelehrt er sein mag, doch unfähig ist, den Talmud, dieses allerschwerste aller alten Rechtsbücher, selbstständig zu verstehen und unfähig auch, ihn religions- und zeitgeschichtlich zu würdigen, ist ein Hauptbeweismittel für die Henrici, Förster, Ruppel, Pinkert, Istoczy, Onody u. a. geworben und hat einen hervorragenden Antheil an dem Ausbruch mittelalterlicher Judenverfolgungen in unserem Jahrhundert."

## Zur Abwehr.

**Die zweite badische Kammer** ist in ihrer Sitzung vom 15. Dezember, gemäß dem Antrage der Petitionscommission, über die Petition des Karlsruher antisemitischen Vereins: die Kammer möchte darauf hinwirken, daß regierungsseitig eine Commission eingesetzt werde, welche die Geheimlehren der jüdischen Moralbücher einer Prüfung unterziehen soll — mit allen Stimmen gegen diejenige des conservativen Abg. v. Stockhorner zur Tagesordnung übergegangen. — Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen wir in der nächsten Nummer.

**Aus Neisse** erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Garnison Neisse, welche ca. 5000 Mann umfaßt, zählt auch viele israelitische Soldaten. Da ich selbst ein alter Soldat bin und dieserhalb Interesse an der Sache habe, freut es mich doppelt, Ihnen Folgendes aus dieser Garnison mitzutheilen:

Unsere israelitischen Soldaten haben sich stets einer guten Behandlung zu erfreuen gehabt, doch folgendes Vorkommniß verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Bei der 3. Kompagnie des 23. Infant.-Reg. (Winterfeldt) dienen auch israelitische Soldaten. Vor Kurzem hat

ihr Hauptmann v. K. denselben erklärt, daß jedes auf ihre Religion bezügliche Wort ihm sofort gemeldet werden solle, ferner hat er strenge Bestrafung derjenigen Soldaten zugesagt, die sich eine solche Beleidigung der jüdischen Soldaten zu Schulden kommen lassen.

**Jüdische Soldaten.** In dem am 28. Juni 1866 stattgehabten Gefecht bei Alt-Roggenitz und Rudersdorf handelte es sich um eine schwierige Position, zu welcher Freiwillige aufgefordert wurden. Zu diesen Freiwilligen, welche der Lieutenant von Sydow gegen die Kirche führte, zählte auch der Grenadier S a m u e l, welcher hierbei den Heldentod fand. Der Bataillonscommandeur sagte darauf von den jüdischen Soldaten, die unter seinem Commando standen, wie Theodor Fontane in seinem Werke „der deutsche Feldzug von 1866" (Band I S. 413) schreibt:

„Das Beispiel des Gefreiten Samuel steht nicht allein da. Vielfach zeichneten sich seine Glaubensgenossen während des Feldzuges aus. Es war, als ob sie sich das Wort gegeben hätten, der alten Vorstellung von ihrer Kriegs-Unlust und Untüchtigkeit ein Ende zu machen."

Und weiter heißt es:

„Beim I. Bataillon des Leibregiments waren drei Juden als Reservisten eingezogen worden. Einer, nicht mehr jung und korpulent, litt entsetzlich. Seine Füße waren wund. Dennoch machte er das Gefecht bei Gitschin im heißesten Sonnenbrande von Anfang bis zu Ende mit. Er war nicht zu bewegen gewesen, vorher ins Lazareth zu gehen."

**Die Deborah-Lüge** erweist sich als Schlange ohne Ende. Schon wieder lebt sie auf im „D e u t s c h e n V o l k s b l a t t" in München am 10. d. M., im „W e s t d e u t s c h e n V o l k s b l a t t" in Saarbrücken schon seit mehreren Wochen, zuletzt in der Nr. vom 16. Dezember, und im „M ü n s t e r s c h e n G e s c h ä f t s - A n z e i g e r" vom 16. d. Mts. Herr K. H. R i t t n e r vom „Westdeutschen Volksblatt" sagt im Anschluß an die von ihm vorgebrachten Lügen: „S o l c h e j ü d i s c h e P r e ß s c h a n d b u b e n s o l l t e n m i t d e r H u n d e p e i t s c h e a u s d e m L a n d e g e t r i e b e n w e r d e n!" Nun, Herr Rittner, wir wüßten, um mal mit Ihnen deutsch zu reden, eine bessere Anwendung von der Hundepeitsche zu machen Nein, alle diejenigen a n t i s e m i t i s c h e n P r e ß s c h a n d b u b e n s o l l t e n m i t d e r H u n d e p e i t s c h e a u s d e m L a n d e g e t r i e b e n w e r d e n, welche dutzendmal widerlegte Lügen immer wieder unverfroren wiederholen. — L a c t a n t i u s (Institut. Lib. 3 c u. 5) sagt sehr richtig:

„Lasset eure Gelehrten reden und ihre Fähigkeiten beweisen; haben sie gute Gründe, so mögen sie dieselben anführen; a b e r s i e m ü s s e n d a s n i c h t u n a u f h ö r l i c h u n d u n v e r s c h ä m t w i e d e r h o l e n, w a s s c h o n v i e l m a l w i d e r l e g t w o r d e n."

---

## Aus dem antisemitischen Lager.

**Als Vorfrucht der Sozialdemokratie** hatte der Reichskanzler Graf C a p r i v i den **Antisemitismus** gekennzeichnet. Er brandmarkte die Heuchler und Geschäftsantisemiten, denen Rasse und Religion nur als Deckmantel für die niedrigsten Motive dienen und betonte den demagogischen Charakter der Judenhetze. Die Vorfrucht der Sozialdemokratie, vor deren Giftigkeit Graf Caprivi nicht genug warnen konnte, gedeiht indessen in den Kreisen des n i e d e r e n B e a m t e n t h u m s am vortrefflichsten. Die bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abtheilung des Dorotheenstadtbezirks abgegebenen Stimmen beweisen dies am deutlichsten.

Bei der Stichwahl war daselbst der antisemitische Oberlehrer Hentig mit 744 gegen 701 Stimmen gewählt worden. Die „Freis. Ztg." zählt nun unter den 744 antisemitischen Wählern nicht weniger als 361 ö f f e n t l i c h e B e a m t e. Das größte Contingent für den Antisemitismus stellten unter denselben die k ö n i g l i c h e n H o f b e a m t e n. Es befinden sich unter den antisemitischen Wählern nicht weniger als 24 L a k a i e n, 14 königliche T r e s o r d i e n e r, S c h l o ß d i e n e r, Frotteure, Silberdiener, Garderobiers. Die prinzlichen Marställe sind vertreten in der Antisemitenpartei durch 17 königliche und prinzliche Kutscher, 23 königliche V o r r e i t e r, 10 königliche R e i t k n e c h t e, 3 Stallmänner und sonstige Marstallbeamte. Nicht weniger als 31 P o r t i e r s aus königlichen Gebäuden und Staatsgebäuden haben für den antisemitischen Candidaten gestimmt, dazu 9 Haushofmeister, Hausinspectoren und Hauswächter, 29 Hausdiener und 31 andere Diener. Dazu kommen nun noch 25 g e h e i m e K a n z l e i d i e n e r, 12 K a s t e l l a n e, 1 Hausverwalter, 1 Oberpedell, 9 Heizer und andere Beamte der Universitätsverwaltung. Die Verwaltungsbehörden sind unter den Antisemiten vertreten durch 15 Beamte. Nicht weniger als 19 R ä t h e haben für den Antisemitismus gestimmt, darunter 3 Geheime Kanzleiräthe, 2 Geheime Hofräthe, 4 Geheime Rechnungsräthe, 1 Geheimer Regierungsrath, 1 Geheimsecretär, 3 Hofräte, 3 Rechnungsräthe, 1 Regierungsrath, 1 Kanzleirath. Die P o l i z e i ist auf antisemitischer Seite vertreten durch 13 Beamte, nämlich 1 Polizeirath, 1 Hauptmann, 1 Lieutenant, 1 Assessor, 1 Secretär, 3 Wachtmeister, 4 Schutzleute, 1 Oberfeuermann. Weiterhin hat die P o s t zu den antisemitischen Wählern ein Contingent von 14 Beamten gestellt, welches mit 1 Postdirector beginnt und mit 5 Briefträgern, 2 Hilfsboten abschließt. Dazu kommen auf antisemitischer Seite 7 Gerichtsbeamte vom Gerichtsdirector ab bis zu den Referendarien, endlich 11 Pfarrer und Küster. Das ist eine bunte Auswahl von Beamtenkategorien.

Das Wahlrecht soll den Beamten keineswegs verschränkt werden, sie mögen nach ihrer Ueberzeugung wählen, allein die Thatsache giebt zu denken, daß die Vorfrucht der Sozialdemokratie im niedern Beamtthum eine ihrer Hauptstützen findet.

**Die Antisemiten,** welche meistens behaupten, daß Deutschland von **Juden** regiert werde, suchen jetzt etwas Abwechselung in das öde Einerlei zu bringen, indem sie den Nachweis versuchen, daß die höchsten Aemter im deutschen Reich durch **Ausländer** besetzt sind. Der in Berlin erscheinende „Generalanzeiger" („Organ für deutsch-soziale antisemitische Reform"), dessen Herausgeber den urgermanischen Namen S e d l a t z e k führt, schreibt:

„In den großen Reichstagskämpfen, welche anläßlich der neuen Steuervorlagen in der Leipzigerstraße ausgefochten werden, tritt eine ebenso eigenthümliche, wie bedenkliche Erscheinung zu Tage. Im Namen des deutschen Reiches sprechen fast nur vier Männer, die sammtlich n i c h t d e u t s c h e r A b s t a m m u n g sind. Graf C a p r i v i ist slavischer (im Besonderen wendischer) Abkunft, seine Familie gab später ihrem Namen eine italienische Form. Herrn M i q u e l s Abkunft wird demnächst durch gewisse Prozeßverhandlungen klargestellt werden; Graf P o s a d o w s k y, der nominelle Leiter des Reichsschatzamtes, ist Pole, und der Herr Kriegsminister B r o n s a r t v o n S c h e l l e n d o r f ist französischer Abstammung. — Rechnet man dazu den Einfluß des schottischen Grafen D o u g l a s, des polnischen Herrn v. K o s c i e l s k i, der j ü d i s c h e n Frau von Koscielski und der f r a n z ö s i s c h e n Frau H i n z p e t e r, so läßt es sich begreifen, warum wir im deutschen Reiche noch immer recht weit von einer deutschstammesthümlichen Nationalpolitik entfernt sind."

In früheren Zeiten, da man in Preußen und Deutschland noch keine antisemitische Bewegung kannte, hat die a u s l ä n d i s c h e Abstammung derjenigen Männer, die auf irgend einem Gebiete eine Rolle spielten, nirgends Anstoß erregt. Es wäre auch z. B. sonderbar, wenn man den General C o u r b i è r e als französischen Abkömmling für nicht würdig befunden hätte, eine hervorragende Stellung in der preußischen Armee einzunehmen, weil man ihm „deutschstammesthümliche" Heldenthaten nicht zutrauen konnte. Bekanntlich hat der „Franzose" Courbière die Festung Graudenz 1806

heldenmüthig vertheidigt, während urgermanische preußische Offiziere die ihnen anvertrauten Festungen feige in Stich ließen und den deutschen Namen mit Schande bedeckten.

**Der antisemitische Abg. Leuß** hat am 13. Dezember in **Minden** in einer antisemitischen Versammlung gesprochen, worüber uns ein Bericht der „Mindener Ztg." vorliegt. Auf den zweistündigen Vortrag folgte eine Discussion, an welcher sich der jüdische Prediger Liepmannssohn und der Architect Schäler betheiligten, welche Herrn Leuß entschieden entgegentraten. Daß er bei der Abstimmung über den Antrag wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes ohne Entschuldigung gefehlt habe, erklärte Herr Leuß also: „Er sei ein entschiedener Gegner des Gesetzes und würde auch für dessen Beseitigung eingetreten sein. Er habe jedoch das dumpfe Gefühl gehabt, als wenn mit dem Centrum ein unwürdiger Kuhhandel abgeschlossen würde, und da sei er in heller Entrüstung davongelaufen und habe nicht „ja" und nicht „nein" mehr sagen mögen. (Stürmisches Gelächter!) Bezüglich der Einnahmen aus den Entreegeldern gab Herr Leuß die interessante Erklärung ab, daß die Ueberschüsse zur Deckung der Wahlschulden verwendet würden. Ja habe er sich in seinem Wahlkreise für 1000 Mark Wahlschulden verbürgt, und diese Schulden würden aus den Erträgnissen der Versammlungen bezahlt. (Große Heiterkeit.) Die Redaction bemerkt dazu: „Wir sind doch neugierig, zu erfahren, bei welcher Person Herr Leuß nach seinen Fallissementen denn noch einen Credit von 1000 Mk. genießt. Oder ist für Herrn Leuß das von ihm betriebene politische Geschäft so lucrativ, daß er sich inzwischen in eine glänzendere Vermögenslage hineingearbeitet hat?"

Während einer Erwiderung des Predigers L. verließ Leuß unter unbeschreiblichem Lärm die Versammlung, die nur in Folge des Eingreifens der Polizei ohne thätliche Angriffe zu Ende ging. — Rufe: Heil, hoch, Wiederkommen, mischten sich in lebhafte Rufe der Entrüstung, wie: Feigling, Ausreißer, lassen Sie sich hier nicht wieder sehen!

**Der conservative Reichstagsabg. Baron von Langen,** der Genosse Ahlwardts, ist von dem **deutschsozialen** Provinzialverbande für Pommern zum Ehrenmitgliede ernannt worden. Hoffentlich wird man auch den Herren von Manteuffel, v. Hammerstein, v. Plötz ꝛc. diese Auszeichnung nicht länger vorenthalten.

**Das Stöcker'sche „Volk"** schreibt in seiner letzten Wochenschau:

„. . . Tante Voß wünscht von der neuen Freundschaft auch greifbare Vortheile in Gestalt von Regierungsposten für freisinnige Männer zu sehen. Das kann man ihr nicht verdenken. Herr Rickert wird nicht auf die Dauer Lust haben, den Regierungscommissar ohne Gehalt zu spielen und ist der Meinung, daß zu der Bürde auch die Würde gehört."

Das conservative Organ ist daran gewöhnt, daß für seine Gesinnungsgenossen als Belohnung „Regierungsposten" aller Art und fette Pfründen reservirt werden; ihm fehlt jedes Verständniß dafür, daß es auch Männer giebt, die lediglich aus Ueberzeugung eine öffentliche, gemeinnützige Thätigkeit ausüben

„Wir dürfen dem christlichen Geiste nicht widersprechen, indem wir uns zu einseitigen, gehässigen oder persönlichen Angriffen verleiten lassen." So hieß es in einer Abonnementseinladung des „Volk". Wie das fromme Blatt diesen Grundsatz befolgt, ersehen wir aus seiner obigen Aeußerung. —

**Aus Oldenburg** i. Gr., 16. Dezember wird uns geschrieben:

In der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wurde der Führer der hiesigen Antisemiten, der Lehrer a. D. Albers wegen Beleidigung des jüdischen Kaufmanns Hermann Wallheimer zu 30 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Der Verurtheilte hatte im September d. J. an dessen Schaufenster ein kleines Plakat geklebt, worauf gedruckt stand: „Kauft nicht bei Juden."

**Ein antisemitischer Agitator verschwunden.** Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Kl. Pr." (12. Dezb.) schreibt: Der im Adreßbuch als Tuchhändler en gros bezeichnete, in der Poststraße Nr. 26 wohnhafte Gg. W. Gleim, bekannt als Unterzeichner des hiesigen antisemitischen Wahlaufrufs für Liebermann v. Sonnenberg und überhaupt als antisemitischer Agitator, ist nach Verübung verschiedener Wechselfälschungen und unter Hinterlassung beträchtlicher Schulden sowie von Frau und Kindern flüchtig gegangen. Er soll sich nach Amerika gewandt haben.

**Görlitz,** 15. Dezember. Der „Bresl. Morgenztg." wird von hier geschrieben: Von jeher hat sich der Industrieort Weißwasser durch seine antisemitische Hetze gegen den Fabrikbesitzer Schweig hervorgethan. Denn gewisse Leute können es demselben nicht vergeben, daß er sich bei Errichtung des Zweikaiser-Denkmals für Weißwasser hervorgethan und sogar zur Errichtung einer evangelischen Kirche den Impuls gegeben Wie erinnerlich, nöthigten s. Z. patriotische Heißsporne Schweig zur Niederlegung seines Amtes als Vorsteher des Krieger-Vereins von Weißwasser, da sonst die Betheiligung der Krieger-Vereine an der Denkmals-Enthüllung in Frage gestellt worden wäre. Die antisemitische Hetze zeitigte aber noch ganz andere Blüthen. Im Sommer dieses Jahres erschien plötzlich ein Pasquill auf Schweig, welches von judenfeindlichen Schmähungen strotzte und die Ehre des Genannten in gemeiner Weise angriff. Wenn es auch nicht möglich war, den Verfasser dieses Schmähgedichtes zu ermitteln, so gelang es Fabrikbesitzer Schweig doch, einen Verbreiter des Pasquills, den Amtmann Carl Kuhnke. welcher im Bahnhofs-Restaurant zu Weißwasser das Gedicht verschiedenen Herren gezeigt hatte, we en Beleidigung gerichtlich zu belangen. Mit dieser Angelegenheit hatte sich nunmehr das Schöffengericht zu Muskau zu beschäftigen. Obgleich Amtmann Kuhnke zu seiner Entschuldigung anführte, das Gedicht sei an seine Thür geheftet und in einigen Exemplaren auf seinen Schreibtisch gelegt worden, nahm das Gericht doch eine schwere Beleidigung an und verurtheilte den Angeklagten zu 50 Mk. Geldbuße event. 10 Tagen Gefängniß.

**Hannover,** 18. Dez. Das Schwurgericht verurtheilte heute, der „Frkf. Ztg." zufolge, den Pastor Behne aus Wallensen wegen Meineids zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte leugnete trotz des erdrückenden Materials bis zum Schluß; er nahm das Urtheil mit großer Ruhe auf und erklärte sofort, daß er auf Rechtsmittel verzichten wolle. Behne soll in seinem Amtsbezirke auch stark in Antisemitismus gemacht haben.

---

## Vermischtes.

**Fürst Bismarck und die Antisemiten.** Die deutschsozialen Antisemiten sind nicht müde, den Fürsten Bismarck für den Ihrigen zu erklären und dessen Rede aus dem Vereinigten Landtag 1847 ist eines ihrer wirksamsten Agitationsmittel und Flugblätter. Seit dem Jahre 1847 ist aber aus dem Herrn von Bismarck-Schönhausen der große Politiker geworden, dessen Anschauungen über die Judenfrage sich völlig geändert haben. Wenn er auch die Stöcker'sche Bewegung am Ausgang der siebziger Jahre nicht eingedämmt hat, so war doch die Duldung, die er ihr zu Theil werden ließ, ein Vorschub für sie. Die Antisemiten sind aber nicht im Stande, ein wirklich antisemitisches Wort des Fürsten seit dem Jahre 1847 zu ihren Gunsten anzuführen. Das mag wohl die Ursache sein, daß sich im Kreise der Deutschsozialen eine starke Reaktion gegen die Bismarckverhimmelung bemerkbar macht. Wir haben bereits in den „Mittheilungen"

1892 No. 28 und in unserm Flugblatt No. 11: „Fürst Bismarck und die Antisemiten" gezeigt, wie heftig ein deutschsoziater Anonymus den Fürsten, das „mächtigste Glied der Judenschutztruppe", in seinem Werke „Die Wahrheit über Bismarck" (Leipzig 1892) angegriffen hat. Zu diesem Anonymus gesellt sich jetzt O. B. (Ottomar Beta, der in Pius IX. den Juden „gerochen" hat!) in der Fritsch'schen „Antis. Corresp." vom 30. 11. d. J. Er schreibt über Bismarck:

„Fürst Bismarck wurde einst von Wedemeyer-Schönrode „Der Juden Oberster" genannt. Wedemeyer büßte dafür mit Selbstmord, aber sein Wort lebt noch heute. Die Art, wie Bismarck zuletzt regierte und wirthschaftete, war das Bild der Rechtlosigkeit, war ein Taumel von Ausnahmegesetz zu Ausnahmegesetz. Ein wahrhaftiges Gesetz der Gerechtigkeit und Billigkeit fehlte uns damals wie heute. Ein solches verträgt sich nicht mit einer Judenwirthschaft, wie sie unter Bismarck's Protegé Bleichröder in Preußen, dem Lande der frommen Sitte, einriß."

Auch ein Beitrag zur arischen Dankbarkeit. So lange er der mächtige Reichskanzler war, war er der Abgott der Antisemiten; nun, da er der Einsiedler im Sachsenwalde ist, besudeln sie seinen Schild.

**Arische Zinsen.** Herr v. Könneritz, Oberstlieutenant a. D. hat in Sachsen ausgedehnte Besitzungen. Auf den Pachtzetteln, worauf den Pächtern die vierteljährlichen Pachtzinsraten quittirt werden, ist folgende handschriftliche Nachbemerkung zu lesen:

„Wer den vierteljährlichen Pacht bis 15. April, 15. Juli, 15. Oktober und 15. Januar nicht gezahlt hat, hat alsdann pro Mark und Tag 3 Pfennige Verzugszinsen zu entrichten.

Frhr. v. Könneritz."

Diese „Verzugszinsen" machen die Kleinigkeit von über 1095 pCt. aus. Höhnisch fragt der sozialdemokratische „Vorwärts" vom 19. d. M.: „Wo steckt denn hier das unteutsche, die kleine Landwirthschaft ruinirende Judenthum, dem man sonst nur die Bewucherung zuschreibt?" U. A. w. g.!

**Der akademische Senat** hat, wie das „Volk" hört, beschlossen, das von Professor Dr. Strack gegen den (antisemitischen) **Verein deutscher Studenten** beantragte Disziplinarverfahren niederzuschlagen. Bekanntlich handelt es sich um die Streichung des das antisemitische Treiben speziell in Sachen der Ritualmordbeschuldigungen energisch bekämpfenden Professors Strack aus der Liste der Ehrenmitglieder des genannten Vereins.

**Confession und Beruf.** Der Magistrat von Friedland in Oberschlesien macht durch Inserat bekannt, daß dort die baldigste Niederlassung eines „christlichen Rechtsanwalts" an Stelle des verstorbenen Rechtsanwaltes und Notars dringendes Bedürfniß sei.

Die „Klinische Wochenschrift" Nr. 40 enthält ein Inserat, das mit den Worten beginnt: „Junger jüdischer Arzt mit einiger Erfahrung in Chirurgie und Geburtshilfe wird zum 1. Januar 1894 für eine ländliche Fabrik-Krankenkasse in Ostpreußen, nicht weit von Königsberg i. Pr., gesucht".

Wir müssen gestehen, daß beide Annoncen in gleicher Weise verfehlt sind. Es kann sich doch für Friedland und Ostpreußen nicht darum handeln, einen Christen oder einen Juden zu bekommen und anzustellen, sondern einen tüchtigen Rechtsanwalt und einen geschickten Arzt. Aber bezeichnend sind beide Inserate für den confessionellen Geist, der sich überall bemerkbar macht.

**Wilhelm Marr,** einstmals trotz seiner jüdischen Abstammung eine antisemitische Autorität ersten Ranges, wird von den Antisemitenführern verleugnet, seitdem er sie als „Erzschelmenbonde" charakterisirt hat. In der Homburger antisemitischen „Abwehr" vom 17. Dezember finden wir einen Beitrag von dem „Judensprößling" Marr. Die — Biedermänner schemen sich also wieder vertragen zu haben.

**Antisemitismus und Anarchismus.** Ueber das abscheuliche Verbrechen, welches der Anarchist Auguste Vaillant in der französischen Kammer beging, indem er eine Höllenmaschine in's Haus warf, welche mehr als sechzig Personen verwundete, schreibt der Pariser Antisemitenhäuptling Eduard Drumont in seiner „Libre Parole" vom 10. d. M. die folgenden verbrecherischen Worte: „Tombé au banc des ministres la bombe anarchiste n'aurait frappé que des criminels que personne n'aurait songé à plaindre"; d. h. „Wäre die anarchistische Bombe auf die Ministerbank gefallen, so würde sie blos Verbrecher getroffen haben, die zu beklagen Niemandem eingefallen wäre." — Die „Staatsb. Ztg." freilich construirt aus der Thatsache, daß unter den zahllosen Anarchisten ein Cohen sich befindet, gleich wieder einen inneren Zusammenhang zwischen Judenthum und Anarchismus. Nun, die Namen Drumont, M. de Morès und Schneider, der zum Anarchisten Peukert Beziehungen hatte, beweisen, daß vom Antisemitismus zum Anarchismus ein Schritt ist, der unschwer zu machen ist.

## Sprechsaal.

Unter Bezugnahme auf Ihren Artikel: „Das Judenthum in der Juristerei*) bringe ich folgende Thatsachen zu Ihrer Kenntniß. Es ist Grundsatz, an einem Gericht, das nur mit einem Richter besetzt ist, keinen Juden anzustellen; ferner an kleinere Gerichte, an welchen schon ein Jude thätig ist, keinen zweiten zu delegiren. Dadurch verringern sich natürlich für Juden die Aussichten auf Anstellung. Uebrigens kennt man auch für Rechtsanwälte einen in der Verfassung nicht vorgesehenen confessionellen Unterschied. Für die Ernennung zum Notar giebt es im Bezirk des Kammergerichts Parallellisten — eine christliche und eine jüdische, damit die große Zahl der jüdischen Anwälte in der Anciennität nicht störend wird.

Ein Jurist.

## Briefkasten.

**F. 50.** In der antisemitischen „D. Ostwacht" heißt es: „Was ich aber an dem Vorgehen der Sittlichkeitsvereinler und ihrer Presse auszusetzen habe, ist der Umstand, daß diese Herren absolut nicht antisemitisch vorgehen mögen." Daraus können Sie ersehen, wie wenig ehrlich die Antisemiten es auch damit nehmen. Im Uebrigen mögen sie mit ihren Uebertreibungen nur so fort fahren, je alberner und toller sie es machen, desto rascher werden sie ihren Credit bei den Massen einbüßen.

**K. in Berlin.** Leuß hat auf die Enthüllungen über seine russischen Beziehungen bisher nicht reagirt.

**F. in M.** Auch in einem Hamburger Antisemitenblatte ist von den „Bannerträgern Böckel, Zimmermann, Ahlwardt" die Rede. Böckel steht jetzt mit dem von ihm früher als Erzschwindler gekennzeichneten Ahlwardt auf freundschaftlichem Fuße.

**Dr. S.** Das conservative antisemitische „Volk" (10. Dezember) führt aus, daß durch Einführung der neuen Tabakfabrikatsteuer das ganze Tabak- und Cigarrengeschäft thatsächlich ein Monopol der Juden würde. Nun sind aber gerade die nach antisemitischer Auffassung am meisten „verjudeten" Parteien: Sozialdemokraten und Freisinnige die heftigsten Gegner der Tabakfabrikatsteuer. Da läßt sich also beim besten Willen mit der Judenhetze nichts machen.

**E. Sch. in D.** Es ist uns bekannt, daß die in Magdeburg erscheinende „Israelitische Wochenschrift" des Dr. Rahmer in dieser Frage den gleichen Standpunkt wie wir vertritt.

*) S. „Mittheilungen" Nr. 48–49.

**Abonnent** in **Breslau**. 1) Ihr Hinweis auf die Logen findet Berücksichtigung. 2) Die Notiz über die zionistische Bewegung soll demnächst verwerthet werden. 3) Dem Postexemplar Statuten ꝛc. beizulegen, ist nicht gestattet. Wir sind aber gern bereit, das Gewünschte an Ihre Adresse zu senden.

**H. Sch.** in **Hannover**. Ihre Notiz ist zu spät eingetroffen. Wir haben darüber, wie Sie sehen, bereits nach einer anderen Quelle, berichtet.

## Die Juden und der Welthandel.

Von Wilhelm Kiesselbach.

(Schluß.)

Sie trafen in Gallien das römische Gold- und Silberpfund an, welche unter ein das im Werthverhältniß von 12 : 1, in zwölf Unzen aber vierundzwanzig Loth abgetheilt waren. Pipin verordnete 576, daß statt 24 Schillinge fortan nur 22 aus der Libra geschlagen werden sollten, von denen ein Schilling dem Münzmeister als Schlagschatz gegeben werden mußte; und Karl der Große führte den Zwanzig-Schillingfuß ein, wobei der Denar auf der einen Seite den kaiserlichen Namen rundlaufend und in der Mitte das Monogramm des Namens, auf der andern Seite aber den Namen des Prägeortes mit einem Kreuze in der Mitte zu tragen hatte.

Unter den Franken bildeten jedoch damals die in Handels- und Geldgeschäften thätigen Juden eine besondere zahlreiche Klasse der städtischen Bevölkerung; selbst die Könige pflegten sich derselben häufig zu ihren Zwecken zu bedienen. So hielt sich Chilperich einen Hebräer, Namens Priscus, um den Einkauf von Spezereien zu besorgen. In Spanien, wohin sich die Juden vor den römischen Verfolgungen unter Hadrian in großer Menge flüchteten, scheinen sie ebenfalls schon lange vorher ihre Verkehrsfäden angeknüpft zu haben; und wenn später das westgothische Gesetz von „überseeischen Kaufleuten“ spricht, welche in uralter Innungsform unter eigenen Richtern den Einheimischen „Gold, Silber, Kleider und sonstige Zierrathen verkaufen,“ so mögen darunter auch wohl „syrische“ Geschäftsleute zu verstehen sein. In Frankreich hielten die Juden, vermischt mit den Resten der römischen Handelswelt, z. B. in Marseille, während des fünften und sechsten Jahrhunderts so ziemlich die ganze Südküste besetzt; Papier, Oel, Seidenwaaren und Spezereien sind die Hauptgegenstände ihrer Einfuhr. Sie konnten aber damals wohl um so leichter den Verkehr mit den asiatischen Gütern betreiben, als sie gleichzeitig in Indien von den eingebornen Fürsten die Stadt Cranganore zum Geschenk erhielten, ferner im Innern von Arabien, nicht weit vom heutigen Aden, das Reich Homerien gründeten, und selbst in China ansässig waren. Welche Achtung dabei ihr Handelsleben in Europa genoß, erhellt aus der Thatsache, daß ein syrischer Kaufmann, der das Christenthum angenommen hatte, sich 591 sogar das Bisthum von Paris verschaffte. Am Hofe des Königs Guntram von Burgund galt der Wein von Gaza in Palästina als das köstlichste Getränk; der Goldschmied des Königs Dagobert, der heilige Eloi, „kleidete sich in Seide und ägyptische Leinwand, in seinem Gürtel funkelten die köstlichen Gesteine des Morgenlandes“ — nur jüdische Vermittlung vermochte damals in den weiten Binnenreichen, denen noch jeder Ansatz zu einem nationalen Handelsstande fehlte, solche orientalischen Waaren zu beschaffen.

Wie die europäische Welt eine Menge aus Asien herübergeholter Fäden in ihre Cultur verwebt hat, welche noch in der Gegenwart eigenthümliche Gebilde hervorrufen, so ist unserm Erdtheil in den Juden auch ein ökonomisch-soziales Element mit unverändertem Inhalte und unveränderter Form aus dem altasiatischen Dasein zu Theil geworden. Die große Wichtigkeit desselben für das neu beginnende Wirthschaftsleben des Mittelalters wird indessen erst dann mit voller Klarheit hervortreten, wenn wir die gesellschaftlich-staatliche Rückwirkung des Geldumlaufs innerhalb der Ackerbauverhältnisse auf der weiten Fläche auseinandergelegt haben. An dieser Stelle genüge zum Schluß die Bemerkung, daß falls nicht während des Zusammenbruches der römischen Herrschaft die jüdischen, im Welthandel beschäftigten Kaufleute die Verbindungsglieder zwischen Asien und Europa gebildet und somit als Träger des beweglichen Eigenthums den ersten sozialen Gährungsstoff in das agricole Dasein in Mitteleuropa gebracht hätten, daselbst das Bürgerthum mit seinen Städten und der aus ihm sich losringenden Staatsentwicklung schwerlich so früh auf dem Schauplatze erschienen wäre. Den auf ihren Gehöften hinlebenden Adeligen und Bauern kannte es nicht einfallen, mit den ihnen völlig unbekannten asiatischen Handelsplätzen Geschäftsbeziehungen anzuknüpfen. Der neue binneneuropäische Völkerhaushalt bedurfte demnach einer ökonomisch-sozialen Beimischung, welche ihn mit der Außenwelt in Berührung setzte. Das ist am Ausgange des Alterthums und am Anfange des Mittelalters die Aufgabe der heimathlosen, ewig beweglichen Juden, von denen Augustin erwähnt, „daß sie oft als junge Männer ihre jungen Frauen verließen und erst als Greise zu den Greisinnen zurückkehrten . . . .“ Die Weltgeschichte umfaßt manche geheimnißvoll waltenden Kräfte!



Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 1 1 ba. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

# Mittheilungen

## aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Centralbureau in Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

**Abdruck sämmtlicher Artikel (auch ohne Quellenangabe) erwünscht.**

Die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erscheinen jeden Sonntag; sie kosten vierteljährlich bei der Post bestellt 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., direct von der Expedition (Magdeburger-Str. 13) unter Kreuzband bezogen 85 Pf. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter Nr. 4173.

Alle redactionellen Zusendungen sind zu richten an die Redaction der „Mittheilungen“ Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Alle Werth- und Geldsendungen dagegen an den Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Herrn Jordan, Berlin W., Magdeburgerstr. 15. Bei anderer Adressirung liefert die Post die Werth- oder Geldsendurg nicht aus.

Nr. 53. | Berlin, den 31. Dezember. | 3. Jahrg. 1893

**Beim bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Weiterverbreitung derselben Sorge zu tragen.**

**Man abonnirt am einfachsten und billigsten — zu 50 Pfg. für das Vierteljahr — bei der nächsten Postanstalt. Wünscht jemand aber directe Zustellung unter Kreuzband, so bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages von 85 Pfg. an die Expedition.**

**Zum Zwecke der Propaganda stellen wir auf Wunsch Gratisexemplare in beliebiger Zahl zur Verfügung.**

---

### Der Antisemitismus in der evangelischen Kirche.

In der letzten Brandenburgischen Provinzialsynode war es anläßlich der Frage der christlich-jüdischen Mischehen zu einer lebhaften Antisemitendebatte gekommen. In dem soeben erschienenen Heft VIII der „Protestantischen Zeitstimmen“ (Berlin bei H. Springer 1894) behandelt „ein Laie“ die Stellung der evangelischen Kirche zum Antisemitismus. Er schreibt (S. 24 ff.):

„Wie ist es möglich, daß der Antisemitismus in unserer evangelischen Kirche direct Einzug zu halten sich anschickt? während doch selbst die so theure katholische „Schwesterkirche“ sich davon frei hält! Ist das nicht eine volle Verläugnung der ganzen Entstehungsgeschichte des Christenthums selbst? Ist das Christenthum nicht in Wahrheit aus dem Judenthum hervorgegangen, die Weiterentwickelung, die Erfüllung desselben? Wenn Gott der kirchlichen Lehre nach in Christus Menschengestalt angenommen hat, nun, so hat er dazu die Gestalt eines Juden erwählt. Alle Jünger und Apostel waren Juden. Ohne das alte Testament, ohne den Monotheismus seiner Propheten und Psalmen, ohne die messianischen Vorstellungen, ohne den Gesalbten, den Messias (Christus), ist das neue Testament ganz undenkbar. Kann man sich unseren Cultus, unsere Liturgie, und selbst unsere Kirchenlieder und Gebete ohne die Namen: Jehovah, Zebaoth, ohne die Cherubim und Seraphim, ohne Amen, Hosiannah, Halleujah 2c. denken? Die biblischen Geschichten, des alten (nicht blos des neuen) Testaments, werden unseren Kindern von den ersten Anfängen des Denkens an gelehrt und bilden die Grundlage des religiösen Unterrichts in der Volksschule. Von diesem Gesichtspunkte aus ist, um uns des geschmackvollen Lieblingsausdruckes der Antisemiten zu bedienen, unser deutsches Volk vollständig „verjudet“. Es giebt auch schon unter ihnen eine recht stattliche Anzahl solcher, die gerade diesen Gesichtspunkt scharf betonen, und daraus einen Eckstein für ihren Antisemitismus nach der einen Seite, wie für ihre Feindseligkeit gegen die Kirche nach der andern Seite hin machen. Das wird sich sicherlich noch weiter entwickeln, und Herr Stöcker wird noch seine rechte Freude erleben an der Saat, die er gesät hat, und an den Früchten, die dieselbe gezeitigt. Ist es, fragen wir wieder, Sache unserer Kirche, diesen Bestrebungen irgendwie Vorschub zu leisten?

Wir wollen im Uebrigen von allem dem, was sonst gegen den Antisemitismus zu sagen ist, hier zunächst absehen. Aber wir meinen, daß die Rücksicht auf das eben Bemerkte allein schon genügen müßte, um jedes feindliche Auftreten der evangelischen Kirche gegen die Juden von vorn herein als unmöglich, als einen Schnitt in das eigene Fleisch, erscheinen zu lassen, zumal die religiöse Opferwilligkeit eines Volkstheiles, der, trotz der ihm durch die Geschichte anerzogenen Neigungen, wöchentlich zwei Sabbathe hält, dem staatlich gebotenen noch seinen eigenen hinzufügt, vom rein religiösen Standpunkte aus jedenfalls hohe Achtung und Anerkennung verdient.

Besonderen Anstoß hat es erregt, daß wir die jüdisch-christlichen Mischehen als die „beste Art der Judenmission“ bezeichnet haben, weil die in solchen Ehen geborenen Kinder, mit sicherlich nur seltenen Ausnahmen, dem Christenthum gewonnen würden. Die Kreuzzeitung stellt dies so dar, als ob wir gesagt hätten: „echte Judenmission treibt der, welcher eine Jüdin heirathet. Das läßt tief blicken.“ Nun, wir glauben gern, daß diejenigen Freunde der Kreuzzeitung, um die es sich im Falle einer Mischehe handelt, diesen Grund, Judenmission zu treiben, nicht haben, wenn sie eine reiche Jüdin heimführen. Aber auch für sie gilt doch wohl unsere Annahme, ja es ist einfach notorisch, daß auch sie ihre Kinder christlich erziehen lassen. Quod erat demonstrandum! — Unser „blaues Blut“ gerade ist bekanntlich schon recht vielfach mit solchen Elementen durchsetzt. Die Gründe, welche dazu führen, werden durch den Prozeß, der sich soeben in Hannover abgespielt hat, zur Genüge illustrirt. Sicher ist auch, daß dieser Makel des Ursprungs, wenn irgend möglich, nach Kräften zu verhüllen gesucht, und durch möglichst scharfen Antisemitismus wettgemacht zu werden pflegt. Das Judenthum selbst zieht keinen Profit aus diesen Heirathen. Denn

1. verliert es eben die darin geborenen Kinder, und 2. werden gerade diese meist seine bittersten Gegner und Feinde. Man könnte sich daher nicht gerade wundern, wenn in den jüdischen Kreisen allmählich eine Mißstimmung gegen solche Mischehen, wie überhaupt gegen jede Conversion, entstünde. Für den ihnen dadurch erwachsenen Schaden würden sich die Freunde der Kreuzzeitung zunächst bei ihr zu bedanken haben. Aber auch die christliche Kirche selbst würde bei solcher Einschränkung der Mischehen, resp. der durch sie geleisteten Judenmission, entschieden verlieren.

Bisher war die Judenmission ein enfant gâté der Orthodoxie. Das soll, wie es scheint, jetzt auch anders werden. Denn, wenn fortab Diejenigen, welche convertiren wollen, außer dem Unterricht durch den Pfarrer, zu dem sie Vertrauen haben, auch noch einer Nachprüfung durch den Superintendenten und einer feierlichen Verpflichtung auf das Apostolicum sich unterwerfen sollen, so wird dies vermuthlich etwas abschreckend wirken. Nicht die Kirche, sondern das Judenthum würde dabei der gewinnende Theil sein. Freilich, auch das „Deutschthum" würde dabei profitiren, und dies ist doch wohl die Hauptsache, nach der Ansicht unserer rein — indogermanischen, oder gar „arischen" (!) Antisemiten.

Zum Schluß mögen hier aber doch auch einige Worte an die Juden selbst ihre Stelle finden. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit hervorgehoben: „wo Rauch ist, da ist Feuer." An dem in so hellen Flammen aufschlagenden Judenhaß, der so weite Kreise zieht, tragen auch die Juden selbst ganz wesentlich mit Schuld, wenn auch diese Mitschuld zu einem guten Theil dadurch wettgemacht wird, daß der Druck der Jahrhunderte ihnen die betreffenden Eigenschaften und Fehler anerzogen hat. Item aber, sie haben solche Fehler, die sie allgemein mißliebig machen. Und es ist daher an ihnen selbst, die äußersten Anstrengungen zu machen, um dieselben von sich abzustreifen. — Wir verkennen nicht, daß gerade die jetzige Sachlage es den ehrliebenden Juden sehr schwer macht, u. a. auch an die in ihren, nun einmal dem „Volke" anstößigen, fremdartigen Gewohnheiten, Sitten und Gebräuchen nothwendigen Reformen zu gehen, einfach darum, weil es eben den Anschein hat, daß sie dies nur aus materiellen Rücksichten thun, nicht darum, weil sie selbst von der inneren Nothwendigkeit solcher Reformen durchdrungen und überzeugt sind. Indessen, dieser Anschein, als ob sie nur aus der Noth eine Tugend machten, sollte sie doch nicht hindern, das wirklich Beseitigungswerthe darin auch factisch zu beseitigen, und so auch ihrerseits dazu beizutragen, den so schwer bedrohten öffentlichen Frieden wieder herzustellen. Es ist nicht blos das Schächten (das ja nun schon theilweise dem ob mit Recht oder Unrecht? bleibe dahingestellt, dagegen aufgebrachten öffentlichen Unwillen hat weichen müssen), sowie das fremdartige Colorit vieler ihrer rituellen Handlungen und Gebräuche, was gegen sie einnimmt, ja theilweise geradezu empört, wenn darin der alte Anspruch, „das auserwählte Volk Gottes" zu sein, zu Tage tritt. Es ist vor allem auch die Geflissentlichkeit, mit welcher dieser Anspruch, der durch die pecuniäre Stellung der Juden so besonders unterstützt wird, sich geltend macht. Anmaßung und Ueberhebung sind ja freilich die durchaus natürlichen Folgen tausendjährigen Druckes. Indessen jetzt, wo dieser Druck wenigstens aufgehört hat ein gesetzlicher zu sein, ob er auch leider noch immer ein sozialer ist, sollten sich die Juden, die sich ja nur noch theilweise im Stande der Nothwehr befinden, möglichst bemühen, jene Auswüchse von sich fern zu halten.

Daß es noch so viel „Halsabschneider", Wucherer und Gauner unter den Juden giebt (auch dies ist jetzt in Hannover wieder grell hervorgetreten), hängt einfach damit zusammen, daß nun einmal auch jetzt noch, dem alten Zwange dazu entsprechend, die Geldgeschäfte hauptsächlich von Juden betrieben werden. Der Procentsatz derer, die dies in unredlicher Weise thun, ist bei ihnen wohl aber kaum erheblich höher, als bei den Geldmännern christlicher Confession. Die Versuchung, dabei der Unredlichkeit zu verfallen, scheint ja allerdings hierbei eine besonders starke zu sein. Das Börsenspiel der Juden und das Hazardspiel der „Junker" wird im Uebrigen nicht bloß von den Antisemiten, die diese Zusammenstellung bei den letzten Reichstagswahlen bereits gründlich verwerthet haben, für so ziemlich gleichwerthig gehalten. Die Sucht, leicht und schnell, ohne redliche Arbeit, reich zu werden, ist im Uebrigen ein wesentliches Gebrechen unserer Zeit überhaupt.

So ist es denn dringend zu wünschen, daß jetzt, wo die Schranken im Wesentlichen doch gefallen sind, welche die Juden von anderen Erwerbszweigen ausschlossen, sie sich diesen mit Nachdruck zuwenden möchten. Man wird ja freilich auch da ihre Concurrenz nicht gern sehen. Ihre geistigen Fähigkeiten sind nun einmal — dieses Beneficium hat ihnen der Druck der Jahrhunderte allerdings eingetragen — besonders geschärft, und sie übertreffen dadurch wohl von vorn herein Manchen von denen, die mit ihnen concurriren. Aber eben so wenig, wie die Juden, trotz ihrer hohen Leistungen und Verdienste, in denjenigen Gebieten, die ihnen bisher schon offen standen, in Litteratur, Wissenschaft und Kunst, eine dominirende Stellung einnehmen, die über das ihnen für ihre Leistungen Gebührende hinausginge, ebensowenig werden sie es auf diesen neuen, ihnen bisher verschlossenen Gebieten dahin bringen. Vorausgesetzt freilich, daß ihre Concurrenten ebenso fleißig, nüchtern und mäßig sind, und sich ihrerseits eben solche Mühe geben, ihre Stellung in würdiger Weise zu behaupten. Nach dieser Richtung hin ist denn z. B. allerdings sehr zu wünschen, daß bei der Lösung der Preisaufgaben der Universitäten die Juden fortab nicht mehr procentuell so vorwiegen, wie dies annoch der Fall zu sein pflegte.

Wir dürfen eben doch wohl annehmen, daß der zu dieser Concurrenz nothwendige Aufwand von Kraft sich bei unserm deutschem Volke wirklich noch vorfindet, und daß die Angstmeierei unserer Antisemiten von demselben schließlich mit der gebührenden Verachtung zurückgewiesen werden wird. Durch Mittel der Gesetzgebung ein großes Volk dagegen schützen zu wollen, daß ein geringer Bruchtheil desselben die hundertfach an Zahl überlegene Masse des Volkes sich „unterjocht", „zu Sklaven macht", oder wie die Tiraden sonst lauten, blos weil er, bisher unterjocht und unterdrückt, jetzt freier athmen kann (ganz frei und ganz gleichberechtigt ist er ja doch wahrlich auch jetzt noch nicht!), das ist des deutschen Volkes unwürdig.

Man klagt ja freilich schon jetzt gewaltig über das Ueberhandnehmen der Juden in der Advokatur, in der Journalistik &c. Hier in Berlin z. B. sollen zwei Drittel aller Rechtsanwälte Juden sein. Das ist denn freilich ein großer Uebelstand. Worin liegt das? Es stehen eben noch immer den jungen Juden, welche ihre Universitätsstudien absolvirt haben, nur wenig Berufsarten wirklich offen. Es giebt ja bereits einige jüdische Richter (und Professoren); aber von der Verwaltung, dem Heere, dem Gymnasialunterricht sind die Juden noch immer fast ganz ausgeschlossen. Zwar nicht durch Gesetz, aber durch die öffentliche Meinung, welche gegen ihre Zulassung entschieden Front macht. Es ist daher z. B. immer ein Risiko, und zwar im Interesse des Betreffenden selbst kaum zu wünschen, wenn ein Jude als Einzelrichter in eine kleine Stadt geschickt wird; er kann eigentlich nur in einem Collegium, also in einer größeren Stadt, Verwendung finden. Weßhalb ist denn nun die öffentliche Meinung so ablehnend? Die Antwort hierauf lautet, das muß ganz offen gesagt werden: man fühlt sich bei einem Juden nicht so sicher, wie bei einem Christen; man besorgt, daß bei ihm nicht derselbe Grad von Amtsehre, von Pflicht- und Ehr-Gefühl überhaupt, vorliege, daß vielmehr das Stammesgefühl, das Privatinteresse, ja der Eigennutz gelegentlich doch mehr bei ihm zum Durchbruch kommen könne. Als ob nicht

auch bei uns Christen Streberthum, Patronage, Durchsteckerei und Auge-zudrücken genug vorkämen! und als ob sich nicht die nun doch bereits als Richter angestellten Juden ganz ebenso gut bewährt hätten, als ihre christlichen Collegen. Trotz dessen aber, der Druck der öffentlichen Meinung nach dieser Richtung hin besteht fort. Und für diesen, gerade die gebildeten Juden so schwer bedrückenden, ja grausamen Zustand haben sie sich bei ihren ungebildeten Glaubensgenossen zu bedanken, die es im Handel und Wandel oft genug an dem auch da ebenso nöthigen Ehrgefühl fehlen gelassen haben und noch fehlen lassen. Hier hilft nur Eins. Die Juden müssen sich bemühen, resp. fortfahren, soweit sie in staatliche Ehrenstellen und Aemter gelangen, sich als Muster von Amtstreue, Pflicht- und Ehrgefühl zu bewähren, und sollte einmal eine Ausnahme vorkommen, dem Betreffenden gegenüber ihrerseits alle Mittel, die ihnen in solchem Falle zur Ahndung zu Gebote stehen, auf das Unnachsichtigste anzuwenden. Nur so kann die böse Saat des Mißtrauens ausgerottet werden. — In Kunst, Litteratur und Wissenschaft gilt schon jetzt nur der Mann, die Leistung, nicht die Herkunft. Aber es giebt auch jetzt bereits einen gewerblichen Berufsstand, in welchem die Juden sich, und zwar schon von langer Zeit her, das volle Vertrauen ihrer christlichen Mitbürger erworben haben, die jüdischen Aerzte. Wie sie von je her, wobei ihnen ja freilich gerade der Nimbus ihrer orientalischen Herkunft zu Gute kam, vorzugsweise Leibärzte der Fürsten gewesen sind, so nehmen auch jetzt noch selbst recht orthodox-christliche Familien und Persönlichkeiten keinen Anstand, sich und die Ihrigen einem erprobten jüdischen Arzte anzuvertrauen, während doch jenes alte prestige längst geschwunden ist, und christliche Aerzte zur Genüge vorhanden sind. Nun, wie Gewissenhaftigkeit und Amtstreue hierbei zur Anerkennung gekommen sind, so werden sie mit der Zeit auch anderweit nicht verfehlen, die gleiche Frucht zur Reife zu bringen. Und hierauf, auf die Gewinnung des Vertrauens in je ihrer Stellung, muß das Bestreben der Juden vor allem gerichtet sein."

---

## Von der antisemitischen Geschichtskenntniß.

### V. (Sachsen.)

Es würde zu weit führen, hier auf das traurige Seitenstück zu der Leipziger Ladenhütertoleranz, das Blutgericht von Thorn, dessen Urtheil von August dem Starken, einem deutschen Fürsten, allerhöchst eigenhändig bestätigt*) und an zehn deutschen Lutheranern — darunter der Stadtpräsident — lege artis vollstreckt wurde, Hinrichtung theils mit dem Schwert, theils durch Viertheilung nach Abhauung der rechten Hand, Verbrennung der entseelten Körper und — selbstverständlich Confiscation der Güter. Der arme Monarch, der sonst huldvollst mit sich reden ließ, war diesmal unerbittlich; wir erfahren auch nicht, daß der sonst so schreib- und redselige Meßpatriotismus sich mit dem Erbitten sonderliche Mühe gab, er hätte wohl auch die Confiscation der Güter mit seiner Beredsamkeit nicht überbieten können.

Doch sollte auch nach der fanatischen Tragödie der Vorhang nicht fallen, ohne das hochgeehrte Publikum für die ausgestandene Gänsehaut durch eine äußerst spaßige Harlekinade zu entschädigen. Der verurtheilte Vicepräsident war geflohen und nach gutem alten Nürnberger Recht wurde er weder gehangen, noch geviertheilt noch sonst wie scharfrichterlich behelligt, sondern durch einen Pardonbrief mit dem ganzen Füllhorn allergnädigster damals so seltener Toleranz überschüttet. An den Magistrat von Thorn schrieb aber Majestät: Gleichwie Uns nun der sehr betrübte Zustand, darinnen die ohne vormals mit viel Calamitäten betroffene Stadt über den entstandenen Tumult gesetzt worden, sehr zu Herzen geht und Wir gern gesehen haben würden, wenn die Umstände so beschaffen gewesen wären, daß in Unserem Namen ein gelinderer Ausspruch ertheilet, oder solcher bei der Execution gemildert werden mögen; also zeuget die von Uns allsofort, wonach der vor Einlangung der Intercessionalien für bemeldeten Bürgermeister und Vicepräsidenten ertheilte Pardon, was maßen wir aus eigener Bewegniß geneigt sind, mehr nach Unserer väterlichen Huld, als nach Strenge des rechtlichen Prozesses zu verfahren."

Nun dieser „rechtliche Prozeß" betraf, was wir gleich hätten voranschicken sollen, eine in Thorn vorgekommene Prügelei zwischen Jesuitenschülern und lutherischen Deutschen, die mit Stürmung des Klosters und Verübung allerlei dem Zeitgeist entsprechenden Unfugs endete, den schließlich der Magistrat angestiftet haben sollte. Und darum Räuber und Mörder und Viertheilen 2c. 2c.

Ist angesichts solcher Erscheinungen wie der bisher nur kurz erwähnten nicht die mangelhafte Geschichtskenntniß unserer Gegner zu entschuldigen? Ist es nicht geradezu Anstandspflicht, diese und ähnliche Capitel der Welt- und Halbweltgeschichte lieber mit beredtem Schweigen zu unterschlagen, als sie ad usum delphini marktschreierisch aufzuputzen und auszuschmücken und mit allerlei Meßbudenflitter auszustaffiren, aus dem an allen Ecken die nackteste Gemeinheit, der bornirteste Mucker- und Schachergeist hervorguckt und das Jahrhundert charakterisirt von seinem Anfang bis an sein womöglich noch jämmerlicheres Ende. Vom Anfang bis ans Ende! Hören wir die Eröffnungsrede, die ein klassischer Zeuge, der Superintendent Dr. Löscher in alttestamentarischem Prophetenstil den tauben Ohren der Zuhörerschaft der Dresdener Kreuzkirche predigt oder wenigstens einige Sätze:

„O unglückseliges Land, wo es heißt: Wohlan, wir wollen gute Tage haben, wir wollen wohlleben, wir wollen uns freuen in unseren Tagen und wollen unser Herz guter Dinge sein lassen 2c. Diese Stadt gedenket in dieser Zeit, wie elend und verlassen sie ist, und wie viel Gutes sie vor alters gehabt hat. Dresden, du hast dich versündiget, darum mußt du sein wie ein unrein Weib, alle die dich ehrten verschmähen dich jetzt, der Feind hat bereits seine Hand an deine Kleinodien gelegt, und du sahest, wie fremde Völker in dein Heiligthum gingen*). Kirchen, Landeskirchen werden dir genommen, deine Priester sind verschmähet, deine Propheten werden getödtet und unsere Widersacher meinen, sie thun Gott einen Dienst. Der Gesalbte des Herrn, der unser Trost sein sollte . . . . . . . ist von denen Widersachern umgeben, welche schneller sind, denn die Adler unter dem Himmel, und die uns verfolgen, diese halten sein Herz gefangen, daß Knechte über uns herrschen und Niemand sei, der uns rette." (Das klingt beinahe wie die jetzigen Schmerzensschreie über Verjudung, die von der „Wiege" her vernommen werden, das Kind war wohl von je her etwas furchtsam. Red.)

Und als das Jahrhundert zur Neige ging, erhielt die „Wüste der Geister", wie der Schreiber folgenden Briefes Sachsen nennt, folgendes Zeugniß:

Die Chursachsen sind nicht die liebenswürdigsten von unseren deutschen Landsleuten. Aber die Dresdner sind vollends ein seichtes, zusammengeschrumpftes, unleidliches, bei dem es einem nie wohl wird. Sie schleppen sich in eigen-

*) Bis zur Thronbesteigung August d. Starken hatte in Polen Glaubensfreiheit für alle Dissidenten bestanden. In den pacta conventa lautete der Toleranzartikel: Wir wollen Frieden und Ruhe unter den Dissidenten in Religionssachen erhalten und dahin sehen, daß Niemand wegen der Religion bedrückt werde. Und wir wollen **niemals** erlauben, das dieses in unserem Gebiete, oder durch **Macht unserer Gerichtspersonen** geschehe." Erst unter dem convertirten deutschen Fürsten wurde die Emancipation der Lutheraner in Polen aufgehoben.

*) Schon 100 Jahre vor 1806! Red.

nützigen Verhältnissen herum und der freie, edle Mensch geht unter dem hungrigen Staatsbürger ganz verloren, wenn er anders je dagewesen ist. Zuweilen begegnet man einem verstümmelten Abdruck, oder vielmehr einer Ruine, die „ehemals Geist und Herz beseelte" 2c.

Das Zeugniß, das hier ausgestellt wird, ist nicht weniger klassisch als das erst citirte, denn kein geringerer hat es geschrieben als Friedr. v. Schiller und zwischen beiden spreizten sich auf Kanzel und Katheder tonangebend mit ihrer „knechtischen lichtscheuen, heuchlerischen Denkungsart" jene Jammergestalten. die einen Thomasius, einen Puffendorf. einen Lessing und Fichte zum Lande hinausgraulten.

Alle die genannten, von sächsischer Intoleranz hinausgegraulten, waren geborene Sachsen, das Schicksal Fichtes interessirt uns aber hier ganz besonders, weil gerade er wegen einiger judenfeindlicher Aeußerungen, die er im Anfange seiner fruchtbaren schriftstellerischen Wirksamkeit gethan, mit Vorliebe als antisemitischer Eideshelfer herhalten muß. Es ist dabei hundert gegen eins zu wetten, daß die ärgsten Schreier von seinen vielen Schriften nicht mehr als jene kurze Heilsbotschaft und diese nicht einmal vollständig, sondern in jener knappen Form zu lesen bekommen, wie sie die Hetzcentrale des Herrn Ingenieur und Leipziger Stadtverordneten Fritsch zu verabreichen für gut findet. Ja wir erlauben uns sogar zu bezweifeln, ob der künstliche Blumenfabrikant und Reichstagsabgeordnete für Bautzen in Sachsen, in dessen Wahlkreis die Geburtsorte von Lessing und Fichte liegen und der jene antisemitische Aeußerung Fichtes als höchsten Triumpf gegen die rumänischen Handelsverträge ausspielte, jemals die Abhandlung Fichtes „über die französische Revolution" zu Gesicht bekommen hat, von deren 240 Seiten sich kaum zwei mit den Juden beschäftigen. Wir bezweifeln, ob er überhaupt auch nur diese zwei Seiten*) mit derjenigen Aufmerksamkeit gelesen hat, die sich für einen deutschen Volksvertreter geziemt, der aus den Schriften eines der größten deutschen Denker nicht künstliche Blumen fabriciren, sondern ächte, lautere Wahrheit schöpfen und verbreiten will.

Wir bezweifeln ferner, ob er und die andern kundigen Thebaner, die immer nur je ein Verschen und eine Melodie in ihren Radauconventikeln auf der Walze haben, sich je die Mühe gaben, die ferneren Schicksale ihres — und unseres — Helden, nachdem er ihnen jenen Hetzartikel geliefert hatte, zu verfolgen. Ach, es kam ganz anders und der junge Philosoph hatte sich die christlichen Machthaber zu tolerant und den Juden, der ihn nie betrog, weil er sich nie mit ihm einließ, viel zu raubthierartig vorgestellt und so konnten die verd . . . Juden ihn nicht von Haus und Hof treiben, wo sie selbst nicht Haus und Hof hatten oder überhaupt haben durften — — doch apelliren wir von dem offenbar schlecht — wenn überhaupt — unterrichteten Antisemiten des deutschen Reichstags an die besser unterrichtenden Quellen, die er entweder nicht kennt oder um die er sich sehr unächt deutsch herumdrückt.

Citiren wir also ferner in chronologischer Reihenfolge aus dem, was von und über Fichte gesagt worden und uns hier direkt angeht.

---

## Die jüdischen Religionsbücher vor der zweiten badischen Kammer.

Ueber die von uns bereits erwähnte Verhandlung in der Sitzung vom 15. Dezember entnehmen wir dem Bericht der „Bad. Landesztg." Folgendes:

Abg. Strübe (nat.-lib.) berichtet über die Petition des deutschsozialen Vereins Karlsruhe, gez. Franz Schmidt, um Einsetzung einer aus Professoren der deutschen Universitäten bestehenden staatl. Commission zur Prüfung der jüdischen Geheimgesetze.

Die Petition führt aus, daß in weiten Kreisen des Volkes Beunruhigung darüber herrsche, daß nach den Behauptungen von Gelehrten des 16. Jahrhunderts bis zur Neuzeit den Juden unter gewissen Bedingungen gegen die Nichtjuden Betrug, Wucher, Falscheid, Ehebruch und selbst Mord erlaubt sei, wie dies auch der Privatdozent Eisenmenger an der Akademie Münster in einem Gutachten vor Gericht am 10. Dezember 1883 zugegeben habe. Der Staat dürfe keine Sondergemeinde dulden und keine feindselige Verschwörung gegen die übrige Menschheit. Ausschreitungen von Israeliten seien nicht individueller Art, sondern gingen hervor aus rabbinischen Gesetzbüchern

Die Commission erkennt an, daß im 4 Buch des Schulchan Aruch allerdings Stellen enthalten seien, die sich mit den ethischen Anschauungen des christlichen Staats nicht vertragen. Allein das Buch ist kein autoritatives und genießt nicht kanonisches Ansehen. Es ist den israelitischen Religionslehrern nicht obligatorisch gemacht und der Staat ist nicht verpflichtet, mit derartigen Dingen, so weit sie nicht praktisch sich wirksam machen, sich zu beschäftigen. Praktisch haben sich die Israeliten unsere sittlichen Anschauungen angeeignet und außerdem sind sie sich bewußt, daß unsere Gesetze Schutz gewahren gegen Verstöße; endlich werden unsere Schulbücher staatlich controlirt und noch kein Staat hat sich zu einer Maßregel, wie die Petition sie will, veranlaßt gesehen. Die Commission beantrage deshalb, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Stockhorner (cons.) ist für Ueberweisung der Petition an die großh. Regierung zur Kenntnißnahme. Beunruhigung sei vorhanden. Er wolle nur eine Klarstellung, damit sich dieselbe lege, wenn sich die Behauptungen bezüglich der Geheimgesetze als unwahr herausstellen. Der Staat habe die Aufgabe, sich damit zu beschäftigen, weil das Budget auch einen Posten für den isr. Cultus enthalte. Wenn das Buch nicht obligatorisch sei, so sei es doch facultativ. Er sei kein Antisemit und möchte die Begründung des Antrags sich nicht aneignen.

Abg. Rüdt (Soz.) erkennt dem Antisemitismus eine gewisse Berechtigung insofern zu, als derselbe der Mißgestaltung unserer sozialen Verhältnisse entsprungen sei, aber andererseits sei derselbe reactionär. Die Auswüchse des Judenthums rühren von der langen Verfolgung desselben her. Unter der Freiheit habe sich das Judenthum moralisch gehoben. Unter uns Christen (Zuruf des Abg. Wacker) — er spreche allgemein und sei mindestens ein so guter Christ, wie Herr Wacker, dem er die kirchlichen Dogmen gerne überlasse — gebe es so gut Sünder, wie bei den Juden. Redner kommt wieder auf den Capitalismus zurück und sagt, vor dem goldenen Kalbe tanzen nicht nur Juden, sondern auch Christen . . .

. . . In einem vom Freiburger Erzbischof approbirten Schulbuch stünden, wie er gehört habe, Geschichten von einem Ritualmord, die nicht zur Erhöhung der Nächstenliebe führen können. Man solle der guten badischen Tradition der Freiheit auf dem Gebiete des Denkens und Forschens folgen.

Abg. Venedey (freis.) spricht für den Commissionsantrag.

Abg. Wacker (ultr.): Niemand sei ein schlechterer Vertreter des Eifers gegen den Fanatismus als die Sozialdemokratie von der besonderen Art des Herrn Collegen Rüdt. (Heiterkeit.) Einen schlimmeren Fanatismus, als er in der Presse und den Versammlungen der Sozialdemokratie zum Ausdruck komme, könne man sich weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft denken, und wehe! wenn diesem Fanatismus die Macht zur Seite stünde. . . . Bezüglich des Schulbuches habe Abg. Rüdt sehr leichten Herzens eine grobe, thatsächliche Unwahrheit ausgesprochen. Er könne sich nicht entschließen, einen Antrag auf Kenntnißnahme zu unterstützen. Denn dann könnte eine staatliche Commission auch über die Lehren christlicher Confessionen befinden, ob sie zulässig seien oder nicht. Die heutige Verhandlung habe den großen Werth, daß sie die Nationalliberalen auf etwas aufmerksam mache, was seine Freunde stets vertreten hätten. Er richte an die andere Seite des Hauses die freundliche Bitte, gegebenen Falls auch die Consequenz hieraus zu ziehen. (Heiterkeit.)

Abg. Fieser (nat.-lib.) kann dem Abg. Wacker nur bestätigen, daß derselbe ganz im Rechte sei, wenn er annehme, daß die Nationalliberalen bezüglich der heute vom Centrum eingebrachten Anträge ganz dieselbe Stelle einnehmen werden, wie heute. Wie sie heute zur Tagesordnung übergehen, so werden sie das auch bei den Anträgen thun (Große Heiterkeit.) Mit der Begründung des Commissionsantrags sei er aber nicht ganz einverstanden. Der Staat müsse nämlich nach Art 3 des Kirchengesetzes vom Jahr 1860 die Ethik und Dogmatik der Religionsgesellschaften schon geprüft haben. Er könne die öffentliche Ausübung der Religion nicht gestatten, und sei sofort verpflichtet, einzuschreiten, wenn er überzeugt wäre, daß die betr. Lehren der Sittlichkeit und dem Gesetz widersprächen. Diese Sache sei also schon erledigt. Beunruhigung sei nur insofern vorhanden, als der Antisemitismus nicht aus dem Volke hinausgewachsen, sondern in dasselbe hineingetragen sei. Es gebe intra et extra muros, allerhand komische Heilige. Daß, hervorgerufen durch einzelne Ereignisse, eine weitverzweigte Abneigung gegen die Juden bestehe, finde er begreiflich. Aber daß man bloß frage: Ist's ein Jude oder nicht, und wenn es ein Jude ist, sagt: dann nur drauf! das halte er für einen Schandfleck in unserer Zeit. Er hasse den jüdischen Wucher und hasse den christlichen Wucher.

Abg. Schumann (freis.) will die in Frage kommenden Stellen

*) Fichte, Beiträge zur Berichtigung der Urtheile über die franz. Revolution (Bd. I der sämmtl Werke) zuerst erschienen 1793!!! Jubilate gentes germanissimae! antisemitissimae!

lediglich als litterarische Erzeugnisse betrachtet sehen und hält es für ein Unrecht, die Juden von heute für litterarische Leistungen ihrer Vorfahren verantwortlich zu machen.

Abg. **Rüdt** (Soz.) wendet sich gegen die Tendenz des Antrags, in dem ein vollgerüttelt Maß von Haß und Verachtung liege. Dem Abg. Wacker gegenüber hebt er hervor, daß die Judenverfolgungen früherer Jahrhunderte nicht mit Zeitverhältnissen entschuldigt werden könnten. Unrecht bleibe Unrecht.

Abg. **Gerber** (ultr.) erklärt sich als Mitglied der zuständigen Commission ebenfalls für den Uebergang zur Tagesordnung, da er den Staat nicht für berechtigt und geeignet hält, über den Begriff der Sittlichkeit zu entscheiden. Der Staat pflege und fördere eine Moral, die nach Menschen und Zeitverhältnissen wandelbar sei. Der Rüdt'schen Aeußerung von dem wahren Christenthum begegnet er mit Ironie. Rüdt habe sich den Christen öfter als Feind, den Juden aber als Freund gezeigt. (Abg. Rüdt: Darin zeigt sich eben das wahre Christenthum. Abg. Gerber: Sie sind doch nicht beschnitten.) Allerdings sei es richtig, daß die Juden durch Christen aus einer irregeleiteten religiösen Auffassung und Fanatismus verfolgt worden seien. Aber die Kirche als solche habe immer schwere Strafen darauf gesetzt und die Juden geschützt. Im Uebrigen habe der Antisemitismus bei dem katholischen Volke weniger Eingang gefunden als bei dem protestantischen. Begreiflich sei diese Richtung in mancher Beziehung, wenn man sehe, wie brave, fleißige und treue Bürger von den Juden übervortheilt würden. Unter dem Einfluß der früheren Gesetzgebung hatten sich die Juden auf kleinere Geschäfte beschränkt, jetzt aber wohnen die Juden in Palästen. Auch der Capitalismus, gegen den die Sozialdemokratie kämpfe, sei eine Frucht des Judenthums und diejenigen christlichen Kreise, die ebenfalls kapitalistischen Charakter zeigen, seien eben verjudet. Unmoralisch sei bei dem Judenthum u. A. die Eidesformel, die alljährlich geleistet wird und worin sie alle gemachten Versprechungen für nichtig erklären. Die Aeußerungen des Abg. Rüdt, daß auch die christliche Kirche in ihrer Bibel die Gläubigen moralisch anfechtbare Bücher lesen lasse, müsse er zurückweisen, denn einmal sei es unwahr, daß die katholische Kirche die Kinder die Bibel lesen lasse, sodann sei es unerhört, daß ein Abgeordneter in diesem Hause ein solches Urtheil über die Bibel abgegeben habe.

Was das von Rüdt erwähnte approbirte Buch anbelange, so sei dies kein Schulbuch gewesen, sondern eine Erzählung für Kinder. (Abg. Rüdt: Aber approbirt.) Darin habe sich eine Erzählung über den Ritualmord gefunden. Das Buch sei im Buchhandel bereits vergriffen. Bei der Neuauflage habe man die Erzählung als ungeeignet fortgelassen. (Abg. Rüdt: Aha!) Im Uebrigen sei es noch zweifelhaft, ob die Geschichte nicht überhaupt wahr gewesen sei. Man möge an die Angelegenheit von Tisza-Eßlar denken, die auch Manche für wahr gehalten hätten.

Abg. **Schweinfurth** (nat.-lib.) stellt dem Abg. Frhrn. von Stockhorner gegenüber fest, daß die im 13. Wahlkreis für den antisemitischen Candidaten abgegebenen 4000 Stimmen nicht lediglich von antisemitischen Wählern herrührten. Viele Nationalliberale hätten in Ermangelung eines eigenen Candidaten für den Antisemiten gestimmt.

Ministerialrath **Hübsch** erklärt, die Motivirung der Commission zu ihrem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wolle wohl kaum dahin verstanden werden, als ob der Staat nicht berechtigt und befugt sei, über die ethischen Lehren der einzelnen Religionsgemeinschaften zu wachen. Er verweist diesbezüglich auf einen Verfassungsparagraphen. Im Namen der Regierung erkläre er, daß in öffentlichen und privaten Schulen keine israelitischen Bücher im Sinne der Petition sind. Hinweisend darauf, daß an die preußische Regierung ähnliche Wünsche gerichtet wurden, wie an die unsrige, bemerkte er, daß die von dem preußischen Cultusministerium angestellte Untersuchung laut der Erklärung im Staatsanzeiger vom 28. September v. J. unter 557 Büchern kein anstößiges ermittelt habe. Bezüglich des Schulchan Aruch sei zu beachten, daß die jüdische Theologie die über ihn ins Feld geführten Behauptungen nie unwidersprochen gelassen habe. Ferner hätten sämmtliche Rabbiner erklärt, daß weder in den sittlichen noch in den dogmatischen Schriften des Judenthums eine Stelle sich findet, die den Juden gegen Nichtjuden etwas erlaubt, was den allgemeinen Sittenlehren widerspricht.

Abg. **Wacker** (ultr.) wendet sich gegen Abg. Rüdt und nimmt den Erzbischof gegen den Vorwurf in Schutz, als ob er ein Buch im Sinne des Abg. Rüdt empfohlen, oder eingeführt habe. . . Die sogen. Approbation sei lediglich für den Buchhändler von Interesse, da sie zum Lesen aufmuntere; aber der Approbant übernehme damit nicht die Verantwortlichkeit für jeden im Buche enthaltenen Satz.

Es erhält hierauf das Wort der Berichterstatter der Commission Abg. **Strübe** (nat.-lib.) der den Antrag der Commission dahin interpretirt, daß man der Regierung die Befugniß zur Ueberwachung der ethischen Seite der einzelnen Religionen nicht abspreche.

Bei hierauf erfolgender Abstimmung wird der Antrag der Commission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, mit allen gegen eine Stimme angenommen.

---

## Eidesnoth und protestantische Richter.

Von einem protestantischen Geistlichen wird der „Köln. Ztg." (20. Dez.) geschrieben:

Die evangelischen Kreissynoden der Rheinprovinz verhandelten in diesem Jahre über das Proponendum: „Was kann von seiten der Pfarrer und Presbyter zur Hebung der unser Volksleben bedrückenden Eidesnoth geschehen?" Das Vorhandensein einer Eidesnoth wird wohl niemand leugnen, denn wenn auch die Statistik der letzten zehn Jahre eine kleine Abnahme der Bestrafungen des Meineides nachweist, so ist doch von hervorragenden Justizbeamten die Thatsache festgestellt worden, daß „das Bewußtsein von der Heiligkeit des Eides und die Achtung vor dem Eide in schreckenerregender Weise schwindet". Am Schlusse des Elberfelder Geheimbund-Processes sagte der Vorsitzende: „Ich halte mich verpflichtet, die Ueberzeugung auszusprechen, daß in dieser Verhandlung eine Reihe von Meineiden geschworen ist mit so kaltem Blute, mit so kalter Ueberlegung, wie mir in meiner langjährigen Praxis als Richter bis jetzt noch nicht vorgekommen ist. Es hat mich körperlich und innerlich angegriffen, drei Tage an diesem Abgrund der Corruption, der Mißachtung alles Höhern und Göttlichen mich unter den formellen Bestimmungen des Strafprocesses bewegen zu müssen". Es ist gewiß an der Zeit, daß die Männer, welche berufen sind, für den Sieg der Wahrheit zu wirken, Mittel und Wege suchen, den Wahrheitssinn zu beleben und die Gewissen zu schärfen. Daß die evangelische Kirche hier mitarbeiten darf, ja, mitarbeiten muß, wird niemand bestreiten. Die Mittel und Wege zur Hebung der unser Volk bedrückenden Eidesnoth können aber nur durch die richtige Erkenntniß ihrer Ursachen gefunden werden. Bei der Frage nach den Ursachen und Mitteln muß man sich hüten da zu suchen, wo nichts zu finden ist. Das ist nicht überall geschehen. Die schlesische Provincialsynode, die über das oben erwähnte Proponendum verhandelte, hat gefordert, „daß ein Christ nur von einem christlichen Richter vereidigt werde". Diese Forderung ist in jeder Beziehung unberechtigt. Es liegt in ihr zunächst eine Herabwürdigung des israelitischen Richters. Die juristische Laufbahn ist dem Israeliten offen, er ist staatlich zur Bekleidung eines Richteramtes für qualificirt erachtet. Confessionelle Rücksichten nimmt der Staat bei Besetzung von Richterstellen nicht. Er kann demnach auch einem Richter aus confessionellen Gründen ein wesentliches Recht seines Amtes nicht nehmen. Wollte man dem israelitischen Richter das Recht aberkennen, einen Christen zu vereidigen, so würde man ihn in seiner amtlichen Stellung erniedrigen. Ist der israelitische Richter nicht qualificirt zu **allen** richterlichen Functionen so ist er überhaupt nicht tauglich für ein Richteramt. Die Forderung, der betreffenden Synode ist der erste Schritt zur Ablehnung des israelitischen Richters überhaupt. Sie betritt den für evangelische Christen doch recht wenig gangbaren Boden des Antisemitismus.

Aus jener Forderung läßt sich eine Reihe von Consequenzen ziehen. Der Israelit kann mit gleichem Recht von einem israelitischen, der Katholik von einem katholischen, der Evangelische von einem evangelischen Richter vereidigt zu werden verlangen. Der überzeugte Christ lehnt den atheistischen, der Atheist den christlichen Richter ab u. s. w. Dadurch werden Zustände herbeigeführt, die eine geordnete Rechtspflege ganz in Frage stellen. Nach der Auffassung der betreffenden Synode soll die Vereidigung eines Christen durch einen christlichen Richter ein Mittel zur Hebung der Eidesnoth sein. Denn der logische Zusammenhang ist doch der, daß bei Vereidigung durch einen israelitischen Richter die Feierlichkeit der Eidesleistung beeinträchtigt, die Gefahr leichtsinnigen oder falschen Schwörens vergrößert werde. Diese Auffassung ist vom evangelischen Standpunkt principiell abzuweisen. Es ist nicht der Richter, der den Eid fordert, sondern das Gesetz, die Obrigkeit. Der Richter, der den Eid abnimmt, handelt lediglich als Organ der Obrigkeit, lediglich in seiner amtlichen Stellung, seine Confession kommt dabei nicht in Betracht. Der Richter ist eben nicht „der Repräsentant des Glaubens an die Hülfe und Gnade Gottes in Christo". Soll er das sein, dann muß der evangelische Christ auch jeden atheistischen, ja, auch jeden katholischen Richter ablehnen. Der evangelische Christ bedarf eines solchen Repräsentanten überhaupt nicht. Es kann ihm bei der Eidesleistung ganz gleichgültig sein, wer die Person ist, die ihm den Eid abnimmt. Er wird ohne Rücksicht auf die Confession des Richters von der heiligen Handlung im tiefsten Herzen ergriffen werden und sich seinem Gott gegenüber verpflichtet halten, die lautere Wahrheit zu sagen. Der bloße Namenschrist wird in der Eidesformel eben nur eine Formel sehen, die nachzusprechen ihn die Obrigkeit zwingt. Er wird schon deshalb nach der Confession des Richters nicht fragen, sondern die Wahrheit sagen,

weil er sich seinem Gewissen gegenüber dazu verpflichtet fühlt oder weil er die Strafe des Gesetzes fürchtet.

Wenn wir von den Antisemiten absehen, die nicht aus religiösen Gründen, sondern aus Rassenhaß den israelitischen Richter ablehnen, so kann doch die vorliegende Frage nur für den überzeugten Christen gewisse Bedeutung haben. Hier liegt die Gefahr nahe, daß der Christ religiöses Gefühl und frömmelnde Prüderie verwechselt. Der Anstoß an einem israelitischen Richter im Falle der Eidesleistung würde in das Gebiet jener Prüderie gehören und demnach der Berechtigung entbehren. Nicht die Confession des Richters — wobei ja auch nicht einzusehen ist, weshalb ein israelitischer Richter die Handlung nicht ebenso würdig und feierlich vollziehen sollte wie ein anderer — wird die Eidesleistung würdiger und wirksamer machen, sondern die Belebung und Stärkung des Wahrheitssinnes in unserm Volke.

## Aus dem antisemitischen Lager.

**In der „Deutschen Wacht"** des Abg. Zimmermann lesen wir:

Die „Zittauer Morgenzeitung" ist ein Blatt, das in seiner Kampfesweise die gemeinsten Judenblätter noch übertrumpft. Seit einiger Zeit befolgt das vornehme Blättchen gegenüber der antisemitischen Bewegung eine Methode, die geradezu einzig dasteht. Sobald es nämlich irgend ein Verbrechen, Meineid, Vergewaltigung und dergl. zu berichten weiß, fügt es regelmäßig den Zusatz hinzu, daß betr. Verbrecher vorher stark in Antisemitismus „gemacht" habe, um bei seinen Lesern so den Schein zu erwecken, daß jeder Antisemit unbedingt ein Lump und Verbrecher sei."

In den Spalten des antisemitischen Organs nimmt sich diese sittliche Entrüstung höchst sonderbar aus. Denn **die hier gegeißelte Methode ist eine spezifisch antisemitische**, welche gegen die Juden angewendet wird, um bei den Lesern oder bei den Zuhörern in Versammlungen den Schein zu erwecken, daß jeder Jude unbedingt ein Lump oder Verbrecher sei.

**Die Antisemiten und die Sonntagsruhe.** Von der Ankündigung der „Voss. Ztg.", daß sie am zweiten Weihnachtsfeiertage früh erscheinen werde, hat die „Staatsbürgerzeitung" als von einer „Illustration zum Kapitel Sonntagsruhe" Notiz genommen und die Bemerkung daran geknüpft:

„In der That ein Stücklein würdig des Besitzers, dem es gleich ist, ob Christen, Juden, Türken oder Heiden an seinem Blatte arbeiten. Nur Leute schinden und dabei Insertionseinnahmen schlucken."

Die brave „Staatsbürgerztg." sollte ihre Mahnungen doch zunächst an die gesinnungsverwandten Blätter richten. So z. B. erschien die „Tägl. Rdsch." ebenfalls Dienstag früh, die „Dresd. Nachr." und die „Deutsche Wacht" sogar an beiden Weihnachtsfeiertagen. Das sind dieselben Antisemiten, welche immer die Juden als die Hauptgegner der Sonntagsruhe verdächtigen.

Der Eifer der „Staatsbürgerztg." erscheint in einem besonders eigenthümlichen Lichte, wenn man sich die Thatsache ins Gedächtniß zurückruft, daß die „Staatsbürgerzeitung" früher viele Jahre lang in Berlin das einzige Blatt war, welches Montag früh erschien, also Sonntag hergestellt wurde.

○ **Görlitz,** 23. Dezember. Der hiesige „Neue Görl. Anzeiger" berichtet in seiner Nr. 299 v. 21. d.:

„Gestern wurde der Premier-Lieutenant a. D. Hermann Winter hierselbst, wohnhaft Krölstr. 32, unter dem Verdacht, ein Sittlichkeits-Verbrechen begangen zu haben, das nach § 176 III mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft wird, verhaftet. Belastend für ihn sind, wie wir hören, die Aussagen mehrerer Schulmädchen, auf deren Anzeige hin die Criminalpolizei vorgegangen ist. Die Verhaftung erfolgte auf der Schulstraße durch Herrn Polizei-Wachtmeister Wagner."

Dieser Winter gehört zu den Führern des hiesigen deutschsozialen Vereins, der in den Tagen vor Weihnachten in den hiesigen Blättern folgendes Inserat erließ:

Deutsche Mitbürger in Stadt und Land! Vergeßt nicht bei Euren Weihnachts-Einkäufen unsere bedrängten, christlichen Handwerker und Kaufleute. Helft dazu mit, daß auch ihnen unser höchstes Fest Freude ins Haus bringe. Der Vorstand des deutschsozialen Vereins.

Natürlich ist das blos euphemistisch ausgedrückt für: Kauft nicht bei Juden! Darauf erschien in denselben Blättern als Inserat: „Wir ersuchen unsere jüdischen Glaubensgenossen, sich durch die Aufforderung des Vorstandes des deutschsozialen Vereins in ihrer gewohnten Schenkfreudigkeit zu Weihnachten für unsere armen Mitbürger nicht beirren zu lassen". Der Vorstand des genannten Vereins ließ sich auch nicht beirren und wiederholte seine Aufforderung; mit welchem Erfolge läßt sich ja nicht feststellen. Vielleicht war dies die letzte That des edlen urgermanischen Herrn Winter auf diesem Gebiete. Der deutschsoziale Verein aber, der hier überhaupt nur im Verborgenen blüht, wird sich nach diesem Vorgange doch wohl sagen müssen, daß es ihm in Zukunft noch schwerer als es bisher schon der Fall war, werden dürfte, seine Bestrebungen, den Frieden, in welchem die hiesigen verschiedenen Confessionen mit einander leben, zu stören, mit Erfolg gekrönt zu sehen.

□ **Heidelberg,** 21. Dezember. Herr Liebermann von Sonnenberg giebt seine Gastrollen hier nicht mehr in der Form von Vorträgen — seine Sprüchlein sind ja bekannt —, sondern in der Form zwangloser Plaudereien. Mit Riesenplakaten war es mitgetheilt worden, daß der genannte Herr Heidelberg die Ehre seines Besuches schenkt (so war es zu lesen) und seine Freunde waren vom Reformvereinsvorstand eingeladen, ihn zu begrüßen. Es waren deren mehr gekommen als bei der vorigen Reise und ihnen sagte Herr v. Liebermann, daß man im preußischen Abgeordnetenhause wohl etwas erzielen könne, aber im Reichstage nicht (und in's Abgeordnetenhaus wählte man die Herren nicht), namentlich unter Caprivis Regierung nicht.

Er beklagte das und noch mehr die leeren Parteikassen. So wurde das Mitleid rege und es gab jeder Anwesende 20 Pfennig für die gute Sache.

**Zittau,** 23. Dezember. Eine Entscheidung des hiesigen Stadtraths spricht sich dahin aus, daß eine von antisemitischer Seite erfolgte Aufforderung, zu Weihnachten nur in christlichen Geschäften zu kaufen, unzulässig sei. Nach Beschluß des Stadtraths sollen derartige die jüdischen Geschäfte sperrenden Anzeigen im Amtsblatt des Stadtraths künftig keine Aufnahme finden.

**Aus Thorn** wird der „Danz. Ztg." unter dem 27. Dezember berichtet:

Der bekannte antisemitische Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg will hier am 27. k. Mts. einen öffentlichen Vortrag halten. Die hiesigen Antisemiten machen große Anstrengungen, um für ihn Propaganda zu machen. Die bekannten Zettel „Kauft bei keinem Juden" sind kurz vor den Feiertagen hier in Masse verbreitet worden. Mit dieser Agitation beschäftigen sich jetzt Polizeiverwaltung und Gericht.

## Vermischtes.

**Noch einmal die „Zionisten".** Aus Breslau wird uns geschrieben:

„Die zionistische Bewegung, wie sie die „Selbstemanzipation" vertritt, ist nur ein unberechtigter Auswuchs der sehr berechtigten Bestrebungen, jüdische Colonieen in Palästina zu errichten. Es ist nun einmal eine unumstößliche Thatsache, daß die russischen Juden als Opfer der Intoleranz ihre Heimath verlassen müssen und daß auch die galizischen Glaubensgenossen sich durch das große Elend hierzu gedrängt sehen. Da nun nicht alle in den argentinischen Colonieen des Baron Hirsch untergebracht werden können, haben sich in Deutschland und Rußland Vereine-

gebildet, um die Ansiedelung jüdischer Colonisten im heiligen Lande ins Werk zu setzen. In dem die Ziele des Vereins Esra darlegenden Circular heißt es ausdrücklich, daß der Verein keineswegs beabsichtige, zur Auswanderung nach Palästina zu verlocken. — Freilich ist es traurig, daß diesem edlen Streben durch unberechtigte Auswüchse Eintrag gethan wird."

Gegen solche Bestrebungen, wie sie vorstehend geschildert sind, haben wir natürlich nichts einzuwenden. Dagegen beklagen und verurtheilen wir eine Bewegung, welche — nach den uns vorliegenden Organisationsstatuten der österreichischen Zionisten — „die Wiedergeburt der jüdischen Nation mit dem Endziel der Wiederherstellung des jüdischen Gemeinwesens in Palästina" plant. Der Rossen-Semitismus ist uns nicht minder widerwärtig wie der Rassen-Antisemitismus.

**Im Tone der Revolverpresse** schreibt das neue **antisemitische** Organ „Frei-Deutschland." Es schildert in seiner Probenummer den jetzigen Stand des Falles Paasch und bemerkt dann wörtlich:

„. . . Hoffentlich wird aber die Sache im Reichstage noch zur Sprache kommen, wenn nicht die preußische oder die Reichsregierung es vorziehen wird, Herrn Paasch durch eine Entschädigungssumme für die ihm zu Theil gewordenen Widerwärtigkeiten und Vermögensschädigungen schadlos zu halten und so die unangenehme Geschichte aus der Welt zu schaffen, was für alle Theile das Beste wäre und womit sich auch Herr Paasch, wenn wir nicht sehr irren, völlig einverstanden erklären würde. Paasch ist eben von Natur kein streitender Charakter, er will nur sein Recht."

**Die berüchtigten „Xantener Tage"** hätten beinahe am 20. Dezember in **Kempen** a. Rh. ihre Auferstehung gefeiert. Der „Frank. Ztg." wird nämlich geschrieben: Der jüdische Metzger Lambertz erwartete einen Jungen aus Neukerk, der eine größere Quantität bestellten Fleisches bei ihm abholen sollte. Lambertz traf auf dem Heimwege einen Jungen aus Neukerk, und da dieser mit einem Tragkorbe ausgerüstet war, hielt er ihn für den erwarteten Boten und forderte ihn auf, mit in seine Wohnung zu kommen. Als beide in die Wohnstube traten, saßen in derselben zwei ältere Männer, wie bald klargestellt wurde christliche Metzger aus St. Hubert und Hüls, und der eine fragte Lambertz: „Wo hast Du das große Fleischtuch?" Da wurde es dem Jungen unheimlich. Er entfernte sich unter dem Vorgeben, erst noch eine Bestellung in einem Nachbarhause ausrichten zu müssen, und verbreitete alsbald im Orte die Schauermär, Lambertz habe ihn in sein Haus gelockt, um ihn abzuschlachten. Einige alte Juden (die christlichen Metzger) hätten dort bereits auf ihn gewartet. Natürlich fand sich schnell ein gerngläubiger, angriffslustiger Pöbelhaufe zusammen. Der Bürgermeister beschied alsbald Lambertz zu sich, ließ sich den Hergang erzählen und hielt ihn so lange fest, bis auch die Ehefrau verhört war, deren Bekundungen mit denen ihres Gatten vollständig übereinstimmten. Trotz der von Seiten des Bürgermeisters gegebenen Aufklärung glaubt der Junge ganz fest, man habe ihn schlachten wollen, und die Menge glaubt es ihm nach, oder giebt sich wenigstens den Anschein, es zu glauben. Da die Juden keinen Moment sicher sind, daß nicht ähnliche Märchen auftauchen, hat sich ihrer eine erklärliche Beunruhigung bemächtigt. Wann wird es am Niederrhein Tag werden?

**Antisemitische Reklame.** Die Antisemiten predigen unaufhörlich, die „ganze J..denpresse" lege sich ins Zeug, wenn irgendwo ein jüdisches Talent auftaucht. Abgesehen davon, daß wir in der Lage sind, eine ganze Reihe von Thatsachen anzuführen, die dagegen sprechen, giebt aber die antisemitische Presse und Litteratur der sog. „jüdischen" gar nichts nach. Da veröffentlicht der antisemitische Schriftsteller Dr. Richard Siegemund eine Novellensammlung „Weihnachtsbuch für deutsche Frauen und Jungfrauen", in der eine Erzählung von einem Stud. jur. berichtet, der seine Herzallerliebste verläßt, weil er auf ihrem Büchertisch — Heine's Gedichte findet. Er versöhnt sich mit ihr, als sie statt für Heines Gedichte — die Aermste! — für Liebermann von Sonnenberg's Gedichte schwärmt, dessen beste Gedichte leider aber nach dem Urtheil der „Tgl. Rsch." an — Heine gemahnen! — — Dann veröffentlicht das „Westdeutsche Volksblatt" eine Erzählung „Eine Reichstagswahl" betitelt, die geschmacklos genug ist, alle antisemitischen Größen Revue passiren zu lassen. Darin heißt es (23. 12.):

„Die hinreißende Beredsamkeit und der zündende Witz des Herrn Liebermann von Sonnenberg, die logisch scharfe und zur Ueberzeugung zwingende Klarheit unseres Theodor Fritsch, die vornehme und von rednerischer Poesie durchwehte Vortragsweise Dr. P. Försters waren mächtige Hebel, mit denen wir das eingerostete Denkvermögen des von liberalen Phrasen in politischen Schlummer versetzten deutschen Michels wieder in Bewegung setzten.

Als endlich wenige Tage vor der Wahl auch der Führer unserer Brüder in der Ostmark, der unvergleichliche Ritter v. Schönerer in einer von mehreren tausend Bauern auf freiem Felde abgehaltenen Versammlung mit mächtigem Wort unsere Wähler zu nationaler Begeisterung entflammt hatte, da konnte ich es wagen, unsere Siegeshoffnung auch öffentlich in meiner Zeitung Ausdruck zu verleihen."

## Sprechsaal.

In der zweiten badischen Kammer hat der ultramontane Abg. Gerber eine Rede gehalten, die in ihrem letzten Theile judenfeindlich war. In dieser wiederholte er den alten Vorwurf, die Juden leisteten alljährlich eine unmoralische Eidesformel, in der sie alle gemachten Versprechungen für nichtig erklärten. Wir müssen gestehen, daß uns dieser Vorwurf seitens eines Abgeordneten unbegreiflich erscheint. Herr Gerber hat seine Kenntniß nur aus antisemitischen Quellen geschöpft und er muß als Politiker wissen, daß diese mehr als zweifelhaft sind. Bevor er also einen antisemitischen Vorwurf weiter colportirt, hat er als rechtlich denkender Mensch, noch mehr aber als Abgeordneter die Pflicht, sich zu vergewissern, ob jener Vorwurf begründet ist. Hätte er das gethan, so hätte er erfahren, daß das Kol-nidre-Gebet, worauf er anspielt, nichts enthält, was ihn berechtigt, es als unmoralische Eidesformel zu bezeichnen. Herr Gerber hat die Pflicht, erst zu reden, wenn er weiß, und nicht mitzureden, wenn er nicht orientirt ist. Das ist meine Auffassung vom Berufe eines Abgeordneten. Dr. P.

## Briefkasten.

**J. H. Culm.** Gewiß haben Sie recht. Aber zur Veröffentlichung ungeeignet aus Mangel an beweisbaren Thatsachen.

**W. F.** in **Bielefeld**. An sich sehr interessant, aber nicht für unser Blatt geeignet.

**R. O.** in **Karlsruhe** Die „Bad. Landpost" bringt natürlich einen Bericht über die Generalversammlung, wie sie nicht war. Wir haben besseres zu thun, als jede ihrer Lügen aufzudecken. Nicht 500 Abonnenten, sondern weit über 5000 haben unsere „Mittheilungen".

**Dr. F.** in **U**. Ob der neue italienische Finanzminister Sonnino wirklich ein zum Protestantismus übergetretener Jude ist, wissen wir nicht. Dagegen ist die Angabe der „Köln. Volksztg.", daß Italien ungefähr eine halbe Million Juden zählt, irrig. Im Jahre 1890 gab es in Italien ca. 45000 Juden.

**P. S.** in **Koblenz**. Wie können Sie nur in diesem Kasperle-Theater eine antisemitische Tendenz wittern? Das heißt doch, die Empfindlichkeit auf die Spitze treiben.

## Aus Rußland.

### Unverdächtige Zeugnisse.

++ In den Petersburger Zeitungen ist wieder einmal viel von den „vitalen Interessen" des russischen Handels, von der „gedeihlichen Entwickelung" der Industrie und von der „wirk-

samen Förderung" der Gewerbe im Reiche die Rede. Und sobald solch' profane, materielle Dinge zur Erörterung kommen, bringt es schon die „Association der Ideen" mit sich, daß eine große Abart von Publicisten es nicht lassen kann, die bis zum Ueberdruß ausgetretenen Phrasen von dem „demoralisirenden Einfluß" der Juden auf Handel und Gewerbe, von der „verhängnißvollen Rolle", welche das Judenthum in der Finanzwelt spielt, von dem „skrupellosen Eigennutz" und von der „Habgier" der Juden zum so und sovielten Male von Neuem wiederzugeben

Der Fürst Meschzerski vom „Graschdanin" hat sich durch eine lange Reihe von Jahren so oft und so unzweifelhaft mit der gekennzeichneten Sorte von Zeitungsschreibern solidarisch erklärt und geradezu identifizirt, daß er auch diesmal nicht umhin kann mitzumachen. Aber, er ist nicht mehr mit dem ganzen Herzen dabei und es fällt ihm, dem Armen, schwer, sich der bangen Zweifel zu entschlagen. Die Handelspartei in Rußland mit der im Auslande üblichen vergleichend, sucht er den Grad der Solidität und der Gewissenhaftigkeit des einheimischen und des fremdländischen Kaufmanns gegenseitig genau abzuwägen und gelangt dabei zu den wenig trostvollen Ergebnissen:

„Unser großrussischer Kaufmann ist z. B. sehr wohl geneigt, eine notorisch schlechte Waare für eine gute auszugeben und, wenn immer er es kann, für den entsprechend höheren Preis zu verkaufen. Von dem offenbaren und groben Betrug hält ihn allerdings die Furcht vor der gerichtlichen Verantwortung zurück, aber wo immer er sich dieser sicher entzogen fühlt, macht er sich durchaus keine Gewissensbisse daraus, für die Waare vom Marktpreis eines Rubels drei und fünf einzuheimsen.

Woher kommt das? Weil ihm die Sorge um den guten Namen und um die Ehre des Standes völlig fremd ist. Dem fremdländischen Kaufmann dagegen geht der gute Leumund über Alles und die unbefleckte Ehre ist sein höchstes Gut. Im Auslande ist's geradezu undenkbar, daß Einer heute einen Wechsel unterschreibt und morgen als zahlungsunfähig sich erweist, während diese traurige Erscheinung bei uns zu den alltäglichen gehört. Und wie im privaten Verkehr, so auch in Bezug auf den Staatscredit: sobald der Staat irgend eine Creditoperation auszuführen sich anschickt, wird eine ganze Reihe von Vorsichtsmaßregeln nöthig, um diese vor Mißbrauch und Betrug zu schützen".*)

Ein Pendant zu der obigen Charakteristik der berufenen Träger des russischen Handels finden wir in der „Now. Wr.", wo Herr Burenin mit anerkennenswerther Offenheit darauf hinweist, daß in der russischen Handelswelt noch heute die „urwüchsige Maxime, volle Geltung habe, die da lautet: „Wer nicht betrügt, der verkauft nicht!" Diese Maxime, sagt Herr Burenin, charakterisirt zur Genüge das Wesen und die Richtung des Handels in seiner gegenwärtigen Entwickelung in Rußland. Und, wir dächten, dieses Wesen und diese Richtung werden dadurch nicht gebessert, wenn Herr Burenin, der ein Mitglied der Redaction der „Now. Wr." ist, gleichsam den bösen Eindruck seines Urtheils mildernd, hinzufügt, eine ganz ähnliche Maxime gelte auch auf dem Gebiete der litterarischen Thätigkeit der Jetztzeit und man dürfe als Regel (?!) annehmen, daß „wer heutzutage vor der bewußten Unwahrheit zurückschreckt, der bringt auch keinen Zeitungsartikel fertig."**)

*) Citirt in der „Rußkaja Ziza" No. 320 vom 11. Dezember. Der Sperrdruck gehört überall dem Originale an.

**) Citirt im „Woßchod" No. 47 vom 5. Dezember.

Ein solches Bild von der Sittlichkeit des russischen Handelsstandes und von der russischen Journalistik entwerfen uns Leute, die sich nicht genug mit ihrer großrussischen Nationalität brüsten können, die bei jeder Gelegenheit laut verkünden, von der sittlichen Macht und von den vortrefflichen Charaktereigenschaften des großrussischen Stammes tief durchdrungen zu sein und mit Verachtung jede Hilfe und Mitwirkung von Seiten der „fremden Bestandtheile" im russischen Volkskörper zurückweisen! Fast möchte man versucht sein, den „Graschdanin" und die „Now. Wr." in eigner Sache der Parteilichkeit zu zeihen. . . .

Wenn aber die Neigung zum Schwindel und zum Betrug in der russischen Handelswelt (die Zeitungsschreiber können wir hier billig in Ruhe lassen) so tiefe Wurzel geschlagen hat, wozu alsdann noch den Juden die specielle Mission aufbürden, Demoralisation und Unredlichkeit in Handel und Verkehr zu tragen? Diese „Mission", so sollte man doch meinen, sei unter den obwaltenden Umständen zum mindesten völlig überflüssig. Und sie ist's auch in der That. Dem angeblichen demoralisirenden Einfluß der Juden auf Handel und Gewerbe hatte nämlich seiner Zeit eine besondere Commission unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimraths Grafen Palen zu untersuchen, der ein reiches und fleißig durchgearbeitetes Material zur Verfügung stand. Der „Woßchod" in der oben angegebenen Ausgabe citirt dann einige Ergebnisse der Commissionsuntersuchung, die eine sehr beredsame Sprache führen:

„In den 15 (an das Innere des Reiches unmittelbar angrenzenden) Provinzen des jüdischen Ansässigkeitsgebietes betrug die Zahl der wegen Schwindel und Betrug im Handel und Verkehr Verurtheilten für den Zeitraum von 1878 bis 1883 im Durchschnitt 57,1 pro 100000 der Bevölkerung (die Ackerbauer auf dem platten Lande nicht miteingerechnet), während in den 12 benachbarten innenrussischen Gouvernements für dieselbe Zeit 106,1 pro 100000 der städtischen Bevölkerung wegen der gleichen Vergehen verurtheilt wurden. Das ist genau das Doppelte" . . . Noch hervorstechender tritt das Ergebniß zu Tage, wenn man die Zahl der wegen Betrug Verurtheilten mit der der Handelslicenzen in den Händen von Juden und Nichtjuden vergleicht: „Die Juden in Rußland haben 19,4 pCt. der Handelsscheine und Licenzen inne und stellen 14,3 Prozent der wegen Schwindel und Betrug im Handel und Verkehr Verurtheilten. Nichtjuden haben 80,6 pCt. der Licenzen inne und stellen 85,5 pCt. der Verurtheilten. Das heißt: das Verhältniß der Zahl der wegen Betrug im Handel Verurtheilten zu der Zahl der Handelslicenzen beträgt in Rußland für die Juden — 73,2 und für die Nichtjuden — 106,4 Prozent. In den Weichselprovinzen ergiebt das gleiche Verhältniß: 68,5 Prozent für Juden und 160,5 für Nichtjuden. Im großen Durchschnitt für das gesammte Reich ergiebt das obige Verhältniß: 70 Prozent für Juden und 133 für Nichtjuden. Das ist aber wiederum fast das Doppelte!"

So wird der „demoralisirende" Einfluß der Juden auf Handel und Verkehr durch das unbestechliche Zeugniß amtlich festgestellter Zahlen charakterisirt! —

**Titelblatt und Sachregister für den Jahrgang 1893 erscheint mit einer der ersten Nummern des neuen Jahrgangs.**

Verleger und verantwortlicher Redacteur: P. Müller, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 116a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.